Wolfgang Kraushaar (Hg.)

Die RAF und der linke Terrorismus

Band 2

Hamburger Edition

Scanned by CamScanner

Hamburger Edition HIS Verlagsges. mbH
Mittelweg 36
20148 Hamburg
www.hamburger-edition.de

© 2006 by Hamburger Edition
1. Auflage November 2006

Redaktion Kerstin Eitner und Birgit Otte
Umschlaggestaltung Wilfried Gandras
Typografie und Satz
Farnschläder & Mahlstedt Typografie, Hamburg
Herstellung Jan Enns
Druck und Bindung Kösel, Krugzell
Printed in Germany
ISBN-13 978-3-936096-65-1 (Bd. 1–2)

Humboldt-Universität zu Berlin
Universitätsbibliothek
Zentralbibliothek Geschichte
2007-11014

Inhalt Band 1

Einleitung
Zur Topologie des RAF-Terrorismus 13

I. Terrorismus

Rudolf Walther
Terror und Terrorismus
Eine begriffs- und sozialgeschichtliche Skizze 64

Herfried Münkler
Guerillakrieg und Terrorismus
Begriffliche Unklarheit mit politischen Folgen 78

Henner Hess
Die neue Herausforderung
Von der RAF zu *Al-Qaida* 103

Friedhelm Neidhardt
Akteure und Interaktionen
Zur Soziologie des Terrorismus 123

II. Ideologien und Theorien: Das Konzept Stadtguerilla

Wolfgang Kraushaar
Entschlossenheit: Dezisionismus als Denkfigur
Von der antiautoritären Bewegung zum bewaffneten Kampf 140

Scanned by CamScanner

Sebastian Haffner
Der neue Krieg
Mao Tse-tung und der Guerillakampf 157

Bernhard Gierds
Che Guevara, Régis Debray und die Focustheorie 182

Ingo Juchler
Trikontinentale und Studentenbewegung
Antiimperialismus als Schibboleth 205

Wolfgang Kraushaar
Rudi Dutschke und der bewaffnete Kampf 218

Bernhard Gierds
Das »Konzept Stadtguerilla«
Meinhof, Mahler und ihre strategischen Differenzen 248

Sabine Kebir
Gewalt und Demokratie bei Fanon, Sartre und der RAF 262

Irving Wohlfarth
Entsetzen
Walter Benjamin und die RAF 280

III. Die RAF-Begründer und ihre Nachfolger

Sara Hakemi und Thomas Hecken
Die Warenhausbrandstifter 316

Karin Wieland
Andreas Baader 332

Jürgen Seifert
Ulrike Meinhof 350

Martin Jander
Horst Mahler 372

Susanne Bressan und Martin Jander
Gudrun Ensslin 398

Karin König
Zwei Ikonen des bewaffneten Kampfes
Leben und Tod Georg von Rauchs und Thomas Weisbeckers 430

Tobias Wunschik
Aufstieg und Zerfall
Die zweite Generation der RAF 472

Alexander Straßner
Die dritte Generation der RAF 489

IV. Andere bewaffnete Gruppierungen in der Bundesrepublik

Wolfgang Kraushaar
Die *Tupamaros West-Berlin* 512

Tobias Wunschik
Die *Bewegung 2. Juni* 531

Martin Klimke
Black Power, die *Black-Panther-Solidaritätskomitees* und der bewaffnete Kampf 562

Wolfgang Kraushaar
Im Schatten der RAF
Zur Entstehungsgeschichte der *Revolutionären Zellen* 583

V. Die RAF – Faktoren und Dimensionen

Sara Hakemi
Terrorismus und Avantgarde 604

Martin Klimke und Wilfried Mausbach
Auf der äußeren Linie der Befreiungskriege
Die RAF und der Vietnamkonflikt 620

Jörg Herrmann
»Unsere Söhne und Töchter«
Protestantismus und RAF-Terrorismus in den 1970er Jahren 644

Gisela Diewald-Kerkmann
Bewaffnete Frauen im Untergrund
Zum Anteil von Frauen in der RAF und der *Bewegung 2. Juni* 657

Scanned by CamScanner

Wolfgang Kraushaar
Antizionismus als Trojanisches Pferd
Zur antisemitischen Dimension in den Kooperationen von *Tupamaros West-Berlin*, RAF und RZ mit den Palästinensern 676

Martin Jander
Differenzen im antiimperialistischen Kampf
Zu den Verbindungen des Ministeriums für Staatssicherheit mit der RAF und dem bundesdeutschen Linksterrorismus 696

Olaf Gäthje
Das »info«-System der RAF von 1973 bis 1977 in sprachwissenschaftlicher Perspektive 714

Inhalt Band 2

VI. Die internationalen Parallelorganisationen und ihre Vernetzungen

Thomas Fischer
Die *Tupamaros* in Uruguay
Das Modell der Stadtguerilla 736

Wolfgang Kraushaar
Der *Vietcong* als Mythos des bewaffneten Volksaufstandes 751

Ingo Juchler
Die *Weathermen* 768

Michaela Wunderle
Die *Roten Brigaden* 782

Claudia Derichs
Die *Japanische Rote Armee* 809

Thomas Skelton Robinson
Im Netz verheddert
Die Beziehungen des bundesdeutschen Linksterrorismus zur *Volksfront für die Befreiung Palästinas* (1969–1980) **828**

Christopher Daase
Die RAF und der internationale Terrorismus
Zur transnationalen Kooperation klandestiner Organisationen 905

Scanned by CamScanner

VII. Der Staat, die Polizei und die Justiz

Klaus Weinhauer
»Staat zeigen«
Die polizeiliche Bekämpfung des Terrorismus
in der Bundesrepublik bis Anfang der 1980er Jahre 932

Stefan Reinecke
Die linken Anwälte
Eine Typologie 948

Klaus Eschen
Das *Sozialistische Anwaltskollektiv* 957

Martin Jander
Isolation
Zu den Haftbedingungen der RAF-Gefangenen 973

Gerd Koenen
Camera Silens
Das Phantasma der »Vernichtungshaft« 994

Wolfgang Kraushaar
Der nicht erklärte Ausnahmezustand
Staatliches Handeln während des sogenannten Deutschen Herbstes 1011

Carsten Polzin
Kein Austausch!
Die verfassungsrechtliche Dimension der Schleyer-Entscheidung 1026

Uwe Wesel
Strafverfahren, Menschenwürde und Rechtsstaatsprinzip
Versuch einer Bilanz der RAF-Prozesse 1048

VIII. Terrorismus und Medien

Andreas Elter
Die RAF und die Medien
Ein Fallbeispiel für terroristische Kommunikation 1060

Wolfgang Kraushaar
Kleinkrieg gegen einen Großverleger
Von der Anti-Springer-Kampagne der APO
zu den Brand- und Bombenanschlägen der RAF 1075

Luise Tremel
Literarisierung
Die RAF in der deutschen Belletristik zwischen 1970 und 2004 **1117**

Klaus Kreimeier
Die RAF und der deutsche Film **1155**

Andreas Musolff
Bürgerkriegs-Szenarios und ihre Folgen
Die Terrorismusdebatte in der Bundesrepublik 1970–1993 **1171**

IX. Das Terrorismus-Phantom

Wolfgang Kraushaar
Mythos RAF
Im Spannungsfeld von terroristischer Herausforderung
und populistischer Bedrohungsphantasie **1186**

Herfried Münkler
Sehnsucht nach dem Ausnahmezustand
Die Faszination des Untergrunds und ihre Demontage
durch die Strategie des Terrors **1211**

Stefan Spiller
Der Sympathisant als Staatsfeind
Die Mescalero-Affäre **1227**

Rolf Sachsse
Prada Meinhof. Die RAF als Marke
Ein Versuch in politischer Ikonologie **1260**

X. Hypothesen

Dorothea Hauser
Deutschland, Italien und Japan
Die ehemaligen Achsenmächte und der Terrorismus der 1970er Jahre **1272**

Wolfgang Bock
Feuer statt Vermittlung
Phantasmagorien der RAF **1299**

Scanned by CamScanner

Christoph Türcke
Martyrium
Terrorismus als Sinnstiftung 1317

Christian Schneider
Omnipotente Opfer
Die Geburt der Gewalt aus dem Geist des Widerstands 1328

Heinz Bude
Erbschaft dieser Zeit
Die RAF und die Geschichte der Bundesrepublik 1343

Jan Philipp Reemtsma
Was heißt »die Geschichte der RAF verstehen«? 1353

XI. Nachfragen

»Die entscheidende Triebkraft besteht in einem unbändigen, alles ausfüllenden Hass«
Interview mit dem ehemaligen Präsidenten des Bundeskriminalamtes *Dr. Horst Herold* 1370

»Sie hatten nie eine politische Forderung ...«
Ein Gespräch mit dem Schriftsteller *Hans Magnus Enzensberger* über die Hintergründe der RAF 1392

Zu den Autorinnen und Autoren 1413

VI. Die internationalen Parallel-organisationen und ihre Vernetzungen

Scanned by CamScanner

Thomas Fischer

Die *Tupamaros* in Uruguay
Das Modell der Stadtguerilla

Mitte der 1960er Jahre entstand in Uruguay eine zunächst kleine, ab 1968 aber rasch wachsende linke bewaffnete Organisation, die sich auf den städtischen Partisanenkampf spezialisierte. Diese Guerilla, die sich den Namen *Movimiento de Liberación Nacional – Tupamaros* gab, führte eine neue Form der bewaffneten Machteroberung und der revolutionären Umwälzung in Lateinamerika ein: den urbanen Kleinkrieg, denn ein großer Teil der Bevölkerung konzentrierte sich in der Hauptstadt Montevideo, mit rund 1,25 Millionen Menschen beinahe die Hälfte der Gesamtbevölkerung. Außerdem waren die weniger dicht besiedelten, weitgehend baumlosen und flachen Landesteile des Kleinstaates machtpolitisch und topografisch von untergeordneter Bedeutung. Wegen ihrer damals neuartigen Strategie und ihrer anfänglich beträchtlichen Erfolge errangen die *Tupamaros* nicht nur in Südamerika, sondern auch in den USA und Europa große Aufmerksamkeit. In den folgenden Ausführungen sollen die Entstehungsbedingungen, die Entwicklung der *Tupamaros*, ihre Herkunft und Organisation sowie ihre Strategie beschrieben werden.

Entstehungsbedingungen

Seit Präsident José Batlle y Ordoñez (1903–1907, 1911–1915) war in Uruguay ein Wohlfahrtsstaat aufgebaut worden, der in der Großregion Lateinamerika seinesgleichen suchte. Über die beiden *catch-all*-Parteien, den städtisch-bürgerlich-liberal-laizistischen *Partido Colorado* (»Colorados«) und den ländlich-konservativ-klerikalen *Partido Nacional* (»Blancos«) vermochten Bevölkerungsteile aus verschiedenen sozialen Segmenten an Einfluss im Staat zu gewinnen und auf diesem Weg ihre Interessen in der staatlichen Regulierung zu erreichen.[1] Die beiden Großparteien bildeten keine monolithischen Blöcke; sie waren vielmehr intern hochgradig faktioniert. Neben den beiden dominanten Großparteien bildeten sich bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zwei kleine linke Gruppierungen: der *Partido Socialista de Uruguay* (PSU) und der 1920 aus Dissidenten entstandene *Partido Comunista de Uruguay* (PCU).[2] Die Kommunistische Partei, die sich als verlängerter Arm der Sowjetunion betrachtete, baute auf ihre Macht in den großen Gewerkschaften, die Sozialistische Partei konzentrierte sich auf ihre Rolle als moralische Instanz im demokratischen Prozess.[3] Beide Parteien betrachteten Uruguay als rückständiges, quasifeudales Land, das von einer Großgrundbesitzerelite so-

1 Zur Entstehung des uruguayischen Zweiparteiensystems vgl. Luis E. González, Continuity and Change in the Uruguayan Party System, in: Scott Mainwaring / Timothy R. Scully, Building Democratic Institutions. Party Systems in Latin America, Stanford 1995, S. 139.

2 Ebenda.

3 Ricardo Rey Tristán, La izquierda revolucionaria uruguaya, 1955–1973, Sevilla 2005, S. 69.

wie einer Finanzbourgeoisie dominiert und darüber hinaus durch den politisch-ökonomischen Imperialismus unterdrückt wurde.

Der Staat erließ Normen hinsichtlich der Arbeitsdauer (Achtstundentag), der Höhe der Löhne (Mindestlohn für Landarbeiter), der Sicherheit am Arbeitsplatz, des Schutzes für Frauen am Arbeitsplatz und der Altersrenten. Er betätigte sich außerdem als Unternehmer und Arbeitgeber, da die Energiewirtschaft, das Transportwesen, das Kreditwesen, Versicherungen und Häfen verstaatlicht wurden.[4] Der Staat bediente damit die Interessen der aufkommenden städtischen Mittelschicht und der Arbeiter. Auch den Eliten boten sich gute Karrieremöglichkeiten. Nach der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre, welche die Außenabhängigkeit des exportgeleiteten Entwicklungsmodells vor Augen führte, begannen uruguayische Regierungen, parallel zur Exportwirtschaft mit gezielten Maßnahmen einen Import substituierenden Sektor aufzubauen.[5]

In den 1950er Jahren entwickelte sich in Uruguay aus dem System zweier dominanter Großparteien das Prinzip der Konkordanz und der proportionalen Partizipation der »Colorados« und der »Blancos« im Consejo Nacional de Gobierno, dem Staatsrat. Dieses Kollegium regierte von 1952 bis 1966. Hohe Ämter und Positionen in der Verwaltung wurden nach klientelistischen Mechanismen über die beiden Großparteien vergeben. Der Linken gelang es in dieser Konstellation nicht, sich als dritte Kraft zu profilieren. Auch bei den Wahlen von 1962, zu denen sie mit antioligarchischen, antiimperialistischen, sozialen und wirtschaftlichen Parolen antrat, verfehlte es die Linke, die Wählerbasis entscheidend auszuweiten. Mit 3,4 Prozent für das Bündnis des PCU und 2,3 Prozent für die vom PSU angeführte Allianz blieben die Ergebnisse ihrer Listen enttäuschend.[6] Die soziale Schichtung im uruguayischen Wohlfahrtsstaat sah in dieser Zeit folgendermaßen aus: 5 Prozent der Gesamtbevölkerung bildeten die Oberschicht, 60 Prozent die Mittelschicht und 35 Prozent die Unterschicht. Mit anderen Worten: Uruguay hatte sich zu einer Mittelschichtengesellschaft entwickelt,[7] in der klassenkämpferische Konzepte wenig Aussicht auf Erfolg hatten.

Mitte der 1960er Jahre glitt dieses lange Zeit funktionierende Entwicklungsmodell in eine Krise ab. Die uruguayischen Landwirtschaftsexporte erbrachten aufgrund des Protektionismus in Europa und den USA nur noch Erlöse; der abgeschirmte Binnenmarkt des Kleinstaates stellte keine tragfähige Basis für eine verstärkte autozentrierte Entwicklung dar. Zur wirtschaftlichen kam eine politisch-institutionelle Schwäche hinzu: Die »Colorados«, welche eine den Industrie- und den Dienstleistungssektor begünstigende Politik vertraten, und die »Blancos«, welche die Interessen der exportorientierten Großagrarier repräsentierten, neutralisierten sich gegenseitig. Außerdem arbeitete die Verwaltung oftmals ineffizient. Das politische System zeigte sich überfordert, sich selbst zu reformieren. Die Führungsgruppen der beiden großen politischen Parteien vermittelten ein Bild der Hilfs- und Orientierungslosigkeit.[8] Das uruguayische Modell war, wie Dieter Nohlen schrieb, in eine Falle geraten: »Die distributiven Fähigkeiten des Staates, die vordem systemstabilisierend gewirkt hatten, ließen nach, ja der frühe sozialstaatliche Ausbau des Landes und vor allem der aufgeblähte Verwaltungsapparat (er umfaßte 1961 21,1 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung, band etwa 35 Prozent der Staatsausgaben) machten den Staat im Investitionsbereich manövrierunfähig.«[9]

Im Jahr 1966 stimmten die Wähler einer Verfassungsreform zu, welche das Regierungskollegium aufhob und wieder das in Lateinamerika übliche präsidentielle System einführte. General Oscar D. Gestido aus den Reihen der »Colorados« ging aus den Wahlen siegreich hervor. Der PCU und der PSU

4 Dieter Nohlen, Uruguay, in: ders. / Franz Nuscheler (Hg.), Handbuch der Dritten Welt, Bd. 2. Südamerika, Bonn 1995, S. 485–487; Christoph Wagner, Uruguay: Unternehmer zwischen Diktatur und Demokratie. Eine Studie zu Politik, Wirtschaft und der politischen Rolle der Unternehmerverbände, Frankfurt am Main 1997, S. 75–77.

5 Wagner, Uruguay, S. 83–98.

6 Ebenda, S. 92 f.

7 Nohlen, Uruguay, 1995, S. 501.

8 Wagner, Uruguay, S. 102.

9 Dieter Nohlen, Uruguay, in: Peter Waldmann, unter Mitarbeit von Ulrich Zelinsky (Hg.), Politisches Lexikon Lateinamerika, München 1982, S. 301.

Scanned by CamScanner

konnten aus der allgemeinen Unzufriedenheit erneut keinen Profit schlagen.[10] Die Kommunisten, die mit anderen, kleinen Gruppen zusammen als *Frente Izquierda de Liberación* (FIDEL) kandidierten, konnten immerhin zulegen und erhielten 5,7 Prozent der Stimmen, die Liste der Sozialisten jedoch erlebte mit rund 1 Prozent der abgegebenen Stimmen ein Fiasko.[11] Im Dezember 1967 verstarb Gestido, und der Vizepräsident, Jorge Pacheco Areco (1967–1972), ein Ultrakonservativer aus der Colorado-Partei, rückte nach. Er verfolgte einen Sanierungskurs, der vor allem von den Mittel- und Unterschichten Opfer verlangte.

Die Mittel- und Unterschichten mussten in diesen Jahren Verschlechterungen ihrer Arbeitsperspektiven und Einkommenssituation hinnehmen. Die galoppierende Inflation fraß Einkommen auf. Zwischen 1963 und 1968 fielen die Reallöhne um 17 Prozent.[12] 1970 erreichte der Anteil der Bevölkerung, der unter der Armutsgrenze lebte, 8 Prozent.[13] Von 1963 bis 1975 wanderten 200 000 Personen oder 7 Prozent der Gesamtbevölkerung aus.[14] Die Zeit der konsensual und durch Verhandlungen erzielten politischen Kompromisse war vorbei. Der Verteilungskampf, an dem sich diverse Interessengruppen beteiligten, verschärfte sich.[15] Auf der Seite der in staatlichen Betrieben organisierten Arbeitnehmer vermochte die der Kommunistischen Partei nahestehende *Convención Nacional de Trabajadores* (CNT) ihre Mitgliederbasis entscheidend auszudehnen und ihr Druckpotential zu erhöhen.[16] Ein Teil der Arbeiterbewegung sowie Teile der Mittelschichten radikalisierten sich.

Neben diesen inneren Bedingungsfaktoren für die Zuspitzung der Verteilungskonflikte und die Polarisierung hinsichtlich der zu ergreifenden Wirtschafts- und Entwicklungspolitik ist ein weiterer, externer Aspekt als Grund für die Radikalisierung von Teilen der Gesellschaft zu nennen: Wie in ganz Lateinamerika bildeten auch in Uruguay die revolutionären Vorgänge auf Kuba einen wichtigen Katalysator für die Herausbildung einer neuen Linken.

Impulse gingen von der kubanischen Revolution in Bezug auf drei Aspekte aus:[17] Erstens stellte die kubanische Revolution ein neues Beispiel revolutionärer Tradition in Lateinamerika dar, das die Gewalt als politisches Mittel zur Veränderung der Gesellschaft legitimierte. In Kuba hatte sich gezeigt, dass eine durch eine Guerillaorganisation vorbereitete Veränderung der Gesellschaft möglich war. Lateinamerikanische Jugendliche sahen in den Revolutionären ein Vorbild. Auch in Uruguay bildeten sich Soldidaritätsgruppen. Zahlreiche Publizisten, Schriftsteller und Akademiker glaubten, ein neues Entwicklungsmodell gefunden zu haben.[18] Zweitens postulierte die kubanische Revolution einen »Neuen Menschen«, dem es nachzueifern galt, der die eben noch gefeierte (nordamerikanische) Konsumkultur hinterfragte und moralische Ziele sowie den Aufbau von »Gegenkulturen« einforderte.[19] Die Revolutionäre verstanden sich als Vorhut in dem angestrebten Transformationsprozess von einem halbfeudalen System in ein sozialistisches. Die Revolution in Lateinamerika sollte einen kontinentalen Charakter haben (da angeblich überall die gleichen objektiven Bedingungen herrschten), sie würde sozialistisch sein (denn der Sozialismus galt als Vollendung der menschlichen Entwicklung) und sie würde sich in den *tercermundismo* einfügen (weil man davon ausging, einer weltweiten Bewegung der

10 Rey Tristán, La izquierda revolucionaria uruguaya, S. 35 f.
11 Robert F. Lamberg, Die Guerilla in Lateinamerika. Theorie und Praxis eines revolutionären Modells, München 1972, S. 209.
12 Wagner, Uruguay, S. 103.
13 Dieter Nohlen, Uruguay, in: ders. / Franz Nuscheler (Hg.), Handbuch der Dritten Welt, Bd. 2. Südamerika. 2. überarbeitete und ergänzte Auflage, Hamburg 1982, S. 350.
14 Nohlen, Uruguay (1995), S. 482.
15 Rey Tristán, La izquierda revolucionaria uruguaya, S. 34.
16 Lamberg, Die Guerilla in Lateinamerika, S. 211.
17 Hebert Gatto, El cielo por asalto. El Movimiento de Liberación Nacional (Tupamaros) y la izquierda uruguaya (1963–1972), Montevideo 2004, S. 35–54; Rey Tristán, La izquierda revolucionaria uruguaya, S. 58–60.
18 Vgl. das Interview mit Eleuterio Fernández Huidobro, in: Gaby Weber (Hg.), Die Guerilla zieht Bilanz. Gespräche mit Guerilla-Führern in Argentinien, Bolivien, Chile und Uruguay, Gießen 1989, S. 103; Rey Tristán, La izquierda revolucionaria uruguaya, S. 83–89.
19 Zu diesem Aspekt liegt bisher keine überzeugende Untersuchung vor. Zahlreiche Hinweise finden sich jedoch in Rodrigo Vescovi, Ecos revolucionarios. Luchadores sociales. Uruguay, 1968–1973, Montevideo 2003.

postkolonialen Entwicklung anzugehören).[20] Drittens konnte vom kubanischen Beispiel eine Doktrin und eine Strategie der Machteroberung abgeleitet werden. Che Guevaras Schrift »Guerra de Guerrillas« (1960), Fidel Castros zweite Erklärung von Havanna (Februar 1962) und die Bücher und Aufsätze von Régis Debray wurden zu Schlüsseltexten für Revolutionäre in der Region. Diese Ex-post-Erklärungen der kubanischen Revolution hoben hervor, dass keineswegs eine vollständige kapitalistische Industriegesellschaft abgewartet werden musste, bis das in der »Partei« organisierte Proletariat zur Kontrolle des Staatsapparates schreiten konnte – eine Auffassung, die beispielsweise der PCU, der Bündnisse mit der fortschrittlichen Bourgeoisie Priorität gab, teilte; vielmehr galt es nun als gesichert, dass eine Beschleunigung des marxistischen Stufenmodells der gesellschaftlichen Entwicklung, ein Überspringen der Phase der bürgerlich-kapitalistischen Industriegesellschaft, möglich war. Als zentral angesehen wurde dabei die Willenskraft einer kleinen Gruppe Fähiger, moralisch Vorbildlicher und Entschlossener, die auf dem Land einen »Fokus« bildeten, mit der Methode des Kleinkriegs das Regime reizten und zugleich die Bevölkerung auf die Revolution vorbereiteten.

Aufstieg und Niedergang der *Tupamaros*

Die Entstehung von Guerillaorganisationen – dies wurde in der Literatur oft zu Recht hervorgehoben – ist nicht ausschließlich auf sozioökonomische Bedingungen zurückzuführen. Auch im uruguayischen Fall greift dieser mechanistische Ansatz zu kurz. Wohl sind die Verschlechterung der sozioökonomischen Indikatoren und die als unbefriedigend wahrgenommene Einkommens- und Armutssituation wichtige Gründe für den Aufschwung der *Tupamaros* in Uruguay; aber sie bilden keinesfalls hinreichende Erklärungen. Denn nicht überall, wo schlechte sozioökonomische Indikatoren tatsächlich oder vermeintlich vorliegen, organisieren sich die Unzufriedenen, bewaffnen sich die Betroffenen (ganz abgesehen davon, dass die Ärmsten zumeist nicht selbst zu den Waffen greifen). Voraussetzung für die Radikalisierung der Konfliktaustragung sind somit zusätzlich Vorgänge, die einen Einstellungswandel bei Teilen der Bevölkerung herbeiführen und sie dazu bringen, die Eliten und die Staatsgewalt selbst als Hindernis für die Beseitigung der Ursachen zu begreifen.[21] Im uruguayischen Zusammenhang ist hierbei auf das politische System hinzuweisen, das nicht in der Lage war, Lösungen herbeizuführen, welche die Erwartungen der Mittel- und Unterschichten befriedigte; das politische System in Uruguay nahm im Laufe der 1960er Jahre zunehmend autoritäre Züge an. Dadurch büßte es ebenso wie die gewaltfreien Formen der Konfliktlösung im Laufe der 1960er Jahre an Legitimität ein. Außerdem lässt sich für den lateinamerikanischen Kontext im Allgemeinen und den uruguayischen im Besonderen sagen, dass die kubanische Revolution einen entscheidenden Katalysator für die veränderte Wahrnehmung und Bewertung der Problemlagen darstellte. Erst vor diesem Hintergrund konnten in Uruguay die *Tupamaros* entstehen. Wie zu zeigen sein wird, beeinflusste das kubanische Beispiel zwar das allgemeine Klima in der einstigen »Schweiz Lateinamerikas« nachhaltig; hinsichtlich der Strategie und der Taktik gingen indes kaum Impulse auf Uruguay aus. Die Stadtguerilla war eine genuin uruguayische Erfindung, die den spezifischen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen Rechnung trug.

Die Entstehung der uruguayischen Stadtguerilla wird in der Literatur häufig mit einer ländlichen Sozialbewegung in Zusammenhang gebracht, in der Raúl

20 Rey Tristán, La izquierda revolucionaria uruguaya, S. 62; Interview mit Urbano. Stadtguerilla. Tupamaros in Uruguay – Rote Armee Fraktion in der Bundesrepublik, West-Berlin 1971, S. 76–78. Der kontinentale Charakter des bewaffneten Kampfes gegen den »Imperialismus« wurde später auch in den »Dokumenten« der *Tupamaros* unterstrichen. Vgl. Documento I [Juni 1967], in: Movimiento de Liberación Nacional (Tupamaros) (Hg.), Documentación propia, Heverlee-Louvain 1973, S. 35 f.

21 Vgl. hierzu allgemein Michael Krennerich, Wahlen und Antiregimekriege in Zentralamerika. Eine vergleichende Studie, Opladen 1996, S. 98–100.

Scanned by CamScanner

Sendic, ein Aktivist aus der Sozialistischen Partei, eine wichtige Rolle spielte.[22] Sendic war der Sohn kroatischer Einwanderer, die eine *estancia* erworben hatten. Nachdem er sein Jurastudium mit dem Referendarexamen abgeschlossen hatte, weitete er ab 1960 seine Tätigkeit auf die bis dahin von der Linken vernachlässigten Zuckerplantagen im Norden an der Grenze zu Argentinien (Provinzen Artigas, Salto und Paysandú) und die Reisanbaugebiete im Osten aus.[23] Sendic gewann das Vertrauen der *peludos* auf den Zuckerrohrfeldern der US-amerikanischen Firma CAINSA in Artigas und gründete mit ihnen zusammen die Gewerkschaft *Unión de Trabajadores Azucareros de Artigas* (UTAA). Um ihren Forderungen Nachdruck zu verschaffen, organisierte er 1962 den ersten Marsch der Zuckerarbeiter, begleitet von Frauen und Kindern, ins 600 Kilometer entfernte Montevideo.[24] Ungeachtet des Wahlkampfes in der Hauptstadt war die Aufmerksamkeit, welche die Parteien ihrer Forderung nach Enteignung und Umverteilung nicht bebauten Landes schenkten, gering. Immerhin setzte das Parlament einen Ausschuss ein, der ihre Arbeits- und Lebensbedingungen untersuchen sollte. Die UTAA führte seither regelmäßig solche Märsche durch.

Vertraten die Zuckerarbeiter insgesamt traditionelle Postulate der Linken, so waren ihre Methoden – zumindest im uruguayischen Kontext – ungewohnt. In erster Linie, um für die UTAA Waffen (zum Selbstschutz) zu beschaffen, stürmten militante Linke aus verschiedenen Gruppen am 31. Juli 1963 den Schießverein *Tiro Suizo* der schweizerischen »Kolonie« in Nueva Helvecia im Bezirk Colonia (120 Kilometer westlich von Montevideo). Die Einbrecher entwendeten 28 von der uruguayischen Armee geliehene Gewehre.[25] Die Massenmedien schenkten dem Vorfall keine allzu große Beachtung; denn sie wussten ihn nicht richtig einzuordnen. Handelte es sich um die Aktion einer kriminellen Gruppierung oder einer extremen neuen politischen Splitterorganisation? Die Literatur über die *Tupamaros* zu Beginn der 1970er Jahre sah in dieser Aktion mehrheitlich den Auftakt zum bewaffneten revolutionären Kampf in Uruguay. Heute wissen wir, dass der kausale Zusammenhang zwischen dem Überfall und dem Anfang der *Tupamaros* eine nachträgliche Konstruktion ist. Fest steht lediglich, dass in Nueva Helvecia ein kleines Netzwerk militanter, mit der Gewerkschaftsbewegung verbundener Linker seine Feuerprobe bestanden hatte. Der Überfall schweißte sie zusammen und täuschte eine Zeit lang über divergierende Ideologien und Interessen hinweg. Eine gemeinsame Organisation gab es zunächst jedoch nicht.

Sendic, der am Überfall offenbar nicht teilgenommen hatte, und seine Mitstreiter wurden von der Polizei schnell identifiziert. Obwohl ihre Steckbriefe in allen Polizeistationen des Landes hingen, konnten sie nicht lokalisiert und verhaftet werden. In einer Razzia konnte lediglich die Beute sichergestellt werden. Sendic und eine Hand voll seiner Mitstreiter entschieden sich, in den Untergrund abzutauchen. 1964 traten sie lediglich sporadisch in Erscheinung, um Waffen und Sprengstoff zu beschaffen. Ab und zu entführten sie Lastwagen mit Lebensmitteln, die sie unter die Bewohner der Armenviertel verteilten.[26] Nach einem Diebstahl am 6. Januar 1964 aus einem Waffengeschäft verschwand die ganze Beute unter mysteriösen Umständen. Man verdächtigte sich gegenseitig; das Misstrauen säte Zwietracht, was vorerst weitere Aktivitäten blockierte.[27]

Erst an einem Wochenendtreffen von Repräsentanten marxistisch-leninistischer, maoistischer, anarchistischer Gruppierungen sowie der Zuckerrohrschneider im Mai 1965 wurde der Entschluss gefasst, eine bewaffnete Organisation zu gründen, die man *Tupamaros* nannte.[28] Die Bezeichnung geht auf einen im Vizekönigreich Perú im Jahr 1780/81 erfolgten Aufstand zurück. Der Anführer, der *indígena* José

22 Zur Person Sendics: Samuel Blixen, Sendic, Montevideo 2001.

23 Fritz René Allemann, Macht und Ohnmacht der Guerilla, München 1974, S. 315 f.

24 Vgl. das Interview mit Eleuterio Fernández Huidobro, S. 105 f.

25 Ebenda, S. 106 f.; ders., Historia de los Tupamaros, Tomo 1: Los orígenes, Montevideo 1990, S. 80–83.

26 Allemann, Macht und Ohnmacht, S. 317.

27 Der Vorgang wird von Eleuterio Fernández Huidobro geschildert. Interview mit Eleuterio Fernández Huidobro, S. 109 f.

28 Erst ab Dezember 1966 verwendete man zusätzlich die Bezeichnung *Movimiento de Liberación Nacional* (MLN).

Gabriel Condor Canqui, signalisierte mit dem Rekurs auf den letzten Inkaherrscher Tupac Amaru die Bezugnahme auf altamerikanische Traditionen.[29] Auch der uruguayische Unabhängigkeitsheld José Gervasio Artigas hatte sich auf ihn bezogen, als er seine Vorstellung von Unabhängigkeit mit dem Postulat einer Landreform verband.[30] Die *gauchos*, welche sein Gedankengut vertraten, nannten sich bereits »Tupamaros«. Die neuen *Tupamaros* ordneten sich somit bewusst in die Tradition amerikanischer, uruguayischer, antikolonialer und sozialer Kämpfe ein.

Das erklärte Ziel der *Tupamaros* (auch »Tupas« genannt) war die Befreiung des Landes aus der Umklammerung durch eine unfähige nationale Oligarchie und dem ausländischen Imperialismus sowie die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft.[31] Sie nahmen urbane Zentren im Allgemeinen und Montevideo im Besonderen in den Blick. Sie entfernten sich damit von den Foquisten, welche die Städte aufgrund der Dominanz der bürgerlichen Kultur und des wenig geeigneten Territoriums als primären Schauplatz des Kampfes ablehnten. Sahen die Anhänger Che Guevaras die Städte lediglich als Kulisse für die letzte Etappe der Machteroberung, so stand Montevideo im Zentrum aller strategischen und taktischen Überlegungen der Vertreter des Kleinkriegs. »Der bewaffnete Kampf wird in Uruguay überwiegend städtisch sein«, hieß es im »Dokument I« vom Juni 1967.[32] Che Guevara dagegen hatte anlässlich einer Rede in Punta del Este im Jahr 1961 von der Gewaltanwendung in Uruguay aufgrund der demokratischen Möglichkeiten sogar abgeraten.[33]

Die *Tupamaros* bestanden zu Beginn aus etwa 50 Personen, die sich aus drei Gruppierungen rekrutierten. Die eine stammte aus dem castristischen *Movimiento Revolucionario Oriental*, der von Eleuterio Fernández Huidobro angeführt wurde. Die zweite repräsentierte die Zuckerrohrschneiderbewegung aus Artigas um Sendic. Die dritte, von Tabaré Rivero angeführte Richtung rekrutierte sich aus Mitgliedern des PSU. Einige *Tupamaros* stammten vom marxistisch-leninistischen *Movimiento de Izquierda Revolucionario*. Vom PCU war lediglich eine *compañera* vertreten. Schließlich engagierten sich ein paar Flüchtlinge aus Brasilien und Argentinien. Diese ersten Mitglieder waren mehrheitlich junge Männer zwischen 20 und 30 Jahren.[34] Sendic, Fernández Huidobro und Rivero bildeten zusammen das erste »Exekutivkomitee«.[35]

In der zweiten Hälfte des Jahres 1965 begann die Öffentlichkeit von den *Tupamaros* Notiz zu nehmen. Aktivisten beklebten Häuserwände und Mauern mit Plakaten, auf denen über den bewaffneten Kampf berichtet wurde. Überfälle zur Beschaffung von Geld, Waffen und Munition, Robin-Hood-Aktionen, mit denen unter der Armenbevölkerung Sympathien geschaffen werden sollten, sowie Attentate auf Radiostationen und US-Firmen waren fortan ihr Markenzeichen. Anlässlich eines Sprengstoffanschlages auf das Tor zum Lagerhaus der Bayer-Filiale am 9. August 1965 ließen sie Flugblätter liegen, auf denen das »Nazi-Unternehmen« bezichtigt wurde, den »Yankee-Mördern« in Vietnam Giftgas geliefert zu haben.[36] Bei einem überraschenden Zusammenstoß mit Polizeikräften am 22. Dezember 1966 sowie Razzien, bei denen es zu Schusswechseln kam, wurde ein Tupamaro tödlich verletzt, ein anderer ergab sich. Die Öffentlichkeit erfuhr ihre Namen: Mario Robaina und Carlos Flores. Die Polizei konnte vier führende Mitglieder der *Tupamaros* identifizieren. Sie reagierte mit verstärkter Überwachung von vermuteten Sympathisanten, und es gelang ihr, einige der zahlenmäßig immer noch kleinen Gruppe gefangen zu nehmen. Doch vermochte sie nicht, die Organisationsstruktur vollständig zu verstehen und zu zerschlagen. Im November 1967 kam es in El Pinar zu weiteren

29 Ausführlich dazu Scarlett O'Phelan Godoy, La gran rebelión en los Andes: de Tupac Amaru a Tupac Catari, Lima 1995.
30 Wilson González, Sobre el uso público de la historia: José Artigas en la visión del Movimiento Tupamaros, in: *Desmemoria. Revista de Historia*, Bd. 11, 1996, S. 134–151.
31 Rey Tristán, La izquierda revolucionaria uruguaya, S. 110 f.
32 Documento I, in: Tupamaros (Hg.), Movimiento de Liberación Nacional. Documentación propia, S. 38 ff.
33 Rey Tristán, La izquierda revolucionaria uruguaya, S. 95.
34 Ebenda, S. 130–132. Vgl. das Interview mit Eleuterio Fernández Huidobro, S. 110; Eleuterio Fernández Huidobro, Historia de los Tupamaros, Tomo 2: El Nacimiento, Montevideo 1990, S. 72–75.
35 Rey Tristán, La izquierda revolucionaria uruguaya, S. 113 f.
36 Allemann, Macht und Ohnmacht, S. 318.

Scanned by CamScanner

Zusammenstößen mit der Polizei. Das schwächte die Fähigkeit der *Tupamaros*, weitere große Aktionen zu unternehmen.[37]

Im Wahljahr 1967 gaben die *Tupamaros* zu verstehen, dass sie von der uruguayischen Demokratie enttäuscht waren. Lediglich der bewaffnete Kampf könne die von ihnen behauptete revolutionäre Situation angemessen ausnützen, bekräftigten sie im »Dokument I«: »In Zukunft wird das Entscheidende sein, militärische Fokusse zu errichten und nicht politische.«[38] Das schwache Abschneiden der demokratischen Linken bei den Wahlen bestätigte scheinbar diese Einschätzung. Auf die sich verschärfende wirtschaftliche, soziale und politische Krise vermochten die *Tupamaros* jedoch nicht mit einer großen, konzertierten Kampagne zu reagieren.[39] Sie beschränkten sich auf einige kleinere Aktionen, etwa die Bombenanschläge gegen die US-amerikanische Firma Burroughs und das Konsulat der USA.

Die Regierung Pacheco versuchte die Kontrolle über die Gesellschaft »von oben« zu gewinnen. Uruguay bewegte sich damit auf eine autoritäre Lösung zu. Pacheco integrierte in die Regierung Spezialisten aus dem Finanzsektor, die den wirtschaftspolitischen Kurs bestimmten. Eine wichtige, von diesen vorgeschlagene und durchgesetzte Stabilisierungsmaßnahme bestand in der Abwertung des Peso am 29. April 1968. Damit die Steuerungskapazität bewahrt werden konnte, entschloss sich Pacheco, die demokratischen Mechanismen einzuschränken. Er erließ am 13. Juni 1968 Notstandsgesetze, die »Medidas Prontas de Seguridad«, um die Gewerkschaftsbewegung zu neutralisieren und die Preise und Löhne einzufrieren. Angesichts der offenkundigen Tendenz zum Autoritarismus und der Militarisierung des öffentlichen Raumes verließen die Kabinettsmitglieder Alba Roballo und Flores Mora die Regierung. Der Diskurs über die Krise und die Notwendigkeit der Wiederherstellung der Ordnung diente den konservativen Eliten, mittels der Sicherheitsgesetze über längere Zeit gegen Oppositionelle vorzugehen, die bürgerlichen Freiheiten einzuschränken und die Demokratie außer Kraft zu setzen.[40]

Die zahlenmäßige Schwäche der *Tupamaros* führte dazu, dass sie nun auf eine neue Gruppe von Aktivisten zurückgriffen, die bis dahin im politischen Prozess eine untergeordnete Rolle gespielt hatten: die Studenten. Ebenso wie in Frankreich, in Deutschland und Italien gärte es an den Universitäten. Mobilisierend wirkten neben inneruniversitären Themen vor allem die »Medidas Prontas de Seguridad«, die Repression der Polizei bei zahlreichen öffentlichen Protestkundgebungen sowie die Ermordung Che Guevaras und die Eskalation des Vietnamkrieges. Die neuen Mitglieder waren zumeist in der studentischen Politik erfahren, nach der Radikalisierung der Studentenbewegung ab 1968 kam es zu einer richtiggehenden Eintrittswelle, wobei die Architektur- und Medizinfakultäten besonders gut vertreten waren. 1969 dürften die *Tupamaros* bereits 200 Mitglieder umfasst haben.[41]

Im Juli 1968 entführten die *Tupamaros* den Leiter des staatlichen Elektrizitätswerkes Ulyses Pereira Reverbel, im September 1969 den einflussreichen italienischen Pressemagnaten und Finanzier Gaetano Pellegrini Gianpietro; sie kamen innerhalb weniger Tage nach großzügigen Spenden an wohltätige Organisationen frei.[42] In beiden Fällen gelang es den Guerilleros, die Durchführung der Entführung, den Aufenthalt in einem geheimen Versteck und den Zeitpunkt sowie die Modalitäten der Freilassung zu bestimmen. Die Polizei, die aufwendige Razzien und Personenkontrolle auf den Straßen durchführte, zeigte zwar Präsenz; aber sie demonstrierte letztlich lediglich ihre Hilflosigkeit. Anfang 1969 brachen *Tupamaros* in die Bank Financiera Monty ein.[43] Mit Hilfe geheimer Kontobücher, die von einem Angestellten zur Verfügung gestellt wurden, gelang es ihnen, der Firma Devisen- und Schmuggelvergehen, Steuerhinterziehungen und Unterschlagungen nach-

37 Rey Tristán, La izquierda revolucionaria uruguaya, S. 133.
38 Documento I, in: Tupamaros (Hg.), Movimiento de Liberación Nacional. Documentación básica, S. 38.
39 Allemann, Macht und Ohnmacht, S. 321.
40 Rey Tristán, La izquierda revolucionaria uruguaya, S. 41.
41 Ebenda, S. 133 f. Vgl. das Interview mit Eleuterio Fernández Huidobro, S. 103 f., 107, 113.
42 Allemann, Macht und Ohnmacht, S. 322–325, 327 f.
43 Ebenda, S. 325 f.

zuweisen. Aufgrund der Informationen, welche die Presse wiedergab, sah sich der in die illegalen Geschäfte involvierte Landwirtschaftsminister Carlos Frick Davies gezwungen zurückzutreten. Zahlreiche weitere hochrangige Politiker wurden schwer belastet. Damit war es den *Tupamaros* erstmals gelungen, öffentlich die Verflechtung der politischen und wirtschaftlichen Eliten in staatsschädigende, illegale Machenschaften nachzuweisen. Solche Aktionen trugen nicht dazu bei, die Legitimität der Führungsgruppen, welche die Staatsgewalt kontrollierten, zu stärken. Im Februar 1969 raubten die *Tupamaros* das Casino San Rafael in Punta del Este aus, wobei ihnen 56 Millionen Pesos in die Hände fielen. Dem Personal erstatteten sie ihre Gehälter zurück.

Diese Aktionen zeigten, dass die *Tupamaros* die ersten Verluste an Menschen und Material wegzustecken in der Lage waren. Sie selbst hatten bis dahin einen weitgehend unblutigen Krieg geführt.[44] 1969 gelangen den *Tupamaros* so viele bedeutende Aktionen wie nie zuvor. Sie konnten daher nicht mehr als marginale, letztlich für das politische System ungefährliche Gruppe wahrgenommen werden. Ihre Erfolge weckten bei den einen Bewunderung, bei den anderen Furcht und Schrecken. Sie waren in den Massenmedien permanent ein schlagzeilenträchtiges Thema. Auf diese unwillkommene Publizität reagierte die Regierung am 4. Juli 1969 mit einem Dekret, in dem der Presse verboten wurde, über die *Tupamaros* zu berichten. Die Verwendung der Vokabel *Tupamaros* sowie anderer Begriffe wie »Zellen« oder »Kommando« wurde untersagt. Stattdessen sollte nun nur noch von »Übeltätern« oder »Kriminellen« gesprochen werden.[45] Dies war ein Versuch, die politische Dimension des Guerillakampfes herunterzuspielen und das Problem auf reine kriminelle Straftaten Unbefugter zu reduzieren. Die Massenmedien büßten ihre Unabhängigkeit ein. Außerdem verbot Pacheco Areco zahlreiche linke Organisationen, darunter die *Sozialistische Partei*, die *Föderation der Anarchisten*, die *Bewegung der Revolutionären Linken*, die *Bewegung der Volksaktion* sowie die Zeitungen *Época*, eine Plattform für die nichtkommunistische Linke, und die sozialistische *El Sol* sowie zahlreiche andere Periodika. Darüber hinaus wurde die Unabhängigkeit der Universitäten mehrfach verletzt. Die Einschränkung der demokratischen Möglichkeiten, sich zu artikulieren, trug zur Polarisierung bei.[46] Nun erhielten die *Tupamaros* großen Zulauf, und ihre Aktionen wurden von einem nicht ganz unbeträchtlichen Teil der Bevölkerung gebilligt. Ein wachsender Teil der zuvor legalistischen Linken entfremdete sich vom Staat, den sie nur noch als Mittel der Reichen und Konservativen zur Verteidigung ihrer persönlichen Interessen betrachtete. Die *Tupamaros* versuchten der Einschränkung bürgerlicher Freiheiten mit spektakulären Aktionen zu begegnen, die mehrheitlich erfolgreich endeten. Doch sie erlitten auch einen großen Rückschlag. Am 8. Oktober 1969 besetzten 50 Guerilleros vorübergehend das Städtchen Pando mit 15 000 Einwohnern. Doch auf dem Rückweg nach Montevideo verfingen sie sich in Straßenkontrollen. Nach einer kurzen Flucht mussten sich 19 Mitglieder der *Tuapamaros* stellen, drei von ihnen wurden erschossen.[47]

Das Jahr 1970 bedeutete finanziell einen Erfolg für die *Tupamaros*. Dafür sorgten vor allem zwei große Coups. An einem Aprilwochenende gelang es, mit Hilfe eines Angestellten in das Stadthaus der Erbengemeinschaft der Familie Mailhos einzubrechen und den Panzerschrank zu entwenden. Die Beute hatte einen Wert von rund 100 Millionen Pesos. Die *Tupamaros* gelangten in den Besitz von Belegen für Steuer- und Devisenvergehen. Durch die Veröffentlichung gelang es ihnen wie bereits bei früheren Aktionen, den kriminellen Charakter ihres Handelns in der öffentlichen Wahrnehmung als Nachhilfeaktion für die unfähige uruguayische Justiz zu tarnen. Ein noch größerer Coup gelang am 5. November desselben Jahres, als ein *Tupamaros*-Kommando vier Direktoren der Caja Nacional de Préstamos Pignoráticos zwangen, die Schlüssel herauszugeben.[48] Sie drangen in den Panzerraum vor und erbeuteten mindestens eine Milliarde Pesos. Die Schatzkammer dieser In-

44 Die Staatsgewalt hatte bis 1970 weniger als zehn Menschenleben zu beklagen, die bei Kampfhandlungen fielen.
45 Ailemann, Macht und Ohnmacht, S. 327.
46 Rey Tristán, La izquierda revolucionaria uruguaya, S. 43 f.
47 Allemann, Macht und Ohnmacht, S. 328 f.
48 Ebenda, S. 329 f.

Scanned by CamScanner

stitution war in Anbetracht der Krise im Land und des damit verbundenen Geldbedarfs gut gefüllt. Wiederum hatte eine Vertrauensperson entscheidende Tipps gegeben.

Aber nicht nur die finanziellen Perspektiven besserten sich 1970; auch hinsichtlich ihrer Bewaffnung machten die *Tupamaros* einen entscheidenden Sprung nach vorn. Durch einen perfekt inszenierten Überfall auf ein Ausbildungszentrum der Marine in den Morgenstunden des 22. Mai gelangten sie in den Besitz von 316 Gewehren verschiedener Typen – 230 Pistolen und Revolvern, zwei schweren und zwei leichten Maschinengewehren, 90 Handgranaten, 130 Rauch- und Tränengasgranaten, 70 000 Schuss Munition sowie weiterem Material wie etwa Funkgeräten.[49] Damit konnte eine neue militärische Etappe beginnen. Mitte 1970 entschied die Führung der *Tupamaros*, die Aktionen zu intensivieren; die Form der Gewaltanwendung wurde härter. Ende Juli entführten die *Tupamaros* den brasilianischen Generalkonsul Aloysio Mares Dias Gomide und den US-Sicherheitsberater und Folterexperten Dan A. Mitrione, am 7. August den nordamerikanischen Agronomen und Entwicklungshelfer Claude Lee Fly.[50] Die Freiheitsberaubung und Unterbringung dieser Ausländer in einem »Volksgefängnis« wurde damit gerechtfertigt, dass sie entweder für ausbeuterische mulinationale Unternehmen oder für Mächte arbeiteten, welche das Regime logistisch, finanziell und militärisch unterstützten. Für die Freilassung verlangten sie die unbehelligte Ausreise aller rund 150 politischen Gefangenen. Doch in der Regierung Pacheco setzte sich die harte Linie durch, die das Ultimatum ablehnte. In der bis dahin umfassendsten Polizeirazzia durchkämmten 12 000 Sicherheitskräfte Montevideo; sie fanden zwar die Geiseln nicht, aber immerhin acht führende *Tupamaros* – unter ihnen Sendic. Dias Gomide wurde nach der Zahlung einer größeren Summe Geldes im Februar 1971, Fly infolge eines Herzinfarkts im März desselben Jahres freigelassen. Mitrione aber töteten die *Tupamaros*, um glaubwürdig zu wirken. »Die Vollstreckung dieses Urteils schließt nicht nur die Verantwortung der Bewegung gegenüber ihrem eigenen Volk ein, sondern auch gegenüber den anderen revolutionären Bewegungen Lateinamerikas«, erklärte ein hochrangiges Mitglied der *Tupamaros*.[51] Die Hinrichtung Mitriones wusste die Gegenseite zu nutzen. Sie denunzierte die Guerilleros, welche mit ihren spektakulären Aktionen als Anwälte des betrogenen »Volkes« noch eben die Korruption und die Unfähigkeit innerhalb der staatstragenden Eliten aufgezeigt hatten, selbst als kaltblütige Mörder. Diese mittlerweile erreichte Härte der Konfliktaustragung verurteilten vor dem Hintergrund der langjährigen, zivil geprägten politischen Kultur auch viele Menschen, die mit den Zielen der *Tupamaros* übereinstimmten. Die *Tupamaros* schienen dies erkannt zu haben und verzichteten nun auf politische Morde, aber die Dichte an Raubüberfällen, Anschlägen, Befreiungsaktionen aus Gefängnissen (u. a. Sendics) und Entführungen – etwa des Staatsanwalts Guido Berro Uribe, erneut Pereyra Reverbels und Frick Davies' – erhielten sie trotz einiger Misserfolge aufrecht. Das Regime reagierte auf die Provokation mit einer erneuten Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten.

1971 verordneten sich die *Tupamaros* im Hinblick auf die Präsidenten- und Parlamentswahlen vom 28. November einen beinahe halbjährigen Waffenstillstand. Erstmals überhaupt trat mit der *Frente Amplio* ein linkes Wahlbündnis an. Es setzte sich aus Kommunisten, Sozialisten, Vertretern des 1962 gegründeten *Partido Demócrata Cristiano* sowie Dissidenten der »Blancos« und »Colorados« zusammen. Als Kandidat für das Präsidentenamt hatte man sich auf den General im Ruhestand Liber Seregni geeinigt. Zentrale Forderungen waren eine Agrarreform, die Verstaatlichung ausländischen Eigentums, die Einschränkung der außenwirtschaftlichen Abhängigkeit und die Umverteilung der Einkommen. Die Führung der *Tupamaros* gab sich auch diesmal hinsichtlich der Chancen der demokratischen Linken keinen Illusionen hin. Gleichzeitig wollte sie ihr aber auch nicht in den Rücken fallen, zumal zum ersten Mal die sektiererischen Grabenkämpfe überwunden schienen. Würde wider Erwarten das Wahlergebnis positiv für den *Frente Amplio* ausfallen, so wollte sie gerne von der Aufbruchstimmung profitieren. Der *Frente Amplio* gewann landesweit 18,3 Prozent der abgege-

49 Ebenda, S. 330 f.
50 Ebenda, S. 333–335.
51 Interview mit Urbano, in: Schubert, Stadtguerilla, S. 67.

benen, gültigen Stimmen und 30,1 Prozent in der Hauptstadt.[52] Nach den bisherigen Enttäuschungen der Linken bei Wahlen war dies zweifellos ein Achtungserfolg. Aber Mehrheitsentscheidungen konnten mit 18 von insgesamt 100 Sitzen im Parlament natürlich nicht herbeigeführt werden. Der »Colorado« Juan María Bordaberry, ein reicher, konservativer Großgrundbesitzer, hatte das Rennen um das Präsidentenamt gemacht.

Das »Exekutivkomitee« der *Tupamaros* sah seine Vorbehalte gegenüber Wahlen als Mittel zur Repräsentation der Mittel- und Unterschichten bestätigt, obwohl es einräumen musste, dass ein beträchtlicher Teil des eigenen Potentials offenkundig auf die demokratische Linke setzte. Die *Tupamaros* dehnten nun ihre Organisation durch die massenhafte Aufnahme auch von Gewerkschaftsmitgliedern bis auf etwa 1000 aktive Mitglieder aus.[53] Sie erreichten ihren höchsten Bekanntheitsgrad. Fast in jeder Familie kannte man jemanden, der mit den »Tupas« Operationen durchführte oder gegen die »Subversivos« kämpfte und somit direkt in den Konflikt involviert war.[54]

Am 13. April 1972 gelang es zum wiederholten Mal einer großen Gruppe von Häftlingen – unter ihnen auch der Anführer Héctor Amodio Pérez –, aus dem Gefängnis auszubrechen. Tags darauf lauerten Kommandos dem Polizeisubkommissar Oscar de Lega Luzardo, dem Korvettenkapitän Ernesto Motto – er gehörte einem Ausschuss der drei Waffengattungen und der Polizei an, der zur Koordination der Bekämpfung der *Tupamaros* gebildet worden war – sowie dem vormaligen Unterstaatssekretär im Innenministerium, Armando Acosta y Lara, auf und töteten sie auf der Stelle. Die Sicherheitskräfte reagierten wie immer: mit Straßensperren und Razzien. Dabei gelang es ihnen, einige Mitglieder der *Tupamaros*, den bereits einmal verhafteten Sprengstoff-Experten und Ingenieur Juan Almaratti sowie Pérez, dem auch eine Gesichtschirurgie nichts genutzt hatte, festzunehmen. Damit begann eine neue Phase, die nun die *Tupamaros* mehr als jemals zuvor in die direkte Konfrontation mit der Staatsgewalt führte. Die Regierung Bordaberry benutzte diese Offensive, um die Rahmenbedingungen für die Guerillabekämpfung zu verändern, indem sie nun selbst auf Angriff (gegen die Aufständischen und die vermuteten Unterstützer) setzte. Mit dieser Aufgabe wurde die inzwischen von US-Spezialisten geschulte Armee beauftragt. Der hierzu notwendigen Ausrufung des »inneren Kriegszustandes« gab das Parlament seine Zustimmung. Der Einsatz der Armee und die damit verbundene Intensivierung der Guerillabekämpfung sollte sich als entscheidender Schachzug erweisen.

Um die *Tupamaros* war es schnell geschehen. Innerhalb kurzer Zeit wurden sie auf dem Höhepunkt ihrer Macht geschlagen: Eine »Zelle« nach der anderen wurde ausgehoben, die »Volksgefängnisse« entdeckt, die darin Gefangenen befreit, Ausbildungs- und Übungsplätze enttarnt, Krankenhäuser aufgelöst, Waffen, Munition und andere Vorräte beschlagnahmt und natürlich Guerilleros und vermutete oder tatsächliche Helfershelfer abgeführt. Tausende von Häftlingen bevölkerten nun die improvisierten staatlichen Gefängnisse. Die nachrichtendienstliche Überlegenheit, die bessere Finanzierung und die Isolationshaft der Gefangenen waren für den raschen und nachhaltigen Erfolg der Armee von großer Bedeutung. Den Durchbruch brachte aber die ebenso wie im Nachbarland Brasilien systematisch betriebene Folter von Gefangenen zur Erzwingung von Informationen. Diese Mittel waren so effektiv, dass der bereits erwähnte Pérez die Seite wechselte und nun der Armee als Kronzeuge bei der Aufdeckung der Organisation zur Seite stand. Die Möglichkeiten der Stadtguerilla – ein fortwährender Kleinkrieg und die Anprangerung von sozialer Ungerechtigkeit und Korruption als einem Vehikel, mit dem in der Bevölkerung Sympathie gewonnen und auf diese Weise eine geeignete Stimmung für den Ausbruch eines Volksaufstandes herbeigeführt werden sollte – hatten sich offensichtlich verbraucht. Unter Bordaberry erfolgte ein kalter Staatsstreich. Die Militärs, in deren Denken die Doktrin der nationalen Sicherheit eine wichtige Rolle spielte, übernahmen in Uruguay die Macht, wobei sie sich auf die »Medidas Prontas de Seguridad« stützten. Sie verschärften die Pressezensur, lösten das Parlament auf, verboten parteipolitische Aktivitäten und diejenige der CNT. 1972 war das Jahr der Wende und der Niederlage der *Tupama-*

52 Rey Tristán, La izquierda revolucionaria uruguaya, S. 44.
53 Allemann, Macht und Ohnmacht, S. 342 f.
54 Gatto, El cielo por asalto, S. 338 f.

Scanned by CamScanner

ros. Die Konterrevolution hatte gesiegt; die mit der kubanischen Revolution einsetzende Aufbruchstimmung innerhalb der Linken und der ab 1967 einsetzende Zulauf zu den *Tupamaros* seit der verstärkten Repression auch gegen demokratisch linke Kräfte hatten nur für eine vergleichsweise kurze Zeitdauer angehalten. Letztlich verstärkte der bewaffnete Kampf die Neigung der uruguayischen »Oligarchie«, mit Unterstützung der Polizei und der Armee das traditionelle Konsensmodell aufzubrechen und den Pluralismus nach und nach einzuschränken. Die Gewalt der Stadtguerilla begünstigte die Repression, die schließlich siegreiche staatliche und parastaatliche Gewalt.

Herkunft und Organisation

Die *Tupamaros* hatten ihren Ursprung zwar in der ländlichen Zuckerarbeiterbewegung; diese bildete jedoch nur einen kleinen Teil der sozialen Basis der 1965/66 gegründeten städtischen Organisation. Durch die guten Kontakte zu Massenorganisationen wurden zahlreiche gewerkschaftsnahe Mitglieder rekrutiert. Ab 1968 stießen vermehrt Studenten dazu. Fernández Huidobro kommentierte dies später mit folgenden Worten: »Das Land durchlebte gerade eine Periode zunehmender Radikalisierung großer Teile der Bevölkerung. Wir wuchsen im studentischen und im Gewerkschaftsbereich, ganze Gruppen sind [...] uns beigetreten, wir mussten die Leute nicht erst von unseren Vorstellungen überzeugen, sie kamen schon überzeugt zu uns.«[55] Die Studenten repräsentierten eine Generation, die neue nationale und internationale Schriftsteller und Theoretiker las, sich über die Vorgänge in Paris, Berlin, Prag, Rom und den anderen italienischen Städten informierte, lateinamerikanische, englische und französische Protestlieder hörte und für eine Jugendkultur stand, die mit herkömmlichen Werten wie dem Verbot des vorehelichen Geschlechtsverkehrs brach.[56]

Ferner spielten insbesondere in den unterstützenden Teilen der *Tupamaros* Bankbeamte und Angestellte der staatlichen Wirtschaftsunternehmen eine wichtige Rolle. Die *Tupamaros* wussten außerdem Spezialisten für die Herstellung von Sprengstoff und die Durchführung von Attentaten, Ärzte, Anästhesisten und Krankenschwestern für die Betreuung von Verwundeten und Gefangenen, Lagerbeauftragte und Mechaniker für verschiedene Aufgaben in ihren Reihen.[57] Führungspositionen konnte man nur nach Bestehen harter Prüfungen erreichen. Hier wurde durchaus auf Qualität geachtet. In den Reihen der *Tupamaros* wirkten Söhne und Töchter von Notabeln, Politikern, Rechtsanwälten, Professoren, Ärzten und Grundbesitzern mit. Die Mitglieder waren mehrheitlich junge Männer. Aber es gab eine Minderheit von Frauen, deren genauer Anteil an der Gesamtorganisation sich allerdings nicht beziffern lässt. Der Anteil an Frauen in den Reihen der *Tupamaros* war deutlich höher als in den anderen zeitgenössischen Guerillagruppen.[58]

Tupamaro konnte im Prinzip jeder werden, der sich für den revolutionären Kampf engagierte. Dies erforderte große Opfer, in erster Linie das Abtauchen in den Untergrund, die Aufgabe der Arbeit und/oder des Studiums und die Einschränkung der Kontakte zur Familie und zu Freunden. Weitere, »moralische« Eintrittsvoraussetzungen waren Kühnheit und der Wille, Gewalt gegen den »Feind« anzuwenden. Das »Dokument II« ließ keine Zweifel daran, dass die *Tupamaros* »das Monopol des Mutes« beanspruchten und daher »allem anderen« auf der linken Seite, »allem, was auf das Schießen verzichtete oder sich auf die Durchführung großer Wahlen konzentrierte«, die Grundlage zu entziehen gedächten.[59] Kurzum, um in dieser Organisation zu bestehen, war es erforderlich, überzeugt davon zu sein, für die richtige Sache zu kämpfen. Ein *Tupamaro* benötigte nicht nur viel Enthusiasmus, sondern auch ein geradezu missionarisches Bewusstsein sowie die Fähigkeit, ein entbehrungsreiches Leben zu führen.[60] Wer in den MLN eintrat, tat dies, wie Hebert Gatto schreibt, um

55 Vgl. das Interview mit Eleuterio Fernández Huidobro, S. 115.
56 Vescovi, Ecos revolucionarios, S. 440–446, 453–464.
57 Lamberg, Die Guerilla, S. 210.
58 Vescovi, Ecos revolucionarios, S. 447–452.
59 Documento II, in: Tupamaros (Hg.), Movimiento de Liberación Nacional. Documentación propia, S. 45.
60 Vescovi, Ecos revolucionarios, S. 417 f., 428–430.

sich »in die Avantgarde des bewaffneten Kampfes und der sozialistischen Revolution einzugliedern«.[61]

Der städtische Charakter ihres Kampfes und die Notwendigkeit, im Geheimen zu agieren, sowie die Finanzknappheit strukturierten die Guerillaorganisation der *Tupamaros*. Um die Zielvorgaben zu optimieren, entschieden sie sich für eine gewisse Arbeitsteiligkeit. Das Reglement, das Mitte 1965 erlassen und im Januar 1966 weitgehend bestätigt wurde, teilte die Mitglieder in Zellen ein. Diese kleinste Einheit umfasste mindestens zwei Personen mit je einem Verantwortlichen, der durch das Exekutivkomitee ernannt wurde. Es unterschied zwischen Militanten und »peripheren Zellen«. Die Militanten agierten weisungsgebunden gemäß den Befehlen des Exekutivkomitees. Von den Militanten wurde ein hohes Maß an Disziplin erwartet. Die »peripheren Zellen« übernahmen unterstützende Aufgaben. Sie waren weniger stark in die Kommunikations- und Befehl-Gehorsam-Struktur eingebunden. Die »peripheren Zellen« leisteten Hilfsdienste, die für die Logistik und die Informationsbeschaffung von Bedeutung waren. Auf die gegenseitige Hilfe legte man Wert. Sie sollte jedoch niemals die Gesamtorganisation gefährden. Notfalls mussten die Mitglieder bereit sein, persönliche Beziehungen zu opfern. Das gemeinsame Ziel stand über persönlichen Freundschaften und Loyalitäten.[62] Darüber hinaus gelang es den *Tupamaros* immer wieder, für ihre Aktionen Verbündete, Informanten und Spitzel sogar bei der Gegenseite anzuwerben. Dies beruhte auf ihrem ausgezeichneten Beziehungsnetz und der Faszination, die sie auf einen beträchtlichen Teil der Lokalbevölkerung ausübten. In einem Land, von dem man sagt, das »jeder jeden kennt«, war das eine unschätzbare Ressource. Den Polizeikräften dagegen fehlten genau diese Kontakte und das damit verbundene Wissen. Erst den Militärs gelang es unter systematischer Anwendung der Folter, ihre Informationsbasis entscheidend zu erweitern.

Das Exekutivkomitee nahm sich das Recht heraus, alle strategischen Entscheidungen zu treffen. Es bestimmte die militärische Hierarchie und verteilte die Aufgaben an jede Zelle; es befand über deren Autonomiegrad. Um Verluste zu kompensieren, war die Nachfolge des Exekutivkomitees im Falle der Verhaftung oder der Ermordung einzelner Mitglieder geregelt. Das Exekutivkomitee kommunizierte gesondert mit jeder Zelle, diese jedoch nicht horizontal mit anderen Zellen.[63] Dadurch sollte verhindert werden, dass durch die Gefangennahme einzelner Personen Informationen über das ganze Netzwerk an die Staatsgewalt preisgegeben werden konnten. Die Kader wurden zusätzlich durch Decknamen geschützt. Die Zusammensetzung des Exekutivkomitees konnte durch die sogenannte Nationalversammlung, die innerhalb von 18 Monaten stattfinden musste, verändert werden. In der Nationalversammlung sollten alle Einheiten vertreten sein.[64]

Der dem leninistischen Prinzip nahestehende und im »Dokument II« dargelegte demokratische Zentralismus wurde taktisch begründet; er war den militärischen Mitteln geschuldet.[65] Das »System von Filtern« funktionierte bis zur Endoffensive gegen die *Tupamaros* 1972 hervorragend.[66] Standen wichtige Aktionen wie etwa eine Entführung bevor, wurde die Meinung von Zellenmitgliedern eingeholt. Das Exekutivkomitee diskutierte über jede Operation nach ihrer Durchführung, um sie zu beurteilen und daraus für die Zukunft zu lernen. Als interner Kontrollmechanismus sollte das Mittel der Kritik (auch der Selbstkritik) wirken, um aus Fehlern zu lernen, notwendige Anpassungen vorzunehmen und den Apparat zu perfektionieren. Zumindest die Exekutivmitglieder standen in Verbindung mit linken Gewerkschaften, Anarchisten, Maoisten und Sozialisten.[67] Sie verstanden sich aber, wie erwähnt, nicht nach der marxistisch-leninistischen Auffassung als verlängerter Arm der Kommunistischen Partei.

61 Gatto, El cielo por asalto, S. 201.
62 Reglamento, in: Tupamaros (Hg.), Movimiento de Liberación Nacional. Documentación propia, S. 67–69; Fernández Huidobro, Historia, 2, S. 76–81; Allemann, Macht und Ohnmacht, S. 318–320.
63 Reglamento, in: Tupamaros (Hg.), Movimiento de Liberación Nacional. Documentación propia, S. 68.
64 Ebenda.
65 Documento II, in: Tupamaros (Hg.), Movimiento de Liberación Nacion. Documentación propia, S. 46–48; Rey Tristán, La izquierda revolucionaria uruguaya, S. 141 f.
66 Allemann, Macht und Ohnmacht, S. 352.
67 Vgl. das Interview mit Eleuterio Fernández Huidobro, S. 112.

Scanned by CamScanner

Im Jahr 1969 wurde die organisatorische Struktur der *Tupamaros* verändert, weil hinsichtlich der Mitglieder sowie der Größe und der Anzahl der Operationen ein Punkt erreicht worden war, der eine Anpassung unumgehbar machte. Man bildete daher eigenständige Kolonnen, »von denen jede ›ein verkleinertes Modell‹ des MLN mit eigenen Lokalen, Laboratorien, Werkstätten und Hilfsdiensten darstellte«.[68] Jede Kolonne hatte ihr eigenes, aus drei Personen bestehendes Direktorium.[69] Diese Maßnahme erschwerte zwar die Koordination der Aktionen, aber sie hatte den Vorteil, dass die Handlungsfähigkeit durch Fahndungserfolge der Polizei nicht eingeschränkt wurde.

Strategie

Bevor die *Tupamaros* an eine theoretische Erklärung und Begründung ihrer Taten dachten, handelten sie. In der »direkten Aktion« sollten die unterschiedlichen ideologischen Strömungen und Richtungen zusammengeführt werden; denn oft genug hatte sich die Linke in früheren Jahren in unfruchtbaren, den gemeinsamen Zielen schädlichen Diskussionen aufgerieben. Diese Strategie besaß eine eigene, überaus authentische Form.

Die Ausrichtung auf den städtischen Guerillakampf war den topografischen, klimatischen, soziodemografischen sowie den ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen geschuldet. Die Priorität einer auf die ländliche Bevölkerung und das Land ausgerichteten Strategie wurde aufgrund der immensen, baumlosen Flachlandgebiete und der außerordentlich geringen Siedlungsdichte im ländlichen Raum verworfen. Der Aufbau schlagkräftiger Gruppierungen im ländlichen Raum und Offensiven von dort aus auf die Städte konnte auch dem kühnsten Strategen nicht als probates Mittel erscheinen.[70] Außerdem war Montevideo nicht nur das unumstrittene politisch-administrative Zentrum; mit beinahe der Hälfte der Gesamtbevölkerung und den wirtschaftlichen Großbetrieben war es auch die sozial und politisch wichtigste Zone. Hier litten die meisten Menschen unter der Wirtschaftskrise. »In den Hauptstädten gibt es Universitäten mit ihrem sprichwörtlichen Revolutionspotential, gibt es Gewerkschaftszentralen und mitgliederstarke gewerkschaftliche Grundorganisationen, die unter Umständen an Massenaktionen teilnehmen könnten, die von Stadtguerillas ausgelöst würden«, schrieb Robert F. Lamberg.[71] Dieses Potential hatten die Aktivisten vor Augen, wenngleich sie sich schnell eingestehen mussten, dass sie die Unterstützung der gut organisierten Kommunisten, welche die Gewerkschaften kontrollierten, nur partiell gewinnen konnten. Auch in den Armensiedlungen betrachtete man die Guerilleros nicht unbedingt als Erlöser. Die Arbeiterklasse und die subproletarischen Schichten sahen sich in den *Tupamaros* nicht immer repräsentiert. Spätestens ab 1968 waren das eigentliche Subjekt der *Tupamaros*-Geschichte junge Menschen aus der Mittelschicht.

Das Vorgehen der *Tupamaros* war spektakulär und ausgeklügelter als die Aktionen ländlicher Guerillagruppen. Die uruguayischen Guerilleros legten eine große Flexibilität an den Tag. Es gab keinen vorgefassten Plan, kein Ablaufschema, das sich aus theoretischer Notwendigkeit oder aus Beispielen aus dem Ausland ergab. Die meisten *Tupamaros* stimmten in ihrer Kritik am Kapitalismus und Feudalismus, welche die Menschen ausbeutete, an (neo)kolonialen Abhängigkeitsbeziehungen sowie am politischen System, das die Herrschaftsverhältnisse reproduzierte, überein.[72] Wie aus den von den *Tupamaros* veröffentlichten »Dokumenten« hervorgeht, bezogen sie sich in irgendeiner Weise auf marxistisch-leninistisches Gedankengut, dem allerdings Che Guevara und Régis Debray sowie der in Lateinamerika besonders hervorstechende Patriotismus Pate standen.[73] Sektiererische Streitigkeiten, die so viele Guerillabewegungen in Lateinamerika schwächten, wurden nicht

68 Allemann, Macht und Ohnmacht, S. 325. Vgl. Documento IV, in: Tupamaros (Hg.), Movimiento de Liberación Nacional. Documentación propia, S. 61.

69 Rey Tristán, La izquierda revolucionaria uruguaya, S. 151.

70 Allemann, Macht und Ohnmacht, S. 278.

71 Lamberg, Die Guerilla, S. 203.

72 Gatto, El cielo por asalto, S. 334 f.

73 Ebenda, S. 194–199.

geduldet. Die *Tupamaros* wollten der »Geschichte« durch den bewaffneten Kampf nachhelfen. Die Gründung einer eigenen Partei wurde nicht verworfen, aber auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.[74] Von der Einführung des Sozialismus erwartete man die Lösung aller Probleme.[75] Dabei war man blind gegenüber den Fehlentwicklungen des sogenannten realen Sozialismus.

In den ersten Jahren ging es zunächst um den Aufbau einer eigenen Armee, die aus dem Untergrund operieren konnte. Hierzu mussten Mitglieder rekrutiert und von der Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes überzeugt werden. Sie wurden an geheimen, besonders getarnten Standorten für den städtischen Guerillakampf ausgebildet. Waffen und Munition erbeutete man zumeist vom Gegner: Der erwähnte Überfall auf den Schießclub in Nueva Helvecia war nur ein Beispiel, auch Waffengeschäfte und Polizeistationen wurden ausgeraubt. Die Wartung des eigenen Arsenals und die Herstellung von Waffen und Sprengstoff war eine weitere Herausforderung. Hinzu kam die Informationsbeschaffung nicht nur über einzelne wichtige Personen, sondern auch über das politische System, die Armee und verschiedene Unternehmen, die in den Verdacht geraten waren, ihre Mitarbeiter oder die öffentliche Hand auszubeuten. Ebenfalls wichtig war die Sicherung der Finanzierung. Diese erfolgte durch die bereits erwähnten Raubüberfälle sowie die Erpressung von Lösegeldern für die Freilassung entführter Personen. Schließlich waren Druckereien erforderlich, um das interne Material, Propagandaschriften sowie gefälschte Papiere, herzustellen. Um die Pflege Verwundeter sorgte man sich ebenfalls, indem man sich das dafür nötige Know-how und direkte Hilfe von Ärzten beschaffte.

Nachdem diese Arbeit erledigt war, machten sich die Aufständischen daran, in der Öffentlichkeit besondere Aufmerksamkeit zu erlangen und um Verständnis für sich und ihre Anliegen bei der Bevölkerung zu werben. Darauf zielten Überfälle, Entführungen und Attentate ebenso wie die Ermordung von Einzelpersonen ab. Die Aktionen galten zumeist bekannten Persönlichkeiten, Spitzenvertretern von Militär, Politik, Gewerkschaften, Unternehmern und ausländischen Diplomaten. Die Armee und die Polizei waren nie das ausschließliche Ziel; um sie ernsthaft in Bedrängnis zu bringen oder gar vernichtend zu treffen, fühlten sich die *Tupamaros* zu schwach. Sie verstanden sich als »organisierte Vorhut der ausgebeuteten Klassen in ihrem Kampf gegen das Regime«. Sie wollten »das uruguayische Volk« von den als korrupt betrachteten staatstragenden Gruppen und Familien des Landes »befreien« und eine »sozialistische Gesellschaft« herbeiführen.[76] Um dieses Ziel zu erreichen, waren sie bereit, zuweilen bürgerliche Rechte (Eigentumsrechte) und Freiheiten (Bewegungsfreiheit, Recht auf Leben) zu missachten.[77] Sie legten aber Wert darauf, dass dies gezielt geschah. Die »Kollateralschäden« bei Anschlägen und Schießereien sollten möglichst gering gehalten werden. Zivilpersonen wurden nach Möglichkeit verschont, vor allem wenn es sich um Arbeiter, Handwerker und Gewerbetreibende handelte. Kamen sie zu Schaden, so wurde versucht, ihre Verluste rasch zu kompensieren.

Neben Lösegeldern finanzierten sich die *Tupamaros* durch Raubüberfälle. Diese »Enteignungen« waren jedoch keineswegs ein Selbstzweck; vielmehr dienten sie der Vorbereitung und Durchführung von Aktionen mit einer politischen Intention. Das Regime sollte gereizt, die »Oligarchie« verunsichert werden; dadurch wollte man eine Breitenwirkung in der Öffentlichkeit erzielen. Neben Verlautbarungen, den Bemalungen von Wänden, der Verbreitung von Plakaten und Flugblättern, die sie in illegalen Druckereien druckten, diente den *Tupamaros* hierzu die vorübergehende Besetzung symbolkräftiger Gebäude und Einrichtungen sowie die Enthüllung von Skandalen. Sie erreichten damit die Bevölkerung, die zwischen Bewunderung und Ablehnung hin und her gerissen war. Die Guerilleros wollten nicht zerstören, sondern bestimmte Signale aussenden und damit

74 Vgl. das Interview mit Eleuterio Fernández Huidobro, S. 110 f.

75 Gatto, El cielo por asalto, S. 255–259.

76 Allemann, Macht und Ohnmacht, S. 318 f.

77 Ebenda, S. 319 f.

Scanned by CamScanner

eine psychologische Breitenwirkung erzielen.[78] Die jeweilige Form ihrer Aktionen enthielt Botschaften: Jeder Anschlag, jeder Raubüberfall, jeder Ort, fast jedes Datum einer Operation und jede Phase des Schweigens enthielten Informationen, welche die Bevölkerung – Freunde und Feinde – nur zu entschlüsseln brauchten. Die Adressaten waren einzelne Gruppen oder staatliche Institutionen, mächtige Firmen und vor allen Dingen die Unter- und Mittelschichtenbevölkerung, die man überzeugen wollte. Hierzu gehörte auch das Katz-und-Maus-Spiel mit den Sicherheitskräften, die die *Tupamaros* lange Zeit nicht lokalisieren, nicht fassen und nicht überwältigen konnten. So entstand der Mythos der Unbesiegbarkeit mit einer Fernwirkung weit über das Land hinaus.

Ab 1969 gingen die *Tupamaros* zu einer neuen Etappe über. Im »Dokument V« kündigten sie die Einleitung eines »generellen Krieges des Aufstandes gegen die Macht« an. Durch die Eskalation des Konflikts in einer polarisierten Situation sollte die »Armee des Feindes« geschlagen werden.[79] Aber auf eine durchschlagsfähige zivile Bewegung mit Orientierungsmustern und Zielvorstellungen, die mit den eigenen Vorstellungen korrelierten, konnten sich die Guerilleros nie stützen. Die *Tupamaros* gaben zwar mit ihren Methoden Botschaften *an* die Bevölkerung aus, aber sie versäumten es umgekehrt, die Botschaften *aus* der Bevölkerung richtig zu deuten.

Die *Tupamaros* an der Macht

Am 1. November 2004 wurde im ersten Wahlgang mit 50,4 Prozent der abgegebenen Stimmen, nach Versuchen in den Jahren 1994 und 1999, das von dem Arzt Tabaré Vázquez angeführte Bündnis *Encuentro Progresista – Frente Amplio – Nueva Mayoría* gewählt. Damit wurde in Uruguay erstmals in seiner Geschichte ein Linksbündnis gewählt. Mehr als zehn der neuen Minister und Staatssekretäre, darunter der Mitbegründer der *Tupamaros* José Mujica, waren während der Militärdiktatur inhaftiert. Der Aufstieg dieser Linksallianz beendete das 100 Jahre lang dominierende Zweiparteiensystem der »Colorados« und der »Blancos«. Zentral für den Erfolg der Linken war ihre Kritik am neoliberalen Kurs der Traditionsparteien, die von ihrem lange Zeit verfochtenen »uruguayischen Keynesianismus« abrückten, den uruguayischen Sozialstaat massiv verkleinerten und ein radikales Privatisierungsprogramm durchsetzten.[80] Diese Maßnahmen stießen in der Bevölkerungsmehrheit nicht auf Zustimmung. Der Einfluss der Argentinienkrise, die das Land hart traf, trug ihrerseits zur massiven Abwanderung von Wählerstimmen zur Linken bei. Außerdem sind die einstigen Revolutionäre seit der Diktatur längst überzeugte Demokraten geworden.

Der Linken gelang es, ein breites soziales Netz zu mobilisieren, das im Unterschied zu früheren Jahren auch außerhalb von Montevideo verankert war. Der *Frente Amplio* wandelte sich von einer heterogenen Bewegung zu einer Wahlorganisation, die sich möglicherweise auf dem Weg zu einer Massenpartei befindet.[81] Die Regierung Vázquez bemüht sich einerseits, den Korruptionssumpf trockenzulegen. Andererseits versucht sie, durch Auszahlung des »Bürgereinkommens« an bis zu zehn Prozent der uruguayischen Bevölkerung der Armut entgegenzuwirken.[82] Von der internationalen Finanzwelt wird die neue Regierung wegen ihrer makroökonomischen Disziplin gelobt. Bisher gibt es keine Anzeichen dafür, dass sie die Durchsetzung eines neuen wirtschaftlichen Entwicklungsmodells anstrebt. Die Aufgabe doktrinärer Haltungen hat allerdings dazu geführt, dass innerhalb von Teilen der Linken Ernüchterung eingetreten ist.

---

78 Diese Argumentationsfigur bezieht sich auf Peter Waldmann, der den Terrorismus als Kommunikationsstrategie deutet. Peter Waldmann, Terrorismus. Provokationen der Macht, München 1998, S. 13.

79 Gatto, El cielo por asalto, S. 337.

80 Jorge Lanzaro, La gauche en Uruguay: le chemin vers le gouvernement, in: *Problèmes d'Amérique Latine*, Nr. 55, Hiver 2004/2005, S. 13–15.

81 Ebenda, S. 16–25.

82 Stefan Thimmel, Uruguay: Linksbündnis an der Macht, in: *Jahrbuch Lateinamerika*. Analysen und Berichte, Bd. 29, 2005, S. 197.

Wolfgang Kraushaar

Der *Vietcong* als Mythos des bewaffneten Volksaufstandes

Am Ende der 1960er Jahre schien der *Vietcong* in der Bundesrepublik allgegenwärtig zu sein. So echauffierte sich etwa ein christdemokratischer Stadtrat im Anschluss an eine Demonstration, bei der einige Fensterscheiben zu Bruch gegangen waren: »Der Vietcong ist bereits unter uns!«[1] Doch der *Vietcong* war Tausende von Kilometern entfernt und hierzulande kaum mehr als ein Gespenst. Zu betrachten war es allabendlich in der »Tagesschau«. Beinahe jede der sich an Schrecklichkeiten überbietenden Nachrichten vom Kriegsschauplatz Vietnam war mit der Behauptung verbunden, dass die als kommunistisch verrufene Guerillagruppe erneut zugeschlagen habe. Der auf der einen Seite Angst und Schrecken verbreitende, auf der anderen Seite jedoch mehr und mehr zum Objekt der Begierde werdende *Vietcong* war kaum etwas anderes als eine TV-Imago. Im Grunde war er hierzulande weitgehend virtueller Natur. Die Entstehung der Guerillaformation in Südostasien war dagegen eher prosaisch verlaufen, jedenfalls ohne eine besondere mythologische Aufladung.

I.

Die Gründung der Sammelorganisation, die meist mit dem Namen *Vietcong* bezeichnet wurde, erfolgte am 20. Dezember 1960 auf einer Geheimkonferenz in Bien Hoa, nur 40 Kilometer von Saigon entfernt auf einer Kautschukplantage in den Dschungeln des Mekongdeltas. Ihr Name lautete *Front National de Libération* (FNL; Nationale Front für die Befreiung Vietnams). Einen Tag nach dem 14. Jahrestag der Erhebung gegen die Kolonialmacht Frankreich vereinigten sich in der FNL knapp zwei Dutzend völlig unterschiedliche Gruppierungen der Opposition gegen das Regime von Staatspräsident Ngo Dinh Diem. Zu dem Bündnis zählten u. a. die *Demokratische Partei*, die *Revolutionäre Volkspartei* und die *Radikalsozialistische Partei*, eine Industriellenvereinigung, mehrere Intellektuellenverbände, Vertreter der Buddhisten sowie der Bergstämme der Kor, Hre und Bahnar. Unter der Federführung ehemaliger *Vietminh*-Kämpfer wurde ein Zehn-Punkte-Programm formuliert, das den Sturz des von den USA massiv unterstützten Diem-Regimes forderte, seine Ersetzung durch eine alle Schichten des Volkes umfassende Regierung, die Wiederherstellung der demokratischen Rechte in ganz Südvietnam, die Rückführung aller Zwangsumsiedler, das Recht auf Autonomie der nationalen Minderheiten, die Befreiung der Bauern, die Gleichstellung der Geschlechter, »eine Außenpolitik des Friedens und der Neutralität«, die Herstellung von »normalen Beziehungen zwischen den beiden Zonen« des getrennten Vietnams sowie eine schrittweise zu vollziehende »friedliche Vereinigung des Vaterlandes«. Zum Vorsitzenden der FNL wurde der aus Saigon stammende Rechtsanwalt Nguyen Hu Tho gewählt.

Vom Zusammenschluss der südvietnamesischen

1 Frankfurter CDU-Stadtrat: »Der Vietcong ist bereits unter uns«, *Frankfurter Rundschau am Abend* vom 28. Januar 1969.

Scanned by CamScanner

Opposition zu einer eigenen Befreiungsbewegung erfuhr die Öffentlichkeit allerdings erst mit mehr als einmonatiger Verspätung durch eine von Radio Hanoi am 29. Januar 1961 verbreitete Meldung. Bereits ein Jahr nach ihrer Gründung kontrollierte die FNL den überwiegenden Teil der ländlichen Gebiete Südvietnams. Obwohl es der politischen Heterogenität ihres Bündnisses keineswegs entsprach, setzte sich als Name für sie schon bald die Bezeichnung *Vietcong* als Kurzform für »Vietnamesische Kommunisten« (Viet Cong) durch.[2]

Den militärischen Gegner des südvietnamesischen Regimes jedoch auf den *Vietcong* reduzieren zu wollen, käme einer schwerwiegenden Fehleinschätzung gleich. Die Streitkräfte, die vom Norden aus operierten, unterschieden sich, wie General Giap, der Sieger von Dien Bien Phu, in einer seiner Schriften bereits deutlich gemacht hatte,[3] in drei verschiedene Kategorien: Volksmilizen, zu denen auch die Guerilla- und Selbstverteidigungseinheiten zählten, Regionaltruppen, die an ein bestimmtes Territorium gebunden waren, und die für eine klassische Landesverteidigung regulären Truppen, bestehend aus Armee, Luftwaffe und Marine. Es war also eine Kombination von regulären und irregulären Streitkräften, die nicht streng voneinander separiert sein durften, sondern eng aufeinander abgestimmt auftreten mussten.

Aufgrund ihrer technischen Unterlegenheit gegenüber militärisch hochaufgerüsteten Usurpatoren konnte das strategische Ziel nicht darin bestehen, in einer offenen Schlacht einen möglichst raschen Sieg erringen zu wollen – das Gegenteil wäre der Fall gewesen. Die Kunst der Kriegführung – und Giap galt darin als ein wahrer Meister – bestand darin, den Feind in einem über lange Zeit andauernden Krieg mit seinem Potential zu binden, es allmählich zu zermürben und schließlich in einer Schlussoffensive zur Kapitulation zu zwingen. Dabei sollte der als »nationaler Befreiungskampf« bezeichnete Krieg drei verschiedene Stadien durchlaufen[4] – einen Stellungskrieg, in dem die feindlichen Kräfte zu binden waren, als Zwischenphase die Erlangung eines Gleichgewichts der Kräfte, bei der die Guerillatruppen die ausschlaggebende Rolle zu spielen hatten, und als Schlussphase eine allgemeine Gegenoffensive, in der durch eine Konzentration der Kräfte der Feind endgültig niedergerungen werden sollte. Dabei spielte eine möglichst effektive Anpassung der Kampfformen an die jeweiligen territorialen Gegebenheiten eine erhebliche Rolle. Der Krieg im Hochland unterschied sich von dem in der Ebene und der wiederum von dem in den Städten – in taktischer ebenso wie in strategischer Hinsicht. Diese territoriale Komponente mit ihrer Unterscheidung zwischen verschiedenen Zonen stand bereits in Mao Tse-tungs militärtheoretischen Überlegungen im Vordergrund. Maos Grundannahme bestand darin, dass die Städte erst dann erobert werden könnten, wenn es der Guerilla zuvor gelungen wäre, die ländlichen Gebiete einzunehmen. Um das zu erreichen, war es unabdingbar, für dauerhafte Verkehrsverbindungen zwischen den entlegenen Landesteilen zu sorgen.

Bereits im Indochinakrieg hatte sich gezeigt, dass die Sicherung der Versorgungslinien für die Optionen der vietnamesischen Guerillatruppen und damit für den militärischen Erfolg insgesamt von geradezu vorentscheidender Bedeutung war. Im Gegensatz zu

2 Die Bezeichnung *Vietcong* ist pejorativ geprägt und stellt eine Abkürzung der vietnamesischen Wendung für »vietnamesischer Kommunist« dar. Sie wurde von US-Militärs nach der Teilung Vietnams 1954 in die Republik Vietnam (RVN) im Süden und die Demokratische Republik Vietnam (DRV) im Norden des Landes eingeführt, um die Gegner des Diem-Regimes im Süden zu diskreditieren. Die FNL war eine Sammelbewegung, die keineswegs ausschließlich, nicht einmal in ihrer Mehrheit aus Kommunisten bestand, und gleichzeitig eine Guerillaorganisation, die sich terroristischer Mittel bediente.

3 Vo Nguyen Giap, Nationaler Befreiungskampf in Vietnam, Berlin 1973, S. 44.

4 Dieses Modell war bereits von Mao Tse-tung in seiner 1938 verfassten Schrift »Über den verlängerten Krieg« ausformuliert worden. Im Zusammenhang mit dem chinesisch-japanischen Krieg hatte er von den »drei Stadien des verlängerten Krieges« geschrieben und diesen zwischen Bewegungs-, Guerilla- und Stellungskrieg unterschieden. Mao Tse-tung, Über den verlängerten Krieg, in: ders., Theorie des Guerillakrieges oder Strategie der Dritten Welt, Reinbek 1966, S. 133–204. Vgl. Wolfgang Arend, Vietnam: Vom irregulären zum regulären Krieg, in: Herfried Münkler (Hg.), Der Partisan. Theorie, Strategie, Gestalt, Opladen 1990, S. 167.

den Franzosen und zu den Amerikanern verfügten die *Vietminh*[5] bzw. danach der *Vietcong* über keine Flugzeuge, mit denen sie ihre Kommandos von der Luft aus hätten versorgen können. Deshalb war es eine logistische Aufgabe höchster Priorität, die zum Teil Tausende Kilometer von ihrem Hinterland aus operierenden Truppen mit Lebensmitteln, Verbandmaterial, Waffen, Munition und anderem mehr zu versorgen. Die Lösung war der Bau eines möglichst versteckt angelegten Dschungelweges, des sogenannten Ho-Chi-Minh-Pfads[6] (eine Bezeichnung, die ebenfalls von den Amerikanern stammte). Der Pfad führte an der Westgrenze zu Laos Richtung Kambodscha an den 1200 Kilometer langen Truong-Son-Bergen entlang von Norden nach Süden. Wegen der Orientierung an dem Bergrücken nannten die nordvietnamesischen Soldaten den Pfad deshalb auch Truong-Son-Straße. In einem jahrelangen Kampf zwischen militärischer Hochtechnologie auf der einen und mit Erfindungsreichtum wie Hartnäckigkeit gepaarten Primitivtechnik auf der anderen Seite war der Ho-Chi-Minh-Pfad die Hauptschlagader im Versorgungsnetzwerk der Guerillaaktivitäten in Südvietnam. Die Verkehrsmittel, anfangs höchstens Fahrräder, später Pkws und sogar Lkws, wurden zumeist nur nachts in Bewegung gesetzt, um der US-amerikanischen Luftwaffe möglichst keine Angriffsziele zu bieten.

Der nationale Befreiungskampf konnte nur erfolgreich gestaltet werden, wenn es gelang, die drei erwähnten Kriegsformen, den Guerilla-, den Bewegungs- und den Stellungskrieg, möglichst genau aufeinander abzustimmen. Diese können wiederum in fünf verschiedene Kampfformen unterschieden werden: den Krieg der ineinander greifenden Aktionen, den Krieg der Verwirrung, den Krieg ohne Fronten, den Krieg der Einkreisung und den Krieg der verbrannten Erde.[7] Schon die Bezeichnungen signalisieren, wie brutal und rücksichtslos diese Kriegshandlungen ausfallen konnten. Truong-Chinh, der Generalsekretär der *Kommunistischen Partei Vietnams*, hatte bereits in seiner 1947 verfassten und 1966 neu aufgelegten Schrift »Der Widerstand wird gewinnen«[8] schonungslos festgestellt, dass ihr Widerstandskrieg zwar defensiver Natur, aber gleichwohl »ein gräßlicher und zerstörerischer Krieg« sei. Ein Bekenntnis, das in der Hochzeit der internationalen Bewegung gegen den Vietnamkrieg nicht dazu geeignet gewesen wäre, Sympathiekundgebungen für den *Vietcong* hervorzurufen und eine blinde Identifikation mit diesem zu befördern.

Ihre entscheidende Stärke sollten Guerilla wie Armee, irregulär wie regulär Kämpfende, aus ihrer engen Beziehung zur einheimischen Bevölkerung beziehen. Bei Truong-Chinh heißt es emphatisch: »Das Volk sind die Augen und Ohren der Armee, es ernährt und unterhält die Soldaten. Es unterstützt sie in Sabotage und im Kampf. Das Volk ist das Wasser und unsere Armee der Fisch. Das Volk stellt eine unermüdliche Quelle für die Stärke der Armee dar.«[9] Auch diese Formulierung klingt an die eines großen Vorbildes an. Nicht nur die Argumentationsform, sondern auch die verwendete Metapher stammt von Mao Tse-tung. Dieser »Clausewitz des Partisanenkrieges« (Werner Hahlweg) bezog bekanntlich zahlreiche seiner Sprachbilder aus dem maritimen Bereich. Sein bekanntestes Bonmot lautete: »Die Guerillas müssen in der Volksmasse schwimmen wie die Fische im Wasser.«[10] Die unverbrüchliche Beziehung zum Volk erschien ihm als Garant für den Erfolg der Guerilla. Der Militärhistoriker Werner Hahlweg hat die Quintessenz von Truong-Chinhs Widerstands-

5 *Vietminh* ist die Kurzform für *Viet Nam Doc Lap Dong Minh Hoi* (Liga für die Unabhängigkeit Vietnams). Die 1941 gegründete Unabhängigkeitsbewegung war der Vorläufer der FNL und damit auch des *Vietcong*.

6 »Jeder wußte um die Bedeutung des Pfades, denn er bildete die wichtigste Versorgungslinie nach Süden und schuf die Voraussetzungen für den Sieg des Nordens. Amerikanische und südvietnamesische Truppen versuchten mehrfach, den Pfad abzuriegeln, doch stets ohne Erfolg.« Le Minh Truong, in: Tim Page, Ein anderes Vietnam. Bilder des Krieges von der anderen Seite, hrsg. von Doug Niven und Chris Riley, Hamburg 2002, S. 114.

7 Arend, Vietnam: Vom irregulären zum regulären Krieg, S. 168 f.

8 Truong-Chinh, The resistance will win, Hanoi 1966. Vgl. Werner Hahlweg, Guerilla. Krieg ohne Fronten, Stuttgart 1968, S. 163–165.

9 Zit. n. Hahlweg, Guerilla, Stuttgart 1968, S. 164.

10 Mao Tse-tung, Theorie des Guerillakrieges oder Strategie der Dritten Welt, Reinbek 1966, S. 8.

Scanned by CamScanner

schrift mit den Worten zusammengefasst: »[G]eht ein ganzes Volk der Breite wie der Tiefe nach zum Widerstand über, [...] so haben die feindlichen Besatzungstruppen in den verschiedenen Stützpunkten des Landes, und seien sie noch so gut ausgebildet und kriegstechnisch perfektioniert, keine Chance, auf die Dauer Herr der Lage zu bleiben. Sie sind Fremde, zahlenmäßig unterlegen, und letztlich fehlt ihnen der Kontakt zur einheimischen Bevölkerung.«[11] Die Siegesgewissheit, die aus diesen Worten sprach, korrespondierte mit der Aussichtslosigkeit, vor die sich die US-amerikanische Militärstrategie langfristig gestellt sah. Ihre Truppen standen in Vietnam deshalb von vornherein auf verlorenem Posten, weil sie die Guerilla nicht von der Bevölkerung isolieren konnten.

Für den Publizisten Sebastian Haffner war bereits 1966 klar, dass der Vietnamkrieg die Vereinigten Staaten in eine Niederlage würde führen müssen: »Man kann einen Volkswiderstand, bei dem Soldat und Zivilist, Freund und Feind nicht mehr zu unterscheiden sind, nicht mit Flächenbombardements niederschlagen; man facht ihn eher damit an. Man kann keine Kriegsindustrie zerschlagen, wenn keine existiert und der Waffennachschub für die Revolutionäre aus den Arsenalen des Feindes stammt; und man kann ein Land nicht vernichten, das man doch schließlich selbst direkt oder indirekt beherrschen will.«[12] Die Alternative bestehe allein darin, so Haffner, das Land zu räumen oder aber es atomar zu vernichten. Letzteres aber wäre die wohl »schwerere, nie wiedergutzumachende Niederlage«.

II.

Über den Vietnamkrieg[13] und die Rolle des *Vietcong*[14] existiert eine überbordende Forschungsliteratur; kaum anders sieht es aus mit der sich in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre weltweit ausbreitenden Antikriegsbewegung,[15] die in mancher Hinsicht bestimmte Züge der Antiglobalisierungsbewegung vorweggenommen hat, und insbesondere der 68er-Bewegung.[16] Gleichwohl gibt es nicht wenige Problemstellungen, die eher den Eindruck offener Baustellen als den vorzeigbarer Deutungsfiguren und Interpretationskonstrukte machen.

Dies trifft insbesondere auf einen Aspekt zu – die Frage nach der Rolle, die der *Vietcong* für die Protestbewegung, in diesem Falle genauer: für die 68er-Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland gespielt hat.[17] Im Unterschied zu den meisten anderen westeuropäischen Ländern ist die Beziehung zu oder besser die Bezugnahme auf den *Vietcong* durch einen doppelten Übergangsprozess gekennzeichnet gewesen: von einer Protest- zu einer Widerstandsbewegung und vom außerparlamentarischen zum antiparlamentarischen, zum bewaffneten Kampf.[18]

Für einen kleinen Teil der an den Protesten gegen den Vietnamkrieg der USA Beteiligten führte die Entwicklung in eine bewaffnete Gruppierung wie die *Rote Armee Fraktion* (RAF), die sich den Umsturz des Systems zum Ziel gesetzt hatte, für einen größeren Teil ins Umfeld der Unterstützer oder der nur Sympathisierenden. Mit anderen Worten: Der *Vietcong*

11 Hahlweg, Guerilla, S. 165.

12 Sebastian Haffner, Der neue Krieg. Mao Tse-tung und der Guerillakampf, Band 1, S. 157–181.

13 Aus der neueren Literatur vor allem: Marc Frey, Geschichte des Vietnamkrieges. Die Tragödie in Asien und das Ende des amerikanischen Traums, München 2000; darin auch weiterführende Literaturangaben zu den unterschiedlichen Aspekten des Vietnamkrieges.

14 Vgl. W. G. Burchett, Partisanen contra Generale, Südvietnam 1964, Düsseldorf 1965; Kuno Knöbl, Victor Charlie: Viet Cong, der unheimliche Feind. Ein Erlebnisbericht mit dokumentarischem Anhang, Wien/München 1966; Douglas Pike, Vietkong. Organisation und Technik des revolutionären Freiheitskampfes, Wien/München 1968; Cuong Ngo-Anh, Die Vietcong. Anatomie einer Streitmacht im Guerillakrieg, München 1981.

15 Vgl. dazu vor allem die amerikanische Literatur: Charles DeBenedetti, An American Ordeal. The Antiwar Movement of the Vietnam Era, Syracuse / New York 1990; Melvin Small / William D. Hoover (Hg.), Give Peace a Chance. Exploring the Vietnam Antiwar Movement, Syracuse / New York 1992; Tom Wells, The War Within: America's Battle over Vietnam, Berkeley 1994.

16 Vgl. den Literaturüberblick: Wolfgang Kraushaar, 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur, Hamburg 2000, S. 253–347.

17 Vgl. Werner Balsen / Karl Rössel, Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik, Köln 1986, S. 115–161.

18 Vgl. Hans-Jürgen Benedict, Vom Protest zum Widerstand. Die Vietnamkriegs-Opposition in den USA und in der BRD, in: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (Hg.), Friedensanalysen. Für Theorie und Praxis, Bd. 4, Frankfurt am Main 1977, S. 79–106.

war ein Katalysator für den Übergang von Oppositionellen zu radikalen Systemgegnern.[19] Im Zuge dieses Transformationsprozesses ist vor allem die Hemmung, sich in der politischen Auseinandersetzung ausschließlich gewaltfreier Formen, Mittel und Methoden zu bedienen, abgelegt worden. Zeitweilig waren Gewaltbefürwortung, Illegalität und eine strikte Gegnerschaft zum Staat und seinen Institutionen zu fragwürdigen »Errungenschaften« einer sich revolutionär gebärdenden, antibürgerlichen Haltung geworden.

III.

Es gibt einige wenige Ereignisse, die Einblick in die mehrdimensional ineinander verschachtelten Zusammenhänge gewähren. Die hier ausgewählten stammen aus den Jahren 1966, 1967 und 1968. Sie haben jeweils drei Gemeinsamkeiten – sie spielen sich an ein und demselben Ort ab, sie handeln vom Kräftespiel in einer einzigen Organisation und im Kern von der strategischen Option eines einzigen Mannes, der Führungsperson dieser Gruppe. Gemeint sind der Schauplatz West-Berlin, der Studentenverband SDS und dessen Rebellen-Personifizierung in Rudi Dutschke. Unter dieser Einschränkung, besser: Konzentration auf das Essentielle, lässt sich die Beziehung der bundesdeutschen Studentenbewegung zur vietnamesischen Befreiungsbewegung FNL, dem *Vietcong*, wie unter einem Vergrößerungsglas betrachten.

Von vorentscheidender Bedeutung war zunächst einmal die geopolitische Konstellation: West-Berlin war während des Ost-West-Konflikts eine Insel im Ostblock. In der halbierten Stadt drückte sich wie an keinem anderen Ort sowohl die deutsche Teilung als auch der Systemkonflikt zwischen Kapitalismus und Kommunismus aus. Da hier beide Machtblöcke unmittelbar aufeinander prallten, stand die westliche Stadthälfte politisch und kulturell – zur Zeit der Berliner Blockade auch ganz materiell und damit existentiell – wie unter Strom. Alle wichtigen Fragen, insbesondere solche weltanschaulicher Natur, waren hochgradig aufgeladen. Wer zu jener Zeit in West-Berlin lebte, der musste Position beziehen. Eine unentschiedene ausweichende Haltung zu den brennendsten Problemen konnte sich kaum jemand leisten. All dies schlug sich auch im besonderen Charakter der Freien Universität nieder.[20] Sie ging 1948 aus einem Konflikt mit den östlichen Machthabern hervor und beanspruchte schon von ihrem Namen her, eine Antithese zur Erziehungsdiktatur des sozialistischen Staates zu sein. Insofern symbolisierte die Freie Universität einen weltanschaulichen Anspruch, den es einzulösen galt. Die akademische Institution verkörperte wie keine zweite den Wertekodex des sogenannten freien Westens. Die in einer beschaulichen Umgebung im Stadtteil Dahlem angesiedelte Universität lag in Wirklichkeit an einer ideologischen Front.

Nicht zufällig mussten die uneingelösten Werteimplikationen ihrer Gründung in dem Moment virulent werden, als die USA 1965 dazu übergingen, in Vietnam einen offenen Krieg zu führen.[21] Die antikommunistische Rechtfertigung dieses Einsatzes, der schließlich über ein Jahrzehnt anhalten sollte, ging mit einem erheblichen Glaubwürdigkeitsverlust einher. Der Garant westlicher Freiheit erschien plötzlich als imperiale Macht, die auch vor der Unterdrückung eines armen südostasiatischen Volkes nicht zurückschreckte. Diese Desillusionierung bildete zusammen mit der Unaufrichtigkeit der älteren Generation gegenüber der NS-Vergangenheit, dem Mangel an einer parlamentarischen Opposition nach der Koalitionsbildung von Christ- und Sozialdemokraten in Bonn und der Furcht vor der Inauguration eines neuerlichen autoritären Staates mittels der Notstands-

19 Vgl. Wolfgang Kraushaar, »Der große Katalysator« – Die Radikalisierung der Studenten in der Bewegung gegen den Vietnamkrieg, in: *Vorgänge*, 40. Jg., September 2001, Heft 3, S. 321–327.

20 Vgl. Siegward Lönnendonker, Freie Universität Berlin. Gründung einer politischen Universität, West-Berlin 1988.

21 So wurde das Wintersemester 1965/66, in dem es mehrfach wegen der Nichtfreigabe von Hörsälen für US-kritische Diskussionsveranstaltungen zu Reibereien und Konflikten mit der Universitätsadministration gekommen war, in der Rückbetrachtung als »Vietnam-Semester« bezeichnet. Vgl. Uwe Bergmann u. a., Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition, Reinbek 1968, S. 18–20.

Scanned by CamScanner

gesetze ein Gemisch grundsätzlicher Zweifel an der Verfasstheit des westlichen Demokratiemodells. Der Funke eines einzelnen Ereignisses konnte nun ausreichen, um die Revolte zu entfachen.

Zu den historischen Augenblicken, in denen sich so etwas wie ein Sprung nach vorn ankündigte, zählt die sogenannte Plakataktion, mit der SDS-Mitglieder gegen den Vietnamkrieg und zugleich gegen das Schweigen der bundesdeutschen Regierung protestieren wollten. In der Nacht vom 3. auf den 4. Februar 1966 klebten Aktivisten in sieben verschiedenen Westberliner Bezirken Plakate an. Dabei wurden fünf von ihnen von der Polizei festgenommen.

Auf den Plakaten stand folgender Text zu lesen: »Erhard und die Bonner Parteien unterstützen MORD / Mord durch Napalmbomben! Mord durch Giftgas! Mord durch Atombomben? Die US-Aggression in Vietnam verstößt nicht gegen die Interessen des demokratischen Systems [...] Jetzt bleibt den Unterdrückten nur noch der Griff zu den Waffen. Für sie heißt Zukunft: REVOLUTION / Wir sollen den Herrschenden beim Völkermord helfen. Deshalb beschwören sie das Gespenst von der gelben Gefahr. Wie lange noch lassen wir es zu, daß in unserem Namen gemordet wird? AMIS RAUS AUS VIETNAM! / INTERNATIONALE BEFREIUNGSFRONT«.[22]

Dieser Text war eine Provokation in doppelter Hinsicht: Zum einen richtete sie sich an die Adresse der Genannten – den Bundeskanzler und die im Bundestag vertretenen Parteien –, zum anderen aber richtete sie sich nach innen, an die Genossen der eigenen Organisation. Wichtiger noch, als die Öffentlichkeit mit dem Pamphlet zu erreichen, war es deshalb, die eigene Organisation aufzuwecken und so weit wie möglich umzukrempeln. Dieser Vorstoß ging von den sogenannten *Subversiven* im SDS aus, die mit ihrer illegalen Aktion den 1961 aus der SPD verstoßenen Studentenverband radikalisieren wollte.

Subversive Aktion war die Bezeichnung für eine anfangs eher ästhetisch inspirierte Gruppierung, die aus München-Schwabing stammte, mehrere Ableger in verschiedenen Großstädten besaß und sich mehr und mehr zur Keimzelle einer politisierten Subkultur entwickelte[23] – am ehesten vergleichbar mit den Amsterdamer *Provos*, zu denen es auch eine Reihe von Kontakten gab. Die *Subversiven* hatten 1965 beschlossen, in einzelne SDS-Gruppen hineinzugehen und sie regelrecht zu unterwandern. Während dieser Schritt in München fehlschlug, funktionierte er in West-Berlin. Rudi Dutschke und Bernd Rabehl, zwei ursprünglich aus der DDR stammende Soziologiestudenten, schafften es mit ihrem Charisma, insbesondere die Jüngeren unter den SDS-Genossen für sich zu begeistern. Sie waren auch die treibenden Kräfte der Plakataktion. Sie hatten zusammen mit einigen anderen den Text verfasst. Die Plakate jedoch stammten aus München, von der Kernzelle der *Subversiven* um Dieter Kunzelmann.

Die Reaktion des SDS auf die illegale Aktion fiel eindeutig aus. Der Vorstand des Berliner Landesverbands distanzierte sich umgehend. Einige der Altvorderen forderten sogar den sofortigen Ausschluss der Plakatkleber. Vorherrschend war offenbar die Angst, dass eine für den Tag darauf angekündigte Vietnamdemonstration in der Öffentlichkeit in Misskredit geraten könnte. Das ging so weit, dass einige sogar vermuteten, es handle sich um eine bestellte Provokation, die den Vorwand für ein Verbot der Demonstration liefern sollte. Der einzige der Älteren, der bereit war, Dutschke und die anderen zu verteidigen, war ein Rechtsanwalt namens Horst Mahler. Er wies die anderen barsch mit den Worten zurück: »Ihr seid wohl alle verrückt geworden. Der Rudi und was hier gemacht wird, da ist überhaupt endlich Bewegung da.«[24] Der in Frankfurt ansässige SDS-Bundesvorstand, dem die Plakataktion ebenfalls nicht gepasst

22 Jürgen Miermeister / Jochen Staadt (Hg.), Provokationen. Die Studenten- und Jugendrevolte in ihren Flugblättern 1965–1971, Darmstadt/Neuwied 1980, S. 82.

23 Vgl. Albrecht Goeschel (Hg.), Richtlinien und Anschläge. Materialien zur Kritik der repressiven Gesellschaft, München 1968; Frank Böckelmann / Herbert Nagel (Hg.), Subversive Aktion. Der Sinn der Organisation ist ihr Scheitern, Frankfurt am Main 1976, erweiterte Neuausgabe Frankfurt am Main 2002; Dieter Kunzelmann, Leisten Sie keinen Widerstand! Bilder aus meinem Leben, Berlin 1998.

24 Zit. n. einer Darstellung Tilman Fichters in einem Interview mit Helmut Schauer, in: Siegward Lönnendonker / Bernd Rabehl / Jochen Staadt, Die antiautoritäre Revolte. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund nach der Trennung von der SPD, Bd. 1: 1960–1967, Wiesbaden 2002, S. 228.

hatte, sprach sich dennoch gegen ein Ausschlussverfahren aus.

Die Demonstration vom 5. Februar 1966, an der sich 2500 Studenten beteiligten, verlief nicht reibungslos. Durch einen Sitzstreik wurde zunächst für eine halbe Stunde lang der Straßenverkehr auf dem Kurfürstendamm blockiert, dann vor dem Amerika-Haus die US-Fahne vom Mast geholt und schließlich die Fassade des Gebäudes mit Eiern – es sollen genau neun an der Zahl gewesen sein – beworfen.[25] Was zwei Jahre später Reportern nur noch ein müdes Lächeln hätte entlocken können, führte in der Presse zu einem Skandal. Schließlich hatten die Demonstranten mit ihrer amerikafeindlichen Aktion gegen die noch aus der Zeit des Koreakrieges stammende alliierte Anordnung Nr. 501 verstoßen, die jegliche Opposition gegen eine der Berliner »Schutzmächte« unter Strafe stellte.

Einige Tage später fand im SDS-Zentrum am Kurfürstendamm so etwas wie die interne Manöverkritik statt. Das Thema lautete »Legalität und Illegalität«. Zu der hitzigen Besprechung war sogar der Bundesvorstand aus Frankfurt angereist. Es gab offenbar Handlungsbedarf, die mit der Illegalität flirtenden Jüngeren wieder auf die offizielle Verbandslinie, dass Rechtsnormen nicht zu durchbrechen, sondern genau umgekehrt zu verteidigen seien, zurückzuholen. Angesichts des Aufmerksamkeitserfolges, der mit der als spektakulär geltenden Demonstration errungen worden war, fiel es dem Bundesvorstand nicht schwer, seiner Linie zum Durchbruch zu verhelfen.

Die *Plakatgruppe* – wie die Aktivisten der illegalen Klebeaktion inzwischen bezeichnet wurden – ließ jedoch nicht locker. Auf der nächsten SDS-Landesversammlung holte Dutschke weit aus und hielt ein Grundsatzreferat, um die aus seiner Sicht bestehende Notwendigkeit zur Durchführung illegaler Aktionen zu begründen. Er bezog sich dabei auf Che Guevaras Focustheorie[26] und forderte ein »Bündnis von denkender und leidender Menschheit«: »Der Kampf der *Vietcong* oder der MIR in Peru sind unsere Kämpfe, müssen bei uns tatsächlich über rationale Diskussion und prinzipiell illegale Demonstrationen und Aktionen in bewußte Einsicht umfunktionalisiert werden – eine riesige, fast unlösbare Aufgabe.«[27] Inzwischen gibt es die Möglichkeit, sich ein Bild von Dutschkes handschriftlichen Notizen zu machen, die er bei seinem Referat benutzt hat. Sie tragen die Überschrift »Fokustheorie in der Dritten Welt und ihre Neubestimmung in den Metropolen«.[28] Darin gebraucht er nicht nur erstmalig seine später berühmt gewordene Formel vom »Langen Marsch durch die Institutionen«, sondern auch den Begriff »Stadtguerilla«. Es ging ihm um die Übertragung der von Guevara für Lateinamerika entwickelten Focustheorie auf die sogenannten Metropolen[29] und im Unterschied zu der von Castro und Guevara Ende der 1950er Jahre in der kubanischen Sierra Maestra praktizierten

25 Die Geschichte ist inzwischen in die Literatur eingegangen. Einer der damaligen Demonstranten, Angehöriger der berühmten *Gruppe 47*, hat drei Jahrzehnte später eine Erzählung verfasst, die allein dieser Demonstration gewidmet ist. Friedrich Christian Delius, Amerikahaus und der Tanz um die Frauen, Reinbek 1997.

26 Focus bedeutete zweierlei: zum einen in einem Gebiet, das objektiv noch nicht für eine revolutionäre Erhebung reif ist, durch die subjektiven Anstrengungen der Guerilla die Bedingungen für einen Aufstand herzustellen, und zum anderen aus einem solchen der Herrschaft der Großgrundbesitzer, der Diktatoren oder der Kapitalisten entrissenen Stück Land ein »befreites Gebiet« zu machen. Vgl. Andreas Wolf, Che Guevara. Die Strategie des ›foco‹ und ihr Scheitern in Bolivien, in: Münkler (Hg.), Der Partisan, S. 116–127.

27 Rudi Dutschke, Die geschichtlichen Bedingungen für den internationalen Emanzipationskampf, in: Bergmann, Rebellion der Studenten, S. 69.

28 Rudi Dutschke, Fokustheorie i. d. 3. Welt und ihre Neubestimmung in den Metropolen (handschriftliche Aufzeichnungen zum Referat auf der SDS-Landesversammlung vom 13. Februar 1966 in West-Berlin), in: Lönnendonker/Rabehl/Staadt, Die antiautoritäre Revolte, S. 235–237.

29 Dutschke machte später auch klar, dass er sich mit der Plakataktion an der Focustheorie orientierte: »Guevaras Antwort für Lateinamerika war, daß die Revolutionäre nicht immer auf die objektiven Bedingungen für die Revolution zu warten haben, sondern daß sie über den Focus, über die bewaffnete Avantgarde des Volkes die objektiven Bedingungen für die Revolution durch subjektive Tätigkeit schaffen können. Diese Frage stand in letzter Konsequenz auch hinter der Plakataktion, steht heute noch hinter jeder Aktion.« Rudi Dutschke, Die geschichtlichen Bedingungen für den internationalen Emanzipationskampf, in: Bergmann, Rebellion der Studenten, S. 69 f.

Scanned by CamScanner

Landguerilla um den Aufbau einer für Mitteleuropa tauglichen Stadtguerilla. Auch die Universität war für ihn ein Focus, in dem sich »kleinste homogene Guerilla-Einheiten« herausschälen und zum treibenden Moment einer vorrevolutionären Situation werden sollten. Der Sinn eines jeden »foco«, schreibt er, bestünde darin, die »Keimform einer Volksbefreiungsarmee« zu bilden.

Damit hatte er eine Art intellektueller Blaupause für jene Gruppierungen geliefert, die sich in der Bundesrepublik erst bildeten, nachdem Dutschke durch das Attentat vom Gründonnerstag 1968, bei dem er durch einen Rechtsradikalen lebensgefährlich verletzt wurde, längst aus dem politischen Geschehen hinausgedrängt worden war: für bewaffnete Gruppen, die sich vom Herbst 1969 an gründeten und sich *Tupamaros West-Berlin*, *Tupamaros München* oder später *Rote Armee Fraktion* und *Bewegung 2. Juni* nannten. Dutschkes Referat zur Adaption des *Vietcong* und zur Übertragung der Focustheorie auf die hochindustrialisierten Verhältnisse in Mitteleuropa war so etwas wie die Matrix für den Übergang zur organisierten Gewalt. Auch wenn er selbst nicht mehr am Aufbau von Stadtguerillagruppierungen beteiligt war, so war er doch in gewisser Weise ihr intellektueller Pate.

Es brauchte schließlich anderthalb Jahre, bis Dutschke es wagte, mit seiner Vorstellung an die Öffentlichkeit zu treten. Als er im September 1967 auf der SDS-Delegiertenkonferenz in Frankfurt das sogenannte »Organisationsreferat« hielt, hatte sich die Situation gravierend verändert. Der Funke der Studentenrevolte war nach der Erschießung Benno Ohnesorgs im Juni 1967 auf Westdeutschland übergesprungen und hatte sich schlagartig an allen Universitäten und Hochschulen ausgebreitet. Zugleich hatte sich im Land eine Außerparlamentarische Opposition konstituiert, in der sich eine stärker werdende Bewegung gegen die von der Bundesregierung geplante Verabschiedung der Notstandsgesetze, den Vietnamkrieg und die Monopolisierungsbestrebungen des Axel-Springer-Verlags auf dem Pressemarkt wandte. Und im SDS selbst waren jene Kräfte, als deren Wortführer Dutschke nun auftreten konnte, mehrheitsfähig geworden. Durch die im Laufe des Sommers 1967 entstandene Dynamik hatten sie immer mehr Kräfte an sich gebunden, so dass sie auch innerhalb des Studentenverbands die Führungspositionen einzunehmen vermochten. In den Vorstand wurden nun Vertreter des sogenannten antiautoritären Flügels gewählt, die den Ideen Dutschkes nicht nur nahe standen, sondern auch die Bereitschaft zeigten, für deren Umsetzung persönliche Risiken einzugehen und den politischen Kampf nicht nur als eine traditionelle Form einer studentischen Interessenvertretung anzusehen.

Am Morgen des 5. September 1967 trug Dutschke, der seinen Beitrag zur allgemeinen Überraschung zusammen mit seinem Frankfurter Konkurrenten Hans-Jürgen Krahl verfasst hatte, unter der Flagge des *Vietcong* jenes bereits erwähnte »Organisationsreferat«[30] vor. Ein Teilnehmer der Delegiertenkonferenz beschrieb den Zusammenhang später so: »Subjekt der Umwälzung ist für Dutschke nicht mehr die Arbeiterklasse allein, sondern gleichberechtigt mit ihr alle gesellschaftlichen Randgruppen, die sich gegen bürokratische Bevormundung erheben. In der Konsequenz empfiehlt er, analog zum Guerillakrieg in den unterentwickelten Ländern, den Guerillakrieg in der Stadt: Aktionsgruppen von Berufsrevolutionären, die in der direkten Aktion zunächst ihr eigenes Bewußtsein entwickeln, um daran anschließend potentielle Oppositionskerne zu beeinflussen und weiter zu entwickeln, die am Bewußtsein breiterer Massen ansetzen, um diese für den Kampf gegen die Staatsgewalt zu gewinnen.«[31] Im Unterschied zu der aus seiner Sicht historisch überholten Organisationsstruktur des SDS müsse das »Problem der Organisation« nun als »Problem revolutionärer Existenz«[32] betrachtet werden. Dutschke versuchte damit eine

30 Rudi Dutschke / Hans-Jürgen Krahl, Organisationsreferat, in: *diskus – Frankfurter Studentenzeitung*, 30. Jg., 1980, Nr. 1–2, S. 6–9; unter dem nicht autorisierten Titel »Sich-Verweigern erfordert Guerilla-Mentalität« wieder veröffentlicht in: Rudi Dutschke, Geschichte ist machbar, West-Berlin 1980, S. 89 ff.

31 Meino Büning, Im Dickicht der Städte. Die 22. Delegiertenkonferenz des SDS, in: *Bulletin des Fränkischen Kreises*, Oktober 1967, Nr. 102, S. 33.

32 Ebenda, S. 95.

Konzeption vorzustellen, mit der die traditionelle, noch an der SPD orientierte Form der Mitgliederpartei überwunden und die nach dem 2. Juni unvorhersehbar expandierte antiautoritäre Bewegung durch eine neue, an der Erfahrung des Guerillakrieges gemessene Organisationsform strukturiert werden könnte.

Wenn Dutschke in jenen Wochen und Monaten zusammen mit seinen Gefährten eine Demonstration anführte, dann fast immer unter der blau-rot-gelben Fahne des *Vietcong*. Sie war das alles andere überragende Symbol, mit dem er offenbar zeigen wollte, in welche Richtung sich die Mobilisierung auf der Straße entwickeln sollte. Guevaras Parole »Schafft zwei, drei, viele Vietnam« war für ihn insofern alles andere als eine hohle Phrase.[33] Er schien tatsächlich davon überzeugt zu sein, dass sich der Guerillakampf erst über alle Erdteile ausbreiten müsse, bevor es sozial gerechte Gesellschaftsverhältnisse geben könne.

Zwei Solidaritätskampagnen waren im Sommer 1967 vom SDS aus für die FNL gestartet worden, eine direkte und eine indirekte. Mit einer Spendenaktion »Geld für die FNL« erweckte man zunächst den Anschein, es ginge vor allem um eine Unterstützung von humanitären Zielen. Aus dieser Kampagne wurde bald schon die Kampagne »Waffen für den Vietcong«,[34] womit man offen zweierlei signalisierte, dass man nämlich gegen die USA und direkt für den bewaffneten Kampf sei. Einige im Berliner SDS machten daraus ihre ganz persönliche Sache.

Für den späteren Frankfurter Grünen-Politiker Tom Koenigs etwa, Spross einer angesehenen Kölner Bankiersfamilie,[35] bestand kein Zweifel daran, dass er alle ihm zur Verfügung stehenden Geldmittel den Befreiungs- und Widerstandsbewegungen zur Verfügung stellen müsse. Als er sein Erbe antreten sollte, erschien es ihm deshalb nur zu logisch, dass er es sich ausbezahlen ließ und den Geldbetrag – nach eigener Auskunft »irgendwas zwischen 500 000 und fünf Millionen Mark« – dem *Vietcong* spendete. Für sein Erbe, das er persönlich nach Ost-Berlin brachte und dort in der nordvietnamesischen Botschaft abgab, erhielt er als Zeichen der Anerkennung eine Lampe geschenkt. Diese mehr als nur symbolische Gabe war später kein Hindernis dafür, dass Koenigs in der Bankenmetropole Frankfurt das Amt des Stadtkämmerers übernehmen konnte und so etwas wie der Finanzminister der Rhein-Main-Kommune wurde.

Die zweite Kampagne bestand darin, dass man amerikanische GIs zur Desertion aufrief. Das geschah – nachdem sich bereits 1967 der Konvent, das Studentenparlament an der Freien Universität, dafür ausgesprochen hatte – z. B. im Februar 1968 während des Internationalen Vietnamkongresses in West-Berlin. Und am 8. Mai 1968, dem 23. Jahrestag der Kapitulation des Deutschen Reiches, appellierten Studenten in Heidelberg, München und anderen süddeutschen Städten an Soldaten der US-Armee, sich nicht in Vietnam einsetzen zu lassen, sondern zu desertieren.[36] In Heidelberg führten die Demonstranten auf ihrem Marsch zum Amerika-Haus ein Transparent mit, auf dem erstmals die Parole »Es lebe der Sieg im Volkskrieg« zu lesen war. Und in München richteten SDS-Studenten in unmittelbarer Nähe zu einer US-Kaserne gar ein eigenes Desertions-Camp ein. Ein anderer Schwerpunkt lag im Rhein-Main-Gebiet. Von Frankfurt aus waren SDS-Aktivisten GIs dabei behilflich, sich von ihrer Truppe abzusetzen und auf Schleichwegen ins neutrale Schweden zu gelangen. In dem an der Stockholmer Kungsgatan gelegenen Café Marx tauchten wöchentlich ein halbes Dutzend Fahnenflüchtiger auf, um sich über ihren weiteren Weg beraten zu lassen.[37]

Beide Kampagnen machten unmissverständlich deutlich, dass sich SDS-Aktivisten auf dem besten Wege befanden, die Grenzen der Legalität zu über-

33 Vgl. in diesem Zusammenhang auch Dutschkes Vorwort zu: Ernesto Che Guevara, Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam, West-Berlin 1967.
34 Vgl. Arno Widmann, Waffen für den Vietcong. Die Faszination der Gewalt für die westdeutsche Linke – 25 Jahre nach Ende des Vietnamkriegs, *Berliner Zeitung* vom 29. April 2000.
35 Vgl. seine autobiografische Schrift: Tom Koenigs, Tagträume und Nachtschichten, Köln 1992.
36 Vgl. Wolfgang Kraushaar, 1968 – Das Jahr, das alles verändert hat, München 1998, S. 143 f.
37 Ebenda, S. 100.

Scanned by CamScanner

schreiten und sich in eine Grauzone vorzupirschen, in der sie Gefahr liefen, dauerhaft mit der Staatsgewalt in Konflikt zu geraten.

Als Dutschke im Februar 1968 Gelegenheit hatte, in der Evangelischen Akademie Bad Boll zusammen mit dem Philosophen Ernst Bloch über die Ziele der Protestbewegung zu sprechen, definierte er auch sein Verhältnis zur allerorten diskutierten Gewaltfrage: »Daß wir der manifesten Gewalt nicht mit Gewaltlosigkeit begegnen können – daß wir aber gewaltlose Formen in der Übergangsperiode, wie sie jetzt ist, haben müssen –, ist ganz selbstverständlich. Wir können und werden nicht militärisch im Sinne des *Vietcong* die Polizeimethoden bekämpfen. Es geht aber darum, zu begreifen, daß das gegenwärtige Maß der Repression halt ein gegenwärtiges Maß ist, was nicht ausschließt, daß zukünftig die Auseinandersetzung sich verschärft, und manches weist darauf hin, daß sie sich verschärft. Durch Griechenland [gemeint ist der Militärputsch in Athen vom 21. April 1967, W. K.] ist Vietnam auch nach Europa gekommen. Das ist einfach keine Drohung, sondern eine zweifelhafte Perspektive, die sich auch für die Bundesrepublik ergibt. Wenn sie 1969 zum Beispiel nicht endlich einen eigenen Kurs geht, dann ist es nicht auszuschließen, daß bundesrepublikanische Truppen zur Unterdrückung sozialrevolutionärer Bewegungen eingesetzt werden und daß dann sozialrevolutionäre Gewalt als Gegengewalt gegen die Gewalt der Herrschenden angewendet werden muß – ich denke, das sollte für jeden, der für Emanzipation kämpft, selbstverständlich sein.«[38] Mit anderen Worten: Es ging ihm nicht um eine definitive Festlegung. Im Gegenteil, der Umgang mit der Gewaltfrage wurde von ihm regulativ bestimmt. Es hing dieser Überlegung nach von der jeweiligen Gewaltanwendung durch das als gegnerisch angesehene System ab, in welcher Form und mit welcher Stärke darauf von den sozialrevolutionären Kräften reagiert werden sollte.

Diese Richtung wurde deutlicher als je zuvor bei einer Großveranstaltung im Februar 1968 zum Ausdruck gebracht, als im Auditorium maximum der Technischen Universität in West-Berlin vor 4000 Teilnehmern der Internationale Vietnam-Kongreß eröffnet wurde. Vor einer überdimensionalen, quer über die Bühne gespannten *Vietcong*-Fahne, die die Aufschriften »Für den Sieg der vietnamesischen Revolution« und »Die Pflicht des Revolutionärs ist es, Revolution zu machen« trug, eröffnete der SDS-Bundesvorsitzende Karl Dietrich Wolff die Veranstaltung mit der Feststellung, dass es nicht bei verbalen Protesten gegen den Krieg der USA in Vietnam bleiben dürfe; man müsse die »Macht der imperialistischen Militärmaschinerie« verunsichern. Das Hauptreferat hielt Dutschke. Er sprach – wie es mit existentialistisch angehauchtem Pathos hieß – über »Die geschichtlichen Bedingungen für den internationalen Emanzipationskampf«. Er rief dazu auf, direkte Aktionen zur Schwächung der amerikanischen Operationsbasis durchzuführen:

»Genossen! Wir haben nicht mehr viel Zeit. In Vietnam werden auch wir tagtäglich zerschlagen, und das ist nicht ein Bild und ist keine Phrase. Wenn in Vietnam der US-Imperialismus überzeugend nachweisen kann, daß er befähigt ist, den revolutionären Volkskrieg erfolgreich zu zerschlagen, so beginnt erneut eine lange Periode autoritärer Weltherrschaft von Washington bis Wladiwostok. Wir haben eine historisch offene Möglichkeit. Es hängt primär von unserem Willen ab, wie diese Periode der Geschichte enden wird. Wenn sich dem Viet-Cong nicht ein amerikanischer, europäischer und asiatischer Cong zugesellt, wird die vietnamesische Revolution ebenso scheitern wie andere zuvor.«[39] Dutschke vertrat also die Überzeugung, dass es von der weltweiten Ausbreitung einer *Vietcong*-Guerilla und in diesem Zusammenhang auch von der Ausbildung einer Art »Euro-Cong« abhängig sein würde, den Sieg des US-Militärs in Südostasien zu unterbinden.

Höhepunkt der tief bis in die Nacht dauernden Großveranstaltung, auf der kaum diskutiert wurde und die eher deklamatorischen Stellenwert besaß,

38 *Der Spiegel* vom 4. März 1968, 22. Jg., Nr. 10, S. 49. Vgl. Bernd Rabehl, Subjektiver Faktor. Zur Offensivtheorie von Rudi Dutschke, Vortrag in Bad Boll, 6. Februar 1998, in: *Kalaschnikow*, 1. Jg., 1998, Nr. 10, S. 73–81.

39 Rudi Dutschke, Die geschichtlichen Bedingungen für den internationalen Emanzipationskampf, in: Sibylle Plogstedt (Red.), Der Kampf des vietnamesischen Volkes und die Globalstrategie des Imperialismus. Internationaler Vietnam-Kongreß 17./18. Februar 1968 West-Berlin. West-Berlin 1968, S. 123.

war die Bekanntgabe eines vom Berliner Verwaltungsgericht gesprochenen Urteils, mit dem das Verbot der für den Tag darauf geplanten Vietnam-Demonstration aufgehoben und die Schlusskundgebung damit erlaubt worden war. Zum Abschluss verabschiedeten die Teilnehmer ein Aktionsprogramm, in dem u. a. die Kampagne »Zerschlagt die NATO« propagiert, zur materiellen Unterstützung der FNL, zur Desertion US-amerikanischer Soldaten sowie zu Widerstands- und Sabotageakten gegen den militärischen Nachschub aufgerufen wurde. Am Ende erhoben sich die Teilnehmer, reckten die Fäuste in die Luft[40] und sangen wie berauscht die »Internationale«. Zur abschließenden Demonstration kamen am Tag darauf dann 12000 Vietnamkriegsgegner zusammen. Besonders auffällig waren dabei die starken Blocks mit französischen und italienischen Teilnehmern. In einer neuartigen Bewegungsform, in der die Teilnehmer in Ketten untereinander gehakt waren und in rhythmischen Sprechchören »Ho-Ho-Ho-Chi-Minh« skandierten, stürmten einzelne Blocks im Laufschritt voran.

Das Ganze war ein persönlicher Erfolg Dutschkes. Er hatte die Veranstaltung, die von seinem Kampfgefährten Rabehl im Nachhinein einmal als Inszenierung eines Massenspektakels charakterisiert wurde, zusammen mit dem Chilenen Gaston Salvatore geplant, vorbereitet und erfolgreich über die Bühne gebracht. In welchen Kontext der Kongress tatsächlich eingebettet war, wurde erst Jahre später klar.[41] Am Vorabend der Eröffnung hatte der italienische Verleger Giangiacomo Feltrinelli für Dutschke mehrere Dynamitstangen mitgebracht, die dazu gedacht waren, ein in einem deutschen Hafen vor Anker liegendes Schiff, das Waffen und Munition nach Vietnam transportieren sollte, in die Luft zu sprengen. Dutschkes Frau Gretchen schilderte in der von ihr verfassten Biografie ihres 1979 verstorbenen Mannes, wohin schließlich die gefährliche Fracht gebracht wurde. Sie legten den Sprengstoff in den Kinderwagen ihres Sohnes Hosea-Che und transportierten ihn in eine konspirative Wohnung.[42]

Was mit ihm geschah, blieb unklar. Dutschke selbst hat noch kurz vor seinem Tod einer italienischen Zeitung gegenüber von dem gefährlichen Mitbringsel Feltrinellis berichtet: »Es ging darum, wenn der Angriff des Westimperialismus in Vietnam sich weiter steigerte und wir keine andere Möglichkeit mehr sahen, daß bestimmte amerikanische Schiffe, die mit Kriegsmaterial direkt nach Vietnam fuhren – daß wir sie halt auch sprengen werden. Im Hintergrund stand dabei nicht die Ideologie der Roten Armee Fraktion, sondern, wie es damals formuliert wurde: Gewalt gegen Sachen, aber nicht Gewalt gegen Personen. Um Aufklärung und Aktion durchzuführen, als symbolischen Akt, ohne dabei im geringsten Gewalt gegen Menschen anzuwenden. Ob es ein Mythos war, eine Illusion, das sei dahingestellt. Aber davon gingen wir aus.«[43] In der Tat, eine reichlich naive Vorstellung, bei einem Sprengstoffanschlag auf ein Schiff von der Möglichkeit einer Unterscheidung zwischen »Gewalt gegen Sachen« und »Gewalt gegen Personen« ausgehen zu wollen.[44] Dutschke schien zehn Jahre danach – Feltrinelli war 1972 nach einer nie geklärten Sprengstoffexplosion in der Nähe von Mailand tot aufgefunden worden – selbst nicht mehr recht daran glauben zu wollen.

Dutschkes weiterer Weg und das von ihm einge-

40 Diese Rhetorik der Kampfbereitschaft wurde auch auf dem Titelbild der Kongress-Dokumentation zum Ausdruck gebracht: Dort sind hochgereckte Arme mit Maschinenpistolen zu sehen.

41 Nach Äußerungen von Dutschkes ehemaligem Weggefährten Bernd Rabehl soll es zusammen mit Giangiacomo Feltrinelli sowohl in der Technischen Universität als auch in verschiedenen Westberliner Privatwohnungen Gespräche über den Aufbau von Partisaneneinheiten in Europa gegeben haben. Vgl. Michaela Karl, Rudi Dutschke: Revolutionär ohne Revolution, Frankfurt am Main 2003, S. 131.

42 Gretchen Dutschke, Rudi Dutschke. Wir hatten ein barbarisches, schönes Leben, Köln 1996, S. 179 f.

43 Rudi Dutschke, Interview mit Valerio Riva und Claudio Pozzoli, 1978, in: Ulrich Chaussy, Die drei Leben des Rudi Dutschke. Eine Biographie, Berlin 1993, S. 214 f.

44 So hatte Dutschke kurz vor dem Attentat noch voller Emphase in einem Fernsehinterview erklärt: »Die Rotationsmaschinen von Springer in die Luft zu jagen und dabei keine Menschen zu vernichten, das scheint mir eine emanzipierende Tat.« »Portrait Rudi Dutschke«, *Stern*-TV-Film von Wolfgang Venohr, ausgestrahlt am 19. April 1968 im NDR. Darin findet sich auch Dutschkes Bekenntnis: »Natürlich bin ich bereit, mit der Waffe in der Hand zu kämpfen.«

Scanned by CamScanner

schlagene Verhältnis zur späteren RAF ist an anderer Stelle nachgezeichnet worden.[45] Dutschke ist nach dem Attentat vom 11. April 1968 nie mehr derselbe gewesen, der er vorher war. Er hatte wegen der durch einen Kopfschuss hervorgerufenen Zerstörung seines Sprachzentrums über Jahre hinweg erst mühselig das Sprechen und Schreiben wieder lernen müssen. Zugleich war er zu einer anderen Person geworden die nicht mehr in der gleichen Weise dazu bereit war, persönliche Risiken einzugehen.

IV.

Es ist ganz unbestreitbar, dass der *Vietcong* im Zuge der 68er-Bewegung zu einem außerordentlichen Identifikationsobjekt geworden war. Mehr als jede andere Befreiungsbewegung galt der *Vietcong* zu dieser Zeit als Vorbild. Dessen Kämpfer schienen die für Guerilleros besonders geeigneten Eigenschaften auf eine geradezu exemplarische Weise zu verkörpern: Zähigkeit, Kampfmoral, List, Leidensfähigkeit, Einfalls- und Entbehrungsreichtum. Ein unscheinbar wirkender David, der seine Waffen durch den Dschungel schleppte oder auf Fahrrädern transportierte, war von einem vor Kraft strotzenden Goliath, der größten, zudem technologisch hochgerüsteten Militärmacht der Welt, unterschätzt worden.

Für die Aktivisten war der *Vietcong* so etwas wie das Urbild einer Guerilla. Das ist deshalb so überraschend, weil sich diese Identifikation weitgehend abstrakt vollzog. Es war weder das Gesicht noch der Name eines einzelnen *Vietcong*, von dem diese Beziehung hätte ausgehen können. Es war nahezu ausschließlich der *Vietcong* als Synonym für ein Kollektiv Kämpfender, der diese Faszination ausstrahlte. Dabei spielte auch der Ho-Chi-Minh-Pfad eine besonders hervorgehobene Rolle. Das Netzwerk war eine Art Lieblingsobjekt in der Phantasie vieler 68er.[46] Die Frage ist nur, wie diese Faszinationswirkung überhaupt möglich gewesen ist.

Um dies erklären zu können, bedarf es einiger psychologischer Grundannahmen. Denn es handelt sich ja nicht in einem üblichen Sinne um politische Voraussetzungen, die für den angedeuteten Prozess ausschlaggebend waren.

Es geht um Identifikations- ebenso wie um Projektionsvorgänge, die in der Bezugnahme auf den *Vietcong* eine Rolle spielen. Ganz so als würden Bilder aus dem Depot eines kollektiven Unbewussten hervorgeholt, konnte der *Vietcong* in einem Licht erscheinen, das ihm die Bedeutung eines historischen Akteurs verlieh, der letztlich für die Unbesiegbarkeit eines über Jahrzehnte hinweg unterdrückten Volkes stand. Im Kern dürfte es deshalb um den Mythos des eigenen Volkes gegangen sein. Zugleich ging es jedoch auch um den Mythos des bewaffneten Kampfes. Nur mit Waffengewalt, so wurde unterstellt, könne sich ein Volk eines fremden Eindringlings erwehren.

Hilfreich für derartige Erklärungsversuche ist es, sich die Suggestivität von Bildern, genauer von Presseaufnahmen, zu vergegenwärtigen.[47] Schnappschüsse dienten dazu, den Mangel an Konkretion zu kompensieren. Das Phantom vom allgegenwärtigen, sich in der Bevölkerung wie ein Fisch im Wasser bewegenden und immer kampfbereiten *Vietcong* bekam ein Gesicht. Insbesondere drei Aufnahmen waren es, die seinerzeit die Gemüter bewegt und die Emotionen angeheizt haben:

Erstens: Die Aufnahme eines toten *Vietcong*, den ein US-Panzer im Jahr 1966 durch den vietname-

45 Vgl. Wolfgang Kraushaar, Rudi Dutschke und der bewaffnete Kampf, in: ders. / Jan Philipp Reemtsma / Karin Wieland, Rudi Dutschke Andreas Baader und die RAF, Hamburg 2005, S. 13–50; in erweiterter Form in Bd. 1, S. 218–247; Karl, Rudi Dutschke: Revolutionär ohne Revolution, S. 429–439.

46 Ein Beispiel dafür war die in der Belegschaft des Rowohlt Verlags gepflegte Privatsprache. Der Weg, der auf dem Reinbeker Verlagsgelände vom Hauptgebäude zur Lektoratsvilla führte, hieß seit 1967/68 unter den Mitarbeitern – mit einem Schuss Selbstironie – zumeist »Ho-Chi-Minh-Pfad«.

47 In der Regel waren dies Aufnahmen von westlichen Fotografen und Bildreportern. Es gab jedoch auch Ausnahmen. Eine eindrucksvolle Dokumentation mit Bildern, die von Fotografen, die auf der Seite der FNL standen, gemacht worden waren, ist erst vor wenigen Jahren erschienen: Tim Page, Ein anderes Vietnam. Zu den hohen Risiken und auch außergewöhnlich hohen technischen Schwierigkeiten, denen Fotografen ausgesetzt waren, vgl. insbesondere S. 48–50.

sischen Dschungel schleift. Der japanische Fotograf Sawada erhielt dafür den ersten Preis auf der 10. Welt-Pressefoto-Ausstellung in Den Haag. (Eine ganz ähnliche Aufnahme, allerdings unter umgekehrten politischen Vorzeichen – der Leichnam eines verstümmelten US-Soldaten wurde vor laufenden Fernsehkameras von der Bevölkerung durch die Straßen Mogadischus gezogen –, brachte die USA 1992 dazu, sich umgehend aus Somalia zurückzuziehen. Eine derartig widerwärtige Szene galt in der US-Öffentlichkeit als so unerträglich, dass die Regierung Clinton bei einer Wiederholung vermutlich Schwierigkeiten bekommen hätte.)

Zweitens: Die Aufnahme von der Erschießung eines wehrlosen *Vietcong*-Verdächtigen am 1. Februar 1968 durch den Saigoner Polizeichef. Der Fotograf Eddie Adams, der die Bildersequenz aufgenommen hatte, erklärte später, dass Nguyen Van Ngoc Loan deshalb Lynchjustiz betrieben habe, weil der von ihm Erschossene kurz zuvor einen Polizeimajor und dessen Familie erstochen habe.[48] Der seinerzeit prominente Aktionskünstler Wolf Vostell hat die Szene zum Anlass genommen, um eine Bildcollage mit dem provokativen Titel »Miss America« anzufertigen.[49]

Drittens: Die Aufnahme von der Gefangennahme eines US-Piloten im Jahre 1967, auf der zu sehen ist, wie eine ebenso kleine wie zierliche Milizionärin einen baumlangen Mann mit nach unten hängendem Kopf abführt. Die Körpersprache des sich offenbar widerstandslos seinem Schicksal ergebenden Mannes erinnert stark an den Eindruck, den Marinus van der Lubbe geweckt hat, als er 1933 von den Nationalsozialisten wegen des Reichstagsbrandes in Leipzig vor Gericht gestellt wurde. Die Aufnahme der Agentur Viet-Nam Pictorial diente Jahre später als Bildmotiv für eine Briefmarke der vietnamesischen Post.[50]

Das erste und das zweite Bild stehen für den *Vietcong* als Opfer, das gedemütigt, dessen Leichnam geschändet und in obszöner Weise als Trophäe zur Schau gestellt wird oder aber in seiner Existenz grundsätzlich bedroht ist und vor den Augen der Weltöffentlichkeit in ebenso umstands- wie schamloser Weise auf offener Straße, mitten in der Hauptstadt, umgebracht werden kann. Das dritte Bild steht für den *Vietcong* als David, der in der Lage ist, den schier übermächtigen Goliath, abstrakt den Imperialismus, konkret die USA, zu besiegen. Für diesen Eindruck war unerheblich, dass es sich bei der uniformierten Milizionärin in Wirklichkeit um eine Nordvietnamesin und nicht um eine *Vietcong*-Kämpferin handelte. Die Gegebenheiten, auf denen Mythen aufbauen, müssen nicht stimmen, Hauptsache, der Mythos selbst ist stimmig.

Dazu gehört auch, dass es sich beim Bild vom *Vietcong* um eine hochgradige Idealisierung handelte. Faktoren, die die Vorstellung vom heroischen und gerechten Volkskampf hätten stören können, wurden einfach ausgeblendet. Über Gräueltaten der *Vietcong* wurde im SDS selbst dann nicht diskutiert, wenn davon Deutsche betroffen waren.

Als im April 1968 die Leichen von vier seit Beginn der Tet-Offensive vermissten Bundesbürgern – drei Ärzten und einer Frau, die humanitäre Hilfe leisten wollten – in einem nahe der alten vietnamesischen Kaiserstadt Huê entfernten Massengrab aufgefunden wurden, löste das zwar in der bundesdeutschen Presse Bestürzung aus, nicht aber unter den Anhängern der Neuen Linken. Die Mediziner Alois Alteköster, Raimund Discher und Horst-Günther Krainick kamen von der Universität Freiburg und leisteten im Rahmen eines Wiederaufbauprogramms der Bundesregierung humanitäre Hilfe. Sie hatten den Auftrag, beim Aufbau der Medizinischen Fakultät an der Universität von Huê behilflich zu sein. Bei der Besetzung der Stadt durch nordvietnamesische Truppen und

48 Bei dem Erschossenen handelte es sich um den 34-jährigen *Vietcong* Nguyen Van Lem (Kampfname »Bay Lop«). Die Aufnahme wurde zum Pressefoto des Jahres 1968 gewählt. Associated-Press-Fotograf Eddie Adams erhielt im Jahr darauf den Pulitzer-Preis. Später erklärte er, dass das Bild falsch interpretiert worden sei und in diesem Moment jeder den Abzug gezogen hätte. Als nordvietnamesische Truppen am 30. April 1975 in Saigon einmarschierten, flüchtete Nguyen Van Ngoc Loan in die USA. Alle Versuche, ihn wegen seiner Bluttat in den USA anzuklagen, schlugen fehl. Zur Begründung hieß es, dass er für eine Tat, welche er in Südvietnam begangen habe, nicht vor ein amerikanisches Gericht gestellt werden könne. Loan starb 1998 an Krebs.

49 Das Bild ist zu sehen im Museum Ludwig in Köln.

50 Vgl. Page, Ein anderes Vietnam, S. 50.

Scanned by CamScanner

den *Vietcong* waren sie geblieben, um Verletzten zu helfen. Zeugen wollen beobachtet haben, wie sie von *Vietcong*kämpfern verhaftet und abgeführt worden waren.

Nur wenige Wochen später wurde die Nachricht von einem anderen Verbrechen verbreitet. Bei einem Überfall von Einheiten des *Vietcong* war im Mai 1968 in Saigon der 36-jährige bundesdeutsche Diplomat Hasso Freiherr Ruedt von Collenberg zusammen mit vier Journalisten aus England und Australien erschossen worden. Auch das Schicksal dieses Mannes, der während der Tet-Offensive als Geschäftsträger die Interessen der Bundesrepublik wahrgenommen hatte, wurde im SDS nicht thematisiert.

V.

Wer von einem Mythos spricht, der stand bis vor nicht allzu langer Zeit schnell unter Verdacht, gegenaufklärerische Ziele zu verfolgen. Denn Mythen waren in der Vergangenheit zumeist das Metier konservativer, reaktionärer oder – man denke nur an Alfred Rosenbergs »Der Mythus des 20. Jahrhunderts«,[51] des nach Hitlers »Mein Kampf« einflussreichsten Buches für die NS-Ideologie – faschistischer Strömungen.

Seit der Durchsetzung jenes Denkstils, der als Postmoderne bezeichnet wird, hat sich das ganz offensichtlich geändert. Der Mythos scheint seitdem ubiquitär zu sein. Die Theoretiker der Postmoderne haben Gefallen daran gefunden, etwa den Mythos der Moderne, den Mythos der Stadt, den Mythos der Mode, den Mythos von was auch immer zu diagnostizieren, um dessen jeweilige Phänomenologie zum Ausgangspunkt ihrer nicht selten mit stilistischer Virtuosität gepflegten Diskurse zu machen.[52] Es ist insofern nicht verwunderlich, dass der Gebrauch des Mythos-Begriffs immer inflationärere Formen angenommen hat. Von daher sind gewiss Bedenken gegen seine zu eilfertige Verwendung angebracht. Und dem von Albert Horstmann erhobenen Einwand, dass der Terminus »zum Unbestimmtesten« gehöre, »was in der philosophischen Terminologie je Verwendung gefunden hat«,[53] ist durchaus zuzustimmen.

Gleichwohl hat sich gezeigt, dass die politische Analyse ohne die Verwendung des Mythos-Begriffs kaum auskommt.[54] Dies ist insbesondere dort der Fall, wo es in der Vergangenheit um die Erklärung der Wirkmächtigkeit von ebenso irrationalen wie demokratiefeindlichen Phänomenen wie dem Siegfried-, dem Nibelungen- oder dem Reichsmythos in der deutschen Geschichte gegangen ist.[55] Dessen Gebrauch scheint jedenfalls dann geboten zu sein, wenn es an eindimensional rationalistisch einsetzenden Argumentationsfiguren hapert, um ein politisches Phänomen zu erklären.

Das trifft auch auf die Aufgabe zu, etwa die Entstehung der Ikone Che Guevara, die Rolle des *Vietcong* für die Protestbewegungen oder aber die Bildung von Guerillagruppen in hochindustrialisierten Staaten mit demokratischer Verfassung aufhellen zu wollen. All dies ist unter der Vorgabe, es handle sich um die Wahl zwischen verschiedenen rationalen Handlungsoptionen, wohl kaum zu klären. Daher rührt vermutlich auch die spezifische Schwierigkeit, einem Außenstehenden oder einem Nachgeborenen eine plausible Antwort auf die Frage zu geben, was sich die Befürworter des bewaffneten Kampfes »dabei eigentlich gedacht« hätten. Jeder Versuch, dem mit strikt rationalen Argumenten beikommen zu wollen, ist zum Scheitern verurteilt, solange er die Möglichkeit einer mythologischen Besetzung des Politischen völlig außer Acht lässt.

Es ist naheliegend, dass es in keiner wissenschaftlichen Disziplin eine allgemein akzeptierte Definiti-

51 Alfred Rosenberg, Der Mythus des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit, München 1930.

52 »Im Zeitalter der Postmoderne lockt der Mythos erneut als Bindemittel einer heillos zersplitterten Gegenwart.« Peter Kemper, Vorwort zu: ders. (Hg.), Macht des Mythos – Ohnmacht der Vernunft?, Frankfurt am Main 1989, S. 7.

53 Albert Horstmann, Der Mythosbegriff vom frühen Christentum bis zur frühen Gegenwart, in: *Archiv für Begriffsgeschichte*, Bd. 23, 1979, S. 30.

54 Vgl. etwa Andreas Dörner, Politischer Mythos und symbolische Politik. Der Hermannmythos: Zur Entstehung des Nationalbewußtseins der Deutschen, Reinbek 1996.

55 Vgl. etwa Herfried Münkler / Wolfgang Storch, Siegfrieden. Politik mit einem deutschen Mythos, West-Berlin 1988.

on des Mythosbegriffs geben kann. Denn der Mythos selbst ist ja das strikte Gegenteil eines rational bestimmbaren Begriffes. Er entzieht sich dem analytischen Denken. Die von dem Literaturwissenschaftler Karl Heinz Bohrer bereits vor 20 Jahren aufgeworfene Frage lautet immer noch: »Ist ›Mythos‹ überhaupt noch theoretisch begründbar?«[56] Eine gültige Antwort scheint heute ebenso wenig möglich wie damals. Gleichwohl erscheint es aus heuristischen Gründen empfehlenswert, sich mit dem Versuch einer Definition zu beschäftigen, die nicht spezifisch mit politischen Phänomenen zu tun hat. Er stammt von dem Religionswissenschaftler Mircea Eliade. »Der Mythos«, schreibt er, »erzählt eine heilige Geschichte; er berichtet von einem Ereignis, das in der primordialen Zeit, der märchenhaften Zeit der ›Anfänge‹ stattgefunden hat [...] Der Mythos spricht nur von dem, was wirklich geschehen ist, von dem, was sich voll und ganz manifestiert hat. Die Personen des Mythos sind übernatürliche Wesen [...] Kurz, die Mythen beschreiben die verschiedenen und zuweilen dramatischen Einbrüche des Heiligen (oder des ›Übernatürlichen‹) in die Welt. Und dieser Einbruch des Heiligen gründet wirklich die Welt und macht sie so, wie sie heute ist.«[57] Der Mythos ist der Einbruch des Heiligen in die Welt, übernatürlich und wirklich zugleich; er erzählt eine heilige Geschichte aus »primordialer«, also ursprünglicher Zeit, die in der Gegenwart nichts von ihrer Bedeutung verloren hat.

VI.

Worin bestand nun aber der Mythos *Vietcong*? Im Grunde bedeutete er nichts anderes als die Vorstellung, dass ein Volk, das nicht nur bereit ist, sich zu bewaffnen, sondern auch entschlossen, jeden Eindringling aus dem eigenen Land hinauszudrängen, unbesiegbar sein müsse. Kaum jemand hat das so anschaulich formuliert wie General Van Tien Dung, der Chef des Generalstabes der nordvietnamesischen Volksarmee. Bereits 1967 urteilte er überaus siegesgewiss: »Unter den Bedingungen der heutigen Welt ist ein kleines Volk, das entschlossen ist, sich zu erheben, ganz geeint ist, keinerlei Opfer fürchtet, eine richtige politische und militärische Linie besitzt, weiß, wie man den Volkskrieg führt und breite internationale Unterstützung gewinnt, durchaus in der Lage, den Feind Nummer Eins der Menschheit zu besiegen – den US-Imperialismus –, der über das größte ökonomische und militärische Potential in der kapitalistischen Welt verfügt.«[58] Der Glaube an die Unbesiegbarkeit war verknüpft mit der Vorstellung, dass es sich hier um einen antiimperialistischen Modellfall handle, ein Vorbild für all jene Organisationen, die sich ebenfalls als Befreiungsbewegungen verstanden.

Im Grunde war der Mythos der Guerilla dem Volksmythos entlehnt. In seinem Kern besagte er, dass das eigene Volk, sofern es sich auf seine eigene Wehrfähigkeit besinne, unsterblich sei. Dieser Mythos war in den 1950er Jahren bereits von den *Vietminh* begründet worden, die als Vorläufer des *Vietcong* im Mai 1954 die französische Kolonialmacht vernichtend geschlagen hatten und im Dezember 1960 maßgeblich an der Gründung der FNL beteiligt waren.

Den von den *Vietminh* begründeten und vom *Vietcong* erneuerten Mythos von der Unbesiegbarkeit des kämpfenden Volkes hat kaum jemand euphemistischer auf den Punkt zu bringen vermocht als der RAF-Mitbegründer Horst Mahler. Als er 1972 wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung und Rädelsführerschaft bei drei Banküberfällen in West-Berlin vor Gericht stand, erklärte er voller Pathos: »Das vietnamesische Volk hat in seinem fast dreißigjährigen Kampf gegen die imperialistischen Großmächte Japan, Frankreich und USA der Welt ein bewundernswürdiges Beispiel an Mut, Entschlossenheit, Ausdauer und revolutionärer Phantasie gegeben, das für die künftige Entwicklung des Volkskrieges bestimmend ist. Der unbeugsame revolutionäre Geist dieses kleinen und armen Bauernvolkes, dem kein marxisti-

56 Karl Heinz Bohrer, Mythos und Moderne, Frankfurt am Main 1983, S. 10.

57 Mircea Eliade, Mythos und Wirklichkeit, Frankfurt am Main 1988, S. 15 f.

58 General Van Tien Dung, South Vietnam. U.S. defeat inevitable, Hanoi 1967, S. 41, zit. n. Werner Hahlweg, Guerilla, S. 192.

Scanned by CamScanner

scher Theoretiker den Sieg über die imperialistische Supermacht USA an der Wiege gesungen hat, weckt und mobilisiert die revolutionären Kräfte und Hoffnungen in allen fünf Erdteilen. Kein Tag vergeht ohne neue Siegesmeldungen.«[59] In dieser Aussage, die ebenso gut von Dutschke oder Krahl, von Baader oder Ensslin hätte stammen können, kam ein entscheidender Aspekt des Credos zum Ausdruck, von dem sich die aktivsten Kader der 68er-Bewegung ebenso wie die Kommandogruppen der späteren RAF getragen fühlten.

Sie begriffen sich als Teil eines weltweiten Kampfes gegen den US-Imperialismus, eines Kampfes, der in Vietnam zwar zwischenzeitlich Erfolge gezeitigt hatte, dessen langfristiger Erfolg jedoch davon abhängig zu sein schien, ob es gelang, in den Metropolen[60] selber eine zusätzliche Front aufzubauen. Und indem sie diesen als »antiimperialistisch« aufgefassten Kampf eröffneten, glaubten sie zugleich Teil eines internationalen Mythos-Zusammenhanges zu sein, eines Zusammenhanges, der in der maoistischen Parole »Sieg im Volkskrieg!« seinen wohl knappsten Ausdruck fand.

Die Dimension einer als ursprünglich angesetzten Beziehung zum Volk lässt sich auch aus der geschilderten Plakataktion herauslesen. Die von Dutschke und seinen Mitkämpfern verwendete Parole »Amis raus aus Vietnam« war höchst ambivalent. Denn sie knüpfte an das aus der deutschen Nachkriegszeit nur zu gut bekannte »Ami go home« an und konnte, indem sie an latent vorhandene Stimmungen vom Vorrang des eigenen Volkes appellierte, zugleich als Versuch verstanden werden, die Besatzungsmacht USA endlich aus Deutschland zu vertreiben. Es spricht insofern manches dafür, dass der Protest gegen den Vietnamkrieg auch durch nationale Motive grundiert war.

Auffällig ist überdies, dass es eine geopolitische Parallele zwischen Deutschland und Vietnam gab. Beides waren geteilte Länder, durch die die Grenze des Systemkonflikts zwischen Kapitalismus und Kommunismus verlief. Sich auf Probleme Vietnams zu beziehen, konnte deshalb immer auch einen Rückspiegelungseffekt erzeugen, der Bilder vom Zustand des eigenen Landes evozierte. Die USA als aggressive Militärmacht ins Visier zu nehmen, die im Zweifel auch bereit war, wie im März 1968 in My Lai geschehen, gegen wehrlose Zivilisten, gegen Frauen und Kinder, vorzugehen, konnte auch bedeuten, der Sieger- und Besatzungsmacht so etwas wie eine Maske vom freiheitlich-demokratischen Gesicht zu reißen. In dieser Ambiguität bewegten sich jedenfalls nicht wenige der von der Antikriegsbewegung in der Bundesrepublik getragenen Protest-, Widerstands- und letztlich auch Terroraktionen.

Manches spricht dafür, dass es den RAF-Terrorismus nicht ohne den Vietnamkrieg gegeben hätte. Es hatte bereits mit Baader, Ensslin und den beiden anderen Warenhausbrandstiftern begonnen, die mit ihrem Anschlag auf zwei Kaufhäuser in der Frankfurter Haupteinkaufsstraße im April 1968 ein Fanal gegen den »Konsumterror« hatten setzen wollen. Als sie sich ein halbes Jahr später vor Gericht für ihre Anschläge zu verantworten hatten, erklärte Gudrun Ensslin einem Reporter gegenüber: »Wir haben es aus Protest gegen die Gleichgültigkeit gegenüber dem Krieg in Vietnam gemacht.«[61] Und als die Kerngruppe der RAF im Frühjahr 1972 ihre sogenannte »Mai-Offensive« eröffnete, wurden die tödlichen Bomben in die beiden Hauptquartiere der US-Armee in Frank-

59 »Die RAF lebt! – Der Kampf geht weiter!« Wie Horst Mahler die Gewaltaktionen der Baader-Meinhof-Gruppe zu rechtfertigen versucht, *Frankfurter Rundschau* vom 16. Oktober 1972. Die Ansprache enthielt im Übrigen eine Lobhudelei des palästinensischen Mordanschlags auf die israelische Mannschaft während der Olympiade in München. Mahler bezeichnete die Kommandoaktion als »vollendeten Ausdruck« der »richtigen strategischen Linie« – mit dem kleinen Fehler, dass man den damaligen Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher nicht als Geisel genommen habe. Der kaum verdeckte Antisemitismus, von dem jener Mann, der die Anschläge des 11. September gefeiert hat und heute offen ein Verbot sämtlicher Jüdischer Gemeinden fordert, bereits damals beherrscht war, ist niemandem aufgefallen. Jedenfalls wurde nichts Derartiges in der Öffentlichkeit registriert.

60 Zum Begriff der Metropole allgemein: Gerwin Zohlen, Metropole als Metapher. Ein Pastiche, in: Gotthard Fuchs / Bernhard Moltmann / Walter Prigge (Hg.), Mythos Metropole, Frankfurt am Main 1995, S. 23–34.

61 Zit. n. Stefan Aust, Der Baader Meinhof Komplex, Hamburg 1985, S. 69.

furt und Heidelberg platziert. Am Ende der Erklärung des »Kommandos Petra Schelm«, des Begründungsversuchs für den ersten der beiden Anschläge, hieß es: »Wir fordern den sofortigen Abbruch der Bomben-Blockade gegen Nordvietnam. Wir fordern die sofortige Einstellung der Bombenangriffe auf Nordvietnam. Wir fordern den Abzug aller amerikanischen Truppen aus Indochina. Für den Sieg des Vietcong! Die revolutionäre Guerilla aufbauen! Habt Mut zu kämpfen – habt Mut zu siegen! Schafft zwei, drei viele Vietnam!«[62] Die mit den Anschlägen verfolgte Absicht war ganz unmissverständlich.

Die RAF setzte Bomben gegen Bomben ein, Bomben, die zwar Tausende von Kilometern entfernt fielen, aber ein Land, ein Volk und eine Guerillaorganisation trafen, mit denen sie sich verbunden fühlte. Damit wollte sie einen unmittelbar militärischen Beitrag zum Kampf gegen jene Militärmacht leisten, die in Vietnam in der Rolle des Aggressors auftrat und die seit Ende des Zweiten Weltkriegs auch im eigenen Land präsent war. Und die sie bekämpfenden Akteure wurden über den halben Globus hinweg miteinander verklammert. Während die eine Guerilla, die bereits 1954 die französische Kolonialmacht geschlagen hatte, seit der Tet-Offensive zum offenen Aufstand übergegangen war, sollte die andere überhaupt erst aufgebaut werden. Der Kampf des *Vietcong* und der der RAF sollten als konstitutiver Zusammenhang eines weltumspannenden Netzes antiimperialistischer Befreiungsbewegungen verstanden werden. Schließlich ging es der RAF darum, den Krieg zu importieren – von der Peripherie in die Metropolen, von der Dritten in die Erste Welt. Die Geschichte der RAF kann insofern auch als ein Versuch verstanden werden, an dem durch den Kampf der *Vietcong* begründeten Mythos partizipieren zu wollen, der in seinem Inneren den Mythos von der Unbesiegbarkeit des eigenen Volkes versteckt hielt.

62 ID-Verlag (Hg.), Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, Berlin 1997, S. 145.

Scanned by CamScanner

Ingo Juchler

Die *Weathermen*

Die Geschichte der *Weathermen* gründet in der amerikanischen Studentenbewegung, die Organisation war selbst Teil der studentischen Protestbewegung, und ihre späteren Protagonisten prägten die Entwicklung derselben in entscheidendem Maße. Bereits zu Beginn der 1960er Jahre hatte sich eine intensive Zusammenarbeit zwischen den beiden wichtigsten Studentenorganisationen, den *Students for a Democratic Society* (SDS) sowie dem *Student Nonviolent Coordinating Committee* (SNCC), im Kontext der Auseinandersetzungen um die Segregation im Süden der Vereinigten Staaten entwickelt. Während der SDS an den Universitäten und Colleges im Norden *civil rights clubs* sowie lokale Sit-ins und Fahrten in den Süden organisierte, lagen die Schwerpunkte des afroamerikanischen Studentenverbandes SNCC bei der Organisation und Durchführung von Sit-ins und Demonstrationen gegen die Rassentrennung im Süden der USA. Das Resultat dieser Kooperation wird vom Chronisten des SDS, Kirkpatrick Sale, wie folgt beschrieben: »Das Aktionsbündnis zwischen Schwarzen aus dem Süden und jungen Weißen aus dem Norden, basierend auf einem Prinzip, das sowohl moralisch rein, als auch politisch schlagkräftig war, verlieh der Studentenbewegung eine Kraft, die sie niemals zuvor erfahren hatte.«[1]

Für die weitere politische Orientierung des SNCC wurden die antikolonialen Befreiungsbewegungen in Afrika zusehends relevant. Auf Vermittlung von Harry Belafonte nahm eine SNCC-Delegation im Herbst 1964 die Einladung der Regierung Guineas zu einem Besuch des afrikanischen Landes an, in dessen Folge weitere afrikanische Staaten von SNCC-Aktivisten besucht wurden.[2] Die Afrikareise der SNCC-Aktivisten trug innerhalb des Studentenverbandes wesentlich zu einer wachsenden internationalen Sichtweise hinsichtlich des eigenen Kampfes gegen Segregation und Rassismus in den Vereinigten Staaten bei – eine Perspektive, welche ihre Kommilitonen im SDS ihrerseits zu Beginn der 1960er Jahre ebenso gewannen, insbesondere durch die affirmative Wahrnehmung der kubanischen Revolution.[3] Zwar sollte von August 1964 an der Vietnamkrieg die weitere Entwicklung der amerikanischen Studentenbewegung entscheidend beeinflussen, die Verbundenheit von SDS und SNCC blieb jedoch auch über die folgenden Jahre bestehen und prägte die politisch-ideologische Ausrichtung der *Weathermen* maßgeblich.

1 Kirkpatrick Sale, SDS, New York 1974, S. 23.

2 Vgl. John Lewis / Donald Harris, The Trip, in: Clayborne Carson u. a. (Hg.), The Eyes on the Prize. Civil Rights Reader, 1954–1990, New York 1991, S. 195–200.

3 Vgl. Ingo Juchler, Die Studentenbewegungen in den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland der sechziger Jahre. Eine Untersuchung hinsichtlich ihrer Beeinflussung durch Befreiungsbewegungen und -theorien aus der Dritten Welt, Berlin 1996, S. 38 ff.

Vietnam: The Other Side

Der angebliche Zusammenstoß des US-Zerstörers »Maddox« mit zwei nordvietnamesischen Patrouillenbooten im Golf von Tonking am 2. August 1964 sowie die sich daran anschließenden Angriffe der US-Luftwaffe gegen Ziele in Nordvietnam bildeten den Auftakt zur Eskalation des Vietnamkonfliktes.[4] Erste Protestaktionen gegen den Vietnamkrieg gingen vom SDS aus, der im Herbst des Jahres dazu aufrief, informelle Diskussionsgruppen zu bilden und eine kraftvolle »community of protest« (Protestgemeinschaft) gegen das verstärkte militärische Engagement der USA in Vietnam zu schaffen.[5] Mit dem »March on Washington« organisierte der SDS im April 1965 die erste große Manifestation gegen den von den Vereinigten Staaten in Vietnam geführten Krieg. Der Marsch sollte den Auftakt für eine Protestbewegung bilden, die an dem letztlichen Rückzug der Amerikaner aus Vietnam und damit an der Beendigung des Krieges einen maßgeblichen Anteil hatte.[6] Der SDS-Vorsitzende Paul Potter stellte in seiner Rede einen Zusammenhang zwischen den militärischen Aktivitäten der Regierung Johnson in Vietnam und Armut und Rassismus in den Vereinigten Staaten her und schloss mit einer internationalistischen Perspektive: »Denn auf eigenartige Weise vereint die Menschen in Vietnam und die Menschen bei dieser Demonstration viel mehr als das gemeinsame Interesse daran, dass der Krieg beendet wird. In beiden Ländern gibt es Menschen, die dafür kämpfen eine Bewegung aufzubauen, die mächtig genug ist, um ihre Lage zu verändern. Das System, das diese Bewegungen frustriert, ist dasselbe. Unsere Leben, unsere Schicksale, unsere Hoffnung auf Leben hängen von unserer Fähigkeit ab, das System zu überwinden.«[7] Der von Paul Potter hergestellte Nexus zwischen dem Krieg in Vietnam und dem Kampf gegen Rassismus in den Vereinigten Staaten sollte auch im Verlauf der weiteren Entwicklung der amerikanischen Studentenbewegung respektive der *Weathermen* von entscheidender Bedeutung sein.

Die intensive Auseinandersetzung des SDS mit dem Krieg in Indochina wurde auch augenfällig durch die Reise des ehemaligen Verbandspräsidenten Tom Hayden mit dem Historiker Staughton Lynd nach Hanoi im Dezember 1965. In ihrem Bericht über diese Reise stellten Hayden und Lynd abermals den Zusammenhang zwischen ihrem Engagement in den Vereinigten Staaten gegen Rassismus und für soziale Gerechtigkeit und der Opposition gegen den Krieg in Vietnam her. Darüber hinaus zielten sie in ihrem Bericht insbesondere darauf ab, die Sichtweise Nordvietnams sowie der *Front National de Libération* (FNL) bezüglich des amerikanischen Militärengagements in Südvietnam einer amerikanischen Leserschaft transparent zu machen. Für ihre eigenen politischen Aktivitäten in den USA nahmen Hayden und Lynd deshalb einen Schulterschluss mit der »anderen Seite« vor und stellten damit eine Allianz her, die für die weitere Entwicklung der Studentenbewegung und insbesondere für die *Weathermen* richtungweisend wurde: »Wir sind Teil derselben großen Familie auf der Erde, wie jene Kubaner, Ghanaer und Vietnamesen, die versuchen, unabhängig von den großen Mächten ihren Weg zu gehen; versuchen die Verantwortung für Entscheidungen zu erlangen, die andere ihnen entrissen haben; versuchen, die gestohlenen natürlichen Ressourcen, das Farmland, die Schulen und vor allem die Arbeitskräfte zurückzunehmen, die so lange von anderen genutzt wurden. [...] In den Nachbarschaften, in denen wir leben und arbeiten, müssen wir herausfinden, wie wir internationale Menschen werden.«[8]

4 Vgl. Stanley Karnow, Vietnam: A History, New York 1991, S. 382 ff.

5 Vgl. SDS, Toward an Effective Program on Campus, in: PREP Newsletter, Herbst 1964, S. 2 f.; State Historical Society of Wisconsin, Madison, *Students for a Democratic Society Papers*, 1958–1970, Serie 4A, Nr. 15, künftig zitiert als *SDS papers*.

6 Vgl. Tom Wells, The War Within: America's Battle over Vietnam, Berkeley / Los Angeles / London 1994, S. 254 ff. und S. 579 ff.

7 Paul Potter, Speech to the April 17, 1965, March on Washington, in: Judith C. Albert / Stewart E. Albert (Hg.), The Sixties Papers: Documents of a Rebellious Decade, New York 1984, S. 222 ff.

8 Staughton Lynd / Thomas Hayden, The Other Side, New York 1967, S. 203 f. Vgl. hierzu auch Tom Hayden, Report from the North, im neu geschaffenen SDS-Organ *New Left Notes* vom 21. Januar 1966, S. 1 und S. 3.

Scanned by CamScanner

Die von Tom Hayden in Hanoi geknüpften Kontakte zu nordvietnamesischen Regierungs- und FNL-Vertretern sollten in den kommenden Jahren zu einem regen politischen Austausch zwischen der Studentenbewegung und der »anderen Seite« führen. Angesichts der stetigen Steigerung des amerikanischen Militärengagements in Vietnam geriet der Protest von SDS und SNCC gegen den Krieg in Indochina in der Folgezeit zum Fokus ihrer Aktivitäten. Hierzu gehörte im Jahre 1966 das Engagement des SDS gegen die nun verstärkte Truppenrekrutierung für den Vietnamkrieg, welche die Studenten zusehends auch selbst betraf. Seit der Eskalation des Krieges im Frühjahr 1965 war die Zahl der in Vietnam kämpfenden amerikanischen Truppen – trotz optimistischer Berichte der US-Regierung über den Fortgang der Kämpfe – kontinuierlich gestiegen. Ende des Jahres 1966 waren dort bereits 385 300 amerikanische Soldaten im Einsatz, monatlich wurden etwa 40 000 Einberufungsbefehle ausgegeben, und die Zahl der gefallenen US-Soldaten belief sich zu Beginn des Jahres 1967 auf 6000.[9] Vor diesem Hintergrund wurde auf dem National-Council-Treffen des SDS in Berkeley Ende Dezember 1966 eine Anti-Draft-Resolution verabschiedet, welche sowohl für die weitere Ausrichtung des Studentenverbandes wie auch für die nationale Anti-Vietnamkriegsopposition politisch richtungweisend werden sollte. Der SDS erklärte darin, dass der Krieg der US-Regierung gegen das vietnamesische Volk, welches sich im Kampf um seine Selbstbestimmung befinde, unmoralisch und illegal sei sowie die Form eines Genozids angenommen habe. Die Einberufung von Soldaten sei eng mit den Erfordernissen des ökonomischen Systems wie auch der Außenpolitik der USA verknüpft. Der SDS ermutigte deshalb alle jungen Männer dazu, sich der Einberufung zu widersetzen und wollte künftig innerhalb der Streitkräfte Widerstand gegen die US-Außenpolitik organisieren.[10] Darüber hinaus war der Aufruf zur Wehrdienstverweigerung jedoch vor allem aufgrund der darin zum Ausdruck gebrachten Haltung des Studentenverbandes bedeutsam: Der SDS, so National Secretary Greg Calvert, habe sich nun vom »Protest« hin zum »Widerstand« gewandt.[11]

From Protest to Resistance

Bildete die stetige Eskalation des Vietnamkrieges den äußeren Anstoß für die politische Radikalisierung des SDS, so stellten die Schriften von Frantz Fanon, Ernesto Che Guevara und Herbert Marcuse das ideologische Rüstzeug für eine zunehmend rigorose Weltsicht der Studenten dar – Guevaras »Guerrilla Warfare« war neben Marcuses »One-Dimensional Man« im Jahre 1967 die am meisten rezipierte politische Lektüre des SDS, Guevaras Schrift über den Guerillakrieg geriet nachgerade zur »movement bible«.[12] Die Orientierung des SDS an Guerillabewegungen in der Dritten Welt wurde überdies durch die anhaltende Verbundenheit mit dem afroamerikanischen Studentenverband SNCC verstärkt. Stokely Carmichael, der als Vorsitzender des SNCC im Sommer 1966 die Forderung nach *Black Power* aufgestellt und damit den Slogan für eine landesweit einflussreiche afroamerikanische Bewegung geliefert hatte,[13] war im August 1967 als Vertreter der *Black Power*-Bewegung zur Konferenz der lateinamerikanischen Solidaritätsorganisation OLAS in Havanna eingeladen worden.[14] Carmichael hatte einen direkten Bezug zwischen den Aufständen in den afroamerikanischen Ghettos in Newark und anderswo und dem Kampf lateinameri-

9 Vgl. Gabriel Kolko, Vietnam: Anatomy of a War, 1940–1975, New York 1986, S. 609.

10 SDS, Anti-Draft Resolution, in: *New Left Notes* vom 13. Januar 1967, S. 1.

11 Greg Calvert, From Protest to Resistance, in: *New Left Notes* vom 13. Januar 1967, S. 1.

12 Vgl. Edward J. Bacciocco, The New Left in America: Reform to Revolution, 1956–1970, Stanford 1974, S. 186; Allen J. Matusow, The Unraveling of America: A History of Liberalism in the 1960s, New York 1986, S. 326.

13 Vgl. Stokely Carmichael, What We Want, in: *The New York Review of Books* vom 22. September 1966, S. 5–8.

14 Vgl. Ingo Juchler, Trikontinentale und Studentenbewegung. Antiimperialismus als Schibboleth, Band 1, S. 205–217.

kanischer Guerillagruppen hergestellt und apodiktisch erklärt, Guevara stünde den amerikanischen Schwarzen näher als jede andere Person: »In Newark wenden wir die Taktik des Guerillakriegs an. Wir bereiten Stadtguerillagruppen auf unsere Verteidigung in den Städten vor. Dieser Kampf wird kein bloßes Straßentreffen sein. Es wird ein Kampf um Leben und Tod sein.«[15] Dieser Auftritt Carmichaels an der Seite Fidel Castros und lateinamerikanischer Guerillaführer und die dort von ihm verkündete Allianz der Afroamerikaner in den Vereinigten Staaten mit den Guerillakämpfern in Lateinamerika wurde in den insbesondere von Studenten rezipierten Zeitschriften *The Movement* und *National Guardian* breit und in affirmativem Duktus dargestellt.[16]

Im Oktober 1967 führte der Vietnamkrieg in den Vereinigten Staaten zu den bis dahin größten Protestaktionen. In Kalifornien, wo es bereits seit mehreren Jahren eine Tradition des gewaltfreien zivilen Ungehorsams gab, kam es zu den ersten größeren militanten Auseinandersetzungen zwischen Vietnamkriegsgegnern und Polizei.[17] Der Tod Guevaras in Bolivien am 9. Oktober 1967 bei dem Versuch, seine Guerillatheorie in die Praxis umzusetzen, wirkte sich für Teile der amerikanischen Studentenbewegung als ein zusätzlich radikalisierender Faktor aus. Guevara wurde dadurch zu »a kind of secular saint in the Western world«[18] – er wurde zum Märtyrer der linksradikalen Bewegungen in Lateinamerika wie auch der *Black Power*-Bewegung in den USA und der Studentenbewegungen der modernen westlichen Industrienationen beiderseits des Atlantiks. In den Nachrufen, die in verschiedenen, der Neuen Linken nahestehenden Zeitschriften veröffentlicht wurden, wurde er zu einem »revolutionären Heiligen« verklärt und in seiner vermeintlichen moralischen »Reinheit« mit Christus verglichen. So unterstrich I. F. Stone in einem Nachruf, der zunächst im Londoner *New Statesman* und anschließend in *Ramparts* erschien, die »shelleysche Reinheit« von Guevaras Absichten und brachte dabei die romantische Komponente, von der insbesondere für die Studenten der westlichen Industriestaaten eine starke Faszination ausging, treffend zum Ausdruck: »Man spürte bei Che den Wunsch zu heilen und Mitleid mit den Leidenden. Wie der perfekte Ritter in einer mittelalterlichen Romanze, machte er sich aus Liebe auf den Weg, um die Mächte der Welt zu bekämpfen. Dies war Galahad, nicht Robespierre.«[19]

Die neue Qualität der Protestaktionen der Vietnamkriegsgegner, die nun wesentlich durch die Orientierung an den Guerillaaktivitäten in der Dritten Welt bestimmt war, sollte nach den Barrikaden in Berkeley und Oakland auch beim »March on the Pentagon« am 21. Oktober 1967 zum Ausdruck kommen. An dem Marsch beteiligten sich rund 100 000 Kriegsgegner, und entsprechend der heterogenen Zusammensetzung der beteiligten Gruppen sollte dieser zu einer Synthese von »Gandhi und Guerilla« werden.[20] Der Terminus »Guerilla« wurde zu diesem Zeitpunkt – eineinhalb Wochen nach Guevaras Tod in Bolivien – im Umfeld der amerikanischen Studentenbewegung indifferent und nachgerade inflationär verwandt. Dieser modische Gebrauch des Begriffs sollte vom SDS vor dem Hintergrund der Eskalation der Ghettoaufstände in Newark und Detroit im Sommer 1967 sowie der vom SNCC proklamierten Allianz zwischen militanten Afroamerikanern und den Guerillabewegungen in der Dritten Welt auch weiterhin gepflegt werden – »Guerilla« gehörte nunmehr zum Arsenal des »revolutionären« Sprachduktus des Studentenverbandes.

15 Stokely Carmichael, zit. n. Michael Arkus, Carmichael Turns Up in Havana, Calls for U. S. Guerrilla Warfare, *Washington Post* vom 26. Juli 1967, S. A3.
16 Siehe exemplarisch: *National Guardian*, Sonderausgabe zur OLAS-Konferenz, 19. August 1967; und Julius Lester, »Black Revolution Is Real.« Stokely in Cuba, *The Movement*, September 1967, S. 4.
17 Siehe David Zane Mairowitz, Protesters Seize Streets in Oakland, *National Guardian* vom 28. Oktober 1967, S. 8.
18 Nancy Zaroulis / Gerald Sullivan, Who Spoke Up? American Protest Against the War in Vietnam, Garden City, N.Y. 1984, S. 133.
19 I. F. Stone, The Spirit of Che Guevara, *New Statesman* vom 20. Oktober 1967, S. 501.
20 Vgl. David Dellinger, Resistance: Vietnam and America, *Liberation*, November 1967, S. 3 ff.

Scanned by CamScanner

1968 – annus mirabilis oder annus terribilis?

Das studentische Engagement gegen Rassismus und »Imperialismus« fand schließlich seinen landesweit beachteten Ausdruck in der Besetzung und dem Streik an der Columbia University, einer der renommierten amerikanischen *Ivy League Schools*. Bei diesen Auseinandersetzungen traten eine Reihe künftiger Protagonisten der *Weathermen* erstmals hervor. Mark Rudd, der spätere National Secretary des SDS und Mitbegründer der *Weathermen*, wurde aufgrund seiner Aktivitäten während der Auseinandersetzungen an der Columbia University von den Medien zu einer nationalen Symbolfigur der Studentenbewegung gekürt.[21] Im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen der Studenten mit der Hochschulleitung über die Kooperation der Universität mit dem *Institute for Defense Analyses*, welches im Auftrag des Verteidigungsministeriums Untersuchungen zur Auswertung von Waffensystemen durchführte,[22] wandte sich Rudd als Vorsitzender der SDS-Ortsgruppe mit einem provokativen offenen Brief an den Präsidenten der Columbia University: »Es bleibt nur noch eins zu sagen. Das mag in Deinen Ohren nihilistisch klingen, denn es ist der Startschuss in einen Befreiungskrieg. Ich werde die Worte von Leroi Jones benutzen, den Du, da bin ich mir sicher, nicht besonders magst: ›Up against the wall, motherfucker, this is a stick-up.‹ Für die Freiheit, Mark.«[23] Der offene Brief Rudds war in der Zeitschrift des SDS-Columbia *Up Against the Wall* veröffentlicht worden, in deren Datumszeile die von der kubanischen Regierung ausgegebene Jahreslosung »April 22, 1968 – The Year of the Heroic Guerrilla« zu lesen war. Die letzte Seite dieser Ausgabe war Guevara gewidmet: Unter zwei Holzschnitten, die Guevara während eines Auftritts vor einer Massenversammlung zeigten, stand die von der OLAS-Konferenz übernommene und auch dem Westberliner Vietnam-Kongress als Motto dienende Parole »The Duty of Every Revolutionary Is to Make the Revolution«.[24]

John Jacobs, SDS-Aktivist und wie Rudd Gründungsmitglied der *Weathermen*, hob in einem weiteren Artikel dieser Ausgabe von *Up Against the Wall* abermals die Verbundenheit der radikalen weißen Studentenschaft mit den Afroamerikanern und den aufständischen Völkern in der Dritten Welt hervor. Es sei die Pflicht der aus der weißen Mittelschicht stammenden Studenten, das Erbe von Jahrhunderten der Sklaverei und der Genozide umzukehren, denn sie seien die Söhne derjenigen Männer, welche die Indianer »abgeschlachtet«, die Schwarzen »versklavt« und den »Amerikanismus« rund um den Erdball verbreitet hätten. Im Vorgriff auf die spätere Programmatik der *Weathermen* spezifizierte Jacobs deshalb die Aufgabe der weißen Studenten folgendermaßen: »Wenn die Herrschenden in Amerika Kriege wie den in Vietnam führen, dann ist unsere Aufgabe Aufruhr, Behinderung und Sabotage. Wenn die Armee in das Ghetto einmarschiert, dann ist unsere Aufgabe Gegenterror, der sich gegen die Symbole der Unterdrückung, gegen den Staat und die Kapitalisten und gegen deren repressiven Apparat richtet [...]. Wir, die nicht an die Möglichkeit von Kompromissen in diesen Konflikt glauben, werden sie nicht suchen. Wir werden kämpfen, um zu siegen.«[25]

Einen Tag nach Erscheinen dieser Zeitschrift kam es zur direkten Konfrontation zwischen Studentenschaft und Universitätsverwaltung, deren Auslöser eine von der Universität projektierte Sporthalle im Morningside Park in Harlem bildete. Nach Auffassung der afroamerikanischen Studenten sollte allein die *black community* von Harlem darüber entschei-

21 Siehe Steven V. Roberts, Leader of S. D. S. Unit: From a Jersey Suburb to the Picket Lines, *New York Times* vom 19. Mai 1968, S. 1 und S. 84; und Arthur Marwick, The Sixties: Cultural Revolution in Britain, France, Italy, and the United States, c. 1958–c. 1974, Oxford 1999, S. 749.

22 Vgl. Columbia Strike Committee (Hg.), Why We Strike, New York 1968, S. 7 ff. – Der Redaktion des Streikkomitees gehörten unter anderen auch die beiden späteren *Weathermen*-Aktivisten Ted Gold und Bob Tomashevsky an.

23 Mark Rudd, Reply to Uncle Grayson, *Up Against the Wall* vom 22. April 1968, S. 2; *SDS papers*, Serie 4A, Nr. 22.

24 *Up Against the Wall* vom 22. April 1968, S. 1 und S. 8; *SDS papers*, Serie 4A, Nr. 22.

25 John Jacobs, McKennedy or Sabotage?, *Up Against the Wall* vom 22. April 1968, S. 4; *SDS papers*, Serie 4A, Nr. 22.

den, welche Anlagen auf »ihrem« Gelände gebaut werden sollten. Im Anschluss an diese Veranstaltung marschierten etwa 800 Studenten vom Campus aus zu dem Gelände der geplanten Sporthalle und rissen dort den Bauzaun nieder. Jeff Jones, Mitglied des SDS-Columbia und späterer *Weathermen*-Aktivist, erklärte, die Militanzbereitschaft der Demonstranten sei das unmittelbare Ergebnis einer Demonstration, die eine Woche zuvor vor dem Rockefeller Center in New York stattgefunden hätte; dort war anlässlich des Dutschke-Attentats gegen die Auslieferung von Springer-Produkten protestiert worden.[26] Auf den Campus zurückgekehrt, ordnete der afroamerikanische Student William Sales die Auseinandersetzungen gegen die geplante Sportanlage der Studenten mit der Universitätsverwaltung und der Polizei nach den Protesten in einen internationalen Zusammenhang ein und nahm dabei einen politischen Schulterschluss mit den Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt vor: »Es gibt einen Unterdrücker – im Weißen Haus, in Low Library [Sitz des Präsidenten der Columbia University; I. J.], in Albany, New York. Du versetzt der Sporthalle einen Schlag, und das ist ein Schlag für die Freiheitskämpfer in Angola, Mosambik, Portugiesisch-Guinea, Simbabwe, Südafrika.«[27] Die im Anschluss an diese Rede erfolgte Besetzung universitärer Gebäude durch weiße und afroamerikanische Studenten dauerte eine Woche und wurde schließlich durch einen massiven Polizeieinsatz beendet.

Die Folge der Besetzung und des anschließenden Streiks an der Columbia University war eine weitere Radikalisierung der amerikanischen Studentenbewegung im Allgemeinen und dessen treibender Kraft, dem SDS, im Besonderen. Die auf Wände der Columbia University gepinselte Parole »two, three, many Columbias« – formuliert in Anlehnung an Ernesto Che Guevaras Aufforderung an die Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, »zwei, drei, viele Vietnam« zu schaffen – wurde von den Studenten anderer Universitäten aufgegriffen und führte zu zahlreichen Demonstrationen, Veranstaltungen und anderen Aktivitäten – insbesondere gegen den Vietnamkrieg und gegen den Rassismus in den Vereinigten Staaten selbst. Zugleich erhielt der SDS eine neue Welle von Anträgen auf Mitgliedschaft. Die durch die Auseinandersetzungen an der Columbia University ausgelöste Euphorie der Studenten hinsichtlich ihrer politischen Handlungsmöglichkeiten wurde durch die Aktivitäten ihrer Kommilitonen in der Bundesrepublik, in Frankreich und anderswo noch verstärkt. Die amerikanischen Studenten und vice versa ihre rebellierenden Kommilitonen in anderen Staaten begriffen sich nun als Teil einer weltweiten Bewegung: »Der Freiheitskampf ist international, weil die Tyrannei international ist. Euer Kampf gegen den Schah, der Kampf des deutschen SDS gegen Kiesinger, der Franzosen gegen de Gaulle, der Japaner gegen die NATO – dies sind nur einige der gegenwärtigen Fronten in einem einzigen Krieg. Wir sind eure Verbündeten und Brüder.«[28]

Die während der Besetzung und des anschließenden Streiks an der Columbia University gemachten Erfahrungen hatten für die politische Ausrichtung einiger der daran beteiligten Protagonisten des SDS und späteren *Weathermen* große Bedeutung. So prägten diese Auseinandersetzungen etwa Bernardine Dohrn, die einen Monat darauf zur Interorganizational Secretary des SDS gewählt wurde; Jeff Jones, der bereits im November und Dezember 1967 an der Reise einer SDS-Delegation nach Hanoi teilnahm und ein Jahr später das Amt von Bernardine Dohrn übernehmen sollte; sowie Mark Rudd, der zur nationalen Symbolfigur der Studentenbewegung stilisiert worden war. Schließlich sollten auch die während der Besetzung und des Streiks aktiven SDS-Mitglieder John Jacobs, Ted Gold und Jim Mellen eine maßgebliche Rolle in der späteren *Weathermen*-Fraktion des SDS spielen.

Von entscheidender Bedeutung für die künftige

26 Columbia University, Oral History Research Office, Student Movements of the 1960s, The Reminiscences of Jeff Jones. Interview mit Ronald Grele, New York City, 24. Oktober 1984, S. 49 f.

27 William Sales, zit. n. Roger Kahn, The Battle of Morningside Heights: Why Students Rebel, New York 1970, S. 126.

28 Minutes of the National Convention, *New Left Notes* vom 24. Juni 1968, S. 4.

Scanned by CamScanner

politische Ausrichtung des SDS war jedoch dessen weitere Orientierung an afroamerikanischen Gruppierungen. Nachdem der langjährige Verbündete SNCC im Februar 1968 einen Schulterschluss mit der radikalen *Black Panther Party* (BPP) vorgenommen hatte, orientierte sich auch der SDS zusehends an dieser Organisation. In einem Positionspapier zu einer möglichen Allianz mit radikalisierten weißen Studenten hatte Eldridge Cleaver, Minister of Information der BPP, festgestellt, dass das »schwarze Volk« in den Vereinigten Staaten »kolonisiert« und das »weiße Amerika« eine »organisierte imperialistische Macht« sei, welche das schwarze Volk in »kolonialer Knechtschaft« halte. Deshalb bestehe die Aufgabe der BPP und der radikalen Weißen darin, eine »Revolution im weißen Mutterland« und »nationale Befreiung für die schwarze Kolonie« zu erkämpfen.[29] Nach der Ermordung Martin Luther Kings und den anschließenden Aufständen in den afroamerikanischen Ghettos konkretisierte Cleaver die Position der BPP dahingehend, dass die Afroamerikaner »nun offen in einem Krieg für ihre nationale Befreiung gegen die Unterjochung durch das weiße Mutterland« kämpften: »Schwarze Menschen wissen, dass sie zur Waffe greifen müssen, sie müssen dafür sorgen, dass schwarze Manschen bis an die Zähne bewaffnet werden, sie müssen eine Armee organisieren und das Mutterland mit den drastischen Konsequenzen konfrontieren, sollte es versuchen, seine Polizeimacht gegenüber diese Kolonie geltend zu machen.«[30]

Mit diesen Positionen der BPP, die den von SNCC ab Sommer 1967 vertretenen Standpunkten sehr nahe kamen, sympathisierte die vom National Office repräsentierte Führung des SDS. In einem Artikel für die *New Left Notes* mit dem bezeichnenden, von Eldridge Cleavers Positionspapier abgeleiteten Titel »White Mother Country Radicals« trat Bernardine Dohrn Ende Juli 1968 offen für diese Allianz mit der BPP ein und erklärte: »Das Beste, was wir für uns tun können, ebenso wie für die Panther und für den revolutionären Kampf zur Befreiung der Schwarzen, ist, eine beschissene revolutionäre Massenbewegung der Weißen aufzubauen, keine nationale Papierallianz.«[31]

Neben der Besetzung und dem sich anschließenden Streik an der Columbia University im April führte der nationale Konvent der Demokratischen Partei zur Nominierung ihres Präsidentschaftskandidaten im August 1968 zu einer weiteren großen Auseinandersetzung zwischen Studenten und der Polizei und trug dadurch zur Radikalisierung eines Teils der Studentenbewegung maßgeblich bei. Das Zusammenfallen dieser Auseinandersetzungen mit dem Einmarsch der Truppen der Warschauer-Pakt-Staaten in die ČSSR am 20. August 1968 ließ es den Anti-Vietnamkriegsaktivisten zur subjektiven Gewissheit werden, in einer entscheidenden welthistorischen Phase, oder mit den Worten Todd Gitlins, »at the edge of Armageddon« zu leben. Der Aufmarsch von 600 Nationalgardisten in voller Kampfmontur und mit aufgepflanzten Bajonetten in Chicago rief bei den Demonstranten das Gefühl hervor, sich in derselben Rolle wie die Tschechoslowaken im Angesicht der sowjetischen Panzer zu befinden.[32]

Die Ereignisse in Chicago führten zu einem Wendepunkt in der Entwicklung der amerikanischen Studentenbewegung. Bisher war innerhalb des SDS das Thema Gewalt vor allem im Zusammenhang mit den Guerillabewegungen der Dritten Welt und den Unruhen in den afroamerikanischen Ghettos lediglich theoretisch reflektiert worden. Nun waren die Protagonisten des SDS und späteren *Weathermen* jedoch davon überzeugt, dass in diesen Auseinandersetzungen der Keim einer revolutionären Bewegung stecke, die in einer Allianz mit anderen aktionistisch bestimmten Gruppierungen wie etwa der BPP die »revolutionäre Avantgarde« in den Vereinigten Staaten bilde und dadurch auch die Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt unterstützen könne.[33]

---

29 Vgl. Eldridge Cleaver, Revolution in the White Mother Country and National Liberation in the Black Colony, Oakland 1968.

30 Eldridge Cleaver, The Land Question, *Ramparts*, Mai 1968, S. 53.

31 Bernardine Dohrn, White Mother Country Radicals, *New Left Notes* vom 29. Juli 1968, S. 5.

32 Vgl. Todd Gitlin, The Sixties: Years of Hope, Days of Rage, New York 1989, S. 326 und S. 331.

33 Vgl. Bernardine Dohrn / Jeff Jones / John Jacobs, Boulder and Boulder, *New Left Notes* vom 18. Oktober 1968, S. 2.

You Don't Need a Weatherman ...

Das revolutionäre Selbstverständnis des Studentenverbandes wurde in einer auf dem SDS-National-Council-Treffen im Dezember 1968 in Ann Arbor verabschiedeten Resolution mit dem Titel »Toward a Revolutionary Youth Movement« verdeutlicht, die von Mike Klonsky eingebracht worden war. Danach sollte der SDS nunmehr außerhalb der Hochschulen eine »revolutionäre Jugendbewegung« aufbauen, die eine »machtvolle Kraft im revolutionären Kampf« darstellen könnte. Letzterer sei als »Klassenkampf« zu qualifizieren, der mit demjenigen der Vietnamesen und der Afroamerikaner zu vergleichen sei. Die Identifikation mit dem Kampf der FNL geriet zu einem entscheidenden Movens der *Revolutionary Youth Movement* (RYM)-Anhänger: »Die Jugend muß dazu gebracht werden, ihren eigenen Kampf und den Kampf der Vietnamesen gegen den Imperialismus als denselben Kampf zu sehen.«[34]

In der Folge bildeten sich innerhalb des SDS ein aktionistisch geprägter und an den Guerillabewegungen der Dritten Welt wie an militanten afroamerikanischen Gruppen orientierter RYM-Flügel und ein maoistischer, an der »Arbeiterklasse« innerhalb der USA ausgerichteter Flügel (*Progressive Labor*, PL). Der Konflikt zwischen RYM- und PL-Fraktion innerhalb des SDS eskalierte schließlich auf dem Konvent des Studentenverbandes im Juni 1969 in Chicago und führte zu dessen endgültiger Spaltung. Protagonisten des RYM-Flügels[35] legten zum Konvent ein umfassendes Positionspapier mit dem Titel »You Don't Need a Weatherman to Know Which Way the Wind Blows« (»Du brauchst keinen Weatherman, um zu wissen, woher der Wind weht») vor. Der Titel stammte aus Bob Dylans Song »Subterranean Homesick Blues«.[36] Die Verfasser dieser als *Weatherman*-Statement bekannt gewordenen Schrift verwiesen mit der Wahl dieses Titels zum einen auf ihren antiautoritären, von der neuen Jugendkultur geprägten Hintergrund, und zum anderen implizierte diese Wahl bereits einen politischen Affront gegen die PL-Fraktion: Der SDS bzw. die »revolutionäre Jugendbewegung« benötige keine in der politischen Theorie von Marx, Lenin und Mao Tse-tung geschulten PL-Kader, um sich von diesen den einzuschlagenden revolutionären Weg weisen zu lassen.

Der Schrift stand ein Zitat aus Lin Biaos »Es lebe der Sieg im Volkskrieg!« voran, wo es heißt: »Der Widerspruch zwischen den revolutionären Völkern in Asien, Afrika und Lateinamerika auf der einen Seite und den Imperialisten mit den USA an der Spitze auf der anderen ist in der heutigen Welt der Hauptwiderspruch. Die Entwicklung dieses Widerspruchs fördert den Kampf aller Völker der Welt gegen den USA-Imperialismus und seine Lakaien.«[37] Von dieser These ausgehend stimmten die SDS-Protagonisten mit Lin Biao weiterhin dahingehend überein, dass der »US-Imperialismus viel verwundbarer« als »irgendein Imperialismus der Vergangenheit« sei, da er sich mit der »Besetzung zu vieler Gegenden auf der Erde« übernommen habe. Es komme deshalb nun darauf an, eine Strategie zu entwickeln, die Guevara mit den Worten »Schafft zwei, drei, viele Vietnam« propagiert habe: »Den Kampf so verschärft zu mobilisieren an so vielen Orten, dass die Imperialisten unmöglich mit dem allen fertig werden. Da es für ihre Interessen unerlässlich ist, werden sie versuchen, mit allem fertig zu werden, und sie werden dabei besiegt und vernichtet werden.«[38]

In den Vereinigten Staaten hätten, so heißt es im *Weatherman*-Statement weiter, die Afroamerikaner sowohl hinsichtlich der Entwicklung eines revolutionären Bewusstseins als auch in ihrem revolutionären

34 Mike Klonsky, Toward a Revolutionary Youth Movement, *New Left Notes* vom 8. Januar 1969, S. 3 und S. 6.
35 Karin Ashley, Bill Ayers, Bernardine Dohrn, John Jacobs, Jeff Jones, Gerry Long, Howie Machtinger, Jim Meilen, Terry Robbins, Mark Rudd und Steve Tappis.
36 Bob Dylan, Subterranean Homesick Blues, in: ders., Songtexte 1962–1985, Frankfurt am Main 1987, S. 452–455.
37 Lin Biao, Es lebe der Sieg im Volkskrieg! Zum 20. Jahrestag des Sieges des chinesischen Volkes im Widerstandskrieg gegen die japanische Aggression, Peking 1968, S. 59 f. – Siehe Karin Ashley u. a., You Don't Need a Weatherman to Know Which Way the Wind Blows, in: Harold Jacobs (Hg.), Weatherman, Berkeley 1970, S. 51. – Die ursprünglich meist in den *New Left Notes* erschienenen Schriften der *Weathermen*-Fraktion des SDS liegen in diesem Band zum größten Teil gesammelt vor und werden im Folgenden nach dieser zugänglicheren Ausgabe zitiert.
38 Ashley u. a., You Don't Need a Weatherman, S. 60.

Scanned by CamScanner

Kampf die Rolle der Avantgarde übernommen. Aufgrund der »besonderen kolonialen Unterdrückung« der Afroamerikaner repräsentierten diese die Interessen der »unterdrückten Völker der Erde« und seien deshalb Teil der Dritten Welt und Teil der »internationalen revolutionären Avantgarde«. Die Afroamerikaner fügten sich mit ihrem Kampf in die bereits auf der Trikontinentalen Konferenz proklamierte »Strategie der sich gegenseitig verstärkenden verschiedenen Fronten gegen den Imperialismus« ein.[39]

Im Hinblick auf das Verhältnis der Völker der Dritten Welt zur eigenen weißen amerikanischen Gesellschaft hatten die Verfasser des *Weatherman*-Statements ein für die weitere Entwicklung der *Weathermen*-Fraktion bezeichnendes Schuldgefühl entwickelt – es seien die »unterdrückten Völker der Erde« gewesen, welche den Reichtum der Vereinigten Staaten geschaffen hätten. Ziel des revolutionären Kampfes müsse deshalb die Kontrolle und Nutzung dieses Reichtums im Interesse der »unterdrückten Völker der Erde« sein. Mithin sei jede Konzeption einer von der Arbeiterschaft in den Vereinigten Staaten durchgeführten »sozialistischen Revolution« lediglich ein Kampf für »partikulare, privilegierte Interessen«, welcher die Interessen der »am meisten unterdrückten Völker der Erde« ignoriere. Die Verfasser des *Weatherman*-Statements stellten deshalb ihren künftigen Kampf als Teil einer »revolutionären Jugendbewegung« in den Vereinigten Staaten explizit in einen internationalen Zusammenhang: »Die Vietnamesen (und die Uruguayer und die Rhodesier) und die Schwarzen und die Völker der Dritten Welt in diesem Land werden weiterhin die Bedingungen des Klassenkampfes in Amerika bestimmen.« Infolgedessen sollte künftig der Kampf der Afroamerikaner unterstützt werden, wodurch sich die studentischen Aktivisten an der Seite aller »unterdrückten Völker in der Dritten Welt« im Kampf gegen das »imperialistische Mutterland« sahen.[40]

Schließlich benötige die »revolutionäre Jugendbewegung« eine klandestine Kaderorganisation mit einem Generalstab, welcher unter einer zentralen Führung stehen solle. Die Protagonisten dieses Dritte-Welt-Flügels innerhalb des SDS wollten deshalb in Zukunft »revolutionäre Kollektive« organisieren, deren Hauptaufgabe in der Schaffung einer »revolutionären Massenbewegung» bestehe, ohne die der Aufbau einer »klandestinen revolutionären Partei« nicht möglich sei. Den künftigen politischen wie militärischen Kampf des SDS bzw. der projektierten »revolutionären Jugendbewegung« in einen internationalen Kontext einordnend, endete das *Weatherman*-Statement mit einer simplifizierten Synthese von Versatzstücken der weltrevolutionären Theorien Guevaras und Lin Biaos: »Die Strategie des RYM zur Entwicklung einer aktiven Massenbasis [...] fügt sich in die Weltstrategie zum Sieg der Revolution ein, baut eine machtorientierte Bewegung auf und wird eine Abteilung der Internationalen Befreiungsarmee werden, während ihre Schlachtfelder zusammenkommen mit den vielen Vietnams, die den US-Imperialismus zerreißen und beseitigen werden. Es lebe der Sieg im Volkskrieg!«[41]

Die Affinität der RYM-Fraktion zu den Guerillabewegungen der Dritten Welt sowie zu den militanten Organisationen ethnischer Minderheiten in den Vereinigten Staaten führte zum Bruch mit der PL-Fraktion und damit zur Spaltung des Studentenverbandes. Die Anhänger des PL-Flügels wurden schließlich in Chicago aus dem SDS ausgeschlossen, und der Konvent wählte ausschließlich Mitglieder der nunmehr als *Weathermen* auftretenden Fraktion zum neuen Vorstand: Mark Rudd wurde zum National Secretary, Bill Ayers, Aktivist der sich *Jesse James Gang* nennenden SDS-Ortsgruppe an der Michigan University, wurde zum Education Secretary und Jeff Jones zum Interorganizational Secretary gewählt.

Entsprechend ihrer militanten Ausrichtung organisierten im Sommer 1969 etwa 200 *Weathermen*-Anhänger sogenannte Aktionsprojekte mit dem Ziel der Rekrutierung von Jugendlichen aus der »Arbeiterklasse« für eine militante »revolutionäre Jugendbewegung«. Das letztliche Scheitern dieses Versuchs führte allerdings nicht zu einem Abweichen der *Weathermen* von ihrer sektiererischen und militanten Linie, was – sieht man einmal von der generellen Realitätsferne und Verwerflichkeit dieser Vorstellungen ab – auch angesichts der eigenen programmatischen Ansprüche angezeigt gewesen wäre. Vielmehr rief die

39 Ebenda, S. 62 f.
40 Ebenda, S. 52, S. 64 und S. 58.
41 Ebenda, S. 88 ff.

ständig abnehmende Zahl von ehemaligen SDS-Aktivisten zu einer nationalen Demonstration in Chicago auf – die *Weathermen* wollten dort unter dem Motto »Bring the War Home!« militante Aktionen durchführen.[42] Die Aktionen sollten am 8. Oktober 1969 mit einer Gedenkveranstaltung zum zweiten Todestag Guevaras beginnen.[43]

Bring the War Home!

Neben dem misslungenen Versuch des Aufbaus einer revolutionären weißen Jugendbewegung als Basis für die umstürzlerischen Ambitionen der *Weathermen*-Fraktion war im Sommer 1969 darüber hinaus ihre politische Allianz mit der BPP gescheitert, nachdem diese zuvor vom SDS als die revolutionäre Avantgarde-Organisation in den Vereinigten Staaten schlechthin erachtet worden war. Diese politischen Rückschläge suchte der eingeschworene Kreis der *Weathermen* durch seine Identifikation mit den Guerillabewegungen in der Dritten Welt zu kompensieren. Vertreter der *Weathermen* reisten nach Hanoi und Havanna und trafen mit Repräsentanten aus Nordvietnam sowie der FNL und der kubanischen Regierung zusammen. Für die weitere Forcierung militanter Aktivitäten war die Einschätzung der *Weathermen* von entscheidender Bedeutung, in einer besonderen »historischen Periode« – bestimmt durch den Kampf der Völker der Dritten Welt gegen die koloniale und neokoloniale Unterdrückung der westlichen Industriestaaten – zu leben. Den »Revolutionären« in den Vereinigten Staaten komme in dieser Phase die besondere Aufgabe des Aufbaus einer »neuen Front« zu, um auf diese Weise an der Seite der Vietnamesen zu kämpfen.[44] Unter dem Motto »Bring the War Home!« sollte deshalb die »National Action« in Chicago als Teil einer Strategie zur konkreten Unterstützung der FNL begriffen werden. Doch statt der von den *Weathermen* angekündigten Zehntausenden von Demonstranten fanden sich am 8. Oktober 1969 nur etwa 600 mit Helmen, Gasmasken, Handschuhen und Motorradstiefeln ausgerüstete Militante zu der als »Four Days of Rage« angekündigten »National Action« in Chicago ein. Diese lieferten sich blutige Straßenschlachten mit der Polizei und romantisierten sie anschließend in vollkommener Verkennung der Realitäten als »Niederlage des Feindes« und als »heroischen revolutionären Kampf».[45]

Ein wesentliches psychologisches Motiv für diese Praxis, die die *Weathermen* von der breiten Basis der Studentenbewegung stetig entfremdete, bildete deren Auffassung vom »white-skin privilege«, das von anderen studentischen Aktivisten als »guilt-organizing« kritisiert wurde. Die militanten Konfrontationen mit der Polizei sollten bei der Überwindung des »white-skin privileges« eine kathartische Funktion erfüllen und die bei diesen Auseinandersetzungen erlittenen Blessuren aus den *Weathermen* »reine« Revolutionäre machen, die den Aktiven der Guerillabewegungen der Dritten Welt ebenbürtig waren.

Die *Weathermen* konnten zwar auch im Anschluss an die Ereignisse in Chicago ihre Basis unter der Studentenschaft und unter weißen Jugendlichen nicht verbreitern, doch fand ihr unbedingtes Engagement Anerkennung bei dem BPP-Aktivisten Eldridge Cleaver. Dieser konstatierte im Einklang mit den *Weathermen*, man lebe in einer historischen Phase revolutionärer Umbrüche, in der sich der Kampf zwischen »Imperialismus« auf der einen und den »unterdrückten Völkern der Dritten Welt« auf der anderen Seite als Kampf zwischen Gut und Böse entscheiden werde. In der solchermaßen geteilten Welt komme es nur darauf an, sich auf die »richtige« Seite zu schlagen, gleichgültig mit welchen Mitteln: »In Zeiten der Revolution, der gerechten Kriege und der Befreiungskriege, liebe ich die Engel der Zerstörung und der Unordnung, im Gegensatz zu den Teufeln des Bewahrens und von Recht und Ordnung. [...]

42 Siehe Jeff Jones, Bring the War Home!, *New Left Notes* vom 8. Juli 1969, S. 1 und S. 4.
43 Siehe Kathy Boudin / Bernardine Dohrn / Terry Robbins, Bringing the War Back Home: Less Talk, More National Action, in: Jacobs (Hg.), Weatherman, S. 177 f.
44 Vgl. Bill Ayers, A Strategy to Win, in: Jacobs (Hg.), Weatherman, S. 184 ff.
45 Vgl. Shin'ya Ono, You Do Need a Weatherman to Know Which Way the Wind Blows, in: Jacobs (Hg.), Weatherman, S. 258.

Scanned by CamScanner

Wir sind entweder Schweinetöter oder Schweinefütterer.»[46]

Von den SDS-Ortsgruppen auf dem Campus dagegen erhielten die *Weathermen* nach ihren Aktionsprojekten des Sommers sowie den Auseinandersetzungen in Chicago keine nennenswerte Unterstützung mehr. In diesem Zusammenhang geriet der Ausspruch eines SDSlers aus Wisconsin – »You don't need a rectal thermometer to know who the assholes are«[47] – zum geflügelten Wort hinsichtlich der von den *Weathermen* betriebenen Aktivitäten. Im Herbst 1969 lösten sich viele SDS-Ortsgruppen auf oder erklärten ihre Unabhängigkeit von den beiden nationalen Büros in Chicago und Boston und änderten in der Folge auch den Namen ihrer Organisation – die *Weathermen* hatten vermittels ihrer so militanten wie realitätsfernen Politik die unumkehrbare Atrophie des wichtigsten Studentenverbandes bewirkt.

Im Verlauf des Herbstes 1969 isolierten sich die *Weathermen* weiter vom Campus, die militanten Aktivisten brachen die Beziehungen zu ihren Familien ab, und ihr gesellschaftliches Umfeld beschränkte sich zusehends auf das jeweilige Kollektiv. Neben der Planung und Durchführung von politischen Aktionen bildete das Kollektiv auch den Ort der vom politischen Anspruch bestimmten polygamen Beziehungen sowie der gemeinsamen Drogenerfahrungen mit Marihuana, Haschisch, LSD und Barbituraten. Mit dieser Selbstisolierung ging auch eine zunehmende Angst vor staatlicher Repression und Verfolgung einher. Unter diesen Bedingungen geriet in den verschiedenen offenen *Weathermen*-Kollektiven die Vorstellung des Untertauchens und des klandestinen bewaffneten Kampfes mehr und mehr in den Mittelpunkt der Diskussionen. Die selbstgeschaffene Isolierung von der übrigen Studentenschaft sowie von anderen politischen Gruppierungen der Neuen Linken ließ die *Weathermen* zur politisch nahezu bedeutungslosen Randgruppierung werden, was diese andererseits wiederum in ihrer Überzeugung bestätigte, dass die legalen Wege der politischen Einflussnahme erschöpft seien. Zugleich verfestigte sich bei den Mitgliedern der *Weathermen*-Kollektive unter den Bedingungen der Selbstabschottung der Wille, innerhalb der Vereinigten Staaten militärisch zu agieren als bewaffnete Gruppe und Partner der FNL und anderer Guerillabewegungen der Dritten Welt.[48]

Entsprechend dieser Orientierung wurde der letzte SDS National Council als »National War Council« im Dezember 1969 im afroamerikanischen Ghetto von Flint, Michigan, abgehalten. In der Einladung der SDS National Office konstatierten die *Weathermen* angesichts der »weltweit stattfindenden Revolutionen«, des Zusammenbrechens des »amerikanischen Imperialismus« unter den »Schlägen der unterdrückten Völker der Welt« sowie des »offenen Krieges gegen die Schweine in den schwarzen Gemeinden«, dass auch die SDSler im »weißen Amerika« die Möglichkeit zu ihrer eigenen »totalen Befreiung« nur in einem »totalen Sieg« erreichen könnten.[49]

Die darin von den ehemaligen SDS-Aktivisten artikulierten apokalyptischen Erwartungen korrespondieren mit denjenigen ihrer radikalisierten westdeutschen Kommilitonen. Diesseits und jenseits des Atlantiks hatten sich Teile der Studentenbewegungen zu chiliastischen Gruppierungen zusammengefunden, welche ihren apokalyptischen Fanatismus vermittels einer totalitären Gewaltapologetik zunächst verbal und schließlich durch terroristische Aktionen zum Ausdruck brachten. Ihre Anhänger vermeinten in einem weltgeschichtlich entscheidenden Augenblick zu leben, und ihre endzeitlichen Erwartungen gemahnten an die sozialreligiöse Version totalitaristischer Bewegungen.[50]

Für die Gespräche und Diskussionen der rund 400 Teilnehmer am National War Council bezeichnend waren wiederum deren dabei zutage tretenden Schuldgefühle. Nach Ansicht der *Weathermen* lebten

---

46 Eldridge Cleaver, On Weatherman, in: Jacobs (Hg.), Weatherman, S. 293 f. – Die *Rote Armee Fraktion* sollte einige Monate später diese dichotome Weltsicht ebenfalls vertreten und sich dabei auch explizit auf Eldridge Cleaver berufen.

47 Zit. n. Sale, SDS, S. 615.

48 Ebenda, S. 624 ff.

49 SDS, National War Council, Chicago 1969; *SDS papers*, Serie 3, Nr. 121.

50 Siehe Ernst Nolte, Die drei Versionen der Totalitarismustheorie, in: Achim Siegel (Hg.), Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus, Köln/Weimar 1998, S. 115.

die Weißen in den Vereinigten Staaten auf Kosten der Dritten Welt sowie der ethnischen Minderheiten in den USA. Die oppositionellen Weißen waren in ihrem Weltbild in der derzeitigen Konfrontation zwischen Dritter Welt einerseits und »Imperialismus« andererseits nahezu nutzlos und mit Ausnahme einiger aufrechter Straßenkämpfer korrupt. Die *Weathermen* propagierten deshalb das möglichst umfassende Engagement der weißen Aktivisten im »revolutionären Prozess« als kathartischen Akt, in welchem sich der vormals privilegierte weiße Student aus der Mittelschicht zu einem den Revolutionären der Guerillabewegungen in der Dritten Welt ebenbürtigen Revolutionär formen könne.[51] Vor dem Hintergrund der negativen Erfahrungen mit der Mobilisierung einer »revolutionären Jugendbewegung« wurde in Flint entschieden, diesbezüglich keine neuen Versuche mehr zu unternehmen und stattdessen zum bewaffneten Kampf überzugehen: »Der internationale revolutionäre Krieg ist eine Realität und das Debattieren über den ›richtigen Zeitpunkt und die richtigen Bedingungen‹, um den Kampf zu beginnen, oder über eine notwendige Arbeitsphase, um die Menschen auf die Revolution vorzubereiten, ist reaktionär. KRIEG ZU FÜHREN gegen den Staat schafft sowohl das Bewusstsein als auch die Bedingungen für die Ausweitung des Kampfes.«[52] – Die von Guevara in dessen Focustheorie aufgestellte These, wonach bewusste Revolutionäre nicht auf das Heranreifen der objektiven Bedingungen für revolutionäre Veränderungen warten müssten, sondern diese durch ihr subjektives Eingreifen als Guerilleros selbst schaffen und sich in diesem Prozess zu echten Revolutionären entwickeln könnten, wurde hier von den studentischen *Weathermen*-Aktivisten übernommen und für die eigene politische Praxis zu nutzen versucht. Entsprechend dem lateinamerikanischen Vorbild wollten sich die »offenen« *Weathermen*-Kollektive nun in kleinere »Zellen« bzw. »focos« umwandeln, um künftig klandestin zu operieren.

Einen für die weitere Entwicklung der *Weathermen* nicht zu überschätzenden Einschnitt erfuhren deren Vorbereitungen zum bewaffneten Kampf durch die versehentliche Explosion einer Bombe in einer *Weathermen*-Wohnung im März 1970 in New York, bei der drei Gruppenmitglieder getötet wurden: »Die Stadthaus-Explosion wirft einen langen Schatten in der Geschichte der Neuen Linken, sowohl als Symbolfigur des ›Zuweitgehens‹, *als auch* als Katalysator des Zurückziehens.«[53] Die *Weathermen* verübten in der Folge zwar tatsächlich als terroristische Untergrundorganisation Bombenanschläge, doch anders als die RAF in der Bundesrepublik unternahmen sie nie den Versuch, gezielt Menschen zu töten. Gleichwohl wurden auch durch *Weathermen*-Anschläge drei Menschen getötet.[54]

Am 21. Mai 1970 – eine Woche nach der bewaffneten Befreiungsaktion von Andreas Baader – traten die Untergetauchten mit ihrem ersten »Communique« an die Öffentlichkeit und erklärten als *Weatherman Underground* dem »US-Imperialismus« den Krieg. Sie würden nun die klassische Guerillastrategie des Vietcong und die urbane Guerillastrategie der Tupamaros für ihre eigene Situation adaptieren und in den USA »hinter der feindlichen Linie« kämpfen.[55] Bis 1973 verübten die *Weathermen*, meist in Reaktion auf außenpolitische Ereignisse, zahlreiche Bombenanschläge, wie etwa im März 1971 gegen die Ausweitung des Vietnamkrieges auf Laos, im Mai 1972 nach der Verminung nordvietnamesischer Häfen durch US-Streitkräfte oder im September 1973 nach dem Putsch Augusto Pinochets in Chile. Im Sommer 1974 erschien die Schrift »Prairie Fire«, in der die Untergrundorganisation die Gründung eines legalen Arms anregte.[56] Die sich hieran anschließenden Debatten im Umfeld des Unterstützerkreises der *Weathermen*

51 Vgl. Weatherman, Revolution in the 70's, in: Jacobs (Hg.), Weatherman, S. 450 f.
52 Weatherman, Everyone Talks About the Weather ..., in: Jacobs (Hg.), Weatherman, S. 446 (Hervorhebung im Original).
53 Jeremy Varon, Bringing the War Home: The Weather Underground, the Red Army Faction, and Revolutionary Violence in the Sixties and Seventies, Berkeley / Los Angeles / London 2004, S. 188 (Hervorhebung im Original).
54 Vgl. ebenda, S. 195.
55 Weatherman Underground, Communique No. 1, in: Outlaws of America. Communiques from the Weather Underground, New York 1971, S. 3.
56 Siehe Weather Underground Organization, Prairie Fire. The Politics of Revolutionary Anti-Imperialism, San Francisco 1974.

Scanned by CamScanner

kulminierten zu Beginn des Jahres 1976 bei der *Hard Times*-Konferenz in Chicago: War es ursprünglich die Intention der Veranstalter gewesen, zusammen mit den *Weathermen* eine Dachorganisation für alle linksradikalen Gruppierungen in den USA zu gründen, so spaltete sich die Untergrundorganisation nach der Konferenz. Viele *Weathermen*-Gründungsmitglieder wie Marc Rudd, Bernardine Dohrn und Bill Ayers tauchten in den darauf folgenden Jahren aus dem Untergrund auf und stellten sich den Behörden, während einige wenige *Weathermen* den bewaffneten Kampf unter anderen Organisationsbezeichnungen fortsetzten.[57] Nicht zuletzt die Tatsache, dass die Anklage wegen Waffenbesitzes und der Planung von Bombenanschlägen im Januar 1974 aufgehoben wurde, weil die Behörden illegale Ermittlungsmethoden verwendet hatten, dürfte dazu geführt haben, dass viele *Weathermen*, die nun nicht mehr als flüchtig galten, diesen Schritt zurück in die Legalität vornahmen.

Epilog

Die althergebrachte Verbindung des SDS mit dem SNCC und die damit einhergehende intensive Auseinandersetzung weißer Studenten mit der rassistischen Vergangenheit und z. T. auch Gegenwart der Vereinigten Staaten hatten schließlich bei den politisch radikalisierten *Weathermen* ein Gefühl von »weißer Schuld« evoziert, welches durch den amerikanischen Krieg in Vietnam sowie die Guerillakämpfe in Lateinamerika und Afrika verstärkt wurde. Die Vorstellungen der *Weathermen* zum »white skin privilege« bilden denn auch ein wesentliches sozialpsychologisches Motiv für die militante Ausrichtung der einstigen Studenten und deren Aufnahme des bewaffneten Kampfes. Nur das vorgeblich revolutionäre Engagement an der Seite der unterdrückten Minderheiten in den USA wie der in der Dritten Welt um Befreiung kämpfenden Völker konnte die weißen Studenten von ihrer »Schuld« reinigen. Die Vorstellung der kathartischen Wirkung von Militanz findet sich mutatis mutandis gleichfalls bei der Gründergeneration der RAF in der Bundesrepublik, welche eine Verbindung zwischen den nationalsozialistischen Verbrechen der älteren Generation und dem aktuell von den USA geführten Krieg in Vietnam herstellte: So erklärte etwa Horst Mahler als Verteidiger der Kaufhausbrandstifter und späteren RAF-Gründer Gudrun Ensslin und Andreas Baader zu den Beweggründen der Studentenbewegung, dass sich nun eine junge Generation gegen das Verhalten der Eltern stelle, die in der »NS-Zeit das millionenfache Verbrechen geduldet hätten und dadurch mitschuldig geworden wären. Die Protestbewegung würde deshalb nicht nachlassen, auf die heutigen Verbrechen, wie sie etwa in Vietnam verübt werden, hinzuweisen, um nicht wie die Elterngeneration ebenfalls Schuld auf sich zu laden.«[58] Norbert Elias hat in seiner Arbeit über den bundesdeutschen Terrorismus dies entsprechend als »Ausdruck eines sozialen Generationenkonflikts« und einen »Schuldkomplex der jüngeren Generation wegen der Untaten der Väter« ausgemacht, welcher zu einer »Art von Distanzierungs- und Reinigungsritual« führe – diese Generation neige dazu, »nun gerade die unterdrückten Gruppen als die menschlich besseren und wertvolleren anzusehen«.[59]

Nach Auffassung der *Weathermen* konnte die Reinigung von der »weißen Schuld« nur im militanten Kampf an der »zweiten Front« innerhalb der USA erfolgen. In der intendierten Rigidität gemahnt diese Auseinandersetzung an eine weltliche Form des letzten apokalyptischen Kampfes aus der chiliastischen Phantasiewelt der Flagellanten. Wollten sich die religiös motivierten Geißler des Mittelalters selbst von aller Schuld reinigen und damit Erlösung finden, und gingen deren rituelle Aufzüge mit millennialen Vorstellungen vom baldigen Weltende einher, so versuchten die *Weathermen* sich zunächst in blutigen Auseinandersetzungen mit der Polizei zu »reinen« Revolutionären zu machen, um schließlich in dem als welthistorisch einmalig wahrgenommenen revo-

57 Siehe Varon, Bringing the War Home, S. 297 ff.

58 Zit. n. Mario Krebs, Ulrike Meinhof. Ein Leben im Widerspruch, Reinbek 1991, S. 168.

59 Norbert Elias, Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1989, S. 341.

lutionären Moment durch ihren bewaffneten Kampf an der Seite der Revolutionäre der Dritten Welt zum apokalyptischen Ende des »US-Imperialismus« beizutragen. Insofern können die *Weathermen* als Variante in der Tradition der sozialreligiösen Version totalitärer Bewegungen erachtet werden – als »freiwillig-unfreiwillige Wiedergänger archaischer Religiosität«.[60] Ihrem Chiliasmus war ein manichäisches Denken zu Eigen, welches eine simplifizierende Einteilung der Welt in Gut und Böse vornahm und mithin eine säkularisierte Variante des ursprünglich religiös begründeten Dualismus von Licht und Finsternis bildete. Die von Marc Rudd beim National War Council in Flint 1969 vorgenommene Identifikation mit der alttestamentarischen Figur Ahab aus Herman Melvilles Roman »Moby Dick« und dessen Jagd auf den die Staatsgewalt verkörpernden weißen Wal sollte diesen Kampf der *Weathermen* gegen das Böse allegorisch zum Ausdruck bringen — eine Lesart von Melvilles Roman, welche auch bundesdeutsche Terroristen vornahmen.[61]

60 Hans Maier, Deutungen totalitärer Herrschaft 1919–1989, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 50. Jg., 2002, Nr. 3, S. 349–366, hier S. 366.
61 Vgl. Varon, Bringing the War Home, S. 160; Stefan Aust, Der Baader Meinhof Komplex, Hamburg 1986, S. 274 ff.

Scanned by CamScanner

Michaela Wunderle

Die *Roten Brigaden*

Die *Roten Brigaden* sind ein italienisches Phänomen. Es wurzelt in der Studentenbewegung von 1968 und den Arbeitskämpfen des »heißen Herbstes« 1969, dessen Schwerpunkt in den oberitalienischen Großbetrieben lag. Dort formierten sich die ersten Kerne der *Brigate Rosse* (BR). Sie begnügten sich zunächst mit »bewaffneter Propaganda«, einer Art militanter, in der Regel unblutiger Aktionen zur Radikalisierung der Arbeitskämpfe und Rekrutierung neuer Militanter. In der zweiten Phase begann der sogenannte »Angriff auf das Herz des Staates«.[1] Dieser Kampf richtete sich gegen den eigentlichen Feind der BR, den *Stato Imperialista delle Multinazionali*, im BR-Jargon kurz SIM genannt – ein irreales, gleichwohl zentrales theoretisches Konstrukt, das den Staat als reinen Sachwalter der multinationalen Unternehmen begreift. Mit dem »Angriff auf das Herz des Staates« eskalierten die Aktionen der »bewaffneten Propaganda« zu tödlicher terroristischer Gewalt.

Brigate Rosse und *Rote Armee Fraktion*

Nicht nur die anfängliche Verbundenheit mit den aktuellen Arbeitskämpfen unterscheidet den italienischen Linksterrorismus von der bundesdeutschen RAF. Auch seine Sympathisantenschar war sowohl in den großen Fabriken wie in den Universitätsstädten an Zahl und Militanz stets weitaus größer als alle Gefolgschaft, die die RAF je besaß. Zudem konnte er sich auf revolutionäre Traditionen in der kommunistischen und sozialistischen Arbeiterbewegung berufen und als Erbe der bewaffneten historischen Resistenza darstellen. Die RAF hingegen suchte ihre politische Legitimation vorwiegend in der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands und dem globalen »Kampf gegen den Imperialismus«, der, mit Blick auf den Krieg in Vietnam, vor allem die Vereinigten Staaten meinte. Als antiimperialistische »Metropolen-Guerilla« verstanden sich auch die BR. Doch im Unterschied zur RAF kämpften die BR – so der ehemalige Brigadist Valerio Moruccio 1986 in einem Interview – »gegen seine Vertreter in Italien und nicht gegen den Imperialismus als Ganzes«.[2] Die Brigadistin Anna Laura Braghetti erklärte im Nachhinein: »Wir wollten die Revolution in Italien und nicht irgendwo sonst auf der Welt. Wir waren gegen Flugzeugentführungen und arbeiteten nicht mit Palästinensern zusammen.«[3] Zudem habe bei der RAF, wie Morucci beobachtete, »ein deutsch-nationalistisches Gefühl« mitgespielt, das den Brigadisten fremd blieb. »Die RAF fühlte sich als Vertreter der deutsch-nationalistischen Seele. Sie trat gegen alle an, die dem deutschen Volk nicht die Freiheit ge-

1 Die zweite Phase begann mit der Entführung des Richters Sossi im April 1974. Die von den BR gebrauchte Parole lautete: »Colpire lo stato al cuore« bzw. »attacco al cuore dello stato«. Vgl. Alberto Franceschini / Pier Vittorio Buffa / Franco Giustolisi, »Das Herz des Staates treffen«, Wien/Zürich 1990, S. 73 ff.
2 Valerio Morucci, »Die RAF und wir – feindliche Konkurrenten«, *Der Spiegel* vom 28. Juli 1986, 40. Jg., Nr. 31, S. 106.
3 Anna Laura Braghetti, »Die Antwort hieß: Mord«, *Der Spiegel* vom 9. März 1998, 52. Jg., Nr. 11, S. 150.

lassen hatten, sich selbst einen freien und eigenen politischen Status zu geben. Diese beiden Dinge trennten uns von Anfang an.«[4] Entsprechend dürftig blieben die Kontakte. Durch Vermittlung des linken Mailänder Großverlegers und Millionärs Giangiacomo Feltrinelli kam es 1972 zwar zu Gesprächen. Die RAF plädierte dafür, die »Revolutionskräfte zu vereinen«, um den Einfluss des amerikanischen Imperialismus in Europa zurückzudrängen. Feltrinelli, dem eine Guerilla mit Stützpunkten in den Bergen vorschwebte, war dem Vorhaben durchaus gewogen. Die *Brigate Rosse* wehrten ab, offenbar nicht nur aufgrund anderer politischer Prioritäten. Morucci zufolge spielten auch Unterlegenheits- und Neidgefühle gegenüber der damals schlagkräftigeren RAF eine Rolle. Erst nach der »Operation Moro« 1978 wähnten sich die BR in der Position der Stärkeren. Es kam zu einigen Treffen in Turin und Paris, bei denen sie der nach der Schleyer-Entführung und den Vorgängen in Stammheim geschwächten RAF mit Geld, Pässen und einigen Waffen weiterhalfen. »Aber von denen bekamen wir nie etwas«, so Braghetti.[5] Ab 1981 – der Niedergang war bereits besiegelt – gingen die BR mit RAF, IRA, ETA, der französischen *Action Directe* und den belgischen *Kämpfenden Kommunistischen Zellen* an den Aufbau einer »Antiimperialistischen Front.« Sie verantworteten einige Morde, fanden damit aber kaum noch politische Resonanz.

Charakteristisch für die Unterschiedlichkeit der beiden Gruppierungen ist bereits, auf welche Weise sie sich zum ersten Mal zu Wort meldeten – die RAF mit einer selbstbezogenen Aktion, der Befreiung von Andreas Baader, die BR mit einem Molotow-Cocktail, der im September 1970 auf das Auto eines Vorarbeiters der Pirelli-Werke in Mailand flog. Was vergleichsweise harmlos begann, sollte im Frühjahr 1978 mit der Entführung und Ermordung des italienischen Spitzenpolitikers Aldo Moro seinen dramatischen Höhepunkt finden. Der führende Christdemokrat, Protagonist der politischen Öffnung nach links, hatte seit den 1960er Jahren die Einbindung von Sozialisten und Kommunisten in die Regierungsverantwortung betrieben. Mit seiner Kompromisspolitik verband sich die Hoffnung auf eine demokratische Alternative zum Dauerregime der rechten *Democrazia Cristiana*. Sein gewaltsamer Tod zeitigte nachhaltige Folgen. Der bis dahin stetig gewachsene Einfluss der Kommunistischen Partei ging zurück, die Achse der italienischen Politik verschob sich auf Dauer nach rechts. Zugleich markierte der Mord den Beginn des inneren Zerfalls der *Brigate Rosse* und ihr unabwendbares politisches Ende.

P2 und Gladio

Angesichts der vielen Ungereimtheiten im Fall Moro keimte schon damals der Verdacht, die bekannteste, größte und schlagkräftigste Truppe des italienischen Linksterrorismus sei das Objekt verdeckter geheimdienstlicher Operationen. Beharrliche journalistische Recherchen, aufklärungswillige Ermittler und zahlreiche Geständnisse von Terroristen, Geheimdienstlern und Mafiosi ließen diesen Verdacht der ersten Stunde zur Gewissheit werden. »Die Geschichte der *Brigate Rosse* ist nicht nur die Geschichte der Organisation und ihrer einzelnen Mitglieder«, konstatierte der ehemalige Brigadist Alberto Franceschini in seinem letzten Buch nüchtern. »Will man ein vollständiges Bild haben, darf man nicht außer Acht lassen, wie sich der Staat uns gegenüber verhielt: Er bekämpfte uns, wenn es ihm nützte, uns zu bekämpfen, und er ließ uns gewähren, wenn es ihm recht war, dass wir an Bedeutung gewannen.«[6]

Als aufgelöst gelten heute die beiden illegalen Organisationen, die den linken wie den rechten Terrorismus für ihre Zwecke benutzten: die NATO-Geheimarmee »Gladio« und die *Propaganda 2* (P2), eine verfassungsfeindliche, militant antikommunistische Geheimloge. Die Verbindungen von Gladio und P2 reichten in höchste Regierungskreise, bis in den Parteiapparat von Christdemokraten und Sozialisten, zu den Geheimdiensten, der CIA, dem Vatikan in Person des Erzbischofs Paul Casimir Marcinkus, den Spitzen des Militärs und nicht zuletzt zur Mafia.

4 Vgl. Morucci, »Die RAF«.
5 Vgl. Braghetti, »Die Antwort hieß: Mord«. Braghetti begleitete Mario Moretti, der den Kontakt mit Paris hielt.

6 Alberto Franceschini / Giovanni Fasanelli, Che cosa sono le Brigate Rosse, Mailand 2004, S. 132.

Scanned by CamScanner

Wie die Parlamentskommission zur P2 später feststellte, zielte die Politik der Loge nicht auf eine Machtübernahme, sondern auf die Kontrolle und verdeckte Steuerung der Regierung.[7]

1981 stieß man bei richterlichen Ermittlungen in anderer Sache eher zufällig auf die Spur der P2. Gladio, zuvor nur ein Schatten im Blick der Ermittler, gewann klare Konturen, als nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums die Angst vor einer Machtübernahme der KPI obsolet wurde. Die Blockierung der italienischen Politik fand damals ein Ende. Die durch politische Interventionen immer wieder behinderte Justiz kam zum Zug, unter dem Zugriff der Richter brach das korrupte Parteiengefüge zusammen. Es wurde möglich, Einblick in die dunklen Seiten Italiens zu gewinnen. Um entsprechenden Enthüllungen zuvorzukommen, musste Ministerpräsident Giulio Andreotti im August 1990 vor dem Parlament die Existenz einer im Verteidigungsministerium als geheime Unterabteilung innerhalb des Militärgeheimdienstes angesiedelten militärischen Organisation bestätigen. Sie trug den Namen jenes altrömischen Kurzschwertes, das auch Symbol des faschistischen Staats unter Mussolini gewesen war: Gladio. Andreotti hatte weder die Gesamtstruktur noch die Funktion von Gladio offen gelegt. Doch in der Folge war die Wahrheit, die eine Staatskrise auslöste, nicht mehr zu verhindern. Gladio – das ergaben parlamentarische und juristische Ermittlungen, zahlreiche gut dokumentierte journalistische Publikationen[8] und nicht zuletzt die wissenschaftliche Untersuchung des Schweizer Terrorismusforschers Daniele Ganser[9] – war Teil eines geheimen und zentral koordinierten antikommunistischen Militärnetzwerks der NATO; die CIA und der britische Auslandsgeheimdienst MI 6 hatten es mit Hilfe von Altnazis und Faschisten nach dem Zweiten Weltkrieg in 16 Ländern Westeuropas aufgebaut. CIA und MI 6 leiteten Aufbau, Ausrüstung, Training und Koordination dieser *Stay-behind*-Truppen, die im Fall einer sowjetischen Invasion als antikommunistische Guerilla gegen die roten Besatzer zum Einsatz kommen sollten. »Über vier Jahrzehnte lang hat die NATO während des Kalten Krieges in sechzehn westeuropäischen Ländern geheime Guerillakommandos und Waffenlager unterhalten, ohne dass ein Parlament darüber informiert gewesen wäre.«[10]

Das illegale Netzwerk erklärt sich aus der Logik der Ost-West-Konfrontation in den Jahrzehnten des Kalten Krieges, innerhalb deren Italien eine besondere Bedeutung für das westliche Militärbündnis Italien besaß. Die Halbinsel galt als der wichtigste geopolitische Stützpunkt im Mittelmeerraum und, aufgrund des stetigen Stimmenzuwachses der Kommunistischen Partei Italiens, zugleich als der gefährdetste. Die größte kommunistische Partei Westeuropas hatte im ersten Nachkriegskabinett schon einmal mitregiert und war auf amerikanischen Druck hin aus der Regierung geflogen. Die Führungsmacht der westlichen Welt fürchtete, eine kommunistische Regierungsbeteiligung könnte den Seitenwechsel Italiens ins neutrale Lager oder gar in die östliche Hemisphäre nach sich ziehen. Es war seit 1947 die oberste Prämisse der US-Außenpolitik, dies zu verhindern – wie sich herausstellte, mit allen Mitteln.

Die Strategie der Spannung

1965 hob ein illustrer Herrenkreis von italienischen und amerikanischen Geheimdienstlern, Rechtsterroristen, Politikern, Journalisten und Wirtschaftsleuten im römischen Parco dei Principi jene »unorthodoxe

7 Vgl. Friederike Hausmann, Kleine Geschichte Italiens seit 1943, Berlin 1994, S. 120 f. Der Chef des italienischen Geheimdienstes trat 1967 mit illegalen Dossiers über 150 000 Personen des öffentlichen Lebens bei. Gelli dürfte damit über ausreichend Druckmittel verfügt haben. 962 Mitglieder wurden namentlich bekannt. Einer von ihnen ist Silvio Berlusconi, Unternehmer und ehemaliger Ministerpräsident Italiens.

8 Vgl. Regine Igel, Andreotti. Politik zwischen Geheimdienst und Mafia, München 1997, und Gerhard Feldbauer, Agenten, Terror, Staatskomplott. Der Mord an Aldo Moro, Rote Brigaden und CIA, Köln 2000.

9 Daniele Ganser, NATO's Secret Armies. Operation Gladio and Terrorism in Western Europe, London / New York 2004. Ganser ist seit 2003 Mitarbeiter der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich.

10 Daniele Ganser, zit. n. Gunther Latsch, Die dunkle Seite des Westens, *Der Spiegel* vom 11. April 2005, 59. Jg., Nr. 15, S. 48.

Kriegführung« aus der Taufe,[11] die als »Strategie der Spannung«[12] in die Geschichte einging. Der Plan war simpel: Terroristische Attentate und Putschversuche sollten ein politisches Klima der Verunsicherung schaffen und den Ruf nach mehr Sicherheit und einem autoritären Staat fördern. Zugleich sollte der Verdacht systematisch auf die Linke gelenkt werden in der Hoffnung, sie auf diese Weise zu diskreditieren und ihren wachsenden Einfluss an den Urnen zurückdrängen zu können. Faschistische Attentäter zögerten nicht, blutige Anschläge gegen die eigene Bevölkerung zu verüben. Der italienische Militärgeheimdienst, Teile der Polizei und der Justiz deckten sie. Die Organisation der Spannungsstrategie und die konkrete Planung der Attentate oblag einem Büro beim Innenministerium, das den schönen Namen Ufficio affari riservati, Büro für vertrauliche Angelegenheiten, trug.[13]

Dass sich der Linksterrorismus – unabhängig von seinen eigenen Zielsetzungen – bestens für die Zwecke der Spannungsstrategie eignete, liegt auf der Hand. Zahlreiche Fälle von Infiltration sind bewiesen. Allerdings, so Regine Igel, gebe es »für die Steuerung des Rechtsterrorismus durch rechtsradikale Geheimdienst- oder Gladioagenten handfestere Zeugnisse als für den Linksterrorismus«.[14] Um die damals zum ersten Mal an der Regierung beteiligten Sozialisten von ihren Reformplänen abzubringen, versetzte Carabinieri-General Giovanni De Lorenzo bereits 1964 das politische Italien zwar mit einem geplanten Putsch in Alarmzustand, und auch in den folgenden Jahren wurde dreimal ein Staatsstreich versucht. Aber auf die Errichtung eines Obristenregimes etwa nach griechischem Muster zielte die Strategie der Spannung nicht. Sie bezweckte letztlich die Aufrechterhaltung des Status quo, wie ihn die regierenden rechten Christdemokraten seit Kriegsende garantiert hatten.

Dass Gladio der Motor der Geheimpolitik war, die NATO-*Stay-behind*-Truppen also nicht nur der Abwehr einer eventuellen roten Invasion dienen sollten, sondern in Italien (und sieben anderen Ländern) gegen die vermeintliche »kommunistische Bedrohung« im Innern zum Einsatz kamen, bewies als Erster ein italienischer Untersuchungsrichter. Beharrlich hatte Felice Casson seit 1972 im Fall eines Sprengstoffanschlags im norditalienischen Peteano ermittelt.[15] 1990 gelang es ihm endlich, sich Zugang zu einem von der CIA und dem italienischen Militärgeheimdienst SIFAR gemeinsam unterzeichneten Protokoll zu erzwingen, das die Verbindung zur Spannungsstrategie bewies.

Piazza Fontana

Die Strategie der Spannung lief 1969 an. Eine Vielzahl faschistischer Blätter und Blättchen kam in Umlauf, kleine Attacken rechter Schlägertrupps auf linke Studenten und linke Partei- und Gewerkschaftsbüros, aber auch größere Anschläge mehrten sich. Der Herbst jenes Jahres ist als »heißer Herbst« in die Geschichte Italiens eingegangen, denn damals erreichten die Arbeitskämpfe ihren Höhepunkt. Die Arbeiter streikten – mit und ohne Gewerkschaften – für mehr Lohn, eine neue Arbeitsorganisation und anderes mehr, aber auch für die längst überfällige Reform des Renten-, Steuer- und Gesundheitssystems. Am 12. November 1969 traten fast 20 Millionen Menschen für die Wohnungsreform in den Ausstand. Italien schien im Aufruhr. Das gesamte wirtschaftliche Leben des Landes erlahmte.

Exakt einen Monat später, am 12. Dezember 1969, detonierten in Mailand und Rom fast zeitgleich vier Bomben. Der in der Mailänder Landwirtschaftsbank an der Piazza Fontana in zwei Aktentaschen abge-

11 Igel, Andreotti, S. 62.

12 Den Begriff »Strategie der Spannung« führte die englische Wochenzeitschrift *The Observer* ein. Sie vermutete in der 1969 an der Mailänder Piazza Fontana gelegten Bombe die Inszenierung eines groß angelegten Manövers zur Vorbereitung eines Staatsstreichs. Vgl. Igel, Andreotti, S. 71.

13 Ebenda, S. 197.

14 Ebenda, S. 188.

15 Bei dem Anschlag im norditalienischen Peteano waren drei Carabinieri gestorben und zwei verletzt worden. Als Täter galten die *Roten Brigaden*. Doch Richter Casson fand heraus, dass die Spur zur faschistischen *Ordine Nuovo* führte. Der Sprengstoff stammte aus NATO-Beständen. Geliefert hatte ihn der Militärgeheimdienst, der die wahren Täter jahrelang durch falsche Gutachten und anderes mehr decken konnte.

Scanned by CamScanner

stellte kiloschwere Sprengsatz tötete 17 Menschen und verletzte fast 200. Allein die Dimension dieses Anschlags veränderte das politische Klima Italiens. Zwar präsentierte die Polizei umgehend zwei Anarchisten als Täter, den Eisenbahner Giuseppe Pinelli und den Tänzer Pietro Valpreda, und lastete die politische Verantwortung für die Bomben der gesamten Linken an; jedoch hatte die polizeiliche Lesart nicht lange Bestand. Dank einiger kritischer Journalisten und der aus der Studentenbewegung hervorgegangenen Gruppe *Lotta Continua* und ihrer gleichnamigen Tageszeitung wurde rasch offenbar, dass die Spur zur rechtsterroristischen *Ordine Nuovo* wies und der Militärgeheimdienst die Finger im Spiel hatte. Auch die Recherchen zweier linker Journalisten ergaben, dass die Spur weit nach rechts und zum Militärgeheimdienst führte. Ihr Buch mit dem bezeichnenden Titel »Strage di stato«,[16] staatlich gelenktes Massaker, machte Furore. Der Begriff wurde zum Synonym für die Bombe an der Piazza Fontana und die weiteren Anschläge; bis 1984 sollen allein durch die acht großen »Staatsmassaker« 150 Menschen ums Leben gekommen sein.

Alle nachfolgenden Ermittlungsverfahren zeigen das gleiche Muster – Beweise verschwanden oder wurden manipuliert, Prozesse verschleppt, Zeugen beseitigt. So kamen 17 Menschen, die auf die eine oder andere Weise mit dem Attentat an der Piazza Fontana in Verbindung gestanden hatten, nach und nach durch Mord, Selbstmord oder Unfall ums Leben. Der erste Tote war der von der Polizei unmittelbar nach dem Anschlag als Täter verhaftete Anarchist Giuseppe Pinelli. Er stürzte am dritten Tag seines Verhörs im Mailänder Polizeipräsidium aus einem Fenster im vierten Stock. Einen Selbstmord, wie die Behörden den Todessturz sogleich nannten, haben spätere Ermittlungen ausgeschlossen. Wie Pinelli wirklich zu Tode kam, ist nicht geklärt.

Pietro Valpreda kam nach 15 Jahren Haft und sieben Prozessen schließlich »mangels Beweisen« frei. Der Täterschaft beschuldigt und angeklagt wurden auch der Neonazi Franco Freda, Chef von *Ordine Nuovo*, Giovanni Ventura, Spezialist für die Infiltration maoistischer Gruppen, und Mario Merlino, Mitglied von *Avanguardia Nazionale* und Gründer des anarchistischen Zirkels, dem Pietro Valpreda angehört hatte. 1974 wurden der als Agent des Militärgeheimdienstes enttarnte Faschist Guido Giannettini[17] sowie die Rechtsterroristen Stefano delle Chiaie und Massimiliano Fachini angeklagt. Letztlich wurden alle freigesprochen. Dreißig Jahre nach der Piazza Fontana hat zwar der ehemalige Chef der Spionageabwehr General Gianadelio Maletti erklärt, dass italienische Rechtsterroristen auf Anordnung der CIA den Anschlag verübt hätten. Einen rechtskräftig verurteilten Schuldigen gibt es dennoch bis heute nicht.

Ursache des Linksterrorismus ist diese erste große *strage di stato* nicht. Gleichwohl verlieh sie dem bewaffneten Kampf zusätzliche Legitimität. »Unser Vorhaben, der bewaffnete Kampf, reifte *vor* dem Anschlag an der Piazza Fontana heran«, erklärt Alberto Franceschini. »In unseren Augen bestätigte er die Notwendigkeit und Richtigkeit unserer Absichten und beschleunigte deren Verwirklichung.«[18] Nicht nur die künftigen *Brigate Rosse*, sondern die gesamte außerparlamentarische Linke sprach damals von der Notwendigkeit bewaffneten Widerstands nach dem Vorbild der historischen Resistenza. Denn auch an den Universitäten forderten die blutigen – und in einem Fall auch tödlichen – Provokationen faschistischer Schlägertrupps die militante Gegenwehr der linken Studenten heraus. 1970 wurde gar bekannt, dass der Altfaschist Prinz Valerio Borghese einen Staatsstreich versucht hatte.[19]

BR-Gründer Alberto Franceschini

Bei der Gründergeneration der BR ist ebenso wie bei vielen Aktivisten der italienischen Studentenbewegung ein biografischer Bezug zur Resistenza gegeben. Renato Curcio wuchs mit dem heroischen Bild eines Onkels heran, der als Partisan bei *Giustizia*

16 Edoardo Di Giovanni / Marco Ligini, La strage di stato, Mailand 1989 (Nachdruck).
17 Igel, Andreotti, S. 78.
18 Franceschini/Fasanelli, Brigate Rosse, S. 56.
19 Die Nachricht gab der grassierenden Angst vor einem Putsch neue Nahrung.

e Libertà[20] kurz vor Kriegsende von einer deutschen Patrouille erschossen worden war. Alberto Franceschini kam aus Reggio Emilia, der Partisanenhochburg Italiens schlechthin. Sein Vater war Fabrikarbeiter, der Großvater, einer der Gründer der Kommunistischen Partei in Reggio, Hausmeister an der Arbeitskammer. Beide hatten in kommunistischen Partisaneneinheiten gegen den Faschismus und die deutsche Besatzung gekämpft. Erzogen in der Tradition der »roten Emilia«, verbrachte Franceschini die Schulferien öfter in Sommercamps der Sowjetunion. Als Zwölfjähriger erlebte er 1960 mit, wie die Polizei in Reggio auf einer großen antifaschistischen Kundgebung fünf unbewaffnete junge Männer erschoss. Diese Kundgebung fand aus Solidarität mit tagelangen Massendemonstrationen im ebenfalls traditionell antifaschistischen Genua statt, die sich gegen einen Kongress des neofaschistischen *Movimento Sociale Italiano* (MSI) richteten und schließlich dessen Abbruch erzwangen. Für Franceschini und viele andere seiner Generation schien sich der Mythos Resistenza damals zum ersten Mal zu konkretisieren. Die Toten von Reggio Emilia wurden zu Symbolgestalten eines neuen militanten Antifaschismus, den die gesamte außerparlamentarische Linke teilte und der sich in Feltrinellis *Gruppi di Azione Partigiana* 1969 zum ersten Mal als Guerilla formierte.[21]

In seinen beiden Autobiografien hat Franceschini das festgefügte kommunistische Milieu seiner Kindheit und Jugend, das ihn geprägt hat, mit großer Sympathie beschrieben. Er kannte viele alte Partisanen, die die Resistenza nicht nur als nationalen Befreiungskrieg, sondern auch als Auftakt zur sozialen Revolution erlebt hatten und nun vom offiziellen Kurs ihrer Partei, die eine zwar progressive, gleichwohl bürgerliche Demokratie anstrebte, bitter enttäuscht waren. Der kommunistische Jugendverband war das Forum, in dem Franceschini mit den Hauptthemen von 1968 – der Ausbeutung der Dritten Welt, dem Vietnamkrieg, der sozialen Ungerechtigkeit als ausschlaggebenden Ursachen für die großen Arbeiterstreiks – in Berührung kam. Die Partei verweigerte indes die Auseinandersetzung.[22] Die KPI nahm lieber in Kauf, dass ihr Jugendverband zur Bedeutungslosigkeit schrumpfte. Franceschinis »Nabelschnur« zur Partei zerriss, als ihm wegen der Beteiligung an einer Anti-NATO-Demonstration ein Disziplinarverfahren drohte. Er wurde Mittelpunkt einer Schar von Ex-Kommunisten, Ex-Sozialisten, Anarchisten und Linkskatholiken – tatendurstige Revolutionäre, die bereits sporadisch mit den aus Mailand angereisten Renato Curcio und Corrado Simioni über die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes diskutierten und mit den Pistolen alter Partisanen in den Hügeln um Reggio die künftige Praxis einübten. Franceschini begann in Bologna zwar noch halbherzig ein Studium als Bergbauingenieur. Doch 1969 brach er mit vier Freunden ins studenten- und arbeiterbewegte Mailand auf, im Gepäck zwei Pistolen, die ihm ein ehemaliger Partisan gegeben hatte. Franceschini begriff dieses Geschenk als Vermächtnis und Auftrag zugleich.

In Mailand stieß sein Grüppchen zum *Collettivo Politico Metropolitano* (CPM). Dieser offene Kreis von Schülern, Künstlern, Angestellten und Arbeitern aus dem autonomen *Comitato di Base* bei Pirelli gilt als die Urzelle der *Roten Brigaden*. Hier trafen die Aktivisten der Gründergeneration aufeinander. Die Geschichte der kommunistischen Partisanen brachte Franceschini ein, Renato Curcio und Mara Cagol die Erfahrung der Trientiner Studentenbewegung.

Renato Curcio und Mara Cagol

Curcio, uneheliches Kind eines Hausmädchens, war bei Verwandten der Mutter in einer strengen waldensischen Gemeinde in der Nähe Turins aufgewachsen. Nach einigen ziellos verbrachten Jahren hatte er sich

20 »Gerechtigkeit und Freiheit«, die Partisanenformation der sozialistisch-libertären Aktionspartei.

21 Die historischen Partisaneneinheiten GAP operierten in den Städten gegen die deutsche Besatzung. Feltrinelli, ein Freund Fidel Castros und des legendären kommunistischen Partisanenführers Pietro Secchia, rechnete fest mit einem faschistischen Putsch. In diesem Fall sollten sich seine GAP in die Berge zurückziehen und von dort aus den Widerstand beginnen.

22 Die KPI schloss damals auch die kritische *Manifesto*-Gruppe um Rossana Rossanda aus.

Scanned by CamScanner

1962 an der kleinen sozialwissenschaftlichen Universität in Trient eingeschrieben. Diese ursprünglich als konservativ-christliche Eliteuniversität gedachte christdemokratische Neugründung zog damals die progressivsten, hoffnungsvollsten und interessiertesten Studenten aus ganz Italien an, konnte aber deren Erwartungen an die Inhalte der Lehre nicht erfüllen. Trient wurde das Zentrum der Studentenbewegung, die berüchtigte »Schmiede der Subversion«. Hier gedieh die sozialistische Kritik am Katholizismus, die bald auch auf die konservative Elite-Uni Cattolica im nahen Mailand überspringen sollte. Renato Curcio, Mitarbeiter der ursprünglich linkskatholischen Zeitschrift *Lavoro Politico*, gewann rasch Bekanntheit und Ansehen als einer der Sprecher des – erfolgreichen – Widerstands der Studenten gegen die von Rom geplante Degradierung ihrer Laurea in Soziologie zu einem Abschluss in Politologie. Mit seinem Freund Mauro Rostagno, dem »Che« von Trient,[23] rief er die *Universitá Negativa* ins Leben. In diesem Kreis las man Mao, Marcuse, Che Guevara, Cabral und Raniero Panzieri, einen der bedeutendsten Denker des *Operaismo*, jener für die italienische Studentenbewegung so charakteristischen Theorie, die der »revolutionären« Abgrenzung von der »revisionistischen« KPI ein politisch-theoretisches Fundament verschaffte. Der *Operaismo* – abgeleitet von *operaio*, Arbeiter – ging von der Überlebensfähigkeit des modernen Kapitalismus aus und theoretisierte den voluntaristisch gesetzten antikapitalistischen Widerstand als die historisch vermeintlich einzig mögliche Form der Revolution: Eine »Wiederentdeckung der Subjektivität«,[24] die sich mit dem zentralen Begriff der »Arbeiterautonomie« verband und den Kampf- und Organisationsformen der traditionellen sozialistischen und kommunistischen Linken entgegengesetzt wurde. Als Subjekt der Revolution galt die Figur des modernen »Massenarbeiters«, des un- oder angelernten Arbeiters an den halbautomatischen Fließbändern der norditalienischen Großfabriken, die schon Anfang der 1960er Jahre den Anteil der herkömmlichen qualifizierten Industriearbeiterschaft auf unter 40 Prozent hatte sinken lassen. Diese Facharbeiter bildeten den Rückhalt der kommunistischen Gewerkschaft CGIL und der Linksparteien. Die neuen Bandarbeiter dagegen, zumeist junge Männer aus dem ländlichen Venetien und dem Süden, waren ohne jede gewerkschaftliche Erfahrung. Doch sie neigten, ganz in der Tradition gewaltsamer süditalienischer Bauernaufstände, zu plötzlich aufflammenden Revolten,[25] zu spontanem, radikalem Aufbegehren, dem die traditionelle Linke verständnislos bis feindselig gegenüberstand. Die Gewerkschaften nahmen die veränderte Zusammensetzung der Arbeiterschaft zunächst nicht zur Kenntnis und ignorierten die Lage der schlecht bezahlten und sozial marginalisierten Arbeiter schlicht; erst 1968, als die sogenannten *Operai massa* (Massenarbeiter) Protagonisten der Streiks, Sabotageaktionen und Fabrikbesetzungen des »heißen Herbstes« wurden, öffneten sie sich zögernd. Gehör bei den Massenarbeitern fanden wiederum die Studentengruppen *Potere Operaio* und *Lotta Continua* mit der Idee der Großen Verweigerung, des radikalen Protests als Negation des Kapitalismus. Die Arbeiter übernahmen Forderungen wie die nach gleichen Lohnerhöhungen für alle und begannen, in den Fabriken nach studentischem Beispiel Vollversammlungen als beschlussfassende Gremien und andere Formen direkter Demokratie einzuführen. In diesem Kontext formierten sich die *Brigate Rosse*.

Die spontaneistisch-operaistischen Gruppen *Lotta Continua*, *Potere Operaio* und die trotzkistische *Avanguardia Operaia* entstanden gegen Ende der Studentenbewegung. Renato Curcio entschied sich indes für eine dogmatische Antwort auf die damals aktuelle Frage nach der revolutionären Perspektive und trat

23 Der charismatische Rostagno war einer der Gründer der studentischen Gruppe *Lotta Continua*, die im »heißen Herbst« in Turin eine nicht unbeträchtliche Rolle spielte. Nach einer Zwischenstation im indischen Poona engagierte er sich in Trapani, Sizilien, in der Jugendarbeit und im Kampf gegen die Mafia. Im Lokalfernsehen enthüllte er täglich die Namen von Mafiosi. Am 26. September 1988 wurde er erschossen.

24 Sophie G. Alf, Leitfaden Italien. Vom antifaschistischen Kampf zum Historischen Kompromiß, West-Berlin 1977, S. 293.

25 Im Nachhinein berühmt wurde der spontane Aufstand 1962 in Turin, als Tausende von Fiat-Arbeitern aus der Fabrik protestierend zum Sitz einer allzu nachgiebigen Gewerkschaft zogen und, von herbeieilenden süditalienischen Ghetto-Bewohnern unterstützt, der Polizei eine dreitägige Straßenschlacht lieferten.

in die maoistische KPI/ML ein. Diese Splittergruppe lehnte den bewaffnet-militärischen Kampf nicht ab, sah ihn aber erst für die letzte Phase der revolutionären Machtergreifung vor. Schon bald schloss sie das neue Mitglied wegen »politischen Abenteurertums« aus. Dramatische Ereignisse wie die Erschießung zweier demonstrierender sizilianischer Landarbeiter durch Carabinieri, die in ganz Italien Massenproteste und heftige Diskussionen über die Ausbeutung des Südens auslöste, scheinen Curcio damals existentiell radikalisiert zu haben. Er verzichtete auf sein Examen, obwohl er alle Scheine beisammenhatte, und zog im Frühherbst 1969 mit Duccio Berio und anderen nach Mailand. Zuvor hatten er und Mara (Margherita) Cagol sich kirchlich trauen lassen, offenbar auf Drängen von Cagols streng religiösen Eltern. Die Tochter eines Drogeriebesitzers hatte sich im Milieu der radikal antikapitalistischen linkskatholischen Kritik von 1968 politisiert; in Trient engagierte sie sich in einer Dritte-Welt-Gruppe. Cagol beendete ihr Soziologiestudium, fand Arbeit in einem Mailänder Gewerkschaftsinstitut und ernährte ihren Mann, der sich für das Leben eines Berufsrevolutionärs entschieden hatte und seine Tage mit Lektüre und strategischen Debatten füllte. Curcio und Franceschini schildern Cagol als eine moralisch rigorose und zugleich liebevolle Person, die den bewaffneten Kampf angesichts der als unmenschlich empfundenen Gesellschaft als moralische Pflicht empfand. Gleichwohl scheute sie lange vor dem Bruch mit der Legalität zurück und tauchte erst ab, nachdem sie 1972 im Verlauf eines Häuserkampfes ihr Kind verloren hatte. Sie war die einzige Frau, die Sitz und Stimme in der Führung der *Brigate Rosse* hatte, denen sich ohnehin vergleichsweise wenige Frauen anschlossen. Barbara Balzerani erlangte gegen Ende des Linksterrorismus Bekanntheit als Chefin einer Abspaltung.[26] Anna Laura Braghetti, eine der (vermutlich) vier Personen, die Aldo Moro bewachten, machte es sich zur Aufgabe, für die Verpflegung von Geisel und Wächtern zu sorgen.[27] Charismatische Züge besaß einzig Mara Cagol. Nach ihrem Tod 1975 wurde sie zur politischen Ikone der BR.

Mario Moretti

Im Zwielicht des Verdachts, im Auftrag in- und ausländischer Geheimdienste gehandelt zu haben, steht hingegen das BR-Gründungsmitglied Mario Moretti. Faktenreich begründete Vorwürfe gegen ihn erhob wiederholt Alberto Franceschini,[28] sekundiert von Ex-KPI-Senator Sergio Flamigni, dem kenntnisreichen Mitglied der Parlamentskommissionen zur P2 und zum Fall Moro. Flamigni, seit Jahrzehnten um die Aufklärung der Hintergründe bemüht, trug ebenfalls neues Material über die sogenannte Sphinx der BR[29] zusammen – ohne aber den letzten Beweis erbringen zu können.

Moretti, Sohn armer Leute aus Porto San Giorgio in den Marken, entstammt nach eigenem Bekunden einer traditionell kommunistischen Familie; Flamigni zufolge gehörten ihr auch Faschisten und Klerikale an. Schulbesuch und Studium ermöglichte ihm die Marchesa Casati Stampa di Soncino, eine Adlige aus reicher Mailänder Familie. Ihr verdankte er wohl auch seine Stelle als Sachverständiger für Telekommunikation bei SIT-Siemens in Mailand. Dort trat Moretti laut Flamigni zunächst der moderaten christdemokratischen Gewerkschaft CISL bei, stieß aber bald zu den autonomen *Gruppi di Studi*, zu denen sich die traditionell gewerkschaftsfernen Angestellten ab 1968 zusammenschlossen. Damals waren durch den technischen Wandel in der Industrie neue Arbeitsplätze für Angestellte entstanden. Zugleich aber waren diese Tätigkeiten zumal der technischen Angestellten so radikal dequalifiziert worden, dass sich die »Studiengruppen« der Angestellten aufgrund ihrer enttäuschenden Berufspraxis mit den Arbeitern zu

26 Der *Brigate Rosse-Partito Communnisti Combattenti* (BR-PCC).

27 »Für die Männer im Haus zu sorgen, war aus meiner Sicht Teil der weiblichen Kultur.« Anna Laura Braghetti, »Die Antwort hieß: Mord«, S. 150.

28 Franceschini/Fasanella, Brigate Rosse.

29 Sergio Flamigni, La sfinge della BR. Delitti, segreti e bugie del capo terrorista Mario Moretti, Milano 2004 (Die Sphinx der BR – Verbrechen, Geheimnisse und Lügen des Terroristenchefs Mario Moretti).

Scanned by CamScanner

solidarisieren begannen und betriebsintern mit sehr großem Erfolg mobilisierten.

Bei SIT-Siemens schloss Moretti mit Giorgio Semeria, Paola Besuschio und Corrado Alunni[30] Bekanntschaft. Alle vier wurden Brigadisten der ersten Stunde. Moretti, kein Intellektueller wie Curcio, Cagol und Franceschini, drängte rasch auf einen militaristischeren Kurs, kam damit jedoch erst nach der Verhaftung von Curcio und Franceschini 1974 zum Zug. Damals stieg der Mann mit dem Stalin-Schnauzer zum neuen Chef der BR auf. Dem Typus des von allen Wurzeln befreiten Revolutionärs kommt er wohl am nächsten. Moretti ist – laut eigenem Bekunden und nach dem Urteil der Justiz – Aldo Moros Mörder.

Corrado Simioni

Der Kreis, in dem Renato Curcio vom bewaffneten Kampf als der höchsten Form des Klassenkampfes sprach und den zügigen Aufbau einer bewaffneten marxistisch-leninistischen Avantgarde forderte, umfasste etwa 70 Personen. Sie tagten in der Regel nicht geheim. Als Kontrahent Curcios profilierte sich Corrado Simioni, ursprünglich sein Freund. Renato Curcio hatte unblutige, den »Massen« stets politisch vermittelbare Aktionen im Sinn. Er und Franceschini lehnten die Bildung der straff organisierten Terrorgruppe ab, die wiederum Simioni anstrebte. Deren Anschläge sollten anonym bleiben, um den Schatten des Verdachts auf die radikale legale Linke fallen zu lassen. Auf diese Weise sollte diese polarisiert und für die Organisation neue Kader gewonnen werden.[31]

Auch andere Vorschläge Simionis stießen bei Curcio und Franceschini auf Unverständnis und Ablehnung. Simioni wollte im Eingang der Mailänder US-Botschaft Sprengstoff deponieren, und er legte ausgearbeitete Mordpläne gegen zwei NATO-Generäle und Prinz Valerio Borghese vor, Führer der 1968 gegründeten, damals kaum bekannten *Fronte Nazionale*, der erst durch den Putschversuch vom Dezember 1970 von sich reden machen sollte.[32]

Eine halb klandestine Organisation kontrollierte Simioni bereits: den Ordnungsdienst des CPM, der im Schutz von Massendemonstrationen kleinere Anschläge verübte. Weil Frauen – unter ihnen auch Mara Cagol – den schlagkräftigen Kern bildeten, hieß die Truppe *Le zie rosse*, die Roten Tanten. Simioni, berichtet Franceschini, habe Mara Cagol vorgeschlagen, sich an einem von ihm vorbereiteten Anschlag auf die amerikanische Botschaft in Athen zu beteiligen. Cagol habe jedoch abgelehnt. Er, Franceschini, habe zufällig davon erfahren, weil Simioni, als er beim Zeitunglesen auf die Nachricht über das Scheitern des Anschlags stieß und vom Tod des Attentäters[33] erfuhr, erregt aufgesprungen sei und zur Überraschung der anderen bekannt habe, Organisator des Anschlags sei er.[34]

Danach kam es zum Bruch. Corrado Simioni verschwand mit Duccio Berio,[35] Vanni Mulinaris, Prospero Gallinari, Mario Moretti, Innocente Salvoni, dessen Frau Françoise Tuscher[36] und anderen. Er nahm Geld und Waffen mit. »Superclan« hieß sein superklandestiner Zirkel in BR-Kreisen fortan spöttisch. Viel ist darüber auch später nicht bekannt geworden.

Gallinari kehrte nach einiger Zeit in den Kreis um Curcio zurück. Moretti kam im Frühling 1971 wieder.

---

30 Alunni gehörte 1976 zu den Gründern der Terrorgruppe *Prima Linea*.

31 Anonymität war auch das Charakteristikum rechtsterroristischer Attentate. Simionis Terrorstrategie klingt wie aus einem Handbuch zur Strategie der Spannung, das es als »Manual zur Bekämpfung von Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und der Freiheitsbewegungen in den Industrieländern« tatsächlich gibt: Field-Manual 30-31, Anhang B vom 18. März 1970, gezeichnet vom Generalstabschef General Westmoreland, siehe Igel, Andreotti, S. 345 ff.

32 Franceschini/Fasanelli, Brigate Rosse, S. 71. Vgl. Igel, Andreotti, S. 163 f.

33 Das Attentat fand am 2. September 1970 statt. Der Attentäter, ein Zypriote, der in Mailand studierte, starb dabei.

34 Franceschini/Fasanelli, Brigate Rosse, S. 70. Laut Franceschini hat Mara Cagol durch Simioni den früheren Partisanen Roberto Dotti kennen gelernt, der sich nach dem Krieg von der KPI abgewandt hatte. Später erfuhr sie zufällig, dass Dotti die rechte Hand des Putschisten Eduardo Sogno war. Ebenda, S. 157

35 Berio ist der Sohn eines Mailänder Arztes, der Kontakte zum israelischen Geheimdienst Mossad hatte.

36 Beide kamen aus linkskatholischen Kreisen.

Gegen beide hegten Curcio, Semeria und Franceschini fortan starke Vorbehalte, vor allem aber gegen Simioni. Man hielt ihn für einen Agenten der CIA, weil suspekte Personen, so Franceschini später, damals eben in Verbindung mit der CIA gebracht wurden. Dann veröffentlichte auch die Tageszeitung *Lotta Continua* eine Liste mutmaßlicher CIA-Agenten, auf der Simionis Name stand. Zudem wurde nun wahrgenommen, was bislang kaum jemanden im CPM irritiert hatte, obwohl Simioni nie einen Hehl daraus gemacht hatte: seine Schweizer Villa und sein Mercedes, die Beziehungen zu Geheimdienstlern, die »obskuren Kanäle zum Waffenhandel«[37] und sein Know-how bei der Herstellung von Bomben.

Geheimdienstgeneral Giovanni Romeo, von 1966 bis 1969 Gladio-Verantwortlicher und in den 1970er Jahren Chef der Abteilung D für Innere Sicherheit im Militärgeheimdienst SID, hat 1990 vor der *Commissione stragi* des Parlaments bestätigt, dass getarnte Faschisten und V-Leute gezielt in linke Gruppen eingeschleust wurden und auch in den BR von Anfang an verdeckte Agenten agierten, die die Geheimdienste auf dem Laufenden hielten und versuchten, Aktionen zu steuern.[38] Alberto Franceschini ist fest davon überzeugt, dass Simioni solch ein von langer Hand aufgebauter Agent gewesen ist.[39] Derselben Ansicht ist die Parlamentskommission zum Fall Moro.[40]

Hyperion

1970 tauchten Simioni, Duccio Berio, Vanni Mulinaris, Innocente Salvoni[41] und Françoise Tuscher bei der Sprachschule Hyperion am eleganten Quai de la Tournelle 27 in Paris auf. Simioni, Berio und Mulinaris wurden dort als Lehrer geführt, Françoise Tuscher als Sekretärin. Aufgebaut wurde Hyperion von dem belgischen Dominikanerpater Felix Andrew Morlion, Gründer und damaliger Leiter des vatikanischen Geheimdienstes. Dass die Schule in Wirklichkeit »das wichtigste Büro der CIA-Vertretung in Europa« sei, stellten polizeiliche Ermittler schon 1980 fest.[42] Laut Staatsanwalt Rosario Priore, einem Ermittler im Fall Moro, war Hyperion ein Treffpunkt der mächtigsten Geheimdienste weltweit – der CIA, des sowjetischen KGB und des israelischen Mossad. Priore bestätigte vor der Parlamentskommission zum Terrorismus, dass BR, RAF und ETA über Hyperion Waffen erhalten hätten, die angeblich von der PLO stammten, in Wahrheit aber von der CIA und dem italienischen Militärgeheimdienst SISMI angeliefert worden seien.[43] Die Schule richtete im Februar vor der Entführung Moro eine Dependance in Rom ein, die nach dem Mord an Moro wieder aufgelöst wurde. Die Dependance befand sich in einem Gebäude an der Via Nicotera 26, das als Firmen getarnte Büros des italienischen Militärgeheimdienstes beherbergte. 1981, in dem Jahr, als die kriminelle Loge *Propaganda 2* auffflog, schloss Hyperion die Pforten. Dem *Corriere della Sera* vom 14. März 1993 ist zu entnehmen, dass Simioni später als Verbindungsmann des Vatikans bei der oppositionellen Gewerkschaft *Solidarność* in Polen eingesetzt wurde. Die Wochenzeitschrift *L'Espresso* vom 28. März 1993 berichtet sogar von einer Papstaudienz für Simioni.[44]

»Bewaffnete Propaganda«

Das *Collettivo Politico Metropolitano* benannte sich um in *Sinistra Proletaria*, proletarische Linke, und gab eine kurzlebige Zeitschrift gleichen Namens heraus, die bald programmatisch in *Nuova Resistenza* umgetauft wurde. Damals erfanden Curcio, Cagol

37 Igel, Andreotti, S. 163 f.
38 Ebenda, S. 184.
39 Siehe auch Renato Curcio, Mit offenem Blick, Berlin 1997, S. 200.
40 Feldbauer, Agenten, Terror, Staatskomplott, S. 179.
41 Salvoni wurde wegen seiner Beteiligung an der Entführung Moros polizeilich gesucht, doch sein Fahndungsfoto wurde zurückgezogen, nachdem Salvonis Onkel, der als Wohltäter der Armen in Frankreich wohlbekannte Abbé Pierre, bei der DC-Zentrale in Rom interveniert hatte.
42 *La Repubblica* vom 29. Januar 1983, zit. n. Igel, Andreotti, S. 178.
43 Feldbauer, Agenten, Terror, Staatskomplott, S. 167.
44 Ebenda, S. 180.

Scanned by CamScanner

und Franceschini das später so berüchtigte BR-Logo, den gelben Stern im roten Kreis, der die politischen Wahlverwandtschaften signalisierte: die Rote Armee, den Vietcong und die Metropolen-Guerilla der *Tupamaros*. Das Wort »Brigade« sollte auf die legendäre kommunistische Partisanenformation *Brigate Garibaldi* verweisen. Das Adjektiv »kommunistisch« wurde als zu ideologisch verworfen, »rot« klang offenbar besser.

Die Zeitschrift enthielt Berichte über bewaffnete Anschläge in ganz Europa, einen Text der *Tupamaros*, ein Interview mit Mitgliedern der *Roten Armee Fraktion*. Sie diente wohl weniger publizistischen Zwecken, sondern mehr als legale Fassade der sich formierenden BR. Denn kaum war der Bruch mit Simioni vollzogen, flog im September 1970 der erste Molotow-Cocktail. Eine Miniaktion, die sich nicht von dem unterschied, was die Arbeiter ohnehin praktizierten – Angriffe auf Vorgesetzte, kleinere Sabotageakte, Brandsätze gegen die Autos von Vorarbeitern, Personalchefs, Managern und Attacken auf die Büros von Neofaschisten und Christdemokraten, wie sie damals auch bei den Ordnungsdiensten der außerparlamentarischen Gruppen üblich waren. Noch agierten diese mit Molotow-Cocktails, Zwillen und Schlagstöcken ausgestatteten Trupps oft militanter als die künftige »bewaffnete Partei«, der nicht die Gewalt, sondern der propagandistische, kommunikative Aspekt am wichtigsten war. Noch bewegten sich fast alle Brigadisten in der Legalität. Bereits im Untergrund war damals einzig Franceschini. Er besaß einen gefälschten Pass und benutzte den Decknamen »Franz«. Tatsächlich fahndete die Polizei nach ihm; allerdings nur, weil er seinen Wehrdienst nicht angetreten hatte.

Mario Moretti, stets auf Eskalation der Gewalt bedacht, schlug die erste Entführung der BR vor und organisierte sie. Da sie erfolgreich verlief, gehörte er neben Curcio, Cagol und Franceschini fortan zum Führungskern. Die Aktion katapultierte die BR in die Schlagzeilen sämtlicher Tageszeitungen, denn es war die erste politische Entführung in Italien überhaupt. Sie währte nur zwanzig Minuten, getreu dem BR-Motto *mordi e fuggi*, schlag zu und renn weg. Zwei, drei Rotbrigadisten zerrten Idalgo Macchiarini, den Betriebsleiter von SIT-Siemens, ins Innere eines Lieferwagens, setzten ihm eine Pistole an die Schläfe, hängten ihm ein Schild um – »Alle Macht dem Volk!« – und fotografierten ihn damit. Die Bilder gingen umgehend an die Presse. Nach diesem Muster wurde immer wieder verfahren, die Entführungen dauerten freilich immer länger. Der Personalchef von Fiat, Ettore Amerio, blieb bereits acht Tage in der Gewalt der BR. Die KPI sprach von »Provokationen«. Ansonsten aber errangen die BR mit der »bewaffneten Propaganda«, die ihnen einen sozialrevolutionären Touch verlieh, in linken Kreisen bis in die großstädtischen Salons hinein viel Sympathien. Noch galten die Brigadisten als *compagni che sbagliono*, Genossen, die sich irren, wie die berühmte Formel von Rossana Rossanda lautete, und sie hatten Erfolg.[45] Künftige Militante konnten über drei linke Anwälte oder die Zeitschrift *Controinformazione*,[46] an der einige Brigadisten mitarbeiteten, Kontakt aufnehmen. Den Gründerkern hatten noch »etwa fünfzehn Personen«[47] gebildet. Zwei Jahre später, 1972, existierten bereits in allen Großfabriken Oberitaliens Brigaden, auf denen eine Kolonne beruhte, die Organisationseinheit einer Stadt oder Region. Kolonnen existierten in Mailand, Turin, Genua und Venetien. Ihre Kontrolle und Koordination oblagen der strategischen Leitung, die Curcio, Cagol, Moretti und Franceschini innehatten. Franceschini berichtet, er und andere hätten damals zahlreiche Banküberfälle verübt, um Geldmittel zu beschaffen. Waffen habe man sich durch die Plünderung von Schweizer Depots und Kontakte zur Unterwelt besorgt.[48]

Geld und Waffen gab wohl auch Giangiacomo

45 Rossana Rossanda, ehemaliges Mitglied der KPI-Führung, war die bedeutendste Theoretikerin der parteiinternen kritischen Plattform *il manifesto*, die 1968 im Namen des demokratischen Zentralismus ausgeschlossen wurde. Der Einfluss ihrer politisch-theoretischen Beiträge zu einem demokratischen Sozialismusbegriff reichte weit über Italiens Grenzen hinaus. Rossana Rossanda schreibt noch heute für die Tageszeitung *il manifesto*.

46 Zur Redaktion gehörte auch Toni Negri. Vgl. Franceschini/Fasanelli, Brigate Rosse, S. 126.

47 Curcio, Mit offenem Blick, S. 12.

48 Franceschini/Fasanelli, Brigate Rosse, S. 81

Feltrinelli, der im März 1972 bei dem Versuch, einen Hochspannungsmast zu sprengen, von einer Bombe zerfetzt wurde, ob aus Unachtsamkeit oder durch fremde Hand, ist bis heute nicht klar. Der mysteriöse Tod des Verlegers hatte fatale Folgen für die BR, denn mit ihm verloren sie die Kontakte zu Kuba, zur ČSSR,[49] der RAF und vermutlich auch eine Quelle für Geld und Waffen. Feltrinellis *Gruppi di Azione Partigiaa* (GAP) zerfielen, einige seiner Leute stießen zu den BR, unter ihnen auch der V-Mann Marco Pisetta, der schon in der Studentenbewegung zahlreiche Aktivisten denunziert hatte und später vor Gericht noch gegen viele Brigadisten aussagen sollte.

Er sorgte zuverlässig dafür, dass eine erste Verhaftungswelle die *Roten Brigaden* überrollte und sie um mehr als 20 Mitglieder dezimierte. Drei illegale Wohnungen – »Stützpunkte« – flogen auf und trafen das logistische Netz der BR schwer. Auch Pisetta wurde festgenommen. Er kannte alle und denunzierte viele, was rasch zu weiteren Verhaftungen führte. Einzig Franceschini, Cagol, Curcio, Moretti und Piero Morlacchi blieben verschont. Moretti entkam der Polizei angeblich um Haaresbreite und wurde danach auf sein Drängen hin in den Kreis der klandestinen Militanten aufgenommen.[50] Damit besaß er ein Stück interne Macht mehr.

Die Entführung des Richters Sossi

Mit der Entführung des Genueser Richters Mario Sossi startete am 18. April 1974 der erste »Angriff auf das Herz des Staates«. Just zu diesem Zeitpunkt war die Referendumskampagne zur Abschaffung eines Gesetzes, das die zivile Scheidung legalisieren sollte, in ihre heiße Phase getreten. Zur Debatte stand damals nicht nur ein umstrittenes Gesetz, sondern die – insbesondere von der Linken angestrebte – Entwicklung Italiens zu einem modernen, laizistischen Land, die wiederum das konservativ-reaktionäre Italien, allen voran die Kirche, mit allen Kräften verhindern wollte.[51] Die Entführung kam dem rechten Lager wie gerufen. Ein ideologisches Sperrfeuer machte die gesamte Linke für die kriminelle Aktion verantwortlich, obwohl die KPI sich beeilte, auf Distanz zu gehen.

Die Entführung von Richter Mario Sossi verstand sich als Herausforderung des *Stato Imperialista delle Multinazionali*, denn am selben Tag trat Fiat-Chef Giovanni Agnelli, Exponent des SIM, sein neues Amt als Präsident des Unternehmerverbandes an. Zugleich stellte sie sich als Racheakt an einem Richter dar, der viele Linksradikale hinter Gitter gebracht hatte. In ihren Erklärungen drohten die BR dem »Volksfeind« Sossi mit der Hinrichtung. Gleichwohl lehnte der Staat – wie später im Fall Moro – Verhandlungen strikt ab. Sossi versuchte, wie Moro später auch, sein Wissen über illegale Praktiken von Justiz und Polizei zu seiner Rettung zu nutzen. Was er dem »Volkstribunal« vom Treiben seines Vorgesetzten, Generalstaatsanwalt Francesco Coco, berichtete, brachten die BR umgehend an die Öffentlichkeit – Waffengeschäfte des damaligen Chefs der politischen Polizei in Genua und trübe Machenschaften von Umberto Catalano, einem engen Vertrauten des damaligen DC-Innenministers Paolo Emilio Taviani. Das führte zwar zu Konflikten innerhalb von Regierung und Justiz, letztendlich aber nicht zum gewünschten Erfolg, dem Austausch Sossis gegen die inhaftierten Militanten der linksterroristischen Gruppe *XXII. Ottobre* also, den die BR forderten. Als unnachgiebiger Vertreter der Staatsräson tat sich Generalstaatsanwalt Coco hervor, und er blieb dabei, auch als die BR verkündeten, Sossis »Hinrichtung« sei beschlossene Sache. In Wirklichkeit war unter den Brigadisten ein heftiger Streit darüber entbrannt. Alberto Franceschini, der die Operation leitete, war der Meinung, nur die Freilassung sei als Sieg der BR zu werten. Der lebendige

49 Es gibt den Verdacht, Franceschini sei 1973/74 in einem tschechoslowakischen Camp militärisch ausgebildet worden. Franceschini bestreitet dies, indem er darauf verweist, dass er wegen seiner Beteiligung an den Entführungen Almerio und Sossi, die in ebendiesen Jahren stattfanden, verurteilt wurde. Franceschini/Fasanelli, Brigate Rosse, S. 98.

50 Die Brigadisten glaubten damals, der Mailänder Richter Ciro De Vincenzo, der die Ermittlungen gegen die BR koordinierte, halte seine schützende Hand über sie und habe die sechs wichtigsten Mitglieder vor der Verhaftung geschützt. Franceschini/Fasanelli, Brigate Rosse, S. 116

51 1974 siegten die Befürworter der zivilen Scheidung.

Scanned by CamScanner

Sossi sei für Staat und Justiz ein weit größeres Problem als der tote. Zudem hielt Franceschini das Versteck für entdeckt, und da er – wie sich später ergab, wohl zu Recht – für den Fall einer Geiselbefreiung um das Leben aller fürchtete, ließ er, von Mara Cagol unterstützt, Richter Sossi frei, ohne den Beschluss der BR-Führung abzuwarten.

Mario Moretti und Francesco Marra waren die Brigadisten, die am lautesten für die »Hinrichtung« plädiert hatten. Zumindest bei Marra, genannt Rocco, steht fest,[52] dass er ein Agent des Militärgeheimdienstes war.[53] Während der Entführung hatte »Rocco« den damaligen Chef des Militärgeheimdienstes, Vito Miceli, auf dem Laufenden gehalten. Der wollte warten, ob die BR Sossi töteten. Falls nicht, wollte Miceli das Versteck stürmen und dabei Geisel und Entführer aus dem Weg räumen.[54] Diese »Geiselbefreiung« fand nicht statt, vielleicht, weil Micelis Stellvertreter, General Maletti, dagegen Einspruch erhob, wie er später aussagte. Vielleicht aber hat Franceschini diesen Plan durchkreuzt, indem er den Richter rechtzeitig laufen ließ.

Verhaftungen

Im Nachhinein billigte die Mehrheit der Brigadisten Franceschinis Entscheidung. Moretti flog wegen »politischer Unfähigkeit« im Juli 1974 aus dem *Esecutivo*. Zwei Monate später gingen Renato Curcio und Alberto Franceschini dem Terroristenjäger General Dalla Chiesa in die Falle. Die beiden meistgesuchten Brigadisten Italiens waren im Auto unterwegs, um sich mit einem neuen Militanten, Silvano Girotto, zu treffen. In der Nähe von Turin wurden sie, an einer Bahnschranke wartend, von Dalla Chiesas Truppe überwältigt. Ort und Zeitpunkt des Treffens waren nur Girotto, Curcio, Franceschini und Moretti bekannt gewesen. Moretti bekundete später, er habe zwar einen Hinweis auf die bevorstehende Verhaftungen erhalten, ihn aber nicht rechtzeitig weitergeben können. Dass Silvano Girotto nach der Sossi-Entführung von Dalla Chiesa auf die BR angesetzt worden war, ist längst bewiesen. Girotto, einem vermeintlichen Franziskaner, war es gelungen, zu Curcio vorzudringen, nachdem ihn einige Zeitungen als revolutionären Mann der Kirche, einen Parteigänger der südamerikanischen Guerilla, präsentiert hatten.[55] In Wahrheit hatte Girotto bei der bolivianischen Guerilla und im Chile Pinochets für die CIA Spitzeldienste geleistet und Linke ans Messer geliefert. Nach seiner Enttarnung durch ein Flugblatt der BR tauchte er ab.

Während der Entführung Sossis hatte sich die Polizei als unfähig erwiesen, das Versteck ausfindig zu machen. Danach dezimierten massive Polizeieinsätze den »historischen Kern« in rascher Abfolge. Zwar konnte Mara Cagol ihren Mann in einer spektakulären, aber unblutigen und glatt verlaufenden Kommandoaktion aus seinem Gefängnis im Piemont befreien.[56] Doch schon ein Jahr später wurde er wieder verhaftet, in einer Wohnung, die er mit Nadia Mantovani teilte. Der einzige Brigadist, der diese Wohnung kannte, war Moretti.

Curcio war noch auf freiem Fuß, als Mara Cagol im Juni 1975 erschossen wurde. Sie hatte mit der Entführung des Industriellen Vittorio Vallarino Gancia Geld beschaffen wollen und hielt sich mit einem bis heute namenlos gebliebenen Brigadisten in Gancias Versteck auf, einem einsamen piemontesischen Bauernhof, als sich zwei Carabinieri und zwei Männer in Zivil näherten, angeblich zu einer Routinekontrolle. Im folgenden Feuergefecht schoss der unbekannte Brigadist die beiden Carabinieri nieder. Er und Ca-

52 Laut einem Urteil des Mailänder Gerichts vom 5. Juli 2001. Siehe Franceschini/Fasanelli, Brigate Rosse, S. 136. Alle 18 an der Entführung Beteiligten wurden verhaftet – mit Ausnahme von Marra.

53 Bei seinem Eintritt in die BR 1971 hatte sich »Rocco« als KPI-Mitglied ausgegeben. Er verstand sich auf die Herstellung von Bomben und auf die Technik des Beinschusses, wie sie die BR in den kommenden Jahren praktizieren sollten. Fähigkeiten, die »für Gladio-Angehörige, bevor sie in die BR eingeschleust wurden, typisch« sind. Sergio Flamigni, in: Feldbauer, Agenten, Terror, Staatskomplott, S. 10.

54 *Il Tempo* vom 20. Juni 1976, zit. n. Feldbauer, Agenten, Terror, Staatskomplott, S. 154.

55 Ebenda, S. 152 f.

56 An der Befreiungsaktion war der V-Mann Francesco Marra beteiligt. Demnach müsste der Militärgeheimdienst davon informiert gewesen sein.

gol versuchten, mit dem Auto zu fliehen, wurden jedoch von den beiden Männern in Zivil gestoppt. Der Brigadist entkam in den Wald, doch Cagol stolperte, stürzte, wurde gestellt und anschließend sofort durch einen unter der linken Achsel angesetzten Fangschuss exekutiert.[57] Sie war die erste Tote der *Brigate Rosse*.

Im März 1976 war von den Gründungsmitgliedern der BR nur noch Giorgio Semeria auf freiem Fuß. Er hatte sich am 22. März in einer Station der Mailänder U-Bahn mit Moretti treffen wollen. Stattdessen erwarteten ihn Polizisten in Zivil. Ein Schuss traf den unbewaffneten Semeria in den Rücken und verletzte ihn schwer.[58] Moretti hingegen blieb unbehelligt. Er stieg nun auf zum neuen Chef der BR.[59] Prospero Gallinari, Mitglied des »Superclans«, doch wie Moretti in die BR zurückgekehrt, war 1974 verhaftet worden. Im Januar 1977, ein Jahr vor der Entführung Moros, gelang es ihm, aus dem Gefängnis auszubrechen. Er wurde Morettis rechte Hand.[60] Der eigentliche Kopf der BR aber war nun, das jedenfalls sagte der Ex-Brigadist Silvano Larini vor dem Untersuchungsrichter Pierluigi D'Osso aus, Corrado Simioni.[61]

Im Mai 1975 verabschiedete das Parlament das – von einer kritischen Öffentlichkeit heftig kritisierte – Notstandsgesetz »Legge Reale«, so benannt nach dem damaligen Justizminister. Es legitimierte u. a. den polizeilichen Todesschuss. Mit der Folge, dass allein in den nächsten zehn Monaten bei Polizeieinsätzen 58 Menschen, unter ihnen gänzlich unbeteiligte Passanten, ums Leben kamen. Daneben rollte eine Welle von Hausdurchsuchungen, Haftbefehlen und Festnahmen über die gesamte außerparlamentarische Linke hinweg.

Der »Angriff auf das Herz des Staates«

Mario Moretti gelang es, die *Brigate Rosse* rasch straff zu reorganisieren. Die Brigaden agierten in den Fabriken. Innerhalb einer Stadt bildeten sie eine Kolonne. Den »Fronten« gehörten die legalen Brigadisten, sogenannte Irreguläre, und die Sympathisanten an. Jede Kolonne handelte unabhängig von der anderen. Eine einzige Person stellte den Kontakt zwischen ihnen und zur Spitze her – Moretti. Nur Moretti kannte die strategische Leitung der BR, niemand außer ihm hatte Kontakt zum – von der strategischen Leitung ernannten – *Esecutivo*. Die strategische Leitung legte die politische Linie fest und hatte in allen Fragen die oberste Entscheidungsbefugnis. Dem *Esecutivo* oblag die Koordination der Kolonnen, es verwaltete die Wohnungen, das Geld, die Waffen etc.[62] Diese untereinander hermetisch abgedichtete Struktur mag ihren Sinn in den Zwängen konspirativen Handelns gehabt haben. Zweifellos erleichterte sie auch die Infiltration durch V-Leute, umso mehr, als die BR, anders als zuvor, nun auch fremde Gesichter akzeptierten. Es kamen Arbeiter, auch aktive Gewerkschafter, die ihre Position zur Tarnung vielleicht beibehielten,[63] Studenten aus der 1973 aufgelösten Gruppe *Potere Operaio*, Militante der *Nuclei armati proletari* (NAP), Bewaffnete Proletarische Kerne, die 1973 in Neapel entstanden waren. Diese Truppe ehemaliger Häftlinge und Arbeitsloser trat vor allem durch Aktionen wie Banküberfälle, Sprengstoffanschläge auf Gefängnisse, Entführungen und Mord hervor.[64] Auf jeden Fall müssen unter den neuen Brigadisten viele politische Desperados gewesen sein, die weniger politisch-moralische Skrupel zu plagen schienen als noch den

57 Franceschini/Fasanelli, Brigate Rosse, S. 155 f.

58 Aus dem Gefängnis warnte Semeria die anderen Brigadisten vor Moretti, den er für einen V-Mann hielt. Franceschini/Fasanelli, Brigate Rosse, S. 155.

59 Das *Esecutivo* bestand damals aus Franco Bonisoli, Lauro Azzolini und Rocco Micaletto.

60 Der Christdemokrat Paolo Emilio Taviani berichtet in seinen Memoiren, General Dalla Chiesa habe Gallinari gehen lassen, damit dieser ihn auf Morettis Spur führe – aber Moretti wurde damals nicht verhaftet. Franceschini/Fasanelli, Brigate Rosse, S. 223.

61 Sergio Flamigni, La tela di ragno, Mailand 1993, zit. n. Feldbauer, Agenten, Terror, Staatskomplott, S. 174.

62 Stefan Seifert, Lotta armata. Bewaffneter Kampf in Italien, Berlin 1991, S. 60 f.

63 Henner Hess, Italien. Die ambivalente Revolte, in: Angriff auf das Herz des Staates. Soziale Entwicklungen und Terrorismus, II. Band, Frankfurt am Main 1988, S. 77.

64 1976 exekutierte die Polizei den verletzten Chef der NAP nach einem Schusswechsel. Danach war die Truppe am Ende. Alberto Franceschini u. a., Das Herz des Staates treffen, Wien 1990, S. 198.

Scanned by CamScanner

Gründerkern. Der hatte zwar billigend das Risiko in Kauf genommen, dass bei Aktionen Menschen zu Tode kommen konnten – so etwa geschehen bei einem Überfall auf ein Büro der neofaschistischen MSI, als Brigadisten zwei Faschisten, die selbst bewaffnet waren, erschossen. Doch die Brigaden unter Curcio töteten weder gezielt noch praktizierten sie den Beinschuss, wie es nun im Zeichen des »Angriffs auf das Herz des Staates« üblich wurde.

Als Ersten traf es am 15. Mai 1975 die Knie des rechten DC-Mannes Massimo De Carolis in Mailand. Am 8. Juni 1976 starben unter den Kugeln von Brigadisten der Genueser Oberstaatsanwalt Francesco Coco, sein Chauffeur und ein Begleitpolizist. Coco, der Hardliner der Sossi-Entführung, hatte zahlreiche Linksterroristen hinter Gitter gebracht; das prädestinierte ihn zum Hassobjekt der BR. Später stellte sich heraus, dass Coco auch im Fall eines 1972 in Palermo spurlos verschwundenen Journalisten ermittelt hatte und dabei auf die Spur von Gladio gestoßen war.[65] Im Übrigen ereigneten sich diese Morde wieder in einer angespannten politischen Situation, nämlich wenige Tage vor den ohnehin mit größter Spannung erwarteten Parlamentswahlen im Juni 1976. Die Kommunisten, damals bereits in sechs Regionen stärkste Partei, standen auch in fast allen großen Städten an der Spitze und hofften, bei den anstehenden Wahlen die *Democrazia Cristiana* als Mehrheitspartei überholen zu können.

Nach Coco traf es zum ersten Mal einen Journalisten, Carlo Casalegno, den stellvertretenden Chefredakteur des Agnelli-Blatts *La Stampa*, einen liberalen Feind des Linksterrorismus, der immer wieder nach möglichen Hintermännern gefragt hatte.[66] In den folgenden Jahren wurden Wirtschaftsmanager und Politiker erschossen und neun Richter, die allesamt als liberal galten. Auch ein Brigadist starb. Im Dezember 1976 erschoss der junge Walter Alasia in Mailand bei einem Festnahmeversuch in der Wohnung seiner Eltern zwei Polizisten. Auf der Flucht wurde er verletzt und stürzte in einem Hinterhof zu Boden. Dort erschoss ihn ein Polizist.

Die Wahlen am 20. Juni 1976 bescherten der KPI nicht die erwartete Mehrheit, aber immerhin einen 7-prozentigen Stimmenzuwachs auf nunmehr 34,4 Prozent. Die DC blieb mit 38,7 Prozent relativ stabil. Rein rechnerisch hätten die Kommunisten zum ersten Mal in der Geschichte Italiens mit den Sozialisten und den kleinen Parteien der Neuen Linken eine gemeinsame Regierung bilden können. Doch Parteichef Enrico Berlinguer ging es nicht um die *Alternativa di sinistra*, denn er steuerte die Zusammenarbeit mit der *Democrazia Cristiana* an, wie sie in der Resistenza und der unmittelbaren Nachkriegszeit schon einmal realisiert worden war. Er war überzeugt, dass über 51 Prozent der Wählerstimmen nicht genügten, die antikommunistischen Kräfte in- und außerhalb Italiens in Schach zu halten. Unter dem Eindruck der Strategie der Spannung und des Putsches in Chile war Berlinguer schon 1973 zu dem Schluss gelangt, reformistische Vorhaben könnten nur in Zusammenarbeit mit Teilen des Bürgertums und dessen Partei, der *Democrazia Cristiana*, verwirklicht werden. Er hatte zudem in seiner Partei das eindeutige Bekenntnis zur Demokratie und zum Westblock forciert und versucht, mit den französischen und spanischen Kommunisten das Projekt eines demokratischen Eurokommunismus voranzutreiben.

Im Dezember 1977 unterzeichnete der KPI-Chef eine Erklärung, wonach die NATO und die Europäische Gemeinschaft tragende Pfeiler der italienischen Politik bleiben sollten, und beschloss, das vom christdemokratischen Rechtsaußen Giulio Andreotti geführte DC-Minderheitenkabinett im Zeichen der Politik der »nationalen Einheit« bedingungslos zu unterstützen. Der Oppositionsverzicht der KPI hatte fatale Folgen. Anstandslos konnte eine Reihe von Gesetzen das Parlament passieren, die die Liberalisierung von Strafrechts- und Strafprozessrechtsnormen aus faschistischer Zeit, wie sie in der ersten Hälfte der 1970er Jahre stattgefunden hatte, unter dem Vorzeichen der Terrorismusbekämpfung wieder zurücknahmen. Die rechtlichen Voraussetzungen für Sondergefängnisse nach deutschem Vorbild wurden geschaffen, und Ministerpräsident Giulio Andreotti nutzte die Gelegenheit zu einer »Reform« des Geheimdienstes, indem er ihn in den Militärdienst SISMI und den zivilen SISDE aufteilte und einem neuen gemeinsamen Exekutivorgan unterstellte, das

65 Feldbauer, Agenten, Terror, Staatsstreich, S. 60, und Igel, Andreotti, S. 172.

66 Igel, Andreotti, S. 133.

ausschließlich dem Ministerpräsidenten unterstellt, mithin der parlamentarischen Kontrolle entzogen war. Wie sich später herausstellte, besetzte Andreotti damals auch fast alle höheren Beamtenpositionen und die Spitzen der Geheimdienste mit Mitgliedern der P2. Im Licht heutiger Erkenntnisse ist darin eine Vorbereitung zur Entführung Aldo Moros zu erkennen.

Die Jugendbewegung von 1977

Der Preis, den die KPI für die »Solidarität aller Parteien des Verfassungsbogens« zahlte, war hoch. Berlinguers Kurs bewirkte nicht nur einen breiten Dissens innerhalb der Partei. Sie verlor darüber hinaus bei einem beachtlichen Teil der Arbeiterschaft und der Intellektuellen ihre Position als Stützpunkt der Opposition. Wie ein Flächenbrand breitete sich 1977 in allen großen Städten eine linksradikale Jugendbewegung aus, deren Zentrum nicht zufällig im traditionell kommunistisch regierten Bologna lag. Die neue Bewegung – Studenten, junge Arbeiter und mehr noch Arbeitslose – zog aus den Bomben der Spannungsstrategie und dem Putsch in Chile ihre eigenen Konsequenzen. Anders als die Studentenbewegung von 1968 betrachtete sie den kommunistischen und gewerkschaftlichen Reformismus als den eigentlichen Gegner. Sie suchte nicht mehr den Dialog, um in die Gesellschaft hineinzuwirken, sondern erprobte den »historischen Bruch« – so jedenfalls lautete Curcios Gegenparole zum historischen Kompromiss. Gleichwohl blieb der Einfluss der BR begrenzt. Ihre Aktionen hatten zweifellos Modellcharakter. Doch so wie die 77er die traditionellen Formen der Politik verwarfen, lehnten sie auch das marxistisch-leninistische Avantgardeverständnis einer »bewaffneten Partei« als überholt ab. In den großen Städten breitete sich eine sehr kreative, libertäre Subkultur aus, in der die neue Frauenbewegung mit ihrer radikalen Kritik an den herkömmlichen Rollenmustern der Geschlechter den Ton angab und die »Stadtindianer« ihre anarchischen Spiele trieben. Zugleich formierte sich die *Autonomia Operaia Organizzata*, eine militante Strömung, die generell den radikalen Angriff auf das System der Lohnarbeit und die kapitalistische Produktion propagierte[67] und nach dem Niedergang von Gruppen wie *Lotta Continua*[68] starken Zulauf bekam. Linke Terrorakte häuften sich.

Das Jahr 1977 begann mit der Entführung des Genueser Industriellen Pietro Costa durch die BR. Costa wurde allerdings nach 81 Tagen gegen ein Lösegeld von 1,5 Milliarden Lire wieder freigelassen. Es folgten Beinschüsse auf die Knie zweier Fiat-Manager im Februar. Im März erschoss die Polizei auf einer Massendemonstration in Bologna den unbewaffneten Studenten Francesco Lorusso. Im April traf eine Kugel der BR den Präsidenten der Anwaltskammer Turin, Fulvio Croce, und in Mailand wurden Schöffen, Anwälte und Richter bedroht, um auf diese Weise eine Verzögerung des Prozesses gegen die BR zu erzwingen. Attacken auf Polizeiautos, Parteibüros, politische Gegner, Läden, Betriebe und Institute mehrten sich. Es wurde üblich, dass mit Pistolen bewaffnete und maskierte Autonome im Schutz von Massendemonstrationen Waffengeschäfte und Supermärkte plünderten. Zahllose Gruppen und Grüppchen tatën sich unter immer neuen Namen zu punktuellen Anschlägen zusammen. Die Anwendung von Gewalt wurde ein Selbstzweck, Mittel existentialistischer Selbsterfahrung. Hatte es zwischen 1969 und 1974 insgesamt noch knapp 3000 politisch motivierte Anschläge gegeben, waren es von 1975 bis 1980 über 10 000. Gut zwei Drittel davon gingen auf das Konto von Linksterroristen[69].

Prima Linea (PL) formierte sich im Herbst des Jahres 1977. Mit etwa hundert Militanten[70] und meh-

67 Die Ideologen der *Autonomia* kamen aus dem Führungskreis der operaistischen Gruppe *Potere Operaio*, die sich 1973 »in die Bewegung hinein« auflöste. Der bekannteste Kopf war Toni Negri, Professor für politische Wissenschaften in Padua.

68 *Lotta Continua* (LC) und ähnliche Gruppen hatten bei den Parlamentswahlen vom 20. Juni 1976 eigene Listen aufgestellt, mit wenig Erfolg. Im Spätherbst 1976 löste sich LC aufgrund feministischer Kritik auf.

69 Alberto Franceschini u. a., Das Herz des Staates treffen, S. 203.

70 Etliche kamen aus dem Ordnungsdienst von *Lotta Continua* und aus dem Umkreis der Turiner Autonomen-Zeitschrift *Senza Tregua* (Ohne Waffenruhe).

Scanned by CamScanner

reren tausend Sympathisanten war die »Vorderste Front« die größte und stabilste Gruppe innerhalb der *Guerilla diffusa*. Die PL-Militanten führten ein Doppelleben mit Arbeit und Familie. Ihre Anschläge, darunter 16 Morde, verübten sie sozusagen in ihrer Freizeit und niemals an ihrem eigenen Wohnort. *Prima Linea* zielte angeblich nicht auf »Symbole« ab, sondern wollte die »Mechanismen der Macht bloßlegen«.[71] Warum sie dann 1979 den linken Richter Emilio Alessandrini erschossen, der wegen der Piazza Fontana gegen Neofaschisten und P2 ermittelte, ist damit nicht zu erklären.[72]

Mario Moretti kommandierte Anfang 1978 sieben Kolonnen mit gut 300 »regulären« Brigadisten, um die sich Hunderte von »Irregulären« und viele tausend Sympathisanten scharten. Nach eigenem Bekunden wähnte er sich damals an »der Spitze einer Massenbewegung an der Schwelle zur Revolution«.[73]

Der Fall Aldo Moro

Alberto Franceschini hatte, bevor er verhaftet wurde, die Entführung des mächtigsten Rechtsaußen der *Democrazia Cristiana* erwogen: Giulio Andreotti, siebenmaliger Ministerpräsident, ein Mann von radikaler moralischer Prinzipienlosigkeit und einem nahezu untrüglichen Machtinstinkt. Dass die Moretti-BR Moro entführten, überraschte Franceschini.[74] Renato Curcio hielt die Aktion für »ein paar Nummern zu groß für die BR«.[75] Mario Moretti, Organisator und Leiter der Entführung, behauptete dagegen, er habe keinen politischen Unterschied zwischen Moro und Andreotti erkennen können.[76] Doch der Unterschied war evident – nur durch die Entführung und Ermordung Aldo Moros war die politische Entwicklung Italiens zu beeinflussen. Andreotti garantierte als treuer Transatlantiker und erklärter Gegner des historischen Kompromisses die Aufrechterhaltung des Status quo der Nachkriegszeit. Aldo Moro hingegen, Jurist und Rechtsphilosoph, vielfacher Ministerpräsident und Minister auch er, war Exponent des neutralistischen DC-Flügels[77] und ein moderat konservativer Politiker. Seit 1959 Chef der Christdemokraten, verstand er es, die disparaten Strömungen seiner Partei durch fein austarierte, oft nur formale Kompromisse zusammenzuhalten. Zugleich repräsentierte er das schmale Segment der italienischen Machtelite, das den Weg des historischen Kompromisses zu gehen bereit war.

Andreotti war in zahllose Skandale verwickelt, Moro nicht. Er hoffte, den politischen und moralischen Verschleiß der seit Kriegsende regierenden DC vor Augen, ihr durch das Bündnis mit den Kommunisten die Macht zu erhalten und überfällige Reformen in die Wege leiten zu können. Seine Kompromisspolitik betrachtete Moro als inneritalienische Angelegenheit, und er wusste sehr wohl, dass seine erbittertsten Feinde auf dem von Andreotti geführten rechten Parteiflügel und in Washington zu suchen waren. US-Außenminister Henry Kissinger hatte den italienischen Spitzenpolitiker öffentlich den »Allende Italiens« genannt, der »Italien in kommunistische Abhängigkeit« führe – die Drohung war nicht misszuverstehen.[78]

Dieser »Parallelität der Feindschaft«[79] gegen den *Compromesso storico* will sich Moretti nicht bewusst gewesen sein. Gleichwohl ist sie der Grund, weshalb sich offenbar die gesamten BR instrumentalisieren ließen. Angeblich waren vor der Entführung alle

71 Franceschini/Fasanelli, Brigate Rosse, S. 203.

72 Igel, Andreotti, S. 75.

73 Mario Moretti, Rossana Rossanda, Carla Mosca, Brigate Rosse. Eine italienische Geschichte, Hamburg 1996, S. 58.

74 Franceschini/Fasanelli, Brigate Rosse, S. 170 f.

75 Curcio, Mit offenem Blick, S. 132. Angeblich bestand keine Verbindung zu den in Freiheit agierenden BR. Während des gleichzeitig laufenden Prozesses gegen die BR in Turin erklärte sich Curcio mit der Operation solidarisch, obwohl er und die anderen im Gefängnis – mit Blick auf Stammheim 1977 – um ihr Leben gefürchtet haben wollen. Später sprach er sich – allerdings nie öffentlich – für die Freilassung Moros aus.

76 Moretti u. a., Eine italienische Geschichte, S. 140.

77 Am 27. März 1949 war Moro demonstrativ der Sitzung ferngeblieben, auf der das Parlament über den Beitritt Italiens zur NATO abstimmte. Er musste deswegen aus der Regierung ausscheiden, und in Pentagon und CIA erwuchsen ihm seine mächtigsten Feinde.

78 Feldbauer, Agenten, Terror, Staatskomplott, S. 31. Anonyme Morddrohungen erhielt Moro in den Wochen vor seiner Entführung.

79 Ebenda, S. 17.

Kolonnen dazu befragt worden. Alle hatten Morettis sogenannter Frühjahrsoffensive zugestimmt.

So geschah es, dass am Morgen des 16. März 1978 ein bewaffnetes Kommando den Konvoi Aldo Moros stoppte.[80] Moro war unterwegs zur römischen Abgeordnetenkammer, wo die Vertrauensabstimmung zur Bildung jener von Andreotti geführten DC-Minderheitsregierung stattfinden sollte, die erstmals seit 1947 die Kommunisten wieder einbezog, (noch) nicht als Minister, aber auf der Grundlage einer programmatischen Übereinkunft. Der Hinterhalt wartete in der Via Fani im Nordwesten Roms. Vor Ort anwesend: Oberst Guglielmi, Chef des Büros für innere Sicherheit beim Militärgeheimdienst SISMI. Zugleich war Guglielmi, das zeigte sich später, Gladio-Offizier und zuständig für die Ausbildung von Gladio-Einheiten im NATO-Stützpunkt Cap Marragiu auf Sardinien. Obschon Augenzeuge des Überfalls, trat der Oberst bei den späteren Prozessen zum Fall Moro nie als Zeuge in Erscheinung.[81] Vor der Parlamentskommission zum Fall Moro erklärte er später, er sei zufällig an den Ort des Geschehens geraten, weil er dort zum Mittagessen verabredet gewesen sei.

In einem Hagel von 93 Schüssen starben die vier Leibwächter und der Fahrer sofort. Knapp die Hälfte der Kugeln stammte aus einer einzigen Waffe, ging mithin aufs Konto eines einzigen Schützen; er fuhr ein Motorrad Marke Honda und verschwand unmittelbar nach dem Attentat wieder. Es muss ein Profi gewesen sein, denn Aldo Moro blieb unverletzt.[82] Moretti selbst hielt die Brigadisten für eher schlechte Schützen. Zudem hätten die Waffen von Prospero Gallinari und Franco Bonisoli geklemmt.[83] Wer der Scharfschütze war, ist bis heute so ungeklärt wie die Zahl der am Überfall beteiligten Brigadisten. Dabei gibt es einen unbeteiligten Augenzeugen: Der Kfz-Meister Gerardo Nucci, Anwohner der Via Fani 109, wurde Zeuge des Überfalls. Geistesgegenwärtig richtete er seine Kamera auf das Geschehen und übergab die von seiner Frau entwickelten Fotos und die Negative zwei Tag später dem ermittelnden Staatsanwalt Luciano Infelisi. Kein Entführer habe eine Maske getragen, alle seien klar und deutlich zu erkennen gewesen, sagt Nucci. Gleichwohl wurden die Fotos gerichtlich nie verwertet. Staatsanwalt Infelisi, von der Parlamentskommission nach ihrem Verbleib befragt, erklärte, er habe sie samt der Negative vernichtet, da sie keine Beweiskraft gehabt hätten.[84]

Die Ermittler der Parlamentskommission fanden heraus, dass knapp die Hälfte der am Tatort gefundenen 93 Patronenhülsen mit einem Speziallack überzogen war, wie er nur bei der NATO üblich war; derart präparierte Munition konnte längere Zeit vergraben werden. Die Hülsen wurden im Innenministerium aufbewahrt. Gladio wurde 1991 aufgedeckt. Damals kam ein unbekannter Mann und ließ sich die Kugeln aushändigen. Seither sind sie verschwunden.

Die 55 Tage der Entführung Aldo Moros waren wohl die dramatischsten der gesamten Nachkriegszeit Italiens. Denn kaum hatte eine übergroße Mehrheit der Abgeordneten der neuen Regierung zugestimmt, ließ Ministerpräsident Andreotti den DC-Präsidenten ohne mit der Wimper zu zucken fallen. Verhandlungen mit den Entführern schloss er im Namen des Kampfes gegen den Terrorismus kategorisch aus. KPI-Chef Enrico Berlinguer trug die *Linea di fermezza* kompromisslos mit. Er verteidigte nicht Moros Leben, sondern, so Berlinguer, den Staat – in diesem Fall das in die Strategie der Spannung verstrickte, längst diskreditierte DC-Regime. Vorbehaltlos stimmten die Kommunisten auch den von den Neofaschisten lautstark geforderten Einschränkungen demokratischer Rechte zu. Anders als die Notstandsgesetze von 1975 fanden diese Maßnahmen nunmehr breite Zustimmung in der Bevölkerung. Unter dem Eindruck der anhaltenden Gewalt von rechts und links war die öffentliche Stimmung umgeschlagen.

In den Wochen der Entführung glich Rom einer

80 Wenige Tage zuvor hatte in Turin der erste große BR-Prozess begonnen. Dessen Eröffnung war mehrmals verschoben worden, weil die Schöffen ständig Drohungen erhielten.

81 Feldbauer, Agenten, Terror, Staatskomplott, S. 60.

82 Der ehemalige Gladio-Kommandeur Gerardo Serravalle, der mit der Justiz zusammenarbeitete, erwähnte vor der Parlamentskommission zu Gladio einen langjährig ausgebildeten Schützen. Vgl. Feldbauer, Agenten, Terror, Staatskomplott, S. 61.

83 Moretti u. a., Eine italienische Geschichte, S. 143.

84 Feldbauer, Agenten, Terror, Staatskomplott, S. 75.

Scanned by CamScanner

belagerten Stadt. Im ganzen Land wurden Millionen von Menschen kontrolliert und Hunderte verhaftet. Doch so gewaltig der aufgebotene Suchapparat von Polizei, Spezialeinheiten und Armee, so ergebnislos die Suche und so häufig die Pannen, dass schon damals der Verdacht aufkam, Moros Rettung sei nicht gewollt. Die Fahndung, stellte die Parlamentskommission später jedenfalls fest, wurde gezielt behindert. Bereits unmittelbar nach der Entführung fiel das Telefonnetz eine Stunde lang aus. Wie sich 1981 nach der Aufdeckung der P2 zeigte, war der Direktor des römischen Fernsprechamtes ein Mitglied der Geheimloge. Polizei und Carabinieri waren durchsetzt, Logenmitglieder beherrschten die Krisenstäbe. Ein Ministerpräsident Andreotti direkt unterstelltes Gremium tagte im Innenministerium. Im Marineministerium trat die vom P2-Chef, dem Altfaschisten Licio Gelli, persönlich mit Geheimdienstlern, Bankiers, Journalisten und Managern bestückte sogenannte »übergeordnete Gruppe«, *Supergruppo*, zusammen. Etliche der P2-Mitglieder waren zugleich Gladio-Leute, etwa der Geheimdienstgeneral Federico D'Amato, der seit 1972 dem »Büro für vertrauliche Angelegenheiten« am Innenministerium und dem *Stay-behind*-NATO-Sicherheitsbüro vorstand.[85] Als amerikanische Berater beider Runden fungierten Michael Ledeen, Mitgründer des Pariser Sprachinstituts Hyperion, und Steve Pieczenik, Chef der Anti-Terrorismus-Abteilung des US-Außenministeriums. Aus Deutschland waren Vertreter des BKA, des Innenministeriums und des BND angereist.[86] Protokolle der Krisensitzungen existieren nicht (mehr?).

Die *Roten Brigaden* veröffentlichten insgesamt neun »Kommuniqués«, die Mario Moretti verfasst haben will – seitenlange, umständliche Erklärungen über die Motive der Entführung und Moros körperliche Verfassung. Sie gingen gleichzeitig an vier große Tageszeitungen in Mailand, Turin, Genua und Rom und wurden, um der Zensur vorzubeugen, zu Tausenden als Flugblätter in Fabriken und Stadtteilen verbreitet. Eine Anschlagserie begleitete die »Operation Moro«. Drei Menschen starben, acht Männern wurden die Knie zerschmettert. Für zwei der Beinschussaktionen übernahm eine obskure Gruppe namens *Bewaffnete Proletarier für den Kommunismus* die Verantwortung.

Allein Moretti, Chef der Operation, kannte die Namen aller beteiligten Brigadisten. Nur er hielt Kontakt mit einem gewissen Louis in Paris, hinter dem sich nach Angaben von Antonio Savasta[87] Vanni Mulinaris verbarg. Nur er stand mit dem *Esecutivo*[88] in Verbindung.

40 Tage lang begnügten sich die BR mit der Forderung, der Staat möge über die Freilassung ihrer von »Hinrichtung« bedrohten Geisel direkt mit den BR verhandeln. Dies sollte ihre politische Anerkennung als Verhandlungspartner des Staates bezwecken. Zudem sollte auf diese Weise die politische Krise des DC-»Regimes« und des Staates beschleunigt werden. Dann tauchte Ende April, nach vier Wochen, doch noch die Forderung auf, »*alle* kommunistischen Gefangenen« gegen Moro auszutauschen. Im achten Kommuniqué dagegen wurden nur noch die Namen von 13 Häftlingen genannt.[89]

Briefe waren das Mittel, mit dem Aldo Moro um sein Leben kämpfte. Kaum einer kannte die DC so gut wie Moro, und sobald er begriffen hatte, dass der nach Ausgleich suchende Geist seiner Partei dies-

---

85 Feldbauer, Agenten, Terror, Staatskomplott, S. 67.

86 Es gibt auch Hinweise auf eine Einmischung der sowjetischen Geheimdienstes KGB. So besuchte ein Sergej Sokolov ab November 1977 Moros Vorlesungen an der Universität Rom und fiel auf, weil er die Assistenten immer wieder nach Moros Leibwache befragte. In dem Namensverzeichnis aller Auslandsagenten, die der KGB-Oberst Wassili Mitrochin bei seiner Flucht 1992 nach London mitbrachte, wurde Sokolov als Chef der Sonderaufgaben des KGB in Italien geführt. Laut Mitrochin wurden in Italien zwischen 1969 und 1991 rund 645 KGB-Agenten eingesetzt.

87 Dass außer Moretti kaum jemand in der Organisation wusste, dass es diesen Kontakt gab, sagte u. a. Antonio Savasta nach seiner Verhaftung aus. Savasta war 1981 in die Leitung der BR eingetreten. Franceschini/Fasanelli, Brigate Rosse, S. 164 ff.

88 Lauro Azzolini / Rocco Micaletto / Franco Bonisoli, Moretti. Aus: Moretti u. a., Eine italienische Geschichte, S. 161 f.

89 Dazu gehörten neben Curcio oder Franceschini auch Pasquale Abatangelo von den NAP und Mario Rossi und Augusto Viel von der Gruppe *XXII. Ottobre*, aber keine Militanten von *Prima Linea*. Für keinen der genannten Häftlinge hätte es die Möglichkeit legaler Haftverschonung gegeben.

mal versagte, eröffnete er die politische Schlacht.[90] Da viele Briefe in die Presse gelangten, verfolgte das Land gebannt, wie Moro mit seinem Wissen über die zwielichtigen Affären der DC spielte, die geheimdienstlichen Hintergründe der Spannungsstrategie andeutete und zu verstehen gab, dass der von ihm verfolgte historische Kompromiss das eigentliche Ziel der Bomben sei. In einem Brief wandte sich Moro auch an Papst Paul VI., den er persönlich kannte. Der Papst antwortete, indem er die »Männer der *Brigate Rosse*« öffentlich um die bedingungslose Freilassung Moros anflehte. Faktisch reihte er sich damit freilich in die Phalanx der Verhandlungsgegner ein, weswegen ihn Moro in einem neuerlichen Brief der Mitschuld an seinem absehbaren Tod bezichtigte. »Mein Blut komme über euch« – mit diesen biblischen Worten verfluchte Aldo Moro angesichts seines drohenden Endes schließlich (fast) alle, Freunde wie Feinde. Am härtesten rechnete er mit dem Mann ab, der »die Geheimdienste am längsten leitete und über die besten Beziehungen zur CIA verfügt«, »der die Macht erobert hat, um Böses zu tun, so wie er immer in seinem Leben Böses getan hat«[91] – Ministerpräsident Andreotti, der daraufhin sogleich verbreiten ließ, Experten hätten an Moros Schrift den Einfluss von Drogen erkannt, die Briefe seien mithin unglaubwürdig. Die Obduktion von Moros Leiche ergab jedoch keinerlei Hinweis auf Drogen.

Ein siebtes – gefälschtes[92] – Kommuniqué vom 18. April verkündete, Moro sei bereits »hingerichtet«. Es löste eine so aufwendige wie ergebnislose Suche nach der Leiche aus. Die Erschießung eines leitenden Wachbeamten im Mailänder Gefängnis San Vittore durch die BR ging dem neunten Kommuniqué am 5. Mai voraus, das die Vollstreckung des »Todesurteils« ankündigte. Doch nun, im letzten Moment, schien die auf den Parteien lastende Erstarrung zu weichen. Staatspräsident Leone teilte Moros Frau mit, er werde einen Häftling begnadigen. Amintore Fanfani, ein Spitzenmann der DC, und der einflussreiche Altkommunist Umberto Terracini plädierten für Verhandlungen. Die Sozialisten machten halbherzige Vermittlungversuche, nahmen sogar mit Curcio im Gefängnis Kontakt auf, aus denen sich indes nichts ergab. Selbst eine zu Tausenden zählende Versammlung der römischen *Autonomia* appellierte an die BR, Moro freizulassen. Aber auch Moros Gegner ruhten nicht. Der Journalist Indro Montanelli, dem die BR ins Knie geschossen hatten, warnte unverblümt vor der Rückkehr des »Märtyrers« Moro, der Italien aus dem Westblock brechen werde.[93] US-Präsident Jimmy Carter billigte öffentlich Andreottis harte Linie. Gleichwohl wollte der DC-Parteivorstand am 9. Mai tagen, um den Nationalrat der Partei einzuberufen. Allein dieses Gremium sei berechtigt, so Moro, über seinen Austausch und damit über sein Leben zu befinden. Doch just in dem Moment, als zum ersten Mal die berechtigte Hoffnung auf Rettung aufkam, musste Aldo Moro sterben. Am Morgen jenes 9. Mai fand man seine Leiche nach einem telefonischen Hinweis der Entführer im Kofferraum eines roten Renault 4. Das Auto parkte in der Via Caetani im Zentrum, ziemlich genau auf der Hälfte des Wegs zwischen der kommunistischen und der christdemokratischen Parteizentrale. Die Botschaft war klar.

Die Erkenntnisse der Parlamentskommission zu Moro und der Justiz besagen, dass Moro durch elf Schüsse aus zwei Pistolen starb,[94] und zwar kurze Zeit bevor seine Leiche entdeckt wurde. Die Schüsse scheinen von unterschiedlichen Schützen zu stammen. Moretti dagegen behauptet, er habe Moro bereits in den frühen Morgenstunden in der Tiefgarage

90 Der erste datiert vom 13. April 1978. Moro schrieb insgesamt 86 Briefe an Politiker, Würdenträger des Staates und an seine Familie. Die BR stellten etliche davon den Adressaten zu oder schickten sie an die Presse; andere wurden später in der Via Montenevoso gefunden, vermutlich gingen auch einige verloren. Vgl. Antonello Sacchetti, 2005, www.ilcassetto.it (Juni 2006).

91 Feldbauer, Agenten, Terror, Staatskomplott, S. 108 f.

92 Vom römischen Kriminellen Tony Chicchiarelli, der auch mit Faschisten und Geheimdiensten zusammenarbeitete. Er wurde am 28. September 1984 in Rom ermordet. Moretti u. a., Eine italienische Geschichte, S. 163.

93 Feldbauer, Agenten, Terror, Staatskomplott, S. 88.

94 Laut Anna Laura Braghetti, Mitglied der (vermutlich) vierköpfigen Bewachergruppe, wurde die ganze Organisation befragt. Das Votum für die »Hinrichtung« sei einstimmig gewesen. Moretti habe die römischen Kolonne über dieses Votum informiert. Einzig sie, Adriana Faranda und Valerio Morucci hätten dagegen gestimmt. Braghetti, »Die Antwort hieß: Mord«, S. 150 f. Braghettis Aussagen sind nicht überprüfbar.

Scanned by CamScanner

des Hauses in der Via Montalcini 8, das angeblich während der gesamten Zeit seiner Gefangenschaft als Versteck diente, erschossen. Das Gebäude liegt weitab vom Zentrum. Moretti behauptet, trotz des engen Polizeikordons um die Innenstadt habe das Auto mit der Leiche an Bord unbehelligt in die Via Fani gelangen können.

Der *Compromesso storico* erschöpfte sich in der Folge faktisch darin, die Regierung Andreotti an der Macht zu halten; im Frühjahr 1979 nahm Berlinguer wieder auf der Oppositionsbank Platz. Wertet man das Ergebnis der Parlamentswahlen im Juni 1979 als Antwort auf seinen Kurs, steht fest, dass das Kalkül seiner Feinde aufgegangen war. Denn die DC konnte sich behaupten, die Kommunisten jedoch erlitten – und dabei blieb es auch in den folgenden Jahren – Stimmenverluste. Der positive Trend, der ihnen seit 1953 an den Urnen einen kontinuierlichen Zuwachs beschert hatte, verkehrte sich nun ins Gegenteil.

Je intensiver die Ermittlungen, desto mehr Fragen ergaben sich im Fall Moro. Belegt sind Verbindungen zwischen Brigadisten und dem Militärgeheimdienst. Valerio Morucci etwa trug bei seiner Verhaftung im Mai 1979 nicht nur Waffen und einen Berg gefälschter Papiere bei sich, obwohl er sich nach Moros Tod angeblich von den BR losgesagt hatte. Man fand bei ihm auch einen Taschenkalender mit verdächtigen Telefonnummern.[95] Erwähnt sei auch, dass Morettis Wohnung in der römischen Via Gradoli 96,[96] von wo aus er fast täglich den – langen und riskanten – Weg zu Moros Versteck zurücklegte, dem Militärgeheimdienst bereits *vor* der Entführung bekannt war und längst überwacht wurde.[97] Wiederholte Hinweise aus der Bevölkerung ignorierten die Fahnder.[98] Moretti war nicht zu Hause, als seine Wohnung am 18. April doch noch aufflog, weil irgendjemand sie absichtlich unter Wasser gesetzt hatte. Wer es tat und warum, ist bis heute Gegenstand von Spekulationen. Moretti selbst zuckt dazu nur die Schultern.

Er und Prospero Gallinari wurden als Mörder von Aldo Moro verurteilt. Vor Gericht schwieg Moretti. In den langen Gesprächen mit Rossana Rossanda und Carla Mosca, aus denen seine Autobiografie hervorging, entlastete er Gallinari, indem er sich der Alleintäterschaft bezichtigte. Die Verwendung zweier Pistolen konnte er nicht erklären.[99] Über zehn Jahre später behauptete dagegen Germano Maccari (nach zehn Monaten Haft), dass er der alleinige Mörder sei.[100] Adriana Faranda hingegen, zur Zeit der Entführung Mitglied der römischen Kolonne, gab an, Moretti *und* Maccari hätten geschossen. Wer lügt? Warum? Die Antwort darauf steht immer noch aus.

Aldo Moro schrieb während seiner Entführung nicht nur Briefe, sondern äußerte sich auch in »Verhören«, die nach eigenem Bekunden Moretti führte. Außerdem verfasste Moro in den letzten Tagen seines Lebens ein – berühmt gewordenes – *Memoriale*, eine Denkschrift, deren getippte Abschrift General Dalla Chiesa im Oktober 1978 in die Hände fiel, nachdem seine Spezialtruppe den BR-Stützpunkt in der Mailänder Via Montenevoso gestürmt und die dort anwesenden Brigadisten Lauro Azzolini, Mitglied des *Esecutivo*, Franco Bonisoli und Nadia Mantovani verhaftet hatte.[101] Die Abschrift war unvollständig. Dass exakt die Passagen fehlten, die Andreottis Beziehungen zur Mafia, die regelmäßigen Gelder der CIA

95 Darunter die Telefonnummer des Polizeikommissars und P2-Mitglieds Antonio Esposito, der am Entführungstag im Polizeipräsidium Dienst tat. Die Nummern von Giovanni Romeo, Geheimdienstgeneral und Gladiator, von Erzbischof Marcinkus und dem Gründer von Hyperion, Pater Felix Andrew Morlion. Feldbauer, Agenten, Terror, Staatskomplott, S. 64. Morucci und Faranda wurden in der Wohnung von Giuliana Sconforto verhaftet, einem früheren Mitglied von *Potere Operaio* und Tochter des KGB-Offiziers Giorgio Sconforto.

96 Dort wohnte auch Barbara Balzerani.

97 Feldbauer, Agenten, Terror, Staatskomplott, S. 70 ff. Im selben Haus wohnte eine Informantin der Polizei. Der Besitzer von Morettis Wohnung war die Immobilienfirma Monte Valleverde, die von Vertrauenspersonen des Geheimdienstes verwaltet wird.

98 Kurz nach der Entführung veranstaltete eine Runde angesehener Professoren, unter ihnen Romano Prodi, in Bologna eine spiritistische Sitzung, um Moros Versteck herauszufinden. Der Geist nannte den Namen »Gradoli«. Es ist anzunehmen, dass die Professorenrunde einen Tipp aus der linksradikalen Szene Bolognas decken wollte. Statt Via Gradoli durchsuchten die Sicherheitskräfte allerdings die Ortschaft Gradoli bei Viterbo, natürlich umsonst.

99 Moretti u. a., Eine italienische Geschichte, S. 183.

100 Germano Maccari gehörte neben Anna Laura Braghetti, Prospero Gallinari und Moretti angeblich zur Wachmannschaft Moros. Er starb 2001 in Haft.

101 Azzolini und Bonisoli erklären, sie hätten das Original des *Memoriale* in der Via Montenevoso gebracht.

für die DC und die Existenz von Gladio betrafen, ergab sich 1990, als die fehlenden Seiten bei (angeblichen) Renovierungsarbeiten in derselben Wohnung, die bis dahin leer gestanden hatte, »zufällig« auftauchten und an die Öffentlichkeit kamen. Sie lösten die Enthüllung von Gladio aus. Das handschriftliche Original des *Memoriale* indes war und ist noch immer verschwunden.[102]

Etliche BR-Kommuniqués hatten großspurig angekündigt, alles, was Moro dem »Volksgericht« preisgebe, werde publik gemacht. »Dem Volk soll nichts verborgen bleiben.«[103] Tatsächlich erfuhr »das Volk« nichts. Moretti veröffentlichte weder die hochbrisante Denkschrift noch den Inhalt der »Verhöre«. Er habe nicht so recht verstanden, was Moro eigentlich erzählte, erklärt Moretti. Zugleich sagt er aber auch: »Es war klar, daß er [Moro] Missetaten aller Art denunzierte, Namen und Umstände offenbarte, die den ganzen *Palazzo*[104] erschüttern mußte, aber für uns zählten im Augenblick nicht die Skandale. Uns ging es nicht darum, jemandem die Karriere zu versauen.«[105] Worum ging es dann? Moretti will die Mitschnitte der »Verhöre« vernichtet haben. Vielleicht, weil darauf etwas zu hören war, das auf das eigentliche oder ein zeitweiliges Versteck Moros hinwies?[106]

Wie bei der Entführung des Richters Sossi vier Jahre früher »standen die Ineffizienz und die lächerlichen Pannen *während* der Entführung Moros in krassem Gegensatz zu den raschen Erfolgen *danach*«.[107] General Dalla Chiesa erhielt freie Hand beim Aufbau einer ihm unterstellten, von rechtsstaatlichen Kontrollen weitgehend befreiten Spezialtruppe. Diese NOCS[108] zerschlugen in rascher Folge die BR-Kolonnen in Mailand und in Genua; dass dabei Militante bei Verhaftungen immer wieder regelrecht hingerichtet wurden, nahm die Öffentlichkeit nunmehr so gleichgültig zur Kenntnis wie die Verabschiedung eines neuerlichen Gesetzes, das die polizeiliche Festnahme ohne richterlichen Haftbefehl verlängerte und die Höchstdauer der Untersuchungshaft von vier auf acht, später sogar auf zehn Jahre hinaufsetzte. Eine Verfolgungswelle überrollte das gesamte linksradikale Milieu und brachte Tausende in die Gefängnisse. Besonderes Aufsehen erregte der »Fall 7. April 1979«. An jenem Tag ließ ein der KPI nahestehender Richter auf einen Schlag über hundert Personen aus dem Umfeld der *Autonomia Operaia* festnehmen. Vermutlich aufgrund der Denunziation eines Autonomen namens Carlo Fioroni wanderten Professor Toni Negri aus Padua, der Ideologe der *Autonomia* und prominenter Politikwissenschaftler, sowie fast sein gesamtes Institut ins Gefängnis. Die Anklage unterstellte Negri, er sei der eigentliche Kopf der BR und unmittelbar an der Entführung Moros beteiligt gewesen. Der Vorwurf war letztlich unhaltbar.

Niedergang und Ende

Die Ermordung Moros besiegelte den politisch-moralischen Niedergang der *Roten Brigaden*. Noch im selben Jahr, 1978, stieg die Zahl der Anschläge aber zunächst noch einmal sprunghaft an, dem enormen

102 Vielleicht wusste General Dalla Chiesa mehr. Doch als er begann, nach dem faschistischen Anschlag auf dem Bahnhof von Bologna (85 Tote, über 200 Verletzte) auch nach rechts zu ermitteln, wurde er im April 1982 zur Bekämpfung der Mafia nach Sizilien versetzt und mit seiner Frau und dem Fahrer auf offener Straße erschossen. Der Safe in seinem Haus wurde aufgebrochen und geplündert.

103 Leonardo Sciascia, Die Affäre Moro, Königstein/Ts. 1979, S. 105.

104 Das subgouvernative Machtgefüge.

105 Moretti u. a., Eine italienische Geschichte, S. 179. Die Justiz war damals bereits auf Spuren einer geheimen Struktur hinter dem Anschlag auf die Mailänder Landwirtschaftsbank an der Piazza Fontana und diversen Putschversuchen gestoßen. Moretti konnte die Dimension von Moros Aussagen nicht missverstehen.

106 Die Vermutungen über Moros Versteck reichen von der israelischen Botschaft, einem alten Adelspalast in der Nähe des Fundorts der Leiche bis zur Residenz des Erzbischofs Casimir Marcinkus, an der die von Moretti angegebene Fluchtroute vorbeiführt. Wie intensiv die BR-Kontakte zum israelischen Geheimdienst Mossad waren, ist schwer zu sagen. Jedenfalls drückte der Mossad in einem Brief an die BR angeblich seine Wertschätzung für die Ermordung Moros aus, der ein Freund der arabischen Länder war. Vgl. *Die Welt* vom 16. März 1998.

107 Hausmann, Kleine Geschichte Italiens, S. 109.

108 *Nuclei operativi centrali di sicurezza* (Zentrale operative Sicherheitskerne).

Scanned by CamScanner

Verfolgungsdruck zum Trotz – oder auch deswegen. Die Zahl der »Hinrichtungen« verfünffachte sich im Vergleich zum Vorjahr, als hätte der Mord an Moro die moralischen Hemmschwellen weiter gelockert. Den BR strömten neue radikalisierte Militante zu, die vor allem Carabinieri, Spezialagenten, Staatsbeamte und Polizisten ins Visier nahmen, um damit die Vernichtung der »politisch-militärischen Kräfte des Feindes«[109] voranzubringen. Bis heute unvergessen ist der Mord an dem Arbeiter Guido Rossa. Der Kommunist hatte getan, wozu Gewerkschaften und KPI ihre Mitglieder schon seit Jahren aufforderten: Er hatte einen Arbeitskollegen, von dem er wusste, dass er für die BR Botengänge erledigte, denunziert. Am 24. Januar 1979 erschoss ihn deswegen ein fünfköpfiges BR-Kommando. »Einen töten, um hundert zu erziehen«, lautete die Erklärung dazu.[110]

Mario Moretti, der meistgesuchte Terrorist Italiens, wurde erst 1981 gefasst. Angeblich hat ihn ein Drogenabhängiger denunziert. Die Nachricht galt als so sensationell, dass dafür eigens das abendliche *Telegiornale* unterbrochen wurde. Nach der Verhaftung begannen die Zerwürfnisse, Fraktionierungen und Abspaltungen, begleitet von dürftigen, aber umso hitziger ausgetragenen theoretischen Debatten über die Rolle der sogenannten »proletarischen Massen«. Die Mailänder Kolonne gab sich – in Erinnerung an den von der Polizei 1976 erschossenen BR-Kämpfer – den Namen »Kolonne Walter Alasia«. Giovanni Senzani[111] wurde zunächst Morettis Nachfolger. Er hatte sich in der Organisation Geltung verschafft, indem er Kontakt mit Curcio und Franceschini im Gefängnis aufnahm und bei der Entführung des Richters Giovanni D'Urso die Haftbedingungen zum Thema machte. Ende 1981 gründete Senzani die BR-*Partito Guerilla*, die Militante der neapolitanischen Kolonne und der »Gefängnisfront« versammelte. Die Truppe wähnte sich in völliger Realitätsverkennung an der Schwelle zum Bürgerkrieg und beanspruchte die Führung des Proletariats. Sie erregte Aufsehen, als sie, um einer Erklärung mehr Aufmerksamkeit zu verschaffen, in Turin zwei bereits entwaffnete Wachmänner erschoss. Laut Aussage des Ex-Brigadisten Roberto Buzzati[112] erhielt Senzani von Moretti die geheime Pariser Telefonnummer. Nach seiner Verhaftung 1982 verschwand die »Guerilla-Partei«.

Die Altbrigadistin Barbara Balzerani, die an der Entführung Moros teilgenommen hatte, verfolgte weiterhin das Ziel, eine »kämpfende kommunistische Partei« aufzubauen. Sie scharte die *Partito Comunista Combattente* (BR/PCC)[113] um sich, deren Linie sie noch nach ihrer Verhaftung 1985 aus dem Gefängnis heraus bestimmte.

Die BR/PCC definierte sich ausdrücklich in internationalen Zusammenhängen und begriff sich als Teil einer mit der RAF, der *Action Directe* und den belgischen *Kämpfenden Kommunistischen Zellen* gemeinsam gebildeten »antiimperialistischen Front«. Der italienische Linksterrorismus verlor damit seinen Charakter als eigenständiges Phänomen. Aus den Bekennerschreiben der BR verschwand nach und nach der Bezug auf die Arbeiterklasse, vom Ziel der Errichtung »roter Basen« in den Fabriken war nicht mehr die Rede.

Auf das Konto der Balzerani-Truppe geht die Entführung des Oberkommandierenden der NATO-Süd, US-General James Lee Dozier, im Dezember 1981 in Verona, die letzte spektakuläre Aktion der BR. Dozier war Geheimnisträger der NATO, und die Erregung über die vermeintliche Bedrohung durch den Terrorismus schlug in der Öffentlichkeit hohe Wellen. Doch die Zeit verstrich, die BR stellten keine Forderungen, und so kam der General Ende Januar 1982 durch eine unblutige Blitzaktion der Antiterror-

109 Stefan Seifert, Lotta armata. Bewaffneter Kampf in Italien, Berlin 1991, S. 110 f.

110 *Prima Linea* machte von sich reden, als ein PL-Kommando im Herbst 1979 eine Betriebsverwaltungsschule in Turin besetzte. Die Terroristen trieben alle im Gebäude Anwesenden zusammen und hießen fünf Lehrer und die fünf ältesten Studenten niederknien; dann zerschossen sie ihnen die Beine.

111 Senzani, Kriminologe, Universitätsprofessor und Berater im Justizministerium, der im Verdacht steht, ein Agent provocateur zu sein. Franceschini/Fasanelli, Brigate Rosse, S. 182, Feldbauer, Agenten, Terror, Staatskomplott, S. 170.

112 Franceschini/Fasanelli, Brigate Rosse, S. 181.

113 Auch von den BR/PCC spaltete sich ein Grüppchen ab, die *Unione dei Communisti Combattenti*, die 1987 noch den Luftwaffengeneral Licio Giorgeri erschoss.

gruppe NOCS unbeschadet wieder frei – als habe der Sinn der Entführung einzig darin gelegen, die Effizienz dieser Truppe zu beweisen und zu feiern. Selbst der US-Präsident gratulierte.

Damals berichtete die Presse, dass Carabinieri und Sondertruppen Brigadisten beim Verhör folterten[114] – doch die abgestumpfte Öffentlichkeit nahm die Berichte über den Einsatz von Schlägen, Elektroschocks oder Brandwunden inzwischen nahezu kritiklos hin. Kein Carabiniere, der gefoltert hatte, wurde je bestraft. Doch nicht nur Schläge, vor allem die 1980 verabschiedete und 1982 erweiterte Kronzeugenregelung löste die Zungen vieler Linksterroristen und bewirkte, dass die große Welle linksterroristischer Gewalt schließlich verebbte. Wer die ihm zur Last gelegten Taten »bereute«, erhielt erheblichen Strafnachlass. Wer Mittäter nannte, erhielt die Möglichkeit, unter einer anderen Identität ein neues Leben zu beginnen.[115] Es sind Regelungen, die den elementaren Prinzipien eines Rechtsstaatsverständnisses widersprechen; denn sie führten dazu, dass Mörder, falls sie nur andere denunzierten, sehr viel milder bestraft wurden als solche, die nichts sagen wollten oder auch nichts zu sagen hatten. Solchen Häftlingen drohte Haftverschärfung. Ein *Pentito* wie Antonio Savasta dagegen, Chef der venetischen BR-Kolonne, kam trotz der von ihm eingestandenen Morde bereits nach zwei Jahren wieder frei. Der Brigadist Patrizio Peci erlangte Bekanntheit als *Superpentito*. Um ihn zu »bestrafen«, entführte die römische Kolonne am 11. Juni 1981 Patrizios Bruder Roberto und exekutierte ihn knapp zwei Monate später – ein Ememord im Stil der Mafia. Einen ähnlichen Mord verübten auch Militante von *Prima Linea*. Sie erschossen den *Pentito*, dessen Aussage zur Verhaftung des PL-Chefs Roberto Sandalo geführt hatte. Indes, kaum war Sandalo verhaftet, »bereute« alsbald auch er.

Die Angaben über die Zahl der *Pentiti* schwanken. Auf jeden Fall waren es Dutzende, die Waffenlager, konspirative Wohnungen, Treffpunkte etc. verrieten und dadurch rasch an die tausend Personen hinter Gitter brachten. Dann trat im März 1987 – der *Pentito* Patrizio Peci war schon wieder auf freiem Fuß – ein von Parlamentariern aller demokratischen Parteien getragenes Sondergesetz in Kraft, das Ex-Terroristen den Weg zurück in die Gesellschaft ebnen sollte. Es gewährte Hafterleichterungen und Strafnachlässe für die glaubhafte Lossagung von der Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung, ohne die Zusammenarbeit mit der Polizei zur Voraussetzung zu machen. Es betraf nicht die faschistischen Bombenleger, und es galt zunächst nur 30 Tage, binnen deren sich 560 Häftlinge vom Terrorismus lossagten. Zu den *Dissociati*, die – auch öffentlich, in Interviews und Büchern – ihre persönliche Verantwortung und ihr Scheitern bekannten, aber niemand anderen belasteten, gehörte BR-Mitgründer Alberto Franceschini. Er schrieb ohne jede Zweideutigkeit: »Der Sieg des Staates war eine Folge, nicht die Ursache unserer Niederlage. Unser wirkliches Versagen war nicht militärischer, sondern politischer und moralischer Natur.«[116] Renato Curcio und Mario Moretti dagegen standen an der Spitze der *Irriducibili*. Dass 1986 etwa 800 »politische Gefangene« inhaftiert, über 4000 Personen wegen »rotem Terrorismus« angeklagt waren, mag Curcio schließlich dazu bewogen haben, die Realität seiner Niederlage anzuerkennen. Er, Moretti und einige andere riefen 1987 dazu auf, die Waffen niederzulegen, weil sich die Verhältnisse, unter denen die BR einst angetreten waren, grundlegend gewandelt hätten. Zugleich beharrten sie auf der prinzipiellen Legitimität des bewaffneten Kampfes als Mittel der politischen Auseinandersetzung und forderten eine »politische Lösung« für alle inhaftierten Brigadisten[117] – womit keineswegs alle von ihnen einverstanden waren. Zugleich ließen sich aber immer mehr darauf ein, im Gegenzug für Hafterleichterungen öffentlich das Ende des bewaffneten Kampfes zu verkünden. Der Unterschied zu den *Dissociati* verwischte sich mehr und mehr. Schließlich

114 Seifert, Lotta armata, S. 137 f.

115 Mit großem Erfolg wurde die Regelung später bei der Mafia eingesetzt. Auch Gladio-Militärs und Geheimdienstler profierten davon und sagten aus.

116 Franceschini/Fasanelli, Brigate Rosse, S. 7. Franceschini hatte sich bereits im November 1981 von den BR abgewandt, nachdem ein Kommando von Senzanis »Guerilla-Partei« einen Turiner Wachmann erschossen hatte, um einem Kommuniqué mehr Aufmerksamkeit zu verschaffen.

117 Seifert, Lotta armata, S. 161 f.

Scanned by CamScanner

hatten sich von den rund 1400 Brigadisten, die 1987 einsaßen, 80 Prozent von der Gewalt losgesagt. Die Debatte über eine Amnestie kam in Gang, begleitet von Gesten der Versöhnung, wie dem öffentlichen Händedruck des Journalisten Indro Montanelli mit Lauro Azzolino, der ihm 1977 die Knie zerschossen hatte. Die Debatte versickerte aufgrund der verwickelten Interessenlagen der italienischen Politik indes folgenlos. Zudem geriet Mario Moretti durch zwei im Frühjahr 1988 erschienene Bücher, die ihn verdächtigten, ein Agent ausländischer Geheimdienste zu sein, erneut ins Zwielicht. Denn erschoss ein Kommando der BR-PCC im April 1988 den DC-Senator Roberto Ruffili.[118] Der Mord konterkarierte jeden Versöhnungsversuch.

Im Sommer 1991 suchte der damalige Staatspräsident und DC-Hardliner Francesco Cossiga Renato Curcio im Gefängnis auf und erklärte öffentlich, er wolle ihn begnadigen, »um die Jahre des Notstands« abzuschließen und »eine Ära der Reformen zu eröffnen«.[119] Cossiga, während der Moro-Enführung Innenminister, billigte zu Curcios großer Genugtuung dem Linksterrorismus plötzlich politische Motive zu. Man habe, ließ er verlauten, die BR kriminalisieren müssen, um sie besiegen zu können. Cossigas Vorstoß war wohl ein Versuch, die damals unter dem Zugriff der Justiz schwindende Macht seiner Partei zu retten. Vielleicht hätte die Begnadigung des Mannes, der als Inbegriff der *Roten Brigaden* galt, aufgrund ihres politischen Symbolcharakters ja eine ernsthafte Auseinandersetzung über die »bleiernen Jahre« eröffnen können. Der Vorstoß scheiterte jedoch am Widerstand des sozialistischen Justizministers Claudio Martelli und der Ex-Kommunisten, die sich nunmehr *Democratici di Sinistra*, Linksdemokraten, nannten.

Der bewaffnete Kampf hatte Italien über ein Jahrzehnt in Atem gehalten und blutig getroffen. Er war militärisch besiegt, nachdem die Polizei nach der Ermordung Ruffilis die letzten vier BR-Stützpunkte zerschlagen hatte.[120] Elf Jahre später, im März 1999, meldete er sich indes mit dem Mord an Massimo D'Antona und mit der Erschießung des Rechtsprofessors Marco Biagi[121] im März 2002 noch einmal zurück. Beide Opfer waren Experten für Arbeitsmarktpolitik, beide Regierungsberater. Für beide Morde erklärte sich eine BR-PCC verantwortlich, allem Anschein nach eine Neugründung versprengter Randfiguren der früheren Gruppe von Barbara Balzerani. Mittlerweile sind einige junge Frauen und Männer verhaftet und verurteilt worden. Doch auch wenn die wegen des Mordes an Marco Biagi zu 16 Jahren Haft verurteilte Cinzia Banelli »bereute« und die Justiz freizügig mit Informationen versorgte, viel ist über die Neo-BR-PCC bislang nicht bekannt geworden. Auf jeden Fall scheinen die Anschläge ein isoliertes Phänomen zu sein. Denn der gesellschaftspolitische Kontext der Attentate ist mit dem Italien der faschistischen Anschläge, Putschversuche, Massendemonstrationen und großen Arbeiterstreiks, aus denen die historischen BR hervorgingen, nicht zu vergleichen. Die heutigen außerparlamentarischen Oppositionsbewegungen sind gegen die Faszination der Gewalt offenbar weitgehend immun.[122]

---

118 Außer Ruffili tötete die BR-PCC z. B. den amerikanischen Diplomaten Leamon R. Hunt, Generaldirekter der multinationalen Bobachtertruppe auf dem Sinai, und den proisraelischen Vertreter der Florentiner Rüstungsindustrie Lando Conti. Die Morde weisen auf arabischen und palästinensischen Einfluss hin. Sie entsprechen der Logik der Anti-SID-Strategie von RAF und *Action Directe*.

119 Curcio, Mit offenem Blick, S. 190 f.

120 Die letzte rechtsterroristische Bombe am 23. Dezember 1984 traf einen Zug (16 Tote, 198 Verletzte). Im Prozess gegen die Bombenleger konnte zum ersten Mal eine Verbindung von Mafia, P2 und Rechtsterroristen nachgewiesen werden. Dies führte u. a. zur Verurteilung des römischen Mafia-Bosses Pippo Calò.

121 Trotz zahlreicher Morddrohungen vor dem Anschlag entzog ihm der Staat die Schutzeskorte. Zudem versuchte die Regierung Berlusconi ganz nach dem Muster früherer Jahre den Anschlag gegen die Linke zu instrumentalisieren, insbesondere gegen Sergio Cofferati, heute Mitte-Links-Bürgermeister von Bologna, damals Spitzengewerkschafter und Führer der außerparlamentarischen Oppositionsbewegung. Der Versuch scheiterte.

122 Die Bedrohung durch den fundamentalistischen Islam wird als stärker empfunden, der Abbau demokratischer Rechte – mehr Macht für die Polizei, Vorbeugehaft von Verdächtigen oder Verhöre ohne Verteidiger – damit legitimiert. Die parlamentarische Opposition wird mit dem Verweis auf den Erfolg bei der Bekämpfung des früheren Linksterrorismus in die Schranken gewiesen.

Das Erbe der »bleiernen Jahre«

Das Italien der 1970er Jahre ist verschwunden. Nicht verheilt aber sind die Wunden, die jene Jahre hinterließen. Immer wieder bricht die Debatte über das politisch-moralische Erbe dieser Zeit auf, stets bleibt sie fragmentarisch. Die Erinnerung ist zweigeteilt. Sie gilt den sozialen und zivilen Fortschritten Anfang der 1970er Jahre, jenen Hoffnungen auf einen grundlegenden Wandel Italiens in ein modernes, demokratisches Land, die sich auch mit dem Namen Moro verbanden und durch den »Alptraum des Linksterrorismus« (so der Historiker Guido Crainz) und die Verwüstungen der unter staatlicher Regie verübten faschistischen Massaker zerstört wurden. »Warum?«, fragte Luigi Covatta anlässlich des 25. Todestages des von einem BR-Kommando erschossenen Journalisten Walter Tobagi ratlos. »Warum dauerte der Mai in Frankreich gerade einen Monat [...], während unser 68 ein ganzes Jahrzehnt währte und damit endete, daß Moros Leiche gefunden wurde?«[123] Zumindest der politischen Elite und den Meinungsmachern ist bewusst, dass die Rolle des Staates in jenen Jahren noch immer von Geheimnissen verdunkelt wird. Das politische Klima unter der Regierung Berlusconi war der Aufklärung alles andere als förderlich, ja, Silvio Berlusconi erschwerte sie, indem er immer wieder die obsolet gewordenen ideologischen Fronten des Kalten Krieges heraufbeschwor. Er, der neue Führer der Rechten, ist ein Spitzenprodukt der alten korrupten politischen Klasse, die unter dem Zugriff der Justiz nach 1990 die Macht verlor – vorübergehend, wie sich am Aufstieg Berlusconis ebenso wie an der Rückkehr eines Politikers wie Giulio Andreotti ins öffentliche Leben emblematisch zeigt.[124] Berlusconis persönliche Kontakte zu verfassungsfeindlichen Geheimorganisationen wie P2 und Mafia sowie seine Verwicklungen in viele dubiose und illegale Geschäfte sind vielfach dokumentiert. Dass er von einer desinformierten und desinteressierten Wählerschaft dennoch eine breite Zustimmung erhält, wäre angesichts der Medienmacht, über die er verfügt, auch in anderen demokratischen Ländern vorstellbar. Aber dass ihn mitnichten die gesamte politische Elite, sondern nur ein Teil ächtet, wohl eher nicht. Dass dem so ist, beweist, dass in Italien kein von allen geteilter Konsens über die öffentliche politische Moral in einem Rechtsstaat existiert. Die Ursache dafür sei, so Martin Morini, in der staatlicherseits jahrzehntelang praktizierten und garantierten friedlichen Koexistenz mit der Mafia zu suchen. Ihre Integration ins politische und soziale Leben fand zwar stets Kritiker, aber letztlich wurde sie von der Gesellschaft mitgetragen, und viele profitierten davon.[125] Zur Korrosion der öffentlichen politisch-moralischen Maßstäbe dürfte allerdings auch der mangelnde Wille des Staates beigetragen haben, die Wahrheit über seine Verwicklung in den Terrorismus und die Verbrechen der Spannungsstrategie zuzulassen.

Die Suche danach wurde auf die Justiz abgewälzt – die angesichts der Flut von Erkenntnissen und Geständnissen, die immer kompliziertere politische Zusammenhänge offenbarten, damit überfordert war. Rechts- und vor allem Linksterroristen wurden zwar zu Hunderten verurteilt. So gut wie nie aber wurde gegen die Drahtzieher im Hintergrund ermittelt, geschweige denn Anklage erhoben. Das Gedenken an die Bombe auf die Mailänder Landwirtschaftsbank an der Piazza Fontana ist heute ein ritualisierter, eher bescheidener offizieller Akt. Die Gemeinde Mailand entsendet einen Kranz, der Oberbürgermeister beklagt die Opfer. Diese Trauer von Staats wegen kann indes nicht über den Skandal hinwegtäuschen, dass der Gerechtigkeit noch immer nicht Genüge getan worden ist, denn ohne einen rechtskräftig verurteilten Täter gibt es auch keinen Schuldigen. Im *Caso Moro* geht die Wahrheitssuche in die nächste Runde. In fünf großen Prozessen wurden zwar zahlreiche Brigadisten verurteilt, dennoch hat der Anwalt von Aldo Moros Angehörigen im März 2004 Antrag auf

123 *La Repubblica* vom 1. Juni 2005.

124 Jahrzehntelang hatte das Parlament Ermittlungen gegen Politiker von Rang blockiert. 27-mal war Giulio Andreotti ungeschoren davongekommen, bis er 1992 endlich wegen Komplizenschaft mit der Mafia und Anstiftung zum Mord an einem Kenner der »Geheimpolitik«, dem Journalisten Mino Pecorelli, angeklagt werden konnte. Obschon zunächst zu langjährigen Haftstrafen verurteilt, ging er dennoch nicht in den »traurigen Teil der Geschichte« ein, wie Moro es ihm prophezeit hatte. In letzter Instanz freigesprochen, ist er heute Senator auf Lebenszeit und freut sich seines Alters als angesehener *elder statesman*.

125 Vgl. Martin Morini, Historischer Kompromiß: Berlusconi und die Mafia, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 50. Jg., 2005, Heft 3, S. 311 ff.

Scanned by CamScanner

Wiederaufnahme der Ermittlungen gestellt. Ex-Terrorist Cesare Battisti, der sich nach seiner Verurteilung vor 20 Jahren wegen der Beteiligung an der Entführung Moros nach Frankreich abgesetzt hatte, wurde 2004 in Paris verhaftet. Für seine Freilassung setzten sich zahlreiche Schriftsteller, Regisseure, Filmproduzenten, Abgeordnete, Professoren, Journalisten und einfache Bürger ein, und auch in diesem Fall erscholl der Ruf nach Begnadigung. Nicht nur die Angehörigen der insgesamt fast 500 Opfer terroristischer Gewalt widersetzen sich jedoch dem Verlangen, unter die juristische Abrechnung mit den Protagonisten des rechten und linken Terrorismus einen Schlussstrich zu ziehen, auch die rechtsradikale *Lega Nord* und Vertreter der postfaschistischen *Alleanza Nazionale* sind dazu nicht bereit. Ansonsten hält kein führender Politiker mehr dagegen. Doch es scheint immer etwas Wichtigeres zu geben; nichts geschieht. Die über 100 flüchtigen Terroristen, die noch im Ausland leben, werden wohl dort bleiben müssen. Noch sind 115 Linksterroristen und 17 Rechtsterroristen inhaftiert, manche der Linken seit Jahrzehnten.

Renato Curcio gehört zu denjenigen, die ihre Strafe bis zum letzten Tag verbüßten. Er wurde wegen der Bildung einer bewaffneten Vereinigung und der Beteiligung an Häftlingsrevolten mehrfach verurteilt. Der bekannteste Langzeithäftling Italiens hatte keinen Menschen verletzt oder getötet. Dennoch erhielt er erst nach 17 – teils in Einzelhaft und Isolation verbrachten – Jahren die Erlaubnis, das Gefängnis als Freigänger tagsüber zu verlassen. Damals begann er, *Progetto memoria* aufzubauen, ein Archiv mit Zeugnissen aus den Jahren des bewaffneten Kampfes. 1996 gründete er den Verlag *Sensibili alle foglie*, der Beiträge zur Antipsychiatrie und den Auswirkungen lebenslanger Haft herausbringt. Ein aufwendig gestalteter, umfangreicher Band ist den Dokumenten des bewaffneten Kampfes gewidmet, ein anderer den Erinnerungen von Zeitzeugen an jene Brigadisten, die von der Polizei erschossen wurden oder in Haft starben. Sehr großes Aufsehen erregte seine noch im Gefängnis verfasste, 1996 erschienene Autobiografie. Inzwischen ein freier Mann, hält sich Curcio heute mit öffentlichen Äußerungen zurück, im Unterschied zu seinem ehemaligen Kampfgefährten Alberto Franceschini, der ausführlich Stellung nimmt, wenn er, was häufig geschieht, zum Linksterrorismus befragt wird. Nach seiner ersten, ebenfalls vieldiskutierten Autobiografie und einem Schlüsselroman über den Fall Moro veröffentlichte er 2004 einen weiteren bemerkenswerten Beitrag zu der schwierigen Debatte über Italiens jüngere Vergangenheit. »Che cosa sono le BR« liefert neben einem aufschlussreichen Bild der frühen *Roten Brigaden* gut belegtes Material zur Frage der Steuerung des Linksterrorismus von außen. Franceschini, wie Curcio 1974 verhaftet und mehrfach verurteilt, wurde erst nach 18 Jahren Freigänger. Er hat seine Strafen verbüßt und arbeitet heute in einem gemeinnützigen Verein zur Betreuung von Häftlingen.

Mario Moretti ist heute Freigänger und als Informatiker in einer gemeinnützigen Einrichtung tätig. Doch selbst um den inhaftierten Moretti rankten sich Rätsel. Lange, aber ergebnislos spekulierte etwa die Presse darüber, warum er bald nach seiner Verhaftung 1981 im Hochsicherheitsgefängnis in Cuneo von einem Häftling angefallen und durch einen Messerstich verletzt wurde – war es die Tat eines Wahnsinnigen oder eine Warnung? Auffällig ist, dass er, der zu sechsmal lebenslänglich verurteilte Mörder, im Unterschied zu Curcio und Franceschini bereits 1993, nach zwölf Jahren Haft, die Erlaubnis erhielt, mit den Starjournalistinnen Rossanda Rossanda und Carla Mosca lange Gespräche zu führen, auf denen seine Autobiografie beruht. Darin wird jeder Gedanke an eine geheimdienstliche Instrumentalisierung der *Roten Brigaden* als lächerliche Spekulation zurückgewiesen. Es sei erwähnt, dass dieses – vielgelesene – Buch bei *Edizioni Anabasi* herauskam, einem kleinen Verlag, der wenige Bücher publizierte und nur drei Jahre lang existierte. Der Chef Sandro D'Alessandro,[126] zuvor zeitweilig im Verlag Feltrinelli beschäftigt, war früher Mitglied des »Superclans«. Warum namhafte Journalistinnen wie Rossana Rossanda und Carla Mosca Morettis oft ungereimte Erzählung fast widerspruchslos hinnahmen, bleibt eine offene Frage. »Die Brigate Rosse sind eine Geschichte der Linken«, schrieb Rossana Rossanda in ihrem Vorwort.[127] Gewiss. Aber sie übersah, dass dies nur die halbe Wahrheit ist.

126 Franceschini/Frasanelli, Brigate Rosse, S. 184.
127 Moretti u. a., Eine italienische Geschichte, S. 19.

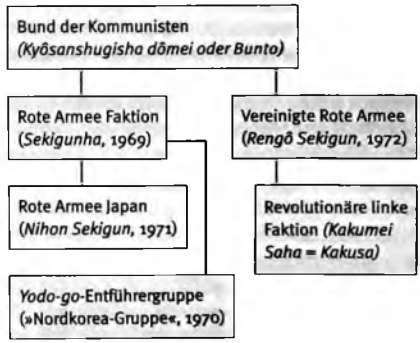
Claudia Derichs

Die *Japanische Rote Armee*

Unter einem Apfelbaum habe ich mich entschlossen, Dich zur Welt zu bringen«, sagt die Anführerin der *Roten Armee Japans*, Shigenobu Fusako, zu ihrer Tochter Mei. Genau genommen sagt sie es nicht, sondern sie schreibt es. Es ist der Buchtitel eines an die Tochter Mei gerichteten Werkes, das erschien, als Shigenobu Fusako nach Jahrzehnten des Kampfes im Nahen Osten wieder nach Japan zurückgekehrt und bereits verhaftet worden war.[1] Der Baum steht in Beirut, und Mei ist die älteste von drei Geschwistern, deren japanische Vornamen, in der Reihenfolge von jung nach alt gelesen, den Ausdruck »gewaltige Revolution« ergeben.[2]

Shigenobu Fusako war eine der unermüdlichen und wohl die international bekannteste unter den Frauen der verschieden Faktionen der japanischen *Roten Armee*. *Faktionen* ist hier der richtige Begriff, denn es handelt sich nicht, wie bei der deutschen RAF, um die Rote Armee *Fraktion*. In Japans Politik gibt es Fraktionen, aber eben auch Faktionen: Abspaltungen von ehemals geschlossenen Gruppierungen, die sich auch im außerparlamentarischen Bereich Parteien nennen. Faktionen und Parteien haben Stammbäume. Den Stamm, dem die *Japanische Rote Armee* entspross, bildete die Neue Linke, die sich 1957 in Abgrenzung zur KP-orientierten, parlamentarisch affiliierten Linken in Japan geformt hatte.[3] Innerhalb dieser Neuen Linken gab es den *Bund der Kommunisten*, in Anlehnung an den kommunistischen Bund von Marx und Engels auch »Bunto« genannt. Von diesem Bund – der Mutterpartei, wenn man so will – splitterten im Laufe der Jahre zahlreiche Faktionen ab. Eine von ihnen war die *Sekigunha*, die *Rote Armee Faktion*.[4]

Stammbaum der japanischen Rote-Armee-Gruppen



1 Shigenobu Fusako, Ringo no ki no shita de anata o umō to kimeta, Tokio, 2001.

2 Den jüngsten Sohn »taufte« Shigenobu auf den Namen Tsuyoshi und schrieb es mit den japanischen Zeichen für *tsuyoi* (stark, mutig, mächtig, gewaltig), die mittlere Tochter nannte sie Arata und benutzte dafür ein Zeichen, das sich in der sino-japanischen Lesung *kaku* liest. Kombiniert mit dem Namen der ältesten Tochter Mei, deren Namen ursprünglich mit dem Zeichen für *inochi* geschrieben wurde, ergibt sich der Ausdruck *tsuyoi kakumei* – und *kakumei* bedeutet Revolution.

3 Zur Geschichte der Neuen Linken in Japan siehe Claudia Derichs, Japans Neue Linke. Soziale Bewegung und außerparlamentarische Opposition, 1957–1994, Hamburg 1995.

4 Das *ha* in *Sekigunha* ist die Kurzform des japanischen Wortes *habatsu* = (Partei-)Faktion.

Scanned by CamScanner

Zentrale Personen:
Shiomi Takaya (männlich):
Gründer der *Roten Armee Faktion* (*Sekigunha*)
Shigenobu Fusako (weiblich), **Okudaira Takashi** (männlich): Gründer der *Roten Armee Japan* (*Nihon Sekigun*)
Mori Tsuneo (männlich) und **Nagata Hiroko** (weiblich): Anführer der *Vereinigten Roten Armee* (*Rengô Sekigun*)

Die *Sekigunha* ihrerseits bildete den Nukleus der verschiedenen Rote-Armee-Gruppierungen, aus denen später die *Japanische Rote Armee (Nihon Sekigun)* als maßgebliche Repräsentantin auf internationaler Bühne hervorging. Sich nur auf diese *Nihon Sekigun* zu konzentrieren, würde dem japanischen Zweig der Rote-Armee-Bewegung in den 1960er und 1970er Jahren indes nicht gerecht. Die *Japanische Rote Armee* ist durch ihre Aktionen mit der palästinensischen Volksbefreiungsfront PFLP über Jahre hinweg immer wieder in die Schlagzeilen der internationalen Presse geraten. Die Gruppe der japanischen Aktivisten hingegen, die nach einer spektakulären Flugzeugentführung 1970 in Nordkorea ihre Endstation fanden, erregte seither kaum mehr internationales Aufsehen. Und ähnlich erging es auch den Aktivisten der *Vereinigten Roten Armee* (*Rengô Sekigun*) daheim in Japan, die 1972, im eisigen Winter, nach einem zehntägigen Widerstandsgefecht gegen die staatlichen Sicherheitskräfte in den Japanischen Alpen kapitulierten. Heute aber dreht man wieder Filme über sie, die »Verrückten«, die »Verbohrten« der 1970er Jahre, die revolutionären Abenteurer.[5] Die Flugzeugentführer von 1970 haben Nordkorea satt und würden gern wieder zurückkehren nach Japan, zumal bis zum Juli 2004 schon 14 ihrer insgesamt 20 Kinder dorthin übergesiedelt waren. Die Regierung in Tokio ziert sich noch ein wenig, möchte nicht bereitwillig Straffreiheit garantieren, sondern die Zusage erhalten, dass sich die vier betroffenen Personen bei ihrer Ankunft den japanischen Behörden stellen.[6] Der Gründer der *Roten Armee Faktion* in Japan, Shiomi Takaya, ist heute mit seinen ideologischen Konkurrenten aus den 1960er Jahren wieder vereint; irgendwann war das alte Streitthema, die Frage des Übergangs vom Kapitalismus in den Kommunismus, in den Hintergrund gerückt. Zu gering ist heute der Zulauf zu den noch existierenden Gruppen der Neuen Linken, infolgedessen haben die Faktionsführer und Chefideologen sich auf Toleranz und Kooperation geeinigt.

Bewegungsinterner Kontext

Uegaki Yasuhiro, Überlebender aus der *Vereinigten Roten Armee* und 1998 nach 26 Jahren aus der Haft entlassen, reflektiert heute nüchtern über seinen Beitritt zur *Roten Armee*.[7] Seine Gesellschaftsanalyse der damaligen Zeit bewegte ihn zur Favorisierung des Guerillakampfes, den die *Rote Armee Faktion* als einzige unter den militanten Faktionen der Neuen Linken einzulösen versprach. Aus der Jugendorganisation der KP Japans stieg er im April 1969 aus, weil ihn die spontane, weniger hierarchische und weniger auf Seniorität orientierte Studentenbewegung *Zenkyôtô*

5 Siehe dazu das Interview mit dem Filmproduzenten Hasegawa Kazuhiko in *Bungei*, Herbst 2000, auch online verfügbar unter www.tcn.zaq.ne.jp/wonderbear/message/data/6.html. Im Dezember 2001 lief in den japanischen Kinos die Verfilmung des Romans »Hikari no ame« [Rain of Light] von Tatematsu Wahei (Tokio 1998) an. Die Novelle handelt von der *Vereinigten Roten Armee*. Der Regisseur Takahashi Banmei wollte damit der modernen Jugend einen Eindruck von der Stimmung der 1960er und 1970er Jahre geben.

6 Die Forderungen an die japanische Regierung nach einer Einigung über eine Rückkehr begannen bereits in den 1980er Jahren. Am 10. Juli 2002 berichtete die BBC darüber, dass sich fünf der ebemals neun Flugzeugentführer (zwei waren zu diesem Zeitpunkt in Nordkorea gestorben, zwei nach Japan zurückgekehrt und dort verhaftet worden) mit einem Reisegesuch an die japanische Regierung gewandt hätten. Premier Koizumi stellte ihnen aber im Falle einer Heimkehr nur ihre Verhaftung in Aussicht. Am 6. Juli 2004 berichtete die japanische Tageszeitung *Asahi Shimbun* auf der ersten Seite, dass vier in Nordkorea verbliebene Entführer die nordkoreanische Regierung schriftlich um Unterstützung bei den Bemühungen um ihre Ausreise gebeten hatten.

7 Die folgenden Ausführungen zu den Aussagen Uegakis sind einem Interview von Shiino Reinin entnommen. Siehe Shiino Reinin (Hg.), Rengô Sekigun jiken o yomu nenbyô [Annotierte Chronologie zum Rengô-Sekigun-Vorfall], Tokio 2002, S. 134–156.

viel mehr ansprach. Ihr Thema waren der Vietnamkrieg und die unbefriedigende Situation an den japanischen Universitäten, die mit dem abwertenden Slogan »Masse statt Klasse« beschrieben werden kann. Von der *Zenkyôtô*-Bewegung aus versuchte Uegaki, im Tagelöhnerviertel der Hafenstadt Yokohama eine eigene revolutionäre Zelle aufzubauen. »In den Tagelöhnervierteln hatten wir häufig gewalttätige Auseinandersetzungen mit der Mafia und der Polizei. Wir fühlten uns dadurch fit für den bewaffneten Kampf – und das zog viele an.«[8] Die *Rote Armee Faktion* hatte indes zu dieser Zeit für ihn einen zu militärischen Charakter, ihr Publikationsorgan war gespickt mit soldatischem Vokabular. Dass er später dennoch hinzustieß, lag vor allem auch daran, dass er als Physikstudent wusste, wie man Dynamit benutzt, und daher mehrmals aufgefordert wurde, für die *Sekigunha* Bomben zu bauen. Nach seiner Freilassung hat Uegaki eine kleine Bar mit Namen »Baron« eröffnet. Es ist der Spitzname, den er in der *Roten Armee Faktion* hatte. Seine heutige Einstellung verrät Pragmatismus: »Warum ich eine Kneipe habe? Nun, hat die Revolution von 1789 nicht auch in den Salons begonnen?«[9]

Shigenobu Fusako von der *Japanischen Roten Armee* favorisierte ebenfalls ein pragmatisches Konzept, als sie im Jahr 2000 aus dem Libanon zurück nach Japan kam. Ihr Bestreben war ein zweigleisiges Vorgehen: Zum einen plante sie, mit der von ihr gegründeten Vereinigung »Bürger für das 21. Jahrhundert« Anschluss an die Sozialdemokratische Partei Japans (SDPJ) zu gewinnen. Neben dieser parteipolitischen Arbeit sollte der bewaffnete Kampf weitergeführt werden. Das Ziel, so sagte sie nach ihrer Festnahme im November 2000, bestehe im Aufbau einer großen, revolutionären Massenpartei. Journalisten spekulieren, dass die *Nihon Sekigun* seit Ende der 1980er Jahre, als das Ende des Ost-West-Konfliktes nahte und sich ein Frieden im Nahen Osten anzudeuten schien, nach einer Aktionsplattform in Japan selbst gesucht habe. 1993 erfolgte ihr Rückzug aus der Beka-Hochebene, die Mitglieder verstreuten sich in Osteuropa und Südamerika. Die dortigen Kommandos wurden aber bald ausgehoben, so dass die Auswahl von Fluchtorten zusehends schrumpfte.

Die Situation war gänzlich anders, als Shigenobu 1971 in den Libanon migrierte. Die Überzeugung, dass nur die Internationalisierung des revolutionären Kampfes zum Ziel führen würde und dass die Ausbildung zur Kämpferin im Nahen Osten professioneller erfolgen könne als in Japan, veranlasste die damals 26-jährige Shigenobu zu ihrer Reise. Daheim war auch sie, wie viele andere in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre, von Shiomi Takaya für die Bewegung der Neuen Linken und 1969 dann für die *Rote Armee Faktion* begeistert worden. In Japan bezeichnete man diese ideologische Mobilisierungs- und Rekrutierungsarbeit damals als *orgu-suru*, »jemanden organisieren« – und Shiomi war offenbar sehr versiert auf diesem Gebiet. Der *Bund der Kommunisten*, aus dem auch seine *Rote Armee Faktion* hervorging, wandte sich gegen den Stalinismus der alten, etablierten Linken. Ganz ähnlich der linken Szene im Europa der späten 1960er Jahre debattierten die Gruppen der japanischen Neuen Linken über die permanente Revolution Trotzkis, über Maos Theorie der Macht aus den Gewehrläufen und über die Weltrevolution. Die Neue Linke Japans war insofern Teil einer globalen Bewegung, wenngleich sie sich mit einer studentischen Bewegung an den Universitäten vermischte, für die das Jahr 1968 *kein* Schlüsseljahr darstellte. Der größte Kampf der Neuen Linken hatte nämlich bereits acht Jahre zuvor stattgefunden, als die japanische Regierung die Verlängerung des bilateralen Sicherheitsvertrags mit den Vereinigten Staaten von Amerika durchs Parlament gepeitscht hatte. Die Studentin Kanba Michiko wurde im Juni 1960 Opfer der Polizeigewalt: ein frühes japanisches Pendant zu Deutschlands Benno Ohnesorg. Der Protest gegen die enge Bindung Japans an die USA verbindet die gesamte japanische Linke bis heute. Durch den Sicherheitsvertrag wurde japanisches Territorium zum Hauptstützpunkt der amerikanischen Truppen in Asien, wurde Japan zum Kollaborateur im Vietnamkrieg und schließlich Mitglied in der »Allianz« des Irakkriegs von 2003. Der für die Entwicklung der deutschen Linken so wichtige Diskurs über den Umgang mit Faschismus und Kriegsschuld beflügelte die japanische Linke 1968 weniger intensiv. Die zentrale

8 Ebenda, S. 139.
9 Ebenda, S. 135.

Scanned by CamScanner

Projektionsfläche für die Frage der Vergangenheitsbewältigung stellte der Kaiser (*Tennô*) dar, doch die aktuellen, nach direkter Aktion verlangenden Themen drängten die Diskussion über seine Kriegsschuld häufig in den Hintergrund: die Solidarisierung mit Gewerkschaftern in Arbeitskämpfen, der »Normalisierungsvertrag« von 1965 mit Südkorea (durch den jegliche Entschädigungen für Nordkorea auf der Strecke blieben), der Kampf gegen den Bau des Flughafens Narita (ab 1967, in Solidarität mit den Bauern, die von ihrem Land verdrängt werden sollten), der Vietnamkrieg, die ohne Befragung der betroffenen Bevölkerung beschlossene »Rückgabe« der Insel Okinawa an Japan (von den USA für 1972 angekündigt) sowie die Bewegung für Autonomie und Selbstverwaltung an den Universitäten, die sich zeitlich in die globale *student power*-Bewegung einreihte. Als Letztere 1970 auf dem Campus und in den Straßen an Dynamik verlor, setzte in Japan eine analoge Entwicklung zur europäischen linken Szene ein: Zersplitterung und Radikalisierung.

Der *Bund der Kommunisten* verlor einen großen Teil seiner Anziehungskraft, als der Funke von Guerillakampf, bewaffneten Einheiten und der gleichzeitigen globalen Revolution auf die Mitglieder übersprang. Shiomi Takaya verließ 1969 den Bund und gründete die *Sekigunha*, die *Rote Armee Faktion*, weil er überzeugt war, dass nur der bewaffnete Kampf zum Ziel führen werde. In den japanischen Städten sollte eine »Vorstufe des bewaffneten Aufstands« realisiert werden. Shiomi rief die anderen Faktionen der Neuen Linken zur Mitarbeit auf:

»Die Revolutionstruppe, die Rote Armee, ist aufgebaut. Die Revolution ist kein Thema einer fernen Zukunft, sondern ein Problem der Gegenwart. [...] In allen bisherigen Revolutionen der Geschichte sind die Truppen der herrschenden Klasse, der feindlichen Staatsmacht, aufgelöst und Revolutionstruppen gewonnen worden. In der Klassenkampfgeschichte des modernen Japan hat das unterdrückte Volk bis heute noch kein einziges Mal zu den Waffen gegriffen, und es hat keinerlei Erfahrung mit einer organisierten Revolutionsarmee. Indem so etwas gleichsam als Traumgespinst, als etwas ewig Fernes und als unerhört galt, ist [dem Volk] eine Sklavennatur eingepflanzt worden; es ist nach der spießbürgerlichen Humanitätsidee erzogen worden, dass ›Waffen‹ gleichbedeutend mit ›schlecht‹ seien. Wir sind aber jetzt im Begriff, dies zu zerstören. [...] Lasst uns überall militärische Gruppen organisieren! Doch sollen diese Militärgruppen nicht auf der Grundlage von singulären Interessen als Defensivarmee fungieren. Es darf nicht noch einmal passieren, dass, wie im Falle der Roten Front im Deutschland der 1930er Jahre, eine nur auf Einzelinteressen basierende Selbstverteidigungsarmee eine Niederlage erleidet. Es muss ein zur Generaloffensive fähiges, siegesbewusstes Waffenkorps sein, das den Weg zum Kampf gegen die Staatsmacht, also zum Bürgerkrieg, und zur Bewaffnung des gesamten Volkes bereitet.«[10]

Das Konzept des »Vorstufenaufstandes« in den japanischen Städten versuchte die Gruppe im Osaka- bzw. Tokio-Krieg zu praktizieren – ein »Krieg«, der sich in kleineren Straßenschlachten und Attacken mit Molotowcocktails und selbstgebauten Blechdosenbomben auf Polizeistationen und amerikanische Militärbasen entlud. Auch aus Werkzeugdeponien für den Bergbau geraubte Dynamitstangen dienten als Waffen, denn Gewehre oder Pistolen besitzen in Japan nur die Polizei, das Militär und die sogenannte *Yakuza*, die japanische Mafia. Sie waren daher nicht so leicht zu beschaffen. Der »Krieg« endete im November 1969, als 53 Mitglieder der *Sekigunha*, unter ihnen auch Shiomi, bei einer Übung für einen geplanten Angriff auf die Residenz des Ministerpräsidenten überrascht und festgenommen wurden. Die Niederlage führte zu einem neuen Konzept, das den innerjapanischen Kampf auf eine transnationale Ebene hob. Die neue, aus der Erkenntnis des Scheiterns der Schlachten in den Städten gewonnene Strategie lautete, dass internationale Operationsbasen aufgebaut werden müssten, um die Weltrevolution überall gleichzeitig geschehen zu lassen. Die Mitglieder der *Sekigunha* sollten Stützpunkte im Ausland errichten und militärische Trainingslager besuchen, um nach ihrer Ausbildung an der Waffe nach Japan zurückkehren und dort eine Operationsbasis aufbauen zu können.

10 Sekigun no kensetsu [Der Aufbau der Roten Armee], in: Takazawa Kôji (Hg.), Shinpen. »Sekigun« dokyumento [Dokumente der Roten Armee. Neuauflage], Tokio 1986, S. 65 f.

Die erste Aktion, die unter diesem Leitgedanken erfolgte, war die »Operation Phönix«, die Entführung einer Boeing 727 der japanischen Fluggesellschaft JAL am 31. März 1970. Neun Rotarmisten erzwangen nach dem Start der *Yodo-go*, wie die Maschine hieß, den Kurs auf Nordkoreas Hauptstadt Pyöngyang. Die Gruppe erreichte ihr territoriales, nicht aber ihr operationales Ziel. Nordkorea nahm die Entführer zwar auf, versagte ihnen aber, den von ihnen geplanten Stützpunkt für den globalen revolutionären Kampf zu errichten. Diktator Kim Il Sung hatte, aus der heutigen Perspektive betrachtet, vielmehr die Indoktrinierung der neun gemäß der eigenen *Chuchè*-Ideologie im Sinn.[11] Außerdem waren die Aktivisten aus dem Nachbarland ihm höchst willkommen, weil er mit ihnen lebendige Studienobjekte besaß, um Gestik, Mimik, Sprache, Intonation und andere Verhaltensmerkmale zu erkunden, die nordkoreanische Spione sich vor ihrem Einsatz in Japan aneignen sollten.[12]

Die Idee zum Aufbau internationaler Operationsbasen stellte eine logische Weiterführung der Idee des »Vorstufenaufstands« dar. Shiomi hatte die Situation in Japan eigentlich sehr realistisch eingeschätzt: Seine Generation hatte keine Erfahrung mit dem Kampf an der Waffe, und die moralische Aburteilung des Waffengebrauchs hatte ein Klima geschaffen, das für die breite Mobilisierung eines bewaffneten revolutionären Kampfes denkbar ungünstig erschien. Der »Dienst an der Waffe« in den japanischen Selbstverteidigungsstreitkräften, wie die Nachkriegsarmee ab 1954 euphemistisch genannt wurde, stellte in der unternehmensfixierten, auf Wirtschaftswachstum eingenordeten Gesellschaftsmehrheit in Japan keine erstrebenswerte Berufskarriere dar. Shiomis Diagnose führte vor diesem Hintergrund zu zwei innovativen Gedanken in der Neuen Linken. Nicht nur der Glaube, dass die proletarische Revolution auf dem Wege des politischen (= militanten, aber nicht bewaffneten) Kampfes erreicht werden könne, musste überwunden werden, sondern auch die Vorstellung, dass der bewaffnete Kampf von einigen wenigen geführt werden könne. Die Bewaffnung des ganzen Volkes war erforderlich. Dieser Logik entsprechend entwarf Shiomi seine Strategie der Kriege in den Städten als Vorstufe zur Expansion des bewaffneten Kampfes auf nationaler Ebene, des Kampfes der Massen. Seine Festnahme durchkreuzte den Plan und stellte folgerichtig auch die Umsetzbarkeit der Vorstufentheorie in Frage, führte aber nicht zu ihrer Verwerfung. Vielmehr entwickelten sich, da Shiomi nun im praktischen Kampf ausfiel, zwei konzeptionelle Strömungen. Die eine hielt weiter am Konzept des Kampfes auf nationaler Ebene fest und schloss sich aus pragmatischen Erwägungen mit einer Gruppe zusammen, die sich in der Beschaffung von Schusswaffen bewiesen hatte. Diese Gruppe (*Kakumei Saha* oder *Kakusa* = *Revolutionäre linke Faktion*) war den verbliebenen *Sekigunha*-Aktivisten eine willkommene Partnerin: *Kakusa* besorgte die Waffen, *Sekigunha* beschaffte Geld. Sie bezeichneten sich daraufhin als die *Vereinigte Rote Armee* (*Rengó Sekigun*). Die zweite Strömung wurde von Shigenobu Fusako und ihrem Gefährten Okudaira Takashi, beide Mitglieder des Zentralkomitees der *Sekigunha*, angeführt.[13] Sie vertraten die Ansicht, dass ihre Unerfahrenheit nur überwunden werden konnte, wenn die japanischen Aktivisten selbst sich einem militärischen Training im Ausland unterziehen und mit den erworbenen Fähigkeiten dann die Mobilisierung in Japan vorantreiben würden. Beide Strömungen ergänzten einander und stellten gemeinsam mit der *Yodo-go*-Entführergruppe komplementäre Elemente dar.

11 Zu einer kurzen Darstellung der *Chuchè*-Ideologie siehe Rüdiger Franks Darstellung Die *Chuchè*-Idee, in: Claudia Derichs / Thomas Heberer (Hg.), Einführung in die politischen Systeme Ostasiens, Opladen 2003, S. 299–303.

12 In den darauffolgenden Jahren erfolgten mehrere Entführungen japanischer Staatsbürger nach Nordkorea, ebenfalls zum Zweck des »Studiums«. Erst 2002 erlaubte die nordkoreanische Regierung nach zähen Verhandlungen mit Tokio die Rückkehr der noch lebenden Entführten.

13 Es gibt nichtjapanische Veröffentlichungen, in denen der Vorname Okudairas mit Tsuyoshi angegeben wird. Ich möchte mich an die Lesung Takashi halten, die von den meisten Japanologen benutzt wird.

Scanned by CamScanner

Praktische Umsetzung der ideologischen Konzepte

Die versuchte Umsetzung der revolutionären Konzepte in die Realität sollte alle drei Gruppierungen der *Roten Armee Faktion* für lange Jahre auseinander treiben. Die einzigen, die in Japan selbst verblieben, waren die Aktivisten der *Vereinigten Roten Armee*, und diese dezimierten sich selbst auf brutale Weise.

Bis zur Schlacht mit der Polizei in einem Erholungsort auf dem Asama-Berg im Winter 1972 hatte das Anführer-Duo der *Vereinigten Roten Armee* (Mori Tsuneo, männlich, und Nagata Hiroko, weiblich) die eigene Gruppe um 14 Mitglieder verkleinert. Die Begründung für die grausigen Morde und Folterungen, denen die eigenen Gruppenmitglieder ausgesetzt worden waren, war ihre angebliche Unfähigkeit, die Ideologie der »Kommunisierung« (*kyôsanshugi-ka*) zu internalisieren. Die Retrospektive kann nur aus dem Blickwinkel der Gruppenpsychologie versuchen zu erhellen, welche Mechanismen in diesen Abläufen gewirkt haben. Zunächst stellte der Zusammenschluss von zwei ideologisch recht verschiedenen Gruppierungen (die *Kakusa* war nicht dem *Bund der Kommunisten*, sondern der *Neuen China-Faktion* innerhalb der Neuen Linken entsprungen) eine intellektuelle und führungstechnische Herausforderung für die Köpfe der Gruppe dar. Die nervliche und mentale Belastung entlud sich oft in bilateralen Konflikten: »Das Problem der disparaten revolutionären Erfahrungen unter den Mitgliedern ebenso wie die Kluft zwischen den beiden Organisationen offenbarte sich auf eindringliche Weise während der gemeinsamen Übung, als Nagata, die einzige Frau in der Sekigun-Abordnung, Toyama Mieko, wegen ihres weiblichen Benehmens kritisierte. Kakusa [die Gruppe, zu der Nagata gehörte, C. D.] vertrat den Standpunkt, im Sinne der Befreiung der Frauen müssten diese an erster Stelle als Revolutionärinnen und an zweiter Stelle als Frauen agieren; dementsprechend war Nagata schockiert über Toyamas traditionelle Weiblichkeit. Aber Sekigun hatte sich nie mit feministischen Fragen beschäftigt, und Toyama war im Hinblick auf das Leben im Untergrund naiv. Sie reagierte auf Nagatas kritische Tirade mit Schweigen, die japanische Standardreaktion auf alles, was man zurückweisen will oder was Schwierigkeiten bereitet. Diese Reaktion hat Nagata nur noch mehr aufgebracht.«[14]

Um den Zusammenhalt der *Vereinigten Roten Armee* zu gewährleisten und ihn ideologisch zu untermauern, musste ein Ideengebäude entstehen, das der Gruppe selbst eine *raison d'être* sowie ihren Aktionen Legitimität und Notwendigkeit verlieh. Dazu kam der Druck der »Außenwelt«, der dadurch entstanden war, dass bewaffnete Anschläge, Waffen- und Geldraub die Gruppe in den Untergrund und in die Illegalität gezwungen hatten. In dieser Situation wurde die Frage von Kontrolle und Hierarchie innerhalb der Gruppe wichtiger als die angestrebte Revolution, wenngleich dies nie öffentlich zugegeben werden konnte. Es ging um das Überleben des Kollektivs. Mori, der nach der Festnahme von Shiomi die Führung in der *Sekigunha* und infolgedessen auch in der *Vereinigten Roten Armee* übernommen hatte, stellte daher den Prozess der *kyôsanshugi-ka*, der »kommunistischen Transformation« oder der »Kommunisierung«, vor. Im Detail wurde der Prozess nicht erläutert, doch Mori bestand darauf, dass jedes Mitglied zwecks innerer, individueller Vorbereitung auf den revolutionären Kampf kommunisiert werden müsse. Die Idee war, die eigenen bourgeoisen Einstellungen und Verhaltensweisen kritisch zu erkunden, sie auszumerzen und dadurch zu einem besseren Revolutionär zu werden. Permanente Selbstkritik war dabei keinem Mitglied fremd, denn es gehörte zur Neuen Linken genauso wie zum Instrumentenkasten des Managementstils in japanischen Unternehmen. Die Methode, die dazu angewandt wurde, war die kollektive Untersuchung auf persönliche Schwächen, der das individuelle Bemühen, diese Schwächen zu überwinden, folgte.[15]

Die Bemühungen zur Überwindung der persön-

14 Patricia Steinhoff, Death By Defeatism and Other Fables: The Social Dynamics of the Rengô Sekigun Purge, in: Takie Sugiyama Lebra (Hg.), Japanese Social Organization, Honolulu 1992, S. 195–227, hier: S. 198.

15 Ausführlich hierzu: Steinhoff, Death by Defeatism and Other Fables.

lichen Schwächen wurden nie zur Zufriedenheit von Mori und Nagata vollendet, so dass beide auf immer härtere Bestrafungen für die Unfähigkeit einzelner Gruppenmitglieder, die Kommunisierung zu betreiben, zurückgriffen. Sie forderten ihre Mitaktivisten auf, die Schwachen bis zur Ohnmacht zu schlagen, sie tagelang an einen Türpfosten zu binden oder sie gefesselt und nackt der winterlichen Kälte auszusetzen. Den Torturen erlagen 14 der Mitglieder, und alle anderen ahnten, dass ihre Stunde auch bald schlagen würde, denn bislang hatte niemand es vermocht, eine in den Augen Moris und Nagatas korrekte Kommunisierung zu vollziehen.

Am 17. Februar 1972 wurden beide Anführer auf offener Straße gefasst. Vier weitere Mitglieder wurden an anderer Stelle festgenommen. Sie fielen vor allem durch ihre Kleidung und ihr wirres Haar auf, denn die wochenlange Flucht über die Japanischen Alpen hatte nicht viel Zeit für Hygiene und Pflege der Garderobe erlaubt. Als die Polizei zwei Tage später das letzte Versteck der Restgruppe in 1200 Meter Höhe ausfindig machte, verfolgte Nagatas Ehemann Sakaguchi Hiroshi in seinem Refugium die 19-Uhr-Nachrichten im Fernsehen. Sie zeigten die Festnahmen Moris und seiner Frau (von denen er aber schon wusste). Die vergangenen Wochen passierten in Sekundenschnelle in seinem Kopf Revue. »Nur zwei, drei Wochen zuvor hatten wir an jener Stelle [die nun gezeigt wurde, C. D.] unsere Mitglieder gelyncht, sie an Bettpfosten gefesselt und ihre toten Körper im Schnee vergraben ... ich konnte den Anblick nicht ertragen.«[16]

Bis zum 28. Februar 1972 dauerte die Auseinandersetzung mit der Polizei, die live im japanischen Fernsehen ausgestrahlt wurde und »die Nation in Atem hielt«. Fünf im Berghaus verbliebene Mitglieder der *Vereinigten Roten Armee* hatten dort eine Geisel genommen, deshalb stürmte das Einsatzkommando der Polizei die Herberge zunächst nicht. Die Mütter von Sakaguchi und seinem Gefährten Yoshino appellierten an die Söhne, boten sich selbst im Austausch für die Geisel an. Vergebens. Fünf Tage später versuchte es der Vater von Teraoka, der zu dem Zeitpunkt noch nicht wusste, dass sein Sohn, unfähig, ein wahrer Revolutionär zu werden, mit einem Eispickel erstochen worden war. »Es war gut, dass er nicht in dem Berghaus war«, sagt der Vater später.[17] Am zehnten Tag beschloss der Chef der Polizeieinsatztruppe, mit Wasserwerfern und Tränengas vorzugehen. Die Wucht der Wasserwerfer warf Sakaguchi nieder, er verlor das Bewusstsein und vernahm nur noch wie durch einen Schleier, dass ein Polizist ihm jeden einzelnen Finger seiner rechten Hand von der Schrotflinte löste. Kurz nach 18 Uhr, als die Festnahme seines Sohnes bestätigt wurde, beging Bando Kunios Vater Selbstmord. In seinem Abschiedsbrief entschuldigte er sich bei der Geisel.

Die geschilderten Vorfälle verraten viel über die geistigen und moralischen Grundwerte der damaligen japanischen Bevölkerung – Grundwerte, die sich auch im politischen Kampf der Rotarmisten widerspiegeln und später vor allem auf internationaler Ebene in Form des Selbstmordattentats einen Niederschlag finden. Der zentrale Begriff ist die Loyalität. Sowohl der rituelle Selbstmord als auch die Selbstmordanschläge der Kamikazeflieger im Zweiten Weltkrieg basieren auf der Verinnerlichung des Wertes Loyalität, die in ihrer extremen Ausprägung eben absoluten Gehorsam bis hin zum Tod bedeuten kann. Dabei ist es unerheblich, ob die Selbsttötung tatsächlich »freiwillig« oder unter autoritärem Druck erfolgte. Diese Frage stellt sich im traditionalen ethischen Kontext nur auf der normativen Ebene, denn wer zum Selbstmord gezwungen werden muss, ist kein loyaler Kämpfer. Der Suizid stellt aber auch ein Eingeständnis dar, etwa das Eingeständnis der Schwäche oder des Versagens. Er symbolisiert die Bereitschaft, für das eigene Versagen die Verantwortung zu übernehmen. Während die Eltern der Aktivisten, die versuchten, ihre Söhne zur Aufgabe des Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu bewegen, sich dem Staat gegenüber zu Loyalität verpflichtet sahen, demonstrierten die Aktivisten ihre Loyalität gegenüber der Führung der *Vereinigten Roten Armee*. Beide handelten aus denselben Wertmotiven und nur mehr aus unterschiedlichen Bezugsrahmen heraus. Da die Eltern eine Niederlage erlitten, weil ihre Kinder dem Staat die Loyalität verweigerten, stellte der Selbstmord von Bando Kunios Vater das Eingeständnis und die Scham darüber dar, dass der Sohn als loyaler

16 Shūno (Hg.), Rengō Sekigun, S. 105.
17 Ebenda, S. 110.

Scanned by CamScanner

Staatsbürger versagt hatte.[18] Bemerkenswert ist, dass sich Elemente dieser Werthaltung auf die palästinensischen Befreiungsgruppen im Nahen Osten übertrugen, welche aus ihrer Tradition heraus weniger auf die Begriffe von Scham und Loyalität rekurrierten als vielmehr mit dem Wert der Gerechtigkeit argumentierten. Die Verbindung der kulturell unterschiedlich kontextualisierten Werte besorgte die Idee des Märtyrers.[19] Der Märtyrer stellt bis heute die psychologisch wirksamste Waffe im palästinensischen Befreiungskampf dar.

Die *Japanische Rote Armee* im Nahen Osten

Shigenobu und Okudaira hatten vor ihrer Ausreise aus Japan über einen Freund in Paris Kontakte zur palästinensischen PFLP (*Popular Front for the Liberation of Palestine*) geknüpft.[20] Der Kontaktmann in Paris war ein Bekannter von PFLP-Führer Georges Habasch (Abu Jihad). Im Libanon angekommen, wurden Shigenobu und Okudaira in das geräumige Exilquartier der Organisation am Rand von Beirut gebracht. Sie hatten keine Orientierung, als der Wagen, der sie in einer Nebenstraße ihres Hotels aufgenommen hatte, sie dort absetzte. Fünfzig arabische Freiheitskämpfer empfingen sie, ein wenig skeptisch, aber doch herzlich. Okudaira erzählte, erläuterte und schilderte, so gut es auf Englisch ging, von den Plänen, Kampftheorien und -konzepten der *Sekigunha*. Die Palästinenser schienen in erster Linie an der *Yodo-go*-Aktion interessiert zu sein: »Hm, ihr seid also die japanische Rote Armee Faktion, die eine Flugzeugentführung durchgeführt hat?« – »Ja, so ist es.« – »Habt ihr Kontakt zu euren Freunden in Nordkorea?« – »Nein, wir wissen nicht, wie es ihnen geht. Aber wenn es nötig sein sollte, einen Kontakt herzustellen …« Okudaira und Shigenobu hielten es nicht für notwendig, die *Yodo-go*-Entführer zu treffen. Wenn der Kampf es erforderte, ja, aber einfach so? Wozu? Schließlich hatten sie sich von ihnen genauso wie von den daheim gebliebenen Freunden getrennt, und dies auch in ideologischer Hinsicht, wenngleich die drei Strömungen insgesamt komplementär wirkten und es noch persönliche Verbindungen gab.[21] Die PFLP hingegen schätzte die Flugzeugentführung als Mittel des politischen Kampfes und war deshalb von der *Yodo-go*-Aktion recht beeindruckt.

Der erste Abend bei den PFLP-Kämpfern zog Shigenobu in den Bann. »[Die Araber] waren unheimlich praktisch orientiert. Worten schenkten sie keinen Glauben.« Taten zählten, und deshalb wurden die theoretischen Ausführungen Okudairas auch mehr aus Höflichkeit denn aus intellektueller Neugierde zur Kenntnis genommen. Gewürdigt wurde allerdings, dass zwei japanische Aktivisten den langen Weg in den Nahen Osten angetreten hatten, um für die Revolution zu kämpfen. »Es sind sonst nur Milizionäre oder Freiwillige, die hierher kommen«, hieß es. Der gemeinsame revolutionäre Geist, die innere Verbundenheit, die Worte nicht ausdrücken konnten, verspürten beide Seiten. Shigenobu stellte fest, dass unter den 50 Anwesenden viele ältere und alte Leute zugegen waren. »Ah, hier sind Menschen, für die ist die Revolution das Leben und das Leben ist Revolution«, realisierte sie. Für Okudaira und Shigenobu wurden arabische Namen gesucht, ein lebhafter Prozess. Hundert Vorschläge kamen aus dem Raum; schließlich einigte man sich auf Samira für Shigenobu und Bashim für Okudaira. »Mit diesem

18 Zu den Begriffen von Loyalität, Scham und Schande siehe u. a. Maruyama Masao, Loyalität und Rebellion, München 1996, S. 16–45; Kimura Bin, Zwischen Mensch und Mensch. Strukturen japanischer Subjektivität, Darmstadt, 1995, S. 42–59; Takie Sugiyama Lebra, The Social Mechanism of Guilt and Shame. The Japanese Case, in: *Anthropological Quarterly* 1971, Nr. 44, S. 241–255.

19 Eine bisweilen etwas gewagte, aber detailliert recherchierte Analyse zur historischen Genese der Selbstmordattentate palästinensischer Märtyrer bietet Joseph Croitoru, Der Märtyrer als Waffe. Die historischen Wurzeln des Selbstmordattentats, München/Wien 2003.

20 Andere Quellen sprechen von Nordkorea als erster Kontaktstation zwischen japanischen und palästinensischen Aktivisten, so etwa Croitoru, Der Märtyrer als Waffe, S. 73 f. Ich stütze mich auf die Aussagen japanischer Rotarmisten aus ihren Veröffentlichungen.

21 Informationen aus Shigenobu Fusako, Waga ai, waga kakumei [Unsere Liebe, unsere Revolution], in: Sekigun. Red Army 1969–2001 [Anthologie zur Sekigun], Tokio 2001, S. 10–21, hier: S. 13 f.

Namen wurde ich eine neuer Mensch, es war der Geburtstag einer neuen Frau, Samira«, erinnert sich Shigenobu.[22] Georges Habasch selbst war dabei zugegen und auch die durch den Entführungsversuch einer israelischen EL AL-Maschine berühmt gewordene Kämpferin Laila Khaled.[23] Diese übersetzte das oft schwer verständliche arabische Englisch in korrektes Englisch und blieb auch später eine große Hilfe für die Konversation.[24]

Im Februar 1972 erzählt ein BBC-Journalist Shigenobu, dass daheim in Japan die *Rote Armee* einen Kampf mit Schusswaffen führe. Shigenobu fährt in die Redaktion der PFLP-Zeitung *Al-Hadaf*, um mehr zu erfahren. »Samira, hör dir das an! Sie sind dran, sie kämpfen, bei euch in Japan!« Das Büro der Redaktion steht Kopf, die Nachricht ist kaum zu glauben. »Sicher ist Bando mit dabei!«, meint Okudaira, den in Japan eine tiefe Freundschaft mit Bando Kunio verband. Welche Erlebnisse Bando hinter sich hat, kann Okudaira zu diesem Zeitpunkt nicht einmal erahnen. »Meine Güte, wie haben wir über sie geschimpft, und jetzt sind wir es, die hinterherhinken und sich die Sporen geben müssen«, stellt Shigenobu beschämt fest. Die Informationen sind spärlich, so dass die Flucht der Rotarmisten über die Berge in Japan noch nicht bis nach Beirut vorgedrungen ist. Am nächsten Tag kauft Shigenobu eine japanische Zeitung und wundert sich, dass über Kämpfe in Karuizawa, einem ganz anderen Erholungsort in den Japanischen Alpen als dem im Radio genannten, berichtet wird. Sollte der Kampf nicht sowieso auch in den Städten begonnen werden? Wieso halten sich die Freunde in den Bergen auf? Nachmittags kommt ein Anruf aus Japan, jemand möchte Shigenobu sprechen. »Wer von euch beiden ist Shigenobu Fusako?«, fragt der arabische Kollege mit dem Hörer in der Hand, denn seit dem ersten Abend in Beirut werden nur noch die Namen Samira und Bashim benutzt. Die Frau am anderen Ende erzählt Shigenobu, dass ihr Freund Yamada ermordet worden sei, von seinen eigenen Leuten. »Yamada? – Das kann ja nur heißen, dass er ein Spion war, oder?«, fragt Shigenobu. Die Telefonverbindung wird gestört, den Hintergrund für den Mord an Yamada kann Shigenobu nicht mehr verstehen.[25]

Wenige Tage später erfahren Shigenobu und Okudaira die Geschichte von der Flucht ihrer japanischen Freunde über die Berge, von den Morden und dem zehntägigen Kampf auf dem Asama-Berg. Beide sind am Boden zerstört. Die eigenen Mitglieder ermordet ... »Was für Aktionen sollen wir denn hier und jetzt noch anstreben? Auf welche Weise sollen wir denn den Menschen klar machen, was echter Kampf und echter Tod ist?« Es war mehr Ärger als Mitleid, das sich bei Okudaira äußerte. »Aus diesem Ärger heraus erfasste uns das brennende Gefühl, dass wir *unseren* Kampf organisieren müssen«, erinnert sich Shigenobu.[26] Viel mehr blieb ihnen auch nicht: Die *Yodo-go*-Leute kamen aus Nordkorea nicht heraus, Shiomi, Mori und alle anderen potentiellen Anführer einer japanischen *Roten Armee Faktion* waren mittlerweile verhaftet oder ermordet worden, und zurückgehen konnten Shigenobu und Okudaira zu diesem Zeitpunkt auch nicht. Mit wem hätten sie die revolutionäre Front zu Hause aufbauen, mit wem den bewaffneten Kampf realisieren sollen? Es fehlte an personellen Ressourcen. Die, die noch in Japan waren, in den Nahen Osten zu holen und dort mit ihnen gemeinsam zu operieren, stellte eine nahezu logische Konsequenz dar.

Shigenobu beorderte einige verbliebene Mitglieder der *Roten Armee* aus Japan in den Libanon, unter ihnen Okamoto Kôzô, der schon wenige Wochen

22 Diese Zeremonie der Namensgebung unterscheidet sich von der Verleihung von Deck- und Kampfnamen, wie sie bei den japanischen, den arabischen und auch anderen politischen Gruppierungen gang und gäbe war. Für Shigenobu stellte sie ein nachhaltiges Erlebnis dar, welches ihre Integration in die arabische Kampfgemeinschaft förderte. In der westlichen Literatur wird hingegen lediglich vom Tarnnamen Samira gesprochen. Diese Darstellung wird der Bedeutung der Namensgebung meines Erachtens nicht gerecht, weil sie den interkulturellen Kontext ausblendet.

23 Laila Khaled hatte am 6. September 1970 gemeinsam mit Patrick Arguello versucht, eine EL AL-Maschine zu entführen. Der Versuch misslang; Arguello wurde von israelischen Sicherheitsbeamten erschossen. Der spätere Lod-Anschlag, bei dem der Japaner Okamoto Kôzô überlebte, wurde in einem Bekennerschreiben u. a. als Operation der »Gruppe des Märtyrers Patrick Arguello« bezeichnet (Croitoru, Der Märtyrer als Waffe, S. 78).

24 Ebenda, S. 15.

25 Ebenda, S. 16 f.

26 Ebenda, S. 19.

Scanned by CamScanner

später, im Mai 1972, den Selbstmordanschlag auf den israelischen Flughafen Lod (Ben Gurion International Airport in Tel Aviv) mit ausführte und, zu seiner Schmach, überlebte. Die Kooperation zwischen Shigenobus Gruppe und der PFLP war so eng, dass sie sich zunächst – d. h. in einer Situation, in der sie sich als eigenständige, revolutionäre japanische Gruppe international noch nicht etabliert hatten – als »Rote Armee Faktion, Arabische Sektion« bezeichneten. Erst nach dem Lod-Anschlag, der von den drei Japanern Yasuda Yasuyuki, Okudaira Takashi und Okamoto Kôzô ausgeführt wurde, änderten sie ihren Namen in *Nihon Sekigun, Japanische Rote Armee*. In den 1970er Jahren gelingt es der *Nihon Sekigun*, zwölf inhaftierte Aktivisten freizupressen und über sechs Millionen US-Dollar Lösegeld mittels Flugzeugentführungen und Botschaftsbesetzungen zu beschaffen. Nicht alle Freigepressten sind vorher Mitglieder der *Roten Armee* gewesen, schließen sich ihr aber nach ihrer Befreiung an.

Denjenigen, die Japan zuvor noch nie verlassen hatten, wurde auf internationaler Bühne bewusst, dass sie aus der fremdkulturellen und insbesondere aus der arabischen Perspektive mit offensichtlicher Selbstverständlichkeit als Asiaten verstanden wurden – ohne besondere Differenzierung, denn der Ausdruck »Araber« diente ja auch als kollektive Charakterisierung, die einer groben Einteilung der Weltvölker Genüge tat. Das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Weltregion Asien, welches in Japan selbst kaum je vermittelt wurde, weil es der kultivierten Attitüde der Einzigartigkeit des Japanischseins zuwiderlief, eröffnete neue Perspektiven auf die eigene Nationalität und das kulturelle Selbstverständnis. Ob es die Integration in die imaginierte Weltgemeinschaft der Unterdrückten erleichterte, ist eine spekulative Frage. Das fremdkulturelle Umfeld, in dem sich die japanischen Aktivisten fortan bewegten, trug allerdings dazu bei, dass die Identifikation mit dem Kampf gegen die imperialistischen Mächte eine im Alltag erlebbare, spürbare Referenz erhielt. Denn in einem Dritte-Welt-Land wie dem Libanon verschmolzen nationaler Befreiungskampf und Antiimperialismus. Dies wiederum diente der Gruppe um Shigenobu zur konzeptionellen Distanzierung von den Aktionen der Nordkorea-Gruppe: Das Konzept der *Yodo-go*-Genossen sei von Anfang an nicht richtig durchdacht gewesen, wird in der Retrospektive kritisiert. »Reiner Opportunismus, vom Partisanenkampf abzuweichen und stattdessen mit der *Yodo-go* in die Demokratische Volksrepublik Korea zu fliegen«, sagt Shigenobu. »Das war kein geeigneter Ansatz, um internationale Operationsbasen oder gar eine globale Revolutionspartei aufzubauen.« Mit der PFLP und ihren Aktionen hingegen teilte Shigenobu zahlreiche Ziele: Es existierte ein gemeinsamer Feind; ihm gegenüber sollte der Internationalismus einer Bewegung aus allen Teilen der Welt dokumentiert und gezeigt werden, wie der palästinensische Volksbefreiungskampf gemeinsam mit Partisanen aus den Kernländern des Imperialismus geführt wird.[27] Diese Ziele unterschieden sich deutlich von denen, die die *Rote Armee Faktion* noch in Japan verfolgt hatte. Der Kampf der Dritten gegen die Erste Welt war global und nicht mehr primär auf den Aufbau einer Revolutionsarmee in Japan orientiert. Sein globales Flair wurde durch die Anwesenheit von Freiwilligen aus den verschiedensten Ländern in der Redaktion der PFLP-Zeitung *Al-Hadaf* wie auch in ihren Kampftrainingscamps unterstrichen.

Die arabische Mentalität, die warme, direkte Art, den Nächsten ins Herz zu schließen, trugen für Shigenobu erheblich zur Identifikation mit dem palästinensischen Befreiungskampf bei. »Für mich war es einfach angenehm, mit den Leuten zu sprechen, zusammen zu wohnen oder zur Arbeit zu gehen. Es entstand eine gemeinsame Stimmung, die im politischen Kampf im Handumdrehen eine kooperative Beziehung entstehen ließ.«[28] Die zwischenmenschliche Komponente stellte ein wesentliches Moment für die Umsetzung des Gedankens der internationalen Solidarität dar. Von den schroffen Theorien der *Sekigunha* und der *Yodo-go*-Gruppe hatte sich Shigenobu längst distanziert. Schon in Japan hatte sie den Plan des *Sekigunha*-Führungskommandos verworfen, das Pentagon zu stürmen. Stattdessen wollte sie ihre eigenen Erfahrungen und Erkenntnisse an einem Hort der Weltrevolution gewinnen. Diese Symbolik strahlte

27 Shigenobu Fusako, Jûnenme no manazashi kara [Blick zurück nach zehn Jahren], in: Sekigun. Red Army. 1969–2001, S. 22–37, hier: S. 22.

28 Ebenda, S. 22.

der palästinensische Befreiungskampf aus. Er vereinte beides in sich: den Befreiungskampf eines Volkes ohne Staat gegen eine staatliche Besatzungsmacht und den Kampf gegen den Imperialismus – perfekt. Der Kampf für Palästina symbolisierte für sie *die* revolutionäre Front in der Welt. Ihr Weggang aus Japan in den Libanon eröffnete Shigenobu eine völlig neue Weltperspektive, die den daheim gebliebenen Soldaten der *Roten Armee* (so ihre Selbstbezeichnung) verschlossen blieb. Entsprechend unterschiedlich beurteilen die Ausgewanderten und die Daheimgebliebenen in der Retrospektive die nationale und internationale Situation der 1970er Jahre.

Soldaten der *Vereinigten Roten Armee*

Die Gefangenen der radikalen linken Gruppen in Japan kommunizierten schriftlich miteinander. Einige unterlagen der Isolationshaft, viele andere, vor allem studentische Aktivisten, aber dem Gruppenvollzug. Gleichwohl erfolgte die Reflexion über das Geschehene und das noch zu Realisierende in einem ähnlichen Austausch, wie ihn die Gefangenen der RAF untereinander und mit der Außenwelt pflegten. Zudem schrieben die japanischen Gefangenen Bücher für die breite Öffentlichkeit. Gefängniszeit war Schreib- und Lernzeit, so dass über die Publikationen aus der Gefangenschaft auch stets neue ideologische Anstöße für die Kämpfer »draußen« gegeben wurden. Manche Untergrundkämpfer wünschten sich in schwachen Minuten gar die Ruhe des Gefängnislebens zurück, um mit Hingabe ideologische Schriften lesen und reflektieren zu können. Die ideologische Diskussion der späten 1960er und frühen 1970er Jahre lebte von den Beiträgen der verhafteten Führer und ihren Nachfolgern in den jeweiligen Organisationen. Auch der Grundgedanke der Kommunisierung ging auf einen Aufsatz des gefangenen Gründers der *Rote Armee Faktion*, Shiomi, zurück.

Uegaki Yasuhiro von der *Vereinigten Roten Armee* versuchte in den 1980er Jahren, mit seinem Werk »Die Soldaten der Vereinigten Roten Armee« eine Analyse seines eigenen und des Tuns der *Rengô Sekigun* zu liefern.[29] Die Frage nach dem Warum der Ermordung so vieler eigener Mitglieder brannte in einer ganzen Generation und wurde wiederholt auch an ihn gerichtet. »Sie ist nicht leicht zu beantworten«, sagt Uegaki ein Jahrzehnt nach dem Vorfall, »man muss sie in den damaligen gesellschaftlichen Kontext stellen, sich vorstellen, was es hieß, wie ich ein Soldat der Roten Armee zu sein.«[30] Soldat in der »Zentralarmee« der *Sekigunha* zu sein bedeutete unter anderem, aus dem Organisationselement »Revolutionsfront« herausgelöst zu werden. Die Organisationsstruktur der *Sekigunha* (und später der *Rengô Sekigun*) war strikt hierarchisch; unterhalb der Kommandoebene wurde zwischen der Zentralarmee, der Revolutionsfront und den übrigen, in relativ autonomen Zellen agierenden Mitgliedern in verschiedenen Regionen Japans unterschieden. In der Zentralarmee bestand eine Aufgabenteilung: Geldbeschaffung, Waffenbeschaffung und Bombenherstellung waren auf unterschiedliche »Truppen«, bestehend aus drei bis fünf Soldaten, verteilt. Die Truppenmitglieder kannten einander zufällig oder gar nicht. Alle benutzten einen Tarnnamen und waren der Kommandozentrale gegenüber zu Gehorsam und regelmäßigem Lagebericht verpflichtet. Außer dem direkten Befehlshaber, der in der Truppe erschien und Anweisungen gab, war den Soldaten die Kommandoebene nicht unbedingt bekannt. Es gab geschlechtlich gemischte Truppen, doch die Mehrheit der weiblichen Mitglieder verteilte sich auf die Revolutionsfront – sofern sie der harschen Diskriminierung überhaupt standhielt.

Die Arbeit der Frauen in der Revolutionsfront bestand hauptsächlich aus Telefondienst zur Kontrolle und Koordination der einzelnen Zellen und ihrer Aktivitäten, dem Sammeln von Spenden, um die eigenen und die Lebenshaltungskosten der Soldaten bestreiten zu können, dem Verteilen von Flugblättern und der Kommunikation mit den gefangenen Mitgliedern.[31] Die Männer übernahmen Recherche-aufgaben, rekrutierten neue Mitglieder, leiteten die ideologischen Debatten und organisierten öffentliche oder halböffentliche Kundgebungen. Zwar lebten auch die Mitglieder der Revolutionsfront mit

29 Uegaki Yasuhiro, Heishi-tachi no Rengô Sekigun [Die Soldaten der Vereinigten Roten Armee], Tokio 1984.
30 Ebenda, S. 1.
31 Ebenda, S. 115.

Scanned by CamScanner

falschen Namen in Wohngemeinschaften mit häufig wechselnden Adressen, doch ihre Existenz war nicht illegal. Gleichwohl wurden die Wohnungen als Verstecke betrachtet, so dass sich ein großer Teil der konspirativen Treffen, Absprachen, Telefongespräche und Aufgabenverteilungen in Teehäusern und Cafés abspielte. Da die Spendeneinnahmen aufgrund des nachlassenden Zulaufs neuer Sympathisanten und der steigenden Kosten für den Lebensunterhalt allmählich zurückgingen, wurden bestimmte Dinge des täglichen Gebrauchs bisweilen auch aus Warenhäusern gestohlen. Zunehmend wurden auch Geld, Führerscheine und Fahrzeuge durch Diebstahl beschafft. Die vergleichsweise niedrige Kriminalitätsrate in Japan erleichterte die Beschaffung. Autodiebstahl erfolgte grundsätzlich durch die »Entführung« von Fahrzeugen, in denen der Schlüssel steckte. Diese Art des Besorgens notwendiger Gebrauchsgegenstände rechtfertigten die Aktivisten vor sich selbst mit der Begründung, dass Diebstahl akzeptabel sei, wenn er der Revolution diene. Letztendlich diente auch Bankraub der Revolution. Die Beschaffungsmaßnahmen der *Sekigunha* wurden als »M-Operationen« bezeichnet. Die Bedeutung des Buchstabens M geht auf Carlos Marighella zurück, der in seinem »Handbuch des Stadtguerillero« die sogenannte MGWMS-Formel vorstellte. M kann demnach sowohl für »Motorisierung« (d.h. Autodiebstahl) als auch für Munition stehen.[32]

In der Zentralarmee gestaltete sich der Alltag härter. In den Jahren 1970 bis 1972 wurden die Mitglieder der *Sekigunha* zunehmend steckbrieflich gesucht, sei es wegen verschiedener Banküberfälle, Überfälle auf Polizeistationen mit Angriffen auf Polizisten (Körperverletzung), Raub, Diebstahl oder der Planung und Durchführung von (kleineren) Bombenanschlägen. Ihr ohnehin isoliertes Leben in den Truppen, das nahezu jede Art von Privatleben ausschloss und die Soldaten auf reine Befehlsempfänger reduzierte, führte zur psychischen Abstumpfung. Der Tagesablauf eines Soldaten der *Roten Armee Faktion* bestand darin, kontinuierlich neue Verstecke auszukundschaften, Angriffsziele zu erkunden und zu observieren, mit den Vorgesetzten Rücksprache zu halten und die jeweilige Lage zu sondieren. Die Mobilität in der Öffentlichkeit war für die meisten Gesuchten stark eingeschränkt. Umwege mit Bus, Bahn und Taxi gehörten zur Routine, um potentielle Verfolger abzuschütteln. Die Gedanken kreisten tagein, tagaus um das jeweils angestrebte Aktionsziel – Banküberfall, Bombenanschlag etc. Der Bezug zum eigentlichen Ziel, der Revolution, ging mehr und mehr verloren. Als Shiomi aus dem Gefängnis heraus nach eingehender Auseinandersetzung mit dem Scheitern seiner Theorie vom Vorstufenaufstand eine neue Kampflinie forderte, waren die Soldaten bereits an einem Punkt, an dem sie sich verbraucht und ausgelaugt fühlten. Shiomi bestand aber auf einen Guerillakampf, der – im Unterschied zur zuvor geforderten Bewaffnung des gesamten Volkes – losgelöst von den Massen stattfinden sollte: vom Guerillakrieg zum bewaffneten Aufstand, mittels der Verschmelzung von Revolutionspartei und Revolutionsarmee, so seine Vorstellung. Dazu bedurfte es, seiner Logik zufolge, der kommunistischen Umbildung des Subjekts, d.h. *kyôsanshugi-ka*. Wie diese konkret aussehen sollte, erschloss sich den Aktivisten nicht, denn Shiomi benutzte, wie immer, ein schwer verständliches Japanisch, dessen Sinn zu erfassen noch zusätzlich durch die Tatsache erschwert wurde, dass eine tiefgehende Diskussion über das Scheitern des Vorstufenaufstandes mit ihnen kaum stattgefunden hatte.

Bando Kunio, der in die Kommandoebene der *Sekigunha* aufgerückt war, verkündete den ihm untergeordneten Truppen die neue Linie Shiomis und gab dabei gleichzeitig bekannt, dass Gespräche mit der im Waffenraub versierten *Kakusa* über eine Kooperation stattgefunden hätten. Ab diesem Zeitpunkt (Sommer 1971) wurden diejenigen Truppen, die mit der Herstellung von Bomben beauftragt waren, aufgefordert, in der Bergkette westlich von Tokio, den Japanischen Alpen, Berg- und Skihütten ausfindig zumachen, in denen strategische Planungen und militärisches Training stattfinden könnten. Unter Moris Generalägide

32 Siehe Carlos Marighella, Handbuch des Stadtguerillero, in: Márcio M. Alves / Conrad Detrez / Carlos Marighella, Zerschlagt die Wohlstandsinseln der Dritten Welt. Mit dem Handbuch der Guerilleros von São Paulo, hrsg. von Conrad Detrez, Reinbek 1971, S. 39–84. Für die Information danke ich Dorothea Hauser.

wurde die Guerillalinie Shiomis zu einer Strategie des »Vernichtungskrieges« transformiert. Vernichtet werden sollten zunächst die staatlichen Sicherheitskräfte, was zu gezielten Angriffen auf Polizisten mit Messern und Äxten führte. Die Skrupel, Menschen mit eigener Hand schwer oder gar tödlich zu verletzen, schwanden bei solchen Aktionen nach und nach. Als später die eigenen Gesinnungsgenossen gequält und ermordet wurden, ging diesen Taten eine Erfahrung voraus, die in der Kombination mit sozialer Isolation, psychischer Abstumpfung und absolutem Gehorsam das Auslöschen von Menschenleben zum mechanischen, plangemäßen Akt hatten werden lassen.

Die damalige Generation, und vor allem die Frauen, die in der *Vereinigten Roten Armee* aktiv waren, stellten die erste Generation der Konsumgesellschaft nach dem Krieg dar. »Sie waren die Ersten, die über konsumgesellschaftliche Symbole ihre Selbstverwirklichung suchten – und der Marxismus war eben auch solch ein konsumgesellschaftliches Symbol«, urteilt der Kritiker Otsuka Eiji.[33] Dass Mori Tsuneo in seiner Selbstkritik abwechselnd von »ich« und »wir« spreche, zeige, wie sehr er sich auch als Mitglied einer ganzen Generation gesehen habe, die von dem Wunsch gefangen war, Revolutionskrieger (*kakumei senshi*) zu werden.[34]

Die Kämpfer an der palästinensischen Befreiungsfront

Nachdem Shigenobu und Okudaira – Samira und Bashim – zwei »Nachwuchskräfte« aus Japan nach Beirut hatten einfliegen lassen, konzipierten sie *ihren* Kampfplan. Schließlich hatten sie beschlossen, dies zu tun, als sie von den Vorfällen in der *Rengô Sekigun* erfuhren. Drei Dinge galt es zu zeigen: Zum einen musste der üble Ruf, für den die *Vereinigte Rote Armee* mit ihrer internen Gewalt verantwortlich zeichnete, getilgt werden. Im Unterschied zu den übrigen Faktionen der Neuen Linken in Japan hatte sich die *Rote Armee Faktion* niemals auf interne Gewalt oder gewalttätige Übergriffe gegenüber Mitgliedern aus anderen Gruppen eingelassen. Dies zeichnete sie aus, denn schwere Verletzungen und Todesfälle durch »Gewalt innerhalb der linken Bewegung«, *uchi-geba* genannt, waren ein häufiges Phänomen in Japan.[35] An dem Tag, an dem die Morde der *Rengô Sekigun* publik wurden, geriet plötzlich auch die *Rote Armee Faktion* in den Ruch, *uchi-geba* zu betreiben. Dies traf auf äußerstes Missfallen der Mitglieder im Libanon. Es galt daher, das ursprüngliche Image der Gruppe wiederherzustellen.

Eine weitere Motivation für die Konzeption einer eigenen Aktion der japanischen Rotarmisten im Libanon war, damit ihre Verbundenheit mit der palästinensischen Sache und ihre tatsächliche Kampfbereitschaft den Arabern gegenüber unter Beweis zu stellen. Die Palästinenser bewunderten die *Yodo-go*-Entführungsaktion – doch ausgerechnet diese stellte in den Augen Shigenobus und Okudairas kein Ruhmesblatt dar. Zudem bedurfte es einer Aktion, die ihrem Kampf auch einen genuin japanischen Stempel aufdrücken würde, ja, der Welt vor Augen führen würde, dass die *Japanische Rote Armee* nicht zerschlagen, sondern sehr präsent auf der Bühne der Weltrevolution war und in Solidarität mit den Unterdrückten den antiimperialistischen Kampf führt. Nichts hätte diese Anliegen der japanischen Aktivisten im Nahen Osten treffender demonstriert und belegt als ein Selbstmordanschlag. In ihm vereinten sich Loyalität und Solidarität gegenüber der palästinensischen Sache und die Wiederherstellung des »verlorenen Gesichts« der *Roten Armee* daheim. Für

33 Otsuka Eiji, Rengô Sekigun no »boku«, in: *Shokun!* 1996, Heft 1, S. 196–205, hier: S. 196.

34 Ebenda, S. 200 f. – Der Ausdruck »Krieger« (*senshi*) ist dabei vom Begriff des (Partei-)Soldaten (*heishi*) zu unterscheiden. Der Kriegerbegriff taucht auch in anderen Zusammenhängen auf, etwa wenn von den Mitarbeitern in japanischen Unternehmen als »corporate warriors« (*kigyô senshi*) gesprochen wird, die gegen die Konkurrenz kämpfen. Freilich macht diese Metapher auch Anleihen beim Samurai-Ethos der Vormoderne.

35 Zur Gewalt innerhalb der linken Bewegung siehe Tachibana Takashi, Chûkaku vs Kakumaru [Die Chûkaku gegen die Kakumaru], 2 Bde., Tokio 1975; Claudia Derichs, Japans Neue Linke, S. 276 f.

Scanned by CamScanner

die Palästinenser zeugte die Bereitschaft zum Freitod von ungeheurem Mut; ihnen war das Konzept des Selbstmords als Loyalitätsbekundung bis dato fremd gewesen. Entsprechende Reaktionen und Bewunderung rief der Lod-Anschlag in der arabischen Welt hervor: Die Tatsache, dass »es den Palästinensern gelungen sei, die japanischen Rotarmisten dafür zu gewinnen, für die palästinensische Sache den Märtyrertod auf sich zu nehmen, zeuge davon, dass die Palästina-Frage nun auch das Gewissen der freien Menschen dieser Welt berühre«, urteilte ein libanesischer Kommentator.[36] Der libysche Revolutionsführer Muammar al-Gaddafi rühmte die Japaner und warf prompt den Palästinensern mangelnde Aufopferungsbereitschaft vor – mit dem Tenor, dass die Palästinenser augenscheinlich japanische Hilfe im Kampf benötigten, um auszuführen, wozu sie selbst nicht imstande seien.[37]

Wahrscheinlich war es eine Art heimliche Bewunderung der japanischen Aufopferungsbereitschaft und der absoluten Hingabe für die Sache, welche Shigenobu Fusako unter den arabischen Mitkämpfern Respekt und Anerkennung verschaffte. Nach dem Lod-Anschlag war Shigenobu die einzige verbleibende Japanerin im PFLP-Lager. Warum sie sich an dem Anschlag nicht aktiv beteiligte, wird in der Literatur nicht thematisiert. Vermutlich hielt sie sich zurück, weil sie zu dem Zeitpunkt schwanger war und ihren Körper unter Umständen nicht vollständig unter Kontrolle gehabt hätte bei solch einem heiklen Unterfangen. In jedem Fall litt sie unter dem Verlust der drei Freunde Okamoto, Yasuda und ganz besonders Okudaira. Freilich teilte sie mit der PFLP die Freude über die Aktion, doch ihre innere Verfassung war gleichzeitig ein wenig wehmütig. An die Tochter Mei gerichtet schreibt sie in der Retrospektive: »Einen Menschen wie Deinen Vater, den ich geliebt habe, gab es zwar, aber die Veränderung, die durch den Lod-Anschlag eingetreten war, war doch sehr heftig. Ich hatte das Gefühl, der Gesellschaft den Letzten Willen der Lod-Krieger mitteilen zu müssen.«[38] Damit drückt sie allerdings nichts anderes aus als ihren festen Entschluss zum Verbleib im Libanon, bei den palästinensischen Kämpfern, um in ihrem nachfolgenden Wirken die Mission auszuführen, mit der sie sich innerlich beauftragt fühlte. Kein harmonisches Familienleben mit dem Vater von Mei im Trainingscamp, sondern als alleinerziehende Mutter Hingabe an den Kampf. Wenn, so gesteht sie, die Morde der *Vereinigten Roten Armee* in Japan nicht geschehen wären, wäre sie nach dem Lod-Anschlag nach Japan zurückgegangen. Dieser Vorfall aber bedeutete für sie den Bruch mit der gemeinsamen Sache, die die Mitglieder der *Sekigunha* einmal verfolgt hatten. Deshalb beschloss sie, zunächst im Nahen Osten zu bleiben und ihr Kind dort zu erziehen.[39] Auch diese Entscheidung rang den Palästinensern Bewunderung ab, so dass Shigenobu nicht nur ideell in ihrer Achtung stieg, sondern sehr schnell auch die Karriereleiter innerhalb der Befreiungsorganisation hinaufkletterte. Sie zog nach Baalbek, wo sie für lange Jahre im Untergrund blieb. Von dort aus entwarf sie Pläne zur Reaktion auf die israelischen Vergeltungsschläge gegen die palästinensischen Befreiungsgruppen und war eine der zentralen Entscheidungsinstanzen bei der Planung von Aktionen in dieser Dekade, die zur Freipressung eines Dutzends gefangener japanischer Aktivisten führen.

Shigenobu und die übrigen japanischen Aktivisten brachten das Konzept des »Märtyrers als Waffe« (J. Croitoru) in den palästinensischen Kampf ein. Die Strategie wurde bald von anderen, auch konkurrierenden palästinensischen Befreiungsgruppen übernommen. Mit der Verankerung dieses konzeptionellen und strategischen Kampfelements führte Shigenobu ihre innere Mission, den Letzten Willen der Lod-Krieger – totale Aufopferung für »die Sache« – in die Welt zu streuen, überzeugungsgetreu aus. Zu diesem Letzten Willen zählte freilich auch das Fernziel Weltrevolution. Die Internationalisierung von bewaffneten Anschlägen und Entführungen lag auf der Hand, zumal die materiellen Ressourcen dafür vorhanden waren – von welcher Seite sie auch immer bereitgestellt wurden. Die Metamorphose vom

36 *Al-Anwar* vom 1. Juni 1972, zit. n. Croitoru, Der Märtyrer als Waffe, S. 79.
37 Ebenda, S. 79 f.
38 Shigenobu, Ringo no ki no moto de anata o umó to kimeta, S. 185.
39 Ebenda, S. 188.

einstigen Guerillakampf zum Terrorismus geschah nicht, wie bei der *Vereinigten Roten Armee* in Japan, aufgrund der zunehmenden physischen und psychischen Isolation einer kleinen Gruppe von Menschen, sondern wurde vielmehr durch die enorme internationale Solidarität unter den bewaffneten Kampfgruppen beflügelt. Der »Vernichtungskrieg« der *Rengô Sekigun*, der sich in erster Linie gegen die japanische Polizei gerichtet hatte, erfuhr nur noch von einer Minderheit von Sympathisanten Zustimmung; die breite Masse der Bevölkerung in Japan wandte sich mit deutlicher Missbilligung ab. Die Ablehnung ist vergleichbar mit der Abneigung, welche der deutsche RAF nach ihren ersten Anschlägen mit Todesopfern (1972) entgegenschlug. Demgegenüber wurden die Aktionen der palästinensischen Befreiungsgruppen, selbst wenn sie zahlreiche Opfer hervorbrachten, in weiten Teilen der arabischen und der übrigen Welt gutgeheißen.

Die Situation stellte sich durch die Eingebundenheit Shigenobus in ein international vernetztes und ressourcenreiches Umfeld mit guten Möglichkeiten, Geld einzuwerben, weitaus günstiger dar als für die daheim gebliebenen japanischen Aktivisten. Ihre Kommunikationsmöglichkeiten, ihre logistische Infrastruktur, ihre Zugriffsmöglichkeiten auf Waffen und Material waren mit dem begrenzten Handlungsspielraum auf den japanischen Inseln in keiner Weise vergleichbar. Um die *Nihon Sekigun* aber in der Welt tatsächlich als *Japanische Rote Armee* erscheinen zu lassen, bedurfte es mehr Mitglieder. Die Flugzeugentführungen der Jahre 1973 (Entführung eines JAL-Jumbos nach Dubai) und 1977 (Entführung einer JAL-Maschine nach Dhakka) sowie die Botschaftsbesetzungen in Den Haag (1974; französische Botschaft) und Kuala Lumpur (1975; US-amerikanisches Konsulat und schwedische Botschaft) dienten als Aktionen zur Freipressung von in Japan gefangenen Aktivisten.[40] Auf diese Weise behauptete die *Rote Armee Japan* ihre Existenz als eigene Gruppierung und ließ keinen Verdacht aufkommen, dass sie lediglich als Hilfstruppe der PFLP fungiere.

Individuelle Ursachen und kollektive Folgen – und umgekehrt

Brigitte Mohnhaupt schreibt in einer Retrospektive der deutschen RAF zur Entführung von Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer im Jahr 1977: »Sie [die Bundesregierung und mit ihr Verbündete, C. D.] haben als Bündnis gegen den Austausch entschieden, weil es um eine strategische Entscheidung ging, an der die Grundlage ihres militärischen Projekts hing: ob sie es hier durchbringen oder nicht. Es ging ihnen darum, die erste Stufe der Vereinheitlichung, die bis '77 in Westeuropa gelaufen war – polizeiliche Integration und Zentralisierung der Counterinsurgency – unbedingt zu halten, weil sie die innere Voraussetzung für die zweite war: Aufrüstung und Formierung der westeuropäischen Staaten zum Kriegszentrum. Ein Sieg der Guerilla in der BRD, dem Land, das diesen Prozeß geführt und vorangetrieben hat, hätte das grundsätzlich in Frage gestellt. Er hätte das Kräfteverhältnis hier und insgesamt verändert. So hat [Bundeskanzler Helmut] Schmidt auch den Moment, wo der neue Metropolenfaschismus sich nach innen und außen präsentierte, ausgenutzt, auf die nächste Stufe anzusetzen. Am 28. 10., zehn Tage nach Stammheim und Mogadischu, fordert er in London, die ›Raketenlücke‹ zu schließen und die neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen in Westeuropa zu stationieren.«[41]

Die Aussagen verdeutlichen die unterschiedlichen Situationen in den »Heimatländern« der RAF und

40 Die Aufstellung folgt der Listung in Shiino, Rengô Sekigun jiken o yomu nenbyô, S. 125 f. Die Internetquelle www.fact-index.com/j/ja/japanese_red_army.html (17. 08. 04) macht teilweise andere Angaben. So heißt es bei der Aktion vom 20. Juli 1973, die in der japanischen Quelle »Dubai-Operation« genannt wird: »Mitglieder der *Roten Armee* führen PFLP-Guerillas bei der Entführung eines Japan-Airlines-(JAP-) Flugzeuges über den Niederlanden an. Die Passagiere und die Crew werden in Libyen freigelassen, wo die Entführer das Flugzeug in die Luft jagen.«

41 »Erklärung zu '77«; in: Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte: Bundesrepublik Deutschland (BRD) – Rote Armee Fraktion (RAF), Köln, Oktober 1987, S. 124–127, hier: S. 126.

Scanned by CamScanner

der *Japanischen Roten Armee*. Während die Bundesrepublik Deutschland bemüht war, sich als Bündnispartner in der NATO und als verlässliches Mitglied der Europäischen Gemeinschaft (EG) zu bewähren, hatte Japan vom sicherheitspolitischen Multilateralismus stets Abstand genommen. Für Japan zählte nur das Sicherheitsbündnis mit den USA, zumal die regionalen Ansätze zu einer Kooperation, die aus der Assoziation Südostasiatischer Staaten (*Association of South East Asian Nations*, ASEAN) heraus initiiert wurden, Japan nicht einbezogen. Der japanische Ministerpräsident Fukuda versuchte zwar in den 1970er Jahren sein Bestes, um Anschluss an die ASEAN-Länder zu finden, scheiterte aber mit der nach ihm benannten Fukuda-Doktrin – unter anderem auch, weil der Einmarsch Vietnams in Kambodscha die regionale Sicherheitslage schlagartig wieder veränderte. Japan stand nach offizieller Lesart unter dem militärischen Schutz der USA. Die Hauptstoßrichtung des antiimperialistischen Kampfes der *Japanischen Roten Armee* war dadurch eine antiamerikanische. Diese Ausrichtung wurde überdies durch den steten nahtlosen Schulterschluss zwischen den USA und Israel extrem begünstigt. Für die Kämpfer der *Japanischen Roten Armee* im Nahen Osten konnotierte der Begriff des Antiimperialismus daher kaum die westeuropäischen Bündniskonstellationen. Wenngleich die antiimperialistischen Gruppierungen der damaligen Zeit in ihrer Argumentation auf Menschen und Regionen in allen Kontinenten Bezug nahmen, existierten doch unterschiedliche primäre Bezugsrahmen und regionale Affinitäten.

Die Bedeutung der primären Bezugsrahmen bestimmte in gewissem Maße auch die Aktionsformen der Gruppen. Während Flugzeugentführung mit Geiselnahme bei nahezu allen Gruppen und Kommandos, die auf internationaler Bühne auftraten, eine akzeptierte Strategie darstellten,[42] konzentrierte sich die RAF doch merklich auf Anschläge und Prominentenentführungen bzw. -morde innerhalb der Bundesrepublik. Die im Exil arbeitende Gruppe der *Japanischen Roten Armee* hatte hingegen nur eingeschränkte Möglichkeiten, auf heimischem Territorium zu agieren. Sie konzentrierte sich daher stärker auf Flugzeugentführungen und Botschaftsbesetzungen im Ausland. Diese Form der Aktion aus dem Exil heraus teilte sie mit den palästinensischen Gruppen, welche ihre Kommandozentralen außerhalb der besetzten Heimatgebiete und außerhalb Israels aufgebaut hatten. Die lokal spezifischen Bedingungen, unter denen Aktionen geplant und konzipiert werden konnten, unterschieden sich dadurch in erheblichem Maße voneinander. Zugute kam den Kämpfern der *Japanischen Roten Armee* dabei, dass die inländischen Sicherheitsdienste in den arabischen Staaten der palästinensischen Sache gegenüber solidarisch eingestellt waren und dadurch, wie das Beispiel der Freilassung von Okamoto Kôzô zeigt, weniger eine Gefahr als vielmehr einen Schutz bedeuteten. Okamoto erlangte 1985 durch einen israelisch-palästinensischen Gefangenenaustausch die Freiheit. Die Tatsache, dass er als Japaner in die Kategorie der palästinensischen Gefangenen fiel und im Libanon den Status eines politischen Exilanten erhielt, zeigt die Wertschätzung, die den japanischen Rotarmisten von einigen arabischen Regierungen entgegengebracht wurde. Shigenobu Mei berichtet in einem Interview von der lebhaften Unterstützung, die ihre Mutter und ihre Mitkämpfer bei vielen Gelegenheiten erfahren durften. Als Adachi Masao, Tohira Kazuo, Wako Haruo und Yamamoto Mariko im März 2000 gegen ihren Willen von der libanesischen Regierung nach Jordanien gesandt wurden (von wo aus sie nach Japan ausgeliefert wurden), gab es in Beirut heftige Proteste.[43]

»Als Adachi und die anderen nach Japan deportiert werden sollten, versammelten sich in Beirut ca. 300 Anwälte und versuchten, ihnen zu helfen. Aus Japan kamen übrigens gerade mal ein oder zwei. [...] Als sie festgenommen wurden, wurden Demonstrationen und Hungerstreiks veranstaltet. Natürlich aus Protest dagegen. Es war gerade zu der Zeit, als die kalte Wintersaison begann, doch es gab Leute, die

42 Diese pauschale Aussage soll nicht unterschlagen, dass innerhalb der »Szene« über Flugzeugentführungen auch sehr grundsätzlich diskutiert wurde und es sich nicht um eine vorbehaltlose Akzeptanz handelte.

43 Siehe dazu auch Franz Jägerstätter, Opfer zum Ramadan, in: *Junge Welt* vom 5. April 2000.

zwei Wochen lang auf den Straßen Sitzstreiks hielten.«[44]

Westliche Medien zogen es vor, die Bilder von libanesischen Polizisten zu zeigen, welche auf die von Mei genannten Demonstranten einprügelten.[45] Dies erweckte den Eindruck, als werde jede Sympathie und Solidarität mit den Revolutionären missbilligt und verurteilt. Dass dem offensichtlich nicht so war, bestätigt Mei: »Die arabische Gesellschaft sympathisiert auch heute noch stark mit der *Nihon Sekigun*. Es ist wie ein Gefühl der Dankbarkeit. Das findet man in der japanischen Presse nie. [...] Niemand in der libanesischen Regierung wollte wirklich, dass die Mitglieder der Japanischen Roten Armee gefangen genommen würden, denke ich. Es geschah auf Druck der amerikanischen und der japanischen Regierungen hin; die libanesische Regierung konnte sich dem nicht entziehen. Als wir [Geschwister] der libanesischen Regierung erklärten, dass wir die Kinder der Japanischen Roten Armee seien, hat man uns sehr gut behandelt.«[46]

Die deutsche RAF dagegen stand gerade in der eigenen Region (Europa) ganz oben auf den Fahndungslisten und genoss, mit Ausnahme der Staatsführung der DDR, bei keiner europäischen Regierung Schutz oder gar besondere Wertschätzung. Die RAF konnte dadurch weitaus weniger eine diplomatische Rolle für sich beanspruchen als die *Japanische Roten Armee*. Letztere nämlich reklamierte für sich, Japan vor der Feindschaft der Araber bewahrt zu haben. »Wenn es die *Nihon Sekigun* nicht gegeben hätte, wäre Japan als Land und wären die Japaner als Volk für die Araber Feinde gewesen«, so die Überzeugung.[47] Nur dank der *Japanischen Roten Armee* konnten Japaner gefahrlos in die arabische Welt reisen; nie wurde ein Japaner entführt oder überfallen. Dank der *Roten Armee* mochten die Araber die Japaner und respektierten sie sogar – selbst wenn das offizielle Japan sich stets auf die Seite Israels stellte.[48] Mit dieser Selbsteinschätzung lebten und handelten die japanischen Revolutionäre – und wurden dadurch in ihrer Solidarität mit der arabischen Welt bestärkt.

Die Botschaftsbesetzungen der *Nihon Sekigun* trafen die japanische Regierung an einem sehr asiatischen Nerv: dem Gesichtsnerv. Die Besetzung etwa der französischen Botschaft in Den Haag (1974) hätte keine japanischen Opfer gefordert – außer vielleicht denen der Rotarmisten, die aber für die Regierung durchaus zu verkraften gewesen wären. Opfer auf französischer Seite hätten indes einen Gesichtsverlust für eine Regierung bedeutet, deren internationales politisches Gewicht sich in keiner Weise mit dem französischen messen konnte. Durch die Freilassung von Gefangenen wurde kein Japaner und keine Japanerin gefährdet, zumal die *Japanische Roten Armee* im Ausland und nicht im Inland angriff. In dieser Hinsicht konnte die japanische Regierung auf internationaler Ebene nur gewinnen, indem sie ausländisches Leben rettete. Auch die Rüstungsproblematik, die für die Bundesrepublik Deutschland im europäischen Verbund eine so große Rolle spielte, traf sie nicht. Japan genoss den militärischen Schutzschild der USA, exklusiv und ohne jedwede multilaterale Verpflichtung. Die *Nihon Sekigun* stellte damit zwar einen »Schandfleck« für die offizielle japanische Politik dar, weniger aber eine kontinuierliche Bedrohung der inneren Sicherheit. Der politische Diskurs in Japan bewegte sich in der Konsequenz auch von den Grundsatzfragen, die die deutsche RAF an den Staat und die Gesellschaft herantrug, weg.[49] Die Polizei-Weißbücher erwähnten die »Gefahr«, die von der *Japanischen Roten Armee* ausginge, zwar mit stoischer Re-

44 Mei im Interview mit dem Journalisten Iyazaki Yasuhisa, Nihon Sekigun. Shigenobu Fusako no musume no »haha to no saikai« [Japanische Rote Armee: Das erste »Wiedersehen mit der Mutter« der Tochter Shigenobu Fusakos], in: *The Tsukuru*, 2001, Nr. 6, S. 44–54, hier: S. 49 und 52.

45 Siehe etwa den Artikel Japan arrests four members of Red Army und das dazugehörige Bild in der britischen Zeitung *Sunday Star* vom 19. März 2000, S. 37.

46 Mei im Interview mit Iyazaki Yasuhisa, S. 52.

47 Ebenda, S. 53.

48 Ebenda.

49 Zu beachten ist hier, dass dies für die Zeit nach der Auflösung der *Sekigunha* und der Vorfälle in der *Vereinigten Roten Armee* gilt. Gründung, Existenz und Aktionen der *Sekigunha* werden von der japanischen Geschichtsforschung sehr wohl als starke Einflussfaktoren betrachtet, »die der auf Hochwachstum orientierten Gesellschaft einen Schlag versetzten«. Siehe etwa Sekigunha, in: Sankei Shimbun (Hg.), Sengoshi kaifū [Siegel der Nachkriegsgeschichte], Tokio 1995, S. 96–109.

Scanned by CamScanner

gelmäßigkeit, doch präsent war der bewaffnete Kampf nach der Auflösung der *Vereinigten Roten Armee* im Land selbst nur in Form der wenig spektakulären Anschläge straff geführter Kadergruppen (»Parteifaktionen«), die aus der Bewegung der 1960er Jahre entstanden waren.[50] Der *Rengô Sekigun*-Vorfall – die Lynchmorde und der Kampf der *Vereinigten Roten Armee* in den Bergen – hatte die gesamte Bewegung der Neuen Linken paralysiert.[51]

Die *Japanische Rote Armee* agierte aus der Intention heraus, die *Rote Armee Faktion*, die sich durch die Vorfälle in der *Vereinigten Roten Armee* zugrunde gerichtet hatte, zu rehabilitieren. Diese intime, persönliche Motivation machte sie zu einer Gruppierung, die nach außen hin als japanisches Pendant eines Phänomens wahrgenommen wurde, welches sich vor allem in den Gesellschaften der früheren Achsenmächte als *Rote Armee Fraktion*, *Rote Brigaden* u. ä. herausbildete. Hier mögen Zusammenhänge auf einer historisch-psychologischen Bewusstseinsebene hergestellt werden (siehe dazu den Beitrag von Dorothea Hauser in diesem Band). Die in den 1970er Jahren international unter der Bezeichnung *Japanische Rote Armee* auftretende Gruppe geht indes nicht auf eine historische Schuld Japans ein. Die *Japanische Rote Armee* wurde im Nahen Osten zu einem transnationalen Gebilde, dessen Aufgabe der Kampf gegen den Imperialismus auf globaler Ebene im Allgemeinen und die Befreiung des palästinensischen Volkes im Besonderen war. Die ganz persönliche Berufung der Gründungsmitglieder Shigenobu Fusako und Okudaira Takashi bestand darin, *ihren* Kampf zu kämpfen und mit ihm der Welt zu zeigen, dass die *Japanische Rote Armee* lebt, dass sie aktiv ist und sich nicht selbst vernichtet hat. Aus dieser empfundenen Berufung heraus erst entstand das, was in die Geschichte des palästinensischen Befreiungskampfes als Initialzündung für den Selbstmordanschlag als Mittel des politischen Kampfes eingegangen ist. Die *Japanische Rote Armee* hat mit dem Lod-Attentat die Geschichte des bewaffneten Kampfes um ein Element erweitert, das die Konfliktherde in verschiedenen Erdteilen durchzieht – Asien (Sri Lanka / Tamil Eelam), Europa (Russland/Tschetschenien) und die arabische Halbinsel (Israel/Palästina). Die Forschung thematisiert den situativen Zusammenhang mit der persönlichen Lage Okudairas und Shigenobus kaum. Es ist Shigenobu selbst, die darlegt, dass das Lod-Attentat eine Reaktion auf die Geschehnisse in der *Vereinigten Roten Armee* daheim darstellte – und damit eben nicht einzig eine Solidaritätsbekundung mit dem palästinensischen Befreiungskampf. Und sie betont die Konsequenz, die sich aus dem Lod-Anschlag für sie ergab: den Letzten Willen der Kämpfer in die Welt zu tragen. Ein missionarischer Auftrag.

Die Mission

Die Überzeugung, in einer Mission unterwegs zu sein, entsprach in wesentlichen Aspekten dem Soldatenbewusstsein der *Sekigunha*-Mitglieder. Im Vergleich zu den Soldaten der *Roten Armee Faktion* oder der *Vereinigten Roten Armee* agierten die Mitglieder der *Japanischen Roten Armee* recht autonom. Doch auch sie ordneten sich der Führung unter und internalisierten das angestrebte Ziel wie eine Berufung, der es unter *allen* Umständen zu folgen gilt. Okamoto Kôzô, der Überlebende des Lod-Anschlags, stellte in dieser Hinsicht einen geradezu idealen Kämpfer dar. Aus Japan abberufen, in den Libanon zu kommen, überlegte Okamoto nicht lange, denn der Befehl erreichte ihn mit der Nachricht, dass Aussicht bestünde, seinen älteren Bruder zu treffen (Okamoto Takeshi, einer der *Yodo-go*-Flugzeugentführer). In der Stadt Kagoshima, in der er studierte, hatte Okamoto Kôzô keine Gelegenheit, sich einer Zelle der *Sekigunha* anzuschließen, denn es gab dort keine. Sein Kontakt zu diesen Gruppen war daher sehr begrenzt, ab und

50 Siehe Keisatsu hakusho [Weißbuch der Polizei], hrsg. von der Nationalen Polizeibehörde (Keisatsuchô), Okurashô insatsukyoku, 1972–1990, 19 Bde.

51 Vgl. Rengô Sekigun jiken. Shinsayoku undô o »sôkatsu« shita rinchi satsujin [Der *Rengô Sekigun*-Vorfall: Ein Lynchmord, der mit der Bewegung der Neuen Linken »abrechnete«], in: Sengo 50nen [50 Jahre Nachkriegszeit], hrsg. von der Yomiruri Shimbun-sha, Tokio 1995, S. 296–300. Siehe auch: Jägerstätter, Opfer zum Ramadan.

an teilte er Flugblätter der *Roten Armee Faktion* aus. Patricia Steinhoff, die Okamoto Kôzô im August 1972 in Israel interviewen konnte, beschreibt seine Motivation, nach Beirut zu gehen, als gespeist von dem Wunsch, ein Guerillero zu werden – mit all den romantischen Assoziationen, die mit dieser Vorstellung einhergingen.[52] Das militärische Training absolvierte er mit Begeisterung, und die Anordnung, sich für ein Selbstmordattentat zur Verfügung zu stellen, nahm er gehorsam entgegen: »Okamoto akzeptierte den Plan und seine Beteiligung daran wie ein gewöhnlicher Soldat, der Befehle von oben erhält. Da er sich schon für das Training freiwillig gemeldet hatte, war es nicht wirklich eine Frage, ob er sich für seinen Auftrag ›freiwillig‹ melden würde. Er sagte, sein Auftrag sei zufällig der Angriff auf den Lod-Flughafen gewesen, aber man hätte ihn genauso gut darum bitten können, Präsident Nixon umzubringen oder etwas zusammen mit der Irisch-Republikanischen Armee zu machen. Das waren alles revolutionäre Taten, und der Guerillasoldat wurde dafür ausgebildet, das Notwendige zu tun.«[53]

In der Auffassung, eine Mission auszuführen, welche auch immer es sei, legte Okamoto die gleiche Haltung an den Tag wie die Mitglieder der Rote Armee-Gruppen in Japan selbst. Die Schmach, das Attentat als einziger Angreifer überlebt zu haben, traf ihn daher hart. Die Niederlage zeugte aus seiner Perspektive von seiner eigenen Unfähigkeit, den Befehl ordnungsgemäß auszuführen, und ließ ihn mit dem Gefühl der Scham zurück. Im Gefängnis entwickelte er eine Schizophrenie, die ihn Berichten zufolge bis heute heimsucht.[54]

Ein gemeinsames Merkmal, das alle japanischen Rotarmisten, die ins Exil gingen, verbindet, ist der Wunsch, nach 20, 30 Jahren wieder nach Japan zurückzukehren. Selbst Shigenobu Fusako gab diesem inneren Bedürfnis nach, ohne von ihrer Mission abzulassen. Ihr Versuch, in Japan eine revolutionäre Bewegung aufzubauen, scheiterte mit ihrer Festnahme. In Japan selbst ist es der *Nihon Sekigun* nicht gelungen, sich als eigenständige, von der *Vereinigten Roten Armee* losgelöste Organisation dem öffentlichen Bewusstsein einzuprägen. Im internationalen Rahmen wurde sie stets mit der PFLP und dem palästinensischen Befreiungskampf in Verbindung gebracht. Die Mission, den *eigenen* Kampf zu kämpfen, scheint so lange nicht erfüllt zu werden, bis nicht auch die Öffentlichkeit daheim und international die tiefen inneren Beweggründe des Gründungsduos der *Japanischen Roten Armee* zur Kenntnis nimmt.[55] Tochter Shigenobu Mei, die als Journalistin arbeitet und sich energisch für die »Sache« der Mutter einsetzt, scheint zu dieser Kenntnisnahme erheblich beizutragen.

52 Patricia Steinhoff, Portrait of a Terrorist: An Interview with Kozo Okamoto, in: *Asian Survey*, 1976, Nr. 16, S. 830–845, hier: S. 837.

53 Ebenda, S. 838.

54 Siehe *The Japan Times* vom 8. März 2003 ('70s-era terrorist who killed dozens wants to come home, go to college).

55 Bis zur Rückkehr Shigenobu Fusakos nach Japan behandelten die veröffentlichten Werke nahezu ausschließlich die *Vereinigte Rote Armee*. In einigen Büchern wurden »Abstecher« zur *Japanischen Roten Armee* unternommen, doch der Fokus lag stets auf der *Rengô Sekigun*. Diese Literatur wurde angereichert durch zahlreiche Publikationen, in denen die Mitglieder der *Vereinigten Roten Armee* über ihre aktive Zeit reflektieren, Selbstkritik üben oder sich gegen Kritik verteidigen.

Scanned by CamScanner

Thomas Skelton-Robinson

Im Netz verheddert

Die Beziehungen des bundesdeutschen Linksterrorismus zur *Volksfront für die Befreiung Palästinas* (1969–1980)

Eine Frage bleibt bei der Analyse des bundesdeutschen Linksterrorismus immer wieder unbeantwortet: Wie lässt sich seine Langlebigkeit erklären? In zeitgenössischen Medienberichten finden sich Hinweise auf enge Beziehungen zwischen den Gruppierungen in der Bundesrepublik und einer bestimmten palästinensischen Organisation, der *Volksfront für die Befreiung Palästinas* (PFLP), insbesondere nach dem Entführungsfall Lorenz und dem Angriff auf die OPEC-Zentrale von 1975, sowie den Flugzeugentführungen von Entebbe 1976 und Mogadischu 1977. Außerdem finden sich Hinweise auf gelegentliche Aufenthalte bundesdeutscher Terroristen in verschiedenen Staaten des Nahen Ostens, vor allem im Libanon, Jemen und Irak. Allerdings schenkten die Behörden der Bundesrepublik diesen Verbindungslinien, höchstwahrscheinlich mit Blick auf die delikate außenpolitische Situation, keine besondere öffentliche Aufmerksamkeit.[1]

Nach Aussage von Hans-Joachim Klein, damals Mitglied der *Revolutionären Zellen* (RZ), waren die Aktionen des »internationalen Flügels« der RZ von der PFLP »abhängig«, weil sie Waffen und finanzielle Unterstützung brauchten sowie Staaten, in die sie fliehen konnten.[2] Peter-Jürgen Boock, Ex-Mitglied der *Roten Armee Fraktion* (RAF), meint: »Ohne die Unterstützung der Palästinenser wäre die RAF von Mitte der siebziger bis Anfang der achtziger Jahre nicht mehr oder nur sehr eingeschränkt aktionsfähig gewesen.«[3]

Auch wenn viele zentrale Probleme noch ungeklärt sind, soll in diesem Aufsatz versucht werden, die Einzelheiten, die bis jetzt, vor allem seit Ende des Kalten Krieges, ans Licht gekommen sind, in einem Überblick zusammenzufassen, eine Bestandsanalyse des Themas zu machen und auf die vielen offenen Fragen hinzuweisen.

Der Aufsatz hat vier Schwerpunkte. Erstens zeichnet er die Umrisse der ideologischen und organisatorischen Entwicklung der PFLP von ihren Ursprüngen bis in die späten 1970er Jahre nach und macht Vorschläge zu einigen Problemen der Benennung und Abgrenzung der PFLP, die immer wieder für Verwirrung sorgen. Zweitens soll eine Periodisierung der Kontakte zwischen bundesdeutschen Gruppen und der PFLP versucht werden. Drittens soll untersucht

1 Beim Prozess gegen Hans-Joachim Klein 2001 in Frankfurt am Main reagierte der Vorsitzende Richter skeptisch auf die folgende Aussage des Bundesanwalts Peter Morré: »Die internationale Dimension der Revolutionären Zellen war uns durch den OPEC-Überfall noch nicht klar geworden. Erst in den achtziger Jahren erschloss sich uns die Erkenntnis, dass es eine internationale Verzahnung gab.« Zit. n. Gisela Friedrichsen, Zurück zur Menschlichkeit, *Der Spiegel* vom 19. Februar 2001, 55. Jg., Nr. 8, S. 27 f.

2 Hans-Joachim Klein, Rückkehr in die Menschlichkeit. Appell eines ausgestiegenen Terroristen, Reinbek 1979, S. 286 f.

3 Zit. n. Gunther Latsch, Pakt des Terrors, *Der Spiegel* vom 28. Oktober 2002, 56. Jg., Nr. 44, S. 62–76, hier S. 63. Dieser Artikel basiert größtenteils auf Aussagen von Boock, weicht allerdings in zahlreichen Details von seinem zeitgleich veröffentlichten Buch ab: Peter-Jürgen Boock, Die Entführung und Ermordung des Hanns-Martin Schleyer: Eine dokumentarische Fiktion, Frankfurt am Main 2002.

werden, welche Probleme sich in den 1970er Jahren für bundesdeutsche Gruppen aus den internen Spaltungen der PFLP und den dramatischen politischen Veränderungen im Nahen Osten ergeben haben. Schließlich streift der Aufsatz die Frage, welche Auswirkungen die Aktivitäten westlicher und östlicher Geheimdienste auf diese Konstellationen hatten.[4]

Der zeitliche Rahmen reicht von den ersten Aufenthalten bundesdeutscher Radikaler in Jordanien 1969 und 1970 bis zur Festnahme von fünf Mitgliedern der RAF bzw. der *Bewegung 2. Juni* am 5. Mai 1980 in Paris.

Diese Darstellung unterliegt Beschränkungen, und einige sind im Thema begründet:

- Viele Akteure aus der ehemaligen Bundesrepublik haben sich geweigert, sich in der Sache vor Gericht zu verteidigen oder ein Alibi vorzubringen. Außerdem haben bundesdeutsche Gerichte häufig das Geständnis der Mitgliedschaft in einer bestimmten Gruppierung als Beweis für die Mittäterschaft bei Aktionen dieser Gruppe angesehen. Deshalb unterscheiden sich die Aussagen und Memoiren derjenigen bundesdeutschen Terroristen, die ihre Taten später bedauert haben, im Tenor und Inhalt sehr stark von denen, für die dies nicht gilt – wobei die Unterschiede zweifellos verstärkt werden durch die Verjährungsfrist, die Kronzeugenregelung, die Milde der Gerichte und Straferlasse. Übrig bleiben Klein und Boock, zwei besonders lautstarke und kontroverse Zeugen für die Beziehungen zur PFLP.
- Das Vorgehen der Gerichte gegen internationale Aktionen der PFLP war ungewöhnlich desinteressiert und ineffizient. Ilich Ramírez Sánchez z. B., der unter dem *nom de guerre* Carlos als Aktivist bei den sogenannten »Außenoperationen« der PFLP in Westeuropa weltweite Bekanntheit erlangte, wurde in Frankreich lediglich wegen der Schießerei vom 27. Juni 1975 in Paris angeklagt, obwohl ihm eine lange Liste von Verbrechen zur Last gelegt wird, die von 1973 bis in die späten 1980er Jahre reicht. Vergleichbare Defizite zeigten sich auch in den jüngsten Verfahren gegen ehemalige RZ-Mitglieder, insbesondere der erkennbare Widerwille bzw. das glatte Versagen der deutschen und österreichischen Gerichte, diejenigen vor Gericht zu stellen, die am Überfall auf die OPEC-Konferenz im Dezember 1975 beteiligt waren.[5]
- Die Sekundärliteratur zu diesem Thema beruht selten auf Quellenangaben und ist überwiegend die Domäne von Journalisten oder Autoren geblieben, die entweder Kontakte zu westlichen und israelischen Geheimdiensten oder Zugang zu Archivmaterial des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der ehemaligen DDR hatten.[6] Ein Großteil dieser Bücher ist tendenziös und sensationslüstern, so dass es unmöglich ist, Fakten und Fiktionen auseinander zu halten. Diese tendenziöse Färbung der Inhalte wie der Interpretationen kann nur korrigiert werden, wenn zuvor ausreichend dokumentarisches Material aus offiziellen Quellen freigegeben worden ist.
- Schließlich ist es schwierig, einen schlüssigen Interpretationsrahmen für die Anschläge zu erstellen, die palästinensische Gruppen im Nahen Osten und im Ausland verübt haben. Es besteht die ein-

4 Allgemeine Information zu den Kontakten der palästinensischen Gruppen, darunter auch die PFLP, zu der Sowjetunion, China und Nordkorea in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren finden sich in John K. Cooley, Green March, Black September: The Story of the Palestinian Arabs, London 1973, S. 157–184; Riad El-Rayyes / Dunia Nahas, Guerillas for Palestine, London, 1976, S. 127–132.

5 Zum Fall des RZ-Mitglieds Johannes Weinrich siehe Peter Linder, Terrorist Weinrich freigesprochen, *Süddeutsche Zeitung* vom 24. August 2004; ap, Carlos ally is acquitted over blasts, *International Herald Tribune* vom 24. August 2004. Zum OPEC-Anschlag vgl. Letzte Adresse, *Der Spiegel* vom 28. Februar 1983, 37. Jg., Nr. 9, S. 68 f.; Friedrichsen, Zurück zur Menschlichkeit, *Der Spiegel* vom 19. Februar 2001, 55. Jg., Nr. 8, S. 27 f.

6 Dies gilt insbesondere für das Material über Carlos; vgl. z. B. Stephan Richard Meier, Carlos: Demaskierung eines Topterroristen, München 1992; Fritz Schmaldienst / Klaus-Dieter Matschke, Carlos-Komplize Weinrich: Die internationale Karriere eines deutschen Top-Terroristen, Frankfurt am Main 1995; John Follain, Jackal: The Secret Wars of Carlos the Jackal, London 1998. Meier ist der Sohn des ehemaligen Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) Richard Meier. Zur zwielichtigen Karriere von Matschke vgl. Georg Bönisch u. a., Der Nazi und die frisierte Wahrheit, *Der Spiegel* vom 12. März 2001, 55. Jg., Nr. 11, S. 59–64. Wie und warum diese Autoren exklusiven Zugang zu den *sub judice* MfS-Akten erhielten, bleibt unklar.

Scanned by CamScanner

deutige Tendenz, »internationalen Terrorismus« gleichzusetzen mit »palästinensischem Terrorismus« und dann beide Oberbegriffe auf die *El Fatah* von Jasir Arafat und die von ihr dominierte Dachorganisation *Palestinian Liberation Organisation* (PLO) anzuwenden. Hinzu kommt die Gefahr, palästinensische Gruppen miteinander zu verwechseln oder die Bedeutung von Staatsallianzen, ideologischen Auseinandersetzungen und Spaltungen zu unterschätzen.[7] Diesen Wirrwarr an Interpretationen zu durchschauen, wird durch die generelle Undurchsichtigkeit der internen Querelen unter den Palästinensern nicht gerade einfacher: Manche Gruppierungen haben für ihre Aktionen andere Namen angenommen, zu anderen Aktionen hat sich nie jemand bekannt. Auch die Tatsache, dass international operierende palästinensische Terrorgruppen häufig sehr ähnliche Ziele ins Visier nahmen, trägt wenig zur Klärung bei. Und selbst wenn bekannt ist, wer einen bestimmten Anschlag geplant hat, lassen sich daraus nicht automatisch die taktischen und strategischen Ziele ablesen.[8]

Daneben gibt es andere Beschränkungen. Zum einen war es dem Autor nicht möglich, arabische, hebräische und französische Quellen einzubeziehen. Zum anderen mussten aus Platzgründen einige wichtige Aspekte außer Acht gelassen bzw. können nur angerissen werden:

- Vermutlich hatten rechtsextremistische Terrorgruppen in der Bundesrepublik ebenso lange und intensive Kontakte zu palästinensischen Gruppen wie linksextremistische, und die PFLP hatte in der Tat Verbindungen zur neonazistischen Bewegung in Westeuropa. Auf Grundlage des bislang zugänglichen Materials wird hier jedoch davon ausgegangen, dass diese Kontakte unabhängig voneinander bestanden haben.[9]
- Es ist unmöglich, alle Anschläge der PFLP aufzuzählen oder den ganzen Umfang ihrer angeblichen internationalen Verbindungen zu beschreiben. Dieser Aufsatz stellt lediglich eine grobe Skizze ihrer Beziehungen zu anderen Guerilla-und Terrorgruppen dar.
- In den 1970er Jahren konnten bundesdeutsche Linksterroristen in folgende Länder reisen, sich dort niederlassen und ausbilden lassen: Algerien, Irak, Libanon, Libyen und Jemen. Dieser Text konzentriert sich auf den Irak und Südjemen als die wichtigsten »staatlichen Unterstützer« der PFLP. Eine eingehende Analyse zu Algerien, dem Libanon und Libyen liegt bedauerlicherweise nicht vor.

---

7 Oft machen einzelne Kommentatoren unterschiedliche Gruppen für einen Anschlag verantwortlich. John W. Amos II, Palestinian Resistance: Organisation of a Movement, New York u. a. 1980, bietet präzisere Unterscheidungen und insbesondere eine nützliche Liste der Anschläge (S. 335–346). Siehe auch Ariel Merari / Shlomi Elad, The International Dimensions of Palestinian Terrorism, Jerusalem/Boulder 1986, S. 130–142. Die umfassendste und detaillierteste Aufzählung von palästinensischen Anschlägen in dieser Periode ist in der folgenden Chronologie enthalten: Edward F. Mickolus, Transnational Terrorism: A Chronology of Events, 1968–1979, London 1980.

8 Ein Beispiel ist die Geiselnahme von jüdischen Immigranten aus der Sowjetunion vom 26. bis 29. September 1973. Nach diesem Anschlag auf einen Zug an der tschechisch-österreichischen Grenze schlossen die österreichischen Behörden das von der Jewish Agency geleitete Transitlager Schönau. Obwohl die Gruppe *Adler der palästinensischen Revolution* sich zu der Aktion bekannte und sie als Schlag gegen die Übersiedlung von Juden aus der Sowjetunion nach Israel bezeichnete, wurde sie tatsächlich von *Al-Sa'iqa* durchgeführt. Diese von Syrien unterstützte Organisation wollte damit im Vorfeld des Yom-Kippur-Krieges vom 6. bis 23. Oktober 1973 von der Verstärkung syrischer Truppen auf den Golanhöhen ablenken. Vgl. Radolf Braumann / Jay Ullal, Kriegsstrategie – »Wir wollten Israel in die Falle locken«, *Stern* vom 8. November 1973, 26. Jg., Nr. 46, S. 240–242.

9 Westdeutsche Neonazi-Gruppen knüpften Verbindungen mit den terroristischen Elementen in Arafats *El-Fatah*-Bewegung, der Gruppe *Schwarzer September* und dem Machtzirkel um Salah Khalaf (*nom de guerre* Abu Ijad). Diese Kontakte wurden über den Libanon hergestellt. Inwieweit deutsche Neonazis gleichzeitig Kontakte zu den christlichen Falangisten im Libanon unterhielten und wie stark diese Kontakte vom Bundesnachrichtendienst (BND) kompromittiert oder gar kontrolliert wurden, bleibt Spekulation. Siehe E. W. Pless (ein Pseudonym von Willi Pohl, westdeutscher Neonazi und enger Weggefährte von Udo Albrecht), Geblendet: Aus den authentischen Papieren eines Terroristen, Zürich 1979; Stefan Aust, Mauss: Ein deutscher Agent, Hamburg 1988; Peter Fromm, Die »Wehrsportgruppe Hoffmann«: Darstellung, Analyse und Einordnung, Frankfurt am Main u. a. 1998.

- Der Aufsatz beschäftigt sich nicht im Einzelnen mit der Frage, wie von Ende 1976 bis 1979 RZ-Mitglieder Carlos dabei unterstützt haben, die *Organisation Internationaler Revolutionäre* (OIR), wie sie später genannt wurde, aufzubauen.[10]

Die *Bewegung der arabischen Nationalisten* (BAN), 1958–1969

Die Geschichte der PFLP ist untrennbar verbunden mit den Biografien ihrer beiden Anführer, Georges Habasch und Wadi Haddad (Deckname Abu Hani). Ebenso wenig kann man sie verstehen ohne die Geschichte der Vorgängerorganisation, der *Bewegung der arabischen Nationalisten* (BAN), der wohl wichtigsten nichtreligiösen panarabischen Organisation nach der Baath-Partei in Syrien und im Irak.[11] Habasch wurde 1925 oder 1926 in Lydda geboren, Haddad 1929 oder 1930 in Safas, beide in gutsituierte griechisch-orthodoxe Familien mit Beziehungen zu höheren Kreisen. Beide Männer gehörten der »Generation der Katastrophe« an, die durch den ersten arabisch-israelischen Krieg von 1948 entwurzelt und politisch radikalisiert wurde. Sie lernten sich während des Medizinstudiums an der American University in Beirut kennen und begannen ihre politische Agitationsarbeit im Rahmen eines literarischen Universitätsclubs mit dem Namen »Unauflösliches Band«, aus dem 1951/52 die ersten regulären Zellen der BAN hervorgingen.[12] Ausgehend von Beirut und Kairo breiteten sich die BAN-Zellen dank der Mobilität ihrer Führungsriege im Laufe der 1950er Jahre im Untergrund in Syrien, Irak, Jordanien und auf der arabischen Halbinsel aus.

Zwei Faktoren verhinderten, dass die BAN zu einer breiten Massenbewegung wurde. Erstens stand sie für eine säkulare Definition von arabischem Nationalismus, die eine natürliche Anziehungskraft auf all jene ausübte, die wegen ihres ethnischen oder religiösen Hintergrunds, oft verbunden mit ihrem Status als Teil einer städtischen Elite, nicht dem islamischen Mainstream zugehörten. Deshalb blieb auch die Anzahl der potentiellen Unterstützer-Staaten in Regierungskreisen begrenzt.[13] Ein oft zitierter Satz des libanesischen Journalisten Edouard Saab bringt es prägnant auf den Punkt: »Wenn Georges Habasch *Ahmed* Habasch geheißen hätte, wäre die Geschichte der Freischärlerbewegung und des Nahen Ostens wohl anders verlaufen!«[14] Zweitens ist die BAN immer eine sehr zentralisierte, disziplinierte und hierarchische Kaderorganisation geblieben. BAN-Mitglieder waren in der Regel Universitätsabsolventen oder hat-

10 Vgl. Oliver Schröm, Im Schatten des Schakals: Carlos und die Wegbereiter des internationalen Terrorismus, Berlin 2002. Grundlage für Schröms Darstellung sind die Erinnerungen des ehemaligen RZ-Mitglieds Magdalena Kopp.

11 Sofern keine anderen Hinweise gegeben werden, basiert die folgende Schilderung der Geschichte des BAN auf Walid W. Kazziha, Revolutionary Transformation in the Arab World: Habasch and his Comrades from Nationalism to Marxism, London 1975. Kazziha war ein ehemaliges Mitglied der BAN.

12 Kamal Salibi, The Modern History of Jordan, London / New York 1993, S. 172–176, berichtet, dass das »Unauflösliche Band« 1919 an der Amerikanischen Universität in Beirut (AUB)geknüpft wurde, und dass nach 1936 daraus die *League of Nationalist Action Usba* entstand, zu deren Gründer auch Veteranen des arabischen Aufstands von 1936 bis 1939 zählten. Es war eine Kerngruppe von *Usba*-Mitgliedern, die die »geheime Bruderschaft« BAN bildete, deren Führung nach 1948 von einer Gruppe junger Radikaler übernommen wurde, die sich *Jugend der Rache* nannte. Salibi schreibt ferner, dass die amerikanische Verwaltung der AUB in den 1930er und 1940er Jahren aktiv panarabische Agitation der Studenten unterstützt hätte, teils als Oppositionsbewegung gegen den britischen und französischen Kolonialismus, teils als Versuch, den Schaden, der aufgrund der Anerkennung Israels durch die USA entstanden war, wieder gutzumachen.

13 David Th. Schiller, Palästinenser zwischen Terrorismus und Diplomatie: Die paramilitärische palästinensische Nationalbewegung von 1918–1981, München 1982, S. 309. Amos, Palestinian Resistance, S. 72, hebt hervor, dass die BAN von einer nationalen Minderheit (nämlich christlicher Araber) unterstützt wurde und vergleicht dies mit der Unterstützung der syrischen Baath-Partei unter shiitischen Muslimen; dementsprechend reagierten beide Gruppen ausgesprochen sensibel auf den Vorwurf, sie würden den Mainstream des arabischen bzw. islamischen Denkens nicht vertreten. Adel S. Elias, Wer wirft den letzten Stein? Der lange Weg zum Frieden im Nahen Osten, Düsseldorf u. a. 1993, S. 273, betont einen anderen Aspekt dieses Minderheitenstatus, wenn er feststellt: »Habasch und seine Bewegung waren fast die einzigen im Nahen Osten, die nicht im Dienste und Sold arabischer Geheimdienste standen.«

14 Zit. n. Cooley, Green March, S. 138 f.; Hervorhebung im Original.

Scanned by CamScanner

ten eine gute Ausbildung, und das hohe Maß an Opferbereitschaft, das die BAN vom Einzelnen verlangte, verhinderte, dass sich die soziale Basis verbreiterte. Trotz ihrer Unfähigkeit, so viel Breitenwirkung zu entfalten oder so viel Macht zu gewinnen wie die Baath-Partei, hatte sie doch einen erheblichen ideologischen Einfluss auf das arabische politische Denken.

Die BAN der ersten Jahre betrachtete sich selbst als Avantgarde, deren Aufgabe darin bestand, die organische Einheit der arabischen Nation wiederherzustellen, gegen die als korrupt wahrgenommenen arabischen Monarchien, gegen den Imperialismus des Westens und gegen den zionistischen Expansionismus. Diese drei Feindbilder wurden im BAN-Slogan »Einheit, Befreiung, Rache« zusammengefasst. Während die Ideologie der Baath-Partei in abgeschwächter Form sozialistische Elemente enthielt, bewahrte sich die BAN ihre Abneigung gegen den Sozialismus und stand ihm zuzeiten sogar feindlich gegenüber. Letzteres galt vor allem für arabische kommunistische Parteien und für die Rolle der UdSSR im Nahen Osten. Dies lässt sich zum Teil mit dem in arabischen Ländern weitverbreiteten Zorn erklären, der sich gegen die UdSSR und den entstehenden Ostblock (v. a. die ČSSR) richtete, weil diese Länder die Gründung und Verteidigung des Staates Israel unterstützten. Zum anderen Teil erklärt es sich durch das vielkritisierte Argument der BAN, dass die einzelnen Phasen des arabischen Freiheitskampfes als aufeinander folgende Stufen zu betrachten seien, wobei die politische der sozialen und ökonomischen vorausgehen müsse. Ebenso ungelöst blieb in der BAN die Frage, ob die Schaffung einer arabischen Nation Vorrang gegenüber der Befreiung des palästinensischen Heimatlandes habe oder umgekehrt. Außerdem hatten führende Köpfe und Gruppen innerhalb der BAN von Anfang an eine Präferenz für Attentate und Bombenanschläge, vor allem wenn sie sich der Verfolgung ausgesetzt sahen. Diese Neigung, die z. B. beim Terrorfeldzug in Syrien 1949/50 offenkundig wurde, war weniger ein Ausdruck von »Rache« als der festen Überzeugung, dass man nur durch derartige Aktionen einen allgemeinen Aufstand auslösen könne.[15]

Die BAN argumentierte, dass man auf die Herausforderung des Zionismus mit den Mitteln antworten müsse, die man als dessen eigene wahrnahm: Vertreibung und Vernichtung. Dieser Gedanke fand seinen Ausdruck im Aufruf zum »Rachefeldzug« gegen Israel. Schon früh führte diese Haltung zum Vorwurf des Fanatismus und Faschismus, so dass sich die BAN gezwungen sah, den Ersatzslogan von der »Rückeroberung Palästinas« zu wählen.[16] Trotzdem formulierte die BAN die Bedrohung, die Israel darstelle, mit drastischen Worten: »Wir betrachten die Feindschaft zwischen uns und den Juden als eine historische Feindschaft, die Jahrhunderte zurückreicht. Ihre Ursache ist der beständige Versuch der Juden, Palästina zu erobern und ihren eigenen Staat zu gründen. Für uns stellt dies eine Gefahr dar, die der vollständigen Vernichtung gleichkommt [...] Wir wissen, dass die Gefahr nicht nur von Israel ausgeht, sondern vom internationalen Judaismus, einschließlich seiner Millionen von Anhängern, seines politischen Kapitals und seines internationalen Einflusses.«[17]

Die Geschichte der BAN von 1958 bis 1967 ist von drei Umständen geprägt. Erstens verpflichtete sich die BAN begeistert dem Panarabismus von Gamal Abd el-Nasser, insbesondere seiner Idee einer Vereinigten Arabischen Republik (VAR), die von 1958 bis 1961 von Ägypten und Syrien gebildet wurde. Zweitens tauchte innerhalb der BAN eine Gruppe junger

15 Kazziha, Revolutionary Transformation in the Arab World, S. 23 und 29. Die Anschlagsserie in Syrien, die angeblich auch Pläne zur Ermordung des irakischen Regenten Nuri al-Sa'id und des jordanischen Königs Abdallah ibn Hussein enthielt, wurde von einer Gruppe verübt, die sich *Arabische Selbstopferungsschwadronen* oder *Phalanx der arabischen Aufopferung* nannte, eine von Gihad al-Dahi und Hani al-Hindi gegründete syrische Untereinheit des »Unauflöslichen Bandes«. Siehe Elias, Wer wirft den letzten Stein?, S. 276; Andrew Rathmell, Secret War in the Middle East: The Covert Struggle for Syria, London / New York 1995, S. 64 und 69–72; Gerrit Hoekmann, Zwischen Ölzweig und Klashnikow: Die Geschichte und Politik der palästinensischen Linken, Münster 1999, S. 93 f.

16 Elias, Wer wirft den letzten Stein?, S. 277, berichtet, dass es der BAN-Slogan »Keine Grenzen und keine Juden« war, der Proteste der anderen arabischen Parteien, insbesondere der Baath-Partei, ausgelöst hatte.

17 Kazziha, Revolutionary Transformation in the Arab World, S. 50, der aus der Schrift The Present Arab Stage and Its Objectives (1957) zitiert; Auslassung im Original.

Marxisten-Leninisten auf, die die traditionelle Führung der Partei zunehmend in Frage stellte. Drittens begannen die verschiedenen Abteilungen der BAN in den einzelnen Ländern, vor allem auf der arabischen Halbinsel, verstärkt autonom zu handeln.

Da die BAN der ägyptischen »Revolution« Nassers und der VAR die Treue hielt, traten an die Stelle ihres idealistischen Panarabismus nach und nach Formen von Realpolitik. Dies führte dazu, dass die BAN ihre Agitationsarbeit auf Jordanien, Irak und Syrien konzentrierte, in der Hoffnung, dass diese drei Staaten sich mit Ägypten vereinen und gemeinsam ihre Kräfte mobilisieren würden, um den Befreiungskrieg gegen Israel zu kämpfen. Nach einer Bombenserie in Amman 1957 und 1958 wurde die BAN in Jordanien zerschlagen; 1960 wurde Haddad verhaftet.[18] Als es im Jahr 1958 zum Zusammenbruch der haschemitischen Monarchie kam, stationierte die BAN einige Kader im Irak, die allerdings alsbald vom Aufstieg der Baath-Partei in den Schatten gestellt wurden. Der BAN-Anführer Nayef Hawatmeh, der von 1961 bis 1963 in einem irakischen Gefängnis saß, wurde nach dem Staatsstreich der Baath-Partei vom 8. Februar 1963 zunächst freigelassen, dann aber wieder verhaftet und deportiert. Am 25. Mai 1963 wurde der Plan der BAN und einiger irakischer Offiziere aufgedeckt, die Baath-Partei zu stürzen, und die Bewegung wurde zerschlagen. Nachdem Syrien sich 1961 von der VAR losgesagt hatte, machte sich die BAN immer wieder stark für eine Rückkehr, was Habasch einen Gefängnisaufenthalt in Syrien von Juli 1962 bis März 1963 einbrachte. Trotzdem hatte die BAN zu dem Zeitpunkt, als die Baath-Partei im Juli 1963 die Macht übernahm, eine so einflussreiche Position erlangt, dass sie zwei Kabinettssitze bekam. Diese Zusammenarbeit wurde jedoch schon nach kurzer Zeit gestört, weil die BAN der Baath-Partei vorwarf, sie habe Syriens Engagement für die VAR verraten. Am Ende kam es zum Verbot der BAN-Zeitung und zur Verhaftung einiger Anführer.

Das klare Scheitern der VAR sowie der Bemühungen der BAN in Jordanien, Irak und Syrien trug von 1961 bis 1964 zum Aufstieg einer Reihe jüngerer Mitglieder innerhalb der BAN bei, die eindeutig marxistisch-leninistisch ausgerichtet waren und sich um das Parteiorgan *Al-Hurriyya* (Die Freiheit) in Beirut, den Libanesen Shi'a Muhsin Ibrahim und den griechisch-orthodoxen Jordanier Nayef Hawatmeh gruppierten. Die Gruppe kritisierte, dass die von der BAN verfochtene Stufentheorie die zentrale Bedeutung der arabischen Massen als historische Akteure außer Acht gelassen habe. Dieser Kritik zufolge hatte die BAN sich selbst marginalisiert und sich ganz der arabischen Bourgeoisie verpflichtet. Dennoch rühmte auch diese jüngere Gruppe das Ägypten Nassers als ein Land, das von einem Militärcoup zur sozialistischen Revolution fortgeschritten sei. Im Sinne des leninistischen demokratischen Zentralismus forderten sie außerdem, dass man zur Überwindung der organisatorischen Mängel in der BAN die Zahl der Mitglieder im Zentralkomitee erhöhen und den Regionalkommandos mehr Autonomie zugestehen solle.

Zwar folgten beide Seiten auf der nationalen Konferenz der BAN im Juni 1963 einem Aufruf zur Einheit, doch war die ideologische Krise schwerwiegend genug, dass im Mai 1964 eine weitere nationale Konferenz einberufen wurde, die mit einem wackligen Kompromiss zwischen Habasch (unterstützt von der traditionellen Führung unter Haddad, dem Syrer Hani al-Hindi und dem Kuwaiter Ahmad al-Khatib) auf der einen und Ibrahim und Hawatmeh (mit der Unterstützung der Delegationen aus dem Libanon und Irak) auf der anderen Seite endete.[19] Die »Lin-

18 BAN-Mitglied Mustafa al-Zibri oder Mustafa Ali Kasam Zabiri (Abu Ali Mustafa) saß ebenfalls von 1957 bis 1961 in Jordanien in Haft. Nach seiner Freilassung wurde er Chef der Militäroperationen der BAN in »Nordpalästina« und erhielt 1965 eine Spezialausbildung in Ägypten, bevor er 1966 erneut in Jordanien festgenommen wurde. Als ein Gründungsmitglied der PFLP führte er seit 1967 deren Kräfte während des »Schwarzen September« in Jordanien und wurde 1972 zum stellvertretenden Generalsekretär gewählt. Nach Angaben israelischer Quellen war Abu Ali Mustafa in den 1970er Jahren an einer Reihe von internationalen Terroranschlägen beteiligt. Im Rahmen des Oslo-Abkommens wurde ihm 1999 die Einreise in die palästinensischen Autonomiegebiete gewährt, er wurde 2000 zum PFLP-Generalsekretär gewählt und starb am 27. August 2001 in Ramallah nach einem israelischen Raketenangriff.

19 Helena Cobban, The Palestinian Liberation Organisation: People, Power and Politics, Cambridge 1992, S. 140, verweist auf Berichte, denen zufolge Habasch bemüht war, zwischen den Fraktionen zu vermitteln.

Scanned by CamScanner

ke« konnte ihren Antrag durchsetzen, dass die BAN finanzielle Unterstützung von Nasser annehmen solle. Die traditionelle Führung brachte ihren Antrag durch, aus den palästinensischen BAN-Mitgliedern, die bisher zu den Ländern gehörten, in denen sie ihren Wohnsitz hatten, ein eigenes Regionalkommando in Palästina zu bilden. Diese *Nationale Front für die Befreiung Palästinas* (NFLP), die zum Teil eine Antwort auf die Gründung der PLO und die zunehmenden *Fedayin*-(Guerilla-)Aktionen von Arafats *El Fatah* waren, entwickelte sich rasch zu einer Redoute für Habasch und seine Anhänger. Als Reaktion auf die Herausforderung durch die Aktionen der *Fatah*, die den Einfluss der NFLP in palästinensischen Flüchtlingslagern im Libanon, in Syrien und im Irak gefährdeten, fiel am 2. November 1964 der militärische Flügel der NFLP, die *Jugend der Rache*, zum ersten Mal vom Libanon aus in Israel ein.[20]

Von 1964 bis Anfang 1969, als die BAN praktisch aufgelöst wurde, ist ihre Geschichte weniger die einer zentralisierten Organisation als die ihrer zunehmend unabhängig agierenden, weitverstreuten Abteilungen in den einzelnen Ländern. Dazu zählen in erster Linie die Staaten auf der arabischen Halbinsel (Kuwait, Bahrain, Oman und Südjemen), die zum Teil in Koalitionen zur nationalen Befreiung mit Waffengewalt mitwirkten bzw. diese anführten. Der Südjemen war das einzige Land, in dessen nationalem Befreiungskampf die BAN eine entscheidende Rolle spielte. Noch 1981 hielten sich hier bundesdeutsche Terroristen in Trainingscamps auf, zu einem Zeitpunkt, als der Irak bereits seit drei Jahren aufgehört hatte, als Reiseziel für solche Zwecke zu dienen.

Nach vier Jahren bewaffneter Auseinandersetzungen im Südjemen erklärte sich Großbritannien nach Verhandlungen bereit, im November 1967 die Macht im Lande an die BAN-geführte *Nationale Befreiungsfront* (NLF) zu übergeben.[21] Die Radikaleren in der NLF (die nach der Befreiung in *Nationale Front*, NF, umbenannt wurde) vereitelten im März 1968 erfolgreich einen internen Putschversuch des moderaten Flügels. Als herrschende Gruppe standen sie in der historischen Schuld der BAN, vor allem von Habasch und Hawatmeh. Wie eng diese Beziehungen waren, zeigt die Tatsache, dass Hawatmeh im März 1968 nach Aden kam, um an der ersten NF-Konferenz nach der Befreiung teilzunehmen, auf der er die NF erfolgreich zu einem radikalen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reformprogramm nach chinesischem und kubanischem Modell drängte.

Diese Verbindung zur BAN spielte eine wichtige Rolle bei der dezidiert internationalen Ausrichtung der südjemenitischen Außenpolitik, auch wenn sich der Südjemen in den 1970er Jahren unter dem Einfluss der UdSSR und der DDR verstärkt in Richtung einer streng orthodoxen Ausprägung des Sozialismus entwickelte. Einerseits lässt sich damit erklären, warum der Südjemen Guerillaeinheiten, die von der BAN abstammten, aktiv unterstützte: in der Provinz Dhofar in Oman, im Nordjemen sowie die *Befreiungsfront für Eritrea* in Äthiopien. Andererseits erklärt es den Einsatz des Südjemens sowohl für die palästinensische Sache insgesamt als auch für die PFLP von Habasch und die spätere *Demokratische Volksfront zur Befreiung Palästinas* (DVFBP). Diese Unterstützung war im Nahen Osten sehr ungewöhnlich. Die Regierungen anderer arabischer Staaten versuchten hauptsächlich, die palästinensische Frage ihren eigenen unsteten nationalen Interessen unterzuordnen, was dazu führte, dass sie entweder ihre eigenen Gruppen aufbauten oder ihre Unterstützung für bestehende Gruppen ständig schwankte oder beides. Im Gegensatz dazu scheint der Einsatz des Südjemens für die PFLP mit gewissen Ausnahmen über ein Jahrzehnt lang relativ prinzipientreu und beständig gewesen zu sein. Als das sprichwörtliche »Albanien des Na-

---

20 Siehe auch Leila S. Kadi, Origins of Armed Resistance, in: Russell Stetler (Hg.), Palestine: The Arab-Israeli Conflict, San Francisco 1972, S. 117–145, S. 133 f. Sie schreibt, dass diese BAN-Gruppe eine »Militärgruppe [war, die gebildet wurde,] um reine Erkundungsoperationen innerhalb der besetzten Gebiete zu unternehmen und um ein Netzwerk von Waffenverstecken zu schaffen«. Der palästinensische Zweig der BAN hat erst im November 1966, mit der Gründung der Nachfolgeorganisation *Helden der Rückkehr*, Militäroperationen im engeren Sinn aufgenommen.

21 Siehe Kazziha, Revolutionary Transformation in the Arab World, S. 94–98, und Fred Halliday, Revolution and Foreign Policy: The Case of South Yemen 1967–1987, Cambridge 1990, S. 8–33. Während Halliday die Auffassung vertritt, die NLF sei ein Bestandteil der BAN gewesen, sieht Kazziha die BAN als Teil der NLF.

hen Ostens« war der Südjemen außerstande, mit der finanziellen Freigebigkeit etwa des Irak oder Saudi-Arabiens mitzuhalten. Nichtsdestotrotz bot das Land den verschiedenen Fraktionen der PFLP, und vermutlich auch deren Verbündeten, militärische Übungsplätze und einen Zufluchtsort. Der Südjemen stand zu diesem Engagement, obwohl es dem jungen und armen Staat viel internationale Schmähung einbrachte, seine diplomatische Isolation in der Golfregion besiegelte und dafür sorgte, dass seine Beziehungen zur PLO und zur *Fatah* bis in die späten 1970er Jahre hinein angespannt blieben.

Die PFLP, 1967–1972

Die demütigende Niederlage der arabischen Streitkräfte im Sechs-Tage-Krieg vom Juni 1967, der Verlust der ägyptischen Halbinsel Sinai sowie der syrischen Golanhöhen und die israelische Besetzung Ostjerusalems, des Gazastreifens und des Westjordanlandes veranlasste die BAN und die NFLP zu einem radikalen ideologischen und taktischen Umdenken und überdeckte vorübergehend die bestehenden Spannungen innerhalb der BAN.[22] Während die »Linke« ihre bisherige Idolisierung Nassers aufgab, machten sich Habasch und die traditionelle Führung nunmehr uneingeschränkt eine »wissenschaftliche« marxistische Terminologie zu Eigen, um ihren Aufruf zum allgemeinen panarabischen Kampf zu untermauern. Im Dezember 1967 kündigte Habasch die Bildung der PFLP an, zusammengesetzt aus der NFLP, der *Abtal al-Audah* (»Helden der Rückkehr«) und der *Palästinensischen Befreiungsfront* (PLF).[23] Die *Helden der Rückkehr*, gegründet 1966, waren eine kleine Gruppe von Palästinensern der libanesischen BAN mit Kontakten zur PLO, die von Shafik el-Hut, Repräsentant der PLO in Beirut, und dem BAN-Mann Ahmed al-Yamani (Abu Maher) gemeinsam geführt wurde.[24] Die PLF war eine rein militärische Organisation, die aus Palästinensern bestand, die in der syrischen oder jordanischen Armee gedient hatten und von Ahmad Jibril und Ali Bushnaq befehligt wurde, beides ehemalige Offiziere der syrischen Armee.

Im Einklang mit dem früher formulierten Anspruch der BAN als Speerspitze rief die PFLP alle *Fedayin*-Einheiten auf, sich zu einer »nationalen Front« unter einer gemeinsamen, progressiven palästinensischen Führung zusammenzuschließen. Im Februar 1968 kamen PFLP und *Fatah* zunächst überein, ihre Aktionen nach und nach aufeinander abzustimmen. Am 21. März wehrten *Fatah*-Einheiten und die jordanische Armee erstmals in überzeugender Weise einen Angriff israelischer Panzer bei Karameh ab, ein »historischer« Sieg, der zur Folge hatte, dass *El Fatah* von Freiwilligen überschwemmt wurde.[25] Die Führung der *Fatah* warf der PFLP vor, ihre Kämpfer

22 Sofern keine anderen Quellen genannt werden, basiert die folgende Darstellung auf The Popular Front for the Liberation of Palestine, in: Daniel Dishon (Hg.), *Middle East Record*, Bd. 4, 1968, Jerusalem 1973, S. 407–414; Kazziha, Revolutionary Transformation in the Arab World, S. 85–87 und 99–101; Schiller, Palästinenser zwischen Terrorismus und Diplomatie, S. 310–316; Cobban, The Palestinian Liberation Organisation, S. 140–145.

23 Amos, Palestinian Resistance, S. 326 f., schätzt die Stärke der PFLP im Jahr 1970 auf 8000, im Vergleich zu 15 000 *El-Fatah*-Kräften. Schiller, Palästinenser zwischen Terrorismus und Diplomatie, S. 311 und 398, nennt, ebenfalls für 1970, eine PFLP-Mitgliederzahl von 1600 bis 2000, maximal 3000 Mann.

24 Abu Maher sollte später eine führende Rolle bei einer Geiselnahme der PFLP in zwei Hotels in Amman einnehmen, bei der vom 9. bis 11. Juni 1970 etwa 90 ausländische Gäste als Geiseln genommen wurden, sowie bei weiteren Ereignissen in Jordanien im September 1970. Kadi in Steiler (Hg.), Palestine, S. 135, stellt fest, dass die *Helden der Rückkehr* eine militärische Gruppierung des palästinensischen Zweigs der BAN war, die ihre militärischen Operationen im November 1966, nach internen Forderungen, die reinen Erkundungsmissionen der Vorgängerorganisation (*Jugend der Rache*) auszuweiten, gewann. Schon bald nachdem die Gruppe auf der Bildfläche erschien, wurden die *Helden der Rückkehr* aus finanziellen Gründen vom regulären militärischen Arm der PLO, von der *Palästinensischen Befreiungsarmee* (PLA), kooptiert. Nach Mickolus, Transnational Terrorism, S. 625, identifizierte die PFLP einen der getöteten Geiselnehmer von Entebbe als Al Haj Jayez Jaber, ein Gründungsmitglied der *Helden der Rückkehr*.

25 In verschiedenen Darstellungen wird berichtet, die Central Intelligence Agency (CIA) hätte Hinweise zum bevorstehenden Angriff an den jordanischen Geheimdienst weitergegeben, der daraufhin Arafat gewarnt habe. Siehe beispielsweise Abu Ijad, Heimat oder Tod: Der Freiheitskampf der Palästinenser, Düsseldorf/Wien 1979, S. 89 f., und Elias, Wer wirft den letzten Stein?, S. 325 f.

Scanned by CamScanner

vor dieser entscheidenden Schlacht abgezogen und das Februar-Abkommen gebrochen zu haben, so dass die PFLP sich bald aufgrund der zunehmenden Dominanz der PLO durch die *Fatah* ausmanövriert und in den Schatten gestellt sah.[26]

Von 1967 bis 1969, gerade zu der Zeit, als die Guerillabewegung in Palästina insgesamt ihr stärkstes Wachstum erlebte, wurde die PFLP von internen Auseinandersetzungen geschüttelt. Zusätzlichen Streit gab es zwischen der antisyrischen *Jugend der Rache* und der prosyrischen PLF, angeheizt durch die Verhaftung von Habasch und zwei weiteren Anführern der PFLP in Syrien am 19. März 1968.[27] Auf einer Generalversammlung im August 1968 erreichten es die »Linken«, dass ihr radikales »politisches Grundsatzprogramm« angenommen wurde, in dem Ägypten und Syrien als »kleinbürgerliche Regime« verurteilt wurden.[28] Im September 1968 brachten sie das Zentralkomitee unter ihre Kontrolle und kündigten den Ausschluss der Leute um Jibril an, denen sie vorwarfen, sie seien militaristische Bürokraten. Diese Schritte veranlassten Jibril, sich im Oktober 1968 von der PFLP abzuspalten und seine Guerilla- und Terroraktionen als *Volksfront zur Befreiung Palästinas – Generalkommando* (PFLP-GC) fortzusetzen.[29]

Im November 1968 gelang es Haddad, Habasch gewaltsam aus syrischer Haft zu befreien. Daraufhin bildeten die »Traditionalisten« der BAN eine provisorische Führung und versuchten, sich wiederum die Vormachtstellung zu sichern, flankiert von einer Gewaltkampagne gegen ihre Gegner in Jordanien. Die Hawatmeh-Fraktion warf den »traditionellen Gründungselementen« vor, in ihre alten »faschistischen Methoden« und ihre »rechte, bürgerliche« Ideologie der 1950er Jahre zurückzufallen. In einem Interview kurz nach der darauf folgenden Spaltung stellte Habasch seinerseits fest: »Diese Leute leiden an linkem Infantilismus. Wir sind weniger kritisch gegenüber arabischen Regimen als sie. Auch wir kritisieren arabische Regierungen, aber wir arbeiten mit ihnen zusammen, so wie in China Mao gemeinsam mit dem Kuomintang gegen die japanische Bedrohung vorging.

---

26 Schiller, Palästinenser zwischen Terrorismus und Diplomatie, S. 279 f.; Cobban, The Palestinian Liberation Organisation, S. 143 f. Von Februar 1969 bis Mai 1970 weigerte sich die PFLP, der PLO beizutreten; ihre Teilnahme am 7. und 8. Palästinensischen Nationalrat (PNC) im Juni 1970 und März 1971 war eher marginal, bevor sie sich für eine aktive Teilnahme auf dem 9. Treffen im Juli 1971 entschied. Die PFLP widersetzte sich auch dem Druck, dem von der *El Fatah* geführten gemeinsamen *Palestine Armed Struggle Command* beizutreten. Vgl. Mosche Shemesh, The Palestinian Entity 1959–1974: Arab Politics and the PLO, London 1988, S. 158 f., und Schiller, Palästinenser zwischen Terrorismus und Diplomatie, S. 294–295 und 311. Schiller schreibt: » Nur für kurze Zeiträume und zumeist unter Druck äußerer Ereignisse wurde eine Zusammenarbeit zwischen [...] PFLP und *Fatah* möglich – eine Interessenkoalition, die beim ersten Anlaß auseinanderfiel, sobald der Druck von außen nachgelassen hatte.«

27 Die anderen verhafteten Führer waren Faiz Qaddura und Ali Bushnaq. Amos, Palestinian Resistance, S. 87 f., zitiert einen von Habasch im März 1972 verfassten Bericht: »Tatsächlich startete sie [die PFLP] die Mehrzahl ihrer Aktivitäten vom syrischen Territorium aus. Das Ergebnis war, dass das syrische Regime eine feindliche Haltung annahm und einige ihrer Führer verhaftete, weil man sie beschuldigte, im Land politisch aktiv zu sein [...].« Schiller, Palästinenser zwischen Terrorismus und Diplomatie, S. 314, stellt fest, dass die Verhaftung von dreien dieser Führer erfolgte, während darüber verhandelt wurde, ob die syrischen Behörden künftig Operationen der PFLP-Guerrillas über die syrische Grenze hinweg erlauben würden. Nach Shemesh, The Palestinian Entity, S. 120, war ein Grund für die Verhaftung die Tatsache, dass sie an der Gründung einer oppositionellen *Progressive National Front* beteiligt gewesen sind.

28 Diese »linke« Verurteilung Nassers, zusammen mit der späteren »Bekehrung« der PFLP zum Marxismus-Leninismus im Februar 1969, führte schließlich im Juni/Juli 1969 zur völligen Einstellung der ägyptischen Finanz- und Militärhilfe für die PFLP; diese Mittel gingen danach ausschließlich an *El Fatah* und die PLO; Shemesh, The Palestinian Entity, S. 106–108.

29 Im Allgemeinen gilt die PFLP-GC als verantwortlich für eine Reihe von weltweit verübten Paketbombenanschlägen gegen israelische Ziele, ferner für drei versuchte Bombenanschläge gegen EL AL-Flüge (bei denen unwissende Passagiere die Bomben an Bord bringen sollten) sowie für die Zerstörung einer Swiss-Air-Maschine in der Nähe von Zürich am 21. Februar 1970, bei der 47 Menschen ums Leben kamen. Die PFLP-GC änderte 1974 ihre Taktik und verübte Kommandoüberfälle auf Siedlungen im Norden Israels. Die PFLP-GC erregte als vermutete Urheberin des Bombenanschlags auf die PAN-AM-Maschine, die am 21. Dezember 1988 über dem schottischen Lockerbie abstürzte, erneut international großes Aufsehen. Vgl. Steven Emerson / Brian Duffy, The Fall of Pan Am 103, London 1990; David Tal, The International Dimensions of PFLP-GC Activity, unter www.org.il/Articles/pflp-gc1.htm. Amos, Palestinian Resistance, S. 328, schätzt, dass die PFLP-GC 1970 rund 500 Mitglieder hatte.

Organisatorisch gesehen sagen sie: ›Zuerst muss man eine marxistisch-leninistische Partei gründen, dann kämpfen. ›Wir sagen, eine revolutionäre Partei entsteht im Prozess der Revolution selbst.«[30]

Im Februar 1969, unter der Bewachung von Einheiten der *Fatah*, verkündeten die »Linken« die Gründung der *Demokratischen Volksfront zur Befreiung Palästinas* (DPFLP) unter Hawatmeh.[31] Diese zweite Spaltung hinterließ in der PFLP anscheinend ein »gewisses intellektuelles Vakuum«, da die DPFLP viele der wichtigsten politischen Köpfe mit sich nahm.[32]

Die Gründung der DPFLP gibt ein ziemlich verworrenes Bild ab, weil sich auf der PFLP-Versammlung im Februar 1969 dem Torso von BAN-Traditionalisten ein Podium präsentierte, das einen großen Teil der marxistisch-leninistischen Terminologie und der Analysen der DPFLP übernahm, so dass ein oberflächlicher Betrachter zwischen den programmatischen Aussagen der beiden Gruppierungen kaum zu unterscheiden vermochte. So betrachtete es von 1969 bis 1972 auch die PFLP als ihre Aufgabe, »in der palästinensischen Bewegung eine Führung aufzubauen, die sich aus der Arbeiterklasse rekrutiert«, und blickte auf der Suche nach Modellen für die Umwandlung einer kleinbürgerlichen nationalen Gruppe in eine tragfähige sozialistische Partei weniger nach Algerien, sondern eher nach China, Kuba oder Vietnam.[33] Nichtsdestoweniger glaubt Kazziha, ehemals Mitglied der BAN, dass diese endgültige »Konversion« zum Marxismus und zur »Ideologie des Proletariats nicht so sehr das Ergebnis eines politischen Denkprozesses [war] als vielmehr die Konsequenz einer *pragmatischen* Einsicht in die grundlegenden Ursachen wichtiger politischer Entwicklungen in der Region«.[34]

Dass die PFLP trotz dieser organisatorischen Rückschläge ihre Position als politisch autonome und einflussreiche Gruppierung innerhalb des palästinensischen *Fedayin*-Spektrums halten konnte, lag an einer Reihe von Besonderheiten, die die PFLP klar von anderen palästinensischen Gruppierungen dieser Zeit absetzten. Zu diesen Eigenschaften gehörte ihre Vorreiterrolle bei internationalen Terrorakten, insbesondere Flugzeugentführungen; ihre theoretische Weiterentwicklung der Idee, dass man die großen Ströme des arabisch-israelischen Gegensatzes für die palästinensische Sache nutzbar machen müsse und das außergewöhnlich militante Vorgehen

30 Zit. n. Cooley, Green March, S. 143.

31 Die DPFLP (bisweilen auch als DFLP oder PDFLP bezeichnet) erlangte später den Ruf, die ideologisch anspruchsvollste linke Gruppierung innerhalb der palästinensischen Bewegung zu sein. Sie distanzierte sich von den Aktionen des internationalen Terrorismus und von dem, was sie als Voluntarismus der PFLP wahrnahm, und konzentrierte sich stattdessen darauf, ihre politische Massenbasis aufzubauen, insbesondere im Libanon. Die Gruppe beteiligte sich auch 1969/70 an einem kurzfristigen Versuch, Arbeiter- und Bauernräte in den »befreiten« Gebieten Nordjordaniens ins Lebens zu rufen. Die DPFLP unterhielt Verbindungen mit marxistischen und trotzkistischen Gruppen weltweit, darunter auch mit Gruppen in Israel. Zunächst eher maoistisch ausgerichtet und der Sowjetunion und den arabischen kommunistischen Parteien gegenüber kritisch eingestellt, schwenkte die DPFLP ab 1974 um und orientierte sich eng an Moskau. Siehe Cobban, The Palestinian Liberation Organisation, S. 61–62; Amos, Palestinian Resistance, S. 79–85 und 327, der die DPFLP-Gruppenstärke im Jahr 1970 auf 1000 schätzt; Schiller, Palästinenser zwischen Terrorismus und Diplomatie, S. 322–323, der in der frühen Phase von höchstens 200 bis 300 ausgeht. Zu den Positionen der DPFLP zu Israel siehe Naef Hawatmeh, Jews and Arabs: One Future, *Al-Hurriyah* vom 12. Januar 1970, Wiederabdruck in Stetler (Hg.), Palestine, S. 201–204.

32 Stefan Wild, ›Ghassan Kanafani – Ein palästinensisches Leben‹ in 3. *Welt-Magazin* / Birgit Sommer, Ghassan Kanafani – Ein palästinensisches Leben, Bonn o. J., S. 3–11, S. 10.

33 Beide Gruppen gründeten rivalisierende politische Parteien im Libanon. Die DPFLP rief im Oktober 1969 die *Organisation Libanesischer Sozialisten* ins Leben als Konkurrenz zu den bereits existierenden arabischen kommunistischen Parteien. Daraufhin gründete die PFLP im Juni 1970 die *Arabisch-Sozialistische Arbeiterpartei*, deren Generalsekretär Habasch wurde. Vgl. Schiller, Palästinenser zwischen Terrorismus und Diplomatie, S. 317–318.

34 Kazziha, Revolutionary Transformation in the Arab World, S. 104 (Hervorhebung TSR). Siehe auch Bassam Abu-Sharif / Uzi Mahnaimi, Mein Feind, Mein Freund: Ein Araber und ein Israeli kämpfen für eine gemeinsame Zukunft, München 1996, S. 81–82; dort sagt der ehemalige PFLP-Sprecher Abu-Sharif: »Die Mitgliedschaft der PFLP war in der Tat radikal, aber nicht marxistisch.« Merari/Elad, The International Dimensions, S. 49–50, vertreten die These, dass das einzige »beständige Element« entlang Habaschs »gewundenem Pfad der ideologischen Affinitäten« vom »quasifaschistischen Nationalismus« über den »Panarabismus Nasser'scher Prägung« bis hin zum »asiatischen Marxismus-Leninismus« »der reine palästinensische Nationalismus« gewesen sei.

Scanned by CamScanner

bei der praktischen Umsetzung dieser Idee; und ihre einzigartige, dezidiert internationale Ausrichtung. Im Weiteren wird auf jede dieser Besonderheiten im Einzelnen eingegangen.

Ihre internationalen terroristischen Aktionen sicherten der PFLP einen Grad an öffentlichem Erfolg, der ihre Größe bei weitem überstieg. Sie übten auf die palästinensische Guerillabewegung im weiteren Sinn einen entscheidenden taktischen Einfluss aus und lenkten die Aufmerksamkeit einer atemlosen Weltöffentlichkeit auf sich.

Ein Ex-PFLP-Mitglied, das nur »Samir« genannt wird, betont die herausragende Position von Abu Hani (Haddad) sowie die propagandistische und psychologische Essenz dieser Aktionen: »Wir wollten, dass die ersten Flugzeugentführungen gewissermaßen nicht militärische, sondern politische ›Operationen‹ sind (sei es im Hinblick auf die Vorbereitung, die Beweggründe und/oder die Ziele). Gleichzeitig wollten wir der Welt zeigen, dass das Über-Image Israels, das durch das Land selbst und die westlichen und zionistischen Medien erzeugt worden war, sehr nachbesserungs-und korrekturbedürftig war. [...] Das vordringliche Ziel war es, mit einem deutlichen Signal die Aufmerksamkeit der internationalen Medien zu erregen: ›*Die Welt wird eine sehr wichtige Frage stellen: Wer sind die Palästinenser?*‹«[35]

Ohne auf die schiere Anzahl und Vielseitigkeit der Terroranschläge einzugehen, die die PFLP in ihrer Hochzeit zwischen 1967 und 1970 durchgeführt hat, lassen sich doch einige zentrale Feststellungen treffen. Die Taktik der PFLP bestand aus zwei Strängen, die sich anfänglich gegenseitig ergänzten – »Außenoperationen« an der internationalen »Front« und regelmäßige, gegen Israel gerichtete Operationen von Freischärlern an der »Heimatfront«, v. a. im Gazastreifen.[36] Beispielsweise wurde Ende Februar bzw. Anfang März 1969, nach einer blutigen Serie von Bombenanschlägen auf Supermärkte, die Hebräische Universität und die britischen Konsulate in Jerusalem und Lod, eine Reihe bedeutender PFLP-Zellen aufgelöst. Als Israel jedoch die besetzten Gebiete militärisch und administrativ immer besser unter seine Kontrolle brachte, ging der »Krieg des Volkes« langsam zu Ende, und Guerillagruppen waren zusehends gezwungen, sich auf grenzüberschreitende Aktionen zu verlegen.[37] Dabei war die PFLP aufgrund geringer Stärke und begrenzter Ressourcen klar im Nachteil,

---

35 Zit. in Walid Amin Ruwayha, Terrorism and Hostage-Taking in the Middle East (o. O. 1990), S. 312–316; Hervorhebung im Original. Ruwayahas eigenwilliges Buch stellt größtenteils dar, wie sein Vater vor dem Zweiten Weltkrieg unter den Briten zu leiden hatte und enthält Auszüge aus dem »Protokoll der Weisen von Zion«. »Samir« erläutert in seinem Interview den Hintergrund der wiederholten Forderungen der PFLP und anderer palästinensischer Gruppen nach der Freilassung von Sirhan Bishara Sirhan, der wegen dem am 5. Juni 1968 verübten Mord an Robert F. Kennedy eine Gefängnisstrafe verbüßte. Für die PFLP machte ihn die Tat, ebenso wie die Tatsache, dass Sirhan wie Haddad und Habasch ein palästinensischer Christ war, zu einem geeigneten *cause célèbre*, mit dem man gängige Stereotype aufbrechen konnte, die das »Palästinenser-Problem« als etwas darstellten, das nur muslimisch-arabische Flüchtlinge betraf.

36 In einem Interview aus dem Jahr 1971 erklärte PFLP-Sprecher Ghassan Kanafani die relative Stärke der PFLP in dem besetzten Gebiet so: »In Gaza kennen sich die Menschen mit Waffen aus. Im Gegensatz zum Westjordanland wurden sie unter der ägyptischen Verwaltung von der PLA ausgebildet. Ein weiterer Faktor ist die Tatsache, dass die Bewegung der arabischen Nationalisten in Gaza unter den Ägyptern zwar unterdrückt wurde, aber niemals in dem Maße, wie das im Westjordanland geschah. Als Gaza besetzt wurde, hatte die BAN dort ihre Zellen, während [König] Hussein den Israelis das Westjordanland in einem ›sauberen‹ Zustand übergab, wie er selbst sagte – es gab dort nicht eine einzige BAN-Zelle. Also hatten wir am Anfang in Gaza zumindest eine minimale Grundlage.« Fred Halliday, PFLP and the September Attack: Interview with Ghassan Kannafani in *New Left Review* (Mai–Juni 1971) wieder abgedruckt in Stetler (Hg.), Palestine, S. 267–279, S. 276. Siehe auch Cobban, The Palestinian Liberation Organisation, S. 143. Im November 1971 erschoss sich Said al-Husseini (Abu Nimer), PFLP-Befehlshaber in Gaza, nachdem er von israelischen Soldaten eingekreist wurde; sogar noch am 9. März 1973 wurden in Gaza drei PFLP-Führer von israelischen Militärangehörigen getötet.

37 Die vom Israeli Defence Force (IDF) für 1968 herausgegebenen Zahlen können als Anhaltspunkt für die ungefähre Stärke der verschiedenen Gruppen angesehen werden; von den 618 getöteten *Fedayin* wurden 450 als *El-Fatah*-Mitglieder, 39 als Mitglieder der PFLP und 9 als Mitglieder von *Al-Sa'iqa* identifiziert. Siehe Tabelle 2, »Summary of casualties in 1968«, in *Middle East Record 1968*, S. 352. Shemesh, The Palestinian Entity, S. 262, schreibt, dass 1973 die israelischen Sicherheitskräfte insgesamt 37 *Fedayin*-Zellen im Westjordanland »entlarvt« haben, von denen 22 *El Fatah*, 5 der PFLP (einschließlich einer großen Gruppe mit 24 Mitgliedern, die im November in Nablus aufgedeckt wurde) und 4 der *Popular Liberation Forces*

so dass ab 1970 ihre relativ risikofreien »Außenoperationen« immer wichtiger wurden und eine eigene Dynamik entwickelten. Ebendies gestand Habasch selbst ein: »Es ist ein Guerillakrieg, eine besondere Form von Guerillakrieg. Das Wichtigste ist, Ziele auszusuchen, bei denen 100 Prozent Erfolg garantiert ist. Durch unerwartete kleine Nadelstiche belästigen, erschüttern, auf die Nerven gehen. Brachiale Gewalt ist out; das hier ist das Spiel eines intelligenten Menschen. Vor allem, wenn man so arm ist wie die Volksfront.«[38]

Zweifellos wurde dieser Trend durch den Verlust der Unterstützung Ägyptens und der militärisch erfahrenen PFLP-GC beschleunigt; besiegelt wurde er durch die endgültige Ausweisung sämtlicher Fedayin aus Jordanien 1971.

Dieser taktische Schwerpunkt auf spektakuläre »Außenoperationen« passte nur schlecht zu den längerfristigen und ideologischen Zielen. Der Historiker David Th. Schiller hat darauf hingewiesen, dass die Aktionen der PFLP zugleich ein wirksames Mittel waren, sich im Ringen mit der *Fatah* um die führende Position unter den Guerillagruppen zu profilieren. Als andere Gruppierungen dem Beispiel der PFLP folgten, verkamen diese Aktionen zu bloßem Aktionismus und wurden zusehends zum Selbstzweck. Die Adressaten derartiger Aktionen waren immer weniger Israel oder die Weltöffentlichkeit und immer mehr die palästinensische Bevölkerung in den besetzten Gebieten und die Flüchtlinge in der Diaspora: »Gegenstand dieser gewaltpolitischen Eigendynamik war weniger der Guerillakrieg gegen Israel als der Zusammenhalt der eigenen Basis, deren Radikalität die Führung immer wieder in Zugzwang brachte, weil das politische Grundverständnis der Mitglieder [...] nicht oder nur rudimentär bestand.«[39]

Die Fähigkeit der PFLP, Spannungen innerhalb derjenigen arabischen Staaten zu verschärfen, in denen die Freischärlerbewegung beheimatet war, und die Konfrontation mit Israel anzuheizen, war gleichzeitig eine wirkungsvolle Barriere, die eine Mäßigung der PLO insgesamt verhinderte, indem sie die radikaleren Strömungen unter der Oberfläche aufwühlte.

Der zweite Punkt, der in Bezug auf die Taktik der PFLP betont werden muss, ist die zweischneidige Praxis, Staaten des Nahen Ostens bewusst in ihre Aktionen hineinzuziehen. Im besten Fall bewirkten diese Aktionen in Ländern, die die palästinensische Sache offen unterstützten, tiefe Verlegenheit und Argwohn. Zum Beispiel brachte die erste Flugzeugentführung der PFLP, ein EL-AL-Jet, der im Juli 1968 gezwungen wurde, nach Algerien zu fliegen, und die Entführung einer TWA-Maschine nach Syrien am 29. August 1969 beide Länder in ein Dilemma. Einerseits konnte es sich keines der Länder politisch leisten, gegenüber den radikalen Arabern das Gesicht zu verlieren, andererseits sahen sie sich wegen ihrer Mitverantwortung dafür, dass jüdische bzw. israelische Passagiere als Geiseln benutzt wurden, über Wochen hinaus Verurteilungen und Boykottdrohungen aus der ganzen Welt ausgesetzt. Sowohl der algerische Präsident Houari Boumédienne als auch der syrische Präsident Hafiz al-Asad glaubten, dass die Entführungen von ägyptischen Geheimdiensten eingefädelt worden waren mit dem Ziel, ihre Länder zu destabilisieren.[40] Anfang 1970 hatten die meisten Staaten des Nahen Ostens gelernt, die Konsequenzen zu fürchten, wenn sie einer entführten Maschine eine Landeerlaubnis erteilten. Dies erklärt, warum es bei späteren Entführungen oft zu qualvoll langen Flügen in immer weiter entfernte Länder kam, um ein »freundlich gesinntes« zu finden, das die Maschine aus »humanitären« Gründen und auf ausdrücklichen Wunsch westlicher Regierungen landen ließ.

Während die PFLP auf der einen Seite von einem

(PLFS) zugeordnet wurden; weitere 6 Zellen gehörten keiner bis dahin bekannten Gruppe an.

38 Oriana Fallaci, A leader of the Fedayeen: »We want a war like Vietnam«, *Life* vom 12. Juni 1970, S. 20–24, S. 24.

39 Schiller, Palästinenser zwischen Terrorismus und Diplomatie, S. 276–277, 311–312 und 397–399.

40 Zu Algerien siehe Cooley, Green March, S. 146–147, S. 156; Neil C. Livingston / David Halevy, Inside the PLO: Covert Units, Secret Funds and the War against Israel and the United States, New York 1990, S. 204–205. Livingston und Halevy berichten, dass der algerische Außenminister, als er vom PFLP-Kommando erfuhr, sie hätten Algerien ausgewählt, weil es sich um einen revolutionären Staat handele, erwidert habe: »Die revolutionäre Identität Algeriens muss nicht auf den Prüfstand gestellt werden.« Zu Syrien siehe Leila Khaled, Mein Volk soll leben: Autobiographie der palästinensischen Revolutionärin, Stuttgart 1982, S. 127 f.

Scanned by CamScanner

revolutionären Volksaufstand zur Befreiung Palästinas sprach, der von den bewaffneten revolutionären Massen geführt werden sollte, hatte sie auf der anderen Seite zugleich reguläre territoriale Kriegführung durch die bestehenden arabischen Staaten im Auge. Die PFLP hat sich wiederholt eindeutig zu dem geäußert, was sie als intrinsische Schwierigkeiten der historischen Lage und als ihre eigenen Schwächen ansah. Angesichts der technischen und militärischen Überlegenheit Israels würde sich der Kampf der palästinensischen Nation Jahre oder sogar Jahrzehnte hinziehen und konnte nur gewonnen werden, wenn die Guerillaaktionen letztendlich in das entscheidende Stadium der konventionellen Kriegführung einmünden würden.[41] Deshalb betrachtete die PFLP ihre Aktionen nicht nur als Mittel der Propaganda, sondern als wichtigen Baustein für das, was man als Verwicklungstheorie bezeichnen könnte.[42] Im Falle der PFLP bedeutete das, dass Israel so lange zu militärischen Gegenangriffen provoziert werden sollte, bis die reflexartigen territorialen Verteidigungsmechanismen Israels oder der angrenzenden arabischen Staaten zu einem richtigen Krieg führen würden.

Diese Theorie beruhte darauf, dass Israel als Antwort auf grenzüberschreitende Überfälle ebenso wie auf internationale Terrorakte eine konsequente und vorhersagbare Politik der massiven Vergeltungsschläge betrieb. Indem man den arabischen Nachbarn »inakzeptable Schäden« zufügte, wollte man die palästinensischen Gruppierungen bestrafen und zugleich erreichen, dass sich die lokale Bevölkerung und ihre Regierungen gegen die Freischärler wandten.[43]

Da es sich selten um gezielte Angriffe gegen *Fedayin*-Basen handelte, waren diese Gegenangriffe als Teil einer kalkulierten Strategie dennoch ein Spiel mit dem Feuer.[44] Zwar waren die israelischen Vergeltungsschläge grundsätzlich auf die geringeren militärischen Möglichkeiten der arabischen Staaten abgestimmt. Aber indem sie die menschliche und politische Schmerzgrenze willkürlich anhoben, schlossen sie immer das zumindest latente Risiko mit ein, dass sie zu einem umfassenden konventionellen Krieg eskalierten – und genau damit spielten die Aktionen insbesondere der PFLP.[45]

Während Ägypten bis 1970 Freischärlerangriffe als regulierten Teil des »Zermürbungskriegs« gegen Israel erlaubte, machte Syrien seine Grenzen für Gruppierungen, die nicht direkt unter der Kontrolle der Regierung standen, praktisch dicht, weil die politischen Folgen der israelischen Angriffe die Stabilität des Regimes bedrohte. Jordanien und Libanon, die beiden Länder, in denen die meisten Palästinenser wohnten und die die wenigsten in der Lage waren, palästinensische Guerillagruppen zu kontrollieren, trugen daher die Hauptlast der israelischen Vergeltungsakte. In ebendiesen Ländern verstärkten die israelischen Angriffe zugleich die Resonanz für die Aktionen der PFLP. Ein Beispiel: Am 26. Dezember 1968 verübte die PFLP auf dem Flughafen von Athen einen Anschlag auf eine EL AL-Maschine, bei dem ein Passagier starb und zwei weitere verletzt wurden. Israel reagierte zwei Tage darauf mit einem Hubschrauberangriff auf den Flughafen von Beirut, bei dem 13 arabische Zivilflugzeuge zerstört wurden, und warf dem Libanon vor, Terroristen Unterschlupf zu gewähren. Der Kommentar des PFLP-Mitglieds Leila Khaled zu dem Angriff: »Wir dankten den Israelis dafür, dass sie uns die libanesische Unterstützung für die Revolution verschafften [...] Die Israelis hatten unserem Anliegen durch ihre prompte und entschlossene ›Vergeltungsmaßnahme‹ mehr genützt, als wir es zu hoffen gewagt hatten.«[46]

Am 7. Januar 1969 jedoch kam auch die libanesische Regierung unter dem Druck der innenpolitischen Kritik zu Fall. Das Wechselspiel palästinensischer und israelischer Aktionen entwickelte eine

41 Vgl. Auszüge unter dem Stichwort »Military doctrine« in *Middle East Record 1968*, S. 411–413.

42 Merari/Elad, The International Dimensions, S. 19.

43 Siehe William V. O'Brien, Israel's Counterterror Strategies, 1967–1987, *Middle East Review*, Bd. XX, Nr. 1 (Herbst 1987), S. 23–30.

44 Siehe Stephen Green, Living by the Sword: America and Israel in the Middle East, London 1988, S. 20–32, mit dem Beispiel der israelischen Angriffe auf das Bewässerungssystem vom East-Ghor-Kanal in Jordanien zwischen 1968 und 1970.

45 Habasch im Jahr 1969: »Das [israelische Überfälle] ist genau, was wir wollen. Diese Aktionen könnten die Chancen auf eine friedliche Lösung, die wir nicht akzeptieren können, schmälern.« Zit. n. Merari/Elad, The International Dimensions, S. 19.

46 Khaled, Mein Volk soll leben, S. 91.

Dynamik, von der der Libanon die folgenden zwei Jahrzehnte geplagt werden sollte.[47]

Wie zweischneidig diese Verwicklungstaktik war, zeigte sich noch deutlicher im September 1970 in Jordanien. Die PFLP hatte sich seit langem dafür ausgesprochen, dass König Hussein gestürzt und Amman in ein arabisches »Hanoi« umgewandelt werden sollte, um von dort aus das israelische »Saigon« in Tel Aviv zu erobern. Seit Ende 1967 hatten *Fedayin*-Gruppen aus und in Jordanien zunehmend ungestraft operiert. Ein labiles Gleichgewicht hatte sich eingestellt, das regelmäßig von einer Reihe gewaltsamer Auseinandersetzungen zwischen den Freischärlern und staatstreuen Teilen der jordanischen Armee erschüttert wurde, unterbrochen von wenig verlässlichen, in der Regel von der *Fatah* vermittelten Waffenstillstandsabkommen. Diese Spannungen wurden verschärft durch die israelischen Gegenangriffe, die Aktionen der PFLP und die einer undurchsichtigen Gruppierung namens *Bataillone des Sieges*. Sie kulminierten im Juni 1970 in einer Woche kriegsähnlicher Auseinandersetzungen.[48] In dieser brisanten Situation unternahm die PFLP ihre bislang spektakulärste Operation: Am 6. September entführte sie gleichzeitig drei Flugzeuge aus Westeuropa und flog zwei davon nach Dawson's Field in Jordanien und das dritte nach Kairo. Am 9. September wurde eine vierte Maschine entführt, kurz nach dem Start in Bahrain, und ebenfalls nach Dawson's Field geflogen.[49]

Das vorgebliche Ziel der Entführungen war es, die Freilassung zahlreicher Terrorverdächtiger zu erzwingen, die in Gefängnissen in Israel und Westeuropa einsaßen, aber letztendlich sollte zum einen die bedingte Zustimmung Jordaniens und Ägyptens zum Nahost-Plan des amerikanischen Außenministers William Rogers sabotiert und zum anderen eine palästinensische Revolution in Jordanien ausgelöst werden. Der PFLP-Sprecher Kanafani z. B. bezeichnete die Entführungen als »Schachzug einer Revolution, die aus dem Kreis auszubrechen versucht, in dem sie gefangen ist«.[50] Allerdings war die Operation, wie Kanafanis Nachfolger Abu-Sharif anmerkte, zugleich »der *bewusste* Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte«.[51] Das Geiseldrama löste in Jordanien einen offenen Bürgerkrieg aus und brachte den gesamten Nahen Osten an den Rand eines Krieges, weil Schritte Syriens und Iraks, militärisch in Jordanien zu intervenieren, ein militärisches Eingreifen der USA und Israels zu provozieren drohten. Arafat, der zunächst unglücklich über diese Entwicklung war, wurde von

47 Noam Chomsky argumentiert, es habe in den 1970er und 1980er Jahre eine breitere, analoge Konvergenz zwischen der Ablehnung einer Zweistaatenlösung durch Israel, die USA und den radikalen arabischen Staaten gegeben. Siehe Noam Chomsky, The Fateful Triangle: The United States, Israel and the Palestinians, London/Sydney 1983, S. 39–88. Patrick Seale, Asad: The Struggle for the Middle East, London 1990, S. 275, zählt 44 schwere israelische Angriffe auf Libanon zwischen Mitte 1968 und Mitte 1974, bei denen etwa 880 palästinensische und libanesische Zivilisten getötet worden seien; darüber hinaus sei »der Zusammenhalt der libanesischen Gesellschaft unterminiert und das Land auseinandergerissen« worden.

48 Die Meinungen zu den *Bataillonen des Sieges* gehen auseinander. Einige sehen sie als vom Palast unterstützte Gruppe und deren Anführer Tahir Dablan als jordanischen Agenten. Vgl. Kadi in Stetler (Hg.), Palestine, S. 139–140; Cooley, Green March, S. 103–104; Ijad, Heimat oder Tod, S. 113–114; Cobban, The Palestinian Liberation Organisation, S. 46–47. Andere sehen darin eine von Syrien gesponserte Gruppierung, die aus dem Bruch zwischen der PFLP und der PFLP-GC hervorging, und Dablan als ehemaligen syrischen Armeeoffizier. Siehe Amos, Palestinian Resistance, S. 85–87; Schiller, Palästinenser zwischen Terrorismus und Diplomatie, S. 366.

49 Die versuchte Entführung einer vierten Maschine, ein EL AL-Flug vom Flughafen Heathrow am 6. September, scheiterte. Entführer Patrick Arguello wurde getötet und Leila Khaled von der britischen Polizei verhaftet. Die am 9. September entführte Maschine war ein BOAC-Flug von Bombay nach London und lieferte die britischen Geiseln, die benötigt wurden, um Khaled freizupressen.

50 Kanafani in Stetler (Hg.), Palestine, S. 268–272, der auf drei Umstände zum Hintergrund hinweist: die Tatsache, dass der Rogers-Plan und das Einverständnis Ägyptens und Jordaniens damit »die Liquidierung unserer Bewegung voraussetzte«; die Notwendigkeit, »die Moral, die Kampfähigkeit unseres eigenen Volkes« zu erhöhen, indem die psychologische »Atmosphäre der palästinensischen Unterwürfigkeit« in den besetzten Gebieten ins Umgekehrte gewendet wurde; den Versuch, einen unvermeidlichen Angriff durch Jordanien zuvorzukommen, nachdem das Land bereits Überfälle auf Israel blockiert hatte.

51 Abu-Sharif/Mahnaimi, Mein Feind, Mein Freund, S. 113 (Hervorhebung TSR); Cooley, Green March, S. 112, zitiert einen anonymen Leutnant Arafats, der ihm sagte: »Habasch tut sein Möglichstes, um uns über den Abgrund zu stoßen. Wir sind noch nicht bereit für eine große Konfrontation mit dem König, aber es scheint so, als würden wir sie bekommen.« Siehe auch Ijad, Heimat oder Tod, S. 120.

Scanned by CamScanner

einer Welle allgemeiner arabischer Begeisterung für die Aktionen der PFLP mitgerissen, und am 10. September stimmte die PLO den Forderungen der PFLP zu. Vor diesem Hintergrund nutzten die Streitkräfte König Husseins die Gelegenheit, der *Fedayin*-Bewegung eine Reihe blutiger Niederlagen zuzufügen. Trotz der Unterzeichnung eines Friedensvertrags am 27. September in Kairo, dem Ende des Geiseldramas am 30. September und der Unterzeichnung eines weiteren Abkommens am 13. Oktober in Amman wartete die jordanische Armee nur auf den richtigen Moment und führte von März bis Juni 1971 einen Zermürbungsfeldzug gegen die letzten Widerstandsnester der *Fedayin* im Norden Jordaniens.[52]

In gewisser Hinsicht mögen die September-Entführungen die größte Stunde der PFLP gewesen sein, aber in anderer Hinsicht war es für die gesamte palästinensische Sache ein Rückschlag von wahrhaft historischen Ausmaßen. Die jordanische Monarchie wurde keineswegs gestürzt, sondern König Hussein ging aus diesen Vorgängen gestärkt und in seiner prowestlichen Neigung bestärkt hervor, und die Koordination der militärischen Vorbereitungen zwischen den USA und Israel zementierte ihre »besonderen Beziehungen«. Die *Fedayin*-Bewegung insgesamt musste schwere Verluste hinnehmen und wurde aus Jordanien vertrieben (daher der Name »Schwarzer September«), und die PLO wurde in Jordanien erst Ende 1978 wieder zugelassen. Durch die Verbote von Guerillaaktivitäten in Syrien und Ägypten war der Libanon jetzt das einzige Land, von dem aus direkte Operationen gegen Israel ungehindert unternommen werden konnten. Die dynamischen *Fedayin*-Gruppen waren in ihrer Autonomie, die sie seit 1967 erlangt hatten, nunmehr auf eine enge territoriale Basis beschränkt.

Die dritte hervorhebenswerte Eigenschaft der PFLP ist ihre dezidiert internationale Ausrichtung, die sich nicht nur in der breitangelegten Auswahl ihrer Ziele ausdrückte, sondern auch darin, dass sie sich selbst als integralen Bestandteil der weltweiten nationalen Befreiungsbewegungen wahrnahm.[53] Die Aktionen der *Fedayin* zogen die Neue Linke in Europa genauso in ihren Bann wie die Aktionen von Guerillagruppen in Südamerika oder die der *Vietcong* in Vietnam. Aufgrund der kolonialen Verbindungen zur arabischen Welt galt dies besonders für Frankreich, aber ab 1967 sprossen in zahlreichen europäischen Städten kleine Gruppierungen empor, die sich mit den Palästinensern solidarisierten.[54] Gleichzeitig

52 Nach den Bestimmungen des Abkommens von Amman hätten Habasch und Hawatmeh nach Jordanien zurückkehren können, allerdings unter der Bedingung, dass sie ihre Unabhängigkeit aufgegeben und sich verpflichtet hätten, innerhalb des Zentralkomittees der PLO zu agieren. Während Arafat sich bemühte, die Verbindungen mit Ägypten wiederherzustellen und weitere Provokationen, die erneute Aktionen der jordanischen Armee herausgefordert hätten, zu unterbinden suchte, weigerten sich Habasch und Hawatmeh, ihre radikale Haltung aufzugeben. Beim 8. PNC-Kongress in Kairo im März 1971 versuchten PFLP- and DPFLP-Führer ohne Erfolg eine Resolution verabschieden zu lassen, die hätte verkünden sollen, Jordanien sei ein Teil Palästinas. Gleichzeitig hielt sich die PFLP nicht an die Bedingungen des Waffenstillstands und setzte seine provokativen Aktionen innerhalb Jordaniens fort. Siehe Schiller, Palästinenser zwischen Terrorismus und Diplomatie, S. 364–367, und Salibi, The Modern History of Jordan, S. 240–241.

53 Im Gegensatz zu anderen Gruppen schreckte die PFLP nicht davor zurück, US-Interessen im Libanon, Jordanien und sogar Syrien anzugreifen. So sabotierte die PFLP am 30. Mai und erneut am 27. Oktober 1969 erfolgreich die Transarabische Pipeline (Tapline), die der Aramco gehörte und saudiarabisches Öl über Syrien zum libanesischen Hafen Sidon pumpte; diese Anschläge verursachten anhaltende Engpässe auf dem Ölmarkt im Mittelmeerraum.

54 Cooley, Green March, S. 186–188. Eine Schlüsselfigur in diesen Verbindungen scheint der französische Anwalt Jacques Vergès gewesen zu sein. Im September 1965 bat der algerische Außenminister Bouteflika Vergès, die Verteidigung des *Fedayin* Mahmoud Hidjazi zu übernehmen; dieser war während eines Kommandoangriffs am 8. Januar 1965 in Israel festgenommen worden. Nachdem er Mitgliedern der PLO-Führung in Beirut einen öffentlichen Besuch abgestattet hatte, wurde Vergès die Einreise nach Israel verweigert. Er flog dennoch demonstrativ nach Jerusalem, um am Verfahren seines Mandanten teilzunehmen, und mit entsprechender Medienaufmerksamkeit zurückgewiesen zu werden. Angeblich hat Vergès, als Redakteur der maoistischen Zeitschrift *Révolution*, 1967 Régis Debray nach Bolivien geschickt, um Ché Guevara zu suchen. Vergès verschwand von 1970 bis 1978, und Gerüchten zufolge verbrachte er einen Teil dieser Zeit mit dem Trainieren von palästinensischen Guerillas im Libanon. Siehe Magnus Linklater / Isabel Hilton / Neal Ascherson, The Fourth Reich: Klaus Barbie and the Neo-Fascist Connection, London u. a. 1984, S. 323; Karl Laske, Ein Leben zwischen Hitler und Carlos: François Genoud, Zürich 1996, S. 211–212.

konnten in der Diaspora die verschiedenen palästinensischen Fraktionen ungehindert agitieren und miteinander wetteifern. Den Rahmen dafür boten die Dachorganisationen *Generalunion Palästinensischer Studenten* (GUPS) und *Generalunion Palästinensischer Arbeiter* (GUPA), die in der Bundesrepublik nach dem Anschlag bei den Olympischen Spielen in München beide verboten wurden.[55]

Zwar waren die palästinensischen Guerillafraktionen sämtlich daran interessiert, das Propagandapotential zu nutzen, das sich durch die Zunahme des politischen Interesses ergab, aber im Großen und Ganzen verließen sie sich bei der Ausführung ihrer internationalen Anschläge ausschließlich auf ihre eigenen palästinensischen und arabischen Rekruten – eine Maßnahme, die zweifellos die Sicherheit und Kontrollierbarkeit ihrer Operationen garantieren sollte.[56] Anders die PFLP, die für ihre Aktionen in Westeuropa einzelne Leute aus dem Westen rekrutierte, wobei es sich zu Beginn offensichtlich um Ad-hoc-Entscheidungen handelte. Der Schweizer Bruno Breguet z. B. wurde am 23. Juni 1970 im Hafen von Tel Aviv verhaftet, weil Sprengstoff und Zündkapseln bei ihm gefunden wurden, als er von Bord eines Schiffes aus Venedig ging. Breguet behauptete, er sei im Februar 1970 aus eigenem Antrieb nach Beirut gereist und habe dort Haddad kennen gelernt, der ihm für den Transport von Sprengstoff für die PFLP 5000 US-Dollar angeboten habe. Er habe den Sprengstoff entweder an einen PFLP-Mann in Tel Aviv übergeben oder ihn im Bürohochhaus Migdal Shalom deponieren und die örtliche Presse verständigen sollen.[57] Ein weiteres Beispiel ist der in den USA eingebürgerte Nicaraguaner Joseph Arguello, der am 6. September 1970 von israelischen Sicherheitsbeamten getötet wurde, als er zusammen mit Leila Khaled von der PFLP erfolglos versuchte, auf dem Flughafen Heathrow eine ELAL-Maschine zu entführen. Arguello hatte zunächst an der University of California in Los Angeles studiert, sodann ein Fulbright-Stipendium in Chile bekommen und war schließlich Anfang 1970 nach Genf gegangen, um Französisch zu lernen. Dort war er von der PFLP eingeladen worden, im Sommer eine »Studienreise« nach Jordanien zu machen, und hatte sich der Gruppe angeschlossen.[58]

Ab 1971 wurden diese Neigungen der PFLP dadurch unterstrichen, dass sie in Paris eine ständige Zelle in Westeuropa unterhielt, die vom Algerier Mohammed Boudia geleitet wurde. Boudia war während des algerischen Unabhängigkeitskrieges von 1954 bis 1962 Sprengstoffexperte bei der *Front de Libération Nationale* (FLN) gewesen und nach der Zerstörung der Öllager von Mourepaine in Südfrankreich im August 1958 im Gefängnis gelandet. Nach dem Militärputsch des algerischen Verteidigungsministers Boumédienne am 19. Juni 1965 war Boudia nach Paris geflohen, wo sich die algerische Opposition im Exil befand, und war Manager am Théâtre de l'Ouest

55 Westdeutschland und insbesondere die Universität Stuttgart war in Europa in den 1950er und 1960er Jahren ein Zentrum der palästinensischen Aktivitäten. Vgl. Cooley, Green March, S. 90 f., sowie Janet Wallach / John Wallach, Jasser Arafat: Die Biographie, München 1994, S. 146. David Yallop, To the Ends of the Earth: The Hunt for the Jackal, London 1994, S. 311 f., behauptet, dass in den späten 1960er Jahren die Bundesrepublik den israelischen Geheimdienst Mossad mit Fotos und biografischen Details über die in Westdeutschland studierenden Palästinenser versorgte. »Mehr als 450 von den 500, die in Algerien ausgebildet wurden, bevor sie nach Gaza und ins Westjordanland zurückkehrten, um in diesem ›populärem Krieg‹ zu kämpfen; wurden aufgrund der mit Hilfe Westdeutschlands erhaltenen Daten eliminiert.«

56 Schiller, Palästinenser zwischen Terrorismus und Diplomatie, S. 285–287 und 394–395, argumentiert, dass mit dem Abflauen der internationalen Bewegung gegen den Vietnamkrieg die *Fedayin* als neuer »Interessenpol« oder als neues »Identifikationsmuster« für westliche Unterstützer der Befreiung der Dritten Welt gegen die US-Hegemonie erschien. Die verschiedenen palästinensischen Gruppen hätten bewusst undeutliche Äußerungen zu ihren ideologischen Positionen gemacht, um die europäische Neue Linke anzusprechen.

57 Siehe Colin Smith, Carlos: Portrait of a Terrorist, London 1976, S. 74, der Breguet als »Christopher Moreau« bezeichnet; Laske, Ein Leben zwischen Hitler und Carlos, S. 232–234; Internationales Komitee für die Befreiung von Bruno Breguet (Hg.), Dossier Bruno Breguet '70–'77 (o. O., o. J.). Breguet verbrachte sieben Jahre in israelischer Haft, bevor er am 24. Juli 1977 begnadigt wurde. Er war am 16. Februar 1982 zusammen mit dem RZ-Mitglied Magdalena Kopp in Paris festgenommen worden, als sie im Auftrag von Carlos Anschläge vorbereiteten.

58 Jörg Andreas Elten, Flugzeug entführt, München 1973, S. 127 f.; Smith, Carlos, S. 59 f.

Scanned by CamScanner

geworden.[59] Am 11. bzw. 12. April 1971 wurden fünf französische Staatsangehörige, darunter Evelyne Barges, nach ihrer Landung auf dem Flughafen Lod von den israelischen Behörden festgenommen. In ihrem Gepäck fand man Sprengstoff und Bombenteile. Man sprach offiziell von einer französischen PFLP-Zelle (dem sogenannten »Osterkommando«). Barges soll zugegeben haben, dass alle Mitglieder in Paris von Boudia rekrutiert worden seien und dass die Bomben große Hotels in Tel Aviv hätten treffen sollen, um der israelischen Tourismusindustrie zu schaden.[60] Obwohl die Gruppe den Darstellungen der Presse zufolge ziemlich naiv vorgegangen ist, wird allgemein davon ausgegangen, dass Barges selbst an einem früheren Anschlag auf eine Ölraffinerie in Rotterdam beteiligt war.[61] Inwiefern die Anschläge der PFLP in Westeuropa vor 1971 auf eine feste Organisationsstruktur zurückzuführen sind, ist eine offene Frage.[62]

In den späten 1960er und frühen 1970er Jahren baute die PFLP Kontakte zu mehreren anderen nationalen Guerilla- und Terrorgruppierungen auf, von denen einige politische Erben der BAN und ihrer Verbindungen in den Südjemen waren:

- die *Volksfront zur Befreiung des besetzten arabischen Golfs* (FLOAG), entstanden im September 1968 aus der *Befreiungsfront von Dhofar* (DLF);
- die *Befreiungsfront von Eritrea* (ELF) in Äthiopien;
- die säkulare iranische marxistisch-leninistische *Organisation der Volksfedayin-Guerillas* (OIPFG) und die islamische *Mujahedin e-Khalq Organisation* (MKO);[63]
- die *Volksfront zur Befreiung der Türkei* (TPLF) und die *Befreiungsarmee des türkischen Volkes* (TPLA), beides Ableger der studentischen Gruppe *Dev Genç* (Revolutionäre Jugend);
- die *Japanische Rote Armee* (JRA) sowie späte Überreste der *Vereinigten Roten Armee* (URA), die dem radikalen Klima der Studentenrevolte in den späten 1960er Jahren entsprungen war. Die erste internationale Aktion der JRA war vom 30. März bis zum 1. April 1970 die Entführung einer JAL-Maschine, die sich auf einem Inlandsflug befunden hatte, nach Nordkorea. Anscheinend hoffte man, dass Nordkorea die Gruppe ausbilden und ihr eine internationale Basis zur Verfügung stellen würde, was sich allerdings nicht erfüllte. Bisherige Darstellungen beschreiben zwei Wege, wie die Beziehungen zwischen der JRA und der PFLP ent-

---

59 Stewart Steven, The Spymasters of Israel, New York 1980, S. 242; Laske, Ein Leben zwischen Hitler und Carlos, S. 221. Christopher Dobson / Ronald Payne, The Carlos Complex: a Pattern of Violence, London etc. 1977, S. 26–28, schreiben, dass die europäische Zelle von Boudias »Stellvertreter« Mahmoud Hamshari geleitet wurde; zu der Gruppe zählten die algerischen Brüder Mohamed und Amin Ben Mansour, die beide als Techniker fungierten. Vgl. auch Meier, Carlos: Demaskierung eines Topterroristen, S. 56–63. Laske, Ein Leben zwischen Hitler und Carlos, S. 223, behauptet, Haddad hätte 1968 »eine Auslandsabteilung« oder eine »wahre ›Fremdenlegion‹«, bestehend aus Holländern, Westdeutschen, Südamerikanern, Ägyptern und Algeriern, ausgebildet und als PFLP-Mitglieder aufgenommen. Diese Zeitangabe scheint allerdings um zwei Jahre zu früh zu sein.

60 Cooley, Green March, S. 189–190; Christopher Dobson, Black September: Its Short and Violent History, London 1974, S. 146–147; Steven, The Spymasters, S. 255–257; Michael Bar-Zohar / Eitan Haber, The Quest for the Red Prince, London 1983, S. 184–186.

61 Dobson, Black September, S. 140. Smith, Carlos, S. 78 f., schreibt, dass Barges im Sommer 1970 von der PFLP in Jordanien ausgebildet worden sei und die Flugtickets für die Entführungen des 6. September 1970 gekauft hätte. Steven, The Spymasters, S. 255, beschreibt Barges als »marxistischen Intellektuellen mit engen Verbindungen zu der Baader-Meinhof-Bande in Deutschland und einen, der bekanntlich an zahlreichen Entführungen und terroristischen Aktivitäten in Europa beteiligt gewesen ist«.

62 Die PFLP bekannte sich zu zwei Bombenanschlägen in London (eine Filiale des Kaufhauses Marks & Spencer und die Niederlassung einer israelischen Reederei) am 18. Juli und 25. August 1969 und zu Handgranatenangriffen auf ein EL AL-Büro in Brüssel sowie auf die israelischen Botschaften in Bonn und Den Haag am 8. September 1969. Im Dezember 1969 wurden zwei englische Söldner in London festgenommen, die man beschuldigte, im Auftrag der PFLP eine EL AL-Maschine am Flughafen Heathrow in die Luft sprengen zu wollen. PFLP-Angriffe im Jahr 1970 konzentrierten sich auf Jordanien und den Libanon.

63 Ervand Abrahamian, The Iranian Mojahedin, New Haven / London 1989, S. 126–169, und Maziar Behrooz, Rebels with a Cause: The Failure of the Left in Iran, London / New York 2000, S. 43–94. Amos, Palestinian Resistance, S. 239–240, behauptet, die OIPFG hätte Kontakte zur PFLP und die MKO Verbindungen zur *El Fatah* gehabt.

standen sind. Einerseits wird behauptet, Habasch selbst habe die JRA-Entführer bei einem Besuch in Nordkorea kennen gelernt.[64] Der zweiten Version zufolge reiste ein Abgesandter der PFLP, der nur »Bassam« genannt und als Iraker beschrieben wird und später die PFLP-Aktivistin Leila Khaled heiratete, 1970 nach Tokio und kontaktierte die JRA.[65] Formell bestätigt wurden diese Kontakte, als das JRA-Mitglied Fusako Shigenobu sich im Februar 1971 von Japan aus in den Nahen Osten aufmachte, begleitet von der Ärztin Takako Nobuhara und einem Team aus acht Krankenschwestern, die Arbeit in Beirut annahmen.[66] Im Herbst 1971 erhielt Kozo Okamoto (der Bruder des JAL-Flugzeugentführers Takeshi Okamoto) einen Anruf von der JRA mit der Bitte, er möge an der Kagoshima-Universität eine öffentliche Vorführung eines Propagandafilms mit dem Titel »Kriegserklärung der Roten Armee und der PFLP an die Welt« arrangieren.[67] Im September wurde er dann zu einem militärischen Training nach Beirut eingeladen. Das Geld für die Reise bekam er von Himori Takao, einem JRA-Mann, der kurz zuvor aus Beirut zurückgekehrt war. Als er Ende Februar 1972 in Beirut ankam, wurde Okamoto gemeinsam mit den anderen Männern, die am 30. Mai 1972 den Anschlag auf den Flughafen von Lod verüben sollten, sieben Wochen lang in Baalbek von der PFLP trainiert.[68]

Es kursieren Behauptungen, dass die PFLP finanziell von Giangiacomo Feltrinelli unterstützt wurde, einem Millionär und Verleger der italienischen Linken.[69] Anderen Gerüchten zufolge soll die PFLP Verbindungen zum belgischen Rechtsextremen Jean-François Thiriart und zur Gruppe *Paladin* in Spanien unterhalten haben, einer paramilitärischen, düsteren Söldnertruppe aus unverbesserlichen Altnazis.[70] Weniger auf Hörensagen und mehr auf Fakten gründet sich der Fall des Schweizer Altnazis François Genoud, eines ehemaligen Bankiers für die algerische FLN, der enge Kontakte zu Haddad und Boudia unterhielt sowie später zu Carlos. Genoud organisierte nicht nur die Verteidigung der PFLP-Leute, die nach dem Anschlag auf eine EL AL-Maschine am 18. Februar 1969 verhaftet wurden, und später die Verteidigung Breguets in Israel, sondern war nach eigener Aussage

64 Christian Müller, Japans linksradikale Ronin, in: Neue Zürcher Zeitung (Hg.), Blutspur der Gewalt: Bilanz eines Jahrzehntes des Terrorismus, Zürich 1980, S. 108–118, S. 109; er datiert den Besuch Habaschs auf 1971; Amos, Palestinian Resistance, S. 251 und FN 201, S. 429.

65 Eric Marsden, Andrew Hale et al., Four Lost Chances to Foil Lydda Assassinations, *Sunday Times* vom 4. Juni 1972; Dobson, Black September, S. 80–81. Beide Darstellungen basieren auf Einzelheiten, die JRA-Mitglied Kozo Okamoto den israelischen Vernehmungsbeamten nach dem Angriff auf den Flughafen Lod am 30. Mai 1972 verriet. Weißer Kreis, *Der Spiegel* vom 5. Juni 1972, 26. Jg., Nr. 24, S. 82–85; auf S. 82 heißt es, die JRA hätte 1971 ein PFLP-Mitglied namens Dijiro über das arabische »Boykottbüro« in Tokio kontaktiert und Khaled wäre später selbst nach Tokio gereist.

66 Weißer Kreis (1972), S. 82. William R. Farrell, Blood and Rage: The Story of the Japanese Red Army, Lexington/Toronto 1990, S. 123–124, schreibt, sie wäre mit Takeshi Okudaira unterwegs gewesen, den sie geheiratet hätte, um ihren Namen ändern zu können. Müller, Japans linksradikale Ronin, S. 112, berichtet, dass Takeshi Okudaira und andere JRA-Mitglieder bei ihrer Ankunft in Beirut bereits zur Ausbildung dort gewesen seien und dass sie später geheiratet hätten. Es wird oft behauptet, Shigenbou habe eine Liebesaffäre mit Habasch gehabt. Siehe z. B. Farrell, Blood and Rage, S. 106. Smith, Carlos, S. 114, verweist auf angebliche Witzbolde innerhalb der *El Fatah*, die das Gerücht verbreitet hätten, Habaschs Herzleiden, das 1974 und 1975 in Bagdad behandelt wurde, sei auf diese Affäre zurückzuführen.

67 Four Lost Chances to Foil Lydda Assassinations (1972) datiert den Film auf Oktober 1971. Farrell, Blood and Rage, S. 131 und 137, berichtet, Okamoto habe auch eine Gruppe eskortiert, zu der ein Palästinenser gehört hätte; der Film sei in Beirut von Shigenobu und einem unabhängigen japanischen Filmemacher gedreht worden.

68 Farrell, Blood and Rage, S. 133–135.

69 Claire Sterling, Das internationale Terror-Netz: Aufbau, Organisationen, Finanzierung, Aktion, Bern/München 1981, S. 46 und 49–50. Sterlings Buch wird meist als krudes Propagandamachwerk des Kalten Krieges betrachtet, aber dieselbe Behauptung findet sich auch in Publikationen aus dem Ostblock. Siehe Thomas Falkner, Terrorismus-Report: Rom, Stockholm, Beirut und andere Schauplätze, Leipzig u. a. 1989, S. 61.

70 Martin Lee, The Beast Awakens: The Chilling Story of the Rise of the Neo-Nazi Movement, London 1997, S. 182–183 und 185 f. Für Hintergrundinformationen siehe Kapitel 2 der unveröffentlichten Dissertation von Jeffrey McKenzie Bale aus dem Jahr 1994: The »Black« Terrorist International: Neo-Fascist Paramilitary Networks and the »Strategy of Tension« in Italy, 1968–1974, Michigan: Ann Arbor 1996.

Scanned by CamScanner

an der Planung und Ausführung der Entführung einer Lufthansa-Maschine am 22. Februar 1972 beteiligt. Laut Abu-Sharif hat Genoud »der Operationsebene in Europa mit Wadi Haddad eine strategische Dimension verliehen«.[71] Genouds Werdegang gibt einen Hinweis darauf, wie schwer es ist, eine eindeutige Zuordnung der PFLP im Sinne des üblichen politischen Schemas von »links« und »rechts« vorzunehmen.

Die PFLP von 1971/72 – zwei offene Fragen

Das Jahr 1971 brachte einen dramatischen Rückgang der Aktionen, die der PFLP zugeschrieben wurden. Die wenigen, die zu verzeichnen waren, wurden überwiegend von Boudias Pariser Zelle oder von anderen internationalen Gruppen im Umkreis der PFLP durchgeführt.[72] Dies könnte ein Hinweis auf die Verluste sein, die der PFLP und anderen Gruppierungen in Jordanien zugefügt wurden. Es könnte aber auch auf eine Zusammenarbeit der PFLP mit der *Fatah*-Terrorgruppe *Schwarzer September* hindeuten.

In der allgemeinen Krisenstimmung nach dem »Schwarzen September« von 1970 und aufgrund der Vertreibung aus Jordanien drangen die Radikalen in der *Fatah* auf Rache. Um zu beweisen, dass sie nach wie vor voll handlungsfähig sei, so ihr Argument, müsse die *Fatah* eine neue Front gegen Israel eröffnen und sich auf internationale Terrorakte verlegen.[73] Nach Auffassung der moderaten *Fatah*-Führer um Arafat ging es jetzt darum, so viel Rückhalt bei den arabischen Staaten zu erlangen, dass man ein Veto einlegen könne, sobald irgendein arabisches Land versuche, einen Separatfrieden mit Israel zu schließen. Angesichts des ausgeprägt radikalen Klimas wollten sie jedoch keinesfalls eine Spaltung riskieren und duldeten daher die Gründung der neuen Gruppierung. Obwohl sich der *Schwarze September* auf die Ressourcen des internationalen Geheimdienstes der *Fatah* stützte, des *Jihaz al Razd* (»Observationsapparat«), waren ihre Aktionen angeblich unabhängig von denen der *Fatah* – eine Ausrede, mit der sich die Führung um Arafat verständlicherweise davor schützen wollte, mit diesen Aktionen in Verbindung ge-

---

71 Laske, Ein Leben zwischen Hitler und Carlos, S. 222–243, hier S. 241. Siehe auch »Die Geheimschätze des Banquiers Genoud«, wieder abgedruckt in Les Dossier du Canard: Sonderfall. Basel 1990, S. 108–115; hier wird behauptet, Genouds Tochter hätte ein später im Libanon getötetes PFLP-Mitglied geheiratet. Die Behauptungen über Genoud sind jedoch mit Vorsicht zu bewerten. So zirkulierten z. B. kurz nach den Anschlägen des 11. September 2001 Pressemeldungen, nach denen Genoud (zu diesem Zeitpunkt schon lange tot) ein enger Freund und der Bankier der Familie Bin Laden gewesen sein soll; ferner sollen von ihm eingerichtete Bankkonten verwendet worden sein, um vor den Angriffen mit Aktien der American Airlines und der US Airlines zu spekulieren. Vgl. Mathias Bröckers, Verschwörungen, Verschwörungstheorien und die Geheimnisse des 11. 9., Frankfurt am Main 2003, S. 108–109.

72 Drei Öltanks auf dem Gelände einer Raffinerie der Firma Gulf Oil in Rotterdam wurden am 14. März 1971 von Boudias Zelle in die Luft gesprengt; am 11. und 12. April 1971 wurde das »Osterkommando« in Israel festgenommen; am 23. Mai 1971 wurde der israelische Konsul in Istanbul von der TPLF entführt und später getötet; am 11. Juni 1971 attackierte entweder die ELF oder die PFLP einen israelischen Öltanker in der Straße von Bab el Maneb. Die einzigen »inländischen« Aktionen waren anscheinend die versuchte Entführung eines Israeli auf einer Insel vor der südlibanesischen Küste am 15. Januar, die einen Angriff israelischer Hubschrauber und Marinekräfte gegen einen palästinensischen Stützpunkt in Sarafand provozierte, und die PFLP-Entführung eines Anführers der loyalistischen jordanischen Studentengruppen *Tanzim* in Beirut im Juli, während der letzten Angriffe der jordanischen Armee. Diese Geisel wurde nach einer persönlichen Intervention des libanesischen Präsidenten Suleiman Frangieh freigelassen.

73 Zum abnehmenden Erfolg der *Fedayin*-Aktivitäten der *El Fatah* in den besetzten Gebieten im Zeitraum 1972/1973 vgl. Shemesh, The Palestinian Entity, S. 261–263, der argumentiert, diese Tatssache, und nicht der Rauswurf aus Jordanien, sei der Grund für die Verlagerung der Schwerpunktsetzung der *El-Fatah*-Aktionen im Ausland.

74 Dobson, Black September, S. 47–54, 78; Ijad, Heimat oder Tod, S. 143–144; Pless, Geblendet, S. 68–70. Patrick Seale, Abu Nidal: A Gun for Hire, New York 1992, S. 84–85, beschreibt den *Schwarzen September* als eine »Meuterei«, die die *El-Fatah*-Führung politisch decken musste, in dem Bemühen, die Kontrolle wiederzuerlangen. Abdallah Frangi, PLO und Palästina: Vergangenheit und Gegenwart, Frankfurt am Main 1982, S. 167, schreibt: »Der ›Schwarze September‹ war keine festgefügte Organisation. Es war eine lose Vereinigung von Feddayin aus *allen* palästinensischen Organisationen.« (Hervorhebung TSR) Cobban, The Palestinian Liberation Organisation, S. 54–55, sieht in den Aktionen des *Schwarzen September* den Versuch, die Ressourcen des israelischen Geheimdienstes zu binden, während *El Fatah* die eigene, schwerbeschädigte Guerilla in Li-

bracht zu werden.[74] Anfänglich nahm der *Schwarze September* vor allem Jordanien ins Visier, wie beim ersten Anschlag, der Ermordung des jordanischen Präsidenten Wasfi el-Tell in Kairo. Daneben verübte er bis 1973 aber auch eine Reihe spektakulärer Anschläge gegen israelische und internationale Ziele.

In zahlreichen Darstellungen wird festgestellt, dass sich die Aktionen des *Schwarzen September* und seiner späteren Abspaltungen mit denen der PFLP überschnitten hätten, meist verbunden mit der Behauptung, dass Boudias Pariser Zelle zugleich Teil der Logistik des *Schwarzen September* war.[75] Die Anschlagsserie in Westeuropa von Ende 1971 bis Anfang 1973 wird daher von einigen Beobachtern dem *Schwarzen September* zugeschrieben, während andere die Pariser Gruppe um Boudia dafür verantwortlich machen oder eine Mischung aus beiden. Als Beweis für eine Allianz der beiden Gruppierungen wird häufig eine angebliche »Konferenz internationaler Terroristen« angeführt, die Mitte Mai 1972 im von der PFLP kontrollierten Flüchtlingslager Baddawi außerhalb von Tripolis im Libanon stattgefunden haben soll, mit einer wahrhaft phantastischen Liste von teilnehmenden Terrorgruppen, die sich auf eine Abstimmung ihrer Aktionen geeinigt haben sollen.[76] Die Angaben zu dieser Konferenz sind ziemlich unpräzise und verworren, und dass dies eine attraktive Möglichkeit darstellt, komplexe, undurchsichtige oder auch nicht vorhandene Verbindungen zu erklären, ist offensichtlich. Das deutet darauf hin, dass die Konferenz ganz oder teilweise ein Ergebnis von Desinformation sein könnte. Jedenfalls findet sich in der deutschen Forschungsliteratur bis heute keinerlei Hinweis darauf, dass die RAF oder die RZ an dieser Konferenz oder an einer vergleichbaren Veranstaltung teilgenommen hätten.

Vielleicht werden die Aktionen des *Schwarzen September* und der PFLP auch deshalb miteinander in Verbindung gebracht, weil von der Serie von Attentaten, mit der israelische Geheimdienste auf den Anschlag des *Schwarzen September* bei den Olympischen Spielen in München vom 5. September 1972 reagierten, auch die PFLP betroffen war.[77] Am 6. April 1973 wurde Dr. Basil al-Qubaysi, Professor an der

---

banon wieder aufbaute; außerdem ging es darum, im Vorfeld des arabisch-israelischen Krieges vom Oktober 1973 die Aufmerksamkeit Israels von den militärischen Vorbereitungen in Ägypten und Syrien abzulenken. Merari/Elad, The International Dimensions, S. 23, vertreten die Ansicht, die PFLP hätte den internationalen Terrorismus als integralen Bestandteil des bewaffneten Kampfes angesehen, während der Führer des *Schwarzen September*, Abu Ijad, dies als einen vorübergehenden Ersatz für andere Strategien betrachtet hätte, die *El Fatah* in den frühen 1970er Jahren noch nicht in der Lage war zu verwirklichen.

75 Etwa Cooley, Green March, S. 123–124; Dobson, Black September; Amos, Palestinian Resistance, S. 222 und 224; Bar-Zohar/Haber, The Quest, S. 115–116 und 187. Siehe jedoch auch Pless, Geblendet; Steven, The Spymasters, S. 260; Schiller, Palästinenser zwischen Terrorismus und Diplomatie, S. 403; Bar-Zohar/Haber, The Quest, S. 103 und 110 (die sich selbst scheinbar widersprechen). Sie schreiben, der *Schwarze September* sei ja gerade deshalb gegründet worden, weil man in der PFLP die Initiative ergreifen und die Militanten innerhalb der *El Fatah* daran hindern wollte, zu der eher auf Aktionen ausgerichteten PFLP überzulaufen.

76 Die Liste schließt den *Schwarzen September*, die PFLP, die TPLA, die *Iranian Liberation Front*, die *Black Panthers*, die *Irish Republican Army*, die RAF, die italienischen *Roten Brigaden*, die *Tupamaros* aus Uruguay und die IRA mit ein. Dobson/Payne, The Carlos Complex, S. 22, und Schiller, Palästinenser zwischen Terrorismus und Diplomatie, S. 414, berichten von der Anwesenheit Andreas Baaders. Nach Wilhelm Dietl, Die Agenten des Mossad: Operation Roter Prinz, Düsseldorf u. a. 1992, S. 141, waren auch die RZ vertreten. Erich Follath, Das Auge Davids: Die geheimen Kommando-Unternehmen der Israeli, Hamburg 1983, S. 146–147, verortet das Treffen in El Badawi in der Libyschen Wüste und behauptet, Haddad habe hier Carlos dem RZ-Mitglied Wilfried Böse vorgestellt.

77 Es wird angenommen, dass die israelischen Einheiten, die diese Attentate verübten haben – teilweise bekannt unter den Namen *Rache Gottes* –, nach der Ermordung des Brüsseler Mossad-Chefs Baroukh Cohen in Madrid am 26. Januar 1973 ihre Operationen zu überdenken begannen. Beendet wurden sie, nachdem am 21. Juli 1973 sechs Mitglieder eines Mossad-Teams verhaftet wurden, weil sie im norwegischen Lillehammer einen marokkanischen Kellner erschossen hatten, den sie irrtümlich für den Führer des *Schwarzen September* und späteren Sicherheitschef von *El Fatah*, Ali Hassan Salameh (Abu Hassan), hielten. Vgl. David B. Tinnin / Dag Christensen, The Hit Team, New York 1977; George Jonas, Die Rache ist unser: Ein israelisches Geheim-Kommando im Einsatz, München 1984; Aaron J. Klein, Die Rächer: Wie der israelische Geheimdienst die Olympia-Mörder von München jagte, München 2006. Die Darstellung von Jonas liest sich eher wie ein Roman und enthält die Behauptung, dass einer der westeuropäischen Kontakte der Gruppe ein Baader-Meinhof-Mitglied namens Andreas aus Frankfurt am Main gewesen sein soll.

Scanned by CamScanner

American University in Beirut und einer der Honoratioren der PFLP, in Paris erschossen.[78] In der Nacht zum 10. April 1973 unternahm ein israelisches Kommando in Beirut bei der »Operation Frühling der Jugend« zeitgleich Angriffe auf die Hauptquartiere der PLO, der PFLP und der DPFLP in der Stadt.[79] Am 28. Juni 1973 starb Mohammed Boudia bei der Explosion einer Autobombe in Paris. Und schließlich zwangen israelische Kampfjets am 10. August 1973 im Luftraum des Libanon eine arabische Passagiermaschine, in Israel zu landen, weil sie fälschlicherweise glaubten, Habasch oder Haddad seien an Bord des Flugzeugs. Möglich, dass dieser Feldzug Israels gegen den *Schwarzen September* teilweise eine Fortsetzung früherer Aktionen gegen die PFLP war, die den gemeinsamen Anschlag von PFLP und JRA auf den Flughafen von Lod vom 30. Mai 1972 vergelten sollten. Am 8. Juli 1972, lange vor dem Anschlag auf die israelische Mannschaft bei den Olympischen Spielen in München, wurde der palästinensische Intellektuelle und Sprecher der PFLP, Ghassan Kanafani, in Beirut von einer Autobombe getötet, die nach gängiger Auffassung vom Mossad gelegt wurde. Am 19. Juli wurde Anis Sayegh, ein ranghohes PLO- und PFLP-Mitglied, von einer Paketbombe verletzt, und am 25. Juli 1972 wurde der Stellvertreter Kanafanis, Abu-Sharif, von einer Paketbombe verstümmelt.

Eine weitere offene Frage ergibt sich aus der Tatsache, dass sich bei PFLP-Aktionen 1972 eine einschneidende Veränderung beobachten lässt. Am 22. Februar 1972 entführte die PFLP eine Lufthansa-Maschine, die sich auf dem Weg von Neu-Delhi nach Athen befand, und zwang sie zur Landung in Aden im Südjemen. Anstatt für die Freilassung der Geiseln die üblichen Bedingungen zu stellen, wie die Freilassung von Gefängnisinsassen, erpresste des Kommando von der Lufthansa ein Lösegeld von fünf Millionen US-Dollar.[80] Obwohl verschiedentlich behauptet wird, dass mehrere Fluggesellschaften im Westen und im Nahen Osten »Schutzgeld« an andere palästinensische Gruppierungen bezahlt haben, scheint lediglich Haddad Operationen unternommen zu haben, bei denen offen Bargeld gefordert wurde. Wie es heißt, haben es andere Gruppierungen sogar abgelehnt, Geld anzunehmen, weil das unter ihrer politischen Würde war.[81]

Dann, am 30. Mai 1972, stiegen drei Mitglieder der JRA auf dem Flughafen von Lod in Tel Aviv aus einer Air-France-Maschine aus, töteten im Terminal kaltblütig 26 Menschen und verletzten 76 weitere. Die Maschinengewehre und Handgranaten waren in ihrem Gepäck versteckt gewesen.[82] Zwei der Terroristen, Takeshi Okidoro und Yasuiki Yashuda, starben, der dritte, Kozo Okamoto (der Bruder des JAL-

78 Bar-Zohar/Haber, The Quest, S. 156, berichten, al-Qubaysi hätte 1956 versucht, den irakischen König Faisal zu töten, und sei danach nach New York geflohen. Sie bezeichnen ihn als hochrangiges Mitglied der PFLP und vom *Schwarzen September*.

79 Drei Mitglieder der *El-Fatah*-Führung, die angeblich auch dem *Schwarzen September* angehörten, wurden getötet: der Führer des *Schwarzen September* Mohammed Yousef Najjir (Abu Youssef), PLO-Sprecher Kamal Adwan und der palästinensische Dichter Kamel Nasser, angeblich Najjirs Stellvertreter. Nach Pless, Geblendet, S. 149–150, wurden bei dem Überfall genau jene Männer getötet, »die sich gegen die Aktion des Schwarzen September ausgesprochen hatten«. Zuvor, am 20. oder 21. Februar 1973, hatte ein israelisches Kommando PLO- und PFLP-Ziele in den Flüchtlingslagern Baddawi und Nahr al-Bard außerhalb von Tripolis getroffen, aber hier sind die Daten und die Details besonders unsicher, möglicherweise weil es eine Verbindung gibt zwischen diesen Überfällen und dem israelischen Abschuss eines libyschen Zivilflugzeugs über der Sinaiwüste am 21. Februar, bei dem 100 Passagiere starben. Siehe Green, Living by the Sword, S. 63–80.

80 Nicht nur Genouds Rolle in dieser Entführung ist merkwürdig. Trotz der wiederholten Forderung der PFLP, Sirhan B. Sirhan freizulassen, hat die Kommandotruppe anscheinend nicht bemerkt, dass der 19-jährige Sohn des ermordeten Robert Kennedy unter ihren Geiseln war. Siehe Dobson, Black September, S. 60–61; Livingston/Halevy, Inside the PLO, S. 205–206; Yallop, To the Ends of the Earth, S. 76. Nach Darstellung von William Stevenson / Uri Dan, 90 Minuten in Entebbe, Frankfurt am Main u. a. 1976, S. 61–62, waren die westdeutschen Geheimdienste davon überzeugt, dass ihre israelischen Kollegen die Entführung geplant hatten.

81 In der Erklärung des *Schwarzen September* wurde behauptete, sie hätten das während des Angriffs auf die israelische Olympia-Mannschaft gemachte Angebot der Bundesrepublik, ein Lösegeld in »unbegrenzter Höhe« zu zahlen, abgelehnt, weil sie »weder Straßenräuber noch Diebe« seien. Vgl. Der »Schwarze September« erklärt seine Aktion, in: *Antiimperialistischer Kampf*, Nr. 6, *Schwarzer September* (1973), S. 28–31.

82 Einige Autoren verweisen darauf, dass der brutale Anschlag insofern eine merkwürdige Wendung enthielt, als viele der Ermordeten weder Israelis noch Juden waren, sondern christliche Pilger aus Puerto Rica. Allerdings hat die PFLP

Flugzeugentführers Takeski Okamoto), konnte festgenommen werden. Die PFLP übernahm die Verantwortung für den Anschlag, der als Racheakt für die Ereignisse des 9. Mai 1972 bezeichnet wurde. An jenem Tag hatte ein israelisches Kommando eine Maschine der belgischen Sabena gestürmt, die vom *Schwarzen September* nach Lod entführt worden war, und zwei der vier Terroristen erschossen.[83] Wahrscheinlich spielt der PFLP-Mann »Samir« auf das Blutbad von Lod an, wenn er feststellt, die Maßnahmen Israels und der USA hätten nach einer Reihe erfolgreicher Operationen die PFLP und andere Gruppierungen gezwungen, sich auf die »Sonderkategorie« der »Gewaltoperationen« oder »entschlossenen Verzweiflungsoperationen« zu verlegen, die er mit der Tat des blinden Samson vergleicht, der »den Tempel über sich selbst und seinen Feinden zum Einsturz brachte«.[84]

Diese beiden Aktionen geben nicht nur Hinweise auf Überschneidungen bei den Aktionen der PFLP und des *Schwarzen September* im Laufe des Jahres 1972, sie waren auch entscheidend für eine weitere Spaltung der PFLP im März 1972. Die widersprüchlichen Berichte über diese Spaltung sind schwer miteinander in Einklang zu bringen.

Die »Außenoperationen« der PFLP waren schon immer die strategische Domäne Haddads gewesen.[85] Als Haddad eingangs seine Strategie formuliert hatte, so Abu-Sharif, war Habasch gezwungen gewesen, »den schlauen Kuckuck« im Nest zu akzeptieren, hatte aber darauf bestanden, dass »die PFLP einen Anflug von Rot beibehielt, dass sie ihr linkes Bekenntnis gegen jede potentielle Bedrohung von innen bewahrte. [...] Die PFLP hatte nun einen inneren Konflikt, der sich bald zu einer bitteren persönlichen Rivalität zwischen Habasch und Haddad auswachsen sollte.

---

dabei Israel möglicherweise erheblich härter getroffen, als Israel bereit war einzugestehen. Peggy Mann, Golda: the Life of Israel's Prime Minister, New York 1974, S. 242, benennt als ein Opfer Dr. Ahron Katzir (ehemals Katchalsky), »einer von Israels brillantesten und beliebtesten Wissenschaftlern«; Dobson, Black September, S. 79, bezeichnet den ermordeten Wissenschaftler als »eine Koryphäe auf dem Gebiet der Biophysik«; Steven, The Spymasters, S. 261, nennt Katzir einfach »einen Wissenschaftler von internationalem Rang«; Bar-Zohar/Haber, The Quest, S. 117, erwähnt ihn als »internationale Koryphäe auf dem Gebiet der Polymerchemie und engen Freund von David Ben-Gurion«. Tatsächlich war Katzir als Kernphysiker Leiter der atomaren Wiederaufbereitungsanlage Dimona und zum Zeitpunkt seines Todes »eine der treibenden Kräfte des damals florierenden israelischen Atomwaffenprogramms«. Siehe Seymour M. Hersh, The Samson Option: Israel's Nuclear Arsenal and American Foreign Policy, New York 1993, S. 26, 205, 218.

83 Operation Dier Yassin, erstes Kommuniqué (Auszüge), in: *Palästina* (1974), S. 49–50. Die Sabena-Entführung wird meist dem *Schwarzen September* zugeschrieben. Steven, The Spymasters, S. 260, schreibt, dass die Israelis auch Ali Shafik Ahmed Taha (Captain Rafat) getötet hätten. Dieser Mann hätte nicht nur diese Entführung geleitet, sondern auch mindestens eine andere Flugzeugentführung für die PFLP verübt sowie einen Bombenangriff auf ein EL AL-Büro in Brüssel (vermutlich den vom 8. September 1969). Yehuda Ofer, Operation Thunder: The Entebbe Raid, London 1976, S. 33, erwähnt ähnliche Einzelheiten, nennt den Mann jedoch Ali Abu Sneia. Bar-Zohar/Haber, The Quest, S. 6–7 und 15, bezeichnen Ali Abu Sanina (Captain Kamal Rif'at) als Anführer der ersten PFLP-Luftpiraterie am 23. Juli 1968 und der Entführung einer Lufthansa-Maschine am 22. Februar 1972. Ähnliche Details finden sich bei Livingston/Halevy, Inside the P.L.O, S. 204–206, über einen gewissen Ali Shafik Ahmed Taha (Captain Kamal Rafat); heißt es, er wäre zum Zeitpunkt der Lufthansa-Entführung Mitglied des *Schwarzen September* geworden. Okamotos Freilassung wurde vom Kommando des *Schwarzen September*, das am 5. September das olympische Dorf überfiel, ebenso wie von der Gruppe, die am 28. Dezember 1972 in der israelischen Botschaft in Bangkok Geiseln in ihre Gewalt brachte, gefordert. Den Berichten zufolge geisteskranke Okamoto wurde im Rahmen eines am 15. Mai 1985 beschlossenen, umfangreichen Gefangenenaustausches zwischen Israel und Jibrils PFLP-GC freigelassen.

84 Ruwayha, Terrorism and Hostage-Taking, S. 317. Laut Abu-Sharif/Mahnaimi, Mein Feind, Mein Freund, S. 96–98, plante Haddad zwei weitere »Kamikaze«-Angriffe. Der erste, einen Anschlag auf den Flughafen Lod mit einem in einer Weinflasche transportierten, flüssigen Sprengstoff, sollte von einem südamerikanischen Freiwilligen durchgeführt werden, der jedoch die Nerven verlor und vom israelischen Geheimdienst »umgedreht« wurde. Der zweite, bei dem ein PFLP-Pilot in einem mit Sprengstoff vollgepackten Kleinflugzeug den Schalom Tower in Tel Aviv treffen sollte, konnte vereitelt werden. In beiden Fällen nennt der Autor kein Datum für die Angriffe. Ein ähnlicher Selbstmordanschlag ereignete sich am 11. Dezember 1974, als ein PFLP-Mitglied mit einem gefälschten britischen Pass nach Israel einreiste, in einem Kino in Tel Aviv selbsthergestellte Handgranaten warf und dabei sich selbst und drei weitere Menschen tötete und 54 Menschen verletzte.

85 Nur Dobson, Black September, S. 84, weicht hier von anderen Darstellungen ab; er behauptet, Haddad habe die »operative Seite« der PFLP erst 1973, als Habasch herzkrank wurde, übernommen.

Scanned by CamScanner

Haddad war ein ungezügelter und origineller Denker. Er wollte freie Hand für die Planung und Durchführung seiner Operationen. Unser Führer [Habasch] sollte sich etwas zurückziehen, zumindest was die Operationen betraf.«[86] Zu Beginn hatte Haddad diese Terrorakte von Beirut aus dirigiert, nach einem Raketenangriff auf sein Haus am 11. Juli 1970 soll er sich aber in den Südjemen und den Irak zurückgezogen haben.[87] Dies könnte seinen Aktionen einen noch höheren Grad an Autonomie verliehen haben, der durch seinen Oberbefehl über das Netzwerk Boudias in Frankreich noch verstärkt wurde. Nach allem, was wir wissen, war es Haddad, der die dreifache Flugzeugentführung vom September 1970 leitete, während Habasch in Nordkorea war. Letzterer konnte nur noch versuchen, zu retten, was zu retten war, und die überstrapazierten Beziehungen zu den Staaten wiederherzustellen, von denen die PFLP unterstützt wurde.[88]

Die Ereignisse des »Schwarzen September« führten zu Schuldzuweisungen innerhalb der PFLP und zur Bildung einer weiteren »linken« Fraktion, die aus jüngeren Mitgliedern syrischer und libanesischer Gruppen unter der Führung von Abu Shihab bestand.[89] Sie forderten ein Ende der Flugzeugentführungen, weil diese der palästinensischen Sache nur schadeten, und eine Rückkehr zu koordinierten Attacken durch Freischärler.[90] Auf Druck dieser Gruppe erklärte die Generalversammlung am 5. November 1970 Flugzeugentführungen zu einem ungeeigneten Mittel – ein Kurswechsel, auf den Kanafani 1971 anspielte, als er sagte: »Ich habe schon immer gesagt, dass wir Flugzeuge nicht entführen, weil wir gerne Boeings 707 mögen. Wir tun das aus ganz bestimmten Gründen, zu einer ganz bestimmten Zeit und gegen einen ganz bestimmten Gegner. Im Augenblick wäre es geradezu lächerlich, Flugzeuge zu entführen und zur Landung zum Beispiel in Kairo zu zwingen oder in Jordanien. Das hätte derzeit keinen Sinn.«[91]

Was noch wichtiger ist: Obwohl Habasch sich in Interviews Ende 1970 und 1971 weigerte, Flugzeugentführungen als ein mögliches Mittel auch für die

---

86 Abu-Sharif/Mahnaimi, Mein Feind, Mein Freund, S. 81–82. Siehe auch Laske, Ein Leben zwischen Hitler und Carlos, S. 222, der Genoud mit der Bemerkung zitiert: »Der große Held war für mich Wadi Haddad, der mein Freund geworden ist. Georges Habasch habe ich zwar kennengelernt, doch er hat mich nicht interessiert. Er ist ein Mann der Worte, kein Mann der Tat.«

87 Smith, Carlos, S. 49; Stevenson/Dan, 90 Minuten in Entebbe, S. 59–61; Amos, Palestinian Resistance, S. 233; Follath, Das Auge Davids, S. 146; Yallop, To the Ends of the Earth, S. 50–51.

88 Nach Cooley; Green March, S. 143, haben die Chinesen Habasch wegen der Ereignisse des *Schwarzen September* später zur Rede gestellt. Sie hielten die Angriffe auf die konservativen islamischen Monarchien von Jordanien und Saudi-Arabien für einen taktischen Fehler und verglichen diese Aktionen mit dem Vorgehen der indonesischen Kommunistischen Partei in Jahr 1965, als diese nämlich den islamischen Glauben attackierte, was zu einem Massaker an Tausenden von Kommunisten und chinesischen Einwohnern Indonesiens geführt hatte. Vgl. auch Luftpiraten: Anschlag auf den Frieden, *Der Spiegel* vom 24. Dezember 1973, 27. Jg., Nr. 52, S. 56–58, hier S. 57: »Sowjets und Chinesen, die wichtigsten Geldgeber des marxistischen Doktors, drohten ultimativ, ihre Waffen- und Finanzhilfe einzustellen, wenn Habasch nicht sofort die Gefährdung des internationalen Luftverkehrs beende.« Merari/Elad, The International Dimensions, S. 32, zitieren Habasch, der bei einer Pressekonferenz in Beirut im März 1972 gesagt haben soll: »weil die freundlich gesinnten sozialistischen Länder kein Verständnis für die Entführung von Flugzeugen gezeigt haben, hat die Populäre Front beschlossen, diese Praxis ab sofort auszusetzen«.

89 Wo nicht anders vermerkt, basiert die folgende Darstellung auf Cooley, Green March, S. 151–153; El-Rayyes/Nahas, Guerillas for Palestine, S. 39–40 und 135; Amos, Palestinian Resistance, S. 87–88, 232–233, 331; Merari/Elad, The International Dimensions, S. 21. Cooley nennt als führende Köpfe der jüngeren »Linken« Abu Shebab, Abu Khaled und Abu Ali. Zu den Anführern der »Rechten« rechnet er Abu Maher, der von Habasch unterstützt wurde, während Kanafani bemüht war, den Bruch zu kitten. Amos zählt Abu al-Fawz, Abu Khalid und Abu Shihab zu den Anführern der »Linken« und erwähnt auch Salim Darundi, Abu Dulaymi, Abu Husayn, Abu Riyad und Abu al-Yasir als spätere Führungskräfte oder Mitglieder der PRFLP. Allerdings interpretieren El-Rayyes und Nahas den Bruch als Streit zwischen den »Linken« um Abu Shihab einerseits und der gesamten Führungsgruppe um Habasch, Haddad, Kanafani und Abu Maher, bei dem Habasch jedoch zunächst versucht hätte zu vermitteln.

90 Cooley, Green March, S. 151, meint, die »Linken« hätten argumentiert, dass die Entführungen »den Eindruck erweckten, die PFLP sei mit ›frivolen‹ trotzkistischen und neulinken Gruppen verbündet und hätten damit ihre Beziehungen mit ›ernsthaften Revolutionären‹ [...] wie die Dhofar-Guerilla in Südarabien geschadet.«

91 Kanafani in Stetler (Hg.), Palestine, S. 268.

Zukunft gänzlich auszuschließen, bleibt festzuhalten, dass die PFLP vom September 1970 bis zum Februar 1972 keine Flugzeuge entführt hat.

Im Mai 1971 kam es zwischen den beiden Fraktionen zu Kämpfen und gegenseitigen Verhaftungen, und im Februar 1972 wurden Abu Shihab und andere »Linke« ins Führungsgremium der PFLP gewählt. Zu der Flugzeugentführung vom 22. Februar 1972 bekannte sich zunächst die völlig unbekannte *Organisation des Widerstands gegen die zionistische Unterdrückung*. Aber schon bald wurde deutlich, dass die Entführung von Haddad und den »Rechten« unter einer »falschen Flagge« durchgeführt worden war, auch wenn sie sich weigerten, öffentlich die Verantwortung dafür zu übernehmen. Die »Linken« beschuldigten die Haddad-Fraktion, ein bis zwei Millionen US-Dollar des Lösegelds der südjemenitischen Regierung gegeben und den Rest auf geheimen Bankkonten deponiert zu haben.[92] Auf der nächsten Generalversammlung im März 1972 in Beirut wurde Haddad mit knapper Mehrheit zum Generalsekretär wiedergewählt, woraufhin die »Linke« die Gründung der *Revolutionären Volksfront zur Befreiung Palästinas* (PRFLP) verkündete.

Es gibt im Wesentlichen drei Interpretationen dieser Spaltung, die sich gegenseitig widersprechen:

1. Zugunsten der »Rechten« um Haddad hat Habasch die »Linken« um Abu Shihab über Bord geworfen, so dass Letztere die PRFLP gründeten.
2. Die Spaltung vom März 1972 war die Folge einer Auseinandersetzung zwischen Habasch und Haddad. Wegen der marxistischen Ausrichtung der PFLP-Führung und ihrer Ablehnung von Flugzeugentführungen brach Haddad mit der PFLP und begann seine »unabhängigen« Aktionen. Die PRFLP wird von manchen als Haddads Gruppierung bezeichnet.[93]
3. Obwohl die politischen Differenzen zwischen Habasch und Haddad zu diesem Zeitpunkt bereits deutlich zutage traten, kam es erst später zum Bruch, und zwar erst irgendwann zwischen 1974 und 1976.[94]

Es ist ausgeschlossen, diese drei Darstellungen in Einklang miteinander zu bringen, es sei denn, man

92 Cooley, Green March.; Smith, Carlos, S. 64. Abu-Sharif/Mahnaimi, Mein Feind, Mein Freund, S. 26; hier heißt es, Haddad hätte die Entführung aufgrund einer »Finanzkrise« innerhalb der PFLP unternommen.

93 Follath, Das Auge Davids, S. 146; auch Amos, Palestinian Resistance, S. 232–233 und FN 76, S. 418, verweist auf verschiedene Quellen, nach denen es entweder im März 1972 oder nach dem Massaker am Flughafen Lod am 30. Mai 1972 zum Bruch zwischen Habasch und Haddad gekommen sei. Nach Angaben von Christopher Dobson und Ronald Payne, War without End: The Terrorists, an Intelligence Dossier, London 1986, S. 255, soll Haddad sich 1972 von der PFLP »abgesetzt« haben, nachdem Habasch einen Verzicht auf terroristische Aktionen beschlossen hatte. Unter der Überschrift »Popular Front for the Liberation of Palestine« heißt es in einem Artikel auf der Website des israelischen Institute for Counter-Terrorism, die PFLP hätte 1973 die Entscheidung des PNC akzeptiert, terroristische Aktivitäten im Ausland zu beenden; dies hätte zu der Spaltung zwischen Habasch (der sich daran hielt und seine Aktivitäten auf Israel, Jordanien und später den Libanon konzentrierte) und Haddad (der die internationalen Angriffe fortsetzte) geführt. Vgl. www.ict.org.il/organizations/orgdet.cfm?orgid=31. Schiller, Palästinenser zwischen Terrorismus und Diplomatie, S. 320, schreibt, dass wegen der Spaltung der PRFLP und Habaschs offiziellem Verzicht auf Aktionen im Ausland eine weitere Gruppe von Radikalen um Haddad die Organisation verlassen habe: »Im Laufe der folgenden Jahre kam es zu einer inoffiziellen Absplitterung der Gruppierung um Haddad, die von Bagdad und von Basen in Südjemen aus eigenmächtige Operationen ohne Billigung der PFLP-Führung organisierte.«

94 Livingston/Halevy, Inside the PLO, S. 126–127, datieren die Spaltung auf 1975. Rolf Tophoven, Die Palästinenser und das Netz des internationalen Terrorismus, in: Manfred Funke (Hg.), Terrorismus: Untersuchungen zur Struktur und Strategie revolutionärer Gewaltpolitik, Düsseldorf 1977, S. 198–223, S. 205, hält es für möglich, dass die Trennung im Jahr 1976 »ein rein taktisches Manöver« war; Klein, Rückkehr in die Menschlichkeit, S. 73, berichtet, Haddad sei zu Beginn des Jahres 1976 von der PFLP-Führung hinausgedrängt worden und seine Mitgliedschaft sei im Sommer desselben Jahres annulliert worden. Merari/Elad, The International Dimensions, S. 31–34 und 44, zitieren mehrere Äußerungen Habaschs aus den Jahren 1973 und 1974, nach denen die PFLP Entführungen aufgegeben hätten, weil sie zu diesem Zeitpunkt mit der Strategie der Befreiung der Volkes nicht kompatibel gewesen seien. In den Augen dieser Autoren stellt der OPEC-Anschlag im Dezember 1975 die »erste Dissidenten-Aktion Haddads« dar. Ofer, Operation Thunder, S. 40–41, schreibt, Habasch hätte sich öffentlich von der Entebbe-Entführung mit dem Hinweis distanziert, die PFLP hätte seit 1972 keine Entführungen mehr durchgeführt. Laut Mickolus, Transnational Terrorism, S. 748–749, hat die PFLP am 2. November 1977 öffentlich bekannt gegeben, dass Haddad 1976 aus der Organisation ausgeschlossen wurde.

Scanned by CamScanner

nimmt an, dass Haddad sich zu irgendeinem späteren Zeitpunkt schlicht entschlossen hat, Teile der PRFLP, die zunächst eine autonome Organisation war, für seine Operationen einzuspannen. Was den Bruch zwischen Habasch und Haddad betrifft, so scheint es, dass – unabhängig von den Verbindungslinien innerhalb der PFLP – Habasch (vom Libanon aus) und Haddad (vom Südjemen und später vom Irak aus) ab etwa 1972 unterschiedliche politische Taktiken anwandten, möglicherweise aber weiterhin gemeinsame Ziele verfolgten. So sagte Habasch 1979 in einem Interview: »Wir haben als Organisation die Flugzeugentführungen aufgegeben und die Gründe für diese Entscheidung wiederholt genannt. Das bedeutet jedoch nicht, dass wir unsere Angriffe auf israelische und zionistische Ziele aufgeben oder auf imperialistische Ziele, die mit dem Zionismus und Israel verbunden sind. Was die Frage betrifft, warum wir das nicht mehr in der gleichen Weise und im selben Umfang tun: Jetzt, da die palästinensische Revolution im besetzten Teil Palästinas und in der arabischen Region, vor allem im Libanon, Fuß gefasst hat, ist es doch nur natürlich, dass sie mehr an der direkten Auseinandersetzung mit dem zionistischen Feind interessiert ist, zunächst auf seinem eigenen Territorium, und dann auch an den Grenzen.«[95]

Die Frage, ob Habasch und Haddad weiterhin ihre Aktionen aufeinander abgestimmt haben, kann hier nicht beantwortet werden. Allerdings deutet es auf eine weitere innere Spaltung hin, dass die nächste Flugzeugentführung, die der Gruppe um Haddad zugeschrieben wird, erst über ein Jahr später stattfand. Es handelte sich um die Entführung eines JAL-Fluges nach Libyen vom 20. bis 24. Juli 1973, eine Gemeinschaftsaktion mit der JRA, bei der erneut Lösegeld gefordert wurde.[96]

Was ebenfalls auf eine solche Spaltung hindeutet, ist die Tatsache, dass die Gruppe um Haddad von der Entführung am 22. Februar 1972 bis zum Tod ihres Anführers 1978 eine verwirrende Vielzahl von Namen, nicht aber die Abkürzung PFLP benutzte.[97]

Diese Verwirrung hat dazu geführt, dass Beobachter dieser Organisation die unterschiedlichsten Namen gegeben haben, wie »Fraktion Wadi Haddad«, »Gruppe Abu Hani«, »PFLP-Einheit für Sondermissionen«, »PFLP-Spezialaufträge« bzw. »Abteilung für Spezialaufträge«, und »PFLP-Spezialkommando«. In diesem Aufsatz wird für die Gruppe um Haddad nach 1972 die Bezeichnung PFLP-*Spezialkommando* (PFLP-SC) verwendet. Dazu werden auch die Aktionen von Boudias Zelle in Frankreich gerechnet.

---

95 In Merari/Elad, The International Dimensions, S. 33–34, wo die Beiruter Zeitung *al-Usbu 'al-Arabi* vom 22. Oktober 1979 zitiert wird.

96 Die gemeinsame Kommandogruppe soll aus dem JRA-Mitglied Osamu Marouka und drei Arabern sowie Katie George Thomas (die entweder eine Christin aus dem Irak, eine Südamerikanerin oder eine Europäerin war) bestanden haben. Thomas, die Anführerin des Kommandos, hat sich versehentlich sebst mit einer Handgranate getötet, und die Maschine flog ziellos im Mittleren Osten umher, ehe sie am Benghazi-Flughafen in Libyen landen konnte, wo sie in die Luft gesprengt wurde. Die Entführer hatten die Freilassung von zwei oder drei in Israel und/oder Japan inhaftierten JRA-Mitglieder sowie ein Lösegeld von vier Million US-Dollar von der japanischen Regierung gefordert. Diese fehlgeschlagene Entführung wurde von zahlreichen palästinensischen Gruppen verurteilt. Vgl. Farrell, Blood and Rage, S. 149–153.

97 Zum Beispiel die Bezeichnung *Organisation for Resistance to Zionist Oppression* (Entführung am 22. Februar 1972), *Organisation of Victims of the Occupied Land* (gescheiterter Überfall auf ein EL AL-Büro in Athen, 19. Juli 1973), *Organisation Sons of the Occupied Homeland* (JAL-Entführung vom 20. bis 24. Juli 1973 und Geiselnahme in der japanischen Botschaft von Kuwait, 6. bis 8. Februar 1974), *Bewegung des Arms der arabischen Revolution* (OPEC-Angriff im Dezember 1975), *Che Guevara Forces of the Commando of the Palestinian Liberation Forces* (Entebbe-Entführung, 27. Juni bis 4. Juli 1976), *Struggle Against World Imperialism Organisation* (Mogadischu-Entführung, 13. bis 18. Oktober 1977). Nachdem Michel Moukharbel am 27. Juni 1975 getötet wurde, veröffentlichte die PFLP-Zeitung *Al-Hadaf* am 19. Juli 1975 eine Liste vergangener Anschläge, für die Moukharbels *Arab Armed Struggle Organisation* die Urheberschaft in Anspruch nahm und die bis 1971 zurückreichte. Siehe Amos, Palestinian Resistance, S. 230–231 und 233, wo auch ein *Arm of the Arab Revolution* erwähnt wird.

Erste Kontakte zwischen bundesdeutschen Gruppierungen und der palästinensischen Bewegung, 1969–1972

Im Juli 1969 reisten zwei militante, linksgerichtete Gruppen aus München (die *Wacker-Einstein-Kommune*) und West-Berlin (der *Zentralrat der Umherschweifenden Haschrebellen / Blues*) auf Einladung der *Uccelli*, einer italienischen Gruppe von Anarchisten, nach Italien. Kennen gelernt hatte man sich beim »Knastcamp« in Ebrach. Nachdem ihr ursprünglicher Plan gescheitert war, nach Sizilien zu fahren und dort Erdbebenopfern zu helfen, entschieden sich Ende September fünf Mitglieder der Gruppe anscheinend spontan, auf dem Landweg über Jugoslawien und die Türkei zu den *Fedayin* nach Jordanien zu fahren. Der Rest trat die Heimreise in die Bundesrepublik an. Drei von den fünf – Dieter Kunzelmann, Georg von Rauch und Ina Siepmann – spielten später in der Entstehungsphase des bundesdeutschen Terrorismus eine wichtige Rolle.[98] Bevor sie Italien verließen, holte sich die Gruppe in Mailand von Feltrinelli Geld für die Reise sowie Einführungsbriefe verschiedener Gruppierungen, »um nicht als mögliche Mossad-Agenten von der palästinensischen Befreiungsorganisation mit Mißtrauen empfangen zu werden«.[99] In Damaskus nahm die Gruppe Kontakt zur *Fatah* auf, von der sie weitergeschickt wurde nach Jordanien. Dort sahen sie sich in Flüchtlingslagern um und wurden im Umgang mit Waffen und Sprengstoffen ausgebildet.[100] Während Ina Siepmann angeblich wegen ihrer pharmazeutischen Ausbildung in Jordanien blieb, fuhren Kunzelmann und die anderen Ende Oktober in die Bundesrepublik zurück. Siepmann war offensichtlich auch im Sommer 1970 noch in Jordanien, als die ersten RAF-Mitglieder dort eintrafen.[101]

Nach der Rückkehr Kunzelmanns kam es in der militanten Szene West-Berlins zu einer Spaltung zwischen denen, die die eher chaotischen Aktionen der *Haschrebellen* fortsetzen wollten, und einem Kern um Kunzelmann, der sich, zum Teil aus Solidarität mit Bewegungen in der Dritten Welt, als *Tupamaros West-Berlin* (TW) einer ernsthafteren Form des bewaffneten Kampfes zuwenden wollte.[102] Die Zeit in Jordanien hatte vor allem bei Kunzelmann und von Rauch tiefe Spuren in der politischen Einstellung hinterlassen.[103] Dies wurde besonders deutlich in Kunzelmanns »Brief aus Amman«, in dem er seinen militanten Kameraden in West-Berlin ordentlich die Meinung sagte, weil sie sich weigerten, Gewalt als Mittel einzusetzen, um »den Feind wieder sichtbar« zu machen: »Palästina ist für die BRD und Europa

98 In Dieter Kunzelmann, Leisten Sie keinen Widerstand! Bilder aus meinem Leben, Berlin 1998, S. 120, werden die anderen als Lena Conradt und »der Bruder eines mir nicht gewogenen heutigen SPD-Funktionärs« bezeichnet. Werner Kahl, Vorsicht Schußwaffen! München 1989, S. 55, verweist auf einen anonymen »Bericht der Sicherheitsbehörden«, in dem Albert Fichter als einer der Gruppe, die nach Italien reiste, genannt wird. Wolfgang Kraushaar, Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus, Hamburg 2005, konnte Fichter schließlich zu seinem Aufenthalt in Jordanien interviewen. Fritz Teufel, Irmgard Möller und Rolf Heißler gehörten zu der Gruppe, die nach Italien, aber nicht weiter in den Mittleren Osten reiste.

99 Kunzelmann, Leisten Sie keinen Widerstand, S. 120. Oliver Tolmein, »RAF – Das war für uns Befreiung«. Ein Gespräch mit Irmgard Möller über bewaffneten Kampf, Knast und die Linke, Hamburg 1997, S. 32. Möller erklärt darin, dass die Kontakte zu den palästinensischen Gruppen zum Teil in Italien entstanden aber zum Teil auch in der Bundesrepublik bereits existiert hätten. Zur Reise selbst vgl. Kraushaar, Die Bombe, S. 127–141.

100 Kunzelmann, Leisten Sie keinen Widerstand, S. 121–124. Kunzelmann erwähnt ein Treffen mit Kaddumi (Abu Lutoff) und Abu Jiad in Jordanien. Die Gruppe traf sich auch zweimal kurz mit Arafat. Für Biografien der *El-Fatah*-Führer Faruq al Qaddumi (Abu Luft oder Lutuf) und Khalil al-Wazir (Abu Jiad) siehe Amos, Palestinian Resistance, S. 53–55. Vgl. auch Kraushaar, Die Bombe, S. 243–247, für Fichters Schilderung der Ausbildung.

101 Kraushaar, Die Bombe, S. 139–140.

102 Günter Langer, Der Berliner »Blues«. Tupamaros und umherschweifende Haschrebellen zwischen Wahnsinn und Verstand, in: Eckhard Siepmann u. a. (Hg.), The Roaring Sixties: Aufbruch in eine neue Zeit, Amsterdam 1991, S. 321–337, S. 332; Kraushaar, Die Bombe, S. 149–158. Michael »Bommi« Baumann, Wie alles anfing, München 1982, S. 77–79, erwähnt eine »Palästina-Fraktion«, die argumentiert habe: »Vietnam ist nicht mehr der ideologische Überbau, sondern Palästina.« Kraushaar, Die Bombe, S. 247, zitiert Fichter: »Die Gruppe nannte sich zuerst ›Palästina-Fraktion‹, dann hat sie sich in ›Tupamaros West-Berlin‹ umbenannt.«

103 Kraushaar, Die Bombe, S. 209, 243 und 245.

Scanned by CamScanner

das, was für die Amis Vietnam ist. Die Linken haben das noch nicht begriffen. Warum? Der Judenknax. ›Wir haben 6 Millionen Juden vergast. Die Juden heißen heute Israelis. Wer den Faschismus bekämpft, ist für Israel.‹ So einfach ist das, und doch stimmt es hinten und vorne nicht. Wenn wir endlich gelernt haben, die faschistische Ideologie ›Zionismus‹ zu begreifen, werden wir nicht mehr zögern, unseren simplen Philosemitismus zu ersetzen durch eindeutige Solidarität mit AL FATAH, die im Nahen Osten den Kampf gegen das Dritte Reich von Gestern und Heute und seine Folgen aufgenommen hat.«[104]

Diese verworrenen politischen Ansichten führten dazu, dass die TW am 9. November 1969, dem Jahrestag der »Reichskristallnacht«, ihren »Guerillakampf« begann, indem sie bei einer Gedenkfeier der Jüdischen Gemeinde in West-Berlin eine Bombe legten. Glücklicherweise ging die Bombe nicht hoch.[105] Wie nicht anders zu erwarten, wurde dieser gescheiterte Anschlag von der empörten Öffentlichkeit scharf verurteilt. An Stelle der erhofften Signalwirkung in der militanten Szene rief die Aktion in linken Kreisen nur Unverständnis hervor. Vermutlich hat sie die Isolierung und den raschen Niedergang der TW besiegelt.[106]

Wolfgang Kraushaar wirft im Zusammenhang mit diesem Anschlag unter anderem die Frage auf, ob er auf Anweisung der *Fatah* ausgeführt wurde, und tatsächlich deuten einige Indizien darauf hin.[107] Diese Möglichkeit ist jedoch aus verschiedenen Gründen unwahrscheinlich, auch wenn sie sich nicht grundsätzlich ausschließen lässt.

Die Erfahrungen dieser Gruppierung dürften sich kaum von denen unterschieden haben, die 150 bis 200 andere Studierende (darunter etwa 20 Mitglieder des bundesdeutschen SDS) aus Westeuropa gemacht haben. Auch sie fuhren im Sommer 1969 nach Jordanien, wurden in einem Lager bei Ajiloun »trainiert und unterwiesen«, hoben Gräben zum Schutz gegen israelische Luftangriffe aus und halfen in Kliniken vor Ort. Ein kleiner Teil dieser Gruppe wurde auch an Waffen ausgebildet. Zehn von ihnen blieben nach dem Sommer in Jordanien, in der Hoffnung, als freiwillige Kämpfer aufgenommen zu werden. Allerdings spricht vieles dagegen, dass die *Fatah* irgendein Interesse daran hatte, europäische Kämpfer für ihre Sache zu rekrutieren. Als Berichte über das Sommercamp in der internationalen Presse auftauchten, sagte ein Sprecher der *Fatah* in Beirut in einer Stellungnahme: »Das Gerede von einer Guerilla-Hilfstruppe, einer internationalen Brigade oder einer Fremdenlegion der *Fatah* ist lächerlich. Wir haben mehr arabische Freiwillige, als wir einsetzen können.«[108] Das ist auch der allgemeine Tenor in den

---

104 Dieter Kunzelmann, Brief aus Amman, wieder abgedruckt in: Der Blues: Gesammelte Texte Der Bewegung 2. Juni (o. O., o. J.), Bd. 1, S. 82–83.

105 Vgl. Shalom und Napalm in: Der Blues, Bd. 1, S. 152–153. Das Kommuniqué enthält Formulierungen, die identisch sind mit denen in Kunzelmanns »Brief aus Amman«, z. B.: »Aus den vom Faschismus vertriebenen Juden sind selbst Faschisten geworden, die in Kollaboration mit dem amerikanischen Kapital das palästinensische Volk ausradieren wollen.« Siehe auch Baumann, Wie alles anfing, S. 82–83.

106 Langer, »Der Berliner »Blues«, S. 333; Kraushaar, Die Bombe, S. 158–159. Dies ist kein isoliertes Ereignis gewesen. In der Serie von Angriffen zwischen November und Dezember, die der Gruppe zugeschrieben wurde, gab es ein weiteres israelisches Ziel, nämlich einen gescheiterten Brandanschlag auf ein EL AL-Büro am 12. Dezember. Nach Aussage von TW-Aktivistin Annekatrin Bruhn plante Kunzelmann auch einen Anschlag auf einen jüdischen Kindergarten in einer Synagoge in West-Berlin, und Fichter erwähnt den Plan, eine Konzentrationslager-Gedenkstätte mit PLO-Losungen zu beschmieren. Siehe Kraushaar, Die Bombe, S. 209 und 250. Kunzelmann und Siepmann wurden am 19. Juli 1970 am Flughafen Tempelhof verhaftet. Am 24. September 1970 verübten laut einer BKA-Chronik des Terrorismus (Funke [Hg.], Terrorismus, S. 331–365, S. 333) nicht identifizierte Täter einen Bombenanschlag auf das jordanische Konsulat in West-Berlin; dies geschah im Rahmen einer Serie von Überfällen zwischen Januar 1970 und Mai 1971, die den *Tupamaros* in West-Berlin und München zugeschrieben wurden.

107 Dazu zählt ein Text von Rauchs zum Angriff auf die Münchener Olympiade sowie Kunzelmanns Tagebucheinträge, in denen es um einen Kontakt mit der GUPS am 7. November und der Ankunft eines *El Fatah*-Vertreters aus Frankfurt am 9. November geht. Kraushaar, Die Bombe, S. 169–170 und 261–263. Vgl. auch Fichters Glaube, *El Fatah* hätte sie zum »Kontaktmann« in Berlin gemacht, und seine Aussage: »Wir sind ja ausgebildet worden, um propalästinensische Aktionen in den Metropolen, in Berlin und anderswo durchzuführen.« Ebenda, S. 246.

108 Cooley, Green March, S. 188–189. Siehe auch Khaled, Mein Volk soll leben, S. 95–99; Smith, Carlos, S. 71–74; Kraushaar, Die Bombe, S. 117–122. Schiller, Palästinenser zwischen Terrorismus

späteren Aussagen derer, die in der TW waren oder ihr nahe standen, wie Michael »Bommi« Baumann, Ralf Reinders und Irmgard Möller.[109] Und schließlich: Wenn der gescheiterte Anschlag vom 9. November 1969 auf ausdrücklichen Befehl der *Fatah* unternommen worden sein sollte, dann wäre er sehr aus dem Rahmen der Anschläge gefallen, die von Palästinensern durchgeführt oder finanziert worden sind. Sprengstoffanschläge auf israelische und jüdische Ziele außerhalb des Nahen Ostens wurden 1969/70 in erster Linie von der PFLP ausgeführt, gefolgt von der PFLP-GC.[110] Die ersten internationalen Anschläge, zu denen sich die *Fatah* bekannte bzw. die ihr zugeschrieben wurden, fanden erst im Juli 1971 statt und richteten sich gegen Jordanien.[111]

Am 8. bzw. 21. Juni 1970 reisten 10 bis 20 Mitglieder der soeben gegründeten RAF, darunter viele bedeutende Figuren der sogenannten ersten Generation, in zwei getrennten Gruppen nach Jordanien und kehrten Anfang August zurück. Zwar hatte es schon vor der gewaltsamen Befreiung von Andreas Baader am 14. Mai 1970 die Idee gegeben, eine bewaffnete Untergrundorganisation zu gründen. Die Teilnehmer waren jedoch nicht auf den Schusswaffeneinsatz und die Reaktion der Polizei gefasst gewesen, die ihre Aktion auslöste. So gesehen könnte die Reise nach Jordanien eine Art Überbrückungsmaßnahme gewesen sein.[112]

Die Wege, auf denen die RAF nach Jordanien kam, sind im Einzelnen noch nicht erforscht, aber die Namen zweier Personen, die unmittelbare Vermittlerfunktionen hatten, sind bekannt. Die eine war Michèle Ray, eine französische Journalistin mit lupenreinen linken Referenzen. Sie hatte bereits ein Buch über die Zeit geschrieben, die sie bei den *Vietcong* verbrachte, hatte *Fatah*-Guerillas im Nahen

---

und Diplomatie, S. 395–396, stellt fest, dass, obwohl die Besucher nicht in die paramilitärischen Formationen der *El Fatah* integriert waren, einige von ihnen für Spionagemissionen in Israel rekrutiert wurden. Er behauptet ferner, dass durch diesen Kontakt die Verbindungen geknüpft wurden, die ein Jahr später zum RAF-Besuch führten.

109 Baumann, Wie alles anfing, S. 75: »Man sah die Bedingungen unter denen sie [die Guerilleros] lebten und sie haben ihre Problematik erklärt. Auf der anderen Seite haben sie nur gesagt, fahrt nach Deutschland und erzählt von unseren Problemen, sie waren eigentlich nur scharf darauf, daß Propaganda gemacht wird, Waffen haben sie nicht gestellt.« Irmgard Möller, in: Tolmein, »RAF – Das war für uns Befreiung«, S. 31: »Zuerst ging es nur darum, die Situation dort kennenzulernen, später haben sich dann einige von uns dort ausbilden lassen.« Ralf Reinders / Ronald Fritzsch, Die Bewegung 2. Juni: Gespräch über Haschrebellen und Lorenz-Entführung, Berlin/Amsterdam 1995, S. 29: »Es hätte so sein können: Einige von denen, die damals in Jordanien bei den Palästinensern waren und dort einen sinnlichen Eindruck von den Verbrechen Israels mitbekamen, haben einen Knacks bekommen. Und die Linke hier war ja noch israelfreundlich, israelfreundlich erzogen. Vielleicht haben sie deshalb diese Schwachsinnsaktion gemacht.« Siehe auch Bruhn in Kraushaar, Die Bombe, S. 205: »Keiner gab damit an, daß er dabei war [in Jordanien]. Ich vermute, daß die selbst dieses Erlebnis so wichtig nahmen und wohl auch Instruktionen bekommen hatten, zu schweigen. Doch im nachhinein wird klar, daß diese Reise wohl das Schlüsselerlebnis war, und man nun so motiviert war, den ›offenen‹ Kampf vor Ort fortzusetzen.«

110 Eine undurchsichtige Gruppe, die sich *Palestinian Popular Struggle Front* (PPSF) nannte und möglicherweise Verbindungen zur PFLP hatte, verübte am 27. November 1969 einen Bombenanschlag auf das EL AL-Büro in Athen und auf Niederlassungen von EL AL und PAN AM in Istanbul und Izmir am 24. April 1970. Vgl. Amos, Palestinian Resistance, S. 96–97; Schiller, Palästinenser zwischen Terrorismus und Diplomatie, S. 396, FN 305.

111 Diese schließt die vielfach wiederholte aber unbestätigte Behauptung aus, *El Fatah* oder die PFLP seien Urheber eines Brandanschlags auf ein jüdisches Altersheim in München am 13. Februar 1970, bei dem sieben Menschen starben. Vgl. Attentate, *Spiegel* vom 23. Februar 1970, 24. Jg., Nr. 9, S. 89, und Heinz Rabbow, Bild appelliert an alle, *konkret* vom 3. Dezember 1970, Nr. 25, S. 8–9. *El Fatah* gilt in der Regel als verantwortlich für einen Überfall auf die israelische Botschaft in Asunción am 4. Mai 1970, obwohl die bewaffneten Täter aufgebrachte Palästinenser waren, die im Rahmen eines israelischen Geheimplans, der palästinensische Bewohner der besetzten Gebiete zum Auswandern bewegen sollte, nach Paraguay emigriert waren. Vgl. Dan Raviv / Yossi Melman, Every Spy a Prince: The Complete History of Israel's Intelligence Community, Boston 1990, S. 174–176.

112 Mario Krebs, Ulrike Meinhof: Ein Leben im Widerspruch, Reinbek 1988, S. 216–218. Vgl. jedoch auch Latsch, Pakt des Terrors, S. 63, der Horst Mahler zitiert: »Die Option, zur *Fatah* zu gehen, hatten wir schon vor der Baader-Befreiung diskutiert. Die dazu nötigen Verbindungen bestanden auch.« Siehe ferner Kraushaar, Die Bombe, S. 205–206 und 208; hier wird auf Bruhn verwiesen, die Mahler als einen der wichtigsten Kontakte von Kunzelmann im Winter 1969/70 bezeichnet.

Scanned by CamScanner

Osten begleitet und war nach der Hinrichtung Che Guevaras nach Bolivien gereist in der Absicht, sein Tagebuch zu kaufen. Nach eigener Aussage flog Ray auf einen mysteriösen Anruf hin nach Berlin, wo sie sich am 4. und 5. Juni mit Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof traf. Diese kündigten an, sich in Beirut der arabischen Guerillabewegung anschließen zu wollen.[113] Die andere Kontaktperson war ein jordanischer Student an der Freien Universität in West-Berlin, Said Mohammed Dudin. Den meisten Darstellungen zufolge war Dudin ein Rekrutierungsagent der *Fatah* oder der PLO,[114] vielleicht war er aber auch ein Agent verschiedener östlicher bzw. westlicher Geheimdienste oder beides.[115]

Am 8. Juni begleitete Dudin die erste Gruppe mit sechs oder sieben Leuten von Berlin-Schönefeld nach Beirut.[116] Nach der Landung in Beirut hatten einige in der Gruppe Probleme mit ihren Ausweisen, aber ihre Gastgeber ließen sie rasch über Syrien nach Jordanien verschwinden, bevor die bundesdeutschen Behörden internationale Haftbefehle erlassen konnten.[117] Am 21. Juni nahmen Baader, Ensslin und Meinhof den gleichen Weg nach Jordanien. Auch sie wurden von Dudin eskortiert, der ihnen gefälschte Pässe besorgt hatte.[118] Schließlich, wohl am 23. Juni, machte sich Peter Homann, der später der RAF den Rücken kehren sollte, allein auf den Weg nach Jordanien.[119] Genau im Laufe der zwei Wochen, während deren die

---

113 Bis irgendwohin, *Der Spiegel* vom 15. Juni 1970, 24. Jg., Nr. 25, S. 71–75, wo es heißt, Meinhof und Ray hätten sich bereits Jahre zuvor kennen gelernt (S. 72); Stefan Aust, Der Baader Meinhof Komplex, erweiterte Ausgabe, München 1998, S. 29–31 und 121. Angeblich konnten Baader und Ensslin aufgrund der Vermittlung Rays von November bis Dezember 1969 in Régis Debrays Wohnung in Paris wohnen, nachdem ihre Berufung gegen die Urteile im Kaufhausbrandprozess am 12. November 1969 abgelehnt wurde und sie geflüchtet waren. Siehe Kahl, Vorsicht Schußwaffen!, S. 50; Fall Schleyer: Der zweite Schlag, *Der Spiegel* vom 17. Oktober 1977, 31. Jg., Nr. 43, S. 19–27. Auf Seite 22 heißt es: »Ulrike Meinhof ließ zu Beginn der siebziger Jahre alte Verbindungen nach Nahost spielen, um sich und einige Genossen im Libanon als Partisanen ausbilden zu lassen.« Ende November 1971 behauptete Ray, sie sei von Guerillas in Uruguay entführt und als Gefangene gehalten worden; dies führte zu dem Verdacht, sie habe die eigene Entführung arrangiert, um die Gruppe interviewen zu können. Siehe Mickolus, Transnational Terrorism, S. 290.

114 So etwa Dietl, Die Agenten des Mossad, S. 203, der Dudin als Kontaktmann für Ali Hassan Salameh bezeichnet; Latsch, Pakt des Terrors, S. 63; Kraushaar, Die Bombe, S. 122 und 123. In: Bis irgendwohin, *Der Spiegel* vom 15. Juni 1970, 24. Jg., Nr. 25, S. 71–75, wird spekuliert, dass der ungenannte jordanische Kontakt ein Mitglied von Hawatimas maoistischer Gruppe (d. h., die DPFLP) war. Kahl, Vorsicht Schußwaffen!, S. 50, nennt ihn einen Kontakt für die PFLP. Der Baader-Meinhof-Report: Dokumente – Analyse – Zusammenhänge, Mainz 1972, S. 41, enthält die Behauptung, eine ungenannte, schwangere Französin, die eine Freundin Meinhofs gewesen sein soll (ein deutlicher Hinweis auf Ray, die zu diesem Zeitpunkt im sechsten Monat schwanger war), hätte am 12. Mai 1970 Dudin besucht (d. h. vor der Befreiung Baaders) und ihn gebeten, die Flugtickets zu besorgen.

115 Siehe Kraushaar, Die Bombe, S. 122–126, der MfS-Berichte zitiert, in denen über Dudins Verbindungen zum KGB, zum Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) West-Berlin oder zum CIA spekuliert wird. Dudin lebte 2002 noch immer in Deutschland und arbeitete Berichten zufolge für die irakische Botschaft; siehe Latsch, Pakt des Terrors.

116 Die Zahlen und Namen variieren in den verschiedenen Schilderungen. Im Baader-Meinhof-Report findet sich ein Faksimile der Quittung vom 6. Juni für die Flugtickets, auf dem folgende Personen namentlich genannt sind: [Brigitte] Asdonk, [Hans-Jürgen] Bäcker, Dudin, [Manfred] Grashof, [Heinrich] Jansen, [Horst] Mahler, Rey [i. e. Ray], [Petra] Schelm und [Wolfgang] Thoms. Laut Aust, Der Baader Meinhof Komplex, S. 121, hatte Ray ihren Pass in West-Berlin zurückgelassen; man kann annehmen, dass er von einer anderen Person benutzt wurde. Jansen und Thoms werden in späteren Darstellungen oft nicht erwähnt. Jillian Becker, Hitlers Kinder? Der Baader-Meinhof-Terrorismus, Frankfurt am Main 1978, S. 155, nennt Monika Berberich als weitere Person. Butz Peters, Tödlicher Irrtum: Die Geschichte der RAF, Berlin 2004, S. 200–201, schreibt, es seien »knapp zwanzig« Personen in Jordanien gewesen, darunter auch Irene Goergens, Astrid Proll, Ingrid Schubert und ein nicht namentlich genannter Chemiestudent, der im August 1970 verhaftet wurde. Peter Homann, »Little Berija – so nannten wir Horst Mahler«, *Der Spiegel* vom 23. Oktober 1972, 26. Jg., Nr. 44, S. 93, erwähnt auch diese Zahl.

117 Verschiedene Versionen dieser verwirrenden Episode finden sich in: Bis irgendwohin, *Der Spiegel* vom 15. Juni 1970, 24. Jg., Nr. 25, S. 71–75, hier S. 75; Aust, Der Baader Meinhof Komplex, S. 121–124; Rolf Thut, Zum Fall Baader, *Focus* vom Juli/August 1970, Nr. 10, S. 8–9; Homann, »Little Berija«; Peters, Tödlicher Irrtum, S. 198–200.

118 Aust, Der Baader Meinhof Komplex, S. 123–124; Kahl, Vorsicht Schußwaffen!, S. 52–54; Dietl, Die Agenten des Mossad, S. 203–204. Laut früheren Berichten reisten die drei auf dem Land- und Seeweg über Italien und der Türkei; diese Route erinnert an die Reise der TW-Gruppe, einschließlich des Besuchs bei Feltrinelli. Siehe Der Baader-Meinhof-Report, S. 42; Becker, Hitlers Kinder?, S. 158.

119 Der Baader-Meinhof-Report, S. 44.

Deutschen im Nahen Osten eintrafen, fanden die bis dahin heftigsten Kämpfe zwischen den *Fedayin* und der jordanischen Armee statt. In ihrem Verlauf nahm die PFLP in zwei internationalen Hotels in Amman ca. 90 ausländische Geiseln. Während die Kämpfe in vollem Gang waren, absolvierte die Gruppe militärische Trainingskurse und traf mit Ali Hassan Salameh (Abu Hassan) zusammen, einem der Männer, die später den *Schwarzen September* gegründet haben sollen. Berichten zufolge verbrachte die Gruppe die meiste Zeit damit, sich zu streiten, einen Plan zur Ermordung Homanns auszuhecken und sich in jeder Hinsicht bei ihren Gastgebern unbeliebt zu machen.[120]

Anfänglich hatten einige Leute in der RAF mit der Idee geliebäugelt, sich als sozialrevolutionäre »Kampfgruppe« in West-Berlin zu etablieren – eine disziplinliertere Version von vergleichbaren Vorstellungen, die bei den *Haschrebellen* anzutreffen waren. Die Eindrücke, die sie bei ihrem Aufenthalt in Jordanien gesammelt hatten, bestärkten jedoch zweifellos diejenigen, die in den Aktionen der RAF eine Ausdehnung des Kampfes in der Dritten Welt auf die imperialistischen Metropolen sahen (»Das Konzept Stadtguerilla«).[121] Der Gedanke einer bewaffneten Solidarität mit der palästinensischen Sache dagegen spielte in der RAF im Unterschied zu den TW nie eine Rolle – weder während ihrer Inkubationszeit von Ende 1970 bis Anfang 1972 noch in der Zeit der »Maioffensive« von 1972, die sich niemals gegen israelische Ziele richtete. Dudin selbst wird zitiert: »Kämpfer hatten wir selber, und zwar bessere. Die Vorstellung war, dass sie die palästinensische Sache in Bereichen unterstützen sollten, in denen wir Defizite hatten. Ulrike Meinhof propagandistisch, Horst Mahler juristisch – jeder seinen Fähigkeiten entsprechend.«[122]

Und trotz gegenteiliger Behauptungen sind bis heute keinerlei Belege dafür veröffentlicht worden, dass die RAF oder irgendeine andere linksgerichtete Terrorgruppe in der Bundesrepublik die zahlreichen palästinensischen Operationen, die von 1970 bis 1972 in der Bundesrepublik bzw. von hier aus durchgeführt worden sind, in irgendeiner Form logistisch unterstützt hat.[123] Es gibt nur einen einzigen belegten Vorfall, der darauf hinweist, dass diese Kontakte überhaupt noch bestanden haben: Im Dezember 1970 kaufte Ulrike Meinhof in Frankfurt zwei *Fatah*-Mitgliedern 23 9-mm-Pistolen vom Typ »Firebird« ab.[124] Zwischen Ende 1970 und Mitte 1972 ergibt sich daher eine Lücke in den Beziehungen der beiden zukünftigen Partner.

---

120 Aust, Der Baader Meinhof Komplex, S. 124–131; Peters, Tödlicher Irrtum, S. 200–204. Siehe auch Abu-Sharif/Mahnaimi, Mein Feind, Mein Freund, S. 88; hier heißt es in einer verwirrenden Darstellung, Baader und Meinhof seien 1969 in seinem Büro in Amman aufgetaucht. Sharif behauptet, sie hätten im Verlauf des zweiwöchigen Besuchs in Amman nicht nur mit der PFLP, sondern auch mit der *Fatah* und der DPFLP gesprochen, und er fügt hinzu: »Baader und Meinhof waren unsere ersten Besucher aus Deutschland. [...] Für sie war es eine Informationsreise, nach der sie entscheiden wollten, mit wem und wie sie sich eine Zusammenarbeit vorstellten. Später ergab es sich, daß die Baader-Meinhof-Gruppe [...] der PFLP keinen großen Nutzen brachte, obwohl einige ihrer Mitglieder an dieser oder jener Operation beteiligt waren.«

121 Hans-Jürgen Bäcker und Horst Mahler, Die Linke und der Terrorismus. Gespräch mit Stefan Aust in: Die Linke im Rechtsstaat, Bd. 2. Bedingungen und Perspektiven sozialistischer Politik von 1965 bis heute, West-Berlin 1979, S. 174–204, besonders S. 179 und 181–182; Krebs, Ulrike Meinhof, S. 202–206 und 222–223.

122 Zit. n. Latsch, Pakt des Terrors, S. 64.

123 In: Den Papst einen Monat lang ausspionieren, *Der Spiegel* vom 7. August 1978, 32. Jg., Nr. 32, S. 70–82, S. 79, behauptet Klein: »Die spektakulärste Aktion, die die Revolutionären Zellen überhaupt gemacht haben, haben sie für Haddad gemacht. Das war ungefähr 1970/71, einer der ersten Bombenanschläge, die Einäscherung einer ganzen Fabrik in Berlin. Die muß irgendwas mit den Israelis zu tun gehabt haben.« Entweder ist das Datum oder die Ortsangabe falsch. Der *Schwarze September* verübte am 8. Februar 1972 einen Sprengstoffanschlag auf eine Fabrikhalle der Strüver KG in Hamburg; am 11. Juni 1973 folgte ein Anschlag auf die Waffenfabrik der Firma Fritz Werner in West-Berlin. Siehe zu der bemerkenswerten Behauptung, der Schotte Ian MacLeod (am 25. Juni 1972 von der Polizei in Stuttgart erschossen) sei ein Kontaktmann der PFLP, der RAF und der JRA gewesen, auch: MacLeod soll Verbindungsmann der Freischärler gewesen sein, *Hannoversche Allgemeine Zeitung* vom 30. Juni 1972; hier werden anonyme palästinensische Quellen zitiert.

124 Nach einer Aussage des späteren Kronzeugen Karl-Heinz Ruhland; vgl. In die Bank und durchgeladen (Teil II), *Der Spiegel* vom 31. Januar 1972, 26. Jg., Nr. 6, S. 59–71, S. 69; Baader-Meinhof-Report, S. 64; Peters, Tödlicher Irrtum, S. 225–226.

Scanned by CamScanner

Wiederaufnahme der Kontakte, 1972–1973

Eine ganze Reihe von Vorkommnissen zwischen Mitte 1972 und Ende 1973 zeigt, dass diese Kontakte – zwischen der *Bewegung 2. Juni* und der PFLP sowie zwischen der RAF und den *Fatah*-Abteilungen um den *Schwarzen September* – entweder intakt oder wieder aufgenommen worden waren. Es sind noch zu wenig Einzelheiten bekannt, als dass die Frage beantwortet werden könnte, ob diese Kontakte auf eine Kontinuität oder einen Neuanfang hindeuten. Die Antwort wird nicht zuletzt dadurch erschwert, dass im Verlauf des Jahres 1972 so viele Gründungsmitglieder der beiden Gruppen verhaftet worden sind.

Am 7. Mai 1972 wurden Wolfgang Knupe, Ulrich Schmücker, Harald Sommerfeld und Inge Viett verhaftet, während sie in Bad Neuenahr-Ahrweiler in einem Auto schliefen. Die vier waren Mitglieder einer Gruppierung, die sich mittlerweile *Bewegung 2. Juni* nannte. Im Verhör gaben Schmücker und Sommerfeld zu, dass der bei ihnen sichergestellte Sprengstoff aus palästinensischen Quellen stammte, und nach und nach kamen die folgenden Einzelheiten ans Licht:[125] Kurz nachdem Schmücker mit Mitgliedern der *Bewegung 2. Juni* in Berührung gekommen war, hatte er sich an Detlev Ziegert gewandt, der an der Freien Universität sein Tutor gewesen war. Ziegert, ein Sympathisant der Guerillabewegung,[126] hatte Schmücker einen ungenannten arabischen Bekannten von der PFLP vorgestellt, der ihm Waffen und Sprengstoff anbot. Außerdem könne er arrangieren, dass sie im Nahen Osten untertauchen könnten. Wie Baumann ausführt, hatte die *Bewegung 2. Juni* zu diesem Zeitpunkt logistische Schwierigkeiten: »Das Problem war, daß wir immer Waffen brauchten. Wir konnten gar nicht alle bewaffnen, die wir reinziehen konnten. Wir waren etwa zwölf Leute. Vor der Tür standen ungefähr noch zwanzig, dreißig, die gern mitgemacht hätten. Wenn wir die Mittel gehabt hätten, hätten wir das Ding ausweiten können, zur Offensive übergehen können.«[127]

Nach einem erfolgreichen Banküberfall am 4. April hatte Schmücker sich noch zwei weitere Male mit dem Kontaktmann getroffen. Währenddessen hatte ein fünftes Mitglied der Gruppe, Verena Becker, mit Hilfe unbekannter palästinensischer Quellen die Verlässlichkeit des Kontaktmannes überprüft. Ende April hatte man sich darauf geeinigt, dass vier Mitglieder der Gruppe für 10 000 DM pro Person eine militärische Ausbildung im Libanon erhalten sollten.[128] Am 4. Mai scheiterte die Gruppe bei dem Versuch, eine Bombe im türkischen Konsulat in West-Berlin zu legen. Zum Zeitpunkt der Festnahme hatten die vier Berlin mit Sprengstoff und Bombenbauteilen verlassen, die Schmücker am 1. Mai für 5000 DM von seinem Kontaktmann gekauft hatte. Geplant war ein Anschlag auf die türkische Botschaft oder das Generalkonsulat in Bonn, mit dem man gegen die bevorstehende Hinrichtung dreier Studentenführer in der Türkei protestieren wollte.

Vielleicht war die Auswahl des Ziels ganz einfach ein spontaner Ausdruck internationaler Solidarität, aber wenn man den Hintergrund ihrer Kontaktleute und das Timing ihrer Pläne betrachtet, dann könnte es durchaus sein, dass ihnen das Ziel in irgendeiner

125 Siehe Stefan Aust, Kennwort Hundert Blumen: Die Verwicklung des Verfassungsschutzes in den Mordfall Ulrich Schmücker, Hamburg 1980, S. 25–44; Wolfram Bortfeldt, Deckname »Kette«: Der Verfassungsschutz und der Mord an Ulrich Schmücker, Hamburg/Zürich 1992, S. 22–26; Stefan Aust, Der Lockvogel: Die tödliche Geschichte eines V-Mannes zwischen Verfassungsschutz und Terrorismus, Reinbek 2002, S. 32–53.

126 Laut Aust, Der Lockvogel, S. 32–33, war »Detlef Z.« Mitglied einer Solidaritätsgruppe für die Guerillabewegung in Dhofar und Oman und hatte deshalb vermutlich Verbindungen zur oder eine politische Affinität für die PFLOAG.

127 Bommi Baumann, Hi Ho: Wer nicht weggeht, kommt nicht wieder, Hamburg 1987, S. 10–11. Diese Passage erläutert seine Reise nach Afghanistan und zurück, die er von September bis Dezember 1972 zusammen mit dem »Dicken« (möglicherweise Peter Knoll) unternahm. Obwohl er ein Empfehlungsschreiben für die PLO erhalten hatte – anscheinend dank der Vermittlung derselben Reisebüros, die 1970 den RAF-Mitgliedern bei ihrer Beirut-Reise geholfen hatten –, gibt es keine Hinweise auf direkte Kontakte. Ebenda, S. 11–12 und 15–56.

128 Diese vier sollen Becker, Knupe, Schmücker und Viett gewesen sein; unklar ist, ob die Ausbildung durch die Kontakte Schmückers oder Beckers zustande kam und ob es nur drei Wochen oder drei Monate hätte dauern sollen. Laut Baader-Meinhof-Report, S. 124, hat *El Fatah* das Angebot gemacht und die Geldzahlung deshalb gefordert, weil zwei der größten Guerillagruppen inzwischen weniger Geld von den arabischen Staaten erhielten.

Form nahe gelegt worden ist. Die drei Türken, die am 6. Mai hingerichtet wurden, Deniz Gezmis, Yusuf Aslan und Huseyin Inan, waren Anführer der *Befreiungsarmee des türkischen Volkes* (TPLA). Bereits am 3. Mai 1972 hatten drei Mitglieder der TPLA eine Maschine der Turkish Airlines auf dem Weg von Ankara nach Istanbul entführt und die Freilassung ihrer drei Anführer gefordert, nach der Landung in Sofia aber aufgegeben. Die Hinrichtungen wurden von einer Welle von Protestanschlägen in der Türkei und im Ausland begleitet.[129]

Die Verhaftung Schmückers hatte bekanntlich ein Nachspiel: Er ließ sich überreden, für das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) in West-Berlin zu arbeiten und wurde schließlich am 5. Juni 1974 unter höchst zweifelhaften Umständen ermordet. Trotz mehr als 20 Jahre lang anhaltender Gerichtsverhandlungen konnte nie geklärt werden, wer genau ihn tötete. Fest steht, dass Schmücker von Juli bis August 1973 in den Nahen Osten reiste, nach Beirut und Damaskus, wo er offenbar Kontakte zur PFLP und zum *Schwarzen September* knüpfen wollte. Unklar ist, inwieweit seine Bemühungen von Erfolg gekrönt waren und ob diese Reise Teil seiner verzweifelten Versuche war, seinen Namen reinzuwaschen und sich wieder in der *Bewegung 2. Juni* zu etablieren, oder ob er im Auftrag des LfV unterwegs war.[130]

Einen eher indirekten Beweis für den Weiterbestand der Beziehungen zwischen der RAF und *Fatah*-Gruppen lieferte das Attentat des *Schwarzen September* auf die israelische Olympiamannschaft in München am 5. September 1972.[131] Nachdem das Kommando zwei ihrer Mitglieder umgebracht hatte, nahmen die Männer die neun restlichen Athleten als Geiseln und forderten die Freilassung von 236 Gefangenen, darunter 234, die in israelischen Gefängnissen saßen.[132] Es heißt, dass die beiden anderen Namen auf der Liste Baader und Meinhof waren.[133] Die Aktion scheiterte: Fünf der acht Terroristen und sämtliche Geiseln starben bei einer Schießerei auf dem Militärflugplatz Fürstenfeldbruck bei München. (Die Bundesregierung hatte die Terroristen dorthin hingelockt,

---

129 Siehe dpa u. a., Kapitulation der Luftpiraten von Sofia, *Neue Zürcher Zeitung* vom 5. Mai 1972; hier werden die Verletzungen des Generals Kemalettin Eken in Ankara und der Bombenanschlag auf das Büro der türkischen Fluggesellschaft in Stockholm am 4. Mai erwähnt. Vgl. auch ap u. a., Hinrichtung von drei Terroristen in Ankara, *Neue Zürcher Zeitung* vom 8. Mai 1972, mit Hinweisen auf den versuchten Bombenanschlag auf ein Kaufhaus in Istanbul, bei dem ein Täter getötet wurde, und auf die am 6./7. Mai eingeschlagenen Fenster des türkischen Konsulats in München.

130 Aust, Kennwort Hundert Blumen, S. 91–93; Bortfeldt, Deckname »Kette«, S. 77; Aust, Der Lockvogel, S. 108–111 und 247. Siehe auch Bernd Häusler, Der unendliche Kronzeuge: Szenen aus dem Schmücker-Prozeß, (West-)Berlin 1987, S. 24, und Kommando »Schwarzer Juni«, Kommunique über Verrat, Wiederabdruck in Peter Brückner / Barbara Sichtermann, Gewalt und Solidarität: Zur Ermordung Ulrich Schmückers durch Genossen, (West-)Berlin 1974, S. 9–15.

131 In seinem Band »Rückkehr in die Menschlichkeit« (S. 293) behauptet Klein, RZ-Gründungsmitglied Wilfried Böse hätte den Angreifern geholfen. Nach Angaben von Pless (d. i. der Neonazi Willi Pohl), Geblendet, S. 56–67, sollte Böse während des Überfalls in Wien eine Pressekonferenz veranstalten. Der Führer des *Schwarzen September*, Mohammed Daoud Machmud Auda (Abu Daoud), schilderte den Überfall ausführlich nach seiner Verhaftung am 15. Februar 1973 in Jordanien; man nimmt an, dass er unter Folter aussagte. Daoud erklärte: »Keine deutschen Staatsbürger oder arabischen Anwohner waren am Angriff beteiligt […].« Siehe Dobson, Black September, S. 88–91, S. 91.

132 Tinnin/Christensen, The Hit Team, S. 22 f., stellen die verblüffende Behauptung auf, Bundeskanzler Willy Brandt hatte gehofft, während der Olympischen Spiele geheime diplomatische Gespräche führen zu können, mit dem Ziel, ein vorläufiges Abkommen zwischen Ägypten und Israel zu erreichen; der Überfall habe diese Hoffnung zerstört. Edgar O'Ballance, Arab Guerilla Power, 1967–1972, London 1974, S. 220, vertritt die Auffassung, Zweck des Überfalls sei es gewesen, eine »Europa-Offensive« der Ägypter zu torpedieren, die eine Freundschaft mit der Bundesrepublik entstehen lassen sollte; vermutlich hätte dies Teil der Strategie von Präsident Anwar Sadat sein sollen, die auf eine Reduktion der Abhängigkeit von der Sowjetunion und eine Verhandlungslösung im Nahost-Konflikt abzielte. Vgl. Chomsky, The Fateful Triangle, S. 64–66, und Seale, Asad, S. 194–196.

133 Laut Serge Groussard, La Medaille de Sang, Paris 1977, S. 75–77, waren die Behörden in der Bundesrepublik überrascht, dass Horst Mahlers Name nicht auf der Liste erschien. Unter denen, die in israelischen Gefängnissen saßen, zählten Kozo Okamoto, die vier Mitglieder von Boudias »Frühlingskommando«, die im April 1971 verhaftet worden waren, sowie die beiden Überlebenden der Lod-Entführung vom 8./9. Mai 1972. Einige weitere Autoren erwähnen ebenfalls, dass Baader und Meinhof angeblich freigepresst werden sollten: Tinnin/Christensen, The Hit Team, S. 16; Jonas, Die Rache ist unser, S. 17; Simon Reeve, One Day in September: The Story of the 1972 Munich Olympics Massacre, London 2000, S. 12.

Scanned by CamScanner

indem man sie glauben machte, man wolle sie samt ihrer Geiseln nach Kairo ausfliegen.) Wie die bundesdeutschen Behörden auf die Forderung nach der Freilassung Baaders und Meinhofs reagiert haben, ist nicht bekannt.[134]

Am 1. März 1973 stürmten Mitglieder des *Schwarzen September* die saudiarabische Botschaft in Khartum im Sudan und nahmen zahlreiche hochrangige Diplomaten als Geiseln, die sich zu einer Party versammelt hatten. Zu den Festgehaltenen gehörten der US-Botschafter Cleo A. Noel, sein Stellvertreter George Curtis Moore und der belgische Geschäftsträger Guy Eid. Als das Kommando drei Tage später aufgab, waren alle drei ermordet worden.[135] Zu den Gefangenen in mehreren Staaten, deren Freilassung gefordert wurde, gehörten wiederum einige RAF-Mitglieder, da die Terroristen irrtümlicherweise davon ausgingen, sie hätten auch den bundesdeutschen Diplomaten Dr. Michael Jovy in ihrer Gewalt.[136] Es ist jedoch offen, ob es sich bei den angeblichen RAF-Mitgliedern nicht um den Neonazi Willi Pohl und einen mit ihm befreundeten Kriminellen gehandelt hat, deren Freilassung das Kommando ebenfalls gefordert haben soll.[137]

Im November 1972 veröffentlichte die RAF eine Analyse des Münchner Attentats des *Schwarzen September*. Einer Gruppierung, die alles andere als einen sozialrevolutionären Anspruch hatte, wird darin unter Verwendung marxistisch-leninistischer Terminologie eine antifaschistische und antiimperialistische Gesinnung bescheinigt: »Mit seiner Aktion im Olympischen Dorf hat er [der *Schwarze September*] den nur scheinbar lokalen Konflikt zwischen der imperialistischen Metropole Israel und den Palästinensern von der Peripherie des Systems ins Zentrum getragen – hat er die Charaktermasken des ›Rechtsstaats‹ Bundesrepublik gezwungen, abzuschminken und als das aufzutreten, was alle Charaktermasken des Imperialismus objektiv sind: Kriegsführende Partei gegenüber den Befreiungsbewegungen der III. Welt – letz-

134 Die drei überlebenden Terroristen wurden am 30. Oktober 1972 freigelassen und nach Libyen ausgeflogen, nachdem der *Schwarze September* auf dem Flughafen von Beirut eine Lufthansa-Maschine nach Zagreb entführt hatte. Die Schnelligkeit, mit der die westdeutsche Regierung die drei freiließ, gab Anlass zum Verdacht, die Bundesrepublik sei in die Entführung verwickelt gewesen. Vgl. Dietl, Die Agenten des Mossad, S. 83–84; Reeve, One Day in September, S. 128–131. Klein, Die Rächer, S. 145, vermischt diesen Fall allerdings mit den Details der PFLP-Entführung vom 22. Februar 1972.

135 Den zwischen dem 19. und 22. Juli 1971 von sudanesischen Armeeangehörigen unternommenen, gescheiterten Staatsstreich hatte Präsident Jaafar Mohammed al-Nimery knapp überlebt; stark angeschlagen und vom Verdacht geleitet, seine sowjetischen Verbündeten steckten hinter dem Putsch, ging er nun neue strategische Allianzen ein. Am 3. März 1972 verkündete der Sudan das Ende seiner bisherigen Unterstützung für die eritreische Separatistenbewegung in Äthiopien; im Gegenzug beendete Äthiopien seine Hilfe für die Rebellen im Südsudan. Sudan nahm am 25. Juli 1972 die diplomatischen Beziehungen mit den USA wieder auf; von den arabischen Staaten, die nach dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 ihre formellen Beziehungen mit den USA beendet hatten, war der Sudan damit das erste Land, das sie erneut aufleben ließ. Der Anschlag des *Schwarzen September* geschah während eines Besuchs des äthiopischen Kaisers Haile Selassie im Sudan anläßlich des ersten Jahrestags der sudanesisch-äthiopischen Vereinbarung; vgl. David A. Korn, Assassination in Khartoum, Bloomingdale/Indianapolis 1993, S. 86–89 und 94–95.

136 Die genaue Zahl der Gefangenen, deren Freilassung gefordert wurde, variiert in den verschiedenen Berichten erheblich, aber die Mehrzahl nennen Abu Daoud, der in Jordanien inhaftiert war, und Sirhan B. Sirhan. Livingston/Halevy, Inside the PLO, S. 277, machen die vage Angabe, die Liste habe auch »mehrere Mitglieder der berüchtigten Baader-Meinhof-Bande« umfasst; laut Yallop, To the Ends of the Earth, S. 78 f., nannte die Liste die »Baader-Meinhof-Anführer«. Klein, Die Rächer, S. 169, erwähnt »mehrere Mitglieder der Baader-Meinhof-Bande«. Später wurden die Westdeutschen von der Liste gestrichen. Angesichts der früheren Forderungen des *Schwarzen September* nach Freilassung von Kozo Okamoto aus israelischer Gefangenschaft und Abu Daoud aus Jordanien lässt sich schwer erklären, warum die Geiselnehmer den japanischen *chargé d'affaires* beinahe sofort laufen ließen und seinen jordanischen Kollegen während der Geiselnahme unbehelligt ließen.

137 Pless, Geblendet, S. 134–148; Fromm, »Wehrsportgruppe Hoffmann«, S. 202. Pohl hörte die Radionachricht vom Überfall im Stadelheimer Gefängnis und war überglücklich zu erfahren, dass eine Forderung der Geiselnehmer »die Überstellung zweier Deutscher, die der Baader-Meinhof-Bande angehören *sollen*« war (Hervorhebung TSR). Pohl wurde am 27. Oktober 1972 in München verhaftet und hatte ähnliche Waffen bei sich wie jene, die beim Überfall auf das Olympische Dorf in München verwendet wurden. Er wurde beschuldigt, gemeinsam mit Abu Daoud den Neonazi Udo Albrecht aus dem Gefängnis freipressen zu wollen. Zum Zeitpunkt seiner Verhaftung behauptete die Boulevardpresse, Pohl sei Mitglied einer »roten Terrorbande«.

ten Endes: Ausrottungsstrategen und Faschisten.«[138] Zudem ließen die Autoren, ähnlich wie Kunzelmann, ihrem Hass auf »Israels Nazi-Faschismus« freien Lauf, indem sie z. B. feststellten, dass das Handeln der bundesdeutschen Behörden »nur ein Ziel« habe: »nur ja dem Mosche-Dayan-Faschismus – diesem Himmler Israels – in nichts nachzustehen«.[139] Es ist fraglich, ob diese Zeilen als Beweis für eine Abstimmung zwischen der RAF und dem *Schwarzen September* gelten können oder ob sie nur als Ausdruck symbolischer Solidarität zu betrachten sind.[140]

Die RAF-Mitglieder Helmut Pohl und Margrit Schiller bildeten den Kern einer kleinen, gewaltbereiten Gruppierung, die ab Mitte 1973 versuchte, die RAF und ihre zerschlagenen logistischen Strukturen wiederherzustellen.[141] Da sie am 4. Februar 1974 festgenommen wurden, wurden sie als *Gruppe 4.2.* bezeichnet. Unter dem wachsamen Auge des Verfassungsschutzes (VS) baute die Gruppe langsam ein Netzwerk in Hamburg, Frankfurt und Amsterdam auf und schmiedete Pläne, wie man die Gründungsmitglieder der RAF aus der Haft befreien könnte. Nach eigener Aussage beschloss Margrit Schiller Anfang Juni 1973 unterzutauchen und reiste nach Rotterdam. Dort hatten Pohl und andere Mitglieder der Gruppe zusammen mit »Palästinensern aus der El-Fatah-Zentrale im Libanon« den Plan entworfen, gemeinsam in Amsterdam eine israelische Maschine zu entführen, um die Gefangenen freizupressen. Ein palästinensischer Kontaktmann war in den Niederlanden eingetroffen, um die Einzelheiten abzustimmen, und hatte die erforderlichen Waffen mitgebracht. Nachdem man wochenlang vergeblich auf den Einsatzbefehl gewartet hatte, sandte die RAF eine »Vertrauensperson« in den Libanon, die den Grund für die Verzögerung herausfinden sollte. Die Antwort von Salameh (Abu Hassan) war, dass die Entführung wegen der Spannungen im Nahen Osten verschoben worden sei.[142] Oberflächlich betrachtet passt das zur Darstellung von Hans Josef Horchem, Leiter des Hamburger LfV, nach der die Überwachung der Gruppe das Verfolgen von Mittelsmännern in und aus dem Nahen Osten mit einschloss. Nach seinem Bericht haben die Beamten allerdings auch Treffen

138 Die Aktion des Schwarzen September in München: Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes, in: Texte: der RAF, Malmö 1977, S. 411–447, S. 422.

139 Ebenda, S. 422 und 441: »Entsetzt war das imperialistische Ausland nur über die Unfähigkeit der Deutschen wieder einmal nicht nur die Kommunisten sondern die Juden gleich mit liquidiert zu haben.« Eine Beschreibung von Mosche Dayan erwähnt das »heimtückische Vorgehen« bei der Beendigung der Lod-Entführung am 8./9. Mai 1972, als die israelische Kommandotruppe angeblich als Rote-Kreuz-Angehörige getarnt zum Flugzeug vordrang. Mahler hat Meinhof Teile des Papiers vorgelesen, als sie als Zeugin bei seinem Prozess im Dezember 1972 auftrat; daraufhin hat Meinhof die Unfähigkeit der Linken kritisiert, zu erklären, wie Auschwitz möglich geworden war: »Der manipulierte Antisemitismus während des Hitler-Faschismus war seinem Wesen nach gegen die Banken, die Geldsäcke, die Raffer, gerichtet, nur mit dem falschen Bewußtsein [...] In diesem Antisemitismus, der ins Volk reinmanipuliert worden ist, war die Sehnsucht nach dem Kommunismus, die dumpfe Sehnsucht nach der Freiheit von Geld und Banken.« Zit. n. Wolfgang C. Thiem, Mahler-Prozeß: Diskussion in der Gruppe um [sic] *Berliner Extra-Dienst* vom 16. Dezember 1972, VI. Jg., Nr. 100, S. 19–21; Auslassungen im Original.

140 Die Presse berichtete im Jahr 1973, der RAF-Anwalt Groenewold sei 1972 in den Nahen Osten gereist, um die Befreiung von RAF-Mitgliedern mit dem *Schwarzen September* zu besprechen. Groenewold entgegnete, er sei in Beirut und Damaskus im Zusammenhang mit der Verteidigung von palästinensischen Mandanten gewesen, die nach dem Überfall auf die israelische Olympiamannschaft von Ausweisung bedroht waren. Siehe ED-Notierung, *Berliner Extra-Dienst* vom 10. März 1973, VII. Jg., Nr. 20, S. 13. Vgl. auch Rechtsanwaltbüro Groenewold, Degenhardt, Reinhard (Hg.), Politische Justiz: Dokumentation über den Ausweisungsterror an Palästinensern, Hamburg 1972.

141 Margrit Schiller, am 22. Oktober 1971 nach einer Schießerei mit der Hamburger Polizei verhaftet, wurde am 9. Februar 1973 aus dem Gefängnis entlassen; Helmut Pohl, verhaftet am 21. Juni 1971, wurde im April 1973 entlassen.

142 Margrit Schiller, »Es war ein harter Kampf um meine Erinnerung«: Ein Lebensbericht aus der RAF, Hamburg 1999, S. 121–124. Schiller beschreibt Abu Hassan als einen »für uns entscheidenden palästinensischen Freund«, der »die radikale Fraktion innerhalb der El-*Fatah*, die für eine Zusammenarbeit mit der RAF eintrat« angehört habe. Schiller schreibt, sie hätten erst nach dem Krieg vom Oktober 1973 den Grund für diese Entscheidung begriffen, aber sie zieht auch eine Verbindung zwischen dieser Entscheidung und strategischen Diskussionen innerhalb der verschiedenen palästinensischen Gruppen, die durch zunehmende israelische Angriffe auf den Libanon ausgelöst wurden. Laut Ijad, Heimat oder Tod, S. 231–232, führte eine Delegation der wichtigsten palästinensischen Gruppen während des ganzen Monats Juni 1973 Diskussionen mit der Führung der libanesischen Falangisten-Partei (*Katae*) darüber, wie die Beziehungen zu konsolidieren seien.

Scanned by CamScanner

von RAF-Mitgliedern mit der PFLP in Hamburg beobachtet sowie im November 1973 die Rückkehr von Pohl und dem RAF-Mitglied Ilse Stachowiak von einer Reise nach Beirut.[143]

Umwälzungen innerhalb der palästinensischen Bewegung, 1973–1974

Wenn man sich der allgemeinen Tendenz verschließt, keinen großen Unterschied zwischen den verschiedenen palästinensischen Gruppierungen zu machen, dann ist es verlockend, die Darstellungen von Margrit Schiller und Hans Josef Horchem wörtlich zu nehmen und darüber zu spekulieren, ob sich die RAF im Lauf des Jahres 1973 der PFLP als neuem Bündnispartner zuwandte. In jedem Fall dürfte die Entscheidung Salamehs, die geplante gemeinsame Flugzeugentführung aufzuschieben, eine Folge der grundlegenden Veränderungen gewesen sein, die innerhalb der palästinensischen Bewegung und des Nahen Ostens vor und nach dem sogenannten Jom-Kippur-Krieg im Oktober 1973 vonstatten gingen.

Das katastrophale Scheitern des Anschlags auf die Botschaft in Khartum sowie die Empörung über die PLO im Sudan und in der arabischen Welt insgesamt setzten in der *Fatah* einen Machtkampf in Gang zwischen den Terrorbefürwortern auf der einen und dem moderaten rechten Flügel um Arafat auf der anderen Seite. Arafat trat für eine politische Lösung der palästinensischen Frage ein und wollte die internationale diplomatische Anerkennung der PLO erreichen.[144] Nach Khartum schaffte er es, die meisten Terrorgruppen der *Fatah* zu zügeln. Lediglich zwei abtrünnige Gruppen des *Schwarzen September* operierten weiterhin unabhängig. Eine war die von Libyen unterstützte *Arabische Nationalistische Jugendorganisation für die Befreiung Palästinas* (ANYOLP) unter Ahmed Abdel Ghaffur (Abu Mohammed), die 1973 und 1974 aktiv war. Die andere war der vom Irak unterstützte *Revolutionäre Rat* der *Fatah* unter dem früheren irakischen *Fatah*-Führer Sibri Khalil el-Banna (Abu Nidal), die wohl berüchtigtste internationale Terrorgruppe der 1970er und 1980er Jahre.[145] Zur selben Zeit, zwischen Juli und Oktober 1973, schickte Arafat vier Nachrichten an den US-Außenminister Henry Kissinger und ersuchte um einen Dialog mit den USA, durch den offene Friedensverhandlungen vorbereitet werden sollten. Als Antwort entsandte Kissinger den stellvertretenden Direktor der CIA, General Vernon Walters, mit der Botschaft, die USA hätten keinerlei Vorschläge zu unterbreiten, weil sie der Ansicht seien, dass »ein palästinensischer Staat unter der Führung der PLO unweigerlich weitere Gebietsansprüche anmelden würde«.[146]

Der Prozess der schrittweisen Anerkennung der

143 Hans Josef Horchem, Auch Spione werden pensioniert, Herford/Berlin/Bonn 1993, S. 87–94, hier S. 90–91. Horchem schreibt, die Polizei hätte am 4. Februar 1974 den Pass der französischen Journalistin Michèle Susanne Ray zusammen mit anderen Gegenständen gefunden.

144 Siehe z. B. Pless, Geblendet, S. 148–149; Merari/Elad, The International Dimensions, S. 32–35; Yossi Melman, The Master Terrorist: The True Story of Abu-Nidal, New York 1987, S. 93–94.

145 Die palästinensische Nachrichtenagentur WAFA berichtete am 26. Juli 1974, Abu Nidal sei als *Fatah*-Vertreter in Bagdad aus der Organisation ausgeschlossen worden. Vgl. Melman, The Master Terrorist, S. 80 und 98; Seale, Abu Nidal, S. 97–98. *El Fatah* verhängt die Todesstrafe über beide Männer in Abwesenheit und hat anscheinend im September 1974 Ghaffur in Beirut hingerichtet. Schiller, Palästinenser zwischen Terrorismus und Diplomatie, S. 424–425, und Livingston/Halevy, Inside the PLO, S. 147, zitieren beide israelische Geheimdienstquellen, die berichten, die ANYOLP habe zum Teil aus ehemaligen PFLP-Mitgliedern bestanden; nach dem Mord an Ghaffur und unter der Führung von Marwan Haddad, eines Verwandten von Haddad, seien sie zur PFLP zurückgekehrt.

146 Seale, Abu Nidal, S. 50; Henry Kissinger, Years of Upheaval, Boston/Toronto 1982, S. 626–627. Kissinger berichtet, dass die PLO Ende Juli 1973 »die Initiative ergriffen habe« in dem Bemühen, einen Dialog mit den USA zu eröffnen; ein enger Mitstreiter von Arafat sei an den US-Botschafter im Iran, Richard Helms, herangetreten. Die PLO ließ verlauten, sie würde die Existenz Israels als Tatsache anerkennen, und es sei möglich, dass ein künftiger palästinensischer Staat innerhalb Jordaniens entstehen könnte. Über König Hassan von Marokko entstand am 13. August 1973 der Kontakt zu Walters in Casablanca, mit einer gleichlautenden Botschaft. Nach Angaben von Livingston/Halevy, Inside the PLO, S. 283, traf sich Walters mit Khaled al-Hassan und Majid Abu Sharar.

PLO wurde nach dem Jom-Kippur-Krieg beschleunigt. Angetrieben wurde er durch die Zusage Sadats, dass die PLO an multilateralen Gesprächen mit Israel beteiligt werden würde. Die weiteren Stationen sind bekannt. Der 12. *Palästinensische Nationalrat* (PNC) von Juni bis Juli 1974 in Kairo verabschiedete ein mit Bedacht formuliertes politisches 10-Punkte-Programm, in dem festgehalten wurde, dass die PLO für die »nationale, unabhängige und wehrhafte Souveränität aller palästinensischen Landesteile, die befreit werden müssen«, kämpfen solle.[147] Trotz des kämpferischen Tons wurde dieser Satz als ein offizielles Zeichen dafür gewertet, dass die PLO theoretisch bereit war, die maximalistische Position einer Rückeroberung Israels aufzugeben und eine Zweistaatenlösung mit der Gründung eines Rumpfstaates im Westjordanland und im Gazastreifen in Betracht zu ziehen. Im Oktober 1974 wurde die PLO als 23. Mitglied der Arabischen Liga anerkannt. Damit wurde Jordanien faktisch der Souveränitätsanspruch über das Westjordanland aberkannt. Dieser diplomatische Prozess kulminierte in der Rede Arafats vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 22. November, nach der die UN der PLO Beobachterstatus einräumten.

Ob diese Schritte der PLO nun aufrichtig waren oder nicht, sie blieben erfolglos. Im November 1973 lancierte Kissinger die erste Runde seiner vielgepriesenen Pendeldiplomatie und untergrub im Verlauf der folgenden zwei Jahre mit Geschicklichkeit und Ausdauer die Chancen für eine Allparteien-Friedenskonferenz, wie sie Sadat dem syrischen Präsidenten Hafiz al-Asad und der PLO ursprünglich in Aussicht gestellt hatte. Zwar kam es am 21. Dezember 1973 in Genf tatsächlich zu der geplanten Nahost-Friedenskonferenz unter dem Vorsitz von UN-Generalsekretär Kurt Waldheim, Henry Kissinger und dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko. Diese erste Sitzung, an der weder Syrien noch die PLO teilnahmen, sollte jedoch zugleich die letzte sein. Stattdessen fädelte Kissinger im Alleingang eine Reihe bilateraler Truppenentflechtungsabkommen ein, ganz nach seiner bevorzugten Strategie des »dauerhaften Patts«: am 18. Januar 1974 zwischen Ägypten und Israel (»Sinai I«), am 31. Mai 1974 zwischen Syrien und Israel und am 4. September 1975 wiederum zwischen Ägypten und Israel (»Sinai II«).[148]

Die Hoffnungen der PLO und Syriens fielen dabei im Rahmen von Kissingers »Linkage«-Theorie geostrategischen Zielen zum Opfer. In diesem Fall war das übergeordnete Ziel, den Friedensprozess zu monopolisieren und nicht nur die Sowjetunion, sondern auch die Westeuropäer und die UN daran zu hindern, in der Region an Einfluss zu gewinnen.[149]

Dass diese Politik ein Hinhalten der PLO beinhaltete, wird in einem Memorandum an Kissinger vom 26. Juli 1974 deutlich, das von Alfred Atherton verfasst wurde, dem stellvertretenden Assistenten des Außenministers, zuständig für den Nahen Osten und den Süden Asiens. Darin wird die »Strategie« für ein

147 Die DPFLP war im Februar 1974 die erste palästinensische Gruppe, die die Forderung nach einem palästinensischen Staat im Westjordanland und Gaza öffentlich vertrat; Hawatmeh und sein Stellvertreter Yasser Abd Rabbu bekleideten später wichtige ideologische Positionen innerhalb der PLO. Vgl. Schiller, Palästinenser zwischen Terrorismus und Diplomatie, S. 322–323. Ijad, Heimat oder Tod, S. 193–196, erwähnt ein Treffen mit Jibril, Habasch und Hawatmeh an der Universität Beirut am 10. Februar 1974, bei dem er in einer Rede seine Zuhörer daran erinnert hatte, dass die revolutionären Bewegungen in Russland, Korea und Vietnam auf dem Weg zur nationalen Souveränität eine Teilung der Nation hätten hinnehmen müssen.

148 Kissinger, Years of Upheaval, S. 196. Zu den Befürchtungen der israelischen Regierung, dass ähnliche Verhandlungen mit Jordanien sie zu unliebsamen Gebietsabtretungen im Westjordanland zwingen könnten, vgl. Matti Golan, The Secret Conversations of Henry Kissinger: Step-by-Step Diplomacy in the Middle East, New York 1976, S. 217–227; hier auch Einzelheiten dazu, wie Kissinger das Schreckgespenst der PLO-Beteiligung eingesetzt hat, um Israel zum Handeln zu zwingen. Das Sinai II-Abkommen enthielt zwei Geheimparagraphen zwischen Israel und den Vereinigten Staaten; nach dem zweiten verpflichteten sich die USA, die PLO weder anzuerkennen noch mit ihr zu verhandeln, solange die PLO sich weigerte, Israel anzuerkennen. Die USA versprachen ferner, in Bezug auf die Genfer Friedenskonferenz sich mit Israel »ausführlich zu beraten und seine Position und Strategie abzustimmen zu versuchen«; außerdem gewährte man Israel ein Vetorecht in der Frage der künftigen Teilnahme von »weiteren Staaten, Gruppen oder Organisationen« am Friedensprozess. Israel zitierte später diese Vorbehalte als auch für folgende US-Regierungen bindend. Vgl. Cobban, The Palestinian Liberation Organisation, S. 66 f.

Scanned by CamScanner

anstehendes Treffen mit dem israelischen Außenminister Yigal Allon skizziert. Zu den wichtigsten »Zielen« des Treffens gehörte es, dass die USA die Möglichkeit haben sollten, »direkte Kontakte zu Angehörigen der PLO« aufzunehmen, »um den störenden Einfluss der Palästinenser auf die Verhandlungspositionen der Araber zu minimieren und zu versuchen, die terroristischen Aktivitäten in Israel einzuschränken«. Trotz der Uneinigkeit der Palästinenser sei »unserer Meinung nach der Zeitpunkt gekommen, um eine Strategie zu entwerfen, mit deren Hilfe Teile der PLO in den politischen Prozess einbezogen und die Radikalen isoliert werden können«. Dieses Eintreten in einen »substantiellen Dialog« würde Ägypten und Syrien einen größeren Verhandlungsspielraum einräumen und »den Zeitpunkt hinausschieben, zu dem wir uns mit einer offiziellen palästinensischen Vertretung in Genf auseinander setzen müssen«. Auch wenn es mit einem solchen informellen Ansatz nicht gelingen sollte, auf die »palästinensische Bewegung insgesamt beschwichtigend einzuwirken, [...] so sollte er doch zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Fraktionen der PLO führen oder die PLO in den Augen der Regierungen und der Öffentlichkeit arabischer Staaten diskreditieren«. Beides würde »das derzeitige Ausmaß, in dem arabische Verhandlungspositionen von den Palästinensern blockiert werden«, verringern.[150]

Dieses Dokument lässt die Ereignisse in einem interessanten Licht erscheinen. Erstens hatten die USA nach dem Anschlag von Khartum ihren geheimen Kontakt zur PLO wiederbelebt, der auf das Jahr 1969 zurückging – zwischen Robert C. Ames, einem CIA-Analysten für den Nahen Osten, und Salameh, einem Vertrauten Arafats und Anführer des *Schwarzen September*.[151] Bei einem Treffen von Salameh und Walters in Marokko am 3. November 1973 sicherte Salameh zu, dass die *Fatah* Anschläge auf amerikanische Ziele einstellen und sich während des Nahost-Friedensprozesses ruhig verhalten würde. Einige Wochen später warnte Salameh die CIA: Es gebe Pläne, auf das Flugzeug Kissingers bei der Landung in Beirut eine Rakete abzufeuern. Mitglieder von Salamehs Sicherheitsdienst Force 17 unterstützten die Bewachung Kissingers im Libanon. Die Belohnung für Arafat war, dass er 1974 vor der UN sprechen durfte. Die Kontakte zu Salameh waren derart institutionalisiert, dass er zweimal das CIA-Hauptquartier in Langley, Virginia, besuchte und als wichtigster Mann des CIA im Nahen Osten galt.[152] Zweitens zielten die fortgesetzten Terrorakte der Gruppierung um Abu Nidal und der ANYOLP darauf ab, den Friedensprozess zu torpedieren. Sie diskreditierten mit Erfolg die diplomatische Strategie Arafats und führten am Ende zu heftigen Kämpfen innerhalb der palästinensischen Bewegung.

Habasch für seinen Teil kündigte am 26. September 1974 den Rückzug der PFLP vom Zentralkomitee der PLO an, »um für den historischen Irrtum, dem die Führung der Organisation unterliegt, nicht verantwortlich gemacht zu werden, und um den Kampf in den Reihen der Massen fortzuführen, damit dieser Irrtum korrigiert wird«.[153] Anfang Oktober reiste Habasch dann an der Spitze einer Delegation, in der

---

149 Cobban, The Palestinian Liberation Organisation, S. 59, und Seale, Asad, S. 217–225 und 234–247, argumentieren, Kissinger sei keineswegs ein »ehrlicher Vermittler« gewesen, sondern habe im Wesentlichen Israels strategische Grundsätze geteilt und nie gewollt, dass seine Pendeldiplomatie zu einer umfassenden territorialen oder politischen Einigung führte.

150 Zit. n. Derrick L. Hulme, Palestinian Terrorism and U. S. Foreign Policy: Dynamics of Response, New York / Ontario 2004, S. 65 f.

151 Einzelheiten zu diesen Kontakten erschienen zuerst in einem Artikel von David Ignatius im *Wall Street Journal* vom 10. Februar 1983 und wurden durch Interviews bestätigt, die 1993 im Rahmen von Peter Taylors BBC-Fernsehserie *States of Terror* ausgestrahlt wurden. Ames und einige andere Offiziere der Nahost-Abteilung der CIA wurden beim Selbstmordbombenanschlag auf die US-Botschaft in Beirut am 18. April 1983 getötet.

152 Livingston/Halevy, Inside the PLO, S. 110–111; Dietl, Die Agenten des Mossad, S. 215–217; Reeve, One Day in September, S. 156 f. und 167 f.; Axel Frohn, Hilfe vom Roten Prinz, *Der Spiegel* vom 8. Oktober 2001, 55. Jg., Nr. 41, S. 194–197. Siehe auch Duane R. Clarridge / Digby Diehl, Spy for all Seasons: My Life in the CIA, New York 1997, S. 162–163.

153 Zit. n. Cobban, The Palestinian Liberation Organisation, S. 62 und 149. Die PLO-Führung wurde darin ferner beschuldigt, Geheimkontakte mit dem »imperialistischen Feind«, die USA, unterhalten zu haben. Amos, Palestinian Resistance, S. 75, verweist auf ein Interview mit Habasch vom 20. Januar 1975, in dem er sagte: »Lass die PLO ihr allmähliches Abrutschen in die Beteiligung an die Vereinbarungen stoppen. Lass sie ihre Unterwürfigkeit gegenüber den reaktionären und kapitulationistischen arabischen Regimen aufgeben. Lass sie ihre geheimen und nicht geheimen Kontakte mit dem imperialistischen Feind aufgeben.«

die PFLP, die PFLP-GC, die *Palästinensische Volkskampffront* (PPSF) und die vom Irak unterstützte *Arabische Befreiungsfront* (ALF) vertreten waren, in den Irak, um an einer Konferenz teilzunehmen, die vom Irak, Algerien und dem Südjemen ausgerichtet wurde. Am 10. Oktober wurde in einer gemeinsamen Erklärung mit der irakischen Baath-Partei die Gründung einer »Einheitsfront« gegen »liquidierende Vereinbarungen« und »Kapitulationslösungen« verkündet. Das Ergebnis war die sogenannte *Ablehnungsfront*, die in den folgenden fünf Jahren in Opposition zur PLO stand.[154]

Die »Außenoperationen« Haddads in Westeuropa, 1973–1974

Es ist nicht einmal ansatzweise möglich, hier die Vielzahl widersprüchlicher und falscher Informationen miteinander in Einklang zu bringen, die sich um die Karriere des aus Venezuela stammenden Terroristen llich Ramírez Sánchez, genannt Carlos, ranken. Eine knappe Beschreibung der Rolle, die Carlos bei Haddads »Außenoperationen« gespielt hat, muss genügen, um einen Eindruck von dem komplexen Geflecht der Gruppierung zu geben, in das sich die RAF, die *Bewegung 2. Juni* und die RZ bis 1975 mehr und mehr verstrickten.

Irgendwann im Sommer 1970 war Carlos von der Lumumba-Universität in Moskau abgegangen oder von ihr verwiesen worden und hatte sich (angeblich über die DDR) in den Libanon begeben. In Beirut machte er die Bekanntschaft von Abu-Sharif und wurde in ein Trainingslager in Jordanien geschickt. Von dort ging er Anfang 1971 nach London und schrieb sich an einer Schule für Bürofachkräfte ein. Im Juli kehrte er nach Jordanien zurück, lernte Habasch und Haddad persönlich kennen und nahm an den entscheidenden Kämpfen in Jordanien teil.[155] Ende 1971 flog er wiederum nach London. Je nachdem, welchen Berichten man Glauben schenkt, hat er dort entweder im Auftrag von Haddad gemeinsam mit Boudia Operationen in Paris und London geplant, oder er ist aus allen Plänen herausgehalten und erst Ende 1973 »reaktiviert« worden.[156]

Nachdem Boudia am 28. Juni 1973 in Paris vom Mossad durch eine Autobombe liquidiert worden war, übernahm sein Stellvertreter Michel Moukharbel, ein Libanese aus Tripolis, die Planungen für Haddad und die Logistik in Europa.[157]

Nach dem Tod Boudias flog Carlos im Juli nach Beirut und kehrte im September nach London zurück, nachdem er Haddad überredet hatte, ihn in

---

154 Tophoven, Die Palästinenser, S. 202–203 und FN 11, behauptet, auch die Haddad-Gruppe und die ANYOLP hätten zur *Ablehnungsfront* gehört; Seale, Abu Nidal, S. 95, schreibt, Abu Nidal sei nicht »förmlich« beigetreten; Laske, Ein Leben zwischen Hitler und Carlos, S. 261. Melman, The Master Terrorist, S. 96–99, behauptet, dass, nachdem die Gruppe von Abu Nidal etwas später im Oktober 1974 versucht hatte, den *El-Fatah*-Schatzmeister Mahmud Abbas (Abu Mazin) in Damaskus zu ermorden, die anderen Mitglieder der Front ihre Zusammenarbeit mit Abu Nidal ausgesetzt und seine Aufforderung, die Verräter von der PLO und *El Fatah* zu eliminieren, abgelehnt hätten. Abu Nidal verließ die *Ablehnungsfront* und war danach vollkommen vom irakischen Regime abhängig. Vgl. jedoch auch Efraim Karsh / Inari Rautsi, Saddam Hussein: A Political Biography, New York 2002, S. 101, die die Rolle des Irak ganz anders darstellen. Beim Gipfeltreffen der arabischen Liga im Oktober 1974 in Rabat hätte Irak seine bisher »unerbittliche Verpflichtung«, den bewaffneten Kampf der Palästinenser zu unterstützen, aufgegeben und eine Zweistaatenlösung unter bestimmten Bedingungen akzeptiert, um »den konservativen arabischen Regimen ein moderates Bild des Irak zu vermitteln und um Iraks militärische Verpflichtungen gegenüber den Palästinensern zu reduzieren«.

155 Nach Abu-Sharif/Mahnaimi, Mein Feind, Mein Freund, S. 92–94, 101–102 und 113–114, war Carlos ursprünglich im Herbst 1969 im Nahen Osten angekommen und wollte der PFLP beitreten; im Juli 1970 sei er zurückgekehrt. Nach diesem Bericht wurde Carlos zur weiteren Ausbildung in den Irak geschickt.

156 Yallop, To the Ends of the Earth, S. 70 f., 73 und 412–413, und Wilhelm Dietl, Carlos: Das Ende eine Mythos, Bergisch Gladbach 1995, S. 58 f.; beide behaupten, Carlos' vorübergehende Festnahme durch Scotland Yard am 22. Dezember 1971 hätte zu der Entscheidung geführt, ihn zeitweilig zu »deaktivieren«.

157 Frühere Darstellungen, dass nämlich Carlos nach dem Tod Boudias die Leitung der Operationen übernahm, scheinen, obwohl immer noch im Umlauf, falsch zu sein. Vgl. Smith, Carlos, S. 141, und Meier, Carlos: Demaskierung eines Topterroristen, S. 85.

Scanned by CamScanner

Moukharbels Dienste treten zu lassen.[158] Am 30. Dezember 1973 verschaffte sich in London ein Mann, der gemeinhin als Carlos identifiziert wird, Zugang zum Haus von Lord Joseph Edward Sieff, Chef der Supermarktkette Marks & Spencer und späterer Präsident der *Zionistischen Föderation* in Großbritannien. Der Plan, Sieff zu erschießen, scheiterte.[159] Eine Bombe, die am 24. Januar 1974 in eine Londoner Filiale der Bank Hapoalim geworfen wurde, wird in der Regel ebenfalls Carlos zugeschrieben. Schließlich übernahm ein Kommando »Boudia« die Verantwortung für die Explosion dreier Autobomben am 3. August 1974 in Paris, deren Ziele die Geschäftsstellen des Fonds Social Juif und der israelfreundlichen, rechtsgerichteten Zeitungen *L'Aurore* und *Minute* waren.

Bei vielen Operationen des Jahres 1974 suchte sich die Gruppe »Außenoperationen« andere Organisationen, mit denen sie zusammenarbeiten konnte. Die erste dieser Gruppierungen war die JRA. Trotz des Desasters bei der Flugzeugentführung vom Juli 1973 unternahmen die JRA und die PFLP am 31. Januar 1974 eine weitere gemeinsame Aktion, die ebenso kläglich scheiterte. Vier Terroristen verübten einen Anschlag auf eine Ölraffinerie in Singapur und schmachteten anschließend sechs Tage lang auf einem entführten Fährschiff auf offener See. Die Pattsituation wurde erst am 6. Februar aufgelöst, als ein rein arabisches Kommando in der japanischen Botschaft in Kuwait 29 Geiseln nahm, zu denen auch der japanische Botschafter gehörte. Die japanische Regierung gab nach kurzer Zeit nach und sorgte dafür, dass die vier Terroristen am 8. Februar von Singapur nach Kuwait geflogen wurden. Von dort wurden sie zusammen mit dem Kommando aus Kuwait weiter nach Aden gebracht.[160]

Nach diesem Anschlag scheint die JRA im Lauf des Jahres 1974 mit Hilfe von Moukharbel und Carlos den Schwerpunkt ihrer Operationen von Beirut nach Paris verlagert zu haben.[161] Am 26. Juli 1974 wurde dieser Organisationsstruktur ein gravierender Schlag versetzt: Auf dem Flughafen Paris-Orly wurde ein Kurier der JRA festgenommen, der soeben aus Beirut eingetroffen war. In der Folge wurden acht weitere Mitglieder der JRA in Paris verhaftet, dann jedoch überraschenderweise lediglich in europäische Nachbarländer abgeschoben.[162] Die Festnahmen be-

158 Yallop, To the Ends of the Earth, S. 80–81 und 423–424, nennt als genauen Zeitraum den 24. Juli bis 25. September. Diese Daten widersprechen auch Berichten, nach denen Moukharbel und Carlos zusammen nach Marseille gereist sein sollen, um im August und September die Unruhen zu beobachten, die dort unter den aus Algerien stammenden Stadtbewohnern ausgebrochen waren; siehe Smith, Carlos, S. 139–141.

159 Yallop, To the Ends of the Earth, S. 86–90 und 427–429; Stevenson/Dan, 90 Minuten in Entebbe, S. 117–118; beide schreiben, dass Carlos vom PFLP-Mitglied Jayel Naj Al-Arjan, der 1976 in Entebbe starb, unterstützt wurde.

160 Farrell, Blood and Rage, S. 153–158. Die PFLP in Beirut erklärte, der Angriff sei zum Andenken an den Tod eines von israelischen Agenten getöteten Palästinensers in Paris (Boudia) und als Reaktion auf die Politik von Shell, die nach der Vernichtung ihrer letzten Ölvorräte im Oktober 1973 die Saigoner Regierung neu beliefert hätte, unternommen worden.

161 Nach Angaben von Farrell, Blood and Rage, S. 158–159, wollte JRA-Führer Shigenobu mit dem Umzug nach Paris eine größere Unabhängigkeit von der PFLP erreichen. Siehe auch xyz (sic), Neue Aktion der »Sekigunha«?, *St. Galler Tagblatt* vom 12. April 1975; hier heißt es, es habe Ende 1973 »höchstwahrscheinlich« eine Spaltung zwischen der JRA und der PLO gegeben: »vieles deutet darauf, dass die japanischen Terroristen ihren Stützpunkt im Nahen Osten verlassen mussten und nach Paris ausweichen«.

162 Je nach Quelle soll der Kurier Furuya Yutaka, Yoshiaki Yamada oder Suzuki Furuya gewesen sein. Werner Kahl, Die Deutschen auf der internationalen Terror-Szene, *Die Welt* vom 29. Dezember 1975, verweist darauf (vermutlich im Zusammenhang mit diesen Verhaftungen), dass der französische Geheimdienst 1974 eine internationale Gruppe, bestehend aus Palästinensern, Japanern, Südamerikanern und Franzosen, aufgedeckt hätte, die sich *Arabische Rote Armee* nannte. Die Verhaftungen haben auf jeden Fall die Aktivitäten eines teilweise geheim operierenden, internationalen Solidaritätsnetzwerks aufgedeckt, das von Henri Curiel, einem Juden und ehemaligen Mitglied der Kommunistischen Partei Ägyptens, betrieben wurde. Vgl. Gilles Perrault, Curiel, Wien 1991, S. 532–540. Curiel fungierte später als Vermittler bei einer Reihe von wichtigen Treffen zwischen »Tauben« innerhalb der PLO und Vertretern der israelischen Friedensbewegung, die zwischen Ende 1976 und Anfang 1977 stattfanden. Er wurde von Oktober 1977 bis Januar 1978 unter Hausarrest gestellt, nachdem in einem verleumderischen Artikel des rechtsextremen französischen Blatts *Minute* behauptet wurde, Curiels Organisation habe unter anderem mit der Schleyer-Entführung zu tun gehabt; auch der *Spiegel* übernahm Einzelheiten aus dem Text. Vgl. Neuer Terrortyp, *Der Spiegel* vom 24. Oktober 1977, 31. Jg., Nr. 44, S. 156–162. Curiel wurde am 4. Mai 1978 in Paris ermordet; »Delta«, ein Mordkommando der rechtsextremen *Organisation de l'Armée Secrète*, bekannte sich zur Tat. Vgl. Perrault, Curiel, S. 611–621.

deuteten auch das Aus für laufende Planungen, reiche japanische Geschäftsleute in der Bundesrepublik zu entführen und mit dem Lösegeld weitere JRA-Operationen zu finanzieren.[163] Mit der Unterstützung von Moukharbel und Carlos überfielen drei JRA-Mitglieder am 13. September die französische Botschaft in Den Haag und nahmen elf Geiseln, darunter den französischen Botschafter. Sie forderten von der französischen Regierung die Freilassung des mysteriösen Kuriers und die Zahlung von einer Million US-Dollar Lösegeld. Als die Verhandlungen ins Stocken kamen, warf am 15. September ein Terrorist, von dem allgemein angenommen wird, dass es Carlos war, eine Handgranate in das beliebte Pariser Café »Drugstore«. Dabei wurden zwei Menschen getötet und 36 verletzt.[164] Tatsächlich ließ die französische Regierung den Kurier am nächsten Tag frei, und Syrien erklärte sich widerstrebend bereit, ihn und die JRA-Terroristen aus Den Haag einreisen zu lassen.[165]

Die zweite Gruppierung, mit der Moukharbel und Carlos zusammenarbeiteten, war die sogenannte »Krause-Gruppe« um Daniel von Arb, Peter Egloff und Urs Staedli in Zürich, die 1971 begonnen hatte, Waffen aus Depots der Schweizer Armee zu stehlen. Die Gruppe sah sich als Teil einer selbsternannten »Internationale«, und ihre Hauptaktivität bestand darin, Waffen an andere Gruppierungen in Europa zu verteilen (vor allem in Spanien, Griechenland und Italien). Daneben verübten sie aus Solidarität auch selbst kleinere Bombenanschläge.[166] Nachdem ein Versuch der Annäherung an die IRA in Nordirland auf Ablehnung gestoßen war, trafen sich Mitglieder der Gruppe im Mai 1973 in Mailand mit dem jungen italienischen Anarchisten Roberto Mander.[167] Über diesen wiederum lernten sie die RAF-Sympathisantin Brigitte Heinrich kennen, die im Dezember 1973 und Januar 1974 Waffen von ihnen erhielt.[168] Der entscheidende Kontakt jedoch war wohl die Deutschitalienerin Petra Krause. Sie stellte die Gruppe 1974 Moukharbel vor, arrangierte die Lieferung von Waffen an die RAF und zog später selbst nach Zürich, wo sie die Leitung der Schweizer Gruppe übernahm.[169]

---

163 Mickolus, Transnational Terrorism, S. 465–466 und 538, erklärt, diese Pläne (»Operation Translation«) hätten ihren Fokus in Düsseldorf gehabt; JRA-Mitglied Yoshima Gyoja, der zwischen September 1972 und Januar 1973 in West-Berlin studierte und im April 1974 von Japan in die Bundesrepublik zurückgekehrt ist, soll involviert gewesen sein. Er wurde am 22. August 1975 an der Grenze zwischen Kanada und den USA erneut verhaftet.

164 Nach Angaben von Mickolus, Transnational Terrorism, S. 478, bekannte sich die rechtsextreme Organisation *Group for the Defence of Europe* ebenfalls zu dem Anschlag. Marcel Bleustein-Blanchet, ein prominenter jüdischer Franzose, war Besitzer des »Drugstore«.

165 Farrell, Blood and Rage, S. 161–163. Smith, Carlos, S. 174–182, berichtet, dass die südjemenitische Regierung ihre Zustimmung zur Landung und zum Auftanken der Maschine gab, die anscheinend ursprünglich geplante Aufnahme der JRA-Mitglieder jedoch verweigerte.

166 Dazu zählen in Zürich: 16. September 1973, Überfall auf die Niederlassung von International Telephone and Telegraph Corporation (ITT); 29. September 1973, Bombenanschlag auf das italienische Generalkonsulat; 11. Januar 1974, Bombenanschlag auf das spanische Generalkonsulat; 18. Juni 1974, gescheiterter Bombenanschlag auf eine US-Bank. Am 15. September 1974 verübte die Gruppe einen Raubüberfall auf ein Armeelager außerhalb von Zürich und verbreitete zum ersten Mal ein Kommuniqué als »Rote Armee Fraktion, Schweiz (Aufbauorganisation)«; vgl. RAF-Manifest, *Focus* vom November 1974, Nr. 57, S. 37–38.

167 Iv., Schweizer Glied in internationaler Terroristenkette, *Tagesanzeiger* vom 16. September 1977; Thomas Heammerli, »Ich wollte die Gesellschaft mit LSD verändern, meine Freunde benützten TNT«, Interview mit Marcel Zwingli, *Sonntag Zeitung* vom 12. November 2000; nichtredigierte Version unter: www.access.ch/private-users/mzwingli/haemm.html, 22 Seiten, S. 10–11. Mander war einer der ersten Verdächtigen des 22. *März*, einer Anarchistengruppe um Pietro Valpreda, die für den berüchtigten Bombenanschlag auf die Piazza Fontana am 12. Dezember 1969 verantwortlich gewesen sein soll; später stellte sich heraus, dass die Gruppe von einer erheblichen Zahl italienischer Neonazis und Agenten der Polizei und Geheimdienste unterwandert war.

168 Zur angeblichen Verbindung mit Heinrich vgl. Sterling, Das internationale Terror-Netz, S. 82 f. und FN 7, S. 335–336. Heinrich wurde am 26. November 1974 während der »Aktion Winterreise« festgenommen, ursprünglich weil sie gefälschte Papiere für RAF-Sympathisanten besorgt haben soll. Im Oktober 1976 wurde dieser Haftbefehl annulliert und Heinrich stattdessen beschuldigt, die verwendeten Handgranaten in die Bundesrepublik geschmuggelt zu haben. Mander gab später zu, Heinrich im Mai 1973 in Frankfurt getroffen zu haben, bestritt jedoch den gemeinsamen Waffenschmuggel. Siehe Fünf Monate Blödsinn sind genug, *ID* vom 14. März 1980, 8. Jg., Nr. 325 S. 25.

169 Sterling, Das internationale Terror-Netz, S. 83, datiert das erste Treffen der Gruppe mit Krause auf April 1974. Nach Angaben von Zwingli, *Sonntag Zeitung* vom 12. November 2000,

Scanned by CamScanner

Moukharbel, der von der Gruppe ebenfalls mit Waffen versorgt wurde, wollte sie in seine Aktivitäten einbinden. Am 20. März 1975 wurde jedoch der Kern der Gruppe in Zürich festgenommen, zusammen mit dem mutmaßlichen RAF-Mitglied Elisabeth von Dyck. Zum Verhängnis wurde ihnen die Beobachtung des Zürcher Hotels Dolder wegen eines geplanten, aber nicht ausgeführten Attentats auf den Schah bei einem Treffen mit Kissinger am 18. Februar 1975. Allerdings beweisen Dokumente, die oppositionelle Studenten am 1. Juni 1976 bei der Besetzung des iranischen Generalkonsulats in Genf entwendeten, dass die Gruppe schon seit Oktober 1974 von der Schweizer und der bundesdeutschen Polizei sowie vom iranischen Geheimdienst SAVAK überwacht worden war.[170]

Die dritte Gruppierung, die Moukharbel und Carlos in ihre Operationen einbezogen, waren die RZ in der Bundesrepublik. Im August 1970 gründeten Wilfried Böse, Michael Schwarz, Karl Dietrich Wolff und Johannes Weinrich in der Holzhausenstraße in Frankfurt am Main den Verlag Roter Stern, der in den frühen 1970er Jahren zum Zentrum der späteren RZ wurde.[171] Vor allem Böse und Weinrich waren darüber hinaus auch im *Black-Panther-Solidaritätskomitee* in Frankfurt aktiv. Die RZ unterschied sich von der RAF und der *Bewegung 2. Juni* darin, dass ihre Mitglieder nur im Notfall im Untergrund abtauchten. Stattdessen führten sie im Großen und Ganzen ein »legales Dasein«, das als Tarnung für ihre illegalen Aktivitäten diente.[172]

Als offizielles Gründungsdatum der RZ gilt der 16. November 1973, an dem sie sich zum ersten Mal zu einem Attentat bekannten. Mit dem Bombenanschlag auf das ITT-Büro in West-Berlin wollten sie gegen Verwicklungen dieser Firma in die Destabilisierung der chilenischen Regierung unter Salvador Allende protestieren.[173] Die Polizei wurde spätestens Ende März 1974 auf die Aktivitäten der Gruppe aufmerksam, als Jürgen Reiss, einer der Bewohner in der Holzhausenstraße, mit schweren Verletzungen, die er sich vermutlich beim Bau einer Bombe zugezogen hatte, in ein Krankenhaus in Bad Homburg eingeliefert wurde.[174] Trotzdem geht aus zahlreichen Medienberichten Mitte der 1970er Jahre eindeutig hervor, dass Polizei und BKA Schwierigkeiten hatten, zwischen den Aktionen der RZ, der RAF, der *Bewegung 2. Juni* und mehrerer anderer kurzlebiger kleiner Gruppierungen zu unterscheiden (die in den Medien verschiedentlich als Siegfried-Debus-, Dorff-Taras- oder Haag-Mayer-Bande, selbsternannte RAF-Aufbauorganisation, RAF-Kampfgruppe Süd oder Roter Morgen auftauchten).[175] Dies lässt sich teilweise damit erklären, dass Schlüsselfiguren der späteren RZ

S. 15, traf Krause nach einem Angriff auf ein ITT-Gebäude in Italien in Zürich ein; sie war, so heißt es weiter, »der Deutschlandkontakt und verfolgte Strategien, die die Jungs nicht mehr so richtig durchschauten«.

170 Rolf Thut / Claudia Bislin, Aufrüstung gegen das Volk: Staat und Staatsschutz in der Schweiz, Zürich 1977, S. 216.

171 Zum Roten Stern zählten u. a. die späteren RZ-Mitglieder Hans-Joachim Klein, Magdalena Kopp, Hanna Elisa Krabbe, Brigitte Kuhlmann und Gerd-Hinrich Schnepel. Siehe Dietl, Carlos, S. 93–95; Schröm, Im Schatten des Schakals, S. 34–38; Kontakt mit Kadern, *Der Spiegel* vom 5. Januar 1976, 30. Jg., Nr. 1–2, S. 28–31; Alte Kunde, *Der Spiegel* vom 26. April 1982, 36. Jg., Nr. 17, S. 146–147.

172 Das Verlegen und Verkaufen von Büchern blieb eine Tarnung für einige der zentralen Figuren der RZ. Weinrich war bis 21. Juni 1974 Geschäftsführer des Roten Sterns, wobei er 1973 mit Kopp nach Bochum zog, dort eine Buchhandlung eröffnete und auch eine Zweigstelle des Roten Sterns in Mainz gründete. Kopp zog später nach Gaiganz in der Nähe von Erlangen und arbeitete in Schnepels Politladen, einer Buchhandlung und Verlags GmbH, die ebenfalls Bücher für die Frankfurter Spontiszene publizierte.

173 Eine Liste der Anschläge, die zwischen 1973 und 1975 verübt wurden und zu denen sich die RZ nachträglich bekannte, findet sich in *Revolutionärer Zorn*, Nr. 1 (Mai 1975), Wiederabdruck in: ID-Archiv (Hg.), Die Früchte des Zorns: Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora, Berlin/Amsterdam 1993, Bd. 1, S. 85–95, S. 88–89.

174 Kontakt mit Kadern, *Der Spiegel* vom 5. Januar 1976, S. 30.

175 Die RZ neigten dazu, sich als Teil eines größeren Stadtguerilla-Kollektivs darzustellen. So bezeichnete ein Text in der ersten Ausgabe des *Revolutionären Zorns* die RAF-Mitglieder, die bei deren Überfall auf die Stockholmer Botschaft der Bundesrepublik gestorben waren, als »unsere Genossen«. Am 13. September 1975 wurden 11 Menschen verletzt, als eine in einem Schließfach deponierte Bombe auf dem Hamburger Hauptbahnhof detonierte; ein Kommando »Ralf Reinders« bekannte sich zu dieser Tat (Reinders war am 11. September verhaftet worden). Sowohl die RAF-Gefangenen in Stammheim als auch die RZ verbreiteten Kommuniqués, in denen der Anschlag als Teil eines Programms zur Unterdrückung des Aufruhrs bezeichnet wurde; die RZ sprachen von »[w]ir Stadtguerilla-Gruppen, RAF, BEWEGUNG 2. JUNI, RZ, und

die RAF offensichtlich schon ab 1971 aktiv unterstützt haben.[176]

So sagte das RAF-Mitglied Margrit Schiller aus, dass sie nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis im April 1973 Böse und Brigitte Kuhlmann wiederholt in Frankfurt getroffen habe. Die RZ hätten der *Gruppe 4. 2.* bei der Beschaffung von Waffen geholfen und gemeinsam über Aktionen gegen den Putsch in Chile diskutiert.[177] Ihre Bemerkung bezüglich der Waffen wird von Polizeifunden bei den Festnahmen am 4. Februar 1974 bestätigt. Unter anderem wurde eines von 18 Gewehren sichergestellt, die am 19. November 1970 aus der Kaserne der US-Armee in Butzbach gestohlen worden waren, daneben mehrere Handgranaten vom Typ M26, die Ende 1971 oder Anfang 1972 aus dem Stützpunkt der US-Armee in Miesau entwendet worden waren – beides Diebstähle, die den RZ zugeschrieben werden.[178]

Wann genau die Kontakte zwischen den RZ und den »Außenoperationen« Haddads geknüpft wurden, ist nicht bekannt, aber man kann sie vorsichtig auf Ende 1973 datieren.[179] In einem *Spiegel*-Artikel von 1976 wird behauptet, dass Ende 1973 »einige« ungenannte »deutsche Anarchisten« nach Paris gereist seien, »um neue Bundesgenossen zu finden«. Dort hätten sie über das Südamerika-Haus an der Cité-Universität Kontakt mit Carlos aufgenommen, und wenig später seien Böse, Klein und Weinrich dem Kommando »Boudia« beigetreten.[180] Diese Datierung passt zu den Ergebnissen einer Razzia der *Direction du Surveillance du Territoire* (DST) in einem Haus in Villiers-sur-Marne am 20. Dezember 1973, bei der etwa zehn Personen verhaftet wurden. Zu dem umfangreichen Arsenal, das in dem Haus entdeckt wurde, sollen einige der in der Bundesrepublik gestohlenen M26-Handgranaten gehört haben.[181] Bei der Razzia traten noch weitere internationale Verbindungen zutage, da sich die Mitglieder von Haddads »Außenoperationen« das Haus offenbar mit der TPLA und einer ungenannten iranischen Gruppierung geteilt hatten.[182]

Definitiv bestanden diese Kontakte seit 1974. Am

---

andere«, vgl. »RAF«-Nachfolge gibt eine Zeitung heraus: »Revolutionärer Zorn«, *Berliner Extra-Dienst vom* 6. Juni 1975, IX. Jg., Nr. 41, S. 7–8; Erklärungen, *ID* vom 4. Oktober 1975, 3. Jg., Nr. 95, S. 14–15.

176 Vom 30. April bis 28. Mai 1971 wurde Weinrichs Telefon wegen des Verdachts, er habe ein RAF-Treffen in den Frankfurter Räumen des Verlages Roter Stern gestattet, von den Behörden abgehört. Vgl. Telephonüberwachung: Anonymer Hinweis genügt dem Generalbundesanwalt, *Berliner Extra-Dienst* vom 16. Februar 1972, VI. Jg., Nr. 13, S. 5. In dem Artikel Die Carlos-Haddad-Connection, *Jungle World* vom 29. November 2000, Nr. 49, S. 16–17, behauptet Schnepel, dass die Verhaftung von Meinhof und Gerd Müller in Hannover am 15. Juni 1972 in einer Wohnung geschah, die Kuhlmann ihnen vermittelt hatte. Zu den Spekulationen über den berüchtigten Kassiber von Ensslin, den Meinhof bei ihrer Verhaftung bei sich trug, zählt die Version, die Worte »kl. Dicke neu« seien ein Hinweis auf Böse. Vgl. Becker, Hitlers Kinder?, S. 206; Peters, Tödlicher Irrtum, S. 766, FN 84.

177 Schiller, 1999, S. 131 f.

178 Kahl, Vorsicht Schußwaffen!, S. 140–143, und Schröm, Im Schatten des Schakals, S. 28 und 177. Sowohl die Schusswaffen als auch die Granaten tauchten später – bis in die frühen 1980er Jahre – im Zusammenhang mit den Aktivitäten von Carlos sowie der JRA, RAF und den RZ wieder auf.

179 Diese Angabe ignoriert die oben erwähnten Behauptungen, Böse habe an der angeblichen Baddawi-Konferenz im Mai 1972 teilgenommen und dem Kommando des *Schwarzen September* geholfen, das die israelische Olympiamannschaft in München überfiel. Ebenfalls ignoriert wird Böses eigennützige Behauptung (die er nach seiner Verhaftung in Paris am 25. Juni 1975 aufstellte), Carlos sei einfach irgendwann, vermutlich etwas früher im Jahr 1975, in Frankfurt aufgetaucht und hätte ihn gebeten, nach Spanien zu reisen und dort politische Informationen über linke Gefangene zu sammeln. Vgl. »Von linken Miezen zärtlich integriert«, *Der Spiegel* vom 22. September 1975, 29. Jg., Nr. 39, S. 70–81, hier S. 80; Meier, Carlos: Demaskierung eines Topterroristen, S. 98. Erstaunlicherweise geben die meisten Schilderungen in der Literatur Böses eigene Beschreibung wieder.

180 Carlos: Der Terror wird international, *Der Spiegel* vom 26. Juli 1976, 30. Jg., Nr. 31, S. 79–82, S. 81.

181 Smith, Carlos, S. 166–170; Yallop, To the Ends of the Earth, S. 107.

182 Siehe z. B. Sterling, Das internationale Terror-Netz, S. 142–143 und FN 3, S. 356. Dobson/Payne, The Carlos Complex, S. 46–47, berichten, das Haus habe der Witwe des Mannes gehört, der für den Mord am israelischen Generalkonsul Emphraim Elrom in Istanbul im Jahr 1971 verantwortlich war. Claus Larass / Werner Kahl, Die Spuren des Attentats: Die Hintermänner des Mordversuchs an Papst Johannes Paul II., Bergisch Gladbach 1983, S. 58–59; hier heißt es, Gülten Çayan, Witwe des TPLA-Führers Mahir Çayan, sei zu irgendeinem Zeitpunkt aus der Turkei geflohen und in Paris mit Carlos zusammengekommen.

Scanned by CamScanner

29. Mai bekannte sich die Organisation *Söhne der besetzten Gebiete* zu einem Bombenanschlag auf das JAL-Büro in West-Berlin, ein Attentat, das durchaus von den RZ ausgeführt worden sein könnte.[183] Den endgültigen Beweis für die Kontakte der RZ zu Haddads »Außenoperationen« lieferten die Bombenanschläge auf die Mannheimer Fabrik der Mohr & Federhaff AG und ein Büro der EL AL in Frankfurt am 26. August, für die sowohl das Kommando »Boudia« als auch die RZ die Verantwortung übernahmen. Die RZ bezeichneten die Anschläge als Teil ihrer »Aktionen gegen die Filialen und Komplizen des Zionismus in der BRD«.[184] Die Handgranate, die am 15. September ins Café »Drugstore« in Paris geworfen wurde, gehörte Beschreibungen zufolge zu der in der Bundesrepublik gestohlenen M26-Serie.[185] Und schließlich soll Weinrich an zwei Raketenangriffen auf EL AL-Maschinen beteiligt gewesen sein, die das Kommando »Boudia« am 13. und 19. Januar 1975 auf dem Flughafen von Paris-Orly ausgeführt hat.[186]

Der Entführungsfall Lorenz und der Überfall auf die Botschaft in Stockholm, 1975

Am 27. Februar 1975 entführten Mitglieder der *Bewegung 2. Juni* den CDU-Vorsitzenden in West-Berlin, Peter Lorenz, und forderten die Freilassung von sechs inhaftierten Genossen. Jeder Häftling sollte 20 000 DM erhalten, und dann sollten sie in Begleitung des Westberliner Altbürgermeisters Heinrich Albertz an Bord einer Boeing 707 zu einem Zielort geflogen werden, den die Gefangenen angeben würden.[187] Am 3. März beugten sich die bundesdeutschen Behörden den Forderungen. Mit fünf Häftlingen an Bord machte sich eine Lufthansa-Maschine von Frankfurt am Main aus auf den Weg in den Nahen Osten und landete schließlich in Aden.[188]

Unklar ist, was die südjemenitische Regierung dazu bewogen hat, die freigelassenen Häftlinge einreisen zu lassen: die Kontakte, die von der *Bewegung 2. Juni* vorher geknüpft worden waren, oder die diplo-

---

183 Dass die RZ zu diesem Zeitpunkt in West-Berlin aktiv waren, lässt sich an einem dort verübten Brandanschlag am 1. Mai 1974 ablesen; vgl. *Revolutionärer Zorn*, Nr. 1, S. 88.

184 Bundesminister des Innern (Hg.), Betrifft: Verfassungsschutz '74, Bonn 1975, S. 127, dort heißt es, ein Kommando »Mohamed Boudia« der PFLP habe sich »angeblich« dazu bekannt. Mickolus, Transnational Terrorism, S. 472, verweist auf einen in Beirut erschienenen Zeitungsbericht, in dem stand, die Kranfabrik sei angegriffen worden, weil der Eigentümer, ein gewisser Korf, zwei Jahre zuvor in ein israelisches Stahlwerk investiert hätte. Schröm, Im Schatten des Schakals, S. 128–129, schreibt den Anschlag der »Revolutionären Zelle/PFLP – Kommando Mohamed Boudia« zu. *Revolutionärer Zorn*, Nr. 1, S. 88–89, datiert beide Angriffe auf September; dort wird ferner behauptet, die Maschinenfabrik Korf in Mannheim sei »zu ¾ im Besitz der Zionisten« und der Anschlag auf das EL AL-Büro sei »wegen der Völkermordstrategie der Zionisten gegenüber den Palästinensern« verübt worden. Siehe auch Yallop, To the Ends of the Earth, S. 96–97.

185 Dobson/Payne, The Carlos Complex, S. 51; Kahl, Vorsicht Schußwaffen!, S. 142; Follain, Jackal, S. 50; Peter Harclerode, Secret Soldiers: Special Forces in the War Against Terrorism, London 2001 S. 81; Schröm, Im Schatten des Schakals, S. 28 und 177.

186 Beim ersten Angriff verpasste das Kommando sein vermeintliches Ziel und traf stattdessen eine geparkte jugoslawische Maschine. Beim zweiten wurde das Kommando gesehen, bevor es die Raketen abfeuern konnte; nachdem die Angreifer zunächst einige Geiseln im Terminal festhalten konnten, wurden sie schließlich in den Irak ausgeflogen. In den meisten Schilderungen heißt es, Weinrich habe entweder die dabei verwendeten Fahrzeuge gemietet, sei beim Anschlag am 13. Januar gefahren oder selbst ein Mitglied des Kommandos gewesen. Nach Yallop, To the Ends of the Earth, S. 444, war Böse ebenfalls an beiden Anschlägen beteiligt.

187 Die sechs waren Verena Becker, Rolf Heißler, Gabriele Kröcher-Tiedemann, Horst Mahler, Rolf Pohle und Ina Siepmann. Die Entführer verlangten auch die sofortige Freilassung der Demonstranten, die bei Protesten nach dem Tod von Holger Meins am 9. November 1974 festgenommen worden waren. Mahler, dessen Mitgliedschaft in der RAF durch ein von Monika Berberich am 27. September 1974 vor Gericht verlesenes Statement widerrufen wurde, weigerte sich, das Gefängnis zu verlassen. Vor der Entführung kursierten in den westdeutschen Medien Berichte, nach denen die Geheimdienste Hinweise darüber erhalten hätten, dass der *Schwarzer September* plane, durch eine Flugzeugentführung führende RAF-Mitglieder freizupressen. Siehe ASD/dpa, »Schwarzer September« will Baader-Bande befreien, *Die Welt* vom 24. Januar 1975.

188 Kahl, Vorsicht Schußwaffen!, S. 99; Till Meyer, Staatsfeind: Erinnerungen, Hamburg 1996, S. 38–39; Klaus Pflieger, Die Rote Armee Fraktion – RAF – 14. 5. 1970 bis 20. 4. 1998, Baden-Baden 2004, S. 55; all diese Autoren schreiben, Siepmann habe das Flugziel Aden angegeben. Jacques Schuster, Heinrich Albertz: Der Mann der mehrere Leben lebte, Berlin 1997, S. 296–299, behauptet allerdings, Pohle habe das Ziel bestimmt.

matischen Zusicherungen der bundesdeutschen Regierung. Nach Aussage von Till Meyer, Ex-Mitglied der *Bewegung 2. Juni*, war der Südjemen der einzige Staat, der aus Sicht der Gruppe in Frage kam. Die Zusage, dass man den Häftlingen in Aden auch tatsächlich Unterschlupf gewähren werde, sei erst im letzten Moment durch eine »PFLP-Splittergruppe« erreicht worden.[189] Ähnlich ausweichend äußerten sich andere Mitglieder der *Bewegung 2. Juni*, wie Ralf Reinders und Ronald Fritzsch. Knapp einen Monat vor der Entführung habe ein nicht genannter Palästinenser die Garantie geben können, dass man die Gefangenen in den Südjemen einreisen lassen werde.[190] Ein anderer Fall sollte hier nicht außer Acht gelassen werden: Wenn es sich bei der Ermordung des Westberliner Kammergerichtspräsidenten Günter von Drenkmann durch die *Bewegung 2. Juni* am 10. November 1974 tatsächlich um einen missglückten Entführungsversuch gehandelt hat, wie oft behauptet wird, so kann auch damals das Ziel nur gewesen sein, Gefangene freizupressen. Damit drängt sich die Frage auf, ob die *Bewegung 2. Juni* die entsprechenden Kontakte nicht schon früher angebahnt hat.

So gar nicht in dieses Bild passt die Behauptung, der Südjemen habe die Gefangenen nur auf ausdrücklichen Wunsch der Bundesrepublik aufgenommen. Der SPD-»Krisenvermittler« Hans-Jürgen Wischnewski erzählt in seinen Memoiren von seinem Besuch im Südjemen während des Entführungsfalles Schleyer. Der südjemenitische Außenminister habe ihn daran erinnert, dass sein Land die nach der Entführung von Lorenz freigelassenen Häftlinge »auf ausdrückliche Bitte der Bundesregierung« habe einreisen lassen, nur um hinterher als »Terroristennest« diffamiert zu werden.[191] Fred Halliday zufolge, der einige offiziell mit dem Fall befasste Leute interviewt hat, wurden die Gefangenen vom Südjemen in der expliziten Erwartung aufgenommen, dass die Bundesrepublik dem Land endlich die wirtschaftliche Unterstützung zukommen lassen würde, die ihm seit der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen am 16. September 1974 versprochen worden war. Die späteren offiziellen Verlautbarungen der Bundesregierung, der Südjemen habe sich verpflichtet, die fünf später auszuliefern, seien auf die Kritik der bundesdeutschen Medien zurückzuführen. Von der versprochenen Hilfe sei nur sehr wenig tatsächlich geleistet worden, und am Ende habe sich die südjemenitische Regierung hintergangen gefühlt.[192]

Inge Viett von der *Bewegung 2. Juni* flog nach der

189 Meyer, Staatsfeind, S. 329–330, nennt als die zwei Mitglieder der *Bewegung 2. Juni*, die für Kontakte zu den Palästinensern zuständig waren, »Atze« und »Tuss«. Sofern Meyers Figuren nicht aus mehreren Personen zusammengesetzt sind, handelte es sich bei »Atze« um Ralf Reinders, während »Tuss« Inge Viett war.

190 Reinders/Fritzsch, Die Bewegung 2. Juni, S. 78. »Wir allein hätten es nicht geschafft, den Kontakt zu kriegen. Ohne vorherige Landegenehmigung hast du keine Chance. [...] Der [Palästinenser] konnte das mit seinem Einfluß hier erreichen. Da waren wir uns sicher, *einfach aus der Erfahrung raus, die wir mit diesen Leuten hatten*. Gut, sagen wir, das war zu 99 % sicher.« (Hervorhebung TSR) Reinders verweist auf eine Albertz-Aussage beim Prozess gegen die Entführer; demnach hätten die deutschen Behörden geplant, das Flugzeug in Äthiopien zwischenlanden zu lassen, wo es gestürmt und alle Passagiere, einschließlich Albertz, getötet werden sollten. Siehe Vorbereitungsgruppe 3. Mai (Hg.), Ulrike Meinhof – 20. Todestag: Podiumsgespräch TU Berlin (o. J. [1996], o. O.), S. 15.

191 Hans-Jürgen Wischnewski, Mit Leidenschaft und Augenmaß, München 1989, S. 209–210. Nach Angaben von Schuster, Heinrich Albertz, hatten die Behörden jeden möglichen Staat informiert, den das Flugzeug hätte anfliegen können (Kuba, Libyen, Syrien und den Libanon), außer Südjemen – eine merkwürdige Aussage angesichts der Zahl von Entführungen, die bis dahin in Aden beendet wurden. Er fügt hinzu, es habe Stunden gedauert, bevor die südjemenitischen Soldaten und Behördenvertreter an Bord des Flugzeuges gekommen seien und Albertz, der keinen Diplomatenpass dabeihatte, die Situation habe erklären können. Es dauerte weitere Stunden, ehe Bonn eine Vollmacht für Albertz' Mission telegrafisch übermittelt hatte, und noch länger, bevor die Bundesrepublik endgültig bestätigte, man wolle die Entscheidung Südjemens akzeptieren, wenn das Land den fünf Gefangenen politisches Asyl gewähren wolle. Siehe auch: Nach Mogadischu: Araber schwenken um, *Der Spiegel vom* 24. Oktober 1977, 31. Jg., Nr. 44, S. 132–141, S. 137–138; hier wird der südjemenitische Botschafter in der DDR, Mahmud Abdallah Oscheisch, zitiert: »Wir haben damals erst nach wiederholten und verzweifelten Appellen der Bundesregierung die Lorenz-Leute landen lassen. [...] Für diesen humanitären Akt griff uns die gesamte Presse der Bundesrepublik an. Und die Bundesregierung versuchte zu vertuschen, daß wir ihr nur eine Bitte erfüllt haben.«

192 Halliday, Revolution and Foreign Policy, S. 77. Kai Hermann / Peter Koch, Entscheidung in Mogadischu: Die 50 Tage nach Schleyers Entführung, Hamburg 1977, S. 79, schreiben,

Scanned by CamScanner

Lorenz-Entführung nach eigener Aussage zweimal in den Nahen Osten und versuchte, mit den Freigelassenen Kontakt aufzunehmen. Beim ersten Mal wurde sie von einer Person mit dem Decknamen »Bär« begleitet (vermutlich Reinders). Nach vier Wochen Aufenthalt im Libanon kehrten sie erfolglos nach West-Berlin zurück. Obwohl ihnen von Abu Hassan (d. i. Salameh) und Abu Iyad (d. i. Salah Khalaf) die volle Unterstützung der *Fatah* versprochen worden war, hatte man ihnen wenig mehr angeboten als ein militärisches Training. In Inge Vietts Worten »bekamen [sie] die ersten Auswirkungen von Arafats Bestrebungen zu spüren, die internationalen Aktivitäten zu blockieren«.[193] Die zweite Fahrt in den Libanon unternahm sie einige Monate später in Gesellschaft eines »legalen Genossen« namens »Hans«, diesmal mit der Absicht, Kontakt zur PFLP aufzunehmen. Was aus dieser Absicht wurde, ist unklar. Jedenfalls nahmen die beiden an militärischen Übungen teil, bis »Hans« von einer Handgranate verletzt wurde.[194] Till Meyer sagt im Zusammenhang mit der Verhaftung von Gerald Klöpper und Ronald Fritzsch am 28. April 1975 in Berlin: »Ein Teil der Gruppe hatte sich bereits vor Tagen auf den Weg zurück nach Berlin gemacht, der andere Teil wartete in Damaskus auf Kontakt mit den befreiten Genossen.« Anfang Mai kehrten »Tuss« und »Atze« (wahrscheinlich Inge Viett und Ralf Reinders) mit der Nachricht nach West-Berlin zurück, der Kontakt werde in einigen Wochen hergestellt, aber Anfang 1976 waren ihre Bemühungen immer noch erfolglos geblieben.[195] Aus diesen kryptischen Berichten lässt sich nicht allzu viel herauslesen, aber sie werfen doch die Frage auf, warum die gleichen Leute von der *Bewegung 2. Juni*, die über eine »PFLP-Splittergruppe« die Aufnahme ihrer Genossen im Südjemen eingefädelt haben wollen, sich hinterher blindlings an die *Fatah* im Libanon wenden, um den Kontakt zu diesen Genossen wiederherzustellen – es sei denn, es hätte zu diesem Zeitpunkt noch gar keine regelmäßigen Kontakte zwischen der

---

dass Südjemen die Gefangenen mit dem expliziten Verständnis aufgenommen habe, die Bundesrepublik werde deren Auslieferung offiziell beantragen; dies sei nie geschehen. Nach Darstellung von Meyer; Staatsfeind, S. 39, folgte Wischnewski der Maschine mit den Gefangenen mit einem »6-Millionen-Koffer« als erste Rate der Entwicklungshilfe für den Südjemen, »für den Fall, daß der Jemen bereit wäre, die Aufnahme der Gefangenen zu *verweigern*« (Hervorhebung TSR). Die Regierungen des Bundes und der Länder zögerten das Auslieferungsbegehren beinahe ein Jahr lang hinaus und verwiesen dabei auf die Angst vor Racheangriffen. Vgl. Volkmar Hoffmann, Anarchisten noch nicht zurückgeholt, *Frankfurter Rundschau* vom 3. Mai 1975; Karl-Heinz Krumm, Vorläufig kein Antrag an Südjemen, *Frankfurter Rundschau* vom 14. Januar 1976; C. K., Auslieferungsbegehren gegen die Terroristen von Aden, *Neue Zürcher Zeitung* vom 24. Januar 1976.

193 Inge Viett, Nie war ich furchtloser, Autobiographie, Hamburg 1996, S. 142–145. Viett behauptet, sie seien beide niemals zuvor im Nahen Osten gewesen und seien in Beirut mit nur »einem vagen Namen« eines offiziellen PLO-Vertreters im Kopf angekommen. Arafat hatte zwar dem internationalen Terrorismus abgeschworen, so Viett, doch »[d]er glückliche Verlauf der Aufnahme der Gefangenen im Jemen [...] machte uns ziemlich sicher, daß der revolutionäre militante Teil der PLO so einen Verrat Arafats nicht zulassen würde«. Beide Reisen müssen vor Vietts Verhaftung am 9. September 1975 stattgefunden haben.

194 Viett, Nie war ich furchtloser, S. 145–148. Siehe auch Reinders/Fritzsch, Die Bewegung 2. Juni, S. 109–110; sie erläutern, die Gruppe sei in den Libanon mit der Absicht gefahren, mit aller Vorsicht Kontakte zu ihren freigelassenen Genossen aufzunehmen; zunächst absolvierten sie aber eine »kleine Ausbildung, was vorher abgesprochen war«. Weil der Südjemen stark unter Druck geraten war, war es nicht möglich, direkten Kontakt aufzunehmen. Ein späteres Treffen wurde nach dem Ausbruch des Bürgerkriegs im Libanon abgebrochen (13. April 1975), als ihre palästinensischen Kontakte die Gruppe baten, das Land zu verlassen. Eine Hälfte der Gruppe reiste zurück in die Bundesrepublik, die andere nach Damaskus, von wo aus sie später wieder zurückkehrte.

195 Meyer, Staatsfeind, S. 54–56 und 67, berichtet, er sei selbst zu dieser Zeit in Italien und Griechenland gewesen. »Tuss« und »Atze« seien in Beirut an der Waffe trainiert worden, mussten aber aufgrund der eskalierenden Gewalt das Land verlassen: »Schwer beeindruckt erzählten sie [...] wie wichtig unsere Solidarität für die Palästinenser« ist. Nach seiner Festnahme am 6. Juni 1975 berichteten die Zeitungen, die Polizei habe ermittelt, dass es Meyer war, der zwischen Ende März und Anfang Mai in den Libanon gereist war, wo er sich mit Gerald Klöpper und Ronald Fritzsch getroffen habe. Die drei seien im Libanon gewesen, um die Unterstützung einer ungenannten palästinensischen Gruppe beim erneuten Versuch, inhaftierte Genossen zu befreien, zu erhalten. Siehe DW, Im Beirut suchte Till Meyer Hilfe, *Die Welt* vom 9. Juni 1975. Vgl. auch kr, Bonn befürchtet jetzt: Die fünf Anarchisten von Aden werden aktiv, *Die Welt* vom 24. Januar 1976; hier wird behauptet, der Anwalt Kurt Groenewold sei im April 1975 in den Südjemen gereist, ohne jedoch einen Kontakt herstellen zu können.

Bewegung 2. Juni und der Gruppierung um Haddad gegeben und der Südjemen hätte die Häftlinge tatsächlich nur widerstrebend einreisen lassen.

Am 24. April 1975 besetzten sechs Mitglieder des RAF-Kommandos »Holger Meins« die Botschaft der Bundesrepublik in Stockholm, nahmen zwölf Geiseln, unter anderem den deutschen Botschafter, und forderten die Freilassung von 26 Insassen bundesdeutscher Gefängnisse.[196] Die Bundesregierung weigerte sich, mit den Terroristen zu verhandeln. Als eine Explosion das Gebäude erschütterte und dem Anschlag ein Ende bereitete, hatte das RAF-Kommando den Militärattaché Andreas von Mirbach und den Wirtschaftsbeauftragten Heinz Hillegaart erschossen. Obwohl die Aktion letztlich gescheitert ist, muss man davon ausgehen, dass die RAF – wie die *Bewegung 2. Juni* sechs Wochen zuvor – irgendwelche Garantien hatte, dass den Gefangenen in einem Drittland Asyl gewährt werden würde. Um welchen Staat es sich dabei gehandelt haben könnte, ist unbekannt, aber es gibt einige mehr oder weniger glaubhafte Hinweise, dass der Anschlag von Stockholm mit den laufenden Planungen des Kommandos »Boudia« zusammenhing.[197]

Der erste Hinweis betrifft die Herkunft der Waffen, die bei dem Anschlag zum Einsatz kamen. Vermutlich gehörten drei jener M26-Handgranaten dazu, die aus dem US-Stützpunkt in Miesau entwendet worden waren.[198] Die Gewehre und der Sprengstoff kamen von der »Krause-Gruppe« in der Schweiz. Der Anwalt Siegfried Haag, von dem man annimmt, dass er der führende Kopf hinter dem Anschlag war, und das RAF-Mitglied Elisabeth von Dyck hatten die Waffen bei mehreren Treffen zwischen Dezember 1974 und März 1975 erhalten.[199]

Zweitens soll es eine ganze Reihe von geplanten Geiselnahmen gegeben haben, die alle in der gleichen Zeitspanne hätten stattfinden sollen.[200] Behauptet wird Folgendes:

- Haag besuchte im November 1974 Petra Krause in

196 Das Kommando bestand aus Karl-Heinz Dellwo, Siegfried Hausner, Hanna-Elise Krabbe, Bernhard Maria Rößner, Lutz Taufer und Ulrich Wessel, von denen zwei an ihren Verletzungen starben: Wessel noch am Tag des Überfalls, Hausner am 4. Mai nach seiner Auslieferung in die Bundesrepublik. Abgesehen von den Namen der freizulassenden Gefangenen gibt es kaum präzise Details zu den Forderungen. Nach Angaben von Smith, Carlos, S. 194, forderte das Kommando, dass die Gefangenen in Begleitung des schwedischen Botschafters in Bonn, Sven Baechlund, aus der Bundesrepublik ausgeflogen werden sollten. In dem Artikel Herr mit Trauerflor, *Der Spiegel* vom 17. Mai 1976, 30. Jg., Nr. 20/21, S. 56, wird berichtet, die 26 hätten zum Frankfurter Flughafen gebracht werden und dort je 20 000 Dollar erhalten sollen, um anschließend zu einem Ziel weiterzufliegen, das erst während des Fluges hätte genannt werden sollen.

197 Siehe Lutz Taufer, »Gedanken gegen die Mauer«, in: PIZZA (Hg.), Ordranoel: Die Linke zwischen den Welten, Hamburg 1992, S. 59–121, S. 103–104; hier heißt es, ein ungenannter Staat der Dritten Welt sei bereits gefragt worden und hätte versprochen, die Gefangenen aufzunehmen.

198 Mauern unheimlich, *Der Spiegel* vom 13. November 1978, 32. Jg., Nr. 46, S. 110. Laut Kahl, Vorsicht Schußwaffen!, S. 142, wurden beim Angriff Handgranaten von Typ M26 verwendet. Pflieger, Die Rote Armee Fraktion, S. 57, erwähnt lediglich, dass das Kommando mit einer Anzahl von Eierhandgranaten bewaffnet war.

199 Zu den Haftbedingungen der Gefangenen aus dem Kommando Holger Meins, *ID* vom 5. Juli 1975, 3. Jg., Nr. 87, S. 2–3; »Von linken Miezen zärtlich integriert«, *Der Spiegel* vom 22. September 1975, 29. Jg., Nr. 39, S. 70–81, S. 81; Zur rechten Zeit, *Der Spiegel* vom 6. Dezember 1976, 30. Jg., Nr. 50, S. 116–118, hier 118; in diesen Berichten heißt es, Stiel-Handgranaten seien übergeben worden; Mord beginnt beim bösen Wort (Teil II), *Der Spiegel* vom 10. Oktober 1977, 31. Jg., Nr. 42, S. 28–57, S. 34; Becker, Hitlers Kinder?, S. 246–247; Sterling, Das internationale Terror-Netz, S. 88. In *Do It* (2000), Dokumentarfilm von Sabine Gisiger und Marcel Zwingli, vergleicht Städeli Krauses menschliche Wärme mit der Härte der Westdeutschen, denen er begegnete, und erwähnt dabei namentlich Astrid Proll und Siegfried Haag.

200 Nach der Darstellung von Reinders hatte die *Bewegung 2. Juni* während der Vorbereitungen für die Lorenz-Entführung und dem dritten kollektiven Hungerstreik (13. September 1974 bis 5. Februar 1975) die RAF gewarnt, sie wollten keine kranken Gefangenen befreien: »Stammheim antwortete: ›Wir wissen von *mehreren Befreiungsaktionen*. Für uns zählt nur – alle oder keine.‹« Ralf Reinders, Er war mehr der Bluestyp, nicht der strenge Marxist-Leninist, in: Gerd Conradt, Starbuck – Holger Meins: Ein Porträt als Zeitbild, Berlin 2001, S. 129–134, S. 133 (Hervorhebung TSR). Laut Meyer, Staatsfeind, S. 54, hatte sechs Monate vor dem Stockholmer Überfall ein Abgesandter der RAF, »ein untergetauchter Rechtsanwalt«, die *Bewegung 2. Juni* um zwei Leute gebeten, die ihnen bei einer »Aktion« helfen sollten; die *Bewegung 2. Juni* hatte abgelehnt. Zu möglichen Absprachen zwischen der RAF und der *Bewegung 2. Juni* Anfang 1975 schreibt Taufer, Gedanken gegen die Mauer: »[…] irgendwelche Absprachen oder Verbindungen hat es nicht gegeben«.

Scanned by CamScanner

Zürich und sprach mit ihr über Pläne, eine oder mehrere bundesdeutsche Botschaften in Amsterdam, Bern, Kopenhagen und London zu besetzen. Die Schweizer Gruppe lehnte den Vorschlag ab, an einem Kommando teilzunehmen, das einen Anschlag auf die Botschaft in Bern hätte verüben sollen.[201]

- Ungefähr im Februar 1975 diskutierten Moukharbel und Carlos in Paris mit Böse und Klein den Plan, bei einem Empfang in einer bundesdeutschen Botschaft zahlreiche Diplomaten als Geiseln zu nehmen und mehrere RAF-Mitglieder freizupressen, damit die gelichteten Reihen von Haddads »Außenoperationen« wieder aufgefüllt werden könnten. Ähnlich wie bei den Ereignissen im September 1974 in Den Haag sollte der Geiselnahme durch verschiedene Bombenanschläge in der Bundesrepublik ein zusätzliches Gewicht verliehen werden.[202] Die absehbaren Kosten dieses Plans veranlassten sie zur Überwachung des Botschafters der Vereinigten Arabischen Emirate in London, Mohammed Mahdi al-Tajir, in der Absicht, ihn zu entführen und 50 Millionen US-Dollar Lösegeld zu fordern. An der Beschattung im Vorfeld waren die RZ-Mitglieder Böse, Klein, Kopp sowie Brigitte Kuhlmann beteiligt. Die Aktion wurde abgebrochen, weil al-Tajir zu gut bewacht war.[203]
- Am 5. März 1975 wurden die JRA-Mitglieder Jun Nishikawa und Tohira Kazuo in Stockholm beim Auskundschaften eines Gebäudes verhaftet, in dem die österreichische und die libanesische Botschaft untergebracht waren. Die Männer wurden nach Japan gebracht, wo Nishikawa zugab, dass die JRA geplant habe, reiche japanische Geschäftsleute in der Bundesrepublik zu entführen und einen Anschlag auf eine libanesische Botschaft in Skandinavien zu verüben.[204]
- Vom 20. bis 22. April fuhren Carlos und Moukharbel sogar selbst nach Stockholm, um den bevorstehenden Anschlag mit Männern vom Kommando »Holger Meins« zu besprechen. Im Mai reisten sie nach Frankfurt und diskutierten mit Böse die Gründe für das Scheitern.[205]

---

201 Sterling, Das internationale Terror-Netz, S. 87 f. Aust, Der Baader Meinhof Komplex, S. 325, erklärt, die RAF hätte zunächst die westdeutschen Botschaften in Amsterdam, Bern, London, Stockholm und Wien als mögliche Ziele in Betracht gezogen. Der spätere Kronzeuge Volker Speitel hat die Botschaft in Bern ausgekundschaftet, fand sie aber zu gut bewacht. Peters, Tödlicher Irrtum, S. 363, enthält die Aussage, die RAF hätte zunächst die Botschaften in Bern, Den Haag, Stockholm und Wien geprüft.

202 Yallop, To the Ends of the Earth, S. 139 f. und 445–447.

203 Klein, Rückkehr in die Menschlichkeit, S. 49–50, 194 und 201–202; Yallop, To the Ends of the Earth, S. 127–130 und 448–449; Schröm, Im Schatten des Schakals, S. 11–13 und 38–40. Siehe auch Werner Kahl, Lorenz-Entführer hatten Kontakt zu Terroristen-Chef »Carlos«, *Die Welt* vom 7. Juli 1975; Kahl berichtet, dass nach der Schießerei in der Rue Toullier am 27. Juni 1975 die französischen Sicherheitskräfte Beweise dafür entdeckt hätten, dass Ralf Reinders Carlos besucht und ihn gebeten hatte, während des bevorstehenden Aufenthalts von Bundespräsident Scheel in Paris (April 1975) eine »Aktion« im Namen der *Bewegung 2. Juni* durchzuführen.

204 Harclerode, Secret Soldiers, S. 82–83, und Farrell, Blood and Rage, S. 163–164; Farrell erklärt, sie hätten zunächst die libanesische Botschaft in Kopenhagen ausgekundschaftet. Siehe auch xyz (sic), Neue Aktion der »Sekigunha«?, *St. Galler Tagblatt* vom 12. April 1975, in dem von den Befürchtungen der westdeutschen Sicherheitskräfte berichtet wird, die JRA könnte versuchen, zeitgleich mit dem Beginn des Stammheimer Prozesses Mitglieder der RAF freizubekommen. Die schwedische Polizei hatte nach einer gescheiterten Entführung in Oslo Ende 1974 das JRA-Mitglied Kyotschi Tschimada gesucht; die zwei im März 1975 festgenommenen JRA-Mitglieder sollen mehr als 300 Fotografien von Botschaften und öffentlichen Gebäuden in Stockholm bei sich gehabt haben. Nishikawa war einer der JRA-Mitglieder, der im September 1974 die französische Botschaft in Den Haag überfallen hatte. Am 5. August 1975 nahm die JRA insgesamt 50 Geiseln in der US-Botschaft und im schwedischen Konsulat in Kuala Lumpur, Malaysia, und erzwang die Freilassung von fünf in Japan inhaftierten Genossen – darunter auch die zwei, die in Stockholm in Haft waren –, die nach Libyen ausgeflogen wurden. Siehe Farrell, Blood and Rage, S. 164–168.

205 Smith, Carlos, S. 194–195; Sterling, Das internationale Terror-Netz, S. 112. In Meier, Carlos: Demaskierung eines Topterroristen, S. 103–104, findet sich die Aussage, Carlos und Moukharbel hätten der RAF vorgeschlagen, die Stockholmer Botschaft als Ziel zu wählen und sogar die Rolle der Kundschafter übernommen. In dem Artikel Kontakt mit Kadern, *Der Spiegel* vom 5. Januar 1976, S. 30, wird auch der Verdacht der Polizei, Carlos und die RZ seien bei diesem Überfall involviert gewesen, erwähnt. Weinrich war einer der 26 Gefangenen, deren Freilassung vom Kommando »Holger Meins« gefordert wurde. Er war am 24. März in den Räumen des Verlags Roter Stern in Frankfurt festgenommen worden, vier Tage nach

Drittens tauchte ab Mitte 1975 eine Reihe von Mitgliedern und Sympathisanten der RAF unter und machte sich zielstrebig auf den Weg nach Aden. Laut Monika Haas handelte es sich unter anderem um sie selbst und Siegfried Haag, möglicherweise auch um Elisabeth von Dyck und Peter-Jürgen Boock.[206] Zuvor war bereits der RAF-Anwalt Jörg Lang verschwunden, dem die Unterstützung einer kriminellen Organisation zur Last gelegt worden war. Zu der im September 1974 angesetzten Gerichtsverhandlung in Stuttgart ist er nie erschienen.[207]

Der Tod Moukharbels und der Anschlag auf die OPEC-Zentrale, 1975

Am 27. Juni 1975 wurden Moukharbel und zwei unbewaffnete Mitarbeiter der DST in der Rue Toullier in Paris von Carlos erschossen. Ein dritter Beamter wurde schwer verletzt. Trotz der großen Aufmerksamkeit, die diesem wichtigen Ereignis zuteil wurde, ist der genaue Tathergang bis heute ungeklärt. Die Tatsachen lassen sich wie folgt zusammenfassen. Irgendwann zwischen dem 7. und dem 11. Juni wurde Moukharbel im Libanon verhaftet und von der libanesischen Sûreté, der französischen DST und möglicherweise auch vom CIA verhört. Am 13. Juni wurde es ihm gestattet, nach Paris zu fliegen, wo er von der DST strikt überwacht, ja geradezu eskortiert wurde. Im Lauf der nächsten Tage versuchte Moukharbel nervös, Kontakt mit Carlos aufzunehmen, der dadurch ebenfalls in den Observationsbereich der DST geriet. Am 21./22. Juni erlaubte man Moukharbel, nach London zu fliegen, aber Scotland Yard schickte ihn umgehend zurück.[208] Schließlich wurde er am 23. Juni von der DST verhaftet. Ein oder zwei Tage später wurde auch das RZ-Mitglied Wilfried Böse festgenommen, der auf Carlos' oder Moukharbels Wunsch nach Paris gekommen war, um Geld und

---

der Verhaftung eines Teils der »Krause-Gruppe« in Zürich. Weinrich wurde beschuldigt, das beim ersten Raketenangriff auf dem Flughafen Orly verwendete Auto gemietet zu haben, wurde jedoch unerklärlicherweise am 18. November 1975 wegen eines Nierenproblems gegen eine Kaution freigelassen. Nach Angaben von Schmaldienst/Matschke, Carlos-Komplize Weinrich, S. 19–25, verschwand sie sofort, offenbar über Bagdad nach Aden. Schröm, Im Schatten des Schakals, S. 95 und 161 f., behauptet dagegen, Weinrich sei in der Bundesrepublik geblieben, weil er die Auflage hatte, sich wöchentlich bei der Polizei zu melden. Ein Haftbefehl für seine Beteiligung an den Angriffen von Orly wurde am 9. November 1977 erwirkt.

206 Siehe Prozesserklärung von Monika Haas vom 31. Oktober 1996 unter www.contramotion.com/updates/materials/haas-20011031.txt, 23 S., S. 3. Latsch, Pakt des Terrors, S. 66, schreibt, dass seit dem Sommer 1975 immer mehr linke Aktivisten unter den aufmerksamen Augen der für die Terrorbekämpfung zuständigen Behörden die Bundesrepublik verließen und, wie ein nicht namentlich genannter Vertreter zitiert wird, diese keine Vorstellung davon hatten, wo sie sich aufhielten. Der Artikel erwähnt auch eine Libanonreise, die drei nicht namentlich genannte »RAF-Abgesandten« 1975 machten, als *El Fatah* sie an die PFLP-SC verwies. Aust, Der Baader Meinhof Komplex, S. 411 f., bietet ähnliche Details einer nicht datierten Reise von Siegfried Haag und Elisabeth von Dyck in den Libanon. Boock, Die Entführung und Ermordung des Hanns-Martin Schleyer, S. 17 und 135, erklärt, die RAF habe sich im Sommer 1976 in Aden neu konstituieren können, weil ein nicht genannter Heidelberger Anwalt (vermutlich Haag) die Palästinenser gebeten habe, ihnen zu helfen, ein sicheres Land zu finden, in dem sie sich treffen und ausbilden lassen könnten; die *El Fatah* habe die RAF an die PFLP-SC verwiesen. Alle drei Schilderungen haben deutliche Ähnlichkeiten mit Vietts Darstellung der Diskussionen zwischen der *Bewegung 2. Juni* und *El Fatah* im Jahr 1975. Yallop, To the Ends of the Earth, S. 284 und 422 f., der Boock interviewte, verortet ihn zusammen mit Haddad zum Zeitpunkt des OPEC-Anschlags im Dezember 1975 und fügt hinzu: »Boock war das Baader-Meinhof-Mitglied, das mit Wadi Haddad enger verbunden war als jeder andere Nicht-Araber, eine Tatsache, die mir mehrere arabische Mitglieder von Haddads Gruppe bestätigt haben. Ihre Beziehung dauerte fast die ganzen 1970er Jahre.«

207 Lang wurde in den folgenden Jahren in Medienberichten als das »Hirn« hinter verschiedenen RAF-Anschlägen porträtiert sowie als RAF-Kontakt zu Carlos und in den Nahen Osten. So werden in: Kontakt mit Kadern, *Der Spiegel* vom 5. Januar 1976, S. 28, anonyme Quellen in den Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik zitiert, die aussagten, Lang hätte sich persönlich mit Gaddafi getroffen und gefragt, ob Libyen die Stammheim-Gefangenen aufnehmen würde. Lang konnte im Juni 1982 unbehelligt von den Behörden in die Bundesrepublik zurückkehren, nachdem er offenbar einen Teil der letzten acht Jahre im Libanon verbracht hatte, wo er für die PLO oder die PFLP gearbeitet hatte. Vgl. dpa, Ex-Anwalt Lang: Mit Gewaltakten nichts zu tun, *Frankfurter Rundschau* vom 23. November 1977; Reise mit Kurven, *Der Spiegel* vom 28. Juni 1982, 36. Jg., Nr. 26, S. 78.

208 Dobson/Payne, The Carlos Complex, S. 57, schreiben,

Scanned by CamScanner

zwei gefälschte Pässe abzugeben oder abzuholen.[209] Dann, am 27. Juni, führte Moukharbel drei Mitarbeiter der DST zur Wohnung in der Rue Toullier, woraufhin Carlos, der sich verraten glaubte, sich den Weg freischoss und ins Ausland floh. Zurück blieben die Überreste von Haddads Netzwerk in Westeuropa.

Wie eng bundesdeutsche Gruppen 1975 in Haddads Operationen eingebunden waren, wurde am 20. Dezember deutlich, als sechs Terroristen des *Arms der Arabischen Revolution* die 46. ordentliche Konferenz der OPEC in Wien überfielen.[210] Die Anführer des Kommandos waren Carlos (»Salem«) und Anis Naccache (»Khalid«).[211] Zu den Angreifern gehörten Hans-Joachim Klein (»Angie«) und Gabriele Kröcher-Tiedemann (»Nada«); weitere RZ-Mitglieder waren an der logistischen Vorbereitung beteiligt.[212] Bei der Stürmung des Gebäudes wurden drei Menschen getötet und Klein verwundet. Es gelang dem Kommando, etwa 80 Geiseln zu nehmen, darunter elf Ölminister. Dann wurde ein wortreiches politisches Manifest mit acht Punkten herausgegeben, in dem das zionistisch-imperialistische »Komplott« verurteilt wurde, dem auch arabische »Kapitulationsregime« unter Führung Ägyptens angehörten und das darauf abziele, die arabische und palästinensische Revolution zu zerschlagen. Konkrete politische Forderungen wurden nicht erhoben.[213] Am 21. Dezember wurde das Kommando mit der Hälfte der Geiseln einschließlich der Ölminister mit dem Einverständnis von Präsident Boumédienne nach Algerien ausgeflogen, dann weiter nach Libyen. Währenddessen wurde weiter verhandelt, und nach jeder Landung wurden Geiseln freigelassen. Am 23. Dezember ging es wieder zurück nach Algerien, wo die letzten Geiseln freigelassen wurden.[214] Das Ziel dieser möglicherweise sinnlosen Operation ist nie überzeugend geklärt worden, aber

---

Moukharbel sei zunächst nach Genf geflogen, wo er eine »lokale Gruppe« im Zusammenhang mit Vorbereitungen für die Entführung eines nicht genannten libanesischen Politikers kontaktierte, der zu diesen Zeitpunkt in der Schweiz lebte; das Vorgehen erinnert an JRA-Aktivitäten in Skandinavien.

209 Yallop, To the Ends of the Earth, S. 137 und 454, erklärt, Böse hätte damals noch in einem der »sicheren Häuser« der Gruppe in London gewohnt. Sowohl in Becker, Hitlers Kinder?, S. 167 f. und FN 3, S. 263, als auch in Meier, Carlos: Demaskierung eines Topterroristen, S. 118, wird berichtet, dass ein Pass am 21. November 1971 von der RAF in Lang-Göns in Hessen, während der andere von der *Bewegung 2. Juni* gestohlen worden war. Böse wurde in die Bundesrepublik ausgewiesen, wo er unerklärlicherweise umgehend von einem Haftrichter in Saarbrücken freigelassen wurde. In dem Beitrag Kontakt mit Kadern, *Der Spiegel* vom 5. Januar 1976, S. 28 und 30 f., heißt es, Böse und Kuhlmann wurden noch ein letztes Mal im September 1975 in Frankfurt gesehen, bevor sie untertauchten.

210 Zu einem Sprengstoffanschlag auf das State of Israel Bonds Office (Büro für israelische Staatsanleihen) in West-Berlin am 8. Februar 1976 bekannte sich ein *Arm der Arabischen Revolution / RZ*; vgl. Bundesminister des Innern (Hg.), Betrifft: Verfassungsschutz '76, Bonn 1977, S. 120.

211 Schröm, Im Schatten des Schakals, S. 61–62; Yallop, To the Ends of the Earth, S. 477; in einem von Abu Ijad vermittelten Interview mit dem Autor sagte Khalid: »Wäre Carlos in Wien getötet worden, hätte ich übernehmen sollen. Ich kannte die ganzen Details der zweiten Phase des Plans.« Schröm, Im Schatten des Schakals, S. 157, behauptet, das palästinensische Kommandomitglied »Josef« sei Zohair Jousuf Akache gewesen, der später, am 10. April 1977, den nordjemenitischen Präsidenten in London ermordete und selbst während der Mogadischu-Entführung getötet wurde. Einzelheiten in Hermann/Koch, Entscheidung in Mogadischu, S. 96, sowie in Gayle Rivers, Taktik gegen Terror, Zürich/Wiesbaden 1987, S. 172–173, widersprechen dieser Darstellung; dort heißt es, Akache erhielt am 15. Dezember 1975 eine Haftstrafe von sechs Monaten, weil er bei einer Demonstration in London einen Polizisten angegriffen hatte; er sei am 26. März 1976 ausgewiesen und nach Beirut geflogen worden, nachdem er die volle Strafe im Gefängnis von Pentonville verbüßt hätte.

212 Statt Kröcher-Tiedemann wurde manchmal irrtümlicherweise Mechthild Rogalli oder Brigitte Kuhlmann genannt. Yallop, To the Ends of the Earth, S. 476–477, zitiert Boock mit der Aussage, die RAF sei wegen einer Beteiligung am Anschlag gefragt worden, diese habe aber gefunden, dass »der Hintergrund etwas nebulös« sei, so dass Haddad sich gezwungen sah, die *Bewegung 2. Juni* zu kontaktieren. Gefragt, warum Deutsche an dem Anschlag teilnehmen sollten, antwortete Klein: »Haddad, [...] der will was sehen für sein Geld«, denn die RZ erhielten 3000 US-Dollar im Monat von der PFLP-SC. Siehe Den Papst einen Monat lang ausspioniert, *Der Spiegel* vom 7. August 1978, S. 73. Schröm, Im Schatten des Schakals, S. 60–61, schreibt, dass angeblich etwa sieben RZ-Mitglieder an den Vorbereitungen beteiligt waren, darunter Böse, Kuhlmann und Gerd-Hinrich Schnepel; 25 Jahre später werden auch Sonja Suder und Rudolf Günter Schindler wegen Beteiligung an dem Anschlag gesucht, offenbar aufgrund der Aussagen von Klein. Vgl. Gisela Friedrichsen, Strafjustiz: »Niemand setzt mich unter Druck«, *Der Spiegel* vom 6. November 2000, 54. Jg., Nr. 45, S. 64–68, hier S. 65.

213 »Erklärung zur Besetzung der OPEC-Versammlung«, *ID* vom 10. Januar 1976, 4. Jg., Nr. 107, S. 13–14.

214 Achmed Zaki Yamani, Wir knieten nieder, lobten Gott

der allgemeine Konsens ist, dass die ursprüngliche Absicht die Ermordung der saudischen und iranischen Ölminister, Ahmed Zaki Yamani und Jamshid Amouzegar, unter dem Deckmantel einer Aktion militanter Palästinenser war. Carlos soll zu diesem Zweck für 20 Millionen US-Dollar gekauft worden sein.

Die Flugzeugentführung von Entebbe, 1976

Anfang Januar 1976 wurden Carlos und der verwundete Klein aus Algerien zu einer Nachbesprechung der OPEC-Operation in den Südjemen geflogen. Sie trafen auf einen wütenden Haddad, der Carlos beschuldigte, die Operation verraten zu haben, und damit drohte, ihn wegen seiner Geldgier vor ein Tribunal zu stellen oder ihn einfach hinzurichten.[215] Carlos' Leben wurde geschont, aber im Mai 1976 schloss Haddad ihn wegen Befehlsverweigerung aus der Organisation aus.[216] Die Stimmung in der Organisation dürfte sich Ende Januar weiter verschlechtert haben, als ein PFLP-SC-Kommando aus drei Palästinensern und zwei Deutschen, die angeblich einen Raketenangriff auf eine EL AL-Maschine am Flughafen von Nairobi geplant hatten, spurlos verschwand. Was Haddad nicht wusste: Die Mitglieder des Kommandos waren in Kenia festgenommen und dem Mossad übergeben worden, der sie nach Israel verschleppt hatte. Die beiden Deutschen waren Brigitte Schulz und Thomas Reuter, die als RAF-Mitglieder beschrieben werden, und unter den Palästinensern war Abu Hannafeh, der laut Klein Haddads »rechte Hand« war.[217] Weil Haddad durch das Ausbleiben jeglicher Nachricht beunruhigt war, schickte er Monika Haas nach Nairobi, die als Kurier den Kontakt herstellen sollte, aber auch sie wurde bei ihrer Ankunft verhaftet. Dass sie überraschend freigelassen wurde und wohlbehalten in den Südjemen zurückkehrte, ließ in der PFLP-SC den Verdacht aufkeimen, sie sei vom Mossad »umgedreht« worden.[218] Carlos verbreitete später das Gerücht, Haas sei bei ihrer Rückkehr in den Südjemen einer genaueren Überprüfung entgangen, weil sie ein Verhältnis mit dem Stellvertreter Haddads gehabt habe, mit Mohammed Zaki Khaleel, auch bekannt als

---

und dankten ihm, *Frankfurter Rundschau* vom 3. März 1976; der Autor schreibt, Carlos hätte ihm gesagt, das endgültige Ziel sei ursprünglich Aden gewesen.

215 Yallop, To the Ends of the Earth, S. 516–521, schreibt, Carlos sei mit dem Leben davongekommen, weil das Lösegeld geteilt wurde; Schröm, Im Schatten des Schakals, S. 91–93, berichtet stattdessen, Carlos habe gegenüber Haddad das Lösegeld verschwiegen. Andere, die bei der Nachbesprechung dabei gewesen sein sollen, waren Böse, Kuhlmann, Kröcher-Tiedemann und Khalid (Annis Naccache). Yallop zitiert einen Bericht von Boock, der den Eindruck vermittelt, er sei auch anwesend gewesen.

216 Den Papst einen Monat lang ausspioniert, *Der Spiegel* vom 7. August 1978, S. 78; Yallop, To the Ends of the Earth, S. 524–525; Abu-Sharif/Mahnaimi, Mein Feind, Mein Freund, S. 197–199; Schröm, Im Schatten des Schakals, S. 100–102.

217 Klein, Rückkehr in die Menschlichkeit, S. 312–314; Totale Sonnenfinsternis, *Der Spiegel* vom 21. Januar 1980, 34. Jg., Nr. 4, S. 39–45, hier S. 40; Follath, Das Auge Davids, S. 237–238. Mickolus, Transnational Terrorism, S. 622, erklärt, die späteren Entebbe-Entführer hätten die Freilassung von fünf Menschen aus dem Gefängnis in Kenia gefordert: Abdul Hanafi, Ibrahim Qasim und drei Menschen, die als Hasan, Sad und Sals bezeichnet wurden. Nach Aussage von Harclerode, Secret Soldiers, S. 345–346, waren zwei der drei in Kenia inhaftierten Palästinenser am Raketenangriff auf den Flughafen Orly im Januar 1975 beteiligt gewesen; alle drei Palästinenser waren vom Mossad beschattet worden, seitdem sie vom britischen Konsulat in Beirut Visa für Kenia erhalten hatten. David Horovitz (Hg.), Yitzhak Rabin: Feldherr und Friedenstifter, Berlin 1996, S. 98–99, zitiert Amos Eiran, Assistent des israelischen Premierministers Rabin: »Wir waren ihnen in einer langfristig angelegten Operation bereits seit einem Jahr auf die Spur.« Offenbar hat Rabin den Vorschlag abgelehnt, diejenigen, die gefangen genommen werden konnten, einfach zu töten. Ob Schulz und Reuter zusammen mit oder nach den drei Palästinensern verhaftet wurden, ist unklar; beide wurden Berichten zufolge in Nairobi und in Israel gefoltert. Ihr Verschwinden verursachte in der Bundesrepublik von Ende 1976 bis weit in das Jahr 1977 einen lang anhaltenden Skandal, als Einzelheiten zu ihrem Aufenthaltsort allmählich in der Presse durchsickerten. Angesichts zögerlicher Beschwerden von den westdeutschen Behörden behaupteten anonyme Quellen in Jerusalem, sowohl der BND als auch der VS hätten kurz nach den Ereignissen von der Festnahme erfahren. Siehe Verschwiegener BND, *Der Spiegel* vom 11. April 1977, 31. Jg., Nr. 16, S. 18; Latsch, Pakt des Terrors, S. 66, erklärt, der VS hätte im November 1975 einen Telefonanruf von Brigitte Schulz abgehört, woraufhin sie verschwunden sei.

218 Zu der Behauptung, Haas sei auch nach Israel entführt worden, bevor sie freigelassen wurde, vgl. Aust, Der Baader Meinhof Komplex, S. 415–417.

Scanned by CamScanner

Zaki Helou, den sie später heiratete.[219] Boock zufolge entschuldigte sich Haddad bei der RAF für den Verlust ihrer Mitglieder und sagte, dass »die PFLP nun in der Schuld der RAF stünde«.[220]

Trotz dieses Verlustes trainierte und plante man auch weiter gemeinsam mit der PFLP-SC im Südjemen.[221] Zu diesem Zeitpunkt dürften sich dort etwa zehn bis zwölf Mitglieder der RZ aufgehalten haben, darunter Hermann Josef Feiling, Magdalena Kopp, Rudolf Schindler, Gerd-Hinrich Schnepel, Brigitte Kuhlmann sowie Böse und Klein.[222] In der Regel nahmen sie vier Wochen lang am Training teil, bevor sie nach Westeuropa zurückkehrten. Möglicherweise waren es solche Heimkehrer, die für einen Bombenanschlag am 8. Februar verantwortlich waren, der erheblichen Schaden am Büro der State of Israel Bonds in West-Berlin verursachte und zu dem sich der *Arm der Arabischen Revolution / RZ* bekannte.[223]

Laut Klein besprachen die RZ mit Haddad verschiedene Pläne, darunter den Vorschlag, Simon Wiesenthal in Wien zu ermorden.[224] Um Genossen aus dem Gefängnis zu befreien, sprachen sich die RZ für eine Geiselnahme bei einer Ministerkonferenz der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) in Brüssel aus. Mitglieder der *Bewegung 2. Juni* (vermutlich diejenigen, die im März 1975 durch die Lorenz-Entführung freigepresst worden waren) schlugen vor, in Rom Papst Paul VI. zu entführen.[225] Außerdem behauptet Klein, es sei Haddads Plan gewesen, in Bangkok einen Koffer mit Sprengstoff an Bord einer

---

219 Schmaldienst/Matschke, Carlos' Komplize Weinrich, S. 27 und 96–98. Klein, Rückkehr in die Menschlichkeit, S. 205, beschreibt »Saki« als Chef des Militärlagers in Südjemen und Haddads rechte Hand nach der Verhaftung Abu Hannafehs in Nairobi. Haas nennt die Namen ihres Ehemanns in Prozesserklärung von Monika Haas vom 31. Oktober 1996, S. 19–20.

220 Boock, Die Entführung und Ermordung des Hanns-Martin Schleyer, S. 136–137.

221 Bleicher Begleiter, *Der Spiegel* vom 26. Dezember 1977, 31. Jg., Nr. 53, S. 60; darin heißt es, dass zu diesem Zeitpunkt französische Entwicklungshelfer die Ankunft einer großen Zahl von europäischen Terroristen in einem PFLP-Wüstentrainingslager in Hadramaut beobachtet hätten.

222 Christopher Villinger / Wolf-Dieter Vogel, Mit Angie im Aostatal, *Jungle World* vom 29. November 2000, Nr. 49, S. 15; Schröm, Im Schatten des Schakals, S. 94–100; hier wird berichtet, dass die RZ-Mitglieder in zwei Gruppen ankamen, die zweite in Begleitung von zwei baskischen Aktivisten. Böse, Klein und Kuhlmann blieben im Südjemen, wo Böse und Kuhlmann in einem Extralager mehrere Monate Spezialtraining für die bevorstehende Entebbe-Entführung erhielten. Widersprochen wird dieser Angabe von anderen Darstellungen, nach denen sich die zwei zuletzt Genannten zu verschiedenen Zeitpunkten vor Juni 1976 in Westeuropa aufgehalten haben sollen. Yallop, To the Ends of the Earth, S. 525, meint, die Ausbildung für die Entebbe-Entführung habe im Irak stattgefunden.

223 Bundesminister des Innern (Hg.), Betrifft: Verfassungsschutz,'76, S. 120; Auszug aus der Chronik des Terrorismus, in: Funke (Hg.), Terrorismus, S. 343; Walter Althammer, Gegen den Terror, Bonn 1978, S. 70. Laut Mickolus, Transnational Terrorism, S. 583, wurde ein maschinengeschriebenes Flugblatt gefunden, in dem es hieß, das Office for Israeli Economic Affairs am Kurfürstendamm sei eine »offizielle Behörde des israelischen Finanzministeriums«. Dies passt zumindest oberflächlich zu Kleins Aussage, dass sein Brief an seine Anwältin Inge Hornischer, der erstmals innerhalb der RZ Argwohn in Bezug auf seine Loyalität entstehen ließ, im Februar im Jemen geschrieben und zur persönlichen Übergabe in die Bundesrepublik weitergereicht wurde. Siehe Den Papst einen Monat lang ausspioniert, *Der Spiegel* vom 7. August 1978, S. 81, und Schröm, Im Schatten des Schakals.

224 Klein, Rückkehr in die Menschlichkeit, S. 79–80, und Schröm, Im Schatten des Schakals, S. 136–137; Schröm schreibt, der Plan sei nach Böses Tod fallen gelassen worden. Nach Angaben von Klein wurde der Mordplan gegen Wiesenthal gefasst, »um den Chef der PFLP bei Laune zu halten und die monatlichen 3000 US-Dollar nicht in Gefahr zu bringen«, die sie von ihm immer erhielten. Von Haddad nach diesen monatlichen Schecks gefragt, antwortete Gerd-Hinrich Schnepel: »Gegenseitig hat man sich ausgeholfen, mit Pässen, mit Fälschungsarbeiten und auch mal mit Geld, aber nicht auf einer Abhängigkeitsbasis mit Dauerauftrag.« Vgl. Die Carlos-Haddad-Connection, *Jungle World* vom 29. November 2000, Nr. 49, S. 16–17.

225 Den Papst einen Monat lang ausspioniert, *Der Spiegel* vom 7. August 1978, S. 79, und Klein, Rückkehr in die Menschlichkeit, wo es heißt, Mitglieder der *Bewegung 2. Juni* und der RZ seien nach Rom geflogen und verbrachten einen Monat mit der Planung der Entführung, bis Haddad den Plan ablehnte; danach seien die Mitglieder der *Bewegung 2. Juni* nach Brüssel und Luxemburg weitergefahren, um dort der RZ beim Ausspionieren von EWG-Zielen zu helfen. Laut Meyer, Staatsfeind, S. 367–378, bestätigten Vietl und Rollnik die Vorbereitungen der Papst-Entführung in einem Gespräch, das 1978 stattfand. Yallop, To the Ends of the Earth, S. 522, schreibt, Haddad hätte eine gemeinsame *Bewegung 2. Juni* / RZ-Gruppe bestimmt, zu der Böse, Kuhlmann und Kröcher-Tiedemann zählten und die Anfang 1976 einen Monat in Österreich verbracht hätte, bevor er den Plan aufgab, weil er den zu erwartenden internationalen Aufschrei scheute.

JAL-Maschine zu schmuggeln, der während des Fluges explodieren sollte. Anschließend habe man mit weiteren Anschlägen drohen wollen, falls die Fluggesellschaft sich weigern sollte, fünf Millionen US-Dollar Lösegeld zu zahlen. Bei einem ersten Anlauf der *Bewegung 2. Juni* gab es Probleme beim Positionieren oder Scharfmachen der Bombe. Daraufhin startete die RAF einen zweiten Versuch, aber eine Stewardess stellte den verlassenen Koffer zurück in die Wartehalle, wo er explodierte.[226] Der zuletzt genannte Plan weist auffällige Parallelen mit einem Vorfall vom 25. Mai 1976 auf dem Flughafen von Tel Aviv auf, bei dem der Koffer von Bernd Hausmann explodierte und ihn selbst sowie einen Sicherheitsbeamten tötete. Der Deutsche war soeben aus einer Maschine aus Wien ausgestiegen, und die Beamten hatten sein Gepäck überprüfen wollen. Verschiedenen Darstellungen zufolge war Hausmann in der *Bewegung 2. Juni*, in der RAF oder in den RZ aktiv. Zu der Explosion bekannte sich die PFLP in Beirut.[227]

Am 27. Juni 1976 sah es ganz danach aus, als hätte die PFLP-SC diese Rückschläge und Organisationspannen wieder gutgemacht. Eine Air-France-Maschine von Tel Aviv nach Paris wurde kurz nach der Zwischenlandung in Athen von einem vierköpfigen Kommando »Che Guevara« entführt, zu dem die RZ-Mitglieder Böse und Kuhlmann gehörten. Die 257 Passagiere und die Crew wurden als Geiseln genommen.[228] Die Entführer zwangen den Piloten, zunächst zum Auftanken nach Bengasi in Libyen zu fliegen, wo eine Geisel freigelassen wurde, und dann am 28. Juni weiter nach Entebbe in Uganda. Irgendwann nach der Landung brachte man die Geiseln in die Flughafengebäude, und zu den Entführern gesellten sich zwei bis sechs weitere Mitglieder der PFLP-SC, die fortan das Kommando übernahmen.[229] Am 29. Juni forderten sie die Freilassung von 53 Inhaftierten, die in den Gefängnissen verschiedener Staaten einsaßen, 40 davon in Israel. Unter den übrigen waren die fünf vermissten PFLP-SC-Leute, die, wie man glaubte, in Kenia festgehalten wurden, sowie zwei RAF- (Jan-Carl Raspe und Werner Hoppe) und vier *Bewegung*

---

226 Den Papst einen Monat lang ausspioniert, *Der Spiegel* vom 7. August 1978, S. 71, und Klein, Rückkehr in die Menschlichkeit, S. 79 und 199–200, wo es heißt, diese Versuche hätten vor den Vorbereitungen für die Papst-Entführung in Rom (d. h. etwa im April) stattgefunden und dass trotz des gescheiterten zweiten Anschlags »Bonni« (Böse), der in Rom war, den Erpresserbrief an die JAL abgeschickt hätte. Siehe auch Latsch, Pakt des Terrors, S. 70; er schreibt, zwei RAF-Mitglieder hätten die Sprengsätze in Indien detonieren lassen sollen; der Sprengstoff sei jedoch vorher aus der Maschine genommen worden und explodiert. Laut Mickolus, Transnational Terrorism, S. 611, wurde am 26. Mai ein Kosmetikkoffer, der nach einem JAL-Flug von Bangkok nach Neu-Delhi in der Kabine zurückgelassen wurde, von einer Stewardess entfernt; der Koffer sei dann im Zollbereich des Flughafens Neu-Delhi explodiert.

227 Siehe z. B. Schiller, Palästinenser zwischen Terrorismus und Diplomatie, S. 420, und Erich Grolig, Sprengstoff im Reisekoffer: Tödliche Blamage, *Die Presse* vom 19. Juni 1976, wonach der Koffer, der zu schwer war, zuvor von der Polizei in Wien untersucht worden war. Mickolus, Transnational Terrorism, S. 611, führt aus, Hausmann sei, nachdem er in Amsterdam einen gefälschten Pass auf den Namen Hugo Müller erhalten hatte, nach Wien gereist, wo er instruiert wurde, einen Hin- und Rückflug nach Bangkok mit Zwischenstopps in Tel Aviv und Teheran zu buchen; er solle auf dem Weg den Koffer in Israel lassen. Mickolus' Chronologie verzeichnet auch die Explosion einer weiteren Kofferbombe am 27. Juni (der Tag der Entebbe-Entführung) am Flughafen von Tel Aviv. Ebenda, S. 620.

228 Die meisten Darstellungen stimmen darin überein, dass die Entführerin Kuhlmann war, obwohl einige Berichte Gabriele Kröcher-Tiedemann, Eleanor Honel-Hausmann, Ingrid Siepmann oder Barin Acturk nennen.

229 Unklar ist, welche PFLP-SC-Mitglieder an der Entführung teilnahmen sowie welche bei der Operation in Entebbe dazukamen und wann. Die am häufigsten genannte Gesamtzahl der Kommandomitglieder ist zehn. Die am häufigsten genannten Namen der später getöteten (mit verschiedenen Schreibweisen): die hochrangigen PFLP-SC-Mitglieder Fayez Abdul-Rahim Jaber, Jayel Naji al-Arjan und Abdul Razag (Abu Dardai). Vgl. Ofer, Operation Thunder, S. 9; Stevenson/Dan, 90 Minuten in Entebbe, S. 123–126 und 128; Mickolus, Transnational Terrorism, S. 625; Follath, Das Auge Davids, S. 144–145 und 148–149; Harclerode, Secret Soldiers, S. 350–351 und 353. Auch werden der mysteriöse Antonio Dages Bouvier, Abdul Khaled al-Khalil, Carlos und sogar Haddad selbst (obwohl sonst berichtet wird, er habe von Mogadischu aus die Entführung gesteuert) als Personen, die in Entebbe dazukamen, genannt. Für Hinweise darauf, dass auch ein oder mehrere Mitglieder der *Bewegung 2. Juni* in Entebbe gewesen sind, siehe Meyer, Staatsfeind, S. 69, und Christoph Villinger, Die verlorene Hoffnung auf Sieg, in: Autonome L. U. S. U. S. (Hg.), Die Hunde bellen … von A–RZ: Eine Zeitreise durch die 68er Revolte und die militanten Kämpfe der 70er bis 90er Jahre, Münster 2002, S. 35–41, S. 35–36.

Scanned by CamScanner

2. *Juni*-Mitglieder (Ralf Reinders, Ingrid Schubert, Fritz Teufel und Inge Viett), die in Gefängnissen der Bundesrepublik saßen.[230] In der bundesdeutschen Presse wurde damals spekuliert, warum Baader und Ensslin nicht auf der Liste standen. Hierzu gibt Irmgard Möller einen interessanten Hinweis: »Konkret ging es um zwei Aktionen, die aufeinander bezogen sein sollten und die beide von mehreren Organisationen vorbereitet und durchgeführt werden sollten. Die erste war dann schließlich [...] die Entführung [...] nach Entebbe/Uganda, eine Aktion, die, so wie sie lief, überhaupt nicht unsere Zustimmung hatte. Die zweite Aktion ist dann wegen der Entwicklung im Libanon damals nicht mehr durchgeführt worden.«[231]

Nach der Entführung wurde drei Tage lang auf dem Weg komplizierter diplomatischer Kanäle verhandelt. Zu irgendeinem Zeitpunkt gab es einen Selektionsprozess, bei dem die jüdischen von den nichtjüdischen Geiseln getrennt wurden. Letztere wurden, mit Ausnahme der Crew, in zwei Schüben freigelassen und durften nach Frankreich zurückfliegen. In der irrigen Annahme, dass Israel ein echtes Interesse an Verhandlungen habe, verlängerten die Geiselnehmer mehrmals ihr Ultimatum. In Wirklichkeit bereitete Israel eine militärische Reaktion vor. Am 4. Juli lancierten Israels paramilitärische Einheiten einen spektakulären Gegenangriff. In vier Hercules-C-130-Transportflugzeugen landeten sie in Entebbe, stürmten das Flughafengebäude und befreiten die Geiseln. Als Gegenleistung für die kenianische Unterstützung bei der Vorbereitung der Aktion zerstörten sie außerdem den Großteil der von der Sowjetunion gelieferten Luftwaffe Ugandas.[232]

Ein noch größerer Misserfolg der Operation wäre kaum denkbar gewesen. Anstatt Israel zu demütigen und zum ersten Mal seit 1969 zur Freilassung von Gefangenen zu zwingen, stellte die PFLP-SC Israel eine Bühne zur Verfügung, um in einer spektakulären Demonstration militärische Schlagkraft und Risikobereitschaft zur Schau zu stellen und sich in der Rolle als Verteidigungsmacht aller Juden in Lebensgefahr zu bewähren. Während die Weltpresse Israel mit Lob überhäufte, hatte die PFLP-SC den Verlust einiger ihrer besten Leute zu verkraften, und das ugandische Regime von Idi Amin wurde international geächtet, weil ihm eine Mitwisserschaft unterstellt wurde.[233]

Die RZ zerbrachen an diesem Misserfolg. Zumindest als internationale Organisation gab es sie fortan nicht mehr. Von den Mitgliedern selbst wurde das in der Rückschau als Folge des moralischen und politischen Schocks dargestellt, den der Selektions-

---

230 Für eine vollständige Liste siehe Mickolus, Transnational Terrorism, S. 621–622. Die anderen zwei, die nicht in Israel inhaftiert waren, waren Petra Krause in der Schweiz und Amparo Silvia Masmela in Frankreich. Viett gelang ohnehin am 7. Juli 1976 die Flucht aus dem Gefängnis in West-Berlin. Masmela, in deren Pariser Wohnung Carlos ein Depot mit Dokumenten und Waffen angelegt hatte, wurde am 28. Juni 1975 verhaftet und am 24. November 1976 in Kolumbien erschossen, nachdem sie aus Frankreich abgeschoben worden war. Krause wurde am 15. August 1977 aus der Schweiz nach Italien abgeschoben, dort jedoch vorläufig auf freien Fuß gesetzt; 1978 wurde die Anklage gegen sie fallen gelassen, obwohl Italien ihre Auslieferung explizit wegen dieser Vorwürfe erbeten hatte.

231 Irmgard Möller, in: Tolmein, »RAF – das war für uns Befreiung«, S. 85 f.; als Beispiel für die Spekulationen in den Medien vgl. Bonn: »Härte bedeutet Massaker«, *Der Spiegel* vom 5. Juli 1976, 30. Jg., Nr. 28, S. 21–25; Ausbruch in Berlin: »Das ist eine Riesensache«, *Der Spiegel* vom 12. Juli 1976, 30. Jg., Nr. 29, S. 17–27, S. 27.

232 Drei Geiseln starben bei der Befreiungsaktion und ein vierter, der zuvor ins Krankenhaus gebracht worden war, soll angeblich vom ugandischen Präsidenten Idi Amin persönlich ermordet worden sein. Das einzige Todesopfer auf israelischer Seite war Lieutenant Colonel Jonathan Netanyahu, der Bruder des späteren Premierministers Benjamin Netanyahu, der von einem ugandischen Soldaten erschossen wurde. Meist wird die Zahl der getöteten Mitglieder des PFLP-SC-Kommandos mit sieben beziffert. Nach Angaben von Ofer, Operation Thunder, S. 133, haben die israelischen Kräfte die Leichen der toten Terroristen fotografiert und ihre Fingerabdrücke für eine spätere Identifikation genommen. Das bestätigen Stevenson/Dan, 90 Minuten in Entebbe, S. 128, die hinzufügen, die drei Überlebenden »wurden zur Befragung durch die Israelis am Leben gelassen«. Tophoven, Die Palästinenser, S. 206, FN 16, schreibt, die Sicherheitskräfte aus der Bundesrepublik hätten anhand von Fotos, die in der propalästinensischen kuwaitischen Zeitung *Al Watan* erschienen waren, Böse und Kuhlmann identifizieren können.

233 Andrew und Leslie Cockburn, Dangerous Liaison: The Inside Story of the US-Israeli Covert Relationship, New York, S. 110–120, verweisen auf die frühere Unterstützung aus Israel und diverser westlicher Staaten für Amin und andere Figuren, die Entscheidendes zur Ermöglichung des Überfalls von Entebbe beigetragen haben.

prozess ausgelöst hatte, den Böse und Kuhlmann dirigiert hatten.[234] Nach dem Bericht des Journalisten Oliver Schröm, der sich vor allem auf die Erinnerung Magdalena Kopps stützt, beschloss eine Rumpfgruppe um Weinrich, Kopp und Schnepel, weiterhin international zu agieren und für die PFLP-SC ein neues europäisches Netzwerk aufzubauen. Zu diesem Zweck wollte man Kontakte zur ETA in Spanien und den *Roten Brigaden* (*Brigate Rosse*, BR) in Italien knüpfen und gleichzeitig versuchen, Sympathisanten aus dem Kreis derjenigen RZ-Mitglieder zu rekrutieren bzw. zurückzugewinnen, die ihre Aktionen nun auf die Bundesrepublik konzentrieren wollten.[235] Gerd-Hinrich Schnepel, damals ebenfalls RZ-Mitglied, stellt die Zäsur etwas anders dar. Weinrich und er hätten die »Trümmer« aufgeräumt und darauf geachtet, »dass nicht noch mehr kaputt geht«. Entebbe sei ein »Einschnitt« gewesen, »der die internationalistische Aktivität der RZ nach meinem Wissen beendet hat«. Weinrich jedenfalls kehrte den RZ alsbald den Rücken und baute mit Carlos seine eigene Gruppierung auf.[236] Ob diese Spaltung endgültig war und ob die RZ-Gruppen in der Bundesrepublik über die Ereignisse in Entebbe tatsächlich moralisch schockiert waren, kann man angesichts einer Anschlagserie mit Brandbomben bezweifeln, die am 3. und 4. Januar 1977 auf Kinos in Aachen, Düsseldorf und Hannover verübt wurde, die den Hollywoodfilm »Unternehmen Entebbe« zeigten.[237]

Direkt nach Entebbe sann man in erster Linie auf Rache. Laut Klein hatte die »internationale Sektion« der RZ eine Sicherheitslücke am Flughafen von Nizza entdeckt, die man für einen Bombenanschlag nutzen wollte. Die Vorbereitungen waren im entscheidenden Stadium, aber die Gruppe war handlungsunfähig, weil eine andere RZ-Gruppierung ihr gesamtes Waffenarsenal in Rom gestohlen hatte.[238] Während die RZ scheiterten, war die PFLP-SC umso erfolgreicher. Am 11. August 1976 eröffneten zwei palästinensische PFLP-SC-Mitglieder auf dem Flughafen in Istanbul mit Maschinengewehren und Handgranaten das Feuer auf Passagiere, die auf den Aufruf ihres ELAL-Fluges nach Tel Aviv warteten. Vier Personen kamen ums Leben, über 20 wurden verletzt. Die Täter, die als Mehdi Mohammed Zihl und Hussein Mohammed al-Raschid identifiziert werden konnten, sagten bei ihrer Vernehmung durch die türkische Polizei aus, dass ihre Waffen und Pässe aus Libyen stammten und ihr Ziel Rache für Entebbe gewesen sei.[239]

Das war die letzte international abgestimmte Ope-

---

234 Revolutionäre Zellen, »... sondern auch die schlimmsten Kräfte«, *konkret*, 1992, Nr. 2, S. 24–29. Darin heißt es weiter: »Wir erhoben den Vorwurf, daß dem Kommando im Zuge der Operation die Befehlsgewalt entzogen worden war und die GenossInnen nach der Landung in Entebbe bloß noch die Weisungen zu befolgen hatten, die an anderer Stelle und fernab des Geschehens ausgegeben wurden.« Vgl. auch Wolf Wetzel, Interview mit dem ehemaligen RZ-Mitglied Gerd Schnepel, in: Autonome L. U. S. U. S. (Hg.), Die Hunde bellen, S. 107–114, S. 112 f.

235 Schröm, Im Schatten des Schakals, S. 124–126 und 145.

236 Die Carlos-Haddad-Connection, *Jungle World* vom 29. November 2000, S. 16: »Frage: Wenn nach Entebbe noch von einem internationalistischen und einem sozialrevolutionären Flügel die Rede war, stimmt das also nicht? Schnepel: Nein, davon kann man bis Entebbe plus ein paar Wochen, höchstens Monate, sprechen. Danach nicht mehr.« Vgl. auch Wetzel, Interview mit dem ehemaligen RZ-Mitglied Gerd Schnepel: »Einige schienen den Kampf an sozialen Brennpunkten in der BRD fortgeführt zu haben, andere machten eigene internationale Gruppen auf [...].« Vgl. ebenfalls Klein, Rückkehr in die Menschlichkeit, S. 269: »Noch nach Entebbe mußte ich ja für Carlos neue Kontakte machen. Ich wußte, wo der ›2. Juni‹ sitzt und kannte die Verbindungen zu den RZ. Da mußte ich rumreisen.«

237 Die von der Polizei beschatteten RZ-Mitglieder Gerd Albartus und Enno Schwall wurden nach einem versuchten Brandanschlag auf ein Kino in Aachen festgenommen. Zum RZ-Kommuniqué über dieses Ereignis siehe Entebbe-Film abgesetzt, *s'fräche blatt*, März 1977, Nr. 8, S. 6; dort auch die Erwähnung ähnlicher Anschläge in Italien.

238 Klein, Rückkehr in die Menschlichkeit, S. 81 und 295. Aber siehe auch Die Carlos-Haddad-Connection, *Jungle World* vom 29. November 2000, S. 16, in dem Schnepel kontert: »Blödsinn! Was auch immer Klein schreibt, ich kann mich sogar daran erinnern, dass wir Waffen für andere Gruppen ausgegraben haben. Die wurden dann durch die Republik transportiert, weil sie gebraucht, aber nicht weil sie den anderen weggenommen wurden. Es gab eher eine konzeptionelle Konkurrenz zu den anderen Organisationen.«

239 dpa, Einzelheiten vom Terorristenüberfall in Istanbul, *Neue Zürcher Zeitung* vom 13. August 1976. Vgl. Mickolus, Transnational Terrorism, S. 636–637: der Angriff sei von Libyen unterstützt worden und hätte das Ziel verfolgt, so viele Menschen wie möglich zu töten. Die beiden Männer seien von Libyen nach Rom geflogen, wo sie ihre Instruktionen erhalten

Scanned by CamScanner

ration der PFLP-SC bis zur Flugzeugentführung nach Mogadischu im Oktober 1977, obwohl es verschiedene Anzeichen gab, dass angegliederte internationale Abteilungen weiter aktiv waren. Als Carlos und Klein im September 1976 aus Algerien nach Belgrad flogen, wurden sie dort für kurze Zeit festgehalten. Die Behörden in Jugoslawien hatten entweder einen Tipp vom BND bekommen, der die beiden in Algerien überwacht hatte, oder sie wollten französischen Geheimdiensten zuvorkommen, die bei der Vorbereitung eines bevorstehenden Staatsbesuchs des französischen Präsidenten Giscard d'Estaing auf die beiden aufmerksam geworden waren. Wie es heißt, waren Carlos und Klein in Jugoslawien, um eine Art »Terrorkonferenz« im Ostblock vorzubereiten oder eine »Europatournee«, bei der Mitglieder für die aufstrebende Organisation Carlos' rekrutiert werden sollten. Trotz des wachsenden Drucks der Weltöffentlichkeit durften die beiden Männer einige Tage später das Land unbehelligt verlassen.[240] Am 24. September wurde Lidwien (Ludwina) Janssen am Flughafen von Tel Aviv verhaftet, ebenso Marius Niewborg am Flughafen von Bombay. Beide waren Mitglieder einer niederländischen Gruppe der *Roten Hilfe* und wurden festgenommen, während sie mögliche Ziele für die PFLP-SC ausspionierten.[241] Schließlich wurden im Oktober in Jordanien die JRA-Mitglieder Junzo Okudaira und Toshiaka Hidaka verhaftet. Hidaka beging im Gefängnis Selbstmord.[242]

Bei ihrer Vernehmung sagte Janssen, dass sie in einem Trainingscamp der PFLP-SC im Südjemen ausgebildet worden sei. Neben ihr und sieben weiteren Mitgliedern der *Roten Hilfe* seien weitere Leute unterschiedlicher Nationalität dort gewesen, unter anderem Böse und Siegfried Haag von der RAF.[243] Tatsächlich waren von Juli bis August 1976 zahlreiche RAF-Mitglieder in Paaren getrennt in den Südjemen gereist. Dort trafen sie sich und nahmen gemeinsam an militärischen Ausbildungskursen teil, bis die meisten im September oder Oktober zurück nach Westeuropa fuhren.[244] Der entscheidende Zeuge für die Ereignisse dieser Monate in Aden ist Peter-Jür-

---

und dann einen Alitalia-Flug über Istanbul nach Bagdad gebucht hätten. Sie seien in Rom nicht durchsucht worden. Beide Darstellungen berichten übereinstimmend, der Angriff habe begonnen, als einer der beiden Koffer der Männer explodiert sei. Unter den Toten war Harold W. Rosenthal, ein Mitarbeiter des US-Senators Jacob Javits. Walter White Jr., ein Antisemit aus den USA, veröffentlichte 1978 die Hasspolemik The Hidden Tyranny: The Issue that Dwarfs All Others (»The Rosenthal Document«), angeblich ein Interview, das White mit Rosenthal vor dessen Tod führte, in dem Rosenthal ein diabolisches jüdisches Komplott zur Erlangung der Weltherrschaft verriet.

240 Verschiedene, widersprüchliche Darstellungen dieser Vorfälle finden sich in »Wen suchen wir denn eigentlich?«, *Der Spiegel* vom 7. November 1977, 31. Jg., Nr. 46, S. 26–33, S. 31–32; Sterling, Das internationale Terror-Netz, S. 162; Meier, Carlos: Demaskierung eines Topterroristen, S. 189–195; Yallop, To the Ends of the Earth, S. 527–529; Dietl, Carlos, S. 87 f.; Schröm, Im Schatten des Schakals, S. 119–124. Die zwei oder möglicherweise fünf festgenommenen Personen sollen ihre Rekrutierungskampagne (in Italien, Österreich und der Bundesrepublik) haben fortsetzen dürfen oder, nach anderen Darstellungen, sollen in den Iran oder den Südjemen geflogen worden sein; die Mehrzahl der Berichte gibt jedoch an, sie seien nach Bagdad geflogen.

241 Tophoven, Die Palästinenser, S. 206; zur Festnahme Janssens vgl. Totale Sonnenfinsternis, *Der Spiegel* vom 21. Januar 1980, S. 43; Sterling, Das internationale Terror-Netz, S. 102; Schiller, Palästinenser zwischen Terrorismus und Diplomatie, S. 419. Siehe auch Klein, Rückkehr in die Menschlichkeit, S. 314 und 328; hier wird eine fehlerhafte und offenbar falsch datierte Verbindung zwischen ihrer Verhaftung und Hausmanns Tod am 25. Mai hergestellt. Janssen erhielt eine sechsjährige Haftstrafe und teilte sechs Monate eine Zelle mit Brigitte Schulz, bevor sie im Oktober 1979 freigelassen wurde. Die niederländischen Studenten Hugo Mueller und Rudy M. waren bereits am 14. Juli 1976 im Zusammenhang mit Hausmanns Tod in den Niederlanden verhaftet worden.

242 Müller, Japans linksradikale Ronin, S. 116, wo es heißt, die JRA hätte den jordanischen Behörden vorgeworfen, Hidaka zu Tode gefoltert zu haben. Siehe auch Farrell, Blood and Rage, S. 186–187. Okudaira wurde nach Japan abgeschoben und im Zusammenhang mit der JRA-Entführung am 28. September 1977 freigepresst.

243 Schiller, Palästinenser zwischen Terrorismus und Diplomatie, S. 419; Sterling, Das internationale Terror-Netz, S. 102. Im Artikel Sag mal Sch, *Der Spiegel* vom 3. Oktober 1977, 31. Jg., Nr. 41, S. 145–148, S. 146, wird berichtet, 20 Mitglieder der niederländischen *Roten Hilfe* hätten zusammen mit RAF-Mitgliedern im Juli 1976 im Südjemen trainiert; dort hätten die Niederländer Pläne für Angriffe auf Fabrikanlagen der Firmen Hoechst und Philips und auf den Standort der Bundeswehr in Budel entworfen.

244 Am 7. Mai 1976 wurde ein Polizist bei einer Schießerei mit einigen mutmaßlichen RAF-Mitgliedern im Wald bei Sprendlingen in Hessen getötet und ein zweiter verwundet. Sowohl Aust, Der Baader Meinhof Komplex, S. 413–414, als auch Pflie-

gen Boock. Ihm zufolge musste die RAF vor Ankunft der Gruppe die Bedingungen Haddads akzeptieren – sich seinem »Führer-Prinzip« unterzuordnen; aus Sicherheitsgründen zwei Leute zu ernennen, mit denen Haddad »konkrete Projekte« besprechen würde; und sich einem streng hierarchischen System zu unterwerfen, durch das den Mitgliedern Informationen vorenthalten werden würden.[245]

Die Zeit in Aden spielte für die RAF in verschiedener Hinsicht eine entscheidende Rolle. Es gelang, die RAF aus drei verschiedenen regionalen Gruppierungen, die unabhängig voneinander operierten, zu rekonstituieren. Außerdem wurde beschlossen, dass die RAF zukünftig zwei »wesentliche Aktionsrichtungen« verfolgen werde: »Aufbau mehrerer Kommandos mit dem Ziel der Befreiung aller RAF-Gefangenen einerseits und internationale Zusammenarbeit mit anderen Befreiungsbewegungen andererseits.« Eine erste Liste mit Zielpersonen für Entführungen wurde erstellt, auf der unter anderem der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie, Hanns-Martin Schleyer, stand. Und schließlich einigte man sich darauf, dass die Gruppe sich aufteilen sollte. Zuerst sollten diejenigen in die Bundesrepublik zurückkehren, die nicht polizeilich gesucht wurden oder glaubten, beim VS noch nicht aufgefallen zu sein. Erst wenn die entsprechende Infrastruktur aufgebaut sein würde, sollte die zweite Gruppe der »Illegalen« nachkommen.[246]

Um die gleiche Zeit erhielt die *Bewegung 2. Juni* einen Verjüngungsschub. Am 7. Juli gelang Juliane Plambeck, Gabriele Rollnik und Inge Viett die Flucht aus einem Gefängnis in West-Berlin. Auch sie fuhren in den Südjemen und nahmen zehn bis zwölf Wochen lang an militärischen Ausbildungskursen teil.[247] Im Lauf des Jahres 1976 kam es also bei allen drei bundesdeutschen Gruppierungen zu einer Verflechtung mit der PFLP-SC und über diese in unterschiedlichem Ausmaß auch untereinander.

---

ger, Die Rote Armee Fraktion, S. 64–65, schreiben, Boock und Rolf Clemens Wagner seien beteiligt gewesen und die Polizei sei zufällig in die Vorbereitungen für deren Reise in den Südjemen hineingeplatzt. Laut Tobias Wunschik, Baader-Meinhofs Kinder. Die zweite Generation der RAF, Opladen 1997, S. 246, waren zu diesem Zeitpunkt beinahe alle RAF-Mitglieder im Südjemen, einschließlich Verena Becker und Rolf Heißler. Aust, Der Baader Meinhof Komplex, S. 417, zählt Becker, Boock, Haag, Heißler, Sieglinde Hofmann, Wagner und Stefan Wisniewski auf als diejenigen, die dort waren. Nach Boock, Die Entführung und Ermordung des Hanns-Martin Schleyer, S. 16–20, waren neun RAF-Mitglieder (er selbst, fünf weitere Männer und drei Frauen) im Südjemen; sofern die Figuren in seinem Narrativ nicht künstlich zusammengesetzt sind, zählen Heißler (»Karl«), Hofmann (»Hilde«) und Wisniewski (»Hans«) dazu.

245 Boock, Die Entführung und Ermordung des Hanns-Martin Schleyer, S. 135–136: »Als sie [die Abgesandten der RAF] ihm [Haddad] ihre Wünsche vorgetragen hatten, war er sofort bereit, so gut wie alles zu arrangieren, worum sie ihn baten. Dann aber machte er deutlich, daß Internationalismus keine Einbahnstraße sein könne. Er forderte von der RAF-Vorausstruppe, daß die Deutschen den Palästinensern bei einer Reihe von Aktionen helfen sollten, die von der PFLP allein nur schwer oder gar nicht durchgeführt werden konnten.« Aust, Der Baader Meinhof Komplex, S. 417 f., schreibt, Haag sei in diesem Sommer zum »Ansprechpartner« der Gruppe geworden, so dass es sich bei ihm vermutlich um Boocks »Harry« handelt. Siehe Boock, Die Entführung und Ermordung des Hanns-Martin Schleyer, S. 18 f.

246 Boock, Die Entführung und Ermordung des Hanns-Martin Schleyer, S. 16–20 und 199. Vgl. auch Latsch, Pakt des Terrors, S. 74. Archiv des Hamburger Instituts für Sozialforschung (HIS-Archiv), MfS 79/003, HA IX, Zu den »Roten Brigaden« Italien, o. J. [1979], Bl. 22–29, Bl. 24. Darin steht, im Oktober 1976 »wurden BRD-Terroristen um den Rechtsanwalt Siegfried Haag, wie C[hristian] Klar, R[oland] Mayer, S[abine] Schmitz und A[delheid] Schulz [...] aus dem Nahen Osten kommend in Italien festgestellt«. Verschiedene Zeitungsartikel erwähnen, dieselben Personen seien Ende 1976 im Aostatal in Norditalien gesehen worden, schreiben jedoch nicht, dass sie aus dem Nahen Osten zurückgekehrt seien. Siehe z. B. Dritte Generation, *Der Spiegel* vom 9. Mai 1977, 31. Jg., Nr. 20, S. 30–32, hier S. 31.

247 Monika Berberich, die mit ihnen geflüchtet war, wurde am 21. Juli in West-Berlin erneut verhaftet; am selben Tag wurde Rolf Pohle in Athen festgenommen. Laut Viett, Nie war ich furchtloser, S. 160–165, flogen die anderen Flüchtigen nach Bagdad: »Jetzt endlich gab es ein Wiedersehen mit den 1975 befreiten Genossen. Nicht mit allen. Rolf Pohle hatte sich von der Gruppe und allen bewaffneten Aktivitäten verabschiedet. Rolf Heißler and Verena [Becker] hatten sich zwischenzeitlich der RAF angschlosssen, und Rolf hatte kein Bedürfnis, mit uns zusammenzutreffen.« Sie flogen dann mit »Rasha« (möglicherweise Plambeck) und »Gabriele« (eventuell Kröcher-Tiedemann) weiter in den Südjemen, wo sie drei Monate blieben; hierüber schreibt Viett keine Details. Nach Schröm, Im Schatten des Schakals, S. 136–138, reisten sechs Mitglieder der *Bewegung 2. Juni* in den Südjemen, darunter Kröcher-Tiedemann.

Scanned by CamScanner

Die Flugzeugentführung nach Mogadischu, 1977

Obwohl bei der Festnahme von Siegfried Haag und Roland Mayer am 30. November 1976 in Butzbach zahlreiche Dokumente sichergestellt wurden, die verschlüsselte Informationen über die Schritte und Pläne der RAF enthielten, verfolgte diese weiterhin ihre »Offensive 77«, eine Doppelstrategie, mit der man gleichzeitig den bundesdeutschen Staat angreifen und Gefangene freipressen wollte (die »big Raushole«).[248] Diese Entschlossenheit oder »Konzeptionstreue«, so die Bezeichnung im BKA, war noch deutlicher zu spüren, als am 8. Februar 1977 Brigitte Mohnhaupt aus Stammheim entlassen wurde und unverzüglich die Kontrolle über die verschiedenen Planungsstränge übernahm. Laut Peter-Jürgen Boock fiel die endgültige Entscheidung, Schleyer zu entführen, im April 1977. Daraufhin fuhren er und Brigitte Mohnhaupt nach Bagdad, um mit Haddad über mögliche Staaten zu sprechen, in die befreite RAF-Mitglieder geflogen werden könnten. Haddad schlug Algerien, den Südjemen, den Irak und Nordkorea vor. Somalia komme als Landungsmöglichkeit in Frage, aber die Häftlinge könnten dort nicht bleiben. Der Irak wurde am Ende verworfen, weil dort die gesamte Organisation der PFLP-SC beheimatet war, die man nicht durch allzu offensichtliche Zusammenarbeit gefährden wollte. Als Ziel der Wahl blieb somit der Südjemen.[249]

Am 7. April 1977 führte die RAF erfolgreich den ersten Teil ihrer »Offensive 77« durch: Ein Kommando »Ulrike Meinhof« ermordete in Karlsruhe den Generalbundesanwalt Siegfried Buback, dessen Fahrer und einen Sicherheitsbeamten.[250] Der zweite Teil der Planungen für die »big Raushole« am 30. Juli jedoch, der Versuch, den Vorsitzenden der Dresdner Bank Jürgen Ponto zu entführen, ging schief. Ein Kommando konnte sich Zugang zu seiner Villa in Frankfurt am Main verschaffen, aber Ponto setzte sich zur Wehr und wurde schließlich durch fünf Schüsse getötet. Der ursprüngliche Plan hatte vorgesehen, Ponto und Schleyer in kurzem zeitlichen Abstand zu entführen und so den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen.[251] Durch die fehlgeschlagene Entführung Pontos verblieb Schleyer als einziges Ziel. Wiederum nach Angaben Boocks soll es allerdings als dritte

---

Ihre Ausbildung sollte nur einen Monat dauern, aber dann erlaubte man ihnen nicht, das Land zu verlassen, weil Haddad nicht da war, um dies zu genehmigen. Nach zehn Wochen bestanden sie darauf, nach Europa zurückkehren zu dürfen, und nahmen Klein mit, der zur *Bewegung 2. Juni* gewechselt war, um das Land verlassen zu können. Klein, Rückkehr in die Menschlichkeit, S. 207 f. und 269, schreibt, er habe insgesamt sieben bis acht Monate im Südjemen verbracht »und später bildete ich einen Monat lang die aus dem W-Berliner [Gefängnis] abgehauenen Frauen an allen verfügbaren Waffen aus«.

248 Die meisten Darstellungen stimmen darin überein, dass die Behörden sofort erkannt haben, die RAF würde eine Reihe von spektakulären Aktionen zur Befreiung der Gefangenen planen. Es gibt komplexe, aber entscheidende Unterschiede in den Berichten in Bezug auf einige Fragen: Was genau stand in den Dokumenten; ob, wann und in welchem Umfang wurden die Informationen entschlüsselt; führte die Verhaftung Haags zu einer Verzögerung in der Umsetzung der RAF-Pläne? Erwähnenswert sind auch die Festnahmen der Neonazis Hans-Georg Buttergreit, Walter Offen und Kurt Giovanni Wolany in Jugoslawien am 16. August 1976, die dabei waren, Waffen und Sprengstoff aus Beirut nach Europa zu schmuggeln. Wolany starb unter ungeklärten Umständen im Gefängnis in Jugoslawien, während Buttergreit und Offen am 17. November an die Bundesrepublik ausgeliefert wurden und gegenüber dem BKA verschiedene Aspekte der Aktivitäten Udo Albrechts bestätigten. »Darüberhinaus berichten sie von einer geplanten Geiselnahme in der Bundesrepublik, um inhaftierte Baader-Meinhof-Leute für die PLO freizupressen.« Fromm, »Wehrsportgruppe Hoffmann«, S. 199, FN 70.

249 Aust, Der Baader Meinhof Komplex, S. 454–455; auch Austs Darstellung hierzu basiert offenbar auf Boocks Aussagen. Nach Aust kehrten Boock und Mohnhaupt nach dem Mord an Buback am 7. April in die Bundesrepublik zurück (über Malta, Paris und Brüssel). Mohnhaupt begann sofort das Kommuniqué zu schreiben, mit dem sich die RAF zu dem Attentat bekannte; elf Zeitungen und Presseagenturen erhielten am 13. und 14. April Kopien. Siehe jedoch auch Peters, Tödlicher Irrtum, S. 491, der behauptet, Silke Maier-Witt sei am 7. April überstürzt als RAF-Mitglied rekrutiert worden, als sie von Boock eine Waffe erhielt.

250 Nur Kahl, Vorsicht Schußwaffen!, S. 124, behauptet, dass die RAF-Mitglieder Knut Folkerts – der Hauptverdächtige bei dem Attentat – und Susanne Albrecht nach der Tat in den Nahen Osten gereist seien.

251 Klaus Pflieger, Die Aktion »Spindy«: Die Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Dr. Hanns-Martin Schleyer, Baden-Baden 1997, S. 17–18; Pflieger, Die Rote Armee Fraktion, S. 79 und 81–83.

Alternative den Plan gegeben haben, eine Konferenz europäischer Minister als Geiseln zu nehmen.[252] Um diese Zeit fuhren Boock und Brigitte Mohnhaupt erneut nach Bagdad, um mit Haddad die Einzelheiten des Plans zur Entführung Schleyers zu besprechen.[253] Der für den 25. August geplante Anschlag auf das Büro der Bundesanwaltschaft mit einer Batterie von 42 Raketen mit Zeitzünder scheiterte mutmaßlich an einem technischen Defekt. Schließlich gelang es dem Kommando »Siegfried Hausner« am 5. September, Hanns-Martin Schleyer in Köln zu entführen. Dabei wurden sein Fahrer und alle drei Beamten seiner Polizeieskorte ermordet.

Als Gegenleistung für die Freigabe Schleyers forderte die RAF die Freilassung von elf Inhaftierten. Man sollte jedem von ihnen 100 000 DM geben und sie vom Frankfurter Flughafen aus »in ein Land ihrer Wahl« fliegen. Um für die Sicherheit der Gefangenen zu garantieren, sollten Pfarrer Martin Niemöller und der Genfer Anwalt Denis Payot sie begleiten.[254] Trotz ihres rücksichtslosen Vorgehens gab die RAF ihren anfänglichen strategischen Vorteil leichtfertig aus der Hand. Zunächst spielte das BKA auf Zeit und bestand auf einer Reihe von Beweisen, dass Schleyer noch am Leben war. Gleichzeitig griff es die Erwähnung Payots auf und versuchte Nutzen daraus zu ziehen, indem es ihn erfolgreich als Vermittler einsetzte. All dies war Teil einer kalkulierten Strategie, um die Verhandlungen hinauszuzögern und zusätzliche Hinweise zu sammeln.[255] Ein weiterer Lapsus unterlief den Entführern, als sie am 10. September Payot anriefen und eine Erklärung verlasen. Darin kam die Vereinbarung vor, dass Niemöller und Payot von Baader einen Satz gesagt bekommen würden, der für die RAF das Signal sein sollte, Schleyer freizulassen.[256] Damit lieferten sie den Behörden das überzeugendste der im Nachhinein vorgetragenen Argumente für die totale Kontaktsperre, mit der sie die Verständigung zwischen Entführern und Gefangenen unterbunden hatten.[257] Der vielleicht schwerwiegendste taktische

252 Boock, Die Entführung und Ermordung des Hanns-Martin Schleyer, S. 200, erklärt, nach dem Mord an Ponto habe die RAF damit begonnen, Schleyer zu beschatten und die »Zusammenkünfte europäischer Minister in Brüssel und Luxemburg« zu beobachten. Vgl. auch Latsch, Pakt des Terrors, S. 74, der Boock zitiert: »Sollte das nicht reichen, war vorgesehen, alle europäischen Innenminister bei einer Konferenz als Geiseln zu nehmen. So verrückt das klingt – wir hielten das für machbar und hatten auch schon, als Presseleute getarnt, die entsprechenden Räumlichkeiten in Brüssel und Straßburg in Augenschein genommen.« Nach Angaben von Peters, Tödlicher Irrtum, S. 543, hatte unter anderem Sigrid Sternebeck im Frühsommer 1977 verschiedene Gebäude der Europäischen Gemeinschaft in Luxemburg und Brüssel ausgekundschaftet. Das erinnert an Kleins Beschreibung der konkreten Vorbereitungen einer geplanten Geiselnahme durch die RZ und die *Bewegung 2. Juni* während einer Konferenz der EWG-Minister in Brüssel im Frühjahr 1976.

253 Nach Aussage von Aust, Der Baader Meinhof Komplex, S. 463–464, befasste man sich auch mit der Frage, wie viel Lösegeld gefordert werden sollte und wie es zwischen RAF und PFLP-SC aufgeteilt werden sollte. Wunschik, Baader-Meinhofs Kinder, S. 265, berichtet, Boock, Mohnhaupt und Hofmann seien etwa im Juni zum letzten Mal vor der Schleyer-Entführung in den Nahen Osten gereist: »Ob sie dabei schon mögliche Hilfsaktionen der PFLP arrangierten, erfuhren die anderen Illegalen nicht.«

254 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.), Dokumentation zu den Ereignissen und Entscheidungen im Zusammenhang mit der Entführung von Hanns-Martin Schleyer und der Lufthansa-Maschine »Landshut«, Köln 1977, S. 15 f. Die Gefangenen, deren Freilassung gefordert wurde, waren Andreas Baader, Verena Becker, Karl-Heinz Dellwo, Gudrun Ensslin, Werner Hoppe, Hanna Krabbe, Irmgard Möller, Jan-Carl Raspe, Bernd Rösner, Ingrid Schubert und Günter Sonnenberg. In den Medien wurde nicht darüber spekuliert, warum Haags Name nicht auf der Liste stand. Das Kommuniqué bezeichnete Payot irrtümlicherweise als »Generalsekretär der Internationalen Föderation für Menschenrechte bei der UNO«; er war tatsächlich Präsident der »Schweizerischen Liga für Menschenrechte«.

255 Hermann/Koch, Entscheidung in Mogadischu, S. 45–46; Heinrich Breloer, Todesspiel. Von der Schleyer-Entführung bis Mogadischu: Eine dokumentarische Erzählung, Köln 1997, S. 68–69, 83 und 153–154; Peters, Tödlicher Irrtum, S. 420–421.

256 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.), Dokumentation, S. 30 f.

257 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.), Dokumentation, S. 9. Siehe Irmgard Möller, Sie sehen uns lieber tot als lebendig, *konkret*, 1997, Nr. 6, S. 38–41, S. 39, und Möller, in: Tolmein, »RAF – das war für uns Befreiung«, S. 94, wo bestritten wird, dass es ein solches »Signal« gegeben habe. Siehe auch Pieter Bakker Schut, Stammheim: Der Prozeß gegen die Rote Armee Fraktion, Hamburg 1989, S. 481 f., mit dem Argument, der Inhalt des Anrufs sei vom BKA manipuliert worden. Aust, Der Baader Meinhof Komplex, S. 463–464, behauptet, Boock und Mohnhaupt hätten sich mit Haddad 1977 während ihrer zweiten Reise nach Bagdad auf einen »Schlüsselsatz« geeinigt.

Scanned by CamScanner

Fehler unterlief dem Kommando »Siegfried Hausner« am 12. September. Als Antwort auf die Forderung, das Ziel und die Reiseroute des Flugzeugs zu nennen, wurde erklärt: »Die möglichen Zielländer können der Bundesregierung nur von den Gefangenen selbst genannt werden.«[258] Das BKA konnte also alle elf Häftlinge befragen, wohin sie geflogen werden wollten. Daraufhin unternahm der Sondergesandte Hans-Jürgen Wischnewski vom 14. bis 29. September eine mühsame Reise rings um den Globus, um zu klären, ob die fünf genannten Staaten zu einer Aufnahme der Gefangenen bereit waren.[259]

Als die RAF erkannte, dass sie sich selbst in eine Sackgasse manövriert hatte, trat sie den Rückzug an. Erstens wurde Schleyer um den 15./16. September herum aus Köln weggebracht, zunächst nach Den Haag in den Niederlanden.[260] Zweitens brachen die Entführer die Kommunikation mit den Behörden faktisch ab und wandten sich erst zehn Tage später, am 27. September, direkt an die Presse. Danach folgte eine weitere Funkstille bis zum 7. Oktober. Drittens verließen viele RAF-Mitglieder Westeuropa und zogen sich nach Bagdad zurück. Einige dieser Mitglieder galten als Zauderer, aber andere, insbesondere Boock und Mohnhaupt, wollten mit Haddad die Pattsituation im Entführungsfall besprechen.[261] Zu ihrer Überraschung war der Mittelsmann, den Haddad nach Bagdad geschickt hatte, kein anderer als das RZ-Mitglied Johannes Weinrich, der ihnen das völlig unerwartete Angebot machte, die PFLP-SC könne eine zweite Aktion unternehmen, um die Bundesregierung zum Einlenken zu zwingen. Bei einem ersten Treffen bot Haddad der RAF zwei vollständig ausgearbeitete Pläne zur Auswahl an – die Besetzung der bundesdeutschen Botschaft in Kuwait oder die Entführung einer Lufthansa-Maschine. Nach Beratungen mit der Gruppe in Westeuropa entschied man sich für die Flugzeugentführung. Die Einzelheiten der Operation, einschließlich der Lösegeldsumme und der Frage, wie die beiden Kommandos sich abstimmen sollten, wurden dann in einer Reihe von Besprechungen ausgehandelt, die in Bagdad, Algerien und in der Wartehalle am Flughafen von Sofia stattfanden.[262]

Die genauen Gründe, weshalb man sich für die Flugzeugentführung entschied, sind nicht bekannt. Innerhalb der RAF gab es durchaus Widerstand dagegen, nicht zuletzt weil man unsicher war, ob die

---

258 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.), Dokumentation, S. 32 f. und 34. Vgl. auch Irmgard Möller, Dokumentation (Mai 1978), S. 4, die erklärt, Baader habe ebenfalls am 12. September den Stammheimer Gefängnisdirektor gebeten, die Nachricht weiterzuleiten, »wenn die Regierung kein Land wisse, wisse er zu helfen«.

259 Nur von Baader wird berichtet, er habe Länder aufgelistet (Algerien, Vietnam, Libyen, Südjemen und Irak), mit dem Satz: »Wir meinen, daß die Bundesregierung die Länder, die in Frage kommen, um die Aufnahme ersuchen muß.« Siehe Faksimile von Baaders Fragebogen in Pflieger, Die Aktion »Spindy«, S. 59. Es scheint, dass die RAF versucht hat, mit einer Telefonnachricht am 15. September ihren Fehler zu korrigieren; darin haben sie alternative Flugrouten vorgeschlagen, aber die Behörden in Bezug auf das Ziel erneut auf das erste Kommuniqué vom 6. September hingewiesen. Dennoch hat der Anrufer den Bewegungsspielraum der Behörden noch weiter verbessert, in dem er Baaders Worte wiederholte: »Im übrigen möchten wir [S]ie darauf verweisen, daß Sie die Zielländer, die von den Gefangenen genannt worden sind, um Aufnahme bitten.« Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.), Dokumentation, S. 49.

260 Berichten zufolge wurde Schleyer kurz nach einer von zwei Schießereien mit RAF-Mitgliedern in den Niederlanden (am 19. September in Den Haag und am 22. September in Utrecht) nach Brüssel verlegt. Siehe Wunschik, Baader-Meinhofs Kinder, S. 260–262, der die Möglichkeit diskutiert, die Gruppe habe den Sitz des Rats der EG-Minister weiter beobachtet; Peters, Tödlicher Irrtum, S. 425–426; Pflieger, Die Aktion »Spindy«, S. 70. Wo genau Schleyer bis zu seiner Ermordung festgehalten wurde, ist nie öffentlich bekannt geworden.

261 Wann die Mitglieder der RAF begannen, nach Bagdad abzureisen, bleibt unklar, aber gegen Ende September waren sie dort. Vgl. für Namen und Daten Pflieger, Die Aktion »Spindy«, S. 81; Wunschik, Baader-Meinhofs Kinder, S. 273; Aust, Der Baader Meinhof Komplex, S. 549–551; Pflieger, Die Rote Armee Fraktion, S. 98; Peters, Tödlicher Irrtum, S. 426. Siehe auch Boock, Die Entführung und Ermordung des Hanns-Martin Schleyer, S. 117–123 und 129. Boocks Verteidiger argumentierten später, er sei am 25. September von Brüssel nach Bagdad geflogen. Siehe Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.), Der Prozeß: Justiz in der Bundesrepublik Deutschland am Beispiel Peter-Jürgen Boock, Einhausen 1986, S. 182 und 249.

262 Unterschiedlich detaillierte Angaben finden sich in Breloer, Todesspiel, S. 160–163; Pflieger, Die Aktion »Spindy«, S. 81 f.; Aust, Der Baader Meinhof Komplex, S. 558–562; Schröm, Im Schatten des Schakals, S. 156–157; Boock, Die Entführung und Ermordung des Hanns-Martin Schleyer, S. 129–134 und 137–159; Pflieger, Die Rote Armee Fraktion, S. 98.

Häftlinge in Stammheim sie politisch gutheißen würden, hatten diese doch die Entführung von Ensslin scharf verurteilt. Boock z. B. sagte kurz nach seinem Ausscheiden aus der RAF in einem Interview, er glaube nicht, dass die Gefangenen in Stammheim das Vorgehen der RAF während der Entführung Schleyers gebilligt hätten: »Ich denke, daß die Priorität – also keine Aktionen, die sich gegen das Volk richten – von den Leuten in Stammheim sehr ernst genommen worden ist.«[263] Irmgard Möller dagegen sagt, dass sie selbst die Flugzeugentführung nach wochenlanger Isolation und Hungerstreik für »einigermaßen nachvollziehbar« gehalten habe, »zumindest akzeptabel, auch wenn wir das vorher vielleicht anders überlegt hätten [...] Wir hielten es sozusagen zum letzten Mal für ein legitimes Mittel.«[264] Letzten Endes gibt Stefan Wisniewski die Stimmung in der Gruppe wohl am treffendsten wieder, wenn er meint, sie seien trotz gewisser Zweifel einfach davon ausgegangen, dass die Flugzeugentführung Erfolg haben würde.[265] Ein Ereignis, das die Entscheidung wohl ebenfalls hätte beeinflussen können, war die erfolgreiche Entführung einer JAL-Maschine nach Bangladesch durch die JRA am 28. September. Schon am 2. Oktober erklärte sich die japanische Regierung bereit, sechs inhaftierte JRA-Mitglieder freizulassen und 6 Millionen US-Dollar Lösegeld zu bezahlen, und am 4. Oktober wurde den Entführern und ihren befreiten Genossen in Algerien Asyl gewährt.[266] Sofern die verfügbaren Berichte korrekt sind, haben sich Boock, Haddad und Brigitte Mohnhaupt irgendwann während dieser Zeitspanne ebenfalls in Algerien aufgehalten. Einigen Darstellungen zufolge hat sich die RAF wegen der eigenen Erfahrungen 1975 in Stockholm gegen den Anschlag auf die Botschaft entschieden. Allerdings sollte man nicht übersehen, dass die PFLP-SC einen ähnlichen Plan schon einmal erfolgreich in die Tat umgesetzt hatte. 1974 hatte man in der japanischen Botschaft in Kuwait Geiseln genommen und die Freilassung eines JRA-Kommandos erreicht, das bei einer Geiselnahme in Singapur in eine Pattsituation geraten war. Das Angebot Haddads von 1977 deutet jedenfalls darauf hin, dass die PFLP-SC in Kuwait immer noch eine Art Struktur unterhielt.

Leichter zu beantworten ist die Frage, warum Haddad der RAF seine Unterstützung anbot. Praktisch gesehen versprach die Flugzeugentführung der PFLP-SC eine nicht unerhebliche Lösegeldsumme und die Freilassung zweier Gefangener aus den eigenen Reihen. Vermutlich war das Hilfsangebot auch ein Ausdruck politischer Solidarität. Eine wesentlich niedrigere egoistische Motivation legt allerdings die folgende Aussage Weinrichs nahe, die von Boock zitiert wird: »Wir sehen es eigentlich alle so [...] dass ihr da etwas in einer Dimension losgetreten habt, wo eine Niederlage nicht auf euch als Gruppe beschränkt bleibt, sondern sich auf alle auswirken könnte.«[267] Wisniewski deutet noch einen anderen Zusammenhang an: »Die haben sich gesagt, ein Land wie die Bundesrepublik, das wichtigste Land der EG, ist in eine Konfrontation verwickelt, auf die die ganze Welt schaut, da können wir unser Anliegen einbringen. [...] Die Fraktion innerhalb des palästinensischen Widerstands, die die Landshut entführt hat, wollte in dieser Situation verhindern, dass die Syrer oder andere arabische Regierungen sich auf Kosten der Palästinenser mit Israel einigen.«[268]

---

263 Im Schützengraben für die falsche Sache, *Der Spiegel* vom 23. Februar 1981, 35. Jg., Nr. 9, S. 110–125, S. 115.

264 »Wir meinten es Ernst«, *Die Beute*, 1. Jg., 1996, Nr. 9, S. 97–103, S. 100. Siehe auch Irmgard Möller, in: Tolmein, »RAF – Das war für uns Befreiung«, S. 109–111.

265 Stefan Wisniewski, Wir waren so unheimlich konsequent... Ein Gespräch zur Geschichte der RAF, Berlin 1997, S. 47–49.

266 Mickolus, Transnational Terrorism, S. 729–732; Farrell, Blood and Rage, S. 185–190. Die JRA-Entführung löste in Bangladesch einen rasch beendeten Putschversuch aus. Algerien hatte zwei Wochen zuvor der Bitte der Bundesrepublik entsprochen, die RAF-Gefangenen nicht aufzunehmen. Die Entscheidung Algeriens, dem direkten Ersuchen der japanischen Regierung nachzukommen und die JRA-Mitglieder aufzunehmen, ließ die westdeutsche Regierung befürchten, die RAF könnte nun verlangen, Bonn solle dasselbe für die Stammheim-Gefangenen tun. Siehe Wischnewski, Mit Leidenschaft und Augenmaß, S. 207–208; Rudolf J. Lauff, Die Außenpolitik Algeriens: Phasen und Bezugsfelder, London/München 1981, S. 78–80.

267 Boock, Die Entführung und Ermordung des Hanns-Martin Schleyer, S. 132.

268 Wisniewski, Wir waren so unheimlich konsequent..., S. 47; hier wird das Denken der PFLP-SC mit dem Massaker im Flüchtlingslager Tel-al Zatar in Beirut im August 1976 in Verbindung gebracht.

Scanned by CamScanner

Wenn das tatsächlich der Fall war, so spiegelt es sich doch weder im politischen Kommuniqué der PFLP-SC noch im Fortgang der Ereignisse wider – abgesehen von der Tatsache, dass wieder einmal die Aufmerksamkeit mehrerer Staaten des Nahen Ostens vorübergehend durch eine Flugzeugentführung in Anspruch genommen wurde.

Am 13. Oktober wurde die Lufthansa-Maschine »Landshut« kurz nach dem Start auf Mallorca von vier Mitgliedern des PFLP-SC-Kommandos »Martyr Halimeh« (»Operation Kofr Kaddam«) entführt.[269] In einem von der Organisation *Kampf gegen den Weltimperialismus* (SAWIO) und dem Kommando »Siegfried Hausner« gleichzeitig gestellten Ultimatum wurden die Forderungen vom 6. September bekräftigt und darüber hinaus ein Lösegeld von 15 Millionen US-Dollar sowie die Freilassung der PFLP-SC-Mitglieder »Mahdi« und »Hussein« aus einem Gefängnis in Istanbul gefordert.[270] Bezüglich der Identität der zwei Häftlinge gibt es keinerlei Aussagen von Ex-RAF-Mitgliedern oder Berichterstattern, aber aller Wahrscheinlichkeit nach handelte es sich um Mehdi Mohammed Zihl und Hussein Mohammed al-Raschid, die den Anschlag auf den Flughafen von Istanbul am 11. August 1976 verübt hatten.[271] Im Ultimatum wurde außerdem gefordert, dass die Bundesregierung entweder von Vietnam, von Somalia oder vom Südjemen eine Garantie erwirken solle, dass man die Gefangenen einreisen lassen werde.

Die wiederholte Forderung, dass die bundesdeutsche Regierung selbst einen Fluchtort für die Häftlinge gewährleisten solle, kann man auf zweierlei Art interpretieren. Entweder hatten die PFLP-SC und die RAF vorher die Zusicherung eines Staates eingeholt und wollten es diesem Staat ermöglichen, jedwede Mitwisserschaft zu leugnen, indem sie dafür sorgten, dass er offiziell darum gebeten wurde, die Gefangenen einreisen zu lassen – oder es war ihnen nicht gelungen, eine derartige Zusicherung zu erhalten, und sie waren darauf angewiesen, dass die Bundesrepublik ihren Einfluss entsprechend geltend machte. Nach Aussage von Beteiligten gab es konkrete Planungen, dass die Entführung im Südjemen enden sollte. Dort sollte entweder das Kommando ersetzt oder die Geiseln in ein Camp der PFLP-SC gebracht werden.[272] Ob Haddad nun im Vorfeld

---

269 Als Angreifer werden in allen Berichten Zohair Yousif Akkache (Captain Mahmud), Nabil Harb und Souhaila Andrawes Sayeh genannt. Die zweite Frau unter den Entführern wird identifiziert als Nadia Duaibes, Nadia Shehadah oder Hind Alameh. Nach Hermann/Koch, Entscheidung in Mogadischu, S. 83, hat das BKA ein solches Ereignis nicht erwartet, sondern ging eher davon aus, dass die RAF selbst einen Politiker oder Industriellen ermorden würde. Nach den Angaben in: Fall Schleyer: Der zweite Schlag, *Der Spiegel* vom 17. Oktober 1977, S. 19, hatte die Regierung der Bundesrepublik schon seit einiger Zeit mit einem zweiten Anschlag gerechnet und eine Reihe von Szenarien durchgespielt, unter anderem auch eine Entführung durch die Palästinenser.

270 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.), Dokumentation, S. 88–92. Die im Kommuniqué enthaltene politische Erklärung war ein Vergleich zwischen Israel und der Bundesrepublik als Produkte der imperialistischen Interessen der USA: »Während das zionistische Regime die echteste und praktischste Fortsetzung des Nazismus ist, tun die Regierungen in Bonn und die Parteien des Bundestages ihr möglichstes, um den expansionistischen Rassismus in Westdeutschland zu erneuern, besonders im militärischen Establishment und anderen staatlichen Einrichtungen.« Diese Fassung des Kommuniqués enthält auch einen Satz, von dem es hieß, die letzten drei Worte seien angeblich unentzifferbar: »Das deutliche Beispiel der engen Zusammenarbeit zwischen ›Mossad‹ und dem deutschen Nachrichtendienst zusammen mit CIA und DST mit der schmutzigsten Politik der imperialistisch-reaktionären Allianz […]« In Pflieger, Die Aktion »Spindy«, S. 86–87, findet sich ein Faksimile des Dokuments, in dem der Satz lautet: »ein signifikantes beispiel ist die enge zusammenarbeit von mossad mit den deutschen geheimdiensten und cia und dst, die die schmutzigste piraterie der imperialistisch-reaktionären allianz möglich machte: die zionistische invasion von entebbe.«

271 Zwei unbekannte Personen konnten am 15. Oktober unbehelligt ein Kommuniqué des Kommandos »Siegfried Hausner« bei der türkischen Botschaft in Paris abgeben. Siehe Wagen kocht, *Der Spiegel* vom 19. November 1979, 33. Jg., Nr. 47, S. 42–45, hier S. 45.

272 Wisniewski, Wir waren so unheimlich konsequent …, S. 49: »Die Aktion ist anders gelaufen, als sie geplant war. Die Entführung sollte in Südjemen enden. Dort wäre die GSG 9 niemals an die Maschine herangekommen, ohne sich gleich mit dem ganzen Land und dem Ostblock anzulegen.« Breloer, Todesspiel, S. 168 und 241 f., der Andrawes zitiert: »In Aden sollten wir uns den Behörden stellen. Und uns war versichert worden, daß es da keine Erstürmung geben würde.« Aust, Der Baader Meinhof Komplex, S. 619, der Boock zitiert: »Als es dann hieß, die Maschine durfte dort nicht bleiben, sondern mußte unter Androhung von militärischer Gewalt wieder weg, da war schlagartig klar, es läuft ganz fürchterlich schief.« Vgl. auch Peters, Tödlicher Irrtum, S. 445.

die Zusicherung des Südjemen eingeholt hatte oder nicht: Die Regierung in Aden nahm eine ungewöhnlich harte Haltung ein. Am 16. Oktober musste die »Landshut« in Aden notlanden, weil die Landebahn versperrt war. Das Flugzeug wurde sofort von Soldaten umstellt, und die Entführer wurden aufgefordert, das Land zu verlassen.[273] Was genau die Motivation für das Verhalten des Südjemen war, ist unklar, aber es scheint, dass die DDR dabei eine entscheidende Rolle spielte.[274]

Am 17. Oktober landete die »Landshut« in Mogadischu in Somalia. Da die PFLP-SC Somalia schon am 13. Oktober als eines von drei möglichen Zielländern genannt hatte, muss sie es als zumindest grundsätzlich wohlwollend eingeschätzt haben. Manche Berichte über die Flugzeugentführung von Entebbe legen sogar den Schluss nahe, dass Somalia der PFLP-SC in der Vergangenheit erlaubt hatte, von dort aus zu operieren.[275] Tatsache ist, dass die Flugzeugentführung, und damit auch die Entführung Schleyers, für die RAF und die PFLP-SC ein katastrophales Ende nahm. Der somalische Präsident Mohammed Siad Barre erlaubte der Bundesrepublik, ihre Anti-Terror-Einheiten in Mogadischu in Stellung zu bringen. Am 18. Oktober, kurz nach Mitternacht, wurde die »Landshut« von Einheiten der GSG 9 gestürmt (»Aktion Feuerzauber«). Drei Entführer wurden getötet, sämtliche Geiseln konnten befreit werden. Stunden später wurden Andreas Baader und Gudrun Ensslin tot, Jan-Carl Raspe lebensgefährlich verletzt und Irmgard Möller mit Stichverletzungen in der Brust in ihren jeweiligen Gefängniszellen in Stammheim aufgefunden. Am 19. Oktober einigten sich die RAF-Mitglieder in Bagdad und Brüssel darauf, Hanns-Martin Schleyer zu exekutieren, und informierten die Bundesregierung, dass man seine Leiche in einem im französischen Mulhouse abgestellten Auto finden würde.[276]

In Dubai hatte die GSG 9 schon einmal die Stürmung der Maschine vorbereitet, und man darf annehmen, dass die bundesdeutschen Behörden zu dem Zeitpunkt, als die »Landshut« am 16. Oktober in Dubai abhob, eine deutliche Vorahnung hatten, welches Ziel die Terroristen als nächstes ansteuern würden. Die Entscheidung des Südjemen, die »Landshut« zum Verlassen des Landes zu zwingen, garantierte keineswegs den Erfolg der »Aktion Feuerzauber«, aber sie erhöhte doch die Chancen für den Versuch, die Geiseln gewaltsam zu befreien. In Aden wäre nämlich jeglicher Versuch in dieser Richtung auf eine bewaffnete Auseinandersetzung mit dem südjemenitischen Militär hinausgelaufen.[277] In beiden Fällen ist das

---

273 Die Erkenntnis, dass die Operation nicht nach Plan verlief, könnte teilweise erklären, warum Akkache Flugkapitän Jürgen Schumann in Aden ermordet hat.

274 Wunschik, Baader-Meinhofs Kinder, FN 1509 und 1521, S. 271 und 273 f. Siehe Gerhard Wisniewski / Wolfgang Landgraeber / Ekkehard Sieker, Das RAF-Phantom. Wozu Politik und Wirtschaft Terroristen brauchen, München 1997, S. 340, wo Boock zitiert wird: »Ich kann mir vieles am Ablauf nur durch eine partielle Kooperation zwischen Stasi und BND erklären, denn die DDR hatte kein Interesse daran, daß Helmut Schmidt stürzt.« Stefan Wisniewski, »Wir waren so unheimlich konsequent ...« Ein Gespräch zur Geschichte der RAF mit Stefan Wisniewski, Berlin 1997, S. 49 f.: »So wie ich die Verhältnisse in Aden kannte, war für mich klar, daß die DDR oder die Sowjetunion dafür gesorgt haben, daß die Maschine nicht dort bleiben konnte. Diese Entscheidung ist nicht in Aden allein getroffen worden. Die hatten ein ganz anderes Verhältnis zu den Palästinensern, hätten sie niemals nach Somalia geschickt.« Vgl. auch Hermann/Koch, Entscheidung in Mogadischu, S. 160.

275 Nach Ofer, Operation Thunder, S. 28, hatte die PFLP-SC den somalischen Botschafter in Uganda als ihren Unterhändler während der Entebbe-Entführung bestimmt. Follath, Das Auge Davids, S. 151 f., gibt ein Zitat aus dem Bericht der ugandischen Untersuchungskommission wieder, in dem erwähnt wird, dass während der Entebbe-Entführung ein somalischer Diplomat mit Idi Amins Präsidentenjet eingeflogen wurde, um Haddad aus Somalia abzuholen. Harclerode, Secret Soldiers, S. 351 und 353, behauptet, Somalia hätte zugestimmt, als Haddad darum bat, während der Entebbe-Entführung »ein Front-Hauptquartier« in Mogadischu einrichten zu können. Nach Boock, Die Entführung und Ermordung des Hanns-Martin Schleyer, S. 176, hatte Haddad ihnen gesagt, die Entführer hätten einen »Ausweichplan«: Das Flugzeug sollte nach Mogadischu weiterfliegen; obwohl es keine Absprache im Vorfeld gab, kannte Haddad Präsident Siad Barre persönlich als Freund der palästinensischen Sache, der sie niemals zuvor im Stich gelassen hätte. Nach Angaben von Aust, Der Baader Meinhof Komplex, S. 464, unterhielt die PFLP-SC noch zum Zeitpunkt der »Landshut«-Entführung eine Basis in Mogadischu mit etwa 60 Menschen.

276 Breloer, Todesspiel, S. 290–291; Boock, Die Entführung und Ermordung des Hanns-Martin Schleyer, S. 186.

277 Auch nach Versprechungen der Bonner Regierung, erhebliche Mittel für Entwicklungshilfe zu gewähren, hatte Aden Wischnewskis Maschine die Erlaubnis verweigert, in den

Scanned by CamScanner

Kalkül der Bundesregierung aufgegangen. Insgesamt werfen die Ereignisse zwei Fragen auf. Erstens stellt sich die vergleichsweise weniger bedeutende Frage, ob man sich nicht schon an Somalia gewandt hat, als sich die »Landshut« noch im Südjemen befand.[278] Und wenn man sich den dramatischen prowestlichen Umschwung Somalias im November 1977 ansieht, als der Konflikt mit Äthiopien eskalierte, muss man sich zweitens fragen, ob die Hoffnungen gerechtfertigt waren, die die PFLP-SC in diesen Staat gesetzt hatte, und ob es allzu viel Überredung durch die Bundesregierung bedurfte, um Somalia zur Kooperation zu bewegen.[279]

Der Tod Wadi Haddads, 1978

Auch wenn es im letzten Kommuniqué des Kommandos »Siegfried Hausner« theatralisch hieß: »Der Kampf hat erst begonnen« – nach der Schleyer-Entführung war die RAF so angeschlagen und mit sich beschäftigt, dass sie völlig außerstande war, irgendetwas zu unternehmen. Einen Eindruck von der politischen Katerstimmung vermitteln diese Zeilen Silke Maier-Witts: »Diese Gruppe von Leuten, die sich zusammenfand, deren Ziel war es, die Gefangenen aus Stammheim zu befreien. Und das war es auch erst mal. Die höchstmögliche politische Wirksamkeit ließ sich mit einer Aktion erzielen, die diese Gefangenen rausholt. Da war die Konfrontation mit dem Staat, die quasi die Bundesrepublik aus den Angeln heben würde. Alles spitzte sich darauf zu. Als die Gefangenen dann nicht mehr da waren, als sie tot wa-

südjemenitischen Luftraum einzudringen. Siehe Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.), Dokumentation, S. 107; Hermann/Koch, Entscheidung in Mogadischu, S. 171–172. Derweil war die Botschaft der Bundesrepublik in Mogadischu seit dem 14. Oktober – als nämlich der somalische Botschafter in Nairobi erklärt hatte, sein Land sei aus humanitären Gründen bereit, die Freigelassenen aufzunehmen – in ständiger Alarmbereitschaft; Hermann/Koch, Entscheidung in Mogadischu, S. 168. Allerdings datieren Lars Strömsdörfer und Wolfgang Niemann, Einsatz in Mogadischu: Der Irrflug der »Landshut« und die Befreiung der 86 Geiseln durch die GSG 9, Bergisch Gladbach 1977, S. 183, das somalische Angebot auf den 15. September. An diesem Tag hatte das BKA die Gefangenen mit einem vorbereiteten Bogen und mit dem Kommentar, »Vietnam und Südjemen haben die Aufnahme von Terroristen bereits strikt abgelehnt, Somalia wird im Augenblick befragt: Sind Sie bereit, sich nach Somalia ausfliegen zu lassen.« Siehe Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.), Dokumentation, S. 26–35 und 103 f.

278 Alle Berichte nennen übereinstimmend den 18. Oktober als Zeitpunkt der ersten Kontakte zu Somalia. Wischnewski soll zwischen 10 und 40 Millionen US-Dollar in Bargeld bei sich gehabt haben, und Somalia erhielt im Januar 1979 von der Bundesrepublik einen 25-Millionen-DM-Kredit. Auch Saudi-Arabien soll eine entscheidende Rolle bei den Ereignissen gespielt haben, allerdings bleibt unklar, wann und wie. Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß scheint am 15. Oktober zu einer bereits vorher geplanten Reise nach Saudi-Arabien aufgebrochen zu sein und machte einen Zwischenstopp in Kairo statt in Damaskus, weil es hieß, Habasch plane ein Attentat auf ihn. Am 17. Oktober traf sich Strauß mit dem saudischen König Khaled und Kronprinz Fahad; beiden wurde in der Rede von Bundeskanzler Schmidt für ihre Hilfe »in entscheidenden Augenblicken« gedankt (er dankte auch Arafat dafür, dass er sich von der Entführung distanziert hat). Siehe Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.), Dokumentation, S. 109 und 85; Stömsdörfer/Niemann, Einsatz in Mogadischu, S. 35; Normen setzen, *Der Spiegel* vom 24. Oktober 1977, 31. Jg., Nr. 44, S. 9–10, S. 10; Jürgen Saupe, Affäre Strauß, *konkret extra*, April 1982, D11.

279 Die internationalen Konsequenzen der Rivalität zwischen Somalia und Äthiopien, zwei von der Sowjetunion unterstützten, sozialistischen Staaten, sind sehr komplex. An dieser Stelle sei lediglich darauf hingewiesen, dass Saudi-Arabien ein starker Verbündeter Somalias war, dass die US-Regierung unter Präsident Carter ihre Absicht, Somalia aus der sowjetischen Einflusssphäre zu locken, bereits im April 1977 öffentlich verkündet hatte und dass am 13. November 1977 Somalia tatsächlich seine Bindung an die Sowjetunion aufkündigte und die sowjetische Militärpräsenz im Land beendete. Vgl. Afrika: Dilemma der Sowjets, *Der Spiegel* vom 1. August 1977, 31. Jg., Nr. 32, S. 80–81; Volker Matthies, Wird Afrika rot? Kommunismus als Bedrohungsvorstellung deutscher Afrika-Politik, in: Helmut Bley / Rainer Tetzlaff (Hg.), Afrika und Bonn: Versäumnisse und Zwänge deutscher Afrika-Politik, Reinbek 1978, S. 169–191, S. 181–186; Volker Janssen, »Mogadischu« oder: Die Geschichte einer Erniedrigung, in: Wolfgang Dreßen (Hg.), Sozialistisches Jahrbuch, Tübingen 1979, S. 244–261, schreibt, es sei möglich, zynisch zu argumentieren, dass die »Landshut«-Entführung »für die somalische Regierung nicht besser hätte ausfallen können«.

ren, ja, da war im Grunde genommen der Sinn, die Daseinsberechtigung dieser Gruppe erst mal in Frage gestellt.«[280]

Es dürfte die Stimmung in Bagdad kaum gehoben haben, dass am 10. November 1977 Christof Wackernagel und Gert Schneider nach einem Schusswechsel mit der Polizei in Amsterdam festgenommen wurden. Bei ihrer Durchsuchung fanden sich Hinweise, dass sich Teile der RAF im Irak aufhielten.[281] Nichtsdestotrotz kamen Ende 1977 bzw. Anfang 1978 nach und nach Mitglieder der RAF zurück nach Paris. Dort rekonstituierte sich die RAF und begann, sich politisch neu auszurichten, indem sie über Aktionen in Bonn nachdachte. Dazu gehörten Anschläge auf Einrichtungen des US-Militärs ebenso wie die Entführung des bundesdeutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher.[282]

Ähnlich gelähmt war die PFLP-SC, die kurz darauf mit dem Tod Haddads einen weiteren Rückschlag von noch viel größerem Ausmaß erlitt.[283] Den meisten Darstellungen zufolge starb Haddad irgendwann Ende März oder Anfang April 1978 in einem Ostberliner Krankenhaus an Krebs und wurde in Bagdad beerdigt.[284] Ende September 1977 hatte es schon einmal Berichte von Haddads Tod gegeben (es hieß, er sei im Juli 1977 im Irak von Gegnern umgebracht worden), aber diesmal war er wohl wirklich tot.[285] Für zusätzliche Verwirrung sorgten Berichte, er sei in Wirklichkeit ermordet worden. Zum Zeitpunkt der zweiten Todesmeldung lautete das Gerücht, er sei von irakischen Geheimdiensten vergiftet worden.[286] 20 Jahre später tauchte eine weitere Version auf, nach der Haddad, und später auch Abu Nidal, vom Mossad mit Krebs infiziert worden sein sollen.[287]

---

280 Zit. n. Breloer, Todesspiel, S. 48–49.

281 Aus den Stempeln in Schneiders Pass geht hervor, dass er am 15. Oktober über Belgrad in den Irak gereist war und am Tag seiner Verhaftung über Prag von dort zurückgekehrt war, anscheinend in Begleitung von Christine Kuby. Aus einer Notiz, die Schneider bei sich trug, geht hervor, dass es zu seinen Aufgaben gehörte, Drogen für den stark abhängigen Boock zu besorgen. Die Wohnung, vor der die beiden festgenommen wurden, stand seit Oktober unter Beobachtung. Siehe Befehle erhalten, *Der Spiegel* vom 30. Januar 1978, 32. Jg., Nr. 5, S. 66–67; Harte Kiste, *Der Spiegel* vom 25. Februar 1980, 34. Jg., Nr. 9, S. 88–90; Mickolus, Transnational Terrorism, S. 752; Pflieger, Die Rote Armee Fraktion, S. 109–110; Peters, Tödlicher Irrtum, S. 478–479. Vgl. außerdem ap, Beweise für Zusammenspiel der Entführer, *Süddeutsche Zeitung* vom 10. November 1977, und Manfred Schell, Bagdad, Zentrum des internationalen Terrors, *Die Welt* vom 5. April 1978.

282 Wunschik, Baader-Meinhofs Kinder, S. 294–296; Peters, Tödlicher Irrtum, S. 477 f.

283 Laut einigen Berichten gab es vor Haddads Tod angeblich zwei Treffen mit anderen Gruppen. Im November 1977 soll Haddad auf Zypern Führer verschiedener Gruppen, darunter auch der JRA und der RAF, getroffen haben; die zweite Zusammenkunft fand im Januar 1978 in Bagdad statt, als Haddad und Carlos angeblich mit Abu Nidal über einen Vertrag mit dem KGB diskutierten, der ein Attentat auf den ägyptischen Präsidenten Sadat vorsah; Haddad und Carlos lehnten den Plan ab. Siehe Mickolus, Transnational Terrorism, S. 749–750, Yallop, To the Ends of the Earth, S. 292–293 und 535–538. Merari/Elad, The International Dimensions, S. 137, verweisen auf einen versuchten Raketenanschlag am 8. Januar 1978 auf die israelische Botschaft in Brüssel, der möglicherweise von der *Wadi-Haddad-Fraktion* ausgeführt wurde. Es soll auch auf einen gescheiterten Bombenanschlag auf die ägyptische Botschaft in Bonn am 2. Januar (zu dem niemand sich bekannt hat) hingewiesen werden und drei in West-Berlin verübte Bombenanschläge (einen Angriff auf das Egyptian-Air Büro am 19. Januar sowie versuchte Angriffe auf ein EL AL-Büro am 30. März und auf das iranische Konsulat am 26. April), zu denen sich eine Gruppe *Anti-Imperialist Fighters for a Free Palestine* bekannte.

284 Siehe Amos, Palestinian Resistance, S. 72 (wo sein Tod auf März datiert wird); Follath, Das Auge Davids, S. 147, FN (Tod am 31. März); Dobson/Payne, War without End, S. 255 (Tod am 1. April); Melman, The Master Terrorist, S. 146 (gestorben am 28. März und beerdigt am 4. April); Cobban, The Palestinian Liberation Organisation, S. 148 (im März beerdigt); Yallop, To the Ends of the Earth, S. 538 (Tod am 1. April); Livingston/Halevy, Inside the PLO, S. 127 (Tod am 28. April); Schröm, Im Schatten des Schakals, S. 165 (Tod am 1. April). Boock bestätigt Berichte über Haddads Tod in: Im Schützengraben für die falsche Sache, *Der Spiegel* vom 23. Februar 1981, S. 117. Amos, Palestinian Resistance, S. 76, berichtet, Habasch habe 1973 einen Herzinfarkt erlitten und sei ebenfalls in der UdSSR behandelt worden.

285 Amos, Palestinian Resistance, S. 375, FN 15, und Mickolus, Transnational Terrorism, S. 729; beide zitieren die libanesische Zeitschrift *Al-Usbu' Al'-Arabi* vom 26. oder 27. September 1977. Amos spekuliert darüber, ob die frühere Todesmeldung von Haddads Beteiligung an der »Landshut«-Entführung ablenken sollte.

286 Amos, Palestinian Resistance, zitiert Berichte, denen zufolge Haddad vergiftet worden sei, entweder weil der irakische Geheimdienst von ihm verlangt hatte, über seine Operationen im Vorfeld informiert zu werden, oder weil die Iraker seine Organisation durch die von Abu Nidal ersetzen wollten. Siehe auch Melman, The Master Terrorist, S. 75.

287 Douglas Davis, Report: Mossad gave terrorists cancer, *Jerusalem Post* vom 4. September 1998. Vgl. auch Klein, Die

Scanned by CamScanner

Als unmittelbare Folge von Haddads Ableben hatte Carlos nunmehr freie Hand, um mit Weinrich und Kopp seine *Organisation Internationaler Revolutionäre* (OIR) aufzubauen. Gemeinsam versuchten sie, Mitglieder aus den RZ, aus Spanien und Italien sowie Palästinenser aus der PFLP-SC für sich zu gewinnen.[288] 1978 konnte Carlos sich im Irak und im Südjemen noch frei bewegen, aber Anfang 1979 kehrte die Gruppe Bagdad endgültig den Rücken und begann, logistische Strukturen und Operationsbasen in Osteuropa aufzubauen – sehr zum Unbehagen der Geheimdienste in der Tschechoslowakei, der DDR und in Ungarn.[289] Gleichzeitig begann die OIR, ihre Fühler nach Syrien und Libyen auszustrecken und diesen Staaten ihre Dienste anzubieten. Allerdings hatte die OIR einen langen Reifungsprozess. Das erste Attentat, das ihr eindeutig zugeordnet werden kann, war der Bombenanschlag am 21. Februar 1981 auf das Büro von Radio Free Europe in München.[290]

Wenn es bei den Anschlägen von Anfang bis Mitte der 1970er Jahre schon schwierig ist, zwischen den einzelnen palästinensischen Gruppierungen zu unterscheiden, dann gilt das für die späten 1970er und frühen 1980er Jahre umso mehr. Darin mag sich lediglich widerspiegeln, wie sehr die Dinge innerhalb kleiner palästinensischer Ablehnungsgruppen im Fluss waren, aber es erschwert Aussagen über die unmittelbaren Auswirkungen von Haddads Tod auf die PFLP-SC, weil es fast unmöglich ist, deren Verbindungen von denen anderer Gruppen zu trennen.[291] Die folgende Liste von Anschlägen muss also mit einer gewissen Vorsicht betrachtet werden, gibt aber dennoch einige Hinweise auf Art und Umfang der Aktivitäten der PFLP-SC 1978 und 1979:[292]

Rächer, S. 232, der behauptet, der Mossad habe Haddad mit belgischer Schokolade vergiftet, die ein vertrauenswürdiger palästinensischer Agent in Haddads Organisation von seinen Europareisen in den Irak mitgebracht habe.

288 Diese Bemühungen wurden durch die Veröffentlichung von Kleins erstem Interview im *Spiegel* im August 1978 beschleunigt. Laut Schröm, Im Schatten des Schakals, S. 181 f., machten Kleins Enthüllungen verschiedene Mitglieder der Gruppe sehr nervös und forcierten die Entscheidung, dass Kopp im November 1978 in den Untergrund gehen und erst nach Prag und dann nach Bagdad reisen sollte (die Hinweise auf November 1979 in Schröms Text sind vermutlich Druckfehler, angesichts der Daten auf den Seiten 184 ff.). Am 23. Juni 1978 explodierte eine Bombe bei der Herstellung im Schoß des RZ Mitglieds Hermann Feiling (der 1976 im Südjemen gewesen war) in einer Wohnung in Heidelberg. Feiling (dessen Beine aufgrund der Schwere seiner Verletzungen amputiert und dessen Augen entfernt werden mußten) verriet in seinem Delirium eine Reihe von RZ-Mitgliedern; infolgedessen wurden einige verhaftet, einige tauchten im Ausland unter, und es wurde einige Waffendepots entdeckt.

289 Zur Abreise der Gruppe aus Bagdad im Januar 1979 vgl. Schmaldienst/Matschke, Carlos-Komplize Weinrich, S. 36–38; hier heißt es, Carlos habe befürchtet, der irakische Geheimdienst wolle ihn entweder festnehmen oder zwangsrekrutieren. Laut Schröm, Im Schatten des Schakals, S. 185–186, erhielt Carlos vom irakischen Geheimdienst 200 000 US-Dollar als Abschiedsgeschenk.

290 Follain, Jackal, S. 128, behauptet, die Gruppe sei an der Ermordung des *Al-Watan Al-Arabi*-Journalisten Assam al-Jundi im Libanon am 18. Juni 1980 beteiligt gewesen. Diese in Paris erscheinende Zeitung veröffentlichte Ausschnitte aus einem angeblich von al-Jundi geführten Interview mit Carlos im November und Dezember 1979, aber das Blatt war auch bekannt für seine freimütige Kritik des syrischen Regimes. Am 19. Dezember 1981 wurde eine Bombe in den Räumen der Zeitung entdeckt, und am 16. Februar 1982 wurden Bruno Breguet und Kopp in Paris verhaftet, als sie einen Bombenanschlag auf das Büro vorbereiteten.

291 Ein Beispiel ist die Festnahme von etwa 24 Personen in Ägypten im April 1978, darunter drei aus der Schweiz und einer aus der Bundesrepublik; angeblich planten sie, unter den Namen »Correct Course of *Fatah*«, Anschläge auf die israelisch-ägyptischen Gespräche. Ägypten behauptete, die Gruppe »Correct Course« sei früher von Haddad geleitet worden, aber später Teil von Abu Nidals *Black June* geworden und sei mit den italienischen BR verbunden. Siehe Mickolus, Transnational Terrorism, S. 784, und Sterling, Das internationale Terror-Netz, S. 229 und FN 31, S. 348–349. Der Schweizer Georgio Bellini, der nicht zu den Verhafteten zählte, soll ein wichtiges Verbindungsglied für die Gruppe gewesen sein. Bellini war im Mai 1975 im Zusammenhang mit der »Krause-Gruppe« in Zürich festgenommen worden und war später für die OIR aktiv, bis er am 16. Februar 1981 an der deutsch-schweizerischen Grenze festgenommen wurde.

292 Hier nicht enthalten ist der Mord an dem westdeutschen Journalisten Karl Robert Pfeffer im Mai 1979. Robert Frisk, Pity the Nation: Lebanon at War, Oxford 2001, S. 409 f., schreibt, Pfeffer habe über Waffenschmuggel von Palästinensern recherchiert und seine Mörder seien, so vermutete man, PFLP-Mitglieder gewesen. Laut Knaurs Jahreschronik in Bildern: Alle wichtige Ereignisse des Jahres ... 1. 10. 1978–30. 9. 1979, München/Zürich 1979, S. 233, hatte Pfeffer für ein Buch, an dem er arbeitete, die Verbindungen zwischen deutschen und palästinensischen Terroristen recherchiert. Siehe auch Schröm, Im Schatten des Schakals, S. 193 f., der erwähnt, kurz vor Pfef-

- 20. Mai 1978: Bei einem versuchten Attentat auf EL AL-Passagiere auf dem Flughafen Paris-Orly kommt es zu einer Schießerei, bei der drei Terroristen und zwei französische Polizisten sterben.[293]
- 20. August 1978: Vor einem Londoner Hotel wird auf einen Bus mit EL AL-Mitarbeitern das Feuer mit Handgranaten und Maschinengewehren eröffnet. Eine Stewardess und ein Terrorist kommen ums Leben, neun Menschen werden verletzt.[294]
- 16. April 1979: Bei dem Versuch, eine EL AL-Maschine auf dem Brüsseler Flughafen zu entführen, werden zahlreiche Menschen durch Schüsse und Handgranaten verletzt.[295]
- 4. Dezember 1979: Auf die Büros von Gulf Air und KLM in Bahrain wird ein Bombenanschlag verübt.[296]

Daraus ergibt sich, dass die PFLP-SC in dieser Phase stets auf sehr niedrigem Niveau operierte oder mit anderen Gruppierungen zusammenarbeitete. In diesem Kontext muss eine Spaltung innerhalb der PFLP-SC erwähnt werden, aus der zwei Gruppen hervorgingen.[297] Eine war die *Arabische Organisation des 15. Mai* (benannt nach dem Gründungsdatum des Staates Israel) unter der Führung von Abu Ibrahim (Hussein al-Umari oder Mohammed Omari), die vom Irak unterstützt wurde.[298] Die zweite Gruppierung trug den irreführenden Namen PFLP-SC oder PFLP-SO und hatte ihren Sitz im Südjemen. Ihr Anführer war Abu Mohammed (Salim Abu Salem, Mohammed Salim Saeid oder Hamed Salim al'Haq Saleh). Zwar sind diese Fraktionen nicht vor 1980 entstanden, und es ist schwer zu sagen, wie deutlich sie voneinander abgegrenzt waren. Trotzdem ist ihre Entstehung wichtig, wenn man sich mit den weiteren

---

fers Tod habe PFLP-Sprecher Abu-Sharif in einem Hotel in Ost-Berlin eine Nachricht über Kopp an Carlos weitergeleitet, aus der hervorging, dass Pfeffer Carlos interviewen wollte. Carlos habe sich geweigert, mit Abu-Sharif zu reden, weil er den Verdacht hatte, dieser wolle im Auftrag des irakischen Geheimdienstes mit ihm sprechen. Pfeffer ist möglicherweise der Journalist, auf den im Juli 1981 in einem Gespräch zwischen dem MfS und »Heinrich Schneider« (Weinrich) Bezug genommen wird; »Schneider« spricht von einem ehemaligen führenden Mitglied der Abu-Mohammed-Gruppe, das dabei war, in Italien ein Buch über Haddad zu schreiben: »Um dieser Person den notwendigen Spielraum zu beschaffen, habe man den BRD-Journalist [Name entfernt], der das gleiche vorhatte, in Beirut erschossen.« BStU, MfS-HA XXII, Nr. 953, Bl. 154, Abt. XXII/8, Führendes Mitglied der Gruppe ABU MOHAMMED – [Name entfernt], 1. Juli 1981.

293 Amos, Palestinian Resistance, S. 345, schreibt dieses Attentat den *Sons of South Lebanon* (PFLP) zu, während nach Merari/Elad, The International Dimensions, S. 137, die PFLP verantwortlich war. Mickolus, Transnational Terrorism, S. 789, zitiert israelische Überlegungen, es sei die Abu-Nidal-Gruppe gewesen, möglicherweise in Zusammenarbeit mit der PFLP. Die Ermordung des kuwaitischen PLO-Vertreters Ali Nasir Yasin am 15. Juni 1978 durch die *Sons of South Lebanon* wird übereinstimmend der Abu-Nidal-Gruppe zugeschrieben.

294 Bundesminister des Innern (Hg.), Betrifft Verfassungsschutz '78, Bonn 1979, S. 147 (PFLP); laut Mickolus, Transnational Terrorism, S. 804 f. (»PFLP-Special Operations«), hatte die PFLP der griechischen Regierung einen Tag zuvor Mitäterschaft bei der Ermordung ihres Mitglieds Bashir Ibrahim Jabril vorgeworfen; Merari/Elad, The International Dimensions, S. 138 (*Wadi-Haddad-Fraktion*).

295 Mickolus, Transnational Terrorism, S. 841 f., es heißt hier, die beiden verhafteten Terroristen hätten zunächst behauptet, der PLO anzugehören, aber der staatliche belgische Radiosender berichtete, sie seien von der PFLP. Merari/Elad, The International Dimensions, S. 138, erwähnen das Ereignis als möglichen PFLP-Angriff.

296 Merari/Elad, The International Dimensions, S. 139 (*Wadi-Haddad-Fraktion*); Mickolus, Transnational Terrorism, S. 983 (*Sons of the Occupied Territory Organisation*).

297 Unterschiedliche Details finden sich in: Merari/Elad, The International Dimensions, S. 44–45 und 66; Melman, The Master Terrorist, S. 118, FN 3; Dobson/Payne, War without End, S. 160 f. und 168–170; Livingston/Halevy, Inside the PLO, S. 127; Emerson/Duffy, The Fall of Pan Am 103, S. 119; Steven A. Emerson / Crista del Sesto, Terrorist: The Inside Story of the Highest-Ranking Iraqi Terrorist to Ever Defect to the West, New York 1991, S. 39–40; Schmaldienst/Matschke, Carlos-Komplize Weinrich, S. 36 und 43.

298 Laut Boock, Die Entführung und Ermordung des Hanns-Martin Schleyer, S. 141, war Abu Ibrahim der politische Kopf der PFLP, den sie während der Ausbildung im Südjemen im Sommer 1976 und erneut während der Vorbereitungen für die »Landshut«-Entführung getroffen hätten. Abu Ibrahim soll nicht nur in jenem Sommer die RAF ausgebildet haben, sondern auch bei der Organisation der Entführungen von Entebbe und Mogadischu beteiligt gewesen sein; siehe Emerson / del Sesto, Terrorist. Vgl. auch Gunter Latsch, Mann von Gestern, *Der Spiegel* vom 19. April 2003, 57. Jg., Nr. 17, S. 141, der berichtet, Fredericke Krabbe, die einzige Verdächtige im Zusammenhang mit der Schleyer-Entführung, die einer Haftstrafe entging, sei mit Abu Ibrahim verheiratet gewesen.

Scanned by CamScanner

Verbindungen der RAF und der *Bewegung 2. Juni* in den Nahen Osten zwischen 1978 und 1980 beschäftigt.[299]

Die Aussage von »Krimhild Schneider« (d. i. Magdalena Kopp) gegenüber dem MfS im November 1981 legt den Schluss nahe, dass die Gruppe um Abu Mohammed ihre Aktivitäten eingestellt hatte. Andererseits lagen dem MfS Informationen aus dem Umkreis der PLO vor, dass die Gruppe für einige Anschläge in Belgien verantwortlich war.[300]

Östliche und westliche Geheimdienste und die PFLP-SC

Ein Großteil der oben zitierten Literatur basiert explizit oder implizit auf der Prämisse, dass die Geheimdienste des Ostblocks und Kubas, allen voran der sowjetische KGB, in den 1970er und 1980er Jahren den »internationalen Terrorismus« benutzt haben, um eine politische Destabilisierungskampagne gegen den Westen zu betreiben. Diese Theorie ist am deutlichsten dargelegt worden in »Das internationale Terror-Netz« von Claire Sterling. Sie war ein entscheidender Baustein des außenpolitischen Denkens der »Falken« in der US-Regierung unter Präsident Ronald Reagan.[301] Zumindest in Teilen ist diese Theorie durch Dokumente bestätigt worden, die seit dem Ende des Kalten Krieges in Deutschland aufgetaucht sind. So ist mittlerweile bekannt, dass einige osteuropäische Länder Gruppierungen wie der RAF, der OIR von Carlos oder der Gruppe um Abu Nidal als Zufluchtsort, in manchen Fällen sogar als Operationsbasis gedient haben. Und wenn die Dokumente und Aufzeichnungen aus der ehemaligen Sowjetunion, die im Lauf der letzten Jahre veröffentlicht worden sind, das halten, was sie von sich behaupten, dann hat der KGB bei den Operationen Haddads tatsächlich eine aktive Rolle gespielt.

In Moskauer Archiven wurden zwei Dokumente entdeckt, in denen Haddad erwähnt wird. Das erste ist ein Bericht des KGB-Vorsitzenden Juri Andropow an Leonid Breschnew vom 23. April 1974, der es wert ist, ausführlich zitiert zu werden. Der Bericht stellt zunächst fest, dass der KGB seit 1968 »konspirative amtliche Kontakte« zu Haddad unterhalten hat, und geht dann detailliert auf eine Unterredung ein, die Haddad im April »mit dem Residenten des KGB im Libanon« hatte. Im Verlauf des Gesprächs hatte Haddad »das Perspektivprogramm für die Diversions- und Terrortätigkeit der PFLP« dargelegt und dann die einzelnen Punkte aufgeführt. Dazu gehörte »die Verlängerung des ›Ölkriegs‹ der arabischen Länder [...] mit besonderen Mitteln« und »Diversionshandlungen gegen das Diamantenkartell, dessen Grundkapital israelischen, englischen, belgischen und westdeutschen Gesellschaften gehört. [...] W. Haddad wandte sich an uns mit der Bitte, seiner Organisation bei der Beschaffung von speziellen technischen Mitteln, die für

299 Eine Einschätzung des National Foreign Assessment Center der CIA für 1978 stellt fest, dass nach Haddads Tod »die Zukunft der Haddad-Fraktion unklar bleibt. Die von Georges Habasch geführte Mehrheit der PFLP hat den Haddad-Flügel nicht für den alten Kreis zurückgewinnen können.« Eine ähnliche Einschätzung für 1979 lautet: »Offenbar hat die Organisation es nicht geschafft, ihn [Haddad] durch ein Individuum mit ähnlichen Kontakten zu Organisationen und Regierungen oder mit ähnlichen planerischen Fähigkeiten zu ersetzen.« Vgl. Dokumente 1 und 2 in Robert A. Friedlander (Hg.), Terrorism: Documents of International and Local Control, Bd. 3, From the Terror Decade of the 1970s to the Dangerous Decade, London etc. 1981, S. 39–98, S. 45 und 68.

300 BStU MfS – HA XXII Nr. 953, Bl. 151–154, Betrifft – Gruppierung »Abu Mohamed«, 3. November 1981, Bl. 151: »Die Gruppe habe sich immer mehr zum Verwalter des Vermögens der ehemaligen [Haddad] Gruppierung [...] entwickelt. Die Verwaltung des in die Millionen gehenden Vermögens würde die Gruppierung so beschäftigen, daß sie selbst sich zu Kleinbürgern entwickelt haben.« Ein Fragment, das an Kopps Informationen von der »Vereinigte[n] PLO Sicherheit« vom 4. November angehängt war, stellt fest, dass die Gruppe trotz ihres Reichtums unter dem Mangel an Kämpfern leide, und fügt hinzu: »Die Gruppe ist verantwortlich für die Anschläge gegen jüdische Bürger in Belgien.« Dies könnte sich auf einen gegen jüdische Jugendliche gerichteten Granatenanschlag in Antwerpen am 27. Juli 1980 beziehen, aber ebenso ein Hinweis auf das Attentat mit einer Autobombe im jüdischen Diamantenviertel von Antwerpen am 20. Oktober 1981 sein, bei dem drei Menschen starben und mehr als 100 verletzt wurden; einige Beobachter schreiben das zweite Attentat einer PFLP-SC-Splittergruppe zu. Das Dokument erwähnt auch eine dritte, von einem gewissen Hajd Halid geführte Gruppe, die aus der PFLP-SC hervorging.

301 Zur Bedeutung von Sterlings Buch für das politische Denken der Reagan-Administration siehe Bob Woodward, VEIL: The Secret Wars of the CIA, 1981–1987, New York 1987, S. 124–129.

die Durchführung bestimmter Diversionsakte erforderlich sind, behilflich zu sein. W. Haddad ist sich bei seiner Zusammenarbeit mit uns und seinem Hilfeersuchen über unsere prinzipiell ablehnende Haltung gegenüber dem Terror im Klaren und konfrontiert uns nicht mit Fragen, die mit diesem Bereich der Aktivitäten der PFLP zusammenhängen. Die Kontakte mit Haddad gestatten uns, die Tätigkeit der Abteilung für Außenoperationen der PFLP bis zu einem bestimmten Grade zu kontrollieren, sie in einem für die Sowjetunion günstigen Sinne zu beeinflussen sowie bei absoluter Geheimhaltung mit den Kräften seiner Organisation aktive Maßnahmen in unserem Interesse durchzuführen.«[302]

Andropow empfiehlt daher, der Bitte Haddads um »spezielle technische Mittel« nachzukommen. Das zweite Dokument ist datiert auf den 16. Mai 1975 und berichtet, dass eine Schiffsladung ausländischer Waffen und Munition an Haddad übergeben worden ist: »Die illegale Übergabe der Waffen erfolgte nachts in den neutralen Gewässern des Golfs von Aden, ohne Kontaktaufnahme und unter strengster Beachtung der Konspiration, mit Hilfe eines Aufklärungsschiffes der Seekriegsflotte der UdSSR.«[303]

Diese Dokumente passen zu den heimlichen Notizen, die Wassili Mitrochin nach eigener Aussage im Lauf eines Jahrzehnts den Akten des KGB entnommen hat. Mitrochin war Archivar in der Abteilung für Auslandsspionage und lief 1992 nach Großbritannien über.[304] Zwar sind die Aussagen von Überläufern bekanntermaßen nicht selten auf die ideologischen Interessen ihrer neuen Arbeitgeber abgestimmt oder werden von den Befragern in ihrem Sinne verändert, aber die Fülle der Details, die Mitrochin liefert, ist nicht leicht von der Hand zu weisen. Seine wichtigsten Behauptungen sind folgende:

- Haddad wurde 1970 als Agent des KGB rekrutiert und erhielt den Decknamen »NATIONALIST«.
- Im Mai 1970 stimmte Breschnew dem Vorschlag Andropows zu, mit Hilfe Haddads den vermuteten stellvertretenden CIA-Sektionschef in Beirut zu entführen und über Damaskus in die UdSSR zu verschleppen (»Operation VINT«). Die Pläne wurden später dahingehend geändert, dass der CIA-Beamte einfach erschossen werden sollte, und 1971 ganz fallen gelassen.
- Im Juli 1970 erhielt Haddad vom KGB eine größere Waffenlieferung, überwiegend aus westlicher Produktion, die in der Nähe von Aden von einem sowjetischen Schiff übergeben wurde (»Operation VOSTOK«).
- Mit Hilfe des Chefs des PFLP-Sicherheitsdienstes im Libanon, Ahmad Yunis (Abu Ahmad), inszenierte der KGB 1970 in Beirut mehrere Entführungen. Später wurde Yunis ein geheimer KGB-Kontaktmann mit dem Decknamen »TARSHIKH«. Unter den Entführten war ein Kontaktmann des KGB, der im Verdacht stand, für israelische Geheimdienste zu arbeiten; ein amerikanischer Akademiker, der Professor Hani Korda genannt wurde und der Selbstmord beging, während er in Jordanien festgehalten wurde; und ein amerikanischer Journalist armenischer Herkunft, Aredis Derounian, dem es zu fliehen gelang.
- Der KGB unterstützte Haddad bei der Planung des Anschlags auf die »Coral Sea« im Juni 1971 (»Operation NASOS«).
- 1974 rekrutierte der KGB den PFLP-Führer Ah-

302 Abgedruckt in Wladimir Bukowski, Abrechnung mit Moskau: Das sowjetische Unrechtsregime und die Schuld des Westens, Bergisch Gladbach 1996, S. 53 f. Der Hinweis auf Haddads Bemühungen, den Ölkrieg zu verlängern, könnte für den Kontext des OPEC-Anschlags von 1975 von Bedeutung sein. Siehe auch Markus Wolf / Anne McElvoy, Memoirs of a Spymaster: The Man who Waged a Secret War against the West, London 1998, S. 268 f.; Wolf berichtet, wie 1969 das MfS in Kairo klandestine Kontakte zu Arafat und der PLO sowie zu Habasch und der PFLP herstellte. »Die Initiierung der Kontakte erwuchs unmittelbar aus den Sympathien für nationale Befreiungsbewegungen. Nach unserer Ansicht waren die Palästinenser die Einzigen, die seit dem Zweiten Weltkrieg dekolonisiert worden waren, ohne ihre legitimen nationalen Rechte zu erhalten.«

303 Bukowski, Abrechnung mit Moskau, S. 55. Dieses zweite Dokument ist auch abgedruckt in James F. Burke, Recently released material on Soviet intelligence operations, *Intelligence and National Security*, Bd. 8, Nr. 2, April 1993, S. 238–249, S. 249.

304 Mitrokhins Notizen über Haddad sind in Christopher Andrew / Vasili Mitrokhin, The Sword and the Shield: The Mitrokhin Archive and the Secret History of the KGB, New York 1999, S. 379–382, veröffentlicht sowie in Christopher Andrew / Vasili Mitrokhin, The Mitrokhin Archive II: The KGB and the World, London 2005, S. 246–257, inklusive einer etwas anderen Version von Bukowskis Dokument vom 23. April 1974.

Scanned by CamScanner

mad Mahmud Samman als Agenten. Samman hatte den Decknamen »VASIT«.[305]

- Im September 1974 wurde Haddad vom KGB nach Russland eingeladen. Dort stellte er seine Pläne für weitere Aktionen vor und erklärte sich bereit, zwei bis drei Mitglieder seiner Gruppierung abzustellen, die sowjetische Überläufer aufspüren sollten.
- Von 1976 bis 1978 wurden Mitglieder von Haddads Gruppierung in der Sowjetunion geschult, unter anderem in Spionage, Spionageabwehr, Verhörmethoden, Überwachung und Sabotage.
- Im März 1977 reiste Haddad nach Moskau, wo er mit hochrangigen KGB-Offizieren der Hauptverwaltung für Auslandsspionage über mögliche Aktionen sprach.
- Ab 1974 unterhielt der KGB außerdem enge Kontakte zu Hawatima von der PFLP und Jibril von der PFLP-SC.

Aus diesen Dokumenten und Aufzeichnungen lässt sich schließen, dass der KGB nicht nur privilegierte Einblicke in die Operationen der PFLP-SC hatte, sondern dass er sie aktiv unterstützte und förderte. Man kann sie als Glieder einer Kette betrachten, die von Haddads Tod in Ost-Berlin 1978 über die Kontakte des MfS zu Carlos' OIR nach 1979 bis zur späteren Unterstützung von RAF-Aussteigern durch das MfS reicht.[306] Wenn man bedenkt, welchen Einfluss die DDR und die Sowjetunion im Südjemen und, in weniger ausgeprägter Form, im Irak hatten, kann man mit ziemlicher Sicherheit annehmen, dass ihre Geheimdienste zum mindesten über die Aktivitäten der PFLP-SC informiert waren und damit aufgrund weiterreichender Kanäle auch über die bundesdeutschen Gruppierungen in diesen beiden Staaten.[307]

Die Kehrseite der Medaille sind die zahlreichen Hinweise, dass auch westliche Geheimdienste, insbesondere der israelische Mossad, die PFLP-SC in irgendeiner Form erfolgreich unterwandert haben.[308] Da die PFLP und die PFLP-SC für israelische Geheimdienste von besonderem Interesse waren, kann diese Tatsache wenig überraschen. Eine ganze Reihe von erfolgreichen Operationen gegen die Organisati-

---

305 Laut Mitrokhins Notizen wurde Samman nach Haddads Tod aufgrund von internen Fehden und den Aktivitäten des syrischen Geheimdienstes liquidiert. Yunis wurde 1978 wegen der Ermordung eines Kollegen und versuchten Mordes an einem weiteren hingerichtet. Siehe Andrew/Mitrokhin, The Mitrokhin Archive II, S. 255.

306 Nach dem Fall der Mauer und der Entdeckung der RAF-»Aussteiger« in der DDR zirkulierten in den Medien Berichte, in denen es hieß, palästinensische Gruppen hätten bei der Umsetzung des Aussteigerprogramms eine unerlässliche Rolle gespielt. Boock selbst sagte: »Es ging der Stasi darum, sich bestimmte Einflüsse zu bewahren, und das lief über Gefälligkeiten, die mehr den Palästinensern als der RAF erwiesen wurden.« Außerdem: »Wenn die Stasi den Palästinensern die Abtrünnigen aus der RAF abgenommen hat, dann sicherlich deshalb, weil es auch für die Palästinenser inzwischen ein Problem geworden war, wo man diese Leute dauerhaft unterbringen kann.« Siehe »Für jeden eine Nummer«, *Der Spiegel* vom 18. Juni 1990, 44. Jg., Nr. 25, S. 103–105, hier S. 104.

307 Dies ist auf jeden Fall der Tenor von Einzelheiten, die sich bei Boock finden. Nach Angaben von Latsch, Pakt des Terrors, S. 74, hat ihn die RAF, in Kenntnis der exzellenten Kontakte Haddads zum Ostblock, um Hintergrundinformationen über Schleyer gebeten. Vor ihrer Abreise erhielten sie ein umfangreiches Dossier über dessen Rolle in der Tschechoslowakei während des Krieges, versehen mit Stempeln, die den Schluss nahe legten, das Material sei vom Geheimdienst der ČSSR oder der Sowjetunion. Boock behauptete auch, dass die RAF von den Palästinensern BKA- und Interpolfahndungsunterlagen erhalten hätte, die ursprünglich vom MfS kamen. Siehe Wunschik, Baader-Meinhofs Kinder, S. 396, FN 2, S. 273. Diese Verbindungen über die PFLP-SC legen nahe, dass diese auch eine der Quellen der sogenannten Schleyer Protokolle darstellen. Diese vom MfS produzierten Fälschungen tauchten seit Dezember 1977 in der Bundesrepublik auf und enthielten Anspielungen auf eine Reihe von politischen Skandalen. Siehe: Wolfgang Gast, Das Schleyer-Protokoll, *taz-Journal*: 20 Jahre Deutscher Herbst, Berlin 1997, S. 49.

308 Duane R. Clarridge, stellvertretender Chef der Near East Division for Arab Operations der CIA, beschreibt seinen Aufenthalt im Januar 1976 in Athen, wo die CIA-Aktivitäten zum Eindringen in die »Buchstabensuppe« der palästinensischen Gruppen in Beirut »gerade anfingen, sich bezahlt zu machen; aber wir waren noch immer an der Peripherie«. Einer der »Kanäle« zu diesen Organisationen führte durch die »Groupies« der europäischen Linken; Clarridge lernte eine »Quelle« kennen, die von einem CIA-Mann in Beirut »entwickelt« wurde und anscheinend das Potential hatte, als V-Mann den innersten Kreis von Carlos' Gruppe zu erreichen. Der deutsche Informant wurde gebeten, dafür zu sorgen, dass Carlos von der CIA liquidiert werden konnte, aber der Versuch misslang. Siehe Clarridge/Diehl, Spy for All Seasons, S. 157–159. Dokumentarische Beweise dafür, dass Carlos auch ein Ziel der (von der chilenischen *Dirección de Intelligencia Nacional* initierten) mörderischen südamerikanischen »Operation Condor« war, finden sich in John Dinges, The Condor Years: How Pinochet and his Allies Brought Counter-terrorism to Three Continents, New York 2004, S. 93–95 und 220 f.

on Haddads während der gesamten 1970er Jahre, z. B. die Verhaftung von Mitgliedern und Sympathisanten, lässt darauf schließen, dass der Mossad über deren Aktivitäten bestens informiert war.[309] So berichtete der Ex-Mossad-Agent Victor Ostrovsky, dass der Mossad 1973 in einem Londoner Hotel direkt an Haddads Stellvertreter Moukharbel herangetreten sei. Danach habe er als Informant gedient, bis er am 27. Juni 1975 von Carlos erschossen wurde.[310] Außerdem gab es immer wieder vage Hinweise, dass Hans-Joachim Klein nach der Veröffentlichung seines ersten Interviews im August 1978 für den Mossad gearbeitet haben soll.[311] Die jüngste Behauptung in dieser Richtung ist, dass Monika Haas nach ihrer Verhaftung in Nairobi im Januar 1976 zum Mossad übergelaufen sei. Dies wird als die plausibelste Erklärung angegeben, warum sie ungehindert nach Aden zurückkehren konnte und auch später unbehelligt blieb, als sie Anfang der 1980er Jahre aus dem Nahen Osten zurück in die Bundesrepublik ging. Im Fall von Haas wird der Verdacht dadurch verstärkt, dass die Behauptung, sie sei zum Mossad übergelaufen, sich auf dieselben Akten des MfS stützt, auf deren Grundlage sie später verurteilt wurde. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass sie 1977 Waffen nach Mallorca transportierte, die bei der Entführung der »Landshut« zum Einsatz kamen.[312]

Ob ihre Verurteilung oder die Vorwürfe gegen sie gerechtfertigt waren, sei dahingestellt. Hier soll das Augenmerk auf einen Strang in ihrer Verteidigung gerichtet werden, der in unserem Zusammenhang aufschlussreich ist: die Spekulation, ob die Quelle der Beschuldigungen gegen sie ein Mitglied der PFLP-SC gewesen ist. Die ersten, die diesen Verdacht äußerten, waren 1992 die Journalisten Michael Müller und Andreas Kanonenberg, die andeuteten, dass es der Verrat von Monika Haas (die nicht namentlich erwähnt wurde) gewesen sein könnte, der am 5. Mai zu den Festnahmen von fünf Mitgliedern der RAF und der *Bewegung 2. Juni* in der Rue Flatters in Paris geführt hat. Sie fuhren fort: »Und dann gibt es noch eine weitere deutsche Frau im Nahen Osten, die wir der Einfachheit halber ›Marianne Berg‹ nennen wollen – auch sie im Besitz erstklassiger Einblicke. Auch liiert mit einem Palästinenser – und der arbeitet wiederum mit dem bundesdeutschen Nachrichtendienst zusammen.«[313] Nach eigener Aussage erhielt Monika Haas 1997 den Hinweis, dass mit dieser Anspielung das PFLP-SC-Mitglied Khaled Jihad gemeint war, der für das BKA und den BND arbeitete und der nach

309 Seale, Abu Nidal, S. 95, schreibt, Haddads Organisation sei spätestens 1974 »von einem halben Dutzend Geheimdiensten derart infiltriert gewesen, dass die Mehrzahl seiner Pläne aufgegeben wurde«.

310 Victor Ostrovsky / Clair Hoy, By Way of Deception: The Making and Unmaking of a Mossad Officer, New York 1990, S. 202–215. Ostrovsky kam erst 1983 zum Mossad und scheint diese Einzelheiten vom Mossad-Offizier Oren Riff erfahren zu haben; Riff rekrutierte Moukharbel und wurde später Ostrovskys Ausbilder. Details der Rekrutierung Moukharbels finden sich auch in Meier, Carlos: Demaskierung eines Topterroristen, S. 80–83 und 110–113. Dort heißt es auch, Moukharbel habe Informationen geliefert, die dem Mossad halfen, Boudia zu ermorden. Diese Behauptung über Moukharbel ist nicht neu. In Kontakt mit Kadern, *Der Spiegel* vom 5. Januar 1976, S. 29, wird Moukharbel als eine Art Zahlmeister für Carlos beschrieben, der, »wie Eingeweihte vermuten, ›vom israelischen Geheimdienst umgedreht war‹«.

311 Siehe CLG, Wer terrorisiert wen?, *Berliner Extra-Dienst* vom 18. August 1978, XII. Jg., Nr. 66, S. 3; Reuter/SAD, Lebt der Terrorist Klein jetzt in einem israelischen Kibbutz?, *Die Welt* vom 17. August 1978. Siehe auch Follath, Das Auge Davids, S. 241, der von anonymen israelischen Quellen erfahren haben will, dass Klein Brigitte Schulz und Thomas Reuter »in seinen Gesprächen mit dem Mossad« schwer belastet habe. Schröm, Im Schatten des Schakals, S. 211–212, erwähnt Diskussionen mit dem MfS aus dem Jahr 1980, in denen Weinrich die Meinung äußerte, Klein werde vom Mossad geschützt, der auch an der Veröffentlichung seiner Memoiren beteiligt gewesen sei.

312 Siehe John Schmeidel, My enemy's enemy: twenty years of co-operation between West Germany's Red Army Faction and the GDR Ministry for State Security, *Intelligence and National Security*, Bd. 8, Nr. 4, Oktober 1993, S. 59–72, S. 71, FN 18: »Fälle von Doppelagenten und Doppel-Doppelagenten sind berüchtigt, weil man sich das Hirn zermartern muss beim Versuch, sie zu enträtseln. Keine der deutschen Behörden war bereit, sich offiziell zu dieser Frage zu äußern, aber es ist ein logisches Szenario, dass Haas die Erlaubnis bekam, von ihren Mossad- und möglicherweise BND-Kontakten an der Landshut-Operation teilzunehmen, um sich von den Verdächtigungen zu befreien und ihre Nützlichkeit als Agentin innerhalb der PFLP zu erhalten. […] So wie die Dinge liegen, kann der BND oder Mossad das keineswegs zugeben, denn das würde bedeuten, sie hätten im Vorfeld Kenntnis von der Entführung gehabt.« Vgl. Einzelheiten und Widersprüche im Zusammenhang mit Haas' Verurteilung: Peters, Tödlicher Irrtum, S. 780–784, FN 193–197.

Scanned by CamScanner

Informationen des BKA der stellvertretende Anführer des Anschlags auf die OPEC-Zentrale von 1975 war. Ihre eigenen Nachforschungen hätten ergeben, so Haas, dass Jihad in Paris gewesen sei und sich mit den später in der Rue Flatters festgenommenen Frauen getroffen habe. Möglicherweise habe er herausfinden wollen, wo sie wohnten.[314] Diese Hinweise wurden 2003 vom Journalisten Oliver Schröm durch weitere Details ergänzt. Schröm zufolge hatte Khaled Jihad dem BKA und dem BND seine Dienste Ende Mai 1978 angeboten, als auf dem Flughafen von Orly Marion Folkerts verhaftet wurde, die im Verdacht stand, Mitglied der RAF zu sein. Jihad, der sich in Marion Folkerts verliebt hatte, habe so ihre Freilassung bewirken wollen. Vor Haddads Tod sei Jihad dessen ständiger Begleiter und Leibwächter gewesen und habe deshalb wichtige Informationen über PFLP-SC-Aktionen weitergeben können. Unter anderem habe er »Nada«, ein Mitglied des OPEC-Kommandos, als Gabriele Kröcher-Tiedemann identifizieren können.[315]

Allerdings passen diese Angaben nicht so ganz zu dem, was der britische Journalist Robert Fisk 2001 über ein Interview mit dem Geschäftsmann Anis Naccache in Beirut berichtet.[316] Naccache, ein sunnitischer Moslem aus dem Libanon, war 1973 der *Fatah* beigetreten und wurde in die Gruppe Haddads berufen, wo es seine Aufgabe gewesen sei, so Naccache, »diese Leute im Auge zu behalten und Abu Jihad [Arafats Stellvertreter in der PLO] Bericht zu erstatten«. Einmal sei er in Paris mit Carlos und Moukharbel zusammengetroffen, und 1974 habe er die Ermordung des amerikanischen Botschafters in Beirut, George Godley, verhindert, indem er Abu Jihad (Khalil Ibrahim Machmud al-Wazir) rechtzeitig gewarnt habe.[317] Nicht verhindern können habe Naccache den Überfall auf die OPEC-Zentrale, an dem er unter dem Decknamen »Khalid« teilgenom-

313 Michael Müller / Andreas Kanonenberg, Die RAF-Stasi-Connection, Berlin 1992, S. 147 und 232. Diese Aussage passt zu damaligen Spekulationen, die Verhaftungen seien das Ergebnis von Informationen, die die PLO weitergegeben hat. Siehe Manfred Schell, Die PLO leistete der deutsche Kriminalpolizei Hilfe bei der Bekämpfung von Terroristen, *Die Welt* vom 5. Juni 1980.

314 Monika Haas, Prozesserklärung, 30. März 1998, www.nadir.org/nadir/initiativ/forum_haas/haas_er.htm, 11 S., S. 2 f. und 5. Haas nennte keine Quelle für diese Information, behauptet jedoch, dass der *Spiegel*-Journalist Gunther Latsch ihr gegenüber einige Aspekte bestätigt hätte.

315 Schröm, Im Schatten des Schakals, S. 167, nennt sogar seine offizielle BKA-Nummer (11 055). Schröm schreibt, Jihad sei noch in seiner Position innerhalb der PFLP-SC geblieben, aber mit dem Zerfall der Gruppe nach Haddads Tod habe die Qualität der von ihm gelieferten Informationen abgenommen. In Haas, Prozesserklärung, 30. März 1998, heißt es, das BKA habe Drogen für Jihad besorgt und dass er nach Ende 1980 nicht mehr in der Lage war, Informationen weiterzugeben, die zu Verhaftungen geführt hätten, weil er stark alkohol- und drogenabhängig war. Seine Kontakte zur PFLP-SC zerbrachen, weil die Gruppe seine Ehe mit der Deutschen verhindern wollte; diese war nach ihrer Freilassung aus dem Gefängnis im Oktober 1980 nach Beirut übersiedelt. Marion Folkerts wurde am 25. Mai 1978 bei der Ankunft aus Beirut auf dem Flughafen Orly festgenommen. Während ihres Prozesses (vom 24. September bis 17. Oktober 1979) wurde der Anklagepunkt nach § 129 (Mitglied in einer terroristischen Vereinigung) fallen gelassen; sie erhielt eine Haftstrafe von 27 Monaten und wurde anscheinend ein Jahr später entlassen.

316 Robert Fisk, My friend Carlos: a hitman looks back, *Independent* vom 18. März 2001, *Independent* online edition.

317 Naccache zit. n. Fisk, My friend Carlos: »Wir glaubten, dass er [Botschafter Godley] dort einen Bürgerkrieg beginnen wollte. Die Gruppe beschloss, ihn zu eliminieren. Aber ich sagte Jihad, dass das für uns in Beirut Ärger bedeuten würde, und ich erfuhr, dass er Abu Hassan Salameh informiert hatte [...] der den Amerikanern davon erzählte – und Godley verließ Beirut.« An anderer Stelle im Interview paraphrasiert Fisk Naccache mit der Aussage, Naccache habe »den Bürgerkrieg im Libanon vorhergesagt – einen Versuch, so behauptet er, von Henry Kissinger und den Vereinigten Staaten, die Palästinenser abzulenken, während der ägyptische Präsident Sadat sein Abkommen mit den Israelis schloß.« Beide Aussagen werfen ein interessantes Licht auf den Mord an US-Botschafter Francis Meloy, seinen Wirtschaftsattaché Robert Warring und deren libanesischen Chauffeur am 16. Juni 1976. Ijad, Heimat oder Tod, S. 266–267, schreibt, eine ungenannte Organisation mit Verbindungen in den Irak hätte Meloy in der Hoffnung getötet, eine US-Militärintervention im Libanon zu provozieren und damit die rivalisierenden arabischen Fraktionen im Land zu einer Einigung zu zwingen. Livingston/Halvey, Inside the PLO, S. 94–99, berichten, der Angriff sei angeblich von der *Socialist Arab Action Party*, eine geheime Erweiterung der PFLP unter Führung des Libanesen Hashem Ali Hamdan, unternommen worden, dass die tatsächlichen Täter jedoch Ali Hassan Salameh und die PLO gewesen seien. Siehe auch Amos, Palestinian Resistance, S. 342, sowie Merari/Elad, The International Dimensions, S. 136, die auch die PFLP für den Mord verantwortlich machen. Fromm, »Wehrsportgruppe Hoffmann«, S. 197–198,

men habe.[318] Ab 1978 habe er sich um Kontakte zu oppositionellen iranischen und türkischen Gruppierungen im Libanon bemüht. Aus diesen Kontakten sei seine Teilnahme an einem vom Iran unterstützten Kommando hervorgegangen, das am 17. Juli 1980 versuchte, in Paris den letzten iranischen Premierminister unter dem Schah, Shahpour Bakhtiar, zu ermorden. Bakhtiar, der verdächtigt wurde, einen Coup gegen die iranische Revolution vorzubereiten, entkam, aber ein Passant und ein Polizist wurden getötet und sämtliche Kommandomitglieder verhaftet.[319] Monika Haas dagegen sagt, dass sie ihren Khaled Jihad, den sie 1976 kennen gelernt habe, zuletzt im Oktober oder November 1982 in Sofia gesehen habe.[320]

Zur gleichen Zeit sind viele weitere Verbindungen entstanden, über die bundesdeutsche Behörden in den späten 1970er Jahren Informationen über die RAF und die PFLP-SC erhalten haben könnten. Am 24. November 1978, nach der Entlassung von vier zuvor verhafteten RAF-Mitgliedern in Jugoslawien, flog Bundesinnenminister Gerhart Baum nach Libyen, um mit Gaddafi eine »präzise Absprache« zu treffen, dass die vier international gesuchten Terroristen umgehend verhaftet und ausgeliefert werden sollten, sobald sie libyschen Boden betreten würden.[321] Bei dem Treffen kam man außerdem überein, dass das BKA Libyen bei der Ausbildung von Polizisten unterstützen werde.[322] Worin die Gegenleistung bestand, wissen wir nicht genau, aber als Baum später die Praxis verteidigte, arabische Polizisten in der Bundesrepublik auszubilden, verwies er auf Libyen als Beispiel für ein Land, das in der Vergangenheit als Ergebnis dieser Zusammenarbeit nützliche Informationen zur Terrorismusbekämpfung geliefert habe.[323]

Berichten zufolge gab es im Dezember 1978 Überlegungen der Bundesregierung, eine vergleichbare Kooperation auch mit dem Irak anzustreben. Eine »interministerielle Arbeitsgruppe« hatte prüfen sollen, ob wirtschaftliche Sanktionen oder das Abbrechen der diplomatischen Beziehungen geeignete Maßnahmen waren, um auf die irakische Unterstützung deutscher Terroristen zu reagieren. Das Expertengremi-

---

zitiert Einzelheiten von der Befragung des westdeutschen Neonazis Albrecht, in der er zugibt, *El Fatah* habe ihm den Befehl gegeben, das Auto des Botschafters zu beseitigen; darin behauptet er auch, nicht *El Fatah*, sondern eine vom PFLP-Führer Habasch kontrollierte Gruppe habe Meloy ermordet.

318 Fisk, My friend Carlos. Vgl. auch Yallop, To the Ends of the Earth, S. 477, der dank der Vermittlung von Abu Ijad von der PLO ein Interview mit »Khalid« bekam, einer der Beteiligten am OPEC-Anschlag. Siehe auch die Fernsehdokumentation von Christoph Feurstein, Tage des Terrors (ORF, 2005); darin heißt es, Österreich habe nie einen Haftbefehl gegen Naccache, ein Mitglied des Kommandos beim OPEC-Anschlag, erlassen, der 2005 als Verkäufer in Beirut arbeitete. Auch Schröm, Im Schatten des Schakals, identifiziert Anis Naccahe als Kommandomitglied »Khalid«, führt jedoch in seinem Index den BKA-BND-Informanten »Khaled Djihad« als eine andere Person auf.

319 Fisk, My friend Carlos, berichtet, dass Naccache nach zehnjähriger Haft aus einem französischen Gefängnis entlassen worden sei. Livingston/Halevy, Inside the PLO, S. 154, nennen den Palästinenser Anis Naqqash (Abu Mazam) als Führer einer fünfköpfigen Gruppe von Schützen, die versucht habe, Bakhtiar zu töten. Naqqash sagte, er sei Geheimdienstler für *El Fatah* und Arafat habe das Attentat persönlich angeordnet.

320 Haas, Prozesserklärung, 30. März 1998, S. 5: »Ich fuhr damals mit meinen beiden jüngsten Kindern nach Sofia, um mich dort mit meinem Mann zu treffen. Khaled Jihad wohnte mit seiner Frau zum damaligen Zeitpunkt ebenfalls in Sofia und war in irgendwelche Geschäfte involviert – in enger Zusammenarbeit mit dem bulgarischen Geheimdienst, so viel weiß ich sicher.«

321 Ware gegen Ware, *Der Spiegel* vom 27. November 1978, 32. Jg., Nr. 48, S. 25 f.; darin wird berichtet, dass die Grundlagen für diese Reise während eines Besuchs des libyischen Innenministers Junis Bel-Gassim in der Bundesrepublik Mitte September besprochen worden seien; der BKA-Präsident Horst Herold informierte bei diesem Treffen über die Anti-Terror-Maßnahmen der Bundesrepublik. Gaddafi habe Baum eingeladen, Libyen zu besuchen. Siehe Ko, Vergebliche Terroristensuche Bonns, *Neue Zürcher Zeitung* vom 28. November 1978, mit einem Bericht zum Anti-Terrorismus-Abkommen und der Aussage: »Im gleichen Sinne hat sich dem Vernehmen nach auf diplomatischem Wege Algerien geäussert. Die Überlegungen der deutschen Fahnder konzentrieren sich daher jetzt auf den Irak und Südjemen.« Follath, Das Auge Davids, S. 241–242, behauptet, Libyen und die Bundesrepublik hätten sich auf eine »Terror-Schonzeit« geeinigt.

322 Vgl. Erich Schmidt-Eenboom, Der Schattenkrieger: Klaus Kinkel und der BND, Düsseldorf 1995, S. 220–222, wo es ferner heißt, dass damalige Versuche, das Ganze wie einen routinemäßigen Gegenbesuch erscheinen zu lassen, die Tatsache verschleiern sollten, dass Baums Reise im Zusammenhang mit Informationen des BND stand, die vier RAF-Mitglieder seien von Jugoslawien freigelassen und nach Libyen ausgeflogen worden.

323 Karl-Heinz Krumm, Export innerer Sicherheit, *Polizei Digest*, Oktober 1982, Nr. 5, S. 70–77.

Scanned by CamScanner

um hatte von derartigen Maßnahmen abgeraten, weil man dadurch jede Möglichkeit aus der Hand geben würde, Einfluss auf den Irak zu nehmen. Stattdessen hatte die Empfehlung gelautet, dass nach dem Modell von Baums Besuch in Libyen eine hochrangige Delegation in den Irak entsandt werden sollte, um auf »mögliche Wechselwirkungen« aufmerksam zu machen zwischen der Unterstützung bundesdeutscher Terroristen einerseits und dem irakischen Wunsch, Öl in den Westen zu verkaufen, andererseits. Ein ungenannter Berater von Bundeskanzler Schmidt wird mit den Worten zitiert: »Wir wollen im Irak wie in Libyen jene Schwelle anheben, die bisher für die Unterstützung der Europa-Terroristen galt.«[324] Auch diese Ansätze scheinen fruchtbar gewesen zu sein; denn im Mai oder Anfang Juni 1979 flogen BND-Präsident Klaus Kinkel und BKA-Abteilungsleiter Heinrich Boge nach Bagdad, wo sie mit dem irakischen Innenminister, Dr. Fadehel al-Barak, und dem Chef des Geheimdienstes, einem Halbbruder Saddam Husseins, zusammentrafen. Als die beiden Männer aus Bagdad zurückkehrten, hatten sie die Basis für eine neue Art der Kooperation zwischen den Geheimdiensten beider Staaten geschaffen. Vermutlich gab es ein ähnliches Abkommen wie in Libyen, demzufolge als Gegenleistung für Hilfe bei der Terrorbekämpfung irakische Polizisten und Sicherheitsbeamte ausgebildet und ausgerüstet werden sollten.[325]

Im Zentrum der weiteren Kontakte zwischen dem BKA und der PLO stand der Tod des Sicherheitschefs der PLO, Ali Hassan Salameh. Obwohl er angeblich als einer der wichtigsten Leute des CIA galt, wurden er und seine vier Leibwächter am 22. Januar 1979 in Beirut von einer Autobombe getötet, die der Mossad gelegt hatte.[326] Zu den Mossad-Agenten, die an dem Anschlag beteiligt waren, gehörte Erika Maria Chambers, die seit September 1976 in Köln (dem Hauptsitz des VS) und Wiesbaden (dem Hauptsitz des BKA) ihre Tarnung aufgebaut und in Beirut deutliche Spuren ihrer Kontakte in die Bundesrepublik hinterlassen hatte.[327] Wie der Herold-Biograf Dieter Schenk berichtet, flog der Leiter der Abteilung für Terrorismusbekämpfung im BKA, Dr. Günther Scheicher, am 21. März 1979 nach Beirut. Dort führte er Gespräche

---

324 Uwe Zimmer, Drehscheibe Bagdad, *Stern* vom 17. Dezember 1978, 31. Jg., Nr. 50, S. 246 f.: »Seit Bagdads Botschafter letzte Woche in der Bundesrepublik [...] im Bonner Außenministerium war, sind die Hoffnungen auf ähnliche Absprachen mit dem Irak gewachsen.« Anscheinend hatte Irak der Bundesrepublik versichert, die vier von Jugoslawien freigelassenen RAF-Mitglieder hätten keine offiziellen irakischen Dokumente erhalten, mit denen sie in das Land hätten einreisen können. Schmidt-Eenboom, Der Schattenkrieger, S. 76, erwähnt einen MfS-Bericht vom 28. Oktober 1978, in dem es hieß, die irakische Regierung habe offiziell bei der Bundesregierung um Hilfe bei der Ausbildung von irakischen Offizieren und Ärzten gebeten und ein allgemeines Interesse daran geäußert, ihre einseitige Abhängigkeit von der Sowjetunion mit Importen aus der Bundesrepublik aufzuweichen.

325 Schmidt-Eenboom, Der Schattenkrieger, S. 76–77. Vor und während dieser Besuche in Libyen und Irak gab es Medienberichte, die andeuteten, die westdeutschen Behörden würden ihre Fühler erfolgreich in Richtung Nahen Osten ausstrecken. So hieß es im Artikel Nach Mogadischu: Araber schwenken um, *Der Spiegel vom* 24. Oktober 1977, S. 132, ein anonymer Diplomat aus der Bundesrepublik habe sich mit Abu Tarik von *Al-Saiqa* in einem Lager im Südlibanon getroffen, um die möglichen Aufenthaltsorte der RAF-Mitglieder zu besprechen. Abu Tarik informiert den Diplomaten darüber, dass sich zu diesem Zeitpunkt etwa neun bis elf deutschsprachige Ausländer bei radikalen palästinensischen Gruppen aufhalten würden; sollte *Al-Saiqa* sie dingfest machen können, würden sie den deutschen Behörden überstellt.

326 *Al-Saiqa*-Führer Zuhair Mohsin wurde am 25. Juli 1979 in Cannes erschossen; sein Tod war ein solch schwerer Schlag für die Gruppe, dass sie ihre Aktivitäten einstellte. Meist wird diese Tat der Abu-Nidal-Gruppe zugeschrieben, die auf Befehl aus dem Irak gehandelt haben soll. Siehe Dobson/Payne, War without End, S. 257; Melman, The Master Terrorist, S. 122–123; Seale, Abu Nidal, S. 293. Klein, Die Rächer, S. 233, behauptet, Mohsin sei vom Mossad getötet worden; dieses Szenario erscheint ebenso plausibel, denn *Al-Saiqa* hatte seit Ende 1978 eine Serie von Bombenanschlägen auf jüdische Kultureinrichtungen und Synagogen in West-Berlin, Paris und Wien verübt.

327 Laut Dieter Schenk, Der Chef: Horst Herold und das BKA, München 2000, S. 340, begann das BKA die Treffen mit der PLO mit dem Ziel, sie um Hilfe bei der Beschaffung von Informationen über Chambers zu bitten. Follath, Das Auge Davids, S. 241 f., schreibt, die PLO habe Spuren aufgenommen, die der Mossad absichtlich ausgelegt hätte, in der Hoffnung, die zwischen der Bundesrepublik und Libyen vereinbarte »Terror-Schonzeit« zu stören. Die PLO beschwerte sich daraufhin beim BKA, das Ermittlungen gegen Chambers aufnehmen musste, um die PLO zu befriedigen. Siehe auch Da waren die Vögel schon ausgeflogen, *Der Spiegel* vom 13. Oktober 1980, 34. Jg., Nr. 42, S. 51–74, S. 71, und die Aussage: »Tripolis sorgte diskret dafür, daß eine Art Stillhalteabkommen zwischen PLO und BKA zustande kam.«

über die Ermittlungen im Mordfall Salameh und das RAF-Mitglied Susanne Albrecht, die in Beirut vermutet wurde.[328] Genauere Einzelheiten finden sich im Buch des Journalisten Wilhelm Dietl. Demnach trafen sich Günther Scheicher und Dr. Günther Ermisch, Vizepräsident des BKA, im März mit dem Sicherheitsberater Arafats, Hayil Abd al-Hamid (Abu el-Hol), und einem Stellvertreter von Abu Ijad namens Amin el-Hindi. Das BKA versicherte der PLO, dass Erika Maria Chambers weder mit dem BKA noch mit dem VS etwas zu tun habe. Die PLO ihrerseits gab mündliche Zusagen, dass man als Gegenleistung für die internationale Anerkennung die Anschläge in der Bundesrepublik einstellen und dem BKA bei der Suche nach bundesdeutschen Terroristen behilflich sein werde.[329] Einzelheiten des Treffens wurden umgehend der Presse zugespielt.[330]

Die PLO nutzte diese Kontakte zum BKA offensichtlich als Druckmittel, um Unterstützung von der DDR zu erhalten. Mitte März ersuchte die politische Abteilung der PLO in einer Note an die Botschaft der DDR in Beirut um Gespräche über die Ausbildung von Polizeikadern der PLO, und im April bat Arafat in einer Unterredung mit dem Botschafter der DDR um Unterstützung in Sicherheitsfragen, vor allem bei der Ausbildung von Soldaten, Sicherheitsbeamten und Polizisten. Anfang April 1979 wandte sich Abu Hisham von der »Vereinigten PLO-Sicherheit« an die Botschaft der DDR und verlangte sofortige offizielle Gespräche des MfS mit dem Sicherheitsdienst der PLO »zur Organisierung einer wirksamen Zusammenarbeit«.[331]

Obwohl Ende April einige erklärte *Fatah*-Mitglieder in der Bundesrepublik verhaftet wurden, die offenbar Anschläge auf israelische Ziele geplant hatten, kam es am 22. August 1979 zu einem noch entscheidenderen Treffen des BKA mit der PLO.[332] Scheicher flog ein zweites Mal in den Libanon, wiederum in

328 Schenk, Der Chef, S. 340 f., führt aus, die Reise sei mit Hilfe des palästinensischen Vertreters in Bonn, Abdallah Frangi, zustande gekommen, bietet aber keine weiteren Details zu dem Besuch. Bemerkenswert ist, dass im Februar und April 1979 die GSG 9 nach Beirut entsandt wurde, um für den »lagebedingten Schutz« der dortigen Botschaft zu sorgen. Siehe Rolf Tophoven, GSG 9: Kommando gegen Terrorismus, München 1984, S. 95.

329 Laut Dietl, Die Agenten des Mossad, S. 289–290, fand das Treffen statt, weil Frangi sich wegen Chambers in Bonn beschwert hatte. Abu el-Hol soll von 1960 bis 1964 in der Bundesrepublik gelebt haben, wo er eine *El-Fatah*-Gruppe gründete und an der Universität Frankfurt am Main studierte. Später wurde er die Kontaktperson der PLO bei den ägyptischen Behörden und stieg dann zum Mitglied des Zentralkomittees von *El Fatah* auf; 1977 wurde er Chef der inneren Sicherheit der PLO. Für Einzelheiten zu der Rolle von Hayil 'Abd al-Hamid als loyalem Arafat-Anhänger bei den internen *El-Fatah*-Auseinandersetzungen zwischen 1976 und 1978 vgl. Amos, Palestinian Resistance, S. 64 f. und 66 f.

330 So konnte sich die Presse einen Monat später auf ein Treffen zwischen hochrangigen BKA-Offizieren und Arafats Sicherheitschef Abu Roal beziehen. Vgl. Eine von vierzehn, *Der Spiegel* vom 23. April 1979, 33. Jg., Nr. 17, S. 26–28. Der Artikel zog Verbindungen zwischen dem BKA-PLO-Kontakt und Chambers und zitierte einen anonymen Vermittler mit der Aussage, Hinweise auf Spuren zur Bundesrepublik im Zusammenhang mit dem Tod Salamehs seien sorgfältig ausgelegt worden, »um uns vor der PLO etwas ans Bein zu binden« (S. 28). Sprengstoffspuren und Reste von einer Zündkapsel übergab man dem BKA zur forensischen Untersuchung in Wiesbaden – nicht ohne Hinweise auf die damit bewiesene Qualität der Beziehungen zwischen BKA und PLO. Siehe auch Planen deutsche Terroristen Attentate mit Gift-Bakterien?, *Die Welt* vom 23. April 1979. Der Artikel berichtet von einem Treffen zwischen SPD-MdB Klaus Thüsing und Arafat eine Woche zuvor in Beirut. Weiter hieß es, als Gegenleistung für die Unterstützung der PLO – die ihnen »Decknamen« von westdeutschen Terroristen lieferte und Hilfe bei der Vereitlung von PFLP-Angriffen leistete – habe das BKA »freie Einreise für bisher abgewiesene PLO-Vertreter in die Bundesrepublik angeboten«.

331 Dietl, Die Agenten des Mossad, S. 290, verweist auf Fragmente eines »umfangreichen Berichts« des MfS (ohne Datum und Quellenangaben), vom dem acht Kopien an Erich Mielke und seine engen Mitarbeiter gegangen seien. Das Dokument erläutert die Bitten von Abu Hisham zu »Informationen über Interessen der USA und Israels in Westeuropa«; Unterstützung von PLO-Kadern im Transit; Hilfe mit der »Realisierung von speziellen Aufgaben«; »Ausbildung an Handfeuerwaffen, Einsatz von Sprengkörpern, Organisierung von Sonderaktionen«; »Hilfe bei der Beschaffung nicht näher bezeichneter technischer und elektronischer Ausrüstung, Bereitstellung von Handfeuerwaffen und Sprengkörpern und Hilfe bei deren Beförderung nach Westeuropa«. Weiter hieß es: »Abu Hisham erklärte, im Auftrag des Mitgliedes des ZK der *Fatah*, Abu Ijad, und in Abstimmung mit dem PLO-Vorsitzenden Arafat zu handeln. Aus politischen Gründen müßten jedoch sowohl Arafat als auch die Vertretung der PLO in der DDR aus dieser Zusammenarbeit herausgehalten werden.«

332 Drei Gruppen wurden an der bayerischen Grenze in Elten und Passau sowie in West-Berlin festgenommen. Die Westber-

Scanned by CamScanner

Begleitung von BKA-Vizepräsident Ermisch. Erneut sollte es um RAF-Mitglieder gehen, die in Beirut vermutet wurden. Scheicher und Ermisch trafen im PLO-Hauptquartier deren Sicherheitschef Abu el-Hol. Auf Fragen nach dem Aufenthaltsort von Susanne Albrecht reagierte el-Hol zurückhaltend, sagte aber erneut zu, dass die PLO keine weiteren Anschläge auf Ziele in der Bundesrepublik verüben werde.[333] Vielleicht ist es nicht mehr als ein seltsamer Zufall, dass am selben Tag eine Besprechung zwischen Vertretern der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS (Generalmajor Neiber, Oberst Dahl und Oberstleutnant Roscher) und der »Vereinigten PLO-Sicherheit« (Abu Ayad und Abu Hisham) stattfand. In einem Fragment des Berichts über das Treffen heißt es: »Der Genosse Minister [Erich Mielke] bestätigte nochmals die im Juni abgeschlossenen Vereinbarungen. Er sagte hinsichtlich der materiellen Unterstützung weitgehendes Entgegenkommen entsprechend unseren Möglichkeiten zu. Er sicherte die Bereitstellung von Schiffssprengladungen und Handgranaten in der gewünschten Menge zu. Darüber hinaus erfolge die Übergabe von 2 Scharfschützengewehren westlicher Produktion mit Munition. Auch weiteren Anliegen, wie sie auf dem Gebiet der operativen Taktik, der Bereitstellung von Sprengmitteln und der Kaderausbildung unterbreitet wurden, werde entsprechend unseren Möglichkeiten entsprochen.«[334]

Ähnlich wie bei der vorangegangenen Annäherung an Libyen und den Irak ist unklar, was genau die praktischen Folgen dieser Kontakte zwischen BKA und PLO waren. Vom 17. bis 19. Oktober 1979 hielt sich Abu el-Hol in der Bundesrepublik auf und warb um Unterstützung für die diplomatische Anerkennung der PLO. In Wiesbaden wurde er von BKA-Präsident Herold, in Bonn von BKA-Vizepräsident Ermisch empfangen, was den israelischen Premierminister Menachem Begin zu einer offiziellen Protestnote veranlasste.[335] Als das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), der BND und israelische Sicherheitsbeamte

---

liner Gruppe, darunter Hassan El Harti, der Berichten zufolge ein israelischer Agent war, hatte Sprengstoff nach Ost-Berlin geschmuggelt. El Harti wurde rasch aus dem Polizeigewahrsam entlassen, erhielt seinen Pass zurück und verschwand. Sowohl Follath, Das Auge Davids, S. 242–243, als auch Schmidt-Eenboom, Der Schattenkrieger, S. 22–23, vertreten die Ansicht, die Gruppe sei eine absichtliche Finte der Israelis gewesen, die versucht hätten, die »Terror-Schonzeit«-Vereinbarung und BKA-PLO-Kontakte zu destabilisieren. In Zu rund, *Der Spiegel* vom 7. Mai 1979, 33. Jg., Nr. 19, S. 31 f., wird berichtet, die westdeutsche Polizei sei skeptisch angesichts der Tatsache, dass die Festgenommenen sehr schnell und bereitwillig ihre Mitgliedschaft in der PLO zugaben. Der Artikel zitiert auch eine anonyme BKA-Quelle, die darüber spekuliert, dass die Provokation inszeniert wurde, um die BKA-PLO-Kontakte zu stören; als Urheber kämen entweder die PFLP oder eine andere palästinensische Gruppe, »irakische Freunde westdeutscher Terroristen« oder aber auch »Strategen in Jerusalem« (S. 32) in Frage.

333 Schenk, Der Chef, S. 340–342, der auch Scheicher zitiert: »Ich sah einen Palästinenser an und dachte: Den kennst du doch? Ich fragte nach, es war Amal El Hindi, der in Rom Anschläge begangen hatte, das sagten die auch ganz offen. Ziemlich verrückte Situation, da stand man als Polizist einem Erzverbrecher gegenüber und mußte ein freundliches Gesicht machen.« Dietl, Die Agenten des Mossad, S. 298, erwähnt das zweite Treffen nicht, bis auf einen undurchsichtigen Hinweis darauf, dass Abu el-Hol und andere Führer der *El Fatah* das BKA später – nämlich nach einem Bombenanschlag auf die Botschaft der Bundesrepublik in Beirut am 17. August – an das frühere Treffen im März erinnert und angeboten habe, Wachen aufzustellen. Möglicherweise vermengt Dietls Darstellung Details der zwei verschiedenen Treffen in seinem Bericht über die Zusammenkunft im März.

334 Als faksimilierte Fragmente reproduziert in Manfred Schell / Werner Kalinka, Stasi und kein Ende: Die Personen und Fakten, Frankfurt am Main / Berlin 1991, S. 244–246. Diese Journalisten datieren das Treffen auf den 23. August, aber das Faksimile zeigt deutlich den 22. August als Datum. Dieser Bericht wird auch zitiert in Dietl, Die Agenten des Mossad, S. 291, wo er der »Hauptverwaltung A, Abt. 111« des MfS zugeschrieben wird, allerdings ohne Datum. In Dietls Version lautet der nächste Satz: »Positionen, die nicht in der DDR verfügbar sind bzw. hergestellt werden können – wie bereits vereinbart wurde – müssen durch uns beschafft werden. Über den Modus wurde bereits in Vorgesprächen Übereinstimmung erzielt.«

335 Schenk, Der Chef, S. 341. Siehe auch Dietl, Die Agenten des Mossad, S. 298–300. Diese Kontakte entstanden, während zeitgleich eine Reihe von Signalen an Arafat und die PLO ausgesandt wurden, die diplomatische Anerkennung möglich erscheinen ließen. Im Juli 1979 empfingen der österreichische Kanzler Bruno Kreisky und der SPD-Vorsitzende Willy Brandt Arafat zu offiziellen Treffen. Im September wurde Arafat vom spanischen Premierminister Adolfo Suarez in Madrid und Ende Oktober von seinem portugiesischen Amtskollegen Maria de Lourdes Pintassiligo und anderen führenden Politikern des Landes empfangen. Arafat eröffnete im Oktober persönlich ein PLO-Büro in Ankara.

1980 Kritik an diesen Kontakten äußerten, listete Herold einige Beispiele auf, die den Nutzen dieser Kontakte demonstrieren sollten: Das BKA hatte eine lange gesuchte Makarow-Pistole erhalten, die der Mordwaffe im Fall Schleyer ähnelte; man hatte Jörg Lang und Susanne Albrecht in Beirut ausfindig machen können, die beide im Büro von Habaschs PFLP arbeiteten; und man hatte herausgefunden, wohin die vier RAF-Mitglieder verschwunden waren, nachdem sie Zagreb verlassen hatten, nämlich zunächst in den Irak und dann in den Südjemen.[336]

Schlussfolgerungen

In diesem Überblick über die Verbindungslinien zwischen der PFLP bzw. PFLP-SC und der RAF, der *Bewegung 2. Juni* und den RZ ist deutlich geworden, wie eng das politische Schicksal beider Seiten miteinander verknüpft war. Es ist praktisch unmöglich, die Geschichte des bundesdeutschen Linksterrorismus in den 1970er Jahren zu schreiben, ohne den Kontext des Nahen Ostens und der palästinensischen Bewegung einzubeziehen. In dieser Hinsicht unterscheiden sich bundesdeutsche Gruppierungen deutlich von ihrem Gegenstück in Italien und sind historisch gesehen eher mit der JRA oder später mit der *Action Directe* vergleichbar. Erst vor dem Hintergrund dieser internationalen Verbindungslinien lässt sich der bewaffnete Kampf in der Bundesrepublik innenpolitisch richtig verstehen, weil erst dann die entscheidenden Einflüsse und die ideologischen bzw. organisatorischen Grenzen deutlich werden. Auch wenn die Teilnahme am palästinensischen Befreiungskampf für die bundesdeutschen Gruppierungen ein Ausdruck ihres internationalen revolutionären Idealismus war – unbestreitbar haben sie mit dieser Haltung innenpolitisch viele Sympathien verspielt, angefangen beim Anschlag auf das Jüdische Gemeindehaus 1969 bis hin zu den Flugzeugentführungen von Entebbe und Mogadischu 1976 bzw. 1977 und darüber hinaus. Das hatte weniger mit der Frage zu tun, ob die palästinensischen Ansprüche gerechtfertigt waren, sondern allein damit, welche Verbündeten sich die deutschen Gruppen suchten und wie sie ihre Sympathien zum Ausdruck brachten – sei es verbal oder durch ihre Aktionen.

Die Beziehungen zwischen bundesdeutschen Gruppierungen und der Palästinenserbewegung in den 1970er Jahren kann man in vier mehr oder weniger deutlich unterscheidbare Phasen einteilen. Von 1969 bis 1972 scheint bei diesen Verbindungen die *Fatah* die entscheidende Rolle gespielt zu haben. Die Aufenthalte in Jordanien im Sommer 1969 bzw. 1970 sind für die spätere *Bewegung 2. Juni* ebenso wie für die RAF der entscheidende politische und emotionale Auslöser gewesen, erste Aktionen in der Bundesrepublik durchzuführen. Der Anschlag auf das Jüdische Gemeindehaus in West-Berlin zeigt, wie weit die Mitglieder der TW politisch zu gehen bereit waren, um ihre neuen Überzeugungen unter Beweis zu stellen. Die RAF hingegen, die möglicherweise aus diesem Fehler gelernt hatte, war umsichtig darauf bedacht, einen derartigen politischen Fauxpas tunlichst zu vermeiden, und beschränkte sich auf schriftliche Solidaritätsbekundungen. Trotzdem genossen Schlüsselmitglieder der RAF bei Teilen der *Fatah* offenbar ein so hohes Ansehen, dass man bei den Anschlägen auf die Olympischen Spiele in München und auf die saudiarabische Botschaft in Khartum Andreas Baader und Ulrike Meinhof auf die Liste der freizulassenden Gefangenen setzte.

Diese Verbindungen müssen in irgendeiner Form in die Phase von 1973/1974 hinübergerettet worden sein. In dieser Phase fanden alle drei Gruppierungen auf gemeinsamen oder getrennten Wegen, in Europa oder im Nahen Osten, zur PFLP-SC, während die *Fatah* bemüht war, ihre terroristischen Ableger im Zaum zu halten. Entweder liefen die Kontakte zur *Fatah* langsam aus, oder diese verwies die Deutschen an die PFLP-SC. Es ist wenig darüber bekannt, wann und wie genau die RZ zum ersten Mal mit den »Außenoperationen« Haddads in Berührung ka-

336 »Das Geschäft auf Gegenseitigkeit: Die PLO, so versicherte dem BKA-Chef [...] Abu el-Haul, werde die Bundesrepublik mit Terroranschlägen verschonen und deutsche Kriminelle nicht unterstützen. Dafür erhofften sich die Palästinenser politische Aufwertung.« Papier vom Konditor, *Der Spiegel* vom 18. Februar 1980, 34. Jg., Nr. 8, S. 36–41, hier S. 36.

Scanned by CamScanner

men, und auch bei der Ermordung von Drenkmanns durch die *Bewegung 2. Juni* sind viele Fragen offen, so dass schwer zu sagen ist, wie nahe die bundesdeutschen Gruppierungen der PFLP-SC Ende 1974 schon standen. Von 1975 bis 1977 bildeten die Kontakte zur PFLP-SC jedenfalls den Rahmen für die spektakulärsten Aktionen deutscher Gruppen (Stockholm, OPEC, Entebbe und Mogadischu). Von 1978 bis 1981 schließlich nahm die Begeisterung bundesdeutscher Gruppierungen spürbar ab, gemeinsame Aktionen mit der PFLP-SC oder einer ihrer Nachfolgeorganisationen durchzuführen. Da wir nur wenige Informationen über die tiefgreifenden Umwälzungen innerhalb der PFLP-SC und der deutschen Gruppen haben, ist diese Phase wohl am schwierigsten zu beschreiben. Vieles am Tod Wadi Haddads, am Wegbrechen des Irak als Operationsbasis, an der Zersplitterung der RZ und dem Aufgehen der *Bewegung 2. Juni* in der RAF ist nach wie vor undurchsichtig. Aber mit Sicherheit lässt sich sagen, dass die RAF bis 1981 logistisch auf die PFLP-SC und ihre Verbindungen in den Südjemen angewiesen war. Teile der RZ dagegen unterstützten Carlos, der diese und andere Kontakte abwerben wollte.

Dass sich die bundesdeutschen Gruppen der PFLP-SC zunächst annäherten, ist wenig überraschend. Wenn man sich den Modus Operandi und die Ideologie der anderen palästinensischen Terrororganisationen dieser Zeit ansieht, dann kann man sich kaum vorstellen, dass die deutschen Gruppierungen sich zu irgendeiner anderen Organisation hingezogen gefühlt haben könnten oder bei ihr willkommen gewesen wären. Die PFLP-SC hatte alles, was eine Zusammenarbeit fast unausweichlich erscheinen lässt – das Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus, den Glauben an den politischen Voluntarismus und Aktionismus, die gleiche Beschränktheit der Mittel und den gleichen Glauben an die Notwendigkeit, inhaftierte Kämpfer freizupressen. Allerdings verstrickte diese politische Affinität die bundesdeutschen Gruppen in tiefgreifende ideologische und praktische Widersprüche. Die PFLP-SC war letzten Endes eine Organisation von Söldnern. Sie war in ihren politischen Kontakten äußerst promisk und arbeitete mit ehemaligen Nazis ebenso zusammen wie mit dem KGB. Ihre Aktionen waren oft wenig mehr als Formen von Piraterie. Deshalb haben die späteren Versuche von RZ- oder RAF-Mitgliedern, die Flugzeugentführungen von Entebbe und Mogadischu als politische Anomalien hinzustellen, letztlich einen hohlen Klang. Die Bilanz und die Tendenz der Aktionen der PFLP-SC muss selbst dem oberflächlichen Betrachter deutlich ins Auge gesprungen sein, und selbst wenn man die Einzelheiten der gemeinsam geplanten Aktionen von 1975 bis 1977 aus Sicht der Darstellungen von Klein und Boock betrachtet, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass sich beide Seiten in einem gemeinsamen Prozess der Radikalisierung zusammenfanden. Da es zwischen den Aktionen der RAF, der *Bewegung 2. Juni* und den RZ in dieser Phase eindeutige Überschneidungen gab, kann man außerdem davon ausgehen, dass diese Aktionen trotz aller vorgeblichen inneren Autonomie über die PFLP-SC miteinander koordiniert waren.

Durch ihre Kontakte zur PFLP-SC gerieten die bundesdeutschen Gruppierungen in ein Spannungsfeld, in dem es ihnen einerseits möglich war, Aktionen von größerer Wirkung und längerer Dauer durchzuführen, in dem sie aber andererseits zahlreichen Feinden im Nahen Osten ausgesetzt waren. Als militante Terrorgruppe stand die PFLP-SC jeglicher Verhandlungslösung, wie sie die beherrschenden Elemente in der PLO anstrebten, ablehnend gegenüber. Deshalb war die PFLP-SC ihrerseits auf die Unterstützung arabischer Staaten angewiesen und von den zwischen ihnen bestehenden Antagonismen abhängig, die stets im Fluss waren. Die deutschen Gruppierungen wurden somit zum Spielball von Kräften, auf die sie keinerlei Einfluss hatten.

Aus dem Englischen von Richard Barth
(Fußnoten von Paula Bradish)

Christopher Daase

Die RAF und der internationale Terrorismus

Zur transnationalen Kooperation klandestiner Organisationen

Wenn man bedenkt, dass die durchschnittliche Lebensdauer linksradikaler Terrorgruppen in Europa zwei Jahre beträgt,[1] dann ist die Existenz der *Roten Armee Fraktion* (RAF) über fast drei Jahrzehnte eine Besonderheit, die erklärt werden muss. Erklärt werden muss aber auch, warum die RAF in dieser Zeit ihre Ziele nicht erreichte, sich stattdessen von ihrer politischen Programmatik entfernte und schließlich, als ihr die Zwangsläufigkeit dieser Entwicklung klar wurde, den bewaffneten Kampf aufgab. Um Antworten auf diese Fragen zu erhalten, muss der Blick über die nationalen Bedingungen des deutschen Terrorismus hinaus auf die internationalen Beziehungen gerichtet werden. Denn hier sind sowohl Erklärungen für die relative Langlebigkeit der RAF als auch Aufschlüsse über ihre relative strategische Erfolglosigkeit zu suchen.

Allerdings müssen dabei zwei gängige Vereinfachungen vermieden werden. Die erste besagt, dass die RAF eine unzeitgemäße Form des Terrorismus gewesen sei. Aufgrund ihrer hierarchischen Struktur sei es ihr nicht gelungen, transnationale Kooperationsstrukturen aufzubauen, die erfolgreiche Gruppen des »neuen Terrorismus« wie *Al-Qaida* auszeichnen.[2] Die zweite betrachtet die RAF nur als ein Epiphänomen des Kalten Krieges. Weil die Sowjetunion und ihre Verbündeten die treibende Kraft auch des deutschen Terrorismus gewesen seien, sei die RAF nach Ende des Ost-West-Konflikts obsolet geworden. Auch wenn diese Behauptungen eine gewisse Plausibilität haben, müssen die Zusammenhänge differenzierter betrachtet werden. Es lohnt sich deshalb, ihre theoretischen Grundannahmen zu hinterfragen.

Terrorgruppen verbreiten Angst und Schrecken nicht nur durch politisch motivierte Gewalttaten gegen Zivilisten,[3] sondern auch dadurch, dass sie ihre Gegner im Ungewissen über ihre Größe und Macht lassen und darüber, zu welchen Anschlägen sie in der Zukunft fähig sein werden. Der Schrecken palästinensischer Selbstmordattentäter liegt deshalb nicht allein in den aktuellen Taten, sondern auch in der Unberechenbarkeit zukünftiger Anschläge; und die Angst vor *Al-Qaida* geht über die Furcht vor konkreten Attentaten hinaus und richtet sich auf die Frage, wann sie in der Lage sein wird, Massenvernichtungswaffen einzusetzen. Terrorgruppen handeln

1 David C. Rapoport, The Four Waves of Rebel Terror and September 11, in: *Anthropoetics*, 8. Jg., 2002, Nr. 1, S. 1–19, S. 2. Siehe auch David C. Rapoport, The Four Waves of Terrorism, in: Audrey Cronin / James Ludes (Hg.), Attacking Terrorism: Elements of a Grand Strategy, Washington, D. C., 2004, S. 46–73.

2 Herfried Münkler, Ältere und jüngere Formen des Terrorismus. Strategie und Organisationsstruktur, in: Werner Weidenfeld (Hg.), Herausforderung Terrorismus. Die Zukunft der Sicherheit, Wiesbaden 2004, S. 29–43.

3 Zur generellen Definition von Terrorismus vgl. Jonathan R. White, Terrorism. An Introduction, Belmont 1998; Bruce Hoffman, Terrorismus. Der unerklärte Krieg, Frankfurt am Main 1999; Christopher Daase, Terrorismus – Begriffe, Theorien und Gegenstrategien, in: *Friedens-Warte*, 76. Jg., 2001, Nr. 1, S. 55–79; Herfried Münkler, Asymmetrische Gewalt. Terrorismus als politisch-militärische Strategie, in: *Merkur*, 56. Jg., 2002, Nr. 1, S. 1–12.

Scanned by CamScanner

klandestin und beziehen einen Teil ihrer Macht aus der Schattenhaftigkeit ihres Daseins.

Das Wirken im Verborgenen bietet Terrororganisationen aber nicht nur Vorteile, sondern auch spezifische Nachteile. Einerseits können militärisch weit unterlegene Akteure im Verborgenen Anschläge vorbereiten, die überraschend und mit unverhältnismäßigen Effekten den Gegner verwunden.[4] Andererseits schränkt diese Heimlichkeit die Aktionsfähigkeit von Terrorgruppen stark ein. Denn die Gefahr, entdeckt zu werden, erfordert eine drastische Reduzierung sozialer Kontakte, die strenge Durchsetzung von Gruppendisziplin und die Investition eines Großteils von Ressourcen und Energie in die Tarnung. Terrorgruppen haben die organisatorischen Probleme ihrer klandestinen Existenz auf unterschiedliche Weise und mit wechselndem Erfolg gelöst. Einige haben eine eher hierarchische Organisation entwickelt, um die zentrale Kontrolle zu stärken und die riskanten Kontakte zur Außenwelt zu minimieren. Zu diesen Gruppen gehört auch die RAF. Andere, wie die *Revolutionären Zellen* (RZ), haben eine eher dezentrale Organisationsform gewählt, um die Aktionsfähigkeit auch dann zu gewährleisten, wenn Teile ihres Netzwerkes enttarnt werden.

Die Dichotomie zwischen hierarchischer Organisation und dezentralem Netzwerk ist in den letzten Jahren zum Unterscheidungskriterium des »alten« und des »neuen« Terrorismus gemacht worden. Während der alte Terrorismus sozialrevolutionärer und ethnisch-nationaler Provenienz auf eine straffe Organisation, klare Kommandostrukturen und politische Disziplin bedacht sei, käme der neue islamisch-fundamentalistische Terrorismus ohne zentrale Führungsstruktur aus, sei nur schwach organisiert und ideologisch integrationsfähig.[5] Die nationale Zielsetzung des alten Terrorismus setze der internationalen Kooperation mit anderen Gruppen enge Grenzen. Die Zusammenarbeit beschränke sich deshalb in der Regel auf den logistischen Bereich. »Die gemeinsame Planung und Durchführung von Anschlägen bleibt hingegen eine Ausnahme. Es handelt sich eher um punktuelle, taktische Zweckbündnisse und weniger um strategische Allianzen.«[6] Nationaler und internationaler Terrorismus werden dabei als historische Vorstufen des heutigen transnationalen Terrorismus gedeutet, der aufgrund seiner grenzüberschreitenden Netzwerkstruktur eine völlig neue Qualität der Bedrohung darstelle.

Bei genauerer Betrachtung stellt man allerdings fest, dass die Dichotomie zwischen Organisation und Netzwerk nicht strikt und folglich die Unterscheidung zwischen altem und neuem Terrorismus nur graduell ist. Denn ebenso wie es im »neuen« Terrorismus der *Al-Qaida* Formen der Hierarchie gibt, gab und gibt es im »alten« Terrorismus Ansätze für eine Netzwerkstruktur, etwa bei der *Irish Republican Army* (IRA) oder den *Tamil Tigers* (LTTE) auf Sri Lanka.[7] Es ist deshalb argumentiert worden, dass gerade die organisatorische *Kombination* zentraler Kontrolle mit einer lockeren Netzwerkstruktur das Spezifikum terroristischer Gruppen sei: »Der spezielle Modus loser Kopplung schützt die Organisation davor, entdeckt zu werden, und vor den zerstörenden Auswirkungen des Verlusts einer einzelnen Einheit oder eines Führers. Der spezielle Modus der zentralen Kontrolle schützt sie vor ihrer Desintegration und vor Ineffektivität trotz beträchtlicher Autonomie ihrer Teile.«[8] Das erklärt allerdings nicht die institutionellen Unterschiede, die zwischen Terrorgruppen herrschen,

4 Vgl. z. B. Richard K. Betts, The Soft Underbelly of American Primacy. Tatical Advantages of Terror, in: *Political Science Quarterly*, 117. Jg., 2002, Nr. 1, S. 1–20.

5 Vgl. z. B. Ian Lesser u. a., Countering the New Terrorism, Santa Monica, CA 1999; Mark Juergensmeyer, Understanding the New Terrorism, in: *Current History*, 4, 2000, S. 158–163; Matthew J. *Morgan*, The Origins of the New Terrorism, in: *Parameters*, 34. Jg., 2004, Nr. 1, S. 29–43; Herfried Münkler, Ältere und jüngere Formen des Terrorismus. Strategie und Organisationsstruktur, in: Weidenfeld (Hg.), Herausforderung Terrorismus, S. 29–43; Ulrich Schneckener, Transnationaler Terrorismus, Frankfurt am Main 2006.

6 Schneckener, Transnationaler Terrorismus, S. 41.

7 Vgl. zu *Al-Qaida* Rohan Gunaratna, Inside Al Qaeda. Global Network of Terror, New York 2002; zur IRA John Horga / Max Taylor, The Provisional Irish Republican Army: Command and Functional Structure, in: *Terrorism and Political Violence*, 9. Jg., 1997, Nr. 3, S. 1–32; zur LTTE Rohan Gunaratna, International and Regional Implications of the Sri Lankan Tamil Insurgency, Tel Aviv 1998.

8 Renate Mayntz, Organizational Forms of Terrorism. Hierarchy, Network, or a Type sui generis?, in: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Discussion Paper 04: 4, S. 1–20, S. 10; vgl. auch Schneckener, Transnational Terrorismus, S. 72–100.

und es hilft auch nicht zu verstehen, wie in jüngster Zeit Terrorgruppen durch die Vermeidung institutioneller Komplexität ihre Effektivität steigern können.[9] Fruchtbarer als Terrorgruppen in das Spektrum zwischen Organisation und Netzwerk einzuordnen oder sie als national, international oder transnational zu typologisieren, ist deshalb, den Wandel ihrer Praktiken zu untersuchen und die damit zusammenhängenden Veränderungen ihrer Organisationsstruktur zu analysieren. Entscheidend ist dabei die Frage, wie Programmatik, Strategie und Organisation zusammenhängen und wie die Veränderung einer dieser Faktoren sich auf die anderen auswirkt.

Die zweite Vereinfachung, der es zu widerstehen gilt, ist die Auffassung, Terrorismus sei im Wesentlichen ein Phänomen, das auf staatliche Unterstützung zurückzuführen ist. Diese »Verschwörungstheorie des Terrorismus«[10] hat eine lange Tradition und spielt bis heute in der amerikanischen Terrorismusbekämpfung eine zentrale Rolle. Noch der jüngste Krieg gegen den Irak wurde 2003 mit dem – unbewiesenen[11] – Argument gerechtfertigt, Saddam Hussein unterhalte Beziehungen zu Terrorgruppen und könnte Massenvernichtungswaffen an das Terrornetzwerk *Al-Qaida* weitergeben. Während des Kalten Krieges war es vor allem die Reagan-Administration, die den internationalen Terrorismus auf die staatliche Unterstützung durch die Länder des Ostblocks zurückführte. Durch die Unterstützung von Guerillabewegungen und Terrorgruppen würden die Sowjetunion und ihre Verbündeten beabsichtigen, die »Freie Welt« zu destabilisieren.[12] Eindeutige Belege für diese Behauptungen blieben die Vertreter dieser Position allerdings schuldig. Als William Casey, CIA-Direktor von 1981 bis 1987, den endgültigen Nachweis erbringen wollte, dass die Sowjetunion hinter dem internationalen Terrorismus stecke, stützte er sich auf ein Buch der Journalistin Claire Sterling.[13] Erst später erfuhr er, dass dessen Inhalt weitgehend auf Informationen einer Desinformationskampagne des CIA Directorate of Operations beruhte.[14]

Der Einfluss, den Sterlings Buch auf die Wahrnehmung des internationalen Terrorismus in den 1980er Jahren und die Entwicklung der amerikanischen Antiterrorismuspolitik hatte, war groß. Denn Sterling gelang es, das diffuse internationale Terrorgeschehen der 1970er Jahre und die verzweigten Verbindungen zwischen den unterschiedlichsten Terrorgruppen auf eine einfache Formel zu reduzieren: nämlich die sowjetische Verschwörung: »Es ist kaum notwendig, diesen Punkt auszuführen. Jedes neue Beweisstück, das [...] zum Vorschein kommt, bestärkt die Anschuldigungen gegen die Sowjetunion. Das 1968 gegründete Dreieck [zwischen Kuba, den Palästinensern und der Sowjetunion, C. D.] ermöglichte es ihr [...], mit der rechten Hand eine Entspannungsdiplomatie zu praktizieren und dabei Unwissenheit vorzutäuschen, was die linke Hand tat. Schritt für Schritt verschmolz der kubanische Anziehungspunkt mit dem der Arabischen Fedayin. Der palästinensische Widerstand wurde benutzt – wissentlich oder anders – von Beirut und Damaskus bis Bagdad, Tripolis und Algier. Die Russen lieferten Waffen, Know-how, diplomatischen Schutz und strategischen Grundbesitz an die Palästinenser; die Palästinenser reichten all diese Zuwendungen weiter an den internationalen terroristischen Untergrund, der eifrig die westliche Gesellschaft an Dutzenden Stellen überall auf der Welt demontierte.«[15]

Sterling weist in ihrem Buch allerdings alle empirische Beweislast von sich und betont, dass »es niemals Teil des sowjetischen Plans war, einheimische

9 Vgl. dazu Karin Knorr Cetina, Complex Global Microstructures. The New Terrorist Societies, in: *Theory, Culture and Society*, 22. Jg., 2005, Nr. 5, S. 213–234.
10 Vgl. Alex Schmid / Albert J. Jongman, Political Terrorism. A New Guide to Actors, Authors, Concepts, Data Bases, Theories and Literature, Amsterdam 1988, S. 101–108.
11 Vgl. Final Report of the National Commission on Terrorist Attacks Upon the United States, Official Government Edition, Washington, D.C., 2004 (www.gpoaccess.gov/911/index.html). *Washington Post* vom 17. Juni 2004, »Al Qaeda-Hussein Link Is Dismissed«.
12 Vgl. Walter Laqueur, Terrorism, London 1977; Neil C. Livingstone / Arnold E. Terrell (Hg.), Fighting Back, Lexington 1986; Benjamin Netanyahu (Hg.), Terrorism: How the West Can Win, New York 1986.
13 Claire Sterling, The Terror Network: The Secret War of International Terrorism, New York 1980.
14 Vgl. Michael I. Handel / Thomas G. Mahnken, Paradoxes of Strategic Intelligence: Essays in Honor of Michael I. Handel, London 2003, S. 78; Bob Woodward, Veil: The Secret Wars of the CIA 1981–1987, New York 1987, S. 124–129.
15 Sterling, The Terror Network, S. 285.

Scanned by CamScanner

Terrorbewegungen zu gründen und zu überwachen, und noch weniger zu versuchen, ihre täglichen Aktivitäten zu steuern. [...] Der ganze Kern des Plans war es, die anderen machen zu lassen, zum kontinentalen Terror durch Stellvertreter beizutragen.«[16]

Das Problem von Verschwörungstheorien ist nicht, dass es keine Verschwörungen gibt, sondern dass sie keine Widerlegung dulden und noch Gegenargumente als Bestätigung ihrer Richtigkeit werten. In diesem Sinne ist Sterlings Buch eine Verschwörungstheorie des internationalen Terrorismus, weil ihre politisierte Argumentation die methodische und empirische Kritik neutralisiert.[17] Das beweist allerdings nicht, dass es Beziehungen zwischen der Sowjetunion und palästinensischen Terrororganisationen und von diesen zu europäischen – linken ebenso wie rechten – Terrorgruppen *nicht* gegeben hätte. Nur muss im Detail untersucht werden, zwischen wem solche Beziehungen bestanden, welcher Art diese Beziehungen waren und wie sie sich über die Zeit veränderten. Diese Forschung steht noch ganz am Anfang.

Zur Erhellung dieser Zusammenhänge bietet sich die RAF aus mehreren Gründen an. Erstens kann man sie als eine weitgehend abgeschlossene Episode in der Geschichte der Bundesrepublik ansehen, die relativ gut dokumentiert und wissenschaftlich aufgearbeitet ist. Zweitens lässt sich die RAF, bei allen Vorbehalten,[18] in drei Generationen unterscheiden. Das erhöht die Zahl der Fälle und erlaubt einen methodisch kontrollierten Vergleich, und es gewährt Einblicke in den Wandel ihrer internationalistischen Bestrebungen. Drittens hat die RAF eine Vielzahl unterschiedlicher internationaler Kontakte unterhalten, die durchweg schwierig und nicht besonders erfolgreich waren. Die landläufige These, dass internationale Verbindungen einer Terrorgruppe stets große Vorteile bringen, muss deshalb kritisch hinterfragt werden.[19] Für die RAF scheint vielmehr zuzutreffen, dass sie zwar durch ihre internationalen Kontakte ihre Existenz relativ lange erhalten konnte, sich aber gleichzeitig spezifische Kooperationsprobleme einhandelte, die zu ihrem politischen Scheitern beitrugen.

Um diese Argumentation zu stützen, sollen drei Fragenkomplexe behandelt werden: Warum und mit wem ist die RAF Kooperationsbeziehungen eingegangen? Welcher Art waren diese Beziehungen und welche Auswirkungen hatten sie auf Strategie und Programmatik? Welche Faktoren waren für den Erfolg oder Misserfolg der Kooperationsbeziehungen verantwortlich? Mit der Beantwortung dieser Fragen erhalten wir Hinweise auf die spezifischen Kooperationsprobleme klandestiner Organisationen und gewinnen Erkenntnisse über die Internationalisierungsdynamiken in terroristischen Gruppen. Zuvor aber sollen die verschiedenen Formen internationaler Kooperation zwischen Terrororganisationen systematisch dargestellt werden.

Formen internationaler und transnationaler Kooperation von Terrororganisationen

Um die internationalen Beziehungen der RAF genau beschreiben zu können, müssen drei Unterscheidungen eingeführt werden. Die erste bezieht sich auf den *Gegenstand* der Zusammenarbeit. Sie kann die Programmatik, die Strategie oder die Organisation betreffen. Die zweite Unterscheidung bezieht sich auf die *Form* der Zusammenarbeit. Sie kann symbolisch, latent oder manifest sein. Die dritte Unterscheidung betrifft den *Akteurstyp*, mit dem eine Zusammenarbeit eingegangen wird. Hier sollen Staaten, Befreiungsbewegungen und europäische Terrorgruppen unterschieden werden.

16 Ebenda, S. 292.

17 Vgl. zusammenfassend Schmid/Jongman, Political Terrorism, S. 105–107.

18 Zur Problematik des Generationenbegriffs vgl. Alexander Straßner, Die Dritte Generation der »Roten Armee Fraktion«. Entstehung, Struktur, Funktionslogik und Zerfall einer terroristischen Organisation, Wiesbaden 2003, S. 78–82.

19 Vgl. Karl Markus Kreis, Der internationale Terrorismus, in: Manfred Funke (Hg.), Terrorismus. Untersuchungen zur Strategie und Struktur revolutionärer Gewaltpolitik, Bonn 1977, S. 158–172, S. 162; Eli Karmon, Deutsche Terroristen – haben sie sich mit den palästinensischen Terrororganisationen verbündet?, in: *Politische Studien*, 50. Jg., 1999, Nr. 368, S. 71–94, S. 73; Rapoport, The Four Waves of Rebel Terror, S. 13.

Gegenstandsbereiche der Kooperation

Die Internationalität und Transnationalität von Terrorgruppen lässt sich zunächst anhand der drei Gegenstandsbereiche Programmatik, Strategie und Organisation differenzieren. Um die programmatische Kooperation zwischen einer Terrorgruppe und anderen Akteuren zu erfassen, müssen Schlüsseltexte und Selbstzeugnisse sowie Interviews von Gruppenmitgliedern untersucht werden. Sie geben Aufschluss darüber, in wie starkem Maße sich eine Gruppe als Teil einer internationalen Bewegung versteht und auf welche Weise das Selbstverständnis der Gruppenmitglieder geprägt wird. Die RAF hat sich von Anfang an als Teil eines weltweiten antiimperialistischen Kampfes gesehen und diesen Anspruch in Strategiepapieren, Selbstbezichtigungsschreiben, Interviews und Aussagen vor Gericht bekräftigt. Allerdings unterlag dieser programmatische Internationalismus starken Schwankungen, die wiederum Auswirkungen auf die Strategie der RAF hatten. So blieb die ideologische Kooperation mit dem palästinensischen Widerstand in den 1970er Jahren gering und die strategische Kooperation sporadisch, während die Zusammenarbeit zwischen RAF und *Action Directe* (AD) in den 1980er Jahren auf der Ebene der Programmatik begann und in gemeinsame Aktionen mündete.

Internationalität und Transnationalität einer Terrorgruppe lassen sich also auch anhand ihrer Aktionen einschätzen. Aus der Analyse konkreter Anschläge auf ausländische Ziele im Inland (z. B. auf amerikanische Botschaften oder Firmenniederlassungen) oder auf nationale und internationale Ziele im Ausland kann sowohl auf die Strategie einer Terrorgruppe geschlossen werden als auch darauf, wie stark sie einem gemeinsamen Kampf verpflichtet ist. Bei der RAF lässt sich in dieser Hinsicht ein mehrfacher Strategiewechsel feststellen, wobei ihre Anschläge mal mehr bundesdeutschen Politikern und Wirtschaftsfunktionären, mal mehr Vertretern des amerikanischen Militärs in Deutschland galten und sich gelegentlich auch gegen Ziele im Ausland richteten. Der internationalistische Anspruch ihrer Anschläge nahm dabei in dem Maße ab, in dem der politische Zweck der Gefangenenbefreiung in den Vordergrund trat.

Schließlich kann Internationalität und Transnationalität einer Terrorgruppe auch anhand ihrer internationalen Kontakte eingeschätzt werden. Die Beziehungen zu anderen Gruppen oder Staaten geben Aufschluss über die institutionelle Verflechtung und die Organisationsstruktur einer Terrorgruppe. Auch in dieser Hinsicht lässt sich ein Wandel der RAF feststellen. In den 1970er Jahren war die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren zunächst nur gering institutionalisiert, wurde dann intensiver und fand einen Höhepunkt in der Zusammenarbeit mit der französischen *Action Directe* und der Idee, die »Einheit der Revolutionäre in Westeuropa« herzustellen.

Formen der Kooperation

In allen drei Gegenstandsbereichen kann die Form der Kooperation unterschiedlich ausgeprägt sein: symbolisch, latent oder manifest. *Symbolisch* ist eine Kooperation, die im Wesentlichen einseitig und auf Selbstdarstellung, Selbstvergewisserung oder darauf gerichtet ist, eine imaginäre Gemeinschaft mit gleichgesinnten Gruppen zu bilden oder zu erhalten. Symbolische Kooperation ist häufig deklaratorisch, insofern sie eher in sprachlichen als in physischen Handlungen besteht. Ein Beispiel dafür sind die Solidaritätsbekundungen der RAF für die Guerillabewegungen in der Dritten Welt, in denen der internationale proletarische Klassenkampf beschworen wird. Einen Schritt weiter geht die ideologische Rechtfertigung terroristischer Gewalttaten anderer Gruppen, wie z. B. die RAF-Erklärung zu den Anschlägen des *Schwarzen September* auf israelische Sportler während der Münchner Olympiade 1972.[20] Eine weitere Form, Solidarität auszudrücken, besteht darin, im Namen anderer Gruppen zu handeln oder die eigenen Aktivitäten einem getöteten Mitglied einer anderen Gruppe zu widmen. So benannte die RAF das Kommando »Patsy O'Hara«, das 1985 den Industriellen Ernst Zimmermann ermordete, nach einem getöte-

20 Die Aktion des Schwarzen September in München. Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes, November 1972, in: ID-Verlag (Hg.), Rote Armee Fraktion, Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, Berlin 1997, S. 151–177.

Scanned by CamScanner

ten IRA-Aktivisten.[21] Der häufige Gebrauch von Namen getöteter palästinensischer Kämpfer lässt auf eine symbolische Kommunikation schließen, die zur Stärkung der internationalen Solidarität beitragen sollte. Das Entscheidende ist, dass symbolische Kooperation ohne direkte Absprachen auskommt und die imaginäre Gemeinschaft der Kämpfenden und ihre prinzipielle Kooperationsbereitschaft bereits voraussetzt.

Symbolische Kooperation geht in *latente* Kooperation über, wenn durch Koordination des Verhaltens grenzüberschreitende Zusammenarbeit entsteht. Diese Koordination kann – muss aber nicht – durch direkte Absprachen entstehen. Es ist schwer zu entscheiden, ob die Hungerstreiks der Gefangenen, die in den 1980er Jahren zunehmend europaweit koordiniert stattfanden, auf Absprachen oder stillschweigende Kooperation zurückgehen. In jedem Fall bildeten sie eine latente Form der Kooperation zwischen den in Europa inhaftierten Terroristen. Latente Kooperation ist in der Regel begrenzt und findet aus pragmatischen Gründen statt, ohne weitergehende integrative Absichten zu verfolgen. Eine latente Kooperation besteht, wenn Terrorgruppen bei ihren Forderungen nach Freilassung inhaftierter Kämpfer auch Kämpfer anderer Gruppen freizupressen versuchen oder wenn über gleichgesinnte Gruppen ein Waffengeschäft abgewickelt wird. Selbst die Nutzung des Trainingslagers einer anderen Gruppe ist eine latente Kooperation, sofern keine gemeinsame Programm- und Strategieentwicklung stattfindet.

Die Grenzen zur *manifesten* Kooperation sind allerdings fließend. Dort, wo über Symbolik und pragmatische Zusammenarbeit hinausgegangen und am Aufbau einer gemeinsamen Logistik gearbeitet wird, wo Programmatik und Strategie abgestimmt und gemeinsame Aktionen und Organisationsstrukturen entwickelt werden, entsteht manifeste Kooperation. Bei der Entwicklung der Programmatik kann eine latente Kooperation schon in der wechselseitigen Übernahme von Textpassagen oder bestimmter Phrasen bestehen. Manifeste Kooperation besteht, wenn – wie zwischen RAF und *Action Directe* im Januar 1985 – gemeinsame Ziele bestimmt und Erklärungen verfasst werden. Bei der Beschaffung von Geld, Waffen und Unterkünften können einseitig die Dienste Dritter in Anspruch genommen und damit latent kooperiert, oder gemeinsame Lager angelegt und Wohnungen genutzt werden, wie es die RAF in den 1980er Jahren mit den belgischen *Kommunistischen Zellen* und der *Action Directe* tat. Schließlich können Aktionen gemeinsam geplant, aber getrennt ausgeführt werden, wie die »Landshut«-Entführung von 1977, oder von Anfang bis Ende eine gemeinsame Aktion sein, wie der Anschlag auf die Rhein-Main-Airbase 1985.

Akteure der Kooperation

Als Partner für die internationale Zusammenarbeit mit einer Terrorgruppe kommen drei unterschiedliche Akteurstypen in Frage: Staaten, nationale Befreiungsbewegungen und andere Terrorgruppen. Staaten haben den Vorteil, über vergleichsweise große Ressourcen zu verfügen und einer Terrorgruppe effektiven Schutz vor Verfolgung bieten zu können. Sie besitzen zudem ein weites Netz von Verbindungen und Unterschlüpfen in anderen Staaten, die Terroristen, die von ihnen unterstützt werden, nutzen können. Der Nachteil staatlicher Unterstützung ist, dass sich Terrorgruppen in Abhängigkeit begeben und einen Teil ihrer operativen Freiheit verlieren. Zudem ist die Kooperation nicht zuverlässig, denn Staaten können durch internationalen Druck gezwungen werden, die Unterstützung zu beenden und die zuvor Protegierten auszuliefern.

Für die RAF kamen zunächst insbesondere Staaten der Dritten Welt für eine Kooperation in Frage, die sich selbst in einem Befreiungskampf behauptet hatten, also Kuba, Vietnam und Nordkorea, aber auch arabische Staaten wie Jordanien, der Irak, Libyen, Syrien und Südjemen. Daneben spielten aus naheliegenden ideologischen Gründen auch die Sowjetunion und ihre osteuropäischen Verbündeten eine Rolle. Die entscheidende Frage dabei ist, in wie starkem Maße die RAF von Staatssponsoren finanziert oder gar gesteuert worden ist. Die Behauptung, dass

21 Allerdings verbat sich die IRA diese Inanspruchnahme ihrer Helden (zumal es sich um Patrick, nicht Patsy O'Hara gehandelt hatte) und ging, vermutlich aus Angst um die Sympathie ihrer Geldgeber in den USA, deutlich auf Distanz zur RAF.

der europäische Linksterrorismus im Wesentlichen von der Sowjetunion und ihren Satelliten dirigiert worden sei, ist, wie bereits erwähnt, vor allem in den USA erhoben worden.[22] In Westdeutschland war man mit dieser Behauptung – nicht zuletzt aus politischen Gründen – vorsichtiger. Hans Josef Horchem, der ehemalige Leiter des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz, stellte 1988 fest: »Die Sowjetunion hat die deutschen Terrorgruppen, RAF, Bewegung 2. Juni und RZ niemals finanziert, organisatorisch betreut oder unmittelbar mit Waffen beliefert.«[23] Allerdings weist er auf eine Reihe von Indizien hin, die für eine *indirekte* Unterstützung sprechen. Ähnliches scheint für arabische Staaten wie den Irak, Südjemen, Syrien und Jordanien zu gelten, die es zuließen, dass auf ihrem Territorium Trainingslager der Palästinenser existierten, in denen auch europäische Terroristen Zuflucht fanden und militärisch ausgebildet wurden.

Die zweite Akteursgruppe, mit der die RAF Kooperationsbeziehungen einging, sind die ethnisch-nationalistischen Guerillagruppen in der Dritten Welt und in Europa. Vor allem dort, wo diese Gruppen einen marxistisch geprägten Befreiungskrieg führten, wurden sie zur Inspirationsquelle und zum politischen Bezugspunkt der RAF. Dazu gehören insbesondere die PLO und ihre Untergruppierungen, zunächst die *El Fatah*, später die PFLP von Georges Habasch, bzw. die PFLP-SC von Wadi Haddad. Denn diese Gruppen waren es, die Ende der 1960er Jahre den entscheidenden Schritt zur Internationalisierung des bewaffneten Kampfes taten, indem sie erstmals am 22. Juli 1968 ein israelisches Verkehrsflugzeug auf dem Weg von Rom nach Tel Aviv entführten. Ihre Absicht war, die Passagiere als Geiseln zu nehmen und gegen palästinensische Kämpfer, die in israelischen Gefängnissen saßen, auszutauschen. Diese und ähnliche Aktionen waren aus Sicht der Palästinenser insofern »erfolgreich«, als sie in kürzester Zeit das politische Anliegen ihres Kampfes gegen Israel in das Bewusstsein der Weltöffentlichkeit rückten. In der Folge wurde der palästinensische Terrorismus zu einem Modell für andere ethnisch-nationalistische Befreiungsbewegungen und zum Ideengeber und Unterstützer des sozialrevolutionären Terrorismus in Europa. Die Frage ist freilich, wie sehr die RAF in ihren unterschiedlichen Phasen von dieser Zusammenarbeit profitierte und wie hoch die Kosten im Sinne von politischer Abhängigkeit und strategischer Fremdbestimmung waren.

Die dritte Akteursgruppe, mit der die RAF eine internationale Kooperation anvisierte, waren linksextremistische Terrorgruppen, die in den europäischen Nachbarländern agierten, also vor allem die *Brigate Rosse* (BR) in Italien, die *Cellules Communistes Combattantes* (CCC) in Belgien und die *Action Directe* (AD) in Frankreich. Doch sosehr die politischen Anliegen dieser Gruppen sich auf den ersten Blick ähnelten, so schwierig gestaltete sich die konkrete Zusammenarbeit.[24] Erst in den 1980er Jahren kam eine engere Kooperation zwischen RAF und AD zustande, nicht unwesentlich angetrieben durch die programmatische Neuorientierung im sogenannten Frontpapier der RAF vom Mai 1982, in dem die koordinierte Entwicklung einer antiimperialistischen

22 Bereits John F. Kennedy hatte die Solidaritätsbekundungen Chruschtschows für die Dekolonisierungskriege in der Dritten Welt als Kriegserklärung an den Westen aufgefasst und – unter dem Begriff »Counterinsurgency« – eine Globalstrategie gegen jede Form revolutionären Auf- und Widerstands eingeführt. Man muss sich dabei klar machen, dass zu dieser Zeit die Begriffe »Guerilla« und »Terrorismus« noch nicht so deutlich unterschieden waren wie heute. Während heute dem Guerillakrieg eine gewisse politische Legitimität zugesprochen wird – nicht zuletzt unterstützt von den Regelungen des Kriegsvölkerrechts –, steht Terrorismus eindeutig auf der illegitimen Seite politischer Gewalt. In den 1960er und 1970er Jahren dagegen wurden »Guerilla« und »Terrorismus« noch weitgehend synonym verwandt und allenfalls geografisch differenziert, indem der Terrorismus als ein in die Stadt getragener Kleinkrieg angesehen wurde: Stadtguerilla. Von manchen wurde diese Form politischer Gewalt sogar als die humanere, weil selektivere Form der Kriegführung angesehen, sofern es um die gezielte Ermordung von militärischen und politischen Entscheidungsträgern ging. Vgl. Robert Taber, The War of the Flea, London 1969; Robert Moss, Urban Guerrillas, London 1972.

23 Hans Josef Horchem, Die verlorene Revolution. Terrorismus in Deutschland, Herford 1988, S. 128; ähnlich Gerd Langguth, Ursprung und Ziele des Terrorismus in Europa, in: *Außenpolitik*, 37. Jg., 1986, Nr. 2, S. 162–174, S. 173.

24 Für einen detaillierten Vergleich von italienischem und deutschem Terrorismus vgl. Donatella Della Porta, Social Movements, Political Violence, and the State. A Comparative Analysis of Italy and Germany, Cambridge 1995.

Scanned by CamScanner

»Front im Zentrum« verkündet wurde.[25] Die gemeinsame Erklärung von RAF und AD »Für die Einheit der Revolutionäre«[26] vom Januar 1985 war der programmatische Höhepunkt dieser Zusammenarbeit. Es fragt sich allerdings, wie weit die Kooperation mit dem europäischen Linksterrorismus in den Bereichen Programmatik, Strategie und Organisation wirklich reichte – und woran sie letztlich gescheitert ist.

Der Grad der internationalen bzw. transnationalen Kooperation scheint dabei einerseits von der ideologischen Programmatik, andererseits von den strategischen Erfordernissen abzuhängen. Die relativ geringe internationale Verflechtung der ersten RAF-Generation lässt sich auf eine gewisse ideologische Selbstgenügsamkeit und nur geringe strategische Erfordernisse zurückführen. Verstärkte Versuche der zweiten Generation, internationale Kooperationen einzugehen, können – bei eher schwindendem internationalistischen Bewusstsein – mit der strategischen Notwendigkeit erklärt werden, den politischen Druck durch die Internationalisierung des Terrors zu erhöhen. Mit der dritten Generation erleben die Anstrengungen zur Internationalisierung der RAF ihren Höhepunkt, weil sowohl programmatisch wie strategisch die Erfordernisse für eine stärkere internationale Kooperation erkannt wurden. Jedoch scheitern sie an den Kooperationsproblemen einer klandestinen Organisation, die den Widerspruch zwischen vertikaler Organisation und horizontaler Vernetzung nicht verkraftete.

Drei Phasen der Internationalisierung der RAF

Die Einteilung der Geschichte der RAF in drei Generationen ermöglicht es, die Beziehung der RAF zum internationalen Terrorismus anhand ihrer Programmatik, Strategie und Organisation zu analysieren. Dabei wird deutlich, dass die RAF zwar von Anfang an ein internationalistisches Selbstverständnis hatte, diese Programmatik jedoch in der zweiten Generation in den Hintergrund trat, bevor sie mit der dritten Generation, allerdings in abgeschwächter Form, wieder an Bedeutung zunahm. Demgegenüber war der strategische Aktionsradius der ersten Generation auf Deutschland beschränkt, die zweite Generation erweiterte das Aktionsfeld dramatisch, während die dritte Generation den Radius wieder enger zog und sich auf Deutschland und die angrenzenden Nachbarländer beschränkte. Auch im Hinblick auf die internationale Vernetzung sind deutliche Unterschiede erkennbar. Während die erste Generation zwar die Hilfe palästinensischer Gruppen in Anspruch nahm, blieb sie bezüglich einer engeren Zusammenarbeit skeptisch. Hingegen ließ sich die zweite Generation auf eine so weit reichende Kooperation ein, dass sie kaum noch Einfluss auf die eigenen Geschicke hatte. Die dritte Generation wiederum reduzierte die Kooperation mit palästinensischen Kräften und forcierte stattdessen die institutionelle Zusammenarbeit mit linken Terrorgruppen in Europa. Freilich konnte diese Umorientierung den Zerfallsprozess der RAF nicht aufhalten.

Die erste Generation der RAF

Als erste Generation der RAF bezeichnet man gemeinhin die Gruppe von deutschen Terroristen, die sich seit Anfang 1970 um die zentralen Figuren Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof bildete und bis Ende 1974 nicht nur zahlreiche Banküberfälle, sondern auch Bombenanschläge auf amerikanische Militäreinrichtungen, deutsche Sicherheitsbehörden und ihre Vertreter sowie Medienunternehmen mit einer Gesamtbilanz von vier Toten und 41 Verletzten verübten. Der Beginn der *Roten Armee Fraktion* – der Begriff erscheint erstmals 1971 in dem von Ulrike Meinhof verfassten Text »Das Konzept

25 Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front, Mai 1982, in: Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, S. 291–306, S. 294.

26 Für die Einheit der Revolutionäre in Westeuropa. Gemeinsame Erklärung von RAF und Action Directe, Januar 1985, in: Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, S. 328–330.

Stadtguerilla«[27] – wird entweder auf die gewaltsame Befreiung Andreas Baaders am 14. Mai 1970 während eines vorgeschützten Bibliotheksbesuchs oder auch die Rückkehr der Gruppe aus Jordanien im August des gleichen Jahres datiert, wohin sich Baader und seine Befreier abgesetzt hatten, um dem Fahndungsdruck in Deutschland zu entgehen und sich einer militärischen Ausbildung zu unterziehen. Baader war im April 1970 in Berlin verhaftet worden, nachdem er mit Gudrun Ensslin aus Paris zurückgekehrt war, wo sich beide zwischenzeitlich versteckt gehalten hatten, um einer Gefängnisstrafe wegen der Brandstiftung in zwei Frankfurter Kaufhäusern im April 1968 zu entgehen.[28] Nach der Rückkehr aus Jordanien überfiel die Gruppe zunächst mehrere Banken und brach in ein Rathaus ein, um sich Geld und Blankopapiere zu beschaffen. Im Mai 1972 begann die sogenannte Mai-Offensive mit einem Bombenanschlag auf das Hauptquartier der US-Armee in Frankfurt am Main (11. Mai 1972), bei dem ein Soldat getötet und 13 Personen zum Teil schwer verletzt wurden. Es folgten in kurzen Abständen Bombenanschläge auf die Polizeidirektion Augsburg und das Landeskriminalamt München (12. Mai 1972), den Wagen eines Bundesrichters (15. Mai 1972), das Axel-Springer-Gebäude in Hamburg (19. Mai 1972) und das Hauptquartier der US-Streitkräfte in Europa in Heidelberg (24. Mai 1972). Die daraufhin ausgelöste Großfahndung führte innerhalb eines Monats zur Festnahme des größten Teils der RAF.[29] Vom Gefängnis aus setzten die Inhaftierten ihren Kampf fort, agitierten gegen den Staat und protestierten mit Hungerstreiks gegen die Haftbedingungen, die sie als »Isolationsfolter« bezeichneten. Während des dritten Hungerstreiks (27. September 1974 bis 2. Februar 1975) starb am 9. November 1974 Holger Meins. Einen Tag später wurde Berlins oberster Richter Günter von Drenkmann erschossen – wenn auch nicht von Angehörigen der RAF, sondern der *Bewegung 2. Juni*. Mit der Verhaftung des harten Kerns der RAF im Juni 1972 und einer zweiten Verhaftungswelle im Februar 1974[30] verschob sich die Programmatik der Gruppe zugunsten des Zieles, die Haftbedingungen der Gefangenen zu verbessern bzw. ihre Freilassung zu erzwingen. Dadurch änderte sich auch die Strategie der RAF. Trotz einiger personeller Kontinuitäten kann man deshalb ab Anfang 1975 von einer zweiten Generation sprechen.

Programmatik: Stadtguerilla zwischen Fraktion und Avantgarde

Die erste Generation der RAF besaß eine ausgeprägte internationalistische Programmatik, die sie jedoch radikal relokalisierte. Sie verstand sich zugleich als *Fraktion*, d. h. als Teil eines weltweiten Aufstandes gegen Imperialismus und Kapitalismus, und als *Avantgarde*, nämlich eine Gruppe, die durch entschlossenes Handeln an einem konkreten Ort eine Revolution zu entfachen vermochte. In der Schrift »Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa« vom Mai 1971 hieß es programmatisch: »Avantgarde ist danach nicht die Gruppe, die sich so nennt oder sich selbst so interpretiert, sondern diejenige, an deren Verhalten und Aktionen sich die revolutionären Massen orientieren. Die Führung im revolutionären Prozeß durch eine Avantgarde ist ein wesentliches revolutionäres Moment.«[31] Mit dieser Idee stellt sich die RAF in die Tradition lateinamerikanischer Guerillabewegungen: »Das Konzept Stadtguerilla stammt aus Lateinamerika. Es ist dort, was es auch hier nur sein kann: die revolutionäre Interventionsmethode von insgesamt schwachen revolutionären Kräften.«[32]

An diesen Formulierungen wird deutlich, dass die

27 Das Konzept Stadtguerilla, April 1971, in: Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, S. 27–48, S. 36.

28 Zu den Details vgl. Stefan Aust, Der Baader Meinhof Komplex, München 1997; Jillian Becker, Hitlers Kinder? Der Baader-Meinhof-Terrorismus, Frankfurt am Main 1978; Klaus Pflieger, Die Rote Armee Fraktion – RAF – 14. 5. 1970 bis 20. 4. 1998, Baden-Baden 2004; Butz Peters, RAF. Terrorismus in Deutschland, Stuttgart 1991.

29 Gefangennahme von Andreas Baader, Holger Meins und Jan-Carl Raspe am 1. Juni 1972, Gudrun Ensslin am 7. Juni 1972, Brigitte Mohnhaupt und Bernhard Braun am 9. Juni 1972, Ulrike Meinhof und Gerhard Müller am 15. Juni 1972, Klaus Jünschke und Irmgard Möller am 7. Juli 1972.

30 Gefangennahme am 4. Februar 1974 von Helmut Pohl, Margrit Schiller, Wolfgang Beer, Christian Eckes, Ilse Stachowiak und Eberhard Becker.

31 Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa, Mai 1971, in: Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, S. 49–111, S. 69.

32 Das Konzept Stadtguerilla, April 1971, in: Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, S. 27–48, S. 41.

Scanned by CamScanner

RAF im Grunde selbst das Produkt eines Internationalisierungsprozesses ist, nämlich der Verbreitung der Idee revolutionärer Kriegführung, die mit den Namen Fidel Castro, Che Guevara, Régis Debray und Carlos Marighella verbunden war.[33] Um den Reiz dieser spezifischen Ideologie für die späteren Mitglieder der *Rote Armee Fraktion* verständlich zu machen, muss kurz auf die komplexe Vorgeschichte der RAF eingegangen werden. Den Hintergrund für die Entstehung der RAF bildeten die Studentenbewegung und Debatten innerhalb des *Sozialistischen Deutschen Studentenbundes* (SDS). Der SDS war bis 1961 die Jugendorganisation der SPD. Als sich die Sozialdemokraten im Rahmen ihres Godesberger Programms politisch neu ausrichteten und die Mitgliedschaft in SPD und SDS als unvereinbar erklärten, wurde der SDS zum Sammelbecken der linken Außerparlamentarischen Opposition (APO).[34] Dabei war es vor allem der Vietnamkrieg, der zu einer Radikalisierung der Studentenschaft und zu zunehmend gewalttätigen Demonstrationen führte, wie z. B. gegen den US-amerikanischen Vizepräsidenten Hubert H. Humphrey, der im April 1967 West-Berlin besuchte. Gleichzeitig fand eine breite Solidarisierung mit den Freiheitsbewegungen in der Dritten Welt statt. Aufmerksam wurden die Debatten auf der Konferenz der Trikontinentale in Havanna 1966 registriert, auf der die kommunistischen Regime der Welt sich auf eine Strategie zur Unterstützung marxistischer Freiheitsbewegungen zu einigen versuchten. Noch im gleichen Jahr übersetzten Rudi Dutschke und Gaston Salvatore die Botschaft von Ernesto Che Guevara an die Trikontinentale, die in der Aufforderung gipfelte, »zwei, drei, viele Vietnam« zu schaffen.[35] In ihrer Einführung zogen Dutschke und Salvatore die Konsequenzen, die sich ihrer Meinung nach aus diesem Aufruf für die deutsche Studentenbewegung ergab: »Der Beitrag der Revolutionäre aus den Metropolen [...] ist doppelter Natur: und zwar die Mitarbeit an der Herstellung der ›Globalisierung der revolutionären Opposition‹ (H. Marcuse) durch direkte Teilnahme am aktuellen Kampf in der dritten Welt, durch Herstellung der internationalen Vermittlung, die nicht den Parteibürokraten überlassen werden darf und durch die Entwicklung spezifischer Kampfformen, die dem in den Metropolen erreichten Stand der geschichtlichen Entwicklung entsprechen.«[36] Welche Form des Kampfes der geschichtlichen Entwicklung in Deutschland genau entsprach, ließen die Autoren freilich offen. Auf dem Internationalen Vietnam-Kongreß, den der SDS im Februar 1968 in West-Berlin organisierte, wurde die »Gewaltfrage« kontrovers diskutiert und in der Schlusserklärung folgendermaßen resümiert: »In dieser Situation muß die Oppositionsbewegung in den kapitalistischen Ländern ihren Kampf auf eine neue Stufe heben, ihre Aktionen ausweiten, verschärfen und konkretisieren. Die Oppositionsbewegung steht vor dem Übergang vom Protest zum politischen Widerstand.«[37] Die durch diese Debatte verschärfte Krise des SDS erreichte ihren Höhepunkt, als am 11. April 1968 Rudi Dutschke auf offener Straße angeschossen und lebensgefährlich verletzt wurde. Die danach einsetzende Desintegration des SDS und die Zersplitterung der Studentenbewegung erzeugten eine Vielzahl linker und linksextremer Gruppen, die ihre Ziele auf die unterschiedlichsten Weisen verfolgten.[38] Die Gruppe, die die Aufforderung, den Befreiungskampf in der Dritten Welt mit »spezifischen Kampfformen [...] in den Metropolen« zu unterstützen, am radikalsten umsetzte, war die RAF.

Allerdings konnte dabei nicht einfach die Gue-

33 Vgl. Grant Wardlaw, Political Terrorism. Theory, Tactics, and Counter-Measures, Cambridge 1989, S. 46–49.

34 Vgl. Jürgen Briem, Der SDS. Die Geschichte des bedeutendsten Studentenverbandes der BRD seit 1945, Frankfurt am Main 1976; Tilman Fichter, SDS und SPD. Parteilichkeit jenseits der Partei, Opladen 1988; Willy Albrecht, Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken, Bonn 1994.

35 Che Guevara, Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam, West-Berlin 1967.

36 Gaston Salvatore / Rudi Dutschke, Einleitung zu Che Guevara, Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam.

37 Die Schlußerklärung des Kongresses, in: Sibylle Plogstedt (Red.), Der Kampf des vietnamesischen Volkes und die Globalstrategie des Imperialismus. Internationaler Vietnam-Kongreß 17./18. Februar 1968 West-Berlin, West-Berlin 1968.

38 Vgl. dazu Hans Manfred Bock, Geschichte des »linken Radikalismus« in Deutschland. Ein Versuch, Frankfurt am Main 1976, S. 264–276.

rillatheorie von Che Guevara übernommen, sondern musste den Bedingungen der »Metropole« angepasst werden. Die Focustheorie, von der Guevara irrtümlich behauptete, sie fasse die Erfahrungen des kubanischen Freiheitskampfes zusammen,[39] besagte nämlich Folgendes: »1. Die Kräfte eines Volkes können einen Krieg gegen eine reguläre Armee gewinnen. 2. Nicht immer muß man warten, bis alle Bedingungen für eine Revolution gegeben sind, der aufständische Fokus kann solche Bedingungen selbst schaffen. 3. Im unterentwickelten Amerika müssen Schauplatz des bewaffneten Kampfes grundsätzlich die ländlichen Gebiete sein.«[40] Als Focus bezeichnete Guevara eine kleine Gruppe professioneller Revolutionäre, die durch bewaffnete Aktionen den revolutionären Funken auf die Bauernschaft überspringen lässt. Diese Theorie wurde von Guevara selbst in der sogenannten »Zweiten Havanna-Deklaration« 1962 und später von Régis Debray,[41] einem französischen Intellektuellen und engen Vertrauten Fidel Castros, 1965 überarbeitet. Dabei wurde die Focustheorie allerdings eher den strategischen Interessen Kubas als den Erfahrungen lateinamerikanischer Freiheitsbewegungen angepasst. Interessant ist nämlich, dass die Sowjetunion sich immer wieder kritisch gegenüber der Theorie des *guerrillismo* geäußert hatte und stattdessen den Aufbau kommunistischer Parteistrukturen in den lateinamerikanischen Staaten befürwortete. Che Guevaras Focustheorie hielt Moskau für revolutionäres Abenteurertum. Doch Guevara und Debray hielten – mit Unterstützung Castros – an der Idee eines aktiven Revolutionsexports nach Lateinamerika fest und lehnten den Aufbau traditioneller Parteikader ab.[42] Auf der bereits erwähnten Konferenz der Trikontinentale 1966 akzentuierte Fidel Castro den politischen Gegensatz zwischen Kuba und der Sowjetunion, indem er zur ideologischen Begründung Mao Tse-tung zitierte und sich zumindest verbal auf die Seite der Volksrepublik China stellte.[43] Erst als Che Guevara mit seinem Plan scheiterte, in Bolivien einen revolutionären Brückenkopf zu errichten, und 1968 umgebracht wurde, musste die Focustheorie auf den Prüfstand.[44] Dabei wurde allerdings nicht die Idee in Frage gestellt, dass eine bewaffnete Avantgarde das revolutionäre Bewusstsein der Massen wecken könne. Lediglich die Betonung des ländlichen Raumes wurde revidiert und durch die Forderung ersetzt, die revolutionären Aktionen in die städtischen Zentren zu tragen. Während Carlos Marighella dieses Konzept in Brasilien theoretisch ausarbeitete,[45] setzten es die *Tupamaros* in Uruguay praktisch um.

Strategie: Revolutionäre Praxis in der Metropole

Mit dem »Konzept Stadtguerilla« stellte sich die RAF in die Tradition des lateinamerikanischen *guerrillismo* und zog für sich die Konsequenzen aus dem Scheitern der Studentenbewegung: »Die Studentenbewegung zerfiel, als ihre spezifisch studentischkleinbürgerliche Organisationsform, das ›Antiautoritäre Lager‹ sich als ungeeignet erwies, eine ihren Zielen angemessene Praxis zu entwickeln [...]. Die Rote Armee Fraktion leugnet im Unterschied zu den proletarischen Organisationen der Neuen Linken ihre Vorgeschichte als Geschichte der Studentenbewegung nicht, die den Marxismus-Leninismus als Waffe im Klassenkampf rekonstruiert und den internationalen Kontext für den revolutionären Kampf in den Metropolen hergestellt hat.«[46] Trotz der Betonung des

39 Vgl. Robert F. Lamberg, Die Guerilla in Lateinamerika. Theorie und Praxis eines revolutionären Modells, München 1972, S. 11–25.

40 Che Guevara, Der Guerillakrieg, in: ders., Guerilla. Theorie und Methode. Sämtliche Schriften zur Guerillamethode, zur revolutionären Strategie und zur Figur des Guerilleros, hrsg. von Horst Kurnitzky, West-Berlin 1968, S. 23.

41 Régis Debray, Revolution in der Revolution, München 1967.

42 Vgl. Christopher Andrew / Wassili Mitrochin, Das Schwarzbuch des KGB 2. Moskaus Geheimoperationen im Kalten Krieg, Berlin 2006, S. 89–97.

43 Einen interessanten Einblick in diese Zusammenhänge – aus amerikanischer Sicht – bietet: The Tricontinental Conference of African, Asian and Latin American Peoples, Staff Study prepared for the Subcommittee to investigate the Administration of the Internal Security Act and other international Security Laws of the Committee on the Judiciary, United States Senate, Washington, D.C., 1966.

44 Vgl. Fritz R. Allemann, Terrorismus in Lateinamerika – Motive und Erscheinungsformen, in: Funke (Hg.), Terrorismus, S. 173–197.

45 Carlos Marighella, Das Minihandbuch der Stadtguerilleros, Hamburg 1972.

Scanned by CamScanner

Marxismus-Leninismus ist die Nähe zum Castrismus und Maoismus unverkennbar. Das »Konzept Stadtguerilla« ist mit Mao-Zitaten gespickt; Che Guevara und Régis Debray werden zustimmend zitiert. Damit übernimmt die erste Generation der RAF die Kritik am orthodoxen Kommunismus sowjetischen Stils. Für sie bestand die Welt zwar aus zwei Blöcken, aber nicht aus Ost und West, sondern aus Imperialismus und Dritter Welt. In den frühen Verlautbarungen der RAF kommt deswegen die Sowjetunion kaum vor. Im »Konzept Stadtguerilla« findet sich sogar eine vage Kritik am »Ausgleich und Bündnis zwischen US-Imperialismus und Sowjetunion«.[47] Später, 1976 aus dem Gefängnis, äußern sich Baader, Ensslin, Meinhof und Raspe dezidiert kritisch über den »Rückzug [der Sowjetunion, C. D.] von der Führung des internationalen Klassenkampfes und ihre Ersetzung durch die Außenpolitik der ›friedlichen Koexistenz‹ und die Instrumentalisierung der kommunistischen Parteien für diese Politik«.[48]

Für die erste Generation der RAF waren also nicht die Sowjetunion und der orthodoxe Kommunismus, sondern Kuba und der Castrismus die ideologischen Bezugspunkte. Damit wurde der eigene Kampf in den Zusammenhang weltweiter Befreiungskämpfe gestellt. In der bereits zitierten »Erklärung zur Sache« stellen die Gefangenen von Stammheim 1976 rückblickend den Zusammenhang zwischen ihren Anschlägen in Deutschland und den nationalen Befreiungskämpfen in der Dritten Welt explizit her: »Dazu kommt die unmittelbar logische Funktion der BRD – es waren die US-Stützpunkte, die als Schaltstelle für Truppentransporte nach und von Vietnam und für Waffenlieferungen fungierten, aus deren Arsenalen im Oktober '73 Israel mit Waffen versorgt wurde und weiter versorgt wird. Es sind die US-Depots und die der Bundeswehr, mit denen die Konterrevolution gegen die arabischen und afrikanischen Völker ausgerüstet wird, und es sind die elektronischen Kommandozentralen hier, von denen aus die Kriegsmaschinerie im südlichen Afrika und im Mittleren Osten gesteuert wird. Aus der logischen Bedeutung der Waffen- und Ausrüstungsarsenale in den Metropolen zur Sicherung kontinuierlichen Nachschubs und vor allem aus der strategischen Bedeutung, die ungehinderten Kommunikationsfluß zwischen den Regelungs- und Steuerungszentralen und den Einsatzorten für die imperialistische Kriegsmaschinerie zukommt, ist eine militärtaktische Funktion der Guerilla in der Metropole für den Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt bestimmt: die Notwendigkeit des Angriffs.«[49]

Man mag dies als Rhetorik abtun oder als Selbstbeschreibung ernst nehmen. Tatsache ist, dass der deklaratorische Internationalismus für das, was die RAF »revolutionäre Praxis« nennt, radikal relokalisiert wird. Folglich stellte die RAF ihre frühen Anschläge konsequent in den Zusammenhang eines globalen Guerillakampfes; so heißt es in der Erklärung zum Anschlag auf das Hauptquartier der US-Armee in Frankfurt, die USA müssten nun »wissen, daß ihre Verbrechen am vietnamesischen Volk ihnen neue erbitterte Feinde geschaffen haben, [und] daß es für sie keinen Platz mehr geben wird in der Welt, an dem sie vor den Angriffen revolutionärer Guerilla-Einheiten sicher sein können«.[50] Dass allerdings auch die Anschläge von Augsburg und München, das Attentat auf den BGH-Richter Buddenberg und der Sprengstoffanschlag auf das Springer-Hochhaus Guerilla-Aktionen waren, ließ sich schon weniger leicht vermitteln. Ob allerdings der Anschlag auf das amerikanische Militär in Heidelberg danach nur aus pragmatischen Gründen verübt wurde, nämlich um die Sympathisanten, die die Anschläge auf nationale Ziele verurteilt hatten, zu beschwichtigen,[51] ist eher spekulativ. Dennoch zeigt sich schon in dieser frühen Phase der RAF, dass es ein Problem war, die internationalistische Programmatik strategisch konsequent umzusetzen.

Ein ähnliches Problem bei der Einhaltung eigener Standards stellte sich hinsichtlich der Frage, ob

46 Das Konzept Stadtguerilla, S. 36.
47 Ebenda, S. 32.
48 Erklärung zur Sache (Auszüge), in: Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, S. 198–265, S. 203.
49 Erklärung zur Sache, S. 260.
50 Anschlag auf das Hauptquartier der US-Army in Frankfurt/Main, Erklärung vom 14. Mai 1972, in: Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, S. 145.
51 Vgl. Butz Peters, Tödlicher Irrtum. Die Geschichte der RAF, Berlin 2004, S. 291.

Gewalt gegen die Bevölkerung ein legitimes Mittel der Stadtguerilla sein könne. In der Schrift »Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa« nimmt die RAF 1971 zum Aspekt des Terrors deutlich Stellung: »Dieser richtet sich selbstverständlich nicht gegen das Volk, gegen die Massen, auch nicht gegen solche Schichten, die nach ihren Lebensbedingungen und ihrer Klassenlage dem Proletariat zwar nahe stehen, sich aber nicht zur Teilnahme an der revolutionären Bewegung entschließen können. Der revolutionäre Terror richtet sich ausschließlich gegen Exponenten des Ausbeutungssystems und gegen Funktionäre des Unterdrückungsapparates, gegen die zivilen und militärischen Führer und Hauptleute der Konterrevolution.«[52] Dies entspricht der landläufigen Unterscheidung zwischen Guerilla, die sich gegen militärische Ziele richtet, und Terrorismus, die die Zivilbevölkerung angreift.[53] Folglich versuchte die erste Generation der RAF zu argumentieren, dass die Ziele ihrer Anschläge staatliche Institutionen oder internationale Organisationen seien und Zivilisten nur als Funktionsträger angegriffen oder aber unbeabsichtigt zu Schaden kämen. Allerdings ist die stark personalisierte Erklärung zum Anschlag auf den Richter Buddenberg ein Hinweis darauf, dass in dem Maße, in dem es um die Unterstützung inhaftierter Mitkämpfer ging, auch die Anschläge personenbezogener wurden und die Illusion, eine kriegsrechtskonforme Guerillastrategie umsetzen zu können, nicht lange würde aufrechterhalten werden können.

Die Anschläge der Palästinenserorganisation *Schwarzer September* auf israelische Sportler während der Münchner Olympiade 1972 waren deshalb eine doppelte Herausforderung für die erste Generation der RAF. Sie musste sich zu einem direkten Angriff auf Zivilisten äußern, die zwar Vertreter, keineswegs aber Funktionsträger ihres Staates waren, und sie musste ihr Verhältnis zu einer Gruppe klären, die eindeutig eine Strategie verfolgte, die die RAF bisher abgelehnt hatte. Die inzwischen in Stammheim einsitzenden Mitglieder taten dies in einem umfangreichen Papier »Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes« im November 1972, in dem sie durch eine gewundene Argumentation die Anschläge als »antiimperialistisch« und »antifaschistisch« rechtfertigten: »Die Strategie des ›Schwarzen September‹ ist die revolutionäre Strategie des antiimperialistischen Kampfes in der Dritten Welt und in den Metropolen unter den Bedingungen des entfalteten Imperialismus der multinationalen Konzerne.«[54] Vor allem rechnete aber die RAF in diesem Papier mit den linken Kritikern ihrer eigenen Aktionen in Deutschland ab und rechtfertigte den »antiimperialistischen Krieg«, der »sich der Waffen des Systems im Kampf gegen das System« bediene.[55] Dies ist auch die Verbindung zu den Ereignissen von München, insofern den Palästinensern zugute gehalten wird, dass sie nur Gleiches mit Gleichem vergalten: »An der Aktion des Schwarzen September in München gibt es nichts mißzuverstehen. Sie haben Geiseln genommen von einem Volk, das ihnen gegenüber Ausrottungspolitik betreibt. Sie haben ihr Leben eingesetzt, um ihre Genossen zu befreien. Sie wollten nicht töten.«[56] Wie stark die RAF hier bereits ihre eigene Strategie revidierte oder nur im Sinne symbolischer Kooperation die Strategie der Palästinenser rechtfertigte, ist schwer zu sagen.[57] Jedenfalls wurde der Wille deutlich, zumindest deklaratorisch die Reihen des »antiimperialistischen Kampfes« zu schließen.

Organisation:
Autonomie und die Suche nach Partnern

Dass die RAF – neben einer Sympathie für die Sache der Palästinenser – auch eine *Verpflichtung* verspürte, die Anschläge des *Schwarzen September* zu rechtfertigen, liegt auf der Hand. In den frühen 1970er Jahren,

52 Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa, S. 83.
53 Vgl. etwa Martha Crenshaw, Terrorism, Legitimacy, and Power, Middletown 1983.
54 Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes, November 1972, in: Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, S. 151–177, S. 152.
55 Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes, S. 177.
56 Ebenda.
57 Gegen eine grundsätzliche Revision der Haltung zum Terrorismus spricht die Erklärung zum Bombenanschlag im Hamburger Bahnhof, 23. September 1975, in: Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, S. 196–198. Hier wird der alte Standpunkt wiederholt: »Die politisch-militärische Aktion der Stadtguerilla richtet sich nie gegen das Volk.« (S. 196)

Scanned by CamScanner

selbst von Palästinenserorganisationen unterstützt, war sie eine, wenn auch lockere, Kooperationsbeziehung mit Teilen der PLO, insbesondere der *El Fatah*, eingegangen. Als diese sich ab 1973 unter dem Einfluss Jasir Arafats vom Terrorismus abwandte, um eine Verhandlungslösung mit Israel anzustreben, wandte sich die RAF stärker den radikaleren Fraktionen des palästinensischen Widerstands in der sogenannten »Ablehnungsfront« zu, zunächst der *Popular Front for the Liberation of Palestine* (PFLP) von Georges Habasch, später der *Popular Front for the Liberation of Palestine – Special Command* (PFLP-SC)[58] von Wadi Haddad. Die Gruppe *Schwarzer September* war 1970 von der *Fatah* gegründet worden, um den Forderungen militanter Mitglieder entgegenzukommen und die Vertreibung der PLO aus Jordanien – von den Palästinensern als »Schwarzer September« bezeichnet – zu rächen.[59] Bis zu ihrer Auflösung 1973 war die Gruppe *Schwarzer September* offenbar ein Kooperationsbündnis zwischen *Fatah* und PFLP, um – entgegen ihrer eigenen Guerillatradition der *Fedayin* – Terroranschläge zu verüben. Die genauen institutionellen Beziehungen zwischen *Fatah*, PFLP und *Schwarzer September* sind bis heute allerdings ebenso umstritten wie die Frage, ob die PFLP-SC eine eigene Fraktion war oder nur eine Unterabteilung der PFLP.[60]

Die ersten nachweisbaren Kontakte der RAF zur PLO, der Dachorganisation palästinensischer Widerstandsgruppen, der die *Fatah* ebenso angehörte wie die PFLP,[61] fallen in das Jahr 1970.[62] Nach der Befreiung Baaders am 14. Mai 1970 durch Ensslin, Meinhof und andere reiste die Gruppe im Juni nach Jordanien, um der Fahndung zu entgehen und in einem Trainingslager der *Fatah* eine militärische Ausbildung zu erhalten. Die Pläne für diese Reise waren offenbar schon früher geschmiedet worden. Die Verbindung zur PLO wurde möglicherweise über die französische Journalistin Michèle Ray hergestellt, durch deren Vermittlung Baader und Ensslin im November und Dezember 1969 in der Wohnung von Régis Debray in Paris wohnten, nachdem sie ihren Haftantrittstermin in Deutschland hatten verstreichen lassen. In Paris gab es zu dieser Zeit viele Möglichkeiten, mit Repräsentanten des palästinensischen Widerstands zusammenzukommen, denn sowohl die *Fatah* als auch die PFLP hatten dort Verbindungsbüros. Michèle Ray selbst hatte gute Kontakte nach Kuba und in den Nahen Osten und traf sich wenige Tage vor der Jordanienreise der Deutschen am 4. Juni 1970 mit Baader, Ensslin und Meinhof in Berlin – offiziell, um ein Interview zu führen, das später im *Spiegel* abgedruckt wurde.[63] Für die unmittelbaren Reisevorbereitungen und direkten Kontakte in Jordanien war aber offenbar Said Dudin, ein an der Freien Universität Berlin eingeschriebener Student und Verbindungsmann zur *Fatah*, zuständig, der die deutsche Reisegruppe auch begleitete. Am 8. Juni flog eine erste Gruppe[64] mit einem DDR-Interflug von Berlin-Schöneberg nach Beirut. Wenig später folgten Baader, Ensslin und Meinhof und trafen Ende Juni in einem Trainingslager in der Nähe von Amman ein.[65]

Das Lagerleben mit seinen kulturellen und politischen Divergenzen zwischen Deutschen und Arabern einerseits und den Führungsstreitigkeiten innerhalb der deutschen Gruppe andererseits ist viel-

58 Gelegentlich auch PFLP-EO für *External Operations* oder PFLP-SO für *Special Operations*.

59 Vgl. Benny Morris, Righteous Victims: A History of the Zionist-Arab Conflict, 1881–2001, New York 2001, S. 379.

60 Vgl. den Beitrag von Thomas Skelton-Robinson, Im Netz verheddert. Die Beziehungen des bundesdeutschen Linksterrorismus (1969–1980) zur *Volksfront für die Befreiung Palästinas*, S. 828–904.

61 Die PFLP verließ das Exekutivkomitee der PLO 1974, um sich der Ablehnungsfront gegen Arafat anzuschließen, kehrte jedoch 1981 in die Organisation zurück.

62 Allerdings hatte es schon vorher Beziehungen zwischen Vertretern der deutschen Linken und der PLO gegeben. Eine Gruppe um Dieter Kunzelmann und Fritz Teufel war im Herbst 1969 zunächst nach Italien, dann über Jugoslawien, Bulgarien, die Türkei, den Libanon und Syrien nach Jordanien gereist. »Dort erhielt sie von Funktionären der Al Fatah eine Ausbildung in der Handhabung von Sprengstoffen und Zeitzündern.« Horchem, Die verlorene Revolution, S. 122.

63 Peters, Tödlicher Irrtum, S. 195–197; Stefan Aust, Der Baader Meinhof Komplex, S. 29–31.

64 U. a. Hans-Jürgen Bäcker, Brigitte Asdonk, Manfred Grashof, Petra Schelm, Heinrich Jansen.

65 Horchem, Die verlorene Revolution, S. 123.

fach beschrieben worden.[66] Tatsache ist, dass die strategisch-ideologische Ausrichtung beider Gruppen unter dem dünnen Firnis der Befreiungsrhetorik unterschiedlicher kaum hätte sein können. Während die *Fatah* sich auf eine militärische Auseinandersetzung mit den jordanischen Streitkräften vorbereitete, in deren Land sie einen Staat im Staate bildete und das Königreich mehr und mehr zu destabilisieren begann, entwarf die RAF eine Strategie für den unkonventionellen Kampf in den Metropolen Westeuropas. Während die PLO ihr Training streng nach militärischen Gesichtspunkten organisierte, war die RAF militärischer Disziplin abgeneigt und mehr an technischen Fertigkeiten als kämpferischer Tauglichkeit interessiert. Bevor die Situation eskalierte, wurden die Deutschen im August gebeten, das Lager zu verlassen und abzureisen. Immerhin hatten sie bis dahin eine Grundausbildung in der Guerillakriegführung erhalten und Schießübungen an unterschiedlichen Waffensystemen absolviert. Darüber hinaus hatten sie zu verschiedenen palästinensischen Organisationen Kontakt aufnehmen können und vor allem Ali Hassan Salameh (Abu Hassan) kennen gelernt, der später eine wichtige Rolle in der Gruppe *Schwarzer September* spielen sollte. Von ihm wurde der RAF auch Hilfe bei der militärischen Ausrüstung in Aussicht gestellt, und tatsächlich konnte Ulrike Meinhof in den nächsten Monaten Handfeuerwaffen von der *Fatah* kaufen.

Abgesehen von dieser logistischen Hilfeleistung sind für die erste Generation der RAF keine kollektiven Aktionen mit der PLO oder die Arbeit an einem gemeinsamen politischen Programm im Sinne manifester Kooperation nachweisbar. Weder ist belegt, dass sich Mitglieder der RAF an militärischen Aktionen der PLO beteiligten, noch dass die PLO auf die Aktionen der RAF Einfluss nahm. Selbst die deklaratorische Kooperation wirkte formelhaft, wenn etwa im Zusammenhang mit dem Angriff auf das Springer-Hochhaus in Hamburg gefordert wurde, die »propagandistische und materielle Unterstützung für den Zionismus – die imperialistische Politik der herrschenden Klasse Israels« einzustellen,[67] oder wenn die Rechtfertigung des *Schwarzen September* zu einer Apologie des eigenen Tuns genutzt wurde. Aus strategischer Sicht war der Nahe Osten für die RAF zweitrangig. »Die RAF identifizierte sich nie so stark mit den palästinensischen Freiheitsbewegungen wie mit dem Vietkong oder den Vietnamesen allgemein.«[68] Umgekehrt gilt Ähnliches. Die PLO war an den Zielen des linken Extremismus in Deutschland wenig interessiert, was sich nicht zuletzt daran ablesen lässt, dass sie gute Kontakte auch zu rechtsradikalen deutschen Gruppen wie den *Bund Heimattreuer Jugend* und die *Wehrsportgruppe Hoffmann* unterhielt.[69] Selbst für die Forderung des *Schwarzen September*, neben palästinensischen Geiseln aus israelischer Haft auch deutsche Terroristen aus Stammheim freizulassen,[70] gilt aller Wahrscheinlichkeit nach, dass es sich um eine symbolische Kooperation handelte, die den Internationalismus des Kampfes unterstrich, nicht aber auf strategische Absprachen zurückging.

Diese aus Sicht der RAF relativ unergiebige Zusammenarbeit mit den Palästinensern veranlasste sie, nach der Rückkehr in die Bundesrepublik nach alternativen Kooperationspartnern zu suchen. Nur einem Zufall ist es zu verdanken, dass ein Brief an die Führung Nordkoreas erhalten blieb, den vermutlich Ulrike Meinhof im November 1971 schrieb. Darin heißt es: »Wir möchten mit diesem Brief die Partei der Arbeit um Unterstützung bitten. Was wir am nötigsten brauchen, ist eine militärische Ausbildung. Wir brauchen auch Waffen. Aber während wir uns Waffen, Wohnungen, Geld und Fahrzeuge noch am ehesten selbst beschaffen können, ist es für uns extrem schwer, uns selbst militärisch – vor allem im Pistolen- und Maschinenpistolenschießen auszubilden. Es gibt in der Bundesrepublik keine größeren

66 Vgl. insbesondere Aust, Der Baader Meinhof Komplex, S. 121–134; Peters, Tödlicher Irrtum, S. 198–204.
67 Sprengstoffanschlag auf das Springer-Hochhaus in Hamburg, Erklärung vom 20. Mai 1972, in: Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, S. 147.
68 Karmon, Deutsche Terroristen, S. 85.
69 Vgl. Horchem, Die verlorene Revolution, S. 118.
70 Diese Forderung wurde sowohl während der Münchner Geiselnahme 1972 als auch während der Besetzung des Hauses des saudiarabischen Botschafters in Khartum im März 1973 erhoben. Vgl. Karmon, Deutsche Terroristen, S. 78.

Scanned by CamScanner

unbewohnten Gebiete, wo man schießen könnte, ohne von der Polizei bemerkt zu werden.«[71]

Zwar ist von einer Antwort aus Pjöngjang nichts bekannt, aber der Brief verdeutlicht zweierlei: Erstens herrschte in der RAF auch nach dem Aufenthalt in Jordanien ein akutes Bewusstsein militärischer Schwäche. Zweitens war die RAF an staatlicher Unterstützung interessiert, um sich neue Sanktuarien und Ressourcen zu erschließen. Die Wahl Nordkoreas war damals naheliegender, als es heute scheint. Im März 1970 hatten nämlich Kämpfer der *Japanischen Kommunistischen Liga – Rote Armee Fraktion* ein japanisches Verkehrsflugzeug auf einem Inlandsflug nach Nordkorea entführt, wo die Entführer politisches Asyl erhielten. Von dieser Gruppe spaltete sich im Februar 1971 die *Japanische Rote Armee* (JRA) unter der Führung von Fusako Shigenobu ab, deren Ziel es war, im Libanon eine enge Zusammenarbeit mit der PFLP einzugehen.[72] Das Ergebnis waren so spektakuläre Aktionen wie das Massaker auf dem Flughafen Lod von Tel Aviv am 30. Mai 1972, von dem man mit Recht behaupten kann, es habe die japanische Tradition des Opfertodes in den Nahen Osten getragen, weil zwei der japanischen Attentäter, unter ihnen der Ehemann von Shigenobu, Takeshi Okudaira, sich mit Handgranaten in den Tod sprengten.[73] Ähnlich effektvoll war die Entführung eines japanischen Flugzeugs über Holland, bei der japanische Terroristen Mitglieder der PFLP anführten und bewiesen, dass die internationale Kooperation zwischen Terrorgruppen eine Realität war.[74] Nordkorea diente dabei offenbar nicht nur als »sicherer Hafen« für japanische Terroristen,[75] sondern war selbst aktiv an der Unterstützung palästinensischer Aktionen und japanischer Terroristen im Nahen Osten beteiligt. Vom stellvertretenden nordkoreanischen Stabschef wird berichtet, dass er bereits im September 1970 Trainingslager der *Fatah* im Libanon besuchte und seine Unterstützung der palästinensischen Befreiungsbewegungen anbot.[76] Es verwundert deshalb nicht, dass auch die Mitglieder der RAF, die sich zur gleichen Zeit in Jordanien aufhielten und vermutlich durch Georges Habasch und Ali Hassan Salameh über die Beziehungen zwischen PFLP, JRA und Nordkorea unterrichtet waren, sich berechtigte Hoffnungen machten, von der »Pjöngjang Connection« zu profitieren.

Dass sich diese Hoffnungen zerschlugen, mag mit dafür verantwortlich sein, dass nach der sogenannten »Mai-Offensive« der harte Kern der RAF binnen weniger Wochen gefasst werden konnte. Zu gering waren die Ausweichmöglichkeiten, als dass die RAF den neuen Fahndungsmethoden des Bundeskriminalamtes (BKA) unter Horst Herold hätte entgehen können. Bei alldem ist schwer vorstellbar, dass nicht auch die Staaten des Ostblocks als potentielle Kooperationspartner in Betracht gezogen wurden. Aber Vorbehalte gab es von beiden Seiten. Sosehr die Sowjetunion seit der Konferenz der Trikontinentale 1966 in Kuba nationale Befreiungsbewegungen unterstützte und die Ausbildung von Guerillakämpfern in Kuba, der Tschechoslowakei, Bulgarien, Ungarn, der DDR und auf ihrem eigenen Territorium förderte, so sehr vermied sie es, als direkter Sponsor des internationalen Terrorismus oder gar als Urheber konkreter Anschläge identifiziert werden zu können. Ähnliches gilt auch für die DDR. Zwar waren dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) nicht nur die Namen und Decknamen, sondern auch Reiserouten und operative Details der RAF bekannt, aber es

71 Aus der Protest-Chronik: 10. Dezember 1971, in: *Mittelweg 36*, 15. Jg., Juni/Juli 2006, Heft 3, S. 87–94, 90.

72 Diese Zusammenarbeit war so intensiv, dass nach unbestätigten Berichten die Führer beider Organisationen, Fusako Shigenobu und Georges Habasch, ein gemeinsames Kind hatten. May Shigenobu gibt bis heute die Identität ihres Vaters nicht bekannt. Vgl. *The Japan Times* vom 7. Mai 2006, A Life Less Ordinary.

73 Vgl. Joseph Croitoru, Der Märtyrer als Waffe. Die historischen Wurzeln des Selbstmordattentats, München 2003, S. 73–84.

74 Zu den Details vgl. William Farrell, Blood and Rage. The Story of the Japanese Red Army, Lexington/Toronto 1990.

75 Dabei ging die nordkoreanische »Betreuung« der japanischen Gäste so weit, dass junge Japanerinnen entführt wurden, damit die Kämpfer im Exil Ehefrauen aus ihrer Heimat haben konnten. Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 26. März 2002, Aus der Schule ins Terroristenlager. Die Entführung einer Japanerin.

76 Vgl. Joseph S. Bermudez, Terrorism: The North Korean Connection, New York 1990, S. 102 f.

scheint keine direkte Unterstützung der ersten Generation durch die DDR gegeben zu haben. Immerhin konnte die RAF aber ungehindert über ostdeutsche Flughäfen aus- und einreisen und ihre Beziehungen in den Nahen Osten aufrechterhalten. Insofern kann man von einer latenten Kooperation zwischen der DDR und der ersten Generation der RAF sprechen.

So stark der programmatische Internationalismus der ersten Generation der RAF war, so rudimentär blieb die internationale Zusammenarbeit mit staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren im Hinblick auf ihre Strategie und Organisationsform. Man kann dies einerseits auf das Selbstbewusstsein der Avantgarde zurückführen und die Annahme, durch revolutionäre »foci« das Bewusstsein der Bevölkerung und den Aufstand der Massen befördern zu können. Andererseits sind ideologische Differenzen – insbesondere zwischen RAF und den Ostblockstaaten – und Unterschiede im Operationsstil – insbesondere zwischen RAF und PLO – zu nennen, die eine weitergehende Kooperation verhinderten.[77] Durch ihre internationalen Kontakte gelang es der RAF jedoch, zu einer militärisch schlagkräftigen Gruppe zu werden. Gleichzeitig versäumte sie es aber, sich langfristig die Rückzugsräume zu sichern, die schon Mao für unentbehrlich gehalten hatte.[78] Kurz: Durch internationale Kooperation hatte die RAF die taktische Offensive optimiert, dabei aber die strategische Defensive vernachlässigt.

Die zweite Generation

Bereits ab Mitte 1973 hatte sich um Helmut Pohl und Margrit Schiller eine neue RAF-Gruppe gebildet, die allerdings schon am 4. Februar 1974 zerschlagen wurde[79] – und seither als *Gruppe 4. 2.* bezeichnet wird. Interessant ist, dass die *Gruppe 4. 2.* offenbar in Rotterdam mit Palästinensern der *Fatah* die Entführung eines israelischen Flugzeugs geplant hatte, um inhaftierte Genossen freizupressen.[80] Aufgrund des Oktober-Krieges im Nahen Osten wurde die Aktion jedoch abgesagt. Die Pläne zeigen, dass schon kurz nach der Verhaftungswelle 1972 eine stärkere operative Zusammenarbeit zwischen RAF und palästinensischen Gruppen vereinbart und eine strategische Umorientierung auf das Ziel der Gefangenenbefreiung vorgenommen wurde. Man könnte die *Gruppe 4. 2.* deshalb bereits zur zweiten Generation der RAF zählen, die den Kampf gegen den Staat dramatisch verschärfte.[81]

Mit der Besetzung der deutschen Botschaft in Stockholm im April 1975 begann eine neue Qualität des Terrorismus in Deutschland, insofern rücksichtsloser, brutaler und internationaler vorgegangen wurde als je zuvor. Gleichzeitig verübte die RAF gezielte Mordanschläge gegen führende Persönlichkeiten in Staat und Wirtschaft, so gegen Generalbundesanwalt Siegfried Buback (7. April 1977) und den Vorstandsvorsitzenden der Dresdner Bank Jürgen Ponto (30. Juli 1977). Als am 5. September 1977 Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer mit dem Ziel entführt wurde, die Inhaftierten in Stammheim freizupressen und am 13. Oktober palästinensische Terro-

77 Vgl. auch Horchem, Die verlorene Revolution, S. 125.

78 »Der Feind greift an – wir weichen zurück; der Feind ist zum Stehen gekommen – wir lassen ihm keine Ruhe; der Feind ist ermüdet, wir greifen an; der Feind zieht sich zurück – wir verfolgen ihn.« Mao Tse-tung, Ein Funken kann die ganze Steppe in Brand setzen, in: Mao Tse-Tung, Ausgewählte Schriften, Bd. 1, Berlin 1958, S. 135–148, S. 144.

79 Verhaftung von Christa Eckes, Helmut Pohl, Ilse Stachowiak, Eberhard Becker, Wolfgang Beer und Margrit Schiller am 4. Februar 1974.

80 Margrit Schiller, »Es war ein harter Kampf um meine Erinnerung«: Ein Lebensbericht aus der RAF, Hamburg 1999, S. 121–124.

81 So etwa Pflieger, Die Rote Armee Fraktion, S. 46–48. Gemeinhin wird die zweite Generation aber als diejenige Gruppe bezeichnet, »die in den Jahren 1977 bis einschließlich 1979 aktiv gewesen ist« (vgl. Wunschik, Baader-Meinhofs Kinder, S. 13). Wenn man allerdings weniger Gewicht auf Biografie und Personenanalyse legt und eine »Generation« nicht mit »einer komplett neu zusammengesetzten Kommandoebene« identifiziert (so Straßner, Die Dritte Generation der »Roten Armee Fraktion«, S. 80), sondern eher mit programmatischen, strategischen und organisatorischen Kontinuitäten und Diskontinuitäten, dann lassen sich Ansätze einer zweiten Generation schon 1973 erkennen. Die erste Aktion ist dann die Besetzung der deutschen Botschaft in Stockholm 1975.

Scanned by CamScanner

risten zur Unterstützung die Lufthansa-Maschine »Landshut« entführten, eskalierte die Situation. Der Verlauf der Ereignisse ist vielfach geschildert worden: Odyssee des entführten Flugzeugs von Rom über Larnaka/Zypern, Dubai/Bahrain, Aden/Jemen nach Mogadischu/Somalia; Ermordung des Flugkapitäns Schumann; Befreiung der Geiseln durch die GSG 9; Tod dreier Entführer; die Selbstmorde von Baader, Raspe und Ensslin in Stammheim; die Ermordung Hanns-Martin Schleyers. Die Ereignisse des Deutschen Herbst kosteten die RAF einen Großteil noch vorhandener Sympathien in der linken Unterstützerszene. Für die RAF folgte eine längere Zeit, um die Folgen dieser Niederlage zu verkraften und einen strategischen Neuanfang zu beginnen. Banküberfälle im Frühjahr 1979 deuteten neue Aktivitäten an, die am 25. Juni 1979 in einen Anschlag auf den NATO-Oberbefehlshaber Alexander Haig mündeten, der dem Attentat aber knapp entkam. Am 31. August 1981 folgte ein Bombenanschlag auf den Stützpunkt der amerikanischen Luftstreitkräfte in Ramstein und am 15. September ein Raketenanschlag auf US-General Frederick Kroesen, der sein Ziel nur knapp verfehlte.

Programmatik:
Haftbedingungen und Gefangenenbefreiung

Bei der zweiten Generation der RAF fällt zunächst auf, dass sie die Programmatik der RAF nicht weiterentwickelte. Solange die intellektuellen Wortführer der Bewegung, Baader, Ensslin und Meinhof, am Leben waren, bestimmten sie den Kurs der RAF und beteiligten sich aus dem Gefängnis heraus an der politischen Diskussion. Die wichtigsten Papiere der RAF waren in dieser Zeit die »Erklärung zur Sache« der Stammheimer Gefangenen vom 13. Januar 1976 und ihre diversen Erklärungen zu ihren Hungerstreiks. Der RAF gelang dadurch zwar die Mobilisierung einer breiten Öffentlichkeit, die sich zunehmend gegen die scharfen Haftbedingungen wandte, vernachlässigte darüber aber die internationalen Belange, für die sie ursprünglich angetreten war. Auch nach den Selbstmorden von Stammheim verfasste die zweite Generation keine eigenen Strategiepapiere, sondern begnügte sich mit relativ kurzen Bekennerschreiben, in denen sie ihre Anschläge mit dürrer Phraseologie in den weltgeschichtlichen Zusammenhang stellte. Zum Anschlag auf General Kroesen in Heidelberg hieß es zum Beispiel: »Der Kampf in der Metropole jetzt sind die realen Schritte der Revolution im Zentrum selbst, die hier nur eine permanente Umwälzung im Prozeß der Entwicklung des revolutionären Widerstands sein kann.«[82]

In dem Maße, in dem sich das Ziel von der Herstellung revolutionärer Verhältnisse zur Befreiung der inhaftierten Genossen verschob, verlor die RAF das internationalistische Selbstbewusstsein der ersten Generation, Teil eines weltweiten Klassenkampfes zu sein. Die RAF wurde zunehmend selbstreferentiell. Erst nach dem Scheitern der »big Raushole« und dem Tod der Insassen von Stammheim kehrte die RAF langsam zu einer internationalistischen Programmatik zurück.

Strategie:
Personalisierung und Internationalisierung

Baader selbst hatte die Devise ausgegeben, dass die Gefangenenbefreiung oberstes Ziel der RAF sei. In einem heimlichen Brief aus dem Gefängnis forderte er, dass »alle Kräfte auf diesen Job zu konzentrieren« seien.[83] Zu diesem Zweck musste der Druck auf die deutschen Behörden drastisch erhöht und der Konflikt eskaliert werden. Die RAF wählte dafür eine doppelte Strategie: einerseits die Personalisierung ihrer Angriffe, andererseits die Internationalisierung. Die Mordanschläge auf Buback und Ponto folgten einem Kalkül, das sich schon beim Anschlag auf den BGH-Richter Buddenberg im Mai 1972 angedeutet hatte, nämlich durch gezielte Morde von Funktionsträgern des deutschen Staates politische Zugeständnisse zu erzwingen. Dabei mischten sich allerdings auch Rachegedanken in die Aktionen, wenn es z. B. in der Erklärung vom 7. April 1977 heißt: »Am 7. 4. 77 hat das Kommando Ulrike Meinhof Generalbundesanwalt Siegfried Buback hingerichtet. Buback war

82 Anschlag auf den Oberkommandierenden der US-Armee General Kroesen in Heidelberg, Erklärung vom 15. September 1981, in: Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, S. 289–290, S. 290.

83 Peters, Tödlicher Irrtum, S. 309.

direkt verantwortlich für die Ermordung von Holger Meins, Siegfried Hausner und Ulrike Meinhof.«[84]

Die zweite Eskalationsstrategie bestand in der Internationalisierung der Anschläge. Am 2. Februar 1975 forderte die RAF die Gefangenen der RAF auf, ihren dritten Hungerstreik abzubrechen: »Versteht das als Befehl. [...] Wir nehmen Euch diese Waffe, weil der Kampf um die Gefangenen – aus dem Kräfteverhältnis, das an ihm begriffen worden ist – jetzt nur unsere Sache sein kann, mit unseren Waffen entschieden wird.«[85] Knapp drei Monate später wurde die Deutsche Botschaft in Stockholm besetzt und die Freilassung von 26 Gefangenen aus deutschen Gefängnissen gefordert. Die Gruppe um Siegfried Hausner hatte zuvor auch die bundesdeutschen Botschaften in Bern, Wien und Den Haag ausgespäht. Mit der Wahl eines deutschen Ziels im Ausland wollte sie den strengen Polizeikontrollen in Deutschland entgehen und eine so große Publizität erreichen, dass – ähnlich wie bei der Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz durch die *Bewegung 2. Juni* – die Bundesregierung zur Freilassung der Gefangenen gezwungen sein würde. Dass die Aktion schließlich scheiterte und neben den beiden kaltblütig erschossenen Geiseln auch zwei RAF-Mitglieder den Tod fanden, ließ die RAF zunächst auf weitere internationale Aktionen verzichten. Stattdessen fasste sie während eines Trainingsaufenthalts im Südjemen 1976 den strategischen Doppelbeschluss, die internationale Zusammenarbeit mit Befreiungsbewegungen zu intensivieren und gleichzeitig Kommandos zur Befreiung der Gefangenen in Deutschland zu bilden.

Die Unvereinbarkeit dieser Strategien wurde bei der nächsten Aktion, der Entführung von Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer, deutlich. Schon bald nach der Entführung wurde klar, dass die Bundesregierung beabsichtigte, Zeit zu gewinnen, um das Versteck der Entführer ausfindig zu machen. Die RAF war dadurch gezwungen, mit ihrem Opfer in das europäische Ausland auszuweichen. Schleyer wurde von der RAF zunächst in Den Haag, später in Brüssel festgehalten, bevor er ermordet und von der Polizei am 19. Oktober 1977 in Mülhausen/Frankreich gefunden wurde. Parallel dazu reiste ein Teil der RAF nach Bagdad, um die Möglichkeiten eines politischen Asyls für die RAF-Mitglieder zu sondieren, die freigepresst werden sollten.

Bei dieser Reise konnte sich die RAF auf Kontakte beziehen, die sie bereits im August und September 1976 mit der PFLP-SC im Südjemen geknüpft hatte. Schon damals hatte Wadi Haddad die gemeinsame Planung von Aktionen und eine weitgehende Integration der RAF in die PFLP-SC vorgeschlagen. Vielleicht schwebte ihm eine ähnlich intensive Kooperation wie zwischen PFLP und der JRA vor. Aber die RAF hatte auf ihrer Autonomie bestanden und das Ziel der Gefangenenbefreiung in Deutschland betont. Nun kehrte die RAF zur PFLP zurück und musste die kritische Situation, in der sie sich durch die Hinhaltetaktik der Bundesregierung befand, eingestehen. In dieser Situation der Schwäche machte Haddad der RAF den Vorschlag, durch eine eigene Aktion die Schleyer-Entführung zu unterstützen. Eine Besetzung der Deutschen Botschaft in Kuwait lehnte die RAF nach ihren schlechten Erfahrungen von Stockholm ab. Aber der Idee einer Flugzeugentführung stimmte sie zu. Wieder zielte die RAF darauf, durch die Eskalation der Gewalt und die räumliche Entgrenzung des Terrorismus den Druck auf die politischen Entscheidungsträger zu erhöhen, um die Befreiung der Gefangenen von Stammheim doch noch zu erzwingen. Die Flugzeugentführung wurde von RAF und PFLP-SC gemeinsam geplant, jedoch von vier jungen Palästinensern, zwei Frauen und zwei Männern, allein durchgeführt.

Das Scheitern dieser Aktion symbolisiert zugleich das Scheitern der Kooperation zwischen der RAF und dem palästinensischen Widerstand. Die Eskalation der Gewalt, die die RAF betrieb, um die Gefangenen von Stammheim zu befreien, hatte sie zu einer Internationalisierung des Terrorismus gezwungen, die bis zur Selbstaufgabe reichte. Mit dem Einverständnis zur Entführung der »Landshut« gab

84 Erschießung des Generalbundesanwalts Buback, Erklärung vom 7. April 1977, in: Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, S. 267–268, S. 267.

85 Brief der RAF an die Gefangenen der RAF, in: Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, S. 193.

Scanned by CamScanner

die RAF die letzten Einflussmöglichkeiten auf die Geschehnisse aus der Hand. Dabei brach sie – und das ist eine interessante Pointe – den Konsens über die Anwendung von Gewalt der ersten RAF-Generation. Zwar zeigten sich die Häftlinge von Stammheim bereit, sich befreien und ausfliegen zu lassen, doch stellte Andreas Baader in einem Gespräch mit Alfred Klaus vom BKA klar, dass die Flugzeugentführung nicht von den Gefangenen ausging und die RAF *diese* Form des Terrorismus stets abgelehnt habe. Dies deckt sich mit einer Erklärung zu einem Bombenanschlag im Hamburger Hauptbahnhof, von dem sich die RAF im September 1975 mit folgenden Worten distanziert hatte: »Die Sprache dieser Explosion ist die Sprache der Reaktion. [...] Die politisch-militärische Aktion der Stadtguerilla richtet sich nie gegen das Volk. [...] In der Offensive gegen den Staat kann Terrorismus keine Waffe der Stadtguerilla sein.«[86] Die zweite Generation hatte diesen Konsens der ersten im Grunde aber schon mit der Botschaftsbesetzung von Stockholm verlassen. Die Idee der Stadtguerilla war endgültig der Logik des Terrorismus gewichen.

Organisation:
Allianzen und der Verlust von Autonomie

Es wird häufig betont, dass die RAF zwar mit anderen Organisationen zusammengearbeitet, dabei aber nie ihre Unabhängigkeit aufgegeben habe.[87] In Bezug auf den palästinensischen Widerstand trifft das insofern zu, als die RAF keine formellen Allianzen eingegangen ist und keine Anschläge für oder im Namen von palästinensischen Organisationen ausgeführt hat. Die manifeste Kooperation mit der PFLP-SC im Herbst 1977 zeigt jedoch, dass die operative Zusammenarbeit während der zweiten Generation so weit ging, dass die RAF vorübergehend ihre Handlungsautonomie verlor. Zwar konnte dadurch kurzfristig der Druck auf den Staat erhöht werden, aber langfristig war die Niederlage umso einschneidender. Das Argument ist wohlgemerkt nicht, dass ohne die PFLP-SC die Schleyer-Entführung zu einer erfolgreichen Befreiung der Gefangenen geführt hätte, sondern dass die »Landshut«-Entführung das Scheitern der RAF im Deutschen Herbst potenzierte.

Dass auch informelle Allianzen mit hohen Kosten und der Gefahr verbunden sind, sich in kritischen Situationen dem Partner ausgeliefert zu sehen, ist bekannt.[88] Das gilt insbesondere für stark asymmetrische Allianzen, die schwächere Partner dann eingehen, wenn sie sich großen Bedrohungen gegenübersehen. Mitte der 1970er Jahre war die RAF strategisch in der Defensive und hatte sich mit der Gefangenenbefreiung ein Ziel gesetzt, das selbst *mit* internationaler Unterstützung kaum realisierbar schien. Ihre Zusammenarbeit mit der PFLP-SC unterlag deshalb der Fehleinschätzung, mit palästinensischer Hilfe die Ressourcen zur Verfügung gestellt zu bekommen, die für die Erreichung eigener Ziele notwendig waren, ohne dabei die Autonomie zu verlieren, die ihrem Anspruch politischer Avantgarde entsprach. Konsequenterweise lockerte die RAF nach 1977 die Beziehung zum palästinensischen Widerstand deutlich, insbesondere nachdem Wadi Haddad im Frühjahr 1978 gestorben und die PFLP-SC führungslos war.[89] Im sogenannten Mai-Papier von 1982, in dem die RAF-Führung die Ansätze einer neuen Programmatik formulierte, wurde zwar der Nahe Osten als wichtiger Schauplatz des Kampfes zwischen revolutionärer Front und imperialistischen Mächten genannt; die Palästinenser finden dabei aber keine besondere Erwähnung mehr.[90]

In dem Maße, in dem die palästinensischen Grup-

---

86 Erklärung zum Bombenanschlag im Hamburger Hauptbahnhof, in: Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, S. 196.

87 So etwa Hans Josef Horchem, Auch Spione werden pensioniert, Herford 1993, S. 100; ähnlich Karmon, Deutsche Terroristen, S. 80.

88 Vgl. u. a. Kenneth Waltz, Theory of International Politics. New York 1979, S. 161–193; Stephen Walt, The Origins of Alliances, Ithaca 1987; James Morrow, Alliances and Asymmetry: An Alternative to the Capability Aggregation Model of Alliances, in: *American Journal of Political Science*, 35. Jg., 1991, Nr. 4, S. 904–933.

89 Allerdings stellte sich die Beziehung zur PFLP noch einmal als nützlich heraus, als nur durch palästinensische Intervention Brigitte Mohnhaupt, Peter-Jürgen Boock, Sieglinde Hofmann und Rolf Klemens Wagner im November 1978 aus jugoslawischer Haft entlassen werden und in den Südjemen ausreisen durften.

90 Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front, Mai 1982, in: Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, S. 291–306.

pen als Kooperationspartner an Attraktivität und der Nahe Osten als Rückzugsgebiet an Nutzen verloren, wurde eine Reorganisation in Europa notwendig. Neben Bagdad war Paris der strategische Rückzugsraum der zweiten Generation. Hier waren mit Hilfe von Unterstützern eine Reihe von Wohnungen gemietet und eine neue Operationsbasis aufgebaut worden. Hierher kehrten auch die RAF-Mitglieder aus dem Südjemen zurück, um über die Jahreswende 1978/79 die in Aden besprochene Neuorientierung der RAF vorzunehmen. Auf einer Zusammenkunft in Ostende wurden einerseits stärkere Kooperationsbemühungen mit europäischen Terrorgruppen, andererseits neue Anschläge auf internationale militärische Ziele vereinbart: konkret auf den NATO-Oberbefehlshaber Alexander Haig. Der Anschlag auf den General scheiterte ebenso wie die Gespräche, die mit der *Brigate Rosse* aufgenommen wurden. Die institutionellen Voraussetzungen und ideologischen Positionen zwischen RAF und BR waren zu unterschiedlich. Während die BR eher orthodox-leninistische Positionen vertrat und von der RAF den Aufbau von Parteistrukturen verlangte, bestand die RAF auf ihrer Avantgarde-Ideologie und lehnte institutionelle Reformen ab. So kam es trotz mehrfacher Gespräche zunächst nicht zu der stets propagierten Allianz zwischen den beiden Gruppierungen.[91]

Eine eher Erfolg versprechende Kooperation deutete sich durch die am 2. Juni 1980 förmlich vollzogene Fusion der RAF mit der *Bewegung 2. Juni* an. Letztere brachte nämlich nicht nur eine Menge Geld mit in die Ehe, sondern über Inge Viett beste Kontakte zum Ministerium für Staatssicherheit der DDR. Zunächst konnte diese Beziehung zur Lösung des schwierigen Problems der RAF-Aussteiger genutzt werden. Nach dem Scheitern der »Offensive 77« hatten etliche RAF-Aktivisten im bewaffneten Kampf keine Perspektive mehr gesehen und ihren Wunsch ausgedrückt, auszusteigen. Nach längeren Verhandlungen erklärte sich die DDR bereit, die Aussteiger aufzunehmen und ihnen neue Identitäten zu verschaffen. Damit half die DDR der RAF, ein heikles organisatorisches Problem zu lösen und ihre Funktionsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Die Zusammenarbeit ging aber über diese – wohlwollend als »latent« zu bezeichnende – Kooperation hinaus. Denn auch aktive RAF-Kader traten alsbald in Kooperationsbeziehungen zur DDR und wurden, nach anfänglichem Zögern, im Umgang mit Waffen, unter anderem mit Panzerfäusten, ausgebildet.[92] Das Interesse der DDR war dabei allerdings weniger, den bewaffneten Kampf gegen die Bundesrepublik zu unterstützen, als Informationen über den internationalen Terrorismus zu sammeln. Nach Tobias Wunschik sprachen die »politischen Interessen der DDR [...] keineswegs eindeutig für eine vorbehaltlose Unterstützung der RAF, zumal das SED-Regime und die westdeutsche Stadtguerilla [...] sich in ihrem strategischen Ansatz fremd waren«.[93] Dennoch muss die Kooperation zwischen RAF und MfS insbesondere dann als manifest bezeichnet werden, wenn man bedenkt, dass der nur knapp fehlgeschlagene Anschlag auf US-General Frederick Kroesen im September 1981 mit einer Panzerfaust ausgeführt wurde, deren Handhabung die RAF in der DDR trainiert hatte.

Allerdings empfanden beide Seiten die Kooperation zunehmend als problematisch. Die DDR befürchtete, durch eine Entdeckung international als Unterstützerin des Terrorismus gebrandmarkt zu werden, während die RAF-Aktivisten zunehmend am Nutzen des Trainings und dem Wert der politischen Diskussionen zweifelten. Ab 1984, begünstigt durch die Verhaftungswelle im November 1982, scheint die Zusammenarbeit deswegen zum Erliegen gekommen zu sein. Ob die DDR selber dabei ihre Finger im Spiel hatte, indem sie den bundesdeutschen Behörden einen Tipp zur Ergreifung der RAF-Führungsriege gab, ist Spekulation.[94] Allerdings ist in dieser unglaublichen Geschichte nichts undenkbar.

91 Vgl. Wunschik, Baader-Meinhofs Kinder, S. 387–389.
92 Vgl. ebenda, S. 389–403; ausführlich: Michael Müller / Andreas Kanonenberg, Die RAF-Stasi-Connection, Berlin 1992.
93 Wunschik, Baader-Meinhofs Kinder, S. 401.
94 Vgl. Müller/Kanonenberg, Die RAF-Stasi-Connection, S. 195–208.

Scanned by CamScanner

Die dritte Generation

Es gibt unterschiedliche Meinungen darüber, ab wann man von einer dritten Generation der RAF sprechen kann. Für die hier entwickelte Argumentation ist die programmatische Neuausrichtung der RAF Anfang der 1980er Jahre entscheidend, die im sogenannten Mai-Papier von 1982 »Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front« deutlich wird. Ausgehend von der Kritik der Ereignisse des Jahres 1977 wurde ein Strategiewechsel der RAF angekündigt: »Das Problem, das sich während der Schleyerentführung gegen uns ausgewirkt hat, war, daß wir – auf unser konkretes Ziel, die Gefangenen rauszuholen, konzentriert – die Entwicklung des politischen Ziels in der ganzen Offensive, die Vertiefung der Widersprüche in der Krise, nicht angepackt haben.«[95] Das Ziel war nun, die Kräfte auf den Kampf in den Metropolen in einer Front zu konzentrieren und dabei sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene vorzugehen.

Bei der Umsetzung dieser Strategie scheiterte die RAF zunächst im Dezember 1984 mit einem Anschlag auf die NATO-Schule in Oberammergau. Im Januar und Februar 1985 wurden in abgestimmten Aktionen mit der *Action Directe* der französische General René Audran und der Industrielle Ernst Zimmermann ermordet. Wenig später übernahm die RAF gemeinsam mit der AD die Verantwortung für den Anschlag auf die US-Airbase in Frankfurt im August 1985, bei dem zwei Menschen getötet und 23 verletzt wurden. Bis 1990 fanden fünf weitere gezielte Morde statt, im Juli 1986 an Siemens-Vorstandsmitglied Karl Heinz Beckurts und seinem Fahrer Eckhard Groppler, im Oktober 1986 an Gerold von Braunmühl, Abteilungsleiter im Auswärtigen Amt, im November 1989 am Vorstandssprecher der Deutschen Bank Alfred Herrhausen. Dagegen scheiterten Anschläge 1988 auf den Finanzstaatssekretär Hans Tietmeyer und 1990 auf den Staatssekretär im Bundesinnenministerium Hans Neusel. Am 1. April 1991 schließlich wurde der Vorsitzende der Treuhandanstalt Detlev Karsten Rohwedder das letzte Opfer eines Mordanschlags der RAF.

Zu Beginn des Jahres 1992 erklärte der damalige Bundesjustizminister Kinkel die Bereitschaft des Staates, das Verhältnis zur RAF zu überdenken. Der Staat müsse dort, wo es angebracht sei, zur Versöhnung bereit sein. In der Folge kam es im April 1992 zu einer Erklärung der RAF, in der sie die »Eskalation zurücknimmt«[96] und im sogenannten August-Papier des gleichen Jahres zum Eingeständnis, dass die Idee des Front-Gedankens nicht verwirklicht werden konnte. Im März 1998 verfasst die RAF ihre Auflösungserklärung und stellt fest, dass die »Stadtguerilla in Form der RAF [...] nun Geschichte« ist.

Programmatik: Internationalismus und Front

Die Grundidee des Mai-Papiers 1982 war, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und eine neue Programmatik zu entwickeln: »Wir sagen, daß es jetzt möglich und notwendig ist, einen neuen Abschnitt in der revolutionären Strategie im imperialistischen Zentrum zu entfalten.«[97] Was 1982 nur angedeutet wurde, wurde in der Erklärung von 1986 »Die revolutionäre Front aufbauen« präzisiert: »Wir, die revolutionäre Metropolenfront, haben die Macht, die von hier aus durchstartende Aggression der Imperialisten in Schach zu halten. Auf diese Möglichkeit der revolutionären Bewegung in Westeuropa innerhalb der gesamten internationalen Klassenkonfrontation zwischen Weltproletariat und imperialistischer Bourgeoisie sind wir aus.«[98] Im Gegensatz zu den ersten beiden Generationen beschränkte sich der Internationalismus der dritten also nicht nur auf vage Solidaritätsbekundungen, sondern zielte auf die *Herstellung* des Internationalismus.

Begründet wird diese Absicht auf doppelte Weise. Zum einen sei sie eine Rückbesinnung auf den klassenkämpferischen Auftrag, die Metropolen zu erschüttern. Zum anderen sei sie eine Antwort auf die politischen Rahmenbedingungen der europäischen Einigung, die eine europäische Kooperation auch

95 Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front, in: Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, S. 303.

96 An alle, die auf der Suche nach Wegen sind, wie menschenwürdiges Leben hier und weltweit an ganz konkreten Fragen organisiert und durchgesetzt werden kann, April 1992, in: Texte und Materialien der RAF, S. 410–414, S. 412.

97 Ebenda, S. 291.

98 Die revolutionäre Front aufbauen, in: Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, S. 363.

linksterroristischer Kräfte erforderlich mache. Die Internationalisierung der dritten RAF-Generation wurde also sowohl ideologisch als auch pragmatisch begründet. Am besten kam das in der gemeinsamen Erklärung von RAF und AD vom Januar 1985 »Für die Einheit der Revolutionäre in Westeuropa« zum Ausdruck: »Wir sagen, es ist notwendig und möglich, eine neue Phase für die Entwicklung revolutionärer Strategie in den imperialistischen Zentren zu eröffnen und als eine Bedingung für diesen qualitativen Sprung die internationale Organisation des proletarischen Kampfes in den Metropolen, ihren politisch-militärischen Kern: westeuropäische Guerilla, zu schaffen.«[99]

Strategie: Europäisierung

Obwohl der Internationalismus seit Beginn der 1970er Jahre zur Programmatik der RAF gehört, setzte erst die dritte Generation diesen Anspruch – zumindest ansatzweise – in eine praktische Strategie um. Beweise dafür sind die gemeinsamen Erklärungen und Aktionen der RAF mit französischen und italienischen Terrorgruppen.

Ihre Anschläge richteten sich dabei zunächst vorrangig gegen Ziele der NATO, weil sie in den Augen der RAF den »Kern imperialistischer Macht« darstellte: »Zentrales Projekt in der aktuellen Phase imperialistischer Strategie ist der Versuch, die westeuropäischen Staaten zur homogenen Struktur zusammenzuschweißen, zum harten Block, der vollkommen in den Kern imperialistischer Macht – NATO, als der fortgeschrittensten imperialistischen Herrschaftsstruktur, integriert ist.«[100]

Anfang der 1980er Jahre fanden verstärkte Versuche der RAF statt, mit europäischen Terrorgruppen (wieder) ins Gespräch zu kommen und Kooperationsverbindungen einzugehen. Am einfachsten gestaltete sich die Zusammenarbeit mit der *Action Directe*, insbesondere mit ihrem internationalistischen Flügel, der sich vom nationalistischen 1982 abgespalten hatte. So fielen in die frühen 1980er Jahre eine Reihe gemeinsamer Aktionen, so die Anschläge auf eine Firma in Düsseldorf und die Bundeswehrschule in Bad Ems, für die in Paris handschriftliche Bekennerschreiben auf Deutsch und Französisch gefunden wurden. Auch bei den Mordanschlägen auf General René Audran im Januar 1985 und Ernst Zimmermann einen Monat später arbeiteten RAF und AD eng zusammen. Den Höhepunkt der Kooperation bildete jedoch der Sprengstoffanschlag auf die Rhein-Main-Airbase, der gemeinsam geplant und durchgeführt wurde. Dabei starben drei Menschen, 26 wurden zum Teil schwer verletzt.

Die Kooperation zwischen RAF und AD ging damit über die bislang praktizierte, überwiegend latente Kooperation mit anderen Gruppen deutlich hinaus. Sie erstreckte sich auf die gemeinsame Nutzung von Waffen, Sprengstoff und anderen Ressourcen; die gemeinsame Planung und Durchführung von Aktionen und die Entwicklung einer gemeinsamen Programmatik. Allerdings sah die RAF die Zusammenarbeit auch kritisch. In einem Interview vom September 1985 in der Flugschrift »Zusammen kämpfen« wurde sie zitiert: »In vielen Flugblättern reden Genossen vom ›Zusammenschluss RAF–Action Directe‹. Das vermittelt so was wie ›organisatorisch-logistisch‹ – was es nicht gibt. Genausowenig wie es ein europäisch-draufgesetztes Zentralkommando gibt, das irgendwelche Direktiven und Aktionslinien beschließt.«[101] Offenbar war die RAF bemüht, bei aller Beschwörung einer »westeuropäischen Front« ihre Autonomie nicht zu gefährden. Hier deuteten sich durchaus vergleichbare Kooperationsprobleme zwischen den europäischen Terrororganisationen an, wie sie auch in der offiziellen europäischen Integrationspolitik anzutreffen waren, die man exemplarisch an den Schwierigkeiten verdeutlichen könnte, die europäische Terrorismusbekämpfung zu vergemeinschaften.[102]

Die Ursachen für das Stocken der deutsch-fran-

99 Für die Einheit der Revolutionäre in Westeuropa. Gemeinsame Erklärung von RAF und Action Directe, Januar 1985, in: Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, S. 328.
100 Ebenda.
101 Zit. n. Straßner, Die Dritte Generation der »Roten Armee Fraktion«, S. 348.
102 Vgl. dazu z. B. Paul Wilkinson, International Terrorism. The Changing Threat and the EU's Response, Chaillot Papers, Nr. 84, Oktober 2005.

Scanned by CamScanner

zösischen Terrorismuskooperation ist vermutlich in Führungsstreitigkeiten zu suchen.[103] Das Gleiche gilt für die versuchte Wiederannäherung zwischen RAF und BR. Schon in den 1970er Jahre waren Kontakte aufgenommen, bald aber wieder abgebrochen worden, nachdem die ideologischen und strategischen Unterschiede deutlich geworden waren. Mit dem Front-Konzept konnten die Italiener wenig anfangen, und so scheiterte eine engere Zusammenarbeit an »unüberbrückbaren ideologischen Differenzen«.[104] In einem *Spiegel*-Interview ging der BR-Aktivist Valerio Morucci sogar so weit, die *Brigate Rosse* und die RAF als »feindliche Konkurrenten« zu bezeichnen.[105]

Eine ähnliche Einstellung setzte sich schließlich auch bei den belgischen *Kommunistischen Zellen* durch, nachdem es Mitte der 1980er Jahre eine sporadische Kooperation gegeben hatte. Zum endgültigen Bruch kam es, wie bei den anderen auch, aber erst mit der Gewaltverzichtserklärung der RAF im Januar 1992. Aus den belgischen Gefängnissen meldete sich das Gefangenenkollektiv der CCC mit den Worten: »In einer bestimmten Weise hat uns dieser Schluß nicht überrascht. Seit langer Zeit verstehen wir nicht mehr, aus welchen historischen, politischen und strategischen Anschauungen und Analysen die RAF ihre kämpfende Vitalität schöpfen konnte.«[106] Im Grunde, so folgerte die CCC, sei die 30-jährige Geschichte der RAF die Geschichte einer politischen Abweichung.

Fazit

Die internationalen Beziehungen und transnationalen Kontakte haben der RAF eine überdurchschnittlich lange Existenz und eine unverhältnismäßig hohe Schlagkraft verliehen. Gleichzeitig hat die Kooperation mit internationalen Akteuren aber auch die Widersprüche der RAF verschärft und damit langfristig zu ihrem Niedergang beigetragen.

Ohne die symbolische Kooperation mit Staaten wie Kuba oder Vietnam, Befreiungsbewegungen wie der PLO oder dem *Vietcong* und europäischen Terrorgruppen wie der *Action Directe* oder den *Brigate Rosse* hätte die RAF nie das internationalistische Bewusstsein entwickeln können, das für ihre organisatorische Stabilität die ideologische Begründung lieferte. Die Gewissheit, *Fraktion*, Teil eines weltweiten Klassenkampfes zu sein, diente gleichzeitig als Rechtfertigung revolutionärer Gewalt »in den Metropolen« und als Verpflichtung, auch nach Niederlagen den bewaffneten Kampf nicht aufzugeben. Insofern förderten die internationalen Solidaritätsbekundungen, die Rechtfertigungen der Handlungen anderer Terrorgruppen und das Handeln im Namen einer internationalistischen Bewegung die Gruppenkohäsion der RAF.

Andererseits hat die symbolische Kooperation aber auch Erwartungen geschürt, die von der RAF nicht eingelöst werden konnten. Die Verpflichtung zu internationaler Solidarität hat etwa die RAF dazu verleitet, die Aktionen des *Schwarzen September* zu rechtfertigen, die ihrem eigenen Konzept der Stadtguerilla eigentlich widersprachen. Zudem entfernte sich die zweite Generation von ihren internationalistischen Ambitionen, indem sie sich auf das Ziel der Gefangenenbefreiung konzentrierte, und akzentuierte damit den Widerspruch zwischen Anspruch und Realität des revolutionären Kampfes.

Ohne die latente Kooperation mit staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren wäre die RAF nie zu einer schlagkräftigen Terrorgruppe geworden und hätte sich nicht nach ihren großen Niederlagen regenerieren können. Insbesondere die strategischen Rückzugsräume in den arabischen Staaten waren entscheidend für die Entstehung und Erhaltung der RAF. Die erste Generation hat sich erst im Lager der *Fatah* als terroristische Gruppe konstituiert, und die zweite Generation hätte die Niederlage der »Offensive 77« in Europa kaum überstanden. Auch die DDR war als Rückzugsraum wichtig, weil das Aussteigerproblem leicht die ganze Organisation hätte sprengen können.

103 Straßner, Die Dritte Generation der »Roten Armee Fraktion«, S. 304.
104 Ebenda, S. 312.
105 »Die RAF und wir – feindliche Konkurrenten«, *Der Spiegel* vom 28. Juli 1986, 40. Jg., Nr. 31, S. 106–107.
106 Zit. n. Straßner, Die Dritte Generation der »Roten Armee Fraktion«, S. 309.

Das militärische Training durch unterschiedliche Fraktionen des palästinensischen Widerstands und die Lieferung von Waffen waren ursächlich dafür, dass aus der RAF eine der gefährlichsten europäischen Terrorgruppen wurde.

Andererseits hat die internationale Kooperation die RAF dazu verleitet, weit über ihre wirklichen Verhältnisse zu handeln. So stark z. B. die erste Generation in der taktischen Offensive war, so schwach war sie in der strategischen Defensive. Sosehr die zweite Generation den Druck mit Hilfe der »Landshut«-Entführung steigern konnte, so machtlos war sie beim Scheitern der Aktion. So gefährlich zunächst die Kooperation westeuropäischer Terrororganisationen aussah, so schnell stellte sich die antiimperialistische Front der dritten Generation als »Papiertiger« heraus. Die internationale Kooperation machte die RAF stark, aber auch verwundbar.

Das Argument dieses Beitrags ist wohlgemerkt nicht, dass die RAF *ohne* internationale Kooperation erfolgreicher gewesen wäre. Im Gegenteil, vielleicht wäre sie schneller gescheitert. Aber ihre internationalen Beziehungen haben nicht nur ihr letztendliches Scheitern hinausgezögert, sondern auch ihre Niederlagen immer spektakulärer gemacht. Insofern hat die Internationalisierung des Terrors durch die RAF dazu beigetragen, dass der Terrorismus in Deutschland umso gründlicher gescheitert ist.

Scanned by CamScanner

VII. Der Staat, die Polizei und die Justiz

Scanned by CamScanner

Klaus Weinhauer

»Staat zeigen«
Die polizeiliche Bekämpfung des Terrorismus in der Bundesrepublik bis Anfang der 1980er Jahre

Bei der staatlichen Bekämpfung des bundesdeutschen Linksterrorismus der 1970er Jahre hatte die Politik eine wichtige Rolle inne. Jedoch sind weder Terrorismus noch Staat begrifflich präzise zu definieren. Zum einen fehlt bislang eine klare Begriffsdefinition von Terrorismus;[1] es gibt nur Annäherungen.[2] Ohnehin handelt es sich um keinen wertneutralen Begriff, sondern um eine politisch wie moralisch abqualifizierende Zuschreibung. Zum anderen ist auch das, was jeweils als »Staat« bezeichnet wird, in seiner Gesamtheit kaum eindeutig bestimmbar. Denn, wie Wolfgang Reinhard zu Recht betont, »[n]iemand hat je den ›Staat‹ gesehen«.[3] Die Unbestimmtheit beider Termini wird dadurch noch verstärkt, dass Staat und Terrorismus in enger Wechselwirkung zueinander stehen. Ein Ausweg aus all diesen Problemen ist jedoch möglich, wenn man sich auf die Polizei als Untersuchungsgegenstand konzentriert.[4] Ist sie doch

1 Vgl. zum sozialwissenschaftlichen Forschungsstand: Peter Waldmann, Terrorismus. Provokationen der Macht, München 1998; Tobias Wunschik, Baader-Meinhofs Kinder. Die zweite Generation der RAF, Opladen 1997; Uwe Backes / Eckhard Jesse (Hg.), Politischer Extremismus in der Bundesrepublik, Bonn 1996. Immer noch unverzichtbar ist Henner Hess u. a., Angriff auf das Herz des Staates. Soziale Entwicklung und Terrorismus, Frankfurt am Main 1988 (2 Bde.); sowie das fünfbändige Werk: Bundesministerium des Innern (Hg.), Analysen zum Terrorismus, Opladen 1981 ff. Vgl. aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive Klaus Weinhauer / Jörg Requate / Heinz-Gerhard Haupt (Hg.), Terrorismus in der Bundesrepublik. Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren, Frankfurt am Main / New York 2006; Klaus Weinhauer, Terrorismus in der Bundesrepublik der Siebzigerjahre. Aspekte einer Sozial- und Kulturgeschichte der Inneren Sicherheit, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 44. Jg., 2004, S. 219–242; Nick Thomas, Protest Movements in 1960s West Germany. A Social History of Dissent and Democracy, Oxford 2003, S. 201–219; ferner Michael Sturm, »Dazwischen gibt es nichts«. »Bewaffneter Kampf« und Terrorismusbekämpfung in der Bundesrepublik am Beginn der 1970er Jahre, in: *Sozialwissenschaftliche Informationen*, 32. Jg., 2003, S. 47–59; Belinda Davis, Activism from Starbuck to Starbucks, or Terror: What's in a Name?, in: *Radical History Review*, 85. Jg., 2003, S. 37–57.

2 Vgl. Waldmann, Terrorismus, S. 10.

3 Wolfgang Reinhard, Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 2002, S. 18.

4 Vgl. zum polizeigeschichtlichen Forschungsstand Klaus Weinhauer, Schutzpolizei in der Bundesrepublik. Zwischen Bürgerkrieg und Innerer Sicherheit: Die turbulenten sechziger Jahre, Paderborn u. a. 2003; Gerhard Fürmetz / Herbert Reinke / Klaus Weinhauer (Hg.), Nachkriegspolizei. Sicherheit und Ordnung in Ost- und Westdeutschland 1945–1969, Hamburg 2001; ferner aus sozialwissenschaftlicher Sicht Hans-Jürgen Lange: Innere Sicherheit im Politischen System der Bundesrepublik, Opladen 1999; Martin Winter, Politikum Polizei. Macht und Funktion der Polizei in der Bundesrepublik Deutschland, Münster 1998; Heiner Busch u. a., Die Polizei in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main / New York 1988; Falko Werkentin, Die Restauration der deutschen Polizei. Innere Rüstung von 1945 bis zur Notstandsgesetzgebung, Frankfurt am Main u. a. 1984; ferner zum Verhältnis von Polizei und Staat: Klaus Weinhauer, Sozialpartnerschaft, autoritärer Staat und Innere Sicherheit. Gewerkschaftliche Interessenvertretung in der nordrhein-westfälischen Polizei von den 1950er bis Anfang der 1970er Jahre, in: Karl Christian Führer (Hg.), Tarifbeziehungen und Tarifpolitik in Deutschland im historischen Wandel, Bonn 2004, S. 224–246.

mehr als eine symbolische Staatsmacht, nämlich die eindeutig identifizierbare und handelnde Inhaberin des staatlichen Gewaltmonopols nach innen: Wer von Staat und auch von Terrorismus spricht, kommt nicht ohne den Bezug auf die Polizei aus.

Wie ein Blick auf die Forschung speziell der 1970er/80er Jahre zeigt,[5] lauern aber auch hier in analytischer Hinsicht einige Gefahren. So ist es wenig weiterführend, die Polizei und damit den Staat als allgegenwärtig und übermächtig anzusehen oder zu dämonisieren. Angesichts dieser Rahmenbedingungen ist es notwendig, die historische Analyse des Terrorismus nicht auf diesen selbst, d. h. auf Ideen, Konzepte, programmatische Erklärungen oder lebensgeschichtliche Skizzen zu beschränken. Die geschichtswissenschaftliche Terrorismusforschung ist einzubetten in eine breit angelegte Sozial- und Kulturgeschichte der Inneren Sicherheit,[6] der das oben angesprochene enge Wechselverhältnis zwischen Terrorismus und Staat zugrunde liegt.

Seit den frühen 1970er Jahren kommt zu den beiden vagen und symbolisch hoch aufgeladenen Termini Staat und Terrorismus noch ein weiterer, ähnlich problematischer hinzu: die Innere Sicherheit.[7] Diese lässt sich mit Blick auf die Legitimation von Staatlichkeit definieren als komplexes Maßnahmenbündel zur Definition, Darstellung und Festigung von Staatsfunktionen nach innen. Innere Sicherheit kann kaum ohne den Terrorismus und seine Bekämpfung (durch den Staat) analysiert werden. Aus staatlicher Perspektive galt Sicherheit nach innen in der Bundespolitik bis Ende der 1950er Jahre vorrangig nur als eine Voraussetzung, um die Sicherheit nach außen zu stabilisieren, war also der äußeren Sicherheit nachgeordnet.[8] Diese Gewichtung veränderte sich endgültig und grundlegend mit dem Regierungsantritt der sozialliberalen Koalition. Im »Sofortprogramm der Bundesregierung zur Modernisierung und Intensivierung der Verbrechensbekämpfung« vom November 1970 ging es nicht nur um die Bekämpfung einzelner krimineller Delikte,[9] sondern um den Versuch der umfassenden »Herstellung« von Sicherheit nach innen, kurz: um die »Innere Sicherheit«.

In dieser Aufgabenerweiterung des bundesdeutschen Staates wurde die alltägliche (Un-)Sicherheit

5 Vgl. zu den dramatisierenden Tendenzen B. Bolle u. a., Mit Samthandschuh und Eisenfaust – Polizei und Polizisten in der BRD, Hamburg 1977; »Jeder kann der nächste sein«. Dokumentation der polizeilichen Todesschüsse seit 1971 und ihre Legitimierung, Hamburg 1978; Nach Schleyer. »Sonderpolizei« in der BRD – Dokumentation zum Wiederaufbau einer GeStaPo in Westdeutschland, Hamburg 1978; Rolf Gössner / Uwe Herzog, Der Apparat. Ermittlungen in Sachen Polizei, Köln 1982.

6 Den zeitgeschichtlichen Forschungsstand, der allerdings erst die frühen 1970er Jahre berührt, umreißen folgende Sammelbände: Matthias Freese / Julia Paulus / Karl Teppe (Hg.), Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn u. a. 2003; Ulrich Herbert (Hg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980, Göttingen 2002; Axel Schildt / Detlef Siegfried / Karl Christian Lammers (Hg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000; sowie mit international vergleichenden Perspektiven Jörg Requate (Hg.), Recht und Justiz im gesellschaftlichen Aufbruch (1960–1975). Bundesrepublik Deutschland, Italien und Frankreich im Vergleich, Baden-Baden 2003; ferner die Sammelbesprechungen von Benjamin Ziemann, Vom Bierstreik zur Komplexitätsreduktion. Die Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik in den 60er Jahren, in: *Mittelweg 36*, 13. Jg., Juni/Juli 2004, Heft 3, S. 45–52; Detlef Siegfried, Weite Räume, schneller Wandel. Neuere Literatur zur Sozial- und Kulturgeschichte der langen 60er Jahre in Westdeutschland, in: *Historische Literatur* 1 (2003), S. 7–34; Klaus Weinhauer, Zwischen Aufbruch und Revolte: Die 68er-Bewegungen und die Gesellschaft der Bundesrepublik der sechziger Jahre, in: *Neue Politische Literatur*, 46 (2001), S. 412–432.

7 Vgl. als ältere Studien Albrecht Funk / Falco Werkentin, Die siebziger Jahre: das Jahrzehnt innerer Sicherheit, in: Wolf-Dieter Narr (Hg.), Wir Bürger als Sicherheitsrisiko. Berufsverbot und Lauschangriff. Beiträge zur Verfassung unserer Republik, Reinbek 1977, S. 189–210, hier S. 202–205; Albrecht Funk, »Innere Sicherheit«: Symbolische Politik und exekutive Praxis, in: Bernhard Blanke / Helmut Wollmann (Hg.), Die alte Bundesrepublik. Kontinuität und Wandel, Opladen 1991, S. 367–385; sowie mit historischer Perspektive Weinhauer, Schutzpolizei, S. 250–262.

8 Vgl. Paul Lücke, Sicherheit nach innen, in: Bulletin, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 13. Mai 1966, Nr. 63, S. 495–498, hier S. 497; ferner Hans-Jürgen Lange, Innere Sicherheit im Politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1999, S. 106–108; Busch u. a., Polizei in der Bundesrepublik, S. 435 f.

9 Vgl. Bulletin, hrsg. vom Presse und Informationsamt der Bundesregierung, 5. November 1970, Nr. 152, S. 1605–1614; sowie Werkentin, Restauration der deutschen Polizei, S. 190 f.

Scanned by CamScanner

in Staat und Gesellschaft nachdrücklich thematisiert, aber auch (re)politisiert. Denn Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher betonte am 10. November 1970 auf dem Delegiertenkongress der Gewerkschaft der Polizei die »hochpolitische Dimension« der Inneren Sicherheit. Damit signalisiere die Bundesregierung, so Genscher, dass sie der »Erhaltung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung« sowie dem Schutz der Bürger »denselben Stellenwert beimißt wie der äußeren Sicherheit. Beides gehört zusammen.«[10] Neben dieser politischen Dimension von Innerer Sicherheit lassen sich mit Blick auf den Terrorismus der 1970er Jahre zwei weitere Charakteristika dieses äußerst vagen und schillernden Begriffs verdeutlichen: Innere Sicherheit wurde stark durch die polizeiliche Tätigkeit definiert. Letztere war durch einen zunehmend intensiven Einsatz elektronischer Datenverarbeitung bestimmt. Gleichzeitig sind die starke symbolische Inszenierung und Aufladung der in Sachen Innere Sicherheit getroffenen (politischen) Entscheidungen und Maßnahmen klar erkennbar.[11]

Der Bedeutungsgewinn des innenpolitischen Leitbegriffs Innere Sicherheit war jedoch nur mög lich, weil auch in der bundesdeutschen Gesellschaft die Sensibilität für Sicherheit gestiegen war und über das für die 1950er Jahre postulierte »Streben nach ›Sicherheit‹« hinausging.[12] In diesem bislang noch nicht ansatzweise erforschten Kräftefeld staatlich-politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen muss sich eine Sozial- und Kulturgeschichte der Inneren Sicherheit bewegen.[13] Die polizeiliche Bekämpfung des Terrorismus ist – darin nur noch vergleichbar mit dem Kampf gegen den Drogenkonsum[14] – der zentrale Ausgangspunkt für eine noch zu schreibende Sozial- und Kulturgeschichte der Inneren Sicherheit der Bundesrepublik.

Dieser Aufsatz untersucht die polizeiliche Bekämpfung des bundesdeutschen Terrorismus (d. h. zumeist der RAF) vor allem der 1970er Jahre. Dabei geht es auch um die Frage, ob bzw. ab wann Terrorismus als staatsgefährdende Bedrohung galt. Gleichzeitig kann untersucht werden, ob bzw. wie Terrorismus und dessen polizeiliche Bekämpfung genutzt wurden, um Innere Sicherheit »herzustellen«, also Staatlichkeit nach innen zu definieren, darzustellen und zu festigen. Zumindest ansatzweise bleibt aber auch zu prüfen, wie die bundesdeutsche Gesellschaft auf die polizeilichen Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung reagierte. Mit Blick auf die Polizei – hier rückt auch das Bundeskriminalamt in den Blick – wird danach gefragt, wie es um die von vielen zeitgenössischen Studien konstatierte Allmacht der Polizei bestellt war. Wo lagen die Schwerpunkte der polizeilichen Fahndungsmaßnahmen? Es geht aber auch darum zu klären, warum es schon in der Anfangsphase der Terrorismusbekämpfung viele Tote gab. Der vorliegende Beitrag, der zumeist auf gedruckten Materialien fußt, skizziert zunächst knapp die Polizeiorganisation der 1970er Jahre. Dann geht es um drei Phasen der Terrorismusbekämpfung. Speziell die Analyse der dritten Phase nimmt das Verhältnis von Polizei und Gesellschaft am Ende der 1970er Jahre genauer in den Blick. Die Hauptergebnisse werden dann abschließend resümiert.

---

10 Rede von Innenminister Hans-Dietrich Genscher auf dem Delegiertenkongress der Gewerkschaft der Polizei am 10. November 1970, abgedruckt in: Bulletin, hrsg vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 13. November 1970, Nr. 157, S. 1657–1658, S. 1658.

11 Vgl. dazu Funk, »Innere Sicherheit«; sowie mit historischer Perspektive Weinhauer, Schutzpolizei, S. 250–262; ferner ders., Terrorismus, S. 234 f.

12 Vgl. Hans Braun, Das Streben nach »Sicherheit« in den 50er Jahren. Soziale und politische Ursachen und Erscheinungsweisen, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 18. Jg., 1978, S. 279–306.

13 Vgl. erste Überlegungen bei Weinhauer, Schutzpolizei, S. 259–262.

14 Vgl. als erste Annäherungen und zum Forschungsstand Klaus Weinhauer, Eliten, Generationen, Jugenddelinquenz und Innere Sicherheit. Die 1960er und frühen 1970er Jahre in der Bundesrepublik, in: Jörg Requate (Hg.), Recht und Justiz in der gesellschaftlichen Umbruchperiode der 1960er und frühen 1970er Jahre, Baden-Baden 2003, S. 33–58; ders., The End of Certainties: Drug Consumption and Youth Delinquency in West Germany of the 1960/70s, in: Axel Schildt / Detlef Siegfried (Hg.), Between Marx and Coca Cola: Youth Cultures in Changing European Societies, 1960–1980, New York / Oxford 2006, S. 376–397.

Polizeiorganisation der 1970er Jahre

Unter dem Sammelbegriff »Polizei« ist eine Vielzahl von Institutionen zusammengefasst, wobei zwischen Bundes- und Landeseinrichtungen zu unterscheiden ist. Da Polizei Ländersache war und ist, stellten die Länderpolizeien in den 1970er Jahren mit Abstand den zahlenmäßig größten Anteil des Polizeipersonals, das wiederum von den Beamten der Schutzpolizei dominiert wurde, auf die etwa 80 Prozent der Stellen entfielen. An zweiter Stelle stand mit weitem Abstand das Personal des Bundesgrenzschutzes (BGS), der jedoch erst seit Änderung des BGS-Gesetzes im Jahre 1972 vermehrt polizeiliche Aufgaben übernahm.[15]

Personalbestand der Sicherheitsorgane in der Bundesrepublik (1970–1980)

	1970	1980	Index (1970 = 100)
Länderpolizeien	135 863	194 203	143
Bundesgrenzschutz	21 370	26 305	123
Landesämter für Verfassungsschutz	1347	2170	161
Bundeskriminalamt	1211	3339	276
Bundesamt für Verfassungsschutz	1088	1780	164

Quelle: Busch u. a., Polizei in der Bundesrepublik, S. 79 f., sowie eigene Berechnungen.

Wie die Tabelle zeigt, gab es beim Personal der Institutionen der Inneren Sicherheit zwischen 1970 und 1980 ein starkes zahlenmäßiges Wachstum. Das Bundeskriminalamt (BKA)[16] wurde prozentual gesehen am stärksten aufgestockt, mit Abstand gefolgt vom Verfassungsschutz des Bundes und der Länder. Sozial- und geschichtswissenschaftliche Forschungen betonen mit Blick auf die Jahre 1973/74 deren tiefe Zäsurfunktion für die Polizeientwicklung. Dazu haben die Polizeireformen (bezogen auf Organisation, Ausbildung und Ausrüstung) ebenso beigetragen wie der Planstellenausbau sowie die großen Pensionierungswellen. Hinzu kam die vermehrte Verwendung EDV-gestützter Hilfsmittel.[17] All diese Veränderungen verdeutlichen: (Erst) jetzt entstand die Polizei, wie wir sie heute noch kennen.

Auf Länderebene gab es bis 1975 jedoch nicht nur staatliche, sondern auch kommunale und städtische Polizeien. Das galt speziell für das Gebiet der ehemaligen US-Besatzungszone (u. a. Bayern und Hessen). Aufgrund spektakulärer Banküberfälle mit Geiselnahmen (v. a. München, Sommer 1971) sowie angesichts des blutigen Endes der Geiselnahme der israelischen Olympiamannschaft in Fürstenfeldbruck im September 1972 wurden sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene Sondereinheiten aufgestellt:[18] Die Mobilen Einsatzkommandos (MEKs) und die Sondereinsatzkommandos (SEKs) der Länderpolizeien sowie die Grenzschutzsondergruppe (GSG) 9 des Bundesgrenzschutzes. Im schutzpolizeilichen Alltagsdienst brachten die Kontaktbereichsbeamten intensivere Einbindungen der Polizei in Stadtteile und ihre sozialen Milieus.[19]

Ein wichtiges Grundproblem der deutschen Polizeigeschichte bestimmte auch in den 1970er Jahren die polizeipolitischen Debatten: Wie weit durfte die Macht zentralstaatlicher Institutionen (konkret: des BKA) reichen, ohne die Polizeihoheit der Länder zu sehr zu beschneiden? Die polizeiliche Bekämpfung des Terrorismus brachte einen zunehmenden

15 Vgl. dazu Busch u. a., Polizei in der Bundesrepublik, S. 83 ff.
16 Es gibt keine umfassende geschichtswissenschaftliche Untersuchung zum BKA; es dominieren Bücher, die von ehemaligen Mitarbeitern geschrieben wurden. Für den hier untersuchten Zeitraum ist unverzichtbar Dieter Schenk, Der Chef. Horst Herold und das BKA, Hamburg 1998; leider ohne wissenschaftliche Belege arbeitet Wilhelm Dietl, Die BKA-Story. München 2000. Zu Herold vgl. auch Dorothea Hauser, Baader und Herold. Beschreibung eines Kampfes, Berlin 1997.
17 Vgl. Weinhauer, Schutzpolizei; ferner Busch u. a., Polizei in der Bundesrepublik.
18 Vgl. dazu knapp Busch u. a., Polizei in der Bundesrepublik, S. 112; Nach Schleyer, S. 90–97; ferner Ulrich Wegener, Bekämpfung des Terrorismus durch Spezialeinheiten im Rahmen des Sicherheitskonzepts der Bundesrepublik Deutschland, in: Rolf Tophoven (Hg.), Politik durch Gewalt. Guerilla und Terrorismus heute, Bonn 1976, S. 147–153; Nach Schleyer, S. 41–97.
19 Vgl. dazu Busch u. a., Polizei in der Bundesrepublik, S. 97 ff. und 287–293.

Scanned by CamScanner

Machtgewinn des BKA. Das Bundeskriminalamt war zwar schon 1951 gegründet worden,[20] stand jedoch bis Ende der 1960er Jahre kaum im Blickfeld der Öffentlichkeit; es war eine »wirkungsschwache Zentralinstanz«.[21] Auch polizeilich-technische Innovationen waren hier eher zurückhaltend aufgenommen worden. Das änderte sich erst, als sein langjähriger Leiter, Paul Dickkopf, Ende Juni 1971 pensioniert worden war[22] und Horst Herold dessen Position im September 1971 übernahm. Der personelle und vor allem technische Ausbau des BKA war eng mit Herold verknüpft, der bis März 1981 an der Spitze dieser Institution stand.

Der Blick auf den starken Mann an der Spitze des BKA sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die anfangs zehn BKA-Abteilungsleiter ihrem Chef (zunehmend) distanziert gegenüberstanden, oft auch deshalb, weil sie unter Herold an Einfluss verloren. Zudem gab es Spannungen mit der in Bonn-Bad Godesberg stationierten Sicherungsgruppe Bonn des BKA. Diese betrachtete sich nicht als Teil des BKA und fühlte sich den Wiesbadener Dienststellen überlegen. Darüber hinaus herrschte in der Sicherungsgruppe ein Kameradschaftskult sowie eine starke antikommunistische Orientierung.[23] Letztere erschwerte es zumindest anfangs, in dieser Institution das Interesse an der Terrorismusbekämpfung zu wecken. Insgesamt bleibt festzuhalten: Das BKA war 1971 ein »unterdurchschnittlich befähigter Apparat, der sich nicht über Nacht in das Gegenteil verwandelte«.[24]

Terrorismusbekämpfung als polizeiliches Problem (1970–1972/73)

Aus polizeilicher Sicht gab es in der Terrorismusbekämpfung im Jahre 1970 einige Erfolge zu vermelden.[25] So wurden am 8. Oktober 1970 in Berlin fünf Aktivisten festgenommen (Brigitte Asdonk, Monika Berberich, Irene Goergens, Horst Mahler und Ingrid Schubert). Am 20. Dezember folgte die Verhaftung von Karl-Heinz Ruhland. Danach schien sich die Terrorismusfahndung jedoch in einer Sackgasse zu befinden, obgleich die Sicherungsgruppe Bonn des BKA Mitte Februar 1971 eine wahre »Staatsaktion im Untergrund« durchführte, so der *Spiegel*. Zusammenfassend betrachtet sprachen führende BKA-Beamte von einer »unerträglich erfolglose[n] Fahndung« nach RAF-Mitgliedern.[26] Am 6. Mai 1971 konnte jedoch Astrid Proll verhaftet werden. Anschließend gab es aus polizeilicher Sicht weitere Erfolge, aber auch einige Tote. In Hamburg wurde bei der Festnahme von Werner Hoppe am 15. Juli 1971 seine Begleiterin Petra Schelm erschossen. Am 22. Oktober 1971 konnte zwar Margrit Schiller gestellt werden, dabei wurde jedoch ein Zivilfahnder der Hamburger Polizei erschossen. Schließlich starb Georg von Rauch am 4. Dezember 1971 bei einer polizeilichen Fahndungsaktion in West-Berlin.

Auch 1972 war nicht nur über Verhaftungen zu berichten, sondern auch über weitere Tote. Am 2. März 1972 erschossen Beamte einer Sonderkommission des bayerischen LKA Thomas Weisbecker in Augsburg. Ebenfalls im März 1972 starb in Hamburg der Leiter der dortigen Terrorismussonderkommission, Hans Eckhardt,[27] nach einem Schusswechsel bei der Festnahme von Manfred Grashof und Wolfgang Grundmann. Nach einer Serie von Anschlägen gelang es der Polizei dann im Sommer 1972, die führenden RAF-

20 Vgl. Gerhard Fürmetz / Herbert Reinke / Klaus Weinhauer, Nachkriegspolizei in Deutschland. Doppelte Polizeigeschichte 1945–1969, in: dies. (Hg.), Nachkriegspolizei, S. 9 f.

21 *Der Spiegel* vom 7. April 1969, 23. Jg., Nr. 15, S. 41.

22 *Stern* vom 1. Juni 1972, 26. Jg., Nr. 24, S. 102.

23 Vgl. die Andeutungen bei Schenk, Der Chef, S. 83; ferner bei Dietl, BKA-Story, S. 58 f.

24 Schenk, Der Chef, S. 82.

25 Die Bezeichnung der militanten Aktivisten in der Wochenpresse sowie in der Polizei changierte anfangs zwischen den Begriffen Baader-Meinhof-Gruppe oder, seltener, -Bande sowie Anarchisten oder anarchistische Gewalttäter, vgl. *Der Spiegel* vom 22. Februar 1971, 25. Jg., Nr. 9, bes. S. 28; ferner: *Der Spiegel* vom 22. Mai 1972, 26. Jg., Nr. 22.

26 Vgl. Armand Mergen, Die BKA-Story, München/Berlin 1987, S. 210.

27 *Stern* vom 9. März 1972, 25. Jg., Nr. 12, S. 25.

Aktivisten festzunehmen.[28] Am 25. Juni 1972 wurde der schottische Handelsvertreter Ian McLeod bei einer Wohnungsdurchsuchung erschossen. Wie dieser knappe Überblick zeigt, gab es von Mitte Juli 1971 bis Ende Juni 1972, also innerhalb von nicht einmal zwölf Monaten, sechs Tote, darunter zwei Polizisten aus Hamburg. Wie kam es zu dieser düsteren Bilanz?

Den Rahmen setzte eine angespannte öffentliche Atmosphäre, zu der anscheinend die Berichte der Boulevardpresse nicht unerheblich beigetragen hatten, wenngleich dies noch nicht genau untersucht worden ist. Hinzu kam bei den handelnden Polizisten eine Mischung aus persönlicher Angst, Überforderung und Übereifer. Ähnliches galt für die militanten Aktivisten aus der RAF. Grundsätzlich trugen Polizei, Politiker und Presse dazu bei, das sich das gesellschaftliche Klima gegenüber den Terroristen aufheizte. So attestierte der *Spiegel* den seit Anfang 1970 laufenden polizeilichen Großfahndungen eine Tendenz zur »bundesweiten Hysterisierung«.[29] Zudem kam es speziell durch die Boulevardpresse zu einer »Art Psychose« in Teilen der bundesdeutschen Gesellschaft.[30] Polizeiintern galten die RAF-Mitglieder als rücksichtslos und zum Schießen fest entschlossen. Wie es im Bundeskriminalblatt im Februar 1971 hieß, würden die dort zur Fahndung ausgeschriebenen führenden militanten Aktivisten »›im Einzelfall rücksichtslos von der Schußwaffe Gebrauch‹« machen, vor allem wenn man sich so der Festnahme entziehen oder Gefangene befreien könne.[31] Auch Politiker beabsichtigten nicht vorrangig, die Spannungen zu entschärfen. In ihren Augen ging es um die Suche nach dem »Staatsfeind Nr. 1« (Genscher) oder gegen eine »Gruppe von Desperados, wie wir sie seit Kriegsende noch nicht gehabt haben« (der Leiter der Abteilung Öffentliche Sicherheit im Bundesministerium des Innern, Günther Nollau).[32] Polizisten aus Stadt und Land fahndeten »nach den ›gefährlichsten Gangstern, die es gibt‹ (Kanzleramtsminister Horst Ehmke)«.[33] Die eskalationsfördernde Unsicherheit wurde dadurch verstärkt, dass sich selbst Polizisten oft nicht sicher waren, wen genau sie suchten und mit wem genau sie es zu tun hatten: »Man sah sie überall, die Rand- und auch die Hauptfiguren.«[34]

Ein Blick auf die polizeilichen Maßnahmen in Hamburg verdeutlicht weitere Einzelheiten der spannungsgeladenen Gesamtsituation der frühen 1970er Jahre. Am 15. Juli 1971 wurden bei der bis dahin größten Fahndungsaktion gegen RAF-Mitglieder in Norddeutschland speziell BMW-Fahrzeuge angehalten. Ausgerüstet mit »Maschinenpistolen und Tränengas, Walkie-Talkies und Panzerwesten« kontrollierten über 3000 Polizisten Straßen in Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen.[35] Was in dieser nervenaufreibenden Lage geschehen konnte, umriss der *Spiegel* so: »Wo immer ein Kraftfahrer versehentlich oder bewußt die emporgehobene Polizei-Kelle passierte, ließen die Straßenwächter Beutel mit grellgelber Farbe an den Karosserien zerplatzen, und Hubschrauber- wie Streifenwagenbesatzungen jagten, entsicherte Maschinenpistolen im Anschlag, die so Markierten – einen so lange, bis er [...] von Weinkrämpfen geschüttelt in einem Kornfeld zusammenbrach.«[36]

Die Anspannung war aber auch bei den Polizisten kaum geringer. So musste der aufgeregte und übereifrige Bordfunker eines Polizeihubschraubers bei der Verfolgung des flüchtenden Werner Hoppe gemahnt werden, nicht nur zu rufen: »›Wir haben ihn. Er geht da. Unten. Da unten. Wir sehen ihn. Er rennt‹«, sondern auch den genauen Fluchtweg zu beschreiben.[37] Auch die verfolgenden Polizisten waren nach dem

28 Es wurden im Sommer 1972 festgenommen: Andreas Baader, Holger Meins und Jan-Carl Raspe in Frankfurt am Main, Gudrun Ensslin am 7. Juni in Hamburg, Brigitte Mohnhaupt und Bernhard Braun am 9. Juni in West-Berlin und Ulrike Meinhof am 15. Juni in Hannover sowie Klaus Jünschke und Irmgard Möller am 9. Juli in Offenbach. Zudem stellte sich Katharina Hammerschmidt am 29. Juni 1972 der Polizei.

29 *Der Spiegel* vom 6. März 1972, 26. Jg., Nr. 11, S. 83.

30 *Der Spiegel* vom 22. Februar 1971, 25. Jg., Nr. 9, S. 33.

31 Ebenda, S. 27.

32 *Der Spiegel* vom 10. Mai 1971, 25. Jg., Nr. 20, S. 93; vgl. auch *Der Spiegel* vom 22. Februar 1971, 25. Jg., Nr. 9, S. 26; hier wurde das Staatsfeind-Zitat der *Welt am Sonntag* zugeschrieben.

33 *Der Spiegel* vom 10. Mai 1971, 25. Jg., Nr. 20, S. 93.

34 *Der Spiegel* vom 22. Februar 1971, 25. Jg., Nr. 9, S. 33 f.

35 *Der Spiegel* vom 19. Juli 1971, 25. Jg., Nr. 30, S. 28.

36 Ebenda.

37 Ebenda, S. 29.

Scanned by CamScanner

Tod Petra Schelms »mit den Nerven fertig«.[38] Oft war es pure Angst,[39] die das Verhalten der Polizisten wie der verfolgten oder gestellten militanten Aktivisten bestimmte.[40] Zudem bargen bewaffnete (Straßen-) Kontrollen zur Suche von Terroristen eine nicht zu vernachlässigende Eskalationsgefahr: Denn es standen überall »Männer mit Maschinenpistolen, die offenkundig damit rechneten, daß auf sie geschossen würde und daß sie zurückschießen würden«.[41] Zudem war das, was der *Spiegel* im März 1972 für die Auseinandersetzung zwischen RAF-Mitgliedern und Polizei schrieb, durchaus realistisch: Es galt die »Wildwest-Regel, daß die beste Chance habe, wer am schnellsten zieht und dann noch trifft«.[42]

Wenngleich sich manche Beobachter zwar fragten, ob die Polizei einen Bürgerkrieg suggeriere[43] oder der *Spiegel* nach den Anschlägen vom Mai 1972 unterstrich, der »Krieg [...] ist nun wirklich ausgebrochen«,[44] sollte man hier genauer hinschauen. Bis Ende der 1960er Jahre orientierten sich die Einsatzmaßnahmen der Schutzpolizei zweifelsfrei an Bürgerkriegs- und Aufstandsszenarien, die aus der Weimarer Republik übernommen worden waren. Die Polizeieinsätze gegen die Studentenproteste der Jahre 1967/68 hatten jedoch mehr als deutlich gezeigt, dass dieses »Bürgerkriegsmodell« nachhaltig diskreditiert und gescheitert war.[45] Wie diese Entwicklung in der Kriminalpolizei aussah, ist noch nicht untersucht.[46] Da viele Kriminalpolizisten aus der Schutzpolizei kamen, dürfte es auch in der Kripo zu einer wenngleich nicht abrupten, sondern eher allmählichen Abkehr vom »Bürgerkriegsmodell« gekommen sein. Die große Pensionierungswelle um die Mitte der 1970er Jahre sowie der gleichzeitige Personalausbau dürften diesen Wandlungsprozess nachhaltig unterstützt haben. Ohnehin handelte es sich zumindest vom polizeilichen Konzept her bei der Terrorismusbekämpfung prinzipiell nicht um die Niederschlagung von Bürgerkriegen. Situativ, d. h. vor Ort, bei Straßensperren, Verfolgungen usw., sah dies jedoch anders aus. Speziell wenn nur einzelne Polizisten mutmaßlichen Terroristen gegenüberstanden, galt offenbar die oben erwähnte binäre, männlich konnotierte Zweikampflogik: du oder ich.

Die Polizei war nicht nur ein passives Objekt medialen Interesses. Vielmehr nutzte sie seit Anfang der 1970er Jahre die Medien auch gezielt. So berichtete der Sprecher der Sicherungsgruppe Bonn, Regierungskriminaldirektor Gerhard Boeden, im Sommer 1972 im Anschluss an die Nachrichtensendungen »Tagesschau« oder »Heute« wiederholt über die Fahndung nach den Terroristen.[47] Es gab jedoch nicht nur diese Art der Mediennutzung, sondern auch Versuche einer gezielten Einschüchterung, denn Innenpolitiker und BKA planten publizistische Attacken auf die »›ständigen Verharmloser‹ in Presse und Fernsehen«. Es ging aber auch um die »Aktivierung von Feindgefühlen in der Bevölkerung«.[48] Zudem inszenierte die Polizei Ende Mai 1972 angeregt durch Horst Herold medienwirksam eine »riesenhafte Demonstration staatlicher Macht«: die bundesweite »›Hubschrauber-Springfahndung‹«. Letztere war zwar aus polizeilicher Sicht eher wirkungslos, jedoch wurden die Terroristen nachhaltig beunruhigt.[49] Diese Medienpräsenz war auch deshalb notwendig, weil speziell in formal hoch gebildeten Teilen der Bevölkerung ein zeitweiser Sympathiegewinn für die RAF zu verzeichnen war (»Robin-Hood-Effekt«[50]).

Neben der gezielten Mediennutzung gab es in den 1970er Jahren eine weitere grundlegende Neuerung in der polizeilichen Tätigkeit: den vermehrten Einsatz elektronischer Hilfsmittel. Mit dem »Sofortprogramm« der sozialliberalen Regierung vom November 1970 erhielt der polizeiliche Computereinsatz zu Fahndungszwecken hohe Priorität. So gelang Horst Herold bis November 1972, also innerhalb eines Jah-

38 *Bild*-Zeitung vom 16. Juli 1971.
39 *Der Spiegel* vom 22. November 1971, 25. Jg., Nr. 48, S. 57.
40 *Der Spiegel* vom 4. Oktober 1971, 25. Jg., Nr. 41, S. 70.
41 *Der Spiegel* vom 19. Juli 1971, 25. Jg., Nr. 30, S. 31.
42 *Der Spiegel* vom 6. März 1972, 26. Jg., Nr. 11, S. 83.
43 *Der Spiegel* vom 19. Juli 1971, 25. Jg. Nr. 30, S. 31.
44 *Der Spiegel* vom 29. Mai 1972, 26. Jg., Nr. 23, S. 25.
45 Vgl. dazu Weinhauer, Schutzpolizei, bes. S. 296–332.
46 Vgl. zusammenfassend zu den Rahmenbedingungen Patrick Wagner, Hitlers Kriminalisten. Die deutsche Kriminalpolizei und der Nationalsozialismus. München 2002.
47 *Der Spiegel* vom 26. Juni 1972, 26. Jg., Nr. 27, S. 72.
48 Schenk, Der Chef, S. 108 f.
49 Ebenda, S. 110.
50 Mergen, Die BKA-Story, S. 210.

res, der Aufbau des INPOL-Netzes (Informationssystem der Polizei).[51] Darüber hinaus wurden weitere EDV-gestützte Fahndungsmittel entwickelt. Sie entstanden vorrangig zur Bekämpfung des Terrorismus sowie des Rauschgifthandels. Zu nennen sind die Akteneerschließungssysteme »PIOS-Terrorismus« und »PIOS-Rauschgift« (PIOS = Personen, Institutionen, Objekte, Sachen) sowie die Beobachtende, die Rasterund die Zielfahndung.[52] Ich möchte hierauf jedoch nicht näher eingehen, sondern nur unterstreichen, dass erste technische Neuerungen zwar schon ab 1972 eingeführt, jedoch erst einige Jahre später komplettiert wurden und auch dann immer noch nicht bundesweit benutzbar waren.[53]

Wie bereits erwähnt, erhielt das BKA immer mehr Kompetenzen in der Terrorismusbekämpfung. Die RAF-Mitglieder galten leitenden Polizisten als die »besten Lobbyisten«.[54] Nachdem der Hamburger Zivilfahnder Norbert Schmid am 22. Oktober 1971 bei der Festnahme von Margrit Schiller erschossen worden war, übertrug Innenminister Genscher dem BKA die Ermittlungen – anscheinend gegen Herolds Widerstreben.[55] Herold setzte für diese Ermittlungen eine Sonderkommission der Sicherungsgruppe Bonn (»SOKO Baader-Meinhof«) ein, die durch Länderbeamte verstärkt und von Kriminaldirektor Günter Roemelt geleitet wurde. Gleichzeitig entstanden regionale Sonderkommandos (RESOS).[56] Nach der Anschlagserie vom Mai 1972 gab die Innenministerkonferenz am 22. Mai Herold noch weiterreichende Befugnisse, u. a. das Kommando über alle Länderpolizeien, über den Einsatz von V-Leuten und Telefonüberwachung. Zudem wurden Herold zeitweise Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes (BND) unterstellt.[57] Ende 1972 wurde die Machtfülle des BKA-Chefs dann wieder beschnitten.[58]

Bis 1972/73 war der Kampf gegen den Terrorismus vorrangig ein polizeiliches Problem. Zwar sah das Bundeskriminalamt das Ziel der Aktivisten im Umsturz der Gesellschaftsordnung. In zeitgenössischen Zeitschriften betrachteten Politiker die RAF-Mitglieder jedoch überwiegend als Kriminelle,[59] die hart und entschlossen bekämpft werden mussten. Abgesehen von der Phase nach der »Maioffensive« 1972 galt der Staat – allen Verlautbarungen vom »Staatsfeind Nr. 1« zum Trotz – offenbar nicht wirklich als bedroht. Vielmehr betonte Innenminister Genscher, am Beispiel der RAF-Mitglieder müsse verdeutlicht werden, wo die Grenze liege zwischen erlaubter politischer Auseinandersetzung und Gewalttätigkeit; man müsse »›den Rubikon sichtbar machen, den sie überschritten haben‹«.[60] Somit blieb es oft bei einer »rhetorischen Staatsaktion«, also politischen Debatten über die Innere Sicherheit.[61]

Nach den Festnahmen vom Sommer 1972 entspannte sich die innenpolitische Stimmung. Diese Verhaftungen hatten offenbar eine identitätsstiftende Wirkung gehabt, denn die »Nation war wieder wer«, konstatierte der *Spiegel*, »erlöst wähnte sich das Volk, dessen Glaube an Ruhe und Ordnung ins Wanken geraten war. Entlastet fühlte sich die Polizei.«[62] Die Bedrohung durch sowie die Bedrohungsgefühle gegenüber militanten Aktivisten verstärkten sich jedoch ab 1974 wieder, u. a. durch den Tod Günter von Drenkmanns, durch die Entführung von Peter Lorenz sowie durch den Überfall auf die deutsche Botschaft in Stockholm im April 1975 und erst recht durch die Morde des Jahres 1977. Bei aller von der dürftigen Kenntnislage diktierten Vorsicht ist anzunehmen, dass bundesdeutsche Politiker (aber auch die Polizei) nun den Terrorismus stärker als zuvor für Belange (und damit auch für die Inszenierung) von Innerer Sicherheit nutzten, damit also Staatlichkeit nach innen definieren, darstellen und festigen wollten.

51 Vgl. dazu Schenk, Der Chef, S. 126–130.
52 Vgl. dazu ebenda, S. 125–132; 205–214; 226–230 und 397–407; ferner Busch u. a., Polizei in der Bundesrepublik, S. 115–146.
53 Vgl. dazu S. 935 dieses Beitrags.
54 Schenk, Der Chef, S. 124.
55 Ebenda, S. 106.
56 Ebenda, S. 107, 128. *Der Spiegel* vom 22. Februar 1971, 25. Jg., Nr. 9, S. 33, beschreibt die Entstehung dieser Sonderkommission schon für Januar 1971. Vgl. auch Die Treibjagd, *Stern* vom 25. Juli 1971, 24. Jg., Nr. 31, S. 36–42, hier S. 42.
57 Schenk, Der Chef, S. 108 f.; vgl. auch *Stern* vom 9. November 1972, 25. Jg., Nr. 47, S. 70–76.
58 Schenk, Der Chef, S. 111.
59 *Der Spiegel* vom 22. Februar 1971, 25. Jg., Nr. 9, S. 26 f.
60 Ebenda, S. 33.
61 *Der Spiegel* vom 12. Juni 1972, 26. Jg., Nr. 25, S. 31.
62 Ebenda, S. 20.

Scanned by CamScanner

Staatsfeinde im Visier der Computertechnologie und der »Volks-Fahndung« (1974–1977)

Die Ermittler konnten bei der Fahndung nach RAF-Mitgliedern im Februar 1974 neue Erfolge melden. In Hamburg wurde am 4. Februar 1974 in der Bartholomäusstraße ein »Stabsquartier«[63] der RAF gestürmt und vier Personen festgenommen: Christa Eckes, Ilse Stachowiak, Helmut Pohl und Eberhard Becker. Parallel dazu wurden in Frankfurt weitere Aktivisten in einer Wohnung verhaftet; es handelte sich um Kay-Werner Allnach, Wolfgang Beer und Margrit Schiller. In Hamburg war man sich sicher, dass es sich um den »Rest-Trupp«[64] der RAF handelte.

Waren polizeiliche Fahndungen bis dahin oft unspezifisch und wenig vorbereitet gewesen, so galten die im Februar 1974 in Hamburg und Frankfurt durchgeführten Festnahmen als Ergebnis »sorgfältiger geheimdienstlicher Vorbereitung« und in der Ausführung als ein »perfektes Zusammenspiel« politischer Kriminalpolizei sowie polizeilicher Spezialeinheiten.[65] Das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz unter Hans Josef Horchem hatte alle Festgenommenen bereits mehr als ein halbes Jahr lang observiert. Dies erwies sich als relativ schwierig, hatten doch diese Aktivisten, so Horchem, »aus den Fehlern der Baader-Generation gelernt. Sie fuhren keine auffälligen Autos und pflegten keinen aufwendigen Lebensstil. Sie kleideten sich korrekt, trugen die Haare kurz und fuhren mit der Bundesbahn zweiter Klasse.«[66] Somit zog keiner der militanten Aktivisten mehr »durch ungewaschenes Zottelhaar« die Aufmerksamkeit auf sich. Als »Student oder Angestellter getarnt, als Verlobte oder Jungvermählte grüßend, leben die Anarchos wie der Bürger von nebenan«.[67]

Wie die Observationen konkret aussahen, beschreibt Horchem: »Wir observierten auf Distanz und nach dem Motto ›Deckung geht vor Information‹. Ein Observationstrupp war jeweils mit vier zivilen Fahrzeugen unterwegs, ausgerüstet mit Ferngläsern, Nachtsichtgeräten und Kleidern zum Wechseln. Zu dem Trupp gehörte ein Foto-Fachmann, der Spezialkameras in Aktentaschen und Ascheimern versteckte und mit Fernauslösern betätigte, wenn die Gesuchten ins Bild liefen. Um einen Verdächtigen bei einer Fußobservation eine Stunde zu halten, benötigten wir acht Leute, die sich in unregelmäßigem Turnus in der Nachfolge abzulösen hatten.«[68] Zudem wurde ohne gesicherte rechtliche Grundlage eine Telefonzelle in der Nähe der konspirativen Wohnung mit »Wanzen« abgehört.[69] Als man einen bevorstehenden Banküberfall vermutete, wurden die Observierten festgenommen. Diese Aktion lag in den Händen des Mobilen Einsatzkommandos der Hamburger Polizei.[70]

Die Festnahmen vom 4. Februar 1974 wurden in der Hamburger Presse minutiös nachgezeichnet und die Perfektion der Aktion, die Nacktheit der Festgenommenen[71] sowie deren schwere Bewaffnung besonders hervorgehoben: In der Bartholomäusstraße »schleichen ein Dutzend Männer in die Tiefgarage, fahren in den neunten Stock und dringen lautlos zwei Etagen tiefer vor bis an die Tür der mittleren Wohnung. Sie tragen Turnschuhe, Jeans, Lederjacken und kugelsichere Westen. Vorsichtig befestigt ein Experte Plastiksprengstoff am Türschloß und an den Türscharnieren. Dann gehen die Männer in Deckung. Um Punkt vier Uhr wird der Sprengstoff drahtlos gezündet.«[72] In »Sekundenschnelle werfen sich die Polizisten über die nackten Anarchisten. An die Waffen auf dem runden Tisch am Kopfende der Matratzen kommt keiner mehr heran. Es sind vier durchgela-

63 *Bild*-Zeitung vom 5. Februar 1974.
64 Ebenda.
65 *Der Spiegel* vom 11. Februar 1974, 28. Jg., Nr. 7, S. 29. Vgl. *Stern* vom 14. Februar 1974, 27. Jg., Nr. 8, S. 18–26 und 137.
66 Hans Josef Horchem, Auch Spione werden pensioniert, Herford u. a. 1993, S. 88.
67 *Der Spiegel* vom 12. September 1977, 31. Jg., Nr. 38, S. 26.
68 Horchem, Spione, S. 89.
69 Ebenda, S. 90.
70 Ebenda, S. 92. Vgl. auch *Der Spiegel* vom 11. Februar 1974, 28. Jg., Nr. 7, S. 34.
71 Überhaupt enthält die Zeitungsberichterstattung über Terroristen häufig erotisierende Untertöne sowie mehr oder weniger offene Anklänge an die unkontrollierte Sexualität (besonders der Terroristinnen); vgl. dazu *Bild*-Zeitung vom 6. Februar 1974; *Bild*-Zeitung vom 5. Februar 1974.
72 *Stern* vom 14. Februar 1974, 27. Jg., Nr. 8, S. 137.

dene und entsicherte Pistolen, Kaliber 9 mm. Die Terroristen werden auf den Bauch gedreht. Die MEK-Männer streifen ihnen dunkelblaue Pudelmützen über, keiner soll sich später rächen können. Die vier werden mit Handschellen gefesselt. Die Nackten werden in weiße Bettlaken gehüllt. Je drei Beamte führen einen von ihnen ab.«[73]

Wie die Polizeiaktionen vom Februar 1974 verdeutlichen, wurden die Erfolgsaussichten von Großfahndungen und Großrazzien inzwischen skeptischer beurteilt. Nach dem Motto »[man] muß auch mal aufs Wasser schlagen, um die Fische in Bewegung zu halten«,[74] gab es sie zwar noch, jedoch lag das Schwergewicht nun mehr auf dezentralen und verdeckten Datensammlungen, gekoppelt mit dem Einsatz polizeilicher Spezialeinheiten. Allerdings war auch klar geworden, dass der Einsatz von V-Leuten nur begrenzte Erfolge versprach.

Aber auch diese Fahndungserfolge konnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass es nach wie vor Kompetenzstreit, Abstimmungs- und Kommunikationsprobleme zwischen den verschiedenen Polizeien und Nachrichtendiensten gab.[75] So nahm eine Schutzpolizeistreife in Hamburg einen vom dortigen Verfassungsschutz observierten militanten Aktivisten voreilig wegen eines Verkehrsdeliktes fest.[76] Vom Hamburger Verfassungsschutz abgesehen, hatten diese Behörden auf Bundes- wie auf Landesebene kaum Interesse an der Terrorismusbekämpfung; man widmete sich lieber ausländischen, speziell: kommunistischen Spionen.[77]

Seit November 1974 spitzte sich die Konfrontation mit den militanten Aktivisten aus der *Bewegung 2. Juni* und der RAF zu. Der Tod von Holger Meins am 9. November 1974 markiert hier einen wichtigen Einschnitt, denn die Abwehrhaltung des Staates gegenüber den Terroristen verschärfte sich. Ein Blick auf die polizeiliche Sicht auf diesen Todesfall liefert erste Erklärungsansätze für diese Veränderung. So ging die Polizei davon aus, dass der RAF durch Meins' Tod ein enormer Sympathiegewinn erwachsen und gleichzeitig ein immenser Vertrauensverlust gegenüber dem Staat entstanden sei.[78] Die Ermordung des Berliner Kammergerichtspräsidenten Günter von Drenkmann (10. November 1974) verschärfte die innenpolitische Situation. Die Innenministerkonferenz beschloss, die Maßnahmen gegen terroristische Aktivitäten nochmals zu intensivieren.[79] Auch wurde der Schutz u. a. von Politikern und Juristen verstärkt: Erneut trat der »Staat in Erscheinung«;[80] es galt, »Flagge zu zeigen«.[81] Im Rahmen der Großfahndung »Aktion Winterreise« Ende November wurden Wohngemeinschaften und Büros, aber auch Privaträume von Schriftstellern und Publizisten durchsucht. Von der Beunruhigung, die von dieser Fahndung ausging, abgesehen blieb diese Aktion jedoch erfolglos: »Der große Schlag ins Wasser«.[82]

Als Nächstes beschäftigte die Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz (27. Februar bis 5. März 1975) durch Mitglieder der *Bewegung 2. Juni* die Republik. Nach der Entführung übertrugen die Innenminister dem BKA im April 1975 auch die zentrale Lenkung der polizeilichen Maßnahmen im Bereich »anarchistische Gewaltverbrechen«, wie es im Polizeijargon hieß.[83] Die Lorenz-Entführung war begleitet von heftigen Debatten über die Gefährdung der Inneren Sicherheit in der Bundesrepublik. Es ging vor allem darum, ob und inwieweit der Staat Stärke zeigen oder den Forderungen der Entführer nachgeben sollte. Schlagwörter wie »Staatsautorität« und »Staatsräson« füllten die Presse.[84] CDU-Chef Helmut Kohl sah gar »Weimarer Verhältnisse« heraufzie-

73 *Hamburger Morgenpost* vom 5. Februar 1974.
74 *Der Spiegel* vom 24. März 1975, 29. Jg., Nr. 13, S. 30 (Zitat: West-Berlins Polizeipräsident Klaus Hübner).
75 *Der Spiegel* vom 10. März 1975, 29. Jg., Nr. 11, S. 26; vgl. auch *Der Spiegel* vom 28. April 1975, 29. Jg., Nr. 18, S. 27.
76 *Der Spiegel* vom 28. April 1975, 29. Jg., Nr. 18, S. 27.
77 Vgl. *Stern* vom 15. September 1977, 30. Jg., Nr. 39, S. 30; ferner Schenk, Der Chef, S. 244.
78 Vgl. Schenk, Der Chef, S. 164.
79 Ebenda, S. 166.
80 *Der Spiegel* vom 18. November 1974, 28. Jg., Nr. 47, S. 29; vgl. auch *Der Spiegel* vom 2. Dezember 1974, 28. Jg., Nr. 49, S. 27.
81 *Der Spiegel* vom 2. Dezember 1974, 28. Jg., Nr. 49, S. 29.
82 Vgl. *Der Spiegel* vom 2. Dezember 1974, 28. Jg., Nr. 49, S. 28 f.; *Stern* vom 5. Dezember 1974, 27. Jg., Nr. 50, S. 18–24 und 207 (Zitat: *Stern*-Titel).
83 *Der Spiegel* vom 5. Mai 1975, 29. Jg., Nr. 19, S. 28 (Zitat: Innenminister Maihofer).
84 Vgl. *Der Spiegel* vom 3. März 1975, Nr. 10, S. 19–27, bes. S. 25–27 (Zitat: S. 20); *Stern* vom 6. März 1975, 28. Jg., Nr. 11, S. 16–34 und 178–185 (Zitat: S. 16).

Scanned by CamScanner

ben.[85] Ähnliche Debatten um die Haltung gegenüber den Terroristen sowie um die Schutzfunktionen des Staates wurden auch im Umfeld der Besetzung der Stockholmer Botschaft durch das Kommando Holger Meins im April 1975 geführt.[86] Anders als im Fall Lorenz ging es hier jedoch nicht mehr ums Nachgeben, sondern einzig um »Modalitäten der Härte«.[87]

Während der Lorenz-Entführung hatte die Berliner Polizei, den Forderungen der Kidnapper folgend, ihre Fahndungen nahezu eingestellt.[88] Nach diesem »spektakulärsten Stück Politkriminalität in Deutschland« wurde die Berliner Polizei jedoch überaus aktiv. Die lokale Ordnungsmacht durchsuchte, so der *Spiegel* mit leicht zynischem Unterton, »die ganze linke Szene, brach Türen ein, wo sie geschlossen, aber auch wo sie offen waren, und ließ nun auch wieder den Knüppel sausen – als gelte es, neue Anarchisten zu motivieren«. Es wurden 175 Personen festgenommen und auch wieder freigelassen.[89] Umgangssprachlich hieß die gesamte Großfahndung in Berlin deshalb »Aktion Wasserschlag«.[90] Die Berliner Verhaftungen vom September 1975 (Juliane Plambeck, Ralf Reinders, Inge Viett, Fritz Teufel, Gabriele Rollnik) stärkten jedoch das »lange lädierte Selbstbewußtsein« der Polizei wieder.[91]

Inzwischen hatten sich nicht nur die Verhaltensmuster der Terroristen, sondern auch die Strukturen des Terrorismus grundlegend verändert. Das BKA sah die »westdeutsche Anarcho-Szene als Konglomerat voneinander abgeschotteter Zellen« von insgesamt rund 300 Aktivisten und Helfern. Diese würden »nicht mehr – wie zu Baaders Zeiten – ›zentralistisch organisiert‹, sondern führerlos operieren«. Oft agierten nur Kleinstgruppen von zwei Personen. Hinzu kamen etwa 1600 bis 2000 »Sympathisanten«.[92] Es gab »kein Hauptquartier und keine zentrale Führung«.[93] Gewohnt, ihr eigenes hierarchisches System auf ihre »Gegner« zu übertragen, verunsicherte dies die Polizei.[94]

Angesichts dieser gewandelten Bedrohungslage setzte die Polizei noch stärker auf eine »Mobilmachung der Bürger«. So gab es intensivierte Versuche zur Fahndung mit Hilfe der Bürger, »Volks-Fahndung« genannt. Dabei wurden auch Fahndungspuppen eingesetzt, die wie die jeweils Gesuchten gekleidet waren.[95] Zudem wurde am 7. Mai 1975 am BKA-Dienstort Bonn-Bad Godesberg eine Abteilung Terrorismus mit über 200 Mitarbeitern eingerichtet, die erst im Juli 1978 an den Hauptsitz nach Wiesbaden umzog.[96] Geleitet wurde sie von Gerhard Boeden.[97] Darüber hinaus verbesserten die Landeskriminalämter gemeinsam mit dem BKA seit Sommer 1975 ihre Fahndungsraster. Vor allem wurden Hochhäuser und Wohnblocks auf ihr Potential für konspirative Wohnungen überprüft.[98]

Das Jahr 1977 brachte dann weitere dramatische Ereignisse, so die Ermordung von Bundesanwalt Siegfried Buback, des Chefs der Deutschen Bank Jürgen Ponto und von Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer. Hinzu kam die Entführung einer Lufthansa-Maschine sowie der Tod von Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe und Ingrid Schubert.[99] Angesichts der drängenden Probleme griff die Polizei im Oktober 1977 wieder stärker auf die gesamte Palette der Fahndungsmaßnahmen zurück. Es kam zur »Fahndung total«. Jedoch war vieles, so der *Spiegel*,

85 *Der Spiegel* vom 3. März 1975, 29. Jg., Nr. 10, S. 20.
86 Vgl. *Der Spiegel* vom 28. April 1975, 29. Jg., Nr. 18, S. 23–33; *Der Spiegel* vom 5. Mai 1975, 29. Jg., Nr. 19, S. 27 f.; vgl. auch *Stern* vom 1. Mai 1975, 28. Jg., Nr. 19, S. 118–128 und 144.
87 *Der Spiegel* vom 28. April 1975, 29. Jg., Nr. 18, S. 25.
88 *Der Spiegel* vom 10. März 1975, 29. Jg., Nr. 11, S. 23.
89 Ebenda, S. 32.
90 *Stern* vom 13. März 1975, 28. Jg., Nr. 12, S. 183.
91 *Der Spiegel* vom 15. September 1975, 29. Jg., Nr. 38, S. 32 f.; *Der Spiegel* vom 22. September 1975, 29. Jg., Nr. 39, S. 70–81 (Zitat: S. 72).
92 Ebenda, S. 77; vgl. auch *Der Spiegel* vom 10. März 1975, 29. Jg., Nr. 11, S. 25.
93 *Der Spiegel* vom 10. März 1975, 29. Jg., Nr. 11, S. 25.
94 Vgl. *Stern* vom 15. September 1977, 30. Jg., Nr. 39, S. 32 und S. 30.
95 *Der Spiegel* vom 26. Juli 1976, 30. Jg., Nr. 31, S. 28 u. 30.
96 Mergen, Die BKA-Story, S. 234; Schenk, Der Chef, S. 364.
97 *Der Spiegel vom* 2. Juni 1975, 29. Jg., Nr. 23, S. 28; *Der Spiegel vom* 22. September 1975, 29. Jg., Nr. 39, S. 72.
98 *Der Spiegel* vom 22. September 1975, 29. Jg., Nr. 39, S. 72 f.
99 Vgl. dazu Butz Peters, Tödlicher Irrtum. Die Geschichte der RAF, Köln 2004; ferner zu Ulrike Meinhof, die 1976 umkam, Johanna Meyer-Lenz, Angela Davis und Ulrike Meinhof. Ein biografischer Versuch im Kontext unterschiedlicher Protestkulturen, in: Karl Christian Führer / Karen Hagemann / Birthe Kundrus (Hg.), Eliten im Wandel. Gesellschaftliche Führungsschichten im 19. und 20. Jahrhundert, Münster 2004, S. 314–335.

»zu einem guten Teil Routine mit Alibiwert – Staat zeigen, vorübergehend wohl, wie früher auch schon«. Denn im Grunde hoffte die Polizei, dass die Bürger durch »Hinweise aller Art das zuwege bringen, was sie sich allein kaum besorgen kann: den entscheidenden Tip für den Zugriff«.[100]

Wie der damalige Bundespressesprecher Klaus Bölling rückblickend betonte, entstand spätestens seit der Schleyer-Entführung in der Bonner Regierung, aber auch in der Opposition ein Gefühl der Wut, das die Dämonisierung der RAF und das Gefühl der von ihr ausgehenden Bedrohung verstärkte.[101] Jedoch hatten die speziell im »Bollwerk Bonn«[102] getroffenen Sicherheitsmaßnahmen für Politiker oft mehr symbolischen als praktischen Nutzen. Bisweilen fehlte es den dortigen Polizisten »an so Banalem wie warmen Kleidern, schützender Kopfbedeckung und Winterstiefeln«.[103] Zudem gab es zahlreiche Abstimmungsprobleme zwischen den verschiedenen Polizeieinheiten, aber auch zwischen den beteiligten Behörden nach dem Motto: Eine »Behörde will so, die andere so«.[104] So warteten die eingesetzten Polizisten häufig nicht nur stundenlang auf ihr Essen. Es wurden auch neue Maschinenpistolen ausgeteilt, »mit denen kaum einer umgehen kann«. Dann wurde »falsche Munition ausgegeben und wieder eingezogen«. Es entstanden laufend »Probleme mit der Diensteinteilung, weil Listen über schützenswerte Personen oder Gebäude veraltet« waren. Oder es kam Verwirrung auf, weil »Objekte und Einsätze unter verschiedenen Tarn-Codes geführt« wurden. Stress wechselte oft mit »Däumchendrehen«. Darüber hinaus erfuhren Polizisten aufgrund der Nachrichtensperre oft erst nach Dienstschluss von den neuesten Entwicklungen. Schließlich war die Vereinheitlichung der Computersysteme der Polizei immer noch nicht abgeschlossen. Es wurden nicht nur Rechner verschiedener Firmen verwendet, sondern auch Informationen (z. B. Namen) nach unterschiedlichen Mustern eingegeben.[105] Zudem galt die Aufmerksamkeit von Polizisten bei Kontrollen immer noch eher Personen aus der Unterschicht als solchen aus gebildeten Schichten, aus denen jedoch die meisten Terroristen kamen.[106]

Bei überregionalen Einsätzen entstanden immer wieder Koordinationsprobleme beim Einsatz von nicht ortskundigen Polizisten, die in der Presse allerdings fast immer der Rubrik »Stück aus dem föderalistischen Tollhaus« zugeordnet wurden.[107] So kannten sich die zur Unterstützung der dortigen Polizei nach Köln geschickten Polizisten nicht in der Stadt aus und blockierten häufig die Funkzentrale, wenn sie sich per Funk nach dem Weg erkundigten; auch fielen sie mit ihren fremden Kraftfahrzeugkennzeichen sofort auf.[108] In den Jahren 1974 bis 1977 waren der Terrorismus und seine Bekämpfung das zentrale Thema auf dem Feld der Inneren Sicherheit. Während der bundesdeutsche Staat Stärke zeigen und damit seine Schutzfunktionen demonstrieren konnte, entstand in großen Teilen der Gesellschaft zumindest phasenweise eine identitätsstiftende Geschlossenheit, eine »Vertiefung des Wir-Gefühls«.[109]

Terrorismusbekämpfung zwischen Ermittlungsperfektion, Fahndungsdefizit und Datenschutz (1978–1981)

Zwar gab es 1977 aus polizeilicher Sicht durchaus Erfolge in der Bekämpfung des Terrorismus; erinnert sei an die Erstürmung der entführten Lufthansa-Maschine »Landshut« durch die GSG 9. Grundsätzlich wurde in diesem Jahr jedoch eine in diesem Maße »noch nie festgestellte Diskrepanz zwischen Ermitt-

100 *Der Spiegel* vom 24. Oktober 1977, 31. Jg., Nr. 44, S. 12. Ähnlich schon *Der Spiegel* vom 26. Juni 1972, 26. Jg., Nr. 27, S. 72.
101 Vgl. Schenk, Der Chef, S. 278.
102 *Der Spiegel* vom 19. September 1977, 31. Jg., Nr. 39, S. 32.
103 *Der Spiegel* vom 2. Januar 1978, 32. Jg., Nr. 1, S. 36.
104 Vgl. hierzu sowie zum Folgenden *Stern* vom 22. September 1977, 30. Jg., Nr. 40, S. 252 f.
105 *Stern* vom 15. September 1977, 31. Jg., Nr. 39, S. 28; ähnlich *Der Spiegel* vom 8. September 1977, 31. Jg., Nr. 38, S. 27 u. 33.
106 Vgl. *Der Spiegel* vom 7. November 1977, 31. Jg., Nr. 46, S. 30.
107 *Stern* vom 15. September 1977, 30. Jg., Nr. 39, S. 28.
108 Vgl. *Stern* vom 15. September 1977, 30. Jg., Nr. 39, S. 31.
109 Helmut Schmidt, »Polizeiliche Arbeit erschöpft sich keineswegs nur in der Terrorismusbekämpfung, sondern ihre tägliche Aufgabe ist die Abwehr und Verbesserung der Abwehr von Gefahren aller Art!«, in: *Die Polizei*, 69. Jg., 1978, S. 4–8, S. 5 f.

Scanned by CamScanner

lungsperfektion und Fahndungsdefizit«[110] erkennbar. Die polizeiliche Fahndung war anscheinend an kaum überwindbare Grenzen gestoßen.[111] 1978 gab es zwar einige Festnahmen (z. B. in Jugoslawien),[112] vor allem aber zahlreiche Skandale und Fahndungspannen. Im Mai 1978 wurde Till Meyer aus dem Gefängnis in Berlin-Moabit befreit.[113] Im August unterblieb die Festnahme von Christian Klar, Willy-Peter Stoll und Adelheid Schulz aufgrund einer Fahndungspanne bei Michelstadt.[114] Die Annahmen über die Ursachen gingen weit auseinander. Sie reichten von massiver Kritik am Verhalten des leitenden Beamten bis hin zur Vermutung, die sechs observierenden Polizisten hätten die Gesuchten bewusst nicht festgenommen, auch aus Angst, bei einer Schießerei umzukommen.[115] Damit jedoch nicht genug, verlor die Verpolizeilichung des Konflikts zwischen Staat und Terrorismus an Überzeugungskraft. Ähnliches galt für die Nutzung des Terrorismus und seiner Bekämpfung zur Definition, Darstellung und Festigung von Staatlichkeit einschließlich der Legitimation staatlichen Handelns. Auch waren der Terrorismus und dessen Bekämpfung kaum noch in der Lage, gesellschaftliche Identität herzustellen; kritische Stimmen wurden immer lauter.

Der Bericht des ehemaligen Innenministers Hermann Höcherl vom 31. Mai 1978 über Pannen bei der Fahndung nach den Schleyer-Entführern rückte die Polizei und damit auch das BKA in die Kritik.[116] Vorweg verlangte Höcherl, der »Geheimniskrämerei« in der Polizei müsse »gegengesteuert werden«. Auch kritisierte er die internen Prestigehierarchien der Polizei. Zwar herrschte kein »nacktes Chaos«,[117] wie der *Spiegel* vermutete, doch nannte Höcherl drei Hauptkritikpunkte; es ging um Organisationsprobleme, um das Verhältnis von Polizei und Politik sowie um die Kompetenzen des BKA: In organisatorischer Hinsicht müsse vermieden werden, dass in ihrer »Arbeitsweise und Bezeichnung nicht klar erkennbare und bei den Polizeidienststellen ungewohnte Organisationseinheiten über oder neben die bestehenden und eingefahrenen gestellt werden«. Zweitens dürften »bestehende und vertraute Führungs- und Meldestrukturen« nicht gestört und auch Verantwortungen nicht verwischt werden. Politische und polizeiliche Organisation und Aufgaben seien klar zu trennen. Ein »Hineinregieren in Führungsstellen, wo zuvörderst polizeilicher Sachverstand gefordert« sei, müsse unterbleiben. Drittens und vor allem stand Höcherl dem weiteren Kompetenzausbau des BKA skeptisch gegenüber; speziell bei Ermittlungen vor Ort verwies er auf dessen mangelnde Kenntnisse. Damit kritisierte Höcherl auch die Einschaltung des BKA als »politisch-demonstrative Maßnahme«, abhängig von politischer Schwere und öffentlicher Aufmerksamkeit. Schließlich betonte er, dass viele lokale Polizeidienststellen noch nicht an das PIOS-System angeschlossen und auch die Möglichkeiten des INPOL-Systems den Polizisten vor Ort kaum bekannt seien.

Auf parlamentarischer Ebene markiert der Amtsantritt von Innenminister Gerhart Baum (Juni 1978) einen wichtigen Einschnitt. Aufgrund der Fahndungspannen bei der Schleyer-Entführung war Innenminister Werner Maihofer zurückgetreten. Sein Nachfolger stand dem BKA weit kritischer gegenüber und begann damit, dessen Datensammelwut ebenso wie dessen Allmachts- und Kontrollphantasien zu dämpfen.[118] Darüber hinaus erhoben sich immer mehr skeptische Stimmen gegen die scheinbar unbegrenzte Fahndungstätigkeit der Sicherheitsorgane. Mit Blick auf die Überwachungstätigkeit des BGS, der u. a. nach mitgeführten linksextremistischen Publikationen sowie nach Grenzübertritten linksex-

110 *Der Spiegel* vom 24. Oktober 1977, 31. Jg., Nr. 44, S. 13; vgl. auch *Der Spiegel* vom 7. November 1977, 31. Jg., Nr. 46, S. 27.
111 Vgl. sehr überzeugend dazu ebenda, S. 26–33.
112 Vgl. zur Festnahme von Peter-Jürgen Boock, Sieglinde Hofmann, Brigitte Mohnhaupt und Rolf Clemens Wagner in Zagreb, *Der Spiegel* vom 5. Juni 1978, 32. Jg., Nr. 23, S. 26–31.
113 Vgl. ebenda, S. 31–41; ferner Till Meyer, Staatsfeind. Erinnerungen, München 1998, S. 356–362.
114 Vgl. dazu Schenk, Der Chef, S. 359–362; *Der Spiegel* vom 28. August 1978, 32. Jg., Nr. 35, S. 21–30.
115 Vgl. Schenk, Der Chef, S. 362 ff.
116 Vgl. Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode, Drucksache 8/1881 vom 07. 06. 1978.
117 *Der Spiegel* vom 13. März 1978, 32. Jg., Nr. 11, S. 22.
118 Ebenda, S. 95.

tremistischer Personen fahndete und die so gewonnenen Erkenntnisse an die Geheimdienste weiterleitete, fragte der *Spiegel* bereits im Mai 1978: »Sind wir ein Verfassungsschutzstaat?« Das Magazin führte aus: »Über Nacht schien ein Alptraum Wirklichkeit geworden, der Datenschutz-Experten seit Jahren bedrückt: Sammelwütige Geheimdienstler können die gewaltige Kapazität ihrer Computer mißbrauchen und Daten über das Lese- und Demonstrationsverhalten auch solcher Bürger speichern, die – weit entfernt von verfassungswidrigen Aktivitäten – lediglich die Politik der gerade regierenden Parteien kritisieren.«[119] Im August 1978 veröffentlichten der *Stern* (»SOS – Freiheit in Deutschland«) gefolgt vom *Spiegel* im Mai 1979 (»Das Stahlnetz stülpt sich über uns«) viel beachtete Serien.[120] Auch das Fernsehmagazin »Report« berichtete im Oktober 1978 über die Datensammlungen des BKA.[121] Mehr und mehr Menschen sahen die Bundesrepublik auf dem »Weg in den Überwachungsstaat«.[122] Somit entstand in der bundesdeutschen Gesellschaft Ende der 1970er Jahre ein kritisches Bewusstsein gegenüber elektronischen (staatlichen) Datensammlungen. Aus polizeilicher Sicht war diese Skepsis gefährlich, denn die »allermeisten Fahndungserfolge«, so der *Spiegel*, gingen auf »das Konto aufmerksamer Bürger«.[123] Interessant ist, dass nun nach Auffassung vieler Menschen nicht – wie noch Anfang der 1970er Jahre – ein neuer Faschismus zu drohen schien, sondern der Sicherheitsstaat Orwell'scher Prägung.[124]

Als Konsequenz dieser zunehmenden Kritik an polizeilichen Datensammlungen wurde, und das ist mit Blick auf die deutsche Geschichte kaum zu überschätzen, eine essentielle Denkbarriere durchlässiger: Teile der Gesellschaft standen inzwischen staatlichem Handeln skeptischer gegenüber; es galt nicht mehr als unhinterfragbar und per se gerechtfertigt. Das lag auch daran, dass staatliche Macht (hier: die der Polizei) im gesellschaftlichen Alltag weit präsenter und damit greifbarer war als zuvor. Dies reichte von der Präsenz von Kontaktbereichsbeamten im Wohnviertel über Straßenkontrollen im Rahmen der Terroristenfahndung bis hin zu politischen Überprüfungen für die Einstellung in den öffentlichen Dienst.[125]

Diese Skepsis gegenüber Datensammlungen und staatlicher Macht sollte jedoch nicht voreilig als gesamtgesellschaftlicher Trend betrachtet werden. Denn gleichzeitig ließ sich in der bundesdeutschen Gesellschaft eine weitverbreitete Denunziationsbereitschaft feststellen. Deshalb appellierte Bundespräsident Walter Scheel im Juni 1978 an die Öffentlichkeit: Die Verbrechensbekämpfung sei »in erster Linie Aufgabe der Polizei«. Auch sollten »wir uns vor Übereifer hüten und immer die Privatsphäre des Mitbürgers respektieren«.[126] Die von Innenminister Baum getroffenen Maßnahmen gegen die nahezu unbegrenzte Daten(sammel)macht des BKA sollten nicht nur als Reaktion auf die darauf bezogene gesellschaftliche Kritik, sondern auch als ein Mittel im Kampf gegen diese Denunziationswut angesehen werden.

In der Polizei hielt sich die positive Sicht auf Datensammlungen und umfangreiche Fahndungsdateien weit länger – mindestens bis ins erste Drittel der 1980er Jahre. Erst dann zwang das Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts vom Dezember 1983 allmählich zu einem Umdenken. Dass der kri-

119 *Der Spiegel* vom 22. Mai 1978, 32. Jg., Nr. 21, S. 26; vgl. auch schon *Der Spiegel* vom 7. Juni 1976, 30. Jg., Nr. 24, S. 110–114.

120 Die Serien wurden zudem jeweils als Bücher veröffentlicht; vgl. Jochen Bölsche, Der Weg in den Überwachungsstaat, Reinbek 1979 (*Spiegel*-Serie); Peter Koch / Reimar Oltmanns, SOS – Freiheit in Deutschland, Hamburg 1978 (*Stern*-Serie).

121 Schenk, Der Chef, S. 372.

122 Bölsche, Überwachungsstaat. Vgl. auch Hans Magnus Enzensberger, Unentwegter Versuch, einem New Yorker Publikum die Geheimnisse der deutschen Demokratie zu erklären, in: *Kursbuch*, 15. Jg., 1979, Nr. 56, S. 1–14.

123 *Der Spiegel* vom 12. September 1977, 31. Jg., Nr. 38, S. 30.

124 Vgl. Peter Brückner / Diethelm Damm / Jürgen Seifert, 1984 schon heute oder wer hat Angst vorm Verfassungsschutz?, Frankfurt am Main 1976; vgl. zur Kritik an polizeilichen Datensammlungen sowie zum Datenschutzrecht Busch u. a., Polizei in der Bundesrepublik, S. 205–223; ferner Bölsche, Überwachungsstaat, bes. S. 121–134.

125 Vgl. die Beispiele in Brückner/Damm/Seifert, 1984; Bölsche, Überwachungsstaat.

126 Vgl. *Die Polizei* 1978, Nr. 69, S. 192; vgl. zu den Denunziationen auch Karl-Heinz Reuband, Denunziation im Dritten Reich. Die Bedeutung von Systemunterstützung und Gelegenheitsstrukturen, in: *Historical Social Research*, 26. Jg., 2001, Nr. 2/3, S. 219–234, S. 221.

Scanned by CamScanner

tische Umgang mit ermittelten Daten in der Polizei länger auf sich warten ließ, lag an drei Faktoren. Erstens waren polizeiliche Organisationen jener Jahre relativ hermetische Einrichtungen, die sich von der Außenwelt tendenziell abschotteten. Speziell in den zuständigen Abteilungen des BKA war der Antiterrorismus so »internalisiert, daß man bei einer Festnahme in Jubel ausbrach und alle zu feiern begannen«.[127] Festgenommene wurden bisweilen, so der *Spiegel*, »mit rotem Filzstift« auf den Fahndungsblättern durchgestrichen.[128] Dieser hermetische Grundzug wurde dadurch verschärft, dass Horst Herold sich mehr und mehr von außerpolizeilichen Einflüssen isolierte. Er war »kaum weniger abgeschottet von der Alltagsrealität als dies für die meisten Untergrundkämpfer zutraf«.[129] Herold »lebte im Krieg mit den Terroristen«.[130]

Zweitens wirkten die bei den Instanzen der Inneren Sicherheit zur Bekämpfung politischer Gewalt geschaffenen Institutionen als Informationsfilter. Ohnehin war die polizeiliche Berichterstattung schon seit den Studentenprotesten durch eine fast obsessive Fixierung auf Gewaltanwendungen gekennzeichnet. Liest man nur einige dieser Polizeiberichte, so muss tatsächlich der Eindruck entstehen, die Bundesrepublik sei ernsthaft in ihrem Bestand gefährdet gewesen.[131] Als im Sommer 1969 ein bundesweites »Lagezentrum« eingerichtet wurde,[132] wirkte die dramatisierende Informationsfilterung, die zunächst auf die ländergestützten Lagezentren beschränkt blieb, nun auch auf Bundesebene und damit noch intensiver.

Drittens waren der während der Schleyer-Entführung eingerichtete parteiübergreifende Kleine und Große Krisenstab nicht gerade dazu angetan, die Entscheidungsfindung auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit zu demokratisieren.[133] Soweit es die dürftige Quellenlage zulässt, deutet sich an, dass die Tätigkeit dieser männerbündischen, parteiübergreifenden Gremien darauf ausgerichtet war, die Handlungsfähigkeit und Nichterpressbarkeit des Staates zu demonstrieren. Orientiert an einem autoritären Staatsverständnis, dominierten in dieser »verschworene[n] Gemeinschaft«[134] militärisch ausgerichtete Denkmodelle. Speziell im Kleinen Krisenstab mit den »ehemaligen Leutnants und Oberleutnants (Schmidt, Maihofer, Zimmermann)« begann jede Zusammenkunft mit der Schilderung der »Feindlage«.[135]

Wie 1978 deutlich wurde, hatte sich die (zu) starke Konzentration auf die Herstellung von Innerer Sicherheit nur als kurzzeitiges Erfolgsmodell erwiesen, um damit Staatlichkeit nach innen zu definieren, darzustellen, zu festigen und zu legitimieren. Darüber hinaus waren damit auch staatlich-gesellschaftliche Kohäsion und Identität nicht mehr dauerhaft herzustellen. Unter diesen Rahmenbedingungen geriet das BKA und mit ihm Horst Herold zunehmend in die Kritik der Presse sowie der Datenschützer.[136] Herolds Rücktritt im März 1981 besiegelte dann eine Entwicklung, die bereits im letzten Drittel der 1970er Jahre begonnen hatte. Die »geistig-moralische Wende« lieferte nun neue Eckpunkte staatlich-gesellschaftlicher Identifikation, wenngleich Innere Sicherheit nach wie vor unverzichtbar war, um staatliche Handlungsfähigkeit und Problemlösungskompetenz zeitweise unter Beweis zu stellen, aber auch um gesellschaftliche Normen und Werte zu (re)definieren.

---

127 Schenk, Der Chef, S. 93.

128 *Der Spiegel* vom 22. September 1975, 29. Jg., Nr. 39, S. 70.

129 Waldmann, Terrorismus, S. 194; vgl. auch Schenk, Der Chef, S. 264 ff. Vgl. zum Zusammenhalt der Polizei Weinhauer, Schutzpolizei.

130 Schenk, Der Chef, S. 151.

131 Vgl. Weinhauer, Schutzpolizei, bes. S. 311.

132 Vgl. *Süddeutsche Zeitung* vom 11. Juli 1969; ferner Nach Schleyer, bes. S. 43–53.

133 Diese Gremien inspirieren zur Legendenbildung, nicht zuletzt deshalb, weil Mitschriften ihrer Beratungen entweder nicht existieren oder noch nicht frei zugänglich sind. Erste Einblicke vermittelt Schenk, Der Chef, S. 278–293.

134 Ebenda, S. 279.

135 Ebenda, S. 25; vgl. auch Wolfgang Kraushaar, Der Kanzler und seine Krisenstäbe. Der nicht-erklärte Ausnahmezustand während der Schleyer-Entführung, in: Tatjana Botzat u. a. (Hg.), Ein deutscher Herbst. Zustände 1977, Frankfurt am Main 1997, S. 170–184.

136 Vgl. zusammenfassend Schenk, Der Chef, bes. S. 371–384 und 387–396; 430–433.

Zusammenfassung

In der ersten Phase der hier untersuchten polizeilichen Terrorismusbekämpfung bis etwa 1972/73 war der Kampf gegen den Terrorismus vorrangig ein polizeiliches Problem. Allenfalls nach den Anschlägen vom Mai 1972 schien der Staat für kurze Zeit gefährdet zu sein. Nach den Festnahmen im Juni 1972 hatte die Herstellung von Sicherheit (vor Terrorismus) offenbar erstmals eine identitätsstiftende Wirkung für den bundesdeutschen Staat und die Gesellschaft gehabt. Von 1974 bis 1977 verstärkte sich die Bedrohung durch den Terrorismus wieder, ebenso wie die dadurch ausgelösten Bedrohungsgefühle. Der bundesdeutsche Staat wähnte sich nun massiv herausgefordert. Unter dem Motto »Der Staat geht in Stellung«[137] kam es zu symbolisch hoch aufgeladenen Aktionen (Polizeischutz u. a. für Politiker und Regierungsgebäude, Großfahndungen). Mit Hilfe der Polizei versuchten Politiker, Führungseliten – d. h. auch sich selbst – zu schützen und gleichzeitig den Bürgerinnen und Bürgern die Schutzfunktionen des Staates zu demonstrieren. So gab es bisweilen »Große Fahndung aus Gründen der Staatsraison«.[138] Dabei konnte auf eine inzwischen technisch gut gerüstete Polizei zurückgegriffen werden. Denn es gab zwar nach wie vor Koordinations- und Kommunikationsprobleme sowohl bei Polizeieinsätzen als auch zwischen den verschiedenen Sicherheitsorganen. Grundsätzlich waren die Ermittlungsmethoden, unterstützt durch den Einsatz von Computern, jedoch seit etwa 1975 deutlich effektiviert worden.

In der dritten hier untersuchten Phase, also nach dem Deutschen Herbst von 1977, wuchs in Teilen der bundesdeutschen Gesellschaft die Kritik an den elektronischen Datensammlungen der Polizei. Gleichzeitig entstand hier eine kritische Haltung, die staatliches Handeln nicht mehr als sakrosankt und per se gerechtfertigt ansah. Da die meisten Erfolge in der Terrorismusbekämpfung aber auf Hinweise aus der Bevölkerung zurückgingen, mussten Innenpolitiker auf die Kritik und den Vertrauensverlust gegenüber einem wie auch immer definierten Staat reagieren. Diese Aufgabe übernahm der seit Juni 1978 amtierende Innenminister Gerhart Baum. Er beschnitt allmählich die Datensammeltätigkeit des BKA. Vor diesem Hintergrund trugen dann die Fahndungspannen während der Schleyer-Entführung sowie bei der Beschattung von drei Terroristen im August 1978 ebenso wie die beginnende Dauerauseinandersetzung des BKA-Präsidenten mit Datenschützern zum Niedergang des BKA bei. Dieser Prozess wurde durch den Rücktritt von Horst Herold im März 1981 dann nur noch formell besiegelt.

Trafen staatlich-polizeiliche Maßnahmen, die bis etwa 1977 gegen den Terrorismus getroffen wurden, überwiegend auf Zustimmung, so lösten sie danach vermehrt Ängste aus – nun schien die Gefahr eine neue Qualität erreicht zu haben. Nicht mehr Faschismus lauerte, sondern der Überwachungsstaat Orwell'scher Prägung schien der Zielpunkt staatlicher Aktivitäten zu sein. Der »Sicherheitsstaat« im »Modell Deutschland«[139] war kein allgemein akzeptiertes Zukunftsversprechen mehr, sondern eher eine Bedrohung. Hatte die Bekämpfung des Terrorismus bis zum Deutschen Herbst sowohl identitätsstiftend gewirkt als auch staatliche Schutzfunktionen wirksam demonstriert und legitimiert, musste Staatlichkeit nach innen (also Innere Sicherheit) seitdem anders definiert, dargestellt und gefestigt werden. Offenbar markierten die Jahre 1974 bis 1977 – vor allem der Deutsche Herbst 1977 – den letzten Versuch, die bundesdeutsche Gesellschaft von oben staatszentriert zu integrieren, also auf klar erkennbare (politische) Staatsfeinde einzuschwören. Augenscheinlich haben auch die seit Mitte der 1980er Jahre verübten Anschläge u. a. auf Ernst Zimmermann (Februar 1985) sowie auf Karl Heinz Beckurts (Juli 1986) zu keinem dauerhaften Rollback geführt.[140] Die genaue Analyse dieser Entwicklung muss jedoch zukünftigen Studien zur Sozial- und Kulturgeschichte der Inneren Sicherheit in der Bundesrepublik überlassen bleiben.

137 *Der Spiegel* vom 19. September 1977, 31. Jg., Nr. 39, Titelblatt.
138 *Der Spiegel* vom 7. November 1977, 31. Jg., Nr. 46, S. 30.
139 Vgl. Joachim Hirsch, Der Sicherheitsstaat, Frankfurt am Main 1980, sowie ders. / Roland Roth, »Modell Deutschland« und neue soziale Bewegungen, in: *Prokla*, 1980, 10. Jg., Nr. 40, S. 14–39.
140 Vgl. auch Andreas Musolff, Krieg gegen die Öffentlichkeit. Terrorismus und politischer Sprachgebrauch, Opladen 1996, bes. S. 190 f.

Scanned by CamScanner

Stefan Reinecke

Die linken Anwälte
Eine Typologie

Der linke Anwalt, so wie er in den 1970er und 1980er Jahren zu Hunderten in bundesdeutschen Gerichten anzutreffen war, gehört zu einer aussterbenden Gattung. Vielleicht sogar schon zu einer ausgestorbenen. Warum? Wo sind die linken Anwälte geblieben?

Ein paar bekannte Protagonisten haben Karriere gemacht. Einer ist sogar Bundesinnenminister geworden, und die Vorstellung, welche Adjektive dem scharfzüngigen RAF-Verteidiger Otto Schily in den 1970er Jahren für einen Innenminister vom Schlage Schilys eingefallen wären, ist nicht ohne Reiz. Ein anderer, Eberhard Kempf, der einst als maoistischer Anwalt aus dem Gerichtssaal getragen wurde, hat 2004 den Chef der Deutschen Bank Josef Ackermann im Mannesmann/Vodafone-Prozess verteidigt.

Solche Verwandlungen zeigen, dass das Spektrum der linken Anwälte von gestern sehr weit ist. Es reicht von Hans-Christian Ströbele, der als einer der letzten linken Abgeordneten von Bündnis 90 / Die Grünen im Bundestag sitzt, bis zu dem Neonazi Horst Mahler. Viele, die radikal begannen, die mit Einheitslohn und als Kollektiv experimentierten, sind längst arrivierte liberale Anwälte geworden. Dies erhellt schlaglichtartig, dass die linken Anwälte schon immer heterogener waren, als die Öffentlichkeit sie damals, in den schroffen Freund-Feind-Konstellationen der 1970er Jahre, wahrnahm. Die linken Anwälte waren nie eine Einheit – nicht politisch, nicht in ihrer Berufspraxis und Auffassung, nicht in ihrem Verhältnis zu ihren Mandanten. Das ist im Rückblick überdeutlich, wenn auch nicht verwunderlich. Rechtsanwälte neigen, qua Beruf, zum Einzelkämpferischen, zum Individualistischen. Sie waren auch, wie der stets schwierig gebliebene Versuch zeigt, dauerhaft eine linke Anwaltsorganisation zu begründen, nur unter Schwierigkeiten kollektiv zu organisieren.

Das Verschwinden des linken Anwalts, seine Auflösung in der bundesdeutschen Normalität, ist ein Prozess, der schon vor zwei Jahrzehnten begann. 1986, beim 2. Republikanischen Anwaltstag, erkannte Klaus Eschen, der als Mahlers und Ströbeles Kompagnon im *Sozialistischen Anwaltskollektiv* (SAK) begonnen hatte, eher resigniert: »Die linke Anwaltschaft hat sich am Markt durchgesetzt.«[1] Kurzum: Der linke Anwalt hat den gleichen Kurs genommen wie die politischen Bewegungen, wie die Achtundsechziger und später die Alternativen und Grünen: Er ist von außen gestartet und in der Mitte der Gesellschaft gelandet.

Wie der linke Anwalt vom Einzelfall zum Typus wurde

Der Typus linker Anwalt, um den es hier geht, hatte in den 1950er Jahren einen Vorgänger: die KPD-Anwälte, zu denen unter anderen Diether Posser, der spätere Justizminister in Nordrhein-Westfalen, Gustav Heinemann und auch Heinrich Hannover

1 Klaus Eschen / Juliane Huth / Margarete Fabricius-Brand (Hg.), »Linke« Anwaltschaft von der APO bis heute. Chancen und Versäumnisse, Köln 1988, S. 199.

zählten. Sie hatten mit ähnlichen Problemen zu kämpfen, mit denen es später auch die RAF-Anwälte zu tun hatten: mit Verteidigerausschlüssen, mit Staatsanwälten, die kein politisches Motiv zur Sprache, geschweige denn zur Geltung kommen lassen wollten, und mit feindselig gesinnten Richtern. Allerdings wurde man etwa bis Ende der 1960er Jahre eher aus Zufall, aus einem singulären politischen Bewusstsein zum KPD-Anwalt. Heinrich Hannover berichtet, dass er als Pflichtverteidiger eines kommunistischen Angeklagten bestellt wurde und weil er seine Sache gut machte, ihm dieser Prozess das Image des »Kommunistenanwalts aus Bremen« eintrug.[2]

Doch als Typus trat der linke Anwalt erst Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre in Erscheinung. Erst mit der Studentenrevolte entstand das biografische Muster, eine Art Laufbahn des linken Anwalts. Er war an der Universität politisiert worden, nach dem Studium arbeitete er vorzugsweise in einer der linken Anwaltskanzleien, um danach selbst alsbald einem Anwaltskollektiv beizutreten. Bezeichnenderweise betrachteten die jungen Anwälte, die sich nach 1967 in den mannigfachen politischen Prozessen profilieren konnten, die die Studentenrevolte begleiteten, die KPD-Verteidiger kaum als Vorbilder. Es herrschte eine Tabula-rasa-Stimmung. Alles sollte neu sein, man war misstrauisch gegen alle Tradition.

So teilten viele linke Anwälte in den 1970er Jahren mit den KPD-Anwälten eine höchst kritische Sicht auf den bundesdeutschen Justizapparat – doch völlig neu war der antiautoritäre Geist, den die Mandanten und auch manche Anwälte in die Gerichtssääle trugen und der die Fronten dort enorm verhärtete. Fritz Teufels berühmter Satz »Wenn es denn der Wahrheitsfindung dient« wäre in keinem KPD-Prozess vorstellbar gewesen – und auch nicht, dass, wie 1968 in Berlin geschehen, sich ein Angeklagter im Gericht mit Prozessakten den Hintern abwischt. Das Antiautoritäre hatte durchaus zwei Gesichter: ein originelles und ein hässliches, unzivilisiertes.

Einige Mandanten brachten den Generationskrieg in den Gerichtssaal. Viele Richter waren fassungslos auch über die Anwälte, die, in Jeans und mit langen Haaren, kaum von ihren Mandanten zu unterscheiden waren. Gewiss gab es damals viele reaktionäre, ressentimentgeladene Richter. Andere waren einfach nur überfordert. Sie hatten es mit Angeklagten zu tun, die sie als »Faschisten« beschimpften und mitunter, wie die Zeugin Gudrun Ensslin im Mahler-Prozess, körperlich angriffen. Die Anwälte drohten bei jeder Kleinigkeit mit Befangenheitsanträgen. Und im Publikum saßen oft Sympathisanten der Beschuldigten, die die verbalen Angriffe ihrer Helden auf die Klassenjustiz beklatschten. Angesichts dieser Front verloren auch manche liberale Richter die Nerven. An dieser atmosphärischen Verhärtung hatten auch Anwälte ihren Anteil. »Wir, die linken Anwälte, haben«, so der Hamburger Anwalt Kurt Groenewold, »auch die Richter in Frage gestellt. Das war neu.«[3]

Das Selbstverständnis der linke Anwälte unterschied sich somit deutlich von jenem der bürgerlichen Advokaten. Der bürgerliche Anwalt definierte sich, neben Staatsanwaltschaft und Gericht, als dritte juristische Profession. Er war »Organ der Rechtspflege«, der eine Brücke zwischen Justiz und Angeklagten bilden sollte. Harte Konfrontation, fundamentale Angriffe gegen die Richter waren dabei eher nicht vorgesehen. Rechts- und Staatsanwälte gehörten, in verschiedenen Rollen, der gleichen Welt an. Der Strafverteidiger in den 1950er Jahren neigte eher zum theatralischen Auftritt als zur Attacke. Ein bekannter Berliner Strafverteidiger der 1960er Jahre pflegte seinen Mandanten zu sagen: »Für 500 Mark bekommen Sie ein anständiges Plädoyer, für 1000 Mark zitiere ich die Weltliteratur, für 1500 Mark werde ich vor Gericht weinen.«

Damit war es bei den linken Verteidigern vorbei. Die Formel »Organ der Rechtspflege« verstanden sie anders. Und die Möglichkeit, ihr Rollenverständnis deutlich zu machen, hatte 1964 die Reform der Strafprozessordnung eröffnet, die die Rechte des Anwalts und des Mandanten erweiterte. Davon machten die linken Anwälte ausgiebig und – wie konservative Richter klagten – exzessiv Gebrauch. Sie beanstandeten regelmäßig Fragen, pochten auf das Recht der Angeklagten, ausgiebig Prozesserklärungen zu politischen Motiven abzugeben. Das schloss, auch wo es nur um eine zerborstene Schaufensterscheibe ging,

2 Heinrich Hannover, Die Republik vor Gericht, 1954 bis 1975, Erinnerungen eines unbequemen Anwalts, Berlin 1998, S. 58.
3 Gespräch des Autors mit Kurt Groenewold, Hamburg, Winter 2002.

Scanned by CamScanner

Betrachtungen zum allgemeinen Wesen des Imperialismus mit ein.

Der linke Anwalt wollte nicht gemeinsam mit Richtern und Staatsanwaltschaft dem Recht dienen. Das hielt er für altes, obrigkeitsstaatliches Denken. Er wollte, so wie in den USA üblich, strikt die Interessen seines Mandanten vertreten. Der Rechtsanwalt Hans Dahs schrieb 1975: »Der Strafverteidiger erforscht eben nicht die Wahrheit ›gleich wem sie nutze oder schade‹, sondern tritt dem durch den Staatsanwalt repräsentierten Strafanspruch des Staates, dem der Richter zur Geltung verhelfen soll, entgegen.«[4] So lautet auch das Selbstverständnis der linken Anwälte. Ausdruck fand dieses neue Verständnis in dem Ende der 1960er Jahre erbittert geführten Robenstreit. Die linken Anwälte wollten ihren Mandanten nicht mehr in Robe, nicht mit dem Zeichen der Autorität und als Teil des Justizapparates entgegentreten, sondern auf Augenhöhe.

Der Typus Croissant

Die Rolle des linken Anwalts war damit, in der Abgrenzung zum Herkömmlichen, klar umrissen – doch unproblematisch war sie keineswegs. Denn er befand sich, wie spätestens die RAF-Prozesse drastisch zeigten, in einem spannungsgeladenen, mitunter gefährlichen und stets anstrengenden Loyalitätskonflikt zwischen Justizapparat und Mandant. Im Tonfall der 1970er Jahre klang die Selbstverständnisdebatte, einem Positionspapier der *Roten Hilfe West-Berlin* folgend, so: »Linke Anwälte führen jeden Prozess prinzipiell solidarisch mit ihrem Mandanten – ohne sich politisch mit ihrem Mandanten zu identifizieren, stehen sie politisch doch immer auf der Seite der verfolgten Genossen, stehen sie politisch zumindest im Grundsätzlichen dem gleichen Gegner gegenüber. Ein gewisser prinzipieller Grundkonsens ist für jeden Anwalt unabdingbare Voraussetzung im Verhältnis zu seinem Mandanten. Linke Anwälte durchschauen die ideologische Funktion ihrer Tätigkeit. Sie entziehen sich dem Widerspruch, in dem sie als Anwälte und gleichzeitig als Genossen stehen, weder dadurch, dass sie mit revolutionärer Phrase die Fahne des militanten Kämpfers vor sich hertragen noch dadurch, dass sie quasi hinter dem Rücken des Mandanten mit der Justiz mauscheln, um da individuell möglichst viel rauszuholen. Linke Anwälte legen vielmehr ihre ideologische Funktion stets ihren Mandanten offen und setzen auf dieser Grundlage ihr ganzes Handwerkszeug parteilich für ihre Mandanten ein. Parteilichkeit bedeutet dabei: Versuch, mit dem anwaltlich-juristischen Instrumentarium (Prozessrecht etc.) das Legitimationsbedürfnis staatlicher Verfolgungsbemühungen zu unterlaufen; Versuch, den Schein der unpolitischen und unparteilichen Justiz zu zerstören.«[5]

Der Versuch, die theoretische Kritik an der bürgerlichen Justiz in Alltagspraxis umzusetzen, führte in eine prekäre Rolle – der linke Verteidiger spaltete sich in Anwalt und Genossen. Der Anwalt sollte Distanz zur Justiz haben, die als Apparat bürgerlicher Klasseninteressen galt – er hatte politisch im Großen und Ganzen an der Seite seines Mandanten, des »verfolgten Genossen«, zu stehen, allerdings ohne sich mit ihm zu identifizieren. Wie weit sollte, musste, durfte diese Nähe gehen? Konnte, musste Andreas Baader als »verfolgter Genosse« gelten, dem es, so weit wie möglich, beizustehen galt?

Diese Selbstdefinition des linken Anwalts verschärfte ein Problem, mit dem auch bürgerliche Anwälte mitunter konfrontiert sind, wenn sie es mit Mandanten zu tun haben, die selbstbewusst und intelligent sind und überdies auf attraktive Weise das andere, Unbürgerliche, Gesetzlose zu verkörpern verstehen. Einige linke Anwälte hatten ein entschieden dichotomisches Bild von der Justiz, die es als Repressionsapparat per se abzulehnen und in toto zu bekämpfen galt. Umso stärker neigten sie dazu, sich ihren RAF-Mandanten auch unterzuordnen.

Der Prototyp dieser militanten, unter den linken Anwälten allerdings stets minoritären Richtung war

4 Zit. n. Klaus Croissant / U. K. Preuß / Otto Schily / Hans-Christian Ströbele (Hg.), Politische Prozesse ohne Verteidigung, West-Berlin 1976, S. 9.

5 Zit. n. Hellmut Brunn / Thomas Kirn, Rechtsanwälte, Linksanwälte, 1971–1981. Das Rote Jahrzehnt vor Gericht, Frankfurt am Main 2004, S. 16.

der gutbürgerliche Stuttgarter Scheidungsanwalt Klaus Croissant. Croissant ging das Wort »Faschismus« mehr als leicht über die Lippen. 1973 erklärte er auf einem Teach-in in Frankfurt: »Eine Verteidigung von Revolutionären, die die Deformation des bürgerlichen Rechtsstaates als Konterrevolution, die den neuen Faschismus und die ihm wieder einmal willfährige politische Justiz entlarven könnte, muß notgedrungen kriminalisiert und liquidiert werden. Da eine Verteidigung durch bürgerliche Individuen in dem Sinne, den der bürgerliche Rechtsstaat allein zulassen will, nicht möglich ist, kann die Verteidigung von Revolutionären, der Kampf gegen die an ihnen verübte Folter, nur in den Händen des Volkes liegen, dessen Teil sie sind. Dabei ist die Frage nicht die von Legalität oder Illegalität, sondern von Faschismus oder Antifaschismus.«[6] In diesen Worten war das »Volksgefängnis«, in das die RAF vier Jahre später ihr Opfer Hanns-Martin Schleyer sperren sollte, gedanklich antizipiert. Der Rechtsstaat taucht in dieser Skizze als reines Instrument auf, um Folter zu praktizieren und eine wirksame Verteidigung zu verunmöglichen. Es ist nur konsequent, dass die Akzeptanz seiner Regeln – die Legalität – keine Rolle mehr spielen darf. Der Anwalt wird in Croissants Konzept mit zwingender Logik zum Mitkämpfer des Militanten.

Im Februar 1973 demonstrierte Croissant mit sieben RAF-Anwälten, darunter der später untergetauchte Jörg Lang, in Anwaltsrobe gegen die »Folter« der Gefangenen und den »schleichenden Faschismus«. Die Anwälte campierten mit Schlafsäcken vor dem Bundesgerichtshof. Auf Plakaten war zu lesen: »BGH – Brauner Gangsterhaufen«. Der Ton zwischen RAF-Anwälten und Justizapparat verschärfte sich danach enorm. Besonnenere wie Otto Schily hielten sich von solchen Aktionen allerdings fern. Croissant wurde später wegen Unterstützung der RAF zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt.

Crossaint war beeindruckt von Baaders Bedingungslosigkeit, von dessen Pathos der Tat, dem antibürgerlichen Bruch mit den Konventionen, neben dem die eigene papierene Juristenexistenz kläglich erschien. Das Kapital der RAF war ihr »Bonnie & Clyde«-Habitus – und das schlechte Gewissen in Sympathisantenkreisen, das mit bürgerlichem Selbsthass einherging. Und das spielte die RAF gekonnt aus. In Croissants Kanzlei arbeiteten ein Dutzend Helfer als Archivare oder Schreibkräfte, die zur RAF gingen: Elisabeth von Dyck, Brigitte Mohnhaupt, Susanne Albrecht, Silke Maier-Witt, Siegfried Hausner und andere.

»Es gab«, so erklärt sich der Berliner Anwalt Klaus Eschen das Phänomen Croissant, »Anwälte, die aus einer heilen Justizwelt in RAF-Prozesse kamen und den Überblick verloren. Die RAF-Gefangenen verstanden sich darauf, die Opferliebe der Neuen Linken«[7] kühl mit einzukalkulieren. »Wir leiden – und ihr tut nichts«, so lautete der wirksame Appell an das schlechte Gewissen des Bürgers, der sich seiner Klasse schämte. Die RAF-Gefangenen verstanden es, auf manche Anwälte Druck zu machen. Eine Anwältin, von der Baader verlangt hatte, dass sie ihre Kinder zur Adoption freigeben sollte, um sich ganz und gar ihm und der Sache zu widmen, legte schließlich ihr Mandat nieder.

Der Urtypus des linken Anwalts, der die Seiten wechselt, war allerdings nicht Croissant, sondern Horst Mahler, der Staranwalt der 68er-Bewegung. Er war der erste Anwalt, der zur Waffe griff und die RAF mitbegründete, später war er der erste RAF-Renegat. Ihm folgten in den 1970er Jahren Anwälte wie Eberhard Becker, Jörg Lang und Siegfried Haag, die in den Untergrund gingen. Andere, wie Arndt Müller, ließen sich von den Gefangenen in Stammheim unter moralischen Druck setzen. Anfangs transportierte er Infomaterial in die Zellen, später gelangten über Müller und dessen Kollegen Armin Newerla Kameras und Waffen in die Stammheimer Zellen.

Der Typus Groenewold/Ströbele

Mahler, Croissant, Haag und Lang übertraten die Grenzen zum Kriminellen. Sie waren Einzelfälle unter den linken Anwälten. Aber es gab eine Grauzone anwaltlicher Tätigkeit, in der sich auch Anwälte wie Hans-Christian Ströbele oder Kurt Groenewold be-

6 Zit. n. ebenda, S. 217 f.

7 Gespräch des Autors mit Klaus Eschen, Berlin, Winter 2002.

Scanned by CamScanner

wegten. Das »info«-System, das bis 1975 maßgeblich von Kurt Groenewold organisiert wurde, diente der Selbstverständigung der RAF-Gefangenen als Gruppe. Es handelte sich dabei nicht um Kassiber, mit denen die RAF-Führung Aktionen draußen befehligte (zumindest gibt es keinen eindeutigen Beweis, dass über das »info«-System Anweisung von drinnen nach draußen kamen), sondern um eine interne Kommunikation der Gefangenen, mit der die RAF ihre Propaganda, vor allem die Agitation gegen die Haftbedingungen, organisierte. »Die roten Anwälte«, schrieb Gudrun Ensslin, »sind unentbehrlich, ohne ihre gebündelten und sortierten Informationen geht es nicht.«[8]

Allerdings ist zu beachten, dass, wie das Urteil im Prozess gegen Groenewold feststellte, die allermeisten Informationen sich im Rahmen eines engagierten anwaltlichen Selbstverständnisses deuten ließen. Die RAF wurde als kriminelle Vereinigung angeklagt. Dort Mitglied zu sein, war strafbar. War es also unbillig, dieser Gruppe, deren Motive und Selbstverständnis für die Verteidigung zentral sein mussten, die Möglichkeit der Selbstverständigung zu geben? Zudem gab es damals, bis 1975, die Möglichkeit der Blockverteidigung noch nicht. Andererseits stellte sich, auch bei großzügigster Auslegung anwaltlicher Möglichkeiten, die Frage, was Anleitungen zum Bombenentschärfen mit rechtsanwaltlicher Arbeit zu tun haben konnten. Groenewold wurde, wie Ströbele, für seine Beteiligung am »info« verurteilt – allerdings las sich die Urteilsbegründung wie ein halber Freispruch. Groenewold wurde attestiert, sich auf juristischem Neuland bewegt zu haben, auf einem Terrain, auf dem der Irrtum aus Mangel an Vorbildern nicht so schwer wog.[9] Das Bild, in dem die RAF-Anwälte mehrheitlich als willfährige Handlanger der RAF-Gefangenen gezeichnet wurden, ist jedenfalls schief. Ströbele, der wie Groenewold und Croissant vor Verhandlungsbeginn in Stammheim ausgeschlossen wurde, antwortete auf die Beschimpfungen der Anwälte durch die RAF-Gefangenen im »info« 1973 jedenfalls recht eindeutig: »Genossen [...] Die Jacken ziehen wir uns nicht an. [...] Vielleicht macht ihr euch mal Gedanken zur Funktion der Anwälte [...] Die Anwälte als Speerspitze der Revolution oder die RAF als verlängerter Arm der RAF-Genossen, die inhaftiert sind. Wohl kaum. Oder dann eben keine juristische Hilfe mehr!«[10]

Der Typus Schily

Anders definierte Otto Schily damals seine Rolle als RAF-Anwalt. 1974 stellte er fest: »Es ist selbstverständlich, dass es das Ziel der Verteidigers ist, für seinen Mandanten das Optimale herauszuholen – sei es ein mildes Urteil oder einen Freispruch. Aber das kann nicht um jeden Preis geschehen, nicht um den Preis der politischen Identität der Angeklagten.«[11] Damit erkannte Schily die Geschäftsgrundlage in Stammheim an: Nicht der professionelle Ehrgeiz des Anwalts ist von Belang, sondern der Schutz der politischen Identität von Gudrun Ensslin. Zudem meinte Schily: »Schon bei einem Versuch von Mandanten, mich auf Terrorlinie zu pressen, würde ich das Mandat niederlegen.«[12] In diesem Spielraum bewegten sich Schily und auch Hans Heinz Heldmann in Stammheim. Darin war durchaus viel Raum – auch für überbordende, heute mehr als damals maßlos wirkende Polemik. So rückte Schily die Schmidt-Regierung rhetorisch in die Nähe von Goebbels, verglich die RAF-Bomben auf das US-Hauptquartier in Frankfurt im Mai 1972 mit einem Anschlag auf das Reichssicherheitshauptamt 1942. Schily – gerade der eloquente, im bürgerlichen Lager hoch geschätzte Anwalt Schily – trug mit solchen Attacken dazu bei, die Opfer-Phantasmen der RAF, die sich selbst als NS-Opfer begriffen, mit einem Anschein von Vernunft und Plausibilität zu versehen.

Eine zentrale Frage lautet nun: Waren solche Plä-

8 Zit. n. Alfred Klaus, Aktivitäten und Verhalten inhaftierter Terroristen, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Bonn 1983, S. 16.

9 Ausführlich dazu: Plädoyers in der Strafsache gegen Rechtsanwalt Kurt Groenewold, Hamburg 1978.

10 Klaus, Aktivitäten und Verhalten, S. 135.

11 Zit. n. Stefan Reinecke, Otto Schily. Vom RAF-Anwalt zum Innenminister, Hamburg 2003, S. 160.

12 Ebenda.

doyers deshalb, nicht formalrechtlich, aber doch vom Standpunkt politischer Moral, illegitim? Nein. Denn Angeklagte haben im Rechtsstaat Anspruch auf einen Anwalt, der sie so vertritt, wie sie es wünschen. Dies ist fundamental für jeden rechtsstaatlichen Prozess. Es gilt daher streng zu unterscheiden, wer an welchem Ort in welcher Funktion spricht. Wer, wie es manche RAF-Anwälte taten, in der Öffentlichkeit die RAF in die Nähe von Anti-Hitler-Kämpfern rückte, verdient wesentliche härtere Kritik als ein Anwalt, der dies vor Gericht tut – eben weil die Freiheit der Verteidigung zum Kern des Rechtsstaates zählt. Einem berühmten, oft zitierten Wort des SPD-Rechtspolitikers Adolf Arndt zufolge muss die anwaltliche Freiheit so weit wie möglich gehen. Anlässlich eines Prozesses gegen einen SS-Mann schrieb Arndt 1964: »Mit der Grenze, daß der Anwalt nichts Sittenwidriges durchsetzen will, muß die Freiheit der Verteidigung radikal sein. Sie hat notfalls das Unerhörte zu Gehör zu bringen, denn sie dient Wahrheit und Recht dadurch, daß sie vorbehaltlos in Frage stellt, was wahr und was rechtens ist. Nicht oft genug kann daran erinnert werden, das Freiheit eine Last ist, hier um der kontradiktorischen Prüfung von Wahrheit und Recht auch dem schier Unerträglichen unser Ohr nicht zu verschließen. Versuche, zum Schutz der Selbstachtung Peinliches nicht zu Wort kommen zu lassen, helfen nicht der Wahrheit, sondern zielen auf ihre Unterdrückung.«[13]

Ähnlich liegt daher auch der Fall der Isolationshaft und der Hungerstreiks der RAF-Gefangenen. Eingedenk des Wissens um die realen Haftbedingungen in Stammheim von 1975 bis 1977, die wenig mit dem Klischee vom »sichersten Gefängnis der Welt« zu tun hatten und gar nichts mit den Folterphantasien der radikalen Linken, blickt man mehr als skeptisch auf die Versuche, die RAF-Gefangenen als Opfer einer infamen Justizmaschinerie zu inszenieren. Doch waren die Versuche der Anwälte, die Haftbedingungen und nicht die Hungerstreiks für den schlechten Gesundheitszustand der Mandanten verantwortlich zu machen, daher falsch, moralisch unvertretbar? Gleichfalls nein. Selbst wenn – wovon man ausgehen mag, ohne es schlussendlich beweisen zu können – die Kampagne gegen die Isolationshaft mehr als alles andere der Versuch der RAF war, Sympathisanten zu rekrutieren, so war es doch die Pflicht der Anwälte, die Haftbedingungen zu attackieren. Die Gesundheit des Mandanten gehört zum Kerngeschäft des Verteidigers. Das gilt auch, wenn es um Leute auf einem Todestrip geht, die ihren Körper zur Agitprop-Waffe machen, und ebenso für NS-Täter, die nur als Krankgeschriebene den Gerichtssaal je wieder als freie Männer verlassen werden.

So kann man wohl von drei Typen von RAF-Verteidigern sprechen:

Erstens, Croissant und Co., die ihr anwaltliches Selbstverständnis mehr oder weniger weitgehend dem Anspruch der RAF unterordneten. Sie waren, auch im Kontext der Anwälte, stets eine minoritäre Gruppe, die gleichwohl das öffentliche Bild der Anwälte in starkem Maße prägte.

Den zweiten Typus verkörperten Groenewold und Ströbele, die die Möglichkeiten der Anwaltsrolle bis an die Grenzen austesteten.

Den dritten, distanzierten Typus verkörperte niemand so perfekt und eindrücklich wie Otto Schily, der strikt im Rahmen des gesetzlich Zulässigen aggressiv seine Mandantin vertrat. Prekär, weil in moralischen Grenzbereichen angesiedelt, war indes auch Schilys Interpretation der Rolle des RAF-Anwalts.

Die Kampagnen gegen die Anwälte

Um das Bild zu komplettieren, muss man allerdings auch die andere Seite beleuchten – nämlich eine oft maßlose, von Politikern, Medien und Generalbundesanwalt betriebene Verdächtigungskampagne. Der ideologische Bunker, in dem manche RAF-Anwälte saßen, wurde auch von außen gemauert. 1972 beschuldigt die *Bild*-Zeitung 45 Anwälte, RAF-Komplizen zu sein. Die Informationen, die weitestgehend falsch waren, kamen vom Bundeskriminalamt. Siegfried Buback, damals noch Pressesprecher des Generalbundesanwaltes, befand 1972, dass jeder Anwalt, der RAF-Mitglieder verteidigte, sich »standeswidrig verhalte« – nach dem Motto, freie Verteidigung ja, aber nur, wenn es uns passt. Die *Hamburger Morgenpost*

[13] Zit. n. Brunn/Kirn, Rechtsanwälte, Linksanwälte, S. 363.

Scanned by CamScanner

schrieb nach dem Tod von Holger Meins und dem Mord an dem Richter Günter von Drenkmann in West-Berlin 1974: »Anwälte sind mitschuldig: Sie nennen sich Anwälte, und das heißt in unserem Sprachgebrauch Helfer, Berater, Sachverwalter der Interessen von Personen, die juristischen Rat brauchen. Was die Herren Schily, Groenewold und Croissant und Co. in diesen Tagen der Öffentlichkeit vorspielen und leider im Fernsehen der Öffentlichkeit unkommentiert vorführen dürfen, ist eine makabre Persiflage auf dieses Rollenbild. Kein BM-Anwalt hat je den Versuch gemacht, seinen Mandanten den lebensgefährlichen Hungerstreik auszureden.«[14] Letzteres war ein stereotyper, oft wiederholter Vorwurf an die RAF-Anwälte – und nichts als Polemik. Woher wusste die *Hamburger Morgenpost*, was Schily und Ströbele im vertraulichen Verteidigergespräch ihren Mandanten rieten? Mal ganz abgesehen davon, dass der Einfluss der Anwälte auf ihre zu allem entschlossenen Mandanten von allen Seiten völlig überschätzt wurde.

Die RAF-Verteidiger hatten es, salopp gesagt, nicht leicht. Sie bekamen nächtliche Drohanrufe. Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel und Innenminister Werner Maihofer beschuldigten sie im Bundestag recht undifferenziert der Kumpanei mit den Gefangenen. Ströbele wurde 1975, unter dubiosen Anschuldigungen, aus dem Gerichtssaal heraus festgenommen. Ein zentraler Vorwurf bestand darin, dass er Baader als Genossen bezeichnet hatte, was politisch dumm war, aber kein Grund für eine derart spektakuläre Festnahme.

Zudem hatten sie es mit anstrengenden, wenn auch für manchen faszinierenden Mandanten zu tun, die sie beschimpften, bedrängten, für ihre Kampagnen benutzten, mit ihren Selbstviktimisierungen draußen die zweite Generation zu mobilisieren versuchten und für ihre Anwälte, egal, wie aufopferungsvoll sich diese der Verteidigung widmen mochten, vor allem eines übrig hatten: Verachtung.

Allerdings hatte auch diese Bedrängnis eine andere, lichte Seite. Ein linker Anwalt zu sein, der in politischen Prozessen auftrat, brachte, neben Widrigkeiten wie notorisch klammen Genossen, die leider kein Honorar zahlen konnten, auch Prestigegewinn mit sich. Man war etwas Besonderes. Uwe Wesel, auch ein linker Anwalt und damals Vizepräsident der Freien Universität Berlin, hat folgende bezeichnende Geschichte erzählt: An einem Abend im Juni 1972 stand Otto Schily aufgelöst vor seiner Haustür: »›Uwe‹, sagt Schily, ›Sie müssen mich verteidigen. Ich werde wahrscheinlich morgen verhaftet.‹ Schily wurde voreilig und wohl zu Unrecht beschuldigt, ein Kassiber seiner Mandantin Gudrun Ensslin aus dem Gefängnis geschmuggelt zu haben. Wesel hört sich die ganze Geschichte an und verabschiedet seinen Freund mit den Worten: ›Otto, jetzt werden Sie berühmt.‹«[15]

Was bleibt

Gerd Koenen fragt in seiner Studie »Das rote Jahrzehnt«, warum die RAF-Anwälte »sich die zynische Funktionalisierung ihrer manchmal aufopfernden Arbeit und die eklatante Unverschämtheit ihrer Mandanten über Jahre gefallen ließen«, und antwortet: »Viele standen offenkundig im Banne der gleichen Suggestionen und Hysterien wie die damaligen Sympathisanten.«[16]

Es spricht viel dafür, dass dies bei manchen so war. Doch spitzt man dieses Argument ein wenig zu, landet man bei der These, dass die hysterisierten RAF-Anwälte die Sache ihrer Mandanten unterstützt haben, dass sie zu viel politischen Irrsinn und zu wenig Achtung vor dem Recht im Kopf hatten – und wiederholt so das Kampfargument der Konservativen von damals.

Es ist zweifelhaft, ob solche retrospektiven Verdachtserklärungen viel zur Klärung beitragen. Es hat wenig Zweck, die Gefechte von gestern nochmals zu inszenieren und sich auf eine Seite zu schlagen. Die Kampfarena ist schon seit langem geräumt. Historisierung bedeutet das Gegenteil: die Kontexte und Motive der Akteure sichtbar werden zu lassen und die ausgetretenen Pfade der Urteile zu verlassen. Was

14 *Hamburger Morgenpost* vom 11. November 1975.
15 Zit. n. Reinecke, Otto Schily, S. 136 ff.
16 Gerd Koenen, Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977, Köln 2001, S. 403.

also zeigt ein historisierender Blick auf die RAF-Anwälte? Muss er skeptischer, kritischer sein als vor 20 Jahren?

Ich habe mit einigen RAF-Anwälten gesprochen und versucht zu erkunden, wie sie heute ihre damalige prekäre Rolle beurteilen und ob sie die Spannung zwischen der Funktionalisierung für die Agitation der RAF und einer engagierten Verteidigung heute anders sehen. Selbstkritik, so mein Eindruck aus diesen Gesprächen, zählt nicht zu den hervorstechendsten Eigenschaften von Ex-RAF-Anwälten. Rupert von Plottnitz, der kurzzeitig in Stammheim Verteidiger war, meint, er sehe keinen »Grund, sich grüblerische Gedanken zu machen«. Aus Otto Schily ist, was Prozesse der 1970er Jahre angeht, sowieso kaum ein Wort herauszubekommen.

Er verweist stets auf die anwaltliche Schweigepflicht, die es auch nach 30 Jahren noch zu achten gelte. Das Vertrauensverhältnis von Anwalt und Mandant schränkt in der Tat die Auskunftsfähigkeit von Anwälten ein (gerade Schily hatte dieses Verhältnis in den 1970er Jahren vehement gegen öffentliche Übergriffe verteidigt). Doch auch veröffentlichte Lernprozesse und Selbstreflexionen allgemeiner Natur sind rar. Das vorherrschende Selbstbild der RAF-Anwälte lautet in etwa: »Wir haben in Stammheim den Rechtsstaat verteidigt, weil der Staat es damals mit dem Rechtsstaatlichen nicht so genau nahm.«

Interessanterweise gibt es von Seiten des Regierungsverantwortlichen durchaus selbstkritische Betrachtungen – etwa vom damaligen Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel oder vom ehemaligen Regierungssprecher Klaus Bölling. Umso erstaunlicher, dass die Frage, wo die RAF-Anwälte im Rückblick Teil des Propagandakonzepts der RAF geworden sind, wo sie einfach nur ihren Job gemacht haben und wo das eine vom anderen nicht zu trennen war, auf so wenig Offenheit stößt.

Aber vielleicht ist, noch weiter zugespitzt, die Frage, ob die RAF-Anwälte von gestern ihre Reflexions-Hausaufgaben ordentlich absolviert haben, zu protestantisch, zu sehr auf Gewissenserforschung gezielt und ungeeignet, die historische Rolle und die (rechts-)politische Wirkung der RAF-Anwälte zu würdigen. Unter dem Strich, so die These, ist die Bilanz der RAF-Anwälte positiv – trotz des Desasters, dass in Stammheim mit Arndt Müller und Armin Newerla zwei Anwälte tätig waren, die Waffen in die Zellen geschmuggelt haben. Und auch trotz des problematischen »info«, mit dem Groenewold und andere eine Nebelzone schufen, in der die Grenzen zwischen engagierter Verteidigung und Unterstützung der RAF verschwammen.

Denn wie hätte der Prozess in Stammheim ohne die aggressiven, engagierten Auftritte von Schily, Heldman und den anderen gewirkt? Es gab ja 1975 die »Lex RAF«, ein hastig beschlossenes, schlampig gemachtes Gesetz, das den Verteidigerausschluss regeln sollte. Erstmals seit 1945 wurde ohne Angeklagte verhandelt, erstmals seit 1945 hatten Verteidiger keinen uneingeschränkten Zugang mehr zu ihren Mandanten. Und es gab, nicht zu vergessen, einen Vorsitzenden Richter, der während des Prozesses mit der Revisionsinstanz kungelte. Der Stammheimer Prozess wurde nicht zu Unrecht auch in der liberalen Presse kritisch kommentiert. Eine schwache oder gar willfährige Verteidung hätte das Bild vom Schauprozess, das ein Zerrbild der Linksradikalen war, noch wirksamer gemacht. Es hätte die irre Propaganda der RAF, dass die Bundesrepublik faschistisch geworden sei, und das Gerede vom »weißen Faschismus«, das in vielen linksradikalen Köpfen herumspukte, noch plausibler erscheinen lassen. Schon deshalb war das, was das Gros der linken Anwälte in Stammheim tat, ein Beitrag zur politischen Kultur der Republik – ein Beitrag, der letzlich half, das brüchige Vertrauen in den Rechtsstaat zu befestigen.

Ähnliches gilt, wenn man den Beitrag der linken Anwälte für die Rechtskultur insgesamt ins Auge fasst. Wer den Blick über die spektakulären Strafprozesse hinaus weitet und sich den Alltag der linken Anwälte in den 1970er Jahren anschaut, entdeckt bleibende Leistungen. Klaus Eschen beschreibt diesen Beitrag so: »Wir haben oft getan, was heute Mietervereine machen: dafür gesorgt, dass die Leute überhöhte Mieten wieder zurückbekommen. Außerdem haben wir Unterbringungsverfahren für die Psychiatrie rechtsförmig gemacht. Da ging es ja immerhin um Freiheitsentzug, aber das wurde vor Gericht im Fünf-Minuten-Takt erledigt. Waren die Leute einsichtig, waren sie krank. Waren sie nicht einsichtig, waren sie auch krank. Das war oft eine *Catch-22*-Situation. Mit uns dauerten solche Entscheidungen nicht fünf Minuten, sondern zwei Stunden. Wir haben also

Scanned by CamScanner

das, was gesellschaftlich fällig war, in die Justiz gebracht.«[17]

In den 1970er Jahren verbreitete sich der egalitäre, gegenkulturelle Impuls der Studentenbewegung. Wohngemeinschaften wurden zur normalen studentischen Daseinsform, eine alternative Lebenswelt entstand, die von Sozialarbeiterprojekten bis zum Taxikollektiv reichte und die bundesdeutsche Lebenswirklichkeit reicher, bunter, vielfältiger gemacht hat. Die linken Anwälte spielten dabei eine unscheinbare, aber wichtige Rolle. Udo Knapp, letzter SDS-Bundesvorsitzender und in den 1970er Jahren ein überzeugter Berliner Linksradikaler, meint: »Wer ein Kneipenkollektiv gründen wollte und nicht wusste, was eine GmbH ist, wer einen Kinderladen in Übereinstimmung mit den geltenden Verwaltungsvorschriften aufmachen wollte, ging in Berlin zu Schily, Eschen oder Ströbele. Die Anwälte waren Teil der informellen Struktur der Szene, und sie verfügten über das Herrschaftswissen.«[18]

Anders gesagt: Maoistische Positionspapiere, Attacken gegen die Klassenjustiz, scharfe (und natürlich abgelehnte) Anträge gegen die Isolationshaft waren das eine – ein handfester, sozial engagierter Reformismus war das andere.

Auf der Habenseite steht auch, dass die obrigkeitsstaatlichen Reste im Justizapparat geschleift wurden. Manche linken Anwälte, etwa Otto Schily in dem Prozess gegen Klaus Wagenbach oder auch in dem Prozess um den Tod von Benno Ohnesorg, haben durch scharfsinnige Zeugenbefragung gezeigt, dass auch Aussagen von Polizisten falsch sein können. So etwas war vorher unüblich.

So haben die linken Anwälte die bundesdeutsche Rechtskultur verändert. Helmut Brunn und Thomas Kirn zitieren in ihrem anregenden, materialreichen Buch »Rechtsanwälte, Linksanwälte« den Frankfurter Richter und Staatsanwalt Jochen Schroers: Der bleibende rechtspraktische Beitrag der linken Anwälte sei, so Schroers, »ihre aus gründlicher Kenntnis der Strafprozessordnung entstandenen Interventionen«. Die anfangs als überkandidelt und lästig empfundenen Anträge der Linksanwälte hätten »die Justiz gezwungen, ihr großes Regelbuch häufiger aufzuschlagen und besser zu verstehen«.[19]

So ergibt sich ein dialektisches Bild. Die linken Anwälte, angetreten, um die bürgerliche Justiz zu bekämpfen, haben dazu beigetragen, sie zu verbessern.

17 Gespräch des Autors mit Klaus Eschen, Winter 2002.
18 Gespräch des Autors mit Udo Knapp, Winter 2002.
19 Zit. n. Brunn/Kirn, Rechtsanwälte, Linksanwälte, S. 292.

Klaus Eschen

Das *Sozialistische Anwaltskollektiv*

Das *Sozialistische Anwaltskollektiv* wurde am 1. Mai 1969 von den Rechtsanwälten Horst Mahler, Klaus Eschen und Hans-Christian Ströbele in West-Berlin gegründet. Leitmotiv waren die Erfahrungen aus dem Studium, der juristischen Ausbildung und die ersten Begegnungen mit der Justiz in der beruflichen Praxis. Es war die Zeit des gesellschaftlichen Umbruchs der Jahre um 1968.

Damals wurde die Rechtspflege noch überwiegend von Juristen bestimmt, die bereits in der NS-Zeit als Professoren, Richter, Staats- oder Rechtsanwälte tätig gewesen waren, zumindest aber ihre berufliche Ausbildung bereits vor 1945 absolviert hatten. Nicht wenige von ihnen hatten dem NS-Regime als Angehörige von Kriegs- und Sondergerichten gedient. Dies erzeugte den Fortbestand einer hierarchischen und weitgehend autoritär geprägten Justizstruktur und formte infolge der entsprechenden Nachwuchspflege und ihrer Auswahlkriterien vielfach auch die jüngeren Richter und Staatsanwälte. Selbst die Anwaltschaft war personell vielfach identisch mit dem Bestand des vormaligen NS-Rechtswahrerbundes. So mancher der Kollegen war nach 1933 eifrig in die Praxen der entrechteten und vertriebenen jüdischen Anwälte geströmt. Einige von ihnen hatten vor dem Volksgerichtshof gegen ihre Mandanten selbst die Todesstrafe beantragt. Zudem war die Anwaltschaft nach 1945 zum Auffangbecken all der Juristen geworden, die wegen ihrer hochgradigen Verstrickung in das NS-Regime für die Justiz nicht tragbar erschienen, obwohl das Gesetz zu Art. 131 GG den unter dem NS-Regime tätigen Beamten zumeist großzügige Rückkehrmöglichkeiten bot.

Ein solches Klima erzeugte allenthalben einen erheblichen, von der Justiz und den Kollegen ausgehenden Anpassungsdruck, der, durch Ausbildung und Karrieredenken verinnerlicht, meist nicht einmal als solcher erkannt wurde. Die Mehrheit empfand ihn als normal und zum Wesen der Justiz gehörend. Meinungsführer in diesem Geiste waren vor allem der Deutsche Richterbund, der Deutsche Anwaltverein (DAV) und große Teile der politischen Öffentlichkeit. Der so entstandene und tradierte Grundkonsens, in dem fortlebte, was von der NS-Zeit bis in jene Tage unter Rechtsanwälten, Richtern und Staatsanwälten die »Kameradschaft in einer Rechtsfront« genannt wurde, prägte damals überwiegend die Justiz der Bundesrepublik. Dieser Grundkonsens erwies sich als Herrschafts- und Disziplinierungsinstrument mit der Wirkung, vor allem die Anwälte (und damit die Rechte der Mandanten) nach einer stillschweigend nebenher geltenden heimlichen Verfahrensordnung in die von den Richtern vorgegebene Verfahrensgestaltung möglichst weitgehend einzubinden.

Richter, Staats- oder Rechtsanwälte, von ihrer Herkunft und Ausbildung überwiegend in eher autoritäre Denkstrukturen und hierarchische Verhaltensweisen hinein sozialisierte Juristenpersönlichkeiten, unterschieden sich selbst in ihren verschiedenen prozessualen Rollen nur graduell voneinander. Seit 1949, mithin seit fast zwei Jahrzehnten, galten die zum Schutz des Bürgers geltenden Garantien des Grundgesetzes auf ein faires Verfahren und die Gewährung rechtlichen Gehörs. In ihrer Konkretisierung durch die Verfahrensordnungen waren sie geltendes Recht,

Scanned by CamScanner

jedoch mit geringen praktischen Auswirkungen im juristischen Alltag der Gerichte. Richter erwarteten von den Anwälten und ihren Mandanten Unterwerfung statt rechtsstaatlich fundierter Kontrolle ihrer Verfahrensweise. Das führte vorwiegend bei Strafverteidigern zu einem subalternen Verhalten, um es sich mit dem Gericht nicht durch zu entschiedenes Auftreten »zu verderben«. Denn dazu konnte es kommen, wenn der Verteidiger das Konzept und die inhaltliche Verfahrensplanung des Gerichts durchkreuzte, sobald er dem eine eigene Verfahrensstrategie entgegensetzte. Dabei konnte entscheidend werden, in welcher Reihenfolge Zeugen vernommen oder Entlastungsbeweise in die Verhandlung eingeführt wurden. Die Entwicklung der Fragetaktik gegenüber Zeugen und Sachverständigen, ihre Konfrontation mit früheren Aussagen oder einander widersprechenden wissenschaftlichen Erkenntnissen führte einen Prozess nicht selten auf ein von dem Gericht nicht vorgesehenes Gleis. Wer die Verhandlungsführung des Gerichts oder des Vorsitzenden selbst auf diese Weise in Frage stellte oder gar wagte, einen Befangenheitsantrag zu stellen, konnte mit einem Wohlwollen des Gerichts fortan nicht mehr rechnen. Das wirkte sich vor allem in besonders schwerwiegenden Verfahren aus, in denen Gegenstand der Anklage ein Verbrechen oder das Landgericht in erster Instanz zuständig und dem Angeklagten ein Pflichtverteidiger beizuordnen war. Den wählten viele Gerichtsvorsitzende aus einer von ihnen selbst nach Gutdünken erstellten Liste aus. Mit anderen Worten: Wo die Folgen einer Verurteilung besonders einschneidend für den angeklagten Bürger waren, wählte sich der Richter seinen gesetzlich eigentlich zum Schutz des Angeklagten berufenen – Gegenspieler selbst. Dementsprechend waren der Zustand und das Niveau von Strafverfahren und Strafverteidigung.

Unbestreitbar gab es auch vor unserer Zeit engagierte Strafverteidiger. In politischen Verfahren waren sie vor allem als Verteidiger von Mitgliedern und Sympathisanten der KPD oder, auf der anderen Seite, als Vertreter der Opfer in Verfahren tätig, die Verbrechen aus der NS-Zeit zum Gegenstand hatten. Im Gegensatz zu uns hatten sie jedoch Rückhalt in den Kirchen, den etablierten politischen Parteien oder, wie der Kollege Kaul,[1] in dem System des anderen deutschen Staates. Ihr Auftreten gegenüber den Gerichten geschah in der Regel in den hergebrachten Bahnen bürgerlich-respektvoller Wohlanständigkeit.

Eine weitere Erfahrung kam hinzu: Viele Bürger nahmen es in ihrem Alltag eher hin, wenn ihnen Unrecht geschah, als einen Konflikt zu wagen und sich mit Hilfe des Rechts zu wehren. Obwohl ihnen das Rechtsstaatsprinzip des Grundgesetzes mit seiner Rechtsweggarantie aus Artikel 19 Absatz 4[2] gerade Schutz auch gegen sozial oder politisch Mächtigere zu gewähren hat, fehlte vielen Bürgern die Konfliktfähigkeit und das Zutrauen, in einem Rechtsstreit vor Gericht zu bestehen. In der noch immer weitgehend autoritär strukturierten Gesellschaft der Bundesrepublik wurden Hausbesitzer, Arbeitgeber, Dienstherrn, Behörden, Lehrer und Eltern als Autoritäten angesehen, die zunächst als solche zu respektieren waren. Um sie zu verklagen, musste diese Respektsschwelle und die Befürchtung, sich – gegebenenfalls sogar in seiner Familie oder Arbeitsumgebung – »Feinde« zu machen, erst einmal überwunden werden. Hinzu kam allenthalben ein in der Bevölkerung verbreitetes Misstrauen gegenüber Anwälten und Gerichten, denen man nicht zutraute, sich zugunsten einer gesellschaftlich schwächeren Seite zu engagieren.

Dieses Klima prägte nicht nur die Justiz, sondern auch Schulen, Universitäten, Medien und die etablierten Parteien. Dieses restaurative, den Geist des

1 Friedrich Karl Kaul war nach 1945 der »Kronanwalt« der SED und der DDR. Er war als einer der wenigen in Ost-Berlin residierenden Rechtsanwälte auch in West-Berlin zugelassen und vertrat vor bundesdeutschen und Westberliner Gerichten vor allem SED- und KPD-Mitglieder, letztere in den Strafverfahren nach dem KPD-Verbot. Im Verbotsprozess vertrat er die KPD vor dem Bundesverfassungsgericht. Als brillanter Jurist und engagierter Streiter war er in vielen Fällen erfolgreich. Besonders bekannt wurde er als Vertreter von KZ-Überlebenden in den großen Prozessen gegen NS-Straftäter. Zu den linken Anwälten der Zeit nach 1968 suchte bzw. hatte er wie die meisten anderen Verteidiger in den KPD-Prozessen der 1950er und 1960er Jahre (Posser, Heinemann, Ammann) kaum Kontakt.

2 »Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen.«

Grundgesetzes vielfach ignorierende Zusammenspiel von staatlichen Institutionen, Wirtschaft, Universitäten, Justiz und Polizei rief den Widerspruch durch die mehr und mehr politisierte Studentenschaft und eine wachsende Außerparlamentarische Opposition (APO) hervor. Das damals so genannte »Establishment« reagierte Ende der 1960er Jahre auf die revoltierenden Studenten und ihre Sympathisanten vorwiegend repressiv, vor allem mit den Mitteln des Strafrechts. Die Politik wie der überwiegende Teil der Medien und der Öffentlichkeit boten den entsprechenden Rückenwind. Die damaligen Demonstrationen, Institutsbesetzungen, Vorlesungsstörungen mittels Go-ins und verbalen Angriffen gegen Politiker und Professoren führten zumeist zu Strafverfahren, in denen den Betroffenen Auflauf, Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Hausfriedensbruch oder Beleidigung zur Last gelegt wurde. Es war eine Strategie, die Auseinandersetzungen mit der damaligen Linken nicht inhaltlich, sondern repressiv zu führen.

Dem konnte am ehesten begegnet werden, wenn es den meist studentischen Beschuldigten mit Hilfe von Anwälten gelang, die Inhalte ihrer politischen Anliegen in den Gerichtsverfahren rechtfertigend zur Sprache zu bringen. Eine Institutsbesetzung wurde – um ein Beispiel zu nennen – von der Justiz zunächst als schlichter Hausfriedensbruch gewertet. Der Tatbestand des § 123 StGB[3] schien mit dem unberechtigten Eindringen oder Verweilen in den Universitätsräumen erfüllt. Dem konnte durch die mittels Beweisanträgen erfolgte Hinzuziehung von Professoren als Zeugen und Sachverständigen zur Darstellung der autoritären und reaktionären Verhältnisse an den Universitäten eine politische Legitimation entgegengestellt werden. Dadurch ließ sich zwar vielfach die Bestrafung nicht verhindern. Die Prozesse gestalteten sich aber auf diesem Wege häufig zu Anklagen gegen die herrschenden Verhältnisse und konnten gelegentlich auf diese Weise die Handlungen der Angeklagten zumindest politisch legitimieren.

Die Gründung

Aus mehreren Gründen, vor allem aber als Mitglied des *Sozialistischen Deutschen Studentenbundes* (SDS) wurde Horst Mahler, Jahrgang 1936, in der Zeit um 1966 der Anwalt der antiautoritären Studentenbewegung und der APO. Mahler war bereits seit 1964 Rechtsanwalt. Er hatte die Kanzlei mit dem Mandantenstamm eines kurz zuvor verstorbenen Kollegen übernommen und machte sich schnell einen Namen als erfolgreicher Wirtschaftsanwalt sowohl in Straf- wie in Zivilprozessen. Seine Stärke bestand darin, dass er den beschriebenen Grundkonsens der Juristen aufkündigte, anstatt die Gestaltung des Verfahrens durch das Gericht kritiklos hinzunehmen, Verfahrenskonflikte mit Richtern und Staatsanwälten nicht scheute und die Zivil- wie die Strafprozessordnung als auch für den Rechtsanwalt geltende und zugunsten seines Mandanten streitende Gesetze wahrnahm.

Der Verfasser hatte Anfang 1967 mit 27 Jahren sein Assessorexamen bestanden, war allerdings entschlossen, der Justiz den Rücken zu kehren, in den seit Beginn der 1960er Jahre ausgeübten Zweitberuf als Bildjournalist zu »emigrieren« und sich nur formal als Rechtsanwalt niederzulassen. Da ich Mahler aus der gemeinsamen Schulzeit kannte und politisch mit ihm seinerzeit weitgehend übereinstimmte, nahm ich das Angebot an, sein Praxisschild an Mahlers Büro in der Konstanzer Straße in Berlin-Wilmersdorf anzubringen. Doch dabei blieb es nicht. Der große Bedarf an politisch linken Anwälten und der Reiz, sich nun auch juristisch gegen die Verkrustungen der Justiz zu engagieren, sogen mich förmlich in den Beruf hinein.

Hans-Christian Ströbele, Jahrgang 1939, war in dieser Zeit Referendar im Büro Mahlers. Ihn reizte das Engagement für die Studenten, ihre damaligen politischen Ziele und ihre Art, dafür mit Demonstrationen und Regelverletzungen einzutreten. Es war bereits zu dieser Zeit klar, dass wir drei Kollegen

3 »(1) Wer in die Wohnung, in die Geschäftsräume oder in das befriedete Besitztum eines anderen oder in abgeschlossene Räume, welche zum öffentlichen Dienst oder Verkehr bestimmt sind, widerrechtlich eindringt, oder wer, wenn er ohne Befugnis darin verweilt, auf die Aufforderung des Berechtigten sich nicht entfernt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.«

Scanned by CamScanner

künftig zusammenarbeiten würden. Mahlers »bürgerliche« Klientel, wie er sie von seinem Kollegen übernommen hatte, schrumpfte, weil die meisten dieser Mandanten meinten, sich nicht weiterhin von »Kommunisten« vertreten lassen zu können (hier war noch immer das beschriebene Klima wirksam).

Von Beginn an verabschiedeten wir uns von der Rolle eines bürgerlichen, in das traditionelle Rollenverhalten eingebundenen Anwalts, nahmen unsere Unabhängigkeit ernst und gründeten das *Sozialistische Anwaltskollektiv* (SAK). Anfang Mai 1969 zogen wir in die Büroräume in der Meierottostraße 1, die bis dahin von der Rechtsanwaltskammer Berlin genutzt worden waren. Wir betrachteten diese Nachfolge augenzwinkernd als durchaus revolutionären Akt. Die Rechtsanwaltskammer reagierte beleidigt, wie der Vermieter später amüsiert berichtete. Auf dem Praxisschild stand neben den Namen der Anwälte »Sozialistisches Anwaltskollektiv« – als Kennzeichnung ziemlich großspurig, als Konzept ein wenig knapp. Aus heutiger Sicht kann man vielleicht fragen: Was konnten diese Anwälte, was andere nicht vermochten, solange sie sich ans Gesetz hielten?

Inwiefern sozialistisch?

Die sozialistische Komponente des Kollektivs bestand in dem emanzipatorischen Ehrgeiz, die Rechtsstaatsgrundsätze der Verfassung in den gerichtlichen und gesellschaftlichen Alltag zu transportieren. Dazu gehörte vor allem, den »kleinen Leuten«, den gesellschaftlich Schwächeren, den Rechtsweg zu ebnen, Zugangsschwellen zu den Gerichten abzubauen und für ein faires Verfahren zu sorgen. Es war klar, dass damit Machtpositionen derjenigen angegriffen oder zumindest in Frage gestellt wurden, die zuvor von den Hemmungen der Bürger, ihr Recht zu verfechten, profitiert hatten. Daraus folgte der parteiliche Grundsatz, vor allem in Zivil-, Verwaltungs- und Arbeitsgerichtsverfahren nicht jeden, der als Mandant kam, zu vertreten, sondern nur den im Einzelfall gesellschaftlich Schwächeren gegen den Stärkeren, also den Arbeitnehmer gegen den Arbeitgeber, Mieter gegen Vermieter, Kinder gegen Eltern, Bürger gegen den Staat etc.

Warum Kollektiv?

Als Kollektiv verstanden sich alle in dem Büro Arbeitenden. Das Prinzip war, dass jeder den gleichen Lohn erhielt, Hand- oder Kopfarbeit also nicht unterschiedlich zu bewerten war. Zudem wurden alle das Büro betreffenden Fragen gemeinsam gelöst und beschlossen, die nicht unmittelbar in die Kompetenz und alleinige Verantwortung der Anwälte gehörten. Konflikte wurden gemeinsam ausgetragen. Insofern war das Direktionsrecht der Anwälte als Arbeitgeber stark eingeschränkt.

Das Image als politisch linke Anwälte wurde vor allem durch das Auftreten als Verteidiger in den politischen Strafprozessen gegen Angehörige der damaligen Außerparlamentarischen Opposition und der Studentenbewegung der 1960er und 1970er Jahre geprägt. Staatsanwaltschaften und Gerichte waren bestrebt, diesen Verfahren den politischen Charakter abzusprechen, um die Beschuldigten als schlichte Straftäter aburteilen zu können. Es ging ihnen darum, in herkömmlicher Weise feststellen zu können, ob die Angeklagten den jeweiligen Straftatbestand erfüllt hatten und bestraft werden konnten oder freigesprochen werden mussten. Die politische Motivation, aus der möglicherweise eine politische oder zumindest moralische Legitimation ihres Handelns hergeleitet werden mochte, sollte ausgeblendet bleiben. Dies nicht zuletzt deshalb, weil, wie wir meinten und feststellten, die Justiz auf solche Auseinandersetzungen im Gerichtssaal nicht vorbereitet, geschweige denn ihnen gewachsen war. Umso mehr war es Aufgabe der Verteidiger, in den Strafverfahren die Anliegen der Demonstranten zum Gegenstand der Verhandlung zu machen, sie von dem Geruch des Kriminellen zu befreien und ihre politische Identität klarzustellen.

Das Niveau der inhaltlichen politischen Auseinandersetzung mit den Zielen der Studenten wurde auf Seiten des politischen »Establishments« allerdings überwiegend von den Medien und der bürgerlichen Presse unter Meinungsführerschaft der Springer-Blätter bestimmt. Die Studenten wurden dort als ungewaschene und arbeitsscheue Vorlesungsschwänzer dargestellt, die, stipendienfinanziert aus Steuermitteln, in den Demonstrationen vor allem ihre Lust am Randalieren auslebten. Politische Demonstratio-

nen, sofern es sich nicht um staatlich organisierte »Freiheitskundgebungen« oder die Begrüßung befreundeter Staatsoberhäupter handelte, galten in den Augen von Polizei und Justiz noch immer als Störung der öffentlichen Ordnung.[4] Der Protest gegen den Krieg der USA in Vietnam, gegen die Ausbeutung der Dritten Welt durch die Industriestaaten und ihre Unterstützung totalitärer und faschistischer Regime wie in Persien, dem Kongo, Südafrika oder Lateinamerika, gegen die autoritären Strukturen in Gesellschaft und Universitäten wurde zumeist als Gefährdung der verfassungsmäßigen freiheitlichen Ordnung der Bundesrepublik diffamiert, die vor allem den Machthabern in der »Zone« in die Hände spiele. Rechtsanwälte, die sich zu Fürsprechern dieser angeblichen Systemgegner machten, wurden alsbald selbst zu beruflichen Außenseitern. Die Justiz in ihrer damaligen personellen Zusammensetzung dachte im Wesentlichen nicht anders und betrachtete diese Mandanten als Gegner der bestehenden Gesellschaft. Und ihre Anwälte – in einem gewissen Maße sicherlich zu Recht – als Komplizen im Geiste.

Wir griffen die Justiz und ihre Angehörigen in ihren überkommenen Organisations- und Denkstrukturen durch die Art und den Inhalt unseres Auftretens an. Wir hielten die Justiz nach unseren beruflichen Erfahrungen nur für reformfähig, wenn man sie fundamental in Frage stellte. »Sie« – das war nicht nur die Institution in ihrer unpersönlichen Abstraktion. Es waren auch und nicht selten gerade ihre Richter und Staatsanwälte mit ihrer konservativen, obrigkeitsorientierten geistigen Unbeweglichkeit. Wir kündigten den Grundkonsens der Juristen für uns und unsere Mandanten auf und besannen uns auf unsere Unabhängigkeit als Organe der Rechtspflege, unabhängig nicht nur von Lob, Tadel und Wertschätzung seitens der Gerichte und Kollegen, sondern als Auftrag und Verpflichtung, für diese Unabhängigkeit im Interesse der Mandanten zu streiten. Wir nutzten die rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten, welche die Strafprozessordnung den Verteidigern im Interesse der Mandanten gewährt, weitgehend aus, auch wenn dies zu Konflikten mit Richtern und Staatsanwälten führte und die Stimmung im Gerichtssaal verdarb.

Die Strafprozessordnung, so meinten wir, stellte das Recht, Beweisanträge zu stellen, Zeugen und Sachverständige eingehend und kritisch zu befragen oder Richter wegen Befangenheit abzulehnen, nicht unter den Vorbehalt eines harmonischen Verhandlungsverlaufes. Maßgebend war das Interesse des Mandanten, seinen Anspruch so durchzusetzen, wie es die materielle Rechtslage und die Verfahrensordnungen ermöglichten.

Unsere Vorgehensweise war ein Angriff gegen das bis dahin unbestrittene Monopol des Vorsitzenden auf die Verfahrensgestaltung im Strafprozess, die Kompetenz, zu bestimmen, welche Zeugen und Sachverständigen in welcher Reihenfolge zu welchem Thema, zu welcher Zeit und in welcher Tonlage zu vernehmen sind. Wir bestärkten unsere Mandanten in dem Recht aus § 136 StPO,[5] zum Tatvorwurf zu schweigen, ohne dass hieraus Folgerungen zu ihren Lasten gezogen werden dürften. Wir rieten unseren Mandanten, zunächst dieses Recht zu nutzen, bis wir Verteidiger vollständige Einsicht in die Ermittlungsakten nehmen konnten. Ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren belastet den Betroffenen in der Regel erheblich. Es ist daher nur natürlich, auf den strafrechtlichen Vorwurf unmittelbar zu reagieren, um ihn möglichst schnell aus der Welt zu schaffen. Dem entgegenzuwirken, erfordert erhebliche Nervenstärke und Konfliktfähigkeit gegenüber den Ermittlungstaktiken der Polizei. Als Verteidiger sahen wir unsere Aufgabe darin, durch unseren juristischen und psychologischen Beistand dieses wichtige Recht zu wahren, um nicht einen günstigeren Ausgang des Verfahrens einem schnelleren Ende zu opfern.[6]

Wir nutzten unser Recht auf Akteneinsicht aus § 147 StPO nicht, wie damals üblich, indem die Verteidiger in der Geschäftsstelle des Gerichts sich mühe-

4 Vgl. Ulrich Enzensberger, Die Jahre der Kommune I, Köln 2004.

5 »Bei Beginn der ersten Vernehmung ist dem Beschuldigten zu eröffnen, welche Tat ihm zur Last gelegt wird und welche Strafvorschriften in Betracht kommen. Er ist darauf hinzuweisen, dass es ihm nach dem Gesetz freisteht, sich zu der Beschuldigung zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen und jederzeit, auch schon vor seiner Vernehmung, einen von ihm zu wählenden Verteidiger zu befragen. Er ist ferner darüber zu belehren, dass er zu seiner Entlastung einzelne Beweiserhebungen beantragen kann.«

6 Hierzu: Klaus Eschen / Renate Sami / Victor Serge, Wie man gegen Polizei und Justiz die Nerven behält, West-Berlin 1974.

Scanned by CamScanner

voll Exzerpte aus den Akten fertigten, die den Inhalt zumeist nur fragmentarisch wiedergaben, wo wörtliche und bildhafte Feststellungen erforderlich waren. Wir nahmen die Akten mit in unser Büro. Dabei kam uns gerade zu dieser Zeit die erheblich verbesserte und verbilligte Kopiertechnik durch das Rank-Xerox-Verfahren zugute. Das ermöglichte es uns, nicht nur mit vollständigem Aktenmaterial in die Hauptverhandlung zu gehen, sondern zuvor mit dem Mandanten den Stand der Ermittlungen zu prüfen, die Erfolgsaussichten einzuschätzen und eine entsprechende Verhandlungsstrategie zu entwickeln. Es kann für den Ausgang eines Prozesses entscheidend sein, einem Zeugen eine Passage aus einer früheren polizeilichen Vernehmung wörtlich vorzuhalten, um Widersprüche deutlich zu machen.

Unsere Verfahrensstrategie nutzte das Recht, dem Anklagevorwurf durch eine eigene Sachdarstellung des Mandanten mit den entsprechenden Beweismitteln, Zeugen und Sachverständigen entgegenzutreten, diese mittels Beweisanträgen in das Verfahren einzuführen und selbst zu bestimmen, bei welchem Stand des Verfahrens das zu geschehen hatte, weil es für die Gewichtung einer Aussage bedeutsam sein kann, ob ein Entlastungszeuge vor oder nach einem Belastungszeugen vernommen wird. Vor allem aber konnte mit Hilfe der Beweisanträge versucht werden, den politischen Gehalt des Verfahrens durch Erörterung der Motivation, die zur angeklagten Handlung führte, in die Verhandlung einzuführen.

Mit diesen Methoden war ein wichtiges Moment aus dem bis dahin wirkenden Gestaltungsmonopol des Gerichts herausgebrochen. Die Verfahren wurden strittiger, aber auch rechtsstaatlicher im Sinne einer Waffen- und Chancengleichheit der Beteiligten. Allerdings gaben die Richter diese Position nicht ohne Widerstand preis.

Sie lehnten häufig unsere Anträge ab, weil sie bis dahin kaum befürchten mussten, dass dies Folgen für den Bestand des Urteils haben könnte. Sie waren gewohnt, dass die Strafverteidiger ein wichtiges Mittel, um ein Urteil in der Revision zu Fall zu bringen, ungenutzt ließen: die sogenannte »formelle Verfahrensrüge«. Die Möglichkeit, ein Urteil mit der Revision anzugreifen, besteht zum einen in der Rüge, das Gericht habe das Strafgesetz nicht zutreffend angewendet, der festgestellte Sachverhalt »trage« die rechtlichen Folgerungen nicht. Zum anderen kann gerügt werden, dass das Gericht Verfahrensfehler begangen hat. Das kann etwa der Fall sein, wenn eine Frage an einen Zeugen oder Sachverständigen nicht zugelassen, gegen Bestimmungen über die Vereidigung von Zeugen verstoßen wird oder andere Rechte der Verteidigung gesetzeswidrig eingeschränkt werden. Diese Fehler müssen allerdings sofort in der Hauptverhandlung geltend gemacht und zu Protokoll gegeben werden. Solche »Verfahrensrügen« sind naturgemäß gleichbedeutend mit einer Kritik an der Verhandlungsführung des Vorsitzenden und damit der Stimmung im Gerichtssaal wenig zuträglich. Dieser wichtige Teil einer engagierten Strafverteidigung lag bis dahin auch wegen des erheblichen Aufwandes in der Revisionsbegründung weitgehend brach. Wir nutzten dieses Recht unserer Mandanten in zunehmendem Maße.

Für Zivil-, Arbeits- und Verwaltungsgerichtsverfahren galten hingegen andere Vorgaben. Die Atmosphäre im Gerichtssaal war offener. Die Verhandlungen wurden durch Schriftsätze der streitenden Parteien vorbereitet. Hier sahen wir unsere Aufgabe darin, unsere Mandanten nicht nur zu beraten und über ihre Rechte aufzuklären, sondern ihnen auch den Mut zu machen und zu erhalten, den gerichtlichen Konflikt mit dem jeweiligen Gegner aufzunehmen, also zu klagen, oder sich gegen eine Klage zu wehren, sofern dies aussichtsreich schien.

Die Nutznießer einer ungerechten Gesellschaft sind darauf angewiesen, dass diejenigen, zu deren Lasten dies geht, zugleich durch Erziehung und gesellschaftliches Klima in ihrer Konfliktfähigkeit eingeschränkt werden. Besonders in engen Lebensbeziehungen, in der Familie, am Arbeitsplatz, im Hinblick auf die Wohnung, aber auch im Verhältnis des Bürgers zum Staat war die Scheu sehr groß, ein Verhältnis oder eine Beziehung zu stören, selbst wenn man meinte, einen berechtigten Anspruch durchsetzen zu können. Harmonie ging vor Recht. Doch in einer ungerechten Gesellschaft profitiert vom Frieden der Ungerechte. Also ermutigten wir Studenten, gegen ihre Eltern ihren Unterhalt einzuklagen, Mieter, die jahrelang gezahlten überhöhten Mietbeträge zurückzufordern, Angestellte, die ihnen zustehende tarifliche Eingruppierung durchzusetzen, und Ausländer, ihren Aufenthaltsstatus zu sichern.

Die Wirkungen unserer Arbeitsweise

Diese Arbeitsweise setzte eine recht widersprüchliche Entwicklung in Gang. Sie war nur möglich im Zuge der gegen die herrschenden gesellschaftlichen Strukturen revoltierenden Studentenbewegung und der Außerparlamentarischen Opposition (APO) jener Jahre. Durch sie wurde, verkürzt gesagt, ins Bewusstsein der Gesellschaft gerückt, dass die Grundrechte der Verfassung Konfliktrechte sind, nämlich Rechtsgrundlage und Ermutigung zum Abweichen, zum Aus-der-Reihe-Tanzen, zum Gegen-den-Strom-Schwimmen. Opportunisten und Gleichgeschaltete bedürfen dieser Rechte nicht. Nun wurde in Frage gestellt, was man »repressive Friedfertigkeit« nennen könnte. Das nahm dem Begriff des Konfliktes nicht nur den negativen Anstrich, sondern machte deutlich, dass Konfliktkultur die Voraussetzung für gesellschaftlichen Fortschritt ist. Die Gesellschaft polarisierte sich je nach Institution und Schicht in unterschiedlicher Weise und in ungleichem Maße. Das galt auch für die Justiz und die Anwaltschaft.

Unter den Kollegen gab es einige wenige, die das Klima in den Gerichtssälen, die Engstirnigkeit und Beschränktheit der Rechtsprechung durchaus bedrückte. Die sahen sich nun bestätigt und ermutigt, einen ähnlichen Weg zu gehen wie wir. Referendare kamen zu uns, um hier die Anwaltsstation ihres Vorbereitungsdienstes zu absolvieren. Richter und Staatsanwälte hingegen nahmen in ihrer überwiegenden Zahl die Infragestellung ihrer Position im Gerichtssaal und ihrer persönlichen Eignung für den Richterberuf krumm.

Es muss jedoch zugleich eingeräumt werden, dass die Richter sich, trotz vielfach bei ihnen vorhandener traditioneller Voreingenommenheit, bei ihrer Entscheidungsfindung überwiegend nicht von ihrer Antipathie gegen uns haben leiten lassen. Neben vielfach berechtigter Kritik an der bundesdeutschen Nachkriegsjustiz gehört es nach meiner Überzeugung zu ihren großen Verdiensten, dass sie auf unser Wirken überwiegend, wenn auch gelegentlich erst in höheren Instanzen, rechtsstaatlich reagierten und die ihnen durch Gesetze und Verfassung vorgegebenen Bindungen achteten oder zumindest allmählich zähneknirschend zu akzeptieren begannen.

Das bot uns trotz vielfach berechtigter Kritik die erforderlichen gerichtlichen Handlungsspielräume. Gelegentlich zeigten uns auch Richter und Staatsanwälte, meist hinter vorgehaltener Hand, zuweilen aber auch offen, Zeichen von Sympathie. Die Veränderungen jener Jahre befreiten auch Angehörige der Justiz allmählich von dem Zwang, sich als nicht reformierbare Monolithen darzustellen.

Das Arbeitsfeld des *Sozialistischen Anwaltskollektivs* bestand entgegen allem öffentlichen Anschein nur zu einem geringeren Teil aus den politischen Straf- und Zivilprozessen. Es war vielmehr juristisch eine Feld-Wald-und-Wiesen-Praxis, quer durch die Gebiete des Verwaltungs-, Arbeits-, Familien-, Miet- oder Vertragsrechts. Unsere Klientel bestand folglich einerseits aus Demonstranten und Studenten, die wir in ihren politischen Strafverfahren oder auch zur Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen gegen ihre verstörten Eltern vertraten. Zum anderen entwickelten wir uns zu einer Art anwaltlicher Anlaufstelle für Menschen, die sich von uns Rat und Hilfe erhofften, die sie anderswo nicht erwarteten, sei es, dass sie mit uns politisch sympathisierten, sei es, dass sie uns deshalb besonders vertrauten, weil uns unsere Position als anwaltliche Außenseiter von dem verbreiteten Verdacht befreite, im Zweifel eher eigene Interessen als die der Mandanten zu vertreten. Hinzu kamen viele Mandanten aus Kreisen, die man vage als die linke aufgeklärte Mittelschicht bezeichnen kann und – nicht zuletzt – eine relativ große Anzahl psychisch Kranker, die bis dahin meist nur wenig ernst zu nehmenden anwaltlichen Beistand erhielten, obwohl gerade sie mit ihren vielfältigen Problemen darauf angewiesen sind.

Obwohl wir mit dieser Arbeit mehr als ausgelastet waren, lebte das Büro mit äußerst knappen Finanzen. Wir berechneten unsere Honorare nach den Regeln der Bundesrechtsanwaltsgebührenordnung. Im Falle von Freisprüchen, Pflichtverteidigungen und Armenrecht (heute Prozesskostenhilfe) finanzierte uns die Staatskasse, bei gewonnenen Zivilprozessen die jeweiligen Gegenseiten. Die Zahlungsmoral unserer Mandanten war unterschiedlich. Da wir in der Regel keine Vorschüsse nahmen, blieben die Kosten vor allem dann bei den Mandanten hängen, wenn sie den Prozess verloren hatten oder verurteilt wurden. Obwohl diese Praxis betriebswirtschaftlich wenig klug war, änderten wir sie nicht. Wir wollten Men-

Scanned by CamScanner

schen, die in Konfliktsituationen oder in Nöten zu uns kamen, nicht als Erstes mit Geldforderungen belasten. Eine solche Haltung hätte auch unserem politischen Anliegen widersprochen. Wirtschaftlich lebten wir folglich von der Hand in den Mund, am Monatsanfang meist mit leeren Konten, allerdings immer ohne Schulden.

Die Reaktion der Öffentlichkeit, vor allem der politischen Institutionen wie Parteien, Regierungen und Presse, kurz: des »Establishments«, auf uns linke Anwälte war durchaus widersprüchlich. Unsere Zahl hatte sich nach 1970 nicht nur in Berlin, sondern auch vor allem in den universitären Brennpunkten der Bundesrepublik erheblich vergrößert, gerade weil sich die damaligen »Revolten« meist auf der Straße zunächst zwischen der Polizei und Demonstranten abspielten und sich anschließend in den Gerichtssälen fortsetzten. Die Rolle der Anwälte als Beistand stärkte die Revoltierenden nicht nur juristisch, sondern vor allem politisch, so dass vor allem die Verteidiger zum bevorzugten Ziel vielfältiger publizistischer und juristischer Angriffe und Anfeindungen wurden.

Verstärkt wurde diese Tendenz durch die damalige Ost-West-Konstellation. Linke oder gar sozialistische Bestrebungen zur Demokratisierung der Gesellschaft wurden damals durchgängig als »Schützenhilfe für das SED-System« der noch »Zone« genannten DDR diffamiert. So war es nur konsequent, die linken Anwälte bevorzugt ins Visier zu nehmen. Durch ihre Rolle als Fürsprecher wurden sie zu Leitfiguren manipuliert, die ihre Mandanten für ihre beruflichen und politischen Ziele missbrauchten.

Anwaltliches Handeln, zumal vor Gericht, geschieht unter den Augen der Öffentlichkeit und wird zumeist ambivalent, je nach Interesse oder Parteinahme, als Eintreten für eine gerechte Sache oder als Komplizenschaft zugunsten von Kriminellen dargestellt. Da, wie geschildert, die Justiz als Waffe gegen die Anwälte weitgehend ausfiel, ergab sich eine Strategie des konzertierten Vorgehens von Politik, Presse und Berufsorganisationen mittels Ausgrenzung, Diffamierung und Repression. Gewöhnlich geschah das so, dass Ministerien oder Agenturen auf einen besonderen Vorfall, ein Verfahren oder ein Urteil mittels Presseerklärung reagierten.

Hierauf bezogen sich sodann Medien oder Politiker in eigenen Kommentaren und versuchten Stimmung gegen diese Anwälte zu machen in der Erwartung, einen öffentlichen Verfolgungsdruck zu erzeugen, aufgrund dessen ein Berufsverbot oder ein Strafverfahren als logische Folge ihres Verhaltens erschiene, unabhängig davon, dass ihnen bei sachlicher Betrachtung formal Verstöße gegen geltendes Recht nicht anzulasten waren. Allerdings gab es zu auch zu jener Zeit liberale Medien mit kritischen Journalisten, die dieser konzentrierten Meinungsmacht beherzt und kompetent entgegentraten.

Stadtguerilla und Terrorismus – RAF

Besondere Akzente und eine neue Qualität bekam diese Entwicklung mit der Entstehung dessen, was seit den Jahren 1967/68 mit dem Begriff »Terrorismus« belegt wurde. Anfänglich gehörten dazu nach der Sprachregelung der Springer-Presse Vorlesungsstörungen oder die Verwendung von Pudding, Eiern und Farbbeuteln als Wurfgeschosse. Weit ernster wurde es, als im Frühjahr 1968 in Frankfurt am Main in zwei Kaufhäusern Brandsätze hochgingen. Zugleich begannen vor allem in West-Berlin kleine Gruppen damit, gezielt Brand- und Sprengstoffanschläge gegen Behörden, Banken und Industrieunternehmen zu begehen, bis hin zu einem Sprengstoffattentat gegen den Britischen Yachtclub in Berlin, bei dem ein Mensch getötet wurde.

Am 9. November 1969, dem Jahrestag der sogenannten Reichskristallnacht von 1938, wurde im Berliner Jüdischen Gemeindehaus ein Sprengstoffpaket gefunden. Ein ähnlicher Attentatsversuch galt kurze Zeit später dem Berliner Juristenball.[7]

Hier verließen die Auseinandersetzungen den Bereich des symbolischen oder zumeist gewaltlosen Widerstandes. Im Vergleich mit den Demonstrationen, mochten sie auch gelegentlich in Straßenschlachten mit der Polizei ausarten, bekamen diese Angriffe die Qualität terroristischer Aktionen. Das politische Klima begann sich vor allem entscheidend zu verändern,

7 Siehe hierzu Wolfgang Kraushaar, Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus, Hamburg 2005.

als die spätere RAF mit der spektakulären Befreiungsaktion Andreas Baaders in Mai 1970, bei der ein Mann angeschossen und lebensgefährlich verletzt wurde, ins Licht der Öffentlichkeit trat. Bald darauf folgten Banküberfälle und Anschläge. Die Anwälte, soweit sie in den folgenden Strafverfahren verteidigten, sahen sich politisch, juristisch und menschlich einer dramatisch veränderten Situation mit schwierigen neuen Anforderungen gegenüber. Die sich als revolutionäre Guerilleros verstehenden Täter betrachteten die Rechtsordnung für sich nicht mehr als verbindlich, sondern handelten nach eigenen Vorstellungen von Moral und Gerechtigkeit. Gleichzeitig jedoch reklamierten sie in ihren Gerichtsverfahren gegenüber Staat, Polizei und Justiz die Einhaltung aller zum Schutz von Angeklagten geltenden Verfahrensnormen. Ihnen, die sich von den rechtlichen Bindungen losgesagt hatten, stand die Justiz eines bürgerlichen Rechtsstaates gegenüber, die in den Augen der von den Medien, aber auch vielen Politikern der damaligen sozialliberalen Koalition beeinflussten Öffentlichkeit durch die ihr gezogenen verfassungs- und verfahrensrechtlichen Schranken als nur eingeschränkt handlungsfähig eingeschätzt wurde.

Grundrechte werden in Deutschland ohnehin eher als Bedrohung denn als Wohltat empfunden, zumal wenn sie von Menschen in Anspruch genommen werden, denen man sie nicht gönnen mag. Anfangs wurden die Taten wie die Politik von RAF und Stadtguerilla auch bei jenem Teil der liberalen, geistig von der damaligen Springer-Presse unbeeinflussten und reformbereiten Öffentlichkeit, die sich zuvor mit den Studentenprotesten der Jahre 1967/68 identifizierten, politisch abgelehnt.

Erst die massiv repressiven Reaktionen von Politik, Justiz und Medien führten nach und nach zu erneuten Solidarisierungen mit den inhaftierten politischen Gefangenen (die nicht als solche bezeichnet werden durften). Erhebliche Teile der Öffentlichkeit und der Politik verstärkten gegenüber der Justiz den Druck, die als Fesseln empfundenen rechtsstaatlichen Garantien zu lockern, sei es durch Gesetzesänderungen, sei es durch die nicht selten gelungenen Versuche der Justiz, selbst gleichsam über die gesetzlich gezogenen Grenzen hinwegzupflügen. Nicht alle Richter vermochten sich diesem öffentlichen Verfolgungsdruck zu widersetzen.

Die Verteidiger waren also gezwungen, zugunsten der Rechte ihrer Mandanten neben dem Auftreten in den Gerichtssälen einen politisch eskalierenden juristischen Kleinkrieg um Haftbedingungen, Akteneinsicht und Ermittlungsmethoden zu führen. Anwälte, die in diesen Verfahren verteidigten und damit für die Einhaltung der rechtsstaatlichen Verfahrensrechte stritten, wurden alsbald als Komplizen der Angeklagten gebrandmarkt, die sich mit ihrem professionellen Wissen der Durchsetzung des Rechts, sprich: der Verurteilung, in den Weg stellten. In Wahrheit hatten die Anwälte vor allem für die Einhaltung des korrekten Weges zu sorgen und zu versuchen, die Strafverfolger daran zu hindern, dass sie den rechtlichen Weg verließen und ihre Verfahren gleichsam querfeldein durchführten.

Die Entwicklungen in der Anwaltschaft

Die Zahl der sogenannten linken Anwälte hatte über die Jahre erheblich zugenommen und war nicht mehr auf die großen Universitätsstädte der Bundesrepublik beschränkt. »Links« stand allerdings für ein diffuses Spektrum, zu dem inzwischen bürgerlich-liberale Kanzleien ebenso gehörten wie die eng an die damaligen K-Gruppen gebundenen Anwaltskollektive und die meist älteren, traditionell der verbotenen KPD und der neu gegründeten DKP nahestehenden Kollegen. Dazu gehörten aber auch sozialdemokratische Anwälte, die sich der Rechtsstaatstradition ihrer Partei mehr verpflichtet fühlten als einer Parteidoktrin. Je stärker sich diese linke Anwaltschaft entwickelte, desto stärker wurde die Position der Mandanten, mit der Folge, dass die hergebrachten autoritären Strukturen in der Justiz mehr und mehr als Widerspruch zu den grundgesetzlichen Prinzipien wahrgenommen und damit in Frage gestellt werden konnten. Die Justiz als solche und ihr Personal wurden gerade in der organisierten Linken, vor allem in den K-Gruppen und bei den Autonomen, zum breit diskutierten Thema: Funktionierte die Justiz als Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie zur Disziplinierung der Arbeiterklasse und Durchsetzung der in ihrem Interesse erlassenen Gesetze und diente diese Funktion

Scanned by CamScanner

durch ihre scheinbar unparteiische Neutralität als Dritte Gewalt nur als verschleierndes Alibi? Oder wirkte sie, möglicherweise nach entsprechender Reform und mit dem rechtlichen Instrumentarium des Grundgesetzes, eher zum Schutz des Einzelnen gegenüber staatlicher, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Macht und ihrem Missbrauch? Musste sie deshalb gegen derartige diffamierende Bloßstellungen in Schutz genommen werden? Waren die linken Anwälte mit ihren Freisprüchen und anderen Erfolgen vor den Gerichten nur nützliche Idioten, um die Illusion eines funktionierenden Rechtsstaats zu festigen? Würden massenhafte Verurteilungen durch die Klassenjustiz das revolutionäre Potential in der Bevölkerung und damit gesellschaftliche Veränderungen nicht viel massiver fördern?[8]

Nun, die überwiegende Mehrzahl der meist bürgerlichen Linken, so revolutionär sie sich fühlen mochte, zog einen mit Hilfe der Anwälte erzielten Erfolg vor Gericht einer die »Massen revolutionierenden« Niederlage vor, so dass diese Diskussion durch die Realität in den Gerichten, wenn man so will, zugunsten der Anwälte entschieden wurde. In der linken Anwaltschaft bildeten sich daraufhin gewisse Strömungen. Einige Kollegen wollten nicht, wie sie meinten, lediglich als Alibi fungieren, sondern gingen den Weg ihrer Mandanten in den Untergrund wie unser Kollektiv-Genosse Horst Mahler. Andere unterstützten anderweitig den illegalen Kampf ihrer Mandanten, meist nach außen unter Wahrung ihrer beruflichen Alltagsroutine. Viele gingen auf deutliche Distanz zu dieser Szene. Das *Sozialistische Anwaltskollektiv* stand vor erheblichen Problemen. Sein prominentester Mitbegründer Horst Mahler wurde RAF-Mitglied und nach seiner Inhaftierung eine Zeit lang unser Mandant.

Exkurs: Horst Mahler

Horst Mahler war, bevor er zur RAF stieß, ein brillanter Jurist und Rhetoriker, dessen Verfahrensgeschick viele Richter nicht gewachsen waren. Mahler war ohne Zweifel in unseren Anfängen Star und Zugpferd unseres Kollektivs. Er verstand es, mit der Schärfe seiner juristischen und politischen Argumentation Nachdenkliche und Zweifelnde auf seine Seite zu ziehen, Gegner in Justiz und Politik jedoch gegen sich aufzubringen. Er konzentrierte gleichsam magnetisch die Aggressionen und Anfeindungen auf sich. Die dort zumeist vorherrschenden hierarchisch-autoritären Denk- und Verhaltensstrukturen nährten bei den Gegnern die Vorstellung, auch in der APO existiere in der Person Mahlers eine Art Führer, den es auszuschalten gelte, um die ganze »Richtung« zu schwächen. Der Gedanke, dass Mahler nur Exponent einer weitgehend autonomen, kollektiv und nicht obrigkeitlich handelnden, weniger konkurrierenden, sondern solidarischen Gruppierung war, blieb ihnen weitgehend fremd. Wir hatten in dieser Zeit den Eindruck, dass sich vor allem in West-Berlin unter den konservativen Juristen die einheitliche Auffassung entwickelte, diesen Anwalt, wo immer es ohne offensichtliche Rechtsbrüche möglich war, keinen Fuß mehr auf den Boden bekommen zu lassen.

Diese, wenn man so will, Strategie erreichte ihren Höhepunkt in drei Verfahren gegen Mahler selbst. Sie betrafen seine Teilnahme an der großen Anti-Springer-Demonstration am Abend nach dem Attentat auf Rudi Dutschke am Gründonnerstag 1968 zu Axel Springers Verlagshaus in der Kochstraße, bei der Brandsätze geworfen und Fahrzeuge des Verlagsunternehmens angezündet worden waren. Die Staatsanwaltschaft leitete gegen Mahler ein Strafverfahren wegen Landfriedensbruchs ein, das mit einer Bewährungsstrafe endete. Axel Springer verklagte Mahler zudem wegen der Beschädigungen am Verlagsgebäude und einigen Auslieferungsfahrzeugen auf Schadenersatz in Höhe von rund 800 000 DM. Die hierfür zuständige Staatsanwaltschaft beim Kammergericht leitete ein berufsgerichtliches Verfahren mit dem Ziel eines Berufsverbotes gegen Mahler ein. Die Verhandlung vor dem Ehrengericht der Rechtsanwaltskammer Berlin am 4. November 1968 wurde begleitet von einer gewalttätigen Demonstration, die als »Stra-

8 Die Diskussion wurde vor allem in der damaligen *Rote Presse Korrespondenz* (RPK) im Sommer 1969 geführt.

ßenschlacht am Tegeler Weg« in die Geschichte der Studentenbewegung eingegangen ist. Das Berufsverbot wurde nicht ausgesprochen. Die wegen Landfriedensbruchs ausgesprochene Bewährungsstrafe entfiel aufgrund der Amnestie für Demonstrationsdelikte aus dem Jahre 1970.

In dem Zivilprozess unterlag Mahler allerdings in allen Instanzen mit der auf die kurze Formel gebrachten Begründung, dass gemäß § 823 in Verbindung mit § 830 BGB jeder Teilnehmer an einer deliktischen Handlung, hier also der aus dem Ruder gelaufenen Demonstration, für den gesamten entstandenen Schaden haftet. Außerdem hätte Mahler als Autorität in der Menge auf Mäßigung hinwirken müssen. Dass der überwiegende Teil des Schadens, vor allem an den Auslieferungsfahrzeugen, von dem Mitarbeiter des Berliner Verfassungsschutzes Peter Urbach initiiert worden war, stellte sich erst später heraus.

Mahler wurde praktisch unter dem hämischen Beifall der Springer-Presse und der meisten übrigen, vasallenartig mitjubelnden Medien vor allem in Berlin beruflich und politisch an die Wand gedrückt. Mit seiner wirtschaftlichen Existenz am Rande, angewiesen auf die Hilfe anderer, war für ihn jede Bindung an die Regeln der bürgerlichen Gesellschaft gekappt. Er sah weder für sich persönlich als Rechtsanwalt noch prinzipiell für rechtliches Vorgehen in dieser Gesellschaft eine Perspektive. Wenn, wie in seinem Fall, das Recht im Interesse einer mächtigen Institution wie dem Springer-Konzern – vorsichtig gesagt – kreativ gestaltet wird, musste jede noch so brillante juristische Argumentation scheitern. Dies machte für manchen sympathisierenden Betrachter Mahlers Weg in den Untergrund und zur RAF zumindest erklärbar. Ob gewollt oder nicht – das damalige Vorgehen gegen Mahler sollte sicherlich wie ein Warnschuss gegen die aufmüpfigen linken Anwälte wirken.

Am Tag der Baader-Befreiung in Berlin-Dahlem war Mahler ebenso wie Ulrike Meinhof verschwunden. Der in der Haftanstalt Berlin-Tegel einsitzende Baader war an diesem Tag in Begleitung eines Wachtmeisters unter dem Vorwand, in der Bibliothek Studien für eine sozialwissenschaftliche Veröffentlichung zu treiben, in das Institut für soziale Fragen ausgeführt und dort mit Waffengewalt von Ulrike Meinhof und anderen befreit worden.

Für uns gab es zunächst keinen Anlass zu glauben, dass Mahler in strafbarer Weise in diese Aktion eingebunden war, die auch bei uns, als wir im Nachhinein von ihr erfuhren, außerordentlich umstritten war. Dass hier eine sich damals anbahnende Liberalisierung des Strafvollzuges ausgenutzt wurde, erschien vielen von uns als schwerer Schlag gegen die Bemühungen für einen humaneren Strafvollzug und die Gefangenen, die, weniger privilegiert als Baader, einmal in den Genuss dieses auch von uns angestrebten Fortschritts kommen sollten. Neben dem Schock, den diese Aktion bei uns auslöste, stellte sich bei uns verbliebenen Angehörigen des Kollektivs Ratlosigkeit und Rätselraten ein. Eine Zeit lang glaubten wir, dass Mahler sich zwar konspirativ, aber nicht illegal an einem unbekannten Ort aufhielt. Schließlich wurde zur Gewissheit, dass er sich zusammen mit Baader, Meinhof und anderen zu einer Gruppe zusammengeschlossen hatte, die sich sodann RAF nannte. Erst später stellte sich heraus, wie weit Mahler in die Pläne eingeweiht und an der Durchführung dieser Aktion beteiligt gewesen war. Erstaunlich war, dass Mahler weiterhin große Sympathien in der liberalen Öffentlichkeit genoss, sicherlich begründet durch das vorangegangene Kesseltreiben gegen ihn und seine Verdienste um die Verteidigung von Angehörigen der Studentenbewegung. Er hatte damals in den Augen vieler das Image eines zwar auf Abwege geratenen, aber aufrechten Kämpfers gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung.

Sein weiterer verschlungener politischer Werdegang, von der RAF über die maoistische KPD und eine spätere Nähe zur FDP bis hin zum Parteigänger der radikalen Rechten erschließt sich dagegen auch dem verständnisvollen Betrachter weniger, wenn man nicht in psychopathologische Kategorien abweichen will.

Wir verbliebenen Anwälte setzten unser Konzept nun unter zeitweilig erschwerten Bedingungen und Anfeindungen aus Politik und Medien fort.

Scanned by CamScanner

Die Reaktion von Politik und Medien auf die linken Anwälte

Es lag für die Politik und die Medien nahe, das gesamte *Sozialistische Anwaltskollektiv*, zu dem mittlerweile auch die Anwälte Henning Spangenberg, Ulrich K. Preuß und Klaus Dethloff gehörten, im gleichen Lichte, nämlich als Komplizen der Mandanten hinzustellen. Die geringe Differenzierungsfähigkeit und -bereitschaft der politischen Parteien und der Medien unterschied kaum zwischen den Beschuldigten und ihren Anwälten. Das herrschende Klima erzeugte einen erheblichen Druck auf die Anwälte, sich öffentlich von den Mandanten zu distanzieren. Diese Tendenz wurde verstärkt durch die juristische Fachpresse, die, beherrscht von den traditionellen Berufsorganisationen, Beflissenheit und Unterwerfung unter die alten Traditionen propagierte und gegenüber den Anwälten aus den beschriebenen Gründen auch institutionelle offene Rechnungen meinte präsentieren zu können.

Den linken Anwälten war klar, dass die Kollegen aus den Anwaltsvereinen und der Deutsche Richterbund sich ihren Markt und ihr Betätigungsfeld nicht kampflos von diesen anwaltlichen Außenseitern streitig machen lassen würden. Andererseits versuchte zu dieser Zeit ein Teil der inhaftierten Mandanten ihrerseits ihre Anwälte dazu zu bewegen, sich auch politisch mit ihnen und ihren Aktionen über die reine Mandatstätigkeit hinaus zu solidarisieren, was selbstverständlich den uns überwachenden Verfassungsschutzbehörden nicht verborgen blieb.

Beides, Distanzierung und politische Solidarisierung, kam für das *Sozialistische Anwaltskollektiv* nicht in Frage. Die politische Solidarisierung schon deshalb nicht, weil wir das, was unsere Mandanten als bewaffneten revolutionären Kampf bezeichneten, schlichtweg für gefährlichen Unsinn hielten. Eine Distanzierung hingegen war mit unserem anwaltlichen Ethos und mit unserer gesetzlichen Funktion, als Strafverteidiger für ein rechtsstaatliches Verfahren zu sorgen, nicht vereinbar. Allerdings: Diese professionelle Selbstverständlichkeit hinderte Politik und Medien nicht, uns unvermittelt eine Komplizenrolle anzudichten. Dagegen hatte man es selbst in den großen NS-Prozessen, zumal in dem Frankfurter Auschwitz-Prozess gegen KZ-Aufseher, vermieden, ihre Verteidiger des politischen Sympathisantentums mit den Angeklagten zu bezichtigen oder deren Anspruch auf engagierte Verteidigung zu bestreiten, obwohl die Biografie manches dieser Rechtsanwälte aus der Zeit vor 1945 Derartiges nahe gelegt hätte.

Engagierte Verteidigung forderte von uns Aktivitäten in vielen Bereichen. Dazu gehörte, dem öffentlichen Druck auf die Justiz und jeglicher Vorverurteilung entgegenzutreten und für die auch zugunsten unserer Mandanten aus der RAF geltende Unschuldsvermutung zu streiten. Dies umso mehr, soweit die Beschuldigten sich zu den Tatvorwürfen nicht äußerten. Das erschwerte die Arbeit der Ermittler von Polizei und Staatsanwaltschaft erheblich und verleitete sie gelegentlich zu Handlungen am Rande der Legalität und darüber hinaus. Von Politik, Justiz und Medien wurde den Mandanten von Anfang an das politische Anliegen bestritten, das sie als Motiv ihrer Handlungen angaben, obwohl in jedem »normalen« Strafprozess schon um der Strafzumessungsgründe willen die Motive der dem Angeklagten zur Last gelegten Handlung zu erforschen sind. Wir hielten es daher für unsere professionelle Aufgabe, unsere Mandanten in der Wahrung ihrer politischen Identität zu unterstützen. In dieser Situation kann man sich selbstverständlich als Verteidiger nicht gleichzeitig öffentlich wahrnehmbar distanzieren, ohne den Mandanten in ihrem legitimen Verteidigungsinteresse zu schaden.

Zum Kanon der anwaltlichen Aufgaben gehörte zudem, gegen die körperlich und psychisch zerstörerisch wirkenden Bedingungen der Isolationshaft zu kämpfen, denen die Mandanten vielfach unterworfen waren.[9] Neben dem humanitären Anliegen war es erforderlich, ihre Verhandlungs- und Verteidigungsfähigkeit in den Strafverfahren zu erhalten. Dramatisch wurde die Situation im Verlauf mehrerer Hungerstreiks der RAF-Gefangenen gegen ihre Haftbedingungen, weil nun, angesichts der teilweise lebensbedrohenden Zustände der Mandanten, die bei Holger Meins schließlich zum Tode führten, den

9 Vgl. Klaus Eschen / Jörg Lang / Jürgen Laubscher / Johannes Riemann, Folter in der BRD. Dokumentation zur Lage der Politischen Gefangenen, in: *Kursbuch*, 9. Jg., August 1973, Heft 32, S. 11–117.

einsetzenden Solidarisierungen in der Öffentlichkeit ein verstärkter Druck von staatlicher Seite entgegengesetzt wurde, der aus damaliger Sicht die physische, zumindest aber die psychische Schädigung der Gefangenen in Kauf nahm. Stets ging es darum, Rechte der Mandanten einzufordern, Rechtsbrüche zu verhindern oder zumindest publik zu machen.

Die politische Führung der Bundesrepublik, quer durch die Parteien, war stark daran interessiert, dass die Mandanten die Hauptverhandlungen nicht zu Tribunalen gegen die Bundesrepublik mit ihren Verbindungen zu den Diktaturen in Lateinamerika, Südafrika und der Politik der USA, vor allem mit ihrem kriegerischen Engagement in Vietnam, umfunktionierten, um damit eine zumindest politisch-moralische Legitimation für die Handlungen zu formulieren, die ihnen zur Last gelegt wurden. Es ging um den Streit, ob die Mandanten bloße Kriminelle waren oder ob sie, was Justiz und Politik heftig bestritten, als politische Gefangene zu gelten hatten. Gerade ein Streit um die politische Identität von Angeklagten gehört in derartigen Fällen zu den genuinen Aufgaben eines Verteidigers, die ihm eine Distanzierung verbieten, zumindest, solange das Mandat besteht.

In der entsprechend aufgewühlten Öffentlichkeit bis hin zum Bundestag wurde wiederholt die Frage gestellt, wie es möglich sei, dass den betreffenden Anwälten nicht längst die Anwaltszulassung entzogen worden sei. Die Antwort lautete stets, dass, wenn uns tatsächlich ein strafrechtlicher Vorwurf hätte gemacht werden können, die Staatsanwaltschaft keinen Augenblick mit strafrechtlichen Konsequenzen gezögert hätte. Juristisch war klar, dass hier rechtmäßige advokatische Arbeit geleistet wurde. Allerdings gab es mehrmals Versuche, Angehörige des *Sozialistischen Anwaltskollektivs* krimineller Handlungen zu bezichtigen oder ihre strafrechtliche Belastbarkeit zu testen. Drei Beispiele mögen dies beleuchten.

Verfolgung durch Medien und Justiz

Anfang der 1970er Jahre erschien in der *Bild*-Zeitung ein Bericht, in dem behauptet wurde, das *Sozialistische Anwaltskollektiv* hätte bereits seit Monaten keine Miete mehr bezahlt und der Hauswirt scheue sich, Klage zu erheben und den Mietvertrag zu kündigen, weil er Repressalien befürchten müsse. Eine einstweilige Verfügung, die Vorlage der Mietquittungen, eine eidesstattliche Versicherung des Hauswirts und ein Urteil, das den Springer-Verlag zur Zahlung von mehreren tausend Mark Schmerzensgeld verpflichtete, war die Antwort, die mit Hilfe der Justiz (!) erteilt wurde.

Im Jahre 1972 erschien unter dem Titel »Der Baader-Meinhof Report. Aus den Akten des Bundeskriminalamtes, der ›Sonderkommission Bonn‹ und des Bundesamtes für Verfassungsschutz« ein Pamphlet, in dem der damalige Präsident des Bundeskriminalamtes, Horst Herold, mit der Behauptung zitiert wurde, 45 Anwälte, die in dem im Wagenbach-Verlag herausgegebenen »Roten Kalender« als linke Anwälte aufgezählt wurden, übten erwiesenermaßen die folgende Tätigkeit aus: »Sie präparieren Zeugen, die bei einem Geschehen gar nicht zugegen waren, um angeklagte Bandenmitglieder – gleichermaßen meineidig – zu entlasten. Sie übernehmen den Transport von Gegenständen, die der Ausübung von Straftaten dienen, zum Beispiel Sprengkörper. Sie bringen Haschisch, Rauchwaren, Fotoapparate in die Zellen, transportieren Nachrichten aus den Gefängnissen und vermitteln Kassiber. Sie sammeln Nachrichten über Polizeibeamte und Richter, insbesondere die Lichtbilder [...] Die Verteidiger der Anwaltskollektive werden ungeheuerliche Verzögerungstaktiken erdenken, sogar Brände in ihren eigenen Büros legen, um angeblich Akten zu verbrennen oder sich von angeblichen ›Faschisten‹ verprügeln lassen, dann verletzt markieren, um so nicht im Termin erscheinen zu müssen.«[10] Diese Behauptungen waren, jedenfalls für die weit überwiegende Zahl der 45 (darunter die nach dem Ausscheiden Mahlers im Anwaltskollektiv verbliebenen) Anwälte, völlig aus der Luft gegriffen. Zwar gelang es, dem Verlag die weitere Verbreitung der Publikation mit diesen Behauptungen gerichtlich verbieten zu lassen. Eine Klage auf Schmerzensgeld wegen der in diesen Behauptungen enthaltenen persönlichen und geschäftsschädigenden Diffamierun-

10 Roter Kalender 1972 für Lehrlinge und Schüler, West-Berlin 1971, S. 103.

Scanned by CamScanner

gen war zwar vor dem Landgericht Berlin erfolgreich, wurde jedoch aufgrund eines Urteils des Kammergerichts in der Berufungsinstanz mit der Begründung abgewiesen, diese Berichterstattung sei, unabhängig davon, ob sie wahr sei, jedenfalls nicht rechtswidrig. Sie erfolge in Wahrnehmung berechtigter Interessen. Der Verlag hätte sich auf die Wahrheit der Äußerungen des Präsidenten des Bundeskriminalamtes als Gewährsmann verlassen dürfen. Der Antrag, den rheinland-pfälzischen Innenminister Heinz Schwarz, damals Präsident der Innenministerkonferenz, als Zeugen darüber zu hören, dass diese Äußerungen nicht oder nicht mit dieser Bestimmtheit gefallen seien, blieb letztlich erfolglos, weil sein damaliger Ministerpräsident Helmut Kohl eine Aussagegenehmigung verweigerte.

Kurz nach dem Einzug in die Büroräume des *Sozialistischen Anwaltskollektivs* in der Meierottostraße erschien dort ein damaliger Mandant, Peter Urbach, der als eine Art Edelproletarier durch die linke Szene in Berlin tingelte und sich mit allerlei handwerklichen Fähigkeiten nützlich und beliebt machte. Urbach machte den Anwälten – allerdings natürlich vergeblich – das Angebot, aus den Baustellen in der Gropiusstadt, einer in Berlin-Britz im Bau befindlichen Großsiedlung, einen Heißwasserbereiter zu stehlen und im Bad der Kanzlei einzubauen. Später stellte sich heraus, dass Urbach unter diesem Namen als hauptamtlicher Spitzel des Berliner Landesamtes für Verfassungsschutz arbeitete. Sein Auftrag, die Anwälte auf diese Weise zu Fall zu bringen, zeigt die geradezu rührend naive Realitätsferne seiner Auftraggeber, die aber offenbar weitverbreiteten Klischeevorstellungen entsprach.

Nur gegen ein Mitglied des Kollektivs, Rechtsanwalt Ströbele, endete ein Strafverfahren mit einer Verurteilung. Er war angeklagt, die kriminelle Vereinigung RAF dadurch unterstützt und sich damit nach §129 StGB[11] strafbar gemacht zu haben, dass er den Zusammenhalt der Gruppe auch in der Haft durch Organisation eines Informationssystems zwischen den Gefangenen gefördert habe. Dem lag zugrunde, dass Kollegen u.a. in Hamburg, Frankfurt und Stuttgart nahezu alle Beschuldigten aus der RAF verteidigten. Das stand im Einklang mit der damals geltenden Regelung in der Strafprozessordnung, nach der, sofern keine Interessenkollision drohte, jeder Beschuldigte beliebig viele Verteidiger beauftragen und jeder Verteidiger beliebig viele Beschuldigte eines Verfahrens verteidigen durfte.

Erst seit der Änderung der §§137 und 146 StPO im Jahr 1974 ist die Zahl der Verteidiger für einen Beschuldigten auf drei beschränkt und die Zahl der Mandanten in einem Verfahren auf einen reduziert. Daher schien es zur damaligen Zeit natürlich und geboten, dass zwischen den Mandanten und ihren Anwälten die Verteidigung koordiniert werden musste und zu diesem Zweck, schon aus Gründen der Rationalisierung, die Beteiligten jeweils umfassend über rechtliche und tatsächliche Situationen, Strategien, rechtliche Erfordernisse und Hinderungsgründe schriftlich zu informieren waren. Dies umso mehr, als die Gefangenen und die Verteidiger über die Bundesrepublik verstreut waren und keine Verteidigungskonferenzen mit den Gefangenen abhalten konnten. Sicherlich stabilisiert die Kommunikation mit dem Verteidiger einen Mandanten, zumal wenn er inhaftiert ist.

Die Rechtsordnung nimmt es hin, wie die Rechtsprechung es formuliert, dass diese Stabilisierung auch solchen Beschuldigten zugute kommt, die damit in ihrer kriminellen Persönlichkeitsstruktur bestärkt werden. Der Verteidiger ist nicht dazu da, seinen Mandanten zu »bessern«, sondern ihm in seinem Verfahren beizustehen. Das galt natürlich auch für die Kommunikation mit den Gefangenen aus der RAF. Ströbele wie auch dem Hamburger Kollegen Kurt Groenewold wurden letztlich im Einzelnen mehrere Formulierungen in diesen Rundbriefen zur Last gelegt; sie führten bei beiden zu Bewährungsstrafen. Ihrem Ansehen als Verteidiger hat dies jedoch nicht geschadet, wie ihr weiterer Lebensweg zeigt.

11 »(1) Wer eine Vereinigung gründet, deren Zwecke oder deren Tätigkeit darauf gerichtet sind, Straftaten zu begehen, oder wer sich an einer solchen Vereinigung als Mitglied beteiligt, für sie um Mitglieder oder Unterstützer wirbt oder sie unterstützt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.«

Das Ende des Kollektivs – nicht das Ende des Engagements

Ende Juli 1979 wurde das *Sozialistische Anwaltskollektiv*, zu dem neben dem Verfasser noch die Anwälte Ströbele, Spangenberg und seit kurzem Clemens Rothkegel gehörten, aufgelöst. Ulrich K. Preuß war schon längere Zeit zuvor Hochschullehrer an der Universität Bremen geworden. Klaus Dethloff war aus dem Beruf ausgeschieden. Die Gründungsmitglieder gingen in der folgenden Zeit beruflich und politisch unterschiedliche Wege. Ströbele engagierte sich in der damaligen Alternativbewegung und wurde Mitbegründer der Grünen mit der Alternativen Liste (AL) in West-Berlin und der *tageszeitung* (taz). Der Verfasser wurde 1982 Mitglied der SPD. Die politische Entwicklung Horst Mahlers wirft dagegen ganz andere Fragen auf.

Mit Ausnahme Mahlers und Dethloffs, zu denen der Kontakt abbrach, blieben die übrigen ehemaligen Mitglieder einander weiterhin freundschaftlich und solidarisch verbunden. Der gemeinsame Kampf für eine freie Advokatur als tragende Säule einer rechtsstaatlichen fairen Justiz hielt sie zusammen. Die Zahl der Anwälte, die dem linken Spektrum zuzurechnen waren, hatte sich in dem Jahrzehnt erheblich vermehrt. Obwohl sie innerhalb der Anwaltschaft, verglichen mit der traditionellen Standesorganisation, dem *Deutschen Anwaltverein* (DAV), eine nahezu verschwindende Minderheit darstellten, hatten sie rechtspolitisch wachsendes Gewicht erlangt. Die neu entstandenen Anwaltskollektive bildeten Arbeitsgemeinschaften, gründeten Strafverteidigervereinigungen oder übernahmen, wie in Berlin, bestehende Organisationen.

In Hannover wurde 1979 der *Republikanische Anwaltsverein* (RAV) als Gegenpol zum traditionellen DAV gegründet.[12] Dazu beigetragen hatten ironischerweise die Änderungen der Strafprozessordnung in den 1970er Jahren, durch welche die Verteidigerrechte erheblich beschränkt worden waren. Mit den Änderungen der §§ 137 und 146 StPO war die Zahl der Verteidiger eines Beschuldigten auf drei beschränkt worden. Zugleich durfte ein Verteidiger in einem Verfahren nur noch einen einzigen »derselben Tat« Beschuldigten vertreten. Da die Beteiligung an einer kriminellen (§ 129 StGB) oder terroristischen (§ 129a StGB) Vereinigung von der Rechtsprechung als Beteiligung an derselben Tat angesehen wurde, verloren die Beschuldigten und Angeklagten aus der RAF, der *Bewegung 2. Juni* und anderen Gruppierungen ihre Verteidiger, soweit sie in früheren Verfahren dieses Komplexes bereits tätig gewesen waren. Die traditionellen Anwälte kamen für die Mandanten als Strafverteidiger nicht in Frage, so dass die Wahl der Mandanten nun auf die jungen Kollegen fiel, von denen viele in den Anwaltskollektiven als Referendare ausgebildet worden waren oder die sich aus anderen Gründen als politische Anwälte verstanden. Zwar standen diese Kollegen nun vor der schwierigen Aufgabe, sich mit ihrer meist noch geringen Berufserfahrung in das zuweilen Hunderte Bände umfassende Aktenmaterial einzuarbeiten und in den Gerichtssälen erfahrenen Bundes- und Oberstaatsanwälten gegenüberzustehen. Diese harte Schule und die aus ihr gewonnenen Erfahrungen schufen jedoch eine Schicht von Strafverteidigern, wie es sie an Zahl, Engagement und Qualität zuvor nicht gegeben hatte. Diese Entwicklung blieb nicht folgenlos.

Die gesellschaftlichen Veränderungen im Verlauf der Jahre nach 1968 brachten mit den rebellierenden Studenten nicht nur einen neuen Typus von Angeklagten vor die Gerichte, sondern auch einen neuen Typus von Verteidigern. Die Verlagerung der Auseinandersetzungen von der Straße und aus den Hörsälen in die Gerichte, die Verrechtlichung der politischen Konflikte, führte zu einer Politisierung der Justiz. Auch Richter und Staatsanwälte, wenn auch anfangs nur wenige, entwickelten ein verändertes, kritischeres Sensorium.[13]

12 Gründungsmitglieder waren u. a. Prof. Dr. Wolfgang Däubler, Prof. Dr. Erhard Denninger, Klaus Eschen, Prof. Dr. Gerald Grünwald, Heinrich Hannover, Prof. Dr. Ulrich Klug, Rupert von Plottnitz-Stockhammer, Prof. Dr. Ulrich Preuß, Prof. Dr. Fritz Sack, Otto Schily, Prof. Dr. Hans-Peter Schneider und Gerhard Schröder.

13 Das führte zur Gründung von alternativen Berufsorganisationen wie der Fachgruppe der Richter und Staatsanwälte in der Gewerkschaft ötv, jetzt ver.di, der *Neuen Richtervereinigung* u. a.

Scanned by CamScanner

Hinzu kam eine Veränderung des Marktes. Er erweiterte sich nicht nur um die studentische Klientel, sondern auch um die Bürger, die mehr und mehr bereit waren, den Rechtsweg zu beschreiten. Für die Mandanten spielte es eine immer geringere Rolle, dass ihre Anwälte langhaarig, in Jeans, zuweilen ohne Robe und Krawatte in den Gerichtssälen erschienen, solange sie gute Arbeit leisteten. Die Position als Außenseiter zog naturgemäß besonders kritische Blicke der Richter auf die Arbeit dieser Kollegen. Wir konnten meist nicht mit Nachsicht von Richtern rechnen, wenn uns ein Fehler unterlaufen war, über den sie vielleicht bei anderen Anwälten hinwegsahen oder den sie durch einen Hinweis ausbügeln halfen. Dadurch wandelte sich vielfach die Bezeichnung »Linksanwalt« von einer vermeintlichen Diffamierung zu einem Qualitätsmerkmal. Dennoch, oder vielleicht deswegen, stand uns die traditionell verfasste Anwaltschaft in ihrer Mehrheit geradezu feindlich gegenüber. Nicht selten ergaben sich Konfrontationen in den Gerichtssälen, zumal unsere Prozessgegner – Hausbesitzer, Unternehmer, staatliche Instanzen – mit Anwälten auftraten, die uns nur ungern als Kollegen akzeptieren mochten.

Viele Kollegen spürten aber, dass die jungen linken Anwälte langsam »marktrelevant« wurden. Immer mehr Bürger kümmerten sich bei ihrer Anwaltssuche weniger um die politische Ausrichtung der Kollegen als um ihre professionelle Qualität. Mandanten erwarteten jetzt häufiger, dass ihr Anwalt sich für sie ohne die herkömmlichen Hemmungen und Rücksichten einsetzte. Engagiertes Verhandeln wurde stilbildend. Zudem gab es auch unter konservativen Kollegen gewichtige Ausnahmen. Der damalige Präsident der Berliner Anwaltskammer Karlheinz Quack – zum Beispiel – demonstrierte, vor allem anlässlich von Veranstaltungen der Kammer, dass er die linken Anwälte als konstitutiven Bestandteil der Anwaltschaft ansah.

Wichtigstes Instrument zur Disziplinierung von Anwälten waren dagegen die anwaltlichen Ehrengerichte und die das anwaltliche Handeln bestimmenden »Standesrichtlinien«, eine Ansammlung von Regelungen, die von einem Gremium der Anwaltskammern ohne demokratische Legitimation als »allgemeine Auffassung über die Ausübung des Anwaltsberufes« festgelegt waren und eine Art Verhaltenskodex darstellten, der eher der gegenseitigen Schonung der Organe der Rechtspflege diente denn den Interessen der Mandanten. Richter, Staats- und auch Rechtsanwälte zeigten schriftliche oder mündliche Ausführungen der Kollegen bei den Staatsanwaltschaften der Oberlandesgerichte an, die sodann eilfertig und gern Ehrengerichtsverfahren einleiteten.

Erst das Bundesverfassungsgericht mit seiner Entscheidung vom 14. Juli 1987 erklärte diese Standesrichtlinien formell für nichtig und inhaltlich in entscheidenden Punkten für verfassungswidrig.[14] Noch in ihren Stellungnahmen im Rahmen des Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht hatten die Anwaltskammern und der *Deutsche Anwaltverein* diese Standesrichtlinien zu verteidigen versucht. Diese Entscheidung war ein wichtiger Meilenstein auf dem Wege zu einer freien Advokatur, die den Anwalt nicht mehr als in die staatlichen Denk- und Interessenstrukturen eingebundenes, sondern als freies, den Interessen des Mandanten einseitig verpflichtetes Organ der Rechtspflege definierte, so wie wir unsere Arbeit von Anfang an verstanden hatten.

14 BvR 537/81, BverfGE, Bd. 71, S. 171.

Martin Jander

Isolation
Zu den Haftbedingungen der RAF-Gefangenen

Der Streit um die Haftbedingungen jener Gefangenen, die sich selbst als Angehörige der RAF verstanden oder ihr von den Strafverfolgungsbehörden der Bundesrepublik zugerechnet wurden, ist bislang noch nicht wirklich entschieden. Zwar liegen Dokumentationen und Beschreibungen der Haftsituationen aus der Sicht der RAF-Häftlinge und ihrer Verteidiger in großer Anzahl vor,[1] und auch die staatlichen Institutionen haben ihrerseits nicht gezögert, Materialien zugänglich zu machen, die ihre harte Hand den Häftlingen gegenüber rechtfertigen.[2] Eine distanzierte, alle Fakten minutiös berücksichtigende wissenschaftliche Darstellung fehlt jedoch bislang.

Obwohl sich die RAF 1998 aufgelöst hat, ist der Terrorismus als Bedrohung parlamentarisch verfasster Demokratien damit jedoch nicht verschwunden; er scheint im Gefolge des Endes der polaren Weltordnung eher noch zugenommen zu haben. Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 ist die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus, ohne den auch die RAF nicht zu verstehen ist, zu einem Phänomen geworden, das die neue Periode der Weltpolitik nach dem Untergang der Diktaturen sowjetischen Typs geradezu charakterisiert.

Damit bleibt, jenseits der Frage der Ursachen von Terrorismus, ein Thema aktuell, das unmittelbaren Bezug zu den Haftbedingungen der RAF-Angehörigen hat: die mögliche Bedrohung der Demokratien durch ihre Reaktionen auf den Terrorismus selbst. Es war ebendieses Thema, das die RAF-Häftlinge selbst erfolgreich in die Diskussion gebracht haben. Der Staat hatte in ihren Augen und in den Augen vieler ihrer Anwälte damit begonnen, die Rechte von politischen Gegnern einzuschränken oder gar abzuschaffen, er schien sich in der Auseinandersetzung mit dem Terrorismus doch noch in das Monster zu verwandeln, das die RAF seit ihrer Gründung an die Wand malte, geradezu herbeibomben wollte, eine moderne faschistische Staatsmaschine.

Die erste Generation der Baader-Meinhof-Gruppe und nach ihr auch die zweite und die dritte brachten damit ein Thema ins Spiel, das politische Ängste ausgelöst hat und weiter auslösen muss. Die Erosion der Demokratie im Angesicht radikaler Bedrohungen ist seit der Selbstzerstörung der Weimarer Republik die politische Urangst in Deutschland. Zwar konnte es keinen Zweifel daran geben, dass in den 1970er und 1980er Jahren in der Bundesrepublik eine Krise, vergleichbar der in Weimar, nicht vor der Tür stand. Der Appell an die Urängste verfing trotzdem.

---

1 Vgl. z. B. Klaus Croissant, Erklärung aus dem Prozeß in Stammheim, Dragor 1978; Bernard Rambert u. a. (Hg.), Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigungsrecht, Selbstverlag, o. O. 1985.

2 Vgl. z. B. Bundeskriminalamt (Hg.), Der Baader-Meinhof-Report. Dokumente – Analysen – Zusammenhänge. Aus Akten des Bundeskriminalamtes, der »Sonderkommission Bonn« und dem Bundesamt für Verfassungsschutz, Mainz 1972; Bundesministerium des Innern (Hg.), Dokumentation über Aktivitäten anarchistischer Gewalttäter in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1975.

Scanned by CamScanner

Der französische Philosoph Jean-Paul Sartre besuchte auf dem Höhepunkt eines Hungerstreiks von RAF-Häftlingen, kurz nach dem Hungertod von Holger Meins im November 1974, mit Andreas Baader den Kopf der Gruppe in Stuttgart-Stammheim. Auf der anschließenden Pressekonferenz schilderte er, was er gesehen hatte, und verwechselte dabei die weiß gekalkte und hell erleuchtete Besucherzelle, in der er Baader traf, mit dessen Haftzelle: »Ich bemerkte während des Gesprächs, daß er sehr schwach war. Das Gesicht hatte viele Falten. Die Falten ließen das Gesicht zusammengedrückt erscheinen. Das Gesicht eines gefolterten Menschen. Ich habe gefragt, woher das kommt. Er antwortete, das käme vom Hungerstreik gegen die Haftbedingungen.«[3]

Der Mitherausgeber der Zeitschrift *Kursbuch*, die damals innerhalb der Neuen Linken eine Meinungsführerschaft für sich beanspruchen konnte, Karl Markus Michel, hatte es im Vorwort des ein Jahr zuvor erschienenen Themenheftes »Folter in der BRD« als Tatsache dargestellt, dass ein »struktureller Staatsfaschismus« in der Bundesrepublik dabei sei, an den RAF-Häftlingen Methoden klinisch sauberer Folter zu erproben, die in Zukunft auch gegenüber anderen Staatsfeinden angewendet werden sollten. Die Öffentlichkeit werde, so hieß es, über die »weiße Folter« getäuscht.[4] In anderen Artikeln des Heftes war von der zunehmenden »Zersetzung des liberalen bürgerlichen Rechtsstaates«[5] die Rede.

Ein so umstrittenes Thema müsste eigentlich ein Ansporn für Autoren, Rechercheure und Nachwuchswissenschaftler sein. Dies jedoch scheint in diesem Fall nicht zuzutreffen. Die meisten Autorinnen und Autoren, die sich damit auseinander gesetzt haben, betonen durchweg ihre Furcht, von der einen oder anderen Seite »vereinnahmt« zu werden. Diese Furcht scheint als Forschungsbremse wirksam zu sein. So schreibt z. B. Hartwig Hansen, dessen – trotz ihrer agitatorischen Aspekte – informative Diplomarbeit wesentliche Fakten zusammenträgt,[6] es sei schwer, sich in der festgefahrenen Auseinandersetzung »nicht von einer der beiden Seiten vereinnahmen zu lassen«.[7] Er wolle weder einer Distanzierungshysterie noch der Rigorosität der RAF-Häftlinge verfallen.

Diese Forschungs- und Schreibfurcht ist selbst ein Phänomen, das für ein tiefer reichendes Problem stehen dürfte. Denn für Demokratien gilt: Erst wenn sie herausgefordert sind, erweist sich ihre Wetterfestigkeit. Ob die Bundesrepublik Deutschland diese im Falle des Umgangs mit Häftlingen aus Terrorgruppen für sich reklamieren kann, muss künftig ein wesentlicher Gegenstand politikwissenschaftlicher und anderer Erörterungen werden. Hier kann der Mangel wissenschaftlicher Untersuchungen nur bedingt wettgemacht werden. Möglich ist jedoch zumindest eine Bestandsaufnahme wesentlicher Fakten zur Kontroverse um die Haftbedingungen und ihrer Einordnung in den Kontext des Guerillakrieges der RAF gegen die Demokratie.

RAF-Propaganda

Es kann heute keinen Zweifel mehr daran geben, dass die Diskussion um die Haftbedingungen der RAF von ihren Mitgliedern im Gefängnis genutzt wurde, um eine Fortführung des bewaffneten Kampfes zu ermöglichen. Die Behauptung, politische Häftlinge würden in den Gefängnissen der Bundesrepublik gefoltert, war die Erweiterung der Behauptung, in der Bundesrepublik herrsche tendenziell Faschismus, der sein wahres Gesicht hinter der Maske reformistischer, sozialdemokratischer Politik verberge. Gudrun Ensslin, Andreas Baader und ihre Kampfgenossen setzten sich über Jahre hinweg als Folteropfer eines angeblich existierenden neuen Faschismus in Szene.

Die Behauptung, man kämpfe gegen einen neuen

3 *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 6. Dezember 1974.

4 K. M. M. (d. i. Karl Markus Michel), Zu diesem Heft, in: *Kursbuch*, 9. Jg., 1973, Heft 32, S. 1–10.

5 Klaus Eschen u. a., Folter in der BRD. Dokumentation zur Lage der politischen Gefangenen, zusammengestellt von Verteidigern in politischen Strafsachen, in: *Kursbuch*, 9. Jg., 1973, Heft 32, S. 17.

6 Hartwig Hansen / Horst Peinecke, Reizentzug und Gehirnwäsche in der BRD, Hamburg 1981.

7 Hartwig Hansen, Den Staat aushungern, in: Michael Sontheimer / Otto Kallscheuer (Hg.), Einschüsse, West-Berlin 1987, S. 120.

Faschismus, durchzieht die Geschichte der RAF jedoch nicht erst seit der Inhaftierung großer Teile ihrer Aktivisten aus der ersten Generation. Sie begleitet sie seit ihrer Gründung. Oskar Negt, ein wichtiger Theoretiker der Neuen Linken, erklärte am 3. Juni 1972, zwei Tage nach der Verhaftung von Andreas Baader, Holger Meins und Jan-Carl Raspe, auf dem Angela-Davis-Kongress in Frankfurt: »Wenn überhaupt von zusammenhängenden Vorstellungen einzelner dieser Gruppen gesprochen werden kann, so handelt es sich um ein Gemisch von Illegalitätsromantik, falscher Einschätzung der gesellschaftlichen Situation als offener Faschismus und illegitimer Übertragung von Stadtguerilla-Praktiken auf Verhältnisse, die nur aus einer Verzweiflungssituation heraus mit Lateinamerika verwechselt werden können.«[8] Ob Negt mit der »Verzweiflungssituation« richtig lag, sei dahingestellt, mit der Annahme eines »Gemischs« von Illegalitätsromantik, falscher Einschätzung der gesellschaftlichen Situation und deshalb illegitimer Übertragung von Stadtguerillapraktiken auf die Verhältnisse in der Bundesrepublik hat er jedoch einen zentralen Punkt des Selbstverständnisses der RAF-Kader bloßgelegt.

Wie präzise Negt mit seiner Kritik dieser Selbstverständnis getroffen hatte, zeigte sich bereits kurz nach ihrer Veröffentlichung. Negts Kritik provozierte die RAF zu einer wütenden Replik aus der Feder von Ulrike Meinhof.[9] Auf seinen Vorwurf der vollkommen überdrehten Analyse eines angeblich »offenen Faschismus« antwortete Meinhof nicht. Stattdessen behauptete sie, Negt betreibe Wissenschaft im Auftrag der Bourgeoisie. Meinhof bezeichnete Negt als »Schwein«,[10] als völlig durchgedrehten, wild um sich schlagenden »Kleinbürger«[11] und auch als eine »durch und durch korrupte Ratte«.[12] Der Ton dieser Antikritik, teilweise noch schriller als in vielen anderen Veröffentlichungen der Gruppe, verrät die Treffsicherheit von Negts Kritik.

Schon in der Erklärung zur Haftentziehung Andreas Baaders hatte die RAF die Bundesrepublik als quasidiktatorisch-faschistischen Staat geschildert, dem ein bewaffneter Widerstand entgegengesetzt werden müsse. Man werde, so hieß es in der Erklärung, die in der Szenezeitung *Agit 883* veröffentlicht wurde, die RAF aufbauen, weil man sich nicht »abschlachten lassen« wolle. »Ohne die Rote Armee aufzubauen, können die Schweine alles machen, können die Schweine weitermachen: einsperren, entlassen, pfänden, Kinder stehlen, einschüchtern, schießen, herrschen.«[13] In der Tat schien die Gruppe von der Situation einer lateinamerikanischen Militärdiktatur auszugehen.

Faktisch beschäftigte sich die Gruppe nach der Rückkehr aus einem Ausbildungslager der *El Fatah* mit dem Aufbau ihrer Logistik. Man überfiel Banken, kaufte Waffen, stahl Autos und entwendete Personalpapiere. Darüber hinaus suchte man die radikale Linke der Bundesrepublik von der Notwendigkeit des Gangs in den Untergrund zu überzeugen. Zu diesem Zweck wurden Propagandaschriften erarbeitet und publiziert, in denen die Behauptung, bei der Bundesrepublik handle es sich um einen quasifaschistischen Staat, eine zentrale Rolle spielte.

In der ersten konzeptionellen Schrift der RAF »Das Konzept Stadtguerilla« vom April 1971[14] hieß es: »Legalität ist die Ideologie des Parlamentarismus, der Sozialpartnerschaft, der pluralistischen Gesellschaft. Sie wird zum Fetisch, wenn die, die darauf pochen, ignorieren, daß Telefone legal abgehört werden, Post legal kontrolliert, Nachbarn legal befragt, Denunzianten legal bezahlt, daß legal observiert wird [...]. Das Schicksal der Black Panther Partei und das Schicksal der Gauche Proletarienne [Gruppen aus den USA und Frankreich, die ebenfalls den bewaffneten Kampf propagierten, M. J.] dürfte auf jener Fehleinschätzung basieren, die den tatsächlichen Widerspruch zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit und dessen Verschärfung, wenn Widerstand organisiert

8 Oskar Negt, Sozialistische Politik und Terrorismus, in: *links*, 4. Jg., 1972, Heft 35, S. 15–17, hier S. 17.
9 Die Aktion des Schwarzen September in München, in: ID-Verlag (Hg.), Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur RAF, Berlin 1997, S. 153–177.
10 Ebenda, S. 160.
11 Ebenda, S. 164.
12 Ebenda.
13 Die Rote Armee aufbauen, in: ID-Verlag (Hg.), Rote Armee Fraktion, S. 26.
14 Das Konzept Stadtguerilla, in: ID-Verlag (Hg.), Rote Armee Fraktion, S. 27–48.

Scanned by CamScanner

in Erscheinung tritt, nicht realisiert.«[15] Der offene Faschismus war in den Augen der RAF eine mögliche Variante des Kapitalismus, die mit der Zunahme sozialer Auseinandersetzungen Aktualität gewinnen könnte. Eben auf diese Situation, so die RAF, müsse man sich vorbereiten.

Auch in einer weiteren, etwa einen Monat später erschienenen konzeptionellen Schrift, von Horst Mahler nach seiner Verhaftung im Gefängnis verfasst, spielte die Behauptung, die Bundesrepublik sei ein quasifaschistischer Staat, eine zentrale Rolle. Mahler schrieb, dass die »im 20. Jahrhundert sich massenhaft ereignende Liquidation des bürgerlichen Rechtsstaates und der parlamentarischen Demokratie (Italien, Spanien, Deutschland, Österreich, Griechenland usw.) beweist, daß das Kapital nicht zögert, jeden sozialen Kompromiß über den Haufen zu werfen und zu offen-gewaltsamen Formen der Herrschaftsausübung überzugehen, wenn seine Existenz als Klasse auf dem Spiel steht«.[16] Zwar sei der Faschismus das größte aller kapitalistischen Übel, aber »die Angst vor dem Faschismus ist schon ein Teil seiner Herrschaft. Das Proletariat darf ihn nicht fürchten, sondern muß ihn bekämpfen und sich auf diesen Kampf vorbereiten.«[17]

Aus dem heraufziehenden Faschismus nicht die richtigen Folgen zu ziehen, war der zentrale Vorwurf der RAF an andere linke Gruppen in der Bundesrepublik. In der kurz vor der Bombenkampagne der RAF im Mai 1972 veröffentlichten Propagandaschrift mit dem Titel »Dem Volk dienen« hieß es z. B., die legale Linke »sieht die Maschinenpistolen und sagt: den ökonomischen Kampf entwickeln. Sie sieht die Notstandsübungen und sagt: Klassenbewußtsein. Sie sieht den Faschismus und sagt: die Klassenkämpfe nicht zuspitzen.«[18] Die Charakterisierung der Bundesrepublik als »faschistisch« war nichts anderes als der innere Kern des RAF-Selbstverständnisses von Anfang an.

Dies fand seinen deutlichen Niederschlag auch in den Erklärungen der Gruppe zu ihrer »Maioffensive«, einer Reihe schwerster Bombenattentate im Mai 1972. Nicht nur die Bundesrepublik, auch andere Länder – insbesondere die USA und Israel – wurden darin als faschistisch gebrandmarkt. Nach dem Anschlag auf das Hauptquartier der US Army in Frankfurt am Main am 11. Mai 1972 – ein Soldat starb, 13 Menschen wurden zum Teil schwer verletzt – erklärte die RAF, für die »Ausrottungsstrategen«[19] von Vietnam solle die Bundesrepublik kein sicheres Hinterland mehr sein. Nach den Anschlägen auf die Polizeidirektion Augsburg und das Landeskriminalamt München mit fünf Verletzten am 12. Mai 1972 erklärte man zur Begründung, die »Fahndungsbehörden haben nunmehr zur Kenntnis zu nehmen, daß sie keinen von uns liquidieren können, ohne damit rechnen zu müssen, daß wir zurückschlagen werden«.[20] In ihrer Erklärung erinnerte die RAF an den Tod von Thomas Weisbecker, der am 2. März 1972 von »einem Exekutionskommando« der Münchner und Augsburger Polizei »ermordet« worden sei.[21] Nach dem Anschlag auf das Springer-Hochhaus in Hamburg am 19. Mai 1972 mit 17, zum Teil schwer verletzten Arbeitern und Angestellten hieß es: »Wir fordern von Springer: daß seine Zeitungen die antikommunistische Hetze gegen die Neue Linke, gegen solidarische Aktionen der Arbeiterklasse wie Streiks, gegen die kommunistischen Parteien hier und in anderen Ländern einstellen; [...], daß die Springerpresse aufhört, über die ausländischen Arbeiter hier rassistische Lügenberichte zu verbreiten.«[22]

Die Behauptung eines »neuen Faschismus«, der politische Häftlinge ganz wie zur Zeit des Nationalsozialismus behandle, war also kein Thema, das die RAF erst in die Diskussion brachte, als die erste Generation im Gefängnis saß. Die Gruppe erhob den Vorwurf bereits vor der Verhaftung ihrer Führungsmitglieder und vor dem Beginn der Hungerstreiks. So

15 Ebenda, S. 47 f.
16 Horst Mahler, Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa, in: ID-Verlag (Hg.), Rote Armee Fraktion, S. 103.
17 Ebenda, S. 104.
18 Dem Volk dienen, in: ebenda, S. 127.
19 Anschlag auf das Hauptquartier der US Army in Frankfurt/M., Erklärung vom 14. 5. 1972, in: ebenda, S. 145.
20 Anschläge in Augsburg und München, Erklärung vom 16. 5. 1972, in: ebenda, S. 145.
21 Ebenda.
22 Sprengstoffanschlag auf das Springer-Hochhaus in Hamburg, Erklärung vom 20. 5. 1972, in: ebenda, S. 147.

hieß es z. B. in der Erklärung der RAF zum Anschlag auf den Richter des Bundesgerichtshofes Wolfgang Buddenberg: »Buddenberg, das Schwein, kümmert sich einen Dreck um geltende Gesetze und Konventionen. Die strenge Isolation, in der die Gefangenen gehalten werden, um sie psychisch fertig zu machen: Einzelhaft, Einzelhofgang, Redeverbot mit Mitgefangenen, permanente Verlegungen, Beobachtungszelle, Briefzensur, Unterschlagung von Briefen, Büchern, Zeitschriften [...] Das ist der bereits institutionalisierte Faschismus in der Justiz. Das ist der Anfang von Folter.«[23]

RAF-Propaganda aus dem Gefängnis

Nach der Verhaftung ihrer Führungskader setzte die RAF ihre Propaganda einfach nach demselben Strickmuster fort. Durch die Haft selbst waren die Bedingungen für die Artikulation eigener Anliegen zwar stark eingeschränkt, diesen Mangel behob die Führungscrew der Gruppe jedoch durch die Einrichtung des »info«-Systems. Einige ihrer Verteidiger transportierten Briefe der Häftlinge untereinander, und manchmal übermittelten sie die Nachrichten auch mündlich. Wie die Verbindungen zwischen den Häftlingen der RAF, einigen ihrer Verteidiger, dem »info«-System und der zweiten bzw. dritten Generation der RAF genau funktionierten, ist bislang nicht wirklich präzise beschrieben worden. Dass dieses »info«-System jedoch in Teilen funktionierte, haben einige Gerichtsprozesse, aber auch journalistische Recherchen ans Tageslicht gebracht.[24]

Ein Kronzeuge der Anklage in den RAF-Prozessen, Gerhard Müller,[25] ein Angehöriger der ersten RAF-Generation, der zusammen mit Ulrike Meinhof verhaftet wurde, hat das »info«-System[26] und seine Bedeutung für die Fortführung des bewaffneten Kampfes frühzeitig beschrieben. Während einer Vernehmung in der Untersuchungshaftanstalt Hamburg am 4. Juni 1976 sagte er: »In dem Kommunikationsbedürfnis der RAF-Gefangenen, das u. a. ein gewisses Zusammengehörigkeitsgefühl ausdrückte, sah Baader eine Möglichkeit, seine Ziele weiter zu verfolgen. Vorrangig war er bemüht, die unorganisierte Kommunikation in eine organisierte umzuwandeln. Um diese zu erreichen, bediente er sich der RAe, die als RAF-Verteidiger tätig waren. Dieses war eine grundsätzliche Bedingung, um sein Ziel, den Zusammenhalt der Gruppe aufrechtzuerhalten und um seine sowie anderer RAF-Gefangener Befreiung zu erreichen, sowie die Fortsetzung terroristischer Aktivitäten in der BRD.«[27]

Müller machte in der Vernehmung wesentliche Aussagen über die beteiligten Rechtsanwälte und die Struktur des »info«-Systems, die mehrere Ebenen umfasste. Neben einer internen RAF-Kommunikation gab es hier Informationen für Sympathisierende und »anpolitisierte Strafgefangene«.[28] Das »info«-System beinhaltete auch eine von allen RAF-Gefangenen betriebene Schulungstätigkeit. Über das »info« bereiteten die Gefangenen zudem ihre gemeinsame Verteidigung vor.

Verschiedene Gerichte haben später die Rechtsanwälte Kurt Groenewold, Klaus Croissant und Hans-Christian Ströbele für ihre Mitwirkung am »info«-System verurteilt. Groenewold erhielt als Strafe zwei Jahre Gefängnis auf Bewährung, Klaus Croissant zweieinhalb Jahre auf Bewährung und ein Berufsverbot von vier Jahren. Ströbele wurde 1980 von der 2. Großen Strafkammer beim Landgericht Berlin zu

23 Anschlag auf den BGH-Richter Buddenberg in Karlsruhe, Erklärung vom 20. 5. 1972, in: ebenda, S. 146.

24 Die ausführlichste Beschreibung findet sich bislang im Kapitel »Die RAF im Gefängnis« in Butz Peters, Tödlicher Irrtum, Berlin 2004, S. 305–332.

25 Zur Problematik des Kronzeugen Gerhard Müller vgl. Heinrich Hannover, Terroristenprozesse, Hamburg 1991, S. 144 ff

26 Eine bedenklich edierte Auswahl aus dem »info« in: Pieter H. Bakker Schut (Hg.), das info, Hamburg 1987. Zur Problematik der Edition vgl. Olaf Gäthje, Das »info«-System der RAF. Eine kommunikationstheoretische Analyse, Band 1, S. 714–733.

27 Vernehmung Gerhard Müller am 4. Juni 1976 in Hamburg, Archiv des Hamburger Instituts für Sozialforschung (HIS-Archiv) So 01/012,007 S. 7 (RAe = Rechtsanwälte).

28 Zu Geschichte und Struktur des RAF-»info«-Systems vgl. die Aussagen Gerhard Müllers in den Vernehmungen vom 4. Juni 1976, HIS-Archiv So 01/01,007, So 01/01,008 und So 01/01,009.

Scanned by CamScanner

einer Freiheitsstrafe von zunächst 18 Monaten auf Bewährung verurteilt. Dieses Urteil wurde 1982 von der 10. Großen Strafkammer des Berliner Landgerichts auf 10 Monate reduziert.[29]

Direkter als Groenewold, Croissant und Ströbele, die lediglich beim Informationstransport halfen, waren einige ihrer Kollegen in den bewaffneten Kampf selbst verwickelt. So z. B. Siegfried Haag, Anwalt von Holger Meins und Sozius in der Rechtsanwaltskanzlei von Klaus Croissant in Stuttgart. Er hatte von der Führungscrew der RAF den Auftrag, die Gruppe im Untergrund neu zu strukturieren. Ob er an der Vorbereitung der Besetzung der deutschen Botschaft in Stockholm im April 1975 – drei Tote und mehrere Verletzte – beteiligt war, konnte nicht zweifelsfrei geklärt werden, ist jedoch wahrscheinlich.[30] Bei seiner Verhaftung im November 1976 jedenfalls wurden wesentliche Konzeptionspapiere der zweiten Generation gefunden, die u. a. auch die spätere Entführung von Hanns-Martin Schleyer ankündigten, jedoch damals von den Strafverfolgungsbehörden noch nicht entschlüsselt werden konnten.[31]

Die Rechtsanwaltskanzlei Croissant schien eine regelrechte Schaltstelle für die Verbindungen zwischen den Illegalen und den RAF-Häftlingen gewesen zu sein. Neben Haag ging von dort Rechtsanwalt Eberhard Becker in den Untergrund; er schloss sich der *Gruppe 4.2.* an, die sich zum Ziel gesetzt hatte, Andreas Baader zu befreien, jedoch vorher bereits verhaftet werden konnte.[32] Aus derselben Rechtsanwaltskanzlei tauchte auch Jörg Lang in den Untergrund ab.[33]

Zu nennen ist außerdem Brigitte Mohnhaupt, die im Januar 1977 aus dem Gefängnis in Stuttgart-Stammheim entlassen wurde, Kontakte zwischen den dortigen RAF-Gefangenen und den Illegalen über Angestellte in der Rechtsanwaltskanzlei Croissant reorganisierte, dann in den Untergrund ging und eine wesentliche Rolle bei den folgenden Anschlägen der RAF, u. a. bei der Entführung und Ermordung von Hanns-Martin Schleyer, spielte. Sie wird deshalb auch als »Mutter der zweiten Generation« bezeichnet.[34] Auch Volker Speitel, ein wichtiger Koordinator des Kassibertransports, arbeitete zeitweilig in der Kanzlei Croissant: Er organisierte auch den Transport jener Waffen in das Gefängnis,[35] mit denen sich Baader und Raspe erschossen haben, und wurde dafür verurteilt.[36]

Über das »info«-System wurden nach der Verhaftung der wesentlichen Kader der ersten Generation auch jene Erklärungen transportiert, mit denen sich die RAF an die Öffentlichkeit wandte und mit denen sie Unterstützung für ihre Anliegen suchte. Bereits in ihrer Hungerstreikerklärung vom Mai 1973 – es war der zweite Hungerstreik der RAF-Häftlinge – wurde das Thema Faschismus aufgegriffen. Die RAF behauptete in dieser Erklärung schlicht, die Haftbedingungen, denen ihre Angehörigen unterworfen wären, seien Ausdruck eines Kapitalismus, der darauf angewiesen wäre, einen Teil der Arbeiterklasse beständig zu terrorisieren und letztlich zu vernichten. Wörtlich hieß es: »Je stärker die Revolte im Volk, die Moral des Systems, sein Eigentumsbegriff im Arsch und die Krise aktuell, die Volksbewaffnung nicht mehr bloße Zukunftsmusik, sondern materielle Gegenwart, desto wichtiger werden die Knäste fürs System, dessen Rationalität immer darauf angewiesen war und ist, einen Teil des Proletariats offen zu terrorisieren, zu vernichten – im Extrem: Treblinka, Maidanek, Sobibor – um den Widerstand der großen Mehrheit des Volkes gegen die Ausbeutung zu brechen – Knast und Vernichtungslager als vorletzte und letzte Maßnahme gegen jede Art von Widerstand – wie gekonnt, organisiert, bewußt auch immer.«[37] Dass sich der Hungerstreik nicht gegen die Haftbedingungen allein richtete, wurde dabei keineswegs verborgen. Die Er-

29 Vgl. Peters, Tödlicher Irrtum, S. 767 f.

30 Vgl. Stefan Aust, Der Baader Meinhof Komplex, München 1998, S. 333; siehe zu Siegfried Haag auch Peters, Tödlicher Irrtum, S. 371 ff.

31 Vgl. Peters, Tödlicher Irrtum, S. 372 ff.

32 Ebenda, S. 357 ff.

33 Vgl. Aust, Baader Meinhof Komplex, S. 324.

34 So zum Beispiel Peters, Tödlicher Irrtum, S. 703.

35 Ebenda, S. 453 ff.

36 Siehe hierzu aus einer mit der Mordthese sympathisierenden Sicht: Pieter Bakker Schut, Stammheim, Kiel 1986, S. 500 ff.

37 Hungerstreikerklärung vom 8. Mai 1973, in: ID-Verlag (Hg.), Rote Armee Fraktion, S. 147, S. 187 f.

klärung schloss mit den Worten: »Setzt die Schweine von außen unter Druck und wir von innen. Solidarität stellt die Machtfrage. [...] Sieg im Volkskrieg!«

Um ihre Behauptung in die Öffentlichkeit der Medien zu transportieren, bedienten sich die RAF-Häftlinge – technisch gesehen – einer Strategie, die auch die Werbeindustrie nutzt. Man schuf Anlässe für die Berichterstattung, in der Sprache des Journalismus »Aufhänger«, um Medienvertreter zu einer Berichterstattung über die Haftbedingungen zu veranlassen. Diese Aufhänger waren die Hungerstreiks, deren erster am 17. Januar 1973 begann. Die Hungerstreiks selbst und vor allem die Entschlossenheit einiger Häftlinge, ihn bis zu ihrem Tod durchzuhalten – Holger Meins starb während des dritten Hungerstreiks am 9. November 1974 –, sollten der Öffentlichkeit signalisieren, dass die behaupteten faschistischen Verhältnisse in den Gefängnissen tatsächlich existierten.

Inzwischen lässt sich nachweisen, dass die inhaftierte Führungscrew der RAF den Tod von Häftlingen ganz bewusst in Kauf nahm, um ihre Propaganda von den faschistischen Verhältnissen, die angeblich in der Bundesrepublik herrschten, glaubhaft werden zu lassen. So schrieb Andreas Baader im »info« vor dem Hungerstreik, der zum Tod von Holger Meins führen sollte: »ich denke wir werden den hungerstreik diesmal nicht abbrechen.« Er rechnete mit Toten. »Das heißt es werden typen dabei kaputtgehen [...] denn sicher läuft das im zusammenhang mit aktionen draußen viel härter als das letzte mal.«[38] Noch zwei Tage vor dessen Tod forderte Gudrun Ensslin Holger Meins dazu auf, den eigenen Tod als Opfer im Kampf gegen den Imperialismus anzusehen: »das ziel, du bestimmst, wann du stirbst, freiheit oder tod.«[39]

Am Ende dieses längsten RAF-Hungerstreiks – er dauerte 145 Tage – befahl ihre Führung den Abbruch: »Wir bitten euch den Streik jetzt abzubrechen [...] Versteht das als Befehl.« Auch in diesem »Befehl« kommt man erneut auf den angeblich existierenden »neuen Faschismus« zu sprechen: »Tatsache ist«, heißt es in dem an Nachrichtenagenturen weitergeleiteten Schreiben, »daß die Möglichkeiten der legalen Linken – aus ihrer Defensive und Hilflosigkeit gegenüber dem neuen Faschismus, Solidarität als Waffe zu organisieren – in der Korrespondenz zum Aufbau der Guerilla, der Politik der RAF, nicht genug entwickelt sind.« Der Tod von Holger Meins verwandelt sich in der Erklärung in eine angebliche Mordtat des imperialistischen Systems: »Zuzulassen, daß ihr ihn [den Hungerstreik, M. J.] fortsetzt – gegen das Kalkül der staatlichen Propaganda: durch die exemplarische Hinrichtung gefangener Guerillas – weil sie kämpfen, immer kämpfen, trotzdem kämpfen – Widerstand als hoffnungslos erscheinen zu lassen – hieße Euch zu opfern.«[40]

Neben den Erklärungen zu den Hungerstreiks und der Bereitschaft einiger Gefangener, ihn bis zu ihrem eigenen Tod durchzuhalten, waren es Briefe der Häftlinge, die das Thema eines angeblich neuen Faschismus in der Bundesrepublik immer wieder auf die Tagesordnung setzten, es zieht sich von der ersten bis zur letzten Erklärung der RAF durch. Auch nach dem Tod von Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe machten sich die zweite und die dritte Generation diese Auffassung zu Eigen. Das Thema fand seinen Niederschlag bis in die Selbstauflösungserklärung vom März 1998, in der es heißt: »Die RAF nahm den Kampf gegen einen Staat auf, der nach der Befreiung vom Nazi-Faschismus mit seiner nationalsozialistischen Vergangenheit nicht gebrochen hatte. Der bewaffnete Kampf war die Rebellion gegen eine autoritäre Gesellschaftsform, gegen Vereinzelung und Konkurrenz. Er war die Rebellion für eine andere soziale und kulturelle Realität. Im Aufwind der weltweiten Befreiungsversuche war die Zeit reif für einen entschiedenen Kampf, der die pseudonatürliche Legitimation des Systems nicht mehr akzeptiert und dessen Überwindung ernsthaft wollte.«[41]

Die Behauptung, in der Bundesrepublik herrsche

38 Nachricht von Andreas Baader, in: Bundesministerium des Innern (Hg.), Dokumentation, S. 99.
39 Gudrun Ensslin, in: Gerd Conradt, Starbuck Holger Meins, Berlin 2001, S. 147.
40 Brief der RAF an die Gefangenen aus der RAF vom 2. 2. 1975, in: ID-Verlag (Hg.), Rote Armee Fraktion, S. 192 f.
41 Siehe die RAF-Auflösungserklärung vom 20. April 1998: Rote Armee Fraktion, »Wir beenden das Projekt«, *jungle world* vom 29. April 1998.

Scanned by CamScanner

ein neuer Faschismus, den man – wolle man nicht in die verhängnisvolle Duldung des Nationalsozialismus verfallen, die die Vorfahren betrieben hätten – mit der Waffe in der Hand bekämpfen müsse, haben viele RAF-Mitglieder zum persönlichen Motiv erklärt. Sozialwissenschaftliche Deutungen zur Geschichte der RAF geraten häufig in die Nähe solcher Selbsterklärungen.[42] Da jedoch von Aktivitäten der RAF-Angehörigen zugunsten von Opfern des Nationalsozialismus – Anklage nicht angeklagter Verbrecher, Wiedergutmachung für überlebende Opfer und ihre Nachfahren etc. – nichts bekannt ist, scheint es nachvollziehbarer zu sein, die Ursachen dieser Orientierung dort zu suchen, wo sie die Autorin Jillian Becker in ihrem Buch über die erste Generation der RAF bereits sehr früh gesucht hat. Becker schrieb in ihrem 1977 zuerst in englischer Sprache erschienenen Buch: »In ihrer beharrlichen Unterstellung, jegliche Obrigkeit sei ›faschistisch‹ oder ›tendiere zum Faschismus‹, schwang das Verlangen mit, sich – eine Generation zu spät – zum Kampfe zu stellen (während gleichzeitig Kritiker darauf verwiesen, daß sie tatsächlich die Freiheit, die ihnen die Demokratie und deren liberale Institutionen boten, dazu mißbrauchten, Demokratie und Freiheit zu schmähen). Es war ihr jugendlicher Ehrgeiz, die Helden zu spielen – jene Helden, die ihre Väter nicht gewesen waren. Hinzu kommt noch das Bedürfnis, sich mit den Opfern zu identifizieren, und in den späten 60er Jahren konnte man oft von Studenten hören: ›Wir sind die Juden von heute‹. Die Opfer von damals waren nun zu Helden und Märtyrern geworden; und die Kinder derjenigen, die sie zu Märtyrern gemacht hatten, beneideten sie nun um ihr Leid. Dieser ›Leidensneid‹ war nicht die Annahme der Schuld, sondern deren Zurückweisung.«[43]

Isolationshaft

Die Diskussion über Haftbedingungen jedoch nur als einen besonders geschickten Schachzug im Propagandakrieg der RAF charakterisieren zu wollen, würde zu kurz greifen. Dies ist nur eine, wenn auch wichtige Dimension des Themas. Nicht umsonst hält die Kontroverse um die Haftbedingungen bis heute an. Die in zahlreichen Fällen überzogene Dauer der Untersuchungshaft, die häufig nicht minder lange Einzelhaft, die Weigerung der Justizvollzugsbehörden, den Häftlingen Ärzte ihrer Wahl zuzugestehen, die bis auf eine Ausnahme stets erneuerte Ablehnung, sie zu größeren Gruppen zusammenzulegen, wie dies selbst von Ärzten vorgeschlagen wurde, deren Gutachten die Justizbehörden selbst eingeholt hatten, zeugen zu Teilen von einem problematischen Umgang der Justiz und der Strafverfolgungsbehörden mit Häftlingen, der trotz aller unleugbaren Propagandaaktivitäten der RAF und ihres Umfeldes zur Sprache gebracht werden muss.

Der Vorwurf, die Häftlinge aus der RAF würden gefoltert, ist – abgesehen von der RAF-Erklärung nach dem Anschlag auf den Richter des Bundesgerichtshofs Wolfgang Buddenberg[44] – zum ersten Mal von den Verteidigern Ulrike Meinhofs, Ulrich K. Preuß und Heinrich Hannover, erhoben worden. Hannover erinnert sich in einem Interview daran: »Das Verdienst, als erster begriffen zu haben, was ihr [Ulrike Meinhof, M. J.] angetan wird, kommt dem Kollegen Ulrich Preuß zu. Der hat angefangen, Literatur zu wälzen, und herausgefunden, daß es Isolationsbedingungen gibt, die einfach vom Menschen physisch und psychisch nicht ertragen werden können. Das haben zunächst die Betroffenen nicht begriffen. Jedenfalls Ulrike hatte es nicht begriffen. Sie glaubte wohl zunächst, daß sie nach ihrer ganzen Sensibilität nicht in der Lage sei, Haftbedingungen zu ertragen, die andere ertragen hätten. Daß das etwas

42 Hans Jürgen Wirth, Narzissmus und Macht. Zur Psychoanalyse seelischer Störungen in der Politik, Gießen 2002; vgl. unter Berufung auf Wirth auch: Jörg Herrmann, Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin. Vom Protestantismus zum Terrorismus, in: Klaus Biesenbach (Hg.), Zur Vorstellung des Terrors. Die RAF-Ausstellung, Bd. 2, Göttingen 2005, S. 112 ff.

43 Jillian Becker, Hitlers Kinder? Der Baader-Meinhof-Terrorismus, Frankfurt am Main 1978, S. 49 f.

44 Anschlag auf den BGH-Richter Buddenberg in Karlsruhe, Erklärung vom 20. 5. 1972, nachgedruckt in: ID-Verlag (Hg.), Rote Armee Fraktion, S. 146.

ganz anderes war, was an ihr vollzogen wurde, daß das weit über das hinausging, was andere ertragen hatten, das hatte sie selbst nicht begriffen und darum konnte sie es mir auch nicht vermitteln.«[45]

Ulrike Meinhof schrieb jedoch später aus ihrer Haft im Gefängnis Köln-Ossendorf einen Brief, der zu dem zentralen Dokument wurde, das die Bedingungen von Isolation in der Öffentlichkeit wahrnehmbar machte und anklagte. Es gibt wahrscheinlich keine Broschüre aus dem Umfeld der RAF, in der dieser Brief nicht zitiert oder vollständig wiedergegeben worden wäre. Dort heißt es: »Das Gefühl es explodiert einem der Kopf (das Gefühl, die Schädeldecke müßte eigentlich zerreißen, abplatzen) – das Gefühl, es würde einem das Rückenmark ins Gehirn gepreßt – das Gefühl, das Gehirn schrumpelt einem allmählich zusammen wie Backobst z. B. – das Gefühl, man stünde unmerklich unter Strom, man würde ferngesteuert [...] Das Gefühl, es sei einem die Haut abgezogen worden.«[46]

Im Unterschied zu den Bedingungen der »verschärften Einzelhaft«, wie sie die meisten Häftlinge der RAF in der Untersuchungshaft und teilweise auch in der Haft erlebten, handelte es sich hier offenbar tatsächlich nicht nur um eine soziale, sondern auch eine akustische und visuelle Isolation von Ulrike Meinhof. Der Anstaltsleiter des Gefängnisses von Köln-Ossendorf, Bücker, beschrieb die Haftbedingungen Meinhofs in einem Brief an den Präsidenten des Justizvollzugsamtes Köln so: »Bekanntlich ist die Untersuchungsgefangene Meinhof im Frauentrakt der psychiatrischen Untersuchungsabteilung untergebracht. Während die Untersuchungsgefangene Proll im Männertrakt der Untersuchungsabteilung zumindest akustisch an dem Leben in der Anstalt teilnehmen kann, ist die Gefangene Meinhof in ihrem Haftraum auch akustisch isoliert.«[47]

Rechtsanwalt Ulrich K. Preuß hatte die Haftbedingungen Ulrike Meinhofs und Astrid Prolls darüber hinaus folgendermaßen skizziert: »Zu der räumlichen und akustischen Isolation dieses gesamten Trakts trat hinzu, daß die Zellen meiner Mandantinnen vollständig in weißer Farbe geölt waren, daß sich das Zellenfenster zunächst gar nicht, später nur einen winzigen Spalt öffnen ließ und mit einem feinmaschigen Fliegengitterdraht verhängt war, daß die in der Zelle befindliche weiße Neon-Beleuchtung nachts bei Frau Meinhof nicht ausgeschaltet wurde, schließlich, daß die Zelle von Frau Meinhof in den Wintermonaten permanent unterkühlt war. In dieser akustischen und visuellen Isolation hatten meine Mandantinnen lediglich den für die Essensversorgung unabdingbaren minimalen Kontakt mit den Vollzugsbeamtinnen. Sie lebten praktisch 24 Stunden lang ohne eine unterscheidbare Umwelt.«[48]

Ganz scheint diese Beschreibung zumindest für Ulrike Meinhof nicht zuzutreffen, denn immerhin ist überliefert, dass sie in dieser Zeit Besuch von ihren Töchtern erhielt.[49] Wie aus den Äußerungen der Rechtsanwälte Hannover und Preuß hervorgeht, erhielt sie offenbar auch Besuch von ihren Anwälten, die Haftbedingungen schienen ihr das Verfassen einer RAF-Propagandabroschüre (»Die Aktion des Schwarzen September in München«[50]) zu erlauben, und ihre Kontakte ermöglichten offenbar auch das Herausschleusen dieser Broschüre. Dennoch kann die Gefährlichkeit dieser, über die Bedingungen verschärfter Einzelhaft weit hinausgehenden sozialen, akustischen und visuellen Isolation nicht übersehen werden. Nach der Skandalisierung dieser Haftbedin-

45 Heinrich Hannover in: »Menschen und Paragraphen«, Hörfunkfeature von Margot Overath für den Sender Freies Berlin (SFB 1) vom 12. September 1989, zit. n. Margot Overath, Drachenzähne. Gespräche, Dokumente und Recherchen aus der Wirklichkeit der Hochsicherheitsjustiz, Hamburg 1991, S. 43.

46 Ulrike Meinhof, Brief einer Gefangenen aus dem Toten Trakt (16. 6. 1972–9. 2. 1973), zit. n. AStA der Pädagogischen Hochschule West-Berlin u. a. (Hg.), »Sie würden uns gerne im Knast begraben ...«, West-Berlin 1977, S. 29.

47 Zit. n. Aust, Baader Meinhof Komplex, S. 269.

48 Ulrich K. Preuß in einem Schreiben vom 10. August 1973, zit. n. Hansen/Peinecke, Reizentzug und Gehirnwäsche, S. 74.

49 Vgl. Aust, Baader Meinhof Komplex, S. 275 ff.; außerdem: Peters, Tödlicher Irrtum, S. 305; Ulrike Meinhof hat später den Kontakt zu ihren Kindern abgebrochen. Overath deutet dies als Folge der Isolationshaft: Overath, Drachenzähne, S. 44. Overath deutet auch den Selbstmord Ulrike Meinhofs als Folge ihrer »psychischen Zerstörung« durch die Isolation.

50 Die Aktion des Schwarzen September, in: ID-Verlag (Hg.), Rote Armee Fraktion, S. 151 ff.

Scanned by CamScanner

gungen wurden Proll und Meinhof dann in strenge Einzelhaft verlegt, die zwar weiterhin eine soziale Isolation im Gefängnis bedeutete (kein Kontakt mit anderen Häftlingen), jedoch keine totale akustische und visuelle Isolation mehr beinhaltete. Der Prozess gegen Astrid Proll, die als Folge der Haftbedingungen unter lebensgefährlichen Kreislaufstörungen litt, musste im Herbst 1973 eben wegen ihrer gesundheitlichen Probleme unterbrochen werden.[51] 1974 musste sie schließlich wegen offensichtlich durch die Isolation hervorgerufener Gesundheitsprobleme ganz aus der Haft entlassen werden.[52]

Strenge Einzelhaft

Eine ähnlich umfassende Isolation – sozial, akustisch, visuell –, wie sie Meinhof und Proll zu Anfang ihrer Untersuchungshaft erfuhren, ist offenbar bei anderen Häftlingen aus der RAF nicht angewendet worden.[53] In der ersten, große öffentliche Aufmerksamkeit erregenden Dokumentation einiger RAF-Anwälte lässt sich dazu zumindest kein Dokument finden.[54] Die Bedingungen der verschärften Einzelhaft selbst jedoch waren auch ohne die durch akustische und visuelle Totalisolation hervorgerufenen Folgen einer sensorischen Deprivation einschneidend genug. Unter Verweis auf die besondere Gefährlichkeit der Häftlinge wurden hier Beschränkungen der Kontakte mit Freunden, Angehörigen, der weiteren Umwelt und Anwälten durchgesetzt, die schon für sich genommen extrem waren.

So ordnete zum Beispiel das Amtsgericht Hamburg am 22. Oktober 1971 für Margrit Schiller folgende besondere Sicherungsmaßnahmen an: »Strenge Einzelhaft, außerhalb des Haftraums Fesselung (a. d. Rücken), Betreten des Haftraumes nur mit 2 Beamtinnen und 1 Beamten, Einzelfreistunde (gefesselt) mit 2 Beamtinnen und 1 Beamten, keine Gemeinschaftsveranstaltungen einschließlich Gottesdienst, Besuche, auch des Rechtsanwalts, nur im Frauenhaus – Zelle 6 –, Einkauf nur über Liste, ½-stündliche Beobachtung, Entzug aller Einrichtungsgegenstände, Kleiderabnahme, Besteckabnahme, Anstaltskleidung.«[55]

Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Sicherheitsvorkehrungen getroffen wurden, um eine erneute Haftentziehung wie bei Andreas Baader im Mai 1970, die geplante Befreiung Horst Mahlers im Jahr darauf, die gelungene Flucht von Inge Viett im Juni 1973 und die Freipressung von Häftlingen nach der Entführung des CDU-Politikers Peter Lorenz in Berlin 1975 unmöglich zu machen. Ob dazu auch der Entzug aller Einrichtungsgegenstände, der vollständige Ausschluss aus allen Gemeinschaftsveranstaltungen etc. gehören musste, scheint jedoch mehr als fraglich. Sicher ist hingegen, dass sich Margrit Schiller nach Verbüßung ihrer ersten Haftstrafe sofort wieder der RAF anschloss.

Unterschieden sich bei der Verhaftung der Mitglieder der ersten RAF-Generation die Bedingungen noch häufig, so lassen sich an den späteren Haftbeschlüssen etliche gleichartige Vorgehensweisen der Justiz erkennen. Den Haftbedingungen strenger Einzelhaft wurden Gefangene unterworfen, die unter dem Vorwurf verhaftet worden waren, an der Bildung einer terroristischen Vereinigung (129a StGB) beteiligt zu sein. Eine solche »durchschnittliche« Einzelhaft umfasste etwa folgende Merkmale: »Die Gefangenen werden in Einzelzellen untergebracht. Die Fenster der Zellen sind so konstruiert, daß die Kontaktaufnahme zu anderen Gefangenen unmöglich ist. Die Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen,

51 Proll floh später nach London und wurde 1978 an die Bundesrepublik ausgeliefert. In einem Prozess wurde sie zu fünfeinhalb Jahren Haft verurteilt, jedoch rehabilitiert, als sie ihre Unschuld beweisen konnte. Vgl. Astrid Proll, Hans und Grete. Bilder der RAF 1967–1977, Göttingen 1998.

52 Vgl. Henning Spangenberg, Isolationshaft in westdeutschen Gefängnissen, in: AStA der Pädagogischen Hochschule West-Berlin u. a. (Hg.), »Sie würden uns gerne im Knast begraben ...«, S. 25 ff.; Dokumente zur Auseinandersetzung um Haftbedingungen und Freilassung von Astrid Proll finden sich in: Komitee gegen Folter an politischen Gefangenen in der BRD (Hg.), Der Tote Trakt ist ein Folterinstrument, o. O., o. J., S. 32 ff.

53 Overath behauptet in ihrer Darstellung, die vollständige soziale, akustische und visuelle Isolation sei darüber hinaus noch bei Holger Meins und Ronald Augustin angewendet worden. Overath, Drachenzähne, S. 43.

54 Eschen u. a., Folter in der BRD, S. 11–117.

55 Zit. n. ebenda, S. 23.

z. B. Gottesdiensten, ist untersagt. Die Gefangenen dürfen bei Vorführungen und beim Duschen nicht mit anderen Gefangenen zusammenkommen. Sie haben ›Hofgang‹ einzeln; und zwar oft nicht im Freien, sondern auf einem überdachten Platz innerhalb des Gefängnisgebäudes. Die Hafträume der Gefangenen und die darin befindlichen Sachen, einschließlich persönlicher Aufzeichnungen und Verteidigungsunterlagen, werden häufig durchsucht, eingesehen und beschlagnahmt. Die Gefangenen werden ferner vor und nach jedem Besuch, auch dem eines Verteidigers, bei völliger Entkleidung und Umkleidung körperlich durchsucht. Während eines Besuches sind sie vom Besucher durch eine gläserne Trennscheibe abgesondert. Bei der Überlassung von Büchern wird politische Zensur geübt.«[56]

Die Versuche von Verteidigern der Häftlinge, diese Haftbedingungen anzufechten, wurden von den Gerichten abgewiesen. Der Bundesgerichtshof erklärte 1975, diese Haftbedingungen seien »in ihrem Ausmaß und ihrer Dauer den Behörden erst durch das Verhalten der Angeklagten aufgezwungen worden [...]«. Wenn die Gefangenen jedoch »das Verhalten fortsetzen, das die staatlichen Organe zur Anwendung dieser Haftbedingungen zwingt«, so hätten sie die sich daraus ergebenden Folgen selbst »in Kauf genommen«.[57]

Nach vielen Protesten der Häftlinge selbst, den ersten Hungerstreiks und dem Tod von Holger Meins, Protesten ihrer Anwälte und Sympathisanten – die sogenannten »Komitees gegen Folter in der BRD« wurden im Mai 1973 gebildet – wie einer durch die Behauptung der Folter aufgeschreckten Öffentlichkeit, bestellte der 2. Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart am 18. Juli 1975 Fachärzte, die nicht im Vollzugs- oder staatlichen Gesundheitsdienst standen,[58] um klären zu lassen, »ob bei den Angeklagten [in diesem Fall ging es um Baader, Ensslin, Meinhof und Raspe, M. J.] organische oder psychische Schäden vorhanden sind, die der Behandlung bedürfen und die evtl. Einfluß« auf ihre Teilnahme an einem Gerichtsprozess »haben könnten« und worauf »diese Schäden zurückzuführen sind«.[59]

Der Psychiater Professor Wilfried Rasch[60] kam zu dem Ergebnis, dass »alle vier Angeklagten untergewichtig waren und sich in reduziertem körperlichen Allgemeinzustand befanden«.[61] Er stellte bei den vier Häftlingen in verschiedenen Ausprägungen Koordinations- und Orientierungsstörungen, Vergesslichkeit, Konzentrationsmangel, Schwindelgefühl, Wahrnehmungseinengung, gesteigerte Müdigkeit und herabgesetzte Leistungsfähigkeit fest. Eine totale Unfähigkeit, gerichtlichen Verhandlungen zu folgen, konstatierte Rasch nicht, er schrieb jedoch, die Verhandlungsfähigkeit der Angeklagten sei nur eine »beschränkte«.[62] Der von ihm beschriebene Zustand sei unbedingt behandlungsbedürftig.

Der Mediziner wies auch darauf hin, dass nach »der umfangreichen internationalen pönologischen und psychologischen Literatur, die zu diesem Thema vorliegt«, die »Isolierung eines Menschen allein« schon geeignet sei, »tiefgreifende Beeinträchtigungen seiner psychischen Verfassung zu erzeugen«.[63] In einer weiteren gutachterlichen Äußerung machte der Psychiater den Vorschlag, dass die einzige praktikable Möglichkeit, den Angeklagten vermehrt soziale

56 Bernard Rambert u. a. (Hg.), Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigungsrecht, o. O. 1985, S. 15.
57 Beschluß des Bundesgerichtshofes vom 22. Oktober 1975, zit. n. Hartwig Hansen, Den Staat aushungern, S. 136. Das Dokument ist vollständig abgedruckt in: Rambert u. a. (Hg.), Todesschüsse, S. 156 ff.
58 Siehe hierzu: Gutachten Prof. Dr. Wilfried Rasch (Berlin) vom 10. September 1975, als Kopie in den Unterlagen zur Diplomarbeit von Hartwig Hansen, HIS-Archiv, Hansen, Gutachten – Broschüren – weitere Bestände HH, Bd. IV.
59 Ebenda, S. 1.
60 Wilfried Rasch habilitierte sich 1964 in Hamburg, war später am Institut für Gerichtliche Medizin der Universität zu Köln tätig, wo er 1969 zum Leiter der Abteilung für Kriminalbiologie und Professor ernannt wurde. Von 1971 bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1993 war er Lehrstuhlinhaber und Direktor des Instituts für Forensische Psychiatrie an der Freien Universität Berlin. Durch seine wissenschaftliche Arbeit, sein Lehrbuch und seine Rolle in wichtigen Strafverfahren wurde Wilfried Rasch zum bekanntesten forensischen Psychiater in Deutschland, der auch in weiten Kreisen der Justiz sowie im Ausland als Streiter für eine humane Ausrichtung des Faches hohes Ansehen genoss. Am 23. September 2000 ist Prof. Dr. Wilfried Rasch im Alter von 75 Jahren verstorben.
61 Gutachten Prof. Dr. Wilfried Rasch (Berlin) vom 10. September 1975, S. 3.
62 Ebenda, S. 5.
63 Ebenda, S. 6.

Scanned by CamScanner

Interaktion zu gewähren, in der »Zusammenfassung einer Gruppe politisch motivierter Häftlinge liegt«.[64]

Rasch artikulierte mit seinem Gutachten nur, was medizinische und andere Forschungen über Einzelhaft längst ergeben hatten. Nicht umsonst haben alle diktatorischen Regime, der Nationalsozialismus, Stalinismus und Maoismus verschärfte Einzelhaft als ein probates Mittel angesehen, politische Gegner zu bekämpfen und nachhaltig zu zerstören, ohne dass Spuren der Gewalt für das ungeübte Auge sofort sichtbar wurden. Reto Volkart, Autor einer vergleichenden Studie zu den Auswirkungen der Einzelhaft, kommt in seiner Untersuchung zu dem Ergebnis, dass die »verheerenden Wirkungen der langdauernden Einzelhaft« lange bekannt sind und deshalb nur noch selten angewendet würden. Jede Tendenz zu ihrer Wiedereinführung »sollte aus humanitären Gründen schärfstens bekämpft werden«.[65]

Dabei bleibt noch darauf hinzuweisen, dass diese Untersuchungen an Häftlingen vorgenommen wurden, die zu jenem Zeitpunkt, Ende des Jahres 1975, gegenüber vielen anderen Gefangenen aus der RAF große Privilegien genossen. Sie hatten sogar die Gelegenheit, mehrere Stunden täglich gemeinsam verbringen zu können. Diese Privilegien, bis hin zu einer großen Sammlung unterschiedlichster Bücher, Fernsehgeräte, häufigen Besuchen ihrer Verteidiger etc., sind erst lange nach dem Tod der Häftlinge in Stammheim ins Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit gelangt. Tageszeitungen und Wochenmagazine berichteten damals, obwohl ihnen die Verhältnisse bekannt waren, darüber nicht.[66]

Die Haftbedingungen Baaders, so der Vollzugsbeamte Horst Bubeck in einem Interview mit dem Journalisten Kurt Oesterle, seien sogar so weit gelockert gewesen, dass Baader während einer Besprechung mit einer Rechtsanwältin angeblich Gelegenheit hatte, mit ihr ein Kind zu zeugen.[67] Baader selbst scherzte während eines Besuchs hoher Beamter des Landesjustizministeriums Baden-Württemberg über die Haftbedingungen im 7. Stock des Gefängnisses von Stuttgart-Stammheim. Am 21. April 1977 antwortete er auf die Frage, ob denn die Häftlinge in Stuttgart-Stammheim gefoltert würden: »der Vorwurf der Folter, meine Herren, ist nicht wörtlich zu nehmen. Wir sehen das eher sportlich und raufen uns immer wieder zusammen [...].«[68]

Die Gutachten von Rasch und anderen[69] artikulierten jedoch aus medizinischer Sicht nur, was die RAF-Gefangenen als eine Teilforderung erhoben hatten. Ulrike Meinhof wandte sich nach dem Tod von Holger Meins an Bundespräsident Gustav Heinemann und schrieb: »Wir haben inzwischen – unter Berücksichtigung der Sicherheitsargumente des Vollzugs – einen Kompromißvorschlag gemacht: Konzentration aller politischen Gefangenen in einer Anstalt bei vollständiger Aufhebung der Isolation zueinander. Wir werden den Hungerstreik in dem Moment beenden, in dem eine dieser beiden Lösungen für alle politischen Gefangenen durchgeführt ist: Vollständige Aufhebung der Isolation oder Konzentration.«[70] Inzwischen lehnten die RAF-Häftlinge auch die jahrelang geforderte Integration in den Normalvollzug ab. Sie befürchteten eine Zerstörung des Gruppenzusammenhalts.

Zu einer Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF in größeren Gruppen, wie sie Professor Rasch befürwortete, ist es nur kurzfristig im Jahr 1977 gekommen. Nach dem vierten Hungerstreik erreichten die Häftlinge die Zusage, in Stuttgart-Stammheim eine größere Gruppe zu installieren. Von Juni bis August 1977 wurden in Stammheim zehn Gefan-

64 Gutachten von Prof. Wilfried Rasch 7. November 1975, HIS-Archiv, Hansen, Gutachten – Broschüren – weitere Bestände HH, Bd. IV, S. 2.

65 Reto Volkart, Einzelhaft: Eine Übersicht, Zürich 1976 (Selbständige Arbeit am Psychologischen Institut der Universität Zürich, Abteilung für klinische Psychologie), S. 40.

66 Vgl. Kurt Oesterle, Stammheim. Die Geschichte des Vollzugsbeamten Horst Bubeck, Tübingen 2003.

67 Ebenda, S. 139 ff. Diese Behauptung dürfte nicht der Wahrheit entsprechen. Die einzige dafür in Frage kommende Anwältin hat dagegen jedenfalls erfolgreich vor Gericht geklagt.

68 Ebenda, S. 147.

69 Weitere Gutachten schrieben Prof. Dr. Werner Mende (15. September 1975), Dr. med Helmut Kreiter (10. Dezember 1975) und Folker Stöwand (16. September 1975). HIS-Archiv, Hansen, Gutachten – Broschüren – weitere Bestände HH, Bd. IV.

70 »Wir beenden den Streik, wenn ...«, Brief von Ulrike Meinhof an Bundespräsident Gustav Heinemann, *Frankfurter Rundschau* vom 18. Dezember 1974.

gene aus der RAF zusammengelegt. Aber nach einer Schlägerei im 7. Stock des Gefängnisses und nachdem man Andreas Baader im Bett von Gudrun Ensslin gefunden hatte, wurde das Experiment »Großgruppe« wieder abgebrochen.[71] Allerdings entschlossen sich die Justizbehörden später dazu, Gefangene aus der RAF und anderen terroristischen Gruppen teilweise in Kleingruppen zusammenzubringen.

Liest man jedoch Berichte von Häftlingen, die später in strenger Einzelhaft saßen, wie z. B. Angelika Speitel – sie war an der Entführung Hanns-Martin Schleyers beteiligt und im September 1978 bei einer Schießübung im Wald verhaftet worden –, die bis 1982 mehr als zwei Jahre in strenger Einzelhaft in der Hochsicherheitsabteilung der JVA Köln-Ossendorf verbrachte, dann ist erkennbar, dass das von Rasch beschriebene Problem der strengen Einzelhaft generell weiter bestand. Ihr Bericht erinnert an Meinhofs Brief aus Köln-Ossendorf. Sie schilderte ihre Erfahrungen mit den folgenden Worten: »Das Schlimmste war halt die Einzelhaft, daß ich 24 Stunden rund um die Uhr so gut wie allein war und die einzigen waren halt diese Bewacher. Dreimal am Tag ging die Tür auf zum Essen, und das war auch schon schlimm. Aber dieses Alleinsein, dieses Tote, in diesem Raum ganz allein zu leben, ohne ein Gegenüber zu haben, ohne diese Wechselwirkung. Da kann ich mich noch an eine Situation erinnern, wo ich getanzt habe und das Radio für mich immer das einzige Lebendige war und wo diese gute Musik zu Ende war [...] da hab ich mir immer gesagt, ich will lieber tot sein. Also lieber will ich tot sein, das empfand ich wirklich als eine Erleichterung zuerstmal. Daß einem der Nacken weh tut, die ganzen Verspannungen, du kannst dich nicht lockern, du kannst das mit deinem Verstand nicht lockern, du bist immer in einer permanenten Anspannung, du hast immer Aggressionen, knallroten Kopf, ich glaube, wenn einer aufhört zu denken, dann kann er nur noch wie ein Tier fauchen und schreien und verrückt werden.«[72]

Europäische Kommission für Menschenrechte

Rechtlich scheiterte die erste Generation der RAF damit, ihre Haftbedingungen als Verstoß gegen internationale Vereinbarungen qualifizieren zu lassen. In drei Individualbeschwerden hatten Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe sich 1976 an die Europäische Kommission für Menschenrechte (EKfM)[73] gewandt. Die Antwort auf ihre Beschwerden wurde allerdings erst nach ihrem Tod erarbeitet. Für die bereits toten Häftlinge hatten ihre Angehörigen – Helmut Ensslin, Nina Baader und Charlotte Raspe – die Individualbeschwerden aufrechterhalten.

Die EKfM äußerte sich zu den Haftbedingungen, dem Strafverfahren gegen die RAF in Stuttgart-Stammheim und zu ihrem Tod. Der Justizminister der Bundesrepublik, der den Urteilsspruch sogleich veröffentlichte, schrieb im Vorwort der Publikation: »Diese ebenso gründliche wie ausgewogene Entscheidung ist eine eindeutige Absage an alle, die in dieser Frage das Ansehen der Bundesrepublik durch haltlose Verdächtigungen gefährden wollten. Die sorgfältig abgefaßte Begründung zeigt, wie schmal der Pfad ist zwischen einer möglichst effektiven Durchsetzung des staatlichen Strafanspruchs einerseits und der Wahrung der jedem Angeklagten zustehenden Grund- und Menschenrechte.«[74] Die Kommission hatte alle von Ensslin, Baader und Raspe vorgebrachten Beschwerden nach gründlicher Prüfung abgewiesen.

Die EKfM betrachtete zunächst den Vorwurf der drei Häftlinge, »absichtlich und ohne Rechtfertigungsgründe außergewöhnlichen Haftbedingungen unterworfen gewesen zu sein, durch die ihnen beträchtliche physische und psychische Leiden zugefügt worden wären«.[75] Hätte dieser Vorwurf zugetroffen, so wäre dies ein Verstoß gegen den Artikel 3 der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschen-

71 Vgl. Hansen, Den Staat aushungern, S. 124.
72 Angelika Speitel in einem Interview mit Overath, zit. n. Overath, Drachenzähne, S. 45 f.
73 Die EKfM (Sitz: Straßburg) wurde 1953 eingerichtet, um Verstöße der Unterzeichnerstaaten gegen die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte zu verhandeln. Sie ist kein Organ der EU, sondern des Europarates.
74 Vorwort von Hans-Jochen Vogel zu: Der Bundesminister der Justiz (Hg.), Entscheidung der Kommission für Menschenrechte Juli 1978, Bonn 1978, S. 1.
75 Ebenda, S. 22.

Scanned by CamScanner

rechte gewesen, der besagt, dass niemand der Folter oder unmenschlicher und erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen werden darf.[76]

Die EKfM rügte zunächst, dass die Beschwerdeführer ihre Vorwürfe nicht vor dem Bundesverfassungsgericht der Bundesrepublik vorgebracht hätten. Zweifellos seien Andreas Baader, Gudrun Ensslin und auch Jan-Carl Raspe »außergewöhnlichen Haftbedingungen unterworfen, die in ihrem Ausschluß aus der Anstaltsgemeinschaft und ihrer Unterbringung in einem gesicherten Flügel bestanden«.[77] Die Kommission unterstützte in ihrer Entscheidung jedoch die Auffassung der Bundesregierung, dass in diesem Fall damit gerechnet werden musste, dass die Häftlinge von Freunden gewaltsam befreit werden sollten. Deshalb schloss sie: »Die Kommission ist davon überzeugt, daß im vorliegenden Fall zwingende Gründe dafür vorhanden waren, die Beschwerdeführer einem Vollzug zu unterwerfen, der sich in erster Linie an Sicherheitserfordernissen ausrichtete.«[78]

Das Vorhandensein einer »Sinneisolation« verneinte die Kommission; man habe sich selbst bei einer Zellenbesichtigung davon überzeugen können. Die Zellen seien »durch Fenster, die von innen geöffnet werden konnten, gut erhellt; die Wände waren weitgehend bedeckt mit Büchern und Plakaten. Die Zellen waren nicht mit einer akustischen Isolierung nach außen oder innen hin versehen: zwei auf verschiedenen Seiten des Zellenflurs eingeschlossene Personen konnten mit lauter Stimme miteinander sprechen. Die Beschwerdeführer hatten praktisch ständig ein Radiogerät, dann ein Fernsehgerät und einen Plattenspieler zur Verfügung. Sie konnten sich täglich an der frischen Luft in einem großen Dachhof bewegen und Leibesübungen verrichten.«[79]

Einer geheimen und ständigen Überwachung seien die Häftlinge nicht ausgesetzt, allerdings einer »relativen sozialen Isolierung unterworfen«[80] gewesen. Von einer tatsächlichen »Zellenisolierung« – ohne Besuche von Verteidigern, Verwandten u.a. – könne man jedoch nicht sprechen. Die Kommission gestand zu, dass auch bei normaler Haft, die länger als sechs Jahre dauert, Syndrome entstünden, die man bei den Gefangenen der RAF festgestellt habe: »Gefühlsstörungen, Störungen des Einsichts- und des Urteilsvermögens, Verhaltensveränderungen, die sich in Rückkehr zum Infantilismus und in Störungen im Verhalten zur Gemeinschaft äußern«.[81] Bei Berücksichtigung der besonderen Umstände des Falles – Erweiterung der Kontaktmöglichkeiten nach den Hungerstreiks, ständige Überprüfung der Haftbedingungen durch die Behörden, Ablehnung bestimmter Kontaktmöglichkeiten durch die Gefangenen selbst – könne jedoch nicht gesagt werden, »daß sie absichtlich einer Gesamtheit von körperlichen oder seelischen Leiden mit dem Ziel unterworfen gewesen sind, sie zu bestrafen, ihre Persönlichkeit zu zerstören oder Widerstandskraft zu brechen«.[82] Die Kommission hatte damit den Verdacht eines Verstoßes gegen das Folterverbot der Konvention zum Schutz der Menschenrechte zurückgewiesen.

Darüber hinaus ließ sie auch mögliche Anwürfe im Zusammenhang mit dem Tod der Angeklagten nicht gelten. Zur Frage eines möglichen Mordes an den RAF-Häftlingen führte die Kommission aus: »Gestützt auf die gesamten ärztlichen Feststellungen, die von einer internationalen Gruppe von Gerichtsärzten getroffen wurden und aufgrund der ersten Ergebnisse der gerichtlichen Untersuchung [...], hat die Regierung den Tod als Selbstmord dargestellt. Die Rechtsbeistände der Beschwerdeführer haben kein Gegenargument zu dieser These vorgetragen, obwohl einer von ihnen überzeugt sein will, daß es sich um Mord handelte.«[83] Auch Anzeichen dafür, dass der Tod der Häftlinge eine Folge der lange währenden Isolation gewesen sein könnte, konnte die Kommission nicht erkennen. Sie wies ebenso die Vorwürfe zurück, dass Grundrechte der Häftlinge in ihrem Verfahren beein-

76 Artikel 3 der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten: http://www.staatsvertraege.de/emrk.htm (3. Juli 2006).
77 Der Bundesminister der Justiz (Hg.), Entscheidung der Kommission, S. 23.
78 Ebenda, S. 24.
79 Ebenda, S. 25.
80 Ebenda.
81 Ebenda, S. 25 f.
82 Ebenda, S. 26.
83 Ebenda.

trächtigt worden wären. Solche Vorwürfe waren nach Artikel 6 der Konvention zu prüfen, die ein »Recht auf ein faires Verfahren« zusichert.[84] Die Häftlinge hatten gerügt, dass sie bereits vor ihrer Verurteilung einer massiven Vorverurteilung ausgesetzt gewesen wären. Dazu bemerkte die Kommission, »daß man von der Presse, geschweige denn von den für die Kriminalpolitik verantwortlichen Behörden nicht erwarten kann, daß sie sich jeder Erklärung, zwar nicht über die Schuld der Angeklagten, sondern über deren Gefährlichkeit enthalten, wenn sie eindeutiges Informationsmaterial in Händen haben (Vorstrafen, Benutzung von Schußwaffen bei der Festnahme, gewaltsame Befreiung Baaders usw ...)«.[85] Eine Verletzung des Grundsatzes der Unschuldsvermutung sei nicht zu erkennen.

Die Häftlinge hatten darüber hinaus behauptet, das Gericht sei »kein ordentliches, unabhängiges und objektives«.[86] Die Kommission erwiderte dazu: »Sie haben jedoch keinen Anhaltspunkt dafür geliefert [...].« Wo Zweifel an der Unparteilichkeit eines Richters hätten nachgewiesen werden können, im Fall des Richters Prinzing, sei dessen Parteilichkeit zu Recht und mit Erfolg angefochten worden. Dies zeige, dass die vorgesehenen Verfahren wirksam seien. Auch die Beschränkung der Anzahl der Wahlverteidiger auf drei sah die Kommission nicht als eine Verletzung der Grundrechte von Strafgefangenen an.

Der Ausschluss von Verteidigern vom Verfahren – Ströbele, Groenewold und Croissant – stelle, so die Kommission, insofern keine Verletzung der Grundrechte der Häftlinge dar, als dieser Ausschluss keine nur vom Gericht getroffene Ordnungsmaßnahme darstelle; gegen die Anwälte liefen tatsächliche Strafverfahren. Außerdem habe ihr Ausschluss keine »wirksame Verteidigung der Beschwerdeführer beendet, da diese noch von durchschnittlich zehn Verteidigern vertreten waren, wobei einige, wie Schily und Heldmann, von ihnen gewählt worden waren. Anhand einer Prüfung der Tatsachen kann daher in dieser Sache kein Anschein einer Verletzung der durch die vorerwähnten Vorschriften garantierten Rechte und Freiheiten festgestellt werden.«[87]

Auch die Beschwerde, dass die Häftlinge bei den Verhandlungen des Gerichts nicht immer anwesend waren, wurde von der Kommission zurückgewiesen. Die Verteidigung habe immer ausreichend Möglichkeit gehabt, ihre Argumente in angemessener Weise vorzutragen. Der Bericht schließt mit den Worten: »Die Kommission zieht den Schluß, daß die verschiedenen von den Beschwerdeführern vorgebrachten Rügen keine Verletzung des Art. 6 der Konvention erkennen lassen.«[88]

Plädoyer für den Normalvollzug

Ob es Möglichkeiten gab und gibt, den Haftvollzug bei terroristischen Gesinnungsstraftätern humaner zu gestalten, als dies häufig bei RAF-Häftlingen der Fall war, ist seither oft diskutiert worden. Im Angesicht terroristischer Verbrechen stellt sich die Frage immer wieder neu. Der bereits zitierte Mediziner, Professor Wilfried Rasch, hat die verschiedenen Varianten, die seit den 1970er Jahren dazu in der Bundesrepublik im Gespräch waren, 1981 zusammengefasst: Im Ergebnis plädierte Rasch für eine »fortschreitende Integration« der RAF-Häftlinge und ihrem Umfeld »in den Gesamtvollzug«.[89] Vehement wandte er sich gegen die Schaffung von Hochsicherheitstrakten.

Rasch argumentierte, es hätten sich drei verschiedene Möglichkeiten angeboten: »Die eine war, daß man die Häftlinge aus diesem Kreis in den Vollzug integriert. Das schien damals [gemeint sind die 1970er Jahre, M. J.] nicht möglich, da von Seiten der

84 Artikel 6 der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten: http://www.staatsvertraege.de/emrk.htm (3. Juli 2006).

85 Der Bundesminister der Justiz (Hg.), Entscheidung der Kommission, Bonn 1978, S. 28.

86 Zitat aus den Beschwerden von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe, wiedergegeben im Text der EKfM, Der Bundesminister der Justiz (Hg.), Entscheidung der Kommission, S. 28.

87 Ebenda, S. 30.

88 Ebenda, S. 31.

89 Redebeitrag Wilfried Rasch auf einer Veranstaltung in der Technischen Universität Berlin im April 1981, S. 7, Abschrift, HIS-Archiv, Ordner: Hansen, Berichte – Dokumentationen, Bd. I.

Scanned by CamScanner

Häftlinge erhebliche Aktivitäten ausgingen, und man hätte [...] das ganze Haus mit einem Übermaß an Sicherungen überziehen müssen.«[90] Eine zweite Möglichkeit sah Rasch in der »Bildung von Kleingruppen, von gemischten Kleingruppen, die auch aus Strafgefangenen anderer Art zusammengesetzt waren. Diese Lösung wurde damals überwiegend abgelehnt, von den politisch motivierten Tätern selbst, und zwar damals im Stadium der Ermittlungen vorwiegend unter dem Gesichtspunkt, daß man auf diese Weise eine Spitzelgruppe aufnehmen würde.«[91] Eine dritte Möglichkeit sah Rasch darin, »daß man Gruppen bildete aus dem Kreis der politisch motivierten Täter, die ein hinreichendes Maß an Interaktion erlaubten, wobei die Größe der Gruppe 15 betragen sollte«.[92]

Den letzten Vorschlag habe man – so Rasch weiter – in West-Berlin aufgegriffen, hier seien entsprechende Wohngruppen gebildet worden, allerdings in einem Hochsicherheitstrakt. Rasch bezeichnete dies ausdrücklich als »Perversion des Vorschlags«.[93] Der Hochsicherheitstrakt des Westberliner Gefängnisses habe »die Wohnlichkeit einer U-Bahn-Station um 4 Uhr morgens«. Er sei absolut steril. »Das Neonlicht geht nicht aus. Die Fernsehkamera ist eingeschaltet in den Aufenthaltsräumen. Es ist also absurd, hier Wohngruppen zu bilden oder Wohngruppenvollzug zu propagieren.«[94]

Ausdrücklich wies Rasch darauf hin, dass man als Häftling nur darauf hoffen könne, aus einem solchen Hochsicherheitsvollzug herauszukommen. Dies sei ja auch möglich, wenn man »brav ist, wenn man konform ist«.[95] Natürlich lasse sich fragen, wie man das überhaupt feststellen könne. »Zum anderen aber, und das ist das eigentlich Bedeutsame an dieser Sache, gibt man im Grunde genommen damit zu, daß diese Unterbringung einen gewissen Druck ausübt. Und wenn man tatsächlich darauf abzielt, mit diesem Druck eine Einstellungswandlung herbeizuführen, dann würde dies der Definition der Folter entsprechen.«[96]

Der Körper als Waffe

Die Gründe dafür, dass Häftlinge, auch aus der ersten, zweiten und dritten Generation, trotz des immensen Drucks durch die strenge Einzelhaft oder die Unterbringung in einem Hochsicherheitstrakt nicht bereit waren, Verbesserung der Haftbedingungen selbst herbeizuführen, indem sie die Loyalität ihrer Gruppe gegenüber aufkündigten und Mittäter ihrer Verbrechen benannten, liegen in den Motiven selbst, die für viele den Ausschlag gegeben haben, sich der RAF oder einer der anderen bewaffneten Gruppen anzuschließen. Unter diesen Motiven spielte die Bereitschaft, sich und andere zu töten, eine herausragende Rolle. Die RAF-Mitglieder verstanden sich außerhalb und innerhalb der Gefängnisse als »Soldaten der Revolution«.[97] Die Haftbedingungen selbst wurden deshalb von diesen Häftlingen als Teil des Krieges angesehen, den sie gegen die – ihrer Überzeugung nach – faschistische Bundesrepublik führten.

So erklärte etwa Gert Schneider – der 1977 verhaftet wurde, als er gemeinsam mit Christof Wackernagel im Auftrag von Brigitte Mohnhaupt Drogen für Peter-Jürgen Boock besorgte – der Journalistin Margot Overath: »Man geht natürlich nicht in die RAF einfach so aus Lust und Laune, sondern das ist ja ne grundlegende Entscheidung, bei der auch immer von Anfang an im Grunde klar ist, daß am Ende entweder Verhaftung und ein lebenslängliches Urteil oder Tod stehen. [...] Wenn man sich auf etwas einläßt wie die Revolution einer Gesellschaft – ja gut, wer sich in Gefahr begibt, der kann auch darin umkommen.«[98] Brigitte Mohnhaupt definierte: »Es ist unser Leben und unsere Identität, was wir verteidigen in dieser Gewaltsituation, und die einzige Möglichkeit, ganz zu bleiben.«[99] Und Klaus Jünschke – der zunächst Mitglied des *Sozialistischen Patienten Kollektivs* (SPK) war, später der RAF angehörte, 1972 verhaftet und 1977 zu lebenslanger Haft verurteilt wurde – sagte: »Wir haben uns als Träger einer revolutionären Ent-

90 Ebenda, S. 4.
91 Ebenda.
92 Ebenda.
93 Ebenda, S. 5.
94 Ebenda, S. 6.
95 Ebenda, S. 7.
96 Ebenda.
97 Vgl. Overath, Drachenzähne, S. 48.
98 Interview von Margot Overath mit Gert Schneider am 16./17. Mai 1987, zit. n. Overath, Drachenzähne, S. 48.
99 Brigitte Mohnhaupt, Die Gefangenen der RAF zum Dialogvorschlag, *die tageszeitung* vom 8. August 1988.

wicklung gefühlt. Das heißt als Teil einer weltweiten revolutionären Bewegung [...]. Und man kann doch nicht, wenn man es ernst meint, Dinge nicht tun, nur, weil sie einem schaden könnten.«[100]

Die zweite und die dritte Generation der RAF stilisierten sich ganz wie ihre Vorbilder Baader, Ensslin, Meins und Meinhof zu Opfern eines quasifaschistischen Staatsgebildes. Ob in Anschlags- oder Hungerstreikerklärungen, fast schon rituell wurde die Bereitschaft zum eigenen Tod mit dem Hinweis auf eine angeblich allmächtige faschistische Staatsmaschine beschworen, der Widerstand entgegengesetzt werden müsse.

Dieser Logik haben sich nicht viele RAF-Angehörige entzogen. Einer, der das z. B. tat, war Klaus Jünschke. Er berichtete in einem Interview mit der *tageszeitung* über sein Kernmotiv, der RAF den Rücken zu kehren und sie zu kritisieren: »Was ich mache, ist natürlich der Verantwortung gerecht zu werden, die ich habe.«[101] Auf die Frage des Interviewers, welche Verantwortung er meine, antwortete er: »Mich haben Leute besucht im Knast, die heute auf Fahndungsplakaten sind. Und ich habe in meiner Situation, wie alle Gefangenen, ›macht was, macht was‹ vermittelt.«[102]

Auch Horst Mahler hat sich später der Fortsetzung dieser Politik entzogen und versucht, die Öffentlichkeit vor ihren schwerwiegenden Folgen zu warnen. Der ebenfalls inhaftierte Peter Paul Zahl hatte im September 1978 an ihn geschrieben und ihn gebeten, für eine Klage, die er einreichen wolle, detailliert Auskunft über seine Haftbedingungen zu geben.[103] Mahlers Antwort war zunächst knapp und etwas unwirsch ausgefallen: »Lieber P. P. Z., deine Fragen sind mit einer einzigen Antwort erledigt: Ich bin hier in Tegel dem sogenannten Regelvollzug unterworfen, d. h. für mich gelten die gleichen Haftbedingungen wie für die übrigen ca. 600 in der Teilanstalt II der JVA Tegel untergebrachten Gefangenen. Dieser Vollzug unterscheidet sich sehr erheblich von demjenigen der Staatsschutzgefangenen [...].«[104]

Nachdem Zahl aber auf einer ausführlichen und detaillierten Antwort insistierte, antwortete Mahler barsch und wütend: »Lieber P. P. Z., du marschierst – meine ich – in einer Sackgasse; deshalb werde ich deine Fragen nicht beantworten. Das Geschrei über die Haftbedingungen war und ist der Stoff, mit dem Mitleidskampagnen gefüttert werden, die nichts anderes sind als Rekrutierungsunternehmen für die RAF und ihre Ableger. Daran will ich mich in keiner Weise beteiligen. Ob Du an den gegebenen Haftbedingungen kaputt gehst oder nicht, hängt nicht von diesen Bedingungen ab, sondern allein von Dir.«[105] Zahl antwortete ausführlich und wütend; er bezeichnete Mahler in seinem Antwortbrief als »bauchredner der herren des morgengrauens«.[106]

Damit hätte der Briefwechsel beendet sein können; da sich jedoch die Publizistin und Gefangenenbetreuerin Birgitta Wolf[107] einmischte und Mahler wegen einiger »undifferenzierter« Bemerkungen kritisierte – sie stimme mit ihm überein, dass die Terroristen die Waffen weglegen müssten, aber er dürfe nicht darüber schweigen, dass die Haftbedingungen für Staatsschutzgefangene unmenschlich wären[108] –, holte Mahler zu einer langen Erklärung aus, in der er die Bedeutung der Proteste gegen die Haftbedingungen für die Fortsetzung der RAF-Anschläge deutlich machte. Er berichtete dabei interessante Details aus dem Innenleben der RAF im Gefängnis.

---

100 Interview von Margot Overath mit Klaus Jünschke am 11. Februar 1988, zit. n. Overath, Drachenzähne, S. 49.
101 »Aufhebung des Ausnahmezustandes«, Interview mit Klaus Jünschke, *die tageszeitung* vom 18. Juni 1988, hier zit. n. Klaus Jünschke, Spätlese. Texte zu RAF und Knast, Frankfurt am Main 1988, S. 180.
102 Ebenda.
103 Brief von Peter Paul Zahl an Horst Mahler vom 12. September 1978, in: Peter Paul Zahl, Das Stille und das Grelle, Frankfurt am Main 1981, S. 140 f.
104 Brief von Horst Mahler an Peter Paul Zahl vom 24. September 1978, ebenda, S. 141.
105 Brief von Horst Mahler an Peter Paul Zahl vom 14. Oktober 1978, ebenda, S. 142.
106 Brief von Peter Paul Zahl an Horst Mahler vom 20. Oktober 1978, ebenda, S. 146. Die »Herren des Morgengrauens« war der Titel eines Romanfragments von Peter O. Chotjewitz. Der Schriftsteller verarbeitete darin seine Erfahrungen mit Terroristenprozessen. Chotjewitz selbst war Freund, Rechtsbeistand und Testamentsvollstrecker Andreas Baaders.
107 Brigitta Wolf (Jg. 1913) ist Publizistin und Essayistin. Sie betreute ab 1954 ehrenamtlich Strafgefangene und gründete 1969 die *Nothilfe Brigitta Wolf e. V.* 1971 erhielt sie für ihre Verdienste von der *Humanistischen Union* den Fritz-Bauer-Preis.
108 Brief von Brigitta Wolf an Horst Mahler vom »2. Advent 1978«, in: Zahl, Das Stille und das Grelle, S. 149 ff.

Scanned by CamScanner

Mahler kritisiert insbesondere einen »Teufelskreis« der Gewalt: »Die RAF ist zu einer ›befreit-die-guerilla-guerilla‹ geworden, um es mit einem treffenden Ausdruck von P. P. Z. zu sagen. Sie produziert immer mehr Tote und gefangene Terroristen unter immer schlechteren Haftbedingungen, dadurch immer mehr Terroristen und einen immer größeren Handlungsdruck für die bewaffneten Kerne, ihre Genossen aus dem Gefängnis zu befreien. Und kein Ende ist abzusehen.«[109]

Mahler schildert präzise, wie die Kampagne gegen die Isolationsfolter begann: »Die Verhaftung von Andreas Baader und Gudrun Ensslin im Juni 1972 schien das ›Aus‹ für die RAF zu bedeuten. Niemand von uns Inhaftierten konnte sich vorstellen, daß die Reste der RAF ohne die Energie, die Entschlossenheit und das erfinderische Genie dieser beiden den ›Kampf‹ fortsetzen und erfolgreiche Befreiungsaktionen durchführen könnten. Alles schien uns davon abzuhängen, daß der Führungskern im Gefängnis wenigstens seine organisatorische und politische Handlungsfähigkeit wiedererlangte und die verbleibenden Aktionsgruppen strategisch anleiten könnte.«[110]

Mahler schildert auch die militärisch-technische Seite des Problems: »Zur Vorbereitung mußte zweierlei geleistet werden: erstens mußte durch psychologische Kriegsführung eine moralische Rechtfertigung gehäkelt werden für die möglicherweise blutig verlaufenden ›harten‹ Befreiungsaktionen, und es galt – zweitens – eine genügend große Anzahl von Helfern der RAF zum Absprung in den Untergrund zu motivieren und an ihrer Stelle neue Helfer aus dem politischen Umfeld der Guerilla in größerer Zahl zu rekrutieren. Beide Aufgaben wurden durch ein und dasselbe Manöver – durchaus erfolgreich – gelöst.«[111]

Die Justiz habe, so Mahler weiter, unfreiwillig Hilfsdienste geleistet, weil sie Ulrike Meinhof und Astrid Proll in Köln-Ossendorf unter Bedingungen der sozialen, akustischen und visuellen Isolation eingesperrt habe, wo »Menschen wahrscheinlich nicht lange überleben«.[112] Damit sei das für Antifaschisten wichtige Reizwort der Folter in die Debatte geworfen worden. »Selbstverständlich war es die Pflicht eines jeden, alle möglichen Anstrengungen zu unternehmen, die beiden aus dem Toten Trakt herauszuholen; aber die RAF hat diesen Kampf von Anfang an zum Instrument für die Verwirklichung ihrer weitergehenden Ziele gemacht. Mit der jetzt anhebenden Antifolter-Kampagne hatte der Terrorismus in der Bundesrepublik einen neuen Nährboden gefunden: er wäre sonst vielleicht – wie in den USA – mit dem Ende des Krieges in Vietnam ausgetrocknet.«[113]

Einige Absätze später berichtet Mahler ein wesentliches Detail: »Nachdem wir nach der Festnahme von Andreas Baader und Gudrun Ensslin beraten hatten, ob und wie der Kampf fortzusetzen sei, faßte Gudrun das Ergebnis in der Formel zusammen: ›Der Kampf geht weiter. Wenn man uns auch die Knarren aus der Hand genommen hat, so ist uns doch unser Körper geblieben.‹ Das war das Stichwort für jene Kette von Hungerstreiks, die die Gefangenen als Peitsche gegen die Linken einsetzte, um sie für die Guerilla auf Trab zu bringen. Diese elende Hungerei hat nicht nur eine höchst wichtige Waffe des gewaltfreien Widerstandes für lange Zeit stumpf gemacht, sondern auch die körperliche Gesundheit der Inhaftierten in gefährlicher Weise untergraben.«[114]

Horst Mahler verstand es, wie bei allen seinen öffentlichen Auftritten zum Thema Terrorismus, meisterhaft, seinen eigenen Anteil, seine eigene Verantwortung in der Geschichte zu unterschlagen. Im Unterschied zu Klaus Jünschke verriet er nicht, wie viele Menschen er selbst für den Gang in den Untergrund angeworben hatte. Seine Schilderungen der internen RAF-Debatten klingen jedoch einleuchtend. Ob Mahler das Zitat von Gudrun Ensslin richtig wiedergibt, sei dahingestellt. Sie hat jedenfalls diese Position, den eigenen Körper als Waffe im Kampf gegen den Imperialismus einzusetzen, im Gefängnis tatsächlich eingenommen.[115]

---

109 Brief von Horst Mahler an Brigitta Wolf (ohne Datum), ebenda, S. 155.
110 Ebenda, S. 156.
111 Ebenda.
112 Ebenda, S. 157.
113 Ebenda, S. 158.
114 Ebenda, S. 160.
115 Siehe dazu das Ensslin-Porträt von Susanne Bressan und Martin Jander, Band 1, S. 398–429.

UN-Menschenrechtsausschuss

Nachdem die Unterstützer der RAF vor bundesdeutschen Gerichten mit dem Versuch gescheitert waren, die Haftbedingungen der Gefangenen aus der RAF und anderen terroristischen Gruppierungen als Verstöße gegen internationale Vereinbarungen qualifizieren zu lassen und ein ebensolcher Versuch von der Europäischen Kommission für Menschenrechte ebenfalls abschlägig beschieden worden war, versuchten sie den UN-Menschenrechtsausschuss[116] für eine harsche Intervention bei der Bundesregierung zu gewinnen.[117]

Das Vorhaben scheiterte zwar insgesamt, jedoch gelang es einer Gruppe von Abgeordneten des Europaparlaments, Journalisten, Ärzten und Rechtsanwälten, den UN-Menschenrechtsausschuss zu einer Kritik der Bundesregierung zu bewegen. Sie hatten dem Ausschuss eine Dokumentation[118] vorgelegt, die – entlang der Artikel des Paktes über Bürgerliche und Politische Rechte, für dessen Einhaltung der UN-Menschenrechtsausschuss zuständig ist – Verstöße gegen die Menschenrechte in der Bundesrepublik auflistete.

Die dokumentierten Verstöße bezogen sich auf Artikel 6 des Paktes (Recht auf Leben), Artikel 7 (Folterverbot), Artikel 14 (Gleichheit vor Gericht), Artikel 9 (Verbot willkürlicher Verhaftungen) und 19 (Verletzungen der Meinungsfreiheit).[119] In der Dokumentation mischten sich wahre mit (vielen) unwahren Behauptungen.

Eine der zutreffenden Behauptungen in der Dokumentation lautet, dass Katharina Hammerschmidt,[120] die sich auf Anraten ihres Anwaltes Otto Schily den Strafverfolgungsbehörden gestellt hatte, ärztlich nicht adäquat untersucht und versorgt wurde, obwohl sie im Gefängnis auf schwere gesundheitliche Probleme hingewiesen hatte, und deshalb an einem Tumor starb, der bei rechtzeitiger Untersuchung heilbar gewesen wäre.[121] Schily stellte am 9. Januar 1974 einen Strafantrag wegen versuchter Tötung und unterlassener Hilfeleistung.

Zweifelhaft ist dagegen die Behauptung im Zusammenhang mit dem Tod von Petra Schelm. In der beim UN-Menschenrechtsausschuss eingereichten Dokumentation heißt es, Schelm sei »im Zuge der ersten Großfahndung nach der RAF [...] durch einen Schuß aus einer Maschinenpistole unterhalb des linken Auges getötet worden«.[122] Erste Hilfe sei nicht geleistet worden. Der Tod von Petra Schelm wird in der Dokumentation unter der Rubrik »Todesschüsse« als Verstoß gegen Artikel 6 des UN-Paktes über Bürgerliche und Politische Rechte genannt, in dem es an zentraler Stelle heißt, niemand dürfe »willkürlich« getötet werden. Die Dokumentation verschweigt, dass Petra Schelm zusammen mit ihrem Freund Manfred Grashof in einem Lager der *El Fatah* eine militärische Ausbildung absolviert hatte und sich ihrer Verhaftung am 15. Juli 1971 wild schießend entziehen wollte. Einer Aufforderung, sich zu ergeben, soll sie nicht nachgekommen sein, sondern immer weiter um sich geschossen haben.[123]

Insgesamt suchte die Dokumentation zu belegen, dass die staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus auf ein »Sonderrecht«[124] hinausliefen, dessen gesetzliche Basis der § 129a des StGB der Bundesrepublik bilde. Die von den Maßnahmen Betroffenen würden faktisch rechtlos, die Bundesrepu-

116 Der UN-Menschenrechtausschuss ist ein UN-Vertragsorgan von 18 Experten, das während seiner dreimal im Jahr abgehaltenen Sitzungen periodische Berichte der Mitgliedsstaaten des Paktes über Bürgerliche und Politische Rechte (1966 beschlossen, 1976 in Kraft getreten) entgegennimmt und bewertet. Die Mitglieder des Ausschusses werden durch die Mitgliedsstaaten ernannt, jedoch repräsentieren sie keinen der Staaten. Das Mandat des UN-Menschenrechtsausschusses beschränkt sich auf den Pakt.

117 Vgl. Hans Michael Empell, Die Menschenrechte der politischen Gefangenen in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1995.

118 Rambert u. a. (Hg.), Todesschüsse.

119 Zum Wortlaut siehe http://de.wikisource.org/wiki/Internationaler_Pakt_%C3%BCber_B%C3%BCrgerliche_und_Politische_Rechte (4. Juli 2006).

120 Katharina Hammerschmidt hatte in Berlin einige illegale Wohnungen für die RAF besorgt, wollte sich dann jedoch nicht selbst in die Illegalität begeben. Vgl. Aust, Baader Meinhof Komplex, S. 205 ff.

121 Rambert u. a. (Hg.), Todesschüsse, S. 96 ff.

122 Ebenda, S. 5.

123 Vgl. Aust, Baader Meinhof Komplex, S. 187 ff.

124 Rambert u. a. (Hg.), Todesschüsse, S. 154.

Scanned by CamScanner

blik handle ihnen gegenüber in einem »(verdeckten) Ausnahmezustand«.[125] Formell seien für die Haftbedingungen zwar Gerichte und Justizminister zuständig, faktisch jedoch die Bundesregierung und das ihr unterstellte Bundeskriminalamt. Die Maßnahmen seien insgesamt »Ausdruck eines politischen Konzepts, das unter der Bezeichnung ›Counter-Insurgency‹ von westlichen Staaten, vor allem den USA und Groß-Britannien (insbesondere aus der Praxis zur Unterdrückung von Aufständen in Kolonien)«[126] entwickelt worden sei. Die »Staatsführungen kombinieren dabei militärische und zivile Methoden mit dem Ziel, ›Staatsfeinde‹ zu vernichten, in der Bevölkerung jedes kritische Potential zu lähmen und sie zur völligen Identifikation mit dem Staat zu bewegen.«[127]

Auf die generelle These eines angeblich verdeckten Ausnahmezustandes in der Bundesrepublik hat sich der UN-Menschenrechtsausschuss bei den vorliegenden Berichten nach auf seiner Sitzung am 3., 4. und 7. April 1986 nicht eingelassen; er hat aber Fragen insbesondere zur Länge der Untersuchungshaft der Gefangenen aus der RAF, der Isolierung von Gefangenen und zur Beschneidung von Verteidigerrechten an die Bundesregierung gerichtet.[128]

Die anwesenden Vertreter der Bundesregierung beantworteten nicht alle dieser Fragen; bei den meisten wiesen sie in ihren Antworten auf die besondere Gefährlichkeit der Angeklagten hin. Insbesondere bei der Frage nach der Dauer der Einzelhaft haben die Vertreter der Bundesregierung, den vorliegenden Berichten zufolge, gelogen. Sie behaupteten, dass Einzelhaft nie länger als drei Monate dauere.[129] Die Vertreter der Bundesregierung gestanden ein, dass sie der Forderung der Zusammenlegung der Gefangenen zu größeren interaktionsfähigen Gruppen nicht nachkämen, denn man lasse sich die Form der Haft nicht von den Häftlingen vorschreiben.[130]

Zu einer erneuten Befragung von Vertretern der Bundesregierung vor dem UN-Menschenrechtsausschuss kam es am 27. und 28. März 1990.[131] Wieder hatten sie sich verschiedenen Fragen zu stellen. Im Mittelpunkt stand insbesondere die Isolation von Gefangenen und die Länge ihrer Haft. Erneut haben offenbar die Vertreter der Bundesregierung die Frage nach der strengen Einzelhaft bewusst ausweichend beantwortet. Man habe, so antworteten sie nach einem vorliegenden Bericht, Besserungen eingeführt und werde noch weitere Reformen durchführen.[132]

Vorläufiges Fazit

Eingehende Untersuchungen zu den Haftbedingungen der RAF-Häftlinge und anderer Strafgefangener aus terroristischen Gruppen oder ihrem Umfeld gibt es bislang nicht, wohl aber eine hohe Anzahl parteilicher Dokumentationen. Eine unabhängige Forschung wäre nötig, denn das Problem der Verabschiedung oder Verletzung der Demokratie im Kampf gegen den Terrorismus ist ein wesentliches Problem nicht nur der Bundesrepublik Deutschland sondern aller parlamentarisch verfassten Demokratien des Westens.

Es kann kein Zweifel bestehen, dass die RAF und andere terroristische Gruppierungen ihre Haftbedingungen propagandistisch nutzten, um ihren Kampf gegen einen angeblich latenten Faschismus in der Bundesrepublik auch aus dem Gefängnis heraus fortzuführen. Sie scheuten dabei auch vor einer Selbsttötung nicht zurück, um der Öffentlichkeit weiszumachen, dass in der Bundesrepublik die von ihnen behaupteten faschistischen Verhältnisse bereits herrschten.

Das Thema lässt sich jedoch nicht, wie dies z. B. der Autor verdienstvoller Studien zur RAF, Butz Peters, tut, als pure Propaganda der bewaffneten Terrorgruppen abtun.[133] Die »verschärfte« oder auch

125 Ebenda.
126 Ebenda, S. 155.
127 Ebenda.
128 Siehe z. B. die Artikel in der *tageszeitung*, der *Welt*, der *Stuttgarter Zeitung* und der *Süddeutschen Zeitung* vom 7. April 1986, alle wiedergegeben in: Empell, Die Menschenrechte der politischen Gefangenen, S. 41.
129 Ebenda, S. 43.
130 Ebenda, S. 45.
131 Ebenda, S. 60 ff.
132 Ebenda, S. 62.
133 Vgl. Peters, Tödlicher Irrtum, S. 305 ff.; siehe auch: ders., Der letzte Mythos der RAF, Berlin 2006, S. 219 ff.

»strenge Einzelhaft«, häufig über lange Zeiträume angewendet, ist in der Bekämpfung des Terrorismus in der Bundesrepublik eine Tatsache gewesen. Leugnet man dies, so unterschätzt man vorhandene Gefahren für demokratische Gesellschaften im Angesicht des immer noch aktuellen internationalen Terrorismus.

Es hat zu dieser lang andauernden verschärften Einzelhaft immer benennbare Alternativen gegeben, die auch den Sicherheitsanforderungen im Kampf gegen eine terroristische Bedrohung nicht hätten widersprechen müssen. Obwohl solche Alternativen frühzeitig aufgezeigt wurden, haben die Strafverfolgungsbehörden und die Justiz der Bundesrepublik sie sträflich missachtet. Die Bundesregierung hat die Existenz dieser überlangen strengen Einzelhaft, gewöhnlich ein Mittel totalitärer Regime im Kampf gegen politische Feinde, geleugnet.

Ob die Justiz und die Strafverfolgungsbehörden der Bundesrepublik mit diesem Verhalten nicht gerade der Bekämpfung des Terrorismus einen Bärendienst erwiesen haben und eine schnellere Ablösung von Häftlingen aus der RAF und den anderen bewaffneten Gruppen erschwert haben, kann nicht mit Sicherheit behauptet werden. Jedenfalls ist auffällig, dass es nicht viele RAF-Angehörige gibt, die sich sichtbar und hörbar ihrer Verantwortung gestellt haben und damit zur schnelleren Beendigung des Terrors beigetragen hätten.

Der Behauptung eines generellen »verdeckten Ausnahmezustandes« – so einige Anwälte der RAF –, der im Kampf gegen den Terrorismus in der Bundesrepublik geherrscht haben soll, kann man nicht folgen.[134] Durch die Aktionen der RAF und anderer terroristischer Gruppen wurden allerdings Handlungen der staatlichen Exekutive sichtbar, wie z. B. die überlange Isolierung der Gefangenen in strenger Einzelhaft, die fundamentale Prinzipien einer Demokratie in Frage stellen.

Diese gefährlichen Tendenzen der staatlichen Exekutive der Bundesrepublik Deutschland wurden freilich nur möglich, weil fanatisierte Gruppen aus der bundesrepublikanischen Studentenbewegung eben ein solches Hervortreten faschistoider Tendenzen heraufbeschwören wollten. Unbedingt wollten sie sich selbst öffentlich als Opfer einer faschistoiden Staatsmaschine inszenieren, um ihren »Leidensneid« (Jillian Becker) auszuagieren. Sie trafen dabei nicht auf eine Öffentlichkeit, die sie aus vollem Herzen unterstützt hätte. Aber diejenigen, die den bewaffneten Gruppen die Sympathie wirksam hätten entziehen können, haben doch sehr lange geschwiegen.

134 Ob während der Entführung Hanns-Martin Schleyers ein solcher »verdeckter Ausnahmezustand« herrschte, ist eine andere Frage. Vgl. hierzu den Beitrag von Wolfgang Kraushaar, Der nicht erklärte Ausnahmezustand. Staatliches Handeln während des sogenannten Deutschen Herbstes, in diesem Band, S. 1011–1025.

Scanned by CamScanner

Gerd Koenen

Camera Silens
Das Phantasma der »Vernichtungshaft«[1]

Die RAF-Ausstellung der Berliner KunstWerke im Januar 2005 war im Hauptteil um einen sakral anmutenden weißen Kubus mit Hans-Peter Feldmanns Fotostrecke »Die Toten« gruppiert. Das Gegenstück dazu bildete ein in die benachbarte Sankt-Johannes-Evangelist-Kirche hineingestellter schwarzer Kubus: die von Rob Moonen und Olaf Arndt rekonstruierte »Camera Silens«. Hätte man diesen schwarzen Kubus in den größeren weißen Kubus hineingestellt, wäre ein seltsam eindrückliches Arrangement entstanden, eine okkulte Kaaba oder Black Box, die die mentale Wirkungsgeschichte des deutschen Terrorismus der 1970er Jahre bildkräftig widergespiegelt hätte.[2]

Denn ohne den Zentralmythos einer an den politischen Gefangenen exekutierten »Isolationshaft« oder »Isolationsfolter«, die angeblich auf eine »Vernichtungshaft« hinauslief, wäre die ganze Geschichte der *Roten Armee Fraktion* (RAF) ungleich kurzlebiger geblieben. Und für diese »Vernichtungshaft« sollten »Menschenversuche« in der »Camera Silens«, einem experimentellen Forschungslabor in der Psychiatrischen Klinik Hamburg-Eppendorf, angeblich den wissenschaftlichen Leitfaden geliefert haben.

Als die Kerngruppe um Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof, Jan-Carl Raspe und Holger Meins nach ihrer kamikazeartigen Bombenkampagne vom Mai 1972 binnen kürzester Zeit verhaftet wurde, war die nach der gewaltsamen Befreiung von Andreas Baader im Mai 1970 hastig proklamierte *Rote Armee Fraktion* faktisch schon am Ende. Erst in den öffentlichen Debatten und organisierten Kampagnen, die sich in den Jahren 1973 bis 1977 an den angeblichen oder tatsächlichen Haftbedingungen dieser »politischen Gefangenen« entzündeten, kristallisierte sich aus abgetauchten Akteuren des aufgelösten *Sozialistischen Patienten-Kollektivs* (SPK) in Heidelberg, aus jugendlichen Nachrückern in den überall entstehenden »Folterkomitees« sowie aus einigen Vertretern des anwaltlichen Verteidigerkorps der Gefangenen eine neue, zweite Generation der RAF. Deren Serie mörderischer Attentate und Geiselnahmen von 1975 bis 1977 – von Stockholm bis Mogadischu, von Günter von Drenkmann über Siegfried Buback und Jürgen Ponto bis Hanns-Martin Schleyer – drehte sich ihrerseits in monomaner Weise um die Befreiung der Gefangenen, die mit selbstzerstöre-

1 Thea Schönfelder, Johannes Burchard und Michael Mohr bin ich in besonderer Weise für ihre Erinnerungen und Auskünfte zu Dank verpflichtet. Klaus Dörner hatte mir bereits bei den Recherchen zu meinem früheren Buch »Vesper, Ensslin, Baader« (2003) seine Sicht der Dinge mitgeteilt. Das Archiv des Hamburger Instituts für Sozialforschung hat mir wichtige Quellen zur Verfügung gestellt, ebenso vor Jahren das Archiv des *Spiegels*. Der Rest war langjährige Lektüre.

2 Einen solchen Vorschlag, die gesamte, ursprünglich unter dem Arbeitstitel »Mythos RAF« geplante Ausstellung um die Black Box dieser »Camera Silens« herum zu gruppieren, habe ich als Mitglied des Beirats in einem frühen Stadium einmal gemacht, allerdings gerade mit dem ausdrücklichen Interesse an historischer Kontextualisierung und Aufklärung aller sich darum rankenden Projektionen und Mythen.

rischen Hungerstreiks und am Ende mit vorab angekündigten, als nächtliche Hinrichtungen inszenierten Selbstmorden diese rasende Eskalation selbst steuerten und vorantrieben.

Als das Spiel im Deutschen Herbst 1977 abermals aus war, gelang es einigen (noch oder wieder) auf freiem Fuß befindlichen RAF-Kadern der zweiten Generation sogar noch einmal, eine weithin phantomhaft gebliebene dritte Generation von professionell agierenden Terroristen heranzuziehen, die sich (soweit ihre Mitglieder inzwischen bekannt sind) wiederum aus jugendlichen Helfern der inzwischen aufgelösten oder abgetauchten »Folterkomitees« rekrutierten.[3] Erst über diese Generationenfolge hinweg, deren zentraler Mythos und emotionaler Kitt von Beginn bis zum bitteren Ende die obsessive, auch international weitverbreitete Vorstellung einer methodisch exekutierten »Vernichtungshaft« in deutschen Gefängnissen war, gewann das illusionäre Projekt der RAF eine historische Tiefendimension, die bis in die Gegenwart reicht.

Dieser Zentralmythos verdichtete sich in der ominösen, 1994 als Kunstobjekt rekonstruierten »Camera Silens«. Der Katalog der Berliner KunstWerke zur RAF-Ausstellung repetiert in feierlichem Ton, der zum Grundgeräusch des zeitgenössischen Ausstellungsbetriebs gehört, den Werbe- und Propagandatext der beiden Installateure Moonen und Arndt: »Die stille, tonlose Raumplastik nimmt [...] Rekurs auf abgeschlossene, zellenartige Räume, die in der Bundesrepublik nicht nur im medizinisch-psychiatrischen Kontext, sondern auch [...] im Strafvollzug als Kontroll- und Untersuchungsräume angewendet wurden. In den siebziger Jahren kamen bei der erstmals angewendeten Einzelhaft im so genannten ›toten Trakt‹ bekannterer RAF-Mitglieder in Stuttgart-Stammheim ähnliche Mechanismen zum Tragen: Ihre Zellen befanden sich in einem hermetisch abgesonderten Einzeltrakt und waren durch gleißendes Neonlicht grell erleuchtet [...].« Die Installation ermögliche es den Besuchern, so der Katalog, das Gefühl totaler Isolation »auf eindrücklich-grausame Weise nachzuempfinden«.[4] Die Künstler selbst empfehlen eine Verweildauer von 10 Minuten, in denen jeder »sein persönliches Nichts« erfahren könne.[5]

Holger Liebs rühmte in der *Süddeutschen Zeitung* im Vorfeld der kontroversen Ausstellung »dezidiert wissenschaftlich vorgehende Künstler« wie eben Moonen und Arndt, die »die Urzelle der Stammheimer Isolationszellen im Projekt einer schalldichten Kammer eines Forschungsprojekts in Hamburg-Eppendorf ausgemacht und mit Hilfe eines damals beteiligten Technikers rekonstruiert« hätten.[6] Hans Peter Schwarz nannte in der Einleitung zu einem bibliophil gestalteten, auf schwarzem Papier gedruckten Begleitband zur rekonstruierten »Camera Silens« das Projekt gar ein »Recherche-Monument«.[7]

Das mittlerweile zur Sammlung des Zentrums

3 Als exemplarisch können die Biografien von Birgit Hogefeld und Wolfgang Grams gelten, die mit den Attentaten auf Rohwedder, Herrhausen und von Braunmühl sowie mit dem Anschlag auf die Rhein-Main-Airbase und die Ermordung des US-Soldaten Pimental in Verbindung gebracht wurden. Vgl. Carlchristian von Braunmühl / Birgit Hogefeld / Hubertus Jan, Versuche, die Geschichte der RAF zu verstehen. Das Beispiel Birgit Hogefeld, Gießen 1996; sowie Andres Veiel, Black Box BRD, München 2002. Bewegend und instruktiv auch die Rekonstruktion Ulrike Thimmes über den Weg ihres Sohnes in den terroristischen Untergrund: Eine Bombe für die RAF. Das Leben und Sterben des Johannes Thimme, München 2004. – Die informierteste Darstellung über die gelegentlich sogar als »RAF-Phantom« bezeichnete und in Frage gestellte dritte Generation findet sich bei Alexander Straßner, Die dritte Generation der »Roten Armee Fraktion«, Wiesbaden 2003, und Butz Peters, Tödlicher Irrtum. Die Geschichte der RAF, Berlin 2004, S. 593–722.

4 Klaus Biesenbach (Hg.), Zur Vorstellung des Terrors: Die RAF-Ausstellung, Steidl / KW Institute for Contemporary Art, Göttingen/Berlin 2005, Bd. 2, S. 103.

5 So Olaf Arndt im Begleittext zur »Camera Silens« im Werkskatalog des ZKM Karlsruhe, siehe www.zkm.de/zkm/werke/camerasilens (17. Juni 2006).

6 Holger Liebs, Im Echoraum der Geschichte. Zum Streit um die RAF-Ausstellung, *Süddeutsche Zeitung* vom 21. August 2003.

7 Hans Peter Schwarz, Das camera silens Projekt. Annäherungsversuche an ein offenes Kunstwerk, in: camera silens – ein Projekt von Moonen und Arndt, 2. erw. und überarb. Auflage, Hamburg 1995, S. 10–21. Die Idee einer Rekonstruktion war den beiden Künstlern als Stipendiaten auf Schloss Solitude (nomen est omen) nahe Stuttgart gekommen, nicht allzu fern von Stammheim. Freundlich gesponsert wurden sie bei ihren Recherchen und der technischen Rekonstruktion der »Camera Silens« durch Siemens München (!), den Kultursenator Berlin, den Kunstfonds Bonn, die Fraunhofer Gesellschaft Stuttgart und die Deutsche Bahn AG – um nur die prominentesten fördernden Unternehmen und Stiftungen zu nennen.

Scanned by CamScanner

für Kunst und Medientechnologie (ZKM) Karlsruhe gehörende Objekt ist über die Jahre weit durch die Lande gereist. Die Phantasien, die sich – vor allem im nahen europäischen Ausland – daran heften, spinnen den Faden der Suggestionen und Insinuationen immer weiter. Eine Ausstellungskuratorin in Linz etwa glaubte zu wissen: »die camera silens wurde von der siemens-forschung im auftrag des deutschen Staates entwickelt, als man sich in den 70er jahren den kopf zerbrochen hat, wie man [...] in einem staat, der keine todesstrafe hat, dennoch diesen brutalen vorgang realisiert, als gefährlich empfundene individuen ›unschädlich‹ zu machen. auch aus der kriegsführung bekannt ist hier die idee der mentalen umprogrammierung. so wurde von wissenschaftlern die camera silens entwickelt [...].«[8]

In einem Begleittext zur niederländischen Ausstellung »Een mens die niet wil spreken« in Breda 2002 wurde dieses Standardnarrativ mit allen Ingredienzen von Angstlust weiter ausgemalt: »Das Individuum verliert sich in der Camera Silens vollständig selbst [...]. Solche Kammern dienten im Übrigen auch als experimentelle Gefängnisse, darunter Stammheim. Dort wurden die Mitglieder der Roten Armee Fraktion gefangen gehalten und in den Wahnsinn getrieben [...] Am Nullpunkt der Existenz angelangt, erscheint noch das Ende des Nordpols als ein tropisches Paradies.«[9]

Man kann solche phantastischen Deliberationen nahezu endlos zitieren – oder auch akustisch auf sich wirken lassen, etwa durch die monotonen Technobeats der Gruppe »Rechenzentrum« mit ihrem Stück »Camera Silens / SFB 115«, oder durch die suggestiven Stimmen der französischen Punkrock-Band »Camera Silens« mit ihrem gleichnamigen Leitsong: »Ich höre mein Blut fließen / ich sterbe langsam und lautlos / Ich weiß nicht einmal / ob ich lebe, was ich bin – Counter Insurgency«.[10]

Das Kunstwerk im Zeitalter seiner unbegrenzten medialen Vervielfältigung verdichtet sich so zu einer eigenen, kaum noch hintergehbaren zweiten Realität, einem Cyberspace von Halbinformationen und Suggestionen, die sich beliebig fortschreiben, bis es in der freien Enzyklopädie Wikipedia (dem zentralen Kompendium allen Halbwissens) kategorisch heißt: »Die Camera Silens wurde und wird teilweise als Folterinstrument verwendet [...]. Selbst in der heutigen Zeit ist es schwer nachzuweisen, ob jemand auf diese Weise gefoltert wurde, da diese Art der Folter keine sichtbaren Spuren hinterlässt [...].«[11] Die Referenz-Stichworte sind: Isolationshaft, Gehirnwäsche, weiße Folter, Deprivation. Man befindet sich in der Tat in einer geschlossenen Welt.

Der in letzter Minute befreite jugendliche Häftling wog bei einer Körpergröße von 180 cm noch ganze 27 Kilogramm. Dass er nicht wie ein Großteil seiner Leidensgenossen nach der ersten Nahrungsaufnahme starb, grenzte an ein Wunder. Er war buchstäblich der »unbekannte Häftling« in der Schar jener lebenden Gespenster, die man aus den bei der Befreiung der Nazi-KZs gedrehten Filmaufnahmen kennt und die sich dem Gedächtnis der Nachwelt unauslöschlich eingeprägt haben. Für Birgit Hogefeld, die in den 1980er Jahren zu einer führenden Akteurin der dritten Generation der RAF wurde, geriet gerade auch deshalb das Bild des im Herbst 1975 im Hungerstreik gestorbenen Holger Meins zum politischen Erweckungserlebnis: »[...] weil der ausgemergelte Mensch so viel Ähnlichkeiten mit KZ-Häftlingen, mit den Toten von Auschwitz, hat[te]«.[12]

Die Rede ist hier allerdings nicht von der allegorisch entrückten Bildikone des befehlsgemäß im Hungerstreik gestorbenen deutschen RAF-Soldaten Holger Meins. Die Rede ist vielmehr von dem aller Lebensrechte beraubten, im Kot liegenden, 16-jährigen jüdischen KZ-Häftling Jan Gross, der im Frühjahr 1945 von britischen Truppen in Bergen-Belsen befreit und gerettet wurde. Die Rede ist damit von dem Mann, der in der Fama der *Komitees gegen Isolationsfolter* der 1970er Jahre und ihrer intellektuellen Stichwortgeber zu einer Art Dr. Mengele einer wis-

8 Stella Rollig, republicart-Interview zur Ausstellung »open house« in Linz, 28. April 2004.

9 H[arry] van Boxtel: With the face in the mud. Hier zit. n. www.robmoonen.nl/2002/2002_camerasilens.htm (17. Juni 2006).

10 www.mebres.lycos.fr/fourdu/cameras.html (17. Juni 2006).

11 http://de.wikipedia.org/wiki/Camera_silens (17. Juni 2006).

12 Birgit Hogefeld, Zur Geschichte der RAF, in: Versuche, die Geschichte der RAF zu verstehen, S. 40.

senschaftlich angeleiteten »Vernichtungshaft« stilisiert wurde, deren erstes und exemplarisches Opfer eben der verhungerte Holger Meins gewesen sein soll.

Im Unterschied zu den RAF-Gefangenen, die ihre Hafterfahrungen in einem fortlaufenden Strom existentialistisch-expressionistischer Manifeste dramatisiert und ausgemalt haben (Rohstoff für mindestens zwei Dutzend Romane, Theaterstücke, Performances, Opern und Balletts seither), hat der KZ-Häftling Jan Gross über seine Erlebnisse in den Jahren der deutschen Vernichtungspolitik so gut wie nie gesprochen oder höchstens Jahrzehnte später in kargen, verschlüsselten Reminiszenzen wie dieser: »Täglich verließen Züge mit zukünftigen Opfern von Konzentrationslagern die Stadt [seine Heimatstadt Bratislava, G.K.], in Richtung Polen. Ich erlebte reaktive Depressionen, Angstzustände und ähnliche Störungen, die mich in die Nähe der Psychiatrie brachten.«[13] Damit sprach Gross selbst in diskreter Form das offenkundige Grundmotiv seiner lebenslangen Beschäftigung mit den Folgen und Phänomenen »sensorischer Deprivation« an: nämlich die Erkundung und Reinszenierung jener Situation einer totalen Auslieferung, aus der ihn die alliierten Truppen gerettet hatten.

Im Moment seiner Befreiung im Frühjahr 1945 war der Sohn einer »kakanischen« jüdischen Arztfamilie aus Pressburg/Bratislava ganze 17 Jahre alt. Seine Mutter war in Ravensbrück umgekommen, während sein Vater und sein Bruder das KZ Sachsenhausen und die letzten Todesmärsche überlebt hatten. Für Jan Gross selbst folgte zunächst allerdings eine neue Phase der Einschließung und Deprivation. Wie bei seiner Rückkehr in die Tschechoslowakei festgestellt wurde, hatte er sich bei der Pflege tuberkulöser Häftlinge im KZ infiziert. In einem Tuberkulose-Heim in der Hohen Tatra musste er mit einem künstlich angelegten Pneumothorax weitere zwei Jahre in weitgehender sozialer Isolation verbringen. Hier kam ihm der Gedanke, Psychiater zu werden.

1948 holte er sein Abitur nach und studierte Medizin in Bratislava. Trotz Anfeindungen als »bürgerliches Element« und potentieller »Zionist« (es war die Zeit der späten stalinistischen Hexenjagden und des Prager Slansky-Prozesses mit seinen antisemitischen Untertönen) konnte er 1953 sein Studium mit einer Promotion abschließen. Zunächst arbeitete er als Hausarzt in der Provinz, dann als Klinikarzt in Olmütz und Brünn. 1960 siedelte er nach Prag über und bekam eine Stelle am dortigen Psychiatrischen Institut. Eine (offiziell noch immer verfemte) psychoanalytische Ausbildung konnte er nicht beenden, da sein Lehranalytiker emigrierte. So wandte er sich dem international prosperierenden Forschungszweig einer experimentellen Psychiatrie zu, zu der neben Versuchen mit bewusstseinserweiternden Drogen wie LSD auch Forschungen über die Folgen sensorischer Deprivation gehörten.

Erste Experimente dieser Art hatte es in Kanada und den USA bereits im Zweiten Weltkrieg und verstärkt in den 1950er Jahren gegeben. Wissenschaftsgeschichtlich berührten sie sich mit der Gehirnforschung, die noch nicht über die heutigen technischen Möglichkeiten wie Computer- und Kernspintomografie (MRT) verfügte, aber bereits eine Reihe von neuen Instrumenten zur Messung der Hirnströme wie das Elektroenzephalogramm (EEG) einsetzen konnte. Aus psychiatrischer Sicht ging es bei diesen Experimenten zur sensorischen Deprivation meist um die vergleichende Erkundung der seelischen Zustände von Manisch-Depressiven, Schizophrenen und Hirnkranken, oder auch um die Überprüfung des Konzepts neurotischer Störungen als Äußerungen fehlerhafter Realitätstestung. Es war eine Periode wachsender Euphorie über den gezielten Einsatz neuer Behandlungsverfahren und Medikamente, der »Psychopharmaka« (Neuroleptika, Antidepressiva usw.), die das Zeitalter der Zwangsjacken und Knebel, der gewaltsamen Fixierungen und massiven Sedierungen, der Insulin- und Elektroschocks beenden konnten. Zugleich gab es erste Versuche, auch für psychiatrische Patienten abgestimmte Formen einer Psychotherapie zu entwickeln. Alles das setzte genauere Kenntnisse über den menschlichen Wahrnehmungsapparat und seine Störungen voraus.

Ein ganz anderer, davon unabhängiger Ausgangspunkt war die in den Jahren des Kalten Krieges und der atomaren Konfrontation immer wieder auftretende, beunruhigende Frage, wie es kam, dass Radar-

13 Jan Gross, 40 Jahre Psychiatrie – erlebt mit Skepsis und Zurückhaltung (Rede zur Emeritierung 1994, unveröffentlichtes Ms.).

Scanned by CamScanner

beobachter, Funker oder andere Spezialisten, die dauerhaft mit monotonen Beobachtungen befasst waren, häufig nicht vorhandene Objekte zu sehen oder imaginäre Nachrichten zu hören glaubten. Noch bestürzender erschien die Tatsache, dass abgeschossene Piloten oder gefangene US-Soldaten im Koreakrieg 1950 bis 1953 durch »Gehirnwäsche« (vor allem in chinesischer Gefangenschaft) derart umprogrammiert werden konnten, dass sie sich in öffentlichen Vorführungen realer oder angeblicher Kriegsverbrechen bezichtigten und Propagandalosungen über die Vorzüge des Kommunismus zu wiederholen begannen. Wie sich nach ihrer Rückkehr erwies, war das weniger ein Ergebnis authentischer Überzeugungen oder physischer Gewaltanwendung als vielmehr der im Zuge der chinesischen Revolution zur Perfektion entwickelten Formen der »Umerziehung« und »Selbstberichtigung« (*cheng feng*) durch ein geduldiges terroristisch-therapeutisches System aus Strafe und Belohnung, Auslieferung und Schutz, Isolation und Gespräch, Indoktrination und Appell.

So stellte der Pionier der Forschungen über *sensory deprivation*, der kanadische Mediziner Donald Hebb, Anfang der 1950er Jahre fest, dass seine Probanden (studentische Freiwillige) nach mehrtägigem Aufenthalt in abgeschlossenen Räumen, in denen ihre sinnlichen Eindrücke mit milchigen Taucherbrillen und Handschuhen zusätzlich eingeschränkt wurden, zwischen jähen Angstanfällen und halluzinatorischen Entgleisungen schwankten. Schon diese, keineswegs als Folter zu bezeichnenden Bedingungen ließen sie für eventuelle mentale Beeinflussungen durchaus geeignet erscheinen.

Hebbs Kollege Vernon in Princeton setzte diese Versuche fort, indem er seine Probanden (wieder Studenten) zwischen 48 und 96 Stunden in eine noch weitergehende Situation sensorischer Deprivation voller Dunkelheit und Stille versetzte – die sie durch Druck auf einen »Panikknopf« jederzeit beenden konnten. Jeder Dritte gab (nach der anfänglichen Phase eines langen und tiefen Schlafes) wegen innerer Unruhe, hypochondrischen Ängsten oder halluzinatorischen Wahnvorstellungen auf. Schließlich wurde in weiteren Versuchen von Hebb, Vernon und Suedfeld getestet, wie weit der unvermeidliche Hunger nach sensorischen Reizen und intellektueller Anregung in dieser Situation positiv manipuliert werden konnte – etwa durch die wiederholte Einspielung mit Vertrauen erweckender Stimme vorgetragener, scheinbar wissenschaftlicher Erklärungen über die tatsächliche Existenz spiritistischer Phänomene oder werbende Informationen über die Vorzüge eines zuvor unbekannten Landes wie der Türkei. Es erwies sich, dass auch skeptisch gestimmte Psychologiestudenten nachher an die Möglichkeit spiritistischer Erscheinungen zu glauben bereit waren, oder dass aus Probanden, denen die Türkei herzlich gleichgültig gewesen war, entschiedene Sympathisanten geworden waren.[14]

Man kann diese teilweise von der US-Armee finanzierten Experimente durchaus fragwürdig finden. Ob und inwieweit diese Forschungen zur sensorischen Deprivation tatsächlich in die – damals wie heute im Zwielicht stehenden – Verhörtechniken der US-Streitkräfte, Spezial- und Geheimdienste Eingang gefunden haben und ob das aus Sicht der Forscher auftragsgemäß oder missbräuchlich geschah, bleibt offen. Mehr als fraglich ist allerdings (und das betrifft alles weitere hier Diskutierte), ob es solch komplizierter wissenschaftlicher Experimente denn überhaupt bedurfte angesichts des traurigen Reichtums praktischer Erfahrungen, den man bei den Verhörspezialisten oder Folterexperten solcher Organe weltweit voraussetzen kann, und was sie dazu hätten beisteuern können oder sollen.

Eine gewisse Ironie liegt im Übrigen darin, dass die in der RAF-Literatur so dämonisch ausgemalten US-Forschungen über sensorische Deprivation ihren Ausgangspunkt in Praktiken hatten, die (falls sie sich überhaupt unter diesen Begriff fassen ließen) eher ein regulärer Bestandteil der politischen Säuberungen und terroristischen Gleichschaltungen in den kommunistischen und »volksdemokratischen« Ländern waren. In den spätstalinistischen Schauprozessen in Ungarn, Rumänien und der Tschechoslowakei mit ihren offenkundig absurden Geständnissen wiederholte sich 1949 bis 1952 noch einmal das monströse Schauspiel der Jahre des Großen Terrors von 1936 bis

14 Vgl. etwa die zusammenfassende Schildungen dieser Experimente in: Erwin Lausch, Manipulation. Der Griff nach dem Gehirn, Stuttgart 1972, insbes. Kapitel 17: Alptraum der schwarzen Kammer, S. 185–196.

1938 in der Sowjetunion. Und die bruchstückhaften Bilder und Informationen aus dem maoistischen China deuteten auf eine noch ungleich verbreitetere und massenwirksamere Praxis öffentlicher Tribunale, in denen Hunderttausende und Millionen ihre »Reue« über fiktive Missetaten, ja, über ihre bloße »parasitäre« Existenz zu bekunden hatten, ohne dadurch der Verschickung ins Lager oder der Exekution zu entgehen. Gerade die dazugehörigen Mao-Zitate zierten aber als ideologische Referenz fast alle Programm- und Kommandoerklärungen der RAF; und nicht zufällig war die nordkoreanische Staatspartei Kim Il Sungs (noch vor den palästinensischen Organisationen) 1971 der erste Adressat eines Ersuchens der Untergrundkader der RAF um militärische und finanzielle Hilfe.[15]

Jan Gross und sein Prager Kollege Ludwik Šváb verschafften sich im Prag der frühen 1960er Jahre ihre Expertise zu Fragen der sensorischen Deprivation zunächst durch einen systematischen Überblick über die weitgestreute internationale Forschungsliteratur. Ihre eigenen Experimente betrieben sie mit eher schlichten Methoden in einem mit Tüchern abgedunkelten, nach außen abgedämmten Institutsraum. Finanziert wurden ihre Forschungen wohl überwiegend aus dem sowjetischen Raumfahrtprogramm mit seinen futuristischen Ausblicken auf die baldige Errichtung von Raumstationen im All oder auf fremden Planeten. Die Probanden waren denn auch vorwiegend angehende Piloten, die die Erfahrung mit sensorischer Deprivation mehr oder weniger als Teil ihres Ausbildungsprogramms betrachteten.

Die ureigenen Forschungsinteressen von Gross und Šváb waren freilich anderer, ziviler Natur. In einem gemeinsamen Aufsatz aus dem Jahr 1967 stellten sie ihre Forschungen in das weitläufige Feld des durch technische Revolutionen und moderne Lebensformen »sozial isolierten Menschen«, ein Problem, das »nicht einmal in den heutigen sozialistischen Gesellschaftssystemen [...] gelöst« sei. Freud habe die Geschichte des in der Dunkelheit seines Zimmer geängstigten Kindes erzählt, das die Tante im Nebenzimmer gebeten habe, mit ihm zu sprechen, und auf die Frage, was es denn davon habe, da es sie ja nicht sehe, erwiderte: »Wenn jemand spricht, wird es heller.« Von der »Deprivation des Kleinkindalters« zogen die Autoren einen Bogen bis zur »sozialen Isolation im Alter« und von dort weiter zu den besonderen kommunikativen Entbehrungen von Emigranten und Immigranten, von Fernfahrern und Düsenpiloten, oder etwa von ans Bett oder an Apparate gefesselten Langzeitpatienten. Die in den Experimenten zur sensorischen Deprivation bisher gewonnenen Einsichten ermöglichten es immerhin, so Gross und Šváb, einige »präventive Maßnahmen einzuleiten«. Andererseits habe sensorische Deprivation keineswegs immer »eine deteriorierende Wirkung«, sondern könne eventuell selbst therapeutisch eingesetzt werden, wie die Anwendungen von Schlaftherapie, Hypnose, autogenem Training, Joga oder Meditation zeigten.[16]

Eine zentrale Rolle in den späteren »Isolationshaft«-Kampagnen spielte ein Vortragsmanuskript von Gross und Šváb, ebenfalls aus dem Jahr 1967, über »gerichtspsychologische Aspekte« sozialer Isolation und sensorischer Deprivation.[17] Nach eingehender Schilderung der zerstörerischen Folgen von strenger und andauernder Einzelhaft auf Strafgefangene ging es um die Methoden der kombinierten Anwendung physischer und psychischer Druckmittel, etwa beim »Verhör 3. Grades« in den amerikanischen Anti-Mafia-Kampagnen der 1920er/1930er Jahre oder beim Verhör alliierter Gefangener in japanischen und deutschen Gefängnissen bzw. Lagern während des Weltkriegs. Ein britischer Pilot, der in Bergen-Bel-

15 Vgl. den Text des 1971 der Polizei in die Hände gefallenen Briefes der *Roten Armee Fraktion* in der Bundesrepublik und West-Berlin an die Partei der Arbeit der Volksrepublik Korea mit der Bitte um Unterstützung durch militärische Ausbildung und politische Zusammenarbeit, Archiv des Hamburger Instituts für Sozialforschung (HIS-Archiv), SO 009/006,003, erstmals veröffentlicht in: *Mittelweg 36*, 15. Jg., Nr. 3, Juni/Juli 2006, S. 87–94.

16 Jan Gross / Ludwik Šváb, Soziale Isolation vom Standpunkt der psychischen Hygiene, in: *Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie*, Beiheft 7 (1967), S. 101–110.

17 Dies., Soziale Isolation und sensorische Deprivation und ihre gerichtspsychologischen Aspekte (Prag 1967). Als maschinenschriftl. Manuskript reproduziert in: Folter durch sensorische Deprivation, hrsg. durch das Komitee gegen Folter an politischen Gefangenen in der BRD, Hamburg 1974, S. 53–64.

Scanned by CamScanner

sen 18 Monate in Einzelhaft gehalten wurde, um Informationen preiszugeben, habe in seinen Erinnerungen gemeint, dass »keine Schrecken des KZs mit der Einsamkeit in der Isolation der Einzelhaft verglichen werden« konnten. Gross und Šváb erwähnten aber auch explizit die Methoden des »brain-washing« in China und Korea sowie »den verbrecherischen Mißbrauch [...], dessen sich die Untersuchungsorgane und die Justiz zur Zeit des Personenkultes in der Sowjetunion schuldig gemacht haben und unter deren Einfluss auch in einigen Volksdemokratien sich das gleiche abspielte«.[18] Die mit Blick darauf betriebenen westlichen Forschungen zur sensorischen Deprivation hätten tatsächlich auch bei gesunden Versuchspersonen nach relativ kurzer Zeit vielfältige Möglichkeiten »der erleichterten Beeinflußbarkeit und Suggestibilität der Versuchspersonen« ergeben.

Schließlich folgten die später immer wieder anklagend gegen Gross ins Feld geführten Sätze: »Dieses Moment kann sicher eine positive Rolle in der Poenologie spielen, um zwar dort, wo es sich um die Umerziehung des einzelnen oder einer Gruppe geht, und wo die empfindliche Ausnutzung derartiger einseitiger Abhängigkeiten und die Manipulation mit solchen Zuständen wirksam den Prozeß der Umerziehung beeinflussen können.« So gehöre es »zur traditionellen Untersuchungstechnik«, die Abhängigkeit des Angeschuldigten vom Untersucher für Schuldeingeständnisse oder die Preisgabe verborgener Informationen zu nutzen. »Hier jedoch machen die Erfahrungen und Erkenntnisse aus den Experimenten mit sensorischer Deprivation auf erste Gefahren aufmerksam, die aus einer sehr willkürlichen Ausnutzung solcher Praktiken hervorgehen. Erhöhte Suggestibilität eines isolierten Individuums kann ein Hindernis bzgl. des Wahrheitsgehaltes seiner Mitteilungen sein, und es kann passieren, daß der Untersuchende eher das feststellt, was er hören will, als das, was geschah.«[19]

Abgesehen von der Frage, ob das Wort von der »positiven« Rolle hier nicht, dem medizinischen Sprachgebrauch folgend, einfach mit »relevant« oder »wichtig« zu übersetzen wäre, ist der Kontext und die Tendenz der Aussagen mehr als eindeutig. Es gehört schon ein erstaunliches Maß an ideologischer Verblendung und denunziatorischer Infamie dazu, aus diesem 1967, im Vorfeld des Prager Frühlings, vor juristischem Personal der Volksrepublik gehaltenen Plädoyer eines ehemaligen KZ-Häftlings für die Einführung rechtsstaatlicher Prinzipien und humanerer Praktiken der »Umerziehung« (ein Schlüsselwort sozialistischer Strafjustiz, dem in liberalen Gesellschaften die »Resozialisierung« entspricht) gerade umgekehrt ein Plädoyer für die wissenschaftlich gestützte Anwendung von »Isolationsfolter« herauszulesen. Genau das war in der Agitation der RAF und ihrer Unterstützerszene der 1970er Jahre aber der Fall.

Die Geschichte der Forschungen zur sensorischen Deprivation in der Bundesrepublik Deutschland war von ebenso unverdächtigen reformerischen Impulsen und Interessen getragen. Die angeblich zwecks Folterforschung gegen RAF-Gefangene installierte »Camera Silens« war tatsächlich bereits im Jahr 1967 auf Initiative von Professor Johann M. Burchard in der Psychiatrischen Klinik in Hamburg-Eppendorf installiert worden – und stand dort bis vor wenigen Jahren![20] Kein düsteres Geheimnis, nirgends.

Burchard, der sich auf eine wissenschaftliche Tradition von Jackson über Pawlow bis Jung bezieht, wollte mit Hilfe einer optimierten Versuchsanordnung – wie in einem wissenschaftlichen Labor eben – Grundlagenforschungen über das Verhältnis äußerer Stimuli und intrapsychischer Verarbeitungsweisen betreiben. Studentische Freiwillige wurden für 40 Minuten in die »Camera Silens« gesteckt und mussten über Mikrophon berichten, was sie emp-

18 Ebenda, S. 57 f.

19 Ebenda, S. 63.

20 Noch in den 1990er Jahren hat Burchard mit Hilfe des sonst weitgehend stillgelegten »Camera-Silens«-Labors Untersuchungen »zur akustischen Funktion der Ohrmuschel« angestellt. Vgl. Johannes M. Burchard, Neues zur akustischen Funktion der Ohrmuschel, in: *Spektrum der Wissenschaft*, April 1997, S. 23 – Im Übrigen werden »Camera-Silens«-Räume auch weiterhin für verschiedene medizinische Untersuchungen und Therapien verwendet, beispielsweise beim »Retraining« in der Tinnitus-Behandlung – oder auch als »Isolationstank« im Wellness-Bereich!

fanden, während der Versuchsleiter sie befragte oder schwieg. Gleichzeitig wurden ihre unwillkürlichen Reaktionen mit verschiedenen akustischen Instrumenten oder elektrischen Sonden aufgezeichnet. Eine Infrarot-Kamera beobachtete sie, während sie sich in völliger Dunkelheit wähnten – was eher eine Vorsichtsmaßnahme als ein eigenes Untersuchungsinstrument war, wie Burchard betont. Eine Session in der »Camera Silens« war unter den Hamburger Medizinstudenten des Jahrgangs 1969/70 (darunter meine Schwester und mein späterer Schwager) beliebter als Blutspenden, aber weniger beliebt als eine Nacht im Schlaflabor, wo man (dem Standardscherz zufolge) sein Geld »im Schlaf verdiente«.

Später wurden auch verschiedene psychiatrische Patientengruppen in der »Camera Silens« untersucht. Hier, könnte man sagen, wurde der Forscherdrang problematisch, aber wohl kaum mehr, als es bei anderen Experimenten mit Probanden, die trotz Information und Einwilligung keinen vollständigen Einblick in das wissenschaftliche Forschungsziel und -design haben können, auch sonst der Fall ist. In Burchards lakonischer Zusammenfassung produzierten die normal stabilen Probanden während der 40 Minuten in der Camera Silens außer einigen Missempfindungen nichts Besonderes. Psychotiker und Schizophrene dagegen fühlten sich geborgen und geschützt wie im Mutterleib, was einer auch von Burchard vertretenen Deutung ihrer Krankheit entspricht. Die Depressiven dagegen steigerten sich in kindliche Verlassenheitsängste und wollten, entgegen ihren sonst typischen Rückzugsbedürfnissen, nach kurzer Zeit raus aus der Kammer.

Als Johann Burchard im Frühsommer 1968 Jan Gross, den er im Jahr zuvor in Prag besucht hatte, für ein Forschungsjahr nach Hamburg holte, war das zunächst nur ein Akt grenzüberschreitender kollegialer Zusammenarbeit. Der Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in der Nacht vom 21. zum 22. August änderte die Lage. Gross wollte nicht mehr zurück und schaffte es, seine Familie aus der Tschechoslowakei herauszuholen. In Anerkennung seiner fachlichen Kompetenz wie aus Gründen der Solidarität bekam er ein verlängertes DFG-Forschungsstipendium an der Psychiatrischen Klinik in Eppendorf bewilligt.

Gleichwohl war es eine für ihn selbst völlig überraschende Entscheidung, als ausgerechnet er, der in Deutschland ja noch kaum Fuß gefasst hatte und auch keine herausgehobene wissenschaftliche Legende vorweisen konnte, im Jahr 1970 zum Nachfolger des emeritierten, seit 1936 amtierenden Klinikchefs Hans Bürger-Prinz ernannt wurde. Diese Berufung war ein Coup des im Zuge der Umstrukturierungen nach 1968 zeitweilig zum Zünglein an der Waage gewordenen akademischen Mittelbaus, genauer gesagt, seiner linken Fraktion, die in Eppendorf maßgeblich von Klaus Dörner vertreten wurde. Dörner, ein Freund von Gudrun Ensslin und Bernward Vesper aus frühen Studientagen,[21] war durch seine Publikationen zur Psychiatrie-Kritik, insbesondere durch sein Buch »Bürger und Irre«,[22] das der radikalen »Antipsychiatrie« zugerechnet wurde, bereits zu einiger Prominenz gelangt.

Gross war also der Kandidat der Linken. Er galt als undogmatischer Sozialist in weitem Sinne, und seine überraschende Kandidatur hatte nicht zuletzt den Zweck, die Kandidaturen anderer, von außen kommender und als konvervativer geltender Bewerber abzuwehren. So kam er zur Chefposition in Eppendorf wie die sprichwörtliche Jungfrau zum Kinde. Die Erinnerungen seiner Kollegin und Stellvertreterin im Klinikrat, der Kinderpsychiaterin Thea Schönfelder, zeichnen ihn als einen vielfach überforderten und zugleich konfliktscheuen Menschen, der die immer höher schlagenden Wogen der inneruniversitären Erregungen und Verfeindungen nicht glätten wollte noch konnte. Er zog sich auf eine Position des strikten methodischen Pluralismus und einer weitgehenden Autonomie der einzelnen Mitarbeiter und Abteilungen zurück, was nach dem Urteil der einen zu Chaos und Konturlosigkeit in der wissenschaftlichen und therapeutischen Arbeit führte, nach dem Urteil der anderen dagegen viele neue Ansätze erst ermöglichte, von der erweiterten Anwendung psy-

21 Dörner war es denn auch, der im März 1971 den psychotisch entgleisten Vesper aus München-Haar, wo er mit Insulinschocks behandelt wurde, ins therapeutisch »liberalere« Eppendorf holte. Verhindert hat das den Selbstmord des Autors der »Reise« zwei Monate später nicht.

22 Klaus Dörner, Bürger und Irre, Frankfurt am Main 1969.

Scanned by CamScanner

chologischer Therapien in der Kinder- und Erwachsenenpsychiatrie bis hin zu verstärkten sozialpsychiatrischen Maßnahmen.[23]

Da die Forschungen zur sensorischen Deprivation zu seinen ursprünglichen Kernkompetenzen gehörten, führte Gross sie mit neuen Mitarbeitern und einer ganzen Schar von Doktoranden weiter – während der ursprüngliche Erfinder der »Camera Silens«, Johann Burchard, sich daraus weitgehend zurückzog. Engster Mitarbeiter von Gross war jetzt sein Assistent Peter Kempe, der 1972 über die »Bedingungen halluzinatorischer Phänomene bei Experimenten mit sensorischer Deprivation« promovierte. Im Zentrum dieser Untersuchungen stand das Auftreten halluzinatorischer Erscheinungen, die in der Vorabinformation der Probanden (nach wie vor Studenten) mal als ganz natürlich, mal als eher störend beschrieben wurden. Dementsprechend variierte auch die Intensität oder Qualität dieser von den einen als positiv-psychodelisch, von den anderen als negativ-bedrängend empfundenen Wahrnehmungen.[24]

Andere, mit Hilfe der »Camera Silens« angestellte Untersuchungen beschäftigten sich systematisch mit der Motorik oder den Sprachinhalten unterschiedlicher Patientenkollektive, wobei die Deprivationsdauer von 40 bis 120 Minuten variierte.[25] Alles in allem sind wohl ein halbes Dutzend fachlich-empirisch angelegter Dissertationen aus den Forschungen dieser Periode hervorgegangen. Ihre Ergebnisse wirken (zumindest für den Laien) recht unspektakulär und zuweilen fast banal, soweit genau die Reaktionen produziert wurden, die vorab auch erwartet worden waren.

Mit der Verhaftung des Kernkaders der RAF im Sommer 1972 und den Protesten, die sich an ihren Haftbedingungen entzündeten (vor allem an denen von Ulrike Meinhof in Köln-Ossendorf), kam es innerhalb der Eppendorfer Kliniken zu einem erneuten, dramatischen Klimasturz. Schon in den beiden Jahren davor hatte die Nähe des RAF-Untergrunds, gerade in Hamburg, wo Ulrike Meinhof wenige Jahre zuvor noch eine Society-Figur gewesen war, zu einem Dickicht gegenseitiger Verdächtigungen zwischen »Sympathisanten« und »Reaktionären« geführt (so die wechselseitigen Deklarierungen). Jetzt geriet plötzlich ein nach jahrelangen Beantragungen für 1973/74 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) bewilligter, mit knapp drei Millionen DM dotierter »Sonderforschungsbereich 115« in die vorderste Schusslinie.

Dieser SFB 115 war als interdisziplinäres Projekt zwischen Psychosomatik, Psychiatrie, Psychoanalyse, Verhaltenstherapie und Sexualforschung angesiedelt und stand unter dem Generalthema »Psychosomatische, psychodiagnostische und psychotherapeutische Aspekte der Aggressivität«. In den insgesamt 14 Einzelprojekten ging es um Ursachen und Folgen aggressiver Ausbrüche und Interaktionen zwischen Eltern und Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, Männern und Frauen, Ärzten, Therapeuten und Patienten.[26] Das Gesamtprojekt war in seiner Themenstellung wie in seiner Anlage ganz dem sozialtherapeutischen Grundimpuls dieser Reformjahre verpflichtet. Psychiatrische Fragestellungen kamen nur peripher ins Bild. Mit der »Camera Silens« arbeiteten lediglich die Unterprojekte A 7 (»Aggression in einer reizverarmten Modellsituation und ihre physiologischen und biologischen Korrelate«) sowie A 8 (»Soziale Interaktion in einer modellhaften, inkom-

23 Vgl. die große Bandbreite der Beiträge in: Friedemann Pfäfflin u. a., Der Mensch in der Psychiatrie. Für Jan Gross, West-Berlin u. a. 1988.

24 Peter Kempe, Bedingungen halucinatorischer Phänomene bei Experimenten mit sensorischer Deprivation (Diss.), Kiel 1973.

25 Vgl. etwa die Arbeiten von Harald Beck-Mannagetta, Die Motorik depressiver Patienten unter sensorischer Deprivation (Diss.), Hamburg 1972; Siegfried Braun, Die Motorik exogen psychotischer Patienten während sensorischer Deprivation (Diss.), Hamburg 1974; Lutz Panconcelli-Calzia, Die Bedeutung motorischen Verhaltens in Versuchen mit sensorischer Deprivation (Diss.), Hamburg 1976; oder Eggert Quast, Vergleichende Untersuchung der Sprachinhalte verschiedener Patientenkollektive in der Camera Silens (Diss.), Hamburg 1978.

26 Jahresbericht der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) 1974, Abt. VI.2, Biowissenschaften, Sonderforschungsbereich 115. Psychosomatische Medizin, klinische Psychologie und Psychotherapie. Sprecher: Prof. Hedwig Wallis.

patiblen Gruppensituation unter besonderer Berücksichtigung der Aggressivität«), die beide federführend von Peter Kempe betrieben wurden und für die Jan Gross als Leiter zeichnete.[27]

Das Untersuchungsziel beider Einzelprojekte war es, modellhaft zu untersuchen, inwieweit medizinische Behandlungen, die Patienten längerfristigen Deprivationen und Frustrationen unterwerfen, in Aggressionen gegen Ärzte, Therapeuten, Personal, Angehörige oder Mitpatienten umschlagen bzw. autoaggresiv rückgestaut und psychosomatisch verarbeitet werden. Als Probanden wurden jetzt vor allem Wehrpflichtige genommen, die sich gegen das übliche Handgeld (wie beim Blutspenden) dafür meldeten. Sie wurden gegenüber den studentischen Probanden offenbar als berechenbarer und robuster eingeschätzt. Nach Vortests wurden zwei »Extrem-Gruppen« (A und B) aus mehr oder weniger Aggressionsbereiten gebildet, die dann nach dem Zufallsprinzip in Untergruppen für die verschiedenen Einzelexperimente aufgeteilt wurden. Die Versuchsdauer wurde jetzt generell von 40 Minuten auf 2 Stunden erhöht, konnte aber wie bisher auf Knopfdruck jederzeit abgekürzt werden, wobei dann allerdings die Entlohnung gekürzt wurde. Es gab Vor- und Nachbesprechungen mit Belehrungen, Interviews, Fragebögen, medizinischen Untersuchungen usw.

Abgesehen von der Frage der Freiwilligkeit der Rekruten und der materiellen Anreize für die Absolvierung des vollen Zweistundenprogramms war das Anstößigste sicherlich die gelegentliche Einführung eines durch eingespielte Atemgeräusche, Bewegungen oder verbale Äußerungen vorgetäuschten »zweiten Probanden« in der Dunkelkammer, mittels dessen sich »gespielte Zwischenfälle« wie (angeblich unerwünschte) verbale Kontaktaufnahmen, unruhige Bewegungen, Stöhnen und Fluchen, vorzeitiger Abbruch etc. akustisch simulieren ließen. Darauf sollte der eigentliche Proband dann so oder so reagieren. »Als Analogiesituation können zwei oder mehr Patienten gedacht werden, die in einem Zimmer zusammen liegen, immobilisiert sind oder [...] strikten Verhaltensregeln unterliegen.« So die Begründung in der ursprünglichen Projektbeschreibung.[28]

So fragwürdig man diese Manipulationen finden mag, so unbedenklich waren sie offensichtlich für die Probanden (es gab hier wie früher keine irgendwie gravierenden Zwischenfälle) – und so bescheiden waren ihre wissenschaftlichen Resultate für die Forschenden. Umso absurder waren aber auch die Projektionen und Verdächtigungen, die sich in den Hochzeiten der Kampagnen gegen »Isolationsfolter und Vernichtungshaft« daran hefteten. Schüchterne Versuche von Gross und Kempe, in Fachpublikationen ihre Forschungen von allen mit dem Militär oder der Raumfahrt verbundenen Fragestellungen und Nutzungen kategorisch abzugrenzen, ihrerseits vor der »Gefahr eines Mißbrauchs Sensorischer Deprivation« zu warnen, und stattdessen der »Camera Silens« das freundliche Gesicht eines eventuellen psychotherapeutischen Instruments für Suchtkranke oder bestimmte psychiatrische Patienten zu geben (als Medium einer milden Konditionierung oder im Sinne eines verstärkten psychoanalytischen Settings), wirkten angesichts der Wucht der Anwürfe eher hilflos.[29]

Die erste explizite Verknüpfung zwischen den Eppendorfer Forschungen und den Haftbedingungen der gefangenen RAF-Mitglieder wurde durch den niederländischen Psychiater Sjef Teuns hergestellt. Teuns, der selbst einige Jahre in Hamburg studiert und gearbeitet hatte und einige der bezichtigten Eppendorfer Kollegen durchaus kannte, behauptete jetzt, die Experimente in der »Camera Silens« dienten (willentlich oder unwillentlich) dazu, jedem zuständigen Haftrichter zu ermöglichen, »die verhafteten, ›ihm anvertrauten‹ Personen unter Folterdruck der sensorischen Deprivation zu setzen, um mit der ›eigentlichen‹ Person sprechen zu können«, sie also umzu-

27 Interne Projektbeschreibung, Maschinenschriftl. Manuskript, reproduziert in: Folter durch sensorische Deprivation, S. 82–100.

28 Beschreibung des Projekts A 8, ebenda, S. 94.

29 Vgl. P. Kempe / J. Schönberger / J. Gross, Sensorische Deprivation als Methode in der Psychiatrie, in: *Der Nervenarzt* 45. Jg., 1974, S. 561–568; sowie Peter Kempe, Wenn die Sinne schweigen, sprechen die Nerven, in: *Psychologie heute*, 4. Jg., 1977, Heft 8, S. 13–18.

Scanned by CamScanner

programmieren und zum Sprechen zu bringen. So wird Teuns in einem Flugblatt der Zelle Medizin des maoistischen *Kommunistischen Studentenverbandes* (KSV) aus dem Wintersemester 1972/73 zitiert. Darin hieß es unter der Losung »Weg mit dem SFB 115!«, die Forschungen in der Camera Silens dienten der imperialistischen Bourgeoisie dazu, »Möglichkeiten der frühzeitigen Erkennung von ›destruktiven‹ Kräften« wie Rädelsführern von Streiks oder Demonstrationen zu testen oder Mitglieder der RAF einer »weißen Folter« zu unterziehen, so wie vor allem Ulrike Meinhof im »toten Trakt« im Gefängnis Köln-Ossendorf.[30]

Teuns trug seine Thesen schließlich auf einem zentralen Treffen der *Komitees gegen Folter an politischen Gefangenen* in Frankfurt im Mai 1973 vor und publizierte sie anschließend im intellektuellen Leitorgan dieser Jahre, dem von Hans Magnus Enzensberger und Karl Markus Michel herausgegebenen *Kursbuch* 32 mit dem eindeutigen Titel: »Folter in der BRD. Zur Situation der Politischen Gefangenen«. Michel stellte bereits im Editorial des Heftes als eine Tatsache fest, dass der als Reformismus maskierte »strukturelle Staatsfaschismus« unter den Augen einer manipulierten Öffentlichkeit dabei sei, die Methoden einer klinisch »sauberen« Folter durch Isolation als »Modell für die Behandlung von ›Staatsfeinden‹« zu erproben.[31] Bei diesen Techniken einer sensorischen Deprivation handelte es sich, wie Teuns im Hauptbeitrag des Heftes ausführte, um neue, wissenschaftlich ausgeklügelte Methoden »der verzögerten Auslöschung menschlichen Lebens«, die die alten, primitiven Methoden von Aushungerung, Erschießung und Vergasung abgelöst hätten. Die Behandlung der »Politischen Gefangenen« in den Gefängnissen der Bundesrepublik bedeutete demnach nichts Geringeres als die experimentelle Vorbereitung auf einen »tendenziellen Massenmord à la Auschwitz«, jetzt allerdings in noch fortgeschritteneren Formen einer laut- und spurlosen, »sauberen« Vernichtung. »Sie ist das effektivere Mittel.«[32]

Das wurde in der Folge zur zentralen These der Unterstützungskampagnen für die RAF-Gefangenen, die einen mächtigen Resonanzboden in der weiten europäischen Öffentlichkeit fanden. Teuns selbst gehörte mit zu den Organisatoren eines Komitees gegen »Folter in deutschen Toten Trakten« und einen neuen »Faschismus im weißen Mantel«. Parallel zum ersten großen Hungerstreik der RAF-Gefangenen formierte sich im Frühjahr 1974 in Paris ein *Mouvement d'Action Judiciaire*, nachdem ein Dossier in der renommierten Zeitschrift *Les Temps Modernes* unter dem Titel »La torture en R.F.A.« ein weites Echo gefunden hatte. Zu den Unterzeichnern einer in der deutschen Botschaft übergebenen Petition, in der »normale Haftbedingungen« für die RAF-Gefangenen gefordert wurden, gehörten Jean-Paul Sartre, Simone de Beauvoir, Michel Foucault, Herbert Marcuse, André Gorz und 40 weitere Prominente.[33]

Die zuständigen Justiz- und Vollzugsbehörden der verschiedenen Bundesländer hatten in der Tat mit fragwürdigen Anordnungen zur »Sicherheitsverwahrung« der gefangenen RAF-Kader einige begründete Anlässe für Proteste geliefert. Ihr Dilemma war freilich nicht zu leugnen: Sie mussten im Eilverfahren Haftbedingungen für Gefangene entwickeln, die sich als im Krieg mit der Republik und der offiziellen Gesellschaft stehend erklärten; Gefangene überdies, die ihre versprengten Anhänger im Untergrund auf das ausschließliche Ziel bewaffneter Befreiungsaktionen festlegten, an denen sie nach Möglichkeit aktiv mitwirkten, wie bereits in den ersten beiden Haftjahren durch abgefangene oder in konspirativen Wohnungen gefundene Kassiber mit detaillierten Materialanforderungen, Lageplänen, Szenarien für Geiselnahmen usw. festgestellt wurde.[34] Und schließlich han-

30 Zelle Medizin des *Kommunistischen Studentenverbandes* (KSV): »Weg mit dem SFB 115!« (undatiertes Flugblatt aus dem WS 1972/73).

31 K.M.M. [Karl Markus Michel], Editorial zu Folter in der BRD. Zur Situation der Politischen Gefangenen, *Kursbuch*, 9. Jg., Heft 32, August 1973, S. 3.

32 Sjef Teuns, Isolation / Sensorische Deprivation: Die programmierte Folter, ebenda, S. 118–126; insbes. S. 113.

33 Hier zit. n. Der Kampf gegen die Vernichtungshaft, hrsg. von den Komitees gegen Folter an Politischen Gefangenen in der BRD, o. O., o. J. (1975), S. 190.

34 Vgl. die frühe Sammlung von Kassibern und Zellenzirkularen in: Dokumentation über Aktivitäten anarchistischer Gewalttäter in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Bonn (1974).

delte es sich um Gefangene, die den Verhaltenskodex der politischen Häftlinge aller Länder außer Kraft setzten, indem sie – statt nach Verbündeten unter dem Personal zu suchen und das Haftregime moralisch von innen aufzuweichen – für sich festlegten: »kein Wort zu den pigs, in welcher verkleidung sie auch immer ankommen, vor allem: ärzte [...], nichts, nur feindschaft und verachtung [...] sich unversöhnlich, unerbittlich bis zum ÄUSSERSTEN VERTEIDIGEN mit der methode MENSCH.«[35]

Schon die erste Hungerstreikerklärung vom Mai 1973 machte klar, dass es ihnen nicht um bloße Erleichterungen des Haftregimes ging, fast im Gegenteil: »Je liberaler die Schweinerei gehandhabt wird – unaufdringlich, locker, nett – [...] kurz: je psychologischer, desto effektiver, tiefer die Vernichtung der Gefangenen.«[36] Der gesamte Kassiber-Verkehr der Gefangenen wimmelte von giftigem Spott über die Interventionen wohlmeinender Liberaler zugunsten einer Aufhebung der »Isolationshaft« durch zeitweisen Umschluss. So Gudrun Ensslin schon im April 1973: »sich unter umschluß vorzustellen, was auch die bullen sich nur vorstellen können: speck, mühlespielen, kurz: eben entpolitisieren, den geist aufgeben, verrecken – heißt wirklich herrn gross' wissenschaft reproduzieren. einfach kein begriff von politischer kommunikation ...«[37]

Mit dieser bedingungslosen Position setzten die Gefangenen das »System« einem Verdacht aus, der sich selbst begründete und in gewisser Weise unwiderlegbar war. Wie der aus der Hungerstreikfront ausgescherte und deshalb aus der RAF ausgeschlossene Horst Mahler später lakonisch feststellte: »Wer sich den Gedanken einhämmert, mittels der Vorenthaltung von sinnlichen Reizen und menschlicher Kommunikation langsam umgebracht zu werden, der wird tatsächlich daran sterben – vielleicht, indem er Hand an sich legt.«[38]

Den Basistext aller Kampagnen hatte Ulrike Meinhof in einer Beschreibung des »toten Trakts« in Köln-Ossendorf geliefert, in dem man sie in den ersten Monaten eingebunkert hielt, so als ginge von der physisch und psychisch zerrütteten, bald vierzigjährigen Frau irgendeine mythische Bedrohung aus. Das Stenogramm ihrer Selbstbeobachtungen war, so schien es, von unhinterfragbarer Authentizität: »das Gefühl, es explodiert einem der Kopf [...] – das Gefühl, es würde einem das Rückenmark ins Gehirn gepreßt [...] – das Gefühl, man stünde, unmerklich, unter Strom, man würde ferngesteuert, man pißte sich die Seele aus dem Leib, als wenn man das Wasser nicht halten kann – das Gefühl, die Zelle fährt [...].«[39] Ob dieser – mittlerweile nahezu kanonisch gewordene – Text wirklich eine protokollarische Aufzeichnung war, wie seine Bezeichnung als »Brief einer Gefangenen aus dem Toten Trakt« suggerierte, oder ob er nicht eher eine für die Zwecke der Kampagne nachträglich verfasste literarische Anklage darstellte, muss bis auf weiteres offen bleiben.[40]

Später schrieb Meinhof in einem der Kassiber, die der politischen Zusammenschweißung und Einschwörung dienten: »Der politische Begriff für toten Trakt, Köln, sage ich ganz klar, ist das Gas. Meine Auschwitzphantasien da drin waren [...] realistisch.«[41] Und Gudrun Ensslin sekundierte: »Unter-

35 Kassiber von Holger Meins vom 5. Juni 1973, in: Gerd Conradt, Starbuck Holger Meins. Ein Portrait als Zeitbild, Berlin 2001, S. 147.

36 Hungerstreikerklärung vom 8. Mai 1973. Hier zit. n. ID-Verlag (Hg.), Rote Armee Fraktion – Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, Berlin 1997, S. 187 ff.

37 Kassiber von »g« [Gudrun Ensslin], Mitte April 1973, hier zit. n. Pieter H. Bakker Schut (Hg.), das info. Briefe von Gefangenen aus der RAF. Aus der Diskussion 1973–1977, Hamburg 1987, S. 47.

38 Hier zit. n. Stefan Aust, Der Baader Meinhof Komplex, München 1989, S. 286.

39 »Brief einer Gefangenen«, erstmals verlesen von Anja Röhl bei der Pressekonferenz der Angehörigen von politischen Gefangenen am 7. April 1974, in: Der Kampf gegen die Vernichtungshaft, S. 201 f.

40 Für Letzteres spricht, dass dieser »Brief einer Gefangenen aus dem Toten Trakt« zum ersten Mal bei einer Pressekonferenz von 30 Angehörigen der politischen Gefangenen am 7. April 1974 verlesen wurde und die Eingangszeile trug: »Aus der Zeit 16. 6. 72–9. 2. 73«. Das deutet klar auf eine nachträgliche Erinnerung an die ersten Monate im »toten Trakt«, d. h. in einem sonst nicht belegten Flügel der Anstalt, aus dem Ulrike Meinhof nach vielfachen Protesten im Februar 1973 herausverlegt worden war.

41 Kassiber von »u.« [Ulrike Meinhof], 20. Mai 1973, hier zit. n. Bakker Schut, das info, S. 21.

Scanned by CamScanner

schied toter Trakt und Isolation: Auschwitz zu Buchenwald [...] Wie wir drin ja [...] uns nur darüber wundern können, daß wir nicht abgespritzt werden. Sonst über nichts.«[42]

Diese monoman wiederholten NS-Bezüge waren in der Vorstellungswelt der Gruppe aber nur Ausdruck eines weit universelleren Vernichtungszusammenhangs. Demnach setzte der fortgeschrittene Kapitalismus und Imperialismus die »sensorische Deprivation« längst als generelle Methode für die Zurichtung seiner Subjekte ein. Dieselbe menschliche und moralische Depravation, die »Milliarden bei ihrer Kolonisierung erlitten« hatten, ereilte somit in avancierteren Formen jetzt die proletarischen Massen der Metropolen, die durch Arbeitsteilung, Entfremdung und den »Entzug des Gesellschaftlichen« in psychische und physische Wracks verwandelt wurden. »Heilung, Rehabilitierung« konnte es für sie alle nur noch »in der revolutionären Aktion« geben. Somit war der Widerstand der RAF-Gefangenen exemplarisch. Er war seiner ganzen Natur nach ein »Kampf auf Leben und Tod, da sie uns unserer Identität nicht berauben können, ohne uns zu töten«. Und nur wenn der »Tod für uns keine Bedrohung ist, können sie uns unser Bewußtsein nicht entreißen«.[43]

Im Schreckenskabinett der Terrorpraktiken des Staates, die in den intern zirkulierenden Texten und Hungerstreik-Bulletins der Gefangenen wie in den Schriftsätzen ihrer Verteidiger mit einer sich steigernden, zuweilen an Hieronymus Bosch gemahnenden Detailfülle beschrieben wurden – wie zum Beispiel »Umerziehungs- und Aussageerpressungsfolter in Gehirnwäschetrakts«, »Mordversuche durch Wasserentzug«, gewaltsame »Psychiatrisierungsversuche« – nahmen »die neuen Camera-Silens-Zellen mit Dauerhitze, Dauerton und TV-Überwachung nach dem Modell des Hamburger DFG-Forschungsprojekts« nun regelmäßig einen zentralen Platz ein.[44] Holger Meins etwa heizte den eigenen revolutionären Furor (»für die pigs nur noch die kugel usw.«) mit der absurden Phantasie an: »die ökonomie der camera silens ist die vollautomatische folter, die keinen folterer mehr kennt, nur noch kontroll- und bedienungspersonal.«[45]

Es kam gar nicht mehr darauf an, das irgendwie zu belegen oder auch nur die manifesten Widersprüche dieser Behauptungen selbst (wie »Camera-Silens-Zellen mit Dauerton«) aufzulösen. Es war Teil eines Kanons, der auch dann nicht zu erschüttern war, als in Stammheim – unter dem Druck des Todes von Holger Meins – die Kerngruppe der RAF tatsächlich, wie gefordert, im Lauf des Jahres 1975 zusammengelegt und in dem nach außen streng gesicherten, nach innen offenen »siebten Stock« nahezu alle Regularien eines normalen Gefängnisbetriebs, angefangen mit der Geschlechtertrennung, sukzessive aufgehoben wurden.[46] Nichts konnte eine Phantasie beirren, und das bis heute, die auch und gerade in Stammheim das »sah«, was der halbblinde Sartre bei seinem Treffen mit Baader (vermeintlich in dessen Haftzelle, tatsächlich in einer der Besucherzellen) im November 1974 meinte gesehen zu haben: eine leere, weiß gekalkte, völlig schallisolierte »Camera-Silens-Zelle« mit gleißendem Licht bei Tag und bei Nacht.

Dass die Vorstellung einer totalen sensorischen (sinnlichen) Deprivation an menschliche Urängste

---

42 Hier zit. n. Aust, Baader Meinhof Komplex, S. 293.

43 Ulrike Meinhof, Deprivation und Kolonisierung. Internes Diskussionspapier für die Disskussion unter den Gefangenen und die Aktist/inn/en der Solidaritätsgruppen draußen. Wieder abgedruckt in: So oder So – *Die Libertad!-Zeitung*, Frühjahr 2001, Nr. 8; www.sooderso.de (17. Juni 2006).

44 Vgl. die Hungerstreikerklärung und das Provisorische Kampfprogramm vom September 1975, in: ID-Verlag (Hg.), Rote Armee Fraktion, S. 190 ff.

45 kassiber von »ji« [jimmy, d. i. Holger Meins], 4. 7. 1973, in: Bakker Schut, das info, S. 86.

46 Vor allem die (strafprozessual eigentlich ausgeschlossene) gemeinsame Vorbereitung der Untersuchungshäftlinge auf den Prozess wurde zum Vehikel der immer ausgedehnteren Umschlusszeiten bei offenen Zellentüren. Die Furcht vor einem Scheitern des Prozesses war auf staatlicher Seite so groß, dass dem diesbezüglichen Druck der Gefangenen und ihrer Anwälte Zug um Zug nachgegeben wurde. Von akustischer Isolation konnte in Stammheim ebenfalls nicht die Rede sein, weder intern noch nach außen. Als Quelle nicht unproblematisch, aber außerordentlich instruktiv wegen seiner Position zwischen allen Fronten ist der Bericht des für den 7. Stock zuständigen Vollzugsbeamten Horst Bubeck. Vgl. Kurt Oesterle, Stammheim. Die Geschichte des Vollzugsbeamten Horst Bubeck, Tübingen 2003.

rührt, ist sicherlich wahr. Dass Gefangene der RAF in den Jahren vor 1975 und dann wieder nach 1977 unter äußerst harsche, vielfach schikanöse, gelegentlich auch sadistische Haftreglements gestellt wurden, ließ sich womöglich durchaus belegen – wenngleich es eine nüchterne, auf Daten und Fakten gestützte Darstellung dieser »Isolationshaft« (die Tautologie des Begriffs selbst in Rechnung gestellt) erst in Ansätzen gibt.[47] Die damit befassten Richter, Staatsanwälte und Justizbeamten bewahren ihr amtliches Schweigen über die Pensionsgrenzen hinaus, so wie auch die Garde der prominenten »RAF-Anwälte«, von Otto Schily über Hans-Christian Ströbele bis Kurt Groenewold, ihre kleinen oder großen Geheimnisse wahrt.

In einem absichtsvollen Zwielicht wird aber auch der immer wieder insinuierte »Zusammenhang zwischen dem teilweisen Umbau der JVA Stammheim zum sog. ›Toten Trakt‹ und den zeitnah stattfindenden Untersuchungsreihen des SFB 115« gehalten – um noch einmal den Rekonstrukteur der Camera Silens, Olaf Arndt, zu zitieren. Dass es für diese Legende nicht die Spur eines dokumentarischen Beweises gibt, wischt er nonchalant beiseite: Es sei »für die ganze, hier zu führende Debatte vollständig gegenstandslos«, ob »die Hamburger Universitätsprofessoren und Forscher den Baumeistern des Hochsicherheitstraktes persönlich die Hand geführt haben«, da »der inhaltliche Zusammenhang mehr als sprechend [ist]«.[48] Diese Argumentation entspricht in klassischer Weise der von Hannah Arendt beschriebenen totalitären Denkfigur einer »guilt by association«. An ihr hängt freilich auch der auratische Mythennebel um die ganze, sonst ziemlich banale Installation. Erst die Vorstellung einer wissenschaftlichen Begleitung der »Isolationshaft« liefert im deutschen Kontext eben die volle Bandbreite der erwünschten Assoziationen, vom »Sonderforschungsbereich« über die »Sonderbehandlung« bis hin zu den »Menschenversuchen«.

Dasselbe gilt für die in der einschlägigen Literatur stets unterstellte Steuerung und Finanzierung der Eppendorfer Experimente durch die CIA, das Pentagon oder die Bundeswehr. Auch diese Behauptung bedarf offenbar keiner dokumentarischen Beweise, da auch hier »der inhaltliche Zusammenhang mehr als sprechend« ist. Nach dieser Logik hatte Teuns seinerzeit in einer Fußnote seines *Kursbuch*-Textes bereits die Verweise von Gross auf den völlig zivilen Charakter seiner Experimente mit der Bemerkung abgefertigt: »Als würde er überhaupt gefragt […] Die Profitinteressen der pharmazeutischen Industrie und die Manipulationsstrategien der herrrschenden Sozialstrategen sind für Herrn Gross offenbar ›unmilitärische‹ Zwecke.«[49] In dieser geschlossenen Vorstellungswelt war und ist alles militärisch, von der Pharmazie über die Psychiatrie bis zur Sozialarbeit – Counterinsurgency eben.

Mit diesem paranoiden Generalverdacht waren die Eppendorfer Kliniken in den Jahren der Isolationshaftkampagnen freilich hier und da selbst infiziert. Die Agitation der linken Studentengruppen und Folterkomitees gegen den SFB 115 speiste sich jedenfalls nicht zuletzt auch aus internen Materialien. Noch in einer (nicht angenommenen) Diplomarbeit über »Reizentzug und Gehirnwäsche in der BRD« von 1981 wird stolz vermeldet, dass die zu den Camera-Silens-Experimenten gehörigen »Protokolle […] damals entwendet und von anderer Seite der Öffentlichkeit zugängig gemacht« worden seien.[50]

Selbst näher Beteiligten fällt es heute schwer, sich die aufgeheizte Atmosphäre dieser Jahre 1973 bis 1975 noch recht zu vergegenwärtigen. Michael Mohr war seit 1971 Student, dann Famulus an der Psychia-

47 Vgl. den Beitrag von Martin Jander, Isolation. Zu den Haftbedingungen der RAF-Gefangenen, in diesem Band, S. 973–993.

48 So Olaf Arndt in einer ausführlichen Gegendarstellung zu dem Artikel »In Geiselhaft« von Hanno Rauterberg in der Wochenzeitung *Die Zeit* vom 27. Januar 2005, 60. Jg., Nr. 5, S. 37. Rauterberg hatte wohl als einziger von allen Rezensenten der Berliner RAF-Ausstellung das Skandalon der von Moonen/Arndt unterstellten Verbindungen zwischen »Camera Silens« und Stammheim aufgegriffen. Die zitierten Passagen aus der (nicht abgedruckten) Gegendarstellung von Arndt hat Rauterberg, der sich auf meine Darstellung in »Vesper, Ensslin, Baader« bezogen hatte, mir seinerzeit mit dem Wunsch nach Stellungnahme zugänglich gemacht.

49 Teuns, Isolation / Sensorische Deprivation, S. 126.

50 Hartwig Hansen / Horst Peinecke, Reizentzug und Gehirnwäsche in der BRD, Hamburg 1982, S. 71.

Scanned by CamScanner

trischen Klinik, an der er noch heute arbeitet. Er war angetan von der Art seines Chefs Jan Gross, nur sparsame Anweisungen zu geben, den Patienten viel Raum zu lassen, ihnen geduldig zuzuhören und nur zu intervenieren, wenn das Gespräch stockte; oder im Seminar auch Texte außerhalb des offiziellen Kanons wie Wilhelm Reichs Schriften über Sexualität und Klassenkampf oder Frieda Fromm-Reichmanns Arbeiten zur Psychotherapie von Psychosen zu diskutieren. Angesichts der Diskussionen über die gegen RAF-Gefangene verhängte »Isolationshaft« 1973 überkamen ihn dennoch Zweifel an den Forschungen mit der Camera Silens, er nahm mehrmals an Sitzungen eines Komitees in der *Evangelischen Studentengemeinde* (ESG) teil – und beobachtete dann mit Schrecken, wie in den Gruppendiskussionen über die als Manuskript zirkulierende Prager Rede von Jan Gross aus dem Jahr 1967 paranoide Projektionen zum Durchbruch kamen und daraus die Grundzüge eines wissenschaftlichen Folter- oder Vernichtungsprogramms konstruiert wurden; und wie ein noch ganz unbelecktes Psychologie-Erstsemester wie die spätere RAF-Terroristin Susanne Albrecht sich binnen weniger Sitzungen uneinholbar radikalisierte.

Thea Schönfelder, Tochter eines von den Nationalsozialisten abgesetzten und zeitweise inhaftierten früheren sozialdemokratischen Innensenators, erinnert sich an schier unglaubliche Szenen wie in jener Sitzung des Klinikrats, wohl 1973, als ein älterer Kollege (ein Emigrant der NS-Zeit) mit einer Pistole zum Selbstschutz erschien – die sie als Vorsitzende schließlich nach erregter Debatte resolut in Verwahrung nahm, indem sie sich darauf setzte! Erwartet wurde ein Sturm auf die »geschlossene Abteilung« der Psychiatrie nach dem Muster der früheren Aktionen gegen die Fürsorgeheime in Staffelberg und anderswo. Schönfelders Erinnerung zufolge war es Klaus Dörner, selbst ein prononcierter Gegner der »geschlossenen Abteilungen«, der im Verein mit den Sexualforschern um Eberhard Schorsch und Gunther Schmidt diese blinde und unverantwortliche Aktion schließlich verhinderte.

Für das Gefühl einer bedrohlichen Aufladung der Situation hatte insbesondere jedoch ein Angriff auf das Haus von Jan Gross gesorgt, der an brutaler Symbolik schwer zu übertreffen war. Sein Vorgarten war flächendeckend mit »Unkraut-Ex« (einem Mittel, das bekanntlich auch in den selbstfabrizierten Sprengmischungen der RAF eine Rolle spielte) besprüht und und in »verbrannte Erde« verwandelt worden. Aufgemalte Parolen besagten, dass es ihm (Gross) und seinen Lieben bald ähnlich gehen könne, wenn er seine Folterforschungen nicht sofort einstelle.

Der Angegriffene floh mit seiner Familie für einige Zeit zu seinem Bruder in die Schweiz. Er trug sich mit Auswanderungsgedanken. Fluchtimpulse waren auch früher schon seine erste Reaktion gegenüber internen Auseinandersetzungen gewesen und traten später noch mehrfach auf. Thea Schönfelder fragte ihn, ob er wirklich sich und seiner Familie das Schicksal der ständig auf der Flucht Befindlichen zumuten wolle. Er blieb.

Tatsächlich war Gross wohl in einer mehrfach verzweifelten Situation. Er war Chef einer Klinik, hatte aber nicht die formalen Voraussetzungen, um sich als selbständiger Arzt oder Psychotherapeut niederzulassen – und war im Übrigen als Gastwissenschaftler und mittelloser Emigrant nach Deutschland gekommen. Schon um seiner Familie willen musste er also durchhalten. Von Haus aus konfliktscheu, im Umgang mit Gremien, Verwaltungen und Ministerien beim Hauen und Stechen um Mittel und Positionen nahezu ungeeignet, dürfte in den politischen Konflikten, die sich plötzlich um ihn und seine Forschungen zusammenbrauten, noch eine ganz andere Hemmung hinzugekommen sein. Welches tiefere Vertrauen hätte er in die Staatsschutzorgane der Bundesrepublik Deutschland, mit denen er jetzt zwangsläufig zu tun bekam, haben sollen? Konnte er völlig sicher sein, dass an den Vorwürfen einer gegen die RAF-Gefangenen verhängten »Isolationshaft« nicht etwas dran war – und dass seine Forschungen nicht tatsächlich von irgendwelchen Organen missbraucht würden? So wenig er darüber sprach: Bergen-Belsen lag nicht weit, und Jan Gross muss sich in dramatischer Weise zwischen allen Fronten gefühlt haben. In seiner anhaltenden Weigerung, sich gegen die ungeheuerlichen Anschuldigungen offensiv zur Wehr zu setzen, muss irgendeine subtile Identifizierung mit den Aggressoren gesteckt haben – und zugleich das kafkaeske Gefühl, sich womöglich einer Verfehlung schuldig gemacht zu haben, die er selbst nicht kannte.

Jan Gross ist 1998 mit knapp 70 Jahren gestorben.

Er lebte sehr zurückgezogen und war am Ende fast verstummt. Inmitten der Konflikte der 1970er Jahre war eine Parkinson-Erkrankung zum Ausbruch gekommen, die nach gut begründetem Urteil auf seinen Fast-Hungertod in Bergen-Belsen im Frühjahr 1945 zurückführbar war und die ihm das Durchhalten in seiner Position vollends zur Tortur machte. Viele derer, die bei der akademischen Trauerfeier gesprochen haben (darunter Michael Mohr und Thea Schönfelder), haben andererseits seinen manchmal schwarzen, schwejkschen Humor gerühmt.

So war Gross' Rede zur Emeritierung 1994 ein kleines Feuerwerk anekdotischer Lehrstücke. Etwa die Geschichte des von Pflegern eingelieferten, hocherregten Patienten, der eine beruhigende »Mischspritze« bekommen soll, aber warten muss, weil der Arzt eilig fortgerufen wird – während sich aus der Küche ein intensiver Duft von Bratkartoffeln ausbreitet. Eine Schwester fragt den Wartenden, ob er nicht Hunger habe, und bringt ihm eine große Portion. Als der Arzt zurückkehrt, findet er den Patienten völlig beruhigt und glaubt, er habe mittlerweile seine Spritze bekommen – bis dieser den jungen Arzt (vielleicht Gross selbst) über den Zusammenhang von Hungergefühlen, wachsender Gereiztheit und menschlicher Zuwendung aufklärt. »Ich will damit nicht sagen, dass Bratkartoffeln Psychopharmaka ersetzen können, aber ich glaube, dass ein menschlicher Kontakt [...] manchmal eine Mischspritze ersetzen könnte.«[51]

Die Bedeutung »korrektiver Erfahrung« und menschlichen Kontakts für therapeutische Prozesse war also das (ihm) wichtigste, keineswegs paradoxe Vermächtnis des Mannes, der in solcher Weise im Zentrum vieler Verdächtigungen um die Isolationshaft und sensorische Deprivation gestanden hatte. Sein Rekurs auf die traumatischen Erfahrungen dieser Kampagnen selbst war knapp und versöhnlich: »Hier in der BRD hatte man sich von der Psychiatrie [...] eine immer konkretere gesellschaftspolitische Rolle versprochen [...]. In dieser Atmosphäre kam es zur Ideologisierung auch der Deprivationsforschung als ausschließliches Folterinstrument. Die Folge waren Kilos von Flugblättern, verwüstete Gartenanlagen, beschmierte Wände, Telefonterror bis hin zu Morddrohungen gegen meine Familie. Ich konnte diese Angriffe überstehen durch sehr viel anteilnehmende Solidarität und in der Überzeugung, dass diese Angriffe Ausdruck einer allgemeinen Entwicklung und Politisierung waren und nicht persönlich auf mich zielten.«[52]

Bleibt die Frage, wie es möglich war, dass ausgerechnet ein jüdischer Überlebender wie Jan Gross in dieser Weise zum Objekt projektiver Vernichtungsphantasien wurde, und zwar von Seiten einer nachgeborenen deutschen Generation der Unbedingten, die den Verweis auf Auschwitz, Treblinka, Buchenwald und Bergen-Belsen doch ständig wie ein Mantra auf den Lippen führte? Dass wir uns hier – ähnlich wie beim Anschlag auf das Jüdische Gemeindehaus in West-Berlin am 9. November 1969[53] – in den von unbestimmten Revisions- und Revanchemotiven erfüllten Phantasiewelten von »Hitler's Children« befinden (um den Titel eines internationalen Bestsellers von 1977 zu zitieren[54]), ist ganz offenkundig.

Nur ist das eher eine Frage als eine Antwort. So notwendig es ist, diese Aktionen und Verwicklungen sachlich aufzuklären und mit all ihren trüben Beimischungen moralisch-politisch zu entzaubern – man wird sie auch noch genauer entziffern und verstehen müssen. Denn wenn es sich um die »Wiederkehr des Verdrängten« in einer zweiten Generation handelte, dann doch in Modifikationen und Verkehrungen, die für das Verständnis wesentlich sind und erst einen Zugang eröffnen zu jenem komplexen gesamtgesellschaftlichen Psychodrama der bundesdeutschen Nachkriegsrepublik, das sich in diesem »Roten Jahrzehnt« entfaltete und im Deutschen Herbst des Jahres 1977 kulminierte.[55] Im Zentrum dieses gesamt-

51 Gross, 40 Jahre Psychiatrie, S. 5.
52 Ebenda, S. 2 f.
53 Wolfgang Kraushaar, Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus, Hamburg 2005.
54 Jillian Becker, Hitler's Children. The Story of the Baader-Meinhof-Gang, London / New York 1977 (der Titel der im darauf folgenden Jahr erschienenen deutschen Ausgabe wurde mit einem Fragezeichen versehen: Hitlers Kinder? Der Baader-Meinhof-Terrorismus, Frankfurt am Main 1978).
55 Im Zeichen dieses Versuchs einer Entzifferung und eines historisierenden Verstehens standen meine beiden Bücher Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution

Scanned by CamScanner

gesellschaftlichen Psychodramas stand kein Thema so sehr wie das der angeblichen »Isolationshaft« oder »Vernichtungshaft«, an dem sich das tiefe Misstrauen der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft in sich selbst, oder vielmehr: des einen Teils in den anderen Teil, widerspiegelte – wie in einer Camera obscura.

1967–1977, Köln 2001, und Vesper, Ensslin, Baader. Urszenen des deutschen Terrorismus, Köln 2003. Zur Frage des linken Antizionismus dieser Jahre vgl. etwa meinen Aufsatz: Mythen des 20. Jahrhunderts, in: Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte, hrsg. von Doron Rabinovici u. a., Frankfurt am Main 2004, S. 168–190.

Wolfgang Kraushaar

Der nicht erklärte Ausnahmezustand

Staatliches Handeln während des sogenannten Deutschen Herbstes[1]

Die Schwierigkeit, einen historischen Sachverhalt zu durchdringen, verrät sich häufig bereits in dem Problem, dafür eine angemessene Bezeichnung zu finden. Die terroristischen Angriffe auf das New Yorker World Trade Center am 11. September 2001 sind das bekannteste Beispiel dafür. Da es neben den Zwillingstürmen aber auch das Pentagon getroffen und – wie der Absturz einer Maschine in Pennsylvania verriet – noch ein weiteres, drittes Ziel gegeben hat, ist es fast unmöglich, diesen Terrorakt mit einem einzigen Wort angemessen zu benennen. Daher hat sich in den USA dafür die Nennung des Datums »9/11« eingebürgert. Ähnlich ist man in der Bundesrepublik mit einem Ereigniskomplex verfahren, der inzwischen beinahe drei Jahrzehnte zurückliegt – der Entführung des Präsidenten des Bundesverbandes der Arbeitgeberverbände, Hanns-Martin Schleyer. Die Zeitspanne, die von seiner Entführung am 5. September 1977 bis zur Auffindung seines Leichnams am 18. Oktober dauerte – insgesamt 44 Tage –, schien zu komplex, zu sehr mit massenpsychologischen Phänomenen überdeckt zu sein, als dass sie mit einem unmissverständlichen Begriff treffend hätte benannt werden können. Insofern klang es durchaus überzeugend, dass ein Film mit dem Titel »Deutschland im Herbst«[2] und ein Buch mit der Überschrift »Ein deutscher Herbst«[3] versehen wurden. Schließlich ging es um mindestens drei eng miteinander verwobene Vorgänge: Neben der Entführung des Arbeitgeberpräsidenten fand die Entführung einer Lufthansa-Maschine mit Mallorca-Touristen statt, und als deren Befreiung in einer dramatischen Aktion geglückt war, entdeckte man die Leichen der RAF-Kerngruppe in den Zellen der Haftanstalt Stuttgart-Stammheim.

Wenn von dieser dichten, spannungsgeladenen und angstbesetzten Zeitspanne gesprochen wird, ist seitdem zumeist die Rede vom »Deutschen Herbst«.[4] Mit der düsteren Metapher wird einerseits auf die

1 Überarbeitete Fassung von: Der Kanzler und seine Krisenstäbe. Der nicht erklärte Ausnahmezustand während der Schleyer-Entführung, in: Georg M. Hafner / Edmund Jacoby (Hg.), Die Skandale der Republik, Frankfurt/Main 1989, S. 152–171.

2 Deutschland im Herbst, Regie: Alf Brustellin, Bernhard Sinkel, R. W. Fassbinder, Alexander Kluge, Beate Mainka-Jellinghaus, Peter Schubert, Maximiliane Mainka, Edgar Reitz, Katja Rupé, Volker Schlöndorff, Hans-Peter Cloos; Kommentare: Alexander Kluge, Alf Brustellin, Bernhard Sinkel, Maximiliane Mainka, Peter Schubert; Bundesrepublik Deutschland 1977/78. Vgl. dazu außerdem die Aufsatzsammlung: Petra Kraus u. a. (Hg.), Deutschland im Herbst. Terrorismus im Film, München 1997.

3 Tatjana Botzat / Elisabeth Kiderlen / Frank Wolff, Ein deutscher Herbst. Zustände 1977, Frankfurt am Main 1978; erweiterte Neuausgabe 1997.

4 So heißt es beispielsweise in der Internet-Enzyklopädie Wikipedia: »Der Begriff ›Deutscher Herbst‹ steht auch für die Atmosphäre in Westdeutschland und West-Berlin im Herbst 1977. Nach den Terroranschlägen während der Olympischen Spiele 1972 bis zur Eskalation 1977 hatten neue Fahndungsmethoden, vor allem die Rasterfahndung, dazu geführt, dass immer mehr Unbeteiligte staatlichen Untersuchungen ausgesetzt waren. Aufwendige Straßensperren und schwer bewaffnete Polizisten gehörten zum Straßenbild. Viele Medien schürten die Hysterie und die Angst vor neuen Anschlägen.« http://de.wikipedia.org/wiki/Deutscher_Herbst (4. Juli 2006).

Scanned by CamScanner

Vielschichtigkeit jener 44 Tage verwiesen, andererseits aber auch vieles offen gelassen. Das suggestive Wort wirkt nicht nur schwermütig-romantisierend, sondern zugleich auch immer noch wie eine Drohung; es scheint Unheimliches anzudeuten und gar Assoziationen an einen Todesboten zu wecken.

Drei Jahrzehnte danach müsste sich, so könnte man meinen, der Metaphernnebel gelegt haben. Doch noch immer ist im Wortschatz unserer politischen Sprache kein treffender Ersatz für jenes Pseudopoem vorgesehen. Der Verdacht liegt nahe, dass das Ereignis, dessen Benennung sich bislang so erfolgreich seiner Ersetzung durch eine Alternativformulierung zu entziehen vermochte, noch nicht alles von seiner negativen Aura verloren hat. Sollte das zutreffen, dann dürfte die Schlussfolgerung richtig sein, dass das im Herbst 1977 zutage getretene Gefahrenpotential noch nicht völlig erschöpft ist. Denn: Was an Bedrohlichem nicht begriffen ist, das könnte, jedenfalls ist das nicht auszuschließen, weiterschwelen.

Die »Offensive 77« der RAF

Die Chronik der »Offensive 77«, wie die RAF ihre Attentate im Nachhinein bezeichnet hat,[5] ist rasch nachgezeichnet.[6]

Nach rund zweijähriger Prozessdauer steht im Frühjahr 1977 in Stuttgart-Stammheim die Urteilsverkündung gegen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe bevor, die drei führenden Mitglieder der RAF. Am 29. März treten sie zusammen mit anderen politischen Gefangenen in einen Hungerstreik, um eine Verbesserung ihrer Haftbedingungen zu erreichen, die an der Genfer Konvention von 1949 über die Behandlung Kriegsgefangener orientiert ist.[7] Am 7. April wird Generalbundesanwalt Siegfried Buback zusammen mit seinem Fahrer Wolfgang Göbel und dem Justizhauptwachtmeister Georg Wurster in Karlsruhe von einem RAF-Kommando erschossen, zu dem Knut Folkerts, Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt zählen. Zu der Tat bekennt sich kurz darauf ein »Kommando Ulrike Meinhof«.[8] Am Tag darauf treten die drei Angeklagten von Stammheim in den Durststreik. In Abwesenheit werden sie am 28. April wegen vierfachen Mordes zu lebenslangen Freiheitsstrafen verurteilt. Zwei Tage später brechen sie ihren Durst- und Hungerstreik ab. Die anderen politischen Gefangenen folgen ihnen.[9]

Am 30. Juli wird in Oberursel bei Frankfurt der Vorstandsvorsitzende der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, in seinem Wohnhaus erschossen. Die drei mutmaßlichen Täter, neben Brigitte Mohnhaupt, Christian Klar und Peter-Jürgen Boock auch die mit der Familie Ponto befreundete Susanne Albrecht, wollen den Bankier offenbar entführen, scheitern jedoch an dessen Gegenwehr.[10] Am 8. August beginnen die RAF-Gefangenen erneut einen Hungerstreik, um eine Veränderung ihrer Haftbedingungen zu erreichen. Am 25. August wird in Karlsruhe eine Raketenschießanlage entdeckt, die von einem Fenster auf das gegenüberliegende Gebäude der Bundesanwaltschaft gerichtet ist. Die an ihr befestigte Zeitzünderautomatik funktioniert nicht. Nachfolger des ermordeten Buback ist inzwischen Kurt Rebmann. Am 2. September wird der Hungerstreik mit der Begründung unterbrochen, die Gefangenen befürchteten, an ihnen solle ein Exempel statuiert werden.[11]

5 Rote Armee Fraktion, Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front, Mai 1982, in: ID-Verlag (Hg.), Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, Berlin 1997, S. 291–306, 292.

6 Vgl. Klaus Pflieger, Die Aktion »Spindy«. Die Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Dr. Hanns-Martin Schleyer, Baden-Baden 1997.

7 Die Gefangenen aus der RAF, Hungerstreikerklärung vom 29. März 1977, in: ID-Verlag (Hg.), Rote Armee Fraktion, S. 265–267.

8 Kommando Ulrike Meinhof, Erschießung des Generalbundesanwalts Buback. Erklärung vom 7. April 1977, in: ebenda, S. 267 f.

9 Gudrun Ensslin für die Gefangenen der RAF, Erklärung zum Abbruch des Hungerstreiks vom 30. April 1977, in: ebenda, S. 268 f.

10 Vgl. Susanne Albrecht aus einem Kommando der RAF, Erschießung von Jürgen Ponto und Anschlag auf die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe. Erklärung vom 14. 8. 1977, in: ebenda, S. 269.

11 Jan-Carl Raspe für die Gefangenen der RAF, Erklärung zum Hungerstreikabbruch vom 2. 9. 1977, in: ebenda, S. 269 f.

Drei Tage später wird Hanns-Martin Schleyer in Köln von einem RAF-Kommando entführt, zu dem Peter-Jürgen Boock, Sieglinde Hofmann, Willy-Peter Stoll und Stefan Wisniewski gehören; sein Fahrer Heinz Marcisz und die drei in einem zweiten Fahrzeug folgenden Polizeibeamten Reinhold Brändle, Roland Pieler und Helmut Ulmer werden bei der Geiselnahme erschossen. Am Tag darauf fordert das RAF-Kommando »Siegfried Hausner« die Bundesregierung auf, elf RAF-Gefangene gegen Schleyer auszutauschen.[12] In seiner konstituierenden Sitzung beschließt daraufhin der Große Krisenstab, die Forderung nicht zu erfüllen, den Entführten zu befreien und die Entführer zu ergreifen.[13]

Die Situation spitzt sich zu, als auf dem Rückflug von Palma de Mallorca am 13. Oktober eine Lufthansa-Maschine mit 86 bundesdeutschen Touristen an Bord von einem palästinensischen Kommando entführt wird. Dessen Mitglieder fordern ebenfalls die Freilassung der elf RAF-Häftlinge sowie zweier in der Türkei inhaftierter Palästinenser. Nach einer Zwischenlandung in Aden erschießen sie Flugkapitän Jürgen Schumann. Kurz nach Mitternacht vom 17. auf den 18. Oktober stürmt eine Einheit der Grenzschutzgruppe (GSG) 9 die inzwischen nach Mogadischu, der Hauptstadt Somalias, weitergeflogene Maschine. Drei der Entführer werden dabei erschossen, alle Passagiere und Besatzungsmitglieder unverletzt befreit.

Am Morgen des 18. Oktober finden Justizbeamte in Stuttgart-Stammheim Andreas Baader und Gudrun Ensslin tot, Jan-Carl Raspe sterbend und Irmgard Möller verletzt in ihren Zellen auf. Es ist zunächst nicht klar, ob sie sich selbst das Leben genommen haben oder ob sie Opfer eines Mordanschlages geworden sind. Einen Tag später teilt das RAF-Kommando »Siegfried Hausner« in einem an die Deutsche Presse-Agentur gerichteten Schreiben mit, es habe die »klägliche und korrupte Existenz« Schleyers beendet.[14] Der Leichnam des Präsidenten der Arbeitgeberverbände wird, wie ebenfalls angegeben, wenige Stunden darauf in einem in der Rue Charles Péguy im elsässischen Mulhouse geparkten grünen Audi 100 aufgefunden. Am 20. Oktober rechtfertigt Bundeskanzler Helmut Schmidt in einer Regierungserklärung vor dem Bundestag die Weigerung, auf die Forderung der Entführer einzugehen und die RAF-Häftlinge gegen Schleyer auszutauschen, mit dem Verweis auf die Schutzfunktionen des Staates gegenüber seinen Bürgern.[15]

Der Kleine und der Große Krisenstab

Bereits in seiner ersten öffentlichen Reaktion, einer genau vier Stunden nach der Entführung Schleyers im Bonner ARD-Studio abgegebenen Stellungnahme, spricht der Bundeskanzler unmissverständlich aus, mit welcher Einstellung er der Herausforderung durch die RAF entgegenzutreten gedenkt: »Der Staat [...] muß darauf mit aller notwendigen Härte antworten. Alle Polizei- und Sicherheitsorgane [...] haben deshalb die uneingeschränkte Unterstützung der Bundesregierung und ebenso meine sehr persönliche Rückendeckung.«[16] Aus dieser Haltung heraus, einer geradezu idealtypischen Inanspruchnahme des starken Staates, lässt sich die Grundsatzentscheidung ableiten, die der Große Krisenstab am Abend danach fällt. Es sollen drei Ziele »gleichzeitig und nebeneinander« verfolgt werden: 1. Die Geisel lebend zu befreien; 2. die Entführer zu ergreifen und vor Gericht zu stellen und 3. die Gefangenen nicht freizugeben.

Von diesem in der Nacht vom 6. auf den 7. September gefassten Beschluss ist zu keinem Zeitpunkt mehr abgewichen worden, auch nach der Zuspitzung

12 RAF-Kommando Siegfried Hausner, Erklärung vom 6. 9. 77 zur Entführung von Hanns-Martin Schleyer, in: ebenda, S. 270 f.

13 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.), Dokumentation zu den Ereignissen und Entscheidungen im Zusammenhang mit der Entführung von Hanns-Martin Schleyer und der Lufthansa-Maschine »Landshut«, Bonn 1977, S. 18. (Nachfolgend zitiert als Dok.)

14 Kommando Siegfried Hausner, Erklärung vom 19. 10. 77 zur Entführung von Hanns-Martin Schleyer, in: ID-Verlag (Hg.), Rote Armee Fraktion, S. 273.

15 Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Schmidt, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestags, 8. Wahlperiode, Stenographische Berichte, Bd. 102, Bonn 1977, S. 3756 ff.

16 Dok., S. 299.

Scanned by CamScanner

durch die Entführung der Lufthansa-Maschine nicht. Mit unerschütterlicher Konsequenz und unter Inkaufnahme größter Risiken, auch dem, infolge der Ereignisse die Regierungsmacht zu verlieren, ist aus der Idee des starken Staates heraus das Gesetz des Handelns definiert worden. Oder, wie es ein namentlich nicht bekannter Teilnehmer des Großen Krisenstabes später offen ausgesprochen hat: »Der Staatsräson halber wurde Schleyer zum Tode verurteilt.«[17]

Diese Grundsatzentscheidung, der Staatsräson absoluten Vorrang vor dem Leben Einzelner einzuräumen, offenbart aber noch nicht die gesamte Problemdimension. Vielleicht wichtiger noch ist der Umstand, dass die Verfassungsräson dabei hinter der Staatsräson zurückstehen muss: zuerst bei der Schaffung eines neuen, in der Verfassung nicht vorgesehenen Entscheidungsträgers. Denn die Verantwortung für das unerbittlich der Staatsräson untergeordnete Handeln liegt nicht mehr allein bei der Bundesregierung, sondern bei einer die Opposition integrierenden Allfraktionenexekutive. Sie wird in der vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung herausgegebenen Dokumentation zu den Ereignissen um die Schleyer-Entführung als »Großer Politischer Beratungskreis« bezeichnet; in der Presse heißt sie unumwunden »Großer Krisenstab«.[18] Dass diese terminologische Unterscheidung keineswegs eine nebensächliche Finesse ist, lässt sich daran erkennen, wo der zuständige Bundesjustizminister die Verantwortlichkeit lokalisiert.

In der erwähnten Sitzung in der Nacht vom 6. auf den 7. September legt Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel (SPD) die rechtlichen Voraussetzungen für das gemeinsame Handeln dar. In der Dokumentation werden seine Erläuterungen in der Auffassung zusammengefasst, dass es bei der Frage, ob Häftlinge aufgrund einer Erpressung freigelassen werden könnten, »nicht um eine normative Entscheidung, sondern um eine rein tatsächliche Handlung« gehe.[19] Weiter heißt es: »Grundlage dieser Entscheidung sei indes eine verfassungsorientierte, politische Ermessensentscheidung, die nicht allein von den in Frage kommenden Justizministern und -senatoren der Länder getroffen, sondern im Großen Politischen Beratungskreis erarbeitet und von den daran Beteiligten verantwortet werden müsse.«[20] Das heißt, die Verantwortung liegt nicht mehr allein bei der Bundesregierung, sondern bei dem ohne Rechtsgrundlage und ohne formalen Beschluss eingeführten Suprarorgan. Dabei wird die Selbstbezeichnung »Beratungskreis« gerade durch die explizite Zusprechung der Verantwortlichkeit dementiert. Und die Charakterisierung des Beschlusses als politische Ermessensentscheidung, die »verfassungsorientiert« sei, kann nur so verstanden werden, dass er zunächst einmal an der Verfassung vorbeigehen muss, um sich dann an ihr orientieren zu können.

Nicht einmal Kriterien für die Zusammensetzung des Großen Krisenstabes werden genannt. Zwar wird der Eindruck erweckt, als seien die im Bundestag repräsentierten Parteien durch ihre Fraktions- und Parteivorsitzenden paritätisch vertreten, doch an der Berücksichtigung des damaligen CSU-Landesgruppenvorsitzenden – Friedrich Zimmermann war bei den Sitzungen, so heißt es lakonisch, »regelmäßig anwesend«[21] – lässt sich erkennen, dass dies keineswegs für alle Rollen gegolten haben kann. Alle Teilnehmer sind einem »Geheimhaltungspostulat« unterworfen; sie dürfen nichts über die im Großen Krisenstab abgehaltenen Beratungen und herbeigeführten Entscheidungen nach außen dringen lassen. Danach sind auch die Partei- und Fraktionsvorsitzenden ihren eigenen Bundestagsabgeordneten gegenüber zur Verschwiegenheit verpflichtet. Das bedeutet in der Konsequenz, dass eine angemessene parlamentarische Kontrolle gegenüber der Exekutive ausgeschlossen ist.

Im Großen Krisenstab sind auch alle Mitglieder jenes anderen, ebenfalls gleichsam en passant entstandenen Exekutivorgans vertreten, das offiziell die »Kleine Lage« genannt und in den Medien als »Kleiner Krisenstab« bezeichnet wird. In ihm, der wesent-

17 Zit. n. *Der Spiegel* vom 31. August 1987, 41. Jg., Nr. 36, S. 107.
18 Die Bezeichnung ist erstmals von der Deutschen Presse-Agentur (dpa) verwendet worden und hat sich dann schnell einzubürgern vermocht.
19 Dok., S. 26 f.
20 Dok., S. 27.
21 Dok., S. 31.

lich häufiger zusammentritt, sind neben dem Kanzler Bundesinnenminister Werner Maihofer (FDP), Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) und Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel vertreten. Hinzu kommen Staatsminister Hans-Jürgen Wischnewski, die Staatssekretäre Manfred Schüler, Siegfried Fröhlich und Heinz Ruhnau, BKA-Präsident Horst Herold, Generalbundesanwalt Kurt Rebmann und zuweilen der nordrhein-westfälische Innenminister Burkhard Hirsch (FDP).

Die Teilnehmer dieses Stabes fordert Helmut Schmidt am Abend des 8. September auf, »das Undenkbare zu denken« und durchaus auch »exotische Vorschläge« zu unterbreiten.[22] Am Ende der Sitzung gegen 22 Uhr hält der Protokollführer neun unterschiedliche »Modelle« fest. Sie reichen von der Einführung der Kronzeugenregelung über die Schaffung eines »Internierungslagers für Terroristen« bis zur Verfolgung der freigelassenen Häftlinge durch ein »Sonderkommando«. Der rechtlich rücksichtsloseste Vorschlag wird von Generalbundesanwalt Kurt Rebmann unterbreitet. Seine Handlungsvariante (Nr. 6) lautet: »Der Bundestag ändert unverzüglich Artikel 102 des Grundgesetzes, der lautet: ›Die Todesstrafe ist abgeschafft.‹ Statt dessen können nach Grundgesetzänderung solche Personen erschossen werden, die von Terroristen durch menschenerpresserische Geiselnahme befreit werden sollen. Durch höchstrichterlichen Spruch wird das Todesurteil gefällt. Keine Rechtsmittel möglich.«[23] Bundespressesprecher Klaus Bölling, Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel und Kabinettschef Helmut Schmidt lehnen Repressalien ab. Der Bundeskanzler, der gleichwohl eine gewaltsame Befreiung Schleyers unter Inkaufnahme seines Todes befürwortet, beendet die Überlegung mit der Feststellung, dass keines der Modelle »operativ abzurufen« sei. Die »bisherige Linie« solle fortgesetzt werden.

Worin diese Linie besteht, wird vor allem an zwei operativen Elementen deutlich: der Kontaktsperre für inhaftierte RAF-Mitglieder und der Nachrichtensperre für Presse, Funk und Fernsehen. Mit der Abschottung der Häftlinge von Außeninformationen soll offenkundig die vermutete Kommunikation mit den Entführern unterbrochen werden; mit der Informationskontrolle versucht sich die Exekutive ein Entscheidungsmonopol für den Fortgang der Ereignisse zu sichern. Wird mit der Schaffung der beiden Exekutivorgane Kleiner und Großer Krisenstab die Kontrollfunktion der Legislative, das Parlament, ausgeschaltet, so kann mit der Filterung von Nachrichten die Öffentlichkeit zwar nicht vollends blockiert, aber doch an entscheidenden Punkten beeinflusst werden.

Die Einführung des Kontaktsperregesetzes

Wie Berichte von Betroffenen später bestätigen, wird auf Anordnung von Generalbundesanwalt Rebmann bereits in der auf die Entführung folgenden Nacht mit der Zellendurchsuchung bei rund 80 Häftlingen und zugleich auch mit der Praktizierung der Kontaktsperre begonnen.[24] Einen Tag später greift Bundesjustizminister Vogel diesen gravierenden Rechtsbruch auf und bittet seine Amtskollegen in den Bundesländern, »jegliche Kontakte inhaftierter Terroristen zur Außenwelt zu unterbinden, weil dies zur Abwehr einer

22 Das Protokoll der Abendsitzung vom 8. September, aus dem hier zitiert wird, ist ebensowenig wie irgendein anderes veröffentlicht worden. Das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* hat aus unbekannten Gründen das Privileg, zehn Jahre später daraus zu zitieren: »Die Deutschen sind irrsinnig geworden«. Die exotischen Lösungen zur Befreiung Schleyers im Herbst 1977 – überlisten, internieren, erschießen, *Der Spiegel* vom 31. August 1987, 41. Jg., Nr. 36, S. 106–110, 106.

23 Ebenda, S. 109. Die Forderung nach Wiedereinführung der Todesstrafe durchzieht die Tage der Schleyer-Entführung wie ein roter Faden. Wiederholt wird sie von Friedrich Zimmermann (CSU) erhoben. Aber auch Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel (CDU) und der Bundesminister für innerdeutsche Fragen, Egon Franke (SPD), machen sie sich zu Eigen. Bundesjustizminister Vogel lehnt den Vorschlag seines Kabinettskollegen zwar ab, zeigt aber Verständnis für die Forderung: »Das ist menschlich verständlich. Uns allen kocht manchmal der Bauch vor Wut.« S. 111.

24 In der Dokumentation heißt es dazu kaschierend: »Zugleich trifft die Bundesanwaltschaft strafprozessuale Eilmaßnahmen, um Kontakte jener Häftlinge, gegen die sie wegen des Verdachts terroristischer Umtriebe Verfahren führt oder geführt hat, zur Außenwelt zu unterbinden.« Dok., S. 21.

Scanned by CamScanner

gegenwärtigen Lebensgefahr geboten sei«.[25] Er beruft sich dabei auf den in § 34 des Strafgesetzbuches niedergelegten Rechtsgedanken des »rechtfertigenden Notstandes«.

Doch nicht alle Landesjustizminister machen mit. Der Berliner Justizsenator Jürgen Baumann (FDP) weigert sich, dem Amtshilfeersuchen Folge zu leisten. Und auch eine Reihe von Richtern weist die Anordnungen der Länderjustizbehörden mit der Begründung zurück, sie seien rechtswidrig.

Helmut Schmidt bezeichnet die Kontaktsperre, insbesondere die strikte Abschneidung der Häftlinge von ihren Anwälten, in einer am 15. September vor dem Bundestag abgegebenen Erklärung dagegen als »unabweisbare Notwendigkeit«.[26] Eine Beschwerde von sieben betroffenen Häftlingen wird am 23. September in einer Entscheidung des Bundesgerichtshofes zurückgewiesen. In der Begründung macht sich dieser die an der Durchsetzung der Staatsräson orientierte Rechtfertigung Vogels zu Eigen, indem er die Auffassung ins Zentrum rückt, dass das Grundgesetz nicht nur eine Schutzpflicht gegenüber Einzelnen, sondern auch gegenüber der »Gesamtheit aller Bürger« begründe. Dennoch sind sich Schmidt und Vogel der mangelnden Rechtsgrundlage für die Verbotspraxis von Verteidigerbesuchen offenbar bewusst und verfolgen deshalb das Ziel, die seit dem 6. September praktizierte Kontaktsperre nachträglich zu legalisieren.

Fünf Tage nach der Entscheidung des Bundesgerichtshofes beginnt der Rechtsausschuss des Bundestages mit Beratungen über ein Kontaktsperregesetz. Bereits einen Tag später verabschiedet das Parlament bei 17 Enthaltungen und vier Nein-Stimmen den Gesetzentwurf nach zweiter und dritter Lesung. Am 30. September wird das Gesetz vom Bundesrat angenommen, am selben Tag vom Bundespräsidenten unterzeichnet und am 1. Oktober im Bundesgesetzblatt veröffentlicht, so dass es am 2. Oktober in Kraft treten kann. Während in der Regel viele Monate, manchmal sogar Jahre zwischen der Vorlage eines Gesetzentwurfs, seiner Verabschiedung und seinem Inkrafttreten liegen, dauert es in diesem Fall insgesamt nicht mehr als fünf Tage.[27]

Doch nicht nur die Geschwindigkeit ist bemerkenswert, sondern auch die Art und Weise, wie das in einigen Zeitungen als »Blitzgesetz« apostrophierte Unternehmen durchgepeitscht wird. Als klar ist, dass sich einige wenige Bundestagsabgeordnete der SPD gegen die Verabschiedung aussprechen, versucht ihr Fraktionsvorsitzender Herbert Wehner auf rabiate Weise das herzustellen, was sich unter dem Ausdruck »Fraktionsdisziplin« eingebürgert hat. Er meint, dass zwar jeder Abgeordnete nur seinem Gewissen zu gehorchen habe, dies jedoch dann nicht mehr gelten dürfe, wenn dadurch ein Gesetzesvorhaben gefährdet würde. Dennoch erklärt Manfred Coppik, der zusammen mit seinen Kollegen Karl-Heinz Hansen, Dieter Lattmann und Klaus Thüsing gegen das Kontaktsperregesetz stimmt, während der zweiten Lesung: »Die Aufgabe rechtsstaatlicher Grundprinzipien rettet kein Menschenleben, schafft aber Lebensverhältnisse, in denen die friedliche demokratische Entwicklung in einem Rechtsstaat gefährdet wird und damit weitere Menschenleben in Gefahr geraten.«[28]

Die Einwände gegen das Kontaktsperregesetz werden in einem Appell zusammengefasst, mit dem sich eine Gruppe von Rechtsanwälten, darunter mit Hans-Heinz Heldmann der Verteidiger Andreas Baaders, am 29. September an Bundespräsident Walter Scheel wendet und gegen die Verabschiedung protestiert. Es heißt darin: »Diese Rechtskonstruktion (Außerkraftsetzung von Grundrechten durch Feststellung und Beschluss der Exekutive mit sofortiger Vollziehbarkeit) findet eine formale Entsprechung nur noch in den Gesetzen zur Regelung des Notstandes oder des Spannungsfalles; – das Gesetz sieht im Gegensatz zum geltenden Recht die kollektive Regelung des

25 Dok., S. 33.

26 Dok., S. 273. Ein Dreivierteljahr später bezeichnet er diese Praxis dann selbst als »ein rechtstaatliches Risiko«, das jedoch durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Nachhinein gerechtfertigt worden sei. Verhandlungen des Deutschen Bundestags, Stenographische Berichte, 8. Wahlperiode, Bd. 102, Bonn 1977, S. 7770.

27 In der Dokumentation heißt es dazu, dass die als erforderlich angesehene gesetzliche Regelung der Kontaktsperre »weder überhastet noch ohne gründliche Vorbereitung« erfolgt sei. Dok., S. 242.

28 Zit. n. Stefan Aust, Der Baader Meinhof Komplex, Hamburg 1985, S. 510.

Haftstatus einer Gruppe von Gefangenen vor und nimmt damit Abschied von der grundlegenden Erfordernis einer Begründung im Einzelfall; – die Regelung stellt einen Einbruch der Exekutivgewalt in einen bisher allein der Justiz unterstellten Bereich dar; – der Entwurf stellt die Einführung eines Ausnahmerechts bezüglich der Haftbedingungen einer bestimmten Gruppe von Gefangenen dar; – ein solches Gesetz entspricht weder dem Grundgesetz noch den Menschenrechten.«[29]

Der Hauptverantwortliche für diesen Schritt, der einem legalisierten Verfassungsbruch nahe kommt, ist der Bundesjustizminister. Die Notwendigkeit des Unternehmens begründet er gegenüber dem Bundesverfassungsgericht mit der »Kommunikation zwischen inhaftierten terroristischen Gewalttätern und in Freiheit befindlichen Gesinnungsgenossen«,[30] also mit dem, was in Teilen der Nachrichtenmedien als »Zellensteuerung« bezeichnet wird. Nicht mal ein halbes Jahr später erklärt Vogel auf eine diesbezügliche Frage des italienischen Fernsehens: »Nein, das haben wir seinerzeit schon nicht angenommen, und es hat sich auch keine Bestätigung dafür gefunden. Eine Planung oder überhaupt eine Steuerung im Detail aus der Zelle heraus, dafür gibt es keine Beweise.«[31] Mit dieser Antwort wird nachträglich die Begründung für das Durchpeitschen des Kontaktsperregesetzes grundsätzlich in Zweifel gezogen.

Die Praktizierung einer Nachrichtensperre

Die Nachrichtensperre beginnt am Abend des 6. September. Auf dem Umweg über einen Wiesbadener Dekan ist am Nachmittag das erste Ultimatum der Entführer eingetroffen. Darin wird unter Punkt 5 gefordert, ein beigelegtes Foto des gefangenen Schleyer sowie den Wortlaut der Erklärung – »und zwar ungekürzt und unverfälscht«[32] – in der »Tagesschau« um 20 Uhr auszustrahlen.

In der ARD-Sendung wird jedoch nur eine Mitteilung des Bundeskriminalamtes verlesen, in der es heißt, die Bundesregierung habe den Brief noch nicht erhalten, weshalb der Termin zur Veröffentlichung des Schreibens nicht eingehalten werden könne. Im unmittelbaren Anschluss daran weist der Leiter des Bonner ARD-Büros, Friedrich Nowottny, darauf hin, dass der Entführer-Brief die Forderung enthalte, »bis etwa 14 Personen« freizulassen.[33] Mit diesem nicht ungefährlichen Schritt beginnt die gezielte Steuerung des Nachrichtenflusses mit Elementen der Teil-, Falsch- und Desinformation sowie der zum Teil vollständigen Unterdrückung von Informationen. Als die Entführer in einem am Tag darauf eingehenden dritten Schreiben mit der Bemerkung reagieren, dass die Bundesregierung wohl versuche, »die militaerische loesung durchzuziehen«,[34] veröffentlicht das Bundeskriminalamt am Morgen des 8. September einen zweiten Brief und erfüllt damit erstmals eine der gestellten Forderungen.

---

29 Zit. n. Karl-Heinz Weidenhammer, Selbstmord oder Mord? Das Todesermittlungsverfahren: Baader/Ensslin/Raspe, Kiel 1988, S. 45 f.

30 Stellungnahme des Bundesjustizministers an den Vorsitzenden des 2. Senats des Bundesverfassungsgerichts i. S. Dellwo, Thimme und Ensslin; Az: 1004 E (2856) – 367/77; 1004 E (2358) – 369/77; 1004 E (2859) – 370/77.

31 Zit. n. »Wer jetzt noch von Selbstmorden in Stammheim spricht, redet einer Lüge des SPD-Staates das Wort« – Beweisanträge, Erklarungen und Plädoyers aus dem Prozeß gegen die Rechtsanwälte Arndt Müller und Armin Newerla, Stuttgart o. J., S. 163. In einem zehn Jahre nach der Schleyer-Entführung publizierten Gespräch Daniel Cohn-Bendits mit Vogel hört sich das freilich schon wieder ganz anders an: »Zunächst einmal gab es vor der Schleyer-Entführung Beweise dafür, daß Kontakte zwischen Gefangenen auch über einzelne Verteidiger gelaufen sind. Sodann haben wir beim Kontaktsperregesetz durchaus den sensiblen Punkt gesehen, daß damit vorübergehend auf Grund richterlicher Anordnung durch die Verbindung des Gefangenen mit seinem Verteidiger unterbrochen wird. Aber der Gesichtspunkt des Lebensschutzes wog schwerer. Im Falle der Entführung Schleyers hatten wir nur durch die Unterbrechung der Kommunikation die Chance, Zeit zu gewinnen.« – »Ihr wollt Menschen schützen. Wir auch.« Ein Gespräch zwischen Dany Cohn-Bendit und Hans-Jochen Vogel, in: Michael Sontheimer / Otto Kallscheuer (Hg.), Einschüsse. Besichtigung eines Frontverlaufs zehn Jahre nach dem Deutschen Herbst, West-Berlin 1987, S. 162.

32 Dok., S. 24.

33 Zit. n. Dok., S. 26.

34 Dok., S. 35.

Scanned by CamScanner

Zum selben Zeitpunkt beschließt der Große Krisenstab, ein ebenfalls von den Entführern erhaltenes Videoband, auf dem Schleyer eine Erklärung abgibt, nicht zu veröffentlichen.[35] Am selben Tag wendet sich Regierungssprecher Klaus Bölling in einem Schreiben an die Chefredakteure von Presse, Funk, Fernsehen und Agenturen, in dem er sie – »aus Gründen, die ich Ihnen nicht weiter zu erläutern brauche«[36] – darum bittet, in der Berichterstattung nichts zu tun, was die Arbeit der Sicherheitsorgane beeinträchtigen könnte. Er verweist zugleich auf eine mit dem ARD-Vorsitzenden, dem ZDF-Intendanten und den Chefredakteuren von dpa und dpd getroffene Verabredung, »Nachrichten, die tatsächlich oder dem Anschein nach von den Terroristen oder ihren Helfern stammen, erst nach Konsultationen mit der Bundesregierung« zu verwenden. Ein ähnlich lautender Appell wird noch am selben Tag vom Deutschen Presserat veröffentlicht.

Die bundesdeutschen Nachrichtenmedien halten sich die gesamte Zeit der Schleyer-Entführung über ohne Murren und nahezu ausnahmslos an die Aufforderung zur Selbstzensur. Ganz im Gegensatz zur Auslandspresse fügen sie sich dem wortreich ummäntelten Diktat und verzichten auf eine kritische Berichterstattung.[37] Indem sie sich bedenkenlos die Maximen des Kleinen und Großen Krisenstabes zu Eigen machen, dass beim Versuch, ein Menschenleben zu retten, nicht mehr die gleichen Auffassungen gelten könnten, wie sie ansonsten in einer parlamentarischen Demokratie üblich sind, büßen sie ihre Unabhängigkeit ein und werden zum integralen Bestandteil eines autoritären Staatsverständnisses.

»So brav«, schreibt fünf Jahre später Eckart Spoo, »wie große Teile der Bevölkerung damals hinter der Staatsgewalt standen, so brav wurde dieses Argument für die Nachrichtensperre aufgenommen und weiterverarbeitet, obwohl eigentlich hätte auffallen müssen, daß die Nachrichtensperre gerade zu dem Zeitpunkt wirksam wurde, als sich die fahrenden Politiker darauf verständigten, eine Erpressung des Staates nicht zuzulassen, der Staatsautorität Vorrang vor dem Leben Schleyers zu geben, also nicht primär das Ziel der Rettung des Entführten zu verfolgen.«[38]

Was sich in diesen Tagen des nicht erklärten, aber praktizierten Ausnahmezustandes nachrichtenpolitisch abspielt, das hat ein Kenner der Bonner Szene, der Journalist Gunter Hofmann, später mit folgenden Worten beschrieben: »Jeder Minister, Staatssekretär, Ministerberater oder Fachbeamte kannte nach kurzer Zeit – so funktionierte Bonn eben – seine journalistische Klientel [...] Je nachdem, wie man selber (und die Zeitung oder das Medium, das man vertrat) eingeordnet wurde, erhielt man auch Informationen [...] Zwischen dem Lagezentrum des Bundesinnenministeriums in Bonn-Tannenbusch und der FAZ, dem Hauptquartier der Befürworter eines starken Staates am Main, riß der Kontakt gar nicht mehr ab [...] In den kleinen Konferenzzimmern des Innenministeriums fanden Besprechungen mit den Fachjournalisten statt, an denen Horst Herold oder Polizeifachleute teilnahmen. Immer kleiner wurde die Schar derjenigen, die sich wirklich ›informiert‹ nennen konnten und nicht nur instrumentalisiert worden sind.«[39] Aus dieser Erinnerungsskizze geht anschaulich hervor, warum das, was die Bundesregie-

35 Der *Spiegel* schreibt dazu zehn Jahre später, der Bundeskanzler habe jedes Dokument, das beim Betrachter Gefühle hätte wecken können, unterdrückt: »Strikt verhinderte er die Fernsehübertragung eines Videobandes, das den Häftling Schleyer in Verzweiflung zeigte. Das Elend könnte den Betrachter rühren, den Kanzler aber nur bei der Wahrnehmung seiner selbstauferlegten Pflichten hindern.« *Der Spiegel* vom 31. August 1987, 41. Jg., Nr. 36, S. 108.

36 Dok., S. 236.

37 Zu welchen Merk- und Denkwürdigkeiten das mitunter führen konnte, hat die französische Zeitung *Libération* in einem Kommentar angemerkt: »Man erlebt eine seltsame Zeit. Hätte man sich vorstellen können, daß ein früherer Nazi, der Chef der deutschen Arbeitgeber geworden ist, ›Libération‹ benutzt, um sich an seine Frau zu wenden? Grund dieses Paradoxons ist die Vermittlung der Roten Armee Fraktion, die Hanns-Martin Schleyer heute seit 33 Tagen gefangenhält. Es ist das zweite Mal, daß sich die Entführer an ›Libération‹ wenden, um mit den deutschen Behörden eine Nachricht auszutauschen, ohne daß ihre Botschaft abgefangen, ganz oder teilweise in den Redaktionen der geschriebenen Presse zensiert wird, die immer noch, was diese Affäre angeht, einer direkten Zusammenarbeit mit der Regierung unterworfen ist.« Zit. n. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10. Oktober 1977.

38 Eckart Spoo, Der Deutsche Herbst aus der Sicht eines Journalisten – Die Augen zugemacht, *die tageszeitung* vom 12. Oktober 1982, S. 9.

39 Gunter Hofmann, Nr. 0288: Bonn, in: Sontheimer/Kallscheuer (Hg.), Einschüsse, S. 48f.

rung selbst als Erfordernis »ständig neuer informationspolitischer Entscheidungen«[40] bezeichnet hat, nicht einfach nur als Nachrichtensperre begriffen werden kann, sondern eher als Nachrichtenmanipulation. Bundesinnenministerium, Bundeskanzleramt und Bundeskriminalamt instrumentalisieren die Medien regelrecht, sie versuchen sich ihrer möglichst virtuos zu bedienen. Einzelne Organe werden, weil sie offenbar glauben, das Privileg zu genießen, überhaupt noch Informationen zu erhalten, zum verlängerten Arm des Polizei- und Sicherheitsapparates, insbesondere des Bundeskriminalamtes.

Als Anfang November die Deutsche Journalistenunion das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung an die Zusicherung Helmut Schmidts erinnert, er wolle der Öffentlichkeit nach überstandener Entführung alle zurückgehaltenen Informationen nachreichen, weist – so berichtet Eckart Spoo – sein Leiter, Staatssekretär Klaus Bölling, dieses Ansinnen mit der Bemerkung zurück, das »Journalistengewissen«[41] solle nicht damit beschwert werden, dem Staat in seiner Rolle als Anwalt der Gemeinschaft zu helfen.

Nachdem Gerüchte aufgetaucht sind, dass ein erster Entwurf zur offiziellen Dokumentation der Ereignisse auf Verlangen des CSU-Landesgruppenvorsitzenden Friedrich Zimmermann erheblich gekürzt und massiv verändert worden sei, teilt das Presse- und Informationsamt im Januar 1978 mit, dass die in hoher Auflage verbreitete Dokumentation erhebliche Lücken aufweise. Auf »Antrag der Bundesanwaltschaft«, heißt es, seien all jene kriminalpolizeilichen Erkenntnisse nicht aufgenommen worden, die zum Zeitpunkt der Veröffentlichung noch nicht als »prozeßsicher« hätten gelten können. Was immer das auch heißen mag – es ist die amtliche Bestätigung dafür, dass die Zusicherung des Bundeskanzlers, die Öffentlichkeit zumindest nachträglich über die Vorgänge aufklären zu wollen, nicht eingehalten worden ist.

Die Durchführung von Lauschangriffen

Es scheint zur Logik einer polizeistaatlichen Operation zu gehören, dass neben der Unterdrückung von Nachrichten auch das Mittel der illegalen Informationsbeschaffung eingesetzt wird. Das Pendant zur Nachrichtensperre ist der Lauschangriff.

Dieser Ausdruck für verschiedene Abhörtechniken, das Anbringen von »Wanzen« und das Anzapfen von Telefonleitungen, war wenige Monate zuvor durch eine Veröffentlichung des *Spiegel* in die Schlagzeilen geraten. Der am 26. Februar 1977 von dem Hamburger Nachrichtenmagazin publik gemachte Abhörfall des Atomwissenschaftlers Klaus Traube[42] führt zu einer Affäre, die schließlich Bundesinnenminister Werner Maihofer sein Amt kostet. Der Verfassungsschutz ist ohne richterliche Genehmigung in das Privathaus Traubes eingedrungen und hat dort ein Abhörgerät installiert. Der Verdacht, dass der an der Entwicklung des Schnellen Brüters in Kalkar nicht unmaßgeblich beteiligte Leiter der Interatom GmbH »politisch motivierte Gewalttäter« unterstütze, weil er Kontakt zu dem OPEC-Attentäter Hans-Joachim Klein, einem Mitglied der *Revolutionären Zellen* (RZ), habe, bestätigt sich überdies nicht. Maihofer, der die Aktion erst nachträglich gebilligt haben soll, verteidigt das illegale Vorgehen der Verfassungsschützer mehrmals als eine »einmalige Abwehrmaßnahme«, die wegen der Brisanz des Falles unbedingt geboten gewesen sei.

Doch noch bevor die Affäre ganz überstanden ist, taucht am 15. März der Verdacht eines weiteren Abhörfalles auf. Im Stammheimer Prozess beantragt der Verteidiger von Gudrun Ensslin, Otto Schily, eine Unterbrechung der Hauptverhandlung, damit der Bundesinnenminister zur Klärung der Frage vernommen werden könne, ob Gespräche zwischen den drei angeklagten RAF-Häftlingen und ihren Anwälten abgehört, aufgezeichnet und Staatsschutzbehörden zur Auswertung überlassen worden seien.[43] Der

40 Dok., S. 32.
41 Zit. n. Spoo, Der Deutsche Herbst aus der Sicht eines Journalisten.
42 Der Minister und die »Wanze«, *Der Spiegel* vom 28. Februar 1977, 31. Jg., Nr. 10, S. 19–29; Fall Maihofer: »Um Kopf und Kragen«, *Der Spiegel* vom 7. März 1977, 31. Jg., Nr. 11, S. 19–30.
43 Vgl. das Kapitel »Ein haltloser Antrag des Rechtsanwalts Schily«, in: Aust, Baader Meinhof Komplex, S. 423 f.

Scanned by CamScanner

Vertreter der Bundesanwaltschaft tritt dem mit der Bemerkung entgegen, der Antrag sei »haltlos«, Schily wolle lediglich »Kapital« aus dem Fall Traube ziehen. Nur zwei Tage später treten der baden-württembergische Innenminister Karl Schiess und sein Kabinettskollege Justizminister Traugott Bender in Stuttgart vor die Presse und bestätigen den von Schily geäußerten Verdacht. In zwei Fällen seien in Stammheim Gespräche zwischen Angeklagten und Verteidigern über einen kürzeren Zeitraum hinweg abgehört worden. Sie legitimieren die beiden Operationen wieder einmal mit dem Verweis auf den § 34 des Strafgesetzbuches, den »rechtfertigenden Notstand«. Mit diesem Auftritt ist zur Abhöraffäre Traube eine weitere hinzugekommen.

Am 12. März berät der Innenausschuss des Deutschen Bundestages über die Stammheimer Lauschangriffe. Der Bundesinnenminister überführt sich in seinem Bericht über«Angelegenheiten der inneren Sicherheit« selbst der Lüge und schildert elf solcher Abhöraktionen. Als Maihofer seine Ausführungen beendet, fordert, wie Stefan Aust berichtet, der Ausschussvorsitzende alle Mitglieder auf, ihre zu den Fällen angefertigten Notizen »dem Reißwolf« zu überantworten.[44] Einer seiner Mitarbeiter werde bei jedem Einzelnen vorbeigehen und die Aufzeichnungen einsammeln.

Trotz der innenpolitischen Probleme, die die beiden Abhöraffären für die SPD/FDP-Koalition aufwarfen, ist wohl davon auszugehen, dass dies den Bundeskanzler und seinen verantwortlichen Innenminister nicht davon abgehalten hat, unter den jeglicher öffentlichen und parlamentarischen Kontrollmöglichkeit entzogenen Bedingungen der Schleyer-Entführung einen der größten Lauschangriffe in der Geschichte dieser noch verhältnismäßig jungen Republik in Szene zu setzen. Der *Spiegel* schreibt später, »im großen Stil« seien Telefone abgehört oder »Wanzen« eingebaut worden.[45] Die Staatsschutzorgane hätten die Möglichkeit gehabt, sämtliche aus Kölner Telefonhäuschen geführten Gespräche und die unter Bedingungen der Kontaktsperre völlig isoliert einsitzenden RAF-Häftlinge abzuhören. Der Einfluss der Bonner Krisenstäbe reichte danach so weit, die niederländische und die Schweizer Regierung dazu zu bringen, die Telefonleitungen von Anwaltskanzleien anzuzapfen. Die Gespräche des als Vermittler fungierenden Genfer Advokaten Denis Payot seien sogar bis zur zentralen Einsatzleitung nach Bad Godesberg durchgeschaltet worden und hätten dort von BKA-Präsident Horst Herold »live« mitverfolgt werden können. Auch Ärzte und Anwälte, die als »Sympathisanten« verdächtig sind, werden abgehört, weil sich die Behörden davon versprechen, auf diesem Wege eine mögliche Anlaufstelle der Entführer ausfindig zu machen. Eines der Opfer eines derartigen Lauschangriffs ist der Rechtsanwalt, der die zweite Abhöraffäre in Gang gebracht hat, der spätere Bundesinnenminister Otto Schily.

»Der Verfassungsbruch«, schreibt der *Spiegel* ein Jahrzehnt später, »war so eklatant, daß der damalige Chef des Kölner Bundesamtes für Verfassungsschutz, Richard Meier, die Telefonkontrolle ablehnte. Aber sein Minister Werner Maihofer bestand darauf.«[46] Ohne erkennbare Skrupel unterzeichnet er alle ihm vorgelegten Abhöranträge und verkündet selbstbewusst, er übernehme dafür die Verantwortung. Die Legalität der Maßnahmen scheint dem Politiker, der von Beruf Professor der Rechte ist, in diesem Fall offenbar eine Quantité négligeable zu sein. Sein Büroleiter erinnert sich später laut *Spiegel*: »Nachdenken wurde damals nicht überstrapaziert, entweder gab es eine Rechtsgrundlage, oder man nahm den Paragraphen 34 …«[47] Eine Aussage, die ein bezeichnendes Licht auf den im Strafgesetzbuch niedergelegten Gedanken des übergesetzlichen Notstands wirft.

Da ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zwingend vorschreibt, hoheitliche Eingriffe in die Freiheitsrechte des Bürgers, die auf dem Wege von Geheimoperationen durchgeführt worden sind, nachträglich offenzulegen,[48] unternimmt Maihofers Amtsnachfolger Gerhart Baum (FDP) 1982 den Ver-

44 Ebenda, S. 429.
45 *Der Spiegel* vom 31. August 1987, 41. Jg., Nr. 36, , S. 111.
46 Ebenda.
47 Ebenda.
48 Dieser Gesetzesvorbehalt ergibt sich aus Art. 20 Abs. 3 des Grundgesetzes: »Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.«

such, die Opfer der Abhöraktionen festzustellen und zu benachrichtigen. Er stößt dabei auf erheblichen Widerstand der ihm unterstellten Beamten. Unter allen nur denkbaren Vorwänden wird der Vorstoß des Bundesinnenministers blockiert, auf dem Wege der Betroffenen-Benachrichtigung zumindest einen Hauch an Rechtsstaatlichkeit wiederherzustellen. Eine in ihrer immanenten Logik besonders zwingende Begründung lautet: Da im Herbst 1977 ohne Rechtsgrundlage abgehört wurde, seien die Behörden auch nicht im Nachhinein an ihre gesetzliche Verpflichtung gebunden, die Opfer der geheimen Lauschoperationen zu informieren.

Diesen impliziten Grundsatz wiederum scheint sich Baum-Nachfolger Friedrich Zimmermann zu Eigen gemacht zu haben. Als er im Oktober 1982 das Bundesinnenministerium übernimmt, weigert er sich ebenfalls, der Benachrichtigungspflicht nachzukommen. Nach Rücksprache des zuständigen Geheimausschusses mit dem gerade gestürzten Helmut Schmidt einigen sich die darin vertretenen Abgeordneten der vier Parteien und bestätigen das Verhalten des ehemaligen CSU-Landesgruppenvorsitzenden. Damit ist der Verfassungsbruch der alten Regierung durch einen der neuen geregelt worden – diesmal mit tatkräftiger Unterstützung von Parlamentariern.

Der »Rechtsgedanke des rechtfertigenden Notstandes«

Was Helmut Schmidt als »schwerste Krise des Rechtsstaats seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland« bezeichnet hat, das ist am 19. Oktober mit der Auffindung des Leichnams des von der RAF ermordeten Hanns-Martin Schleyer und der umgehenden Auslösung der »Öffentlichkeitsfahndung« durch den Bundesinnenminister beendet. Zwar konnte durch massive Unterstützung der US-amerikanischen und der britischen Regierung sowie glückliche Umstände die Befreiung der Flugzeuggeiseln erreicht werden, jedoch nicht die Verwirklichung auch nur eines der von Schmidt in der Nacht vom 6. auf den 7. September deklarierten Ziele. Schleyer ist tot, die Entführer sind nicht gefasst und drei der elf RAF-Gefangenen, deren Freilassung vor allem verhindert werden sollte, sind ebenfalls tot. Gleichwohl ist das Hauptziel, die Durchsetzung der Staatsräson, erreicht.

Als der Bundeskanzler am Morgen des 20. Oktober vor den Abgeordneten des Bundestages eine Regierungserklärung abgibt, versucht er das Vorgehen der letzten 44 Tage noch einmal zu rechtfertigen. Dabei hebt er die parteiübergreifende Zusammenarbeit besonders hervor und bemerkt, dass »die vollständige Übereinstimmung zwischen Regierung und Opposition im Handeln und in der Verantwortung« natürlich nicht die Regel sein könne. Wörtlich fährt er fort: »Sie ist vielmehr die Ausnahme, in der sich politische Vielfalt in Situationen der Not als Einheit bewährt.«[49] Ansonsten müsse »der fruchtbare Gegensatz«, »die Kontroverse« als »Wesenskern der parlamentarischen Demokratie«, weiter fortbestehen.

Was hier in Festtagsrhetorik daherkommt, das enthält doch noch das entscheidende Stichwort, mit dem die Situation zwar definiert wurde, das aber niemand rechtswirksam explizieren wollte: den Ausnahmezustand, die Berufung auf den übergesetzlichen Notstand.

Entscheidend ist in diesem Zusammenhang der mehrmals erwähnte § 34 des Strafgesetzbuches, der darin kodifizierte »Rechtsgedanke des rechtfertigenden Notstandes«. Dieser Paragraph hat Schlüsselcharakter für die gesamte Periode des nicht verkündeten, aber praktizierten Ausnahmezustandes. Er wurde erstmals am 7. September vom Bundesjustizminister zur Rechtfertigung der zu diesem Zeitpunkt bereits angelaufenen Kontaktsperre ins Spiel gebracht. Seine Inanspruchnahme hatte jedoch keineswegs die Funktion erfüllt, die sich Schmidt, Vogel und die Krisenstäbe davon offenbar versprachen. Einige Richter, darunter der höchste Haftrichter der Bundesrepublik, Ermittlungsrichter Hermann Kuhn vom Bundesgerichtshof, waren keineswegs willens gewesen, damit den § 148 der Strafprozessordnung, die Gewährleistung der freien Verteidigung, zu übergehen. Zwar beschwerte sich Kuhn etwa, dass er seine haftrichterliche Verfügung gegen die der Exekutive unterstehenden Justizvollzugsanstalten nicht durchsetzen könne,[50] doch entstand in der Folge eine sol-

49 Dok., S. 360.
50 Rainer Elfferding (Hg.), Dokumente zur Kontaktsperre, West-Berlin 1977, S. 8 f.

Scanned by CamScanner

che Rechtsunsicherheit, dass die Justizminister der Länder auf Klärung drängten. Ihre Weigerung, den Anwälten Zugang zu ihren Mandanten zu gewähren, war zwar die Befolgung einer Anordnung des Bundesjustizministers, zugleich jedoch ein klarer Rechtsbruch. Die Judikative ließ sich – wie das Beispiel des BGH-Richters zeigt – nicht, jedenfalls nicht vollständig, zum verlängerten Arm der Exekutive machen.

Der § 34, den der frühere SPD-Bundestagsabgeordnete Adolf Arndt einmal als »Tarnwort für Verfassungsbruch«[51] bezeichnet hat, war etwa für den Schwangerschaftsabbruch in einer übergesetzlichen Notstandssituation gedacht.[52] Mit der Berufung auf den »rechtfertigenden Notstand« wurden Gesetzesübertretungen legalisiert, wenn dadurch vermeintlich höhere Rechtsgüter geschützt werden konnten. Der in diesem Rechtsgedanken angelegte Widerspruch kippt also nur dann nicht zur offenen Paradoxie, dem rechtsförmigen Rechtsbruch, um, wenn die Beachtung einer Prioritätensetzung von Rechtsgütern mit ihm verbunden wird. Fast alle Juristen sind sich darin einig, dass nur der einzelne Bürger, nicht aber der Staat sich auf diesen Paragraphen berufen könne. Wenn der Staat sich aber dennoch zu diesem Schritt entschließt, dann sei damit – wie es der Verfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde einmal formuliert hat – eine »offene Generalermächtigung«[53] für Ausnahmesituationen verbunden. Und genau das ist geschehen.

Wenn der Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel argumentierte, dass »das in der Strafprozeßordnung gesicherte Recht jedes Beschuldigten auf freien Verkehr mit dem Verteidiger hinter die Maßnahmen der Behörden zur Rettung von Leben zurückzutreten«[54] habe, dann wurde damit zwar formal der Grundgedanke der Abwägung von Rechtsgütern reproduziert, faktisch jedoch das Grundrecht von Einzelnen dem Interesse des Staates geopfert. Denn entgegen allen Deklarationen lag die Priorität im Handeln des Bundeskanzlers und der von ihm geschaffenen Krisenstäbe nicht in der Rettung Schleyers, sondern in der Durchsetzung der Staatsräson, der selbst in der Dokumentation des Bundespresseamts schonungslos artikulierten Absicht, »die Handlungsfähigkeit des Staates und das Vertrauen in ihn im In- und Ausland nicht zu gefährden«.[55] Dies aber bedeutete, den aus der Perspektive des einzelnen Bürgers in Anspruch genommenen »Rechtsgedanken des rechtfertigenden Notstandes« zu pervertieren, ihn in sein genaues Gegenteil zu verkehren und den Einzelnen, in diesem Fall Hanns-Martin Schleyer, auf dem Altar des Staates zu opfern.

Wie auch die Inanspruchnahme des § 34 zur Rechtfertigung der illegalen Abhörpraxis zeigt, ist der in ihm niedergelegte Rechtsgedanke umfunktioniert worden zu einem Instrument staatlichen Handelns gegen die verfassungsmäßig garantierten Rechte der einzelnen Bürger. Er wurde benutzt als Allzweckwaffe für Operationen, die mit dem Grundgesetz nicht zu vereinbaren waren. In der Hand einer unkontrollierbar gewordenen Exekutive diente er als juristische Panzerfaust.

Ein Dreivierteljahr nach den Ereignissen des Deutschen Herbstes erklärt Helmut Schmidt im Bundestag: »Ich glaube, daß wir bis an die Grenze des Rechtsstaats gegangen sind. Der Hinweis auf die Inanspruchnahme des § 34 des Strafgesetzbuches mag hier heute morgen ausreichen. Die Juristen unter Ihnen wissen, daß wir da bis an die Grenzen gegangen sind. Aber wir haben sie nicht übertreten.«[56] Welche Funktion diese Äußerung auch immer erfüllen soll, sie deckt sich ganz gewiss nicht mit dem, was der Bundeskanzler aus verfassungsrechtlicher Perspektive später über sein eigenes Handeln erklärt hat.

Am 15. Januar 1979 äußert sich Helmut Schmidt in

---

51 »Der angeblich überverfassungsgesetzliche Staatsnotstand als Schein der Rechtfertigung ist nur ein Tarnwort für Verfassungsbruch.« Adolf Arndt, Der Rechtsstaat und sein polizeilicher Verfassungsschutz, in: *Neue Juristische Wochenschrift* vom 18. Mai 1961, 14. Jg., Heft 20, S. 897–944, S. 900.

52 Vgl. Heribert Ostendorf, § 34 StGB – der neue Notstandsartikel des Grundgesetzes, in: *Recht und Politik*, 14. Jg., 1978, S. 137–140.

53 Ernst-Wolfgang Böckenförde, Der verdrängte Ausnahmezustand. Zum Handeln der Staatsgewalt in außergewöhnlichen Lagen, in: *Neue Juristische Wochenschrift*, September 1978, 31. Jg., Heft 38, S. 1881–1889, 1883.

54 Dok., S. 240.

55 Dok., S. 28.

56 Verhandlungen des Deutschen Bundestags, Stenographische Berichte, 8. Wahlperiode, Bd. 102, Bonn 1977, S. 7770.

einem *Spiegel*-Interview zur Geiselbefreiung von Mogadischu: »Ich kann nur nachträglich den deutschen Juristen danken, daß sie das alles nicht verfassungsrechtlich untersucht haben.«[57] Dieser inzwischen oft zitierte Satz kann aber nur dann richtig verstanden werden, wenn auch sein Gesamtzusammenhang deutlich wird. Es geht in diesem Gesprächsteil nicht allein um die Schleyer-Entführung, sondern um das, was Schmidt auf eine Nachfrage hin allgemein als »Notstandssituation« bezeichnet. Seine erste diesbezügliche Erfahrung, in seiner Rolle als Hamburger Innensenator während der Flutkatastrophe vom Februar 1962, beschreibt er so: »Wir haben damals das Grundgesetz und die Hamburgische Verfassung und andere Gesetze übertreten, wissentlich und willentlich.«[58] Warum sollte es im Herbst 1977 anders gewesen sein?

Zehn Jahre später

Die Schleyer-Entführung war vermutlich die größte innenpolitische Herausforderung, die die alte Bundesrepublik erlebt hat. Sie war jedoch zugleich auch eine Sonde, mit der die Belastbarkeit und Stabilität der zweiten deutschen Republik ausgelotet worden ist. Die im Herbst 1977 durchlebte Krise war eine Art Lackmustest der parlamentarischen Demokratie. Die RAF ist in diesem Zusammenhang – wie das der Rechtswissenschaftler Ulrich K. Preuß einmal ausgedrückt hat[59] – der Seismograf und nicht das Erdbeben gewesen, für das sie sich irrtümlicherweise hielt.

Während des 44 Tage dauernden Ausnahmezustandes wurde schmerzhaft deutlich, wo die Bundesrepublik im Zweifelsfall stand: mit einem Bein in einem autoritären Regime, das sich nur dadurch von einer Diktatur unterschied, dass es von einer fraktionsübergreifenden Exekutive getragen wurde. Mag das in dieser Deutlichkeit auch seitens der opponierenden Abweichler im Bundestag niemand zum Ausdruck gebracht haben, so hat die Fraktion der Grünen zehn Jahre später die Ansicht vertreten, dass die Bundesrepublik den damaligen Test »auf die Haltbarkeit der demokratischen Errungenschaften« ganz »eindeutig nicht bestanden« habe. Das Ausmaß der tatsächlichen Bedrohung sei von den damals politisch Verantwortlichen – namentlich genannt werden Bundeskanzler Helmut Schmidt und Oppositionsführer Helmut Kohl – »vollkommen überschätzt« worden. Die Grünen-Fraktion nahm einen Jahrestag zum Anlass, um auf einer Fraktionssitzung nach den »offenen Fragen« und den »politischen Lehren« aus dem Deutschen Herbst zu fragen.[60] Der 13. Oktober 1987 war der Tag, an dem sich die Entführung der Lufthansa-Maschine »Landshut« von Palma de Mallorca nach Mogadischu zum zehnten Mal jährte.

Mit den Abwehrmaßnahmen, die von der Bundesregierung unter dem Eindruck einer kollektiven Hysterie getroffen worden wären, seien rechtsstaatliche Errungenschaften, die nach der Erfahrung mit der Bedrohung individueller Freiheitsrechte durch den totalitären Staatsapparat des Nationalsozialismus eingeführt worden waren, wieder suspendiert worden. Explizit genannt werden: die Einschränkung der Verteidigerrechte, die Verabschiedung des Kontaktsperregesetzes, das Versagen der parlamentarischen Kontrollmechanismen, die Einschränkung der Pressefreiheit und die Ergreifung illegaler Abhörmaßnahmen.

In der Einleitung der von den Grünen vorgetragenen Großen Anfrage heißt es zu den staatlichen Reaktionen auf die Entführung Hanns-Martin Schleyers: »Der Große Krisenstab unter der persönlichen Leitung des damaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt beschäftigte sich in Permanenz mit diesem Konflikt und fällte Entscheidungen, die weder durch die geltenden Gesetze noch durch die Verfassung gedeckt waren. Die Organe der Sicherheitsbehörden wurden aufgebläht und bekamen nie gekannte Vollmachten,

57 »Leistung liegt im Deutschen drin« – Interview mit Bundeskanzler Helmut Schmidt, *Der Spiegel* vom 15. Januar 1979, 33. Jg., Nr. 3, S. 42.

58 Ebenda.

59 Rechtsstaat auf Stammtischniveau. Ein Gespräch mit Ulrich K. Preuß, in: Klaus Hartung u. a., Der blinde Fleck. Die Linke, die RAF und der Staat, Frankfurt am Main 1987, S. 71.

60 Die Grünen im Bundestag, Arbeitskreis Recht und Gesellschaft (Hg.), Ende der bleiernen Zeit? Versuch eines Dialogs zwischen Gesellschaft und RAF, Bonn 1989.

Scanned by CamScanner

auch in ihrer Einwirkung auf politische Entscheidungen. Rechtsstaatliche Prinzipien wurden außer Kraft gesetzt, das Parlament als Kontrollinstrument der Exekutive wurde entmachtet. Für die ›vierte Gewalt‹, die Presse, wurde eine weitgehende Informationssperre verordnet.«[61]

An den Antworten der von Kanzler Helmut Kohl geführten Bundesregierung, die nicht müde wird, die »besonnene und entschlossene Reaktion« des Krisenstabes sowie der Regierung seines Amtsvorgängers zu betonen, die im Übrigen allen rechtlichen Prüfungen standgehalten habe, ist bemerkenswert, dass die Möglichkeit einer Berufung auf den § 34 StGB hier noch einmal ausdrücklich eingeräumt wird: »Ein Rückgriff auf den Rechtsgedanken des rechtfertigenden Notstands kann jedoch ausnahmsweise dann in Betracht kommen, wenn der hoheitliche Eingriff in einer außergewöhnlichen, nicht vorhersehbaren und daher auch nicht im voraus regelbaren Situation zum Schutz höchster Rechtsgüter geboten ist.«[62] Ein derartiger Rückgriff scheide allerdings in Fragen eines Schutzes »geringwertigerer Rechtsgüter« aus.

Im Gegensatz dazu wird die Ergreifung staatlicher Maßnahmen zu einer Einschränkung der Presse-, Informations- und Meinungsfreiheit ausdrücklich abgestritten. Eingeräumt wird lediglich, dass es während der Schleyer-Entführung »eine informationspolitische Selbstbeschränkung« gegeben habe, die mit den Medien »einvernehmlich« hergestellt worden sei. Und zu den in diesem Zeitraum wahrscheinlich ergriffenen Abhörmaßnahmen heißt es: »Die Fragen betreffen ein geheimhaltungsbedürftiges Verfahren, zu dem die Bundesregierung nicht öffentlich Stellung nehmen kann.«[63] Es ist ganz so, als würde sich die Bundesregierung in einer Angelegenheit, die mit dem Schutz der individuellen Persönlichkeitsrechte ein im Grundgesetz verankertes Grundrecht betrifft, auf eine Art Aussageverweigerungsrecht berufen wollen. Auf die konkret zugespitzte Frage, ob eine Pressedarstellung zutreffend sei, der zufolge der Bundesnachrichtendienst während der Kontaktsperre im Hochsicherheitstrakt des Stammheimer Gefängnisses zur Überwachung aller Gespräche der dort einsitzenden RAF-Gefangenen Abhörgeräte eingebaut habe, heißt es im Kern bestätigend: »Der BND hat auf Ersuchen der zuständigen Landesbehörden von Baden-Württemberg technische Unterstützung für Amtshandlungen im Verantwortungsbereich dieser Behörde geleistet.«[64] Zur Einschränkung dieser besonderen Form der Amtshilfe wird hinzugefügt, dass der BND auf die Durchführung der Amtshandlungen »keinen Einfluß« gehabt habe.

Die Große Anfrage der Grünen ist von ihren beiden Abgeordneten Antje Vollmer und Christa Nickels vorgebracht worden. Von Vollmer geht zur selben Zeit auch eine gemeinsam mit dem Schriftsteller Martin Walser und dem Tübinger Theologen Ernst Käsemann getragene Initiative zu einem Dialog zwischen Staat und RAF aus. Mit einem von ihnen verfassten Brief wenden sie sich an Generalbundesanwalt Rebmann, Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) und alle noch einsitzenden RAF-Gefangenen mit der Bitte, Möglichkeiten zu einer politischen Lösung des Konflikts zu bedenken und auszuloten.[65]

Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass sich die promovierte Theologin, die in der Studentenbewegung und zeitweilig auch in der maoistischen *Liga gegen den Imperialismus* aktiv war, kurz darauf in einem Zeitungsartikel stellvertretend für die gesamte 68er-Bewegung zu einer Mitschuld an der gefährlichen Situation während der Schleyer-Entführung bekennt: »Wir 68er aber waren verstrickt, auch schuldhaft und

61 Große Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Vollmer, Frau Nickels und der Fraktion DIE GRÜNEN, 11. Wahlperiode, Teil I: Drucksache 11/1533, Teil II: 11/1534, beide vom 11. Dezember 1987. Hier zit. n. Zehn Jahre danach – Offene Fragen und politische Lehren aus dem »Deutschen Herbst«. Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Grünen, in: Die Grünen im Bundestag, Arbeitskreis Recht und Gesellschaft (Hg.), Ende der bleiernen Zeit?, S. 77.

62 Antwort der Bundesregierung, 11. Wahlperiode, Teil I: Drucksache 11/3324, Teil II: Drucksache 11/3325, 17. November 1988, beantwortet namens der Bundesregierung durch den Bundesminister des Innern mit Schreiben vom 17. November 1988, P I 2/IS 3/626 014/134. Hier zit. n. Die Grünen im Bundestag, Arbeitskreis Recht und Gesellschaft (Hg.), Ende der bleiernen Zeit?, S. 92.

63 Ebenda, S. 96.

64 Ebenda, S. 111.

65 Ernst Käsemann / Antje Vollmer / Martin Walser, Vorschlag zur Eröffnung eines gesellschaftlichen Dialogs, in: Die Grünen im Bundestag, Arbeitskreis Recht und Gesellschaft (Hg.), Ende der bleiernen Zeit?, S. 27–29.

selbstzerstörerisch-schmerzlich. In den Schuhen unserer Väter wollten wir nicht gehen, sie brannten uns wie glühende Kohlen an den Füßen – aus Entsetzen über ihre Taten und aus Scham über ihr Nichtstun. Das ergab einen fatalen kategorischen Imperativ. Die RAF-Leute haben nur getan, was in vielen von unseren Köpfen als notwendige Radikalisierung während des Vietnamkriegs gedacht worden ist.«[66] Mit diesem Eingeständnis machte sie deutlich, dass eine Auseinandersetzung um den Deutschen Herbst und dessen Folgen einseitig bleiben muss, solange sie neben den verfassungsrechtlich bedenklichen Elementen staatlichen Handelns nicht auch die Wechselbeziehungen zur radikalen Linken[67] und deren nicht nur projektiven Konnex mit dem Terrorismus der RAF thematisiert.

66 Antje Vollmer, Wir sind verstrickt, auch schuldhaft, *Die Zeit* vom 16. Oktober 1987, 42. Jg., Nr. 43, S. 15.

67 Vgl. Susanne Stöffel, Die Wechselwirkung von Terrorismus und innerer Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland der 70er Jahre. Juristische, politische und gesellschaftliche Rezeption des Terrorismus der Roten Armee Fraktion und der staatlichen Terrorismusbekämpfung, Magisterarbeit im Fachbereich Neuere Geschichte der Fakultät für Philosophie und Geschichte an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen, Juni 2002.

Scanned by CamScanner

Carsten Polzin

Kein Austausch!
Die verfassungsrechtliche Dimension der Schleyer-Entscheidung

Am 16. Oktober 1977 sahen sich sechs Verfassungsrichter in Karlsruhe ihrer wohl schwierigsten Entscheidung gegenüber: Sie wussten, dass von ihrem Urteil das Leben eines Menschen abhing. Einen Monat zuvor war Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer von einem RAF-Kommando entführt worden, das die Freilassung von elf inhaftierten Terroristen forderte. Die Bundesregierung unter Helmut Schmidt verweigerte den Austausch. Der Sohn des Entführten, Eberhard Schleyer, sah eine letzte Möglichkeit, den Staat zur Freilassung der Gefangenen zu bewegen, im Gang vor das Bundesverfassungsgericht. Als die Richter berieten, lief das letzte Ultimatum der RAF. Sie lehnten es dennoch ab, den Austausch anzuordnen. Zwei Tage später wurde Hanns-Martin Schleyer ermordet aufgefunden.

Über einen Zeitraum von fast dreißig Jahren ist die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts weder in der Rechtswissenschaft noch in der Öffentlichkeit wirklich hinterfragt worden. Dabei war die verfassungsrechtliche Lage keineswegs so eindeutig, wie es das Urteil des Gerichts glauben machen will. Vielleicht hätte das Grundgesetz eine andere Entscheidung ermöglicht – oder hätte es sie gar bedingt, so dass sich auch künftige Entführungsfälle daran messen lassen müssen? Dieser Frage nachzugehen ist angesichts der sich in jüngster Zeit häufenden Entführungsfälle auf internationaler Ebene[1] wichtiger denn je. Es scheint nur eine Frage der Zeit, bis die deutsche Regierung ein weiteres Mal vor die Entscheidung gestellt wird: Wiegt das Wohl des Staates schwerer als das Leben der Geisel?

Die Entführung Hanns-Martin Schleyers

Die Vorgeschichte beginnt bereits im Jahr 1975: Am Morgen des 27. Februar entführt die *Bewegung 2. Juni* den Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz. Die Täter wollen damit ihre inhaftierten »Genossen« (darunter die RAF-Angehörigen Verena Becker und Horst Mahler) freipressen. Die Bundesregierung gibt den Forderungen der Entführer nach. Die Gefangenen dürfen nach Aden ausfliegen, jedem Freigelassenen werden überdies 20 000 DM mitgegeben. Damit wird die Entführung hochrangiger politischer Persönlichkeiten zum Kampfmittel der Terroristen. Die Weichen für neue Entführungen mit der Hoffnung auf Freipressung weiterer Gefangener sind gestellt.

Am 5. September 1977 entschließt sich das RAF-Kommando »Siegfried Hausner« zu einem vergleichbaren Schritt: In Köln wird Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer entführt. Gegen 17.25 Uhr stoppt ein quer stehender Mercedes Schleyers Fahrzeug in der Vincenz-Statz-Straße. Die Täter sind vermutlich Stefan Wisniewski, Peter-Jürgen Boock, Willy-Peter Stoll und Sieglinde Hofmann, eindeutig

1 Vgl. Berlin appelliert an die Entführer einer Deutschen im Irak, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 30. November 2005 zur Entführung Susanne Osthoffs; Manila droht Entführern mit Militäreinsatz, *Frankfurter Rundschau* vom 6. Juni 2000 zum Entführungsfall Wallert.

geklärt ist dies bis heute jedoch nicht.[2] Sie haben zuvor an der Straßeneinmündung in Deckung gestanden bzw. sich als Ehepaar mit Kinderwagen auf dem Bürgersteig getarnt. Jetzt stürmen sie auf die Straße und erschießen Schleyers Fahrer sowie die drei Polizisten, die sich als Begleitschutz in einem zweiten Fahrzeug befinden. Schleyer wird in eine konspirative Wohnung in Erftstadt-Liblar verschleppt.

Bereits am nächsten Tag gehen der Bundesregierung die Forderungen der Entführer zu. Elf RAF-Gefangene, darunter Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe, sollen freigelassen werden und anschließend, die Lorenz-Entführung dient als Vorbild, in ein Land ihrer Wahl ausreisen dürfen.

Die unter Bundeskanzler Helmut Schmidt eingesetzten Beratungsgremien sind sich diesmal jedoch einig: kein neuer Fall Lorenz, stattdessen die Verweigerung eines Austauschs. Schleyer soll lebend befreit und die Entführer ergriffen werden.

Brauchbare Fahndungsergebnisse erzielt man jedoch nicht. Bis zum 13. Oktober – Schleyer ist vom Kommando »Siegfried Hausner« inzwischen nach Den Haag und dann nach Brüssel gebracht worden – kommt es zu keinem Austausch der Gefangenen.

Am 13. Oktober 1977 bekommt die RAF Schützenhilfe. Ein Kommando der *Volksfront für die Befreiung Palästinas* (PFLP) entführt die mit 86 Passagieren und fünf Besatzungsmitgliedern besetzte Lufthansa-Maschine »Landshut«.

Schnell stellt sich heraus, dass sich die Palästinenser mit dem Kommando »Siegfried Hausner« solidarisiert haben. Sie fordern die Freilassung der RAF-Terroristen und zweier Palästinenser aus einem Gefängnis in Istanbul sowie die Zahlung von 15 Millionen US-Dollar. Der Druck auf die Bundesregierung erhöht sich dramatisch.[3] Sie bleibt jedoch hart. Statt der Freilassung der Gefangenen wird auf eine »notfalls gewaltsame Befreiung der Geiseln in der entführten Lufthansa-Maschine« hingearbeitet.[4]

Indes befallen Schleyers Entführer Zweifel am Erfolg ihres Vorhabens. Sie treten in direkten Kontakt mit dessen Sohn Eberhard Schleyer und verabreden mit ihm eine Übergabe von 15 Millionen Dollar Lösegeld auf dem Flughafen Frankfurt/Main. Die Regierung kann einen solchen Handel nicht zulassen. BKA-Präsident Horst Herold gibt den Übergabetermin an die Presse weiter und lässt ihn damit scheitern.[5]

Das Kommando »Siegfried Hausner« ist nun entschlossen, Ernst zu machen. Es stellt ein letztes Ultimatum für Sonntag, den 16. Oktober 1977, 9.00 Uhr MEZ.

Eberhard Schleyer gibt die Rettung seines Vaters nach der gescheiterten Geldübergabe nicht auf. Er versucht nun, sie auf rechtlichem Wege zu erreichen. Am Samstag, dem 15. Oktober 1977, rufen seine Rechtsanwälte das Bundesverfassungsgericht an und wenden sich gegen die Bundesregierung sowie die beteiligten Landesregierungen, die als Träger der Verwaltungshoheit für eine Freilassung der Inhaftierten zuständig wären.

Der besonderen Dringlichkeit wegen, schreiben die Vertreter Schleyers, müsse ohne mündliche

2 So Klaus Pflieger, Die Aktion Spindy, Baden-Baden 1997, S. 26 ff.; anders Michael Müller / Andreas Kanonenberg, Die RAF-Stasi-Connection, Berlin 1992, S. 26, die Klar, Mohnhaupt, Wisniewski, Boock und Hofmann anführen. Auch in der Dokumentation der Bundesregierung werden »fünf Personen« als Täter angenommen, vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.), Dokumentation zu den Ereignissen und Entscheidungen im Zusammenhang mit der Entführung Hanns-Martin Schleyers, Bonn 1977, S. 8. Dies widerspricht den Angaben Boocks, es habe sich um »ein vierköpfiges Kommando« gehandelt, vgl. Tobias Wunschik, Baader-Meinhofs Kinder, Opladen 1997, S. 257. Frei von Mutmaßungen schließlich Butz Peters, RAF. Terrorismus in Deutschland, München 1993, S. 276: »Wer im einzelnen was bei der Entführung und den Morden getan hat, ist in weiten Teilen ungeklärt. Die Täter schweigen eisern.« Näheres dazu insgesamt: Carsten Polzin, Das Bundesverfassungsgericht im Deutschen Herbst, Neubiberg 2001, S. 14 ff.

3 Vgl. Stefan Wisniewskis Äußerungen: »Wir sind davon ausgegangen, daß die Bundesregierung durch die Flugzeugentführung die Gelegenheit bekam zu sagen: O. K., wir sind hart geblieben bei Schleyer, aber jetzt können wir nicht mehr, jetzt müssen wir austauschen«, und: »Wir haben gedacht, daß sie [die Insassen des Flugzeugs] sehr, sehr wahrscheinlich ausgetauscht werden«, in: Stefan Wisniewski, »Wir waren so unheimlich konsequent …« Ein Gespräch zur Geschichte der RAF mit Stefan Wisniewski, Berlin 1997, S. 48 f.

4 So das Ergebnis des Großen Politischen Beratungskreises in der Sitzung am 15. Oktober 1977, vgl. Dokumentation der Bundesregierung, ebenda, S. 100.

5 Vgl. Pflieger, Aktion Spindy, S. 92.

Scanned by CamScanner

Verhandlung die folgende einstweilige Anordnung erlassen werden: »Die Antragsgegner sind gehalten, den Forderungen der Entführer des Dr. Hanns-Martin Schleyer auf Freilassung und Gewährung freier Ausreise aus der Bundesrepublik Deutschland von namentlich von den Entführern benannten Häftlingen als unabdingbare Voraussetzung zur Abwendung gegenwärtiger drohender Gefahr für das Leben des Antragstellers stattzugeben.«[6]

Nach Eingang des Antrags leitet das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) ihn an das Bundeskanzleramt und das Bundesjustizministerium weiter. Ministerialdirektor Kai Bahlmann nimmt in Vertretung des Staatssekretärs noch am selben Tag dazu Stellung.

Während Bahlmann seine Stellungnahme ausarbeitet, herrscht beim BVerfG ein Zuständigkeitsstreit. Ein gemeinsamer Richterausschuss berät, welcher der beiden Senate, die sich bestimmte rechtliche Angelegenheiten aufteilen, für Schleyers Antrag zuständig sei. Erst gegen 18.00 Uhr fällt die Entscheidung, dass der Erste Senat zu entscheiden habe.

Es wird beschlossen, nichtöffentlich mündlich zu verhandeln, eine seltene Praxis im verfassungsgerichtlichen Prozess, die zuletzt 1973 beim Verfahren über den Grundlagenvertrag angewandt worden ist. Die mündliche Verhandlung beginnt um 21.30 Uhr und endet gegen 24.00 Uhr. Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel trägt die Auffassung der Bundesregierung und des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Es wird ein banges Warten. Gegen 4.00 Uhr teilt der Direktor des Bundesverfassungsgerichts Karl Georg Zierlein den Journalisten mit, dass sich die Verkündung noch bis 5.30 Uhr hinauszögere. Um 5.45 Uhr schließlich, dreieinviertel Stunden vor Ablauf des letzten Ultimatums der Schleyer-Entführer, wird das Urteil verkündet. Die Schlussfolgerung lautet: »Der Erlaß einer einstweiligen Anordnung wird abgelehnt.«[7]

Inzwischen fliegt die »Landshut« weiter nach Mogadischu/Somalia. Nach Einbruch der Dunkelheit trifft dort am 17. Oktober ein Einsatzkommando der GSG 9 auf dem Flughafengelände ein. Die Maschine wird kurz nach Mitternacht gestürmt, wobei alle Geiseln lebend befreit und drei Terroristen erschossen werden. Hanns-Martin Schleyer verbleibt nach über 40 Tagen weiterhin in der Hand seiner Entführer.

Am Morgen des 18. Oktober 1977 findet man Jan-Carl Raspe, Andreas Baader und Gudrun Ensslin tot in ihren Zellen in der JVA Stuttgart-Stammheim. Irmgard Möller wird mit schweren Stichverletzungen, die vermutlich von einem Besteckmesser herrühren, ins Krankenhaus eingeliefert. Raspe und Baader haben sich offenbar selbst erschossen, Ensslin selbst erhängt.[8] Die »Suicide Action«[9] der RAF-Häftlinge setzt sich knapp einen Monat später mit dem Tod Ingrid Schuberts in der JVA München-Stadelheim fort.

Der Tod ihrer Genossen beeindruckt die Schleyer-Entführer sehr. Sie greifen zu der aus ihrer Sicht letztmöglichen Konsequenz. Am 19. Oktober geht folgende Erklärung des Kommandos »Siegfried Hausner« bei der dpa ein:

»wir haben nach 43 Tagen hanns-martin schleyers klägliche und korrupte existenz beendet. herr schmidt, der in seinem machtkalkül von anfang an mit schleyers tod spekulierte, kann ihn in der rue charles peguy in muhlhouse in einem grünen audi 100 mit bad homburger kennzeichen abholen. für unseren schmerz und unsere wut über die massaker von mogadischu und stammheim ist sein tod bedeutungslos. andreas, gudrun, jan, irmgard und uns überrascht die faschistische dramaturgie der imperialisten zur vernichtung der befreiungsbewegungen nicht. wir werden schmidt und der daran beteiligten allianz diese blutbäder nie vergessen.

der kampf hat erst begonnen.

freiheit durch bewaffneten antiimperialistischen kampf.«[10]

---

6 Vgl. Dokumentation der Bundesregierung, Anlage 16/1.

7 BVerfGE 46, 160 (160).

8 So Peters, RAF, S. 267, Pflieger, Aktion Spindy, S. 101, nach denen nach dem Abschluss der Untersuchungen an den »Selbstmorden« kein Zweifel mehr bestehe; vgl. auch Wunschik, Baader-Meinhofs Kinder, S. 275 ff. Für Fremdeinwirkung und eine Verschwörung unter staatlicher Beteiligung Karl-Heinz Weidenhammer, Selbstmord oder Mord, Kiel 1988. Nach Müller/Kanonenberg, RAF-Stasi-Connection, S. 44, werde, »was in dieser Nacht geschah [...] wohl nie geklärt werden«, allerdings habe Susanne Albrecht nach ihrer Festnahme 1990 die »Selbstmordtheorie« bestätigt.

9 RAF-interne Bezeichnung für das Vorhaben, vgl. Peters, RAF, S. 267.

10 Erklärung abgedruckt bei Pflieger, Aktion Spindy, S. 102.

Schleyers Leiche befindet sich tatsächlich in dem genannten Audi in Mühlhausen/Elsass. Er ist zwischen dem 18. und 19. Oktober 1977 in einem Wald aus etwa fünfzig Zentimeter Entfernung durch Kopfschuss getötet worden.

Seine Ermordung erschien der RAF notwendig, um »ihren Ruf als ernst zu nehmende terroristische Organisation« nicht zu verlieren. So äußert Stefan Wisniewski, der ebenfalls als Mörder Schleyers in Betracht kommt: »[Schleyers Freilassung] hätte aus unserer damaligen Sicht bedeutet, daß wir die Politik des Krisenstabes bestätigen und legitimieren. Eine Freilassung ohne politische Gegenleistung wäre nicht als eine menschliche Geste verstanden worden, sondern als Eingeständnis der Niederlage, als voller Erfolg für den Krisenstab, nach dem Motto: Härte zahlt sich aus.«[11]

Das verfassungsgerichtliche Verfahren

Der Antrag Eberhard Schleyers

Rückblende: Am 15. Oktober zwischen 13.00 und 14.00 Uhr geht der Antrag Eberhard Schleyers und der Rechtsanwälte Mailänder, Winkler und Gerstenmaier beim Bundesverfassungsgericht ein. Als Vertreter Hanns-Martin Schleyers versuchen sie die Richter davon zu überzeugen, dass der Austausch der Gefangenen verfassungsrechtlich geboten sei.

Die »brutale Entschlossenheit« der RAF

Die RAF habe durch die Ermordung von vier Personen bei der Entführung Schleyers[12] in entsetzlicher und abschreckender Weise ihre Entschlossenheit bewiesen. Es müsse »mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit erwartet werden, daß der Antragsteller ermordet wird, wenn die Hauptforderung der Entführer auf Freilassung der Gefangenen abgelehnt werden sollte. Diese unausweichliche Konsequenz ist theoretisch vorgezeichnet durch die ›Kampfregeln‹ der ›Stadtguerilla‹, denen sich die Entführer unterwerfen, und tatsächlich bewiesen durch die bedenkenlose Ermordung des in Guatemala entführten Grafen Spreti, der sich ebenfalls in Gefangenschaft von ›Stadtguerilleros‹ befand[13] oder durch die Ermordung von zwei Geiseln in der deutschen Botschaft in Stockholm.«[14]

Hanns-Martin Schleyers Grundrechte auf Leben aus Art. 2 II 1 GG und auf Gleichbehandlung aus Art. 3 GG seien gefährdet bzw. verletzt, dies zeige die Parallele zur Entführung von Peter Lorenz: »Im Entführungsfall Peter Lorenz ist den Forderungen der Entführer auf Freilassung einer Mehrzahl von Gefangenen stattgegeben worden, um das bedrohte Leben des Entführten zu retten. Die Staatsgewalt hat mit der früheren Entscheidung zum einen selbst die zugunsten des Rechtsgutes ›Leib und Leben‹ erfolgte Güterabwägung bekundet, sie hat sich zum anderen auch Selbstbindung unterworfen, von der sie in vergleichbaren Fällen nicht zu Lasten der in Grundrechten Betroffenen abweichen darf, schon gar nicht, um aus generalpräventiven Erwägungen ein Exempel zu statuieren.«[15]

Die akute Lebensgefährdung Schleyers

Die Rechtsvertreter des Entführten behaupten einen Eingriff in das Grundrecht Hanns-Martin Schleyers aus Art. 2 II 1 GG, der den Schutz des Lebens gegenüber jeder staatlichen Gewalt gewährleiste. Hier stehe ein staatlich geduldeter Mord bevor: »Das Leben des Antragstellers ist in akuter Bedrohung. Es wird vernichtet werden, falls die Antragsgegner sich nicht zur antragsgemäßen Freilassung und Gestattung der

11 Wisniewski, »Wir waren so unheimlich konsequent …«, S. 55.

12 Gemeint sind Schleyers Fahrer und die drei den Arbeitgeberpräsidenten begleitenden Polizisten, die am 5. September 1977 erschossen wurden.

13 Am 31. März 1970 war der damalige deutsche Botschafter in Guatemala, Karl Graf von Spreti, von Guerillas entführt worden. Sie verlangten die Freilassung von 22 Gefangenen und 2,5 Millionen DM Lösegeld. Die Regierung Guatemalas ging jedoch nicht darauf ein, und Spreti wurde am 4. April erschossen.

14 Vgl. Dokumentation der Bundesregierung, Anlage 16/1.

15 Ebenda.

Scanned by CamScanner

Ausreise der bezeichneten Gefangenen bekennen. Die Antragsgegner nehmen die Ermordung des Antragstellers dann wissentlich hin, obwohl sie in der Lage wären, diesen Mord abzuwehren.«[16]

Die Freilassung der Gefangenen sei aller Wahrscheinlichkeit nach ausreichend und das geeignete[17] Mittel, Hanns-Martin Schleyers Leben zu schützen. »Der parallele Entführungsfall Lorenz ist Beleg dafür, daß die Entführer sich an ›Abmachungen‹ halten. Diese sichere Erwartung beruht auch darauf, daß die erpresserische Geiselnahme zu der vorgezeichneten Strategie für Stadtguerillas gehört und von diesen als schwerwiegendes Kampfmittel eingesetzt wird. Die einmalige Nichterfüllung von Versprechungen würde die Entführer in diesem Punkt für die Zukunft ihrer Glaubwürdigkeit und damit des Einsatzes dieses Kampfmittels berauben. Es darf deshalb erwartet werden, daß die Entführer ihrem Versprechen zur Freilassung des Antragstellers bei Erfüllung ihrer Forderungen genügen werden.«[18]

Mangels irgendwelcher Fahndungserfolge hinsichtlich des Verbleibs der Terroristen oder der Geisel bestünden keine alternativen Rettungsmöglichkeiten. Es gebe nicht einmal sichere Anzeichen dafür, dass eine Rettungsbereitschaft überhaupt bestehe.

Das Leben – das höchste Rechtsgut der Verfassung

Schleyers Anwälte stellen heraus, dass keine höheren Interessen eine Nichtfreilassung der inhaftierten Terroristen rechtfertigen könne. Es gebe kein höherwertiges Rechtsgut als das Leben: »Wo Leben gegen Leben steht, ist begrifflich nur die Entscheidung für *ein* Leben möglich. Nur in diesem Falle kann überhaupt staatliches Recht Raum für Entscheidungsfreiheit lassen. Wo hingegen Leben gegen den Anspruch des Staates auf Durchsetzung seiner Strafgewalt oder auf Durchsetzung allgemeiner politischer, möglicherweise general- oder spezialpräventiver Überlegungen streitet, kann eine Güterabwägung rechtmäßig nicht erfolgen. Dies ist eine unabdingbare ethische Basis unseres Gemeinwesens, wie sie in Art. 1 GG zur Grundlage der Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland bestimmt worden ist.«[19]

Die Juristen berufen sich auf das Bundesverfassungsgericht selbst, das erst zwei Jahre zuvor in seiner Entscheidung zum »Abtreibungsparagraphen« § 218a Strafgesetzbuch (StGB) für das werdende Leben feststellten: »Die Schutzverpflichtung des Staates muß um so ernster genommen werden, je höher der Rang des in Frage stehenden Rechtsgutes innerhalb der Wertordnung des Grundgesetzes anzusetzen ist. Das menschliche Leben stellt, wie nicht näher begründet werden muß, innerhalb der grundgesetzlichen Ordnung einen Höchstwert dar; es ist die vitale Basis der Menschenwürde und die Voraussetzung aller anderen Grundrechte.«[20]

Den Antragsgegnern, so Schleyers Anwälte, sei auch eine Abwägung aus der Überlegung verwehrt, die Allgemeinheit vor künftigen, auch lebensbedrohenden Terrorakten durch die freigelassenen Gefangenen zu schützen. Eine solche Gefahr sei nach der beabsichtigten Ausreise der gefangenen Terroristen[21] zumindest gegenwärtig nicht konkret drohend. Und selbst wenn – die Bundesregierung müsse »dieser Gefahr in anderer Weise als durch Menschenopfer des Antragstellers entgegen[...] wirken. Die sehenden Auges hingenommene Vernichtung des Lebens Unschuldiger kann im Rechtsstaat nicht zum Mittel der Verbrechensbekämpfung oder der Verbrechensprophylaxe gemacht werden.«[22]

Die »Landshut«-Entführung

Schließlich verweisen Mailänder und Co. auf den Zusammenhang der Schleyer-Entführung mit der gekaperten Lufthansa-Maschine »Landshut«: Von der Entscheidung der Bundesregierung hänge nunmehr

16 Ebenda.

17 Geeignet ist die Maßnahme, wenn sie den verfolgten Zweck erreicht oder ihm zumindest förderlich ist, BVerfGE 71, 206 (215 f.); 78, 232 (245); 90, 145 (172).

18 Vgl. Dokumentation der Bundesregierung, Anlage 16/1.

19 Ebenda.

20 BVerfGE 39, 1 (42)

21 Nach den Forderungen der Entführer sollte den Inhaftierten die Möglichkeit gegeben werden, in bestimmte Staaten, darunter Vietnam, Südjemen oder Somalia, auszureisen, vgl. Dokumentation der Bundesregierung, Anlage 16/1, S. 15, S. 88. Die Gefangenen wurden am 15. Oktober 1977 befragt, ob sie nach Somalia ausreisen wollten, da die anderen Länder eine Aufnahme strikt abgelehnt hätten.

22 Vgl. Dokumentation der Bundesregierung, Anlage 16/1.

nicht nur das Leben des Arbeitgeberpräsidenten ab, sondern auch das weiterer 91 Menschen. Dennoch sei Helmut Schmidt »nach allen bekannt gewordenen Informationen nicht gewillt, den Forderungen der Entführer nachzugeben, um auf diese einzig mögliche Weise das Leben des Antragstellers und der weiteren 91 Betroffenen zu retten. Vielmehr bestehen konkrete Anhaltspunkte dafür, daß sich die Antragsgegner letztlich bewußt gegen die Rettung des Lebens ihrer Staatsbürger einschließlich des Antragstellers entscheiden [...]. Diese politisch motivierte Härte der Antragsgegner und ihre Entscheidung ist verfassungswidrig und belegt die Dringlichkeit und Begründetheit des Antrags.«[23]

Die Stellungnahme der Bundesregierung vom 15. Oktober 1977

Nach Eingang des Antrags Schleyers bittet das Bundesverfassungsgericht das Bundeskanzleramt und das Bundesjustizministerium um eine Stellungnahme. Ministerialdirektor Kai Bahlmann legt noch am selben Tag die Ansicht der Bundesregierung dar.[24]

»Schleyers Leben muß geschützt werden ...«

Bahlmann räumt im Grundsatz ein, was die Anwälte Schleyers fordern: Ja, der Schutz der Menschenwürde (Art. 1 I GG) und des Lebens (Art. 2 II 1 GG) gewähre dem einzelnen Bürger einen Anspruch auf Befreiung aus größter, mit äußerster Lebensgefahr verbundener Not. Da das Leben ein Höchstwert sei, genieße der Schutz des Personenwertes des in seiner Menschenwürde verletzten und in seinem Leben gefährdeten Menschen gegenüber anderen Gütern grundsätzlich Vorrang.[25]

»... das anderer Staatsbürger jedoch ebenfalls«

Einerseits, so beteuert Bahlmann, gehe es darum, »alles Menschenmögliche« zu tun, um Schleyers Leben zu retten. Jedoch widerspreche ein Nachgeben gegenüber den Entführern den »Zielvorstellungen des staatlichen Handelns und dem Wunsch nach Durchsetzung der Strafgewalt und der Verfolgung general- oder spezialpräventiver Ziele«. Denn es liege gleichzeitig eine äußerste Lebensgefährdung anderer Bürger vor: »Die elf Terroristen, deren Freilassung gefordert wird, sind gefährliche Verbrecher, und wie die Erfahrungen nach dem Entführungsfall Lorenz gezeigt haben, ist damit zu rechnen, daß sie nach ihrer Freilassung in ein anderes Land von dort aus in die Bundesrepublik Deutschland zurückkehren, um ihr verbrecherisches Tun fortzusetzen. Mit dem Eingehen auf die Forderungen der Entführer ist deshalb das Leben weiterer Unbeteiligter in höchstem Maße gefährdet.«[26]

Bahlmann macht sich die Argumentation von Schleyers Rechtsanwälten zu Eigen: Alle Leben seien verfassungsrechtlich gleichwertig. Das Bundesverfassungsgericht könne der Bundesregierung nicht zwingend vorschreiben, welches der einzelnen kollidierenden Lebensrechte Vorrang genieße. Der Staat habe eine Schutzpflicht gegenüber der dem Angriff ausgesetzten Person wie auch gegenüber dem Leben anderer in gleicher Weise.

Gefahr der Erpressbarkeit des Rechtsstaats

Der Rechtsstaat, so Bahlmann, könne und dürfe nicht erpressbar sein. Die RAF ziele nicht allein auf die Freilassung einer größeren Zahl inhaftierter Terroristen, sondern wolle auch die Grundlage der Rechtsstaatlichkeit außer Kraft setzen: »Allein der Staat hat nach unserer Verfassung das Recht und die Pflicht, eine freiheitliche Rechts- und Lebensordnung zu gewährleisten. Wird den Forderungen der Terroristen nachgegeben, so wird damit der abwehrbereite Staat in seinen ureigensten Funktionen auf das empfindlichste gelähmt.«[27]

23 Ebenda.
24 Abgedruckt in Dokumentation der Bundesregierung, Anlage 16/2.
25 Verweis ebenso wie im Antrag Schleyers auf die »§ 218a-Entscheidung« BVerfGE 39, 1 (42).
26 Die durch die Lorenz-Entführung freigepressten Terroristen standen zu jenem Zeitpunkt unter Verdacht, nach ihrer Freilassung weitere Straftaten begangen zu haben; siehe dazu Dokumentation der Bundesregierung, Anlage 3.
27 Vgl. Dokumentation der Bundesregierung, Anlage 16/2.

Scanned by CamScanner

Der Grundsatz des »judicial self-restraint«

Die zu treffende Entscheidung, so Bahlmann weiter, sei letztlich politischer Art. Daher müsse auch in diesem Fall der Grundsatz des »judicial self-restraint« gelten. Dieses aus dem angloamerikanischen Recht stammende Prinzip besagt, übertragen auf das Grundgesetz, dass für die anderen Verfassungsorgane ein Raum freier politischer Gestaltung offen zu halten ist, in den das Bundesverfassungsgericht nicht eingreifen darf. Es soll darauf verzichten, »Politik zu treiben«.[28]

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 16. Oktober 1977

Am Sonntag, dem 16. Oktober 1977, lehnt der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts den Erlass einer einstweiligen Anordnung ab und lässt der Bundesregierung damit freie Hand bei der Entscheidung, die Gefangenen auszutauschen oder nicht. Das Urteil umfasst sieben Druckseiten.

Der Entscheidungsspielraum der Regierung

Zwar, so die Richter, gebiete das Grundgesetz einen umfassenden Lebensschutz, der besonders ernst genommen werden müsse. Jedoch hätten die staatlichen Organe selbst zu beurteilen, welche Maßnahmen zweckdienlich und geboten seien.

Könne ein effektiver Lebensschutz nur auf eine bestimmte Weise erreicht werden, werde die Freiheit der Wahl des Mittels zwar auf die betreffende alleinige Maßnahme beschränkt, allerdings sei dies vorliegend nicht der Fall. Bei einer lebensbedrohenden terroristischen Erpressung handle es sich stets um einen besonderen Einzelfall. Bei der Vielzahl unterschiedlicher Situationen könne das »richtige« Mittel »weder generell im Voraus normiert noch aus einem Individualgrundrecht als Norm abgeleitet werden«.[29]

Gefährdung der Bevölkerung

Nicht nur gegenüber dem Einzelnen, sondern auch gegenüber der Gesamtheit der Bürger bestehe eine Schutzverpflichtung. Diese könne nur wirksam wahrgenommen werden, wenn die Staatsgewalt auf die jeweiligen besonderen Umstände reagieren könne. Die Reaktion des Staates dürfe für Terroristen nicht von vornherein kalkulierbar werden.[30]

Keine Gleichbehandlung mit Peter Lorenz

Aus den gleichen Erwägungen könne auch im Hinblick auf Art. 3 I GG kein bestimmtes Mittel festgelegt werden. Letztlich könne das Bundesverfassungsgericht keine bestimmte Maßnahme zur Rettung Schleyers vorschreiben, die Entscheidung darüber obliege den betreffenden Staatsorganen selbst.

Verfassungsrechtliche und -politische Dimension des Urteils

> »Ich kann nur nachträglich den deutschen Juristen danken, daß sie das alles nicht verfassungsrechtlich untersucht haben.«
>
> Helmut Schmidt 1979[31]

Zur Dogmatik der einstweiligen Anordnung

Das Urteil BVerfGE 46, 160 – AZ 1 BvQ 5/77 – stellt die Ablehnung des Erlasses einer einstweiligen Anordnung dar. Eine solche soll stets nur eine »Vorstufe« sein: Später soll ein ausführliches Verfahren, etwa eine Verfassungsbeschwerde, folgen, bei dem das Gericht genug Zeit hat, sich mit den Rechtsfragen ausführlich auseinander zu setzen. Im Eilfall kann es das nicht, daher werden hier auch andere Prüfungsmaßstäbe angesetzt als beim Hauptverfahren.

Die Kompetenz des Bundesverfassungsgerichts zum Erlass einstweiliger Anordnungen ergibt sich verfassungsrechtlich aus Art. 93 II GG, einfach gesetzlich aus § 32 BVerfGG. Nach dieser Norm kann das Bundesverfassungsgericht im Streitfall einen Zustand durch eine einstweilige Anordnung vorläufig regeln, wenn dies zur Abwehr schwerer Nachteile, zur Verhinderung drohender Gewalt oder aus einem anderen Grund zum Gemeinwohl dringend geboten ist (§ 32 I BVerfGG).

---

28 BVerfGE 36, 1 (14).

29 BVerfGE 46, 160 (164).

30 BVerfGE 46, 160 (164).

31 »Leistung liegt im Deutschen drin« – Interview mit Bundeskanzler Helmut Schmidt, *Der Spiegel* vom 15. Januar 1979, 33. Jg., Nr. 3, S. 42.

Die »Doppelhypothese«

Um die »schweren Nachteile« festzustellen, hat das Bundesverfassungsgericht in seiner Rechtsprechung ein bestimmtes Abwägungsmodell, die sogenannte »Doppelhypothese«, entwickelt. Danach haben die Richter aufgrund der Dringlichkeit und Eile einer Entscheidung ausschließlich die möglichen Folgen eines positiven oder negativen Urteils abzuwägen. Das Gericht formuliert, es habe die Folgen zu erörtern, die eintreten würden, wenn eine einstweilige Anordnung nicht erginge, ein späteres Hauptverfahren (hier eine Verfassungsbeschwerde Hanns-Martin Schleyers) aber Erfolg hätte, gegenüber den Nachteilen, die entstünden, wenn die begehrte einstweilige Anordnung erlassen würde, das Hauptverfahren aber erfolglos bliebe.[32] Für den Schleyer-Fall bedeutet das, dass die Nachteile, die dem Arbeitgeberpräsidenten aus dem Nichtaustausch erwachsen würden, denjenigen gegenüberzustellen sind, die für den Staat und die Allgemeinheit entstünden, würde man die inhaftierten Terroristen freilassen.

Das Gericht setzte sich in der Schleyer-Entscheidung allerdings über diese selbstgewählte Beschränkung hinweg. Über die üblicherweise gebotene Folgenabwägung hinaus sei eine summarische Prüfung der Hauptsachenentscheidung geboten, welche im Folgenden auch durchgeführt wurde.[33] Zur Abwägung der Nachteile selbst fehlt dagegen jegliche Ausführung.

Schwere Nachteile für Hanns-Martin Schleyer?

Hält man sich zunächst an den üblichen Weg und folgt der Doppelhypothese, stellt sich die Frage: Welche Folgen hätten sich ergeben, wenn Schleyers Antrag auf Gefangenenfreilassung im Eilverfahren erfolglos, eine spätere Verfassungsbeschwerde aber erfolgreich gewesen wäre?

Mit einer Verfassungsbeschwerde hätte Schleyer möglicherweise das erreichen können, was er auch jetzt wollte: dass die Nichtfreilassung der inhaftierten Terroristen für verfassungswidrig erklärt und der Bundesregierung aufgegeben werden würde, die Gefangenen auszutauschen.

Das Kommando »Siegfried Hausner« hätte Schleyer im Anschluss an die Freilassung der RAF-Gefangenen freilich trotzdem umbringen können. Er hätte für sie eine Last und zudem eine Gefahrenquelle bedeutet, wenn er nach einem Austausch detaillierte Aussagen über die Terroristen hätte machen können, die deren Ergreifung möglicherweise erleichtert hätte.

Wahrscheinlicher ist jedoch, dass Schleyer tatsächlich freigekommen wäre. Dafür spricht nicht nur die Parallele zum Fall Lorenz, der von den Entführern gegen ihre Gesinnungsgenossen ausgetauscht und freigelassen wurde. Auch musste der RAF das Risiko bewusst sein, sich durch eine Tötung Schleyers so unglaubwürdig zu machen, dass weitere Verhandlungen mit dem Staat in zukünftigen Fällen von vornherein unmöglich gewesen wären. Auf Forderungen von Terroristen, die ihre Geiseln ohnehin nicht freilassen wollen, wäre keine Bundesregierung mehr eingegangen. Die Terroristen hätten sich damit ihres eigenen Kampfmittels beraubt. Nicht zuletzt gab es auch zwischenmenschliche Annäherungen der Entführer und Schleyer,[34] die – wäre der Austausch nach Plan verlaufen und hätte die »Suicide Action« in Stammheim nicht den Zorn der Entführer erregt – einer nach Erfüllung der Forderungen grundlosen Ermordung wohl zusätzlich entgegengestanden hätten. Eine Freilassung Schleyers wäre demnach durchaus möglich und keineswegs unwahrscheinlich gewesen.

Schon zum Zeitpunkt der verfassungsgerichtlichen Verhandlung war dagegen zu erwarten, dass Schleyer bei Nichterlass der einstweiligen Anordnung getötet würde. Die Bundesregierung[35] hatte seit über einem Monat keine Bereitschaft gezeigt, die Gefangenen auszutauschen. Für den Fall des Nichtaustauschs hatten die Entführer mehrfach die Ermordung Hanns-Martin Schleyers angedroht.[36] Es muss-

---

32 BVerfGE 6,1 (4); 11, 102 (104); 12, 36 (41 ff.); 16, 220 (227); 25, 367 (370); 29, 120 (123); 44, 98 (102); 46, 1 (11); 68, 233 (235); 80, 360 (364); 82, 306 (308); 82, 310 (313).

33 BVerfGE 46, 160 (164).

34 Vgl. Wisniewski, Wir waren so unheimlich konsequent ..., S. 56 f.

35 Der Einfachheit halber wird nur von der »Bundesregierung« gesprochen. Im Falle eines Austauschs wären auch einzelne Landesregierungen als Träger der Verwaltungshoheit über die Justizvollzugsanstalten, in denen die RAF-Häftlinge einsaßen, beteiligt gewesen.

36 Vgl. die RAF-Ultimaten vom 5., 6. und 26 September 1977 sowie vom 13. Oktober 1977.

Scanned by CamScanner

te sich für die Terroristen abzeichnen, dass, wenn das Bundesverfassungsgericht der Bundesregierung nicht die Freilassung aufgab, es nach so langer Verhandlungszeit zu keinem Austausch der Gefangenen mehr kommen würde. Somit war die Ermordung Schleyers aus Sicht der RAF vielleicht sogar notwendig. Denn wie sie sich bei einer von vornherein geplanten Tötung Schleyers ihrer Glaubwürdigkeit für weitere Verhandlungen beraubt hätte, wäre sie genauso unglaubwürdig geworden, wenn sie Schleyer ohne Erfüllung wenigstens eines Teils ihrer Forderungen freigelassen hätte. Ihre Bedrohlichkeit und Gefährlichkeit als wesentliche Verhandlungsgrundlage wäre verloren gegangen. Zudem hätte die terroristische Szene, insbesondere die RAF-Gefangenen in Stammheim, eine einfache Freigabe Schleyers nicht akzeptiert. Die inhaftierte Führungsspitze um Baader und Ensslin übte enormen Druck auf das Kommando »Siegfried Hausner« aus.[37]

Schwere Nachteile für Staat und Allgemeinheit?
Die Bundesregierung und auch das Bundesverfassungsgericht stellten wiederholt heraus, dass der Rechtsstaat sich nicht erpressen lassen dürfe. Die Aussage ist freilich unpräzise – welche Nachteile hätten sich denn konkret für die Staatsgewalt und andere Bürger ergeben?

Die staatliche Strafgewalt Die Freilassung der Inhaftierten hätte der Zielvorstellung des Staates an der Durchsetzung der Strafverfolgung zuwidergehandelt, d. h. einen Verlust der staatlichen Strafgewalt bedeutet.

Kalkulierbarkeit staatlicher Reaktionen Die Reaktion des Staates auf terroristische Erpresser, so das Gericht, würde für diese von vornherein kalkulierbar.[38] Zumindest für den vorliegenden Fall wird dies zutreffen, da die Entführer Schleyers nach dem Erlass sicher mit einem Austausch hätten rechnen können. Auf die Kalkulierbarkeit künftiger Entscheidungen wird unten einzugehen sein.

Gefährdung weiterer Staatsbürger Die Regierungsvertreter und Verfassungsrichter befürchteten die Gefährdung einer unbestimmten Vielzahl von Bürgern dadurch, dass die freigelassenen Terroristen aus dem Ausland nach Deutschland zurückkehren und hier weitere Anschläge verüben würden.[39] Doch bestand diese Gefahr tatsächlich?

Die Geschehnisse nach der Entführung von Peter Lorenz sprechen jedenfalls dafür. Die 1975 von der *Bewegung 2. Juni* freigepressten Terroristen kehrten nach Erkenntnissen der Bundesregierung aus dem Jahre 1977 nach Deutschland zurück und verübten nach Vermutung der Behörden von hier aus weitere Taten, darunter Entführungen und Terroranschläge.[40]

Von den Geschehnissen nach der Lorenz-Entführung kann jedoch nicht einfach auf mögliche Ereignisse nach einem Austausch im Schleyer-Fall geschlossen werden. So ist es nach Ansicht des ehemaligen BKA-Beamten und RAF-Experten Alfred Klaus wahrscheinlich, dass die durch die Schleyer-Entführung freigepressten Gefangenen zumindest vorerst nicht nach Deutschland zurückgekehrt wären und auch keine neuen Anschläge durchgeführt hätten.[41] Dahingehend hatten sich Baader und Ensslin auch mehrfach geäußert,[42] was von Klaus als glaubwürdig bezeichnet wird. Nicht zuletzt ist zu berücksichtigen, dass sich mit einer Freilassung der Gefangenen im Schleyer-Fall eines der grundlegenden Ziele der RAF, die Befreiung der ersten Generation, erfüllt hätte. Anlass für weitere Aktionen hätte es damit zunächst gar nicht gegeben.

---

37 Dazu Wisniewski, Wir waren so unheimlich konsequent ..., S. 32 ff.

38 BVerfGE 46, 160 (165); dazu Schwagerl, Der Humanitätsaspekt bei der Terrorismusbekämpfung, *Zeitschrift für Evangelische Ethik*, 1979, 23. Jg., S. 136 (141).

39 Vgl. die Stellungnahme der Bundesregierung, in: Dokumentation der Bundesregierung, Anlage 16/2, S. 54.

40 Dokumentation der Bundesregierung, Anlage 3; näher dazu Polzin, Das Bundesverfassungsgericht im Deutschen Herbst, S. 39.

41 Vgl. Klaus in der TV-Sendung »Boulevard Bio« vom 19. Mai 1998.

42 Baader stellte dies gegenüber einem BKA-Beamten und einem Beamten des Bundeskanzleramtes explizit heraus, vgl. Dokumentation der Bundesregierung, S. 41, S. 111; ebenso Ensslin im Gespräch mit einem BKA-Beamten, vgl. Dokumentation der Bundesregierung, S. 80.

Abwägung der Nachteilsschwere

Selbst wenn jedoch eine künftige Gefahr für die Allgemeinheit anzunehmen gewesen wäre, ist zu überprüfen, ob es nicht zumutbar gewesen wäre, diese zum Schutz Schleyers in Kauf zu nehmen.

Der Verlust des Lebens ist, um im juristischen Duktus zu bleiben, der größtmögliche Nachteil für das Individuum. Ob ein solcher durch staatliche Interessen aufgewogen werden kann, muss schon angesichts seines Rangs von vornherein zweifelhaft sein.

Zumindest muss die Beeinträchtigung des staatlichen Strafinteresses hier eindeutig als geringerer Nachteil gewertet werden. Zwar stellt die Strafverfolgung einen grundlegenden Bestandteil des Rechtsstaats dar – sie muss jedoch auch zu einem legitimen Zweck erfolgen. Der Vollzug staatlicher Maßnahmen kann nicht um seiner selbst willen geschehen, was sich verfassungsrechtlich schon daraus ergibt, dass ein staatlicher Eingriff in Grundrechte gesetzlich oder aufgrund höherer verfassungsimmanenter Güter gerechtfertigt sein muss. Schließlich dient das Institut »Rechtsstaat« gerade der »Zügelung bzw. zur Abwehr staatlicher Willkürherrschaft«.[43] Die Strafverfolgung als staatlicher Selbstzweck überwiegt nicht individuelle Güter wie hier das Leben Schleyers.

Die Strafverfolgung dient natürlich auch dazu, die von der Rechtsgemeinschaft anerkannten (und verfassungsrechtlich normierten) Werte und Güter zu sichern. Davon erfasst ist auch die zukünftige Gefährdung von Staatsbürgern durch neue terroristische Anschläge. Allerdings waren die übrigen Bürger, wenn überhaupt, durch die Freilassung der inhaftierten Terroristen lediglich abstrakt gefährdet, während Schleyers Leben konkret gefährdet war.[44] Bei der Gefahrenabwehr hat jedoch schon sachlogisch regelmäßig das Rechtsgut Vorrang, das unmittelbar und konkret gefährdet ist, ein Grundsatz, der auch im Strafrecht, etwa im Rahmen der Abwägung nach § 34 StGB, Anwendung findet.[45] Dies kann erst recht nicht zweifelhaft sein, wenn die abstrakte Gefährdung noch nicht einmal feststeht, sondern nur vermutet werden kann und zudem auf dem Willen, der Entschlossenheit und der Tathandlung Dritter (hier: der freigelassenen Terroristen) beruht. Denn damit steht sie außerhalb jeglicher Voraussehbarkeit.

Dass die Bundesregierung in ihrer Stellungnahme anführt, es liege eine »äußerste Gefährdung des Lebens anderer« vor, kann somit keinesfalls einleuchten. Selbst wenn man eine solche abstrakte Gefährdung annähme, war es dem Staat dennoch zuzumuten, diese in Kauf zu nehmen. Unter dem Aspekt, dass erst nach einer Konsolidierungsphase mit neuen Aktionen der Freigelassenen zu rechnen gewesen wäre, bedeutet dies nichts anderes, als dass die deutschen Ermittlungsorgane hinreichend Gelegenheit erhalten hätten, neue Planungen der Terroristen zu erkennen und zu durchkreuzen.[46]

Dass schließlich die Kalkulierbarkeit der staatlichen Reaktion im vorliegenden Fall als Nachteil schwerer wiegen könnte als der Lebensverlust Schleyers, ist abermals aufgrund des äußerst hohen verfassungsrechtlichen Rangs des Lebens, das das Bundesverfassungsgericht auch selbst als »einen Höchstwert« herausstellte,[47] abzulehnen. Zudem bedingt jede Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, in der staatlichen Organen ein bestimmtes Handeln (z. B. der Erlass eines Gesetzes, die Unterlassung einer Maßnahme) aufgegeben wird, naturgemäß die Voraussehbarkeit der staatlichen Reaktion in diesem konkreten Fall. Die Legitimität einer solchen »Kalkulierbarkeit« durch Gerichtsentscheidung in Frage zu stellen, würde die Verkennung der Funktion gerichtlichen Rechtsschutzes bedeuten.

Nach alledem ist festzustellen, dass dem Staat eher zugemutet werden konnte, die Einbuße strafrecht-

---

43 Vgl. Massing, Rechtsstaat, in: Handwörterbuch zur Politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Opladen, Wiesbaden 1981, S. 407.

44 Schwagerl, Der Humanitätsaspekt, S. 136 (140); so auch Lange, Terrorismus kein Notstandsfall?, *Neue juristische Wochenschrift*, 1978, 32. Jg., S. 784 (785 f.), der dennoch zum Ergebnis der Höherwertigkeit der konkurrierenden Rechtsgüter kommt und für eine Räson des Rechts einsteht, was Schwagerl zu Recht als »neue Variante für die Staatsräson« kritisiert.

45 Schönke/Schröder-Lenckner, Strafgesetzbuch. Kommentar, München 2001, § 34 Rn. 27 f.; Tröndle, Strafgesetz, München 1997, § 34 Rn. 11. Zurückhaltender jetzt Tröndle/Fischer, Strafgesetz, München 2006, § 34 Rn. 11.

46 Schwagerl, Der Humanitätsaspekt, S. 136 (140).

47 BVerfGE 46, 160 (164) unter Bezugnahme auf BVerfGE 39, 1 (42).

Scanned by CamScanner

licher Verfolgungsinteressen und eine nicht sicher nachweisbare abstrakte Gefährdung von Bürgern hinzunehmen, als es Hanns-Martin Schleyer zuzumuten war, sich töten zu lassen.

Die Nachteilsabwägung im Sinne der Doppelhypothese musste also zugunsten Hanns-Martin Schleyers ausfallen, da der ihm drohende Nachteil – der Tod – schwerer wog als die Interessen der Rechtsgemeinschaft.

Die Erfolgsaussichten einer Verfassungsbeschwerde Schleyers

Das Bundesverfassungsgericht führte eine solche Abwägung jedoch nicht durch. Es stellte fest, dass der Antrag Schleyers einer Vorwegnahme der Hauptsache sehr nahe käme. Da die Hauptsacheentscheidung jedoch möglicherweise zu spät kommen würde, sei der Antrag dessen ungeachtet zulässig. Dies habe jedoch zur Folge, dass entgegen der üblichen Praxis summarisch die Entscheidung in der Hauptsache geprüft werden müsse.[48] Das Gericht stellte also plötzlich auf die Grundrechte ab, obwohl diese erst in einem späteren Verfassungsbeschwerdeverfahren zu erörtern gewesen wäre.

Nun kann selbst ein Verfassungsgericht nicht beliebig von einem Fall zum nächsten seine Rechtsprechung ändern. Die Rechtssicherheit, verbürgt vom Grundgesetz, gebietet eine gewisse Konstanz der Entscheidungen. Rechtsprechungsänderungen sind nur unter strengen Voraussetzungen zulässig.

Änderung der Rechtsprechung

Besonders dreist erscheint es, dass das Gericht sich im Schleyer-Fall auf frühere Urteile bezog, die allesamt das Gegenteil besagten – dass nämlich gerade nur eine Nachteilsabwägung stattzufinden habe. Tatsächlich markiert die Schleyer-Entscheidung den Beginn der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung, in Fällen, in denen eine Entscheidung in der Hauptsache jedoch zu spät käme, eine vollständige rechtliche Prüfung der Grundrechte durchzuführen.[49]

Im Fall Schleyer wurde geradezu »heimlich« und offenbar unbemerkt von der Literatur eine Änderung der Rechtsprechung vollzogen, die durch keinerlei Argumente gerechtfertigt wurde. Freilich hatte der erkennende Senat Gründe für dieses Vorgehen. Es wird zu zeigen sein, von welchen Motiven sich das Gericht möglicherweise zu dieser Konsequenz hatte leiten lassen.

Nun wird man einwenden können, das Verfassungsgericht habe seine Rechtsprechung eben geändert – na und? Darf es doch. Nein, darf es nicht.

Über Schleyers Antrag wurde vom Ersten Senat entschieden. Dieser wich nicht von seinen eigenen früheren Entscheidungen ab, sondern von Entscheidungen des Zweiten Senats.[50] Will ein Senat in einer Rechtsfrage von der eines anderen Senats abweichen, müssen beide gemeinsam als Plenum entscheiden, so will es § 16 I BVerfGG. Eine Ausnahme stellt lediglich die Zustimmung des anderen Senats dar. Gemäß § 48 II der Geschäftsordnung des Bundesverfassungsgerichts (GOBVerfG) entfällt die Anrufung des Plenums, wenn der Senat, von dessen Entscheidung abgewichen werden will, auf Anfrage erklärt, dass er an seiner Rechtsauffassung nicht festhalte. Im Falle Schleyers gab es jedoch keine Anfrage und erst recht keine Zustimmung des Zweiten Senats.

Die Frage ist, was die Konsequenz dieses rechtswidrigen Verhaltens ist. Die juristische Literatur schweigt sich dazu aus.[51] Die Nichtigkeit der Gerichtsentscheidung kann es nicht sein. Dies wäre angesichts der überragenden Bedeutung verfassungsrichterlicher Rechtsprechung, insbesondere für die Sicherung von Grundrechten, unangemessen. Denk-

---

48 BVerfGE 46, 160 (164).

49 Ausführliche Nachweise dazu bei Polzin, Das Bundesverfassungsgericht im Deutschen Herbst, S. 44 ff.

50 Vgl. BVerfGE 34, 160; BVerfGE 7, 367.

51 Auch in BVerfGE 2, 79 (90 f.) wird ohne Darlegung der Folgen lediglich von einer Bindung der Senate an die Plenarentscheidung gesprochen. Eine mögliche Folgendiskussion wird auch dadurch umgangen, dass behauptet wird, abgesehen von den zwei aufgrund Anrufung ergangenen Plenarentscheidungen gem. § 16 BVerfGG (BVerfGE 4, 27 und BVerfGE 54, 277) sei die Rechtsauffassung beider Senate stets miteinander in Einklang zu bringen. Vgl. Niebler, Plenarentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, in: Wege und Verfahren des Verfassungslebens, München 1993, S. 801 (811 ff.).

bar wäre, die divergierende Rechtsprechung, die ohne Anrufung des Plenums vollzogen wird, auf den einen konkreten Rechtsfall zu beschränken und für zukünftige Verfahren die Berufung auf die abweichende Entscheidung zu verwehren. Wollte der Senat dann abermals anders entscheiden, müsste er wiederum das Plenum anrufen. Dies würde zumindest theoretisch die wiederholte Hinwegsetzung über die Normen des BVerfGG vermeiden.

Wie die Schleyer-Entscheidung und die sich anschließende spätere Rechtsprechung zeigt, ist damit bei gegenteiligem Verhalten des Gerichts in der Praxis jedoch wenig geholfen. Denn das Gericht unterliegt keiner Aufsicht von höherer Seite (vgl. § 1 BVerfGG). Zwar kann eine solche vor dem Hintergrund effektiven Verfassungs- und insbesondere Grundrechtsschutzes auch keinesfalls wünschenswert sein. Allerdings muss die Praxis des Gerichts dort kritisiert werden, wo es sich wie hier, seiner »Narrenfreiheit« bewusst, über Vorschriften des BVerfGG wiederholt hinwegsetzt. Es trägt damit zur Aushöhlung von Rechtsnormen bei, deren Einhaltung es im Interesse der Rechtssicherheit und Wahrung der Autorität des Bundesverfassungsgerichts zweifellos bedarf.

Der Schutz Schleyers durch Grundrechte

Ungeachtet der Tatsache, dass das Bundesverfassungsgericht eine Grundrechtsprüfung nicht hätte durchführen dürfen, stellt sich die Frage, ob eine solche tatsächlich zuungunsten Schleyers ausfallen musste.[52]

Verletzung der Menschenwürdegarantie Das schwerste Geschütz des Grundgesetzes ist die Menschenwürdegarantie des Art. 1 I GG. Wird sie durch den Staat beeinträchtigt, ist diese Handlung immer rechtswidrig. Denn die Menschenwürde unterliegt als höchster Verfassungswert keinerlei Beschränkungsmöglichkeiten, sie hat also stets Vorrang vor allen übrigen Interessen.[53] Die Rechtsvertreter Schleyers hatten dies erkannt. Sie führten in ihrem Antrag an, es dürfe überhaupt nicht zu einer Abwägung der Interessen Schleyers und des Staates kommen.[54]

Das Bundesverfassungsgericht setzte sich jedoch überhaupt nicht mit Art. 1 I GG auseinander. Umso bedeutsamer ist die Frage, ob eine Menschenwürdeverletzung vorlag.

Was ist Menschenwürde? Eine klare juristische Bestimmung gibt es nicht. Im Begriff der Würde bündelt sich eine Vielzahl von biologischen, sozialen und religiösen Werten und Erkenntnissen über den Menschen, die eine Eingrenzung kaum möglich machen. Das Bundesverfassungsgericht hat versucht, hier Abhilfe zu schaffen, indem es die sogenannte »Objekt-Formel« aufgestellt hat: Die Menschenwürde verbiete es, den Menschen zum bloßen Objekt des Staates zu machen oder ihn einer Behandlung auszusetzen, die seine Subjektqualität prinzipiell in Frage stellt. Der Mensch dürfe weder durch den Staat noch durch andere Personen als Instrument benutzt werden.[55]

Die Rechtsvertreter Schleyers machten geltend, es müssten andere Wege als die Opferung Unschuldiger gefunden werden, der Entführte werde durch den Nichtaustausch der Gefangenen zum Mittel der Verbrechensbekämpfung gemacht. In ihrer Stellungnahme räumte die Bundesregierung dies sogar ein: Es gehe ihr zumindest auch um den »Wunsch nach Durchsetzung der Strafgewalt« und die »Verfolgung general- oder spezialpräventiver Zwecke«.[56] Schleyers Gefangenschaft und sein damit aller Wahrscheinlichkeit nach verbundener Tod wurden also zu dem Zweck in Kauf genommen, die inhaftierten Terroristen im Gefängnis zu halten und ihnen nicht erst wieder erneut nachstellen zu müssen, wenn man sie auf freien Fuß gesetzt hatte. Dies bedeutet, ob einem

52 Zur Frage, ob die Freilassung der Gefangenen angesichts § 120 StGB gerechtfertigt gewesen wäre, vgl. Polzin, Das Bundesverfassungsgericht im Deutschen Herbst, S. 47 f.

53 BVerfGE 75, 369 (380); Sachs-Höfling, Grundgesetz, München 2003, Art. 1 Rn. 10 f.; neuerdings plädiert Herdegen in zweifelhafter Weise für eine »wertend-bilanzierende Konkretisierung« der Menschenwürde mit dem Ziel, sie letztlich »zum präventiven Schutz hochrangiger Rechtsgüter« doch einer Abwägung zugänglich zu machen. Maunz/Dürig-Herdegen, Grundgesetz-Kommentar, München 2005, Art. 1 Abs. 1 Rn. 43 ff.

54 Vgl. den Antrag in: Dokumentation der Bundesregierung, Anlage 16/1, S. 51.

55 Vgl. BVerfGE 30, 1 (26); 45, 187 (228) – Lebenslange Freiheitsstrafe; BVerfGE 64, 274 (278 f.) – Peep-Show; BVerfGE 27, 1 (6); 30, 1 (26); 50, 166 (175); 87, 209 (228).

56 Vgl. die Stellungnahme in Dokumentation der Bundesregierung, Anlage 16/2, S. 54.

Scanned by CamScanner

die rechtliche Konsequenz lieb ist oder nicht, nichts anderes, als dass Schleyers Leben zum Element staatlicher Terrorismusbekämpfung wurde.

Die Aufgabe eines Bürgers, sein Leben für Staatsinteressen zu opfern, kann nicht Element eines freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats sein. Denn dies wäre ein Weg in Richtung starker und autoritärer Staat, eine Tendenz, die unweigerlich die Prinzipien der Art. 1 und 2 GG verletzen würde. Bezeichnend sind in dieser Hinsicht die Äußerungen Helmut Schmidts: Am 6. September 1977, einen Tag nach der Entführung Schleyers, wurden als Ziele der Bundesregierung noch drei Orientierungspunkte normiert: erstens, »die Geisel Hanns-Martin Schleyer lebend zu befreien«. Zweitens, »die Entführer zu ergreifen und vor Gericht zu stellen«. Drittens, »die Handlungsfähigkeit des Staates und das Vertrauen in ihn im In- und Ausland nicht zu gefährden; das bedeutet auch: die Gefangenen, deren Freilassung erpresst werden soll, nicht freizugeben«.[57] Zu diesem Zeitpunkt stand Schleyer also noch an erster Stelle.

In der Regierungserklärung vom 20. Oktober 1977, als feststand, dass Schleyer ermordet worden war, äußerte Schmidt rückschauend zur Auffassung der Bundesregierung während Schleyers Gefangenschaft, dass es kaum vorstellbar erschienen war, »alle diese Orientierungspunkte oder Maximen zugleich durch eigenes Handeln oder durch eigenes Unterlassen voll in die Wirklichkeit zu übertragen. Vielmehr war von Anfang an klar, [...] daß die Erfüllung jedes einzelnen dieser drei Orientierungspunkte nach menschlicher Voraussicht die Erfüllung der übrigen Maximen einschränken oder gar gefährden mußte.«[58] Die Menschenwürdegarantie des Art. 1 I GG hätte es aber geboten, nicht ausgerechnet das erste Ziel, die Rettung von Schleyers Leben, zugunsten der anderen zu verwerfen. Dass dies mit fortschreitender Dauer der Entführung offensichtlich geschah, beweist auch die Erklärung des Regierungssprechers Klaus Bölling am 14. Oktober 1977:

»Das Ziel bleibt unverändert, Leben zu retten, die Leben der Passagiere, der Frauen und Kinder, das Leben der Lufthansa-Besatzung, das Leben von Hanns-Martin Schleyer.«[59] Auffällig ist hier schon die Reihenfolge: Schleyer fiel innerhalb fünf Wochen vom ersten auf den letzten Platz der Zielvorstellungen zurück.

Man wird der Bundesregierung nicht unterstellen können, Schleyer zu jenem Zeitpunkt vollständig aufgegeben zu haben. Angesichts leer laufender Ermittlungen nach den Entführern und einer Vielzahl von Pannen[60] war allerdings nur noch auf den Zufall zu hoffen – und das ist zum Schutz des höchsten Rechtsguts der Verfassung etwas wenig.

In der Debatte zur Änderung des Strafverfahrensrechts im Februar 1978 betonten CDU/CSU-Vertreter, dass dieser Staat Opfer verlangen müsse, die Bundesregierung von den Angehörigen Schleyers die Hinnahme des Opfers im Interesse des Rechtsstaats verlangen dürfe und dem Staat mehr Rechte gegenüber seinen Bürgern eingeräumt werden müssten.[61] Diese Aussagen widersprechen fundamentalen verfassungsrechtlichen Prinzipien und bedürfen eigentlich keines weiteren Kommentars. Sie spiegeln aber die Tendenz der staatlichen Terrorismusbekämpfung Ende der 1970er Jahre wider, die über das Modell einer »wehrhaften« oder »streitbaren« Demokratie weit hinausging. Wenn Helmut Schmidt in seiner Erklärung vor dem Bundestag am 20. Oktober 1977 konstatierte: »Es ist falsch, nur danach zu trachten, was ein einzelner oder eine Gruppe von der Gemeinschaft, von der Gesellschaft oder vom Staat empfangen oder sich verschaffen könnte. Es ist vielmehr notwendig, daß wir uns alle selbst fragen, was wir der Gemeinschaft zu geben haben und wie wir ihr dienen können«,[62] so ist ihm zu antworten: Die Opferung des eigenen Le-

57 Ebenda, S. 18.

58 BT-Prot. 8/50, S. 3756 (C).

59 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, S. 95.

60 Beispielsweise hätten Polizisten Adelheid Schulz und Brigitte Mohnhaupt zwei Tage vor der Entführung während einer Kontrolle festnehmen können, wären sie besser informiert gewesen, vgl. Peters, RAF, S. 238 f.; Pflieger, Aktion Spindy, S. 24. Am 7. September erhielt die Polizei einen Hinweis auf die Wohnung in Erftstadt-Liblar, in der Schleyer zu dieser Zeit gefangen gehalten wurde. Der Hinweis blieb jedoch aus unersichtlichen Gründen unbearbeitet und gelangte auch nicht in die Hände des BKA.

61 Vgl. Schwagerl, Der Humanitätsaspekt, S. 136 (143).

62 BT-Prot. 8/50, S. 3757 (C).

bens kann es nicht sein. Auch im zweifellos notwendigen Kampf gegen den Terrorismus muss die Menschenwürde, will man ihrer Stellung im Grundgesetz gerecht werden, in jedem erdenklichen Fall Vorrang genießen.

Insbesondere auch das Recht auf Leben, das unter dem unmittelbaren Eindruck der totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts in Art. 2 II GG normiert wurde, erlangt seine besondere Bedeutung gerade dadurch, dass es im sachlichen Zusammenhang mit der Menschenwürdegarantie des Art. 1 I GG steht. Deswegen muss die willkürliche Tötung von Menschen durch die Staatsgewalt bzw. der staatlich geduldete Mord auch dann die Menschenwürde verletzen, wenn der Tod lediglich als Mittel zum Zweck in Kauf genommen wird.

Es ist bereits gesagt: Eine Möglichkeit, dieses Verhalten zu rechtfertigen, existiert verfassungsrechtlich nicht. Die Bundesregierung verhielt sich verfassungswidrig, ebenso das Bundesverfassungsgericht, indem es die Bedeutung der Menschenwürde verkannte.

Verletzung des Rechts auf Leben Eine Verletzung des Art. 1 I GG reicht an für sich schon aus, um das Urteil des Bundesverfassungsgerichts als Fehlentscheidung zu werten.

Jedoch gibt es noch weitere Grundrechte, auf die sich Hanns-Martin Schleyer berufen konnte, so das Recht auf Leben aus Art. 2 II 1 GG. Er verbietet sowohl die gezielte Tötung eines Menschen als auch andere Verhaltensweisen, die unbeabsichtigt den Tod eines Menschen herbeiführen.[63] Dies erkannte auch das Bundesverfassungsgericht, indem es ausführte, Art. 2 II 1 GG verpflichte den Staat, jedes menschliche Leben zu schützen. Die umfassende Schutzpflicht müsse angesichts des Höchstwerts des Lebens besonders ernst genommen werden, sagten die Richter. Aber sie taten es nicht.

Tatsächlich verpflichtet Art. 2 II 1 GG den Staat, »sich schützend und fördernd vor das Leben zu stellen« und es »auch vor rechtswidrigen Eingriffen von Seiten anderer zu bewahren.«[64] Anders als bei der Menschenwürde können bei der Erfüllung dieser Schutzpflicht aber höherrangige Interessen berücksichtigt werden. Höherrangig als das Leben, so etwas ist juristisch möglich.

Die Richter argumentierten im Schleyer-Urteil, die staatlichen Organe hätten bei der Erfüllung der Schutzpflichten einen weiten Gestaltungs- und Ermessensspielraum.[65] Bei terroristischen Erpressungen könne aufgrund der Vielzahl unterschiedlicher Situationen die jeweils gebotene Schutzmaßnahme nicht im Voraus normiert werden. Darüber hinaus begründe das Grundgesetz nicht nur gegenüber dem Individuum, sondern auch gegenüber der Gesamtheit der Bürger eine Schutzpflicht, deren wirksame Wahrnehmung eine Festlegung auf ein bestimmtes Mittel ausschließe.

Der Bundesregierung dürfe im Falle Schleyer kein bestimmtes Mittel zum Schutz des Entführten vorgeschrieben werden, da die staatliche Reaktion für künftige Erpresser vorhersehbar wäre und dem Staat der effektive Schutz seiner Bürger damit unmöglich würde.[66] Dem kann entgegengehalten werden: Zum einen ist die Kalkulierbarkeit staatlichen Handelns selbstverständliche Folge eines Rechtsstaats. Alle Maßnahmen staatlicher Organe sind in einem freiheitlichen Rechtsstaat aufgrund ihrer Bindung an Gesetz und Recht kalkulierbar. Schließlich, so hat Schwagerl formuliert, darf auch nicht das Strafgesetzbuch abgeschafft werden, nur weil durch die darin enthaltenen Strafandrohungen die staatliche Reaktion auf bestimmte Handlungen voraussehbar würde.[67]

Dieser Ansatz ist etwas überspitzt; eine Lösung für das Problem, dass sich der Staat künftig jeder Erpressung »geschlagen geben« müsste, bietet er nicht. Das Gericht hätte jedoch bei konsequenter Fortführung seiner eigenen Argumentation zum Ergebnis kommen müssen, dass künftige Fälle gar nicht generell

63 Sachs-Murswiek, Grundgesetz, Art. 2 Rn. 141.
64 So BVerfGE 46, 160 (164) selbst, unter Bezugnahme auf BVerfGE 39, 1 (42); vgl. BVerfGE 49, 89 (132, 141 f.) – Atomgesetz; 53, 30 (57); 56, 54 (73); 77, 170 (214) – C-Waffen-Lagerung; 88, 203 (251).
65 BVerfGE 46, 160 (164) mit Bezugnahme auf BVerfGE 39, 1 (44).
66 BVerfGE 46, 160 (165).
67 Vgl. Schwagerl, Der Humanitätsaspekt, S. 136 (141).

Scanned by CamScanner

kalkulierbar gewesen wären: Die Richter stellten selbst heraus, »lebensbedrohende, terroristische Erpressungen« seien durch eine »Vielfalt singulärer Lagen« gekennzeichnet.[68] Eben – jede dieser unterschiedlichen Situationen wäre also auch rechtlich neu zu beurteilen. Die Freilassung im Schleyer-Fall hätte sich nur auf diesen beschränkt. Künftige Entführungen hätten ohne weiteres anders behandelt werden können. Zwar hätte es dem Schleyer-Fall vergleichbare Situationen gegeben. Dann wäre aufgrund der Verletzung des Art. 1 I GG aber auch nur die eine Entscheidung, nämlich der Gefangenenaustausch, möglich gewesen. Diese Kalkulierbarkeit staatlicher Reaktion hätte aufgrund der verfassungsrechtlichen Verpflichtung in Kauf genommen werden müssen. Ihr könnte man letztlich nur mit einer weitreichenden Verfassungsänderung begegnen.

Der abwehrbereite Staat In die Begründung des Bundesverfassungsgerichts zwar nicht aufgenommen, aber dennoch von der Bundesregierung angeführt war das Argument, die Freilassung der Gefangenen würde die Grundlage der Rechtsstaatlichkeit treffen und »den abwehrbereiten Staat in seinen ureigensten Funktionen auf das empfindlichste« lähmen.[69] Es fragt sich jedoch, wie weit die Handlungsbefugnisse eines solchen »abwehrbereiten Staates« reichen dürfen.

Nach den Worten des Bundesverfassungsgerichts hat sich der deutsche Staat zu einer »streitbaren« Demokratie bekannt. Das Grundgesetz enthält gleichzeitig das Prinzip der Toleranz gegenüber allen politischen Auffassungen und den Schutz bestimmter unantastbarer Grundwerte der Staatsordnung, die gegen Angriffe zu sichern ist.[70]

Die Nichtfreilassung der RAF-Gefangenen mag Ausdruck eines solchen Bestandsschutzes gewesen sein. Jedoch steht über dem Wunsch nach »wehrhaftem« Verfassungsschutz immer noch das Rechtsstaatsprinzip. »Streitbare« Demokratie findet ihre Rechtfertigung als freiheitlich-demokratisches Verfassungsprinzip darin, dass sie freiheitlich-rechtsstaatliche Demokratie bleibt. Das Streitbarkeitsprinzip stellt keine »Superlegitimation« dar.[71] Die Ausübung »wehrhafter« Demokratie darf niemals auf Kosten der Menschenwürde oder des Lebens einzelner Bürger gehen. Schließlich hat auch ein »abwehrbereiter« Staat, dem es gerade auch um den (Lebens-)Schutz seiner Bürger gehen muss, letztlich Vorbild für den Bürger zu sein. Er darf sich nicht in einem »Anfall von Wehrhaftigkeit« durch die auch nur mittelbare Opferung eines Menschenlebens auf die gleiche Stufe mit Terroristen drängen lassen.

Auch in einer »wehrhaften« Demokratie war die Schutzpflichtverletzung der Bundesregierung nicht gerechtfertigt.

Der weite Entscheidungsspielraum des Staates Hauptargument des Bundesverfassungsgerichts war, dass der Bundesregierung ein politischer Entscheidungsspielraum zustehe, in den es sich nicht einmischen dürfe. Natürlich sollen die Staatsorgane, gerade zur Sicherung der Gewaltenteilung, nicht richterlich geknebelt werden. Doch dieser Grundsatz darf in Fällen extremer Rechtsgefährdung nur einschränkend gelten – schließlich begründet allein das Vorhandensein der dritten Gewalt im deutschen Rechtssystem die latente Durchbrechung der Gewaltenteilung. Spätestens dort muss gerichtliche Hilfe erlangt werden können, wo »die staatlichen Organe gänzlich untätig geblieben sind oder wenn die bisher getroffenen Maßnahmen evident unzureichend sind«.[72]

Die Nichtfreilassung der RAF-Gefangenen konnte nicht als ausreichende Maßnahme zur Erfüllung einer Schutzverpflichtung angesehen werden, sondern im Gegenteil gerade als Untätigkeit. Auch die umfangreichen polizeilichen Ermittlungen während der Entführung reichten nicht aus. Die zum damaligen Zeitpunkt einzige effektive Schutzmaßnahme wäre die Freilassung der Inhaftierten gewesen.[73] Ein weiter

68 BVerfGE 46, 160 (165).
69 Vgl. die Stellungnahme in: Dokumentation der Bundesregierung, Anlage 16/2, S. 54.
70 BVerfGE 5, 85 – KPD.
71 Lameyer, Streitbare Demokratie contra Terrorismus?, *Zeitschrift für Rechtspolitik*, 1978, 11. Jg., S. 49 (50).
72 BVerfG NJW 96, 651.
73 So auch Schwagerl, Der Humanitätsaspekt, S. 136 (139).

Entscheidungsspielraum der staatlichen Organe war im Fall Schleyer also zu verneinen. Das Bundesverfassungsgericht hätte der Bundesregierung die Freilassung der inhaftierten Terroristen vorschreiben müssen.

Der Grundsatz des »judicial self-restraint« In der Urteilsbegründung des Bundesverfassungsgerichts wurde nicht die Behauptung der Bundesregierung aufgegriffen, dass die zu treffende Entscheidung im Schleyer-Fall politischer Art sei und sich das Bundesverfassungsgericht daher wegen des Grundsatzes des »judicial self-restraint« einer gerichtlichen Entscheidung enthalten müsse. Einer ausführlichen Erörterung der Berechtigung und Problematik dieses Grundsatzes – dessen Pendant im Übrigen der eben genannte weite Entscheidungsspielraum des Staates ist – bedarf es hier nicht. Fest steht, dass sich das Bundesverfassungsgericht nicht durch »judicial self restraint« um unliebsame Entscheidungen »herumdrücken« kann und dass es, so weit seine Kompetenzen reichen, diese wahrnehmen muss.[74] Wie die obigen Erörterungen zu möglichen Verletzungen der Grundrechte Schleyers zeigen, hatte das Verfahren fundamentale verfassungsrechtliche Gesichtspunkte zum Gegenstand. Der Grundsatz des »judicial self-restraint« war also überhaupt nicht einschlägig.

Im Ergebnis ist festzustellen, dass die Beeinträchtigung des Art. 2 II 1 GG nicht gerechtfertigt war.

Verletzung des Gleichheitssatzes Schließlich sei noch auf Art. 3 I GG verwiesen: Der allgemeine Gleichheitssatz untersagt es dem Staat, »wesentlich Gleiches willkürlich ungleich zu behandeln«.[75] Wann dies geschieht, besagt die sogenannte »neue Formel« des Bundesverfassungsgerichts: Danach wird der Gleichheitssatz verletzt, wenn ein Normadressat anders als ein anderer behandelt wird, obwohl zwischen beiden keine so gewichtigen Unterschiede bestehen, dass die ungleiche Behandlung gerechtfertigt wäre.[76] Anders gesagt: Menschen, die aufgrund ihrer Eigenschaften oder Situationen vergleichbar sind, müssen vom Staat auch gleich behandelt werden.

Im Schleyer-Fall entschied sich die Bundesregierung jedoch für den Nichtaustausch der Gefangenen, während bei der Entführung von Peter Lorenz die Freilassung mehrerer inhaftierter Terroristen angeordnet worden war.

Die Situationen der beiden Entführten sind vergleichbar: Relevante Unterschiede im Verlauf der Entführungen und der lebensbedrohlichen Situation der Geiseln sind nicht erkennbar, auch die Art der Forderungen der Entführer (Erpressung von Geld und Freilassung inhaftierter Terroristen) ist in beiden Fällen gleichartig. Auch eine Verletzung des Art. 3 I GG lag vor.

Helmut Schmidt selbst sah daher auch nur einen einzigen Grund für die Änderung seiner Haltung gegenüber der Lorenz-Entführung: »Denen [den Terroristen] mußte doch mal gezeigt werden, daß es einen Willen gibt, der stärker ist als ihrer.«[77]

Die Nichtfreilassung der RAF-Gefangenen verletzte Hanns-Martin Schleyer damit in seinen Grundrechten aus Art. 1 I, 2 II 1 und 3 I GG. Das Bundesverfassungsgericht hatte dies alles nicht gesehen.

Eine politisch motivierte Fehlentscheidung

Die Entscheidung BVerfGE 46, 160 ist damit als Fehlurteil zu bewerten. Sie trug unweigerlich dazu bei, dass Schleyers Ermordung in greifbare Nähe rückte, eine Tatsache, die der damalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Ernst Benda auch selbst einräumte: »Und natürlich wußten wir, daß möglicherweise die Entscheidung, die den Antrag der Familie Schleyer zurückwies, den Effekt haben würde: Jetzt bringen wir den um. Mit dieser Möglichkeit haben wir gerechnet; die war uns bewußt.«[78]

Das Bundesverfassungsgericht hat Hanns-Martin

74 Vgl. Benda/Klein, Lehrbuch des Verfassungsprozeßrechts, Heidelberg 1991, Rn. 22.
75 BVerfGE 1, 14 (52); 4, 144 (155); 42, 64 (72); 49, 148 (165).
76 BVerfGE 55, 72 (88); Wendt, Der Gleichheitssatz, *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht*, 1988, 7. Jg., S. 778 (781).
77 Vgl. Helmut Schmidt im Interview mit dem *Spiegel* vom 28. April 1975, Jg. 29, Nr. 18, S. 26, zur Position der Bundesregierung während der Botschaftsbesetzung in Stockholm.
78 Benda zit. n. Aust, Der Baader Meinhof Komplex, Hamburg 1997, S. 611.

Scanned by CamScanner

Schleyer nicht zum Tode verurteilt. Aber es hat die Voraussetzungen für seine Ermordung geschaffen. Als »schwacher Trost« blieb Benda die Erkenntnis: »Es ist für mich keine Erleichterung, aber ich will es immerhin notieren, daß wohl feststeht, daß Schleyer nicht als Reaktion auf unsere Entscheidung umgebracht wurde, sondern auf die Vorgänge in Stammheim.«[79]

Dabei war das Bundesverfassungsgericht bemüht gewesen, sich achtbar aus der Affäre zu ziehen. Mit der grundsätzlichen Feststellung, dass der Regierung keine bestimmte Maßnahme vorgeschrieben werden könne, versuchte man jede Verantwortung für die nachfolgenden Ereignisse auf die Bundesregierung abzuwälzen. Dies gelang jedoch nur formal: Denn das Gericht gab der Bundesregierung lediglich die Möglichkeit, die Nichtfreilassung der Gefangenen durchzusetzen – als Maßnahme, die wahrscheinlich schon lange vor dem verfassungsgerichtlichen Verfahren feststand.[80] Die Richter wussten, welches Mittel die Bundesregierung zum Schutze Schleyers einsetzen würde, nämlich das der Untätigkeit. Auch wenn sie es nicht aussprechen wollten: Mit ihrem Urteil entschieden sie sich ebenso eindeutig gegen einen Austausch wie die Regierung.

Ihre Motive dafür lassen sich nur vermuten: Vielleicht spielte eine gewisse politische Nähe zur Bundesregierung eine Rolle.[81] Zumindest lässt sich deutlich erkennen: Das Gericht stimmte mit der erkennbaren Absicht der Regierung, keinen Austausch zuzulassen, auch politisch überein. Es war offensichtlich, dass nur mit einer einstweiligen Anordnung vom vorgezeichneten Weg noch hätte abgewichen werden können. Ein Vergleich von Kai Bahlmanns Stellungnahme und der Abfassung des Urteils zeigt, dass die entscheidenden Argumente gegen Schleyer mitunter wie »abgeschrieben« wirken. Das Bundesverfassungsgericht bediente sich in nachgerade schamloser Weise des Argumentationsmusters der Bundesregierung. Das Gericht traf damit vor allem eine politische Entscheidung. Eine solche will und soll das Bundesverfassungsgericht aber durch Selbstauferlegung des Grundsatzes des »judicial self-restraint« gerade nicht treffen. Es hat sich, so weit wie möglich, auf die verfassungsrechtlichen Fragen des Falles zu beschränken, und wenn dies schon, wie hier, schwerlich möglich ist, muss zumindest von den Richtern verlangt werden, dass sie sich *überhaupt* mit rechtlichen Gesichtspunkten auseinander setzen.

Dies vermisst man gerade auch bei den wichtigsten Elementen des Urteils, der Auseinandersetzung mit der Schutzverpflichtung des Staates für das Leben Schleyers. Selbst das letzte handwerkliche Hilfsmittel bei der Lektüre verfassungsgerichtlicher Urteile, »das Unterste nach oben zu kehren, das Hinterste nach vorn zu ziehen und unorthodox dem Uneigentlichen Bedeutung beizumessen«,[82] hilft dort nichts mehr, wo rechtliche Substanz völlig fehlt.

Hinzu tritt, dass das Bundesverfassungsgericht durch das Erfordernis einer summarischen Hauptsacheprüfung eine in dieser Form unzulässige Rechtsprechungsänderung vornahm. Dass diese notwendig war, um die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts insgesamt zu legitimieren, zeigt das Ergebnis der Nachteilsabwägung, die eindeutig zugunsten Schleyers ausfiel. Wollten die Richter abweichend davon eine andere Entscheidung treffen, mussten sie die Berechtigung für eine über die Nachteilsabwägung hinausgehende Erörterung der konkurrierenden Schutzpflichten »erfinden«. Die Änderung der bislang geübten Praxis war demnach unumgänglich. Eine solche Rechtsprechung ist jedoch keine Rechtsfindung. Die Richter verkannten damit ihren Grundauftrag.

Dabei verdient die hinter dem verfassungsgerichtlichen Urteil stehende Idee, dass sich der Staat nicht von Terroristen erpressen lassen dürfe, will er nicht handlungsunfähig werden, jede Unterstützung. Darf dies jedoch mittels eines Verfassungsbruchs durchgesetzt werden? Im Rechtsstaat können politisch un-

79 Ebenda, S. 612.

80 Vgl. »Boulevard Bio« vom 19. Mai 1998: Frage (Biolek): »Der Krisenstab unter Bundeskanzler Schmidt hat ja entschieden: kein Austausch!« Antwort (Klaus): »Von vornherein, ja.«

81 Näher dazu Polzin, Das Bundesverfassungsgericht im Deutschen Herbst, S. 58 ff.

82 Massing, Identität als Mythopoem, in: *Staat und Recht*, 1989, Nr. 2, S. 145.

liebsame Entscheidungen nicht durch Verletzung und Umgehung verfassungsrechtlicher Verpflichtungen vermieden werden. Das Grundgesetz ist kein abdingbares Rechtssystem. Denn »mit der Verfassung will jeder (wenn es denn sein muß), muß jeder (wenn es nicht anders geht) sein Süppchen kochen«.[83]

Reaktionen von Politik, Medien und Literatur

Parteipolitische Einschätzungen des Urteils

Offizielle Stellungnahmen der Parteien zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts existieren nicht. Die Reaktionen der politischen Akteure lassen sich nur an Aussagen Einzelner ablesen, die in Interviews bzw. in Bundestagsreden getätigt wurden.

Die Sozialdemokraten in der Bundesregierung begrüßten das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, sahen sie sich dadurch doch in ihrer bisherigen unnachgiebigen Haltung gegenüber den Entführern bestätigt. Helmut Schmidt argumentierte in seiner Erklärung vor dem Bundestag am 20. Oktober 1977 mit den Worten der Richter: »Das Bundesverfassungsgericht hat in den frühen Morgenstunden des 16. Oktober im Namen unseres Volkes für Recht erkannt: Die Art. 1 und 2 unseres Grundgesetzes verpflichten den Staat, jedes menschliche Leben zu schützen. Diese Schutzpflicht ist umfassend. Sie gebietet dem Staat, sich schützend und fördernd vor dieses Leben zu stellen; das heißt vor allem, es auch vor rechtswidrigen Angriffen von seiten anderer zu bewahren. An diesem Gebot haben sich alle staatlichen Organe, je nach ihren besonderen Aufgaben, auszurichten. [...] Am gleichen 16. Oktober, nachdem dieses Urteil ergangen war, haben die Bundesregierung, die Partei- und Fraktionsvorsitzenden des Deutschen Bundestages und die Ministerpräsidenten der vier betroffenen Bundesländer öffentlich bekannt gemacht, daß sie schon bisher nach diesen Grundsätzen beraten und gehandelt hatten und daß sie in Befolgung dieser Grundsätze auch weiterhin alles tun würden, um ihrer schweren Verantwortung gerecht zu werden.«[84] Schmidts Aussage illustriert eine seltene parteiübergreifende Einigkeit im Bundestag.

Auch Regierungssprecher Bölling stellte heraus: »Wohl aber hat [Schmidt] die Vorstellung gehabt, ich glaube, das gilt ganz genauso für den Führer der Opposition, für Herrn Dr. Kohl, daß eben weil es um eine Bedrohung unserer ganzen Gemeinschaft geht, hier das gemeinsame Überlegen notwendig sei.«[85] Der damalige CDU-Parteivorsitzende Helmut Kohl sagte am 20. Oktober 1977 im Deutschen Bundestag, der glückliche Ausgang des Mogadischu-Einsatzes beruhe nur darauf, dass »das vorhandene Risiko von allen Verantwortlichen gemeinsam abgewogen und gemeinsam verantwortet worden ist.«[86] Er sprach von einer »Solidarität der Demokraten« während der Schleyer-Entführung. Die Unionsparteien verfolgten im Vergleich zur Bundesregierung sogar eine wesentlich härtere Linie. Schließlich wollten CDU und CSU den Terrorismus »mit aller Entschlossenheit ausbrennen« und von den Angehörigen Schleyers sogar verlangen, das Opfer im Interesse des Rechtsstaates hinzunehmen.[87]

Position der Kirchen zum Urteil

Weder die evangelische noch die katholische Kirche reagierte auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts mit einer offiziellen Stellungnahme. Allerdings lässt sich ihre Position anhand öffentlicher Erklärungen während der Schleyer-Entführung ablesen.

Am 16. September 1977, Schleyer befand sich seit elf Tagen in Gewalt des Kommandos »Siegfried Hausner«, gab der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland eine Erklärung zum Thema Terrorismus ab. Nach dem Ausdruck »maßlosen Zorns« und »tiefer Resignation« über die Geiselnahme Schleyers konstatierte der Rat, dass nur ein starker Staat ein liberaler sein könne: »Wir sind uns bewußt, daß die politische Führung unseres Staates angesichts der erpresserischen Geiselnahme vor einer äußerst schwierigen Entscheidung steht. Auf der einen Seite hat der

83 Massing, Das Grundgesetz als Organisationsstatut, in: *Frankfurter Hefte*, 1982, 37. Jg., Nr. 7, S. 21.
84 BT-Prot. 8/50, S. 3756.
85 Dokumentation der Bundesregierung, Anlage 19, S. 67.
86 BT-Prot. 8/50, S. 3761 (C).
87 Vgl. Schwagerl, Der Humanitätsaspekt, S. 136 (143).

Scanned by CamScanner

Staat die Aufgabe, Leben zu schützen, auf der anderen ist zu fragen, ob die Erfüllung der Forderungen nicht zu weiteren Mordtaten führt. Auf diese Frage gibt es keine prinzipiell richtige oder falsche Antwort. Hier sind die Verantwortlichen vor letzte Gewissensentscheidungen gestellt.«[88] Dabei bekannte man sich ausdrücklich zur Solidarität mit der Regierung: »Wir versichern sie in dieser Situation unserer Bereitschaft, ihre Entscheidungen mit Vertrauen aufzunehmen und rufen dazu auf, auch die Folgen gemeinsam zu tragen.«[89]

Zwei Tage darauf gab auch die Deutsche Bischofskonferenz eine Erklärung zum Terrorismus ab. Darin wurde ebenfalls bekräftigt, dass alle Parteien und gesellschaftlichen Gruppen über vorhandene Meinungsverschiedenheiten hinweg zusammenwirken müssten. Man appellierte an die Verantwortlichen, sich gemäß der Rechtsgrundlage der Bundesrepublik zu verhalten: »Dabei sollten alle in der Verfassung und in unserer rechtsstaatlichen Ordnung gegebenen Möglichkeiten ausgeschöpft, dauernd beachtet und konsequent verwirklicht werden, bevor überhaupt Verfassungsänderungen in Betracht gezogen werden.«[90]

Die kirchlichen Stellungnahmen zeigen, dass Politik und Kirche einander während der Schleyer-Entführung sehr nahe waren. Während die Parteien Schmidt dabei in den Beratungsgremien und im Bundestag zur Seite standen, gedachte die Kirche mit anderen Mitteln zu helfen, wie der Evangelische Rat hervorhob: »Die Antwort der Christen auf die Herausforderung durch den Terrorismus ist das Gebet und das Tun dessen, was recht ist.«[91]

Berichterstattung der Medien

Am Abend des 16. Oktober 1977 wurde das Urteil des Bundesverfassungsgerichts in der »Heute«-Sendung des ZDF kommentiert: »Wie kaum anders zu erwarten war, konnte jedoch sein Antrag kaum Erfolg haben. Das Begehren, durch richterliches Urteil die Bundesregierung zum Nachgeben gegenüber den Terroristen zu zwingen, stieß von vornherein an die Grenzen der verfassungsgerichtlichen Kontrolle von Regierungsmaßnahmen. [...] Der wirksame Schutz aller Bürger wäre in der Tat dem Staat unmöglich gemacht, wenn ihm in solchen Situationen bestimmte Mittel von der Verfassung vorgeschrieben würden.«[92]

Am Montag, dem 17. Oktober 1977, berichteten die Tageszeitungen über die Gerichtsentscheidung vom Vortag. Doch auch hier fand sich kein kritisches Wort. Die Berichte erschöpften sich in einer reinen Referierung des Entscheidungstenors und der Urteilsgründe sowie in der Schilderung des Verfahrensablaufs.[93] Die *Welt* vermutete immerhin, dass der Sohn des Entführten gehofft habe, das Gericht werde wie sonst üblich nur eine Abwägung der in Betracht kommenden Nachteile durchführen: »Aber das Bundesverfassungsgericht beschränkte sich angesichts der Bedeutung seiner Entscheidung nicht darauf, zunächst einmal nur ziemlich allgemein abzuwägen, ob Schleyers Begehren im späteren Hauptverfahren immerhin Erfolgschancen hätte. Vielmehr entschied es, obwohl es nur um den Antrag auf einstweilige Anordnung ging, als habe es schon über die Hauptsache zu befinden.«[94]

Umgang der Literatur mit dem Urteil

Die Literatur zur Schleyer-Entführung zeigt sich, schweigt sie sich nicht vollständig über das Gerichtsverfahren aus,[95] bezüglich der Schleyer-Entscheidung einheitlich: bloße Darstellung, keine positive oder negative Wertung. Mit der knappen Feststellung »Um 5.45 Uhr wurde das Urteil des Bundesverfassungsgerichts bekanntgegeben. Es hatte den Antrag Eberhard Schleyers abgelehnt« lässt etwa Pflieger es bewenden.[96] Etwas ausführlicher schildert Peters das

88 Vgl. Dokumentation der Bundesregierung, Anlage 10.
89 Ebenda.
90 Ebenda, Anlage 13.
91 Ebenda, Anlage 10, S. 41.
92 Dem Verfasser liegt ein Abdruck der Bundespresseamt-Nachrichtenabteilung, Referat II R 2 Rundfunkauswertung Deutschland vor.
93 Ausführlich Polzin, Das Bundesverfassungsgericht im Deutschen Herbst, S. 69 ff.
94 Vgl. *Die Welt* vom 17. Oktober 1977.
95 So z. B. Wunschik, Baader-Meinhofs Kinder, S. 259 ff.
96 Pflieger, Aktion Spindy, S. 95.

Geschehen.[97] Daran schließt sich allerdings die Urteilsverkündung, unter gekürzter Darstellung der Gründe, wiederum völlig wertneutral an. Schließlich liefert Aust[98] die meisten Hintergrundinformationen, indem er Auszüge aus einem Interview mit Ernst Benda vorlegt, aus dem auch hier zitiert wurde. Auch Aust bezieht jedoch keine eigene Position zu dem Gerichtsurteil.

Selbst in der juristischen Literatur, und das überrascht noch mehr, finden sich kaum Abhandlungen zum Schleyer-Urteil. In den Lehrbüchern wird die Schleyer-Entscheidung zwar erwähnt, allerdings ganz überwiegend lediglich durch kurze Darstellung des Falls. Gleiches gilt für die Literatur zum Verfassungsprozessrecht,[99] die BVerfGG- und GG-Kommentare.[100] Lediglich Kriele wendet gegen das Urteil ein, die formulierten Entscheidungsgründe brächten das Abwägungsprinzip, welches seiner Meinung nach zuungunsten Schleyers ausfallen musste, nicht mit hinreichender Klarheit zum Ausdruck. Er rechtfertigt dies jedoch mit dem großen Zeitdruck und hält es für angebracht, »das Bundesverfassungsgericht besser zu verstehen, als es sich selbst verstand«.[101] Eine bezeichnende Aussage über die juristische Qualität des Urteils.

Rüdiger Breuer macht aus seiner Ansicht zum Wert des Lebens keinen Hehl. Er verdeutlicht die seiner Meinung nach vom Bundesverfassungsgericht »in aller Vorsicht formulierte Quintessenz«: »Der Staat kann von der Geisel ein Lebensopfer zugunsten eines qualifizierten, ebenfalls gefährdeten und anders nicht zu wahrenden Gemeinwohls verlangen. Der Lebensschutz der Geisel und letztlich ihr bedrohtes Leben dürfen insoweit dem Interesse der Allgemeinheit preisgegeben werden«.[102] Einen Querdenker gab es dann aber doch: Hans Joachim Schwagerl veröffentlichte 1978 einen Aufsatz zur Schleyer-Entführung, in dem er vor allem ethische Kritik an dem Vorgehen der Staatsorgane übte. Die Opferung Schleyers zeige, dass »das einzelne Leben gegenüber der staatlichen Autorität oder der zu schützenden Gesamtheit der Bürger einen geringeren Rang« einnehme.[103] Ein starker Staat werde zu einer »Politik ohne Moral, eine[r] Moral ohne Ethik«.[104] Menschlichkeitsaspekte müssten stärker in den Vordergrund treten und schließlich die Frage gestellt werden, ob ein Staat nach der Verfassung nicht die Pflicht habe, die Würde als höchsten Rechtswert und insbesondere das Leben eines Menschen unter allen Umständen zu schützen.

Das Urteil als Tabuthema

Es herrschte bemerkenswerte Einigkeit in der deutschen Gesellschaft: Weder von Politik und Kirche noch seitens der Tagespresse wurde Kritik an der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts geübt. Nichts anderes galt und gilt auch noch beinahe dreißig Jahre nach der Entführung Schleyers für die Literatur, soweit sie sich, selten genug, überhaupt näher mit der Entscheidung auseinander setzt.

Die Diskussion um die Veröffentlichung der offiziellen Dokumentation der Bundesregierung im Jahre 1977 veranschaulicht die Bemühungen der Politik, die Aufklärung der Öffentlichkeit so weit wie möglich einzuschränken. Ursprünglich sollte die Dokumentation nach Helmut Schmidt der Darlegung aller »Entscheidungen, Gründe und Zweifel« der Bundesregierung während Schleyers Gefangenschaft dienen.[105] Zu diesem Zweck erstellte das Presse- und Informationsamt Mitte Oktober einen 432 Seiten starken Band, der jedoch allseits kritisiert wurde. Der damalige Kanzler-

97 Peters, RAF, S. 262 f., S. 264.
98 Aust, Der Baader Meinhof Komplex, S. 611 f.
99 Benda/Klein, Lehrbuch des Verfassungsprozeßrechts, Rn. 1136; Pestalozza, Verfassungsprozeßrecht, München 1991, § 18 Rn. 11; Robbers, Verfassungsprozessuale Probleme in der öffentlich-rechtlichen Arbeit, München 1996, S. 92, Beispielfall.
100 Sie ignorieren die Schleyer-Entscheidung überwiegend, vgl. die umfangreichen Nachweise bei Polzin, Das Bundesverfassungsgericht im Deutschen Herbst, S. 76 f.
101 Kriele, in: Isensee/Kirchhof, Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. V, Heidelberg 2000, § 110 Fn. 102.
102 Breuer, Terrorismus, wehrfähiger Staat und individuelle Rechte, in: Freiheit und Verantwortung im Verfassungsstaat, München 1984, S. 79 (90).
103 Schwagerl, Der Humanitätsaspekt, S. 136 (137).
104 Ebenda, S. 136 (144).
105 *Der Spiegel* vom 31. Oktober 1977, 30. Jg., Nr. 45, S. 25.

Scanned by CamScanner

amtschef und Geheimdienstkoordinator Manfred Schüler sprach von einer »Art von Exhibitionismus«, Außenminister Hans-Dietrich Genscher forderte, alle Passagen zu streichen, die die Zusammenarbeit der Bundesregierung mit ausländischen Regierungen betrafen, die Einwände Hans-Jochen Vogels füllten gar ein »drei Meter langes Telex«.[106] Auch CDU und CSU meldeten »schwerwiegende Bedenken« an und beklagten sich über mangelnde Berücksichtigung ihrer Rolle während der Entführung. Schmidt befand sich damit in dem Dilemma, zum einen sein im Parlament abgegebenes Versprechen, die Öffentlichkeit umfassend zu informieren, zu halten, sich dabei zum anderen jedoch weiterhin die Gunst der Konservativen zu sichern, da neue terroristische Anschläge die Regierung »schon bald wieder in den großen Krisenstab mit der Opposition zwingen« könnten.[107] So schrumpfte die Dokumentation schließlich auf 109 Seiten zusammen.

Schwagerl bringt den Umgang der Öffentlichkeit mit dem Urteil bereits 1978 auf den Punkt: »Allgemein fällt auf, daß sich bisher kaum kritische Stimmen zu der Auffassung des Bundesverfassungsgerichts öffentlich gemeldet haben [...]. Es scheint, als ob stillschweigend von allen Seiten ein Tabu über diesen Sachverhalt errichtet worden ist, an dem keiner, vielleicht aus Gründen des belasteten Gewissens, zu rütteln wagt.«[108] Bezeichnend, dass sich dies über fast drei Jahrzehnte hinweg nicht geändert hat.

Festzuhalten bleibt, dass eine differenzierte Auseinandersetzung mit der Entscheidung angesichts ihrer verfassungsrechtlichen Brisanz unbedingt geboten und wünschenswert gewesen wäre. Die Öffentlichkeit ist sie nicht zuletzt den Angehörigen Hanns-Martin Schleyers schuldig geblieben.

Maßstäbe zukünftigen Handelns

Zugegeben – die Rolle des Bundesverfassungsgerichts am 16. Oktober 1977 war mehr als unglücklich. Schließlich sollten die Richter dazu gedrängt werden, der Bundesregierung eine unliebsame Entscheidung abzunehmen und die rechtliche und moralische Verantwortung damit in ihre Sphäre zu verlagern. Der Erste Senat hatte sich aus der Affäre zu ziehen versucht, indem er durch die Einräumung einer Entscheidungsprärogative der Regierung eine eigene Beurteilung der Situation vermied. Dass dies jedoch verfassungsrechtlich nicht hinnehmbar war und ist, stellt das Urteil im Nachhinein schlechter als eine ausführlich begründete Entscheidung, wie auch immer sie ausgefallen wäre. Das Fehlurteil beschert dem Bundesverfassungsgericht in der Geschichte des RAF-Terrorismus eine ähnlich unrühmliche Position wie den Ermittlungsbehörden und den Regierungen, deren von Fehlern und Pannen gezeichnete Bekämpfungspolitik etwa durch das »Desaster von Bad Kleinen«[109] 1993 in Erinnerung geblieben ist. Doch nicht nur die nachlässige Ermittlungsarbeit des Verfassungsschutzes betreffend die RAF[110] und die Warnung der Bundesanwaltschaft, Altmitglieder bereiteten die Formierung einer neuen Terrororganisation vor,[111] geben Anlass zu der Überlegung, wie viel staatliches Potential heute zur Terrorismusbekämpfung verwendet werden muss und, sollte es zum Schlimmsten kommen, an welchen rechtlichen Maßstäben sich der Rechtsstaat im Falle einer »Erpressung« zu orientieren hätte. Nach den aktuellen terroristischen Entwicklungen seit dem 11. September 2001 und den jüngsten Entführungsfällen im Irak und im Jemen erscheinen Szenarien wie die Schleyer-Entführung auf einmal wieder denkbar. Notwendig ist es daher, die Entscheidungsmaßstäbe für künftige Fälle so eindeutig wie möglich herauszustellen. Die grundrechtlichen Anforderungen an das Staatshandeln haben

106 Ebenda, S. 27.
107 Ebenda, S. 28.
108 Schwagerl, Der Humanitätsaspekt, S. 136 (139).
109 So Peters, RAF, S. 459.
110 So suchten die Behörden jahrelang nach mutmaßlichen Top-Terroristen, die offenbar nie der RAF angehörten, vgl. Rote Armee Fraktion besteht aus drei Leuten, *Süddeutsche Zeitung* vom 29. Juli 1998, S. 5.
111 Vgl. Fragliche Wiedergeburt – RAF-Strafverfolger haben sich zuletzt wiederholt geirrt, *Süddeutsche Zeitung* vom 21. Mai 2001, S. 5.

sich seit der Schleyer-Entführung nicht geändert. Daher wird man sich an folgenden Umständen – mögen sie politisch auch unbequem sein – zu orientieren haben:

Das Gewaltenteilungsprinzip verschafft Legislative und Exekutive zwar einen eigenen – weiten – Handlungsspielraum, die gerichtliche Durchbrechung ist jedoch in Fällen eklatanter Grundrechtsgefährdung zulässig, geboten und notwendig. Sie erklärt sich aus der Funktion der Gerichtsbarkeit selbst.

Wird der Staat in seinen originären Funktionen beeinträchtigt oder bedroht, entscheidet die Situation im Einzelfall. Dies gilt aber nicht nur für die Belange des Individuums, sondern auch die der Allgemeinheit und des Staatsapparats. Handeln der öffentlichen Gewalt lässt sich nicht abstrahieren, sondern erhält seine Legitimation erst durch dahinterstehende konkrete Interessen. Staatsräson ist kein Element der Demokratie. Bei terroristischen Entführungen sind daher die gegenläufigen Belange zu berücksichtigen. Soweit es im Rahmen einer Abwägung möglich ist, sind sie miteinander in Einklang zu bringen, andernfalls erhält das gewichtigere Interesse Vorrang. Die »wehrhafte Demokratie« und politische Leitbilder haben dabei ebenso wenig Präjudizfunktion wie das Schleyer-Urteil des Bundesverfassungsgerichts.

Staatliche Eingriffe in das Leben, die Art. 2 II 3 GG dem Wortlaut nach erlaubt, sind nur durch oder aufgrund eines Parlamentsgesetzes möglich. Die Einführung eines solchen ist aber kaum denkbar (vgl. jüngst das verfassungswidrige Luftsicherheitsgesetz); zu deutlich sind die Lehren aus dem nationalsozialistischen Staat, zu groß die Missbrauchsgefahr und zu gewagt die Mutmaßung darüber, welche Interessen dem Leben eines Einzelnen prinzipiell vorgehen könnten. Art. 2 II 1 GG verpflichtet dagegen zum Schutz des Lebens, und auch wenn der Weg dorthin dem Gesetzgeber und der Exekutive überlassen ist, gibt die Norm doch ein klares Ergebnis vor: Das Leben des Betroffenen muss bewahrt, tatsächlich erhalten werden. Daran, ob der Schutzbedürftige am Ende lebt oder nicht, gibt es nichts zu deuteln. Ein Gestaltungsspielraum ist hier auch mit noch so juristischer Feinsinnigkeit nicht vorstellbar. Lediglich in der Auswahl der Mittel wird der Staat also frei sein, und auch dort nur in sehr engen Grenzen. Denn nur selten werden zwei Mittel gleichermaßen effektiv zur Sicherung des Lebenserhalts sein.

An der Spitze der grundgesetzlichen Wertordnung steht schließlich die Menschenwürde, und dies nicht nur in formeller Hinsicht. Jegliche staatliche Entscheidung hat sie zu achten und in Gefährdungslagen ihrer Verwirklichung zu dienen. Eine Abwägung und erst recht ein Abwägungsergebnis zugunsten anderer Interessen verstößt, wenn die Menschenwürdegarantie betroffen ist, gegen die Verfassung.

Dem Terrorismus wird damit kein »Freibrief« ausgestellt, im Gegenteil: Nimmt der Staat den Schutzauftrag gegenüber seinen Bürgern ernst, hat er terroristisches Potential von jeder Seite im Keim zu ersticken. Er hat ohne Wenn und Aber die erforderlichen (finanziell belastenden) Maßnahmen zu treffen, die ein präventiver Schutz der Öffentlichkeit und des Individuums erfordert. Diese »Anspruchshaltung« des Bürgers ist nicht etwa arrogant – sie ergibt sich aus seinen ureigensten Rechten, den Menschenrechten, die ihre Ausprägung im Grundrechtskatalog der Art. 1–19 Grundgesetz gefunden haben. Gelingt dem Staat sein Bemühen aufgrund fehlender Initiative und Koordination, mangelhafter Ermittlungstätigkeit oder einfacher Machtlosigkeit nicht, kann er seine Versäumnisse jedoch nicht auf Kosten des Einzelnen kompensieren. Es wird ihm auch in künftigen Situationen obliegen, nachträglich für Abhilfe zu sorgen. Denn der »starke Staat« gibt sich weniger preis, indem er in Notlagen zugunsten der Grundrechte entscheidet, als viel eher dadurch, dass er sich mit nachträglicher Ermittlungsarbeit überlastet fühlt.

Mit solchen Anforderungen wird die Entscheidung in einer politischen Spannungslage nicht leichter von der Hand gehen. Aber sie wird dem Grundgesetz Rechnung tragen und es letztlich gegen terroristische oder andere bedrohliche Kräfte verteidigen.

Um nicht missverstanden zu werden: Diese Grundsätze können nur für Entführungsfälle gelten, die mit dem Fall Schleyer vergleichbar sind. Denkbare Bedrohungen der Bevölkerung durch Bomben und Massenvernichtungswaffen unterlägen einer vollständig neuen rechtlichen Beurteilung.

Scanned by CamScanner

Scanned by CamScanner

Uwe Wesel

Strafverfahren, Menschenwürde und Rechtsstaatsprinzip

Versuch einer Bilanz der RAF-Prozesse

Artikel 103 des Grundgesetzes garantiert, was rechtliches Gehör genannt wird: Vor Gericht soll jeder umfassend informiert werden und ausführlich seinen Standpunkt darlegen können, wozu auch das Recht gehört, sich durch einen frei gewählten Anwalt vertreten zu lassen, mit dem man ungehindert und unbeobachtet sprechen kann. Daneben gibt es den ungeschriebenen Verfassungsgrundsatz des fairen Verfahrens. Niemand darf vom Gericht in die Ecke gedrängt, allein gelassen, zurückgesetzt oder mit unbilliger Härte behandelt werden. Das ist leicht gesagt, war aber schwer getan in den Prozessen wegen Straftaten der *Roten Armee Fraktion* (RAF). Das lag zum Teil an Richtern und Staatsanwälten, aber auch an den Angeklagten. Diese benahmen sich oft wie die Berserker, was zu einem großen Teil verursacht war durch unerträgliche Haftbedingungen. Oder sie waren durch diese Haftbedingungen so geschwächt, dass sie an den Verhandlungen nicht mehr teilnehmen konnten oder wollten. In einem knappen Bericht ist das nicht erschöpfend zu beschreiben. Zunächst soll mit einem Überblick über die wichtigsten Verfahren verdeutlicht werden, wovon die Rede ist. Darin ist etwa ein Fünftel dessen enthalten, was in drei Jahrzehnten dazu vor den Gerichten der Bundesrepublik verhandelt wurde. Dabei kann durchaus das eine oder andere Wichtige übersehen worden sein. Insgesamt waren es Tausende Ermittlungsverfahren, die zu 200 bis 300 Verurteilungen führten, vom Stammheimer Prozess als Höhepunkt bis zu Verfahren wegen Parolen wie »RAF« oder »RAF wir werden siegen«, die auf Transparente gemalt oder an Wände gesprüht waren und zu Strafen zwischen drei und 18 Monaten führten. Die Liste der Angeklagten, der Gerichte, der Vorwürfe und der Urteile:

1971/73
- Horst Mahler, LG Berlin, 3 Verfahren wg. vers. Mordes u. Bankraubes, insges. 12 J.

1973
- Brigitte Mohnhaupt, LG Berlin, Mtglsch., 4 J. 8 M.

1977
- Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe, OLG Stuttgart (»Stammheimer Prozess«), mehrf. Mord, lebenslang
- Klaus Jünschke, Manfred Grashof, LG Kaiserslautern, Mord u. Bankraub, vers. Mord, beide lebenslang
- Karl-Heinz Dellwo, Hanna Krabbe, Bernhard Rössner, Lutz Taufer, OLG Düsseldorf, Mord u. Geiselnahme (Stockholm), jeder lebenslang
- Eberhard Becker, Wolfgang Beer, Christa Eckes, Helmut Pohl, LG Hamburg, u. a. Mtglsch., 4 J., 4 J. 6 M. Jugendstr., 7 J. 5 M.
- Knut Folkerts, GeschwG Utrecht, Mord, 20 J.
- Verena Becker, OLG Stuttgart, vers. Mord, lebenslang

1978
- Günter Sonnenberg, OLG Stuttgart, vers. Mord, lebenslang
- Hans-Joachim Dellwo, Volker Speitel, OLG Stuttgart, Mtglsch., 3 J. 2 M., 2 J.

1979
- Christine Kuby, OLG Hamburg, vers. Mord, lebenslang
- Irmgard Möller, LG Heidelberg, Mord, lebenslang
- Siegfried Haag, Roland Mayer, OLG Stuttgart, Mtglsch., 14 J., 12 J.
- Angelika Speitel, OLG Düsseldorf, vers. Mord, lebenslang
- Siegfried Haag, OLG Stuttgart, Geiselnahme (Stockholm), 15 J.

1980
- Arndt Müller, Armin Newerla, OLG Stuttgart, Mtglsch., 4 J. 8 M., 3 J. 6 M.
- Astrid Proll, LG Frankfurt/M., Raub, 5 J. 6 M.
- Knut Folkerts, OLG Stuttgart, Mord (Buback), Raub, lebenslang
- Gert Schneider, Christof Wackernagel, OLG Düsseldorf, vers. Totschlag, beide 15 J.
- Rolf Klemens Wagner, GeschwG Zürich, vers. Mord, Raub, lebenslang

1981
- Stefan Wiesniewski, OLG Düsseldorf, Geiselnahme, Mord (Schleyer), lebenslang

1982
- Sieglinde Hofmann, OLG Frankfurt/M., Totschlag (Ponto), 15 J.
- Rolf Heißler, OLG Düsseldorf, Mord, lebenslang

1983
- Helga Roos, OLG Stuttgart, Mtglsch., 4 J. 9 M.

1985
- Adelheid Schulz, OLG Düsseldorf, Mord (Schleyer), lebenslang
- Christian Klar, Brigitte Mohnhaupt, OLG Stuttgart, Mord (Schleyer), vers. Mord (Ponto, Kroesen), beide lebenslang
- Gisela Dutzi, OLG Frankfurt/M., Mtglsch., 8 J. 6 M.
- Claudia Wannersdorfer, OLG Stuttgart, Sprengstoffanschlag, 8 J.

1986
- Barbara Ernst, Ernst-Volker Staub, BayObLG, Mtglsch., beide 4 J.
- Christa Eckes, Manuela Happe, Ingrid Jakobsmeier, OLG Stuttgart, Mtglsch., vers. Mord, 8 J., 15 J., Jakobsmeier später mit 1993 insges. 15 J.
- Peter-Jürgen Boock, OLG Stuttgart, Totschlag, Mord (Ponto, Schleyer), lebenslang
- Stefan Frey, Helmut Pohl, OLG Düsseldorf, Mtglsch., vers. Mord, 4 J. 6 M., lebenslang

1987
- Rolf Klemens Wagner, OLG Düsseldorf, Mord (Schleyer), lebenslang

1988
- Eva Haule, Christian Kluth, OLG Stuttgart, Sprengstoffanschlag, 10 J., 15 J.

1991
- Luitgard Hornstein, OLG Stuttgart, Sprengstoffanschlag, 9 J.
- Susanne Albrecht, OLG Stuttgart, Totschlag (Ponto) 12 J. (DDR-Aussteigerin, Kronzeugin)
- Henning Beer, OLG Koblenz, u. a. vers. Mord (Kroesen), 6 J. (DDR-Aussteiger, Kronzeuge)
- Silke Maier-Witt, OLG Stuttgart, Mord, vers. Mord (Schleyer, Kroesen), 10 J. (DDR-Aussteigerin, Kronzeugin)

1992
- Monika Helbing, OLG Stuttgart, u. a. Mord (Schleyer), 7 J. (DDR-Aussteigerin, Kronzeugin)
- Werner Lotze, BayObLG, u. a. vers. Mord (Kroesen), Mord, 11 J. (DDR-Aussteiger, Kronzeuge)
- Rolf Baptist Friedrich, Sigrid Sternebeck, OLG Stuttgart, u. a. Mord (Schleyer), vers. Mord (Haig), 6 J. 6 M., 8 J. 6 M. (DDR-Aussteiger, Kronzeugen)
- Inge Viett, OLG Koblenz, vers. Mord (Ramstein), 13 J. (DDR-Aussteigerin, Kronzeugin)
- Peter-Jürgen Boock, OLG Stuttgart (2. Prozess nach Aufhebung des 1. durch BGH), Totschlag, Mord (Ponto, Schleyer), lebenslang

1993
- Ingrid Jakobsmeier, OLG Stuttgart, vers. Mord (Ramstein, Kroesen), 15 J.
- Rolf-Klemens Wagner, OLG Düsseldorf, vers. Mord (Haig), lebenslang

1994
- Eva Haule, OLG Frankfurt/M., vers. Mord (Haig), lebenslang

1995
- Sieglinde Hofmann, OLG Stuttgart, Mord, vers. Mord (Schleyer, Haig), lebenslang

1996
- Souhaila Sayeh, OLG Frankfurt/M., Mord (Schleyer) 12 J., Kronzeugin

1998

- Birgit Hogefeld, OLG Frankfurt/M., Mord (Pimental, Air Baise, Tietmeyer), lebenslang

2001

- Andrea Klump, OLG Stuttgart, Sprengstoffanschlag, 9 J.

Die meisten der hier nicht genauer bezeichneten Verurteilungen wegen Mordes oder Mordversuchs gehen zurück auf das Verhalten der Angeklagten bei ihrer Festnahme. In fast allen Fällen haben sie sofort auf die Polizisten geschossen. Die mehr oder weniger mechanischen Verurteilungen sind nicht ganz unproblematisch, denn sie setzen voraus, dass die Verurteilten den Tod der Polizisten beabsichtigten oder dass es ihnen egal war, ob diese getötet werden. Es ist aber auch möglich, dass einige tatsächlich nur verletzen wollten, um ihre Festnahme zu verhindern. Dann war die harte lebenslange Strafe falsch. Von den Gerichten ist das nur ganz selten richtig untersucht worden. Allgemein allerdings war die automatische Schießerei der RAF gegen die »Bullen« tatsächlich für sie typisch und resultierte aus ihrer Freund-Feind-Besessenheit, was die hohen Verurteilungen juristisch rechtfertigte.

Nach der staatlichen Vereinigung von Bundesrepublik und DDR wurde auch den bis dahin von Stasi-Chef Erich Mielke geschützten RAF-Aussteigern der Prozess gemacht. Sie akzeptierten die ihnen angebotene problematische Kronzeugenregelung, sagten gegen ihre früheren Kampfgenossen aus und wurden dafür milder bestraft. Das hatte seit 1993 die vier neuen Prozesse gegen Ingrid Jakobsmeier, Rolf-Klemens Wagner, Eva Haule und Sieglinde Hofmann zur Folge.

Der Anfang: Horst Mahler

Der 14. Mai 1970 – die Befreiung Andreas Baaders aus der Haft während einer Ausführung – gilt als Geburtsstunde der RAF. Dabei wurde ein Bibliotheksangestellter durch einen Pistolenschuss schwer verletzt. Horst Mahler war nicht dabei, er nahm an jenem Vormittag an einer Gerichtsverhandlung teil. Im September 1970 überfiel die Gruppe drei Banken in Berlin und machte eine Beute von mehr als 200 000 Mark. Bald danach wird Horst Mahler in einer konspirativen Wohnung verhaftet, eine geladene Pistole in der Hosen- und zwei gefüllte Magazine in der Jackentasche. Im März 1971 beginnt der erste Prozess gegen ihn vor dem Landgericht Berlin wegen Beihilfe zum Mordversuch bei der Baader-Befreiung. Ein Freispruch zeichnet sich ab. Der Berliner Innensenator zieht die Notbremse und schickt einen V-Mann des Verfassungsschutzes in den Prozess, Peter Urbach, der in der linken Szene bestens bekannt und öfter als *agent provocateur* aufgetreten ist. Er macht einen schlechten Eindruck, kann die Richter nicht überzeugen. Sie sprechen Horst Mahler frei aus Mangel an Beweisen. Wie eine Säule aus alter Zeit steht dieses Urteil in der neuen Landschaft von »einem Krieg von 6 gegen 60 000 000«, wie Heinrich Böll schreibt.[1] In Zukunft wird es so etwas nicht mehr geben. Der Bundesgerichtshof hebt das Urteil im folgenden Jahr auf.

1973 beginnt der letzte Prozess gegen Horst Mahler, wieder vor dem Landgericht Berlin. Jetzt geht es außerdem um die Banküberfälle. Die Gründung einer kriminellen Vereinigung steht als Tatbestand ohnehin schon fest. Aber die Beteiligung am Mordversuch und den Banküberfällen? Wieder tritt ein Kronzeuge auf, genauso wenig glaubwürdig wie Peter Urbach. Er heißt Karl-Heinz Ruhland, war Automechaniker in einer Berliner Werkstatt, ein armer Kerl mit Ratenzahlungsproblemen und einigen leichten Vorstrafen wegen Betrugs und Unterschlagung. Deshalb hat er bei den Banküberfällen geholfen und ist danach mit den RAF-Leuten in die Bundesrepublik gegangen. Im Dezember 1970 wird er verhaftet, von der Polizei mit Versprechungen umgedreht und zum Kronzeugen in vielen RAF-Prozessen. Premiere ist das Verfahren gegen Mahler vor dem Berliner Landgericht. Fünf Zeugen sagen unter Eid aus, Ruhland habe ihnen in der Untersuchungshaft versichert, ihm könne nichts passieren, er habe eine Abmachung mit dem Bundeskriminalamt und würde gegen Horst Mahler falsch aussagen. Trotzdem glaubt ihm das Gericht. Horst Mahler wird wegen Teilnahme am Mordversuch

1 Heinrich Böll, »Will Ulrike Meinhof Gnade oder freies Geleit?« *Der Spiegel* vom 10. Januar 1972, 26. Jg., Nr. 3, S. 55.

und den Banküberfällen zu einer Freiheitsstrafe von zwölf Jahren verurteilt, ohne ausreichende Beweise und unvereinbar mit rechtsstaatlichen Prinzipien. Man hätte ihn wegen Gründung der kriminellen Vereinigung zu vier oder fünf Jahren verurteilen können. Heute wissen wir, dass er zumindest an Raubüberfällen beteiligt war. Das rechtfertigt aber nicht das damalige Urteil.

Nicht untypisch: Klaus Jünschke

Klaus Jünschke, Mitglied der RAF, wurde 1977 vom Landgericht Kaiserslautern zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt. Angeklagt war er wegen eines Banküberfalls 1971 in Kaiserslautern, bei dem ein Polizist erschossen worden war, also wegen Raubmords, sowie wegen eines Bombenanschlags 1972 auf ein US-Offizierskasino in Frankfurt, bei dem ein Oberst getötet wurde (Mord) und 13 andere verletzt (Mordversuch). Die Beteiligung am Bombenanschlag ließ sich überhaupt nicht beweisen. Hier kam es zu einem Freispruch. Die Beteiligung am Banküberfall ist bis heute zweifelhaft. Sicher ist nur, dass Klaus Jünschke sich damals in einer konspirativen Wohnung in Kaiserslautern aufgehalten hat. Aber deshalb muss er nicht beim Bankraub dabei gewesen sein und schon gar nicht am Polizistenmord beteiligt. Es gibt außer diesem nicht ausreichenden Indiz nur noch zwei Zeugen, eine Frau und einen Mann. Der Mann will Jünschke zwei Tage vor dem Überfall in einem Auto gesehen haben. Es stand mit laufendem Motor im Halteverbot vor der Bank, am 20. Dezember morgens gegen acht. Aber es war noch ziemlich dunkel und regnete. Die Scheiben des Wagens waren beschlagen. Einen kurzen Augenblick habe er ihn im Halbrund des Scheibenwischers gesehen, so der Zeuge. Er identifizierte ihn anhand des Fotos, das die Polizei ihm drei Wochen später vorlegte. Am Tag vor dieser Aussage war Jünschkes Foto in der Tageszeitung der Stadt erschienen. Die psychologische Erklärung ist einfach: Der Zeuge hat auf dem Polizeifoto nicht den Mann identifiziert, den er drei Wochen vorher im Auto gesehen hat, sondern den aus der Zeitung vom Vortag, ebenso die Zeugin. Auch sie ging einen Tag nach dieser Veröffentlichung in der Zeitung zur Polizei. Sie habe diesen Mann drei Wochen vor dem Überfall gesehen, also vor sechs Wochen, irgendwo in Kaiserslautern auf der Straße. Er habe dort fotografiert und sei etwa 1,65 Meter groß. Tatsächlich misst Jünschke 1,84 Meter und war zu dieser Zeit im Ruhrgebiet. Aber das stört die Richter nicht: Beide Aussagen seien glaubwürdig. Im Urteil heißt es dazu, aus den Zeugenaussagen ergebe sich, dass er Fluchtwege ausgekundschaftet und zwei Tage vor dem Überfall noch eine Probefahrt gemacht habe. Die Überzeugung des Gerichts, dass Jünschke am Überfall beteiligt war, beruhe darauf, dass er schon bei der Vorbereitung des Bankraubs eingesetzt worden sei. Deshalb stehe für das Gericht fest, dass seine Ortskenntnisse auf diese Weise am wirkungsvollsten genutzt werden konnten. Und die Logik? Der Unterschied zwischen 1,65 und 1,84 Meter? Das seien nicht fast 20 Zentimeter, sondern »Durchschnittsgrößen«. In jedem normalen Kriminalverfahren hätte das zur Aufhebung des Urteils geführt. Hier nicht. Schließlich war es ein Prozess gegen einen Terroristen der RAF.

Es geht auch anders: Astrid Proll

Astrid Proll war angeklagt wegen eines der Banküberfälle der RAF in Berlin 1970 und versuchten Mordes bei einer gescheiterten Festnahme in Frankfurt 1971. Im ersten Prozess dazu musste sie 1974 aus der Haft entlassen werden, weil sie durch isolierende Haftbedingungen – wie offiziell genannt wurde, was die Gefangenen als »Isolationsfolter« bezeichneten – verhandlungs- und haftunfähig geworden war. Sie floh nach England, distanzierte sich von der RAF und baute sich unter falschem Namen eine kleine neue Existenz auf. Dann wurde sie entdeckt und – nicht ganz rechtmäßig – an die Bundesrepublik ausgeliefert.

Der zweite Prozess vor dem Landgericht Frankfurt begann 1979 unter einer Vorsitzenden Richterin, die ihn als normales Strafverfahren führte, nach den dafür üblicherweise geltenden Regeln und nicht als Terroristenprozess nach dem Freund-Feind-Schema von beiden Seiten. Zunächst sah es nicht besonders gut aus für die Angeklagte. Sie wurde schwer belas-

Scanned by CamScanner

tet durch Berichte von zwei Beamten, die sie 1971 im Frankfurter Westend festnehmen wollten, ein Frankfurter Polizist und ein Mitarbeiter des Berliner Landesamtes für Verfassungsschutz. Als Astrid Proll mit Manfred Grashof von ihnen angehalten wurde, habe Grashof die beiden mit seiner Pistole bedroht – »Hände hoch!« – und ihr zugerufen, sie solle schnell verschwinden. Dann sei sie aber plötzlich stehen geblieben, habe sich umgedreht und auf einen der Beamten geschossen, die mit erhobenen Händen vor Grashof standen. Ihr Schuss sei danebengegangen. Daraus ergab sich eine Schießerei zwischen dem bewaffneten Frankfurter Polizisten und Grashof. Der unbewaffnete Berliner habe Astrid Proll verfolgt, die dreimal auf ihn geschossen, aber wieder nicht getroffen habe. Schließlich sei sie entkommen. Also, nach der in Terroristenprozessen üblichen Praxis, Mordversuch mit der Folge lebenslanger Freiheitsstrafe.

Ganz so schlimm sah es für Astrid Proll aber wegen der korrekten Haltung der Vorsitzenden Richterin nicht aus. Denn die Berichte der beiden Beamten waren so formuliert, als hätte einer vom anderen abgeschrieben. In Satzfolge und Wortwahl stimmten sie weitgehend überein. Solche Absprachen künftiger Zeugen lieben Richter gar nicht, denn dabei steht immer der Verdacht von Manipulation im Raum. Hinzu kam, dass der Berliner für seine Zeugenaussage vom Innensenator keine Aussagegenehmigung erhielt. Das kommentierte die Richterin mit der Bemerkung, die Verwaltung würde hier unzulässig in die Rechtsprechung eingreifen, indem sie dem Gericht den wichtigsten Zeugen vorenthalte und damit die vollständige Aufklärung des Mordversuchs verhindere.

Schließlich kam die endgültige Wende im Prozess. Es stellte sich nämlich heraus, dass noch ein dritter Beamter in unmittelbarer Nähe dabei gewesen war. Den hatten die beiden anderen verschwiegen. Es handelte sich um einen Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Köln. Auf Weisung von Gerhart Baum – Innenminister der sozialliberalen Koalition – wurde er von seiner Schweigepflicht entbunden, erhielt eine Aussagegenehmigung und konnte als Zeuge auftreten, gegen den Widerstand seines Behördenchefs. Dieser Dritte hatte dicht hinter den beiden anderen gestanden, die Hände ebenfalls erhoben vor Grashofs Pistole, und alles ganz anders erlebt als seine Kollegen. Keine Waffe bei Astrid Proll, kein Schuss von ihr auf den Frankfurter Polizisten und das Ganze ruhig und überzeugend vorgetragen. Dazu schrieb das Gericht ins Urteil, es sei nicht von der Hand zu weisen, dass der Frankfurter Polizist – und damit auch der Berliner Beamte – aus Zweckmäßigkeitsgründen dazu neige, der Wahrheit nicht den unbedingten Vorrang einzuräumen. Das war ein in Terroristenprozessen nicht üblicher Umgang mit Aussagen oder Berichten von Polizei und Verfassungsschutz. Astrid Proll wurde vom Vorwurf des versuchten Mordes freigesprochen. Die durch die manipulierten Berichte aus Frankfurt und Berlin drohende Gefahr einer lebenslangen Freiheitsstrafe war beseitigt von einer rechtsstaatlich agierenden Richterin und einem liberalen Bundesinnenminister.

So blieb nur der Bankraub in Berlin 1970. Auch hier kämpfte die Anklage wieder mit einem unglaubwürdigen Zeugen, dem notorischen Karl-Heinz Ruhland. Trotz seiner widersprüchlichen Aussage hat das Gericht Astrid Proll 1980 dafür zu fünfeinhalb Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Aber sie konnte zufrieden sein, denn die Untersuchungshaft von drei Jahren wurde angerechnet und der Rest der Strafe zur Bewährung ausgesetzt. Sie war frei und das Verfahren insgesamt per Saldo fair.

Einschränkung von Verteidigungsrechten, Haftbedingungen

Das hatte es in der deutschen Rechtsgeschichte noch nicht gegeben. Im Zusammenhang mit den Strafverfahren gegen Mitglieder der RAF wurden innerhalb von vier Jahren sechs Gesetze mit insgesamt 27 Einschränkungen von Rechten der Verteidigung und mehreren Erleichterungen für die Verfolgung durch die Staatsanwaltschaft und Bundesanwaltschaft erlassen. Es begann 1974 mit zwei Gesetzen zur Vorbereitung des großen Stammheimer Prozesses, der 1975 anfing. Wichtigste Änderungen waren das Verbot der Mehrfachverteidigung, die Möglichkeit der Durchführung eines Strafprozesses ohne Anwesenheit der Angeklagten und des Ausschlusses von Verteidigern, später die Erleichterung dieses Ausschlusses schon bei leichtem Verdacht, die Überwachung des Schrift-

wechsels zwischen den Gefangenen und ihren Verteidigern sowie die Trennscheibe und das Kontaktsperregesetz. Außerdem, ohne Sondergesetz, eine unbeschreiblich unwürdige Behandlung der Anwälte beim Zugang zum Gefängnis oder ins Gericht.

Am gefährlichsten für die Verteidigung war, was zunächst vielleicht als das Harmloseste erschien: das Verbot der Mehrfachverteidigung. Vorher hatte die Strafprozessordnung die Verteidigung mehrerer Angeklagter durch einen einzigen Anwalt oder gemeinsam durch mehrere Anwälte erlaubt. Das ist dann sinnvoll und notwendig, wenn es unter den Angeklagten keine Interessengegensätze gibt. Die Verteidigung kann dann besser koordiniert werden, zumal in solchen größeren Verfahren auch häufig mehrere Staatsanwälte auf der Seite der Anklage stehen und damit die vom ungeschriebenen Verfassungsgrundsatz des fairen Verfahrens geforderte Waffengleichheit zwischen Anklage und Verteidigung erhalten bleibt. Auch bei Verfahren gegen die RAF und besonders im großen Stammheimer Prozess hätte es so sein müssen, wurde aber durch eine Änderung der Strafprozessordnung ganz allgemein abgeschafft, was heute noch in unpolitischen Großverfahren die Verteidigung behindert. Die Angeklagten werden dadurch als Einzelne isoliert, was gerade dann die Verteidigung schwächt, wenn der Prozess wie in Stammheim gegen eine verschworene Gemeinschaft geführt wird. Auch wenn es irrsinnig war, wie die RAF das politische System der Bundesrepublik angegriffen hat und beseitigen wollte, sie hatte ein Recht darauf, sich als Kollektiv zu verstehen und zu verteidigen. Sie durfte den Prozess in Stammheim – und anderswo später – auch als Angriff auf ihre gemeinsame politische Identität verstehen. Genau dies aber sollte durch die Neufassung des §146 der Strafprozessordnung verhindert werden und führte auch, ob vom Gesetzgeber gewollt oder nicht, zur schwersten Behinderung ihrer Verteidiger.

Diese konnten nämlich ihre Mandanten konkret nur verteidigen, wenn sie die Möglichkeit zur Koordinierung hatten. In solchen Prozessen – die auch politisch sind, obwohl dies häufig bestritten wird – haben Verteidiger die Pflicht, den Angeklagten Gelegenheit zu geben, sich auch politisch zu verteidigen. Das ergibt sich aus der vom Grundgesetz garantierten Würde des Menschen und der Meinungsfreiheit.

Ohne Zweifel dürfen hier Grenzen nicht überschritten werden, aber eine Koordinierung auch der politischen Verteidigung ist notwendig. Das geht nicht nur durch gemeinsame Abreden der Verteidiger allein – diese waren außerhalb des Gerichts leicht möglich. Doch auch die Angeklagten müssen gemeinsam gehört werden. Das war nun nicht mehr möglich. Deshalb führten Anwälte und Angeklagte ein schriftliches Umlaufverfahren weiter, das schon vor dem Prozess zur technischen und politischen Koordinierung der Verteidigung eingerichtet worden war, das »info«-System. Ein schwacher Ausgleich für die Verletzung der Waffengleichheit von Anklage und Verteidigung, denn die Bundesanwälte konnten mühelos miteinander kommunizieren.

Auch die Justiz hielt das grundsätzlich für zulässig, aber nur technisch, nicht politisch. Denn tatsächlich verstanden sich die angeklagten Mitglieder der RAF auch im Gefängnis und im Prozess weiter als Kämpfer gegen das, was sie als »Schweinesystem« bezeichneten. Damit hatten sie ja auch großen Erfolg. Die Empörung junger Linker über Haftbedingungen und unmäßige Härte der Justiz führte dazu, dass die Zahl aktiver Mitglieder der RAF sich nach der Verhaftung der ersten Generation der RAF 1972 fast verzehnfachte und die Zahl der Sympathisanten in die Tausende stieg. Insofern bedeutete dieses »info«-System für die beteiligten Anwälte einen Tanz auf dem Vulkan. Denn alles, was nach Meinung der Justiz in diesen Papieren über die rein technische Koordinierung hinausging, was also politisch war, galt als strafbare Unterstützung der kriminellen, dann terroristischen Vereinigung, führte nicht nur zum Ausschluss von der Verteidigung, sondern zu Strafverfahren und – wie es damals noch hieß – Ehrengerichtsverfahren. Das wird noch zu beschreiben sein.

Ähnlich verhängnisvoll in seiner Anwendung nicht nur durch das Stammheimer Gericht war der neue §231a StPO im zweiten Gesetz von 1974. Danach kann ein Strafverfahren auch in Abwesenheit eines Angeklagten durchgeführt werden, der sich »schuldhaft in einen seine Verhandlungsfähigkeit ausschließenden Zustand« versetzt hat. Mitglieder der RAF galten für Justiz und Vollzugsanstalten automatisch als gefährlich. Wegen dieser Gefährlichkeit kamen sie sofort in Isolationshaft. Die totale Isolation bedeutete monatelange Einsamkeit ohne jede

Scanned by CamScanner

Verbindung innerhalb der Haftanstalt und nach außen in einem kleinen Raum, der von allem anderen optisch und akustisch abgeschirmt war und auch nicht gut belüftet. Diese »sensorische Deprivation«, wie sie dann bald mit einem sozialwissenschaftlichen Terminus benannt wurde, hat schwere gesundheitliche und psychische Schäden zur Folge, auch ohne den dann als Protest oft folgenden Hungerstreik, der das alles noch verschlimmerte und mitunter auch zum Tod führte. Astrid Proll zum Beispiel war, ohne Hungerstreik, dadurch lebensgefährlich krank geworden und musste deshalb während ihres ersten Prozesses entlassen werden.

Die für eine Isolationshaft notwendige Gefährlichkeit der RAF-Gefangenen galt nach der Rechtsprechung der Gerichte als »schuldhaft« im Sinne des § 231a StPO. Ein wegen Zugehörigkeit zur RAF ausgestellter Haftbefehl hatte wegen dieser Gefährlichkeit der Isolationshaft zur Folge. Dadurch wurden Gefangene »schuldhaft« verhandlungsunfähig, und deshalb konnte der Prozess – die Hauptverhandlung – in ihrer Abwesenheit durchgeführt werden, womit die Verteidigung weiter erheblich erschwert wurde. Mit anderen Worten: Wer wegen Mitgliedschaft bei der RAF vor Gericht stand, wurde automatisch verhandlungsunfähig, und der Prozess konnte ohne ihn stattfinden. Ein Circulus vitiosus und ein weiterer Verstoß gegen den Grundsatz des fairen Verfahrens.

Seit 1976 wurde der Schriftverkehr zwischen Anwalt und Mandant im Gefängnis bei Haftbefehl wegen Tätigkeit für die RAF nach einem neuen Gesetz von einem Richter kontrolliert. Wie soll man aber vertraulich korrespondieren, wenn man noch nicht einmal richtig miteinander reden kann mit der Trennscheibe dazwischen? Diese gab es – ebenfalls ein neues Gesetz – für die RAF-Gefangenen seit 1978, nachdem 1977 bei den Toten im 7. Stock des Gefängnisses in Stammheim eingeschmuggelte Waffen und Geräte gefunden worden waren. Trennscheibe bedeutet, dass Anwalt und Mandant sich in einem Raum des Gefängnisses treffen, der durch eine dicke Plastikscheibe getrennt ist. Sie verständigen sich über Mikrofon und können Papiere nur durch einen schmalen Schlitz in der Scheibe austauschen. Ein normales Gespräch ist nicht möglich. Es ist wie am Eingang eines schwer bewachten Gebäudes, wenn jemand an der Pforte über Mikrofon um Einlass bittet, die Antwort kaum versteht und seinen Ausweis durch die bewegliche Schublade reicht, nur dass die etwas breiter ist als der Schlitz in der Scheibe.

Schließlich die entwürdigende Behandlung der »Terroristenanwälte« beim Gang ins Gefängnis oder Gericht. Die kontrollierenden Beamten durchsuchten nicht nur Aktentaschen und Akten, die Anwälte mussten nicht nur Mantel, Jacke und Schuhe ausziehen, wurden nicht nur mit Metallsonden abgetastet – damals noch neu – und mussten ihre Hosen öffnen, wenn der Reißverschluss einen Piepton verursachte. Es ging so weit, dass in einigen Fällen die Verteidiger – Frauen wie Männer – sich nackt ausziehen mussten und ein Arzt hinzugezogen wurde, der die Körperöffnungen inspizierte. Und wer – die Würde des Menschen ist unantastbar – die Durchsuchung verweigerte, wurde als Verteidiger vom Prozess ausgeschlossen und erhielt von der Justizkasse eine Rechnung über viele tausend Mark für diejenigen Polizisten, die vergeblich eingesetzt wurden, um ihn zu durchsuchen. Das war das Ende der Verteidigung. Viele Anwälte hielten nur durch, weil sie ihre Mandanten nicht völlig allein lassen wollten, vertreten lediglich durch ihnen vom Gericht diktierte Verteidiger, die sie »Zwangsanwälte« nannten.

Stammheim

Stammheim ist ein Stadtteil im Stuttgarter Norden. Hier fand der erste große Prozess gegen die RAF statt, dem später noch viele andere vor dem 2. Senat des Oberlandesgerichts folgten. Angeklagt waren Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof, Holger Meins und Jan-Carl Raspe wegen mehrfachen Mordes und mehrerer Mordversuche bei der »Mai-Offensive« der RAF 1972, die ein Vergeltungsschlag für den Vietnamkrieg sein sollte und aus Sprengstoffanschlägen auf ein US-Offizierskasino in Frankfurt und das US-Hauptquartier in Heidelberg bestand. Die meisten Opfer gab es in Heidelberg, also in Baden-Württemberg, und deshalb war das Oberlandesgericht Stuttgart zuständig.

Nachdem der Kern der ersten Generation der RAF bald nach den Anschlägen verhaftet worden war, wurde der Prozess vorbereitet, und zwar erstens

durch den Neubau eines Gerichtsgebäudes neben dem Gefängnis in Stuttgart-Stammheim, zweitens durch die Einsetzung eines neuen Vorsitzenden, Dr. Prinzing, dem man die erfolgreiche Durchführung dieses strapaziösen Prozesses zutraute, der die große Abrechnung mit der RAF werden sollte und Muster für die folgenden Verfahren, sowie drittens durch die schon beschriebenen Sondergesetze. Der Neubau des Gerichts direkt neben dem Gefängnis war notwendig, weil man Befreiungsaktionen fürchten musste, wenn die Gefangenen quer durch die Stadt zum Hauptgebäude des Oberlandesgerichts transportiert würden.

Der Prozess begann am 21. Mai 1975 in diesem großen Neubau aus Stahl und Beton. Der Gerichtssaal hatte keine Fenster, nur Neonlicht und Wände aus rohem Beton. Es herrschte eine Festungsatmosphäre. 400 bewaffnete Polizisten in und auf dem Gebäude und drum herum, ein Stahlnetz über dem Hof gegen Befreiung mit Hubschraubern, Überwachungskameras, Außenscheinwerfer, Spanische Reiter vor dem Gebäude. Von den fünf Angeklagten erschienen nur vier. Holger Meins war ein halbes Jahr zuvor bei einem Hungerstreik gegen die Haftbedingungen gestorben.

Die Verhandlung ist gleich zu Anfang hektisch. Die Angeklagten benehmen sich teilweise wie Rasende, beleidigend und provozierend aggressiv. Das entschuldigt aber nicht, dass die Richter sich provozieren lassen und das Verfahren einen polizeistaatlichen Charakter bekommt, der im Grunde nur bestätigt, was diese Angeklagten von diesem Staat und seiner Justiz immer behauptet haben. Zunächst geht es um die »Zwangsverteidiger«, also Pflichtverteidiger, die vom Gericht vorsichtshalber bestellt sind, falls die von den Angeklagten gewählten Verteidiger aufgeben und das Verfahren wieder von vorn beginnen müsste. Wenn einer dieser »Zwangsverteidiger« etwas sagt, heißt es »Halt die Schnauze!« oder – etwas höflicher – »Sie haben die Fresse zu halten!« Dann will der Vorsitzende die Vernehmung zur Person beginnen, was drei Monate lang verhindert wird durch eine Diskussion über die Verhandlungsunfähigkeit der Angeklagten. Der Gefängnisarzt muss zugeben, dass die Haftbedingungen zu Gesundheitsschäden führen, sogar zu schweren, wenn sie – durch weitgehende Isolation – so hart bleiben wie bisher. Inzwischen wird Dr. Prinzing schon als Schwein bezeichnet. Die Freund-Feind-Stimmung herrscht auf beiden Seiten. Im August ist Prinzing immer noch nicht Herr des Verfahrens, wird von Andreas Baader »faschistisches Arschloch« genannt oder – von Gudrun Ensslin – »alte Sau«. Für die Vernehmung zur Person werden die Angeklagten von Justizbeamten in den Saal geschleppt, Ulrike Meinhof von vier Beamten an Händen und Füßen. Sie äußern sich nicht, und dann wird – ohne sie – die Anklage verlesen. Im September bestätigen unabhängige Ärzte, dass die RAF-Häftlinge weitgehend verhandlungsunfähig sind. Die Haftbedingungen sollen erleichtert werden. Das wird zwar angeordnet, aber gleichzeitig auch, dass die Verhandlung nun ohne sie stattfinden kann nach § 231a StPO des zweiten Gesetzes von 1974. Ulrike Meinhof schreit den Vorsitzenden an: »Du imperialistisches Staatsschwein.«[2]

Inzwischen sind mehrere Verteidiger vom Prozess ausgeschlossen, es laufen gegen sie Ehrengerichts- und Strafverfahren. Ein Jahr nach Prozessbeginn begeht Ulrike Meinhof Selbstmord. Sie hat sich am Fenstergitter aufgehängt. Von draußen kommen Briefe für die drei anderen. Sie sollen sich gefälligst ebenfalls aufhängen. Stricke sind beigefügt. Nun passiert das Unglaubliche: Dr. Prinzing lässt beides durch, die Briefe und die Stricke. Richtige Stricke, mit denen man sich tatsächlich aufhängen kann. Erst später, nach dem Prozess und dem Tod der drei, wird das aufgedeckt, vor einem Untersuchungsausschuss des Landtags durch einen der Vollstreckungsbeamten.

Der Hauptbelastungszeuge – Gerhard Müller – ist offensichtlich durch Drohungen umgedreht und wohl auch bezahlt vom Bundeskriminalamt.[3] Dr. Prinzing lässt entsprechende Fragen der Verteidigung nicht zu. Dann kommt Anfang 1977 ans Licht, dass er Schriftstücke aus dem Prozess über jenen Richter am Bundesgerichtshof an die Presse lanciert hat, der für die Beschwerden über seine Beschlüsse zuständig ist. Jetzt stellt sogar einer der von ihm bestellten »Zwangsverteidiger« gegen ihn einen Befangenheitsantrag, der zum Ausschluss des Vorsitzenden aus dem Prozess führt. Ein Beisitzender Richter wird

2 Stefan Aust, Der Baader Meinhof Komplex, Hamburg 1997, S. 374.

3 Ebenda, S. 419 f.

Scanned by CamScanner

sein Nachfolger und führt das Verfahren zu Ende. Kurz vor dem Urteil – lebenslang für die drei Angeklagten, verkündet am 28. April 1977 – wird auch noch bekannt, dass vertrauliche Gespräche zwischen Verteidigern und Angeklagten über Wanzen im Besucherraum der Gefängnisse heimlich abgehört, auf Tonband aufgenommen und den Staatsschutzbehörden überlassen worden sind. Der Landesinnenminister rechtfertigt das mit Staatsnotstand. Rechtsanwalt Schily erklärt vor Gericht: »Was hier in diesem Verfahren stattfindet, kann man nicht anders benennen als die systematische Zerstörung aller rechtsstaatlichen Garantien. Insofern hat das Verfahren für den Zustand dieser Republik seine exemplarische Bedeutung.«[4] So war es. Ein Monstrum in der Rechtsgeschichte der Bundesrepublik.

Das Urteil wurde nicht rechtskräftig. Vorher hatten sich die letzten drei Angeklagten das Leben genommen, am Ende jener quälenden 44 Tage im Deutschen Herbst des Jahres 1977, als Hanns-Martin Schleyer auf ihren Befehl und mit dem Ziel ihrer Freipressung von der zweiten Generation der RAF entführt und schließlich ermordet worden war.

Verfahren gegen Verteidiger

Es gab schwarze Schafe unter den Verteidigern der RAF, wenn auch nur sehr wenige. Siegfried Haag ist wohl der bekannteste, der Verteidiger von Holger Meins und Andreas Baader, der Mitglied der RAF wurde und wohl 1975 die Waffen besorgt hat für das blutige Attentat auf die deutsche Botschaft in Stockholm. Deswegen ist er 1979 vom Oberlandesgericht Stuttgart zu 15 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden. Oder die Anwälte Arndt Müller und Armin Newerla, 1980 vom selben Gericht verurteilt wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, der eine zu vier Jahren und acht Monaten, der andere zu drei Jahren und sechs Monaten. Doch alle Strafverteidiger der RAF standen für die Bundesanwaltschaft unter Generalverdacht, Unterstützer der Gruppe zu sein. Das wurde von dieser Behörde oft direkt oder indirekt verkündet und führte zu einer Hetzkampagne des Springer-Verlages mit hohen Auflagen und großer Wirkung im breiten Publikum unter dem Schlagwort »Terroristenanwälte«.

Das erste Opfer war Otto Schily. 1972 wurde er von der Verteidigung seiner Mandantin Gudrun Ensslin ausgeschlossen, weil er angeblich in ihrem Auftrag einen Kassiber für Ulrike Meinhof aus der Haftanstalt in Essen herausgeschmuggelt haben sollte. Begründung: Er war der Einzige, der sie dort in dieser Zeit besucht hatte. Bedienstete der Anstalt oder Gefangene kamen unmöglich in Frage. Dieser Beschluss des Bundesgerichtshofs wurde noch im selben Jahr vom Bundesverfassungsgericht aufgehoben. Dann häuften sich andere Ausschluss- und Ehrengerichtsverfahren. Auf dem Höhepunkt 1979 bis 1981 kam es zu Strafprozessen gegen drei von ihnen, Kurt Groenewold, Klaus Croissant und Hans-Christian Ströbele, in allen drei Fällen wegen des beschriebenen »info«-Systems.

Probelauf war das Verfahren gegen Kurt Groenewold vor dem Oberlandesgericht Hamburg. Es verurteilte ihn 1978 zu zwei Jahren Freiheitsstrafe mit Bewährung wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung. Kurt Groenewold soll dazu gesagt haben, er sei »relativ fair« verurteilt worden. Das war – hamburgisch – relativ nobel, aber falsch. Er hätte auf keinen Fall verurteilt werden dürfen.

Es gibt viele Beispiele dafür, dass Angeklagte in Prozessen die ihnen vorgeworfenen Straftaten offensiv rechtfertigen. So war es bei den Häftlingen in Stammheim mit ihrem »revolutionären Kampf« gegen das ihrer Meinung nach kapitalistisch-faschistisch-imperialistische System der Bundesrepublik. Das war zwar ein irrsinniges und brutales Konzept. Aber sie hatten das Recht, es offensiv fortzusetzen in diesem Prozess, der ja auch ein politischer Angriff auf ihr Selbstverständnis war. Ein Strafverteidiger in einem solchen Prozess hat eine solche Entscheidung seiner Mandanten zu respektieren und die Aufgabe, sie ihnen zu ermöglichen, selbst wenn es die Fortsetzung ihres Kampfes im Gerichtssaal bedeutet. Die Justiz auf der anderen Seite muss ihnen dann ruhig, klar, deutlich und besonnen entgegentreten, auch wenn sie sich wie Berserker benehmen.

Das Hamburger Oberlandesgericht hat Kurt Groenewold bestätigt, dass er mit dem »info«-System

4 Ebenda, S. 446.

in diesem Rahmen seiner Tätigkeit als Verteidiger gehandelt hat. Es hat ihm sogar ehrenwerte Absichten bestätigt. Er habe gemeint, sich rechtmäßig zu verhalten. Aber in einigen Fällen habe er sich dabei, juristisch formuliert, in einem Verbotsirrtum befunden. Ein Beispiel:

Ein Aufruf von Ulrike Meinhof zum Hungerstreik gegen die Haftbedingungen sei in diesem »info«-System verbunden gewesen mit dem Aufruf zur künftigen Revolutionierung. Dazu das Oberlandesgericht im Urteil: »Die Propagierung von proletarischer Gegengewalt und des Klassenkampfes [...] hat nichts mit Verteidigung zu tun.«[5] Das über das »info«-System verbreiten zu lassen, sei Unterstützung einer kriminellen Vereinigung in einem besonders schweren Fall im Sinne des § 129a des Strafgesetzbuches.

Nun zum Verbotsirrtum, der eine Bestrafung verhindert, wenn er unvermeidbar ist. In diesem Fall, so das Oberlandesgericht, sei er vermeidbar gewesen. Begründung: Bei gewissenhafter Prüfung hätte der Anwalt erkennen müssen, dass er die Grenzen einer zulässigen Verteidigung überschreiten würde. Dem muss umgekehrt entgegnet werden, dass das Oberlandesgericht Hamburg sich in einem vermeidbaren Rechtsirrtum über die Pflichten von Strafverteidigern in politischen Verfahren befand. Allerdings gibt es einen Unterschied. Für Richter führt das – im Gegensatz zu Anwälten – nicht zu einer Bestrafung.

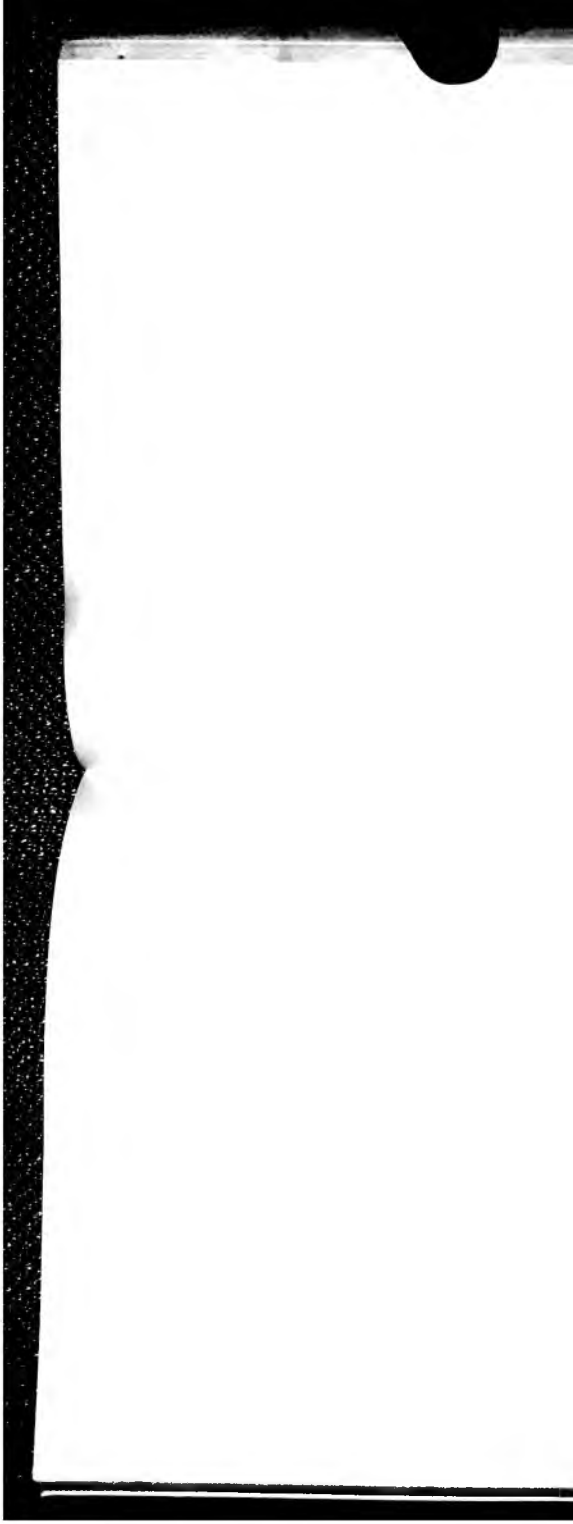
Ein halbes Jahr später wurde Rechtsanwalt Klaus Croissant vom Landgericht Stuttgart wegen desselben »info«-Systems noch härter bestraft, nämlich mit zweieinhalb Jahren Haft, die er verbüßen musste, weil ab zwei Jahren eine Aussetzung zur Bewährung nicht mehr möglich ist. Auf die Idee des Hamburger Gerichts, einen Verbotsirrtum zu prüfen, wie bei Kurt Groenewold, ist das Stuttgarter Gericht gar nicht erst gekommen. Dagegen war das Berliner Landgericht bei Hans-Christian Ströbele wieder milder. 1981 verurteilte es ihn zu eineinhalb Jahren mit Bewährung. Ob zweieinhalb, zwei oder eineinhalb Jahre, auch so konnte man Rechte der Verteidigung in Strafverfahren gegen die RAF wirksam einschränken.

Bilanz

Die Strafjustiz hat in den RAF-Prozessen zu hart reagiert, befangen in einem rechtsstaatswidrigen Freund-Feind-Denken. Schon der Ausschluss Otto Schilys von der Verteidigung Gudrun Ensslins 1972 war eine Überreaktion, die dann ja auch vom Bundesverfassungsgericht korrigiert wurde. Die Verurteilung Horst Mahlers 1973 beruhte auf Aussagen eines unglaubwürdigen Zeugen und war zu hart. Auch das Urteil »lebenslang« gegen Klaus Jünschke wäre in einem normalen Kriminalverfahren nicht möglich gewesen. Eine der wenigen Ausnahmen dieser fast gnadenlosen Härte war das Verfahren gegen Astrid Proll. Der Stammheimer Prozess war eine Katastrophe des Rechtsstaats und hatte das Gegenteil dessen zur Folge, was bezweckt war, also nicht eine Endabrechnung mit den Verbrechen der RAF, sondern eine außerordentliche Mobilisierung, eine Verzehnfachung der Mitglieder und Sympathisanten. Besonders katastrophal wirkte dabei die von der Justiz zu verantwortende Isolationshaft, die ihren Zweck überhaupt nicht erfüllte, wie die Waffen in der Hand der Stammheimer Gefangenen 1977 zeigen. Außerdem verstieß sie gegen die Würde des Menschen und das verfassungsrechtliche Gebot der Verhältnismäßigkeit. Ebenso wenig nützten die zunehmende Einschränkung von Rechten der Verteidigung und die Verfahren gegen Verteidiger, ganz abgesehen davon, dass die drei Urteile wegen des »info«-Systems auch noch falsch waren. So konnte die RAF noch mehr als zwei Jahrzente weiter morden, bis sie 1998 – nach 28 Jahren! – endlich ihre Auflösung erklärte. Diese Auflösung war nicht das Ergebnis des viel zu harten Eingreifens der Justiz, sondern ein Erfolg der seit Horst Herold ständig verbesserten Fahndung, der es zum Schluss auch noch gelungen war, einen V-Mann in die Gruppe einzuschleusen. Hätte die Justiz nicht in der beschriebenen Weise viel zu hart agiert, wäre die Fahndung viel eher zu diesem Erfolg gekommen.

5 OLG Hamburg, Urteil vom 10. Juli 1978, in: *Juristenzeitung*, 34. Jg., 1979, Heft 8, S. 275.

Scanned by CamScanner



IX. Das Terrorismus-Phantom

Scanned by CamScanner

Andreas Elter

Die RAF und die Medien
Ein Fallbeispiel für terroristische Kommunikation

Terrorismus ist primär eine Kommunikationsstrategie«, überschreibt der Soziologe Peter Waldmann sein Buch »Terrorismus. Provokation der Macht«.[1] Waldmanns These sind einige Einwände entgegenzuhalten. Naheliegend ist, dass Terrorismus primär von der Ausübung physischer und psychischer Gewalt gekennzeichnet ist. Der Kommunikations- und vor allem Inszenierungsaspekt spielt dabei zwar eine sehr große Rolle – man erinnere sich nur an die spektakulären Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon im Jahre 2001 oder die bereits 1972 massenmedial aufbereitete Geiselnahme im Olympiadorf von München –, das primäre Merkmal für Terrorismus bleibt aber die physische Gewalt. Das beste Beispiel dafür sind ebenfalls die Anschläge vom 11. September 2001. Denn obwohl sie der bislang eindeutigste Fall für die bewusste Inszenierung einer terroristischen Tat sind, war der Symbol- oder PR-Effekt nicht ihr primäres Ziel – in diesem Fall hätten die Terroristen auch die Freiheitsstatue im Hafen von New York angreifen können. In erster Linie ging es stattdessen um die Vernichtung einer möglichst großen Zahl von Menschenleben auf einen Schlag. Daher möchte ich Waldmanns These, die sich in abgewandelter Form auch bei anderen Autoren finden lässt,[2] relativieren und wie folgt formulieren: »Terrorismus kann auch eine Kommunikationsstrategie sein.«

Was aber ist Terrorismus überhaupt?[3] Zwischen der Organisation, den politischen und ideologischen Zielen sowie letztlich den Anschlägen und Attentaten der ETA und der RAF, um nur zwei Beispiele herauszugreifen, bestehen erhebliche Unterschiede. Im angelsächsischen Raum hat sich der Begriff »insurgent terrorism« (aufständischer Terrorismus) verbreitet, mit dem eine Klassifizierung und Abgrenzung zum sogenannten »Staatsterrorismus« gefunden werden soll.[4] In der deutschsprachigen Literatur findet sich die Unterscheidung in »Terror« und »Terrorismus«.[5] Von »Terrorregimen«, »Terrorherrschaft« oder »Terrordiktaturen« spricht man in der Regel dann, wenn der Schrecken und die psychische Gewalt von einer Diktatur, Machtclique oder wie auch immer beschaffenen Elite ausgehen.

»Terrorismus« hingegen bezeichnet zumeist die Gewalt von im Untergrund lebenden, nicht staatlich

1 Peter Waldmann, Terrorismus. Provokation der Macht, München 1998.

2 Vgl. Alex P. Schmid / Janny de Graf, Violence as Communication, London 1982, oder Gabriel Weimann / Conrad Winn, The Theater of Terror. Mass Media and International Terrorism, White Plains 1994. Der Ansatz, Terrorismus auch als Kommunikationsstrategie zu begreifen, lässt sich schon früher finden. Vgl. Walter Laqueur, Terrorismus, Kronberg/Ts. 1977.

3 Vgl. Rudolf Walther, Terror und Terrorismus. Eine begriffs- und sozialgeschichtliche Skizze, Band 1, S. 64–77.

4 Vgl. u. a. James A. Miller, Political Terrorism, and Insurgency: An Interrogative Approach, in: Yonah Alexander / Seymour Maxwell Finger (Hg.), Terrorism: Interdisciplinary Perspectives, New York 1977, S. 65–92.

5 Vgl. u. a. Waldmann, Terrorismus, S. 15–17, und Friedrich Hacker, Fragen des internationalen Terrorismus, Hamburg 1997.

organisierten Gruppen oder Organisationen. Dieser Unterschied ist gerade im Hinblick auf den Kommunikationsaspekt wichtig. Das wird bereits an einem simplen Beispiel deutlich: Kann es z. B. aus Sicht eines diktatorischen Terrorregimes opportun erscheinen, sämtliche Medien zu kontrollieren, zu zensieren und gleichzuschalten, so stellen für eine Untergrundgruppe freie und unzensierte Medien eine Möglichkeit dar, ihre Botschaften möglichst flächendeckend zu verbreiten.

Neben der relativen Unschärfe des Begriffs »Terrorismus« existiert auch für den Begriff »Medien« weiterer Erklärungsbedarf. Häufig werden darunter Zeitungen, Fernsehen und Hörfunk subsumiert. Dann böte sich aber eher die Definition »Massenmedien« an. Weiterhin gilt es im Hinblick auf den Untersuchungsgegenstand die politische Ausrichtung, die Eigentums- und Organisationsverhältnisse und den Verbreitungsgrad der unterschiedlichen Medien zu berücksichtigen. Zwischen dem *Stern* und der *konkret* z. B. gibt es in dieser Hinsicht nicht unerhebliche Varianz. Des Weiteren zählen auch Flugblätter, Verlautbarungen, Erklärungen, Plakate oder Bücher zu den Medien. Auch und gerade sie dienen der terroristischen Kommunikation. Darüber hinaus war für die RAF das sogenannte »info« ein entscheidendes Medium der internen Kommunikation. Ebenso ist zu klären, ob nur deutsche oder auch ausländische Medien gemeint sind. Dies sind nur einige Fragen, die sich aus dem Untersuchungsgegenstand »Die RAF und die Medien« ergeben.

Die Menge an Berichten, die allein in der Zeit der ersten Generation der RAF zum Phänomen RAF sowie zu ihren einzelnen Aktionen in bundesdeutschen Zeitungen erschienen sind, übersteigt bereits eine Zahl, die innerhalb eines einzigen Artikels auch nur ansatzweise zu behandeln wäre. Insofern wird hier nicht der Versuch unternommen, eine Übersicht über die Berichterstattung in Massenmedien zur RAF zu geben, sondern stattdessen ein anderer Ansatz gewählt, der sich aus dem bisherigen Forschungsstand ergibt.

Forschungsstand und Fragestellungen

Der großen Menge an Quellenmaterial steht nämlich bislang nur eine geringe Zahl an einschlägigen wissenschaftlichen Arbeiten entgegen. Die Medienprodukte (zumeist Zeitungsartikel, seltener Hörfunk- oder Fernsehberichte) tauchen zwar als Quellenlieferant für Untersuchungen über die RAF und den Terrorismus auf,[6] und auch das Verhältnis zwischen einzelnen Akteuren der RAF und den Medien wird zum Teil in Biografien gestreift.[7] Aber methodisch fundierte Arbeiten zum kommunikativen Wechselspiel zwischen RAF und Medien bzw. zur Mediennutzung oder zur Kommunikationsstrategie der RAF sind so selten, dass man von einer Terra incognita sprechen kann. Die meisten Studien, die den Aspekt der terroristischen Kommunikation überhaupt beleuchten, befassen sich nicht explizit mit der RAF, so auch Waldmanns Arbeiten. Der Großteil von ihnen stammt zudem aus dem angelsächsischen Raum und beschäftigt sich mit dem sogenannten »internationalen Terrorismus« oder einem historischen Überblick über verschiedene Formen des Terrorismus. Dort sind der RAF allenfalls ein paar Zeilen oder Absätze gewidmet.[8] Auch die erst jüngst in deutscher Fassung erschienene Arbeit von Charles Townshend macht dabei keine Ausnahme.[9] Insofern erscheint es sinnvoll, den Schwerpunkt auf den Kommunikations- und Strategieaspekt zu legen.

---

6 Vgl. Torsten Beermann, Der Begriff »Terrorismus« in deutschen Printmedien, Münster 2004.

7 So z. B. bei Klaus Rainer Röhl, Fünf Finger sind keine Faust, München 1998 (Köln 1974). Vgl. dort die Kapitel über Ulrike Meinhofs Werdegang als Journalistin und Publizistin, z. B. »Las Benno Ohnesorg Ulrike Meinhofs Persienartikel?«, S. 195 ff.

8 Dazu zählen u. a. David L. Paletz / Alex P. Schmid, Terrorism and the Media, Newbury Park 1992; Abraham H. Miller, Terrorism and the Media. Observations from the American and British Experiences, in: Patrick J. Montana / George S. Roukis (Hg.), Managing Terrorism. Strategies for the Corporate Executive, Westport 1984; Yonah Alexander / Richard Latter, Terrorism and the Media. Dilemmas for Government, Journalists and the Public, McLean 1990.

9 Charles Townshend, Terrorismus. Eine kurze Einführung, Stuttgart 2005.

Scanned by CamScanner

Die Fragen, die sich aus den oben genannten Überlegungen und dem bisherigen Forschungsstand ergeben, lauten: Woraus bestehen terroristische Kommunikation und eine terroristische Kommunikationsstrategie? Und: Inwieweit lässt sich diese im Falle der RAF konkretisieren? Diesen Ausgangsfragen trägt die Gliederung dieses Beitrags Rechnung: In einem ersten Teil werden anhand der Sekundärliteratur unterschiedliche Terrorismusdefinitionen vorgestellt. Im zweiten Teil steht die Analyse der historischen Genese von terroristischer Kommunikation im Vordergrund. Und in einem dritten Teil werden die gewonnenen theoretischen Erkenntnisse mit dem Fallbeispiel RAF abgeglichen.

Terrorismusdefinitionen

Wie schon in der Einleitung angesprochen, geht es hier nicht um Staatsterror oder staatlich unterstützten Terror, sondern um den Terrorismus »von unten«, der von einer Gruppe ausgeübt wird, die keine Regierungsgewalt besitzt. Dazu gibt es eine Flut von Definitionen nebst Ergänzungen und Variationen. Laqueur bemerkte schon 1977: »In letzter Zeit wird der Begriff Terrorismus [...] in so vielen verschiedenen Bedeutungen benutzt, daß er fast völlig seinen Sinn verloren hat.«[10] Und 26 Jahre später beobachtete derselbe Autor:

»Es gibt keine philosophische Einführung in die Grundlagen des Terrorismus, keinen Clausewitz, noch nicht einmal einen Jomini, und vielleicht wird sich dies auch nie ändern – einfach deshalb, weil es *den* Terrorismus nicht gibt, sondern eine Vielzahl von Terrorismen, und was für die eine Spielart gilt, muss nicht notwendigerweise für alle gültig sein. Dem Verständnis des Terrorismus stehen erhebliche Hindernisse entgegen, die nicht zuletzt darin begründet sind, dass kein anderes Thema unserer Zeit derartige Emotionen hervorruft. Das mag zwar nur allzu natürlich sein, trägt zum besseren Verständnis aber nicht bei.«[11]

Der amerikanische Terrorismusforscher Brian Jenkins fügt einen anderen Aspekt hinzu: »Der Gebrauch des Begriffes impliziert ein moralisches Urteil; und wenn es einer Gruppierung/Partei gelingt, ihren Gegnern das Label ›Terrorist‹ anzuheften, dann hat sie es indirekt geschafft, andere von ihrem moralischen Standpunkt zu überzeugen. Terrorismus ist das, was die bösen Jungs machen.«[12] Wenig hilfreich ist es, den Terrorismus allein an moralischen Kriterien zu messen oder ihn auf eine individualpsychologische Ebene zu reduzieren. Dazu erläutert Jenkins: »Terrorismus wird oftmals als kopflose Gewalt, als sinnlose Gewalt oder als irrationale Gewalt bezeichnet. Wenn wir einmal die Aktionen der geringen Zahl von wirklich Wahnsinnigen außer Acht lassen, ist Terrorismus selten kopflos oder irrational. [...] Mit anderen Worten, Terrorismus hat klare Ziele, auch wenn diejenigen, die Terrorismus ausüben, manchmal so sehr ihren gewaltsamen Aktionen verfallen sind, dass sie den eigentlichen Punkt aus den Augen verlieren.«[13]

Seit Ende der 1970er Jahre sind zahlreiche neue Gruppierungen und Organisationen entstanden – *Al-Qaida* ist nur eine davon. Sie alle haben zu unterschiedliche Ziele, politische oder religiöse Motive, als dass sie von ihrem ideologischen Selbstverständnis her in einem Raster zusammenzufassen wären. Der von Laqueur vorgeschlagenen Einteilung in verschiedene Terrorismen entsprechen die meisten Autoren. So unterscheidet Waldmann z. B. zwischen nationalistischem, sozialrevolutionärem oder religiösem Terrorismus.[14] In anderen Schriften findet sich eine Unterteilung in nationalistischen und separatistischen Terrorismus oder die Abgrenzung zwischen »linkem«, »rechtem« und »anarchistischem« Terrorismus.[15] Wiederum andere Autoren folgen einer geografischen Ordnung und differenzieren zwischen

10 Laqueur, Terrorismus, S. 7.
11 Walter Laqueur, Krieg dem Westen. Terrorismus im 21. Jahrhundert, München 2003, S. 8 (Hervorhebung im Original).
12 Brian Jenkins, International Terrorism. A New Mode of Conflict, Santa Monica 1975, S. 2 (Übers. A. E.).
13 Ebenda, S. 3 (Übers. A. E.).
14 Vgl. Waldmann, Terrorismus, S. 75–120.
15 Vgl. dazu beispielsweise Stefan M. Aubrey, The New Dimension of International Terrorism, Zürich 2004, S. 43–47.

verschiedenen Terrorismen in unterschiedlichen Weltregionen oder einzelnen Ländern der Erde.[16] Und nicht zuletzt ist es nicht unüblich, zwischen den Terrorismen einzelner Gruppen oder Organisationen zu unterscheiden, ohne diese in eine übergeordnete Klassifizierungsstruktur einzubetten.[17]

Einen Mangel an Ausdifferenzierungen und Abgrenzungen gibt es also nicht. Es sei hier noch eine letzte hinzugefügt: Vor allem in den Ländern der sogenannten Dritten Welt bezeichneten und bezeichnen sich aufständische Gruppierungen häufig selbst als »Guerilla«, obwohl diese Beschreibung objektiv nicht immer zutreffend ist. Auch die RAF benutzte in ihrer Selbstdarstellung – vor allem in ihren Anfängen – den Begriff »Stadtguerilla«. Whitaker merkt zum Unterschied zwischen Terrorismus und Guerilla an: »Terrorismus wird oftmals mit Guerillakampf verglichen, vermischt oder sogar gleichgesetzt. Das ist nicht sonderlich verwunderlich, weil sich Guerillas häufig derselben Taktiken (Mordanschläge, Geiselnahmen, Bombenattentate [...] etc.) zu denselben Zwecken bedienen. [...] Jedoch [...] gibt es fundamentale Unterschiede zwischen den beiden. ›Guerilla‹ z. B. bedeutet in einem weithin akzeptierten Sprachgebrauch, eine zahlenmäßig größere Gruppe bewaffneter Individuen, die als militärische Einheit operiert, feindliche militärische Kräfte angreift und die Gebiete erobern und halten will [...], während sie gleichzeitig eine gewisse Form der Souveränität oder Kontrolle über ein definiertes geografisches Areal und seine Bevölkerung ausübt. Terroristen hingegen fungieren nicht offen als bewaffnete Kampfeinheiten, versuchen nicht Gebiete zu erobern oder zu halten, achten sorgsam darauf, sich nicht mit feindlichen militärischen Truppen in eine offene Feldschlacht zu verstricken und üben auch nur selten direkte Kontrolle oder Souveränität über ein Territorium oder seine Bevölkerung aus.«[18] Bereits in den 1970er Jahren brachte Franz Wördemann dies auf die griffige Formel: »Der Guerillero will den Raum, der Terrorist will dagegen das Denken besetzen.«[19]

Neben den bereits zitierten Autoren haben sich unzählige weitere Wissenschaftler und Publizisten mit den bestehenden Terrorismusdefinitionen auseinander gesetzt oder eigene Ansätze formuliert. Dazu zählen Bruce Hoffmann, Robert G. Picard, Martha Crenshaw, James Adams, David Rapoport, Jochen Hippler, Christopher Daase, Iring Fetscher, Günter Rohrmoser, David Fromkin oder Herfried Münkler, um nur einige wenige zu nennen. Trotz aller begründeten Unterschiede und verschiedener Schwerpunkte in den Definitionen gibt es in der Forschung inzwischen aber auch einen gewissen Konsens darüber, was unter Terrorismus zu verstehen ist.[20] Aus den angebotenen Definitionen kristallisieren sich übereinstimmende Punkte heraus, die hier mit eigenen Beobachtungen verknüpft werden.

Eine terroristische Gruppe

- ist nicht staatlich legitimiert oder im Besitz der Macht;
- ist politisch, ideologisch oder religiös motiviert und hat – wie auch immer definierte – längerfristige Ziele;
- operiert in der Illegalität als klandestine Organisation oder Zusammenschluss loser Zellen;
- ist oftmals, aber nicht zwangsläufig, hierarchisch geordnet, fast immer jedoch gibt es funktionale Gliederungen für spezifische Aufgaben, wie z. B. die Vorbereitung von Anschlägen;
- wendet als primäres Mittel physische Gewalt an, auch wenn psychische Wirkungen intendiert sind;
- will Angst und Schrecken verbreiten, auf gesellschaftliche Verhältnisse aufmerksam machen, Meinungen und Handlungen beeinflussen oder zu Umstürzen und Volksaufständen beitragen, aber niemals längerfristig ein großes Territorium im militärischen Sinne mit eigenen Leuten besetzen;
- hat immer einen von ihr selbst definierten Feind;
- zielt bei ihren Aktionen nicht nur auf den Feind, sondern der Tod Unbeteiligter wird geplant oder billigend in Kauf genommen;

16 Vgl. hier u. a. Yonah Alexander (Hg.), International Terrorism. National, Regional and Global Perspectives, New York 1976, und David J. Whittaker (Hg.), The Terrorism Reader, London / New York 2001.

17 Siehe David C. Rapoport, Inside Terrorist Organizations, London 1988.

18 Whittaker, Terrorism Reader S. 8 (Übers. A. E.).

19 Zit. n. Waldmann, Terrorismus, S. 17.

20 Vgl. Weimann/Winn, The Theater of Terror, S. 21 f.

Scanned by CamScanner

- bedient sich sowohl der »Propaganda der Tat« als auch der »Propaganda des Worts« und bekennt sich zu ihren gewaltsamen Aktionen (Geiselnahmen, Bombendrohungen Attentaten, Flugzeugentführungen, Morden);
- plant spektakuläre Aktionen, sie sollen eine massenmediale Wirkung erzielen, die breite Öffentlichkeit erreichen und einen langfristigen psychologischen Effekt herbeiführen;
- verfügt über eine Logistik sowie Finanzierungsquellen;
- hat in der Regel eine Unterstützer- und/oder Sympathisantenszene.

Von diesen zwölf Kriterien treffen elf ohne Einschränkungen und eines mit geringen Abweichungen (Akzeptanz des Todes Unbeteiligter) auf die RAF zu. Sie war also eindeutig eine terroristische Gruppe und nicht etwa eine Guerilla oder soziale Protestbewegung.

Terrorismus und Kommunikation

In fast allen größeren Unternehmen oder Organisationen gibt es eine interne und eine externe Kommunikationsabteilung. Auch bei terroristischen Gruppen ist eine ähnliche Aufteilung zu finden. Nicht immer hat dies zwangsläufig eine funktionale Untergliederung in einzelne Abteilungen zur Folge, und es gibt häufig personelle Überschneidungen. Das Prinzip der Aufteilung in eine interne und eine externe Kommunikation ist aber fast immer erkennbar. Es liegt in der Natur einer terroristischen Organisation, dass sie im Untergrund tätig ist. Schon allein deshalb muss sie intern im Geheimen kommunizieren. Anschläge, Fluchtwege, Logistik – all das muss geplant werden, und dafür sind sichere und damit verborgene Kommunikationswege unverzichtbar.

Mindestens genauso relevant ist aber die externe Kommunikation einer Terrororganisation. Denn während ihre Struktur, Anschlagspläne oder Nachschubwege verborgen bleiben müssen, sollen ihre *Taten*, ihre Aktionen, publik werden. Wenn man so will, liegt darin ein systemimmanenter Widerspruch: eine klandestine Gruppe, die große Öffentlichkeit braucht. Bei ihrer externen Kommunikation bedienen sich Terroristen daher des Umwegs über die Tat. Fetscher und Rohrmoser bemerken dazu: »Dagegen soll Terrorismus die Strategie genannt werden, die ihre Ziele über die *Reaktionen auf ihre Aktionen* ansteuert [...].«[21] Wird jedoch die Aktion, die Tat nicht bekannt, kann es keine Reaktionen auf sie geben. Oder in den Worten von Sepp Binder: »Kommunikation ist unerläßlicher Bestandteil der terroristischen Gewalttat: Der Terrorist bewirkt für sich allein nichts, die Publizität hingegen alles.«[22] Die externe Kommunikation stellt also die Schnittstelle zu den Medien dar, deswegen liegt hier der Schwerpunkt der Untersuchung.

Damit sie auf jeden Fall rezipiert wird und die externe Kommunikation nicht ins Leere läuft, muss die Tat so spektakulär, grausam oder ungewöhnlich sein, dass die Öffentlichkeit sie nicht ignorieren *kann*. Diesen Gedankengang gibt es schon seit den Frühzeiten der revolutionären Aktion, in der der »aufständische« Terrorismus seine historischen Wurzeln hat. Er kann bis ins 19. Jahrhundert zurückverfolgt werden: »Eine exemplarische Tat ist nötig, um den Massen, die nicht in der Lage sind zu lesen oder zu schreiben, den Sozialismus in der Praxis deutlich zu machen, ihn sichtbar, fühlbar und konkret zu machen.«[23]

Doch neben der Überlegung, dass eine hohe Analphabetenrate eine »Propaganda des Wortes« verhindert, gab es auch schon damals andere Gründe für die »Propaganda der Tat« – ein maßgeblich von den russischen Anarchisten Bakunin und Kropotkin geprägter Begriff. Kropotkin schreibt: »Die neue Idee [der Propaganda der Tat, A. E.] zielt direkt auf die Köpfe der Menschen und gewinnt Konvertiten. [Dies ist hier nicht im religiösen Sinne zu verstehen, sondern im politischen; meint also neue Anhänger.

21 Iring Fetscher / Günter Rohrmoser, Ideologien und Strategien. Analysen zum Terrorismus, Bd. 1., hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Opladen 1981, S. 98 (Hervorhebung A. E.).

22 Sepp Binder, Terrorismus. Herausforderung und Antwort, Bonn (Friedrich-Ebert-Stiftung) 1978, S. 55.

23 Brousse, zit. n. James Guillaume (Hg.), L'Internationale. Documents et Souvenirs 1864–1887, Bd. 2, Paris 1910, S. 225 (Übers. A. E.).

A. E.] Nur eine dieser Taten erzielt in nur wenigen Tagen einen wesentlich höheren Propagandaeffekt als Tausende Pamphlete.«[24]

Die »Propaganda der Tat« – oder um diesen Begriff zu konkretisieren: politischer Mord und Bombenattentate, wurde auch schon damals unter Effizienzgesichtspunkten im Hinblick auf die Öffentlichkeitswirksamkeit geplant und durchgeführt, wie der radikale Revolutionär und Terrorismus-Theoretiker Johannes Most bereits 1884 konstatierte: »Jedermann weiß nun: Je höher derjenige steht, der erschossen oder in die Luft gejagt werden soll und je perfekter dieser Versuch ausgeführt wird, umso größer wird der Propagandaeffekt sein. [...] Wenn eine solche Aktion abgeschlossen ist, ist die wichtigste Sache, dass die Welt davon durch die Augen der Revolutionäre erfährt, so dass jedermann weiß, was ihre Position, ihre Meinung dazu ist. [...] Um den gewünschten Erfolg mit höchster Perfektion zu erzielen, sollten, sobald die Aktion ausgeführt wurde – speziell in der Stadt, in der sie stattfand – Poster aufgehängt werden, auf denen die Gründe für die Aktion [das Attentat, A. E.] erläutert werden, damit aus der Aktion der größte mögliche Nutzen gezogen werden kann.«[25]

Obwohl diese Bemerkungen vor mehr als 100 Jahren geschrieben wurden, haben sie nichts von ihrer Gültigkeit verloren. Sie weisen auf drei Punkte hin, die nach wie vor für die Kommunikation einer terroristischen Gruppe entscheidend sind:

- Die Tat als solche stellt schon eine Form der Kommunikation dar; mit ihr wird die Aufmerksamkeit größerer Zielgruppen erreicht.
- Die terroristische Gruppe muss sich zu der Tat in irgendeiner Weise bekennen oder anderweitig deutlich machen, dass sie sie verübt hat.
- Die Gruppe macht in einem Bekennerschreiben oder auf anderem Kommunikationswege (z. B. durch Pamphlete oder in heutiger Zeit durch Internet-Videobotschaften) deutlich, was sie mit der Tat beabsichtigt hat.

Insbesondere der letzte Punkt, den man auch als »Tatbegründung« einordnen kann, ist bei terroristischen Organisationen heikel. Da das Gewaltmonopol in einer demokratischen Gesellschaft, um die es im Zusammenhang mit der RAF geht, beim Staat liegt, werden Anschläge und Attentate von einer breiten Bevölkerungsschicht a priori als illegitimer Akt der politischen Auseinandersetzung und als Tat von Kriminellen verstanden. Die Akzeptanz dafür tendiert gegen null. Insofern zielt die terroristische Aktion ganz bewusst auch auf eine harte Reaktion des Staates. Sie will provozieren und damit die Verfolgungsbehörden und die Politik reizen, zu drakonischen Mitteln zu greifen und selbst die Grenzen des Rechtsstaates zu überschreiten. Wenn das geschieht, zeigt der Staat aus Sicht der Terroristen sein wahres Gesicht oder seine »Fratze«, so das Kalkül. Dadurch wiederum hofft die terroristische Organisation Unterstützer, Sympathisanten oder spätere Mitglieder zu werben.[26] Dies gilt auch für die RAF. Über die unterschiedlichen Facetten dieses Provokationsmechanismus und die Überreaktion der Sicherheitsorgane ist in Bezug auf die RAF schon viel geschrieben worden, es soll daher hier nicht noch einmal aufgerollt werden. An dieser Stelle sei stattdessen darauf verwiesen, dass dieser von den Terroristen intendierte Provokationsmechanismus eine essentielle Bedeutung für ihre externe Kommunikation hat.

Je plausibler also die Tatbegründung, desto höher der psychologische Wirkungsgrad in der Öffentlich-

24 Peter Kropotkin, The Spirit of Revolt, zit. n. Zeev Iviansky, Individual Terror. Concept and Typology, in: *Journal of Contemporary History*, Bd. 2, 1977, S. 48 (Übers. A. E.).

25 Johannes Most, in: *Freiheit* vom 13. September 1884 und 25. Juli 1885, Nachdruck, zit. n. Walter Laqueur: The Terrorism Reader, New York 1978, S. 100 und S. 105 (Übers. A. E.).

26 Johannes Most entwickelte zu diesem Provokationsmechanismus bereits in den 1880er Jahren eine Theorie, die auf einem Stufenmodell aufbaute: »1. Extreme Gewalt wird von der Fantasie der Öffentlichkeit Besitz ergreifen. 2. So kann die Öffentlichkeit für politische Fragen sensibilisiert werden. 3. Gewalt verleiht von sich aus Stärke und wirkt als ›reinigende Kraft‹ [...] 4. Systematische Gewalt kann den Staat bedrohen und ihn zu unrechtmäßigen Reaktionen verleiten. 5. Gewalt kann die soziale Ordnung destabilisieren [...] 6. Schließlich werden sich die Menschen gegen die Regierung auflehnen und zu den Terroristen übergehen.« Zit n. Townshend, Terrorismus, S. 25. Auch wenn dieser »Stufenplan« eher bei einer Guerillabewegung, die über eine breitere Basis im Volk verfügt, erfolgversprechend erscheint, kann davon ausgegangen werden, dass auch terroristische Organisationen dieses Kalkül teilen.

Scanned by CamScanner

keit. Der »interessierte Dritte« spielt dabei eine wesentliche Rolle. Dieser Begriff wurde erstmals von Rolf Schroers Anfang der 1960er Jahre benutzt, hatte damals aber eine etwas andere Konnotation.[27] Hier ist damit ein der terroristischen Aktion neutral bis wohlwollend gegenüberstehender Betrachter gemeint, der aus Sicht der Terroristen als potentieller Sympathisant oder sogar Unterstützer gewonnen werden könnte. Um dies an einem Beispiel aus der RAF-Geschichte zu erläutern: Während der Anschlag auf das Springer-Hochhaus in Hamburg von konservativen Kreisen und höchstwahrscheinlich auch von den meisten Liberalen kategorisch abgelehnt und entweder – je nach Standpunkt des Betrachters – als blindwütige Gewalt einer kriminellen Bande oder als Grenzüberschreitung ideologisch verblendeter junger Leute interpretiert wurde, hätte er doch aufgrund seines Symbolwerts in der linken Sympathisantenszene Genugtuung hervorrufen können.

Andererseits, und dies ist auch im Hinblick auf den »interessierten Dritten« das Problem, wurden bei dem Anschlag 17 Unbeteiligte verletzt. Die RAF rechtfertigte sich damit, sie habe vor dem Anschlag in mehreren Telefonanrufen gewarnt: »Springer geht lieber das Risiko ein, daß seine Arbeiter und Angestellten durch Bomben verletzt werden, als das Risiko, ein paar Stunden Arbeitszeit, also Profit, durch Fehlalarm zu verlieren. Für die Kapitalisten ist der Profit alles, sind die Menschen, die ihn schaffen, ein Dreck. Wir bedauern, daß Arbeiter und Angestellte verletzt worden sind. [...] Wir verlangen, daß die Springerpresse diese Erklärung abdruckt.«[28]

Der Ex-Terrorist Michael »Bommi« Baumann – der in der *Bewegung 2. Juni* aktiv war, die sich bis zu ihrer Selbstauflösung als Alternative zur RAF sah – bemerkt zum Anschlag auf das Springer-Hochhaus: »Dabei sind ihnen natürlich große Fehler unterlaufen, daß sie die Arbeiter bei Springer in die Luft gejagt haben. Dann ist natürlich der richtige Abfall gekommen [...] daß die Leute sie nicht mehr unterstützt haben. [...] Die RAF hat gesagt, diese Revolution wird nicht über die politische Arbeit aufgebaut, sondern durch Schlagzeilen, durch ihr Auftreten in der Presse, [...] auf der anderen Seite rechtfertigten sie sich nur noch über die Medien, sie vermittelten sich nur noch auf diese Weise.«[29]

Auch wenn Baumann natürlich aus der Perspektive einer mit der RAF konkurrierenden Bewegung spricht und daher weder als neutraler Beobachter noch als RAF-Insider, ist seine Beobachtung in Bezug auf die Wirkung des Springer-Anschlags richtig. Auch seine Schlussfolgerung, dass eine terroristische Gruppe sich nicht nur ausschließlich über die Medien vermitteln kann, wenn sie die Unterstützung ihrer ursprünglichen Basis nicht verlieren will, ist ein berechtigter Einwand.

Denn neben der Auswahl des Anschlagszieles und der potentiellen Opfer ist die Vermittlung der Tat beim spezifischen Adressaten der »Terrorbotschaft« und beim »interessierten Dritten« essentiell. Wird nicht sofort deutlich, wem der Anschlag galt, oder kommen »Unschuldige« ums Leben, verpufft die Wirkung der Tat nicht nur, sondern es entwickeln sich sogar kontraproduktive Tendenzen. Der »interessierte Dritte« ist also eine sehr wichtige Zielgruppe der externen terroristischen Kommunikation – aber nicht die einzige. Weitere sind:

- der Feind (also im Fall der RAF die amtierende Regierung der BRD und die Repräsentanten der Staatsmacht), dem seine Verwundbarkeit durch die Macht des Terrorismus gezeigt werden soll;
- die Regierungen des Auslands bei internationalen oder Unterstützungsaktionen;
- die breite Öffentlichkeit, der Angst und Schrecken eingejagt und der klar gemacht werden soll, dass die Staatsorgane ihr keinen Schutz bieten können;
- die eigenen Mitglieder, die neben der internen Kommunikation auch durch die externe Kommunikation erreicht werden und denen die Aktionen als Bestätigung ihrer Haltung und ihres Handelns dienen sollen;

27 Vgl. Rolf Schroers, Der Partisan. Ein Beitrag zur politischen Anthropologie, Köln 1961, S. 249–270.

28 Sprengstoffanschlag auf das Springer-Hochhaus in Hamburg. Erklärung vom 20. Mai 1972, in: ID-Verlag (Hg.), Rote Armee Fraktion, Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, Berlin 1997, S. 147.

29 Michael Baumann, Wie alles anfing, München 1977, S. 129.

- die Unterstützerszene, der ebenfalls ein »Erfolgsgefühl« vermittelt werden soll;
- und die Sympathisantenszene, aus der sich eventuell neue Mitglieder oder Unterstützer rekrutieren lassen.

Um sämtliche Zielgruppen gleichermaßen zu erreichen, bedarf es einer Kommunikation, die über Untergrundzeitschriften, Pamphlete, Flugschriften oder Memos hinausgeht. Während Bakunin, Kropotkin und andere noch auf die Wirkung der Tat als solcher abhoben, erweiterte in den 1960er und frühen 1970er Jahren der Brasilianer Carlos Marighella die terroristische Kommunikationsstrategie. Er betonte nicht nur die Bedeutung der Tat, sondern vor allem die Bedeutung ihrer Vermittlung. Dabei spielten für ihn die Massenmedien eine entscheidende Rolle:

»Moderne Massenmedien sind wichtige Mittel der Propaganda, allein durch die simple Tatsache, dass sie darüber berichten, was die Revolutionäre tun. [...] Der Nervenkrieg – oder die psychologische Kriegsführung – ist eine Kampftechnik, die auf der direkten oder indirekten Nutzung der Massenmedien basiert. [...] Jede einzelne und die Gesamtheit der bewaffneten Aktionen der Stadtguerilla sind Propaganda. Und im Massenkommunikationssystem wird die Berichterstattung über die mit genau festgelegten Zielen durchgeführten Aktionen unweigerlich zur Propaganda.«[30]

Marighella erkannte also schon früh, dass die modernen Massenmedien von Untergrund- und Terrororganisationen genutzt und sogar manipuliert werden können. Aber warum ist dies so? Um diese Frage zu klären, hilft ein Blick auf das Feld der Medien- und Kommunikationswissenschaften und dort insbesondere auf die Bereiche Agenda-Setting, Nachrichtenwerttheorien und Medienwirkungsforschung. Hier seien exemplarisch die amerikanischen Medienwissenschaftlerteams Galtung und Ruge sowie Katz und Dayan genannt. Galtung und Ruge haben fest definierte Auswahlkriterien ermittelt, nach denen die Massenmedien (also auch die großen Nachrichtenagenturen, über deren Informationssysteme viele große Zeitungen und Sender überhaupt erst mit Material beliefert werden) entscheiden, ob über einen Sachverhalt berichtet wird und er somit zu einer »Story« werden kann.[31] Diese Kriterien sind unter anderen:

- Timing: Kommt das Ereignis noch vor Redaktionsschluss?
- Aktualität: Ist das Ereignis frisch und nicht schon mehrere Monate alt?
- Emotionalität: Verursacht das Ereignis eine starke Gefühlsregung?
- Kuriosität: Ist das Ereignis außergewöhnlich?
- Personalisierung: Ist das Ereignis an Menschen festzumachen?
- Elitenbezug: Haben diese Menschen eine wichtige Funktion?
- Prominenz: Sind diese Menschen sehr bekannt?
- Relevanz: Hat das Ereignis eine ausreichende Tragweite?
- Negativeffekt: Ist das Ereignis gewaltsam?
- Nähe: Betrifft das Ereignis in irgendeiner Weise den Zuschauer?
- Kontinuität: Kann das Ereignis in der Berichterstattung fortgeschrieben werden?
- Eindeutigkeit: Ist das Ereignis sofort verständlich?

Wenn die Mehrzahl dieser Fragen mit »Ja« beantwortet werden kann, wird über den Sachverhalt oder das Ereignis berichtet und damit auch für eine massenmediale Verbreitung gesorgt.

Betrachtet man nun die Art vieler terroristischer Aktionen (Attentate, Anschläge, politische Morde, Brandstiftungen, Sabotageakte, Geiselnahmen oder Flugzeugentführungen), so kommt man ohne Zweifel zu dem Ergebnis, dass auf die meisten von ihnen die von Galtung und Ruge ermittelten professionellen Nachrichtenfaktoren zutreffen. Die Wahrscheinlichkeit, dass über sie berichtet wird, liegt damit sehr hoch. Dies legt den Schluss nahe, dass terroristische Gruppen ihre Aktionen auch im Hinblick auf die Medienwirksamkeit planen.

Mit Dayan und Katz sei hier noch ergänzt, dass gerade ein fortlaufendes Ereignis, das sich über mehrere Tage hinzieht und live übertragen werden kann, nicht nur zu einer normalen Nachricht, sondern

30 Carlos Marighella, Minimanual of the Urban Guerrilla, Havanna 1970, S. 103 (Übers. A. E.).

31 Vgl. Johan Galtung / Marie Holmboe Ruge: The Structure of Foreign News, in: *Journal of Peace Research*, 1965, 3. Jg., Nr. 1, S. 64–80.

Scanned by CamScanner

zu einem großen Medien-Event werden kann.[32] Für die externe terroristische Kommunikation sind demnach spektakuläre Anschläge bei Großereignissen oder Flugzeugentführungen ein besonders probates Mittel, um eine möglichst große Medienöffentlichkeit zu erzielen. Wenn eine Aktion ganz bewusst im Hinblick auf ihre mediale Verwertbarkeit geplant und durchgeführt wurde, sie also teleologisch ausgerichtet war oder ist, kann man von einer terroristischen Kommunikationsstrategie sprechen.

Terroristen haben durch die Auswahl des Anschlagsziels großen Einfluss darauf, *ob* über ihre Taten berichtet wird. *Wie* aber ihre Aktionen in den Medien bewertet werden, können sie nur sehr indirekt steuern. Das ist bei der RAF ein entscheidendes Thema gewesen. Denn sie betrachtete die etablierten Medien auch als Teil des »Schweinesystems« und sah sich oftmals in der Berichterstattung diffamiert. Zur externen Kommunikationsstrategie kann es daher auch gehören, Medienhäuser zu besetzen oder einzelne Journalisten zu entführen, um den Abdruck oder die Ausstrahlung einer eigenen Erklärung im genauen Wortlaut und ohne Änderungen in der Zeitung, im Radio oder im Fernsehen zu erpressen.

Nachdem nun die Rahmenbedingungen für terroristische Kommunikationsstrategien abgesteckt wurden, wird im Folgenden der Frage nachgegangen, inwiefern die RAF diese nutzte.

Die RAF und die Medien als Fallbeispiel

Das Thema »Die RAF und die Medien« hat unzählige Facetten: So lassen sich z. B. die Erklärungen, Verlautbarungen und theoretischen Texte der RAF als Teil ihrer Medienpolitik verstehen, die entweder auf die breite Öffentlichkeit zielte oder (bei anderen Texten) auf die Sympathisantenszene als spezifische Zielgruppe fokussierte.[33] Des Weiteren gibt es bei einzelnen Akteuren einen eindeutigen biografischen Medienhintergrund: Ulrike Meinhof war Journalistin und Publizistin. Sie engagierte sich bereits in der Anti-Atomtod-Bewegung, wurde Mitglied der illegalen KPD, solidarisierte sich mit den sozialen Protestbewegungen der 1960er Jahre und war Aktivistin der APO, bevor sie in den Untergrund ging.[34] Holger Meins, um nur *ein* weiteres RAF-Mitglied exemplarisch herauszugreifen, hatte, bevor er in den Untergrund ging, Design und Film studiert. Darüber hinaus gab es zahlreiche direkte Kontakte von RAF-Terroristen zu Medienschaffenden, Journalisten, Künstlern, Verlegern oder Designern. Nach einer unbelegten Anekdote ist so auch das RAF-Logo entstanden bzw. von dem professionellen Werbegrafiker Holm von Czettritz »geprüft« worden, mit dem Andreas Baader kurzfristig befreundet war. Das berichtete von Czettritz zumindest selbst in einem Interview mit der *tageszeitung*: »In Klaus Sterns TV-Dokumentation ›Andreas Baader, der Staatsfeind‹ kommen Sie als früher Weggefährte zu Wort. Darin erwähnen Sie eine ganz unglaubliche Geschichte: dass Baader zu Ihnen kam und das Logo der RAF von Ihnen als Grafikdesigner überarbeiten lassen wollte.

Holm von Czettritz *(lachend)*: Richtig. Heute würde man Relaunch dazu sagen. Weil ich dazu aber keine Lust hatte und ich das irgendwie so naiv fand, hab ich ihm damals gesagt: In seiner Rustikalität hat das eine Originalität, die würde ich nicht verändern. Das muss diesen rauen Ursprungscharakter behalten. Das sag ich dir als Markenartikler. *(lacht)* Weil er diesen Beruf ja als kapitalistischen Beruf verachtete. Lässt sich aber von einem beraten.

Hatte er denn konkrete Vorstellungen?

Die Elemente sollten wohl bleiben. Das war ja wie ein Kartoffeldruck. Aber das wollten sie irgendwie gefälliger.«[35]

Von der Unterstützung, die die RAF aus der Sympathisantenszene und zum Teil von namhaften Lite-

32 Vgl. Daniel Dayan / Elihu Katz, Media Events, Cambridge (Mass.) 1992, S. 72 ff.

33 Ein Großteil der programmatischen Texte findet sich in der bereits zitierten Quellenedition: Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF.

34 Einige ihrer Texte und Essays sind vor zwei Jahren in einem Sammelband beim Wagenbach-Verlag wieder aufgelegt worden, und zwar unter dem Titel eines ihrer bekanntesten programmatischen Aufsätze. Vgl. Ulrike Meinhof, Die Würde des Menschen ist antastbar, Berlin 2004.

35 Nike Breyer, Verbindlich war verdächtig, *die tageszeitung* vom 12. April 2003.

raten direkt oder indirekt erfuhr, wird hier noch in anderem Zusammenhang die Rede sein. Um sich aber nicht in den biografisch-anekdotischen Aspekten zu verlieren, soll hier weiter nach den Kommunikationsstrategien der RAF geforscht werden. Diese Suche führt unwillkürlich wieder zurück zu Ulrike Meinhof. Mit dem Problem des illegalen Widerstands setzte sie sich schon früh auseinander. In ihrem Artikel zum Frankfurter Prozess gegen die Warenhausbrandstifter schreibt sie: »Das progressive Moment einer Warenhausbrandstiftung liegt nicht in der Vernichtung der Waren, es liegt in der Kriminalität der Tat, im Gesetzesbruch. [...] Hat also eine Warenhausbrandstiftung dies progressive Moment, daß verbrechensschützende Gesetze dabei gebrochen werden, so bleibt zu fragen, ob es *vermittelt* [Hervorhebung A. E.) werden kann, in Aufklärung umgesetzt werden kann. Was können – so bleibt zu fragen – die Leute mit einem Warenhausbrand anfangen?«[36]

In der Retrospektive wurde dieser Artikel von vielen Beobachtern als Ausgangspunkt für die Radikalisierung von Ulrike Meinhof gewertet, weil sie sich vermeintlich mit den Brandstiftern dadurch solidarisierte, dass sie Fritz Teufel mit den Worten »Es ist immer noch besser, ein Warenhaus anzuzünden, als ein Warenhaus zu betreiben« zitierte. Liest man den Artikel aufmerksam, kann man auch zu einem anderen Schluss kommen – die Solidaritätsbekundungen mit den Brandstiftern sind keineswegs so eindeutig. Aber dies ist in unserem Zusammenhang nicht der Punkt.

Vielmehr zeigt sich an dem Zitat, dass Meinhof bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt (1968) über den Aspekt der Vermittlung einer gewaltsamen Tat, also deren potentieller propagandistischer Wirkung nachdachte. Das Ergebnis des Gedankengangs war in diesem Fall: »So bleibt, daß das, worum in Frankfurt prozessiert wird, eine Sache ist, für die Nachahmung [...] nicht empfohlen werden kann.«[37] Ulrike Meinhof hatte andere, größere Ziele im Sinn.

Wenn man die zahlreichen Artikel, die sie für *konkret* und später für die RAF verfasst hat – z. B. ihr Grundlagenpapier »Das Konzept Stadtguerilla«[38] –, nimmt und die Literatur, die sie sich von Rechtsanwalt Klaus Croissant später in ihre Zelle hat liefern lassen, dazuaddiert, so lässt sich daraus zweierlei ableiten: Zum einen legte Ulrike Meinhof bei ihren Veröffentlichungen einen Schwerpunkt auf die Auseinandersetzung mit programmatischen Schriften der revolutionären Linken (z. B. Mao, Lenin, Bakunin); zum anderen beschäftigte sie sich aber auch mit dem Mediensystem der BRD:

»An die Karl Marx Buchhandlung Frankfurt/Main
Jordanstraße 11; 15. 11. 1974

Sehr geehrte Herren! Bitte, senden Sie an:
Frau Ulrike Meinhof
1000 Berlin 21
Alt Moabit 12 a Justizvollzugsanstalt

Folgende Bücher

1. Sante Notarnicola: Die Bankräuber aus der Bacciera (Trikont Verlag)
2. Hans Jürgen Koschwitz: Publizistik und politisches System (Piper Verlag)

[...]

5. Jürgen Alberts u. a.: Mit IBM in die Zukunft – Rotbuch
6. Klaus Berpohl: Die Massenmedien – Nymphenburger [...]

Rechnung erbitten wir an uns. Mit freundlichen Grüßen Rechtsanwalt Dr. Croissant«.[39]

Von einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Mediensystem und seinen »kapitalistischen Strukturen« kann also zumindest bei einzelnen Mitgliedern

36 Ulrike Meinhof, Warenhausbrandstiftung, *konkret*, 4. November 1968, Nr. 14, S. 5.

37 Ebenda.

38 Dort schreibt sie z. B.: »Unsere Praxis ist kein Jahr alt. [...] Die große Öffentlichkeit, die uns die Herren Genscher, Zimmermann und Co verschafft haben, läßt es uns aber *propagandistisch* [Hervorhebung A. E.] opportun erscheinen, schon jetzt einiges zu bedenken zu geben.« Zit. n. Das Konzept Stadtguerilla, in: Rote Armee Fraktion, Texte, S. 31. Der Aufsatz war in einigen Teilen auch eine Reaktion auf die aktuelle Berichterstattung zur RAF und damit ein Ersatz für eine medienpolitische Programmschrift.

39 RAF-Sammlung (1. Generation), Handakte Croissant zu Ulrike Meinhof mit Strategiepapier zum antiimperialistischen Kampf in der BRD und West-Berlin 1974–1975, Archiv des Hamburger Instituts für Sozialforschung (HIS-Archiv), U/015,009.

Scanned by CamScanner

der RAF mit Fug und Recht gesprochen werden.[40] Darüber hinaus fehlte es nicht an Schulungs- und Aufklärungsmaterial für die anderen.[41] Darin fanden sich auch viele Artikel und Literaturverweise zu den Medien, ihrer Wirkung und ihrer Rolle im gesellschaftlichen System.

Auch wenn es – wie Laqueur bemerkt – den einen großen Theoretiker des Terrorismus wohl nicht gibt, so gibt es doch unzählige verschiedene Theoretiker und Praktiker des Anarchismus (z. B. Bakunin und Kropotkin), der revolutionären Bewegung (z. B. Mao oder Che Guevara) oder des Stadtguerillakampfes (z. B. Marighella oder die *Tupamaros* in Uruguay).

Diese Theoretiker und Praktiker der »Propaganda der Tat« waren den Mitgliedern der RAF nicht nur bekannt – in vielen Punkten orientierten sie sich an ihnen: Sie waren gewissermaßen die geistigen Väter.

Es dürfte daher kein Zufall gewesen sein, dass Andreas Baader ausgerechnet bei einem Schreiben »An die Nachrichtenredakteure der westdeutschen Presse«, welches er bei der Deutschen Presse-Agentur in den Briefkasten warf, Carlos Marighella zitierte: »Die Bullen werden solange im Finstern tappen, bis sie sich gezwungen sehen, die politische in eine militärische Situation umzuwandeln.«[42] Baaders Schreiben sollte als Beleg dafür dienen, dass er nach einem Schusswechsel mit der Polizei und seiner anschließenden Flucht noch lebte. Deswegen unterzeichnete er es auch mit seinem Daumenabdruck, um die Authentizität zu »beurkunden«. Ein weiterer Zweck des Schreibens war, einen Frontalangriff gegen die etablierten Medien zu fahren, »weil die westdeutsche Presse die Erklärung der Stadtguerilla-Kommandos nahezu vollständig unterschlagen hat. Stattdessen hat die Frankfurter Rundschau einen aus Buchstaben zusammengesetzten Brief verbreitet, dessen Charakter als Fälschung bei einem Vergleich mit authentischen Veröffentlichungen der RAF offensichtlich ist, um den Eindruck zu vermitteln, die Bombenattentäter seien Wirrköpfe, die chaotisch handeln, was die Bevölkerung in der Tat beunruhigen müsste. [...] Springer hat unter der Drohung weiterer Bombenanschläge die an ihn gerichteten Forderungen, wenn auch verstümmelt, publiziert. Die übrige Presse muß wissen, daß sie selbst Aktionen gegen den Springerkonzern provoziert, wenn sie sich aufgrund des ökonomischen Drucks, der von Springer ausgeht, freiwillig und opportunistisch seiner Zensurpraxis unterwirft. Wir fordern sie deshalb auf, die Bevölkerung nicht länger über den politischen Inhalt der Bombenanschläge zu täuschen [...].«[43]

Die Massenmedien als Manipulator der öffentlichen Meinung spielten in den verschiedenen Erklärungen der RAF immer wieder eine Rolle. Als ein weiteres Beispiel sei hier die »Erklärung zum Bombenanschlag im Hamburger Hauptbahnhof« zitiert. In diesem Aufruf »gegen den Versuch der staatlichen Propaganda, den Anschlag im Hamburger Hauptbahnhof in die Nähe der RAF zu rücken« geht es der Gruppe zunächst darum, deutlich zu machen, dass nicht sie für den Anschlag verantwortlich war. Es folgt ein Abschnitt, der sich explizit mit der Funktion der Medien und sogar einzelner Journalisten beschäftigt: »tatsache ist, daß der staatsschutz sein innerhalb der reaktionären struktur der durch medienkonzerne und öffentliche anstalten [ARD und ZDF, A. E.] institutionalisierten öffentlichkeit operierendes netz von staatsschutz-journalisten benutzt, um die rezeption des anschlags gezielt gegen die stadtguerilla zu steuern. profilierte figuren in diesem netz, das an die pressestelle des bka und die pressekonferenz angeschlossen ist, sind krumm in der fr, busche in der faz, leicht und kühnert in der sz und rieber und zimmermann, die in mehreren überregionalen zeitungen

40 Vgl. dazu unter anderem: Text von EKKE zum Pressewesen vom 29. 4. 1976, in: HIS-Archiv, ME U/017, 002. Hinter dem Pseudonym EKKE verbergen sich vermutlich entweder Christa Eckes oder Ekkehard Blenk – wahrscheinlich aber eher Letzterer, da in dem Text Ich-Bezüge vorhanden sind, die auf einen Mann hindeuten. In dem Text beschäftigt sich der Autor mit dem Einfluss der USA auf das deutsche Pressewesen nach 1945. Es ist anzunehmen, dass der Text als internes Schulungsmaterial gedacht war.

41 Vgl. dazu u. a. die Handakten des ehemaligen RAF-Mitglieds Klaus Jünschke, in: HIS-Archiv, Signaturen Jü K/008,002–004, Jü K/008, 008–09; Jü K 008, 012 und 016; Jü K/009, 001–003 und vor allem Jü K/012,026.

42 Carlos Marighella, zit. n. Andreas Baader, An die Nachrichtenredakteure der westdeutschen Presse, soweit sie nicht Springerpresse ist, und der Rundfunk- und Fernsehanstalten, in: HIS-Archiv, Signatur RA/017,014, undatiert.

43 Ebenda.

publizieren. der artikel von zimmermann, der einen zusammenhang zwischen dem anschlag, der raf, der bewegung 2. juni und siegfried haag behauptet, ist außer in der springer-presse parallel in acht überregionalen tageszeitungen erschienen.«[44]

Diese Erklärung ist gleich in doppelter Hinsicht für das Verhältnis Medien–RAF höchst interessant. Zum einen zeigt sie, dass die Gruppe offensichtlich so etwas wie einen Pressespiegel erstellt hatte, um festzustellen, wer was über sie berichtete. Wie hätte sie sonst wissen können, dass der Zimmermann-Artikel »außer in der springer-presse parallel in acht überregionalen tageszeitungen« erschienen war. Pressespiegel, Sammlungen von Zeitungsartikeln und ihre Systematisierung sind ein klassisches Instrument jeder Presse- und Öffentlichkeitsabteilung und ein Hilfsmittel für die externe Kommunikation. Die Erklärung ist zum anderen aber deswegen besonders aufschlussreich, weil sie die Ambivalenz der RAF in Bezug auf die Massenmedien zeigt. Denn während einerseits die etablierten Zeitungen und explizit die *Frankfurter Rundschau* (FR) als Instrument des Staatsschutzes kritisiert werden, wird in derselben Erklärung nur einige Zeilen zuvor die FR von den Terroristen zitiert, um eine Verschwörungsthese zu belegen: »Inzwischen hat ein Bericht in der fr bestätigt, daß die Counterprojekte des Staatsschutzes seit 72 – [...] nach dem Konzept der CIA-Zentrale entwickelt sind.«[45]

Die RAF brauchte die traditionellen Medien aber nicht in erster Linie als Quellenfundus für ihre Agitation – in diesem Bereich waren vor allem die Untergrundzeitschriften aktiv –, sondern als massenmedialen Vermittler ihrer Botschaften. Der Ansatz, durch Anschläge und Entführungen Presseveröffentlichungen zu erzwingen, ist fester Bestandteil der Forderungen von Terroristen und ihrer Kommunikationsstrategie. Für die RAF war der bekannteste Fall dieser Strategie die Schleyer-Entführung. Sie ist eng mit den wohl ersten Videobotschaften einer Terrororganisation überhaupt verbunden. Das Bild des entführten Arbeitgeberpräsidenten vor dem Hintergrund des RAF-Logos steht wie kaum ein anderes für die Geschichte der RAF. Bereits das erste Ultimatum der Entführer enthielt zwei publizistische Forderungen:

- »[U]m 10 Uhr vormittags wird einer der Gefangenen das Kommando in Direktübertragung durch das Deutsche Fernsehen über den korrekten Ablauf ihres Abflugs informieren.«
- »[D]ie Erklärung wird [...] heute abend um 20 Uhr in der Tagesschau veröffentlicht.«

In der dritten Nachricht der Schleyer-Entführer wurde gefordert, »daß die Video-Aufnahme, in der Schleyer seinen beiliegenden Brief vorliest, heute ab 18 Uhr in allen Nachrichtensendungen des Fernsehens abgespielt wird«. Kopien von Videobändern und Polaroidfotos, von Ultimaten und Erklärungen gingen stets an die in- und ausländische Presse.[46]

Obwohl selbst der damalige Regierungssprecher Klaus Bölling betonte, die Medien hätten bei der Schleyer-Entführung außerordentlich verantwortungsbewusst gehandelt, wurden Teile des Schleyer-Videos ausgestrahlt. Die RAF hatte also eine viel größere Medienöffentlichkeit bekommen, als sie sie durch eigene Publikationen oder Artikel in Untergrundzeitschriften, wie der *Agit 883*, jemals erreicht hätte. Insofern war ihre Erpressungs-Kommunikationsstrategie aufgegangen. Es gab kaum ein Bekennerschreiben zu einer spektakulären Aktion der RAF, das keine Forderung nach einer Presseveröffentlichung enthielt.[47] So auch bei der Besetzung und Geiselnahme in der deutschen Botschaft in Stockholm. Im Bekennerschreiben heißt es unter anderem: »2. Diese Erklärung von uns, Erklärungen von den Gefangenen [in Stammheim, A.E.] oder ihren Anwälten werden sofort an die internationalen Nachrichtenagenturen weitergegeben und in der BRD über Rundfunk und Fernsehen ungekürzt verbreitet. Während des gesamten Ablaufs der Aktion muß die Regierung ihre Entscheidungen über die Massenmedien öffentlich machen. Der Abflug der Genossen wird vom BRD-Fernsehen und vom schwedischen Fernsehen direkt übertragen.«[48]

44 Rote Armee Fraktion, Texte, S. 197, und Handakten Klaus Jünschke, HIS-Archiv, Jü K/008,002.
45 Ebenda.
46 Binder, Terrorismus, S. 57.
47 Vgl. Ebenda, S. 55 ff.
48 Rote Armee Fraktion, Texte, S. 195.

Scanned by CamScanner

Natürlich – mag man inzwischen schon fast sagen – gingen sofort nach der Entführung weitere Meldungen der Terroristen an die Nachrichtenagentur dpa heraus. Nachrichtenagenturen waren für die RAF besonders wichtig, da durch sie ein wesentlich größerer Multiplikationseffekt erzielt werden konnte, als mit einer Meldung in einer einzelnen Zeitung oder einem Sender. Die dpa belieferte damals über Fernschreiber fast alle bundesdeutschen Zeitungen und Sender mit Nachrichten.

Die Nutzung der Medien durch Terroristen hat aber auch noch einen anderen Aspekt.

»Wie haben Polizei und Krisenstab mit euch kommuniziert?

Über die Medien. Manchmal haben sie auch angekündigt, heute abend kommt was in der Abendschau. Am Samstag dem 1. 3. um 0.05 Uhr wurde über die Sender SFB und RIAS folgende Erklärung der Polizei augestrahlt: [...]

Woher wußtet ihr, daß das um 0.05 Uhr über den Sender geht?

Meinst du, wir hätten in der Zeit das Radio auch nur fünf Minuten ausgeschaltet? Meistens wurde das ja lange vorher angekündigt und dann auch noch wiederholt. Sie haben die Mitteilungen auch zur Fahndung benutzt, in dem sie diese immer später in der Nacht ausstrahlten. Und in der vierten Nacht waren sie soweit, daß sie die ganzen Postpeilwagen unterwegs hatten, weil sie gehofft haben, daß um 4.00 Uhr in Berlin nicht mehr so viele Fernseher an sind. Aber, die ganze Stadt hat am Fernseher gehangen.«[49]

An diesem Beispiel zeigt sich, dass die Terroristen mit den Medien sozusagen »über Bande spielten«, sie also nicht nur zur Veröffentlichung ihrer Erklärungen bewegten und Botschaften *aussandten*, sondern über die Medien auch Botschaften *empfingen*. So wie bei der Lorenz-Entführung der *Bewegung 2. Juni* dienten vor allem Rundfunk und Fernsehen auch den RAF-Terroristen als Träger ihrer Zwei-Wege-Kommunikation mit der Polizei und den Krisenstäben.

Die Terroristen haben aber nicht nur die Medien benutzt; umgekehrt haben auch die Medien die Terroristen benutzt, um Auflage zu machen. Neben der »normalen« Berichterstattung *über* die RAF waren Interviews *mit* und Fotos *von* den Terroristen besonders begehrt. Dies zeigte sich vor allem bei den Gefangenen in Stammheim. Denn erstens war nur mit ihnen ein persönliches Gespräch überhaupt möglich, da sie bereits inhaftiert waren und sich nicht mehr verstecken mussten. Und zweitens besaßen sie aus Sicht der Medien eine gewisse Prominenz. Für große Publikumsmagazine – die möglichst viele Leser erreichen wollen, wie etwa der *Stern* – war das ein wichtiger Punkt. Denn unabhängig davon, was die Leser von den Terroristen hielten, waren Interviews und erst recht Exklusivfotos von ihnen damals für die Medien eine »heiße Story«, die jeder gern vor der Konkurrenz gehabt hätte. Das geht unter anderem aus einem Gespräch zwischen Vertretern des *Stern* und den Rechtsanwälten hervor. Die Anwälte vermittelten die Interviews mit den Gefangenen in Stammheim und waren ihr Sprachrohr nach außen. Croissant, der sich auch in anderem Zusammenhang sehr um die Medienöffentlichkeit der RAF bemühte,[50] legte über seine Gespräche mit den Medienvertretern Aktennotizen an:

»unger vom stern kam mit einem weiteren kollegen – alsen – gegen 20h30 ins büro.

---

49 Ralf Reinders / Ronald Fritzsch, Die Bewegung 2. Juni. Gespräche über Haschrebellen, Lorenzentführung, Knast, Berlin 1995, S. 83 f.

50 Vgl. u. a. ein Interview von Croissant mit dem ZDF vom 19. Mai 1976, HIS-Archiv, RA 02/044, 014 oder: interview mit den anwälten der raf in zusammenarbeit mit den gefangenen vom 10. 6. 1976, HIS-Archiv, BA A/025,009. Dieses Interview diente später als Vorlage für Zitate in den Medien. Es ist wahrscheinlich, dass es ausschließlich zu diesem Zweck geführt wurde. Ein weiterer Beleg für Croissants Medienaktivität sind die Pressemitteilungen, die er z. B. an die dpa sandte: »Croissant an DPA 27.10. 1974: Pressemitteilung: Der Bischof der evangelischen Landeskirche in Berlin Brandenburg, Kurt Scharf, besuchte am Mittwoch, den 23. 10. 1974, in der Vollzugsanstalt Moabit die politischen Gefangenen Verena Becker und Ulrike Meinhof, die sich seit 13. September 1974 mit 40 anderen politischen Gefangenen in Hungerstreik befinden. Er erklärte sich mit ihnen solidarisch und versicherte, er werde alles in seinen Kräften stehende tun, um die Abschaffung der menschenvernichtenden Isolierhaft an den politischen Gefangenen durchzusetzen. Berlin/Stuttgart 27. 10. 1974, Handschriftlich hinzugefügt: an D. P. A. Stp telefonisch am 28. 10. rausgegangen/ C«, HIS-Archiv, ME, U/015,009.

zuerst nochmals die klage von unger wegen konkret – es war dasselbe wie in hh [...] er sagte eben, obwohl konkret nur 100 000 Auflage habe und der leserkreis ein anderer, könne der stern eben nicht mehr sagen, zum ersten mal – exklusiv – veröffentliche er fotos der gefangenen aus dem knast.«[51]

Die RAF und vor allem ihre prominenten Vertreter waren den Medien fast immer eine Geschichte wert. Und obwohl die RAF die etablierten Medien als Feind auserkoren hatte, ging sie – durchaus gewollt – das eine oder andere Mal eine Symbiose mit ihnen ein, von der beide Seiten profitierten.

Der Mythos Stammheim und ein vorläufiges Fazit

Die Medienöffentlichkeit spielte vor allem im Zusammenhang mit dem Hungerstreik der Gefangenen in Stammheim eine entscheidende Rolle. Auch in diesem Fall kann von einer Kommunikationsstrategie der RAF und ihrer Anwälte, namentlich dem bereits erwähnten Klaus Croissant, gesprochen werden. Die Haftbedingungen sollten aus Sicht der RAF nicht nur deswegen thematisiert werden, um – wie sie stets betonte – den Gefangenen Schutz vor einer möglichen Ermordung durch die Sicherheitsbehörden zu bieten. Die Berichterstattung über »Hungerstreik« und »Isolationshaft als Folter« war aus Sicht der RAF vor allem ein Mittel, um der Öffentlichkeit die »Fratze« des Staates zu offenbaren und die Sympathisantenszene zu mobilisieren.

Ob es *allein* der Kommunikationsstrategie der RAF zu verdanken ist, dass ein »Mythos Stammheim« entstand und die Diskussionen über den Tod der Gefangenen bis heute andauern, ist nicht eindeutig zu belegen. Dabei spielten noch zahlreiche andere Faktoren eine Rolle. Die Klärung der tatsächlichen Haftbedingungen bleibt bis heute ein Thema.[52]

Dass es die RAF aber darauf anlegte, die Diskussion um die Haftbedingungen propagandistisch auszuschlachten und einen »Mitleidseffekt« zu erzielen, lässt sich kaum bestreiten. Dabei spielte die ideelle Unterstützung von Intellektuellen – wenn auch nicht für die Mittel, so doch für die Gesellschaftskritik der RAF – eine enorme Rolle. Denn dies war die Zielgruppe, in der die RAF-Kommunikation am ehesten positive Wirkung erzielte, und nicht etwa die Arbeiterschaft.

Die breit definierte Zielgruppe der linksliberalen Intellektuellen[53] konnte am besten dadurch erreicht werden, dass sich Personen, mit denen sich diese Zielgruppe identifizierte oder deren Meinungen sie schätzte, für die RAF und ihren Kampf gegen die »Isolationsfolter« einsetzten. Und so war der Besuch des französischen Philosophen und Literaten Jean-Paul Sartre in Stammheim für die externe Kommunikation der RAF ein gelungener Coup. Bereits in ihrer Bitte an Sartre, sie zu besuchen und ein Interview mit Andreas Baader zu führen, machten die RAF-Gefangenen keinen Hehl daraus, dass sie diesen Besuch nach außen kommunizieren und ihn auch für politische und nicht nur für humanitäre Zwecke nutzen wollten: »um das interview mit andreas zu machen ist es nicht notwendig, daß du uns in allem zustimmst. was wir von dir wollen ist, daß du uns den schutz deines namens gibst und deine fähigkeit als marxist, philosoph, journalist, moralist für das interview einsetzt, um uns die möglichkeit zu geben, dadurch bestimmte politische inhalte für die praxis des antiimperialistischen, bewaffneten kampfes zu transportieren.«[54]

Es lassen sich noch weitere Belege dafür finden, dass die RAF Kommunikationsstrategien verfolgte.[55] So hatten – wie das ehemalige RAF-Mitglied Gerhard

51 Aktennotiz Croissant vom 11. März 1977, HIS-Archiv, RA 02/017,014.

52 Vgl. Martin Jander, Isolation. Zu den Haftbedingungen der RAF-Gefangenen, in diesem Band, S. 973–993.

53 Der Autor ist sich bewusst, dass diese Definition terminologische Unzulässigkeiten birgt. Ebenso ist bekannt, dass der Begriff »linksliberale Intellektuelle« als politischer Kampfbegriff zu Zwecken der Diffamierung missbraucht wurde. Hier soll er indes zum Zwecke der Kategorisierung politischer Meinungen verstanden werden, ohne damit eine Wertung dieser Meinungen zu implizieren.

54 Brief der Gefangenen der RAF im Hungerstreik, 21.10.74, HIS-Archiv, Me, U/015,001.

55 So z. B. eine Broschüre des »Marxistisch Scholings Kollektief«, die sich in den Akten des ehemaligen RAF-Mitglieds Klaus Jünschke findet. In diesem Papier werden zwar vor allem

Scanned by CamScanner

Müller 1976 in einem seiner Verhöre zu berichten wusste – die meisten der inhaftierten RAF-Mitglieder die Aufgabe, systematisch Zeitungen und Zeitschriften auszuwählen. Dies geschah in einer zuvor verabredeten und zum Teil vom »info«-Büro koordinierten, arbeitsteiligen Form. So soll etwa Irmgard Möller für die Auswertung der französischen Tageszeitung *Libération* zuständig gewesen sein, Gudrun Ensslin für *Le Monde*, Brigitte Mohnhaupt für britische Zeitungen, Werner Hoppe und Carmen Roll für amerikanische sowie Manfred Grashof für deutsche Militärzeitschriften.[56] Ob dies auch in anderer Hinsicht koordiniert geschah, darf allein schon wegen der inneren Struktur der RAF bezweifelt werden. Da sie nicht zu jedem Zeitpunkt streng hierarchisch geordnet war, dürfte eine völlig einheitliche Außenkommunikation nur schwer zu praktizieren gewesen sein. Ebenso wenig ist anzunehmen, dass es ein eigenes »Pressezentrum« oder eine spezielle Abteilung nur für Öffentlichkeitsarbeit oder für Agitation und Propaganda gab. Das Grundproblem bei der Klärung dieser Frage wird auch in Zukunft sein, glaubwürdige interne Informationen zu bekommen und diese quellenkritisch überprüfen zu können.

Bereits bei dieser kursorischen Untersuchung ist aber deutlich geworden, dass es einzelne RAF-Mitglieder gab, die über ein hohes Medienwissen verfügten, die in Kommunikationsstrategien dachten und diese auch in die Praxis umsetzten. Diesen »Spuren« unter den hier etablierten methodischen Fragestellungen weiter nachzugehen, ist die Voraussetzung dafür, allgemein gültigere Erkenntnisse über das Wechselspiel zwischen der RAF und den Massenmedien zu erzielen.

---

die Methoden der »Counterinsurgency« und der ihr unterstellten falschen Analyse subversiver Gruppen kritisiert; die Broschüre enthält aber auch auf mehreren Seiten gezielte Handlungsanweisungen für den Umgang mit den Medien und für die zielgruppenorientierte Pressearbeit. HIS-Archiv, Jü, K/008,008.

56 Vernehmung des Zeugen Gerhard Müller zum Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft, 21. April 1976, HIS-Archiv, So 01/011,006, S. 103.

Wolfgang Kraushaar

Kleinkrieg gegen einen Großverleger

Von der Anti-Springer-Kampagne der APO zu den Brand- und Bombenanschlägen der RAF

Der Bombenanschlag auf das Springer-Hochhaus in Hamburg

Es hätte nicht viel gefehlt und der Freitagnachmittag des 19. Mai 1972 wäre als Tag des blutigsten Anschlags der RAF in die bundesdeutsche Geschichte eingegangen. Nur der Tatsache, dass von fünf deponierten, vier Kilogramm schweren Rohrbomben drei versagt haben, ist es vermutlich zu verdanken, dass es lediglich zu Verletzten und nicht zu zahlreichen Todesopfern gekommen ist. Schauplatz ist das zwölfstöckige Springer-Hochhaus in der Hamburger Kaiser-Wilhelm-Straße, in dem zu dieser Zeit noch rund 3000 Beschäftigte ihrer Arbeit nachgehen.[1]

Es beginnt damit, dass »gegen 15.35 Uhr« in der Telefonzentrale ein anonymer Anruf eingeht, in dem ein junger Mann mit einer auffällig hellen Stimme warnt: »In 15 Minuten geht bei Ihnen eine Bombe hoch.«[2] Doch offenbar nimmt die Telefonistin den Anruf nicht richtig ernst. Später heißt es, dass derartige Drohanrufe keine Seltenheit gewesen seien. Keine zwei Minuten später erfolgt der nächste anonyme Anruf. Diesmal – »gegen 15.37 Uhr« – wird das Gespräch von einer anderen Telefonistin entgegengenommen. Nun wird die Dringlichkeit der Warnung noch durch Beschimpfungen unterstrichen: »In 15 Minuten geht eine Bombe hoch! Räumt sofort das Haus. Ihr Schweine!«[3] Doch auch die zweite Telefonistin, die später meint, dass der etwa 25- bis 30-jährige Mann mit einem süddeutschen Dialekt gesprochen habe, reagiert abwehrend. Sie fühlt sich offenbar beleidigt und fährt den Unbekannten mit den Worten an: »Halt deine Schnauze!«[4] Auch sie unternimmt nichts. Die erste Telefonistin ist inzwischen jedoch nachdenklicher geworden. Sie wendet sich an den Sicherheitsbeauftragten der Innenverwaltung und unterrichtet diesen von der anonymen Bombendrohung. Als der Alarm auslösen will, ist es jedoch be-

1 Zur Darstellung des RAF-Anschlags auf das Hamburger Springer-Hochhaus vgl. die in einigen Details abweichende Darstellung bei: Stefan Aust, Der Baader Meinhof Komplex, erweiterte und aktualisierte Ausgabe, München 1998, S. 246–248; Klaus Pflieger, Die Rote Armee Fraktion – RAF – 14. 5. 1970 bis 20. 4. 1998, Baden-Baden 2004, S. 33 f.; Butz Peters, Tödlicher Irrtum. Die Geschichte der RAF, Berlin 2004, S. 289–291.

2 Inhalt und zeitliche Abfolge der anonym eingegangenen Warnungen konnten offenbar nicht exakt rekonstruiert werden. Nach einer nochmaligen Befragung der Telefonistinnen, die die Anrufe entgegengenommen hatten, heißt es daher relativierend: »Die Damen erklärten, sie könnten heute nicht mehr mit Sicherheit die verschiedenen Zeitpunkte, zu denen Warn-Anrufe eingegangen waren, genau angeben. Dergleichen können sie sich nicht mehr an den genauen Wortlaut der Anrufe erinnern.« K 42/AGS, Hamburg, den 2. Juni 1972, Betr.: Explosionen am 19. 5. 1972 im Hause Springer / Hier: Zeitfolge der eingehenden Warnanrufe. Archiv des Hamburger Instituts für Sozialforschung (HIS-Archiv), SO, 03/007, 001–006, S. 1. Eine davon leicht abweichende Darstellung findet sich in einem anderen Dokument. Ermittlungsbericht der Hamburger Kriminalpolizei: Strafanzeige gegen Baader, Andreas Bernd, und andere vom 19. Mai 1972/ 141Js 419/72, HIS-Archiv, SO, 03/007, 001–006, S. 2.

3 K 42/AGS, S. 1. Der ersten Aussage nach hatte der Anruf gelautet: »Bei Ihnen geht 'ne Bombe hoch. Ihr verdammten Schweine. Räumen Sie das Haus.« Ermittlungsbericht, S. 2.

4 K 42/AGS, S. 1.

Scanned by CamScanner

reits zu spät. Um 15.41 Uhr wird das Gebäude von einer heftigen Explosion erschüttert. Unmittelbar neben dem in der dritten Etage gelegenen Raum der Korrektoren, an der zur Fuhlentwiete gelegenen Seite ist ein Sprengkörper detoniert. Die Wucht der Rohrbombe, die entweder auf der Klimaanlage oder auf einer durch den Flur führenden Frischluftanlage versteckt gewesen sein muss, ist so heftig, dass Wände umgeworfen werden und zur Straße hin ein großes Loch ins Gemäuer gerissen wird. Im Umkreis von 100 Metern gehen in den benachbarten Gebäuden die Fensterscheiben zu Bruch. Nur eine Minute später, die Staubwolken haben sich noch nicht verflüchtigt, trifft ein erneuter anonymer Anruf ein, diesmal meldet sich eine weibliche Stimme und fragt: »Ist bei Ihnen eine Bombe hochgegangen?« Als das die zweite Telefonistin bejaht, ist die Reaktion zu hören: »Vielen Dank, das wollte ich nur wissen.«[5] Zur selben Zeit befreien Werkstattangehörige mehrere Mitarbeiter des Verlags, die in steckengebliebenen Fahrstühlen festsitzen. Um 15.45 Uhr wird das Verlagsgebäude erneut von einer schweren Explosion erschüttert. Diesmal hat es auf derselben Seite nur einige Stockwerke darüber die sechste Etage getroffen. Die zweite Bombe ist auf der Damentoilette explodiert.

Kurz darauf fahren die ersten Polizei-, Feuerwehr- und Rettungswagen vor. Als sie eintreffen, strömen ihnen viele Mitarbeiter, darunter einige leichter Verletzte, entgegen, die gerade fluchtartig das Gebäude verlassen. Die Kriminal- und Schutzpolizei übernimmt – wie es in einer hausinternen Verlagszeitung heißt – »die Befehlsgewalt«.[6] Nachdem sich eine Ärztin zusammen mit einer Krankenschwester um die Verletzten gekümmert hat, werden die meisten von ihnen in das Hafenkrankenhaus und in die Universitätsklinik Eppendorf transportiert. Unter den zunächst gezählten 23 Verletzten sind Korrektoren (8) und Setzer (4) in der Überzahl. Die Geschäftsleitung beschließt, nachdem die dringlichsten Rettungsmaßnahmen eingeleitet worden sind, die Bildung eines Krisenstabes, die Räumung des Haupthauses, des *Welt*-Gebäudes und einiger Nebengebäude sowie die Fortsetzung der Redaktions- und Verlagsarbeiten in Ausweichquartieren und die Einberufung einer Mitarbeiterversammlung.

Um 18.15 Uhr begingen dann Kriminalbeamte die einzelnen Stockwerke des Hochhauses systematisch nach weiteren Sprengkörpern abzusuchen. Nach 20 Minuten findet einer der Beamten in einer im zweiten Stockwerk vor dem Maschinenraum der Rotation abgestellten Mülltonne, unter Putzlappen in einem Karton mit der Aufschrift »Scharlachberg« versteckt, eine weitere Rohrbombe. Nach der sofort eingeleiteten Räumung des Gebäudes von den letzten darin befindlichen Personen kann die Bombe nach 20 Uhr von einem eilends herbeigerufenen Sprengstoffexperten des Bundeskriminalamtes entschärft werden. Um 23.30 Uhr gibt die Kriminalpolizei Entwarnung. Die Mitarbeiter können – soweit möglich – wieder an ihre Arbeitsplätze gehen. Eine Viertelstunde später läuft in der Setzerei die Produktion wieder an. Und am darauf folgenden Tag können trotz der durch die Bombenanschläge verursachten Zerstörungen, den Ausfall von rund zwei Dutzend Mitarbeitern und einer im Fotoarchiv angestellten Mitarbeiterin, trotz des Schocks für die gesamte Belegschaft, der zahlreich in Gang gesetzten Sicherheitsvorkehrungen und der in der Folge eingetretenen Turbulenzen alle Zeitungen des Axel-Springer-Verlags erscheinen, die meisten von ihnen jedoch nur in einem begrenzten Umfang.

Am Morgen des 20. Mai erleben Geschäftsleitung und Belegschaft eine weitere unangenehme Überraschung. Es zeigt sich, dass die Durchsuchung offenbar nicht in der gebotenen Gründlichkeit erfolgt ist. Um 8.05 Uhr entdeckt eine Reinemachefrau einen weiteren Sprengkörper, diesmal hinter einem Sessel vor dem Zimmer 1240 im 12. Stockwerk, in dem sich neben den Büroräumen der Geschäftsleitung in unmittelbarer Nähe auch das Zimmer des Verlegers Axel Springer befindet. Sofort werden alle Etagen vom 7. Stockwerk an geräumt. Auch diese Bombe, die zur

5 Ebenda. In der ersten Aussage hatte es dagegen geheißen, dass beim dritten Anruf eine neuerliche Warnung durchgegeben worden sei: »Es knallt gleich nochmal.« Ermittlungsbericht, S. 3.

6 *Springer aktuell*, Sonderausgabe vom 25. Mai 1972.

Tarnung in ein grünes Filztuch eingewickelt und an den Rändern mit einem Kunststoffband verklebt ist,[7] kann entschärft werden. Doch das ist immer noch nicht alles. Bei einer weiteren Durchsuchung des Hauptgebäudes wird um 13.50 Uhr auf der Herrentoilette des 12. Stockwerks in einem für Feuerlöscher vorgesehenen Wandschrank eine fünfte Rohrbombe entdeckt.

Am Nachmittag »gegen 17.30 Uhr« meldet sich der anonyme Anrufer vom Vortag erneut und ruft ebenso aufgeregt wie vorwurfsvoll: »Es sind noch mehr Bomben im Haus, die hochgehen. Die Polizisten sind alle Trottel, die suchen an der verkehrten Stelle!«[8] Und zwei Stunden später meldet sich eine anonyme Frau und erklärt, wie es seitens der Telefonistin heißt, »mit tiefer Stimme und in monotoner Sprechweise«: »Ihr Haus wird gesprengt! Räumen Sie das Haus!«[9] Die letzte Bombe kann schließlich erst um 23.10 Uhr entschärft werden. Damit ist klar, dass die im Haus befindlichen Personen noch einen weiteren halben Tag lang einer unnötigen Gefahr ausgesetzt gewesen sind. Insgesamt sind – wie sich schließlich herausstellt – 36 Personen verletzt worden, zwei davon schwer. Der Sachschaden beläuft sich auf 336 000 DM.

Ein erstes, »an die Nachrichtenredaktion des NDR« gerichtetes, auf einer Schreibmaschine getipptes Bekennerschreiben der RAF ist in der Nacht vom 19. zum 20. Mai beim Pförtner des NDR in der Rothenbaumchaussee abgegeben worden. Am 22. Mai wird dann ein zweites, umfangreicheres Bekennerschreiben an die beiden Presseagenturen dpa und UPI sowie die *Süddeutsche Zeitung* und die *Bild*-Zeitung in Hamburg aufgegeben. Es lautet: »Gestern, am Freitag, den 19. Mai um 15 Uhr 55 sind zwei Bomben im Springerhochhaus in Hamburg explodiert. Weil trotz rechtzeitiger und eindringlicher Warnungen das Haus nicht geräumt worden ist, sind dabei 17 Menschen verletzt worden. Um 15 Uhr 29 ist unter der Nummer 3471 die erste Warnung durchgegeben worden mit der Aufforderung, das Haus wegen Bombenalarm binnen 15 Minuten zu räumen. Die Antwort war: Hören Sie auf mit dem Blödsinn. Es wurde aufgelegt. Zweiter Anruf um 15 Uhr 31: Wenn Sie nicht sofort räumen, passiert etwas Fürchterliches. Aber die Telefonistinnen hatten offenbar Anweisung, solche Anrufe nicht zu beachten. Der dritte Anruf um 15 Uhr 36 ging an die Bullen: Sorgen Sie, verdammt nochmal, dafür, daß endlich geräumt wird. Weil der Springerkonzern die Tatsache, daß er gewarnt worden ist, nicht unterschlagen kann, verdreht er die Nachricht: Es sei nur ein Anruf gewesen, und der sei zu spät gekommen. Zwei Telefonistinnen und die Bullen können bestätigen, daß die Springerpresse einmal mehr lügt.

Springer ging lieber das Risiko ein, dass seine Arbeiter und Angestellten durch Bomben verletzt werden, als das Risiko, ein paar Stunden Arbeitszeit, also Profit, durch Fehlalarm zu verlieren. Für die Kapitalisten ist der Profit alles, sind die Menschen, die ihn schaffen, ein Dreck. Wir bedauern, daß Arbeiter und Angestellte verletzt worden sind.

Wir fordern von Springer:

daß seine Zeitungen die antikommunistische Hetze gegen die Neue Linke, gegen solidarische Aktionen der Arbeiterklasse wie Streiks, gegen die kommunistischen Parteien hier und in anderen Ländern einstellen;

daß der Springerkonzern die Hetze gegen die Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt einstellt, besonders gegen die arabischen Völker, die für die Befreiung Palästinas kämpfen;

daß er seine propagandistische und materielle Unterstützung für den Zionismus – die imperialistische Politik der herrschenden Klasse Israels einstellt;

daß die Springerpresse aufhört, über die ausländischen Arbeiter hier rassistische Lügenberichte zu verbreiten.

Wir verlangen, daß die Springerpresse diese Erklärung abdruckt. –

Wir verlangen nichts Unmögliches.

Wir werden unsere Aktionen gegen die Feinde des Volkes erst einstellen, wenn unsere Forderungen erfüllt sind.

Enteignet Springer!

---

7 In den Ermittlungsakten heißt es dazu: »Versteck und Tarnung der Bombe war so gut, daß auch die nach der Explosion eingesetzten Suchtrupps der Polizei und des Verlags diesen – nicht detonierten – Sprengkörper übersehen haben.« Mö/Ir 003, 001, HIS-Archiv, S. 227.

8 K 42/AGS, S. 2.

9 Ebenda.

Scanned by CamScanner

Enteignet die Feinde des Volkes! Kommando 2. Juni«[10]

Der Angriff auf die Hamburger Konzernzentrale des Springer-Verlags hätte Ausdruck einer Offensive der RAF werden sollen. Die Erklärung jedoch ist ein unfreiwilliges Dokument des Scheiterns. Sie bringt vor allem eines zum Ausdruck – die Rechtfertigung eines in der Logik der RAF im Kern missglückten Anschlags. Weil drei der fünf Bomben versagt haben, es unbeabsichtigt Arbeiter und Angestellte und damit – so muss geschlussfolgert werden – keinen der Angehörigen aus der Geschäftsleitung, womöglich Springer selbst, getroffen hat, versucht das Kommando in erster Linie etwas von seiner Schuld abzuwälzen. Die Hauptanstrengung gilt dabei dem Nachweis, dass es der »Springerkonzern« sei, der Leben und Gesundheit seiner Beschäftigten gefährde. Das eigentliche Ziel des Anschlags – durch Bombenterror die vom Verlag angeblich gegen die unterschiedlichsten Kräfte und Strömungen der Linken verbreitete »Hetze« und die Produktion von »Lügenberichten« zu unterbinden – tritt dagegen in den Hintergrund. Ihm sind nur wenige Zeilen gewidmet. Die RAF-Erklärung vom 20. Mai 1972 muss in den Augen der sie unterstützenden oder mit ihr sympathisierenden Kräfte ein Armutszeugnis darstellen.

Die Geschäftsleitung des Axel-Springer-Verlags lässt es sich nicht nehmen, die gegen die Telefonistinnen und die Verlagsleitung erhobenen Vorwürfe zurückzuweisen. In *Springer aktuell* heißt es dazu: »1. Alle hier aufgestellten Behauptungen sind blanke Lüge und nackter Zynismus nach dem Motto ›Der Ermordete ist schuld‹. 2. [...] Zwischen dem ersten anonymen Anruf in unserem Haus um 15.36 Uhr und der ersten Explosion um 15.41 Uhr lagen genau nur fünf Minuten. Daran gibt es nichts zu deuteln. 3. Daß in so kurzer Zeit über 3000 Arbeiter und Angestellte nicht evakuiert werden konnten, muß jedem einleuchten. Es ist also mehr als Hohn, wenn das ›Kommando 2. Juni‹ jetzt scheinheilig Opfer beklagt. 4. Der erwähnte Anruf von 16.30 Uhr ›an die Bullen‹ ist überhaupt nicht erfolgt. 5. Auch die jüngsten Bombenanschläge von Heidelberg, die ohne Vorwarnung erfolgten, zeigen, daß für diese Terroristen Menschenleben nicht zählen und Mord eiskalt einkalkuliert ist. 6. Mit solchen Pamphleten soll die Bevölkerung neben dem Bombenterror noch weiter verunsichert werden.«[11] Da sich die Bombenleger in den einzelnen Etagen des Springer-Hochhauses gut ausgekannt haben müssen, um derartig geschickte Verstecke auswählen zu können, kommt sogar der Verdacht auf, dass es Unterstützung für das RAF-Kommando auch aus der Springer-Belegschaft gegeben haben könnte.[12]

Der Anschlag auf das Springer-Hochhaus in Hamburg ist der vierte in der als »Mai-Offensive« der RAF bezeichneten Bombenserie, die am 11. Mai mit einem Anschlag auf das US-Hauptquartier in Frankfurt begonnen hat und am 24. Mai mit einem fünften auf das US-Hauptquartier in Heidelberg endet. Dabei kommen insgesamt vier US-Soldaten ums Leben. Die Belohnung für Informationen zur Ergreifung der Attentäter erhöht der Axel-Springer-Verlag am 31. Mai 1972 um eine Viertelmillion auf 440 000 DM. Dieser Schritt jedoch erweist sich als überflüssig. Denn bereits einen Tag darauf werden mit Andreas Baader, Holger Meins und Jan-Carl Raspe drei der als Hauptverdächtige Gesuchten in Frankfurt gefasst. Und mit den Verhaftungen von Gudrun Ensslin am 7. Juni in Hamburg und von Ulrike Meinhof am 15. Juni in der Nähe von Hannover folgen zwei weitere. Unter ihnen befindet sich, wie sich später herausstellen wird, auch die mutmaßliche Urheberin des Anschlags auf das Springer-Hochhaus.

---

10 Kopie des Bekennerschreibens, Unternehmensarchiv Axel Springer AG, Bestand Axel Springer. Identische Textfassung: Sprengstoffanschlag auf das Springer-Hochhaus in Hamburg. Erklärung der RAF vom 20. Mai 1972, in: ID-Verlag (Hg.), Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, Berlin 1997, S. 147.

11 *Springer aktuell*, Sonderausgabe vom 25. Mai 1972.

12 Vgl. Dieter Stacker, Die Verpackung hatte die gleiche Farbe wie der Teppich. Offensichtlich kannten sich die Bombenattentäter im Springerhochhaus gut aus, *Frankfurter Rundschau* vom 23. Mai 1972.

Der Konflikt um den Axel-Springer-Verlag

Die Anschläge der RAF auf das Hamburger Springer-Hochhaus finden nicht im luftleeren Raum statt. Sie stellen allerdings mehr als nur die Speerspitze einer sich Mitte der 1960er Jahre in der Bundesrepublik immer stärker herauskristallisierenden Kritik an den Monopolisierungstendenzen des Verlages dar, der – als habe er damit eine Frontposition im Kampf gegen den Kommunismus und zugleich für die deutsche Einigung einnehmen wollen – 1966 demonstrativ seine Geschäftszentrale in der Kochstraße, einem direkt an der Berliner Mauer gebauten Hochhaus bezogen hat. Die Bombenanschläge sind dazu geeignet, eine ebenso plausible wie legitime Kritik an der Pressepolitik des Hauses Springer im Nachhinein gleich mit zu diskreditieren.

Den seitens der RAF gegen den Axel-Springer-Verlag und dessen Begründer und Namensgeber über Jahre geführten Kleinkrieg thematisieren zu wollen, verlangt daher möglichst genau zwischen mehreren Ebenen zu unterscheiden:

- der von Wissenschaftlern und Intellektuellen geäußerten Kritik an den Monopolisierungstendenzen,
- der von Abgeordneten der im Bundestag vertretenen Parteien erhobenen Forderung nach Entflechtung des Axel-Springer-Verlags,
- dem Auslieferungsboykott seiner Presseprodukte durch Angehörige der APO,
- dem Boykott durch prominente Autoren und Autorinnen, die sich weigern, für irgendeines der Presseorgane aus dem Hause Springer zu schreiben,
- der radikal-sozialistischen und kommunistischen Forderung nach Enteignung des Verlegers Axel Springer,
- der anarchistischen Forderung nach Zerschlagung des Verlags, seiner einzelnen Organe und seines Vertriebssystems,
- der Propagierung der Zerstörung des Verlags und Liquidierung seines Besitzers sowie einiger seiner führenden Mitarbeiter durch die RAF und andere terroristische Gruppierungen.

Der Krieg, den die RAF in den 1970er Jahren gegen den Axel-Springer-Verlag, dessen Presseorgane und nicht zuletzt gegen dessen Verleger selbst geführt hat, stellt nur einen Ausschnitt aus einem mehrschichtigen Konflikt dar. Dieser Konflikt hat sich nach Jahrzehnten zwar abgekühlt, jedoch zeigen seine schubweise aufbrechenden Aktualisierungen, dass er noch keineswegs als ausgeräumt gelten kann. Nicht ohne Grund hat deshalb der *Spiegel* erst im Sommer 2006 Teile eines von Manfred Bissinger moderierten Streitgesprächs zwischen dem Literaturnobelpreisträger Günter Grass und Mathias Döpfner, dem Vorstandsvorsitzenden der Springer AG, abgedruckt, in dem die Verlaufslinien dieses Streits nicht nur nachzuzeichnen, sondern auch die gegenwärtigen Konsens- und Kompromissmöglichkeiten auszuloten versucht worden sind.[13]

Der politische Konflikt um die Massenmedien und das Pressemonopol

Eine funktionierende Öffentlichkeit wird in den 1960er Jahren nicht nur, aber insbesondere von der linken Intelligenz als Instanz demokratischer Kontrolle gegenüber der politischen Herrschaft einzuklagen versucht. Politische Eingriffe in die Pressefreiheit, so die Überzeugung, rührten zugleich auch an den Nerv der Demokratie. Als exemplarischer Fall für

13 In dem Aufmacher des Streitgesprächs heißt es: »Springer-Konzern und Deutschlands intellektuelle Elite – das ist eine nunmehr rund 40jährige Geschichte voll von ideologischen Grabenkriegen, persönlichen Fehden und bisweilen blankem Hass.« Der Gesprächsverlauf zeigt, dass zumindest zwischen Grass und Döpfner jenseits ihrer Bereitschaft, sich an einen Tisch zu setzen und miteinander zu reden, grundlegende Differenzen in der Auffassung von Presse und Demokratie erhalten geblieben sind. *Spiegel*-Streitgespräch »Wir Deutschen sind unberechenbar«. Springer-Vorstandschef Mathias Döpfner debattiert mit Literaturnobelpreisträger Günter Grass über die Medienmacht des Verlags, das Amerika-Bild der Deutschen sowie Verdienste und Fehler der 68er, *Der Spiegel* vom 19. Juni 2006, 60. Jg., Nr. 25, S. 156–163.

Scanned by CamScanner

einen solchen Vorstoß gilt in der bundesdeutschen Geschichte die *Spiegel*-Affäre.[14]

Es ist insofern alles andere als Zufall, dass gerade der politische Konflikt um das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* im Herbst 1962 eine kleinere Welle studentischer Proteste auslöst, die von vielen als Auftakt zur späteren Studentenrevolte angesehen wird.[15] Die Verhaftung des Verlegers Rudolf Augstein und des stellvertretenden Chefredakteurs Conrad Ahlers wegen des dringenden Verdachts, mit der Veröffentlichung des Artikels »Bedingt abwehrbereit«, der sich mit den Ergebnissen des NATO-Herbstmanövers »Fallex 62« befasste, Militärgeheimnisse verraten und deshalb Landesverrat begangen zu haben, löst eine monatelange Affäre aus, die schließlich zum Rücktritt des Bundesverteidigungsministers Franz Josef Strauß, des eigentlichen Drahtziehers der Strafverfolgungsaktion, führt.

Eine Aufnahme von einer harmlosen Protestaktion ist inzwischen hundertfach reproduziert worden und in die meisten illustrierten Darstellungen zur Geschichte der Bundesrepublik eingegangen. Es zeigt, wie Ende Oktober 1962 Studenten an der Frankfurter Hauptwache gegen die Verhaftung der beiden *Spiegel*-Journalisten protestieren. Die Studenten ziehen demonstrativ mit *Spiegel*-Heften, auf deren Titelbild Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß abgebildet ist, durch die Innenstadt. Sie wollen die Zeitschrift so lange in der Hand tragen, erklären sie Journalisten gegenüber, bis Augstein und Ahlers wieder freigelassen seien. Die Studenten betonen dabei, dass sie keiner Organisation angehörten. Einen Tag später ist die Gruppe der Protestierenden weiter angewachsen. Die rund 100 Teilnehmer führen Pappschilder mit Aufschriften wie »1962 – Das Ende der Demokratie?« und »Befiehlt Strauß der Justiz?« mit sich. In Sprechchören fordern sie den sofortigen Rücktritt des Bundesverteidigungsministers. Die zugespitzteste Parole lautet: »Strauß rein – Augstein raus!« An der Protestaktion beteiligt sich auch der Schriftsteller Alfred Andersch, einer der Mitbegründer der *Gruppe 47*.

In den Tagen und Wochen darauf zeigt sich, dass keineswegs nur Studenten von den Vorgängen in Bonn und Hamburg alarmiert sind. Auch eine große Zahl Heidelberger Professoren schließt sich den Protesten an. So wird in der *Spiegel*-Ausgabe vom 12. Dezember 1962 eine an Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier gerichtete Petition abgedruckt, mit der 285 Wissenschaftler, darunter der Soziologe Jürgen Habermas und der Psychologe Alexander Mitscherlich, gegen das Verhalten von Bundestag, Bundesregierung und Bundesbehörden in der *Spiegel*-Affäre protestieren. »Gleich welche Stellung man zum ›Spiegel‹ und seinen Publikationen einnimmt«, heißt es darin, »so ist es doch offensichtlich, daß bei dem Vorgehen der Bundesbehörden Regeln der parlamentarischen Demokratie und rechtsstaatliche Grundsätze mißachtet wurden. Das Fehlen demokratischer Kontinuität in Deutschland, die Erinnerung an den Niedergang der Weimarer Republik und die darauffolgende Unterbrechung unserer rechtsstaatlichen Tradition in der Hitlerzeit verpflichten uns alle, darüber zu wachen, daß die verfassungsmäßige Ordnung und die Regeln des politischen Anstandes beachtet werden.«[16] In den Augen der Wissenschaftler, die in ihrer überwältigenden Mehrheit als liberal-konservativ gelten, ist der Rechtsstaat in Gefahr. Sie rufen

14 Vgl. zum Ablauf der Affäre die Chronologie in: Alfred Grosser / Jürgen Seifert, Die Spiegel-Affäre I – Die Staatsmacht und ihre Kontrolle, Olten 1966, S. 235–299; vgl. zur Analyse: Jürgen Seifert, Die Spiegel-Affäre als Staatskrise, in: Grosser/Seifert, Die Spiegel-Affäre I, S. 37–231; David Schoenbaum, Ein Abgrund von Landesverrat – Die Affäre um den »Spiegel«, Wien u. a. 1968; vgl. zur öffentlichen Auseinandersetzung: Thomas Ellwein / Manfred Liebel / Inge Negt, Die Spiegel-Affäre II – Die Reaktion der Öffentlichkeit, Olten 1966; vgl. außerdem die Nachbetrachtung: Joachim Schöps (Hg.), Die Spiegel-Affäre des Franz Josef Strauß, Reinbek 1983. Auffällig ist, dass mit Jürgen Seifert und Manfred Liebel ehemalige SDS-Bundesvorstandsmitglieder an der historischen Aufarbeitung der Affäre beteiligt waren.

15 Nicht unwichtig für diesen Zusammenhang dürfte auch die begründete Annahme gewesen sein, dass damals nahezu jeder zweite Student *Spiegel*-Leser gewesen sein soll. Jedenfalls geht Rudolf Augstein in einem 1964 geführten Interview davon aus, dass unter den Studenten 40 Prozent »regelmäßige Leser« seien. Roland H. Wiegenstein / Fritz J. Raddatz (Hg.), Interview mit der Presse – 12 internationale Zeitungen stellen sich vor, Reinbek 1964, S. 47.

16 »Wir sind bestürzt, Herr Präsident« – 285 Heidelberger Wissenschaftler zur Aktion gegen den »Spiegel«, *Der Spiegel* vom 12. Dezember 1962, 16. Jg., Nr. 50, S. 18.

nicht zu irgendeiner Form von Widerstand auf. Sie begreifen sich jedoch in gewisser Weise als Wächter der Verfassung und fühlen sich deshalb dazu berufen, in der Affäre öffentlich das Wort zugunsten der Inhaftierten zu ergreifen.

Die These von der Manipulation durch Presse- und andere Medienorgane

Fünf Jahre später wird die Öffentlichkeit abermals von einem heftigen Streit über einen Verleger und seine Publikationsorgane erschüttert. Diesmal steht die Kontroverse unter völlig anderen, zum Teil entgegengesetzten Vorzeichen. Linke Studenten greifen mit Axel Springer den Marktführer auf dem Sektor der Tages- und Wochenzeitungen an.[17] Sie werfen ihm vor, dass er seine Pressemacht dazu benutze, Minderheiten zu diskriminieren, politische Kampagnen zu initiieren und das Bewusstsein der Leser gezielt zu manipulieren.[18] Im Zentrum der meisten Angriffe steht ein Begriff, der der Manipulation.[19]

Die Annahme, dass Presseorgane ihre politische Unabhängigkeit einbüßen und sich dabei manipulativer Eingriffe bedienen könnten, rührt nicht zuletzt von den Begründern der Kritischen Theorie her. Ein autoritärer Staat – so lautet etwa die Überzeugung des Direktors des Frankfurter Instituts für Sozialforschung Max Horkheimer während seiner amerikanischen Exilzeit – könne dann auf den Einsatz von Repression zur Herstellung von Massenloyalität weitgehend verzichten, wenn es ihm gelänge, das Bewusstsein der Bevölkerung dauerhaft zu manipulieren.[20] Dieser 1940 entwickelte Gedanke war von ihm zusammen mit Theodor W. Adorno in ihrer vier Jahre später fertiggestellten »Dialektik der Aufklärung« weiter systematisiert worden. Der Untertitel des für diesen Zusammenhang zentralen Kapitels »Kulturindustrie« lautet wie eine weitere Variante der Manipulationsthese »Aufklärung als Massenbetrug«.[21]

In einem weiteren Sinne darf auch der Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger als ein Schüler der Kritischen Theorie gelten. Die Einflüsse des Denkens Theodor W. Adornos auf manche seiner Essays etwa sind unübersehbar.[22] Dennoch hat Enzensberger stets darauf geachtet, Distanz und Selbständigkeit zu bewahren. Dies hat auch seine Haltung bestimmt, als er in kritischer Abgrenzung zum Begriff der Kulturindustrie den der »Bewußtseins-Industrie« entwickelt.[23] Sie sei ein Kind des 19. Jahrhunderts, noch unbegriffen und fast unbegreiflich, und drauf und dran, zur »Schlüsselindustrie des zwanzigsten Jahrhunderts« zu werden. Während Funk, Film, Fernsehen, Schallplatten-Industrie, Reklame usw. als ihre neueren technischen Instrumente auf große Aufmerksamkeit stießen, werde die Entwicklung des als traditionell geltenden Journalismus zu Unrecht kaum verfolgt. Es komme der »Bewußtseins-Industrie« nie aufs Produktive, sondern »immer nur auf dessen Ver-

17 Vgl. die auch heute noch maßgebliche Studie: Hans Dieter Müller, Der Springer-Konzern. Eine kritische Studie, München 1968; darin findet sich auf S. 332–372 auch eine von Jürgen Lütge zusammengestellte Dokumentation mit Textbeispielen aus der *Bild*-Zeitung.

18 Vgl. vor allem die Broschüre: Republikanischer Club e. V. (Hg.), Springer enteignen? Materialien zur Diskussion – Presse-Arbeitskreis des Republikanischen Clubs e. V. Westberlin, West-Berlin 1967.

19 Vgl. Bernd Jansen / Arno Klönne (Hg.), Imperium Springer. Macht & Manipulation, Köln 1968; Jürgen Alberts, Massenpresse als Ideologiefabrik. Am Beispiel »Bild«, Frankfurt am Main 1972.

20 So schrieb Max Horkheimer 1942 über den autoritären Staat, »daß die Isolierung der Individuen voneinander mit allen Verkehrsmitteln, mit Zeitung, Kino, Radio, systematisch betrieben werden muß, gehört zum Katechismus der autoritären Regierungskunst«. Max Horkheimer, Autoritärer Staat, in: ders., Gesellschaft im Übergang. Aufsätze, Reden und Vorträge 1942–1970, hrsg. von Werner Brede, Frankfurt am Main 1972, S. 20.

21 Max Horkheimer / Theodor W. Adorno, Kulturindustrie – Aufklärung als Massenbetrug, in: dies., Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Frankfurt am Main 1981, S. 141–191; zum Begriff der Manipulation insbesondere S. 142.

22 Als Enzensberger im November 1964 seine Poetik-Dozentur an der Frankfurter Universität antrat, hielt Adorno die Einführung in die erste Vorlesung zum Thema »Spielen Schriftsteller eine Rolle?«. Vgl. Wolfgang Kraushaar (Hg.), Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotow-Cocktail 1946–1995, Bd. 1: Chronik, Hamburg 1998, S. 214.

23 Hans Magnus Enzensberger, Bewußtseins-Industrie, in: ders., Einzelheiten, Frankfurt am Main 1962, S. 7–15.

Scanned by CamScanner

mittlung« an. Ihr gesellschaftlicher Auftrag bestehe darin, »die existierenden Herrschaftsverhältnisse zu verewigen«, Bewusstsein nur deshalb zu induzieren, um es ausbeuten zu können.

Für ihre Existenz gebe es vier Bedingungen: Aufklärung sei im weitesten Sinne die philosophische Voraussetzung jeglicher »Bewußtseins-Industrie«; ihre politische Voraussetzung sei nach dem Modell der Französischen Revolution die Proklamation der Menschenrechte, der Gleichheit und der Freiheit; da sie unter frühkapitalistischen Bedingungen nicht möglich sei, setze sie die primäre Akkumulation voraus; der ökonomische Prozess der Industrialisierung schaffe zugleich ihre technologischen Voraussetzungen. Die globale Durchsetzung der »Bewußtseins-Industrie« sei ein irreversibler Prozess. Deshalb müsse jede Kritik an ihr, die auf ihre Abschaffung setze, scheitern. Industrialisierung lasse sich nicht mehr im Nachhinein liquidieren. Die Konsequenz, die Enzensberger aus dieser Analyse zieht, besteht darin, die Intellektuellen dazu aufzufordern, sich nicht aus der »Bewußtseins-Industrie« zurückzuziehen, sondern sich in ihren Betrieb einzumischen und »sich auf ihr gefährliches Spiel einzulassen«. Da Kulturkritik immer schon ein Teil dessen sei, was sie kritisiere, bleibe den Intellektuellen nichts anderes übrig, als die Ambivalenz von Partnerschaft und Feindschaft auszuhalten.

Die ersten Resultate seiner Haltung legt Enzensberger im selben Aufsatzband vor, in dem auch seine Überlegungen zur »Bewußtseins-Industrie« erscheinen. Die Konkretionen seiner kulturkritischen Arbeit stellen eine vergleichende Untersuchung der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*,[24] der Sprache des *Spiegels*,[25] die Anatomie einer Wochenschau,[26] die Analyse einer Taschenbuch-Produktion[27] und die »Rezension« eines Warenhauskatalogs dar.[28] Mit diesem Spektrum an Analysen demonstriert Enzensberger auf exemplarische Weise, was er unter einer zeitgenössischen Medienkritik versteht.[29]

Beinahe zur selben Zeit erscheint im Juni 1962 unter dem Titel »Strukturwandel der Öffentlichkeit – Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft« die Habilitationsschrift von Jürgen Habermas, dem bedeutendsten der jüngeren Vertreter der Kritischen Theorie. Darin wird der für den bürgerlichen Verfassungsstaat zentrale Begriff der Öffentlichkeit in seiner historischen Entfaltung zu einer Instanz demokratischer Kontrolle gegenüber der politischen Herrschaft nachgezeichnet. Da das Öffentlichkeitsprinzip, das bis in die Parlamente und in die Gerichte vordringe, so die Argumentation, nicht auch auf die Verwaltung ausgedehnt werden könne, sei eine für das staatliche Handeln entscheidende Sphäre der Kritik entzogen. Die Exekutive könne unter dem Vorwand eines für sie reservierten Sachverstandes ihre Entscheidungen abschotten und gegen die politisch artikulierten Interessen der Bevölkerung durchsetzen. Aus dieser Strukturschwäche heraus würden die entscheidenden Defizite der Öffentlichkeit in der modernen Gesellschaft entwickelt, die auch durch Presseorgane nicht mehr kompensiert werden könnten. Hinzu käme außerdem, dass auch Zeitungen und Zeitschriften, die über das Anzeigengeschäft mehr und mehr in Abhängigkeit von wirtschaftlichen Interessen geraten seien, ihre kritische Funktion immer weniger wahrnehmen würden. Die Studie macht insbesondere auf die im SDS politisch aktiven Studenten einen so nachhaltigen Eindruck, dass sie ihren Autor einladen, auf der im Herbst folgenden Delegiertenkonferenz im Frankfurter Studentenhaus das Hauptreferat zu halten.[30]

---

24 Hans Magnus Enzensberger, Journalismus als Eiertanz. Beschreibung einer Allgemeinen Zeitung für Deutschland, in: ders., Bewußtseins-Industrie, S. 16–61.

25 Hans Magnus Enzensberger, Die Sprache des *Spiegels*, in: ebenda, S. 62–87.

26 Hans Magnus Enzensberger, Scherbenwelt. Die Anatomie einer Wochenschau, in: ebenda, S. 88–109.

27 Hans Magnus Enzensberger, Bildung als Konsumgut. Analyse der Taschenbuch-Produktion, in: ebenda, S. 110–136.

28 Hans Magnus Enzensberger, Das Plebiszit der Verbraucher. Rezension eines Katalogs, in: ebenda, S. 137–146.

29 Vgl. dazu auch Jörg Lau, Hans Magnus Enzensberger. Ein öffentliches Leben, Berlin 1999, S. 69–97.

30 Wie wichtig die Habermas-Studie seinerzeit war, beleuchtet Oskar Negt ein Jahrzehnt später in einem Kommentar: »Für alle Versuche der Protestbewegung, die antiautoritären, wesentlich noch auf individuelle Emanzipation abgestellten Inhalte der kritischen Theorie in kollektiven Formen der Gegenöffentlichkeit auf ihre politischen Konsequenzen zu bringen, war das 1962 erschienene Buch von Jürgen Habermas ›Strukturwandel der Öffentlichkeit‹; es markiert theoretisch wie praktisch einen Wendepunkt der Linken in der Auseinan-

Die Anti-Springer-Kampagne

Die These von der Manipulation der Öffentlichkeit spielt Mitte der 1960er Jahre eine Schlüsselrolle in der Kritik an der Massenpresse. Hinter ihr steht häufig ein Gedanke, der den Theoretikern der Frankfurter Schule schon allein in Anbetracht der nationalsozialistischen Vergangenheit völlig fremd ist – die Vorstellung, dass es im Volk ein genuines politisches Interesse gäbe, das es nur von Beeinflussungen fremder Kräfte freizumachen gelte.

Die Manipulationsthese dient ganz maßgeblich dazu, die Anti-Springer-Kampagne zu begründen, mit der vom SDS der Versuch unternommen wird, ein vermeintliches Pressemonopol zu beseitigen.[31] Eine der seit dem Beginn der Studentenrevolte am häufigsten zu hörenden Parolen lautet: »Enteignet Springer!« Der Betroffene fühlt sich davon angesprochen und hält am 26. Oktober 1967 im noblen Hotel Atlantic vor 900 Angehörigen des Hamburger Übersee-Clubs einen Vortrag zum Thema »Viel Lärm um ein Zeitungshaus« – offenbar um deutlich zu machen, was es mit der sich ausbreitenden Aufgeregtheit um das Haus Springer in Wirklichkeit auf sich hat. Vor dem Haupteingang demonstrieren rund 40 SDS-Mitglieder gegen den Auftritt des Pressezaren, der sich nur äußerst selten in der Öffentlichkeit äußert. Die Sprüche, die sie skandieren, sind manchmal vorwurfsvoll, manchmal aber auch eher kurios. In Anspielung auf den von der Polizei erschossenen Anti-Schah-Demonstranten Ohnesorg heißt es: »Springers Schreiberhorden halfen Benno morden!« Und, sich auf Hamburgs Stürmerstar Seeler beziehend: »Uwe kämpft: welch' Ballbezwinger … Uwe meint: enteignet Springer!« Als Springer in seiner Rede ostentativ erklärt, dass die Parole von der Enteignung »von drüben« stamme,[32] dürfte mancher der anwesenden Journalisten, der nicht für eines seiner Organe schreibt, wohl eher daran gedacht haben, dass dieser Verdacht lediglich Ausdruck der antikommunistischen Gesinnung des Verlegers sei. Springer dürfte mit seiner Behauptung zwar nicht ins Schwarze getroffen, aber auch nicht ganz Unrecht gehabt haben.

Bereits im Juli hat sein Verlag unter dem Titel »Die These von der ›Enteignung des Springer-Verlages‹ – Ihr Ursprung und ihre Verbreitung« eine 14 Seiten umfassende Dokumentation herausgebracht, in der der Nachweis zu erbringen versucht wird, dass diese aus Ost-Berlin stamme und ein Produkt der SED-Propaganda sei. In einem Resümee heißt es: »Im gleichen Atemzug mit der Forderung nach Enteignung des Springer-Verlages wird die Säuberung des Staatsapparates, der Justiz, der Bundeswehr und die Veränderung der Machtverhältnisse in der Industrie Westdeutschlands verlangt. Die Forderung nach Enteignung des Springer-Verlages wird von radikalisier-

---

dersetzung mit den Massenmedien: indem es die mit Kulturkritik aufs engste verflochtenen medientheoretischen Ansätze der Frankfurter Schule in den kategorialen Zusammenhang einer empirischen Gesellschaftsanalyse einbezog, wurde es zum praktisch politischen Impuls für die später von den Protestbewegungen formulierte Strategie der Herstellung von Öffentlichkeit.« Oskar Negt, Massenmedien: Herrschaftsmittel oder Instrument der Befreiung?, in: Dieter Prokop (Hg.), Kritische Kommunikationsforschung. Aufsätze aus der Zeitschrift für Sozialforschung, München 1973, S. VIII.

31 Der Axel-Springer-Verlag hat seinerzeit genau registriert, welche Presseorgane die »Enteignet Springer«-Parole aufgegriffen haben und sich in bestimmter Hinsicht zum Sprachrohr der Anti-Springer-Kampagne machten. Im Unternehmensarchiv der Axel Springer AG befinden sich dazu zwei Dokumente. Erstens eine zehn Seiten umfassende maschinenschriftliche Auflistung »Kampagnen gegen Springer von Aug. 1967 – Anfang März 1968«, in der die einzelnen Artikel nach Erscheinungsdatum, Presseorgan und einer stichwortartigen Zusammenfassung ihres jeweiligen Inhalts untergliedert sind, und zweitens eine 29 Seiten umfassende, weitaus differenzierter verfahrende Auflistung, in deren Rubriken zwischen Publikationsorgan, Inhalt und Autoren unterschieden wird. Die zweite Liste, die den Zeitraum von 1962 bis 1982 umfasst, ist aufgeteilt in Printmedien (linke Kritik, rechte Kritik, weitere Berichterstattung), Darstellungen des Springer-Verlages, studentische Publikationen (mit und ohne Erwähnung des Springer-Verlages), Plakate, Flyer, Fotos, Aufsätze und einem »Anti-Springer-Forum«. Mit Letzterem ist die 1981 gestartete Kampagne »Wir arbeiten nicht für Springer-Zeitungen« gemeint. In diesem Dokument sind die Namen aller Unterzeichnerinnen und Unterzeichner von Heinz Ludwig Arnold bis Bettina Wegner aufgeführt.

32 Springer erklärte: »Ich stelle fest: Die Parole von der Enteignung stammt von drüben […]. Ganz plötzlich ist diese große, große Hetzkampagne da! […] da muß ja wohl jemand dran gedreht haben …« *Der Spiegel* vom 30. Oktober 1967, 21. Jg., Nr. 45, S. 34.

Scanned by CamScanner

ten politischen Gruppierungen in der Bundesrepublik übernommen: von links-radikalen Studentengruppen, von bestimmten Presseorganen, von Kriegsdienstverweigerern und Ostermarschierern. Das Verlagshaus Axel Springer ist in den taktischen Überlegungen dieser Gruppen das Angriffsziel Nr. 1 geworden. Erfolg oder Mißerfolg dieser Kampagne wird davon abhängen, ob diese Gruppen in der Lage sind, die Angleichung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik an die der SBZ voranzutreiben, um damit im Sinne der Politik Ulbrichts und der SED wirksam zu werden.«[33]

Die SED hat Springer in der Tat bereits seit längerem aufs Korn genommen. Mit welcher Gründlichkeit die Angriffe auf das Verlagsimperium vorbereitet worden sind, verrät ein 1963 im Ostberliner Verlag Rütten & Loening erschienener Band, in dem unter dem Titel »Jeder vierte zahlt an Axel Cäsar – Das Abenteuer des Hauses Springer« eine populärwissenschaftliche Analyse samt einer Aufstellung von »Umfang und Struktur des Springer-Trusts« vorgelegt worden ist.[34] Darin wird nicht nur die Geschichte des Verlagshauses skizziert, sondern auch eine »wissenschaftliche Analyse des Inhalts und der Verdummungspraktiken der ›Bild‹-Zeitung« zitiert, die die Grundzüge der später in der APO-Zeit weitverbreiteten Dokumentationen vorwegnimmt.

Über eine bereits 1960 von Klaus Wilczynski an der Universität Leipzig angefertigte Untersuchung[35] heißt es: »Zugeschnitten auf das sehr zahlreiche Kleinbürgertum und die kleinbürgerlich denkenden Teile der Arbeiterklasse, knüpft die Zeitung an solche kleinbürgerlichen Eigenschaften an wie Individualismus, Unentschlossenheit, Prinzipienlosigkeit, Anbetung der Stärke, mangelnden eignen Kampfgeist, Gefühlsduselei. Mit Hilfe von Foto und Text verzerrt sie systematisch das Bild der den Leser umgebenden Wirklichkeit.«[36] Die *Bild*-Zeitung gilt als Prototyp des »5-B-Journalismus«,[37] bei dem der Leser nur noch lesen, jedoch nicht mehr denken müsse. Dabei sei es unwesentlich, wie Knipping betont, dass die *Bild*-Zeitung unpolitisch sei bzw. sich parteipolitisch neutral verhalte. Von entscheidender Bedeutung sei ganz allein, dass die Gründung des Blattes zum »Politikum« geworden sei, das »haargenau auf die Bedürfnisse der westdeutschen Monopolbourgeoisie zugeschnitten« sei: »Allein die fortwährende Ablenkung und Abstumpfung, die anhaltende Illusionierung und Gefühlsaufwallung macht den Leser schließlich auch für übelste politische Hetze und Verleumdung empfänglich. Es bedarf nur weniger Jahre der Gewöhnung, und sein bewußtes, der eigenen Kraft vertrauendes Denken ist erstickt, ersetzt durch ein in Klischees gepreßtes, aus Schlagworten und Phrasen bestehendes Konglomerat von politischer Unwissenheit und Halbbildung. Mit alledem aber hilft die Zeitung einen Menschentyp formen, wie er den Absichten der Militaristen und Revanchekrieger genau entspricht – einen Menschentyp, der sich nach Belieben ausbeuten und knechten, unterdrücken und gängeln, in die Kaserne und, gegebenenfalls, in den Krieg schicken läßt.«[38] Springers Groschenblatt hätte, heißt es weiter, nicht nur »das Wohlwollen und die Unterstützung der herrschenden Millionärsclique« gefunden, sondern auch die Zustimmung der »wahren Herrscher des Bonner Staates«.

Welche politischen Schlussfolgerungen sich mit dieser Analyse verknüpfen lassen, zeigt sich drei Jahre später bei einer Ansprache des mächtigsten Mannes der DDR. Am 21. April 1966 hält der SED-Parteichef und Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht in der Ostberliner Dynamo-Sporthalle eine Festrede zum

33 Verlagshaus Axel Springer (Hg.), Die These von der »Enteignung des Axel-Springer-Verlages« – Ihr Ursprung und ihre Verbreitung, HIS-Archiv, S. 1–14, 14.

34 Franz Knipping, Jeder vierte zahlt an Axel Cäsar – Das Abenteuer des Hauses Springer, Ost-Berlin 1963. Der Anhang mit Angaben zur Verlagsstruktur, allen Publikationsorganen mitsamt den Angaben zur jeweils gedruckten und verkauften Auflagenhöhe findet sich auf S. 225 bis 227.

35 Klaus Wilczynski, Methoden der politischen Hetze und der Verdummung des Leserpublikums mit den Mitteln der Bildjournalistik in der imperialistischen Massenpresse, dargestellt an Beispielen der »Bild«-Zeitung 1958/59, unveröffentlichte Diplomarbeit, Leipzig 1960, zit. n. Knipping, Jeder vierte, S. 53.

36 Knipping, Jeder vierte, S. 52 f.

37 Mit »5-B-Journalismus« ist ein Kombinationseffekt gemeint von: »Blut – das stillt den Nervenkitzel; Busen – das hebt den Verkauf; Baby – das lieben die jungen Mütter und Väter; Biest – das sichert das Wohlwollen der Tierfreunde; Beten – das erfreut den Klerus, den Kanzler und die alleinseligmachende Staatspartei.« Ebenda, S. 48.

38 Ebenda, S. 54.

20. Gründungstag der Staatspartei. Darin propagiert er zum wiederholten Male für beide deutschen Staaten ein Konföderationsmodell als Übergang zur Wiedervereinigung Deutschlands. Dann weist er darauf hin, dass in einer solchen Phase »jede Hetze des kalten Krieges und jede Kriegspropaganda« unterbleiben sollte: »Die Freiheit der Meinung und der Weltanschauung ist nur dann gesichert, wenn das Volk sich selbst vom Druck kriegslüsterner Kräfte befreit. Deshalb ist es notwendig, die Macht der Herren solcher Meinungsmonopole, wie des Springer-Konzerns, zu beseitigen. Solange der Springer-Konzern und ähnliche Meinungsfabriken herrschen, kann von Freiheit der Meinungsbildung keine Rede sein.«[39] Hier wird erstmals öffentlich die Forderung erhoben, die Macht des Pressekonzerns zu beseitigen – vor Tausenden von Zuhörern vom mächtigsten Mann des anderen deutschen Staates.[40]

Beim Zentralkomitee der SED wird dann am 25. Oktober 1967 eine »Arbeitsgruppe zur Unterstützung der Anti-Springer-Kampagne in Westdeutschland und West-Berlin« eingerichtet. Sie erhält von einer als zuverlässig eingestuften Quelle die Information, dass von Vertretern des AStA der Freien Universität, des SDS und der Gruppe um Rudi Dutschke bei einer geheimen Unterredung eine Anti-Springer-Kundgebung, ein Anti-Springer-Tribunal und für den Dezember 1967 Aktionen gegen das Gebäude des Axel-Springer-Verlages geplant worden seien.[41]

Dass Dutschke als Protagonist einer derartigen Kampagne hervortritt, kann kaum überraschen. Schließlich ist er seit Monaten die Zielscheibe fortwährender Angriffe durch *Bild*, *Berliner Zeitung* (BZ) und *Berliner Morgenpost*. Einer der ersten stilbildenden Artikel erscheint unter dem reißerischen Titel »Dutschke dreht an einem dollen Ding ...« im Dezember 1966 in der BZ. Die Beschreibung des charismatischen Redners erinnert in einigen Zügen an die eines Diktators: »Schwarze Strähnen in der Stirn. Stechende Augen unter buschigen Brauen. Lederjacke und Pullover – Rudi Dutschke vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund sieht aus wie der leibhaftige Bürgerschreck. Wo er auftaucht, da riecht es nach Rabatz.«[42] Wie wirksam dieses Muster ist, lässt sich auch daran erkennen, dass es keineswegs auf Organe des Axel-Springer-Verlags beschränkt ist. Zur Illustration einer *Spiegel*-Titelgeschichte zum Thema »Revolutionär Dutschke« wird ein Porträtbild verwendet, das ganz so aussieht, als sei der NS-Führer wieder auferstanden. Mit weit aufgesperrtem Mund und hervorquellenden Augäpfeln scheint der unrasierte Redner den Leser geradezu wie ein kaum zu bändigender Fanatiker anspringen zu wollen.[43]

Am 19. April 1967 tritt der deutsch-amerikanische Schriftsteller Reinhard Lettau an der Freien Universität auf einer Veranstaltung gegen den Vietnamkrieg auf und stellt eine Analyse der Berliner Presse vor. Am Ende erklärt er: »Festzuhalten [...] ist der Verdacht, daß wir es bei den Artikelschreibern mit unreflektierten Antidemokraten zu tun haben, mit Menschen, die eine historisch nachweisbare deutsche Neigung in die heutige Zeit hinübergerettet oder von vornherein vorgefunden haben: die Neigung, Schwächere zu hassen, weil sie schwächer sind, Minoritäten zu verabscheuen, ob sie nun, wie früher, Zigeuner oder Juden, oder wie heute, Fremdarbeiter, Kommunisten, Vorbestrafte, Gammler oder Studenten sind. Es ist unter diesen Umständen verständlich, daß der SDS zu seinen Pressekonferenzen Springerlinge nicht mehr einlädt.«[44] Er beendet sein Referat damit, dass

39 Der Weg zum künftigen Vaterland der Deutschen – Festansprache des Genossen Walter Ulbricht in der Berliner Dynamo-Sporthalle am 21. April, *Neues Deutschland* vom 22. April 1966, S. 5.

40 Die Behauptung, dass das »Schlagwort ›Enteignet Springer‹ [...] gewiß nicht aus dem Osten« gestammt hätte, ist irreführend (Gudrun Kruip, Das »Welt«-»Bild« des Axel Springer Verlags, München 1999, S. 226). Wenn auch die Formel nicht im Vorhinein von der SED geprägt worden sein sollte, so ist sie doch vom Kern ihres Sachgehalts her, wie die zitierte Ulbricht-Rede beweist, dort bereits vorhanden gewesen.

41 Vgl. Michael Jürgs, Der Fall Axel Springer. Eine deutsche Biographie, München 1995, S. 255.

42 Udo Bergdoll, Dutschke dreht an einem dollen Ding..., *Berliner Zeitung* vom 21. Dezember 1966.

43 Vgl. *Der Spiegel* vom 11. Dezember 1967, 21. Jg., Nr. 51, Titelbild.

44 Jürgen Miermeister / Jochen Staadt (Hg.), Die Studenten- und Jugendrevolte in ihren Flugblättern 1965–1971, Darmstadt/Neuwied 1980, S. 138. Der Schriftsteller hatte zuvor bereits eine ähnliche Analyse der Berliner Lokalblätter vorgelegt, darin allerdings den Namen Springer auffälligerweise kein einziges Mal erwähnt: Reinhard Lettau, Journalismus als Menschenjagd, in: *Kursbuch*, 2. Jg., September 1966, Nr. 7, S. 116–129.

Scanned by CamScanner

er einige der analysierten Zeitungen öffentlich zerreißt.

Im September 1967 erläutert Ulrike Meinhof in ihrer monatlichen Kolumne in der Zeitschrift *konkret*, warum es an der Zeit sei, Springer zu enteignen: »Weil jeder Versuch der Redemokratisierung dieses Landes, der Wiederherstellung von Volksherrschaft, der Bildung urteilsfähiger Bürger jetzt, wo Springer so groß und stark ist, wie er ist, an Springer scheitert, scheitern muß.«[45] Die Enteignungsforderung, führt sie weiter aus, bedeute konkret, die Auflagenhöhe aller im Springer-Verlag erscheinenden Zeitungen auf eine halbe Million zu beschränken und seine ausgegliederten Teile zur Gründung neuer Zeitungen zu verwenden. Auf der XXII. Delegiertenkonferenz des SDS wenige Tage später in Frankfurt wird eine Resolution verabschiedet, mit der zum »Kampf gegen die Manipulation und für die Demokratisierung der Öffentlichkeit« aufgerufen wird.[46]

Im Oktober 1967 demonstrieren dann auf der Frankfurter Buchmesse mehrere hundert Studenten vor dem Stand des zum Hause Springer gehörenden Ullstein-Verlags. Die Menge zieht mit Sprüchen wie »Haut dem Springer auf die Finger!« durch die Gänge. Dabei werden Flugblätter verteilt und Exemplare der *Welt* in die Luft geworfen, zum Teil auch zerrissen. Aufforderungen, den Stand direkt zu attackieren, werden allerdings mit Pfiffen und Pfuirufen quittiert. Zwar fliegen Verlagsprospekte durch die Luft, die ausgestellten Bücher jedoch werden verschont. Zwei Tage später erhebt der zweite SDS-Bundesvorsitzende Frank Wolff vor dem Stand der »Welt der Literatur« schwere Vorwürfe gegen die angeblichen Monopolisierungsbestrebungen des Verlegers Axel Springer. Aus einer Menge von 500 Demonstranten warnt der 22-Jährige mit einem Megafon vor den antidemokratischen Folgen der Pressekonzentration und wiederholt die Forderung nach Enteignung des Springer-Verlags. Noch bevor er seine Ansprache beenden kann, wird er festgenommen. Nach der Feststellung seiner Personalien wird er kurze Zeit später wieder auf freien Fuß gesetzt.

Im Anschluss an die turbulenten Ereignisse während der Frankfurter Buchmesse befürchtet die Leitung des Axel-Springer-Verlags in der Berliner Kochstraße offenbar auch Angriffe auf das dortige Hochhaus. Der *Spiegel* meldet nicht ganz ohne einen süffisanten Unterton, dass der Verlag für den möglicherweise bei studentischen Demonstrationen auftretenden Notfall vorgesorgt habe: »Ein Alarmplan sieht die Abriegelung aller Gebäudezugänge beim Anmarsch der Protestanten und den Einsatz der Feuerlöscheinrichtungen gegen Eindringlinge vor. Das Haus wurde mit Not-Telephonen ausgerüstet, die rund hundert Fahrzeuge des Vertriebsfuhrparks erhielten Taxi-Alarmgeräte.«[47] Sicherheitshalber habe der Vertrieb in der Stadt mehrere Auslieferungsdepots angelegt, um im Ernstfall zumindest eine Teilauslieferung der Zeitungen garantieren zu können.

Eine Art Ouvertüre der Anti-Springer-Kampagne

---

45 Ulrike Meinhof, Enteignet Springer!, in: *konkret*, 13. Jg., September 1967, Nr. 9, S. 2. Bemerkenswert an der Kolumne war, dass sich Meinhofs Kritik vor allem gegen den *Spiegel*-Herausgeber Rudolf Augstein richtete, dem sie vorwarf, dass er einen »platonischen Demokratiebegriff« habe, der besser zum Hause Springer passe.

46 Die wesentlichen Passagen in dem sechs Punkte umfassenden Aktionsprogramm lauten: »1. Der SDS wird gemeinsam mit allen Kräften der anti-autoritären und antikapitalistischen Opposition eine lang andauernde Kampagne zur Entlarvung und Zerschlagung des Springer-Konzerns führen. 2. Diese Kampagne wird das Grundrecht auf Freiheit der Information und Meinungsäußerung demonstrativ über das private Interesse des Springer-Konzerns stellen. Sie wird den realdemokratischen Widerstand gegen das Manipulationswesen organisieren. 3. Im Rahmen der Kampagne wird der SDS in den Zentren des Springer-Konzerns in West-Berlin und der BRD eine koordinierte Aktion zur Durchbrechung der Manipulation und zur demonstrativen Verhinderung der Auslieferung unternehmen. [...] 5. Der SDS wirkt auf die Bildung einer praktisch-kritischen Öffentlichkeit hin. Er fordert deshalb: a) Offenlegung aller Besitzverhältnisse und Verflechtungen wirtschaftlicher und politischer Art im gesamten Pressewesen. b) Wissenschaftliche Analyse und allgemeine Aufklärung über die systematische Vernichtung gesellschaftlichen Reichtums durch Konsumterror, geplanten Verschleiß und Aufbau unproduktiver funktionaler Anpassungsindustrien. c) Untersuchung der arbeitsrechtlichen, wirtschaftlichen und politischen Lage der Journalisten im Hinblick auf ihre geistige und publizistische Unabhängigkeit.« Sozialistischer Deutscher Studentenbund, »Resolution zum Kampf gegen Manipulation und für die Demokratisierung der Öffentlichkeit« der 22. ordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS, in: *Neue Kritik*, 8. Jg., 1967, Heft 44, S. 33.

spielt sich bereits seit einiger Zeit unter den Studierenden der gerade ins Leben gerufenen Deutschen Film- und Fernsehakademie Berlin (DFFB) ab.[48] Zu ihrem ersten Jahrgang zählen Hartmut Bitomsky, Harun Farocki, Thomas Giefer, Wolf Gremm, Holger Meins, Rüdiger Minow, Wolfgang Petersen, Helke Sander, Hans Günther Straschek und Christian Ziewer. Die jungen Filmemacher, die mit einer 16-mm-Aufziehkamera bereits mehrere Demonstrationen begleitet sowie bestimmte Szenen dabei aufgezeichnet haben und in die dramatischen Ereignisse, die während des Schah-Besuchs zum Tod von Benno Ohnesorg geführt haben, verwickelt gewesen sind,[49] wollen ihr Medium in die zunehmend eskalierende politische Auseinandersetzung als Faktor der Dokumentation und Gegeninformation mit einbringen. Dabei entwickeln einige von ihnen provokativ anmutende Schnitttechniken, in denen mit Motiven der Gewalt nicht nur gespielt wird. Und mehr und mehr kristallisiert sich dabei Axel Springer mit seinem Verlag und seinen Presseerzeugnissen als negative Lieblingsfigur heraus.

So ist etwa in dem 1967 von Harun Farocki gedrehten Kurzfilm »Ihre Zeitungen« zu sehen, wie eine als »kämpfendes Kollektiv« bezeichnete Gruppe Pflastersteine in Springer-Zeitungen einwickelt. Danach ist das Klirren von Fensterscheiben zu hören. Und in dem daran anknüpfenden, von Ulrich Knaudt produzierten Kurzfilm »Unsere Steine« ist zunächst eine junge Frau zu sehen, die in einer Springer-Zeitung herumblättert und dann ebenfalls einen Pflasterstein darin verpackt. Am Schluss ist das Springer-Hochhaus in der Kochstraße zu sehen, aus dem Qualm aufsteigt. Absichtlich werden keine Gewaltakte gezeigt. Die Montagetechnik ist jedoch über jeden Zweifel erhaben. Der Betrachter wird implizit aufgefordert, die filmischen Lücken in seiner Phantasie mit den entsprechenden Aktionen zu füllen.

Zu einem Zwischenfall kommt es dann im Januar 1968, als sich Farocki, Sander und ihr Kameramann Skip Norman in Smokings und Abendroben festlich gekleidet auf den Berliner Presseball begeben, um das Geschehen zu filmen. Helke Sander stellt sich hinter den Tisch, an dem Verlagschef Axel Springer, *Bild*-Chefredakteur Peter Boenisch und der Springer-Vorstandsvorsitzende Peter Tamm Platz genommen haben, und zieht plötzlich ein Transparent aus ihrer Bluse, auf dem die bedrohlich-provozierende Zeile zu lesen ist: »Axel, das ist Dein Schlußball«. Nach einem kurzen Tumult erscheint mit dem Berliner Innensenator Kurt Neubauer der als Law-and-Order-Mann geltende Politiker persönlich und drängt die drei Filmemacher hinaus. Sie werden von Bereitschaftspolizisten festgenommen und müssen die Nacht in Gefängniszellen verbringen.

Im Monat darauf spitzt sich die Kampagne in West-Berlin weiter zu. Und wiederum spielt dabei der Film eines DFFB-Studenten eine wichtige Rolle. Am Abend des 1. Februar 1968 beteiligen sich im Auditorium maximum der Technischen Universität rund 1500 Studenten an einer Vorbereitungsveranstaltung zu einem seit längerem geplanten Tribunal gegen den Springer-Verlag. In einer von den Teilnehmern verabschiedeten Resolution wird die Enteignung Axel Springers und die Besetzung der Redaktionen der Tageszeitungen *Bild* und BZ durch gewählte Vertreter der Studentenschaft gefordert. Falls dieser »Kontrolle der Redaktionsarbeit« nicht innerhalb von zwei Wochen nachgegeben werde, heißt es, würden »direkte Aktionen« gegen den Pressekonzern durchgeführt.[50] Im Rahmen der Veranstaltung wird dann ein von Holger Meins produzierter Lehrfilm zur Her-

47 *Der Spiegel* vom 30. Oktober 1967, 21. Jg., Nr. 45, S. 24.

48 Vgl. Tilman Baumgärtel, »Ein Stück Kino, das mit Film nichts zu tun hatte«, in: Petra Kraus u. a. (Hg.), Deutschland im Herbst. Terrorismus im Film, München 1997, S. 36–47.

49 So sollen, wie einige ehemalige DFFB-Absolventen offenbar heute immer noch glauben, die von Kriminalobermeister Karl-Heinz Kurras auf Ohnesorg abgegebenen tödlichen Schüsse Thomas Giefer gegolten haben. Dieser habe dem Germanistikstudenten nicht nur auf verblüffende Weise ähnlich gesehen, sondern bei der Berliner Polizei wegen seiner Arbeit als Dokumentarfilmer unangenehm aufgefallen sein. Diese hätte sich, so heißt es, bei ihren Knüppelorgien nur ungern auf die Finger blicken lassen wollen. Vgl. ebenda, S. 37.

50 In einem kommentarlosen Flugblatt, das zu dieser Zeit zirkuliert, werden die Adressen von 25 Springer-Filialen samt Telefonnummern und die von neun Vertriebsstellen (ebenfalls mit Telefonnummern) aufgeführt. Es beginnt mit der »Kochstr. 50 (Hochaus)«, der Adresse der Berliner Geschäftszentrale. Jeder, der verstehen will, versteht, was die Adressenliste bedeutet. Sie ist eine Aufforderung zur Tat (SPRINGER-FILIALEN, Flugblatt, o. O., o. J., im Besitz des Verfassers).

Scanned by CamScanner

stellung von Molotow-Cocktails gezeigt.[51] In dessen Schlusssequenz ist eine Aufnahme des an der Mauer gelegenen Springer-Verlagshauses zu sehen. Im Laufe der darauf folgenden Nacht werden – als hätten einiger der Teilnehmer die Botschaften verstanden und in die Tat umgesetzt – in fünf verschiedenen Bezirken die Fenster- und Türscheiben von Filialen der zum Springer-Verlag gehörenden *Berliner Morgenpost* mit Pflastersteinen eingeworfen. Einige sind in Flugblätter mit der Aufschrift »Enteignet Springer« eingewickelt gewesen. Von einem Sprecher des Presse-Arbeitskreises im *Republikanischen Club*, der das Hearing über den Springer-Konzern vorbereitet hat, ist noch wenige Stunden zuvor vor derartigen Aktionen gewarnt worden. Das Einschlagen von Fensterscheiben, hat Bernhard Blanke in der Technischen Universität erklärt, könne der Anti-Springer-Kampagne nur schaden.

Das ursprünglich für drei Tage angesetzte »Springer-Hearing« dauert, nachdem die meisten der eingeladenen Professoren und Journalisten im Vorfeld abgesagt haben, nur einen Abend. Erst nachdem der veranstaltende *Republikanische Club* dem Rektor der Technischen Universität, Professor Kurt Weichselberger, auf dessen Verlangen schriftlich zugesichert hat, dass während des Hearings zu keinen ungesetzlichen Aktionen aufgerufen würde, können sich 1800 Studierende im Ernst-Reuter-Saal versammeln. Nach der Eröffnung durch Klaus Meschkat (SDS) geben der Darmstädter Politikwissenschaftler Eugen Kogon und der Münchner Publizist Erich Kuby sowie Peter Schneider und Jörg Huffschmid kurze Statements zur »Manipulation der öffentlichen Meinung in Berlin« ab. Ein Beitrag, in dem sich der Wiener Zivilisations- und Medienkritiker Günther Anders dem »aufdringlichen Pro-Semitismus« der Springer-Presse widmet, muss verlesen werden, da der Philosoph kurzfristig abgesagt hat. Während die Diskussion läuft, zünden Studenten vor dem Saal zahlreiche Exemplare eines vom Springer-Verlag herausgegebenen und kurz zuvor verteilten Extra-Blattes an, in dem vor Gewaltaktionen der APO gewarnt wird.

Das Dutschke-Attentat und die Auslieferungsblockade der Springer-Zeitungen

In den ersten Wochen des Jahres 1968 mehren sich die Anzeichen, dass Dutschke Opfer eines Anschlags werden könnte. So kommt es etwa in der Nacht vom 17. zum 18. Februar zu einem bezeichnenden Zwischenfall. Als Dutschke zusammen mit zwei Begleitern den Kurfürstendamm entlangfährt, wird ihr Pkw plötzlich von einem Dutzend Taxis gejagt. Einige der Taxifahrer steigen aus und versuchen das von ihnen gestellte Fahrzeug einzuzingeln. Erst in letzter Sekunde gelingt es dessen Fahrer, den Rückwärtsgang einzulegen und mit Vollgas eine Bresche zu schlagen, um Dutschke aus der Gefahrenzone herauszubringen. Einer der Taxifahrer teilt seinen Kollegen daraufhin über Funk mit, dass sie den Gesuchten nun verloren hätten.

Die Situation spitzt sich gefährlich zu, als der Senat in Reaktion auf die auf dem Internationalen Vietnam-Kongreß geäußerten Kampfansagen am 21. Februar vor dem Schöneberger Rathaus eine Art Gegenkundgebung durchführt. In einem Aufruf, der auch vom Abgeordnetenhaus, den darin vertretenen Parteien, dem DGB und dem Ring politischer Jugend unterzeichnet ist, sind alle Berliner zur Teilnahme aufgefordert worden. Unter Anspielung auf eine berühmte Kundgebung mit Ernst Reuter 20 Jahre zuvor heißt es, man wolle »vor aller Welt« kundtun, was die Berliner dächten und wollten. Man wisse, heißt es auf die Blockkonfrontation zwischen West und Ost verweisend, wer ihre Freunde seien und wo ihre Gegner stünden. Damit sich möglichst viele Bürger an dem Aufmarsch beteiligen können, ist den Angestellten des öffentlichen Dienstes für die Veranstaltung freigegeben worden, die Zeitungen des Axel-Springer-Verlags haben in großer Aufmachung mobilisiert, die Rundfunksender Extrameldungen verbreitet und die öffentlichen Verkehrsbetriebe Sonderlinien eingerichtet.

Unter dem Motto »Berlin darf nicht Saigon wer-

51 Zur Biografie des am 9. November 1974 durch einen Hungerstreik zu Tode gekommenen RAF-Mitglieds Holger Meins vgl. die von einem ehemaligen Kommilitonen an der DFFB produzierte Dokumentation: Gerd Conradt, Starbuck. Holger Meins. Ein Porträt als Zeitbild, Berlin 2001. Neben Meins gehörte mit dem am 9. Mai 1975 in Köln von der Polizei erschossenen Philip Sauber ein weiterer ehemaliger DFFB-Student zu einer Untergrundgruppierung.

den!« ziehen am späten Nachmittag Zehntausende von sechs verschiedenen Sammelplätzen aus zum John-F.-Kennedy-Platz. Sie führen Transparente mit sich, auf denen Parolen zu lesen sind wie »Tausche zehn Studenten gegen einen kleinen Flüchtling«, »Dutschke Volksfeind Nummer eins«, »Dutschke und Kunzelmann über die Mauer«, »Teufel in den Zoo« und »Für ein Verbot des SDS«. Während des Anmarsches werden wiederholt junge Leute, die in Verdacht stehen, etwas mit der APO zu tun zu haben, aus den Marschsäulen heraus beschimpft und verprügelt. Zu den Misshandelten gehört auch der Journalist Kai Herrmann, der als Korrespondent der Wochenzeitung *Die Zeit* in West-Berlin arbeitet. Vor dem Schöneberger Rathaus versammeln sich dann etwa 80 000 Bürger. Als Erstes distanziert sich Jürgen Grimming (SPD) von der »radikalen Minderheit«, die auf Kosten der Mehrheit versuche, ihre politischen Überzeugungen mit Gewalt durchzusetzen. Danach warnen der SPD-Landesvorsitzende Kurt Mattick, der CDU-Landesvorsitzende Franz Amrehn und der DGB-Bezirksvorsitzende Walter Sickert vor »Unruhestiftern und Randalierern«, die nichts anderes als die Freiheit zerstören wollten. Nach Abschluss der Kundgebung kommt es mehrmals zu gewalttätigen Ausschreitungen gegenüber vermeintlichen Studenten. Ein junger Mann, der angeblich wie Rudi Dutschke aussieht, muss zum Schutz vor Übergriffen von der Polizei in Gewahrsam genommen werden. Immer wieder sind Rufe wie »Lyncht ihn!« und »Hängt ihn auf!« zu hören. Bei Zwischenfällen werden insgesamt über 30 Personen verletzt und 26 von der Polizei zu ihrem eigenen Schutz festgenommen.

Der Psychologe Peter Brückner kommt in einem Gutachten, das er im Jahr darauf vor dem Landgericht Frankfurt vertritt, zu dem Schluss: »Die gegen die Studierenden mobilisierte und aufgehetzte Menge befindet sich unübersehbar in Pogromstimmung; man wird auch bei nüchternster Betrachtung sagen müssen, daß sich Rudi Dutschke spätestens vom Ende Februar 1968 an in Lebensgefahr befindet.«[52] Am Nachmittag des 11. April 1968 ist es dann so weit.

Es ist Gründonnerstag. Rudi Dutschke wartet an der Ecke Kurfürstendamm / Johann-Georg-Straße darauf, dass eine Apotheke nach der Mittagspause wieder geöffnet wird. Er sitzt auf seinem Fahrrad und will für seinen dreimonatigen Sohn Arznei besorgen. Die Stelle ist nur 50 Meter vom Zentrum des SDS entfernt. Nach einigen Minuten parkt ein Auto auf dem Mittelstreifen des Kudamms, ein junger Mann steigt aus. Es ist der 24-jährige Hilfsarbeiter Josef Bachmann, der erst wenige Stunden zuvor mit dem Interzonenzug aus München angereist ist. Er geht direkt auf den Wartenden zu und fragt ihn, nur noch zwei Meter vor ihm stehend: »Sind Sie Rudi Dutschke?« Als dieser ohne Zögern und Argwohn mit einem ebenso einfachen wie klaren »Ja« antwortet, bricht es aus Bachmann wie aufgestaut heraus: »Du dreckiges Kommunistenschwein!« Aus einem unter einer Lederjacke sitzenden Schulterhalfter zieht er einen Revolver und drückt ab. Einmal, zweimal, dreimal.

Der erste Schuss trifft Dutschke in die Wange, er stürzt vom Rad auf den Asphalt. Den zweiten und dritten feuert Bachmann aus nächster Entfernung auf den bereits blutend am Boden Liegenden ab. Ein Schuss geht in den Kopf, ein weiterer in die Schulter. Trotz seiner schweren Verletzungen versucht Dutschke, sich noch einmal hochzuraffen und in Richtung SDS-Zentrum zu bewegen. Doch bereits nach wenigen Schritten bricht er blutüberströmt zusammen. Noch immer hat er sein Bewusstsein nicht vollständig verloren. Er ruft nach Vater und Mutter. Seine letzten Worte lauten zusammenhangslos »Soldaten, Soldaten«. Es ist 16.30 Uhr. Der Attentäter kommt ebenso wie sein Opfer ursprünglich aus der DDR.

Als mit Dutschke die Galionsfigur der Studentenrevolte lebensgefährlich verletzt wird, scheint der Hintergrund für die Mordaktion den Aktivisten in SDS und APO unmittelbar klar zu sein. Die Parole lautet: »Bild schoß mit!« Da die Tat als Folge einer systematischen Hetzkampagne des Berliner Senats und der Springer-Presse angesehen wird, kommt es im Verlauf der Ostertage in verschiedenen Städten zu massenhaften Versuchen, die Auslieferung der

52 Das Gutachten von Professor Brückner wurde am 7. November 1969 vor dem Landgericht Frankfurt in dem Strafverfahren gegen Gerhard Paar vorgetragen. Peter Brückner, Springerpresse und Volksverhetzung, in: *Kritische Justiz*, 2. Jg., Oktober/Dezember 1969, Heft 4, S. 339–354, 351.

Scanned by CamScanner

Springer-Zeitungen zu verhindern. Bereits am Abend nach dem Attentat haben sich 2000 Studenten im Auditorium maximum der Technischen Universität versammelt. Einer derjenigen, die in der ebenso sorgenvollen wie aufgeheizten Atmosphäre das Wort ergreifen, ist Bernd Rabehl, einer der engsten Freunde Dutschkes: »Ich darf daran erinnern, welche Pogromhetze gerade von den Abgeordneten dieses Berliner Senats nach dem 2. Juni stattfand. Ich erinnere daran, dass Neubauer und Schütz zusammen mit der Springer-Presse die Verantwortung für einen Mörder tragen, der sich an Rudi herangemacht hat, um ihn niederzuschießen. Und ich spreche ganz deutlich aus, die wirklichen Schuldigen heißen Springer, und die Mörder heißen Neubauer und Schütz.«[53] Auf der Versammlung wird beschlossen, dass der Senat zurücktreten und der Springer-Konzern enteignet werden müsse. Danach ziehen die Demonstranten durch die Innenstadt nach Kreuzberg zur Kochstraße. In der ersten Reihe ist Horst Mahler zu sehen, der ein Megafon mit sich führt. Der Rechtsanwalt fällt schon wegen seines bürgerlichen Outfits auf. Gegen 23 Uhr beginnen einige damit, das an der Mauer gelegene Springer-Hochhaus zu stürmen. Nachdem dieser Versuch durch starke Polizeikräfte vereitelt werden kann, werden die Fahrzeughallen in Brand gesetzt und mehrere Transportwagen zerstört. Besonders hervor tut sich dabei mit Peter Urbach ein Vertrauter der *Kommune I*, der – wie sich später herausstellt – als Agent Provocateur für den Verfassungsschutz arbeitet.[54] In seinen Armen trägt er ein Weidenkörbchen, in dem sich Brandflaschen – sogenannte Molotow-Cocktails – befinden, die er freigebig unter den Demonstranten verteilt.

Einer der Aktivisten, die sich im Umfeld der *Kommune I* bewegen, schildert später, was sie zusammen mit Urbach in dieser Nacht noch alles im Schilde geführt, aber dann doch nicht umgesetzt haben: »An dem Abend nach den brennenden Autos, da bin ich mit Urbach und Fritz [der Kommunarde Fritz Teufel] rumgefahren im VW mit einer Kiste mit den restlichen Mollies, und wir haben überlegt, was wir nun noch anstecken könnten. Bei den Filialen waren wir schon zu spät, da waren schon Leute in den Filialen. Es war denn später, so zwei, und ab zwei da arbeiten schon Leute. Dann waren wir noch in der KI und haben überlegt, was wir den nächsten Tag machen und waren noch im Repclub [*Republikanischer Club*]. War noch so'ne Sitzung. Und denn haben wir noch gekieckt, was man sonst noch anstecken kann, ist uns aber nichts richtiges eingefallen, wollten denn noch die Oper anstecken, aber sind denn ratlos nach Hause gefahren. Wir wollten noch rausfahren nach Schwanenwerder, wo der Springer so'ne Villa hat, die wollten wir auch noch anstecken, aber dann wußte wieder keiner genau, wo das ist. Jetzt waren Terrorprobleme sehr aktuell.«[55] In den Erinnerungen von Michael »Bommi« Baumann, einem derjenigen, die im Jahr darauf als Erste in den Untergrund gehen, wird deutlich, wie nahe einige bereits in der Nacht nach dem Dutschke-Attentat dem Terrorismus kommen und welche Rolle dabei Axel Springer und eines seiner Wohnhäuser spielt.

Im Laufe von fünf Tagen beteiligen sich mehr als 50 000 Menschen an den Blockadeversuchen vor den Auslieferungstoren der Springer-Druckereien in Essen, Eßlingen, Frankfurt, Hamburg und West-Berlin. Insgesamt kommen dabei 21 000 Polizisten zum Einsatz. Über 1000 Demonstranten werden festgenommen, darunter auch unbeteiligte Passanten wie Hausfrauen und Rentner. Bei den schwersten Straßenschlachten in Deutschland seit der Weimarer Republik kommen zwei Personen, ein Fotograf und ein Student in München, ums Leben, 400 werden zum Teil schwer verletzt.[56]

Das Attentat auf Rudi Dutschke löst auch in zahlreichen europäischen und außereuropäischen Städten heftige Proteste aus. Zumeist richten sie sich

53 Zit. n. Stefan Reinecke, Otto Schily. Vom RAF-Anwalt zum Innenminister. Hamburg 2003, S. 104.

54 Zu den Hintergründen vgl. Wolfgang Kraushaar, Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus, Hamburg 2005, S. 173–181.

55 Michael »Bommi« Baumann, Wie alles anfing, München 1975, S. 42.

56 Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang auch, wie die Presseorgane des Springer-Verlags auf die Ereignisse eingegangen sind. Vgl. Peter Sörgel, Zur Informationspolitik des Springer-Konzerns während der Ostertage 1968, in: Peter Brokmeier (Hg.), Kapitalismus und Pressefreiheit. Am Beispiel Springer, Frankfurt am Main 1969, S. 97–113.

gegen Büros des Springer-Verlags oder andere bundesdeutsche Einrichtungen und Niederlassungen. In Wien ziehen am Karfreitag 1500 Studenten und Schüler zum Büro der zum Springer-Verlag gehörenden Programmzeitschrift *Hör zu*. Die Demonstranten führen dabei Transparente mit Aufschriften wie »Springer – Mörder« und »Gestern King – heute Dutschke – morgen wir« mit sich. Am selben Tag werden in Rom Molotow-Cocktails gegen die Vertretungen von Mercedes-Benz und Porsche geworfen. Zu weiteren Demonstrationen, Kundgebungen und Protestaktionen kommt es in Amsterdam, Brüssel, Bern, Paris, Oslo, Kopenhagen, Prag, Zürich, Mailand, Rom, Belgrad, Tel Aviv, New York, Washington und Toronto. Die heftigsten Auseinandersetzungen spielen sich dabei in London ab.

Am Ostermontag versuchen dort über 2000 Demonstranten die bundesdeutsche Botschaft im Anschluss an die traditionelle Kundgebung gegen die Atombewaffnung zu stürmen. Dabei kommt es zu Handgreiflichkeiten mit 500, traditionellerweise unbewaffneten Bobbys, die in einer Kette das Gebäude zu schützen versuchen. Anschließend verlagern sich die Gewalttätigkeiten vor das Hochhaus des *Daily Mirror*, in dem auch das Büro des Axel-Springer-Verlags untergebracht ist. Dort kommt es ebenfalls zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei. Das Boulevardblatt *Daily Mirror*, das eine Auflagenhöhe von sechs Millionen Exemplaren hat, erscheint zwei Tage später mit der Schlagzeile »Die unzensierte Stimme des Protests«. Darin wird den Protestierenden angeboten, in den Spalten der Tageszeitung all das zu beschreiben, was sie auf die Straße treibe. Die Grenzen, heißt es, würden dabei nur durch die englischen Gesetze gezogen. Der Name »Springer« ist in diesen Tagen in Westeuropa vielerorts zum Synonym für eine rechtspopulistische Presse geworden, die kritische Minderheiten diskreditiert und im Zweifelsfall das Publikum gar gegen deren Sprecher zur Selbstjustiz aufhetzt.

Ähnlich wie während der *Spiegel*-Affäre melden sich auch diesmal eine Reihe von Hochschullehrern und Intellektuellen zu Wort, die sich demonstrativ hinter die studentische Kritik am Pressekonzern stellen. In einer öffentlichen Erklärung von zwölf Professoren, einem Schriftsteller und einem Publizisten heißt es in der Wochenzeitung *Die Zeit*: »So isoliert die Hintergründe des Mordanschlags auf Rudi Dutschke auch sein mögen, sie enthüllen den Zustand unserer Gesellschaft. Angst und mangelnde Bereitschaft, die Argumente der studentischen Opposition ernst zu nehmen, haben ein Klima geschaffen, in dem die gezielte Diffamierung einer Minderheit zur Gewalttätigkeit gegen sie aufreizen muß. Dieses Klima ist systematisch vorbereitet worden von einer Presse, die sich als Hüterin der Verfassung aufführt und vorgibt, im Namen der Ordnung der Mehrheit zu sprechen, mit dieser Ordnung aber nichts anderes meint als ihre Herrschaft über unmündige Massen und den Weg in einen neuen, autoritätsbestimmten Nationalismus [...] Die Unterzeichneten fordern darum, endlich in die öffentliche Diskussion über den Springer-Konzern, seine politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen und seine Praktiken der publizistischen Manipulation einzutreten. Sie erklären sich mit den Studenten solidarisch, rufen aber gleichzeitig dazu auf, sich bei allen Aktionen der Gewalt zu enthalten und der Angemessenheit der Mittel bewußt zu bleiben.«[57] Die Erklärung ist u. a. unterzeichnet von dem Philosophen und Kulturkritiker Theodor W. Adorno, dem Schriftsteller Heinrich Böll, dem Germanisten Walter Jens, dem Politologen Eugen Kogon, dem Historiker Golo Mann und dem Psychologen Alexander Mitscherlich.

Am selben Tag veröffentlicht der *Kölner Stadt-Anzeiger* eine noch weitergehende Stellungnahme Heinrich Bölls, mit der er sich ausdrücklich hinter das von den Studenten mit ihren Blockadeaktionen verfolgte politische Ziel stellt: »Sie wollen die Übermacht der stimmungsmachenden und meinungsbildenden Publikationen des Springer-Konzerns brechen; sie wollen die Öffentlichkeit auf diese Übermacht aufmerksam machen, und sie können es nur auf diese Weise: indem sie auf die Straße gehen. Die Straße ist der Studenten einziges Publikationsmittel, wenn sie nicht – was sinnlos wäre – universitätsintern bleiben

57 Die Erklärung der Vierzehn, *Die Zeit* vom 19. April 1968, 23. Jg., Nr. 16, S. 5.

58 *Kölner Stadt-Anzeiger* vom 19. April 1968.

Scanned by CamScanner

wollen.«[58] Die Zeitungen, die nicht zum Springer-Verlag gehörten, hätten die Aufgabe, die Studenten nicht zu verteufeln. Sie sollten der außerparlamentarischen Opposition, die dann auch nicht mehr der Straße bedürfte, vielmehr ihre Spalten öffnen. Den Studenten empfiehlt Böll, ein bis zwei Monate in Klausur zu gehen, um sich gewaltlose und wirksamere Mittel zu überlegen. Als Schriftsteller, fügt er hinzu, zähle er »von Natur aus zur außerparlamentarischen Opposition«.

Ein Springer überaus gewogener Journalist, Hans Huffzky, der langjährige Chefredakteur der *Constanze*, zeigt sich durch die während der Ostertage ausgebrochene Gewalt derart erschüttert, dass er sich in Sorge um die politische Stabilität an den »Lieben Axel« wendet und ihn nachdrücklich dazu auffordert, als Verlagschef zurückzutreten: »Unser Volk befindet sich im Zustand der Selbstzerfleischung. Die letzten Tage seit dem Attentat auf Rudi Dutschke haben das bewiesen. Wenn dieser Prozeß der Selbstzerfleischung anhält, ist das Ende mit seinem Schrecken nicht mehr vorstellbar. Ich möchte Dich bitten, zu überlegen, ob Du nicht zurücktreten solltest. Ich meine damit, als politische Potenz ausscheiden aus unserer Öffentlichkeit [...] Dieses Volk lebt in einer unvorstellbaren inneren Zerrissenheit. Hilf ihm aus dieser Not, aus dieser Angst, aus dieser Verzweiflung, aus dieser Ratlosigkeit. Gib ein Zeichen, ein spektakuläres Zeichen, das keiner erwartet. Tritt ab, so guten Glaubens Du auch sein magst. Dein Name ist geschändet, ob in Deiner Verantwortlichkeit oder nicht, das ist jetzt gleich.«[59] Die Emotionalität, mit der das Schreiben verfasst ist, macht deutlich, wie viel sich unter nachdenklich gestimmten Presseleuten bereits aufgestaut haben muss, bevor es dann mit dem Dutschke-Attentat und der dadurch ausgelösten Welle der Empörung zur Eruption der Gewalt gekommen ist. Obwohl Huffzky in einem persönlichen Gespräch noch einmal nachlegt, zeigt sich Springer von der Aufforderung offenbar unbeeindruckt.

Durch die immer weiter ausufernde Welle der Kritik sieht sich der angegriffene Verleger schließlich jedoch genötigt, zu den Vorwürfen selbst Stellung zu beziehen. Am 14. Mai veröffentlicht die *Welt* ein Schreiben Axel Springers, mit dem dieser auf eine Entschließung der Vereinigung der Evangelischen Akademikerschaft antwortet, in der es geheißen hatte, dass dem Verlagshaus Axel Springer »eine Mitverantwortung an den Unruhen« nach dem Dutschke-Attentat »und den damit verbundenen Gewalttaten« trage und der Gesetzgeber deshalb aufgefordert werde, »die Pressekonzentration zu beseitigen«. Der Verleger schreibt: »Das Verlagshaus Axel Springer sieht den Grund für die Verketzerung der publizistischen Leistungen seiner Zeitungen in der Tatsache, dass in seinen Blättern konsequent eine Haltung und Meinung vertreten wird, die der extremen Linken diametral entgegengesetzt ist. Diese Haltung unseres Verlagshauses kommt in den vier Leitsätzen zum Ausdruck, nach denen sich die redaktionelle Arbeit der Zeitungen dieses Hauses vollzieht: 1. Eintreten für die Wiederherstellung der deutschen Einheit; 2. Aussöhnung zwischen Deutschen und Juden; 3. Ablehnung jeglicher Art von politischem Totalitarismus; 4. Bejahung der sozialen Marktwirtschaft.«[60] Zum Schluss bekräftigt Springer noch einmal, dass die »Unruhe auf den Straßen« keine »grundsätzliche Veränderung der verlegerischen und redaktionellen Arbeit der Zeitungen des Hauses Springer« bewirken würde.

Das stimmt zwar, täuscht zugleich jedoch darüber hinweg, dass der Verlag Eingriffe vornehmen muss, wenn er den öffentlichen Vorhaltungen nicht weiter schutzlos ausgeliefert sein will. Schließlich hat der Protest auch das Parlament erreicht. Nicht zuletzt hat die außerparlamentarische Bewegung mit ihrer Anti-Springer-Kampagne den Anstoß gegeben, im Bundestag eine Kommission zur Untersuchung der Pressekonzentration einzurichten.

Auf ihrer abschließenden Sitzung am 22. Mai 1968 stellt die von der Bundesregierung eingesetzte und unter dem Vorsitz des Präsidenten des Bundeskartellamts, Eberhard Günther, tagende Pressekommission fest, dass die vom Grundgesetz garantierte Pressefreiheit durch den vom Verlagshaus Axel Springer

59 Brief von Hans Huffzky an Axel Springer vom 19. April 1968, zit. n. Jürgs, Der Fall Axel Springer, S. 259.

60 »Dieser Staat ist wert, verteidigt zu werden« – Eine Antwort des Verlegers Axel Springer, *Die Welt* vom 14. Mai 1968.

auf dem Publikationsmarkt erreichten Konzentrationsgrad gefährdet werde. Mit einem Anteil von 33 Prozent aller bundesdeutschen Zeitungen und Zeitschriften würden die, wie es in dem Urteil des Sachverständigengremiums nach einjähriger Beratungszeit lautet, noch tolerierbaren Grenzwerte weit überschritten. Die Pressekommission halte den Marktanteil eines Verlages in einer Größenordnung bis 10 bzw. 15 Prozent für unbedenklich. Ab 20 Prozent, heißt es weiter, werde jedoch die Pressefreiheit beeinträchtigt und ab 40 Prozent stark gefährdet. Als Schlussfolgerung schlagen die Sachverständigen vor, die Entwicklung der Anteilseigner auf dem Pressemarkt genau zu beobachten und Schritte zu seiner Entflechtung einzuleiten.

Diesem Schritt versucht der Axel-Springer-Verlag zuvorzukommen. Er tritt in gewisser Hinsicht die Flucht nach vorne an und veräußert innerhalb kurzer Zeit die Zeitschriften *Eltern*, *Jasmin*, *Kicker*, *Bravo* und *Twen*. Es sind allesamt Organe, die mit Springers in der Öffentlichkeit so unnachgiebig kritisierter Rolle nichts zu tun haben. Insofern ist der Schritt ambivalent und verfehlt zu einem erheblichen Teil seine Wirkung. Dennoch stellt der Verkauf wohl eine der einschneidendsten Zäsuren in der Verlagsgeschichte dar.

Zurück zum 11. April 1968. Es ist keineswegs nur eine studentische Minderheit, die davon überzeugt ist, dass der eigentliche Attentäter nicht Josef Bachmann, sondern Axel Springer heiße. Der eine ist in dieser Vorstellung der Verführte bzw. Manipulierte, der andere der Verführer bzw. Manipulateur und damit der eigentlich Verantwortliche. Das scheint sowohl theoretisch als auch empirisch ins Bild zu passen. In der zweiten Strophe von Wolf Biermanns Lied »Drei Kugeln auf Rudi Dutschke« heißt es: »Die Kugel Nummer Eins kam aus Springers Zeitungswald.«[61] Mehr und mehr führende Intellektuelle – darunter auch ein konservativer Historiker wie Golo Mann – stellen sich, wie die »Erklärung der Vierzehn« und andere Wortmeldungen deutlich machen, hinter eine Reihe der vom SDS erhobenen Forderung nach einer Beschneidung der Pressekonzentration.

An dem objektiven Sachverhalt, dass die Springer-Zeitungen in West-Berlin eine monopolartige Stellung innehaben und diese dazu nutzen, Linke, Studenten und andere Minderheiten zu diskreditieren und zu diffamieren, kann kaum ein Zweifel existieren. Die Frage jedoch, ob sich der Attentäter durch Organe des Hauses Springer zu seiner Tat auch tatsächlich angestiftet gefühlt hat, ist nicht so einfach zu beantworten. Was den Demonstranten, die die Auslieferung der Springer-Zeitungen zu blockieren versuchten, unmittelbar evident zu sein schien, hat das Westberliner Schwurgericht im Falle des wegen Mordversuchs angeklagten Josef Bachmann zum Gegenstand seiner Befragungen gemacht.

Landgerichtsdirektor Heinz Brandt versucht sich in einer der Verhandlungen ein Bild von den politischen Motiven des Attentäters zu machen. Dabei spielt die Frage nach seiner politischen Orientierung eine ebenso große Rolle wie die nach den Präferenzen seiner Zeitungslektüre:

»Richter: Haben Sie einer Partei nahegestanden; sich ihr verbunden gefühlt? Wenn ja, welche war das?

Bachmann: Das war die NPD.

Richter: Haben Sie das Programm dieser Partei gelesen?

Bachmann: Nein, aber es stimmt nicht, wie man die NPD heute hinstellt. Man möchte sie zur Seite schaffen, weil sie die Schwesterpartei der NSDAP sein soll, die diese schrecklichen Taten gemacht hat.

Richter: Woher haben Sie denn dieses politische Wissen?

Bachmann: Aus Zeitungen.

Richter: Aus welchen denn?

Bachmann: Aus linken Blättern: Wahrheit, Neues Deutschland, Spiegel, Stern, Pardon.

Richter: In den Akten sind Ausschnitte aus der Nationalzeitung und auch aus der Deutschen Soldatenzeitung. Einer mit der Überschrift: ›Stoppt Dutschke!‹ Die Ausschnitte sind in Ihren Sachen gefunden worden. Haben Sie diese Zeitungen auch gelesen?

Bachmann: Ja, die habe ich ganz vergessen, die Nationalzeitung und die Deutschen Nachrichten.

Richter: Sind denn das auch linke Zeitungen?

Bachmann: Nein, rechte.

Richter: Das sind nun zum Teil Zeitungen, die nicht täglich erscheinen, und die nicht jedem regelmäßig zugänglich sind.

61 Wolf Biermann, Drei Kugeln auf Rudi Dutschke, in: ders., Alle Lieder, Frankfurt am Main 1992, S. 210.

Scanned by CamScanner

Bachmann: Nein, aber mir hat's gereicht, was ich da gelesen hab.

Richter: Haben Sie auch die Tageszeitungen verfolgt?

Bachmann: Naja, die Stadtzeitung, wo ich gerade war. Aber ich hab keine Springer-Zeitung gelesen, möchte ich nebenbei bemerken.«[62]

Es war in der Tat so, dass Bachmann bei seiner Reise mit dem Interzonenzug von München nach Berlin die *Deutsche National-Zeitung* vom 22. März 1968 dabeihatte. Sie schien eine besondere Bedeutung für ihn gehabt zu haben, denn im Unterschied zu anderen Blättern hatte er Teile von ihr sorgfältig ausgeschnitten und in einem Pappumschlag aufbewahrt. Es war die Titelseite der Ausgabe Nr. 12 mit der Aufforderung: »Stoppt Dutschke jetzt! / Sonst gibt es Bürgerkrieg / Nazis jagen – Kommunisten hofieren?«[63] Unmittelbar darunter waren fünf Fotos abgebildet, die wie eine Serie aus einer Verbrecherkartei der Polizei wirkte. Für Bachmann hatten diese Aufnahmen offenbar auch einen ganz praktischen Zweck, sie dienten dazu, Dutschke zu identifizieren. Die Schlagzeile, die sich wie eine direkte Aufforderung zu einem Anschlag lesen ließ, war in dem chauvinistisch-rechtsradikalen Blatt alles andere als eine Ausnahme. Seit Wochen hatte sich dessen Redaktion auf Dutschke »eingeschossen«. Der SDS-Sprecher wurde dort als die größte Gefahr für Volk und Vaterland erklärt.

Insofern ist es sehr viel wahrscheinlicher, dass der Attentäter durch Gerhard Freys *Deutsche National-Zeitung* beeinflusst worden sein könnte als durch eines der Blätter aus dem Hause Axel Springers. Auch die Frage, die der *Stern* seinerzeit an den Psychoanalytiker Alexander Mitscherlich gerichtet hat, ob die Studenten nach dem Attentat nicht besser gegen die NPD hätten demonstrieren sollen, erscheint zu diesem Zeitpunkt als durchaus berechtigt.[64] Es war möglicherweise einer der gravierendsten Fehler der Protestierenden, ihre Empörung über das Attentat ausschließlich gegen den Axel-Springer-Verlag und nicht auch gegen Gerhard Frey, den Herausgeber der *Deutschen National-Zeitung*, oder gegen den direkten politischen Gegner, die NPD, gerichtet zu haben.

Durch die aufgeputschte und besonders zugespitzte Auseinandersetzung mit den Springer-Organen werden in West-Berlin bereits frühzeitig Forderungen laut, die der aus dem Iran stammende Germanist Bahman Nirumand auf die Formel bringt: »Wir müssen eine Gegenöffentlichkeit herstellen, um unsere Ziele wirksam zu erläutern und diskutieren zu können, und dazu brauchen wir Gegen-Sender und Gegen-Zeitungen.«[65] Unmittelbar nach dem Dutschke-Attentat unternimmt deshalb eine aus dem Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger, dem Kabarettisten Wolfgang Neuss und dem Komponisten Hans Werner Henze zusammengesetzte Delegation der außerparlamentarischen Bewegung einen ungewöhnlichen Vorstoß. Sie fordern unter Verweis auf die marktbeherrschende Rolle der Springer-Zeitungen vom Intendanten des Senders Freies Berlin (SFB) »1 Stunde Sendezeit für die APO«. Franz Barsig, der sein Amt erst einen Tag zuvor angetreten hat, gibt nach der Unterredung eine Erklärung ab, in der er sich gegen den Vorwurf der Manipulation verwahrt und der gestellten Forderung eine klare Absage erteilt.

---

62 Nach dem stenografischen Wortprotokoll der Gerichtsreporter Hans-Joachim und Margarete Frohner, zit. n. Ulrich Chaussy, Die drei Leben des Rudi Dutschke. Eine Biographie, Darmstadt/Neuwied 1983, S. 285 f.

63 *Deutsche National-Zeitung* vom 22. März 1968, 18. Jg., Nr. 12, S. 1. Die Titelseiten anderer Ausgaben waren im gleichen Tenor mit Schlagzeilen versehen wie: »Brecht Dutschkes Terror! Stoppt die roten Banditen!« (16. Februar 1968), »Rudi Dutschke – die Revolution frißt ihre Kinder – Rettet Deutschland vor dem Terror!« (19. April 1968) und »Hitler oder Dutschke – wer bedroht unseren Staat? Rettet unser Volk vor roten Revolutionären!« (10. Mai 1968).

64 Die Frage des *Stern*-Redakteurs Günther Schwarberg, die von einer Leserin aus München aufgeworfen worden war, lautete: »Der Attentäter war ein Rechtsradikaler. Warum haben sich die Studenten nicht gegen die NPD gewandt?« Und Mitscherlich antwortete darauf: »Ich glaube, daß die Studenten und ihre politischen Köpfe, die ja zum großen Teil ausgezeichnete und gescheite Leute sind, natürlich wissen, daß die NPD nicht ihr eigentlicher Feind ist. Die NPD ist eine Gruppe von Hinterwäldlern, die keine politische Tragkraft und keine politische Zukunft hat.« Warum kämpfen die Studenten gegen Springer?, *Stern* vom 5. Mai 1968, 20. Jg., Nr. 18, S. 110.

65 Bahman Nirumand, Die Avantgarde der Studenten im internationalen Klassenkampf, in: *Kursbuch*, 4. Jg., Juni 1968, Heft 13, S. 41.

Er sei zwar bereit, stellt er fest, der APO die Möglichkeit zu geben, »in Rede und Gegenrede« ihre Ziele zu vertreten, er könne ihr jedoch nicht das Sonderrecht einräumen, eine Sendung »in eigener redaktioneller Verantwortung« auszustrahlen. Schließlich sei die APO auch nur eine Gruppe unter anderen. Würde ihrem Verlangen nachgegeben, dann liefe das auf die Aushöhlung der Programmgestaltung hinaus.[66] Damit ist die Grenze der öffentlich-rechtlichen Anstalten abgesteckt. Ein eigener Sendeplatz oder eine unmittelbare Beteiligung an der Programmgestaltung kommt nicht in Frage.

Axel Springers Zeugenauftritt im Mahler-Prozess

Wegen seiner Rolle beim Sturm auf das Springer-Hochhaus in der Nacht vom 11. zum 12. April 1968 wird Horst Mahler in drei Schritten angeklagt. Zunächst wird gegen den Mann, der zu diesem Zeitpunkt in der Öffentlichkeit noch als »APO-Anwalt« gilt, aufgrund eines vom Springer-Verlag an die Rechtsanwaltskammer gerichteten Brief ein Ehrengerichtsverfahren eingeleitet. Der Vorwurf lautet, Mahler habe durch seine Teilnahme an der Protestaktion gegen das Verlagshaus die Standesehre und seine Berufspflichten verletzt.

Dann fordert das Verlagshaus zusammen mit der Ullstein GmbH in einem Zivilverfahren von Mahler Schadenersatz in Höhe von mehr als einer halben Million DM, weil dieser »an der Spitze eines mit Steinen, Brandfackeln und Molotow-Cocktails bewaffneten Haufens in die Geschäftsräume eingedrungen« sei und dabei »Verwüstungen« angerichtet habe.[67] Und schließlich wird in einem dritten Schritt ein Strafverfahren eröffnet.

Der sogenannte Mahler-Prozess beginnt im November 1969 vor der 4. Großen Strafkammer des Berliner Landgerichts und zieht sich monatelang hin. Nicht weniger als 102 Zeugen – 66 Polizisten, elf Journalisten aus dem Hause Springer, zehn weitere anderer Presseorgane, daneben der ehemalige Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz, dessen Amtsnachfolger Klaus Schütz und der Dutschke-Attentäter Josef Bachmann – werden vorgeladen und vernommen. Zwei Gutachter, beides bekennende Linke, treten auf – der Hannoveraner Psychologe Peter Brückner und der Berliner Philosoph Wolfgang Fritz Haug.[68] Mahlers Verteidigung haben zwei Kollegen übernommen: Otto Schily, mit dem er in Frankfurt ein Jahr zuvor zusammen die Warenhausbrandstifter Baader, Ensslin u. a. verteidigt hat, und Kurt Groenewold aus Hamburg.

Eine Überraschung erlebt das Gericht dann, als am 1. Dezember 1969 der Dutschke-Attentäter als Zeuge der Verteidigung auftritt. Der Angeklagte Mahler selbst nimmt die Befragung des Zeugen Bachmann vor. Dabei geht es noch einmal um die Frage, durch welche Zeitungen er bei seinem Mordanschlag beeinflusst worden sein könnte. Nun widerruft er die

66 Der entscheidende Passus in Barsigs Erklärung lautet: »Wir können die außerparlamentarische Opposition aber nicht privilegiert behandeln, denn unsere Satzung legt fest, daß der Sender Freies Berlin nicht Werkzeug einer Gruppe sein darf. Die außerparlamentarische Opposition ist eine Gruppe unter anderen, und sie muß deshalb bereit sein, einzusehen, daß ihr nicht Sonderrechte eingeräumt werden können. [...] Über die Forderung der außerparlamentarischen Opposition im konkreten, nämlich pro Tag eine Stunde Sendezeit in eigener redaktioneller Verantwortung, haben wir uns nicht einigen können. Ich konnte dieser Forderung nicht zustimmen, denn sie würde die Programmverantwortung aushöhlen, und sie müßte zwangsläufig dazu führen, daß jeder anderen Gruppe ein gleiches Recht eingeräumt wird. Das wäre das Ende eines Programms, das schließlich für die Hörer und Zuschauer und nicht für einzelne Gruppen gemacht wird.« Außerparlamentarische Opposition fordert eine Stunde Sendezeit – eine Erklärung des neuen SFB-Intendanten Franz Barsig, in: *Fernseh-informationen*, 19. Jg., 1968, Nr. 11, S. 216.

67 Vgl. in diesem Zusammenhang den einseitigen und mit Polemiken gespickten Artikel: Marianne Regensburger, Der Fall Horst Mahler oder Wie die Springer-Presse einen für den Abschuß präpariert, in: Peter Brokmeier (Hg.), Kapitalismus und Pressefreiheit. Am Beispiel Springer, Frankfurt am Main 1969, S. 114–127.

68 Vgl. Peter Brückner, Wie Springer-Zeitungen das Volk verhetzen, in: EXTRA-Dienst GmbH (Hg.), Der Mahler-Prozeß: Freispruch für Springer? Prozeßberichte von Martin Buchholz. Mit den Gutachten von Prof. Brückner und Dr. Haug, West-Berlin o. J. (1970), S. 18–27; Wolfgang [Fritz] Haug, Sozialpsychologische Hintergründe des Attentats auf Rudi Dutschke, ebenda, S. 27–32.

Scanned by CamScanner

Aussage, die er am ersten Verhandlungstag seines eigenen Prozesses gemacht hat, und erklärt: »Zum größten Teil wurden mir Zeitungen vorgelegt, die ich überhaupt nicht kannte. [...] Ich habe diese Zeitungen nur aus Propagandazwecken angegeben. [...] Ich wollte keine bevorzugen und sie alle in einen Topf werfen. [...] Ich habe nicht die National-Zeitung gelesen in dieser Aufmachung: Stoppt Rudi Dutschke, sonst gibt es Bürgerkrieg, was die Bild-Zeitung in ihrer Schlagzeile verwendet hat. Ich habe damals die Bild-Zeitung verschont, und natürlich hat die Bild-Zeitung die National-Zeitung vor's Loch geschoben. [...] Wenn ich heute ehrlich bin: Ja, es war die Bild-Zeitung, die ich gelesen habe. [...] Ich habe mir mein Bild, das stimmt schon, nur aus Springer-Zeitungen gemacht.«[69] Danach muß Bachmann dem Richter Heinz Brandt eine Lüge nach der anderen aufgetischt haben. Welches Motiv er dabei gehabt haben könnte, bleibt unklar. Seine neue Aussage steht außerdem in krassem Widerspruch zu der Tatsache, dass er bei seiner Reise zum Ort des Attentats eine Mappe mit Ausschnitten der *Deutschen National-Zeitung* mit sich geführt hat.

Axel Springer ist als Zeuge vorgeladen, versetzt das Gericht jedoch ein ums andere Mal. Am 5. Januar hat er sich mit einer Grippe entschuldigen lassen. Am 2. Februar heißt es, er sei wegen »administrativer Maßnahmen im Zuge der Umgestaltung« seines Verlages verhindert. Als er der dritten Aufforderung nicht Folge leistet, verurteilt ihn das Gericht am 16. Februar zu einer Ordnungsstrafe von 500 DM, ersatzweise fünf Tagen Haft. Und wegen des vierten Fernbleibens erhält er eine Ordnungsstrafe von 1000 DM, ersatzweise zehn Tagen Haft. Sein Anwalt lässt mitteilen, dass sein Mandant zum Mittelpunkt von Schmähungen gemacht werden solle. Außerdem seien Angriffe auf seine Gesundheit oder sein Leben nicht auszuschließen. Springer befinde sich in einem »übergesetzlichen Notstand«. Er habe ihm deshalb dahingehend geraten, in dem Verfahren nicht zur Verfügung zu stehen. Doch es hilft alles nichts. Beim fünften Mal ist es – nachdem ihm das Gericht mit einer zwangsweisen Vorführung gedroht hat – schließlich so weit, dass er tatsächlich erscheint.[70]

Der Journalist und Autor Stefan Reinecke skizziert das Bild, das zu dieser Zeit von dem Hamburger Verleger in der radikalen Linken und zu Teilen auch darüber hinaus existiert: »Der Zeuge Axel Cäsar Springer verkörpert, was die Linke an der Republik haßt: den steilen, skrupellosen Aufstieg, wirtschaftlichen Erfolg, fast grenzenlose publizistische Macht, antikommunistisches Ressentiment, blinde Treue zu den USA. [...] Springer ist ein Symbol für alles, was in der Bundesrepublik falsch läuft. Auch Liberale wie Ralf Dahrendorf, die mit der antikapitalistischen Rhetorik der APO nichts am Hut haben, wollen 1968 von Springer nur eines: daß er, als politischer Meinungsmacher, verschwindet. Springer ist für die APO die Inkarnation des Bösen.«[71] Die Zeichen stehen vor Springers Zeugenauftritt eindeutig auf Sturm.

Im Geleitschutz von drei uniformierten Polizisten wird er am späten Morgen des 4. März 1970 unter dem Blitzlichtgewitter der Fotografen im Saal 700 des Moabiter Gerichtsgebäudes in den Zeugenstand geführt.[72] Der Prozess wird zum Tribunal gegen den Verleger, die Rollen dabei von der Verteidigung vertauscht:[73] Der Zeuge wird zum Angeklagten und der Angeklagte selbst zum Nebenkläger.[74] Bevor die Ver-

---

69 Hier handelt es sich um eine Zusammenfassung von Bachmanns Aussagen, bei denen – laut Redaktion – auf die Wiedergabe der an ihn gerichteten Fragen verzichtet worden ist: EXTRA-Dienst GmbH (Hg.), Der Mahler-Prozeß: Freispruch für Springer? Prozeßberichte von Martin Buchholz, S. 6.

70 »Drei Monate lang spielte Axel Cäsar Springer in verwirrender Szenenfolge den Richard Kimble der Westberliner Justiz: Mit braven Entschuldigungen, seltsamen Ausflüchten und juristischen Fehlinterpretationen entzog er sich immer wieder der für jeden anderen Bürger selbstverständlichen Pflicht, als Zeuge im Mahler-Prozeß aussagen zu müssen.« Karl-Heinz Krumm, Das seltsame Versteckspiel des Axel Springer, *Frankfurter Rundschau* vom 5. März 1970.

71 Reinecke, Otto Schily, S. 110.

72 Vgl. »Eine Fülle von ausgewachsenen Männern«. SPIEGEL-Reporter Gerhard Mauz über Axel Springer als Zeugen im Mahler-Prozeß, *Der Spiegel* vom 16. März 1970, 24. Jg., Nr. 12, S. 81 f.

73 Diese Verkehrung schlägt sich auch im Titel der zitierten Dokumentation nieder: EXTRA-Dienst GmbH (Hg.), Der Mahler-Prozeß: Freispruch für Springer?

74 Vgl. Lieselotte Müller, Angeklagter spielt Ankläger. APO-Anwalt seit November vor Gericht – Letzter Zeuge: Springer, *Handelsblatt* vom 16. März 1970. Zu einer Überraschung kommt es noch kurz vor Springers Zeugenauftritt, als das Gericht einen Nebenkläger und damit als dessen Bevollmach-

nehmung beginnt, fordert Mahler das Gericht in der Pose eines juristischen Assistenten auf, den Zeugen darauf hinzuweisen, dass er im dringenden Verdacht der »Volksverhetzung« stehe und deshalb das Recht habe, sich bei bestimmten Fragen auf die Verweigerung von Aussagen zu berufen. In der Rolle des Chefanklägers tritt Schily auf. Am ersten Tag macht er Springer wegen der von ihm zu verantwortenden Pressepolitik sechs Stunden lang Vorhaltungen. Mehrfach kommt es dabei aus dem Publikum zu Zwischenrufen und rüden Beschimpfungen.

Als Erstes befragt Schily – als handle es sich bei diesem um den eigentlichen Angeklagten – Springer nach Zusammenhängen mit dem Dutschke-Attentat. Er bezieht sich dabei auf das Gutachten Professor Brückners, in dem »der dringende Verdacht« begründet worden sei, dass Springer als Person oder sein Verlag gegen § 130 verstoßen und damit die Menschenwürde verletzt haben könnte.[75] Alle Fragen, die darauf abzielen, Anhaltspunkte für eine mögliche Einflussnahme auf die politische Führung während der sogenannten Osterunruhen zu eruieren, stoßen bereits im Vorfeld ins Leere. Springer gibt an, dass er sich in der Zeit zwischen dem 5. und dem 18. April 1968 überhaupt nicht in West-Berlin aufgehalten und in der betreffenden Zeit auch keinerlei Gespräche mit dem Regierenden Bürgermeister Schütz geführt habe.

Auf Vorhaltungen, dass Springer-Zeitungen »in bösartiger und verleumderischer Form Artikel über die kritischen Studenten« gebracht hätten, zu deren Konkretisierung Schily den Sachverhalt, dass die Polizei einen Studenten erschossen hat, völlig auf den Kopf stellende Schlagzeilen aus einer Ausgabe der *Bild*-Zeitung vom 3. Juni 1967 zitiert,[76] reagiert Springer ganz allgemein mit den Worten: »Der Verleger ist nicht der Journalist, der das geschrieben hat. Zu vielen Dingen habe ich ein positives Verhältnis, es gibt natürlich auch solche, von denen ich Abstand nehme.«[77] Danach zitiert er die bereits erwähnten Leitsätze des Springer-Journalismus. So geht es ein ums andere Mal. Springer bleibt höflich und konziliant. Er weicht konkreten Vorhaltungen in der Regel aus, wechselt die Ebene, geht zu allgemeinen Erklärungen über und bietet so Mahlers Verteidigung kaum eine Angriffsfläche.

Als er von Schily gefragt wird, ob er sich zum Einschreiten veranlasst fühle, wenn in der *Berliner Morgenpost* ein antisemitischer Leserbrief erscheine, kommt im Publikum starke Unruhe auf. In nur wenigen Augenblicken kippt die Stimmung vollständig um. Rufe werden laut. »Springer – Mörder«, »Wir werden uns rächen«, »Du feiges Schwein«, »Du Drecksau« und andere Verbalinjurien sind plötzlich zu hören. Der Gerichtsvorsitzende Walter Klamroth lässt den Saal schließlich mit Polizeigewalt vom Publikum räumen. Daraufhin ergreift Mahler das Wort und ruft: »Die Genossen, die Sie soeben aus dem Saal entfernt haben, haben erklärt, daß der Zeuge S. das Attentat auf Rudi Dutschke auf dem Gewissen habe. Sie haben – das möchte ich noch hinzufügen – auch den Tod von Herrn Bachmann auf dem Gewissen.«[78] Der Gerichtsvorsitzende entzieht ihm daraufhin das Wort und droht ihm mit der Verhängung einer Ordnungsstrafe.

Als Mahler später versucht, Springer mit Fragen zur NS-Vergangenheit einiger seiner Journalisten in die Enge zu treiben, eskaliert die Situation erneut.

---

tigten einen Anwalt zulässt, der den Angeklagten so gut kennt wie kaum ein anderer: Mit Dietrich Scheid ist es ein ehemaliger Kollege, in dessen Praxis Mahler lange Zeit gearbeitet hat, bevor er eine eigene eröffnete. Scheid tritt allerdings nicht, wie er ausdrücklich betont, als Rechtsbeistand des Zeugen auf, sondern als Vertreter des Verlagshauses Axel Springer und der Ullstein GmbH.

75 § 130 StGB lautet: »Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, die Menschenwürde anderer dadurch angreift, daß er

1. zum Haß gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt,
2. zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordert oder
3. sie beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet,

wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft. Daneben kann auf Geldstrafe erkannt werden.«

76 Die Titelzeile dieser Ausgabe lautete: »Blutige Krawalle: 1 Toter«. Daneben wird ein Foto von der Schah-Gattin Farah Diba gezeigt.

77 Prozeß Horst Mahler, Zeugenaussagen, 1970, Unternehmensarchiv Axel-Springer AG, S. 9. (Tonhandabschrift).

78 Ebenda, S. 12. Der Dutschke-Attentäter hat sich am 24. Februar 1970 in seiner Zelle erhängt. Einer der wenigen, die seitens der außerparlamentarischen Linken an seiner Beerdigung teilnehmen, ist Horst Mahler.

Scanned by CamScanner

Der Gerichtsvorsitzende versucht zwar ein ums andere Mal Fragen zur Biografie von Springer-Mitarbeitern mit der Begründung abzuwehren, dass diese in keinem erkennbaren Zusammenhang zum Verfahren stehen würden, kann sich damit dem Angeklagten gegenüber jedoch nicht durchsetzen. Als dieser den Zeugen schließlich als »Würstchen« bezeichnet und einige Journalisten dazu Beifall klatschen, unterbricht Klamroth die Verhandlung. Als das Gericht nach einer kurzen Beratung die Verhandlung fortsetzt, droht der Vorsitzende zunächst damit, auch die Pressevertreter aus dem Saal zu weisen. Dann verhängt er über Mahler eine Ordnungsstrafe von drei Tagen Haft und lässt diese am Ende der Sitzung vollstrecken.

Schily lässt sich von alldem nicht beeindrucken und setzt die Befragung zur NS-Vergangenheit einfach weiter fort. Nun springt Scheid in die Bresche und weist die Fragen ein ums andere Mal zurück. Doch schließlich wird es Springer offenbar zu viel. Obwohl es nur einen impliziten, aber keinen direkten Zusammenhang gibt, erklärt er, als wolle er damit auf einen Schlag in die Offensive gehen, dass es in Deutschland keinen anderen Verlag gebe, der in seinen Gremien »mehr jüdische Mitarbeiter« habe als der seine.[79]

Auf detaillierte Fragen zu den Marktanteilen des Springer-Verlags, die schließlich in der Feststellung münden, dass die »Monopolisierungstendenzen« in den letzten Jahren im Gegensatz zu allen Verlautbarungen weiter zugenommen hätten, erklärt Springer ostentativ: »Es gibt überhaupt keine deutsche Stadt, wo wir ein Monopol haben.«[80] Auf diese wahrheitswidrige Entgegnung bleibt Schily eine angemessene Erwiderung schuldig. Insgesamt jedoch hinterlässt der Verleger mit seinen Aussagen einen defensiven, sich ins Allgemeine flüchtenden, vielfach ausweichenden Eindruck.[81]

Der – wie sich erst sehr viel später, nach der völlig überraschenden Implosion der DDR 1989/1990 herausstellt – von MfS-Agenten angeleitete *Berliner Extra-Dienst* fasst Springers Äußerungen mit den sarkastischen Worten zusammen: »Nein – Davon ist mir nichts bekannt – Da müssen Sie meine Chefredakteure fragen – Nein – Daran kann ich mich nicht erinnern – Da war ich nicht im Dienst – Nein – Nein!«[82] Diese »Kurzfassung einer sechsstündigen Vernehmung« verfahre nach dem Motto: »Sein Name ist Springer. Und er weiß von nichts.«[83] Zu einer Eskalation kommt es außerhalb des Gerichtsgebäudes.

Zwischen Springers erstem und zweitem Zeugenauftritt verüben Unbekannte in der Nacht vom 7. auf den 8. März einen Brandanschlag auf das Privathaus des BZ-Chefredakteurs Malte-Till Kogge. Gegen das in Berlin-Zehlendorf gelegene Gebäude werden drei Molotow-Cocktails geworfen. Als die Feuerwehr eintrifft, ist bereits alles vorüber. Der von den Brandsätzen angerichtete Sachschaden ist minimal.[84] Nach seiner dreitägigen Haftstrafe wegen Ungebühr vor Gericht wird Mahler wieder freigelassen. Am Nachmittag skandieren in der Berliner Innenstadt 2500 Demonstranten lautstark »Freiheit für Mahler«, »Hände weg von Mahler – Springer vors Gericht« und »Springer führt an seiner Hand die Justiz am Gängelband«.

Während der Schlusskundgebung vor dem Moabiter Landgericht kommt es zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei. Dabei fliegen wiederholt Steine und Molotow-Cocktails.

Das Bild, das Springer bei seinen beiden Zeugenauftritten abgibt, enttäuscht zahlreiche Beobachter, widerspricht zugleich aber den über ihn verbreiteten Klischees gleich in mehrfacher Hinsicht: »Denn der prominente Verleger ist kein geifernder Ideologe, sondern ein melancholischer Herr, der sichtbar leidet. Man kann seinem Gesicht ablesen, dass er es für eine Zumutung hält, hier sein zu müssen. Doch er ist kein Kämpfer. Springer, so ein Ex-Mitarbeiter, ist ein liebenswürdiger, empfindlicher Mensch.«[85] Zu welch ungewöhnlichem Schritt er in der Lage ist, zeigt sich,

79 Ebenda, S. 23.

80 Ebenda, S. 36.

81 Vgl. Christel Sudau, Im Zeugenstand »als Deutscher schlechthin«. Die Vernehmung des Hamburger Presse-Zaren im Mahler-Prozeß wurde fast zum Springer-Tribunal, *Süddeutsche Zeitung* vom 10. März 1970.

82 EXTRA-Dienst GmbH (Hg.), Der Mahler-Prozeß, S. 10.

83 Ebenda.

84 Der Journalist erklärt kurz darauf zu dem auf ihn gerichteten Angriff: »Für mich und meine Redakteure gilt die Devise: Bangemachen gilt nicht«, *Welt am Sonntag* vom 8. März 1970.

85 Reinecke, Otto Schily, S. 110.

als er sich in einer Verhandlungspause zu Schily und Groenewold begibt und sie zu einem Besuch in seine Villa in Schwanenwerder einlädt. Doch beide Anwälte lehnen ab.

Das Berliner Landgericht verurteilt Mahler schließlich wegen schweren Aufruhrs in Tateinheit mit Landfriedensbruch zu einer zehnmonatigen Freiheitsstrafe auf Bewährung. Die Augenzeugen, Polizisten wie Journalisten, wollen gesehen haben, dass Mahler am Abend des 11. April 1968 mit einem Megafon in der ersten Reihe des Demonstrationszuges marschiert ist. Um deutlich zu machen, dass er damit nichts Verbotenes unternehme, soll er den Polizisten zugerufen haben, es handle sich um eine spontane und damit um eine erlaubte Demonstration. »Ob Mahler in dem Windfang des Springer-Hauses eingedrungen oder hineingedrängt worden war, blieb ungeklärt. Nur soviel scheint festzustehen: Niemand hat beobachtet, daß Mahler persönlich Steine oder Feuerwerkskörper geworfen hat. Der Angeklagte äußerte sich nicht zu den Vorwürfen.«[86] Auch auf dieses Urteil antwortet die Linke mit einer Demonstration. Am Abend der Urteilsverkündung ziehen rund 3000 Demonstranten durch die Innenstadt. In Sprechchören skandieren sie: »Schickt Mahlers Staatsanwalt für immer in die Strafanstalt.«

In den Wochen und Monaten seines Prozesses bewegt sich der Angeklagte jedoch bereits in ganz anderen Zusammenhängen. Er ist inzwischen selbst dabei, eine Untergrundorganisation aufzubauen, die sich als effizienter als die beiden einzigen bis dahin existierenden Gruppierungen – die *Tupamaros West-Berlin* und die *Tupamaros München* – erweisen soll. Bereits im Oktober ist er deshalb nach London gereist, um den im britischen Exil lebenden Rudi Dutschke für das Projekt bewaffneter Kampf zu gewinnen,[87] und im Dezember oder Januar ist er nach Rom gefahren, um die auf der Flucht befindlichen Warenhausbrandstifter Andreas Baader und Gudrun Ensslin aufzufordern, nach West-Berlin zurückzukehren und sich am Aufbau einer derartigen Guerillaorganisation zu beteiligen.[88] Beim Prozess vor dem Frankfurter Landgericht im Oktober 1968 hatte Ensslin Mahler kühn prognostiziert, dass er eines Tages seine Robe ausziehen und »mit der Maschinenpistole argumentieren« werde. Das bestätigt sich nun, allerdings in einer anderen Weise, als von Ensslin wohl ursprünglich vermutet.

Die Anti-Springer-Ideologie der RAF

Um aus den verbalen Attacken auf den Axel-Springer-Verlag Bombenangriffe werden zu lassen, bedarf es keines größeren Begründungsbedarfs mehr. Im Grunde liegen bereits alle Argumentationsfiguren vor. Die ersten Exponenten des bewaffneten Kampfes brauchen sich der im Zuge der Anti-Springer-Kampagne entwickelten Argumentationsfiguren nur zu bedienen, um Stichworte wie Enteignung und Zerstörung zu Schlüsselworten einer Kampfstrategie zu machen.

Ein erster derartiger Ansatz taucht bereits im Frühjahr 1970 zu einem Zeitpunkt auf, als die RAF überhaupt noch nicht existiert. Es ist mit Georg von Rauch einer der führenden Köpfe der im November 1969 gegründeten *Tupamaros West-Berlin*, eines Vorläufers der mit der RAF ebenso konkurrierenden wie kooperierenden *Bewegung 2. Juni*,[89] der in einem Strategiepapier die »Zerstörung« bzw. »Zerschlagung« des Verlages propagiert. Als er nach einem Überfall auf den *Quick*-Journalisten Horst Rieck[90] in Berlin-Moabit in Untersuchungshaft sitzt, notiert er unter der Überschrift »Es lebe das Commando Schwarze Presse« zur »Springerpresse«: »Sie ist der Angelpunkt

86 Müller, Angeklagter spielt Ankläger.
87 Vgl. Gretchen Dutschke, Rudi Dutschke. Wir hatten ein barbarisches, schönes Leben. Eine Biographie, Köln 1996, S. 238–240; Horst Mahler / Franz Schönhuber, Schluß mit dem deutschen Selbsthaß. Plädoyers für ein anderes Deutschland, Berg am Starnberger See 2000, S. 105–108.
88 Vgl. Aust, Der Baader Meinhof Komplex, S. 99; Peters, Tödlicher Irrtum, S. 135 f.
89 Zur Geschichte der ersten bundesdeutschen Stadtguerillagruppierung vgl. Wolfgang Kraushaar, Die *Tupamaros West-Berlin*, Band 1, S. 512–530.
90 Zu den Einzelheiten vgl. Karin König, Zwei Ikonen des bewaffneten Kampfes. Leben und Tod Georg von Rauchs und Thomas Weisbeckers, Band 1, S. 430–471.

Scanned by CamScanner

der internationalen und nationalen Taktik, der anarchistischen Zerstörung eines Konzerns, der Selbstorganisation unserer Schwarzen Presse und der kulturrevolutionären Veränderung des Bewußtseins der Massen.«[91] Für ihn scheint die Beseitigung des Axel-Springer-Verlags so etwas wie ein Schlüssel zu sein, um die nicht nur von ihm diagnostizierte Bewusstseinsblockade in den Köpfen der Bevölkerung zu durchbrechen und einen revolutionären Prozess auszulösen.

Und zu der vom SDS seinerzeit geforderten Anti-Springer-Kampagne schreibt er: »Der Fehler der damaligen Kampagne war aber die falsche Hoffnung, den Springerkonzern ideologisch über Analysen und Aufklärung allein zerschlagen zu können. Eine neue ›Kampagne‹ muß den Springerkonzern gerade ökonomisch angreifen, verletzen und wenn es in unseren Kräften steht: zerschlagen. Das Ziel: die exemplarische Zerschlagung eines Konzerns (Caballero, Brief aus dem Gefängnis) muß als ein Hauptpfeiler der Strategie in den Metropolen angesehen werden, da nichts grundlegender die Industrienationen für den revolutionären Kampf weichknetet als die Verletzung entscheidender Industriezweige. [...] Die Zerschlagung der Springerpresse muß begleitet sein vom Aufbau eigener kommunikativer Kanäle zur El Fatah und zu Black Panther und dem Aufbau einer eigenen Schwarzen Presse.«[92] Im Vordergrund steht nun die materielle Zerstörung der »Springerpresse«. Ein immer wiederkehrender Gesichtspunkt ist dabei die öffentlich propagierte Unterstützung des Staates Israel durch die Zeitungen des Verlages. Diese ist von Rauch ein besonderer Dorn im Auge. Er setzt derartigen Solidaritätsbekundungen immer wieder aufs Neue ein Bekenntnis zu den Palästinensern und ihren bewaffneten Organisationen entgegen.

Die bald darauf einsetzende Berichterstattung der Springer-Zeitungen über die Anfänge der RAF scheint das seit Jahren nicht nur in den Augen ihrer Mitglieder und Anhänger existierende Bild einer sich gegen die Linke allgemein richtenden und bei gegebenen Anlässen ständig aktualisierenden Hetzkampagne, die bei passender Gelegenheit in eine Aufforderung zur Lynchjustiz ausufert, in mancher Hinsicht zu bestätigen. Ein regelrechter Trommelwirbel prasselt in Wort und Bild tagtäglich über dem Publikum hernieder.[93]

Es kommt dabei zu Vorverurteilungen und mitunter auch zu Falschmeldungen. Aber auch zu hybride anmutenden Reaktionen prominenter Intellektueller. Als die *Bild*-Zeitung nach einem Banküberfall in Kaiserslautern, bei dem ein Polizist erschossen wird, die Schlagzeile »Baader-Meinhof-Bande mordet weiter« bringt,[94] lässt sich der Schriftsteller Heinrich Böll – nicht ahnend, dass die Meldung, von ihrem hysterischen Tonfall einmal abgesehen, durchaus den Tatsachen entspricht – zu einer emotionalen Entgleisung hinreißen. Der *Spiegel* bietet ihm für seinen Frontalangriff auf das massenwirksame Boulevardblatt eine geeignete Plattform. Voller Zorn schreibt der für seine sonst so wenig aggressive und friedfertige Art bekannte Präsident des internationalen PEN-Clubs, er könne nicht begreifen, dass angesichts des Rufes nach Lynchjustiz und der fortwährenden Weckung unkontrollierbarer Instinkte im Millionenpublikum noch irgendein Politiker einer solchen Zeitung ein Interview gebe: »Das ist nicht mehr kryptofaschistisch, nicht mehr faschistoid, das ist nackter Faschismus, Verhetzung, Lüge, Dreck.«[95] Seine Forderung, Ulrike Meinhof »freies Geleit« und einen »öffentlichen Prozeß« zu bieten, kombiniert er damit, anschließend »auch Herrn Springer [...]wegen Volksverhetzung« öffentlich den Prozess zu machen. Das klingt nun selbst nach einer publizistischen Kriegserklä-

91 Georg von Rauch, Es lebe das Commando Schwarze Presse, HIS-Archiv, SAK 270,05,10, o. S.

92 Ebenda.

93 Zur Analyse verschiedener massenmedialer Aspekte vgl. In diesem Zusammenhang: Andreas Musolff, Krieg gegen die Öffentlichkeit. Terrorismus und politischer Sprachgebrauch, Opladen 1996; Hanno Balz, Der »Sympathisanten«-Diskurs im Deutschen Herbst, in: Klaus Weinhauer / Jörg Requate / Heinz-Gerhard Haupt (Hg.), Terrorismus in der Bundesrepublik. Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren, Frankfurt am Main / New York 2006, S. 320–350; Martin Steinseifer, Terrorismus als Medienereignis im Herbst 1977: Strategien, Dynamiken, Darstellungen, Deutungen, in: Weinhauer/Requate/Haupt (Hg.), Terrorismus in der Bundesrepublik, ebenda, S. 351–381.

94 *Bild*-Zeitung vom 23. Dezember 1971.

95 Heinrich Böll, »Will Ulrike Gnade oder freies Geleit?«, *Der Spiegel* vom 10. Januar 1972, 26. Jg., Nr., S. 54–57.

rung.[96] Auf jeden Fall aber ist damit zu dem Krieg, den die RAF dem Staat erklärt hat, noch ein Nebenschauplatz eröffnet: die jahrelang anhaltende Dauerfehde Böll contra Springer.[97]

In der Rhetorik von *Bild*, *Bild am Sonntag* und *Welt am Sonntag* geht es beinahe durchgängig um ein und dieselbe Themenkombination: um Sex & Crime. Dieses altbekannte Muster wird in den Schlagzeilen und Fotomontagen nicht nur reproduziert, sondern auch potenziert. Insbesondere mit den Abbildungen der weiblichen RAF-Mitglieder wird der Eindruck erweckt, als sei der Schritt in den Untergrund ausschließlich libidinös bedingt gewesen. Terroristisches Handeln und sexuelle Potenz nähern sich dabei so weit an, dass sie beinahe deckungsgleich werden.

So heißt es etwa im Hinblick auf eine der RAF-Mitbegründerinnen: »Die steckbrieflich gesuchte Ulrike Meinhof (36) versüßt sich das Versteckspiel mit der Polizei nach der Apo-Lebensregel: Erst wird geliebt, dann geschossen! Einem 32jährigen Komplicen redete sie Gewissensbisse aus: ›Wer große Dinge vor sich hat wie ich, muß dazu entspannt sein. Das bin ich nur nach einer Liebesnacht. Du mußt mich lieben.‹«[98] Und weitere repräsentative Schlagzeilen in *Bild* bzw. *Bild am Sonntag* lauten: »Revolte nach der Liebesstunde«,[99] »Liebesgrüße hingen am Perlonstrumpf«,[100] »Jetzt kommandiert die schöne Hedwig«,[101] »Meuterei, Schlägerei, Durststreik und: Terrorist Baader bei der Ensslin im Bett«.[102] Und in der Serie mit dem Titel »Andreas Baader: Verpfuscht in alle Ewigkeit« werden voyeurhaft »Zärtliche Nächte im Beduinenzelt« insinuiert.[103]

Vor allem die Zweideutigkeit im Umgang mit Schusswaffen ist ganz unzweideutig sexuell codiert: »Das Leben der Terrormädchen: Potente Männer, scharfe Waffen / Die Frauen der Baader-Meinhof-Bande waren stärker als ihre Komplizen. Hier erfahren Sie, warum«.[104] Nacktaufnahmen Gudrun Ensslins, die in einem eher harmlosen Film zu sehen sind, werden als Indizien für die angeblich pornografische Dimension von Gewaltexzessen gelesen und entsprechend ausgebeutet.[105] Wenn es die männlichen Mitglieder an der für ihre Aktionen nötigen Energie mangeln ließen, seien sie – wie »ein prominentes Bandenmitglied« angeblich gestanden hat – von ihren Genossinnen wieder »aufgebaut« worden.[106]

Ein anderer durchgängig zu beobachtender Tenor ist die exzessive Steigerung von Gewaltmitteln und deren angeblich zu befürchtender Einsatz gegen die Bevölkerung im Allgemeinen. Weitere Schlagzeilen in der *Bild*-Zeitung lauteten: »Komplice enthüllt Baader-Meinhof-Pläne / Bomben auf Rathäuser – egal,

96 Der Springer-Verlag reagiert umgehend mit einer Kolumne auf die Kampfansage: Rudolf Krämer-Badoni, Bewaffnete Meinungsfreiheit. Heinrich Böll und die Baader-Meinhof-Bande, *Die Welt* vom 11. Januar 1972.

97 Der weitere Verlauf des Konflikts zwischen dem Literaturnobelpreisträger und dem Springer-Verlag, insbesondere mit Matthias Walden, wird hier nicht weiter verfolgt. Vgl. dazu die Dokumentation: Frank Grützbach (Hg.), Heinrich Böll: Freies Geleit für Ulrike Meinhof. Ein Artikel und seine Folgen, Köln 1972. Vgl. außerdem einen Band, mit dem sich der Schriftsteller gegen Angriffe des *Bild*-Chefredakteurs Peter Boenisch zur Wehr zu setzen versucht: Heinrich Böll, Bild. Bonn. Boenisch, Bornheim-Merten 1984.

98 »Baader-Bande: Liebe vor dem Banküberfall«, *Bild*-Zeitung vom 15. Februar 1971.

99 *Bild am Sonntag* vom 14. August 1977.

100 Angeblich hatte Marianne Herzog Kassiber in einem Perlonstrumpf befördert: *Bild am Sonntag* vom 25. Juni 1972.

101 Gemeint ist die RAF-Angehörige Ina Siepmann. *Bild am Sonntag* vom 21. Oktober 1973.

102 Wie sich dann aber herausstellt, sind beide vollständig bekleidet gewesen; sie hatten lediglich ihre Decken bis zum Hals hochgezogen. *Bild*-Zeitung vom 11. August 1977.

103 Entsprechend eindeutig soll sich die RAF-Angehörige Ingrid Schubert über Baader geäußert haben: »Seine Stärke bestand in seiner sexuellen Anziehungskraft auf die ›Damen‹ und kam erst nachts voll zur Geltung. Sie sahen (und hörten, vor allem), nicht ohne Neid, wie Andreas Baader ›mehrmals in der Nacht die Grete zu orgiastischen Schreien brachte‹ (Schubert). ›Grete‹ war der Deckname für Gudrun Ensslin.« *Bild*-Zeitung vom 12. Juni 1972.

104 Der Artikel beginnt mit einer Assoziationskette: »Handgranaten, Gummimatratze, Terror, Pfarrerstochter, Sex, Philosophiestudium, Tellerminen ... Beziehungsloser Wirr warr? Nein. Der Stoff, aus dem die Terrormädchen sind.« *Bild*-Zeitung vom 6. Februar 1974.

105 Die Bildunterschrift lautet: »Szenen aus dem Leben einer Terroristin: Pfarrerstochter Gudrun Ensslin als nackte Darstellerin in einem Pornofilm.« *Bild*-Zeitung vom 6. Februar 1974.

106 »Wenn wir Männer schlapp wurden, zogen Ulrike und die anderen Mädchen uns ins Bett.« *Bild*-Zeitung vom 6. Februar 1974.

Scanned by CamScanner

ob dabei Menschen sterben«,[107] »Das ist das Mädchen mit der Stalin-Orgel«,[108] »Mit Bomben, Terror und 1000 Mann – Aufstand in Deutschland geplant«.[109] Derartig obsessive Gewaltphantasien gehören in dieser Zeit zum Standardrepertoire von *Bild* und anderen Springer-Zeitungen, aber auch von Illustrierten wie etwa der *Quick*.[110]

Die RAF hat nie einen Zweifel an ihrer Einstellung zur *Bild*-Zeitung und den anderen Organen des Verlages gelassen. Doch erst im April 1972 findet sich in der programmatischen, vermutlich von Ulrike Meinhof verfassten RAF-Schrift »Dem Volke dienen« ein eigener Abschnitt zur »Springerpresse«. Darin knüpft sie an die SDS-Kampagne direkt an: »Die Rolle der Springerpresse bei der Militarisierung der Klassenkämpfe ist schon 1968 in der Kampagne ›Enteignet Springer‹ genau beschrieben worden: ›Man kann das Schema, nach dem die Springerpresse Öffentlichkeit produziert, auf folgende einfache Formel bringen: Jeden Befreiungsversuch der Menschen aus den Zwängen des Spätkapitalismus stellt die Springerpresse als Verbrechen dar. Der politische Revolutionär erhält die Attribute des Gewaltverbrechers. Der politische Kampf erscheint als individualistischer und abstrakter Terror, die imperialistischen Verhinderungsfeldzüge als Ungeziefervertilgungsaktion.‹ ›Der Springerkonzern bildet die propagandistische Vorhut des aggressiven Antikommunismus. Die Springerpresse ist der Feind der Arbeiterklasse. Sie verstümmelt die Fähigkeit zum politischen Willensausdruck und zum solidarischen Handeln. Aus dem Wunsch des Lesers nach Gerechtigkeit macht die Springerpresse Lynchinstinkte, aus der Sehnsucht nach einer freien Gesellschaft den Haß gegen diejenigen, die sie errichten wollen. Die Springerpresse dient der psychologischen Kriegsvorbereitung. Durch die Feindkonstruktionen will sie sagen: Wenn ihr euch jemals rührt, wenn ihr Scheidungen nicht dem Scheidungsanwalt, Lohnerhöhungen nicht den Tarifverhandlungen, Wohnungen nicht dem Wohnungsamt, Ungerechtigkeiten nicht dem Richter, eure Sicherheit nicht der Polizei, euer Schicksal nicht dem Spätkapitalismus überlaßt, dann kommt Mord, Folter, Vergewaltigung und Verbrechen.‹ Die Situation hat sich seit der Molotowcocktailveranstaltung im Februar '68 verschärft. ›Bild‹ hat die Spalte ›Bild kämpft für Sie!‹ eingeführt, und ›Bild‹ meldet tägliche Erfolge von der Kampffront gegen Mietwucher, gegen Ausländerkriminalisierung, gegen Kinderreiche-Familien-Kündigungen, gegen Frührentner- und Rentnerverzweiflung. Noch bevor sich die ausgebeuteten Massen von den Institutionen des Rechtsstaates abwenden, hat ›Bild‹ sich von ihnen abgewandt; noch bevor sich die Unzufriedenheit mit den Institutionen des Klassenstaates als Klassenbewußtsein konstituieren kann, stellt ›Bild‹ sich an die Spitze der Unzufriedenheit, dahin, wo die Nazis 1933 standen, berufen vom Kapital, nicht vom Proletariat. Böll hat das faschistisch genannt, um Mißverständnissen vorzubeugen: ›Verhetzung, Lüge, Dreck.‹ Er hat damit analytisch und politisch den Nagel auf den Kopf getroffen. Die Reaktionen zeigten, wie empfindlich das System geworden ist, wie labil der Status quo, wie faschistisch ›Bild‹, wie nervös das Klima im Springerkonzern.«[111]

Auffällig ist daran, dass hier fast vollständig auf die Entwicklung eigener Begründungsmuster verzichtet wird. Im Prinzip wird die 1967 vom SDS eingenommene Grundposition noch einmal zitiert und lediglich mit in diese Logik leicht zu integrierenden Faktoren wie der Kritik an den populistischen *Bild*-Kampagnen und polemischen Äußerungen Heinrich Bölls weiter ausgebaut.

---

107 *Bild*-Zeitung vom 19. Januar 1972. Anlass für die Schlagzeile waren Aussagen des RAF-Aussteigers Karl-Heinz Ruhland vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf.

108 Gemeint war die RAF-Angehörige Silke Mayer-Witt. *Bild*-Zeitung vom 29. August 1977.

109 R. Wienrich / B. Plogmann, Mit Bomben, Terror und 1000 Mann – Aufstand in Deutschland geplant. So stellen sich Baader-Meinhof und andere Terroristen den »Volkskrieg« vor, *Bild*-Zeitung vom 21. Juni 1972.

110 Vgl. in diesem Zusammenhang etwa die Serie »Ulrike Meinhof und ihre grausamen Mädchen«, in den *Quick*-Ausgaben vom 28. Juni sowie vom 5., 12. und 19. Juli 1972 (Nr. 27–30).

111 Rote Armee Fraktion, Dem Volke dienen. Stadtguerilla und Klassenkampf, in: ID-Verlag (Hg.), Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, Berlin 1997, S. 112–177, S. 135 f. Die hier angeführten Zitate stammen aus: SDS-Autorenkollektiv / Springer-Arbeitskreis der KU (Hg.), Der Untergang der Bildzeitung, West-Berlin 1969 (KU steht für Kritische Universität).

Die Anschläge

Der RAF-Bombenanschlag auf das Springer-Hochhaus in Hamburg gilt innerhalb der mit ihr sympathisierenden radikalen Linken als einer der umstrittensten.[112] Die Tatsache, dass die telefonischen Warnungen für die Räumung eines derartig weitläufigen Gebäudes mit 3000 Mitarbeitern viel zu spät eingegangen sind und es vor allem Arbeiter und Angestellte getroffen hat, für deren Interessen die RAF angeblich zu den Waffen gegriffen haben will, führt innerhalb der linken Szene zu einer starken Verunsicherung und löst innerhalb der RAF-Führungscrew massive Vorwürfe aus.

Wie groß das Ausmaß der Ablehnung ist, lässt sich etwa an einer späteren Äußerung des RAF-Mitbegründers Horst Mahler erkennen, für den dieser Anschlag offenbar eine Art Wendepunkt in seinem Verhältnis zur RAF war: »Da wurde völlig klar, daß die Praxis sich völlig loslöste von dem, was wir mal gemeinsam uns unter Praxis vorgestellt haben. Denn jetzt wendeten sich diese militärischen oder militanten Aktionen ja gegen den Teil des Volkes, für den man vorgab, diesen Kampf zu führen, nämlich für Arbeiter und Angestellte, für die Lohnabhängigen [...].«[113]

Ähnlich ablehnend äußert sich etwa zur selben Zeit Hans-Joachim Klein, ein ehemaliges Mitglied der *Revolutionären Zellen* (RZ). Er bezeichnet den Anschlag als einen »üblen politischen Fehler« und schreibt: »Die Bomben bei Springer [...] fanden nicht den Funken eines Verständnisses bei mir. Die kamen Axel Caesar so zum rechten Zeitpunkt, daß sie von ihm persönlich gelegt sein könnten. Doch nicht er übernahm die Verantwortung dafür, sondern die RAF.«[114]

Anders hat sich mit Irmgard Möller ein ehemaliges RAF-Mitglied später geäußert. In einem Gespräch mit einem Journalisten formuliert sie, nicht ohne zuvor noch einmal an die »lange Tradition« des gegen den Springer-Verlag gerichteten Kampfes erinnert zu haben, einerseits eine deutliche Kritik, andererseits aber verlängert sie ungebrochen die Anti-Springer-Ideologie: »Die Gruppe hatte, nachdem die Bomben gelegt worden waren und bevor sie detonierten, im Verlagshaus angerufen und vor dem Anschlag gewarnt, damit die Leute das Verlagshaus verlassen sollten. Diese Warnung ist aber unterdrückt und ignoriert worden. Aber es war schon ganz falsch, darum ging es dann bei uns, einen Anschlag überhaupt so anzulegen, daß der Schutz der Unbeteiligten in die Hände von anderen gelegt wird, daß es hier also vom Konzern selbst abhing, ob Arbeiter und Angestellte Opfer werden würden oder nicht. Wenn man Springer angreifen will, kann man das unmöglich in seinem Verlagshaus machen, in dem Menschen arbeiten, die für die Politik des Konzerns und auch für die Inhalte in den Blättern nicht verantwortlich sind. [...] Das war wirklich ein böses Beispiel, wie man militante Politik auf gar keinen Fall machen kann.«[115] Für sie ist die Kritik an dem Bombenanschlag offenbar eine rein taktische Angelegenheit. Hätte das »Kommando 2. Juni« statt der Korrektoren Redakteure oder gar Mitglieder der Geschäftsleitung getroffen, dann wäre von ihr vermutlich Zustimmung zu hören gewesen.

Es gibt allerdings auch eine prominente Stimme, die mit der radikalen Linken und der RAF nichts zu tun hat, dennoch aber den Springer-Verlag für den Hamburger Bombenanschlag mit in die Verantwortung zu nehmen versucht. Der liberal-konservativ eingestellte *Stern*-Kolumnist Sebastian Haffner lässt einerseits keinen Zweifel daran, dass die Mitglieder

112 Eine der wenigen Gruppen, die sich vorbehaltlos hinter den Anschlag stellen, ist die Hamburger *Proletarische Front*. In einem Flugblatt, das mit »DIE SPRINGER-ZEITUNGEN / Verhetzung, Lüge Dreck ...« überschrieben ist, heißt es: »Die Bombe auf das Springer-Haus war gegen die Lügen Springers gerichtet.« Und am Ende: »Die Arbeiter bei Hoesch, die die Bild-Zeitungen verbrannten, die Studenten, die die Auslieferung der Bild-Zeitung verhinderten und schließlich die Bombenleger haben offen kundtun wollen, daß sie die Gewalttätigkeit dieses Staates und damit auch seines raffiniertesten Gewaltbeschönigers durchschaut haben.« Proletarische Front, Gruppe Hamburg (im Besitz des Verfassers).

113 Hans-Jürgen Bäcker / Horst Mahler, Die Linke und der Terrorismus. Gespräche mit Stefan Aust, in: Die Linke im Rechtsstaat, Bd. 2, West-Berlin 1979, S. 189.

114 Hans-Joachim Klein, Rückkehr in die Menschlichkeit. Appell eines ausgestiegenen Terroristen, Reinbek 1979, S. 166.

115 Oliver Tolmein, »RAF – Das war für uns Befreiung«. Ein Gespräch mit Irmgard Möller über bewaffneten Kampf, Knast und die Linke, Hamburg 1997, S. 65 f.

Scanned by CamScanner

der »Baader-Meinhof-Bande« für ihn keine Guerilleros, sondern nichts anderes als »reine Gewaltverbrecher« seien, man andererseits aber »an dem direkten Schuldanteil der Springer-Presse« nicht vorbeikomme: »Wenn Springer angesichts der Bombenattentate von einer ›Teufelssaat‹ spricht, die jetzt aufgegangen sei, sollte er sich an die eigene Nase fassen. Niemand hat in Deutschland die Saat der Gewalt seit Jahren so eifrig ausgesät wie die Springerpresse.«[116] Die *Bild*-Zeitung habe, pflichtet Haffner einem zynisch argumentierenden Horst Mahler bei, »friedliche Demonstranten zu entschlossenen Guerillakämpfern erzogen«. Springer sei deshalb zum Vorwurf zu machen, dass er sich die Bombenleger »zum guten Teil herangezüchtet« habe. Niemand hätte deshalb mehr Grund, diese »Gewaltverbrecher« zum Teufel zu wünschen, als die politische Linke, deren Anliegen durch sie nur diskreditiert würden.

Etwas ganz und gar Ungewöhnliches spielt sich in diesem Zusammenhang am Nachmittag des 4. Mai 1976 in Stuttgart-Stammheim vor Gericht ab. Am 106. Verhandlungstag des Prozesses gegen Baader, Ensslin, Meinhof und Raspe tritt eine der Angeklagten mit dem Anflug eines nachdenklich-selbstkritisch wirkenden Tons auf. Gudrun Ensslin erklärt, dass sie an der »Sache 72«, wie sie die sogenannte »Mai-Offensive« der RAF nun bezeichnet, »das Mißverhältnis zwischen unserem Kopf und unseren Händen« bedrücke. Sie wären »militärisch gern effizienter« gewesen. Sie würden allerdings nicht nur die Verantwortung für die »Angriffe« auf die US-Hauptquartiere in Frankfurt und Heidelberg übernehmen, sondern auch die auf andere Einrichtungen: »Insofern sind wir sicher auch verantwortlich für Aktionen von Kommandos – z. B. gegen das Springer-Hochhaus, von denen wir nichts wußten, deren Konzeption wir nicht zustimmen und die wir in ihrem Ablauf abgelehnt haben.«[117] Diese Distanzierung – zumal vorgetragen vor den Pforten eines seitens der Angeklagten verhassten und vom ersten Tag an vollständig abgelehnten Gerichts – fällt völlig aus dem Rahmen. Es klingt nicht besonders glaubwürdig, dass die Spitze der RAF von einer derartigen Aktion nichts gewusst haben will und dass sie ihre Konzeption ebenso wie die Form ihrer Ausführung angeblich abgelehnt hat. Diese Äußerung stellt eindeutig ein Schuldbekenntnis auf Kosten anderer dar. Sie richtet sich in erster Linie gegen die Mitangeklagte Ulrike Meinhof, die die Idee zu dem Hamburger Bombenanschlag hatte und möglicherweise auch an dessen Ausführung mitgewirkt hat. Fünf Tage später wird Meinhof am Morgen des 9. Mai erhängt in ihrer Zelle aufgefunden. Sie ist am 4. Mai das letzte Mal im Gerichtssaal gewesen. Gemeinsam mit Ensslin hat sie um 14.24 Uhr den Verhandlungsraum verlassen. Eine halbe Stunde später ist Ensslin dann allein zurückgekehrt. Es dürfte nicht unwahrscheinlich sein, dass sie Meinhof zuvor davon unterrichtet hat, von dem Anschlag auf das Springer-Hochhaus abrücken zu wollen. Darüber hinaus ist denkbar, dass dieser Schritt einer öffentlichen Bloßstellung für Ulrike Meinhof den Ausschlag gegeben haben könnte, für sich keinen anderen Ausweg mehr als den der Selbsttötung zu sehen.[118]

Zum Zeitpunkt von Ensslins Distanzierung sind den Sicherheitsbehörden die wahrscheinlichen Hintergründe für den Anschlag auf das Springer-Hochhaus bereits bekannt. Denn am 13. April 1976 hat mit Gerhard Müller ein ehemaliges RAF-Mitglied im Zuge seiner wochenlangen Verhöre auch zu den Hamburger Bombenanschlägen umfassend ausgesagt.[119]

---

116 Sebastian Haffner, Blutiges Spiel, *Stern* vom 4. Juni 1972, 24. Jg., Nr. 24, S. 114.

117 Zit. n. Aust, Baader Meinhof Komplex, S. 387.

118 Diese Schlussfolgerung wird jedenfalls in der erwähnten Darstellung von Stefan Aust nahe gelegt.

119 Müller ist als Zeuge nicht unumstritten. Das hängt nicht zuletzt mit dem Verdacht zusammen, dass er sich durch seine Aussagen eine mildere Strafe »erkauft« haben könnte. Eine ganze Zeit lang galt er als der Hauptverdächtige im Falle des am 22. Oktober 1971 in Hamburg von der RAF erschossenen Polizisten Norbert Schmid. (Zu den Einzelheiten: Peters, Tödlicher Irrtum, S. 254–256.) Margrit Schiller, die zusammen mit Müller und Ulrike Meinhof in den blutigen Vorfall verwickelt war, erklärte als Zeugin vor dem Oberlandesgericht Stuttgart: »Ich habe gesehen, wie Müller auf Schmid geschossen hat« (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 31. Juli 1976). Auch die Bundesanwaltschaft ging, wie die Anklageschrift gegen Baader u. a. vom 26. September 1974 ausweist, zunächst davon aus, dass Müller der Todesschütze gewesen sei. Das Landgericht Hamburg wollte jedoch »keine hinreichende Bestätigung« der Verdachtsmomente sehen und verurteilte ihn am 16. März 1976 wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, Beihilfe zum Mord und verschiedener anderer Delikte zu einer zehnjährigen Gefängnisstrafe.

Der am 15. Juni 1972 gemeinsam mit Ulrike Meinhof in Langenhagen bei Hannover Verhaftete schildert detailliert, wie es zu dem Bombenanschlag gekommen ist und wer ihn ausgeführt hat. Und er lässt darüber hinaus erkennen, dass es sich bei der Erklärung Ensslins um eine mit Aplomb vorgetragene Lüge handle, die die Vermutung, dass es sich bei ihrer Aussage um einen besonders aggressiven Akt gehandelt haben muss, noch einmal unterstreicht. Müller erklärt gegenüber den BKA-Beamten der Terrorismus-Abteilung: »Wenige Tage vor der Tat kam Ulrike MEINHOF, die zu dieser Zeit in Hamburg wohnte, nach Frankfurt. Sie hatte die Absicht, auf den Axel-Springer-Verlag einen Anschlag zu verüben. In einer längeren Diskussion mit den Gruppenmitgliedern BAADER, ENSSLIN, MEINS und RASPE konnte sie die Idee durchsetzen. Über taktische und operative Probleme wurde nicht gesprochen. Das überließ man der MEINHOF. Ihr wurden mehrere Rohrbomben (mindestens 3) und die dazugehörigen Uhren und Batterien übergeben. Sie wurde über die Handhabung und den Zusammenbau der Teile instruiert. Auf die Frage, wer diese Instruktionen erteilte, verweigere ich die Aussage. Unter den Bomben, die die MEINHOF mitnahm, befand sich auch eine, die von BAADER umgebaut worden war, da sie seinen Vorstellungen nicht entsprach. In dieser Bombe waren ursprünglich Wecker, Batterie und Zünder mit eingebaut. Diese Bombe wurde anschließend mit einem Spachtel Kitt, der auch in der Autobranche verwendet wird, bis oben hin abgedichtet. Bei einer der Bomben, die MEINHOF mitgenommen hatte, war als Sicherung ein Schalter – ebenfalls ein Autozubehör – vorgesehen. Bei allen Bomben, die für Hamburg vorgesehen waren, bestanden die elektrischen Verbindungen aus Bananensteckern, Kupplungssteckern, Klemmen und Lötstellen. Diese Einrichtungen waren aus Sicherheitsgründen für den Transport verwendet worden, da die Bomben erst in Hamburg fertiggemacht werden sollten. [...] Von dem Anschlag selbst habe ich aus den Nachrichten erfahren. Gegen Ende Mai – jedenfalls nach dem Anschlag – beorderte mich Ulrike MEINHOF unter dem Vorwand, im Raum Hamburg irgendwelche Einkäufe tätigen zu müssen, nach Hamburg. Diesen Vorwand äußerte sie auch gegenüber BAADER, MEINS, RASPE und ENSSLIN. Es stellte sich dann aber heraus, daß in Hamburg gar nichts zu tun war, sondern daß sie um eine Fraktionierung (eigene Gruppe in Hamburg mit bestimmten Leuten) bemüht war. In Hamburg habe ich von der MEINHOF Einzelheiten über die Ausführung des Anschlags gehört. [...] Aus Gesprächen innerhalb der Gruppe weiß ich, daß Ulrike MEINHOF die nach dem Anschlag in Hamburg herausgegebene Erklärung, wie auch alle anderen Erklärungen nach Sprengstoffanschlägen, verfaßt hat.«[120] Müller nennt auch die Namen der drei Personen, die den Anschlag verübt hätten. Es seien zwei männliche RAF-Mitglieder gewesen, die Ulrike Meinhof »unterstanden« hätten.[121]

»Mir fällt jetzt ein«, fährt er weiter fort und überführt die in dem Bekennerschreiben gemachte Angabe, dass »rechtzeitig« vor den Bombenanschlägen gewarnt worden sei, als taktische Schutzbehauptung, »daß unmittelbar darauf, als der Anschlag in Hamburg über die Nachrichten bekannt wurde, BAADER in meiner Anwesenheit die MEINHOF aus einer Telefonzelle heraus anrief. [...] BAADER kritisierte, daß bei dem Anschlag so viele Arbeiter verletzt wurden. Er hielt das aus politisch/taktischen Gründen für unmöglich. BAADER wies die MEINHOF an, in der Erklärung das ›große Bedauern‹ der RAF über die verletzten Arbeiter zu äußern und zu der tatsächlichen Warnzeit (ca. 5 Minuten) aus optischen Gründen ein paar Minuten hinzuzuschwindeln.«[122] Müllers Aussage macht deutlich, in welcher Weise

120 BKA – TE 11, z. Z. Hamburg, den 13. 4. 76, Fortführung des Zeugen Gerhard MÜLLER zum Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft Az 1 Bjs 7/76, HIS-Archiv, SO 01/001, 014, S. 72–74.

121 In einer Information des Springer-Archivs wird zwischen Ausführenden und Planung unterschieden. Als »Ausführende« werden zwei Männer, darunter der am 4. Mai 1975 seinen bei dem Überfall auf die Deutsche Botschaft in Stockholm davongetragenen Verletzungen erlegene Siegfried Hausner, und eine zum Zeitpunkt des Anschlags erst 18-jährige Frau genannt. Für die Planung wird dagegen allein Ulrike Meinhof verantwortlich gemacht. Anschlag 19. Mai 1972 auf das Hamburger Verlagshaus – Täter, Unternehmensarchiv Axel Springer AG, Bestand Axel Springer.

122 Ebenda, S. 74 f.

Scanned by CamScanner

sich Ulrike Meinhof durch Ensslins offensichtlich wahrheitswidrige Gerichtsaussage hintergangen und öffentlich bloßgestellt fühlen musste. Zwar stammte die Idee zu dem Anschlag von Ulrike Meinhof, jedoch wurde dieser von Baader, Ensslin und den anderen erst einmal abgesegnet. Außerdem wäre Meinhof ohne die Bomben und die für deren Zusammenbau und Handhabung nötigen Instruktionen überhaupt nicht dazu in der Lage gewesen. Das alles bekam sie an Unterstützung bei ihrem Besuch in einer konspirativen Wohnung in der Inheidener Straße in Frankfurt. Es kann also überhaupt keine Rede davon sein, dass Baader, Ensslin und Raspe von dem Anschlag auf das Springer-Hochhaus nichts gewusst sowie weder dessen Konzeption noch Ablauf zugestimmt hätten. Ganz im Gegenteil, ohne ihre ausdrückliche Zustimmung und tatkräftige Unterstützung wäre er gar nicht zustande gekommen.

Nach dem Hamburger Anschlag spitzt sich der Krieg, den die RAF gegen den Axel-Springer-Verlag führt, immer mehr zu einem Feldzug gegen dessen Begründer, Inhaber und Namensgeber zu. Dieser hat sich am 23. Mai bei seiner Belegschaft für den »Geist der Zusammenarbeit« und ihre Besonnenheit bedankt. In dem Fernschreiben heißt es: »meine ersten gedanken nach dem hinterhaeltigen anschlag vom 19. mai galten den verletzten. in einigen faellen konnte ich mein mitgefuehl, meine teilnahme schon persoenlich ausdruecken. wir werden alles nur moegliche tun, um das leiden und den schock der betroffenen zu lindern. und ich danke gott, dass nicht noch schrecklicheres geschah. die attentaeter hatten es geplant. [...] die welle des terrors, die schon tote kostete und bisher schiessereien auf den strassen, attentate auf justiz-, polizei- und andere oeffentliche gebaeude, eine warenhaus-brandstiftung und unzaehlige einbrueche mit sich brachte, hat am freitag vor pfingsten nun unser haus erreicht. die teufelssaat von linksradikalen ist aufgegangen. dies ist eine entwicklung, vor der ich persoenlich, vor der all unsere zeitungen seit jahren vergeblich gewarnt haben. wir werden weiter warnen, solange bis sich das blatt wieder wendet, bis der ruhige, arbeitsame buerger in unserem lande wieder ungefaehrdet seiner beschaeftigung nachgehen kann.«[123] Abschließend kündigt er die Ergreifung von Sicherheitsmaßnahmen an.

Zunächst werden seitens der Geschäftsleitung erhebliche Anstrengungen unternommen, den Schutz der Gebäude und der darin Beschäftigten zu erhöhen. Am 23. Mai wird auf einer Sitzung beschlossen, zu diesem Zweck einen Werkschutz aufzubauen, der der Pförtnerei unterstellt und die Sicherung von Grundstücken und Gebäuden wie von Ein- und Ausgängen übernehmen soll.[124] Einen Tag darauf wird seitens der Berliner Geschäftsleitung ein Rundschreiben verbreitet, mit dem alle Mitarbeiter des Springer-Verlags über die zusätzlich ergriffenen Sicherungsmaßnahmen unterrichtet werden. Darin werden alle Beschäftigten gebeten, nur noch das an der Kochstraße gelegene Hauptportal zu benutzen und beim Betreten des Gebäudes nicht nur unaufgefordert ihre Hausausweise vorzuzeigen, sondern auch mitgeführte Gepäckstücke zur Kontrolle zu öffnen.

Wie aus einem »Vertraulichen Tagebuch« des Verlagshauses Axel Springer Berlin hervorgeht, gehen bereits wenige Tage nach dem Hamburger Anschlag in der Westberliner Zentrale weitere Drohungen und Warnungen ein.[125] So meldet sich am frühen Abend des 25. Mai 1972 aus Hamburg ein Mann, der vorgibt, Axel Springer sprechen zu wollen. Er gibt seinen Namen an, nennt eine Hamburger Telefonnummer, bei der sich später herausstellt, dass sie einer Anwaltskanzlei gehört, warnt vor einem Bombenanschlag auf das Berliner Springer-Hochhaus und erklärt, dass der Anschlag bereits in zwei Stunden um 21 Uhr erfolgen solle. Er habe das, erläutert er, aus linksradikalen Kreisen erfahren. Der Anruf ist von einer Sekretärin des Vorstandsbüros entgegengenommen worden, da das Sekretariat des Verlegers nicht mehr besetzt gewesen ist. Daraufhin werden Axel Sprin-

123 Das Schreiben Axel Springers wird am 23. Mai 1973 von Ernst Cramer an Peter Tamm weitergeleitet. Unternehmensarchiv Axel Springer AG, Bestand Axel Springer. Ganz ähnlich äußert sich Springer in einem Interview mit Gerhard Löwenthal für das ZDF-Magazin. Abgedruckt in: *Die Welt* vom 25. Mai 1972.

124 Aktennotiz über ein Gespräch am 23. 5. 1972, Unternehmensarchiv Axel Springer AG, Bestand Axel Springer, 2 Seiten.

125 Vertrauliches Tagebuch, Verlagshaus Axel Springer Berlin, 26. Mai 1972, Unternehmensarchiv Axel Springer AG, Bestand Axel Springer, S. 4.

ger, der Generalbevollmächtigte der Axel Springer AG, Eberhard von Brauchitsch, und mit Hans Jürgen Mesterharm der Vorsitzende des Geschäftsführungsbereichs Zeitungen informiert. Allerdings wird das »Berliner Haus« nicht alarmiert. Ob dafür ausschlaggebend ist, dass man meint, die Warnung nicht ernst nehmen zu müssen, geht aus der Notiz nicht hervor. Erstaunlich ist auf jeden Fall, dass man nach allem, was nur wenige Tage zuvor in Hamburg geschehen ist, dieses Risiko offenbar einzugehen bereit ist. Es passiert jedoch nichts.

Kurz nach Mitternacht geht dann beim Pförtner des Springer-Hochhauses eine weitere Drohung ein. Diesmal ist es ein anonymer Anrufer. Der Mann meldet sich als »RAF« und kündigt für 1 Uhr eine Bombenexplosion an.[126] Zwischen dem Anruf und dem genannten Zeitpunkt liegen 20 Minuten. Der Pförtner verständigt einen diensthabenden Mitarbeiter und der wiederum Mesterharm. Doch der entscheidet auch diesmal, keinen Alarm zu geben. Lediglich die Polizei solle eingeschaltet werden. Auch jetzt passiert nichts. Am Morgen meldet sich um 10.30 Uhr ein weiterer Anrufer. Der Mann erklärt: »Schicken Sie einen Reporter nach Tempelhof, dort können Sie das erleben, was Sie in Hamburg versäumt haben.«[127] Diesmal wird die Schutzpolizei benachrichtigt. Dazu heißt es in dem Tagebuch weiter: »Laut Rückruf der Polizei wurde die Warnung nicht ernst genommen.«[128] Auch dieses Mal scheint es sich um einen falschen Alarm gehandelt zu haben.

Die Biografin Friede Springers, seiner letzten Frau, Erbin, Großaktionärin und stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der Axel Springer AG, schildert, wie groß die Angst des mächtigen Mannes vor Entführung oder Schlimmerem in dieser Zeit ist und wie die seit dem Ende der 1960er Jahre in Gang gesetzten Sicherheitsmaßnahmen aussehen: »Beamte in Zivil begleiteten ihn fast unbemerkt, wenn er einen öffentlichen Auftritt hatte. Als sich die Rote Armee Fraktion formierte, wurde Springer als eine der gefährdetsten Privatpersonen der Bundesrepublik eingestuft und unter Staatsschutz gestellt. Stets wurde er, wenn er im Auto unterwegs war, von gleich zwei Wagen eskortiert. Meistens saß der Verleger in seinem Mercedes, der in der Mitte fuhr. Die Begleiter tummelten sich mit ihm auf allen Bällen, saßen hinter ihm im Flugzeug, wenn er in die Schweiz, nach Israel oder Amerika reiste. Sie standen am Rand der Bühne, während er am Pult seine Rede hielt. Und sie saßen im Schichtdienst in ihren Wagen vor der Einfahrt seiner Anwesen. Axel Springer hatte Angst, manchmal sogar Todesangst. Friede erging es nicht anders. Aber sie sagte es ihm nicht. Neben dem staatlich gewährten Personenschutz hatte Springer noch einen privaten Sicherheitsdienst engagiert, der ihn in erster Linie schützen sollte, wenn er zu Hause war. Er beschäftigte einen eigenen Sicherheitschef, der die Bewachung seiner Person zu organisieren hatte. Außerdem besaß er eine Waffe mit Waffenschein, die er allerdings in Berlin nicht mitführen durfte, wo das aufgrund des Berlinabkommens verboten war. Er hielt sich zwei abgerichtete Schäferhunde und für den Fall, daß die einzige Straße von der Halbinsel Schwanenwerder versperrt sein sollte, ein Schnellboot.«[129]

Auf Springer selbst wird zwar nie ein Anschlag verübt, jedoch soll sein Name auf den Listen der von der RAF oder mit ihr kooperierenden terroristischen Gruppierungen der als mögliches Opfer ausgespähten Personen angeblich ganz oben stehen.[130] So soll der Name Springer auf einer Todesliste aufgetaucht sein, die die französische Polizei in der Pariser Wohnung des von Carlos am 27. Juni 1973 erschossenen Michel Moukarbal findet.[131] Einerseits kann es Zufall sein, dass Springer nicht wie Schleyer ein Opfer der RAF geworden ist, es kann allerdings auch an dem in seinem Fall mit einem außerordentlich hohen Aufwand betriebenen Personenschutz gelegen haben.

Springers Sicherheitsbeauftragter ist mit Paul Karl

126 Ebenda.
127 Ebenda.
128 Ebenda.
129 Inge Koepfer, Friede Springer. Die Biographie, Hamburg 2005, S. 86.
130 »Auf einer Todesliste, die in der Wohnung eines erschossenen Terroristen gefunden wurde, stand der Name Axel Springer.« Claus Jacobi, Ein Stuhl blieb leer, *Die Welt* vom 27. August 2005.
131 Jürgs, Der Fall Axel Springer, S. 313. In einem Dossier, das das BKA nach der Auswertung der in der Rue Toullier aufgefundenen Dokumente angefertigt hat, findet sich jedoch kein entsprechender Hinweis: Bundeskriminalamt, Der Fall Carlos, HIS-Archiv, We, J/100,001.

Scanned by CamScanner

Schmidt ein ehemals hochrangiger Nationalsozialist, jener Mann, der unter seinem Pseudonym Paul Carell einer der erfolgreichsten Autoren war, die in der Nachkriegszeit über den Zweiten Weltkrieg geschrieben haben.[132] Schmidt ist nach übereinstimmendem Urteil der neueren Forschung während des Krieges einer der wichtigsten Propagandisten des NS-Regimes gewesen.[133] Bereits 1931 in die NSDAP und 1938 in die SS eingetreten, stieg er zwei Jahre später zum Obersturmbannführer auf. Kurz darauf wurde er Pressesprecher des von Joachim von Ribbentrop geleiteten Außenministeriums. Eine seiner wichtigsten Aufgaben bestand darin, die täglichen Pressekonferenzen des Ministeriums durchzuführen. Es kann kein Zweifel daran existieren, dass er die Judenvernichtung nicht nur gerechtfertigt, sondern auch noch Ratschläge gegeben hat, wie Deportationen am besten zu verschleiern seien.[134] Es gibt keinerlei Hinweis darauf, dass Springer an der politischen Vergangenheit seines Vertrauten – den er nur »PC« nannte – Anstoß genommen hätte.

In der RAF-Zeit entwickelt Schmidt die Pläne zu Springers Personenschutz und sucht sich die entsprechenden Leute dafür aus. Er hat genaueste Vorstellungen davon, was für die Sicherheit seines Chefs am besten ist: »Immer den gepanzerten Mercedes benutzen, nicht irgendein Auto. Immer auf der Seite aussteigen, die der Straße abgewendet ist, damit von gegenüber kein freies Schußfeld entsteht. Immer den Hauptausgang nehmen, wenn er am Berliner Verlagsgebäude vorfährt. Immer die Route wechseln, wenn er regelmäßig bestimmte Punkte anfahren muß.«[135] All diesen Anweisungen soll Springer, wenn auch häufiger widerstrebend, Folge geleistet haben. Zuweilen allerdings soll sich der im Dauerzustand der Bedrohung Lebende den von seinen Bodyguards an ihn gerichteten Anforderungen auf eine geradezu sklavische Weise unterworfen haben.[136]

Drohanrufe gegen den Verlag, dessen Chef ebenso wie einer ganzen Reihe seiner Redakteure dürften Mitte der 1970er Jahre zahllos gewesen sein. An einem Sommermorgen jedoch ist es ein privates Anwesen Axel Springers, das Ziel eines Anschlags geworden ist. Diesmal ohne vorherigen Warnanruf. Am 5. August 1973 läuft um 7.30 Uhr ein Stubenmädchen »Feuer, Feuer!« schreiend durch einen Flur. Aus dem Reetdach des in Kampen auf Sylt gelegenen Gästehauses dringt nicht nur beißender Qualm, erste Flammen züngeln bereits empor. Der Hausmeister reißt daraufhin einen der handelsüblichen roten Handfeuerlöscher aus seiner Halterung und rennt damit zur Seeseite hin auf die Veranda. Vergeblich versucht er das sich auf dem Strohdach des Nordwestflügels ausbreitende Feuer zu löschen. Die in dem Haus untergebrachten Gäste, darunter der Wirtschaftswissenschaftler und ehemalige Bundesminister Karl Schiller sowie der Kunsthistoriker Henrik Lungagnini mit seiner Familie, können sich ebenso wie die Hausan-

---

132 Sein erfolgreichster Titel war: Unternehmen Barbarossa. Der Marsch nach Rußland, West-Berlin / Frankfurt am Main 1963. Kaum weniger erfolgreich waren: Die Wüstenfüchse. Mit Rommel in Afrika, Hamburg 1958; Sie kommen! Die Invasion 1944, Oldenburg 1960; Verbrannte Erde. Schlacht zwischen Wolga und Weichsel, West-Berlin / Frankfurt am Main 1966; Stalingrad. Sieg und Untergang der 6. Armee, Berlin / Frankfurt am Main 1992.

133 Vgl. Peter Longerich, Propagandisten im Krieg. Die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes unter Ribbentrop, München 1987; Wigbert Benz, Paul Carell. Ribbentrops Pressechef Paul Karl Schmidt vor und nach 1945, Berlin 2005.

134 »Die geplante Aktion [gegen die Budapester Juden] wird in ihrem Ausmaß große Aufmerksamkeit erregen und Anlaß zu einer heftigen Reaktion bilden. Die Gegner werden schreien und von Menschenjagd usw. sprechen und unter Verwendung von Greuelberichten die eigene Stimmung bei den Neutralen aufzuputschen versuchen. Ich möchte deshalb anregen, ob man diesen Dingen nicht vorbeugen sollte dadurch, daß man äußere Anlässe und Begründungen für die Aktion schafft, z. B. Sprengstoffunde in jüdischen Vereinshäusern und Synagogen, Sabotageorganisationen, Umsturzpläne, Überfälle auf Polizisten, Devisenschiebungen großen Stils mit dem Ziel der Untergrabung des ungarischen Wirtschaftsgefüges. Der Schlußstein unter eine solche Aktion müßte ein besonders krasser Fall sein, an dem man dann die Großrazzia aufhängt.« Nürnberger Dokument NG-2424: »Notiz für Herrn Staatssekretär« Dr. Paul Karl Schmidts v. 27. 5. 1944; Begleitschreiben Eberhard von Thaddens v. 1. 6. 1944 mit dem Betreff »Judenaktion in Budapest« zur Weiterleitung der Vorschläge Schmidts an den Reisebevollmächtigten für Ungarn, Edmund Veesenmayer, Bundesarchiv, Außenstelle Ludwigsburg.

135 Jürgs, Der Fall Axel Springer, S. 319.

136 So berichtet Jürgs etwa, dass Springer selbst im eigenen Haus immer wieder die Schlafzimmer gewechselt habe, um sich möglichen Attentätern nicht als Zielscheibe anzubieten, ebenda, S. 321.

gestellten und deren Kinder gerade noch in Sicherheit bringen.

Der »Klenderhof« gehörte ursprünglich dem jüdischen Cellisten Max Baldner. Der L-förmige Prachtbau war 1933 errichtet worden und hatte die NS-Zeit trotz einer geplanten Brandstiftung in der sogenannten Reichskristallnacht unversehrt überstanden. Einer derjenigen, die damals darin vorübergehend residierten, war mit Reichsfeldmarschall Hermann Göring einer der mächtigsten Männer des NS-Staates. Nach dem Vorbild des »Klenderhofes« ließ er in der Schorfheide sein Jagdhaus »Karinhall« errichten. In dem von Springer 1960 erworbenen Gebäude, das im Volksmund nur »Mäuseburg« heißt, waren im Laufe der Jahre zahlreiche Prominente aus Politik und Kultur zu Gast, darunter führende Politiker wie Franz Josef Strauß und Helmut Schmidt, der israelische Botschafter Asher Ben-Natan sowie die Filmschauspielerin Romy Schneider.

Trotz strömenden Regens brennt das reetgedeckte Dach des sich über dem Wattenmeer auftürmenden luxuriösen Gebäudetrakts lichterloh. Es herrscht Windstärke acht. Eine Sturmbö nach der anderen facht die Flammen immer wieder an. Die in Kampen, Wennigstedt und Westerland alarmierten Feuerwehren sind zwar mit acht Löschzügen im Einsatz, können jedoch lediglich das Übergreifen des Brandes auf den Südostflügel verhindern. Nach zweieinhalb Stunden gelingt es schließlich, den Brand unter Kontrolle zu bringen. Neben dem Dach und dem Turm wird das Obergeschoß mit den Aufenthalts-, den Konferenz- und den Gästeräumen sowie der Bibliothek zerstört. Der durch das Feuer und die Löscharbeiten verursachte Schaden soll sich auf 2,5 Millionen DM belaufen.

Die beiden mit Zündern versehenen Brandsätze, die das Feuer ausgelöst haben, waren, wie sich bald darauf herausstellt, in hellbraunes Packpapier eingewickelt und mit einem Isolierband verklebt; sie steckten sechs Zentimeter tief im Reetdach. Trotz der Einrichtung einer neunköpfigen Sonderkommission der Kriminalpolizei und der Ausschreibung einer Belohnung in Höhe von 20 000 DM verläuft die nach den Tätern eingeleitete Fahndung im Sande. Nach sieben Tagen muss deren Leiter Oberregierungskriminalrat Hans-Georg Bartsch auf einer in Kampen durchgeführten Pressekonferenz erklären, dass sie nicht den geringsten Anhaltspunkt über den oder die Täter hätten. Die Erfolglosigkeit der Fahnder bietet der auflagenstärksten deutschen Illustrierten Anlass zu einer überaus zynischen Titelzeile: »Dachschaden bei Springer. Nach dem Feuer im Gästehaus des Hamburger Großverlegers haben die feinen Leute von Sylt ein neues Gesellschaftsspiel: Wer ist der Täter?«[137] Und der Chefredakteur der linken Monatszeitschrift *konkret*, Klaus Rainer Röhl, vergreift sich in der faktischen Zuordnung des Brandanschlags ebenso wie im historischen Vergleich und schreibt unter der Überschrift »Van der Lubbe auf Sylt«: »Diesen Brandanschlag müssen engste Freunde oder Sympathisanten von Springer ausgeführt haben. Der Brand nützt ausschließlich Springer.«[138] Obwohl ein Zusammenhang mit der RAF als wahrscheinlich gilt, fehlt es an Beweisen. Der oder die Täter können nicht ermittelt werden.

Anders verhält es sich mit einem Brandanschlag anderthalb Jahre später auf Springers Chalet in den Schweizer Bergen. Auch hier führen die Ermittlungen zu keinem Ergebnis, zur allgemeinen Überraschung legt jedoch einer der beiden Täter drei Jahrzehnte später ein Geständnis ab.

Am 6. Januar 1975 verbreitet die Schweizer Presse eine Polizeimeldung, in der es heißt: »Gestern morgen gegen vier Uhr alarmierte ein Einwohner aus Gstaad den Kommandanten der Gstaader Feuerwehr, nachdem er im Gebirge oberhalb von Rougemont ein verdächtiges Leuchten bemerkt hatte. Es stellte sich heraus, daß ein mehrere Fußstunden vom Tal entfernt liegendes Chalet, der Besitz des deutschen Verlegers Axel Springer, in Flammen stand. Gestern morgen wurden Feuerwehrleute aus Rougemont und Beamte der Kantonspolizei mit dem Hubschrauber an die Brandstätte geflogen. Das zurzeit unbewohnte Gebäude ist vollständig zerstört.«[139] Einen Tag spä-

137 *Stern* vom 16. August 1973, 26. Jg., Nr. 34, S. 112 f.
138 Klaus Rainer Röhl, Van der Lubbe auf Sylt, *konkret* vom 16. August 1973, Nr. 34, S. 12–14.
139 Zit. n. Daniel de Roulet, Ein Sonntag in den Bergen. Ein Bericht, Zürich 2006, S. 109.

Scanned by CamScanner

ter berichten auch fast alle deutschen Zeitungen darüber. In manchem Artikel sind auch Fotos von der in einer einsam in einer Schneelandschaft liegenden verkohlten Ruine zu sehen. Mit einem Anruf bei der französischen Presseagentur AFP in Paris bekennt sich wenige Tage später eine angebliche, bis dahin unbekannte »Gruppe für die Befreiung von Baader-Meinhof« zu dem Brandanschlag. Der anonyme Mann erklärt, die Zerstörung sei als Warnung für die »Springer-Presse« gemeint, die »in der Bundesrepublik gefolterte Revolutionäre« angreife. Weitere Aktionen würden folgen. Das erweist sich jedoch als Ente. Der Anruf ist offenbar ein in dieser Zeit besonders verbreiteter Akt von Trittbrettfahrern.

Springers Grundstück ist 4500 Quadratmeter groß und liegt in einer Höhe von 1850 Metern. Sein Wert wird mit 670 000 Franken angegeben. Ein Bergführer erklärt, dass die Täter sehr wagemutig gewesen sein müssten.[140] Sie hätten vermutlich ihr Leben riskiert, um mitten im Winter die am höchsten Punkt der Waadtland-Gemeinde Rougemont gelegene und zu dieser Zeit als völlig unzugänglich geltende Anlage zu erreichen. Auf jeden Fall aber müssten die Brandstifter ausgezeichnete Skiläufer gewesen sein. Denn um das nicht elektrifizierte Ferienhaus durch den Tiefschnee zu erreichen, benötige man auf Skiern mindestens drei Stunden. Und in der Tat: Als die Kriminalpolizei mit einem Helikopter an den noch qualmenden Gemäuern des ausgebrannten Chalets eintrifft, entdeckt sie in dem zwei Meter tiefen Neuschnee Ski- und Fußspuren.

Als im Frühjahr 2006 in einem Schweizer Verlag ein kleines Büchlein mit dem harmlos anmutenden Titel »Ein Sonntag in den Bergen« erscheint, handelt es sich um nichts anderes als das Geständnis des Brandstifters. Es stammt von einem Schriftsteller, der bereits mehrere Romane publiziert hat und als Präsident des Schweizer Schriftstellerverbandes fungiert. Seine späte Beichte ermöglicht es, wohl besser als je zuvor Einblicke in die Anti-Springer-Psychologie eines Brandstifters zu bekommen.

Daniel de Roulet (Jg. 1944) schreibt: »Noch lange nach dem Brand des Alpenchalets, lange nach dem Ende des Kalten Krieges habe ich felsenfest geglaubt, Springer sei ein Nazi gewesen. Sollte ich mich tatsächlich geirrt haben, werde ich mich jetzt beeilen müssen, um der Lächerlichkeit zu entgehen. [...] Jetzt, da der nächste Krieg begonnen hat, will ich den Kalten Krieg durchschauen, jene Zeiten, als wir noch Sonntagsterroristen waren. Das schulde ich denen, die wir einst mit dem großspurigen Satz bedacht haben: ›Wir müssen später einmal unseren Kindern in die Augen blicken können.‹ Hier ist also mein Geständnis.«[141]

Auslöser für die Publikation ist eine doppelte Episode am Rande des Filmfestivals 2003 in Locarno. Als bei einem Empfang der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder die halb ironische, halb sarkastische Bemerkung fallen lässt, dass er inzwischen Tag für Tag das »bekämpfe«, wofür er sich »als junger Mensch engagiert« hätte, fühlt sich de Roulet in seinem Innersten getroffen. Und als bei einem anschließenden Festmahl eine deutsche Psychiaterin meint, dass Springer überhaupt »kein Nazi« gewesen sei, fühlt er sich noch mehr irritiert. Um mit sich ins Reine zu kommen, beschließt er noch am selben Abend, den »ehemaligen Tatort« in den Waadtländer Bergen wieder aufzusuchen. Als er dort eintrifft, ist er ein weiteres Mal tief irritiert. Anstelle des von ihm erwarteten machtvoll-protzigen Neubaus sieht er sich lediglich mit einer Sitzbank und einer Tafel konfrontiert. Die Inschrift stammt von dem Schweizer Nationalhelden Nikolaus von der Flüe und lautet: »Was die Seele für den Leib ist, ist Gott für den Staat.«[142] Noch eine Überraschung. Seine Reaktion beschreibt de Roulet mit den Worten: »Ein weiteres Stück meines Weltbildes brach weg. Sofort war mir klar, dieser Mann hat Stil.«[143] Er fasst nun den Beschluss, sich eingehender mit der Biografie seines damaligen Hassobjekts Axel Springer befassen und darüber schreiben zu wollen. Die Voraussetzung dafür ist gegeben, seitdem seine damalige Gefährtin, die die Tat im Januar 1975 mit ausgeführt hat, ein paar Jahre zuvor einer tödlichen Krankheit erlegen ist.

In der *Welt* schildert er im Frühjahr 2006 dem

140 Peter Amstutz, Winters war für den Pressezaren der Bergsitz kaum zu erreichen, *Frankfurter Rundschau* vom 8. Januar 1975.

141 Roulet, Ein Sonntag in den Bergen, S. 14.

142 »Den Alpen die Reinheit zurückgeben« [Interview mit Daniel de Roulet], *Die Welt* vom 6. März 2006.

143 Ebenda.

journalistischen Flaggschiff der Axel Springer AG minutiös das Vorgehen: »Ich habe eine Landkarte gekauft, auf der Springers Chalet eingezeichnet war. Anschließend bin ich einige Male nach Rougemont bei Gstaad gereist und habe die Gegend inspiziert. Am Tag der Tat stiegen wir mit Skiern den schneebedeckten Hang hoch. Es war ein strahlender Sonntagmorgen. Meine Partnerin hatte ihre blonden Haare unter einer schwarzen Perücke versteckt. Im Rucksack fanden sich die Tatwaffen: zwei dicke Weihnachtskerzen, die den Brand mit einer gewissen Verzögerung entfachten. [...] Als ich vor Springers Bücherwand stand, hatte ich Skrupel. Das Verbrennen von Büchern symbolisiert für mich immer noch sehr stark die Nazizeit. [...] Indem ich eine antifaschistische Tat begehen wollte, bediente ich mich der Mittel der Nazis. [...] Ich installierte die beiden Kerzen so, daß sie zuerst runterbrennen mußten und anschließend die Stoffe und das Holz entzünden. Dies gab uns die nötige Zeit, um zu flüchten. Die Skiabfahrt war dann auch der gefährlichste Teil der Aktion. Das Haus brannte rund zwölf Stunden später ab, doch wir befanden uns bereits nicht mehr im Tal. In einem anonymen Schreiben bekannten wir uns unter dem Titel ›Operation Berchtesgaden‹ zur Tat. Erstaunlicherweise wußte die Presse sofort, was dieser Vergleich bedeutete.«[144] Springers Ferienort in den Schweizer Alpen war in ihren Augen also mit Hitlers Alpenfestung, dem Obersalzberg bei Berchtesgaden, vergleichbar.[145] Sie verstanden ihre Brandstiftung als eine Aktion »in der Tradition des Widerstands gegen den Nationalsozialismus«.[146] Und genau an diesem Punkt – der vermeintlichen NS-Vergangenheit des verhassten Verlegers – bricht 2003 das Rechtfertigungsgebäude wie ein Kartenhaus in sich zusammen. De Roulet reist mit dem ICE nach Hamburg und erhält während der Fahrt durch die Lektüre einer Axel-Springer-Biografie die Bestätigung für die an dem Abend in Locarno von der deutschen Psychiaterin aufgestellten Behauptung, dass der Verleger alles Mögliche, aber gewiss kein Nazi gewesen sein kann.

Insbesondere in dem Teil der außerparlamentarischen Linken, die sich mit der DDR als dem vermeintlich antifaschistischen Staat identifizierte, waren erhebliche Anstrengungen unternommen worden, um braune Flecken in Springers Biografie ausfindig zu machen.[147] So schrieb etwa Martin Buchholz zur Zeit des Mahler-Prozesses im *Berliner Extra-Dienst* höhnisch über den Verleger: »Der bundesrepublikanische Chef-Wiedergutmacher, der sich schon 1933 mit Hakenkreuz-Armbinde und NSKK-Uniform als strammer Jung-Nazi ablichten ließ, ist in philosemitischen Enthusiasmus verfallen, seit die Israelis 1967 den Deutschen zeigten, wie man auch ›mit unseren Arabern‹ fertigwerden kann.«[148] Auf dem Titelbild wird der Leserschaft demonstrativ gezeigt, wie der 21-Jährige unter den Mitarbeitern der *Bergedorfer Zeitung* als Einziger in NS-Uniform zu sehen ist. Aber dieser Eindruck täuscht. Springer war, nach allem was bislang über seine Biografie bekannt geworden ist, weder ein Nazi noch ein Antifaschist, am ehesten noch war er ein Unpolitischer.[149] Allerdings scheint er – wie etwa der Fall des ehemaligen SS-Sturmbannführers Giselher Wirsing beweist, der des dem Strasser-Flügel nahestehenden, völkisch eingestellten, langjährigen *Welt*-Chefredakteurs Hans Zehrer un-

144 Ebenda.

145 Roulet, Ein Sonntag in den Bergen, S. 33.

146 Ebenda, S. 18.

147 So warf etwa Bernt Engelmann die Frage auf: »Wie konnte ein junger Mann, der 1933 gerade einundzwanzig Jahre alt wurde, das ›Dritte Reich‹ und den Krieg durchstehen, ohne irgendeine Uniform anziehen zu müssen?« Bernt Engelmann, Die Macht am Rhein. Meine Freunde die Geldgiganten, Berlin 1985, S. 569. Weiter scheint der Schriftsteller, dem für seine Arbeit in der DDR die einschlägigen Archive offen standen, jedoch nicht gekommen zu sein.

148 Martin Buchholz, Springer und die Juden, *Berliner Extra-Dienst* vom 18. Februar 1970, IV. Jg., Nr. 14, S. 1 f.

149 Michael Jürgs, der sich Ende der 1960er Jahre selbst zur APO gezählt hat, schreibt in der von ihm verfassten Springer-Biografie: »Er war nicht besser als andere und nie in der Partei, nur ein paar Monate lang als Anwärter im Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps. Seine politischen Gegner hätten ihm gerne bei den Auseinandersetzungen um seinen Konzern braune Ergüsse nachgewiesen und haben intensiv in den Archiven gesucht, aber es gab in den Zeitungen, für die er schrieb, nichts zu finden, nur Betrachtungen eines zutiefst Unpolitischen.« Jürgs, Der Fall Axel Springer, S. 24; kaum anders fällt die Einschätzung in einer anderen Springer-Biografie aus: »Axel Springer war kein Nazi. Und er war kein mutiger Held der Opposition.« Henno Lohmeyer, Springer. Ein deutsches Imperium, Berlin 1992, S. 61.

Scanned by CamScanner

terscheidet sich nur wenig davon – keinerlei Bedenken gehabt zu haben, ehemals überzeugte Nationalsozialisten und Antisemiten in Organen seines Verlags schreiben zu lassen, sie einzustellen und ihnen wichtige Aufgaben anzuvertrauen.

Der Tod Rudi Dutschkes und der Selbstmord des Springer-Sohnes Sven Simon

Gegen Axel Springer steht seit dem Gründonnerstag 1968 ein Schuldvorwurf im Zentrum der meisten gegen ihn und seinen Verlagskonzern gerichteten Attacken – er habe durch die von ihm zu verantwortende Pressehetze seiner Zeitungsorgane den Mordanschlag auf Rudi Dutschke ausgelöst. Die erstmals während der Auslieferungsblockaden Ostern 1968 bundesweit zu hörenden »Mörder, Mörder«-Rufe hallen jahrelang nach. Bei Prozessen, wie dem gegen Horst Mahler etwa, werden sie von Teilen des Publikums wiederholt intoniert. Als schließlich der Mann, der wie kein Zweiter die 68er-Bewegung verkörpert, ganz überraschend am Heiligabend 1979 im Alter von nur 39 Jahren im dänischen Aarhus stirbt, wird der Vorwurf von vielen Seiten noch einmal erneuert. Für nicht wenige steht anscheinend fest, dass Axel Springer die Schuld am vorzeitigen Tod Dutschkes trägt. Der infolge eines epileptischen Anfalls in seiner Badewanne Ertrunkene sei ein Spätopfer des Attentats. Dieser Teil der vielerorts verbreiteten Behauptungen ist offenbar zutreffend. Denn Dutschke ist nach seiner massiven Gehirnverletzung wiederholt von derartigen Anfällen heimgesucht worden. Die dieser Vorwurfshaltung zugrunde liegende Argumentation jedoch, die nur durch eine Verkettung mehrerer in sich bereits fragwürdiger Argumentationsglieder aufgestellt werden kann, ist mehr als nur gewagt, sie ist überaus kurzschlüssig.

Obwohl die Berichterstattung der aus dem Hause Springer stammenden Berliner Lokal- und Boulevardblätter maßgeblichen Anteil an der sich zu Beginn des Jahres 1968 gegen Dutschke, den SDS und die APO insgesamt ausgebreiteten Pogromstimmung getragen haben dürfte, so muss eine unmittelbare Verknüpfung mit den Motiven des Attentäters – trotz der von Josef Bachmann während des Mahler-Prozesses abgegebenen Dementis – eher zweifelhaft erscheinen. Dutschke scheint das Opfer eines Rechtsradikalen gewesen zu sein, der nicht in West-Berlin lebte und deshalb nicht von der durch die genannten Lokalblätter angeheizten Stimmung besonders beeinflusst gewesen sein dürfte.

Dutschke wird am Morgen des 3. Januar 1980 auf dem St.-Annen-Friedhof in Berlin-Dahlem beerdigt. Bei klirrender Kälte folgen mehrere Tausend ehemalige Weggefährten dem Sarg. Die Traueransprache hält sein väterlicher Freund und Mentor Helmut Gollwitzer.

Am Morgen desselben Tages entdeckt eine Spaziergängerin auf einer Parkbank an der Alster den Leichnam eines jungen Mannes, neben dem ein Hund sitzt, der ganz den Eindruck vermittelt, als wolle er den Toten bewachen. Es handelt sich, wie sich schnell herausstellt, um Axel Springers Sohn, der sich als Fotograf und Begründer einer Fotoagentur einen Namen gemacht hat, in der Öffentlichkeit aber meist nur unter dem Namen Sven Simon bekannt ist. Der 38jährige hat sich mit einer »Smith & Wesson«, die er zum Schutz gegen Terroristen mit sich führt, genau zwischen die Augen geschossen.[150] Der Tote wird von Sicherheitsberater Paul Karl Schmidt identifiziert.[151]

Als dem Vater die schreckliche Nachricht von der Polizei am Vormittag telefonisch mitgeteilt wird, soll er im ersten Moment zwar noch die Fassung bewahrt haben, dann jedoch völlig zusammengebrochen sein und tagelang geweint haben.[152] In einer in den Mittagsstunden vom Verlag verbreiteten Verlautbarung heißt es: »Im Anschluß an eine vor einem halben Jahr aufgetretene Allgemeininfektion traten bei Springer junior depressive Verstimmungen ein. Axel Springer

150 Vgl. das Kapitel »Tod auf der Parkbank oder Die Befreiung von der Last, ein Springer zu sein«, in: Lohmeyer, Springer, S. 17–50.

151 Benz, Paul Carell, S. 104. Schmidt hatte zuvor bereits die Polizeiberichte durchgesehen und war dabei auf die Meldung von einem unbekannten Toten – »Mann, zwischen 35 und 40, Selbstmord« – gestoßen.

152 Koepfer, Friede Springer, S. 105.

junior hatte sich lange Zeit mit großem Erfolg als Fotograf unter dem Pseudonym Sven Simon einen Namen gemacht. Nach seinem Eintritt in das väterliche Haus übernahm er zunächst eine Reihe journalistischer Entwicklungsaufgaben. Zur Zeit seines Todes war er einer der Chefredakteure der ›Welt am Sonntag‹.«[153] Das jedoch ist lediglich die offizielle Version, mit der möglicherweise weitergehenden Gerüchten um ein Motiv das Wasser abgegraben werden soll.[154] Laut einer von der *Bild*-Zeitung am darauf folgenden Tag verbreiteten Meldung soll der Tote einen Abschiedsbrief hinterlassen haben.[155] Diese Meldung wird dann aber kurze Zeit später dementiert. In einem von Claus Jacobi in der *Welt am Sonntag* veröffentlichten Nachruf heißt es dazu klipp und klar: »Er hinterließ keinen Abschiedsbrief.«[156] Die Zweifel daran wollen jedoch nicht verstummen. So meldet die Münchner *Abendzeitung* in einem von Curt Werner und Stefan Esser verfassten Hintergrundbericht: »Neben dem Toten auf der Parkbank fand die Polizei einen Abschiedsbrief, über dessen Inhalt nichts bekannt wurde.«[157] Falls diese Information zutreffend sein sollte, dann ist auch naheliegend, warum über den Inhalt dieses Briefes striktes Stillschweigen bewahrt worden sein dürfte.

Doch noch in eine ganz andere Richtung kommen – obgleich aufgrund der darin unterstellten zeitlichen Abfolge von vornherein absurde – Spekulationen auf. Als der Filmexperte der *Welt am Sonntag*, Will Tremper, gar den Verdacht äußert, daß Hamburger Freunde von Dutschke sich nach (sic!) dessen Beerdigung an Axel Springer jr. gerächt hätten, weil sie an seinen Vater nicht herangekommen wären, weist das Günter Prinz aus der Chefredaktion der *Bild*-Zeitung mit Entschiedenheit zurück und hält ihm entgegen: »Es war eindeutig Selbstmord, Will. Es gibt auch einen Abschiedsbrief.«[158] Damit steht Aussage gegen Aussage. Und mit Jacobi und Prinz stammen sie von zwei der wichtigsten Gefolgsleute Springers überhaupt. Die erste Feststellung ist jedoch öffentlich verbreitet worden, die andere hingegen erst Jahre danach durch die Recherchen eines Biografen ans Tageslicht gekommen.

Allein die zeitliche Koinzidenz zwischen der Dutschke-Beerdigung auf der einen und dem Suizid von Springer jr. auf der anderen Seite ist jedoch ausreichend, um noch weitreichenderen Spekulationen Nahrung zu geben. Dutschkes Witwe Gretchen scheint sich in dieser Hinsicht jedenfalls ganz sicher zu sein. In der Biografie »Wir hatten ein barbarisches, schönes Leben« schreibt sie anderthalb Jahrzehnte später: »Über Axel Springer, der das Gesicht dieser Presse, die ›mordete und weiter mordet‹, personifizierte, schwebten an diesem Tag zwei Leichen. Sven Simon hatte sich umgebracht, um für seinen Vater zu sühnen. Er war nicht wie sein Vater. Er hatte die Bewegungen dieser Jahre verstanden. Und er wird gewußt haben, welche Wirkung seine Tat an diesem Tag haben mußte.«[159] Woher, mag sich der Leser fragen, will sie das alles wissen? Sühnen wollen, Bewegungen verstehen? Das klingt vermessen. Jedoch findet sich in der Biografie ein Anhaltspunkt, der

153 Zit. n. Jürgs, Der Fall Axel Springer, S. 353.

154 In diesem Sinne äußert sich auch die Biografin von Springers letzter Frau: »Die Kinderkrankheit, die ihm so auf die Seele geschlagen haben sollte, diente als offizieller Grund für den Freitod des Juniors.« Koepfer, Friede Springer, S. 107.

155 »Mit einem Schuß aus einem 9 mm-Revolver hat sich der älteste Sohn des Großverlegers Axel Caesar Springer, Axel Springer junior, gestern im Hamburger Alsterpark (angeblich hat Springer jr. sich in den Mund geschossen) das Leben genommen. Die Polizei fand die im Gesicht kaum noch identifizierbare Leiche des 38 Jahre alten Journalisten am frühen Morgen ausgestreckt auf einer Parkbank. Daneben soll ein Abschiedsbrief gelegen haben.« *Bild*-Zeitung vom 4. Januar 1980.

156 *Welt am Sonntag* vom 6. Januar 1980. Jürgs zitiert außerdem Springers Sicherheitsberater: »Es gab definitiv keinen Abschiedsbrief, beteuert Schmidt-Carell, das ist eine von vielen Spekulationen, frei erfunden.« Um dann mißtrauisch hinzuzufügen: »Und selbst wenn es einen gegeben hat, meint ein anderer, dann liegt der bestimmt nicht mehr in der Asservatenkammer der Hamburger Polizei.« Jürgs, Der Fall Axel Springer, S. 360.

157 *Abendzeitung* vom 4. Januar 1980.

158 Tremper soll Prinz nach der Lektüre des Aufmacher-Artikels über den Selbstmord in der *Bild*-Zeitung aufgeregt angerufen und erklärt haben: »Der Axel wurde ermordet. Nach der Beerdigung von Dutschke vorgestern in Berlin hatten sich seine Hamburger Freunde besoffen und sind mit dem Vorsatz nach Hause gefahren, Rache zu nehmen. An den Alten kommen sie nicht ran. Also haben sie sich den kleinen Axel vorgenommen. Mensch Günter, das ist doch klar wie Kloßbrühe ...« Lohmeyer, Springer, S. 20.

159 Gretchen Dutschke, Rudi Dutschke, S. 483.

Scanned by CamScanner

zumindest dazu dienen könnte, die Existenz eines schlechten Gewissens bei Sven Simon zu bestätigen. Sie schildert, wie sie im Beisein ihres Mannes von einer Freundin Kinderkleidung erhalten hatte, die nicht von dieser, sondern von Axel Springers Sohn stammte. Er hatte sie den beiden Kindern Hosea und Polly gespendet, um damit die unter ungesicherten materiellen Verhältnissen lebende Dutschke-Familie zu unterstützen. Um sie davon zu überzeugen, die Annahme der Sommerkleider zu akzeptieren, hatte die Freundin noch hinzugefügt: »Der ist nicht wie sein Vater, er sympathisiert mit uns.«[160] Sie wüsste das von ihrer Schwester, fährt sie fort, die würde ihn gut kennen.

Eine durchaus ähnliche, jedoch keinerlei Verbindung zum Tod Dutschkes herstellende Ansicht vertritt mit Eduard Rhein, dem Begründer der *Hör zu*, eine der wichtigsten und für seine Unabhängigkeit bekannten Personen aus der Anfangszeit des Verlages. Er erklärt: »Ich empfinde seinen Freitod als einen öffentlichen Protest gegen seinen Vater.«[161] Demnach also doch ein bestimmtes Motiv für den Selbstmord? Aus Protest gegen den Vater, damit aber auch aufgrund eines Schuldvorwurfs im Zusammenhang mit dem frühzeitigen Tod Dutschkes? So weit jedenfalls will Rhein offenbar nicht gehen.

Doch damit nicht genug der tragischen Verstrickungen. Der ehemalige Chefredakteur der *Bild*-Zeitung, Peter Boenisch, ist der Überzeugung: Als der Verlagserbe tot aufgefunden worden sei, wäre auch das Leben seines Vaters, des Verlegers, zu Ende gewesen.[162] Die fünf Jahre, die er danach noch lebte, seien ein »Selbstmord auf Raten« gewesen. Insofern kann es durchaus sein, dass auch Axel Springer – vermittelt über den Selbstmord seines Sohnes und offenkundigen Wunschkandidaten für seine Nachfolge – an dem zwei Jahrzehnte zuvor ausgebrochenen und in der Folge ständig weiter eskalierenden Konflikt zugrunde gegangen ist. Nach allem, was darüber bekannt ist, erscheint es als zweifelhaft, ob Springer die Gründe und das Ausmaß des Hasses, das ihm in dieser Zeit entgegengeschlagen ist, jemals ermessen oder gar verstanden hat.[163]

In der Politik-, Medien- und Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland gibt es jedenfalls kaum einen anderen Konflikt, der so tief sitzt und immer noch als so schwer überwindbar gilt. Am Namen Springer – egal, ob damit der verstorbene Verleger oder die von ihm begründeten Einrichtungen gemeint sind – scheiden sich noch heute die Geister. Eine polarisierende Kraft, die in einem nur schwer vorstellbaren Gegensatz zur Person Axel Springers steht.

Resümee

Welche Schlussfolgerungen sind aus der ebenso vielschichtigen wie tiefreichenden Geschichte, des mit terroristischen Mitteln zum Bombenkrieg zugespitzten Konflikts um Axel Springer und sein Verlagsimperium zu ziehen?

Erstens: Kaum eine Zielsetzung des SDS und der APO hatte eine so polarisierende Wirkung, andererseits aber auch eine derartig starke Resonanz wie die Anti-Springer-Kampagne. Hier sind die Rolle der Massenmedien in ihrer problematischsten Funktion, der monopolartigen Ausweitung ihrer Macht zu einem demokratisch nicht mehr zu kontrollierenden Faktor, und eines der zentralen politischen Kampfziele, Axel Springers Pressekonzern zu enteignen oder zumindest zu entflechten, um die sich darin anbahnende Gefahr für die parlamentarische Demokratie

160 Ebenda, S. 305.

161 Zit. n. Lohmeyer, Springer, S. 50.

162 Jürgs, Der Fall Axel Springer, S. 362. »Nach ›Aggelis‹ Tod, sagt Peter Boenisch, hat er sich eigentlich aufgegeben und sich nicht gegen seine Krankheiten gewehrt, sozusagen Selbstmord auf Raten gemacht.« Ebenda, S. 394. Diese Ansicht, unterstreicht Jürgs Boenischs Darstellung, würde auch von anderen so gewichtigen Repräsentanten des Axel-Springer-Verlags wie Peter Tamm, Claus Jacobi, Claus-Dieter Nagel und Paul Schmidt-Carell vertreten.

163 Diese Ansicht vertritt jedenfalls einer der Springer-Biografen, der dem Verleger ein gerüttelt Maß an Weltfremdheit unterstellt: »Enteignet ihn, rufen sie, und er kann sich gar nicht erklären, warum plötzlich die Studenten gegen ihn sind. Hat er nicht immer wieder Studentenwohnheime unterstützt?« Jürgs, Der Fall Axel Springer, S. 250.

zu bannen, unmittelbar miteinander verknüpft gewesen. Die Grundidee zu dieser Kampagne stammte jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach nicht aus dem SDS, sondern von der SED. In der Staatspartei der DDR hatten die Angriffe auf die *Bild*-Zeitung und andere Presseorgane des Hauses Springer eine sehr viel längere Vorgeschichte. Sie geht bis in die Zeit vor dem Mauerbau zurück. Als der SDS dann 1967 mit seiner Forderung »Enteignet Springer!« an die Öffentlichkeit trat, reagierte das Politbüro der SED sofort mit der Bildung einer eigenen Aktionsgruppe zur Unterstützung der Kampagne. In diesen Zusammenhang gehört auch, dass zur selben Zeit der *Berliner Extra-Dienst* gegründet wurde, dessen rotes Emblem ganz offensichtlich als Kampfansage an die *Bild*-Zeitung wahrgenommen werden sollte. Zwar wurde die Anti-Springer-Kampagne vom SDS in eigener Regie geführt, der Impuls dazu dürfte jedoch von interessierter Seite in Ost-Berlin ausgegangen sein.[164]

Zweitens: Der Kulminationspunkt der 68er-Bewegung war zweifelsohne das Dutschke-Attentat und der darauf folgende Versuch, die Auslieferung von Springer-Zeitungen zu verhindern. Diese Reaktion auf den Mordanschlag lag zwar wegen der dauernden Diffamierung der rebellischen Studenten in der Luft, ließ sich jedoch nicht mit der Person des Attentäters und dessen Motivation zwingend in Verbindung bringen. Bachmann scheint, nach allem, was bekannt ist, tatsächlich rechtsradikal eingestellt gewesen zu sein, ob er jedoch auch Manipulationsobjekt der Springer-Presse war, muss trotz seines späteren Dementis vor Gericht bezweifelt werden. Was 1969 in seinem Strafprozess aufgedeckt werden konnte, spricht jedenfalls nach wie vor eher dafür, dass er von der *Deutschen National-Zeitung* entsprechend beeinflusst worden sein könnte. Dann wäre er vor allem ein propagandistisches Objekt des von dem rechtsradikalen Münchner Verleger Gerhard Frey herausgegebenen Blattes gewesen. Insofern dürfte die von den Demonstranten seinerzeit verbreitete Parole »Bild schoß mit« zumindest einseitig gewesen sein. Und Wolf Biermann müsste möglicherweise eine Strophe seines Liedes »Drei Kugeln auf Rudi Dutschke« dahingehend verändern, dass es nun hieße: »Die Kugel Nummer eins kam aus Gerhard Freys Blätterwald«.

Drittens: Die RAF hat – wie der aus einer ihrer programmatischen Schriften zitierte Abschnitt beweist – an die Anti-Springer-Kampagne einerseits unmittelbar anzuknüpfen versucht, andererseits aber nicht nur in einem materiellen Sinne zerstörerische, sondern auch offen terroristische Konsequenzen daraus gezogen. Sie tat so, als sei sie der bewaffnete Arm der längst untergegangenen APO. Axel Springer war für sie wie kein Zweiter so etwas wie der Erzfeind. Er erschien wie eine negative Idealfigur des Establishments, mit dem vollständigen Wertekanon der 1950er Jahre und einer überaus resistenten »Heile Welt«-Ideologie. In Springers Person bündelte sich all das, wogegen die RAF ihren Krieg führte: der Antitotalitarismus, der Proisraelismus, der Proamerikanismus, das Festhalten an der deutschen Einigung, die Verteidigung des kapitalistischen Wirtschaftssystems und die emphatische Propagierung eines Freiheitsideals. Die Zerschlagung des von ihm geschaffenen Medienimperiums galt als Schlüssel dafür, die »Manipulation« der lohnabhängigen Massen zu verhindern und sie statt dessen selbst zum Objekt einer revolutionär gesinnten Agitation machen zu können. In der Phantasie der RAF schien zwischen der politischen Apathie der Massen und ihrer klassenkämpferisch ausgerichteten Mobilisierung vor allem dieser zwar mächtige, von seinem Habitus aber eher moderat eingestellte Mann zu stehen.

Viertens: Die APO ist längst Geschichte, die den 68ern folgenden Protestbewegungen sind vorüber und die RAF hat sich vor einigen Jahren endgültig aufgelöst, der Konflikt mit den Springer-Zeitungen hält dagegen, auch wenn er sich abgeschwächt hat, jedoch immer noch an. Trotz aller soziokulturellen Wandlungen und sie beeinflussender technischer Innovationen ist der Name Springer in den Augen vieler ein Stigma geblieben. Ein ums andere Mal scheint sich dieser Konflikt, wie eine Reihe von Auseinandersetzungen während der rot-grünen Regierungskoalition bewiesen hat, auf einem niedrigeren Niveau zu erneuern. Dass die aus den 1960er Jahren rührende Gegnerschaft immer noch so tief verankert ist, liegt nicht zuletzt an einer in der Bundesrepublik häufig

164 Das jedenfalls ist die Behauptung eines ehemaligen wissenschaftlichen Mitarbeiters der Gauck-Behörde, der glaubt, dafür Belege gefunden zu haben: Hubertus Knabe, Der diskrete Charme der DDR. Stasi und Westmedien, Berlin 2001.

Scanned by CamScanner

innerhalb der politischen Lager anzutreffenden Haltung der Kommunikationsverweigerung und einer nur mangelhaft ausgebildeten Dissenztoleranz. Diese sich aktualisierenden Konflikte in der Presse- und Medienlandschaft sind Ausdruck von weit zurückreichenden Verwerfungen in der politischen Kultur, für die der mit dem Hamburger Großverleger ausgetragene Kleinkrieg der RAF nur die zugespitzteste, terroristische Form war.

Luise Tremel

Li*terror*isierung
Die RAF in der deutschen Belletristik zwischen 1970 und 2004

Eigentlich sollte der Deutsche Bundestag am 7. Juni 1972 über staatliche Strategien gegen weitere Anschläge der RAF diskutieren; die parlamentarische Debatte wandte sich jedoch wiederholt von ihrem erklärten Thema ab und uferte in einen Angriff auf einige der namhaftesten deutschen Schriftsteller und Intellektuellen aus.[1] So bezeichneten wütende Parlamentarier Heinrich Böll als »intellektuelle[n] Helfershelfer«[2] der RAF sowie als »geistige[n] Bombenleger«.[3] Zu diesem Zeitpunkt beschränkte sich Bölls Beteiligung an der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Phänomen RAF auf einen einzigen veröffentlichten Artikel, seine Anfrage »Will Ulrike Meinhof Gnade oder freies Geleit?«. In diesem Artikel beschuldigt Böll einerseits die Springer-Presse der Verbreitung von »Verhetzung, Lüge, Dreck«[4] und kritisiert die Erbarmungslosigkeit der Politik gegenüber der RAF, spricht sich andererseits jedoch ausdrücklich gegen den bewaffneten Kampf aus, den er als »sinnlose[n] Krieg« bezeichnet.[5] In den darauf folgenden Jahren verfasste Heinrich Böll mehrere Prosawerke, in denen er die Misshandlung friedfertiger Bürger durch aggressive Medienvertreter und Beamte auf Terroristenjagd in den Vordergrund rückte. Obwohl seine Kritik an der RAF nicht nachließ, wurden sein Haus und Grundstück zahllose Male polizeilich durchsucht. 1977, kurz nach Beginn der Schleyer-Entführung, wurde Böll von Kurt Biedenkopf und Ernst Albrecht als besonders problematischer »Sympathisant« bezeichnet, ebenso der Norddeutsche Rundfunk und »Hochschullehrer«.[6] Für die Bemerkung »Das eigentliche Problem des Staates sind nicht die Terroristen selbst, sondern [...] die sogenannten Intellektuellen und Linksliberalen«[7] erhielten die beiden konservativen Politiker auf dem niedersächsischen CDU-Landesparteitag frenetischen Applaus. Wie diese Beispiele verdeutlichen, war in den 1970er Jahren jegliche Kritik an den staatlichen und medialen Anti-Terrorismus-Maßnahmen tabu – ja Äußerungen, die auch nur ansatzweise für einen milden Umgang mit der radikalen Linken warben, wurden von einigen für *schlimmer* befunden als terroristische Gewalttaten selbst.[8]

Heute, am Anfang des 21. Jahrhunderts, sind Schi-

1 Der CDU-Abgeordnete Friedrich Vogel bezog sich auf »die Bölls und Brückners«. Deutscher Bundestag, Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 6. Wahlperiode, 188. Sitzung, 7. Juni 1972, S. 10986.

2 Ebenda, S. 10985 f.

3 Ebenda, S. 11046.

4 Heinrich Böll, »Will Ulrike Meinhof Gnade oder freies Geleit?«, *Der Spiegel* vom 10. Januar 1972, 26. Jg., Nr. 3, S. 54–57. Heinrich Bölls Kritik richtete sich hauptsächlich an den Axel Springer Verlag, namentlich an die *Bild*-Zeitung, bereits zwischen 1964 und 1978 mit rund 4 Millionen verkauften Exemplaren pro Tag die auflagenstärkste Zeitung Deutschlands. Tobias Fröhlich, »Bild Chronik«, Axel Springer Verlag, www.axelspringer.de/inhalte/pressese/inhalte/fotolounge/texte_bild/chronik.htm (2. Februar 2005).

5 Ebenda, S. 30.

6 Ebenda, S. 1.

7 Eckart Spoo, »Schuld sind die ›sogenannten Intellektuellen‹«, *Frankfurter Rundschau* vom 12. September 1977, S. 1.

8 Sowohl der öffentliche Konsens als auch neue Gesetze wie die Paragraphen 88a und 130a des Strafgesetzbuches kriminalisierten die verbale Unterstützung oder Verteidigung bewaffneter Gruppen.

Scanned by CamScanner

kanen gegen Intellektuelle oder Künstler, die eine Dämonisierung der RAF ablehnen, für die meisten jungen Deutschen unvorstellbar: Die Gruppe ist zu einem Element der Popkultur sowie zu einem Konsumobjekt geworden; ihre Anführer sind Ikonen. Modeläden vermarkten T-Shirts, die mit dem RAF-Logo bedruckt sind,[9] in einem erfolgreichen Popsong bedauert ein junger Rapper, dass sich seine Altersgenossen für Big-Brother-Darsteller begeistern anstatt für Andreas Baader oder Gudrun Ensslin,[10] und für Bildbände über tote RAF-Mitglieder finden sich Verleger wie Leser.[11] Zur gleichen Zeit trifft das Thema RAF jedoch nach wie vor politische Empfindlichkeiten, wie die öffentliche Kontroverse um die Berliner RAF-Ausstellung und den zunächst geplanten Namen »Mythos RAF« zeigte. Trotz der Aufregung um die Ausstellung kann es keinen Zweifel geben, dass sich der öffentliche Umgang mit dem Thema RAF ungeheuer gewandelt und auch entspannt hat.

Dieser Aufsatz soll zu einem besseren Verständnis der Veränderungen in der gesellschaftlichen Reaktion auf den Linksterrorismus beitragen, indem er die in den vergangenen 35 Jahren erschienenen literarischen Repräsentationen der RAF bespricht und deren Wandel aufzeigt. Eine solche umfassende Analyse der Belletristik zum Thema RAF ist deshalb von Interesse, weil sie Aufschluss über die Historisierung des bewaffneten Kampfes gibt, d. h. den Perspektivwechsel, der den Wandel der RAF von einer politischen Kraft zu einem historischen Phänomen begleitet hat. Eine Sichtung der zahlreichen literarischen Texte, die bis Ende 2004 zum Thema RAF entstanden sind, zeigt überraschenderweise, dass jedes dieser Werke in eine von nur drei Kategorien des belletristischen Umgangs mit dem Terrorismus fällt. Die erste Textgruppe, die nur aus Werken der Jahre 1970 bis 1987 besteht, beschäftigt sich mit den Auswirkungen der staatlichen Terrorismusbekämpfung auf die Gesellschaft sowie auf Sympathisanten. Die zweite in der Literatur erkennbare Gruppe konzentriert sich auf den Terroristen als Privatperson; entweder zeigen diese Werke wirkliche RAF-Mitglieder in fiktiven Situationen, oder sie beschreiben die Gedanken- und Gefühlswelten gänzlich fiktiver Terroristen. Die meisten Werke dieser Art stammen aus den Jahren 1988 bis 1993, jedoch ist dieser Ansatz auch in vereinzelten späteren Texten zu finden. Nostalgische sowie romantisierende Texte bilden die dritte Kategorie der literarischen Beschäftigung mit der RAF; in diesen ab 1997 erschienenen Werken fungiert der Terrorismus zumeist als aufregende Kulisse für Kriminal- oder Liebesgeschichten. Die klare zeitliche Begrenzung der drei Kategorien sowie die temporale Bindung verschiedener literarischer Ansätze an bestimmte Ereignisse oder Phasen der Geschichte des deutschen Terrorismus, wie beispielsweise an den Herbst 1977 oder an die Auflösungserklärung der RAF, legen nahe, dass die literarische Beschäftigung mit dem bewaffneten Kampf als direkte Reaktion auf gesellschaftliche Entwicklungen zu verstehen ist. In diesem Aufsatz analysiere ich für die drei Kategorien besonders typische Texte und erörtere die Rolle sozialer Veränderungen bei der Entstehung dreier sich deutlich voneinander unterscheidender Arten von Literatur. Zwar hat die Wissenschaft einzelne Werke oder isolierte Phasen der literarischen Verarbeitung der RAF bereits erfasst, jedoch existiert bisher keine Studie zur Entwicklung der RAF-Belletristik von der Gründung der Gruppe bis zur Gegenwart, welche die Literatur der verschiedenen Phasen in eine historische Perspektive rücken könnte.[12] Mit diesem Aufsatz soll den zahllosen historischen und

9 Dieses Phänomen wird in vielen Artikeln besprochen. Vgl. z. B. Stefan Reinicke, Das RAF-Gespenst, *die tageszeitung* vom 5. September 2002.

10 Holger In, Eintopf à la Jamaica. Jan Eißfeldt kocht aus Reggae, HipHop und der RAF einen wohlklingenden Protest, *Die Zeit* vom 12. April 2001, 56. Jg., Nr. 16, S. 37.

11 Vgl. Gerd Conradt, Starbuck Holger Meins: Ein Porträt als Zeitbild, Berlin 2001, oder Astrid Proll, Hans und Grete: Die RAF 1967–1977, Göttingen 1998.

12 Stephan Schindler bespricht Kurzprosa und Lyrik bis 1977: Stephan Schindler, Bombige Bücher: Literatur und Terrorismus (1967–77), in: Wendezeiten, Zeitenwenden – Positionsbestimmungen zur deutschsprachigen Literatur 1945–1995, hrsg. von Brigitte Rossbacher, Tübingen 1997. Ein weitreichender Überblick über die RAF-Literatur, der allerdings nicht über das Jahr 1988 hinausgeht, stammt von Walter Delabar: Walter Delabar, »entweder mensch oder schwein« – Die RAF in der Prosa der siebziger und achtziger Jahre, in: Deutschsprachige Literatur der 70er und 80er Jahre: Autoren, Tendenzen, Gattungen, hrsg. von Walter Delabar und Erhard Schütz, Darmstadt 1997. Uwe Schütte widmet sich einer Auswahl von Werken zur RAF aus den Jahren 1988 bis 2001: Uwe Schütte, »Heilige, die im

soziologischen Studien zum Terrorismus eine Analyse der literarischen – und somit gesellschaftlichen – Verarbeitung des Terrorismus zur Seite gestellt werden.

Sympathisanten und andere Betroffene

In den Jahren 1970 bis 1978 beschäftigte die Konfrontation zwischen der RAF und dem westdeutschen Staat die Gesamtgesellschaft der BRD intensiver als in allen späteren Phasen des Linksterrorismus. Durch die staatliche Terrorismusbekämpfung, die während dieser Jahre nicht nur die Strafverfolgung aktiver Guerillakämpfer beinhaltete, sondern auch die effektive Kriminalisierung verschiedener nicht gewalttätiger sozialer Milieus, wurden viele eigentlich Unbeteiligte zu Betroffenen des Konflikts. In fast gänzlicher Abwesenheit einer parlamentarischen Opposition und angesichts der Übermacht der konservativen Presse fungierten literarische Texte, die sich mit dem bewaffneten Kampf befassten, als Protestliteratur. Ein Großteil der Literatur aus den ersten acht Jahren der RAF übt offene Kritik an den staatlichen Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung und betont dabei vor allem deren negative Auswirkungen selbst auf eigentlich Außenstehende. Die Behandlung, die Sympathisanten und andere Unbeteiligte seitens des Staatsapparates erfuhren, der sich unter wirklich gefährlichem Beschuss sah, steht bei diesen Texten im Vordergrund, wohingegen auf die Aktionen und Motivationen der RAF selbst kaum eingegangen wird. Durch diesen Schwerpunkt erwecken die Texte der Jahre 1970 bis 1978 den Eindruck, die staatliche Reaktion auf den Terrorismus habe eine weitaus größere Gefahr für die deutsche Gesellschaft dargestellt als die Aktivitäten der RAF.

Die Haltung vieler Schriftsteller in den 1970er Jahren war eine Folge der gesellschaftlichen Funktion, die westdeutsche Schriftsteller seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wahrgenommen hatten. 1967 beschrieb Hans Magnus Enzensberger, einer der jüngsten aus dieser Generation von Nachkriegsschriftstellern, ihre Arbeit als »Literatur, deren Aspiration es seit 1945 gewesen ist, mit ihren geringen Kräften, durch immanente Kritik und durch direkten Eingriff in den Mechanismus der Meinungsbildung und der Parlamentswahlen die Konstruktionsfehler der Bundesrepublik auszubalancieren«.[13]

Seit den frühen Nachkriegsjahren hatten in der *Gruppe 47* lose zusammengeschlossene Schriftsteller für eine neue, geschichtsbewusste Literatur plädiert und sich für die Förderung und den Schutz der jungen deutschen Demokratie mitverantwortlich gefühlt. Da die meisten dieser Schriftsteller ihre politischen Hoffnungen im Wahljahr 1965 auf eine Regierungsübernahme der SPD gesetzt hatten, fanden sie sich in einer kniffeligen Situation, als die SPD 1966 durch ihren Eintritt in eine Große Koalition die zerfallende CDU-Regierung unerwartet vor dem Zusammenbruch bewahrte. Enzensberger erklärte damals, die Große Koalition sei Beweis für die Un-

Dunkel leuchten«: Der Mythos der RAF im Spiegel der Literatur nachgeborener Autoren, in: Steve Giles / Maike Oergel (Hg.), Counter-Culture in Germany and Central Europe: From Sturm und Drang to Baader-Meinhof, Bern 2003. Schütte klassifiziert alle Texte aus den Jahren 1988 bis 2001 als Literatur »nachgeborene[r] Autoren«. Ich halte Schüttes Analyse aus zwei Gründen für problematisch: Erstens ordnet er *alle* Autoren, die literarische Texte über die RAF geschrieben haben, zwei verschiedenen »Generationen« zu, wobei er behauptet, nach Alter zu trennen, in Wirklichkeit aber die von diesen Autoren produzierte Literatur als Zuordnungsgrundlage benutzt. So zählt er zwei Schriftsteller, zwischen denen ein Altersunterschied von nur zwei Jahren besteht und die ähnliche prägende Erfahrungen gemacht haben, zu unterschiedlichen Altersgruppen, da sie Werke unterschiedlicher Art geschrieben haben. Zweitens differenziert Schütte nicht weiter zwischen den Texten, die er bespricht, d. h. zwischen den seit 1988 veröffentlichten Werken – für ihn sind sie die Werke »nachgeborener Autoren«. Durch die Aufteilung in zwei Generationen und die Nichtdifferenzierung zwischen Texten von Autoren, die er zur späteren Generation zählt, erreicht er sein offenbares Ziel, nämlich zu zeigen, dass zwei verschiedene Schriftstellergenerationen zwei unterschiedliche Gruppen literarischer Texte über die RAF produziert haben. Meiner Meinung nach ist diese Schlussfolgerung das Ergebnis einer zu großen Vereinfachung, und ich halte eine sorgfältigere Analyse der von ihm besprochenen Werke für notwendig.

13 Hans Magnus Enzensberger, Klare Entscheidungen und trübe Aussichten, in: Klaus Wagenbach u. a. (Hg.), Vaterland, Muttersprache: Deutsche Schriftsteller und ihr Staat seit 1945, Berlin 2004, S. 256.

Scanned by CamScanner

reparierbarkeit des politischen Systems der BRD sowie Zeichen der Niederlage jeglicher Aufrufe zur Veränderung seitens der Schriftsteller.[14] Die Deutschen, darauf beharrte er, würden sich zwischen Ergebung und Revolution entscheiden müssen – einer Revolution, die für ihn »nicht nur notwendig (das wäre sie schon 1945 gewesen), sondern auch denkbar [war] [...] – wenn auch nicht, in absehbarer Zeit, möglich«.[15]

Neun Jahre später argumentierte Peter Schneider ähnlich: 1967 hätten Schriftsteller vor der Alternative gestanden, *entweder* aktiv an der studentengeführten Rebellion gegen das Establishment teilzunehmen *oder* literarische Texte zu verfassen.[16] Laut Schneider gab es damals eine Dichotomie zwischen Schriftstellern, die auf die Straße gingen, aber nicht die Zeit, Energie, oder Inspiration zum Schreiben fanden, und Autoren, die an ihren Schreibtischen blieben und Literatur produzierten, die den politischen Aufbruch völlig unkommentiert ließ. Diese zweite Gruppe umfasste viele der älteren, von Enzensberger beschriebenen Schriftsteller, die vom Verfassen politisch engagierter Literatur zunächst abließen, als eine radikalere Straßenbewegung sich aufmachte, jene Gesellschaft zu revolutionieren, deren Reform die Schriftsteller selbst nicht hatten bewirken können. Die strenge staatliche Reaktion auf die demonstrierenden Studenten veranlasste diese Schriftsteller dennoch, ihre bekannten Namen durch gelegentliche Artikel und Petitionen, in denen sie die Aggressivität der Obrigkeiten harsch kritisierten, für den Aufstand einer jüngeren Generation einzusetzen.

Während der Studentenrevolte – also noch vor der Gründung der RAF – sei nur apolitische Belletristik entstanden, so Schneider. Die deutsche Literatur habe erst einige Jahre später begonnen, die politische Atmosphäre der späten 1960er Jahre zu reflektieren. Einer deutschen »Tradition« entsprechend, wie Schneider 1976 schrieb, formulierten die deutschen Schriftsteller ihren literarischen Protest gegen jene Kräfte, die die Rufe nach Veränderung erstickt hatten, erst dann, als der Studentenaufstand bereits weitgehend beendet war. Schneider erklärte, die deutsche Literaturgeschichte kenne viele solcher zeitlicher Klüfte zwischen Phasen der Hoffnung auf politischen Wandel und der Manifestation dieser Hoffnung in der Literatur. Danach hätten deutsche Schriftsteller literarisch innovative und politisch radikale Texte nicht etwa zeitgleich mit einer fortschrittlichen gesellschaftlichen Bewegung verfasst, sondern erst nachdem diese Bewegung gewaltsam unterdrückt worden sei: »[I]n Deutschland [sind] kulturelle Erneuerungen bisher zumeist auf dem Boden einer politischen Niederlage gewachsen.«[17] Im Gegensatz zu den früheren von Schneider beschriebenen Szenarien führte der Zerfall der Studentenrevolte in den späten 1960er Jahren jedoch nicht zur Beendigung des politischen Konfliktes. Stattdessen provozierte sie die Radikalisierung kleiner Splittergruppen, wie z. B. der RAF, deren Auslöschung die Obrigkeiten mit noch drastischeren und vielfältigeren Mitteln verfolgten als vorher die Bekämpfung der Studentenbewegung. Diese Intensivierung der Auseinandersetzung hatte zur Folge, dass die aufs Neue inspirierten politisch interessierten Schriftsteller – dieselben Autoren, von denen Enzensberger 1967 gesprochen hatte – ihre kreativen Energien nicht nur auf die bereits vergangene und vergleichsweise moderat verlaufene Niederschlagung der Studentenrevolte lenkten, sondern auch auf die aktuelle Verfolgung der RAF sowie deren Auswirkung auf die gesellschaftlichen Verhältnisse.

Obwohl diese Schriftsteller die staatliche Reaktion auf die RAF deutlich kritisierten, befürworteten sie zu keinem Zeitpunkt die Strategie des bewaffneten Kampfes. Bereits vor der Gründung der RAF hatte sich die große Mehrheit der Schriftsteller gegen die Anwendung von Gewalt seitens der Studentenbewegung ausgesprochen. Da der größte Teil der Studenten friedliche Mittel bevorzugte, hegten die meisten Schriftsteller eine positive Einstellung gegenüber den Methoden und Zielen der Bewegung. Den

14 Zu diesem Zeitpunkt fiel die *Gruppe 47* endgültig auseinander – aufgrund gewaltiger Meinungsverschiedenheiten bezüglich der angemessenen Reaktion auf die neue politische Situation.

15 Enzensberger, Klare Entscheidungen, S. 257.

16 Peter Schneider, Über den Unterschied von Literatur und Politik, in: Hermann Peter Piwitt / Peter Rühmkorf (Hg.), *Literaturmagazin*, Heft 5: Das Vergehen von Hören und Sehen: Aspekte der Kulturvernichtung, Reinbek 1976, S. 188–198.

17 Ebenda, S. 195.

gewaltsamen Weg der RAF hingegen unterstützten diese Schriftsteller zu keiner Zeit. Ihre Texte zielten darauf, staatliche Gewaltanwendung sowie die konservative Grundeinstellung der Medien zu bekämpfen und standen daher in direkter Verbindung zu einzelnen Ereignissen oder Pressepolemiken.[18] Konservative Politiker und Medien wiederum agitierten gegen diese linksgerichteten, politisch orientierten Schriftsteller und dämonisierten sie als Unterstützer des Terrorismus, was dazu führte, dass Schriftsteller wie Heinrich Böll oder Erich Fried die sensationsheischenden Angriffe der Presse sowie die repressiven Mechanismen des Staatsapparats, die sie später zum Thema ihrer Werke machten, am eigenen Leib kennen lernten.[19]

Anstatt die RAF direkt zu thematisieren – oder auch nur zu erwähnen –, konzentriert sich die große Mehrheit der literarischen Werke aus den ersten acht RAF-Jahren auf die Auswirkungen der Terrorismusbekämpfung auf nicht militante Bürger. Ich werde mich auf drei exemplarische belletristische Texte konzentrieren, um dieses literarische Augenmerk auf Sympathisanten und andere Betroffene zu illustrieren: Heinrich Bölls »Die verlorene Ehre der Katharina Blum«,[20] Peter Schneiders »... schon bist du ein Verfassungsfeind«[21] und Bölls Satire »Berichte zur Gesinnungslage der Nation«.[22] Weiterhin werde ich einige Gedichte analysieren, die sich von den Prosawerken insofern unterscheiden, als sie den Staat direkt anklagen, anstatt ihre Kritik in Porträts betroffener Bürger zu verpacken. Die drei Prosawerke wie auch die Gedichte deuten zudem an, dass ein großer Teil der westdeutschen Gesellschaft sowie Regierung und Presse nicht nur jeden Ausdruck einer linken politischen Einstellung radikal ablehnten, sondern auch ehemaligen Nationalsozialisten, die weiterhin gesellschaftlichen Einfluss besaßen, mit übermäßiger Nachsicht und Toleranz begegneten.

Heinrich Bölls Roman »Die verlorene Ehre der Katharina Blum«, den er 1974 als Literaturnobelpreisträger und Präsident der internationalen Schriftstellervereinigung PEN schrieb, erzählt die Geschichte einer jungen Haushälterin, deren Ziel im Leben das Abbezahlen ihrer eigenen Wohnung sowie ihres Autos ist. Zu Beginn der Erzählung ist Katharina an politischen Dingen völlig uninteressiert. Nachdem sie jedoch eine Nacht mit einer Karnevalsbekanntschaft verbracht hat, stürmt die Polizei ihre Wohnung und unterzieht sie einem ausführlichen Verhör, in dem Katharina nicht nur über ihren Liebhaber – angeblich ein gefährlicher Krimineller – befragt wird, sondern auch über verschiedene Aspekte ihres Privatlebens. Am nächsten Tag lanciert ein vielgelesenes Boulevardblatt mit dem Namen ZEITUNG, dem die Details des vertraulichen Verhörs bekannt sind, eine Artikelserie, die Katharina als kriminelle Prostituierte darstellt, die sich an Verschwörungen gegen den Staat beteiligt.[23] Leser der ZEITUNG terrorisieren

18 Der Großteil der Schriftsteller, die zwischen 1970 und 1978 belletristische Literatur über den Terrorismus und die staatliche Reaktion verfassten, war zwischen 1910 und 1930 geboren und somit deutlich älter als die Mitglieder bewaffneter Gruppen. Zudem waren die Schriftsteller zu Beginn der Konfrontation zwischen Guerillagruppen und dem deutschen Staat bereits als Autoren etabliert und lenkten somit zu einem Zeitpunkt, als jede Abweichung von der staatlich diktierten Agenda zum Terrorismus tabu war, öffentliche Aufmerksamkeit auf die staatliche Repression. In den 1970ern verarbeiteten nur wenige Schriftsteller aus der Generation der Guerillakämpfer den Terrorismus in ihren Werken. Peter Schneider ist einer von wenigen Autoren, die zu Beginn ihrer Karriere über die Studentenbewegung sowie über die gesellschaftlichen Auswirkungen des Terrorismus und seiner Bekämpfung schrieben. Ein solcher Schriftsteller ist auch Friedrich Christian Delius, der wie Peter Schneider an der Studentenbewegung seiner Generation teilnahm.

19 Die Angriffe gegen Erich Fried und mögliche Verbindungen zu seiner Lyrik sind besprochen in Bianca Dombrowa u. a. (Hg.), GeRAFftes: Analysen zur Darstellung der RAF und des Linksterrorismus in der deutschen Literatur, Bamberg 1994.

20 Heinrich Böll, Die verlorene Ehre der Katharina Blum: Wie Gewalt entstehen und wohin sie führen kann, Köln 1974.

21 Peter Schneider, ... schon bist du ein Verfassungsfeind: Das unerwartete Anschwellen der Personalakte des Lehrers Kleff, West-Berlin 1975.

22 Heinrich Böll, Berichte zur Gesinnungslage der Nation, Reinbek 1975. Die Seitenzahlen beziehen sich auf die Ausgabe aus dem Jahre 1977.

23 Jeder Leser wird die ZEITUNG sofort als fiktionalisierte Version der *Bild*-Zeitung erkennen. So gab Böll das reale Vorbild der ZEITUNG auch durch die folgende Erklärung zu erkennen, die am Ende des Buches abgedruckt ist: »Personen und Handlung dieser Erzählung sind frei erfunden. Sollten sich bei der Schilderung gewisser journalistischer Praktiken Ähnlichkeiten mit den Praktiken der Bild-Zeitung ergeben haben, so sind diese Ähnlichkeiten weder beabsichtigt noch zufällig, sondern unvermeidlich.«

Scanned by CamScanner

Katharina mit gehässigen Briefen und Telefonanrufen, und Katharinas frisch operierte Mutter stirbt, nachdem der ZEITUNGS-Reporter Werner Tötges sich in ihr Krankenzimmer geschlichen hat, um ein von den Ärzten verbotenes Interview durchzuführen. Als Katharinas Liebhaber nach einigen Tagen gefasst wird, stellt sich heraus, dass er, entgegen den Behauptungen der Polizei und der ZEITUNG, weder ein Mörder noch ein Anarchist ist,[24] sondern ein Deserteur, der dem Militär Geld entwendet hat. Da kein Beweismaterial gegen Katharina vorliegt, kann sie schließlich nach Hause gehen. Die viertägige Belästigung durch Polizei, Presse, Nachbarn und anonyme Anrufer hat allerdings nicht nur das Leben zerstört, das Katharina sich gewissenhaft aufgebaut hatte, sondern auch ihr Ehrgefühl sowie den Ruf ihres Arbeitgebers und Anwalts, dessen Frau und Katharinas mitfühlender Tante. Nach ihrer Heimkehr lädt Katharina Tötges für ein angebliches Exklusivinterview in ihre Wohnung ein, um den Verursacher ihrer Probleme zu konfrontieren. Als Tötges sie obszön zum Sex auffordert, erschießt Katharina den Reporter.

Katharinas Geschichte ist in 58 kurze Kapitel unterteilt, von denen manche nur einige Zeilen lang sind, und der Erzähler belegt seine Darstellung der Ereignisse sorgfältig mit Zitaten aus und Bezügen auf fiktive »Quellen« wie Polizeiprotokolle, die ZEITUNG sowie mündliche Aussagen von Katharinas Anwalt. Der Erzähler unterlässt jede persönliche Meinungsäußerung und erzeugt dadurch den Eindruck objektiver Berichterstattung. Seine Erzählweise steht in deutlichem Kontrast zu dem extrem polemischen Stil der ZEITUNG, deren abfällige Urteile selten auf Fakten basieren. Diese Gegenüberstellung der achtlosen Wortwahl der ZEITUNG und der Polizei mit dem umsichtigen Stil des Erzählers wirbt für einen überlegten Umgang mit Sprache, der dem Gesprächspartner oder Besprochenen Respekt vermittelt, anstatt diesen – wie dies Katharina durch die Polizei und ZEITUNG widerfährt – durch übereilige und engstirnige Urteile zu demütigen. Weiterhin regen der Stil und die Struktur von »Katharina Blum« den Leser dazu an, aus Ereignissen und Zitaten eigene Schlussfolgerungen zu ziehen. Die kurzen, deskriptiven Kapitel erlauben es dem Leser nicht, sich auf passive Rezeption zu beschränken, sondern veranlassen ihn am Ende jedes Kapitels zum Nachdenken über die erzählten Geschehnisse. Im Gegensatz zu einem ZEITUNGS-Leser, der die vorgeformten Urteile des Reporters übernimmt, wird Bölls Leser jegliche Interpretation der Ereignisse durch den Erzähler versagt. Der Leser wird gezwungen, die ihm präsentierten Informationen selbst auszuwerten, wodurch auch seine Bewertung der Geschichte gefestigt wird, da sie seine eigene ist und nicht die eines Autors oder Erzählers. Durch diese Wirkung auf den Leser erfüllt Bölls Text den politischen Zweck des Anregens zur kritischen Reflexion und fungiert somit als »Pamphlet in Form einer Reportage«,[25] wie Böll sich ausdrückt.

Primär warnt »Katharina Blum« vor der Macht der Boulevardpresse, jedoch zeigt die Erzählung auch das deutsche Beamtentum, hier durch Polizisten und Staatsanwälte vertreten, in keinem guten Licht. Der Text konstruiert seine Kritik durch die Schilderung der unverhältnismäßigen Polizeimaßnahmen gegen Katharina, die in jeder Hinsicht eine unschuldige und gesetzestreue Bürgerin ist, einerseits und durch die Beschreibung des respektlosen und unehrlichen Verhaltens *einzelner* Beamter andererseits. Sobald Katharina beispielsweise ihren zukünftigen Liebhaber Ludwig Götten kennen lernt, zapft die Polizei ihre Telefonleitung sowie die ihrer Tante an, obwohl die Frauen selbst keinerlei Delikt begangen haben. Kurz darauf verschafft sich die Polizei unter übermäßiger Gewaltanwendung Zutritt zu Katharinas Wohnung: »[Man drang] mit acht schwerbewaffneten Polizeibeamten in die Wohnung ein, stürmte sie regelrecht unter strengsten Vorsichtsmaßregeln.«[26] Diesen deutlich überzogenen Vorsichtsgeboten entsprechend wird die Hausangestellte behandelt, als sei sie hochgefährlich: Als sie sich für den Gang zur Polizeiwache

24 Die Bezeichnung »Anarchist« ist hier als Terrorismusanklage zu verstehen: Viele RAF-Fahndungsplakate der frühen 1970er waren mit der Überschrift »Anarchistische Gewalttäter« versehen.

25 Heinrich Böll, Nachwort zu Katharina Blum, S. 240.

26 Ebenda, S. 24.

umzieht, wird sie nicht nur von einer Beamtin ins Badezimmer begleitet, sondern auch genötigt, die Tür offen zu lassen, damit auch zwei männliche Polizisten den Vorgang überwachen können. Diese völlig unnötige erzwungene öffentliche Nacktheit ist der erste Schritt auf dem Weg zur Zerstörung von Katharinas Ehre durch behördliche Vorgehensweisen und illustriert ihre Machtlosigkeit angesichts eines auf Vorschriften pochenden Polizeiapparats.

Das individuelle Verhalten der Beamten in Bölls Erzählung ist ähnlich verwerflich wie das bürokratische Procedere. Als der Kommissar Katharina fragt, ob sie mit Götten geschlafen habe, tut er dies auf obszöne und herablassende Weise; ein Polizeibeamter informiert die ZEITUNG über Katharinas Verhör und verletzt somit ihr Recht auf Vertraulichkeit; und die Polizeisekretärin zitiert Katharina im Protokoll falsch und macht sich sowohl über ihre Wortwahl als auch über ihr Beharren auf einer Protokolländerung lustig. Zuletzt bezeichnen alle Polizeibeamten, wie auch der ZEITUNGS-Reporter, Götten wiederholt als Mörder, obwohl, wie sie unmittelbar nach dessen Festnahme klarstellen, Götten niemals unter Mordverdacht stand. Die hier beschriebenen Beamten setzen bereitwillig Gewalt ein, verhalten sich respektlos, bezeichnen Verdächtige schon vor ihrer Anklage als schuldig und kollaborieren mit einer feindseligen Presse. »Katharina Blum« stellt bildlich dar, was auch in Wirklichkeit der Fall war – dass Maßnahmen, die selbst dann verfassungswidrig wären, wenn sie gegen Gewalttäter eingesetzt würden, auch bei Bürgern Anwendung fanden, die mit dem Terrorismus nichts zu tun hatten.

Bölls Roman erwähnt weder die RAF noch den Terrorismus ausdrücklich. Jedoch deuten die Anschuldigungen gegen Katharina eindeutig darauf hin, dass sie sowohl von der ZEITUNG als auch von den Verfassern anonymer Briefe mit dem bewaffneten Kampf in Verbindung gebracht wird. Beispielsweise spekuliert die ZEITUNG, Katharinas Wohnung sei »ein *Bandentreff*, ein Waffenumschlagplatz«,[27] was darauf schließen lässt, dass Katharina von ihren Verleumdern im Umfeld der »Baader-Meinhof-Bande« angesiedelt wird. Zudem beschimpfen die ZEITUNGS-Leser Katharina als »links«, »rot« und »kommunistisch«. Ganz anders als diese Briefe beschreibt der Erzähler den vermeintlichen Anarchisten Götten, der von allen Figuren dieses Romans einem »Terroristen« am nächsten kommt, als charismatischen, sanftmütigen und liebevollen Mann, der so vertrauenswürdig ist, dass ihn die sonst unnahbare Katharina bereits am Abend ihrer ersten Begegnung zu sich einlädt. In Bölls Roman fügt der vermeintliche Anarchist Katharina keinen Schaden zu, wohingegen sie von ihren angeblichen Beschützern, den Polizeibeamten, misshandelt wird. »Katharina Blum« legt nahe, dass Polizei und Boulevardpresse das Wohlbefinden eines durchschnittlichen Bürgers weitaus stärker beeinträchtigen können als ein »des Terrorismus *Verdächtige[r]*«.[28]

Während Polizei und Presse in »Katharina Blum« alle verdächtigen Aktivitäten als »links« einstufen und mit herben Maßnahmen reagieren, interpretieren sie umgekehrt alle Verbindungen zur politischen Linken als Indikatoren einer kriminellen Natur. Zum Beispiel wird Katharinas Tante von der Polizei schikaniert, weil ihr Vater 1932 von Deutschland in die Sowjetunion ausgewandert ist.[29] Der Freund der Tante hingegen – die einzige Person in Katharinas unmittelbarer Umgebung, die weder von der Polizei noch von der Presse belästigt wird – offenbart am Ende der Erzählung, dass er ein ehemaliger Nazi sei, »und dieser Tatsache allein verdanke er es wahrscheinlich, daß man bisher auf ihn nicht aufmerksam geworden sei«.[30] Böll impliziert hier, dass deutsche Beamte in den 1970er Jahren noch nationalsozialistische Denkmuster hatten: Die fiktiven Beamten verstehen die Flucht vor der drohenden NS-Herrschaft in die Sowjetunion als Verrat und sehen eine NS-Vergangenheit als Vertrauensgrund.

»Katharina Blum« ist ein besonders gewagtes Werk der Terrorismus-Literatur, da es, im Gegensatz zu den meisten anderen Texten der 1970er Jahre, eine sympathische Figur eine Gewalttat begehen lässt. Bölls Roman erklärt – oder rechtfertigt – Katharinas Motive, indem er die Ereignisse, die Katharina zu Tötges' Erschießung veranlassen, detailgetreu aufzeichnet. In einer Gesellschaft, in der es tabu ist, Ge-

27 Ebenda, S. 49. (Hervorhebung L. T.)
28 Ebenda, S. 259.
29 Ebenda, S. 160.
30 Ebenda, S. 182.

Scanned by CamScanner

waltbereitschaft auf etwas anderes zurückzuführen als auf Geisteskrankheit oder Bösartigkeit, zeichnet Böll die nachvollziehbare Entstehungsgeschichte eines Gewaltaktes, dessen selbst eine völlig friedfertige Person wie Katharina fähig wird, wenn sie nur ausreichend Demütigung erfährt. Der Roman beleuchtet die Verantwortung der Sensationspresse sowie der polizeilichen Schikane für Katharinas Flucht in die Gewalt.

Auch Peter Schneiders Roman »... schon bist du ein Verfassungsfeind« zeigt potentielle negative Auswirkungen der Anti-Terrorismus-Hysterie auf unbeteiligte Bürger in den 1970ern. Schneider richtet sein Augenmerk hierbei allerdings auf die Rolle von Gesetzen oder Erlassen gegen den Terrorismus, während Böll sich auf das nicht gesetzlich geregelte Verhalten von Individuen und Gruppen konzentriert. In dieser literarischen Abhandlung über die Schritte, die zur Dienstentlassung eines jungen Lehrers führen, skizziert Schneider, wie die breite Anwendung des Radikalenerlasses das Leben selbst eines Lehrers zerstören kann, der keiner extremistischen Gruppe angehört. In tagebuchartigen Briefen an seinen Anwalt beschreibt der fiktive Lehrer Matthias Kleff seine Reaktionen auf eine Benachrichtigung, in der die Schulbehörde Zweifel an seiner Verfassungstreue sowie an seiner Eignung als Gymnasiallehrer ausdrückt. Da die Behörde ihre Zweifel nicht begründet, versucht Kleff, selbst herauszufinden, was ihn zum Verfassungsfeind machen könnte – von diesen Überlegungen handeln seine Briefe. Schließlich erfährt Kleff, seine Überprüfung habe mit einem Brief zu tun, in dem er sich für das demokratische Recht seiner Schüler ausgesprochen hatte, friedlich gegen undemokratische Regeln zu protestieren. Kurze Zeit später wird er vom Schuldienst suspendiert. Seine gerichtliche Beschwerde gegen die Suspendierung ist erfolgreich, jedoch wird ihm sofort erneut gekündigt – diesmal endgültig –, da sowohl die Schulbehörde als auch das Gericht Kleffs Auflehnung gegen seine ursprüngliche Entlassung als Zeichen der mangelnden Treue zu seinem Arbeitgeber verstehen. »Verfassungsfeind« endet mit der Feststellung eines Richters, er könne über eine weitere Beschwerde nicht verhandeln, da der Beschwerdesteller Kleff unauffindbar sei; im geschichtlichen Kontext kann dies natürlich nur bedeuten, dass der Lehrer in den Untergrund gegangen ist und sich dem bewaffneten Kampf angeschlossen hat.

Dass Kleff verschwunden ist, wird nicht nur durch die Äußerung des Richters etabliert, sondern auch durch die narrative Struktur des Textes bestätigt: Der Absatz, der die Unauffindbarkeit des Lehrers offenbart, ist der einzige Abschnitt des Romans, in dem nicht Kleff selbst der Erzähler ist. Die Tatsache, dass der Erzähler eines hundertseitigen Textes sechs Zeilen vor dem Ende verloren geht, macht deutlich, dass Kleff nicht bloß umgezogen oder in den Urlaub gefahren ist, sondern dass er von den Behörden dazu gezwungen wurde, den radikalen Bruch mit seiner bisherigen Existenz zu vollziehen, und sich nun in einer Situation befindet, in der die schriftliche Kommunikation mit früheren Bekannten undenkbar ist. Der Erzählerwechsel kurz vor Ende des Romans unterstreicht, dass die Überprüfung Kleff marginalisiert hat; sie hat ihn aus der Erzählerstellung gedrängt und gleichzeitig aus der Gesellschaft, deren produktives Mitglied er vorher – wie auch Katharina Blum – gewesen ist. Kleffs Briefe offenbaren, dass der Lehrer bis zum Zeitpunkt seiner Entlassung dem bewaffneten Kampf gegenüber negativ eingestellt ist und keinerlei Absicht hat, die staatliche Ordnung zu untergraben. Kleffs wachsende Verzweiflung, die in seinem Verschwinden gipfelt, suggeriert somit eindeutig, dass der Staat durch seine rauen Maßnahmen selbst gegen friedfertige Linke den Zulauf zum bewaffneten Kampf fördert, anstatt den Terrorismus zu bekämpfen.

Das literarische Mittel, das diese kritische Botschaft des Romans am stärksten fördert, ist die verbale Ironie in Kleffs Briefen, die den vagen, lächerlichen und unrechtmäßigen Charakter der Anschuldigungen gegen den Lehrer hervorhebt. Beispielsweise zeigen Kleffs ironische Gedanken zum Thema Verfassungsfeindschaft, wie absurd das Konzept einer feindlichen Einstellung zur Verfassung ist: »Bis vor kurzem habe ich keinen Verfassungsfeind persönlich gekannt, jedenfalls war es mir nicht bewußt. Ich weiß nicht, wie man sich als Verfassungsfeind verhält, wie man spricht, was man denkt, wie man sich kleidet, was für Freunde man hat, ich weiß bis jetzt nur, daß entsprechende Zweifel an mir bestehen. Aber natürlich habe ich mich jetzt manchmal gefragt, ob ich vielleicht wirklich, ohne es recht zu wissen, ein

Verfassungsfeind bin. [...] Die Schwierigkeit ist, daß man sich bis jetzt gar keine Gedanken gemacht hat, wie eine freundschaftliche Beziehung zur Verfassung eigentlich aussieht.«[31]

Indem er das oft gebrauchte Wort Verfassungsfeind mit Abläufen des täglichen Lebens in Verbindung bringt, defamiliarisiert Kleff den Ausdruck und betont dessen Undurchsichtigkeit. Sein Erwähnen einer »freundschaftliche[n] Beziehung zur Verfassung« weist nicht nur auf die Absurdität dieser in der Praxis bedeutungslosen, weil unvorstellbaren Beziehung hin, sondern entlarvt auch ihr Gegenteil, den Begriff der Verfassungsfeindschaft, als widersinnig. Indem ironische Passagen dieser Art den kontraintuitiven Charakter häufig verwendeter Begriffe wie Verfassungsfeindschaft betonen, formulieren sie die Kritik des Romans am Radikalenerlass im Besonderen und an den Initiativen der Terrorismusbekämpfung im Allgemeinen. Zudem bestärken Kleffs Äußerungen der Verzweiflung sowie ernsthaft formulierte Betrachtungen zum Zustand der deutschen Bürgerrechte die kritische Botschaft des Romans.

Schneiders Werk kritisiert den westdeutschen Staat auf drei Ebenen. An erster Stelle illustriert Kleffs Entwicklung vom motivierten Lehrer zum verzweifelten Untergetauchten, dass Anti-Terror-Maßnahmen wie der Radikalenerlass sich selbst auf Unschuldige schädlich auswirken können und kontraproduktiv sind, da sie die Gewaltbereitschaft in der Bevölkerung nur erhöhen. Der Radikalenerlass versetzt den vormals gesetzestreuen Beamten in eine finanzielle und soziale Situation, in der er deutlich größeren Anlass hat, den Obrigkeiten gegenüber – nicht jedoch der Verfassung – feindlich eingestellt zu sein als vor seiner Überprüfung. So äußert Kleff vor seiner Entlassung seinen Frust über die absehbaren Folgen einer Kündigung für seine zukünftigen Beschäftigungsmöglichkeiten: »Ist ein Angestellter aber einmal zum Verfassungsfeind erklärt, dann kann er eigentlich nur noch einer werden.«[32] Zweitens beklagt der Roman die Verletzung demokratischer Rechte durch den Staat, die aus der effektiven Kriminalisierung nicht nur des bewaffneten Kampfes, sondern jeder Form des Dissens resultiert: »Vielmehr bestreite [das Oberschulamt] das Widerstandsrecht überhaupt und versuche damit, den Unterschied zwischen dem bewaffneten Widerstand und friedlichen Formen des Widerstands wie Bürgerinitiativen, Demonstrationen etc. zu verwischen. Widerstand in jeder Form solle in den Ruch des Verfassungswidrigen gebracht werden.«[33]

Zuletzt moniert der Text, der Radikalenerlass werde ausschließlich auf Linke angewendet, obwohl im Erlass von politischem Extremismus im Allgemeinen die Rede ist und somit auch der Rechtsradikalismus mit eingeschlossen sein sollte.

Obwohl Peter Schneiders Roman die RAF nicht explizit erwähnt, stellt er das Thema des bewaffneten Kampfes in den Vordergrund: Zunächst dient der Terrorismus, im oben zitierten Kontext, als Rechtfertigung für die Beschränkung jedes von der staatlichen Doktrin abweichenden Verhaltens. Neben Kleffs Verschwinden am Ende des Romans lenkt ein Treffen zwischen Kleff und zwei Personen, die ihn für den Guerillakampf gewinnen wollen, die Aufmerksamkeit auf den bewaffneten Kampf. Die zwei Militanten, die von bewaffneten Aktionen als dem einzig sinnvollen Weg für politisch interessierte Linke sprechen, haben für Zögerlichkeit oder Angst nur Verachtung übrig und wirken somit in Kleffs Darstellung ähnlich dogmatisch wie die staatlichen Behörden selbst. Kleff ist nicht geneigt, dem Beispiel der Illegalen zu folgen: »Natürlich habe ich Angst, erwiderte ich, aber nur, um zu beweisen, daß ich keine Angst habe, nehme ich keine Knarre in die Hand.«[34] Kleffs Briefe lassen die Militanten unsympathisch, herablassend und barsch aussehen, jedoch machen sie auch deutlich, dass die beiden keine blutrünstigen, bösartigen Kriminellen sind. Nachdem sich der Lehrer ausdrücklich gegen eine Beteiligung am bewaffneten Kampf ausgesprochen hat, reagieren die Illegalen gelassen auf Kleffs Unwillen, ihnen seinen Pass zu überlassen, und fahren ihn anschließend sogar nach Hause. Kleff bereut später, den beiden seinen Ausweis so strikt verweigert zu haben, und zeigt dadurch, dass er ihren Weg trotz seiner eigenen Ablehnung bewaffneter Aktionen nicht dämonisiert. Kleffs nach der Unterhaltung mit den Illegalen überraschende Entscheidung,

31 Schneider, Verfassungsfeind, S. 22.
32 Ebenda, S. 62.
33 Ebenda, S. 100.
34 Ebenda, S. 97.

Scanned by CamScanner

sich einer bewaffneten Gruppe anzuschließen, unterstreicht die Kritik des Romans an der hysterischen Reaktion der bundesdeutschen Gesellschaft auf den Terrorismus sowie der damit einhergehenden Quasikriminalisierung linker Einstellungen, indem sie zeigt, dass die Anti-Terrorismus-Maßnahmen Personen wie Kleff nicht nur das Leben schwer machen, sondern erst Anreize zu deren politischer Radikalisierung und Bewaffnung schaffen.

Heinrich Bölls »Berichte zur Gesinnungslage der Nation« verschiebt den Blickpunkt von den Opfern staatlicher Anti-Terror-Maßnahmen auf den gewaltigen Überwachungsapparat, dessen Aufbau die Politik mit den Bedürfnissen der Terrorismusbekämpfung rechtfertigte, und beleuchtet somit einen Aspekt der staatlichen Kontrolle, der in den 1970er Jahren für den Alltag fast jedes offen linksgerichteten Deutschen eine Rolle spielte. Der Text besteht aus briefähnlichen Berichten fiktiver Geheimagenten an ihre Vorgesetzten, in denen die Agenten ihre Einsichten in die »Gesinnung« der Sympathisantenszene darlegen. Die Lektüre der Berichte macht allerdings deutlich, dass die Agenten primär einander ausspionieren, also hauptsächlich Informationen über als Linke getarnte Verfassungsschützer ansammeln. Der Roman enthält kaum realistische Beschreibungen wirklicher Linker, sondern konzentriert sich auf die Vorstellungen des Überwachungsapparats von Linken sowie auf die staatlichen Methoden der Informationsbeschaffung. Durch diese formale Struktur suggeriert der Text, dass das von den Agenten infiltrierte Milieu in Wirklichkeit harmlos ist – schließlich sind die getarnten Verfassungsschützer selbst die gefährlichsten »Linken« – und die extensiven Überwachungsmaßnahmen überflüssig, und wirft zudem ein kritisches Licht auf die in den frühen 1970er Jahren real erfolgte Infiltrierung und Aufstachelung linker Gruppen durch das Bundesamt für Verfassungsschutz.

Auch Bölls Werk bedient sich der Ironie, um seine politische Botschaft zu übermitteln. Hierbei widmen sich die verschiedenen Erzähler – oder Berichtverfasser – voller Ernst der Beschreibung von Situationen und Ereignissen, die nur der Leser, der besser informiert und weniger engstirnig ist als die Agenten, als ironisch erkennt. Die Berichte sind in einer formellen, bürokratischen Sprache verfasst, welche die absurde Wirkung der Überwachungseinsätze verstärkt, da die Formulierungen der Agenten selbst die trivialste oder lächerlichste Beobachtung – z. B., dass ein irischer Künstler bei seinen Auftritten häufig das Wort »Käse« benutzt[35] – als unverzichtbares Beweismaterial präsentieren, das zum Schutz des Staates vor seinen Feinden beitragen wird.

Die RAF selbst spielt in »Berichte« keine aktive Rolle, jedoch fungiert jeder verbale Bezug auf die RAF als Codewort für extrem verdächtige Aktivitäten. Wenn zwischen einer der wenigen »echten« von den Agenten überwachten Personen und der RAF auch nur die entfernteste Verbindung besteht, so klassifizieren die Agenten jene Person sofort als »Radikalsympathisanten«.[36] Eine solche Parodie der staatlichen Überreaktion ist zum Beispiel im Bericht des Agenten »Ackergaul« an seinen Vorgesetzten zu finden: »[S]ie hat seinerzeit einen Onkel einer Verwandten von UM, der bei ihrem Nachbarn zu Besuch war, mit ihrem Auto zum Bahnhof gebracht, *wissend*, um wen es sich handelte! [... sie sagte,] der betreffende Herr sei äußerst charmant und gehbehindert gewesen. Mehr nicht. Keine Reue!«[37]

Da nur wenige Figuren des Romans selbst um solche Ecken mit der RAF in Verbindung gebracht werden können, sind die Agenten gezwungen, sich auf andere Indikatoren einer rebellischen Gesinnung zu konzentrieren, namentlich auf den Besitz linksgerichteter Schriften – und in diesem satirischen Text erweckt selbst das regelmäßige Lesen des Feuilletons der FAZ das Misstrauen der Agenten.

Durch die sardonische Darstellung einer Operation, bei der unter anderem die Vorgesetzten ihre Agenten nicht von der Gegenwart weiterer Spione informieren, übt Bölls Roman Kritik an verschiedenen Aspekten des Überwachungsapparats. Zunächst zeigt Berichte einen totalen Überwachungs- und Verdächtigungszustand, in dem die Agenten nicht einzelne Personen beobachten, die bestimmter Straftaten verdächtigt werden, sondern eine »Szene«, etwa ein Studentenwohnheim, infiltrieren, Berichte über alle Mitglieder dieses Milieus erstellen und selbst Personen, die keinerlei Verbrechen begangen haben, als

35 Böll, Berichte, S. 20.
36 Ebenda, S. 15.
37 Ebenda, S. 27.

»verdächtig« einstufen, nur da diese eine bestimmte »Gesinnung« zur Schau getragen haben: »[E]s handelt sich nicht um Tatermittlungsinformationen, sondern um *Gesinnungseinsatz*.«[38] Zweitens werden durch die absurde Empfehlung der Rationierung von Streichhölzern, geriebenem Parmesankäse und Puderzucker,[39] welche nach Meinung der Agenten beim Bombenbau behilflich sein könnten, das Misstrauen des Staates gegenüber der Bevölkerung sowie die potentielle Lächerlichkeit staatlicher Vorsichtsmaßnahmen anschaulich gemacht und gleichzeitig bemängelt. Der Text warnt vor weiteren Ausweitungen staatlicher Befugnisse, indem er den extremen Fall skizziert, dass die Strafverfolgungsbehörde die subversiven Aktivitäten eines Verdächtigen nicht mehr beweisen muss, sondern ein Hinweis auf sein Aussehen zur Einstufung als »Verfassungsfeind« genügt. So liest man im gemeinsamen Abschlussbericht aller drei Agenteneinheiten, verfasst nach ihrer Entdeckung, dass sie hauptsächlich einander observiert hatten: »Es ist längst bekannt, daß Fingerabdrücke, Zitate, die üblichen Mittel der Ermittlung durch Beweise für oder über den *Gesichtsausdruck* in bestimmten Situationen ergänzt werden müssen. Das gilt besonders für Zuschauer bei Demonstrationen, es gilt für Teilnehmer bei Diskussionen, die sich nie zu Wort melden, aber durch ihren Gesichtsausdruck ihre Gesinnung, Sympathie oder Antipathie bekunden und verraten.«[40]

Weiterhin betont der Roman, dass invasive Überwachungsmaßnahmen der hier dargestellten Art leicht zu einem Schaden für die observierten Individuen führen können. Beispielsweise stellt der folgende Abschnitt eine direkte Verbindung zwischen den von Studenten, Journalisten und Beamten gelesenen Büchern und ihren weiteren Berufschancen her: »Von den 736 namentlich erfaßten Personen:
kannten Sartre 204
davon *schätzten* Sartre 78
verteidigten Sartre 23.
Dieses Detail nur als Hinweis für die Wichtigkeit der Gesinnungsarbeit, die bei der Beurteilung beruflicher Förderungswürdigkeit besonderes Gewicht bekommt.«[41]

Die hier etablierte direkte Beziehung zwischen einer aberwitzigen Untersuchung und einem realen negativen Effekt auf die berufliche Zukunft der Überwachten illustriert die Gefahren der Existenz von Staatskörpern, deren Zweck das Sammeln und politische Verwerten selbst der trivialsten Informationen ist und welche die Macht haben, diese Daten gegen die observierten Personen zu verwenden.

Die drei hier besprochenen Prosawerke kritisieren westdeutsche Anti-Terrorismus-Maßnahmen sowie den reaktionären Sensationalismus der Presse, indem sie mögliche Auswirkungen auf unschuldige Bürger darlegen. Alle drei Romane betonen die unverhältnismäßige Beziehung zwischen der durch eine bestimmte Person dargestellten Bedrohung und den offiziellen, gegen ihn oder sie eingeleiteten Schritten. Indem sie die RAF kaum direkt erwähnen, erwecken die drei Romane zudem den Eindruck, dass die vom bewaffneten Kampf verursachte Bedrohung im Vergleich zu den Folgen der staatlichen Reaktion zu vernachlässigen ist.

Die Lyrik der 1970er Jahre weicht von der strengen Ausrichtung auf die Folgen der Terrorismusbekämpfung für Einzelne ab, welche die Prosaliteratur dieses Zeitraums charakterisiert, und kritisiert den Staat auf abstraktere, aber auch anklagendere Weise als die Prosawerke. Die Gedichte von Autoren wie Alfred Andersch und Erich Fried konzentrieren sich dabei auf drei Themen: auf Verbindungen zwischen der Bundesrepublik und dem Nationalsozialismus, auf die Frage, ob der Terrorismus oder die Reaktion auf denselben für die deutsche Demokratie schädlicher sei, sowie auf den Tod gefangener RAF-Mitglieder. Um eine Verbindung zwischen der modernen westdeutschen Gesellschaft und dem Dritten Reich herzustellen, bedienen sich die Gedichte zweier verschiedener historischer Argumente. Anderschs »Artikel 3(3)« beispielsweise beschuldigt die Deutschen einer faschistischen Mentalität, indem es auf Kontinuitäten zwischen dem Dritten Reich und der deutschen Gesellschaft der 1970er hinweist:

»ein volk von [...] die gesellschaft
ex nazis ist wieder geteilt

38 Hervorhebung Bölls. Ebenda, S. 35.
39 Ebenda, S. 37.
40 Hervorhebung Bölls. Ebenda, S. 38.
41 Hervorhebung Bölls. Ebenda.

Scanned by CamScanner

und ihren
mitläufern
betreibt schon wieder
seinen lieblingssport
die hetzjagd auf
kommunisten
sozialisten
humanisten
dissidenten
linke.
[...]

in wächter
und bewachte
wie gehabt

ein geruch breitet sich aus
der geruch einer maschine
die gas erzeugt«[42]

Durch die mehrmalige Verwendung von Wörtern wie »wieder« und »wie gehabt« konstatiert Andersch, dass in Deutschland eine Rückkehr zu faschistischen Tendenzen stattgefunden habe. Das Bild von »Wächter[n] und Bewachte[n]« suggeriert durch seine Zweideutigkeit – es kann sich auf Konzentrationslager wie auch auf deutsche Gefängnisse und Überwachungsmechanismen der 1970er beziehen – Ähnlichkeiten zwischen dem Nationalsozialismus und der Bundesrepublik. Das Gedicht impliziert, ein offener Wiedereinzug von NS-Methoden – wie der Vergasung – werde nicht aus dem Nichts kommen, sondern Kontinuitäten zwischen dem NS-Regime und dem bundesdeutschen Staat hätten latent immer bestanden. So sei der »Lieblingssport« der Deutschen – Dissidenten zu verfolgen – von den 1930ern/1940ern bis in die 1970er der Gleiche geblieben; das Gedicht deutet hiermit an, die Nation selbst habe sich trotz ihrer demokratischen Fassade nicht verändert.

Die Dichter verwenden einen weiteren Vergleich, um die gegen politische Gefangene verhängten Haftstrafen zu thematisieren. In »Die Anfrage« stellt Fried die Bestrafung deutscher Linksextremisten, von denen keiner bis dahin mehr als drei Menschen getötet hatte, neben die Strafen für tausendfache Mörder:

»Aber Anfrage an die Justiz
betreffend die Länge der Strafen:
Wieviel Tausend Juden
muß ein Nazi ermordet haben
um heute verurteilt zu werden
zu so langer Haft?«[43]

Dieser Vergleich lässt nicht nur die gegen RAF-Mitglieder verhängten Haftstrafen – die längsten in der Geschichte der BRD – übermäßig streng aussehen, sondern weist auch darauf hin, dass die Strafen all jener Nationalsozialisten, die weniger als Tausende von Juden ermordet haben – vielleicht töteten sie Hunderte –, ihren Verbrechen keineswegs angemessen seien.

Der zweite Kritikpunkt – die Bedrohung der Demokratie durch erweiterte staatliche Befugnisse – ist in fast jedem Gedicht zu finden, das in den 1970ern über die RAF oder den westdeutschen Staat geschrieben wurde. Während konservative Journalisten und Politiker die angebliche linke Bedrohung der »freiheitlich-demokratischen Grundordnung« als Rechtfertigung für invasive rechtliche Maßnahmen und die Ausweitung von Polizeibefugnissen verwendeten, argumentieren die Gedichte, dass staatliche Maßnahmen eine deutlich größere Bedrohung der deutschen Demokratie und der Grundrechte darstellen als jeder Angriff militanter Gruppen. Dies ist z. B. die Botschaft von Erich Frieds Gedicht »Die Unschuldigen im Lande«:

»Die Ulrike Meinhof nicht den Tod gebracht haben
sind die die nicht bürokratisch und nicht
erbarmungslos sind
und sie sind die von denen der Demokratie
in der Bundesrepublik Deutschland keine Gefahr
droht.«[44]

Diese letzte Strophe des Gedichtes ist durch wiederholte Verneinungen syntaktisch wenig geradlinig und lädt den Leser folglich dazu ein, jede Zeile zweimal zu lesen und zu durchdenken, einmal wie sie auf dem Blatt steht und einmal ohne die Verneinungen. Diese doppelte Lektüre ergibt zwei verschiedene, sich ergänzende Aussagen. Erstens: Jene, die Ulrike Meinhof nicht getötet haben – also friedfertige Dissidenten –, stellen keine Bedrohung für die bundesdeutsche Demokratie dar. Zweitens, und ohne die Verneinungen gelesen: Jene, die Meinhof getötet haben – und für Fried, der zu diesem Zeitpunkt nicht an Meinhofs Selbstmord glaubte, waren das Repräsentanten des Staates –, gefährden die Demokratie in der BRD.

Weiterhin sprechen die terrorismusbezogenen Gedichte ein Thema an, das in der Prosaliteratur der 1970er gar nicht und auch später kaum aufgegriffen wird, und zwar das Sterben von RAF-Mitgliedern in Gefängnissen unter teilweise ungeklärten oder wenig erforschten Umständen. Die Lyrik, die nach den fünf Todesfällen der Jahre 1976/77 (Meinhof, Ensslin, Baader, Raspe, Schubert) geschrieben wurde und den Verdacht äußert, der westdeutsche Staat habe diese seine Bürger heimlich und illegalerweise exekutiert, übt nicht nur Kritik. Stattdessen sind diese Gedichte, wie zum Beispiel Frieds »Ulrike Meinhofs Selbstmord«, Ausdruck von Schock und Trauer darüber, dass die BRD ein Staat ist oder sein könnte, der politische Dissidenten liquidieren lässt:

»Aber es darf nicht
das Andere sein
Es *muss*
Selbstmord gewesen sein

trotz aller Spuren
Nämlich
sonst müßte es
Mord sein

sondern
gemeiner Mord
wie durch Eindringen
eines Erwürgers

Wohin
kämen wir dann?
Wohin
sind wir gekommen?«[45]

Nicht Mord durch Zutodehetzen
Mord durch Gehässigkeit
Mord durch Unrecht
den keiner mehr Mord nennt

Der Wechsel vom Konjunktiv ins Perfekt in der letzten Strophe dieses Gedichtes ist eine Manifestierung dieses Entsetzens, also der schmerzlichen Realisierung, dass das schreckliche, in den vorangegangenen Zeilen skizzierte Mordszenarium in der Bundesrepublik nicht nur eine hypothetische Möglichkeit, sondern vielleicht sogar eine Beschreibung der Realität ist. Andere Gedichte[46] befassen sich mit den Todesfällen, indem sie jene Beweisstücke betonen, die eher gegen einen Suizid sprechen. Diese Darstellung wirft ein kritisches Licht auf die hastigen staatlichen Interpretationen der Todesfälle als Selbstmorde sowie auf die Unterdrückung jeder Diskussion über die Todesursachen, da sie impliziert, dass die Obrigkeiten etwas – möglicherweise ihre Beteiligung – zu verstecken haben.

Zwar konzentrieren sich die Gedichte der 1970er Jahre auf die repressiven und autoritären Tendenzen des deutschen Staates, jedoch missbilligen viele den von der RAF eingeschlagenen Weg ausdrücklich. Zum Beispiel lässt Fried in einem seiner Gedichte Rosa Luxemburg zu Ulrike Meinhof sagen: »Ulrike, doch du hast Fehler gemacht«,[47] und in einem weiteren Gedicht bezeichnet er die Militanten als »Narren«.[48] Frieds Gedicht »Lebenslänglich« spricht sich ausdrücklich gegen den bewaffneten Kampf der RAF und ähnlicher Gruppen aus:

»Ich habe immer gesagt
und ich sage noch immer:
Was sich nennt ›Bewaffneter Kampf‹
bringt nichts als den Tod
bringt nichts
als Tod und Verrohung
auf beiden Seiten ...«[49]

Obwohl Frieds Gedichte sein offenes Missfallen an der Strategie der RAF bekunden, machen sie nicht die Guerillakämpfer allein für ihre Taten verantwortlich, sondern suchen die Ursachen für die extremen Positionen der RAF in der Gesellschaft.[50] Einerseits äußert Fried somit ausdrücklichere Kritik an den Zielen und Methoden der RAF als die hier besprochenen Prosatexte. Andererseits zeigt er, wie auch Böll und Schneider, deren sympathische Figuren

42 Alfred Andersch, Artikel 3 (3), in: Empört Euch, der Himmel ist blau, Zürich 1977.
43 Erich Fried, Die Anfrage, in: Gesammelte Werke, hrsg. von Volker Kaukoreit und Klaus Wagenbach, West-Berlin 1993, Bd. 2, S. 260.
44 Erich Fried, Die Unschuldigen im Lande, in: ebenda, S. 270.
45 Erich Fried, Ulrike Meinhofs Selbstmord, in: ebenda, S. 266.
46 Vgl. beispielsweise Peter Paul Zahl, Stammheimer Dialog, in: Der Staat ist eine mündelsichere Kapitalanlage, West-Berlin 1989, S. 37–40; Erich Fried, Der lange Arm der Ungerechtigkeit, in: Gesammelte Werke, Bd. 2, S. 485.
47 Erich Fried, Ein Lied von Rosa und Ulrike, in: ebenda, S. 268.
48 Erich Fried, Bewaffnetes Idyll, in: ebenda, S. 580.
49 Erich Fried, Lebenslänglich, in: ebenda, S. 585.
50 Erich Fried, Wir sind wieder wer, in: ebenda, S. 309; Fried, Die Anfrage.

Scanned by CamScanner

sich nach ausgiebiger Schikane zu Gewalt hinreißen lassen, in seinen Gedichten großes Verständnis für die Beweggründe der bewaffneten Kämpfer.

In ihrer formellen Struktur ist diese hochpolitische Lyrik atypisch. Selten enthalten diese Gedichte irgendein Reimmuster; viele Gedichte bestehen aus Abschnitten radikal unterschiedlicher Länge; und das politische Vokabular, das hier lyrische Wendungen ersetzt, verursacht vielerorts Brüche im Rhythmus. In ihrem Zusammenspiel verhindern diese formellen Unregelmäßigkeiten, dass sich der Leser zu sehr in einer schönen Sprache verliert, und zwingen ihn stattdessen, den politischen Botschaften seine volle Aufmerksamkeit zu schenken. Zusätzlich verwenden manche dieser Gedichte zum Terrorismus logische Strukturen, die den Leser mit Hilfe verschiedener Prämissen bei einer logischen Schlussfolgerung über die RAF oder den Staat ankommen und diese somit als die einzig richtige Folgerung über den Terrorismus wirken lassen. Insgesamt verstärkt die Lyrik solcher Autoren wie Fried und Andersch die kritische Botschaft der Prosatexte, während sie die Kritik an den staatlichen Aktivitäten ausweitet.

Im Jahre 1978 ging die Produktion literarischer Texte über die RAF bzw. den Terrorismus drastisch zurück und stand zwischen 1979 und 1988 still, mit Ausnahme zweier Romane von Friedrich Christian Delius, die wie die oben besprochenen Texte die Auswirkungen des Terrorismus und seiner Bekämpfung auf die Gesellschaft anhand individueller Schicksale erforschen. Während die deutschen Schriftsteller zum Thema Terrorismus schwiegen, erschien eine Welle akademischer und pseudowissenschaftlicher Texte, deren erklärtes Ziel es war, die Ursachen des Terrorismus zu erforschen. Um zu erklären, warum linksgerichtete Schriftsteller, die sich über die vorausgegangenen sieben Jahre hinweg lebhaft an der gesellschaftlichen Diskussion über den Terrorismus beteiligt hatten, auf einmal verstummten, sind zwei Faktoren zu nennen: die Intensität des Konfliktes zwischen den Schriftstellern und dem Staat und den Medien auf der einen Seite sowie der Schock, den die Eskalation der Gewalt im Herbst 1977 verursacht hatte, auf der anderen Seite. Möglicherweise haben sieben Jahre aggressiver Polemiken gegen linksgerichtete – oder auch nur um die Bürgerrechte besorgte – Schriftsteller, haben sieben Jahre polizeilicher Durchsuchungen und Prozesse gegen Verleger diese Schriftsteller einfach erschöpft. Es kann gut sein, dass diese Autoren große Resignation verspürten, als ihre ständigen Bemühungen nach Jahren eines erhitzten Konfliktes um den Kampf einer jüngeren Generation noch immer keine positive Veränderung bewirkt hatten. Das Ausbleiben terrorismusbezogener literarischer Werke in den Jahren 1978 bis 1988 könnte möglicherweise ein Indikator dafür sein, dass staatliche, von reaktionären Medien unterstützte Verhetzung letztlich Wirkung gezeigt hat.

Der nächste Abschnitt wird einige jener Texte untersuchen, die das schriftstellerische Schweigen zum Thema Terrorismus in den frühen 1990er Jahren brachen. Diese Werke, die auf den Deutschen Herbst mit einem mehr als zehnjährigen Abstand zurückblicken, unterscheiden sich deutlich von den bisher behandelten Texten. Wie meine Ausführungen gezeigt haben, thematisiert die terrorismusbezogene Literatur der 1970er die RAF selten direkt, sondern konzentriert sich stattdessen auf den Effekt der staatlichen Terrorismusbekämpfung auf die nicht militante Linke und die Gesamtgesellschaft sowie auf die Verletzung bürgerlicher Rechte. Die Werke der frühen 1990er hingegen beschäftigen sich kaum mit den Folgen des bewaffneten Kampfes für die Gesellschaft oder Unbeteiligte. Stattdessen macht eine Analyse der literarischen Werke jener Jahre deutlich, dass ein Blickwechsel hin zu den Persönlichkeiten und zwischenmenschlichen Beziehungen von RAF-Mitgliedern stattgefunden hat.

Terroristen ganz persönlich

Eine große Anzahl der literarischen Texte, die seit 1988 erschienen sind, befassen sich mit einem Thema, dem die Literatur der 1970er kaum Aufmerksamkeit widmet: mit dem einzelnen »Terroristen« und seinen Motiven, Gefühlen, persönlichen Krisen sowie seinem Sozialverhalten. Zwischen 1988 und 2004 sind acht belletristische Werke und fünf Kinofilme erschienen, die sich auf den einzelnen Militanten konzentrieren, sowie fünfzehn mit dem bewaffneten Kampf zusammenhängende Biografien oder Autobiografien. Von den acht literarischen Werken wer-

de ich jene drei analysieren, die meiner Meinung nach am relevantesten sind und den generellen Trend am besten repräsentieren: F. C. Delius' Roman »Himmelfahrt eines Staatsfeindes«,[51] Dea Lohers Drama »Leviathan«[52] und »Rosenfest« von Leander Scholz.[53] Im Gegensatz zu anderen Werken, die abstraktere Darstellungen deutscher Linksterroristen liefern,[54] handeln die drei hier zu besprechenden Werke von klar identifizierbaren RAF-Mitgliedern und eignen sich daher am besten für eine Studie der literarischen Rezeption der RAF.

Meine Analysen von Delius', Lohers und Scholz' Texten sollen zeigen, welchen Einfluss die literarische Beschäftigung mit dem einzelnen Terroristen auf die Darstellung des bewaffneten Kampfes hat und wie sie sich auf die Darstellung der Gruppendynamik, des Problembewusstseins der Stadtguerilla und die Rechtfertigungen der RAF-Strategie auswirkt. Zunächst ist zu bemerken, dass sich diese Texte nur für die Gründer und am stärksten ikonisierten Mitglieder der RAF, für Baader, Ensslin und Meinhof interessieren. Weiterhin zeigt sich, dass die RAF als Gruppe porträtiert wird, deren Beziehungen untereinander von Aggression, Misstrauen und dogmatischem Starrsinn sowie von den Eigenheiten ihrer Anführer Baader, Ensslin und Meinhof geprägt sind. Die Guerillakämpfer erscheinen hier als Opfer äußerer Umstände einerseits und ihres eigenen Handelns andererseits. Zudem werden die persönlichen Motive der RAF-Gründer als wichtiger für ihr Handeln dargestellt als ihre politischen Überzeugungen. Ein Ergebnis dieser literarischen Beschäftigung mit dem »privaten« Verhalten Baaders, Ensslins und Meinhofs ist die Marginalisierung der RAF als Gruppe. Lohers Drama spielt vor der Erfindung des Namens »Rote Armee Fraktion« und erwähnt nur den bewaffneten Kampf, nicht die Gruppe selbst, und bei Scholz ist keine Rede von irgendeiner Organisation, ja, Baaders und Ensslins Aktionen zwischen 1967 und 1972 werden als das Werk von spontan operierenden Einzeltätern dargestellt. Da sich diese Werke der RAF durch die Beschäftigung mit den Einzelschicksalen dreier bewaffneter Kämpfer nähern, lassen sie andere Aspekte der Geschichte der RAF unwichtig erscheinen: Weder politische Strategien noch das Konzept der RAF als eine Gruppe aufeinander angewiesener Kämpfer noch die Funktion der RAF als Organisation, deren öffentliche und mediale Präsenz weitere »Generationen« für den bewaffneten Kampf mobilisieren konnte, finden in dieser Literatur Erwähnung.[55] Diese belletristischen Texte weichen somit deutlich von dem Bild einer politischen, eingeschworenen Gruppe ab, das die RAF in den 1970ern von sich selbst schuf. Stattdessen würde ich behaupten, dass Lohers Drama und Scholz' Roman den Diskurs der Politik und der Medien der 1970er weitgehend übernehmen, der sich primär dem einzelnen Terroristen und seiner oder ihrer Psychologie widmet;[56] Delius beleuchtet diesen Diskurs kritisch, bedient sich dafür aber auch der Perspektive des einzelnen RAF-Mitglieds. Die hier zu analysierenden literarischen Texte sind faszinierende Versuche deutscher Autoren, sich mit der Vergangenheit auseinander zu setzen, die allerdings – bewusst oder unbewusst – innerhalb eines

51 Friedrich Christian Delius, Himmelfahrt eines Staatsfeindes, Reinbek 1992, nachgedruckt in: Deutscher Herbst: Drei Romane in einem Band, Reinbek 1997. Die Seitenzahlen beziehen sich auf die Ausgabe von 1997.

52 Dea Loher, Leviathan, in: Olgas Raum; Tätowierung; Leviathan; drei Stücke, Frankfurt am Main 1994.

53 Leander Scholz, Rosenfest, München/Wien 2001.

54 Unter abstrakt verstehe ich an dieser Stelle, dass keine der Figuren offensichtlich für ein wirkliches RAF-Mitglied steht. Nichtsdestotrotz befinden sich die in diesen Texten vorkommenden Militanten offensichtlich, wenn auch nicht explizit, im Umkreis der RAF oder einer anderen bewaffneten Gruppe der 1970er. Ein Beispiel eines solchen abstrakteren Werkes ist Christian Geissler, Kamalatta: romantisches Fragment, West-Berlin 1989.

55 Für personalisierte Darstellungen der Bedeutung der Bekanntheit der RAF für die Entscheidung Einzelner, am bewaffneten Kampf teilzunehmen, vgl. Andres Veiel, Black Box BRD: Alfred Herrhausen, die Deutsche Bank, die RAF und Wolfgang Grams, Stuttgart 2002, und Margrit Schiller, Es war ein harter Kampf um meine Erinnerung: ein Lebensbericht aus der RAF, Hamburg 1999. Bereits für die Rekrutierung der ersten Generation spielte dies eine Rolle, stärker jedoch für die zweite und dritte Generation.

56 Die meisten staatlichen Studien zum RAF-Terrorismus konzentrieren sich auf Untersuchungen der Psyche der einzelnen RAF-Mitglieder. Vgl. z. B. Herbert Jäger / Gerhardt Schmidtchen / Lieselotte Süllwold, Lebenslaufanalysen. Analysen zum Terrorismus, Bd. 2, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Opladen 1982.

Scanned by CamScanner

konservativen Diskurses operieren. Obwohl sich die RAF als politisch verstand, interessieren sich diese späteren Werke weniger für die Politik der RAF als für die persönliche Entwicklung ihrer bekanntesten Mitglieder.

In ihrem Umgang mit politischen Themen unterscheiden sich »Himmelfahrt eines Staatsfeindes«, »Leviathan« und »Rosenfest« deutlich voneinander. Während »Himmelfahrt« die Perspektive Einzelner nutzt, um sich politischen Fragen zu nähern, schildert »Leviathan« nur wenige politische Diskussionen und befasst sich stattdessen mit dem persönlichen Dilemma der Protagonistin, einer fiktionalisierten Ulrike Meinhof. Scholz' »Rosenfest« schließlich ignoriert die politischen Aspekte der RAF fast komplett. Dass der Grad der Beschäftigung mit politischen Fragen hierbei chronologisch abnimmt, weist auf die Richtigkeit meiner Hypothese hin, nach der die RAF-Literatur mit wachsendem zeitlichen Abstand zwischen den Ereignissen und der literarischen Reaktion sowie mit wachsendem Altersunterschied zwischen RAF-Mitgliedern und Schriftstellern sich zunehmend für persönliche Schicksale und immer weniger für politische Aspekte interessiert. Obwohl ich auf Filme zur RAF nicht näher eingehen werde, möchte ich doch kurz erwähnen, dass in den terrorismusbezogenen Spiel- und Dokumentarfilmen eine ähnliche Entwicklung zu beobachten ist.

Das fast völlige Versiegen jeglicher literarischer Produktion zum Thema RAF folgt dem Deutschen Herbst – dem Höhepunkt einer anstrengenden jahrelangen Auseinandersetzung der Linken mit dem Staat – mit nur kurzem zeitlichen Abstand. Gleichzeitig geht dieses literarische Schweigen mit dem Ende jener ersten RAF-Generation einher, die manche Linke noch aus persönlichen Begegnungen kannten, sowie mit der Gefangennahme der für den Deutschen Herbst verantwortlichen zweiten Generation und mit der aktiven Phase einer damals weitgehend anonymen dritten RAF-Generation, deren verschwommene politische Ziele und zunehmend grausame Methoden mit den neuen Betätigungsfeldern der Linken wie Atomenergie, Umweltschutz und dem Kampf für Frauenrechte nicht zu vereinbaren waren. Die starke pazifistische Ausrichtung des neuen linken Aktivismus distanzierte die nicht militante Linke stärker denn je von der RAF und ihrem gewaltsamen Kampf für vermeintlich politische Ziele. Die Entwicklung der RAF in der zweiten Hälfte der 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre machte es jedoch einfacher für die Linke und, wie die Wiederaufnahme der RAF-Literatur zeigt, auch attraktiv für Schriftsteller, sich wieder mit der RAF zu befassen. Im Folgenden werde ich *eine* mögliche Erklärung dafür geben, warum diese erneute literarische Annäherung an die RAF ausgerechnet den Weg über die Schicksale einzelner Personen nahm.

So führte die Kombination aus einer geringen Zahl an Festnahmen zwischen 1982 und 1992 und langen Haftstrafen für alle bis dahin Verhafteten zu einer erstmaligen klaren Teilung der RAF in zwei weitgehend unverändert bleibende Gruppen. Auf der einen Seite waren die Gefangenen – Mitglieder der ersten und zweiten RAF-Generation – und auf der anderen die aktive RAF, eine weitgehend unbekannte dritte Generation. Die vom Ende der 1980er Jahre an auch öffentlich sichtbar wachsende Spaltung zwischen den Gefangenen, von denen einzelne die aktuellen RAF-Aktionen kritisierten,[57] und der aktiven RAF machte es für die nicht militante Linke – und auch für jüngere Deutsche – einfacher, sich für die politischen Gefangenen zu interessieren und einzusetzen. Das Missverhältnis zwischen der von RAF-Gefangenen noch dargestellten Bedrohung und den weiterhin aufrechterhaltenen besonderen Haftbedingungen motivierte sogar junge Linke, die sich ansonsten klar gegen Gewaltanwendung aussprachen, zum Aktivismus für die Gefangenen.[58] Das Verhältnis der demokratischen Linken zur RAF war in den späten 1980ern also gespalten in starke Missbilligung der RAF-Anschläge und Mitgefühl mit den Gefangenen.

Während die westdeutsche Öffentlichkeit nur wenig über die Drahtzieher der dritten RAF-Generation wusste, waren die Namen und Gesichter der

57 Wolfgang Gast / Gerd Rosenkranz, »Ohne die Gefangenen bräche die RAF zusammen«: Interview mit Christian Lochte, Leiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz, *die tageszeitung* vom 9. Dezember 1989.

58 Petra Bornhöft, Als Autonome im Sauerland etabliert, *die tageszeitung* vom 4. April 1989.

Gefangenen von früheren Fahndungsplakaten sowie aus Presseberichten über Festnahmen und Hungerstreiks bekannt. Dieser Wiedererkennungswert ließ die Gefangenen wohl stärker für »die RAF« stehen als die aktive, aber anonyme dritte Generation. Dabei hatte die zunehmende Gleichsetzung von »die RAF« und »die RAF-Gefangenen« unterschiedliche Auswirkungen auf die verschiedenen politischen Lager. Die politische Linke sah den Unterschied zwischen den Gefangenen und der aktiven RAF darin, dass Erstere noch eine politische Motivation gehabt hatten, während Letztere jegliches politische Motiv abgelegt hatte: »Die Zeit des Terrorismus als einer *politisch motivierten* mörderischen Kriminalität von illegalen Gruppen ist vorbei, was bleibt, ist ›normale‹ Gewaltkriminalität, die bekämpft und geahndet werden muß wie andere Morde und Verbrechen auch.«[59]

Das Ergebnis dieser Haltung zur RAF war der Einsatz linker Politiker für eine Amnestie der politischen Gefangenen sowie für deren Resozialisierung.[60] Konservative Deutsche hingegen sahen die Angriffe der RAF weiterhin als politisch motiviert und somit als Auswuchs linker Politik. Zudem schrieb die konservative Seite die Planung der RAF-Anschläge den besser bekannten Gefangenen zu und nicht der anonymen dritten RAF-Generation.[61] In den späten 1980ern stützten sich somit Linke wie Konservative in ihrer Wahrnehmung und Bewertung der RAF stark auf identifizierbare einzelne RAF-Mitglieder – in diesem Fall auf die RAF-Gefangenen. Das konservative Bild des gefangenen Terroristen als kriminelles Superhirn und das linke Mitgefühl für die Gefangenen trugen gleichermaßen dazu bei, dass sich eine Faszination durch bestimmte Individuen – und nicht durch die Organisation RAF – etablieren und intensivieren konnte. Es ist keine Überraschung, dass diese Haltung auch von Schriftstellern der späten 1980er und frühen 1990er Jahre übernommen wurde. Im Juni 1990 intensivierte sich die Personalisierung der RAF durch die Festnahmen jener RAF-Mitglieder, die Ende der 1970er Jahre in die DDR geflüchtet waren, weiter, da durch die Aussagen dieser Ex-Terroristen bisher unaufgeklärte Verbrechen einzelnen Gefangenen zugeordnet werden konnten. Von neu erlangten Informationen über die Gruppenstruktur und den Alltag der RAF wurde zudem erwartet, dass sie Legenden über die RAF zerstören und somit für die Demythologisierung der Gruppe sorgen würden: »[Nun werden] auf beiden Seiten der Barrikade gern gepflegte Schablonen wohl endgültig der Vergangenheit angehören: die RAF als Ansammlung blutrünstiger krimineller Killer sowie die RAF als verschworenes, kompromißlos-revolutionäres Kollektiv.«[62]

Gerd Rosenkranz, der hier für die *tageszeitung* schreibt, geht aber auch davon aus, dass sich die Aussagen und vor allem die Reaktionen der Gefangenen bestens zur Bildung neuer Legenden eignen. Die literarischen Texte der frühen 1990er ähneln diesen Aussagen insofern, als sie bestimmte RAF-Mythen angreifen, gleichzeitig aber den Legendenstatus der RAF-Anführer festigen. In ihren Darstellungen der RAF halten sich diese Texte von wilden Mythen fern, zeigen aber durch ihre Wahl der legendärsten RAF-Figuren Baader, Ensslin und Meinhof als Protagonisten, dass sie sich innerhalb des öffentlichen Diskurses bewegen, der sich sowohl auf konservativer als auch auf linker Seite mit Einzelpersonen beschäftigte.

Wenn die belletristische Darstellung des Terrorismus wirklich so eng mit der Situation der RAF in den späten 1980ern und frühen 1990ern zusammenhing, so könnte man sich fragen, warum zeigt die Literatur dann Terroristen, die schon 1976/77 gestorben und nicht RAF-Mitglieder, die zur Zeit der literarischen Produktion noch gefangen waren? Meine Antwort

59 Antje Vollmer, Konsequenzen aus dem Ende des Terrorismus: Zehn Thesen, *die tageszeitung* vom 18. Juli 1990, S. 10. (Hervorhebung i. T.)

60 »Die Gesellschaft muß den ersten Schritt tun« – Dokumentation der Erklärung von Ernst Käsemann, Antje Vollmer und Martin Walser: Vorschlag zur Eröffnung eines gesellschaftlichen Dialoges – gerichtet an die RAF-Häftlinge, an Justizminister Engelhardt und an Generalbundesanwalt Rebmann, *die tageszeitung* vom 14. Oktober 1987.

61 Der taz-Reporter Gerd Rosenkranz fasst die konservativen Argumente zusammen in: »Zellensteuerung«: Kampfbegriff der Ratlosen, *die tageszeitung* vom 29. August 1990.

62 Gerd Rosenkranz, Die RAF-Heimkehrer aus dem Osten packen aus: Aus dem Innenleben der Guerilla, *die tageszeitung* vom 20. November 1990, S. 3.

Scanned by CamScanner

ist, dass die Beschäftigung mit den politischen Gefangenen der späten 1980er Jahre eine frühere – und unverarbeitete – Phase der RAF-Geschichte zurück ins Gedächtnis der Bundesdeutschen rief, und zwar die Jahre 1970 bis 1977, als die Haftbedingungen ein ständig präsenter Streitgegenstand und die Gefangenenbefreiung das Hauptziel der RAF waren. Als die bundesdeutsche Gesellschaft begann, sich ein zweites Mal mit RAF-Gefangenen auseinander zu setzen, erstarkte die Erinnerung an die frühere und intensivere Phase der Beschäftigung mit politischen Gefangenen, besonders da diese Phase mit den Stammheimer Todesfällen so abrupt zu Ende gegangen und dann lange nicht offen thematisiert worden war. Die literarische Ausrichtung auf Baader, Ensslin und Meinhof ist, meiner Meinung nach, ein Ausdruck dieser kollektiven Erinnerung.

Die Gefangenen der 1970er haben zwei weitere Eigenschaften, die sie zu attraktiven literarischen Objekten machen. Erstens waren sie zur Zeit der am stärksten in Erinnerung gebliebenen »Schlacht« des bewaffneten Kampfes, dem Deutschen Herbst, die bekanntesten Mitglieder der RAF. Obwohl Baader und Ensslin nicht aktiv an den Morden und Entführungen teilnahmen, die das Jahr 1977 geprägt haben, kannte die damalige Bevölkerung, ähnlich wie später in den 1980ern, die Namen und Gesichter der Gefangenen weitaus besser als die der damals aktiven RAF. Meiner Auffassung nach verbindet die Öffentlichkeit den Deutschen Herbst infolgedessen auch in der Gegenwart noch stärker mit Baader, Ensslin und Raspe als mit den Mitgliedern der zweiten Generation, die die Anschläge ausführten. Zweitens, und das ist wohl der wichtigste Grund, sind Baader, Ensslin und Meinhof tot. Ob sie sich selbst das Leben genommen haben oder nicht, ihr Tod macht sie zu mehr oder weniger tragischen Opfern des Kampfes zwischen der RAF und dem deutschen Staat. Als solche eignen sie sich deutlich besser zur Legendenbildung als die Gefangenen der späten 1980er, die noch am Leben sind und deren Status als tragische Figuren strittig ist. Zuletzt ließe sich noch anführen, dass die Anführer der ersten Generation vergleichsweise wenige Morde zu verantworten haben – vor allem an den »großen« Anschlägen der RAF auf Buback, Ponto, Schleyer oder auch Herrhausen nicht beteiligt waren – und die Identifikation mit oder das Interesse an ihnen als Verfechter einer revolutionären Idee deutlich leichter fällt als mit den schwerer belasteten und weniger politisch artikulierten späteren RAF-Generationen.

Die Schriftsteller, die sich in den frühen 1990ern mit der RAF beschäftigt haben, hatten deutlich andere Motive als ihre Vorgänger in den 1970ern. Schriftsteller und Verleger wie Böll, Schneider, Wagenbach oder Fried hatten die Studentenproteste der späten 1960er Jahre miterlebt, unterstützt und teilweise an ihnen teilgenommen, und sie waren manchen der damals noch zukünftigen RAF-Mitglieder persönlich begegnet. F. C. Delius gehört als einziger Autor, der in den 1990ern über die RAF geschrieben hat, zu dieser ersten Gruppe, stellt aber eine große Ausnahme dar, auch weil er der einzige Schriftsteller ist, der zwischen 1978 und 1988 den Terrorismus direkt thematisiert hat. Loher und Scholz hingegen sind erst 1964 und 1969 geboren und können kaum persönliche Erinnerungen an die Studentenbewegung oder die erste RAF-Generation haben. Als diese jüngeren Autoren ihre Texte schrieben, war die aktive Auseinandersetzung zwischen der RAF und dem deutschen Staat faktisch vorbei. Da der bewaffnete Kampf spätestens seit der Einstellungserklärung der RAF 1992 weder die Tagespolitik besonders bewegte noch weitere Todesfälle verursachte, schien keinerlei Dringlichkeit mehr zu bestehen, sich von schriftstellerischer Seite in die Auseinandersetzung zwischen RAF und Staat einzumischen.[63] Dass »Leviathan« und »Rosenfest«

63 Zwar hätte es Anlass für eine kritische Beleuchtung der Situation der RAF in den frühen 1990ern gegeben, jedoch standen die kontroversen Aspekte mittlerweile weniger im Rampenlicht der Öffentlichkeit und konnten so nur wenige zeitgenössische Schriftsteller und Leser begeistern. Die anhaltende Gefangenschaft vieler RAF-Mitglieder der ersten und zweiten Generation bewegte ältere Schriftsteller und Künstler, die eine gemeinsame Vergangenheit mit diesen Häftlingen hatten (vgl. Martina Bick / Thorwald Proll [Hg.], »Die schönste Jugend ist gefangen«: Freiheit für Irmgard Möller in Lyrik und Prosa, Hamburg 1994), jedoch erhielten solche Appelle keine breite Öffentlichkeit. Umstrittene Maßnahmen des Staates gegenüber der dritten Generation, namentlich die Erschießung Wolfgang Grams' in Bad Kleinen, finden erst 2004 Einzug in die belletristische Literatur.

keinerlei Verweise auf die Gegenwart enthalten und dass alle RAF-Mitglieder, die dort auftauchen, seit den 1970ern tot sind, ist ein weiterer Hinweis, dass diesen jüngeren Schriftstellern in ihrer Themenwahl nicht primär an politischem Aktivismus gelegen ist.

In Interviews haben Loher und Scholz deutlich gemacht, dass ihre literarische Beschäftigung mit dem Thema RAF erstens ein Versuch ist, Einsicht in die neueste deutsche Geschichte zu erlangen und die politischen Leidenschaften und den Aktivismus, die in der heutigen Gesellschaft nicht mehr zu finden sind, zu erforschen und zu verstehen,[64] und zweitens eine Wiedergabe der Perspektive ihrer eigenen auf den Versuch der vorangegangenen Generation, eine Revolution auszulösen. Loher hält ihr Werk für eine historische Analyse, da es einen geschichtlichen Moment betont, der von den meisten Diskussionen zur RAF übersehen wird: »[Ich finde es falsch,] wenn die ganze Geschichte der RAF nur aus der Perspektive von 1977 geschrieben wird und man das, was vorher war und sich auch anders hätte entwickeln können, nicht mehr sieht.«[65]

Es ist nicht das Ziel dieser jungen Schriftsteller, eine Veränderung der gesellschaftlichen Zustände zu bewirken; stattdessen wollen sie historische Prozesse verstehen und ihrer eigenen Generation und sich selbst die Motivationen der Guerillakämpfer aus den 1970ern verständlich machen. Paradoxerweise interessieren sich Loher und Scholz nicht für die RAF-Mitglieder der zweiten und dritten Generation, an die sich selbst erinnern können, sondern nur für die Gründergeneration der RAF. Sie orientieren sich also am kulturellen Gedächtnis ihrer Gesellschaft und nicht an ihren eigenen Erinnerungen, obwohl auch ihre Beschäftigung mit der RAF sicherlich von der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit den RAF-Gefangenen der späten 1980er beeinflusst ist. Hier würde ich behaupten, dass Lohers und Scholz' Texte durch ihre Darstellung jener RAF-Mitglieder, um die die meisten Legenden gesponnen werden,[66] den sensationalistischen Blickwinkel der Presse übernehmen und beibehalten. Trotz Lohers Absicht, vernachlässigte Aspekte der Geschichte hervorzuheben, entwickeln die Texte keine Gegenperspektive zu den resonanten Motiven der deutschen Erinnerung an die RAF.

»Himmelfahrt eines Staatsfeindes«, der letzte Roman in Friedrich Christian Delius' Trilogie über den Deutschen Herbst, ist im selben Jahr erschienen, in dem die RAF ankündigte, ihre Anschläge einzustellen. Während sich die beiden ersten Romane der Trilogie mit der Auswirkung des Deutschen Herbstes auf »Opfer« befassen, wie Schleyers fiktiven Assistenten und eine Geisel in der entführten Lufthansa-Maschine, konzentriert sich »Himmelfahrt« auf einzelne RAF-Mitglieder und mit der RAF beschäftigte Wissenschaftler und Beamte. In diesem Roman kommentiert Sigurd Nagel, eine fiktive Version des Andreas Baader, sein eigenes spektakuläres Staatsbegräbnis, das er auf seinem Weg in den Himmel beobachtet. Er beschreibt karnevaleske und fröhliche Festlichkeiten – die keineswegs der Realität der Baader-Ensslin-Raspe-Beerdigung entsprechen – und sinniert über die Ursprünge der RAF sowie über die Rolle der Gruppe in der deutschen Gesellschaft. In fast der Hälfte der 62 kurzen Kapitel ist Nagel der Erzähler; die restlichen Kapitel sind zwischen drei weiteren Erzählern aufgeteilt. Ein Erzähler berichtet in der dritten Person von Bernhard Schäfer, dem fiktionalisierten Chef des BKA. Maurizio Serratta, ein fiktiver italienischer Literaturprofessor, erzählt von seiner Reise nach Deutschland und seinen Nachforschungen betreffend des angeblichen Selbstmords einer Ulrike-Meinhof-Figur. Schließlich nimmt Conni, die die zweite Generation der RAF gerade verlassen hat, ihre Gedanken zur RAF in einem Versteck in

64 Für Scholz' Erläuterung seines Interesses an der RAF vgl. Volker Weidermann, »Sie kämpften. Wir wissen nicht warum«, *die tageszeitung* vom 15. Februar 2001. Scholz nennt u. a. das Gefühl, zu spät geboren worden zu sein und in einer Zeit zu leben, die den 1970ern unterlegen sei.

65 Sandra Umathum, Unglückliche Utopisten, in: Interessengemeinschaft Theater der Zeit (Hg.), Stück-Werk 3, Neue deutschsprachige Dramatik, Berlin 2001, S. 101–105.

66 Beispiele solcher sensationsheischender Behandlung jeder Information über die RAF-Gründer sind zu finden in Wieland Freud, Irgendwo lebt ein Mensch, dessen Vater Andreas Baader ist, *Die Welt* vom 17. November 2003, und RAF: Das Gehirn des Terrors, *Spiegel Online*, 8. November 2002, Panorama, http://service-spiegel.de/digas/servlet/find/ON=spiegel-222124 (15. Juni 2006).

Scanned by CamScanner

Luxemburg auf Kassette auf. Für den durchschnittlichen deutschen Leser, der die RAF zum Zeitpunkt der Veröffentlichung mangels Interviews oder Autobiografien nur von Fahndungsplakaten oder aus den Fernsehnachrichten kannte, eröffnet Delius' Ich-Erzählung zweier RAF-Mitglieder eine völlig neue Perspektive auf den Terrorismus.

Das Hauptereignis des Romans, das alle Figuren außer der sich versteckt haltenden Conni bewegt, ist die Beerdigung von Nagel und den RAF-Größen Jeschke und Wollzeck, die klar als Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe zu erkennen sind. Zahllose Besucher aus ganz Europa trinken Sekt, essen Popcorn und nehmen an der fröhlichen Feier teil, einem »freudige[n] nationale[n] Ereignis«.[67] Weiße Särge transportieren die RAF-Gründer, »auf zwei Ordenskissen liegen je eine Pistole, auf dem dritten Kissen ein zusammengerolltes Elektrokabel«, und ein Schriftzug heißt sie in der Heimatstadt des BKA willkommen, der Stadt, die laut Nagel am meisten vom bewaffneten Kampf profitiert hat: »WIESBADEN BEGRÜSST SEINE TERRORISTEN.«[68] Der Text vergleicht die Beerdigungsgäste mit Sportfans bei einem Fußballspiel, Besuchern einer Automobilausstellung sowie Zuschauern eines Faschingsumzugs[69] und betont so, dass die Beerdigung den Charakter eines Volksspektakels oder einer extravaganten Unterhaltungsveranstaltung hat.

Nagel amüsiert sich über die Mühe, die sich die Deutschen bei seiner Verabschiedung geben, und bemerkt, das Ausmaß und die Atmosphäre der Beerdigung seien jener Rolle angemessen, die er über Jahre in der Gesellschaft eingenommen habe – der Rolle des »Staatsfeind[s] von allerhöchsten Gnaden«.[70] Nagel behauptet, die deutsche Gesellschaft habe den Terrorismus, und besonders einen einzelnen, scheinbar gefährlichen Anführer wie ihn, gebraucht, um die Demokratie zu festigen und die Westdeutschen im Angesicht einer gemeinsamen Bedrohung zusammenzuführen: »[Die Täter] haben das Verdienst, euch herauskatapultiert zu haben aus der Nachkriegszeit: die spendierte, verordnete Demokratie habt ihr endlich selbst erobert, indem ihr sie tapfer im Kampf gegen ihre inneren Feinde verteidigt und damit nach dreißig Jahren Bewährung verdient.«[71]

Sowohl Nagel als auch der italienische Intellektuelle Serratta sind der Meinung, die RAF habe die konservativen Elemente in der deutschen Gesellschaft eher gestärkt als destabilisiert, indem sie den Obrigkeiten als Rechtfertigung für die gesamte Gesellschaft betreffende repressive Maßnahmen gedient habe. Die absurd feierliche Beerdigung ist der krönende Schlusspunkt dieser Phase der Festigung bestehender Strukturen. Serratta beobachtet zudem ein neues deutsches Selbstbewusstsein und einen gewachsenen Stolz, welche er dem Sieg der GSG 9 über die Flugzeugentführer und der vermeintlichen Niederschlagung des gesamten Terrorismus zuschreibt. Er bemerkt eine »neue, triumphierende Zufriedenheit«[72] unter den Deutschen und ist von ihrer enthusiastischen Haltung zum Deutschen Herbst unangenehm berührt. Damit der Sieg über den Terrorismus diese von Serratta beschriebene psychologische Funktion einer Steigerung des nationalen Selbstbewusstseins haben kann, so geht aus Serrattas und auch Nagels Ausführungen hervor, muss der Terrorismus als das Werk bösartiger Einzeltäter wahrgenommen werden und nicht als das Ergebnis struktureller Missstände in der Gesellschaft.

Nagel erläutert, deutsche Wissenschaftler und Politiker hätten in ihrer Suche nach den Wurzeln des Terrorismus ihre Aufmerksamkeit allein auf die persönliche Entwicklung der Terroristen gerichtet und deren Anschläge nie in Verbindung gebracht mit »Fernsehbildern vom Vietnamkrieg, mit der unterschlagenen Entnazifizierung, [...] und den vortrefflichen Daumenschrauben«.[73] Nagel erklärt sein eigenes Verlangen nach Freiheit zur Triebfeder seiner Rebellion und identifiziert die kleinbürgerliche Gemütlichkeit und die deutsche Konsumkultur als frustrierende Muster, von denen er sich befreien wollte. »*Warum nur, warum* überschätzt ihr mich und unter-

67 Delius, Himmelfahrt, S. 458.
68 Ebenda, S. 439.
69 Ebenda, S. 480.
70 Ebenda, S. 444.
71 Ebenda, S. 667.
72 Ebenda, S. 496.
73 Ebenda, S. 690.

schätzt die Bereitschaft zur Revolte – [...] Reihenhaus oder Tod, das war die Alternative [...] Unterschätzt ihr immer noch die Bereitschaft zur Revolte gegen den Gartenzaun.«[74]

In Nagels Gedankenwelt erfährt der Leser, dass der bekannte fiktionalisierte Terrorist sich dem bewaffneten Kampf aus Unzufriedenheit mit der deutschen Politik und Gesellschaft gewidmet habe, nicht aufgrund irgendeiner Psychopathologie. Überraschenderweise teilt der BKA-Chef Schäfer, der sein Leben der Terroristenjagd gewidmet hat, Nagels Missfallen am »behäbigen bürgerlichen Dahinwohnen«.[75] Der Frust dieses höchsten Kriminalbeamten impliziert, dass Nagels Ablehnung der Lebensweise vieler Deutscher letztlich doch keine ganz so extreme Position ist, wie man meinen könnte: Der Mann, dessen Verantwortung es ist, die deutsche Gesellschaft vor terroristischen Angriffen zu beschützen, hasst die selben Aspekte dieser Gesellschaft wie der führende Terrorist – sind also die Motive der RAF möglicherweise doch nicht ganz so abwegig?

Anhand der Perspektive von Terroristen und Individuen in ihrer näheren Umgebung analysiert Delius' Text die Bedeutung der RAF für die deutsche Gesellschaft. Der Roman identifiziert den deutschen Terrorismus als diskursives Konstrukt – als ein Phänomen, das nur durch seinen jeweiligen Betrachter eine Bedeutung erlangt. Zum Beispiel beschreiben die deutsche Regierung und die Medien – und von den Medien beeinflusste Deutsche – den Terrorismus als die gefährlichste Kraft in der Geschichte der BRD, aus dem einfachen Grund, dass diese Gruppen eines Feindes bedürfen, um ihr eigenes Verhalten zu legitimieren. Nagel sieht die RAF keineswegs als terroristische Gruppierung, sondern als wenig erfolgreichen Befreiungsversuch. Für Conni war die RAF ursprünglich eine Gruppe mysteriöser und bewundernswerter Idealisten, dann ein Garant für Abenteuer und persönliches Engagement und ist schließlich, zur Erzählzeit, zur Quelle von Angst und Zerstörung geworden. Schäfer wiederum dient die RAF als Beschäftigung, als Rätsel sowie als Ursprung ständig neuer, zu verarbeitender Daten. Serrattas Ansicht nach besteht die RAF schließlich aus Leuten, die, wie Kinder, »alles auf einmal, alles sofort wollen und am liebsten als Helden des Tages sich auf den Fernsehschirmen entdecken«.[76]

Delius stellt in seinem Text die These auf, dass verschiedene gesellschaftliche Gruppen ein starkes Interesse an bestimmten Interpretationen der Geschichte des Terrorismus hegen und dass folglich die Aufgabe, die Bedeutung der RAF für die deutsche Geschichte zu bestimmen, extrem schwierig, wenn nicht unmöglich sein wird. Als Ganzes gesehen präsentieren die verschiedenen Perspektiven des Romans ein Bild von der RAF als politisch motivierter Gruppe, welche die deutsche Ordnung niemals ernsthaft gefährdet hat. Nichtsdestotrotz, so die Botschaft des Romans, hätten der Staat und die Medien die RAF als terroristische Gruppe dämonisiert und ihre Mitglieder mit Gewalt und ungerecht behandelt, da die unreife deutsche Demokratie unbedingt ein Feindbild benötige, um ihre Stärke zur Schau zu stellen. Um sich den Schwächen ihrer neuen, demokratischen Gesellschaft nicht stellen zu müssen, hätten sich die Deutschen fast obsessiv auf die vermeintlichen psychischen Verirrungen einzelner RAF-Mitglieder gestürzt. Nagel parodiert diese Konzentration auf den einzelnen Terroristen: »Machen Sie doch gleich einen Psychokrimi draus, lassen Sie alle politischen Aspekte weg, einen plumpen Steptanz von Gesinnungskriminellen!«[77]

Dea Lohers Drama »Leviathan« beschäftigt sich primär mit den persönlichen Dilemmata der RAF-Gründer und widmet der Bedeutung des bewaffneten Kampfes für die Gesellschaft, im Gegensatz zu Delius' Roman, kaum Aufmerksamkeit. Das Stück zeigt eine fiktionalisierte Ulrike-Meinhof-Figur namens Marie – der zweite Vorname der wirklichen Meinhof – in einem Moment der Unsicherheit und Entscheidung. Marie hat sich gerade am Gefängnisausbruch von Karl – einem fiktionalisierten Baader – beteiligt und versteckt sich im Haus ihrer Schwester Christine vor ihren Genossen und der Polizei. Hier will sie ihren Plan, mit Karl und seiner (Gudrun Ensslin ähnlichen Freundin) Luise eine Stadtguerillagruppe zu gründen, nochmals überdenken. Maries Entscheidungsprozess beinhaltet Diskussionen mit ihrer Schwester, die jede bewaffnete Strategie ablehnt,

74 Ebenda, S. 690 f.
75 Ebenda, S. 696.
76 Ebenda, S. 460.
77 Ebenda, S. 547.

Scanned by CamScanner

und mit mehreren Besuchern, die ihr Versteck ausfindig gemacht haben, darunter Karl, Luise und Maries früherer Ehemann. Durch diese Unterhaltungen wird sich Marie ihres Unwillens, ihr bürgerliches Leben wieder aufzunehmen, immer sicherer und, als Folge dieser Überlegung, auch ihrer Entscheidung, einen radikalen Weg einzuschlagen. Am Ende des Stückes bricht sie gemeinsam mit Karl und Luise in Richtung Syrien auf, um sich dort von palästinensischen Aufständischen ausbilden zu lassen. Marie trennt sich von ihren beiden kleinen Kindern, und auch Luise verlässt ihren dreijährigen Sohn, obwohl sie gerade erfahren hat, dass sich dessen Vater Wilhelm umgebracht hat. Das Drama endet mit einem Ausspruch Christines: »Und bei uns ist alles / so wie immer«,[78] der darauf hindeutet, dass sich in Deutschland trotz der militanten Pläne ihrer Schwester nichts ändern wird.

Das Stück »Leviathan«, dessen Autorin mehrfach für ihre Dramen prämiert wurde, wurde seit seinem Debüt 1993 zahlreiche Male auf deutschen Bühnen aufgeführt. Deutsche Theaterkritiker loben »Leviathan« als Tragödie über die Frau in der Gesellschaft,[79] als Studie einer Entscheidung zwischen dem Persönlichen und dem Politischen[80] oder als Ausführung über die oft tödliche Diskrepanz zwischen Ideal und Realität.[81] Die Rezensionen betonen allerdings auch, dass »Leviathan« der Versuch einer 30-jährigen Schriftstellerin ist, Ulrike Meinhof zu verstehen. Lohers Herangehensweise sei, wie ein Rezensent bemerkt, charakterisiert von der »Distanz der folgenden Generation, in der sich Verstehenwollen und Unverständnis, Naivität und Respektlosigkeit verschränken«.[82] »Leviathan« ist 1993 erschienen und steht damit am Anfang jener zweiten Welle literarischer Texte zur RAF, die mit einem Abstand von ca. 20 Jahren auf die frühe Phase des Terrorismus zurückblicken. Als einer der ersten belletristischen Texte, die sich zur Gründungsphase der RAF mit Kenntnis der weiteren Entwicklung der Gruppe äußern, behandelt »Leviathan«, wie auch ähnliche spätere Werke, die RAF nicht als *politisch* relevantes Thema, sondern als Phänomen der Vergangenheit, dessen Ursprünge der Erforschung und Reevaluierung bedürfen.

Das Drama konzentriert sich auf die Gefühle, Enttäuschungen und zwischenmenschlichen Beziehungen der nur minimal fiktionalisierten RAF-Gründer, thematisiert aber auch das Verhältnis zwischen den zukünftigen bewaffneten Kämpfern und der nicht militanten Linken der frühen 1970er. Die Figur der Christine, die negative Auswirkungen des bewaffneten Kampfes auf die gewaltlose Linke befürchtet, weist das Publikum auf deren mögliche Vorbehalte gegenüber der radikalen Agenda der RAF hin. Im Gegensatz zu den Prosatexten der 1970er schreibt »Leviathan« die Schuld für negative Auswirkungen auf Unbeteiligte also nicht dem Staat allein zu, sondern macht die Guerillakämpfer selbst verantwortlich für die direkten wie indirekten Folgen ihres Handelns. Durch die Gegenüberstellung der unterschiedlichen Positionen der RAF und der nicht militanten Linken suggeriert das Drama, dass die demokratische Linke die RAF von Anfang an kritisiert und vor allem die negativen Konsequenzen des Terrorismus vorausgesehen habe.

Sowohl Marie, die zukünftige Stadtguerillera, als auch ihre Schwester Christine führen zahlreiche Argumente *gegen* bewaffnete, aus dem Untergrund gesteuerte Maßnahmen an. Dabei denkt Christine primär an die Folgen der Auseinandersetzung für die Gesellschaft. Sie erwähnt Maries kleine Kinder, ist der Ansicht, die Gefährdung Unbeteiligter sei nicht zu rechtfertigen und ist um die legalen Unterstützer der RAF besorgt, die sich durch ihre Versorgung der Illegalen mit Unterkunft, Essen und Papieren selbst stark gefährden würden. Maries primäre Sorge hin-

78 Loher, Leviathan, S. 229.

79 Hilke Veth, »So nennen wir den Staat«, *die tageszeitung* vom 5. Oktober 1993.

80 Eva-Maria Magel, Schauspiel: »Leviathan« – Ringen um die richtige Art von Glück – Hinter Marie steckt Ulrike Meinhof: Simone Blattner inszeniert Dea Lohers Stück über einen Moment der Entscheidung, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 24. Januar 2005.

81 Irene Bazinger, RAF trainiert für Karneval – Die Politik bleibt links liegen: Dea Lohers schöner, schneller »Leviathan« im bat-Studiotheater, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 6. März 2003.

82 Andreas Rossmann, Wucht zur Tragödie – Wille zur Party: Dea Lohers Stück »Leviathan« in Hannover uraufgeführt, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 7. Oktober 1993.

gegen gilt praktischen Fragen und den Konsequenzen des bewaffneten Kampfes für den einzelnen Militanten. Sie ist davon überzeugt, dass mit Beginn der Konfrontation kein Guerillakämpfer jemals zu einer legalen Existenz zurückkehren könne. Ihr ist außerdem schmerzlich bewusst, dass sie und ihre Genossen nicht genug Zeit hatten, eine Infrastruktur, darunter ein Netzwerk legal gemeldeter Helfer, aufzubauen und dass ihnen die zum Guerillakampf benötigte Fertigkeit und Erfahrung fehlen. Während Christine sich also über die Frage der Gewaltanwendung im Allgemeinen Gedanken macht, geht es Marie um die Machbarkeit des bewaffneten Kampfes zu einem bestimmten geschichtlichen Zeitpunkt. Sie glaubt, die Zeit für Diskussionen sei vorbei und die politische Situation Deutschlands schreie geradezu nach gewalttätigem Engagement, da der friedliche Aktivismus keine Verbesserung der Verhältnisse bewirkt habe: »Der Krieg geht weiter / die Verfassung wird geändert / die Notstandsgesetze verabschiedet.«[83] Marie ist mit der politischen Situation der 1970er wie mit ihrem Privatleben unzufrieden und sucht nach einer Möglichkeit zur Flucht aus beiden, hat jedoch Schwierigkeiten, zu erklären, warum ausgerechnet der bewaffnete Kampf die Lösung ihrer Probleme sein soll. In der Unterhaltung mit ihrer Schwester fragt sich Marie nicht, ob die Konfrontation mit dem Staat richtig, sondern lediglich, ob deren Erfolg möglich ist.

»Leviathan« Nahaufnahme von der Gründungsphase der *Roten Armee Fraktion* zeigt eine höchst dysfunktionale Gruppendynamik. Als Karl, der fiktionalisierte Baader, und Luise, die Ensslin-Figur, plötzlich in Christines Haus auftauchen, verhalten sie sich Marie gegenüber aggressiv und wenig unterstützend. Karl behauptet, Marie sei für das Guerillaleben ungeeignet, und Luise macht sich über Maries Gefühle und Ängste lustig. Darüber hinaus zeigt Luises Reaktion auf Maries Besorgtheit um die Situation der Gruppe und die Schwächen ihrer Strategie, dass Luise jede kritische Diskussion für unnötig und kontraproduktiv hält. Während die Frauen im Umgang miteinander teilweise grob sind, weisen ihre Namen, die an den häufig vorkommenden Doppelnamen Marie-Luise erinnern, auf eine enge Verbundenheit hin. Das Drama betont die Nähe der beiden Frauen auch durch Wilhelms Bemerkung, »wo Marie ist kann / Luise nicht weit sein«.[84] Ihre Namen und eine Szene mit dem Titel »Drei Schwestern« (die dritte ist Christine, die Eigenschaften von Meinhofs Schwester Wienke und Ensslins Schwester Christiane vereint) lassen Marie und Luise als Schwestern im Geiste sowie als zwei Teile eines Ganzen erscheinen.

Die gespannte Atmosphäre in der Gruppe und Maries Skepsis bezüglich der Realisierbarkeit des bewaffneten Kampfes drängen dem Leser die Frage auf, was Marie, Karl und Luise nun eigentlich verbindet und warum sich die drei letztendlich entscheiden, ihren gemeinsamen bewaffneten Weg einzuschlagen. Ihre Unterhaltungen verraten, dass keine(r) der drei durch Ideologie allein motiviert ist: Karl scheint von der Abenteuerlichkeit eines Lebens im Untergrund angezogen zu sein. Luise träumt primär davon, jemanden bis in den Tod zu lieben, ihrem Leben einen Sinn zu geben und durch die Liebe die Erlösung zu erfahren. Es ist offensichtlich, dass sie diese Hoffnungen auf ihre Beziehung zu Karl projiziert und dass ihr Wunsch, an seiner Seite zur Guerillakämpferin zu werden, romantisch und nicht politisch motiviert ist. Marie schließt sich dem Paar mehr aus Verzweiflung über ihre bisherige Situation denn aus der Überzeugung an, dass der bewaffnete Kampf zum Erfolg führen wird. »Leviathan« stellt die *Rote Armee Fraktion* als die Kreation dreier privat motivierter Menschen dar, die weder klare politische Ziele haben noch logistisch oder körperlich auf den bewaffneten Kampf vorbereitet sind. Zudem ist es ihr jeweiliger persönlicher Fanatismus, der Karl, Luise und Marie zusammenbringt, nicht etwa eine geteilte Ideologie. Als die zukünftigen RAF-Anführer in Richtung Syrien aufbrechen, erwägt Christine kurzzeitig, sich ihnen anzuschließen, entscheidet sich aber schließlich dagegen. Ihr vorübergehender Wunsch, das Trio zu begleiten, ist weniger das Ergebnis einer Meinungsänderung über den bewaffneten Kampf als eine direkte Folge ihrer Einsicht, dass sie mit ihrem täglichen Leben unzufrieden ist – am Ende einer längeren Unterhaltung mit Marie und Luise ruft sie: »Ich genieße das Leben nicht / Ich wache auf / und sehe einem Tag entgegen / und es packt mich Angst.«[85] In diesem

83 Loher, Leviathan, S. 157.
84 Ebenda, S. 167.
85 Ebenda, S. 216.

Scanned by CamScanner

Sinne ist Christines Entwicklung eine weitere Formulierung der Botschaft des Dramas, dass die RAF primär eine eskapistische Funktion hat. Die Gründung der Guerillagruppe ist bei Loher kein Aufbruch zu einer neuen sozialen und politischen Ordnung, sondern ein Fluchtweg für frustrierte Individuen, die sich nach persönlichem Glück sehnen.

Diese Konzentration auf die inneren Schwierigkeiten jedes einzelnen späteren RAF-Mitglieds und auf die persönlichen Beziehungen innerhalb der Gruppe ist typisch für die Literatur der frühen 1990er zum Thema Terrorismus. Als Drama kann »Leviathan« allerdings die Begegnung zwischen dem Publikum und den Protagonisten noch intensivieren – um direkten Zugang zur inneren Welt von Terroristen zu schaffen, anstatt deren Ansichten durch einen Erzähler zu filtern. Der Leser erhält keinen Kommentar und keine Erklärung des geschichtlichen oder sozialen Hintergrunds einer Szene. Stattdessen ist er gänzlich auf die Äußerungen der Figuren sowie deren verbalen Austausch gestellt und muss die Terroristen in spe somit selbst beobachten und bewerten. Diese direkte Konfrontation mit den Gefühlen und Dilemmata der Guerillakämpfer regt den Zuschauer oder Leser weniger dazu an, über die politischen und sozialen Implikationen des bewaffneten Kampfes nachzudenken, als sie eine Ausrichtung auf die Psyche einzelner Terroristen kreiert oder bedient.

Es ist hauptsächlich die Sprache des Dramas, die eine Verbindung herstellt zwischen dem sichtbaren Mangel an politischen Visionen und dem vorauszuahnenden Scheitern des revolutionären Projekts der Gruppe. Die Terroristen in spe benutzen immer wieder Redewendungen und Sätze, die aus den Schriften der echten RAF oder aus bekannt gewordenen Äußerungen von RAF-Mitgliedern stammen. Indem Loher die bekanntesten Phrasen aus sieben Jahren RAF in die wenigen Tage dieses Dramas transplantiert, impliziert sie, dass alle Facetten der späteren Ideologie der Gruppe sowie ihre Einsichten schon vor Beginn des bewaffneten Kampfes vorhanden waren. »Leviathan« suggeriert somit, die RAF sei auf eine sture Weise dogmatisch gewesen und es habe keinerlei ideologische Veränderung stattgefunden zwischen der Gründung der Gruppe – einem Zeitpunkt, zu dem ihre Gründer, so das Drama, kaum politische Ziele hatten – und dem Ende der ersten RAF-Generation im Deutschen Herbst. Darüber hinaus läßt das Stück die RAF einfallslos und seicht erscheinen, indem es die Ideologie der Gruppe auf ein paar Schlagworte reduziert – wie z. B. »Schwein oder Mensch / Schwein oder Mensch« und »ein Teil des Problems / oder ein Teil der Lösung / dazwischen gibt es nichts«.[86]

Welche Art von Analyse ist in »Leviathan« also zu finden? Untersucht das Stück die Anfänge der RAF, um die weitere Entwicklung der Gruppe zu erklären? Oder bedient sich »Leviathan« dieses Szenarios mit RAF-ähnlichen Charakteren zwecks abstrakter Ausführungen über zwischenmenschliche Beziehungen und die Unvereinbarkeit des Persönlichen und des Politischen, wie einige Rezensenten des Stückes behaupten?[87] Losgelöst von der Geschichte der RAF gelesen, könnte »Leviathans« Darstellung der Charaktere als generelle Studie menschlichen Schicksals verstanden werden. Jedoch hat die Kenntnis der späteren RAF-Geschichte starken Einfluss sowohl auf das Schreiben der Autorin als auch auf die Aufnahme durch Zuschauer und Leser. Die Unterhaltungen und Einstellungen der Figuren können nur als Erklärung der weiteren Entwicklung und des ultimativen Scheiterns der RAF wirken und somit als Interpretation der Geschichte der bewaffneten Gruppe. Liest man das Stück mit der Geschichte der RAF im Hinterkopf, so fungiert »Leviathan« als Allegorie: Wegen Baaders und Ensslins mangelnder Kritikfähigkeit war es der RAF unmöglich, die geplante Revolution, die noch nicht mal wirklich politisch motiviert war, herbeizuführen; weil die RAF so dogmatisch war, versäumte sie es, effektiv mit der deutschen Bevölkerung zu kommunizieren; und die Aktionen der Gruppe blieben übereilt und schlecht vorbereitet, weil Meinhof ihre Sorgen über Bord geworfen und die Militanz Baaders und Ensslins übernommen hat. Während die Ausrichtung auf die Entscheidungen, die einzelne RAF-Mitglieder zu treffen haben, diese humaner wirken lässt, als es beispielsweise journalistische Darstellungen der Stadtguerilla als kaltblütige Terroristen tun, macht dieser Fokus die fiktionalisierten RAF-Größen Meinhof, Baader und Ensslin zu hedonistischen Individuen, denen politische Überlegungen weitgehend fremd sind. »Leviathan« zeigt die RAF-Gründer als tragische Figuren, die sich aus Hybris auf einen Pfad begeben, von dem sie eigentlich wissen, dass er zu nichts führen kann (wie Marie) oder die eine generelle Neigung zum Fanatismus haben und ihr Handeln nicht rational kontrollieren (wie Karl und Luise).

»Fiction is not about changing names«[88] ist das erklärte Motto des Romans »Rosenfest« von Leander Scholz. Im Gegensatz zu Lohers Drama, das mit Hilfe fiktiver Namen auf bestimmte Eigenschaften seiner Protagonisten – und der echten RAF-Anführer, für die diese stehen – aufmerksam macht, heißen Scholz' Charaktere einfach Andreas Baader und Gudrun Ensslin. Die literarisierte Liebesgeschichte der zwei RAF-Gründer bedient sich geschichtlicher Ereignisse sowie Eckdaten aus dem Leben der echten Terroristen, verändert jedoch deren Chronologie und präsentiert von anderen begangene wirkliche Taten als die Aktionen der Charaktere Baader und Ensslin. Die Geschichte beginnt mit dem zufälligen Treffen der beiden bei einer Demonstration am Todestag Benno Ohnesorgs, dem 2. Juni 1967. Sie werden zu direkten Zeugen des Todesschusses und fliehen im Anschluss gemeinsam vor der Polizei. Gudrun verlässt ihren Verlobten kurze Zeit später, fängt eine Liebesbeziehung mit Andreas an, und die beiden reisen nach Frankfurt, wo sie ein Kaufhaus in Brand setzen. Im Gegensatz zum wirklichen Paar Baader und Ensslin, das am Tag nach der Brandstiftung verhaftet wurde, flieht das fiktionale Paar mit zwei Freunden erst nach Paris und dann – nachdem Andreas Georg, Gudruns ehemaligen Verlobten, an einer Tankstelle aus dem Auto geworfen hat – nach Italien. Gudrun, eine intelligente und politisch denkende Studentin, verliebt sich in den selbstsüchtigen, chauvinistischen Andreas. Als Andreas darauf besteht, nach Deutschland zurückzukehren, weigert sich Gudrun anfangs, sich ihm anzuschließen, da die beiden noch keinen klaren Handlungsplan entworfen haben. Ihr Ideal der romantischen Liebe lässt Gudrun jedoch die Politik vergessen. Sie und Andreas fahren zurück nach Deutschland, wo sie eine Bombe im Springer-Hochhaus platzieren – was in Wirklichkeit erst vier Jahre nach dem Kaufhausbrand stattfand. Als die Polizei das Paar direkt nach der Bombendetonation findet, wird Andreas verhaftet, während Gudrun flieht und ziellos durch Hamburg wandert. Der Roman endet damit, dass sie sich widerstandslos in einer Boutique festnehmen lässt.

Leander Scholz, dessen Roman 2001, auf dem Höhepunkt einer Welle von Veröffentlichungen zur RAF, erschien, ist Jahrgang 1969, zwei Jahre jünger als Gudrun Ensslins Sohn, und gehört zu einer Generation, die von der RAF aus anderen Gründen als einer gemeinsamen persönlichen Geschichte fasziniert ist. Sein Roman kann dementsprechend als Versuch eines Außenstehenden gelesen werden, sich einem Kapitel der neuesten deutschen Geschichte durch eine literarische Auseinandersetzung mit den Wurzeln der Gruppe, die diese Ära definiert hat, anzunähern. Der Literaturwissenschaftler Niels Werber hält »Rosenfest« in diesem Sinne für die Literatur einer jüngeren Generation, die den Terrorismus zur Popkultur macht, um ihn nachvollziehen zu können.[89] Der Großteil der deutschen Literaturkritiker reagierte auf »Rosenfest« negativ: Rezensenten aller politischen Einstellungen hielten Scholz' Text für schlecht geschrieben und die erzählte Geschichte für banal. Von linken Rezensenten wurde der Text für seine Geschichtsvereinfachung kritisiert, die der Geschichte ihre Tragik nehme.[90] Sie monierten auch die leere, depolitisierte Darstellung der Militanten, welche, so die Kritiker, eine sinnvolle Debatte über den Terrorismus unmöglich mache.[91] Die konservative Presse hingegen war der Meinung, Scholz glorifiziere und beschönige Baader und Ensslin und sein Text lasse Baader mitfühlend und heldenhaft erscheinen.[92]

86 Ebenda, S. 224 f.
87 Magel, Schauspiel: »Leviathan«, S. B3; Rossmann, Wucht zur Tragödie, S. 37.

88 Scholz, Rosenfest, S. 247. Scholz schreibt diesen Satz dem amerikanischen Autor Don DeLillo zu.
89 Niels Werber, Der Teppich des Sterbens: Gewalt und Terror in der neusten Popliteratur, in: *Weimarer Beiträge*, 49. Jg., 2003, Heft 1, S. 55–69.
90 Lorenz Jäger, Terror und Stil – Wir basteln eine RAF: »Rosenfest« von Leander Scholz, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 13. Februar 2001.
91 Dirk Knipphals, Die Terroristin Meinhof kommt nicht mehr vor, *die tageszeitung* vom 9. Mai 2001.
92 Peter Zander, Hendrik Werner und Reinhard Wengierek, Die »Rote Armee Fraktion« in Film, Theater und

Scanned by CamScanner

Scanned by CamScanner

Die Verwendung von Baaders und Ensslins vollen Namen ist ein gewagter Schritt des Autors Scholz: Wegen dieser Namen scheint der Text eine explizite Aussage über die echten Menschen Baader und Ensslin zu machen, anstatt relativ anonyme Charaktere zu beschreiben, die Baader und Ensslin stark ähneln, aber auch abstraktere Figuren sein könnten. Scholz' Roman zeigt Baader als höchst unangenehmen Zeitgenossen, der andere aggressiv behandelt, einen pathologischen Drang hat, den Anführer zu spielen, und der unfähig ist, seine persönlichen Impulse langfristigen Plänen unterzuordnen. Scholz' Baader hat kein Interesse an politischen Fragen und ist von ideologischen oder strategischen Diskussionen gelangweilt. Wenn er doch an einer Demonstration teilnimmt oder bewaffnete Angriffe plant, ist dies von einer Sucht nach persönlicher Anerkennung, Abenteuer und Sensation motiviert. Georg erkennt Baaders destruktive Wirkung auf jede politische Mission: »Andreas, dieser Verrückte, könne nicht mehr unterscheiden zwischen dem, was politisch motiviert ist, und seinem privaten und egoistischen Trip.«[93] Die häufigen Rückblicke auf Baaders Zeit als Prostituierter (zehn separate Flashbacks) sind Ausdruck eines Versuchs seitens des Autors, eine Verbindung herzustellen zwischen Andreas' Vergangenheit und seinem gegenwärtigen Verhalten, obwohl der Erzähler nicht erklärt, was für eine Verbindung dies sein könnte. Baader weicht Gruppenkonflikten aus, indem er entweder einfach weggeht oder sich über das Verhalten seiner Freunde beschwert. Da »Rosenfest« die Gruppe RAF völlig außen vor lässt, stellt Scholz die mit dieser wohl realistischen Baader-Darstellung zusammenhängende interessante Frage – wie ein solcher Mensch der Anführer einer Untergrundgruppe gewesen sein konnte, deren Mitglieder aufeinander angewiesen waren, um zu überleben – weder direkt noch indirekt.

Dass sich die fiktionalisierte Gudrun Ensslin in diesen Baader verliebt, scheint Scholz mehr zu interessieren als die Folgen von Baaders Verhalten für die Politik des bewaffneten Kampfes. Eingangs fühlt sich Gudrun von Andreas' Aggressivität und seinem Kommandoton beleidigt, sucht jedoch trotzdem seine Nähe und akzeptiert sein Verhalten letztlich. Nachdem Baader, in ihrer Gegenwart und zu ihrer Überraschung, eine Bombe in einem Frankfurter Kaufhaus versteckt, ist sie nicht verärgert, dass er die politischen Pläne des Freundeskreises ignoriert und allein gehandelt hat, sondern persönlich enttäuscht, dass sich ihr Liebhaber ihr nicht anvertraut hat. Ihre Liebesschwüre an Baader und ihre freudige Erwartung, als es darum geht, exquisite Modegeschäfte in Paris zu besuchen, drängen dem Leser die Frage auf, warum eine solche Gudrun jemals Krieg gegen die Konsumgesellschaft und bürgerliche Sozialnormen führen sollte, jedoch wird diese Frage gänzlich unbeantwortet gelassen. Ihre Liebe zu Baader lässt sie jede Eigenständigkeit verlieren, und ihr Verlangen nach einer konventiellen romantischen Beziehung ersetzt schnell ihr ursprüngliches Interesse am politischen Aktivismus.

»Rosenfest« nähert sich den Ursprüngen der RAF ohne neue Impulse. Zum Beispiel konstituiert Scholz' Darstellung von Ensslin als ahnungslose Zuschauerin von Baaders Brandstiftung keine neue Perspektive auf historische Ereignisse, wie man angesichts der Dämonisierung Ensslins in vielen Schriften zur RAF annehmen könnte. Stattdessen, wie Lorenz Jäger in der FAZ erläutert, entspricht »diese fiktive Rollenverteilung zwischen dem ›bösen‹ Baader und der ›guten‹, engagierten Pastorentochter [...] aufs Haar der öffentlichen Meinung von 1970«.[94] Scholz übernimmt hier offensichtlich die Annahmen und Werturteile (Vorurteile über Geschlechterrollen eingeschlossen) seiner Quellen aus Zeitungen der 1960er und 1970er Jahre.[95] Scholz' Narrativisierung dieses Medienurteils macht anschaulich, dass sein Roman wenig neue oder intelligente historische Analysen anstellt, sondern dass er hauptsächlich alte Informationen neu arrangiert.

Der Roman zeigt die politisch motivierten Aktionen der Gruppe als die hastig geplanten Soloschläge eines egoistischen Verrückten, der nach Aufmerksamkeit giert, und einer Frau, die ihm blind folgt. Diese Darstellung von Baader und Ensslin als Einzeltäter macht die Gruppe, durch die die beiden Individuen in die Geschichte eingegangen sind, völlig irrelevant. Der Text suggeriert nicht nur, dass jedes von den beiden initiierte Projekt impulsiv, schlecht geplant und höchstens am Rande politisch sein wird, sondern auch, dass das primäre Ziel seiner narzisstischen Organisatoren das Erregen von Aufmerksamkeit sein wird. Es mag sein, dass Scholz' Blick auf die romantische Beziehung zwischen Baader und Ensslin zeigen sollte, dass auch Terroristen sich verlieben, traurig sind und einfache und verständliche Wünsche und Charakterfehler haben. Das Ergebnis dieser narrativen Isolierung zweier führender Terroristen ist jedoch mehr eine Depolitisierung der RAF als eine Humanisierung von Baader und Ensslin.

Dass der Roman kitschig ist, heißt nicht, dass er kein ernsthafter Versuch eines jüngeren Schriftstellers ist, die radikalen politischen Aktivitäten einer älteren Generation zu verstehen und interpretieren.[96] Als solcher gelesen, ist »Rosenfest« ein Indikator dafür, wie die RAF von jenen Deutschen gesehen wird, für die sie ein Element der Geschichte und nicht der persönlichen Erinnerung ist. Der Roman zeigt, dass sein Autor die RAF nicht als Phänomen wahrnimmt, das politischer Analyse bedarf. Anstatt sich zu fragen, welche Aspekte der deutschen Gesellschaft junge, intelligente Menschen genug frustriert haben mögen, um ihr gesamtes Leben einem hoffnungslosen und gefährlichen Kampf zu widmen, oder welche Ereignisse letztlich zur Entscheidung führten, in den Untergrund zu gehen, konzentriert sich Scholz auf eine Liebesgeschichte, die noch nicht einmal wirklich unterhaltsam ist. Obwohl »Rosenfest« durch seine Verwendung historischer Daten und der wirklichen Namen Baaders und Ensslins die Erwartung weckt, der Roman werde die frühen Jahre der RAF sowie die Motivation ihrer Mitglieder neu interpretieren, zeigt Scholz weder in einem dokumentarischen noch in einem analytischen Sinne irgendetwas Neues. Scholz' Blickwinkel macht die RAF zur Quelle trivialer Unterhaltung für Leser, die von der immer noch mit Baaders und Ensslins Namen verbundenen Spannung und vom Sensationalismus angezogen werden.

Dokumentar- und Spielfilme zur RAF haben sich der Geschichte der Gruppe ähnlich genähert wie Scholz' Roman – sie haben sich mit dem Schicksal einzelner RAF-Mitglieder beschäftigt und nicht mit der Gruppe als politische Größe. Im Gegensatz dazu haben Filme der späten 1970er und frühen 1980er, ähnlich der im ersten Abschnitt beschriebenen Literatur, hauptsächlich die Folgen des bewaffneten Kampfes für Außenstehende und für die Gesamtgesellschaft beschrieben.[97] Dies nur als Hinweis darauf, dass die in der Literatur beobachtbaren Trends auch in anderen, und zwar besonders in publikumsträchtigeren Medien zu finden sind und somit als repräsentativ für einen breiteren gesellschaftlichen Standpunkt gegenüber der neuesten Geschichte gelten können.

Wir haben gesehen, dass die Literatur, die sich mit einzelnen Terroristen befasst, ungefähr so viele Legenden über die RAF strickt wie sie zu zerstören versucht. »Himmelfahrt« stellt eine Ausnahme dar, da der Roman selbstreflexiv verschiedene Erzählperspektiven verwendet, die zweier Terroristen eingeschlossen, um aufzuzeigen, wie Legenden über die RAF entstehen und wie ein biografisches oder literarisches Werk zur Mythologisierung der Gruppe beitragen kann. In ihrem Wunsch, die mysteriösen Anfänge der RAF persönlich zu verstehen und zu verarbeiten, depolitisieren Schriftsteller der Generation, der auch Loher und Scholz angehören, die RAF. Durch ihren Versuch, das Leben einzelner Terroristen ihrer eigenen Generation mit literarischen Mitteln verständlich zu machen, lassen diese Schriftsteller die RAF als politisches Phänomen in den Hintergrund treten: In diesen Werken taucht die Gruppe RAF entweder gar nicht auf, oder sie bleibt

---

Literatur, *Die Welt* vom 24. Juli 2003, http://www.welt.de/data/2003/07/24/139736.html?search=RAF+film+theater+literatur&searchHILI=1 (5. Januar 2005).

93 Scholz, Rosenfest, S. 161.

94 Jäger, Terror und Stil, S. 50.

95 Scholz zitiert wiederholt wörtlich aus deutschen Zeitungsartikeln über Ereignisse wie Che Guevaras Tod, den Kaufhausbrand oder das Attentat auf Rudi Dutschke.

96 Auf der letzten Seite des Buches gibt Scholz seiner Absicht Ausdruck, über Baader und Ensslin ernsthaft nachzudenken und diesen gerecht zu werden. So schreibt er: »Dieser Text ist ein fiktionaler, auch wenn seine Protagonisten reale Personen waren. Ihnen ist er gewidmet.«

97 Die prominentesten Filme dieser Art sind »Deutschland im Herbst« (1978) und »Die Bleierne Zeit« (1981).

ein abstraktes Konstrukt, das wenig direkten Einfluss auf die einzelnen Mitglieder hat. Dass diese Werke geschichtliche Daten verwenden und neu arrangieren, zeigt, dass sie Versuche sind, die Geschichte neu zu schreiben oder zu interpretieren. Die neu angeordneten Fakten haben jedoch keine wirklichen Folgen für die Entwicklung der Charaktere. Somit bleiben die Erzählungen apolitische Geschichten über Einzelpersonen, die letztendlich mit dem historischen Rahmen der Texte wenig zu tun haben. Im Gegensatz zu Lohers und Scholz' Texten und auch zu Spielfilmen über die RAF beleuchten Delius' »Himmelfahrt« sowie verschiedene Dokumentarfilme die Rolle einzelner Terroristen aus mehreren Perspektiven und vermeiden somit die Falle, ahistorische, banale Geschichten zu erzählen.

»Abenteuerspielplatz der deutschen Geschichte«: Nostalgie nach dem Terrorismus

»Aber wie die RAF-Leute mit dem ganzen Leben für seine Gesinnung einzustehen, das hat auch etwas Großes, Unbedingtes, Absolutes. Also Mythisches. Wie im Kino. [...] Das Land zu RAF-Zeiten war der letzte große Abenteuerspielplatz der deutschen Geschichte.«[98]

Dieser Abschnitt befasst sich mit Werken, die 1997 und später geschrieben wurden und Beispiele der neuesten literarischen Perspektive zum Thema RAF sind. Es lässt sich zeigen, dass die Konzentrierung dieser Werke auf die Atmosphäre der 1970er Jahre – und nicht auf eine Einzelperson – zu einer Idealisierung der RAF sowie zu einer nostalgischen Romantisierung der Zeit des radikalen politischen Aktivismus führt.

Alle seit den späten 1990er Jahren erschienenen literarischen Texte zur RAF stellen die RAF als letzte Bastion des Idealismus in der deutschen Geschichte dar. Mitglieder der RAF und Sympathisanten sind in diesen Werken leidenschaftliche Idealisten, deren Entschiedenheit, humanere Lebensbedingungen für alle Menschen der Erde zu schaffen, chancenlos war angesichts weitverbreiteter politischer Apathie und eines rücksichtslosen Staatsapparats. Manche dieser Texte verklären nachträglich die RAF, während sie eine weitgehend apolitische Geschichte erzählen, andere verbinden die Nostalgie mit einer selbstreflexiven Analyse des Prozesses der Romantisierung, und in wiederum anderen versprechen Zeugen der sensationellsten Ereignisse aus der Geschichte der RAF neue Einsichten. Eine vierte Textgruppe, auf die hier nicht im Detail eingegangen wird, da sie die RAF nicht direkt erwähnt, sondern sich auf einen abstrakten Terror bezieht, gehört in den Bereich der Popliteratur.[99] In diesen Werken dienen terroristische Aktionen dazu, Langeweile zu bekämpfen und Aufregung in eine apolitische Post-1990er-Welt des Konsums und der Unterhaltung zu bringen. Die Wissenschaft hat sich ausgiebig mit solchen Popromanen befasst, in denen der Terror nur »ein Element des Ensembles aus Drogen, Mode, Sex und Lifestyle« ist.[100] Obwohl diese Werke als Perspektive einer jungen Schriftstellergeneration zu den Themen Terror und Gewalt von Interesse sind, werde ich mich auf die Analyse von Texten beschränken, die von größerer Relevanz für die Historisierung der RAF und ihrer Epoche sind.

Seit dem 20. Jahrestag des Deutschen Herbstes 1997 sind zahlreiche Romane erschienen, die die RAF – oder mit der RAF verbundene Ereignisse – in Kriminal- oder Liebesgeschichten einbauen. Die RAF dient diesen Texten als Kulisse oder Accessoire für ansonsten eigenständige Erzählungen, deren Hauptpersonen entfernte persönliche Beziehungen zur RAF oder deren Sympathisanten haben. In zwei Krimis, die ungefähr im Jahr 2000 spielen, hat der jeweilige Detektiv beispielsweise einen deutlich älteren Halbbruder, der einst der RAF angehört hat und dessen Mord der Detektiv/jüngere Bruder nun aufklären muss.[101] Die Jahrtausendwende sah auch die

98 Christiane Grefe, »Damals war noch was los«, Interview mit John von Düffel, *Die Zeit* vom 31. August 2000, 55. Jg., Nr. 36, S. 5.

99 Beispiele der Popliteratur zum Thema Terror sind Joachim Bessing, Wir-Maschine, Stuttgart 2001; Marc Fischer, Eine Art Idol, Köln 2001; Tim Staffel, Terrordrom, Berlin 1999.

100 Werber, Der Teppich des Sterbens, S. 64.

101 Ulrich Woelk, Die letzte Vorstellung, Hamburg 2002; Wolfgang Mock, Der Flug der Seraphim, Leipzig 2003.

Veröffentlichung einer Reihe von Liebesromanen, die in den Jahren 1970 bis 1978 spielen. In diesen interessiert sich der männliche Erzähler, der auch die Hauptperson ist, nur am Rand für politische Fragen, erlebt jedoch die politische Radikalisierung und Kriminalisierung seiner Freundin aus nächster Nähe mit.[102] Ulrich Woelks Roman »Die letzte Vorstellung« unterscheidet sich vom Großteil der zwischen 1997 und 2005 erschienenen Texte insofern, als die Romanfiguren sich ausführliche Gedanken über die Ursprünge und Ideale der RAF machen und über die Auswirkung der RAF auf Gesellschaft und Politik diskutieren. Alle RAF-inspirierten Romane, die seit 1997 geschrieben wurden, Woelks mit eingeschlossen, zeigen RAF-Mitglieder oder Sympathisanten entweder als sympathische Idealisten, die ein übermäßig aggressiver Staat während einer ansonsten spannenden Phase des politischen Aufbruchs persönlich zerstört hat, oder in Situationen, in denen diese wohlmeinenden Individuen Gewaltverbrechen zum Opfer gefallen sind.

In diesem Abschnitt werde ich mich im Detail mit zwei Romanen auseinander setzen, die die typischen Eigenschaften der neuesten RAF-Literatur und ihrer nostalgischen Perspektive aufweisen:[103] Michael Wildenhains »Erste Liebe Deutscher Herbst« und »Die letzte Vorstellung« von Ulrich Woelk. Schließen werde ich mit einer Analyse verschiedener Doku-Fiktionen.

»Erste Liebe Deutscher Herbst« ist 1997 erschienen, also genau 20 Jahre nach dem titelgebenden Deutschen Herbst. Der namenlose Protagonist, der auch der Erzähler ist, berichtet aus dem Jahr 1977, nimmt aber, im Gegensatz zu den vom Titel geweckten Erwartungen, kaum Bezug auf die Politik oder die RAF.Stattdessen spricht er zurückblickend von verschiedenen miteinander verwobenen Liebesbeziehungen und persönlichen Tragödien, die an den äußersten Rändern des linken Aktivismus stattfanden. Aus dem Jahr 1977, seinem Abitursjahr, erzählt er von seiner Beziehung zur 16-jährigen Barbara und seiner gleichzeitigen Verliebtheit in die Referendarin Manon. Barbara will die Traurigkeit ihres Elternhauses mit einem behinderten Vater und einer arbeitenden Mutter verlassen und stürzt sich in jede Aktivität, die Aufregung und Ablenkung verspricht. Obwohl Manon Referendarin ist und im Rahmen des Radikalenerlasses überprüft wird, organisiert sie Studenten- und Arbeitertreffen, um Proteste zu planen, die jedoch zu keiner großen politischen Aktivität führen. Im Laufe eines ganzen Jahres generieren diese Zusammenkünfte nur einen einzigen Stapel Flugblätter, die zur Unterstützung hungerstreikender RAF-Gefangener aufrufen, sowie eine einmalige nächtliche Graffitiaktion, bei der die Buchstaben R-A-F in Schwarz, Rot und Gold an ein Schulgebäude gesprayt werden. Barbara, Manon und Schöpp, ein Kinderfreund des Erzählers, sympathisieren mit der RAF, lassen aber ihrer Einstellung keine bedeutenden Handlungen folgen. Der Erzähler hingegen betont wiederholt, dass ihm die RAF und ihre Aktionen gänzlich egal gewesen wären, hätten seine Freunde kein Interesse an der Gruppe gehabt. Im Sommer des Erzähljahres wird Barbara festgenommen, während sie gemeinsam mit dem Erzähler und Schöpp an einer Demonstration gegen Atomenergie teilnimmt, und bleibt monatelang gefangen. Wie der Erzähler ist auch Schöpp in beide Frauen der Erzählung, in Barbara und Manon, verliebt. Als Barbara ein zweites Mal verhaftet wird und Manon kein Interesse an ihm zeigt, begeht Schöpp Selbstmord. Der Roman endet mit Barbaras gewaltsamem Angriff auf Manon, der sie die Verantwortung für Schöpps Tod zuschreibt.

Die RAF und der Deutsche Herbst spielen in »Erste Liebe« eine ausschließlich dekorative Rolle. Die gelegentliche Beschäftigung der Romanfiguren mit dem Thema RAF ist eher eine Flucht aus einem traumatischen Alltag als eine Konsequenz aus irgendeiner ernsthaften politischen Ansicht. Die RAF und das Jahr 1977 fungieren hier als politische Kulisse für Figuren und Erzählstränge, die, ohne wesentliche Veränderung des Handlungsablaufs, in eine Anzahl verschiedener Erzählsituationen eingebaut werden könnten. Wo Bölls »Katharina Blum« oder Schnei-

102 Michael Wildenhain, Erste Liebe Deutscher Herbst. Frankfurt am Main 1997; Gerhard Seyfried, Der schwarze Stern der Tupamaros, Frankfurt am Main 2004.

103 Außer Uwe Schütte, der Wildenhains Roman in »Heilige, die im Dunkeln leuchten« kurz erwähnt, hat sich noch kein Wissenschaftler mit diesen Texten beschäftigt.

Scanned by CamScanner

ders »Verfassungsfeind«, die auch die Geschichten junger Menschen am Rande des Konfliktes zwischen Staat und RAF erzählen, in ihrer jeweiligen Handlung sehr stark von der politischen Situation der 1970er abhängen, zeigt Wildenhains »Erste Liebe« angebliche RAF-Sympathisanten, deren persönliche Entwicklung oder Einstellungen in keiner Weise mit der RAF oder dem bewaffneten Kampf zu tun haben. Wildenhains Beweggrund für die Erwähnung der RAF scheint nicht die Absicht zu sein, die geschichtlichen Implikationen des Deutschen Herbstes zu beleuchten, wie dies beispielsweise Delius in »Himmelfahrt eines Staatsfeindes« tut, sondern er benutzt die RAF als externe Quelle der Spannung und Tragik für eine in sich geschlossene und ahistorische Erzählung.[104]

In einem Interview mit der *tageszeitung* weist Wildenhain in der Tat darauf hin, dass die Botschaft seines Romans – dass naive Menschen durch ihre persönlichen Beziehungen politisiert werden können – leicht in die Gegenwart übertragen werden kann.[105] Diese Aussage und der Roman selbst werfen die Frage auf, warum sich Wildenhain dafür entschieden hat, seine Geschichte ausgerechnet im Jahr 1977 spielen zu lassen. Meiner Meinung nach hat Wildenhain den Deutschen Herbst deshalb als Erzählzeitpunkt gewählt, weil dieser noch immer für Mysterium und Spannung steht und somit als Teil eines Buchtitels einen gewissen Grad von Aufmerksamkeit und Verkaufserfolg garantiert. Der Ausdruck »Deutscher Herbst« ist für viele Westdeutsche – ob sie das Jahr 1977 bewusst miterlebt haben oder nicht – synonym mit dem des nationalen Notstands.

Wildenhain berichtet im selben Interview, dass er 1977, als er – wie auch der Erzähler des Textes – 18 Jahre alt war, den terroristischen Anschlägen und Entführungen nur marginale Bedeutung zugeschrieben habe. Die Schleyer-Entführung gelte 20 Jahre danach als wichtigstes Ereignis der späten 1970er; die deutsche Gesellschaft habe allerdings erst einige Zeit nach Ende der Entführung begonnen, ihr solch hohe Bedeutung beizumessen. »Erste Liebe« könnte, in diesem Sinne, als Infragestellung der Wahrnehmung der 1990er gelesen werden, in der der Deutsche Herbst ein entscheidender Wendepunkt der deutschen Geschichte ist, nämlich der Zeitpunkt, zu dem die deutsche Regierung die schwer umkämpfte Schlacht gegen die RAF gewonnen und damit bewiesen hat, dass die Bundesrepublik eine intakte Demokratie ist. Gleichzeitig suggeriert Wildenhains Roman jedoch, der Deutsche Herbst sei tatsächlich als Höhepunkt der deutschen Nachkriegsgeschichte zu bewerten, indem er den Deutschen Herbst als Bezugspunkt für eine Erzählung verwendet, die auch ohne diesen ausgekommen wäre. Der Titel »Erste Liebe Deutscher Herbst« betont die Bedeutung des Deutschen Herbstes durch seine Uneindeutigkeit: Der Titel kann einerseits verstanden werden als »meine erste Liebe, die sich während des Deutschen Herbstes entwickelte«, und andererseits, auf nostalgische Weise, als »meine erste Liebe: der Deutsche Herbst«. Obwohl politische Fragen für das Leben der Romanfiguren keine besonders bedeutende Rolle spielen, ist die RAF zudem in den wenigen Unterhaltungen, die sich doch um Politik drehen, das alleinige Objekt ihres Interesses. Diese Stellung der RAF als einzige politische Kraft, deren Existenz die Romanfiguren zu kennen scheinen, untergräbt Wildenhains Behauptung und impliziert im Gegenteil, dass die von Wildenhain porträtierten jungen Deutschen die Auseinandersetzung zwischen RAF und Staat im Jahre 1977 eben doch für wichtig hielten. »Erste Liebe« versucht also, eine vom Autor empfundene gegenwärtige Überbetonung der Bedeutung des Deutschen Herbstes zu dekonstruieren, bestärkt jedoch gleichzeitig genau diese Obsession, indem der Roman die Perspektive der späten 1990er auf die Ereignisse des Jahres 1977 übernimmt.

Durch seine nostalgische Herangehensweise schreibt der Roman dem Deutschen Herbst und der RAF große Bedeutung zu. In der negativen Bedeu-

104 Der Literaturwissenschaftler Uwe Schütte schätzt den Roman ähnlich ein: »Vielmehr bleibt die Stadtguerilla aufgrund der klaren Unterordnung unter die Ebene des Entwicklungsromans ein fast schon beliebiges Versatzstück, da der Roman, mit minimalen Änderungen, auch im Jahre 1968 hätte spielen können.« Schütte, »Heilige, die im Dunkel leuchten«, S. 360.

105 Klaus Farin, »Literatur soll ja keine Diskurse abbilden« – Gespräch mit Michael Wildenhain und Raul Zelik, *die tageszeitung* vom 25. September 1997.

tung des Wortes Nostalgie – also einer im Bedauern schwelgenden Erinnerung an einen vergangenen Zeitraum – ist Wildenhains Roman hoch nostalgisch. Ein kurzes Vorwort legt offen, dass der Autor von einer solchen bedauernden Erinnerung an eine frühere, unangenehme Zeit motiviert ist oder zumindest zu sein glaubt. Dieses Vorwort verwischt die Unterschiede zwischen dem Autor Wildenhain und seinem Erzähler, indem es eine Anekdote aus dem Leben des Autors an den Anfang einer nostalgischen Erzählung stellt und somit eine direkte Verbindung zwischen Wildenhains Nostalgie und den Gefühlen seines Erzählers herstellt. Das Vorwort enthält eine Äußerung von Wildenhains Tochter Lydia: »Erzähl mir eine Geschichte, als du klein warst. Eine schlimme.«[106] Die folgende Erzählung wirkt wie eine direkte Antwort auf diesen Wunsch nach einer schrecklichen Geschichte aus der Jugend des Autors. Die Untrennbarkeit der Forderung an den Autor von der Antwort durch den Erzähler bewirkt, dass »Erste Liebe« sowohl als Kommentar eines fiktiven Erzählers zu einer vergangenen Ära gelesen werden kann als auch als Rückblick des wirklichen Autors auf seine eigene Vergangenheit.[107] Indem das Vorwort die Motivation des Autors in die Erzählung verwickelt, verstärkt es die nostalgische Komponente des Textes.

Die Nostalgie des Romans »Erste Liebe« ist auf den Deutschen Herbst gerichtet – einen Zeitraum, in dem die Freunde des Erzählers gestorben sind, schwer verletzt oder gefangen genommen wurden. Einige emotionale Ausrufe des Erzählers weisen darauf hin, dass die Tragik der Schicksale seiner Freunde ihn auch zur Erzählzeit noch berührt und dass er von Herzen wünscht, die Dinge hätten einen anderen Lauf genommen. Die sentimentalen Erinnerungen an die Ereignisse des Jahres 1977 seitens des Erzählers – und des Romans – sind primär negativ und bedauernd. »Erste Liebe« enthält jedoch auch Momente der positiven Erinnerung. Beispielsweise berichtet der Erzähler von seiner freudigen Reaktion auf Schleyers Ermordung: »[Es kam] mir vor, als bestünde zwischen mir und den Mördern eine heimliche Verbindung. Das erfüllte mich mit Stolz.«[108] Der Erzähler qualifiziert seine Freude über die Zugehörigkeit zu einem exklusiven, wenn auch imaginären Zirkel nicht. Durch diese neutrale bis positive Darstellung des Stolzes, den er 1977 empfunden hat, zeigt der Erzähler, dass er auch zum Zeitpunkt des Erzählens noch ähnlich empfindet und die Erinnerung an eine Zeit schätzt, zu der ihm solche morbiden Gefühle möglich waren.

Neben der impliziten Nostalgie des Romans nach dem Jahre 1977 mit seinen Tragödien und Belohnungen stellt »Erste Liebe« die RAF selbst positiv dar. Zwar ist die RAF dem Erzähler, der die Meinungen seiner Freunde weder wirklich versteht noch hinterfragt, weitgehend gleichgültig. Schöpp hingegen lobt die RAF, bezeichnet sie als historischen Katalysator – er erwähnt nicht, wofür – und schwärmt, dass diese Funktion die wahre Kreativität der Gruppe zutage gebracht habe.[109] Immer wenn die Figuren irgendeine politische Diskussion führen, sprechen sie mit Enthusiasmus von der RAF und äußern keinerlei Kritik an deren Handlungen. In dieser Darstellung der Sympathisantenszene passt sich Wildenhains Roman dem konservativen Medienbild des Jahres 1977 an, das alle Linken oder Sympathisanten zu bedingungslosen Unterstützern der RAF machte. Diese Einschätzung der Medien war eindeutig fehlerhaft, wie der Buback-Nachruf zeigte, in dem ein »Mescalero« die Strategie der RAF kritisierte, *obwohl* er von dem RAF-Mord an Buback unfreiwillig freudig berührt war.

Während »Erste Liebe« den Deutschen Herbst als nostalgische »Hintergrundfolie«[110] verwendet, marginalisiert der Roman die RAF selbst. Der Erzähler, dessen Gedanken, Gefühle und Handlungen der Leser besser kennt als die der anderen Figuren, weiß nur wenig über die RAF und hat auch kein wirkliches Interesse an der Gruppe. So denkt er beispielsweise über das nächtliche Sprayen der Buchstaben R-A-F,

106 Wildenhain, Erste Liebe, S. 9.
107 Die Tatsache, dass der Erzähler namenlos bleibt und somit nicht erkennbar von Wildenhain zu unterscheiden ist, sowie ihr ähnliches Alter tragen weiter zur Fusion zwischen Autor und Erzähler bei.
108 Wildenhain, Erste Liebe, S. 164.
109 Ebenda, S. 171 f.
110 Schütte, »Heilige«, S. 359.

Scanned by CamScanner

wozu er von seinen Freunden überredet werden muss: »Ich hätte, nachdem die geplante Aktion – ohne mich – beendet gewesen wäre [...] nach Hause gehen können. [...] Ich kenne keine politischen Gefangenen. [...] Und ich hätte schlafen gehen können.«[111] Die Gleichgültigkeit des Erzählers bezüglich der RAF ist Zeichen einer literarischen Verschiebung, weg von einer Deutung der RAF als aktive Kraft in der deutschen Geschichte. Eher bedienen sich neuere Romane wie »Erste Liebe«[112] des Kontextes des Deutschen Herbstes mit seiner spannenden und tragischen Atmosphäre, deren man sich erinnern kann, ohne der für die Ereignisse verantwortlichen Gruppe viel Aufmerksamkeit zu schenken. Dieser neue Blickpunkt in der RAF-Belletristik ist besonders in Romanen zu beobachten, die, wie »Erste Liebe«, eine autobiografische Komponente haben. Einerseits erwecken hier Bezüge auf des Autoren eigene Vergangenheit, wie Wildenhains Vorwort, einen Eindruck historischer Authentizität. Andererseits schenken diese pseudoautobiografischen Romane der letzten acht Jahre den historischen Rahmenbedingungen, welche den erzählten Zeitraum bestimmten, nur wenig Aufmerksamkeit, sondern widmen sich primär den Erfahrungen apolitischer junger Menschen in den 1970ern.[113]

Während Wildenhain den Deutschen Herbst hauptsächlich als Verzierung einer tragischen Liebesgeschichte verwendet, enthält Ulrich Woelks Kriminalroman »Die letzte Vorstellung« explizite Diskussionen über die Geschichte des westdeutschen Terrorismus und seine Bedeutung für die deutsche Gesellschaft im 21. Jahrhundert. Der Roman spielt im November 2001. Darin stehen der westdeutsche Polizist Anton Glauberg und die ostdeutsche BKA-Beamtin Paula Reinhardt vor der Aufgabe, den brutalen Mord an dem ehemaligen (und fiktiven) RAF-Mitglied Hans Jacobi aufzuklären. Dessen polizeiliche Akte offenbart, dass Jacobi ab den späten 1970er Jahren in der DDR unter neuem Namen gelebt hatte und 1990 dort festgenommen wurde. Nach ausführlichen Aussagen und einer kurzen Haftstrafe hatte er sich in das abgelegene Haus am Deich zurückgezogen, in dem er dann umgebracht wurde. Bald wird bekannt, dass der ermordete Jacobi der ältere Halbbruder des Polizisten war und dass Glauberg diesen als Jugendlicher oft in einer Berliner WG besucht hatte. Zu den Ermittlungen gehört eine Reihe von Verhören, bei denen Glauberg und Reinhardt mit den Verdächtigen nicht nur über die technischen Einzelheiten des Mordes sprechen, sondern auch über die RAF und ihre Bedeutung für die deutsche Geschichte. Nach einer Weile beschuldigt die BKA-Beamtin den Polizisten, seinen Bruder aus Angst davor, mit der RAF in Verbindung gebracht zu werden, ermordet zu haben. Schließlich entdeckt Glauberg jedoch, dass es Reinhardt selbst war, die Jacobi in einem Racheakt getötet hat, da sie glaubte, Jacobi sei der Mörder ihres Vaters. Glauberg ist allerdings nicht der Meinung, dass der Mord an Reinhardts Vater tatsächlich von seinem Bruder begangen wurde: »Es gab zweifellos handfestere Motive, ihn zu töten, als die ideologische Verblendung meines Bruders.«[114] Der Roman endet mit der Grabrede des lokalen Pastors, der Jacobis Idealismus lobt und betont.

Durch die Ermittlungen und die Eulogie des Pas-

111 Wildenhain, Erste Liebe, S. 104.

112 Ein Beispiel eines Romanes, der sich der RAF und den 1970ern auf sehr ähnliche Weise nähert wie »Erste Liebe«, ist Gerhard Seyfrieds Der schwarze Stern der Tupamaros (2004). In dieser Liebesgeschichte, die von ihrem männlichen Protagonisten rückblickend erzählt wird, wird die Freundin des Erzählers auf tragische Weise in den bewaffneten Kampf verwickelt, wobei weder ihre politischen Motive noch ihre genauen Aktivitäten jemals offen gelegt werden. In Seyfrieds Roman fungiert der bewaffnete Kampf als ominöse Macht, die aus dem Nichts heraus junge Menschen verschlingt oder zumindest belastet, obwohl der Grad ihrer Verbindung zu bewaffneten Gruppen ungeklärt bleibt.

113 Diese autobiografische Komponente kann in den meisten Romanen zur RAF gefunden werden, die zwischen 1997 und 2005 veröffentlicht wurden. So hätte Seyfried, ein ehemaliger linker Comic-Autor, zur Handlungszeit seines Romans dasselbe Alter gehabt wie sein Erzähler. Woelk war 1977 17 Jahre alt und somit genauso alt wie sein Protagonist. »Die Bibliothek des Attentäters« von Franz-Maria Sonner, Jahrgang 1953, bedient sich zweier Zeitebenen, um von den Mordplänen eines Mannes zu erzählen, der in den 1970ern Anfang 20 war – genau wie Sonner selbst – und der als altern-der Journalist und Romanautor in den 1990ern ermordet wird.

114 Woelk, Letzte Vorstellung, S. 302.

tors präsentiert »Letzte Vorstellung« eine Anzahl verschiedener Meinungen zur RAF, den Motiven ihrer Mitglieder sowie der von der Gruppe für die Gesellschaft dargestellte Gefahr. Die Aussagen der verschiedenen Romanfiguren über Jacobi fügen sich zu einem Bild eines ehemals idealistischen und engagierten Mannes zusammen, der bereit war, für die positive Veränderung der deutschen Gesellschaft extreme Maßnahmen zu ergreifen. Nach Meinung der Charaktere trennte sich Jacobi nicht deshalb von der RAF, weil er den bewaffneten Kampf als falsch erkannte, sondern weil er einsah, dass seine Hoffnung, Einzelne könnten positive gesellschaftliche Veränderungen bewirken, illusorisch war. Manche Figuren des Romans, wie ein Polizeispitzel und der Pastor, empfinden Jacobis Lossagung vom bewaffneten Kampf sogar als feigen und egoistischen Verrat seiner Ideale.

Alle Figuren außer Reinhardt, die wiederholt betont, sie habe unter dem die RAF-Aussteiger unterstützenden DDR-Regime gelitten, erinnern sich voller Respekt und Bewunderung an die frühe RAF. So habe Glauberg, wie er sich entsinnt, seinen Halbbruder in den 1970ern voll Stolz besucht, da dieser »an die Veränderung der Welt«[115] geglaubt habe und Ungerechtigkeiten nicht habe ertragen können. Glauberg betont, dass er Jacobi und andere Militante damals nicht als Verbrecher gesehen habe,[116] und in einer Fotografie seines Bruders sieht er »eine unschuldige, lebensbejahende Harmlosigkeit«, da auch sein Bruder einst Wein, Zigaretten, das Lachen und das Leben genossen habe.[117] Glauberg beschreibt die Atmosphäre in der WG seines Bruders als warm und einladend, und er bezeichnet Jacobis Taten zu keiner Zeit als gewalttätig oder falsch. Der Polizist blickt auf die frühen 1970er, also auf die Zeit kurz vor Jacobis Untertauchen, mit Nostalgie zurück und sieht den bewaffneten Kampf nicht als verwerflichen Angriff gegen die Gesellschaft, sondern als Konsequenz gutgemeinter Hoffnungen auf eine bessere Welt.

Während seines Verhörs spricht der Fotograf Seewald, ein ehemaliger Mitbewohner Jacobis, diesem seinen Respekt aus: »Er war so viel konsequenter und ehrlicher als ich.«[118] Obwohl Seewald, der sich nie ernsthaft politisch betätigt hat, seine früheren Freunde dafür belächelt, ihren Wohlstand und ihre Bequemlichkeit dem Kampf für eine bessere Welt geopfert zu haben, ist er der Meinung, Jacobi solle als ehrlicher Mann in Erinnerung bleiben, nicht als Terrorist. Der Pastor Gnaatz, der zu Beginn des Romans Jacobis Leiche entdeckt, stellt Jacobi in seiner Eulogie als Gutmensch dar, über den kein negatives Urteil getroffen werden soll: »Können wir Menschen, die sich in jungen Jahren der Hoffnung hingegeben haben, die Welt lasse sich verbessern, wirklich verurteilen? [...] Die moralischen Maßstäbe [...] und die ethischen Ansprüche, die jene jungen Menschen an unsere Gesellschaft gestellt haben, hat diese Gesellschaft – haben wir selbst geschaffen und zur Grundlage unseres Miteinanders gemacht: Gerechtigkeit, Brüderlichkeit, Freiheit. [...] Hans Jacobi hat an diese Ideale geglaubt. Er wollte Solidarität statt Egoismus und Opferbereitschaft statt Gewinnstreben.«[119]

Der Pastor, der in moralischen Kategorien denkt und spricht, geht sogar einen Schritt über die Bezeichnung der RAF-Aktionen als ethisch motiviert hinaus, indem er bürgerliches Engagement à la Jacobi als moralischen Imperativ präsentiert.[120] Gnaatz erläutert, die meisten Deutschen, er selbst eingeschlossen, seien einst Idealisten wie Jacobi gewesen, und er hinterfragt ihre Motive für den Rückzug aus dem politischen Aktivismus: »Sind wir wirklich vernünftig geworden oder einfach nur träge?«[121] Durch diese Anfrage suggeriert er, dass jene Deutschen, die sich gegen einen Pfad der radikalen Opposition entschieden haben, dies nicht aus besserem Wissen getan hätten, sondern weil sie fauler, egoistischer oder stärker an materiellen Werten orientiert gewesen seien als die Mitglieder der RAF. Gnaatz impliziert somit, die RAF sei eine der wenigen Gruppierungen gewesen, die einen notwendigen Weg gegangen sind, während der Großteil der Deutschen lethargisch und zu Taten nicht bereit gewesen war. Diese wenig wünschenswerte Einstellung finde sich auch gegenwärtig

115 Ebenda, S. 80.
116 Ebenda, S. 82.
117 Ebenda, S. 153.
118 Ebenda, S. 87.
119 Ebenda, S. 269 f.
120 Ebenda, S. 271.
121 Ebenda.

Scanned by CamScanner

überall in Deutschland: »Wir sind abhängig von unserem Wohlstand und sind Sklaven unserer Bequemlichkeit.«[122] Gnaatz' Grabrede ist ein Aufruf an seine Zuhörer, sich vom Idealismus der Terroristen sowie von deren Streben nach Veränderung eine Scheibe abzuschneiden.

Weiterhin spricht der Pastor die Frage an, ob die RAF jemals eine wirkliche Gefahr für die deutsche soziale Ordnung dargestellt habe: »Denn eine echte Bedrohung für unser Land – *dies lässt sich im Rückblick doch sagen* – war der Terrorismus der siebziger Jahre wohl nie, und angesichts der aktuellen Ereignisse [der Anschläge am 11. September 2001] mag er uns möglicherweise sogar harmlos erscheinen.«[123]

In der Figur des Pastors Gnaatz analysiert der Roman die RAF im Licht der geschichtlichen Entwicklung seit den 1970ern. Des Pastors Einsicht, die RAF habe niemals eine ernsthafte Bedrohung dargestellt, ist das Ergebnis einer retrospektiven Bewertung – er zieht einen Schluss, der ihm 2001 möglich ist, dies jedoch 1977 nicht gewesen wäre. Im Gegensatz zu Wildenhains Roman »Erste Liebe Deutscher Herbst«, der keinen Bezug auf die 20 Jahre nimmt, die zwischen der erzählten Zeit und dem Zeitpunkt des Erzählens verstrichen sind, hebt »Letzte Vorstellung« den Abstand zwischen der Erzählzeit (und dem Zeitpunkt der Veröffentlichung des Romans) und der Ära, an die die Romanfiguren zurückdenken, deutlich hervor. Auch Glauberg stellt die RAF in einen geschichtlichen Kontext und argumentiert, die RAF sei, im Gegensatz zu Organisationen wie Al-Qaida, als terroristische Gruppe nur von marginaler Bedeutung. Die Mitglieder der RAF bezeichnet er als »gescheiterte Altintellektuelle«, die Terroristen der Al-Qaida aber als »diabolische Fundamentalisten«, die eine weitaus größere Bedrohung für die Gesellschaften des Westens darstellen, als dies die RAF jemals gekonnt hätte.[124] Zwar ist es für die Figuren dieses Romans relativ unproblematisch, zu behaupten, die RAF sei niemals eine Gefahr für die deutsche Gesellschaft gewesen – es ist unklar, ob das einzige im Roman vorkommende RAF-Mitglied je eine andere Person verletzt hat –, jedoch beziehen sich ihre Überlegungen ausdrücklich auf die gesamte RAF und nicht auf Jacobi allein. Weiterhin bestärkt der grausame Mord einer Beamtin an dem sehr sympathisch wirkenden ehemaligen RAF-Mitglied die Darstellung der RAF als Kollektiv harmloser Idealisten, die den Kampf gegen einen gnadenlosen Staat nur verlieren konnten.

Auch Röder, ein Informant aus der linken Szene in Berlin, hält die RAF für vergleichsweise harmlos. Im Gegensatz zu Gnaatz und Glauberg vergleicht er die RAF jedoch nicht mit radikalen islamistischen Bewegungen, sondern mit dem alltäglichen Terror der Großstadt: »Denn Großstädte sind von sich aus brutal und zerstörerisch. Sie zerstören die Umwelt und sie zerstören die Menschen. In den großen Städten verpufft der Terror, weil sie selbst in ihrem Kern terroristische Einrichtungen sind. Orte der unberechenbaren Gewalt. Seelenvernichtungsmaschinen. [...] Die Provinzbevölkerung muss begreifen, dass der Terror nicht das Werk von ein paar Verrückten ist, sondern das logische Produkt der Metropolen. Eine Konsequenz der Zukunft.«[125]

Von einem Mitglied der radikalen Linken ist eine solche Aussage keine Überraschung. Allerdings bestätigt des Erzählers Beschreibung des kalten, kommerzialisierten, unpersönlichen Berlin des 21. Jahrhunderts – kontrastiert mit Glaubergs nostalgischen Erinnerungen an das Berlin der 1970er als warme, einladende Stadt – Röders Bewertung.

In diesem Vergleich gegenwärtiger und zukünftiger Formen des Terrors, aber auch in den Überlegungen anderer Figuren untersucht »Letzte Vorstellung« die Bedeutung des RAF-Terrorismus für die deutsche Gesellschaft der Gegenwart. Der Protagonist Glauberg, der wie zufällig dasselbe Geburtsjahr hat wie der Autor Woelk, beschäftigt sich mit dem Leben seines Halbbruders über das für die Ermittlungen Notwendige hinaus. Sein Interesse erklärt er mit einer Verbindung zwischen den erlangten Einsichten über seinen Bruder und einer wachsenden Selbstkenntnis: »Ich hatte das Bedürfnis, ihn zu verstehen, weil es mir schien, dass ich damit auch ein Stück von mir selbst verstehen würde. Und es kann sogar sein, dass ich eigentlich deswegen hier bin: *nicht um über ihn etwas herauszufinden, sondern über mich.*«[126]

Glaubergs Untersuchung der Vergangenheit sei-

122 Ebenda, S. 272.
123 Ebenda, S. 269. (Hervorhebung L. T.)
124 Ebenda, S. 226.
125 Ebenda, S. 135 f.
126 Ebenda, S. 255. (Hervorhebung L. T.)

nes Bruders kann als Symbol gelten für die deutsche Faszination für die 1970er und für den Versuch der Nach-RAF-Generationen, sich ein Verständnis der deutschen Gegenwart durch eine Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit zu erschließen. Glauberg selbst hat kaum soziale Beziehungen, Interessen oder Ideale. Während seiner Erkundung der Vergangenheit seines Bruders hofft er einerseits darauf, endlich zu verstehen, was für jene Wärme, Leidenschaft und den Aktivismus verantwortlich war, an die sich Glauberg aus den 1970ern erinnert, und andererseits darauf, herauszufinden, warum diese Eigenschaften in seinem eigenen Leben im 21. Jahrhundert fehlen.

Wilke, ein Journalist Anfang dreißig, bietet während seines Verhörs eine Erklärung für die Begeisterung der Deutschen des 21. Jahrhunderts für das Thema RAF und den Linksterrorismus: »Ich glaube, dass wir Deutschen [...] uns sogar sehr für unsere Terroristen interessieren. Ja, davon bin ich überzeugt, denn wir [...] sind ein Volk ohne große Leidenschaften. Wir können uns nicht für den Fortschritt begeistern und nicht für die Liebe, nicht für die Wissenschaft oder für die Literatur. Es gibt so vieles, an dem wir immer etwas auszusetzen haben: die Zukunft, das Triviale, das Geld oder die Demokratie – ja, nicht einmal mehr für unser eigenes Land, unsere Nation, mögen wir uns so recht erwärmen, weil sie uns zu deutsch ist. [...] Die Begeisterung für den Fußball und der Terrorismus sind vielleicht die einzigen leidenschaftlichen Haltungen, die wir in den vergangenen dreißig Jahren hervorgebracht haben – wie sollten wir uns also nicht daran klammern, sei es in der Verehrung oder in der Verachtung?«[127]

Als eine von wenigen Quellen der Spannung und Erregung in der deutschen Gesellschaft und Geschichte eignet sich die RAF, so Wilke, hervorragend für nostalgische Projektionen. Sie ist ein besonders guter Anhaltspunkt einer nationalen Nostalgie, da sie die nostalgischen Bedürfnisse verschiedener Bevölkerungsgruppen gleichzeitig erfüllt. Je nach Bedarf kann die RAF entweder als Symbol einer als idealistisch und revolutionär empfundenen Epoche fungieren, an deren Aufbruchsstimmung man voll Nostalgie zurückdenkt, oder sie kann als Bedrohung von Frieden und Sicherheit in Erinnerung bleiben und somit das nostalgische Gedenken an eine Zeit ermöglichen, als dieser Frieden scheinbar noch aktiv und energisch gegen einen klar definierbaren Feind verteidigt werden konnte. Die von Wilke beschriebene Nostalgie ist die einer Gesellschaft, die keine Ideale oder Überzeugungen mehr zu verteidigen und keine Kämpfe mehr auszutragen hat und die ihren Blick nun sehnsüchtig zurück auf eine Zeit des Aufruhrs und der leidenschaftlichen politischen Auseinandersetzung richtet.

Eine weitere Kategorie nostalgischer Texte zum Thema RAF, die Gruppe der Doku-Fiktionen, integriert den Terrorismus nicht in eine im Vordergrund ablaufende Liebes- oder Detektivgeschichte, sondern sie zeigt sich nostalgisch, indem sie die mysteriösesten Ereignisse aus der Geschichte der RAF in einer Melange aus Fiktion und Dokumentation detailliert nacherzählt.[128] Texte dieser Art beleuchten die wichtigsten – oder sensationellsten – Momente der RAF-Geschichte erneut, führen jedoch keine auf Tatsachen basierende historische Analyse durch. Stattdessen vermischen sie Fakten mit fiktionalen Elementen, höchstwahrscheinlich um die Texte unterhaltsamer zu machen und den nostalgischen Wünschen der Leserschaft entgegenzukommen. Dass es für die Leser und Verfasser dieser Texte in ihrer Beschäftigung mit den erzählten Ereignissen von sekundärer Bedeutung ist, ob diese wirklich stattgefunden haben, zeigt eindeutig, dass in den Motiven für diese Auseinandersetzung die Nostalgie oder der Sensationalismus eine Rolle spielen, jedoch nicht der geschichtliche Wissensdurst. Das Verfassen und Lesen von Doku-Fiktionen ist somit eine Ausgeburt des Wunsches, eine aufregende Zeit erneut zu durchleben, und entstammt keineswegs einem Bekenntnis zu solider historischer Analyse.[129]

127 Ebenda, S. 180 f.

128 Ich beziehe mich hier ausschließlich auf Werke, die sich selbst ausdrücklich als Doku-Fiktionen bzw. als dokumentarische Fiktion oder dokumentarische Erzählung bezeichnen oder auf andere Weise klarstellen, dass sie Melangen aus Fakt und Fiktion sind.

129 Die deutsche Öffentlichkeit hat auf das Genre der Doku-Fiktion enthusiastisch reagiert: Heinrich Breloers »Todesspiel«

Scanned by CamScanner

Verschiedene Doku-Fiktionen zur RAF wurden von Insidern wie dem RAF-Mitglied Peter-Jürgen Boock oder einem Stammheimer Vollzugsbeamten verfasst oder mitentworfen.[130] Somit können diese Texte als Augenzeugenberichte vermarktet werden und sich als wahrheitsgetreue Wiedergabe dessen verkaufen, was *wirklich* während der Schleyer-Entführung oder in Stammheim geschah. In Wahrheit beschreiben diese Texte jedoch nur, was passiert sein *könnte*, da sie die zur Verfügung stehenden historischen Fakten mit fiktiven Elementen mischen. Historische Tatsachen allein, so scheint es, reichen als Grundlage für diese Erzählungen nicht aus. Boock, z. B., muss sich vollständig auf sein Gedächtnis verlassen, da keine Aufzeichnungen der Situation, die er beschreibt – die sechswöchige Geiselhaft des Hanns-Martin Schleyer –, übermittelt sind.[131] Da Boock die exakten Details der Ereignisse vergessen hat, kann seine Wiedergabe der Schleyer-Entführung nicht ohne Fiktion auskommen. Er warnt zu Beginn, seine Erinnerungen seien nicht präzise und seine Erzählung stelle die Ereignisse möglicherweise anders dar, als sie in der Wirklichkeit tatsächlich abgelaufen sind: »Bei dieser dokumentarisch-fiktiven Montage kann ich nicht ausschließen, daß in meiner Erinnerung einige der beschriebenen Situationen zeitlich oder auch inhaltlich durcheinander geraten sind.«[132] Dass Boock sich dennoch zum Verfassen dieser Doku-Fiktion entschlossen hat, zeigt, dass er und sein Verleger die erneute gedankliche Beschäftigung mit dem Deutschen Herbst für wünschenswert und profitabel erachten, unabhängig von der historischen Genauigkeit der Darstellung.

Im Gegensatz zu Boock, der sich nur auf seine Erinnerungen verlässt, verfügt der Vollzugsbeamte Horst Bubeck noch immer über seine Tagebücher aus den 1970ern und ist im Besitz einer umfassenden privaten Sammlung, die aus in Zellen gefundenen Notizen sowie Papieren der Gefängnisverwaltung besteht. Der von Oesterle verfasste Bericht über Bubecks Erfahrungen *könnte* somit ohne Fiktionalisierung auskommen und sich allein auf geschichtliche Quellen stützen. Nichtsdestotrotz klassifiziert sich der Text selbst als »eine Komposition aus Erzählung, literarischer Reportage und historischem Essay«,[133] als ein Werk, das über die Wiedergabe und Analyse historischer Fakten hinausgeht. Um eine Erzählung präsentieren zu können, die einen größeren Unterhaltungswert verspricht als ein »Geschichtsbuch«, muss der Autor den Kern historischer Fakten in einen Mantel erzählerischer Fiktion hüllen und somit eine Doku-Fiktion statt einer Dokumentation schaffen. Indem er den Bericht fiktionalisiert, abstrahiert Oesterle einerseits von der umfassenden Sammlung historischer Dokumente, die er in der Einleitung beschreibt, ergänzt diese aber andererseits auch durch nicht als solche identifizierte Meinungsäußerungen oder stellt unklare Sachverhalte als eindeutig dar. Diese vorsätzliche erzählerische Abweichung von den dokumentierten Tatsachen kann nur den Zweck haben, die Vorstellungskraft des Lesers zu animieren und somit einen Bericht zu erstellen, den der Leser aus nostalgischen Gefühlen für eine Epoche zur Hand nimmt und nicht aus Interesse an geschichtlicher Weiterbildung.

Obwohl Boocks und Oesterles Texte offen zugeben, dass sie Fakt und Fiktion vermischen, weisen sie nicht darauf hin, welche Elemente dokumentarisch und welche fiktiv sind. Diese mangelnde Differenzierung zwingt einen Leser, der die mysteriösen und spannenden Ereignisse nachempfinden möchte, dazu, zu verdrängen, dass nicht alles in diesen Texten Erzählte der Wahrheit entspricht, weil er sich sonst eingestehen müsste, dass möglicherweise genau die

---

hatte bei seiner Erstausstrahlung im deutschen Fernsehen fünf Millionen Zuschauer. Vgl. Helmut Schmidt, »Ex-Terroristen die Hand reichen? Nein!« – Gespräch mit Helmut Schmidt über den deutschen Herbst 1977 und die Folgen, Interview, *Die Zeit* vom 4. Juli 1997, 52. Jg., Nr. 28, S. 8.

130 Peter-Jürgen Boock, Die Entführung und Ermordung des Hanns-Martin Schleyer. Eine dokumentarische Fiktion von Peter-Jürgen Boock, Frankfurt am Main 2002; Kurt Oesterle, Stammheim. Die Geschichte des Vollzugsbeamten Horst Bubeck, Tübingen 2003.

131 Obwohl die Schleyer-Entführer alle Unterhaltungen mit ihrer Geisel auf Kassette aufgenommen haben sollen, bleiben diese Kassetten unauffindbar, und auch Boock behauptet, deren Versteck nicht zu kennen.

132 Boock, Entführung und Ermordung, S. 11.

133 Oesterle, Stammheim, Klappentext.

aufregendsten Teile die hinzugedichteten sind. Die Selbstdarstellung der Werke erleichtert es dem Leser hierbei, jegliche Zweifel über Bord zu werfen und schlichtweg zu vergessen, dass die Texte auch Erfundenes enthalten: Der Klappentext von Oesterles »Stammheim« bezeichnet die Erzählung als eine »wahre Geschichte«,[134] und auf der Rückseite von »Entführung und Ermordung« ist zu lesen, das Buch »dokumentiert zugleich Höhepunkt und Scheitern des RAF-Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland« – die fiktionalen Elemente bleiben unerwähnt.[135] Durch diese Betonung ihrer Wahrhaftigkeit sowie des Insiderstatus der Verfasser erhalten die Doku-Fiktionen einen Anschein von Unmittelbarkeit, erwecken den Eindruck, endlich die Wahrheit über bisher ungelöste Rätsel der deutschen Geschichte zu erzählen; die Vermischung historischer Tatsachen mit fiktiven Elementen scheint dabei kaum zu stören.

Die RAF eignet sich für die sentimentale Herangehensweise der hier besprochenen Texte[136] aus verschiedenen Gründen. Da die RAF sowie die Reaktion von Medien und Staat seit der Entstehung der Gruppe gesellschaftliche Spannungen und Spaltungen verursachten, hatte wohl jeder in den Jahren 1970 bis 1977 jugendliche oder erwachsene Westdeutsche eine Meinung zur RAF, ob positiv oder negativ, und hat diese Jahre folglich als eine Zeit der emotionalen Intensität im Gedächtnis behalten. Zweitens wurden wichtige mit der RAF zusammenhängende Ereignisse nie vollständig aufgeklärt und schreien somit geradezu nach der Bildung von Legenden. Drittens hat sich die deutsche Gesellschaft nach der traumatischen Erfahrung des Deutschen Herbstes mit dieser jüngsten Vergangenheit ein ganzes Jahrzehnt lang nicht wirklich beschäftigt. Als die Deutschen wieder begannen, über die frühen Jahre der RAF zu sprechen, war nur noch wenig von der ersten RAF-Generation übrig – sowohl personell als auch politisch. Als sich die RAF 1998, zu einem Zeitpunkt, als viele Mitglieder der ersten Generation bereits tot waren, offiziell selbst auflöste, wurden die Deutschen daran erinnert, dass der Linksterrorismus im Begriff war, aus dem Gedächtnis zu verschwinden und zu Geschichte zu werden. Diese Einsicht und der Wunsch, die Erinnerung an diese mysteriöse Phase der deutschen Vergangenheit wiederzubeleben, bevor es zu spät ist, haben meines Erachtens die Nostalgie ausgelöst, die in der neueren Belletristik zu finden ist.

Kombiniert mit den in den vorigen Abschnitten beschriebenen Phänomenen ist dieser literarische Wandel hin zur Nostalgie Zeichen einer sich langsam, aber kontinuierlich verändernden literarischen Beschäftigung mit der *Roten Armee Fraktion* und dem Linksterrorismus. Da die Versuche, die Geschichte der RAF zu verarbeiten und die Bedeutung des Terrorismus für die deutsche Identität zu verstehen – oder diesem eine bestimmte Bedeutung aufzuoktroyieren –, noch lange kein Ende zu nehmen scheinen, ist es wahrscheinlich, dass die Nostalgie nicht der letzte Trend in der RAF-Literatur ist, sondern schon bald anderen Herangehensweisen an den Terrorismus weichen wird.

Resümee

Die heftigen Gegenstimmen zur damals noch in der Planungsphase befindlichen Berliner Kunstausstellung zur RAF, die den Ausstellungsmachern unter anderem eine Romantisierung und Glorifizierung der *Roten Armee Fraktion* vorwarfen,[137] sowie das schnelle Einlenken der Kuratoren und Zugeständnis-

134 Oesterle, Stammheim, Umschlagtext.

135 Boock, Entführung und Ermordung, Umschlagtext.

136 Hier schließe ich auch Leander Scholz' »Rosenfest« mit ein, das ich im zweiten Abschnitt besprochen habe. Im Unterschied zu den anderen Werken, die sich auf einzelne RAF-Mitglieder konzentrieren, wie »Himmelfahrt eines Staatsfeinds« oder »Leviathan«, offenbart »Rosenfest« in seiner Beschäftigung mit einzelnen Terroristen starke Nostalgie nach der Zeit, in der seine Erzählung spielt. Daraus wird deutlich, dass der Übergang von der im zweiten Abschnitt beschriebenen Perspektive zur RAF zur Nostalgie dieses Abschnittes fließend ist und dass einzelne Werke auch Eigenschaften beider Gruppen aufweisen. Somit sind *alle* belletristischen Werke zur RAF, die seit 1997 veröffentlicht wurden, auf irgendeine Weise nostalgisch.

137 Vgl. Lars-Broder Keil / Helmut Breuer / Birgit Warnhold, RAF-Ausstellung: Chef räumt Fehler ein, *Die Welt* vom 24. Juli 2003.

Scanned by CamScanner

se bei der Ausstellung machten erneut deutlich, dass sich die deutschen Geister am Thema RAF weiterhin scheiden und dass die Gesellschaft weit von einer reifen Verarbeitung der Geschichte der Gruppe entfernt ist. Die RAF ist von vielen, die Ausstellungsmacher eingeschlossen, als mythologisches Objekt identifiziert worden, jedoch haben sich nur wenige bisher wirklich an ihre historische Deutung herangewagt. Wie dieser Aufsatz zeigt, hat sich auch die *nach* 1977 verfasste Literatur zur RAF kaum für die politischen oder historischen Implikationen des deutschen Terrorismus interessiert. Bis 1977 war es das Ziel der terrorismusbezogenen Literatur gewesen, eine offene Diskussion über die Auswirkungen des Terrorismus und der staatlichen Reaktion auf die deutsche Gesellschaft anzustoßen. Im Gegensatz dazu hat die seit den späten 1980ern entstandene Literatur kaum zu einem Verständnis des Einflusses der RAF auf die soziale und politische Entwicklung Deutschlands beigetragen. Mit einigen wenigen Ausnahmen haben es die Werke, die zu der Zeit geschrieben wurden, als die RAF auf dem Weg war, ein *historisches* Phänomen zu werden, nicht geschafft, in die Fußstapfen jener Literatur zu treten, die entstand, als die RAF noch ein aktiver Teil des Tagesgeschehens war. Anstatt sich, nach einem zehnjährigen literarischen Schweigen zur RAF, mit den Konsequenzen – oder auch mit den Ursachen – des Terrorismus auseinander zu setzen, lösen die Texte aus den Jahren 1988 bis 1996 die persönlichen Geschichten der legendärsten RAF-Mitglieder aus dem politischen Rahmen des Terrorismus. Sie machen die Guerillakämpfer zu ahistorischen Ikonen, anstatt die politische Bedeutung der RAF zu beleuchten oder die Motive der Terroristen zu thematisieren. Die neueste Literatur zur RAF wirft einen nostalgischen Blick auf die frühen Jahre des RAF-Terrorismus und erzählt dabei nur von den sensationellsten – und am besten vermarktbaren – Momenten aus der Geschichte der RAF.

In der hier durchgeführten umfassenden Analyse der Literatur zur RAF zeichnen sich zwei klar erkennbare Kategorien ab, in die sämtliche nach 1987 verfassten Texte fallen: Einer Konzentrierung auf den apolitischen einzelnen Terroristen folgt eine nostalgische ahistorische Romantisierung der 1970er. Diese limitierten literarischen Herangehensweisen an den Terrorismus zeigen, dass die deutsche Öffentlichkeit sich nur sehr selektiv an die RAF erinnern – oder sich diese vorstellen – möchte. Wie die Debatte zur Ausstellung gezeigt hat, löst jeder Versuch, den Rahmen der öffentlichen Beschäftigung mit der RAF zu erweitern und die Beschränkungen der gesellschaftlichen Auseinandersetzung aufzuzeigen, öffentliche Empörung aus. 36 Jahre nach der Gründung der RAF sind die Deutschen offensichtlich noch immer erst am Anfang einer wirklich tiefgehenden und umfassenden Beschäftigung mit ihrer Geschichte des Terrorismus.

Klaus Kreimeier

Die RAF und der deutsche Film

Der Deutsche Herbst des Jahres 1977 bildet in der deutschen Nachkriegsgeschichte bis heute ein Problemfeld: schwergängiges Gelände für den Historiker, der sich dieser Zäsur bewusstseins- oder mentalitätsgeschichtlich anzunähern sucht, und ein dunkler, wenn nicht gar wunder Punkt für viele Zeitzeugen, die, wie fern oder nah sie den Ereignissen gestanden haben mögen, noch immer ihre seltsam magnetische Wirkung verspüren. Da die Fakten heute weitgehend unumstritten sind, dürften es jüngere Chronisten leichter haben, sie aus der Distanz der Jahrzehnte, unbehindert durch eigene Anteilnahme und Emotion, zu deuten und sie als einschneidende, aber begrenzte Störung in die Erfolgsgeschichte der »alten« Bundesrepublik einzuordnen. In der Tat: Die Republik, ihr Demokratieverständnis, ihr Staatsapparat, ihr Rechtssystem überstanden die Krise im Wesentlichen unbeschädigt. Aber in den von Stimmungen und Emotionen, von Selbstbildern und Selbsttäuschungen aufgewühlten »Tiefenschichten« der Gesellschaft hinterließ sie Erschütterungen, die von etlichen Zeitzeugen bis heute nicht oder nur sehr partiell verarbeitet worden sind.

Es liegt auf der Hand, dass ebendiese Erschütterungen vor allem von jener – wie auch immer ideologisch zerrissenen, organisatorisch zerklüfteten – Neuen Linken artikuliert wurden, die um 1968 aufgebrochen war, um menschlichere Verhältnisse zu erkämpfen, und sich nun der Tatsache stellen musste, dass sie in ihrer Mitte den Terror ausgebrütet hatte. Das Trauma wurde *artikuliert*: das heißt keineswegs, dass es kritisch reflektiert, diskursiv erörtert oder gar auf den Begriff gebracht worden wäre.

Im Gegenteil: Der marxistische oder neomarxistische Analyse-Apparat versagte vor der »Katastrophe«, von der man sich überrumpelt wähnte. Wer nicht in tiefes Schweigen sank, suchte seine Flucht in hektischen Distanzierungen (als wäre die RAF nicht Fleisch vom eigenen Fleisch, nämlich des gemeinsamen Aufbruchs von 1968, gewesen), in kasuistischen Relativierungen (als wäre es möglich, eine Strategie des Mordens durch semantische Tricks gleichzeitig zu rechtfertigen und zu verdammen) oder in stimmungsvoll gefärbten Absagen an jegliches politische Engagement (als könnte, wer einmal mit dem politischen Denken begonnen hat, sich folgenlos seinen Konsequenzen entziehen). Selbsttäuschung und Lebenslüge, Larmoyanz und ungenaues Denken, emotionale Aufwallungen und bleiernes Brüten bestimmten die linken Diskurse im Deutschen Herbst und noch lange danach.

Was war geschehen? Ohne Zweifel hatten viele eine tiefgreifende, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität erlebte traumatische Erfahrung gemacht. Das Trauma, das die RAF der Neuen Linken zugefügt hatte, bestand nicht – oder nur oberflächlich – in der Erschütterung ideologischer Dogmen oder in der Widerlegung strategischer Konzepte. Gewalt und Tod waren im Spiel, und es war keineswegs erstaunlich, dass die um 1968 politisch in Bewegung geratene Generation, wie vage und wenig reflektiert auch immer, sich Fragen stellte, die das Politische bis zu einem gewissen Grade entgrenzten und letztlich Sinn- und Existenzfragen waren. Dass es auf sie keine Antwort gab, bestimmte entscheidend die Tristesse der vagierenden Stimmungslagen und den vielfachen Ruf

Scanned by CamScanner

nach einer »Trauerarbeit«, die »Klarheit« schaffen könnte. Aber wie hätte sie aussehen können: eine Abarbeitung des traumatisch Erfahrenen, die sich nicht nur in politischer Melancholie immer wieder selbst bespiegelt, sondern einem reiferen, umfassenderen, präziseren politischen Denken zum Durchbruch verholfen hätte?

Das Kernproblem wurde nicht erkannt. Es wurde von Gefühlen, Beteuerungen der Betroffenheit und moralischen Betrachtungen verdeckt. Ironischerweise jedoch steckte das Kernproblem nicht im moralischen Bereich, sondern verbarg sich auf dem ureigenen Terrain der linken Intellektuellen: dem der Ideologie. Das Trauma, das der Terror der RAF der Linken zugefügt hatte, war die Erfahrung einer höchst gewaltsamen, ja brutalen Komplexitätsreduktion im eigenen Lager – lebte man doch im stolzen Bewusstsein, Alleinurheber komplexer Gesellschaftsanalysen zu sein. Den Klassenkampfparolen vorausgegangen war die Kampfansage an die Simplizität der »bürgerlichen« Erklärungsmodelle, an die Plattheiten, mit denen das *juste milieu* der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft sich selbst legitimierte und seine Geschichtsvergessenheit, seine Konsenspolitik, seine materielle Ökonomie und die seiner Gefühle verwaltete. Gegen die strukturelle Dummheit und Dumpfheit der Verhältnisse und ihrer Nutznießer mobilisierte die Neue Linke das gesamte Arsenal ihrer neomarxistischen, mit Hilfe von Bloch, Benjamin, Horkheimer, Adorno und Marcuse veredelten Theorie. Die eigenen Denkmodelle waren nicht nur »richtig«, sie waren auch von komplexerer Struktur – und sie waren notwendigerweise komplex, weil sie die komplizierte Welt in richtiger Weise erklärten, so das Selbstverständnis der Wort- und Schriftführer im linksintellektuellen Milieu.

Dieses Selbstbild hat die erste Generation der RAF-Terroristen auf das grausamste zerschlagen: mit ihren Gewalttaten, mehr noch mit ihrem dichotomischen Weltbild und ihrem manichäischen Erlösungsprogramm. Uneingestanden sah die Linke – unabhängig von ihren je unterschiedlichen ideologischen Färbungen – Kernbestandteile des eigenen Denkens, wo nicht den Kern selbst entblößt: ihre Freund-Feind-Schemata, ihre Lager-Kategorien, ihre oftmals holzgeschnitzte Dialektik, ihre phantasmatische Projektion einer von Ausbeutung und Unterdrückung dauerhaft erlösten Welt. Doch einer »Anwendung« der RAF-Erfahrung auf die eigenen intellektuellen Grundlagen, im Sinne einer kritischen Überprüfung des erarbeiteten oder auch nur angelesenen ideologischen und analytischen Instrumentariums, wich die Linke von 1968 beharrlich aus. Es begann ein kollektiver Verdrängungsprozess, so dass sich das erlittene Trauma weiterschleppte und nicht zum Bewusstsein seiner selbst erwachen konnte.

Eine systematische theoretische und analytische Arbeit (von linker Position) über den politisch motivierten Terror steht bis heute aus. Möglicherweise wird es sie nie geben – marxistische oder neomarxistische Theoriebildung hat ihr symbolisches Kapital und damit ihren Marktwert eingebüßt, und mit der Selbstauflösung der *Roten Armee Fraktion* Ende der 1990er Jahre hat sich auch der allgemeine Klärungsbedarf – in einer von Grund auf veränderten Öffentlichkeit – weitgehend verflüchtigt. Der Einzug der RAF-Emblematik und einzelner ihrer Akteure in die Ikonografie der postmodernen Popkultur gehört bereits einer neuen Epoche und einem neuen Abschnitt der bundesrepublikanischen Bewusstseins- und Befindlichkeitsgeschichte an. Dies gilt auch für das neu erwachte Interesse, das junge Filmregisseure der Gegenwart am Lebensgefühl, am Outfit, an biografischen Details, vor allem aber am selbstreferentiellen Gestus einiger RAF-Protagonisten zeigen und in ihren Filmen mehr oder weniger effektvoll auszustellen suchen:[1] Produkte einer »Mediengesellschaft«, die sich zu Baaders und Ensslins Zeiten herauszukristallisieren begann, doch erst seit Mitte der 1980er Jahre die Öffentlichkeit und ihre Diskurse, das Mediensystem selbst und die von ihm geprägten Wahrnehmungs- und Verhaltensformen erheblich verändert hat.

Die vorliegende Untersuchung versteht sich als eine sozio- und psychohistorische insoweit, als sie die Geschichte linker Ausblendungen und Verdrängungen unter einem neuen, mediengeschichtlichen Gesichtspunkt beschreiben will. Dabei konzentriert sie sich bewusst auf solche Filme, die zeitgleich oder

1 Als Beispiele sind hier zu nennen: »Baader«, Regie: Christoph Roth, 2002; »The Raspberry Reich«, Regie: Bruce LaBruce, 2003/04.

in den zehn Jahren nach dem Deutschen Herbst entstanden sind und eine relativ breite Aufmerksamkeit im Kino, also in einem aus heutiger Sicht alt gewordenen Medium, gefunden haben. Die Beschränkung auf diesen Zeitraum rechtfertigt der bewusstseinsgeschichtliche Ansatz: Es geht darum, die Stagnation und das Ende der revolutionären Modelle zu beschreiben und in diesem Kontext den Anteil der Filme zu bestimmen. Die »linke Melancholie« – um diese Hypothese vorwegzunehmen – pflanzte sich in den Filmen fort, und die Filme prolongierten den melancholisch gestimmten Diskurs, während die RAF ihre paranoiden Terroraktionen bis in die 1990er Jahre fortsetzte und ihre letzten linken Sympathisanten verlor.

Mit der politischen Linken war auch ihr weiteres kulturelles Umfeld, dem die Mehrzahl der in den 1970er und 1980er Jahren erfolgreichen Filmregisseure zuzurechnen war, durch den Deutschen Herbst stigmatisiert. Wenn es stimmt, dass die Erfahrung des Terrors eine Erfahrung radikaler Komplexitätsflucht war, so wird sich die vorliegende Untersuchung die Frage stellen müssen, ob und wie sich die Filme mit diesem Schock auseinander gesetzt, ob und wie sie ihn mit ihren spezifischen ästhetischen Mitteln artikuliert und »verarbeitet« haben.

II.

Die 20-, 25-Jährigen, die sich um 1968 der Protestbewegung (gegen den Vietnamkrieg, gegen die Notstandsgesetze, gegen die Verstocktheit der schuldbeladenen Väter oder gegen die »manipulierte« Öffentlichkeit) zurechneten, gehörten der ersten Generation in Deutschland an, die mit dem Fernsehen groß geworden war. Nicht nur war Ende der 1960er Jahre die TV-»Vollversorgung« der westdeutschen Haushalte nahezu abgeschlossen – mit dem Fernsehen hatte sich auch ein Medium etabliert, dem in einem noch stärkeren Maße als dem Kino sozialisierende und integrierende, die kollektive Wahrnehmung und das Massenverhalten steuernde Funktionen zuzuordnen waren.[2] Die 68er richteten ihr konzentriertes Misstrauen auf das Fernsehen als »Verdummungsmaschine« und »Manipulationsinstanz« – gleichzeitig waren sie Kinder einer neuen Medienära und partizipierten an ihrem audiovisuellen Informations- und Unterhaltungsangebot. Es waren die von US-amerikanischen Filmteams aufgenommenen Bilder von den Grausamkeiten und offensichtlichen Menschenrechtsverletzungen im Vietnamkrieg, die, ähnlich wie in den USA, (halb) politisierte Schüler und Studenten, aber auch junge Arbeiter moralisch empörten und auf die Straße trieben. Die Suggestionsgewalt der technisch produzierten Bilder floss erstmals in die linksintellektuellen Diskurse ein, alarmierte die Pädagogik, wurde zum Gegenstand der Künste und zum akademischen Wissensstoff.

Dennoch blieb die Haltung der Protestgeneration zum Medienangebot naiv und widersprüchlich: Man verdammte das Fernsehen, dem man doch entscheidende, auch für die eigene Politisierung relevante Informationen und emotionale Impulse verdankte – und man kultivierte, unter körperlichem Einsatz, das Ritual revolutionaristischer Selbstdarstellung in der (Straßen-)Öffentlichkeit, während die Nahrung für die Träume, für die Konstruktion des Selbstbildes und für die unter Generalverdacht gestellten privaten Wünsche das kapitalistische Kino lieferte. Von den Protagonisten der RAF, besonders von Andreas Baader, ist bekannt, dass sie das Phantasiepotential für ihre Selbstsuggestionen und -stilisierungen aus einer cineastisch gefilterten Wahrnehmungswelt und aus der Popkultur bezogen. Vielfach wurden ihre frühen Aktionen als eine Art Hommage an populäre Gewaltmythen rezipiert. So erinnert sich Thomas Elsaesser an »den eigenartigen Nervenkitzel, als man 1972 zum ersten Mal von den Heldentaten der RAF hörte: Das plötzliche Auftauchen einer Bonnie-und-Clyde-Bande im spießigen Westen des kleinbürgerlichen Deutschland verlieh den Ereignissen eine surreale Unwahrscheinlichkeit«.[3] In ihren blutigen Aktionen

2 Knut Hickethier, Geschichte des deutschen Fernsehens, Stuttgart/Weimar 1998, S. 66 ff.

3 Thomas Elsaesser, Antigone Agonistes. Urban Guerrilla or Guerrilla Urbanism?, in: Joan Copjec / Michael Sorkin (Hg.), Giving Ground. The Politics of Propinquity, London / New York 1999, S. 267–302, zit. n. http://www.rouge.com.au/4/antigone.html (1. Mai 2006).

Scanned by CamScanner

perpetuierte sich mit dem Kino-Topos *bad guy / good guy* ein unverwüstliches, vielfach belächeltes, aber auch in der linken Mythologie virulentes dualistisches Welterklärungsmodell.

Von Widersprüchen war auch der eigene, praktische Umgang mit den audiovisuellen Medien geprägt. Erkenntnistheorie und »kommunikatives Handeln«[4] der Neuen Linken wurzelten in der Schriftkultur (und in Buchstabengläubigkeit). Die Kommunikationsmittel, denen man die Erklärung der Wirklichkeit, die Appelle zur Stabilisierung der eigenen Reihen und die Aufrufe zum Kampf an eine breite, erst später klassenmäßig definierte Öffentlichkeit anvertraute, waren zunächst primär Flugblätter, spontan gegründete Zeitschriften, Bücher, die von sympathisierenden Verlagen ediert wurden – und Referate, die auf Teach-ins oder Kundgebungen verlesen, vervielfältigt und alsbald von der neuen Papierflut aufgesogen wurden. »68« war nicht zuletzt die sehr späte Rebellion einer in der europäischen Aufklärung verankerten buch- und schriftbasierten Kommunikationskultur – gegen das glitzernde Bilderuniversum einer neuen, von kapitalistischen Konzernen gesteuerten Medienwelt.

Entsprechend zögerlich verlief in den frühen Jahren die Adaption der audiovisuellen Techniken: Gerade die Sozialisation durch Fernsehen und Kino von Kindesbeinen an hatte, zumal bei den linken Studenten mit überwiegend bildungsbürgerlichem Hintergrund, auch eine Art Berührungsangst, eine Distanz der Scham hinterlassen. Damals blieb es Hans Magnus Enzensberger vorbehalten, mit seinem »Medienbaukasten«[5] die Aktivisten der Bewegung vehement auf diese Widerspruchslage hinzuweisen und auf die bis dahin ungenutzten Ressourcen der neuen Medientechniken für die politische Aktion aufmerksam zu machen. »Ich habe mich schon immer gefragt«, sagte damals der Fernsehjournalist Helmut W. Sontag, »warum die APO nicht auf die Idee des Kabelfernsehens gekommen ist. Das wäre für sie doch ideal.«[6] Erst im Lauf der 1970er Jahre bildeten sich die ersten linken Video-Werkstätten. Zum authentischen Informations- und Reflexionsmedium der linken Bewegung aber wurde der Dokumentarfilm, der in dem Maße, wie es den 68ern gelang, Einfluss auf die Kultur- und Medieninstitutionen zu gewinnen, seine wichtigste Verbreitungsinstanz in den öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten fand.[7]

Die Tatsache, dass die mediale Auseinandersetzung mit dem linken Terrorismus, zunächst jedenfalls, im Kino stattfand und mit der fiktionalen Filmerzählung eine klassische, literarisch im Roman und im Drama verankerte Narrationsform besetzte, steht somit quer zum Medienwandel, der die 1960er und 1970er Jahre bestimmte und gerade in diesen beiden Dekaden das Fernsehen als gesellschaftliches Leitmedium durchgesetzt hat. Diese Ungleichzeitigkeit ist nur zu verstehen, wenn man einige Besonderheiten der Kino- und Filmindustrie in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft in Betracht zieht.

Die mit Unterstützung und unter Kontrolle der Alliierten restaurierte Filmproduktion der 1950er Jahre wurde von den Intellektuellen abgelehnt. Das Kino der Adenauer-Ära mit seinen überwiegend unverfänglichen, geschichtsvergessenen, die Probleme der Gegenwart verharmlosenden Sujets galt als reaktionär und wurde als Symptom für die kollektive Verweigerung rezipiert, sich mit den eigenen Erfahrungen und der eigenen Rolle in der nationalsozialistischen Vergangenheit auseinander zu setzen. Als eine Gruppe junger Filmregisseure und -produzenten 1962 im Rahmen der Westdeutschen Kurzfilmtage in Oberhausen mit ihrem Manifest gegen »Papas Kino« auftrat und für sich in Anspruch nahm, einen »neuen deutschen Film« zu schaffen,[8] wandte sie sich entschieden gegen die Vorherrschaft des Biedersinns

4 Jürgen Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns, 2 Bde., Frankfurt am Main 1981.

5 Hans Magnus Enzensberger, Baukasten zu einer Theorie der Medien, in: Claus Pias u. a. (Hg.), Kursbuch Medienkultur, Stuttgart 2002, S. 264–278.

6 Zit. n. Tilman Baumgärtel, Ein Stück Kino, das mit Film nichts zu tun hatte, in: Petra Kraus / Natalie Lettenewitsch u. a. (Hg.), Deutschland im Herbst. Terrorismus im Film. Begleitpublikation zur Filmreihe »20 Jahre Deutschland im Herbst«, München 1997, S. 36–47, hier S. 37.

7 Klaus Kreimeier, Dokumentarfilm, 1892–1992, in: Wolfgang Jacobsen / Anton Kaes u. a. (Hg.), Geschichte des deutschen Films, Stuttgart/Weimar 1993, S. 391–416, hier S. 412 f.

8 »Oberhausener Manifest«, erstmals in: VIII. Westdeutsche Kurzfilmtage Oberhausen. Bericht 1962, Oberhausen 1963, S. 119.

und der politischen Entschuldung im Mainstream-Kino der Bundesrepublik und forderte vom neuen Film einen radikal kritischen Diskurs über die verdrängte Realität und ihr Weiterwirken in der Gegenwart der jungen Bundesrepublik.

Obwohl einige Regisseure mit ihren Debütfilmen diese Forderung in der Tat eingelöst haben,[9] wurde der antifaschistische Impuls nicht zum entscheidenden Merkmal dieser ersten »neuen deutschen Welle«. Die Radikalität, mit der Jean-Marie Straub und Danielle Huillet in »Nicht versöhnt oder Es hilft nur Gewalt, wo Gewalt herrscht« (1964/65) sowohl mit der normativen Filmsprache brechen als auch die »Gewaltoption in der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit«[10] ins Spiel bringen, blieb in diesen Jahren vor 1968 eine Ausnahme. Dies gilt auch für die extreme Zuspitzung, die der Konflikt in »Tätowierung« (Johannes Schaaf, 1967) erfährt: Ein elternlos aufgewachsener Junge rebelliert gegen das bürgerliche Milieu, das ihn zu einem nützlichen Glied der Gesellschaft formen soll, und erschießt am Ende seinen Adoptivvater.[11] Primär ging es den Neuerern um die Durchsetzung einer zeitgemäßen, vom individuellen Temperament geprägten, der Realität des Alltags nahen Filmsprache und – unter dem Eindruck der *nouvelle vague* und der *politique des auteurs* in Frankreich – um die Selbstbestimmung des Regisseurs als (Film-)Autor in einer hochgradig arbeitsteiligen, von kulturellen Standardisierungen bestimmten Filmindustrie.

Bemerkenswert ist jedoch, dass die Initiatoren des »Oberhausener Manifests« – im Rahmen ihrer professionellen, kulturellen und kulturpolitischen Interessen – den Aufstand gegen die Vormachtstellung einer moralisch verstockten, wenn auch ökonomisch erfolgreichen Vätergeneration antizipiert haben, der nur wenige Jahre später die Studenten auf die Straße trieb. Den Aktionen und programmatischen Erklärungen des SDS, der Bewegung gegen den Vietnamkrieg, dem studentischen Protest gegen die erstarrte Ordinarienuniversität, aber auch dem Spontaneismus neuer Lebens-, Aktions- und Selbstdarstellungsformen galt, mit individuellen Unterschieden, die Sympathie jener Filmkünstler, die einige Jahre zuvor den Aufstand gegen die überlebten Autoritäten ihres eigenen Gewerbes, nämlich die »Altproduzenten« der deutschen Filmindustrie, geprobt hatten. Zudem ereignete sich zeitgleich mit den ersten Erfolgen des neuen deutschen Films die Gründung der Deutschen Film- und Fernsehakademie Berlin (DFFB) und der Hochschule für Film und Fernsehen in München (HFF). Beide Hochschulen förderten nicht nur die intellektuelle und ästhetische Reflexion des filmischen Handwerks, sondern auch (wenngleich eher ungewollt) die Herausbildung eines militant-politischen Bewusstseins, das, besonders in Berlin, unter dem Eindruck der Ereignisse in der Stadt schnell in radikale Aktionen und radikale Filme mündete.

Harun Farockis Kurzfilm »Ihre Zeitungen«, Ulrich Knaudts »Unsere Steine« und der Holger Meins zugeschriebene Film »Herstellung eines Molotow-Cocktails«, alle 1967 an der DFFB entstanden, agitierten teils metaphorisch chiffriert, teils offen für Anschläge auf das Hochhaus des Springer-Konzerns in der Berliner Kochstraße. »Die Filme, die um 1968 an der DFFB entstanden, träumen den geheimen Traum der deutschen Studentenbewegung. Aus dem sublimierenden, kulturellen Schaffen des Intellektuellen und des Künstlers sollte endlich die direkte, emanzipatorische Aktion werden: ein Steinwurf statt eines politischen Films, ein Brandsatz statt einer Rede.«[12] Nachdem die Studenten der DFFB 1968, auf dem Höhepunkt der Streiks gegen die Notstandsgesetze, ihre Ausbildungsstätte besetzt hatten, wurden 18 von ihnen im Anschluss an ein »Go-in« im Direktionsbüro als »Rädelsführer« zwangsexmatrikuliert, unter ihnen Holger Meins, der sich wenig später der RAF anschloss.[13]

Die frühen Filme von Alexander Kluge, Volker Schlöndorff, Edgar Reitz, Straub/Huillet und einigen

9 Prototypisch ist hier Alexander Kluges erster Spielfilm »Abschied von gestern« (1966) zu nennen.

10 Ulrich Kriest, Bilder aus »bleiernen Jahren« in: Kraus/Lettenewitsch (Hg.), Deutschland im Herbst, S. 22–35, hier: S. 24. Hier auch weitere Hinweise auf Terrorismus-Anspielungen in Filmen von Rudolf Thome, May Spils, Klaus Lemke u. a.

11 Die Hauptrolle spielte der damals 15-jährige Christof Wackernagel, der von 1977 bis 1983 der RAF angehörte.

12 Baumgärtel, Kino, S. 40.

13 Zur Frühgeschichte der DFFB ebenda, S. 39 f.

Scanned by CamScanner

anderen verschafften dem westdeutschen Kino einen Intellektualisierungsschub, der das Medium besonders für die in politische Bewegung geratenen Schichten attraktiv machte. Mit ihrer Verheißung eines »anderen Kinos« suchten die jungen Regisseure gleichsam stellvertretend für die linksdemokratische und liberale Intelligenz der Bundesrepublik den Anschluss an europäische Maßstäbe – und an ein analytisches, sozial engagiertes Kino, das Italien schon gegen Kriegsende mit dem Neorealismus und Frankreich Ende der 1950er Jahre mit der *nouvelle vague* hervorgebracht hatte. »Abschied von gestern« (1966), der erste lange Film Alexander Kluges, formulierte, nicht nur mit seinem Titel, ein Programm. Den Neuerern ging es darum, dem Kinofilm jene Polyvalenzen zurückzugeben, die das Medium genuin auszeichnen, in der kommerziellen Glätte des Unterhaltungskinos jedoch verloren gegangen waren. »Spielfilme – anders als Reden oder wissenschaftliche Abhandlungen – sind aufgrund ihrer mehrfach kodierten Materialität aus Bildern, Texten und Tönen komplexe ästhetische Gebilde, die es sich erlauben, mit Ambivalenzen, Assoziationen und Identifikationen zu *spielen* und dem Zuschauer mehrere Bedeutungen zugleich zu suggerieren«, schreibt der Filmhistoriker Anton Kaes. »Damit gelingt es fiktionalen Filmen (öfter als dokumentarischen), im Zuschauer verborgene Wünsche und Ängste zu aktivieren, Phantasien freizusetzen, kollektive Stimmungslagen anzusprechen und Meinungen zu katalysieren.«[14]

Wie die Theoretiker der Neuen Linken versprachen die Regisseure des neuen deutschen Kinos einen Zuwachs an moralischer Sensibilität und analytischer Komplexität, und ihnen war klar, dass dieser Anspruch innerhalb der Grenzen einer standardisierten, allein am ökonomischen Erfolg orientierten Ästhetik nicht einzulösen war. Schließlich: Auch der Kampf um den Autorenfilm war in seiner Quintessenz eine späte Rebellion des (bürgerlichen) Subjekts, in diesem Fall des selbstbewussten Einzelkämpfers gegen die als Zumutung empfundenen Diktate einer weitgehend taylorisierten, auf Massenausstoß und Massenkonsum fixierten Unterhaltungsindustrie. Mit anderen Worten: Der gemeinsame Nenner, der die Wortführer der Neuen Linken und die Aktivisten des neuen Films verbunden hat, war die Rezeption von Adorno/Horkheimers Kritik der kapitalistischen Kulturindustrie.

III.

Zwischen den Dokumentar- und Agitationsfilmen, die unmittelbar auf die Radikalisierung von 1967/68 reagierten und zu einem erheblichen Teil im Umkreis der linken Akteure selbst entstanden, und den großen Spielfilmen, die um die Mitte der 1970er Jahre erstmals die Erfahrung des Terrors reflektierten, klafft eine zeitliche Lücke, die nur mit dem schnellen Ende der revolutionären Euphorie und des fiebrigen Aktionismus der Aufbruchsjahre zu erklären ist. Mit der Selbstauflösung des SDS im Jahre 1969 zerstoben die Hoffnungen auf eine rasante Eskalation der frühen Konfrontationsstrategien. Eine Solidarisierung breiter Schichten der Bevölkerung, zumal der Arbeiterschaft, mit den Zielen der studentischen Bewegung und der Außerparlamentarischen Opposition war ausgeblieben. Strategie- und Organisationdebatten, Spaltungen und Fraktionskämpfe lösten die spontanen Massenaktionen ab; zahllose linke Gruppen wandten sich der politischen »Basisarbeit« in den Fabriken oder im Stadtteil zu, andere traten mit der Entscheidung für die leninistische »Bolschewisierung« den Marsch in die gesellschaftliche Isolierung an. Die Option einer kleinen Gruppe um Andreas Baader und Ulrike Meinhof für den bewaffneten Kampf löste eine Flut von Positionspapieren zur »Gewaltfrage« aus – ein Diskurs, der von Beginn an ideologisiert war und eine offene Auseinandersetzung eher verhinderte, jedoch signalisierte, dass eine Mehrheit der außerparlamentarischen Linken auch das »Konzept Stadtguerilla« in einer gemeinsamen »linken Geschichte« verwurzelt sah.

Eine Zeit mitreißender revolutionärer Filme oder anspruchsvoller filmischer Gesellschaftsanalysen waren die 1970er Jahre unter diesen Bedingungen nicht. Allerdings war allen linken Gruppen – den militanten ebenso wie den reformistischen, sowohl den »Spontis« als auch den Anhängern der proleta-

14 Anton Kaes, Deutschlandbilder, München 1987, S. 6.

rischen Revolution – bewusst geworden, dass sie in einer Medienöffentlichkeit operierten und sich mit Medienmächten auseinander zu setzen hatten. Die Kampagne gegen die *Bild-Zeitung* und der bundesweite Angriff auf die Niederlassungen des Springer-Konzerns nach den Schüssen auf Rudi Dutschke war noch eine gemeinsame Erfahrung gewesen. Ähnlich wie die Unverhältnismäßigkeit der polizeilichen Gewalt bei den Demonstrationen wurde die feindselige, oft hasserfüllte Berichterstattung der »bürgerlichen Presse«, allen voran der *Bild*-Zeitung, traumatisch erlebt und dem »System« angelastet.[15] Exakt an diesem Punkt setzen die ersten beiden Kinofilme an, die sich mit der Linken nach 1968 befassen und dabei die Problematik des linken Terrors streifen, ohne sie freilich in den Mittelpunkt zu rücken. Hier wie dort geht es vielmehr um die Kollision subjektiver Erfahrung mit (medial) konstruierter Realität, die in »Mutter Küsters' Fahrt zum Himmel« (Rainer Werner Fassbinder, 1975) und »Die verlorene Ehre der Katharina Blum« (Volker Schlöndorff / Margarethe von Trotta, 1975) jeweils auf einen tödlichen Ausgang zutreibt.

Fassbinder erzählt den Leidensweg einer Arbeiterfrau durch die Medienöffentlichkeit und die Geschichte ihrer Ausbeutung durch linke Organisationen. Mutter Küsters' Mann, Arbeiter in einer Reifenfabrik, hat, vor dem Hintergrund bevorstehender Massenentlassungen, in einer Kurzschlusshandlung einen seiner Chefs und danach sich selbst erschossen. Nun wollen Journalisten der Boulevardpresse die Geschichte stehlen und sie zum kitschigen Melodram oder zum politischen Krimi umfälschen. Dem wendigsten und schmierigsten unter ihnen (als *Bild*-Reporter kenntlich gemacht von Gottfried John) fällt Emma Küsters (Brigitte Mira) gutgläubig zum Opfer. Danach nimmt sich das in bürgerlichem Chic lebende DKP-Ehepaar Tillmann (Karlheinz Böhm und Margit Carstensen) zunächst voller Mitgefühl der Witwe an, erklärt ihr das Unglück, das ihr widerfuhr, nach den Kategorien der reinen marxistischen Lehre und überredet sie schließlich, auf einer Parteiversammlung aufzutreten. Mutter Küsters freilich geht es nur um die moralische Rehabilitation ihres Mannes, für die sich die Kommunisten gerade nicht interessieren – ebenso wenig wie eine obskure Anarchistengruppe, die damit prahlt, sie werde ihre Sache mit einer spektakulären Aktion an die Öffentlichkeit bringen. Stattdessen besetzt die Gruppe, mit Mutter Küsters, die Redaktion des Boulevardblatts, nimmt mit vorgehaltener Waffe Geiseln und fordert lautstark die Freilassung aller »politischen Gefangenen« in der Bundesrepublik. Auf der Straße kommt es zur Schießerei mit der Polizei, dabei werden der Anführer der Terroristen (Matthias Fuchs) und Mutter Küsters getötet.

Der Titel ist mehr als nur eine Anspielung auf den erfolgreichsten »proletarisch-revolutionären« Film der Weimarer Republik, Phil Jutzis »Mutter Krausens Fahrt ins Glück« (1928): Er provoziert vielmehr den politisch-historischen Vergleich und kommt zu einem vernichtenden Resultat. Im Gegensatz zu den Klassenkämpfen von einst figuriert der moderne Arbeiter als verlorenes Subjekt, ohne Klassenbindung und ohne politische Avantgarde – »in einer Landschaft ohne Solidarität, die sich durch die umfassende Ausbeutung reproduziert«.[16] Auch die Ausbeutung des Einzelnen durch die selbsternannten Avantgarden der Gegenwart – einen Parteiapparat ohne Basis und eine Terrorgruppe, die wie eine Bande Schwachsinniger agiert – folgt den Gesetzen des Marktes und der Medienöffentlichkeit.

Verständlicherweise zieht Fassbinders Film den Protest der Linken auf sich, die sich in ihren Karikaturen zur Kenntlichkeit verzerrt sehen. Schon darum trifft das Urteil, dies sei »der politisch gemeinte Film eines unpolitischen Regisseurs«,[17] nicht zu. In der Form eines brechtischen Lehr- und Stationenstücks, mit kargen Rollentypisierungen und gelegentlich hölzernen Dialogen, attackiert Fassbinder die strukturelle und moralische Verfasstheit linker oder sich links gebender Gruppierungen, ohne freilich zu einer politischen Analyse des Status quo imstande zu sein.

15 Neben den bereits genannten Agitpropfilmen sei hier exemplarisch Helke Sanders »Brecht die Macht der Manipulateure« (1968) genannt.

16 Kriest, Bilder aus »bleiernen Zeiten«, S. 29.

17 Wilhelm Roth, Kommentierte Filmografie, in: Peter W. Jansen / Wolfram Schütte (Hg.), Rainer Werner Fassbinder, München 1974, S. 152.

Scanned by CamScanner

Ganz bewusst, wenn auch in Verkennung der Realität, werden die Terroristen zu lächerlich-puerilen Slapstick-Figuren verzeichnet. Fassbinders Sympathie gilt dem ohnmächtigen Kampf des Individuums – gegen eine Öffentlichkeit, in der, auf »bürgerlicher« ebenso wie auf »linker« Seite, die Niedertracht regiert. Offensichtlich geht es ihm strikt um diese Botschaft, von der spektakuläre Action-Szenen nur hätten ablenken können: Den Amoklauf von Emma Küsters' Ehemann in der Fabrik referiert zu Beginn des Films eine Radionachricht, und das tödliche Feuergefecht am Ende wird in Form von Schrifttiteln zusammengefasst. Den »Schauwerten« des Medienzeitalters gilt in diesem Film die kompakte Verachtung des Regisseurs.

Drei Jahre später, in seiner Komödie »Die Dritte Generation« (1978/79), lässt Fassbinder ein paar jugendliche Gangster den Vertreter einer amerikanischen Elektronikfirma (Eddie Constantine) entführen, aber die terroristische Aktion ist nur noch (tödliches) Spiel, die Konspiration schrumpft zur Camouflage, für den hier vorgeführten kruden Mummenschanz taugt ein politisches Motiv nicht einmal mehr als Vorwand. Fassbinder selbst schreibt 1978, jene Nachfolgergruppe, die er die »dritte Generation« nennt, habe »mit ihren Vorgängern weniger gemein als vielmehr mit dieser Gesellschaft und deren Gewalt, die diese, zu wessen Nutzen auch immer, ausübt. Ich bin überzeugt, sie wissen nicht, was sie tun, und was sie tun, hat Sinn in nichts weiter als im Tun selbst, der scheinbar erregenden Gefahr, dem Kleinabenteuer in diesem [...] immer beängstigend perfekter verwalteten System. Handeln in Gefahr, aber ganz ohne Perspektive, und wie im Rausch erlebte Abenteuer zum Selbstzweck, das sind die Motivationen der ›dritten Generation‹.«[18]

Die dritte Terroristengeneration ist politikfern, beziehungsgestört, diskursunfähig und fremdgesteuert – am Ende entpuppt sich ihr groteskes Handeln als Marketing-Gag der amerikanischen Computerindustrie. Doch auch in dieser »Komödienmaschinerie« (Wilhelm Roth) schwingt ein dunkler, melancholischer Grundton mit: »[D]iese fast frivole Sicht auf eine ernste Sache kann dennoch den Blick auf die Fassbindersche Trauer über Verrat, Vergeblichkeit und Tod nicht verstellen.«[19] »Politisch«, meint Ulrich Kriest, sei dieser Film durch seinen Ansatz, »das Tabuthema Terrorismus zur schwarzen Komödie mit hysterischen Zügen zu machen«.[20]

Mit »Mutter Küsters« habe Fassbinder Volker Schlöndorffs und Margarethe von Trottas »Die verlorene Ehre der Katharina Blum« paraphrasiert, »indem er die politische Richtung des Speers einfach umdreht«,[21] hat Wolfgang Limmer geschrieben. Was den gemeinsamen Hass auf die Boulevardpresse betrifft, weist der Speer allerdings in dieselbe Richtung. Schlöndorff und von Trotta erzählen, nach der gleichnamigen Novelle von Heinrich Böll, die Geschichte der alleinstehenden Haushaltshilfe Katharina Blum (Angela Winkler), die während der Kölner Weiberfastnacht Ludwig Götten (Jürgen Prochnow) kennen lernt und in ihrer Wohnung übernachten lässt. Götten lässt durchblicken, dass die Polizei hinter ihm her ist. Am Morgen stürmt eine Spezialeinheit Katharinas Apartment, Götten ist jedoch bereits geflüchtet. Im Verhör wird Katharina mit der Zeugenaussage konfrontiert, sie empfange seit zwei Jahren gelegentlich »Herrenbesuch«; sie weigert sich jedoch, Namen zu nennen. Am folgenden Tag findet sie sich als »Räuberliebchen« in den Schlagzeilen der Boulevardpresse wieder, neben der Behauptung, ihre Wohnung sei ein Konspirationszentrum, womöglich ein Waffenumschlagplatz. Raffiniert arbeitet der Sensationsreporter Werner Tötges (Dieter Laser) mit der Polizei zusammen, um sein Gebräu aus verbogenen Tatsachen, Anschuldigungen und Spekulationen wirkungsvoll in seiner Zeitung zu platzieren. Er verschont nicht einmal Katharinas todkranke Mutter, um ihr letzte Seufzer über die verkommene Tochter abzupressen.

Im Fortgang der Verhöre setzt Kommissar Beizmenne (Mario Adorf) Katharina weiter unter Druck; sie erhält anonyme Briefe und wird am Telefon beschimpft. Ein Ring, der bei ihr gefunden wird,

18 Fassbinder in der *Frankfurter Rundschau*, hier zit. n. Jansen/Schütte (Hg.), Fassbinder, S. 87 f.

19 Roth, Kommentierte Filmografie, S. 197.

20 Kriest, Bilder aus »bleiernen Zeiten«, S. 30.

21 Wolfgang Limmer, Rainer Werner Fassbinder. Filmemacher, Reinbek 1982, S. 31.

stammt von dem Industriellen und Politiker Alois Sträubleder (Karl Heinz Vosgerau), den Katharina vor einiger Zeit abgewiesen hat, ohne verhindern zu können, dass er ihr einen Schlüssel zu seinem Zweithaus aufdrängte. Sträubleder ahnt, dass sich Götten in seinem Haus versteckt hält, und muss nun befürchten, seinerseits in die Schlagzeilen zu geraten. Nach Göttens Verhaftung setzt der Reporter Tötges seine Kampagne fort: In der folgenden Ausgabe seiner Zeitung wird Katharina vorgeworfen, das Vertrauen eines angesehenen Industriellen missbraucht zu haben. Katharina lädt Tötges unter dem Vorwand, sie sei bereit zu einem Exklusivinterview, in ihre Wohnung; zuvor beschafft sie sich eine Pistole. Schweigend hört sie seinen widerlichen Monologen zu; als er zudringlich wird, erschießt sie ihn.

Ein Film über den Terrorismus, seine gesellschaftlichen Ursachen und Folgen sei »Katharina Blum« nicht, befindet Wolfgang Landgraeber 1997 kurz und bündig.[22] In der Tat fehlt jeder Hinweis auf einen terroristischen oder auch nur politischen Hintergrund. Warum nach Götten gefahndet wird, bleibt vage, und auch Katharina hat alles andere als politische Motive – gilt ihre Racheaktion doch allein ihrer »verlorenen Ehre«, so wie es Emma Küsters um die Ehre ihres Mannes geht. Nun besteht gerade der literarische Kunstgriff, den schon Heinrich Böll vornahm, als er 1977 seine Erzählung schrieb, in der peniblen Auslassung alles »Politischen« in einem plakativen Sinn. In diesem Jahr wurde Böll mit Hausdurchsuchungen überzogen und von der *Bild*-Zeitung verdächtigt, mit der RAF zu sympathisieren; eine Stimmung hysterischen Misstrauens griff flächendeckend um sich, und die staatlichen Organe maßten sich Rechte an, die nicht von der Verfassung gedeckt waren. In dieser Situation verwies gerade die bewusste Ausklammerung des vordergründig Politischen auf ein Politikum – nämlich darauf, dass die Republik Gefahr lief, im Zuge der Terrorabwehr auf Kosten aller Bürger zum Polizeistaat zu mutieren.

Schlöndorffs und von Trottas Film – der Form nach ein Melodrama mit deutlichen Kolportageeffekten – wurde ein Erfolg, weil er für die in breiten Teilen der Bevölkerung latente Stimmungslage aus Angst und Aggression authentische Szenen und Bilder fand (z. B. beim Überfall eines Spezialeinsatzkommandos auf Katharina Blums Wohnung oder beim großflächigen Geländespiel der Polizei im Zuge der Verhaftung Göttens), und weil er die verheerende Rolle der Springer-Presse, zumal der *Bild*-Zeitung, im aktuellen sozialpsychologischen Kontext ebenso polemisch wie präzis herausgearbeitet hat.

Doch nicht nur aus diesen Gründen reüssierte der Film vor allem auch im linken und linksliberalen Milieu. Er rührte vielmehr an tiefere Schichten, die das Nervenkostüm der vom Deutschen Herbst aufgewühlten Linken betrafen und nur notdürftig ihre Ressentiments, ihre Ängste und Idiosynkrasien, nicht zuletzt ihre Larmoyanz verdeckten. Entsprach die Figur der Heldin, die am Ende zur Waffe greift, jenem feministischen Wunschbild, das wenig später mit dem Etikett der »starken Frau« versehen werden wird, so sahen manche Sympathisanten, die über ihre Empfindungen nicht offen reden mochten, ihre »klammheimliche« Sympathie mit dem bewaffneten Kampf bestätigt – auch wenn diese Bestätigung im Film wiederum eine klammheimliche, sehr indirekte und vordergründig unpolitische war. Da Ende der 1970er Jahre kein Linker oder Linksliberaler vor staatlicher Bespitzelung oder vor den Verleumdungen konservativer Presseorgane sicher war, bestand das Schlagwort der »Sympathisantenhetze« zu Recht – und mit sehr viel Recht sahen sich zahllose linke Intellektuelle, ob sie nun Sympathisanten waren oder nicht, als potentiell Verfolgte. Gerade aus dieser Potentialität – weniger aus der realen Situation – resultierte aber auch ein Selbstmitleid, das jene gemischten Gemütsverfassungen von 1977/78, jenen linken »Weltschmerz« im Deutschen Herbst im Kern ausgemacht hat.

Volker Schlöndorff hat sich von diesen prekären Ambivalenzen auch später nicht befreit. Sein Film »Die Stille nach dem Schuss« (1999), entstanden nach der Biografie der ehemaligen RAF-Terroristin Inge Viett, liefert ein hochpolitisches Thema (das Leben früherer RAF-Mitglieder unter der Obhut der Staatssicherheit in der DDR) einer fadenscheinigen Romantik aus, wenn er die halb geläuterte Ex-Terroristin Rita Vogt in einer zur Idylle umgeschminkten

22 Wolfgang Landgraeber, Das Thema »Terrorismus« in deutschen Spielfilmen 1975–1985, in: Kraus/Lettenewitsch (Hg.), Deutschland im Herbst, S. 11–21, hier S. 12.

Scanned by CamScanner

DDR vom Sozialismus schwärmen lässt und sie fast nebenbei als eine Art Heldin der Arbeit modelliert. Die ehemalige Bombenlegerin als »jugendliche Unschuld, die stets das Gute will und nur das Böse schafft. Eine ewig lächelnde Sympathieträgerin, die nur an der Welt, niemals aber an sich selbst zweifelt.«[23] Es ist diese romantikumwehte Lebenslüge, die das Selbstbild (und das Selbstmitleid) mancher Linker teilweise bis zum heutigen Tag grundiert.

IV.

Wenige Monate nach der Ermordung Hanns-Martin Schleyers und den Selbstmorden in Stammheim reagieren elf deutsche Filmregisseure, unter ihnen Alexander Kluge, Volker Schlöndorff, Edgar Reitz, Rainer Werner Fassbinder, Alf Brustellin und Bernhard Sinkel, mit einer »Kollektivproduktion« auf die Lage im Land. Sie haben weder ein gemeinsames inhaltliches Konzept, noch besteht eine vollständige Übereinstimmung in der Beurteilung der Ereignisse und ihrer Folgen. Sie vermeiden es, sich auf ein Filmgenre, eine verbindliche Grundidee, ästhetische Vorgaben oder auch nur eine Episodenstruktur zu einigen. »Dieser Film ist ein erster Anti-Gremien-Film. Wir haben die Gängelung und die Förderungsgremien reichlich satt. Wir wollen uns mit den Bildern unseres Landes befassen.«[24] Die Beteiligten bringen ihre jeweils verfügbaren Produktionsmittel ein und beschließen, den Film im unabhängigen Filmverlag der Autoren herauszubringen. Was sie verbindet, ist der Antrieb, ihre Empfindungen und Gedanken zu artikulieren und sich dabei jener Mittel zu bedienen, mit denen sie sich im Kulturbetrieb profiliert haben und von denen sie sich Resonanz erhoffen dürfen. Ihr Projekt nennen sie »Deutschland im Herbst«. 1978 kommt der Film in die Kinos.

Eine Nummernfolge wie im Varieté oder im frühen Kino der Attraktionen, gemischt aus dokumentarischem Material, Spielfilmszenen und Interviews: Der Staatsakt der Beerdigung von Hanns-Martin Schleyer. Rainer Werner Fassbinder in seiner Münchner Wohnung, Dialoge mit seinem Freund Armin Meier und seiner Mutter. Drei Schweigeminuten in der Werkshalle von Daimler-Benz. Die Geschichtslehrerin Gabi Teichert (Hannelore Hoger) gräbt im Schnee, »auf der Suche nach den Grundlagen der deutschen Geschichte«. Wolf Biermann rezitiert sein Lied »Das Mädchen von Stuttgart«. Ein Interview: der Häftling Horst Mahler in seiner Zelle. Das Herbstmanöver der Bundeswehr. Ausweiskontrollen an der deutsch-französischen Grenze. Das Herbstlied von Tschaikowsky. SPD-Parteitag in Hamburg. Ein Fernsehintendant und seine Direktoren beschließen, aus aktuellem Anlass die Ausstrahlung von Sophokles' »Antigone« zu verschieben. Die Beerdigung von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe auf einem Friedhof in Stuttgart.

Disparatheit als Programm, Negation der Anschlussfähigkeit, Auflösung der geschlossenen Form und ihrer Vorherrschaft über die Sinne: ein filmisches Patchwork, zusammengehalten vom Montagedenken Alexander Kluges und seiner Cutterin Beate Mainka-Jellinghaus, die aus neun Stunden Film zwei Stunden Kino konstruiert haben. Fassbinders selbstquälerische Dialoge wollen so wenig zu Schlöndorffs Fernseh-Satire passen wie die gemeißelten Thesen Horst Mahlers zu den skurrilen Momentaufnahmen aus dem Alltag der Bundeswehr. Dass nichts zusammenpasst, ist gegen die Richtlinien der bürgerlichen wie der linken Kritiker, auf die der Film gleichermaßen »zerfahren«[25] wirkt. Bürgerliche wie linke Kritiker fordern Kompatibilität.

Ein Motto, ein Fundstück Alexander Kluges, eröffnet und beschließt den Film: »An einem bestimmten Punkt der Grausamkeit angekommen, ist es schon gleich, wer sie begangen hat: sie soll nur aufhören.« Das hat eine Frau Wilde, Mutter von fünf Kindern, gesagt, am 8. April 1945, als man sie nach einem Bombenangriff unter Trümmern verschüttet auffand.

---

23 Dirk Schneider, Die Stille nach dem Schuss. Vgl. http://www.filmtext.com/start.jsp?mode=2&lett=s&archiv=128 (1. Mai 2006).

24 Alf Brustellin u. a., »Deutschland im Herbst«: Worin liegt die Parteilichkeit des Films, in: Kraus/Lettenewitsch (Hg.), Deutschland im Herbst, S. 80–81, hier S. 80.

25 Landgraeber, Das Thema »Terrorismus« in deutschen Spielfilmen 1975–1985, S. 15.

Später schreiben Kluge und einige seiner Kollegen dazu: »Die Quälerei produziert die moderne Gesellschaft industriell; aber den Protest gegen die Quälerei – Phantasie, Erinnerung, ›Rache‹ – produzieren nach wie vor Menschen. Scheinbar entsteht so ein Defizit: Übermacht des Faktischen, Ohnmacht des Menschen. Es geht aber darum, sich von diesem Anschein nicht dumm machen zu lassen (Adorno).«[26]

Das Filmkollektiv ist ein situations-, auch zufallsbedingter Zusammenschluss vereinzelter, um 1977/78 intellektuell isolierter Existenzen: ein Konglomerat von Einsamkeit. Kooperation, wie unverbindlich auch immer, ist ein Schritt aus der Vereinsamung heraus; gleichzeitig ist sie nicht gegen Indienstnahme geschützt. Das bedingt die Gratwanderung des Films oder vielmehr: die Organisation seiner Inkohärenz. In einer Situation, in der der Staat »unmissverständliche Distanzierung« fordert und die radikale Linke vor einer tiefen Krise der Parteilichkeit steht, sie aber noch immer wie ein aufgezogener Automat einklagt, will man sich nicht dumm machen lassen. »Wer die Wahrheit weiß, lügt. Wer sie nicht weiß, sucht. Insoweit unsere Parteilichkeit, auch wenn wir verschiedene politische Ansichten haben.«[27] In der Nicht-Ausbeutbarkeit ihres Films für die Terroristen und ihre Unterstützer einerseits, für die Regierung und ihren Verfassungsschutz andererseits besteht die Parteilichkeit ihres Projekts. So sieht es vermutlich die Mehrheit der beteiligten Filmschaffenden.

Vor allem Kluge geht es um die »Akkumulation von deutscher Geschichte«,[28] die in den Ereignissen vom Herbst 1977 – jenseits der Kausallogik, der schnellen Erklärungsmodelle und der stets dienstfertigen Soziologie – eingekapselt und noch immer virulent ist. »Die tödliche Katastrophe«, so wird er später schreiben, »hat bei vielen Menschen eine Durchbrechung der Erinnerungslosigkeit ausgelöst. Die Ereignisse hatten unmittelbar nicht viel mit Krieg zu tun, aber es wird ›1945‹, ›Krieg‹ assoziiert. Es ist kein Zufall, dass eine Bewegung in den Gefühlen entstanden ist, die nach Deutschland und nach der Geschichte fragt, die in dieser Form in Erscheinung tritt. Der verdrängte Schock bricht hier an einer Stelle heraus, die für eine wirkliche Verarbeitung des bisher Verdrängten eigentlich gar nicht geeignet ist oder neue Verzerrungen heraufbeschwört.«[29] In der »Wiederkehr des Verdrängten« sieht auch Thomas Elsaesser ein wesentliches Motiv des Films, der jedoch vermieden habe, sich der RAF-Logik anzuschließen, wonach es das »System« zu demaskieren gelte, um hinter seiner Fassade den latenten Faschismus sichtbar zu machen.[30]

Kluge betreibt eine obsessive Bildersuche, gegen die Hegemonie des Verbalen, sperrig gegenüber platter Semantisierung: Landschafts- und Alptraumbilder aus der Romantik, aus dem Biedermeier und aus den Kellern des kollektiven Unbewussten, Schauerballaden-Bilder. »Selbstmord begeht, was nicht in diese Welt passt.« Bilder von Erwin Rommel, »vom Staat durch Gift getötet«, dann der nationalsozialistische Staatsakt in der »Deutschen Wochenschau«. In einer Einstellung ist Rommels Sohn Manfred zu sehen, der spätere Oberbürgermeister von Stuttgart, der dafür Sorge tragen wird, dass Ensslin, Baader und Raspe auf einem städtischen Friedhof begraben werden können. Dokumentarische Sequenzen: Erschießung des Königs von Serbien auf offener Straße – »ein Mord des deutschen Geheimdienstes 1938 in Marseille«. Ein tiefverschneiter deutscher Märchenwald. Sehnsüchtig zerdehnt, von einem Streichquartett gespielt, die deutsche Nationalhymne. Bilder aus alten russischen und deutschen Revolutionsfilmen, Rosa Luxemburgs Satz: »Ich war, ich bin, ich werde sein.« Am Ende, fast ohne Kommentar, zum Teil stumm: die Beerdigung der Terroristen in Stuttgart.

Die Schwermut, die über dieser letzten, überlangen Sequenz liegt, irritiert, verleitet zu Missverständnissen, vermittelt den Eindruck, der Film versinke mit autosuggestiver Pose in melancholischer Ratlosigkeit. Auch von der Ratlosigkeit lässt sich sagen, dass sie einen Punkt erreichen kann, an dem sie aufhören muss. Aber wie lässt sie sich durchbrechen

26 Brustellin u. a., »Deutschland im Herbst«, S. 81.
27 Ebenda.
28 Rembert Hüser / Ulrich Kriest, Rechtzeitig, in: Kraus/Lettenewitsch (Hg.), Deutschland im Herbst, S. 48–60, hier S. 56.
29 Alexander Kluge, Die Patriotin, Frankfurt am Main 1979, S. 28.
30 Elsaesser, Antigone Agonistes, hier zit. n. http://www.rouge.com.au/4/antigone.html (1. Mai 2006).

Scanned by CamScanner

ohne Willkür, ohne jene Skrupellosigkeit, die sich entweder auf ideologische Gewissheiten oder auf die Staatsräson beruft? Diesem Entweder-oder will der Film entgehen. Er verweigert sich einer Sinnproduktion, die auf Evidenz, Affirmation, Identität und Identifikation hinauswill. Damit bewegt er sich jenseits der etablierten Gepflogenheiten bürgerlich-rationaler Diskurse – mehr noch: Er nimmt sich wie ihr Grabstein aus. In der Tat schien im Deutschen Herbst aus der Sicht radikaler Demokraten das Projekt der Rekonstruktion von Bürgerlichkeit nach dem Ende des Nationalsozialismus gescheitert. Schon für Hans-Jürgen Krahl, Adorno-Schüler und bis zu seinem Unfalltod 1970 Wortführer des Frankfurter SDS, war »die Trauer über den Tod des bürgerlichen Individuums, um den endgültigen Verlust der Ideologie liberaler Öffentlichkeit und herrschaftsfreier Kommunikation«[31] erklärtermaßen die entscheidende Antriebskraft für die Rebellion.

Der Kollektivfilm »Deutschland im Herbst«, vom breiten Kinopublikum kaum wahrgenommen, stößt auf das Misstrauen der Linken. Noch Jahrzehnte später wird ihm vorgeworfen, er sei erfüllt von einer »alle Bilder dieses Films durchdringenden Larmoyanz: seht her, wie groß die Bedrohung durch den intoleranten, repressiven Staat, wie unendlich unser Leiden«.[32] Diese Kritik enthält eine ganze und eine halbe Wahrheit. Sie verweist darauf, dass zwischen dem ästhetischen Korpus und seiner Rezeption präzis zu unterscheiden ist. Die Darstellung staatlicher Bedrohung, staatlicher Observation und quasistaatlicher Zensur unterläuft der Film mit den Mitteln klassischer Ironie (z. B. in Böll/Schlöndorffs Satire über die öffentlich-rechtliche Fürsorglichkeit im Fernsehen oder im Monolog des Grenzbeamten am deutsch-französischen Schlagbaum). Die Kohärenzverweigerung, die Absage an eine widerspruchsfrei konsumierbare Sinnproduktion, das Bestehen auf Nichtevidenz bewahren Distanz und verteidigen die Autonomie des selbstbewussten Intellekts. Gegenüber den Simplifikationen der Lagermentalität auf beiden Seiten insistiert »Deutschland im Herbst« in einer kritischen Lage der Gesellschaft auf Komplexität.

Doch es trifft wohl zu, dass ebendieses Komplexitätsangebot von der Mehrheit der Rezipienten ausgeschlagen wurde. Die »linke Melancholie« suchte nach Selbstbestätigung – und fand sie in den dunklen, mehrdeutigen Zonen dieses Films und seinen enigmatischen Bildern. So kam »Deutschland im Herbst« letztlich einer Haltung entgegen, die sich von dem erlittenen Trauma nicht befreien konnte, weil sie sich gar nicht von ihm befreien wollte. Unfreiwillig förderte der Film eine linksintellektuelle Neigung zur larmoyanten Introversion, die in den folgenden Jahren verflachen und in den Betroffenheitskult der alternativen Basisbewegungen münden wird.

V.

Wurde der Terror der RAF von einem großen Teil der Linken als Angriff auf ihr Selbstbild und auf ihr Verständnis von Komplexität erfahren, so blieb er in seiner Konsequenz doch unbegriffen und wurde in keiner Weise »politisch« verarbeitet: im Sinne einer kritischen Überprüfung der eigenen Geschäftsgrundlagen, wie es gerade die marxistische Denktradition erfordert hätte. Bewusstseinsgeschichtlich spielte sich ein Konflikt zwischen Behauptung und Internalisierung ab: Es ging darum, den Anspruch auf Komplexität und mit ihm die linke Deutungshoheit zurückzugewinnen – und gleichzeitig die Schockerfahrung buchstäblich »nach innen« zu nehmen, d. h. ins angeblich Nichtpolitische zu verlagern, also ins »Private«, in den Hoheitsbereich der Psychologie.

Es liegt auf der Hand, dass die Filme in dieser schwierigen, wenn nicht gar aussichtslosen Situation nur halbe Arbeit leisten konnten. Versuchte Alexander Kluge, der seine Handschrift dem Kollektivfilm

31 Hans-Jürgen Krahl, Angaben zur Person, in: ders., Konstitution und Klassenkampf. Zur historischen Dialektik von bürgerlicher Emanzipation und proletarischer Revolution. Schriften, Reden und Entwürfe aus den Jahren 1966–1970, Frankfurt am Main 1971, S. 19–30.

32 Landgraeber, Das Thema »Terrorismus« in deutschen Spielfilmen 1975–1985, S. 16.

»Deutschland im Herbst« am markantesten aufgeprägt hat, im Bereich der geschichtsphilosophischen Reflexion linkes Terrain zurückzuerobern, so folgen die meisten anderen Filme einem Weg »nach innen«, d. h., sie leuchten Menschliches und Zwischenmenschliches aus, die Gefährdungen des Individuums im familialen Kontext oder im Zusammenhang der Gruppe.

Am radikalsten wird solche Reduktion in »Die bleierne Zeit« (Margarethe von Trotta, 1981) und »Messer im Kopf« (Reinhard Hauff, 1978, nach einem Drehbuch von Peter Schneider) vorangetrieben. Das Schlachtfeld hat sich verengt: bei von Trotta auf die Auseinandersetzung zwischen zwei ungleichen Schwestern, bei Hauff auf den Ich- und Weltverlust im Kopf eines Mannes, der, bei einer Polizeirazzia in einem autonomen Jugendzentrum angeschossen, sein Sprach- und Erinnerungsvermögen eingebüßt hat. Der Biogenetiker Hoffmann (Bruno Ganz) geriet eher zufällig in die Schusslinie – nun wird seine qualvolle Rekonvaleszenz nicht nur von seiner Frau (Angela Winkler), seinem Anwalt (Hans Christian Blech) und einem Freund aus der autonomen Szene, sondern auch, bereits im Krankenhaus, von einem Polizeikommissar überwacht: Hoffmann steht unter Verdacht, bei der Razzia den Beamten, der auf ihn geschossen hat, mit dem Messer angegriffen und verletzt zu haben. Schrumpft hier die Welt auf das Szenario eines Krankenzimmers, in dem ein Mensch um seine Identität kämpft, so ist es in »Die bleierne Zeit« der Besuchsraum im Hochsicherheitstrakt, der zwei Schwestern zu- und gegeneinander führt: Marianne (i. e. Gudrun Ensslin, gespielt von Barbara Sukowa) und Juliane (i. e. Christiane Ensslin, dargestellt von Jutta Lampe).

In beiden Filmen ermöglicht die Fokussierung auf wenige Akteure und innere Vorgänge ein Höchstmaß an psychologischer Dichte und Konzentration: das filmische Kammerspiel als Energiefeld, in dem sich Gefühle aufladen, stauen und wieder entladen. Gegenüber diesen Binnenstrukturen zieht sich das äußere Geschehen in einen nur angedeuteten Hintergrund zurück, der als politische Folie gleichwohl die Wahrnehmung eines zeitgenössischen linken Publikums koordiniert und gesteuert hat: die hektisch und amateurhaft agierende Sympathisantenszene in »Messer im Kopf« und der Weg der ersten Terroristengeneration vom »Ausbildungslager« im Libanon bis zu ihrem mörderischen Ende in »Die bleierne Zeit«.

In der dramaturgischen Konfiguration des Rollentauschs verdichtet sich hier wie dort das Geschehen zum kathartischen Moment mit extremer Zuspitzung. Juliane, die die Option ihrer Schwester für den bewaffneten Kampf entschieden ablehnt, versucht, mit einer Magensonde die Marter der Zwangsernährung an sich selbst zu exekutieren; nach dem Tod Mariannes legt sie sich eine Schlinge um den Hals und studiert Erhängungsszenarien, um die Selbstmordthese zu widerlegen. In »Messer im Kopf« sucht der Wissenschaftler Hoffmann den Polizisten, den er mit einem Messer verletzt haben soll, in dessen Wohnung auf und dreht die Kampfsituation um: Messer und Dienstpistole wechseln ihre Träger, Hoffmann zielt auf den Beamten – Ende des Films. Fazit: Gewalt, gerade auch die mit tödlichem Ausgang, ist ein Produkt der nackten Angst, (Re-)Aktion des in die Enge getriebenen Menschen. Am Ende hat Hoffmann auf dem mühsamen Weg zurück zu seiner Identität seine Frau an den Freund verloren – ähnlich setzt Juliane in dem Maße, in dem sie sich mit der toten Schwester identifiziert, ihre bürgerliche Ehe aufs Spiel.

Der politische Hintergrund in »Messer im Kopf« wirke wie »angeklebt«,[33] kritisiert Wolfgang Landgraeber. In der Tat erzählt Reinhard Hauff eine fesselnde Geschichte mit einem bewährten Kinomotiv (Gedächtnisverlust und Kampf um die personale Identität), die auch ohne die politischen Codierungen funktionieren würde. Das politische Codesystem aber wird für den Diskurs benötigt, der nach dem Deutschen Herbst die organisierte Linke mit dem liberalen und intellektuellen Milieu verbindet und im Angstsyndrom den kleinsten gemeinsamen Nenner gefunden hat. Man ist sich darin einig, dass man in einer Zeit der Angst lebt – auch wenn dieser Konsens nur ein scheinhafter ist: Angst ist ja eine Emotion, die analytische Anstrengung und rationales politisches Handeln eher blockiert und, als verbindendes Gefühl, nur notdürftig über die Widersprüche hinwegzuhelfen vermag.

33 Ebenda, S. 14.

Scanned by CamScanner

Beide Filme spielen ihrer linken Klientel recht wohlfeile Versatzstücke zu, die dazu beitragen, den Konsens zu stabilisieren: In »Messer im Kopf« ist es die Polizeibrutalität, die erst am Ende in Frage gestellt wird, wenn sich zeigt, dass auch der »schießwütige« Beamte von Angst besetzt ist. Und in »Die bleierne Zeit« ist es das autoritäre Pfarrhaus, in dem Marianne und Juliane aufwachsen, sind es Ausschnitte aus Alain Resnais' Film »Nuit et Brouillard« mit den Leichenbergen aus den nationalsozialistischen Vernichtungslagern, die erklären sollen, warum die Schwestern sich politisch verantwortlich fühlen und Mariannes Weg von der spektakulären Aktion zum Terror führt: »Ich werde mich nie damit abfinden, dass man nichts dagegen tut.« Die Komplexität, die beide Filme auf der Ebene der Introspektion erreichen, wird durch solche monokausalen Deutungsangebote wieder dementiert.

Etliche Jahre später, 1985, zieht sich Reinhard Hauff mit seiner Prozessrekonstruktion »Stammheim« auf die Distanz des kühlen Beobachters zurück, der, gestützt auf die Recherchen von Stefan Aust,[34] einer quasidokumentarischen Nachbereitung des Geschehens gegenüber allen Deutungsversuchen den Vorzug gibt. Die Neue Linke hat sich inzwischen in eine Vielzahl sozialer Bewegungen aufgelöst, und mit den Grünen haben nicht nur die Umweltbewegten, sondern auch zahllose Aktivisten des Aufbruchs von 1968 eine erfolgreich agierende parlamentarische Repräsentation gefunden. Die ehemalige Militanz hat sich zur Betroffenheit gewandelt, einer Haltung, die mehrheitsfähig ist und allmählich sogar den traditionellen Politikbegriff, zumindest die politischen Diskurse verändert. Ebendiese Betroffenheit bedient auch »Stammheim«, wenn der Film ex post noch einmal daran erinnert, dass Staat und Justiz im Vorfeld der Ereignisse von 1977, vor allem im Hauptverfahren gegen Baader, Ensslin und Raspe, im Begriff waren, den demokratischen Konsens aufzukündigen und mit den Rechten der Gefangenen und ihrer Verteidiger rechtsstaatliche Normen zumindest befristet außer Kraft zu setzen.

Eine politische Analyse der RAF-internen Widersprüche oder der fatalen Gemengelage von Paranoia und Politik, die sich im Hochsicherheitstrakt von Stammheim und in den anderen Gefängnissen herausgebildet hatte, leistet der Film nicht; er strebt sie auch nicht an. Nach der umfassenden Dokumentation von Stefan Aust, die erstmals 1985 erschien, verlor sich allmählich das Interesse am »subjektiven Faktor« im historischen Prozess, dessen Problematik die Terroraktionen der RAF so dramatisch signalisiert hatten. Als Heinrich Breloer 20 Jahre danach – unter dem sonderbaren Slogan, jetzt sei »endlich« die Zeit gereift, um über den Herbst 1977 zu reden[35] – seine überaus erfolgreiche zweiteilige Fernsehproduktion »Todesspiel« (1997) herausbrachte, hatte sich der Fokus vollständig verschoben: In den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit waren jetzt der entführte Hanns-Martin Schleyer, der Krisenstab unter dem damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt und die qualvolle Lage der Passagiere in der entführten Lufthansa-Maschine »Landshut« gerückt.

Markus Imhoofs Film »Die Reise« von 1986 – nach dem posthum veröffentlichten Romanfragment Bernward Vespers, der sich 1971 das Leben genommen hat – mutet an wie ein Epitaph, ein definitives Nachwort auf die studentische Protestbewegung von 1968 und ihre Verstrickung in den Terror der RAF. Jedenfalls schien er diejenigen zu bestätigen, die mit den terroristischen Exzessen das Scheitern linker Politik- und Lebensentwürfe ein für alle Mal und unwiderruflich besiegelt sahen. Ästhetik und Grundstimmung des Films (und seiner literarischen Vorlage) entsprachen auf eine besonders subtile Weise jenen Aporien, die gerade die Insider der Aufbruchsjahre von 1967/68 spätestens im Deutschen Herbst von 1977 befallen hatte.

Sehr viel kam hier zusammen, um den Film zu einem Kultobjekt linker Melancholie werden zu lassen, zu einem Werk des Abschieds, das noch einmal alle Motive der Rebellion aufblitzen ließ und zugleich die Masken von ihnen entfernte, um wie ein Negativabzug eine »zweite Lektüre« des Geschehenen zu ermöglichen: das Vietnam-Motiv – und mit ihm die nachgerade masochistisch-hedonistisch erlebte Qual, einer gleichgültigen Öffentlichkeit und einer moralisch stocktauben Bevölkerungsmehrheit konfron-

34 Stefan Aust, Der Baader Meinhof Komplex, München 1998.
35 Zit. n. Hüser/Kriest, Rechtzeitig, S. 49.

tiert zu sein. Die ersten militanten Aktionen – und den Drang, den eigenen Aktionismus zum Befreiungskrieg zu stilisieren, sich selbst im Vietcong wiederzuerkennen (das »Vietnam-Gefühl«). Die Erfahrung eines objektiv überforderten, subjektiv zur Brutalität fähigen Polizeiapparats – und die bedenkenlose Bereitschaft zum Analogieschluss: dass eine »systemimmanente« staatliche Gewalt gegen Andersdenkende, letztlich die ewige Wiederkehr des Faschismus das Schicksal dieses Landes sei. Schließlich das Zentralmotiv: die Revolte gegen den Nazi-Vater und gegen die Stabilität der faschistischen Diktatur im Elternhaus der Nachkriegszeit.

Hinzu kommt die literarische Vorlage: die nachgelassene Autobiografie Bernward Vespers, der sich (selbst)quälerisch mit seinem Vater, dem Blut-und-Boden-Dichter und strammen Nationalsozialisten Will Vesper, auseinander setzt. In den noch spielerisch-militanten Formen der frühen Studentenbewegung sucht er seine Selbstbefreiung, verliebt sich in eine Pfarrerstochter (Gudrun Ensslin), hat mit ihr ein Kind und gleitet allmählich in die bereits verfestigte Terrorszene – bis er in einer verzweifelten Einzelaktion auf Sizilien den eigenen kleinen Sohn kidnappt, ihn der Mutter und ihrem desperaten Milieu entreißt und schließlich, zurück in Deutschland, als gesuchter Terrorist von der Polizei gestellt wird. Eine Biografie, in der das Material für einen linken, intellektualistisch gebrochenen Mythos kompakt versammelt ist: die ödipale Konfliktstruktur in der Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Vater, die Utopie der Einheit von Liebe und Revolution, der desaströs gescheiterte Traum – und die radikal selbstzerstörerische Konsequenz: Vespers Selbstmord, 1971, war die Folie, vor der sein unvollendeter Text und, etliche Jahre später, Imhoofs Film von einer Linken wahrgenommen wurden, die sich von ihrer radikalen Vergangenheit auf die eine oder andere Weise längst verabschiedet hatte.

Auch die elaborierte Rückblenden-Struktur des Films bedient den Komplexitätsbedarf einer desillusionierten, mit sich selbst im Widerstreit liegenden linken Intelligenz. »Die Reise« erzählt, diachron angeordnet, auf unterschiedlichen Zeitebenen eine Geschichte, die mit dem Kidnapping auf Sizilien beginnt, in die letzten Tage des Zweiten Weltkriegs zurückblendet (amerikanische Truppen vertreiben auf einem niedersächsischen Landsitz die Familie Vesper aus dem Herrenhaus), danach in eine Berliner Liebesgeschichte und in die frühen antiautoritären Aktionen von 1966 springt, die Radikalisierung nach dem Tod von Benno Ohnesorg streift und in der Schlussphase RAF-Interna verarbeitet: die Entfremdung des Helden im radikalen Milieu, den Verlust der geliebten Frau an einen proletarisch-luziferischen Todesengel (Andreas Baader) und seine konspirative Flucht mit dem kleinen Florian (Felix Ensslin) nach Deutschland.

In diese Struktur eingewoben sind somit zwei Kindergeschichten: die des Helden, der seinen faschistischen Vater und damit einen Teil seiner selbst in sich »ermorden« muss, um seine Identität zu finden – und die seines eigenen kleinen Sohnes, der den an der Realität gescheiterten Vater am Ende verliert. Die Schlussszene ist als Tableau der verlorenen Hoffnungen konfiguriert: Vater und Sohn flüchten sich in ebenjenes niedersächsische Herrenhaus, in dem alles seinen Anfang nahm; über dem verlassenen, schon baufälligen Landsitz kreisen die Polizeihubschrauber, halbnackt wird der steckbrieflich Gesuchte aus dem Haus gezerrt, sein Sohn beißt in der letzten Einstellung dem Polizisten, der ihn aus dem Haus trägt, kräftig in die Hand. Imhoof lässt dieses letzte Bild mit dem vor Schmerz aufschreienden Polizisten einfrieren und blendet in Rot ein Schriftinsert ein, das den Nachspann einleitet: »Für Florian«. Ein Appell an die Enkel, die »Sache« besser auszufechten – und eine Fußnote an die resignierte Linke, dass die »Sache« noch nicht ausgestanden ist.

*

Der Aufstand der Söhne gegen die Väter hat seine Abgründe enthüllt. »In ihrem Kampf gegen das gegenwärtige ›faschistische System‹ bekämpften sie stellvertretend das vergangene«, schreibt Anton Kaes. »Der außerordentlich hohe Phantasie- und der geringe Realitätsgehalt und ihre damit zusammenhängende Sinn- und Maßlosigkeit, die [...] schon die deutschen Verbrechen unter der Hitlerregierung von den Verbrechen anderer Nationen unterschieden, lässt sich auch bei den terroristischen Aktionen im

Scanned by CamScanner

Herbst 77 feststellen.«[36] Die beiden Stuttgarter Beerdigungen, die den Film »Deutschland im Herbst« einrahmen – der Staatsakt für Schleyer und die Bestattung der Terroristen, die von der Familie Enßlin gegen die öffentliche Meinung erkämpft werden musste –, nehmen unter diesem Gesichtspunkt eine Schlüsselstellung ein, auf die Elsaesser verweist: »Obwohl zwischen ihnen eine Generation lag, werden sowohl Schleyer (als Mitglied der Hitler-Jugend und der SS) als auch die Terroristen [...] als Erben des ›Fluches‹ gesehen, den der Nationalsozialismus über Deutschland gebracht hatte.«[37]

Der linke Mainstream hat diese verruchte Erbschaft nach 1977 sofort tabuisiert. Die Einsicht, dass der »antifaschistische« Kampf der RAF durch eine fatale, in der deutschen Geschichte begründete Dialektik an das Feindbild gefesselt war, hätte eine grundlegende Revision der eigenen theoretischen Positionen erfordert: eine Kritik des geringen Realitätsgehalts der eigenen Analysen und der Komplexitätsreduktionen, die man vornahm, um sie zu rechtfertigen. Soweit sie eine revolutionäre Systemveränderung intendierte, hat die Neue Linke von 1968 nach dem Deutschen Herbst ihre Definitionsmacht verloren. Die Filme konnten nur wenig dazu beitragen, ihr diesen Verlust zu erklären.

36 Kaes, Deutschlandbilder, S. 32

37 Elsaesser, Antigone Agonistes, hier zit. n. http://www.rouge.com.au/4/antigone.html (1. Mai 2006).

Andreas Musolff

Bürgerkriegs-Szenarios und ihre Folgen

Die Terrorismusdebatte in der Bundesrepublik 1970–1993

Terrorismus als Thema und Faktor politischer Kommunikation

Vieles spricht dafür, daß die geistige Nachbarschaft zum Terrorismus sich nicht in klar formulierten Aussagen formuliert, [...]. Nicht, was gesagt wird, schafft, wenn überhaupt, das ›geistige Umfeld‹, sondern was ungesagt bleibt, was fahrlässig oder absichtsvoll Spielraum läßt für Interpretationen.« (Malte Buschbeck)[1]

Im Sommer/Herbst 1977 wurde der »Raum« öffentlicher politischer Debatte in der Bundesrepublik in wichtigen Bereichen neu vermessen: Nicht nur das, was (von wem) zum Terrorismus gesagt wurde, sondern auch was ungesagt blieb und als unsagbar galt, wurde zum Objekt öffentlicher Bewertung und Auseinandersetzung. Unsagbar wurde alles, was »geistige Nachbarschaft zum Terrorismus« zu verraten schien, wie z. B. der unehrerbietige »Nachruf« auf den im April desselben Jahres von der *Roten Armee Fraktion* ermordeten Generalbundesanwalt Siegfried Buback in einer Studentenzeitung, der sich angeblich nicht ausreichend von den Terroristen distanzierte. Aber bei einer solchen einfachen Ausgrenzung blieb es nicht: In der Folge des Skandals um den »Buback-Nachruf« führte auch noch die nicht ausreichende Distanzierung von seiner Nicht-Distanzierung, wie in der Wiederveröffentlichung des »Nachrufs« durch Hochschulangehörige und Rechtsanwälte, zu publizistischen Verdächtigungen sowie disziplinar- und strafrechtlichen Verfolgungen (die erst nach Jahren mit Freisprüchen endeten). Auf die »Nachruf«-Neuherausgeber bezog sich Buschbecks Kritik: Den Professoren könne »man kaum vorwerfen, was sie in ihrer Vorrede [zur Neuherausgabe des »Nachrufs«] dazu gesagt haben«, doch »was nicht in diesem Vorwort der Hochschullehrer steht, obwohl sie doch die kompetente Instanz darstellen, von der die Öffentlichkeit sich eine Interpretation erwarten durfte«, mache ihr Vorgehen »fragwürdig«.[2]

Doch es war nicht nur aktuelles »Versagen« bei der Distanzierung vom Terrorismus, das als Symptom geistiger Nähe zu ihm gewertet wurde, sondern auch länger zurückliegende oder latente angebliche Defizite des öffentlichen Bewusstseins und Diskurses, für die nun bestimmte politische Gruppen oder Theorien verantwortlich gemacht wurden: »Der Weg für die Rehabilitierung politisch-motivierter Gewalt wurde frei durch eine ideologiekritische Zerstörung der geistigen Grundlagen und der Idee des Rechtes [...]. Die Zerstörung des Rechts ist der Kritischen Theorie immanent und der vielleicht verhängnisvollste Beitrag, den sie zur Gewaltdiskussion geleistet hat.«[3]

1 Malte Buschbeck, Die Verwilderung der Argumente, in: Hat sich die Republik verändert? Terrorismus im Spiegel der Presse, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Bonn 1978, S. 10 f. (zuerst in: *Süddeutsche Zeitung* vom 13. August 1977).

2 Ebenda.

3 Günter Rohrmoser, Die Realität hinter der Nebelwand der Ismen, in: Hat sich die Republik verändert?, S. 210 (zuerst in: *Rheinischer Merkur* vom 7. April 1978).

Scanned by CamScanner

»Wie man es dreht und wendet, der Terrorismus und seine erstaunlich tiefreichende Einwirkung auf die deutschen Verhältnisse ist ohne das defizitäre Geschichtsbewußtsein und ohne den nationalen Mangelzustand in der Bundesrepublik nicht zu erklären.«[4]

Angesichts solch pauschaler »Ursachenforschung« und Anschuldigungen sahen manche Beobachter die Gefahren einer Tendenz, »Menschen mit kritischen Meinungen wahllos zu verdächtigen« (Carl Friedrich von Weizsäcker), einer »Intellektuellenhetze« als »Versuch den inneren Feind zu definieren« (Jürgen Habermas) oder einer »Entwicklung [...] zu einem gefährlichen Politikum« (Kurt Sontheimer).[5] Wie aber konnte die Debatte um den Terrorismus einen solch hohen Stellenwert für das Rechtssystem und das Selbstverständnis der westdeutschen politischen Öffentlichkeit gewinnen? Wie kam es zu Verdächtigungen, für die Taten der Terroristen seien Gruppen (oder deren Theorien) verantwortlich, welche schon damals seit Jahrzehnten zum Grundbestand des politischen Diskurses der Bundesrepublik gehört hatten? Wie war es möglich, dass selbst Nichtgesagtes als Indiz für »geistige Nachbarschaft zum Terrorismus« gewertet werden konnte?

Im Folgenden möchte ich im Hinblick auf diese Fragen die Wirkungen des Terrorismus der *Roten Armee Fraktion* (und verwandter Gruppen) auf den bundesdeutschen politischen Diskurs untersuchen. Dabei stütze ich mich zum einen auf Ergebnisse dreier Forschungstraditionen. Ein erster wichtiger Ansatzpunkt liegt in der Begriffsgeschichte, z. B. in den Artikeln zu Revolution und Terrorismus in den »Geschichtlichen Grundbegriffen«.[6] Während es hier vor allem um die Entwicklung von politischen Konzepten geht, bemühen sich diskursgeschichtliche Ansätze um die Analyse der terrorismusbezogenen Bedeutungsverschiebungen und Deutungskonflikte im öffentlichen Sprachgebrauch. Unter diesem Blickwinkel sind z. B. der eigene Sprachgebrauch der Terroristen sowie amtliche und journalistische Reaktionen auf den Terrorismus untersucht worden, die im Zusammenspiel den Gegenstand im öffentlichen Bewusstsein konstituieren.[7] Aus einer sozialwissenschaftlich verankerten Perspektive ist Terrorismus schließlich als pathologischer Typus politischer Kommunikation analysiert worden, wobei seine – noch in der lateinischen Etymologie von Terror wiederzuerkennende – Schrecken einflößende Wirkabsicht, die sich nicht auf das primäre Opfer, sondern auf die Gesamtöffentlichkeit richtet, als Ausgangspunkt dient. Hier sind vor allem die Forschungen der Gruppe um Alex P. Schmid und von ihr inspirierter Wissenschaftler zu nennen.[8]

In Weiterführung vor allem des zuletzt genannten Ansatzes wird hier die These vertreten, dass es die Aufnahme eines spezifischen, von den Terroristen selbst eingeführten Deutungsmusters durch maßgebliche Teile der Öffentlichkeit war, die dem »Terrorismusdiskurs« in der Bundesrepublik seinen argu-

4 Ludolf Herrmann, Die Republik hat sich verändert, in: Hat sich die Republik verändert?, S. 40 (zuerst in: *Deutsche Zeitung* vom 16. September 1977).

5 Siehe Carl Friedrich von Weizsäcker, Die Verteidigung der Freiheit, in: Hat sich die Republik verändert?, S. 156 (zuerst in: *Süddeutsche Zeitung* vom 24. Januar 1978); Jürgen Habermas, Verteufelung kritischen Denkens, in: ebenda, S. 81 (zuerst in: *Süddeutsche Zeitung* vom 27. November 1977); Kurt Sontheimer, Nicht Abrechnung, sondern Besinnung, in: Hat sich die Republik verändert?, S. 126 (zuerst in: *Die Zeit* vom 30. Dezember 1977).

6 Siehe Reinhart Koselleck / Christian Meier / Jörg Fisch / Neithard Bulst, Revolution, Rebellion, Aufruhr, Bürgerkrieg, in: Otto Brunner / Werner Conze / Reinhart Koselleck (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland (Stuttgart 1984), Bd. 5, S. 653–788, und Rudolf Walther, Terror, Terrorismus, in: Brunner/Conze/Koselleck (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 6, Stuttgart 1990, S. 323–444.

7 Henner Hess, Terrorismus und Terrorismus-Diskurs, in: Hess u. a., Angriff auf das Herz des Staates, Bd. 1, Frankfurt am Main 1988, S. 10 f.

8 Siehe Alex P. Schmid / Janny de Graaf, Violence as Communication. Insurgent Terrorism and the Western News Media, London 1982; Alex P. Schmid u. a., Political Terrorism. A New Guide to Actors, Authors, Concepts, Data Bases, Theories, and Literature, Amsterdam 1988; David L. Paletz / Alex P. Schmid (Hg.), Terrorism and the Media, London 1992; A. Odasuo Alali / Kenoye Kelvin Eke (Hg.), Media Coverage of Terrorism. Methods of Diffusion, London 1991; George Gerbner, Violence and Terror in and by the Media, in: Marc Raboy / Bernard Dagenais (Hg.), Media, Crisis and Democracy, London 1992, S. 94–107; Joanne Wright, Terrorist Propaganda. The Red Army Faction and the Provisional IRA, 1968–86, London 1991.

mentativen Fokus und seine besondere Schärfe gab: die Interpretation des Terrorismus sowie seiner polizeilich-juristischen Bekämpfung als eine Art von Kriegsgeschehen. Erst vor diesem Hintergrund der Kriegsrhetorik werden die Versuche zur Neudefinition dessen, was in der Bundesrepublik politisch sagbar und unsagbar sein sollte, sowie zur Konstruktion der »geistigen Nachbarschaft zum Terrorismus« deutlich. Zwar spielten auch andere Deutungen, wie der Topos von der »Ausartung« der APO, die Metapher von Terrorismus als Krankheit (»Metastasen«) oder Ausgeburt eines Sumpfes eine wichtige Rolle.[9] Doch kam der Kriegsdeutung eine besonders zentrale Funktion zu, weil sie eine Art von Szenario oder Skript für die Akteure und Kommentatoren bereitstellte, das es ihnen ermöglichte, die Ereignisse in eine schlüssige Aktionsperspektive einzuordnen, mit der konkrete Bewertungen des bereits vergangenen und Erwartungen des zukünftigen Handlungsablaufs verbunden waren.[10]

Die Deutung terroristischer Gewalt und ihrer Bekämpfung als eine Art Kriegsgeschehen war und ist mitnichten eine (bundes)deutsche Spezialität. Bereits in der Frühphase der Begriffsentwicklung des Terrorismuskonzepts während der Französischen Revolution wurde *terreur* bzw. *terrorisme* als Bürgerkriegsstrategie verstanden.[11] Und um ein aktuelles Beispiel zu nennen: Seit dem Anschlag auf das New Yorker World Trade Center vom 11. September 2001 führt die Regierung der USA einen offiziell so bezeichneten »war against terrorism«, in dessen Gefolge bereits zwei »normale« Kriege gegen Nationalstaaten (Afghanistan, Irak) geführt worden sind.[12] Jedoch beweist die Tatsache, dass Regierungen vom Krieg gegen den Terrorismus sprechen oder dass Kriege auf terroristische Anschläge folgen, keinen tatsächlichen oder begrifflichen Zusammenhang. Terrorismus und Krieg sind durchaus nicht bedeutungskongruent: Weder werden Kriegsgegner immer als Terroristen stigmatisiert,[13] noch wird die Bekämpfung des Terrorismus als Kriegführung im üblichen Sinn angesehen. Aus heutiger Sicht werden z. B. die Aktionen der *Roten Armee Fraktion*, der *Revolutionärem Zellen* und der *Bewegung 2. Juni* in den Jahren 1970 bis 1992 vielfach als »terroristisch« bezeichnet, doch kann kaum jemand plausibel behaupten, dass die Bundesrepublik Deutschland unter den Kanzlern Brandt, Schmidt und Kohl ein »kriegführender« Staat war. Im September 1977 wurde aber genau dies behauptet, und zwar von keinem Geringeren als dem Historiker Golo Mann:

»Man befindet sich in einer grausamen und durchaus neuen Art von Bürgerkrieg. [...] Mit guten Reden von ›kühlen Kopf bewahren‹, ›alle Mittel ausschöpfen‹, ›mit dem Terrorismus sich geistig auseinandersetzen‹ wird es nicht mehr genug sein. Wir befinden uns im Krieg, wir stehen zum Töten entschlossenen Feinden gegenüber. Und an diesem Krieg ist die Bundesrepublik Deutschland unschuldig wie ein Engel.«[14]

---

9 Zur Krankheits- und Sumpfmetaphorik siehe Johannes Volmert, in: Aus dem Wörterbuch des »deutschen Herbstes«, *alternative* 124 (1979), S. 38 f., und Andreas Musolff, Krieg gegen die Öffentlichkeit. Terrorismus und politischer Sprachgebrauch, Opladen 1996, S. 165 f.

10 Zur allgemeinen Theorie kognitiver »Szenarios« siehe: Fillmore Charles, An Alternative to Checklist Theories of Meaning, Proceedings of the Berkeley Linguistics Society, 1975, Nr. 1, S. 123–131, sowie George Lakoff, Women, Fire and Dangerous Things, Chicago/London 1987, S. 285–286; zu ihrer Anwendung im politischen Sprachgebrauch siehe: Andreas Musolff, Metaphor and Political Discourse, London 2004, S. 16–19.

11 Siehe Annie Geffroy, Terreur et sa famille morphologique, de 1793–1796, in: Néologie et lexicologie. Hommage Louis Guilbert, Paris 1979, S. 124–134; Jacques Guilhaumou, La *terreur* l'ordre du jour (juillet 1793 – mars 1794), in: Dictionnaire des usages socio-politiques (1770–1815), 1987, Bd. 2, S. 127–160; Musolff, Krieg gegen die Öffentlichkeit, S. 39–75.

12 Alan M. Dershowitz bemüht sogar Clausewitz' Kriegsdefinition, um aus ihr den seiner Meinung nach kohärentesten Terrorismusbegriff abzuleiten: »Wenn ›Krieg [...] eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln‹ ist, wie Clausewitz festgestellt hat, dann ist Terrorismus Krieg mit anderen Mitteln.« (Alan M. Dershowitz, Why Terrorism Works. Understanding the Threat, Responding to the Challenge, New Haven 2002, S. 5.)

13 Zur Brandbreite politisch-historischen Kriegsverständnisses siehe Herfried Münkler, Gewalt und Ordnung. Das Bild des Krieges im politischen Denken, Frankfurt am Main 1992.

14 Golo Mann, Quousque tandem, *Die Welt* vom 7. September 1977. Der Titel spielt auf den Anfang von Ciceros erster Senatsrede gegen den römischen Bürgerkriegs-Aufrührer Catilina an.

Scanned by CamScanner

Selbst Manns ansonsten oft nachsichtiger Biograf Urs Bitterli kritisiert aus der Rückschau eines Vierteljahrhunderts den zitierten Artikel scharf: Die »definitorische Dramatisierung« des Terrorismus als Krieg sei »nicht nur geeignet [gewesen], Unsicherheit zu verbreiten, sie diente auch insofern den Zielen der Terroristen, als diese ja geradezu wünschten, als legitime Kriegspartei verstanden zu werden«.[15] Wie kam jedoch ein Historiker vom Range Golo Manns dazu, eine solche Fehldeutung zu produzieren – und wie war es möglich, dass in den 1970er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland so häufig von Krieg geredet wurde, wenn der Terrorismus der RAF gemeint war?

Ein Krieg von »6 gegen 60 Millionen«

Mehr als fünf Jahre vor Golo Manns Brandartikel im Terror-»Herbst« von 1977 hatte bereits Heinrich Böll im *Spiegel* unter dem Titel »Will Ulrike Gnade oder freies Geleit?« das Deutungsmuster »Terrorismus als Krieg« zum Thema gemacht, jedoch nicht, um etwa verstärkte »Kriegsbereitschaft« zu fordern, sondern vielmehr, um sie grundsätzlich in Frage zu stellen:

»Ulrike Meinhof hat dieser Gesellschaft den Krieg erklärt, sie weiß, was sie tut und getan hat, aber wer könnte ihr sagen, was sie jetzt tun sollte? [...] Die Bundesrepublik Deutschland hat 60 000 000 Einwohner. Die Gruppe um Ulrike Meinhof mag zur Zeit ihrer größten Ausdehnung 30 Mitglieder gehabt haben. Das war ein Verhältnis von 1 : 2 000 000. Nimmt man an, daß die Gruppe inzwischen auf 6 Mitglieder geschrumpft ist, wird das Verhältnis noch gespenstischer: 1 : 10 000 000. Das ist tatsächlich eine äußerst bedrohliche Situation für die Bundesrepublik Deutschland. Es ist Zeit, den nationalen Notstand auszurufen. Den Notstand des öffentlichen Bewußtseins, der durch Publikationen wie ›Bild‹ permanent gesteigert wird. [...] Es ist ein Krieg von 6 gegen 60 000 000. Ein sinnloser Krieg, nicht nur nach meiner Meinung, nicht nur generell, auch im Sinn des publizierten Konzeptes.«[16]

Böll bezog sich auf die Berichte der Massenmedien, insbesondere der Springerpresse, zu Anschlägen der Gruppe um die ehemaligen APO-Aktivisten Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Horst Mahler, die seit 1970 mit dem Ziel auftrat, »potentiell revolutionäre Teile des Volkes« im »bewaffneten Widerstand« zu organisieren.[17] Im April 1971 hatte sich die Gruppe in dem Manifest »Das Konzept Stadtguerilla« der breiteren Öffentlichkeit als »Rote Armee Fraktion« (RAF) vorgestellt, d. h. als Teil der »Organisierung von bewaffneten Widerstandsgruppen«, welche »zu diesem Zeitpunkt in der Bundesrepublik und Westberlin richtig ist, möglich ist, gerechtfertigt ist«.[18] Angesichts einer »Massenmobilisierung im Sinn von Faschismus, von Durchgreifen, von Todesstrafe, von Schlagkraft, von Einsatz«, welche nur notdürftig verdeckt werde durch den »New Look, den die Brandt/Heinemann/Scheel-Administration der Politik in Bonn« gegeben habe, sei legaler Protest, wie ihn APO und Studentenbewegung geübt hätten, zwecklos – nun sei es vielmehr geboten, eine nach dem Vorbild revolutionärer Gruppen in Südamerika organisierte »Stadtguerilla« aufzustellen, um das Ziel zu erreichen: »SIEG IM VOLKSKRIEG!«.[19]

Für Böll war das Konzept Stadtguerilla »eine Kriegserklärung von verzweifelten Theoretikern, von inzwischen Verfolgten und Denunzierten, die sich in die Enge begeben haben, in die Enge getrieben worden sind«.[20] Böll nutzte das Argument gegen die Kriegserklärung der RAF zugleich als Basis für eine scharfe Kritik an der Springer-Presse, der er vorwarf, den Kriegsjargon der Gruppe gezielt ernst zu nehmen, um einen »nationalen Notstand« herbeireden zu können: ein Vorwurf, den ihm Publizisten von

15 Urs Bitterli, Golo Mann. Instanz und Aussenseiter, Zürich/Berlin 2004, S. 387.
16 Heinrich Böll, »Will Ulrike Gnade oder freies Geleit?« *Der Spiegel* vom 10. Januar 1972, 26. Jg., Nr. 3, S. 54–56, hier S. 55.
17 Vgl. Rote Armee aufbauen! *Agit 883* vom 5. Juni 1970, 2. Jg., Nr. 62, S. 6.
18 Vgl. Rote Armee Fraktion, Das Konzept Stadtguerilla, in: ID-Verlag (Hg.), Rote Armee Fraktion – Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, Berlin 1997, S. 25.
19 Ebenda, S. 43, 45.
20 Böll, »Will Ulrike Gnade oder freies Geleit?« *Der Spiegel* vom 10. Januar 1972, 26. Jg., Nr. 3, S. 55.

Bild und *Welt* über Jahre hinweg heimzahlen sollten, indem sie ihn als Sympathisanten der Terroristen verdächtigten.[21] Wogegen sich Böll wendete, waren nicht bloß einzelne sensationalistische Übertreibungen, sondern die mit der Übernahme der Kriegserklärung verbundenen Kriegsfolgen, so die Gefahr, dass »man eines Tages lesen würde, daß auch Ulrike Meinhof, später Grashoff, dann Baader und Gudrun Ensslin als ›erledigt‹ zu betrachten« seien.[22]

Wie aber kam die RAF dazu, in ihren Verlautbarungen von Krieg zu reden? Befand sich die Bundesrepublik um 1970 nicht im tiefsten Frieden und stand gerade am Anfang einer Reformphase, in der außenpolitische Entspannung im Verhältnis zum Ostblock sowie innenpolitische Demokratisierung und Modernisierung auf dem Programm der sozialliberalen Regierung standen? Allerdings hatten in den Debatten über die Proteste von APO und Studentenbewegung in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre Kriegsszenarien bereits eine Rolle gespielt. *Bild* stellte z. B. die Demonstrationen nach dem Mordanschlag auf den von ihr selber zum »Staatsfeind« erklärten SDS-Sprecher Rudi Dutschke als Straßenschlachten dar, »wie sie Berlin seit Kriegsende nicht mehr erlebt hat«.[23] Auf der APO-freundlichen Seite des Medienspektrums hingegen deutete die *konkret*-Kolumnistin Ulrike Meinhof die Attacken gegen das Springer-Verlagshaus und gegen Springer-Auslieferungswagen als Beginn einer zu begrüßenden Entwicklung »vom Protest zum Widerstand«.[24] Mit dem Begriff Widerstand verwendete sie ein Hochwertwort des politischen Sprachgebrauchs nach 1945, das die Gegenwehr gegen eine illegitime Herrschaft bezeichnete, vor allem die Versuche, das Hitler-Regime zu stürzen. Sie selbst hatte 1964 anlässlich des 20. Jahrestags des missglückten Anschlags auf Hitler am 20. Juli 1944 ihre Bewunderung für jene Offiziere ausgedrückt, die »versuchten, zu vollziehen, was das unerreichte Ziel der Linken war«, nämlich die »Beseitigung des Nationalsozialismus, die Beendigung des Krieges, die Wiederherstellung des Rechtsstaats«.[25] Im Hinblick auf eine mögliche Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen gab sie allerdings zu bedenken, »daß der Kampf der Männer und Frauen des 20. Juli im Widerstand gegen Unrecht und Gewalt noch nicht endgültig gewonnen« sei.[26] Vier Jahre später schien sich für Meinhof die Überlegung, den Kampf der Männer und Frauen des 20. Juli weiterkämpfen zu müssen, durch die »Gegengewalt« der Anti-Springer-Proteste zu erfüllen.

Auch Michael »Bommi« Baumann, einer der Brandsatzwerfer der Osterunruhen 1968 in Berlin und später Mitbegründer der (nach dem Datum der Erschießung des Studenten Benno Ohnesorg 1967 benannten) zweiten deutschen Terroristengruppe *Bewegung 2. Juni*, hat in seiner Aussteiger-Autobiografie »Wie alles anfing« die Proteste nach dem Attentat auf Dutschke als eine Art präventiver Notwehr gegen einen den Nazis äquivalenten, wenn nicht identischen Gegner gedeutet: »Bevor ich nun wieder nach Auschwitz transportiert werde, denn schieß ich lieber vorher [...]. Wenn sowieso am Ende der Galgen lacht, dann kann man schon vorher zurückschlagen.«[27] Wenn solch rückblickende Beschreibung der Gründe für eigenes Handeln auch nicht umstandslos als historischer Beleg zu werten ist,[28] so findet sich doch der

21 Zur Geschichte der Debatten um Bölls angebliches »Sympathisantentum« in der Folge des Artikels von 1972 siehe Frank Grützbach, Heinrich Böll: Freies Geleit für Ulrike Meinhof, sowie Andreas Musolff, Anmerkungen zur Geschichte des Ausdrucks Sympathisant im Kontext der Terrorismus-Diskussion, in: *Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht*, 1989, Nr. 64, S. 95–109.

22 Böll, »Will Ulrike Gnade oder freies Geleit?« *Der Spiegel* vom 10. Januar 1972, 26. Jg., Nr. 3, S. 55.

23 *Bild*-Zeitung vom 13. April 1968.

24 Ulrike Marie Meinhof, Die Würde des Menschen ist antastbar. Aufsätze und Polemiken. Mit einem Nachwort von Klaus Wagenbach, Berlin 1980, S. 139.

25 Ebenda, S. 49.

26 Ebenda, S. 51.

27 Michael (Bommi) Baumann, Wie alles anfing, München 1980, S. 38 f.

28 Zur Komplexität der rückblickenden Selbstinterpretation von Terroristen vgl. Peter Waldmann, Wie geht man damit um, Terrorist gewesen zu sein? Einige vergleichende Bemerkungen, in: ders. (Hg.), Beruf: Terrorist. Lebensläufe im Untergrund, München 1993, S. 180; speziell mit Bezug auf Baumann vgl. Uwe Backes, Bundesrepublik Deutschland: Wir wollten alles und gleichzeitig nichts, in: Peter Waldmann (Hg.), Beruf: Terrorist. Lebensläufe im Untergrund, S. 154.

Scanned by CamScanner

Hinweis auf das Trauma des widerstandslosen Mitläufertums vieler Deutscher während der NS-Zeit so häufig und prononciert in deutschen Terroristenerinnerungen, dass darin ein wichtiges Kriegsszenario gesehen werden kann, das für ihre Motivation bestimmend war.[29] Mit der Identifizierung des BRD-»Systems« als Weiterführung des NS-Regimes mit einigen bloß kosmetischen Änderungen (»New Look«) ergab sich die (imaginierte) Möglichkeit, den von der Eltern-generation »verpassten« Widerstandskampf gegen die Nationalsozialisten doch noch nachzuholen.

Der andere und zeitlich aktuellere »Kriegs«-Gegner, der sich als Feindbild anbot, war der US-Imperialismus, als dessen Verbündete vor allem die Regierungen der NATO-Länder, Israels und befreundeter Staaten wahrgenommen wurden. Der Kampf der Palästinenser gegen Israel, die Dekolonisierungskonflikte in der Dritten Welt und der hinhaltende Krieg Nordvietnams und des Vietcong gegen die Supermacht USA in Vietnam wurden als Fronten in einem weltweiten antiimperialistischen Kampf aufgefasst, den mitzukämpfen eine moralisch-politische Solidaritätspflicht war und der auf lange Sicht sogar gewinnbar schien. Dieses Kalkül beruhte laut dem ehemaligen RAF-Mitglied Lutz Taufer auf der Einschätzung, dass »weltweit und zugleich Kräfte gegen das US-dominierte imperialistische Weltsystem heraufgewachsen [waren]« und es »politisch und moralisch denkbar [war], auch mit dem Versuch des bewaffneten Kampfs in den Zentren des Imperialismus, diesem Aufstand mit allen Kräften beizutreten«.[30] Meinhof sprach von einem »Weltkrieg neuen Typs« und klagte die »Ohnmacht, diesen Krieg zu stoppen«, als »Komplizenschaft [...] mit denen, die ihn führen«, an.[31] Um solcher Komplizenschaft zu entgehen und die dem Vietnamkrieg anscheinend teilnahmslos gegenüberstehende Öffentlichkeit aufzurütteln, schienen Aktionen notwendig, die »effizienter« waren als gewaltloser Protest. Im April 1968 legten Baader und Ensslin, zusammen mit Horst Söhnlein und Thorwald Proll, Brände in zwei Frankfurter Kaufhäusern. In dem im Oktober stattfindenden Prozess übernahm Ensslin für sich und Baader die Verantwortung mit der Begründung, sie hätten aus »Protest gegen die Gleichgültigkeit, mit der die Menschen dem Völkermord in Vietnam zusehen, gehandelt«.[32] Meinhof kommentierte, Brandstiftung sei zu gefährlich und auch ineffizient, aber ihr »progressives« Moment liege im »Bruch verbrecherschützender Gesetze«.[33]

Bei einer Ausführung des inhaftierten Baader zum Deutschen Zentralinstitut für Soziale Fragen in Berlin schoss ihm am 14. Mai 1970 eine Gruppe Bewaffneter unter Beteiligung von Ulrike Meinhof den Fluchtweg frei; im folgenden Jahr bemühte sich die Gruppe darum, durch Banküberfälle eine finanzielle Basis zur Vorbereitung politischer Anschläge zu schaffen und mit Hilfe von Manifesten wie dem Stadtguerilla-Programm breitere APO- und Studentenkreise anzusprechen. Doch schlugen diese Versuche weitgehend fehl. Ein Appell zur Vorbereitung eines Bürgerkrieges in der Bundesrepublik gegen ein angeblich faschistisches Regime erschien der großen Bevölkerungsmehrheit Anfang der 1970er Jahre absurd; Zustimmung zu Gewalttaten ging in der Bevölkerung nicht über ein bis zwei Prozent hinaus.[34] Das Image der verfolgten Widerstandskämpfer blieb, je nach Kenntnisstand und Umständen des Kontakts mit RAF-Material, unter einigen studentischen Gruppen erhalten,[35] wurde aber bald durch zum Teil tödlich verlaufende Gewaltakte (Banküberfälle,

29 Zu Deutungen des NS-Traumas der APO und der ersten Generation von RAF, *Bewegung 2. Juni* und den *Revolutionären Zellen* vgl. Peter Schneider, Der Sand an Baaders Schuhen, *Kursbuch*, 14. Jg., März 1978, Nr. 51, S. 1–15; Norbert Elias, Der bundesdeutsche Terrorismus – Ausdruck eines sozialen Generationenkonflikts, in: ders., Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von M. Schröter, Frankfurt am Main 1989, S. 303–314; Backes, Bundesrepublik Deutschland: Wir wollten alles und gleichzeitig nichts, S. 154; Gerd Koenen, Das Rote Jahrzehnt. Unsere Kleine Deutsche Kulturrevolution 1967–1977, Frankfurt am Main 2002, S. 383–385, 390.

30 Siehe Gespräch mit Lutz Taufer, *konkret* vom 6. Juni 1992, Heft 6, S. 11.

31 Meinhof, Die Würde des Menschen ist antastbar, S. 108, 110.

32 Zit. n. Stefan Aust, Der Baader Meinhof Komplex, Hamburg 1987, S. 69.

33 Meinhof, Die Würde des Menschen ist antastbar, S. 155

34 Siehe Christopher Hewitt, Public's Perspectives, in: Paletz/Schmid, Terrorism and the Media, S. 189 (Basis: Allensbach-Umfragen).

35 Zur Wirkung von Tonbandpräsentationen der Aufrufe Meinhofs auf studentische Gruppen siehe z. B. Koenen, Das Rote Jahrzehnt, S. 335.

Schießereien mit der Polizei) immer wieder in Frage gestellt. Anhaltende Solidarisierungseffekte blieben auf einen kleinen Kreis von bereits mit dem »bewaffneten Kampf« liebäugelnden, aber noch halb in der Legalität lebenden Unterstützern beschränkt.[36] Ihnen boten die RAF und die beinahe zeitgleich entstandene, aber in ihrem Aktionsradius weitgehend auf West-Berlin beschränkte *Bewegung 2. Juni* ein pseudomilitärisches Deutungsmodell für ihren Konflikt mit dem Staat an, in dem polizeiliche und juristische Maßnahmen gegen sie als rücksichtsloser Vernichtungsfeldzug denunziert und eigene Gewaltakte als Notwehr legitimiert wurden. Kritik und Zweifel wurden als Verrat gebrandmarkt; vermutete oder tatsächliche Abweichler als Verräter stigmatisiert und im äußersten Fall »liquidiert« wie der Student Ulrich Schmücker, den Mitglieder der *Bewegung 2. Juni* ermordeten.[37] Die von der Kriegsdeutung überzeugten Anhänger wurden zu aktiven Gruppenmitgliedern; auf der anderen Seite des Spektrums verwandelte die Kriegserklärung den weitaus größten Teil des »unbeteiligten« Publikums in einen übermächtigen Feind.

In den folgenden Jahren nahmen Teile der bundesrepublikanischen Medien und manche Politiker die Kriegserklärung der RAF auf und gingen ihrerseits dazu über, einer innenpolitischen Kriegführung das Wort zu reden. Den Anlass hierzu bot die erste koordinierte Serie von Anschlägen der RAF im Frühjahr 1972 gegen Hauptquartiere der US-Armee in Frankfurt und Heidelberg sowie gegen Polizeibehörden, einen Bundesrichter und das Springer-Verlagshaus, die vier Tote und über dreißig Verletzte forderten. Die Anschläge schienen die Aussagen des seit Anfang 1972 vor Gericht stehenden, früheren RAF-Mitglieds Karl-Heinz Ruhland über angeblich in großer Zahl vorhandene Quartiergeber, Kuriere und zu Handlangerdiensten bereite Sympathisanten zu bestätigen, die der RAF logistischen und propagandistischen Rückhalt gaben. Allerdings zeigte sich bald, dass Vermutungen über massenhaft bereitstehende Helfergruppen auf Spekulation und Übertreibung beruhten: Nicht nur erwiesen sich die Aussagen Ruhlands als unzuverlässig, sondern die Stadtguerilla-Offensive der RAF brach gerade mangels ausreichender Unterstützung schnell zusammen. Vielmehr wurden in kurzen Abständen bis Juli 1972 die Mitglieder des sogenannten harten Kerns der Gruppe, unter anderem Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe und Holger Meins, aufgrund von Hinweisen aus der Bevölkerung verhaftet.

Mit diesem Fahndungserfolg schien die RAF zunächst geschlagen: Von nun an waren eigentlich nur noch die Gerichte dafür zuständig, die RAF-Mitglieder als kriminelle Straftäter zu belangen. Doch erwies sich der Kriegsmythos der Terroristen als widerstandsfähig. Als Stadtguerilla-Kämpfer, wie sie sich selbst sahen, beanspruchten die RAF-Häftlinge den Status von politischen Gefangenen bzw. Kriegsgefangenen mit allen sich daraus ergebenden Rechten gemäß Kriegsrechtskonventionen. Ein solcher Anspruch war für die Strafvollzugsbehörden inakzeptabel, doch gingen sie über seine bloße formale Ablehnung ihrerseits hinaus und reagierten mit zum Teil schikanösen Haftverschärfungen, die den RAF-Gefangenen faktisch einen Sonderstatus verschafften, auch wenn dieser offiziell nur mit Sicherheitsgründen legitimiert wurde. Ulrike Meinhof verbrachte z. B. acht Monate in einem isolierten Trakt der Kölner Strafvollzugsanstalt, in dem selbst akustischer Kontakt mit der übrigen Anstalt unmöglich war; Besucher wurden mit maximalem Aufwand überprüft. Für den geplanten Großprozess gegen die RAF-Kerngruppe wurde ein Hochsicherheitsgefängnis in Stuttgart-Stammheim errichtet, in das die RAF-Mitglieder sukzessive verlegt wurden. Diese Maßnahmen nährten bei denen, die die Häftlinge rechtsstaatlich fair behandelt sehen wollten, den Verdacht auf diskriminierende Behandlung und »Isolationsfolter«, verhinderten aber mitnichten den Aufbau eines umfangreichen Kassibersystems (»info«), durch das die Inhaftierten untereinander und auch mit nicht inhaftierten Anhängern Kontakt hielten und so weiterhin

36 Zur Analyse der unterschiedlichen Reaktionen der RAF-Adressatengruppen siehe Wright, Terrorist Propaganda, S. 80–82, 103–117, 173–188.

37 Vgl. Peter Brückner / Barbara Sichtermann, Gewalt und Solidarität: Zur Ermordung Ulrich Schmückers durch Genossen: Dokumente und Analysen, Berlin 1974, sowie Stefan Aust, Der Lockvogel. Die tödliche Geschichte eines V-Mannes zwischen Verfassungsschutz und Terrorismus, Reinbek 2003.

Scanned by CamScanner

erfolgreich ihren Führungsanspruch und Gruppendisziplin durchsetzten.[38]

Gestützt auf das »info«-System, versuchte die RAF-Führung ab 1973 erneut, durch kollektiv abgestimmte Hungerstreiks Hafterleichterungen und die Anerkennung als Kriegsgefangene zu erzwingen. Die Strafbehörden verweigerten weiterhin Konzessionen, um sich nicht Vorwürfen seitens der Medien und der im Bundestag konsequente Terrorismusbekämpfung fordernden Oppositionsparteien CDU/CSU auszusetzen, gegenüber dem augenscheinlich noch immer gefährlichen terroristischen Kriegsgegner zu kapitulieren. Im Gegenzug bildeten verbleibende Sympathisantengruppen und Helfer von RAF-Anwälten sogenannte »Komitees gegen Folter an politischen Gefangenen in der BRD«, die zum Teil die Selbststilisierung der Inhaftierten als Nachfolger von KZ-Opfern übernahmen und aus denen sich eine neue Generation der RAF rekrutierte.[39] Die unflexible Reaktion der Justizbehörden auf die Hungerstreiks, welche sich vor allem auf technisch-medizinische Maßnahmen wie künstliche Ernährung beschränkte, verstärkte noch den Mitleidseffekt bei den »Folterkomitees«. Während des dritten Hungerstreiks starb Meins trotz Zwangsernährung am 9. November 1974. Am Tag darauf wurde der Präsident des Berliner Kammergerichts, Günter von Drenkmann, erschossen, was in der Öffentlichkeit umgehend als direkte Vergeltung der RAF für Meins' Tod aufgefasst wurde, obwohl es (außer einem gehässigen Triumph der Stammheimer Häftlinge über die geglückte »Hinrichtung« des Richters) keine klaren Indizien für eine Beteiligung gab und, wie sich später herausstellte, die Tat nicht von einem RAF-Kommando, sondern von der *Bewegung 2. Juni* ausgeführt wurde.[40] Anstatt die Fixierung auf die RAF zugunsten einer differenzierten Analyse der Terroristengruppen zu korrigieren, wurde in den Massenmedien wieder der Eindruck erweckt, man habe es mit einer neu formierten, homogenen und von der RAF-Führung koordinierten Stadtguerilla-Truppe zu tun, die sich weiterhin oder erneut auf eine breite Sympathisantenszene stützen konnte. Bei der Beerdigung von Holger Meins sah die *Bild*-Zeitung z. B. »2000 Kommunisten Rache« schreien.[41]

Die terroristischen Akteure des bewaffneten Kampfes taten nichts, um diese Annahme zu widerlegen. Mit Entführungen versuchten sie – im Fall der Geiselnahme des Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz durch die *Bewegung 2. Juni* erfolgreich – inhaftierte Genossen freizupressen; daneben beteiligten sich die bis dahin öffentlich wenig wahrgenommenen *Revolutionären Zellen* (RZ) als dritte deutsche Terroristengruppe an internationalen Terrorkommandos, die unter anderem den Überfall auf die Konferenz der OPEC-Staaten 1976 in Wien und die Entführung eines Air-France-Flugzeugs mit vorwiegend jüdischen Passagieren nach Entebbe in das vom Diktator Idi Amin regierte Uganda im selben Jahr verantworteten. Da deutsche RZ-Mitglieder ausgerechnet bei der »Selektion« der jüdischen Passagiere beteiligt waren (die schließlich von einem israelischen Armeekommando befreit wurden, das alle Entführer erschoss), handelten sie sich international den Ruf ein, »Hitler's children« zu sein, wie der Titel eines bekannten Buches von Jillian Becker lautete.[42]

Neben den Anschlägen und Entführungen stand das seit 1975 laufende Verfahren gegen die Kerngrup-

38 Vgl. Pieter H. Bakker Schut (Hg.), Dokumente: das info. Briefe von Gefangenen aus der RAF 1973–1977, Kiel 1987; Butz Peters, RAF. Terrorismus in Deutschland, Stuttgart 1991, S. 139–147.

39 Vgl. Klaus Eschen, Rechtsstaat ohne Konfliktkultur. Die RAF-Prozesse im politischen Ausnahmezustand, in: Michael Sontheimer / Otto Kallscheuer (Hg.), Einschüsse. Besichtigung eines Frontverlaufs zehn Jahre nach dem Deutschen Herbst. Berlin 1987, S. 85 f.; Hartwig Hansen, Den Staat aushungern oder Die zweite Niederlage der RAF, in: Sontheimer/Kallscheuer (Hg.), Einschüsse, S. 118 ff.; Peters, RAF. Terrorismus in Deutschland, S. 154 f.; Sebastian Scheerer, Deutschland. Die ausgebürgerte Linke, in: Hess u. a. (Hg.), Angriff auf das Herz des Staates, Bd. 1, S. 354 ff.

40 Vgl. Aust, Der Baader Meinhof Komplex, S. 293 f., und Peters, RAF. Terrorismus in Deutschland, S. 163 f.

41 Zit. n. Aust, Der Baader Meinhof Komplex, S. 299.

42 Jillian Becker, Hitler's Children, 2. Aufl., London 1978, zur Entebbe-Entführung siehe insbesondere S. 21 f. Becker geht zwar ebenfalls ausführlich auf den antifaschistischen Anspruch der RAF ein, kritisiert und relativiert ihn aber als rhetorisches Versatzstück der Selbstrechtfertigung der RAF, das keine genuine politische oder moralische Bedeutung hatte (siehe ebenda, S. 49, 84, 357–359).

pe der ersten Generation der RAF im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Die »Hochsicherheits«-Maßnahmen in Stammheim und die Einführung speziell auf diesen Prozess zugeschnittener Änderungen der Strafprozessordnung (u. a. zum Ausschluss von Wahlverteidigern und Angeklagten von der Hauptverhandlung)[43] erweckten weithin den Eindruck eines Sonderverfahrens. Zwar regten sich – außer bei den »Folterkomitees« und vereinzelten Bürgerrechtlern – gegen diese Sondergesetzgebung keine starken Proteste, doch entstand eine Belagerungsmentalität, die dem Kriegsmythos neue Nahrung gab. Eine tragische Bestätigung der frühen Warnungen Bölls vor solcher Frontenverhärtung lieferte der Selbstmord Ulrike Meinhofs in der Nacht vom 8. zum 9. Mai 1976 in ihrer Gefängniszelle. Zwar war sie von den übrigen RAF-Gefangenen, wie die »info«-Dokumente zeigen, weitgehend isoliert und distanziert,[44] doch wurde ihr Gefängnistod ebenso wie der von Meins durch die aktive RAF propagandistisch als Märtyrertod ausgeschlachtet.

Der Prozess gegen den restlichen harten Kern endete im April 1977 mit mehrfach lebenslänglichen Haftstrafen gegen Ensslin, Baader und Raspe. Zwei Wochen vor der Urteilsverkündung hatte die Offensive der neuen RAF-Generation begonnen. Die erste Attacke richtete sich gegen einen juristischen Hauptfeind: Generalbundesanwalt Siegfried Buback, der die Ermittlungen gegen die RAF geleitet hatte. Am 7. April erschoss ein RAF-Kommando ihn, seinen Fahrer und den Sicherheitsbegleiter in Karlsruhe; das Attentat wurde im Bekennerbrief mit seiner angeblichen Verantwortung für die »Vernichtung« der »Kriegsgefangenen« Holger Meins, Siegfried Hausner (RAF-Angehöriger, der nach einer erfolglosen Botschaftsbesetzung und Geiselnahme in Stockholm an Schussverletzungen gestorben war) und Ulrike Meinhof begründet.[45] Größeres Aufsehen als die RAF-Rechtfertigung erregte ein in der Göttinger AStA-Zeitung abgedruckter Text, in dem unter dem Titel »Buback † Ein Nachruf« ein anonymer studentischer Autor seine »unmittelbare reaktion« auf den »abschuß von buback« als »klammheimliche freude« charakterisierte, da er wisse, was Buback »bei der verfolgung, kriminalisierung, folterung von linken für eine herausragende rolle« gespielt habe.[46] Im weiteren Text wurde diese erste Reaktion stark relativiert: Der Autor fragte, wie die Täter bei ihren Attentaten einerseits so sicher sein könnten, »daß dieser und kein anderer sterben muß« und dann doch in Kauf nähmen, dass zusammen mit dem Hauptopfer »auch ein anderer dabei draufgeht, ein dritter vielleicht querschnittgelähmt sein wird«.[47] Am Schluss des Textes stand die Absage an jede »strategie der liquidierung«: Die Gewalt der Linken könne nicht »eine copie des offenen straßenterrors und des täglichen terrors« sein.[48] Der Göttinger Universitätsrektor kündigte nichtsdestotrotz Strafanzeigen gegen die Herausgeber der AStA-Zeitung wegen Verunglimpfung des Ermordeten an, nachdem in der Presse Schlagzeilen erschienen wie: »An den niedersächsischen Universitäten formieren sich die Sympathisanten der terroristischen Gruppen, die öffentlich den Mord an Generalbundesanwalt Buback billigen.«[49] Als daraufhin eine Gruppe von Hochschullehrern und Rechtsanwälten den »Nachruf« noch einmal im Gesamtwortlaut publizierte, um der Kriminalisierung der AStA-Veröffentlichung und dem in großen Teilen der Tagespresse praktizierten isolierten Zitieren des Satzes von der »klammheimlichen Freude« entgegenzutreten, wurden sie ihrerseits verdächtigt, dem RAF-Terror Vorschub zu leisten.[50]

Während noch die Debatte über den Göttinger Studententext die Öffentlichkeit bewegte, setzte die zweite Generation der RAF ihre Offensive mit Vergeltungsanschlägen für die Aburteilung der RAF-Kern-

43 Vgl. dazu Heinrich Hannover, Terroristenprozesse, Hamburg 1991, S. 124–164.
44 Vgl. dazu Aust, Der Baader Meinhof Komplex, S. 365–378.
45 *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 14. April 1977.
46 Zit. n. Uwe Backes / Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland (3 Bde.), Köln 1989, Bd. 3, S. 137.
47 Ebenda, S. 139.
48 Ebenda, S. 140.
49 *Die Welt* vom 13. Mai 1977.
50 Vgl. dazu Peter Brückner, Die Mescalero-Affäre. Ein Lehrstück für Aufklärung und politische Kultur, Hannover 1977; Johannes Agnoli u. a., »… da ist nur freizusprechen!«. Die Verteidigungsreden im Berliner Mescalero-Prozeß, Reinbek 1979.

Scanned by CamScanner

gruppe und mit Entführungen von Prominenten aus der Wirtschaft fort. Am 30. Juli 1977 wurde der Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, in seinem Haus überfallen und, als er sich gegen die Entführer wehrte, erschossen. Im August installierten RAF-Mitglieder in einer den Büros der Bundesanwaltschaft gegenüberliegenden Wohnung in Karlsruhe einen Granatwerfer; doch funktionierte der Zeitzünder nicht. Am 5. September 1977 entführte ein RAF-Kommando in Köln den Präsidenten des Arbeitgeberverbandes und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hanns-Martin Schleyer, aus seinem Auto heraus; vier Begleiter starben im Kugelhagel. Im Austausch für Schleyer forderten sie die Freilassung von elf RAF-Häftlingen, die in ein Land ihrer Wahl ausgeflogen werden sollten. Die Bundesregierung unter Helmut Schmidt stimmte daraufhin Entscheidungen über Verhandlungen mit den Terroristen, ihre Verfolgung und Überwachung unter Umgehung des Bundestags in Krisenstäben mit Oppositionsvertretern ab. Außerdem wurden auf der Basis eines innerhalb von nur zehn Tagen eingeführten Kontaktsperregesetzes inhaftierte Terroristen von der Kommunikation mit ihren Anwälten und Angehörigen abgeschnitten, solange nach Ansicht der Behörden die Gefahr einer Koordination mit terroristischen Aktionen bestand.

Die Massenmedien unterwarfen sich einer Nachrichtensperre, die nicht so sehr die absolute Verweigerung von Nachrichten bezweckte, sondern vielmehr als *news management* darauf abzielte, den Terroristen keine Chance zur Selbstdarstellung zu geben.[51] Als Folge entwickelte sich eine Art von Ersatzberichterstattung, die aus Spekulationen über Fakten, »Experten«-Meinungen und deren weiterer Kommentierung bestand. Vor allem jedoch erlebten Kriegsmetaphern in Verbindung mit den RAF-Anschlägen einen regelrechten Boom. In der *Welt* wurde die Einrichtung von »Terroristen-Jagdkommandos« gefordert, die den »Terrorangriff« zurückschlagen sollten, der von einem in die Tausende gehenden »stillen Reserveheer des Terrorismus« unterstützt werde.[52] Golo Mann beschwor in dem bereits zitierten »Quousque tandem«-Artikel das Horrorszenario einer »neue[n] Art von Bürgerkrieg«. Als sich am 13. Oktober mit der Entführung einer Lufthansa-Maschine aus Mallorca durch ein Palästinenserkommando, das ebenfalls die Befreiung der RAF-Häftlinge sowie inhaftierter Palästinenser und zusätzlich die Zahlung von 15 Millionen Dollar Lösegeld forderte, die terroristische Offensive gegen die Bundesrepublik noch weiter steigerte, schienen solche Kriegsthesen von der Realität bestätigt zu werden. Nun sah der *Welt*-Kommentator Wilfried Hertz-Eichenrode die Fähigkeit der Terroristen als erwiesen an, »über Länder, Kontinente und Meere hinweg Feldzüge zu führen«.[53] Wie für die RAF teilte sich auch in den Augen der selbsternannten Terroristenjäger die Gesellschaft in Freund und Feind; wer nicht eindeutig einzuordnen war, wurde der – zumindest geistigen – Nähe zur RAF bezichtigt.[54]

Während sie Scheinverhandlungen mit den Flugzeugentführern führte, setzte die Regierung die (speziell zur Terrorismusbekämpfung aufgebaute) Bundesgrenzschutzeinheit GSG 9 in Marsch, um bei erster Gelegenheit die Geiseln zu befreien. In der Nacht vom 17. zum 18. Oktober stürmte die Einheit das Flugzeug bei einem Zwischenstopp in Somalia, erschoss drei Entführer und befreite die noch lebenden Geiseln (den Piloten hatten die Entführer während eines Zwischenstopps erschossen). Noch in derselben Nacht erfuhren Baader, Ensslin und Raspe über einen in ihrem Hochsicherheitstrakt versteckten Radioempfänger vom Scheitern ihrer Genossen und begingen Selbstmord. Eine vierte RAF-Inhaftierte, Irmgard Möller, überlebte ihren Selbstmordversuch.

---

51 Zum *news management* von 1977 vgl. Schmid/de Graaf, Violence as Communication, S. 103, 156 f. Zum Kontaktsperregesetz vgl. Herta Däubler-Gmelin, Im Zweifel für die Grundrechte oder Kontaktsperre im Parlament, in: Sontheimer/Kallscheuer (Hg.), Einschüsse, S. 99 ff., 112 ff., sowie Josef Grässle-Münscher, Kriminelle Vereinigung. Von den Burschenschaften bis zur RAF, Hamburg 1991, S. 159 ff.

52 *Die Welt* vom 12. und 13. September 1977.

53 *Die Welt* vom 15. Oktober 1977.

54 Zur Polarisierung politischer Auseinandersetzung als symbolischer Krieg vgl. exemplarisch die Beiträge in: Freimut Duve / Heinrich Böll / Klaus Staeck (Hg.), Briefe zur Verteidigung der Republik, Reinbek 1977, und in: Heiner Geißler (Hg.), Der Weg in die Gewalt, München 1978.

Die Nachricht, dass die Häftlinge im angeblich sichersten deutschen Gefängnis über geheime Waffen, Radios und eine Wechselsprechanlage verfügten, beschädigte das durch die geglückte Gefangenenbefreiung gewachsene Ansehen der Sicherheitskräfte. Das frühere Selbstlob der Justizbehörden ob ihrer Sicherheitsperfektion diente nun jenen als Argument, die statt des Selbstmords eine Mordaktion von Polizei oder Geheimdiensten vermuteten.[55] Zur Schadensbegrenzung wurden internationale Fachleute bei der Ermittlung der Todesumstände der RAF-Häftlinge hinzugezogen. Einen Tag später wurde nach einem Hinweis der Entführer die Leiche des von ihnen ermordeten Hanns-Martin Schleyer im Elsass gefunden.

Im Ergebnis bewirkte die RAF-Offensive von 1977 eine massive Solidarisierung der Öffentlichkeit mit den staatlichen Autoritäten sowie ein gesteigertes Misstrauen gegen jeden, der in Verdacht stand, mit den Terroristen auf irgendeine Weise zu sympathisieren. Ein Vergleich von fünf Staaten mit nicht nationalistisch motivierten terroristischen Bewegungen gegen Ende der 1970er Jahre zeigte, dass die Bevölkerung der Bundesrepublik die geringsten Sympathien für die Revolutionsziele der Terroristen und die stärkste Präferenz für eine möglichst scharfe Verfolgung und Bestrafung von Terroristen hatte.[56] Einer Allensbach-Umfrage vom Winter 1977/78 zufolge bezeichneten 95 Prozent der Befragten nicht nur aktive Unterstützer, die z. B. den Terroristen eine Wohnung beschafften, als Sympathisanten, sondern 56 bzw. 67 Prozent auch alle diejenigen, die mit Terroristen Mitleid hatten oder gegen ihre Haftbedingungen protestierten; für ein Drittel der Befragten fielen sogar alle, die »die Kritik der Terroristen an unserer Gesellschaft in manchem berechtigt« fanden, in diese Kategorie.[57]

Solche Stimmungsbilder ließen sich allerdings nicht ohne weiteres in (partei)politisches Kapital umsetzen: Als der CDU-Generalsekretär Heiner Geißler versuchte, mit terrorismuspolitischen Zitaten von SPD- und FDP-Politikern zu beweisen, dass die Sympathisantenszene bis in die Bundesregierung reiche, war es selbst der sonst kaum mit Sympathisanten sympathisierenden *Welt* zu viel: »Thema verfehlt«, lautete das Verdikt von Hertz-Eichenrode.[58] Der *Spiegel* begann bereits am 3. Oktober 1977 eine Reihe von Artikeln zu veröffentlichen, in der die Verwendung des Wortes »Sympathisant« als »Sprachknüppel des politischen Kampfes« verurteilt und die Annahme, ein mehrere tausend Mann starkes, die Terroristen unterstützendes Sympathisantenheer hätte unbeobachtet in der Bundesrepublik operieren können, als absurd kritisiert wurde.[59] *Spiegel*-Herausgeber Rudolf Augstein entlarvte das von Golo Mann und anderen verwendete Stichwort vom Weltbürgerkrieg als Legitimation für die Aushöhlung des Rechtsstaats durch die inflationäre Einführung von immer neuen Sicherheitsgesetzen, die den Terroristen neue Rekruten in die Arme trieben: »Der Rechtsstaat [...] steht zur Disposition der Terroristen. Denn wir leben ja im Weltbürgerkrieg [...] jede neue Drehung gegen den Rechtsstaat macht Sympathisanten zu Tätern.«[60] Solche Warnungen trugen dazu bei, die Überzeugungskraft von Kriegsdeutungen des RAF-Terrorismus abzubauen. Die Beschuldigungen gegen APO und Studentenbewegung, sie hätten der RAF den Weg in den Linksterrorismus bereitet, blieben nicht länger unwidersprochen und wurden im Hinblick auf ihre implizite Aufwertung der terroristischen Kriegserklärung kritisiert.

55 Vgl. hierzu Peter Schneider, Der Sand an Baaders Schuhen, S. 11–15; Karl-Heinz Weidenhammer, Selbstmord oder Mord? Das Todesermittlungsverfahren: Baader/Ensslin/Raspe, Kiel 1988, S. 296–307; Christiane Ensslin, Alle Kreter lügen ..., in: Klaus Hartung u. a. Der blinde Fleck. Die Linke, die RAF und der Staat, Frankfurt am Main 1987, S. 88 ff.

56 Christopher Hewitt, Terrorism and Public Opinion. A Five Country Comparison, in: Edward Moxon-Browne (Hg.), European Terrorism, Aldershot 1993, S. 82 f.

57 Vgl. *Neue Rhein Zeitung* vom 6. Januar 1978.

58 *Die Welt* vom 13. Oktober 1977.

59 *Der Spiegel* vom 3. Oktober 1977, 31. Jg., Nr. 41–46.

60 *Der Spiegel* vom 3. Oktober 1977, 31. Jg., Nr. 41, S. 29.

Scanned by CamScanner

Die Relativierung der Kriegsdeutung

Nach 1977 gelang es den terroristischen Gruppen in der Bundesrepublik nicht mehr, die öffentliche Diskussion mit Hilfe der kriegerischen Konfliktperspektive zu beeinflussen, wie es im Deutschen Herbst der Fall gewesen war. Zwar erhoben die folgende RAF-Generation, Reste der *Bewegung 2. Juni* und der RZ immer wieder den Anspruch, den »sprung« in eine »nächste etappe der guerilla« zu vollziehen.[61] So verbündeten sie sich Mitte der 1980er Jahre mit französischen und belgischen Gruppen zu einer »einheit der revolutionäre in westeuropa«, die Anschläge auf Industrielle ausübte.[62] Die meisten Medien- und Politikerkommentare beschworen aber keine dramatischen Bürgerkriegsszenarios herauf: So sprach der inzwischen amtierende Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) nur von einem »Aufflackern« des Terrorismus[63] und BKA-Chef Heinrich Boge warnte davor, von »Euroterrorismus« zu sprechen: »Dies wäre im Sinne der Terroristen.«[64]

Ab 1989 versuchten die inzwischen als »dritte Generation« bezeichneten RAF-Kommandos ihren Anschlägen durch Hinweise auf die Desintegration des Ostblocks und der DDR einen aktuellen Anstrich zu geben. So wurde etwa der Mord am Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, gegen Ende 1989 damit »begründet«, seine Bank sei »an der spitze der faschistischen kapitalstruktur« zum »einbruch in die länder osteuropas« angetreten.[65] Ähnliche Formulierungen fanden sich in Bekennerschreiben zu einem mißlungenen Bombenattentat auf den Staatssekretär des Bundesinnenministeriums Hans Neusel am 27. Juli 1990 und zur Ermordung des Chefs der Treuhandanstalt für die Privatisierung von Staatsbetrieben der DDR, Detlev Karsten Rohwedder, am 1. April 1991. In Verbindung mit der Entdeckung und Verhaftung von zehn RAF-Mitgliedern im Juni 1990 kurz vor dem Ende der DDR, die dort unter dem Schutz des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) seit Anfang der 1980er Jahre ein »zweites Leben« geführt hatten, wurden in der Presse Spekulationen über eine neue, mit ehemaligen MfS-Angehörigen koordinierte Offensive der RAF laut, die »dem vereinigten Deutschland den Kampf angesagt« habe.[66] Solche Vermutungen zur RAF-Stasi-Kooperation wurden jedoch von den staatlichen Strafverfolgungsinstanzen, d. h. dem Generalbundesanwalt und dem Bundesjustizminister, umgehend als Spekulationen disqualifiziert und so einer neuen Terrorismus-Kriegshysterie vorgebeugt.[67]

Sogar der an frühere Gefechte gemahnende Schusswechsel am 27. Juni 1993 im Bahnhof von Bad Kleinen in Mecklenburg, bei dem der RAF-Terrorist Wolfgang Grams und der GSG-9-Beamte Michael Newrzella starben und der die Aufrichtigkeit der RAF-Erklärung vom Vorjahr, den »bewaffneten Kampf« beenden zu wollen, in Frage zu stellen schien,[68] führte statt zu neuen Kriegsbeschwörungen zur massiven öffentlichen Infragestellung des *news management* der Bundesanwaltschaft und des Bundeskriminalamts. Sie mussten mehrmals ihre erste Darstellung der Ereignisse ändern: Die bei der Schießerei verhaftete zweite RAF-Verdächtige Birgit Hogefeld habe nicht, wie zuerst angegeben, das Feuer eröffnet, vielmehr überhaupt nicht geschossen. Dann wurde bekannt, dass Grams durch einen aufgesetzten Kopfschuss gestorben war, und die Fernsehsendung *Monitor* präsentierte eine Augenzeugin, die sagte, der RAF-Terrorist sei, verletzt und

---

61 Vgl. das 1982 bekannt gewordene Manifest »Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front«, in: Backes/Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 3, S. 140–147.

62 Siehe Peters, RAF. Terrorismus in Deutschland, S. 340–346.

63 *Der Spiegel* vom 4. Februar 1985, 39. Jg., Nr. 6, S. 18.

64 *Mannheimer Morgen* vom 19. September 1985.

65 Vgl. Abdruck des Bekennerschreibens, *Frankfurter Rundschau* vom 6. Dezember 1989.

66 *Stern* vom 20. September 1990, 43. Jg., Nr. 39, S. 18. Vgl. auch *die tageszeitung* vom 3. April 1991, die den Anschlag als Anbiederung der RAF bei »den Opfern der Wende« interpretierte, und *Die Zeit* vom 5. April 1991, die vom »Mord am Manager der Einheit« sprach.

67 Vgl. *Rheinische Post* vom 3. April 1991, 45. Jg., Nr. 15, S. 20; *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 4. April 1991; *Bayernkurier* vom 6. April 1991; *Der Spiegel* vom 8. April 1991, 45. Jg., Nr. 15, S. 20, und *Die Zeit* vom 3. Mai 1991, 46. Jg., Nr. 19.

68 Zum Text des »Friedensangebots« vgl. *Frankfurter Rundschau* vom 15. April 1992; zur Interpretation ihrer Wirkung innerhalb der Rest-RAF und in der Öffentlichkeit vgl. Musolff, Krieg gegen die Öffentlichkeit, S. 204–208.

wehrlos am Boden liegend, erschossen worden.[69] Als bei einer Sondersitzung von Innen- und Rechtsausschuss des Bundestages immer noch keine Klarheit über den Tathergang erzielt wurde, trat Bundesinnenminister Rudolf Seiters zurück; am 7. Juli wurde auch Generalbundesanwalt Alexander von Stahl entlassen. Bei den Ermittlungen der Todesursache Grams' durch die Staatsanwaltschaft Schwerin und den (als unabhängigen Prüfer hinzugezogenen) Wissenschaftlichen Dienst der Polizei Zürich bestätigten sich Vermutungen über einen beim Feuergefecht zunächst präsenten, dann unter mysteriösen Umständen verschwundenen »dritten Mann« in Bad Kleinen. Er entpuppte sich als Verbindungsmann des rheinland-pfälzischen Verfassungsschutzes, der Grams und Hogefeld begleitet hatte.[70] Zwar konstatierten die Ermittler in ihrer Endanalyse, dass Grams sich aller Wahrscheinlichkeit nach selbst den Kopfschuss beigebracht habe,[71] doch blieb der Eindruck einer blutigen Fahndungspanne und der versuchten Irreführung in der Öffentlichkeit erhalten. Eine INFAS-Meinungsumfrage vom Juli 1993 ergab, dass mehr als 70 Prozent der Befragten daran zweifelten, dass die Todesumstände von Grams je restlos aufgeklärt werden würden; 25 Prozent glaubten an eine vorsätzliche Tötung.[72] Ein Erfolg ließ sich in dem »letzten Gefecht« in Bad Kleinen für keine Seite verbuchen. Die RAF selbst zerfiel – nur ein kleiner Rest bildete sich um zur »Antiimperialistischen Zelle«, die Anschläge auf Parteibüros und Wohnungen von CDU-Abgeordneten verübte, welche nie die Dimension der RAF-Anschläge, geschweige denn deren Wirkung in der Öffentlichkeit erreichten.[73]

Schlussfolgerungen

In der Rückschau auf den Verlauf der Terrorismusdebatte in der Bundesrepublik zeigt sich die kommunikative Macht einer innerstaatlichen Kriegserklärung durch sozialrevolutionäre Aktivisten. Im Falle ihrer Übernahme durch Massenmedien und politische Wortführer hat sie das Potential, zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung zu werden. Bei dieser Übernahme geht es nicht etwa um eine offizielle oder quasioffizielle Anerkennung des Kombattanten-Anspruchs – diese wird in der Regel terroristischen Tätern, die über keinen ethnisch-nationalistischen Rückhalt in der Bevölkerung verfügen, vorenthalten (und wird auch nationalistischen Befreiungsbewegungen meist erst retrospektiv, nach einem international zumindest teilweise anerkannten Sieg gewährt). Vielmehr geht es um die Übernahme von spezifischen Voraussetzungen und praktischen Schlussfolgerungen, insbesondere um die Übernahme eines Konfliktmodells, in dem die gegnerischen Seiten jede Aussicht auf Dialog und friedliche Verständigung miteinander aufgegeben haben, weil sie auf der jeweils anderen Seite entweder grundsätzlich bösen Willen oder ideologische Wahnhaftigkeit vermuten, welche jede Verständigung ausschließen. Aus diesen Prämissen ergeben sich Folgeszenarien, die auf Maximen wie »Kapitulation um keinen Preis« oder »Verrat muss exemplarisch bestraft werden« basieren, scheinbar logisch zwingend, ebenso wie die pseudo-explanative Einordnung des Konflikts in historische oder globale Zusammenhänge (auf der einen Seite: Nachkämpfen des antifaschistischen Widerstands und/oder Beteiligung am weltweiten antiimperialistischen Befreiungskampf; auf der anderen Seite: Verteidigung des Rechtsstaates gegen die Speerspitze eines terroristischen Weltbürgerkriegs). Anhand dieser Deutungsmuster steigerte sich der Terrorismusdiskurs von 1972 bis 1977 zu einem Kriegsdiskurs, auf dessen Höhepunkt die in den Verfassungsorganen politisch vertretene und in den Medien präsente Öffentlichkeit der Bundesrepublik für kurze Zeit eine echte Bürgerkriegsnotlage als relevantes Handlungsmodell in Aussicht nahm. Mit ihren Maßnahmen der sicherheitstechnischen und gesetzlichen Aufrüstung wie Hochsicherheits-Haftbedingungen, Strafrechts- und Strafprozessordnungsänderungen, der (kurzfristigen) Umgehung normaler Gesetzgebungs- und

69 Vgl. *Frankfurter Rundschau* und *Die Welt* vom 2. Juli 1993.
70 *Der Spiegel* vom 26. Juli 1993, 47. Jg., Nr. 30, S. 28–33; *Frankfurter Rundschau* vom 31. Juli, 3. und 19. August 1993.
71 *Frankfurter Rundschau* vom 22. November 1993.
72 *Frankfurter Rundschau* vom 29. Juli 1993.
73 *Die Welt* vom 28. April und 29. April 1995, *Die Zeit* vom 29. April 1995, 50. Jg., Nr. 18, S. 5.

Scanned by CamScanner

parlamentarischer Debatte durch Krisenstäbe sowie der Vermutung eines massenhaften Unterstützerheeres und Vorschlägen zu rücksichtsloser Kriegführung gegen den terroristischen Gegner versetzte sich die Bundesrepublik zeitweilig in einen politisch-kommunikativen Kriegszustand, in dem Randgruppen als Terrorismus-Sympathisanten und damit als Feinde bekämpft werden konnten. Erst nach dem offenkundigen Scheitern der RAF-Offensive von 1977 und aufgrund zahlreicher, auch prominenter Proteste gegen die Kriegshysterie wurde die Verwendung militärischer Terminologie und Konzepte in Frage gestellt und in der Folge bei neuen Gewaltakten meistens vermieden. Es dauerte jedoch weitere 15 Jahre, bis diese »Antikriegsbotschaft« bei denjenigen angekommen war, die sich nach der Auflösung der APO »in die Enge begeben haben, in die Enge getrieben worden sind«, wie Böll es Anfang 1972 formuliert hatte, und die in dieser Isolation glaubten, sich zu Stadtguerilla-Einheiten formieren zu müssen. Für kommunikationshistorische Analysen wie für die politische Steuerung des Terrorismusdiskurses lässt sich aus diesem Befund ableiten, dass eine konsequente Ablehnung der Kriegsdeutung terroristischer Gewalt durch die Massenmedien und die mit politischer Verantwortung ausgestatteten Politiker eine notwendige Bedingung für die Möglichkeit der Deeskalation terroristischer Bedrohung darstellt.

VIII. Terrorismus und Medien

Scanned by CamScanner

Wolfgang Kraushaar

Mythos RAF

Im Spannungsfeld von terroristischer Herausforderung und populistischer Bedrohungsphantasie

Jeder Mythos lebt aus einem Grundwiderspruch heraus – die Phänomene, in denen er in Erscheinung tritt, sind weder einfach der Realität zuzuschlagen noch umgekehrt aus dieser auszuschließen. Seine Grundstruktur ist in jeder Hinsicht aporetisch. Ein Mythos leistet dem Ethnologen Claude Lévi-Strauss zufolge in einer Kultur das, was in der Wirklichkeit ausgeschlossen ist – die Versöhnung des Unversöhnlichen.[1] Ein Mythos ist jedoch keine reine Einbildung; er ist »weder eine positive Realität noch eine reine Fiktion«, er ist – wie es Jeanne Hersch einmal in einer paradox anmutenden Formulierung festgehalten hat – eine »wirksame Fiktion«.[2] Die Wirksamkeit des Mythischen ist abhängig von der Form seiner Wiedergabe, ihm ist eine bestimmte Erzählstruktur inhärent.

Der Mythos ist vor allem eine Narration. Er erzählt eine Geschichte, allerdings ohne einen individuell identifizierbaren Geschichtenerzähler und ohne eine genauer bestimmbare Zuhörerschaft. »Der Mythos ist [...] Erzählung, er ist Rede oder das Gesagte, aber Erzählung nicht im Sinne eines situationsgebundenen Berichtes, der von einer bestimmten Person an eine andere ergeht, sondern sein Inhalt ist stereotypisiert und verselbständigt, der Mythos ist ›Erzählung an sich‹.«[3] Der Mythos als Narration lässt sich in vierlei Hinsicht definieren: durch seine Rollen- ebenso wie seine Situationsungebundenheit, durch die Unabänderlichkeit seiner Erzählfiguren und durch seine Tendenz zur Überzeitlichkeit, ja zur Ewigkeit. »Der Mythos ist selber Logos, und was ihn tötet, ist nicht die steigende Rationalität, sondern das entstehende historische Bewußtsein.«[4] Historisierung und Entmythologisierung stehen demnach in einem engen Zusammenhang. Je mehr das historische Bewußtsein anwächst, umso stärker büßt der Mythos auch an Energie, an Lebenskraft ein. Ob er jedoch im Zuge der historischen Aufklärung auch völlig erlischt, scheint eher zweifelhaft. Die Langlebigkeit gehört nicht zuletzt deshalb zu seiner Natur, weil sich zu seiner Erneuerung immer wieder neue Quellen erschließen.

Politische Mythen[5] haben vor allem die Aufgabe, ein Kommunikationsdefizit zu kompensieren. An die Stelle, an der eine politische Aussage zu erwarten ist, die in Wirklichkeit jedoch leer bzw. verwaist bleibt, wird eine Form gesetzt, eine Form, die eine Botschaft enthält. Eine *message* ersetzt die Aussage. Das ist auch im Falle der RAF so. Das Unternehmen »bewaffneter Kampf« nimmt unter der Hand die

1 Vgl. Claude Lévi-Strauss, Strukturale Anthropologie, Frankfurt am Main 1967, S. 226–254; ders., Mythos und Bedeutung, Frankfurt am Main 1995.

2 Jeanne Hersch, Mythos und Politik, in: Kurt Hoffman (Hg.), Die Wirklichkeit des Mythos, München/Zürich 1965, S. 79–91, hier S. 86.

3 Arnold Gehlen, Urmensch und Spätkultur. Philosophische Ergebnisse und Aussagen, Bonn 1956, S. 250.

4 Ebenda.

5 Vgl. Andreas Dörner, Politischer Mythos und symbolische Politik. Der Hermannmythos: zur Entstehung des Nationalbewußtseins der Deutschen, Reinbek 1996.

Form eines unter spezifischen Bedingungen aufgeführten Theaterstücks an.[6] Es gibt ein Stück, einen Drehbuchschreiber, einen Regisseur, ein Ensemble, ein Publikum, eine Bühne, eine Dramaturgie und den üblichen Theaterdonner – es zischt, es qualmt und es knallt. Nur, im Unterschied zur Theaterbühne sind die Zerstörungen real, die Verletzungen echt, und die Toten bleiben tot. Das Theater ist in diesem Falle ein Teil der Wirklichkeit, und das Wirkliche wiederum spielt sich auf einer imaginären Theaterbühne ab.

Der Hamburger Lyriker und Schriftsteller Peter Rühmkorf, der für die Zeitschrift *konkret* gearbeitet und dabei die Kolumnistin und spätere RAF-Ikone Ulrike Meinhof aus nächster Nähe erlebt hat, begann bereits frühzeitig die unfreiwillige Theatralik der RAF mit ihren ebenso absurden wie tragikomischen Zügen zu durchschauen. Er ging davon aus, dass es im Konflikt mit der Baader-Meinhof-Gruppe bzw. -Bande – wie es damals zumeist hieß – verschiedene Ebenen unterhalb den in der Öffentlichkeit sichtbaren geben müsse.[7] Als 1971 die Fahndung nach ihren Mitgliedern einen ersten Höhepunkt erreichte, entwarf er in seinem Tagebuch die Dramaturgie eines »Mobilen Theaters«, für das er »B & M« jenseits aller Politparolen in Wirklichkeit hielt. Der Beginn »des spukhaften Spektakels« sei bereits die Warenhausbrandstiftung von Baader, Ensslin und anderen im April 1968 in Frankfurt gewesen. Während der eigentliche Adressat, der Konsument, die von den Flammen ausgehenden »Leuchtzeichen« überhaupt nicht verstanden habe, sei ungeteilter Beifall »aus den Renommierkellern des Underground« und »aus den Logen eines linksliberalen Bildungsbürgertums« gekommen. Sie hätten sich schließlich aufs »Symbolelesen« und »die höheren Weihen einer mystisch-symbolischen Partizipation« verstanden. Mit diesem Initiationsakt auf der Frankfurter Konsummeile Zeil sei der dramaturgische Rahmen für eine »Freilichtbühne« geschaffen worden, in dem sich dann »das modernste und radikalste Aktionstheater der Bundesrepublik« entwickelt habe.

Rühmkorf dekliniert die Faktoren durch, die die Wirksamkeit dieser vom Publikum mit massenhysterischen Zügen goutierten, an Schillers »Räuber« ebenso wie an den Hollywood-Streifen vom wild um sich ballernden Gangsterpärchen »Bonnie & Clyde« erinnernden Aufführungen der Reisetruppe garantiert hätten: »Zu ihren Faszinationsmomenten zählten a) ein Laienensemble mit frischen und dennoch einprägsamen Gesichtern; b) ein hohes und gleichwohl unverfrorenes Sendungsbewußtsein; c) eine rabiate, wenn auch weithin unverständliche Symbolsprache; d) rücksichtslose Bereitschaft, den politischen Spielboden zu skandalisieren; e) extreme Beweglichkeit, mobiler Spielraum; f) Rollendurchlässigkeit bis zum Persönlichkeitsumschlag: Schreibkräfte als Gewalttäter, Nonkonformisten in der Banden-Klammer, Bürgerkinder als Feinde des bürgerlichen Staates; g) Einbeziehung des Publikums bis zur persönlichen Inanspruchnahme. Dies und in Sonderheit die Vermischung von Bühne und Leben, Kunst und Politik, Überbauwesen und Untergrundtätigkeit, führte zeitweilig zu Formen des totalen Theaters, wie sie von der Bühnenavantgarde vergebens angestrebt wurde.«[8] Nichts an dem Spektakel habe in politischer Hinsicht mehr gestimmt, weder die Bundesrepublik als Ort noch die Zeit – die damals gerade begonnene Reformära der sozialliberalen Koalition. »B & M« seien so

6 Der Politikwissenschaftler Brian Jenkins hat nach dem Olympia-Anschlag 1972 als Erster terroristisches Handeln systematisch als eine Form der Theaterinszenierung untersucht. Von ihm stammt auch der inzwischen zum Kanon der Terrorismusforschung zählende Satz »Terrorismus ist Theater«. Vgl. ders., International Terrorism. A New Mode of Conflict, in: David Carlton / Carlo Schaerf (Hg.), International Terrorism and World Security, London 1975, S. 13–49. Im Anschluss an die Terroranschläge vom 11. September 2001 hat der Religionswissenschaftler Mark Juergensmeyer Terrorismus als eine spezifische »performance« in symbolischer wie in linguistischer Hinsicht untersucht. Vgl. das Kapitel »Theater des Terrors«, in: ders., Terror im Namen Gottes. Ein Blick hinter die Kulissen des gewalttätigen Fundamentalismus, Freiburg 2004, S. 167–200.

7 »Wer die zeitweilig bis zur Massenhysterie gesteigerte Anteilnahme eines bundesbreiten Publikums erklären möchte, muß sich wahrscheinlich zu einer Bühne unterhalb der sichtbaren hinabbequemen, einem Spielraum hinter dem öffentlich zutage tretenden, magischen Binnenspielraum, wo real die Träume hausen und der vorgestellte Speer wahrhaftig das Herz des ausgemalten Büffels oder Bullen trifft.« Peter Rühmkorf, Tabu II. Tagebücher 1971–1972, Reinbek 2004, S. 18.

8 Rühmkorf, Tabu II, S. 39 f.

Scanned by CamScanner

zum Modellfall eines spätbürgerlichen »Vexiertheaters« geworden.

Das Panoptikum, das Rühmkorf hier schildert, enthält bereits zahlreiche Grundelemente einer Mythenproduktion, wie sie für die Zeit der RAF insgesamt typisch war.[9] In dem wie eine Fata Morgana anmutenden Bürgerkrieg sind die Mythologeme wie die Figuren eines Albtraums versammelt, die den Anweisungen eines unbekannten Regisseurs gehorchen.

Von Anfang an hat es eine große Diskrepanz zwischen den hochtönenden Zielprojektionen und dem lange Zeit in bloßer Logistik steckengebliebenen Aktivismus der RAF, zwischen vermeintlich revolutionärer Politik und Guerillakampf auf der einen sowie binnenzentrierter Gruppendynamik und technizistischem Dilettantismus auf der anderen Seite gegeben.[10] Die von ihr verfolgten Ziele – ihre Antiimperialismus-, Antikapitalismus- und Klassenkampf-Rhetorik, ihre Lobpreisung der militärischen Intervention – klangen hohl und phrasenhaft. Diese Hohlheit, die Diskrepanz zwischen Wollen und Sollen, war so stark, dass das Kapitel »bewaffneter Kampf«, zunächst in West-Berlin und schon bald darauf in der gesamten Bundesrepublik, immer auch ein Absurdistan gewesen ist: Eine terroristische Sekte führt mit einer existentialistisch zugespitzten Rhetorik einen Kampf gegen zwei ausgesuchte Feindmächte – den bundesdeutschen Staat, genauer dessen Eliten in Politik, Wirtschaft und Finanzen, sowie den US-Imperialismus als den angeblichen Geburtshelfer des sich in Kontinuität zur NS-Vergangenheit bewegenden Machtapparates.

In diese Lücke konnten Imaginationen und Phantasmagorien vorstoßen, konnten sich Wahnideen und Projektionen, ganze Nebelschwaden an Phantasiegebilden ausbreiten. Diese Sphäre ist die entscheidende Voraussetzung für die Entstehung von Mythologien gewesen, die sich von Anfang an um die RAF gerankt haben. Oder wie Roland Barthes es einmal in Bezug auf die bürgerliche Gesellschaft formuliert hat: »Der Mythos ist eine entpolitisierte Aussage.«[11] Der Mythos beseitigt einerseits die Komplexität menschlichen Handelns und ersetzt sie andererseits durch »die Einfachheit von Essenzen«. Derartige Essenzen wurden mit einem Absolutheitsanspruch verfochten wie der totale Kampf, die existentielle Entscheidung, der Kampf auf Leben oder Tod.

Es hat allerdings nicht *den* Mythos RAF gegeben,[12] sondern eine Vielzahl einzelner, zum Teil nur schwer voneinander zu separierender Mythologeme bzw. Mythenräume, von unterschiedlicher Seite in Szene gesetzt.

Noch wichtiger als die Vielzahl derartiger Phänomene ist jedoch die Tatsache, dass es unterschiedliche Mythenproduzenten gegeben hat. Zwischen ihnen ist zunächst einmal zu unterscheiden, um eine solche Betrachtung nicht in ein vages Feld unkontrollierter Spekulationen abrutschen zu lassen.

---

9 Vgl. Matteo Galli / Heinz-Peter Preusser (Hg.), Mythos Terrorismus. Vom Deutschen Herbst zum 11. September, Heidelberg 2006.

10 Die Reduktion der RAF-Untergrundtätigkeit auf gewöhnliche kriminelle Handlungen wie Bankraub, Diebstahl, Passfälschung und anderes mehr war anfangs so unübersehbar, dass sie sich in einer ihrer Gründungsschriften explizit damit auseinander setzte, um sich der innerhalb der radikalen Linken und somit in Kreisen potentieller Unterstützer immer stärker werdenden Kritik zu erwehren. Zur Rechtfertigung hieß es, dass diese Formen der »Lösung der logistischen Probleme« und damit der Kontinuitätssicherung der eigenen Organisation dienten. Rote Armee Fraktion, Dem Volke dienen. Stadtguerilla und Klassenkampf, in: ID-Verlag (Hg.), Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, Berlin 1997, S. 142.

11 Roland Barthes, Mythen des Alltags, Frankfurt am Main 1964, S. 130 ff.

12 Die *Grünen*-Politikerinnen Antje Vollmer und Christa Nickels hatten bereits 1987 im Zusammenhang mit ihrer Initiative, einen Dialog zu ermöglichen, von der Aufgabe gesprochen, die RAF entmythologisieren zu müssen. »Wer immer sich damit intensiv befaßt hat, auch mit den Menschen, um die es damals ging, der weiß, daß für Heroisierung kein Anlaß ist und daß gerade dieser Mythos eine der Schwierigkeiten ist, die alle Problemlösungsversuche heute so kompliziert machen. Klaus Bölling hat gesagt, die RAF müsse ›entdämonisiert‹ werden. Und das ist richtig! Sie muß aber gleichzeitig entmythologisiert werden. Denn beides, die Dämonisierung und die Mythenbildung haben auf merkwürdige Art und Weise zusammengewirkt, um dieses Phänomen weiter aufrechtzuerhalten.« Die Grünen im Bundestag, Arbeitskreis Recht und Gesellschaft (Hg.), Ende der bleiernen Zeit? Versuch eines Dialogs zwischen Gesellschaft und RAF, Bonn 1989, S. 68.

In dieser Skizze der Mythenkonstruktionen soll zwischen den folgenden Mythenproduzenten und Mythenproduktionen unterschieden werden:

1. der RAF im Sinne einer heroischen Selbstdeutung;
2. dem Staat im Sinne einer entgrenzenden Dämonisierung der terroristischen Herausforderung;
3. den Massenmedien im Sinne einer populistischen Dramatisierung;
4. dem Massenpublikum im Sinne einer Selbstsuggestion und
5. der Szene, dem Milieu der sogenannten Unterstützer und Sympathisanten, im Sinne einer Delegierung von Wünschen und Zielsetzungen sowie Selbst- und Fremdstilisierungen.

Dem Kranz an Mythen, der die RAF umgibt, ist nicht aus einer partiellen Perspektive auf die Spur zu kommen, sondern nur aus dem Zusammenspiel unterschiedlicher Mythenproduktionen. Was unter einem Mythos RAF zu verstehen ist, hängt letztlich also ganz wesentlich von der Interaktion dieser je eigenen, ganz unterschiedlichen Produktionsformen ab.

Die Mythenproduktionen

1. Die Selbstheroisierung der RAF

Die RAF pflegte einen durchaus bewussten, zum Teil sogar berechnenden Umgang mit Mythen bzw. mythologischen Figuren und Elementen. Sie wollte zunächst einmal selbst einen schier übermächtigen Mythos zerstören – den von der Unangreifbarkeit des politischen Systems. 1971 hatte Ulrike Meinhof in ihrem Begründungstext »Das Konzept Stadtguerilla« geschrieben: »Stadtguerilla zielt darauf, den staatlichen Herrschaftsapparat an einzelnen Punkten zu destruieren, stellenweise außer Kraft zu setzen, den Mythos von der Allgegenwart des Systems und seiner Unverletzlichkeit zu zerstören.«[13] Damit sollte der Beweis angetreten werden, dass es trotz aller politischen und militärischen Aussichtslosigkeit gegenüber den realen Kräfteverhältnissen möglich sei, einen bewaffneten Kampf gegen den Staat, dessen Funktionseliten und das kapitalistische System überhaupt zu führen.

Mit dem Staat sollte der »Leviathan«, dieses alttestamentarische Ungeheuer, ein im Meer lebendes Schlangenmonster, das durch Thomas Hobbes' gleichnamiges Werk zum Inbegriff des modernen Staates und damit zur klassischen Figur der Staats- und Politikwissenschaft geworden war,[14] bezwungen werden. Es besaß durchaus eine innere Logik, dass Gudrun Ensslin bei der Suche nach einem System schlüssiger Decknamen für die RAF-Zentralfiguren auf eine literarische Analogie des »Leviathan«-Stoffes zurückgriff.

Es ging um Herman Melvilles 1851 erschienenen Roman »Moby Dick«, in dem der Name bekanntlich für einen weißen Wal steht, der sich als Meeresungeheuer und damit letztlich als unbezwingbar erweist.[15] Die Fabel wird von einem einfachen Matrosen namens Ismael erzählt, einem Namen, der in der Bibel den aus der Gemeinschaft mit Gott Ausgestoßenen und bei Melville ein völlig atomisiertes Individuum meint. Der einbeinige Ahab, Kapitän des Walfangschiffes *Pequod*, macht mit seiner Mannschaft Jagd auf den weißen Wal, weil dieser ihn bei einem gescheiterten Fangversuch zum Krüppel gemacht hat. Gegenspieler des von blindem Hass getriebenen Ahab ist Starbuck, der Erste Maat, ein ebenso erfahrener wie nüchtern denkender Seemann. Nachdem Ozeane durchquert, das Kap der Guten Hoffnung umsegelt und verschiedene andere Wale erlegt worden sind, wird schließlich der mythenumwobene weiße Wal östlich von Japan gesichtet. Doch die von Anbeginn an existentiell anmutende Jagd auf Moby

13 Rote Armee Fraktion, Das Konzept Stadtguerilla, in: ID-Verlag (Hg.), Rote Armee Fraktion, S. 42.

14 Thomas Hobbes, Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines bürgerlichen und kirchlichen Staates, hrsg. von Iring Fetscher, Neuwied/West-Berlin 1966.

15 Kurz nach der dreibändigen, freilich zensierten englischen Erstausgabe erschien eine vollständige amerikanische Fassung: Herman Melville, The Whale, London 1851; ders., Moby-Dick or The Whale, New York 1851. Die erste von inzwischen neun deutschen Übersetzungen war eine um zwei Drittel gekürzte und zum Teil umgeschriebene Fassung: Moby Dick oder Der weiße Wal, Berlin 1927. Die letzte ungekürzte, von Matthias Jendis übersetzte Ausgabe erschien 2001.

Scanned by CamScanner

Dick wird Ahab schließlich zum Verhängnis. Am Ende des insgesamt drei Tage andauernden Finales erweist sich Moby Dick als der Stärkere. Ahab ertrinkt, der Wal versenkt mit seiner unbändigen Kraft die *Pequod*, und die gesamte Mannschaft verliert dabei, mit Ausnahme von Ismael, der damit als Einziger ein Zeugnis von der Katastrophe abgeben kann, ihr Leben.

Die mit der Besatzungsliste des Walfangschiffes zur Verfügung stehenden Namen wurden von Ensslin mit dem Anschein einer gewissen Selbstevidenz ausgewählt.[16] »Ahab«, der Name des Kapitäns, konnte nur für Baader reserviert sein. Holger Meins war »Starbuck«, der wichtige Erste Steuermann, der allein es hätte wagen können, sich gegen das gefährliche Treiben, den vom Kapitän vom Zaun gebrochenen Privatkrieg, zu stellen. Jan-Carl Raspe war der »Zimmermann«, der die Särge für die bei der Jagd nach dem Ungeheuer zu verzeichnenden Opfer zusammenbaute, Horst Mahler war »Bildad«, ein bereits im Ruhestand befindlicher Waljäger. Und Gerhard Müller erhielt den Namen des Harpuniers »Queeqeg«, eines über und über tätowierten Südseeinsulaners, der zwar Schrecken erregend aussah, jedoch der Inbegriff des »edlen Wilden« war. »Smutje«, den Namen des Koches, hatte die Namensverteilerin schließlich für sich selbst reserviert. Er sei es, bemerkte sie in einem Brief, der »die Töpfe spiegelblank« halten und »gegen die Haie« predigen müsse.

Die Einzige, die keinen Namen aus der Besatzung der *Pequod* abbekam und damit aus dem von Ensslin definierten Rollenspiel herausfiel, war bezeichnenderweise Ulrike Meinhof. Sie erhielt den hintersinnigen Decknamen »Therese«, benannt nach einer spanischen Ordensschwester aus dem 16. Jahrhundert, die schon bald nach ihrem Tod heilig gesprochen wurde. Therese von Avila bzw. Jesu (1515–1582) wollte den Karmeliterorden in seiner ursprünglichen Reinheit wiederherstellen und sah sich deshalb Verfolgungen ausgesetzt. Die aus Altkastilien stammende heilige Therese wurde insbesondere von den katholischen Mystikern hoch verehrt. Sie gaben ihr wundersam anmutende Beinamen wie: »Arche der Weisheit«, »himmlische Amazone«, »Balsamgarten«, »Orgel und Kabinettssekretär des Heiligen Geistes«.[17] Die Binnendramaturgie des »Moby Dick« schien nach dieser Rollenverteilung bereits auf der Hand zu liegen. Und das schreckliche Ende ebenfalls. Die Jagd nach dem monströsen weißen Wal konnte auch für die selbsternannten Krieger gegen den bundesdeutschen Staat nur in eine Katastrophe münden.[18] Ob Gudrun Ensslin allerdings in ihrer Adaption eines der am stärksten von Mythen durchwobenen Stoffe aus der Weltliteratur so weit gegangen ist, auch diese finale Implikation mitzudenken, dafür haben sich bislang keine Belege finden lassen.

Den Kampf gegen den ihr als Ungeheuer erscheinenden Staat führte die RAF im Namen einer selbst-

---

16 Vgl. das Kapitel »Die Jagd auf den Leviathan«, in: Stefan Aust, Der Baader Meinhof Komplex, erweiterte und aktualisierte Ausgabe, München 1998, S. 286–289.

17 Im »Pfaffenspiegel« heißt es über die kaum zu bändigende Religiosität der heiligen Therese: »Schon als Kind wurde sie von der Schwärmerei ergriffen und wollte nach Afrika gehen, um dort den Märtyrertod zu finden. Endlich, als sie siebzehn Jahre alt war, hielten es die Eltern nicht mehr aus und brachten sie in das Karmeliterkloster zu Avila. Sie hatte nun bald Erscheinungen aller Art, und als ihr gar einst eine Hostie aus der Hand des Bischofs von selbst in den Mund flog, da war die Heilige fertig. Sie ward endlich Äbtissin eines eigenen Klosters zu Pastrana, und nun konnte sie ihrer Heiligkeit freien Lauf lassen.« Otto von Corvin, Pfaffenspiegel, Erstausgabe 1845, 43. revid. Ausgabe, Schwerte/Ruhr 1996, S. 73.

18 Es ist naheliegend, warum diese Auswahl von Decknamen für die Kerngruppe der RAF zu weitreichenden Deutungen eingeladen hat. Insbesondere die Tatsache, dass mit dem Staatsrechtler Carl Schmitt der Vordenker des Dezisionismus während der NS-Zeit mit seinem Buch »Der Leviathan in der Staatslehre des Thomas Hobbes« (Hamburg 1938) eine Monografie vorgelegt hatte, in der dessen Autor behauptete, dass sich die politische Philosophie »zum Fang des großen Wals« – also des Staates – verbündet und ihn schließlich »erlegt und ausgeweidet« habe, eröffnete die Möglichkeit, den von Ensslin gestifteten Assoziationszusammenhang nun auch mit Hilfe der in Schmitts Theorie zentralen Begriffe Ausnahmezustand, Entscheidung sowie der Freund-Feind-Unterscheidung zu interpretieren. Vgl. Niels Werber, Hobbes, Melville, Schmitt und die RAF. Zur Geschichte eines politischen Symbols, *Frankfurter Rundschau* vom 22. September 2001. In seinem Nachwort der 1982 neuaufgelegten Schmitt-Monografie merkte Günter Maschke lapidar an, es gebe eine Verwandtschaft zwischen Hobbes und Schmitt – während der eine die Theorie des neuzeitlichen Staates begründet habe, habe der andere diesem den Totenschein ausgestellt. Günter Maschke, Zum »Leviathan« von Carl Schmitt, in: ders., Der Leviathan in der Staatslehre des Thomas Hobbes, Köln 1982, S. 180 f.

ernannten »revolutionären Avantgarde«, die für sich beanspruchte, durch beispielhafte Aktionen die Führungsrolle im Klassenkampf übernehmen zu wollen[19] und sich dabei bekanntlich auf eine Armee berief. Während die nach der sogenannten Baader-Befreiung im Mai 1970 verbreitete Gründungserklärung mit der ebenso sarkastischen wie bombastischen Losung »Die Rote Armee aufbauen« überschrieben war,[20] hieß es bald danach – sich auf ein imaginäres Ganzes berufend – *Rote Armee Fraktion*. Eine größere Provokation ließ sich in einer antikommunistisch geprägten Insel des Kalten Krieges wie West-Berlin kaum vorstellen. Die angstbesetzte Eroberungsvision, dass »der Russe«, vulgo »der Iwan«, nicht zu stoppen sei, deutsches Territorium besetzen und das deutsche Volk unterjochen werde, wurde in gewisser Weise zitiert, in ihr Gegenteil verkehrt und als angebliches Projekt revolutionärer Befreiung umdefiniert.

Die Rote Armee hatte einerseits zwar die letzten noch lebenden Häftlinge von Auschwitz befreit, war andererseits aber identisch mit dem Militär eines totalitären Staates, dem Sowjetkommunismus unter einem Despoten wie Josef Stalin. Indem man sich also auf jene Armee bezog, die den Nationalsozialismus besiegt und zugleich ein Vasallenregime im östlichen Teil Deutschlands errichtet hatte, kündigte man zweierlei an: zum einen, einen Militärapparat aufbauen zu wollen, der sich zumindest symbolisch an der Sowjetarmee orientierte, und zum anderen, einen marxistisch-leninistisch begründeten Herrschaftsapparat etablieren zu wollen, der von keinerlei totalitären Skrupeln gekennzeichnet sein würde.

Wie eng sich die RAF in ihren blockpolitischen Überlegungen dabei an die DDR anzulehnen bereit war, wurde in einem Brief deutlich, mit dem sie sich im Oktober 1971 an die Partei der Arbeit des nordkoreanischen Diktators Kim Il Sung wandte und um militärische Unterstützung bat. Darin findet sich die einzige ausführlichere Erläuterung ihrer Selbstbezeichnung: »Die sozialistischen Errungenschaften der DDR verteidigen und den westdeutschen Imperialismus angreifen, die Grenzen der DDR sichern und dem Imperialismus in seinem eigenen Herrschaftsbereich in den Rücken fallen, den Prozeß, in dem die antikommunistischen Vorurteile gegen die DDR in der westdeutschen Bevölkerung beseitigt werden, unterstützen und den Prozeß der sich entwickelnden Kampfbereitschaft gegen die Kapitalisten hier vorantreiben – das sind unsere Aufgaben, sicherlich sehr komplizierte Aufgaben. Erst eine kämpfende kommunistische Partei wird sie gleichzeitig in Angriff nehmen können. Diese Partei gibt es noch nicht. Weil wir meinen, daß sie sich nur im praktischen Kampf entwickeln kann, daß nur diejenigen sie werden gründen können, die am praktischen Kampf selbst teilnehmen, deshalb nennen wir – das sind die, die die Zeit für reif halten, bewaffnete Stadtguerillaeinheiten aufzubauen – uns Rote Armee Fraktion, ›Fraktion‹ nicht als Spaltergruppe einer zuvor einheitlichen Bewegung, sondern als Gruppe, die aufgrund der herrschenden Repression gezwungen ist, illegal zu arbeiten – nicht selbst Partei, wohl aber organisatorisch, praktisch, konzeptionell notwendiger Bestandteil einer kommunistischen Partei, die diesen Namen verdient.«[21] Die RAF definiert sich hier als der vorweggenommene militärische Flügel einer noch gar nicht existierenden kommunistischen Partei. Sich dabei auf die DDR zu berufen, deren Staatspartei SED 1968 dafür gesorgt hatte, dass es mit der DKP eine indirekte Nachfolgerin der 1956 verbotenen KPD gab, grenzte schon an Chuzpe. Als Verfasserin des zum Teil verschlüsselten Bittbriefes glaubte das Bundeskriminalamt – nach Form und Inhalt – in erster Linie Ulrike Meinhof ausmachen zu können.[22]

19 »Proletarische Führung kann aber nur in der Avantgarde-Funktion realisiert werden. Die Avantgarde hemmt nicht die Initiative der Massen, sondern entwickelt sie. Die Führung besteht in der beispielhaften Aktion, die durch ihre Verallgemeinerung die Avantgarde ständig aufhebt [...] Avantgarde ist danach nicht die Gruppe, die sich so nennt oder sich selbst so interpretiert, sondern diejenige, an deren Verhalten und Aktionen sich die revolutionären Massen orientieren. Die Führung im revolutionären Prozeß durch eine Avantgarde ist ein wesentliches revolutionäres Moment.« Rote Armee Fraktion, Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa, in: ID-Verlag (Hg.), Rote Armee Fraktion, S. 69.

20 Die Rote Armee aufbauen!, *Agit 883* vom 5. Juni 1970, 2. Jg., Nr. 62, S. 6.

21 Aus der Protest-Chronik: 10. Dezember 1971, in: *Mittelweg* 36, 15. Jg., Juni/Juli 2006, Heft 3, S. 92 f.

22 Ebenda.

Scanned by CamScanner

Für die Gründergeneration der RAF ist die besonders hervorgehobene Rolle der ehemaligen Journalistin unbestreitbar. Sie war die stärkste Stimme der Untergrundorganisation und sie stellte in moralischer Hinsicht so etwas wie das symbolische Kapital der RAF dar. Ohne ihre zumindest propagandistisch führende Rolle wäre der RAF seitens vieler Linker wohl kaum ein derartiger Glaubwürdigkeitsvorschuss eingeräumt worden. Weder Mahler noch Ensslin, geschweige denn Baader, hätten unter potentiellen Anhängern eine solche Resonanz erzielen können. Ulrike Meinhof war innerhalb des Quartetts der führenden Gründerfiguren die Einzige, die für eine zwingend erscheinende Verbindung zwischen Gewaltpolitik und Moralität stand. Das Pathos, das sie ein Jahrzehnt lang in ihren *konkret*-Kolumnen verbreitet hatte,[23] stellte in den ersten Jahren so etwas wie das Reservoir dar, aus dem die Gruppe bei den Versuchen, ihren Gewaltaktionen einen Anschein von Legitimität zu verleihen, schöpfen konnte.

Unter dieser Voraussetzung konnte es nicht überraschen, dass sich seitens der RAF niemand besser als Projektionsfigur für Außenstehende geeignet hat als Ulrike Meinhof. Diese Rolle ist in einem Streit, der sich einige Jahre später im Kultur- bzw. Literaturbetrieb abgespielt hat, besonders ungeschminkt zum Vorschein gekommen. Als der Dramatiker Heiner Müller sein Stück »Die Hamletmaschine« dem Frankfurter Suhrkamp Verlag 1977 zur Veröffentlichung anbot, zugleich aber darauf bestand, dass als Voraussetzung eine Abbildung von Ulrike Meinhofs nach ihrem Selbstmord in Stammheim aufgefundenen Leichnam zu dessen Illustration gezeigt werden müsse, stieß er bei Verlagschef Siegfried Unseld auf strikte Ablehnung. Das nur wenige Seiten umfassende Manuskript, in dem der »Terrorismus als extreme Form des Humanismus« und der »Molotowcocktail als letztes bürgerliches Bildungserlebnis«[24] figurieren, konnte erst ein Jahr später in einem kleinen Kölner Verlag erscheinen.[25] In seiner Rede zur Büchnerpreisverleihung hat Müller dann 1985 seine ebenso düstere wie distanzlose Verehrung für die von ihm offenbar wortwörtlich gemeinte Marienfigur Ulrike Meinhof[26] noch einmal überschwänglich zum Ausdruck gebracht.[27]

Mit keinem anderen RAF-Mitglied ist aber auch in einem solch exzeptionellen Maße eine Besetzung des Auschwitz-Traumas verbunden. Das gesamte Denken und Handeln Ulrike Meinhofs ist ohne Auschwitz, ohne die Judenvernichtung der Nationalsozialisten, kaum vorstellbar. Darin lag, dessen glaubte man jedenfalls lange Zeit sicher sein zu können, die Wurzel ihrer Radikalität. Politik schien sich letztlich an ihrem Verhältnis zum Holocaust zu bemessen. Ihr in der Strafanstalt Köln-Ossendorf formulierter Satz, dass die »Auschwitzphantasien [...] realistisch« seien, ist der vermutlich am häufigsten zitierte. »Der politische Begriff für den toten Trakt, Köln, sage ich ganz klar – ist: das Gas.«[28] Einerseits scheint diese Angstvision aus einer eminenten Not heraus, der Erfahrung des »toten Traktes«, geboren worden zu sein, andererseits jedoch als Parallelkonstruktion, in dem sie sich mit den Opfern der KZ- und Vernichtungslager gleichsetzt, unentschuldbar.

---

23 Vgl. die Auswahl ihrer Kolumnen: Ulrike Meinhof, Dokumente einer Rebellion. 10 Jahre konkret-Kolumnen, hrsg. von Klaus Rainer Röhl und Hajo Leib, Hamburg 1972; außerdem: Peter Brückner, Ulrike Marie Meinhof und die deutschen Verhältnisse, Berlin 2001.

24 Matteo Galli, »Mit dem Einkaufswagen durch den Geschichts-Supermarkt«? Zu einigen Bestandteilen des sogenannten Mythos RAF in den Künsten: Entstehung, Entwicklung und Neukontextualisierung, in: ders. / Heinz-Peter Preusser (Hg.), Mythos Terrorismus, S. 108.

25 Heiner Müller, Die Hamletmaschine. Heiner Müllers Endspiel, hrsg. von Theo Girshausen, Köln 1978.

26 Eine linke Zeitschrift erschien ein Jahrzehnt darauf sogar mit einem Coverbild, das unter dem Titel »Mythos RAF« alle Utensilien einer derartigen Marienfigur in sich vereinigte – Ulrike Marie Meinhof mit zum Beten gefalteten Händen, darin einen Rosenkranz haltend und ihr tief eingehülltes Gesicht obendrein noch von einem Heiligenschein umgeben: *Die Beute – Politik und Verbrechen*, 3. Jg., 1996, Nr. 9.

27 »Tochter Preußens und spätgeborene Braut eines anderen Findlings der deutschen Literatur, der sich am Wannsee begraben hat, Protagonistin im letzten Drama der bürgerlichen Welt, der bewaffneten WIEDERKEHR DES JUNGEN GENOSSEN AUS DER KALKGRUBE, [...] eine Schwester mit dem blutigen Halsband der Marie.« Heiner Müller, Die Wunde Woyzeck, in: ders., Shakespeare-Factory 2, West-Berlin 1989, S. 262.

28 Zit. n. Aust, Der Baader Meinhof Komplex, S. 292.

In ihren Viktimitätsphantasien wird das Auschwitz-Phantasma bis in seinen Kernbereich, den der Vernichtung von Häftlingen durch Gas in den Krematorien, hineinprojiziert. Diese Anknüpfung signalisiert zweierlei: Zum einen, dass in ihren Augen die Haftbedingungen in der Bundesrepublik mit denen der NS-Vernichtungspraxis nicht nur zu vergleichen, sondern letztlich identisch sein müssten, zum anderen, dass es sich bei den Gefangenen der RAF um Häftlinge handle, die mit denen eines nationalsozialistischen Vernichtungslagers auf ein und dieselbe Stufe gestellt werden könnten. In dieser Viktomologie phantasiert sie sich selbst in das eliminatorische Zentrum der Judenvernichtung hinein. Dieser hysterischen Opfer-Identifikation sind in den 1970er Jahren nicht wenige inner- und außerhalb der RAF gefolgt.

Eine Fortsetzung dieser Negativ-Phantasmagorie findet sich in den Bildern, die im Winter 1974/75 nach dem Tod des RAF-Häftlings Holger Meins von Demonstranten in der Öffentlichkeit verbreitet worden sind. Der Leichnam des zum Skelett abgemagerten Meins erinnerte einerseits an die in den Konzentrationslagern umgekommenen NS-Häftlinge, andererseits aber auch an die Selbstaufopferung eines Jesus Christus. Für die zweite Generation der RAF gewann dieses im *Stern* veröffentlichte Foto des im Hungerstreik zu Tode Gekommenen, das bei Demonstrationen auf überdimensionalen Transparenten wie eine Monstranz herumgetragen wurde, als sollten damit die Wund- und Todesmale eines gemarterten Guerilleros in aller Öffentlichkeit unter Beweis gestellt werden, so etwas wie eine Initialfunktion. Birgit Hogefeld, RAF-Angehörige der dritten Generation, führte später dazu aus, dieser Eindruck sei für sie »eine der zentralen Weichenstellungen« gewesen, »weil dieser ausgemergelte Mensch so viel Ähnlichkeit mit KZ-Häftlingen, mit den Toten von Auschwitz« gehabt habe.[29]

Mit beiden Imagines ist damals symbolisch Politik betrieben worden – auf der einen Seite, um die Haftbedingungen und damit zugleich das gesamte bundesdeutsche System zu skandalisieren und auf der anderen Seite, um die Mitglieder der RAF in einer – wie die exzessive Verwendung des Che-Guevara-Porträts indiziert – immer noch wirksamen christlichen Überlieferung zu heroisieren.

Während der ersten und im Übergang zur zweiten Generation der RAF wurden drei zentrale Mythen verbreitet:

Erstens: Der Mythos vom bewaffneten Kampf (1970–1972)[30]

In den Anfangsjahren ging es um kaum etwas anderes als um Logistik: Waffen wurden besorgt, Autos geknackt, Ausweispapiere gefälscht, konspirative Wohnungen erkundet und Banken überfallen. Vom vielbeschworenen »bewaffneten Kampf« fand sich kaum eine Spur. In der 1972 verbreiteten Schrift »Dem Volke dienen« wurde daher ein erheblicher Begründungsaufwand betrieben, um Banküberfälle als revolutionäre Aktionen zu rechtfertigen. Sie seien – hieß es, um allen Kritikern und Zweiflern den Mund zu stopfen – logistisch, politisch, taktisch und strategisch richtig.[31] Erst im Zuge der sogenannten »Mai-Offensive« im Frühjahr 1972 wurden mit Bombenanschlägen auf US-Kasernen in Frankfurt und Heidelberg, das Springer-Hochhaus in Hamburg und einen Richter des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe offen terroristische, in Umrissen politische Ziele verfolgt. Über zwei Jahre hatte es gedauert, bis es so weit war.

Das, was heroisierend als »bewaffneter Kampf« beschworen und mit »Andreas«, dem vermeintlichen »Kämpfer«, als beispielgebend stilisiert wurde, war also kaum etwas anderes als eine lang anhaltende Vorbereitungsphase, bestenfalls die Praxis anarchistischer Bombenleger. Nur selten kamen die von der RAF ausgewählten Aktionsziele über den Rückbezug zur eigenen Gruppe hinaus. Die 1978 von einem linken Kritiker erstmals verwendete Formel von der

29 Birgit Hogefeld, Zur Geschichte der RAF, in: Hans-Jürgen Wirth (Hg.), Hitlers Enkel – oder Kinder der Demokratie? Die 68er-Generation, die RAF und die Fischer-Debatte, Gießen 2001, S. 106.

30 Vgl. Wolfgang Kraushaar, Der Mythos vom bewaffneten Kampf. Zur Selbstheroisierung der RAF, in: Matteo Galli / Heinz-Peter Preusser (Hg.), Deutsche Gründungsmythen. Von der Hermannschlacht bis zum Wunder von Bern, Heidelberg 2007 (im Erscheinen).

31 Rote Armee Fraktion, Dem Volke dienen, S. 141.

Scanned by CamScanner

»Befreit-die-Kader-Guerilla«[32] bringt dieses konstitutive Missverhältnis auf den Punkt. Es ging nach der Verhaftung der RAF-Gründergruppe fast nur noch darum, eigene Inhaftierte freizupressen. Alles andere – wofür, wogegen, warum – trat weit in den Hintergrund; erst in den 1980er Jahren änderte sich das wieder mit den Mordanschlägen auf Militärs, Manager, Industrielle und Bankiers. Die RAF drehte sich lange Zeit nur um sich selbst. Von der Figur des »interessierten Dritten«,[33] die in den Terrorismus-Theorien einen so prominenten Platz einnimmt,[34] kaum eine Spur. Diejenigen, die als Unterdrückte, Leidende, Geknechtete ausgemacht und pseudoanalytisch klassifiziert worden waren, hatten offensichtlich kein Interesse daran, der selbsternannten Avantgarde zu folgen.[35]

Zweitens: Der Mythos von der Isolationsfolter (1973–1998)[36]

Auf einen Nenner gebracht lautete der von RAF-Häftlingen, vielen ihrer Angehörigen und Anwälte sowie der mit ihnen Sympathisierenden erhobene Vorwurf: Die bundesdeutsche Justiz übe keinen Strafvollzug aus, sondern unterwerfe die Inhaftierten stattdessen auf eine besonders raffinierte Art der Folter. Zwar ging niemand so weit, zu behaupten, dass die RAF-Gefangenen in ihren Zellen systematisch körperlich misshandelt würden, jedoch war die Auffassung, dass die zeitweilige Einzelhaft etwa von Ulrike Meinhof und Astrid Proll in Köln-Ossendorf mit der Ausschaltung elementarer Sinneswahrnehmungen verbunden gewesen sei und deshalb als »sensorische Deprivation« betrachtet werden müsse, zeitweilig weit verbreitet.[37]

Auch wenn es im Nachhinein keinen Grund gibt, die seinerzeitigen Haftbedingungen schönzureden, so ist der pauschale Vorwurf einer »Isolationsfolter« ganz gewiss das Produkt hysterischer Übertreibung. Insbesondere die für Baader, Ensslin, Meinhof und Raspe existierenden Haftbedingungen im siebten Stock in Stammheim widersprachen diesem Bild in jeder nur denkbaren Hinsicht. Ein im Jahr 2003 veröffentlichter Erinnerungsband eines der zuständigen Justizvollzugsbeamten, der detailliert zu schildern wusste, mit welchen Besonderheiten – wie Fernseher, Plattenspieler, Privatbibliotheken u. a. m. – die entsprechenden Zellen ausgestattet waren,[38] ist in der Öffentlichkeit als Hohn auf diejenigen wahrgenommen worden, die seinerzeit bereit gewesen sind, den drastischen Beschreibungen der RAF-Gefangenen nicht nur Glauben zu schenken, sondern sie auch ungeprüft weiterzuverbreiten.

Der Mythos von der Isolationsfolter war aber mehr als Hysterie und Übertreibung, er war ein RAF-Propagandainstrument zum »Aufbau einer legalen Sympathisantengruppe«.[39] Die sogenannten Folterkomitees dienten aber darüber hinaus vermutlich auch unmittelbar der Rekrutierung neuer Mitglieder. Der RAF-Mitbegründer Horst Mahler hatte diese Überzeugung bereits 1978 geäußert und sich deshalb

32 Jochen Reiche, Zur Kritik der RAF, in: *Jahrbuch Politik* 8, West-Berlin 1978, S. 16–23, hier S. 22.

33 Rolf Schroers, Der Partisan. Ein Beitrag zur politischen Anthropologie, Köln/West-Berlin 1961, S. 247–298.

34 Nach der von Münkler modifizierten Fassung freilich häufiger auch als der »zu interessierende Dritte« bezeichnet: Herfried Münkler, Die neuen Kriege, Reinbek 2002, S. 180 f. Damit wird die legitimitätsstiftende Figur des Adressaten, an den sich terroristische Akteure richten und für deren Interessen sie zu kämpfen vorgeben, immer ungreifbarer und tendiert schließlich dazu, sich vollends im Nebel hochtrabender Verlautbarungen zu verlieren.

35 Der Politikwissenschaftler Iring Fetscher hat in seiner 1977 unter dem Eindruck der Ermordung des Generalbundesanwalts Siegfried Buback und des Bankiers Jürgen Ponto sowie der Entführung Hanns-Martin Schleyers verfassten Terrorismuskritik den Glauben, die Bevölkerung könne durch terroristische Aktivitäten für eine gewaltsame Revolution gewonnen werden, als den ersten schweren Denkfehler der RAF ausgemacht. Vgl. das Kapitel »Denkfehler des Terrorismus in der Bundesrepublik«, in: ders., Terrorismus und Reaktion, Köln / Frankfurt am Main 1977, S. 32–68, hier S. 33–35.

36 Vgl. Gerd Koenen, Camera Silens. Das Phantasma der »Vernichtungshaft«, in dem die »Isolations-« bzw. »Vernichtungshaft« als Zentralmythos der RAF untersucht wird, in diesem Band, S. 994–1010.

37 Eine maßgebliche Rolle hat in diesem Zusammenhang ein Zeitschriftenartikel gespielt: Sjef Teuns, Isolation / Sensorische Deprivation: die programmierte Folter, in: *Kursbuch* 32, 9. Jg., August 1979, S. 118–126.

38 Kurt Oesterle, Stammheim. Die Geschichte des Vollzugsbeamten Horst Bubeck, Tübingen 2003, S. 86–88.

39 So jedenfalls der RAF-Aussteiger Gerhard Müller bei seiner Vernehmung durch BKA-Beamte der Abteilung Terrorismus am 28. April 1976: »Mitte des Jahres 1973 wurden nach einem Plan BAADERs in verschiedenen deutschen Städten sogenann-

gegen Vereinnahmungen durch derartige Kampagnen gewehrt. An den in der Justizvollzugsanstalt Werl einsitzenden Peter Paul Zahl schrieb er: »Das Geschrei über die Haftbedingungen war und ist der Stoff, mit dem Mitleidskampagnen gefüttert werden, die nichts anderes sind als Rekrutierungsunternehmen für die RAF und ihre Ableger. Daran will ich mich in keiner Weise beteiligen. Ob Du an den gegebenen Haftbedingungen kaputt gehst oder nicht, hängt nicht von diesen Bedingungen ab, sondern allein von dir.«[40] Man habe mit der »Folterkampagne« eine »schwere Schuld« auf sich geladen, die Menschen draußen, die ihnen geglaubt und vertraut hätten, seien »belogen« worden.[41]

Es war offenkundig, dass für Andreas Baader der bewaffnete Kampf nach seiner Festnahme im Juni 1972 und der anschließenden Inhaftierung keineswegs zu Ende war. Als der mit ihm befreundete Rechtsanwalt und Schriftsteller Peter O. Chotjewitz ihm 1974 in der Justizvollzugsanstalt Schwalmstadt einen Besuch abstattete und ihn fragte, ob diese Situation bereits gleichbedeutend mit der Niederlage sei, antwortete ihm der offenbar bereits über die Fragestellung empörte Baader: »Der Kampf hat erst begonnen.«[42] Diese Antwort scheint jedoch alles andere als rhetorischer Natur gewesen zu sein. Was für andere Gruppen nach ihrer Verhaftung Geltung gehabt hätte, galt nicht für die RAF. Sie versuchte ihren »Kampf« ungebrochen fortzuführen. Die Bedingungen hatten sich zwar geändert, jedoch waren das keine ausreichenden Gründe, an eine Kapitulation zu denken. Die auf hysterische Weise skandalisierten Haftbedingungen wurden nun zum Resonanzboden, um noch stärker als zuvor für die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes zu trommeln. Die Behauptung von der »Isolations- und Vernichtungshaft« wurde zum propagandistischen Hauptinstrument, um ein längst gescheitertes und in seinen politischen Umrissen nur verschwommen erkennbares Gewaltunternehmen verlängern zu können.

Drittens: Der Mythos von den Gefangenen-Morden in Stammheim (1977 ff.)

Kein anderes Ereignis in der Geschichte der RAF hat unter ihren Anhängern für so viel Empörung gesorgt wie die am Morgen des 18. Oktober 1977 verbreitete Nachricht von den in ihren Stammheimer Zellen aufgefundenen Leichen Andreas Baaders, Gudrun Ensslins und Jan-Carl Raspes.[43] Die gleichzeitig verbreitete Meldung, dass mit Irmgard Möller eine weitere RAF-Angehörige nur leicht verletzt in ein Krankenhaus eingeliefert worden sei, hat demgegenüber innerhalb der linken Szene in der Bewertung entweder keine oder nur eine verschwindend geringe Rolle gespielt. Dabei hätte gerade dieses Faktum ein entscheidender Grund sein müssen, alle Spekulationen über eine von Geheimdienstagenten verübte Mordaktion in Zweifel zu ziehen.

Doch gerade die überlebende Irmgard Möller war es, die zu einer Art Kronzeugin der Mordlegende wurde. Was sie am 16. Januar 1978 vor dem Untersuchungsausschuss des baden-württembergischen Landtages erklärte, dass sich keiner der Häftlinge mit dem Gedanken getragen hätte, Selbstmord zu bege-

---

te Folterkomitees aufgebaut. Dies geschah in Form von Aufrufen, die von den Anwälten ausgingen [...] Inzwischen ist mir klar geworden, daß BAADER damit den Aufbau einer legalen RAF-Sympathisantengruppe bezweckte, und zwar von Anfang an.« Archiv des Hamburger Instituts für Sozialforschung (HIS-Archiv), So 01/011,006, S. 132 f.

40 Brief Horst Mahlers an Peter-Paul Zahl vom 14. Oktober 1978, in: Peter-Paul Zahl, Die Stille und das Grelle. Aufsatzsammlung, Frankfurt am Main 1981, S. 142. Mahlers Entzauberung der »Isolationsfolter«, die er kurz darauf in einem *Spiegel*-Interview auch einem größeren Publikum bekannt gemacht hat, ist seinerzeit auf heftige Abwehr gestoßen. Vgl. Karl Heinz Roth, Zur Kontroverse Mahler – Zahl, in: ders / Fritz Teufel, Klaut sief (Selbst-)Kritische Beiträge zur Krise der Linken und der Guerilla, Tübingen 1979, S. 50–56.

41 Mahler an Zahl: »[I]ch sage, daß wir mit der Folterkampagne eine schwere Schuld auf uns geladen haben: wir haben die Menschen draußen, die uns als Genossen geglaubt und vertraut haben, belogen [...] Ich wünsche sehr, daß sich die Haftbedingungen für dich und alle anderen Staatsschutzgefangenen schnellstens normalisieren – schon damit sich nicht noch mehr junge Menschen aus Mitleid mit den Gefangenen und Empörung über angebliche Folterhaft in den politischen Untergrund treiben lassen, und auch, weil diese Haftsituation die politischen Irrtümer, die uns ins Gefängnis geführt haben, eher fixiert als überwinden hilft.« Ebenda, S. 142 f.

42 Peter O. Chotjewitz, Andreas Baader: Nicht versöhnt, stern.de [18. Oktober 2002].

43 Vgl. das Kapitel »Die Todesnacht in Stammheim« in: Butz Peters, Tödlicher Irrtum. Die Geschichte der RAF, Berlin 2004, S. 450–467.

Scanned by CamScanner

hen, das bekräftigte sie später noch einmal in einem Interview mit einem verschwörungstheoretischen Konstrukt: »Sie wollten uns tot. [...] Ich war und bin davon überzeugt, dass es eine Geheimdienstaktion war.«[44] Sie gehe davon aus, dass die Bundesregierung involviert gewesen sei und die Unternehmung auch innerhalb der NATO »abgesprochen« gewesen wäre. Insbesondere von der CIA wüsste man ja, dass sie es verstehe, »Morde als Selbstmorde« darzustellen.

Doch sowohl gegenüber den Obduktionsergebnissen eines vierköpfigen Medizinerteams als auch dem einstimmig angenommenen Ergebnis des bereits erwähnten parlamentarischen Untersuchungsausschusses, das besagte, dass sich die drei RAF-Gefangenen »selbst getötet« hätten, zeigten sich weite Kreise der radikalen Linken resistent. Was nicht sein durfte, das konnte auch nicht sein.

Die Annahme einer Selbsttötung wäre in doppelter Hinsicht einem Eingeständnis von Schwäche gleichgekommen – zum einen, weil mit der Geiselbefreiung in Mogadischu durch ein Kommando der GSG 9 das letzte Erpressungsmittel im Krieg mit dem Staat sein Ziel verfehlt hatte und zum anderen, weil eine Selbstaufgabe der Führungsspitze diese Niederlage endgültig besiegelt hätte. Nur durch die abenteuerlich anmutende Mordannahme konnte das von Andreas Baader verkündete RAF-Durchhalte-Credo – keiner von ihnen werde vor Polizei und Justiz kapitulieren – weiter offen gehalten werden. Die sehr viel näher liegende Alternative zu akzeptieren, hätte vermutlich bedeutet, dass der Mythos RAF wie ein Kartenhaus in sich zusammengestürzt wäre. Und daher musste, solange es irgendwie ging, noch an den absonderlichsten Konstrukten manifester Selbsttäuschung festgehalten werden.

Einer der Wahlverteidiger, der Raspe-Anwalt Karl-Heinz Weidenhammer, der sich zu Beginn der 1990er Jahre das Leben nahm, ging schließlich so weit, in einer 500 Seiten umfassenden, ausschließlich der Frage »Selbstmord oder Mord?« gewidmeten Publikation zu schreiben: »Die behauptete Selbsttötungsverabredung ist [...] widerlegt.«[45] Noch 1990 zogen mehrere hundert Demonstranten anlässlich des Jahrestages des Todes von Baader, Ensslin und Raspe durch Berlin und skandierten: »Nichts ist vergessen, nichts ist vergeben.«

Über das, was von Brigitte Mohnhaupt RAF-intern bereits seit 1977 als »suicide action« bezeichnet wurde,[46] hat schließlich das ehemalige RAF-Mitglied Karl-Heinz Dellwo 1998 in einem Interview mit der *tageszeitung* nüchtern erklärt: »Wir haben der Entstehung des Mythos zugeschaut und teilweise nachgeholfen.«[47] Warum der Streit über die Frage, ob in der Nacht vom 17. zum 18. Oktober 1977 Mord oder Selbstmord begangen wurde, Jahrzehnte hat überdauern können, ist vermutlich einem bestimmten Umstand zu verdanken. Angesichts der in Stammheim geübten Abhörpraxis darf gemutmaßt werden, dass sich der Staat nur deshalb so schwer getan hat und noch immer tut, die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zu entkräften, weil er damit möglicherweise ein doppeltes Vergehen einräumen müsste – zum einen die Zellen der im 7. Stock untergebrachten RAF-Gefangenen abgehört zu haben[48] und zum anderen nicht

---

44 Oliver Tolmein, »RAF – Das war für uns Befreiung«. Ein Gespräch mit Irmgard Möller über bewaffneten Kampf, Knast und die Linke, Hamburg 1997, S. 133.

45 Karl-Heinz Weidenhammer, Selbstmord oder Mord? Das Todesermittlungsverfahren: Baader/Ensslin/Raspe, Kiel 1988, S. 225.

46 Mohnhaupt, die selbst eine Zeit lang in Stammheim eingesessen hatte und von Baader für den Fall seines Todes als neue Führungsfigur autorisiert worden sein soll, hörte zusammen mit anderen RAF-Mitgliedern mit einem Weltempfänger über Kurzwelle in Bagdad die Nachricht von den drei in ihren Zellen aufgefundenen Leichen. Als sich die anderen daraufhin in ihren durch Trauer, Verzweiflung und ersten Anzeichen von Resignation bestimmten Reaktionen überboten, hielt sie ihnen eine Standpauke: »Könnt ihr die Stammheimer wirklich nur als Opfer sehen? Das war eine Aktion, habt ihr verstanden, eine Aktion! Ihr könnt aufhören zu flennen, ihr Arschlöcher!« Zit. n. Peters, Tödlicher Irrrtum, S. 452.

47 »Wir waren mit der Mord-Behauptung in einer Sackgasse und zur Umwälzung, die stattfinden muß, nicht mehr in der Lage. So haben wir der Entstehung des Mythos zugeschaut und teilweise nachgeholfen.« – »Wir haben uns die Niederlage handhabbar gemacht.« Karl-Heinz Dellwo, ehemaliges RAF-Mitglied, im Gespräch mit Petra Groll, *die tageszeitung* vom 27. Juni 1998.

48 »Alle Regeln der Wahrscheinlichkeit sprechen dafür, daß auch während der Schleyer- und der ›Landshut‹-Entführung die Gespräche der Gefangenen über die Kommunikationsanlage im siebten Stock – die kaum zu übersehen war – mitgeschnitten worden sind. Dann aber müßte es ein Tonband der

eingeschritten zu sein, um das, was als »suicide action« längst angekündigt war, noch in letzter Minute zu verhindern.

Die drei hier nachgezeichneten zentralen RAF-Mythen verraten, dass es um eine Metamorphose gegangen ist, den Verwandlungsprozess eines mythischen Essentials, das in seiner Grundfigur bereits während der sogenannten ersten Generation ausgebreitet vorlag und dessen Transformation sich schon in den Jahren 1970 bis 1977 vollzogen hat. Im Mittelpunkt stand eine emotional aufgeladene Dramatisierung und eine bis ins Extrem gesteigerte existentielle Selbstüberhöhung: zunächst im bewaffneten Kampf gegen das verhasste System und seine Exponenten, dann im Kampf gegen die »Vernichtungshaft«, der die RAF-Gefangenen angeblich ausgesetzt waren, und schließlich – beide Momente vereinend – im finalen Todeskampf im siebten Stock des Hochsicherheitstraktes in Stuttgart-Stammheim. Immer sollte es um Leben oder Tod gehen, um sonst gar nichts, kein Zwischenton, keine Vermittlungsstufe, nur entweder – oder, nur schwarz und weiß. Der Grundton war dabei der der Hysterie. Diese Dauerhysterisierung, eine latente Empörung, die jede sich bietende Gelegenheit nutzte, um sich als Anti-Haltung zu produzieren, war wie nichts anderes *das* Markenzeichen der RAF. Diese schrille Tonlage übertönte alles andere. Niemand anders hat diese Empörung so intoniert wie Ulrike Meinhof. Sie ging in ihrer Identifikation mit bestimmten Opfern völlig auf, setzte sich zuweilen an ihre Stelle und vollzog mit und in der RAF, wie das im Nachhinein einer ihrer in gleich mehrfacher Hinsicht ausgescherten Mitbegründer beschrieben hat, nichts anderes als einen »moralischen Amoklauf«.[49] Das Empörungstremolo, das ihre Stimmlage verriet, ist bereits aus den Interviews zu vernehmen, die von ihr aus den Jahren 1967/68 überliefert sind und in denen sie ihre Rage – etwa über den Schah-Besuch oder den Vietnamkrieg – offenbar nur mühsam unterdrücken konnte.

Bei den Zentralmythen der RAF geht es um die schubweise Transsubstantion eines imaginären mythischen Helden: Zuerst verwandelt sich die Figur eines heroischen Guerillero, die in dem in Bolivien ermordeten Che Guevara ihr Ebenbild hat, in die eines tragischen KZ-Häftlings, dem der Leichnam des im Hungerstreik zu Tode gekommenen Holger Meins so zu gleichen scheint, und diese wird schließlich zum Opfer eines angeblich vom Staat verübten Mordanschlags. Der Held wird damit in seiner Körperlichkeit endgültig ausgelöscht und als Imago zugleich zur mythischen Absolutsetzung freigegeben. Der doppelte Figurentausch mündet in eine jeglicher Kritik entzogene Helden-Imago.

Diese drei Mythenfiguren mit ihrer Helden-Imago als Schlussakkord haben – durch ihren Opfertod beglaubigt – die Existenz einer terroristischen Sekte, deren systematisches Scheitern nur notdürftig durch die inflationäre Verwendung von Pathosformeln verdeckt wurde, fortwährend verlängert und schließlich bis auf fast drei Jahrzehnte ausgedehnt. Absichtlich initiierte und blauäugig beförderte Mythen haben den Weg zu einer – nüchtern betrachtet ganz unwahrscheinlichen – Karriere der RAF gepflastert.

Todesnacht von Stammheim geben. Das aber wird von in Frage kommenden Stellen und Personen heftig bestritten.« Aust, Baader Meinhof Komplex, S. 657 f.

49 Zu welch einer Überidentifikation mit Opfern das bei ihr mitunter führte, hat Horst Mahler später am Beispiel der gemeinsamen Betrachtung von Fernsehnachrichten beschrieben: »Wir haben an ihr erlebt, wenn sie vor dem Fernseher gesessen hat, sich die Frontberichte aus Vietnam, die täglich kamen, anschaute, sah die wie eine Strecke erlegter Hasen zum Zählen aufgereihten erschlagenen vietnamesischen Bauern. Sie konnte das nicht ertragen. Vor Wut heulend sprang sie auf und schrie: ›Das können sie mit mir nicht machen. Ich sitze in einem weichen Sessel und soll mir das ansehen! Die machen mich fertig!‹ Das wurde bei ihr zum Impuls, irgend etwas dagegen zu unternehmen. Irgendwas, das nicht verschwiegen werden konnte. Es mochte noch so aussichtslos sein. Wenigstens wollte sie – wie sie das in einer konkret-Kolumne formuliert hatte – dem Lieben Gott Bescheid sagen, daß sie dagegen sei. Das war ein durch und durch existenzialistischer Einstieg in den bewaffneten Kampf.« Horst Mahler / Franz Schönhuber, Schluß mit dem deutschen Selbsthaß. Plädoyers für ein anderes Deutschland, Berg am Starnberger See 2000, S. 108 f.

Scanned by CamScanner

2. Die Dämonisierung der RAF durch den Staat

Für die Bundesregierung war die RAF spätestens mit dem Tod des ersten Polizisten im Zuge der Fahndungsaktivitäten im Oktober 1971 zum Feind schlechthin geworden: Die »Baader-Meinhof-Bande«, wie die RAF dann in Reaktion auf den zweiten, am 22. Dezember 1971 bei einem Banküberfall in Kaiserslautern erschossenen Polizisten zumeist genannt wurde,[50] hieß es, sei nun der »Staatsfeind Nr. 1«. Eine Etikettierung, die angeblich auf den damaligen Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher zurückgeht.[51] Dadurch wurde der Eindruck geweckt, man bewegte sich in einem innenpolitischen Szenario, das mehr und mehr Züge eines Bürgerkrieges angenommen habe. Vorübergehende Zuspitzungen wie die sogenannte »Mai-Offensive« 1972 oder die »Offensive 77«, die dann zum sogenannten Deutschen Herbst führte, erschienen als Entscheidungsschlachten in einem imaginierten Krieg, in dem angeblich die Existenz des Rechtsstaates auf dem Spiel stand.

Der gewaltige Ausbau des Bundeskriminalamtes unter seinem neuen Präsidenten Horst Herold, die Einführung der Rasterfahndung, die Gründung der GSG 9, die Durchsetzung einer Nachrichtensperre während der Schleyer-Entführung, die Einführung des Kontaktsperregesetzes und anderes mehr verraten, mit welcher Unsicherheit der Staat, die Entscheidungsträger von Bundesregierung, Justiz und Polizei, seinerzeit auf die terroristische Herausforderung reagiert haben.

Die Unverhältnismäßigkeit staatlicher Reaktionen auf die RAF hat Theo Rasehorn, damaliger Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Frankfurt, am Beispiel eines Jahrgangs durch ein reines Zahlenspiel, den Anteil terroristischer Delikte an der Gewaltkriminalität insgesamt, zu veranschaulichen versucht. Für das Jahr 1974 stellte er fest:
»Von 3945 Morddelikten entfallen 5 auf Terroristen, somit 1,2 Promille.
Von 6099 Brandstiftungen entfallen 57 auf Terroristen, somit 0,9 Promille.
Von 18 965 Raubüberfällen entfallen 5 auf Terroristen, also 0,3 Promille.«[52]

Auch wenn hier die Dimension unmittelbarer Bedrohung nicht aufscheint, der Spitzenvertreter aus Politik, Polizei, Justiz, Presse, Wirtschaft und Finanzen zweifelsohne ausgesetzt waren, so verdeutlicht die Gegenüberstellung doch den verschwindend geringen Anteil, den die von Terroristen verübte Gewaltkriminalität insgesamt gespielt hat.

Zu welchen Exzessen die exorbitanten Sicherheitsaufwendungen bisweilen geführt haben, lässt sich im Nachhinein an einem speziellen Quellenbestand erkennen, der zwar die Bundesrepublik betrifft, jedoch seit anderthalb Jahrzehnten im Ausland deponiert sein soll. Seit Beginn der 1990er Jahre sei im renommierten Internationalen Institut für Sozialgeschichte (IISG) in Amsterdam, wie ein ehemaliger Mitarbeiter zu berichten weiß,[53] eine Containerladung mit aus der Bundesrepublik stammenden Polizeidokumenten untergebracht, aus denen hervorgehe, dass bundesdeutsche Wohngemeinschaften flächendeckend und systematisch fotografiert, deren Bewohner katalogisiert sowie observiert worden seien. Ein Dokumentenbestand, der im Übrigen formell nicht eingegangen, der nirgendwo verzeichnet ist und den es offiziell auch gar nicht gibt.

3. Die populistische Dramatisierung der Auseinandersetzung zwischen Staat und RAF durch verschiedene Printmedien

Wer die Berichterstattung über die RAF in den Printmedien der 1970er Jahre noch einmal Revue passieren lässt, dem wird rasch klar, dass es unter den Boulevardzeitungen und den Illustrierten beinahe durchgängig um ein und dieselbe Themenkombination gegangen ist – um Sex & Crime. Dieses altbekannte

50 Die Bezeichnung wurde erstmals in einer Ausgabe der *Bild*-Zeitung vom 23. Dezember 1971 verwendet. Vgl. Georg Stötzel / Thorsten Eitz (Hg.), Zeitgeschichtliches Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache, Hildesheim 2002, S. 51.
51 Diese Zuschreibung wurde allerdings vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung damals umgehend dementiert.

52 Theo Rasehorn, Jenseits des Rechtsstaats?, in: Josef Augstein u. a., Terrorismus contra Rechtsstaat, hrsg. von Rudolf Wassermann, Darmstadt/Neuwied 1976, S. 245–263, hier S. 260.
53 Axel Diederich am 3. Dezember 2003 im Gespräch mit dem Verfasser.

Muster wurde in den Schlagzeilen und den Bildmontagen nicht nur reproduziert, sondern, soweit es ging, auch potenziert. Insbesondere mit den Abbildungen der weiblichen RAF-Mitglieder wurde der Eindruck erweckt, als sei der Schritt in den Untergrund ausschließlich libidinös bedingt gewesen. Terroristisches Handeln und sexuelle Potenz näherten sich dabei so weit an, dass sie beinahe deckungsgleich wurden.

So lauteten etwa repräsentative Schlagzeilen in *Bild* bzw. *Bild am Sonntag*: »Baader-Bande: Liebe vor dem Banküberfall«,[54] »Revolte nach der Liebesstunde«,[55] »Liebesgrüße hingen am Perlonstrumpf«,[56] »Jetzt kommandiert die schöne Hedwig«,[57] »Meuterei, Schlägerei, Durststreik und: Terrorist Baader bei der Ensslin im Bett«.[58] In der Serie mit dem Titel »Andreas Baader: Verpfuscht in alle Ewigkeit« wurden voyeurhaft »Zärtliche Nächte im Beduinenzelt«[59] insinuiert. Und über die palästinensische Flugzeugentführerin Leila Khaled heißt es in der letzten Folge einer anderen Serie mit dem Titel »Der Terror hat tausend Gesichter«: »Leila trifft immer ins Schwarze«.[60]

Vor allem die Zweideutigkeit im Umgang mit Schusswaffen ist hier ganz unzweideutig sexuell codiert: »Das Leben der Terrormädchen: Potente Männer, scharfe Waffen / Die Frauen der Baader-Meinhof-Bande waren stärker als ihre Komplizen. Hier erfahren Sie, warum«.[61] Wer etwa Aufnahmen von Ingrid Schubert, Ina Siepmann, Marianne Herzog oder Angela Luther zu Gesicht bekommt, der könnte meinen, in eine Model-Show der ganz besonderen Art versetzt zu sein. Insbesondere die Nacktaufnahmen Gudrun Ensslins, die in einem eher harmlosen Film zu sehen sind, werden als Indizien für die angeblich pornografische Dimension von Gewaltexzessen gelesen und entsprechend ausgebeutet.[62] Ein angeblicher Sexualforscher kommentiert die Frage »Potente Männer und scharfe Waffen – zufällige Bettgenossen einer Terroristin?« mit den Worten: »Sobald ein Mensch die Bindungen an die Gesellschaft zerreißt, so daß Gebote und Gesetze für ihn außer Kraft gesetzt sind, steigert sich seine Sexualität ins Ungewöhnliche – ja direkt in die Perversion. Und die Gewalt dieser Menschen ist für sie nichts anderes als Sexualität.«[63] Wenn es die männlichen Mitglieder an der für ihre Aktionen nötigen Energie mangeln ließen, seien sie – wie

54 »Die steckbrieflich gesuchte Ulrike Meinhof (36) versüßt sich das Versteckspiel mit der Polizei nach der Apo-Lebensregel: Erst wird geliebt, dann geschossen! Einem 32jährigen Komplizen redete sie Gewissensbisse aus: ›Wer große Dinge vor sich hat wie ich, muß dazu entspannt sein. Das bin ich nur nach einer Liebesnacht. Du mußt mich lieben.‹« *Bild*-Zeitung vom 15. Februar 1971.

55 *Bild am Sonntag* vom 14. August 1977.

56 Angeblich hatte Marianne Herzog Kassiber in einem Perlonstrumpf befördert: *Bild am Sonntag* vom 25. Juni 1972.

57 Gemeint ist die RAF-Angehörige Ina Siepmann. *Bild am Sonntag* vom 21. Oktober 1973.

58 Wie sich dann aber herausstellt, waren beide vollständig bekleidet; sie hatten lediglich ihre Decken bis zum Hals hochgezogen. *Bild*-Zeitung vom 11. August 1977.

59 Entsprechend eindeutig soll sich die RAF-Angehörige Ingrid Schubert über Baader geäußert haben: »Seine Stärke bestand in seiner sexuellen Anziehungskraft auf die ›Damen‹ und kam erst nachts voll zur Geltung. Sie sahen (und hörten, vor allem), nicht ohne Neid, wie Andreas Baader ›mehrmals in der Nacht die Grete zu orgiastischen Schreien brachte‹ (Schubert). ›Grete‹ war der Deckname für Gudrun Ensslin.« *Bild*-Zeitung vom 12. Juni 1972.

60 Curt Vasall, Der Terror hat tausend Gesichter, *Bild am Sonntag* vom 1. Oktober 1972.

61 Der Artikel beginnt mit einer Assoziationskette: »Handgranaten, Gummimatratze, Terror, Pfarrerstochter, Sex, Philosophiestudium, Tellerminen … Beziehungsloser Wirrwarr? Nein. Der Stoff, aus dem die Terrormädchen sind.« *Bild*-Zeitung vom 6. Februar 1974.

62 Die Bildunterschrift lautet: »Szenen aus dem Leben einer Terroristin: Pfarrerstochter Gudrun Ensslin als nackte Darstellerin in einem Pornofilm.« *Bild*-Zeitung vom 6. Februar 1974.

63 So Dr. Wilfried Dogs aus Rinteln, heute als Psychotherapeut in Osterholz-Scharmbeck tätig, in der *Bild*-Zeitung vom 6. Februar 1974. Er geht so weit, die RAF-Frauen mit einer angeblichen KZ-Leiterin zu vergleichen: »Daß Frauen in dieser Situation die Führung übernehmen, ist wissenschaftlich erklärbar. Sie sind für diese Sexübersteigerung weit anfälliger als Männer – entsprechend auch viel grausamer und konsequenter. Denken Sie nur an die KZ-Kommandeuse Ilse Koch und ihre scheußlichen Verbrechen …« Ebenda. Ilse Koch war die Frau von Karl Otto Koch, dem Kommandanten des Konzentrationslagers Buchenwald. Wegen ihrer Grausamkeit Häftlingen gegenüber wurde sie als »Hexe von Buchenwald« bezeichnet. 1951 wurde sie in Augsburg wegen Anstiftung zum Mord und schwerer körperlicher Misshandlung zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Sie erhängte sich 1967 in ihrer Gefängniszelle.

Scanned by CamScanner

»ein prominentes Bandenmitglied« gestanden habe – von ihren Genossinnen wieder »aufgebaut« worden.[64]

Ein anderer durchgängig zu beobachtender Tenor ist die exzessive Steigerung von Gewaltmitteln und deren angeblich zu befürchtender Einsatz gegen die Bevölkerung im Allgemeinen. Weitere Schlagzeilen in der *Bild*-Zeitung lauteten: »Komplice enthüllt Baader-Meinhof-Pläne / Bomben auf Rathäuser – egal, ob dabei Menschen sterben«,[65] »Das ist das Mädchen mit der Stalin-Orgel«,[66] »Mit Bomben, Terror und 1000 Mann – Aufstand in Deutschland geplant«.[67] Derartig obsessive Gewaltphantasien gehörten seinerzeit zum Standardrepertoire der Boulevardzeitungen, aber auch von Illustrierten wie *Quick*, *Revue* und zuweilen auch des *Stern*.

4. Die Selbstsuggestion des Massenpublikums

Die RAF ist für das Massenpublikum in den 1970er Jahren über weite Strecken die bevorzugte Projektionsleinwand gewesen. Auf der einen Seite wurden Neugierde, Lust und Voyeurismus geschürt und auf der anderen Angst, Neid und Abscheu. Das Resultat der wechselseitigen Aufladung von Sex- und Gewaltphantasien waren häufig mehr oder weniger unkontrollierte Affekte.

Wie das Massenpublikum auf eine derartige Konditionierung durch Presseorgane reagierte, wurde spätestens während der Schleyer-Entführung im Herbst 1977 deutlich. Vom Durchschnittsbürger wurde – wie Interviews und Umfragen belegen – einer Lynchjustiz mehr und mehr das Wort geredet. Laut einer unmittelbar nach der Entführung Hanns-Martin Schleyers durchgeführten Emnid-Umfrage sprachen sich 67 Prozent dafür aus, Terroristen mit dem Tode zu bestrafen.[68] Was zur selben Zeit im Kleinen Krisenstab an Gedankenspielen durchexerziert wurde, wo man auch nicht vor einem Modell zurückschreckte, nach dem jede Stunde ein RAF-Häftling hätte hingerichtet werden sollen, bis Schleyer schließlich freigelassen worden wäre,[69] hat hier seine populistische Entsprechung.

Etwa einen Monat nach der Kölner Entführungsaktion vom 5. September 1977 wurde deutlich, dass die Zustimmung in der Bevölkerung gegenüber der Haltung der Bundesregierung im Vergleich etwa zu der ähnlichen Situation während der Lorenz-Entführung im Frühjahr 1975 gewachsen war.[70] Die Weigerung von Bundeskanzler Helmut Schmidt, sich von den Entführern erpressen zu lassen und auf deren Forderungen einzugehen, hielt die überwiegende Mehrheit für richtig. Nach einer Umfrage des Allensbacher Instituts für Demoskopie waren selbst 42 Prozent der CDU-Anhänger der Ansicht, dass die Regierung Schmidt angemessen gehandelt habe.[71] Und die Verhängung einer Nachrichtensperre wurde von 77 Prozent der Befragten befürwortet und nur von 13 Prozent abgelehnt.[72]

Große Teile der Bevölkerung ließen sich im Herbst 1977 von einer von diffusen Angstgefühlen bestimmten Atmosphäre anstecken, sahen sich stärker als zuvor selbst bedroht und vollzogen deshalb immer

---

64 »Wenn wir Männer schlapp wurden, zogen Ulrike und die anderen Mädchen uns ins Bett.« Ebenda.

65 *Bild*-Zeitung vom 19. Januar 1972. Anlass für die Schlagzeile waren Aussagen des RAF-Aussteigers Karl-Heinz Ruhland vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf.

66 Gemeint war die RAF-Angehörige Silke Mayer-Witt. *Bild*-Zeitung vom 29. August 1977.

67 R. Wienrich / B. Plogmann, Mit Bomben, Terror und 1000 Mann – Aufstand in Deutschland geplant. So stellen sich Baader-Meinhof und andere Terroristen den »Volkskrieg« vor, *Bild*-Zeitung vom 21. Juni 1972.

68 »Der Bürger ruft nach härteren Strafen«, *Der Spiegel* vom 19. September 1977, 31. Jg., Nr. 39, S. 26–33, hier S. 26.

69 Nach der Sitzung vom 8. September 1977, in der Bundeskanzler Helmut Schmidt die Teilnehmer ausdrücklich dazu aufgerufen hatte, »exotische Vorschläge« zu unterbreiten, wurde als »Modell Nr. 6« im Protokoll festgehalten: Nach einer Änderung des Grundgesetzes können »solche Personen erschossen werden, die von Terroristen durch menschenerpresserische Geiselnahme befreit werden sollen. Durch höchstrichterlichen Spruch wird das Terrorurteil gefällt. Keine Rechtsmittel möglich.« »Die Deutschen sind irrsinnig geworden«. Die exotischen Lösungen zur Befreiung Schleyers im Herbst 1977 – überlisten, internieren, erschießen, *Der Spiegel* vom 31. August 1987, 41. Jg., Nr. 36, S. 106–111, hier S. 109.

70 Vgl. Im Einklang mit der Volkesmeinung, *Der Spiegel* vom 3. Oktober 1977, 31. Jg., Nr. 41, S. 16.

71 Ebenda.

72 Ebenda.

mehr den Schulterschluss mit den Regierenden in Bonn. Die Tatsache, dass ein palästinensisches Kommando bald darauf eine Lufthansa-Maschine entführte, in der sich Mallorca-Urlauber befanden, schien ihren Suggestionen und dem daraus resultierenden Sicherheitsbedürfnis vorübergehend sogar Recht zu geben.

5. Die Delegierung eines imaginären Kampfauftrages durch die Szene, das Milieu der sogenannten Unterstützer und Sympathisanten

Die RAF war vom ersten Moment an auch eine bevorzugte Projektionsfläche für die radikale Linke, für all jene, die eine solche Option zwar grundsätzlich nicht für unmöglich hielten, jedoch noch nicht oder gar nicht bereit waren, den Schritt, sich zu bewaffnen und in den Untergrund zu gehen, auch praktisch zu vollziehen.

Die sich bald ausbreitende Etikettierung als »Sympathisant«, als deren Archetypen mit dem Schriftsteller Heinrich Böll und dem Psychologieprofessor Peter Brückner nicht zufällig zwei prominente Intellektuelle fungierten, diente damals zweifelsohne als »Ausgrenzungsbegriff«.[73] Im Zuge der sogenannten »Mescalero-Affäre«[74] erreichte die Diskussion, die nach der Ermordung Jürgen Pontos und der bald darauf folgenden Entführung Hanns-Martin Schleyers immer weiter eskalierte, im Spätsommer 1977 ihren Höhepunkt.[75] In der Folge galten »Sympathisanten« in großen Teilen der Öffentlichkeit, wie es ein Springer-Journalist in jenen Tagen formuliert hat, als »das stille Reserveheer des Terrorismus«.[76] Selbst der damalige Berliner Wissenschaftssenator Peter Glotz hatte in einem Interview mit seiner Definition, dass unter Sympathisanten Personen zu verstehen seien, die Terror und Mord nicht nur billigten, sondern auch praktisch unterstützten,[77] die Grenzen zwischen Sympathisierenden und Unterstützern weitgehend verwischt. Gegen ein derartig fragwürdiges Verständnis, das einer missbräuchlichen Verwendung Tür und Tor öffnete, haben sich seinerzeit nur wenige zu Wort gemeldet, die auf einer qualitativen Differenz insistierten.

Einer von ihnen war der ehemalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Günther Nollau. In einem Artikel betonte er vor allem, dass der stigmatisierende Begriff strafrechtlich irrelevant sei: »Das Strafrecht kennt den Begriff des Sympathisanten nicht. Es unterscheidet ›Täter‹, ›Gehilfen‹, ›Begünstiger‹. Da wird nicht mit Vermutungen operiert [...] Da müssen Tatsachen bewiesen werden, Tatsachen, aus denen hervorgeht, welchen Beitrag einer zur Tat geleistet hat. Einem solchen Tatbeitrag kann (muss aber nicht) ›Sympathie‹ für den Täter oder die Tat als Motiv zugrunde liegen. Sympathie allein ist kein Tatbeitrag. Sympathie hegen, Wohlgefallen, Zuneigung empfinden ist nicht strafbar [...].«[78] Diese grundlegende Unterscheidung wurde in der öffentlichen Auseinandersetzung, die mitunter Züge einer Hexenjagd annahm, jedoch weitgehend ignoriert.

Mit einem Anflug von Selbstironie hatte der *Verband des Linken Buchhandels* (VLB) im Oktober

73 Vgl. Hanno Balz, Der »Sympathisanten«-Diskurs im Deutschen Herbst, in: Klaus Weinhauer / Jörg Requate / Heinz-Gerhard Haupt (Hg.), Terrorismus in der Bundesrepublik. Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren, Frankfurt am Main / New York 2006, S. 320–350.

74 Vgl. Stefan Spiller, Der Sympathisant als Staatsfeind. Die Mescalero-Affäre, in diesem Band S. 1211–1226.

75 Vgl. »Mord beginnt beim bösen Wort«. *Spiegel*-Serie über Sympathisanten und sogenannte Sympathisanten, Teil I, *Der Spiegel* vom 3. Oktober 1977, 31. Jg., Nr. 41, S. 28–47; Teil II: Die Anwälte, *Der Spiegel* vom 10. Oktober 1977, 31. Jg., Nr. 42, S. 28–57; Teil III: Die Hochschulen, *Der Spiegel* vom 17. Oktober 1977, 31. Jg., Nr. 43, S. 203–226; Teil IV: Spontis und Anarchos, *Der Spiegel* vom 31. Oktober 1977, 31. Jg., Nr. 45, S. 36–52; Teil V: Rote Hilfen und Folterkomitees, *Der Spiegel* vom 7. November 1977, 31. Jg., Nr. 46, S. 36–54.

76 Werner Kahl, Das stille Reserveheer des Terrorismus, *Die Welt* vom 12. September 1977.

77 »Ich würde als Sympathisanten nur Leute bezeichnen, die tatsächlich den Terror, das heißt auch den Mord, billigen und von denen zu vermuten ist, daß sie aus dieser Einstellung heraus auch zur Unterstützung solcher Verbrechen bereit sind.« *Spiegel*-Gespräch »Jeder fünfte denkt etwa so wie Mescalero«. Berlins Wissenschaftssenator Peter Glotz über Sympathisanten und die Situation an den Hochschulen, *Der Spiegel* vom 3. Oktober 1977, 31. Jg., Nr. 41, S. 49.

78 »Sympathie allein ist kein Tatbeitrag«. Der ehemalige Verfassungsschutzpräsident Günther Nollau über Terroristen und ihre Gehilfen, *Der Spiegel* vom 17. Oktober 1977, 31. Jg., Nr. 43, S. 206.

Scanned by CamScanner

1977 mit dem an einen Song der Rolling Stones erinnernden Aufkleber »Sympathy for the devil / Hexenjagd auf die Linke« für eine Podiumsdiskussion auf der Frankfurter Buchmesse geworben.[79] Die radikale Linke fühlte sich in die Ecke gedrängt und zu Unrecht stigmatisiert. Eine Vorstellung vom Ausmaß an Projektionen auf die RAF-Häftlinge, von Delegierungen uneingestandener Wünsche an ihre noch aktiven Mitglieder, besaß sie allerdings nicht. Jedenfalls spielten sie in der erwähnten Diskussion, an der u. a. Walter Boehlich, Peter Brückner, Daniel Cohn-Bendit und Alice Schwarzer teilnahmen, keine Rolle. Diese Dimension blieb in der ansonsten wegen ihrer Bereitschaft zur Dauerdebatte so bekannten Szene sorgsam ausgespart.

Was die außerordentlich hohe Anziehungskraft der RAF für die radikale Linke und ihre wichtigsten intellektuellen Wortführer, ihren habituellen Magnetismus anbetrifft, gilt es neben dem bereits am Beispiel von Ulrike Meinhof beschriebenen Auschwitz-Phantasma eine ganze Reihe zusätzlicher Faktoren zu benennen:

- die Suggestivität einer Idee des bewaffneten Kampfes zu einer Zeit, in der eine pragmatische Reformpolitik von der sozialliberalen Koalition, also von Exponenten des ansonsten so verhassten Staates, selbst besetzt war;
- das Faszinosum Krieg in einer immer saturierter, jedoch in ethisch-moralischer Hinsicht nicht unbedingt glaubwürdiger gewordenen Nachkriegsgesellschaft;
- das Geheimnisumwitterte des Untergrunds und das Außeralltägliche des Guerillakampfes in einer an Abenteuern arm gewordenen Wohlstandsgesellschaft;
- der existentialistische Gestus, der der tendenziellen Sinn- und Perspektivlosigkeit der eigenen Biografie ein Ende zu machen versprach;
- die Entschlossenheit als Grundhaltung der Mitglieder der Stadtguerilla[80] und
- die Verlockung einer absoluten Machtphantasie, deren Auskostung Züge einer spezifischen »Lebensform RAF« annehmen konnte.[81]

Dies alles hat das ehemalige RAF-Mitglied Volker Speitel 1980 in einer Nachbetrachtung in der Fiktion einer Sehnsucht, der größenwahnsinnigen Suche nach dem »neuen Menschen«, zusammengefasst: »Der Eintritt in die Gruppe, das Aufsaugen in die Norm und die Knarre am Gürtel entwickeln ihn dann schon, den ›neuen‹ Menschen. Er ist Herr über Leben und Tod geworden, bestimmt, was gut und böse ist, nimmt sich, was er braucht und von wem er es will; er ist Richter, Diktator und Gott in einer Person – wenn auch für den Preis, daß er es nur für kurze Zeit sein kann.«[82] Diese von der RAF verkörperte Machtphantasie war offenbar überaus verlockend. Oder in einer von Herfried Münkler gebrauchten und von Niklas Luhmann entlehnten Wendung, die die Allmachtsphantasien und das Suggestive des bewaffneten Kampfes auf einen gemeinsamen Nenner bringt: Die selbsternannte Guerilla der RAF sei eine »Komplexitätsreduktion mit Waffe« gewesen.[83] Mit der Waffe in der Hand schien eine erfahrene Macht- und eine absehbare politische Aussichtslosigkeit potentiell umkehrbar zu sein.

---

79 Der Aufkleber ist abgebildet in: Tatjana Botzat / Elisabeth Kiderlen / Frank Wolff, Ein deutscher Herbst. Zustände. Dokumente, Berichte, Kommentare, Frankfurt am Main 1978, S. 105.

80 Vgl. Wolfgang Kraushaar, Entschlossenheit: Dezisionismus als Denkfigur. Von der antiautoritären Bewegung zum bewaffneten Kampf, Band 1, S. 140–156.

81 »RAF – das bedeutet nicht eine Kette von Ohnmachtserfahrungen, die zu weiteren Radikalisierungen führte, sondern *eine Lebensform, die Machterfahrungen mit sich brachte wie keine andere*; Machterfahrungen, an denen teilhaben konnte, wer sich, nicht ›mit den Zielen‹ der RAF, sondern mit der ›*Lebensform RAF*‹ […] identifizierte.« Jan Philipp Reemtsma, Was heißt »die Geschichte der RAF verstehen«?, in: Wolfgang Kraushaar u. a., Rudi Dutschke Andreas Baader und die RAF, Hamburg 2005, S. 100–142, hier S. 113 f. (Hervorhebungen im Original)

82 Volker Speitel, »Wir wollten alles und gleichzeitig nichts«, III. Teil, *Der Spiegel* vom 11. August 1980, 34. Jg., Nr. 33, S. 36.

83 Herfried Münkler, Sehnsucht nach dem Ausnahmezustand. Die Faszination des Untergrunds und ihre Demontage durch die Strategie des Terrors, in: Reiner Steinweg (Red.), Faszination der Gewalt. Politische Strategie und Alltagserfahrung, Frankfurt am Main 1983, S. 61.

Die Dekonstruktion der Mythen

Die eingangs beschriebenen Mythen sind nichts anderes als – zum Teil naturwüchsig entstandene, zum Teil künstlich geschaffene bzw. absichtsvoll beförderte – Hilfskonstrukte. Die Adaption der Che Guevara nachempfundenen Figur des heroischen Guerillero auf der einen wie der des Auschwitz-Opfers auf der anderen Seite, dem durch die angebliche »Isolationsfolter« eines neuen Faschismus in den Tod getriebenen Häftlings, sind in positiver wie in negativer Hinsicht bis ins Extrem aufgeladene, existentialistisch definierte Rollenmuster, die Ersatzkonstruktionen darstellen.

In den jeweiligen Entwürfen bewaffneter Gruppierungen wurden Identitätskonstruktionen ausprobiert, mit denen offenbar die tiefreichenden Unsicherheiten im kollektiven »Wir-Gefühl« kompensiert werden sollten. Nicht ohne Grund heißt es in den einschlägigen RAF-Texten am häufigsten verwendeten Worte »Identität«. Oder wie es Baader in der ihm eigenen burschikosen Diktion einmal formuliert hat: »die identität der guerilla, alles andere ist – so – erstmal sülze.«[84]

Umgekehrt resultierten die Erschütterungen, die die RAF auszulösen vermochte, nicht zuletzt daraus, dass ihre Attacken auch als ein Anschlag auf den Gründungsmythos der Bundesrepublik verstanden werden konnten, vielleicht sogar mussten. Die RAF war schließlich die erste Gruppierung, die nach 1945 dem Staat den Krieg erklärt hatte. Mit einem Mal stand genau das, was die Verfassungsväter und -mütter mit der Gründung eines Rechtsstaates und der Abkehr von allen Totalitarismen unbedingt hatten verhindern wollen, im Zentrum der Auseinandersetzung – eine selbsternannte Partisanengruppe führte gegen die parlamentarische Demokratie Krieg und ging sogar dazu über, prominente Vertreter von Staat und Politik, Justiz, Finanz- und Industriekapital zu entführen und zu ermorden.

Aus der Schwierigkeit heraus, sich mit einem Kollektiv zu identifizieren, das Auschwitz als Signum des absoluten Bösen wie ein Kainsmal auf der Stirn trug, agierte die RAF das Phantasma eines bewaffneten Aufstands aus und schlug sich, das Eigene überspringend, mit Entschlossenheit ganz auf die Seite der sogenannten Befreiungsbewegungen der Dritten Welt. Nur in dem, was sich mit der auf Kuba begründeten Trikontinentale in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre herauskristallisierte,[85] schien sich ein Ausweg aus einer für die eigene Nation als blockiert angesehenen Zukunft anzubahnen – ein sich im transnationalen Guerillakampf konstituierender Internationalismus. Der bewaffnete Kampf war für die Dauer einer Generation das mit dem Eingehen existentieller Risiken verbundene Versprechen auf eine Rettung aus dem mit einem Jahrhundertverbrechen kontaminierten Nationalismus.

Der aus ganz verschiedenen Elementen zusammengesetzte RAF-Mythos, dessen Ausprägung ganz nach Blickwinkel höchst unterschiedlich war, hat sich in Teilen bereits während der RAF-Zeit aufgelöst.[86] Die Demontage bzw. Dekonstruktion vollzog sich in einzelnen Schritten:

- Zunächst schon im Juni 1972 mit der Verhaftungswelle der Gründergeneration. Angesichts der Tatsache, dass es dem Fahndungsapparat nach der Neuformierung des Bundeskriminalamtes unter seinem Präsidenten Horst Herold in einer relativ kurzen Zeitspanne gelungen war, Baader, Meins, Raspe, Ensslin, Meinhof, Mohnhaupt, Proll und andere zu verhaften, wurde die deklarierte Absicht, die Besiegbarkeit des staatlichen Herrschaftsapparates unter Beweis stellen zu wollen, nachhaltig in Zweifel gestellt.
- Dann im Oktober 1977 mit den Selbstmorden von Stammheim und dem Scheitern einer doppelten Entführung, zunächst der von Hanns-Martin Schleyer, danach derjenigen der Mallorca-Urlauber, war die letzte Aussicht auf einen Ausweg aus

84 Andreas Baader, Brief vom 3. September 1974, in: das info. Briefe der Gefangenen aus der RAF 1973–1977, hrsg. von Pieter H. Bakker Schut, Kiel 1987, S. 158.

85 Vgl. Ingo Juchler, Trikontinentale und Studentenbewegung. Antiimperialismus als Schibboleth, Band 1, S. 205–217.

86 Vgl. aus ethnologischer Sicht das Kapitel »Wie die Mythen sterben«, in: Claude Lévi-Strauss, Strukturale Anthropologie II, Frankfurt am Main 1975, S. 287–301.

Scanned by CamScanner

lebenslanger Inhaftierung zusammengebrochen. Die RAF hatte trotz des Einsatzes aller ihr zur Verfügung stehenden Gewaltmittel den jahrelang propagierten »Krieg« mit dem bundesdeutschen Staat bereits jetzt verloren.

- Und schließlich im Juni 1990 mit der Verhaftung der in der DDR untergetauchten RAF-Mitglieder.[87] Auch wenn es vermutlich überzogen ist, von einer regelrechten »RAF-Stasi-Connection« zu sprechen,[88] so waren die Formen der Duldung und Unterstützung so kompromittierend, dass sie einem Gesichtsverlust gleichkamen.

Von dem Mythos RAF schien nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch der DDR nicht mehr viel übrig geblieben zu sein. Auch wenn, wie der Mordanschlag auf den Treuhandchef Detlev Karsten Rohwedder und der Sprengstoffanschlag auf die Justizvollzugsanstalt Weiterstadt zeigten, es ihr offenbar immer noch gelang, einzelne Aufsehen erregende Aktionen durchzuführen, so konnte die Aufgabe des bewaffneten Kampfes nur noch eine Frage der Zeit sein.

Die Fortschreibung eines Rests an Mythen im Moment der offiziell eingeräumten Niederlage

Als am 20. April 1998 bei der Nachrichtenagentur Reuters ein acht Seiten umfassendes Schreiben der RAF eintraf, in dem es ultimativ hieß: »Heute beenden wir dieses Projekt«,[89] herrschte zunächst einmal Ungläubigkeit vor, doch schon bald legte sich das über Jahrzehnte angewachsene Misstrauen und wich der Erleichterung, dass der »Spuk« nun offenbar vorüber war. Bei genauerer Lektüre des Papiers, dessen Verfasser auch den Behörden bislang unbekannt geblieben sind, stellte sich bei den ersten Kommentatoren jedoch Verwunderung über die stellenweise immer noch vorherrschende mentale Starrheit und weiter anhaltende ideologische Verblendung ein. Einerseits war der vielleicht nachvollziehbare Gestus, zwar geschlagen, aber mit erhobenem Haupt den Platz des Geschehens verlassen zu wollen, unübersehbar, andererseits jedoch überwogen Passagen einer ungebrochen phrasenhaften Subjekt- und Befreiungsrhetorik.

Die RAF, so heißt es, vom Ton her fast an den antinapoleonischen Duktus preußischer Partisanen erinnernd, hätte »den Befreiungskrieg in der Bundesrepublik aufgenommen«. Der Tenor des gesamten Papieres folgt der gespaltenen Maxime: sich einerseits zwar verabschieden, andererseits aber doch nicht ganz aufhören zu wollen.

In dem Abschnitt »Wir stehen zu unserer Geschichte« heißt es etwa: »Die RAF war der revolutionäre Versuch einer Minderheit [...] Wir sind froh, Teil dieses Versuchs gewesen zu sein. Das Ende dieses Projekts zeigt, dass wir auf diesem Weg nicht durchkommen konnten. Aber es spricht nicht gegen die Notwendigkeit und Legitimation der Revolte. Die RAF ist unsere Entscheidung gewesen [...] Für uns ist diese Entscheidung richtig gewesen [...] Wir haben die Konfrontation gegen die Macht gewollt. Wir sind Subjekt gewesen, uns vor 27 Jahren für die RAF zu entscheiden. Wir sind Subjekt geblieben, sie heute in die Geschichte zu entlassen. Das Ergebnis kritisiert uns. Aber die RAF – ebenso wie die gesamte bisherige Linke – ist nichts als ein Durchgangsstadium auf dem Weg zur Befreiung.«[90] Ganz nach dem von Ernst Bloch ein ums andere Mal aus den Bauernkriegen zitierten Motto: »Geschlagen ziehen wir nach Haus, unsere Enkel fechtens besser aus.«[91]

Eingeständnisse von Fehlern kommen vor, doch sie fallen weitgehend taktisch aus. So sei die Schleyer-Entführung zwar richtig gewesen, um »die Gefangen aus der Folter zu befreien«, jedoch nicht die

87 Vgl. Tobias Wunschik, Baader-Meinhofs Kinder. Die zweite Generation der RAF. Opladen 1997.

88 Michael Müller / Andreas Kanonenberg, Die RAF-Stasi-Connection, Berlin 1992.

89 Rote Armee Fraktion, »Wir beenden das Projekt«, *jungle world* vom 29. April 1998.

90 Ebenda.

91 Ernst Bloch, Tübinger Einleitung in die Philosophie, Gesamtausgabe Bd. 13, Frankfurt am Main 1970, S. 151. Bloch zitiert aus einem Lied, das 1525 nach der Niederlage im Bauernkrieg gesungen wurde.

sich daran anschließende Entführung der Lufthansa-Maschine nach Mogadischu; so hätten die bewaffneten Aktionen »die politischen und gegenkulturellen Prozesse« unterbewertet; so sei es insgesamt ein strategischer Fehler gewesen, »neben der illegalen, bewaffneten keine politisch-soziale Organisation« aufgebaut zu haben. Aus diesem Hauptfehler resultiert das Eingeständnis, dass das RAF-Konzept künftig »in den Befreiungsprozessen keine Gültigkeit mehr« für sich beanspruchen könne.

Manches hätte zwar anders gemacht werden können, es sei jedoch trotz der eingeräumten Fehler »grundsätzlich richtig gewesen, [...] die Kontinuitäten der deutschen Geschichte mit Widerstand zu durchkreuzen«. Nach Faschismus und Krieg habe die RAF etwas Neues in die Gesellschaft gebracht, »das Moment des Bruchs«. Einen Sieg will sich die RAF im Moment ihrer Niederlage nicht nehmen lassen: »Die RAF hat nach dem Nazi-Faschismus mit diesen deutschen Traditionen gebrochen und ihnen jegliche Zustimmung entzogen.«[92] Das ist vermessen und klingt ganz so, als habe die RAF persönlich für eine neue Gesellschaftsordnung gesorgt.

Durch »alle Härten und Niederlagen hindurch«, heißt es das eigene Durchhaltevermögen belobigend weiter, hätten sie mit Entschiedenheit gezeigt, dass sie »im Gang der Geschichte unkorrumpierbar« geblieben seien. Kein Wort über die Aussteiger, über die politischen Frontenwechsler wie Horst Mahler etwa, keines über die als »Verräter« denunzierten Kronzeugen und vor allem keines über die Opfer – kein Wort an deren Angehörige, keine Geste der Entschuldigung, kein Bitten um Vergebung, rein gar nichts.

Und als sollten letzte Zweifel ausgeräumt werden, wer allein für Tod und Terror verantwortlich gewesen sein kann, heißt es: »Der tatsächliche Terror besteht im Normalzustand des ökonomischen Systems.«[93] Damit ist alles wieder im Lot. Alle Eingeständnisse sind mit diesem einen Satz nivelliert. Im Gegensatz dazu, so könnte hier implizit geschlossen werden, muss es sich bei den von RAF-Mitgliedern verübten Verbrechen wohl um »angeblichen Terror« gehandelt haben, also um Akte »revolutionärer Gewalt«, die lediglich von ihren Feinden nur durch die Etikettierung »Terror« stigmatisiert und denunziert worden sind.

Die Auflösungserklärung endet schließlich mit der Auflistung der 26 Namen jener, die im Laufe der 28 Jahre andauernden Existenz ihrer Organisation als RAF-Angehörige ihr Leben verloren haben,[94] ohne jedoch irgendein Wort über die von ihr selbst verursachten Opfer zu verlieren. Zuletzt folgt ein trotzig zitierter Ausspruch Rosa Luxemburgs, der bereits wie ein utopisches Motto über ihrem eigenen, tragisch geendeten Leben gestanden hatte: »Die Revolution sagt: ich war ich bin ich werde sein.«[95]

Rosa Luxemburg wollte mit diesem Satz auf die Niederlage ihrer eigenen revolutionären Bewegung reagieren. Nach der Niederschlagung des *Spartakus*-Aufstandes hatten die Sozialdemokraten Friedrich Ebert und Gustav Noske erklärt, dass nun in Berlin diese Ordnung wieder hergestellt sei. Luxemburg hielt ihnen in einem letzten, am Abend vor ihrer Ermordung verfassten Artikel entgegen, dass ihre Ordnung in Wirklichkeit auf Sand gebaut sei. Nach ihrem Tod wurde die Zeile »Ich war, ich bin, ich werde sein« unter Kommunisten zu einer Art Vermächtnis. Sie sollte mit dem Verweis, dass die Revolution auch weiterhin eine historische Notwendigkeit sei, in aussichtslos erscheinenden Situationen – etwa während der NS-Zeit – Zuversicht bieten und Trost spenden. In diesen durch die Ikone der undogmatischen Linken gestifteten, seit Jahrzehnten von Parteigängern des Kommunismus strapazierten und durch dessen

92 Rote Armee Fraktion, »Wir beenden das Projekt«.

93 Ebenda.

94 Mit Jürg Peemüller figuriert darunter auch ein Unbekannter. Es ist nicht auszuschließen, dass es sich bei dem Namen, der sich in keiner Dokumentation findet, um einen Decknamen handelt.

95 Ebenda. Das Originalzitat lautet: »›Ordnung herrscht in Berlin!‹ Ihr stumpfen Schergen! Eure ›Ordnung‹ ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon ›rasselnd wieder in die Höh' richten‹ und zu eurem Schrecken mit Posaunenklang verkünden: Ich war, ich bin, ich werde sein!« Rosa Luxemburg, Die Ordnung herrscht in Berlin, *Die Rote Fahne* vom 14. Januar 1919, in: dies., Gesammelte Werke Bd. 4: August 1914 bis Januar 1919, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, (Ost-)Berlin 1974, S. 538. Zum historischen Kontext vgl. das Kapitel »Ich war, ich bin, ich werde sein«, in: Peter Nettl, Rosa Luxemburg, Köln/West-Berlin 1968, S. 699–747.

Scanned by CamScanner

Totalitarismus beschädigten und in sich gebrochenen Traditionszusammenhang klinkt sich die RAF bedenkenlos ein. Indem sie ihr eigenes Ende in dem Rosa Luxemburgs spiegelt, versucht sie zum Schluss deren moralisch wie politisch unbestechlichen Ruf zu okkupieren und sich damit noch einmal mythisch zu erhöhen.

Mit dieser Verlautbarung hat sich die RAF selbst ein Denkmal zu setzen versucht. Die Sätze sind von einem unerträglichen Pathos der Selbstgerechtigkeit getragen und wirken petrifiziert, fast wie in Stein gehauen. Aus der Erklärung lassen sich einige axiomatische Behauptungen herausdestillieren: Die RAF steht zu ihrer Geschichte; ihre Mitglieder glauben, dass die RAF ein Bruch in der Kontinuität zum Nationalsozialismus gewesen sei; sie halten die Entscheidung, die RAF gegründet und an ihr mitgewirkt zu haben, auch nachträglich für grundsätzlich richtig; sie glauben, dabei trotz aller Bedrängungen Subjekt geblieben zu sein, Durchhaltevermögen bewiesen und bei alledem keinerlei Korrumpiertheit an den Tag gelegt zu haben.

An welchen Mythen, so ist hier im Nachhinein zu fragen, wurde in dieser Auflösungserklärung weiter fortgestrickt? Vor allem ist es der Mythos Antifaschismus, den sich die RAF auf ihre Fahne geschrieben hatte. Ausführlich versucht sie damit die Entführung und Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer, der die Kontinuität zwischen NS-Regime und Bundesrepublik verkörpert habe, ein weiteres Mal zu rechtfertigen. Dabei wird in völliger Verkennung der Verhältnisse behauptet, man habe mit dieser Entführungsaktion im Herbst 1977 »die Machtfrage« gestellt.

Von den drei erwähnten Zentralmythen wird lediglich einer gestreift. Durch die Feststellung, dass es richtig gewesen sei, »die Gefangenen aus der Folter zu befreien«, wird der Mythos von der »Isolationsfolter« noch einmal bekräftigt. Die anderen beiden Zentralmythen – der Mythos vom bewaffneten Kampf ebenso wie der von den »Stammheim-Morden« – werden dagegen einfach ignoriert.

Auffällig ist, dass man sich vor Zusammenhängen, die sich in der Vergangenheit als problematisch erwiesen und zu anhaltenden Kontroversen innerhalb der linken Szene gesorgt hatten, vollständig drückt und auf tabuisierte Ereignisse wie den Tod Ulrike Meinhofs, die Ermordung der Schleyer-Begleiter, die Todesnacht von Stammheim, die Hinrichtung Schleyers und den aus rein instrumentellen Gründen begangenen Mord an dem US-Soldaten Edward Pimental nicht eingeht.

Die Mythen sind zwar verblasst, aber nicht vollständig erloschen. Von denen, die erheblich zum Bestand der RAF beigetragen haben, scheint kaum noch etwas übrig geblieben zu sein. Umso hartnäckiger halten sich dafür jedoch jene erwähnten Mythologeme, die auch weiterhin für Uneinsichtigkeit und Selbstverblendung sorgen.

Die popkulturelle Adaption des politisch verpufften RAF-Mythos

Es ist nicht bekannt, wie ehemalige RAF-Mitglieder darauf reagiert haben, dass Repräsentanten einer jüngeren Generation kurz nach Auflösung der RAF damit begannen, diese in den unterschiedlichsten kulturellen Bereichen zum Gegenstand einer erneuten Verklärung zu machen, ihren gescheiterten Feldzug gegen Staat und Eliten streckenweise zu ästhetisieren, sich besonders spektakuläre Elemente des vermeintlichen Guerillakampfes herauszugreifen und sie zu romantisieren sowie Einzelne, wie Andreas Baader und Ulrike Meinhof, nun als Pop-Ikonen zu besetzen und erneut zu heroisieren.[96] Das RAF-Emblem mit der quer über den fünfzackigen Stern montierten Maschinenpistole von Heckler & Koch tauchte nun auf T-Shirts und Postern, auf Buchtiteln und Filmplakaten, auf Fotostrecken in Mode- und Anzeigen von Lifestyle-Magazinen auf.[97] Es schien sich, wenn auch nur vorübergehend, um eine regelrechte Welle zu handeln, die der gerade untergegangenen RAF als popkulturelles Artefakt plötzlich erneut Aufmerk-

96 Vgl. Matteo Galli / Heinz-Peter Preusser, Mythos Terrorismus: Verklärung, Dämonisierung, Pop-Phänomen. Eine Einleitung, in: dies., Mythos Terrorismus, S. 7–18.

97 »Vom T-Shirt für den Freizeitrevolutionär über Mützen und Turnschuhen bis hin zu Rucksäcken und Glitzershirts ist so ziemlich alles zu haben. Selbst mit Stern und Sturmgewehr verzierte Unterwäsche und Kondome sind käuflich zu erwerben.« *Berliner Zeitung* vom 28. Oktober 2002.

samkeit verschaffte. Die Rede war nun von »RAF ist hip«, »RAF ist chic«, »RAF goes Pop« und – das alles hochgerechnet – von einem regelrechten »RAF-Retro-Trend«. Doch zum Teil scheint dieser »Trend« auch einem medialen Kumulationseffekt geschuldet gewesen zu sein. Jedenfalls war unübersehbar, wie sich Kritiker dieses Phänomens annahmen, sich daran abarbeiteten und es auf diese Weise selbst noch einmal, wenngleich auch nur indirekt, multiplizierten und potenzierten.

Die größte Aufmerksamkeit gewann zunächst die Verballhornung von »Baader Meinhof« zu »Prada Meinhof«, einem Label, unter dem die Hamburger Boutique »Maegde und Knechte Elternhaus« ein T-Shirt vermarktet hat.[98] Andere T-Shirts trugen Aufschriften wie »Prada Terror«, »German Eiche«, »German Tiefgang«, »Feldbett Diva« und »Mein Kampf«, dies auf einem Unterhemd, auf dem ein kleiner Kampfhund zu sehen war. »Prada Meinhof« wurde rasch zu einem durchschlagenden Erfolg.[99] Es ist inzwischen zum Synonym für die RAF-Mode insgesamt, das Spiel mit den Terrornamen und -emblemen, die tendenzielle oder zuweilen auch manifeste Tabuverletzung inbegriffen, avanciert.

Ein anderer Ausgangspunkt dieses Trends war ein Treffen von snobistisch auftretenden Jungschriftstellern in der Executive Lounge des Berliner Hotels Adlon gewesen, die sich seit 1999 mit wechselndem Erfolg als »popkulturelles Quartett« zu vermarkten versuchten. Einer von ihnen, der 30-jährige Alexander von Schönburg, erklärte mit einem kalkuliert provokanten Gestus, wie es weiland Georg Heym kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs getan hatte: »Unsere einzige Rettung wäre eine Art Somme-Offensive. Unsere Langeweile bringt den Tod. Langsam komme ich zur Überzeugung, dass wir uns in einer ähnlichen Geistesverfassung finden wie die jungen Briten, die im Herbst 1914 enthusiastisch die Rugby-Felder von Eton und Harrow, die Klassenzimmer von Oxford und Cambridge verließen, um lachend in den Krieg gegen Deutschland zu ziehen.«[100] Vor einer als tödlich empfundenen Langeweile sich den Krieg herbeizuwünschen und darin vielleicht tatsächlich den Tod zu finden, das hatte Vertreter einer Studentengeneration im Herbst 1914 bereits nach Langemarck geführt. Doch dieser sehr viel näher liegende Anknüpfungspunkt schien den versammelten Jungautoren nicht besonders geeignet zu sein. Das Image kriegsbegeisterter Nationalisten vertrug sich offenbar wohl nicht mit einem Snobismus, für den britische Eliteschüler als Vorbild sehr viel eher in Frage kamen. Mitautor Joachim Bessing ging im weiteren Verlauf von Kriegs- zu Terrorphantasien über, schlug vor, man müsse nun »von innen bomben«, und konkretisierte das mit den Worten: »Bomben aus Semtex bauen und dann in Prada-Rucksäcken an die Art-Direktoren schicken, per Kurier. Oder das Café Costes oder das Adlon sprengen.«[101] In dieser Situation konnte es nicht ausbleiben, dass nun auch das Stichwort RAF fiel. Es war Benjamin von Stuckrad-Barre, der es, obgleich in Abgrenzung gegenüber seinem Vorredner, in die Runde warf. Er hielt Bessing vor, dass es ihm im Unterschied zur RAF wohl nur um Zerstörung gehe, während die RAF zwar auch nichts bewirkt, jedoch an die Stelle des von ihr Zerstörten »etwas Neues« habe setzen wollen. Doch der Bann schien gebrochen.

Es war ein weiterer Jungschriftsteller, der den Ball auffing und sein eigenes Spiel damit trieb. John von Düffel (Jg. 1966), hatte bereits mit Stücken wie »Rinderwahnsinn« und »Born in the RAF« Aufmerksamkeit erregt. In einem *Zeit*-Interview verriet er dann im Jahr 2000, was er an der RAF und ihrer Zeit so aufregend finde: Wie die RAF-Leute mit ihrem ganzen Leben für eine Gesinnung eingestanden hätten, das habe »auch etwas Großes, Unbedingtes,

98 Vgl. Coco Drillo, Das RAF-Mode-Phantom, in: http://www.salonrouge.de/raf-hype2.htm (15. Januar 2004).

99 Einen Vorläufer einer derartigen RAF-Adaption hatte es bereits 1997 in Dänemark gegeben. Eine freilich fiktive Bildreportage der Modezeitschrift *Damernes Verden* war unter dem Titel »Die Mutter der Revolution« erschienen. Gemeint war damit Ulrike Meinhof. Kunden konnten sich Kleidungsstücke, die Meinhof-Models trugen, danach in einem Versand bestellen.

100 Tristesse Royale. Das popkulturelle Quintett mit Joachim Bessing, Christian Kracht, Eckhart Nickel, Alexander von Schönburg und Benjamin von Stuckrad-Barre, Berlin 1999, S. 137 f.

101 Ebenda, S. 156.

Scanned by CamScanner

Absolutes. Also Mythisches. Wie im Kino. [...] Da gibt es Entführung, Flucht, Untergrund – das Land zu RAF-Zeiten war der letzte große Abenteuerspielplatz der deutschen Geschichte.«[102] Mit dieser Haltung blieb der damalige Dramaturg am Hamburger Thalia-Theater, wie zahlreiche Romane, Filme und Theaterstücke belegen, keineswegs ein Sonderfall, sondern setzte nur den vom »popkulturellen Quartett« in Szene gesetzten Thrill weiter fort.

Das »Große«, das »Absolute«, das »Unbedingte« – diese unverkennbaren Ingredienzien einer hier freilich nur ästhetisch auftretenden fundamentalistischen Ideologie – schienen ihren Reiz auf Vertreter einer jüngeren Generation keineswegs verloren zu haben. Bezeichnend dürfte allerdings sein, dass diese Bewunderungshaltung, die Anbetung des Mythischen, fast nur noch im Bereich der Fiktion, also von Schriftstellern, Theater- und Filmemachern, geäußert werden kann. Der »Abenteuerspielplatz« RAF blieb, wie der Regisseur Christopher Roth mit seinem Filmporträt »Baader« anschaulich unter Beweis gestellt hat,[103] nun für sie reserviert. Waren derartige Äußerungen in einem politischen Umfeld auch so gut wie vollständig diskriminiert, so verfügten fiktionale Autoren immer noch über einen solchen Spielraum. Während sich die RAF politisch längst erledigt hatte, feierten die von ihr geschaffenen Mythen in der Kultur fröhliche Urständ.

Eine besondere Rolle spielten dabei Pop- und Rockmusiker. Die aus Sindelfingen stammenden Punkrocker *Wizo* widmeten der aufgelösten Untergrundorganisation mit »R.A.F.« gar einen eigenen Song. Darin heißt es unverblümter als in irgendeinem anderen Zusammenhang:

»Als wir noch kleine Scheißer waren, da wußten wir nicht viel,
doch wir haben schon gern RAF und Polizei gespielt.
Ich wollte nie ein Bulle sein, denn Bullen sind nur Dreck,
ich war viel lieber Terrorist und bombte alles weg.
[...]
Rote Armee Fraktion – ihr wart ein geiler Haufen,
Rote Armee Fraktion – mit euch ist was gelaufen
Rote Armee Fraktion – ich fand euch immer spitze
Leider war ich noch zu klein, um bereits bei Euch dabei zu sein,
doch mein Herz schlug damals schon
für die Rote Armee Fraktion.«[104]

Die Hip-Hop-Band *Absolute Beginner* mit ihrem Song »Die Söhne Stammheims«, in dem von deren Sänger Jan Delay beklagt wird, dass die jungen Leute nur noch für Hunde und Benzin kämpften und nicht mehr Baader und Ensslin folgten, sowie die Schweizer Band *Mittageisen*, die einen in der Zelle verfassten Meinhof-Brief intonierte, um so für einen »faireren Umgang« mit ihr und ihrem Schicksal zu plädieren, standen dem nur wenig nach.

Für die wohl größte Aufregung sorgte jedoch 2002 das inzwischen eingestellte Modemagazin *Tussi Deluxe* mit seiner 22 Seiten langen Bilderstrecke »RAF-Parade«. Darin wurden einige der schaurigsten Sequenzen aus der Geschichte der RAF, wie etwa die Szene mit dem im Kofferraum eines Pkw aufgefundenen Leichnam des von der RAF erschossenen Hanns-Martin Schleyer, mit der quer über die Doppelseite führenden Zeile »Aber die fliegende Schlinge wand sich um seinen Hals« von Models nachgestellt.

---

102 Christiane Grefe, Damals war noch was los. Dramaturg John von Düffel, 33, über Sehnsucht nach Radikalität, *Die Zeit* vom 13. September 2000, 55. Jg., Nr. 37, S. 5.

103 In einer Besprechung heißt es dazu: »Mit dem Mythos Baader, meinte Drehbuchkoautor Moritz von Uslar, habe man sich auseinandersetzen wollen, mit dem Faszinosum, das er für seine Anhänger gewesen ist. Nur, leider: davon ist nichts zu sehen. Weder wird der Mythos demontiert noch wird ihm ein Gegen-Mythos entgegengestellt, weder gibt es eine irgendwie originelle Neu-Beschreibung der Gruppendynamik noch den Versuch, Baader als ambivalente Figur einleuchtend zu machen. Es reicht einfach nicht, das macht der Film ganz unfreiwillig überdeutlich, die vermeintliche Coolness Baaders zum Ausgangspunkt einer mit dem Historischen flirtenden Erzählung zu machen – und damit der Lifestyle-Welle der letzten Jahre hinterherzusurfen, die, mit der erlaubten Verständnislosigkeit der Nachgeborenen, den Chic des Terrorismus entdeckt hat (und natürlich nur seine Signifikanten meint).« Ekkehard Knörer / Christopher Roth: Baader (D 2002), in: Jump Cut Filmkritik. Magazin für Film & Kritik: Rezensionen und News. http://www.jump-cut.de/filmkritik-baader.html (15. Juni 2006).

104 http://www.rafinfo.de/archiv/files/RAF-Pop.pdf (19. Juni 2006).

Das alles war offenbar absichtslos, nicht einmal als gezielte Provokation in Szene gesetzt. Die einzige erkennbare Absicht hinter der Geschmacklosigkeit bestand darin, wie bei einer Werbekampagne etwa, der – wie die mit den Aufnahmen von Aids-Toten operierende Benetton-Reklame früher schon unter Beweis gestellt hat – im Zweifelsfall auch jedes Mittel recht ist, Neugierde für das eigene Produkt zu wecken.

Diesem Erfolg wollte das Hamburger Lifestyle-Magazin *Max* nicht nachstehen und übernahm die Bilderstrecke unter der Überschrift »Die Zeit ist reif für RAF-Popstars«.[105] Auch *Max* ließ sich nicht davon abhalten, etwa die Aufnahme des von einem Fotomodell nachgestellten, in einer Blutlache auf dem Boden seiner Zelle liegenden Leichnam Andreas Baaders zu reproduzieren sowie ein darüber montiertes Bild von einem Paar Hausschuhen samt der zynischen Empfehlung, dass »Andreas Baaders Woolworth-Pantoffel Kult« seien. Der Tabubruch, Modearrangements mit Aufnahmen von Todesopfern zu »garnieren«, und die Skrupellosigkeit, auf der Suche nach geeigneten Sujets die Geschichte des Terrorismus zu plündern, scheinen sich hier die Waage zu halten.

Mit der hemmungslosen Verklärung von Baader, Meinhof & Co., ihrer Trivialisierung, Romantisierung und Popularisierung, geht gewiss auch eine Bagatellisierung ihrer Taten und denen des Terrorismus insgesamt einher. Dass dies auch noch nach dem 11. September 2001 möglich gewesen ist, hat viele irritiert, verärgert und auch abgestoßen. Jedoch wäre es ein Kurzschluss, die während der RAF-Zeit entstandenen Mythologeme und die nach ihrer Auflösung produzierten Pop-Artefakte gleichrangig behandeln zu wollen. Ihre Konstitutionsgeschichte, ihre soziokulturelle Funktion und damit auch ihr jeweiliger gesellschaftlicher Stellenwert sind dafür zu unterschiedlich.

Die radikale Entkontextualisierung von Symbolen, die beliebige Adaption von Zeichen und deren Neuverwendung in völlig anderen Zusammenhängen sind ein hervorstechendes Merkmal der Popkultur. Die Zeitgeschichte fungiert im Falle der RAF wie ein Supermarkt oder ein Steinbruch, in dem sich diejenigen, die sich als Popartisten in Kunst, Mode, Theater, Musik und Literatur Aufmerksamkeit verschaffen wollen, nach Belieben glauben bedienen zu können. Namen, Embleme, Markenzeichen und Logos werden entwendet, gekreuzt oder verballhornt, wie »Prada Meinhof«, und als mit dem Gestus des »radical chic« versehene ästhetische Zeichen erneut benutzt.

Dies alles wäre in den 1970er und 1980er Jahren kaum vorstellbar gewesen. Möglich wurde es erst unter der Voraussetzung, dass die RAF aufgehört und sich die mit ihr verbundene Aufregung gelegt hatte. Ein Kritiker merkte in diesem Zusammenhang zutreffend an: »Weil der bundesdeutsche Terrorismus im kollektiven Bewusstsein aufhörte, etwas zu sein, was wehtut, kehrt die RAF als Logo wieder – als vage Chiffre für heroische Gesten, Tod und Bedeutung.«[106] Das von seiner ursprünglichen Bedeutung Losgelöste und in seiner Semantik Unbestimmte macht hier offenbar den Unterschied aus. Stand die Verwendung von RAF-Symbolen früher zumindest in ideologischer Hinsicht für eine bestimmte Aussage, so ist sie heute weitgehender Beliebigkeit anheim gefallen.

Wie erheblich die Diskrepanz zwischen der RAF als einem historischen und einem ästhetischen Phänomen ist, darauf hat der Kulturwissenschaftler Niels Werber hingewiesen: »1967 und auch 1977 sind von diesem Tableau weit entfernt, denn es werden nur jene Elemente dieser historischen Schichten zitiert, die in das Programm einer coolen Ästhetik passen: Mode, Models, Drogen, Sex. Der Terrorismus wird so losgelöst von seiner historischen Umwelt, von seinem genuinen Kontext und selektiv für den Konsum der Gegenwart neu zurechtgemacht.«[107] Was bei dieser Entkontextualisierung bislang herausgekommen ist, dürfte daher wohl eher als »Terroristenkitsch« denn als eine Besorgnis erregende Remythologisierung der RAF zu bezeichnen sein.

105 Die Zeit ist reif für RAF-Popstars, *Max* vom 22. Februar 2001, S. 6.

106 Stefan Reinecke, Das RAF-Gespenst, *die tageszeitung* vom 5. September 2002.

107 Niels Werber, Vom Glück im Kampf. Krieg und Terror in der Popkultur, Antrittsvorlesung vom 16. Mai 2001 an der Ruhr-Universität Bochum, http://homepage.ruhr-uni-bochum.de/niels.werber/Antrittsvorlesung.htm (19. Juni 2006).

Scanned by CamScanner

Was der Literaturwissenschaftler Heinz-Peter Preusser in einer kritischen Auseinandersetzung mit den Abwehrreaktionen auf die 2003 verbreitete Ankündigung der Kunst-Werke, sie wolle eine Ausstellung zum Thema »Mythos RAF« zeigen, festgestellt hat, das gilt auch in dem hier entfalteten Zusammenhang: »Der Mythos Terrorismus ist [...] nicht eine Mystifizierung von Verbrechen, sondern Signal für das Unbewältigte der Zeitgeschichte. Und dieses Unbewältigte lässt sich nicht äußerlich in Entmythisierung überführen. Aufklärung über den Mythos schließt ein, sich auch seiner Faszinationsgeschichte zu vergewissern – nicht affirmativ, sondern begreifend. Was arbeitet weiter in den Subjekten, die sich zu diesem Diskurs affektiv verhalten? Und dazu zählten die fragwürdige Position des Sympathisanten wie die aufgeregte Reaktion, die dem Terror eine mediale Wirkungsmöglichkeit in die Massen der Gesellschaft gab (und immer wieder gibt). Damit erst war die Stilisierung von Personen und Programmen zum Mythos möglich: Weil die Gesellschaft die Personalisierung von Konflikten so nahm, wie sie von den Terroristen gedacht wurden – als symbolische Handlung. Und die Opfer erst gaben den Taten Tiefe: das Fremdopfer, das kalt und bewusst eingeplant war, wie das Selbstopfer, mit dem sich die RAF in Stammheim ein letztes Mal inszenierte, um dem Mythos Nahrung zu geben.«[108] Das Verhältnis zwischen Mythos und Logos, zwischen Mythos und Aufklärung, zwischen Historisierung und Entmythologisierung ist also keine Einbahnstraße. Die Hoffnung, die Geschichte ließe sich von entzauberten Mythen einfach entgiften, die Vergangenheit ließe sich entschlacken, ist trügerisch. Nur im Bewusstsein, dass das Faszinosum Untergrundkampf, von dem der Terrorismus so lange hat zehren können, wohl auch unabhängig von seinem jeweiligen politischen Kontext fortexistieren wird, bleibt eine Ahnung von den Risikopotentialen, die der Moderne weiter innewohnen, erhalten.

108 Heinz-Peter Preusser, Warum *Mythos* Terrorismus? Versuch einer Begriffsklärung, in: Galli/Preusser (Hg.), Mythos Terrorismus, S. 69–83, hier S. 83.

Herfried Münkler

Sehnsucht nach dem Ausnahmezustand

Die Faszination des Untergrunds und ihre Demontage durch die Strategie des Terrors[1]

Der Eintritt in die Gruppe, das Aufsaugen ihrer Norm und die Knarre am Gürtel entwickeln ihn dann schon, den ›neuen‹ Menschen. Er ist Herr über Leben und Tod geworden, bestimmt, was gut und böse ist, nimmt sich, was er braucht und von wem er es will; er ist Richter, Diktator und Gott in einer Person – wenn auch für den Preis, daß er es nur für kurze Zeit sein kann.«[2]

Volker Speitels Bericht über seine Erfahrungen mit dem westdeutschen Terrorismus in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, geäußert nach seiner Festnahme, dem Zusammenbruch seiner Hoffnungen und seiner schließlich definitiven Abwendung von der RAF, der *Roten Armee Fraktion*, kann als Bestätigung für die verschiedentlich geäußerte Vermutung gelesen werden, dass der Einstieg in den Terrorismus weniger zu tun habe mit bestimmten politischen Ideen, die nun durch Gewalt und Terror verwirklicht werden sollen, als vielmehr mit den zuvor gemachten Alltagserfahrungen und dem lebenspraktischen Sinnangebot, das die Existenz in der Illegalität für manche zu verheißen schien. In den Untergrund zu gehen, so jedenfalls legen es die Bemerkungen Speitels nahe, scheint für manchen gleichbedeutend gewesen zu sein mit der Erwartung, endlich den lähmenden, tagtäglichen Ohnmachtsgefühlen – gleichgültig, ob diese nun politisch geprägt waren oder aus gänzlich unpolitischen Zusammenhängen erwuchsen – enthoben zu sein, diesem steten Verdacht, alle Anstrengungen seien sinnlos und vergeblich, und etwas von dem zu verwirklichen, was die Tagträume beherrscht: Macht, Allmacht. Nicht länger mehr nur *Objekt*, sondern endlich einmal *Subjekt* der Ereignisse zu sein – die Illegalität, und allein die Illegalität, schien dies zu verbürgen.

Andere wiederum scheinen im Untergrund die einzige Möglichkeit gesehen zu haben, den endlosen Diskussionen der Linken mit ihrem Sowohl-als-auch, ihrem Einerseits-andererseits, ihren doch offensichtlich folgenlosen Analysen und Einschätzungen, Verurteilungen und Solidaritätsbekundungen zu entkommen und sie zu ersetzen durch ein klares, an Eindeutigkeit nicht zu überbietendes Entweder-oder: »Entweder Schwein oder Mensch. [...] Entweder Problem oder Lösung. Dazwischen gibt es nichts. Sieg oder Tod«, wie Holger Meins noch unmittelbar vor seinem Tod erklärt hat.[3]

Welcher Motivkomplex nun entscheidend gewesen sein mag – in den Untergrund zu gehen bedeutete für die Betreffenden jedenfalls, eine als unerträglich empfundene Normalität einzutauschen gegen einen Ausnahmezustand, der Freiheit und Selbstverwirklichung versprach; es bedeutete, freizukommen aus den Verflechtungen und Verästelungen einer immer

1 Der Aufsatz ist 1983 als Band 141 der edition suhrkamp, Neue Folge erschienen: Reiner Steinweg (Red.), Faszination der Gewalt. Politische Strategie und Alltagserfahrung, S. 60–88. Die Zitierweise wurde angepasst.

2 Volker Speitel, »Wir wollten alles und gleichzeitig nichts«, III. Teil, in: *Der Spiegel* vom 11. August 1980, 34. Jg., Nr. 33, S. 36.

3 Der letzte Brief von Holger Meins (31.10.1974), in: texte der RAF, Malmö 1977, S. 14.

Scanned by CamScanner

komplexeren und immer weniger durchschaubaren Welt und, auch und gerade in politischer Hinsicht, wieder zu wissen, was gut und böse, wer »Freund« und wer »Feind« ist, und dementsprechend handeln zu können. Insofern ist Terrorismus immer auch *Komplexitätsreduktion mit der Waffe.* Was kein »Marsch durch die Institutionen« des säkularisierten, gewaltenteilig verfassten Staates je hätte versprechen können, verhieß der Untergrund: einmal »Richter, Diktator und Gott in einer Person« zu sein.

Die – bei nüchternem Durchdenken völlig unrealistische – Erwartung, die lateinamerikanischen Land- und Stadtguerillamodelle, zu diesem Zeitpunkt in Lateinamerika bereits weitgehend gescheitert, könnten auf die Bedingungen eines dichtbesiedelten, hochindustrialisierten, demokratisch verfassten und sozialpolitisch relativ fortschrittlichen Landes übertragen werden, hat weniger mit jenen Modellen als vielmehr mit den spezifischen Erwartungshaltungen zu tun, unter denen sie hierzulande rezipiert worden sind. Nicht der historische Che Guevara – samt seinem Scheitern im bolivianischen Urwald – war ausschlaggebend, sondern jener eigentümliche Mythos, der sich um seine Person gewoben hatte. Der *Politiker und Guerillastratege Guevara* wurde zugedeckt von jenem bekannten *Poster,* das ihn als Christus *und* Held zeigte. In gleichsam kristallisierter Form hat dieses Poster die Sehnsucht nach dem Ausnahmezustand verkörpert, wie sie Ende der sechziger / Anfang der siebziger Jahre nicht nur bei denen anzutreffen war, die dann tatsächlich in den Untergrund gegangen sind – wobei Ausnahmezustand nicht verfassungspolitisch, sondern lebenspraktisch zu verstehen ist.

Der große, entscheidende Fortschritt an innerstaatlicher Pazifizierung, den der neuzeitliche Staat erreicht hat, indem er für sich das »Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit« (Max Weber) reklamierte und durchsetzte, hat auf der Kehrseite freilich *auch* die Domestikation des Menschen bedeutet, seine Subsumtion unter die staatlichen Entscheidungen, gleichgültig, wie häufig dagegen appelliert werden kann und wie begründet sich der Staat als die Gesamtheit seiner Bürger darzustellen weiß. Dafür, dass diese Kränkung des menschlichen Narzissmus vernünftigerweise hinzunehmen sei, hatten die Vertragstheoretiker von Hobbes bis Rousseau gute Gründe geltend gemacht: Nur so sei die Sicherheit des Lebens, des Eigentums und schließlich auch der Freiheit zu gewährleisten. Doch sie haben nie verschwiegen, dass dieser Fortschritt mit Verzichtleistungen beglichen werden musste: Nur wer die ihm von Natur zukommenden, freilich prekären Rechte abtrat, konnte einige davon *garantiert* zurückbekommen. Weil die Vertragstheoretiker jedoch unterstellten, dass die wenigen garantierten Rechte mehr seien als die vielen prekären, konnten sie die Errichtung des Staates, den Übergang vom »Natur-« zum »Gesellschaftszustand«, insgesamt als einen Fortschritt begreifen.

Dies nun kann mit drei – miteinander jedoch nur schwerlich zu vereinbarenden – Gegenargumenten bestritten werden: *Erstens* kann geltend gemacht werden, dass der Staat tatsächlich das nicht garantiere, was zu garantieren er vorgebe und weswegen er begründet worden sei; in diesem Fall, so hatten es die Vertragstheoretiker selbst vorgesehen, fallen alle abgetretenen ursprünglichen Rechte wieder an den Menschen zurück. *Zweitens* kann eingewandt werden, dass durch die staatliche Monopolisierung physischer Gewaltsamkeit den Armen und Unterdrückten das einzige Mittel, die Verhältnisse zu ändern, die Gewalt, genommen worden sei. Die »*Resolution der Kommunarden*« in Brechts »Svendborger Gedichten« beispielsweise bedient sich dieses Einwands:

»In Erwägung unsrer Schwäche machtet
Ihr Gesetze, die uns knechten solln.
Die Gesetze seien künftig nicht beachtet
In Erwägung, daß wir nicht mehr Knecht sein wolln.
In Erwägung, daß ihr uns dann eben
Mit Gewehren und Kanonen droht
Haben wir beschlossen, nunmehr schlechtes Leben
Mehr zu fürchten als den Tod.«

Drittens können schließlich – implizit wie explizit – das Gewaltmonopol des Staates und die staatliche Limitierung menschlicher Handlungsmöglichkeiten abgelehnt werden, weil sie den Menschen auf eine Objektrolle reduzierten und ihn unverzichtbarer Äußerungsformen seiner Existenz beraubten, ihm also die Regression aus seinem Menschsein abverlangten.

Beruht der erste Einwand auf *juristischen* Argumenten, die sich aus dem fiktiv-ursprünglichen Vertrag herleiten, so macht der zweite Einwand die Idee der Gerechtigkeit gegen die durch den Staat gesicherte schlechte Wirklichkeit geltend, bedient sich also *ethisch-politischer* Argumente. Der dritte Einwand

dagegen beruft sich auf Grundbefindlichkeiten des Menschen, die in der bestehenden Ordnung unterdrückt würden, bringt also *anthropologische* Argumente ins Spiel. Mögen in der Ideologie des Terrorismus diese drei Argumente noch so sehr miteinander vermischt worden sein, so hat die rekonstruierende Analyse sie doch präzise zu unterscheiden, da die Vorherrschaft des einen oder anderen Arguments entscheidend war für die Wahl der jeweiligen Strategie.

Die Ideologie des westdeutschen Terrorismus, mit der die Aktionen der Gruppen legitimiert wurden, hat sich zunächst vorwiegend des ethisch-politischen Arguments bedient, indem sie von der Befreiung der Unterdrückten und Entrechteten, Armen und Elenden hierzulande, vor allem aber in der Dritten Welt, als dem entscheidenden politischen Ziel der Gruppen sprach. Nachdem diese »als interessiert unterstellten Dritten« sich jedoch als politische Adressaten des Terrorismus verweigert hatten, trat immer stärker das anthropologische Argument in den Vordergrund: die Selbstbefreiung des Menschen von seiner staatlich antrainierten Untertanenmentalität durch den Kampf – in der ideologischen Entwicklung der *Roten Armee Fraktion* ebenso wie der *Bewegung 2. Juni*, vor allem aber der *Revolutionären Zellen*.[4]

Im ideologischen Entwicklungsprozess der Gruppen, in dessen Verlauf – insbesondere bei der RAF – mit der Steigerung der Gewalt die politische Selbstdarstellung allmählich versiegte, trat zuletzt ganz offen hervor, was zunächst noch verhüllt gewesen war: die *Selbstbezüglichkeit* der terroristischen Gewalt, ihre Reduktion auf die biografische Perspektive der Terroristen. Indem die Angehörigen der terroristischen Gruppen dem Staat das »Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit« bestritten, sich mit Waffen versahen und diese auch gebrauchten, schätzten sie die Möglichkeit eines bedeutsamen und folgenreichen, dafür voraussichtlich jedoch kurzen Lebens höher als das, was sie verächtlich die »Sekurität bürgerlicher Existenz« nannten.[5] »Entweder überleben um jeden Preis oder Kampf bis zum Tod« – angesichts dieser selbstgestellten Alternative hat sich Holger Meins für den Kampf bis zum Tod entschieden: »Revolutionär, im Kampf – bei aller Liebe zum Leben: den Tod verachtend. Das ist für mich: dem Volke dienen. – RAF.«[6] Alle *politischen Ziele* verschwanden hinter dieser *biografischen* Alternative.

Zugleich versprach der Untergrund aber auch die Überwindung jener Arbeitsteiligkeit, durch die die bürgerliche Gesellschaft den Menschen in »Hand« und »Kopf« zerlegt und immer stärker partikularisiert hat. »Bommi« Baumann hat dieses Versprechen des Untergrunds beschrieben: »Du lernst natürlich bei den Sachen die gesamte Technologie, alle Arten von Pässen und Stempelchen zu fälschen, nachzudrucken, du wirst ein absoluter Fälscher. Du wirst ein Spezialist im Autoknacken, […]. Du wirst ein sehr guter Waffenfachmann, du kannst wunderbar mit Waffen umgehen, zerlegen, auseinandernehmen, besser als jeder Soldat. Und du wirst ein guter Planer, wovon jeder Kriminelle im Film träumt. Bei einer Bank siehst du im Vorbeigehen, ob sie machbar ist oder nicht. Das heißt, kein Spezialistentum, jeder muß fähig sein, alles zu machen. […] Du bist auf allen Gebieten Spezialist, jeder kann alles. Du bist Planer genauso wie Ausführender, du kannst überfallen, genauso wie du einen Überfall aushecken kannst und wie du ihn leiten kannst, du kannst mit Funk umgehen, du kannst Radios umbasteln auf Polizeifunk, du lernst alles, du mußt alles kennen.«[7]

Weil in der Guerillagruppe jeder alles könne, so Baumanns anfängliche Überzeugung, werde es in ihr nur noch in sehr reduziertem Umfang Autori-

4 Vgl. Herfried Münkler, Revolutionäres Subjekt und strategischer Ansatz, in: Iring Fetscher / Günter Rohrmoser, Ideologien und Strategien. Analysen zum Terrorismus, Bd. 1, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Opladen 1981, S. 91 ff., 174 ff.

5 So erklärte Ulrike Meinhof: »Die meisten intellektuellen Linken haben ihren Marx und Mao inzwischen auf den Kopf gestellt. Um ihr bißchen privilegiertes Sein nicht in Frage stellen zu müssen, ihren Trödelkram und bunt bemalte Küchenmöbel, greifen sie – wie die Springerpresse – nach psychoanalytischen Interpretationsmustern revolutionärer Entschlossenheit« (Meinhof, Den bewaffneten Widerstand organisieren. Die Klassenkämpfe entfalten. Die Rote Armee aufbauen, S. 2). Tatsächlich bediente jedoch vor allem sie selbst sich dieser psychologischen Deutungsmuster, indem sie die Aktionen der RAF als Ausdruck von Mut und Entschlossenheit bezeichnete, jede Kritik daran hingegen der Feigheit bezichtigte (vgl. Münkler, Revolutionäres Subjekt und strategischer Ansatz, S. 53 ff.).

6 Der letzte Brief von Holger Meins, S. 14.

7 Michael »Bommi« Baumann, Wie alles anfing, Frankfurt am Main 1977, S. 106.

Scanned by CamScanner

tätsstrukturen geben. Damit entstehe in der Guerillagruppe zuerst der »neue Mensch«, durch den allein die zukünftige freie und gerechte Gesellschaft möglich werde. Und als die Perspektiven für deren mögliche Errichtung immer mehr dahinzuschwinden begannen, konnte man sich damit beruhigen, dass in den kämpfenden Gruppen immerhin der »neue Mensch« bereits entstanden sei. So erklärte Ulrike Meinhof: »Deswegen hassen Bundesanwaltschaft, dieses Gericht, Bundeskriminalamt und Regierung Andreas [Baader] am meisten. Für sie geht es darum, das Neue, den neuen Menschen, die neue Gesellschaft, deren Keimform die Guerilla in ihrer Identität von Macht, Subjektivität, Lernprozeß, Praxis ist, zu vernichten.«[8]

Dies alles zusammengenommen, wird die Faszination des Untergrunds und der Illegalität[9] verständlich, die Ende der sechziger / Anfang der siebziger Jahre auch manche beschäftigte, die gar nicht ernstlich die Absicht hatten, in den Untergrund zu gehen. Verblieben sie in der »Sekurität ihrer bürgerlichen Existenz«, so doch eben mit einem schlechten Gewissen, das einige durch materielle und ideelle Unterstützung der Illegalen wenigstens etwas zu besänftigen suchten.

Die politischen Mythen des Guerillakrieges, der »solidarischen und liebevollen Beziehungen« in den terroristischen Gruppen und der Selbstbefreiung des Menschen durch den Kampf konnten so zu einem nicht unbedeutenden Element der politischen Kultur in Westeuropa werden. Dass sie dies heute – zumindest in der Bundesrepublik – nicht mehr sind, ist das Ergebnis ihrer Selbstdemontage, der dramatischen Widerlegung terroristischer Ideologien durch die Strategien des Terrors. Die Ereignisse in Mogadischu mögen hier den entscheidenden Wendepunkt gebildet haben; sicherlich haben dabei auch die autobiografischen Äußerungen ausgestiegener Terroristen eine beträchtliche Rolle gespielt. Ihnen ist nicht zuletzt darum eine so große Bedeutung zugekommen, weil in ihnen der Mythos der Illegalität von seinen eigenen Trägern demontiert worden ist.

Dass dieser Mythos gleichwohl nach wie vor eine gewisse Wirkung zeitigt, belegt ein anonymer Brief, der nach der öffentlichen Erklärung Hans-Joachim Kleins, die *Revolutionären Zellen* verlassen zu haben, in Frankfurt zirkulierte. Noch einmal wurde in ihm all das vorgebracht, was den Mythos des Untergrunds, auch wenn bestritten wird, dass es ein Mythos sei, ausgemacht hat und ausmacht: »Diejenigen, für die der bewaffnete Kampf kein Mythos ist, die kämpfen, um – auch – sich selbst zu befreien, für die der praktische militante Widerstand Äußerung ihres Lebenswillens und Kampf gegen das eigene Untertanenbewußtsein ist, brauchen keine ›wohlfeilen Argumentationen‹, um von der Notwendigkeit des bewaffneten revolutionären Kampfes überzeugt zu werden, sie wissen, was und weshalb sie es tun, denn der bewaffnete Kampf ist IHRE UREIGENE SACHE, die sich über Jahre hinweg bewußtseinsmäßig und praktisch entwickelt hat und kein Sprung ins kalte (Grönlandgletscher-)wasser.«[10]

Hier wird die Selbstbezüglichkeit terroristischer Gewalt ganz offen eingestanden: Ausschließlich die Selbstbefreiung der Gruppenangehörigen, wenngleich durch ein verschämtes »auch« kaschiert, wird hier als Begründung des Kampfes angegeben. Doch wo das anthropologische Argument mit solcher Ausschließlichkeit vorgetragen wird, ist der Kampf längst zum Selbstzweck geworden. Mit Recht hat darum Albrecht Wellmer von der »Verselbständigung des Terrorismus zu einer Lebensform« gesprochen, »die zum Selbstzweck geworden ist, weil sie dem Guerillero die einzige Möglichkeit bietet, seine auf eine Hassbeziehung zum System geschrumpfte Gruppenidentität zu wahren und auszuagieren«.[11]

Dieser Entwicklungsprozess soll hier anhand von Selbstzeugnissen der Terroristen kritisch nachgezeichnet werden. Dabei sollen neben den politisch-

8 Teile zu der Erklärung der Gefangenen aus der RAF, in: texte: der RAF, S. 48.

9 Ulrike Meinhof hat, freilich nicht auf sich selbst, sondern auf die »Verräter« bezogen, von der »falschen Faszination, die Illegalität hat«, gesprochen (Meinhof, Stadtguerilla und Klassenkampf, in: texte: der RAF, S. 405). Sie hat dabei jedoch übersehen, dass solche Faszination nicht nur bei denen festzustellen ist, die sie irgendwann »überwunden« haben.

10 »Widerstand unterm Pflasterstrand«, in: *Pflasterstrand*, 3. Jg., Nr. 11, 1977.

11 Albrecht Wellmer, Terrorismus und Gesellschaftskritik, in: Jürgen Habermas (Hg.), Stichworte zur ›Geistigen Situation der Zeit‹, Bd. 1, Frankfurt am Main 1979, S. 273.

propagandistischen Erklärungen der RAF[12] vor allem die Schriften und Interviews der »ausgestiegenen« Terroristen Michael »Bommi« Baumann (*Bewegung 2. Juni*), Hans-Joachim Klein (*Revolutionäre Zellen*), Volker Speitel und Peter-Jürgen Boock (RAF)[13] als Grundlage dienen. Es wird von der These ausgegangen, dass weder individualpsychologische noch gesellschaftliche, weder ideologische noch taktisch-strategische Faktoren *für sich allein genommen* eine hinreichende Erklärung des Terrorismus bieten können;[14] erst die – in den jeweiligen Fällen sicherlich unterschiedlich gewichtete – *wechselseitige Beeinflussung dieser Faktoren*, ergänzt durch das Moment biografischer Zufälle, kann nachvollziehbar machen, warum jemand in den Untergrund ging, sich einer terroristischen Gruppe anschloss und sich schließlich – in einigen Fällen – von ihr wieder lossagte. Um es auf eine griffige Formel zu bringen: Der »Einstieg« in den Terrorismus, aber auch die Abwendung davon soll hier nicht »erklärt«, sondern es soll ermöglicht werden, dies zu »verstehen«.

Die alltägliche Perspektivlosigkeit

Nachdem er die dritte oder vierte legale linke Gruppe nach deren Auseinanderbrechen hinter sich gelassen und »jedesmal den gleichen Katzenjammer danach« in sich verspürt habe, mache mancher sich immer stärker mit dem Gedanken vertraut, es jetzt einmal mit Gewalt zu versuchen und in den Untergrund zu gehen. Möglicherweise hat Hans-Joachim Klein[15] bei dieser Beschreibung des Einstiegs in den Terrorismus seine eigene Biografie vor Augen gehabt, die ihn von der Frankfurter *Roten Hilfe* über die *Revolutionären Zellen* schließlich bis zum Überfall auf die OPEC-Konferenz in Wien geführt hat. Zur Frustration und Resignation, so Klein, komme »die ungeheure Angst der Perspektivlosigkeit hinzu«, die »Angst, wieder in den alten bürgerlichen Sumpf zurückzufallen oder gar keine politische Meinung mehr zu haben oder haben zu wollen. Die Angst, in all dies zurückzukehren, aus dem man verdammt mühevoll in einer Masse von Jahren hervorgekommen ist.«

Fast gleichlautend beschreibt auch Volker Speil-

12 Veröffentlicht in den beiden Sammelbänden, Bewaffneter Kampf. Texte der RAF. Auseinandersetzung und Kritik, Utrecht 1973, und Texte: der RAF.

13 Baumann, Wie alles anfing; Hans-Joachim Klein, Rückkehr in die Menschlichkeit. Appell eines ausgestiegenen Terroristen, Reinbek 1979; Volker Speitel, »Wir wollten alles und gleichzeitig nichts«, Teil I, in: *Der Spiegel* vom 28. Juli 1980, 34. Jg., Nr. 31, S. 36–49; ebenda, Teil II, in: *Der Spiegel* vom 4. August 1980, 34. Jg., Nr. 32, S. 30–39; ebenda, Teil III, in: *Der Spiegel* vom 11. August 1980, 34. Jg., Nr. 33, S. 30–36; »Im Schützengraben für die falsche Sache«. *Spiegel*-Gespräch mit dem Ex-Terrorist Peter-Jürgen Boock über seine Erfahrungen in der RAF, in: *Der Spiegel* vom 23. Februar 1981, 35. Jg., Nr. 9, S. 110–125.

14 Eine Zusammenfassung der verschiedenen Erklärungsansätze zum Terrorismus bieten Hans-Dieter Schwind, Bisher veröffentlichte Meinungen zu den ›Ursachen‹ des Terrorismus, in: ders. (Hg.), Ursachen des Terrorismus, Berlin / New York 1978, S. 45 ff., sowie Hermann Glaser, Die Diskussion über den Terrorismus. Ein Dossier, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*, B 25/78, 24. Juni 1978. Die theoretische Reichweite psychologischer Ansätze, psychoanalytischer ebenso wie sozialpsychologischer, wächst in dem Maße, in dem auch außerpsychische Faktoren in die Überlegungen einbezogen werden und auf monokausale Erklärungen verzichtet wird. Insgesamt wenig überzeugend sind dagegen die Arbeiten von Ronald Grossarth-Maticek (insbes. Anfänge anarchistischer Gewaltbereitschaft in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn-Bad Godesberg 1975), der Terrorismus als Folge individueller Pathologien begriffen hat, und Peter Hofstätter (Wie Gewalt entsteht und wohin sie führen kann, in: Heiner Geißler [Hg.], Der Weg in die Gewalt. Geistige und gesellschaftliche Ursachen des Terrorismus und seine Folgen, München/Wien 1978, S. 163 ff.), für den es sich bei Terroristen um »im klinischen Sinn bestimmt keine Schizophrenen«, aber doch um »wohl zumindest ausgesprochene Neurotiker« handelt (ebenda, S. 168). Aus psychologischer Sicht werden die hier vorgetragenen Überlegungen ergänzt durch die Aufsätze von Elisabeth Müller-Luckmann (Terrorismus: Psychologische Deskription, Motivation, Prophylaxe aus psychologischer Sicht, in: Hans Dieter Schwind [Hg.], Ursachen des Terrorismus, S. 60 ff.) und Klaus Wasmund, Zur politischen Sozialisation in terroristischen Gruppen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*, B 33/34/80, 16. August 1980. Mit der Attraktivität terroristischer Gruppen für Frauen beschäftigen sich aus psychologischer Perspektive: Margarete Mitscherlich-Nielsen, Hexen oder Märtyrer?, in: Susanne v. Paczensky (Hg.), Frauen und Terror. Versuche, die Beteiligung von Frauen an Gewalttaten zu erklären, Reinbek 1978, S. 13 ff.; Edelgart Quensel, Auf der Suche nach Identität, ebenda, S. 69 ff., sowie Ilse Korte-Pucklitsch, Warum werden Frauen zu Terroristen?, in: *Vorgänge*, Nr. 40–41, 1979, S. 121 ff.

15 Klein, Rückkehr in die Menschlichkeit, S. 28.

Scanned by CamScanner

tel,[16] wie seine politische Orientierungslosigkeit durch das Engagement in der Stuttgarter *Roten Hilfe* überwunden wurde: »Sie [die Gruppe] entwickelte ein Ziel und eine Perspektive, in der ich meinen Individualtrip endlich als eine Sache erkennen konnte: Macht kaputt, was euch kaputt macht.« Auch Horst Mahler hat in der Retrospektive den Terrorismus als »die Antwort auf eine erdrückende Umwelt, die uns feindlich ist, die wir nicht mehr beherrschen, die wir nicht kontrollieren und die die Menschen zugrunde richtet«, bezeichnet.[17]

Folgt man diesen Selbstzeugnissen, so erweist sich die These, der Einstieg in den Terrorismus sei eine späte Folge der Verbreitung bestimmter politischer und philosophischer Theorien oder gar der Versuch zu deren konsequenter Verwirklichung,[18] als zumindest fragwürdig. Im Gegenteil hat es den Anschein, dass – verbunden mit den Sinndefiziten des alltäglichen Lebens und der beschriebenen Perspektivlosigkeit – eher ein Mangel an ausgeformten politischen Vorstellungen den Einstieg in den Terrorismus gefördert, zumindest aber begünstigt hat.

Dagegen ließe sich einwenden, dass sowohl Klein als auch Speitel zur dritten Generation der Terroristen gehörten, eher den Status von »Experten« als den von politisch-ideologischen Köpfen der Gruppe hatten und dass zur Zeit ihres Einstiegs in den Terrorismus dessen Ideologie bereits weitgehend ausgebildet war. Doch selbst für Horst Mahler und Ulrike Meinhof, den theoretisch produktivsten Köpfen der RAF, lässt sich zeigen, dass der Beginn terroristischer Gewaltaktionen nicht das Ergebnis und die Folge ausgeformter politisch-philosophischer Theorien gewesen ist, sondern vielmehr der fast verzweifelte Versuch, angesichts des Zerfalls und der zunehmenden Fraktionierung der Außerparlamentarischen Opposition (APO) deren Ende der sechziger Jahre erreichte politische Bedeutung durch eine »Steigerung des Militanz-Niveaus« zu retten und möglicherweise auszubauen.[19] Die Gefahr des »Abschlaffens« sollte durch eine erhöhte Dosis Gewalt gebannt werden.[20] Nachdem dieses »Militanz-Niveau« durch die Befreiung Andreas Baaders aus der Haft erst einmal demonstriert war, kam eine Eigendynamik terroristischer Gewalt in Gang, der gegenüber die Ideologie der Gruppe eher die Funktion nachträglicher Rechtfertigung als die einer vorausgegangenen Motivierung und Handlungsanleitung hatte. Das Identitätsgefühl der RAF hat sich stärker durch die kollektive Verfolgung der Gruppe als durch gemeinsame politisch-theoretische Grundüberzeugungen der ihr Angehörenden ausgebildet.[21]

Nicht erst in der dritten Generation, sondern bereits bei den Initiatoren der RAF waren politische Perspektivlosigkeit und Ohnmachtserfahrung ausschlaggebende Momente bei der Entscheidung, in den Untergrund zu gehen. Dass man diese Perspektivlosigkeit und Ohnmacht glaubte mit erhöhtem Einsatz von Gewalt überwinden zu können, verweist eher auf ein gesellschaftlich weitverbreitetes Reaktionsmuster als auf ein hohes Maß an politisch-strategischer Reflexion.

---

16 Speitel, »Wir wollten alles und gleichzeitig nichts«, Teil I, S. 37.

17 Hans-Jürgen Bäcker / Horst Mahler, Die Linke und der Terrorismus. Gespräche mit Stefan Aust, in: Die Linke im Rechtsstaat, West-Berlin 1979, Bd. 2, S. 175.

18 Vgl. die Beiträge von Peter Graf Kielmannsegg (Politikwissenschaft und Gewaltproblematik), Ernst Topitsch (Die Masken des Bösen) und Hermann Lübbe (Endstation Terror. Rückblick auf lange Märsche) in: Geißler (Hg.), Der Weg in die Gewalt; ebenso Martin Rock, Anarchismus und Terror. Ursprünge und Strategien, Trier 1977, und Günter Rohrmoser, Ideologische Ursachen des Terrorismus, in: Fetscher/Rohrmoser, Ideologien und Strategien, S. 274 ff.

19 Vgl. Münkler, Revolutionäres Subjekt und strategischer Ansatz, S. 100 ff.

20 Es ist fraglich, ob man den westdeutschen Terrorismus begriffen hat, wenn man ihn – wie Michael Horn (Sozialpsychologie des Terrorismus, Frankfurt am Main 1982, S. 92) – als »eine von kollektiven Handlungsträgern bewußt vollzogene Praxis fundamentaloppositionellen, d. h. den gesellschaftlich etablierten ›Basiskonsens‹ grundsätzlich in Frage stellenden politischen Verhaltens« bezeichnet. Sicherlich haben die Stadtguerilleros sich selbst so gesehen, doch ebenso, wie sie in mancher Hinsicht den gesellschaftlichen ›Basiskonsens‹ aufgekündigt haben, sind sie in anderer Hinsicht gesellschaftlich weitverbreiteten Grundideen verhaftet geblieben; beispielsweise der, dass man, wenn sonst nichts helfe, es einmal mit Gewalt versuchen solle.

21 Friedhelm Neidhardt, Soziale Bedingungen terroristischen Handelns. Das Beispiel der »Baader-Meinhof-Gruppe« (RAF), in: Wanda von Baeyer-Katte u. a., Gruppenprozesse. Analysen zum Terrorismus, Bd. 3, Opladen 1982, S. 326 f.

Dies gilt in gesteigertem Maß für die Mahler und Meinhof nachfolgenden »Generationen« der Terroristen: So gibt Volker Speitel an, vor seinem Einstieg in den Terrorismus zusammen mit seiner Frau Angelika und Willy Peter Stoll (wie Speitel schlossen sich beide der RAF an) in einer »absolut unpolitischen« Wohngemeinschaft gelebt zu haben,[22] und auch Peter-Jürgen Boock spricht davon, sich früher mit »wichtigen inhaltlichen politischen Fragen zu wenig auseinandergesetzt, Widersprüche gar nicht ausgetragen« zu haben.[23] Dies macht verständlich, warum, wie ein ehemaliger RAF-Angehöriger berichtet,[24] die Theorie der RAF bei ihm »Ehrfurcht« ausgelöst habe und ihm »über-menschlich« erschienen sei; bei ihrer Lektüre habe er ein »Weltgefühl« bekommen, eine Gänsehaut bei dem Gedanken, dass sich die »wirklichen Dinge der Welt bei der RAF abspielen«. Die Verbote, die seitens der Bundesanwaltschaft gegen die Verbreitung von RAF-Schriften erlassen wurden, haben schließlich das Ihrige dazu beigetragen, dass sich bei potentiellen Einsteigern in den Terrorismus der Eindruck verfestigen konnte, hier sei endlich der »Stein der revolutionären Weisen« gefunden worden, den der Staatsapparat auf jeden Fall unter Verschluss halten müsse.

An dieser Stelle wird der Stellenwert sichtbar, den die – nicht als vorbereitende Reflexion, sondern als nachträgliche Rechtfertigung der Aktionen entworfene – Ideologie der RAF für die Rekrutierung neuer Angehöriger und den inneren Zusammenhalt der Gruppe gehabt hat: Sie hat dazu gedient, Perspektivlosigkeit und Ohnmachtserfahrungen zu strukturieren, mit griffigen Interpretationen zu versehen und die Perspektive ihrer vollständigen Überwindung bereitzustellen. So erklärte beispielsweise Horst Mahler, nachdem er alle Widersprüche im nationalen und internationalen Rahmen auf den »Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital« zurückgeführt hatte, dass die »revolutionäre Aufhebung« dieses Grundwiderspruchs identisch sei mit der Überwindung »aller Widersprüche innerhalb der werktätigen Massen«.[25] Auch in der – wahrscheinlich von Ulrike Meinhof verfassten – sogenannten 1. RAF-Schrift »Das Konzept Stadtguerilla« wird die Parole »Macht kaputt, was euch kaputt macht« als die Einsicht bezeichnet, »daß es im Kapitalismus nichts, aber auch nichts gibt, das einen bedrückt, quält, hindert, belastet, was seinen Ursprung nicht in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen hätte, daß jeder Unterdrücker, in welcher Gestalt auch immer er auftritt, ein Vertreter des Klasseninteresses des Kapitals ist, das heißt: Klassenfeind«.[26]

Gegen die totale Repression, als die das bestehende politische und gesellschaftliche System bezeichnet und wohl auch erfahren wurde, stellte die RAF die totale Befreiung und Entfaltung des Menschen. In diesem Anspruch kündigte sich, noch unter der Ummantelung des ethisch-politischen Einwands gegen die Verhältnisse, bereits das anthropologische Argument an, demzufolge die bestehende gesellschaftliche und politische Ordnung nichts als Unterdrückung sei und in ihrer Bekämpfung zukünftige Freiheit antizipiert werden könne.

Die Faszination, die von den RAF-Schriften ausging, bestand in ihrem umfassenden Erklärungs- und Wahrheitsanspruch, der dadurch noch gefestigt wurde, dass seine Träger bereit waren, dafür mit dem Leben einzustehen, und so den Anschein erweckten, alle »Halbheiten«, in der Theorie wie in der Praxis, hinter sich gelassen zu haben. Sie bestand in der

22 Speitel, »Wir wollten alles und gleichzeitig nichts«, Teil 1, S. 36.

23 Peter-Jürgen Boock, »Im Schützengraben für die falsche Sache«, S. 114.

24 Zit. n. Herbert Jäger / Lorenz Böllinger, Studien zur Sozialisation von Terroristen, in: Herbert Jäger / Gerhard Schmidtchen / Lieselotte Süllwold, Lebenslaufanalysen. Analysen zum Terrorismus, Bd. 2, Opladen 1981, S. 149. Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang auch die folgende Passage aus dem Brief Klaus Hesslers an seinen in den Untergrund gegangenen Schulfreund: »Politik, politisches Handeln, überhaupt politisches Denken sind Dir völlig wesensfremd, wieviel mehr noch ein politischer ›Kampf‹ gegen diesen Staat und dessen Politik. Du hast keine politischen Motive, nicht einmal Kenntnisse; eine politische Ideologie fehlt Dir völlig, erst recht hast Du keine politischen Ziele, wüßtest nichts an die Stelle des Staates zu setzen, wenn Du ihn denn zu Fall bringen könntest.« Klaus Hessler, Brief an einen Freund – den mutmaßlichen Terroristen D., Hamburg 1978, S. 107.

25 Horst Mahler, Erstens existieren Widersprüche … Masch.-schriftl. Aufzeichnung, S. 9.

26 Texte der RAF, S. 361.

Scanned by CamScanner

moralisch-politischen Totaldeutung der Welt, die »Freund« und »Feind« klar identifizierbar machte, indem sie, gleichsam als ein neuer gnostisch-manichäischer Mythos, die Welt als einen Kampf zwischen dem Bösen und dem Guten darstellte, der durch den kompromisslosen revolutionären Einsatz eines jeden in absehbarer Zukunft zugunsten des Guten entschieden werden konnte. Gegen die totale Perspektivlosigkeit wurde die totale Perspektive gestellt. Vor allem dadurch besaß die terroristische Ideologie eine unvergleichlich höhere Attraktivität als alle politischen Theorien, die den *Kompromiss* als wesentliches Element des Politischen behaupten, also jede politische Perspektive mit einem unverzichtbaren Maß an Frustrationsbereitschaft verbinden. Indem die Ideologie des Terrorismus dabei politische und moralische Argumente ineinander verschlang, immunisierte sie sich gegen jeden möglichen Einwand: Wo sie politisch gefordert wurde, antwortete sie moralisch, und wo sie moralisch gefordert wurde, antwortete sie politisch. Gerade dieses »konsequente Ausweichen vor konsequenter Reflexion«[27] hat ihr ein ums andere Mal ermöglicht, nach außen mit dem Gestus äußerster und unerbittlichster Konsequenz aufzutreten.

Zugleich bot die terroristische Ideologie nicht nur – wie andere Theorien – eine Erklärung politischer Zusammenhänge und, sofern man diese akzeptierte, Perspektiven für politisches Handeln, sondern eröffnete die Möglichkeit unmittelbarer, an Eindeutigkeit und Entschlossenheit unüberbietbarer *lebenspraktischer* Konsequenzen. Während politische Theorien ihre Erklärungen und Interpretationen möglichen Einwänden offen halten und politisches Handeln im Rahmen der Demokratie und ihrer Normen immer eine spätere Distanzierung zulässt, verschließt die terroristische Ideologie sich beidem: Jeder mögliche Einwand ist »Bullenmentalität«, und jede mögliche Rückkehr aus dem Untergrund ist mit Sanktionen gespickt – durch die Bundesanwaltschaft ebenso wie durch die terroristischen Gruppen. So gesehen war und ist die terroristische Ideologie ein totales lebenspraktisches Sinnangebot, das schließlich zur Aufgabe aller Irrtumsvorbehalte führte: Faszination und Verhängnis fielen damit in eins.

Als Drittes kam bei potentiellen Einsteigern in den Terrorismus hinzu, dass sie bereits *vor* ihrer endgültigen Entscheidung, in den Untergrund zu gehen, immer stärker in ein homogenisiertes Umfeld gerieten, in dem kein pluralistischer Diskussionskontext mehr bestand, der einen gewissen Zwang zur Rechtfertigung ihrer bevorstehenden Entscheidung und damit zur Selbstreflexion auf sie ausgeübt hätte.[28] Dies erklärt die Naivität, mit der mancher der nachmaligen Terroristen diese biografische Zäsur vorgenommen hat. Der einzige Rechtfertigungszwang, der in diesem Umfeld tatsächlich noch bestand, betraf die Tatsache, dass der Betreffende nicht schon längst in den Untergrund gegangen war. Berücksichtigt man die in der terroristischen Ideologie ausgeprägte Antithese von Entschlossenheit und Zaudern, Mut und Feigheit, so wird man ermessen können, wie stark der hier ausgeübte Druck gewesen sein muss.

So soll, dem Bericht Hans-Joachim Kleins zufolge, die *Bewegung 2. Juni* gegenüber den *Revolutionären Zellen* erklärt haben:

»Ihr geht deshalb nicht in den Untergrund, weil ihr zu feige seid, diese Todesschwelle zu überschreiten. Denn im Untergrund könnt ihr nicht mehr so lavieren wie bisher, da müßt ihr kämpfen, auch ums Überleben, ohne Wenn und Aber und ohne die rettende Tür eurer Legalität.«[29]

Alle Brücken hinter sich abzubrechen, sich gezielt und bewusst in eine ausweglose Situation zu begeben, in der der einmal eingeschlagene Weg bis zum Ende (»Sieg oder Tod«) gegangen werden muss, wird hier – von den terroristischen Gruppen selbst – als das herausragende Signum ihres Denkens und Handelns bezeichnet. Nimmt man dies alles zusammen, so ist bei den meisten der späteren Terroristen die Entscheidung, in den Untergrund zu gehen, weniger die Konsequenz politischer Strategien und Theorien oder doch deren bewusste Reflexion gewesen, sondern

27 Herfried Münkler, Grundelemente terroristischer Ideologie, in: Bundesminister des Innern (Hg.), Auseinandersetzung mit dem Terrorismus, Bonn 1981, S. 124.

28 Vgl. Gerhard Schmidtchen, Terroristische Karrieren, in: Jäger/Schmidtchen/Süllwold, Lebenslaufanalysen, S. 45; ebenso Jäger/Böllinger, Studien zur Sozialisation von Terroristen, S. 150.

29 Klein, Rückkehr in die Menschlichkeit, S. 173.

eher eine existentielle Entscheidung,[30] durch die die nachmaligen Terroristen der Sinn- und Perspektivlosigkeit ihres bisherigen Lebens zu entkommen suchten. Wie sehr der Einstieg in den Terrorismus eine existentielle Entscheidung gewesen ist, drückt sich auch aus in der biografischen Zäsur, die der Übertritt von der Legalität in die Illegalität darstellt. In dieser Zäsur ist noch einmal alles zusammengefasst, was hier aus der Perspektive der Betroffenen zur Entscheidung stand: auf der einen Seite eine perspektiv- und orientierungslose Existenz, ohne Sinn und Bedeutung, und auf der anderen Seite ein wohl gefährliches, immerzu bedrohtes, aber doch, so schien es, sinnvolles und bedeutsames Leben. Der Voluntarismus, der die Ideologie und Strategie des Terrorismus durchgängig kennzeichnet – also die Vorstellung, die politischen Entwicklungen allein aus dem eigenen Willen heraus entscheidend beeinflussen zu können –, war bereits kristallisiert in dem, was hier als Alternative begriffen wurde. Vor die Entscheidung zwischen bedeutungsloser Normalität und biografisch wie geschichtlich folgenreichem Ausnahmezustand gestellt, haben sich die nachmaligen Terroristen für das Letztere entschieden – eben weil ihnen die Normalität bedeutungslos *erschien*, Sinnhaftigkeit für sie nicht zu entdecken war.

Das Sinnangebot des Untergrunds

Volker Speitel hat von der »Attraktivität einer funktionierenden und arbeitenden Gruppe« gesprochen, »die durch einen total neuen Lebenszusammenhang den Frust des alltäglichen Lebens aufhebt«.[31] Einer Gruppe anzugehören, die ein »Ort und Hort von Sein«,[32] die einzige und letzte Möglichkeit wahren und erfüllten Lebens ist, entschädigt für vieles, was die Vorbereitung und Durchführung terroristischer Aktionen an Bewegungsfreiheit und Handlungsspielraum kosteten und an ständiger innerer Disziplinierung abverlangten.[33] Auf diesem Hintergrund hat der Mythos von den »liebevollen und solidarischen Beziehungen im Untergrund« seine Wirkung entfalten können. Dieser Mythos hat, wie Schmidtchen zeigt, mit einer für die Beteiligten zunächst weitreichenden Plausibilität sinnhafte Zwischenmenschlichkeit gegen entmenschlichte Verhältnisse, persönliche Beziehungen gegen dinghafte Strukturen gestellt: »Die gute, die richtige Welt erscheint als das kostbare Reservat einer personalen Wirklichkeit. Ihr entgegengesetzt ist etwas Entpersönlichtes, Abstraktes, gleichsam die Strukturen des Bösen, die den personalen Aufbruch in die Humanität eigentlich vereiteln müssen. Die Terroristen haben also eine Struktur zum Gegner und haben Personen als Freunde. [...] Der ganze humanitäre Wert der Menschheit ist konzentriert aufbewahrt in der personal empfundenen Gruppe, die den Strukturen des Bösen widersteht.«[34]

Der gnostisch-manichäische Mythos vom Kampf des Guten gegen das Böse, von der terroristischen Ideologie in vielfältigen Variationen vorgetragen, hat in dem Gegensatz von Gruppe und Strukturen seine konkrete, sinnlich erfahrbare Ausprägung erhalten.

Nun bestand die liebevolle Solidarität dieser Gruppe jedoch nicht in einem pazifistischen Rückzug aus den Händeln der politischen Welt, sondern in der bewaffneten Opposition gegen diese Welt. Neben der Intensität der Beziehungen, die so oder ähnlich wohl auch in anderen Gruppen zu finden sein dürfte, war es vor allem die *Bewaffnung* der Gruppe, die ihre Faszination ausgemacht hat. Für »Bommi« Baumann hat sich das so dargestellt: »Wir haben gesagt, der süchtige Fixer kann die Gun mit der Gun tauschen. Das war der politische Aspekt, daß wir gesagt haben, wenn du die Spritze weglegst, nimm dafür die Knarre in die Hand. Kaputt haben sie dich eh schon gemacht. Später hat dann das SPK in Heidelberg [*Sozialistisches Patientenkollektiv*, begründet von Dr. Huber, aus dem zahlreiche Angehörige für die RAF rekru-

30 Till Schulz, »Der Kampf als inneres Erlebnis«. Abenteuer des falschen Bewußtseins, in: *Kursbuch*, 10. Jg., 1974, Heft 35, S. 135.

31 Speitel, »Wir wollten alles und gleichzeitig nichts«, Teil I, S. 39.

32 Dieter Claessens / Karen de Ahna, Das Milieu der Westberliner ›scene‹ und die »Bewegung 2. Juni«, in: v. Baeyer-Katte u. a., Gruppenprozesse, S. 49.

33 Ebenda, S. 135.

34 Schmidtchen, Terroristische Karrieren, S. 55.

Scanned by CamScanner

tiert wurden] wieder das aufgenommen. Dr. Huber, der so seine Patienten angeturnt hat.«[35]

In der Waffe kristallisierten sich das Sinnangebot des Untergrunds: Sie wurde zum sinnfälligen Ausdruck der neuen Orientierung und der neuen Perspektive. Nur wer sich bewaffnete, war vom System nicht integrierbar, leistete wirklich Widerstand. »Die Brüder«, so Baumann, »haben nach ihrer Rückkehr [aus den palästinensischen Ausbildungslagern in Jordanien] gesagt, der neue Mensch, es ging ja dabei immer um die Veränderung des Menschen, entsteht im Kampf, mit der Waffe in der Hand. Das ist der Fanon-Satz, ›als sie ihre Menschlichkeit entdeckten, holten sie ihre Waffen hervor‹. Das wurde für sie völlig realistisch, und mit dieser Message und dem totalen Willen zu kämpfen sind die Leute dann aus Palästina zurückgekommen.«[36]

Auch in dem Fragment »Studentenbewegung«, von einem RAF-Angehörigen, wahrscheinlich Ulrike Meinhof, in der Haft verfasst, wird bei der Rechtfertigung der Gewalt auf Fanon Bezug genommen: »Was Frantz Fanon Anfang der 60er Jahre aus der Erfahrung der Insurrektion der Völker der Dritten Welt feststellte: daß man mit nur Wut, Haß, spontaner Bewegung ›nicht in einem nationalen Krieg siegen, die furchtbare Kriegsmaschine des Feindes in die Flucht schlagen kann‹, das fand seine Entsprechung in den Metropolen in der wesentlichen Erfahrung der Studentenbewegung: daß Spontaneität, Revolte integrierbar ist, wenn sie sich nicht bewaffnet.«[37]

Tatsächlich hat Fanon die Auffassung vertreten, dass in der manichäischen Welt des Kolonialismus, in der – aufgrund der jeweiligen Hautfarbe – der Weiße das Gute und der Schwarze das Böse verkörpere,[38] der Schwarze sich nur durch Bewaffnung und Kampf von seinen tiefsitzenden Minderwertigkeitskomplexen gegenüber dem Weißen, von seiner inneren Kolonisierung, befreien könne.[39] In gewisser Hinsicht bedient sich also auch Fanon des anthropologischen Arguments, jedoch auf dem Hintergrund des kolonialen Manichäismus eingebunden in den ethisch-politischen Einwand gegen die gesellschaftlich-politische Ordnung. Gerade aus dieser Einbindung ist die Fanon'sche Theorie in der Rezeption durch die terroristische Ideologie gelöst worden. Was bei Fanon auf die Welt des Kolonialismus bezogen war, wurde nun mit der These von der inneren Kolonisierung der Menschen auch in den Metropolen universalisiert; alle ethisch-politischen Schranken, mit denen Fanon seine Gewaltrechtfertigung umgeben hatte, wurden niedergerissen. Gewaltanwendung avancierte zur Selbstbefreiung schlechthin.

Die Wertschätzung Fanons in der Ideologie des westdeutschen Terrorismus hat einen weiteren Grund: Für die Intellektuellen der Gruppe bedurfte die Gewaltanwendung einer ausführlichen Rechtfertigung; für sie musste die Gewalt erst moralisiert werden, um akzeptabel zu sein, wobei dann der anschließende Griff zur Waffe als das schlechthin Konkrete erschien.[40] Demgegenüber hatten die den unteren Schichten entstammenden Gruppenangehörigen zur Gewalt eher ein Verhältnis der Selbstverständlichkeit: »Gewalt ist für mich«, erklärt Baumann, »ein ganz adäquates Mittel gewesen, ich habe da nie Hemmungen gehabt.«[41] Wer »mit der Gewalt von Kindesbeinen an gelebt« habe, habe »dazu ein gesünderes Verhältnis« als die Intellektuellen, die den Einsatz von Gewalt erst durch abstrakte Theorien rechtfertigen müssten.[42] Fanons Theorie von der Selbstbefreiung durch Gewalt bzw. das, was die terroristische Ideologie daraus gemacht hatte, bot sich als ein ideales Bindeglied zwischen beiden Gruppen an: Den einen versicherte sie, Gewaltanwendung sei Selbstbefreiung, und die anderen überzeugte sie davon, Selbstbefreiung sei nur mit Gewalt möglich.

Bei aller Bedeutung, die diesem unterschiedlichen

35 Baumann, Wie alles anfing, S. 58.

36 Ebenda, S. 63.

37 Texte: der RAF, S. 193; auch Klein nimmt einmal auf Fanon Bezug (Klein, Rückkehr in die Menschlichkeit, S. 152).

38 Frantz Fanon, Schwarze Haut, weiße Masken, Frankfurt am Main 1980, S. 33, S. 90 u. S. 115.

39 Fanon, Die Verdammten dieser Erde, Reinbek 1969, S. 65 f.; vgl. Herfried Münkler, Perspektiven der Befreiung. Die Philosophie der Gewalt in der Revolutionstheorie Frantz Fanons, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 1982, 34. Jg., Heft 3, S. 441 ff.

40 Vgl. Iring Fetscher, Terrorismus und Reaktion in der Bundesrepublik Deutschland und Italien, Reinbek 1981, S. 27.

41 Baumann, Wie alles anfing, S. 20.

42 Ebenda, S. 92; vgl. auch Klein, Rückkehr in die Menschlichkeit, S. 31 ff.

Verhältnis zur Gewalt sicherlich zukommt, blieb doch eines gemeinsam: Erst mit der Übergabe der Waffe wurde der Einzelne zu einem vollwertigen Gruppenmitglied, verwandelte er sich aus einem »Problem« in eine »Lösung«. Wie auch immer dieser Vorgang im Einzelnen stattgefunden haben mag: Von nun an hatte er das Recht zu töten, war er Herr über Leben und Tod. Mit der Übernahme der Waffe sei er, schreibt Hans-Joachim Klein, ein anderer Mensch geworden: »Die Waffen, das war ein Stück Macht. Von ihnen ging eine Faszination aus, die sich nur schwer beschreiben läßt, die uns aber alle in ihren Bann zog. Hat man so ein Ding erst mal, treten neue Verhaltensweisen bei einem ein; man verändert sich. Ich glaube heute, daß ein wichtiger Punkt, zur Guerilla zu gehen und dort mitzumachen, der ist, daß man der Faszination der Waffen erliegt.«[43]

Wenn auch wohl eher unbeabsichtigt, so geben doch die stilisierten Waffen in den Emblemen der RAF und der *Bewegung 2. Juni* zu erkennen, dass mit dem Eintritt in die Illegalität die Waffe zum Mittelpunkt des Denkens und Handelns wurde. Alles drehte sich nur noch um sie, und die politische Programmatik, wie rudimentär sie auch ausgebildet gewesen sein mochte, regredierte auf die Propagierung der Bewaffnung. Dies schlug bis auf das Verhalten des Einzelnen durch: »Ein Mann«, so Baumann, »der mit der Knarre rumläuft, der verlagert seinen Mittelpunkt zur Waffe hin, da, wo du sie trägst, da ist dein Mittelpunkt, und so bewegst du dich, daß du immer aus der Bewegung raus ziehen kannst.«[44]

Indem sich der Gruppenangehörige zunehmend an der Waffe orientierte, wurde diese ein Teil von ihm, unlöslich mit ihm verbunden. Klein hat diese Entwicklung so beschrieben: »Ich habe es immer und immer wieder bei den Leuten – und auch bei mir – erlebt, daß die Waffen nicht nur als Angriffs- und Verteidigungsinstrumente gehalten, getragen und gehortet werden, sondern sie sind auch Ersatz, um die eigenen Schwächen – die politischen wie die persönlichen – zu verstecken und zu verschleiern.«[45] Und Baumann erklärt: »Ist natürlich fürchterlich, ein Pistolchen, hat ne Eigendynamik, so eine Waffe. Du fühlst dich schon irrsinnig sicher, weil du so ein Ding in der Hand hast. Auf der anderen Seite fühlst du dich auch sicher, weil du den Überraschungseffekt auf deiner Seite hast; soweit du es überblicken kannst, kannst du es überblicken.«[46]

Die Verbindung mit der Waffe war so eng, dass sowohl Baumann als auch Klein und Boock ihren Ausstieg aus dem Terrorismus nicht deutlicher markieren zu können glaubten, als dass sie die Waffe niederlegten und dies öffentlich verbreiteten. Die Waffe hat im Untergrund das Denken und Handeln derart besetzt, dass, was zuvor nur ein Instrument war, allmählich zur Hauptsache wurde, der gegenüber alles andere instrumentalisiert wurde. Gewaltanwendung war für die Gruppe »Bindemittel und Identitätsstütze nach innen und wesentliches Medium der Selbstdarstellung nach außen« geworden.[47] Damit aber war auch »die einmal erreichte Selbstreflexivität« wieder »auf das Niveau des nach außen hin bekämpften Alltagsbewusstseins und seiner undurchschauten ideologischen Fixierungen und Verdinglichungen« regrediert.[48]

Die Mechanismen der Gesellschaft hatten spätestens jetzt ihre vorgeblich konsequentesten Gegner eingeholt. Der »neue Mensch«, der im Untergrund entstehen sollte, entpuppte sich bald als jener Waffenfetischist, wie ihn Baumann und Klein beschrieben haben. Was als Selbstbefreiung intendiert war, erwies sich nun als Selbstverstümmelung. Die angetreten waren, die, wie sie erklärten, »innere Militarisierung« des westdeutschen Staates zu bekämpfen, haben nicht nur durch den Mechanismus der Eskalation diese Militarisierung tatsächlich vorangetrieben, sie haben sich schließlich in einem kaum zu übersehenden Ausmaß selbst militarisiert. So beispielsweise, wenn sie ein bestimmtes Verhalten als »Feigheit vor dem Feind« bezeichneten[49] und keine andere Perspektive mehr hatten als die des Gefechts. Die Festnahme von Günter Sonnenberg und Verena Becker wurde dem-

43 Ebenda, S. 190.
44 Baumann, Wie alles anfing, S. 127; dazu auch Klein, Rückkehr in die Menschlichkeit, S. 82.
45 Ebenda, S. 190; vgl. auch S. 148.
46 Baumann, Wie alles anfing, S. 103 f.
47 Horn, Sozialpsychologie des Terrorismus, S. 102.
48 Ebenda, S. 133.
49 Speitel, »Wir wollten alles und gleichzeitig nichts«, Teil 1, S. 39.

Scanned by CamScanner

entsprechend, wie Speitel berichtet, mit der Bemerkung quittiert: »Der Fehler war, daß der Sonnenberg und die Becker die Bullen nicht gleich in der Polizeiwache umgenietet haben, aber sonst waren sie stark, mindestens drei Magazine verblasen ...«[50]

Der politische Kampf, den auszufechten die RAF beabsichtigt hatte, war damit zu einem Duell zwischen Terroristen und Staatsapparat geworden, das von der RAF selbst in den Begriffen der TV-Western und -Krimis kommentiert worden ist. Nachdem die Waffe zum Inbegriff revolutionären Bewusstseins geworden war, wurde schließlich die Skrupellosigkeit, mit der sie gehandhabt wurde, zum Ausdruck revolutionärer Entschlossenheit. Doch in der Inversion von Waffe und Bewusstsein, Feuerstoß und politischem Handeln verschwand immer mehr die Dimension des zunächst politisch Intendierten und wurde aufgezehrt von der des rein Militärischen. War die Reklamation des Kriegszustandes, indem sich die RAF ihrer eigenen Auffassung nach mit dem westdeutschen Staat befand, zunächst ein prozesstaktisches Kalkül und vielleicht auch der Versuch, anerzogene Skrupel bei der Anwendung von Gewalt zu suspendieren,[51] so bestimmte sehr bald nur noch die Kriegsformel die Überlegungen.

Bis in die Lektüre der inhaftierten Gruppenangehörigen hinein hat diese Entwicklung ihren Niederschlag gefunden: War anfangs noch vorgeschlagen worden, bestimmte politikwissenschaftliche, philosophische und psychologische Bücher zu lesen, um sie als Grundlage einer eingehenden Rechtfertigung des Terrorismus in der Bundesrepublik zu nutzen, so wurden nun Militärschriftsteller, insbesondere Antiguerillaautoren,[52] zur bevorzugten Lektüre der Inhaftierten. Doch selbst diese kriegswissenschaftliche Literatur scheint ausgesprochen selektiv rezipiert und die Kriegsformel nie zu Ende durchdacht worden zu sein. Ansonsten wäre man auf Clausewitz' berühmte Formulierung gestoßen, »daß der Krieg nicht bloß ein politischer Akt, sondern ein wahres politisches Instrument ist, eine Fortsetzung des politischen Verkehrs, eine Durchführung desselben mit anderen Mitteln. [...] denn die politische Absicht ist der Zweck, der Krieg ist das Mittel, und niemals kann das Mittel ohne Zweck gedacht werden.«[53]

»Daß der politische Gesichtspunkt mit dem Kriege gänzlich aufhören sollte, würde nur denkbar sein, wenn die Kriege aus bloßer Feindschaft Kämpfe auf Leben und Tod wären [...].«[54]

Was für Clausewitz nur im Irrealis formulierbar war, ist im westdeutschen Terrorismus Realität geworden: die Regression der Zwecke auf die Mittel, wie sie – nach dem weitgehenden Verlust der ethisch-politischen Legitimation – in der Rechtfertigung des Kampfes durch das anthropologische Argument ihren Niederschlag gefunden hat. Indem der Kampf als solcher zur Selbstbefreiung avancierte, kam es zu einer Inversion von Zweck und Mittel, bei der jede Kontrolle des Mittels durch den Zweck entfiel. Damit wird verständlich, warum die RAF ihren Kampf fortsetzte, wiewohl die ursprünglich damit verbundenen politischen Erwartungen längst hinfällig geworden waren.

Noch in den Begründungen, die Baumann und Klein, Speitel und Boock für ihren Ausstieg aus dem Terrorismus gegeben haben, wird deutlich, dass für sie nicht die Widerlegung des ursprünglichen ethisch-politischen, sondern die des anthropologischen Arguments den Ausschlag gegeben hat: Was kein Hinweis auf die strategische Hinfälligkeit der politischen Zwecke und die ethische Fragwürdigkeit der Mittel vermocht hatte, bewirkte schließlich die Einsicht, dass dieses Mittel kein Zweck und die vorgebliche Selbstbefreiung durch den Kampf eben doch keine Selbstbefreiung ist.

---

50 Ebenda, Teil III, S. 34.

51 Neidhardt, Soziale Bedingungen terroristischen Handelns, S. 378.

52 Neben den Periodika *Die Polizei, Kriminalistik, Deutsches Waffenjournal, Informationsdienst für den BGS* und dem Taschenbuch für Wehrfragen sind insbesondere zu nennen: Hans-Jürgen Müller-Borchert, Guerilla im Industriestaat. Ansatzpunkte und Erfolgsaussichten, Hamburg 1973, sowie Frank Kitson, Im Vorfeld des Krieges. Abwehr von Subversion und Aufruhr, Stuttgart 1974.

53 Carl v. Clausewitz, Vom Kriege, hrsg. von Werner Hahlweg, Bonn 1980, S. 210.

54 Ebenda, S. 993.

Die Demontage des Faszinosums durch die Strategie

Durch die Militarisierung des Denkens und Handelns wurden die »liebevollen und solidarischen Beziehungen« im Untergrund zunehmend in Frage gestellt. Unter dem nach der Befreiung Andreas Baaders aus der Haft einsetzenden Verfolgungsdruck bildeten sich in der RAF – nicht so deutlich in der *Bewegung 2. Juni* und den *Revolutionären Zellen* – immer stärker hierarchische Strukturen aus. Mit der Differenzierung von Gruppenfunktionen, der Einführung von Arbeitsteiligkeit, verwandelte sich die Gruppe in ein mehr oder minder getreues Abbild der von ihr bekämpften Gesellschaft. Indem »Experten«, »Kommandeure« und »Ideologen« ihre klar ausgewiesenen Positionen einnahmen, die Gruppen sich also in »Köpfe« und »Hände« teilten, trat an die Stelle der Liebe die Aufgabenerfüllung und an die der Solidarität das Verhältnis von Befehl und Gehorsam. »Bommi« Baumann hat diese Entwicklung kritisch beschrieben: »Die ganzen Zärtlichkeitssachen, die innerhalb der Kommunen erlebt worden waren und rausgekommen sind, eine neue Sensibilität, die ist innerhalb der Bombenlegertruppe nicht mehr durchgekommen.«[55] Und: »Wir haben es nie geschafft, die Sensibilität innerhalb der Gruppe zu halten, weil der Druck von außen dann doch so groß ist, daß er dich einholt. Darin liegt das ganze Scheitern der Guerilla in den Metropolen, weil man die neue Qualität nicht bewahren kann, als Gegner genauso wird wie der Apparat selber. Du holst dich an irgendeiner Stelle wieder ein.«[56]

Was zuvor als die Faszination des Untergrunds angesehen worden war, wurde nunmehr als seine repressive Seite erfahrbar. Die »totale Gruppe«, als die sich die RAF – aus eigenem Antrieb ebenso wie unter dem Druck der Fahndung – konstituiert hatte, wurde für die ihr Angehörenden »eine exklusive Einrichtung für Tag und Nacht«.[57] Immer weniger erwies sie sich als eine lebenspraktische Alternative zur Normalität des Alltags, immer stärker kam eine trübe, perspektivlose neue Normalität zum Vorschein, jene Normalität des Untergrunds, die sich von der des Alltags nicht durch *mehr*, sondern durch *weniger* Freiheit unterscheidet. Was als äußerste Freiheit propagiert worden war, entpuppte sich jetzt als äußerste Repression. Friedhelm Neidhardt hat dies an den Beispielen der eingeschränkten Beziehungsmöglichkeiten und dem Zwang zur Selbstkritik beschrieben: »Liebesbeziehungen mit Außenstehenden gefährden nicht nur die Sicherheit, weil sie zusätzliche Spuren legen; sie implizieren die Entwicklung konkurrierender Loyalitäten. Eine im Untergrund operierende Gruppe muß darauf eifersüchtig sein und, wenn Liebe nun mal nicht zu vermeiden ist, auf Homogamie drängen – also auch in dieser Hinsicht individuelle Bedürfnisse der Mitglieder auf sich selber lenken.

Soziale Isolation ist eine der Ausdrucksformen von Absorption, die psychische Besetzung der Gruppenmitglieder eine andere, der ersten komplementär. In dieser Hinsicht bestand ein Kontrollmittel der Baader-Meinhof-Gruppe in der Verpflichtung auf Selbstkritik. Selbstkritik, wenn nachgefragt und nicht lockergelassen wird, ist die Offenlegung eigener Schwächen und Fehler, das Bekenntnis der eigenen Ängste, das Geständnis von Zweifeln und Hemmungen, die Beichte aller Ambivalenzen auch gegenüber den Genossen. Indem sich die Gruppe auf diese Weise auch der innersten Reserven annahm, die sich gegen sie selber richteten, integrierte sie diese ihrem eigenen System. Wieviel Selbstzerstörung für einzelne damit verbunden war, wird auf erschütternde Weise aus den Zellenzirkularen erkennbar, die in der Haft ausgetauscht wurden.«[58]

Dass sich im Verlaufe dieser Entwicklung feste hierarchische Strukturen innerhalb der Gruppe herausbildeten, ist sowohl von Boock[59] als auch von Speitel[60] bestätigt worden: Befehl und Gehorsam wurden nun zu Schlüsselbegriffen der gruppeninternen Kom-

55 Baumann, Wie alles anfing, S. 88.
56 Ebenda, S. 127.
57 Neidhardt, Soziale Bedingungen terroristischen Handelns, S. 361.
58 Ebenda, S. 370.
59 Peter-Jürgen Boock, »Im Schützengraben für die falsche Sache«, S. 120.
60 Speitel, »Wir wollten alles und gleichzeitig nichts«, Teil II, S. 33 u. S. 37.

Scanned by CamScanner

munikation. Längst konnte keine Rede mehr sein von einer »Spaßgerilja«, wie sie Fritz Teufel einmal propagiert hatte. Von Interesse waren nur noch die Fragen der Logistik, der Taktik und der Strategie. Ihnen wurde alles andere untergeordnet. »Bommi« Baumann hat diese Entwicklung so erfahren: »Da wurde dann dem Vorwurf der RAF Rechnung getragen. Die sagten, ihr rennt durch zich Wohnungen, fickt lauter Bräute und raucht Haschisch, das macht euch wohl Spaß, diese Sache. Diese Sache darf keinen Spaß machen, das ist ein harter Job.«[61]

Folgt man dem Bericht Kleins, so scheinen die RZ schließlich nicht davor zurückgeschreckt zu sein, einer (linken) Lehrerin mit der Denunziation ihrer lesbischen Beziehung beim Schulamt zu drohen, falls sie nicht bestimmte Aufgaben für die Gruppe übernehme.[62] Die Verkürzung des Lebens auf seine instrumentellen Dimensionen und der Sensibilitätsverlust der Menschen, wie er zuvor an der bürgerlichen Normalität beklagt worden war, konnten im Untergrund nicht überwunden werden, sondern haben sich dort reproduziert und potenziert. Die Strategie des Terrors hatte das Faszinosum des Untergrunds demontiert.

Dies zeigt auch und gerade die Strategie der Hungerstreiks: Immer mehr diente sie dazu, potentielle Zweifler und Aussteiger in die Linie der Gruppe zurückzuzwingen bzw. deren Solidarität neu zu aktivieren.[63] Dabei wurde der Tod von Gruppenangehörigen bedenkenlos in Kauf genommen. Andreas Baader hat dies auf die zynische Formel gebracht: »Ich denke, wir werden den Hungerstreik diesmal nicht abbrechen. Das heißt, es werden Typen dabei kaputt gehen.«[64] Mit der Militarisierung der Gruppe sind Liebe und Solidarität durch Generalstabsmentalität verdrängt worden. Der vorgeblich neue Mensch erwies sich einmal mehr völlig als der alte.

Schließlich ging es nur noch darum, das von BKA-Präsident Herold vorgegebene theoretische und praktische Niveau auf irgendeine Weise selbst zu erreichen. So berichtet Volker Speitel:

»Ganz besonders versessen waren die Stammheimer [die in Stuttgart-Stammheim einsitzenden Gruppenangehörigen Baader, Ensslin, Meinhof und Raspe] auf Herold. Seine Aufsätze und Reden, die wir aus den Polizeizeitungen hatten, waren Pflichtlektüre. An seinen Thesen und Analysen maß sich besonders Baader sehr gern, wie man in einigen Texten der Gefangenen nachlesen kann.«[65]

Spätestens hier wurde sichtbar, was Werner Hahlweg als die »dialektische Einheit« bezeichnet hat, die von der »Exekutive auf der einen, Guerilla- und Terrorgruppen auf der anderen Seite« gebildet wird.[66] Schließlich erkannte auch Klein: »Staatsschutz und Guerilla bekämpfen sich, sind sich aber nicht mehr fremd, der eine braucht den andern.«[67]

»Bommi« Baumann hat die Auffassung vertreten, dass diese Entwicklung sowohl in Bezug auf die Selbstinstrumentalisierung der Gruppen als auch hinsichtlich ihrer allmählichen Angleichung an den staatlichen Verfolgungsapparat durch eine größere »Bodenständigkeit« hätte vermieden werden können:

»Die RAF hat gesagt, die Revolution wird nicht über die politische Arbeit aufgebaut, sondern durch Schlagzeilen, durch ihr Auftreten in der Presse, die immer wieder meldet, hier kämpfen Guerilleros in Deutschland. Diese Überbewertung der Presse, da bricht sie eben verhängnisvoll durch. Nicht nur, daß sie auf der einen Seite total den Apparat imitieren und darauf einsteigen, es politisch eigentlich nur noch mit der Polizei zu tun zu haben – auf der anderen Seite rechtfertigen sie sich nur noch über die Medien, sie vermitteln sich nur noch auf diese Weise.

Da schwimmt es nur noch, da ist keine *Verwurzelung* mehr, zu nichts mehr, nicht mal zu den Leuten, zu denen sie noch Kontakt hatten, das sind ja eigent-

61 Baumann, Wie alles anfing, S. 122.

62 Klein, Rückkehr in die Menschlichkeit, S. 72.

63 Vgl. Horn, Sozialpsychologie des Terrorismus, S. 69.

64 Zit. nach Ulf G. Stuberger (Hg.), »In der Strafsache gegen Andreas Baader, Ulrike Meinhof, Jan-Carl Raspe, Gudrun Ensslin wegen Mordes u. a.«. Dokumente aus dem Prozeß, Frankfurt am Main 1977, S. 111.

65 Speitel, »Wir wollten alles und gleichzeitig nichts«, Teil II, S. 34.

66 Werner Hahlweg, Moderner Guerillakrieg und Terrorismus. Probleme und Aspekte ihrer theoretischen Grundlagen als Widerspiegelung der Praxis; in: Manfred Funke (Hg.), Terrorismus, Bonn 1977, S. 130.

67 Klein, Rückkehr in die Menschlichkeit, S. 201.

lich die verhängnisvollen Brakes in der Geschichte, abgesehen von dem schlechten Klima untereinander.«[68]

Demgegenüber habe die *Bewegung 2. Juni* die Auffassung vertreten, man solle das mögliche Operationsgebiet der Gruppe gezielt und bewusst beschränken; darum auch sei die Gruppe im Gegensatz zur RAF nicht nach Westdeutschland übergesiedelt, sondern in Berlin geblieben – »weil wir uns hier am besten auskennen und rasen nicht irgendwo durch Westdeutschland im BMW«.[69] Als die gewissermaßen letzten Überbleibsel der ursprünglichen Faszination des Untergrunds setzt Baumann Bodenständigkeit und Instinktsicherheit gegen die technische Stadtguerillakonzeption, wie sie insbesondere von der RAF propagiert worden ist:

»Die Erfahrungen bei einem Bankraub sind genau diese Instinktsachen, daß du die mal voll in der Praxis erlebst. Später bei diesen ganzen Großfahndungen hat dir das dann irrsinnig geholfen, daß du dann ganz automatisch instinktiv sicher bist, wenn du dich draußen bewegst, auch im größten Getümmel. Auch wenn du in so einer Wohnung bist, weißt du ganz genau, du wirst nicht beobachtet, du verläßt dich eben nicht wie die BM [die Baader-Meinhof-Gruppe] immer auf Technik, mit tausend Kodes verschlüsseln, Abtarnen, auf tausend solche Sachen, genau darauf gehst du nicht ein. Du hast gelernt auf der Straße zu leben, weil du irgendwie immer illegal warst über die kleinkriminellen Sachen, du bist der Blues, das ist ja genau die Geschichte, du hast es gelernt, daß du diesen Apparat nicht brauchst, du steigst auf die ganzen Sachen nicht ein.«[70]

Wenngleich er sich dessen wohl kaum bewusst war, hat sich Baumann damit – bei geringfügigen Modifikationen – Carl Schmitts »Theorie des Partisanen« angeschlossen, in der Irregularität, gesteigerte Mobilität im Kampf, intensives politisches Engagement und Erdverbundenheit (»tellurischer Charakter«) zunächst gleichermaßen als die Wesensmerkmale des Partisanen bezeichnet werden,[71] im weiteren Verlauf dann jedoch die Erdverbundenheit, die Bodenständigkeit, zum eigentlichen Signum des Partisanen wird. Gerade darin aber ist der Partisan bedroht; seiner Tellurität enteignet und ideologisch subsumiert, wird er zum Spielball einer übernationalen Zentralsteuerung: »Der Partisan hört dann auf, wesentlich defensiv zu sein. Er wird zu einem manipulierten Werkzeug weltrevolutionärer Aggressivität. Er wird einfach verheizt und um alles das betrogen, wofür er den Kampf aufnahm und worin der tellurische Charakter, die Legitimität seiner partisanischen Irregularität, verwurzelt war.«[72]

Wird das Tellurische – und damit die Existenz des Partisanen als Partisan – bei Schmitt durch die ideologische Vereinnahmung bedroht, so bei Baumann durch die technische Aufrüstung des Stadtguerilleros, seinen Einstieg in die Eskalation, in die Logik der Apparate, durch die er sich seinem Widerpart so sehr angleicht, dass die Faszination des Untergrunds schließlich gänzlich aufgezehrt wird. Nur die Selbstbeschränkung in der Wahl der Mittel und die Begrenzung des Operationsgebiets könne diese Faszination gewährleisten. Damit aber ist die Rechtfertigung der Gewalt von dem – angeblich nur durch Gewalt zu erreichenden – politischen Ziel auf die Sicherung der Existenz im Ausnahmezustand verschoben worden. In gewisser Hinsicht ist das anthropologische Argument damit zu Ende gedacht: Während die Orientierung an der politischen Veränderung – jedenfalls in der Geschichte des westdeutschen Terrorismus – nahegelegt haben mag, bei ausbleibendem Erfolg den Gewalteinsatz zu steigern, verlangt eine Perspektive, der es vor allem um die Existenz im Untergrund geht, die »Hegung« (Schmitt) der Gewaltanwendung, möglicherweise sogar die »Hegung« des Untergrunds.

Ansätze hierzu sind in der Strategie der RZ zu erkennen: sowohl in dem Versuch, ein bestimmtes »Militanz-Niveau« nicht zu überschreiten (offiziell mit der Begründung, dadurch die Wiederholbarkeit der Anschläge durch »jedermann« zu gewährleisten, offensichtlich aber auch mit dem Ziel, eine der RAF

68 Baumann, Wie alles anfing, S. 129 (Hervorhebung H. M.).
69 Ebenda, S. 99.
70 Ebenda, S. 105.
71 Carl Schmitt, Theorie des Partisanen. Zwischenbemerkung zum Begriff des Politischen, West-Berlin 1963, S. 26.
72 Ebenda, S. 77; vgl. Herfried Münkler, Partisanen der Tradition, in: *Der Monat*, 34. Jg., 1982, Heft 1, S. 111 ff.

Scanned by CamScanner

vergleichbare Militarisierung der Gruppe zu vermeiden), als auch in der Beibehaltung der »legalen Existenz« der Gruppenangehörigen (offiziell mit der Begründung, so den logistischen Aufwand – und damit mögliche Spuren – gering halten zu können, offensichtlich aber auch mit dem Hintergedanken, damit die Faszination des Untergrunds nicht jener Abnutzung auszusetzen, wie sie ein vollständiges Untertauchen zur Folge hat). Hierzu passt, dass in der Ideologie der RZ das anthropologische Argument von Anfang an eine dominierende Rolle gespielt hat.

Gleichwohl gibt es aber Anzeichen dafür, dass der Prozess von Eskalation und Militarisierung, dem schließlich die RAF zum Opfer gefallen ist, inzwischen auch die RZ erreicht hat. Dafür sprechen sowohl Veränderungen in der Dimensionierung der Anschläge als auch die ansatzweise Instrumentalisierung der Gruppen durch ihre Verbindungen zum internationalen Terrorismus. Zugleich ist fraglich, ob bei der zu erwartenden Verschärfung des Fahndungsdrucks gegen die RZ diese Gruppen ihr strategisches Konzept werden durchhalten können. Vieles spricht dafür, dass ebenso wie bei der RAF und der *Bewegung 2. Juni* auch bei den RZ die Faszination des Untergrunds durch die Strategie des Terrors demontiert werden wird.

Stefan Spiller

Der Sympathisant als Staatsfeind
Die Mescalero-Affäre

Ausgehend von der »kommunikativen Dimension« terroristischer Aktionen, durch die die mediale Öffentlichkeit als wichtigster gesellschaftlicher Resonanzboden fungiert,[1] soll im vorliegenden Beitrag[2] die Auseinandersetzung um den sogenannten Buback-Nachruf[3] nachgezeichnet werden, in der sich 1977, im Jahr der terroristischen Eskalation, alle Entwicklungslinien und Argumentationsmuster des bundesdeutschen Terrorismusdiskurses brennspiegelartig bündelten.

Unter dem Pseudonym »Mescalero« hatte ein anonymer Verfasser aus dem Umfeld der Göttinger Spontiszene im Publikationsorgan des AStA seine unmittelbare Reaktion einer »klammheimlichen Freude« angesichts der Ermordung des Generalbundesanwalts Siegfried Buback durch ein Kommando der *Roten Armee Fraktion* (RAF) am 7. April 1977 geäußert.

Am Ende eines ebenso provokativen wie unorthodoxen Reflexionsprozesses, den die weiteren Ausführungen des »Buback-Nachrufs« markierten, gelangte der Verfasser dann jedoch zu einer deutlichen Ablehnung von terroristischer Gewalt als Mittel der Politik.

Die allgemeine Medienberichterstattung beschränkte sich jedoch in erster Linie auf die selektiv aus dem »Nachruf« herausgegriffenen Zitate, wie jenes der »klammheimlichen Freude«, die unter dem Eindruck der sich zuspitzenden terroristischen Gewalttaten des Jahres 1977 als Beleg der an bundesdeutschen Universitäten verbreiteten Sympathien für den Terrorismus gewertet wurden.

Neben den in den Medien nahezu einhellig vorgetragenen Angriffen auf das universitäre Umfeld zog der »Buback-Nachruf« eine Fülle rechtlicher Konsequenzen nach sich, von denen sowohl zahlreiche studentische Nachdrucker des Artikels als auch eine Reihe von Professoren betroffen waren, die den »Nachruf« im Rahmen einer Dokumentation zur Versachlichung der öffentlichen Diskussion im Sommer 1977 noch einmal vollständig publiziert hatten.[4]

Vor dem Hintergrund der terroristischen Aktionen des Jahres 1977, die schließlich im sogenannten Deutschen Herbst kulminierten, muss jedoch die Unfähigkeit der bundesdeutschen Öffentlichkeit zu einem rationalen Umgang mit der von »Mescalero« aufgeworfenen Gewaltproblematik konstatiert werden. Angesichts der in der »Nachruf«-Kontroverse zum Ausdruck kommenden gesellschaftlichen Polarisierung stellt sich zudem die Frage, inwieweit die-

1 Dazu vor allem Andreas Musolff, Krieg gegen die Öffentlichkeit. Terrorismus und politischer Sprachgebrauch, Opladen 1996.

2 Hervorgegangen aus der Magisterarbeit des Verfassers zum Thema »Linksterrorismus und bundesdeutsche Öffentlichkeit im Spiegel des ›Buback-Nachrufs‹ von 1977«, die im Wintersemester 2002/03 im Fachbereich 1 – Geschichte, der Universität Siegen unter Betreuung von Prof. Dr. Franz-Werner Kersting entstand.

3 Vollständig abgedruckt am Ende des Beitrags, S. 1257–1259.

4 »Buback – Ein Nachruf«. Eine Dokumentation, hrsg. von Johannes Agnoli u. a., West-Berlin 1977.

Scanned by CamScanner

ses Phänomen als eine unmittelbare Folge der terroristischen Handlungsstrategien gewertet werden kann, die derartige Verwerfungen von vornherein intendierten.

Nach dem Kulminationspunkt des Deutschen Herbstes schwand das öffentliche Interesse an der »Nachruf«-Thematik relativ schnell, und die offizielle Seite, einschließlich der Medien, die eine ursächliche Rolle in dieser Kontroverse gespielt hatten, gingen über diese »Episode« des Jahres 1977 »klammheimlich« hinweg.

Als der »Buback-Nachruf« nach annähernd 24 Jahren im Jahr 2001 als »historische Altlast« im Kontext der Diskussion um die politische Vergangenheit der Bundesminister Trittin und Fischer erneut politisch instrumentalisiert zu werden drohte, bewog dies schließlich den bis zu diesem Zeitpunkt anonymen Verfasser des »Nachrufs«, seine Identität aufzudecken: »Mescalero« gab sich als Klaus Hülbrock zu erkennen.[5]

Symptomatisch für die mittlerweile bestehende Distanz zu den Ereignissen und Stimmungen der 1970er Jahre, gerade der jüngeren Generation der 20- bis 30-Jährigen, war die Tatsache, dass die Debatte im Jahr 2001 für Fischer und Trittin keine nachhaltigen Konsequenzen besaß. Viele nahmen die Vorwürfe der Opposition lediglich als politisches Manöver wahr.

Ohne noch einmal näher auf den theoretischen Rahmen soziologischer sowie sprach- und kommunikationsgeschichtlicher Erklärungsansätze des bundesdeutschen Terrorismus-/Sympathisanten-Diskurses einzugehen,[6] wird die Kontroverse um den »Buback-Nachruf« im Folgenden als ein Teilkomplex dieses Diskurses verstanden, der in spezifischer Weise die bundesdeutschen Universitäten in den Mittelpunkt rückte.

Da eine unmittelbare Aufarbeitung der »Mescalero-Affäre« von Medien und offizieller Seite weitgehend vernachlässigt wurde,[7] bieten sich als Ausgangspunkt einer Betrachtung zunächst vor allem die Publikationen der direkt Betroffenen an. Dazu gehören etwa die sprachwissenschaftlichen Untersuchungen des Germanisten Utz Maas und die juristischen Darstellungen des Rechtswissenschaftlers Ulrich Mückenberger, der in seinem Aufsatz »Die ›Mescalero-Affäre‹ ist zur Justiz-Affäre geworden« die Verbindungslinien zwischen den Phasen der Debatte aufzeigt. Zu nennen ist des Weiteren die Broschüre »Die Mescalero-Affäre. Ein Lehrstück für Aufklärung und politische Kultur« von Peter Brückner sowie jene der Berliner Herausgeber, die unter dem Titel »Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt« die Auseinandersetzungen um die Dokumentation der Hochschullehrer nachzeichnet. Darüber hinaus wurden der Westberliner und der Oldenburger »Buback-Prozess« jeweils materialreich dokumentiert.[8]

Die im Zentrum des vorliegenden Beitrags stehende Berichterstattung der Printmedien, im Besonderen der überregionalen Tageszeitungen, untermauert die kritische Perspektive vorgenannter Publikationen

---

5 Die freundliche Bereitschaft Klaus Hülbrocks / »Mescalero«, gegenüber dem Verfasser seine Sicht auf die »Mescalero-Affäre« darzulegen, trug zu einer Erweiterung der Informationsgrundlage vorliegender Arbeit erheblich bei. In einem Bericht von Thomas Leif und Ulrich Neumann für die Sendung »Report« äußerte sich Hülbrock erstmals im Fernsehen. Siehe Sendungsarchiv von »Report«, Beitrag vom 29. Januar 2001, »Mescalero« – Die '68er und die Gewalt, http://www.swr.de/report/aktuell/index.html (8. 11. 2002).

6 Vgl. dazu etwa Heinz Steinert, Die Reaktion der Öffentlichkeit auf den Terrorismus, in: Jugend und Terrorismus. Ein Hearing des Bundesjugendkuratoriums, München 1979, S. 41–60; Musolff, Krieg gegen die Öffentlichkeit.

7 So dokumentierte etwa der vom Bundesinnenministerium im Jahr 1978 herausgegebene Pressespiegel »Hat sich die Republik verändert?« für den Zeitraum August 1977 bis Juli 1978 keinen einzigen Artikel, der den »Buback-Nachruf« eingehender thematisierte oder einen Überblick der Debatte bot, die sich an ihm entzündet hatte.

8 Utz Maas, Das Indianerspiel. Sprachpolitik in der BRD anno 1977 (= Obst-Papier 1, Osnabrück 1978) und Indianerspiel und Ernst. Die Mescalero-Affäre ist nicht nur eine Anekdote (= Überblicksartikel im Obst-Papier 2, Osnabrück 1979), in: ders., Sprachpolitik und politische Sprachwissenschaft, Frankfurt am Main 1989, S. 190–351; Ulrich Mückenberger, Die »Mescalero-Affäre« ist zur Jusitz-Affäre geworden, in: *Frankfurter Hefte*, 1978, Heft 7, S. 22–31; Peter Brückner, Die Mescalero-Affäre. Ein Lehrstück für Aufklärung und politische Kultur, Hannover 1981; Berliner Herausgeber der Dokumentation »Buback – Ein Nachruf«, Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt. Dokumentation der Auseinandersetzungen um die Dokumentation: »Buback – Ein Nachruf«, Berlin 1977; Johannes Agnoli u.a., da ist nur freizusprechen. Die Verteidigungsreden im Berliner Mescalero-Prozeß, Reinbek 1979; Thomas Blanke u.a., Der Oldenburger Buback-Prozeß, West-Berlin 1979.

auf die Medien, wenn diese auch zweifellos geprägt von der unmittelbaren Betroffenheit und Sensibilität der Verfasser gegenüber den gesellschaftlich-politischen Zuständen ist.

Der Nachzeichnung der Mediendebatte soll zunächst eine Skizzierung des Entstehungskontextes und eine eingehende Analyse des »Buback-Nachrufs« selbst vorangestellt werden. Den Abschluss bildet ein Überblick der rechtlichen Konsequenzen, die der Veröffentlichung des »Buback-Nachrufs« mit unterschiedlicher Intensität (so etwa im Fall Brückner) und Ausrichtung folgten, wobei der öffentliche Diskurs in dieser Hinsicht eine nicht unwesentliche Rolle gespielt zu haben scheint.

Da sich bis heute so gut wie keine wissenschaftliche Darstellung in umfassender Weise mit der »Mescalero-Affäre« auseinander gesetzt hat, intendiert die vorliegende Untersuchung, rückblickend und von politisch-ideologischem Ballast befreit, einen Beitrag zum Schließen dieser Leerstelle und eine weitere Entschärfung politischer Instrumentalisierungspotentiale.

Die Ermordung des Generalbundesanwalts am 7. April 1977

Während des vierten Hungerstreiks der inhaftierten RAF-Mitglieder verübte ein zweiköpfiges RAF-Kommando in Karlsruhe ein Attentat auf den Generalbundesanwalt Siegfried Buback, der dieses Amt seit dem 1. Mai 1974 innehatte. Im Rahmen seiner mustergültigen Karriere in der bundesdeutschen Justiz hatte Buback u. a. als Erster Staatsanwalt der Bundesanwaltschaft Karlsruhe 1962 die Ermittlungen gegen den *Spiegel* geleitet, die unter dem Vorwurf des Landesverrates aufgenommen worden waren und den Beginn der »*Spiegel*-Affäre« markierten.[9]

Der Anschlag in Karlsruhe erfolgte, als Buback sich in seinem Dienstwagen auf dem Weg zum Bundesgerichtshof befand. Auf offener Straße eröffnete ein Mitglied des RAF-Kommandos von einem Motorrad aus das Feuer. Buback und sein Fahrer Göbel starben noch am Tatort, der sie begleitende Sicherheitsbeamte Wurster erlag seinen schweren Schussverletzungen wenig später in einem Krankenhaus. Das Bekennerschreiben der RAF nahm direkt Bezug auf die Situation der inhaftierten »Genossen«, deren Prozess in Stammheim am 28. April 1977 nach zweijähriger Dauer abgeschlossen werden sollte:

»Für Akteure des Systems selbst wie Buback findet die Geschichte immer einen Weg. Am 7. 4. 77 hat das Kommando Ulrike Meinhof Generalbundesanwalt Siegfried Buback hingerichtet. Buback war direkt verantwortlich für die Ermordung von Holger Meins, Siegfried Hausner und Ulrike Meinhof. Er hat als Generalbundesanwalt – als zentrale Schalt- und Koordinationsstelle zwischen Justiz und den Westdeutschen Nachrichtendiensten in enger Kooperation mit der CIA und dem NATO-Security-Committee – ihre Ermordung inszeniert und geleitet. [...] Die Konzeption der Bundesanwaltschaft, die seit 71 Fahndung und Verfahren gegen die RAF an sich gezogen hat, läuft nach der Linie der im Security Committee der NATO konzipierten Antisubversionsstrategie: Kriminalisierung revolutionären Widerstands – deren taktische Schritte Infiltration, Entsolidarisierung und Isolierung der Guerilla und Eliminierung ihrer Leader sind. Im Rahmen der Counterstrategie der imperialistischen BRD gegen die Guerilla ist die Justiz kriegsführendes Instrument – in der Verfolgung der aus der Illegalität operierenden Guerilla und in der Vollstreckung der Vernichtung der Kriegsgefangenen. [...] *Kommando Ulrike Meinhof*«[10]

Die Kommandobezeichnung bringt die Praxis zum Ausdruck, die »gefallenen Kämpfer« in den Status von Märtyrern zu erheben, die in künftigen Ak-

9 Vgl. Butz Peters, RAF. Terrorismus in Deutschland, München 1993, S. 220–224. Ebenda auch eine fast penible Detailrekonstruktion des Tathergangs in Karlsruhe.

10 Erschießung des Generalbundesanwalts Buback. Erklärung vom 7. April 1977. Vollständig abgedruckt in: Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, hrsg. vom ID-Verlag, Berlin 1997, S. 267 f. Zu einer umfassenden Analyse des Bekennerschreibens, allerdings unter dem Eindruck der erst wenige Monate zurückliegenden Ereignisse, vgl. Rolf Bachem, Sprache der Terroristen. Analyse eines offenen Briefes, in: *Der Deutschunterricht*, 30. Jg., 1978, Heft 5, S. 61–79.

Scanned by CamScanner

tionen als zusätzliche Elemente der Sinnstiftung und Identifikation figurieren können. Zugleich erfolgt eine Einordnung der gesamten bisherigen Entwicklung und der künftigen Handlungsperspektive in ein umfassendes Kriegsszenario. Eine breit angelegte Verschwörungstheorie unterstellt der Justiz und den Sicherheitsorganen der Bundesrepublik, in Abstimmung mit westlichen Geheimdiensten und Militärs einen perfiden Antiguerillakrieg (»Counterstrategie«) gegen die »antiimperialistischen Fighter« der RAF zu führen, der sich sogar noch auf deren inhaftierte Mitglieder (»Kriegsgefangene«) erstrecke.

Die Umdeutung von Selbstmorden in staatlich initiierte Mordaktionen, in denen schließlich der Endzweck der staatlichen »Vernichtungshaft« gesehen wird, sollte im Besonderen nach den Selbstmorden in Stammheim im Anschluss an die Befreiung der entführten Lufthansa-Maschine »Landshut« eine Rolle spielen. Die einzige Überlebende der Nacht in Stammheim vom 17. auf den 18. Oktober 1977, Irmgard Möller, beharrt bis heute auf der Mordversion, wie sie in vorstehender Kommandoerklärung vorgezeichnet wird.[11]

Der erste Satz der Erklärung bezieht sich in einer zynisch-triumphierenden Umwertung auf ein Interview Bubacks aus dem Jahr 1976, in dem dieser im Hinblick auf den Staatsschutz und damit auf die Terrorismusproblematik geäußert hatte: »Der Staatsschutz lebt davon, daß er von Leuten wahrgenommen wird, die sich dafür engagieren, wie Herold und ich, die finden immer einen Weg.«[12]

In der veränderten Version handelt es sich nun nicht mehr um eine individuelle Motivation, sondern das RAF-Kommando sieht sich gleichsam als Exekutor der Geschichte, das Buback seiner verdienten Strafe (der »Hinrichtung«) zugeführt hat. Es ist symptomatisch für die zunehmende Brutalisierung der Taten und die Reduzierung von Menschen lediglich auf ihre »Systemfunktion«, dass die beiden ebenfalls erschossenen Begleiter Bubacks keine Erwähnung mehr finden, während in der Entstehungsphase der RAF auf Opfer im Kreis der unbeteiligten Personen dezidiert eingegangen worden war. In Karlsruhe erschienen sie nur noch als »störende Statisten«.

Lässt die Sprache der Erklärung im Hinblick auf die eigenen »Kämpfer« persönliche Nähe, Verbundenheit und Emotionen erkennen, so meldet sie für die »Hinrichtung« Bubacks nur noch in technokratischer und unangreifbarer Weise Vollzug. Gerade in dieser Unangreifbarkeit unterscheidet sich der gesamte Sprachduktus fundamental von dem Ende April 1977 erschienenen »Buback-Nachruf«, der die verzerrte Perspektive der RAF-Aktivisten, die die Erklärung vom 7. April widerspiegelt, einer deutlichen Kritik unterzieht. Will man den »Buback-Nachruf« in seiner kritischen Ausrichtung würdigen, ist neben der inhaltlichen Abgrenzung gegenüber den Verlautbarungen der RAF diese sprachliche Dimension zu berücksichtigen. Die zitierte Kommandoerklärung kann in dieser Hinsicht als Negativfolie dienen.

Die Hochschulszene der K-Gruppen und »Spontis«

Mit dem Zerfall der 68er-Bewegung bildete sich eine Vielzahl von miteinander konkurrierenden Zirkeln und sektenähnlichen Organisationen marxistisch-leninistischer und maoistischer Ausrichtung heraus. Diese sogenannten K-Gruppen, die unter erneuten Abspaltungen und Umgründungen etwa ein Jahrzehnt Bestand hatten, sahen vor allem in der streng autoritären Organisation ihrer politischen Aktivitäten einen Weg zu revolutionären Veränderungen.[13]

Mitglieder, etwa der *Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten Leninisten* (KPD/ML) oder des *Kommunistischen Bundes Westdeutschland* (KBW), hatten sich einem rigiden System der Kritik und Selbstkritik zu unterwerfen und wurden in einem

11 Vgl. Oliver Tolmein, »RAF – Das war für uns Befreiung«. Ein Gespräch mit Irmgard Möller über bewaffneten Kampf, Knast und die Linke, Hamburg 1997, S. 134–135.

12 Zit. n. Otto Kallscheuer / Michael Sontheimer, Kriegsbericht, in: dies. (Hg.), Einschüsse. Besichtigung eines Frontverlaufs. Zehn Jahre nach dem Deutschen Herbst, West-Berlin 1987, S. 9–31, hier S. 23.

13 Vgl. Backes/Jesse, Politischer Extremismus, S. 149–156.

Maße von der Parteiarbeit in Anspruch genommen, das andere Aktivitäten nahezu ausschloss.[14] In ihrem politischen Dogmatismus wähnte sich jede dieser Gruppierungen im alleinigen Besitz des »revolutionären Heilsweges«. Durch ihre kadermäßige Organisation und ihren politischen Verkündungseifer konnten die K-Gruppen für eine gewisse Zeit die politische Szene der Hochschulen prägen.[15] Politische Erfolge hatten sie jedoch insgesamt nicht zu verzeichnen. Infolge ihres autoritären Charakters und ihrer weltfremden Gesellschaftsentwürfe verloren sie auch für die eigenen Mitglieder zunehmend an Attraktivität. Am Ende stand schließlich die Selbstauflösung eines Großteils der K-Gruppen zu Beginn der 1980er Jahre.

Als Abgrenzungsbewegung zum Dogmatismus der K-Gruppen entstand im gleichen Zeitraum die sogenannte Spontibewegung, die sich aufgrund ihrer Heterogenität nur sehr schwer in ein bestimmtes Raster einordnen lässt. Sie besaß Verbindungslinien zum gesamten Spektrum der allmählich aufkeimenden Alternativbewegung, die in Druckereien und linken Buchläden, bei ersten Hausbesetzungen und Fahrpreiskämpfen eine eigene Subkultur ausbilden sollte. Aber sie ging nicht völlig in dieser auf.

Gegenüber der rigiden Parteidisziplin der K-Gruppen, der sich jedes subjektive Bedürfnis unterzuordnen hatte, betonten die »Spontis« die *spontane* Gefühlsäußerung, das situative Moment, mithin den konkreten Lebenszusammenhang. Ihre Kritik und Aktionen waren authentischer, wenn auch nicht unbedingt erfolgreicher, als jene der K-Gruppen, die sich stets in den Dimensionen der Weltrevolution bewegten.[16] Ihre Äußerungen zeichneten sich oft durch ironisierende Elemente und in einem gewissen Grade auch durch Theoriefeindlichkeit aus und etablierten einen eigenen, ganz saloppen Umgang mit der Sprache. Derartige Spottlust stieß auf Seiten der dogmatischen Linken natürlich auf heftigste Kritik. Das von den »Spontis« artikulierte Lebensgefühl, ihr spontaner Pragmatismus, verbunden mit einer neuen Betonung von Harmonie und Menschlichkeit sowie basisdemokratischen Elementen, entfaltete vor allem in der zunehmenden Anonymität des universitären Massenbetriebes wachsende Anziehungskraft.

Dort manifestierte sich in ihren Wahlerfolgen eine neue Welle der Politisierung und Mobilisierung vieler Studenten, die ihren Ursprung in der Kritik an den »Berufsverboten« und dem Hochschulrahmengesetz, der negativen Situation an den Universitäten insgesamt hatte. Diese Bezüge sowie das Selbstverständnis der universitären »Sponti«-Gruppen veranschaulichen Passagen aus dem Wahlprogramm der *Bewegung Undogmatischer Frühling* (BUF) an der Universität Göttingen: »BUF – was geht da vor? Für diejenigen, die es beruhigt: BUF steht keiner Partei nahe, ist keine Aufbau- oder Nachfolgeorganisation, sie besitzt keine Statuten, keine Grundsatzprogramme und schon gar nicht den roten Stein der Weisen. Für diejenigen, die das beunruhigt: unser Prinzip ist deshalb keineswegs Prinzipienlosigkeit, Un-Organisiertheit oder Desorientierung. Daß wir nicht alles im Voraus wissen, sehen und berechnen, bedeutet nicht, daß wir blind in den Asta hineintappen und uns dort auf Gefühl und Eingebung verlassen. [...] Wir wollen uns wieder ernst nehmen – uns selbst mit unseren Hoffnungen und Wünschen, uns selbst mit unseren Ängsten und Enttäuschungen gegenüber der alltäglichen subtilen Gewalt des Uni-Betriebs. ›Uni ist doof‹ – sicherlich! Und so wenig manchem der folgerichtige Imperativ ›Mach Uni putt‹ befriedigen mag, so sehr ist doch die darin liegende emotionale Explosion ernst zu nehmen, die sehr genau um einen autonomen Maßstab weiß, der die Verhältnisse an den eigenen Bedürfnissen mißt. Haben wir doch den Mut, zu unseren eigenen Interessen zu stehen und perpetuieren wir die studentische Gegenöffentlichkeit, so wie sie in der Streikwoche aufgebrochen ist! Wenn wir von zunehmender fabrikmäßiger Organisierung der Uni sprechen, meinen wir damit die tendenzielle Unterordnung unter die Funktionsweise einer Fabrik.«[17]

---

14 Vgl. Gerd Koenen, Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977, Köln 2001. Als ehemaliges KBW-Führungsmitglied bietet Koenen einen Überblick und Innenansichten der K-Gruppen-Szene.

15 Vgl. Uwe Schlicht, Vom Burschenschafter bis zum Sponti: Studentische Opposition gestern und heute, West-Berlin 1980, S. 130.

16 Ebenda, S. 133.

17 Auszüge aus dem Wahlprogramm der BUF, Göttingen, Januar 1977, zit. n. Schütte, Revolte, Dokumentarischer Anhang, S. IV–VI.

Scanned by CamScanner

Die BUF bildete dann im Sommer 1977 gemeinsam mit einer *Sozialistischen Bündnisliste* den AStA der Universität Göttingen. Aus den Reihen der BUF stammte der »Buback-Nachruf«, der als ein Dokument spontaneistischer studentischer Gegenöffentlichkeit in selektiver Weise in die breite Öffentlichkeit gelangte.

Analyse des »Buback-Nachrufs«

Am 25. April 1977 erschien im Organ des Göttinger AStA, den *Göttinger Nachrichten*, der »Buback-Nachruf« eines unbekannten »Göttinger Mescalero« aus den Reihen der BUF. Die »Mescaleros« als Teil der BUF verwiesen durch ihre Namensgebung auf den breiteren Kontext der sogenannten Stadtindianer-Bewegung, die teilweise in entsprechender Kostümierung an das renitente Stammeswesen historischer Vorbilder anknüpfte.[18] Formen des Widerstands praktizierten auch die modernen Stadtindianer, allerdings gerichtet gegen einen Zeitgeist zunehmender Anonymität, Rationalität und technischer Überformung. Im Hinblick auf das studentische Publikationsorgan *Göttinger Nachrichten* ist zunächst festzuhalten, dass es den »Mescalero«-Artikel in keiner Weise dazu prädestinierte, überhaupt von einer breiteren Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden. Selbst für den unmittelbaren studentischen Adressatenkreis bedeutete der Artikel ursprünglich nicht mehr als eine der üblichen Äußerungen in der Publikationsflut studentischer Initiativen und Gruppierungen, denen zumeist nur oberflächliche Aufmerksamkeit entgegengebracht wurde.[19]

»Mescalero« greift mit seiner Klassifizierung des Artikels als »Nachruf« zunächst formal bürgerliche Konventionen der Trauer auf und erzeugt damit eine provokative Spannung zur sprachlichen und argumentativen Gestaltung seiner weiteren Ausführungen. In typischer »Sponti«-Manier betont er im ersten Abschnitt den subjektiven Charakter der nun folgenden Betrachtungen, die er als »Rülpser« kennzeichnet und von »solidarischer Kritik« abgrenzt. Mit einem Satz verwirft er nahezu alle bestehenden Normen politischen, gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Diskurses: »Ausgewogenheit, stringente Argumentation, Dialektik und Widerspruch – das ist mir alles piepegal.« Es geht ihm um eine authentische, eine ehrliche Darstellung der ihn bewegenden Ereignisse, seiner Überlegungen und Emotionen, von der er sich fast prophetisch einen Beitrag zu einer »öffentlichen Kontroverse« erhofft.

Als Ausgangspunkt seiner Überlegungen schildert er anschließend seine unmittelbare Reaktion nach dem »Abschuß« von Buback, die er als »klammheimliche Freude« beschreibt. Vor allem mit dieser Formulierung sollte in der bald folgenden öffentlichen Auseinandersetzung der »Buback-Nachruf« identifiziert werden. Die tautologische Verstärkung einer heimlichen Freude zu einer »klammheimlichen« eignete sich als ausgezeichneter Anknüpfungspunkt für Mutmaßungen über die konspirative Gesinnung an deutschen Hochschulen, die hier ein Repräsentant der Studentenschaft scheinbar deutlich zum Ausdruck gebracht hatte. Die Sprache »Mescaleros«, das zeigen schon die ersten Passagen des Artikels, besitzt eine durchaus problematische Dimension, insbesondere dort, wo sie mit physiognomischen Begriffen und Typisierungen operiert, die dazu geeignet sind, Personen ihren humanen und subjektiven Charakter abzusprechen. So etwa, wenn im Hinblick auf den ermordeten Generalbundesanwalt von einem »Typ«, dessen »Konterfei« und am Ende des »Nachrufs« schließlich von den »Killervisagen« der »Bubacks« die Rede ist. Dem korrespondiert die provokative Kennzeichnung der Ermordung Bubacks als »Abschuß«, einem der Jagdsprache entliehenen Begriff.

Und doch markiert die unmittelbare Reaktion »Mescaleros« lediglich den Beginn eines weitergehen-

18 Es handelte sich um eine typische Spielart der Spontibewegung. Allerdings sollte man der Namensgebung auch nicht zu viel Bedeutung beimessen. Das verdeutlicht die Erklärung des »Nachruf«-Verfassers Klaus Hülbrock im Interview mit der *tageszeitung* vom 10./11. Februar 2001, S. 4: »Ich habe als Junge Wildwest-Heftchen verschlungen, zu 70 Pfennig das Stück. Und diese Mescaleros waren von allen die Grausamsten, die Schrecklichsten, die am wenigsten Domestizierten. Da war es einfach naheliegend, diesen Namen zu nehmen.«

19 Vgl. Maas, Indianerspiel, S. 192.

den Reflexionsprozesses, der in der selektiven Medienberichterstattung des Sommers und Herbstes 1977 weitestgehend vernachlässigt werden sollte.

Als Motiv der »klammheimlichen Freude« wird zunächst auf Bubacks zentrale Funktion im Justizwesen der Bundesrepublik verwiesen, wonach er eine »herausragende Rolle« bei der »Verfolgung, Kriminalisierung, Folterung von Linken« gespielt habe. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um eine Bezugnahme auf die Fahndungspraxis nach den Mitgliedern der RAF, die sich stets auch gegen eine angenommene Unterstützerszene richtete, sowie auf die Situation der inhaftierten RAF-Mitglieder, die durch besondere Sicherheitsmaßnahmen gekennzeichnet war (von einem großen Teil des breiten Spektrums der Linken als »Isolationsfolter«, »sensorische Deprivation«, »staatliche Vernichtungshaft« etc. charakterisiert).[20]

In einer Art nachrevolutionären Fiktion drückt »Mescalero« sein Bedauern darüber aus, dass Buback als einem der »meistgesuchten und meistgehaßten Vertreter der alten Welt« nach der Revolution nun nicht mehr der öffentliche Prozess gemacht werden kann. Anschließend leitet er allmählich zu seinen kritischen Gedanken über, indem er zunächst näher auf die empfundene Freude nach der Ermordung Bubacks eingeht. Nun wird auch der Charakter des »Klammheimlichen« deutlicher, da eine »*richtige* Freude«, d.h. eine nicht durch bestimmte Aspekte eingeschränkte, von größeren Bevölkerungsteilen getragene, wie bei der »Himmelfahrt von Carrero Blanco« nicht habe aufkommen können. Der spanische Politiker und Admiral, sein Chauffeur sowie ein Sicherheitsbeamter waren am 20. Dezember 1973 durch eine Autobombe der ETA in Madrid getötet worden. Blanco war erst im Sommer des gleichen Jahres von Franco zum Ministerpräsidenten ernannt worden. Als rechte Hand des Diktators hatte nicht nur die Bevölkerung des Baskenlandes seinen Tod begrüßt.[21]

»Mescalero« verdeutlicht nun die kontraproduktiven Folgen der RAF-Liquidierungspolitik für die Möglichkeiten kritischer öffentlicher Intervention seitens der revolutionären Linken. Er zeigt, dass selbst innerhalb einer Öffentlichkeit, die sich in seiner Perspektive weitestgehend über »gleichgeschaltete Medien« konstituiert, Ansatzpunkte einer derartigen Intervention bestehen. Hier nennt er an erster Stelle die »Wanzenaffäre«, wobei es sich eigentlich um mehrere Affären handelt, die im Frühjahr 1977 der Öffentlichkeit bekannt wurden. So deckte der *Spiegel* eine Abhöraktion des Verfassungsschutzes gegen den Atomwissenschaftler und Geschäftsführer der Interatom GmbH, Klaus Robert Traube, auf, dem man Kontakte zu Terroristenkreisen unterstellt hatte und der in seinem Haus über einen längeren Zeitraum »belauscht« wurde. Die gegen ihn erhobenen Vorwürfe erwiesen sich als haltlos.[22] Kurz darauf verdichtete sich der von Vertretern der Verteidigung im Stammheimer Verfahren geäußerte Verdacht, dass auch in Stammheim abgehört worden sei. Dort waren Gespräche zwischen den inhaftierten RAF-Mitgliedern untereinander und mit ihren Anwälten von solchen rechtsstaatlich fragwürdigen Maßnahmen betroffen.[23]

Weil sie auch für eine breite Öffentlichkeit augenscheinlich waren und im Frühjahr 1977 für erhebliche öffentliche Unruhe sorgten, sieht »Mescalero« in diesen Verletzungen rechtsstaatlicher Prinzipien eine potentielle Aktionsgrundlage: »Da haben sich immerhin Risse und Brüche in dieser scheinbar festgefügten Legitimationsfassade gezeigt, die wir ausnützen müssen. Und können, sogar in bezug auf Stammheim. Da haben wir eine Gelegenheit versäumt, ein öffentliches Gemurmel, ein öffentliches Unbehagen der Nonchalance mit der die Bubacks, Maihofers, Schiess und Benda die dicksten Rechtsbrüche begehen, offensiv für uns und die Gefangenen zu nutzen.«

Teilweise typisierend identifiziert er in diesem

20 So hatte etwa das *Kursbuch* 1973 eine Ausgabe der Situation der »Politischen Gefangenen« in der Bundesrepublik gewidmet, die anhand von Gerichtsbeschlüssen und Verfügungen den Versuch unternahm, die Haftbedingungen von RAF-Mitgliedern als Folter zu brandmarken. Vgl. *Kursbuch*, 9. Jg., 1973, Heft 32, Folter in der BRD. Zur Situation der Politischen Gefangenen.

21 Vgl. Gabriele Dietz (Hg.), Klamm, Heimlich und Freunde. Die siebziger Jahre, West-Berlin 1987, S. 125.

22 Zur »Traube-Affäre« vgl. Stefan Aust, Der Baader Meinhof Komplex, München 1989, S. 421–423.

23 Vgl. ebenda, S. 423–430.

Scanned by CamScanner

Zusammenhang die für die »dicksten Rechtsbrüche« verantwortlichen Protagonisten aus Politik und Justiz: Siegfried Buback in seiner Funktion als Generalbundesanwalt, den Bundesinnenminister Werner Maihofer (FDP), den Innenminister von Baden-Württemberg, Karl Schiess (CDU), und schließlich den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda (CDU). Zugleich untermauert er jedoch, dass es sich um eine versäumte Gelegenheit handelt. Unterschwellig schwingt darin eine Kritik an einer zu passiven Linken mit: passiv vor allem in der Entfaltung eigener Formen von Kritik und Öffentlichkeit, resultierend aus einer zu starken Bezogenheit auf die Aktionen der RAF.

In diesen sieht er den entscheidenden Faktor für verschärfte Repressionen gegenüber dem weiten Spektrum der revolutionären Linken, die nach dem Anschlag auf Buback nun pauschal als »Terroristenbrut« abqualifiziert werden kann und damit in der Entfaltung anderer Aktionspotentiale gänzlich gehemmt ist: »Jetzt – nach dem Anschlag – ist nicht nur jedes Mittel recht, um die »Terroristenbrut« zu zerschlagen, sondern die angewandten Mittel sind gar zu gering.«

Diesen Ansatz weiter ausführend, übt »Mescalero« direkte Kritik an der äußerst eingeschränkten RAF-Perspektive der Gefangenenbefreiung, die ohne jegliche Rücksicht auf die sonstige politische Entwicklung und die Situation der Linken ihren Kampf führe: »Die Blindheit jener, für die sich die politische Welt auf Stammheim reduziert und die völlig unabhängig von der jeweiligen ›politischen Konjunktur‹ den Kampf führen und ihre Mittel wählen, könnte so andere Genossinnen und Genossen entwaffnen und wäre ein unfreiwilliger Beitrag dazu, sie fertig zu machen. ›Counterinsurgency‹ andersherum ...«

Vor diesem Hintergrund betont er, wie sehr sich seine unmittelbare Reaktion relativiert hat, wobei er sich dazu bekennt, den bewaffneten Kampf, wie ein Großteil der revolutionären Linken, eine gewisse Zeit positiv betrachtet zu haben: »Diese Überlegungen alleine haben ausgereicht, mein inneres Händereiben zu stoppen. Aber es kommt noch doller. Ich habe auch über eine Zeit hinweg (wie so viele von uns) die Aktionen der bewaffneten Kämpfer goutiert; ich, der ich als Zivilist noch nie eine Knarre in der Hand hatte, eine Bombe habe hochgehen lassen. Ich habe mich schon ein bißchen dran aufgegeilt, wenn mal wieder was hoch ging und die ganze kapitalistische Schickeria samt ihren Schergen in Aufruhr versetzt war. Sachen, die ich im Tagtraum auch mal gern tun tät, aber wo ich mich nicht getraut hab sie zu tun.«

Die bewusste Simplifizierung der Sprache am Ende der Passage bildet einen auffälligen Kontrast zum zuvor verwendeten Verb »goutieren«. Man kann darin einen dezenten Verweis auf eine fast kindliche Faszination am Verbotenen, an der »Knarre«, vermuten, in der »Mescalero«, sich selbst eingeschlossen, einen Motivstrang für die Heroisierung der bewaffneten Kämpfer ausmacht.

Im Folgenden unterzieht er die Stellvertreterpolitik der revolutionären Linken insgesamt der Kritik, sieht er darin doch eine Entmündigung der Bevölkerung und eine problematische Legitimationsbasis des politischen Handelns: »Aber wer und wieviele Leute haben Buback (tödlich) gehaßt. [...] Wir alle müssen davon runterkommen, die Unterdrücker des Volkes stellvertretend für das Volk zu hassen, so wie wir allmählich schon davon runter sind, stellvertretend für andere zu handeln oder eine Partei aufzubauen. Wenn Buback kein Opfer des Volkszornes wird (oder wegen mir auch des Klassenhasses, damit kein falscher Verdacht aufkommt), dann geht die Gewalt, die so ausgeübt wird, ebensowenig vom Volk aus, wie Bubacks Gewalt vom Volk ausging.«

Dem hält er noch einmal die Situation in Spanien sowie in Argentinien entgegen, wo sich militante Aktionen gegen massive staatliche Unterdrückung richten, gegen die »staatlich legitimierten Killer«, und von breiten Teilen der Bevölkerung getragen werden. Nicht frei von Unschärfen und Widersprüchen, insofern jedoch authentisch, unvollkommen, entwirft »Mescalero« in den letzten Passagen seines »Nachrufs« Szenarien revolutionärer Politik und einer nachrevolutionären Gesellschaftsordnung. Unmissverständlich erteilt er jedoch einer Liquidierungspolitik wie der der RAF eine Absage: »Unser Zweck, eine Gesellschaft ohne Terror und Gewalt (wenn auch nicht ohne Aggression und Militanz), [...] dieser Zweck heiligt eben nicht jedes Mittel, sondern nur manches. *Unser Weg zum Sozialismus (wegen mir: zur Anarchie) kann nicht mit Leichen gepflastert werden.*« [Hervorhebung, S. S.]

Die Liquidierungspolitik wird als eine »Strategie

der Herrschenden« gekennzeichnet, die gerade aufgrund der historischen Erfahrung nicht das Mittel zur Realisierung einer wie auch immer gearteten neuen Gesellschaftsordnung sein kann: »Die Leute (das Volk!) haben Angst davor, sie haben ihre Erfahrungen damit gemacht, genauso wie mit Einkerkerung und Arbeitslager. Was wir auch tun: es wirft immer ein Licht auf das, was wir anstreben.« Stattdessen propagiert »Mescalero« antiautoritäre Aktionsformen, implizierend etwa die »Gewalt« der Sprache als eine Möglichkeit, Strukturen, Personen, die Herrschenden der Lächerlichkeit preiszugeben.

Der problematische Begriff des Tötens kontrastiert in diesem Zusammenhang mit dem der Lächerlichkeit. Wiederum entsteht ein Spannungsverhältnis, das Raum für Reflexionen bietet. Das gilt für die Mehrzahl besonders der Formulierungen, die sich auf politische Konzeptionen beziehen. Sie sind angreifbar, zeugen davon, dass »Mescalero« nicht den Anspruch erhebt, über den »roten Stein der Weisen«[24] zu verfügen: »Einen Begriff und eine Praxis zu entfalten von Gewalt/Militanz, die fröhlich sind und die den Segen der beteiligten Massen haben, das ist (zum praktischen Ende gewendet) unsere Tagesaufgabe. Damit die Linken, die so handeln, nicht die gleichen Killervisagen wie die Bubacks kriegen.«

Der deutlichen Abkehr vom Dogmatismus korrespondiert eine Orientierung an kürzeren Entwicklungszielen. Die »Tagesaufgabe« und nicht mehr die »Weltrevolution« bestimmt das Handeln.

Auch wenn die problematische Dimension seiner Sprache im letzten Satz noch einmal deutlich wird, spiegelt der »Nachruf« insgesamt einen im Ansatz kritischen Reflexionsprozess, der dazu geeignet scheint, den eigentlichen Adressatenkreis revolutionärer (undogmatischer) Linker zu ähnlichen Denkprozessen anzuregen und von einem Gewaltverzicht zu überzeugen. Insofern durchbricht er auch ein Tabu im Spektrum der radikalen Linken, die es weitestgehend vermied, ihr Verhältnis zum Terrorismus eindeutig und öffentlich zu definieren.

Die öffentlichen Kontroversen um den »Buback-Nachruf«

In enger Verzahnung von Presseberichterstattung, politischen Profilierungsversuchen und justitiellen Maßnahmen und unter dem alles beherrschenden Eindruck der terroristischen Anschläge dieses Jahres wurde der »Buback-Nachruf« des »Göttinger Mescalero« im Sommer und Herbst 1977 zum bestimmenden Thema öffentlicher Kontroversen *gemacht*. Die Hauptverantwortung für die spezifische Instrumentalisierung und selektive Wahrnehmung des Artikels aus den *Göttinger Nachrichten* trug dabei eindeutig die bundesdeutsche Presse, die ihre Berichterstattung zu diesem Komplex weitestgehend der politischen Konjunktur anpasste.

Als wesentlicher Faktor für die Verschärfung dieser im Deutschen Herbst kulminierenden Auseinandersetzung wird die folgende Darstellung an die Eskalationsstufen der terroristischen Aktionen des Jahres 1977 gekoppelt. Die Untersuchung der Presseberichterstattung kann dabei nur anhand exemplarischer Artikel und Argumentationsmuster erfolgen; allein der Pressespiegel der Universität Bremen zu den Folgen des »Buback-Nachrufs« weist für den Zeitraum von Anfang Mai bis Anfang Oktober 1977 einen Umfang von 300 Seiten auf.[25]

---

24 So die Formulierung im Wahlprogramm der BUF, zit. n. Schütte, Revolte, Dokumentarischer Anhang, S. IV–VI.

25 Pressezitate ohne explizite Seitenangaben im Folgenden entnommen aus: Pressespiegel vom 7. Oktober 1977, Nr. 15, Sondernummer. Veröffentlichungen zu den Folgen des »Buback-Nachrufs« und Terrorismus-Diskussion in der Presse, hrsg. von der Universität Bremen. Die Brisanz der Thematik spiegelt hier eine eigene Vorbemerkung: »Bei rund dreihundert Seiten Pressemeldungen und Kommentare über einen Text wäre es sinnvoll gewesen, diesen Text der Einfachheit halber, [...] mit abzudrucken. Die Pressestelle hätte in diesem Falle ein ›Uni-Info‹ als Dokumentation vorgelegt. Daß es ›nur‹ ein ›Pressespiegel‹ geworden ist, liegt daran, daß um das Dokument ›Buback – Ein Nachruf‹ eine Tabuzone aufgebaut worden ist, die zu durchbrechen sich die Universität nicht leisten kann. Kommunikationsgeschichtliche und wissenschaftstheoretische Ansprüche müssen da zurückstehen.«

Scanned by CamScanner

Der Zeitraum zwischen der Veröffentlichung und der Ermordung Jürgen Pontos

Vier Tage nach der Veröffentlichung des »Buback-Nachrufs« in den *Göttinger Nachrichten* erstattete der Göttinger RCDS Strafanzeige gegen den Göttinger AStA wegen öffentlicher Billigung des Mordanschlages in Karlsruhe. Verbunden damit war ein offener Brief an den Rektor der Universität Göttingen, Hans-Jürgen Beug, in dem dieser unter Androhung einer Dienstaufsichtsbeschwerde dazu aufgefordert wurde, unverzüglich gegen den AStA vorzugehen.[26]

Der RCDS dokumentierte seine rechtlichen Schritte zugleich in der Öffentlichkeit und begründete sie mit jenen Zitaten aus dem »Nachruf«, die fortan die Berichterstattung der Presse prägen sollten.[27]

Am letzten Aprilwochenende schrieb die *Welt* auf dieser Grundlage unter der Überschrift »Göttinger AStA billigt den Mord an Buback«: »Der Allgemeine Studentenausschuß der Universität Göttingen hat die Ermordung von Generalbundesanwalt Siegfried Buback öffentlich gebilligt. In der mit einer Auflage von 6000 Exemplaren verbreiteten jüngsten AStA-Zeitung Göttinger Nachrichten heißt es, man könne eine ›klammheimliche Freude‹ über den ›Abschuß‹ von Buback nicht verhehlen. [...] Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) hat gestern Strafantrag gegen den AStA wegen ›öffentlicher Billigung‹ des Karlsruher Mordanschlages gestellt. [...] Nach Auffassung des RCDS muß der AStA auch finanziell haftbar gemacht werden, weil die Kosten für die Göttinger Nachrichten aus den zwangsweise eingezogenen Beiträgen der fast 20 000 Studenten aufgebracht worden seien.«[28]

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) berichtete im gleichen Tenor unter dem Titel »Gewaltverherrlichung in Göttinger AStA-Zeitung«: »Skandalöse Meinungsäußerungen zu dem Attentat auf den Generalbundesanwalt Buback und seine beiden Mitarbeiter, für deren Verbreitung der Allgemeine Studenten-Ausschuß der Universität Göttingen verantwortlich ist, haben am Freitag das niedersächsische Wissenschaftsministerium beschäftigt. Minister Pestel kündigte an, umgehend prüfen zu lassen, mit welchen aufsichtsrechtlichen Mitteln gegen den AStA [...] vorgegangen werden könnte. [...] Vom ›Abschuß‹ von Buback ist da die Rede, von der ›Freude‹ des Autors über das Attentat von Karlsruhe. [...] Und der Verfasser, der offen für die praktische Entfaltung von ›Gewalt/Militanz‹ unter Beteiligung der Massen wirbt, ›bedauert, daß wir dieses Gesicht nun nicht mehr in das kleine rotschwarze Verbrecher-Album aufnehmen können‹ [...] In einem Brief an den Rektor der Göttinger Universität, Beug, hat der RCDS rechtsaufsichtliche Maßnahmen gegen die Verantwortlichen verlangt.«[29]

Angesichts dieser verfälschenden Zitate unternahm der Göttinger AStA nun seinerseits den Versuch der Richtigstellung, indem er den Originalartikel an Zeitungsredaktionen verschickte und ihn auch der »Tagesschau«- und »Heute«-Redaktion zugänglich machte.[30]

Obwohl der »Buback-Nachruf« damit bereits Anfang Mai allen größeren Redaktionen vollständig vorlag, konzentrierte sich die Berichterstattung auch weiterhin auf die aus dem Zusammenhang gerissenen Passagen. In der ersten Maiwoche untersagte Rektor Beug dem Göttinger AStA in einer rechtsaufsichtlichen Verfügung die Weiterverbreitung der *Göttinger Nachrichten* vom 25. April sowie Stellung-

---

26 Vgl. die Aussagen des Göttinger AStA-Mitglieds Klaus Lodewick im Rahmen des 3. Russell-Tribunals (= 3. Internationales Russell-Tribunal. Zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland), Bd. 3, Gutachten, Dokumente, Verhandlungen der 2. Sitzungsperiode/Teil 1, Zensur, hrsg. von der Jury, dem deutschen Beirat und dem Sekretariat des 3. Internationalen Russell-Tribunals, West-Berlin 1979, S. 89–92; sowie Brückner, Mescalero-Affäre, S. 10.

27 So auch die Schilderungen des damaligen AStA-Vorsitzenden, Jürgen Ahrens, zur Anfangsphase der Debatte in einem telefonischen Gespräch mit dem Verfasser am 20. 1. 2003. Ahrens ist heute Rechtsanwalt in Göttingen und wurde 1978 im Prozess gegen vier Göttinger AStA-Mitglieder, die sich wegen der Publikation des »Buback-Nachrufs« in den *Göttinger Nachrichten* zu verantworten hatten, mangels Beweisen einer Beteiligung freigesprochen.

28 Wolfgang Meyer, Göttinger AStA billligt den Mord an Buback, *Die Welt* vom 30. April 1977, S. 3.

29 Gewaltverherrlichung in Göttinger AStA-Zeitung, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 30. April 1977, S. 5.

30 Vgl. 3. Russell-Tribunal, S. 90.

nahmen zu nicht hochschulbezogenen politischen Sachverhalten. Er verlangte außerdem eine öffentliche Distanzierung von Äußerungen im »Nachruf«-Artikel und die Erstattung der Druckkosten für die betroffene Ausgabe der Studentenzeitung.[31]

Der niedersächsische Landtag befasste sich mit dem »Buback-Nachruf« und verurteilte ihn einhellig. In diesem Zusammenhang warf der CDU-Landtagsabgeordnete Werner Pöls auch erstmals die Frage einer Amtsenthebung des Göttinger AStA auf. Pöls, Professor in Göttingen und Vorsitzender des Deutschen Hochschulverbandes, verwies zudem auf einen Artikel in der Zeitung *Fettpresse*, dem Organ der Fachschaft Maschinenbau der TU Braunschweig, in dem er eine »ähnliche Schmähung Bubacks als einer Galionsfigur der politischen Repression« feststellte.[32]

CDU-Landtagspräsident Heinz Müller und Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel (SPD) stellten Strafanträge gegen den anonymen Verfasser und die für Herstellung und Verbreitung der *Göttinger Nachrichten* verantwortlichen AStA-Mitglieder. Vogel war zuvor von dem CDU-Bundestagsabgeordneten und Göttinger Hochschullehrer Hans Hugo Klein in einem Brief auf den Artikel aufmerksam gemacht worden, in dem Klein darauf hinwies, dass auch SPD-Mitglieder für die den AStA tragenden Gruppen kandidiert hätten.[33]

An der Universität Göttingen spitzten sich unterdessen die Auseinandersetzungen weiter zu. Der AStA reichte gegen die Anordnungen Beugs, der schließlich auch Strafantrag stellte, nun seinerseits Klage beim Verwaltungsgericht Hannover ein, die jedoch erfolglos bleiben sollte. In studentischen Vollversammlungen wurden die Anordnungen Beugs zurückgewiesen und angesichts der lauter werdenden Forderungen nach einer Amtsenthebung des AStA der Entschluss gefasst, Streikmaßnahmen einzuleiten.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Studentenschaft zu diesem Zeitpunkt ohnehin gegenüber staatlichen Eingriffen äußerst sensibilisiert war, die man im Zusammenhang mit der Durchsetzung des neuen Hochschulrahmengesetzes bzw. des niedersächsischen Hochschulrahmengesetzes sah. Die geplante Verschärfung des Ordnungsrechtes oder die Beschränkung des politischen Mandats der Asten auf Fragen der Hochschulpolitik stießen bei vielen Studenten auf Kritik, die sich schon im zurückliegenden Wintersemester in einer neuen Welle studentischen Protests artikuliert hatte.

Mit zunehmender Schärfe brachten die Presseberichte das universitäre Umfeld nun mit dem Terrorismus in Verbindung. So zitierte ein *Welt*-Artikel unter der Überschrift »An mehreren Hochschulen formieren sich die Sympathisanten der Terroristen. Rektoren und Studenten bedroht« den Vorsitzenden des *Hochschulverbandes*, Werner Pöls, der die Hochschulen als »offenbar gefährliche Brutstätten für Sympathisanten der Terroristen« kennzeichnete.[34]

Als eine Grundtendenz dieser Berichte lässt sich feststellen, dass sie ein Szenario entwerfen, in dem die studentischen Versammlungen und Demonstrationen lautstark die Gewalt propagieren und rechtsfreie Räume an den Hochschulen begründen, denen entschlossenes Handeln der politisch Verantwortlichen entgegenzusetzen sei. Diese Handlungsappelle werden untermauert durch einzelne Äußerungen aus der »schweigenden Mehrheit« der Studenten, die ihr Recht auf Bildungsfreiheit gegenüber dem »Terror« der »antidemokratischen« Asten einfordern, sowie von Repräsentanten aus Politik oder konservativen Interessenverbänden wie dem *Bund Freiheit der Wissenschaft*. Verwiesen wird zudem stets auf die Finanzierung der Asten aus »zwangsweise« erhobenen Beiträgen *aller* Studenten.[35]

1970 in bewusster Opposition zu den Reformbestrebungen in der Hochschulpolitik gegründet, trat

31 Vgl. Brückner, Mescalero-Affäre, S. 10.
32 Studentenausschüsse »begründen« Buback-Mord, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 5. Mai 1977, S. 2.
33 »Vogel stellt Strafantrag«. Brief an Puvogel wegen Göttinger Buback-Artikel, *Hannoversche Allgemeine Zeitung* vom 4. Mai 1977, zit. n. Brückner, Mescalero-Affäre, S. 42.
34 Wolfgang Meyer, An mehreren Hochschulen formieren sich die Sympathisanten der Terroristen. Rektoren und Studenten bedroht, *Die Welt* vom 13. Mai 1977, S. 2.
35 Vgl. ebenda. Der *Welt*-Artikel kann in dieser Hinsicht als exemplarisch gelten.

Scanned by CamScanner

der *Bund Freiheit der Wissenschaft* für eine strikte Orientierung am Leistungsprinzip ein, das er durch eine linke Ideologisierung und Politisierung im Zuge der neuen Reformgesetze gefährdet sah. Ursprünglich überparteilich ausgerichtet, machte sich der Bund im Laufe der 1970er Jahre immer stärker die bildungspolitischen Positionen der CDU zu Eigen.[36]

Während der Diskussionen um den »Buback-Nachruf« sollte sich der *Bund Freiheit der Wissenschaft* immer wieder zu Wort melden, wobei auf die Folgen einer grundsätzlich verfehlten Bildungspolitik abgehoben wurde.

Mittlerweile hatten andere Asten begonnen, ihre Solidarität mit dem Göttinger AStA zu demonstrieren, indem sie den »Nachruf« erneut publizierten und sich gegen die öffentliche Infragestellung der Institution des AStA wandten. Der AStA in Kassel, der den Artikel bereits Anfang Mai nachgedruckt hatte und daraufhin durch den hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner (SPD) unter Androhung rechtlicher Schritte und der Sperrung aller Mittel ultimativ zur Distanzierung aufgefordert worden war, widerrief ihn, nachdem der Frankfurter AStA sich mit Göttingen und Kassel solidarisiert und den »Buback-Nachruf« als »Gegeninformation« nun seinerseits abgedruckt hatte.[37]

Studentische Wandparolen, die die Presse ausführlich zitierte und als Beleg der extremistischen Tendenzen an den Hochschulen wertete, nahm der parteilose niedersächsische Wissenschaftsminister Pestel zum Anlass, um gegen die anonymen Autoren Strafanzeige wegen Aufforderung zu rechtswidrigen Handlungen zu erstatten. Pestel bezog sich auf Vorfälle in Braunschweig und Lüneburg, wobei er seine Fürsorgepflicht gegenüber den betroffenen Professoren Kamp und Amelung geltend machte.

Auch als linksliberal eingestufte Zeitungen, wie die *Frankfurter Rundschau* oder die *Zeit*, begaben sich auf den »Kriegspfad des Mescalero«.[38] Die FR schrieb am 6. Mai unter dem Titel »Blanker Faschismus«: »Der pathologische Zynismus ist nicht mehr zu überbieten: Im Nachrichtenblatt des Allgemeinen Studentenausschusses (AStA) der Universität Göttingen konnte der Autor eines ›Nachrufes‹ auf den ermordeten Generalbundesanwalt Buback seine ›klammheimliche Freude nicht verhehlen‹. Wenn sich in kranken Gehirnen die Karlsruher Bluttat als freudiges Ereignis darstellt, dann ist das eine persönliche Angelegenheit. Zum öffentlichen Ereignis wird es aber, wenn ein derartiges Musterbeispiel für blanken Faschismus im Publikationsorgan einer Einrichtung studentischer Zwangsmitgliedschaft verbreitet wird. [...] Herausgefordert sind die Studentenausschüsse insgesamt, die für sich in Anspruch nehmen, nicht nur zur banalen Interessenvertretung, sondern vor allem auch zur politischen Stellungnahme legitimiert zu sein. Hier wäre eine Gelegenheit zum Standortbekenntnis, damit deutlich wird, wo sich die Geister scheiden. Die verfaßte Studentenschaft als Zwangskörperschaft muß damit zur Disposition gestellt werden.«[39]

Der Faschismus-Vergleich, insbesondere auch unter Heranziehung der Situation in der Weimarer Republik, in der die Rechte vor allem im universitären Umfeld fest verankert war, etablierte sich in der weiteren Debatte zu einer beliebten Argumentationsfigur. Der *Spiegel* konstatierte, »linksextreme Studentenzirkel feiern die Buback-Mörder und predigen Gewalt«, um die besorgte Frage aufzuwerfen, »keimt an den Hochschulen Faschismus auf?«[40] Es scheint fast so, als sei in den Ereignissen an den Universitäten eine willkommene Gelegenheit gesehen worden, den sonst vor allem von der Linken erhobenen Faschismus-Vorwurf einmal umzukehren.

Analog zur selektiven Darstellung in der allgemeinen Presseberichterstattung stieg die Zahl der Nachdrucke des »Buback-Nachrufs«, die in erster Linie durch Studenten, in einigen Fällen aber auch durch Schüler und Journalisten publiziert wurden, immer weiter an. In den Monaten Mai und Juni etwa erfasste

---

36 Zum *Bund Freiheit der Wissenschaft* vgl. Schlicht, Vom Burschenschafter bis zum Sponti, S. 97–101.

37 Vgl. Jürgen Liminski, Wie die Terror-Mörder für ihre Verbrechen Beifall fanden, *Die Welt* vom 4. August 1977, S. 3.

38 Maas, Indianerspiel, S. 190.

39 Blanker Faschismus, *Frankfurter Rundschau* vom 6. Mai 1977, S. 3.

40 Gefährliche Sekten, *Der Spiegel* vom 23. Mai 1977, 31. Jg., Nr. 22, S. 44–47, hier S. 44.

das »›Nachruf‹-Unwesen«[41] die Hochschulstandorte Kassel, Bochum, Darmstadt, Gießen, Heidelberg, Tübingen, Stuttgart, Berlin, Reutlingen, Hannover, Hamburg, Bonn, Düsseldorf, Siegen, Fulda, Kaiserslautern, Bremen, Flensburg, Frankfurt und München.[42] In Bonn, Gießen und Darmstadt übernahmen Professoren allein oder gemeinsam mit Studenten die presserechtliche Verantwortung für einen Nachdruck des Artikels.[43] Der Darmstädter Professor für Öffentliches Recht, Adalbert Podlech, hatte die Veröffentlichung zuvor mit dem Präsidialamt der Universität abgestimmt.

In Gießen zeichnete der Politologe Gottfried Erb für die Publikation verantwortlich, die er in einem kurzen Begleittext begründete: »Die vollständige Veröffentlichung dieses Textes halte ich für wichtig. Die Verfälschungen in der Presse sind unentschuldbar und haben mit Transparenz, eines der Grundprinzipien funktionierender Demokratie, nichts zu tun. Stil und Inhalt des Textes sind mir als Christ in vieler Hinsicht fremd. Die Ermordung bzw. die Tötung eines Menschen, auch eines Feindes, ist für mich keine taktische Frage. Psychologisch verstehe ich den Haß gegen die vielfältige und wachsende Unterdrückung in unserer Gesellschaft. An einigen Aktionen dagegen bin ich beteiligt. Das hindert mich nicht, auch jenen keinen Tod, schon gar nicht durch Mord, zu wünschen, die an der Einschränkung unserer Freiheiten mitwirken.«[44] Trotz dieses Begleittextes übte die Universitätsleitung öffentliche Kritik an Erb und warf ihm eine nur unzureichende Distanzierung von dem Mord an Siegfried Buback vor. Der Präsident der Universität äußerte sich in einem Schreiben an Erb zudem dahingehend, dass sein Verhalten eine »Mißachtung der Humanität den Ermordeten und deren Angehörigen gegenüber« darstelle, worin er ein »Versagen als Christ« sehe. Der hessische Kultusminister Hans Krollmann (SPD) erstattete Strafanzeige sowohl gegen Erb als auch gegen den Gießener AStA-Vorsitzenden.[45]

Das Nachdrucken des »Buback-Nachrufs«, der der Öffentlichkeit nach wie vor nur in den selektiven Passagen bekannt war, zog in gleichem Maße Strafanzeigen nach sich, für die zunächst vor allem die Billigung von Straftaten angeführt wurde.[46]

Wie die bisherigen Beispiele zeigen, waren solche Strafanzeigen keineswegs nur auf das politische Umfeld der CDU zurückzuführen, wo der Ausgangspunkt der gesamten öffentlichen Auseinandersetzung lag. Dabei kann man zunächst wohl von Profilierungsversuchen auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit ausgehen, denen Angehörige der Regierungsparteien, zumindest in der Anfangsphase der Kontroverse, nun ihrerseits mit entschlossenem Handeln begegneten. Gerade die Form der medialen Berichterstattung, die mit unmissverständlichen Handlungsappellen verbunden war, setzte die politisch Verantwortlichen einem ungeheuren Druck aus, dem sie allerdings oft nur zu bereitwillig nachgaben.

Das Bild gefährlicher Umtriebe an den Universitäten, wo man dem Terrorismus huldige und die demokratische Grundordnung negiere, war infolge der Medienberichte bereits fester Bestandteil der öffentlichen Meinung, als am 27. Mai, dem Freitag vor Pfingsten 1977, der Campus in Göttingen von einem massiven Polizeiaufgebot durchsucht wurde, mit dem angegebenen Ziel der Beweisermittlung für die Urheberschaft und die Beteiligung an der Verbreitung des »Schmäh-Nachrufs« sowie die rechtswidrige Verwendung von Finanzmitteln des AStA.[47] Zu diesem Zeitpunkt lag die Veröffentlichung des »Nachrufs« bereits über einen Monat zurück.

Unter der Anwesenheit von mehreren hundert Polizeibeamten, zum Teil mit Maschinenpistolen bewaffnet, durchsuchte die Göttinger Staatsanwaltschaft die Büroräume des AStA, zwei Druckereien, den Buchladen »Rote Straße«, das Ortsbüro des *Kommunistischen Bundes Westdeutschland* (KBW) sowie 17 Privatwohnungen, wobei sie nach eigenen Angaben umfangreiches Beweismaterial beschlagnahmte.[48]

41 Jürgen Liminski, Wie die Terror-Mörder für ihre Verbrechen Beifall fanden, *Die Welt* vom 4. August 1977, S. 3.
42 Mückenberger, »Mescalero-Affäre«, S. 25.
43 Zu diesen Fällen auch im Folgenden ebenda.
44 Aussagen Erbs, zit. n. 3. Russell-Tribunal, S. 94–97, hier S. 95.
45 Ebenda, S. 95–96.
46 Vgl. Jürgen Ahrens / Ulrich Mückenberger, Dokumentation zu den Prozessen wegen des »Buback-Nachrufs« I, in: *Kritische Justiz*, 11. Jg., 1978, Heft 3, S. 280–301, hier S. 283.
47 Hunderte von Polizisten durchsuchten Göttinger AStA-Gebäude, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 28. Mai 1977.
48 Ebenda.

Scanned by CamScanner

Für einen Verstoß gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit sprach jedenfalls die Art des beschlagnahmten Materials. Neben den Rechnungsbüchern des AStA und Schriftstücken, die sich insbesondere auf die Anti-AKW-Demonstrationen in Grohnde und Brokdorf bezogen, wurden auch private Briefe, Studienunterlagen oder allgemein käufliche Zeitschriften sichergestellt. Das Aufbrechen einzelner Türen wurde mehr als vier Wochen nach Erscheinen des »Buback-Nachrufs« damit begründet, dass Gefahr im Verzug sei.[49]

Am darauf folgenden Pfingstmontag zogen zahlreiche Göttinger Studenten gemeinsam mit Abordnungen anderer Universitäten durch die Göttinger Innenstadt, um gegen den Polizeieinsatz zu demonstrieren. Wiederum berichtete die FR über die Proteste, wobei die kritischen Aspekte der Durchsuchungsaktion, etwa die Beschlagnahmung privater Gegenstände und Schriftstücke, deutliche Erwähnung fanden.[50]

Die FAZ hingegen bewegte sich bei der Thematisierung der Ereignisse in Göttingen ausschließlich auf der Linie der Staatsanwaltschaft und präsentierte die scheinbaren Erfolge ihrer Ermittlungsarbeit: »›Bei zwei Studenten‹, stellte die Staatsanwaltschaft jetzt fest, ›hat sich der Verdacht erheblich verstärkt, daß sie den ›Nachruf‹-Artikel selbst verfaßt oder in Kenntnis seines Wortlauts und entsprechend der vorherigen Konzeption der Gesamtausgabe der ›Göttinger Nachrichten‹ (der AStA-Zeitung) vom 25. April mitverantwortlich verbreitet haben.‹ Wie zu erfahren war, handelt es sich bei dem einen der Studenten um das AStA-Mitglied Klaus Lodewick, der im Impressum der betreffenden AStA-Zeitung als presserechtlich Verantwortlicher zeichnete, bei dem anderen um einen AStA-Mitarbeiter. Bei einem von ihnen, so die Staatsanwaltschaft, soll ein Schriftstück gefunden worden sein, das in der Gesamtauflage, in der gedanklichen Gliederung und im Duktus als Vorlage für den ›Buback-Nachruf‹ angesehen werden könne.«[51]

Um dem negativen Bild einer zum Terrorismus neigenden Studentenschaft entgegenzutreten, das durch die polizeiliche Großaktion in Göttingen als scheinbar angemessene Gegenmaßnahme noch verstärkt worden war, veröffentlichten Ende Juni 1977 über 130 Professoren und wissenschaftliche Mitarbeiter der Universität Göttingen, der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen, Abteilung Göttingen, und der Technischen Universität Hannover eine gemeinsame Stellungnahme.[52]

Darin kritisierten sie vor allem die selektive Berichterstattung der Medien und die politische Instrumentalisierung des »Buback-Nachrufs« zum Vorgehen gegen eine »kritisch politische Studentenschaft und ihre Organisationen«. Zur Versachlichung der Diskussion plädierten sie zunächst für eine vollständige Veröffentlichung des »Nachrufs« und eine Dokumentation der bisherigen öffentlichen Kontroversen. Aufgeworfen wurde in diesem Zusammenhang die Frage nach grundsätzlich problematischen Entwicklungstendenzen in der bundesdeutschen Gesellschaft: »Wir haben uns ernsthaft zu fragen, wie weit die im Artikel ausgesprochenen aggressiven Phantasien nicht Resultat einer Atmosphäre an der Universität sind, die durch zunehmende Unsicherheit und Resignation hinsichtlich des Studiums und der Berufsaussichten bei gleichzeitiger Verstärkung des Konkurrenzdrucks und durch zunehmende und keineswegs unberechtigte Furcht, seine Meinung frei zu sagen gekennzeichnet ist. Und wir werden weiter zu fragen haben, ob nicht die Fehlwahrnehmung und -darstellung in der Presse und die Reaktionen der staatlichen Instanzen Ergebnis eines politischen Klimas in der Bundesrepublik sind, das durch die zunehmende administrative (›Berufsverbote‹) und pu-

49 Vgl. die Aussagen des Göttinger AStA-Mitglieds Klaus Lodewick, presserechtlich verantwortlich für die *Göttinger Nachrichten*, im Rahmen des 3. Russell-Tribunals, ebenda, S. 89–92, hier S. 91.

50 Proteste gegen den Polizei-Einsatz, *Frankfurter Rundschau* vom 31. Mai 1977, S. 4.

51 Volksverhetzung, Verunglimpfung, Untreue? Staatsanwälte sehen Verdacht erhärtet, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 11. Juni 1977.

52 Jutta Roitsch, »Göttinger Studenten sympathisieren nicht mit dem Terrorismus«, *Frankfurter Rundschau* vom 27. Juni 1977, S. 4. Die Stellungnahme ist vollständig abgedruckt bei Thomas Blanke u.a., Der Oldenburger Buback-Prozeß, West-Berlin 1979, S. 272–273. Nachfolgende Zitate ebenda.

blizistische Diskriminierung systemkritischer Denkansätze erzeugt worden ist und in der Einschränkung der Meinungsfreiheit die Grundlagen der demokratischen Verfassung selbst bedroht.«

Zu den Folgen der Westberliner Dokumentation »Buback – Ein Nachruf«

Diesen Ansatz weiter ausführend, publizierten Anfang Juli 42 Professoren, ein akademischer Oberrat und vier Rechtsanwälte die Dokumentation »Buback – Ein Nachruf«, in der sie den »Nachruf«-Artikel vollständig abdruckten.[53] Die Dokumentation schloss mit dem besondere Brisanz entwickelnden Artikel »Terror« von Rosa Luxemburg, der sich mit dem Anschlag auf den zaristischen Generalgouverneur von Moskau, Sergej Romanow, auseinander setzt. Im Verlauf der Diskussionen um die Berliner Publikation der Professoren sollte dieser Beitrag, in dem von der »Tötung des Moskauer Bluthundes« gesprochen und die Realisierbarkeit politischer Veränderungen an die Existenz einer revolutionären Massenbasis gekoppelt wird, als eine Analogie zu dem Karlsruher Anschlag auf Siegfried Buback interpretiert werden. BKA-Präsident Horst Herold etwa schrieb in einem Leserbrief an den *Spiegel*: »Der konfuse Buback-Nachruf ›Mescaleros‹ [...] ist als Rezept für den Massenterror an Stelle des (aus taktischen Gründen momentan nicht ratsamen) Straßenmordes nur verständlich, wenn ihn eine klarstellende Lese- und Erläuterungshilfe erklärt und begleitet. Hierzu wird in der sogenannten Buback-Dokumentation ein Artikel von Rosa Luxemburg aus dem Jahre 1905 nachgedruckt, den mit der ›Dokumentation‹ des Jahres 1977 kein anderer Sinn verbindet, als einen im Ablauf ähnlichen Straßenmord an einem zaristischen Funktionär zu dem aktuellen Ereignis auf den gleichen gesellschaftlichen Nenner zu zerren.«[54] Herold nahm mit seinem Brief Bezug auf ein *Spiegel*-Gespräch mit drei Bremer Herausgebern der Dokumentation, den Professoren Preuß, Knieper und Gerstenberger.[55]

Zunächst jedoch schien der neuerlichen Initiative zu einer Versachlichung und vollständigen Information der Öffentlichkeit nur wenig Aufmerksamkeit entgegengebracht zu werden. Die *Welt* veröffentlichte am 2. Juli lediglich eine kurze dpa-Meldung unter der Überschrift »Professoren veröffentlichen Buback-Nachruf«.[56] Dies änderte sich, als der Berliner Wissenschaftssenator Peter Glotz (SPD) sich am 7. Juli mit einem offenen Brief an die Herausgeber wandte. Glotz kennzeichnete die Form der Veröffentlichung ohne eine explizite Distanzierung oder eine Analyse des »Nachruf«-Textes als ein »bedenkliches Sturmzeichen für die Gefährdung der politischen Kultur in unserem Land«, die, initiiert durch deutsche Professoren, dem Text eine »neue öffentliche Weihe« verleihe.[57] Er gestand zwar ein, dass der »Nachruf« eine Absage an Gewalt enthalte und die Presse diesen bisher lediglich auszugsweise wiedergegeben habe, begriff diese Gewaltabsage aber ausschließlich als »strategisch motiviert«. Glotz verwies besonders auf den problematischen Charakter der Sprache »Mescaleros« und einen zu leichtfertigen und gefährlichen Umgang mit dem Begriff der Gewalt. Dabei lässt sich erneut eine Bezugnahme auf die Weimarer Republik feststellen: »Der Artikel verletzt, zerreißt einen Konsens, den es vom Bestehen der Bundesrepublik bis zum Beginn der terroristischen Gewaltkriminalität vor einigen Jahren gegeben hat: daß Mord kein

53 Agnoli u. a. (Hg.), Dokumentation »Buback – Ein Nachruf«. Die Dokumentation wurde zunächst von 48 Herausgebern unterzeichnet. Laut Auskunft Ulrich Mückenbergers vom 4. 12. 2002, der zu den damaligen Herausgebern gehörte, zog der Bremer Assistenzprofessor Marzahn seine Unterschrift nachträglich zurück, »da er sich als Assistenzprofessor in einer besonderen Risikolage sah«. Dies sei von den übrigen Herausgebern akzeptiert worden. In der Öffentlichkeit war jedoch weiterhin vorwiegend von der ›Dokumentation der 48‹ die Rede.

54 Horst Herold, »Rauch vor dem infamen Kern« (Leserbrief), *Der Spiegel* vom 22. August 1977, Jg. 31, Nr. 35, S. 10.

55 Nur Anstandsregeln verletzt? Bremer Professoren Preuß, Knieper und Heide Gerstenberg[er] über ihre »Mescalero«-Aktion und die Gewalt, *Der Spiegel* vom 15. August 1977, Jg. 31, Nr. 34, S. 26–31.

56 *Die Welt* vom 2. Juli 1977.

57 Vollständiger Abdruck des Briefes etwa in der *Frankfurter Rundschau*: Sind solch unausgegorene Denkspiele druckreif. Senator Glotz zum umstrittenen »Buback-Nachruf«, sowie die Antwort des Mitherausgebers Claus Offe, *Frankfurter Rundschau* vom 30. Juli 1977, S. 14. Nachfolgende Zitate ebenda.

Scanned by CamScanner

Mittel der Politik sei, daß man mit dem Gedanken an Mord nicht herumspielt und daß auch der politische Gegner in seiner menschlichen Integrität nicht zerstört werden soll. Durch Ihre Präsentation dieses Textes haben Sie an diesem Zerstörungsprozeß bewußt mitgewirkt. [...] In der Weimarer Republik haben moralisch-politisch Entgleiste – übrigens wie heute viel ›akademische Jugend‹ – zuerst sprachlich die Humanität niedergerissen und dann ihre Parolen praktiziert. Der Satz ›knallt ab den Walther Rathenau, die gottverdammte Judensau‹ steht heute in jedem Geschichtsbuch. Läßt die gesellschaftliche Ächtung der Mördersprache nach, werden auch die ›Brandt an die Wand‹-Sprüche bald wieder politischer Alltag werden.« Der Brief schloss nach einem Appell zur deutlicheren Distanzierung mit der Aufforderung: »Bekämpfen Sie diesen Staat, wenn Sie dies für notwendig halten; aber bekämpfen Sie ihn nicht mit Pensionsberechtigung. Scheiden Sie aus einem Dienstverhältnis aus, das dann seinen Sinn verloren hat.«

Die *Welt* griff diese plakative Äußerung des Berliner Wissenschaftssenators auf, brachte sie auf die Formel »Distanzieren Sie sich oder gehen Sie!« und überschrieb so ihren Abdruck des Glotz-Briefes.[58] Zugleich präsentierte sie unter dem Hinweis, die verantwortlichen Herausgeber hätten sich möglicherweise strafbar gemacht, die Rechtslage (Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener, § 189 StGB, Billigung von Straftaten, § 140 StGB, in Verbindung mit Mord) und das entsprechende Strafmaß. Als Überschrift der ebenfalls abgedruckten Erklärung aus der Westberliner Dokumentation fungierte das wiederum verkürzte Zitat »Faschistoide Tendenzen machen sich breit«.

Die öffentliche Entrüstung darüber, dass es beamtete Professoren waren, die auf der Basis ihrer gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Reputation den »Buback-Nachruf« als ernst zu nehmende Diskussionsgrundlage verbreiteten und dabei noch Gesellschaftskritik übten, überlagerte teilweise den »Nachruf« als den eigentlichen Stein des Anstoßes. Hinweise auf den politischen Hintergrund einiger der Herausgeber und die Universitäten bzw. Institute, an denen sie beschäftigt waren, dienten dabei in zunehmendem Maße bildungspolitischer Grundsatzkritik, die sich insbesondere gegen die sozialdemokratischen Reformmodelle richtete. Die meisten der Hochschulen, an denen die Herausgeber der Dokumentation lehrten, bewegten sich, wie in Bremen, Berlin, Oldenburg, Osnabrück oder Bielefeld, in den Bahnen bildungspolitischer Reformkonzeptionen.[59]

Am deutlichsten zeigt sich diese Tendenz der Kritik in den öffentlichen Stellungnahmen des *Bundes Freiheit der Wissenschaft* oder der *Notgemeinschaft für eine freie Universität*, in denen einzelne Repräsentanten aus der Gruppe der Herausgeber in ihrem politischen Engagement angeprangert wurden, um dann die Frage nach der Verantwortung für die sichere staatliche Beschäftigung solcher hoch besoldeter »Revolutionäre« aufzuwerfen.

Einen geeigneten Anknüpfungspunkt für derartige Vorwürfe boten gerade die abschließenden Äußerungen im offenen Brief des Berliner Wissenschaftssenators Peter Glotz, der stets seine argumentative Vorgehensweise während der »Nachruf«-Kontroverse mit den Berliner Herausgebern betonen sollte.

Eine erste Antwort auf seinen offenen Brief erhielt Glotz durch den Bielefelder Hochschullehrer und Mitherausgeber der Dokumentation Claus Offe.[60] Er hielt dem Vorwurf von Glotz, die weitestgehend unkommentierte Veröffentlichung des »Buback-Nachrufs« stelle ein »bedenkliches Sturmzeichen für die Gefährdung der politischen Kultur« dar, die Praxis staatlichen Vorgehens entgegen, wie sie etwa in der Abhöraffäre Traube deutlich geworden war. Angesichts der weitgehenden Rechtfertigung solchen massiven polizeilichen Vorgehens wie in Göttingen mit den unvollständigen und isolierten Zitaten aus dem »Buback-Nachruf« verwies Offe noch einmal auf die Notwendigkeit einer vollständigen Publikation

58 Die Auseinandersetzung des Berliner Wissenschaftssenators mit 12 Professoren, *Die Welt* vom 9. Juli 1977, S. 7.

59 Der *Bayern-Kurier* etwa sprach im Hinblick auf Bremen und Berlin ironisch-abwertend von den »Hohen Schulen des sozialistischen Fortschritts« (Wilfried Scharnagl, Die zwei Säulen des Terrorismus. Täter und Helfer, *Bayern-Kurier* vom 6. August 1977).

60 Abdruck des Briefes von Claus Offe mit Datum vom 12. Juli 1977 in der *Frankfurter Rundschau* vom 30. Juli 1977.

des Artikels. Er führte die in diesem zum Ausdruck kommende Abkehr von sprachlichen und gesellschaftlichen Konventionen zu einem großen Teil auf den Zustand der Gesellschaft, den »Zynismus und die Brutalität der öffentlichen Gewalt«, zurück. Demgegenüber hatte Glotz in seinem offenen Brief vom 7. Juli die »Kinderzimmer der Mittelschicht« als den Ort lokalisiert, an dem »solches Bewußtsein« gewachsen sei.

Während noch die offenen Briefe kursierten, die von der Problematik einer Positionsannäherung zeugten, trat mit der Ermordung des Chefs der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, durch ein RAF-Kommando am 30. Juli 1977 eine weitere Verschärfung der Auseinandersetzungen um den »Buback-Nachruf« ein.

Verschärfungstendenzen in der »Nachruf«-Kontroverse – Der Zeitraum zwischen der Ermordung Jürgen Pontos und dem Beginn der Schleyer-Entführung

Hatte Fritz Ullrich Fack schon im Leitartikel der FAZ vom 18. Juli die Publikation der Hochschullehrer als einen »öffentlichen Beitritt« attackiert, der zur »gewaltsamen Veränderung von Staat und Gesellschaft« ermuntere,[61] spitzte Friedrich Karl Fromme, Leiter des Ressorts Innenpolitik bei der FAZ, diese Vorwürfe in einer heftigen Polemik unmittelbar nach dem Mord an Jürgen Ponto noch zu.[62]

Seine Ausführungen richteten sich nicht nur gegen die Herausgeber der Dokumentation, sondern gegen einen kritischen Intellektualismus im Allgemeinen. Fromme ging sogar so weit, wesentliche Grundlagen des Terrorismus, mithin die eigentliche Gefahr, auf dieser intellektuellen Ebene anzusiedeln, die er ausdrücklich gegenüber jener der logistischen und materiellen Unterstützung abgrenzte: »Das Straf- und sogar das Disziplinarrecht zu achten sind die Sympathisanten der Terrorszene gewöhnt. Sie passen sich dem an wie das Wild am Waldrand; sie wissen, daß Schonzeit ist für Intellektuelle, die dem Terrorismus – und wäre es auf beflissen erklärende Weise – schön tun. Gegen die 48 Berliner und Bremer und niedersächsischen Professoren, die den tückischen Nachruf Göttinger Studenten auf den ermordeten Generalbundesanwalt Buback nachgedruckt haben, ist nicht viel Ernstlicheres geschehen als ein wackerer Brief des Berliner Wissenschaftssenators Glotz. [...] Die Terroristen können sich, was das Äußerliche und Materielle angeht, heute selbst helfen. Sie brauchen dazu keine netten oder hilflosen Professoren und Pastoren und Publizisten mehr. Aber was die Terroristen brauchen, das sind die Leute, die mit Breitenwirkung ›Verständnis‹ zu Papier und zu Gehör bringen [...] Diese Sympathisanten, die nie einem Terroristen Nachtlager und Reisegeld gegeben haben, sind die wirklich gefährlichen. Sie haben zwar ›nichts getan‹, sie haben nur ihre Meinung gesagt, sie haben nur nachgedacht. Daß das Denken eine bestimmte Richtung begünstigt: was kann der Denker, was kann der Schreiber dafür? Er kann dafür.«

Was Fromme in seinem Leitartikel letztendlich forderte, war der gänzliche Verzicht auf eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Motiven der terroristischen Akteure, die seiner Ansicht nach gefährliche Rechtfertigungsangebote beinhaltete. Mit seiner Anprangerung selbst solcher Erklärungsansätze als vermeintliche Unterstützung des Terrorismus forcierte er zugleich den Prozess einer »geistigen Mobilmachung«, der in der Phase der Schleyer-Entführung seinen Höhepunkt erreichte. Bis weit in den Bereich rechtskonformen Verhaltens dehnte Fromme den Verdacht unterstützender Funktionen für den Terrorismus aus. Das Achten des Rechts, also die gesellschaftliche Norm, erscheint bei ihm als eine besonders perfide Möglichkeit der Täuschung, durch die sich die intellektuellen »Sympathisanten der Terrorszene wie Wild am Waldrand anpassen«. »Wackere« Briefe, so der ironisierende Bezug auf die Initiative des Berliner Wissenschaftssenators, reichten aus dieser Perspektive nun nicht mehr aus. Fromme plädierte für eine »Entfernung der Betreffenden aus dem Dienst«.

61 Fritz Ullrich Fack, Ein öffentlicher Beitritt, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 18. Juli 1977, S. 1.

62 Friedrich Karl Fromme, Sie können dafür, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 2. August 1977, S. 1. Nachfolgende Zitate ebenda.

Scanned by CamScanner

In einer beißenden Kritik nahm Hans Magnus Enzensberger im *Spiegel* Stellung zum Leitartikel Frommes: »›Sollten da nicht für den Mord an einem führenden Bankier Erklärungen, literarisch-publizistisch-politisch verbrämte Theorien zu erfinden sein?‹ Frommes bange Frage beantwortete sich von selbst. Es gibt in der Tat Leute bei uns, die man schon in ein Konzentrationslager sperren müßte, um sie von dem Versuch abzuhalten, für das, was vor ihren Augen geschieht, Erklärungen zu finden. Friedrich Karl Fromme gehört nicht zu ihnen. Er wäre auch kaum dazu in der Lage. Er ist ja nicht einmal seinem Mangel an Einsicht sprachlich gewachsen. Wenn er jene, die ›nur nachgedacht‹ haben, als ›Wild am Waldrand‹ apostrophiert, so verrät das allenfalls den passionierten Sonntagsjäger, und wenn er mit dem Unterton des Bedauern davon spricht, daß in Deutschland ›Schonzeit ist für Intellektuelle‹, so gibt er, vermutlich ohne es zu merken, preis, welche Saison er für die normale hält: die Treibjagd. Die schießwütige Metaphorik verrät zur Genüge, wem es da im Zeigefinger juckt.«[63]

Durch die Replik Enzensbergers fühlte sich nun wiederum die konservative Presse, etwa die *Welt*, herausgefordert, die Enzensberger Erfindungen und Übertreibungen vorwarf und ihn in den Dunstkreis des Sympathisantentums rückte.[64] Gegen seine Kritik an dem FAZ-Artikel verwahrte sich ebenfalls die *Süddeutsche Zeitung*, allerdings nicht, ohne sich zuvor von der FAZ abgegrenzt zu haben: »Und es muß beispielsweise bestürzen, wie Hans Magnus Enzensberger sich in der neuesten Nummer des Spiegel mit der Behandlung des Terrorismus in der FAZ auseinandersetzt. Wir sind nicht deren Fürsprecher. Aber wir halten es für indiskutabel, den Hinweis auf eine durchaus abgegrenzte Schicht von Intellektuellen, die der terroristischen Tendenz willkürlich oder unwillkürlich gedankliche Hilfestellung gibt, als ›Denunziation‹ und ›Kriminalisierung‹ freier Meinung abzuqualifizieren, während jener ›Mescalero‹, verglichen mit dem FAZ-Autor, Enzensberger ›noch wie ein Ausbund an Vernunft, Besonnenheit und demokratischer Tugend‹ vorkommt.«[65]

Dem muss entgegengehalten werden, dass der FAZ-Artikel in seinen Anschuldigungen gerade *nicht* differenzierte, sondern jeden kritischen inhaltlichen Erklärungsversuch der terroristischen Taten dem Verdacht der Rechtfertigung und des Sympathisantentums aussetzte. In einem ähnlichen Tenor wie Fromme stellten weitere Zeitungen, in denen die Handlungsappelle, die ein entschlossenes Durchgreifen propagierten, nun zunehmend aggressiver vorgebracht wurden, den Aspekt geistiger Verantwortung für den Terrorismus in den Mittelpunkt diesbezüglicher Berichterstattung. Peter Glotz sah sich infolge der verstärkten Forderungen nach einer Einleitung von Disziplinarverfahren gegen die Berliner Herausgeber zu einer öffentlichen Erklärung genötigt, in der er noch einmal sein bisheriges Vorgehen darlegte und rechtfertigte.[66]

Die Einleitung von Disziplinarverfahren machte er danach von den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft abhängig, die jeweils nach den Veröffentlichungen des »Nachrufs« von ihm informiert worden sei. Demgegenüber betonte er auch weiterhin den Vorrang einer »rationalen Debatte«, deren Ziel es sein müsse, »die Sympathisanten von Gewalttaten moralisch und politisch zu isolieren«. Allerdings ergaben sich mit derartigen Formulierungen auch gewisse Widersprüche zu seinen Plädoyers für eine argumentative Linie der Auseinandersetzung. Noch deutlicher wurde dies in der folgenden Bemerkung, in der Glotz sich beim Ausbleiben einer »klaren Distanzierung« der Westberliner Herausgeber dafür aussprach, »dem intellektuellen Einfluß dieser Professoren auf Studenten entgegenzuwirken«. Einschränkend fügte er hinzu, dass ein disziplinarrechtliches Vorgehen als Mittel eines solchen »Entgegenwirkens« die Gefahr einer weiteren Eskalation berge, indem es »falschen Solidarisierungen Vorschub leiste«. Es folgte ein ab-

63 Hans Magnus Enzensberger, Die Intellektuellen und Frommes Wünsche, *Der Spiegel* vom 8. August 1977, 31. Jg., Nr. 33, S. 117.

64 Gespielte Angst, *Die Welt* vom 9. August 1977.

65 Ernst Müller-Meininger jr., Protegierte Gewalt, *Süddeutsche Zeitung* vom 9. August 1977, S. 4.

66 Erklärung des Senators für Wissenschaft und Forschung vom 3. August 1977, hrsg. vom Presse- und Informationsdienst des Landes Berlin. Nachfolgende Zitate ebenda.

schließender Appell an die Berliner Herausgeber zu einer Stellungnahme auf seinen offenen Brief, die nach wie vor ausstand.

Während Glotz im SPD/FDP-regierten West-Berlin und sein Kollege Franke im SPD-regierten Bremen den eingeschlagenen argumentativen Weg im Wesentlichen fortsetzten, wurden in Niedersachsen unter einer CDU/FDP-Regierung die disziplinarrechtlichen Schritte gegen die dortigen Herausgeber forciert, zusätzlich flankiert von einer Presseoffensive der niedersächsischen CDU.

So meldete dpa unter Bezugnahme auf eine Presseverlautbarung ihres Vorsitzenden Wilfried Hasselmann: »Hinsichtlich der zwölf Hochschullehrer sagte Hasselmann, es gehe jetzt nicht mehr darum, in mehr oder weniger gesetzten Worten diese Universitätsmitglieder um Einsicht zu bitten. ›Man muß vielmehr alle disziplinarischen und politischen Mittel ausloten, um solchen Leuten das Handwerk zu legen. Es geht nicht an, daß Universitäten Stätten sind, an denen terroristischer Nachwuchs ungestört und von staatlicher Einflußnahme ungetrübt gehegt und gepflegt wird. Was diese Hochschullehrer jetzt als angeblich wertneutrale Dokumentation verbreiten, ist eine eindeutige Parteinahme für den verbrecherischen Terrorismus, dessen Folgen sich im Mord an dem Bankier erneut gezeigt haben‹, sagte Hasselmann. Alle ›Lobredner des Terrors und alle Beschöniger terroristischer Ergüsse‹ müßten von den Hochschulen entfernt werden. Für ›Parteigänger der Gewalt‹ dürfe es keinen Platz an den Hochschulen geben.«[67]

Elf niedersächsische Herausgeber der Dokumentation beantragten daraufhin beim Landgericht Hannover eine einstweilige Verfügung gegen Hasselmann, durch die ihm eine Wiederholung seiner Äußerungen untersagt werden sollte. Bei Unterlassung verlangten sie ein Ordnungsgeld bis zu 500 000 DM oder Ordnungshaft bis zu zwei Jahren.[68] Diesen Antrag wies das Landgericht am 18. August 1977 zurück und bestätigte Hasselmann ausdrücklich in seiner Auffassung, dass die Dokumentation keine eindeutige Absage an den Terrorismus darstelle.

Die Vorwürfe in der Presseberichterstattung erhielten durch diese Gerichtsentscheidung eine Art offizielle Beglaubigung. Angesichts der Verschärfung und weitgehenden Einhelligkeit der Berichterstattung zum Komplex des »Buback-Nachrufs« ist es umso bemerkenswerter, mit welcher Deutlichkeit das Amtsgericht Düsseldorf in seinem Beschluss vom 10. August 1977 die Praxis des öffentlichen Umgangs mit dem »Nachruf«-Artikel kritisierte. Es handelte sich um den ersten Prozess, der unmittelbar den Abdruck des »Buback-Nachrufs« betraf. Zu diesem Zeitpunkt liefen bereits mehr als 100 staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren gegen Drucker und Nachdrucker des Artikels.[69]

Im Düsseldorfer Prozess gegen Studenten der dortigen Fachhochschule, die den Artikel in der Studentenzeitschrift *Lupe* nachgedruckt hatten, woraufhin die Staatsanwaltschaft Anklage wegen »öffentlicher Billigung von Straftaten« (§ 140 StGB) erhoben hatte, stellte das Gericht fest: »Die Veröffentlichung des ›Buback-Nachrufs‹ in der ›Lupe Sonderbeilage Buback‹ erfüllt keinen Straftatbestand«, und rügte in seinen weiteren Ausführungen ausdrücklich die Praxis der Presseberichterstattung: »Unzulässig ist zunächst eine isolierte Betrachtung einzelner Sätze oder Passagen, losgelöst aus dem Zusammenhang. Bei Zitierung einzelner Sätze, wie zum Beispiel ›ich konnte und wollte (und will) eine klammheimliche Freude nicht verhehlen‹ [...] könnte ohne Bedenken diese Aussage, für sich gesehen, als Billigung des Mordes ausgelegt werden. Diese Sätze sind jedoch aus dem Zusammenhang gerissen. Für den Verfasser des Artikels ist die ›klammheimliche Freude‹ Ausgangspunkt und Anstoß zur Betrachtung seiner eigenen Situation, zur Auseinandersetzung mit den politischen Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland sowie

67 Erklärung des niedersächsischen CDU-Vorsitzenden Wilfried Hasselmann, dpa-Meldung vom 1. August 1977, zit. n. Berliner Herausgeber der Dokumentation »Buback – Ein Nachruf«, Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt, S. 22. In der zugrunde liegenden CDU-Pressemitteilung hieß es indessen weniger moderat, »alle Beschöniger terroristischer Gewalt seien von den Hochschulen zu *scheuchen*« (Maas, Indianerspiel, S. 284–285).

68 Wolfgang Meyer, Elf Herausgeber des »Nachrufs« auf Buback gehen vor Gericht, *Die Welt* vom 10. August 1977, S. 2.

69 Maas, Indianerspiel, S. 240–241.

Scanned by CamScanner

über den Sinn und Sinnlosigkeit der Gewaltanwendung zur Durchsetzung politischer Ziele im allgemeinen.«[70]

Der *Welt*-Kommentar zu diesem Bruch mit der vorherrschenden Lesart des »Nachrufs« in den Medien war eindeutig. Unter dem Titel »Klammbilligend« konstatierte der Verfasser in Düsseldorf einen »Etappensieg« für die »Sache der Terror-Sympathisanten«.[71]

Die niedersächsischen Herausgeber wurden mit einem Schreiben vom 12. August des niedersächsischen Wissenschaftsministeriums offiziell über die Einleitung disziplinarrechtlicher Vorermittlungen in Kenntnis gesetzt.[72] In der Presse hatte Wissenschaftsminister Pestel jedoch schon Anfang August die Einleitung solcher Maßnahmen mitgeteilt, am gleichen Tag, an dem der niedersächsische CDU-Vorsitzende Hasselmann zu schärfstem Vorgehen gegen die Herausgeber aus Niedersachsen aufgefordert hatte. Auch Pestels Verlautbarung wies ähnlich scharfe Untertöne auf.[73] In gleichem Maße medienwirksam wie der Westberliner Wissenschaftssenator seinen argumentativen Kurs verfolgte, demonstrierten die politisch Verantwortlichen in Niedersachsen ihre Entschlossenheit zu einem harten Durchgreifen.

Die Sumpf- und Krankheitsmetaphorik hielt nun verstärkt Einzug in die öffentliche Debatte. »Projekte« wie jene der Trockenlegung »geistiger Sümpfe« bewirkten allerdings eher das Gegenteil einer Kultivierung der politisch-geistigen Landschaft. Diese Rhetorik begleitete die Forderungen nach einem grundsätzlich härteren Vorgehen in der Bekämpfung des Terrorismus. Insbesondere seitens der CDU/CSU-Fraktion wurden nach dem Mord an Jürgen Ponto erneut Konzepte wie das einer Sicherheitsverwahrung für terroristische Gewalttäter in die politische Diskussion eingebracht.

Die Schleyer-Entführung als Scheitelpunkt der Sympathisanten-Debatte und der öffentlichen Auseinandersetzungen um den »Buback-Nachruf«

Am 5. September 1977 erhielten die niedersächsischen Herausgeber erneut ein Schreiben des Wissenschaftsministeriums, in dem ihnen die Einleitung disziplinarrechtlicher Vorermittlungen mitgeteilt wurde. Einen weiteren Vorwurf bildete nun der Luxemburg-Artikel aus der Dokumentation.[74]

Am gleichen Tag leitete die Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer jene sechs Wochen eines Ausnahmezustandes ein, die später als der Deutsche Herbst in die Geschichte der Bundesrepublik eingehen sollten. Der Entführung Schleyers in Köln durch das RAF-Kommando »Siegfried Hausner«, bei der die vier Begleiter Schleyers erschossen wurden, folgte am 13. Oktober als flankierende Aktion die Entführung der Lufthansa-Maschine »Landshut« durch ein palästinensisches Kommando. Während dieser Wochen wurde über die inhaftierten RAF-Mitglieder eine Kontaktsperre verhängt, die sie sowohl untereinander als auch nach außen vollständig isolieren sollte. Betroffen von dieser Maßnahme waren auch Anwaltsbesuche. Ihre rechtliche Grundlage schuf der Bundestag dagegen erst einen knappen Monat nach der Verhängung mit dem Kontaktsperregesetz, das als Eilgesetz innerhalb kürzester Zeit verabschiedet wurde.

In der Nacht vom 17. auf den 18. Oktober gelang es der nach dem Attentat auf israelische Sportler während der Olympischen Spiele 1972 neu geschaffenen Antiterroreinheit GSG 9, die »Landshut« in der somalischen Hauptstadt Mogadischu zu stürmen und alle Geiseln lebend zu befreien. Der Flugkapitän der »Landshut«, Jürgen Schumann, war im Verlauf der Entführung vom Anführer des Palästinenser-Kommandos erschossen worden. Noch in der Nacht

70 Amtsgericht Düsseldorf, Beschluss vom 10. August 1977 (keine strafbaren Tatbestände im Göttinger »Mescalero«-Artikel), zit. n. *Kritische Justiz*, 10. Jg., 1977, Heft 4, S. 426–433 und S. 428–429.

71 Klammbilligend, *Die Welt* vom 20. August 1977.

72 Abdruck des Schreibens in: Berliner Herausgeber der Dokumentation »Buback – Ein Nachruf«, Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt, S. 23.

73 Elf Professoren müssen mit disziplinarischen Maßnahmen rechnen, *Bremer Nachrichten* vom 2. August 1977.

74 Vgl. Maas, Indianerspiel, S. 243.

der »Landshut«-Befreiung begingen die inhaftierten RAF-Mitglieder Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe, auf deren Freipressung die Aktionen abgezielt hatten, kollektiven Selbstmord im Hochsicherheitsgefängnis Stuttgart-Stammheim. Irmgard Möller überlebte mit schweren Stichverletzungen.[75] Hanns-Martin Schleyer wurde am 19. Oktober 1977 im Kofferraum eines Wagens im elsässischen Mühlhausen erschossen aufgefunden.

Vor diesem Hintergrund erreichten die öffentlichen Auseinandersetzungen mit der Terrorismusproblematik und innerhalb derselben die Kontroverse um den »Buback-Nachruf« ihren Höhepunkt. Stärker als der hier nur skizzierte Faktenrahmen des Deutschen Herbstes spiegelt die Ebene der Schuldzuweisungen, Verdächtigungen und Handlungsappelle die Atmosphäre jener Wochen.

Der Begriff und der Vorwurf des Sympathisantentums wurden in diesem Zeitraum in einem Maße überdehnt, dass das Stigmatisierungspotential dieses öffentlichen Schlagwortes erheblich an Substanz einbüßen sollte. Die begriffliche Überbeanspruchung initiierte Reflexionsprozesse, durch die nun die sprachlichen Funktionsmechanismen derartiger Schlagworte, ihre politische und emotionale Aufladung, offenbar wurden.

Ein weiterer Faktor dieser langfristigen, im Deutschen Herbst erst beginnenden Entwicklung muss sicherlich im Schwinden der konkreten terroristischen Bedrohung nach der »Totaleskalation« des Jahres 1977 gesehen werden.

Wenn man in diesem Zusammenhang auch den Höhepunkt der Kontroverse um den »Buback-Nachruf« anzusetzen hat, ist hier keineswegs von der Beilegung dieses Konfliktes auszugehen. Im Deutschen Herbst setzte lediglich eine Verlagerung des »Mescalero-Komplexes« von der Ebene der medialen Öffentlichkeit auf die Ebene der Justiz ein, worüber dann nur noch punktuell unter erhöhter Anteilnahme der Öffentlichkeit berichtet wurde.[76]

Trotz der kritischen Betrachtungsansätze zum Sympathisanten-Begriff vernachlässigten die Medien im Hinblick auf den »Buback-Nachruf« weitestgehend eine Thematisierung ihres eigenen grundlegenden Beitrags bei der Ausweitung zur Affäre.

Den Beginn einer Umschwungphase markierten jedoch zunächst jene »Überreizungen« der Begrifflichkeiten, die mit den öffentlichen Beschwörungen einer »Einheitsfront« gegen den Terrorismus sowie seine vermeintlichen Unterstützer und Beschöniger einhergingen.

Wilfried Hertz-Eichenrode machte sich in einem *Welt*-Kommentar zum Fürsprecher der Bürgermeinung, zeichnete unter Verwendung entsprechender Terminologie ein bürgerkriegsähnliches Szenario und verband dies mit einem diffusen Hinweis auf die Ausbreitung der »Sympathisanten-Szene«: »Vielfach wird mit Genugtuung vermerkt, daß sich die ›Großväter‹ der Sympathisanten erschrocken von der Saat, die sie gesät haben, abwenden. Dafür mag der Name Böll stehen. Aber hinter der vordergründigen Isolierung der Banden vollzieht sich eine brisante Entwicklung: Die Zahl der aktiven Terroristen und auch die Zahl der Helfer wächst. Der Präsident des Bundeskriminalamtes, Herold, hat vor wenigen Tagen von einem ›Massenproblem‹ gesprochen. Die Sympathisanten-Szene kann sich nicht mehr wie früher mit Namen aus der Kulturprominenz schmücken; doch sie breitet unter namenlosen Professoren und Studenten ihre Wurzeln aus. [...] Nur der Staat kann vor Terror schützen. Die Bürger erwarten von ihm die Autorität und die Kraft, die Rechtsordnung durchzusetzen. Mehr noch als Arbeitslosigkeit und Konjunktur ist dies seine Bewährungsprobe.«[77]

Der Artikel forcierte Misstrauens- und Verdachtsmomente. Wo eine nur schemenhaft umris-

75 Um die Stammheimer Ereignisse entwickelte sich auf Seiten der Linken ein ganzer Komplex von Mutmaßungen und Verdächtigungen über eine staatlich initiierte Mordaktion, wozu die Mängel der Untersuchung, die von staatlicher Seite zur Aufklärung der Stammheimer Vorkommnisse angestrengt wurde, einen erheblichen Beitrag leisteten (vgl. Aust, Baader Meinhof Komplex, S. 584–590). Die überlebende Irmgard Möller trägt mit ihren Aussagen bis heute zu solchen Spekulationen bei (vgl. Tolmein, »RAF – Das war für uns Befreiung«, S. 134–135).

76 Zu diesem Prozess der Verlagerung siehe vor allem Mückenberger, »Mescalero-Affäre«.

77 Wilfried Hertz-Eichenrode, Die Stunde Null, *Die Welt* vom 7. September 1977, S. 6.

Scanned by CamScanner

sene »Sympathisanten-Szene« ihre »Wurzeln« unter *namenlosen* Professoren und Studenten ausbreitete, konnte sich hinter jedem aus dieser Masse der »Namenlosen« ein »Sympathisant« verbergen. Da der Leser der *Welt* durch die Berichterstattung der zurückliegenden Monate jedoch sehr genau darüber orientiert war, um wen es sich bei solchen »namenlosen« Professoren und Studenten handeln musste, implizierte diese Zuschreibung gleichzeitig eine Abqualifizierung gerade der *namentlich* bekannten, professoralen Herausgeber der Dokumentation zum »Buback-Nachruf«. In dieser Akzentuierung war das »Namenlose« dann eher als (wissenschaftliche) Bedeutungslosigkeit zu werten.

Der Vorsitzende des Hochschulverbandes untermauerte in den Tagen nach der Entführung Schleyers ausdrücklich, dass es sich bei den Herausgebern der Dokumentation um Sympathisanten handele.[78]

Gegenüber den zuvor kursierenden Begriffen wie »Lobredner des Terrors« oder »Fürsprecher der Gewalt« erfuhr der Sympathisanten-Begriff nun eine gewisse Präferenz. Sein Stigmatisierungspotential und seine Unschärfe prädestinierten ihn im Besonderen für diese Situation einer »inneren Mobilmachung«, in der er kurzfristig eine erhöhte Konformität gesellschaftlicher Haltungen zu gewährleisten schien.

Die CDU in Niedersachsen verstärkte parallel zu dem bereits eingeleiteten disziplinarrechtlichen Ermittlungsverfahren die Medienoffensive gegen die dortigen Herausgeber. Wichtigster Protagonist dieser Offensive war der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU), der bei den Maßnahmen, die er medienwirksam in Aussicht stellte, zuweilen gesetzlichen Verfahrensrichtlinien vorgriff.[79]

Der Landesparteitag der niedersächsischen CDU am 10. September in Emden bot in dieser Hinsicht ein ausgezeichnetes Forum: »›Die Professoren werden sich entweder in aller Öffentlichkeit davon unzweideutig distanzieren, oder sie werden aufhören, Professoren in Niedersachsen zu sein‹, rief Albrecht den 460 Delegierten des Parteitages zu. Wer mit den Terroristen sympathisiere, sei mitschuldig und müsse zur Rechenschaft gezogen werden, gerade als Bediensteter dieses Staates, gleich ob Professor oder Lehrer, sagte der Ministerpräsident.«[80]

In der aufgeheizten Atmosphäre dieser Tage erschien in Göttingen ein weiterer »Mescalero-Brief« mit dem Titel »Schleyer – Kein Nachruf«, in dem es u. a. hieß: »Dieses Mal also kein Wort über unsere unmittelbaren Reaktionen – nur soviel: wir haben die Tatmeldung in einer Gastwirtschaft empfangen und wir haben nach Empfang der Meldung keinen Anlaß gesehen, aufzustehen und unsere Positionen zu verändern; dem Buback-Nachruf ist also in seinen wesentlichen Aussagen nichts hinzuzufügen. [...] Ein Wort an Herrn Schleyer: Wir hoffen, daß sie noch am Leben sind und am Leben bleiben werden und daß ihre Freunde in der Regierung und in den Krisenstäben sie nicht als Charaktermaske opfern werden [...] Wir haben nichts dafür übrig, daß sie in eine Lage gebracht wurden, wo die Alternative nur darin zu bestehen scheint, zu ihrem schäbigen Leben zurückzukehren oder einen schäbigen Tod zu sterben. Die Forderungen der BUF-Mescaleros [...] 4. Erich Fried soll Chefredakteur der FAZ werden und die Herren Fest, Fromme und Reißmüller werden seine Eleven und sollen ihm seine Bleistifte spitzen und sein Büro in Ordnung halten. Für sie und andere Journalisten wird der neue Chefredakteur der FAZ Kurse abhalten, in denen sie richtiges Lesen, aufrichtiges Denken und kluges Schreiben lernen können.«[81]

Mit diesem Papier aus den Reihen der *Bewegung Undogmatischer Frühling* (BUF), wobei das Impressum auch den AStA nannte, schien nun endgültig unter Beweis gestellt worden zu sein, dass es sich hier um unbelehrbare Wiederholungstäter handeln

78 Pöls sieht Sympathisanten, *Frankfurter Rundschau* vom 9. September 1977.

79 Vgl. Maas, Indianerspiel, S. 238–239. Dies betraf vor allem Äußerungen, in denen er eine Entfernung der betroffenen Hochschullehrer aus dem Dienst in Aussicht stellte.

80 Albrecht stellt Professoren Ultimatum, *Delmenhorster Kreisblatt* vom 12. September 1977.

81 Mescalero No. 3. Schleyer – Kein Nachruf, zit. n. Tatjana Botzat u. a., Ein deutscher Herbst. Zustände, Dokumente, Berichte, Kommentare, Frankfurt am Main, 1978, S. 123–128. Nach Auskunft Klaus Hülbrocks / »Mescalero« ging dieses Flugblatt nicht allein auf ihn zurück, sondern wurde gemeinsam mit einem Freund und nach Diskussionen mit weiteren BUF-Leuten verfasst.

musste, die selbst zu einem Zeitpunkt größter staatlicher Herausforderung unbehelligt weitere »Spottschriften« verbreiten konnten.[82]

Nachdem die Staatsanwaltschaft im Zuge eines eingeleiteten Ermittlungsverfahrens wegen Beleidigung des Arbeitgeberpräsidenten Schleyer erneut die Räume des Göttinger AStA durchsucht hatte und den Verdacht einer Beteiligung am Druck des neuen Flugblattes erhärtet sah, ließ Wissenschaftsminister Pestel den Göttinger AStA suspendieren und stellte ihn unter kommissarische Verwaltung. Der Göttinger Hochschullehrer und Bundestagsabgeordnete Hans Hugo Klein (CDU) forderte in diesem Zusammenhang ein Verbot der BUF, die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richte, und plädierte für ein verschärftes universitäres Ordnungsrecht.[83] Kurz nach der Suspendierung des AStA gab die BUF ihre Auflösung bekannt.

Mittlerweile wurden nicht mehr nur kritische Haltungen gegenüber Staat und Gesellschaft als Beleg des Sympathisierens mit dem Terrorismus gewertet, sondern die Sprache selbst wurde zum Maßstab der Loyalität. Am deutlichsten spiegelten wohl die Äußerungen des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel (CDU) in einem *Bild*-Interview solche Versuche einer Sprachregelung: »Sympathisant kann schon derjenige sein, der Baader-Meinhof-Gruppe statt Bande sagt. [...] Wir sind als Staat nicht hilflos. Wo bei den Sympathisanten konkrete Vergehen gegen Gesetze vorliegen, können wir eingreifen, aber auch wer gegen den Geist der Verfassung verstößt, kann sich strafbar machen. Hier denke ich an den ›Buback-Nachruf‹. Wer ihn veröffentlicht und damit Gewalt verherrlicht, gehört auf die Anklagebank.«[84]

Erfolgte hier auch eine Bezugnahme auf den »Buback-Nachruf«, spielte die Berichterstattung von *Bild* in der allgemeinen Medienoffensive gegen den »Nachruf« und seine Veröffentlichungen kaum eine Rolle. Auf diesen Umstand weist Utz Maas in seinen Untersuchungen zur »Mescalero-Affäre« hin.[85] Maas führt die nahezu gänzliche Ausklammerung der Universitäten und der Hochschullehrer in der Berichterstattung von *Bild* während der Sympathisantendebatte vor allem auf das Wissenschaftlerbild dieses Blattes zurück. Die Person des Professors wird in der *Bild*-Zeitung stets als unanfechtbare Autorität angeführt.

Entgegen der pauschalisierenden Sichtweise linker Intellektueller auf ihr »Feindbild Nr. 1«, die »Springer-Presse« mit *Bild* an der Spitze, ist auch im Fall der Berichterstattung zum »Buback-Nachruf« zu differenzieren. Die »Springer-Presse« stellt keinen monolithischen Block dar. Ihre Beteiligung an der Medienoffensive gegen den »Nachruf«-Artikel und das universitäre Umfeld beschränkte sich in erster Linie auf ihre Publikationsorgane mit einem entsprechend gehobenen Leserprofil, wie insbesondere die *Welt*.[86]

Unter dem Eindruck der forcierten öffentlichen Angriffe gegen vermeintliche »Sympathisanten«, vor allem auch an den Hochschulen, veröffentlichten weit über 100 Hochschullehrer und wissenschaftliche Mitarbeiter am 17. September eine großformatige Anzeige in der *Frankfurter Rundschau*, in der sie anlässlich der Entführung Hanns-Martin Schleyers eine Erklärung abgaben.[87] Neben einer scharfen Verurteilung der terroristischen Anschläge der zurückliegenden und jüngsten Zeit sprachen sie sich für eine verstärkte Auseinandersetzung mit solchen Theoriekonzepten aus, die »die Notwendigkeit auch

82 Vgl. Wolfgang Meyer, Göttingen: Eine Spottschrift zur Entführung Schleyers, *Die Welt* vom 15. September 1977, S. 3.

83 Vgl. Göttinger AStA-Mitgliedern werden Geschäftsräume gesperrt, *Frankfurter Rundschau* vom 16. September 1977.

84 Interview mit dem Ministerpräsidenten von Rheinland Pfalz, Bernhard Vogel, *Bild*-Zeitung vom 14. September 1977, S. 1 und S. 12.

85 Vgl. Maas, Indianerspiel, S. 207–220. Ein Überblick der »Aufmacher« von *Bild* für den Zeitraum April bis Oktober 1977 verdeutlicht hier diesen Befund. Zu den folgenden Ausführungen vgl. ebenda.

86 Aufgrund der integrativen Funktion von *Bild*, die zugleich einer Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Standesunterschiede, etwa zwischen Arbeitern und Intellektuellen dient, hätte nach Maas eine »Intellektuellenhatz« auf dieser Ebene eine zu große gesellschaftliche Brisanz entfaltet, daher das Austragen des Konfliktes »en famille«, in Organen wie der *Welt* (Maas, Indianerspiel, S. 230).

87 Erklärung von Hochschullehrern und wissenschaftlichen Mitarbeitern anläßlich der Entführung von Hanns-Martin Schleyer, *Frankfurter Rundschau* vom 17. September 1977. Nachfolgende Zitate ebenda.

Scanned by CamScanner

gewaltsamer gesellschaftlicher Veränderungen« nicht ausschlössen, und führten unter Anspielung auf den »Buback-Nachruf« aus: »3. Wir werden auch in Zukunft allen Bestrebungen unter den Studenten entgegenwirken, die aus beruflicher und angeblich politischer Perspektivlosigkeit zu ›klammheimlicher Freude‹ oder erschreckender Gleichgültigkeit gegenüber diesen politisch motivierten Morden tendieren und damit jenen Kräften in die Hände arbeiten, die politische Aktivitäten der Studenten ohnehin einzuschränken versuchen.«

Im Rahmen der bisherigen Vorwürfe gegenüber den Hochschulen wirkte diese Erklärung, die dabei noch mit den inkriminierten Formulierungen aus dem »Nachruf«-Artikel operierte, wie ein nachträgliches Schuldeingeständnis, zumal es sich bei den Unterzeichnern in der Mehrzahl um prominente Linksintellektuelle handelte.[88]

Während der Westberliner Wissenschaftssenator inzwischen mit sieben der zwölf Herausgeber seines Amtsbereichs ein persönliches Gespräch geführt hatte,[89] erreichte das disziplinarrechtliche Vorgehen in Niedersachsen einen neuen Höhepunkt. Wissenschaftsminister Pestel ließ den niedersächsischen Herausgebern, mit Ausnahme des Hannoveraner Psychologie-Professors Peter Brückner, gegen den ein gesondertes Vorgehen angestrengt wurde, am 22. September eine zur Veröffentlichung bestimmte Distanzierungserklärung mit folgendem Wortlaut zukommen: »Im Zusammenhang mit den Ermittlungen der niedersächsischen Landesregierung zur Herausgabe der Dokumentation ›Buback – ein Nachruf‹ erkläre ich: Mord oder Entführung oder überhaupt den Einsatz von Gewalt lehne ich in unserem freiheitlich demokratischen Rechtsstaat unter jeder Bedingung ab. Deshalb verurteile ich terroristische Handlungen und alle Versuche, diese zu rechtfertigen. Ich bin mir bewußt, daß ich als Beamter eine besondere Treuepflicht gegenüber dem Staat habe. Diese fordert mehr als nur eine formal korrekte, im übrigen uninteressierte, kühle, innerlich distanzierte Haltung gegenüber Staat und Verfassung; sie fordert vom Beamten, insbesondere, daß er sich eindeutig von Gruppen und Bestrebungen distanziert, die diesen Staat, seine verfassungsmäßigen Organe und die geltende Verfassungsordnung angreifen, bekämpfen und diffamieren. Ich werde meiner politischen Treuepflicht nachkommen. Diese hat sich insbesondere in Krisenzeiten und in ernsthaften Konflikten zu bewähren, in denen der Staat darauf angewiesen ist, daß der Beamte Partei für ihn ergreift. Ich distanziere mich in aller Form von dem Verfasser und dem Inhalt des sogenannten Buback-Nachrufs.«[90]

Pestel forderte unter Androhung einer Suspendierung vom Dienst und Disziplinarverfahren die Unterzeichnung der Erklärung innerhalb von einer Woche. Gleichzeitig verwiesen er und Ministerpräsident Albrecht in den Medien auf dieses Vorgehen, wobei Albrecht die Androhung der Suspendierung noch einmal bekräftigte.[91]

Elf der zwölf niedersächsischen Herausgeber, die die Erklärung erhalten hatten, unterzeichneten diese schließlich, nicht unwesentlich beeinflusst durch den öffentlichen Druck, der von der Erklärung in der *Frankfurter Rundschau* anläßlich der Schleyer-Entführung ausging.[92] Der Osnabrücker Sprachwissenschaftler Utz Maas verweigerte als Einziger seine Unterschrift. Folge war nicht, wie angedroht, die Suspendierung vom Dienst, sondern der niedersächsische Wissenschaftsminister setzte das Disziplinarverfahren gegen Maas aus und koppelte es an den Ausgang des laufenden Strafverfahrens gegen die Herausgeber. Bezeichnenderweise erst während der Schleyer-Entführung hatten am 18. bzw. 19. September 1977 auch Bundesjustizminister Vogel (SPD) und Bundesinnenminister Maihofer (FDP) gegen die Herausgeber der Dokumentation Strafantrag gestellt.[93]

Mit der »Pestel-Treueerklärung« schien nun aber

88 Maas, Indianerspiel, S. 250.

89 Vgl. Glotz, Kein Anlaß für Schritte gegen Berliner Professoren, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 23. September 1977.

90 Zit. n. Nicht heimlich und nicht kühl. Entgegnungen an Dienst- und andere Herren, hrsg. von Heiner Boehncke / Dieter Richter, Berlin 1977, S. 8. Bei diesem Sammelband handelte es sich um eine Replik auf die Distanzierungserklärung des niedersächsischen Wissenschaftsministers.

91 Vgl. Maas, Indianerspiel, S. 253.

92 Ebenda, S. 251.

93 Zur Weigerung von Maas und zu den Strafanträgen der Minister vgl. Mückenberger, »Mescalero-Affäre«, S. 29–30.

auch eine gewisse Grenze einforderbarer Loyalität überschritten zu sein. Nicht mehr nur das ohnehin im Beamteneid geleistete Bekenntnis zur Verfassung, sondern vielmehr die Staatstreue stand hier im Vordergrund. Die gewählten Formulierungen relativierten das Ideal demokratischen Mitgestaltens der Gesellschaft, das untrennbar auch mit der Möglichkeit zur Kritik verbunden ist. Stattdessen wurde eine aktive Parteinahme für den Staat, mithin für die gegenwärtige Politik der Regierung, verlangt. Undefiniert blieben in diesem Kontext zudem die angeführten »Krisenzeiten« und »ernsthaften Konflikte«, was eine weitergehende Instrumentalisierung, auch jenseits der Terrorismusproblematik, denkbar erscheinen ließ.[94] Die geforderte Distanzierung vom Inhalt des »Buback-Nachrufs« setzte wiederum voraus, dass sich die Adressaten der »Treueerklärung« mit diesem identifiziert haben mussten. Dass dies nicht der Fall war, hatten alle Herausgeber in ihren öffentlichen Stellungnahmen immer wieder hervorgehoben.

Die elf Unterzeichner der »Treueerklärung« distanzierten sich daher sogleich wieder öffentlich von ihrer Distanzierung.[95] Als das Vorgehen Pestels, der inzwischen die Einstellung der disziplinarischen Ermittlungen gegen die Unterzeichner seines Schreibens mitgeteilt hatte, publik wurde, zog dies den Protest und Solidaritätsbekundungen weiterer Hochschullehrer nach sich.[96]

Die öffentlichen Kontroversen um den »Buback-Nachruf« gelangten nun allmählich an ihren Scheitelpunkt. In Niedersachsen hatte die Landesregierung in rigider Weise demonstriert, bis zu welchem Grade Loyalität gegenüber dem Staat eingefordert werden konnte.

Der Westberliner Wissenschaftssenator Peter Glotz verlieh der gesamten Diskussion in einem längeren *Spiegel*-Interview wieder so etwas wie einen sachlich-rationalen Erklärungsrahmen. Deutliche Kritik übte er am »doppelgleisigen Vorgehen« in Niedersachsen, das er als »eine Mischung von disziplinarrechtlichem Vorgehen des Wissenschaftsministers und politischer Propaganda des Ministerpräsidenten« charakterisierte und als »skandalös« wertete.[97]

Glotz' These von den »zwei Kulturen« im *Spiegel*-Interview, die sich auch in der Terminologie von Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit beschreiben ließe, bot ein plausibles Erklärungsmodell für die spezifischen Reaktionen auf den »Buback-Nachruf«: »GLOTZ: [...] Heute haben wir zwei ganz verschiedene Kommunikationssysteme. Die Unterschiede sind so groß, daß ich von zwei Kulturen spreche. Es ist so, als ob sich Chinesen mit Japanern verständigen sollten. SPIEGEL: Was unterscheidet, was verbindet die beiden Kulturen? GLOTZ: Die einen leben in einer Subkultur innerhalb der Hochschule. Sie lesen die Flugblätter, die ›Infos‹, sie lesen die eine oder andere linke Zeitschrift, vielleicht auch noch die ›Frankfurter Rundschau‹ oder mal einen Artikel im SPIEGEL oder im ›Stern‹. Im Fernsehen interessiert sie allenfalls ›Panorama‹. Und dann gibt es die ganz andere Kultur der vielen Leute, die ihre stinknormale Tageszeitung lesen, ganz gleich, ob sie von Springer oder von jemand anderem kommt, die im Fernsehen Rosenthals ›Dalli-Dalli‹, Zimmermanns ›Aktenzeichen XY‹ und Löwenthals ›ZDF Magazin‹ einschalten. Wer drei Jahre lang in der Info-Kultur gelebt hat, der spricht eine ganz andere Sprache als die Leute der anderen Kultur, und auch die gemeinsamen Selbstverständlichkeiten werden zerstört. SPIEGEL: Er-

94 Zur Bewertung dieser erhöhten Anforderungen an die Beamtentreue vgl. Wolf-Dieter Narr, Erklärung einer neuen Eidesformel: politische Treuepflicht in: Boehncke/Richter (Hg.), Nicht heimlich, S. 40–42.

95 Ihre Presseerklärung vom 11. Oktober 1977 ist abgedruckt in: Berliner Herausgeber der Dokumentation »Buback – Ein Nachruf«, Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt, S. 72–73.

96 Vgl. Mückenberger, »Mescalero-Affäre«, S. 39.

97 »Jeder fünfte denkt etwa so wie Mescalero«. Berlins Wissenschaftssenator Peter Glotz über Sympathisanten und die Situation an den Hochschulen, *Der Spiegel* vom 3. Oktober 1977, 31. Jg., Nr. 41, S. 49–63, hier S. 58. Das *Spiegel*-Interview mit ihm erfolgte vor dem Hintergrund einer beginnenden Artikelserie des Nachrichtenmagazins über »Sympathisanten und sogenannte Sympathisanten«, die als ein Indikator der zunehmenden Problematisierung des Schlagwortes gewertet werden kann. (»Mord beginnt beim bösen Wort«. SPIEGEL-Serie über Sympathisanten und sogenannte Sympathisanten I. *Der Spiegel* vom 3. Oktober 1977, S. 28–47. Weitere Folgen behandelten u. a. die Hochschulen sowie Spontis, Anarchos und Buchläden.) Nachfolgende Zitate ebenda.

Scanned by CamScanner

klären Sie die Tatsache, daß die Auseinandersetzung um den ›Mescalero‹-Artikel nun schon seit Monaten anhält, daraus, daß er aus der einen Kultur stammt und in die andere geriet? GLOTZ: Das ist sicher einer der Gründe, und eben deshalb ist es so fatal, daß die Professoren ihn kommentarlos veröffentlicht und ihn nicht mal ›übersetzt‹, geschweige denn analysiert haben.«

In anderen Äußerungen dieses Gesprächs verwies Glotz zwar auf verbreitete kritische Haltungen unter den Studenten gegenüber Staat und Gesellschaft, die durchaus mit Aggressivität und Hass einhergehen konnten, verwahrte sich aber im Hinblick auf die überwiegende Mehrheit der Studenten gegen die Vorwürfe, dass es sich um »Sympathisanten des Terrors« handele. Die gleiche Feststellung traf er auch für die Berliner Herausgeber der Dokumentation, mit denen er inzwischen ein längeres persönliches Gespräch geführt hatte. Die Gefahr einer weiteren Eskalation sah Glotz besonders in einer fehlenden Bereitschaft zum Dialog, einer Beschränkung auf »schneidige Presseerklärungen gegen die Universitätsszene«.

Seine These von den »zwei Kulturen« wurde im Januar 1978 zu einem zentralen Moment auf dem sogenannten TUNIX-Kongress in West-Berlin, wo sich erstmals »Spontis« aus der ganzen Bundesrepublik, unter anderem auch die Göttinger »Mescaleros«, zu gemeinsamen Veranstaltungen einfanden.[98] Zu den aktiven Teilnehmern einer Diskussion an der TU Berlin gehörte aber auch Peter Glotz.[99]

Die rechtlichen Konsequenzen des »Buback-Nachrufs«

Nach dem »heißen« Herbst 1977 und dem Höhepunkt der Sympathisanten-Debatte und der Auseinandersetzungen um den »Buback-Nachruf« verlagerte sich dieser Komplex nach und nach auf die Ebene der Justiz.[100] Zahlreiche staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren waren inzwischen wegen Nachdrucken des »Buback-Nachrufs« eingeleitet worden, die unter dem Eindruck der Terroranschläge des Sommers und Herbstes 1977 erheblichen Richtungsänderungen unterliegen konnten.[101]

Insgesamt fällt auf, dass sowohl die mediale Aufmerksamkeit, die den Verfahren entgegengebracht wurde, als auch die ergangenen Urteile erheblich divergierten, obwohl ihnen der gleiche Sachverhalt zugrunde lag.[102] Karl-Heinz Krumm merkte hierzu in der *Frankfurter Rundschau* an: »In der strafrechtlichen Beurteilung des Göttinger Buback-Nachrufes hat die deutsche Justiz in der Tat wie ein Gemischtwarenhandel reagiert: Reiche Auswahl zu Tagespreisen – und alles unter einem Dach.«[103]

Während einzelne Fälle, insbesondere in den Verfahren wegen der studentischen Nachdrucke, lediglich noch als Marginalien in der Lokalpresse Erwähnung fanden, war etwa der Oldenburger Prozess gegen die niedersächsischen Herausgeber der Dokumentation durch ein Höchstmaß an Medienpräsenz, verbunden mit überregionaler Berichterstattung, gekennzeichnet.[104] Uneinheitlich war zunächst sowohl

98 Zum TUNIX-Treffen siehe vor allem: Zwei Kulturen? TUNIX, Mescalero und die Folgen, hrsg. von Dieter Hoffmann-Axthelm u. a., West-Berlin 1978.

99 Im Vorfeld des TUNIX-Kongresses kam es zu einem Gespräch zwischen Peter Glotz und den »Mescaleros«, die bei ihm intervenieren wollten, da der Präsident der TU Berlin wegen ihrer Teilnahme grundsätzliche Bedenken gegen den »Kongress« geäußert hatte. In einer symbolischen Geste überreichten die »Mescaleros« Glotz dabei ein Plastik-Hackebeil und eine Pfeife (so die Schilderung Klaus Hülbrocks / »Mescalero« in einem Brief an den Verfasser).

100 Dazu vor allem Mückenberger, »Mescalero-Affäre«. Der weitere Verlauf der Verfahren ist dokumentiert in der Zeitschrift *Kritische Justiz*: Ahrens/Mückenberger, Dokumentation zu den Prozessen wegen des »Buback-Nachrufs« I und II, in: *Kritische Justiz*, 11. Jg., 1978, Heft 3, S. 280–301, und Heft 4, S. 432–440; Mückenberger, III, in: *Kritische Justiz*, 12. Jg., 1979, Heft 3, S. 312–320; Mückenberger, IV mit Kommentar, in: *Kritische Justiz*, 13. Jg., 1980, Heft 2, S. 208–216.

101 Vgl. Mückenberger, »Mescalero-Affäre«, S. 29. Hier illustriert anhand der sich verändernden strafrechtlichen Beurteilung der Berliner Dokumentation durch die dortige Staatsanwaltschaft von der Publikation Anfang Juli bis zur Anklageerhebung im November.

102 Vgl. ebenda, S. 31.

103 Karl-Heinz Krumm, Ausbaden, was die Politik versäumt. Die spürbare Ratlosigkeit der Justiz in der »Mescalero«-Sache, *Frankfurter Rundschau* vom 6. Februar 1979, S. 3.

104 Vgl. Maas, Indianerspiel, S. 336: »Man muß schon auf Staatsaffären wie den Stammheim-Prozeß zurückgreifen, will man Parallelen zu einer so ausführlichen überregionalen Prozeßberichterstattung finden.«

die strafrechtliche Beurteilung des »Buback-Nachrufs« selbst als auch seiner Nachdrucke, wobei die Frage aufgeworfen wurde, ob ein Nachdruck einer inhaltlichen Identifikation mit dem Artikel gleichkomme.

Einige Gerichte lehnten schon die Eröffnung des Hauptverfahrens ab. Im Fall der Berliner Herausgeber ordnete allerdings die nächsthöhere Instanz dann diese Eröffnung an.[105]

Gegen die dortigen Herausgeber erhob die Berliner Staatsanwaltschaft am 21. November 1977 beim Berliner Landgericht Anklage.[106] Zugrunde gelegt wurden Straftatbestände der Verunglimpfung (§ 90a StGB) und der Volksverhetzung (§ 130 StGB), wobei die Staatsanwaltschaft diesen letzteren Vorwurf aus den Passagen des »Buback-Nachrufs« ableitete, die sich auf Repräsentanten staatlicher Macht, »die Bubacks, Maihofers, Schiess und Benda, Richter, Bullen, Werkschützer, Militärs und AKW-Betreiber«, bezogen. Die Staatsanwaltschaft stellte fest: »Diese Bevölkerungsgruppe wird verleumdet und böswillig verächtlich gemacht, indem von ihr behauptet wird, sie gehöre in ein rot-schwarzes Verbrecheralbum, sie begehe die dicksten Rechtsbrüche, sie habe die Macht zum ›Killen‹, betreibe eine Strategie der Liquidierung und habe Killervisagen. Dem Leser wird suggeriert, daß dieser Bevölkerungsteil unter ständiger Verletzung der Rechtsordnung handle, töte und kille. Schon die Maßlosigkeit dieses Vorwurfs zeigt, daß der Verfasser hier böswillig handelt.«[107]

Am 31. Januar 1978 entschied das Landgericht auf Nichteröffnung des Verfahrens, da der »Nachruf zwar die Tatbestände der Verunglimpfung und Beschimpfung erfülle, die Angeschuldigten sich diese jedoch nicht zu eigen gemacht hätten«. Nachdem die Staatsanwaltschaft Beschwerde gegen diesen Beschluss eingelegt hatte, entschied am 10. Mai 1978 das Berliner Kammergericht, dass das Landgericht das Hauptverfahren zu eröffnen habe. Wie dieses konstatierte es die nicht strafbare Veröffentlichung des »Nachrufs«, stellte jedoch nun im Hinblick auf die vorangestellte Erklärung in der Dokumentation fest, dass hier der Straftatbestand der »Verunglimpfung des Staates« erfüllt sei.[108]

Bei dieser Einschätzung bezog sich das Kammergericht vor allem auf die Aussagen in der Erklärung, die auf eine Ausbreitung »faschistoider Tendenzen« in der Bundesrepublik und eine angestrebte Unterdrückung »jeden Ansatzes sozialistischer Kritik und Praxis« verwiesen. Es wertete dies als eine unzulässige Analogie zur Willkürherrschaft des Nationalsozialismus.

Im Prozess gegen vier frühere AStA-Mitglieder, die sich für den Erstabdruck des »Buback-Nachrufs« in den *Göttinger Nachrichten* vor dem Landgericht Göttingen zu verantworten hatten, wurde am 5. April 1978 das Urteil gesprochen.[109] Zwei der Angeklagten wurden freigesprochen, da ihnen eine Beteiligung an der betreffenden Zeitungsausgabe nicht nachzuweisen war. Gegen die beiden anderen Angeklagten verhängte das Gericht Geldstrafen von je 1800 DM. Dabei sah es die Straftatbestände der »Verunglimpfung des Staates und des Andenkens Verstorbener« (§§ 90a und 189 StGB) als erfüllt an. Gerade weil die Angeklagten den »Nachruf«-Artikel erst nach »kritischer Diskussion« in die *Göttinger Nachrichten* aufgenommen hätten, so die Urteilsbegründung des Gerichts, sei davon auszugehen, dass sie »die in dem Artikel enthaltenen Straftaten als eigene wollten«.[110]

Seiner Bewertung des Artikels legte es in erster Linie die in der Presse immer wieder zitierten Anfangspassagen des »Buback-Nachrufs« zugrunde. Eine Heranziehung gutachterlicher Stellungnahmen zur Intention und Sprache des »Mescalero«, auf die die Angeklagten und die Verteidigung gedrängt hatten, war vom Gericht unter Hinweis auf die eigene

105 Zu den erheblichen Divergenzen im justitiellen Umgang mit dem »Mescalero-Komplex« vgl. die Übersicht im Verteidiger-Plädoyer Ulrich Mückenbergers im Oldenburger Prozess: Ders., Cuius Regio, Eius Iustitia – Wessen das Bundesland, dessen das Recht, in: Blanke u. a., Oldenburger Buback-Prozeß, West-Berlin 1979, S. 186–202 und S. 188–189.

106 Zum Berliner Verfahren gegen die dortigen Herausgeber siehe vor allem Agnoli u. a., Da ist nur freizusprechen.

107 Zit. n. ebenda, S. 34.

108 Abdruck des Kammergerichtsbeschlusses in: *Kritische Justiz*, 11. Jg., 1978, Heft 3, S. 293–295.

109 Vgl. hierzu auch im Folgenden die Aussagen des Mitangeklagten Klaus Lodewick im Rahmen des 3. Russell-Tribunals, S. 89–92.

110 Zit. n. *Kritische Justiz*, 11. Jg., 1978, Heft 3, S. 286–287.

Scanned by CamScanner

Sachkompetenz zurückgewiesen worden. Die diesbezügliche Weigerung stellte keinen Einzelfall dar, sondern entsprach im Gesamtrahmen der Verfahren eher der Regel.[111]

Dass sich das Urteil des Göttinger Landgerichts verglichen mit anderen Verfahren in dieser Angelegenheit noch relativ moderat ausnahm, zeigen etwa die erstinstanzlichen Entscheidungen des Amtsgerichts Bonn gegen studentische Herausgeber eines Flugblattes, in dem neben einer distanzierenden Erklärung der »Buback-Nachruf« veröffentlicht worden war.[112] Es verhängte am 10. April Freiheitsstrafen von sechs Monaten, wobei es nicht nur die Straftatbestände der Verunglimpfung und Volksverhetzung, sondern darüber hinaus auch die »Billigung von Straftaten« (§ 140 StGB) als erfüllt ansah; ein Vorwurf, der inzwischen in den meisten anderen Verfahren fallen gelassen worden war. Ausdrücklich verwies das Gericht bei der Begründung des Strafmaßes auf den Abschreckungseffekt: »Hierbei durfte nicht außer acht gelassen werden, daß mit vorliegendem Urteil auch ein gewisser Abschreckungseffekt gegenüber weiteren potentiellen Straftätern dieser Sparte erzielt werden mußte. Schließlich hat auch der sogenannte normale Bürger, der durch das Verhalten auch dieser Angeklagten seinerzeit tief getroffen wurde, Anspruch auf richterliche Klarstellung, daß der angegriffene Rechtsstaat jederzeit in der Lage ist, solchen Aktionen mit legalen Mitteln angemessen zu begegnen.«[113]

Das Landgericht Oldenburg ließ am 20. September 1978 die Anklage wegen »Verunglimpfung des Staates und anderer Straftaten« uneingeschränkt zu und eröffnete das Hauptverfahren gegen die niedersächsischen Herausgeber der Dokumentation.[114]

Vor dem Berliner Landgericht begann am 31. Oktober 1978 der Prozess gegen die 14 Berliner Herausgeber. Der Auftakt der Verhandlung war geprägt von einer Kontroverse über die Sicherheitskontrollen, die der Vorsitzende Richter angeordnet hatte, und nach denen sich die Zuhörer und Angeklagten vor Betreten des Gerichtssaales u. a. einer Durchsuchung nach Waffen unterziehen mussten. Auch angesichts der Delikte um die es ging, protestierten die Angeklagten gegen diese aus ihrer Sicht diskriminierende Anordnung, die daraufhin abgeändert wurde.[115]

Nach nur einer Woche Verhandlungsdauer endete der Berliner Prozess mit Freispruch. Das Gericht wertete die Erklärung in der Dokumentation, insbesondere jene Passage, die auf »faschistoide Tendenzen« verwies, als eine politische Warnung und sah den Straftatbestand der Staatsverunglimpfung als nicht erfüllt an.[116]

Außer Frage stand jedoch nach wie vor die strafrechtliche Relevanz des »Buback-Nachrufs« *selbst*, zu dessen Entlastung auch das Berliner Urteil keinen Beitrag geleistet hatte.[117]

Im Fall der beiden Hamburger Mitherausgeber, der Rechtsanwälte Jacobi und Günnemann, lehnte das Landgericht Hamburg am 9. Januar 1979 die Eröffnung des Hauptverfahrens wiederum ab.[118]

Am 30. Januar 1979 bestätigte der Bundesgerichtshof das Urteil des Landgerichts Göttingen vom 5. April 1978 und verwarf damit die Revisionsanträge der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung. Höchstrichterlich bestätigt wurden mit dieser Entscheidung auch die Straftatbestände der »Verunglimpfung des Staates und des Andenkens Verstorbener« für den Inhalt des »Buback-Nachrufs«.[119]

Der letzte große Prozess in den Verfahren gegen die Herausgeber der Dokumentation fand schließlich vom 1. bis zum 23. Februar 1979 in Oldenburg statt.[120]

---

111 Mückenberger, Dokumentation IV, Kommentar, in: *Kritische Justiz*, 13. Jg., 1980, Heft 2, S. 215, Anm. 17.

112 Vgl. 3. Russell-Tribunal, S. 79.

113 Zit. n. *Kritische Justiz*, 11. Jg., 1978, Heft 3, S. 288–289.

114 Ahrens/Mückenberger, Dokumentation II, in: *Kritische Justiz*, 11. Jg., 1978, Heft 4, S. 433.

115 Zu dieser Kontroverse siehe vor allem Agnoli u. a., da ist nur freizusprechen, S. 21–25.

116 Ahrens/Mückenberger, Dokumentation II, in: *Kritische Justiz*, 11. Jg., 1978, Heft 4, S. 433.

117 Zur einschränkenden Bewertung des Freispruchs siehe Agnoli u. a., da ist nur freizusprechen, S. 31.

118 Vgl. Mückenberger, Dokumentation III, in: *Kritische Justiz*, 12. Jg., 1979, Heft 3, S. 314.

119 Ebenda, S. 313. Hier auch Abdruck von Passagen der BGH-Entscheidung.

120 Siehe hierzu vor allem Blanke, Oldenburger Buback-Prozeß. Die materialreiche Dokumentation illustriert u. a. die humoristischen Versuche der zahlreichen studentischen Zuhörer, die Verfahrensroutine zu durchbrechen, so etwa mit dem »Buback-Nachruf-Prozeß-Lied« (ebenda, S. 33).

Zum Kreis der Verteidiger gehörte auch der damalige Juso-Bundesvorsitzende und Hannoveraner Rechtsanwalt Gerhard Schröder. Auf der Linie der bisherigen Gerichtsentscheidungen in den Herausgeber-Prozessen endete auch der Oldenburger Prozess mit einem Freispruch. Im Gesamtrahmen der Verfahren wegen des »Buback-Nachrufs« fällt allerdings das große Medieninteresse am Prozess gegen die niedersächsischen Herausgeber auf, das sicherlich auf eine gewisse Erwartungshaltung zurückzuführen ist, die sich aus dem rigiden disziplinarrechtlichen Vorgehen und der begleitenden Medienoffensive der niedersächsischen Landesregierung erklärt.[121]

Für den vom Dienst suspendierten Hannoveraner Psychologie-Professor Peter Brückner und den Osnabrücker Sprachwissenschaftler Utz Maas, der die Unterzeichnung der »Pestel-Treueerklärung« verweigert hatte, war der Ausgang des Verfahrens zudem von erheblicher Bedeutung für das laufende bzw. ausgesetzte Disziplinarverfahren.

In seiner Urteilsbegründung führte das Gericht im Hinblick auf die Erklärung der Dokumentation aus: »Vielmehr handelt es sich hier [...] lediglich um offenkundig unberechtigte politische Polemik, die sich gerade noch im Rahmen der grundgesetzlich erlaubten und geschützten freien Meinungsäußerung hält, um eine verallgemeinernde, unsachliche Polemik, die einzelne staatliche Maßnahmen oder Anordnungen, wie etwa die staatsanwaltschaftlich angeordnete Durchsuchungsaktion in Göttingen nach dem Erscheinen des Mescalero-Artikels oder auch den sogenannten Radikalen-Erlaß, losgelöst von Anlaß und Ziel, in völlig einseitiger und subjektiv übersteigerter Betrachtungsweise nur noch als staatliche Repression zu sehen vermag.«[122]

Obwohl das Gericht letztendlich das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung höher veranschlagte als die Ehre des Staates, machte es in seiner Urteilsbegründung immer wieder deutlich, dass es die in der Erklärung zum Ausdruck gebrachte Kritik nicht nur für unangemessen halte, sondern diese unzweifelhaft »unwahr« sei.[123] Das Oldenburger Urteil wurde jedoch erst rechtskräftig, nachdem der Bundesgerichtshof die eingelegte Revision der Staatsanwaltschaft gegen den Freispruch am 26. Februar 1980 verworfen hatte.[124]

Mit dieser Entscheidung war die rechtliche Bearbeitung des »Mescalero«-Komplexes im Wesentlichen abgeschlossen. Ungeachtet der Freisprüche und Verfahrenseinstellungen, auch in nahezu allen Fällen studentischer Nachdrucke, hatte die eigentliche Intention des »Buback- Nachrufs«, seine Absage an Gewalt, in der Gesamtheit der Verfahren nur eine marginale Rolle gespielt. In den Prozessen gegen die Herausgeber der Dokumentation war der »Nachruf« selbst durch die Fokussierung auf die einleitende Erklärung ohnehin weitestgehend ausgeklammert worden.

Es standen die gleichen Passagen des Artikels wie in der öffentlichen Kontroverse des Jahres 1977 im Vordergrund, mit denen nun die noch verbliebenen Straftatbestände der Verunglimpfung des Staates und des Andenkens Verstorbener begründet wurden. Der ursprüngliche Hauptvorwurf, dass der »Buback-Nachruf« Straftaten billige (§140 StGB), war inzwischen fallen gelassen worden. Die Medien nahmen die letztinstanzlichen Urteile zumeist wohlwollend zur Kenntnis, sahen jedoch keinen Anlass, sich nun noch einmal kritisch mit der eigenen Berichterstattung im Jahr 1977 zu befassen.[125] Erst diese Berichterstattung hatte vor dem Hintergrund der eskalierenden terroristischen Gewalt jenen öffentlichen Resonanzboden geschaffen, durch den der »Buback-Nachruf« zu politischen Zwecken, die weit über die Terrorismusbekämpfung hinauswiesen, instrumentalisiert werden konnte. Diese Tendenz kam etwa in den Stellungnahmen, die auf gescheiterte bildungs- und gesellschaftspolitische Reformkonzeptionen verwiesen, zum Ausdruck.

Auch wenn die staatsanwaltschaftlichen Ermitt-

121 Vgl. Maas, Indianerspiel, S. 342.
122 Zit. n. *Kritische Justiz*, 12. Jg., 1979, Heft 3, S. 317.
123 Zur Problematik dieser Kategorisierungen im Hinblick auf das Grundrecht der Meinungsfreiheit siehe Mückenberger, Dokumentation III, in: *Kritische Justiz*, 12. Jg., 1979, Heft 3, S. 314.
124 Vgl. Mückenberger, Dokumentation IV, in: *Kritische Justiz*, 13. Jg., 1980, Heft 2, S. 209–210. Hier auch Abdruck der BGH-Entscheidung.
125 Vgl. Mückenberger, Dokumentation IV, Kommentar, in: *Kritische Justiz*, 13. Jg., 1980, Heft 2, S. 210–211.

Scanned by CamScanner

lungsverfahren zu den Nachdrucken des »Buback-Nachrufs« nicht durch die Medienberichterstattung initiiert wurden, erzeugte diese zumindest einen öffentlichen Handlungsdruck, der solche Ermittlungen beeinflusst und forciert haben dürfte.

Schlussbetrachtung

Als Ausgangsbedingung der »Mescalero«-Kontroverse ist noch einmal die untrennbare Verkoppelung von Terrorismus und Öffentlichkeit zu unterstreichen. Die Kategorie Öffentlichkeit fungiert in terroristischen Handlungsstrategien sowohl als Bühne als auch Objekt der Einflussnahme.

Ebenso bildet sie für die herausgeforderten staatlich-gesellschaftlichen Instanzen eine Ebene der Auseinandersetzung mit dem Phänomen Terrorismus. Der erhöhte Loyalitätsanspruch dieser Instanzen kann sich hier in einer verstärkten Kritik und Ausgrenzung nicht konformer Haltungen und kritischer Äußerungen artikulieren. Polarisierungstendenzen sind die Folge, durch die bestehende gesellschaftliche Konfliktlinien weiter verstärkt werden, und differenzierende Meinungen sich in die Gefahr der Ausgrenzung begeben. In problematischer Weise korrespondiert die öffentliche Reaktion mit der auf eine gesellschaftliche Destabilisierung abzielenden terroristischen Handlungsstrategie.[126]

In der bundesdeutschen Auseinandersetzung mit dem in erster Linie durch die RAF verkörperten Linksterrorismus kam dieser Reaktionsmechanismus vor allem in der Sympathisanten-Debatte mit ihrem Höhepunkt während des Deutschen Herbstes zum Ausdruck. Die Kontroverse des Jahres 1977 um den »Buback-Nachruf« bildete vor diesem Hintergrund einen bedeutsamen Teilkomplex, der in spezifischer Weise die bundesdeutschen Universitäten in den Mittelpunkt rückte.

Die Hauptverantwortung für die selektive Wahrnehmung des »Buback-Nachrufs« trug unzweifelhaft die bundesdeutsche Presse. Bis heute haben die Medien ihr Verhalten in dieser Angelegenheit, ihr Versagen als kritische Kontrollinstanz, noch nicht eingehend thematisiert.[127] Appelle zu einer kritischen Auseinandersetzung, die Klaus Hülbrock, nachdem er sich im Zuge der Trittin-Fischer-Debatte im Frühjahr 2001 als Verfasser des »Buback-Nachrufs« geoutet hatte, im Jahr 2002 an die verantwortlichen Instanzen richtete, blieben im Sinne der geforderten Schritte erfolglos.[128]

Eine derartig problematische Leerstelle in der eigenen Geschichte wirft zwangsläufig die Frage der Wiederholung auf. Die Tendenzen im globalen »Krieg gegen den Terrorismus« stimmen in dieser Hinsicht eher pessimistisch.

Bei aller Verantwortung der bundesdeutschen Medien für die Wahrnehmung des »Buback-Nachrufs« bleibt es jedoch äußerst fraglich, ob der »Nachruf« bei einer vollständigen Publikation und einer objektiveren Berichterstattung von einer breiten Öffentlichkeit in seiner Kernaussage, dem Verzicht auf terroristische Gewalt, rezipiert worden wäre. Denn weder handelte es sich bei dieser »allgemeinen« Öffentlichkeit um den ursprünglichen Adressatenkreis des »Buback-Nachrufs«, der deren sprachlichen Konventionen diametral entgegenstand, noch waren die überregionalen »Großmedien« mit ihren Funktionsprinzipien, die sich von jenen eines eng umgrenzten universitären und Szene-Kontextes stark unterschieden, der geeignete Publikationsrahmen. Dies aber zu thematisieren und zu problematisieren wäre Aufgabe der Medien in ihrem Selbstverständnis

126 Vgl. Steinert, Reaktion der Öffentlichkeit, S. 48.

127 Einige der wenigen Ansätze zu einer kritischen Betrachtung der eigenen Rolle lassen sich etwa in der *Zeit* nachweisen. So in einem Artikel zum Fall Peter Brückner aus dem Jahr 1978: Fritz J. Raddatz, Heißt Staatstreue Untertanengeist oder Mut zur Kritik?, *Die Zeit* vom 28. April 1978, Jg. 33, Nr. 18, S. 45–46, und einer Darstellung der »Mescalero-Affäre« aus dem Jahr 1987 von Michael Zeller, Das Mescalero-Modell. Tagebuch einer öffentlichen Affäre, *Die Zeit* vom 23. Oktober 1987, Jg. 42, Nr. 44, S. 57–58.

128 So etwa in einem dem Verfasser vorliegenden offenen Brief Hülbrocks vom 25. April 2002 an den *Deutschen Presserat*, in dem er für das »Aussprechen einer historischen Rüge und ihrer bundesweiten Publikation« plädiert als »ein Ansatz ausgleichender Gerechtigkeit und eine Art Schlusspunkt für die schlimmste Seite dieser Affaire [...]: Das Versagen des Journalismus und der Presse.«

als »Vierte Gewalt« in kritisch-regulierendem Sinne gewesen.

Über die Nichtaufdeckung der Identität des »Mescalero« herrschte unter allen, denen sie bekannt war – Hülbrock selber schätzt ihre Zahl im Umfeld des Göttinger AStA auf etwa 100 Personen –, bis zu seiner eigenen Initiative stillschweigendes Einverständnis.

Angesichts der Maßnahmen, die von staatlicher Seite zur Ergreifung des anonymen »Nachruf«-Verfassers angestrengt wurden, lag darin so etwas wie eine stille Form des Widerstands und eine Demonstration von Solidarität über die Phase der unmittelbaren Auseinandersetzung hinaus.

Auf eigentümliche Weise scheint die Entfremdung »Mescaleros« / Klaus Hülbrocks gegenüber diesem Staat, zementiert in der ein Vierteljahrhundert zurückliegenden Auseinandersetzung, Niederschlag in seiner Berufswahl gefunden zu haben: Seit Anfang der 1980er Jahre unterrichtet er Deutsch als Fremdsprache, schärft die sprachliche Wahrnehmung für eine Kultur und Öffentlichkeit, die seine nunmehr historische Äußerung vor dem Phänomen des bundesdeutschen Linksterrorismus nur in perspektivischer Verzerrung wahrnehmen konnte.

Anhang

Vollständiger Abdruck des »Nachruf«-Textes aus dem AStA-Organ *Göttinger Nachrichten* vom 25. April 1977, S. 10–12:

BUBACK † EIN NACHRUF

Dies soll nicht unbedingt eine Einschätzung sein oder ein kommentierender Verriß vom Schreibtisch aus, mit päpstlichem Gestus vorgetragen und als »solidarische Kritik« bezeichnet. Ausgewogenheit, stringente Argumentation, Dialektik und Widerspruch – das ist mir alles piep-egal. Mir ist bei dieser Buback-Geschichte einiges aufgestoßen, diese Rülpser sollen zu Papier gebracht werden, vielleicht tragen sie ein bißchen zu einer öffentlichen Kontroverse bei.

Meine unmittelbare Reaktion, meine »Betroffenheit« nach dem Abschuß von Buback ist schnell geschildert: ich konnte und wollte (und will) eine klammheimliche Freude nicht verhehlen. Ich habe diesen Typ oft hetzen hören, ich weiß, was er bei der Verfolgung, Kriminalisierung, Folterung von Linken für eine herausragende Rolle spielte. Wer sich in den letzten Tagen nur einmal genau genug sein Konterfei angesehen hat, der kann erkennen, welche Züge dieser Rechtsstaat trägt, den er in so hervorragender Weise verkörperte. Und der kennt dann auch schon ein paar Züge von den Gesichtern jener aufrechten Demokraten, die jetzt wie ein Mann empört und betroffen aufschreien.

Ehrlich, ich bedauere es ein wenig, daß wir dieses Gesicht nun nicht mehr in das kleine rotschwarze Verbrecheralbum aufnehmen können, das wir nach der Revolution herausgeben werden, um der meistgesuchten und meistgehaßten Vertreter der alten Welt habhaft zu werden und sie zu öffentlichen Vernehmungen vorzuführen. Ihn nun nicht mehr – enfant perdu ...

Aber das ist ja nun nicht alles gewesen, was in meinem und im Kopf vieler anderer nach diesem Ding herumspukte. So eine richtige Freude, wie etwa bei der Himmelfahrt von Carrero Blanco konnte einfach nicht aufkommen. Nicht daß ich mich von der wirklich gut inszenierten ›öffentlichen‹ Empörung und Hysterie kirre machen ließ; dieses Spektakel scheint ja wirklich von Mal zu Mal besser zu funktionieren und daß irgendwo im Konzert dieser politischen Eunuchen, die von der Herstellung der ›öffentlichen Meinung‹ leben (gut leben), sich eine einzige ›kritische‹ Stimme erheben würde, daran glaubt wohl von uns keiner mehr.

Aber deswegen ist mir dieser hermetisch wirkende Block gleichgeschalteter Medien, offizieller Verlautbarungen und Kommentare doch nicht so egal, daß ich mich bei irgendwelchen Aktionen überhaupt nicht mehr um ihn zu kümmern bräuchte. Die Wanzenaffäre hat doch gezeigt, daß sich dieser Chor der Aufrechten Läuse in den Pelz gesetzt hat, die ihn kratzen, die sich nicht mit Meinungen und Kommentaren hinwegtuschieren lassen. Da haben sich immerhin Risse und Brüche in dieser scheinbar festgefügten Legitimationsfassade gezeigt, die wir ausnützen müssen. Und können, sogar in bezug auf Stammheim. Da haben wir eine Gelegenheit versäumt, ein öffentliches Gemurmel, ein öffentliches Unbehagen der Nonchalance mit der die Bubacks, Maihofers, Schiess und Benda die dicksten Rechtsbrüche begehen, offensiv für uns und die Gefangenen zu nutzen. Diese Chance ist vorerst vorbei.

Scanned by CamScanner

jetzt – nach dem Anschlag – ist nicht nur wieder jedes Mittel recht, um die »Terroristenbrut« zu zerschlagen, sondern die angewandten Mittel sind gar zu gering.

Das mag ein persönlicher Eindruck sein; ich hatte auch keine Ideen und keine Kraft, bei dieser Affäre einzugreifen. Aber deutlicher wird das, was ich damit kritisieren will, vielleicht am Beispiel des Roth/Otto Prozesses in Köln. In diesem Prozeß war die Strategie der Bubacks die, Linke, die nachweislich nicht geschossen haben, als Polizistenmörder zu verurteilen. Revolutionäre Linke sind Killer, ihre Gesinnung, ihre Praxis prädestiniert sie zu Killern, die vor keinem Mittel zurückschrecken – so die Gleichung der Ankläger und (offensichtlich) der Richter.

In mühevoller Kleinarbeit ist es den beteiligten Genossinnen und Genossen wenigstens ansatzweise gelungen, diese Strategie zu durchkreuzen und zwar so zu durchkreuzen, daß selbst die gleichgeschalteten Medien über die Sauereien, unmenschlichen Haftbedingungen, Verfahrensfehler etc. zu berichten gezwungen sind. Das kleine Stammheim in Köln hat so auch ein Schlaglicht auf das echte Stammheim werfen können. Am letzten Mittwoch haben die Anwälte von Roth und Otto Antrag auf Haftentlassung gestellt, weil einfach von der Beweislage her der Vorwurf des gemeinschaftlichen Mordes am Polizisten Pauli nicht mehr aufrecht zu halten war. Die Gleichung »Linke sind Killer« war durchkreuzt. Ich befürchte aber, daß mit dem Anschlag auf Buback den Genossen die guten Karten aus der Hand geschlagen worden sind, daß hierdurch eine unfreiwillige Amtshilfe für die Justiz geleistet wurde, die vielleicht sogar den Urteilsspruch negativ beeinflussen wird.

Der Blindheit jener, für die sich die politische Welt auf Stammheim reduziert und die völlig unabhängig von der jeweiligen ›politischen Konjunktur‹ den Kampf führen und ihre Mittel wählen, könnte so andere Genossinnen und Genossen entwaffnen und wäre ein unfreiwilliger Beitrag dazu, sie fertig zu machen. ›Counterinsurgency‹ andersherum ...

Diese Überlegungen alleine haben ausgereicht, mein inneres Händereiben zu stoppen. Aber es kommt noch doller. Ich habe auch über eine Zeit hinweg (wie so viele von uns) die Aktionen der bewaffneten Kämpfer goutiert; ich, der ich als Zivilist noch nie eine Knarre in der Hand hatte, eine Bombe habe hochgehen lassen. Ich habe mich schon ein bißchen dran aufgegeilt, wenn mal wieder was hoch ging und die ganze kapitalistische Schickeria samt ihren Schergen in Aufruhr versetzt war. Sachen, die ich im Tagtraum auch mal gern tun tät, aber wo ich mich nicht getraut hab sie zu tun.

Ich habe mir auch jetzt wieder vorgestellt, ich wäre bei den bewaffneten Kämpfern, werde gesucht, gejagt, lebe irgendwo in einem konspirativen Zusammenhang von einigen Leuten, muß aufpassen, daß meine alltäglichen Verrichtungen (einkaufen gehen, Papierkörbe leeren, einen Film sehen) mir nicht schon den Garaus machen.

Ich frage mich, wie ich – abgeschnitten von alltäglichen persönlichen und politischen Zusammenhängen – mit meinen Leuten die Entscheidung über solch eine Aktion fällen könnte. Wie ich mich monatelang darauf vorbereiten müßte, daß Buback weg muß, wie mein ganzes Denken von Logistik und Ballistik bestimmt wird. Wie ich mir sicher sein kann, daß dieser und kein anderer sterben muß, wie ich in Kauf nehme, daß auch ein anderer dabei drauf geht, ein dritter vielleicht querschnittsgelähmt sein wird etc. etc.

Ich müßte völlig umdenken: ich denke immer noch, daß die Entscheidung zu töten oder zu killen bei der herrschenden Macht liegt, bei Richtern, Bullen, Werkschützern, Militärs, AKW-Betreibern. Daß ich dafür extra ausgebildet sein müßte; kaltblütig wie Al Capone, schnell, brutal, berechnend.

Wie sollte ich mich entscheiden, daß Buback wichtig ist, nicht für mich und meine Leute, sondern auch für die anderen Leute. Daß er wichtiger ist, als der Richter X am Gefängnis Y oder einer seiner Wärter. Oder daß der Verkäufer an der Ecke, der dauernd »Kopf-ab« brüllt, eine geringere ›Schuld‹ trägt als Buback? Nur, weil er weniger ›Verantwortung‹ hat? Warum diese Politik der Persönlichkeiten? Könnten wir nicht mal zusammen eine Köchin entführen und sehen, wie sie dann reagieren, die aufrechten Demokraten?

Sollten wir uns nicht überhaupt mehr auf die Köchinnen konzentrieren?

Wenn in Argentinien oder gar in Spanien einer dieser staatlich legitimierten Killer umgelegt wird, habe ich diese Probleme nicht. Ich glaube zu spüren, daß der Haß des Volkes gegen diese Figuren wirklich ein Volkshaß ist. Aber wer und wieviele Leute haben Buback (tödlich) gehaßt. Woher könnte ich, gehörte ich den bewaffneten Kämpfern an, meine Kompetenz beziehen, über Leben und Tod zu entscheiden?

Wir alle müssen davon runterkommen, die Unterdrücker des Volkes stellvertretend für das Volk zu hassen, so wie wir allmählich schon davon runter sind, stellvertretend für andere zu handeln oder eine Partei aufzubauen. Wenn Buback kein Opfer des Volkszornes wird (oder wegen mir auch des Klassenhasses, damit kein falscher Verdacht aufkommt), dann geht die Gewalt, die so ausgeübt wird, ebensowenig vom Volk aus, wie Bubacks Gewalt vom Volke ausging.

Wir brauchen nur die Zeitungen aufzuschlagen und die Tagesmeldungen zu verfolgen: die Strategie der Liquidierung, das ist eine der Strategien der Herrschenden. Warum müssen wir sie kopieren? Die Leute (das Volk!) haben Angst davor, sie haben ihre Erfahrungen damit gemacht, genauso wie mit Einkerkerung und Arbeitslager. Was wir auch tun: es wirft immer ein Licht auf das, was wir anstreben. Wir werden unsere Feinde nicht liquidieren, nicht in Gefängnisse und nicht in Arbeitslager sperren und deswegen gehen wir doch nicht sanft mit ihnen um. Unser Zweck, eine Gesellschaft ohne Terror und Gewalt (wenn auch nicht ohne Aggression und Militanz), eine Gesellschaft ohne Zwangsarbeit (wenn auch nicht ohne Plackerei), eine Gesellschaft ohne Justiz, Knast und Anstalten (wenn auch nicht ohne Regeln und Vorschriften oder besser: Empfehlungen) dieser Zweck heiligt eben nicht jedes Mittel, sondern nur manches. Unser Weg zum Sozialismus (wegen mir: zur Anarchie) kann nicht mit Leichen gepflastert werden.

Warum liquidieren? Lächerlichkeit kann auch töten, zum Beispiel; auf lange Sicht und Dauer. Unsere Waffen sind nicht lediglich Nachahmungen der militärischen, sondern solche, die sie uns nicht aus der Hand schießen können. Unsere Stärke braucht deswegen nicht in einer Phrase zu liegen (wie der der ›Solidarität‹). Unsere Gewalt endlich kann nicht die Al Capones sein, eine Kopie des offenen Straßenterrors und des täglichen Terrors; nicht autoritär, sondern antiautoritär und deswegen umso wirksamer. Um der Machtfrage willen (o Gott!), dürfen Linke keine Killer sein, keine Brutalos, keine Vergewaltiger, aber sicher auch keine Heiligen, keine Unschuldslämmer. Einen Begriff und eine Praxis zu entfalten von Gewalt/Militanz, die fröhlich sind und die den Segen der beteiligten Massen haben, das ist (zum praktischen Ende gewendet) unsere Tagesaufgabe. Damit die Linken, die so handeln, nicht die gleichen Killervisagen wie die Bubacks kriegen.

Ein bißchen klobig, wie? Aber ehrlich gemeint ...

Ein Göttinger Mescalero
BUF

Scanned by CamScanner

Rolf Sachsse

Prada Meinhof. Die RAF als Marke
Ein Versuch in politischer Ikonologie

Zur Ausstellung »Crash!« im Londoner Institute of Contemporary Art publiziert Matt Worley für das Designer-Duo Scott King Ltd. im November 1999 einen kurzen Text über den »Radical chic« am Ende der 1990er Jahre und darin ein noch kürzeres Kapitel über jene Opfer des Modischen, die keinerlei Zugriff mehr auf die historisch vermittelte Symbolik ihrer Kleidung hätten. Dieses kleine Kapitel trägt die Überschrift »Prada Meinhof«, und zur gleichsam optischen Bestätigung der These fügen die Designer der Ausstellung wie ihrer Website ein giftgrünes Plakat mit diesem Schriftzug bei.[1] Die Referenz wird jedoch allein sprachlich geführt: Weder haben die Typografie des Plakats noch die Farbigkeit irgendetwas mit den ursprünglichen Emblemata der RAF noch mit denen der Modefirma Prada zu tun. Den zweiten Schritt tut diese Firma dann selbst, indem sie im Frühjahr 2001 eine Kollektion mit exakt diesem Titel auf den Markt wirft, der im April desselben Jahres das deutsche Lifestyle-Magazin *Max* einen redaktionellen Beitrag widmet.

Mit der »Prada Meinhof Collection« ist die historische Referenz auf die Appellation und das Design verschoben worden: Das professionelle Fotomodell verhüllt den Mund mit einem Tuch, das den Schriftzug »Prada Meinhof« in Schablonen-Typografie sowie die Silhouette eines Maschinengewehrs vom Typ AK-47 trägt, und schaut den Bildbetrachter direkt an, ihn zum modischen Kampf auffordernd. Das Bild vermeidet jede Ähnlichkeit mit den Aufnahmen von Entführungsopfern der RAF, sondern folgt den Standards der Modefotografie der 1970er Jahre – Terrorsymbolik als Retro-Design. Ausgerechnet das Institute of Contemporary Art in London greift diesen Faden im Herbst 2002 mit einer Filmretrospektive unter dem Titel »Red Army Friction« wieder auf, bei der vor allem Astrid Proll ihre Memorabilia in Form eines Coffee Table Books aus Fotografien und anderen Zeugnissen auf den Markt wirft.[2] In einem Zeitungsinterview kommentiert sie die Wiederkehr des RAF-Designs mit den Worten: »Wir sind alle den Moden unterworfen.« Genau darum geht es: Welche Moden bestimmten die RAF, und was ist an diesen Moden recyclingfähig?[3]

Ziel der folgenden Zeilen ist die Beleuchtung der gestalterischen Aspekte in der Vermittlung des Terrorismus an eine von ihm gesuchte Öffentlichkeit. Da ein gleichmäßiges Ausleuchten aller Elemente dieser Mediatisierung den Rahmen dieses Essays sprengen würde, sollen einzelne Spotlights auf Menschen, Zeichen und Bilder jeweils helle, gelegentlich auch grelle Darstellungen erzeugen. Methodisch bleibt dieser Versuch ebenfalls der Zeit verhaftet, der er sich widmet: Visuelle Symbole und Codes aus dem Umfeld

1 http://www.scottkingltd.com/ (Juli 2004).

2 Astrid Proll, Hans und Grete, Göttingen 1997; engl.: Pictures on the Run 67–77, London 2000.

3 Kate Conolly, Astrid Proll's journey to Terror Chic, *The Observer International* vom 6. Oktober 2002, S. 18, http://www.observer.guardian.co.uk/international/story/0,6903,805511,00.html (Juni 2004).

von Design und Gestaltung lassen sich am besten mittels negativer Affirmation bestimmen – nach Bazon Brock eine Pop-Methode.[4]

Um gleich mit den Akteuren auf der Bühne zu beginnen: Die Mitglieder der RAF, insbesondere diejenigen der ersten Generation, waren nicht nur Kinder ihrer Zeit, damit zwischen dem Mief der bundesdeutschen 1950er Jahre und Rock'n'Roll aufgewachsen, sondern sie waren zum Teil in irgendeiner Weise journalistisch tätig, bevor sie sich in der Gruppe zusammenfanden. Ihre Aktionsformen hatten sie künstlerischen Ausdrucksmitteln entlehnt, die ab Ende der 1950er Jahre en vogue waren, und ihr gesamtes Erscheinungsbild ist tatsächlich allein mit dem Begriff Design zu fassen – als prinzipiell entworfene, bis in Details hinein komponierte, allerdings in ihrer Wirksamkeit nicht immer optimierbare Gestaltung, für die das Wort »Marke« mehr als eine einfache Metapher ist: Die RAF hat nicht nur politisch und psychologisch, sondern auch gestalterisch die späten 1970er Jahre geprägt.

Das Logo

Die Geschichte der Wiederaneignung des Erscheinungsbildes der RAF durch zwei der wichtigsten Designmärkte der Welt – in Form eines italienischen Avantgarde-Modeherstellers und einer Londoner Ausstellungsinstitution – zeigt deutlich, dass die Gruppe endgültig einer globalen Integration in die Markenkultur anheimgefallen ist. Damit ist in der öffentlichen Meinung der grundsätzliche Streit um eine mögliche Definition bzw. Selbstdefinition zwischen Stadtguerilla und Terrorismus obsolet geworden: Beide Formen sind in derselben Weise historisiert worden. Aus den verschiedenen Gruppierungen werden Helden extrahiert, die als mediale Denkmäler zur Konstruktion kollektiver Erinnerung aufrechterhalten werden.[5] Aus den Bismarck-Türmen des frühen 20. Jahrhunderts ist zunächst das Che-Guevara-Poster der 1970er Jahre und dann, um 2002, der gewebte Teppich mit dem gütig lächelnden Osama bin Laden geworden; nur personalisierte Erinnerung ist einem effektiven Merchandising zuzuführen. Der RAF ging es nicht anders: Am Anfang war die intellektuelle Rezeption einer Ulrike Meinhof,[6] dann kam die Pop-Ikone Andreas Baader,[7] schließlich wird die »Marke« als Ganzes zum Chic, ohne dass noch jemand wüsste, was sie ursprünglich bedeutet hat.[8]

Kern einer Corporate Identity, also Marke, ist die Kondensation eines umfänglichen Erscheinungsbildes auf ein grafisch-typografisches Kürzel, das seit den 1980er Jahren »Logo« genannt wird.[9] Mit den ganz großen Markenzeichen der Werbegeschichte teilt das RAF-Logo die unübersichtliche Entstehungsgeschichte, die in sich selbst den Mythos des unbekannten Erfinders birgt. Auf Flugblättern und Bekennerbriefen taucht die Kreuzung aus fünfzackigem Stern, Silhouette einer Maschinenpistole und überblendetem Schriftzug RAF schwarzweiß in jener Form auf, die sich relativ leicht von einem Stempelschneider in die aus Papiermaché geformte Mater des damals gebräuchlichsten Kopierverfahrens, der Hektografie mit Wachstransfer-Negativ, übertragen ließ.[10] Der Grafiker Holm von Czettritz hat diese Form in einem späteren Interview zu Recht mit dem Kartoffeldruck als schulischer oder familiärer Bastelübung gleichgesetzt.[11] So nachlässig und simpel die technische Grundlage des RAF-Logos erscheint, so aufwendig ist sein symbolischer und semiotischer Apparat. Drei Elemente werden in diesem Logo miteinander kombiniert, jedes für sich als Bedeutungsträger

4 Rolf Sachsse, Spezialitäten eines Generalisten, in: Bazon Brock, Bildersturm und stramme Haltung. Texte 1968 bis 1996, Dresden 2002, S. 9–18, hier S. 11.
5 Johann Heinrich Müller (Hg.), Monumente durch Medien ersetzen, Ausstellungskatalog, Wuppertal 1976.
6 Wolfgang Kraushaar, Irrweg einer Moralistin, *die tageszeitung* vom 9. Mai 2001.
7 Robert Misik, Wer war, wer ist Andreas?, *die tageszeitung* vom 1. November 2003.
8 Naomi Klein, No Logo. Der Kampf der Global Player um die Marktmacht, Düsseldorf 2002.
9 Peter Weibel, Im Bauch des Biestes, Logo-Kultur, in: Peter Weibel, Gamma und Amplitude, Medien- und kunsttheoretische Schriften, hrsg. von Rolf Sachsse, Berlin 2004, S. 489–518.
10 Zur Technik der Hektografie vgl. die Website von Tom Trusky, http://english.boisestate.edu/ttrusky/hecto.html (Oktober 2004).
11 Nike Breyer, »Verbindlich war verdächtig«, *die tageszeitung* vom 12. April 2003.

Scanned by CamScanner

eingesetzt und einer semiotischen Syntax zugeführt: der Stern, die Maschinenpistole, der Schriftzug.

Das Pentagramm, der fünfzackige Stern mit und ohne durchgezogene Binnenlinien, hat eine lange Symbolgeschichte, mindestens bei den Pythagoreern ist es als Kombination der vier Elemente mit dem menschlichen Geist beschrieben.[12] Die gesamte christlich-abendländische Geschichte lang hat diese Figur neben dem sechszackigen Stern (Davidstern) und dem Kreis bzw. dem Oval (»Mandorla«) und Wappenschild den Hintergrund für zahlreiche mythische und legendäre Hervorhebungen gebildet. Die Profanisierung dieser abstrakten Formen stand seit dem 16. Jahrhundert in direktem Zusammenhang mit alchimistischen Praktiken wie allegorischen Narrativen, etwa bei der Überblendung des Kreises mit dem Menschen bei Michelangelo, und führte früh in die Symbolik der Freimaurerei und anderer voraufklärerischer Gruppen. Es veränderte sich der fünfzackige, auf zwei Zacken stehende Stern in die Überblendung von Zirkel und Winkellineal, letztlich die symbolische Vorform zur Kreuzung von Hammer und Sichel. Auch die Freimaurer-Figur wird seit dem 18. Jahrhundert mit persönlichen Elementen oder Sinnbildern anderer Kontexte emblematisch zusammengeführt.[13]

Die Überblendung des Sterns mit der Silhouette der Maschinenpistole folgt alter Plakatpraxis aus der Agitprop-Tradition. Hier führt eine direkte Linie von den konstruktivistischen Vereinfachungen symbolischer Gesten und körperlicher Haltungen in der Sowjetunion der späten 1920er Jahre über die Plakate und Mauerzeichen im spanischen Bürgerkrieg zu den lateinamerikanischen Befreiungs- und den nordamerikanischen Black-Power-Bewegungen der 1960er Jahre. Die gereckte Faust und das Pentagramm vereinen sich zu einem Kürzel für Kraft und Machtanspruch politischer Gruppen. Es wird in Varianten der Überschneidung von Arm und Stern sowie unter Hinzufügung anderer Elemente durchdekliniert, um minimale Differenzen der politischen Ansichten unterscheiden zu können. Sicherlich verweist die Nutzung der Maschinenpistole anstelle der Faust zum einen auf die technische Überlegenheit europäischer Bewegungen, zum anderen aber ist schon in sowjetischen Propagandaplakaten auf die visuelle Analogie des Gewehrkörpers samt viertelrundem Magazin mit dem Symbol von Hammer und Sichel geachtet worden.

Kurz vor der Entstehung der RAF und ihres Signets, ab Mitte der 1960er Jahre, taucht auch die Kombination von Stern, Gewehr und Faust auf, die sich in den folgenden Jahrzehnten gleichermaßen bei afrikanischen wie lateinamerikanischen Gruppen etabliert hat. Eine minimale Verschiebung der Konnotationen ergibt sich aus der Differenz unterschiedlicher Typen von Maschinenpistolen: Im ersten Jahr der RAF findet sich gelegentlich die Silhouette der Kalaschnikow AK-47 auf dem Signet, später ausschließlich die der Maschinenpistole MP 5 von Heckler & Koch. Mag die frühere Referenz noch einer Tradition des sozialistischen Agitprop geschuldet sein, der sich die Studentenbewegung insgesamt verpflichtet gefühlt haben mag, so ist die spätere Referenz eindeutig als antiimperialistisch zu verstehen. Als nur Eingeweihten verständliches Detail verweist dieser Silhouettenwechsel auf eine interne Design-Geschichte der RAF mit diversen Verwerfungen im Hinblick auf eine mögliche künstlerische Genese der Aktionsformen. Obendrein machen derlei Verschiebungen in der Konnotation die schillernde Genese des Begriffs Avantgarde aus Militär und Kunst aus, auf den sich mindestens die Baader-Meinhof-Gruppe berief.

Vor den Stern und das Sturmgewehr sind die drei Buchstaben RAF als Kontur gesetzt, quasi in der Art einer Leuchtreklame. Die Schrift ist vollends zeitgemäß: Es ist die Compacta Bold Outline der 1959 gegründeten Firma Letraset, die in den 1960er und 1970er Jahren mit ihren Buchstaben- und Symbolsammlungen zum Durchreiben von einem transparenten Kunststoffträger weltweit erfolgreich war und das Design jener Jahrzehnte maßgeblich prägte.[14] Formal ist die Schrift eine klassische Akzidenzgrotesk, wie sie im Werbegeschäft vor und nach dem Ersten Weltkrieg vermehrt auftauchte. Anonymen Ursprungs aus einigen Basler oder Zürcher Offizinen,

12 Apollonion Sophistes, The Pythagorean Pentacle, http://www.cs.utk.edu/~mclennan/BA/PP/ (Oktober 2004).

13 Franz Carl Endres, Die Symbole des Freimaurers, Stuttgart 1952.

14 www.letraset.com/history (September 2004).

ist sie für drei Generationen von Typografen Grundlage wichtiger Abwandlungen und Verbesserungen gewesen. Allerdings haben sich ihrer auch immer Techniker bedient, die mediale Neuerungen und Normen einführten, von der DIN- bis zur Schablonenschrift; letztere ist vom Bauhaus als ästhetische Form wiederbelebt worden und damit im gestalterischen Vorrat der Moderne angekommen.[15] Screentone-(Durchreibe-)Schriften mussten für einen besseren Transfer an den Ecken abgerundet werden. Damit wird der streng serifenlosen Grotesk im RAF-Signet eine eher weiche Kontur gegeben, die ein wenig an die unter »Russisch Brot« bekannten Backwaren gemahnt.

Die Überblendung der drei Elemente stammt aus der Emblematik des 16. und 17. Jahrhunderts; sie wurde vor allem gern in Kombination mit einem Porträt als Titelkupfer eines Buchs verwendet, gerade auch bei wissenschaftlichen Werken.[16] Typologisch sind die drei Elemente für derartige Emblemata konventionell: die abstrakte Figur als Hinweis auf philosophische Begründung, der Gegenstand als Grundlage des ausgeübten Handwerks und die Schrift als Kürzel einer nur den Eingeweihten bekannten Bedeutung. Beispielgebend für derartige Ketten von allegorischen Versatzstücken ist Dürers »Melencolia« von 1514.[17] An der Grenze einer Überinterpretation lässt sich dieser Stich sogar auf das RAF-Logo beziehen: Der Dodekaeder des Bildes basiert auf dem stehenden Pentagramm, Hobel und Säge im Vordergrund verweisen auf die Maschinenpistole, die Jahreszahl ist an der rechten Wand in ein magisches Quadrat gebettet. Nimmt man die leidend nachdenkliche Figur des Engels als Vorbild der Porträts von Entführungsopfern, so stellt sich die RAF vollends und eben auch visuell in eine alte deutsche Tradition.

Die psychologische Wirkung von Logos ist schwer zu bestimmen – manche altern schneller, als es den Protagonisten recht ist. Das Logo der RAF stellt sich im Kontext seiner Emblematik als Produkt einer Ära dar, in der Popmusik und Politik nicht allein in der Verkündung von Botschaften, sondern auch in den Präsentationsformen fast unauflöslich miteinander verbunden waren. Prinzipiell ist das Logo der RAF in seinen Elementen deutlich an die Studentenbewegung um 1968 gebunden, auch in der Codierung verschiedener Deutungsebenen. Allerdings ist mit dem Kontext dieser Ebenen auch die Bedeutung des dem Logo impliziten Handlungsaufrufes verloren gegangen. Kein Wunder, dass sich das Logo mehr als jedes andere designerische Merkmal der RAF zur De- und späteren Rekontextualisierung in der Mode oder im Lifestyle eignete. Doch auch die Aktivitäten der Gruppe sind nicht ohne Vor- und Nachbilder in Kunst und Design gewesen; hier spielen die Inszenierungen von Aktionen eine wesentliche Rolle.

Die Inszenierungen

Nicht die Aktionen der RAF als solche können hier Thema sein, sondern nur die Struktur ihres Aufbaus und ihrer Publikation, quasi ihre Grammatik. Als symbolische Handlungen wie als Eingriffe in die Öffentlichkeit haben diese Aktionen Vorgänger und Nachfolger. Sie stellen sich in eine spezifische Tradition, die nicht nur Kunst- und politische Geschichte umfasst, sondern auch jene Subgeschichte, die künstlerisches wie politisches Handeln als solches radikal zu befragen und damit die Dichotomie von Kunst bzw. Politik und Leben aufzulösen sucht. Derartige Traditionen haben sich in Europa während des 20. Jahrhunderts jeweils nach den Weltkriegen gebildet, zum einen in den Lebensreform-Bewegungen – die bis in Kunstschulen wie dem Bauhaus virulent wurden[18] – und zum anderen in existentialphilosophischen Ansätzen nach dem Zweiten Weltkrieg, die

15 Josef Albers, Zur Ökonomie der Schriftform (1926), in: Gerd Fleischmann (Hg.), bauhaus drucksachen typografie reklame, Düsseldorf 1984, S. 23–24 sowie S. 259–260.
16 Marion Kintzinger, Chronos und Historia: Studien zur Titelblattikonographie historiographischer Werke vom 16. bis zum 18. Jahrhundert, Wolfenbütteler Forschungen, Bd. 60, Wiesbaden 1995.
17 Raymond Klibansky / Erwin Panofsky / Fritz Saxl, Saturn und Melancholie. Studien zur Geschichte der Naturphilosophie und Medizin, der Religion und der Kunst, Frankfurt am Main 1992, S. 406–547, hier S. 462–485.
18 Lothar Schreyer, Erinnerungen an Sturm und Bauhaus, München 1966, S. 94–110. Vgl. auch: Konrad Wünsche, Bauhaus: Versuche, das Leben zu ordnen, West-Berlin 1989.

Scanned by CamScanner

sich in der Kunst als Informel, Action Painting oder abstrakter Expressionismus manifestierten.[19] Beiden Zeitphänomenen war zu Eigen, dass sie die Kunst insgesamt erweitern, aus dem Atelier in die Stadt und damit in die Gesellschaft holen und damit die Position des Künstlers als gesellschaftlich relevante Kraft stärken, mindestens aber grundsätzlich verändern wollten.[20]

Die studentischen Bewegungen der späten 1960er Jahre in Frankreich und Deutschland verdanken viele ihrer Aktionsformen einer Gruppe, deren Name mehr Zusammenhang suggeriert, als tatsächlich vorhanden war: der *Situationistischen Internationale*.[21] Einzige Konstante in diesem informellen Bündnis, dessen Name mit dem einer Zeitschrift identisch war, ist ihr Theoretiker Guy Debord gewesen, dessen »Gesellschaft des Spektakels« von 1967 die französischen Studenten in ihren Aktionen beeinflusst haben dürfte.[22] Zu diesem Zeitpunkt hatte die *Situationistische Internationale* jedoch bereits eine Reihe von deutschen Künstlern zu eigenen Aktionen und Gruppenbildungen angeregt, von denen mindestens die Münchner Gruppe *SPUR* um die Maler Heimrad Prem, Helmut Sturm, Hans Peter Zimmer und den Bildhauer Lothar Fischer zwischen 1958 und 1965 die Grenzen von Politik und Kunst auslotete, teilweise mit heftigen Kollisionen von Gesellschaft, Recht und Künstlern.[23] Zumindest Lothar Fischer und Helmut Sturm waren in den mittleren 1960er Jahren in der Münchner Kunstszene so weit verankert, dass eine Begegnung mit Andreas Baader zu jener Zeit wahrscheinlich ist, wenigstens aber bei ihm die Kenntnis der viel diskutierten *SPUR*-Manifestationen vorausgesetzt werden kann.

Nach Guy Debord sollten Situationisten sich über die konkrete Konstruktion kurzfristiger Lebensumgebungen und deren Umgestaltung in eine höhere Qualität der Leidenschaft widmen.[24] Dazu konnten sie sich prinzipiell zweier Techniken bedienen: des »dériver« (des Umherschweifens) und des »détournement« (der Zweckentfremdung).[25] *Dériver* kann auch als eiliges Flanieren, als sportliche Variante des Heimwegs aus der Bar nach langen kunsttheoretischen Debatten verstanden werden – und so ist es in der Studentenbewegung durchaus auch verstanden worden, wenn sich eine Berliner Gruppe um 1970 *Die umherschweifenden Haschrebellen* nennen konnte. Die bei Debord gelegentlich angedeutete Zweckmäßigkeit des *dériver* liegt im Erwerb intimer Kenntnis von Orten und Bewegungsabläufen, die für Aktionen genutzt werden kann – mit Sicherheit die Grundlage früher Aktionen der RAF. Im Gegensatz zum klassischen Auskundschaften eines Ortes für Anschläge ist das *dériver* eine prinzipiell künstlerische Technik der Aneignung von ortsspezifischen Sinneseindrücken, in die sich zufällige Elemente von Aktionen aller Art einbringen lassen, ohne die grundsätzliche Stoßrichtung des Ganzen zu gefährden.

Das *détournement* ist eine prinzipiell literarische Technik, die den freizügigen Umgang mit Zitaten bis hin zum sinnverändernden Plagiat einschließt. Über das Prinzip der Collage hinausgehend, integriert die Zweckentfremdung nicht nur den symbolischen Wert des *objet trouvé* in eine künstlerische Handlung oder Produktion, sondern schafft ganz praktisch eine Verschiebung in jedem zukünftigen Gebrauch, vom Flugblatt mit sinnverkehrten Zitaten bis zum Molotow-Cocktail aus Milchflaschen und Baumaterialien. Im Ganzen ist das *détournement* ein Pop-Phänomen, das auf die Schwemme von Konsumgütern reagiert,

19 Jürgen Claus, Kunst heute. Personen Analysen Dokumente, Reinbek 1965, S. 12–20.

20 Ders., Expansion der Kunst, Action Environment Kybernetik Technik Urbanistik, Beiträge zu Theorie und Praxis öffentlicher Kunst, Reinbek 1970, S. 97–104.

21 Roberto Ohrt, Phantom Avantgarde. Eine Geschichte der Situationistischen Internationale und der modernen Kunst, Hamburg 1990, sowie ders., Das große Spiel: die Situationisten zwischen Politik und Kunst, Hamburg 2000. Vgl. auch: Tom McDonough (Hg.), Guy Debord and the situationist international: texts and documents, October books, Cambridge, Mass., 2004.

22 Guy Debord, Gesellschaft des Spektakels, Hamburg 1978 (Paris 1967).

23 Otto van de Loo (Hg.), Gruppe SPUR 1958–1965, Lothar Fischer, Heimrad Prem, Helmut Sturm, HP Zimmer, Eine Dokumentation, München 1988.

24 Guy Debord, Rapport zur Konstruktion von Situationen, Paris 1957, zit. n. Dieter Schrage, Widerstand im Spektakel, Die Situationistische Internationale. Finden sich bei der S. I. Anknüpfungspunkte für aktuelle Protestbewegungen?, http://www.contextxxi.at/context/content/view/308/83 (10. Juni 2006).

25 Ebenda, Glossar.

die im Rahmen der Do-it-yourself-Bewegung seit den 1950er Jahren die Kunst und Architektur wahrscheinlich stärker beeinflusst haben als alle ideologischen und philosophischen Auseinandersetzungen. Die Zweckentfremdung von Gegenständen bei künstlerischen Aktionen war vor allem in der Fluxus-Bewegung zu Beginn der 1960er Jahre viel praktiziert worden;[26] in hohem Maße kennzeichnete diese Strategie auch die Arbeit der Wiener Aktionisten in Architektur und Kunst.[27] Auch im *détournement* kann der Bezug auf eine künstlerische Tradition nur für die Anfänge der RAF gelten, denn mit ihrer zunehmenden Radikalisierung ging eine ebenso starke Professionalisierung in der Wahl der Mittel einher, die jedes spielerisch künstlerische Element von vornherein – und in den Schriften von Gudrun Ensslin explizit – ausschloss.

Wichtiger als der häufig gezogene Vergleich zwischen den Aktionen der frühen RAF mit den Ideen der *Situationistischen Internationale* erscheint mir der Hinweis auf eine kleine Nebentendenz der Aktionskunst in den 1960er Jahren, der autodestruktiven Kunst, gelegentlich auch Destruktionskunst genannt.[28] 1961 und 1962 hatte der Bildhauer Jean Tinguely eine Reihe von selbstzerstörerischen Maschinenskulpturen entworfen und in Gang gesetzt, als Fanal gegen die zunehmenden Anspannungen des Kalten Krieges wie als Metapher künstlerischer Grenzüberschreitungen. Bereits 1959 hatte der als Kind aus Deutschland emigrierte Gustav Metzger in London mit seinen autodestruktiven Aktionen und Manifesten begonnen, die 1966 in einem »Destruction in Art Symposium« kulminierten.[29] Auf diesem Symposium wiederholte der britische Künstler John Latham einmal mehr seine seit 1964 praktizierte »Skoob Tower Ceremony«, bei der er einen hohen Turm von Büchern (skoob ↔ books) verbrannte.[30] Diese Aktionen fanden Ende 1966 ebenfalls in Düsseldorf und Aachen statt, was Latham wütende Kritiken und Leserbriefe der Art eintrug, dass man in Deutschland wahrlich keine Bücherverbrennungen mehr brauche.

Auf den Duktus dieser Briefe beziehen sich die beiden Verlautbarungen der *Kommune I* zum Brüsseler Kaufhausbrand vom 24. Mai 1967. In situationistischem *détournement* wird das Bedauern über den Tod von mehr als 300 Menschen in eine quasi künstlerische Aktion als Fanal des US-amerikanischen Vietnamkrieges umgewidmet. Und elf Monate später brennt in Frankfurt am Main das erste Kaufhaus. Bis Ende 1970 folgen eine Reihe von Aktionen, die symbolisch mit künstlerischen Handlungen verknüpfbar erscheinen: etwa die Staffelberg-Kampagne von 1969 oder die »Aktion Paßamt« in Langgöns 1970. Parallel dazu beginnt die kriminelle Karriere der Gruppe mit der Gefangenenbefreiung von Baader und einigen Banküberfällen. Die Bezeichnung RAF markiert demnach weitgehend das Ende jeder künstlerischen Bezugnahme. Nicht nur haben sich die einzelnen Mitglieder von ihren künstlerischen Wurzeln getrennt, sondern auch die Gruppe als Ganzes von den Aktionsformen, die sie in irgendeiner Weise von künstlerischen Vorbildern hätten übernehmen können. Die Gründung der RAF markiert demnach einen ähnlichen Ausschluss aller Kunst aus der Aktion, wie ihn die *Situationistische Internationale* unter Guy Debord 1962 vollzogen hatte – ein endgültiger Aderlass an aktionistischer Substanz und letzter Verlust an Sympathie unter den Rezipienten, die mit künstlerischen Handlungsweisen vertraut waren.

---

26 Richard Mortel (Hg.), Art Action 1958–1998, Rencontre internationale et colloque interactif, Québec 2002.

27 Peter Weibel, Wiener Aktionismus: Direkte Kunst, Körperkunst, Materialkunst, in: ders. (Hg.), Jenseits von Kunst, Wien 1997, S. 651–661.

28 Justin Hoffmann, Zerstörungen als Kunst gegen den Krieg, in: M_ARS, Kunst und Krieg, Ausstellungskatalog, hrsg. von Peter Weibel / Günther Hollerschuster, Graz 2003, S. 304–315. Der Begriff »Destruktionskunst« stammt vom selben Autor: Justin Hoffmann, Destruktionskunst. Der Mythos der Zerstörung in der Kunst der frühen sechziger Jahre, München 1995.

29 Gustav Metzger, Manifeste Schriften Konzepte, München 1997. Das Symposium ist durch eine Reihe von Fotografien und Filmen dokumentiert, die sich heute in der Sammlung Sohms an der Staatsgalerie Stuttgart befinden. Querbeziehungen zwischen seiner eigenen jüdischen wie Emigrationsgeschichte und seiner autodestruktiven Arbeit hat Gustav Metzger in vielen Gesprächen gezogen, etwa bei einer – leider undokumentierten – Sektion zur NS-Fotogeschichte bei den 1. Frankfurter Fotogeschichts-Gesprächen 1981.

30 Ina Conzen-Meairs, Kunst nach der Physik. John Lathams Suche nach der Darstellbarkeit der umfassenden Gegenwart, in: John Latham, Kunst nach der Physik, Ausstellungskatalog, Stuttgart 1991, S. 9–36, hier S. 20–23.

Scanned by CamScanner

In diesem Kontext erhält das Logo der RAF eine weitere Bedeutung: Als Marke steht es nun für quasi professionelle, (eben kriminell) marktkonforme Handlungsweisen, die durch das Design hinreichend fixiert werden, um jederzeit als Taten einer spezifischen Gruppe erkennbar zu bleiben. Diese Verschiebung ins Funktionale lässt sich mit historischem Abstand auch an anderem Material erkennen: an den fotografischen Abbildern der Akteure.

Die Bilder

Verbildlicht worden ist die RAF in vielen Gattungen und auf manchen Ebenen, von einzelnen Karikaturen über Comics – hier speziell Ende der 1990er Jahre in Bezug auf eine modische Rückkehr, etwa in der Zeitschrift *Titanic* – bis zu Graffiti, die das Logo der Gruppe paraphrasieren oder direkt übernehmen. Dennoch basieren die meisten dieser mimetischen Übungen im Umgang mit dem Phänomen RAF auf fotografischen Abbildungen, und auf diese soll hier das Augenmerk gerichtet werden. Zwei Formen fotografischer Abbildungen kennzeichnen den heutigen Blick auf die RAF: die Fahndungsplakate mit ihren kaum als Porträt zu bezeichnenden Gesichtsablichtungen und eine ikonische Überlieferung aus ephemeren Amateuraufnahmen. Letztere sind ebenfalls erst Ende der 1990er Jahre einem breiteren Publikum bekannt geworden, daher spielt in der Zwischenzeit eine einzige Fotografie die Rolle einer Klammer zwischen Zeiten und Rezeptionen. Die fotografische Bildgeschichte der RAF ist zudem nicht sauber zu trennen von der inzwischen recht gut aufgearbeiteten Bildgeschichte der Studentenbewegungen um 1968.[31] Was in diesem Umfeld an bildjournalistischem Material enstanden ist, unterscheidet die RAF nicht von allen anderen Gruppen und ihren öffentlichen Ablichtungen: Personen bei Reden und Diskussionen, in Hörsälen und auf der Straße, selten an einem Tisch im Café. Für die öffentliche Meinung zur RAF sind Polizeifotografien wesentlich bedeutender.

Die fotografische Erfassung von Tatverdächtigen, Untersuchungshäftlingen und Migranten ist so alt wie das Bildverfahren selbst; seine Durchführung grenzt seit den Zeiten des Pariser Polizeipräfekten Alphonse Bertillon an Verfahren der Folter.[32] Die Abzubildenden werden auf einen drehbaren Schemel gesetzt, nötigenfalls festgebunden, und mit Hilfe einer Schablonenabdeckung werden auf einem Negativ drei Abbildungen derselben Person hergestellt: en face, in Dreiviertel-Vorderansicht, im Profil. Während die Pariser und Schweizer Vorbilder des Verfahrens den für die genaue Ansicht der Menschen sinnvollsten grauen Hintergrund verwenden, hat sich im deutschen Polizeibild von Anfang an die Darstellung vor weißem Hintergrund etabliert. Über die Gründe dafür mag spekuliert werden; immerhin entspricht diese Abbildung einer Verdinglichung, wie sie für die deutsche Sachfotografie des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts typisch war; deutsche Waren wurden fast durchweg auf weißem Grund präsentiert.[33]

Für Fahndungsplakate sollten meist die Schrägansichten verwendet werden, weil sie die Sicherheit des Wiedererkennens durch Polizisten und interessierte Bürger erhöhen.[34] Nun war dies bei vielen Häftlingen der RAF, insbesondere nach der ersten Welle von Verhaftungen und Drangsalierungen, nicht mehr ohne Weiteres möglich, weil diese bei der Prozedur des Fotografierens heftigen Widerstand leisteten. Das Ergebnis ist – sicherlich in dieser Form ungewollt, da der Fahndung eher hinderlich – ein wahres Schreckenskabinett auf jedem Plakat: Verquetschte Gesichter aus leichter Ober- oder direkter Vorderansicht, die grobe Zeichnung vor weißem Hintergrund und ein miserabler Druck machen die RAF-Mitglieder zu monströsen Masken. Es erscheint typisch, dass die

31 Michael Ruetz, 1968. Ein Zeitalter wird besichtigt, Frankfurt am Main 1997.

32 Lydia Murauer, Träume des Erkennungsdienstes, Über die Belichtungsopfer von Polizei und Wissenschaft, in: *Der kairos der Fotografie. Mitteilungen des Österreichischen Fotoarchivs*, 4. Jg., 1989, Heft 3/4, S. 79–83.

33 Rolf Sachsse, Made in Germany as Image in Photography and Design, in: Christoph Lorey, John L. Plews (Hg.), Why German Matters in Popular Culture, Journal of Popular Culture Bd. 34, 2000, Nr. 3 (Winter 2000), S. 43–58.

34 Martin Stingelin, En face et en profil. Der identifizierende Blick von Polizei und Psychiatrie, in: FOTOVISION. Projekt Fotografie nach 150 Jahren, Ausstellungskatalog, Hannover 1988, S. 181–185.

Boulevardpresse, vor allem die *Bild*-Zeitung, genau jenen Phänotypus der Gesichtsdarstellung fortan für alle denunzierenden Menschendarstellungen verwendete, notfalls mit Hilfe der Fotomontage, mindestens aber immer mit der Freistellung der Kopfkontur vor weißem Hintergrund.

Interessante Ausnahmen bilden jene Bilder der Fahndungsplakate, die nicht aus erkennungsdienstlichem Kontext gewonnen worden waren, sondern als Ergebnis einer Überwachung entstanden oder gar aus amateurfotografischem Material übernommen werden mussten. Die Aufnahme eines lächelnden Christian Klar vor schwarzem Hintergrund hob sich so weit von allen anderen Fahndungsbildern ab, dass ihr quasi automatisch eine fetischisierende Wirkung zugeordnet wurde: Der Mann ist nicht zu fassen.[35] Als Christian Klar tatsächlich festgenommen worden war, musste aus ihm noch nachträglich der gefährlichste deutsche Terrorist aller Zeiten gemacht, mindestens ihm aber die Rolle eines *mastermind* der RAF zugewiesen werden. Bei den Frauen wurde in ähnlicher Weise hauptsächlich Inge Viett dargestellt, doch sind die Rollenbilder bei den Fahndungen nach den weiblichen RAF-Mitgliedern nicht so ausgeprägt wie bei den männlichen. Einen ganz eigenen Kommentar zum Erscheinungsbild der RAF geben die Rahmungen der Fahndungsbilder ab: vom einfachen Fenster bis zum doppelten, an den Ecken beschnittenen Passepartout sind alle grafisch modischen Elemente der 1970er Jahre eingesetzt worden und wirken doch rührend unbeholfen – wahrscheinlich ein Grund dafür, dass diese Plakate heute von Sammlern sehr gesucht werden.

Den exakten Kontrast zu diesen Visualisierungen der RAF-Mitglieder in der öffentlichen Meinung bilden Aufnahmen eines Albums, das von Astrid Proll Ende der 1990er Jahre herausgegeben wurde und wahrscheinlich an der neuen Vereinnahmung des Phänomens RAF durch den »radical chic« der letzten Jahre mitschuldig ist.[36] Die darin enthaltenen Bilder entsprechen in Form und Aufmachung exakt dem, was in studentischen und gestalterischen Umfeldern immer praktiziert wurde: die Dokumentation des Dabeigewesenseins, des Zusammenhalts unter Freunden, die Fröhlichkeit und Freude am Zusammensein, kurzum: die Fixierung eines bewahrenswerten Erinnerungsbildes von großer Alltäglichkeit.[37] Wie bei den Erinnerungsbüchern der Studentenbewegung ist die Rezeption eines solchen Bandes vor allem von der Wiedererkennung einzelner Figuren und Gesichter abhängig, aus der dann die eigene Beteiligung am Geschehen abgeleitet wird, mindestens aber das eigene Verhältnis zu den Ereignissen in der damaligen Zeit. Der unerwartete Erfolg des Buchs, das in kurzer Zeit ausverkauft war, zeigt die Ambivalenz einer derartigen Erinnerungsarbeit, die auch als Trauerarbeit einer politisierten Generation verstanden werden kann – einmal mehr wirkt die negative Affirmation als Pop-Theorie.

Diese Bindung gilt in besonderem Maß für ein einziges Bild, das den Mythos der Pop-Ikone Andreas Baader erst begründet hat. Um 1962 hat der damals bekannte Fotograf Herbert Tobias für ein Schwulenmagazin von Baader eine Bildserie hergestellt, aus der eine Aufnahme mit nacktem Oberkörper in einem leicht heruntergekommenen Atelierambiente besonders hervorsticht. Fünf Jahre nach dem Tod Baaders wird dieses Bild innerhalb einer retrospektiven Serie des bereits todkranken Fotografen publiziert; und noch ist der Erinnerungsdruck an die Stammheimer Ereignisse so hoch, dass nicht nur der Begleittext die »wäßrigen Augen« und das »dickliche Gesicht« des 19-Jährigen erwähnen muss, sondern dass dieser Publikation mit einem einzigen Bild von Baader inmitten von Porträts und Modeaufnahmen noch eine weitere Strecke über die Beerdigungen von Schleyer sowie von Ensslin, Baader und Raspe vorgeschaltet wird.[38] Dennoch hat diese eine Publikation in einem eher randständigen Organ ausgereicht, um einen Mythos zu festigen – den des eleganten Revolutionärs, des Dorian Gray der RAF. In einer Ausstellung zur deutschen Fotografie-Geschichte 1997 war dieses

35 Christian Metz, Foto. Fetisch (1985, 1990), in: Hubertus von Amelunxen (Hg.), Theorie der Fotografie IV 1980–1995, München 2000, S. 345–354.
36 Proll, Hans und Grete.

37 Billy Klüver, Ein Tag mit Picasso: 12. August 1916, Photographien von Jean Cocteau, Ostfildern-Ruit 1993.
38 Jean-Christophe Amann, Hajo Corsten, Herbert Tobias, in: *Fotografie – Zeitschrift internationaler Fotokunst*, 6. Jg., 1982, Heft 17/18, S. 82–93; die unkommentierte Bildstrecke von Angela Neuke auf S. 70–81.

Scanned by CamScanner

Bild ein Publikumsmagnet und erreichte bei einer internen Umfrage unter jugendlichen Kursteilnehmern mühelos den ersten Platz.[39]

Damit schließt sich der Kreis als Regelwerk: Die rein geschichtliche Betrachtung nonverbaler Kommunikationen evoziert unmittelbar neue, ebenso nonverbale Formen der Kommunikation; jedes Design entsteht aus Vorhandenem und bezieht sich darauf. Ist ein solcher Prozess einige Male durchlaufen worden, festigt sich ein Begriff als Marke von hoher emotionaler Bindung, aber geringerer Sachreferenz. Diese Entwicklung hat am Beginn des 21. Jahrhunderts offensichtlich auch die RAF eingeholt.

Rezeptionsebenen

»Deutschland sucht den Terror-Star«, titelt eine medienwissenschaftliche Hausarbeit über die neueren Rezeptionsformen der RAF und hat damit ebenso Recht wie Unrecht.[40] Richtig ist an dieser Überschrift die Feststellung eines Bedürfnisses nach Umwertung eines vormals politisch unkorrekten Begriffs in die Konsumierbarkeit einer kulturellen Szene-Wirklichkeit mit Bindestrich-Facettierungen. Falsch ist an dieser Überschrift, dass der Star gesucht werden muss: Er war immer schon da und heißt noch heute Andreas Baader. Seine offenkundige Androgynität ist Teil einer Pop-Identität, die als Gegenentwurf zur Martialität der Kriegsgenerationen begann, sich aber schnell selbst in ihr Gegenteil verkehrte. Damit ist das Phänomen RAF über eine Person und ihren Zeitbezug auch designhistorisch als Marke verortet, die sich zur Etikettierung einer großen Zahl vollkommen heterogener Ideen und Produkte verwenden lässt.

Die Wiederentdeckung der RAF seit den späten 1990er Jahren folgt dabei nicht nur zeitlichen Wellen, sondern auch unterschiedlichen Interessen, und diese legen jeweils den engen Ausschnitt fest, in dem die Betrachtung möglicher Bilder und Formen stattfindet. Zum einen scheint die Erklärung der RAF von 1998, dass der bewaffnete Kampf beendet sei, direkter Auslöser für eine Reihe von Historisierungen gewesen zu sein, die eingangs geschildert wurden und die den Prozess der Umwidmung von der politischen Bewegung in die konsumistische Marke wenn schon nicht in Gang setzten, so doch erheblich beschleunigten. Diese Historisierungen brachen die RAF vor allem aus dem ideologischen Raster von kleinen und kleinsten Gruppenidentitäten heraus, das sich in den 1980er und 1990er Jahren, vor allem aber nach der Wende von 1989 gebildet hatte. Als Marke gehörte die RAF nun in jeder Weise zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Als Projektionsfläche für linke Politik war sie damit endgültig erledigt.

Zum anderen hatten die Verhaftungen einiger RAF-Mitglieder, die in der DDR ein bürgerliches Leben geführt hatten, nach der Wende dafür gesorgt, dass die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit jener radikalen Politikarbeit, der sich die RAF eigentlich verschrieben hatte, zutage trat. Mit jeder zerstörten Märtyrerlegende aus diesem Umfeld verschob sich die Ansicht des Phänomens Terrorismus zunehmend in die Ebene jugendlicher Fehltritte, die sich mehr oder minder in spätere Lebensläufe integrieren ließen. In den Medien kursierten mehr und mehr Anekdoten über den Alltag des Terrorismus, und das Buch von Astrid Proll leitete endgültig die Familiarisierung der Gruppe als mögliche Schwestern und Brüder, Cousins und Cousinen, inzwischen auch Tanten und Onkel der Betrachterinnen und Betrachter ein, der Tod eines jeden Anspruchs auf Veränderung.

Erst diese beiden Entwicklungen ermöglichten die schnelle und vergleichsweise harmlose Inkorporierung der RAF in die Modeszene um die Jahrtausendwende. Schocks gingen von der Verwendung des RAF-Logos auf T-Shirts und Tüchern nicht mehr aus; der »radical chic« wurde um diese Zeit eher in der dritten oder vierten Generation des Punks gesucht und gefunden; der wirkliche politische Schock

39 Ausstellung Deutsche Fotografie, Macht eines Mediums 1870–1970, Bonn 1997. Mündliche Mitteilung von Herrn Dr. Hanns-Ulrich Mette im November 1997.

40 Lars Moll, Der RAF-Terrorismus – eine Wiederkehr als Pop-Phänomen, Hausarbeit im Studiengang Europäische Medienwissenschaften an der Universität Potsdam. www.rafinfo.de/archiv/files/RAF-pop.pdf (September 2004).

kam nun aus Afghanistan und Palästina. Dass für die RAF und die Aktionen islamistischer Gruppen derselbe Begriff des Terrorismus verwendet wurde, ist dann als ein weiterer melancholischer Treppenwitz der politischen Philosophie zu werten, ähnlich wie die damalige Bezugnahme der deutschen RAF auf lateinamerikanische Befreiungsbewegungen aus der Sicht unbeteiligter Rezipienten.[41] Insofern mag am Ende einer Betrachtung zur politischen Ästhetik die Beobachtung stehen, dass kein Design die metaphorischen Brüche zwischen Anspruch und Wirklichkeit zu kitten vermag, sondern diese – auf lange Sicht – zunehmend deutlich offenlegt.

41 Peter Sloterdijk, Luftbeben. An den Quellen des Terrors, Frankfurt am Main 2002.

Scanned by CamScanner

X. Hypothesen

Scanned by CamScanner

Dorothea Hauser

Deutschland, Italien, Japan

Die ehemaligen Achsenmächte und der Terrorismus der 1970er Jahre[1]

Kausalität oder Koinzidenz

Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, dass aus dem Niedergang der 68er-Revolte in der westlichen Welt ausschließlich in Deutschland, Italien und Japan nachhaltige terroristische Gruppierungen entstanden sind, deren Strategie die Ermordung von Menschen einschloss. Verschiedentlich ist darauf hingewiesen worden, dass diese auffällige Abweichung von der Norm keine bloße Koinzidenz sein kann, sondern vielmehr damit zu tun haben muss, dass es sich bei eben diesen drei Ländern um die Urheber und Verlierer des Zweiten Weltkriegs, also um die sogenannten Achsenmächte handelt. Der Schlüssel für dieses Phänomen, so die Vermutung, muss in der gemeinsamen Gewaltvergangenheit liegen, sei es nun der des Nationalsozialismus wie im deutschen Fall, des italienische Faschismus oder aber des ultranationalistischen Militarismus japanischer Prägung.[2] »Offenbar trugen«, so mutmaßte bereits Norbert Elias, der dabei am Rande auch Japan erwähnte, »die gleichen sozialen Bedingungen und Traditionen, die in Deutschland wie in Italien die Entstehung von gewalttätigen diktatorischen Herrschaftstypen begünstigten, auch zur Entstehung gewalttätiger antifaschistischer Gegenbewegungen bei [...] man hat in Rechnung zu stellen, daß außerparlamentarische Oppositionsbewegungen in anderen parlamentarisch regierten Ländern nicht zur Bildung konspirativer terroristischer Gruppen geführt haben.«[3]

Obwohl die Fragestellung nahe liegt, gibt es Versuche, hier einen Zusammenhang tatsächlich zu begründen, bisher so gut wie nicht. Erste, eher skizzenhafte Überlegungen hat allein der Politologe Karl-Ernst Fritzsche für Italien und die Bundesrepublik vorgelegt. Seiner These einer »eskalationsfördernden ›Last des Faschismus‹«,[4] die für den italienischen Fall überzeugender umrissen ist als für die deutsche RAF, mangelt es aber an Substantiierung. Dagegen ist von Iring Fetscher – der dabei allerdings eine spezifische und ansatzweise apologetische Interpretation des Phänomens im Auge hatte, die den bewaffneten Kampf als verzweifelten letzten Ausweg linksradikalen Protests »gegen die Relikte faschistischer Macht«

1 Ich danke Belinda Joy Davis, Volker Paulmann und Philip Cooke, die mir noch unveröffentlichte bzw. im Druck befindliche Aufsätze zur Verfügung gestellt haben.

2 Vgl. Norbert Elias, Der bundesdeutsche Terrorismus – Ausdruck eines Generationskonflikts, in: ders., Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1992, S. 300–389, hier S. 333 f.; Gerd Koenen, Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977, Frankfurt am Main 2002, S. 93 f.; Michaël Prazan, Les Fanatiques. Histoire de l'Armée rouge japonaise, Paris 2002, S. 80.

3 Elias, Terrorismus, S. 333 f.

4 [Karl-]Peter Fritzsche, Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland und Italien. Erbschaft der »68er-Bewegung« oder »Last des Faschismus«?; in: *Universitas*, 43. Jg., 1988, Nr. 10, S. 1056–1064. Ich werde, insbesondere was die RAF betrifft, im Folgenden zu anderen Beurteilungen als Fritzsche kommen.

verstand – festgestellt worden, »diese pauschale These« halte einer näheren Untersuchung nicht stand.[5] Ferner gibt es einige sozialwissenschaftliche Untersuchungen, die im Zusammenhang mit der Frage nach dem Nexus von Protest und staatlicher Reaktion auch das Phänomen des Terrorismus und die Versuche staatlicher, vor allem polizeilicher Repression in den drei Ländern vergleichend in den Blick genommen haben.[6] Abgesehen davon, dass diese zumeist dem Konzept der sozialen Bewegungsforschung[7] verpflichteten Studien möglicherweise historisch bedingten Hintergründen und Gemeinsamkeiten kaum Aufmerksamkeit schenken,[8] weisen ihre Ergebnisse jedoch weniger auf Parallelität als vielmehr auf Differenz.

Zwar lassen sich für den Prozess der Entstehung und Fortentwicklung militanter Untergrundgruppen in Italien, der Bundesrepublik und Japan durchaus strukturelle Ähnlichkeiten aufzeigen.[9] Diese gelten aber genauso für jene nach 1968 in den USA – und anderswo – stattfindende klandestine Mobilisierung, der das Signum mörderischer Eskalation fehlt. Was einen möglichen Nachhall gewaltförmiger Traditionen und Vergangenheiten im Politikstil der ehemaligen Achsenmächte angeht, ist zunächst festzuhalten: In allen drei – hier nur der Einfachheit halber so genannten – »postfaschistischen«[10] Gesellschaften ist die staatliche Reaktion äußerst unterschiedlich gewesen und besitzt tatsächlich nur eine Gemeinsamkeit: Die verschiedenen Ansätze waren alle gleichermaßen erfolglos. Dies gilt für die harte, gesetzlich abgesicherte deutsche Repressionsstrategie mit ihrem Hightech-Ansatz ebenso wie für das prinzipiell weiche, im Zweifelsfall aber rechtlich völlig ungedeckte Vorgehen des japanischen Staates. Diesem gelang es zwar schon 1971, ursprünglich indigene Guerillagruppen aus Japan selbst zu vertreiben; das hielt diese jedoch nicht davon ab, viele Jahre lang außerhalb Japans aktiv zu sein. In Italien wiederum griff der Staat auch zu »schmutzigen« Repressionsformen, ja er mischte sich in die Produktion terroristischer Gewalt tatsächlich aktiv ein;[11] er konnte dann aber von 1981 an mit der Strategie der *pentiti* und *dissociati*, dem Angebot von Strafmilderung gegen Kooperation bzw. Reue,

5 Iring Fetscher, Terrorismus und Reaktion in der Bundesrepublik Deutschland und in Italien, Hamburg 1981, S. 107.

6 Zum Folgenden vgl. Donatella della Porta, Social Movements, Political Violence, and the State. A Comparative Analysis of Italy and Germany, Cambridge 1995; Peter J. Katzenstein, Left-Wing Violence and State Response: United States, Germany, Italy and Japan, 1960s–1990s, Institute for European Studies Working Paper 98.1, Ithaca 1998; ders., Same War – Different Views. Germany, Japan, and Counterterrorism; in: *International Organization*, 2003, Bd. 57, S. 731–760.

7 Zum Problem der Anwendbarkeit des Konzepts auf das 68er-Phänomen siehe Wolfgang Kraushaar, Der Zeitzeuge als Feind des Historikers? Ein Literaturüberblick zur 68er-Bewegung, zuletzt in: ders., 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur, Hamburg 2000, S. 253–347, hier S. 262–268.

8 Hierzu gehört etwa die 1968 verbreitete Angst vor einer »Weimarisierung« der Bundesrepublik unter westdeutschen Polizisten. Vgl. Klaus Weinhauer, Schutzpolizei in der Bundesrepublik. Zwischen Bürgerkrieg und Innerer Sicherheit: Die turbulenten sechziger Jahre, Paderborn 2003.

9 Siehe Gilda Zwerman / Patricia G. Steinhoff / Donatella della Porta: Disappearing Social Movements – Clandestinity in the Cycle of New Left Social Movements in the United States, Japan, Germany, and Italy; in: *Mobilization*, 2000, Bd. 5, S. 85–104.

10 Es ist zu Recht umstritten, ob der japanische Militarismus (Tenno-System) Faschismus genannt werden kann. Faustregel ist, dass japanische Forscher das Showa-Reich als faschistisch bezeichnen, ihre westlichen Kollegen dies hingegen ablehnen. Vgl. u. a. Bernd Martin, Zur Tauglichkeit eines übergreifenden Faschismus-Begriffs. Ein Vergleich zwischen Japan, Italien und Deutschland, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 29. Jg., Januar 1981, Heft 1, S. 48–73; Gavan McCormack, Nineteen-thirties Japan – Fascism?, in: *Bulletin of Concerned Asian Scholars*, 1982, Nr. 14, S. 2–19; Paul Broker, Faces of Fraternalism. Nazi Germany, Fascist Italy, and Imperial Japan, Oxford 1991. Eine vergleichende Betrachtung bei Wolfgang Schieder, Kriegsregime des 20. Jahrhunderts. Deutschland, Italien und Japan im Vergleich, in: Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945, hrsg. von Christoph Cornelißen / Lutz Klinkhammer / Wolfgang Schwentker, Frankfurt am Main 2003, S. 28–48.

11 Die quellengestützte Aufarbeitung der italienischen »Strategie der Spannung« steht noch aus. Zur Problematik siehe Richard Drake, Why the Moro Trials Have Not Settled the Moro Murder Case. A Problem in Political and Intellectual History, in: *The Journal of Modern History*, Juni 2001, Bd. 73, S. 359–378. Wegweisend ist Daniele Ganser, Nato's Secret Armies. Operation Gladio and Terrorism in Western Europe, London 2005. Wenig quellengestützt und oft wüst spekulativ dagegen Gerhard Feldbauer, Agenten, Terror, Staatskomplott. Der Mord an Aldo Moro, Rote Brigaden und CIA, Köln 2000.

Scanned by CamScanner

durchaus Erfolge erzielen, während ähnliche Ansätze in Deutschland, so etwa die Kronzeugenregelung, scheiterten.

Trotz seines klar definierten sozialwissenschaftlichen Rüstzeugs mündet angesichts widersprüchlicher Befunde Peter Katzensteins Vergleich zwischen der terroristischen Erfahrung in der Bundesrepublik und in Japan daher in der Feststellung, dass zu Entstehung und Fortbestand wie auch zum Ende der Guerillagruppierungen weniger staatliche und polizeiliche Maßnahmen beigetragen haben als vielmehr »luck and the passing of time«,[12] das Vergehen der Zeit. Und auch Gilda Zwerman und Pat Steinhoff kommen am Ende ihrer komparatistischen soziologischen Studie zur Interaktion von gewaltförmiger Dissidenz und Staat zu dem Ergebnis, dass ein langfristiger historischer Blickwinkel, »a relatively long historical approach«,[13] zum Verständnis sowohl der Ursprünge von Protestzyklen wie auch ihrer militanten Fortentwicklungen nötig ist. Wie dieser historische Blickwinkel aussehen und worauf er sich richten sollte, lassen sie indes offen.

Einer neueren transnationalen quantitativen Untersuchung von Jan Oskar Engene,[14] die erstmals systematisch empirische Daten über terroristische Vorfälle in ganz Westeuropa zusammenstellt, lassen sich jedoch wichtige Hinweise entnehmen. Denn Engene kann zeigen, dass die Entstehung terroristischer Gruppierungen bei demokratischen Regierungsformen durchgehend mit problembehafteter staatlicher Legitimität verknüpft ist und dabei ein deutlicher Zusammenhang zwischen dem Auftreten ideologisch motivierten Terrorismus und der historischen Diskontinuität politischer Systeme besteht.[15] Neben Norbert Elias' Frage nach dem Weiterwirken gewaltförmiger Traditionen ist also umgekehrt auch nach der Wirkung des Bruchs staatlicher Souveränität, nach den Folgen von Niederlage, Besatzung und verordneter Demokratie sowie ferner nach dem Einfluss von Rezeption und Umgang mit der Vergangenheit in Japan, Italien und Westdeutschland zu fragen.[16] Diese Punkte sollen die folgende historische Annäherung leiten. Dabei liegt der Schwerpunkt darauf, inwieweit die jeweiligen Vergangenheiten in den drei Ländern in die damalige Gegenwart hineinreichten und welche Bedeutung den Kategorien der Identität und der Legitimität im Zusammenhang von Vergangenheitsdeutungen und Selbstbild der Guerilla zukommt. Dass Terrorismus beabsichtigt, die Legitimität des Staates, gegen den er kämpft, in Frage zu stellen, gilt zwar überall; zu klären ist aber beispielsweise, welche spezifische Bedeutung dem 1968 ubiquitären Faschismusvorwurf in den drei »postfaschistischen« Nachfolgestaaten als Legitimierungsressource zukommt. Der Begriff der Identität[17] hängt damit notwendig zusammen. Es ist daher nicht zufällig, dass – nach »Befreiung« und »Kampf« – Identität im Wortschatz der RAF die am häufigsten benutzte Vokabel ist und dabei keineswegs nur in Bezug auf ihre kollektive Gruppenidentität als Guerilla verwendet wird.

Da die gesellschaftlichen Voraussetzungen und

12 Peter J. Katzenstein, September 11th in Comparative Perspective – The Anti-terrorism Campaigns of Germany and Japan, in: *Dialogue Io*, Januar 2002, 1. Jg., Nr. 1, S. 45–56, hier S. 49.

13 Gilda Zwerman / Patricia Steinhoff, When Activists Ask for Trouble: Dissident-State Interactions and the Emergence of Armed Clandestine Movements in the United States and Japan, in: Carol Mueller / Hank Johnston / Christian Davenport (Hg.), Repression and Mobilization. Minneapolis 2005.

14 Jan Oskar Engene, Patterns of Terrorism in Western Europe, 1950–95, Diss., Bergen 1998. Die neueste Publikation des Autors hat mir leider nicht rechtzeitig vorgelegen: ders., Terrorism in Western Europe – Explaining the Trends since 1950, Cheltenham/Northampton 2004.

15 Vgl. Engene, Patterns, S. 289 ff. Zur wesentlichen Bedeutung von Kontinuität für das Funktionieren von personaler bzw. historischer Identität siehe Emil Angehrn, Geschichte und Identität, (West-)Berlin 1985, S. 317 ff.

16 Versuche, den Terrorismus der 1970er Jahre außerhalb der politischen Sphäre im Zusammenhang von Frustrations-Aggressions-Analogien oder sozialer Marginalität, als Logik des Untergrunds, Wettbewerb auf einem Gewaltmarkt usw. oder aber gleichsam individualgenetisch zu erklären, sind unbefriedigend geblieben.

17 Anders als es die Rekonstruktion des emphatischen Identitätsbegriffs der Guerilla zuweilen erscheinen lassen mag, ist im Folgenden mit Identität stets kollektive Identität als soziales Konstrukt gemeint. Vgl. zur Begrifflichkeit Jürgen Straub, Personale und Kollektive Identität. Zur Analyse eines theoretischen Begriffs, in: Identitäten (Erinnerung, Geschichte, Identität, 3), hrsg. von Aleida Assmann / Heidrun Friese, Frankfurt am Main 1998, S. 73–104.

das politische Denken der 68er-Bewegung in der gesamten westlichen Welt weitgehend ähnlich waren[18] und überdies die staatliche Repression in anderen parlamentarisch regierten Ländern, so in Frankreich und den USA, teilweise weitaus massiver ausfiel,[19] geht es schließlich auch um die Frage, welcher Affekt am Ende für die mörderische Radikalisierung von 1968 allein in den drei Ländern der ehemaligen Achsenmächte entscheidend war.

Der Holocaust als Generationsobjekt?

»Die Geschichte der RAF«, hat Peter-Jürgen Boock im Rückblick festgehalten, »[...] ist ohne die Nazi-Zeit und die ›Schuld der Väter‹ weder zu verstehen noch zu interpretieren. Das Paradoxe daran ist, daß sich aus dem moralisch motivierten Schluß, so etwas nie wieder stillschweigend zu dulden, der Terrorismus in der BRD entwickelt hat.«[20] Ähnliche retrospektive Äußerungen gibt es auch von anderen Mitgliedern der RAF.[21]

In der Tat: Was die RAF angeht, scheint der historische Zusammenhang zunächst auf der Hand zu liegen: Denn die Frontstellung »gegen die Auschwitz-Generation«,[22] gegen eine ihre Verstrickung in die NS-Gewaltherrschaft mehr oder minder leugnende oder verdrängende Elterngeneration wird nicht nur der antiautoritären Revolte, sondern auch ihrem radikalen »Entmischungsprodukt«[23] zugeschrieben. »Die RAF«, so heißt es auch in ihrer Auflösungserklärung von 1998, »nahm den Kampf gegen einen Staat auf, der nach der Befreiung vom Nazi-Faschismus mit seiner nationalsozialistischen Vergangenheit nicht gebrochen hatte.«[24] Entsprechend ist die Entstehung eines linkspolitischen Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland auch als »verzweifelte Fortsetzung jener 1968 um die Schuldfrage aufgebrochenen Auseinandersetzungen«[25] interpretiert worden.

Zu dieser Lesart gehört, dass Trauma und Leistung der 68er darin bestehen, dass sie das Schweigekartell der Elterngeneration aufzubrechen und zugleich in einem gleichsam heroischen Akt der Selbstverpflichtung die Schuld ihrer Eltern zu übernehmen bereit waren. Zwar habe, so urteilt Christian Schneider, die für die Aneignung des »Holocaust als Generationsobjekt«[26] notwendige Identifikation mit den Opfern insbesondere des nationalsozialistischen Judenmords durchaus hysterische Züge besessen; ebendiese Identifikation aber habe der Nachfolgegeneration die historische Mission des Anklägers wie des Wächters der NS-Vergangenheit ermöglicht. Auf die RAF bezogen heißt das, dass nach der moralischen Initialzündung des Vietnamkrieges neben der antiimperialistischen ideologischen Ausrichtung in psychodynamischer

18 Vgl. George Katsiaficas, The Imagination of the New Left. A Global Analysis of 1968, Boston 1987.

19 In der Bundesrepublik wurde dies freilich anders wahrgenommen. Vgl. Fritz Sack, Die Reaktion von Gesellschaft, Politik und Staat auf die Studentenbewegung, in: ders. / Heinz Steinert, Terror und Reaktion (= Analysen zum Terrorismus, hrsg. v. Bundesministerium des Innern, Bd. 4/2). Opladen 1984, S. 106–226; Sebastian Scheerer, Deutschland. Die ausgebürgerte Linke, in: Henner Hess / Martin Mohrings / Dieter Paas (Hg.), Angriff auf das Herz des Staates. Soziale Entwicklung und Terrorismus, Frankfurt am Main 1988, Bd. 1, S. 393–429.

20 Peter-Jürgen Boock / Peter Schneider, Ratte – tot ... Ein Briefwechsel, Darmstadt 1985, S. 102.

21 Vgl. u. a. Klaus Jünschke in: Margot Overath, Drachenzähne. Gespräche, Dokumente und Recherchen aus der Wirklichkeit der Hochsicherheitsjustiz (= Terroristen & Richter, 3), Hamburg 1991, S. 31; Lutz Taufer: Gegen die Auschwitz-Generation zu verlieren, war undenkbar. Die RAF war der Versuch, die Revolte von '68 weiterzuentwickeln, *Jungle World* vom 4. November 1997; Der Minister und der Terrorist. Gespräche zwischen Gerhart Baum und Horst Mahler, hrsg. von Axel Jeschke und Wolfgang Malanowski. Reinbek 1980, S. 25; »Das war Krieg«. [Interview mit] Birgit Hogefeld, RAF-Gefangene, *Freitag* vom 17. Dezember 1999.

22 Taufer, Gegen die Auschwitz-Generation.

23 Wolfgang Kraushaar (im Gespräch mit Jörg Herrmann), Die Aura der Gewalt. Die »Rote Armee Fraktion« als Entmischungsprodukt der Studentenbewegung – Erinnerungen, Interpretationen, Hypothesen, in: *Lettre Internationale*, 14. Jg., 2001, Nr. 52, S. 7–16.

24 »Wir beenden das Projekt«. Die Abschiedserklärung der Roten Armee Fraktion (RAF), *Jungle World* vom 29. April 1998, Nr. 18.

25 Christian Schneider, Schuld als Generationenproblem, in: *Mittelweg* 36, 7. Jg., 1998, Heft 4, S. 28–40, hier S. 32.

26 Christian Schneider, Der Holocaust als Generationsobjekt; in: *Mittelweg* 36, 13. Jg., 2004, Heft 4, S. 56–73.

Scanned by CamScanner

Hinsicht für viele ein qualvolles Ringen mit der Schuld der Eltern für die Entscheidung zum bewaffneten Kampf wesentlich war.[27] Die ehemals gefeierte Kolumnistin Ulrike Meinhof, gesehen als Opfer eines selbstzerstörerischen moralischen Rigorismus, ist bis zu ihrem bitteren Ende 1976 fraglos Ikone dieser Interpretation[28] und nicht zuletzt Schmerzensmutter linken Mitleidens zwischen Solidarität und Selbsthass gewesen.

Es spricht für diese Deutung, dass sie die Entstehung des Konzepts der Stadtguerilla im Zentrum der Neuen Linken, nämlich im SDS, nicht verleugnet.[29] Gleichwohl sind erhebliche Zweifel daran anzumelden, schon weil sie allzu wortgetreu die damaligen Parolen reproduziert: Denn schon beim Frankfurter Kaufhausbrandprozess im Oktober 1968, als der Verteidiger Horst Mahler als Motiv für die Tat »die Rebellion gegen eine Generation, die in der NS-Zeit millionenfache Verbrechen geduldet und sich dadurch mitschuldig gemacht hat«,[30] anführte, war die Reaktion nicht nur der APO, sondern auch der bürgerlichen Presse und Öffentlichkeit weithin verständnisvoll gewesen. Mehr noch: Während der SDS den bis zur Rechtskraft des Urteils auf freien Fuß gesetzten Angeklagten Baader und Ensslin zunächst jede Unterstützung ihres Staffelberg-Projekts mit randständigen Jugendlichen verweigerte, war es der Staat in Gestalt des Frankfurter Jugendamts, der die Finanzierung von sechs Wohngemeinschaften mit Heimzöglingen bereitwillig übernahm.[31]

Die in jüngster Zeit verstärkte Forschung zu den 1960er Jahren ist denn auch einig darin, das landläufige Bild von 1968 als tiefer Zäsur zwischen vergangenheitspolitischer Finsternis und dem grellen Licht einer erzwungenen Aufklärung zu revidieren.[32] Nicht nur, dass es bereits seit den frühen 1960er Jahren ein »gesellschaftliches Klima der Veränderung«[33] gab, das die Protestbewegung Ende des Jahrzehnts wohl auch mit ermöglichte. Vielmehr waren die 1960er Jahre von Anfang an, d. h. bereits ab 1958/59 – Ulmer Einsatzgruppenprozess, Einrichtung der Zentralen Stelle Ludwigsburg, Rücktritt des Vertriebenenministers Oberländer –, durch eine quantitative und qualitative Intensivierung vergangenheitspolitischer Diskurse und kultureller Verarbeitungen der NS-Zeit gekennzeichnet. Dabei wurde, freilich auch genötigt durch die Braunbuch-Kampagne der DDR, zum einen der restaurative Umgang mit der NS-Geschichte während der 1950er Jahre skandalisiert, zum anderen beschäftigte die Öffentlichkeit jetzt nicht mehr

---

27 Vgl. Horst-Eberhard Richter, Was mich mit einer gewandelten RAF-Gefangenen und ihrem Vater verbindet, in: Hans-Jürgen Wirth (Hg.), Hitlers Enkel – oder Kinder der Demokratie? Die 68er-Generation, die RAF und die Fischer-Debatte, Gießen 2001, S. 73–80, Hans-Jürgen Wirth, Versuch, den Umbruch von 68 und das Problem der Gewalt zu verstehen. Die »Vertiefung des demokratischen Engagements« durch die 68er-Bewegung, in: ebenda, S. 13–44. Siehe dagegen Jan Philipp Reemtsma, Was heißt »die Geschichte der RAF verstehen«?, in: Wolfgang Kraushaar / Jan Philipp Reemtsma / Karin Wieland, Rudi Dutschke Andreas Baader und die RAF, Hamburg 2005, S. 100–142.

28 Klassisch etwa Peter Brückner, Ulrike Marie Meinhof und die deutschen Verhältnisse, Berlin 1976.

29 Dazu Wolfgang Kraushaar, Autoritärer Staat und antiautoritäre Bewegung. Zum Organisationsreferat von Rudi Dutschke und Hans-Jürgen Krahl auf der 22. Delegiertenkonferenz des SDS in Frankfurt (4.–8. Sept. 1967), in: ders. (Hg.), Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946–1995, Bd. 3: Aufsätze und Kommentare, Hamburg 1998, S. 15–33. Dagegen betont Stadtguerilla als völligen Bruch mit den Zielen und Strategien einer Neuen Linken weiterhin Ingrid Gilcher-Holtey, Die 68er Bewegung. Deutschland – Westeuropa – USA, München 2001, S. 122–124.

30 Zit. n. Stefan Aust, Der Baader Meinhof Komplex, Hamburg 1986, S. 71.

31 Vgl. Dorothea Hauser, Baader und Herold. Beschreibung eines Kampfes, Berlin 1997, S. 150–154.

32 Vgl. u. a. Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, hrsg. von Axel Schildt / Detlef Siegfried / Karl Christian Lammers (= Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte: Darstellungen 37), Hamburg 2003; Matthias Frese / Julia Paulus / Karl Teppe (Hg.), Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik (= Forschungen zur Regionalgeschichte, Bd. 44), Paderborn 2003, sowie Ulrich Herbert (Hg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980 (= Moderne Zeit. Neue Forschungen zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 1), Göttingen 2002.

33 Franz-Werner Kersting, Entzauberung des Mythos? Ausgangsbedingungen und Tendenzen einer gesellschaftsgeschichtlichen Standortbestimmung der westdeutschen »68er«-Bewegung; in: *Westfälische Forschungen*, 1998, Bd. 48, S. 1–19, hier S. 14.

ein abstrakter Schuldbegriff, sondern konkrete Verbrechen – etwa der Eichmann-Prozess in Jerusalem. Man sollte diesen Vorgang, der nach der allgemeinen Empörung über die Hakenkreuzschmierereien an der Kölner Synagoge Ende 1959 auch von einem »Schub in der politischen Pädagogik«[34] begleitet wurde, indes nicht allzu hell ausmalen:[35] Als einige Monate vor dem Ende des Frankfurter Auschwitz-Prozesses 1965 im Bundestag die Verjährung von NS-Verbrechen erneut nur um vier Jahre ausgesetzt wurde, hätte eine breite Mehrheit der Bundesbürger einen »Schlussstrich« vorgezogen. Offenbar gilt, dass das Parlament auch in den 1960er Jahren »vergangenheitskritischer als der Demos«[36] gewesen ist. Dennoch: Die substantielle Präsenz der nationalsozialistischen Gewaltvergangenheit in der öffentlichen Arena in den Jahren vor der Revolte ist eine Tatsache; »die Türen für die Studentenbewegung [standen] weit offen«, so Michael Schmidtke, »als sie die Bundesrepublik mit ihrer NS-Vergangenheit konfrontieren wollte«.[37] Der Rekurs auf die NS-Vergangenheit seitens der APO – wie auch ihrer Gegner – ist nicht auf deren Abwesenheit, sondern vielmehr auf deren Anwesenheit in der politischen Debatte zurückzuführen.

Eine Überraschung ist dieser Befund freilich nicht. Denn dass selbst Auschwitz als historisches *factum brutum* sich nicht per se als Generationsparadigma, geschweige denn als »negatives Bezugsereignis«[38] konstituieren musste, lehrt nicht zuletzt der Blick auf die beiden anderen Nachfolgestaaten des »Dritten Reichs«. So hat, ganz abgesehen von den Täterkindern in der »siegreich antifaschistischen« DDR,[39] die 68er-Bewegung in Österreich als Anknüpfungsgeneration nicht nur keine Auseinandersetzung mit dem Anteil ihrer Eltern am Nationalsozialismus und an der Ermordung der europäischen Juden gesucht, sondern sie hat die offizielle Staatserzählung von Österreich als erstem Opfer des Nationalsozialismus, das 1945 befreit wurde, ungebrochen übernommen.[40]

Indessen hat – trotz ihres anklägerischen Gestus – auch in der Bundesrepublik die 68er-Bewegung ein bemerkenswertes Desinteresse an der konkreten Aufarbeitung der NS-Vergangenheit gezeigt.[41] Zwar hatte es in ihrem Vorfeld wichtige Initiativen zur »Ungesühnten Nazi-Justiz« und zur »Braunen Universität« gegeben.[42] Doch die kritische vergangenheitspolitische Absicht verlor gegen die Tendenz, »die Geschichte des Nationalsozialismus als Instrument der

34 Clemens Albrecht, Im Schatten des Nationalsozialismus. Die politische Pädagogik der Frankfurter Schule, in: ders. u. a. (Hg.), Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Frankfurt am Main 1999, S. 387–447, hier S. 393.

35 Vgl. Joachim Perels, Entsorgung der NS-Herrschaft? Konfliktlinien im Umgang mit dem Hitler-Regime, Hannover 2004.

36 Helmut Dubiel, Niemand ist frei von der Geschichte. Die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des Deutschen Bundestages, München 1999, S. 296 (Anmerkung 3).

37 Michael Schmidtke, Der Aufbruch der jungen Intelligenz. Die 68er Jahre in der Bundesrepublik und den USA, Frankfurt am Main 2003, S. 155.

38 M. Rainer Lepsius, Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des »Großdeutschen Reiches«, in: Max Haller / Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny / Wolfgang Zapf (Hg.), Kultur und Gesellschaft. Verhandlungen des 24. Deutschen Soziologentags, des 11. Österreichischen Soziologentags und des 8. Kongresses der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie in Zürich 1988, Frankfurt am Main / New York 1989, S. 247–264, hier S. 247. Vgl. Agnes Blänsdorf, Die Einordnung der NS-Zeit in das Bild der eigenen Geschichte. Österreich, die DDR und die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich; in: Werner Bergmann / Rainer Erb / Albert Lichtblau (Hg.), Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland (= Schriftenreihe des Zentrums für Antisemitismusforschung, Bd. 3), Frankfurt am Main / New York 1995, S. 18–48.

39 Vgl. Herfried Münkler, Antifaschismus und antifaschistischer Widerstand als politischer Gründungsmythos der DDR, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1998, Nr. 48, S. 16–29.

40 Vgl. Paulus Ebner / Karl Vocelka, Die zahme Revolution. '68 und was davon blieb, Wien 1998, sowie Heidemarie Uhl, Vom Opfermythos zur Mitverantwortungsthese: Die Transformation des österreichischen Gedächtnisses, in: Mythen der Nationen. 1945 – Arena der Erinnerungen, hrsg. von Monika Flacke, Berlin 2004, Bd. 2, S. 481–502.

41 Vgl. Hans-Ulrich Thamer, Die NS-Vergangenheit im politischen Diskurs der 68er-Bewegung, in: *Westfälische Forschungen*, 1998, Bd. 48, S. 39–53; Belinda Davis, Violence and Memory of the Nazi past in 1960s–70s West German Protest; erscheint demnächst in: Philipp Gassert / Alan Steinweis (Hg.), Coping with the Nazi Past. West German Debates on Nazism and Generational Conflict, 1955–1975 (= Studies in German History, Bd. 6). Oxford / New York 2006.

42 Typischerweise war einer der maßgeblichen Protagonisten dieser Aufklärungskampagnen, der Münchner Publizist Rolf

Scanned by CamScanner

politischen Mobilisierung einzusetzen«, und führte in der Folge sogar zu einer »Entwertung des NS«.[43] Auschwitz blieb Metapher und die Chiffre »NS« stand im Jargon der Revolte nicht für Nationalsozialismus, sondern für Notstand. Die Generationskluft, die die antiautoritären Täterkinder mit dem Faschismusvorwurf gegen die parlamentarische Ordnung auszuschlachten suchten, ist denn auch in historischer Hinsicht nachweislich wenig ausgeprägt. So zeigt die empirische Untersuchung von Horst-Alfred Heinrich, dass vom »Holocaust als Generationsobjekt« der 68er, also für die Jahrgänge 1938 bis 1948,[44] keine Rede sein kann. Für das Gros der 68er-Generation, das während des Zweiten Weltkriegs geboren wurde, lässt sich vielmehr die Kategorie »Kriegsende 1945« als zentraler historischer Bezugspunkt belegen.[45] Und diese Fixierung auf ein durch Niederlage und Kapitulation traumatisierendes Geschehen teilt sie mit jener älteren »skeptischen Generation«,[46] die sich Ende der 1960er Jahre anschickte, die Führung in den öffentlichen Arenen und Apparaten zu übernehmen. Wenngleich einige ihrer maßgeblichen linksliberalen Protagonisten zu den Stichwortgebern der antiautoritären Revolte gehörten, richtete sich der geschichtspolitische Furor der 68er auch gegen sie. Man mag daher mit Jörn Rüsen bei den 68ern »eine schwere Störung von historischer Identität« diagnostizieren. Mit einem vom Umgang der Nazi-Eltern mit ihrer Vergangenheit hervorgerufenen »Zerbrechen einer intergenerationellen Erinnerungsgemeinschaft«[47] hat das Phänomen 1968 in der Bundesrepublik jedoch wenig zu tun.

Was die RAF betrifft, gilt es in diesem Zusammenhang ein weiteres, grundlegendes Ergebnis der bereits erwähnten Studie von Jan Oskar Engene hinzuzufügen: dass nämlich indigener politischer Terrorismus inhaltlich keineswegs unabhängig und außerhalb konventioneller Politik operiert, sondern vielmehr seinen Impetus immer aus denselben politischen Themen und Kontroversen bezieht, die auch die anderen Akteure eines politischen Systems beschäftigen.[48] Vor diesem Hintergrund ist zu klären, was den das Denken und das Handeln der RAF zweifellos grundierenden Bezug zur nationalsozialistischen Vergangenheit tatsächlich ausmacht.

Sieger und Besiegte: Die Grenzen des Internationalismus der 68er-Revolte im Schatten von Krieg und Nachkrieg

Dass trotz des ostentativen Internationalismus von Vokabular und Parolen, von Protestformen, Ideologemen und Idolen der 68er die Revolte jeweils dezidiert nationale Referenzen besitzt, gilt in der Tat auch für Italien und Japan. Und der jeweilige Bezugspunkt ist dabei ganz eindeutig: Dort wie in der Bundesrepublik ist es die im Wortsinne staatstragende Interpretation des Kriegsendes 1945, mithin der legitimatorische Gründungskitt der »postfaschistischen« Nachfolgegesellschaften in ihrer Frontstellung zwischen Vergangenheit und Zukunft.

Seeliger, allerdings kein 68er, sondern bereits 1925 geboren. Vgl. Rolf Seeliger, Braune Universität. Deutsche Hochschullehrer gestern und heute. Eine Dokumentation, Bd. 1–6, München 1964–1968.

43 Volker Paulmann: Studentenbewegung und Nationalsozialismus. Die Folgen der unbewältigten NS-Vergangenheit in Theorie und Praxis der westdeutschen Studentenbewegung. Unveröffentlichte Magisterarbeit Hannover 2002, S. 96 und 112. Eine Aufsatzfassung dieser Arbeit in einem Sammelband (Hg. Joachim Perels) ist in Vorbereitung.

44 Vgl. Heinz Bude, Vom Altern einer Generation. Die Jahrgänge 1938–1948, Frankfurt am Main 1995. Bei der Rede von der 68er-Generation handelt es sich freilich um eine rückwirkende »offene Zuschreibungsformel«, die mit der antiautoritären Bewegung 1967/68 nicht identisch ist. Ebenda, S. 39–43.

45 Horst-Alfred Heinrich, Zeithistorische Ereignisse als Kristallisationspunkt von Generationen. Replikation eines Meßinstruments, in: *ZUMA-Nachrichten*, November 1996, Nr. 39, S. 69–94, hier S. 84 ff.

46 Helmut Schelsky, Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend, Düsseldorf 1957. Vgl. Dirk Moses, Die 45er. Eine Generation zwischen Faschismus und Demokratie, in: *Neue Sammlung*, 40. Jg., Mai 2000, S. 233–263.

47 Jörn Rüsen, Holocaust, Erinnerung, Identität. Drei Formen generationeller Praktiken des Erinnerns, in: Harald Welzer (Hg.), Das soziale Gedächtnis. Geschichte, Erinnerung, Tradierung, Hamburg 2001, S. 243–259, hier S. 249.

48 Vgl. Engene, Patterns, S. 289 ff.

Dieser dezidierte Vergangenheitsbezug ist kein Zufall. Denn die amerikanischen Gräueltaten in Vietnam bedeuteten ja nicht nur Diskreditierung und Autoritätsverlust der USA als westlicher Führungsmacht, sondern zugleich die moralische und politische Delegitimierung ihrer Rolle als Wächter der bipolaren Nachkriegsordnung und dadurch die Infragestellung dieser Nachkriegsordnung selbst. In dieser Infragestellung aber steckte neben dem Reflex auf ihren ursprünglichen Anspruch – die Befreiung der Welt von Faschismus, Militarismus und Rassismus und seinen einstigen Bannerträgern – auch der Reflex auf ihren Ausgangspunkt, den Zweiten Weltkrieg und sein Ende als formatives historisches Ereignis der Nachkriegsgesellschaften. Hier aber endeten die Gemeinsamkeiten einer sich global verstehenden und vielfach tatsächlich transnational agierenden Jugendrevolte. Stattdessen kamen hinter dem »Schein der Gleichzeitigkeit« von »68« in der Konfrontation mit der jeweiligen Vergangenheit, bzw. ihrer tradierten Form, äußerst verschiedene kollektive Gedächtnisse und Gründungsmythen, sprich Identitäts- und Legitimitätsreservoirs zum Tragen. Sie aber sind es, die am Ende, im Frust über die »verpasste« Weltrevolution, das Ausmaß der Radikalisierung in einzelnen Ländern bestimmt haben. Es waren, wie noch zu zeigen sein wird, die Legitimationsdefizite von Nachfolgestaaten sowie die Identitätsschmerzen und Autonomiebedürfnisse von Nachfolgegenerationen, die bewirkten, dass die Wende hin zum bewaffneten Kampf exakt die Trennungslinie zwischen Siegermächten und Besiegten des Zweiten Weltkriegs widerspiegelte.

So blieb etwa in Frankreich, wo die maoistische *Gauche prolétarienne* nur vorübergehend Untergrundkonzepte diskutierte, »1968« geradezu selbstverständlich in die republikanische Tradition von 1789 – mit dem Bastillesturm als Mobilisierungsmythos par excellence – eingebettet, während in Großbritannien die Revolte vornehmlich ein kulturelles Phänomen blieb, die Studentenbewegung als Teil von »Swinging London«. Und im Mutterland der Protestbewegung, in den USA, entsprang die Entstehung der Neuen Linken Anfang der 1960er Jahre der Kritik an der Wirklichkeit einer Gesellschaft, die man an ihren eigenen liberalen Ansprüchen und ihren Versprechen maß. In dieser positiven Identifikationsmöglichkeit liegt der Grund für den trotz der krassen Missstände, gegen die der Protest sich richtete, insgesamt pragmatischen Charakter von »1968« in den USA – jedenfalls, was den weißen Protest angeht.

Aus deutscher Sicht war in Amerika denn auch nur ein einziger »Lotse in die Zukunft« zu erkennen, wie Rudi Dutschke im Oktober 1967 feststellte. Gemeint war »die radikale Negation in Gestalt der nationalen Minoritäten, der Neger«,[49] also die separatistisch-chauvinistische Militanz der *Black Panther Party*. Und in der Tat hat die RAF, deren Gründungsaufruf vom 22. Mai 1970 sogar unter dem Logo der *Schwarzen Panther* erschien, viel von Gedankengut und existentiellem Habitus einzelner *Black Panther*-Führer wortwörtlich übernommen. Dazu gehören nicht zuletzt ihre manichäischen Formeln wie »entweder mensch oder schwein« und »entweder problem oder lösung, dazwischen gibt es nichts«.[50] Der Grund für den besonderen Appeal, den die *Black Panthers* für die RAF besaßen, lag nicht zuletzt in deren Verbindung eines ethnizistischen Diskurses mit der Bezugnahme auf den Holocaust in legitimatorischer und zugleich relativistischer Absicht.[51]

Unabhängig von der Faszination, die insbesondere der antisemitische Schwarzenführer Stokely Carmichael auf die RAF ausübte, konnte sich indes auch die *Black Panther Party* innerhalb des Bezugsrahmens amerikanischer Gründungstexte und -mythen bewegen. Dazu gehörte etwa der regelmäßige Verweis auf

49 Ein Gespräch über die Zukunft mit Rudi Dutschke, Bernd Rabehl und Christian Semler, in: *Kursbuch*, 4. Jg., 1968, Nr. 14, S. 146–174, hier S. 154. Einen Monat zuvor, im September 1967, war auf jener 22. Frankfurter Delegiertenkonferenz, auf der Dutschke und Krahl ihr Organisationsreferat vortrugen, eine Kontaktaufnahme des SDS mit der *Black Panther Party* beschlossen worden.

50 Siehe zu den *Black Panthers* auch den Beitrag von Martin Klimke, Band 1, S. 562–582.

51 So schon im Parteiprogramm vom Oktober 1966. Siehe Philip S. Foner (Hg.), The Black Panthers Speak, New York 2002, S. 3. Diverse zeitgenössische Stellungnahmen in: Nat Hentoff / James Baldwin (Hg.), Black Anti-Semitism and Jewish Racism, New York 1969.

Scanned by CamScanner

das in der Unabhängigkeitserklärung von 1776 festgeschriebene Recht auf Revolution ebenso wie die symbolträchtige Abhaltung einer *Revolutionary People's Constitutional Convention* in Philadelphia 1970, wo fast 200 Jahre zuvor die amerikanischen Gründungsväter ihren Verfassungskonvent abgehalten hatten.[52]

In den USA blieb »1968« mithin eine Protestbewegung gegen gravierende konkrete Missstände, die sich positiv an den fundamentalen spirituellen Anspruch der Nation selber richtete, also gewissermaßen den *American dream* gegen den zeitgenössischen *American way of life* in Stellung brachte. Hierin liegt mit ein Grund für ihre viel geringere Imprägnierung durch neomarxistische Ideologien als in der Bundesrepublik, Italien und Japan. Und umgekehrt war die amerikanische Revolte in den Augen ihrer Widersacher, war selbst gewaltsamer Protest stets mehr eine Bedrohung der öffentlichen Ordnung als eine Bedrohung der Legitimität des amerikanischen Staates.[53] Zwar fand in den USA bis zur Abschaffung der Wehrpflicht 1973 auch eine ideologische und praktische Radikalisierung statt; doch selbst während der kurzen Karriere der *Weathermen*[54] mit ihren Bombenanschlägen auf Einberufungsbüros und Ähnliches blieben unter der Parole »We are not going to be good Germans in a Fascist State«[55] (Wir werden keine guten Deutschen in einem faschistischen Staat sein) menschliche Opfer tabu – und dies wohlgemerkt in einem Land, wo anders als in Deutschland, Japan und Italien die Beschaffung von Waffen überhaupt kein Problem darstellte. Andere Gruppierungen, von der *Black Panther Party* bis zur *Young Lords Party*, hatten angesichts massivster und oft tödlicher staatlicher Repressionsmaßnahmen bis Ende 1971 Strategien des bewaffneten Kampfes bereits aufgegeben.

Achsenmächte und Terrorismus: 1945 als Referenzpunkt im Kampf um Deutungsmacht und als Identitätsressource der Guerilla

Für die Protestbewegungen in den Ländern der ehemaligen Achsenmächte stellte sich die Lage ganz anders dar. Dies gilt jedenfalls für jene drei Staaten, die – im Gegensatz zu Österreich (und der DDR) – ihre Hypothek als Kriegsverlierer und Nachfolgestaaten nicht prinzipiell verleugneten und die Frontstellung gegen die eigene Vergangenheit als grundlegenden Bestandteil ihres demokratischen Neubeginns definiert hatten. Nur in Japan, Italien und Westdeutschland war der durch Vietnam induzierte Reflex auf das Kriegsende 1945 weder in eine historisch viel weiter reichende progressive Legitimationserzählung noch in ein unbestrittenes Siegernarrativ eingebettet.

Der Bruch von 1945 wurde in den drei Staaten indes recht unterschiedlich gedeutet, und der Umgang mit ihrem historisch bedingten staatlichen Glaubwürdigkeitsdefizit war keinesfalls statisch: Unter den Bedingungen des Kalten Krieges hatten zunächst Antikommunismus und Antitotalitarismus in allen drei postdiktatorischen Staaten als Ersatzidentitäten gedient, wobei in Japan und Italien starke und legale kommunistische Parteien einen Gegenpol bildeten. Seit Anfang der 1960er Jahre suchten dann sowohl Japan als auch die Bundesrepublik in der Betonung ihres wirtschaftlichen Erfolgs neue positive Selbstvergewisserung,[56] während in Italien ab 1963 der Resistenza-Mythos über seine Beanspruchung durch die Kommunisten hinaus an legitimatorischem Boden gewann. In der Natur der jeweiligen »Ersatz-Legitimität«[57] spiegelte sich zugleich das Verhältnis

52 Vgl. Kathleen Cleaver / George Katsiaficas (Hg.), Liberation, Imagination, and the Black Panther Party. A New Look at the Panthers and their Legacy, New York 2001.

53 Vgl. Jeremy Varon, Bringing the War Home. The Weather Underground, the Red Army Faction, and Revolutionary Violence in the Sixties and Seventies, Berkeley / Los Angeles / London 2004.

54 Auch ihr Name war über Bob Dylans Song »der Mythenkammer der amerikanischen Revolution entnommen«. »Weathermen« hatten sich die freiwilligen Wächter und Milizionäre im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg genannt. Siehe Koenen, Rotes Jahrzehnt, S. 92.

55 Zit. n. Varon, Bringing the War Home, S. 85.

56 Vgl. Dubiel, Niemand ist frei, S. 79–127; Wolfgang Seifert, Nationalstaat, Nationalismus und Demokratie in Japan, in: Gesine Foljanty-Jost / SJ Park / Wolfgang Seifert (Hg.), Japans Sozial- und Wirtschaftsentwicklung im internationalen Kontext, Frankfurt am Main / New York 1981, S. 346–382; Masao Murayama, Nationalismus in Japan. Theoretischer Hintergrund und Perspektiven, in: Ulrich Menzel (Hg.), Im Schatten des Siegers: Japan, Bd. IV: Weltwirtschaft und Weltpolitik, Frankfurt am Main 1989, S. 33–56.

57 Heinz Steinert, Sozialstrukturelle Bedingungen des »linken Terrorismus« der 70er Jahre, in: ders. / Fritz Sack, Terror und Reaktion, S. 387–603, hier S. 532.

der ehemaligen Achsenmächte zu den Siegerstaaten des Zweiten Weltkriegs, insbesondere den USA. So war es nicht zuletzt dem Vorhandensein des norditalienischen Widerstands zu verdanken, dass im Unterschied zu Japan und Deutschland die Nachkriegsordnung in Italien weit weniger von den Alliierten bestimmt worden war als von den Protagonisten des nationalen Befreiungskomitees CLN, der Democrazia Cristiana und der kommunistischen PCI. Was Westdeutschland angeht, ist dagegen die »Ausbildung einer transatlantischen Teilidentität«[58] zu konstatieren, die auf der institutionellen und raumideologischen Einbindung in das multilaterale Sicherheits- und Wirtschaftssystem des »Freien Westens« beruhte. In Japan schließlich, wo die Niederlage nach 1945 zunächst zur hochgradig kompensatorischen Identifikation mit den USA als einziger Besatzungsmacht geführt hatte,[59] entwickelte sich in den 1960er Jahren das gegenläufige Phänomen eines dependenten Exzeptionalismus, der als »Debatte über das Japanertum«[60] unter dem Schirm der exklusiven Juniorpartnerschaft mit den USA stattfand. Vor diesem Hintergrund ist die unterschiedliche Bedeutung des Vietnamkriegs als Kristallisationspunkt der Protestbewegung in den drei Ländern zu sehen: Denn in Italien war der Vietnam-Protest 1968 weitaus weniger signifikant als in der Bundesrepublik und Japan, wo ihm wiederum das für Westdeutschland typische Moment entrüsteter Enttäuschung fehlte.[61] Liegen mithin der deutsche und der japanische Fall durchaus nahe beieinander, so differieren sie allerdings hinsichtlich ihrer vergangenheitspolitischen Dimension erheblich. Dabei lehrt der Vergleich, dass die Wahrnehmung einer »Schuld der Väter« für die nach 1968 entstehenden Guerillagruppen keineswegs notwendig war, um eine affektive Abwehrreaktion gegen den als »faschistisch« perhorreszierten Nachfolgestaat auszulösen.[62]

Japan: Antiimperialismus nach Hiroshima

Für die neue Linke in Japan, wo etwa das Nanking-Massaker von 1937 oder die Massentötungen durch medizinische Experimente nach der Eroberung der Mandschurei teilweise noch heute geleugnet werden, waren die massiven japanischen Kriegsverbrechen zwischen 1931 und 1945 kein Thema.[63] Vielmehr wurde die offizielle Viktimologie, die sich nicht allein mit den Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki begründete, sondern als »mehrdimensionales Opferbewußtsein«[64] auch Luftkrieg und Blockade sowie die Idee vom Showa-Reich als terroristischem Regime einschloss, von den japanischen 68ern ohne Abstri-

58 Wilfried Mausbach u. a., Das Fremde im Eigenen. Interkultureller Austausch und kollektive Identitäten in den gesellschaftlichen Umbrüchen der 1960er und 1970er Jahre am Beispiel der USA und der Bundesrepublik, in: Jörg Calließ (Hg.), Die Reformzeit des Erfolgsmodells BRD, Rehburg-Loccum 2004, S. 173–195, hier S. 178. Vgl. Anselm Döring-Manteuffel, Westernisierung. Politisch-ideeller Wandel in der Bundesrepublik bis zum Ende der 60er Jahre, in: Schildt/Siegfried/Lammers, Dynamische Zeiten, S. 311–341.

59 Vgl. Michio Kitahara, Japanese Responses to the Defeat in World War II, in: *International Journal of Social Psychiatry*, 30. Jg., 1984, Nr. 30, S. 178–181.

60 Nelly Naumann, Identitätsfindung – das geistige Problem des modernen Japan, in: Japans Weg in die Moderne. Ein Sonderweg nach deutschem Vorbild?, hrsg. von Bernd Martin, Frankfurt am Main 1987, S. 173–192, hier S. 174.

61 Vgl. Katzenstein, Left-Wing Violence, S. 15–17.

62 Dies heißt aber keinesfalls, dass, wie Manfred Kittel in völliger Absehung vom Konstruktionscharakter historischer Narrative behauptet, für die Radikalität von 68 in Japan und der Bundesrepublik »ursächlich [...] das factum brutum der problematischen Vergangenheit selbst« gewesen sei. Manfred Kittel, »Vergangenheitsbewältigung« und »68er«-Bewegung. Anmerkungen zum (west-)deutschen und japanischen Fall, in: *Revue d'Allemagne et des Pays de langue allemande*, 35. Jg., 2003, Nr. 2, S. 273–289, hier S. 287.

63 Vgl. Volker Fuhrt, Erzwungene Reue. Vergangenheitsbewältigung und Kriegsschulddiskussion in Japan 1952–1998, Hamburg 2002; Yoshikuni Igashari, Bodies of Memory. Narratives of War in Postwar Japanese Culture, Princeton 2000; Claire Roulliere, La Mémoire de la seconde guerre mondiale au Japon, Paris 2004.

64 Wolfgang Schwentker, Täter oder Opfer? Schuldfrage, atomarer Schrecken und nationale Identität in Japan 1945–1995; in: Holger Afflerbach / Christoph Cornelißen (Hg.), Sieger und Besiegte. Materielle und ideelle Neuorientierungen nach 1945, Tübingen/Basel 1997, S. 141–163, hier S. 155.

Scanned by CamScanner

che übernommen.[65] Die zum Schutz des kompromittierten, aber weiterbestehenden Kaiserhauses schon in den Tokioter Kriegsverbrecherprozessen festgelegte Charakterisierung des Kriegsregimes als usurpatorische und konspirative Herrschaft des von Konzernen gesteuerten Militärs hat dies zweifellos begünstigt. Wie schon für die in Japan legale kommunistische Linke und die sehr viel größere Protestwelle Ende der 1950er Jahre stand für die japanische Studentenbewegung, die *Zengakuren*,[66] ebenso wie für die aus den Trümmern der Revolte hervorgegangenen Guerillagruppen, die *Sekigun*,[67] der reine Opferstatus des japanischen Volkes überhaupt nicht zur Debatte.[68] Der Antizionismus der japanischen Guerilla hingegen überstieg bei weitem den obskuren Antisemitismus der japanischen Gesellschaft, der sich nicht zuletzt aus der Wahrnehmung einer Opferkonkurrenz »Hiroshima gegen Holocaust« speist.[69] Einige der Kommandomitglieder der *Japanischen Roten Armee*, die bis 1970 nicht schon festgenommen oder nach Nordkorea geflohen waren, gingen als *Arabu Sekigun* nach Jordanien, von wo aus drei ihrer Guerillakämpfer mit einem Selbstmordattentat auf dem Flughafen von Tel Aviv im Mai 1972 – 26 Tote, 80 Verletzte – die Idee des Kamikazeanschlags dauerhaft im Nahen Osten einführten.[70] Zunächst nur als kurzzeitiges Ausbildungsexil angesichts des heimischen Repressionsdrucks gedacht, wurde die Verankerung im Umkreis der palästinensischen PFLP zur langjährigen Operationsbasis, von der aus die *Japanische Rote Armee* in den 1970er Jahren weltweit spektakuläre Aktionen durchführte. Dazu gehörten insbesondere Flugzeugentführungen und Bombenanschläge mit dem Ziel der Freipressung in Japan inhaftierter Aktivisten. Die in Japan verbliebenen und sich zur *Rengo Sekigun* vereinenden Kräfte verloren hingegen jegliche Bedeutung, nachdem sich ein Teil von ihnen im Winter 1972 im Rahmen brutaler Säuberungen gegenseitig umgebracht hatte.[71]

Indessen war schon die japanische Studentenbewegung durch ein hohes Maß an interfraktioneller Gewalt mit zahlreichen Todesopfern gekennzeichnet. Und ähnlich wie die ritualisierten Straßenschlachten zwischen *Zengakuren* und Polizei mit Bambusstöcken und bunten Bändern herkömmliche Kampfformen zelebrierten, blieben auch die *Sekigun* trotz ihres erklärten Internationalismus älteren japanischen Traditionen und Normen verhaftet. Dazu zählte etwa ein konventioneller Ehr- und Loyalitätsbegriff, der den Schutz der Eltern vor Gesichtsverlust einschloss: So entfernten die Selbstmordattentäter von Tel Aviv, deren Tat nicht zuletzt der Rehabilitation der selbstdezimierten *Rengo Sekigun* dienen sollte, die Fotos aus ihren gefälschten Pässen und legten es gezielt darauf an, dass ihre Gesichter bis zur Unkenntlichkeit entstellt wurden, um daheim »ihre Familien vor

65 Vgl. Carol Gluck, The Past in the Present, in: Andrew Gordon (Hg.), Postwar Japan as History, Berkeley 1993, S. 64–95, sowie für die frühe Nachkriegszeit John W. Dower, Embracing Defeat. Japan in the Wake of World War II, New York 1999. Showa = erleuchteter Friede, Ära des Kaisers Devisedes Tenno Hirohito von 1926–1989.

66 Dazu Ellis S. Kraus, Japanese Radicals Revisited. Student Protest in Postwar Japan. Berkeley / Los Angeles / London 1974; Bernard Béraud, La Gauche révolutionnaire au Japon, Paris 1970. Ein zeitgenössischer deutscher Blick bei Johannes Ernst Seiffert, Zengakuren. Universität und Widerstand in Japan (= Trikont Schriften zum Klassenkampf 13), o. O. [München], o. J. [1969]. Einen Gesamtüberblick gibt Claudia Derichs, Japans Neue Linke. Soziale Bewegung und außerparlamentarische Opposition, 1957–1994 (= MOAG 123), Hamburg 1995.

67 Siehe Prazan, Les Fanatiques; William R. Farrell, Blood and Rage – the Story of the Japanese Red Army, Lexington/Toronto 1990, sowie den Beitrag von Claudia Derichs, Die *Japanische Rote Armee*, in diesem Band S. 809–827.

68 Vgl. James J. Orr, The Victim as Hero. Ideologies of Peace and National Identity in Postwar Japan, Honolulu 2001; Gluck, Past in Present. Eine gewisse Ausnahme war die »Ostasiatische Anti-Japanische Bewaffnete Front«, die um 1972 als neomarxistische Studiengruppe japanischer Kriegsgräuel entstand. Bevor ihre Führungsmitglieder 1975 gefasst wurden, war ihre spektakulärste Aktion ein Bombenanschlag auf ein Mitsubishi-Hauptquartier in Tokio Ende August 1974 mit acht Toten und zahlreichen Verletzten. Ursprünglich war ein Attentat auf den Tenno geplant gewesen.

69 Vgl. David G. Goodman / Masanori Miyazawa, Jews in the Japanese Mind – the History and Uses of a Cultural Stereotype, New York 1995, S. 178 und passim.

70 Dazu Joseph Croitoru, Der Märtyrer als Waffe. Die historischen Wurzeln des Selbstmordattentats, München/Wien 2003, S. 73–84. In Japan selbst heißt es nicht Kamikaze, sondern Tokkoh.

71 Vgl. Patricia G. Steinhoff, Death by Defeatism and Other Fables. The Social Dynamics of the Rengo Sekigun Purge, in: Takie Sugiyama Lebra (Hg.), Japanese Social Organization, Honolulu 1992, S. 195–224.

gesellschaftlicher Ächtung zu schützen«.[72] Dazu gehörten aber auch ein kriegerisches Selbstverständnis, das vormoderne wie militaristische Traditionen aufnahm, eine soldatische Organisationsform sowie die japanische Variante des Rassismus:[73] So schien es den in Pjöngjang gestrandeten *Sekigun*-Mitgliedern, die bei ihrer Flugzeugentführung mit Samuraischwertern aufgetreten waren, derart undenkbar, sich mit Nordkoreanerinnen einzulassen, dass für ihren privaten Bedarf an Ehefrauen und Geliebten über Jahre eigens Frauen in Japan gekidnappt wurden.[74]

Erklärter Hauptfeind der *Sekigun* war der japanische Staat als militärische Basis und monopolkapitalistische Kolonie des US-Imperialismus, der die Befreiung des vietnamesischen wie auch des japanischen Volkes verhinderte. Die Tatsache, dass der japanische Militarismus seine Eroberungsfeldzüge in Ostasien einst ebenfalls als Befreiung der asiatischen Völker in ihre ethnische Identität legitimiert hatte, stand diesem Verständnis nicht entgegen. Im Gegenteil: Etwas mehr als 20 Jahre nachdem die japanische Armee während des Zweiten Weltkriegs in Vietnam einmarschiert war, wurde an diesen Diskurs, der der ethnischen Identität einen weit höheren Stellenwert beimaß als der eines Staatsbürgers, direkt angeknüpft.[75] »Dekolonisierung« war gleichermaßen der Schlachtruf der japanischen Truppen von 1940 wie die Protestformel der japanischen radikalen Linken um 1968. Neben der traditionell antiamerikanischen Stoßrichtung der national-pazifistischen Neuen Linken, die schon den sogenannten AMPO-Kampf im Vorfeld der Verlängerung des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrags 1960 geprägt hatte, hängt es mit diesem ethnizistisch imprägnierten Blick zusammen, dass im Unterschied zu Westeuropa und den USA der Vietnam-Protest in Japan weit weniger von moralischen Empörungsmotiven getragen war. Vielmehr ging es vor allem darum, nicht als Opfer der US-Außenpolitik in einen amerikanischen Krieg hineingezogen zu werden, der maßgeblich von Okinawa und anderen japanischen US-Basen aus geführt wurde.[76]

Die in den Schriften der *Japanischen Roten Armee* präsentierte Geschichtsdeutung zum Kriegsende liest sich zusammengefasst so:[77] Der japanische Imperialismus wurde im Zweiten Weltkrieg nicht von Amerika, sondern vielmehr von der unerschütterlichen Stärke des Befreiungskampfes der asiatischen Völker besiegt. Nach dem Krieg aber überlebte der japanische Imperialismus unter der Kontrolle der US-Besatzungsmacht, die zum Zweck ihrer Weltbeherrschung ein bürgerlich-demokratisches System installierte, um den Widerstand des japanischen Volkes, insbesondere der Arbeiterklasse, zu liquidieren und stattdessen die Kontinuität des Monopolkapitals zu sichern. Die Tokioter Kriegsverbrecherprozesse und die Auflösung der alten Militär- und Finanzoligarchien sowie die Durchführung einer Bodenreform und die Errichtung der japanischen Friedensverfassung unter der Ägide der USA kommen in dieser Deutung zwar regelmäßig auch vor; doch sie werden nie als Gegenargumente wahrgenommen,

72 Claudia Derichs, Selbstmordgier. Was Japans Terroristen lehren, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 2. Oktober 2001.
73 Das Yamato-Rasse-Konzept des japanischen Ultranationalismus erhöhte eher Japan als dass es andere erniedrigte. Vgl. John W. Dower, War Without Mercy. Race and Power in the Pacific War, New York 1986, S. 203–233.
74 Vgl. Patricia G. Steinhoff, Kidnapped Japanese in North Korea. The New Left Connection, in: *Journal of Japanese Studies*, 2004, Nr. 30, S. 123–142; dies., Hijackers, Bombers, and Bank Robbers. Managerial Style in the Japanese Red Army, in: *Journal of Asian Studies*, 48. Jg., 1989, Nr. 4, S. 724–740.
75 Vgl. Kevin M. Doak, Building National Identity through Ethnicity – Ethnology in Wartime Japan and After, in: *The Journal of Japanese Studies*, 27. Jg., 2001, Nr. 1, S. 1–39.
76 Vgl. Katzenstein, Left-Wing Violence, S. 15; Orr, Victim as Hero.
77 Vgl. insbesondere die Erklärung »JRA and the Japanese Revolution. Anti-US and Anti-Monopoly Popular Revolution« von 1991 unter http://www.ngyn.ist.ne.jp/~ieg/struggle/japan/jra/appeal-e.htm (6. Juni 2006). Da es keinerlei Übersetzungen von frühen Texten der *Sekigun* in westliche Sprachen gibt, stützt sich die folgende Analyse vornehmlich auf Verlautbarungen der *Japanischen Roten Armee* aus den 1990er Jahren, zu denen die in der genannten westlichen Literatur vorhandenen auszugsweisen Zitierungen früherer Texte sowie Interviews hinzugezogen wurden. Eventuelle Veränderungen des Geschichtsbilds der *Japanischen Roten Armee* zwischen 1970 und 1990 müssen daher leider unberücksichtigt bleiben. Allerdings kann das Ideologiegebäude der exilierten *Japanischen Roten Armee* als statisch gelten. Zahlreiche *Sekigun*-Schriften enthält das Takazawa-Archiv der University of Hawaii, dessen Bestände unter http://www.takazawa.hawaii.edu online recherchiert werden können.

Scanned by CamScanner

sondern stets nur als Bestandteile von Fremdbestimmung und Besatzungsherrschaft.

Wir haben es hier also mit einer kontrafaktischen Interpretation zu tun, deren Hauptanliegen es ist, den historischen Zusammenhang zwischen der militärischen Niederlage Japans 1945 und dem Ende der japanischen Gewaltherrschaft in Ostasien zu verweigern. Stattdessen wird ebendieses Kriegsende, die Niederlage, zum Hauptgrund einer ausgebliebenen Selbstbefreiung umgedeutet.

Der Affekt, der hinter dieser Geschichtsklitterung steht, das steht im japanischen Fall außer Frage, ist nicht Schuld oder gar Schuldbewusstsein. Es ist vielmehr – trotz der teilweise berechtigten Kritik an dem von der amerikanischen Ethnologin Ruth Benedict eingeführten Konzept einer spezifisch japanischen Schamkultur[78] – die Scham einer besiegten Nation, es ist die Scham einer Generation von Verlierer-Kindern, die aus der Vergangenheitsdeutung der japanischen Terroristen spricht. Der Hass des Unterlegenen auf den Sieger und seine Deutungsmacht gebiert das selbstlegitimierende Verlangen nach Um- und Neuschreibung der Geschichte und die Sehnsucht nach einer neuen, revolutionären Identität im bewaffneten Kampf.

Italien: Das Erbe des »roten« Widerstands

Um Identität und Deutungsmacht hinsichtlich der Vergangenheit ging es auch den linken Guerillagruppen, die in Italien aus der 68er-Rebellion hervorgingen.[79] Ihr ausdrücklicher Bezugspunkt war von Anfang an der italienische Partisanen-Widerstand am Ende des Zweiten Weltkriegs. *Die Roten Brigaden* (BR) ebenso wie Giangiacomo Feltrinellis *Gruppi di Azione Partigiana* (GAP)[80] machten dies nicht nur mit ihrer Namensgebung deutlich.[81] So gehörte es beispielsweise zum persönlichen Stolz der *Brigate*-Gründer Renato Curcio und Alberto Franceschini, dass sie ihre ersten Schießübungen mit Waffen aus einem alten Resistenza-Depot bei Piacenza machen konnten.[82] Und auch die militante Wendung der *Roten Brigaden* im Frühjahr 1971 geschah explizit unter der Bezeichnung *Nuova Resistenza*.[83] Dies war weit mehr als eine nostalgische Geste: Curcio hatte zuvor in *Sinistra Proletaria* »die Organisation einer neuen Resistenza« gefordert, »um das Werk, das 1945 nicht vollbracht wurde, zu vollenden«.[84]

Hier klang freilich bereits eine kritische Referenz auf den historischen Widerstand an, die im Editorial

78 Entscheidend sind in Schamkulturen nicht »innere« Gedanken und Gefühle, sondern das »wahrgenommene Sein« (Helmut Lethen). Vgl. Ruth Benedict, Le Chrysanthème et le sabre, Paris 1997 (1946), S. 332–352; Millie R. Creighton, Revisiting Shame and Guilt Cultures. A Forty-Year Pilgrimage, in: *Ethos*, 18. Jg., 1990, Nr. 3, S. 279–307. Eine umfassende kritische Würdigung bei Sonia Ryang, Chrysanthemum's Strange Life. Ruth Benedict in Postwar Japan, in: *Asian Anthropology*, 1. Jg., 2002, Nr. 1, S. 87–116.

79 Angesichts der Forschungslage werde ich mich im Folgenden auf die *Roten Brigaden* konzentrieren – trotz der einleuchtenden Kritik von David Moss, dass die gängige Fixierung auf sie eine Missrepräsentation der italienischen Verhältnisse bedeutet. Immerhin gehen 58 % aller linksterroristischen Morde, 52 % aller Verwundeten sowie sämtliche Entführungsfälle auf das Konto der *Brigate*. Vgl. David Moss, Italian Political Violence 1969–1988. The Making and Unmaking of Meaning. UNRISD Discussion Paper 41, Februar 1993, S. 16.

80 Der Name knüpfte direkt an die *Gruppi di Azione Patriottica* (GAP) am Ende des Zweiten Weltkriegs an. Zu Feltrinelli und den GAP siehe Philip Cooke, A (ri)conquistare la rossa primavera. The neo-Resistance in the 1970s, erscheint demnächst in: Anna Bull / Giorgio Adalgisa (Hg.), Speaking out and silencing. Culture, Society and Politics in Italy in the 1970s, Oxford 2006; Henner Hess, Italien – Die ambivalente Revolte, in: Hess/Moerings/Paas, Angriff auf das Herz des Staates, Bd. 2, S. 9–166, hier S. 65–68; Carlo Feltrinelli, Senior Service. Das Leben meines Vaters, München 2001 (1999), S. 394 ff.

81 Dem BR-Führer Curcio stand bei der recht spontanen Namensgebung *Brigate* im September 1970 ein Foto des auf der Mailänder Piazzale Loreto von Partisanen kopfüber aufgehängten Mussolini vor Augen. Für das Beiwort *Rosse* hingegen war die kurz zuvor gegründete deutsche *Rote Armee Fraktion* das Vorbild. Siehe Renato Curcio, Mit offenem Blick. Ein Gespräch zur Geschichte der Roten Brigaden in Italien von Mario Scialoja, Berlin 1997 (1993), S. 9–11.

82 Vgl. Marisa Elena Rossi, Untergrund und Revolution. Der ungelöste Widerspruch zwischen Brigate Rosse und Rote Armee Fraktion, Zürich 1993, S. 83, Curcio, Mit offenem Blick, S. 63 f. Weitere Beispiele bei Luigi Manconi, The political ideology of the Red Brigades, in: Raimondo Catanzaro (Hg.), The Red Brigades and left-wing terrorism in Italy, New York / London 1991, S. 115–143.

83 Die erste Ausgabe der Zeitschrift *Nuova Resistenza* erschien im April 1971.

84 Zit. n. Richard Drake, The Revolutionary Mystique and Terrorism in Contemporary Italy, Bloomington 1989, S. 10.

der ersten Ausgabe von *Nuova Resistenza* programmatisch wurde: 1945, so die *Brigate*, sei es deshalb zu keiner Revolution gekommen, weil die Partisanen die Natur des Kapitalismus nicht wirklich verstanden hätten.[85] Indessen wollten sich die BR mit dieser Provokation vornehmlich als jugendliche Avantgarde gegen die mächtige Kommunistische Partei Italiens (PCI) und die von ihr dominierten Veteranenverbände positionieren. Denn die Frage, wem der historische Widerstand und sein symbolisches Kapital gehöre, war für sie keineswegs erledigt. Im Gegenteil: Die Identifikation der *Roten Brigaden* mit dem historischen Widerstand wurde in der Folgezeit sogar wichtiger, und zwar just in dem Maße, in dem die PCI hinsichtlich ihrer Besitzansprüche als Alleinerbin des Widerstands zu wanken begann. Angesichts des reformistischen PCI-Kurses und neofaschistischer Anschläge wurden die BR auch von enttäuschten ehemaligen Partisanen als einzig würdige Erben anerkannt.[86] Erst als die positive, wenngleich kritische Fixierung der *Brigate* auf die PCI Mitte der 1970er Jahre nicht mehr funktionierte, während gleichzeitig die rechtsextreme Bedrohung eklatant zurückging, wurde die direkte legitimatorische Bezugnahme der BR auf die »rote Resistenza« zunehmend von rein antiimperialistischen Ideologemen überdeckt. Dies bedeutete aber nicht das Ende der Resistenza-Referenz, sondern deren Aktualisierung. Denn die BR machten nun selbst genau das, was sie den GAP Anfang der 1970er Jahre noch vorgeworfen hatten: die Substitution der deutschen Besatzer zwischen 1943 und 1945 durch die imperialistischen USA.

In der Kritik der *Roten Brigaden* an den GAP ist denn auch weniger die Tendenz zu erkennen, »daß die BR es verstanden hatten, sich einer Mystifikation der Resistenza [...] zu entziehen«.[87] Abgrenzen wollte man sich vielmehr von Feltrinellis defensiver Haltung gegenüber dem von ihm unmittelbar erwarteten faschistischen Staatsstreich sowie seiner internationalistischen Perspektive, die mit ihrem Akzent auf den USA als Hauptfeind eher dem Denken der deutschen RAF ähnelte. Hingegen waren die BR aufgrund ihrer lokalen Verwurzelung in einzelnen Betrieben hinsichtlich der Industriearbeiter als revolutionäres Subjekt durchaus optimistisch. Denn in Italien war wegen der relativen wirtschaftlichen und sozialen Rückständigkeit und des Nord-Süd-Gefälles des Landes 1968 tatsächlich der Funke vom studentischen Protest zu den Arbeitermigranten in Turin und Mailand übergesprungen und hatte mehr als ein Strohfeuer ausgelöst.

Revolte und Postrevolte in Italien, die vom Phänomen des Lokalismus begleitet wurden, unterscheiden sich überdies auch als »eine Geschichte der langen Dauer«[88] mit einer zweiten großen Protestwelle 1977 deutlich von der Situation in Westdeutschland und Japan.[89] Betont seien ferner drei Punkte: Wie während der Resistenza blieb die Revolte auf Norditalien plus Rom beschränkt, woher sich später auch die Guerilla ausnahmslos rekrutierte,[90] und sie erhielt durch die Angriffe neofaschistischer Schlägerbanden teilweise bürgerkriegsähnliche Züge. Schon 1972, so Renato Curcio, besaß »die halbe außerparlamentarische Linke in Mailand Waffen«.[91] Zweitens: Bevor die BR, aber auch andere Gruppen wie die *Prima Linea* sich 1977 in einen wahren Blutrausch steigerten, zeigten sie bei dem traditionell hohen Gewaltniveau der politischen Auseinandersetzung in Italien,[92] vor allem

85 Cooke, A (ri)conquistare, im Manuskript S. 6.

86 Vgl. Philip Cooke, The Resistance Continues – a social movement in the 1970s, in: *Modern Italy*, 5. Jg., November 2000, Nr. 2, S. 161–173.

87 Stefan Seifert, Lotta Armata. Bewaffneter Kampf in Italien. Die Geschichte der Roten Brigaden, Berlin 1991, S. 35.

88 Luisa Passerini, Das Jahr 1968 in Italien. Eine Geschichte der »langen Dauer«, in: Etienne François u. a. (Hg.), 1968 – ein europäisches Jahr?, Leipzig 1997, S. 79–88.

89 Vgl. zum Folgenden Sidney G. Tarrow, Democracy and Disorder, Protest and Politics in Italy, 1965–1975, Oxford 1989; Della Porta, Social Movements, dies., Left-Wing Terrorism in Italy, in: Martha Crenshaw (Hg.), Terrorism in Context, University Park, P.A. 1995, S. 105–159, David Moss, The Politics of Left Wing Violence in Italy, 1969–1985, London / New York 1989; ders., Italian Political Violence, Hess, Italien.

90 Diese regionale Beschränkung gilt im Übrigen auch für die Rekrutierung und das Operationsgebiet neofaschistischer Terrorgruppen in Italien. Vgl. Leonard Weinberg / William Enbank, Neo-Fascist and Far Left Terrorists in Italy: Some Biografical Observations, in: *British Journal of Political Science*, 1988, Nr. 18, S. 531–549.

91 Curcio, Mit offenem Blick, S. 76.

92 Von 1946 bis 1971 starben allein bei Demonstrationen 147 Menschen, davon 14 Polizisten; bis 1977 gab es weitere 96 Tote bei Protestkundgebungen.

Scanned by CamScanner

aber angesichts des von Teilen des Heeres und des Geheimdiensts unterstützten massiven neofaschistischen Terrors eine bemerkenswerte Scheu vor tödlichen Anschlägen. Zweitens dem ersten von Rechtsextremisten veranstalteten Bombenmassaker auf der Mailänder Piazza Fontana im Dezember 1969, das man zunächst den Linken zuzuschieben versuchte, und dem ersten vorsätzlich geplanten Mord der *Roten Brigaden* lagen fast sieben Jahre.[93] Hatte es von 1969 bis 1974 zehnmal mehr Gewaltakte neofaschistischen als linkspolitischen Ursprungs gegeben, kehrte sich das Verhältnis in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre aber geradezu um. Und schließlich drittens: Trotz der internationalistisch-antiimperialistischen ideologischen Neuausrichtung der BR ab 1975 (*Stato Imperialista delle Multinazionali* – SIM), die mit dem Bruch mit der PCI einherging, behielt der Terror der *Brigate* im Hinblick auf Selbstverständnis und Ziele einen strikt nationalen Charakter. So hat es einen sehr kurzen Kontakt zwischen den *Roten Brigaden* und palästinensischen Terrorgruppen erst im Sommer 1978 gegeben, wobei die Initiative bezeichnenderweise von den Palästinensern ausging.[94] Denn deren Sache wird in den zahllosen und umfangreichen Texten der *Brigate* so gut wie gar nicht erwähnt. Anders als in der Bundesrepublik und Japan gehörte der Antizionismus in Italien, wo während des Zweiten Weltkriegs die italienische Armee die Juden vor deutscher Verfolgung zu schützen versucht hatte,[95] ohnehin nicht zur ideologischen Grundausstattung der Linken. Und ein »Yankee-Schwein der amerikanischen Besatzungsmacht«,[96] wie es im Bekennerschreiben der *Brigate*-Splittergruppe BR-PCC heißt, der NATO-General Dozier, wurde sogar erst in der Phase des Untergangs und der vielfachen Spaltung der BR, im Dezember 1981, Ziel einer Aktion.

Die Resistenza blieb im Nachkriegsitalien zunächst die vornehmste Legitimationsquelle der Linken.[97] Was tatsächlich in Mittelitalien fast ausschließlich ein Kampf gegen die deutsche Besatzung, im Norden hingegen auch antifaschistischer Kampf, also Bürgerkrieg, mit starker Beteiligung der Kommunisten gewesen war, wollte sie als antifaschistischen Befreiungs- und Klassenkampf am liebsten nur für sich reklamieren. Doch Anfang der 1960er Jahre war es damit vorbei. Denn an die Stelle des Antikommunismus trat der Resistenza-Mythos als umfassende legitimatorische Klammer des postfaschistischen Italien.[98] Ermöglicht wurde dies durch eine Uminterpretation der Resistenza zur *guerra di liberazione nazionale*, zum nationalen Befreiungskrieg gegen Nationalsozialismus und Faschismus. Der norditalienische Widerstand, so die Argumentation, sei zwar nur von einer Gruppe von Aktivisten tatsächlich militärisch geführt worden, er habe aber von der Geisteshaltung her nahezu die gesamte italienische Bevölke-

---

93 Die Erschießung zweier Neofaschisten im Juni 1974 war offenbar unbeabsichtigt gewesen. Indes war die Praxis des *gambizzare*, gezielter Schüsse in die Beine, bereits eine typische Anschlagsform der BR.

94 Vgl. Ely Karmon, The Red Brigades – Cooperation with the Palestinian Terrorist Organizations (1970–1990). Working Paper, International Policy Institute for Counter-Terrorism, Interdisciplinary Center, Herzliya, April 2001, http://www.ict.org.il/articles/articledet.cfm?articleid=365 (6. Juni 2006).

95 Vgl. Jonathan Steinberg, All or nothing. The Axis and the Holocaust 1941–1943, London 1990. Die eigenen italienischen Internierungslager für Juden, Zigeuner, Anarchisten und andere Verfolgte werden in Italien, wo das Kriegsgedenken als Widerstandskampf gegen den Nationalsozialismus thematisiert wird, nicht erinnert.

96 Zit. n. Rossi, Untergrund und Revolution, S. 112 und 184. Siehe ferner Drake, Revolutionary Mystique, S. 144 f., und Richard O. Collin / Gordon L. Freedman, Winter of fire – the abduction of General Dozier and the downfall of the Red Brigades, New York 1990.

97 Anders als die Resistenza sind die brutale Kriegführung und Besatzungsherrschaft des italienischen Faschismus, darunter die Massaker in Äthiopien und auf dem Balkan, vor wie nach 1968 so wenig thematisiert worden, dass die Kriegserinnerung in Italien eine generationenübergreifende »kontinuierliche Abfolge von Amnesien« genannt werden muss: Lutz Klinkhammer, Kriegserinnerung in Italien im Wechsel der Generationen, in: Cornelißen/Klinkhammer/Schwentker (Hg.), Erinnerungskulturen, S. 333–343, hier S. 340.

98 Vgl. zum Folgenden Pierluca Azzaro, Italien – Kampf der Erinnerungen, in: Mythen der Nationen. 1945 – Arena der Erinnerungen, hrsg. von Monika Flacke, Bd. 1, Berlin 2004, S. 343–364; Lutz Klinkhammer, Der Resistenza-Mythos und Italiens faschistische Vergangenheit, in: Afflerbach/Cornelißen (Hg.), Sieger und Besiegte, Tübingen/Basel 1997, S. 119–139, sowie ders., Die italienische Gesellschaft 1943–1945 zwischen Widerstand und Kollaboration, in: *Neue Politische Literatur*, 39. Jg., 1994, Heft 3, S. 390–412.

rung hinter sich gewusst. Widerstand und Gesamtgesellschaft wurden in dieser Perspektive also in eins gesetzt und zu einer allgemeinen antifaschistischen Identität zusammengeschmolzen. Es ist vor allem ein Name, nämlich Aldo Moro, der in Italien seit 1963 für die Durchsetzung dieser Deutung als kanonisierter Bestandteil des italienischen Staats- und Selbstverständnisses und zugleich für die Annäherung von Christdemokraten und Kommunisten stand.

Auf die radikale Linke in Italien als Verteidigerin des roten Widerstands als Mythos und Perspektive blieb die geistig-moralische Legitimation der Republik aus dem Geist von Antifaschismus und Resistenza natürlich nicht ohne Wirkung. Entsprechend wurde *resistenza tradita*, verratener Widerstand, ab 1968 ein zentraler Slogan im Kampf um »La Resistenza è stata rossa e non tricolore«.[99] Zur echten Bedrohung linksradikaler Identität kam es jedoch erst, als Mitte der 1970er Jahre die PCI und der Moro-Flügel der Democrazia Cristiana auf den *compromesso storico*, den historischen Kompromiss, zusteuerten, der die Erinnerung an die Zusammenarbeit der beiden Parteien im nationalen Befreiungskomitee Ende des Zweiten Weltkriegs beschwor. Die daraufhin entstehende Autonomiebewegung ebenso wie das Abgleiten der BR in einen terroristischen Subjektivismus hingen zugleich damit zusammen, dass durch den radikalen Rückgang neofaschistischer Anschläge die gewaltbereiten Teile der radikalen Linken das traditionelle Objekt ihres militanten Antifaschismus verloren. Unter der Parole »Historischer Kompromiß oder bewaffnete proletarische Macht ... Die Mittelwege sind verschüttet«[100] gingen die *Roten Brigaden* erst theoretisch und dann praktisch zum »Angriff auf das Herz des Staates« über.[101] Zweifellos wurde die blutige Wende zum bewaffneten Kampf ab 1976 auch von der spontanen Militanz autonomer Jugendlicher vorangetrieben, die während der neuen Protestwelle zu Hunderten der BR zuströmten; doch emotional ausschlaggebend war – mindestens für den Führungskader aus der ersten Generation – die Wut über den beschämenden Verrat des revolutionären Kampfes durch das Einschwenken der PCI auf eine Interpretation der Resistenza als Volksfrontbewegung.[102] Zugleich verbanden die *Brigate* damit die Hoffnung, so ihr damaliger Anführer Mario Moretti, »an der Spitze einer Massenbewegung«[103] zu stehen. Denn die Grenzziehung zwischen antifaschistischen Siegern und faschistischen Verlierern, die im Nachkriegsitalien die politischen Vorstellungen aller leitete, wurde in der Sicht der militanten Linken mit dem historischen Kompromiss zerstört. Die Entführung Aldo Moros im März 1978 durch die BR erfolgte denn auch an genau dem Tag, als im italienischen Abgeordnetenhaus die Vertrauensabstimmung zur Bildung einer neuen Regierung stattfand, in die erstmals seit 1947 wieder die Kommunisten eingebunden werden sollten.[104] Nach seinem Tod begann in Italien, ähnlich wie in Deutschland nach der Schleyer-Entführung, eine Nachgeschichte des Terrorismus,[105] dem selbst die inhaftierten *Brigate*-Mitglieder Relevanz und Legitimation absprachen. Denn was die BR als ihre spektakulärste Aktion feierten, erfolgte auf verlorenem Terrain. Die Schlacht um die legitime Repräsentation der Resistenza war im Juli 1978 mit der Wahl des Widerstandshelden Sandro Pertini zum Staatspräsidenten gegen die radikale Linke entschieden – zumindest bis zum Kollaps des italienischen Nachkriegssystems Anfang der 1990er Jahre.[106]

---

99 Zit. n. Cooke, A (ri)conquistare, im Manuskript S. 12.

100 Zit. n. Seifert, Lotta Armata, S. 49.

101 Diese Objektverschiebung vom traditionellen politischen Gegenüber hin zum Staat als Gegner fand in Italien parallel auch auf der extremen Rechten statt, die dabei, wenn auch vergeblich, sogar den Schulterschluss mit der extremen Linken suchte. Vgl. Moss, Italian Political Violence, S. 35 f.

102 Vgl. Mario Moretti, Brigate Rosse. Eine italienische Geschichte (Ein Streitgespräch mit Rossana Rossanda). Hamburg/Berlin 1996, S. 70 ff.

103 Ebenda, S. 73.

104 Zur allgemeinen Virulenz der Resistenza-Metapher im Umgang Italiens mit der Moro-Entführung siehe Robin Erica Wagner-Pacifici, The Moro Morality Play. Terrorism as Social Drama, Chicago/London 1986; Richard Drake, The Aldo Moro Murder Case, Cambridge, Mass., 1995.

105 Anders als in der BRD gilt dies in Italien nicht nur für die symbolische, sondern auch für die quantitative und qualitative Relevanz des Terrorismus.

106 Zum Aufbrechen des antifaschistischen Paradigmas in den 1990er Jahren siehe Gian Enrico Rusconi, Die italienische Resistenza auf dem Prüfstand, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 42. Jg., Juli 1994, Heft 3, S. 379–402.

Scanned by CamScanner

Westdeutschland: Antifaschismus gegen die Besatzungsmacht

»Hätten wir in Italien gelebt«, hat das RAF-Mitglied Stefan Wisniewski notiert, »hätten wir natürlich lieber das Konzept der Brigaden gemacht, das haben wir schon in den frühen Texten gesagt. In Italien hatte es eine starke Resistenza gegeben, mit der hing selbst die Geschichte der italienischen Christdemokraten zusammen. Hier jedoch hatte der Faschismus alles zerstört, was von Arbeiterbewegung übriggeblieben war.«[107] Trotz dieses Gefühls – »Das alles heißt für uns und die legale Linke hier: Es ist nichts da, woran wir anknüpfen, worauf wir uns historisch stützen [...] könnten«[108] – konnte freilich auch die RAF nicht umhin, sich der deutschen Geschichte in legitimatorischer Absicht zu bemächtigen. Tatsächlich findet man in den Texten der RAF einen Blick auf die deutsche Vergangenheit, der in seinen Grundstrukturen identisch ist mit jener kontrafaktischen Geschichtsdeutung, wie sie auch für die *Japanische Rote Armee* typisch ist: Hier wie dort wird verleugnet, dass die militärische Niederlage ausschlaggebend für das Ende der Gewaltherrschaft war; hier wie dort werden das Kriegsende und der Sieg der Alliierten zum Hauptgrund einer ausgebliebenen nationalen Selbstbefreiung umgedeutet.

Neben dem gemeinsamen Leitmotiv eines verhinderten Widerstands des japanischen respektive des deutschen Volkes gibt es jedoch noch eine weitere Übereinstimmung, die angesichts der fast totalen Geschichtsvergessenheit in Japan einerseits und der andererseits substantiellen Präsenz der nationalsozialistischen Verbrechen in der westdeutschen Öffentlichkeit seit Anfang der 1960er Jahre eher überrascht: Die eigene Gewaltvergangenheit ist im Geschichtsbild der RAF wie der *Japanischen Roten Armee* nahezu gleichermaßen abwesend. Im Unterschied zu den *Sekigun* handelt es sich bei der RAF freilich um ein bewusstes Beschweigen.

Dies gilt auch für die umfangreiche Prozesserklärung der Stammheimer Gefangenen vom Januar 1976, deren Herzstück eine sehr ausführliche Darstellung von Geschichte und Vorgeschichte der Bundesrepublik aus der Sicht der RAF bildet. In diesem legitimatorischen Schlüsseltext, der unter Beteiligung nahezu aller inhaftierter RAF-Mitglieder über Monate hinweg diskutiert und ausgearbeitet wurde, wird die nationalsozialistische Judenvernichtung mit keinem einzigen Wort erwähnt.[109] Stattdessen formulierte die RAF eine die Jahre vor und nach 1945 gleichsam unterschiedslos verwebende Kollektivamnestie, in der selbst der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941 zum taktischen Manöver der späteren Hauptsiegermacht mutierte: »Das politische Projekt, das die USA als hegemoniale Kapital- und Besatzungsmacht [...] mit dem westdeutschen Staat verfolgte, war von Anfang an legitimationsunfähig: [...] Über diese Politik ist nie in Wahlen abgestimmt, sondern in Washington entschieden worden.«[110] »Es war das antikommunistische Ausrottungsprojekt der Strategen des US-Imperialismus, die Sowjetunion durch die faschistischen Armeen vernichten zu lassen [...] [Die Terrorbombardements] zielten ebenso wie die propagandistischen Anstrengungen der US-Regierung, die Deutschen insgesamt mit dem faschistischen Staat zu identifizieren, auf die totale Demoralisierung und präventive Ausschaltung jedes Widerstands in Deutschland gegen die Pläne des US-Imperialis-

---

107 Stefan Wisniewski, »Wir waren so unheimlich konsequent ...« Ein Gespräch zur Geschichte der RAF, Berlin 1997, S. 23.

108 »Wir werden in den Durststreik treten«. *Spiegel*-Fragen an Andreas Baader, Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe, *Der Spiegel* vom 20. Januar 1975, 29. Jg., Nr. 4, S. 52–57.

109 Die Vermutung Karl-Heinz Dellwos, dem ich für diesen Hinweis danke, der historische Rückblick in der »Erklärung zur Sache« stamme allein aus der Feder des RAF-Mitglieds Werner Hoppe, hält einer quellenkritischen Begutachtung nicht stand. Im Gegenteil ist die inhaltliche und oftmals wörtliche Übereinstimmung mit den Vorarbeiten etwa von Andreas Baader und Ulrike Meinhof eindeutig. Vgl. geschichte der brd, alte linke, fragment – zu den beweisanträgen, in: letzte texte von ulrike, hrsg. vom internationalen komitee zur verteidigung politischer gefangener in westeuropa, o. O., 1976, S. 43–47. Siehe auch Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam, ID-Archiv – Sammlungen, RAF Archiv Ronald Augustin, Bd. 2: 1975/76.

110 Auszüge aus der »Erklärung zur Sache« vom 13. Januar 1976, In: ID-Verlag (Hg.), Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, Berlin 1997, S. 198–265, hier S. 200.

mus.«[111] »Indem die Besatzungsmacht die Ursachen des Faschismus nicht nur in der Person seiner Führer, sondern mit der rassistischen Behauptung der ›Kollektivschuld‹ in den Charakter des ganzen Volkes verlagerte, [...] tabuisierte [sie] [...] die tatsächliche Ursache des Faschismus [...] Die Besatzungsmacht trat der deutschen Bevölkerung in den Reeducation-Kampagnen nicht anders gegenüber als kolonialistische Eroberer der autochthonen Bevölkerung eines besetzten Landes in der Dritten Welt [um mit] ihrer psychologischen Herrschaftstechnik ›die Deutschen zur Demokratie zu erziehen‹ – d. h. die Kultur, das Geschichtsverständnis, das Bewußtsein der historischen Existenz und Identität nicht nur zu verändern, sondern vor allem und zuerst zu brechen.«[112]

Nicht nur Westdeutschland ab 1945 wird von der RAF jedoch als Kolonie des »Hauptfeinds der Menschheit«[113] definiert, sondern auch schon das »Dritte Reich« als historischer Vasall der USA bezeichnet. So trägt aus der Sicht der RAF der amerikanische Imperialismus nicht nur Schuld daran, dass ein Widerstand der Deutschen gegen die »Hitlerclique« ausblieb bzw. unterdrückt und aus Deutschland deshalb ein Land wurde, »das Auschwitz hat widerstandslos über sich ergehen lassen«.[114] Vielmehr war der Nationalsozialismus selbst nicht mehr als »nur die politische und militärische Vorwegnahme des imperialistischen Systems der multinationalen Konzerne«.[115] Es gehört zur Logik dieser Argumentation, dass Ulrike Meinhof im Dezember 1972 monierte, dass »nach dem Krieg [...] die Amerikaner von uns nicht angeklagt worden [sind]«.[116]

Moishe Postone hat es als Charakteristikum der außerparlamentarischen Linken von 1968 und ihrer Nachfolger bezeichnet, dass sie »sich in den Fallstricken eben der Vergangenheit verfingen, die sie doch ablehnten«, indem ihre kapitalismuskritische Faschismustheorie zum »Verdrängungsinstrument« wurde.[117] Das Beispiel der RAF lässt eher danach fragen, ob nicht umgekehrt Verdrängungs- und Legitimierungssehnsüchte sich ihre Theorien suchten. Aus den Abstraktionen antiimperialistischer Ideologie und dem platt ökonomistischen Faschismusbegriff, wie er seit 1933 durch die Komintern kanonisiert worden war, kann die manchmal geradezu nostalgische Emphase des nationalen Identitäts- und Befreiungsdiskurses der RAF jedenfalls kaum hinreichend erklärt werden. Dazu gehören nicht zuletzt die vielen Pathosformeln der ersten RAF-Generation. Und dazu gehört auch die Verbindung der »Propaganda der Tat« mit einem ontologisch beseelten Volksbegriff, der an der Stelle marxistischer Klassenkampfideen dem puren Subjektivismus huldigte: »der kampf selbst proletarisiert die kämpfer [...] das heißt als subjekt der befreiung. das ist sicher kein soziologischer proletariatsbegriff. der interessiert uns auch nicht [...] er bezeichnet [...] das verhältnis der guerilla zum volk.«[118] Als Nationalisten, denen die Nation und als Klassenkämpfer, denen die Klasse nichts galt, zeigte das Denken der RAF-Mitglieder mithin eine erstaunliche Nähe zu einem eher marginalen Exponenten der Konservativen Revolution der Zwischenkriegszeit, nämlich Ernst Niekisch.[119]

Es liegt auf der Hand, dass auch der Antiamerikanismus der RAF Elemente der konservativen Tradition amerikafeindlicher Ressentiments aufgriff, zu-

111 Ebenda, S. 202.
112 Ebenda, S. 211.
113 Ebenda, S. 258.
114 Dem Volke dienen. Stadtguerilla und Klassenkampf, in: ID-Verlag (Hg.), Rote Armee Fraktion, S. 112–144, hier S. 128.
115 Die Aktion des »Schwarzen September« in München. Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes, in: ebenda, S. 151–177, hier S. 168.
116 Otto Schily / Hans-Christian Ströbele, Plädoyers einer politischen Verteidigung. Reden und Mitschriften aus dem Mahler-Prozeß, hrsg. von der Roten Hilfe Westberlin, Berlin 1973, S. 141.
117 Moishe Postone, Deutsche Opfer-Mythologie, in: *Mittelweg* 36, 1. Jg., 1992, Heft 2, S. 57–64, hier S. 61.
118 teile zu der erklärung der gefangenen aus der raf vom januar 76, in: letzte texte, S. 18–35, hier S. 29.
119 Dieser Befund gilt unabhängig von der noch zu klärenden Frage, inwieweit Niekisch von der RAF tatsächlich rezipiert wurde. Die kursorische Erwähnung Niekischs zu Beginn des Schlusswort der Angeklagten beim Frankfurter Kaufhausbrandprozess 1968 weist auf nichts mehr als eine positive Konnotation seines Namens und ist im Übrigen offenbar auf Thorwald Proll zurückzuführen. Vgl. »Vor einer solchen Justiz verteidigen wir uns nicht!«; zuletzt in: Thorwald Proll / Daniel Dubbe, Wir kamen vom anderen Stern. Über 1968. Andreas Baader und ein Kaufhaus, Hamburg 2003, S. 105–116, hier S. 105.

Scanned by CamScanner

mal diese, ähnlich wie in der APO, schon seit den 1920er Jahren stets auch als Konsumismus-Kritik dahergekommen war. Dazu zählt etwa die Vorstellung der RAF von einer kulturzersetzenden »Gehirnwäscheoffensive des US-Imperialismus«[120] nach 1945, die große Nähe zu den »Charakterwäsche«-Thesen eines Altrechten wie Caspar von Schrenck-Notzing besitzt. Aber auch die RAF-typische Vermischung von antiimperialistischer Ideologie mit deutschnationalen Tönen war nicht ohne Vorbild. Ihr Reden etwa von der Bundesrepublik als »Marionettenregime«[121] der USA, von der durch eine gezielte »Politik des Hungers«[122] brutal oktroyierten Verfassung, von durch die CIA gekauften Gewerkschaften, Sozialdemokraten usw. findet seine meist wörtliche Entsprechung in jenen Phrasen, die in der DDR im Zuge ihrer nationalen Propagandawelle schon Ende der 1940er Jahre geprägt worden waren.[123] Gleiches gilt für die angeblich verkaufte Einheit der Nation, die Währungsreform als »größte[r] Volksenteignungsmaßnahme«[124] und für die Dichotomie von deutscher Kultur gegen »die kosmopolitische Identität des Monopolkapitals«.[125] Den Anleihen der RAF bei der traditionellen DDR-Rhetorik war freilich eine feste Grenze gesetzt. Denn Antifaschisten hüben und Antifaschisten drüben trennten als kommunistische Sieger der Geschichte auf der einen und Erben eines bloß geschenkten Neubeginns auf der anderen Seite identifikatorische Welten.

Was der DDR mit ihrem staatsdoktrinären Antifaschismus bereits gelungen war und die legitimatorische Grundlage ihrer staatlichen Gewaltausübung bildete, war für die RAF das Ziel ihres Griffs zur Waffe, nachdem der erhoffte revolutionäre Neubeginn der Weltgeschichte 1968 ausgeblieben war: die Verwandlung der Niederlage des Deutschen Reichs in ein (kommunistisches) Siegernarrativ, die Übertragung von Verantwortung und Schuld auf eine kleine Gruppe überzeugter Nazis und ihre monopolkapitalistischen Hintermänner sowie schließlich die weitgehende Ausblendung des Genozids an den europäischen Juden.[126] Ende der 1960er Jahre hatte die DDR ihren antifaschistischen Gründungsmythos in seiner doppelten Funktion als Entlastungsstrategie und Herrschaftsinstrument längst bis zu den Befreiungskriegen und sogar der Hermannsschlacht ausgebaut. Dagegen lagen in der Bundesrepublik das NS-Erbe und die Glaubwürdigkeitslücke als Nachfolgestaat seit dem Ende des »kommunikativen Beschweigens«[127] der 1950er Jahre zunehmend offen zutage. Und mit der Aufweichung des antikommunistischen bzw. antitotalitaristischen Paradigmas in der Bundesrepublik bis hin zur neuen Ostpolitik Willy Brandts verlor die NS-Diktatur überdies ihre funktionale Rolle als »negatorisch legitimierendes Tertium comparationis im deutsch-deutschen Systemwettbewerb«.[128] Dass nach dem Ende des Beschweigens und dem »Ende der Exterritorialisierung«[129] des Nationalsozialismus im Herbst 1969 auch noch der sozialliberale Machtwechsel stattfand und in der politischen Sphäre mit einem weiteren Anwachsen vergangenheitskritischer Diskurse zu rechnen war, schien den Gründungsmitgliedern der RAF vollends unerträglich. »Brandt-Scheel-Heinemann haben sich daran gemacht, die Reste der antifaschistischen Bewegung zu vernichten [...] Unser Problem ist, daß

120 »Wir werden in den Durststreik treten«. Vgl. Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche. Die Politik der amerikanischen Umerziehung, München 1965.

121 geschichte der brd, alte linke, in: letzte texte, S. 38.

122 Erklärung zur Sache, in: ID-Verlag (Hg.), Rote Armee Fraktion, S. 215.

123 Vgl. Thomas Haury, Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002. Dort auch weitere Beispiele.

124 Erklärung zur Sache, in: ID-Verlag (Hg.), Rote Armee Fraktion, S. 202.

125 Ebenda, S. 210.

126 Vgl. Münkler, Antifaschismus, S. 16 f. Zum empirischen Nachweis des »Erfolgs« der DDR-Propaganda im Hinblick auf die Verdrängung der Judenvernichtung auch aus dem individuellen Bewusstsein der DDR-Bürger siehe Heinrich, Zeithistorische Ereignisse, S. 85 f.

127 Hermann Lübbe, Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewußtsein, in: *Historische Zeitschrift*, 1983, Nr. 236, S. 579–599, hier S. 594.

128 Wolfgang Bergem, Barbarei als Sinnstiftung? Das NS-Regime in Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur der Bundesrepublik, in: ders. (Hg.), Die NS-Diktatur im deutschen Erinnerungsdiskurs, Opladen 2003, S. 81–104, hier S. 92.

129 Rüsen, Holocaust, S. 250.

man den Personen, die in dieser Regierung sitzen, ihre Unglaubwürdigkeit nicht nachweisen kann – sie haben keine faschistischen Biographien!«,[130] stellte Ulrike Meinhof 1972 indigniert fest. Um einem leibhaftigen NS-Gegner wie Willy Brandt dennoch eine »imperialistische Fratze«[131] zu verleihen, gebührte der Sozialdemokratie im manichäischen Weltbild der RAF die Rolle des vom CIA finanzierten Hauptverbündeten der USA.

Die NS-Zeit hingegen, besonders die Judenvernichtung, kommt im apologetischen Antifaschismus der RAF allenfalls in antizionistischen Ausfällen oder pseudoidentifikatorischen »Auschwitzphantasien«[132] vor: »Unsere Isolation jetzt und das Konzentrationslager demnächst – ob nun unter der Regie von grünen oder weißen Terrortrupps – kommt raus auf: Vernichtung – das Vernichtungslager – Reformtreblinka – Reformbuchenwald – die ›Endlösung‹. So sieht's aus.«[133] Derlei skrupellose Analogiebildungen dienten, zumal in Hungerstreikerklärungen, vor allem zur Mobilisierung von Sympathisanten. Für das spätere RAF-Mitglied Birgit Hogefeld war das im *Stern* veröffentlichte Foto des nach zwei Monaten Hungerstreik gestorbenen Holger Meins »eine der zentralen Weichenstellungen, weil dieser ausgemergelte Mensch so viel Ähnlichkeit mit KZ-Häftlingen, mit den Toten von Auschwitz hat«.[134] Dass diese Assoziation sich bei einem neutralen Betrachter des Fotos nicht einstellt, zeigt den Erfolg der geschichtspolitischen Ausbeutungsstrategien der RAF.

Ihren Resonanzboden bildete jener sich über den eliminatorischen Antisemitismus der NS-Zeit legitimierende neue Antisemitismus im ideologischen Gewand des Antifaschismus und Antizionismus, der nach 1967 in Westdeutschland zum Grundbestandteil linkspolitischen Denkens wurde.[135] Zum bundesdeutschen Terrorismus, nicht nur der RAF, gehört denn auch eine dezidiert antisemitische Blutspur. An seinem Anfang stehen nicht nur die palästinensischen Ausbildungscamps, sondern auch der – fehlgeschlagene – Bombenanschlag der *Tumpamaros West-Berlin* auf das Jüdische Gemeindezentrum in Berlin am 9. November 1969, also am Jahrestag der Pogromnacht.[136] Sein letzter Akt mit menschlichen Opfern war das Sprengstoffattentat der RAF auf einen Bus mit russisch-jüdischen Auswanderern in Ungarn im Dezember 1991. Man mag darin, so selbst in Dieter Kunzelmanns Wort vom »Judenknax«,[137] den es zu überkommen gelte, eine pathologische Abwehrreaktion erkennen: »Die Täter der RAF«, so Julia Kölsch, »waren ›irre geworden‹ an der deutschen Geschichte.«[138] Derlei Interpretationen übersehen allerdings die Unbekümmertheit, mit der, fixiert auf das »Credo von der Gnade der späten Geburt«,[139] der Antizionismus die althergebrachten antisemitischen Stereotype aufgriff und sogar noch semantisch ausweitete. Inwiefern hier ein direktes Erbe der NS-Zeit zum Tragen kam und welchen Anteil der ideologische Antisemitismus stalinistischer Prägung oder der Rätekommunismus eines Anton Pannekoek hatte, wird noch einer näheren Untersuchung bedürfen. Gleiches gilt für die Beeinflussung der RAF durch die relativistisch

130 Schily/Ströbele, Plädoyers, S. 141.
131 Erklärung zur Sache, in: ID-Verlag (Hg.), Rote Armee Fraktion, S. 252.
132 Brief Ulrike Meinhofs vom 20. Mai 1973, in: Pieter H. Bakker Schut (Hg.), das info. Briefe der Gefangenen aus der RAF 1973–1977, Hamburg 1987, S. 19–25, hier S. 21.
133 Hungerstreikerklärung vom 8. Mai 1973, in: ID-Verlag (Hg.), Rote Armee Fraktion, S. 187–190, hier S. 189.
134 Birgit Hogefeld, Zur Geschichte der RAF, in: Wirth, Hitlers Enkel, S. 93–131, hier S. 106.
135 Vgl. Thomas Haury, Zur Logik des bundesdeutschen Antizionismus, in: Léon Poliakov, Vom Antizionismus zum Antisemitismus. Mit einem Vorwort von Detlev Claussen und einem Beitrag von Thomas Haury, Freiburg 1992, S. 125–155; Martin Kloke, Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses, Frankfurt am Main 1990; Annette Vowinckel, Der kurze Weg nach Entebbe oder die Verlängerung der deutschen Geschichte in den Nahen Osten, in: *Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History*, Online-Ausgabe, 2004, 1. Jg., Heft 2, http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Vowinckel-2-2004.
136 Siehe dazu Wolfgang Kraushaar, Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus, Hamburg 2005.
137 Dieter Kunzelmann, Leisten Sie keinen Widerstand! Bilder aus meinem Leben, Berlin 1998, S. 123. Vgl. Kloke, Israel, S. 104 f.
138 Julia Kölsch, Politik und Geschichte. Die Gegenwart der NS-Vergangenheit als politisches Sinnstiftungspotential, in: Wolfgang Bergem (Hg.), Die NS-Diktatur im deutschen Erinnerungsdiskurs, Opladen 2003, S. 137–150, hier S. 143.
139 Kloke, Israel, S. 107 und 187.

Scanned by CamScanner

gemeinten Holocaust-Bezugnahmen in der amerikanischen *Black Power*-Bewegung.[140] Die einzigen Opfer des Holocaust, denen in der RAF zumindest das Interesse Ulrike Meinhofs galt und denen sie für sich einmal sogar »historische Identität« zubilligte, waren die Juden im Warschauer Ghetto, »die sich nicht hinschlachten ließen«.[141] Den denkwürdigen Kniefall Willy Brandts vor dem Denkmal an ihren Aufstand kommentierte die RAF freilich als überflüssige Ausräumung »überalterten Konfliktstoffs«.[142]

Anders als ehemalige RAF-Mitglieder und manche Interpreten mit dem Hinweis auf »die Schuld der Väter« im Nachhinein nahe legen möchten, kann von einer Frontstellung der RAF »gegen die Auschwitz-Generation«[143] keine Rede sein. Es überrascht daher nicht, dass die Authentizität einer von Jillian Becker eingeführten und über Stefan Austs »Baader Meinhof Komplex« weit verbreiteten angeblichen terroristischen Urszene, gemäß der Gudrun Ensslin in Berlin am Abend des 2. Juni 1967 auf einer SDS-Versammlung im Republikanischen Club in völliger Auflösung erschienen sein soll – »Ihr wißt, was für Schweine wir hier gegen uns haben. Das ist die Generation von Auschwitz [...] Wir müssen uns bewaffnen!«[144] –, offenbar äußerst fragwürdig ist: Abgesehen von Jillian Beckers Quelle, einem ungenannt bleibenden »SDS-Führer«, können sich andere Berliner SDS-Mitglieder weder an einen solchen Ausbruch Ensslins noch überhaupt an ihre Anwesenheit auf der Versammlung erinnern.[145] Mit einem nachgeholten Bewältigungsversuch haben Vergangenheitsfixierung wie Geschichtsdeutung der RAF wenig zu tun. Ihr Ziel ist vielmehr die Entlastung der Elterngeneration und die Relativierung des Nationalsozialismus.[146]

Besonders aufschlussreich sind dabei die Ausführungen, die Ulrike Meinhof Ende 1972 im Prozess gegen Horst Mahler als Zeugin der Verteidigung gemacht hat.[147] Horst Mahler hatte dort zuvor Passagen aus der RAF-Schrift »Schwarzer September« vorgelesen. In dieser Hymne auf den Überfall einer palästinensischen Terrorgruppe auf die israelische Olympiamannschaft in München wird die Aktion nicht nur als beispielhaft »antiimperialistisch, antifaschistisch und internationalistisch« gefeiert, sondern auch als Ereignis gedeutet, in dem die westdeutsche Linke »ihre eigene politische Identität wiederfinden« könne.[148] Und Ulrike Meinhof, die sich zu Beginn ihres knapp zweistündigen Auftritts mit den Worten »Ich bin Antifaschist«[149] vorgestellt und noch auf ihre Haftanstalt in Köln als »Lager, dessen Wahrzeichen ein Schornstein ist«[150] verwiesen hatte, nahm dies zum Anlass für die ausführlichste Einlassung zur na-

---

140 Ironischerweise hat diese dadurch nicht unwesentlich zur moralischen Universalisierung des Holocaust beigetragen. Vgl. Jeffrey C. Alexander, On the Social Construction of Moral Universals. The ›Holocaust‹ from War Crime to Trauma Drama, in: *European Journal of Social Theory*, 5. Jg., Februar 2002, Nr. 1, S. 5–85. Zur Tradition der Holocaust-Referenz siehe Amy Katherine DeFalco Lippert, The Rationalization of Righteousness. Nazi Ideology, the Holocaust and the African-American Community in World War II. B.A. Thesis, Berkeley 2001; Jonathan Kaufman, Broken Alliance. The Turbulent Times Between Blacks and Jews in America, New York 1995.

141 Zit. n. Peter Jochen Winters, Ulrike Meinhof läßt sich nur die Stichworte geben, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 15. Dezember 1972.

142 Das Konzept Stadtguerilla, in: ID-Verlag (Hg.), Rote Armee Fraktion, S. 27–48, hier S. 45.

143 Taufer, Gegen die Auschwitz-Generation.

144 Zit. n. Aust, Baader Meinhof Komplex, S. 60. Vgl. Jillian Becker, Hitler's Children, London 1977, S. 88.

145 Vgl. Gerd Koenen, Vesper, Ensslin, Baader. Urszenen des deutschen Terrorismus, Köln 2003, S. 124. Ich danke Gerd Koenen für weitere mündliche Hinweise.

146 Der ehemalige RAF-Mitbegründer Horst Mahler kann sich nach seiner spektakulären Wandlung zum Rechtsextremisten heute denn auch in Teilen zu Recht auf die RAF berufen. Vgl. Dorothea Hauser, Rechte Leute von links? Die RAF und das deutsche Volk, in: Klaus Biesenbach (Hg.), Zur Vorstellung des Terrors: Die RAF-Ausstellung, Bd. 2, Berlin/Göttingen 2005, S. 135–137.

147 Vgl. zum Folgenden Schily/Ströbele, Plädoyers, S. 140–143; Christel Sudau, Thesen, Bekenntnisse und Schimpfworte, *Süddeutsche Zeitung* vom 15. Dezember 1972; Winters, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 15. Dezember 1972; Hans-Werner Loose, Ulrike Meinhof will dem System noch immer »Wunden schlagen«, *Die Welt* vom 15. Dezember 1972; anonym: Ulrike Meinhof kritisiert die Linke, *Stuttgarter Zeitung* vom 15. Dezember 1972.

148 Die Aktion des »Schwarzen September«, hier S. 151 f.

149 Zit. n. Sudau, *Süddeutsche Zeitung* vom 15. Dezember 1972. Vgl. Schily/Ströbele, Plädoyers, S. 140.

150 Ebenda.

tionalsozialistischen Judenverfolgung, die es seitens der RAF gibt: »Was ist Auschwitz? Was war wirklich Antisemitismus?«, so zunächst ihre rhetorische Frage, die sie dann selber beantwortete: »Die Juden wurden mit ihren Geschäften identifiziert. Der Antisemitismus war seinem Wesen nach antikapitalistisch.«[151] Daran anknüpfend warf sie der Linken vor, Auschwitz' wahre Bedeutung »dem Mann auf der Straße« nicht erklärt zu haben: »Mit der Vernichtung von 6 Millionen Juden wurde die Sehnsucht der Deutschen nach Freiheit von Geld und Ausbeutung selbst mit ermordet!«[152] Darin jedoch, dass die deutsche Linke den Zusammenhang zwischen Antikapitalismus und Antisemitismus vernachlässigt habe und Auschwitz nur als »Ausdruck des Bösen«[153] verstehen wolle, liege der Grund für ihre mangelnde Resonanz »bei der älteren Generation«. Dies aber, so Meinhof, sei das Hauptproblem: Denn »ohne daß wir das deutsche Volk vom Faschismus freisprechen – denn die Leute haben ja wirklich nicht gewußt, was in den Konzentrationslagern vorging –, können wir es nicht für unseren revolutionären Kampf mobilisieren«.[154]

Dass es bei diesem Kampf letztlich um eine dezidiert nationale Befreiungsfront ging, hat die RAF trotz ihres antiimperialistischen Duktus klar ausgesprochen: »in jedem fall zwingen angriffe auf amerikanische einrichtungen hier den staat sich als das zu zeigen, was er ist: funktion des us-kapitals und institutionelle verschleierung des wirklichen status der bundesrepublik im amerikanischen staatensystem: von den usa militärisch besetztes gebiet.«[155] Zwar wusste sich die RAF mit den Völkern der Dritten Welt und insbesondere den Palästinensern solidarisch, »weil es unter der Hegemonie des US-Kapitals keine ökonomische und so politische Autonomie von Kapitalen gegenüber dem US-Kapital gibt«. Für die Bundesrepublik gilt dies in den Augen der RAF aber in ganz besonderem Maße. Denn Westdeutschlands »aus dem status eines besiegten und besetzten landes entwickelte regierungsstruktur«[156] sei mehr als die irgendeines anderer Staates »die verfassung eines marionettenregimes«[157] und besitze »als Produkt der Diktatur der Alliierten Militärregierungen unter Führung der USA [...] keine nationale Souveränität«.[158] Tatsächlich glaubte die RAF, im Rahmen ihres imperialistischen Kolonialmodells sogar von einem deutschen Exzeptionalismus ausgehen zu können. Im weltweiten Vergleich, so die RAF-Häftlinge in einer der Vorarbeiten für ihre Stammheimer Erklärung, gelte nämlich nur für die Bundesrepublik, dass sie »nicht nur wie alle anderen kapitale in allen staaten des us-staatensystems hegemonisiert ist [...] das besondere ist, daß die politische direktionsgewalt dieses staates nie an seine verfassungsmäßigen organe übergegangen ist.«[159] Dagegen aber, »daß ein Staat mit dem ökonomischen Potential der Bundesrepublik

---

151 Ebenda, S. 141. Vgl. Winters, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 15. Dezember 1972.

152 Vgl. Winters, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 15. Dezember 1972; anonym, *Stuttgarter Zeitung* vom 15. Dezember 1972.

153 Winters, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 15. Dezember 1972.

154 Zit. n. Winters, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 15. Dezember 1972, und anonym, *Stuttgarter Zeitung* vom 15. Dezember 1972. Vgl. Loose, *Die Welt* vom 15. Dezember 1972. In der Dokumentation der *Roten Hilfe Westberlin* (S. 142) heißt es: »6 Millionen Juden wurden so vernichtet, als wären sie Geld oder Ware [...] Dieses Problem (Faschismus, Judenvernichtung) haben wir nicht bewältigt, deshalb konnte die anti-autoritäre Bewegung nicht auf die ältere Generation überspringen. Ohne den Freispruch, daß dies hinter ihrem Rücken geschehen ist, haben sie (die älteren Leute) Angst, wieder eingeseift zu werden. (Deshalb halten sie Distanz zu politischen Fragen).« Die Recherche nach der Originalmitschrift der *Roten Hilfe*, die in ihrer Dokumentation den knapp zweistündigen Zeugenauftritt Ulrike Meinhofs offensichtlich nur stark gekürzt wiedergibt, war leider erfolglos, da sich von den Mitgliedern der RH Westberlin, die seinerzeit im Mahler-Prozess protokollierten, niemand an die Mitschrift von Meinhofs Zeugenaussage erinnern kann. Im Archiv des *Sozialistischen Anwaltskollektivs*, heute im Hamburger Institut für Sozialforschung, ist die Mitschrift nicht enthalten.

155 konzept a./u. zu einem anderen prozeß. ende april 76, in: letzte texte, S. 43–47, hier S. 43.

156 geschichte der brd, alte linke, in: letzte texte, S. 41.

157 Ebenda, S. 38.

158 Zit. n. Iring Fetscher / Herfried Münkler / Hannelore Ludwig, Ideologien der Terroristen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Iring Fetscher / Günter Rohrmoser, Ideologien und Strategien (= Analysen zum Terrorismus, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Bd. 1), Opladen 1981, S. 16–271, hier S. 139.

159 geschichte der brd, alte linke, in: letzte texte, S. 40.

Scanned by CamScanner

für die Dauer von nunmehr über dreißig Jahren über keine eigene politische Direktionsgewalt verfügt«,[160] wollte die RAF ihren »Volkskrieg« eröffnen. Die in Fortsetzung ihrer ersten Bombenserie vom Mai 1972 bereits geplante Entführung der drei alliierten Stadtkommandanten West-Berlins scheiterte allerdings an der Festnahme des RAF-Führungskaders.[161]

Auch die folgenden RAF-Generationen haben an dem Insurgentencharakter des »Volkskriegs«, den sie erträumten, keinen Zweifel gelassen. Zwar richtete sich ihre praktische Aufmerksamkeit bis 1977 allein auf die Befreiung der Gründerfiguren aus der Haft. Der Fokus auf den »Hauptfeind USA« und seine Counterinsurgency bleibt jedoch auch nach dem Theoriewechsel der RAF hin zur antiimperialistischen Front Westeuropa in den 1980er Jahren bestehen. So ist etwa in Christian Klars und Brigitte Mohnhaupts »Erklärung zu '77« von 1984 weiterhin vom »Gebilde BRD« die Rede, gilt der Bonner Große Krisenstab während der Schleyer-Entführung als vom amerikanischen Außenministerium ferngesteuert.[162] Und was den Stammheimer Zellensuizid angeht, ist sich auch die Nachfolge-RAF ganz sicher: »Die Entscheidung zur Endlösung: die Exekutierung von Andreas, Gudrun, Jan, Ingrid« fiel an keiner anderen Stelle als »im ›special coordination committee‹ des Nationalen Sicherheitsrats der USA«.[163]

Schon Valerio Morucci, Mitglied der italienischen *Roten Brigaden* und einer der Entführer Aldo Moros, hat gerade in der ideologischen Fixierung der RAF »auf die Weltszene« zu Recht »ein deutsch-nationales Gefühl« erkannt: »Die RAF«, so Morucci, »fühlte sich als Vertreter der deutsch-nationalistischen Seele. Sie trat gegen alle an, die dem deutschen Volk nicht die Freiheit gelassen hatten, sich selbst einen freien und eigenen politischen Status zu geben.«[164] In der Tat erweist sich der vielbeschworene Internationalismus der RAF als weitgehend deklamatorisch und funktionalistisch. Seine Notwendigkeit ist allein der von der RAF diagnostizierten »dialektik [...] der transformation der nationalstaaten im staatensystem des us-imperialismus in einen neuen, international organisierten Faschismus« geschuldet: »das zentrale moment, um das es uns dabei geht«, erklärten Andreas Baader und Ulrike Meinhof im April 1976, »ist zu zeigen, daß aus der determination der reaktion als international organisierter repression revolutionäre strategie internationalistisch sein muß.«[165] Die aus der historischen Erfahrung des Jahres 1945 in die Gegenwart verlängerte Allmacht des Gegners erzwang also den Weltmaßstab und die Konstruktion eines revolutionären »Trikont«, um am Ende das herbeiführen zu können, wonach die RAF sich sehnte: »daß aus dem zusammenhang von proletarischem internationalismus die geschichte eines volkes, wie es die des deutschen ist, und so unsere geschichte mal aufhört, eine geschichte zu sein, über die [...] man sich schämen müßte«.[166]

Verhaltenslehren der Kälte: Die RAF als Identitätsprojekt

Zum Kontext der terroristischen Gruppierungen in der Bundesrepublik, Japan und Italien gehört neben dem Komplex 1968 das Jahr 1945. Es sind die Legitimitätsdefizite von Verlierernationen und Nachfolgestaaten und die Identitätsprobleme von Verliererkindern, die dazu geführt haben, dass die globale Revolte von 1968 nur in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Achsenmächte bis in den mörderischen Terrorismus geführt hat. In Japan und in der Bundesrepublik ist dieser eindeutig mit einem von der RAF wie von den *Sekigun* als unaushaltbar empfundenen Verlierernarrativ verbunden. In Italien hingegen stellt

160 Erklärung zur Sache, in: ID-Verlag (Hg.), Rote Armee Fraktion, S. 200.
161 Vgl. Oliver Tolmein, »RAF – Das war für uns Befreiung«. Ein Gespräch mit Irmgard Möller über bewaffneten Kampf, Knast und die Linke, Hamburg 1997, S. 62 ff.
162 Erklärung zu '77, in: ID-Verlag (Hg.), Rote Armee Fraktion, S. 307–322.
163 Hungerstreikerklärung vom 6. Februar 1981, in: ebenda, S. 285–288, hier S. 286.
164 »Die RAF und wir – feindliche Konkurrenten«. Der gefangene Moro-Entführer Valerio Morucci über das Verhältnis zwischen Roten Brigaden und RAF, in: *Der Spiegel* vom 28. Juli 1986, 40. Jg., Nr. 31, S. 106–114, hier S. 110.
165 konzept a./u. zu einem anderen prozeß, S. 47.
166 geschichte der brd, alte linke, in: letzte texte, S. 37.

sich das Abgleiten der *Roten Brigaden* in einen mörderischen Subjektivismus als Gefecht um das legitime Erbe des umkämpften Siegernarrativs der Resistenza dar. Die Tatsache, dass der Terrorismus in Italien, auch hinsichtlich seiner Rekrutierung, ein rein norditalienisches Phänomen gewesen ist, kann dabei als Reflex darauf gesehen werden, dass Süd- und Mittelitaliener seit 1943 Bestandteil der alliierten Befreiungsarmeen gewesen waren. Das Kriegsende 1945, die Erfahrung der Niederlage, ist so in allen drei Ländern der entscheidende historische Referenzpunkt der Guerilla, hinter dem die Gewaltvergangenheit der Elterngeneration völlig zurücktritt. Wie sehr dies auch auf die RAF zutrifft, zeigt nicht zuletzt die verblüffende Übereinstimmung ihrer Geschichtserzählung mit derjenigen der japanischen *Sekigun* – trotz der hochgradig unterschiedlichen Vergangenheitspolitik in Japan und Westdeutschland. Stattdessen trat der bewaffnete Kampf in allen drei Ländern als nationalrevolutionäres Identitätsprojekt auf, mit dem die Vergangenheit generationenübergreifend in der Gegenwart siegreich neu geschrieben werden soll. Dass zwischen der ersten Gedenkansprache zum 8. Mai 1970, in der Willy Brandt im Bundestag »Dennoch ist niemand frei von der Geschichte, die er geerbt hat«[167] sagte, und dem Gründungsmoment der RAF, der Baader-Befreiung, zufällig nur ein paar Tage lagen, zeigt den Zusammenhang gleichsam in kalendarischer Verdichtung. Als Identitätsprojekt war er von Anfang an auch immer Lebensform, während das Ausbleiben des revolutionären Subjekts zugleich seine internationalistische, d. h. antiimperialistische Ausrichtung verlangte. In seiner Essenz erschöpfte sich dieser nationalistisch motivierte Antiimperialismus auf die teilweise halluzinatorische Etikettierung nationaler und ethnischer Befreiungsbewegungen als proletarische Revolutionen.

Die Dürftigkeit der politischen Legitimationsrhetorik korrespondierte deshalb nicht nur bei der RAF mit einem geradezu überbordenden Identitäts- und Authentizitätsdiskurs: »Die identität der guerilla, alles andere ist – so – erstmal sülze«,[168] hielt Andreas Baader apodiktisch fest. Diese Obsession mit Identität findet man, gleichermaßen existentialistisch wie ethnizistisch geprägt, auch bei der japanischen Guerilla, während sie unter den spezifischen italienischen Bedingungen auch als Diskussion über *autonomia*, Selbstbestimmung, stattfindet. So hat Alberto Melucci vorgeführt, dass das Ziel des linkspolitischen Terrorismus auch in Italien nicht die Revolution, sondern der Erhalt der kollektiven Identität seiner Akteure als Revolutionäre gewesen ist.[169] Nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in Japan kamen dabei durchaus prekäre Erbschaften zum Tragen, wie Shiomi Takaya, der Gründer der japanischen *Sekigun-ha*, betont hat: »Mit den Loyalisten der letzten Tage des Tokugawa Shogunate, den rechten Offiziersschulen der Vorkriegszeit und den Kamikaze-Angriffseinheiten teilte die Rote Armee Faktion ein implizit japanisches Verständnis von Romantik und den Geist der Aufopferung.«[170] Entsprechend gehört zum aktiven Internationalismus der *Japanischen Roten Armee* auch die Sehnsucht nach der Rückkehr in die Heimat.[171] Dies gilt nicht nur für die meistgesuchte Terroristin der 1970er Jahre, Fusako Shigenobu, die nach 30 Jahren im Nahen Osten, wo der palästinensische Terrorchef Georges Habasch ihr Lebensgefährte wurde, 2000 in Japan festgenommen wurde. Das Gleiche trifft auf die in Nordkorea gestrandeten japanischen Terroristen zu. Und selbst Kozo Okamoto, der 1972 wider Willen zum einzigen Überlebenden der Attentäter von Tel Aviv wurde und heute als erster und einziger politischer Asylant im Libanon Heldenstatus genießt, will nur noch nach Hause. Weder der in einer Selbstbeschneidung mit einer Nagelzange gipfelnde Versuch, während der Haft in Israel zum Judentum überzutreten, noch der nach seiner Freipressung er-

167 Zit. n. Dubiel, Niemand ist frei, S. 133.
168 Brief Andreas Baader vom 3. September 1974, in: Bakker Schut, das info, S. 158.
169 Vgl. Alberto Melucci, Nomads of the Present. Social Movements and Individual Needs in Contemporary Society, hrsg. von John Keane und Paul Mier, Philadelphia 1988.
170 Zit. n. Meredith Box, Gavan McCormack, Terror in Japan: The Red Army (1969–2001) and Aum Supreme Truth (1987–2000), in: *Critical Asian Studies*, 36. Jg., 2004, Nr. 1, S. 91–112, hier S. 99.
171 Vgl. Prazan, Les Fanatiques, S. 232 ff.

Scanned by CamScanner

folgte Übertritt zum Islam haben sich für Okamoto auf Dauer als tragfähiger Ersatz für sein Verlangen nach originär japanischer Identität erwiesen.[172] In Japan erwartet die ehemaligen Mitglieder der *Sekigun* zumeist das Todesurteil.

Was für den japanischen Terrorismus gilt, trifft dabei auch für die deutsche RAF zu: Der mit der Vergangenheitsdeutung der Guerilla verbundene Affekt ist nicht Schuld oder Schuldbewusstsein, sondern Scham. Es ist Scham, nicht Schuld, die nach erfundener Biografie und neuer, selbstgesetzter Identität verlangt. Der Gang in den Untergrund ist auch ein Kostümfest mit falschen Namen, Bärten, Perücken und allem, was dazugehört. Dabei handelt es sich freilich nur um die militante Zuspitzung eines Phänomens, das nach 1968 studierte Bürgerkinder zum proletarischen Kabarett in die Fabriken und in das Revolutionstheater der K-Gruppen trieb. Wie sehr hinter beiden Varianten der Schamabwehr die gleichsam internalisierte Erfahrung der dünnen Legitimitätsdecke der Bundesrepublik stand, wird beispielsweise im Lebensbericht von Gabriele Rollnik sichtbar, die sich 1973 der *Bewegung 2. Juni* anschloss. Die Tatsache, dass sie zunächst mit einer falschen Vita am Fließband stand, erscheint bei ihr ebenso wie der Gang in den Untergrund als Teil desselben Kampfs gegen den Staat, dessen affektive Motivierung weitaus deutlicher wird als die politischen Beweggründe.[173] Scham kennt aber auch keine Opfer-Identifikation. So hat die RAF immer wieder deutlich gemacht, dass sie Opfer-Identifikationen für einen Grundfehler hielt. Der nationalsozialistische Judenmord hatte bei der RAF einen Platz nur in der zynischen Ausschlachtung als Propagandawaffe oder in antizionistischen Projektionen, mit denen sie sich freilich durchaus im Legitimationsraum linken Vokabulars der Zeit aufhielt.

Scham ist als anthropologische Konstante jener Affekt, der am wenigsten zu kommunizieren und am schwersten zu ertragen ist. Deswegen wird Scham auch als die »Master Emotion«[174] bezeichnet, was den Menschen als soziales Wesen angeht. So sind zwar Emotionen wie Schuld, Wut und Depression auch quälend; sie greifen aber die Identität weniger an und lassen zudem noch Handlungsmöglichkeiten.[175] Nur zur Scham gehört die Identitätskrise als strukturelles Element. Tatsächlich führt Scham bis zur Todessehnsucht, und die narzisstische Kränkung ist die Hauptursache für den Suizid. Im semantischen Umfeld der Scham bzw. der Strategien zu ihrer Abwehr[176] findet man die Schlüsselbegriffe, die für die Texte der Terroristen der 1970er Jahre typisch sind: Identität, Authentizität, Härte, Negation, Ekel, Ambivalenzintoleranz, komplexitätsreduzierendes Freund-Feind-Schema und schließlich die heilende Kraft der Gewalt. Der Prediger der therapeutischen Gewalt für unterdrückte und beschämte Völker, Frantz Fanon, war nicht zufällig Psychiater. »und dazu sag ich noch«, erregte sich Ulrike Meinhof in einem Brief an Horst Mahler, »hör endlich mit der scheiß-psychoanalyse auf. denn es gibt nur eine befreiung von den vielen arten von tod in diesem system und nur eine heilung von der kolonialen und der faschistischen und der ausbeuter- und marktneurose – das ist die gewalt gegen die schweine: knarre, bewußtsein und kollektiv.«[177]

Man kann den Terrorismus der 1970er Jahre daher auch als eine Neuauflage jener Strategien der Abwehr von Beschämung, als »Verhaltenslehren der Kälte«,[178] bezeichnen, wie sie Helmut Lethen für die Zwischen-

---

172 Vgl. Japanischer Terrorist beschneidet sich selbst, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 26. August 1974; Patricia G. Steinhoff, Portrait of a Terrorist. An Interview with Kozo Okamoto, in: *Asian Survey*, 16. Jg., September 1976, Nr. 9, S. 830–845; Franz Jägerstätter, Opfer zum Ramadan, *Jungle World* vom 5. April 1999; André Kunz, Todeskandidaten ohne Öffentlichkeit, *die tageszeitung* vom 11. Februar 1999.

173 Vgl. Gabriele Rollnik / Daniel Dubbe, Keine Angst vor Niemand. Über die Siebziger, die Bewegung 2. Juni und die RAF. Hamburg 2003.

174 Thomas J. Scheff, Bloody Revenge: Emotions, nationalism, and war, Boulder 1994, S. 53. Vgl. Micha Hilgers, Scham. Gesichter eines Affekts. Göttingen/Zürich 1996, S. 90 f.; Anja Lietzmann, Theorie der Scham. Eine anthropologische Perspektive auf ein menschliches Charakteristikum, Diss., Tübingen 2003.

175 Vgl. Michael Lewis, Scham. Annäherung an ein Tabu, Hamburg 1993, S. 173 ff.

176 Leon Wurmser, Die Maske der Scham. Die Psychoanalyse von Schamaffekten und Schamkonflikten, Berlin 1998.

177 Ulrike Meinhof an Horst Mahler am 20. Mai 1973, in: Bakker Schut, das info, S. 19–25, hier S. 24 (Hervorhebung im Original).

178 Helmut Lethen, Verhaltenslehren der Kälte. Lebensversuche zwischen den Kriegen, Frankfurt am Main 1994.

kriegszeit beschrieben hat. So wie in der Weimarer Republik, der nach dem Versailler Friedensdikat ein legitimierender Gründungsmythos nicht gelungen war, das nationalrevolutionäre Ethos all der Jüngers, Schmitts, Niekischs und Bronnens den heroischen Kult des Authentischen,[179] den Hass auf den Bürger und den Furor der Unterscheidung in Freund und Feind pflegten, maskierten sich auch nach 1968 die Gekränkten als politische Bewegungen. »Wenn die erniedrigungen + beleidigungen die erniedrigten und beleidigten nicht stark machen – sind sie nichts«, so Gudrun Ensslin.[180] Dabei ging es nicht um irgendwelche Demütigungen, wie einige RAF-Gefangene aus Anlass des Überfalls auf die deutsche Botschaft in Stockholm im Frühjahr 1975 festhielten: Es waren die »Erniedrigungen und Beleidigungen durch Faschismus, US-Imperialismus, Krieg und Sozialdemokratie«.[181] Im Kampf gegen das Verlierernarrativ, das in den Augen der RAF »imperialistische Charaktermasken« dem deutschen Volk oktroyiert hatten, verstand die RAF ihren Anführer Andreas Baader denn auch als echte Verkörperung der Schamabwehr: »Das kollektive Bewußtsein, die Moral der Erniedrigten und Beleidigten, das ist Andreas.«[182] Baaders Deutungshoheit war in der RAF wohl schon deshalb unbestritten, weil er – legt man die von Helmut Lethen formulierten Kategorien an – tatsächlich als Inbegriff der kalten Persona, des agonalen Duellsubjekts erscheint.[183] »die härte, die wir verlangen«, mahnte er die RAF-Genossen, »kann nicht produkt einer harten selbstkonzeption sein (die, wie man weiß, auch immer zusammenbricht in aktionen, stress, konflikten) – sie ist identität.«[184] Denn, so Baader, »der schlüssel ist krieg – nicht die freuden des guerilladaseins«.[185]

In seiner Fixierung auf das Jahr 1945, auf eine als traumatisch empfundene Niederlage, gehört der aus der 68er-Revolte hervorgegangene Terrorismus in Japan, Italien und der Bundesrepublik als militante Geschichtspolitik zweifellos zur »Bilanz der Nachfolge«[186] der ehemaligen Achsenmächte. Dass hingegen der bewaffnete Kampf »gewissermaßen auch der Versuch einer nachholenden Résistance gewesen sei«,[187] wie das RAF-Mitglied Lutz Taufer 1992 behauptete, ist eine erst später formulierte Legende, deren genaue Entstehungszeit noch zu klären sein wird. Ihre scheinbare Überzeugungskraft gewann sie freilich im Zusammenhang mit jener »monumentalistischen Interpretation von '68«,[188] die die Studentenbewegung im Sinne einer ertrotzten Aufklärung als »Nachgeschichte des Nationalsozialismus«[189] vorstellte. Stattdessen war 1968 vieles zugleich, und die Revolte bestand aus einem derart bunt zusammengewürfelten Haufen von radikalen Neomarxisten, linken Libertären, antiautoritären, kulturkritischen und existentialistischen Rebellen, dass sie sich auch im Nachhinein kaum auf einen Nenner bringen lässt. Aber Willy Brandts Bonmot, die Außerparlamentarische Opposition sei eine rückwärtsgewandte, reaktionäre Erscheinung und solle sich »lieber OPA statt APO«[190] nennen, traf für den politischen Kern der Bewegung, aus dem die RAF hervorging, durchaus zu. Dies

179 Siehe zur Attraktivität der RAF als Authentizitätsprojekt Reemtsma, Was heißt »die Geschichte der RAF verstehen«.

180 Brief Gudrun Ensslins vom 12. August 1974, in: Bakker Schut, das info, S. 136–140, hier S. 137 (Hervorhebung im Original).

181 Zit. n. Pieter H. Bakker Schut, Stammheim. Der Prozeß gegen die Rote Armee Fraktion, Kiel 1986, S. 525.

182 Zit. n. Karin Wieland, Deutsche Dandys, in: *Kursbuch*, 33. Jg., 1997, Nr. 127, S. 45–58, hier S. 57.

183 Für eine Beschreibung Baaders als »kalte persona« siehe: Hauser, Baader und Herold, S. 109–121, S. 209 ff. und S. 225 f.

184 Brief Andreas Baaders vom 25. April 1974, in: Bakker Schut, das info, S. 48–55, hier S. 51.

185 Brief Andreas Baaders vom 20. Mai 1975, in: ebenda, S. 214–221, hier S. 216.

186 Heinz Bude, Bilanz der Nachfolge. Die Bundesrepublik und der Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 1992.

187 »Sie wollen uns auslöschen«. *konkret*-Gespräch mit Karl-Heinz Dellwo, Lutz Taufer, Knut Folkerts; zuletzt in: Vorwärts! Nieder! Hoch! Nie wieder! 40 Jahre Konkret. Eine linke deutsche Geschichte 1957–1997, hrsg. von Hermann L. Gremliza, Hamburg 1997, S. 118–127, hier S. 119.

188 Edgar Wolfrum, »1968« in der gegenwärtigen deutschen Geschichtspolitik; in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* vom 25. Mai 2001, B 22–23, S. 28–36, hier S. 33–35.

189 Norbert Frei, Ertrotzte Aufklärung. »Achtundsechzig« als Nachgeschichte des Nationalsozialismus, in: *Die Zeit* vom 1. Februar 2001, 56. Jg., Nr. 6; siehe auch Kurt Sontheimer: Gegen den Mythos der 68er. Die Studentenrevolte war keine Nachgeschichte der NS-Zeit. Eine Replik auf Norbert Frei, *Die Zeit* vom 8. Februar 2001, 56. Jg., Nr. 7, S. 34.

190 Peter Merseburger, Willy Brandt 1913–1992. Visionär und Realist, München 2002, S. 559.

Scanned by CamScanner

heißt nicht, die Bedeutung von 1968 als Katalysator soziokultureller Modernisierung in Abrede stellen zu wollen. Doch gerade die Bereitwilligkeit, mit der meinungsbildende Teile von Presse und Öffentlichkeit – der Clinch zwischen 68ern und Springer-Presse ist ein eigenes Kapitel – sich mit den Anliegen des Protests befassten, wurde von denjenigen, die auf den politischen Gehalt der Revolte pochten, als Bedrohung verstanden. »Wir fürchteten, vom System verdaut zu werden«,[191] soll Andreas Baader im Rückblick auf 1968 betont haben. Zugespitzt formuliert, führte die RAF als Identitätsprojekt also in einem Moment, da die Bundesrepublik sich anschickte, auf der Basis postnationaler und emanzipatorischer Orientierungen »mehr Demokratie zu wagen« und zugleich die NS Vergangenheit zu internalisieren, den mit einem deutlich antimodernen Akzent imprägnierten Kampf um die Rehabilitierung des nationalen Gestern, die NS-Zeit eingeschlossen. Gudrun Ensslin, die Dolmetscherin des RAF-Anführers Andreas Baader, hat diesen Zusammenhang als die buchstäblich historische Mission der RAF herausgestellt: »Das Projekt Stadtguerilla«, schrieb sie, »bedeutet wirklich auch die Wiedergewinnung der Geschichte – Praxis: Antiimperialistischer Kampf.«[192] Denn: »Die Verletztesten werden die Unverletztesten sein [...] einfach deshalb, weil das Terrain, um das hier gekämpft wird, die Seele, das Bewußtsein des Volkes ist.«[193]

Damit freilich zielte die RAF tief in das »kommunikative Unbewußte«[194] nicht nur jener 68er, deren Hass auf den Staat als verordnete Gründung sie, wenn auch völlig übersteigert, repräsentierte. Die merk-würdige, bislang kaum erforschte Stille, die auf den vergangenheitspolitischen Aufbruch der 1960er Jahre in den 1970ern folgt, hat aber zweifellos auch mit dem symbolischen Bürgerkrieg zu tun, in den der terroristische Legitimitätstest der RAF die bundesdeutsche Gesellschaft bis zur Kulmination 1977 im sogenannten Deutschen Herbst brachte.

Der Terror der RAF ist so nicht allein die »entscheidende Achillesferse«[195] jeder monumentalistischen Interpretation von 1968. Dazu gehört ebenso sein nationalrevolutionärer Begründungszusammenhang. Die populäre Deutung aber, die 1968 zu einer zweiten, nachholenden Gründung der Nachkriegsdemokratie erhebt, mit der die demokratische Zivilgesellschaft erst eigentlich begonnen habe, erscheint selbst noch als ein spätes Echo jenes Leidens am Verlierernarrativ, das die 68er-Bewegung in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Achsenmächte bis in den Terrorismus führte. Tatsächlich ist die Demokratie eben nicht 1968, sondern von den westlichen Siegermächten des Zweiten Weltkriegs nach Deutschland gebracht worden.

---

191 Proll/Dubbe, Wir kamen vom anderen Stern, S. 36.
192 Brief Gudrun Ensslins vom 31. November 1974, in: Bakker Schut, das info, S. 210–212, hier S. 211.
193 Brief Gudrun Ensslins vom 12. August 1974, in: ebenda, S. 136–140, hier S. 137.
194 Vgl. Harald Welzer, Das kommunikative Gedächtnis. Eine Theorie der Erinnerung, München 2002.
195 Wolfrum, Geschichtspolitik, S. 35.

Wolfgang Bock

Feuer statt Vermittlung
Phantasmagorien der RAF

I. Die Grenzen der Nüchternheit

In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre tritt innerhalb der außerparlamentarischen Linken ein Gewaltmotiv aus seiner Latenz hervor, nimmt manifeste Formen an und geht in politische Aktionsformen über. Von einem bestimmten historischen Moment an – dem Tod von Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 –, scheinen den Protagonisten der Studentenbewegung gewalttätige Aktionen näher zu liegen, als den Versuch fortzusetzen, ihre Vorstellungen durch zivile politische Auseinandersetzungen zu verbreiten. Das Ideal eines in der Aktion unmittelbar handelnden Vor- und Leitbildes wird stärker als eine mittelbare und kritische Position. Die militärisch anmutenden Operationen der *Roten Armee Fraktion*, der *Bewegung 2. Juni*, der *Revolutionären Zellen* oder der *Roten Zora* gehen zunächst von der symbolischen zur direkten und schließlich zur bewaffneten Aktion über, die freilich über sich hinaus wirken soll, um ein revolutionäres Klima zu erzeugen.

Das lässt den Begriff der Realität, in der sich ein solches Handeln abspielen soll, nicht unbeeinflusst. Die Subjektivität der Protagonisten wird zu einem objektiven Faktor. In diesem Prozess spielen bestimmte dunkle und hellere phantasmagorische Bilder eine Rolle, in welchen sich utopische mit repressiven Momenten mischen und den entsprechenden Handlungsraum erst eröffnen. Dieser wird in einem komplexen offiziellen und inoffiziellen Diskurs zu einem Kontinuum erklärt, in dem gewalttätige terroristische Handlungen logisch und konsequent erscheinen. Die Akteure der RAF bewegen sich in einer solchen Umgebung, die einer Mischung aus unsichtbarem Agitations- und dadaistischem Theater, Gangsterfilm, südamerikanischer, palästinensischer und algerischer Guerilla gleicht. Sie können auf Bilder und Phantasmagorien zurückgreifen, die sich in den Köpfen der Nachkriegsgeneration festgesetzt haben.

Bei der Konstitution dieses Diskurses kommt der Redaktionsgruppe um die Zeitschrift *konkret* seit dem Ende der 1950er Jahre eine besondere Rolle zu. Der Herausgeber Klaus Rainer Röhl, Mitglied der illegalen KPD, gibt dem Diskurs eine bestimmte Richtung und verstärkt ein latent vorhandenes Klima; seine Frau Ulrike Marie Meinhof, ebenfalls KPD-Mitglied, wandelt sich schließlich von einer polemischen Journalistin zur Terroristin und zur Wortführerin der ersten RAF-Generation. Der Hamburger Autor Peter Rühmkorf schließlich gehört zu den ersten linken Angriffszielen der RAF-Sympathisanten. In seinen zuletzt veröffentlichten Tagebüchern reflektiert er das Klima der 1960er Jahre im Kontext von Kunst und Politik.[1]

1 Peter Rühmkorf, Tabu II. Tagebücher 1971–1972, Reinbek 2004.

Scanned by CamScanner

Ein starker, urteilssicherer Verstand

Es ist vielfach beschrieben worden, auf welche Weise die Journalistin Ulrike Meinhof den Schritt in den Untergrund und den sogenannten »bewaffneten Kampf« vollzog. Abzulesen ist dieser Schritt in einem Wandel ihrer Einschätzung der politischen Lage; es ist ein Wechsel, der sich bereits in ihren Kolumnen und Beiträgen in der Zeitschrift *konkret* niederschlägt, deren Chefredakteurin sie von 1962 bis 1964 war, bis die Geburt ihrer Zwillingstöchter und ein sich anschließend bemerkbar machender Hirntumor ihre Arbeitskraft stark einschränkte.[2]

Die frühen Texte zeigen die Themen an, über die sie kontinuierlich schreibt: die gefährdete Demokratie in der jungen Bundesrepublik, die Notstandsgesetze, Vietnam und der Protest der Studenten, später dann die Verelendung der Menschen, insbesondere der Kinder und Frauen.[3] Ulrike Meinhof fällt in ihren Analysen durch eine klare und nüchterne Argumentation auf. Ihr Kennzeichen ist eine stilistische Dialektik. Sie vermag präzise in Gegensätzen zu denken. Sie tut das aus einem wohlverstandenen politischen Kalkül. Dieses Kalkül erfolgt zunächst instinktsicher. Sie besitzt ein verlässliches Urteilsvermögen und ebenjenes Gespür für den Umgang mit argumentativen Widersprüchen, das genau zwischen prinzipiellen Forderungen und praktischen Überlegungen abzuwägen weiß.

So schreibt sie in ihrer Kolumne vom Oktober 1968 unter dem Titel »Der Schock muß aufgearbeitet werden« über den Einmarsch der Sowjetarmee in Prag. Darin betrachtet sie selbstkritisch die Naivität der westlichen Studenten, die sich zuvor pauschal mit der Sowjetunion als antifaschistischer Macht solidarisiert hätten und sich nun angesichts der aufgefahrenen Panzer erstaunt die Augen rieben. Sie erkennt eine ähnliche Naivität bei den Pragern, die glaubten, das Ende des Kalten Krieges käme wie ein Wandel der Jahreszeiten in einem schlechten Frühlingsgedicht daher. In einem dritten Schritt hält sie in einem Wechsel der Perspektiven und mit einem feinen Sinn für die geschichtsphilosophischen Widersprüche den Russen selbst ihre Naivität vor. Denn, so lautet die Quintessenz des Kommentars, es sind auch die gesellschaftlichen Widersprüche innerhalb der Sowjetunion, die in Prag mit Panzern zermalmt werden.[4] Der angesprochene Antagonismus kommt erst mit Gorbatschow vollends zum Tragen und bedeutet dann sowohl das Ende der Sowjetunion und ihres Machtbereichs als auch das Ende der Nachkriegszeit.

In eigener und anderer Sache

Diese Art der spröden Abwägung und argumentativen Zuspitzung von inneren und äußeren Momenten war das Metier von Ulrike Meinhof. Sie profilierte sich in ihrer Darstellung. Sie erlebte sie als Intellektuelle und Frau am eigenen Leib, ohne gegen die Analyse zu polemisieren. So endet ihre Reflexion der Tomaten-Attacke des *Berliner Aktionsrates für die Befreiung der Frau* auf der Delegiertenkonferenz des SDS im September 1968 mit folgendem Vorschlag: »Es kann jetzt nicht das Interesse der Frauen sein, daß der SDS sich die Frauenfrage zu eigen macht. Wenn er die Frauen unterstützt, gut, aber keine Bevormundung. Die Reaktion der Männer auf der De-

2 Die Kolumnen finden sich nachgedruckt in Ulrike Meinhof, Dokumente einer Rebellion – 10 Jahre »Konkret«-Kolumnen, hrsg. von Klaus Rainer Röhl und Hajo Leib, Hamburg 1972; dies., Die Würde des Menschen ist antastbar. Aufsätze und Polemiken, Berlin 1994, und Deutschland Deutschland unter anderem. Aufsätze und Polemiken, Berlin 1995.

3 Sie selbst war als Kind adoptiert worden und drehte einen Film über junge Heiminsassinnen, machte sich für eine Analyse des Prozesse gegen den Kindermörder Jürgen Bartsch stark. Neben dem sozialen Engagement sind die Protestformen gegen die im Streit stehende Nachkriegsdemokratie ihr besonderes Thema. Peter Brückner erläutert den entsprechenden politischen Hintergrund in seinem Essay Ulrike Meinhof und die deutschen Verhältnisse, Berlin 1995.

4 »Die Frage muß aufgeworfen werden, ob die Tschechoslowaken der Sowjetunion nicht in einer Richtung davongelaufen waren, die die Sowjetunion selber eingeschlagen hat, ob der sowjetische Eingriff nicht ein Akt der Selbsterkenntnis ist, ein Versuch, auch noch einmal der chinesischen Kritik zuvorzukommen bzw. zu entsprechen, die endgültige Spaltung des sozialistischen Lagers aufzuhalten. Die Rationalität des sowjetischen Verhaltens ist schwer ausmachbar; daß es moralisch zu verurteilen ist, besagt wenig. Der Schock muß aufgearbeitet werden.« Meinhof, Würde, S. 148.

legierten-Konferenz und die auch der immer noch wohlwollenden Berichterstatter zeigte, daß noch erst ganze Güterzüge von Tomaten verfeuert werden müssen, bis da etwas dämmert. Die Konsequenz aus Frankfurt kann nur sein, daß mehr Frauen über ihre Probleme nachdenken, sich organisieren, ihre Sache aufarbeiten und formulieren lernen und dabei von ihren Männern erstmal nichts anderes verlangen, als daß sie sie in dieser Sache in Ruhe lassen und ihre tomatenverkleckerten Hemden mal alleine waschen, vielleicht weil sie gerade Aktionsratssitzung zur Befreiung der Frau hat.«[5]

Darin ist sowohl viel von politischer Strategie als auch von Lebensklugheit im Umgang mit Konflikten zu spüren. Freilich deutet sich zu Anfang des Artikels auch etwas anderes an: »Daß Tomaten und Eier sehr gut geeignet sind, Öffentlichkeit herzustellen, wo andernfalls die Sache totgeschwiegen worden wäre, ist seit dem Schahbesuch sattsam bekannt. [...] Aber die Studenten, die da den Schah besudelten, handelten doch nicht in eigener Sache, eher stellvertretend für die persischen Bauern, die sich zur Zeit nicht wehren können, und die Tomaten konnten nur Symbole sein für bessere Wurfgeschosse.«[6]

In der Denkfigur, in der von einer symbolischen Aktion zu »besseren Waffen« übergegangen wird, lässt sich bereits eine Abkürzung der Vermittlung ablesen. Diese beiden Momente – der klare Blick und die dazu im Widerspruch stehende Affinität zur vorschnellen Lösung, die freilich Ende der 1960er Jahre in der kollektiven Luft lag – bestimmen die Urteilsfähigkeit von Ulrike Meinhof. Mit anderen Worten, es herrschte die besondere Ambivalenz der Nachkriegszeit.

Spiel im Spiel

Nachkriegszeit bedeutet auch, dass Ulrike Meinhof bereits frühzeitig trotz zur Schau gestellter pazifistischer Gesinnung strategisch – das heißt als leninistischer Kader – dachte. Das bringt besondere Spannungen mit sich. Sie war 1958 – ihr Mann Klaus Rainer Röhl bereits 1956 nach dem Verbot der KPD im Westen – Mitglied in der Partei geworden.[7] Überhaupt wurde, wie Röhl 1974 in seinem Buch bekundet, die Zeitschrift *konkret* von ihrem Beginn als *Studentenkurier* 1955 bis 1964 vom Ministerium für Staatssicherheit finanziert.[8] Die Zahlungen werden eingestellt, als der Ton von *konkret* den DDR-Führungsoffizieren zu kritisch wird. Das Ehepaar Röhl reiste bis 1967/68 zusammen, später noch einzeln regelmäßig inkognito zum Rapport, zu Lagebesprechungen, Schulungen wie auch zu Erholungszwecken nach Ost-Berlin und weiter. Zur RAF-Zeit diente der Ostteil der Stadt der Gruppe als verlässliches Schlupfloch und später die DDR gar als Rückzugsgebiet.

Das heißt auch, dass beide Röhls als illegale KPD-Mitglieder *under cover* lebten, immer mit der Drohung vor Augen, für mindestens drei Jahre ins Gefängnis zu gehen, falls sie – wie andere Genossen – enttarnt würden. Ulrike Meinhofs späterer Schritt in den terroristischen Untergrund erweist sich aus dieser Perspektive als kein so großer Bruch, wie er später oft angenommen wurde.

In diesem Motivkreis mag es vordergründig eine rationale Entscheidung sein, sich zur Erreichung strategischer Ziele bewusst in die Illegalität zu begeben; umgekehrt aber geht es auch hier um eine besondere psychische Disposition für ein solches Spiel im Spiel, die unbewusst als Antrieb wirkt, sich die äußere Situation sucht und die Zusammenhänge entsprechend rationalisiert.

---

5 Meinhof, Die Frauen im SDS oder In eigener Sache, *konkret* vom 7. Oktober 1968, Nr. 12, S. 5; dies., Würde, S. 151 f.

6 Ebenda, S. 149.

7 Röhl schreibt anerkennend über seine vorgeführte neue »wertvolle Beute«: »Ulrike erfüllte alle Erwartungen. Sie übertraf sie. Sie legte los, als sei sie eine geschulte Kaderleiterin, sie, die keine Zeile von Marx und Lenin kannte.« Klaus Rainer Röhl, Fünf Finger sind keine Faust, Köln 1974, S. 132.

8 Klaus Hübotter soll für die finanziellen Verbindungen und Manfred Kapluck für die politischen zuständig gewesen sein. Kapluck wird 1974 DKP-Vorsitzender in Nordrhein-Westfalen (vgl. Röhl, Finger, S. 82–83, S. 111 und 274). Zwischen 1964 und 1973 gelingt es Röhl, das Blatt selbständig zu betreiben. Im Mai 1973 übernehmen dann Gremliza und Hübotter die Zeitschrift und öffnen die alten Finanzquellen wieder. Über den Einfluss der Stasi auf die Politik Westdeutschlands vgl. den Bericht der beiden Mitglieder der Abteilung Desinformation West bei der Stasi: Günter Bohnsack / Herbert Brehmer, Auftrag Irreführung. Wie die Stasi Politik im Westen machte, Hamburg 1992.

Scanned by CamScanner

»Was können die Leute mit einem Warenhausbrand anfangen?«

Diese Zusammenhänge bilden den Hintergrund für Ulrike Meinhofs »Kaufhausbrandstiftungs«-Kolumne in der *konkret*-Ausgabe vom 14. November 1968. Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Thorwald Proll und Horst Söhnlein hatten am 3. April des Jahres in den beiden Warenhäusern »Schneider« und »Kaufhof« an der Frankfurter Hauptgeschäftsstraße Zeil Brandsätze gelegt und dabei einen Sachschaden von 1,6 Millionen Mark verursacht. Ihre Aktion gilt gleichwohl als die erste Handlung in Deutschland, der guerillaähnliche Züge zugesprochen werden. Die Akteure, bereits am Tag nach der Tat gefasst, wurden im Prozess, der im Oktober 1968 gegen sie stattfand, zu Haftstrafen von jeweils drei Jahren verurteilt. Anwälte sind unter anderem Horst Mahler und Otto Schily. Ulrike Meinhof fliegt als Berichterstatterin für *konkret* nach Frankfurt. Der verkürzte Text erscheint im November.[9]

Die Journalistin beginnt ihren Kommentar zum Gerichtsverfahren mit einer zutreffenden Kritik der Aktion. Brandstiftung als Vernichtung von Waren hebe die Warengesellschaft nicht aus den Angeln. Im Gegenteil komme sie den Kaufhauseignern vielmehr entgegen, denn: »Den Schaden – sprich Profit – zahlt die Versicherung.«[10] Ihre Argumentationslinie ist deutlich: Waren, die 1968 in einem Kaufhaus in der Zeil angeboten werden, sind tendenziell Luxuswaren mit einem hohem Tausch-, aber einem geringen Gebrauchswert.[11] Ihre Zerstörung habe daher keine weiter reichenden Folgen, sondern wirke im Gegenteil systemstabilisierend: »Immerhin, die Vernichtung gesellschaftlich produzierten Reichtums durch Warenhausbrand unterscheidet sich qualitativ nicht von der systematischen Vernichtung gesellschaftlichen Reichtums durch Mode, Verpackung, Werbung, eingebauten Verschleiß. So gesehen ist Warenhausbrandstiftung keine antikapitalistische Aktion, eher systemerhaltend, konterrevolutionär.«[12]

Trotz der Verurteilung des Anschlags fällt an diesen Sätzen bereits eine irritierende Gleichsetzung von Warenhausbetrieb und Warenhauszerstörung auf. Anschließend kommt es dann auch zu einer Relativierung des eben gefällten Urteils: »Das progressive Moment einer Warenhausbrandstiftung liegt nicht in der Vernichtung der Waren, es liegt in der Kriminalität der Tat, im Gesetzesbruch.«[13] Denn das bürgerliche Eigentumsrecht, führt die Autorin nun weiter aus, schütze nicht die Produzenten der Waren, sondern ihre Besitzer, die aus dem ungleichen Tausch von Arbeitskraft gegen Arbeitsbedingungen ihren Profit zögen.

Hier spielen zwei Momente eine Rolle. Meinhof bezieht sich unausgesprochen auf den von Marx sogenannten Fetischcharakter der Ware (und des Kapitals). Danach entfremdet sich der Arbeiter von seiner Arbeit, seinem Arbeitsprodukt, vom Arbeitsprozess und von seinen Arbeitskollegen. Der Mensch, der die lebendige Arbeit verrichtet, wird unwichtig gegenüber der Ware, die nun stattdessen als Subjekt erscheint. Das daraus resultierende verschleierte Bewusstsein derer, die die Arbeit schaffen, aber nicht über diese und ihre Produkte verfügen dürfen, ist ein Reflex dieser Verhältnisse in die Sphäre des Den-

9 Stefan Aust, damals Redakteur bei *konkret*, berichtet, dass Ulrike Meinhof Gudrun Ensslin während des Prozesses im Gefängnis besucht und dort auch mit Andreas Baader spricht. Der für *konkret* geplante und bezahlte ausführliche Text erscheint nicht: »›Wenn das veröffentlicht wird, was sie mir gesagt hat‹, erklärte Ulrike Meinhof in der *konkret*-Redaktion, ›kommen die nie aus dem Gefängnis.‹ Stattdessen schrieb Ulrike Meinhof einen Kommentar mit dem Titel ›Warenhausbrandstiftung‹.« Aust, Komplex, S. 77. Vgl. ebenfalls Röhl, Finger, S. 348–350. Die im Gespräch mit Baader und Ensslin erwähnten Motive gehen aber als Motivlage in die Kolumne ein.

10 Meinhof, Würde, S. 153.

11 »Was es im Kapitalismus gibt, gibt es im Warenhaus. Was es im Warenhaus nicht gibt, gibt es im Kapitalismus nur schlecht, nur unzulänglich, unzureichend: Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten, Gesundheitswesen, etc. pp.« Ebenda, S. 154. Die einzigen Waren, die sie – als Feministin – als nützlich gelten lässt, sind Geschirrspülmaschinen; die könnten aber nicht allein weggetragen werden.

12 Ebenda, S. 154. Vgl. die Texte von Vance Packard, Die große Verschwendung, Frankfurt am Main 1960, und André Gorz, Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neo-Kapitalismus, Frankfurt am Main 1967, aus denen sie knapp zitiert. Die These stützt sich auf Marx' Entfremdungstheorie, besitzt aber auch eine bestimmte psychologische Seite. Vgl. dazu etwa die Arbeiten von Erich Fromm und Wilhelm Reich aus der Weimarer Zeit oder von Herbert Marcuse Anfang der 1960er Jahre.

13 Meinhof, Würde, S. 153.

kens hinein.[14] Des Weiteren verweist Meinhof auf eine Argumentationslogik, die der Psychiater Frantz Fanon im Zusammenhang des Algerienkrieges entwickelt. Fanon hatte in seinem berühmten Buch »Die Verdammten dieser Erde« hervorgehoben, dass der Angriff des Kolonialisierten auf den Kolonisten notwendig erfolgen müsse, oder die Rebellion fände nicht statt. Auch dabei spielt der Akt des Gesetzesbruchs eine besondere Rolle, der bei Fanon bereits die Tötung des Ausbeuters im Kontext eines entkolonialisierend gewendeten Vatermordes ausdrücklich mit einschließt.[15]

Das bürgerliche Gesetz in Deutschland, so Meinhof, schütze als ein Eigentumsrecht das Kapitalverhältnis, nicht aber die dieses ermöglichenden Menschen. Daraus fordert sie dann einen unmittelbaren Zugang der Produzenten zu den Waren: »Das Gesetz soll die, die das alles produzieren, von ihren Produkten fernhalten. Und so desperat es auch immer sein mag, ein Warenhaus anzuzünden, dies, daß die Brandstifter mit den Produkten tun, was sie wollen, das Gesetz brechen, das nur den sog. Eigentümern erlaubt, mit ihrem Eigentum zu machen, was sie wollen, das Gesetz brechen, das die Logik der Akkumulation schützt, nicht aber die Menschen vor dieser Logik und ihren barbarischen Folgen, dieser Gesetzesbruch ist das progressive Moment einer Warenhausbrandstiftung, muß als solches erkannt und anerkannt werden, wird dadurch nicht ausgelöscht, daß die damit zusammenhängende Gütervernichtung eher systemerhaltend ist, materiell also der antikapitalistischen Intention widerspricht.«[16]

Die Rhetorik des souveränen Schaltens mit Antagonismen, die Meinhof zuvor so gut beherrschte, wird an dieser Stelle auf eine besondere Weise ungenau. Das politische Moment der Warenhausbrandstiftung erfährt als Gesetzesbruch in Abwägung gegen die systemerhaltende Gütervernichtung selbst eine verdinglichte Hypostasierung. Es soll zum Hebel werden, über den die Frage nach dem Ausnahmezustand gestellt werden soll. Aber durchschlägt solches Handeln das bei Marx mit dem Warenfetisch entstehende notwendig falsche Bewusstsein der Produzenten? »Hat also eine Warenhausbrandstiftung dies progressive Moment, daß verbrechenschützende Gesetze dabei gebrochen werden, so bleibt zu fragen, ob es vermittelt werden kann, in Aufklärung umgesetzt werden kann. Was können – so bleibt zu fragen – die Leute mit einem Warenhausbrand anfangen?«[17]

Meinhof zielt hier auf die Logik einer beispielgebenden Tat gegenüber einer falschen legalisierten Verfasstheit. Es geht um eine Abwägung von juristischen Gütern: Das größere Unrecht der falschen Eigentumsverhältnisse erlaube das gezielte Einsetzen von Rechtsbrüchen (hier: der Brandanschlag) zur Abschaffung von jenem. Allerdings wird sie dazu nicht offen aufrufen. Am Ende des Textes überwiegen wiederum die kritischen Töne: »So bleibt, daß das, worum in Frankfurt prozessiert wird, eine Sache ist, für die Nachahmung – abgesehen noch von der ungeheuren Gefährdung für die Täter, wegen der Drohung schwerer Strafen – nicht empfohlen werden kann. Es bleibt aber auch, was Fritz Teufel auf der Delegiertenkonferenz des SDS gesagt hat: ›Es ist immer noch besser, ein Warenhaus anzuzünden, als ein Warenhaus zu betreiben.‹ Fritz Teufel kann manchmal wirklich sehr gut formulieren.«[18]

Aber: Ist das tatsächlich gut, gar sehr gut formuliert? Verlässt die professionelle Autorin nicht vielmehr ihr Urteilsvermögen? Denn hier wird aus der zuvor so oft gelungenen Abwägung nun eine zweideutige Ambivalenz – das Verhältnis bleibt in einer besonderen schillernden und luziferischen Schwebe. Dazu trägt bei, dass Meinhof nicht weiter aus einer Logik der Sache, aus einer umfassenden Moral heraus oder wegen einer Gefährdung der unschuldigen Opfer von einer Nachahmung abrät, sondern vielmehr aus taktischen Gründen, nämlich der Angst vor hohen Strafen für die Akteure. Es mag klar sein, dass ein solches Argument weder ethisch noch praktisch sehr

14 Vgl. Karl Marx, Der Fetischcharakter und sein Geheimnis, in: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, MEW Bd. 23, Ost-Berlin 1984, Bd. 1, S. 85–98.

15 »Das Leben kann für den Kolonialisierten nur aus der verwesenden Leiche des Kolonialherrn entstehen.« Frantz Fanon, Die Verdammten dieser Erde (1966), Frankfurt am Main 1981, S. 76.

16 Meinhof, Würde, S. 155.

17 Ebenda. Vgl. dazu ebenfalls Peter Rühmkorf, Die Jahre die Ihr kennt (1972), Werke 2, hrsg. von Wolfgang Rasch, Reinbek 1999, S. 328, und Röhl, Finger, S. 241–242.

18 Meinhof, Warenhausbrandstiftung; Würde, S. 155.

Scanned by CamScanner

hoch angesiedelt ist. Ein derart begründeter Vorbehalt wird rasch fallen, wenn ein Heroismus ins Spiel kommt. Die Reduktion des komplexen Sachverhalts auf eine taktische Frage zeigt damit bereits eine besondere Schieflage der Urteilsfähigkeit der Autorin, in der potentielle zivile Opfer nicht vorkommen.

Vor allem aber hebt ein solches Betonen des strategischen Akzents die mögliche Nachahmung auf eine Ebene mit der bereits bestehenden Illegalität der KPD-Mitgliedschaft, deren Bekanntwerden ebenfalls durch eine ähnlich lange Gefängnisstrafe bedroht ist wie die im Brandstifter-Prozess ausgesprochene.[19] Mit anderen Worten, dieses Argument Meinhofs ist geeignet, nicht nur eine fremde, sondern auch ihre eigene bisherige illegale Praxis mit einer neuen möglichen Illegalität eher zu verknüpfen, als solche Verbindungen abzuschneiden. Das offizielle Abraten trägt damit inoffiziell die Züge eines Zuratens auch in eigener Sache.

Dazu trägt nicht unwesentlich auch ein falscher Vergleich bei. Der erwähnte Fritz Teufel variiert ein Mackie-Messer-Zitat aus der »Dreigroschenoper«, das bei Brecht bekanntlich lautet: »Was ist der Raub einer Bank gegen die Gründung einer Bank?«[20] Wobei es dahingestellt sein mag, ob jeweils der zweite Teil des Vergleichs – die Gründung einer Bank oder eines Kaufhauses – den Protagonisten in den Sinn gekommen wäre. Vielmehr soll damit auf den Raubcharakter des einen wie des anderen Verhaltens hingewiesen werden. Dabei wird aber die Sphäre des Entwendens selbst nicht verlassen. Beide Seiten des Vergleichs sind vielmehr in den Figuren des kleineren oder größeren Raubs und des Räubers eingeschlossen. Bei Brecht kommt es zu keiner vorbehaltlosen Fraternisierung mit seinen Desperado-Figuren, wenn auch bei ihm eine Romantisierung des Gangstertums nicht zu leugnen ist. Aber erlaubt eine kritische Sympathie mit den Unterprivilegierten, die man Meinhof unterstellen kann, Teufels Vergleich wörtlich zu nehmen? In einem solchen Lob drückt sich vielmehr eine Eintrübung des Bewusstseins der Autorin aus. Damit steht sie allerdings nicht allein.

Der Brand eines Kaufhauses entwickelt sich in der linken Subkultur vielmehr zu einer *fixen Idee*. Teufels Satz steht im Zusammenhang mit dem von ihm und Rainer Langhans verfassten vier »Kaufhausbrand-Flugblättern« der *Kommune I*. Sie wurden am 24. Mai 1967 vor der Mensa der Freien Universität in West-Berlin verteilt. Anlass war der Brand zwei Tage zuvor im Brüsseler Kaufhaus »L'Innovation«, bei dem 251 Menschen ums Leben kamen. Die Aktion wird mit Unterstützern der Vietnamproteste in Verbindung gebracht und für Berlin antizipiert. Am Schluss des Flugblatts Nr. 8 heißt es: »Wenn es irgendwo brennt in der nächsten Zeit, wenn irgendwo eine Kaserne in die Luft geht, wenn irgendwo in einem Stadion die Tribüne einstürzt, seid bitte nicht überrascht. Genauso wenig wie beim Überschreiten der Demarkationslinie durch die Amis, der Bombardierung des Stadtzentrums von Hanoi, dem Einmarsch der Marines in China. Brüssel hat uns die einzige Antwort darauf gegeben: burn, ware-house, burn! Kommune I (24. 5. 67).«[21]

Teufel und Langhans stehen dafür wegen Anstiftung zu einer Straftat vor Gericht, werden aber freigesprochen. Auch hier werden tatsächliche Beziehungen einem phantasmagorischen Zusammenhang geopfert: Weder ist klar, ob der Brand in Brüssel politisch intendiert war, noch besteht ein sachlicher Bezug zum Vietnamkrieg, wie er im Flugblatt behauptet wird. Bezeichnend für die Bewusstseinstrübung der Flugblattschreiber scheint es auch zu sein, dass die zivilen Opfer solcher Aktionen wiederum mit keinem Wort erwähnt werden. Im Vordergrund steht

19 Welchen Einfluss die am 16. September 1968 erfolgte Gründung der legalen DKP im Westen auf diesen Zusammenhang hat, ist nur schwer anzugeben. Offiziell verurteilt Ulrike Meinhof die Gründung als ein Herausbrechen von Elementen aus der APO. Vgl. Meinhof, Sozialdemokratismus und DKP; Meinhof, Würde, S. 157–160.

20 Bertolt Brecht, Die Dreigroschenoper, 3. Akt, Kerker, in: ders., Ausgewählte Werke in sechs Bänden, Frankfurt am Main 1997, Bd. 1, S. 267. Macheath sagt den Satz in Erwartung des Galgens. Er wird dann allerdings im Theaterstück durch die begnadigende Botschaft eines reitenden Boten vor dem Strick gerettet.

21 Zit. n. Peters, Irrtum, S. 103; vgl. auch Aust, Komplex, S. 64. Vgl. dazu ebenfalls Sara Hakemi, »Burn, baby burn«. Die andere Vorgeschichte der RAF, in: Klaus Biesenbach (Hg.), Zur Vorstellung des Terrors: Die RAF-Ausstellung, Bd. 2, Göttingen 2005, S. 69–71. Im Übrigen bedeutet *ware-house* im Englischen Lagerhaus; *store* oder *magasin* wären hier richtiger.

vielmehr ein heroischer und dadaistisch verbrämter Umgang mit dem Feuer, dem erst sekundär ein politischer Zusammenhang zugesprochen wird.

So begibt sich auch Ulrike Meinhof am Ende ihrer Kolumne über den Frankfurter Prozess auf den schwankenden Boden einer Gewaltfaszination, wenn sie nun im Gesetze brechenden Kleinkriminellen aus dem Lumpenproletariat ein revolutionäres Subjekt ausmachen will. Was man sich damit einhandelt, zeigt sich dann im Umgang mit Andreas Baader. Sein Einfluss entwickelt sich, weil er von seiner Umgebung gewährt wird. Der Bohemien wird als Exot zwischen lauter Studenten wohl weniger zur Inkarnation eines Revoluzzers, weil er von sich aus jene Fähigkeiten eines Revolutionärs besäße, als vielmehr, weil er in dieser Funktion von seinem Umfeld erwartet wird und einem besonderen Bild entspricht. Hier trifft man bereits auf einen Horizont von linken Phantasmagorien. In die Richtung solcher Sympathie deutet auch Meinhofs Kolumne »Aktenzeichen XY – gelöst«, die wenige Wochen später in *konkret* erscheint: »Wir wissen – von Freud, Reich, Mitscherlich u. a. –, daß wir Deutschen mehr Schwierigkeiten als andere mit unseren unterdrückten Aggressionen haben, weil wir die, die wir hassen müßten, die unsere Aggressionen unterdrücken und unterdrückt haben – Vorgesetzte, Eltern, die da oben –, nicht hassen dürfen. Wir haben die Juden gehaßt und die Kommunisten. Die Juden geht nicht mehr, die Kommunisten – scheint es – zieht nicht mehr, die Studenten – das verbietet derzeit noch der demokratische Überbau. Zimmermann schlägt uns die Kriminellen vor. Er erklärt sie zum Sündenbock der deutschen Geschichte – deshalb kam Hitler –, er macht sie zum Sündenbock unserer Gegenwart, an dem sich politisches Unbehagen – damit kein neuer Hitler kommt – entladen kann. [...] Sie dürfte nicht zuletzt eine Testsendung sein, vermittels derer feststellbar ist, inwieweit Kriminelle sich als Haßobjekte in Deutschland und Österreich eignen und inwieweit Deutsche und Österreicher auf diese faschistische Manier mobilisierbar und gleichzeitig kontrollierbar sind.«[22]

Aber die Einschätzung des Kriminellen ist nicht allein ein Testfeld für eine faschistische Disposition der Fernsehzuschauer – sie ist es ebenso umgekehrt, wie anhand der Brandstifterkolumne deutlich wurde, für den Übergang der Kolumnistin von einer kritischen zu einer affirmativen Sympathisantin. Der Text wird zum Lackmustest für ihr sich trübendes Bewusstsein. Auch das muss exemplarisch für die APO gesehen werden. Aus dieser Mischung entsteht Ende der 1960er Jahre ein Aktionsmoment, in dessen Tendenzen sich noch einmal die Nachkriegszeit in besonderer Weise widerspiegelt.

II. Im hölzernen Pferd. Elemente eines Nachkriegsdispositivs

Einer kommt durch, der andre nicht. Unter Kindersoldaten und Waffennarren

»Ab 14 lernten wir nur noch die Waffen handhaben. Mit 15 beherrschten wir: den Karabiner 98, das Schnellfeuergewehr 41, das Maschinengewehr 42, die Panzerfaust (Bazooka) und den Panzerschreck. Nichts, was uns schrecken konnte.«[23]

Nicht erst nach dem Tod von Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 kam man in linken Kreisen auf den

22 Meinhof, Würde, S. 164. Zimmermanns Nachfolger in der Sendung »XY ungelöst«, Butz Peters, verfasst dann im Stil der Fernsehszenarien eine Geschichte der RAF mit dem Titel »Tödlicher Irrtum«, aus der bereits zitiert wurde. Die Diktion simuliert aus einer Reihe von Indizien Szenarien, die so geschildert werden, als sei der Berichterstatter jeweils vor Ort dabei gewesen. Urteile und subjektive Spekulationen erscheinen tendenziell als Fakten und mit wirklichen Indizien vermischt. Peters konstruiert eine Reihe von Stimuli – wie mangelnde Tierliebe, fehlender Respekt von der Polizei, den Richtern etc. –, um die Terroristen plastisch zu schildern. So soll im ordnungsliebenden Leser ein Bild aufgestellt werden: »Die Frankfurter Zeitungen berichten groß über die Anschläge [auf die Kaufhäuser, W.B.]. Die Bevölkerung ist bestürzt. Verunsichert: Wie kann jemand auf die Idee kommen, so etwas Schönes wie das Kaufhaus Schneider in Brand zu stecken?, fragen sich in diesen Tagen viele Menschen. Die Frankfurter sind froh, dass sie es geschafft haben, ihre Stadt aus den Ruinen des Zweiten Weltkriegs wieder aufzubauen. Moderner – wenn auch nicht schöner. Und nun hat jemand versucht, wieder etwas in Schutt und Asche zu legen ... Unfassbar!« Peters, Irrtum, S. 40. Peters bestätigt damit in gewisser Weise das Urteil von Ulrike Meinhof über Zimmermanns Intentionen.

23 Röhl, Finger, S. 30.

Scanned by CamScanner

Gedanken, sich zu bewaffnen – Klaus Rainer Röhl beschreibt, dass ihn bereits frühzeitig der Tod eines anderen Studenten prägt: Bereits 1952 wird auf einer von der KPD organisierten Demonstration gegen Wiederbewaffnung und Westorientierung der BRD in Essen der junge Phillip Müller von einem Polizisten erschossen.[24] Aber auch das mag nur eine dünne Rationalisierung des lust- und angstbesessenen Umgangs mit Waffen sein, den man dort zu kontrollieren glaubt, wo doch in Wirklichkeit ein umgekehrtes Verhältnis herrscht. Denn Waffen befinden sich auch dann in Röhls Reichweite, wenn er gerade keine in der Hand hält. In seinem Buch bilden die zahlreichen Beschreibungen solcher Gesinnung einen Subtext, der von jener phantasmagorischen Mischung aus Lust, Angst und Wahn berichtet, die in typischer Weise im Krieg zwischen Täter, Opfer und Davongekommenen herrscht und gleichsam den Preis für das Überleben ausmacht. Ulrike Meinhof war dagegen anscheinend zunächst überzeugte Pazifistin und konnte die Waffen, die ihr Mann und dessen Bruder Wolfgang mit sich herumschleppten (und zuweilen auch unmotiviert abfeuerten), offenkundig nicht leiden. Ende der 1960er Jahre aber mag die Sache bereits anders aussehen.[25]

Röhl kann als ein Waffennarr bezeichnet werden, der aus der Not eine Tugend macht: Als 16-jähriger Panzergrenadier entkommt er knapp dem Fronteinsatz in der Waffen-SS und damit dem fast sicheren Tod. In einem Text an einen Freund schildert er möglicherweise exemplarisch das manifeste Symptom dessen, das ihn latent bewegen mag: »Der Panzerschrank des Studentenwerks war nächtlich erbrochen worden. Der Einbrecher war ein Werkstudent, Schlegel, der etwas ganz anderes suchte: Material über Unterschlagungen im Studentenwerk. Zufällig fand er die uns betreffenden Geheimschreiben, er sandte sie uns per Post zu. Einige Monate später nahm er sich durch einen Revolverschuß das Leben. Da er allein lebte, wurde seine Leiche erst sechs Wochen später entdeckt, sie war kaum mehr kenntlich. Er war mit 16 zur Waffen-SS gekommen, hatte die letzten Kriegstage mitgemacht. Mit jener unauslöschlichen SS-Rune unter der Achselhöhle, der ich durch Zufall und List entgangen war, wurde er nicht fertig. Er galt als lebenslustiger Kerl, guter Kumpel, Werkstudent, mit dem wir immer viel Spaß hatten. Nur manchmal befiel ihn eine merkwürdige Traurigkeit, ja Wut. Er zog mit einem anderen Kumpel los, in Arbeiterkneipen, pöbelte Leute an, prügelte sich und wurde am Ende fürchterlich verprügelt. Auch jener Kumpan, ein gebürtiger Tscheche, und seine Frau nahmen sich später das Leben. Wir aber feierten unser erstes Fest. Das Sommerfest des *Studentenkurier*. Hier wurde der erste Preisträger mit drei Flaschen Sekt und einer Ehrenrunde ausgezeichnet: der Preisträger des großen Preisausschreibens unserer Zeitung. Die Preisfrage: Wer finanziert den *Studentenkurier*? Wolfrum hieß der Gewinner, und die richtige Antwort lautete: Die Zeitung finanziert sich aus: 1. Verkaufserlös, 2. Werbung, 3. Spenden aus Paulskirchen- und Pazifistenkreisen, 4. aus einer guten Portion Idealismus.«[26]

So wie der eine mit der offiziellen Tätowierung stirbt, lebt der andere mit der unbewussten seelischen Wunde unter der Oberfläche weiter, mag man hier mutmaßen. Im Text kommt damit auch die ambivalente Freude des Davongekommenen zum Ausdruck, der überlebt, während es den anderen getrof-

---

24 Vgl. ebenda, S. 63.

25 »An das Schießen auf Menschen [...] dachte damals wohl niemand. Am allerwenigsten Ulrike, die diese Spielereien bei mir und meinem Bruder Wolfgang haßte wie die Pest. Sie hatte als christliche Pazifistin angefangen und verabscheute Waffen und Uniformen. Nach ihrer Kopfoperation, diesen nie zu vergessenden, furchtbaren Schmerzen, hatte sie eine panische Angst vor dem Knall auch nur einer Spielzeugpistole. [...] Auf einem Waldspaziergang mit Ulrike zog er [Röhls jüngerer Bruder Wolfgang, W. B.] plötzlich die Waffe und knallte in die Luft. Ulrike reagierte mit einem Weinkrampf, der fast ein kleiner Nervenzusammenbruch war. Ich sprach ein Jahr lang kein Wort mehr mit meinem Lieblingsbruder. Soviel über Ulrike Meinhofs Verhältnis zu Waffen.« Röhl, Finger, 310–313. Ob Röhls Aussage wirklich stimmt, ist nicht nachprüfbar. Schließlich will er seine frühere Frau vor dem Vorwurf in Schutz nehmen, bei der Baader-Befreiung und später mit Waffen hantiert und auch selbst geschossen zu haben. Was Röhls Erklärungen zu Meinhof generell prekär macht, ist die Tatsache, dass seine Frau sich von ihm getrennt hat und sogar physische Gewalt gegen ihn einsetzt. Dieser Stachel, den jeder Geschiedene kennt, begrenzt auch die Reichweite von Röhls Aussagen über seine frühere Frau.

26 Ebenda, S. 78 f. Die wirkliche Geldquelle, die SED, wird in dieser Aufzählung verschwiegen.

fen hat. Nicht verdeckt bleibt allerdings, dass Röhl sich selbst als Chef eines linken Studentenblatts deutsch und national versteht: »Wir waren nämlich im Gegensatz zu fast allen Linken damals und auch heute noch national wie nichts Gutes.«[27] Wohlgemerkt, Röhl war *noch* deutsch und national. Auch in diesem Fall mag es so sein, dass sich die Gruppe offiziell als links stehend verstand, inoffiziell aber bereits frühzeitig ihre militanten Modelle durchspielte, die zum nationalistischen Syndrom dazugehören. So kreisten die Gespräche der Gruppe um *konkret* seit langem um die Idee einer »intellektuellen Miliz«, damit die Linke, käme es zum offenen Kampf, »besser schösse« als die Rechte.[28] Röhl besaß in den Kellern seiner Wohnungen regelmäßig einen Schießstand. Man hantierte dort immer wieder gern mit Luft- und Kleinkalibergewehren, wie er im Gespräch mit Gerd von Paczensky in der Talk-Show »III nach Neun« am 19. November 1974 verschmitzt zum Besten gibt. In seinem Buch berichtet er auch davon, wie er in Blankenese einmal Enzensberger, Semler und Dutschke mit seinen Schießkünsten beeindruckte: »Während man über die sich verschärfenden Klassenkämpfe redete, führte ich meine neueste Errungenschaft vor: das Schnellfeuergewehr Landmann-Preetz, ein waffenscheinfreies Kleinkaliber. Für mich war's eine Spielerei – ein bißchen Erinnerung ans Gewehr 41, ein bißchen ›Waffen in den richtigen Händen‹. Außerdem schießen alle Röhls gut. Mein Großvater war Schützenkönig in einer Gilde, die als Danziger Bürgerwehr schon gegen den Ritterorden angetreten war, Bruder Wolfgang war mit 14 Schützenkönig. [...] Ich wurde allgemein gelobt, weil ich, mit den Tücken des Gewehrs vertraut, am besten geschossen hatte. Dutschke schoß, glaube ich, die meisten Nieten. Zwei Monate später schoß einer auf ihn.«[29]

Auch hier bildet das Schießen wieder die Klammer zwischen zwei unterschiedlichen Sachverhalten. Was flüchtig erneut als ein geschmackloser Übergang durchgehen mag, deutet bei näherem Hinsehen wiederum auf das Motiv des Durchgekommenen: Ein anderer wird erwischt, ich dagegen werde gelobt. Jedesmal spielt die Waffe dabei eine wichtige Rolle.

Eine strategische Situation

Schließlich soll in diesem Zusammenhang der Umstand nicht unerwähnt bleiben, das sich Röhl und Meinhof aufgrund der Zuwendungen aus der DDR für ihre Zeitung auch trotz aller Kritik am real existierenden Sozialismus als zivil erscheinende »Fünfte Kolonne« Ost-Berlins verstanden.[30] Neben den bereits erwähnten psychologischen Implikationen bedeutete es eben auch, eine durchaus mächtige (»Volks«-)Armee im Hintergrund zu wissen, auf deren Unterstützung man sich gegebenenfalls verlassen konnte. Auch der zunächst ebenfalls in einem uneigentlichen Milieu angesiedelte und ironisch wirkende Name einer *Roten Armee Fraktion* (wobei die Abkürzung RAF bekanntlich auch für die britische Royal Air Force stehen kann) bekommt in solchem Kontext einen überraschend banalen wörtlichen Sinn, wenn man sich tatsächlich als herausgebrochenes Element der »Roten Arme« verstehen will.

All das lässt die Waffenspielereien der Akteure um *konkret* in ihrer Ausführung nur als intellektuelle Spitze eines Zusammenhangs erkennen, bei der es mehr um die Haltung zu militanten Aktionen geht, als um ihre konkrete militärische Durchführung. Für diese wären in der Arbeitsteilung, die in solcher Perspektive deutlich wird, dann andere zuständig. Dieser Sachverhalt verschiebt auch noch einmal die Frage nach der Unterstützung und nach dem Rückhalt

27 Ebenda, S. 107. An anderer Stelle (S. 44) heißt es ähnlich: »Uns interessierte schon damals eine nationale, deutsche Avantgarde in Kultur und Politik.«

28 Röhl zeigt in seinem Buch als Erstes ein Jugendfoto, das ihn als etwa zehnjährigen Knaben in SS-Uniform an der Seite seiner Eltern zeigt.

29 Ebenda, S. 310–313.

30 Der Begriff »Fünfte Kolonne« stammt aus dem spanischen Bürgerkrieg; danach schleuste der faschistische General Mola neben seinen vier Kolonnen eine fünfte nach Madrid, die dann den Kampf gegen die Republik zur Entscheidung führte. Das Motiv aber gleicht auch der List, die bereits Odysseus anwandte, um im hölzernen Pferd versteckt die Burg Troja von innen her zu öffnen. Analog dazu kann man sagen, dass Ulrike Meinhof und die Gruppe um *konkret* ein *hölzernes Pferd* auch dort umgab, wo sie sich frei im Westen bewegten.

Scanned by CamScanner

der Aktionen der RAF in der westdeutschen Bevölkerung.[31] Denn unter solchen Vorzeichen muss man berücksichtigen, dass hinter der unsicheren Akzeptanz in Westdeutschland auch die Billigung der ostdeutschen Führung als sicherer Faktor stand. Unter diesen Umständen nämlich hätte ein viel geringerer Aufwand ausgereicht, um einen Brand auszulösen, als sich die Lage heute nach dem Ende der DDR und angesichts der fehlenden offiziellen Unterstützung aus der westdeutschen Bevölkerung darstellt.

Der Flug der Asche

»[...] das Lied von den letzten Toten (tief im Unterbewußtsein saß unserer Generation auch noch das Lied von den letzten Goten).«[32]

Die Beschreibung der Nachkriegszeit lässt sich in Anlehnung an methodische Überlegungen von Michel Foucault und Gilles Deleuze als ein Dispositiv bestimmen.[33] Nachkriegsdispositiv – das ist jene Melange aus Gewalt, Wunsch und Realität, die wie ein Kontinuum die Kriegsteilnehmer umgibt, die die Politik der jungen Bundesrepublik bestimmen; der Krieg wirft den Feuerschein seiner Mittel und Strategien auch noch auf die Kinder der Asche. Diese Atmosphäre umgibt ebenso die Kriegskinder, die in ihr aufwachsen – als ältere nehmen sie noch als Flakhelfer und Kindersoldaten an der Endphase des Krieges teil und machen ihre traumatischen Erfahrungen mit der Welt; als jüngere erleben sie ihre ohnmächtigen Mütter bei Luftangriffen, sitzen panisch in den Luftschutzräumen und fliehen als Überlebende aus den brennenden Städten, während Familienmitglieder und Nachbarn umkommen. Diese Traumatisierungen ragen unbewusst als latente und manifeste Gewalt in den Wunschhorizont ihrer utopischen Bilder hinein und prägen wie ein unbewusstes kollektives Feld die Möglichkeiten der politischen und gesellschaftlichen Praxis der Menschen in dieser Epoche.[34]

Diese Periode hat ihre Wurzeln zu Beginn des 20. Jahrhunderts; in sie gehen nicht verarbeitete Erfahrungen aus der Kaiserzeit und des Ersten Weltkriegs ein, die in die Weimarer Zeit fallen und zum Faschismus und zum Zweiten Weltkrieg drängen. Es entsteht ein Gewaltdispositiv nach innen und außen als Verhältnis von Nationalismus und Volkskultur, Faschismus und Sozialismus, das sich in die Seelen der Menschen hineinfrisst und sowohl ihre Fragestellungen als auch ihre Antwortmöglichkeiten umfängt. Die Akteure im Konflikt Staat gegen »Baader-Meinhof-Gruppe«, aber auch die Aktivisten der APO gehören als späte Exemplare in diese Konstellation. Sozialpsychologische Untersuchungen zum Fortleben der Gewalt in den Kindern der unmittelbaren Täter und Opfer zeigen, dass sich diese Motive nicht nur nicht auflösen, sondern konkrete Formen annehmen können. Diese verbreiten sich ähnlich, wie Freud das in seiner Schrift »Die Zukunft einer Illusion« für die Religion zeigt.[35] Dispositionen für Religiosität zeigen

31 Vgl. z. B. Wolfgang Kraushaar, Erosion der Normen. Kam die RAF aus der Mitte der Gesellschaft? Thesen anlässlich der Ausstellung in Berlin, *Süddeutsche Zeitung* vom 27. Januar 2005.

32 Röhl, Finger, S. 102 f.

33 Vgl. Michel Foucault, Sexualität und Wahrheit I. Der Wille zum Wissen, Frankfurt am Main 1977, und Gilles Deleuze, Das Denken des Außen (Macht), in: ders., Foucault, Frankfurt am Main 1992, S. 99–130.

34 Der Begriff des kollektiven Unbewussten stammt bekanntlich von C. G. Jung. Jung will darin ein rassistisch bestimmtes unbewusstes Umfeld beschreiben, das über das individuelle Unbewusste, wie Freud es konzipiert, hinausreicht. Solche Position diente dazu, den Nationalsozialisten die Psychoanalyse schmackhaft machen (vgl. dazu Wolfgang Bock, Astrologie und Aufklärung. Über modernen Aberglauben, Stuttgart 1995, S. 159–162). Auf einen solchen Zusammenhang kann man sich daher nicht ernsthaft einlassen. Stattdessen verwende ich den Begriff, um reale politische, ökonomische und historische Begebenheiten in der Seele der Menschen zu bezeichnen, die über individuelle Seelenzustände hinausgehen und so etwas wie die Rahmenbedingungen von bewussten politischen Handlungen bilden. Insbesondere werden darin Dispositionen beschrieben, die über eine Selbstdefinition als dem linken oder rechten politischen Lager zugehörig hinausgehen und auch von verschiedenen sozialen Klassenlagen nur marginal berührt bleiben. Die begrifflichen Implikationen stehen im Zusammenhang mit Oskar Negt und Alexander Kluges Überlegungen zu »Maßverhältnissen des Politischen« (Frankfurt am Main 1992). Vgl. dazu genauer Wolfgang Bock, Exemplarische Reflexionen einer Dekade. Zu Oskar Negt und Alexander Kluge, Maßverhältnisse des Politischen, in: Christian Schulte / Rainer Stollmann (Hg.), Negt/Kluge: Der unterschätzte Mensch, Berlin 2005.

35 Vgl. Sigmund Freud, Die Zukunft einer Illusion, Studienausgabe, hrsg. von Alexander Mitscherlich u. a., Frankfurt am Main 1970, Bd. IX, S. 135–189.

sich in der allgemeinen gewalttätigen Gestimmtheit für pseudopolitische Vorstellungen, Nationalismus und Waffen, aber auch für scheinbar harmlose und entrückte moderne abergläubische Systeme wie Okkultismus, Esoterik oder Astrologie.[36]

So mag es kein Zufall sein, dass sowohl Andreas Baader als auch Ulrike Meinhof ohne Vater aufwachsen; der eine ist im Krieg umgekommen, der andere kurz vor dem Krieg verstorben. Ähnliches gilt für die Mehrzahl der Studierendengeneration der APO, die – wie Ensslins Verlobter Bernward Vesper – aus Familien von NS-Größen oder -mitläufern stammen. Das disponiert zu einem gewissen inneren und äußeren Gewaltkontext, den Alexander Mitscherlich früh mit der »Unfähigkeit zu trauern« beschreibt.[37] Die Untersuchungen des Bundesinnenministeriums von 1978 bestätigen diese Diagnose weitgehend.[38] Sie lassen es freilich nicht zu, daraus positiv eine Regel abzuleiten. Ohne Vater oder mit einem autoritären aufzuwachsen, bedeutet nicht, dass gewalttätig gehandelt werden muss; es bedeutet aber für den entsprechenden Phantasiehorizont, aus dem die Bilder und Handlungsweisen stammen, dass in diesem solche Gewalt latent präsent ist und droht, in manifeste Gewalt umzuschlagen. Gegenüber einer solchen Disposition treten die selbstgewählten Unterscheidungen von linker und rechter Gruppierung zurück. So erfolgen beispielsweise die ersten Waffenkäufe der RAF von stadtbekannten Rechtsradikalen.

Diese Konstellation verändert sich erst langsam mit der Großen Koalition und der gesellschaftlichen Modernisierung der 1960er und 1970er Jahre, mit den Aktionen der Studenten, dem Ende des Kalten Krieges, dem Fall der Mauer und des Ostens und wird durch eine neue veränderte Machtkonfiguration abgelöst. Nun stellt nicht mehr eine Linke oder eine Gewerkschaft die Machtfrage bzw. wird zum Stichwortgeber und Vorwand, um demokratische Gesellschaftsprozesse zu verhindern; sondern eine neue Mischung aus Rechtspopulismus und deregulierendem und globalisiertem Liberalismus greift die demokratische Verfasstheit von oben und von rechts her an. Die ehemalige Linke steht, insbesondere nach dem Ende des »real existierenden Sozialismus« der DDR, mit dem Rücken zur nicht mehr existierenden Mauer oder verliert sich in klischeehaftem und kitschigem Antiamerikanismus, dessen Grundlage ebenfalls noch aus der DDR-Zeit und Weimar stammt.[39]

In diesem Sinne einer neuerlichen Umcodierung der Gewalt nach dem Zusammenfall des Ostblocks hat sich Horst Mahler vom APO-Anwalt der 1960er Jahre dreißig Jahre später zum Vordenker der äußersten Rechten gemausert. Und auch Klaus Rainer Röhl betont nun in seiner späten Doktorarbeit die vermeintliche Gemeinsamkeiten von KPD und NSDAP in der späten Weimarer Republik.[40] Das mögen Zugeständnisse an den jeweils herrschenden Ge-

36 Vgl. Bock, Astrologie, S. 41–43 und S. 151–158; vgl. ders., »Mehr als erhofft.« Das Theater der Versammlung spielt Peter Sichrovskys »Unheilbar deutsch«. Sechs Anmerkungen zur Diskussion, in: Johannes Beck / Jörg Holkenbrink / Anne Kehl (Hg.), Tragt Masken, schont das eigene Gesicht. Das Theater der Versammlung. Performance zwischen Bildung, Wissenschaft und Kunst, Bremen 1996, S. 120–122.

37 Vgl. Alexander und Margarete Mitscherlich, Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens, München 1967. Die evangelische Pfarrerstochter Gudrun Ensslin bildet hier keine Ausnahme, die etwa die Regel bestätigte. Sie verweist vielmehr auf das prekäre Verhältnis von Protestantismus und Militanz, das bereits Marcuse und nach ihm Horkheimer und Adorno ansprechen, wenn sie auf Luthers manifesten Judenhass aufmerksam machen und diesen nicht als Ausrutscher, sondern als strukturelles Merkmal des Protestantismus interpretieren. Vgl. Herbert Marcuse, Luther und Calvin, Ideengeschichtlicher Teil, in: Horkheimer/Fromm/Marcuse, Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung (1936), Lüneburg 1987, S. 136–228, hier S. 140–160, und Gerhard Vinnai, Die Liebesreligion als Religion der Gewalt, in: ders., Jesus und Ödipus, Frankfurt am Main 1999, S. 18–53.

38 Gerhard Schmidtchen, Terroristische Karrieren, in: Herbert Jäger / Gerhard Schmidtchen / Lieselotte Süllwold, Lebenslaufanalysen, Analysen zum Terrorismus, Bd. 2, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Opladen 1981, S. 13–77. Vgl. dazu auch die Zusammenfassung der Ergebnisse bei Kraushaar, Erosion der Normen.

39 Vgl. in einem ähnlichen Sinne Hans Ulrich Gumbrecht, Der Kitsch-Mensch ist ein Intellektueller. Über Trennmüll, Robbenschlachten, Dekonstruktion und Anti-Imperialismus, *Süddeutsche Zeitung* vom 27./28. November 2004.

40 Vgl. Klaus Rainer Röhl, Nähe zum Gegner. Kommunisten und Nationalsozialisten im Berliner BVG-Streik von 1932, Frankfurt am Main / New York 1994.

Scanned by CamScanner

waltrahmen sein; gleich geblieben aber ist der Hang zur Gewalt und das Konzept einer Heterogenität bei den Protagonisten.[41] Ein äußeres Kennzeichen solcher Umcodierung ist, dass die offene politische Macht der Nachkriegszeit nicht kommunizierte. Andere Personen der vorherigen linken Generation wie Schröder, Fischer oder Schily stellten über Jahre hinweg den Kanzler wie staatstragende Kabinettsmitglieder im Rahmen einer Medienmacht, die Fragen stellte und umgekehrt die Bürger zur Kommunikation zwang – ein Vorgang, von dem die Fragebögen zu Hartz IV nur unvollständig zeugen.[42] Von dem Ansinnen aber, die Macht selbst in Frage zu stellen, hat die Linke Abstand genommen. Das erlaubt es heute, die Frage nach der Faszination der RAF vor dem Hintergrund des Endes der Nachkriegszeit neu zu stellen. Vor dem Dispositiv der neuen Machtkonstellation wird die vorige besser erkennbar.

III. In my dreams, I walk with you. Von Traum- und Theaterräumen

»Wieder mal von Ulrike Meinhof geträumt. Wenn sie schon in meinen nächtlichen U-Labyrinthen derart häufig herumgespenstert: welchen unermeßlichen u. schwer auslotbaren Unterbodenbereich wird sie dann erst im Überbau unserer linken Schickerilla für sich erobert haben?«[43]

»Frage allein, wie sich das alles mal in zwanzigdreißig Jahren lesen wird – wenn die Sympathisanten von heute alle längst abgeschworen haben und versuchen, die Scheiße wieder von den Hacken zu kriegen, in die sie damals so mutig reingetreten sind.«[44]

Eintritt in einen kollektiven Traumraum

Es ist viel über die Sympathie spekuliert worden, die zwischen der RAF und der außerparlamentarischen Linken herrschte – eine Sympathie, die sich aber auch in der Figur der *Hassliebe* auf die rechte und die Springerpresse ausdehnte. Sympathie wie Antipathie fanden in einem bestimmten affirmativen Raum zusammen, den man als einen phantasmagorischen Traumraum bezeichnen kann. In diesem vermitteln sich politische Realität, utopische Wunschwelten und ästhetische Kategorien. Peter Rühmkorf forscht nach diesen Kräften und liefert ein erhellendes Tableau des Verhältnisses von Täter und Sympathisanten.

Rühmkorf stand Ulrike Meinhof durch ihre jahrelange gemeinsame Arbeit bei der Zeitschrift *konkret* nahe; er war ebenso befreundet mit Klaus Rainer Röhl, besitzt aber genügend Abstand zu beiden Personen. Durch seine Ehefrau Eva Marie Rühmkorf, die als Gefängnisdirektorin arbeitete, war Rühmkorf zudem nicht anfällig für die gängige Kriminellen- und Guerillero-Romantik der RAF, obwohl auch er Züge jenes Nachkriegstraumas trug, das offenbar zur Gewalt disponierte. In seiner frühen Biografie »Die Jahre die Ihr kennt« (1972) und vor allem in seinem Tagebuch »Tabu II«, das 1971 und das erste Halbjahr 1972 umfasst, liefert er Bausteine zum Verständnis jenes komplexen Verhältnisses von Realität, Traum, Politik und Ästhetik, das die Handlungen der RAF-Protagonisten und ihres Umfeldes bestimmte.[45]

Rühmkorf schildert Meinhofs Übergang in den »bewaffneten Kampf« als einen komplexen Zusammenhang von Ehekrise und Krise der Linken. Er verfolgt, wie die Autorin sich um 1964, als die Auflage der *konkret* nach dem Ausbleiben der Finanzierung

41 Vgl. dazu Wolfgang Bock, Georges Batailles Begriff der Verausgabung und die gnostische Tradition, in: Bettina Gruber (Hg.), System und Erfahrung. Esoterik und Mystik in der Literatur der Moderne, Opladen/Wiesbaden 1997, S. 226–252.

42 Vgl. Wolfgang Bock, »Danke, dass Sie mit mir darüber gesprochen haben und bei mir waren.« Von der Macht, die verbietet, zur Macht, die Sprechen macht, in: ders. (Hg.), Unruhe in unruhigen Zeiten. Über die Freundlichkeit. Festschrift für Johannes Beck, Bremen 1998, S. 5–19.

43 Peter Rühmkorf, Tabu II, S. 243.

44 Ebenda, S. 395–396.

45 Rühmkorf ist nicht unangefochten. Vielmehr war er nur eine Stimme in einem zerstrittenen Kollektiv, das Klaus Rainer Röhl zusammen mit seinem Bruder Wolfgang, Stefan Aust, Uwe Nettelbeck, Fritz J. Raddatz, Klaus Wagenbach und anderen umfasste. Zu seiner Person vgl. die Sottisen des ehemaligen Feuilletonchefs der *Zeit* und Chefredakteurs der *konkret* im ersten Halbjahr 1969, Uwe Nettelbeck: Was ein Stadtschreiber ist?; Der dritte Stadtschreiber und Wer Peter Rühmkorf ist, in: *Die Republik*, Frankfurt am Main 1976, Nr. 5–9, S. 255–308. Zu Horst Mahler vgl. etwa Kenda Willey, Ein Anwalt in Waffen, in: Herfried Münkler (Hg.), Der Partisan. Theorie,

durch die DDR, von der er nichts wusste, zu fallen beginnt, neben ihrer Arbeit für Abrüstungs- und Verständigungspolitik nun auch in Elendsquartieren, Gastarbeiterheimen und Fürsorgeanstalten umtut. Auf diese Weise nimmt sie schon frühzeitig soziale Motive in ihr Denken auf, bevor sich die Studentenbewegung diesen Themen zuwendet. Rühmkorf beschreibt ebenso, wie sich 1965 bis 1967 parallel zur politischen Großen Koalition in der Bundesrepublik in Hamburg eine Schickeria der übergreifenden Salons und Partykreise herausbildet, in deren »Linkslücke« sich unter anderem Röhl und seine Ehefrau Ulrike einrichten. Bekannt ist das Foto, das das Paar auf der Galopprennbahn Hamburg-Horn zeigt.[46] In einer seltsamen Koinzidenz vom Niedergang der APO und dem Niedergang ihrer Ehe zieht Ulrike Meinhof dann 1968 mit ihren Zwillingen nach Berlin, wo sie sich radikalisiert. Rühmkorf registriert in Meinhofs späten Kolumnen einen neuen Hang zur Gewalt und zielt dabei wiederum auf das kollektive Moment einer Stimmung. Solche Gedanken lagen Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre in der Luft.[47]

Hamburger Partyschickeria und das »Berliner Syndrom«

Im Zusammenhang von Partyschickeria, Ehekrise, Krise der APO, Niedergang von *konkret* und deren Verwandlung zu einer den *St.-Pauli-Nachrichten* ähnlichen Sexpostille und des Engagements für die Unterschichten bildet sich bei Ulrike Meinhof die besondere Vorliebe für Kriminelle heraus. Rühmkorf entwickelt Ansätze einer Sozialpsychologie der Motive und der Faszination: Isoliert im fremden Berliner Milieu, getrieben zu einem neuen Radikalismus, der die Grenzen des Schreibens überschreiten will, trennt sich Ulrike Meinhof von *konkret* und lässt sich von Röhl scheiden.[48] Auf eine harsche Kritik an ihrer eigenen Rolle als Starkolumnisten des Blattes (»Die Kehrseite der Kolumnen-Freiheit ist die Unfreiheit der Redaktion«[49]) folgt eine Pressemitteilung in der *Frankfurter Rundschau* vom 26. April 1969, in der sie die Einstellung ihrer Mitarbeit bekannt gibt. Zehn Tage später kommt es dann zum »Sturm« eines dreißigköpfigen Berliner Rollkommandos mit Astrid Proll und Bernward Vesper auf die Redaktionsräume der Zeitschrift. Die Aktion endet schließlich mit der Verwüstung von Röhls (und ehemals Meinhofs) Wohnräumen in Blankenese – eine private und öffentliche Selbstzerfleischung der früheren Eheleute Röhl und der außerparlamentarischen Linken.[50]

Strategie, Gestalt, Opladen 1990, oder Karl Heinz Roth, Mord, Hirnwäsche und Verrat, in: ders., Fritz Teufel, Klaut sie! (Selbst)kritische Beiträge zur Krise der Linken und der Guerilla, Tübingen 1980, S. 50–119.

46 Vgl. Röhl, Finger. Auch Joachim C. Fest, zu der Zeit Chefredakteur des NDR und Leiter des Magazins »Panorama«, ab 1973 dann FAZ-Herausgeber, berichtet über verschiedene Begegnungen mit Ulrike Meinhof. Die *konkret*-Leute hatten seinerzeit für ihn demonstriert, als sein Intendantenstuhl schwankte. Das schafft Verbindungen. Fest stellt zwar differenziert Meinhofs Nachdenklichkeit heraus, gefällt sich aber selbst in der Rolle des heroischen Offiziers im Feindesland – etwa wie der britische Widerstandskämpfers in deutscher Gefangenschaft, den man aus unzähligen schlechten englischen Kriegsfilmen kennt: Kein Satz, der mit APO-Vertretern gesprochen wird, bleibt im schriftlichen Nachspielen unwidersprochen, alles wird heldenhaft zurückgewiesen. Vgl. Fest, Die Verzweiflung des Gedankens: Extempore über Ulrike Meinhof, in: ders., Begegnungen. Über nahe und ferne Freunde, Reinbek 2004, S. 249–270.

47 »Es waren Gedanken, die, weißgott, nicht ihr allein gehörten, die gehörten zum Allgemeingut und zum Kollektivproblem der veränderungsdurstigen Linken schlechthin; nur daß nun gerade bei ihr die Umsetzung von Schreibtischstrategie in Brachialgewalt auf ganz besonders ausgebildete Animositäten traf.« Rühmkorf, Jahre, S. 325–326.

48 »Hatte die Society sich als ein unhaltbares Quasi erwiesen, so suchte sie jetzt in der Lumpengesellschaft die ganze Solidarität. Hatte die Rolle der bloß Mitleidenden sie eher hinabgezogen als von Skrupeln und Erniedrigungen befreit, so suchte sie jetzt die Mittäterschaft. So begann sich die sentimentalische Identifikation mit den Opfern langsam zu einer naiven Aktionsethik auszuwachsen.« Rühmkorf, Jahre, S. 327–328.

49 Meinhof, Kolumnismus, *konkret*, Nr. 21, 1968; Würde, S. 167.

50 Rühmkorf nennt diesen Zusammenhang in einem *konkret*-Kommentar vom Mai 1969 unter dem Titel »Agents provocateurs« das *Berliner Syndrom*. Das liest sich auch wie eine lokalpatriotische Einlassung, einer Auseinandersetzung zwischen Berliner und Hamburger *rackets*. Vgl. Rühmkorf, Jahre, S. 331–332.

Scanned by CamScanner

Das mag ein Zeichen für die persönlichen und öffentlichen Befindlichkeiten sein, der die Akteure als Kollektiv umtrieb. Ein Jahr später, am 14. Mai 1970, wird dann unter der maßgeblichen Beteiligung von Ulrike Meinhof Andreas Baader aus dem Leseraum des Berliner »Instituts für Soziale Fragen« in Dahlem »befreit«. Dabei wird der Institutsangestellte Georg Linke lebensgefährlich verletzt. Bis zu ihrer Festnahme 1972 lebt Ulrike Meinhof nun im Untergrund.

Zwei Freikorps

Die Begriffsverwirrung der Linken geht an den einzelnen Protagonisten nicht spurlos vorüber. Das Milieu um die Hamburger Redaktion der *konkret* bringt Ulrike Meinhof hervor; es ist aber zugleich auch Objekt ihrer ersten militanten Angriffe. Das ermöglicht Rühmkorf frühzeitig eine Identifikation auch mit den Opfern dieser Strategie.[51] Daraus entwickelt sich eine realistische Einschätzung der Terroristengruppe, während etwa in West-Berlin um Klaus Wagenbach, in Hannover um Peter Brückner oder in Köln um Heinrich Böll noch eine unkritische Affirmation vorherrscht. Rühmkorf glaubt zu erkennen, dass die RAF-Protagonisten von sich aus, ohne Spitzel des Staatsschutzes im Sinne einer Law-and-Order Fraktion im Lande, die sich um die *Bild*-Zeitung, Eduard Zimmermann und Franz Josef Strauß schart, Politik machen. Er entwickelt das treffende Bild von den zwei putschbereiten Freikorps – *Bild* und RAF, die, sich offiziell gegenseitig abstoßend und sich inoffiziell anziehend, die Bundesrepublik reif für den institutionellen Rechtsruck machen: »Die *Welt* und ihr bereits von der Rolle abrufbares Hetzmuster: daß die terroristischen Anschläge der RAF auf unser Gemeinwesen u. das Walten der rotgelben Regierungskoalition einem gemeinsamen roten Pfuhl entquollen seien (siehe Herbert Kremp noch einmal: ›Der Sumpf liegt links‹). Was mir bei weitem logischer scheint, ist die interdependente Anziehungskraft zweier außerparlamentarisch agierender Freikorps, die die zivile Verfassung eines moderaten Systems von rechts u. links her unterminieren.«[52]

Hier tut sich ein gemeinsamer Raum auf, in dem die vermeintlichen Kontrahenten beider Seiten sich so gut in ihrer gemeinsamen gestischen Sprache der Gewalt verstehen, wie das auch heute noch in Palästina, im Irak oder in Tschetschenien der Fall ist: Die Falken der jeweiligen Kontrahenten haben dabei inoffiziell mehr gemein als offiziell bedeutet wird.

Auf der mobilen Bühne

Neben biografischen Details und eigenen subjektivistischen Splittern verfasst Rühmkorf damit eine Sichtweise auf die RAF, die die Gruppe nicht verächtlich als Bande oder wie in ihrer eigenen Sichtweise als militärische Vereinigung, sondern als eine Theatertruppe mit einem erweiterten Medienbegriff versteht – als ein mobiles Ensemble, das den Raum der Bundesrepublik, der DDR, den Nahen Osten und Nordafrika als ihre bespielbare Bühne nutzt. Rühmkorf macht hier sieben verschiedene Faszinationsmomente aus: 1. Ein Laienensemble; 2. ein Sendungsbewusstsein; 3. eine rabiate und weithin unverständliche Symbolsprache; 4. eine rückhaltlose Bereitschaft zum Skandal; 5. eine extreme Beweglichkeit, mobiler Spielraum; 6. eine Rollendurchlässigkeit bis zum Persönlichkeitsumschlag (»Schreibkräfte als Gewalttäter, Nonkonformisten in der Banden-Klammer, Bürgerkinder als Feinde des bürgerlichen Staates«); 7. eine Einbeziehung des Publikums bis zur persönlichen Inanspruchnahme.[53] Neben der Übertreibung, die darin liegt, erweist sich Rühmkorfs Szenario als

51 Das ist eine Perspektive, die sich einige erst spät und manchen nie erarbeiten. Rühmkorf schreibt in seinem Tagebuch: »Im Anschluß gemeinsam zu K.'s und erfahren, daß der bei dem Schußwechsel mit Grashoff (BM) schwer verletzte Kriminalbeamte Eckardt im Krankenhaus gestorben sei. Mich entsetzt, daß die Nachricht bei dem Dichter H. W., der Lehrerin A. M. und der Buchhändlerin R. K. ohne jedes Bedauern u. eher mit einem häßlichen Grinsen zur Kenntnis genommen wurde. Alles Gegner der Todesstrafe. Fanatische Verfechter von antiautoritärer Kindererziehung u. repressionsfreiem Schulwesen. Propagandisten u. -innen von ökologischem Landbau und artgemäßer Hühnerhaltung, aber leider keine durchweg liebenswerten.« Rühmkorf, Tabu II, S. 220 f.

52 Ebenda, S. 372 f.

53 Vgl. ebenda, S. 29.

durchaus geeignet, um jenen Spielraum der Phantasmagorien zu beschreiben, in dem sowohl die »Charakter-Schauspieler« der beiden Freikorps als auch das an dem Spektakel als Komparsen, Zuschauer oder Chor beteiligte Publikum in einer Figur zusammengedacht werden: »Wer die zeitweilig bis zur Massenhysterie gesteigerte Anteilnahme eines bundesbreiten Publikums erklären möchte, muß sich wahrscheinlich zu einer Bühne unterhalb der sichtbaren hinabbequemen, einem Spielraum hinter dem öffentlich zutage tretenden, magischen Binnenspielraum, wo real die Träume hausen und der vorgestellte Speer wahrhaftig das Herz des ausgemalten Büffels oder Bullen trifft.«[54]

Folgt man diesem Ansatz, dann trifft man auf einen Ort, an dem sich Phantasie und Realität mischen und wo eine surrealistische Bildstruktur herrscht, die sich wie eine affirmative Parodie auf Enzensbergers Kritik an der surrealistischen Bewegung verstehen lässt. Dieser hatte angemerkt, dass bereits der verbale Aktionismus der Gruppe um Breton zur rechten Revolte tendiere, wenn es im »Zweiten surrealistischen Manifest« heißt: »Die einfachste surrealistische Handlung besteht darin, mit Revolvern in den Fäusten auf die Straße zu gehen und blindlings soviel wie möglich in die Menge zu schießen. Wer nicht wenigstens einmal im Leben Lust gehabt hat, auf diese Weise mit dem derzeit bestehenden elenden Prinzip der Erniedrigung und Verdummung aufzuräumen – der gehört eindeutig selbst in diese Menge und hat den Wanst ständig in Schußhöhe.«[55]

Solche Formulierungen sind nicht weit von den Flugblättern der *Kommune I* entfernt. Enzensberger kommentiert diesen Passus: »Es sollten noch einige Jahre vergehen, bis diese Maxime in Deutschland verwirklicht wurde.«[56] Dieser Gefahr fällt Breton in der Praxis nun nicht gerade anheim.[57] Enzensberger zielt vielmehr auf die faschistische Bewegung in Deutschland ab; dass diese Figur aber auch schlüssig auf die RAF anwendbar ist, hat er selbst sich wohl nicht träumen lassen. Die terroristischen Aktionen der RAF können dann als ein falsches Wörtlichnehmen solcher Position gesehen werden. In eklatanter Verwechselung von Leben und Kunst komme es zu dem Traum eines »Totalen Theaters«, das die Grenze zwischen beiden überschreite.

Ein ermächtigter Chor

Als fruchtbar erweist sich diese Betrachtung vor allem, weil es ihr gelingt, die von diesem Spektakel ausgehenden Schwingungen als Angebot für ein »Mitmachtheater« und umgekehrt die Aktionen der Schauspieler als Projektionen des Publikums ins Auge zu fassen: »Eines der stärksten Anziehungsmomente war zweifellos das immer heimlich mitgeführte Angebot zur Teilnahme. Der Gewissensappell zur Konspiration erhob selbst kleinere Beiträge – ein Zimmer für eine Nacht, einen Hunderter für unterwegs – in den Rang von Handlung. Die bloße Vorstellung, daß plötzlich vermummte Quartiermacher auftauchen könnten, den ohnmächtig in Gedanken sich wälzenden Stubenhocker aus seiner Isolierung zu erlösen und ihm heimlich und kurzfristig das Gefühl von Mittäterschaft zu vermitteln, eröffnete einen Illusionsraum, mit dem verglichen das professionelle Mitmachtheater zum bloßen Genre schrumpfte. [...] Obwohl das B&M-Ensemble seine Aktivitäten gern als Beiträge zur Entschleierung der Herrschaftsver-

54 Ebenda, S. 38.

55 Breton, Zweites Manifest, in: Die Manifeste des Surrealismus, Reinbek 1986, S. 56.

56 Hans Magnus Enzensberger, Die Aporien der Avantgarde, in: ders., Einzelheiten II: Poesie und Politik, Frankfurt am Main 1962, S. 78. Vgl. ebenfalls Alfred Strasser, Die Surrealisten im Dienst der Revolution – aber welcher Revolution? Anmerkungen zum Revolutionsverhältnis der Surrealisten, in: Henning Teschke (Hg.), Literarische Fluchtlinien der Revolution nach 1789, Tübingen 2004, S. 113–124.

57 Vgl. dazu Wolfgang Bock, Rettung der Nacht, S. 289. Ähnliche Momente lassen sich bereits bei Breton, Aragon und Benjamin konstatieren. Zum Verhältnis von Benjamin und der Gewalt vgl. Michael Hirsch, Adorno nach Benjamin. Politik des Geistes, in: *Zeitschrift für kritische Theorie*, Lüneburg 2004, Heft 18/19, S. 239–263. Zur Bestimmung des surrealen Bildraums vgl. Walter Benjamin, Der Sürrealismus, in: ders., Gesammelte Schriften, Bd. II, 1, hrsg. von Rolf Tiedemann und Hermann Schweppenhäuser, Frankfurt am Main 1977, S. 309–310, und Peter Bürger, Der französische Surrealismus, Frankfurt am Main 1996, S. 59–73, und Bock, Benjamin, S. 281–331.

Scanned by CamScanner

hältnisse bezeichnete, gründete seine theatralische Sendung doch zunächst in seiner eigenen ideologischen Verblendung, die half es ausbreiten auf der untersten Selbsttäuschungsebene sowohl wie auf der höchsten, der Sympathisantengalerie. Selbstverständlich gibt es schichtenspezifische Eintrübungen von Bewußtsein, wobei für uns jene oberschichtenspezifische Neigung von Interesse ist, sich eine nicht vorhandene Basis aus dem Kopf zu stampfen. Hat man sich nämlich erst einmal die Verhältnisse auf den Kopf gestellt, wird jede Vorstellung zur Theatervorstellung, läßt das magische Denken kein Ende mehr absehen und verkehrt sich Revolution zur autonomen Tätigkeit der inneren Umwälzpumpe.«[58]

Rühmkorfs Analysen erlauben damit auch wieder eine Verkehrung des Blickwinkels: Nicht mehr nur nach der Verankerung der RAF in ihrem Sympathieumfeld ist zu fragen, sondern vielmehr danach, inwiefern die RAF-Protagonisten die Agenten der Wunscherfüllung dieses Umfeldes darstellen. Das heißt, es kommt aus der hier verfolgten Perspektive heraus zu einer Verwechselung von Phantasmagorie und Wirklichkeit im Namen einer vorgeblich politischen Handlungsstrategie.

Zauberbilder am Horizont der Revolution

Geht man dagegen davon aus, dass die RAF zum Erfüllungsgehilfen der unbewussten Wünsche der Sympathisanten wird, bzw. beide in einem Wunschraum zusammen eine Figur bilden, dann werden die Grenzen des Wunschraums von dem skizzierten Nachkriegsdispositiv gebildet. Dessen Inhalte machen Bilder als Mischgestalten aus, die auf einen bestimmten Spannungsbogen von realen und verschobenen Wünschen und Zielen, von Regression und Gewalt angeordnet sind. Die dunklen, mit Zerstörung und Gewalt konnotierten Figuren in diesem Ensemble – wie der davongekommene ehemalige SS-Mann, der Agent der Fünften Kolonne und andere – erscheinen eher undeutlich, einige der helleren Bilder aber lassen sich insbesondere dann benennen, wenn sie im Zusammenhang mit der Jugend- und Abenteuerliteratur und mit entsprechenden Filmen gebracht werden, aus denen sie entstammen.

Zu den exotischen Schauplätzen zählen dann der Amazonas-Urwald, die afrikanische Savanne oder die palästinensische Wüste, bewohnt von heldenhaften Arabern und Indianern, wie sie in Marighellas brasilianischem »Minihandbuch des Stadtguerillero«, den Texten der *Tupamaros* in Uruguay oder von Frantz Fanon über die afrikanische Revolution im Algerienkrieg auftauchen.[59] Weitere Figuren bilden der lustige bombenlegende Anarchist und Revolutionär und seine weiblichen Pendants, wie sie im Film »Viva Maria« von Louis Malle auftreten; dieser beeinflusste insbesondere die Mitglieder der *Kommune 1* und gab ihrer Vorläufergruppe den Namen.[60] Daneben spielen die Enterbten und Arme rächenden Räuberfiguren wie Zorro, Robin Hood, Bonnie und Clyde oder auch der Partisan und Waldgänger eine besondere Rolle. Letzterer entwickelt sich bereits wieder in der offenen Nähe zu rechten Figuren und geht auf Ernst Jüngers, Carl Schmitts und auch Walter Benjamins heterogene Überlegungen zur Kritik der Gewalt zurück, die von der ersten RAF-Generation im Gefängnis eifrig gelesen wurde.[61] Diese Figuren sind

58 Rühmkorf, Tabu II, S. 42.

59 Vgl. Carlos Marighella, Minihandbuch des Stadtguerillero, in: *Sozialistische Politik*, hrsg. am Otto-Suhr-Institut, 2. Jg., Juni 1970, Nr. 6/7, S. 143–166; später textidentisch, aber unter veränderter Überschrift publiziert in: Márcio M. Alves / Conrad Detrez / Carlos Marighella, Zerschlagt die Wohlstandsinseln der Dritten Welt. Mit dem Handbuch der Guerilleros von São Paulo, hrsg. von Conrad Detrez, Reinbek 1971; zur Geschichte der *Tupamaros West-Berlin*: Wolfgang Kraushaar, Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus, Hamburg 2005; und Frantz Fanon, Für eine afrikanische Revolution, Frankfurt am Main 1972.

60 »Die Gruppe nannte sich – und dieser Name sagt alles über Herkunft und schnellen Ruhm und letzte Konsequenz: Viva Maria-Gruppe. […] Diese Kommune Null, die Urkommune, aus der sich die Pudding-Kommune 1 entwickelte, nannte sich selber Viva Maria-Gruppe. Alle hatten sich den Film mindestens zehnmal angesehen, so begeistert waren sie. So sehr wirkte der Überbau auf die Basis, daß sie alsbald begannen, den Film in die Wirklichkeit umzusetzen bzw. beides zu verwechseln.« Röhl, Finger, S. 246–247.

61 Vgl. dazu Herfried Münkler, Die Gestalt des Partisanen. Herkunft und Zukunft, in: ders. (Hg.), Der Partisan, S. 14–41, und ders., Sehnsucht nach dem Ausnahmezustand. Die

Chimären – sie tragen etwas jeweils Zutreffendes in sich, wirken insgesamt aber als Klischees in und auf Akteure ebenso wie in der Sympathisantenszene und werden durch Texte aus den Häusern Wagenbach und Rowohlt bedient, wie wiederum Peter Rühmkorf registriert: »Eigentlich kaum zu glauben, was heute alles guten Gewissens gedruckt u. dann auch gleich von zigtausenden v. jungen Menschen gierig aufgesogen wird. Auch Jerry Rubins affiges ›Szenario für eine Revolution‹ (bei Ro-Ro erschienen, wo die Hehler u. Nutznießer sitzen) hochgefährliche Mischung aus eitlem Selbstdarstellungszirkus u. aufs öffentliche Leben übergreifendem Skandal- und Bombentheater.«[62]

Rühmkorf erblickt im Zusammenhang der Verschmelzung von Dschungel- und Stadtguerillia-Bildern einen neuen revolutionären Marienkult: »Che Guevara – Frantz Fanon – Marighella – Malcolm X – Rudi Dutschke – RAF-Fahndungsfotos – ein nicht endenwollender Heiligenfries als Überbaudekoration unserer Undergroundaktivisten. Eine Art politischer Jesusminne, bzw. anarcho-utopistischer Marien-Kult.«[63]

Diese Art von neuem Kult, dessen Anhänger aus den fehlgeleiteten Bedürfnissen entstehen, wird bereits von Marx entsprechend kritisiert. So stellt für ihn der Putschist den Typus des Politikers dar, der es als seine Aufgabe ansieht, »dem revolutionären Entwicklungsprozess vorzugreifen, ihn künstlich zur Krise zu treiben, eine Revolution aus dem Stegreif, ohne die Bedingungen einer Revolution zu machen«.[64] »Sie sind die Alchimisten der Revolution und teilen ganz die Ideenzerrüttung und die Borniertheit in fixen Vorstellungen der früheren Alchimisten.«[65]

IV. Fragen

Man kann das Resümee wagen, dass dort, wo die Aktionen der RAF über sich selbst hinaus auf etwas anderes deuten wollen, sie gerade jene Reverenz verlieren und nur noch auf sich selbst verweisen. Das Verhältnis von Mitteln und Zwecken verkehrt sich in sein Gegenteil. So hält in die scheinbar realistische Politik eine Phantasmagorie Einzug, weil das Phantastische in der Konkretion der Wirklichkeit verpasst wurde.

Demgegenüber besitzt man nun in den Texten der Meinhof selbst einige Handhaben. Die Germanistin Christa Bürger – Jahrgang 1935 und damit ein Jahr jünger als Ulrike Meinhof – stellt in ihrer Vignette »Bambule« deren Texte, Bilder und ihr Leben in einen Kontext eines weiblichen »Schreiben[s] des Lebens«.[66] Sie sieht in ihr eine scharfsichtige und unnachgiebige Gesellschaftskritikerin, die vielleicht gelegentlich zu überspitzter Polemik neigte, aber bis dahin keine Nähe zum »bewaffneten Kampf« gezeigt hatte. Weder eine bewusste noch eine unbewusste Entscheidung für einen Terrorismus scheint hier plausibel zu sein.[67]

Bürger macht darauf aufmerksam, dass in Meinhofs Buch »Bambule«, in dem es um Gewalt als Gegengewalt geht, das Gefangensein in einer aporetischen Aktivitäts- und Passivitätsschleife reflektiert wird. So sagt die Protagonistin Irene im letzten Dialog des Stücks zu ihrer Freundin Iv: »Wer Terror macht, den schmeißen se raus. Wer sich gut führt, der wird vergessen, der wird schwarz hier drin. Wer sich fügt, wird fertig gemacht. Verstehst du, Iv? Wenn de dich fügst, freuen se sich, daß se dich fertig gemacht haben. Dafür sind se dann nett zu dir, daß se dich kaputt gemacht haben. Nee, du! Nee!«[68]

Ulrike Meinhof wird damit zu einer Figur, die hier

Faszination des Untergrunds und ihre Demontage durch die Strategie des Terrors, in: Peter Steinweg (Hg.), Faszination der Gewalt. Politische Strategie und Alltagserfahrung, Frankfurt am Main 1983, S. 60–88.

62 Rühmkorf, Tabu II, S. 340.

63 Ebenda, S. 144 f.

64 Karl Marx / Friedrich Engels, Besprechung von Adolphe Chenu, Les conspirateurs, Paris 1850, und Lucien de la Hodde, La naissance de la République en février 1848, Paris 1850; in: dies., Werke, Bd. 7, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Ost-Berlin 1971, S. 273.

65 Ebenda, S. 556.

66 Vgl. Christa Bürger, Mein Weg durch die Literaturwissenschaft, Frankfurt am Main 2003, S. 48–52.

67 »Es war mir, während ich über Ulrike Meinhofs zweites Leben nachdachte, ihr Leben im Untergrund, gleichermaßen unmöglich, mir vorzustellen, daß sie es gewählt hat, wie daß sie in den Terrorismus ›abgeglitten‹ ist.« Bürger, Weg, S. 50 f.

68 Meinhof, Bambule, S. 101.

Scanned by CamScanner

schreibend ihr eigenes Leben kommentiert: »So lese ich ›Bambule‹ heute als Vorspiel zu einer Tragödie, in der die Autorin des Drehbuchs den Tod findet.«[69]

Daraus lässt sich ein weiteres Motiv gewinnen, das vielleicht den zirkulären Horizont der erwähnten Gewaltspirale aufzubrechen in der Lage ist. Denn liest man nach, dann wird man gewahr, dass das Stück mit dem obigen Zitat noch nicht ganz zu Ende ist. Iv antwortet nämlich mit einer letzten Frage: »Wer hat'n heut nacht Dienst?«[70] Möglicherweise deutet sich in diesem Interesse des Mädchens an, dass es Ulrike Meinhof in dem Stück weniger um die Darstellung einer ausweglosen Kritik ging, als vielmehr um jene einfache praktische Fragen. Das Stellen dieser Frage weist dann über die Antwort hinaus, die Ulrike Meinhof als Leitbild in ihrer Terrorpraxis selbst gegeben hat.

Dass man solche Fragen nicht zwangsläufig mit einer terroristischen Handlungsschleife beantworten muss und der Text klüger ist als seine Autorin, zeigt dessen große Nähe zu Kafkas Fabel »Der Aufbruch«. Darin heißt es: »Ich befahl mein Pferd aus dem Stall zu holen. Der Diener verstand mich nicht. Ich ging selbst in den Stall, sattelte mein Pferd und bestieg es. In der Ferne hörte ich eine Trompete blasen, ich fragte ihn, was das bedeute. Er wußte nichts und hatte nichts gehört. Beim Tore hielt er mich auf und fragte: ›Wohin reitest du, Herr?‹ ›Ich weiß es nicht‹, sagte ich, ›nur weg von hier, nur weg von hier. Immerfort weg von hier, nur so kann ich mein Ziel erreichen.‹ ›Du kennst also dein Ziel?‹ fragte er. ›Ja‹, antwortete ich, ›ich sagte es doch: Weg-von-hier, das ist mein Ziel.‹ ›Du hast keinen Eßvorrat mit‹, sagte er. ›Ich brauche keinen‹, sagte ich, ›die Reise ist so lang, daß ich verhungern muß, wenn ich auf dem Weg nichts bekomme. Kein Eßvorrat kann mich retten. Es ist ja zum Glück eine wahrhaft ungeheuere Reise.‹«[71]

Diese Fabel lässt sich bekanntlich auf verschiedene Weise interpretieren. Man kann sie als Zeugnis des überlegenen Herrengeistes gegenüber einem Diener lesen, der sich dort nur um das Essen kümmert, wo es diesem doch um wesentliche Fragen geht. Im Zusammenhang mit dem Nachkriegsdispositiv aber bietet sich eine andere Lesart an. Hier hat der Herr große Pläne, der Diener aber weiß, dass auch wer reisen will, doch weiterhin wird essen müssen – es sei denn, er will seiner Menschlichkeit verlustig gehen. In den Fragen des Dieners wie auch des Mädchens Iv ist damit möglicherweise ein Korrektiv gegen vermeintlich ungeheure Aufbrüche enthalten, die das Verhältnis von innen und außen, Vermittlung und Unvermitteltheit nicht berücksichtigen.

69 Bürger, Weg, S. 51.
70 Meinhof, Bambule, S. 101.
71 Franz Kafka, Der Aufbruch, in: ders., Sämtliche Erzählungen, Frankfurt am Main 1970, S. 311.

Christoph Türcke

Martyrium
Terrorismus als Sinnstiftung

Im politischen Kampf sind gelegentlich gerade die raren Glücksmomente die besonders gefährlichen. Als 1964 auf dem Campus der Universität Berkeley ein Student verhaftet wurde, weil er politische Agitation betrieben hatte, »blockierten die Studenten das Polizeiauto, in dem Weinberg saß, glücklich über seine Verhaftung. Die Universität hatte genau das Falsche getan: Sie dachte, sie zeigt den Studenten den Knüppel, aber sie zeigte nur die Schwäche der Universität. Sie konnten die Verhaftung nicht vornehmen, sie konnten den Wagen nicht bewegen.«[1] Heute noch erachtet John Searle, damals junger Assistent für Philosophie, dieses Ereignis als Dammbruch. »Danach hat keiner mehr gefragt, was er darf oder nicht, die Studenten machten ihre Sit-ins, sie hielten Ansprachen auf dem Campus, organisierten riesige Demonstrationen, ich hielt eine Rede, auf einer Kommode stehend, mit einem ›illegalen‹ Mikrofon [...] Das Free Speech Movement war unerhört erfolgreich, erfolgreicher, als irgendeiner zu hoffen gewagt hätte. Das Problem war nur, dass wir zwar die Redefreiheit errungen hatten, aber gleichzeitig die rechtmäßige Universitätsleitung diskreditiert und demoliert hatten. Wir hatten den Kanzler hinweggefegt, es gab keine anerkannte Autorität mehr. Wir hatten eine revolutionäre Situation geschaffen, in der die Studenten das aufregende Gefühl hatten, dass alles möglich sei. Es wurden unglaubliche Erwartungen freigesetzt. [...] Viele junge Leute, nicht nur in Berkeley, dachten sich: So wird's gemacht. Man geht nach Berkeley, besetzt Gebäude und verändert den Lauf der Geschichte. In der Tat kamen eine Menge Leute hierher – sie haben es mir selber so gesagt –, weil ›die Weltrevolution in Berkeley beginnt‹.«

Auch die bundesdeutsche Studentenbewegung – entstanden aus Empörung darüber, wie sehr die Bundesrepublik immer noch in den Nationalsozialismus verwickelt war und der ganze Westen in ein kapitalistisches System, das mit dem Abwurf von Napalmbomben auf Vietnam gerade demonstrierte, zu welcher Gewalttätigkeit es fähig war – auch sie setzte bald unglaubliche Erwartungen frei. Schneller als gedacht überschlugen sich die Ereignisse. Der Student Benno Ohnesorg wurde am 2. Juni 1967 auf einer Demonstration gegen den Besuch des persischen Schahs in West-Berlin von einem Polizisten erschossen, der Wortführer Rudi Dutschke 1968 durch das Attentat eines Rechtsradikalen schwer verletzt. Bundesweit gab es dagegen Demonstrationen, Blockaden, Boykotts. Erhitzte Debatten legten beträchtliche Teile des universitären Lehrbetriebs lahm. Die Protestbewegung eskalierte und gelangte an jenen neuralgischen Umschlagspunkt, der sich der Journalistin Ulrike Meinhof so darstellte: »Protest ist, wenn ich sage, das und das paßt mir nicht. Widerstand ist, wenn ich dafür sorge, daß das, was mir nicht paßt, nicht länger geschieht [...]. Die Grenze zwischen verbalem Protest und physischem Widerstand ist bei den Protesten gegen den Anschlag auf Rudi Dutschke in den Osterfeiertagen erstmalig massenhaft, von vielen, nicht nur einzelnen, über Tage hin, nicht nur einma-

1 John Searle, Die Mutter aller Studentenrevolten, Gespräch mit Christine Brinck, *Die Zeit* vom 2. Dezember 2004, 59. Jg., Nr. 50, S. 50; die folgenden Zitate ebenda.

Scanned by CamScanner

lig, vielerorts, nicht nur in Berlin, tatsächlich, nicht nur symbolisch – überschritten worden. Nach dem 2. Juni wurden Springerzeitungen nur verbrannt, jetzt wurde die Blockierung ihrer Auslieferung versucht. Am 2. Juni flogen nur Tomaten und Eier, jetzt flogen Steine. Im Februar wurde nur ein mehr amüsanter und lustiger Film über die Verfertigung von Molotowcocktails gezeigt, jetzt hat es tatsächlich gebrannt. Die Grenze zwischen Protest und Widerstand wurde überschritten, dennoch nicht effektiv, dennoch wird sich das, was passiert ist, wiederholen können; Machtverhältnisse sind nicht verändert worden. [...] War das alles deshalb sinnlose, ausufernde, terroristische, unpolitische, ohnmächtige Gewalt?«[2]

Nein, schien Meinhof schon damals sagen zu wollen. Doch noch war sie nicht ganz entschieden, noch kommentierte sie die laufenden Ereignisse kritisch-reflektierend. Bald jedoch ging sie zu jener Gruppe über, die eine besondere Art des physischen Widerstands für gut hielt: den Anschlag, das Attentat. Wenige Tage bevor Dutschke niedergeschossen wurde, hatten Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Thorwald Proll und Horst Söhnlein bereits in Frankfurter Kaufhäusern zwei Brandsätze gelegt, die gegen Mitternacht losgingen und »ein Fanal gegen den Kapitalismus, die Unterstützung des US-Krieges in Vietnam und den Konsumterror setzen« sollten. Meinhof äußerte sich distanziert dazu, weil »dieser Angriff auf die kapitalistische Konsumwelt [...] eben diese Konsumwelt nicht aus den Angeln hebt, sie nicht einmal verletzt [...] Den Schaden – sprich Profit – zahlt die Versicherung.« Dennoch schloss sie mit einer Sympathieerklärung. »Es ist immer noch besser, ein Warenhaus anzuzünden, als ein Warenhaus zu betreiben.«[3]

Aus Sympathie wurde bald mehr. Im Mai 1970 war Meinhof an der gewaltsamen Befreiung Baaders aus einem Berliner Gefängnis beteiligt, von nun integrale Figur der Gruppe und steckbrieflich gesucht. Und der Brief, der alsbald aus dem Untergrund bei der Deutschen Presse-Agentur einging – höchstwahrscheinlich ihr Brief –, schlug einen neuen Ton an: »Glaubten die Schweine wirklich, wir würden den Genossen Baader zwei oder drei Jahre sitzen lassen? [...] Glaubte irgendein Schwein wirklich, wir würden von der Entfaltung der Klassenkämpfe, der Reorganisation des Proletariats reden, ohne uns gleichzeitig zu bewaffnen? Glaubten die Schweine, die zuerst geschossen haben, wir würden uns gewaltlos wie Schlachtvieh abknallen lassen? [...] Wer sich nicht wehrt, stirbt [...] Mit dem bewaffneten Widerstand beginnen! Die Rote Armee aufbauen!«[4] Das war das Gründungsdokument der *Roten Armee Fraktion* (RAF).

Es lohnt sich, das Ohr für diesen neuen Ton zu schärfen. Zweierlei wird darin vernehmlich: sowohl verzweifelte Entschlossenheit als auch eine ungeheure Euphorie, wie nur ein überwältigender Erfolg sie auslösen kann. Erfolg? Ja, schon dass eine unbewaffnete Protestbewegung, die aufs Ganze der westdeutschen Gesellschaft gerechnet tatsächlich die »kleine radikale Minderheit« war, als die die große Presse sie bezeichnete, es geschafft hatte, durch ein Gemisch von Intelligenz, Witz und Rüpelei das sogenannte Establishment erzittern zu lassen, war unverhältnismäßig. Gemessen an dem Schrecken, den diese Bewegung alten Nazis und neuen Aufsteigern in Politik und Wirtschaft einjagte, schien sie drauf und dran zu sein, die mühsam aufgebaute Nachkriegsgesellschaft zum Einsturz zu bringen. Das lud zur Selbstüberschätzung geradezu ein.[5] Und nun war es zudem einer winzigen Gruppe aus dieser Bewegung auch noch ge-

2 Ulrike Meinhof, Vom Protest zum Widerstand, *konkret* vom Mai 1968, Nr. 5, S. 5, zit. n. Ulrike Meinhof, Die Würde des Menschen ist antastbar, West-Berlin 1980, S. 138 f.

3 Ulrike Meinhof, Warenhausbrandstiftung, *konkret* vom 4. November 1968, Nr. 14, S. 5.

4 Zit. n. Thomas Meyer, Am Ende der Gewalt? Der deutsche Terrorismus – Protokoll eines Jahrzehnts, Frankfurt am Main / Berlin / Wien 1980, S. 77.

5 Von ihr war selbst der vergleichsweise besonnene Dutschke nicht frei: »Wenn in Vietnam der US-Imperialismus überzeugend nachweisen kann, daß er fähig ist, den revolutionären Volkskrieg erfolgreich zu zerschlagen, so beginnt eine lange Periode autoritärer Weltherrschaft von Washington bis Wladiwostok. Wir haben eine historisch offene Möglichkeit. Es hängt primär von unserem Willen ab, wie diese Periode der Geschichte enden wird.« Rudi Dutschke, »Genossen! Wir haben nicht mehr viel Zeit ...« (Referat auf dem Internationalen Vietnam-Kongreß in West-Berlin), in: Sibylle Plogstedt (Red.), Der Kampf des vietnamesischen Volkes und die Globalstrategie des Imperialismus – Internationaler Vietnam-Kongreß 17/18. Februar 1968, West-Berlin 1968, S. 123.

lungen, sich zu bewaffnen, einen der Ihren aus dem Gefängnis zu holen und dafür zu sorgen, dass in allen Wohnzimmern und Kneipen der Republik die Frage diskutiert wurde, wie das passieren konnte. Der Staat hatte sich von ein paar Tollkühnen nasführen lassen! Wenn das aber möglich war, war dann nicht noch viel mehr möglich – so gut wie alles?

Irmgard Möller hat später erklärt, dass es diese Aktion war, die ihr den Kick gab, sich der RAF anzuschließen. Noch 1997 unterstrich sie: »Die RAF war für uns Befreiung – im umfassenden Sinn – und keine Pflichtveranstaltung [...]. Allerdings erfordert es auch ein hohes Maß an Disziplin, Verbindlichkeit und Vorsicht, illegal zu arbeiten. [...] Umgekehrt hat das Leben in der Illegalität auch ganz viel möglich gemacht: Wir haben uns untereinander ganz intensiv kennengelernt und hatten viel Freude und Spaß zusammen. Die ganzen Energien, die sonst eine braucht, um dem entfremdeten Druck, der Konkurrenz standzuhalten, die wurden in diesem Prozeß freigesetzt für neue Erfahrungen und Entdeckungen.«[6]

Das Gefühl, »das System« verlassen, sämtliche Brücken zu ihm abgebrochen, all die kleinen Verpflichtungen, Rücksichten, Gewissensbisse, die an es banden, weggewischt zu haben, diesem System nun als Feind gegenüberzutreten, politisch auf gleicher Augenhöhe, aber mit unendlicher moralischer Überlegenheit; die Möglichkeit, jetzt »gegen die Zentren der Macht« zu kämpfen, statt »für einen Kinderladen«,[7] die eigenen Aktionen in den Zusammenhang der Kämpfe südamerikanischer Guerilleros und palästinensischer Partisanen zu stellen, einen Anschlag auf den Zentralcomputer der US-Armee in Heidelberg zu planen, von dem aus die Flächenbombardements in Vietnam koordiniert wurden: Welch eine »weltrevolutionäre Perspektive« tat sich da auf, welch eine Aufwertung der eigenen Stellung bedeutete das! So etwas konnte offenbar kaum anders denn als Hochgefühl erlebt werden.

Dazu steht nicht im Widerspruch, wenn Möller fortfährt: »Wir haben nicht jeden Tag darüber gere-

det, hatten es aber ständig im Kopf: Jeden Tag konnte es jemanden von uns treffen, an jeder Ecke konnte jemand verhaftet oder erschossen werden.«[8] Hochgefühle gedeihen vorzugsweise am Abgrund, wie alles, was zutiefst genossen oder geliebt wird, deshalb genossen oder geliebt wird, weil es bedroht, zerbrechlich, flüchtig – nicht von Dauer ist. Und die Situation der RAF war vom ersten Tag an so, dass die Extreme sich darin berührten, ja ineinander umschlagen mussten. Das Hochgefühl hatte von vornherein eine verzweifelte Kehrseite. »Die Stadtguerilla hat von dieser Öffentlichkeit nichts anderes zu erwarten als erbitterte Feindschaft. An marxistischer Kritik und Selbstkritik hat sie sich zu orientieren, an sonst nichts. ›Wer keine Angst vor Vierteilung hat, wagt es, den Kaiser vom Pferd zu zerren‹, sagt Mao dazu. Langfristigkeit und Kleinarbeit sind Postulate, die für die Stadtguerilla erst recht gelten, insofern wir nicht nur davon reden, sondern auch danach handeln. Ohne den Rückzug in bürgerliche Berufe offen zu halten, ohne die Revolution noch mal an den Nagel im Reihenhaus hängen zu können, ohne also auch das zu wollen, also mit dem Pathos, das Blanqui ausgedrückt hat: ›Die Pflicht eines Revolutionärs ist, immer zu kämpfen, trotzdem zu kämpfen, bis zum Tod zu kämpfen.‹«[9]

Kämpfen bis zum Tod – das war für die RAF, um es in ihrer schnoddrigen, jeden Anflug von Sentimentalität meidenden Sprache zu sagen, im Preis inbegriffen – eigentlich ja bloß die Konsequenz einer bürgerlichen Sekundärtugend, die der gesamten Generation der antiautoritären Bewegung in ihrer Kindheit noch gepredigt wurde, während sie im Zeitalter globaler Flexibilisierung zunehmend in den Geruch von Dummheit und Schwerfälligkeit gerät: Standhaftigkeit. Man soll zu seinen Überzeugungen stehen. Das heißt zunächst ganz lapidar: sie nicht verheimlichen, sie beherzigen, sie verteidigen. Darin aber steckt schon mehr: auch Nachteile für sie in Kauf nehmen. Wo aber ist dafür die Obergrenze? Wenn man sich unbeliebt macht? Seinen Job verliert?

6 Oliver Tolmein, »RAF – Das war für uns Befreiung«. Ein Gespräch mit Irmgard Möller über bewaffneten Kampf, Knast und die Linke, Hamburg 1997, S. 66 f.

7 Ebenda, S. 34.

8 Ebenda, S. 67 f.

9 Rote Armee Fraktion, Das Konzept Stadtguerilla, in: Die alte Straßenverkehrsordnung. Dokumente der RAF, West-Berlin, 1986, S. 39.

Scanned by CamScanner

Verleumdet, gedemütigt, misshandelt, verhaftet wird? Selbst damit ist das Ende der Skala noch nicht erreicht. Im Extremfall heißt für seine Überzeugung einstehen: für sie sterben. Die bürgerliche Sekundärtugend hat es in sich. Es steckt in ihr ein Problem menschlicher Charakter- und Bewusstseinsbildung, das zu groß ist, um je ganz bewältigt zu werden – und doch weniger irritiert und drückt, wenn es gelingt, sich etwas Klarheit darüber zu verschaffen.

I.

Unter Martyrium versteht man gewöhnlich quälendes Leiden; das Lehnwort Marter stammt daher. Die ursprüngliche Bedeutung aber ist eine andere. Das griechische *martys* heißt Zeuge. Es bezeichnet denjenigen, der vor Gericht für die Wahrheit eines umstrittenen Sachverhalts eintritt, ihn bekräftigt, notfalls beschwört. Der Zeuge ist weder Angeklagter noch Kläger, aber auch nicht einfach neutral. Seine Aussagen sollen be- oder entlasten. Und wenn sie sich nicht bloß auf einen vereinzelten Tatbestand wie Diebstahl, Raub, Mord, Ehebruch beziehen, sondern auf eine ganze Weltsicht, über die sich schlecht sprechen lässt, ohne sich dafür oder dagegen zu erklären, so kann der Zeuge im Handumdrehen selbst zum Angeklagten werden. Wer sich davor nicht scheut, sich durch keine Drohung und kein Leiden von der Weltsicht oder *Idee*, die ihm als Wahrheit feststeht, abbringen lässt und für sie mit Leib und Leben eintritt, den nennt man Zeuge im höchsten Sinn: Märtyrer.

Selbst wenn man dies Wort ganz tief hängt und sagt, Märtyrer ist einer, der für seine Sache bis zur Neige einstand, mehr nicht – es ist schwer, sich der Aura, die sich um solche Leute bildet, zu entziehen. Man muss die Überzeugung, für die sie litten, nicht teilen; ihr Mut und Einsatz heischen gleichwohl Respekt. Und wo solcher Respekt verspürt wird, da bohrt auch schon die Frage: Kann denn bloßer Humbug gewesen sein, wofür einer sich foltern oder töten ließ? Zeugt die Glaubwürdigkeit, mit der er sich für seine Sache hingab, nicht auch für die Glaubwürdigkeit seiner Sache? Eine Idee wird dadurch, dass einer für sie starb, keine andere, und doch gewinnt sie eine andere Überzeugungskraft. Sie hat ein Zeugnis auf ihrer Seite, das mehr in die Waagschale warf und anders ergreift als bloß Argumente.

Damit sind wir am Angelpunkt der Ideenbildung. Ideen sind Gedanken, gewiss; aber nicht irgendwelche, die heute kommen und morgen gehen. Es sind mit Herzblut getränkte Gedanken, womit zunächst gemeint ist, Gedanken, zu denen sich physische Wesen ganz besonders hingezogen fühlen, nüchterner gesagt, die sie libidinös besetzt haben, weil sie den Eindruck gewannen: Diese Gedanken helfen mir, sie retten mich. Ideen sind zunächst einmal Rettung versprechende, Halt gebende, fixe Ideen. Dass sie aber »fix« werden konnten, dazu gehört gewöhnlich, dass sie in einem ganz unmetaphorischen Sinne mit Herzblut getränkt wurden. Das Paradebeispiel dafür sind die platonischen Ideen. Platon imaginierte sie als *ontos on*, als das wahrhafte, will sagen, allen Schwankungen und Defiziten unserer Erfahrungswelt entrücktes Sein, nicht mit den Sinnen, nur mit dem Intellekt erfassbar, unwandelbar, verlässlich, vernünftig, klar, Halt gebend, von aller Verwirrung und Unsicherheit des sterblichen Erdenlebens errettend. Aber Platon hat sich diese Ideen nicht einfach aus den Fingern gesogen. Er führt Sokrates als Zeugen für sie an. Bei dessen berühmter Verteidigungsrede vor Gericht war der junge Platon selbst anwesend. Später hat er daraus eine seiner philosophischen Schlüsselschriften gemacht, in der sich die Dinge so darstellen: Angeklagt, die Götter Athens zu missachten und seine Jugend zu verführen, kann Sokrates nicht anders als sich verteidigen; sich verteidigend kann er nicht anders als die Anklage Punkt für Punkt auszuhebeln; dabei kann er nicht anders als sich so zu verhalten wie immer, wenn er die angebliche Weisheit und Tugend seiner Mitbürger mit gezielten Fragen so auseinander nahm, dass sie nicht mehr ein noch aus wussten. Er zitiert einen seiner Ankläger nach vorn und befragt ihn so lange, bis von der Anklage nichts mehr übrig ist. Dabei wendet er freilich genau das Verfahren an, das Athen so gegen ihn aufgebracht und ihm die Anklage eingebracht hat. Indem er sie aber vernichtend widerlegt, bestätigt er das Motiv seiner Ankläger, schürt ihre Wut und provoziert seine Vernichtung. So geht er *an* seiner Vernunft und *für* sie zugrunde, aber so, dass sie aufs glänzendste triumphiert und er in ihr. Als ihre Verkörperung wird er unsterblich im Gedächtnis seiner Freunde und Schüler, und sie wird

etabliert als das höhere Medium, dem sein Leben zu weihen nun Philosophie heißt.[10]

Die abgründige Ironie und Heiterkeit in Platons Dialogen stehen dazu nicht im Widerspruch, erst recht nicht das offenkundige Hochgefühl, mit dem Sokrates in der *Apologie* seinen Anklägern gegenübertritt. Der Prozess des Sokrates ist hier als klassische Tragödie stilisiert. Der Angeklagte hat keine andere Wahl als seine vernünftige Verteidigung, die ihm nichts anderes bringen kann als Verurteilung und Tod. Wie ein tragischer Held rennt er in sein Verderben – aber sehend, im vollen Bewusstsein seines Tuns. In seinem Schicksal waltet nicht jene blinde Macht, die in der Tragödie waltet, sondern der Logos, die Vernunft. So erstrahlt es selbst als vernünftig, verliert den Stachel des Tragischen, bekommt *Sinn*. Ausgelegt als Martyrium, wird es unversehens zur »frohen Botschaft«, ohne dass Platon sie schon so nennt.

Kein Zweifel, das Martyrium fungiert als Sinnstifter, und wo es in dieser Rolle die Aura fragloser Autorität um sich verbreitet, zeigt sich seine ganze Fragwürdigkeit. *Martyrein* heißt bezeugen und beschwören. Beschworen wird aber nicht nur, etwa vor Gericht, dass sich im Streitfall X dies oder das abgespielt habe; beschworen wird auch die Glaubwürdigkeit der Instanz, bei der man schwört. So sicher der Schwur nüchterner Tatsachenfeststellung dient, so gewiss ist er ein magischer Akt. Und von dieser Doppeldeutigkeit ist auch der Extremfall des Zeugen, der Märtyrer, nicht ganz frei. Indem er auf seine Idee schwört, *be*schwört er sie, sie möge tatsächlich halten, was sie ihm versprach. Damit befindet er sich in mehrfacher Hinsicht in der Schwebe. Zum einen ist er aus allen Bindungen des Alltags herausgetreten – an die Schwelle des Todes. Zum andern schwebt er damit zugleich zwischen visionärer Klarsicht und Autosuggestion. Was denken, erkennen heißt: erfährt man das nicht erst dann wirklich, wenn man auf seine Gedanken die Probe des eigenen Lebens machen soll? Gibt es ein strengeres Mittel der Wahrheitsprüfung? Mehr noch: Wird der Mensch nicht erst dort ganz Mensch, wo sein physisches Leben mit seinen Gedanken so verwachsen ist, dass er es lieber verlieren als ohne sie fortsetzen will? So dass das Martyrium die höchste Form der Menschwerdung unter unmenschlichen Bedingungen wäre? Doch da stellt sich sogleich eine Gegenfrage. Kann es ausbleiben, dass Gedanken, für die einer leidet und stirbt, gewichtiger, bedeutender, wahrer scheinen als sie sind, dass sie sich automatisch zu Hypostasen, zu fixen Ideen verselbständigen, weil sie durch Herzblut immun gegen alle Bedenken werden und den, der sich für sie hingab, unantastbar machen?

Der überempfindliche Nietzsche ist noch um einiges heftiger geworden: »Das Martyrium des Philosophen«, behauptet er, »zwingt ans Licht heraus, was vom Agitator und vom Schauspieler in ihm steckte«.[11] Und als Meistermärtyrer gilt ihm – Sokrates. Wer derart bewusst und selbstsicher in den Tod geht wie der, dabei alle Fäden der Argumentation und Handlung selbst in der Hand behält, das Vernunftexempel, das er statuiert, so weit treibt, dass er sich sogar weigert, das Gefängnis zu verlassen und die Athener *zwingt*, ihn hinzurichten, wohl voraussehend, welch tiefe Beschämung und Reue sein Tod bewirken wird: *erleidet* der sein Martyrium? Nein, er inszeniert es, sagt Nietzsche, und damit bekommt es – etwas Unseriöses. Dort, wo man das Wahrhaftigste und Reinste vermutet, was die von Lüge und Schmutz überquellende Menschengeschichte zu bieten hat, sind Hintergedanken im Spiel, werden Effekte kalkuliert, und zwar so gründlich, dass vor dem Einsatz des eigenen Lebens zur Erzielung der gewünschten Wirkung nicht zurückgeschreckt wird. Der eigene Tod als Mittel, die Wahrheit der eigenen Lehre zu suggerieren und allen Zweifel daran durch Ehrfurcht zu betäuben; die so inthronisierte Wahrheit wiederum als Mittel, die eigene Person unsterblich zu machen, ist der metaphysische Kuhhandel, den Nietzsche bei Sokrates bis fast zur Perfektion gelingen sieht – das Erfolgsgeheimnis jeglicher Ideenvergötzung.

Nietzsches pauschaler Widerwille gegen Märtyrer hat damit zu tun, dass er sein eigenes Philosophieren (»jener lange langsame Schmerz, der sich Zeit nimmt,

10 Vgl. Platon, Apologie des Sokrates, Sämtliche Werke, Bd. 1, Hamburg 1957.

11 Friedrich Nietzsche, Jenseits von Gut und Böse, § 25, Kritische Studienausgabe (KSA), hrsg. von Giorgio Colli und Mazzino Montinari, Bd. 5, München/Berlin, 1988, S. 43.

Scanned by CamScanner

in dem wir gleichsam wie mit grünem Holze verbrannt werden«[12]) um keinen Preis als Martyrium wahrhaben durfte. Aber selbst seine gröbsten Ungerechtigkeiten gegen Sokrates haben noch etwas Hellsichtiges; ein gewisser Zug zu Selbststilisierung und -suggestion ist aus dessen Person nun einmal nicht ganz wegzuleugnen. Nur sind sie keine simple Schlitzohrigkeit. Sokrates gaukelte nicht etwas vor, sondern unterstrich, übertrieb, überhöhte angesichts des Todes, was auch vorher schon da war: eine unerhörte Selbstsicherheit und Gelassenheit, um die ihn der fragile Nietzsche zutiefst beneidete. Dessen Verdienst ist gleichwohl, schonungslos offen gelegt zu haben, was für eine Gratwanderung das Martyrium ist. Allerdings haben diejenigen, die sich auf ihr befinden, gewöhnlich weder die Muße noch den Nerv, darüber auch noch gebührend zu reflektieren, sondern vollauf genug an der Frage: Woher nehme ich die Kraft, für das, was mich wahr dünkt, bis zum Äußersten einzustehen? Ihnen aus gesicherter Position Mängel an Selbstreflexion und Dialektik anzukreiden, ist unredlich, vorbildlich hingegen, wie Wolf Biermann die Fangfrage eines Journalisten parierte: »Sie haben die DM 10 000 für Ihren Fontane-Literaturpreis an den Rechtsanwalt Mahler überwiesen, damit westberliner Studenten sich vor westberliner Gerichten besser verteidigen können. Was würden Sie dazu sagen, wenn diese 10 000 DM in die Kasse der Baader-Meinhof-Gruppe gewandert sind und sich in Schußwaffen verwandelt haben? Macht Ihnen das keine Sorgen?« »Sie erwarten doch wohl nicht, daß ich mich von der ›Roten-Armee-Fraktion‹ distanziere. Ich möchte nicht in den Orden linker Oberpriester aufgenommen werden, die der Baader-Meinhof-Gruppe ihren Segen verweigern. Lenin hat gesagt, daß der erste Schuß erst abgefeuert werden darf, wenn die Revolution losgeht. Die Kommunisten in der Baader-Meinhof-Gruppe setzten ihr Leben für die Gegenthese ein, nämlich sie wollen beweisen, wenn nicht endlich der erste Schuß losgeht, die Revolution verschlafen und verfressen wird. Daß nun Leute ihr Leben für eine These aufs Spiel setzten, mag für das gebildete Publikum seine typisch deutsche Komik haben, aber immerhin hat die RAF wichtige Antworten auf die Frage geliefert, ob und in welchem Maße die Methoden der südamerikanischen Tupamaros in Westeuropa anwendbar sind. Und solche Erfahrungen werden nicht in Wortgefechten gemacht, sondern in praktischen Kämpfen. [...] Wenn alle Linken, die jetzt gegen die Baader-Meinhof-Gruppe sind, gegen den Kapitalismus kämpfen würden, brauchten die RAF-Leute sich nicht wie Krimi-Gangster mit weißen BMW-Kostümen zu verkleiden.«[13] Das ist anderen Kalibers als der Persilschein, den Wolfgang Pohrt der RAF eineinhalb Jahrzehnte später nachreichte: »Der Fehler der RAF war weder die Anwendung von Gewalt noch waren es Kriminaldelikte, sondern ihr Fehler war die Niederlage im antiimperialistischen Kampf.«[14] Purer Pragmatismus. Wenn einzig der Misserfolg falsch an der RAF war, heißt das umgekehrt: Im Fall des Erfolgs wären ihre Aktionen und Einschätzungen pauschal richtig gewesen. Warum hat Pohrt dann eigentlich nicht zum Erfolg der RAF durch Mitgliedschaft beitragen wollen?

Über die Gratwanderung des Martyriums nachdenken zu können, ist ein Privileg. Wenn es einem schon zufällt, sollte man es nutzen, statt Nebel zu werfen, und ohne Umschweife zugeben, dass die RAF eine fixe Idee auszubilden begann, als sie allen Ernstes behauptete, »daß es im Kapitalismus nichts, aber auch nichts gibt, das einen bedrückt, quält, hindert, belastet, was seinen Ursprung nicht in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen hätte«[15] – als ob das Kapital auch jedes Erdbeben, jeden Taifun, jede Krankheit verursachte, als ob die Beseitigung des Kapitals als Produktionsverhältnis auch alles beseitigen würde, woran Menschen leiden – und daher jedes Mittel, jede Gewalt zu diesem Zwecke vorab gerechtfertigt sei. Hier ist die Kritik am Kapitalismus in seine Hypostasierung zum Bösen schlechthin umgeschlagen, und man muss solche Verknöcherung eines kritischen Gedankens zur fixen Idee klar be-

12 Friedrich Nietzsche, Die fröhliche Wissenschaft, Vorrede von 1886, KSA 3, S. 350.

13 Linke Liste an der Universität Frankfurt (Hg.), Die Mythen knacken. Materialien wider ein Tabu, 1987, S. III.

14 Wolfgang Pohrt, Gewalt und Politik, in: Klaus Bittermann (Hg.), Die alte Straßenverkehrsordnung. Dokumente der RAF, West-Berlin 1986, S. 19.

15 Rote Armee Fraktion, Das Konzept Stadtguerilla, S. 40.

nennen dürfen, ohne die Drangsal, in der der RAF dies unterlief, auch nur irgend außer Acht zu lassen. Andernfalls hat man keinerlei Handhabe mehr gegen jenen Großeinsatz eigenen und fremden Lebens für fixe Ideen, wo sie sich nicht, wie es bei der RAF der Fall war, im Frühstadium der Verfestigung befinden, sondern als ausgearbeitete dogmatische Systeme seit Jahrhunderten im Stoffwechselprozess einer ganzen Gesellschaft fest verankert sind. Die Rede ist von sogenannten Hochreligionen wie Judentum, Christentum, Islam oder Buddhismus.

II.

Das Christentum, die Anhängerschaft eines als Aufrührer Gekreuzigten, hat sich bereits unter Verfolgungsbedingungen konstituiert. Gerade in den ersten drei Jahrhunderten mussten viele, die Jesus von Nazareth als Gottessohn und Weltenretter deklarierten, dafür leiden und sterben. Von ihren Gemeinden wurden sie dafür hoch geehrt. Erst hier bekam das Wort *martys* die Bedeutungsschwere von »Märtyrer«, erst hier wurde das Martyrium zum theologischen Lehrstück. »Ja, preiswürdig ist der Tod, bei dem man um den Preis seines eigenen Blutes die Unsterblichkeit erkauft, bei dem man durch die Vollendung der Tugend Gottes Krone erringt. Wie freut sich da Christus, wie gern kämpfte und siegte in solchen Dienern der Beschützer des Glaubens, der den Gläubigen so viel gibt, als der Empfänger fassen zu können glaubt! Seinem Kampfe wohnte er bei, die Streiter und Verteidiger seines Namens hat er aufgerichtet, gestärkt und begeistert. Und er, der für uns den Tod schon einmal besiegt hat, besiegt ihn immerdar in uns.«[16] Christen, die sich in diese Überzeugung hineingesteigert hatten, begannen sich nach dem Martyrium zu sehnen. »Lasst mich eine Speise der wilden Tiere werden; durch sie ist es mir möglich, zu Gott zu kommen«, schreibt Ignatius von Antiochien in seinem Brief an die Römer. »Freuen will ich mich auf die Tiere, die für mich bereit gehalten werden, und ich bete, dass sie sich scharf gegen mich zeigen; locken will ich sie, dass sie mich sogleich aufzehren, nicht dass sie, wie es bei einigen geschah, sich scheuen anzupacken. Und wenn sie wider meinen Willen nicht wollen, werde ich sie mit Gewalt dazu zwingen.«[17]

Das ging der Kirche zu weit. Solange einem das Martyrium *widerfuhr*, war es ein Gottesgeschenk: das schönste, das man bekommen konnte. Sobald man es aber aufs Martyrium *anlegte*, begann man es in eigene Regie zu nehmen. Aus dem Geschenk drohte ein selbstgemachter Berechtigungsschein zu werden, die demütige Hingabe in Anmaßung umzukippen. Das Martyrium näherte sich dem Selbstmord an. »Nicht umsonst«, sagt der Kirchenvater Augustin, »ist in den heiligen kanonischen Schriften nirgendwo eine göttliche Anweisung oder Erlaubnis zu finden, uns selbst das Leben zu nehmen, sei es, um Unsterblichkeit zu erlangen, sei es, um irgendwelche Übel zu verhüten oder zu vermeiden. Dass es uns vielmehr untersagt ist, ersieht man aus dem Gebot: ›Du sollst nicht töten‹.«[18] Andererseits war es nur konsequent, sich nach dem höchsten Gottesgeschenk zu sehnen, wenn denn wirklich galt, was das Neue Testament verhieß: »Wer sein Leben um meinetwillen verliert, der wird es gewinnen.«[19] Wer, diesen Gewinn vor Augen, das Martyrium aktiv provozierte, statt demütig zu warten, ob es sich ereignete oder es bleiben ließ, legte doch eigentlich nur ehrlich den Handel bloß, der im christlichen Märtyrergedanken von Anfang an immer mitgedacht wird: Man tauscht das irdische Leben fürs himmlische. Wer das nach irdischen Kriterien Kostbarste gibt, bekommt dafür etwas ungleich Kostbareres. Während er Furchtbares leidet, macht er zugleich ein gutes Geschäft. Über der Bewunderung für den Mut und die Standhaftigkeit der Märtyrer ist also nicht der »Anreiz« zu vergessen, der ihnen den Charakter stärken half – und der deshalb so leicht in unverblümtes Kalkül umschlagen konnte, weil er selbst schon etwas Berechnendes hatte.

Der Islam hat sich in diesem Punkt ausdrücklich in die Tradition des Juden- und Christentums gestellt.

16 Cyprian, Brief an die Verfolgten vom Jahre 250, zit. n. Alfons Heilmann (Hg.), Texte der Kirchenväter, Bd. 4, München 1964, S. 73 f.
17 Ebenda, S. 67 f.
18 Aurelius Augustinus, Vom Gottesstaat, I, 20, übertragen von Wilhelm Thimme, Zürich 1955, S. 77.
19 Matthäus 16, 25.

Scanned by CamScanner

»Siehe, Allah hat von den Gläubigen ihr Leben und ihr Gut für das Paradies erkauft. Sie sollen kämpfen in Allahs Weg und töten und getötet werden. Eine Verheißung hierfür ist gewährleistet in der Tora, im Evangelium und im Koran; und wer hält seine Verheißung getreuer als Allah?«[20] »Und so soll kämpfen in Allahs Weg, wer das irdische Leben verkauft für das Jenseits. Und wer da kämpft in Allahs Weg, falle er oder siege er, wahrlich, dem geben wir gewaltigen Lohn.«[21] Das klingt fast noch unverblümter berechnend als in der Bibel, während der himmlische Anreiz im Koran wesentlich plastischer ausgestaltet ist. »Die Gefährten der Rechten [...] sind die Allah Nahegebrachten, in Gärten der Wonne, [...] auf durchwobenen Polstern, sich lehnend auf ihnen einander gegenüber. Die Runde machen bei ihnen unsterbliche Knaben mit Humpen und Krügen und einem Becher von einem Born. Nicht sollen sie Kopfweh von ihm haben und nicht in Trunkenheit geraten. Und Früchte, wie sie sich erlesen, und Fleisch von Geflügel, wie sie's begehren, und großäugige Huris gleich verborgenen Perlen als Lohn für ihr Tun.«[22]

Intellektuelle Koranausleger haben sich natürlich bemüht, diese handfeste Männerperspektive ins Gleichnishafte zu verflüchtigen. Umgekehrt reicht ihr wörtliches Verständnis allein noch längst nicht aus, um durchschnittliche Gläubige zu Märtyrern zu machen. Sie pflegen ihren grauen Alltag den Früchten, Hühnern und Huris[23] des Paradieses entschieden vorzuziehen. Wenn ein junger Mann, wie es in der Gruppe »Islamischer Djihad« häufig geschieht, sich gegen das Versprechen, »dass er, nachdem die Explosion ihn zu Gottes Märtyrer gemacht habe, für sich und seine Familie einen Platz im Paradies bekomme, 72 Jungfrauen und eine Barabfindung von 6000 Dollar für seine Familie«,[24] tatsächlich als Selbstmordattentäter zur Verfügung stellt, dann ist zu dem sinnlichen Anreiz der Koransure noch zweierlei hinzugetreten: eine als vollkommen perspektivlos empfundene Lebenssituation, in der das verheißene Jenseits als letzter Ausweg zu erstrahlen beginnt, und eine Theologenschaft, die dem Kandidaten den Direktweg dorthin schmackhaft macht. Das Kalkül derer, die das Martyrium auf sich nehmen, wird hier überschattet vom Kalkül derer, die es andern anraten. Und ist der Einsatz des eigenen Lebens für ein vermeintlich besseres schon bedenklich genug, so ist das Politikmachen mit dem Martyrium anderer schlicht verwerflich.

Mohammed hat von Anfang an militärischen Einsatz und Märtyrerbereitschaft für seine Lehre zusammengeschlossen, sonst hätte der Islam sich nicht so atemberaubend schnell ausdehnen können. Die christliche Urgemeinde hatte dazu mangels Militär gar keine Gelegenheit. Sie breitete sich anfangs auf der Flucht vor Verfolgung aus. Das Martyrium war hier zunächst rein defensiv. Sobald es aber christliche Heere gab, wendete sich das Blatt, und die päpstlichen Aufrufe zu den Kreuzzügen, die allen, welche auf dem Weg zur Befreiung des Grabes Christi von den Ungläubigen ihr Leben ließen, pauschal die ewige Seligkeit garantierten, sind als Missbrauch des Martyriums unübertroffen. Wie aber kommt es, dass solcher Missbrauch gerade unter den Bedingungen eines hochtechnisierten globalen Kapitalismus zu einer regelrechten Renaissance ansetzt?

III.

Der amerikanische Soziologe Mark Juergensmeyer hat sich auf mehreren Kontinenten um Interviews mit Leuten bemüht, die Mordanschläge im Namen einer fixen Idee, oder wie sie selbst sagen, im Namen Gottes, propagiert oder ausgeführt haben.[25] Bei amerikanischen Christen, die mit Sprengstoff auf Abtreibungskliniken und -ärzte losgingen; bei nordirischen

20 9. Sure, 112.
21 4. Sure, 76.
22 56. Sure, 8 ff.
23 Huri (Einzahl Haura) sind »schwarzäugige Mädchen« (45. Sure, 54), auch vorgestellt als »keuschblickende, die weder Mensch noch Dschann zuvor berührte« (55. Sure, 56) – was ihre Attraktivität nur erhöht.
24 Rashid Sakher, ein Selbstmordattentäter aus der Gruppe Islamischer Djihad, interviewt von Dan Setton im Dokumentationsfilm *Shaheed*; zit. n. Mark Juergensmeyer, Terror im Namen Gottes. Ein Blick hinter die Kulissen des gewalttätigen Fundamentalismus, Freiburg/Basel/Wien 2004, S. 271.
25 Ebenda.

Protestanten und Katholiken, bei Palästinensern und Israelis, die sich wechselseitig mit Bombenanschlägen terrorisieren; bei indischen Sikhs und Hindus oder bei der buddhistischen Sekte, die in der Tokioter U-Bahn Nervengas freisetzte: überall kristallisierten sich bei den Befragten – kulturübergreifend – einige typische Merkmale heraus, die sie dazu motivierten, bis zu Leiden und Tod für ihre Weltsicht einzustehen. Erstens: Sie alle haben das Gefühl, sich im Krieg zu befinden. Im Nahen Osten ist das nicht verwunderlich. Dort ist der kriegsähnliche Zustand offensichtlich. Aber in den USA der 1990er Jahre? Ja, sagte Michael Bray, Gründer der Reformed Lutheran Church, »die Amerikaner befänden sich in einer mit Nazi-Deutschland vergleichbaren Situation: in einer Art heimlichem Kriegszustand, in dem die Bevölkerung von den Annehmlichkeiten der modernen Gesellschaft so eingelullt sei, dass sie ihre wirkliche Situation gar nicht wahrnehme«. Doch werde »ein dramatischer Vorfall – ein wirtschaftlicher Zusammenbruch oder der Hereinbruch des sozialen Chaos – die dämonische Rolle der Regierung enthüllen [...] so dass das Volk die Kraft und Entschlossenheit aufbringen könne, zu den Waffen zu greifen und einen revolutionären Kampf zu beginnen«, der zu »einer neuen moralischen Ordnung [...], basierend auf biblischen Gesetzen«, führen werde. Bis dahin »müssen Menschen wie er [...] den Mut aufbringen, Widerstand zu leisten [und] das Christentum gebe ihm das Recht, unschuldige ›ungeborene Kinder‹ zu verteidigen [...], auch wenn dies ›die Zerstörung der Einrichtungen bedeute, in denen regelmäßig Tötungen vorgenommen werden, oder das Töten derer, die die Morde begehen‹. Gemeint ist die Ermordung von Abtreibungsärzten.«[26]

Wo immer Juergensmeyer seine Befragungen begann oder die Akten aufschlug, bei Ian Paisley und Tom Hartley in Nordirland, bei Rabbi Kahane und Scheich Rantisi im israelisch-palästinensischen Grenzgebiet, bei dem Sikh-Führer Blindranwale, bei Takeshi Nakamura, einem Ausführenden des Tokioter Anschlags: »Es ist Krieg« war die stereotype Antwort, auf die sich alle weiteren Erklärungen gründeten. Sich im Krieg fühlen heißt immer zweierlei: das Gefühl haben, dass einem der ganze Halt einer Zivilisation wegbricht; aber auch, sich durch das Geflecht von Verbindlichkeiten, Rücksichten, Gewissensbissen, in das eine soziale Umgebung einen einspinnt – »einlullt« –, nicht länger gebunden zu fühlen – und daher frei zu Handlungen, die man im Normalzustand nie gewagt hätte.

Wo Krieg ist, ist ein Feind, und das zweite typische Merkmal bei allen Befragten war ihre Neigung, den Feind in einem ganz wörtlichen Sinne zu verabsolutieren, nämlich loszulösen von allen menschlich-allzumenschlichen Bedingungen, sei es, dass man ihn zu einem gesichtslosen Kollektiv anonymisiert – zu »den« Liberalen, Juden, Moslems etc. – oder zu einem System, dessen Vertreter als menschliche Individuen entweder gar nicht in Betracht kommen oder nur in Form von Karikaturen ohne Menschenwürde.

In der Theologie ist Satan derjenige, der völlig grundlos von Gott abfällt. Das schlechterdings Böse hat kein Motiv, keine mildernden Umstände. Es ist ebenso unentschuldbar wie unbegreiflich. Deshalb freilich ist es auch bloß ein Konstrukt. Das reale Böse, so infam es auch sei, ist nie absolut. Nun lässt sich zwar ein Anschlag wie der Stauffenbergs auf Hitler schlecht ausführen, wenn der Attentäter dabei ständig vor Augen hat, was in dem Betroffenen und seinen Angehörigen vorgehen mag; aber die Notwendigkeit, einen Feind als Menschen auszublenden, um eine solche Tat überhaupt begehen zu können – und Hitler als Feind zu empfinden war im damaligen Deutschland selbst fast schon eine humane Leistung –, verliert ihre Legitimität, sobald die Ausblendung auf Dauer gestellt wird. Einen Feind einfach nur als »böse« titulieren, heißt ihn nicht begreifen wollen, sich selbst unter Denkverbot stellen, verkennen, dass die wirklichen Bösewichter sich nur fassen lassen – im wörtlichen wie übertragenen Sinn –, wo detektivisch verfahren wird. Es gibt keinen Täter ohne Motiv, so wenig ein Motiv auch schon ein Rechtfertigungsgrund ist. Und Systeme sind zwar keine Täter, aber sie haben welche; sie haben keine Motive, aber es gibt welche für sie.

Die Verabsolutierung des Feindes zum schlechterdings Bösen hebt an, wo ihm mehr aufgebürdet wird, als er verursacht hat, und selbst das globale Kapital, dessen Kritik dringlicher ist denn je, ist nicht für alle

26 Ebenda, S. 45.

Scanned by CamScanner

Übel dieser Welt verantwortlich. Ein verabsolutiertes Feindbild bringt unweigerlich ein verabsolutiertes Bild von Rettung mit sich. Die Errettung von einem bestimmten Feind wird zur Rettung überhaupt hochgerechnet, etwa so: Wenn der amerikanische Liberalismus oder Imperialismus verschwindet, dann beginnt die wahrhaft gottesfürchtige Epoche; wenn Israel verschwindet, dann ist Friede im Nahen Osten; wenn der Kapitalismus verschwindet, dann werden alle Menschen Brüder. Der aktuelle Feind ist der letzte Feind; zu seiner Beseitigung, will sagen, zur finalen Rettung sind alle Mittel recht.

Damit ist schon ein drittes kulturübergreifendes Merkmal berührt: Alle Befragten versicherten, dass die Idee, für die sie ihr Leben einsetzten, am Ende siegen werde. Wie denn auch nicht? Kann man an etwas wirklich voll und ganz glauben, ohne an seinen Sieg zu glauben? Selbst der Marxismus ist an diesem Punkt anstandslos in die Fußstapfen von Juden- und Christentum getreten. Noch im »Kapital« hat Marx den Sieg des Proletariats als »unvermeidlich«[27] bezeichnet. Als er sich ähnlich verzögerte wie die Wiederkehr des Herrn im Urchristentum, waren Engels und Lenin genötigt, plausibel zu machen, warum er gleichwohl unausweichlich sei, und beschworen, unbeschadet ihres demonstrativen Atheismus, zu seiner Gewährleistung höhere Mächte herbei: die Dialektik der Natur oder die ehernen Gesetze der Geschichte. Marx selbst hat solch höhere Mächte zwar nicht in Anspruch genommen, aber die Hoffnung auf den Sieg des Proletariats war bei ihm schon so weit zur fixen Idee von dessen Unvermeidlichkeit gediehen, dass sie anders als durch solche Hilfskonstruktionen kaum mehr aufrechtzuerhalten war. Dass Hoffnung nicht Gewissheit ist, nie für das Erhoffte bürgen kann und gleichwohl eine unaufgebbare Triebfeder aller Humanität bleibt, ist der Gedanke, durch den ebenso Ernst Bloch wie der Kreis um Max Horkheimer den Marxismus aus der Erstarrung zur fixen Idee lösen und wieder ins lebendige Denken einer kritischen Theorie der Gesellschaft zurückführen wollten. Sie mussten erfahren, wie schwer das ist, wie wenig die Massen sich zu Ideen drängen, wenn sie nicht »fix« sind und ihnen jenen höheren Halt vorstellen, für den es lohnt, das eigene Leben einzusetzen.

Eigentlich müsste die moderne Gesellschaft ja schon von ihrer ökonomischen Struktur her allen fixen Ideen abhold sein. »Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisepoche vor allen anderen aus. Alle festen eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neu gebildeten veralten, ehe sie verknöchern können.«[28] Besser ist die nihilistische Gewalt der Moderne nie formuliert worden. Nur hat sie die traditionellen Religionen nicht einfach aufgelöst. Es gibt weltweit ein religiöses Aufbegehren, das sich um so heftiger an überkommene fixe Ideen klammert, je erschütterter sie sind. Das Geheimnis des Fundamentalismus ist das Sich-Versteifen auf Fundamente, deren Wegbrechen man nur allzu deutlich verspürt, das Übertönen des eigenen Zweifels, ja Unglaubens durch um so fanatischeren Glauben.[29] Dessen Disposition zum Martyrium aber liegt auf der Hand. Tödlich erbleichende fixe Ideen bedürfen dringend der Zufuhr frischen Blutes, das ihnen die Wangen rötet und sie wieder dreinschauen lässt wie am ersten Tag. Und die Serien von Selbstmordattentaten, die aus dem Nahen Osten geradezu routinemäßig gemeldet werden, muten an wie fast maschinell betriebene Wiederbelebungsversuche eines zuinnerst erschütterten Weltsinns.

Man sollte meinen, sie stünden auf verlorenem Posten, hätten sie nicht einen ungeheuren Erfolg zu verbuchen. Die amerikanische Regierung hat ihnen buchstäblich den Krieg erklärt. Der »Krieg gegen den Terrorismus« ist aber nicht nur strategisch unsinnig, als könnte man jenes sich global ausspannende Netzwerk von Informatik, Guerilla, Klerus, Partisanen- und Märtyrertum, das sich in Sprengstoff ausdrückt,

27 Karl Marx, Das Kapital, Bd. I, Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 23, (Ost-)Berlin 1979, S. 791.

28 Karl Marx / Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, MEW, Bd. 4, 1977, S. 465.

29 Vgl. Christoph Türcke, Fundamentalismus – maskierter Nihilismus, Springe 2003.

mit militärischem Großeinsatz aus der Welt schaffen. Fast noch gravierender ist, dass die US-Administration damit die vornehmste kulturübergreifende Obsession des gegenwärtigen Weltterrorismus zu ihrer eigenen gemacht hat: »Es ist Krieg«, und zwar gegen »das Böse«. Im Krieg verblassen die Verbindlichkeiten des Alltags. Die drastische Lockerung rechtsstaatlicher Prinzipien beim Umgang mit Gefangenen, durch die die USA in jüngster Zeit weltweit aufgefallen sind, sowie ihr demonstratives Ausscheren aus internationalen Vereinbarungen sind starke Indizien dafür, dass die Kriegsobsession an Boden gewinnt; und dass sie durchaus einem weitverbreiteten amerikanischen Lebensgefühl entspricht, zeigt die Wiederwahl Bushs. Jedenfalls hat der Islamismus begonnen, das Weltbild seiner Feinde nach *seinem* Bilde zu gestalten, und seine Zukunft wird nicht unerheblich davon abhängen, wie weit es ihm gelingt, seine Art der Sinnstiftung auch denen zu diktieren, die ihn bekämpfen. Die Verklärung der im Irak umgekommenen GIs zu Märtyrern der Demokratie ist vielleicht nur ein Anfang.

IV.

Gedanken, die nicht nur konsistent sind, sondern auch im wörtlichen Sinne bedeutend, nämlich hindeutend auf Befreiendes oder gar Rettendes, Gedanken, die also alle Anzeichen dessen erkennen lassen, was in der Philosophie »wahr« heißt – solche Gedanken verlangen mehr als bloß Zustimmung: vollen persönlichen Einsatz, so wenig umgekehrt voller persönlicher Einsatz für Gedanken auch schon deren Wahrheit verbürgte. Genau das aber macht den Wahrheitsanspruch zur kniffligen Gratwanderung. Wer ihn erst gar nicht mehr erhebt, kann einpacken. Jede Diskussion, jedes kritische Urteil, jedes solidarische Handeln bedarf seiner. Mitquatschen und mitmischen wollen ohne jede Verbindlichkeit ist nicht nur widerlich; es funktioniert nicht einmal. Selbst der ironischste Showmaster kann nicht 24 Stunden am Tag witzeln. Auch er hat seine schwachen Wahrhaftigkeitsmomente, wo er meint und glaubt, was er sagt. Umgekehrt steht jede behauptete Wahrheit mit einem Bein schon auf der schiefen Ebene zur fixen Idee. Ihr Verfechter hat daher nicht nur für sie zu kämpfen, sondern auch gegen ihre Erstarrung – ohne sich zu verhehlen, dass Wahrheiten gewöhnlich erst im Stadium der Verknöcherung so viel Kraft bekommen, Halt und Sicherheit geben, dass Massenattraktivität von ihnen ausgeht.

Wie aber jeder Wahrheitsanspruch eine Gratwanderung ist, so auch das Martyrium. Es ist die Wahrheitsprobe schlechthin. Die aber aufzulösen übersteigt menschliche Kraft. Niemand ist hier unbefangen: weder der, den das Martyrium ereilt, noch der, der es von außen beurteilt. Ob erst demjenigen, der für seine Gedanken tödlich leidet, ganz klar werden kann, was Wahrheit ist, oder ob der Augenblick vermeintlich voller Klarheit bereits der Beginn hypostasierender Verklärung ist: Wer will das entscheiden? Wer will wissen, ob sich hier das Menschliche zum Übermenschlichen oder zum Allzumenschlichen neigt? Hier ist der Ort, sich des Urteils zu enthalten. Vor jemandem, der von seiner Auffassung so durchdrungen ist, dass er sich dafür quälen und töten lässt, kann man vielleicht nur verstummen. Tut er das, ohne im Geringsten danach zu schielen, ob ihn jemand dafür einschädigt oder der Endsieg seiner Idee ihn nachträglich rehabilitiert, so bleibt nichts, als sich zu verneigen. Selbst wenn er es für eine offenkundige Wahnidee tut und einen lohnenden Tausch dabei zu machen meint, muss er ein Maß an Mut und Standhaftigkeit aufbringen, dem Respekt gebührt. Erst wo der persönliche Respekt für einen Märtyrer ins allgemeine Lob des Martyriums umschlägt, das Mitleiden mit einem schwer verständlichen Opfergang ins Einverständnis mit den Opfern, die die Durchsetzung einer Idee nun einmal kostet, ist ein Urteil unumgänglich. Ein Martyrium kann Ausdruck höchster Verantwortung sein; andere dazu aufzufordern ist unverantwortlich. Sein Lob verbietet sich, erst recht sein instrumenteller Einsatz. Andere dabei mit in den Tod reißen bleibt Mord, aber wahr bleibt auch, dass in einer Welt, wo niemand mehr für seine Überzeugung Nachteile, Leiden oder im äußersten Fall sein Leben zu wagen bereit ist, kein Mensch mehr dem andern über den Weg trauen kann.

Scanned by CamScanner

Christian Schneider

Omnipotente Opfer

Die Geburt der Gewalt aus dem Geist des Widerstands

»Das Unmoralische am ›Immoralisten‹ ist nicht, dass er sich verändert. Jeder hat das Recht, sich zu ändern. Das Unmoralische ist, dass er sich nicht traut, die Veränderung zuzugeben. Lieber wird er zum Mörder, als den neuen Menschen in sich zuzugeben.
Stimmt es denn [...], dass der Aufbruch die mutigste und schönste aller Handlungen ist?
Bei weitem nicht immer schön. Aber schluck deinen Stolz! Gestehe deine Niederlage ein!
Hast du dich insgeheim schon aufgemacht, gib es zu – je früher, desto besser!
Die unmoralischsten Handlungen begeht man, um die Illusion der eigenen Moral aufrechtzuerhalten.«

Sven Lindquist, Wüstentaucher. Auf den Spuren von Dichtern, Träumern und Generälen

Anfang der 1960er Jahre thematisierte ein junger Philosoph in seiner Habilitationsschrift das Problem der Identität: Wie ist Identität in der anomischen Situation der Moderne möglich? Womit kann man sich überhaupt in einer unklaren und kaum greifbaren Gegenwart identifizieren, in die tief und verletzend eine dunkle Vergangenheit ragt? Nirgends spricht der Autor explizit von der spezifisch *deutschen* Vergangenheit des Nationalsozialismus, aber sie bildet, manchmal versteckt in zeitlos anmutenden philosophischen Grundproblemen, erkennbar den Hintergrund seines Nachdenkens. »Noch ist nichts definiert [...]«, heißt es zu Anfang des zweiten Abschnitts seiner Abhandlung. »Die klassische Definition der Definition setzt eine genealogisch geordnete Welt voraus. Sie läßt erstarren, denn sie führt das Neue auf das Alte zurück, ordnet das Hervorgebrachte dem Hervorbringenden unter, erhält die Macht der Ursprünge durch Ketten der ›Geschlechter‹ hindurch.«[1] Angesichts der erdrückenden »Macht der Ursprünge« stellt sich die Frage nach einer möglichen Identität im Modus des Widerstands: »Wo finden wir Modelle einer standhaltenden Identifikation?«,[2] d. h. einer Identifikation, die die Möglichkeit des *Selbstseins* im Widerstand gegen die künftigen Zumutungen einer vergangenheitsdominierten Gegenwart sieht: einer Moderne, die von der dreifachen Angst vor Identitätsverlust, Sprachlosigkeit und Selbstzerstörung beherrscht[3] und von den Momenten »Sucht und Sog« getrieben sei. Der Autor greift auf Poes Bild des Maelstroms zurück, um das – seiner Meinung nach entscheidende – Element des Sogs zu veranschaulichen: Der vom Maelstrom Erfasste »sieht sich an den Innenwänden eines Trichters schweben, der, obschon in rasender Bewegung, stillzustehen scheint. Die mahlende Bewegung des Wasserschlundes hat alle Geräusche verstummen gemacht, mit ihnen die Angst. Unfähig, sich zu rühren, treibt er in sich verengenden Spiralen der Tiefe zu. Grauen und Lockung fließen in eins. Seine Schwierigkeit ist: nicht zu vergessen, daß er das Opfer ist.«[4] Und, vielleicht ergriffen von der seltsamen Unangemessenheit dieses Bil-

1 Klaus Heinrich, Versuch über die Schwierigkeit nein zu sagen, Frankfurt am Main 1964, S. 59.
2 Ebenda, S. 63.
3 Ebenda, S. 141.
4 Ebenda, S. 137.

des für das, was er damit bezeichnen möchte, fügt er hinzu: »Beschreibungen wie diese, die dem frühen 19. Jahrhundert entstammt, sind erst in unserem Jahrhundert Wirklichkeit geworden.«

Was der Autor mit dem Bild vom Maelstrom ausdrücken will, ist die Koinzidenz von rasender Bewegung und Stillstand, das widerstandslose Mitgerissensein von einem Ungreifbaren, das psychotisch anmutende Ineinander von Zeit und Raum. Der Maelstrom ist der ebenholzglatte Rahmen für ein unfassbares, struktur- und gestaltloses Leben. Auch für diesen – den kollektiven – Identitätsverlust sucht der Autor ein literarisches Bild und findet es bei einem jungen deutschen Lyriker namens Hans Magnus Enzensberger. Seine Metapher für Identitätsverlust lautet: »Schaum«. Eine Welt aus Schaum ist der Inbegriff des nicht Greifbaren. Sie verbinde, so Enzensbergers Interpret, die Eigenschaft der »Ungreifbarkeit« mit »verminderter Realität« und der »Drohung des Erstickens«.[5] Allen diesen Prädikaten sei gemeinsam, dass sie das nicht zulassen, woraus sich allein Identität noch begründen lasse: der entschiedene Einspruch, der Protest, das kategorische »Nein«. Die Bedingung der Möglichkeit von Identität ziehe sich infolgedessen in der Frage zusammen: »Wie sage ich ›nein‹ in einer Welt aus Schaum?«[6] Es geht mithin nicht nur um die gewissermaßen schon aus der haptischen Qualität der Schaummetapher fühlbare Unmöglichkeit des Widerstands gegen etwas, das selbst keinen Widerstand bietet. Es geht um die Bestimmung des negatorischen Aktes selbst. Was kann angesichts dieser ungreifbaren Welt das identitätsstiftende Neinsagen bedeuten?

Klaus Heinrichs Habilitationsschrift ist unter dem Titel »Versuch über die Schwierigkeit nein zu sagen« 1964 bei Suhrkamp erschienen. Der große Essay ist die wohl profundeste, sicherlich die politischste philosophische Gegenwartsschilderung der Aufstiegs- und Wohlstandsära der jungen (west)deutschen Republik. Seine paradoxe Quintessenz ist, dass man, um Identität zu behaupten, *kontrafaktisch* Nein sagen muss: Neinsagen ist Widerstand gegen die Widerstandslosigkeit. »Schaum, unsere Metapher für Identitätsverlust, bezeichnet jetzt die Zubereitung für den Gnadenstand. Er ist, wie die Brandung um den Trichter des Maelstroms, eine Zone, in der es nicht mehr möglich ist, zu unterscheiden, ob sie dem Sich-Sträuben oder dem Angesogenwerden entstammt. Er bezeichnet nicht einfach das Fehlen des Widerstands, sondern die Interferenz der Widerstände. Er ist eine Präparierung auf das widerstandslose Opfersein, und die Solidarität, von der Enzensberger einmal spricht in seinem Anruf ›brüder im schaum‹, ist die Solidarität der Opfer.«[7]

Die Interferenz der Widerstände deutet auf eine ausweglose Situation: Widerstandslos Opfer zu sein ist ein Alptraum und das Ende jeder Vorstellung von Identität und persönlicher Autonomie. Die Solidarität der »Brüder im Schaum« ist die – schwache – Moral einer Brüderhorde im Angesicht des verfehlten Mordes am Urvater. Tatsächlich, die letzte Konsequenz des genealogischen Denkers Heinrich ist tief pessimistisch. Er scheut sich, sie auszusprechen, aber er kann sie auch nicht verschweigen. Sie lautet: Die Macht der Ursprünge ist nicht zu brechen. Desto entschiedener gilt es, den Gedanken des Widerstands zu denken. Die »Schwierigkeit, nein zu sagen als das Problem des Widerstandes in den Bewegungen der Selbstzerstörung«[8] besteht darin, Wege zu finden, das Kontinuum zu brechen, sich wirkungsvoll dem maelstromhaften Selbstlauf der Dinge zu verweigern. Angesichts einer Welt, die selbst die Negation noch in Position verwandeln kann, ist das nur im Modus der Katastrophe möglich. »Wie verhindere ich, daß meine Analyse zu einer Bestätigung des Analysierten wird? [...] Wie z. B. sage ich ›nein‹ zu der Zeit, die nicht weitergeht? Nicht, indem ich weitergehe: dies wäre vergeblich; es würde sich von einem Weitergehen, das Nicht-Weitergehen ist, nicht unterscheiden. Sondern indem ich das Stehenbleiben zur Katastrophe mache; es als die Katastrophe ›darstelle‹, die es ist.«[9] Das protestierende Nein bleibt, außerhalb des katastrophischen Modus, negativ an den Gegenstand des Protests gebunden. »Diese Proteste haben eins gemein: sie machen mit dem mit, wogegen sie protestieren. Wenn jedes Nein, noch ehe es gehört, ja

5 Ebenda, S. 74. 6 Ebenda, S. 84. 7 Ebenda, S. 154. 8 Ebenda, S. 131. 9 Ebenda, S. 84.

Scanned by CamScanner

noch ehe es ausgesprochen ist, in ein Ja verwandelt wird, bleibt dem Neinsagenden nur eines: das erschreckende Ja; der ›tödliche‹ Konformismus dessen, der die Worte beim Wort nimmt. Die Welt ist nicht so, daß wir uns mit ihr identifizieren können. Aber jede Aktion in ihr, auch und gerade die zum Ritual erstarrte, prätendiert Identifikation. Also muss, wer sagt: jawohl, ich identifiziere mich, den Erfolg darstellen: die mißlingende Identifikation.«[10]

Wer weiß, dass er dem Identitätszwang so wenig entkommen kann wie der Last der Geschlechter, ist, wenn er irgend Widerstand leisten will, darauf verwiesen, das Bestehende als Katastrophe darzustellen, durch Zustimmung zu erschrecken und die Tödlichkeit des Realismus aufzuzeigen. Klaus Heinrich versammelt, in philosophischer Diktion, die entscheidenden Stichwörter der kulturkritischen Opposition jener 1950er und 60er Jahre. Sein Idealbild des zeitgenössischen Neinsagers ist der Narr, der den Verhältnissen den Spiegel vorhält: »Eulenspiegel als Maieutiker«. Aber er versammelt seine Stichwörter gewissermaßen zweideutig: Sie tragen alle schon die andere Möglichkeit in sich, die Möglichkeit, die nicht mehr Eulenspiegel als Protagonisten hat, sondern eine andere Gestalt, die ihr Misslingen und ihre Tödlichkeit höchst wörtlich nehmen wird. Eine Gestalt, die Katastrophe nicht als Modus versteht, sondern als praktische Inszenierung.

Während Klaus Heinrich über den Widerstand und das Neinsagen als Bildungsmomente einer nur noch kontrafaktisch möglichen Identität nachdenkt, notiert eine Publizistin: »Der Versuch, zwölf Jahre deutscher Geschichte zum Tabu zu machen, ist mißlungen. Von Heusinger bis Foertsch, von Oberländer bis Globke, von Heyde/Sawade bis Eichmann hat sich erwiesen, daß im Deutschland von 1961 nicht ungeachtet von Stalingrad und Oradour, von Auschwitz und Buchenwald gelebt werden kann.«[11] Die »junge Generation« sei »unbeteiligt an den Verbrechen des Dritten Reiches, ebenso wie an den Weichenstellungen der Nachkriegszeit [...] in die Verantwortung dessen geraten, was sie nicht verschuldet hat«.[12] Es gelte Widerstand zu leisten. Jedoch: »Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus kann nicht durch antifaschistische Sandkastenspiele nachgeholt werden, weder für die nachgewachsene Generation noch für die Älteren.«[13] Die Autorin klärt nicht, was »nachgeholter Widerstand« denn eigentlich sein könne, wohl aber die fällige Konsequenz für ihre Generation: »Wie wir unsere Eltern nach Hitler fragen, so werden wir eines Tages nach Herrn Strauß gefragt werden.«[14] Die eigene Generation wird sich, so insinuiert Ulrike Meinhofs Aufsatz, nicht herausreden können wie die der Eltern. Der Text trägt den bezeichnenden Titel »Hitler in euch«.

Erst drei Jahre später, anlässlich der 20. Wiederkehr des Aufstands gegen Hitler, umreißt Meinhof präziser, was es mit dem »nachgeholten Widerstand« auf sich hat. »Am 20. Juli sind sich alle einig«, schreibt sie in ihrer *konkret*-Kolumne, »die Atomwaffengegner mit den Aufrüstern, der Generalinspekteur der Bundesregierung, die Frankfurter Allgemeine mit uns. Das Ereignis des 20. Juli 1944 war so groß, sein Ausgang so tragisch, daß keiner auch daraus noch Kapital schlagen, die Tradition dieses Tages dem Krämergeist politischen Tagesstreites ausliefern möchte. So sind aus den Jahrestagen des 20. Juli Tage der Eintracht geworden. Wir fühlen uns alle [...] irgendwie besser an diesem Tag und ernster, ein Hauch von Vanitas ficht uns an, beim Mampe-Cocktail verstummt die Minikini-Diskussion.«[15]

Ulrike Meinhof wusste durchaus, wovon sie redete: Mitte der 1960er Jahre inszenierte sie sich nicht nur als linkes Gewissen der Nation, sondern hielt, als fester Bestandteil dessen, was Peter Rühmkorf[16] die Welt der »Partyrepubliken« nannte, zugleich einen

10 Ebenda.

11 Ulrike Marie Meinhof, Hitler in euch, in: dies., Deutschland Deutschland unter anderm, Berlin 1995, S. 38 ff.

12 Ebenda.

13 Ebenda.

14 Ebenda.

15 Ulrike Marie Meinhof, Zum 20. Juli, in: dies., Die Würde des Menschen ist antastbar, Berlin 1995 (a), S. 49 ff.

16 Rühmkorf, der seinerzeit zusammen mit Klaus Rainer Röhl (von 1961 bis 1968 Ehemann Ulrike Meinhofs) an der Gründung der Zeitschrift *konkret* beteiligt war, hat dem Begriff des Widerstands ein spätes lyrisches Denkmal gesetzt: Sein Gedicht »Bleib erschütterbar und widersteh« wurde in den 1980er Jahren eine Art Hymne der neuen Partyrepublik der (literarisch gebildeten) Linken:

Stammplatz auf »den lichten Höhen der Hamburger Society«[17] – Cocktailgeplauder war ihr also nicht fremd. Nicht dies jedoch ist bemerkenswert, sondern der Faden, den sie vom Datum des 20. Juli in die Gegenwart spinnt: »Die Verbrechen des Nationalsozialismus trieben Männer und Frauen des 20. Juli 1944 in den Widerstand. Jene Verbrechen, die fortleben in noch nicht abgesetzten Nazirichtern [...].«[18] Es folgt eine Liste von Personen, politischen Konstellationen und Entscheidungen, die die Kontinuitäten zwischen NS-Staat und Bundesrepublik eindringlich aufzeigt. Sie endet mit dem Wunsch einschlägiger Kreise, die Bundeswehr atomar aufzurüsten: »Da fängt das Gerede vom Gewissen an ein Schweigen über Verbrechen zu werden.«[19] Denn: »Es ist an der Zeit, zu begreifen, daß die Vergasungsanlagen von Auschwitz in der Atombombe ihre technische Perfektion gefunden haben und daß das Spiel mit Atombomben im Blick auf die Deutschen in der DDR, die Polen jenseits von Oder und Neiße, die Tschechen im Sudetenland, die Russen im Baltikum das Spiel mit einem Verbrechen hitlerischen Ausmaßes ist. Es ist an der Zeit zu begreifen, daß der Kampf der Männer und Frauen des 20. Juli im Widerstand gegen Unrecht und Gewalt noch nicht endgültig gewonnen ist.«[20] Woran sich eine Wendung von programmatischer Bedeutung anschließt: »Das Schreckliche braucht noch nicht geschehen zu sein, um unseren Widerspruch herauszufordern. Das Come-back eines Franz Josef Strauß ist auch noch nicht die Stunde des politischen Attentats. Dennoch: Die Geister, die sich am 20. Juli 1944 schieden, sind heut noch getrennt.«[21]

Meinhofs Gegenwartsdiagnose für das Deutschland des Jahres 1964 besagt, kurz gefasst: Es gibt nicht nur personelle und mentale Kontinuitäten zwischen NS-Staat und Bonner Republik, sondern auch eine Korrespondenz dieser Kontinuität mit der Logik des technischen Fortschritts. Die Atombombe als technisch verfeinertes Auschwitz – das ist ein apokalyptisches Bild sui generis, jedenfalls etwas anderes als das klassische Hiroshima-Dispositiv der damaligen Atomwaffengegner. Und es gibt bereitstehendes neues Personal, dem zuzutrauen ist, die alte Vernichtungsmentalität auf das neue technische Niveau zu transponieren. Der Text suggeriert: Mit Leuten wie Strauß werden wir ein potenziertes Auschwitz erleben.

Man mag sich heute über die Verzeichnung wundern, die den caudillohaft-korrupten Bayern zu einer Art Mega-Hitler stilisiert. Interessanter ist jedoch die seltsame Vermischung der Bilder und Zeitebenen in ihrer Argumentation: Es gibt nicht nur ein »Fortleben« der alten Nazis, der *Verbrecher* also, sondern

---

»Also heut: zum Ersten, Zweiten, Letzten:
Allen Durchgedrehten, Umgehetzten,
was ich, kaum erhoben, wanken seh,
gestern an und morgen abgeschaltet:
Eh dein Kopf zum Totenkopf erkaltet:
Bleib erschütterbar – doch widersteh!
Die uns Erde, Wasser, Luft versauen
– Fortschritt marsch! Mit Gas und Gottvertrauen
Ehe sie dich einvernehmen, eh
du im Strudel bist und schon im Solde,
wartend, daß die Kotze sich vergolde:
Bleib erschütterbar – und widersteh.

Schön, wie sich die Sterblichen berühren –
Knüppel zielen schon auf Hirn und Nieren,
daß der Liebe gleich der Mut vergeh ...
Wer geduckt steht, will auch andre biegen.
(Sorgen brauchst du dir nicht selber zuzufügen;
alles, was gefürchtet wird, wird wahr!)
Bleib erschütterbar.
Bleib erschütterbar – doch widersteh.

Widersteht! Im Siegen Ungeübte,
zwischen Scylla hier und dort Charybde
schwankt der Wechselkurs der Odyssee ...
Finsternis kommt reichlich nachgeflossen;
aber du mit – such sie dir! – Genossen!
teilst das Dunkel, und es teilt sich die Gefahr,
leicht und jäh – – –
Bleib erschütterbar!
Bleib erschütterbar – und widersteh.«

Bemerkenswert, wie Rühmkorf hier die alten Stichwörter der in die Jahre gekommenen neuen Linken und Antifaschisten mit den neuen (z. B. ökologischen) zusammenbringt und damit den Begriff des Widerstands erneuert und erweitert. Er schlägt den Bogen von der Kritik am Nationalsozialismus bis zum Kampf gegen die Umweltzerstörung – ein umfassendes und apokalyptisches Inventar des »Widerstands« und zugleich ein kleiner Katechismus des insgeheim doch »richtigen Lebens im Falschen«.

17 Vgl. Mario Krebs, Ulrike Meinhof. Ein Leben im Widerspruch, Reinbek 1988, S. 124.
18 Meinhof, Zum 20. Juli, S. 49 ff.
19 Ebenda. 20 Ebenda. 21 Ebenda.

Scanned by CamScanner

auch eines der *Verbrechen*, die dereinst den Widerstand erzwangen. Ob dieser, sozusagen *nachholend*, erfolgreich war, entscheidet infolgedessen die neue Generation mit ihrem Widerstand, der diesmal so früh anzusetzen habe, dass »das Schreckliche« sich gar nicht erst ereignen kann. Widerstand ist in dieser Version nicht eigentlich eine politische Option, sondern, angesichts der Geschichte, ein existentialistisches Apriori der Lebensführung: ein stetig vorgreifendes Zurück in die Zukunft. Diese Verschleifung der Temporalität beim Widerstandsbegriff ist keineswegs auf Meinhof beschränkt: Sie ist typisch für den »Wiederholungsdiskurs« der Nachkriegsrepublik, typisch für die Angst, die mörderische Gewalt des NS-Staats könne zurückkehren. Sie entspricht zumal einer bestimmten psychischen Disposition der kritischen Intelligenz, die, einige entscheidende Jahre jünger als Ulrike Meinhof, in den folgenden Jahren die politische Bühne betreten und verändern sollte. Sie, die 1934 Geborene, war in ihrer moralischen Haltung deren Avantgarde. Unter dem Eindruck des Gerichtsverfahrens gegen Eichmann in Jerusalem schreibt sie in einer »Auf Anhieb: Mord« übertitelten Kolumne, die den Skandal kommentiert, dass ein Nazirichter zum Bundesanwalt bestallt worden war: »Mag sein, daß manchem der Maßstab verloren ging angesichts der Millionen, um deretwillen Eichmann verurteilt wurde.«[22] Dieser Maßstabsverlust gehört konstitutiv zu jener Verzerrung der Zeitreihe, die in der Nachkriegszeit beim Begriff des Widerstands zu beobachten ist. Sie bildete den Untergrund für den gesellschaftlichen Aufbruchsprozess, den wir mit der Chiffre »Achtundsechzig« verbinden. »Achtundsechzig« trieb die Angst der kritischen Intelligenz auf die Spitze, der Moloch des Nationalsozialismus sei nur vermeintlich erledigt; mit Brecht formuliert: »Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch …« Die Parolen, die um 1968 en vogue waren, sind von dieser Wiederholungsangst geprägt: »Wehret den Anfängen«, »Nie wieder«, »Kein neues 33«. Es gab für die politisch artikulierten Angehörigen der 68er-Generation gewissermaßen ein gespaltenes Zeitgefühl: Man lebte nicht nur in einer jungen, stets als gefährdet eingeschätzten und hinsichtlich ihrer Möglichkeiten skeptisch beäugten Demokratie, sondern gleichzeitig und parallel in einer in diese Gegenwart verlängerten Diktatur – eine doppelte Realität. Die von Ulrike Meinhof thematisierte Furcht vor einer »Wiederholung der Geschichte«, sprich: einem neuen Auschwitz, hatte insbesondere für die Nachfolgegeneration der für den Nationalsozialismus Verantwortlichen einen heute kaum mehr nachzuvollziehenden Realcharakter. Eine Generation, die nicht aus eigener Anschauung wusste, was sich denn da zur Wiederholung anschickte und die von den eigenen Eltern zumeist kein nachvollziehbares Bild dieser Vergangenheit geliefert bekam, baute Phantasien um ein Ereignis, dessen Realität in sich so phantastisch war, dass daran buchstäblich die Maßstäbe zuschanden gingen. Für Menschen wie Ulrike Meinhof waren die Verbrechen der Elterngeneration ein permanenter Antrieb zur politisch-moralischen Mahnung und der seinerzeit ausgebliebene Widerstand ein prägendes moralisches Trauma.

Die in den letzten Jahren geleistete empirische Forschung über die sogenannte zweite Generation – d. h. die Kinder der NS-Generation, deren politischer Kern die überwiegend in der Kriegs- oder unmittelbaren Nachkriegszeit Geborenen »Achtundsechziger« bilden – hat die psychischen Konturen dieser Generation deutlicher werden lassen.[23] Sie werden durch drei Kernkomplexe umrissen. Letztlich sind es drei Beschädigungen, mit denen bestimmte Phantasien korrespondieren:

---

22 Ulrike Marie Meinhof, Auf Anhieb: Mord, in: dies., Deutschland, Deutschland unter anderm, Berlin 1995, S. 55 ff.

23 Die empirisch gewonnenen Erkenntnisse werden hier, in der gebotenen Kürze, notgedrungen resultativ und infolgedessen »holzschnittartig« erscheinen. Genaueres zu Ergebnissen und Methode dieser Forschungen sind folgenden Büchern und Aufsätzen zu entnehmen: Christian Schneider / Cordelia Stillke / Bernd Leineweber, Das Erbe der Napola. Versuch einer Generationengeschichte des Nationalsozialismus, Hamburg 1996; dies., Trauma und Kritik. Zur Generationengeschichte der Kritischen Theorie, Münster 2000; Christian Schneider u. a., Identität und Macht. Das Ende der Dissidenz, Gießen 2002; Christian Schneider, Noch einmal Geschichte und Psychologie, in: *Mittelweg* 36, Jg. 6, 1997, Heft 2, Teil 1, S. 83–92, und Heft 3, Teil 2, S. 45–56; ders., Der Holocaust als Generationsobjekt. Generationengeschichtliche Anmerkungen zu einer deutschen Identitätsproblematik, in: *Mittelweg* 36, Jg. 13, 2004, Heft 4, S. 56–72.

- das bereits erwähnte Schweigen der Eltern über den Nationalsozialismus, mit dem dieser Generation – zumindest in ihrer Phantasie – ein zentrales Stück der eigenen Familienbiografie und ihrer persönlichen Vorgeschichte vorenthalten wurde;
- der Verdacht, etwas vom »mörderischen Erbe« des Nationalsozialismus sei in sie selber eingedrungen – eine Phantasie, die bei der politischen Generation der »Achtundsechziger« weit verbreitet ist;
- die Wahrnehmung einer seltsamen Kälte sowohl der Elterngeneration insgesamt als auch in vielen Fällen der eigenen, leiblichen Eltern, die die Nachgeborenen unmittelbar als etwas Feindliches gegen sich selber gerichtet fühlten.

Dieses Phänomen der Kälte verdichtete sich in Phantasien über Infantizidimpulse der Eltern, die wiederum eng mit dem zentralen Identifikationsschicksal der 68er-Generation verknüpft sind. Die Kinder der Täter hatten sich im Wunsch, von ihrer mörderischen Genealogie loszukommen, in unbewusste Gegenidentifizierungen geflüchtet: Sie identifizierten sich mit den Opfern der Väter, insbesondere den Juden. In die Anklage gegen die Eltern mischte sich der Wunsch nach Wiedergutmachung und Ungeschehenmachen. Nicht zufällig tragen die Kinder der auf die Täter folgenden zweiten Generation häufig Namen wie David und Benjamin, Lea und Judith.

Der psychosoziale Kern dieser politischen Generation besteht in einer hysterischen Identifikation mit den Ermordeten – und dem damit verknüpften Anspruch, in ihrem Namen anklagend das Wort zu ergreifen. Diese Konstellation von Infantizidphantasie gegenüber den Eltern und Opferidentifikation bildet den psychischen Nukleus dessen, was sich, unter der Chiffre »Achtundsechzig« rubrifiziert, politisch in den späten 1960er Jahren entfaltete. Das Initialereignis, der gewaltsame Tod des Studenten Benno Ohnesorg während einer Anti-Schah-Demonstration am 2. Juni 1967, enthielt alle Elemente, um die in diese Konstellation eingebundene Urangst der nachgeborenen Generation zu entbinden. Der Schuss aus der Polizeipistole, der einen friedlich gegen ein despotisches Regime Demonstrierenden tötete, während die Regierungsspitze zusammen mit diesem Despoten einer Aufführung der »Zauberflöte« lauschte – das schien für diejenigen, die Zweifel an der Substanz der deutschen Demokratie hatten, wie der letzte Beweis für die von ihnen prophezeite Wiederholung der Geschichte. Der Schock jedenfalls saß tief.

Am Abend dieses 2. Juni 1967 versammelte sich im Berliner SDS-Zentrum am Kurfürstendamm eine Gruppe Demonstranten. Man diskutierte die Lage. Ein Beitrag lautete: »Dieser faschistische Staat ist darauf aus, uns alle zu töten. Wir müssen Widerstand organisieren. Gewalt kann nur mit Gewalt beantwortet werden. Dies ist die Generation von Auschwitz – mit denen kann man nicht argumentieren.«[24] Als Sprecherin wurde Gudrun Ensslin identifiziert. Sie formulierte damals, ob sie es wusste oder nicht, das Kernprogramm der RAF: Widerstand ist – *in der Konfrontation mit den Verantwortlichen für Auschwitz* – notwendigerweise *gewaltsamer* Widerstand. Politisches Handeln ist in diesem Programm als Notwehr gefasst: Gegengewalt erscheint als die einzig verbliebene Chance der prospektiven Opfer.

In der politischen Verdichtungsphase der Jahre 1967/68 kam es zu einer Entbindung der untergründigen Angst vor der ominösen »Wiederholung der Geschichte«. Das Wiederauftauchen der Gewalt als mörderische Staatsgewalt markiert den Anfang; ein Mordanschlag, das Attentat eines verwirrten *Bild*-Zeitungs-Lesers auf Rudi Dutschke, dem die sogenannten Osterunruhen folgten, war die nächste Stufe der Eskalation. Alles wirkte tatsächlich wie aus dem Lehrbuch über den »neuen Faschismus«: zum einen die Staatsgewalt, zum anderen die beinahe monopolistisch beherrschten Medien. Die eigene Analyse stimmte also, Deutschland befand sich auf dem Rückmarsch in das, was man damals »Faschismus« nannte. Wie lautete die einschlägige Parole? »Kapitalismus führt zum Faschismus«. Und der Gipfelpunkt des Faschismus hatte einen Namen: Auschwitz.

---

24 Zit. n. Stefan Aust, Der Baader Meinhof Komplex, Hamburg 1997, S. 60. Wenige Jahre später bemerkte der Sozialpsychologe Peter Brückner in einem *Spiegel*-Interview zur Motivation der RAF-Gründer, es sei zu bedenken, ob sie »nicht der Meinung sind, wir befinden uns, sinnbildlich gesprochen, im Februar 1933 oder Dezember 1932« (zit. n. Butz Peters, Tödlicher Irrtum. Die Geschichte der RAF, Berlin 2004). Man muss dieses Gefühl offenkundig schon für das Jahr 1967 ansetzen.

Scanned by CamScanner

Diese schwarze Phantasie galt übrigens nicht nur für die protestierenden Studenten. Einer der geistigen Väter der kritischen Generation, Theodor W. Adorno, der als jüdischer Intellektueller vor den Nazis in die Vereinigten Staaten emigriert war, bekundete nach Ohnesorgs Tod, die Studenten hätten in Deutschland die Rolle eingenommen, die früher die Juden innehatten.

Adorno, der exemplarische Intellektuelle der Nachkriegszeit, dessen berühmtes Statement, »nach Auschwitz ein Gedicht zu schreiben« sei »barbarisch«,[25] in den 1950er Jahren zur Inkunabel der (kulturkritischen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit wurde, war schon im Jahr 1949 aus der Emigration nach Deutschland zurückgekehrt.[26] Sein Briefwechsel aus dieser Zeit gibt Einblick in die qualvolle Auseinandersetzung darüber, ob eine Rückkehr ins Land der Mörder denkbar und, wenn ja, wie sie zu begründen sei. Es waren, insbesondere in der Korrespondenz mit Max Horkheimer nachzulesen, zerreißende Auseinandersetzungen. Den Ausschlag dafür, diesen Schritt doch zu wagen, gab schließlich das Argument, das Horkheimer nach seiner ersten, wie er es nannte, »Erkundungsreise« in Deutschland 1948 so formulierte: »Die Überlebenden drüben, die Hitler widerstanden haben, sind wenige an Zahl und versprengt. Aber sie bilden doch die Gruppe, die in einem sehr entscheidenden Sinn ein Recht auf uns haben. Um ihretwillen zieht es mich hin, so abscheulich auch die Situation im allgemeinen ist.«[27] Und: »Gerade weil, bei aller äußeren Zugänglichkeit, die Masse der Deutschen unansprechbar und böser zu sein scheint als selbst unter dem Dritten Reich, haben wir doch eine noch tiefere Beziehung zu denen, die Widerstand leisten. Der Wunsch, mit ihnen zusammen der neuen faschistischen Verhärtung Trotz zu bieten, ist stark, auch wenn die Aussichten auf Erfolg gering sind.«[28] Horkheimer und Adorno stellten ihr Wirken als akademische Lehrer explizit unter das Motto einer »Erziehung zum Widerstand«, der Erziehung jener »deutschen Studenten, um die es sich lohnt«, zu einer intellektuellen Avantgarde, die eine »Wiederholung von Auschwitz« verhindern sollten. Sie, die Träger des aktuellen und künftigen Widerstands, waren das Pendant der Überlebenden.

Auch bei den philosophischen Lehrern der »Achtundsechziger« begegnen wir beim Begriff des Widerstands einer bemerkenswerten Vermischung der Zeitebenen. Auch sie redeten in einem Atemzug vom nachholenden und vom zukünftigen Widerstand. Offensichtlich trägt die Idee des Widerstands in Deutschland nach 1945 die Tendenz zur Zeitverzerrung in sich, weil er da, wo er notwendig gewesen wäre, nicht vorhanden oder marginal war.[29]

»Eulenspiegel«, sagt Klaus Heinrich, ist »[...] kein Freiheitsheld. Er geht nicht Bindungen ein, sondern fügt sich in Zwänge. Aber er fügt sich so, daß er das Zwanghafte der Zwänge sichtbar macht. Die Freiheit, die ihm bleibt, ist die des Demonstrierens.«[30] Er de-

25 Theodor W. Adorno, Kulturkritik und Gesellschaft, in: ders., Gesammelte Schriften, Bd. 10.1, Kulturkritik und Gesellschaft I, hrsg. von Rolf Tiedemann, Frankfurt am Main 1977, S. 30.

26 Adorno hat diesen gestanzten – und meist falsch zitierten – Satz später nuanciert, ihn aber nie verworfen. Er kann als vorwegnehmende Zuspitzung der Sentenz gelesen werden, die in seinem letzten zu Lebzeiten veröffentlichten Werk, der »Negativen Dialektik« von 1966, den ästhetischen Vorbehalt in eine Maxime der praktischen Vernunft überführt: »Hitler hat den Menschen im Stande ihrer Unfreiheit einen neuen kategorischen Imperativ aufgezwungen: ihr Denken und Handeln so einzurichten, daß Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe.« (Theodor W. Adorno, Negative Dialektik, in: ders., Gesammelte Schriften, Bd. 6, Negative Dialektik, Jargon der Eigentlichkeit, hrsg. von Rolf Tiedemann, Frankfurt am Main 1973, S. 358.) Die »Wunde Auschwitz« war für ihn das historische und moralische Trauma, um das herum sich seine gesamte Philosophie organisierte.

27 Max Horkheimer, Gesammelte Schriften, Bd. 17, Frankfurt am Main 1996, S. 1047.

28 Ebenda, S. 1027.

29 Für die Generation Adornos ist dies eine tief in die eigene Theorie einschneidende Wunde gewesen. Spuren davon finden sich z. B. im Denkmodell der Negativen Dialektik. Die oft zitierte Sentenz »Philosophie, die einmal überholt schien, erhält sich am Leben, weil der Augenblick ihrer Verwirklichung versäumt ward«, ist stets auf das Ausbleiben einer vernünftige Zustände herstellenden Revolution bezogen worden. (Theodor W. Adorno, Negative Dialektik, in: ders., Gesammelte Schriften, Bd. 6, Negative Dialektik, Jargon der Eigentlichkeit, hrsg. von Rolf Tiedemann, Frankfurt am Main 1973, S. 15.) Es wäre zu prüfen, ob diese Dialektik von Theorie und Praxis nicht vielmehr der Logik des verpassten Widerstands folgt.

30 Heinrich, Versuch über die Schwierigkeiten nein zu sagen, S. 89.

monstriert das Ausweglose der Realität. Seine Geschichten, mit denen er sie spiegelt, »laufen sämtlich auf eine Identität hinaus, die erschreckt«. Er zeigt den Menschen »das Selbstzerstörerische ihres Tuns«.[31] Wenige Jahre nach Heinrichs Bemerkungen über den historischen Eulenspiegel schien dieser in Gestalt Fritz Teufels wiederzukehren. Jedoch nur für kurze Zeit: Je mehr der vermeintliche Wiedergänger des spiegelvorhaltenden Narren sich öffentlich in Szene setzte, desto deutlicher wurde, dass das maieutische Experiment der Außerparlamentarischen Opposition, die Mischform aus situationistischem Happening und politischer Ironie, fehlschlug. Es scheiterte nicht zuletzt an der mangelnden Reflexivität seines Publikums, dem (damals so genannten) »Establishment« einer saturierten, von einem großen Wunsch nach Vergessen beseelten Gesellschaft. Man verspürte wenig Lust, sich von Außenseitern das eigene Bild zeigen zu lassen.

Die fragile Balance zwischen (vergangenheitspolitischem) Ernst und (futuristischem) Spiel mit neuen Lebensmöglichkeiten und -formen der experimentellen Jahre 1967/68 ging schnell verloren. 1969, das Jahr der stumpfsinnigen kommunistischen Parteigründungen, war der End- und Scheitelpunkt der Eulenspiegelei. Spätestens hier beginnt in der Neuen Linken eine politische Logik, die das Verhältnis von Ohnmacht und Widerstand nach zwei unterschiedlichen Modellen der Selbstermächtigung neu fasste. Die einen verlegten sich darauf, die Geschichte der Arbeiterbewegung als Farce zu reinszenieren und faselten davon, die »Machtfrage« zu stellen. Die anderen sahen nur ein Mittel, der politischen Ohnmacht zu trotzen. Auf dem Hintergrund der Opferidentifikation konnte das Remedium gegen Ohnmacht nur das sein, was Gudrun Ensslin schon unter dem Schock des 2. Juni gefordert hatte: (Gegen-)Gewalt. Eulenspiegel kam weder hier noch dort unter. Der neue Träger des Widerstands war kein Kind von Verfremdung und List, sondern eine Gestalt des unversöhnlichen Gegensatzes. Ein »neuer Mensch« aus dem Geist der »Unbedingtheit«, einer, der seine Identität daraus bezog, sich endgültig von der Genealogie, der Macht der Geschlechter abgekoppelt zu haben. Eine Beschreibung dieser Idealgestalt des neuen Widerstands lautet: »Der Rivale, absolute Feind, Staatsfeind: das kollektive Bewußtsein, die Moral der Erniedrigten und Beleidigten, des Metropolenproletariats – das ist Andreas. Daher der Haß der Bourgeoisie, Presse, bürgerlichen Linken auf ihn konzentriert [...] An Andreas, über das, was er ist, konnten wir uns bestimmen, weil er das alte (erpreßbar, korrupt usw.) nicht mehr war, sondern das neue: klar, stark, unversöhnlich, entschlossen.«[32] Zwischen Gudrun Ensslins Beschreibung ihres Geliebten Andreas Baader und ihrer Forderung nach Gegengewalt im Juni 1967 liegen sieben Jahre. 1974 saß die erste Generation der RAF bereits so lange in Haft wie ihre »Aktionszeit« – vom Mai 1970 (der Befreiung Andreas Baaders aus der Haft) bis zum Juni 1972 – gedauert hatte. Der folgenreiche 2. Juni 1967 schien bereits einer anderen historischen Phase anzugehören. Die damalige Zeit hatte tatsächlich etwas vom Heinrichschen Maelstrom: Sie war in rasender Bewegung – und schien trotzdem stillzustehen. In diesem Maelstrom ging vieles unter, darunter auch die »Logik« des Übergangs. Tatsächlich gibt es keine Möglichkeit, den Hiatus zwischen der politischen Verdichtungsphase von 1967/68 und dem schlecht vorbereiteten, dilettantischen Sprung in den bewaffneten Kampf angemessen zu deuten. Auch die detaillierteste Rekonstruktion etwa der Biografien von Ensslin, Baader und Meinhof kann nicht mehr als plausible Annahmen dafür bereitstellen, wie es zum existentialistischen Schritt in den Terrorismus kam. Immerhin, die Schriften Ulrike Meinhofs aus der Zeit zeigen exemplarisch etwas von der höchst persönlichen *Verdichtung*, die sich in dieser Periode vollzog. Wurden die Tötung Benno Ohnesorgs und das Attentat auf Rudi Dutschke als Symptome eines »neuen Polizeistaats« interpretiert, so war es auf der weltpolitischen Bühne der Krieg der USA gegen Vietnam, der ein Endzeitgefühl heraufbeschwor. Und historische Analogien lieferte. Vietnam – das war für die deutsche Linke nicht nur »das Spanien der heutigen Generation« (Mario Krebs), sondern auch das historische Vexierbild einer Vernichtungspolitik, in der sich das Auschwitz der Väter mit dem Bild der US-amerikanischen Luftwaffe überschnitt, die ihre

31 Ebenda, S. 95 f.

32 Zit. n. Aust, Der Baader Meinhof Komplex, S. 300.

Scanned by CamScanner

zerstörerischen Bombenteppiche einst auf Deutschland und nun auf Vietnam niedergehen ließ. Am Vorabend des Vietnam-Kongresses 1968 schreibt Meinhof in *konkret*: »Wir dürfen nicht durch Schweigen oder Neutralität gegenüber dem revolutionären Kampf des vietnamesischen Volkes Schuld auf uns laden.«[33] Es ist die wörtliche Übertragung des Arguments, mit dem der Vätergeneration der Prozess wegen ihres Mitläufertums in der NS-Zeit gemacht worden war.[34] Nach dem Attentat auf Dutschke nimmt Meinhof die Parole eines radikalen Schwarzen auf dem Vietnam-Kongress auf: »Protest ist, wenn ich sage, das und das paßt mir nicht. Widerstand ist, wenn ich dafür sorge, daß das, was mir nicht paßt, nicht länger geschieht.«[35] Horst Mahler, RAF-Aktivist der ersten Stunde, erinnert sich an diese Zeit so: »Wir sind ja eine Generation, die sich geschworen hat, den Widerstand, den die Väter nicht geleistet haben, unter allen Umständen zu leisten. Wir sahen also in der Kampagne gegen den Vietnam-Krieg die Herausforderung an uns, diesen Widerstand zu verwirklichen.«[36]

Die Verdichtungsphase der späten 1960er Jahre war vor allem eine, in der sich Phantasien verdichteten; in der Ängste sich mit Realitäten mischten, Grenzen fielen, Unklarheiten erzeugt wurden und zugleich das Bedürfnis nach Klarheit, Entschiedenheit und »Unbedingtheit« wuchs. Alles schrie nach jener deutlichen Trennung, die Ulrike Meinhof zum ersten Mal 1964 anlässlich der Wiederkehr des 20. Juli, des deutschen Widerstands gegen Hitler, eingeklagt hatte, und die zehn Jahre später Gudrun Ensslin in der Gestalt des »unversöhnlichen« Andreas Baader verkörpert sah.

Das wohl berühmteste aller RAF-Papiere, »Das Konzept Stadtguerilla« vom April 1971, beginnt mit dem Mao-Motto: »Zwischen uns und dem Feind einen klaren Trennungsstrich ziehen!« Die Parole bezeichnet ein Desiderat – und den zentralen Selbstverdacht der RAF-Gründer: den Verdacht, dass eben diese Trennung alles andere als klar war. Tatsächlich enthält sie eine unmögliche Forderung. Jedenfalls dann, wenn der vermeinte Feind im eigenen Inneren sitzt. Spätestens seitdem sie in Haft war, spielte der Mangel an klarer Trennung für Ulrike Meinhof eine eminente Rolle. Selbstbeschreibungen aus dieser Zeit machen ihn als existentielles Problem verständlich. In einem Brief an Baader und Ensslin hält sie fest, »was hier bei mir Sache ist«: »Meine Sozialisation zu Faschist, durch Sadismus und Religion, die mich eingeholt hat, weil ich mein Verhältnis dazu, d. h. zur herrschenden Klasse, mal ihr Schoßkind gewesen zu sein, nie vollständig aufgelöst, restlos in mir abgetötet habe … Die Scheiße in meinem Wahn … sich zur RAF verhalten, wie ich mich zur herrschenden Klasse verhalten habe: Arschkriecher; d. h. Euch behandeln wie Bullen, das heißt einfach: Selbst längst 'n Bulle sein, in den psychischen Mechanismen von Herrschaft und Unterwerfung, Angst und Klammern an die Vorschrift. Eine scheinheilige Sau aus der herrschenden Klasse, das ist einfach die Selbsterkenntnis. Alles nur ›als ob‹ …«[37]

Sie war nicht die Einzige, die mit diesem Selbstverdacht haderte. Helmut Pohl schreibt in Versalien vom »TODFEIND IN MIR SELBST« und Holger Meins spricht von der Notwendigkeit einer »revolution in einem selbst: in einem selbst die herrschende klasse stürzen […] ›unter meiner haut beginnt das befreite gebiet, die selbständige rote macht‹. selbstkritisch muß man die alte klasse, soweit sie einen noch beherrscht, besitzt und besetzt hält, rausschmei-

33 Zit. n. Krebs, Ulrike Meinhof, S. 149.

34 Peter Weiss, einer der Initiatoren des Vietnam-Kongresses, schreibt wenige *konkret*-Ausgaben später: »Die amerikanische Luftflotte (konzentriert sich) auf die größte Tötungsaktion seit Auschwitz.« (Zit. n. Krebs, Ulrike Meinhof) Wir erinnern uns an Meinhofs aus dem Jahr 1964 stammende »Analyse« der Atombombe als technisch optimiertes Auschwitz. Zehn Jahre später wird Holger Meins die Analogie erweitern: Die »industrielle Vernichtung« der Juden »in den Gaskammern und Krematorien der KZ's« sei »ökonomisch ja nichts als die Perversion der kleinbürgerlichen Produktionsweise: Rassenausrottung in Handarbeit und Handwerkelei, historisch-ökonomisch auf der Stufe der Manufaktur-Periode des Kapitals. […] Vietnam dagegen […] Völkermord auf der Stufe der großen Industrie, schon halbautomatisiert, partiell vollautomatisch.« (Pieter H. Bakker Schut, das info. Briefe von Gefangenen aus der RAF, Hamburg 1987, S. 91 f.)

35 Ulrike Meinhof, Vom Protest zum Widerstand, in: *konkret* Nr. 5, vom Mai 1968, S. 5.

36 Zit. n. Krebs, Ulrike Meinhof, S. 232.

37 Zit. n. Aust, Der Baader Meinhof Komplex, S. 298 f.

ßen, widerstand zuerst [...], dann befreiungskrieg, die besetzten gebiete zurückerobern, seine dimension als mensch, seine ehre zb wiedergewinnen und schließlich sieg bis zur restlosen vernichtung der klasse.«[38] Die Selbstbeschreibungen und -anklagen der RAF-Angehörigen während der Haftzeit wirken so, als gehöre ein Teil des eigenen Selbst immer »den anderen«.[39] Als sei einer Herkunft nicht zu entgehen, die einen immer wieder zurück ins Alte zieht. Nimmt man Holger Meins' Rede ernst, wäre der Sieg über den Feind letztlich mit dem eigenen Tod identisch. Er starb, 1,83 Meter groß und 39 Kilogramm schwer, an den Folgen eines Hungerstreiks. Viele Betrachter des veröffentlichten Obduktionsfotos gruselte es, weil sie meinten, Bilder solch ausgemergelter Körper schon einmal, in einem anderen historischen Kontext, gesehen zu haben.

Hatte Klaus Heinrich Recht? War der Macht der Ursprünge nicht zu entgehen? War es unmöglich, sich widerständig zu identifizieren, ohne damit ungewollt noch einmal das zu bestätigen, was man bekämpfen wollte? Worin konnte eine »revolutionäre Identität«, worin konnte die Identität des »neuen Menschen« bestehen? Heinrichs Neinsagen im katastrophischen Modus und der »tödliche Konformismus dessen, der die Worte beim Wort nimmt« hatten ihn in seiner Analyse mit fast magischer Präzision immer wieder auf eine »unmögliche« Identitätsposition zurückgeführt: die Identität des Opfers. Er hatte, könnte man meinen, früh etwas von dem problematischen Identifikationsschicksal der nachgeborenen Generation gespürt. Zur Zeit der Niederschrift seines Essays über das Neinsagen lag es noch in der Latenz. »Achtundsechzig« kam es als Ambivalenz von Ohnmacht und präpotentem Machtgebaren zur Erscheinung. Die RAF brachte es in der Konfrontation von Gewalt und Gegengewalt idealtypisch auf den Punkt. Dabei musste jede auch nur halbwegs realitätsgerechte Analyse zu dem Schluss kommen, dass das Programm der Gegengewalt unter den gegebenen Umständen nur ein Resultat haben konnte: selbst Opfer zu *werden*. Was freilich etwas anderes bedeutet, als Opfer zu *sein*. Vom Wort zur Tat: Der Entschluss, Gegengewalt nicht nur zu predigen und damit die zentrale Gegenidentifizierung ihrer Generation auszuleben, brachte die Gründer der RAF auf das zurück, wovon sie ursprünglich mit Entsetzen ausgegangen waren und was sie mit allen Mitteln verhindern wollten: Auschwitz.

Es lässt sich nicht leugnen: Die politische Wirkung, die sich die Gründer der RAF von ihren Stadtguerilla-Aktionen versprochen hatten, erzielten sie erst, als sie sich tatsächlich als Opfer fühlen konnten: in der Haftzeit. In dieser Rolle fanden sie anscheinend zu sich selbst – und die Bestätigung des Phantasmas, das sie erst in den Untergrund und schließlich ins Gefängnis getrieben hatte: »Der politische begriff für den toten trakt, köln [des Gefängnisses im Kölner Stadtteil Ossendorf, in dem Meinhof saß, C.S.], sage ich ganz klar, ist: das gas.« So Ulrike Meinhof: »meine auschwitzphantasien dadrin waren realistisch.«[40] Gudrun Ensslin schrieb: »Unterschied toter Trakt und Isolation: Auschwitz zu Buchenwald. Der Unterschied ist einfach: Buchenwald haben mehr überlebt als Auschwitz [...] Wie wir drin ja, um das mal klar zu sagen, uns nur darüber wundern können, daß wir nicht abgespritzt werden.«[41] Andreas Baader fasste es am knappsten: »Wir sollen vernichtet werden«, sagte er vor Gericht. Seinen Mitgefangenen schrieb er: »Ich denke, wir werden den Hungerstreik diesmal nicht abbrechen. Das heißt, es werden Typen dabei kaputtgehen.«[42] Wichtig zu wissen: Für Baader war klar, dass er nicht zu den »Typen« gehören würde, die »dabei kaputtgehen«. Die phantasierten Opfer einer faschistischen Vernichtungsmaschinerie blieben sich in diesem Punkt bis zum Schluss treu: Noch in

38 Bakker Schut, das info, S. 72 und S. 83.

39 Ein Angehöriger der »zweiten Generation« der RAF schreibt in der Haftzeit über jene Mitkämpfer, denen nach dem »77er-desaster«, d. h. dem Mord an Hanns-Martin Schleyer und der gescheiterten Befreiung der RAF-Gründer, »die subjektive Bedeutung des Kampfes für sich selber abhanden gekommen« sei, hellsichtig: »Da haben sie dann nur sich selbst gesehen. Das ist keine Basis, das wird zum Alptraum.« (Karl-Heinz Dellwo [unveröffentlichtes Selbstverständigungspapier], 1990, S. 34.)

40 Bakker Schut, das info, S. 21.

41 Zit. n. Aust, Der Baader Meinhof Komplex, S. 292.

42 Ebenda, S. 296.

Scanned by CamScanner

ihrem Auschwitz bewahrten sie sich die souveräne Entscheidung über Leben und Tod. Sie waren Opfer – und omnipotent. Die Position des omnipotenten Opfers[43] war die letzte, die radikalste, die idealtypische Ausformulierung der auf die Väter gerichteten Infantizidphantasie, in die sich die unbewusste Identifizierung mit deren Opfern mischte. Opfer sein – und zugleich über das Leben und den Tod anderer bestimmen zu können:[44] Es gibt keine perfektere Selbstinszenierung des »politischen Kämpfers« als diese Doppelrolle des Gekreuzigten und zugleich Richtenden, des Märtyrers und Rächers in Personalunion. Die damaligen Köpfe der RAF konnten sie effektiv spielen, weil ihre Truppen draußen den Kampf »gegen den Faschismus« mordend fortsetzten. In dieser phantastisch-realen Mischung von Omnipotenzvorstellungen und Selbststilisierung als Märtyrer, von realer Verfügungsmacht über das Leben anderer und Opfertheatralik kam die Zeitkollusion auf den Begriff, ohne die der gesamte Komplex RAF nicht zu verstehen ist: die Vorstellung, gleichzeitig in einer Demokratie und einer »faschistischen Diktatur« zu leben. Am eindringlichsten trat das im blutigen Finale der ersten RAF-Generation zutage, in der erpresserischen »Opferkonkurrenz« zwischen Baader und Ensslin auf der einen und Hanns-Martin Schleyer auf der anderen Seite. Schleyer, der es nach seiner Karriere im Nationalsozialismus mittlerweile zum vermeintlichen »Boss der Bosse« in der Bundesrepublik gebracht hatte, war aus Stammheimer Perspektive die überdeterminierte symbolische Gegengestalt des »bewaffneten Widerstands«: die Personifikation jener phantastischen Mischgestalt von Demokratie und »Faschismus«, zu der die RAF die deutsche Wirklichkeit stilisiert hatte. Als die RAF in der Erklärung vom 19. Oktober 1977 bekannt gab: »Wir haben nach 43 Tagen Hanns-Martin Schleyers klägliche und korrupte Existenz beendet«[45] und sich über die »faschistische Dramaturgie« der Bundesrepublik in Mogadischu und Stammheim ausließ, war tatsächlich mehr als ein Mord geschehen. Schleyers Hinrichtung war die irrsinnige, aber immanent folgerichtige Konsequenz aus jenem Delir über den nachholend-vorgreifenden Widerstand, dessen Ausbleiben vor 1945 für jemanden wie Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin das konstitutive moralische Trauma war, aus dem sich die Entscheidung für ein Leben im Widerstand ableitete. Es ist von symbolischer Bedeutung, dass Schleyers Tod mit dem der RAF-Gründer koinzidiert. Mit seiner in ihrem Namen ausgeführten Ermordung und ihrer Selbsthinrichtung kam das (selbst)destruktive Potential des omnipotenten Opfers zu sich. Der Deutsche Herbst des Jahres 1977 war der Kulminationspunkt der destruktiven Psychodynamik zwischen den deutschen Generationen »nach Auschwitz«.

Meinhofs Auschwitzphantasien, Ensslins und Baaders Vernichtungsträume stellten die extremste Form der komplexen Opferidentifizierung dieser Generation dar. Zu ihr gehört unabtrennbar das Phantasma des legitim zur Tat schreitenden Rächers.[46] Wieder gab es keinen klaren Trennungsstrich, dafür

---

43 Die Psychoanalyse kennt das omnipotente Opfer als Resultat und Verarbeitungsform eines erlittenen Traumas. Traumatisierte pflegen sich unbewusst für die auslösenden Ereignisse selbst verantwortlich zu machen. Es geht dabei letztlich um eine Verarbeitungsstrategie der eigenen Ohnmacht: Wenn ich als Opfer selbst der Verursacher bin, bin ich wenigstens nicht ohnmächtig. »Es gibt kein Trauma außerhalb der Omnipotenz des Individuums«, fasst der Psychoanalytiker Donald Winnicott diesen Sachverhalt zusammen. Das omnipotente Opfer hat etwas Äußeres internalisiert und dafür die Verantwortung übernommen. Es hat eine falsche Verknüpfung hergestellt, um der Ohnmacht zu entgehen, die ihm auferlegt ist. Das omnipotente Opfer, so könnte man sagen, kann nicht zwischen der Realität des Geschehens und seiner begleitenden Phantasie trennen. Vgl. dazu ausführlicher, insbesondere auch über den Zusammenhang von »omnipotentem Opfer« und »Überlebensschuld«: Marion M. Oliner, Die externalisierende Funktion von Gedenkstätten, in: Margrit Frölich / Yariv Lapid / Christian Schneider (Hg.), Repräsentationen des Holocaust im Gedächtnis der Generationen. Zur Gegenwartsbedeutung des Holocaust in Israel und Deutschland, Frankfurt am Main 2004, S. 42 ff. Bei der ersten RAF-Generation ist die psychische Ausgangslage deshalb besonders kompliziert, weil sich hier unbewusste Opferidentifizierung, »moralisches Trauma« und später die reale Deprivationserfahrung der Haft verschränken.

44 Während des dritten Hungerstreiks schlug Baader den »Außenkadern« Entführungen und Ermordungen von Spitzenpolitikern (Biedenkopf, Genscher, Maihöfer, Weyer) vor. Vgl. Peters, Tödlicher Irrtum, S. 317.

45 Vgl. Rote Armee Fraktion, Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, S. 273.

46 Wie komplex diese Verschlingung von Täter- und Opferrolle, von historischer Analogiebildung und Gegenwartswahr-

aber Resonanz: In der Position des omnipotenten Opfers erreichten die Gründer der RAF nun viele Angehörige ihrer Generation, die mit ihnen grundsätzlich dieselbe Opferidentifikation teilten. Plötzlich fanden sie, was ihnen in der »Aktionszeit« weitgehend verwehrt war: Aufmerksamkeit, Mitleid und »Solidarität« genannte Unterstützung. Ihre Selbststilisierung als Widerstandsopfer im KZ entsprach dem Phantasiehaushalt ihrer Generationsgenossen. Auschwitz war die Metapher für die phantasmatische Kontraktion der Geschichte, der Ort, an dem sich historische Realitäten und die Phantasien einer Generation treffen konnten. Auschwitz wurde in Köln und Stammheim zum U-Topos, zum Unort, zum Ort der Indifferenz von Leben und Tod, Gegenwart und Vergangenheit, Phantasie und Realität.

»Der springende Punkt im modernen Vollzug heißt: Politisierung oder Psychologisierung der Knäste – unsere Isolation jetzt und das Konzentrationslager demnächst – ob nun unter der Regie von grünen oder weißen Terrortrupps – kommt raus auf: Vernichtungslager – Reformtreblinka – Reformbuchenwald – die ›Endlösung‹. So sieht's aus.«[47] Und: »Der Nationalsozialismus war nur die politische und militärische Vorwegnahme des imperialistischen Systems der multinationalen Konzerne.«[48] Wir kennen sie schon, die Verzerrung der Zeitreihe. Dieser Fall ist besonders kühn: Der Nationalsozialismus als Vorläufer – demzufolge wäre, im Sinne der RAF-typischen politischen Steigerungslogik, die Gegenwart schlimmer als die Vergangenheit, entsprechend schlimmer dran wären also auch die Opfer. Es war längst keine Frage mehr, dass das Ganze tödlich enden würde. Die Frage war nur mehr die nach der Art des Todes. »Sinnvoll« in der Logik »revolutionären Handelns« konnte nur der Tod sein, der die Inszenierung weiter aufrechterhielt, die die RAF-Angehörigen mit den Generationsgenossen »draußen« verband.

Drei Tage vor seinem Hungertod schrieb Gudrun Ensslin an Holger Meins, wie man abzutreten habe: »Ohne zu trauern. Das – das Ziel. Du bestimmst, wann Du stirbst. Freiheit oder Tod.« Die Freiheit *über* den Tod – das war der existentialistische Rest der mit so großem moralischen Anspruch begründeten Entscheidung zum politischen Widerstand. Aber selbst diese Freiheit wurde vom Phantasma der Vernichtung konterkariert. In Meins' Testament heißt es: »Für den Fall, daß ich in der Haft vom Leben in den Tod komme, war's Mord. Gleich, was die Schweine behaupten werden.«[49] Die Auschwitzphantasien waren wirklich vernichtend: Sie zerstörten selbst noch den letzten moralischen Triumph der freien Entscheidung.

In ihrem letzten Gefecht wendeten die Gründer der RAF die mörderische Kehrseite ihrer Opferidentifikation wie eine destruktive fremde Macht gegen sich selbst. »Mord gleich Selbstmord gleich Mord«, riefen ihre Sympathisanten schon nach Ulrike Meinhofs Freitod. 1977 ging diese grausige Gleichung in der Selbsthinrichtung von Ensslin, Baader und zwei weiteren RAF-Angehörigen auf. Alles war bis zur Unkenntlichkeit miteinander vermischt, Phantasie und Realität, Täter und Opfer waren nicht mehr zu unterscheiden.

»Mord gleich Selbstmord gleich Mord«: In der finalen Selbstmord-Inszenierung von Andreas Baader,

---

nehmung war, zeigt sich mit zunehmender Haftzeit, in der die Opferrolle einerseits agiert, andererseits, im Sinne »revolutionärer Identität«, kritisiert wurde. So kritisiert Holger Meins einen Genossen: »doch statt in jenan [dem ›befreiten Gebiet‹ und Hauptstützpunkt der Roten Armee gegen die japanische Besatzung, C.S.] stehst Du in warschau [Ort des Ghettoaufstands gegen die deutschen Besatzer 1943, C.S.]. identifizierst dich mit den ohnmächtigen, verfolgten, verzweifelt-aufständischen – mit den opfern. das ist die würgeschraube, der zerreißwolf.« (Bakker Schut, das info, S. 87.) Nach dem Tod von Baader, Ensslin und Raspe sagte Brigitte Mohnhaupt, damals neben Peter-Jürgen Boock der führende »Außenkader« der Gruppe, den bestürzten RAF-Angehörigen der zweiten Generation: »Ihr könnt euch wohl nur vorstellen, daß die Opfer gewesen sind. Ihr habt die Leute nie gekannt. Sie sind keine Opfer, und sie sind es nie gewesen. Zum Opfer wird man nicht gemacht, sondern zum Opfer muß man sich selbst machen. Sie haben ihre Situation bis zum letzten Augenblick selbst bestimmt. Ja, was heißt denn das? Ja, das heißt, daß sie das gemacht haben, und nicht, daß es mit ihnen gemacht worden ist.« (Aust, Der Baader Meinhof Komplex, S. 637 f.)

47 Rote Armee Fraktion, Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, Berlin 1997, S. 188 f.

48 Ebenda, S. 168.

49 Zit. n. Aust, Der Baader Meinhof Komplex, S. 292 und S. 303.

Scanned by CamScanner

Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe und Irmgard Möller verdichtete sich die gespenstische Wiederkehr von Auschwitz als agierte Vernichtungsphantasie der Nachgeborenen – die phantasmagorische, am eigenen Leib vollzogene Wiederkehr jener Gewalt, die zum negativen Ursprungsmythos der zweiten deutschen Republik wurde. Die Gründer der RAF richteten in Stammheim das gesellschaftlich verdrängte Potential an Destruktivität, dessen Rückkehr doch alle fürchteten, demonstrativ, verzweifelt und eine falsche Realität vortäuschend gegen sich selbst. Eine Logik der Verkörperung sui generis. Der Mythos, den man der RAF später andichtete, hat hier seinen Ursprung. Die Verschlingung von Tod und Mord, von Täter und Opfer, von Realität und Phantasie gehört ebenso zur mythologischen Rede wie die phantasmatische Verschlingung der Zeiten: Was ist Gegenwart, was Vergangenheit?

Eine Diskussion über das Phänomen RAF ist bis heute deshalb so schwierig, weil sie einen gesellschaftlichen Übergang berührt, in dem sich Elemente verschränkten, die der öffentliche Diskurs auseinander halten möchte. Die RAF ist vor allem deshalb zum Mythos geworden, weil sie den Mythos der parthenogenetischen Demokratie konterkarierte: Sie brachte gewaltsam die Gewalt zurück, die faktisch tief in das Fundament der Bundesrepublik eingelassen war. Sie tat es im Namen von Aufklärung und Kritik. Das Phänomen RAF steht für eine einzigartige, im Begriff des Widerstands zusammenlaufende Verschlingung von Mythos und Kritik. Beide sind sie in ihrem performativen Prinzip Opponenten: Mythen verwickeln, Kritik schneidet. Der Vorgang, den wir »verstehen« nennen, hat an beidem Anteil: kein Verstehen, ohne sich verwickeln zu lassen, erst recht keins, ohne das Netz der Verwicklung aufzuschneiden, vom immanenten Blick zu dem des distanzierten Betrachters zu wechseln. Einen Mythos verstehen wollen bedeutet, die Verstrickung anzuerkennen, die er auferlegt, um sie aufheben zu können. Sofern das möglich ist. Die wirkliche Kraft des Mythos liegt darin, alle seine Rezeptionsformen in sich hineinzuziehen: Jede Interpretation eines Mythos ist selbst eine neue Schicht des ursprünglichen. Das muss man wissen, wenn man sich einem Phänomen wie der RAF nähert. Man sollte auch wissen, dass alle historischen Gebilde, die mit exzessiver Gewalt zu tun haben, einen psychischen Transitivismus besitzen, der leicht dazu führt, die Grenze zwischen Vergangenheit und Gegenwart zu verwischen. Letztlich sind beide Aussagen – fast – identisch: Jeder Mythos handelt von der Gewalttat, alle seine Interpretationen haben damit zu tun, sie einzuholen, ungeschehen zu machen, zu zivilisieren. Im Fall der RAF ist es nicht nur die Gewalt, die sie selber entfesselt hat. Hinter ihr steht ein ungleich größeres Gewaltpotential: die historische, die »unverdaute« Gewalt des Nationalsozialismus. Und die Gewalt der Sieger, die die Demokratie nach der militärischen Niederlage des NS-Staats etablierten. Hinter dieser doppelten Gründungsgewalt der Bundesrepublik wirkte das konstitutionelle staatliche Gewaltmonopol lange Zeit wie eine Chimäre. Für die einen war es eine Farce (Sie sahen das neue Deutschland als Marionette der »Siegermächte«, insbesondere der Vereinigten Staaten.) Für die anderen war es eine Täuschung, weil sie die Bundesrepublik nur als Nachfolgestaat des Nationalsozialismus wahrnehmen konnten.

Die Geschichte der RAF, die aus dem zentralen Phantasma der zweiten Generation nach dem Nationalsozialismus entstand, ist Teil der Geschichte, wie dieses Gewalterbe von den Nachgeborenen mental und psychisch verarbeitet wurde. Sie zu schreiben setzt voraus, den von Umwegen gekennzeichneten psychosozialen Prozess zu verstehen, in dem sich das Problem der historisch überkommenen Gewalt in der zweiten deutschen Demokratie transformierte. Die Geschichte der RAF steht paradigmatisch für den entscheidenden – sozialen und psychischen – Transformationsprozess von Gewalt in Macht. An ihr und ihrer Rezeption durch die damalige Linke lässt sich die eminente Verwandlung des politischen Topos Gewalt als Modell der Identitätsbildung zu einer Identifikation mit einer Macht studieren, die nicht mehr »aus den Gewehrläufen« kommen musste. Das ursprüngliche identitäre Thema der RAF, das gewaltsame Nein zu den Verhältnissen, das nach ihrem Verständnis eine essentielle Frage der moralischen Selbsterhaltung und der persönlichen Identität war, lässt sich durchaus auf das doppelte Problem beziehen, das Klaus Heinrich zu Beginn der 1960er Jahre so bezeichnet hatte: »Die Schwierigkeit nein zu sagen als das Problem der Identität unter der Drohung des Identitätsverlusts« und »die Schwierigkeit nein

zu sagen als das Problem des Widerstandes in den Bewegungen der Selbstzerstörung«. Die erste Generation der RAF meinte dieses Identitätsproblem in einer Form des Widerstands zu lösen, die an die zentrale Gegenidentifizierung ihrer Generation anknüpfte: die Identifizierung mit Gegengewalt, der vermeintlich legitimen Gewalt der vermeintlichen Opfer einer gewalttätigen Gesellschaft. Die RAF hat dieses Identifikationsmodell der radikalen Linken in Deutschland auf den Punkt gebracht und verkörpert: im buchstäblichen Sinn. Am Ende lief alles auf den Körper hinaus. »was ist es denn anderes als WIDERSTAND, was man 24 stunden in der kiste macht«,[50] schreibt Ulrike Meinhof im Hochsicherheitstrakt. Und Holger Meins, der am Ende seines Lebens manisch mit seinem Körper beschäftigt war, zog die immer phantastischer werdende Analogie des Widerstands »draußen« mit jenem in der Zelle: »wie ja auch drinnen: vom widerstand zur gegengewalt. ich trainiere das täglich, bei den 5–6 malen, hof, gänge usw: versuchen, die situation zu bestimmen, sie nicht rankommen lassen, selbst eingreifen, handeln, dadurch kannst du dir – in grenzen – bestimmte bewegungsfreiheiten und handlungsspielräume verschaffen. wach, gespannt, immer misstrauisch, nie trott [...], die situation sofort erfassen, das kräfteverhältnis richtig einschätzen + dann immer n tick besser sein. [...] die methode, aus der sich die ersten kleinen behutsamen kämpfe entwickeln lassen.«[51] Hanna Krabbe erklärte »Disziplin« zur »überlebensfrage, das training das einzige, was ich in den letzten monaten durchgehalten hab. [...]: meinen körper kriegen sie nicht kaputt!«[52] Der Körper als Waffe war die Ultima Ratio der Identifizierung mit der Gegengewalt (der Opfer). Sie lief unter den gegebenen Umständen auf Selbstzerstörung hinaus. Es ist nur folgerichtig, dass das emphatische Modell der Identität nach dieser Verkörperungslogik *außerhalb* der Person lag: Es war »die identität der guerilla. alles andere ist – so – erstmal sülze.«[53] Die RAF demonstrierte ad oculos den Unsinn der Identifizierung mit Gewalt, indem sie sie auf die Spitze trieb. Psychologisch ist sie der Idealtyp und die radikale Konsequenz des kollektiven Identifikationsschicksals der 68er-Generation. Was auf sie aus dem Pool der Protestbewegung folgte, war das neue Identitätsmodell der Identifizierung mit Macht. Ein zentraler Ausgangspunkt für dieses Modell war das offensichtliche Scheitern der selbstzerstörerischen Verkörperungslogik, auf das die Gründungsgeneration der RAF am Ende buchstäblich regrediert war: Das Modell hatte sich als nicht lebbar erwiesen. Diejenigen, die – aus politisch vergleichbaren Milieus stammend – dieses Scheitern wahrnahmen, durcharbeiteten und ihre Identitätskonstruktion auf das Modell des – demokratischen – Machtgewinns umstellten, haben ein wichtiges Stück Zivilisierungsgeschichte der Bundesrepublik geleistet. Der damalige Außenminister Joschka Fischer hat es anlässlich der Entscheidung, sich am Krieg gegen Serbien zu beteiligen, in die Aussage gekleidet: »Ich habe nicht nur gelernt: Nie wieder Krieg, sondern auch: Nie wieder Auschwitz.«[54] Was hier, parolenhaft verdichtet, zum Ausdruck kommt, ist die Metamorphose, die notwendig war, um die »Modernisierungsreserve« der nachwachsenden Generation aus der Verstrickung in ihr Gewalterbe zu lösen: die Verwandlung von Gewalt(phantasien) in Macht(phantasien). Und von Moral in Politik. Politische Macht anzustreben: Die Vorstellung, sie im Rahmen demokratischer Verhältnisse auszuüben, impliziert die Sublimierung archaischer Gewaltphantasien. Ohnmacht nicht mehr gewalttätig zu kompensieren, ist der zivilisatorische Fortschritt par excellence. Aber das weist längst über die RAF hinaus.

Die immense sozialpsychologische Bedeutung der RAF für die Bundesrepublik liegt darin, dass mit ihr ein Kapitel der mörderischen Geschichte, die ihrer Gründung vorausging, wieder aufgeschlagen wurde – und ein neues begonnen. Was wir en détail erst noch zu begreifen haben. Denn die Geschichte der RAF ist so wenig beendet, wie ihre Gründer es von der Geschichte des Nationalsozialismus meinten. Nach wie vor gibt es auf der einen Seite einen ungeheuren Solidarisierungsdruck. Nach wie vor wird die notwen-

50 Zit. n. Bakker Schut, das info, S. 159.
51 Ebenda, S. 152.
52 Ebenda, S. 250.
53 Ebenda, S. 158.
54 Zit. n. Matthias Geis / Bernd Ulrich, Der Unvollendete. Das Leben des Joschka Fischer, Berlin 2002, S. 171.

Scanned by CamScanner

dige Aufarbeitung auf der anderen Seite tabuisiert. Nach wie vor dominiert im Umgang mit dem Phänomen zumeist die mythische die analytische Rede: Es ist zu viel darin gefangen, zu viel gewaltsamer Tod für unsere Fassenskraft. Was sich nur unangemessen in den Zahlen spiegelt. Die Opfer des Terrors der RAF bleiben phantasmatisch mit den unübersehbaren Leichenhaufen verknüpft, die der Vorgängerstaat der Bundesrepublik zu verantworten hat.

An all diesen Punkten hat die kritische, die trennende Arbeit der Analyse anzusetzen. Wer versuchen will, die RAF zu verstehen, ist gezwungen, den Prozess nachzuvollziehen, der von der historischen Maßstabsverzerrung durch die exorbitante deutsche Schuld über die temporalen Schlaufen eines hysterisch aufgeladenen Widerstandsbegriffs zum Verlust jener Balance führte, die Identität immer bedeutet. Die RAF verstehen, heißt den fehlgehenden, verzweifelten und destruktiven (Gegen-)Identifizierungen einer ganzen Generation nachzugehen, die bei einem Teil in Brutalität mündeten und in Selbstzerstörung endeten. Die RAF ist das Gipfelphänomen jener 1970er Jahre, die für die Generation der »Achtundsechziger« zur persönlichen »Nachkriegszeit« wurde: zur Verwandlungszone, in der sich in der Auseinandersetzung mit der vergangenen und der gegenwärtigen Gewalt neue Identitätsmodelle bildeten. Klaus Heinrich hat, ein knappes Jahrzehnt vor dem Beginn des verzweifelten Irrsinns, Politik durch Terror zu ersetzen, die Begriffe versammelt, um die das Himmelfahrtskommando *Rote Armee Fraktion* kreiste: Identität, Sprachlosigkeit, Widerstand, Selbstzerstörung. Sein »Versuch über die Schwierigkeit nein zu sagen« endet so:

»Die hier verwendeten Begriffe beschreiben einen Prozeß der Selbstzerstörung. Er unterscheidet sich von anderen, die wir kennen, denn er ist gefährlicher als sie. Er entspringt nicht nur einer Enttäuschung an einer Balance, die Jahrhunderte hindurch zu halten schien, sondern der Enttäuschung des Glaubens an die Balance. Immer wieder sind Balancen zerstört und damit Menschen der Selbstzerstörung ausgeliefert worden, die an Verkörperungen festgehalten haben, in denen einmal Balance anschaubar war. Dieser Prozeß unterscheidet sich nicht grundlegend von dem Geschehen der Selbstzerstörung in einer individuellen Neurose. Doch für einen Glauben, für den in jeder einzelnen Verkörperung, gelingend oder mißlingend, die Balance anschaubar ist, weil jede einzelne eine, wenn auch verzerrte, Verkörperung der Gnade ist, bedeutet die Enttäuschung an der Balance zugleich die Enttäuschung an einer Welt der Verkörperungen. Darum ist Selbsttäuschung heute nicht mehr nur eine partielle, sondern eine universale Gefahr. Darum fordert die Frage nach dem Widerstand in den Bewegungen der Selbstzerstörung nicht nur konkrete Antworten, sondern eine universale Antwort.«[55]

Es wirkt divinatorisch. Heute, aus der Rückschau und dem sicheren Abstand eines neuen Jahrhunderts, verändert sich die Perspektive noch einmal. Je genauer – weil distanzierter – das Phänomen RAF in den Blick kommt, desto deutlicher wird, dass es einmal mehr um die richtigen Fragen statt um »konkrete Antworten« geht. Die Geschichte der RAF macht uns in ihrer Verquickung von Widerstand und Selbsttäuschung auf die historische Zerstörung einer Balance aufmerksam (die als Ausdruck einer kollektiven Neurose erst noch verstanden werden muss.)

Psychose

55 Heinrich, Versuch über die Schwierigkeit nein zu sagen, S. 154 f.

Heinz Bude

Erbschaft dieser Zeit

Die RAF und die Geschichte der Bundesrepublik

Das wiederentdeckte Narrativ von der Erfolgsgeschichte

In der zeitgeschichtlichen Forschung ist gerade die Wiederentdeckung des Narrativs von der Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik zu beobachten. Das Bemerkenswerte daran besteht nicht in der Erkenntnis selbst, sondern darin, dass sie von den Schülern der kritischen Zeitgeschichte formuliert wird. Das betrifft in erster Linie Axel Schildts Essay über die westdeutsche Geschichte nach 1945[1] und Ulrich Herberts Resümee des Forschungsprojektes über die deutsche Nachkriegsgeschichte.[2] Nicht Restauration,[3] nicht »manisches Ungeschehenmachen«,[4] nicht bewusstlose Amerikanisierung lauten die organisierenden Stichworte, sondern »Liberalisierung als Lernprozess« und »Ankunft im Westen«.

Man dekliniert die Nachkriegsgeschichte von Periode zu Periode durch und stößt auf sozioökonomische Modernisierung und soziokulturelle Dynamisierung, was alles in eine Richtung weist: auf die liberale, zivile und demokratische Gesellschaft, die wir heute in der Bundesrepublik haben.

Auffällig an der sukzessiven Entfaltung dieses neueren zeitgeschichtlichen Narrativs ist die Relektüre und Wiederverwendung einst verpönter konservativer Interpretamente. Dies bezieht sich vor allem auf Hermann Lübbes Konzept des »kommunikativen Beschweigens« von 1983,[5] welches das Paradox von Präsenz und Nichtpräsenz der nationalsozialistischen Vergangenheit in der Frühphase der Bundesrepublik zur Sprache gebracht hat, und auf Hans-Peter Schwarz' Idee der »ausgebliebenen Katastrophe« von 1984,[6] welche auf die für die deutsche Geschichte so wundersame Versöhnung von wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Modernisierung in der Bundesrepublik abhebt.

Das wäre nicht weiter bemerkenswert, fehlte nicht die Auseinandersetzung mit der Position der eigenen Herkunft, gegen die diese als konservativ oder doch normalistisch eingestuften Lesarten der bundesrepublikanischen Geschichte einst gerichtet waren. Dieses Reflexionsdefizit in einer jüngeren Generation von Zeitgeschichtlern spricht eigentlich nicht für einen neuen durchgearbeiteten Ansatz in der Zeitgeschichte, sondern eher für eine gewisse Wahllosigkeit im

1 Axel Schildt, Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, Frankfurt am Main 1999.
2 Ulrich Herbert (Hg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland: Belastung, Integration, Liberalisierung 1945 bis 1980, Göttingen 2002.
3 Dazu der frühe einflussreiche Text von Walter Dirks, Der restaurative Charakter der Epoche, *Frankfurter Hefte*, 5. Jg., 1950, Nr. 9, S. 942–954.
4 Alexander und Margarete Mitscherlich, Die Unfähigkeit zu trauern: Grundlagen kollektiven Verhaltens, München 1968.
5 Hermann Lübbe, Der Nationalsozialismus im politischen Bewußtsein der Gegenwart, in: Martin Broszat u. a. (Hg.), Deutschlands Weg in die Diktatur. Internationale Konferenz zur nationalsozialistischen Machtübernahme im Reichstagsgebäude zu Berlin. Referate und Diskussionen. Ein Protokoll, West-Berlin 1983, S. 329–349.
6 Hans-Peter Schwarz, Die ausgebliebene Katastrophe. Eine Problemskizze zur Geschichte der Bundesrepublik, in: Hermann Rudolph (Hg.), Den Staat denken. Theodor Eschenburg zum Fünfundachtzigsten, Berlin 1993, S. 151–174.

Scanned by CamScanner

Ausprobieren von Deutungsmustern, was insgesamt die grundlegende Irritation der neueren und neuesten Geschichte nach dem Verlust ihres *re-education*-Auftrags belegt.

Man kann die Dinge aber auch positiver sehen, dann hätten wir es mit einer Art des Nachlernens über die Geschichte der Bundesrepublik zu tun, die nicht mehr als Nachgeschichte des Nationalsozialismus, sondern als Geschichte eigener Art rekonstruiert wird: mit internen Lerneffekten, reflexiven Selbstbegründungen und einer »langen Dauer« selbstgeschaffener und selbsttragender Strukturen. Ein kollektives strukturfindendes Lernen aus der Katastrophe, der die Übriggebliebenen entronnen waren, wäre dann der verborgene Motor der bundesrepublikanischen Geschichte. Man stößt auf eine Kernphase der Stabilisierung, die bis zur Bundestagswahl von 1957 reicht, und eine der Liberalisierung von 1959 bis 1973/74. Im Zentrum dieser zweiten formativen Periode steht die Studentenbewegung, der nach der institutionellen Demokratisierung und außenpolitischen Westorientierung gleichsam in einem zweiten Gründungsakt die Liberalisierung und Demokratisierung der Gesellschaft zu verdanken ist. Die sich um 1968 zentrierenden Prozesse stellen den Katalysator einer Zivilisierung, Informalisierung und eben Liberalisierung der westdeutschen Gesellschaft dar, worin sich die Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik erfüllt. 1968 wird nach dieser Interpretation als Ausdruck einer Diskrepanz oder einer Kluft zwischen industrieller und institutioneller »Basis« und sozialem und kulturellem »Überbau« gesehen. Die Lockerung der aufgestauten Kräfte des Wandels ließ zunächst eine wilde Energie frei, die zur Umstrukturierung des ganzen Lebenszuschnitts der westdeutschen Gesellschaft führte, in der die neue Intelligenz der Bildungsreform das Ruder übernahm. Das konnte nicht ohne Kämpfe gegen das Establishment, ohne Ungerechtigkeiten gegen die Aufbaugeneration und ohne Narben für die überwältigten Repräsentanten des alten Systems abgehen, aber der Wirbel von 1968 stellt kein prinzipielles Hindernis für das geschichtsphilosophische Thema der Liberalisierung und Verwestlichung dar. Im Gegenteil: Die Rebellion der Studenten diente am Ende dem Zweck von Freiheit und Gleichheit.

Für diese Interpretation der westdeutschen Nachkriegsgeschichte steht die Geschichtsdeutung der 1945er-Generation der um 1930 Geborenen Pate. Für den ersten Teil, die 1950er und frühen 1960er Jahre, der affirmative Teil dieser »skeptischen Generation«, für den zweiten auf 1968 zulaufenden Teil die kritische oder linksliberale Minderheitsfraktion dieser Generation mit Jürgen Habermas an der Spitze. Sein 1988 auf Rita Süssmuth gemünztes Wort von der »Fundamentalliberalisierung« (»Der Marsch durch die Institutionen hat auch die CDU erreicht«)[7] wird gern als Belegzitat für die angesprochene Deutung angeführt. Hier zeigt sich, wie Habermas' intellektuelle Rahmung der Revolten um 1968 im Lichte der Kritischen Theorie, was ihn zum führenden Gesellschaftsphilosophen der Bundesrepublik gemacht hat, noch in der zeitgeschichtlichen Rekonstruktion einer jüngeren Generation von Historikern aufgeht. 1968 ist kein Rätsel gewaltsamer Unterbrechung der Zeitläufe, sondern eine Etappe in dem vom zwanglosen Zwang der besseren Lebensweise getriebenen Prozess der Emanzipation.

Das unausgesprochene Leidenschaftsverbot für die politische Kultur

Ansatzpunkt des Unbehagens an dieser Deutung ist weniger der Nachweis eines stillen Hegemonialprojekts der Flakhelfer-Generation, deren Formierungsleistung für das gesellschaftliche Design der Bundesrepublik außer Frage steht,[8] sondern ein bestimmter restaurativer Effekt dieser Interpretation. Heute, da

7 Der Frankfurter Philosoph und Soziologe Jürgen Habermas im Gespräch mit Rainer Erd über die politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland nach 1968, *Frankfurter Rundschau* vom 11. März 1988.

8 Ulrich Herbert, Liberalisierung als Lernprozess. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze, in: ders. (Hg.), Wandlungsprozesse, S. 7–49. Herbert geht sogar so weit (S. 44 f.), diese Generation der »45er« zur prägendsten und einflussreichsten Alterskohorte des 20. Jahrhunderts zu erklären, angesichts deren die nach dieser kommenden »68er« als Epigonen und *fellow-travellers* erscheinen.

die alte Bundesrepublik, die die meisten von uns so lieben und auf deren Errungenschaften manche von uns wegen ihrer festgefahrenen Verteilungslogik und ihres schieflaufenden Wohlfahrtssystems so stolz sind, zur problematischen Last unserer Gegenwart geworden ist, liefert die Zeitgeschichte einer jüngeren, scheinbar nicht mehr dem *re-education*-Imperativ unterstehenden Generation eine Gesamtinterpretation der westdeutschen Nachkriegsgeschichte, in der die Unwahrscheinlichkeit ihrer Fundierung und ihres Verlaufs einem impliziten geschichtsphilosophischen Modell der Liberalisierung und Verwestlichung geopfert wird. Da wird durch einen souveränen historischen Positivismus gerade nicht das Überschüssige, Widersinnige und Gegensätzliche dieser Geschichte gerettet, sondern einer letztlich glatten Sicht der Dinge zum Zwecke der nachträglichen Sinngebung subsumiert. Das hat einen entscheidenden Grund, der den Sinn dieser langen Vorrede sofort verständlich machen wird: das mit den Verwestlichungs- und Liberalisierungstheoremen gesetzte Leidenschaftsverbot für die politische Kultur der Bundesrepublik.

Dahinter steckt eine bestimmte Haltung der Ängstlichkeit, die nicht gerade für Selbstvertrauen spricht. Wovor man nämlich Angst hat, das sind die Unbedingtheitsansprüche eines leidenschaftlich vorgetragenen politischen Begehrens – sei es von einzelnen Personen, sei es in Gestalt einer politisch-sozialen Bewegung. Das Politische selbst ist im bundesrepublikanischen Denken, wie es nunmehr von einer jüngeren Post-68er-Generation vertreten, aber auch nach einer Wende zum Pragmatismus von den politischen Protagonisten der 68er-Generation selbst verkörpert wird, also in diesem generationsübergreifenden bundesrepublikanischen Denken nur noch als rationales Geschäft im Dienste der Interessendurchsetzung von Personen und Gruppen oder allenfalls als Bemühen um gesamtgesellschaftliche Problemlösungen vorstellbar. Dass immer auch eine bestimmte Art von Leidenschaft im Spiel ist, wenn es um politische – und nicht um ökonomische, rechtliche, administrative – Fragen geht, ist anscheinend undenkbar geworden oder wird schnell als Gefahr für die Zivilität der politischen Kultur unserer Gesellschaft an die Wand gemalt. Man fühlt sich dann gern einem westlichen Denken verpflichtet. An der Präferierung eines Verfahrensbegriffs des Politischen beweist sich aber die reduzierte Verwestlichung des deutschen Geistes nach 1945. Es ist ein Westen ohne Pathos und Einsatz, der als Bilanz der westdeutschen Geschichte in die erweiterte Bundesrepublik eingebracht wird. Es ist dieser verborgenen sozialmoralischen Lehre geschuldet, dass der Terror im Kontext von 1968 nur als Randgeschichte von Irren, aber nicht als Entgleisung vom Entwicklungsgang der bundesrepublikanischen Geschichte aufgefasst werden kann. Deshalb fehlt etwa in einem Band, der das Ergebnis von Forschungen über die Prozesse der Liberalisierung in der Bundesrepublik behandelt, ein Kapitel über den Terror der 1970er Jahre. Man könnte fast glauben, dass man sich in Abkehr von der Novalis entlehnten, aber leider nicht auf deutschem Boden verkündeten Chimäre »Die Phantasie an die Macht« zu Luhmanns Satz geflüchtet hätte, der nun wirklich den Gegensatz von allem darstellt, was man mit 1968 in Verbindung bringen kann: »Alles ist auch anders möglich, aber nichts kann man tun.«[9]

Aus dem Narrativ der Erfolgsgeschichte und dem damit verbundenen Leidenschaftsverbot für die politische Kultur folgt nicht nur ein reduzierter, um nicht zu sagen: hilfloser Begriff des Politischen, dessen kritisches Potential sich in der Konstatierung einer um sich greifenden »Politikverdrossenheit« erschöpft, sondern ein genauso reduzierter, nachgerade entleerter Begriff der Wirkungsgeschichte, der die »Kulturbedeutung« (Max Weber) von 1968 verfehlt. 1968 gehört nicht wegen des abstrusen Denkens einiger Ableitungsmarxisten oder wegen des bornierten Anti-Antikommunismus einiger Zeitungs- und Rundfunkredakteure zur Geschichte der Bundesrepublik, sondern weil es etwas für unser Denken über den Zusammenhang von Moral, Politik, Kunst und Wissenschaft bedeutet. Dazu ist es aber nötig, einen konkreten, der Vielgestaltigkeit des Geschehens gerecht werdenden Begriff der Zäsur und des Traumas von 1968 zu haben. In diesem Sinne soll hier die Frage nach dem Terror aus der Studentenbewegung gestellt werden.

Die lange Vorbemerkung war nötig, um den methodologischen Rahmen zu klären, in dem die Frage

9 Niklas Luhmann, Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie, Frankfurt am Main 1984.

Scanned by CamScanner

nach der Verortung der RAF in der Geschichte der Bundesrepublik behandelt werden soll: nämlich jenseits unbegriffener geschichtsphilosophischer Unterstellungen und im Blick auf den wirkungsgeschichtlichen Ort dieser vergangenen Zukunft.

Inversion oder Konstitution?

Was also war die RAF und was bedeutet sie für die Gestaltwerdung der Bundesrepublik? Mit dieser Fragestellung ist schon zweierlei klar: Es geht erstens nicht um die Psychologie der Täter dieses Terrors im Geiste von 1968, sondern um das Verstehen der »Wahlverwandtschaft« zwischen der RAF und der Bundesrepublik, die dem Terror eine gewisse Akzeptanz in einer bestimmten Milieuwelt verliehen und ihn überhaupt erst zu einem gesamtgesellschaftlichen Phänomen gemacht hat. Und zweitens folgt daraus, dass der Terror der RAF nicht als Inversion der ursprünglich guten, rationalen und freundlichen Bewegung von 68 zu begreifen ist, sondern einen Wesenskern dieses Phänomens darstellt.

Die Inversionsthese stammt von Michel Wieviorka[10] und erklärt die terroristische Verirrung aus dem Zerfall einer sozialen Bewegung. Zu Formen der Gewalttätigkeit kommt es nach dieser Auffassung nicht nur dann, wenn sich eine Splittergruppe von der Bewegung entfremdet und die ursprünglichen Vorstellungen von Aufbruch und Befreiung aufgibt. Die organisierte Praxis wahlloser und nicht wieder gutzumachender Gewalt muss vielmehr als Ersatz für eine Bewegung angesehen werden, die entweder nur noch in der Phantasie existiert oder nicht mehr in Einklang mit den mit ihr verbundenen Hoffnungen steht. Im Zustand des Verebbens lässt die Gewalt eine Bewegung ein letztes Mal aufscheinen.

Diese Sichtweise erhellt zweifellos die Dynamik des Umschlags von 1968 zur RAF. Sie macht deutlich, wie eine kleine Gruppierung gewaltbereiter Individuen sich das schlechte Gewissen der Bewegungsmasse zunutze macht, um sich als revolutionäre Fraktion, die mit letzter Entschiedenheit dem Impetus des Ursprungs treu bleibt, in Szene zu setzen. Die Mehrheit der Bewegten lehnt zwar die Gewalt dieser Minorität ab, aber es gelingt ihr nicht, einen Schnitt zu machen. Die »kritische Solidarität« zwingt sie ein ums andere Mal, als verständliche Reaktion innerhalb einer Eskalierungsspirale hinzustellen, was sich als bewusste Missachtung einer normalen Zivilität darstellt. Es war die »innerstaatliche Feinderklärung« der anderen Seite,[11] die die RAF in eine ausweglose Situation brachte, wo sie sich nur noch als Kombattantin in einem vorgestellten Weltbürgerkrieg verstehen und erklären konnte. Sich selbst sieht die Bewegungsmehrheit nicht in Verantwortung. Im Gegenteil: »Wenn die Linken im allgemeinen und die linken Theoretiker im besonderen für den Terrorismus verantwortlich sind, dann braucht die Gesellschaft in den Terroristen nicht mehr das Spiegelbild ihrer eigenen ungelösten Probleme zu erkennen, sie kann diese Probleme vielmehr auf ihre Kritiker abwälzen und dadurch zu lösen versuchen, daß sie die Kritiker zum Schweigen bringt.«[12]

Sosehr diese Beschreibung eines Verendens von 68 in der RAF einleuchtet, so unterschätzt sie doch die Linie, die aus dem Lebensgefühl und dem Denken von 68 mit einer gewissen inneren Konsequenz zum Terror im Namen der Revolution führt. Von Paul Veyne stammt die Bemerkung, dass 68 die letzte heiße Revolution und die erste coole Revolte des Westens gewesen sei.[13] Gemeint ist der Widerspruch zwischen dem klassischen, zumeist dem Marxismus entliehenen Begründungsvokabular und den irren Praktiken des Protests. Man wollte noch einmal eine Revolution der gesamten Lebensverhältnisse vom Zentrum bis zur Spitze, aber man liebte die Formen

10 Michel Wieviorka, The Making of Terrorism, Chicago 1993.
11 Peter Brückner / Alfred Krovoza, Staatsfeinde. Innerstaatliche Feinderklärung in der BRD, West-Berlin 1972.
12 So Albrecht Wellmer, Terrorismus und Gesellschaftskritik, in: Jürgen Habermas (Hg.), Stichworte zur »Geistigen Situation der Zeit«. 1. Band: Nation und Republik, Frankfurt am Main 1979, S. 265–293, der aus der »Solidarität mit Menschen, mit denen wir ein Stück gemeinsamer Geschichte – d. h. Erfahrungen, Intentionen und Verzweifelungen – einmal geteilt haben«, spricht, hier S. 290.
13 Paul Veyne, Aus der Geschichte, West-Berlin 1986, S. 32.

des revolutionären Karnevals. Es gab die esoterische Rede von Ableitungszusammenhängen, Ausbeutungsverhältnissen und Reproduktionslogiken, aber der Erfolg der Bewegung beruhte auf den neuartigen Techniken der gezielten Regelverletzung und der militanten Herausforderung. Es ging um die Ausbreitung einer anderen Macht, die nicht der traditionellen Aufmarschordnung gehorchte, sondern aus einem Durcheinander einzelner, zufälliger und lokaler Provokationen bestand. Deshalb konnte die »andere Seite« der Bewegung auch so schwer habhaft werden. Und zwar nicht nur praktisch auf der Straße, sondern auch theoretisch im Verständnis. Für antitotalitäre Denker wie Richard Löwenthal und Raymond Aron war das ganze Spektakel nur als »romantischer Rückfall«[14] oder als »revolutionärer Karneval«[15] zu erfassen. Damit hatten sie zwar manches gesehen, aber nichts verstanden.

Der damals schon ein paar Jahre ältere Karl Markus Michel erläuterte, dass die Aktionen der Studenten gegen das »sauber getrennte Gehege des bürgerlichen Lebens« gerichtet waren, wo es zwischen den Bereichen Arbeit, Politik, Kunst, Vergnügen und Wissenschaft nur Vermittlungen, aber keine Mischungen geben durfte, wenn das Ganze nicht zusammenstürzen sollte.[16] Die Bewegung wurde dadurch zur Bewegung, dass sie die überkommenen Einzäunungen einer sich modern und differenziert gebenden Gesellschaft über den Haufen warf. Um Luhmanns Argumente, selbst wenn sie sie vernommen hätten, hätten sie sich einfach nicht gekümmert. Außerparlamentarische Politik und antigeniale Kunst erschlossen Felder einer Praxis, die sich der Festlegung auf nur einen Schematismus entzog. Das war alles spielerisch inszeniert, aber blutig ernst gemeint.

Das antiautoritäre Bewusstsein war von Anfang an durchsetzt von Phantasmen des Terrors. Der Terror des Systems, insbesondere der USA, zwinge denen, die sich dagegen stellten, die Frage auf, »unter welchen gesellschaftlichen Unterdrückungssituationen Gewalt historisch legitim ist« – so kein anderer als Hans-Jürgen Krahl in den »Angaben zur Person« im Prozess wegen Rädelsführerei anlässlich von Protestaktionen gegen die Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 1968 an den Präsidenten der Republik Senegal Léopold Sédar Senghor.[17]

»Wir machen Bildungsprozesse durch«, so Krahl als Gefolgsmann einer der Melancholie abschwörenden und ins Politische gewendeten Kritischen Theorie, »die überhaupt erst Individualität wiederherstellen, und das, was Individualität ist, in einem emanzipativen Sinne rekonstruieren, indem wir uns im praktischen Kampf gegen dieses System zusammenschließen.«[18] Es ist ein Existenzbegriff der Individualität und ein Kampfbegriff der Praxis, die hier für den Begriff einer Emanzipation in Anschlag gebracht werden, die sich dem Bann in die Ruine des bürgerlichen Individuums, so Krahl mit Adorno gegen Adorno zu dessen Tod am 13. August 1968, entschlägt. Das antiautoritäre Bewusstsein, das in Krahl einen seiner entschlossensten und luzidesten Interpreten gefunden hatte, wollte nicht mehr das immer zu spät kommende Bewusstsein sein, das erst in der Dämmerung zu begreifen anfängt. Deshalb müsse die marxistische »Waffe der Kritik« durch die proletarische »Kritik der Waffen« ergänzt werden. Nur dann sei Kritik das theoretische Leben der Revolution.[19]

Diese Gedanken hatten eine Vorgeschichte, die in die 1950er Jahre zurückreicht. Die hat aber weniger mit dem politischen Marxismus als mit dem ästhetischen Situationismus zu tun. Im »Manifest« der Münchner *Gruppe Spur* vom November 1958 heißt es: »Die Verfremdung und Unterdrückung in der Gesellschaft können nicht – auch nicht im Detail – wieder in Ordnung gebracht werden, sondern nur im ganzen mit dieser Gesellschaft selbst verworfen werden. Jeder wirkliche Fortschritt ist offensichtlich mit der revolutionären Lösung der vielschichtigen Krise der Gegenwart verknüpft.«

Bei diesem Flugblatt handelt es sich um die Über-

14 Richard Löwenthal, Romantischer Rückfall, Stuttgart 1970.
15 Raymond Aron, Erkenntnis und Verantwortung. Lebenserinnerungen, München 1983, S. 333.
16 Karl Markus Michel, Ein Kranz für die Literatur. Fünf Variationen über eine These, in: *Kursbuch*, 4. Jg., 1968, Heft 15, S. 180.
17 Hans-Jürgen Krahl, Angaben zur Person, in: ders., Konstitution und Klassenkampf, Frankfurt am Main 1971, S. 19–30, 26.
18 Ebenda, S. 29.
19 Hans-Jürgen Krahl, Der politische Widerspruch der kritischen Theorie Adornos, in: ders., Konstitution und Klassenkampf, S. 285–288, 286.

Scanned by CamScanner

setzung einer zuerst auf Französisch geschriebenen Erklärung, die unter anderen von Guy Debord (Paris) und Asger Jorn (Dänemark) sowie von der *Gruppe Spur*, hinter der sich die Herren Helmut Sturm, Hans Peter Zimmer, Heimrad Prem, Lothar Fischer und Dieter Kunzelmann verbargen, unterzeichnet ist.[20] In solchen Texten, die als Einübungsliteratur für die Neue Linke bezeichnet werden können, sind bereits alle Motive und Schlagwörter beisammen, die später die Mobilisierung von 68 begleiteten. Die spätkapitalistische Gesellschaft, so in dem 1961 ebenfalls zuerst in französischer Sprache veröffentlichten »Elementarprogramm für den Unitären Urbanismus«, ist durch die »Reduktion« des gesamten sozialen Lebens aufs Schauspiel, durch das »erpresserische Geschwätz der Brauchbarkeit«, durch die »Organisation der Isolation« gekennzeichnet. Dagegen ist eine Aktion der »vollständigen Verneinung«, der »augenblicklichen« Veränderung, der »positiven Löcher« und der Beendigung der »Identifikation« vonnöten. Nur durch die Errichtung von »Basen für ein experimentelles Leben« kann der »Lüge im ganzen Leben« widerstanden werden. Wer nicht länger »auf falsche Weise ein verfälschtes Bewußtsein« befriedigen will, muss gezielte Leerstellen in den Rhythmus des ganzen Gesellschaft bringen.[21]

Krahls Leistung für die Legitimation der Bewegung bestand in der Übersetzung dieser Programmatik einer ästhetischen in die einer politischen Revolution. So wird die Straße, wo der »Wind des Eventuell weht« (André Breton), zum Ort eines asymmetrischen Kampfes, der eine »Bresche« ins System schlägt. Unter der Logik der »reellen Subsumtion« (Karl Marx) ist das Handeln der Durchschnittsmenschen zu einem Gehäuse geworden, aus dem nur der »acte gratuit«[22] einer reinen, direkten und durchschlagenden politischen Aktion herausführen kann. So wird, wie Krahl sagt, von einem spontanen Wir das Emanzipationsversprechen im politischen Kampf überhaupt erst eingelöst.[23]

Emanzipation oder Surrealismus?

Wie solche Sätze zu interpretieren seien, war auch unter wohlmeinenden Beobachtern der Bewegung heftig umstritten. So legten Karl Heinz Bohrer und Jürgen Habermas bereits Ende der 1960er Jahre sich diametral widersprechende Deutungen der sich vor ihren Augen abspielenden Ereignisse vor.[24] Erkannte Bohrer in den besten, das heißt anarchistischen, rigoristischen und nihilistischen Teilen von 1968 eine Renaissance surrealistischer Motive und Verhaltensweisen, zog Habermas den Trennstrich zwischen einer aktivistischen Minderheit und der Mehrheit der anderen, noch in ihrer Radikalität an Prinzipien des aufgeklärten Handelns festhaltenden Gruppe des aktiven Protests. Was für Habermas die gewissenlosen Handstreiche Einzelner waren, die man allenfalls als Verzweiflungs- und Frustrationshandlungen verstehen konnte, enthüllte für Bohrer das moderne kulturelle Urbild einer Explosion nach außen. Mit der surrealistischen Idee einer Kombination von Phantasie und Alltag kann man heraus aus dem panischen Idyll einer Wohlstands- und Anstandswelt, die sich bei der jüngeren Intelligenz als Gefühl innerweltlicher Ausweglosigkeit niedergeschlagen hatte. »Die Emanzipation der Gesellschaft von ihrer Intelligenz, weil alles in der Welt Revolution ist, so Mercier, wird in unserem Jahrhundert übertrumpft durch die Emanzipation der gesellschaftlichen Wirklichkeit von jeder kritischen Reflexion auf sie«, hatte Karl Markus Michel 1965 in seinem berühmten Aufsatz über die »Sprachlose Intelligenz« im *Kursbuch* geschrieben.[25] Die Aporie von heute sei die einer sprechenden, doch sprachlosen Intelligenz. »Alles ist schon einmal gesagt worden, aber nichts und nirgends wurde etwas begriffen«, so Ulrike Meinhof 1964 in ihrem Beitrag »Provinz und kleinkariert« für einen Band über die Ära Adenauer.[26] Davon konnte man sich surrealistisch emanzipieren, indem man einfach Schluss machte mit der gegebenen Wirklichkeit.

---

20 Richtlinien und Anschläge. Materialien zur Kritik der repressiven Gesellschaft, hrsg. von Albrecht Goeschel, München 1968, S. 8.

21 Ebenda, S. 15 f.

22 Zu diesem Begriff einer an Adorno geschulten Poesie der Politik Elisabeth Lenk, Ethik des Ästhetischen am Beispiel des »acte gratuit«, Bern 1991.

23 Krahl, Konstitution und Klassenkampf, S. 28.

24 Jürgen Habermas, Protestbewegung und Hochschulreform, Frankfurt am Main 1969, und Karl Heinz Bohrer, Die gefährdete Phantasie oder Surrealismus und Terror, München 1970.

25 Karl Markus Michel, Die sprachlose Intelligenz I, in: *Kursbuch*, 1. Jg., 1965, Heft 1, S. 73–119.

An diesem Impuls schieden sich die Geister. Begann für den Theoretiker des kommunikativen Handelns der Verfall mit jenen im Ansatz schon problematischen Provo-Praktiken, die am Ende den aufklärerischen Diskurs durch vorsätzlichen Irrationalismus dementierten, wurde für den Theoretiker der Plötzlichkeit die Sache trivial, als die selbsternannten Kulturrevolutionäre zur politischen Aktion übergingen und dabei auf den Marxismus als Anweisungslehre zurückgriffen. Rechnete Habermas mit der Möglichkeit, dass die grelle Protestbewegung in einer situationistischen Reizkultur verendete, die bestens mit dem Funktionalismus der gesellschaftlichen Apparate zusammenpasste, stand Bohrer schon die Entstehung eines linken *juste-milieu* vor Augen, das einer mittleren gesellschaftstheoretischen Aufgeklärtheit eine überlegene Haltung des Durchschauens versprach, die den Einzelnen nichts kostete, aber deshalb fürs Ganze auch nichts wert war.

So wie Habermas die Bewegung auf Emanzipation, wollte Bohrer sie auf Surrealismus verpflichten. Wo für den einen die Intensität der Gewalt als Regression erschien, stellte sich für den anderen Rationalität als laue Degeneration dar. Einig waren sich beide darin, dass etwas auf dem Spiel stand, dem man sich nicht einfach entziehen konnte. Im Manifest der *Gruppe Spur* vom 17. Mai 1960 war es schon gesagt: Man wollte aus der Nichtgeschichtlichkeit des alltäglichen Lebens heraustreten.[27]

Das Vermächtnis »illegaler Seelen«

Dieses Diktum muss man als Antwort auf eine bestimmte »geistige Situation der Zeit« verstehen. Das Abtauchen ins Alltägliche war die herrschende Haltung der maßgeblichen Intellektuellen der 1950er Jahre gewesen. Gottfried Benn z. B., dessen »Sound« heute als Ursprungsgeräusch des unwahrscheinlichen Gebildes der Bundesrepublik wieder gehört wird,[28] zitiert am 26. Juli 1950 in einem Brief an Margret Boveri eines seiner neueren Gedichte:

> »Ausdruckskrisen und Anfälle von Erotik –
> Das ist der Mensch von heute,
> das Innere ein Vakuum,
> die Kontinuität der Persönlichkeit
> wird gewahrt von den Anzügen,
> die bei gutem Stoff zehn Jahre halten.
>
> Der Rest Fragmente,
> halbe Laute.
> Melodieansätze aus Nachbarhäusern,
> Negerspirituals
> Oder Ave Maria.«[29]

Benn, der von sich selbst sagt, einst »groß gedacht« zu haben,[30] aber bald klein beigeben musste, taucht ins Banale ab und rettet sich nach 1945 in die Erwartungslosigkeit. In seinem für die frühe Bundesrepublik signifikant gewordenen »Pathos der Statik« verbindet sich das Bewusstsein vom blanken Irrsinn der Geschichte mit einer Haltung der Anpassung als Form der Distanz. Man versteht sich in der Fähigkeit, unendlich zu sinken und plötzlich wieder aufzutauchen. Der Alltag wird für Intellektuelle wie Benn, die der totalitären Versuchung erlegen sind, aber in Ansehung der »niederen Dämonen« (Ernst Nickisch) und des massenmörderischen »Zivilisationbruchs« (Dan Diner) ihren Irrtum eingestehen müssen, zu einem Reservat des Überlebens. Man überlässt sich der Zirkulation der Bundesrepublik, vernimmt das »Potpourri« geliehener Töne und setzt seine Worte »ohne jede Rücksicht auf Schulbuchfähigkeit«.[31] »Soll man aus sich eine alte Gazelle machen, wenn man

26 Ulrike Meinhof, Provinz und kleinkariert, in: Die Ära Adenauer. Einsichten und Ausblicke, Frankfurt am Main 1964, S. 106–112, S. 107.

27 Richtlinien und Anschläge, S. 9.

28 Symptomatologisch aufschlussreich in dieser Hinsicht Helmut Lethen, Der Sound der Väter. Gottfried Benn und seine Zeit, Berlin 2006. Dieses als Benn-Biografie nicht unbedingt überzeugende Buch kann als Beleg für den Benn'schen Subtext im deutschen Denken von 68 dienen.

29 Zit. n. ebenda, S. 265 f.

30 Siehe etwa seine Schrift »Kunst und Macht« von 1934, in: ders., Essays und Reden in der Fassung der Erstdrucke, hrsg. von Bruno Hillebrand, Frankfurt am Main 1984.

31 Ebenda, S. 285.

Scanned by CamScanner

ein junger Schakal war?« fragt Benn in seiner Nachkriegsschrift »Altern als Problem für Künstler« von 1954.[32]

Für diese Repräsentanten der Weimarer Generation mit ihrem »Zeitzerbrochenheitsempfinden«[33] ist der Alltag also alles andere als eine Zone der Ruhe und der Erleuchtung, vielmehr ein Feld unruhigen Streunens und melancholischer Verirrung. Was für die intellektuell hungrigen Jugendlichen der späten 1950er und frühen 1960er Jahre, die sich später als 68er-Generation aufwerfen, in Gestalt von Benn und seinesgleichen sichtbar wird, ist ein Sammelsurium »illegaler Seelen«,[34] die zu Gefangenen ihrer eigenen Täuschung geworden sind. Sie hatten in den 1930er Jahren den ganzen Ballast der bürgerlichen Gesellschaft abgeworfen und sich freigemacht von den »ungeheuren Komplikationen der verschuldeten Person«,[35] sie hatten sich zum Mangel an Versöhnung bekannt[36] und dem Ideal der absoluten Selbstlosigkeit gehuldigt und geisterten jetzt als »stoische Masken« durch das Abbruchunternehmen[37] des totalen Wiederaufbaus.

Für die junge Generation, der sich am Anfang der 1960er Jahre die »Kulturträgerproblematik« (Karl Mannheim) stellt, führen diese Intellektuellen in der »Stabilitätszäsur« der Bundesrepublik (Hans-Peter Schwarz[38]) eine Existenz in der Falle vor Augen. Friedrich Sieburg, als Stichwortgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* ein anderer »Phänotyp der Stunde«, macht sich in seinen »Selbstgesprächen auf Bundesebene« keine Illusionen über die Rolle der Intellektuellen. Sie sind »chiliastisches Spielzeug«[39] für die Mächtigen. Die zweifeln an ihrer Dauerhaftigkeit und erblicken paradoxerweise in dieser dauernden Furcht vor dem Untergang die beste Garantie für die Unbegrenztheit ihrer Existenz. Dafür brauchen sie nach Sieburgs Einschätzung die Intellektuellen. Die sollen die düstere Prognose liefern, aber sie dürfen sie nicht zu letzter Schlüssigkeit steigern. Denn die Mächtigen, die sich ungläubig an der Spitze sehen,[40] glauben zwar an den allgemeinen Untergang, sind aber fest davon überzeugt, dass sie ihn überleben werden.

Diese Situation erlaubt für die nachkommende Generation kein Neueinsetzen in der Weiterführung und keine Umorientierung im Fortgang. Aus der Falle führt nur der »Sprung ins Nichts«, jenseits der Skepsis liegt die Revolte. Das bedeutet: Abrechnung mit der eigenen Zeit, das Spiel mit dem Schrecken, den Anschlag aufs Ganze. Was klärt diese Deutung und was verdeckt sie?

Kleinbürgerlicher Putschismus

Im Vorfeld von 1968 verband sich das surrealistische Motiv mit dem Gefühl einer weltgesellschaftlichen Jetztzeit, aus dem sich das ansteckende Gefühl für einen gewalttätigen Durchbruch ergab. Die Zeitzeugen sprechen vom Erlebnis einer ungeheuren Gleichzeitigkeit des Geschehens. Es sei um eine Verbindung zwischen Berlin, Caracas, Paris, Berkeley, Tokio, aber auch Kassel, Enschede, Graz, Pisa gegangen. Es herrschte die Vorstellung eines globalen Endkampfes zwischen Revolution und Konterrevolution, wofür die Figur von Che Guevara stand. Eine Unmenge von Publikationen berichtete über eine neue, mächtige, bewaffnete Internationale, ein imaginäres Universum der Weltguerilla, von den *Black Panthers* über den palästinensischen Befreiungskampf bis hin nach Nordkorea.

Hinzu trat die nicht nur eingebildete Situation einer Wiederkehr des europäischen Bürgerkrieges:

---

32 Zit. n. Lethen, Der Sound der Väter, S. 261.

33 Ebenda, S. 243.

34 So Benn in einem Brief an den Herausgeber des *Merkur*, Hans Paeschke, vom 17. Juli 1952.

35 Walter Benjamin, Schicksal und Charakter, in: ders., Zur Kritik der Gewalt, Frankfurt am Main 1965, S. 76.

36 So Benn in »Der neue Staat und die Intellektuellen« von 1933, in: Essays und Reden, S. 464.

37 Diese Formulierung wählt Hans Magnus Enzensberger zur Kennzeichnung der von »Mittelmaß und Wahn« beherrschten Bundesrepublik.

38 Hans-Peter Schwarz, Die fünfziger Jahre als Epochenzäsur, in: Jürgen Heideking / Gerhard Hufnagel / Franz Knipping (Hg.), Wege in die Zeitgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Gerhard Schulz, Berlin / New York 1989, S. 473–496.

39 Friedrich Sieburg, Die Lust am Untergang. Selbstgespräche auf Bundesebene, Reinbek 1961, S. 14.

40 So die bekannte Deutung von Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965, S. 293 ff.

der Putsch der Obristen in Griechenland im April 1967 und das namentlich von Feltrinelli auf seinen vielen Fahrten mit seinem schwarzen Citroën DS durch Europa genährte Gefühl einer neofaschistischen Verschwörung in Italien. Man konnte offenbar in der Tat glauben, der Moment einer »Revolution im Weltsystem« (Immanuel Wallerstein[41]) sei gekommen. Es handelte sich um eine ungeheure Fülle antisystemischer Bewegungen, die zwar alle auf einen Punkt zuliefen, aber keine Einheit anstrebten. Eine globale revolutionäre Euphorie wollte mit allem Schluss machen: mit Rassismus, Sexismus und Militarismus. Am Ende sollte nicht die Herrschaft einer neuen Klasse, sondern die Befreiung des Individuums stehen.

So zielte 1968 auf den Umschlag von unbestimmten Erwartungen in militante, zielsetzende und Hemmungen überwindende direkte Aktionen. Als plötzlich muss man die Umstellung von Resignation auf Revolte bezeichnen, die mit einer Bereitschaft zum Wahn einherging.

So schrieb die eifrige Gefährtin Gudrun Ensslin in einem ihrer Briefe aus der Brandstifterhaft an Bernward Vesper, der sich um die öffentliche Unterstützung für die Angeklagten kümmern wollte: »Ich bin sehr neugierig auf Eure Pläne in bezug auf die Verhandlung; um die Solidarität allein zu uns zwei bzw. vier darfs nicht gehen; wenn wir einen Fehler gemacht haben, hätten/haben wir eben einen Fehler gemacht (ich sehe ihn nicht); was dem europäischen Kampf um den Sozialismus seit hundert Jahren fehlt, ist doch das ›wahnsinnige Element‹ – wir haben aber die Lektionen in Wahnsinn, Bolivien, oder Vietnam oder Kuba oder auch China oder selbst Oktober 1917, wie viele Aktionen Demonstrationen müssen nicht gescheitert, niedergeschlagen sein, bis eines Tages die Situation entsteht, in der der Kampf nicht mehr scheitert.«[42] In solchen Äußerungen wird der Wahnsinn zu einer positiven terroristischen Methode.

Zum Motiv der surrealistischen Tat-Träumerei passen auch die persönlichen Physiognomien Baaders und Meinhofs: von Baader, weil er alles aus sich gemacht hat, und von Meinhof, weil sie alles von sich verloren hat.

Baaders Talent kam offenbar aus seiner notorischen Asozialität.[43] Immer blieb alles im Situativen, Persönlichen und Mündlichen. Bei Baader, hieß es schon unter den Kids der Heimkampagne von 1969, war immer was los. Den berühmten weißen Mercedes 220 SE aus dieser Zeit hat er immer ohne Führerschein gefahren. Der Autonarr hatte gar keinen. Kohle auftreiben und Richtung vorgeben, das war seine Sache.

Daneben Ulrike Meinhof, wie sie einem aus dem Interview mit Helma Sanders vom Dezember 1969 vor Augen steht, im schwarzen T-Shirt, Goldrandbrille, blass, nervös, eine Zigarette nach der anderen rauchend, die langen braunen Haare immer wieder aus dem Gesicht streichend, über das Problem aller politisch arbeitenden Frauen redend: dass sie »mit ihren Kindern genauso hilflos dasitzen wie alle anderen Frauen auch«. Eine Frau, die sich in ihren Untergang hineinsuggeriert.

Nebeneinander gestellt haben wir bei Baader eine Logik der gelegenheitsorientierten Selbstverausgabung und bei Meinhof eine der gefühlsabhängigen Selbstzerstörung vor Augen.

Was das Motiv der surrealen Kehrtwendung allerdings verdeckt, ist das Deutsche und Kleinbürgerliche an der Terror- und Hasswelt der ersten RAF-Generation.

Deutsch ist der ganze Komplex aus Kulturpessimismus, Weltverneinung und Antisemitismus, wie er aus den Selbstzeugnissen insbesondere von Gudrun Ensslin und da vor allem aus ihrer Zeit mit Bernward Vesper deutlich wird. Deutsch ist die für die gesamte Bewegung charakteristische Fremdheit in der Bundesrepublik: die Ausrottung des Ohne-mich-Standpunkts, die Martin-Niemöller-hafte Frontstellung gegen die Wiederbewaffnung und Westintegration,

41 Immanuel Wallerstein, 1968 – Revolution im Weltsystem, in: Etienne François u. a., 1968 - ein europäisches Jahr?, Leipzig 1997, S. 19–36.

42 Gerd Koenen, Vesper, Ensslin, Baader. Urszenen des deutschen Terrorismus, Köln 2003, S. 168.

43 Karin Wieland, a., in: Wolfgang Kraushaar / Karin Wieland / Jan Philipp Reemtsma, Rudi Dutschke Andreas Baader und die RAF, Hamburg 2005.

Scanned by CamScanner

dieses Geistheilige und die durch Dostojewski vermittelte Identifikation mit den »Erniedrigten und Beleidigten«.

Dieses deutsche Seelen-, Kultur- und Dichtungsbewusstsein, das man bei Rudi Dutschke genauso findet wie bei Bernd Rabehl oder Wolfgang Lefèvre, mischt sich insbesondere bei Gudrun Ensslin mit einer kleinbürgerlichen Bildungsbeflissenheit. Baader ist »Ahab«, Holger Meins »Starbuck« – so wähnt man sich mit Melville auf der Suche nach dem »weißen Wal«.

Als spezifisch kleinbürgerlich ist auch der RAF-Jargon zu kennzeichnen: Mit seiner Mischung aus brutaler Direktheit und erhebendem Kunstvorbehalt; aus demonstrativer Unberührtheit angesichts der Opfer und moralischem Rigorismus des Auftrags. Man will mit den Verbrechen nicht nur Politik, sondern auch noch Kunst machen. Kleinbürgerlich ist die maßstabslose Kombination von Zynismus und Idealismus, aus der sich die Struktur einer authentischen Inauthentizität ergibt.

Daraus erklärt sich das beklemmende Ungeschick des Jargons der RAF, das Monströse und Pompöse seiner Rechtfertigungssprache. Die RAF verdeutlicht, wie die Bewegung von 1968 mit ihren leidenschaftlichen Impulsen nicht mehr zurechtkommt. Als die »politische Gelegenheitsstruktur«[44] vergeht, tritt der »Wahnsinn« der politischen Leidenschaft hervor. Denn das war der leidenschaftliche Kern von 1968: nicht allein die transzendentale Verunsicherung objektiver Gegebenheiten, sondern eine utopische, aufs Ganze gehende Veränderung unseres politisch-gesellschaftlichen Vorstellungsvermögens.

Die Geschichte der RAF in der Helmut-Schmidt-Ära der 1970er Jahre führte der bundesdeutschen Gesellschaft vor Augen, dass 1968 nicht nur eine Zäsur, sondern auch ein Trauma der Nachkriegsentwicklung darstellt. Wer in der Nachfolge des Nationalsozialismus aufs Ganze geht, endet im politischen Wahnsinn. Hinter der Bewegung zur »Systemveränderung« sind die putschistischen Phantasien wild gewordener Kleinbürger zu entdecken. Es ist nur zu verständlich, dass von dieser Art der politischen Leidenschaft niemand mehr etwas wissen wollte. So wurde dieses gewissermaßen zweite Kapitel in der Geschichte der Leidenschaften nach 1945 abgeschlossen: Nach der Leidenschaft der Sachlichkeit, die die Stabilisierung in den 1950er und frühen 1960er Jahren begleitet hatte, war die Leidenschaft der Weltveränderung in der Phase von Partizipation, Demokratie und sozialer Bewegung gekommen. Noch Willy Brandts Begriff der *compassion* hatte etwas davon. Aber deren Verenden im Terror ist bis heute unbegriffen geblieben.

Das Triebschicksal der Politik in der Bundesrepublik

Stellvertretend für die 68er-Generation haben Sprecher danach Abschied von ihrer politischen Leidenschaft genommen. Sie haben sich auf ihrem Weg in die Bundesrepublik zu den schärfsten Kritikern politischer Leidenschaftsbekundungen entwickelt. Man suchte Abstand zu Adorno und Anschluss an Popper oder Luhmann. Selbst der Neoliberalismus der 1980er Jahre ist in Deutschland keine Leidenschaft gewesen, am Ende nicht mal die »Revolution« der DDR. Darin, im Ausbleiben des patriotischen Taumels, könnte man glauben, hat sich das Leidenschaftsverbot für die politische Kultur der Bundesrepublik vollendet.

Aber was ginge uns mit der Vorstellung einer auf die öffentlichen Dinge bezogenen Leidenschaft verloren? Mit der Idee und dem Impuls der politischen Leidenschaft verbinden sich die Vorstellung und das Gefühl der Aktualität. Gemeint ist damit die Bereitschaft und die Fähigkeit, sich von der Jetztzeit affizieren zu lassen, sich den Inspirationen der Gegenwart zu öffnen. Leidenschaft käme aus dem Gefühl, in der eigenen Zeit zu leben – und zwar in einer Zeit, für die man als Zeitgenosse zur Verantwortung gezogen werden kann. Leidenschaft bedeutet, das Bestehende nicht als gegeben hinzunehmen, sondern als machbare und gemachte Wirklichkeit zu verstehen. Das wäre die Erbschaft der Zeit des Terrors aus dem Geist von 1968, die heute zumal den modernisierungstheoretischen Historikern unserer Jetztzeit so schwer verständlich ist.

44 Vgl. Sidney Tarrow, Kollektives Handeln und politische Gelegenheitsstruktur in Mobilisierungswellen: Theoretische Perspektiven, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 43. Jg., 1991, S. 647–670.

Jan Philipp Reemtsma

Was heißt »die Geschichte der RAF verstehen«?

Die Zwei: Hogefeld und Richter

In ihrem »Schlußwort der Angeklagten« vor der Urteilsverkündung hat sich die dann zu lebenslanger Haft verurteilte Birgit Hogefeld bei dem Psychoanalytiker Horst-Eberhard Richter für seine Bemühungen, ihre Lebensgeschichte zu verstehen, bedankt, auch wenn sie mit seinem Vokabular nichts anfangen könne: »Formulierungen wie ›paranoide Position‹ gehören nicht zu meiner Begriffswelt – und auch wenn ich H. E. Richters einseitige Zuweisungen für verkürzt halte – geben sie mir Impulse für ein Nachdenken über die Gründe für meine bzw. unsere lange Zeit eingeengte Denkweise und reduzierte Wahrnehmung der Welt.«[1] Dies ist ein informativer Sprechakt. Inhaltlich ist er merkwürdig. Man sollte meinen, dass jemand, dem solche Terminologie nicht geläufig ist, mit einer Charakterisierung à la »paranoide Position« nicht nur nichts anfangen kann, sondern zunächst einmal beleidigt ist. Aber: sie will darüber brav nachdenken. Sie nimmt Richters Angebot, sie verstehen zu wollen, an und dafür in Kauf, dass sie nicht weiß, was da eigentlich verstanden werden soll und wie.

Das kann sie darum tun, weil Richters Angebote an sie sehr weit gehen. Zwar billigt er natürlich weder die Verbrechen der RAF, noch idealisiert er auf den ersten Blick Hogefelds Lebenslauf, aber er übernimmt ihre Selbstdeutung weitgehend. Er macht deutlich, dass er bereit ist, Hogefeld so zu verstehen, wie sie das Gericht bittet, sie zu verstehen, und dass er bereit ist, über den Rest hinwegzusehen. Hogefeld sagt mit ihrem ansonsten nichtssagenden Satz eines: Sie erkennt Horst-Eberhard als ihren wahren Richter an, und der hat gleichsam versprochen, Gnade walten zu lassen, solange sie sich seiner Formulierungshoheit beugt.

Die Texte stehen in der »edition psychosozial« – vier Texte: Richter, Hogefeld, Richter, Hogefeld. Der erste Text Richters ist überschrieben mit »Birgit Hogefelds Versuch, die eigene Geschichte und diejenige der RAF zu verstehen«. Er formuliert die Vorab-Deutungen des folgenden Hogefeld-Textes »Zur Geschichte der RAF« und Prämissen für den gemeinsamen Blick auf diese Geschichte: »Birgit Hogefeld gibt ausführlich autobiographisch darüber Auskunft, wie sie das Verschweigen der Nazi-Schuld in ihrer Familie erlebte, wie sie sich von den Eltern abgrenzte, wie sie innerhalb der 68er-Bewegung zunächst zu sozialem Engagement für türkische Kinder und selbstorganisierte Jugendliche gelangte, bis sie über die ›Rote Hilfe‹ schließlich Anschluß an die RAF fand [...] Das Unheimliche liegt eben darin, daß diese Menschen eben ursprünglich keine verrückten Sonderlinge waren, sondern unauffällige Jugendliche [...] Sie nahmen wie zigtausend andere an den 68er Protesten teil, die ihnen als Vermächtnis der Nazi-Opfer auferlegt schienen [...] Warum schlug bei diesen die Identifizierung mit den Opfern der Nazi-Verbrechen und der Napalm-Bombardements

1 Birgit Hogefeld, »Vieles in der Geschichte ist als Irrweg anzusehen«. Das Schlußwort der Angeklagten, in: Carlchristian von Braunmühl u. a., Versuche, die Geschichte der RAF zu verstehen. Das Beispiel Birgit Hogefeld, Gießen 1996, S. 143.

Scanned by CamScanner

in Vietnam in eigene eskalierende Militanz um?«[2] Wie konnte es dazu kommen?, fragt auch Hogefeld: »Wie konnte es dazu kommen, daß Menschen, die aufgestanden waren, um für eine gerechte und menschliche Welt zu kämpfen, sich so weit von ihren ursprünglichen Idealen entfernten?«[3] Und ihre Antwort ist ungefähr dieselbe, die Richter schon andeutet: »Daß das so ist, hat seine Gründe in der gesellschaftlichen Situation, aber auch in der Geschichte dieses Landes, in deren Schatten wir aufgewachsen sind.«[4] Hogefeld zitiert dann aus einem Brief, in dem von ihrer Kindheit in einem Dorf die Rede ist, das in der Nähe eines Kriegsgefangenenlagers und der Mordanstalt Hadamar lag, und davon, dass diese Orte auch im Nachkriegsgespräch, wenn auch im geflüsterten, präsent waren. Sie sehe, so Richter in seinem zweiten Text, »20 Jahre mit der RAF«, »die Last, die ihr durch das Verschweigen der Älteren aufgebürdet wurde, als prägend für ihr gesamtes Leben an«.[5]

In diesem scheinbar aus Hogefelds Erinnerungen gezogenen Verständnisangebot an sie und die richtende Umwelt liegt Horst-Eberhard Richters Anspruch auf Deutungshoheit. Gewiss, es sei nicht sicher, aber doch »gut möglich, daß diese Frau einen ganz anderen Weg gegangen wäre, hätte sie in ihrem Dorf und zuhause eine offene Auseinandersetzung darüber erlebt, was in Hadamar mit den Behinderten geschehen war und was man dort hatte geschehen lassen«.[6] Zweifellos ist das möglich. Sicher ist aber, dass Hogefeld von einer Last, die ihr durch das Verschweigen der Älteren aufgebürdet wurde, nicht spricht, geschweige denn, dass sie sie als prägend für ihr gesamtes Leben ansähe. Im Gegenteil: Sie wundert sich, wie wenig das, was sie da bemerkt hat (oder nachträglich zu haben glaubt), einen Einfluss auf ihre Weltsicht gehabt habe.[7] Das muss ihr Richter nicht glauben, aber wenn er es nicht tut, muss er Gründe dafür angeben. Er tut aber so, als referiere er bloß Hogefelds Erinnerungen. Gemeinsamer Dienst am Klischee »68 und die Nazivergangenheit«.

Gleichfalls klischiert ist, was Hogefeld und Richter über die angeblich mentalitätsgenerierende Wirkung mancher Bilder sagen – Hogefeld: »Das Bild des toten Holger Meins werden die meisten, die es kennen, ihr Leben lang nicht vergessen – sicher auch deshalb, weil dieser ausgemergelte Mensch so viel Ähnlichkeit mit KZ-Häftlingen, mit den Toten von Auschwitz hat [...] bei diesen Bildern haben sich solche Assoziationen aufgedrängt«;[8] Richter: »Die Brücke zwischen Bildern der Auschwitz-Opfer [...] und des verhungerten Holger Meins markiert die assoziative Verbindung zwischen Nazi-Greueln [...] und dem Haft-Elend der RAF-Gefangenen.«[9] Das assoziiert man, wenn man die Parallele vorher bereits gezogen hat. Wenn nicht, erinnert das bärtige Gesicht von Meins an alles mögliche, nur nicht an ein KZ-Opfer. Hogefeld wie Richter stellen eine in legitimatorischer Absicht behauptete Ähnlichkeit als ebenso notwendig wie absichtslos hin.

Hogefeld und Richter stimmen ferner im Verständnis der Geschichte der RAF insofern überein, als sie der Selbstisolierung der Gruppe gegenüber der übrigen weniger bis gar nicht militanten Linken der Bundesrepublik Deutschland großes Gewicht beimessen und für eine beklagenswerte Entwicklung halten, die auch anders hätte verlaufen können und dann andere Folgen gehabt hätte. In Hogefelds Andeutungen, wie denn eine solche größere Nähe bei Beibehaltung der auf Mord, Raub und Erpressung ausgerichteten Aktivitäten der RAF hätte aussehen können, findet sich natürlich nichts Konkretes, denn eine solche Vorstellung ist ein wenigstens ebenso großes Phantasma wie die Idee der RAF gewesen war, ihre Verbrechen hätten die Massen begeistern

---

2 Horst-Eberhard Richter, Birgit Hogefelds Versuch, die eigene Geschichte und diejenige der RAF zu begreifen, in: ebenda, S. 15 ff.

3 Birgit Hogefeld, Zur Geschichte der RAF, in: ebenda, S. 23.

4 Ebenda, S. 26.

5 Horst-Eberhard Richter, 20 Jahre mit der RAF, in: ebenda, S. 66.

6 Ebenda, S. 66.

7 »Gerade vor dem Hintergrund solcher Erfahrungen ist es heute schwer nachvollziehbar, daß wir genauso wie andere linke Zusammenhänge zu einem Faschismusbegriff kommen konnten, in dem Faschismus in erster Linie als über der Gesellschaft stehende, den Kapitalinteressen dienende Herrschaftsstruktur gesehen wurde. Dabei hätten doch gerade wir das aus unserem eigenen Leben besser wissen können.« (Hogefeld, Geschichte der RAF, S. 28)

8 Ebenda, S. 32.

9 Richter, 20 Jahre mit der RAF, S. 60.

können. Eine RAF, die Teil der nicht mordenden Linken gewesen wäre, wäre nicht die RAF gewesen, und die RAF wurde nicht gewalttätig, weil sie isoliert war, sondern isolierte sich, weil sie anfing, Bomben zu legen und Menschen zu töten. Die Möglichkeit, dass die RAF andere Ziele hätte verfolgen können, dann also auch nicht mehr dem Namensprogramm einer bewaffneten Avantgarde im Klassenkampf gefolgt wäre, kurz: einfach gar nicht dagewesen wäre, erwägt sie nicht, denn dann gäbe es auch nichts mehr zu sagen. Für Richter ist die Selbstisolierung der RAF ein »Lehrbuchfall einer ans Psychotische grenzenden Gruppenpathologie«, die er wie folgt beschreibt: »Eine leidenschaftliche masochistische Identifizierung mit den Opfern von Unterdrückung und Gewalt verwandelt die Welt in ein einziges Verfolgungsszenario. Am Anfang melden sich Impulse zu helfen, zu retten und zu heilen – deshalb Unterstützung von verelendeten gesellschaftlichen Randgruppen, dann Umschlag von unerträglichen Ohnmachtsgefühlen in eine Eruption von Haß und archaischen Racheimpulsen, die als revolutionäre Befreiungsbewegung rationalisiert werden [...] Das persönliche Gewissen der einzelnen, das zu Beginn in leidenschaftlicher Anteilnahme am Schicksal der Elenden und der sozial Ausgegrenzten deutlich wurde, geht in der Rigidität der Gruppenideologie auf und erscheint nun in der Perversion als unerbittlicher Zwang zum mörderischen Kampf gegen die dämonisierten Spitzen des Systems.«[10] – Auch diese Beschreibung deckt sich nicht ganz mit Hogefelds Selbstbeschreibung, denn Hogefeld spricht nur von einem ziemlich beliebigen Hin und Her zwischen der Arbeit in »selbstverwalteten Jugendzentren«, in »sozialen Brennpunkten« mit »überwiegend türkischen Kids«, dem Einsatz für Schülermitverwaltung, der Teilnahme an Fahrpreisdemos und dem Interesse für den Hungerstreik inhaftierter Mitglieder der RAF, kurz: einer diffusen Haltung des »irgendwas machen«. Hogefeld betont die Bedeutung, die der Tod von Holger Meins für sie gehabt habe, aber ebenso, dass »es von Anfang an eine weitgehende Zustimmung zur Politik der RAF« gegeben habe:[11] »Dann der Mord an Ulrike Meinhof«, fährt sie in ihrem Text von 1995 fort, »das war alles vorauszusehen«,[12] und auch die Selbstmorde von Stammheim gelten ihr weiterhin als Morde.[13] Was es eigentlich für Hogefelds Versuch, sich selbst und die Geschichte der RAF zu verstehen, heißt, dass sie immer noch innerhalb jenes Weltbilds agiert, das Richter als »paranoid« kennzeichnet, ist für den Deuter kein Problem – wohl aber für denjenigen, der seinerseits den Deutungsprozess verstehen will: Ist die Verführungskraft durch das Versprechen, Verständnis zu haben, so groß, dass die Kennzeichnung »paranoid« ohne erkennbare Anzeichen von Kränkung hingenommen wird, so ist andererseits auch die Verführungskraft durch das Angebot, Kronzeugin für das Weltbild Richters zu sein, groß genug, dass er die Kennzeichnung »paranoid« einfach vergisst, als bedeute sie nichts für die Bewertung der Quelle, aus der das zu deutende Material stammt.[14]

Besonders irritierend wird diese Nähe von Deuter und Gedeuteter, Verstehendem und Verstandener, wenn es um die Bewertung von Verbrechen der RAF geht. Hogefeld spricht von der Ermordung von Edward Pimental, wobei sie das Wort »Mord« nicht sagen kann: Sie halte »die Erschießung des US-Soldaten für eine der schlimmsten Fehlentscheidungen in der RAF-Geschichte. Eine solche Aktion: 1985 hier einen einfachen GI der US-Armee zu erschießen, um an dessen Ausweis zu kommen, ist mit revolutionärer Moral und revolutionären Zielen nicht vereinbar.«[15] Man könnte fragen: warum eigentlich nicht? Die Erklärung der RAF vom 25. August 1985 begründet recht genau, warum »eine solche Aktion« sehr wohl mit der Art revolutionärer Moral, für die die RAF stand, vereinbar ist,[16] und Hogefeld macht nicht klar, was sie gegen eine solche Rechtfertigung einzuwen-

10 Ebenda, S. 67.
11 Hogefeld, Zur Geschichte der RAF, S. 33.
12 Ebenda.
13 Vgl. ebenda, S. 41.
14 »[...] es ist ja auch eine Tatsache, daß durch unseren Kampf vieles davon an die Oberfläche befördert worden ist – Mord an Gefangenen, Ausnahmezustand, Killfahndung, 1977 die Forderung von führenden Politikern während der Schleyer-Entführung, Gefangene in einer öffentlichen Inszenierung hinzurichten.« (Ebenda, S. 40)
15 Ebenda, S. 22.
16 »Wir haben Edward Pimental erschossen, den Spezialisten für Flugabwehr, Freiwilliger bei der US-Army und seit drei Monaten in der BRD, der seinen früheren Job an den Nagel ge-

Scanned by CamScanner

den hätte. Gleichwohl dissentiert sie, und auch Richter hebt das hervor: »Zu einem zentralen Kritikpunkt macht Birgit Hogefeld [...] die Erschießung des US-Soldaten Edward Pimental. Einleuchtend ist ihre Weigerung, in dieser Tat nur einen ›politischen Unfall‹ zu erblicken. Vielmehr symbolisiert dieses Ereignis für sie die volle Absurdität der ›Denklogik‹, der die RAF Mitte der 80er Jahre anheimgefallen war. Den letzten Anschein der Verfolgung irgendeines positiven politischen Ziels eliminierte ein Mord, der zur bloßen Beschaffung eines Personal-Ausweises dienen sollte. Es war der Tiefpunkt einer Strategie der Menschenverachtung und geradezu ein Lehrbuchbeispiel für die Verinnerlichung einer Barbarei, gegen die man ursprünglich hatte zu Felde ziehen wollen.«[17]

Mit dem letzten Satz übernimmt Richter Hogefelds Bewertung. Das ist darum so besonders irritierend, weil Hogefeld zuvor die Ermordung Hanns-Martin Schleyers explizit nicht erwähnt und die Entführung der Lufthansa-Maschine »Landshut«, zwar als »Fehler« bezeichnet, doch ausdrücklich anders, als Resultat schlimmer Umstände, gewertet wissen will: »den Soldaten wegen des Ausweises zu erschießen, drückt ein rein funktionales Verhältnis aus, degradiert diesen Menschen zum Objekt; ähnlich war es 1977 bei der Entführung der Lufthansamaschine. Auch da waren Menschen, Mallorca-Urlauber, zum Objekt gemacht worden. Aber 1977 wurde in einer Zwangssituation gehandelt: Schleyer war entführt, und die Bundesregierung lehnte die Freilassung der Gefangenen ab und setzte auf einen Fahndungserfolg. Das war der Rahmen, in dem damals die Entscheidung für die Flugzeugentführung getroffen worden war. [...] Eine ähnliche Zwangssituation hat es 1985 [...] nicht gegeben.«[18]

Was verblüfft, ist, dass Richter keinerlei Mühe darauf verwendet, zu thematisieren, dass Hogefeld – deren Versuch, die Geschichte der RAF zu verstehen, doch für ihn einzig aus dem Umstand heraus Gewicht bekommt, dass sie dieselbe Frage an diese Geschichte stellt, die er selbst stellt: wie es nämlich komme, dass einer nicht nur seine Ideale verrate, sondern jene Barbarei lebe, gegen die er einst seine Ideale gebildet habe – unverdrossen die anderen Mordtaten der RAF durch seine Formulierungen bagatellisiert.[19] Es verblüfft, dass Richter keinerlei Mühe darauf verwendet, zu fragen, wie es komme, dass Hogefeld zwar einen einzigen Mord, der auch bei ihm selbst militärtechnisch »Erschießung« genannt wird, kritisiert, insgesamt aber nach wie vor jene Barbarei, die zu verstehen ihr Text angeblich so bedeutendes Material liefere, vollständig verinnerlicht hat. Was bindet Horst-Eberhard Richter so sehr an das Objekt seines Verstehens, dass er die Haltung, aus der die Texte Hogefelds geschrieben sind, in so großem Maße verleugnen kann – dass seine Empathie sich unbewusst sogar auf den kruden Mangel an Empathie erstreckt, der sich in Ausdrücken wie »Erschießung« zeigt und dem Bedauern, man habe die Passagiere der »Landshut« als »Objekte« behandelt, und nicht: man habe sie, die eben keine Objekte waren und vor allem nicht als solche behandelt wurden, sondern als quälbare Subjekte, tagelang geschunden? Der Befund ist zu unangenehm, auch ethisch nicht neutralisierbar, als dass es erlaubt wäre, ihn auf die Formel von der *folie à deux* des alten Mannes mit der nicht mehr, aber doch vergleichsweise jungen Frau zu bringen – oder auf die vom anderen, besseren, Vater und der verlorenen Tochter, über die mehr Freude ist als über tausend Gerechte. Was die Gemeinsamkeit stiftet, ist

---

hängt hat, weil er schneller und lockerer Kohle machen wollte, weil wir seine ID-Card gebraucht haben, um auf die Air-Base zu fahren. Für uns sind die US-Soldaten in der BRD nicht Täter und Opfer zugleich, wir haben nicht diesen verklärten, sozialarbeiterischen Blick auf sie [...] alle müssen begreifen, daß Krieg ist – und sich entscheiden.« (Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF [o. Hg.], Berlin 1997, S. 344 f.)

17 Richter, 20 Jahre mit der RAF, S. 65.

18 Hogefeld, Zur Geschichte der RAF, S. 23 f.

19 Ohne Kenntnis des hier abgedruckten, am 16. September 2004 auf der Tagung »Das Phänomen der RAF« in der Evangelischen Akademie Arnoldshain gehaltenen Vortrags, aber in Antwort auf ein anlässlich dieses Vortrags gegebenes Interview mit der *tageszeitung* vom 16./17. Oktober hat Horst-Eberhard Richter meiner Interpretation der RAF und seiner Haltung gegenüber der Selbstdarstellung von Birgit Hogefeld – oder dem, was er meinte, dafür halten zu müssen – widersprochen. Wer sich ein diesbezüglich eigenes Bild machen möchte, sei auf die Quelle verwiesen: Horst-Eberhard Richter, Was bedeutet es, die RAF zu verstehen?, *die tageszeitung* vom 27. Oktober 2004.

das alles vielleicht auch, aber vor allem ist es wohl ein *gemeinsames Verleugnen* – und eine verleugnete Gemeinsamkeit im Verleugnen – der *Macht*.

Von »unerträglichen Ohnmachtsgefühlen«[20] spricht Richter und von dem »autodestruktiven Zirkel: Gewaltakt – Erfahrung von Ohnmacht – noch radikalere Militanz – zusätzliche Selbstisolierung«.[21] Von »Ohnmacht« als entscheidender Erfahrung redet Hogefeld bezeichnenderweise nicht, sondern stets davon, dass die anderen, vor allem »der Staatsapparat«, sie und ihresgleichen nicht so gelassen hätten, wie sie gewollt hätten. Dass eine Verbindung von »Stadtguerilla und Basisarbeit« nicht möglich gewesen sei, habe an dem »hochgepuschten Apparat der politischen Polizei«[22] gelegen – nun ja, man kann es so formulieren: Wenn der Polizeiapparat die RAF in Ruhe gelassen hätte, könnte sie heute noch stadtteilbezogen Bomben legen und Geiseln nehmen. Vor allem aber sind es die Verhältnisse schlechthin: »ich konnte hier nicht leben«[23] – die »Sinnentleerung und Verknüpfung des Lebensinhalts mit materiellen Werten und Konsum«,[24] eine »Grundhaltung von großen Teilen der Gesellschaft und genauso von der Staatsseite aus [...], die für andere Vorstellungen, Utopien und Lebensformen keinen Raum läßt«[25] – oder, bezeichnend in der Kuriosität der Formulierung: »Für jedes Ausbrechen aus dieser dumpfen Enge gab es innerhalb dieser Gesellschaft keinen Platz«[26] – schließlich, von Horst-Eberhard Richter wörtlich zitiert: »eine Jugend, die das Leben, das ihr vorgegeben und aufgezwungen werden soll, radikal ablehnt und nach neuen Orientierungen sucht, die anfängt, Lebensvorstellungen zu leben, bei denen die Menschen und ihre Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen anstatt Geld, Konsum, Karriere und Konkurrenz, eine solche Jugend sollte es hier nicht geben«.[27] Hogefeld spricht nicht von Zielen und Ohnmachtserfahrungen bei dem Versuch, sie zu realisieren, sondern von einer Lebenshaltung, die das Wir-oder-Sie als Prämisse setzt, aber gleichwohl den Anspruch vor sich her trägt, dieser kompromisslosen Abgrenzung wegen anerkannt und geliebt zu werden. Wenn das nicht der Fall ist, sind die anderen schuld.

Da Richter die Erfahrungen der Mitglieder der RAF umstandslos als Ohnmachtserfahrungen deutet, können ihm Erfahrungen der Macht nicht in den Blick geraten, oder anders: weil er diese nicht sehen will, deutet er im Dienste solcher Abwehr. Was bedeutet es denn, wenn ein Mensch so durch die Gegend läuft wie Hogefeld: eine geladene Pistole im Hosenbund, zwei Austauschmagazine sowie weitere 26 Schuss in loser Form bei sich tragend?[28] Ohnmacht kaum; allenfalls erfolgreich und drastisch kompensierte. Was haben denn die Aktionen der RAF mit Ohnmachtserfahrungen zu tun? Was war das Ziel im Fall Pimental? Einen US-Soldaten zu ermorden. Das gelang. Seinen Ausweis zu beschaffen. Das gelang. Auf das Gelände des Stützpunkts zu gelangen, um dort eine Bombe zu zünden. Das gelang. Diese Folge von Mord und Destruktion war eine Erfolgsserie, und die Erklärungen der RAF spiegeln die Empfindungen von Macht und Erfolg: »Wir haben heute mit dem Kommando George Jackson die Rhein-Main-Air-Base angegriffen [...] Die Rhein-Main-Air-Base – größter Militärfrachtflughafen der US-Streitkräfte außerhalb der USA – ist eine Drehscheibe für Kriege in der 3. Welt von Westeuropa aus [...] ›Niemals vor der ungeheuren Dimension der eigenen Ziele zurückschrecken!‹ [...] Für die Weltrevolution! RAF & Action Directe.«[29] Und was war es denn anders als eine *Demonstration von Macht*, als die RAF durch die Entführung Hanns-Martin Schleyers die Bundesregierung zwang, den »Großen Krisenstab« einzuberufen – »Wir gehen davon aus, daß Schmidt, nachdem er in Stockholm demonstriert hat, wie schnell er seine Entscheidungen fällt, sich bemühen wird, sein Verhältnis zu diesem fetten Magnaten der nationalen Wirtschaftscreme ebenso schnell zu klären«[30] –, was war es denn anderes als *triumphale Machtausübung*, den Repräsentanten des

20 Richter, 20 Jahre mit der RAF, S. 67.
21 Ebenda, S. 65.
22 Hogefeld, Zur Geschichte der RAF, S. 25.
23 Ebenda, S. 33.
24 Ebenda, S. 27.
25 Ebenda, S. 34.
26 Ebenda, S. 33.
27 Ebenda, S. 34.
28 Klaus Pflieger, Die Rote Armee Fraktion – RAF – 14. 5. 1970 bis 20. 4. 1998, Baden-Baden 2004, S. 174.
29 ID-Verlag (Hg.), Die Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien, Berlin 1997, S. 342 ff.
30 Ebenda, S. 271.

Scanned by CamScanner

westdeutschen Kapitalismus schlechthin als »Spindy« titulieren und in einen Schrank sperren, in Kofferräumen und Wäschekörben herumkutschieren, seine Verzweiflung auf Video aufnehmen und ihn schließlich nach Gutdünken ermorden zu können: »Wir haben nach 43 Tagen Hanns-Martin Schleyers klägliche und korrupte Existenz beendet. Herr Schmidt [...] kann ihn in der Rue Charles Peguy in Mulhouse in einem grünen Audi 100 mit Bad Homburger Kennzeichen abholen.«[31] RAF – das bedeutet nicht eine Kette von Ohnmachtserfahrungen, die zu weiteren Radikalisierungen führte, sondern *eine Lebensform, die Machterfahrungen mit sich brachte wie keine andere*; Machterfahrungen, an denen teilhaben konnte, wer sich, nicht »mit den Zielen« der RAF, sondern mit der »*Lebensform* RAF«, wie sie Hogefeld benennt: »Zustimmung zu der Radikalität des Bruchs und der Negation«,[32] identifizierte. *Ein »Verstehen der Geschichte der RAF« muss darin bestehen, diese Lebensform zu verstehen*, eine Lebensform, die der RAF-Aussteiger Volker Speitel so charakterisiert hat: »Der Eintritt in die Gruppe, das Aufsaugen ihrer Norm und die Knarre am Gürtel entwickeln ihn dann schon, den ›neuen‹ Menschen. Er ist Herr über Leben und Tod geworden, bestimmt, was gut und böse ist, nimmt sich, was er braucht und von wem er es will; er ist Richter, Diktator und Gott in einer Person – wenn auch für den Preis, daß er es nur für kurze Zeit sein kann.«[33]

Richter offeriert Verständnis für Hogefelds Geschichte, indem er den Kern dieser Geschichte – Macht und Triumph – verleugnet. Täte er das nicht, die Geste des Verständnisvollen, der das Problem in der Wahl der falschen und unmoralischen Mittel für einen eigentlich moralischen Zweck sieht, wäre ihm unmöglich. Hogefeld ihrerseits räumt Richter Deutungsmacht über ihr Leben und die Geschichte der RAF ein: statt »in die Hände der Bundesanwaltschaft« soll in seine Hände »die Geschichtsschreibung über unsere Politik der 70er und 80er Jahre« gelegt werden.[34] Symbolisch kann er so über die Macht der RAF triumphieren – so siegt das bessere Deutschland der Friedensbewegung zugleich mit über das Helmut Schmidts und Hanns-Martin Schleyers.

Handlungsanalyse; Zwecke, Mittel etc.

Die Redeweise von den durch die Mittelwahl verfehlten Idealen geht davon aus, dass man bei der Analyse von Handlungen Ziele von Mitteln zu ihrer Erreichung unterscheiden könne. Das kann man auch – unter Umständen. Auf der Hand scheint eine solche Aufteilung in zwei Handlungsaspekte dort zu liegen, wo es um strategisches Handeln geht. Aber auch bei strategischem Handeln trifft man selten auf Zwecke, die unabhängig von ihren Mitteln sind, und Mittel, die dem, der sie wählt, so sehr nur Mittel sind, dass ein äquivalentes (gleich effektives und moralisch gleichermaßen akzeptables) ohne zu zögern ergriffen würde. Wer von A nach B will, nimmt – schon beim »meist« zögert man ja, sagen wir also: oft das schnellere Verkehrsmittel, doch (selbst alle Zusatzbenutzung wie Lesen, Schreiben, Essen, Schlafen beiseite gestellt) gibt es nicht das Moment des »Ich fahre ganz gern Bahn« oder »Ich hasse die Bundesbahn«? Wer kocht, will oft nicht nur ein Essen pünktlich fertig haben, sondern auch kochen; wer im Bundestag redet, will nicht nur die Gesetzesvorlage durchbringen (und sich einen Namen machen, sich für den Ausschuss empfehlen, im Fernsehen vorkommen), sondern, wenn er dies gut tun will, muss er es mögen oder zu mögen lernen. Natürlich: der Chirurg, der die Aderpresse anlegt, »will« nichts weiter als die Blutung stoppen, aber der Patient sollte darauf vertrauen können, dass er solchen Tätigkeiten etwas abgewinnt, denn nur der Chirurg arbeitet sorgfältig genug, dem es nicht nur nichts ausmacht, mit Gummihandschuhen in einem aufgeschnittenen, blutenden Körper herumzuhantieren, sondern der unter diesen Umständen auch noch gerne filigrane Tätigkeiten vollbringt. Viele Tätigkeiten muss man mögen, damit sie gelingen; viele Tätigkeiten werden gewählt, weil man

31 Ebenda, S. 273.
32 Hogefeld, Zur Geschichte der RAF, S. 33.
33 Volker Speitel, »Wir wollten alles und gleichzeitig nichts«. Ex-Terrorist Volker Speitel über seine Erfahrungen in der westdeutschen Stadtguerilla, *Der Spiegel* vom 11. August 1980, 34. Jg., Nr. 33, S. 30–36, hier S. 36.
34 Hogefeld, Zur Geschichte der RAF, S. 20.

sie mag, nicht weil man ihre Ergebnisse will. Das gilt zum Beispiel für die meisten Berufe, sofern sie denn gewählt sind.

Wann interessieren wir uns für eine Handlungsbetrachtung, die nach Zwecken und Mitteln sortiert? Ein Beispiel: Ein Chirurg wird gefragt, warum er so und nicht so geschnitten habe, und er wird antworten: weil ich das-und-das erreichen wollte und es mir unter den gegebenen Umständen das Beste schien. Niemand wird diese Art der Rechtfertigung aus methodischen Gründen bestreiten wollen. Das liegt aber nicht daran, dass man diese Handlung nicht auch anders beschreiben könnte, sondern am Beschreibungszweck: es geht darum, die Handlung in bestimmter Hinsicht zu beurteilen und darum, die Handlungsaspekte hervorzuheben, die dafür relevant sind. Wir wollen wissen, ob er professionell gearbeitet hat. Wir unterstellen den Handlungszweck der optimalen Patientenversorgung und prüfen die Qualität der dafür eingesetzten Mittel.

Wenn eines dieser Mittel in Frage gestellt werden kann, so ergeben sich Zusatzfragen: Hat der Chirurg sich bloß geirrt (im Rahmen des Zulässigen)? Hat er geschlampt? Ist er falsch informiert worden (Fehler bei der Anamnese)? Und so weiter. Alle diese Fragen stehen unter der nicht in Frage gestellten Grundannahme des Oberzwecks der optimalen Versorgung des Patienten. Erst dann, wenn irgendetwas im Frage-Antwort-Spiel der Untersuchung gravierend aus den Fugen gerät, ist es erlaubt, zu fragen, ob eigentlich alle Beteiligten diesen Zweck auch wirklich verfolgt haben. Etwa: Ein solcher Fehler passt gar nicht zu ihm! Oder: Alles andere hat er doch perfekt durchgeführt! Hier ändert sich die Art der Handlungsbetrachtung: es wird ein Bild des Handelnden entworfen, wie es sich in diesem Falle darstellt, und mit dem Bild verglichen, das man sich bisher von ihm gemacht hat. Man fragt nicht mehr, ob er ein taugliches Mittel zu einem gebilligten Zweck verwendet hat, sondern: Was für ein Chirurg (respektive Mensch) ist er? Und nicht mehr: Hat er sich in seinen Mitteln geirrt?, sondern: Haben wir uns in ihm geirrt?

Wenn es um Handlungslegitimationen geht, ist es rational im Sinne einer Konfliktersparung, die Frage nach der ganzen Person möglichst spät ins Spiel zu bringen. Anders gesagt: Handlungslegitimation ist ein Sprachspiel, zu dessen Regeln es (bei uns) gehört, möglichst lange davon abzusehen, dass Handlungen kommunikative Akte sind.

Nun ist aber eine Beurteilung von menschlichem Handeln unter dem Zweck-Mittel-Schema nur möglich, wenn Hintergrundannahmen darüber existieren, was »normales Verhalten« ist. Die oberste Hintergrundannahme heißt im Beispielfall: Ärzte setzen alles daran, ihre Patienten optimal zu versorgen – und dann gibt es noch ein gemeinsames Wissen darum, was das im jeweils konkreten Fall heißt. Ohne solche Hintergrundannahmen kann ich nicht einmal entscheiden, ob etwas überhaupt »Mittel zu einem Zweck« genannt werden kann oder sollte. Wenn jemand einem anderen den Schädel einschlägt und behauptet, er habe das getan, um eine dort sitzende Fliege zu treffen und leider habe er nur einen Hammer zur Hand gehabt, werde ich nicht zu dem Schluss kommen, er habe sich im Mittel vergriffen.

Desgleichen nicht, wenn jemand sich Turnschuhe kauft, um auf den Mond zu springen. Damit etwas ein Fehler genannt werden kann, muss es – darauf hat Wittgenstein hingewiesen – innerhalb bestimmter Margen vom Richtigen abweichen. Wenn einer an die Tafel schreibt, dass 2 plus 2 gleich 735 ist, wird man nicht sagen, er habe sich verrechnet. Da muss etwas anderes passiert sein. Desgleichen muss eine einigermaßen solide gemeinsame Vorstellung davon existieren, was ein Zweck ist und was nicht.

Von der Uneinigkeit darüber, wann etwas ein Zweck genannt werden kann, leben zum Beispiel die entscheidenden Kontroversen über die nationalsozialistische Vernichtungspolitik. Es geht um die Frage, ob der Massenmord an den europäischen Juden als verwerfliches Mittel zu Zwecken, die zwar auch nicht moralisch akzeptabel waren, sich aber im Rahmen dessen hielten, was man von skrupellosen Regimen zu erwarten gewohnt war (Ausplünderung, Vertreibung etc.), angesehen werden konnte, und ob der Massenmord nur etwas wie ein nicht intendiertes Resultat war, weil bei der Durchführung dieses zwar verbrecherischen, aber dennoch im Rahmen konventionell verbrecherischer Regime erwartbaren Normalprogramms (a) zu viel aus dem Ruder gelaufen war und (b) die Exekutoren des dann einsetzenden Mordprogramms sich wesensmäßig so transformiert hatten, dass die Normalerwartungen an sie nicht mehr zu richten waren – oder ob man eben-

Scanned by CamScanner

diese mitteleuropäischen Normalerwartungen nicht einer Korrektur zu unterziehen hätte und man es eben einem Regime (und einer Bevölkerung) unter bestimmten Bedingungen zutrauen müsste, den planmäßigen Mord von Millionen nicht als Mittel zu etwas anderem, sondern als Zweck durchzuführen. Das aber würde bedeuten, dass man seine die historischen Normalitäten und Erwartbarkeiten betreffenden Hintergrundannahmen ändern müsste. Im Grunde geht der, so nie ausgetragene, Streit genau um diese historisch-anthropologische Frage. Es geht in solchen Kontroversen nicht darum, ob man irgendwie *beweisen* kann, was Zweck und was Mittel gewesen ist und wie man das unterscheidet, sondern welche Annahmen man über menschliches Handeln *generell zu machen bereit* ist. Handlungsanalysen nach dem Zweck-Mittel-Schema tendieren dazu, in dieser Hinsicht konservativ zu sein, was manchmal sinnvoll sein kann, es meistens aber nicht ist. Handlungsanalysen nach dem Zweck-Mittel-Schema sind etwas für irritationsresistente Menschen, die Wert darauf legen, diese Eigenschaft zu pflegen.

Wie der Fall Horst-Eberhard Richter zeigt, kann diese Irritationsresistenz, die sich erhalten möchte, dazu verführen, Informationen, die wir über Menschen und deren Handlungen erhalten, nach Prokrustes-Manier den Erwartungen des eigenen Weltbildes anzupassen – nicht immer, aber manchmal eben doch, bis hin zu kruder Manipulation.

Nun hat aber »jedes sichtbare und in diesem Sinne äußere Verhalten des Menschen« auch immer »kommunikative Aspekte. Es sagt etwas darüber aus, was der Mensch *ist*. Er stellt sich, ob er will oder nicht, in seinem Verhalten dar und legt sich darin fest.«[35] Wenn wir Handlungen analysieren, können wir diesen Aspekt nicht unberücksichtigt lassen, im Gegenteil: ohne diese Handlungsdimension verstehen wir im Grunde gar nichts. In jeder seiner Handlungen entwirft sich der Mensch, und wir können das Porträt des Menschen aus seinen Handlungen entwerfen.

Selbstexplikationen

Menschen entwerfen in ihrem Handeln nicht nur sich selbst (ob sie wollen oder nicht), teilen nicht nur mit (ob sie wollen oder nicht), wer sie sind, sondern haben auch bestimmte Vorstellungen von dem, wer und was sie sind, das heißt, als was sie sich entwerfen. Wer einen Menschen verstehen will, wird selbstverständlich nicht dasselbe Bild zeichnen, das der von sich zeichnen würde, er kann, bzw. wird oder muss ihn anders verstehen als der sich selbst. Stets aber muss er zur Kenntnis nehmen, wie denn eigentlich der Selbstentwurf des Anderen in dessen eigenen Augen aussieht, denn das Selbstbild eines Menschen ist ein wesentliches, vielleicht das wesentliche Instrument seiner Selbststeuerung. Auch dieses Selbstbild kommt in den Handlungen eines Menschen zum Ausdruck, etwa in dem, was er nicht für unter seiner Würde hält, aber es ist uns auch in Selbstexplikationen zugänglich, sofern diese vorliegen. Im Falle der RAF haben wir beides, wir haben sogar – und das ist bereits ein wesentliches Element des Bildes, das von ihren Mitgliedern zu entwerfen wäre – ein ausgesprochenes *Selbstexplikationsengagement*: ein Moment offensiven Narzissmus in der Präsentation gegenüber der Öffentlichkeit.

Bereits im April 1971, im Text »Das Konzept Stadtguerilla« wird das Thema angeschlagen, das später eine wesentliche kommunikative Komponente der »info« genannten Gefängniskassiber sein sollte: das Insistieren darauf, nicht verrückt zu sein, sondern die Illegalität, die Bereitschaft zu morden sowie die späteren Gefängnisaufenthalte als Prozess psychischer Gesundung, besser gesagt, als eine Art kollektiver und individueller Wiedergeburt zu erfahren. »Der revolutionäre Zwangscharakter ist eine contradictio in adjecto – ein Widerspruch, der nicht geht. Eine revolutionäre Praxis unter den herrschenden Bedingungen – wenn nicht überhaupt – setzt die permanente Integration von individuellem Charakter und politischer Motivation voraus, d.h. politische Identität.«[36]

35 Niklas Luhmann, Die Gewissensfreiheit und das Gewissen, in: ders., Ausdifferenzierung des Rechts. Beiträge zur Rechtssoziologie und Rechtstheorie, Frankfurt am Main 1999, S. 334.

36 Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien, S. 28. Der folgende Satz widerspricht dem, er sagt, das habe mit »individueller Selbstbefreiung nichts zu tun«, sondern allein mit

Außerdem kommt bereits in diesem Text eine erstaunlich affektive Besetzung des eigenen Todes zum Ausdruck. Emphatisch werden »ökonomistische« Ziele des revolutionären Kampfes zurückgewiesen. Sie seien nichts als »ökonomischer Dreck, weil es sich um sie nicht lohnt, den revolutionären Kampf aufzunehmen und zum Sieg zu führen, wenn ›Siegen heißt, prinzipiell akzeptieren, daß das Leben nicht das höchste Gut des Revolutionärs ist‹ (Debray)«.[37] Damit ist aber nicht die klassische Kritik am »Trade-Unionismus« gemeint, sondern die Vorstellung, der politische Kampf gehe überhaupt um materielle Güter. Die RAF redet so, wie Kleists Herrmann, für den ein das Engagement lohnendes Ziel erst dann eines ist, wenn es ganz sinnentleert ist. Solange nur für ein besseres Leben gekämpft werde, so die RAF, lohne der Tod nicht.

Aus diesen beiden Momenten der Selbstexplikation folgt mit einer gewissen ästhetischen Folgerichtigkeit das dritte: den Tod als Zielperspektive anzusehen, in dem sich die Wiedergeburt erst vollzieht. »Ohne den Rückzug in bürgerliche Berufe offen zu halten [...], also mit dem Pathos, das Blanqui ausgedrückt hat: ›Die Pflicht eines Revolutionärs ist, immer zu kämpfen, trotzdem zu kämpfen, bis zum Tod zu kämpfen.‹«[38] Erst im Tod kann der Revolutionär dieses Schlages sich und anderen beweisen, dass er wirklich einer gewesen ist.

Um das einen Monat später verfasste Manifest »Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa« (genannt »StVO«[39]), das mit einer gewissen Langatmigkeit den Schritt in die Illegalität theoretisch kontextualisieren will, gibt es Ärger, der später zu Protokoll genommen wird. 1973 schreibt Ulrike Meinhof: »ich hab da irgendwie keine lust die stvo zu zerfetzen – ist auch falsch, wenn du sagst, das müsste nun jeder für sich machen. das ist doch gelaufen – als sie rauskam und wir sie scheisse fanden, schon weil sie so akademisch-ambitioniert, ml-gestelzt daherkommt. weil sie dekretiert: ohne theorie könnte die revolution nicht siegen, was klar verrat war/ist, denn raf heisst praxis, bewaffneter antiimperialistischer kampf und genau nicht: noch ne theorie [...] der alte, der alles mögliche will, nur eins auf keinen fall: ein neuer mensch werden [...] und: der letzte stand der theorie der raf soll immer ihre praxis sein.«[40]

Diese Praxis – die Volker Speitel später wie zitiert charakterisiert hat – wird dann der Öffentlichkeit annonciert, und man freut sich über den jeweiligen großen Knall: »Am Donnerstag, den 11. Mai 1972 [...] hat das Kommando Petra Schelm im Frankfurter Hauptquartier des V. Armee-Corps der amerikanischen Streitkräfte in Westdeutschland und Westberlin drei Bomben mit einer Sprengkraft von 80 kg TNT zur Explosion gebracht [...] Am Freitag, dem 12. Mai 1972 hat das Kommando Thomas Weisbecker im Polizeipräsidium in Augsburg und im Landeskriminalamt in München drei Bomben zur Explosion gebracht [...] Im Hauptquartier der amerikanischen Streitkräfte in Europa in Heidelberg sind gestern abend, am Mittwoch, den 24. Mai 1972 zwei Bomben mit einer Sprengkraft von 200 kg TNT explodiert.«[41] – Und in einem »Tonbandprotokoll von dem Teach-In der Roten Hilfe in Frankfurt« heißt es kurz darauf: »Indem wir die revolutionäre Guerilla aufbauen, schaffen wir ein Instrument, das der Repression des Systems nicht ausgeliefert ist, das seine Handlungsfreiheit nicht aus der Toleranz des Systems bezieht.«[42]

Die Kassiber der RAF, die in Auswahl seit 1987 gedruckt vorliegen, dokumentieren, ich zitiere den Herausgeber, den »Kampf um einen kollektiven Politisierungsprozeß [...] um politische Identität und persönliche Integrität gegenüber sich und anderen«,[43] sind also Auskünfte darüber, was ihre Verfasser sein wollen, Selbstexplikationen vor dem Auditorium ei-

---

»revolutionärer Disziplin«, wobei Disziplin ja die Nicht-Integriertheit von individueller und politischer Motivation voraussetzt. Wahrscheinlich handelt es sich hier um den Kampf zweier Linien und zweier Textredaktionen. Aber es gibt diese Spannung auch noch in den Kassibern von Jan-Carl Raspe in Stammheim.

37 Ebenda, S. 39.

38 Ebenda, S. 43.

39 Das Manifest war unter dem Titel »Neue Straßenverkehrsordnung« publiziert worden.

40 Pieter H. Bakker Schut (Hg.), das info. Briefe von Gefangenen aus der RAF 1973–1977. Dokumente, Hamburg 1987, S. 107 und 110.

41 Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien, S. 145 ff.

42 Ebenda, S. 150.

43 Bakker Schut, das info, S. 5.

Scanned by CamScanner

nes esoterischen Zirkels, doch im Geiste des »möge doch alle Welt uns hören«, so wie die gewissenserforschenden protestantischen Tagebücher des 17. Jahrhunderts, die stets in die Predigt ausarteten – das Ganze aber vorgetragen in einem Stil, der signalisieren soll, dass man alle bürgerlichen Hemmungen, Grammatik etwa, verloren habe (»handlungsfreiheit beraubt ist natürlich nicht identität beraubt, nicht kampf aufgehört«[44]), und ansonsten natürlich funktioniert wie jede kollektiv gepflegte Stileigentümlichkeit: mit ihr kann man signalisieren, dass man dazugehört, dass man das Denken der Gruppe automatisch reproduziert und dass man eine Elite ist. Dass der Stil weder erlaubt, zu argumentieren, noch überhaupt Gedanken in eine gewisse Hierarchie zu bringen, dass er Textzusammenhänge nur noch durch assoziative Redundanzen schafft, dürfte ihm seitens der Schreibenden als Ausweis der Authentizität des Transformationsprozesses gegolten haben, den sie für sich in Anspruch nahmen.

Diesen Transformationsprozess könnte ein Ethnologe und Mythograph nach dem Muster der zerrissenen und reinkarnierten Götter à la Dionysos/Christus/Caligula/Gandalf beschreiben wollen, man kann ihn aber auch verstehen als Festhalten an einer Grandiositätsvorstellung, die den Untersuchungsgefangenen durch das Zurexplosionbringen von soundso vielen Maßeinheiten TNT nicht mehr zu leben möglich war. Dort wie hier sollte etwas Altes in Trümmer gehen, damit etwas Neues – die Akteure selbst – leben könnten, und der Lebensbeweis war die Destruktion, die Explosion. Später wird es dann der Selbstmord sein, der den großen Knall bringen soll.

So klingt die Grundmelodie:[45]

»der ausgangspunkt der rede ist unsere handlung: in der bewaffneten aktion und im knast verkörpern wir die befreiung [...] wörter, begriffe sind aktionen. aktionen sind begriffe. das heißt: in ihnen durchbrechen wir jedesmal die vielschichtige und festgefügte front, die sich die bourgeoisie mit ihren wirtschaftlichen, politischen und militärischen apparaten geschaffen hat.« (14 f.) – »im guerilla [sind] mittel und ziel in eins gesetzt« (268) – »wir haben gesagt, im langdauernden krieg bildet sich die neue gesellschaft (um die guerillaarmee + schliesslich die reguläre armee) um die revolutionäre partei, ihre werte, ihren *neuen menschen* – während das *alte* (und damit mal sicher die produktivität dieser maschinerie) *zerrüttet* + schliesslich zerstört, besiegt, schlägt, *aufhebt*. nichts sonst.« (217) – Was da zerstört werden soll, ist die Restmenschheit, insofern sie nicht zum esoterischen Zirkel gehört oder zur Gruppe der Kriminellen und Wahnsinnigen:[46] »der konsument das ding, die ware, nicht tier noch mensch« (15); beziehungsweise: »die alte klasse, seinen dreck, seinen fetten wanst, die trübe tasse, den penner, die votze, kollaboration und verrat« (84). Der Kampf dagegen geht im Gefängnis weiter: »es gibt nur eine befreiung [...] und nur eine heilung [...] das ist die gewalt gegen die schweine: knarre, bewusstsein und kollektiv. wir sind entwaffnet. aber wessen sie uns auch jetzt nicht berauben können [...] ist bewusstsein und kollektiv. und bewusstsein ist nicht bücherwissen, sondern der hass« (24) – »es geht mit dieser ganzen sache – guerilla – nicht drum, sich auf eine seite [...] ›zu stellen‹ – ich erkenne darin nichts – es geht nicht mal darum, sich ›zu verhalten‹ wie u meint, sondern das verhältnis zu sein, also dauernd zu *werden*« (243), im Gefängnis als Verbindung ortsspezifischer Renitenz mit individuell spirituellen Exerzitien unter Gruppendruck: »es ist n tatbestand, erfahren und erfahrbar: daß es im entwicklungsprozess eines revolutionärs den knotenpunkt [...] gibt, an dem alles reden, erklären nichts hilft, nur der bewohner des knotens selbst ihn lösen, in die luft sprengen kann [...] also *machs* doch, in stücke fetzen, das kann man, eben *weil* du politisch genug wissen könntest, von dir verlangen: ohne allzugroßen aufwand. die alternative ist: spaltung (deinerseits) bzw. trennung von spaltung (unse-

44 Ebenda, S. 29.

45 Die folgenden Zitate alle aus Bakker Schut, das info.

46 »der kriminelle, der wahnsinnige, der selbstmörder – sie verkörpern diesen widerspruch. sie verrecken in ihm. ihr verrecken verdeutlicht die ausweglosigkeit/ohnmacht des menschen im system: entweder du vernichtest dich selbst oder du vernichtest andere, entweder tot oder egoist [...] in ihrem verrecken zeigt sich gleichzeitig die verneinung des systems: ihre kriminalität, ihr wahnsinn, ihr tod ist ausdruck der rebellion der zertrümmerten subjekte gegen ihre zertrümmerung, nicht ding, sondern mensch.« (18)

rerseits)« (46) – »was man dir also gern sagen will: tauch mal unter, ›in die tiefe‹, such und find die subtilen, giftigen, terrorisierenden, blutsaugenden mechanismen des weltmarkts, gesamtkapitals in dir – es ist wirklich die einzige möglichkeit, auch uns damit nicht zu terrorisieren.« (31) – »aber du sollst endlich mal das verhältnis von kritik = angriff und durchblick, hilfe kapieren. und wenn da wut dabei ist, dann kann das nur gut sein, weil wut was lebendiges ist in dieser wüste, weil dich das auffordert, weil du betroffen bist und dich hinhocken wirst und der scheisse auf den grund gehen und sie AUSROTTEN [...] tatsache ist, daß du auf kritik immer noch nur zurückpisst [...] dafür kann man dir wirklich nur eine aufs maul geben, oder was meinst du.« (39) »überprüfe jeden text, jeden absatz, jeden satz, jedes wort auf seinen klasseninhalt und klassenstandpunkt. streiche alles restlos, was nicht proletarisch-revolutionär ist.« (83) »nicht durch zwang – egal wie vermittelt – sondern nach dem ›prinzip der tiefempfundenen freiwilligkeit‹« (51) – Die Isolationshaft – die tatsächliche sowie die zu Propagandazwecken so genannte – wird dabei im Laufe der Texte als ideale Bedingung für diesen Prozeß ausgegeben. Exklusion wird zur Exklusivität: man müsse »die fähigkeit erkämpft haben, in dieser isolation nicht nur immer bloss das diktat der schweine zu sehen, ihr werk, ihre macht, also die reaktionäre seite – sondern, und dann eben vor allem, auch die revolutionäre seite der sache: die notwendigkeit der trennung von diesem system, unser werk, die notwendigkeit der veränderung, des radikalen andersseins, des ›neuen menschen‹, ohne den es die neue gesellschaft, den qualitativen sprung, natürlich nie geben wird.« (27)

Und man muss das ernst nehmen: nicht die von Horst-Eberhard Richter supponierten Ohnmachtserfahrungen befördern die Radikalisierung, sondern die Erfahrung von Exklusivität und Macht. Schließlich sind *sie* es, für die man einen ganze Gefängniskomplex errichtet, schließlich erzwingen sie bessere Haftbedingungen als sie sonst irgendein Häftling hat, und der Staat lässt sich lieber Folter nachsagen, als dass er es zugibt. Die Schreiber der Kassiber arbeiten dabei an einem Identitätskonzept, das Authentizität als maximale Unterkomplexität versteht, und nehmen dabei die Mode der Trash-Talkshows des Jahrhundertwechsels voraus.

Es ist wohl Jan-Carl Raspe, der diesen Transformationsprozess so formuliert:

»ich nenn das mal die emotionale/existentielle seite: daß die freiwilligkeit, der anfangs (also vor 4 jahren) als zu eroberndes, zu erlernendes ziel + verhalten *können* noch ganz wesentlich ne abhängigkeit, ne bedingung zugrunde lag: die einsicht in die notwendigkeit – was sich dann subjektiv noch als zwang sich selbst gegenüber in bestimmten situationen, bei bestimmten jobs darstellte. und daß sie auch auf der emotionalen, existentiellen ebene nur erreichbar war, wenn da ne entscheidung, n entschluss zugrunde lag – also für den, der das macht, noch ne entscheidung zwischen alternativen.« (198) Solange man sich also noch entscheiden muß – sprich: kann –, ist man noch nicht dort angekommen, wohin man will, auf der »neuen ebene«: »auf der es eben keine alternative gibt – wie das vielleicht noch am anfang der fall war und wo dann ne entscheidung stand. Es ist da nirgends mehr ne frage der entscheidung; denn die ›alternative‹ ist die völlige selbstaufgabe/vernichtung (der person gegenüber sich selbst) bzw gegenüber dem kollektiv: der verrat« (199) – »und das ist dann wirklich nirgends mehr n kampf gegen sich selbst, sondern bekämpft und überwindet das falsche, alte im kampf *für* das neue. und das können sie dir dann auch, ganz gleich wie die bedingungen konkret aussehen, nicht mehr nehmen [...] also ich weiss das einfach« (200).

Konsequent dieses letzte Sich-Berufen auf die Evidenz reiner Gefühlswerte. Nach diesem Konzept ist erst der *eindimensionale Mensch der wahre Revolutionär*. Angesichts solcher libidinösen Besetzung der *Idee einer Welt ohne Alternativen*, einer *Authentizität ohne Freiheit*, einer *Identität ohne Komplexität*, kurz: der *Idealisierung der Idiotie*, liegt die gleichfalls libidinöse Besetzung des eigenen Todes nahe. Rein obsessionshistorisch ist es sowieso immer der Tod, der der endgültigen Transformation vorausgehen muss, explikationslogisch kann mit ihm am besten dargelegt werden, dass man dort angekommen ist, wo man schon immer hinwollte. Der Tod verbürgt die endgültige Abgrenzung, demonstriert die Alternativlosigkeit der Welt, zeigt, dass einer sich »treu bis in den Tod« geblieben ist und also die »Krone des (wahren) Lebens« verdient. Mit dem Tod ist sowieso fast jedes pathetische Klischee kompatibel; für die

Scanned by CamScanner

großen Reduktionäre gilt, dass sie etwas Besseres als den Tod nirgendwo finden können. Es gibt einen Moment, in dem Baader die Gefahr des Italowestern-à-la-Stammheim kurz bewusst wird – er nennt den Todeskult »peinlich« (103) –, aber sei es, dass das Beispiel Holger Meins und seine Wirkung nach draußen verführerisch wirkt, sei es, dass sich an die Stelle der kreatürlichen Empfindung des Todes als Ohnmachtserfahrung die fixe Idee des Machterlebens im Tod setzt – der ästhetische Abscheu des ehemaligen Lebemanns vor dem Tod ist nicht von Dauer und wird durch die Rolle des Kommandanten des Selbstmordkommandos ersetzt.

In der Replik auf die eben zitierten Grübeleien Raspes heißt es in einem Brief Gudrun Ensslins:

»der ›operator‹ des streiks [...] ist *der entschluss* [...]: mit der konsequenz, dabei auch zu sterben – wenn es notwendig ist, um zu siegen. das ist die bedeutung von freiheit [...] denn so ist die ganze situation, aus der die raf kommt, bestimmt, erfahren, erlebt von jedem [...] freiheit ist nur im kampf möglich + eine bedingung des kampfes ist, im kampfe sterben zu können. alles andere ist dreck« (201 f.)

Die Todesteleologie wird von einem Körperfetischismus begleitet. Die Transformation zu einer neuen Identität wird auch so beschrieben:

»klar jedenfalls: die gestörten körperfunktionen und der eiter sind der gewaltsam eingeschlossene bullendreck. FREMDkörper. schmerzt natürlich sowas. merkt sogar der körper. man muss täglich die stube fegen, sagt mao« (64) – Dann: »der *körper*, der die waffe ist, ist das kollektiv, einheit. sonst nix. [...] jeder kann dabei sterben. [...] deshalb + nur so ist der streik: die waffe [...] KAMPF DER KAMPF ERZEUGT. [...] DAS MUSS JEDER TICKEN« (169) – und: »›unter meiner haut beginnt das befreite gebiet, die selbständige rote macht‹« (83) – Schließlich: »DIE WAFFE MENSCH« und »VERACHTUNG DES TODES« (65) – »›fragst du mich im allgemeinen, wie der kampf enden wird? ich antworte: mit dem sieg. fragst du mich aber im besonderen, dann antworte ich: mit dem tod‹ savonarola« (74) – »DIE LINIE [...] befreiungskampf. [...] konkret: dass noch einige von uns in dieser aktion sterben können.« (211)

Der Kampf um die Haftbedingungen wird in gänzlich absurder Weise zu einem Geschehen, in dem sich der Weltgeist offenbart – und seine finale Offenbarung ist der Tod, und in der Niederschrift schon der kleine vor dem großen, man höre auf den Ton:

»in diesen bedingungen IST ALLES enthalten: weil um das zu erreichen wir UNS verwirklichen MÜSSEN – was wir sind, was uns absolut ist, von anfang bis ende – geschichte, kampf, entwicklung des kampfes, von der sehnsucht, dem hunger zu kämpfen bis zur kampfunfähigkeit: der gewissheit, bewusst im kampf zu sterben. einfach: dem volk zu dienen – raf.« (211 f.)

Das mag für manche gewirkt haben wie Sally am Nebentisch: von der Speise hätten sie auch gerne gekostet. Es gibt diese Erregung auch in der mehr phallischen Variante:

»das ist klar: n typ, der sich über monate auf seinen tod zu bewegen kann, bewusst, wie ein projektil die zum äussersten entschlossene waffe seiner politik (unserer) ist ein guerilla, *kann* mit dieser erfahrung – wenn er ehrlich war – kämpfen unter allen bedingungen und sicher ohne jede verzweiflung. [...] diese möglichkeit, die sich im hs abbildet (und so ist er wirklich die ›heiligste waffe‹ wie die ira sagt)« (205) Kurz: »also: revolution ist opfer, tod und nur das.« (111)

In dem, was hier zur Papier gebracht wird – »schreib. auf meine haut« –, wird tatsächlich Wort und Tat und Lebensgefühl eins. So etwas ist immer dann einfach, wenn es auf den kleinsten gemeinsamen Nenner geht, phonetisch den des Stakkatos, semantisch den der Tabuverletzung in Repetition, psychisch damit den der Perversion und psychodynamisch den der seelischen Entleerung: »Mensch, Kampf, Haß, RAF, Schweine, Bullen, Scheiße, Votze, Tod«. Was ist daran attraktiv? Die Frage ist falsch gestellt. Attraktiv ist, was sich expressiv präsentiert, in sich selbst – soll heißen: die Attraktivität liegt nicht hinter der Expression und muss zu ihrer Erklärung/Plausibilisierung herangezogen werden, sondern in dem Zusammenklang von Selbstentwurf und gelebter Realität, die sich in der Emphase des Textes zeigt. Es wäre natürlich Unsinn zu sagen, also sei Hochsicherheitstrakt und Selbstmord das eigentliche Ziel der Politik der RAF gewesen. Nicht unsinnig ist, anzunehmen, dass es ihren Mitgliedern gelang, in Planung und Durchführung von Bombenanschlägen, Entführungen und Morden sowie in der Inbetriebnahme ihrer Haft als Instrument zu landesweiter

Selbstdarstellung und im Selbstmord als finaler Identitätsfindung ein Maximum an nicht nur selbstempfundener Authentizität zu erreichen,[47] sondern auch eine nicht kleine Gruppe von Zuschauern zu schaudernden Mitgenießern dieses Triumphs zu machen.

Die Attraktivität der RAF

Die Selbstbilder, die einer oder eine Gruppe von sich entwirft, kommen nicht aus dem Nichts. Wie immer die individuellen Emotionen beschaffen sein mögen, die in ihnen ihren Ausdruck finden, wie immer die individuelle Lebensgeschichte aussehen mag, die ihr Wunschtelos in einem solchen Bild erblickt, die Teile, aus denen sie zusammengesetzt sind, sind vorgefunden – wäre es anders, sie könnten nicht nur nicht kommuniziert oder verstanden werden, sondern man würde überhaupt nicht bemerken, dass es sich um etwas wie Selbstbilder handelt; auch dort gibt es keine Privatsprache. Das Zusammenpassen von Selbstentwurf und gelebtem Leben findet im Medium der Anerkennung statt. Anerkennung bedeutet Zuschreibung eines Gelingens, der Lösung eines Problems. Die Anerkennung muss keine Billigung sein: den Verbrecher tadelt man, und man tadelt ihn nicht weniger, wenn er erfolgreich ist, im Gegenteil. Aber man billigt ihm zu, dass er zum Beispiel das Problem von sozial akzeptiertem Bereicherungswunsch und ungleicher Chancenverteilung für sich gelöst hat, und man bestraft ihn u. a. deshalb, weil dieser individuelle Lösungsweg ohne Strafandrohung noch attraktiver sein könnte, als er ohnehin ist. Der existentielle Triumph des Verbrechers der einen oder anderen Sorte ist der Triumph, den auch jeder andere Erfolgreiche hat. Er besteht in dem Gefühl, das eigene Leben stelle *die spezielle Antwort auf ein allgemeines Problem* dar, und der Unterstellung, dass andere das ebenso sehen. Diese Unterstellung muss Nahrung bekommen. Die Geschichte der RAF zu verstehen heißt, die Attraktivität zu verstehen, die sie für andere hatte. Worin bestand sie?

Das Mutproblem der Linken in den 1970er Jahren

In einem Umfeld, das im Großen und Ganzen dieselben Idealisierungen pflegte, das heißt dieselben Bilder und Texte als Erregungsvorlagen verwendete – pro toto möge hier Sartres Vorwort zu Fanons »Verdammte dieser Erde«, Degenhardts »Deutscher Sonntag«[48] und Biermanns Guevara als Christus mit der Knarre stehen –, bestand die Attraktivität der RAF zunächst darin, dass sie Ernst zu machen schien. Auch dann, wenn man ihre politischen Prämissen (wenn wir die Äußerungen zum Weltverständnis mal so nennen wollen) nicht teilte, so teilte man doch die Überzeugung, dass es irgendwann die Situation geben könnte, wo auch der zivilste Akademiker oder Sozialarbeiter vor der Frage stehen würde, ob er sein Leben oder wenigstens seine Lebensgewohnheiten aufs Spiel setzen oder einen Widerspruch zwischen Ideal und Lebenswirklichkeit würde zugeben müssen. Wer immer sich in solcher Situation der Antizipation befand, konnte das Eingeständnis, dass das Ideal weichen werde, zumindest dadurch hinausschieben, dass er Leute bewunderte, die handfest zu beweisen schienen, dass man sich eben auch anders, mutig entscheiden könnte. Sie machten kein manifestes schlechtes Gewissen, denn sie irrten sich ja im Zeitpunkt, aber ein latentes, denn sie behaupteten stets, nicht die analytische Differenz mache den Unterschied, sondern der Mut, und man ahnte, dass sie recht hatten. Insofern war die RAF ein Teil und ein akzeptierter Teil der deutschen Linken, und insofern war die Unterstützung, die sie erhielt – und wenn die nur darin bestand, sich über die Primitivität und Brutalität ihres Redens und Tuns in die Tasche zu lügen und sie als Menschen zu zeichnen, die im Grunde denselben Idealen anhingen wie man selbst, nur eben leider mit schlecht getimten Mitteln – ein Teil der Verwirklichung des Selbstbilds der Linken, sie verbürgte damit auch *deren* Identität.

47 Vgl. Jan Philipp Reemtsma, Sonst nix. Oder: Wer ist Caliban, in: ders., Warum Hagen Jung-Ortlieb erschlug. Unzeitgemäßes über Krieg und Tod, München 2003, S. 276 f.

48 Vgl. Gerd Koenen, Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977, Köln 2001, S. 100 f.

Scanned by CamScanner

Der Wunsch nach Authentizität

Die Faszination durch die RAF hält aber über die Virulenz der Phantasie vom irgendwann aktuellen bewaffneten Kampf hinaus an. Diese war Folklore der 1970er Jahre und Innenausstattung unaufgeräumter Wohngemeinschaften. »Die Attraktivität von fundamentalistischen, nicht auf Übereinstimmung mit allen, sondern auf Abgrenzung bedachten Identifikationen« gebe generell zu denken, schreibt Niklas Luhmann in »Die Gesellschaft der Gesellschaft«. Er sieht darin nicht ein Symptom einer Krise des Verhältnisses Individuum/Gesellschaft, sondern der *Krise des Konzepts der Individualität* als Strategie zur Bewältigung der allenthalben vorrätigen Krise »im Verhältnis psychischer und sozialer Systeme«.[49] Der Gedankengang ist in etwa der: Eine auf funktionale Differenzierung gestellte Gesellschaft hat keinen verbindlichen Inklusionsmodus mehr; Inklusion wird »den Funktionssystemen überlassen«.[50] Die Schaffung der Idee des Individuums dient dazu, die damit verbundenen Strapazen und Unsicherheiten zu kompensieren. Zwar gibt es für kaum jemanden mehr einen »natürlichen« sozialen Ort – dafür ist dieser aber potentiell überall, denn jedes Subjekt ist mit jedem anderen gleich qua Mensch. Das ist einmal eine ungeheure Aufwertung: der Einzelne repräsentiert sich und gleichzeitig die gesamte Gattung. Diese Idee einer ideellen Gleichheit verträgt sich aber durchaus mit der Tatsache reeller Ungleichheiten. »Der Begriff der Gleichheit neutralisiert herkunftsbedingte Ungleichheiten, um die Möglichkeit zu geben, funktionssystembedingte Ungleichheiten zu entwickeln (vor allem zunächst: solche des Eigentums, heute eher: solche der Position in Organisationen).«[51] Zudem hat die pathetische Idee der im Einzelnen repräsentierten Menschheit eine Kehrseite, die der Bedeutungslosigkeit in der großen Zahl. Zwar wird diesem Gefühl gegengesteuert durch die Vorstellung, der Einzelne sei Mensch gerade in seiner Besonderheit, in seiner Eigenschaft, sich von allen anderen zu unterscheiden, aber, wie nicht nur Luhmann betont, widerstreitet diese Vorstellung jeder Evidenz,[52] und wenigstens in Krisen – Kriegen etwa – wird man sich der anders beschaffenen Evidenz auch bewusst. Um diesem Bewusstsein gegenzusteuern hat der Begriff des Subjektes auch noch folgenden Sinn: Er habe »die rhetorische Funktion, das Individuum gegen die Einsicht in die eigene Bedeutungslosigkeit als eines von vielen Milliarden zu schützen: Es ist immerhin ein Subjekt (und nicht bloß ein Objekt) und hat Anspruch darauf, entsprechend behandelt zu werden. Mit dem Subjektbegriff wird für Autonomie und gegen Heteronomie, für Emanzipation und gegen Manipulation votiert.«[53]

Man kann aus dieser Überlegung den Schluss ziehen, dass das Konzept des autonomen Subjekts bzw. der Individualität seinerseits nicht allzusehr strapaziert werden darf. Es bedarf auf jeden Fall eines kompetenten Managements. Um dem bekannten Bonmot Freuds eine etwas andere Richtung zu geben: In der Moderne reicht das Angebot einer kollektiven Neurose nicht mehr aus, es muss eine individuelle ausgebildet und zuweilen Fachleuten überantwortet werden. Das moderne überindividuelle Angebot zur Unterstützung des Managements der Individualität ist bekannt, es ist die Trennung von Arbeit einer- und Freizeit, Konsum und Kultur andererseits. Diese sind seitens der Kulturkritik miteinander identifiziert und so als Schwindel denunziert sowie in ihrer kompensatorischen Form begriffen worden. Dass diese Kritik unkräftig bleiben musste, liegt allerdings auf der Hand.

Will man das, was im Kontext solcher Kritik »Kulturindustrie« hieß, als permanente Anstrengung verstehen, die Heteronomiediktate einer funktional differenzierten Gesellschaft dadurch erträglich zu machen, dass permanent rollenunabhängige Rollen und massenhafte Distinktionsmöglichkeiten, Autonomiemasken sozusagen, offeriert werden, so liegt darin für den, der sich »wirklich unterscheiden« möchte und »nur als er selbst« ernst genommen, ein Problem.

---

49 Niklas Luhmann, Die Gesellschaft der Gesellschaft, Frankfurt am Main 1997, S. 1035.
50 Ebenda, S. 1025.
51 Ebenda, S. 1026 f.
52 Vgl. ebenda, S. 1018. Gary Larson hat einmal einen Cartoon mit einer typischen Antarktislandschaft voller Pinguine gezeichnet, von denen einer plötzlich das Lied »It's gonna be me, be me, be me« anstimmt.
53 Ebenda, S. 1027.

Dass dies möglich ist, aber nur um den Preis, dass solche Exzentrizität als gleichermaßen im Angebot verstanden wird wie alle anderen Distinktionsdraperien auch, ist das Frustrierende, das in die einschlägige Formel von der repressiven Toleranz gepackt wurde. Wie dem auch sei, jedenfalls hat sich dieser soziale Mechanismus (wenn es erlaubt ist, einfachheitshalber diese Metapher zu verwenden) als ausgesprochen erfolgreich erwiesen. Er wird jedenfalls überall auf der Welt nicht nur als Bedrohung »wirklicher Individualität«, sondern auch als Bedrohung kultureller Eigenständigkeit respektive Borniertheit und religiösen Fanatismus wahrgenommen.

Die Kehrseite der Medaille ist leicht zu entwerfen. Auf ihr stünde ein Konzept von Individualität und wahrer Menschlichkeit, das alldem den Kampf ansagt und »wahre Individualität« in der Ununterscheidbarkeit innerhalb einer sich radikal unterscheidenden Gruppe zu verwirklichen sucht. Die besondere Attraktivität dieser Lösung des Modernitätsproblems liegt darin, dass sie, im Gegensatz zur kulturindustriellen, in Kleingruppen verwirklicht werden kann, deren bloße Existenz bereits die Erfüllung ihres Versprechens darstellt. Den psychischen Standort dieser Gruppen hat Horst-Eberhard Richter richtig mit dem kleinianischen Terminus der »paranoiden Position« bezeichnet, und ihr Agieren ist auch in einem weniger theoriespezifischen Sinn paranoid: ihre ganze Existenz erfüllt sich in der permanenten Herstellung respektive Aufrechterhaltung des Wir-oder-Sie, Schwein-oder-Mensch, Konsument-oder-Revolutionär. Die Gruppe ist stets bedroht, muss sich so den Kampf zum eigentlichen und einzigen Lebensinhalt machen und kann das auch unter allen Bedingungen: »handlungsfreiheit beraubt ist natürlich nicht identität beraubt, nicht kampf aufgehört.« Damit wird das Phantasma des Kampfes zum Triumph über die Realität, und die Forcierung des Grundgefühls reicht hin zum Erlebnis des Sieges. Die Kulturindustrie ist zwar erfolgreich, aber irgendwie stimmt in ihr nichts; im Gegenangebot der paranoiden Gruppe stimmt aber alles, und aus der Innenperspektive ist sie auch erfolgreich.

Dieses »Stimmen« und dieser »Erfolg« ist an ihre Gewalttätigkeit gebunden. Die Grenze nach außen kann irgendwann erfolgreich nur noch durch spektakuläre Aggression gezogen werden, weil sonst stets der Verdacht besteht, die Gruppe sei ins bekämpfte Großeganze integriert worden: »Indem wir die revolutionäre Guerilla aufbauen, schaffen wir ein Instrument, das der Repression des Systems nicht ausgeliefert ist, das seine Handlungsfreiheit nicht aus der Toleranz des Systems bezieht.«[54] Die Gewalttat verleiht dem Wahn Realität. Die Gruppe nötigt so alle anderen, ihre Weltsicht wahrzunehmen und ernst zu nehmen und entwickelt eine Macht, über die sonst niemand verfügt. Staunend erleben die Zuschauer diese destruktiven Machtdemonstrationen als Selbstbefreiung. Gudrun Ensslins Vater sprach, alle Theologie über den Haufen kegelnd und nur seiner Faszination einen wie trunkenen Ausdruck verleihend, von einer »ganz heiligen Selbstverwirklichung« und von einer »Selbstverwirklichung«, die »ein größeres Fanal« sei als eine Brandstiftung. Ihre Mutter empfand, dass durch die Tochter »etwas Freies bewirkt« worden sei, »sogar in der Familie«. Gudrun Ensslin leide, fasste es der Gerichtspsychiater unnachahmlich zusammen, »unter dem Ungenügen unserer Existenz«.[55]

In seinem Roman »Böse Geister« – trotz aller Neigung zu Mystifikationen immer noch eine der ganz großen Studien über den Terrorismus – lässt Dostojewski Stepan Trofimowitsch Werchowenski, einen erfolglosen und lächerlichen Intellektuellen, zudem Vater des Anführers einer Terroristengrupe, das Geheimnis solcher Gruppen ausplaudern: »Meine Herrschaften, ich habe das Geheimnis entdeckt. Das ganze Geheimnis ihrer Wirkung – liegt in ihrer Dummheit! [...] Jawohl, meine Herrschaften, wäre diese Dummheit eine vorsätzliche, eine falsche, aus Berechnung – oh, das wäre sogar genial! Aber man muß ihnen Gerechtigkeit widerfahren lassen: Sie haben nicht gefälscht. Es ist die nackteste, einfältigste, kurzsichtigste Dummheit – C'est la bêtise dans son essence la plus pure, quelque chose comme un simple chimique. Wäre das alles auch nur eine Spur klüger ausgedrückt, dann könnte jeder auf den ersten Blick die ganze Armseligkeit dieser kurzsichtigen Dumm-

54 Zit. n. Christian Schneider, Das war die RAF: Eine kurze Geschichte des Todes, *die tageszeitung* vom 11./12. September 2004.
55 Ebenda.

Scanned by CamScanner

heit erkennen. Aber jetzt bleiben alle staunend davor stehen: Keiner will glauben, daß es sich um eine derart elementare Dummheit handelt. ›Es ist ausgeschlossen, daß nichts dahintersteckt‹, sagt sich jeder und sucht nach etwas Verborgenem, ahnt ein Geheimnis, möchte zwischen den Zeilen lesen [...].«[56] Das ist richtig, es muss nur hinzugefügt werden: die Verführung zur Hermeneutik geht nicht von der Dummheit aus, sondern von Macht und Gewalt, nicht von dem Gestammel der Kassiber, nicht von den barbarischen Erklärungen der Mordkommandos, nicht von den larmoyanten und empathieunfähigen Statements von Menschen wie Birgit Hogefeld. Sie geht aus von der manifesten Gewalt, die zu diesen Texten gehört, von den triumphierenden Machtgefühlen, von denen sie zeugen, und deren Verleugnung – auch die Verleugnung von deren Attraktivität – dazu führt, dass man in die Nähe ihrer Soziopathie gerät, die sich etwa darin zeigt, dass weder Hogefeld noch Richter das Leid von rund hundert Menschen für erwähnenswert halten, von denen nur gesagt wird, dass es sich eben um »Mallorca-Urlauber« gehandelt habe. Objekte der Freizeitindustrie eben – »der konsument das ding, die ware, nicht tier noch mensch« –, nun Objekte revolutionärer Sachzwänge, ein Mittel, in dem sich die ursprünglich von Idealen geleitete Kritik der Verhältnisse allenfalls vergriffen habe.

Man versteht nichts von der Geschichte der RAF, wenn man nicht insbesondere die Gewaltlockung erkennt, die in der Idee eines nicht entfremdeten, authentischen Lebens liegt. Nur unter dieser Perspektive versteht man, wie es zu einem »Mythos RAF« kommen konnte, wie dieser Gruppe Desperados, die sich in Brutalität und Vulgarität gefielen, die Aura des Rätsels zuwachsen konnte. Sie tendierten dazu, Ikonen der Authentizität zu werden, wie die klassischen Desperados auch, die in der Wirklichkeit, wo sie denn eine hatten, ebenso desperate Gestalten gewesen sein dürften. Wird der Druck der Differenziertheit für den Einzelnen zu groß, vergafft er sich – das wusste schon Professor Kuckuck im Speisewagen nach Lissabon – ins Blöde, weil für ihn dort das Geheimnis der Erlösung liegt. Und weil der Druck der Vereinzelung für einen solchen Einzelnen zu groß ist, bildet er Gruppen und pflegt solidarische Gemeinschaft. Solidarität respektive Kameradschaft, das wussten Hannah Arendt und Sebastian Haffner, sind für solche, die das bürgerliche Leben nicht aushalten, weil es sie überfordert. Was man in Gefahrensituationen braucht, um zu überleben, und aufgeben muss, wenn die Gefahr vorbei ist, wird, wenn zur authentischen Lebensform stilisiert, selber zum Gefahrenproduzenten. Die Gruppe produziert die Umwelt, die sie braucht, um eine Gruppe zu bilden, die nicht komplett wahnsinnig aussieht. Für viele verständnisvolle Außenstehende wird daraus eine Gruppe, die in die Isolation getrieben wird, und so wird der gewaltsame Akt, der die Gruppe bildet, in der idealisierenden Phantasie des Verständnisvollen zur Reaktionsbildung auf eine feindselige Umwelt, gar zur teilweise legitimen. Die Voraussetzung wird zur Folge umgedichtet: ante hoc – propter hoc.

Keine terroristische Gruppe könnte sonderlich erfolgreich sein ohne solche verständnisvollen Dritten, die die Sehnsüchte nach Authentizität, unentfremdetem Leben sive Undifferenziertheit und Dummheit teilen, sich aber nicht trauen, selber zuzuschlagen, und darum von der terroristischen Gruppe verachtet werden. Die Feigheit des verständnisvollen Dritten ist das Moment an Realitätstüchtigkeit in ihm. Er ist nicht komplett verrückt. Aber aus der Kompromissbildung widerstreitender Affekte – hin zu den Wonnen der Undifferenziertheit versus das liebe Leben – folgt oft eine Anstrengung, deren Resultat dann als intellektuelle Bemühung Diskussionswürdigkeit für sich in Anspruch nimmt. Die Geschichte der RAF kann man nicht verstehen, ohne die theorieförmigen Affekte verständnisvoller Dritter zu analysieren.

---

56 Fjodor Dostojewski, Böse Geister (aus dem Russischen von Swetlana Geier), Zürich 1998, S. 680.

XI. Nachfragen

Scanned by CamScanner

»Die entscheidende Triebkraft besteht in einem unbändigen, alles ausfüllenden Hass«

Interview mit dem ehemaligen Präsidenten des Bundeskriminalamtes Dr. Horst Herold

Wolfgang Kraushaar / Jan Philipp Reemtsma
München, 29. Juni 2005

K Herr Herold, lassen Sie uns vielleicht mit einer entscheidenden Phase Ihres beruflichen Werdeganges beginnen – mit dem Jahr 1967, als Sie in Nürnberg Polizeipräsident geworden sind. Ich möchte Sie gerne nach dem Konzept fragen, das Sie damals als Polizeipräsident vertreten haben und das in der Literatur seitdem als das »Nürnberger Modell« bezeichnet wird. Was ist mit diesem Modell genau gemeint?

H Mein Anliegen war, die im Entstehen begriffene Elektronische Datenverarbeitung im Rahmen der damals noch kommunalen Polizei für die Verbrechensbekämpfung zu nutzen und dazu ein nach kybernetischen Prinzipien funktionierendes System zu konstruieren, das die örtliche Kriminalität im Zangengriff von Tataufklärung und Verhütung reduziert. Mit Hilfe eines Computers als Regler wurden die für die Tataufklärung benötigten Kriminalitätsdaten erfasst und automatisiert verarbeitet, um einerseits die bisherigen schwerfälligen und zeitverzögerlichen manuellen Arbeitsweisen abzulösen und andererseits die Wechselwirkungen zu untersuchen, die zwischen den räumlichen und zeitlichen Kriminalitätsschwerpunkten und den wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und städtebaulichen Raumfaktoren bestehen. Mit zunehmender Erkenntnis der für die Kriminalitätsschwerpunkte ursächlichen Einflussgrößen war es möglich, im Zusammenwirken mit anderen städtischen Behörden – Sozialamt, Stadtplanung, Ordnungsamt – künftige Kriminalitätsdichtewerte durch Hochrechnungen zu erkennen, sie zu beeinflussen und zugleich die Polizeikräfte zu den momentanen und künftigen Schwerpunkten zu lenken, um – tendenziell – noch vor dem Täter am Ort des erwarteten Geschehens zu sein. Zur Datenerhebung wurde das Stadtgebiet mit Hilfe eines Gitternetzes in gleich große Quadratflächen aufgeteilt. Die Tatorte, die sich in diesen Flächen ereignet hatten, wurden gezählt und ihre flächige Verteilung und Häufung mit einem eigens geschaffenen Druckprogramm kartografisch mit Symbolen visualisiert. In eine Säulengrafik übersetzt, ergaben sich – abhängig von Tages-, Wochen- oder Jahreszeiten und der Witterung – hohe Säulen der Kriminalitätsdichte vornehmlich im Zentrum, während sie sich nach außen abschwächten. Besonders die Cityforschung entwickelte in der Form von Raumdeskriptoren – wie Büroflächendichte, Schauenfensterdichte, Angebot an abendlichen Treffpunkten, Beleuchtungsdichte usw. – mathematisch verwertbare Messgrößen für die Kriminalitätsattraktivität von Räumen. Grundlage aller Vergleiche zwischen der Kriminalitätsbelastung und den raumzeitlichen Einflussgrößen bildeten die Dichtekarten momentaner und künftiger Kriminalitätsschwerpunkte. Zugleich lenkten die Karten – und nicht mehr Befehl, Weisung oder starre Zeiten – die Polizeikräfte in adäquater Stärke zu der Zeit an die Orte, an denen eine Kriminalitätsverdichtung zu erwarten war. Mit der ständigen Anlieferung und Rückkopplung von Daten bekämpfte die Kriminalität sich gleichsam selbst. Der angestrebte Kriminalitätsrückgang trat kontinuierlich ein. Die Schwäche des Experiments

lag in seiner räumlichen Beschränkung auf das Stadtgebiet. Innerhalb der rückläufigen Belastungszahlen stieg der prozessuale Anteil der Täter, die ihren Wohnsitz außerhalb der Stadtgrenzen hatten, ständig an. Auch wurden Nürnberger Täter, wenn auch in geringem Umfang, zur Tatbegehung in den Ballungsraum der Städte Nürnberg, Fürth, Erlangen und Schwabach abgedrängt. Die Datenerfassung musste deshalb auf den Ballungsraum und seine Tätermobilität, d. h. die Relation zwischen Täterwohnsitz und Tatort, erweitert werden. Die Karten des Umfangs und der Richtung des wechselseitig gemessenen Täter-Ein- und -Ausstromes zwischen den Städten bestätigten das Bild einer in sich geschlossenen Kriminalitätsregion, die nach außen durch das Ausklingen der kriminellen Sogwirkung exakt abgrenzbar war. Gestützt auf diese kriminalgeografischen Ergebnisse, fasste der Freistaat Bayern 1972 im Zuge der Verstaatlichung die bis dahin kommunalen Polizeien des Ballungsraums organisatorisch in einem Polizeipräsidium Mittelfranken zusammen.

K Hatte Ihr Modell nur diese lokale und regionale Bedeutung oder wurde es auch überregional akzeptiert? Und wie würden Sie im Nachhinein seine Aufnahme in der Wissenschaft beschreiben? Stieß es dort auch auf Anerkennung?

H 1968 hatte ich eine Abhandlung über »Kriminalgeographie – Ermittlung und Untersuchung der Beziehungen zwischen Raum und Kriminalität« veröffentlicht und darin auch das System beschrieben. Die Arbeit und mit ihr das Bestreben, den Computer für die Verbrechensbekämpfung zu nutzen, fanden in den Kriminalwissenschaften und im politischen Raum überregional ein großes Echo. In der Polizei wurden die elektronischen Möglichkeiten zur Verbrechensbekämpfung auf allen Ebenen diskutiert. Das System gab den Anstoß zur methodischen Grundlegung der empirischen Kriminalgeografie, die sich dank der weit ausgreifenden Forschungen von Hans-Dieter Schwind zu einer anerkannten Geowissenschaft entwickelt hat. Von den neuen Feldern der statistisch-thematischen Kriminalitätskartografie zieht sich eine Entwicklungslinie über das Crime Mapping bis zu dem komplexen Ballungsraumsystem GLADIS in München. Die Kriminalsoziologie, die kriminologische Brennpunktforschung und die Stadt- und Raumforschung, die sich für den Bau kriminalitätsarmer Viertel und für eine kriminalitätsabwehrende Architektur interessierte, entwickelten eigene Zweige der städtebaulichen, wohnungswirtschaftlichen und kommunalen Kriminalprävention. 1969 sprach sich die Bundesregierung in ihrem Sicherheitsprogramm für die kriminalgeografisch orientierte Neuorganisation der Polizei im Bundesgebiet aus. Rückschauend betrachtet, wies das Modell sowohl die Grundmerkmale des späteren polizeilichen Sofortauskunfts- und Fahndungssystems von Bund und Ländern als auch die der heutigen Geografischen Informationssysteme auf. Die Geografischen Informationssysteme, abgekürzt GIS genannt, werden auf hohem technischen Niveau im Internet oder in abgeschotteten Intranets für spezialgeografische Zwecke eingesetzt. Wegen der neuen Möglichkeiten der satellitengestützten Geopositionierung gewinnen sie zunehmend an Bedeutung.

K Modell heißt ja Urbild, Vorbild, Muster. Hatte das von Ihnen beschriebene System auch Modellcharakter für die Bekämpfung des Terrorismus?

H Im Grunde genommen stellten sich bei der Bekämpfung des Terrorismus informatorische Probleme, die denen des Nürnberger Experiments ähnlich waren. Leider hat die Kybernetik, die das Zusammenspiel von Regler, Anpassung durch Rückkopplung und Selbstlauf beschreibt, nicht zuletzt wegen ihres Missbrauchs durch die Staaten des Ostblocks, an Bedeutung stark verloren. Ihre hier leitenden Gedanken – die Informationsverarbeitung in geschlossenen Systemen und die rückkoppelnde Nutzung von Daten – werden indessen von der Systemtheorie unter dem zunehmenden Einfluss der Informatik fortgeführt. Sie sind für alle Institutionen, die, wie Polizei und Justiz, Informationen zu verarbeiten haben, ungebrochen aktuell. Verbrechensbekämpfung bedeutet Informationsgewinnung und -verarbeitung. Ob es sich um die Feststellung der Personalien eines Verkehrssünders, die Spurenerhebung an einem Tatort oder die Tatsachenfeststellungen in einem Strafurteil handelt – stets geht es für die Polizei und die Justiz darum, Daten, die für die Aufgabenerfüllung nötig sind, zu erheben, zu speichern, zu verarbeiten und

Scanned by CamScanner

zweckentsprechend anzuwenden. Wenn wir den Terrorismus erfolgreich bekämpfen wollten, blieb uns, angelehnt an die theoretischen Leitlinien, gar nichts anderes übrig, als die höchst unterschiedlichen, überwiegend noch manuellen Informationsverfahren mit den automatisierten, teilweise bereits zu einer neuen Hardware-Generation aufgestiegenen Datenbanken zu einem in sich geschlossenen und selbstregulierenden System zu vereinen. BKA und der LKA waren mit ständigen Korrekturen und neuen Vorgaben bemüht, das im Aufbau befindliche INPOL-System mit seinen Sofortauskünften, die Kriminaltechnik, den Erkennungsdienst, die Personenidentifizierung, die Meldedienste und die in rascher Folge entstandenen Spezialdateien mit dem Fundstellenregister PIOS als Regler zu vernetzen. PIOS, ein Pfadfinder durch das Informationsdickicht, markierte auch die Fülle der kriminalgeografischen Daten, die, kartografisch umgesetzt und visualisiert, plastische Einblicke in die Aktionsräume der RAF eröffneten. Ziel aller informatorischen Bemühungen war es, die Tataufklärung zu beschleunigen und die Datengüte zur Prognosefähigkeit zu steigern, also zu Hochrechnungen und damit zur Früherkennung von Gefahren. Der Terrorismus selbst sollte die Daten seiner Überwindung liefern. Ende 1976 war das Ziel der informatorischen Überlegenheit über die RAF erreicht. Prognosen wurden möglich. Ende 1976 wussten wir über die Terroristen mehr als diese über sich selbst. Ende 1976 kannten wir die Personen, die dann 1977 zu Tätern wurden. Wenn wir zunächst Schwierigkeiten hatten, die ermittelten RAF-Terroristen auch zu ergreifen, so deshalb, weil sie ihre Aufenthalts- Ruhe-, Planungs- und Vorbereitungsräume in das Ausland verlegt und sich in dem neuen kriminalgeografischen Raum Europa unserem Zugriff entzogen hatten. Nach der bereitwilligen informatorischen Unterstützung durch andere Staaten gelang es dann rasch, einen Großteil der Täter auch im Ausland festzunehmen.

K Sicherlich ist das Stichwort »Prävention statt Repression« geeignet, um Ihren Ansatz mit einem Schlagwort zu charakterisieren. Sie haben im Grunde genommen versucht, bei der Terrorismusbekämpfung zielgerichteter als je zuvor prognostische Mittel einzusetzen. Mit Hilfe der Computertechnologie glaubten Sie davon ausgehen zu können, dass das Verbrechen selber bereits vorhersehbar wird – sein Ort, der Zeitpunkt, die Akteure usw. Das spiegelt aber offenbar nur einen Teil Ihrer Konzeption wider. Der andere Teil bestand darin, dass Sie sich – wie Sie dies mehrfach publiziert haben – an Gesichtspunkten wie sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit zu orientieren versucht haben.

H Hierzu muss ich weiter ausholen. In den 1960er Jahren machte die neomarxistische Neue Kriminologie, deren Verdienste um ein genaueres Hinschauen unbestreitbar sind, auf die im Volk längst präsente Tatsache aufmerksam, dass das von der Polizei über Anklage und Urteil bis zur Strafvollstreckung reichende System »Strafverfolgung« ein Endergebnis produziert, das den offiziellen Postulaten der Gerechtigkeit und Gleichheit nicht genügt. Nach den Ergebnissen der Dunkelfeldforschung ereignen sich in der Bundesrepublik jährlich etwa 12 Millionen Straftaten, über alle Gesellschaftsschichten verteilt, entsprechend ihrem Anteil. Davon wird nur die Hälfte der Polizei bekannt und in der Kriminalstatistik ausgewiesen, die andere Hälfte bleibt im Dunkeln. Von der registrierten Hälfte, also etwa 6 Millionen, wird nur die Hälfte aufgeklärt. Von der aufgeklärten Hälfte von 3 Millionen wird wiederum etwa die Hälfte eingestellt oder nach Anklageerhebung freigesprochen. Von dem ganzen Countdown bleiben dann letztlich nur 60 000 übrig, die in die Gefängnisse eingeliefert werden. Unbestreitbar sind darunter in einer nicht unbeträchtlichen Zahl auch solche, denen es an Ausdrucksvermögen, Geschick oder materiellen Möglichkeiten mangelt, sich – wie andere – mit Hilfe von Anwälten oder Sachverständigen dem Urteil zu entziehen, oder die dem Verfahren und seinem Ritual oft sprach- und hilflos gegenüberstehen. Heute steht in den Kriminalwissenschaften außer Streit, dass die selektiven Endwirkungen des Gesamtprozesses nicht das Ergebnis staatlicher Klassenjustiz wiedergeben, wie die neomarxistische Neue Kriminologie noch in den 1960er Jahren meinte. Vielmehr spiegelt sich darin die Tatsache, dass das System »Strafverfolgung« nur wenig über sich selbst und seinen eigenen Status weiß. Trotz besten Wissens und Gewissens bleibt den im System Tätigen verborgen, welche subjektiven und objektiven Schwachstellen und Defekte in der Abfolge unterschiedlicher Wertungsakte zwischen

Polizei und Urteil es sind, die, objektiv betrachtet, bestimmte Schichten begünstigen und andere benachteiligen. Die bisherigen Versuche, das System »Strafverfolgung« mit den unterschiedlichen Statistikformen der Polizeilichen Kriminalstatistik und der Verurteiltenstatistik der Justiz zu messen und aufzuhellen, haben sich als untauglich erwiesen. Während die Polizeiliche Kriminalstatistik die bekannt gewordenen Straftaten und die ermittelten Straftäter nach Abschluss der polizeilichen Ermittlungen tabelliert, gliedert die Strafverfolgungsstatistik der Justiz die abgeurteilten Personen nach Straftaten und ausgesprochenen Strafen zur Zeit der Rechtskraft. Beide Statistiken sind daher nur Momentaufnahmen des Anfangs und des Endes des Prozesses. Sie zeigen zwischen beiden Polen einen riesigen statistischen Kriminaltätsschwund auf, erklären ihn aber nicht. Das Geschehen, das vor, danach oder zwischen beiden Momentaufnahmen liegt, wird informatorisch ausgeblendet und bleibt unerklärt im Dunkeln.

K Welche Wege und Möglichkeiten sahen Sie, dem Mangel abzuhelfen?

H In der Kommission zur Reform des Bundeskriminalamtes wurden 1969 die Gedanken der Neuen Kriminologie kontrovers diskutiert. Einigkeit herrschte jedoch darüber, dass – um erst mal eine schlichte handwerkliche Basis des Überblicks zu schaffen – die bisherigen Statistikformen der Strafverfolgung durch eine kontinuierliche, zahlenmäßige Erfassung des Weges zwischen Entdeckung und Strafvollzug abzulösen seien. Für das 1972 errichtete INPOL-System war die weitere Aufbaustufe einer bundesweite Straftaten-Straftäter-Datei vorgesehen, die in erster Linie als Instrument der Tataufklärung dienen, zugleich aber sämtliche Ermittlungsverfahren auf ihrem Weg von der Polizei über Anklage und Urteil bis zur Strafvollstreckung als »Verlaufsstatistik« begleiten sollte. Eine verteilte, methodische Kriminalitätsmessung in der Form einer eigenen »Krimiometrie« sollte Rückschlüsse auf die Effizienz des Gesamtprozesses und seine Schwachstellen erlauben. 1974 wurde der Plan von den Innenministern zwar gebilligt, jedoch scheiterte seine Realisierung nach anhaltenden technischen und organisatorischen Schwierigkeiten schließlich an einem grundlegenden Wechsel der Konzeption. Unverändert sind zwar die Stationen des Richters und des Staatsanwaltes von der Jurisprudenz und ihrer Literatur wissenschaftlich bestens ausgestattet, dagegen haben die Kriminal- und Polizeiwissenschaften, die sich mit der Aufgabe der Gefahrenabwehr und den Problemen künftiger Tataufklärung, also mit der Zukunft zu befassen haben, noch immer um ihren universitären Platz zu kämpfen. In der über hundertjährigen Strafprozessordnung kommt der Begriff der Kriminalpolizei überhaupt nicht vor, in das Grundgesetz wurde er nur auf Befehl der Alliierten im sogenannten Polizeibrief aufgenommen. Die von der Kriminalpolizei geschaffenen Sammlungen, Informationssysteme, Kriminaltechnischen Institute, Meldedienste liegen noch immer außerhalb des gesetzgeberischen Interesses. Wer die Schwachstellen des beschriebenen Countdown in seiner Gesamtheit zu eliminieren sucht, muss mit einer Informatisierung und Verwissenschaftlichung dort beginnen, wo der Prozess anfängt, nämlich bei der Polizei.

K Was Sie eben als die damalige Konzeption nachgezeichnet haben, ist das in seinen Grundzügen auch aus politischen Überlegungen gespeist gewesen?

H Die angeschnittenen Fragen liegen im rechtspolitischen Gestaltungsraum und sind daher zwangsläufig politischer Natur. Wenn der Gesetzgeber Strafgesetze erlässt, sollte jeder, der gegen das Gesetz verstößt, grundsätzlich dafür auch einzustehen haben. Die »Chancengleichheit im Negativen« ist Bestandteil der Grundforderung nach Gerechtigkeit und Gleichheit. Den Gleichheitsschein mancher Norm, der oft die faktische Ungleichheit verschleiert, hat bereits Anatol France mit dem Satz beschrieben: Das Strafrecht wende sich mit der gleichen gravitätischen Erhabenheit an Arme wie an Reiche, nicht unter den Brücken der Seine das Nachtlager aufzuschlagen. Der Gesetzgeber muss eben sicherstellen, dass die Normadressierung sich an alle wendet. Er muss zugleich gesellschaftliche Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass möglichst wenige in Situationen kommen, die sie veranlassen, die Norm zu brechen. Und er muss für diejenigen, die sich dennoch über das von ihm für wichtig gehaltene Gebot hinwegsetzen, die Entdeckungswahrscheinlichkeit erhöhen. In ganz ähnlicher Weise sind auch Polizei und Justiz verpflichtet,

Scanned by CamScanner

die im System Strafverfolgung aufeinander folgenden Akte der Verdachtsbildung und der Wahrheits- und Urteilsfindung so weit wie möglich von den emotionalen und irrationalen Bestandteilen zu befreien, die geeignet sind, den Gleichheitssatz zu verletzen. Den Wertungsakten müssen Kriterien an die Hand gegeben werden, die objektiv nachvollziehbar sind. Aus den Erfahrungen des Strafprozesses hatte ich Zweifel an der Tauglichkeit subjektiver Beweismittel, also des Zeugen oder des Sachverständigen, mitgenommen. Auch die vermeintliche Sicherheit eines Geständnisses des Täters hat sich oft als trügerisch erwiesen. Die mangelnde Wahrnehmungsfähigkeit des Zeugen, seine unausschaltbare Subjektivität und seine geringe Eignung zur Reproduktion von Sachverhalten gehören zu den täglichen Eindrücken jedes Richters. Auch in der Literatur herrscht darüber Einmütigkeit. Es mutet mittelalterlich an, dass der Zeuge durch den Eid, durch die Anrufung Gottes, die Wahrheit des von ihm Gesagten bekräftigen kann. Dennoch berufen sich Tausende von Urteilen darauf, dass der Zeuge glaubwürdig sei, weil er seine Aussage beschworen habe. Mit Skepsis ist auch der sogenannten freien richterlichen Beweiswürdigung zu begegnen, mit der die Tatsachenbewertung der eigenen Überzeugung des Richters überantwortet wird. Wenn seiner Wertung auch durch logische Gesetze, feststehende Erkenntnisse der Wissenschaft oder offenkundige Tatsachen objektive Elemente vorgegeben sind, so formt sich das Bild vom tatsächlichen Geschehen doch in seinem Kopfe, und es ist aufgrund des möglichen Einflusses von Erziehung, Temperament, Milieu, Stimmung, eingewurzelter Lebensbilder oder sonstiger subjektiver Einflüsse, von denen sich kein Mensch befreien kann, nur zu natürlich, dass dieses Bild nicht immer deckungsgleich ist mit der Wirklichkeit. Auf allen Wertungsebenen ist es geboten, emotionale oder irrationale, sonach objektiv gesehen: Willkürelemente, durch die Verobjektivierung der Beweisformen zu ersetzen.

R Was Sie auf der einen Seite als Willkür bezeichnen, das ist mit einem anderen positiven Wort nichts anderes als Lebenserfahrung, d. h. eine intuitive Vernetzung und Bewertung von Informationen, die sich nur sehr begrenzt verobjektivieren lässt. Was sagen Sie zu diesem Einwurf?

H Die Verobjektivierung soll die Denkleistung des Richters nicht beschränken, sondern sie auf die Auswahl und angemessene Einordnung von Fakten lenken, die bereits im Vorverfahren – möglichst als eigener Verfahrensabschnitt – mit naturwissenschaftlichen Mitteln gesichert wurden. Die Deduktion bleibt dem Richter nicht erspart, aber sie erfolgt auf einer vom Zufall und von Subjektivismen zunehmend befreiten Grundlage. Erfahrung – ihrem Wesen nach oft trügerisch – wird meist dem reiferen Menschen zugeschrieben; ihm wird der bessere Umgang mit den Tatsachen zugetraut. In einem merkwürdigen Gegensatz dazu überlässt das Gerichtsverfassungsgesetz jedoch die Bewertung von Tatsachen den Eingangsstufen der Justiz, also den jüngeren Richtern. Je höher ein Gericht, je älter, je bewährter und gereifter die Richter sind, umso mehr sind sie von der Überprüfung der Tatsachen ausgeschlossen und auf die ausschließlich rechtliche Kontrolle der Vorinstanzen beschränkt.

R Wogegen ich mich wende, das ist der Eindruck von einer regelrechten Urteilsmaschine.

H Das wäre auch verheerend. Nur der Richter vermag den geistig anspruchsvollen Prozess der juristischen Subsumtion zu vollziehen. Ebenso bleiben Erfahrung und Lebensklugheit des Richters unersetzbar, wenn es um die Bemessung des Strafmaßes geht, auf das es dem Verurteilten ja auch in erster Linie kommt, weniger darauf, wie sich das Delikt juristisch nennt. Die Verobjektivierung, von der ich rede, kann und soll sich nur auf dem Gebiet der Tatsachenfeststellung entfalten. Dazu aber kann der Zeuge eben nur bedingt beitragen. Die objektivste Informationsquelle der Polizei ist der Tatort im weitesten Sinne, also sämtliche Orte, an denen sich planende, ausführende oder unterstützende Teilakte ereignet haben. Spurenlose Tatorte gibt es nicht, es gibt nur die Latenz von Spuren. Aufgabe der Kriminaltechnik ist es, mit naturwissenschaftlichen Verfahren und Techniken diese Latenz zu beheben, die Beweissubstanz herauszufiltern und die gewonnenen Schlussfolgerungen als Sachbeweis zu präsentieren. Der Sachbeweis unterliegt mathematischen, physikalischen, chemischen Gesetzen und ist daher in Aufbau und Schlussfolgerung jederzeit logisch nachprüfbar. Er

ist objektiv, er lügt nicht, sein Erinnerungsvermögen lässt nicht nach, er widerspricht sich nicht und er klagt Unschuldige nicht an, wie wir das alles in seinem Gegenteil vom Menschen wissen.

K Aber was machen Sie, wenn es überhaupt keine andere Möglichkeit gibt, als auf einen Zeugen, eine mündliche Zeugenaussage zurückzugreifen? Aufgrund Ihres Objektivierungsansatzes würden Sie dann zwangsläufig in das Dilemma geraten, nur noch auf subjektive Quellen rekurrieren zu können. Das ist ja auf einem ganz anderen Gebiet, dem der Zeitgeschichte, auch das Dilemma von Historikern, die zur Rekonstruktion von Ereignissen häufiger auf keine anderen Indizien als mündliche Quellen zurückgreifen können. Wie beurteilen Sie deren Wert, insbesondere dann, wenn Sie keine andere Alternative haben?

H Neulich las ich den Satz eines Historikers: »Der größte Feind des Historikers ist der Zeitzeuge.« Daraus entnehme ich, dass das Unbehagen gegenüber dem Zeugen auch in den Geschichtswissenschaften weit verbreitet ist. In den Kriminalwissenschaften dürften wir es jedoch etwas leichter haben, weil wir in der Kriminaltechnik, für die es in den Geschichtswissenschaften keine Entsprechung gibt, ein sich ständig optimierendes Instrument besitzen, das von der These der prinzipiellen Erkennbarkeit sämtlicher Spuren ausgehen kann. Erkennbarkeit nicht heute oder morgen, wohl aber in einem nun schon zwei Jahrhunderte andauernden Prozess des Forschens und der objektiven Annäherung, durchsetzt mit gelegentlichen Erkenntnissprüngen wie etwa der DNA-Analyse, die die Chancengleichheit im Negativen um Lichtjahre verbessert hat. Schon jetzt sind wir in der Lage, auf eindrucksvolle Beispiele von Strafverfahren zu verweisen, die sich fast ausschließlich auf Sachbeweise stützen konnten. Die Prozesse gegen die RAF an vorderster Stelle. Die Verurteilungen stützten sich auf etwa 1500 kriminaltechnische Gutachten des BKA. Zeugen spielten nur eine marginale Rolle. Dort, wo vereinzelt Zeugen den Ausschlag gaben oder RAF-Mitglieder sich bereit fanden, als Kronzeugen zu fungieren, war ihr Auftreten Gegenstand weitverbreiteter Kritik. All dies darf indessen nicht so verstanden werden, dass auf den Zeugen verzichtet werden soll. In vielen Fällen wäre dies auch gar nicht möglich. Nicht der Zeuge soll entfallen, sondern die subjektiven Einflussgrößen, die ihn leiten. Auch sie müssen erkenn- und messbar werden. Das bedeutet, dass die Aussage des Zeugen, dort wo Zweifel obwalten oder er in eine prozessentscheidende Rolle rückt, einer kriminaltechnischen Nachprüfung unterzogen werden muss: die Beobachtungsposition, Nachvollziehen seines Standorts, objektivierbare Merkmale der Wiedererkennung – mit dem Ziel, all das messbar, wägbar und bestimmbar zu machen, was bisher nur im Wege subjektiver Wahrnehmung empfunden und verglichen wurde. Eine solche verbreiterte Kriminaltechnik würde natürlich den Zwang begründen, die kriminaltechnischen Untersuchungen von den KT-Zentralen in den LKA und dem BKA weg- und vor Ort zu verlagern, wohin sie ohnedies in verwissenschaftlichter Form gehören.

K Lassen Sie uns nun zu der praktischen Seite Ihrer Zeit als Präsident des Bundeskriminalamtes kommen. Es ist ja inzwischen viel Arbeit darauf verwendet worden, auch die NS-Biografien verschiedener leitender Mitarbeiter, bis hin zu Ihrem Vorgänger, Herrn Dickopf, historisch zu rekonstruieren und aufzuklären. Ich würde gerne wissen, ob Ihnen in dem Moment, als Sie gebeten worden sind, dieses Amt zu übernehmen, Teile der NS-Vergangenheit Ihres Vorgängers und seiner Mitarbeiter bekannt gewesen sind oder ob Sie erst später davon erfahren haben? Und im unmittelbaren Zusammenhang wiederum die Frage, ob Sie im Jahr 1971 darin ein Problem sahen oder aber gesehen hätten, an die Spitze dieser Institution zu treten; denn Sie hatten es ja zu einem nicht unerheblichen Teil mit einem Personal zu tun, das offenbar ganz anders als Sie gedacht hat.

H Für den Aufbau ihrer Stadtpolizei hatte die Stadt Nürnberg strikte Vorkehrungen getroffen, jedwelche rechtliche oder personelle Kontinuitäten zur früheren Reichspolizei zu vermeiden. Ich dachte nicht im Traum daran, dass das BKA von diesem Grundsatz, den ich für allgemein verbindlich und für den Neuaufbau von Polizeiverbänden schlechthin konstituierend hielt, abgewichen sein könnte. Dickopf galt als mutiger, sein Leben wagender Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus und damit als Ga-

Scanned by CamScanner

rant der demokratischen Lauterkeit des Amtes. Bei seiner Wahl zum Präsidenten der Interpol müssen die Staaten der Welt ein ähnliches Bild von seiner Person gehabt haben, wenn auch die Mehrheiten eigenartig waren und, wie ich später erfuhr, mit Hilfe des Schweizers François Genoud, der undurchsichtige Verbindungen zu arabischen Staaten unterhielt und auf seltsame Weise an die Rechte für den Goebbels-Nachlass gekommen war. Aber das alles wusste ich bei meinem Amtsantritt nicht. Ich trat Dickopf mit großer Ehrerbietung gegenüber, die seinem vermeintlich geradlinigen Lebensweg geschuldet war. Ich räumte ihm unter meinem Stockwerk im Amtsgebäude mehrere Zimmer für seine Interpol-Tätigkeit ein. Ein Mann, den Innenminister Genscher als Widerstandskämpfer würdigte ...

K ... der aber in Wirklichkeit einmal SS-Untersturmführer war.

H Erstens das, und zweitens, dass er Leute im Amt geduldet hatte, die, wie sich hinterher herausstellte ...

K ... zu den sogenannten »Charlottenburgern« gehörten, also ehemalige SS-Leute waren ...

H ... und zum Teil schwerste Verbrechen begangen hatten.

K Wann haben Sie davon erfahren?

H In beiden Richtungen eigentlich erst durch die Arbeiten von Dieter Schenk.

K Also durch dessen erst sehr viel später veröffentlichtes Buch über »Die braune Vergangenheit des BKA«?

H Ja. Bei meinem Amtsantritt waren die »Charlottenburger« bereits ausgeschieden oder verließen das Amt zu diesem Zeitpunkt. Ich bin diesem Personenkreis nie begegnet. Als Paul Dickopf, mein Amtsvorgänger, verstarb, hinterließ er ein riesiges Archiv von Akten, Korrespondenz, Dokumenten, Manuskripten. Mehrere Zimmer waren damit ausgefüllt. Seine Erben wandten sich an mich und baten, die Unterlagen zu prüfen, ob sie für das Amt von Bedeutung sind. Schon zu Dickopfs Lebzeiten waren die näheren Verwandten auf tragische Weise ums Leben gekommen – seine Frau, sein Vetter, sein Neffe. Seltsame Unfälle und sogar ein Mord hatten sich ereignet. Ich beauftragte einen tüchtigen Kriminaldirektor, die Unterlagen durchzusehen. Nach einiger Zeit berichtete der Beamte, den Dokumenten zufolge könne Dickopf kein Widerstandskämpfer gewesen sein. Es deute alles darauf hin, dass Dickopfs angebliche Flucht von Brüssel in die Schweiz in Wahrheit von der deutschen Abwehr inszeniert gewesen sei, um ihn mit der Legende eines Abtrünnigen in den amerikanischen Geheimdienst in der Schweiz einzuschleusen. Armand Mergen, Professor für Kriminologie in Mainz und Lausanne, verwertete die Aufzeichnungen des Beamten in einem Buch. Seine Schlüsse waren ähnlich. Später arbeitete Dieter Schenk das Material dann nach und fand heraus, dass Dickopf seinen Lebenslauf gegenüber dem Bundesinnenministerium an allen entscheidenden Punkten im Sinne der Widerstandslegende zurechtgebogen hatte. Schenk belegt, dass viele der »Charlottenburger« im Rahmen ihrer Tätigkeit bei der Geheimen Feldpolizei und der Gestapo Kriegsverbrechen begangen hatten. Es fällt schwer, anzunehmen, dass Dickopf dies nicht wusste.

K Wie haben Sie das damals erlebt, als Präsident an die Spitze einer solch großen Institution wie das Bundeskriminalamt getreten zu sein, von dessen Vorgeschichte Sie offenbar nur eine unzureichende Kenntnis besaßen. Sind Sie auf Widerstand, Ignoranz oder was auch immer gestoßen? Wie war überhaupt Ihre Aufnahme im BKA? Und wie ist es Ihnen gelungen, Ihre kriminalistische Konzeption, das was Sie als »Nürnberger Modell« umrissen haben, dort einzuführen und in eine praktisch wirksame Form auch umzusetzen?

H Eine »große Institution«, wie Sie sagen, war das BKA bei meinem Amtsantritt nicht. Die sehr professionell arbeitende, sogenannte Sicherungsgruppe, die für den Personenschutz der Bundesorgane und die Ermittlungen in Staatsschutzsachen zuständig war, führte in Godesberg in enger Regierungsnähe ein elitäres Eigenleben. Die anderen Abteilungen des

Amtes waren in Wiesbaden untergebracht. Von ihnen entsprach eigentlich nur die Kriminaltechnik den Anforderungen der Zeit. Im Übrigen wurden sämtliche Akten, Karteien und Sammlungen manuell geführt. Computer oder deren Vorläufer, die Lochkartentechnik, gab es nicht. Die Auswertungstätigkeit für den zentralen Kriminalpolizeilichen Meldedienst stand im Vordergrund. Gegen Ende der 1960er Jahre drohte die manuelle Auswertung in der Fülle der per Post angelieferten Formulare zu ersticken. Die Identifizierungserfolge waren minimal. Die kiloschweren, unhandlichen Fahndungsbücher für die Personen- und Sachfahndung, jeweils mit etwa 200 000 Notierungen, konnten monatlich nach Druck und Versendung erst nach etwa fünf Wochen an die Polizeidienststellen ausgeliefert werden. Zum Zeitpunkt des Erscheinens waren die Inhalte bereits überholt, die gestohlenen Kraftfahrzeuge bereits außer Landes. Die vom BKA unterhaltenen Kommunikationsnetze für Fernsprechen, Fernschreiben, Telebild waren hoffnungslos veraltet, ebenso der internationale Funk- und der Interpol-Verkehr. Die öffentliche Kritik an den Arbeitsweisen des Amtes wurde immer lauter. Der Bundestag diskutierte mehrfach über die vorhandenen Mängel. 1969 berief mich Bundesinnenminister Genscher in die von ihm gebildete 25-köpfige Kommission zur Reform des Bundeskriminalamtes, in der Polizeipräsidenten, Leitende Oberstaatsanwälte, Richter, Hochschullehrer, Kriminalisten und Unternehmensberater vertreten waren. In einem einjährigen Diskussionsprozess gelang es mir, Mehrheiten für meine Vorschläge zu gewinnen. Sie zielten darauf ab, das BKA zur Informations- und Kommunikationszentrale der Deutschen Polizei auszubauen, ein im Sekundenbereich reagierendes elektronisches Auskunfts- und Fahndungssystem zu errichten und die Leistungskraft der Kriminaltechnik zu erhöhen. Paul Dickopf empfand die Einberufung einer Kommission, die sein Amt überprüfen sollte, als unverdiente Kränkung. Von den ihn begleitenden Abteilungsleitern unterstützt, wandte er sich vehement gegen alle technischen Reformvorschläge. Es herrschte eine eisige und gespannte Atmosphäre. Als ich dann ein Jahr später im September 1971 das Amt übernahm, stand mir eine Front der Ablehnung gegenüber. Ich ließ jedoch nicht den geringsten Zweifel daran, dass ich meine Pläne gegen alle Widerstände mit Nachdruck durchsetzen würde. Als der Kampf gegen den Terrorismus begann, bewiesen alle Beamten dann auch ihre Loyalität. Im Oktober 1971 wurden meine Vorhaben durch ein Ereignis jäh verändert. In Nürnberg, wohin ich wegen einiger Restarbeiten gefahren war, erreichte mich ein Anruf des Bundesinnenministers Genscher. Genscher sagte, in Hamburg hätten Mitglieder der Baader-Meinhof-Bande, wie sie damals noch genannt wurde, den Polizeibeamten Norbert Schmidt erschossen, ich müsse in diesem Falle und allen weiteren, die sich noch ereignen könnten, die Ermittlungen gegen die Bande übernehmen. Meinen Einwand, das Amt sei für eine solche Aufgabe doch noch nicht gerüstet, ließ der Minister nicht gelten. Er sagte, die terroristischen Aktivitäten gefährdeten die Innere Sicherheit, der Fall habe eine politische Dimension erreicht und es sei seine Pflicht, mit zentral geführten Ermittlungen bundesweit zu reagieren.

K Mit der Erschießung von Norbert Schmidt begann dann also ...

H ... die Ära der Terrorismusbekämpfung. Das BKA war und ist kein FBI, das über personalstarke Dependancen vor Ort verfügt. Da es an eigenen Ermittlungskapazitäten fehlte, blieb gar nichts anderes übrig, als die Länder zu bitten, mit ihren Kräften die Ermittlungen vor Ort nach den zentralen Vorgaben des BKA zu führen. Minister Genscher erwirkte im November 1971 in der Innenministerkonferenz einen zustimmenden Beschluss. Binnen weniger Tage stellten die Länder 25 Regionale Sonderkommissionen auf – ReSos genannt. Sie bildeten die Basis des abgestuften Bekämpfungssystems und die Ausgangspunkte der breiten Informationsanlieferung. Dagegen musste ich meine langfristig angelegten Vorhaben stornieren und die Instrumente nach vorne rücken, von denen – wie bei der Kriminaltechnik und durch den raschen Aufbau eines bundesweiten elektronischen Informationssystems – Erfolge auch in der Bekämpfung des Terrorismus zu erwarten waren. Im Jahrzehnt des Terrorismus potenzierte sich dann auch die Leistungskraft der Kriminaltechnik durch verbesserte Genauigkeit, Geschwindigkeit und Selektivität bisheriger Methoden und ihrer fortschreitenden Standardisierung per Computer. Besondere Erfolge wurden mit der »ermittelnden Kriminaltechnik« er-

Scanned by CamScanner

zielt. Sie brachte die Sachverständigen, die in den Zentralen LKA oder BKA begutachtend tätig waren, an die Front. Vor Ort hatten sie in einer Art »Spurenfahndung« nach Beweissubstanz zu suchen. Parallel dazu wurde das im November 1971 von den Innenministern beschlossene bundesweite, arbeitsteilige elektronische Informationssystems von Bund und Ländern – genannt INPOL – aufgebaut und nach nur einem halben Jahr im Juni 1972 mit einem Zentralrechner im BKA, 12 Parallelrechnern in den LKA und zunächst 800, später 3000 Datensichtstationen an den Grenzen, Flughäfen und in den Polizeidienststellen in Betrieb genommen. Über 30 Jahre, bis 2003, arbeitete das System fehlerfrei. Als hochaktueller Träger des gesamten Auskunfts- und Fahndungswesens und mit der Möglichkeit, Bewegungsbilder der Terrorszene auf einer Art Radarschirm zu gewinnen, war es ein wesentliches Hilfsmittel der Früherkennung und der Aufklärung terroristischer Taten.

K Lassen Sie mich eine Frage anschließen, die mit dem Komplex zu tun hat, den Sie eben gerade skizziert haben. Es hat ja im Mai 1972 die sogenannte Mai-Offensive der RAF gegeben, eine Anschlagserie, die sich hauptsächlich gegen amerikanische Militäreinrichtungen richtete. Es ist ja dann innerhalb ganz kurzer Zeit im Juni 1972 gelungen, die Kerngruppe der RAF zu verhaften. Würden Sie das im Nachhinein als einen Erfolg Ihrer Modernisierungsbestrebungen des Bundeskriminalamtes ansehen?

H Die Modernisierung hatte noch nicht gegriffen, INPOL ging erst zur Zeit der Festnahmen in den Wirkbetrieb, aber ich meine schon, dass das Bundeskriminalamt wesentlich zu diesem ersten Erfolg beigetragen hat.

K Der damalige Außenminister und Vizekanzler Walter Scheel meinte danach salopp: »Das Problem Baader-Meinhof ist erledigt!« Damit hatte er sich – wie man dann relativ bald erkennen musste – ganz offenbar getäuscht.

H Sicher. Von Anfang an war klar, dass die RAF nur als Stadtguerilla arbeiten konnte und auf dem Lande keine Chancen hatte. Das Kampffeld verengte sich auf die Städte. Dort wurden mit der verstärkten Informationsanlieferung im Rahmen des neu errichteten Bekämpfungssystems die Eigengesetzlichkeiten und Zwänge deutlich, denen die Logistik der RAF unterworfen war, um im Untergrund zu überleben. Die Täter mussten irgendwo wohnen, aber sie konnten das nur in bestimmter Weise, nämlich in anonymisierenden Hochhäusern mit Tiefgarage, Lift, Telefonanschluss, ohne Einsicht von Nachbarn, mit bar zu zahlendem Stromanschluss und so weiter. Sie mussten mobil sein, also Kraftfahrzeuge haben, aber die mussten sie stehlen und dann tarnen, was nur mit der Dublettentechnik möglich war. Die Täter brauchten Ausweise, die mussten sie stehlen oder von Unterstützern bekommen, aber sie konnten sie nur in bestimmter Weise fälschen. Die Logistik der RAF war berechenbar. Es galt, die Nervenknoten der Logistik zu lokalisieren, sie zu markieren, in sie einzudringen, sie zu chaotisieren und zu neutralisieren. Die RAF-Mitglieder sahen sich einem ungeheueren Fahndungsdruck ausgesetzt. Ihre Lebens- und Aktionsräume verengten sich rapide. Als die Täter schließlich festgenommen wurden, waren sie abgemagert bis auf die Knochen. Im Mai 1972 hatten die Polizeien von Bund und Ländern fast 60 verdächtige Objekte markiert, mutmaßliche konspirative Wohnungen, Depots oder Werkstätten. Darunter war auch die Garage am Hofeckweg in Frankfurt. In ihr befanden sich, wie ein BKA-Beamter nächstens feststellte, Sprengstoffmengen, die ausgereicht hätten, das ganze Stadtviertel in die Luft zu jagen. Die Observation dieses Objektes und der anderen dauerte Wochen – aber die Täter kamen nicht. Die polizeiliche Kräftelage wurde prekär. Um Bewegung in die Szene zu bringen, schlug ich dem Minister vor, mit sichtbarer und massiver Polizeipräsenz eine riesige Fahndungsaktion auf allen Straßen vorzunehmen, die durch den Einsatz aller Polizeihubschrauber auf den Autobahnen und den Zubringern begleitet sein sollte. Die Aktion erhielt den Namen »Wasserschlag«. Gemeint war, die »Fische im Wasser«, wie Mao seine subversive Tätigkeit von Untergrundkämpfern einst beschrieb, durch einen gewaltigen Schlag in Bewegung zu versetzen. Die Fahndungsaktion fand am 31. Mai statt. Am nächsten Morgen um 5.50 Uhr fuhren die RAF-Mitglieder Baader, Meins und Raspe, wie erhofft, mit einem gestohlenen Porsche Targa am Hofeckweg vor. Nach einer längeren Schießerei

konnten sie überwältigt und festgenommen werden. Die weiteren RAF-Mitglieder, darunter Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin, wurden dann in rascher Folge an verschiedenen Orten ergriffen. Der Satz von Walter Scheel »Das Problem Baader-Meinhof ist erledigt!«, den Sie in Ihrer Frage erwähnten, entsprach durchaus der allgemeinen Stimmungslage. Das Gefühl *all is well* überwältigte auch die Polizei. Die Länder lösten ihre ReSos auf. Das BKA war gezwungen, sich erneut umzuorientieren. Dies geschah durch den Aufbau einer eigenen Spezial-Ermittlungsabteilung Terrorismus, die Installierung neuer Meldedienste, die Zurüstung des parallel entstandenen INPOL-Systems und durch neue computerisierte Dateien, die das gesamte terroristische Geschehen dokumentieren und recherchierbar machen sollten.

K Bevor wir nun zum eigentlichen Komplex RAF übergehen, würde ich gern vorweg noch zwei, drei Fragen allgemeiner Natur an Sie richten wollen, zum Terrorismus als Phänomen insgesamt. Erstens, war Ihnen klar, als Sie Ihr Amt im Bundeskriminalamt angetreten haben, dass das einmal Ihr Hauptbetätigungsfeld sein würde und dass die Auseinandersetzung mit dem Terrorismus auch die Dimension Ihres beruflichen Scheiterns in sich bergen würde? Und die zweite Frage, die wir eigentlich gleich anschließen können, lautet: Wie haben Sie, bevor Sie an die Spitze des Bundeskriminalamtes gekommen sind, die Entstehung der Baader-Meinhof-Gruppe oder anderer terroristischer Kleingruppen wahrgenommen? Haben Sie das als ein Problem der Inneren Sicherheit angesehen, oder haben Sie das eher als überzogen betrachtet? Wie würden Sie das im Nachhinein beurteilen?

H Die Dimensionen, die der Terrorismus später erreichte, habe ich zu dem Zeitpunkt, als Genscher mir überraschend die Position des BKA-Chefs anbot – es war Anfang Juni 1971, die Amtsübernahme erfolgte dann im September –, nicht geahnt. Bis Juni 1971 war es zwar zu verschiedenen Straftaten gekommen, es war bei der Befreiung Baaders auch ein Mensch getötet worden, und Minister Genscher hatte wegen dreier zeitgleich im September 1970 verübter Banküberfälle einen speziellen Ermittlungsauftrag erteilt. Jedoch war die Zeit seit September 1970 ereignislos verlaufen. Erst zeitgleich mit meinem Amtsantritt explodierten die Gewalttaten der RAF mit gezielten Morden. Erst im Frühjahr 1972 begann die RAF mit ihrer großen Offensive. Wie ich gehandelt hätte, wenn mir das Kommende bewusst gewesen wäre, kann ich heute, im Abstand von 35 Jahren, nicht mehr sagen. Möglicherweise hätte ich das Amt nicht übernommen. Angesichts des unzulänglichen Zustandes, in dem es sich befand, bedurfte es ohnedies einer beinahe selbstmörderischen Bereitschaft zum Risiko, den Um- und Ausbau zu versuchen. Es wäre mir wohl als unmöglich erschienen, daneben und zur gleichen Zeit auch noch den Terrorismus zu besiegen. Möglicherweise hätte ich das Amt auch deshalb abgelehnt, weil der Vorrang der Terrorismusbekämpfung keinen Raum mehr ließ, dem BKA neben der Grundaufgabe des Fahndens auch die des Forschens zu übertragen, deren Ergebnisse es erlaubt hätten, gesellschaftlich bedeutsame Korrekturen des Strafens vorzunehmen.

K Sie wollten im wahrsten Sinne des Wortes die Gesellschaft verändern?

H Die Gesellschaft zu verändern, ist nicht das Amt der Polizei. Jedoch ist die Kriminalität selbst ein gesellschaftliches Phänomen, das die Wandlungen des gesellschaftlichen Lebens, der Anschauungen und des Alltagsverhaltens widerspiegelt. Die Polizei kann und muss daher sehr frühzeitig darauf aufmerksam machen, wenn die dunkle Rückseite der Gesellschaft sich zu verändern droht oder sich bereits verändert hat. Die Polizei ist kraft Gesetzes als Erste am Ort des Geschehens, sie ist mit dem Negativbild unserer Gesellschaft unmittelbar konfrontiert, blickt hinter die Fassade, sieht die Menschen ohne Maske, ihr werden gesellschaftliche Strukturdefekte früher sichtbar. Die Polizei setzt als vorderstes Staatsorgan des riesigen Systems »Strafverfolgung« den über viele unterschiedliche Instanzen sich hinstreckenden Prozess der Wahrheits- und Urteilsfindung in Gang. Es genügt daher nicht, wenn die Polizei, wie dies täglich pflichtgemäß geschieht, der Politik über ihre Erfahrungen lediglich berichtet. Zugleich wäre die inhaltliche Aufarbeitung der Millionen von Ermittlungs- und Kriminalakten nötig, die in riesigen Archiven schlummern, obwohl die moderne Informations-

Scanned by CamScanner

technologie es erlauben würde, rationale Einsichten in die Ursachen und in das Wesen der Kriminalität zu gewinnen. Wir wissen buchstäblich nicht, was wir wissen.

R Wollen Sie damit sagen, dass Sie im Grunde das Auftauchen des bundesdeutschen Terrorismus daran gehindert hat, Ihre eigenen Visionen durchzusetzen?

H In einem zentralen Punkt: Ja – wenngleich ich betonen möchte, dass es sich nicht um Visionen, sondern um nüchterne Beschreibungen der Möglichkeiten handelte, die von der Informationstechnologie angeboten wurden. Wenn das BKA schon ein Informationssystem von der Leistungskraft des INPOL aufbaute, dann lag es doch nahe, die Möglichkeiten der Elektronik auszuschöpfen, um Daten, die sachlich und räumlich an sich weit auseinander liegen, in überraschend neuer Weise zu neuen repressiven oder präventiven Aussagen zu verknüpfen. Die vollständige Dokumentation der Kriminalität hätte anonymisierte Daten für eine aktive Veränderung der Strafrechtsordnung liefern und den Kriminalwissenschaften die Möglichkeit eröffnen können, das gewaltige System »Strafrechtspflege« selbst, die Normsetzung, den Normenvollzug und die Auswirkungen des Strafens ständig diagnostisch aufzuhellen. Seit einem Jahrhundert war es das unerfüllte Anliegen der Kriminologie, Erfolg oder Misserfolg von Normen, ihre Fehladressierungen sowie die Wirkung der Strafe auf Täter, Angehörige, Sozialeinrichtungen, auf der Basis großer Zahlen rational zu untersuchen, um denkbare Alternativen des Strafens aufzuzeigen. Mit der Nutzung der neuen Technik würden die Korrektur und die Verbesserung des Normengefüges zum Prozess.

K Die Notwendigkeit, aus dem Geschehen vorausschauende Schlüsse zu ziehen, ergab sich jedoch auch für den Terrorismus. Sie haben bereits als Polizeipräsident in Nürnberg jene Entwicklung genauer beobachten müssen, die dann durch die Baader-Befreiung im Mai 1970 zur Gründung der RAF geführt hat. Das war ja keineswegs die erste Gruppe, sondern es hat zuvor die *Tupamaros West-Berlin* gegeben, in Parallele dazu die *Tupamaros München* und vielfältige Bestrebungen, zu einer festgefügteren Organisation wie der späteren RAF zu kommen. Haben Sie das bereits im Übergang von 1969 auf 1970 gesehen und dann 1971 weiterverfolgt, bevor Sie in das Bundeskriminalamt gekommen sind?

H Die einzelnen Vorkommnisse habe ich natürlich gesehen. Aber sie traten nicht in der Häufigkeit und Schwere auf, um sie als gesamtstaatliche Bedrohung zu betrachten. Die tiefe Beunruhigung der Bevölkerung und die Dauerbeanspruchung der Sicherheitskräfte setzten erst mit der bisher beispiellosen Terrorwelle des Jahres 1972 ein. Erst zu diesem Zeitpunkt begannen die erregten Diskussionen darüber, ob die Innere Sicherheit gefährdet sei. Selbst als dies nicht mehr zu bezweifeln war, konnte Heinrich Böll noch erklären, man rufe zu Unrecht den nationalen Notstand aus. Bis Mitte 1971 waren die Polizeipräsidenten der Bundesrepublik übereinstimmend der Meinung, die Ereignisse erforderten zwar hohe Wachsamkeit, blieben aber an Bedrohlichkeit hinter den Herausforderungen des Jahres 1968 zurück. Als mich Minister Genscher im Juni 1971 fragte, ob ich das BKA übernehmen würde, erläuterte er seine Vorstellungen zur Entwicklung des Amtes, sprach aber das Thema Baader-Meinhof gar nicht an. Um Ihre Frage zu beantworten: Wie andere auch, hatte ich bis Mitte 1971 die spätere Entwicklung nicht vorausgesehen.

K Offenkundig ein gewaltiger Irrtum. Und haben Sie geglaubt, dass mit dem Aufkommen des Terrorismus eine wirkliche Infragestellung der Inneren Sicherheit einhergehen würde?

H Im Juni 71: Nein.

K War das dann später für Sie klar, im Laufe der weiteren Entwicklung, dass es doch zu einer Gefährdung der Inneren Sicherheit, zu bestimmten politischen Instabilitäten führen würde, oder glaubten Sie, dass es sich dabei eher um übertriebene Reaktionen und eine übertriebene Darstellung dieser Probleme in der Öffentlichkeit handelte?

H Nach dem Anruf des Ministers im Oktober 1971 ließ ich mir sämtliche Akten über die damalige Baader-Meinhof-Bande kommen und arbeitete sie durch. Mir wurde klar, dass die Innere Sicherheit gefährdet war.

R Aber wie beschreibt man diese Gefahr? Es ist ja ein merkwürdig doppeldeutiges Phänomen: Auf der einen Seite war die RAF – gemessen an ihren beschreibbaren Zielen, die Bundesrepublik als solche destabilisieren zu wollen – nie eine ernsthafte Gefahr, andererseits aber war sie – wie die Geschichte gezeigt hat – durchaus gefährlich genug, um einige Repräsentanten der politischen und wirtschaftlichen Eliten ernsthaft zu bedrohen. Und sie war auch gefährlich für eine Reihe von anderen Personen, weil diese Attentate ja auch ausstrahlten. Sie haben zum Beispiel die Menge des Sprengstoffes erwähnt. Also auf der einen Seite durchaus gefährlich, auf der anderen Seite jedoch wohl keine politisch destabilisierende Gefahr. Oder sehen Sie das anders?

H Ob eine Gefahr vorliegt, wird durch ein hypothetisches Wahrscheinlichkeitsurteil festgestellt. Es prüft, ob das Geschehen, wenn sein Verlauf nicht unterbrochen wird, zu einem Schaden führt. Bestehen mehrere Möglichkeiten des künftigen Geschehensablaufs gleichrangig nebeneinander, so muss die Polizei die schlimmste Fallgestaltung unterstellen, um dann zur Abwehr das Äußerste zu tun. Nach dem Tod von Petra Schelm im Juni 1971 und der Erschießung von Norbert Schmidt war die Prognose einer Gefährdung der Inneren Sicherheit unausweichlich. Sie liegt vor, wenn sich Straftaten ereignen, die durch ihre Häufung, ihre Schwere oder durch das Ausmaß, in dem sie die Bevölkerung beunruhigen, die Sicherheitskräfte übergewichtig binden. Ob die Straftaten gegen Einzelne oder gegen die staatliche Ordnung sind, ist dabei nicht entscheidend. Die Sicherheitseinbußen trafen alle. Liegt eine Gefährdung der Inneren Sicherheit vor, so ist der Staat gehalten, die Sicherheitskräfte zu verstärken, sie mit angemessenen Befugnissen ausstatten und zugleich Vorkehrungen zu treffen, dass die Aufgabenerfüllung selbst unter extremen Belastungen der Inneren Sicherheit nicht in Widerspruch zu den grundlegenden Wertentscheidungen gerät.

R Welches war denn das schlimmste Szenario, das Sie damals entworfen haben?

H Im Entführungsfall Schleyer hat der Krisenstab stets auch die schlimmste Möglichkeit der denkbaren Entwicklung erörtert. Dabei nahm das BKA, dem eigentlich keine Befugnis dafür zustand, auch Maßnahmen der Gefahrenabwehr in Anspruch, weil anders der Terrorismus sich nicht hätte überwinden lassen. Den Ministern Genscher und Maihofer gelang es in allen Jahren immer wieder, durch Vereinbarung mit den Ländern diese Praxis rechtlich abzusichern. Zu einem Zellenbesucher sagte Baader 1974, die RAF hätte im Gleichklang mit der Studentenrevolte den Umsturz wohl erreicht, wenn sie schon 1967 bestanden hätte. Wer darüber nachdenkt, kann angesichts der im Jahre 1968 möglichen Mobilisation von Hunderttausenden auf den Straßen, der lediglich sportjournalistisch berichtenden Presse, die das Hin und Her der Auseinandersetzungen so gleichgültig distanziert wie den Kampf von Fußballmannschaften beschrieb, und angesichts der lediglich zuschauenden Massen, ein solches Bild nicht als abwegig empfinden. 1968 hatte sich die Obrigkeit verkrochen, nur die Polizei hielt noch die Stellung. Aus jedem Fenster, das eingeschmissen wurde, lehnte sich sogleich ein freundliches Gesicht heraus, um Verständnis zu bekunden. Angesichts dieses Kollektivversagens verwundert es, dass nie eine ernsthafte Diskussion darüber stattfand, welche gesellschaftliche Sprengkraft die RAF wohl entfaltet hätte, wenn sie in der Gesellschaft Armut, Not und soziale Unruhe vorgefunden hätte. In der sogenannten Stammheimer Erklärung forderte die RAF für den in allen Schriften beschworenen »Sieg im Volkskrieg« ununterbrochene Schläge »im Riss zwischen Staat und Massen«, um deren Loyalität vom Staat abzukoppeln und auf die »proletarische Gegenmacht« umzulenken. Sie berief sich auf die historischen Erfahrungen, wonach eine im Volk verwurzelte Guerilla-Bewegung – um die es sich bei der eher elitären RAF freilich nie gehandelt hat – dann den wichtigsten Abschnitt auf ihrem Wege erreicht, wenn es ihr gelingt, die konspirative Anfangsphase zu überstehen, und sie es wagen kann, sich auf Scharmützel mit der Staatsmacht einzulassen. Wenn auch die RAF zu keiner Zeit die reale Chance hatte, sich als Guerilla zu entfalten, so gelang es ihr doch, ab April 1977 mit einer Serie von Terroranschlägen, deren Intensität, Brutalität und rasche Folge alles Vorausgegangene in den Schatten stellte, Teile der öffentlichen Meinung zu entsolidarisieren und den inneren Frieden zu gefährden. Das Gesetz der inneren

Scanned by CamScanner

Linie, das die RAF mit der beliebigen Wählbarkeit des Angriffsziels auf ihrer Seite hatte, desorientierte die Sicherheitskräfte und splitterte sie überwiegend nutzlos auf eine Vielzahl von Schutzobjekten auf. Andererseits rief die überall massiv sichtbare Polizeipräsenz den Eindruck einer Notstandssituation hervor. Teile der öffentlichen Meinung sahen die staatliche Reaktion als überzogen an. Die weitreichenden Eingriffe in das Rechtssystem, die zum Ausgleich von Sicherheitseinbußen notwendig waren, wurden als Rückfall in den Überwachungsstaat betrachtet. Auftritte prominenter Intellektueller sorgten für eine anhaltende Diskussion über eine angeblich inhumane Behandlung der Gefangenen. Eine Flut von inländischen und zunehmend auch ausländischen Publikationen – man lese dazu einmal *Liberation* und *Le Monde* von damals nach – beschuldigte den Staat der faschistischen Rolle eines Überwachungs- und Unterdrückungsapparates. Die Auseinandersetzungen wurden mit zunehmender Erbitterung und gegenseitigen Schuldzuweisungen geführt. Das ohnehin gereizte innenpolitische Klima verschlechterte sich rapide. Die ihrer Zahl nach beträchtlich unterschätzte Sympathisantenszene – ein bis heute unaufgearbeitetes Kapitel der Nachkriegsgeschichte – unterstützte zwar die Aktionen nicht direkt, verweigerte aber dem als faschistoid empfundenen Staat die geistig-moralische Unterstützung. Zum ersten Male in der Geschichte der Bundesrepublik trat eine Situation ein, die – im Rückblick mit den düsteren Metaphern des »Deutschen Herbstes« oder der »bleiernen Zeit« bedacht – die Stabilität des inneren Friedens und der Liberalität des politischen Systems bedrohte. Der ungewöhnliche Fernsehappell des Bundespräsidenten Scheel an die französischen Medien, von ihren törichten Faschismusvorwürfen abzulassen, und die Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz, die Teile der Hochschulen, der Medien und der Intellektuellen für mitschuldig an der Entsolidarisierung erklärte, vermitteln ein bedrückend anschauliches Bild von der geistigen Verfassung der Gesellschaft.

K Damit rühren Sie ein in der Öffentlichkeit der 1970er Jahre ganz besonders umstrittenes Feld an. Könnten Sie in diesem Zusammenhang den Sympathisantenbegriff zunächst einmal definieren? Wie haben Sie einerseits zwischen Mitgliedern, Unterstützern und Sympathisanten der RAF unterschieden und diese andererseits quantifizierend zugeordnet?

H Sympathisant ist kein strafrechtlicher Begriff. Die strafrechtliche Relevanz beginnt erst beim Unterstützer. Für die Polizei musste der Begriff des Sympathisanten jedoch dann bedeutsam werden, wenn die gezeigte Sympathie den Bestrebungen der RAF objektiv nützlich und geeignet war, die Gefährdungslage zu erhöhen. Was die Zahl der RAF-Mitglieder betrifft, muss ich darauf hinweisen, dass die zeitgeschichtliche Forschung ihr Kräftebild vom RAF-Terrorismus den Gerichtsakten entnimmt und dadurch zu geringeren Annahmen von der Größe der Szene und vom Ausmaß der Bedrohung kommt. Die gegen die RAF ergangenen Urteile enthalten nur einen Ausschnitt des Geschehens. In vielen Fällen musste die Staatsanwaltschaft mangels Erweislichkeit die Ermittlungen schon vorher einstellen. In anderen war sie gezwungen, bei Morden, die individuell letztlich nicht zugeordnet werden konnten, nur die Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung anzuklagen. In den Prozessen schwiegen sich die Angeklagten wohlweislich darüber aus, wie sie unterstützt worden sind und durch wen. Auch die Aussagen der sechs RAF-Mitglieder, denen die strafmildernde Rolle eines Kronzeugen zugebilligt wurde, haben eigentlich nur Bekanntes bestätigt und die Struktur der Szene nicht weiter aufgehellt.

K Von wie vielen RAF-Mitgliedern sind Sie damals eigentlich ausgegangen?

H Soweit ich mich erinnere, wurden je etwa 500 Personen wegen Mitgliedschaft und wegen Unterstützung verurteilt. Die Zahlen, die sich über fast drei Jahrzehnte erstrecken, sagen jedoch wenig über die Dauerstärke der RAF und über ihre Gesamtstärke aus. Völlig offen ist die Zahl der unentdeckt Gebliebenen. Nimmt man die Einzeltaten, um anhand der Geschehensabläufe und des logistischen Aufwandes die Zahl der für Tatbegehung erforderlichen Täter zu berechnen, so ergeben sich erhebliche Differenzen zur weit geringeren Zahl der Ermittelten. Die Dunkelziffer war enorm. Vielleicht ein Anhaltspunkt für die obere Begrenzung: In den konspirativen Wohnungen, in den gestohlenen Kraftfahrzeugen, an Waffen und

Tatmittel sowie an den Tatorten wurden über 3000 nicht identifizierbare Einzelfingerspuren gefunden, unter denen sich, selbst wenn man diese Zahl um legale Verursacher oder Doppelspuren auf ein Drittel reduziert, viele Mitglieder befunden haben müssen. Zu keiner Zeit war es möglich, zwischen Mitgliedern, Teilnehmern, Rädelsführern, Hintermännern oder Unterstützern exakt zu unterscheiden.

K Bei der bislang umfangreichsten sozialwissenschaftlichen Untersuchung des Phänomens Terrorismus, die Ende der 1970er Jahre vom damaligen Bundesinnenminister Gerhart Baum in Auftrag gegeben worden war, stützte man sich auf etwa 250 terroristische Einzelfälle. Ganz wenige rechtsterroristische, in der großen Überzahl linksterroristische Fälle. Das war die Ausgangsbasis für diese Untersuchung. An dieser Zahl haben viele geglaubt, sich orientieren zu können, daran, dass sich die Zahl der Mitglieder im Bereich von einigen Hundert bewegt haben müsse. Würden Sie dem zustimmen?

H Ja, dem würde ich zustimmen.

K Von welcher Anzahl sind Sie nun im Hinblick auf die Unterstützer ausgegangen? Und auf welche Indizien, die die Voraussetzung für eine möglichst genaue Einschätzung boten, haben Sie sich damals gestützt?

H Die Gruppe der Häftlingsbesucher, Briefschreiber oder Briefempfänger umfasste etwa 3500 Personen mit unklaren Grenzen zwischen Unterstützern und bloßen Sympathisanten. Etwa zehn Anwälte standen im Verdacht, den regen Kassiberverkehr bewerkstelligt zu haben; fünf wurden deshalb auch verurteilt. Im daktyloskopischen Gesamtspurenbild aller terroristischen Aktivitäten waren, wie schon gesagt, 3000 nicht identifizierbare Einzelspuren verblieben, die nicht zugeordnet werden konnten. Hinzu kamen die Mehrfachverlierer von Ausweisen, d. h. diejenigen, die ihre Ausweise den RAF-Mitgliedern zur Abdeckung überlassen hatten und dies durch Verlustmeldungen tarnten. Von der Gruppe der Feierabend-Terroristen, den sogenannten *Revolutionären Zellen*, die mit ihren ständigen Brand- und Sprengstoffanschlägen die RAF flankierend unterstützten, wurden nur wenige ermittelt. Ihre Zahl ist mit mehreren Hundert zu veranschlagen. In den Konspirativen Wohnungen, ich glaube es waren 94, stellten wir, den Hausmüll eingeschlossen, Tausende von Gegenständen sicher, Möbel, Bücher, Toilettenartikel, Schriftstücke, Belege, Rechnungen usw. Jeder einzelne Gegenstand wurde auf Herkunft, Preis und möglicher Zuordnung zu einem Täter untersucht. Die Gesamtheit der Ergebnisse erlaubte Momentaufnahmen der finanziellen Situation der RAF und daher Prognosen, ob wegen Erschöpfung der Mittel neue Banküberfälle drohten. Da die Täter, deren Fotos an allen Ecken hingen, es kaum wagen konnten, selbst einzukaufen, muss ein großer Beschafferkreis unterstützend am Werke gewesen sein. Schließlich hatten die Länder fast 6000 Personen – großteils überlappend mit den auch auf anderen Ebenen bekannt gewordenen – zur Polizeilichen Beobachtung in das INPOL-System eingegeben. Dennoch, eine präzise Abgrenzung zwischen RAF-Mitgliedern, Unterstützern und Sympathisanten war nie möglich – stets waren die Übergänge fließend.

K Ihre ganzen Vorschläge liefen also darauf hinaus, die operierenden Kommandogruppen von ihrer logistischen und personellen Basis zu isolieren?

H Ja. Jede einzelne Erkenntnisebene – Zellen, Kontaktpersonen, mutmaßliche Unterstützer, Spurenleger – erhielt ihre spezifische Informationssammlung und -verarbeitung als polizeiliches Gegenstück. Als besonders ertragreich erwies sich die Polizeiliche Beobachtung der mutmaßlichen Unterstützerebene durch das INPOL-System. Es meldete zurück, wenn der Verdächtige an der Grenze, an Flughäfen, in Polizeirevieren oder auf der Straße angetroffen wurde. Die kriminalgeografischen Bewegungsbilder, die dadurch entstanden, ließen Tat- und Tatort-Verflechtungen erkennen. Nur dadurch wurden die Täter des Jahres 1977 ermittelt und erkannt. Zu den einzelnen Logistikelementen – Wohnungen, Kraftfahrzeuge, Ausweise usw. – erhielt jeder Polizeibeamte ein sogenanntes Fahndungsraster, d. h. Merkkarten für seine Brieftasche, mit deren Prüfkriterien er das Objekt als verdächtig erkennen konnte. Aufgabe der Kriminaltechnik, der Personenidentifizierung und des Erkennungsdienstes war es, auf allen Ebenen die Sachbe-

Scanned by CamScanner

weise auszufiltern und diese zur Tataufklärung und zur Fahndung wieder einzuspeichern. Um jedes Datum des riesigen Informationsbestandes mit jedem anderen zu Zwecken der Aufklärung und Fahndung zu verknüpfen, entstand das elektronische Schlagwort- und Fundstellenregister PIOS für Namen, Sachen, Waffen, Ausweise, Anschriften, Telefonnummern, Immobilien – in der Zielsetzung vergleichbar mit den heutigen Suchmaschinen. Die Beeinflussung der Sympathisantenszene gehörte nicht zu den Aufgaben der Polizei. Sie musste jedoch registrieren, dass beispielsweise jene Medien, die unter Berufung auf die Informationsfreiheit, der RAF Plattformen der Selbstdarstellung und Propaganda und zur Verbreitung ihrer Schriften boten, die diese sonst nie gehabt hätte. Zweifellos nützte die millionenfache Verbreitung der Tarnschrift »Die Neue Straßenverkehrsordnung« den Bestrebungen der RAF.

R Glauben Sie, dass jemand aufgrund der Lektüre solcher Schriften sich dem Terrorismus zugewandt hat?

H Das meine ich durchaus – eben durch die Lektüre von Horst Mahlers Schrift »Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa«, die sich hinter dem Tarnnamen »Neue Straßenverkehrsordnung« verbarg.

R Die allerdings in der RAF nicht besonders geschätzt wurde.

H Wohl aber in Kreisen der Unterstützer und auch der Sympathisanten. Schon wegen ihrer sprachlichen Brillanz. Und ich bin in Gesprächen und durch die Teilnahme an öffentlichen Diskussionen – an denen ich mich selbst als BKA-Chef noch beteiligt habe, bis ich eines Tages, ich glaube, in Frankfurt war das, derartig mit faulen Eiern und Farbbeuteln zugedeckt wurde, dass mir der Spaß daran vergangen ist – immer wieder auf die Faszination gestoßen, die diese Schrift ausgelöst hatte.

K Mahler hatte eine theoretische Brücke gebaut, um den Individualanarchismus des 19. Jahrhunderts in ein modernes Konzept von Guerillakampf im 20. Jahrhundert zu integrieren.

H Genau das. Mahlers Schrift bewegte sich auf einer Argumentationsebene, die die nachsowjetische Forschung heute als gültig anerkennt. Danach hatte Lenin keineswegs den individuellen Terror prinzipiell verurteilt, sondern seinen Einsatz von Nützlichkeitserwägungen abhängig gemacht, die sich an dem organisatorischen Fortschritt der Bolschewiki orientierten. Mahler gelang das Kunststück, die eigentlich einander entgegengesetzten Weltanschauungen von Marxismus und Anarchismus in eigener Interpretation zu einer Mischung äußerster Brisanz zu vereinen, ohne auch nur mit einer Zeile auf Lenin einzugehen. Zugleich definierte er den Begriff des revolutionären Subjekts, der bisher der Arbeiterklasse vorbehalten war, in einem Sinne, der nun auch die Jugend und die Intellektuellen bewegen konnte, sich als Avantgarde zu betrachten.

R Die Frage zielt auf die Motivation ab. Dass diese Schriften eine gewisse Faszination auch auf solche Leute ausübten, die theoretisch damit einen Dissens hatten, ist mit Sicherheit so gewesen. Daran erinnere ich mich auch noch; denn ich habe zu der Zeit studiert. Wenn man solch einen Text besaß, dann befand man sich in einer gewissen Nähe zu dem Revolutionsphantasma. Es liefen einem wohlige Schauer herunter. Gleichwohl ist es ein anderer Fall, wenn jemand eine solche Schrift liest und sagt, ich finde sie theoretisch überzeugend und muss mich dem deshalb anschließen. Ich bezweifle, dass Menschen so funktionieren. Ich glaube, dass bei sehr radikalen Lebensentscheidungen – das ist schließlich eine sehr radikale Lebensentscheidung, wenn jemand in den Untergrund geht – die Faszination primär durch die Praxis ausgeübt wird. Die Theorie kommt erst danach und bedient sich des Vokabulars, in dem man selber mal gerade groß geworden ist und mit dem man bestimmte Verbindungen herstellen kann.

H Ich stimme Ihnen zu, erstens muss man Gefallen und Geschmack daran haben und dann ...

R ... muss man auch Waffen und Sprengstoff haben und darf keine Angst vor ihrem Einsatz haben.

H Das sind sicher, würde ich sagen, gewisse Momente einer individuellen Disponiertheit ...

K ... die bei Ulrike Meinhof allerdings – zumindest was den Umgang mit Waffen und Sprengstoff anbetraf – nicht so umstandslos zutrafen. Sie hat ja offenbar eine gewisse Scheu gehabt, mit derartigen Mitteln zu hantieren, und soll darüber hinaus dabei auch einen gewissen Dilettantismus an den Tag gelegt haben.

H Ganz sicher. Es ist die große Frage: Wie wird jemand Terrorist, weshalb trifft er, wie Herr Reemtsma sagt, die an Radikalität nicht zu übertreffende Lebensentscheidung, in den Untergrund zu gehen? Ich meine, dass die Empfänglichkeit mancher Menschen für das prickelnde Erleben, den wohligen Schauer, das Revolutionsphantasma und andere Umstände zwar eine gewisse subjektive Disponiertheit schafft, dass aber die letztlich entscheidende Triebkraft in einem unbändigen, alles ausfüllenden Hass besteht. Der Hass ist es, der andere und letztlich auch sich selbst rigoros missachten lässt. Vielleicht fühlen sie sich durch die Machtgefühle angeregt, über Tod und Leben zu entscheiden. Aber das ist das Sekundäre. Denn der Hass hält an, wenn es nichts mehr zu triumphieren gibt, auch noch in den Gefängnissen. Der Hass treibt sie, so wie die Häftlinge in Stammheim, in den Kampftod von eigener Hand. Christian Klar, zwar ein gebrochener Mann, der immer noch im Gefängnis sitzt, der aber nicht widerruft, sondern seinem unbändigen Hass selbst unter trostlosen Bedingungen weiterlebt. Die Briefe an die Gefangenen, deren Antworten, die Zellenzirkulare, die Schriften der Folterkomitees, der Roten und Schwarzen Hilfen, die Dokumente der RAF, sie alle sind, ebenso wie die gehetzten, atemlos anklagenden Schriften der revolutionären Dilettantin Ulrike Meinhof, durchlodert von einem irrationalen Hass.

R Hass und auch Triumphalismus – meinen Sie nicht?

H Vielleicht auch das. Ich meine nur, dass der Hass der RAF auch dann weiterlebte, als es für sie keine Triumphe mehr gab.

K Aber kommen wir doch noch einmal zu den Sympathisanten zurück, schließlich hängt das ja damit zusammen.

H Eine Bekundung der Sympathie im vollen Wortsinne enthielt der sogenannte Mescalero-Aufsatz, in dem der Verfasser seine »klammheimliche Freude« über die Ermordung des Generalbundesanwaltes Buback äußert. Auch Erich Frieds geschmackloses Gedicht »Dies Stück Fleisch glaubte Recht zu tun und tat Unrecht« gehört dazu. Den Gipfel erreichte jedoch die Schrift der 44 Hochschullehrer, die dem Mescalero-Aufsatz einen Artikel der Rosa Luxemburg über das 1905 gelungene Attentat an dem zaristischen Generalgouverneur zur Seite stellte. In dem Artikel äußerte Rosa Luxemburg ihre Genugtuung darüber, dass »diese abstoßende Bestie wie ein toller Hund auf dem Straßenpflaster verendet ist«. Die Parallelisierung beider Ereignisse war ein bewusster Akt, um die Ermordung Bubacks als einen »glänzenden Schwertstreich« der Befreiung, also als notwendig, darzustellen. Schwieriger zu beurteilen und jedenfalls außerhalb des Strafrechtlichen liegend, waren die für die RAF objektiv nützlichen Akte, wie etwa die Aktion des Theaterintendanten Peymann, der von seiner Stuttgarter Bühne aus das Publikum aufrief, für den Zahnersatz von Gudrun Ensslin zu spenden, da der Staat ihr in Stammheim dies verweigere.

K Er hat nichts anderes getan, als Geld für Zahnersatz zu sammeln.

H Jedoch mit der offenkundig unzutreffenden Behauptung, der Staat würde seine Obhuts- und Garantenpflicht gegenüber einer Gefangenen nicht erfüllen. Von der Höhe seiner künstlerischen Geltung aus erhoben, musste der Vorwurf den der RAF bekräftigen, der Staat zeige inhumane, faschistoide Züge. Herr Peymann, der ja doch über ein beträchtliches Ausdruckspotential verfügt, hätte durch entsprechende Formulierungen den sich aufdrängenden Eindruck unschwer korrigieren können. Unverhüllt wurde die Sympathie von den Roten und Schwarzen Hilfen gezeigt, in den Folterkomitees in 25 Städten, in Solidarisierungsaktionen, Sit-ins, in lautstarken Zuschauerkulissen der Prozesse, in den Demonstration gegen die angebliche Isolationsfolter oder in den unablässigen Pressekonferenzen, Mitteilungen und öffentlichen Auftritten prominenter Intellektueller, die vorwiegend in die Faschismus-Kerbe hauten. Die Sympathie der vorwiegend intellektuellen Schichten

Scanned by CamScanner

reichte weit über die deutschen Grenzen hinaus. Besonders Frankreich machte sich mit so unterschiedlichen Medien wie *Liberation* und *Le Monde* die Faschismus-Anklage zu Eigen. Sogar Jean-Paul Sartre besuchte die Terroristen in den Zellen. Während die RAF-Literatur, in der die Autobiografien der Täter die Deutung dominieren, bereits unüberschaubar geworden ist, fehlt es bis zur Stunde an historischen Versuchen, das diffuse Feld des Sympathisantentums aufzuhellen. Bundespräsident Walter Scheel, Bundeskanzler Willy Brandt und die evangelischen und katholischen Bischofskonferenzen bezeichneten in öffentlichen Erklärungen die Sympathisanten als die eigentlichen Schuldigen. Dem Material zufolge, das zu diesen Interventionen Anlass gab, wäre ihre Zahl auf 100 000 zu veranschlagen. Allein die Mobilisierbarkeit nach dem Tode von Holger Meins zeigt das. Sein Hungertod hat ja 100 000 Demonstranten auf die Straße gebracht, zum Teil mit großen Ausschreitungen. Ich erinnere mich noch heute daran, dass in Berlin kurz danach Kammergerichtspräsident von Drenckmann erschossen wurde.

K Holger Meins ist am 9. November 1974 während eines Hungerstreiks gestorben und einen Tag später, am 10. November, ist von Drenckmann von Mitgliedern der *Bewegung 2. Juni* in Berlin erschossen worden. Ich halte Ihre Zahl übrigens für übertrieben. Außerdem habe ich ziemlich genaue Erinnerungen daran, wie viel Leute etwa in Hamburg auf der Beerdigung von Holger Meins waren und wie groß die Anzahl auf der anschließenden Demonstration gewesen ist. Wobei mir übrigens auch eine Art Parallele einfällt: Rudi Dutschke rief damals am offenen Grab aus: »Holger, der Kampf geht weiter!«, und Sie sollen knapp drei Jahre später am Grab des ermordeten Generalbundesanwalts Siegfried Buback gerufen haben: »Ich bring sie dir alle, Generalbundesanwalt!« – falls das Zitat zutreffend ist.

H Ich weiß nicht mehr genau, was ich gesagt habe, weil ich zur freien Rede übergegangen war. Ich glaube: »Wir werden jeden Stein aufheben und umdrehen, um deine Mörder zu finden.« Ich habe allerdings noch im Ohr, was dann wenige Tage nach der Ermordung des Kammergerichtspräsidenten bei einem Spiel von Hertha BSC im Olympia-Stadion die 100 000 oder 50 000 skandierten: »Drenckmann – Meins: eins zu eins.«

K Von den Zuschauerrängen aus wurde das skandiert, vermutlich allerdings nicht von dem gesamten Stadion. Das hat vor kurzem übrigens auf einer Tagung in Norditalien Klaus Theweleit zitiert, um deutlich zu machen, wie groß der Resonanzboden der RAF damals gewesen sei. Bei der Rede von den Sympathisanten geht es ja im Grunde genommen darum, wer die Macht über die Köpfe gewinnt. Sie haben darauf verwiesen, dass die Übergänge von Sympathisanten zu Unterstützern und von Unterstützern zu Mitgliedern fließend gewesen sein könnten. Man dürfe diese Dinge nicht statisch betrachten, sondern müsse von einem dialektischen Bewegungsbegriff ausgehen und sich fragen, wie das eine in das andere übergehe und eine neue Qualität gewinne, um ...

H ... im dialektischen Sprung der Revolution zu enden.

K Wie Sie wissen, ist der Sympathisantenbegriff von Anfang an ja äußerst umstritten gewesen. Wie würden Sie z. B. die Rolle von Heinrich Böll bewerten? Böll hatte sich ja schon frühzeitig in die Debatte eingeschaltet, hatte »Freies Geleit für Ulrike Meinhof« gefordert und von dem Krieg der »Sechs gegen die 60 Millionen« gesprochen. Würden Sie Böll auch unmittelbar unter diesen Sympathisantenbegriff subsumieren wollen, oder würden Sie sagen, dass es in einem solchen Falle doch etwas komplizierter gewesen sein könnte?

H Böll hatte ja nicht nur von den »Sechs gegen 60 Millionen« gesprochen, sondern im gleichen Atemzug die Wendung gebraucht, der Staat verteidige nur noch »mit rattenhafter Wut« die »verfaulenden Reste seiner Macht«. Damit bezweifelte der Nobelpreisträger die moralische Legitimation des Staates, sich zu wehren. Wenn das Bundesverfassungsgericht Heinrich Böll auch mit einer komplizierten Begründung von dem gegen ihn erhobenen Vorwurf, Sympathisant zu sein, befreit hat, so war seine Äußerung doch für die RAF objektiv nützlich – und eine durch nichts zu rechtfertigende Entgleisung.

R Ich glaube, dass das Problem in der Faszination von Intellektuellen durch Gewalt besteht. Oft existiert dafür ja nicht einmal eine ideologische Brücke. Intellektuelle zeigen sich einfach davon beeindruckt, wenn jemand tätlich wird. Offenbar weil sie in dieser Hinsicht selber Hemmungen haben, unter denen sie zu leiden scheinen. Mir fällt in diesem Zusammenhang immer ein Zitat aus Arno Schmidts »Zettels Traum« ein. Das spielt ja 1968, hat mit diesen Dingen zwar gar nichts zu tun, aber da fällt der Satz: »Herzlosigkeit und Rohheit imponieren dem 68er Pöbel in schreckhaftem Maße.« Das ist sein Kommentar zu diesen Phänomenen. Er sagt, dass das Moment der Herzlosigkeit und Rohheit an sich diese Leute beeindrucke.

K Würden Sie sich von diesem Satz im Nachhinein auch selber betroffen sehen, wenn Sie diese Zeit im Gesamtzusammenhang betrachten?

R In einem gewissen Sinne schon. Ich weiß, dass ich mir als Schüler zum Teil noch einzureden versucht habe, dass etwa Brechts »Maßnahme« ein bedeutendes Stück und in seiner Moral diskutabel sei. Ich weiß, dass es mein Lateinlehrer war, der mich in dieser Verblendung irritiert hat, in dem er dieses mit kalter Verachtung als einen moralisch abstoßenden Text bezeichnete. Und diese Konfrontation mit einer ganz anderen unmodischen Sichtweise hatte mich irritiert und ich begann daraufhin eine andere Perspektive einzunehmen und kam schließlich zu dem Ergebnis, dass der Mann wohl Recht habe. Ich kenne diese Stimmung sehr wohl.

K Dann lassen Sie uns einen bestimmten Punkt weiter vertiefen, und zwar das Gewaltphänomen im Zusammenhang mit Intellektuellen, genauer die Affinität von Intellektuellen zur Gewalt. Etwa bei Ulrike Meinhof ist das ja ganz offenkundig. Ihre erste Erklärung, die nach der sogenannten Baader-Befreiung unter dem Titel »Die Rote Armee aufbauen« in der *Agit 883* veröffentlicht worden ist, war von einem affektiv hoch aufgeladenen Antiintellektualismus geprägt. Der Tenor lautete: Kein Gequatsche mehr, kein linkes Rumdiskutieren, weg von diesen Rationalitätsdiskursen. Es ging ihr um nichts anderes als die vermeintlich radikale Tat. Bereits im Oktober 1969 war als Beilage zu dem von Hans Magnus Enzensberger herausgegebenen *Kursbuch* ein sogenannter »Kursbogen« erschienen, der sich auf die *Tupamaros* aus Uruguay bezog. Da stand in dicken Lettern zu lesen: »Neue Strategie: Stadtguerilla.« Und darunter stand eine Montage von Texten, die wie eine Art Robin-Hood-Verklärung der Stadtguerilla erschien. Würden Sie das als sympathisierende Äußerung eines der wichtigsten intellektuellen Organe der damaligen Neuen Linken betrachten?

H Ja, anders lässt sich das nicht deuten. Die Innenministerkonferenz hat mich später aufgefordert, Äußerungen der genannten Art, die sich dem Begriff der Unterstützung nähern, in einem Literaturdokumentationssystem nachzuweisen. Die beinahe täglichen Lageberichte des BKA an die Innenministerien und an die Landeskriminalämter – die sogenannten WEG-Berichte – liefern ein umfangreiches Material über die verflochtenen, sich wechselseitig unterstützenden Schübe zwischen RAF, Umfeld und Sympathisantenszene, und ich kann nur hoffen, dass sie eines Tages der Forschung zur Verfügung stehen. Aber ich möchte zu dem Gesamtkomplex doch noch etwas sagen, damit das nicht untergeht. Es wäre meines Erachtens verkürzt gesehen, wenn man nur die subjektive Seite der Täter betrachten würde. Soweit der Terrorismus bisher aufgetreten ist, in Spanien, Frankreich, im zaristischen Russland und in wechselnden Formen in zwei Dritteln aller Staaten, sind ihm, wenn auch oft in großem zeitlichen Abstand, Umbrüche des geistigen, ökonomischen und gesellschaftlichen Lebens gefolgt. Eine zurückblickende Betrachtung lässt ihn in allen bisherigen Erscheinungsformen als eruptive und planlose Zwischenphase und frühe Ausdrucksform der Ablösung alter Denkkategorien, ökonomischer Umstrukturierungen und des Heraufkommens neuer Wert- und Leitbilder erscheinen. Stets war der Terrorismus Präludium und Signal für nachfolgende tiefgreifende Umbrüche der Gesellschaft und der politischen Ordnung. Dem deutschen RAF-Terrorismus sind die weltgeschichtlichen Veränderungen des Jahres 1989 gefolgt. Der Zusammenbruch der Sowjetunion, buchstäblich über Nacht, leitete den globalen Sieg des Kapitalismus ein, der, von seinen Fesseln befreit, nunmehr in der Globalisierung die Negativbilder bietet, die von den Schriften

Scanned by CamScanner

der Meinhof als Ausdruck des »Imperialismus« ein Jahrzehnt vorher beschrieben worden sind. Zu ihrer Zeit konnten die von der Meinhof entworfenen Bilder nicht verstanden werden, weil der beschriebene Zustand noch nicht oder nur in Anfängen existierte. Auch der Kampf von Lenins älterem Bruder, der später hingerichtet wurde, richtete sich ja gegen Missstände im Zarismus, die zu dieser Zeit erst in Umrissen erkennbar waren und erst sehr viel später offen zutage getreten sind.

K Sie wollen damit also sagen, dass das Phänomen Terrorismus auch als ein Seismograf für gesellschaftliche Umbruchsituationen wahrgenommen werden muss? Als ein Seismograf für tiefreichende Umschichtungen und Verwerfungen, die an der Oberfläche noch gar nicht erkennbar sind und insofern Hinweise auf strukturelle Neuformationen der gesamten Gesellschaft im internationalen Rahmen geben?

H Ja, genau das meinte ich zu sagen.

K Aus einer anderen Perspektive lässt sich das auch als ein Frühwarnsystem bezeichnen.

H Frühwarnsystem, jawohl. Im Krisenstab habe ich am Rande, wenn alles andere erledigt war und wir einen Augenblick verschnaufen konnten, gelegentlich auf die historischen Beispiele anderer terroristischer Bewegungen verwiesen und auf deren Charakter als Präludium und Signal für nachfolgende gesellschaftliche Umwälzungen aufmerksam gemacht. Helmut Schmidt hielt mir schließlich vor, ich käme der RAF gedanklich entgegen, indem ich ihre angemaßte Rolle akzeptiere, Vollstreckerin der Geschichte zu sein. Leider hatte ich in der Ausnahmesituation, in der wir uns befanden, nie Zeit und Gelegenheit, die objektive Natur meiner Betrachtungsweise näher zu belegen und darzutun, dass die dem Terror historisch jeweils nachfolgenden Ereignisse stets eine ganz andere Richtung eingenommen haben, als es die Handelnden erwartet hatten.

K Von Ihnen wird ja der Satz zitiert: »Eigentlich müssen wir der RAF tief dankbar sein.« Damit scheinen Sie ja bereits die seismografische Rolle und den damit verbundenen Erkenntniswert zum Ausdruck gebracht zu haben.

H Ihre Aussage zur Früherkennung trifft exakt zu, wenngleich ich den Satz nicht gebraucht habe. Jedenfalls bleibt das Phänomen bestehen, dass in allen geschichtlichen Beispielen die terroristischen Bewegungen dann erloschen sind, wenn die Zustände, gegen die sich ihre Anklagen richteten, eingetreten waren. An diesen Wendemarken nahmen entweder die Massen das weitere politische Schicksal in die Hand, oder es folgten lange restaurative Phasen. Wenn man den pessimistischen Äußerungen von Sachverständigen folgt, so mehren sich in der Bundesrepublik die Elemente sozialer Unsicherheit, zugleich treten weltweit die Kriterien auf, die Ulrike Meinhof als »imperialistisch« beschrieben hat. Warum gibt es jetzt keine Anzeichen eines deutschen Terrorismus, da sich die von ihm beschriebene Situation doch offenbar zu nähern scheint?

K Beziehungsweise nur einen Terrorismus in einer anderen globalen Region, auf einem ganz anderen politischen Terrain und einen, der auch anders strukturiert ist als derjenige, den es hierzulande gegeben hat.

R Das würde ich wirklich gerne noch einmal unterstreichen, weil das ein Gedanke ist, der sich in den gängigen Theorien des Terrorismus so nicht findet: Der Terrorismus reagiert nicht auf Zustände, sondern antizipiert Zustände. Die Ähnlichkeit bestimmter Terrorrichtungen, Terrorgruppen zu ganz unterschiedlichen Zeiten und in ganz unterschiedlichen Regionen ist einfach verblüffend. Wenn man den russischen Terrorismus des 19. Jahrhunderts, wie das von jemandem, der die damalige Szene ja durchaus kannte, wie Dostojewski, in den »Dämonen« dargestellt worden ist, einmal näher betrachtet, dann finden sich dort Szenen, die man mit ein bisschen Veränderung der Mode auf das Frankfurt oder Berlin von 1968 einfach übertragen könnte. Wie die da herumsitzen vom abgebrochenen Philosophiestudenten bis zur feministischen Agitatorin. Sie sind alle da. Und dann steht einer auf und sagt: Schluss mit dem Gequatsche, Schluss mit dem theoretischen Gequatsche, jetzt müssen wir handeln! Also der mas-

sive Antiintellektualismus, der lässt sich bereits ein Jahrhundert zuvor im russischen Terrorismus beobachten.

H Auch der radikale Optimismus, der den weitverbreiteten Skeptizismus der Intellektuellen überwinden soll.

R Und die Liebe zur Simplifizierung. Dass es endlich mal zur Aufgabe von Intellektuellen gehört, bestimmte Dinge radikal zu vereinfachen. Was Intellektuelle normalerweise tun, besteht ja darin, die Dinge zu verkomplizieren. Sie begreifen ihre Aufgabe darin, Komplexitäten aufzuzeigen, die andere nicht sehen. Das ist aber auch nervtötend, anstrengend und führt mitunter zu einem unangenehmen Skeptizismus. Und jetzt will mal jemand durchlüften. Und wer das nicht sieht, wird jenen entgegengehalten, die an ihrer alten Rolle festhalten wollen, ist ein Ideologe und stützt die Verhältnisse. Dann kommt also diese Wonne der Unterkomplexität. Und glücklich sind diejenigen, die einen Italo-Western nur im Kino ausleben und das nicht selber spielen müssen.

K In den letzten Jahren ist viel von einer geradezu popkulturellen Verehrung ehemaliger RAF-Mitglieder, insbesondere von Andreas Baader, die Rede gewesen. Diese Haltung stellt sozusagen die Folie für die Auseinandersetzung mit der RAF-Kunstausstellung dar. Es gibt Filme, Bücher, Theaterstücke, alle möglichen ästhetischen Formen – es ist einfach unglaublich, welches Spektrum sich da eröffnet hat. Die Figur Andreas Baaders ist dafür zentral. Er war gewiss eine der schillerndsten aus der gesamten Geschichte der RAF und insoweit kann es eigentlich kaum überraschen, dass sich so viele Projektionsvorgänge an Andreas Baader heften. Karin Wieland hat nun in einem Aufsatz, der im Zusammenhang mit einem von uns gemeinsam herausgegebenen Buch erschienen ist, den Versuch unternommen, Andreas Baader als den Typus eines terroristischen Dandys herauszuarbeiten. Was halten Sie von dieser Interpretation?

H Also die Dandyphase, die kenne ich nicht. Dass sie bestanden haben soll, habe ich erst sehr viel später der Literatur entnommen. Ich habe die Äußerungen Baaders erst seit dem Kaufhaus-Brandstifter-Prozess in Frankfurt verfolgt und war von seiner Bezugnahme auf Ernst Niekisch überrascht, dessen wagemutige Schrift »Hitler – ein deutsches Verhängnis« aus dem März 1933 ich sehr schätze ...

K Und deren Autor Sie auch persönlich gekannt haben?

H Ich habe ihn als Kind erlebt. Niekisch hat von einem nationalistischen Standort her mit größtem Mut ein rigoros antifaschistisches Konzept verfolgt, das dem von Hitler diametral entgegenstand. Für Niekisch war die Nation ein sozialer Begriff, für Hitler ein ethnischer. Niekisch wollte die Revolution von 1918 vollenden, Hitler wollte sie zurückdrehen. Niekisch wollte mit der Sowjetunion zusammenarbeiten, Hitler wollte sie von der Landkarte tilgen. Niekisch wollte die Juden integrieren, Hitler wollte sie vernichten. Niekisch an Hitlers Stelle und es hätte weder den Krieg gegen die Sowjetunion noch den Holocaust gegeben. Es wäre interessant, zu wissen, aus welchen Überlegungen heraus die RAF die ursprünglich linksnationalistische Position nur wenig später zugunsten des internationalistischen Marxismus-Leninismus aufgegeben und gleichwohl darauf verzichtet hat, jemals auf die bisherigen sozialistischen und kommunistischen Experimente einzugehen oder die eigenen Vorstellungen von einer sozialistischen Ordnung zu beschreiben.

R Die Entwicklung Mahlers ist also kein Zufall?

H Nein, das ist kein Zufall. Doch lassen Sie uns noch einmal auf Baader zurückkommen. Ihn habe ich erst nach seiner Befreiung wahrgenommen und nach seiner Inhaftierung dann die enorme kriminelle Kraftanstrengung registriert, mit der er seine Zellengenossen ideologisch zusammenhielt und zugleich die noch in Freiheit befindlichen und dann nachrückenden Mitglieder der RAF dirigierte. Allein bei einer Zellendurchsuchung kamen nicht weniger als 9000 Zellenzirkulare, also Kassiber, zum Vorschein ...

R Und wie erklären Sie ...

H ... seine Zielsetzung? Einmal durch die Verankerung in der Sympathisantenszene, für ihn das A

Scanned by CamScanner

und O. Mit seinen Anweisungen aus der Zelle an die Sympathisantenszene sorgte er für die propagandistische Plattform einer »Gegenöffentlichkeit«, er gab dafür die Themen vor – Isolationsfolter, Vergleiche zur Gestapo-Zeit, Kampagnen gegen den Überwachungsstaat –, die auch außerhalb der Szene ein geneigtes Echo fanden. Die RAF trat in den Hungerstreik, prangerte aber gleichzeitig die Zwangsernährung als faschistisch an. Baader formulierte für die noch in Freiheit befindlichen RAF-Mitglieder taktische Konzepte, die wir dann als Wellentheorie bezeichnet haben: nach einer terroristischen Tat gerät alles in Erregung, die staatlichen Aktivitäten zur Bekämpfung werden hektisch, Betroffenheit herrscht vor, und nach einer Zeit des Wartens klingt alles wieder ab. Man hält das Problem, weil nichts geschehen ist, schließlich für erledigt. Der Gedanke, erst am unteren Punkt des Wellentales, also zur Zeit erlahmter Abwehr, wieder zuzuschlagen, ist nicht neu. Er findet sich bereits bei Mao. Neu war jedoch, dass Baader von der angeblich isolierten Zelle aus mit Hilfe von Anwälten dafür Befehlsstrukturen nach draußen schaffte und Aufgaben auch dort verteilte, etwa die Polizei und deren gefährlichstes Werkzeug, den Computer, systematisch zu erkunden, oder das System PIOS, das sämtliche Fundstellen indexierte ...

K In gewisser Weise ein Vorläufer der Internet-Suchmaschine »Google«?

H Genau, PIOS sollte das zur Bekämpfung des Terrorismus angefallene Aktengut ähnlich dem Schlagwortverzeichnis eines Buches indexieren. In der schon erwähnten Stammheimer Erklärung hatte Baader von der Szene ununterbrochene Schläge im »Riss zwischen Staat und Massen« gefordert, um das staatliche Gewaltmonopol für alle sichtbar außer Kraft zu setzen, um die Loyalität der Massen vom Staat abzukoppeln und sie im Volkskrieg auf die »proletarische Gegenmacht« umzulenken. Baaders detaillierte Befehle zur praktischen Umsetzung wurden nicht nur von der ihm intellektuell überlegenen Ulrike Meinhof befolgt, sondern auch von den Tätern draußen.

K Aber das, was Sie an Baader herausstreichen, das kommt, in diesem Bild, in dieser Figur des Dandy, ja gar nicht vor.

H Nein. In der Zelle spielte er die Dandyrolle nicht.

K Ich habe Andreas Baader ein einziges Mal erlebt, im August 1975 während des Stammheim-Prozesses. Damals lebte ja auch Ulrike Meinhof noch, da waren sie noch alle zusammen präsent. Ich war erstaunt vom Auftreten Andreas Baaders, wie bestimmend er vor Gericht erschienen ist und mit welcher Entschiedenheit er seine Positionen dort vertreten hat. Dieses Bild widersprach in so weitgehender Hinsicht dem in der Öffentlichkeit vorherrschenden, das auch ich mir damals von Baader gemacht hatte, dass ich anschließend an dessen Gültigkeit gezweifelt habe. Diese Diskrepanzerfahrung hat mich sehr beschäftigt. Ich dachte mir, wie kann das eigentlich zusammenlaufen?

H So empfinde ich es auch. Ich habe Zweifel, ob es der Aufarbeitung des Gewaltphänomens des deutschen Terrorismus dient, wenn man die RAF als durchgeknallten Ableger der Schickeria beschreibt. Erlauben Sie mir bitte noch eine Frage: Berücksichtigen Sie in dem geplanten Werk über die RAF eigentlich auch die dritte Generation, die eigentlich die schwersten Straftaten begangen hat? Ich habe hier ein Bild. Es zeigt die Wirkung eines Sprengstoffanschlags der dritten Generation.

K Der Sprengstoffanschlag auf die Strafvollzugsanstalt Weiterstadt!

H Ja, Weiterstadt. Vom personellen und materiellen Sprengaufwand her betrachtet, ist es der größte Anschlag, der sich in Europa je ereignet hat. Ein Schlag verwandelte den 120 Millionen teueren Neubau in eine klägliche Ruine. Dies konnte nur mit Hilfe einer weitverzweigten Logistik und mit genügend *manpower* geschehen. Mindestens 20 Personen waren nötig, um die Pläne des Gebäudes vorher zu erkunden, den – wahrscheinlich gewerblichen – Sprengstoff zu stehlen, anzutransportieren und zu verteilen, das Wachpersonal zu überwältigen und ein über das weitläufige Gebäude reichendes Netz von Drähten mit Zündquellen so zu installieren, dass das Gebäude in einem einzigen Akt zertrümmert werden konnte.

K Zeigt das nicht, was in den Texten der ersten Generation eigentlich immer nur beschworen wird? Die haben so und so viel TNT zur Explosion gebracht, also die Liebe zum großen Knall?

H Es war vor allem ein Angriff auf die in Weiterstadt angestrebte Modernisierung der Strafvollzugsanstalten. Diesen Mythos von einem Knast, der nicht mehr repressiv erscheint, wollten sie offenbar beseitigen.

H Die Symbolwirkung war beabsichtigt und entsprechend deutlich, bemerkenswert auch das Bestreben, erstmals Personenschäden zu vermeiden. Mir liegt jedoch daran, im Zusammenhang mit dem Fall Weiterstadt und den ihm vorausgegangenen, perfekt geplanten und verübten, bis heute unaufgeklärten Morden an Zimmermann, Beckurts, Herrhausen, von Braunmühl und Rohwedder – also den Schwerstverbrechen, die der dritten Generation zuzuschreiben sind – auf die seltsame Tatsache hinzuweisen, dass gerade in dieser Phase, in der sowohl eine gesteigerte Empörung als auf der anderen Seite eine verstärkte Unterstützung zu erwarten war, das beiderseitige und öffentliche Interesse beinahe schlagartig erlosch. Der Funktionszusammenhang zwischen über 15 Jahren anhaltenden Schreckenstaten und ihren verstärkenden öffentlichem Echo war plötzlich unterbrochen. Weil in den Verbrechen der RAF nur noch Mordlust zu erkennen war, verebbte auch der bis dahin ständig fließende Zustrom an Sympathie und Unterstützung. Der machtvolle Resonanzboden der umgebenden Unterstützer- und Sympathisantenszene, der die RAF zwei Jahrzehnte am Leben erhalten hatte, fiel weg. Ohne weiteres Zutun des Staates brach die RAF, gleichsam der Atemluft beraubt, nach ein paar krampfhaften Versuchen, ihre Fortexistenz zu beweisen, mit pathetischem Eigenlob zusammen. Ein Beispiel dafür, dass eine Untergrundbewegung ohne ein stützendes Umfeld nicht leben kann.

K Um Ihre Ausgangsfrage noch zu beantworten: In unserer Aufsatzsammlung wird ebenso wie zur zweiten Generation auch ein Aufsatz zur dritten Generation erscheinen – obwohl mit ihr immer noch so viele offene, nach wie vor ungelöste Fragen verknüpft sind. Und nichts weist darauf hin, dass sie in absehbarer Zeit gelöst werden könnten. Sie kennen diese Fragezeichen alle. Was sagen Sie dazu?

H Ich schied 1981 aus. Von der dritten Generation weiß ich nicht mehr als jeder interessierte Zeitungsleser. Dennoch habe ich an ihrer Urheberschaft keine Zweifel. Im Falle Rohwedder und Weiterstadt ist die Teilnahme wohl DNA-belegt, die diversen Bekennerschreiben weisen identifizierende Querbezüge auf und der Fall Bad Kleinen legt Verbindungen zu den übrigen Taten nahe. Es wäre jedoch anmaßend, wenn ich mich von der eigenen schmalen Informationsbasis aus zu den noch immer offenen Fragen äußern würde.

K Herr Herold, wir danken Ihnen für das Gespräch und für Ihre Bereitschaft, sich unseren Fragen zu stellen.

Scanned by CamScanner

»Sie hatten nie eine politische Forderung ...«

Ein Gespräch mit dem Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger über die Hintergründe der RAF

Wolfgang Kraushaar / Jan Philipp Reemtsma
München, 6. Dezember 2005

K Wenn Sie zurückdenken, Herr Enzensberger, was fällt Ihnen zum Stichwort RAF als Erstes ein?

E Das hat ja alles mit der sogenannten Baader-Befreiung begonnen. Ich wohnte damals in Friedenau, in der Fregestraße, hatte da ein kleines Haus gekauft, und an einem Nachmittag im Mai 1970 erschienen plötzlich bei mir völlig aufgeregt vier Personen. Das war die Ensslin, die Meinhof, der Baader und noch ein vierter. Die kamen direkt aus dieser Bibliothek, wo sich das zuvor abgespielt hat. Und ich wusste natürlich überhaupt nicht, was da los war. Da kamen also diese vier Leute mit einem Auto an. Die hatten überhaupt nichts vorbereitet und wollten bei mir unterkommen. Ich sollte sie beherbergen. Ich kannte natürlich die Meinhof recht gut, Ensslin weniger. Baader fand ich verabscheuenswürdig, ich hätte ihn am ehesten für einen Zuhälter gehalten. Als Figur war er mir jedenfalls außerordentlich unsympathisch. Und dann habe ich ihnen erklärt, dass bei mir seit Tagen ein schwarzer Volkswagen vor dem Haus stand. Ich hatte mich auch schon mit dem Fahrer unterhalten, ihn um Feuer gebeten und so weiter. Ich habe gesagt: Ja, wenn ihr so blöd sein wollt, dann können wir mal sehen, ob auf dem Dachboden noch Platz ist. Aber ich meine, dort werdet ihr nicht bleiben können, der Zugriff wird bestimmt nicht lange auf sich warten lassen. Und dann sind sie schnell wieder verschwunden. Diese Episode ist nur deswegen so interessant, weil sie zeigt, dass die ganze Geschichte – und das ist ja eigentlich das verheerendste Urteil, das man über so eine Aktion fällen kann – nichts anderes als ein Versehen gewesen ist. Im Grunde ist die RAF aus einem Versehen entstanden. Der charakteristischste Zug an dieser ganzen Sache ist ja durchgehend bis zum Schluss ihre Selbstbezüglichkeit gewesen. Sie hatten nie eine politische Forderung, die irgendwie diskutabel gewesen wäre. Es ging immer nur um sie selbst, d. h. um den Austausch von Gefangenen, um ihre Freipressung. Politisch betrachtet war das eine totale Binnenwelt, ohne irgendeine Analyse der gesellschaftlichen Situation, gepaart mit einem völligen Realitätsverlust. Das ist doch sehr merkwürdig, wenn man das mit anderen terroristischen Bewegungen vergleicht. Die hatten zumindest irgendwelche Ziele außerhalb ihrer selbst.

K Im Grunde genommen ist ihre Haltung also mehr oder weniger autistisch gewesen.

E Ja. Sie haben sich auch später in den Gefängnissen nie um die anderen Gefangenen gekümmert. Es ging immer nur um sie selber. Das ist, glaube ich, ein Zug, der die RAF stark von anderen Bewegungen unterscheidet. Die Außenwelt spielte bei ihr gar keine Rolle. Das ist *sehr* eigenartig. Sie haben sich aus Versehen in eine Situation gebracht, in der sie dann in die Illegalität gehen, konspirativ werden mussten, nicht mehr offen handeln konnten usw. Daraus entstand dann eine ganz eigene Binnenwelt. Im Grunde war das eine selbstgestellte Falle, aus der sie später nicht mehr herauskommen konnten, eine Falle, die dann mit der entsprechenden ideologischen Rhetorik aufgefüllt werden musste.

K Beispielsweise mit dem »Konzept Stadtguerilla«, das bezeichnenderweise erst im April 1971, also ein Jahr später, erschienen ist. Ihre Charakterisierung der RAF-Gründung als einen rein selbstbezüglichen Akt finde ich sehr zutreffend. Dennoch glaube ich, dass die Entstehung der RAF doch noch einen anderen Hintergrund hatte und nicht nur als rein zufällig erklärt werden kann. Es begann ja damit, dass sich mit den *Tupamaros West-Berlin* bereits ein halbes Jahr *vor* der RAF eine Untergrundgruppierung gebildet hatte, die zuvor in Jordanien von Palästinensern militärisch ausgebildet worden war. Das war die Gruppe um Dieter Kunzelmann und Georg von Rauch. Sie besaßen in ihrer Anfangszeit ganz enge Kontakte zu Horst Mahler. Der war bereits im Oktober 1969 nach London geflogen, um Rudi Dutschke aufzufordern, sich an dem »Projekt bewaffneter Kampf« zu beteiligen. Nachdem dieser abgelehnt hatte, reiste Mahler nun im Januar 1969 nach Italien. Er kontaktierte dort Gudrun Ensslin und Andreas Baader und forderte sie auf, nach West-Berlin zurückzukehren. Mit anderen Worten, in der Logik dieser einzelnen Schilderungen müsste es Mahler gewesen sein, der die Voraussetzungen für die spätere Bildung der RAF hergestellt hat. Dann sind Baader und Ensslin tatsächlich wieder nach Berlin gekommen. Baader wurde bekanntlich schon bald darauf verhaftet, und dadurch entstand in gewisser Weise überhaupt erst der Anlass, um ihn mit Waffengewalt zu befreien.

R Diese Aspekte lassen sich ja miteinander verbinden. Das ist wie bei jemandem, der sich mit den Worten rechtfertigen will: Das ist halt so passiert. Na ja, er hat sich in eine Situation *begeben*, die das dann irgendwann nahe legte. Also, diejenigen, die mit dem bewaffneten Kampf liebäugelten, die begaben sich in derartige Situationen, die gingen eben irgendwo bewaffnet hin. Ein anderer käme gar nicht erst auf die Idee, mit der Pistole durch die Gegend zu laufen. Man muss das schließlich wollen. Dann macht man auch eine »Befreiungsaktion« und schießt auch dabei. Das war vermutlich nicht so geplant, aber bereits als Handlungsreserve gedacht.

E Die ideologische Aufladung ging dem natürlich schon voraus. Ulrike, die ich am besten kannte, war ja schon seit längerem mit der legalen Arbeit völlig unzufrieden. Merkwürdig war überdies, dass sie den Gang in den Untergrund als eine Mutprobe auffassten. Als sie später noch einmal mit mir Kontakt aufnahmen, habe ich ihnen gesagt: Das ist doch völlig abwegig, was ihr da versucht. Es gibt überhaupt keine revolutionäre Situation. Und darauf haben sie mit den Worten reagiert: Du traust dich nur nicht. Das ist bei mir schlecht angekommen, weil ich dieses Argument nur zu gut aus der Nazizeit kannte. Da hat es diese Mutproben ja immer wieder – etwa in der HJ – gegeben. Das habe ich denen auch gesagt und hinzugefügt, dass ich auf so etwas grundsätzlich nicht reagiere. Denn schließlich gebe es keinen Grund, etwas bloß deshalb zu tun, weil jemand einem sage, man sei nur zu feige, um es zu tun. Das ist doch kein Motiv.

R Ich denke, das ist ein wirklich wichtiger Punkt, wenn man das ganze, damals so genannte Sympathisanten- oder Unterstützerumfeld betrachtet. Es sind eben doch sehr, sehr viele überzeugte Linke gewesen, die auf die revolutionäre Situation gewartet haben, gehofft haben, sie würde zu Lebzeiten noch mal eintreten. Was waren denn das für Leute?

E Ganz biedere Leute.

R Das waren Lehrer, das waren Professoren, das waren biedere Menschen, die in einer imaginären revolutionären Situation in Aktion getreten wären. In all diesen Revolutionsträumereien war das schlechte Gewissen eingebaut.

E Ja, natürlich.

R Und damit wurden sie auch auf diese Mutproben ansprechbar. Wenn die RAF ihnen sagte, ihr seid ja bloß zu feige, hatte sie allerdings nicht ganz Unrecht.

E Ja, aber um etwas zu machen, genügt es ja nicht, nur mutig zu sein; ich muss ja wissen, *warum*.

R Ich sage ja nicht, dass das ein *triftiges* Argument ist. Ich sage ja nur, dass es ein Argument ist, das traf.

E Ja, ja, psychologisch. Die waren eben durch historischen Erfahrungen, wie ich sie hatte, auch nicht hinreichend immunisiert. Was hier vorlag, war

Scanned by CamScanner

nichts anderes als die berüchtigte Heidegger'sche Entschlossenheit. Wozu ich in Aktion trete, das ist sekundär. Hauptsache, ich bin dazu entschlossen.

R Und diese Heidegger'sche Entschlossenheit finden wir natürlich bei Sartre und Fanon und dann auch wieder in den Kassibern von Stammheim, wo es darum geht, dass man zum »neuen Menschen« werden müsse. Diese Kassiber haben ja etwas von einer wahnsinnig gewordenen Gruppentherapie an sich.

E Jede politische Bewegung, die diesen Namen verdient, muss sich ja auf eine Außenwelt beziehen. Ich habe bei den Kontakten zu diesen Leuten aber niemals etwas gehört, was sie nicht nur selbst betroffen hätte. Das hat mich am meisten gestört. Später haben mich natürlich auch diese Schießereien angewidert, als sie angefangen haben, Leute umzubringen. Aber *vorher* hat mich bereits dieser monströs narzisstische Zug in der ganzen Sache gestört. Die anderen spielten für sie gar keine *Rolle*. Das ist doch keine Politik.

K Nein, das war eigentlich keine Politik. Diese Dinge sind aber schon vorher ausgeprägt gewesen. Ich erinnere mich daran, dass man während des Streiks an der Frankfurter Universität im Wintersemester 68/69 ein Diktum von Max Horkheimer, und zwar des *jungen* Max Horkheimer, überall an die Wände gesprayt hat: »Wenn der Sozialismus unwahrscheinlich ist, dann bedarf es der umso größeren Entschlossenheit, um ihn zu verwirklichen.« Da tauchte bereits das zentrale Stichwort »Entschlossenheit« auf. Und dazu passen dann ja auch die entsprechenden Mutproben. Dieser dezisionistische Grundzug ist bereits für die antiautoritäre Revolte zentral gewesen.

E Ja, das ist Carl Schmitt, das ist Heidegger, das sind die ganzen 1920er Jahre ...

R ... und die Kultivierung des Bruches als existentieller Tat. Das finden wir auch beim jungen Horkheimer, der das aus der Perspektive des Unternehmersohnes sieht und sich fragt: Wo will ich eigentlich hin? Und auf der Fahrt zu diesem neuen Ziel will er jedenfalls mit den Angehörigen seiner Klasse *nicht* mehr im selben Zugabteil sitzen. Das ist eigentlich schon die Vorstufe zur revolutionären Tat.

E Der historische Kontext war in den 1920er Jahren aber doch ein ganz anderer. Da hätte ich mir, wenn ich meine Phantasie anstrenge, vielleicht eher vorstellen können, in so etwas hineinzugeraten. Aber in der Bundesrepublik, in dieser Gutmütigkeitsrepublik ist das doch etwas ganz *anderes*. Die Weimarer Republik war im Vergleich dazu politisch ein Hexenkessel. Ich möchte nicht die Hand dafür ins Feuer legen, dass ich 1930 nicht auch bei den Kommunisten mitgemacht hätte. Jedenfalls kann man das nicht ausschließen. Das war doch eine ganz andere Sache. Da war ein Bezug auf die Weltrealität vorhanden. Der war in den 1970er Jahren bei der RAF überhaupt nicht gegeben. Ich habe mich dann später ein bisschen im Hintergrund um die Auflösung dieser Gruppierung gekümmert, z. B. habe ich öfter einen bestimmten Gefangenen besucht. Den habe ich langsam dazu gebracht, dass er von den Realitäten außerhalb seiner Zelle und seinem Kommunikationsnetz Notiz nahm. Das war ziemlich mühsam, weil er vieles gar nicht hören wollte. Zum Schluss ging es dann nur noch um irgendwelche Gnadengesuche. Das war eine langwierige Angelegenheit. Daran lässt sich erkennen, wie gestört das Realitätsverhältnis dieser Leute auch noch nach Jahren gewesen ist.

K Ein Stichwort ist in diesem Zusammenhang allerdings noch nicht gefallen. Es gab in den 1960er Jahren schließlich so etwas wie eine importierte Wirklichkeit – die der sogenannten Dritten Welt. Und in diesem Zusammenhang ist ja bereits im Februar 1966 von Rudi Dutschke das zentrale Stichwort »Stadtguerilla« genannt worden. Also lange *vor* der eigentlichen Revolte. Damals war unter der Parole »Amis raus aus Vietnam!« von einer kleinen Gruppe von SDS-Mitgliedern eine illegale nächtliche Plakataktion durchgeführt worden. Da man deshalb eine Diskreditierung des gesamten Studentenbundes befürchtete, wurde das anschließend vom SDS-Bundesvorstand angeprangert. Zur Verteidigung hat Dutschke ein Grundsatzreferat vorgelegt, in dem er sich auf die Focustheorie von Che Guevara bezog und eine bestimmte Form der Stadtguerilla propagierte. Mit anderen Worten, die Adaption der Stadtguerillaidee als solcher ist hierzulande nicht – wie man lange Zeit geglaubt hat – einfach das Produkt der Verzweiflung gewesen, in die sich Aktivisten der auseinander fal-

lenden 68er-Bewegung getrieben fühlten, sondern sie war in den Köpfen einiger führender SDS-Mitglieder bereits zwei bis drei Jahre vorher vorhanden.

E Ja natürlich, das war vorhanden. Auch in Verbindung mit den ganzen maoistischen Theorien, den *Tupamaros* usw.

K Vorentscheidend dafür ist der Bezug auf die Dritte Welt gewesen und der Import bestimmter Ideen des bewaffneten Kampfes. In diesem Zusammenhang spielten anfangs Kuba und die dort ins Leben gerufene Trikontinentale eine ausschlaggebende Rolle. Das wissen Sie vielleicht besser als wir, weil Sie ja damals für längere Zeit auf Kuba waren.

E Ja, in Kuba waren viele. Das stimmt. Aber mir ist niemand bekannt, der sich zum Beispiel in Afrika ausgekannt hätte.

K Dafür gab es aber Vermittler, es gab afrikanische, lateinamerikanische, persische Studenten, die sich in ihren jeweiligen Heimatländern als Oppositionelle begriffen und ihr spezifisches Wissen weitergaben. So ist etwa die Rolle von Bahman Nirumand für den Iran zu verstehen, der ja im Vorfeld des Schah-Besuchs am 2. Juni 1967 eine außerordentlich wichtige Rolle gespielt hat.

E Und Gaston Salvatore für Chile. Ja, und da gab es auch Professoren wie Heinz-Rudolf Sonntag in Venezuela usw. Es gab also verschiedene Vermittler. Aber sehr wenige sind z. B. in die Ostblockländer gefahren. Das wollte man einfach nicht wissen. Das war eine Form der Realitätsvermeidung. Übrigens hatte ich zu alldem eine gewisse Distanz, schon aus Altersgründen, weil ich zehn Jahre älter als die meisten war und deshalb auch anderes historisches Gepäck mitgebracht habe. Aber ich wollte über die dortigen Verhältnisse Bescheid wissen. Ich habe alle Ostblockländer kennen gelernt – mit Ausnahme von Nordkorea. Ich bin da immer wieder gewesen, häufig z. B. in Moskau. Ich kannte das alles und habe mir dann gesagt: Gut, dann machen wir noch einen letzten Test! Das war Kuba. Dort gab es schließlich keine sowjetischen Panzer, die haben ihren Aufstand gegen das Batista-Regime selber gemacht, und in der Bevölkerung war ursprünglich eine 80-prozentige Zustimmung zu Castros Revolution vorhanden. Also das war für mich damals die *best-case-analysis*. Ich bin dann ein ganzes Jahr dort gewesen, habe mir das genau angeschaut und schließlich festgestellt, dass es dort einfach nicht funktionieren konnte. Es hat mich immer gewundert, dass die meisten anderen das ja alles gar nicht so genau wissen wollten. Das war doch sonderbar.

R Na ja, man nahm es – Sie sagten, durch Boten oder eben durch Literatur – auf. Ich erinnere mich, als Schüler habe ich mir im Hamburger Schauspielhaus Cesaires Stück »Im Kongo« angesehen – mit Uwe Friedrichsen in der Rolle von Patrice Lumumba. Für mich war das damals ein aufwühlendes Theaterstück. Das fand ich toll. Auf dem Plakat waren die Umrisse des afrikanischen Kontinents zu sehen, und an der Stelle, wo sich der Kongo befindet, waren drei Einschusslöcher zu erkennen, aus denen Blut floss. Es war von einem afrikanischen Autor geschrieben und damit gewissermaßen als eine authentische Botschaft legitimiert, mit allem, was dazugehört: darunter auch der entsprechenden Idealisierung der Lumumba-Figur. Es war aufregend und irgendwie hatte ich keinen Grund, das dort gezeichnete Bild anzuzweifeln. Man war sehr beeindruckt.

E Eine der ersten Demonstrationen, auf die ich ging, war die im Dezember 1964 gegen den kongolesischen Ministerpräsidenten Moise Tschombé, der damals verdächtigt wurde, an der Ermordung seines Vorgängers Lumumba beteiligt gewesen zu sein. Dann kam der Vietnamkrieg, der hat natürlich eine noch größere Rolle gespielt.

K Eines der einflussreichen Bändchen, die in der »edition suhrkamp« erschienen, trug den Titel »Modelle der kolonialen Revolution«. Das lebte zunächst noch von diesem antikolonialistischen Grundzug, bevor der Kampf gegen die Ausbeutung der Dritten Welt dann als Antiimperialismus bezeichnet wurde – zunächst einmal ging es noch um die Dekolonisierung. Was sich in den 1950er und 1960er Jahren alles abgespielt hat – mit Algerien, dem Kongo, den verschiedenen afrikanischen Unabhängigkeitsbewegungen –, das war ja eine imposante Welle von Unab-

Scanned by CamScanner

hängigkeits- und Befreiungsbewegungen, die nicht zuletzt die europäischen Intellektuellen in ihren Bann schlug.

E In Frankreich etwa mit dem »Manifest der 121«, mit dem Sartre und andere französische Intellektuelle gegen den Algerienkrieg opponierten. Dann gab es die sogenannten Kofferträger. Ich war in gewisser Weise auch einer dieser »Kofferträger«. Das stimmt schon alles, nur, wenn es um Tod oder Leben gehen soll, um auf die Mutproben zurückzukommen, dann will ich doch wenigstens genauer wissen, was da eigentlich los ist. Da muss man selbst hinreisen, um sich ein Bild zu machen ...

K ... und dort seine eigenen Erfahrungen zu sammeln, um schließlich urteilsfähig zu werden.

E Letzten Endes ja. Das schließt ja nicht aus, dass ich natürlich auch sehr vieles *lese*. Wenn ich mich aber mit meinem Körper selber in irgendetwas hineinbegeben will, dann muss ich doch möglichst genau darüber Bescheid wissen, oder?

K Ja, das ist, vor allem aus heutiger Perspektive, völlig selbstverständlich. Aus der damaligen war es aber für viele offenbar *nicht* so selbstverständlich.

R Da ist aber auch ein bürgerlicher Individualismus zum Tragen gekommen. So hätte man das wohl bezeichnet.

E Ja sicher. Ich habe damals mal eine Liste von Abweichungen aufgestellt. Ich glaube, ich bin dabei auf ungefähr 25 Punkte gekommen. Die haben das Spektrum so weit abgedeckt, dass eigentlich jeder als Abweichler hätte gelten können. Das kam von den Stalinisten her. Aus dieser Sicht galt ich immer als ein kleinbürgerlicher Versöhnler. Das wurde mir damals schon gesagt. Aber vielleicht ist das auch eine Altersfrage, weil ich schließlich zehn Jahre älter war.

K Der Altersunterschied spielte bestimmt eine große Rolle. Dennoch lässt der Verweis darauf als Erklärungsparameter einen letztendlich im Stich. Einerseits sind Sie – wenn man das einmal soziologisch betrachten darf – ein Vertreter der sogenannten Flakhelfer-Generation gewesen, andererseits aber waren Sie innerhalb dieser Generation wiederum eine Ausnahmeerscheinung. Sie sind derselbe Geburtsjahrgang wie etwa Jürgen Habermas, teilten aber, obwohl Sie denselben Altersabstand zu den Jahrgängen der 68er-Bewegung aufweisen, ganz und gar nicht dessen Ansichten. Habermas hat im Gegensatz zu Ihnen ja von vornherein sehr viel stärker auf Abstand geachtet. Man könnte als ein anderes Beispiel auch Alexander Kluge nehmen oder Ihren früheren *Kursbuch*-Mitherausgeber Karl Markus Michel, der ja auch Jahrgang 1929 gewesen ist. Es lassen sich jedenfalls eine ganze Reihe von Intellektuellen nennen, die einerseits zwar aus der Flakhelfer-Generation stammten, andererseits aber nicht *so* stark den Kontakt zu der damaligen Revolte gesucht haben wie Sie.

E So etwas passiert in Deutschland ja nicht allzu oft. Da muss man schon lange warten. 1848 gab es die bürgerliche Revolution, dann kam die Novemberrevolution 1918/19, danach kam lange Zeit nichts. Und dann kam diese Revolte. Sie hatte zwar ihre parodistischen Seiten, aber immerhin war das besser als nichts. Das hat mich wahnsinnig interessiert. Man könnte vielleicht sagen, ich war ein teilnehmender Beobachter. Das ist eine ethnologische Sichtweise. Ich habe mich damals über vieles gewundert. Eines meiner Schlüsselerlebnisse hatte ich auf einer Demonstration im Wedding, einem Berliner Arbeiterviertel. Da konnte man sehen, wie die Frauen mit ihren Kissen auf dem Fensterbrett lagen und heruntergeschaut haben. Dann ertönte plötzlich der tausendfache Ruf: »Für ein rotes West-Berlin!« Da habe ich nach oben geblickt, mir diese Frauen angeschaut und gedacht: Das ist ja völlig *irre*.

R Ja, aber zu dieser Zeit hatte Rudi Dutschke es in der Tat für möglich gehalten, eine Revolutionierung der Bundesrepublik von einem rätedemokratisch regierten Berlin aus in Gang zu bringen.

E Das ändert aber nichts an meiner Beobachtung. Diese Frauen schienen zu signalisieren: Was sind denn das für Irre da unten? Was sind das eigentlich für bescheuerte Leute? Da bin ich einfach heimgegangen. Ich wollte da nicht mehr mitlaufen. Das war mir einfach zu *absurd*.

K Lassen Sie uns noch einen Sprung zurück machen. In Ihrem Buch »Politik und Verbrechen« gibt es unter der Überschrift »Die Träumer des Absoluten« ein Kapitel mit zwei großen Abschnitten über den russischen Anarchismus. Und 1985 sind Sie dann noch einmal mit einem Band der »Anderen Bibliothek« darauf zurückgekommen, in dem Sie diese wunderbaren »Erinnerungen eines Terroristen« von Boris Sawinkow herausgegeben haben. Je mehr man sich damit beschäftigt, desto stärker fällt einem dabei auf, wie sehr es im zaristischen Russland bereits um eine Vorwegnahme der bundesdeutschen Studentenbewegung von 1967/68 gegangen ist. Was sich dort im 19. Jahrhundert abgespielt hat, weist ja – obgleich die Unterschiedlichkeit der politischen Rahmenbedingungen gewiss erheblich war – in mancherlei Hinsicht verblüffende Ähnlichkeiten mit der neoanarchistischen Szenerie auf. Die *Narodnaja wolja* und die späteren »Sozialrevolutionäre« hatten – wenn man das so sagen kann – einen ganz ähnlichen Spleen. Sie dachten, sie handelten stellvertretend für das Volk und könnten mit ihren Anschlägen das geknechtete russische Volk sozusagen erwecken. Das haben ja nicht wenige aus der 68er-Bewegung ebenfalls geglaubt und gemeint, sie müssten als Erstes die Arbeiterschaft erreichen, um dann in einem zweiten Schritt die gesamte Bevölkerung »erwecken« zu können. Das hat ja dann in den 1970er Jahren vor allem zur Gründung von Betriebsgruppen und diesem ganzen Wust an neoleninistischen und maoistischen Organisationen geführt. Mich würde interessieren, was Sie am russischen Anarchismus des 19. Jahrhunderts seinerzeit so fasziniert hat, dass Sie sich damit so ausgiebig beschäftigt haben – mit solch beeindruckenden, aber zum Teil auch abstoßenden Personen wie Bakunin, Netschajew, Sawinkow, dem Spitzel Asew usw.? Für eine so ausgiebige wie eindringliche Beschäftigung muss es ja ein tragendes Motiv gegeben haben. Bei Camus ist das in den »Gerechten« etwa in der Figur Kaljajews zum Vorschein gekommen, der ein Attentat gerade *nicht* verübt, weil er in letzter Sekunde erkennt, dass zwei Kinder mit in der Kutsche des Großfürsten sitzen, auf die die Bombe geworfen werden soll. Diese Skrupel, von einem geplanten Terrorakt noch in letzter Sekunde Abstand zu nehmen, hat die russischen Anarchisten mit einer ganz eigenen Aura umgeben, einer Aura, die heute – man denke nur an die furchterregende Geiselnahme von Beslan, bei der Hunderte von Schulkindern umgekommen sind – überhaupt nicht mehr denkbar wäre.

E Natürlich. Der Titel lautete »Die schönen Seelen des Terrors«. Das Merkwürdige an den Mädchen etwa, die dabei mitgemacht haben, war ja eine an Noblesse grenzende Haltung. Jedenfalls war ihr Handeln durch eine starke moralische, wenn auch nicht sehr realitätsbezogene Haltung geprägt. Im 20. Jahrhundert ist dieser Edelmut jedoch verloren gegangen – sowohl bei den Rechten wie bei den Linken. Die Kämpfe der Kommunisten zum Beispiel waren immer vollkommen rücksichtslos. Da ging es dann nur noch um ein Hauen und Stechen, andere Kriterien als solche des Kampfes gab es nicht mehr. Einen Rest an Noblesse habe ich dann noch bei den Anarchosyndikalisten im Spanischen Bürgerkrieg aufgespürt – oder aufzuspüren geglaubt, darüber ließe sich immerhin streiten. Da waren Leute von einer moralischen Statur, selbstlose Leute.

K Der moralische Impetus hat also offenbar für Ihre Beschäftigung mit dem Anarchismus eine große Rolle gespielt.

E Ja, im Vergleich zu dem, was dann im 20. Jahrhundert »normal« geworden ist, waren das ganz eigenartige Figuren. Trotz aller Ambivalenz hat mich auch die Figur von Bakunin außerordentlich interessiert. Mein Buch »Der kurze Sommer der Anarchie« hat ja eine außerordentlich große Verbreitung gefunden. Es hatte eine Auflage von 150 000 Exemplaren. Das muss man sich mal vorstellen – ein Buch über den Spanischen Bürgerkrieg. *Warum*? Und weil mir klar war, dass darin ein gewisses Risiko steckte, lautet auch der letzte Satz des Buches: »Man macht nicht zweimal dieselbe Revolution.« Das hat eine Person tatsächlich gesagt; das Buch besteht ja aus Interviews. Es war aber zugleich als Bitte gemeint: Nehmt das jetzt nicht als Gebrauchsanweisung. Es hat aber nicht viel genützt. Man hat als Schriftsteller ja keine Kontrolle über seine Leser.

K Der »Kurze Sommer der Anarchie« erschien aber zu Beginn der 1970er Jahre in einer Phase, die von den Organisationshanseln dominiert war. Es wurde

Scanned by CamScanner

gerade von denjenigen als Identifikationsangebot wahrgenommen, die sich nicht in diesem rigiden Sinne organisieren lassen wollten und ein Faible für das Freiheitsgefühl der spanischen Anarchisten besaßen. Für nicht wenige, die von der Vorstellung einer Neuen Linken nicht ablassen wollten, wurde es geradezu stilbildend.

E Na ja, nur dass es diese Leute, die spanischen Anarchosyndikalisten, längst nicht mehr gab. Mein Respekt vor ihnen hat auch damit etwas zu tun, dass in der Geschichte nicht alle Charaktere wiederkehren. Man kann sich eine Figur wie den Leutnant von Katte, der den jungen Friedrich II. bei seiner Flucht vor der Armee unterstützte und dann vor dessen Augen enthauptet wurde, nicht mehr vorstellen. So jemanden kann es nicht mehr geben. So ist meine Beschäftigung mit den Anarchisten auch – wenn Sie so wollen – ein historisches Interesse oder eine Art von Träumerei gewesen.

R Lassen Sie mich der Träumerei in Sachen Russland noch etwas weiter nachgehen. Man würde sich bei einer Figur wie Netschajew doch schwer tun, von der »schönen Seele des Terrorismus« sprechen zu wollen. Das besaß auch unglaublich possenhafte Züge, als er etwa mit Bakunin Mitgliedsausweise von nichtexistenten Organisationen austauschte. Das führte dann zwangsläufig in diese ganze Selbstmythologisierung der russischen Anarchisten mit ihren Fünfer-Gruppen. Ich möchte damit auf das Moment der Selbstbezüglichkeit zurückkommen, die Frage, inwieweit das nicht auch für einen Teil dieser Leute charakteristisch war. Ich halte Dostojewskis »Dämonen« für eine grundlegende Schrift über den Terrorismus. Wenn ich etwa das Porträt nehme, das er darin von ihnen gezeichnet hat, dann klingt das so, als wären sie im Berlin der Jahre 1967 bis 1972. Das sind ja Gebrauchsanweisungen, ganz nach dem Motto: Was brauche ich für eine Terrorgruppe? Ich brauche einen charismatischen Führer, ich brauche einen heißlaufenden Theoretiker, ich brauche eine Feministin usw. Man hat sie dort bereits allesamt vor Augen.

E Und ich brauche einen gewissen Waffenkult.

R So ist es, und dann benötige ich irgendwann das initiale Verbrechen, das die Leute erst auf das kriminelle Gleis ...

E ... zwingt.

R Zwingt, ja. Ich habe gerade eine Dissertation darüber gelesen, wie genau sich Dostojewski tatsächlich an diesen Prozessen orientiert und wie viele Informationen er dabei aufgenommen hat. Das sind doch genau diese Momente, die Sie angesprochen haben: Selbstbezüglichkeit, Wirklichkeitsverkennung, auch dieses Moment des In-der-Aktion-ein-anderer-werden-wollen. Also, man kämpfte gar nicht so sehr um ein politisches Ziel als viel mehr darum, mit sich selber eine phantasierte Transformation anzustellen.

K Das würde ich bei den russischen Anarchisten nicht unbedingt unterstellen wollen. Da hätte ich schon meine Schwierigkeiten.

E Das weiß ich auch nicht. Ich denke schon, dass dieses Figurenpanorama in der damaligen russischen Sphäre eine Bedeutung besaß. Ich habe mich natürlich auch für die Seite der Polizei interessiert. Denn da gibt es eine Art feindlicher Partnerschaft, die sehr interessant ist. Ich bin kein Verschwörungstheoretiker, aber es ist ganz klar, dass die zaristische Geheimpolizei Ochrana in der Geschichte des Terrorismus eine riesige Rolle gespielt hat. Denken Sie nur an eine Figur wie Asew. Dieses Doppelspiel hat natürlich nichts mehr mit den edlen, mit den schönen Seelen zu tun. Damit ist dann Politik getrieben worden. Dieses Unterholz hat mich fasziniert. Das sind ja tolle Stoffe. Andererseits aber gab es doch russische Terroristen, die vor dem letzten Schritt zurückgeschreckt sind. Das ist der Moment der nicht geworfenen Bombe. Das hat mich beschäftigt.

K Da war also die Figur Kaljajews. Die hat Camus – wie bereits erwähnt – dann ins Zentrum seines Stückes über die »Gerechten« gestellt. In diesem Stück geht es genau um das Innehalten, und zwar in einem Bewusstsein, das Kaljajew ja am deutlichsten formuliert hat, in dem Bewusstsein, dass er einen terroristischen Akt nur deshalb begehen kann, weil er gleichzeitig bereit ist, dafür sein eigenes Leben herzugeben.

Und Sie haben an einer anderen Stelle einen anderen Sozialrevolutionär zitiert, der gesagt haben soll: Alles, was ich als Anarchist tue, das tue ich im Bewusstsein der Sünde. Und ich verliere dieses Bewusstsein niemals.

E Das kann man sich doch bei den heutigen Leuten gar nicht vorstellen. Das gibt es gar nicht mehr.

K Und dann die Rücksichtnahme auf Unbeteiligte. Das ist etwas, was gerade im Vergleich zum *heutigen* Terrorismus so völlig anders ist. Da liegen Welten dazwischen, zwischen dem, was diese russischen Anarchisten oder Terroristen gemacht haben, und dem, was heutzutage beinahe Tag für Tag im Irak, in Afghanistan oder in Israel praktiziert wird.

E Interessant war für mich natürlich auch eine Figur wie Alexander Herzen. Das ist fast eine Art von Identifikationsmöglichkeit gewesen, weil der ja bei alledem seinen Kopf behalten hat. Der hat nie den Kopf verloren.

K Seine von ihm zu Papier gebrachten »Erinnerungen« ...

E Ja, wie er über die Marxisten in London geschrieben hat. Das sind wunderbare Sachen.

K Damit lässt sich auch ein Übergang zu einem Ihrer *Kursbücher* herstellen, die Sie damals herausgegeben haben, und zwar zu dem, das damals als »Kritik des Anarchismus« erschien. Das beginnt mit dem Abdruck eines Briefes von Michail Bakunin an Alexander Herzen. In diesem *Kursbuch*, das im Dezember 1969 erschienen ist, geht es im Strudel der sich auflösenden außerparlamentarischen Bewegung um die entscheidende Frage, wer sich jetzt wem anschließen solle und wo der Ausgang aus der Krise zu suchen sei. Und in einem *Kursbuch* davor, dem über Kuba, konnte man die Reportage eines Mannes namens Faure Chaumón lesen, der an der Erstürmung von Batistas Präsidentenpalais in Havanna beteiligt war. Das ist sehr aufschlussreich, weil darin im Grunde genommen bereits die Praxis von Stadtguerilleros beschrieben wird.

E Es gab in irgendeinem dieser Hefte auch eine Beilage über die *Tupamaros*. Ich weiß nicht mehr, in welchem.

K Ja, das ist der Kursbogen zum Kuba-*Kursbuch* gewesen. Die Hauptschlagzeile lautete: »Neue Strategie: Stadtguerilla«. Das wurde damals geradezu als eine Art Angebot verstanden, so als hätte man dem *Kursbuch* tatsächlich entnehmen können, wohin die revolutionäre Reise als Nächstes führen müsste. Gleichzeitig hatten die *Tupamaros* in Uruguay – und das verbindet sie in gewisser Weise mit den russischen Anarchisten – ja den Ruf, die Robin Hoods von Lateinamerika zu sein. Sie haben Banken überfallen, um die Beute anschließend unter den Armen zu verteilen. Sie besaßen ein starkes soziales Gespür. Insofern gab es auch hier eine durchaus positive Konnotation beim Thema Guerilla. Dann hat man aber sehr schnell gesehen, dass diejenigen, die bald darauf auch in West-Berlin begannen, diese Konzepte aufzugreifen, alles andere als Robin Hoods waren, dass sie nur selbstbezüglich agierten, genau so, wie Sie das eingangs geschildert haben.

E Man muss auch sehen, dass damals bei allen Beteiligten ein riesiger Wirrwarr vorhanden war. Ich will mich da gar nicht ausschließen. Es gibt Sachen, die mir noch heute *unangenehm* sind. Uns *allen* geht es ja so. Eine der schlimmsten Sachen – mit der ich allerdings persönlich nichts zu tun hatte –, das war ein *Kursbuch* über die sogenannte Isolationsfolter.

K Die Ausgabe erschien im August 1973 unter dem Titel »Folter in der BRD«.

E Damals war ich nicht in Deutschland. Karl Markus Michel, mein Mitherausgeber, hat sich einschüchtern lassen. Damit waren wir reingefallen. Auch ich bin öfter reingefallen. Vielleicht nicht in diesem Ausmaß – aber eben doch reingefallen. Das hängt auch mit meiner Rolle als teilnehmender Beobachter zusammen. Etwas Ähnliches ist übrigens auch Ethnologen wie Malinowski und Ruth Benedict passiert. Ich war ja nie wirklich vorne dran, ich war immer eher im Hintergrund. Hin und wieder kam Dutschke vorbei, zusammen mit einigen anderen, und dann haben sich in meinem Haus die verschiedenen Frak-

Scanned by CamScanner

tionen gestritten. Eines kann ich vielleicht für mich in Anspruch nehmen, dass ich diese Fraktionskämpfe nicht mitgemacht habe. Zeitweilig artete das auch in einen Kampf um das *Kursbuch* aus, einem Streit um seine politische Ausrichtung. Ich habe aber immer darauf geachtet, dass sich alle Fraktionen dort äußern konnten. Die anderen Gruppierungen hatten ja bereits ihre eigenen Parteizeitungen.

K Das *Kursbuch* verstand sich also überfraktionell.

E Ich dachte, es sei notwendig, dass es wenigstens an einem Ort möglich sein müsse, diese Sektiererei zu ignorieren.

K Das *Kursbuch* »Folter in der BRD« ist ja ein – ich sage mal – Ausnahme-*Kursbuch*. Nicht, um das positiv zu konnotieren, sondern im negativen Sinne. Man könnte auch sagen, es ist ein Ausrutscher, weil es darin ein paar Besonderheiten gibt. Nicht nur, weil darin bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt, nämlich 1973, das Thema »Isolationsfolter« in die Debatte eingeführt ...

E ... und damit Propaganda gemacht wurde. Da wurde wirklich Propaganda gemacht mit diesem Heft. Und dieser Idiot in Heidelberg ...

K Sie meinen Dr. Huber vom »Sozialistischen Patientenkollektiv«, dem SPK, das ja mit der Parole für sich warb: »Aus der Krankheit eine Waffe machen«. Da gab es also einen Beitrag mit einem wissenschaftlichen Anspruch von einem gewissen Sjef Teuns, einem Niederländer, der damals das Stichwort sensorische Deprivation eingeführt hat. Vorher kannte man das ja nicht. Der Haupttext in diesem *Kursbuch* ist von vier Anwälten verfasst worden, von denen dann einer, Jörg Lang, relativ bald danach RAF-Mitglied geworden ist. Das ist ein dokumentarischer Beitrag über die angebliche »Folter in der Bundesrepublik«. Und dann gibt es einen Anhang mit einer ganzen Reihe von RAF-Statements. Die erwecken beinahe den Eindruck, als seien sie eingeschmuggelt worden, vom Titel her ist das jedenfalls gar nicht zu erkennen. Außerdem gibt es einen Aufruf der Anwälte gegen die angebliche Isolationsfolter. Da hat sich das *Kursbuch* tatsächlich instrumentalisieren und zum verlängerten Arm der RAF-Propaganda machen lassen.

E Ja, ja, sicher. Das war die schlimmste Ausgabe des *Kursbuchs*, die jemals erschienen ist.

K Karl Markus Michel hat dazu offenbar die Einführung verfasst. Jedenfalls steht dort das Kürzel K. M. M. Auf der anderen Seite findet sich aber bereits in einem der nachfolgenden *Kursbücher* eine ganz harsche Abrechnung mit der RAF. Sie erschien im April 1974. Verfasst hatte sie Til Schulz, der damals so etwas wie der Kopf der *Roten Hilfe* in Frankfurt war. Die Überschrift seiner Generalabrechnung lautete: »›Der Kampf als inneres Erlebnis‹. Abenteuer des falschen Bewußtseins«. Der hat also mit diesem von Ernst Jünger adaptierten Titel ein Schlaglicht auf die gesamte RAF werfen wollen und genau *das* herausgearbeitet, was Sie am Anfang über die Heidegger'sche Entschlossenheit, das Pathos der Entscheidung und die fortwährende Suche nach dem Abenteuer gesagt haben. Das ist ein sehr bemerkenswerter Text. Im Grunde genommen wird bereits zu diesem Zeitpunkt von jemandem, der es wissen musste, eine an die Adresse der radikalen Linken gerichtete Abrechnung mit der RAF formuliert.

R Ich finde, dass das ein wichtiges Stichwort ist, und komme noch mal auf das Thema der Selbsttransformation zurück. Es gibt ja traditionellerweise zwei Typen von Helden. Es gibt den Helden, der anderen nützlich ist und damit sein Leben aufs Spiel setzt, derjenige, der jemanden aus dem Wasser zieht, oder der Winkelried, der die Schlacht auf sich lenkt, und es gibt den Helden, der eigentlich nur ein Mutexempel zeigt und im Grunde sinnlos stirbt, also der ist auch dann ein Held, wenn es nichts und niemandem nützt. Es gibt bei Sartre in den »Wegen der Freiheit« den Mathieu, der aus dem Fenster auf die Nazitruppen schießt, obwohl das militärisch völlig sinnlos ist. Es ist der Schuss an sich. Der taucht dann wieder in Degenhardts Phantasie auf, auf die Kleinbürger zu schießen. Das sind ja alles Momente eines Prozesses, in dem es lediglich darauf ankommt, in einer finalen Aktion zu sich zu finden. Einen solchen Typ gibt es auch in Dostojewkis »Dämonen«. Da gibt es denjenigen, der sagt: Wenn ich den Selbstmord ohne

Angst begehen kann, dann habe ich die ganze Welt verändert. Diese Figur ist zwar randständig, sie gehört eigentlich nicht zu dieser Gruppe, aber sie geistert da auf eine seltsame Weise auch herum. Das ist im Grunde ein Moment, das ich bis in die Figur der heutigen Selbstmordattentäter fortgesetzt sehe. Ich glaube, dass das ein relativ alter Typus ist, an den sich immer wieder Phantasien, merkwürdig überzeitlich, andocken. Meine Frage, die darüber hinausgeht, lautet: Was sind das für Milieus, in denen solche Phantasien angeheizt werden? Wo flackert das auf? Sie existieren möglicherweise in unserer Kultur und sind kulturübergreifend endemisch, sozusagen wie die Pest in der Mongolei *immer* in den Hamstern ist, zuweilen aber bricht sie aus.

E Zwischen diesem selbstmörderischen Helden und dem Märtyrer gibt es eine Schnittfläche. Die Thematik des Opfers ist ja in den Religionen sehr stark verwurzelt. Nur – man muss auch die Unterschiede sehen. Es fällt schon auf, dass die einzigen bei der RAF wirklich auf dem Tisch liegenden Forderungen – und damit kommen wir wieder auf das Motiv der Selbstbezüglichkeit – stets Selbsterhaltungsforderungen waren. Die wollten nichts anderes, als ihre eigenen Leute rauszuholen.

R Und die ersten Bombenanschläge? Steht das nicht im Widerspruch dazu? Die ersten Bombenanschläge sollten doch die militärische Präsenz der USA hier treffen, um sich dadurch mit dem Kampf des *Vietcong* zu solidarisieren!

E Das waren doch nur symbolische Nebenaktionen. In der Regel lautete ihre Forderung ganz stereotyp: Freipressen.

R Im Grunde lese ich diese Bombenanschläge durchaus ähnlich. Ich höre darin vor allen Dingen ein großes Pathos. Der Stolz darauf, so etwas anzurichten, dazu in der Lage zu sein, den großen Knall herbeizuführen. Die RAF-Kommandos feiern immer die Menge an TNT, die sie zum Einsatz gebracht haben; das steht jedenfalls in den Verlautbarungen.

E Man muss auch festhalten, dass es bei der RAF keine Selbstmordanschläge gab ...

R ... bis auf den finalen.

E Als ihnen nichts anderes mehr übrig geblieben ist. Nun konnte man niemanden mehr freipressen. Man hatte diesen Hebel verloren. Man besaß keine weitere Möglichkeit mehr. Der Wunsch, sich damit gleichzeitig einen Nachruhm als Märtyrer zu verschaffen, ist nicht in Erfüllung gegangen.

R Ja, aber sie hatten die Idee, dass sie damit den großen Knall auslösen könnten. So waren ja auch – wenn das richtig kolportiert worden ist – die letzten Verhandlungen verlaufen, in denen Baader mit dem Suizid gedroht hat.

K Ja, in dem Gespräch mit Alfred Klaus zum Beispiel, dem sogenannten »Familienbullen« des BKA, ist das so kolportiert worden. Lassen Sie uns noch zu einem anderen Punkt kommen, zum sozialen Kontext. Vorhin ist nach dem sozialen Milieu gefragt worden. Wir haben darüber schon bei einer anderen Gelegenheit mit Herrn Herold gesprochen. Er hatte zum Beispiel Zahlenangaben zum Umfeld gemacht, die mich sehr überrascht haben. Das Argument lief bei ihm darauf hinaus, dass die RAF nie »so stark« hätte werden können, wenn es nicht die vielen Sympathisierenden gegeben hätte. Dieses Stichwort hängt ja auf das Engste mit Schriftstellern, deren politischem Auftreten und damit der Resonanz von Literatur in der Öffentlichkeit zusammen. Derjenige, den man als Ersten als Sympathisanten abzustempeln versucht hat, war Heinrich Böll. Weil er »freies Geleit für Ulrike Meinhof« gefordert und sich auf eine Auseinandersetzung mit der *Bild*-Zeitung eingelassen hat, insbesondere mit Matthias Walden und dem Axel-Springer-Konzern insgesamt. Das führte ja dann auch zu jahrelangen juristischen Auseinandersetzungen. Böll, der wegen ihres Freiheitsideals zwar durchaus ein gewisses Faible für Anarchisten besaß, dem man aber nicht nachsagen konnte, dass er in irgendeiner Weise mit dem Untergrund kooperiert hätte.

E Nein, Gewaltbereitschaft kann man ihm nun wirklich nicht nachsagen.

K Er gehörte ja nicht zu der Szene. Davon war er weit entfernt. Wenn man im Vergleich dazu einen ande-

Scanned by CamScanner

ren prominenten Autor nimmt, etwa Günter Grass, dann werden gravierende Unterschiede deutlich. Grass hatte von Anfang an – und das hat sich schon 1968/69 in seiner Auseinandersetzung mit dem SDS gezeigt – unmissverständlich klar gemacht, dass er keinerlei Sympathien für die Gewalt und den Weg in den Untergrund hege. Er hat auf dem sozialdemokratischen Weg insistiert und ihn sich auch – nicht nur propagandistisch – ein Stück weit zu Eigen gemacht. Bei den Bundestagswahlen 1965, 1969 und 1972 bei den sogenannten »Willy«-Wahlen ist er immer wieder aufgetreten. Das sind ja ganz unterschiedliche Muster. Wenn man das nun im Zusammenhang mit dem Vorwurf des Sympathisantentums miteinander vergleicht: Günter Grass ist niemals vorgeworfen worden, sich als Sympathisant in gewisser Weise »mitschuldig« gemacht zu haben. Böll musste dagegen diesen Konflikt stellvertretend für viele andere Autoren austragen. Und »Die verlorene Ehre der Katharina Blum« ist sicherlich nur der Stoff, in dem er das ansatzweise zu verarbeiten versucht hat. Wie haben Sie das damals eigentlich erlebt, als die bundesdeutschen Schriftsteller in einer ganz besonderen Weise herausgefordert worden sind? Besonders zugespitzt war die Drohvokabel »Sympathisant« ja während des Deutschen Herbstes zu hören. Der *Spiegel* hatte eine ganze Serie über Sympathisanten herausgebracht, wenn auch nicht ganz unkritisch. Das war im Herbst 1977 ein überdimensioniertes Thema, das wie eine bedrohliche Wolke über dem öffentlichen Leben hing, nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem sogenannten »Mescalero«-Nachruf, in dem nach der Ermordung von Generalbundesanwalt Buback einerseits zwar von »klammheimlicher Freude« die Rede war, andererseits aber dem bewaffneten Kampf auch eine unmissverständliche Absage erteilt wurde.

E In diesem ganzen Wirrwarr gab es auch klare Verhältnisse. Zum Beispiel war die FAZ damals der Feind. Da gab es z. B. Friedrich Karl Fromme, der sich als politischer Redakteur in der »Mescalero«-Affäre weit aus dem Fenster gehängt und immer für die entsprechenden Polemiken gesorgt hat. Dazu lässt sich durchaus einiges sagen. Erst einmal ist, was die Schriftsteller betrifft, festzuhalten, dass sie damals ja noch eine Rolle spielten, die heute einfach nicht mehr vorhanden ist. Zu der Zeit war es Tagesgespräch, wenn irgendein Schriftsteller öffentlich Stellung bezogen hat. Das gibt es heute gar nicht mehr – diese hervorgehobene, ja durchaus auch übertriebene Rolle der literarischen Intelligenzija in der Bundesrepublik Deutschland, wie etwa der *Gruppe 47*. Ich glaube, die Beteiligten haben damals gar nicht kapiert, dass es angesichts des moralischen und politischen Bankrotts in diesem Land eine Notwendigkeit gab, solchen Leuten – in welcher Verkennung ihrer eigentlichen Qualitäten auch immer – zuzuhören. Für die Rekonstruktion des Landes waren sie sehr wichtig, insbesondere Heinrich Böll. Eines kann man über sie immerhin sagen: dass diese Schriftsteller – so blöd sie vielleicht sonst auch gewesen sein mögen – in einer bestimmten Hinsicht ganz kompromisslos waren. In dieser ansonsten eher überschätzten *Gruppe 47* war völlig klar – ein Nazi bekam dort keinen Fuß rein. Die Politiker haben sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit beschimpft, aber in Wirklichkeit waren sie *Rekonstruktionshelfer*. Strukturell betrachtet waren sie nichts anderes als Helfer bei der Rehabilitierung der Bundesrepublik. Diese Rolle ist inzwischen natürlich längst ausgespielt. Aus einem ganz einfachen Grund – diese Republik ist ja nun etabliert. Daher rührt auch der Funktionsverlust dieser Personen. Das hat sich schon 1968 gezeigt. Die Spaltung der *Gruppe 47* war ja ein direktes Resultat der Studentenbewegung. Als sie auftrat, hat sich die Gruppe postwendend aufgelöst.

R Aber noch einmal zurück zu den Sympathisanten. Wir haben jetzt verschiedene Typen genannt. Wie sollte man das denn retrospektiv betrachten? Wenn man sieht, wie der »Mescalero« und die Leute, die dann den »Mescalero«-Artikel nachdruckten, dies mit dem sehr prekären Rosa-Luxemburg-Zitat verbunden haben. Inwieweit trifft hier der Begriff des Sympathisanten- oder eher der des Unterstützermilieus zu? Wieso kann man diesen Vorwurf in diesem Fall nicht zu Recht erheben? Wenn ich mir diesen Böll-Artikel noch einmal anschaue, dann stelle ich fest, dass er tatsächlich von einer schreienden Naivität geprägt ist. Wenn ich »freies Geleit für Ulrike Meinhof« fordere, dann verbirgt sich darin zugleich auch ein Moment der Idealisierung. Durch die Verwendung des Begriffs »freies Geleit« stelle ich Meinhof und die

RAF tatsächlich in die Robin-Hood-Ecke. Insofern ist zwar die Art und Weise, wie auf diesen Böll'schen Artikel reagiert worden ist, schon schlimm und daher zu verurteilen, aber das macht das, was er mit seinem Appell letztlich zum Ausdruck bringen wollte, nicht weniger prekär.

E Ja, sicher. Aber ich möchte noch mal ein paar Schritte zurückgehen. Wenn man jetzt fragt, warum dieses Phänomen überhaupt einen solchen Stellenwert erlangen konnte, diese paar versprengten Abweichler in Berlin und Frankfurt, Studenten, die eigentlich überhaupt keine Macht in der Gesellschaft besaßen, wie dieser Echoraum entstehen konnte, dann muss man bedenken, dass die Verkehrsformen in Deutschland damals einfach unerträglich waren. Ich gehöre nicht zu denen, die bereit sind, den 1950er Jahren irgendetwas Gutes nachzusagen. Ich habe sie ja am eigenen Leib erlebt.

K Im Gegensatz zu der Fernsehserie, die gerade über die Fünfziger gelaufen ist, und im Gegensatz zu der *Spiegel*-Serie, in der ein weichgespültes Bild der Adenauer-Ära geliefert wird. Danach war die Bundesrepublik nichts anderes als ein Konsumwunderland, das dem im Westen allgemein verbreiteten Trend der Modernisierung gefolgt ist. Ohne Ecken und Kanten, ohne Widerstände und irgendwelche größeren Probleme.

E Das ist alles Vergoldung, natürlich. Die goldenen Fünfziger. Damals existierten ja noch wilhelminische Verkehrsformen, und deshalb war es aus historisch objektiven, aus ökonomischen und anderen Gründen einfach nicht möglich, so weiterzumachen. Es war nicht möglich, dass ein Lehrer mit einem Schüler so umgeht, wie das noch Mitte der 1920er Jahre üblich war, oder ein Arzt mit einem Patienten, ein Chef mit seinen Untergebenen, ein Polizist mit einem Bürger usw. Das war nicht möglich. Es brauchte diese hysterische Bewegung, die Ende der 1960er Jahre entstanden ist, um solche überständigen Verkehrsformen abzuschaffen. Das ging natürlich nicht ohne einen Riesenkrach, eine durchgeknallte Rhetorik und ohne ein entsprechendes Medienecho. Die Frisörin aus Böblingen, die kam nun nach Berlin, weil auch sie das Gefühl hatte, dass es so nicht weitergehen könne. Mit dem Kuppelei-Paragraphen, mit Tausenden solcher Stricke, mit denen sie sich persönlich gefesselt fühlte. Die jungen Leute aus der Provinz sind ja geradezu Schlange gestanden. Die sind ja nach Berlin gekommen, weil sie sich sagten: Uns reicht es. Uns steht es bis hierher. Wenn die nun in das richtige Milieu kamen, dann verspürten sie den Wunsch, dazuzugehören. Und wenn es dann hieß: Jetzt muss aber was geschehen, dann sympathisierten sie auch damit. Das ist der Boden, auf dem so etwas überhaupt *denkbar* gewesen ist.

K Darf ich dazu zwei Beispiele geben. Astrid Proll z. B., die ja zur Gründergeneration der RAF zählte, ist damals nach Berlin gegangen, um dort Anschluss zu finden. Ihr Bruder Thorwald, der dann zu den Warenhausbrandstiftern gehörte, war dort bereits in der Szene. Ein anderes Beispiel ist Annekathrin Bruhn, die 1969/70 zu den *Tupamaros West-Berlin* zählte. Sie war damals 19 Jahre alt, kam aus Peine, einer Kleinstadt in der niedersächsischen Provinz, und ging nach Berlin, weil dort bereits ihre ältere Schwester war, die an der FU studierte und Mitglied im SDS gewesen ist. Es entwickelten sich rasch Kontakte zu verschiedenen Leuten der Subkultur, und auf einmal steckte die junge Frau, die sich später als »Unschuld vom Lande« bezeichnet hat, ganz fest und tief in einer Gruppe, die als erste in den Untergrund gegangen ist.

E Diese Menschen haben zu Hause, ob in Peine oder in Böblingen, natürlich auch Freunde. Das sind junge Lehrer oder etwas Ähnliches; die gehen zwar nicht nach Berlin, aber sie identifizieren sich mit diesem ganzen Aufruhr. Es gibt ja diesseits vom ideologischen Kommunismus und der Idee einer Weltrevolution ganz andere Motive, die dabei eine Rolle spielen. Da war die untergründige Wut auf eine Lebenswelt, die längst überfällig war. Das haben sehr viele Leute in dieser Generation instinktiv verstanden. Es kam noch hinzu, dass durch den Außendruck, den so etwas erzeugt, Solidarisierungen stattfanden. Der Tod Benno Ohnesorgs führte zu einem riesigen Solidarisierungsprozess innerhalb dieses Milieus. Wo beginnt das, wo hört das auf? Wo ist die Grenze, an der sich jemand sagt, jetzt wird es mir zu gefährlich, jetzt springe ich lieber ab? Erst kommt ein Sit-in, dann

Scanned by CamScanner

die Besetzung des Rektorats, dann die Gewalt gegen Sachen usw. Es gibt eine Art gleitender Skala. Das ist ganz typisch gewesen, diese Stufenleiter, auf der man von einem Schritt zum nächsten gelangte und damit immer tiefer in dieses Milieu vorstieß.

R Muss man nicht doch noch etwas mit hinzunehmen? Sie sprachen vorhin von der harmlosen Bundesrepublik, bei der man sich ja dann bemühte, sie nicht mehr ganz so harmlos zu finden. Jemand wie Sebastian Haffner erklärte zur »*Spiegel*-Affäre«: Jetzt ist Weimar wieder da. Oder nach den tödlichen Schüssen auf Ohnesorg hieß es: Jetzt ist die Maske gefallen. Wir haben es in Wirklichkeit mit einem *ganz* anderen Land zu tun. Das spielte sich vor dem Hintergrund eines bei sehr, sehr vielen Leuten verbreiteten Gefühls von Instabilität ab. Wenn ich daran denke, wie zum Beispiel Arno Schmidt und Alfred Andersch miteinander über die weltpolitische Lage korrespondiert haben, dann taten sie das in der Überzeugung, dass der dritte Weltkrieg unmittelbar vor der Tür stehen würde. Sie glaubten, das und das *wird* demnächst passieren, die NATO *wird* nach Osten marschieren usw. Bei Schmidt gibt es etwa diese kuriose Vorstellung, was in Algerien geschieht, ist schrecklich, aber so lange de Gaulle nach Süden orientiert ist, rüstet er nicht auf und zieht nicht mit der NATO nach Osten. Eine überaus merkwürdige Vorstellung. Das verrät nur, wie präsent dieses Gefühl war. Ich gehörte zwar einer anderen Generation an, hatte diese Empfindung 1968 aber auch ganz stark: die Tet-Offensive in Vietnam, der Pariser Mai, de Gaulle flieht bereits nach Baden-Baden und dann die sowjetischen Panzer in Prag. Man konnte einerseits sagen, dass nun wohl nichts mehr zu machen sei. Man konnte aber auch sagen, die wussten sich nicht mehr anders zu helfen, als die Panzer rollen zu lassen. Der »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« war zum Greifen nahe. 1968 war ich 16 Jahre alt. Für mich waren das allesamt Signale einer ganz und gar instabilen Welt. Und wenn diese Welt bereits an *den* Ecken ins Wanken geriet, dann konnte es auch hier in unserer so harmlosen Bundesrepublik losgehen.

K Mit anderen Worten, Ihr Gefühl sagte Ihnen, die Revolution steht vor der Tür.

E Ja, ja. Das System wankte.

R Das System wankt und, wenn man das glaubt, dann hofft man natürlich auch darauf, dass die Guten rechtzeitig aktiv werden, wer immer sie auch sein mögen. Dann begibt man sich auf die Suche, um herauszufinden, wer sie denn vielleicht *sein könnten*. Ich will damit nur sagen, dass diese beiden Dinge, dass etwas geschehen müsse und dass man die Verkehrsformen ändern müsse, weil sie unerträglich geworden sind, zusammenhängen. Man will das Nyltest-Hemd endlich öffnen und gleichzeitig den weltpolitischen Signalen nachgehen. Die hätte man natürlich auch anders deuten können. Man hätte z. B. sagen können, dass der *Vietcong* die Tet-Offensive verloren hatte.

K Politisch aber hatte er damit gleichwohl einen Erfolg errungen. Denn kurz darauf stellte sich heraus, dass Lyndon B. Johnson nicht mehr als US-Präsident antreten wollte. Er war an der Eskalation des Vietnamkrieges gescheitert und hatte deshalb politisch kapituliert. McNamara ist bald danach als Verteidigungsminister zurückgetreten. Politisch hatte der *Vietcong* also durchaus gewonnen. Das war im Nachhinein betrachtet sogar der Scheitelpunkt des gesamten Vietnamkrieges.

E Die Unübersichtlichkeit der Welt nahm jedenfalls auf gespenstische Weise zu. Ich war 1968 sehr viel unterwegs. Ich war auf Kuba, ich war in Prag, später war ich auch in Kambodscha. Auf einer Pazifikinsel habe ich Salvador Allende getroffen, zusammen mit den Überlebenden der Bolivien-Expedition Che Guevaras. Die hat er dort herausgeholt, zunächst nach Paris, dann über den Pazifik. Ich kriege das alles gar nicht mehr im Kopf zusammen, was damals alles passiert ist.

K Deshalb haben Sie ja auch Jahre später in Notizen zu einem »Tagebuch aus dem Jahre 1968« von »Erinnerungen an einen Tumult« geschrieben. Das klingt fast wie bei einer Droge, beinahe so, als hätte man eine Droge überkonsumiert, so beschreiben Sie das jedenfalls.

E Im Vergleich dazu leben wir heute in einer geordneten Welt. Jetzt haben wir im Grunde nur noch

die islamistischen Terroristen. Was haben wir sonst? Wir haben Arbeitslosigkeit. Wir haben Renten- und Gesundheitsreformen. Das alles ist doch für einen 18-Jährigen nicht sehr heiß. Der Streit um die Praxisgebühr etwa, Ladenschlussprobleme und ähnliche Angelegenheiten. Damit kann ein 17-Jähriger nur wenig anfangen. Die Menschen, insbesondere die jüngeren, wollen aber mehr. Damals gab es die Kritik an Amerika und zugleich die Fixierung auf Amerika. Man ist im Anschluss an eine antiamerikanische Demonstration ins Kino gegangen und hat sich dort den neuesten Hollywood-Film reingezogen.

K Und es gab schon relativ bald die Fixierung auf Israel als den neuen imperialistischen Feind und auf die Palästinenser als den vermeintlichen neuen Helden im antiimperialistischen Kampf.

E Ein böses Kapitel.

K Eine der Fragen lautet doch: Woher konnte es kommen, dass bei diesem so überaus großen Angebot an Befreiungsbewegungen in den verschiedensten Erdteilen auf einmal die *El Fatah* in den Vordergrund rückte, ein so großer Teil der 68er-Bewegung propalästinensisch geworden ist und sich manche sogar auf praktische Kooperationen mit denen einließen? Wie konnte das überhaupt geschehen?

E Man sagt ja auch von der Studentenbewegung, sie wäre eine Abrechnung mit der Hitlerherrschaft und der eigenen Elterngeneration gewesen. Das ist auch nicht ganz falsch, aber es ist nicht die ganze Geschichte. Es gab da auch sehr untergründige Kontinuitäten. Der Versuch, die Eltern abzuschaffen, konnte ja nie ganz gelingen. Das ist klar. Irgendwas läuft dabei noch mit. Diese Kontinuitätslinie ist schwer zu fassen, weil sie ja nicht explizit in Erscheinung trat.

R Die bizarrste Sache ist in dieser Hinsicht, um bei der RAF zu bleiben, gewiss ein Statement im Stammheim-Prozess gewesen, mit dem versucht worden ist, den Krieg der deutschen Wehrmacht im Osten den Amerikanern in die Schuhe zu schieben. Die behaupteten, die Amerikaner hätten in einem gewissen Sinne NS-Deutschland instrumentalisiert, um den Kommunismus zu bekämpfen. Damit hatte man gedanklich eigentlich beides erreicht: einerseits war man die Väter los, andererseits hatte man sie exkulpiert und alles auf den Nenner des Antiamerikanismus gebracht. Und damit konnte man diesen endemischen Antisemitismus und Antislawismus fortsetzen, weil das nur sekundäre Phänomene waren.

K Mit dem Bombenanschlag, der am 9. November 1969 auf das Jüdische Gemeindehaus in West-Berlin verübt worden ist, sind ja auch zwei Punkte oder genauer zwei Linien miteinander verknüpft worden.

E Dieser Anschlag ist doch von der politischen Polizei inszeniert worden?!

K Das ist überzogen, vielleicht nur ein Teil der Wahrheit, jedenfalls lässt es sich in dieser Zuspitzung nicht beweisen. Darüber hat Ihr Bruder ja auch in seinem Buch »Jahre der Kommune« geschrieben. Der maßgebliche Zusammenhang ist doch der gewesen, dass die Gruppe um Dieter Kunzelmann und Georg von Rauch zuvor eine »Palästinareise« gemacht hatten. Fünf waren an dieser Reise nach Jordanien beteiligt. Die sind dort militärisch ausgebildet worden. Das Erste, was sie dann nach ihrer Rückkehr gemacht haben, war dieser versuchte Bombenanschlag auf das Jüdische Gemeindehaus. Es spricht vieles dafür, dass das unter Absprache mit den Palästinensern geschehen ist. Dass sie erst mal eine Art Vorleistung erbringen mussten, um als Kooperationspartner in Sachen bewaffneter Kampf ernst genommen zu werden. Im Unterschied zu vielen anderen Anschlägen gab es ja auch Bekenntnisse zu der Tat. Zunächst war noch am Abend des 9. November ein Flugblatt im Republikanischen Club ausgelegt worden, und ein paar Tage später erschien Kunzelmanns ominöser »Brief aus Amman« in der *Agit 883*. Darin argumentiert Kunzelmann, der in Wirklichkeit bereits längst wieder in Berlin war, aber vermutlich aus Sicherheitsgründen so tun wollte, als hielte er sich noch in der jordanischen Hauptstadt auf, dass man Anschläge auf israelische und jüdische Einrichtungen nicht mehr als rechtsradikale Auswüchse »diffamieren« dürfe, sondern sie als ein entscheidendes »Bindeglied internationaler sozialistischer Solidarität« begreifen müsse. Da ist offenbar wie mit einer unsichtbaren Brechstange eine Art Umdefinition vorgenommen worden. Man

Scanned by CamScanner

wollte mit aller Gewalt das Kapitel Vietnamkrieg durch den Nahostkonflikt ersetzen und an die Stelle der Antikriegsbewegung eine antiisraelisch und propalästinensisch ausgerichtete Bewegung setzen.

E Aber wie weit ging die Komplizenschaft der Politischen Polizei? Da ist doch einiges zum Vorschein gekommen. Anscheinend ist das ganze Material ja von einem Spitzel geliefert worden.

K Das ist durchaus richtig, die Bomben stammten von Peter Urbach, einem Agenten des Berliner Landesamtes für Verfassungsschutz. Der damalige Leiter der wegen der Anschlagserie eingesetzten Ermittlungskommission, ein Kripo-Mann namens Wolfgang Kotsch, will davon aber überhaupt nichts gewusst haben. Er behauptet sogar, ganz im Gegenteil, dass er sich verschaukelt gefühlt habe, als er im Nachhinein von den Verfassungsschutz-Bomben erfahren hätte. Es sei für ihn völlig unbegreiflich, dass dieser Urbach 21 Bomben in die gewaltbereite Szene hineingepumpt habe, zu einer Zeit, in der sich die Kriminalpolizei vergeblich darum bemüht hätte, der Täter habhaft zu werden.

E Und was war das Motiv!?

K Das weiß man nicht. Es hat einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss dazu gegeben, und der Berliner Innensenator hat 1981 auf die Frage, was es mit der Bombe vom 9. November auf sich hatte, die Erklärung abgegeben: Es könne nicht ausgeschlossen werden, dass es sich bei dem »bombenähnlichen Körper«, wie es wörtlich hieß, der von dem VS-Mann Peter Urbach im März 1969 in die *Kommune 1* gebracht worden sei, um denselben handle, der dann Monate danach in das Jüdische Gemeindehaus gelegt worden wäre. Diese sibyllinische Formulierung ist der absurde Höhe- und bisherige Endpunkt der Aufklärung. Danach gab es trotz weiterer bohrender Nachfragen nur noch Schweigen. Insbesondere der Verfassungsschutz hat sich niemals bereit gefunden, dazu Stellung zu nehmen. Es gibt allerdings noch eine weitergehende Hypothese. Viele Anzeichen deuten darauf hin, dass nach dem 2. Juni 1967 die Amerikaner als Besatzungsmacht in West-Berlin der Überzeugung gewesen sein könnten, angesichts der Westberliner Inselsituation das mit der Eskalation der antiautoritären Bewegung einhergehende sicherheitspolitische Problem stärker in die eigene Hand zu nehmen. Es gibt in diesem Zusammenhang z. B. die Vermutung, dass ein *agent provocateur* wie Peter Urbach seine Bomben *niemals* hätte verteilen können, ohne zuvor grünes Licht seitens der westlichen Besatzungsmächte zu erhalten. Die Vermutung geht also dahin, dass insbesondere von amerikanischer Seite das Interesse verfolgt worden sein könnte, dass sich diese Szene durch illegale und kriminelle Aktionen, die bezeichnenderweise bereits im Vorhinein oder kurz danach immer wieder aufflogen und von den interessierten Teilen der Presse entsprechend skandalisiert wurden, möglichst selber neutralisierte.

E Es könnte demnach also um Delegitimierung gegangen sein.

K Genau. Die damalige APO könnte auf diese Weise delegitimiert und als politischer Faktor ausgegrenzt und in gewisser Weise erledigt worden sein. Sie verlor jedenfalls schlagartig ihren Ruf. Das ist allerdings nur eine Hypothese.

E Das scheint mir nicht ganz abwegig. Ich glaube ohnehin, dass man zwischen der Situation in der Bundesrepublik und der Situation in West-Berlin scharf unterscheiden muss. Das war ja schon rein völkerrechtlich ein ganz besonderes Territorium und dort existierten noch immer, wie Sie bereits sagten, Besatzungsmächte mit eigenen Vollmachten usw. Das war ja ganz anders als in Westdeutschland. Da war 1967/68 die Nervosität natürlich schon sehr groß. Nach dem Dutschke-Attentat gab es noch eine letzte Mobilisierung. Und es gab auf Seiten des Senats Sondierungsversuche, ein ganz unmissverständliches Signal für Verhandlungsbereitschaft, vorgetragen von einem Mann aus der Wirtschaft. Man hat keinen Politiker vorgeschickt, sondern einen aus diesem Berliner Filz, der ein Angebot machte und die Frage aufwarf, ob man sich nicht einigen könne. Ich habe das selbst miterlebt. Es gab damals Pazifizierungsangebote. In der Revolutionsgeschichte gibt es ja den Begriff der Doppelherrschaft. Davon war man natürlich noch weit entfernt, aber es war schon merkwürdig, was sich dort hinter verschlossenen Türen abspielte.

Ich war sehr überrascht, dass es solche Sondierungen gab. Der Senat hat ja offenbar die Gefahr höher eingeschätzt, als sie objektiv war, auf jeden Fall höher, als wir sie selbst wahrgenommen haben. Das ist ganz typisch für West-Berlin gewesen. So etwas hätte niemals im Westen passieren können.

K Etwas ganz Ähnliches hat übrigens auch Bernd Rabehl im Zusammenhang mit dem Internationalen Vietnam-Kongreß kurz vor dem Dutschke-Attentat beschrieben. Weil der aus dem Ruder zu laufen drohte, soll es in diesem Zusammenhang ebenfalls bereits derartige Verhandlungen gegeben haben.

R Das ist schon skurril. Auf der einen Seite sprechen wir vom mangelnden Realitätssinn, der auf Seiten der Akteure herrschte, auf der anderen Seite, der staatlichen, so beginnen wir nun einzuräumen, herrschte aber offenbar ebenfalls ein mangelnder Realitätssinn. Das ist schon ziemlich merkwürdig, nicht zuletzt deshalb, weil das in dieser Zuspitzung nun selbst ganz neue Realitäten schaffen kann.

E Das kann ganz gefährlich werden.

R Es geht um einen Umschlag der Machtsituation. Aufgrund ihrer Entschlossenheit überschätzt die Mehrheit die Minderheit. Man spricht ihnen eine Rolle zu, die sie in Wirklichkeit gar nicht haben, aber im Zusprechen gewinnen sie diese Bedeutung und insofern entsteht dann tatsächlich – wie aus dem Nichts – eine Form der Doppelherrschaft.

E Ich erinnere mich an eine weitere Situation. Im Sender Freies Berlin gab es eine Veranstaltung, bei der tatsächlich der Intendant zur Rechenschaft gezogen wurde. Das muss man sich mal vorstellen. Unsere Forderung lautete: Wir wollen Sendezeiten. Die Berichterstattung nicht nur in der Presse, sondern auch im Rundfunk und im Fernsehen war ja sehr einseitig. Diese Forderung war insofern gewiss nicht illegitim. Aber merkwürdig war es schon, dass sich ein Intendant bereit fand, in eine turbulente Versammlung zu kommen und dort zu versuchen, sich zu rechtfertigen. In gewisser Weise war das bereits eine Machtumkehr, wenn auch nur an einem Abend; denn am nächsten Tag gingen bereits die Rollläden runter, die Polizei erschien, und dann war natürlich Schluss damit. Die Unsicherheit auf der Gegenseite war aber spürbar. In West-Berlin konnte jedoch letzten Endes nichts passieren, der Status war ja durch die Besatzungsmächte garantiert, durch die Amerikaner, die Franzosen, die Engländer, und die hatten ihre Truppen. Insofern waren alle Versuche, daran zu rütteln, nicht sonderlich realistisch.

K Rudi Dutschke hatte im Juli 1967 unter Pseudonym vom »Transmissionsriemen West-Berlin« geschrieben. Er hatte ja die Vorstellung, dass erst West-Berlin »befreit« und in eine Räterepublik umgewandelt werden müsse, um dann in einem zweiten Schritt zum Bindeglied für eine Wiedervereinigung Deutschlands unter sozialistischem Vorzeichen zu werden. Das hat er auch intern so propagiert.

E Das ist doch alles hirnrissig. Die Amerikaner wären ja nie bereit gewesen, sich auf solche Spielereien einzulassen, ganz ausgeschlossen. Aber die Verunsicherung war damals weit verbreitet. Sie hatte mit der Überfälligkeit von innergesellschaftlichen Verhältnissen zu tun, die auch von Leuten, die eigentlich die Macht vertraten, also in dem einen Fall der Professor, in dem anderen der Regierende Bürgermeister, gespürt worden ist. Ich bin ja glücklich, dass ich noch in der alten Universität studieren durfte, aber sie hatte ihre unerträglich autoritären Seiten. Nicht ohne Grund ist diese antiautoritäre Bewegung entstanden. Das darf man nicht unterschätzen. Es hat die Leute wahrscheinlich mehr geprägt als die explizite Politik. Es war ihr Lebensgefühl, dass es hier nicht so weitergehen könne, dass es anders werden müsse. Das hat dann auf der einen Seite zu einer tiefen Verunsicherung bei den Autoritäten und auf der anderen Seite bei jenen, die entschlossen durchgreifen wollten, zu einer entsprechenden Verhärtung geführt. Aus dieser Dynamik ist dann rasch eine Eskalation entstanden. Beide Seiten haben sich aufgeschaukelt. Das hat dann die Politik mit ihrer Forderung »Mehr Demokratie wagen« aufzufangen und in ihre Bahnen zu lenken versucht. Die Folgekosten einer solchen Bewegung waren aber enorm hoch. Ich glaube, dass es überhaupt keine nennenswerten politischen Bewegungen geben kann, bei denen nicht zugleich auch ungeheure Verluste entstehen. In den Anfängen des Feminismus gab

Scanned by CamScanner

es nicht wenige Frauen, die sich plötzlich von ihren Männern trennen sollten. Sie wurden dazu vergattert, lesbisch zu werden. Persönliche Tragödien sind daraus entstanden. Heute ist oft zu hören, die 68er seien zu Ministern und Staatssekretären mutiert. Aber es gab nicht wenige, die an dieser Bewegung zugrunde gegangen sind, deren Namen keiner mehr kennt, die aus der Bahn geworfen wurden, Drogen nahmen oder sich aus dem Fenster stürzten. Es gab unzählige Verlierer, die spurlos verschwunden sind. Das war auch ein Grund dafür, dass ich irgendwann als Besucher ins Gefängnis gegangen bin und mich um einen Häftling gekümmert habe. Ich hatte zwar nichts mit den Aktionen der RAF zu tun, aber einer Art Resthaftung konnte ich mich nicht entziehen.

K Aber so, wie Sie das entwickelt haben, ist das ja im Grunde genommen eine Art innergesellschaftliche Nachholbewegung gewesen, eine Art innergesellschaftliche Korrektur. Die Demokratie war zwar als ein Geschenk der westlichen Besatzungsmächte formell vorhanden, sie ist aber in gewisser Weise auch ein Hohlkörper gewesen. Die parlamentarische Demokratie musste erst Stück für Stück angeeignet und in Lebenspraxis verwandelt werden.

E Und das geht nicht von heute auf morgen. Da gibt es große Widerstände.

K In dieses Vakuum ist die Studentenbewegung damals eingedrungen und hat zugleich eine Reihe völlig überzogener Effekte ausgelöst.

E Daher die extreme Ideologisierung. Auch der Konflikt mit den Eltern, der immer nur auf die Nazizeit bezogen wurde. Das war aber eben nicht alles. In solchen Konflikten gibt es auch einen Sprengstoff, der schon immer für die Kluft zwischen den Generationen charakteristisch war: »Solange du deine Füße unter meinem Tisch setzt, du nicht um zehn Uhr zu Hause bist, du nicht gefälligst die Finger von diesem oder jenem Mädchen lässt« usw.

R Man könnte auch sagen, wenn die gesamte Kultur kurzfristig auf das Niveau der politischen Institutionen gebracht werden soll, dann braucht es dazu eine bestimmte Menge an Erregung.

E Das größte Erregungspotential bestand damals darin, links zu sein. Das war im Kalten Krieg der größte Skandal. Später brauchte sich jemand nur noch ein Hakenkreuz auf seine Uniformjacke zu nähen und mit dem Baseballschläger herumzulaufen. Das reichte dann schon aus, um damit den Anschein einer neonazistischen Gefahr zu erwecken.

R Und dann gibt es ein paar, die dabei verrückt werden, die Selbstideologisierung für bare Münze halten. Oder eben nicht mehr aufhören können ...

E ... und sich in Situationen begeben, in denen jeglicher Rückweg abgeschnitten ist.

K Das ist übrigens in manchen Gruppen absichtlich erzeugt worden. Um den sozialen Kitt in der Gruppe zu verstärken, wurden gerade die Unbedarftesten, die unsicheren Kantonisten, in die riskanten Situationen geschickt, damit sie sich selber schuldig machten und aus eigener Kraft nicht mehr herauskommen konnten.

R Außerdem funktionierte das auch auf eine sehr simple familiäre Weise. Das habe ich selber so miterlebt. Man ließ sich die Haare über eine bestimmte Länge wachsen und wurde dann zu bestimmten Anlässen einfach nicht mehr mitgenommen, nicht mehr eingeladen, weil sich die Eltern nicht mehr mit einem zeigen wollten. Und schon lockern sich die üblichen Integrationsmechanismen in einem Familiengefüge. Man macht sich selbst ein bisschen zum Außenseiter, wird dann auch tatsächlich mehr und mehr zum Außenseiter, und umso leichter fällt einem der nächste Schritt, noch weiter auf Distanz zu gehen.

E Die abscheulichste Figur in diesem ganzen Zusammenhang ist Baader. Ich konnte ihn nicht ausstehen. Er mich auch nicht. Das hat er schon verstanden. Dafür hatte er eine sehr gute Witterung. Merkwürdig war auch sein Verhältnis zu den Frauen. Er hat von ihnen immer nur als den »Votzen« gesprochen. Das war eine ekelerregende Figur.

R Interessant ist aber auch, dass die Frauen in der Gruppe diesen Jargon von ihm übernommen haben.

E Das hat denen imponiert: dieser ganze Waffenkult, die blöden schnellen Autos ohne Führerschein zu fahren, das hat ihnen offenbar gefallen.

K Vielleicht wurde er gerade darüber zur zentralen Figur.

E Ja, obwohl er eine politische Null sondergleichen war.

K Das hat seine Attraktivität aber offenbar gesteigert.

R Damit kommen wir aber auch wieder auf die Faszination, die solche Typen auf manche Intellektuelle ausüben.

E Das sind natürlich Dekadenzerscheinungen.

R Das »Baal«hafte. Oder Brecht und seine »Maßnahme«.

E Mir ist bei Baader immer der Zuhälter eingefallen, der ja offenbar auch die Gabe hat, Frauen auf irgendeine Weise an sich zu fesseln.

K Baader stammte aus einem bildungsbürgerlichen Elternhaus. Sein Vater war ein promovierter Historiker, der eine ganz distinguierte und hochelaborierte Dissertation verfasst hat. Insofern ist Ihre Charakterisierung eigentlich unverständlich.

E Vom Milieu her war ein solcher Wesenszug sicher nicht gegeben. Aber es gab ja mehrere solcher Professorensöhne, die in den Untergrund gegangen sind: Georg von Rauch, Thomas Weisbecker usw. Professorensöhne, Pfarrerstöchter. Das ist schon richtig. Aber natürlich ist das auch eine Wahl. Er hat sich selbst erfunden, dieser Andreas Baader.

R Lassen Sie mich einen Vergleich wagen: Was ist an James Dean als Filmfigur eigentlich dran gewesen? Geht das nicht auch in diese Richtung? Ich meine den Film »Denn sie wissen nicht, was sie tun«. Herkunft bürgerliches Elternhaus. Das fängt zunächst mit den Autorennen an, mit Mutproben usw.

E Solche Veranstaltungen haben natürlich auch damit zu tun, dass es in der heutigen Gesellschaften so viele Optionen gibt. Man kann sich seine Rolle selbst aussuchen. Aus einem ganzen Menü von Möglichkeiten kann man wählen, wer man gerne sein möchte.

R Ich finde dieses Moment der Versuchung so aufschlussreich – die Versuchung durch das Brutale, die Versuchung durch das Unterkomplexe. Ich erinnere mich noch daran, dass ich während meiner Schulzeit Brechts »Maßnahme« anziehend fand, diesen Rigorismus darin, die Brutalität. Es war schließlich mein Lateinlehrer, der mich davon abgebracht hat. Er äußerte so unverstellt seine Abscheu vor dieser Art von Geisteshaltung, dass mich das tief irritierte. Die Tatsache, dass ein Mann, den ich schätzte, das so abscheulich finden konnte, hat mich zum Umdenken bewogen.

K Die individuelle Wahl, von der wir gesprochen haben, ist aber nur ein Element. Was außerdem hinzukam, das war die Konstitution einer ganz spezifischen Subkultur. Und in West-Berlin müssen damals bereits viele ihre Wahl getroffen haben. Die erste bestand ja darin – auch davon sprachen wir bereits –, überhaupt nach Berlin zu gehen, etwa um sich der Einberufung zu entziehen und nicht zur Bundeswehr gehen zu müssen, und die nächste darin, sich dann in Berlin einer bestimmten Szene anzuschließen, sich in bestimmten Lokalen zu bewegen, mit Drogen zu experimentieren usw. All das hat sich soziokulturell in einer spezifischen Subkultur verdichtet.

E Umherziehende Haschrebellen, Stadtindianer, alles Mögliche. Mein Bruder Ulrich gehört zu den wenigen Leuten, die sozusagen die ganze Speisekarte ausprobiert haben. DKP-Mitglied war er nie, aber sonst hat er so ungefähr alles versucht. Verschiedene Mao-Fraktionen, *Kommune I*; er war Indienfahrer, er hat mit Drogen experimentiert.

K Da kann er froh sein, dass er das unbeschadet überstanden hat.

R Ein Peregrinus Proteus.

Scanned by CamScanner

E Irgendwann hat er sich dann gesagt: So, jetzt reicht's. Die Angst vor dem Renegatentum war dabei natürlich auch ein über lange Zeit nicht zu unterschätzender Faktor.

K Der stand als drohendes Gespenst immer hinter einem.

E Die Linke ist sowieso schon immer von einer Kultur des Verdachts geprägt gewesen. Eigentlich ist es merkwürdig, dass sich Menschen freiwillig in ein Milieu begeben, wo man dauernd verdächtigt wird. Immer ist einer linker als man selbst, immer ist einer der bessere Genosse, und bei alledem wird man darüber hinaus noch ständig überwacht. Das ist wirklich von Anfang an eine geradezu paranoide Kultur gewesen. Das lässt sich schon am Briefwechsel von Marx und Engels beobachten.

R Das geht bis in die Französische Revolution zurück ...

K ... und spielt dann in der gesamten linken Subkultur eine enorme Rolle. Eine Grundparanoia, die ständig subkutan vorhanden ist, sich dann bei bestimmten Anlässen aktualisiert und geradezu endemisch ausbreitet. Und dann findet sich im Zweifelsfall immer einer, der bereit ist, einen Verräter aus dem Weg zu räumen oder, wie 1974 im Falle Schmücker, aus der *Bewegung 2. Juni* heraus einen Mord an einem eigenen Gruppenmitglied zu begehen.

E Ein symmetrisches Phänomen gibt es auch im rechtsextremen Milieu: den Fememord.

K Genau, der Fememord. Für die 1920er Jahre hat das ja bereits Ernst von Salomon beschrieben. Er wusste nur zu genau Bescheid, schließlich gehörte er ja zur *Organisation Consul* und war an Mordaktionen auch selbst beteiligt. Und Sie haben sich ja in »Politik und Verbrechen« ausführlich über den Verrat und die Figur des Verräters geäußert. Die paranoiden Motive haben Sie bereits im Vorfeld schon sehr genau herausgearbeitet.

E Man muss aber dazu sagen, dass dies keine eigene Stärke gewesen ist. Warum war ich nicht anfällig für die RAF? Das hatte einfach mit meinen historischen Erfahrungen zu tun. Dadurch, dass ich den Zweiten Weltkrieg und den Bombenkrieg erlebt habe, war mir dieser Weg versperrt. Am Schluss sollten wir noch eine Uniform tragen, sollten noch verheizt werden usw. Wer das miterlebt hat, der hat Antikörper entwickelt, die ihn später beschützen. Ich war nie in Schlägereien verwickelt. Sobald geschossen wurde, war ich weg. Diese Mentalität des Davonlaufens habe ich früh entwickelt. Ich bin am Schluss einfach desertiert. Ich wollte nicht mit Panzerfäusten auf die Amerikaner losgehen. Andere, die keinerlei solche Erfahrungen hatten, haben eher den Reiz verspürt, eine Maschinenpistole in den Händen zu halten.

R So ähnlich hat sich hat sich übrigens auch Helmut Schmidt über die rot-grüne Regierung geäußert. Die haben – so meinte er vorwurfsvoll – ja keinen Krieg erlebt.

E Das ist ja kein Verdienst.

R Deshalb seien die dann nach Jugoslawien gegangen. Das war ja sein Argument. Ich war ziemlich erstaunt, das von Helmut Schmidt zu hören.

E Ja, das ist schon merkwürdig. Das aus dem Munde eines alten Offiziers. Nein, das sind ja keine Verdienste; es sind nur Unterschiede in den historischen Erfahrungsräumen.

R Ich glaube, dass zwei Dinge miteinander zu tun haben. Das paranoide und das manichäische Weltbild. Das gehört, glaube ich, immer zusammen. In dem Augenblick, wo ich das Graue als Existenzform nicht akzeptiere, steht ja immer das, was nicht strahlend weiß ist, unter dem Verdacht, gleich ganz schwarz zu sein. Da nichts ganz weiß ist, steht alles unter dem Verdacht, schwarz zu sein. Ich glaube, das ist der Mechanismus.

E Ich habe mich immer geärgert, wenn zum Beispiel den Leuten vom 20. Juli vorgeworfen wurde, dass sie nicht mit dem Grundgesetz unterm Arm herumgelaufen sind. Das ist eine Form des Manichäertums. Entweder bist du völlig rein, hast nie wie von Stauffenberg irgendetwas Gutes an Hitler gefunden, oder

aber du bist in den Augen dieser Nachgeborenen schon erledigt. Natürlich steckt darin auch eine deutsche Tradition, mit der besonderen Rolle, die bei uns Prinzipien spielen.

R Aber die Frage, warum sich jemand freiwillig in ein Milieu begibt, in dem er unter Verdacht gestellt wird, ist noch nicht beantwortet.

K Diese Haltung hat sich im Zuge der RAF immer weiter zugespitzt. Schon bald hieß es: Du bist ein Agent der Counterinsurgency. Damit war das entscheidende Stichwort gefallen und damit war alles andere mehr oder weniger vermint. Das hat die Sphäre bestimmt, der Verdacht, dass jeder potentiell ein Verfassungsschutzagent, ein Mossad- oder ein CIA-Agent sein könne. Die Welt war von diesem Augenblick an im Grunde verstellt.

E Für mich war zum Beispiel die Absicht, diesen RAF-Gefangenen zu »dekontaminieren«, eine höchst subtile Operation. Die Initiative ist übrigens sogar von ihm selbst ausgegangen. Er hatte mir einen Brief geschrieben. Seine Vorbehalte waren zunächst natürlich riesengroß. Er hat sich zwar selbst an mich gewandt, dennoch aber hat er sich mit Fragen herumgequält wie: Warum geht der darauf ein, warum kommt der hierher usw. Auch war natürlich die Gefängnissituation äußerst hinderlich, denn zuerst waren immer Aufpasser dabei. Das machte es höchst kompliziert, bei ihm gewissermaßen den »Zünder« herauszudrehen. Schließlich hat er aber doch ein bisschen Vertrauen gefasst. Wir konnten zuletzt sogar ohne irgendwelche Dritten sprechen.

K Dieser Gefangene hat aber bei dem RAF-Hungerstreik im Frühjahr 1989 noch eine ganz maßgebliche Rolle gespielt. In dieser Phase war er ja eigentlich ein Hardliner, jedenfalls einer der Wortführer.

E Ja, ich weiß. Dennoch erschien er mir eigentlich als ein intelligenter Mann. Ich bin kein Wohltäter, kein Sozialarbeiter, das habe ich von Anfang an klar gemacht. Das hat ihn, glaube ich, entwaffnet.

R Ich habe es übrigens auf distanziertere Weise ganz ähnlich gemacht. Ich habe einer Reihe von entlassenen RAF-Mitgliedern Stipendien gegeben, damit die irgendwie wieder in ein bürgerliches Leben zurückfinden. Leider werden die dann, zu meinem Entsetzen, in der Regel Sozialpädagogen.

K Das wäre natürlich eine gute Schlusspointe für unser Gespräch.

E Im Großen und Ganzen muss man sagen, ist das ja dann doch irgendwie gelungen. Es gibt noch einige, die in Gefängnissen sitzen, aber im Grunde genommen ist die ganze Sache auf diese Weise beendet worden. Es gibt jedenfalls keine fünfte Generation der RAF.

K Herr Enzensberger, wir danken Ihnen für Ihre Bereitschaft, mit uns ein Gespräch über ein thematisches Feld zu führen, das auch nach Jahrzehnten immer noch vermint ist.

Scanned by CamScanner

Zu den Autorinnen und Autoren

Susanne Bressan, M. A., Ethnologin und Publizistin, lebt in Berlin. Forschungsschwerpunkte: Praxis und Rhetorik kultureller Differenz in Europa; Rechtsextremismus und Antisemitismus.

Wolfgang Bock, Dr. phil., Dozent für Theorie und Geschichte der Visuellen Kommunikation an der Fakultät Gestaltung der Bauhaus-Universität Weimar.

Heinz Bude, Dr. phil., Inhaber des Lehrstuhls Makrosoziologische Analyse moderner Gesellschaften an der Universität Kassel und Leiter des Arbeitsbereichs »Die Gesellschaft in der Bundesrepublik« am Hamburger Institut für Sozialforschung.

Christopher Daase, Dr. phil., Professor für Internationale Politik am Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft an der Universität München.

Claudia Derichs, Dr. phil., Politikwissenschaftlerin, Privatdozentin an der Universität Duisburg-Essen. Forschungsschwerpunkte: Japan, Südostasien (politischer Islam) und Nahost.

Gisela Diewald-Kerkmann, Dr. phil., Historikerin. Forschungsschwerpunkte: NS-Geschichte, Terrorismus in der Bundesrepublik; arbeitet zu »Ermittlungs- und Strafverfahren gegen Frauen wegen politisch motivierter Straftaten 1970 bis 1990« an der Universität Bielefeld.

Andreas Elter, Dr. phil., Historiker und Medienwissenschaftler; arbeitet als fest angestellter TV-Journalist in Köln und nimmt Lehraufträge in Leipzig, Köln und Hamburg wahr. Forschungsschwerpunkte: Politische Kommunikation und Propaganda sowie Bildtheorien und visuelle Kommunikation.

Klaus Eschen, Rechtsanwalt, 1969 Mitbegründer des Sozialistischen Anwaltskollektivs, 1983–1993 Notar, 1992–2000 Richter am Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin.

Thomas Fischer, Dr. phil., Historiker, Oberassistent an der Universität Erlangen-Nürnberg.

Bernhard Gierds, freier Mitarbeiter am Projekt »Die RAF und die Herausforderung der Demokratie« des Hamburger Instituts für Sozialforschung.

Olaf Gätje, M. A., Studium der Germanistik, Medienkultur und Psychologie, seit 2003 Doktorand am Germanistischen Institut der Universität Leipzig und Stipendiat der Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur.

Sebastian Haffner (1907–1999), Dr. jur., Publizist und Historiker.

Sara Hakemi, M. A., Studium der Neueren Deutschen Literaturwissenschaft, Anglistik und Linguistik in Bochum und Glasgow, seit 2002 Arbeit an einer Dissertation über die Texte der RAF im Kontext avantgardistischer Diskurse.

Dorothea Hauser, M. A., Historikerin, lebt in Paris.

Thomas Hecken, Dr. phil., Privatdozent für Deutsche Philologie am Germanistischen Institut der Ruhr-Universität Bochum.

Jörg Herrmann, Dr. phil., Theologe, arbeitet als Pfarrer in Hamburg und lehrt als Privatdozent an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Henner Hess, Dr. phil., Professor emeritus an der Universität Frankfurt am Main.

Scanned by CamScanner

Martin Jander, Dr. phil., Historiker und Journalist, unterrichtet im Berlin-Programm der New York University (NYU). Forschungsschwerpunkte: Nationalsozialismus und die Geschichte der beiden deutschen NS-Folgestaaten.

Ingo Juchler, Dr. phil., Professor der Politikwissenschaft und ihrer Didaktik an der Pädagogischen Hochschule Weingarten.

Sabine Kebir, Dr. phil. habil., Lehre der Kultur-, Kommunikations- und Politikwissenschaften in Oran und Algier, freie Autorin, Forschungsschwerpunkte: Fragen der Demokratieentwicklung und der Gleichberechtigung, Islam und Islamismus, Literatur, Kulturpolitik.

Martin Klimke, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Heidelberg Center for American Studies (HCA) an der Universität Heidelberg und Koordinator des Projekts »European Protest Movements since the Cold War: The Rise of a (Trans-)national Civil Society and the Transformation of the Public Sphere«.

Gerd Koenen, Dr. phil., Historiker und Publizist, Studium der Romanistik, Geschichte und Politikwissenschaften an den Universitäten Tübingen und Frankfurt am Main.

Karin König, Dr. phil., Mitarbeiterin im Arbeitsbereich »Die Gesellschaft der Bundesrepublik« am Hamburger Institut für Sozialforschung.

Wolfgang Kraushaar, Dr. phil., Politologe, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hamburger Institut für Sozialforschung.

Klaus Kreimeier, Dr. phil., Medienwissenschaftler und Publizist, 1964–1976 Fernsehdramaturg, Dozent an der Deutschen Film- und Fernsehakademie Berlin, 1997–2004 Professor der Medienwissenschaft und Leiter des Medienstudiengangs an der Universität Siegen.

Wilfried Mausbach, Dr. phil., Geschäftsführer des Heidelberg Center for American Studies (HCA) an der Universität Heidelberg, Lehr- und Forschungstätigkeiten am Deutschen Historischen Institut in Washington, D.C., und am John F. Kennedy Institut für Nordamerikastudien der Freien Universität Berlin.

Herfried Münkler, Dr. phil., Politikwissenschaftler, Professor für Theorie der Politik am Institut für Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität Berlin; Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Forschungsschwerpunkte: Politische Theorie, Ideengeschichte und Theorie des Krieges.

Andreas Musolff, Dr. phil., Lehrstuhl für germanistische Linguistik an der Universität Durham, Großbritannien. Foschungsschwerpunkte: Medienanalyse, Vergleichende Studien zum politischen Sprachgebrauch in Deutschland und Großbritannien sowie zur Metapherntheorie.

Friedhelm Neidhardt, Dr. rer. pol., Dr. phil., Dr. h. c., Prof. em., Professuren an den Universitäten Hamburg, Tübingen, Köln und Berlin (FU), 1994–2000 Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften.

Carsten Polzin, Volljurist, Tätigkeit in der Schweiz und in Kambodscha; Programmleiter für phantastische Literatur beim Piper Verlag in München.

Jan Philipp Reemtsma, Dr. phil., Literaturwissenschaftler, Professor für Neuere Deutsche Literatur an der Universität Hamburg, Vorstand des Hamburger Instituts für Sozialforschung sowie der Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur.

Stefan Reinecke, M. A., Studium der Politikwissenschaften, Journalist und Publizist.

Rolf Sachsse, Dr. phil., Professor für Designgeschichte und Designtheorie an der Hochschule der Bildenden Künste Saar in Saarbrücken.

Jürgen Seifert (1928–2005), Dr. jur., Studium der Rechts- und Staatswissenschaften und Philosophie in Münster, Bologna und Bristol; 1971–1994 Professor für Wissenschaft von der Politik an der Technischen Hochschule der Universität Hannover; 1983–1987 Bundesvorsitzender der Bürgerrechtsorganisation *Humanistische Union*.

Christian Schneider, Dr. phil., Soziologe und Forschungsanalytiker, Privatdozent an der Universität Kassel.

Thomas Skelton-Robinson, Master of Arts in Geschichte an der Universität Glasgow; 1998–2000 wissenschaftlicher Mitarbeiter einer Londoner Rechtsanwaltskanzlei, promoviert zurzeit zum Thema Terrorismus in Deutschland der 1970er Jahre und der Strategie der Spannung.

Stefan Spiller, M. A., Historiker, Studium der Geschichte und Germanistik an der Universität Siegen, zurzeit Ausbildung zum Diplomarchivar für den gehobenen Archivdienst beim Land Baden-Württemberg.

Alexander Straßner, M. A., Dr. phil., Akademischer Rat z. A. am Institut für Politikwissenschaft der Universität Regensburg.

Christoph Türcke, Dr. phil., Professor für Philosophie an der Hochschule für Grafik und Buchkunst in Leipzig.

Luise Tremel, Bachelor of Arts in Geschichte und Literatur an der Harvard University; Master-Studium der Europäischen Geschichte am University College London.

Rudolf Walther, Dr. phil., Studium der Geschichte und Philosophie in Basel und Heidelberg, 1977–1994 wissenschaftlicher Redakteur und Mitarbeiter des Lexikons »Geschichtliche Grundbegriffe«. Seither freier Publizist, lebt in Frankfurt.

Klaus Weinhauer, PD Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fakultät der Geschichtswissenschaft, Philosophie und Theologie der Universität Bielefeld. Forschungsschwerpunkte: Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.

Uwe Wesel, Dr. jur., 1969–2001 Professor für Rechtsgeschichte und Zivilrecht an der Freien Universität Berlin.

Karin Wieland, Dr. phil., Studium der Politischen Theorie und Ideengeschichte, lebt in Berlin.

Irving Wohlfarth, Dr. phil., Professor für Germanistik an der Universität Reims, zurzeit Gastprofessor für Komparatistik in Frankfurt am Main.

Michaela Wunderle, Publizistin, freie Journalistin und Übersetzerin, lebt in Frankfurt am Main.

Tobias Wunschik, Dr. phil., Studium der Politikwissenschaft, Psychologie und Soziologie in München und Berlin, seit 1993 Mitarbeiter der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU), Abteilung Bildung und Forschung.

Scanned by CamScanner